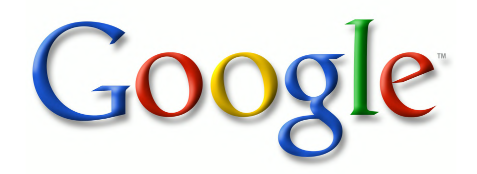
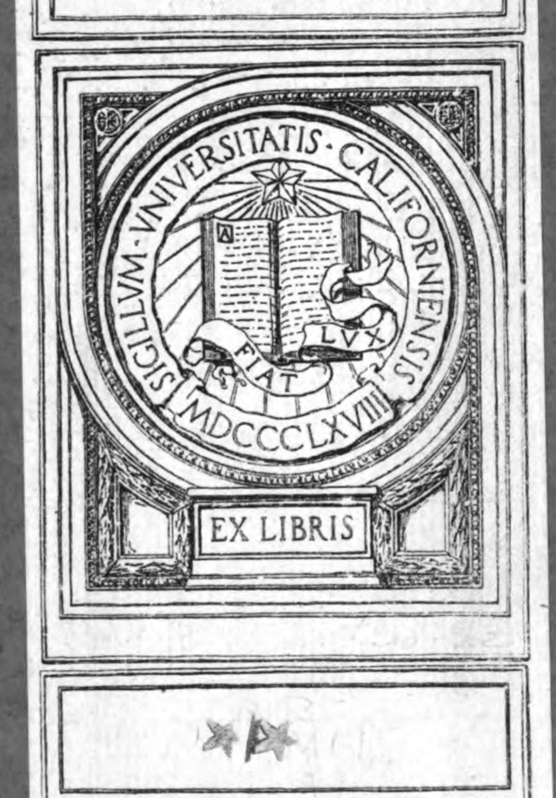





SIGILLVM·VNIVERSITATIS·CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS



Meyers
Großes
Konversations-Lexikon.

Sechste Auflage.

Kriegsnachtrag.

Zweiter Teil.

Meyers Großes Konversations-Lexikon.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Mit 20660 Abbildungen im Text und auf etwa 1940 Bildertafeln, Karten und Plänen sowie 215 Textbeilagen.

Kriegsnachtrag.

Zweiter Teil.

Leipzig und Wien.
Bibliographisches Institut.
1917.

Vorbemerkung.

Unsere Absicht, mit dem vorliegenden zweiten Teil das Werk abzuschließen, ist durch die unvorhergesehene Dauer des Krieges leider vereitelt worden.

Unter der wachsenden Fülle der Ereignisse hat der Aufbau des Werkes leiden müssen. Insbesondere ist die zweckmäßige Verteilung des fortgesetzt zuströmenden Stoffes sehr schwierig geworden. Doch hat das im Gesamtplan des Werkes keine wesentliche Abweichung von den einmal festgelegten Richtlinien nötig gemacht. Wenn der zweite Band einen strafferen systematischen Zusammenhang auch nicht durchweg aufrechterhalten konnte, so gliedert sich der Stoff der größeren Abteilungen, die hier, wie im ersten Bande, beibehalten sind, dem erstrebten Gesamtbilde doch einheitlich ein, obwohl es hier und da scheinbar nur lose zusammengefügt ist. Wir dürfen daher mit gutem Grunde hoffen, dem Ganzen mit einem dritten Teil die erforderliche Abrundung geben zu können. Erst dieser wird eine vollkommenere Ausgleichung und die wünschenswerte Ebenmäßigkeit der verschiedenen Stoffgebiete bringen, indem er unter sachlicher Würdigung der noch kommenden Ereignisse da einen Ausgleich schafft, wo jetzt noch die Erfordernisse des Kampfes eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Das gilt insbesondere für die Abschnitte, die sich mit der eigentlichen Kriegführung und den weiten Gebieten der Kriegstechnik befassen; sie werden im letzten Bande eine besonders eingehende Darstellung erfahren.

Herausgeber und Verlag.

Inhaltsverzeichnis des zweiten Teiles.

Illustrationsverzeichnis.

Beilagen.

Abbildungen im Text.

Kriegszielbewegung

von Professor Dr. Dietrich Schäfer in Berlin-Steglitz

Kriege können nicht geführt werden, ohne daß die Kämpfenden nach Zweck und Ziel fragen. Das ist selbst bei despotisch regierten Völkern von jeher so gewesen, geschweige denn in Staaten, deren Angehörigen eine Mitwirkung zusteht an der Bestimmung ihrer Geschicke. Wie könnte es anders sein in dem gegenwärtigen Kriege, der an Ausdehnung und Kraftaufwand alles, was die Weltgeschichte je sah, weit hinter sich zurückläßt! Denn niemals sind Völker in einem Umfange, wie es gegenwärtig der Fall ist, in den Dienst von Kriegszwecken gestellt worden; nie zuvor wäre das auch möglich gewesen.

Es hat sich aber ein augenfälliger Unterschied in der Haltung der einander gegenüberstehenden Mächtegruppen ergeben. Die Staaten der sogenannten Entente haben von vornherein aus den Zwecken, die sie durch den Krieg erreichen wollten, kein Hehl gemacht. Was sie in der ersten Januarwoche 1917 in Beantwortung des amerikanischen Vermittlungsversuchs als ihren Kriegswillen verkündeten, ist von Anfang an ihre offen ausgesprochene Absicht gewesen: Vernichtung der gegenüberstehenden Mächte als selbständiger Staatswesen. Was die Regierenden hier in amtlicher Form erklärten, haben die Regierten in allen möglichen Formen und Wendungen vorgebracht, nicht nur ihre Presse, sondern auch ihre geistig führenden Männer, einzeln und in Körperschaften.

Dem steht deutscher- und österreich-ungarischerseits die äußerste Zurückhaltung gegenüber. Über die Ziele der Regierungen ist lange Zeit nichts verlautbart, wenn man nicht den Inhalt des Ultimatums der Donaumonarchie an Serbien vom Juli 1914 als Kriegsziel ansehen will. Den Äußerungen der öffentlichen Meinung sind engste Schranken gezogen worden; über Kriegsziele zu reden oder zu schreiben, wurde verboten und das Verbot streng aufrechterhalten. Obgleich kein Feind unsere Regierung hätte verantwortlich machen können für Ansichten und Forderungen, die etwa im deutschen Volke laut wurden, blieb sie dabei, daß man die Gegner nicht noch mehr reizen dürfe, ein Bedenken, das in deren Kreisen niemals aufgetaucht ist. Deutscher Vaterlandsliebe durfte man alles bieten; in den Wald hineinzurufen, wie es herausschallte, war nicht gestattet. Daß eine starke öffentliche Meinung auch eine Stütze sein, daß sie im Auslande, besonders auch, soweit es neutral war und ist, Eindruck machen kann, ward nicht beachtet. Bismarcks Mahnung zur Zeit des deutsch-dänischen Waffenstillstandes und der Londoner Konferenz im Jahre 1864: »Laßt alle Hunde bellen«, war vergessen, vergessen, daß er damals »preußischen Ehrgeiz« herbeiwünschte, 1870 die öffentliche Meinung ermunterte.

Die Frage: »Was wird das Ende des Krieges sein?« ist von seinem Anfang an naturgemäß nicht gleichmäßig beantwortet worden. Es wurden Meinungen vertreten, die »einen Hubertusburger Frieden« als erträglich, ja als befriedigend ansahen. Sie waren bei der Mehrzahl ihrer Vertreter bestimmt durch die ungeheure äußerliche Überlegenheit der Gegner; übertraf doch die Bewohnerzahl ihrer weiten Reiche die der Mittelmächte von Anfang an mehr als sechsfach. Dazu die völlige Herrschaft über die See mit allen ihren wirtschaftlichen Folgen! Wie sollte man da mehr erreichen als gerade bestehen? Die raschen und großen Erfolge im Westen, die glückliche Abwehr des ostpreußischen Russeneinfalles und Taten unserer Flotte, besonders der U-Boote, haben doch manchem gut vaterländisch gesinnten Zaghaften Hoffnungen erweckt, denen nachzuhängen er zunächst nicht gewagt hatte. Es waren dann weiterhin besonders die folgenden Erwägungen, die das Urteil über Kriegsziele bestimmten.

So gut wie einstimmig war die Nation der Überzeugung, daß die Mittelmächte am Kriege nicht schuld seien. Deutschland hatte den Krieg nicht gewollt, weder seine Regierung noch sein Volk. Wenn Liebknecht und Gesinnungsgenossen unsere Regierung anklagten, so ist das außerhalb ihres Kreises richtig eingeschätzt worden als wahnwitziges, vaterlandsverräterisches Gerede. Häufiger wurde — und wird noch heute leider nicht selten — den »Alldeutschen« die Schuld in die Schuhe geschoben; sie sollten durch maßlose nationale Ansprüche das Ausland gereizt, geradezu zur Abwehr genötigt haben. Bei Feinden und übelwollenden Neutralen sind diese Vorwürfe begierig aufgegriffen und zur Rechtfertigung ihres Verhaltens benutzt worden. Sie beruhen oft auf gänzlicher Unkenntnis der alldeutschen Bestrebungen und werden weitverbreiteten Organen nachgebetet, die internationale Tendenzen vertreten und sich auf herausgegriffene Einzelheiten stützen. Klarer als irgendeine andere politische Richtung haben »Alldeutsche« kommen sehen, was sich 1914 vollzog, haben häufiger gewarnt und gemahnt. Wäre politisch und militärisch geschehen, was sie seit Jahren ver-

kraten uns forderten, wir wären anders vorbereitet in den Daseinskampf gezogen. Der ausgebrochene Krieg drängte doch weitesten Kreisen die Erkenntnis auf, daß unsere so lange Jahre, mehrfach bis an die Grenze des Zulässigen bewiesene Friedensliebe uns nicht hatte schützen können vor Haß, Neid und Eroberungssucht erbarmungsloser Feinde. Sie wurde die Grundlage für diejenigen Anschauungen über Kriegsziele, die durchaus die herrschenden geworden sind, insbesondere in demjenigen Teile unseres Volkes, der von jeher Verständnis bewiesen hat für die unerbittliche Notwendigkeit starker Machtpolitik und stets bereit gewesen ist zur Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel.

Kann Friedensliebe das Reich nicht schützen, wie kann es dann gesichert werden vor der Wiederholung ähnlicher Erfahrungen? Gegenüber den Wutausbrüchen unserer Feinde, mit denen sie uns gleich in den ersten Wochen überschütteten, mußte jede Aussicht schwinden, ihre Achtung und Neigung zu gewinnen. Einzige Hoffnung blieb, sie durch Furcht zu bändigen, ihre Macht so zu schwächen, die unsere so zu mehren, daß die Aussicht auf Erfolg bei zukünftigen Angriffen geschmälert, die Abwehr erleichtert werde. Das konnte nur geschehen durch Mehrung der eigenen Kraft.

Die Verhältnisse stellen dem aber besondere Schwierigkeiten entgegen. Es gibt gegen 20 Millionen Deutsche außerhalb der Grenzen unseres Reiches. Aber in unmittelbarem Zusammenhange mit Reichsangehörigen wohnen sie nur im verbündeten Österreich-Ungarn und in der befreundeten Schweiz. Jede Erweiterung deutschen Herrschaftsgebietes muß also hineingreifen in fremdes Volkstum, kann nicht *nur* Deutsche heranziehen. Bedeutet das nicht eher eine Schwächung als eine Stärkung, zumal in unserer demokratisch gerichteten Zeit, die sich über Volksrechte nicht leicht hinwegsetzt? *So galt es, zwischen zwei Übeln das kleinere zu wählen: Verzicht auf Erweiterung unseres Machtbereichs oder die Gefahren einer fremden Elementen aufgenötigten Herrschaft.*

Die Wahl ist nur zu treffen unter Erwägung der Einzelverhältnisse. Sie sind sehr verschieden im Osten und im Westen; es kommen hinzu die von Übersee.

Der preußische Staat und aus seiner Erbschaft das Deutsche Reich haben sich lange guter Beziehungen zu Rußland erfreut. Es bestand kein Gegensatz der Interessen zwischen den Nachbarmächten. Ein solcher entwickelte sich aber, als die russische Politik immer unverhüllter der Beherrschung des Balkans, der Vernichtung der Türkei und der vollen Verfügung über Bosporus und Dardanellen zustrebte. Das war gleichbedeutend mit der Auflösung der Donaumonarchie, die Deutschland nicht zulassen konnte, ohne sich selbst das Urteil zu sprechen. Ein Hergang auf dem Balkan ist denn auch der unmittelbare Anlaß zum Kriege geworden.

Krieg mit Rußland war gleichbedeutend mit dem Aufrollen der polnischen Frage (vgl. v. Massow, Polen, Bd. I, S. 88, und Seeliger, Galizien und die polnische Frage, Bd. II, S. 26). Man muß sich bei Erörterungen über den Untergang der polnischen Selbständigkeit (die übrigens unter den letzten beiden Königen nur noch ein Schein war) stets gegenwärtig halten, daß er erfolgt ist, weil Rußland unter Katharina II. unentwegt und erfolgreich das Ziel verfolgte, den ganzen Staat in Abhängigkeit zu bringen. Das konnte Österreich zur Not, Preußen unter keinen Umständen dulden. Polnisches Gebiet trennte seine beiden Stammländer, reichte bis fast unter die Tore von Breslau und Berlin. Den polnischen Bau gegen die russische Gefahr zu stützen, war unmöglich, weil er längst viel zu morsch geworden war. Es blieb keine Wahl, man mußte sich bei seinem Abbruch das Nötige sichern. Das ist in verschiedenen Formen, zuletzt mit Beschränkung auf das unerläßlich Notwendige, geschehen in den Verträgen der Jahre 1772, 1793, 1795, 1815. Die Polen haben sie nie gelten lassen. Der deutsch-russische Krieg machte eine Neuordnung unvermeidlich. Wie ließ sie sich für Deutschland erträglich gestalten?

Eine Beantwortung dieser Frage kann natürlich nur versucht werden, ausgehend von der Voraussetzung eines deutschen Sieges. Daß eine Niederlage uns Ost- und Westpreußen, Posen und den größten Teil von Schlesien, vielleicht die ganze Provinz und dazu noch pommersche und brandenburgische Gebietsteile kosten wird, daran kann nach den zahlreichen russischen Äußerungen über die erhoffte Siegesbeute nicht gezweifelt werden. *Aber wo bei glücklichem Ausgange jenseits unserer gegenwärtigen eine neue Grenze ziehen?*

Man kann darauf nur eine Antwort geben, indem man sich unsere Lage gegenüber Rußland vergegenwärtigt. Der Gegensatz ist unausgleichbar, solange nicht Rußland seine Balkanpläne aufgibt; die Durchfahrt durch die Meerengen kann man ihm gestatten, aber nicht die *Herrschaft* über Dardanellen und Bosporus. Die Bevölkerung des ungeheuren Reiches ist schon jetzt jener der Mittelmächte um nahezu die Hälfte überlegen und erfreut sich einer erheblich höheren Vermehrungsziffer. Dazu befindet sie sich in einem unleugbaren kulturellen und besonders wirtschaftlichen Aufstieg, der für ihren Hauptteil, das Großrussentum, seit einem Jahrzehnt mächtig gefördert wird durch die in der Ausführung begriffene Bodenreform (vgl. Nötzel, Russische Sozialpolitik, Abt. V). Massenhafte Umsiedlung großrussischer Bauern ostwärts in die fruchtbaren südwestsibirischen Bezirke hat schon jetzt die nationale und erst recht die militärische Kraft des Reiches außerordentlich gestärkt. Dann die schier unbegrenzte Möglichkeit der Weiterentwicklung in dem durch alle Klimate sich erstreckenden, jeder Produktion fähigen, mit Bodenschätzen aller Art ausgestatteten Reiche! Wenn ein Gelehrter pazifistischer Richtung darauf hinwies, daß Widerstand unnütz sei, da Rußland uns doch in einem Menschenalter oder zwei erdrücken werde, so war das zwar empörend, aber verständlich.

Für ein verzweifelndes Ergeben in ein scheinbar unvermeidliches Schicksal war um so weniger Anlaß, als doch auch *Momente der Schwäche* unverkennbar vorhanden sind. *Die russische Riesenmacht* ist erst in den letzten zwei Jahrhunderten zu ihrer jetzigen Größe emporgewachsen, im Grunde genommen erst in den letzten drei bis vier Menschenaltern, und sie *hat nicht vermocht, sich die neu gewonnenen Gebiete innerlich anzupassen.* Vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer zieht sich ein breiter Gürtel von Fremdvölkern an der ganzen Westgrenze entlang: Finnländer, Balten, Esten, Letten, Litauer, Polen, Weißrussen, Ukrainer, Rumänen (vgl. Zechlin, Die Fremdvölker Rußlands, Bd. I, S. 71). Ukrainer bilden auch den Hauptbestandteil der Bewohner Südrußlands. Nirgends hat der Großrusse ein nicht unter

seinem Zaren stehendes Volk zum unmittelbaren Nachbar. Zu dem Unterschied der Sprache und Geschichte tritt der des Bekenntnisses. Finnländer, Balten, Esten und Letten sind evangelisch, Polen, Litauer und Weißrussen römisch-katholisch. Bei der ersten und einzigen Nationalitätenzählung im Russischen Reich ergaben sich nur 56 Millionen Großrussen von reichlich 128 Millionen Bewohnern, also 43³/₄ Prozent! Daneben über 22 Millionen Ukrainer! Jetzt wird deren Zahl auf mehr als 28 Millionen berechnet. Die Gebiete, die seit Katharina II. dem Reiche an seiner Westgrenze angeschlossen wurden, zählten 1912 nicht weniger als 48 Millionen Bewohner, mit denen, die Peter der Große und Elisabeth erwarben, gegen 53 Millionen. In den Unruhen, die dem japanischen Kriege folgten, ist deutlich zutage getreten, daß diese weiten Gebiete zum allergrößten Teil noch keineswegs mit dem Reiche verschmolzen sind. Der Gedanke, daß hier eine Schwächung Rußlands möglich sei, lag nahe genug, ist auch schon vor mehr als einem halben Jahrhundert von Nichtrussen und wieder und wieder von den Nächstbeteiligten erwogen worden. Wie oft hat man von Angehörigen russischer Fremdvölker gehört: »Rußland muß und wird zerfallen; es ist zu bunt zusammengesetzt!«

Solcher Auffassung kann aber nicht weiter Raum gegeben werden, ohne daß man sich zugleich klarzumachen sucht, in welche Zustände etwa loszulösende Völkerschaften hinübergeführt werden könnten. Kein Besonnener hat jemals auch nur einen Augenblick daran gedacht, daß das etwa in der Weise geschehen könne, wie bisher so ziemlich alle staatlichen Gebietserweiterungen in Europa sich vollzogen haben, durch einfache Einverleibung. Lahmlegung unserer Reichsverfassung durch Einfügung zahlreicher widerstrebender Teilhaber wäre ja die unausbleibliche Folge. Man mußte daher den loszulösenden und anzugliedernden Elementen in irgendeiner Form eine gewisse Freiheit der Bewegung eigener Betätigung gewähren. Dabei mußte aber Deutschlands Vorteil, d. h. die Mehrung seiner Sicherheit, erster und vornehmster Gesichtspunkt bleiben; handelte es sich doch nicht nur um Schwächung feindlicher, sondern auch um tunlichste Stärkung der eigenen Stellung. Keineswegs konnte allein »Befreiung von Völkern« Richtschnur des Handelns sein; sie muß ihre Schranken finden in dem für Deutschland Erträglichen.

Da aber handelte es sich wieder um zwei Ziele. Zunächst mußten die Wohnsitze des eigenen Volkes besser gedeckt werden, als es zu Beginn dieses Krieges der Fall war. Russeneinfälle in blühende deutsche Lande mußten in Zukunft tunlichst erschwert werden. Dazu bedurfte es der vollen und dauernden Herrschaft über die lange Festungskette, die sich im Gelände der Flüsse Weichsel, Bug, Narew, Bobr, Memel von Warschau bis Kauen (Kowno) entlang zieht. Es mußte aber zugleich daran gedacht werden, daß dieser Krieg wohl die letzte Gelegenheit darbietet, neue Siedlungsmöglichkeiten für unsere wachsende Bevölkerung zu gewinnen. Wir hatten den Krieg nicht gewollt. Nun er aber einmal ausgebrochen war, durften wir nicht versäumen, zum Guten für uns zu wenden, was unsere Gegner zu unserem Verderben begonnen hatten.

Eine der bedenklichsten Wandlungen in der Zusammensetzung unseres Volkskörpers ist sicherlich die starke Verschiebung des Verhältnisses zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, die sich im letzten halben Jahrhundert vollzogen hat. Seit dem deutsch-französischen Krieg ist des Reiches Einwohnerzahl um 25 Millionen gestiegen; fast der gesamte Zuwachs fällt aber auf die Städte, ganz besonders die Großstädte; die ländliche Bevölkerung hat sich nur in einigen wenigen Gegenden vermehrt, ist in manchen zurückgegangen. Mit dem Anwachsen der städtischen Bewohnerschaft haben Gewerbe und Handel einen immer breiteren Raum gewonnen; die Zahl der in ländlichen Betrieben haupt- und nebengeschäftlich Tätigen war schon 1907 auf 25 Prozent zurückgegangen. Die gesunde Mischung unseres Volkskörpers ist gefährdet; er bedarf der Auffrischung durch verstärkte Fühlung mit dem Lande, mit Feldarbeit. Raum dafür kann nur die östliche Nachbarschaft bieten, nicht die dicht, stellenweise überdicht bevölkerte westliche. Ihre volle wirtschaftliche Angliederung ist, wie die Gegenwart deutlich zum Bewußtsein bringt, unbedingtes Erfordernis, will Deutschland in einem zukünftigen großen Kriege seine Ernährung besser gesichert sehen als in der gegenwärtigen schweren Heimsuchung.

Es kommt hinzu, daß die rund 1¹/₂ Million ländlicher Siedler deutschen Stammes und deutscher Sprache, die seit den Tagen der zweiten Katharina in verschiedenen Gegenden des Russischen Reiches auf Veranlassung der Herrscher eine neue Heimat gesucht und gefunden haben, während des Krieges hart bedrängt, zum großen Teil um Haus und Hof gebracht worden sind, obgleich sie ihre Wehrpflicht gegen das Reich zu erfüllen hatten und treu erfüllten, daß ferner die Russen bei ihrem Rückzuge aus den Westgebieten nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen der Angesessenen mit sich forttrieben, offenbar in der Absicht, sie nie wieder in ihre Heimat zurückkehren zu lassen, sondern sie durch Großrussen zu ersetzen. Neues Land wird dem großrussischen Bauer, der durch die Bodenreform landhungriger geworden ist, als er früher gewesen war, als Ziel des Krieges hingestellt. So drängte sich der Gedanke auf, in dem Lande, das infolge der deutschen Besetzung frei geworden war, nicht nur dem Reichsdeutschen neue Siedlungsmöglichkeiten zu schaffen, sondern auch den schwer heimgesuchten bäuerlichen Deutschen Rußlands neue Heimstätten zu gewähren innerhalb des zu erweiternden deutschen Machtbereichs.

Eine besondere Aufgabe stellten die »baltischen« Lande, die sogenannten russischen Ostseeprovinzen (vgl. Stavenhagen, Die deutschen Ostseeprovinzen, Bd. I, S. 84). Livland, Estland und Kurland sind durch Deutsche dem Abendlande zugeführt worden; sie haben ihrer Kultur nach nie dem Osten, stets dem Westen angehört. Was Ritter, Bürger, Geistliche dort leisteten, hat sich bewährt und erhalten bis auf den heutigen Tag. Der Besitz des Landes würde Deutschlands Herrschaft auf der Ostsee festlegen, seine Grenzen decken; auch würden sich seine Bewohner leichter in die deutschen Verhältnisse hinüberfinden als irgendeine andere Bevölkerung der östlichen Nachbargebiete. Kein Wunder, daß ausgesprochen und erwogen wurde, ob und wie man diese Gebiete wieder zurückführen könne in die Beziehungen, in denen sie bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts zum Reiche, in denen sie bis heute zur deutschen Kultur standen.

Daß in all diesen Gedankengängen, die sich aufdrängten, kein Besonnener die Schwierigkeiten verkannte, die in dem bunten Völkergemisch liegen, bedarf kaum der Erwähnung. Aber man war und

ist in einer Zwangslage; es gilt, unter verschiedenen übeln zu wählen. Eine vollauf befriedigende, für alle Zeiten Ruhe verbürgende Neuordnung der Dinge läßt sich nicht aufrichten. Unter allen Umständen werden dem Reiche Aufgaben gestellt, in die es sich hineinfinden muß, wenn es bestehen will.

Und ähnlich liegen die Dinge im Westen.

Die Heeresleitung hat sich mit raschem Griff Belgiens bemächtigt und damit den Weg nach Frankreich geöffnet. Die Regierung des Landes hatte den Durchmarsch nicht zulassen wollen trotz verbürgter Integrität und Schadloshaltung. Da sie längst Verabredungen getroffen hatte über militärisches Zusammenwirken mit den Westmächten, konnte sie sich über Bruch der Neutralität mit Recht nicht beklagen; sie mußte um so eher als Feind gelten, da die Bevölkerung sich in blinder Wut und unter wilden, allem Kriegsgebrauch hohnsprechenden Ausschreitungen den einrückenden Deutschen widersetzte. Daß Belgien in Frankreichs Hand oder auch nur im Griff der Franzosen für Deutschland eine schwere Gefahr bedeutet, ist bisher stets und allgemein anerkannt worden. Im Besatzungsrecht, das Preußen 1818 für die Maasfestungen erhielt, hat das seinen klaren Ausdruck gefunden; gegenüber der belgischen Revolution von 1830 ist diese Auffassung das Leitmotiv für die Haltung der Großmächte geworden und hat auch noch beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870 die englische öffentliche Meinung bewegt. Erst als England Deutschland zu fürchten anfing und sich dem Zweibund näherte, ist es anders geworden. Die Besetzung Belgiens weckte naturgemäß in Deutschland den Wunsch, in Zukunft dem Feinde an der Südwest-, nicht an der Ostgrenze dieses Landes begegnen zu können, nicht zuletzt auch infolge des Verhaltens der belgischen Regierung in den letzten Jahrzehnten. Sie hat wohl versucht, ihr Land gegen Osten, durch starken Ausbau der Maasfestungen, nicht aber gegen Frankreich hin zu decken.

Die Gefahr, der man hier zu steuern hatte, wog um so schwerer, als die von ihr zunächst bedrohten Gebiete für die deutsche Kriegführung gerade die wichtigsten, unentbehrlich für sie sind. Sie sind der Sitz unserer entwickeltsten Industrie, insbesondere der Schwer-, der Rüstungsindustrie. Ihre Besetzung, ja schon ihre Gefährdung durch den Feind könnte alles lähmen; man muß ihr möglichst vorzubeugen suchen. Der Krieg hat gelehrt, daß Kohlen und Eisen seine wichtigsten Erfordernisse sind, daß man ihrer nicht genug besitzen kann. Wie, wenn man Belgiens Produktion zu dauernder Verfügung haben, sie jedem Gegner entziehen könnte? Es wäre eine weitere Friedensbürgschaft. Dann vergegenwärtigte man sich, daß Antwerpen im Laufe der Jahrzehnte immer mehr eins der Fenster geworden war, durch die Deutschland in die Welt hinausschaut, daß sein ungeheurer Hafenbetrieb vor allem auf deutscher Aus- und Einfuhr beruht, und daß dem Deutschlands Einfluß auf die dortige Ordnung des Verkehrs nicht entspreche. Als es England gegenüber mehr und mehr darauf ankam, durch U-Boote, Luftschiffe und Flugzeuge etwas zu erreichen, stellte sich heraus, ein wie wichtiger, ja unentbehrlicher Stützpunkt für solche Unternehmungen die flandrische Küste ist. Ein dauerndes Verfügungsrecht über sie würde auch unsere Flotte in eine ganz andere Stellung gegenüber ihrem britischen Todfeinde bringen, als das »nasse Dreieck« sie bieten kann, ist unerläßliche Vorbedingung für eine einigermaßen ebenbürtige Gegnerschaft.

So entwickelten sich die Anschauungen, die eine dauernde deutsche Stellung in Belgien als Kriegsziel vertraten.

Im Nordosten Frankreichs hatten unsere Truppen von den Vogesen bis zur flandrischen Grenze hin ein erhebliches Gebiet besetzen können, darunter des Landes wichtigste Produktionsstätten für Kohle und Eisen und seine bestentwickelten Industriebezirke. Anderseits war es den Franzosen gelungen, gestützt auf Belfort, ins Oberelsaß einzudringen und die Vogesenpässe und ihre anschließenden Täler bis über die Diolzhauser Straße hinaus zu besetzen. Das hat, besonders im Süden, den alten Wunsch, Belfort in deutsche Hand zu bringen und damit die »burgundische Pforte« zu sperren, mächtig belebt, auch erkennen lassen, daß für die Behauptung der Vogesen der Besitz westlichen Vorgeländes wichtig sei. Besonders aber hat der Krieg die Bedeutung des lothringischen Erzbeckens ins rechte Licht gesetzt. Sein reichsländisch-luxemburgischer Teil stand zu deutscher Verfügung. Hätten die Franzosen zu Beginn der Feindseligkeiten sich klargemacht, daß sie durch weittragende Geschütze Deutschlands ergiebigste Erzgruben vernichten konnten, es wäre für uns verhängnisvoll geworden. So haben wir durch raschen Vorstoß ihren Anteil in unsere Hand gebracht, und das ist für unsere Kriegführung um so wichtiger geworden, als die überseeischen Erzlieferungen, durch die wir in Friedenszeiten unseren Bedarf decken, zum Teil völlig gesperrt, zum Teil stark behindert worden sind. Frankreich auch die Mittel der Kriegführung, die der im Norden von uns besetzte Landesteil liefert, zu entziehen, war ein natürlicher Gedanke; so würde Frankreichs Angriffsgelüsten ein Dämpfer aufgesetzt. Besser noch als von der belgischen Küste ließ sich England von Dünkirchen, Calais und Boulogne aus in Schach halten; Dünkirchen liegt noch auf flämischem Sprachgebiet! Der Besitz dieser Plätze wäre für Deutschland von hohem Werte.

Wenn so die kriegerischen Hergänge zu Wünschen, Hoffnungen und Plänen an Ost- und Westgrenze des Reiches anregten und berechtigten, so stand es anders in Übersee. Englands Übergewicht auf dem Meere, vermehrt durch die französische Flotte, machte sich hier in erdrückender Weise geltend, zumal auch Japan auf die Seite der Gegner trat. Die deutschen Kolonien waren von der Heimat abgeschnitten. Gegen getroffene Vereinbarung übertrugen die Feinde den Krieg auf den schwarzen Erdteil; unsere emporblühenden afrikanischen Kolonien wurden trotz heldenhafter Gegenwehr ihrer schwachen Schutztruppen bis auf einen geringen Rest eine nach der andern erobert. Tsingtau konnte die Tapferkeit seiner Verteidiger nicht retten vor der asiatischen Großmacht, die sich mühelos auch unserer Koralleninseln bemächtigte. Die deutsche Flagge verschwand von den Meeren. Ruhmbedeckt gingen die einzelnen Kreuzer mit ihren Besatzungen nacheinander dem Vaterlande verloren; was die »Emden« vollbrachte, zwang selbst dem giftigen Haß der Engländer Bewunderung ab. Nur »Goeben« und »Breslau« retteten sich durch Kühnheit und List in die Dardanellen. Unsere Handelsschiffe mußten sich in neutrale Häfen flüchten oder wurden eine Beute der Feinde. Arbeit und Kapital, die man auf unsere Kolonien verwandt hatte, waren zunächst verloren.

Diese traurigen Erfahrungen konnten doch den kolonialen Mut unseres Volkes nicht brechen. Es war nur eine Stimme: Nicht verzichten! Was man unter Zweifeln und Kämpfen erworben hatte, sollte zurückgewonnen werden. Sein unentbehrlicher Wert war erkannt. Gestützt auf die europäischen Erfolge, insbesondere auf die Herrschaft über Belgien, rechnete man trotz allem mit einer Vermehrung auch des Außenbesitzes. Vor allem aber verlangte man »Freiheit der Meere«. Sie wurde zum Schlagwort. Man wollte den friedlichen Verkehr gesichert wissen gegen brutale Vergewaltigung, den eigenen und den neutralen. »Stützpunkte über See« sollten sichern; man erfuhr, welche Macht England durch ihren Besitz ausübte.

Das waren die Gedanken, die Millionen Köpfe bewegten, die in Gesprächen und Zusammenkünften, soweit sie unter dem Druck des Belagerungszustandes möglich waren, immer und immer wieder erörtert wurden. Es war natürlich, daß man sie bald auch programmmäßig zusammenfaßte; das Bestehen der verschiedenen vaterländischen Vereine brachte das mit sich. Wo und wann es zuerst geschehen ist, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen, die Entwicklung der Bewegung auch nicht im einzelnen verfolgen. Aber am 10. März 1915 richteten sechs auf wirtschaftlicher Grundlage stehende Verbände, der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Hansabund und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband eine Eingabe an den Reichstag, in der es heißt: »Gibt man die Meinungsäußerung über das Friedensziel und die Friedensbedingungen frei, dann wird sich zeigen, daß, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, im ganzen deutschen Volke, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, in der Front wie hinter der Front, nur ein einziger kraftvoller Wille besteht, **durchzuhalten bis zum äußersten, damit unser deutsches Vaterland aus dem ihm aufgezwungenen Kampfe um seine Existenz größer und stärker hervorgeht, mit gesicherten Grenzen im Westen und Osten und mit den zur Sicherung unserer Seegeltung wie aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen notwendigen europäischen und kolonialen Gebietserweiterungen, ohne die nun einmal das allseitig erstrebte Ziel, den Krieg so zum Abschluß zu bringen, daß eine Wiederholung derartiger Kämpfe so gut wie ausgeschlossen erscheint, nicht erreicht werden kann.**« Die Eingabe schließt mit den Worten: »Es liegt im Interesse der Wohlfahrt unseres deutschen Vaterlandes für alle Zukunft, daß dieser einheitliche und kraftvolle Wille zum Ausdruck gelange als der Wille des ganzen deutschen Volkes, das opferfreudig und geschlossen hinter einer Regierung stehen wird, die diesen Willen mit unbeugsamer Festigkeit vertritt.«

Am folgenden 5. Mai hat sich dann der Alldeutsche Verband an den Reichskanzler gewandt mit einer Darlegung, die näher auf Einzelheiten eingeht. Ihm sind am 20. Mai die genannten sechs Verbände in ähnlicher Weise gefolgt. Am 16. Mai haben auch die Landesvorstände der nationalliberalen Partei Kriegsziele aufgestellt. Es steht wohl in Zusammenhang mit diesen Schritten, daß der Reichskanzler sich am 28. Mai 1915 im Reichstage zum erstenmal äußerte. Er bemerkte gegen Schluß seiner Rede: »Je mehr uns die Liebe zur Heimat tief an das Herz packt, je mehr wir sorgen müssen für Kinder und Enkel, um so mehr müssen wir **ausharren, bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde — nicht vereinzelt, nicht vereint — wieder einen Waffengang wagen wird.**«

Die Worte wurden mit »stürmischem Bravo und Händeklatschen« begrüßt. Sie waren aber zu allgemein und bei näherer Betrachtung zu inhaltleer, als daß sie dauernden Eindruck hätten hinterlassen können. Garantien, daß uns nie wieder ein Feind angreifen wird, kann es nicht geben. Bismarck hatte nach Sedan versprochen, den Franzosen einen Angriff möglichst erschweren, Deutschland die Abwehr tunlichst erleichtern zu wollen. Das war ein erreichbares Ziel.

So dauerte die Bewegung fort. Bei den Beratungen im Alldeutschen Verbande, die zu seiner Eingabe führten, hatte noch ein zweiter Entwurf vorgelegen, der von Alfred Gildemeister in St. Magnus bei Bremen entworfen war und in der Gesamttendenz durchaus mit ihr einig ging. Er wurde in einem anderen Kreise, der unter Leitung des Geheimen Konsistorialrats Professor D. Seeberg von der Berliner Universität zusammengetreten war, weiterberaten und ist dann Grundlage geworden für eine **Versammlung** im Künstlerhause in der Bellevuestraße zu Berlin, die am 20. **Juni** unter Zulassung der Regierung abgehalten werden konnte. Sie war von mehr als 400 Herren aus allen Gegenden Deutschlands und aus allen Ständen und Berufen, überwiegend doch von Männern akademischer Bildung besucht, was Anlaß geworden ist, von einer »Kundgebung der Intellektuellen« zu sprechen. Die genehmigte **Denkschrift** wurde am 8. **Juli** im Namen der Unterzeichner **dem Reichskanzler übergeben**, mit ihrer Verbreitung und Sammlung von Zustimmungserklärungen auch danach noch fortgefahren. Alle drei Eingaben enthalten Einzelforderungen im besprochenen Sinne.

Der Reichskanzler hatte die Bewegung bis dahin nicht gehindert; es steht aber fest, daß sie ihm nicht erwünscht war. Er hatte Bedenken wegen des Eindrucks, den die aufgestellten Forderungen im Auslande machen könnten. Es ist nicht ohne Verständigung mit ihm eine **Gegenbewegung** in Gang gebracht worden, die unter dem Namen von Delbrück, Dernburg, Harnack, Hatzfeldt-Trachenberg und Kahl in die Öffentlichkeit trat. Sie erklärte sich gegen den geschehenen Schritt und verwarf »die Einverleibung oder Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker«, wollte aber anderseits die besetzten Gebiete »nicht zu einem Bollwerk für unsere Gegner werden, Rivalen Deutschlands sich dort nicht festsetzen« lassen. »Der höchste Siegespreis werde immer in der stolz errungenen Gewißheit bestehen, daß Deutschland auch eine Welt von Feinden nicht zu fürchten brauche, und in dem beispiellosen Kraftbewußtsein, das unser Volk den anderen Völkern der Erde und den kommenden Generationen gegeben habe.« Doch wurde wieder gesagt, daß »das deutsche Volk nur einen Frieden schließen könne, der den strategischen Bedürfnissen, den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes und der ungeheuren Betätigung seiner Kraft und seines Unternehmungsgeistes in der Heimat und auf dem freien Meere gesicherte Grundlagen gebe«. Auf

irgendwelche Einzelerörterungen ließ sich der kurze Aufruf nicht ein. Er fand bis zum 27. Juli 90 Unterschriften, denen weiterhin noch 51 hinzugetreten sind, darunter auch zwei Frauen und führende Mitglieder des Bundes »Neues Vaterland«, den die ausgesprochenen Pazifisten (vgl. den Beitrag »Der Ewige Frieden und die Pazifisten« im 8. Band) unter Anlehnung an ausländische Bestrebungen gebildet hatten.

Da in diesen Äußerungen offenbar Regierungsauffassungen zum Ausdruck kamen, konnten sie die frühere Bewegung nur beleben. Die Denkschrift vom 20. Juni fand im ganzen 1347 Unterschriften, darunter die von 352 Professoren deutscher Hochschulen, von 158 Schulmännern und Geistlichen, 145 höheren Verwaltungsbeamten, Bürgermeistern und Stadtverordneten, 148 Richtern und Anwalten, 40 Reichs- und Landtagsabgeordneten, 18 inaktiven Admiralen und Generalen, 182 Männern aus Industrie, Handel und Bankwesen, 52 Landwirten, 252 Künstlern, Schriftstellern, Verlagsbuchhändlern. Beide Denkschriften waren natürlich nur von Person zu Person bekanntgegeben worden.

Das hat natürlich nicht verhindern können, daß sie auch in unberufene Hände gelangten. Ein amerikanischer Journalist verbreitete die des 20. Juni von Kopenhagen aus im Auslande. Die Furcht der Regierung vor vermehrter Aufregung der Feinde veranlaßte sie, noch im Juli weitere Sammlung von Unterschriften zu untersagen. Sie hat sich später (13. November) zur Beschlagnahme der Denkschrift veranlaßt gesehen, da deren Verbreitung fortgesetzt wurde. In dem Augenblicke, da die Beschlagnahme erfolgte, war aber schon eine neue Denkschrift fertig, die an die Stelle der bisherigen treten sollte. Sie war notwendig geworden durch die Änderung der Lage. Den Erfolgen im Westen, die in den ersten Monaten des Krieges errungen waren, hatten sich im Osten, wo die Wage lange geschwankt hatte, nicht minder erfreuliche und wichtige zugesellt. Nach dem Durchbruch von Gorlize hatten unsere Truppen im Verein mit den Verbündeten ihre Waffen bis an die Düna und über Litauen hinaus nach Weißrußland und Wolhynien hineintragen können. Der Eintritt Italiens in den Krieg hatte das nicht gehindert, der Bulgariens aber rasche und durchschlagende Erfolge gegen Serbien und Montenegro ermöglicht. Andererseits hatte sich im Westen der Stellungskrieg festgelegt. Die neue Denkschrift, die diesem Wandel Rechnung trug, ist doch, mit Rücksicht auf die Tagung des Reichstags und aus anderen Gründen, erst zu Anfang des Jahres 1916 unter dem Titel »Zur Lage« zur Versendung gelangt. Sie wurde eine neue Grundlage des Zusammenschlusses.

Inzwischen hatte auch der Kanzler in seinen öffentlichen Äußerungen den Hergängen bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen. In der Reichstagsrede vom 19. August 1915, 14 Tage nach dem Falle Warschaus, gab er dem Gedanken vom 28. Mai in weniger anfechtbarer Form mit den Worten Ausdruck: »Deutschland muß seine Stellung so ausbauen, festigen und stärken, daß den anderen Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben«, und fügte hinzu: »Wir müssen zu unserem wie zum Schutz und Heil aller Völker die Freiheit der Meere erringen«; er gab zugleich der Überzeugung Ausdruck, daß »Europa nur zur Ruhe kommen könne durch eine starke und unantastbare Stellung Deutschlands«. Er unterließ es, zu sagen, wie er sich eine solche Stellung denke, gab aber Bedenken Nahrung, indem er von »der Freiheit der großen und der kleinen Nationen« redete, deren Hort wir sein wollten, und in bezug auf Polen mit einer warmen Anerkennung der »Freiheitsliebe« seines Volkes gegenüber dem Russentum der Hoffnung Ausdruck gab, »daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen werde, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffe und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen werde, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln könne«. Man hörte Gedankengänge heraus, denen der Kanzler schon früher Ausdruck gegeben hatte, und hielt es nicht für ausgeschlossen, daß er das unmittelbare Ziel des Krieges mehr in der Vorbereitung einer Kulturgemeinschaft als in Mehrung deutscher Macht sehe, auf der doch allein eine für uns ersprießliche Kulturgemeinschaft der Völker aufgebaut werden kann. Man erinnerte sich, daß die Polen Freiheitsliebe nicht nur gegen die Russen, sondern auch gegen uns bewährt, daß sie Belege irgendwelcher Sympathie für die deutsche Sache während des Krieges nicht gegeben hatten, auch daß es keinerlei Gründe gab, die berechtigten, einen ganz selbständigen polnischen Staat zwischen Rußland und Deutschland als geeignete Sicherung unserer Grenzen anzusehen.

Diese Bedenken und Befürchtungen wurden nicht völlig zerstreut, als der Reichskanzler sich am 9. Dezember 1915 etwas näher erklärte. Er sagte im Reichstage: »In meinen früheren Reden habe ich das allgemeine Kriegsziel umrissen. Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen: Ich kann nicht sagen, welche Garantien die Kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordern wird, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien für notwendig erachtet. Aber eines müssen sich unsere Feinde selbst sagen: Je länger und erbitterter sie den Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind. Wollen unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufrichten, dann sollen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft darnach einrichten. Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaue. Und ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet gegen uns betrachteten. Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch, und wir müssen auch wirtschaftlich die Möglichkeit unserer Entfaltung sichern. Was dazu nötig ist, muß erreicht werden. Ich denke, es gibt im deutschen Vaterlande niemanden, der nicht diesem Ziele zustrebt.«

Die hypothetische Wendung von der Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt ließ ungeachtet all der scharfen Worte, die der Reichskanzler gegen die Feinde gebraucht hatte, Zweifel, ob er von ihrem Vernichtungswillen genügend überzeugt sei, und es war bezeichnend, daß der Abgeordnete Spahn als Sprecher des Zentrums in seiner kurzen Zusammenfassung der Kanzlerforderungen hinzufügte, daß sie durchzusetzen

sein »mit allen Mitteln, einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen«.

Wieder einen Schritt weiter ging der Reichskanzler am 5. April 1916: »Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen. Aber das, was war, ist nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärts gegangen; es gibt kein Zurück. Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die polnische Frage aufzurollen; das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht. Das Belgien nach dem Kriege wird nicht mehr das alte vor dem Kriege sein. Das Polen, das der russische Tschinownik, noch hastig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher, ein Pole ehrlich für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut, und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Rußland ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein? Nein, meine Herren, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Gelde das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten. Und ebenso, meine Herren, wird jemand glauben, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut des Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherung für unsere Zukunft preisgeben werden? Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen status quo ante; auch hier macht das Schicksal keinen Schritt zurück. Auch hier kann Deutschland den lange niedergehaltenen flämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben, sondern wird ihm eine gesunde, seinen reichen Anlagen entsprechende Entwicklung auf der Grundlage seiner niederländischen Sprache und Eigenheit sichern.«

Es mußte in diesen Äußerungen auffallen, daß nach der Meinung des Kanzlers »das Schicksal der Schlachten die polnische Frage aufgerollt habe«. Nicht das Schicksal der Schlachten hatte sie aufgerollt, sondern der Ausbruch des Krieges überhaupt. Dem Schicksal hatte man zu danken; wäre es anders ausgefallen, so hätte Rußland das entscheidende Wort in der Frage zu sprechen gehabt. Den Krieg aber hatten alle Urteilsfähigen mindestens seit 1907/08 sicher vorausgesehen; der Mord von Sarajevo hatte ihn ja nur zufällig, zum Glück für uns vorzeitig, zum Ausbruch gebracht. So war lange zu erkennen gewesen, daß die polnische Frage aufgerollt werden würde. Die Äußerung des Kanzlers mußte starke Zweifel erregen, ob unsere Regierung mit klarer Einsicht, mit bestimmter, zielbewußter Auffassung an sie herangetreten war. Wenn, so regte sich auf Grund der Rede der Verdacht, ob es in der richtigen Weise geschehen sei, ob die Ziele des leitenden Staatsmannes sich nicht mehr auf Befreiung von Völkern als auf Mehrung deutscher Macht richteten. Denn von solcher hatte er doch nur in vieldeutigen Wendungen gesprochen.

Die Zweifel waren um so mehr berechtigt, als die Regierung auch in anderer Richtung nach der Meinung weiter und bester Kreise versagt hatte.

England war nicht imstande gewesen, eine völkerrechtlich gültige Blockade gegenüber den deutschen Küsten auszuüben. Es hatte daher die Blockade durch eine Sperre der Zugänge zur Nordsee ersetzt. Von Oktober 1914 an ist deutscherseits beraten worden, ob man dem nicht durch eine ähnliche Maßnahme begegnen könne; am 4. Februar 1915 wurde eine Sperrzone um England herum festgesetzt, die vom 18. Februar ab von Neutralen nur auf eigene Gefahr befahren werden könne. Durch U-Boote wollte man sie aufrechterhalten. Nachdem die Erklärung (vgl. S. 150 f.) einmal hinausgegangen war, mußte an dem getanen Schritt unbedingt festgehalten werden. Tatsächlich wurde aber, noch ehe der U-Bootkrieg überhaupt begonnen hatte, seine Wirksamkeit durch einschränkende Bestimmungen ganz erheblich behindert; man wich schrittweise zurück. Ganz besonders geschah dies, als am 7. Mai der große englische Dampfer »Lusitania«, der bewaffnet war und Kriegsbedarf zuführte, torpediert worden und dabei einige Amerikaner ums Leben gekommen waren. Unsere Regierung hat von Kriegsbeginn an dem Phantom eines Zusammengehens mit den Vereinigten Staaten, vertrauter Beziehungen zu ihnen und gemeinsamer Friedensbestrebungen nachgejagt (vgl. den Beitrag »Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika und der Krieg« in Bd. III), während doch von Anfang an klar war, daß die Union der Weltlage wegen, wenn nicht gerade eine deutsche, so doch jedenfalls keine englische Niederlage wünschen konnte. Sie hätte den Wert der natürlichen englisch-amerikanischen Bundesgenossenschaft im Stillen Ozean bedenklich herabgedrückt.

So hat die Regierung der Vereinigten Staaten denn auch bald erkennen lassen, daß sie durchaus probritisch war. Sie ließ sich von England jede Störung ihres Verkehrs, von Deutschland keine gefallen; sie gestattete England ein Überwachen des Draht- und Briefverkehrs mit Deutschland; sie erlaubte ihren Angehörigen unter nichtigen Ausreden, in geradezu schamloser Weise ungeheuren Gewinn aus Lieferung von Kriegsmaterial zu ziehen, obgleich Deutschland im amerikanisch-spanischen Kriege 1898 anders als England Zufuhr von Kriegsbedarf verboten und Amerika selbst während des mexikanischen Krieges solche untersagt hatte. Die Regierung gab im »Lusitania«-Fall (vgl. diesen Artikel im lexikalischen Teil des 3. Bandes) nach, verzichtete zwar nicht ausdrücklich, wohl aber tatsächlich auf die Aufrechterhaltung der Sperrzone. Und nicht nur das! Als nach der Torpedierung der »Ancona« am 6. November 1915 Österreich-Ungarn auf die amerikanische Beschwerde mit herzerfrischender Festigkeit geantwortet hatte und die Union sich damit nicht zufrieden gab, sandte unsere Regierung einen besonderen Bevollmächtigten nach Wien, die verbündete Macht zur Nachgiebigkeit zu bewegen, was leider auch in vollem Umfange gelang.

An die Stelle einer schon entworfenen, der ersten entsprechenden zweiten Note trat eine andere, die durch ihre Schlaffheit allgemein überraschte und enttäuschte.

Die Verhandlungen über die »Lusitania« spannen sich weiter fort. Sie spitzten sich zu Anfang des neuen Jahres zu; ein amerikanischer Spezialgesandter, Oberst House, erschien in Berlin mit einer Art Ultimatum. Die Öffentlichkeit erfuhr, daß der Reichskanzler zu einem amerikanischen Pressemann geäußert habe, er könne sich die U-Bootwaffe nicht aus der Hand winden lassen. Unterm 8. Februar 1916 wurde eine Denkschrift bekanntgegeben, nach der bewaffnete feindliche Handelsschiffe nach Ablauf einer gewissen Frist wie Kriegsschiffe behandelt werden sollten. Da die gleichzeitig veröffentlichte österreichisch-ungarische Erklärung die Frist auf drei Wochen bemaß, glaubte man allgemein, daß der »verschärfte U-Bootkrieg« am 1. März beginnen werde. Man wurde abermals schmerzlich enttäuscht, denn die von unserer Regierung am 15. März hinausgegebene Mitteilung, daß der verschärfte U-Bootkrieg in vollem Gange sei, entsprach nicht der Sachlage. Völkerrechtliche Bestimmungen über Kriegsverwendung von U-Booten gab es nicht. Englands Gebrauch seiner maritimen Machtmittel sprach jedem Völkerrecht Hohn. Mit Recht erwartete und verlangte man von unserer Regierung, daß sie sich im Gebrauch der einzig wirksamen Waffe gegen Englands brutale Vergewaltigung, gegen seinen Aushungerungskrieg, die Normen selbst setze, fremdem Einspruch, und zumal so fadenscheinigem und selbstsüchtigem wie dem amerikanischen, sich nicht füge.

Die Erklärung vom 8. Februar 1916 war ein vom Standpunkte wirksamer U-Boot-Kriegführung halber, unzureichender und daher bedenklicher Schritt. Wie wollte man denn erkennen, daß ein Handelsschiff feindlich und daß es bewaffnet war? Die Engländer hatten sofort nach Erklärung der Sperrzone angefangen, unter fremder Flagge und mit fremden Abzeichen zu fahren, und Geschütze waren leicht zu verbergen. Amerikanischerseits wurde sofort dieser Einspruch erhoben. In den Beratungen im Großen Hauptquartier zu Anfang März entschied man sich für Abschwächungen, besonders in bezug auf Passagierdampfer, die der Erklärung vom 8. Februar ihre Bedeutung nahmen. Dies Verfahren führte schließlich dazu, daß der Staatssekretär v. Tirpitz aus seiner Stellung schied. Ein treuer Diener Seiner Majestät, mit dessen Namen die Ausgestaltung deutscher Seewehr unauslöschlich verknüpft ist, war damit aus einer Stellung entfernt, deren richtige Besetzung gerade durch seine Person weitesten Kreisen urteilsfähiger und vaterländisch gesinnter Männer allein gesichert erschien. Es ist wahrscheinlich, daß sein Sturz auch zusammenhing mit seinem nachdrücklichen Eintreten für das Festhalten Belgiens und der flandrischen Küste als unerläßlicher Vorbedingung maritimer Sicherung gegen England.

Inzwischen war weithin bekanntgeworden, daß die zunächst zum Urteil berufenen Fachleute überzeugt waren von der erfolgreichen Wirksamkeit eines im Sinne der beiden Erklärungen vom 4. Februar 1915 und 8. Februar 1916 durchgeführten U-Boot-Handelskrieges. Da mit Rücksicht auf die von der südlichen Halbkugel her einlaufenden Zufuhren für England die Eröffnung nicht hinausgeschoben werden durfte, wenn die Wirkung nicht in Frage gestellt werden sollte, entschloß man sich zu Eingaben an Se. Majestät und an den Reichstag; sie sind am 22. März abgesandt bzw. eingereicht worden, trotz der wenigen Tage, die zur Verfügung standen, jene mit gegen 80000, diese, für die noch einige Tage länger gesammelt werden konnte, mit mehr als 90000 Unterschriften. Hätten nicht scharfe Verbote und Beschlagnahme gehindert, es hätten viele Hunderttausende ihre Namen gegeben.

Denn immer weiter und immer tiefer verbreitete sich im Volke die Überzeugung, daß England der Feind sei, daß dieser Gegner die übrigen zusammenhalte, immer neue heranzuziehen suche, und daß gerade er die dauernde Schwächung und Lähmung Deutschlands am nachdrücklichsten und skrupellosesten betreibe. Indem sich der Reichskanzler dem für wirksam gehaltenen Vorgehen gegen diesen Feind widersetzte, gab er den Zweifeln an seiner Reichsleitung neue und reiche Nahrung, mehrte den Verdacht, daß er immer noch an die Möglichkeit einer Verständigung, eines Ausgleichs mit England glaube, ein Ziel zu erreichen suche, dem er vor dem Kriege so lange ergebnislos nachgestrebt hatte. Daß Rücksichten auf Amerika, Befürchtungen und Hoffnungen, dabei besonders geltend gemacht wurden, konnte das Mißtrauen nur erhöhen; denn klar war die Tatsache und weithin herrschend die Überzeugung, daß Amerika nur englische Politik treibe und eher durch Entschlossenheit und Festigkeit als durch Nachgiebigkeit und Schwanken zur Anerkennung und Berücksichtigung des deutschen Standpunktes gebracht werden könne. Zu gerechtem Unwillen steigerte sich dieses Mißtrauen, als die nach Form und Inhalt gleich anmaßende Note der Vereinigten Staaten vom 20. April (vgl. S. 158) am 4. Mai eine Beantwortung (vgl. S. 160) erfuhr, die man nur als schwächliches Zurückweichen bezeichnen kann. Nach allem, was erlebt worden war, konnte ja gar nicht mehr zweifelhaft sein, daß Amerika nicht daran dachte, irgendwelchen ernstlichen Druck auf England zwecks Milderung seiner Absperrmaßregeln auszuüben. Indem die Schlußbemerkung der deutschen Note Freiheit des Handelns vorbehielt, wenn diese Voraussetzung nicht zutreffe, führte sie einen Hieb in die Luft. Amerikanischerseits wurde auch sofort Verwahrung eingelegt, daß auf diese Bemerkung je irgendwelcher Anspruch begründet werden könne. Wilson rühmte sich in öffentlicher Rede, Deutschland niedergeboxt zu haben. Unser Ansehen war schwer geschädigt; kostbare Zeit ging verloren.

Es kam Weiteres hinzu. Die große Mehrheit der sozialdemokratischen Partei hatte im Reichstag zusammen mit den sogenannten bürgerlichen Parteien bewilligt, was die Regierung für den Krieg forderte. Im Kriegs- wie Bürgerdienst hatten die Arbeiter ihre Pflicht erfüllt wie jeder andere deutsche Stand. Glänzend hatte sich gezeigt, was das Reich bedeutete für alle, die in seinem Schatten wohnen, was Nationalgefühl für das Volksleben ist. Es war aber natürlich, daß die Führer der Sozialdemokratie, die den internationalen Faden jäh zerrissen sahen und auf seine Wiederanknüpfung nicht so ohne weiteres verzichten wollten, in den Fragen der Herrschaftserweiterung und Machtvermehrung nicht nur zurückhaltend waren, sondern sich ablehnend verhielten. Die Genossen sympathisierten im allgemeinen mit den Pazifisten, und die Eifrigeren unter ihnen hielten es für ihre Pflicht, die Kriegszielbestrebungen möglichst an die Öffentlichkeit zu zerren, um sie vor In- und Ausland an den Pranger zu stellen und die Regierung zum

Einschreiten zu bewegen. So widerfuhr der Schrift »Zur Lage« das gleiche Schicksal wie der Denkschrift des 20. Juni 1915; in Anlaß einer Anregung des Sozialdemokraten Ströbel in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Februar 1916 wurde ihre Beschlagnahme ausgesprochen.

Am 20. Juni 1916 besprach der Führer der vaterlandstreuen sozialdemokratischen Mehrheit im Reichstage, Scheidemann, in Breslau in einer großen Parteiversammlung die Kriegsziele des Reichskanzlers. Er suchte ihn zu rechtfertigen gegen die aus seiner Rede vom 5. April im Auslande gefolgerte Annahme, daß er die Eroberung Belgiens und der besetzten französischen Gebiete beabsichtige. Er bemerkte nach einem Bericht des »Berliner Tageblatts« vom 22. Juni, der von der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« bestätigt wurde: »Man tut dem Reichskanzler ein gewaltiges Unrecht, wenn man ihm diese Absichten unterstellt. Ich weiß, daß er nicht an derartige Pläne denkt. Ich hoffe, er wird es mir nicht mißdeuten, wenn ich hier eine Indiskretion begehe. Ich begehe sie aber in der Absicht, unserem Lande einen Dienst zu erweisen. Als vor einem Jahre die sechs alldeutschen Verbände dem Reichskanzler ihre bekannten Eroberungspläne unterbreiteten, wurde ich mit einigen Parteifreunden beim Reichskanzler vorstellig, um Einspruch zu erheben gegen jene Pläne. Wir hörten aus dem Munde des Reichskanzlers, daß er mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben wolle, daß er sie weit von sich weise, und daß er sie, wie alle ähnlichen Pläne, auf das entschiedenste mißbillige.«

Die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« begnügte sich damit, zu diesen Äußerungen auf die Reden des Reichskanzlers im Reichstage zu verweisen. Diesem Verhalten gegenüber mußte vor allem auffallen, daß diese Reden, wenn sie überhaupt einen sachlichen Inhalt und einen Sinn haben sollten, gar nicht anders aufgefaßt werden konnten, als daß die vom Reichskanzler erstrebten Ziele mit den von den sechs Verbänden und in den sonstigen Kriegszielschriften gestellten in der Hauptsache zusammenfielen. Den Sinn der Kanzlerrede vom 5. April 1916 hatte der Wortführer des Zentrums nach der vorherrschenden Ansicht in unmittelbarem Anschluß an die Rede richtig wiedergegeben: Belgien solle militärisch, politisch, wirtschaftlich in deutsche Hand »zu liegen kommen«. Darüber hinaus gingen die oben berührten Schriften auch nicht. Frankreich gegenüber vertraten einige weitergehende Forderungen, aber nach Osten hatte noch keine, in weitere Kreise gekommene das Ziel so bestimmt bezeichnet und so weit gesteckt wie der Reichskanzler selbst. Polen, Litauer, Balten und Letten sollten nach ihm nicht wieder unter das reaktionäre Rußland zurückkehren! Auch hatte er ja am 5. April die russische Regierung aufgefordert, »unseren verjagten und gepeinigten Landsleuten die Tür aus der russischen Knechtschaft zu öffnen«. Sie aufzunehmen, brauchte man doch Land, das allein in den Außenbezirken des von uns besetzten Gebietes gewonnen werden konnte. Man stand vor einem Rätsel.

Das fand lebhaftesten Ausdruck in einer Versammlung, welche ungefähr ein Jahr nach jener ersten im Künstlerhause, am 25. Juni 1916, die gleichen Kreise im Abgeordnetenhause vereinigte. Der Ausschuß, der jene erste Zusammenkunft vorbereitete, hatte sich alsbald nach Überreichung der Denkschrift, noch im Juli 1915, aufgelöst; es war aber in unmittelbarem Anschluß daran ein neuer Ausschuß in Tätigkeit getreten, dem ganz überwiegend die gleichen Personen angehörten. Da Professor Seeberg erklärte, die Leitung nicht weiter führen zu können, trat auf Wunsch der Mitglieder der Verfasser des vorliegenden Beitrages an seine Stelle, der bei der Vorbereitung der ersten Versammlung und Denkschrift nicht beteiligt gewesen war, nur, auf Wunsch des Vorsitzenden, für den 20. Juni eine Ansprache übernommen hatte. Er ist nachher der Verfasser der Schriften »Zur Lage« und »Nochmals zur Lage« geworden. Die Zahl der über ganz Deutschland verbreiteten Vertrauensmänner bezifferte sich bald auf viele Hunderte, die der Zustimmenden auf noch mehr Tausende; zahlreiche Ortsgruppen entstanden, Verständnis zu verbreiten für die vertretenen Meinungen. In einer ganzen Reihe von Druckschriften und Flugblättern wurden sie im einzelnen dargelegt und begründet.

Wie jener ersten, so ist auch der zweiten großen Versammlung alsbald eine Gegenaktion gefolgt. Es trat, wiederum unter offenbarer Begünstigung der Regierung, ein »Deutsch-nationaler Ausschuß für einen ehrenvollen Frieden« zusammen. Das Anschreiben, mit dem sich nach den Mitteilungen linksstehender Blätter dieser Ausschuß werbend an weitere Kreise wandte, war wunderlich genug und ist später auch von einigen der Herren, deren Namen als Unterzeichner genannt wurden, verleugnet worden. Seine Verfasser machten sich grober Gedächtnisfehler schuldig, sprachen von »Unersättlichkeiten in den Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes«, offenbar ohne diese Kundgebungen überhaupt zu kennen, von denen, verglichen mit den Äußerungen des Reichskanzlers, genau dasselbe gilt wie von jenen der sechs Verbände, und bekundeten offensichtlich, daß sie über Stand und Behandlung der einschlägigen Fragen völlig ununterrichtet waren. Denn wenn sie erklärten, daß der neue Ausschuß »seinen Mitgliedern und Gesinnungsgenossen alles einschlägige Material unparteiisch unterbreiten, mit ihnen lernen und forschen« wolle, »um so, unbeirrt von billigen Schlagworten (so!), der deutschen Zukunft den Boden zu bereiten«, so übersahen sie ganz, daß dieses Material im Verfolg der bisherigen Bestrebungen längst in umfassendster und gründlichster Weise zugänglich gemacht und nicht mit Schlagwörtern, sondern auf Grund eingehenden Studiums und gründlicher Kenntnis der Dinge bearbeitet worden war. Von irgendwelchem gemeinsamen »Lernen und Forschen« ist nachher auch nicht die Rede gewesen.

Da ein Unterschied zwischen Friedensbedingungen, die der Deutsch-nationale Ausschuß ja erörtern wollte, und Kriegszielen nicht zu entdecken war, so hätte der seit Jahresfrist bestehende Ausschuß sich selbst aufgegeben, wäre er nicht auch in die Öffentlichkeit getreten und hätte nicht das gleiche Recht der Agitation in Anspruch genommen. Scheu vor Regierungsmaßnahmen konnte davon nicht mehr abhalten. So ist er durch eine den Zeitungen übermittelte Erklärung vom 13. Juli 1916 der »Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden« geworden. Der Deutsch-nationale Ausschuß hatte für den 1. August in zahlreichen deutschen Städten Vorträge angesagt, die auch zum großen Teil gehalten worden sind. Weiterhin hat man wenig mehr von ihm gehört; wer eigentlich seine Leiter waren, hat nie mit Sicherheit festgestellt werden können. Doch sind von seiner stark besetzten Geschäftsstelle aus nicht wenige Artikel beson-

ders in der kleineren Provinzpresse verbreitet worden, die sich besonders einer scharfen, zum Teil geradezu gehässigen Polemik gegen den Unabhängigen Ausschuß befleißigten.

Zu Erwiderungen hat sich dieser nicht entschlossen. Dagegen hat er sich nicht nur für berechtigt, sondern auch für verpflichtet gehalten, seine Organisation weiter auszubauen und stärker hervorzutreten. Am 18. August wurde im Abgeordnetenhause eine wiederum aus allen Teilen Deutschlands stark besuchte Versammlung abgehalten, in der ein Aufruf »An das deutsche Volk« beschlossen und am 23. August mit 240 Unterschriften angesehenster deutscher Männer versandt wurde. Zahlreiche neue Ortsgruppen entstanden; eine umfassende Vortragstätigkeit wurde planmäßig in die Wege geleitet. Der Eintritt Rumäniens in die Reihe unserer Gegner und der Wechsel in der obersten Heeresleitung gaben der Bewegung einen neuen Anstoß. Am 15. und 16. Oktober 1916 waren wieder über 600 Männer im Abgeordnetenhause versammelt; die gegnerische Presse, die stets bemüht gewesen war, der Tätigkeit des Ausschusses nachzuspüren, verstieg sich diesmal zu verleumderischen Anklagen. Gegen einen der Redner wurde ein Anklageverfahren eingeleitet wegen Beleidigung des Reichskanzlers; die Herren, die bei der Ladung der Versammlung mitgewirkt hatten, wurden in Strafe genommen, weil sie der für politische Zusammenkünfte bestehenden Anmeldepflicht nicht genügt hatten. Mitglieder des Vorstandes und die Geschäftsstelle mußten Haussuchungen über sich ergehen lassen, der Vorsitzende in Nachforschung nach einer Denkschrift, von deren Vorhandensein er erst durch die Polizeibeamten erfuhr. Früher hatte sich das Eingreifen der Polizei, so lebhaft es im März zur Zeit der U-Boot-Agitation auch gewesen war, doch immer nur auf Nachfragen beschränkt. Am 20. Oktober wurden Briefe mitgenommen, weil in ihnen das Wort Denkschrift vorkam, allerdings schon am 23. zurückgegeben. Bis dahin hatte der Ausschuß in losester Form, ohne Statuten, gearbeitet. Er mußte jetzt, wollte er seine Tätigkeit fortsetzen, Verein werden. Unter dem bisherigen Namen hat er am 1. November 1916 Vereinsform angenommen, der Polizeibehörde Statuten eingereicht und seinen Vorstand benannt. Eine Beitragspflicht hat er doch nicht eingeführt. Die Kosten sind auch weiterhin ausschließlich durch freiwillige Beiträge gedeckt worden.

Die Erklärung der verbündeten Kaisermächte vom 5. November 1916 über ein neues polnisches Staatswesen, dann das Friedensangebot der Mittelmächte am 12. Dezember (vgl. S. 164f.) und die nicht nur schnöde, sondern freche Art seiner Ablehnung (vgl. S. 167f.) trugen das Verständnis für die vaterländische Kriegszielbewegung in immer weitere Kreise. Handelte es sich doch in der polnischen Frage um eine der wichtigsten Entscheidungen, die überhaupt zu treffen waren, vielleicht um die wichtigste des ganzen Krieges, und ihre Beantwortung war nun, trotz der wiederholten Zusage des Reichskanzlers, die Erörterung der Kriegsziele so früh freizugeben, daß es dem deutschen Volke möglich sein werde, seine Ansichten und Wünsche rechtzeitig zur Geltung zu bringen, in einer Weise festgelegt, die den allergrößten Bedenken unterlag und durch die Folgen bis jetzt auch in keiner Weise gerechtfertigt worden ist, war festgelegt, ohne daß den nächstberechtigten und -beteiligten Körperschaften, dem Reichstag und dem preußischen Landtag, Gelegenheit gegeben war, sich zur Sache zu äußern. Sind doch in den polnischen Dingen Preußen und Reich identisch! Auch das Friedensangebot hätte leicht Folgen haben können, die eine vorherige Verständigung mit den Volksvertretern als unerläßlich offenbart hätten. So wurde die Stimmung, daß man die Leitung der auswärtigen Politik, wie es im Reiche von Bismarckscher Zeit her Brauch geworden war, nicht in blindem Vertrauen der Regierung überlassen könne, noch weiter verbreitet und tiefer begründet.

Das Treiben des Genossen Scheidemann wirkte weiter in dieser Richtung. Er wurde nicht müde, seine Weisheit: »Französisch bleibe, was französisch ist, belgisch, was belgisch« landauf, landab zu verkünden und dabei durchblicken zu lassen, daß er wisse, um welchen Preis Frankreich den Frieden haben könne; er konnte das tun, ohne daß ihm von verantwortlicher Stelle her irgendwie gesteuert worden wäre. Man wurde sich klarer darüber, daß es gelte, mit aller Deutlichkeit Stellung zu nehmen. Schon am 27. Januar 1916 hatte auch der Wehrverein dem Reichskanzler eine Kriegszieldenkschrift eingereicht, am 17. Juni der Flottenverein; die Deutsche Kolonialgesellschaft hatte »koloniale Leitsätze« aufgestellt. Am 12. November 1916 folgte auch der »Deutsch-nationale Ausschuß für einen ehrenvollen Frieden« und Ende des Monats die nationalliberale Partei. Am 27. November wurde »die sachliche Erörterung der Kriegsziele« unter gewissen Beschränkungen freigegeben. Am 19. Januar 1917 veranstaltete dann der Unabhängige Ausschuß im Abgeordnetenhause eine Versammlung, für die über 4600 Zulaßgesuche wegen Platzmangel abgelehnt werden mußten. Redner aller bürgerlichen Parteien sprachen einmütig für einen starken deutschen Frieden; auch ein sozialdemokratischer Vertreter hatte sich bereit gefunden, mitzuwirken, war aber durch die Fraktion gehindert worden. Scheidemanns Auftreten wird ja von den Parteigenossen keineswegs allgemein gebilligt; sachlich urteilende Sozialisten können seinen Standpunkt gar nicht einnehmen, denn ein Frieden in dem von ihm vertretenen Sinne wäre der sichere Ruin des deutschen Arbeiterstandes. Es wurde denn auch in Abrede gestellt, daß er in betreff der Kriegskosten die ihm zugeschriebene Losung »jeder trage seine Lasten« ausgegeben habe. In einer Schrift: »Ein Appell an Denkende« hat der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Partei selbst, um seine Haltung gegenüber den »Unabhängigen« zu rechtfertigen, überzeugend dargetan, welche Folgen ein Frieden nach den Absichten der Gegner gerade für den Arbeiterstand haben würde.

Am 1. Februar 1917 ist endlich der U-Bootkrieg erklärt worden in dem Sinne, wie er ursprünglich gedacht war, und zwar nicht nur für die britischen Gewässer, sondern für die aller unserer Gegner. Damit ist der Krieg vor die letzte Entscheidung gerückt. Daß sie ausfallen muß im Sinne einer starken Mehrung deutscher Macht, wenn die Zukunft unseres Vaterlandes gesichert sein soll, kann weniger als je zweifelhaft sein, auch nach der russischen Revolution vom März (vgl. den Beitrag in Bd. 3) nicht.

Denn noch ist in keiner Weise ersichtlich, ob sie die Gefahren mindern wird, die unserem Volke von russischer Macht drohen. Niemand kann die Möglichkeit leugnen, daß diese Macht um so gefährlicher wird, je freier das innere Staatsleben ist, auf das sie sich stützen kann. Daß republikanische Staatsform an sich ein besserer Bürge für friedliche Nachbarschaft wäre,

kann doch nur behaupten, wer in Wolkenkuckucksheim lebt und alle Lehren der Geschichte in den Wind schlägt. Ist denn das Römerreich nicht von der Republik begründet worden? War die französische Republik von 1792 etwa nicht eroberungssüchtig oder nicht die bestehende, die einen Kolonialbesitz von fast 10 Millionen qkm erworben hat? Kann irgendein Kundiger den ungeheuren Ausdehnungstrieb verkennen, der von Anfang an in den Vereinigten Staaten von Nordamerika lebendig gewesen ist? Auch eine russische Republik wird ausdehnungsbedürftig, ausdehnungsgierig sein. Sie wird es sein, auch wenn sie sich föderativ gestalten sollte, denn das Großrussentum würde führend bleiben und ihr alsbald wieder den gleichen allslawischen Stempel aufdrücken, welcher der Politik des Zarentums in den letzten Jahrzehnten das Gepräge gab. Ob man das Panslawismus oder Neoslawismus nennt, ist doch vollkommen gleichgültig. Deutschland in den bisherigen Grenzen würde unter dem gleichen, ja unter einem schwereren Druck stehen als bisher. Es wäre vorbei mit dem erhofften Schutz unseres Ostens, vorbei mit der Betätigungsmöglichkeit für den deutschen Landmann, deren wir so dringend bedürfen. Ost- und Westpreußen würden wieder unter den Kanonen der Festungslinie von Warschau bis Kauen liegen, Oberschlesiens Minen- und Industriebezirk wieder im Bereich feindlicher Grenzkommandos. Und das gegenüber einem verstärkten Polen, das seine nationalen Aspirationen nur im Westen, nicht im Osten befriedigen kann und dabei das gesamte Slawentum hinter sich hätte. Mit der Rücksiedlung der landbauenden Deutschen Rußlands auf heimischen Boden wäre es für alle Zeiten vorbei; die baltischen Deutschen wären der sicheren Vernichtung ausgeliefert. Das alles in blindem Vertrauen auf die Friedfertigkeit republikanischer Staatsbildungen! Ein Staatsmann, der solcher Entwicklung zusteuerte, würde der Totengräber des Deutschen Reiches und Volkes werden.

Am 14. Juli ist der in den Kreisen des »Unabhängigen Ausschusses« und auch weithin sonst schon lange für nötig gehaltene Kanzlerwechsel endlich erfolgt. Aber am 19. Juli hat eine Reichstagsmehrheit, zu der überraschenderweise auch fast das gesamte Zentrum gehörte, eine Entschließung gefaßt, nach der ein »Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker« angestrebt wird, mit dem »erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar« seien. Als wenn es einen anderen Frieden geben könnte als einen solchen der Verständigung, und als wenn je auf große Kriege eine dauernde Versöhnung der Völker gefolgt und ein Verzicht auf Machterweiterung nicht gleichbedeutend wäre mit der Vernichtung unserer Zukunft! Die Entschließung war aber nicht nur sinnwidrig, sondern auch durch ihre Wirkung im Auslande in hohem Grade verderblich. Sie bestärkte den Kriegswillen der Gegner, die in ihr einen Beleg unserer Schwäche erblickten und nur erblicken konnten. Glücklicherweise steht ihr die Erklärung des neuen Reichskanzlers Dr. Michaelis gegenüber, daß wir »einen Frieden wollen, in dem wir uns erfolgreich durchsetzen« und in dem »in erster Linie die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden«. Daß das nur möglich ist durch Erweiterung deutscher Macht, sieht »jeder Denkende«. Und wenn der neue Reichskanzler hervorhob, daß »die deutsche Armee mit ihren Führern mit dieser Erklärung einverstanden« sei, so liegt für die Träger und Förderer der vaterländischen Kriegszielbewegung kein Anlaß vor, den Mut sinken zu lassen, sondern im Gegenteil nur ein neuer, starker Antrieb zum Vertreten ihrer Auffassung.

Die Literatur der Kriegszielbewegung ist der Lage entsprechend fast ausnahmslos als »Handschrift gedruckt« und »vertraulich« verbreitet worden. Jetzt kann darauf hingewiesen werden, daß die »Auskunftstelle Vereinigter Verbände« (Berlin N 24, Friedrichstraße 136) 1915 unter dem Titel »Gedanken und Wünsche deutscher Vereine und Verbände zur Gestaltung des Friedens« eine Sammlung von Kriegszieleingaben und -erklärungen drucken ließ und diese Veröffentlichung am 1. Mai 1916 unter dem Titel »Gedanken und Wünsche zur Gestaltung des Friedens« in erweiterter Form wiederholte. Der »Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden« (Berlin SW 48, Wilhelmstraße 9) ließ ein Verzeichnis der hauptsächlichsten von ihm verbreiteten Schriften drucken.

I. Politik und Geschichte

Entwicklung und Ergebnisse der kolonialen Arbeit Deutschlands

von Legationsrat Dr. **Alfred Zimmermann** in Berlin

I. Die ersten deutschen Kolonisationsversuche.

Die fast allgemein verbreitete Annahme, daß Mangel an Verständnis für die Bedeutung überseeischer Besitzungen das deutsche Volk veranlaßt hätte, bei den Teilungen der Erde in früheren Jahrhunderten den bloßen Zuschauer abzugeben, entspricht nicht den Tatsachen. Wie sich in neuerer Zeit herausgestellt hat, fehlte es bereits in den ersten Jahren der großen Entdeckungen, an denen auch deutsche Männer beteiligt waren, in Deutschland weder an der nötigen Einsicht für den Wert der neuen Betätigungsgebiete noch an der Neigung, einen Teil daran dem Vaterlande zu sichern. Mit welcher Aufmerksamkeit man die Erfolge der Spanier und Portugiesen damals beobachtete, beweist schon das Erscheinen der zahlreichen Schilderungen der neuen Entdeckungen gerade in Deutschland. Bei den nahen Beziehungen des deutschen Herrscherhauses zum spanischen und der engen wirtschaftlichen Verbindung beider Reiche konnte man ja damals annehmen, daß die von Spanien erzielten neuen Vorteile Deutschlands Kaufherren besonders zugute kommen würden. Lag doch in ihren Händen von alters her die Versorgung Nord- und Osteuropas mit Erzeugnissen Afrikas und Asiens, und besaßen sie doch überall ihre tüchtigen Vertreter. Aber die großen süddeutschen Handelshäuser wollten nicht nur die Geschäfte der Spanier besorgen. Sie taten auch sehr früh schon Schritte, um sich selbst einen Anteil an der Neuen Welt zu sichern. Die Vertreter des großen Hauses der Welser bemühten sich bei den spanischen Behörden in Santo Domingo wie in Madrid, das Recht der Besitzergreifung von weiten Gebieten am Golfe von Maracaibo zu erlangen. Sie vermuteten dort nicht allein goldreiche Gegenden im Innern, sondern auch eine natürliche Wasserstraße zum Stillen Ozean. Kaum war der Abschluß eines entsprechenden Vertrags mit der spanischen Krone am 27. März 1528 geglückt, so begannen sie mit der Absendung von Kolonisten nach dem neuen Erwerbe und gingen daran, diesen Teil Südamerikas gründlich zu erforschen.

Während derselben Jahre, in denen Pizarro mit seinen Genossen das Goldland Peru vom Meere aus entdeckte und eroberte, drangen die Bevollmächtigten der Welser von Norden bis weit ins Innere vor und nahmen Anteil an der Gründung von Santa Fé de Bogotá. Aber das Land des sagenhaften Dorados war so wenig auffindbar wie die Wasserstraße zum Stillen Meere, und der Besiedelung und Erschließung des Küstenlandes legte die Eifersucht der Spanier unübersteigbare Hindernisse in den Weg. Nach vielen vergeblichen großen Opfern an Geld und Menschen erklärte die spanische Regierung 1555 das Privileg für erloschen. Die großen Verluste der deutschen Handelshäuser infolge der spanischen Staatsbankerotte, die religiösen und politischen Wirren in Deutschland machten dann für lange so weitausschauende Unternehmungen hier unmöglich. Inzwischen geriet die Nordseeküste zum Teil in dänische Hand, die Ostseeküste in schwedische, sperrten die Dänen die Wasserstraße zwischen beiden Meeren und ging die Machtstellung der deutschen Hansestädte verloren. Deutschland zerfiel in machtlose Kleinstaaten, die sich mit Österreich und untereinander bekämpften. Hand in Hand mit der politischen Ohnmacht ging der wirtschaftliche Niedergang. Je mehr die Nachbarländer erstarkten, um so schwächer wurde das Deutsche Reich.

Aber selbst in diesen traurigen Zeiten blieb hier der Wunsch nach Seegeltung und überseeischer Betätigung lebendig. Kaum gab der Westfälische Frieden die Möglichkeit dazu, so faßte der Kurfürst von Brandenburg die Errichtung einer Gesellschaft für den Handel mit Indien in seinem ostpreußischen Besitze ins Auge. Gemeinsam mit Dänemark, das seine Faktoreien an der Koromandelküste dem Unternehmen überlassen wollte, hat er sich mehrere Jahre hindurch bemüht, die nötigen Mittel zusammenzubringen und ein kaiserliches Privileg zu erwirken. Nur die neuen Verwicklungen mit Frankreich und Schweden veranlaßten ihn schließlich, diese Pläne zu vertagen. Als er sie 1660 wieder in Erwägung zog, gedachte er ihnen eine wesentlich erweiterte Grundlage zu geben. Er unternahm damals den Versuch, den Kaiserhof in Wien und sogar Spanien, das inzwischen durch die rücksichtslose Politik Englands und Hollands in größte Gefahren geraten und in seinem Bestande bedroht war, für gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Seine Schritte blieben erfolglos, da man weder in Wien noch Madrid in den ausschlaggebenden Kreisen das nötige Verständnis dafür gewann. Während der folgenden Jahre änderte sich die Lage. Handel und Wandel Brandenburgs und Preußens hatten sich erholt. Die Macht des Kurfürsten war groß genug geworden, um sich der Übergriffe seiner Nachbarn selbst zu erwehren. Er nahm 1674 holländische Kaperschiffe in seine Dienste und griff gegen die Schweden und

sogar gegen die Spanier zur Gewalt. Die dabei erzielten Erfolge veranlaßten ihn, 1680 seinem Admiral die Erlaubnis zur Anlage von Faktoreien an der Goldküste Westafrikas zu erteilen.

Bis 1717 ist dieser Besitz in deutscher Hand geblieben, obwohl Holland, England und Frankreich um die Wette das brandenburgische Unternehmen, das von 1682 ab seinen Sitz in Emden hatte, aufs rücksichtsloseste bekämpft und geschädigt haben. Dadurch, daß sie ihm die Verschiffung von Negerarbeitern nach Amerika, zu jener Zeit das einzige Geschäft, das afrikanische Unternehmungen bezahlt machte, bis zur Unmöglichkeit erschwerten, zwangen sie schließlich Friedrich Wilhelm I., die Faktoreien zu veräußern.

Wie wenig dieser durch besondere Umstände bedingte Mißerfolg den Drang der deutschen Handelswelt nach überseeischen Unternehmungen abgekühlt hat, beweist die Tatsache, daß um dieselbe Zeit der Wiener Hof, an den nach Abschluß des Spanischen Erbfolgekriegs Belgien mit dem Ostender Hafen gefallen war, von verschiedensten Seiten mit kolonialen Plänen bestürmt wurde. Ehe noch die Regierung sich schlüssig gemacht hatte, sandten wagemutige Kaufleute Anfang 1715 von Ostende drei Schiffe mit Waren nach Indien. Als sie Mitte des folgenden Jahres zurückkehrten, konnten über 100 Prozent Gewinn verteilt werden. Ihr Erfolg förderte den Eifer anderer Wagemutiger. Aber Vorstellungen und Drohungen Englands und Hollands schüchterten die kaiserliche Regierung ein. Erst 1718 ließ sie neue Fahrten nach Indien zu. Auch diese Schiffe machten gute Geschäfte. Da überdies die Weltlage sich inzwischen günstiger gestaltet hatte, ging man nun in Wien dazu über, amtliche Pässe für Unternehmungen in Indien zu erteilen und die Einsprüche Englands und Hollands abzuweisen. Der um jene Zeit in Paris und London erfolgende Mississippi- und Südseekrach, der beide Länder in arge Schwierigkeiten verwickelte, begünstigte die deutschen Pläne. Man sandte daher nicht nur neue Schiffe nach Indien und faßte den Erwerb der Insel Tabago, der Salomonsinseln, ja sogar Madagaskars ins Auge, sondern man erteilte 1722 der »Kaiserlichen und königlichen Kompanie für die österreichischen Niederlande« ein kaiserliches Privileg. Das Kapital von 6 Millionen Gulden wurde im Handumdrehen gezeichnet. Der Kurs der Aktien stellte sich sofort auf 1120. Im Jahre 1725 konnten bereits 6 Proz. verteilt werden. Während der nächsten Jahre stiegen die Gewinne fortgesetzt. England und Holland, die Österreich gegenüber damals nicht zur Gewalt zu greifen wagten, gerieten in schwere Besorgnis. Da bot das österreichisch-spanische Bündnis ihnen eine Handhabe. Sie wußten Frankreich und sogar Preußen zum Zusammenschluß mit ihnen zu bringen. Der Ausschluß der österreichischen Niederlande vom Handel mit Indien wurde als eines der Ziele des Bundes ausdrücklich erklärt. Als gar noch eine neue Gefahr von seiten der Türkei auftauchte, der Papst auf Seite der Liga trat und Kaiser Karl VI. die Zustimmung der Mächte zur Änderung der österreichischen Thronfolgeordnung brauchte, wagte man in Wien das so aussichtsreiche Unternehmen nicht fortzuführen. 1732 wurden die Fahrten nach Indien eingestellt und die Gesellschaft aufgelöst! — Trotz dieser bösen Erfahrungen haben sich sowohl Maria Theresia wie Friedrich d. Gr. mehr als einmal mit neuen überseeischen Plänen beschäftigt und einigen zu ihrer Verwirklichung bestimmten Unternehmungen Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ungunst der Weltlage beraubte sie aber im voraus der Möglichkeit eines Erfolgs. Und selbst wenn er ihnen beschieden gewesen wäre, würden die Revolutionskriege ihren Besitz ebenso wie den der anderen Staaten in die Gewalt des meerbeherrschenden Englands gebracht haben.

Trotz Englands Übermacht ist im 19. Jahrhundert der Wunsch nach Erwerb eigener Kolonien in Deutschland nicht mehr eingeschlafen. Man verlangte nach ihnen nicht nur, um sich im Handel mit tropischen Erzeugnissen von England unabhängig zu machen, sondern auch um nicht alljährlich die vielen Tausende von Auswanderern für das deutsche Volkstum zu verlieren. Immer wieder haben Privatleute und Vereine koloniale Pläne aufgestellt und den Versuch unternommen, deutsche Gemeinschaften über See zu gründen. Am lebhaftesten wurde die Bewegung in den 1840er Jahren, als der Zollverein einen großen Teil Deutschlands wirtschaftlich geeint, damit gestärkt und mit neuem Selbstgefühl erfüllt hatte. Neben allerlei Vorschlägen für Ansiedlungen in Süd- und Mittelamerika, Australien und Afrika wurde damals von dem sogenannten deutschen Adelsverein der ernstliche Versuch gemacht, in dem zu jener Zeit halb unabhängigen Texas einen großen deutschen Pflanzstaat ins Leben zu rufen. — An der nie schlummernden Eifersucht und Wachsamkeit Englands sind diese Pläne gescheitert. Die Monroedoktrin der Vereinigten Staaten machte bald ihr Wiederaufleben unmöglich.

II. Der Erwerb der Schutzgebiete.

Der Freiherr Klaus von der Decken ist es gewesen, der, als sich die Weltlage für die Deutschen Anfang der 1860er Jahre günstiger gestaltete, die ersten vorbereitenden Schritte zum Gewinne kolonialen Besitzes in Afrika getan hat. Sein Ziel war Erwerb der ostafrikanischen Tana- und Jubagebiete mit ihrem bergigen Hinterlande. Sein früher Tod hinderte ihn an der Verwirklichung seines Planes. Doch der überlebende Teilnehmer seines Zuges, Dr. O. Kersten, ließ nicht ab, seinen Gedanken weiter zu verfechten. Auf seine Veranlassung gingen Ende der 1870er Jahre die Brüder Denhardt ins Tanaland, erforschten es und bereiteten eine deutsche Niederlassung vor. Während sie in Afrika arbeiteten und vergebens bemüht waren, die Unterstützung der Reichsbehörden zu erlangen, sah sich der deutsche Reichskanzler aus politischen wie wirtschaftlichen Erwägungen heraus bewogen, staatliches Eingreifen zugunsten eines kolonialen Unternehmens in der Südsee ins Auge zu fassen. Er wollte durch Gewährung einer Zinsgarantie die großen Godeffroyschen Pflanzungen auf den Samoainseln vor Zusammenbruch retten. Die Furcht vor Verwicklungen mit anderen Mächten und Abneigung gegen so gewagte Geschäfte, vielleicht auch Haß gegen den Kanzler veranlaßten die Mehrheit des Reichstags, die Vorlage abzulehnen. Fortgesetzte Hilfegesuche deutscher Unternehmer in herrenlosen überseeischen Ländern gegen Vergewaltigungen durch die Eingeborenen oder fremde Staaten bewogen aber die deutsche Regierung, dem Drängen zahlreicher Freunde kolonialer Unternehmungen nochmals nachzugeben. Im April 1883 erkundigte sich Fürst Bismarck in Hamburg und Bremen nach den Beschwerden und Wünschen der in Afrika tätigen Firmen. Auf ihre Darlegungen hin beschloß er, die herrenlosen Gebiete, die für deutsche Arbeit in Betracht kamen, unter den Schutz des Reiches zu stellen. Noch zu Ende des Jahres 1883 verständigte er England, daß sich Deutschland entschlossen

habe, sich seiner Angehörigen in dem schutz- und herrenlosen Südwestafrika, für das England wiederholt jede Verantwortung abgelehnt hatte, von nun an selbst anzunehmen. Anfang 1884 entsandte er den Generalkonsul Dr. Nachtigal nach Westafrika und ließ dort die deutsche Flagge in Togo, Kamerun und Südwestafrika hissen. Ende 1884 erklärte er die deutsche Schutzherrschaft über Neuguinea. Gleichzeitig setzte er beim Reichstag Annahme eines Gesetzes betreffs Einrichtung staatlich unterstützter Dampferlinien nach Ostasien und Australien durch und brachte im Herbst 1884 die internationale Konferenz zur Regelung der seit einigen Jahren die Welt bewegenden Kongoangelegenheit zustande. Durch sie erreichte er, daß fast das gesamte mittlere Afrika der Herrschaft Englands und Frankreichs endgültig, wie man annehmen konnte, entzogen und dem auf Deutschlands Freundschaft angewiesenen Belgien zugeteilt wurde. Vertragsmäßig sollte dieses Riesengebiet nicht nur dem Handel und der Schiffahrt Deutschlands für immer offenstehen, sondern auch in Kriegszeiten ebenso wie der größte Teil des Kamerungebiets und ganz Ostafrika dieselbe Neutralität wie Belgien genießen! Letztere Abmachung war von besonderer Bedeutung für Deutschland, da es inzwischen seine Hand nicht nur auf das Witugebiet, sondern auch dank der Tätigkeit deutscher Kolonialfreunde, die Dr. Peters, Graf Pfeil und Dr. Jühlke nach Afrika entsandt hatten, auf einen großen Teil des Hinterlandes der Besitzungen des Sultanats Sansibar gelegt hatte.

Das Vorgehen Deutschlands stieß auf lebhaften Widerspruch nicht allein bei England und seinen Tochterstaaten, sondern auch bei Frankreich und Portugal. Es bedurfte sehr langer und mühseliger Verhandlungen, ehe mit ihnen einigermaßen zufriedenstellende Verständigungen über die Grenzen der neuen deutschen Besitzungen erzielt werden konnten. Die wichtigste war der Vertrag vom 1. Juli 1890 mit England, worin Deutschland Witu abtrat, seine Ansprüche auf Sansibar fallen ließ und dafür die Insel Helgoland eintauschte. Nach der Auseinandersetzung mit allen Nachbarn befand sich das Deutsche Reich im Besitz eines überseeischen Gebietes von 2 495 300 qkm Größe, das beinahe fünfmal soviel Fläche als das Mutterland einnahm, mit etwa 12 Millionen farbiger Bewohner. Leider war dieser große Besitz fast unerforscht und unerschlossen, entbehrte jeder geordneten Verwaltung und warf keinerlei Erträge ab als den Handelsgewinn der in den Küstenorten tätigen Kaufleute. Wenige Jahre später erfuhr er noch eine Erweiterung. Am 27. April 1898 wurde der von China dem Deutschen Reich verpachtete Hafen Kiautschou zum Schutzgebiete erklärt. Am 12. Februar 1899 kaufte das Reich ferner dem durch Amerika des Hauptteils seiner Kolonien beraubten Spanien die Karolineninseln ab, auf denen schon seit längerer Zeit Deutsche tätig gewesen waren, und am 2. Dezember 1899 erwarb es endlich durch Abkommen mit England und den Vereinigten Staaten die beiden größten Inseln der Samoagruppe. Der gesamte Neuerwerb hatte den Umfang von etwa 3700 qkm. Dazu kam durch den Vertrag mit Frankreich vom 4. November 1911 das 295 000 qkm große Kongogebiet, dessen Bewohnerzahl noch nicht festgestellt war.

III. Die Verwaltung der Schutzgebiete.

Bei Kaiser Wilhelm I. und seinem Kanzler bestand anfänglich nicht die Absicht, die unter deutschen Schutz gestellten Gebiete in Reichsverwaltung zu nehmen. Nicht allein die Rücksicht auf die großen Kosten, sondern auch die Überzeugung, daß es dem Reich an den dafür geeigneten Beamten fehle, und die Furcht vor Verwicklungen mit dem Auslande bestimmten sie zu dieser Haltung. So wurde die gesamte Verwaltung des Gebietes von Neuguinea und Nachbarschaft der Neuguinea-Kompanie, die Südwestafrikas dem Kaufmann Lüderitz und später (5. April 1885) der seine Rechtstitel übernehmenden Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die Ostafrikas der Gesellschaft für deutsche Kolonisation übertragen. Dieses Unternehmen erhielt unterm 27. Februar 1885 einen kaiserlichen Schutzbrief nach dem Muster der von England der Nordborneo-Kompanie erteilten Charter. Ein entsprechender Schutzbrief wurde am 17. Mai 1885 der Neuguinea-Kompanie erteilt. Für die Marshallinseln stellte das Reich allerdings die Beamten. Doch ihre Besoldung und die ganze Verwaltung geschah durch die Jaluitgesellschaft auf Grund eines mit ihr am 21. Januar 1888 getroffenen Abkommens. In Kamerun und Togo sollten die Verhältnisse in derselben Weise geregelt werden. Da sich aber die dortigen Kaufleute zu einem Zusammenschluß und zur Übernahme staatlicher Vollmachten nicht bewegen ließen, sah sich der Kanzler gezwungen, hier von vornherein eine bescheidene staatliche Verwaltung einzurichten. — Die Mittel der kolonialen Gesellschaften erwiesen sich für die ihnen erwachsenden Aufgaben nicht als ausreichend. Erhebungen der mit staatlicher Einmischung in ihre Verhältnisse, besonders in den Sklavenhandel, unzufriedenen Eingeborenen, Streitigkeiten mit den Nachbarkolonien erschöpften binnen wenigen Jahren ihre Kassen und zwangen das Reich zum Eingreifen. Nach einem durch den Reichskommissar v. Wissmann niedergeschlagenen Aufstande mußte am 1. Januar 1891 Ostafrika in volle Verwaltung des Reiches übernommen werden. Dieselbe Notwendigkeit stellte sich bald in den anderen Schutzgebieten, bis auf die Marshallinseln, heraus. Die Verwaltung Neuguineas ging bereits durch Vertrag vom 23. Mai 1889 auf einen Kaiserlichen Kommissar über. Unterm 7. Oktober 1899 übernahm das Reich auch hier alle Hoheitsrechte.

Die Leitung der kolonialen Geschäfte in Deutschland hat die ersten Jahre hindurch in der Hand des Geheimrats v. Kusserow im Auswärtigen Amte gelegen, dem dann der Geheimrat Dr. Krauel gefolgt war. Nach dem Aufstande in Ostafrika, der die Geschäfte gewaltig anschwellen ließ, wurde für sie eine besondere Abteilung im Auswärtigen Amte geschaffen, an deren Spitze unterm 29. Juni 1890 der Geheimrat Dr. Paul Kayser trat. Sein Nachfolger wurde am 15. Oktober 1896 Dr. Oswald Frhr. v. Richthofen, den am 31. März 1898 Dr. Gerhard v. Buchka ablöste. Am 12. Juni 1900 übernahm Dr. Stübel die Leitung der Kolonialabteilung. Vom 16. November 1905 bis 5. September 1906 lag sie dann in der Hand des Erbprinzen Ernst zu Hohenlohe-Langenburg. An seine Stelle trat am 10. September 1906 Bernhard Dernburg, der bis dahin keine Beamtenstellung bekleidet hatte. Der Kolonialabteilung stand ein durch kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1890 geschaffener Kolonialrat Sachverständiger zur Seite. Die Regierung in den Schutzgebieten wurde 1890 für Ostafrika und Kamerun in die Hände von Gouverneuren gelegt. Die obersten Beamten in Togo, Südwestafrika, Neuguinea und auf den Marshallinseln führten den Titel Landeshauptmann. Später erhielten auch sie, bis auf den obersten Beamten der Marshallinseln, die Bezeichnung

als Gouverneur, da die Leiter der fremden Nachbarkolonien allgemein diesen Titel führten und die Bezeichnung als Landeshauptmann zu häufigen Mißverständnissen Anlaß gab. Nach Erwerb Kiautschous und Samoas wurden auch die höchsten dortigen Beamten zu Gouverneuren ernannt. Die Spitzen der Bezirke in allen Schutzgebieten haben regelmäßig den Titel Bezirksamtmänner erhalten. Neben ihnen gab es Kommissare für besondere Aufgaben.

Eine große und gefährliche allgemeine Erhebung der Eingeborenen Südwestafrikas veranlaßte zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine völlige Umgestaltung der Bismarckschen Kolonialverwaltung. An Stelle der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amte trat im Jahre 1907 ein besonderes Reichskolonialamt, mit dessen Leitung der Direktor Dernburg am 17. Mai betraut wurde. Bereits am 9. Juni 1910 wurde er durch seinen Unterstaatssekretär Dr. Friedrich v. Lindequist ersetzt. Nachdem dieser wegen Meinungsverschiedenheiten in der Behandlung der Marokkofrage am 6. November 1911 sein Amt niedergelegt hatte, folgte ihm der Gouverneur von Samoa Dr. W. Solf. Seit der Errichtung des Reichsamtes ist in Hamburg ein besonderes Kolonialinstitut zur Vorbildung von Anwärtern für die Tätigkeit in den Kolonien geschaffen worden, wofür bis dahin nur das Berliner orientalische Seminar zur Verfügung stand. Dafür wurde unterm 17. Februar 1908 der Kolonialrat aufgehoben. Durch eine Verordnung vom Juli 1910 wurde an seiner Stelle eine ständige Kommission zur Unterstützung der Kolonialverwaltung in wirtschaftlichen Fragen neben einer seit 1909 bestehenden kolonialen Abteilung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ins Leben gerufen. Die neue Kommission ist nur einmal im September 1911 in Tätigkeit getreten, obwohl sie im Juni 1913 durch Ernennung neuer Mitglieder eine Verstärkung erfahren hat.

IV. Die wirtschaftliche Entwicklung.

Über die Aufwendungen, die das Deutsche Reich für seine überseeischen Besitzungen im Laufe der Jahre gemacht, und die Erträge, welche diese selbst allmählich erzielt haben, geben die klarste Auskunft die Zahlen der stets auf Grundlage der wirklichen Einkünfte aufgestellten Haushaltsvoranschläge. Sie erreichten seit Übernahme der einzelnen Schutzgebiete in staatliche Verwaltung nachstehende Beträge in Einnahme und Ausgabe (in Tausenden Mark):

	Ostafrika	Kamerun	Togo	Südwestafrika	Neuguinea	Karolinen, Marianen, Palau	Marshallinseln	Samoa	Kiautschou	Betrag der wirklichen Ausgaben
1892	—	566	116	297	—	—	5	—	—	5 467
1893	1 209,9	580	143	273	—	—	1	—	—	7 605
1894	5 520	610	186	1 027	—	—	35	—	—	10 179
1895	5 837	1 230	265	1 727	—	—	8	—	—	9 317
1896	5 901	1 319	380	4 473	—	—	4	—	—	13 571
1897	6 039	400	1270	3 565	—	—	4	—	—	15 129
1898	5 965	1 894	550	5 001	—	—	8	—	5 000	17 568
1899	8 495	1 713	801	7 479	732	—	4	—	8 500	23 169
1900	9 708	3 245	750	8 174	923	370	10	252	9 998	37 425
1901	8 491	3 776	1448	10 452	810	312	12	266	11 050	39 484
1902	8 051	4 237	1650	9 459	822	338	8	441	12 404	37 097
1903	8 462	3 666	1096	13 019	990	429	10	540	12 808	41 021
1904	11 677	4 485	5225	110 575	1161	417	—	660	13 088	101 150
1905	10 450	4 020	4710	66 450	1070	410		540	13 500	204 680
1906	12 620	5 650	2660	62 670	1550	590		650	14 790	101 180
1907	13 800	6 040	2080	85 070	1540	430		640	13 530	73 130
1908	11 900	6 840	2980	119 080	1850	750		680	11 470	155 530
1909	13 590	6 960	2720	29 390	2330			830	12 290	68 110
1910	13 890	8 760	2540	40 150	2400			870	13 840	82 450
1911	14 670	9 050	3310	51 130	2520			920	15 090	96 690
1912	18 970	10 950	3310	34 810	2760			1000	15 830	87 630
1913	20 510	13 840	4060	46 570	3410			1130	16 790	105 810
1914	23 770	17 260	4180	40 340	3830			1380	18 410	109 170

Nicht weniger bezeichnend für die Erfolge der deutschen kolonialen Arbeit sind die Ergebnisse der Aufzeichnungen über den Handel der Schutzgebiete.

Nach der amtlichen Statistik erreichte er in den drei Jahrzehnten der deutschen Tätigkeit folgenden Umfang (in Tausenden Mark):

	Ostafrika		Kamerun		Togo		Südwestafrika		Neuguinea, Karolinen, Marianen, Palau		Marshallinseln		Samoa		Kiautschou		Wert des Gesamthandels der Schutzgebiete
	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	
1892	—	—	4 471	4 264	2 136	2412	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1893	7 713	5 581	4 162	4 633	2 415	3414	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1895	7 608	8 258	5 658	4 089	2 353	3048	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1900	11 430	4 294	14 245	5 886	3 517	3059	5 868	908	2072	1272	598	556	2106	1266	—	—	—
1905	17 655	9 950	13 467	9 815	7 760	3957	23 632	216	4820	1669	651	700	3387	2029	69 176	24 717	193 101
1910	38 659	20 805	25 580	19 424	10 817	7222	44 344	34 692	4415	5287	1564	9378	3462	3534	69 375	60 561	359 619
1912[1]	50 309	31 418	34 242	23 336	11 428	9959	32 499	39 035	—	—	7244	7928	4994	5045	121 254	79 640	464 453

[1] Letztes Jahr, für das vollständige Zahlen vorliegen.

Die deutsche Verwaltung hat sich nicht damit begnügt, in den Kolonien Ruhe und Ordnung herzustellen, sie hat sie auch in angestrengter Arbeit nach allen Richtungen hin erschlossen. Nachdem erst Ostafrika, Kamerun, Togo und Südwestafrika mit dem englischen Kabelnetz in Verbindung gebracht worden

waren, schuf man 1913 für Togo und Kamerun zunächst Anschluß an ein eigenes deutsches Kabel. Die Karolinen wurden um dieselbe Zeit durch ein deutsches Kabel mit den Telegraphenlinien Ostasiens verknüpft. In den letzten Jahren vor dem Krieg gelang es, alle Schutzgebiete durch Funkentürme zum Austausch von Nachrichten mit Deutschland instand zu setzen.

Nicht weniger nachdrücklich ist der Bau von Häfen und Bahnlinien in diesen Kolonien gefördert worden. In Ostafrika waren bei Kriegsausbruch die 352 km lange Usambarabahn und die 847 km lange Mittellandbahn fertig. Eine Verlängerung um 413 km bis zum Tanganjika war im Bau. In Kamerun befanden sich die 160 km lange Nordbahn und 81 km der Mittellandbahn im Betrieb. In Togo war die 44 km lange Küstenbahn und die Linie nach Palime (119 km) fertig. In Südwestafrika gab es an Bahnen die Linie Swakopmund-Windhuk (382 km), die Strecke von dort nach Keetmanshoop (506 km), die Otavibahn (671 km) und die Lüderitzbuchtbahn (545 km). Im ganzen waren Ende 1912 bereits in den afrikanischen Schutzgebieten 3867 km Bahnen im Betrieb und 696 km im Bau. In jedem Schutzgebiete erschienen außer einem Amtsblatte deutsche Zeitungen. Überall war für Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, Ärzte und Apotheken gesorgt. Eine große Zahl privater Gesellschaften betrieb die Ausbeutung der Naturschätze der Kolonien und erzielte dabei stetig wachsende Gewinne. Besonders erfolgreich erwiesen sich die Unternehmungen für Diamantengewinnung in Südwestafrika, die Kautschuk- und Kakaogesellschaften in Kamerun, Ostafrika und der Südsee sowie die Kupfergewinnung in Südwestafrika. Vier Banken vermittelten den Zahlungsverkehr.

Literatur. G. Schumacher, Geschichte der deutschen Kolonialversuche in Venezuela (in der Festschrift zur Feier der vierhundertjährigen Entdeckung Amerikas, Hamb. 1893); J. Humbert, L'Occupation allemande du Vénézuela (Par. 1905); M. Huisman, La Belgique commerciale sous Charles VI (Brüssel 1902); R. Schück, Brandenburg-preußische Kolonialpolitik (Berl. 1889); V. Ring, Asiatische Handelskompagnien Friedrichs des Großen (das. 1890); Koschitzky, Deutsche Kolonialgeschichte (Leipz. 1888); A. Zimmermann, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik (Oldenb. u. Leipz. 1892); Derselbe, Kolonialgeschichtliche Studien (das. 1895); Derselbe, Geschichte der deutschen Kolonialpolitik (Berl. 1914); H. Meyer, Das deutsche Kolonialreich (Leipz. 1909 f., 2 Bde.).

Das deutsche Elsaß

von Professor Lic. Wilhelm Kapp zu Straßburg i. E.

Deutsche Art von Landschaft und Volkstum. Mit Fug und Recht können wir vom »deutschen Elsaß« reden; denn es gehört in die deutsche Landschaft hinein. Die elsässische Ebene ist ein Stück der von Basel bis zum Taunus reichenden, zwischen Vogesen, Hardt, Schwarzwald und Odenwald eingebetteten oberrheinischen Ebene. Mit ihrer nordsüdlichen Richtung stellt sie die Verbindung von Süden und Norden her und wird durch den Rhein, dem von den Vogesen her alle Gewässer zuströmen, an den großen mitteldeutschen Strom angeschlossen. So weist die ganze Natur des Landes nach Norden und Osten in die Gesamtheit der deutschen Lande. Nach Westen zu, gegen den Kulturbereich des Romanischen, ist die Ebene wie mittels einer Mauer durch die Vogesen geschieden, und die mehr oder weniger scharf ausgeprägte Kammbildung dieses Gebirges mit seinen unwirtlichen, dörfliche oder städtische Siedlungen ausschließenden Zügen läßt es schwer zu, daß man von hüben und drüben sich die Hände reicht und beide Welten über das Gebirge hinweg ineinander übergehen. Freilich so abschließend ist die Wand nicht, daß nicht auch von Westen her leicht Einflüsse in das von der Vogesenmauer beschirmte Elsaßland hineinwirken konnten. Aber der Riegelcharakter der Vogesen war doch das Bestimmende. Da war es kein Wunder, daß die germanischen Scharen in ihrem Zuge nach dem Westen dieses Stück der oberrheinischen Ebene ebenso füllten wie im nördlichen und östlichen Teile, aber auch im großen und ganzen nicht über die Scheidemauer hinüberkamen; nur über die großen Senken der Nordvogesen ergoß sich der germanische Völkerstrom weiter in die heutige lothringische Hochebene. So ist die ganze Ebene ein zusammenhängendes germanisches Siedlungsgebiet geworden, in dem am allerwenigsten der Rhein eine Trennungslinie bilden konnte. Wohl sind die Heeressäulen Ariovists zunächst zwei Menschenalter vor Beginn der christlichen Zeitrechnung der überlegenen Führung und Waffentechnik der Römer gewichen, zurück über den Rhein, und wurden etwa zwei Jahrhunderte lang hinter dem Limes von den römischen Grenzen ferngehalten, um dann vom 4. Jahrhundert an um so unaufhaltsamer alle Wälle und Dämme des Römerreiches zu durchbrechen und die ganze oberrheinische Ebene zu besetzen. Seitdem ist diesem Rheintalgebiet auch volklich das deutsche Gepräge gegeben, und zwar das alemannische im Süden, das fränkische im Norden jenseits des Hagenauer Forstes und der mittleren Vogesen in Lothringen. Der klarste, unwidersprechliche Beweis für diese Tatsache der Völkerscheidung durch die Vogesen ist mit der Sprachengrenze gegeben, die seit undenklichen Zeiten bis heute in der Hauptsache längs des Vogesenkammes verläuft. Also das Gebirge trennt die beiden Welten, die deutsche und die romanische, und nicht der Rhein. Wer von Westen her über den Vogesenwall das Land betrat, der hatte auch deutlich das Gefühl, daß er in germanisches Land kam. So schrieb der Engländer Young über einen Besuch des Landes: »Wenn man in der Geschichte davon liest, so macht die Einverleibung des deutschen Elsaß in das französische Staatsgebiet einen so tiefen Eindruck nicht; daß ich aber, aus Frankreich kommend, über hohe Gebirge mußte und dann in eine Ebene hinabstieg, in der ein von den Franzosen in Sitte, Sprache, Abstammung ganz unterschiedenes Volk wohnt, das machte mir Eindruck.«

Individuelle Eigenart des deutschen Elsaß. Indes so sehr Landschaft und Volkstum des Elsaß völlig in den Bereich des Germanischen gehören, so hat sich das Germanische auf diesem Boden doch wieder in eigener Art entwickelt. Schon die Landschaft, wie sie die Natur in Ebene, Randgebirge, Senkungsfeldern des Gebirges aufgebaut hat, gibt der ganzen Lebensentwicklung im Elsaß ihre eigene Form und Gestaltung. Der die Grabenlandschaft zwischen den zwei

Gebirgsmauern Schwarzwald und Vogesen durchströmende Rhein hat sichtlich den elsässischen Teil günstiger bedacht. Er fließt nämlich beträchtlich näher dem östlichen Randgebirge, dem Schwarzwald, als dem westlichen, den Vogesen. So läßt er neben sich auf der linken Seite einen ausgedehnteren Raum als Ebene. Diese breite, fruchtbare Tallandschaft, die elsässische, mußte von vornherein den noch dazu von Südwesten durch die Senke zwischen Vogesen und Jura von der Rhone und Saone kommenden Kulturstrom zunächst auf sich lenken. Nach der Unterwerfung Galliens bis an den Rhein erschienen der römische Legionssoldat, Händler, Beamte mit allem, was in ihrem Gefolge einherzog, im Lande. Straßen, Siedlungen, befestigte Orte entstanden; der Rand des Gebirges mit seiner sonnig-heiteren Vorhügellandschaft zog besonders an. Als der Sturm der Völkerwanderung verbraust war und die Franken endgültig über das alemannische Elsaß Herr geworden waren, da ist auf der durch die Römer gelegten Kulturgrundlage schnell neues Leben entsprossen. Das Christentum fand auf seinem Wege nach Germanien über die elsässische Landschaft natürliche Eingangspforten von Westen her; eine Reihe blühender Abteien begegnet uns schon in der frühfränkischen Zeit, wie Murbach, Maursmünster, Weißenburg. Sie stellen bedeutsame Mittelpunkte für kolonisatorische, kulturelle Arbeit dar. Es ist also nicht auffallend, daß entlang der Vogesenwand und zum Teil am Eingang in die breiten Täler im Laufe des Mittelalters Stadt an Stadt entsteht: Thann, Gebweiler, Türkheim, Rappoltsweiler, Barr, Rosheim, Molsheim, Zabern. Prächtige Kirchen und Rathäuser zeugen noch heute von ihrer Blüte und Wohlhabenheit in vergangenen Tagen. Dieser großen Kulturstraße, die unter dem Schutze des Gebirgswalles an den sonnigen, heiteren Abhängen und Hügeln der Vorlandschaft sich hinzieht, entspricht eine zweite wichtige Kulturstraße in der Ebene. Hier haben wir gegenüber den Ausgängen der Täler der Vogesen Mülhausen an der breiten Völkerstraße der Burgunder Pforte gegenüber dem Doller und Thurtal, Ensisheim gegenüber dem Lauchtal, Colmar gegenüber dem Fechttal, Schlettstadt gegenüber Weiler und Lebertal, Straßburg gegenüber dem Breuschtal an der über die Zaberner Senke ins Lothringische führenden alten Römerstraße. Nicht leicht wird man sonst in Deutschland auf verhältnismäßig so schmalem Raum zwischen Strom und Gebirge so zahlreiche städtische Siedlungen treffen. Sie sind es darum auch, die dem Lande sein Gepräge geben; mehr wie irgendwo stehen Dorf und Bauerntum unter vorwiegend städtischem Einfluß. Noch heute ist für Stimmung und Haltung der Bevölkerung im Grunde nur der Städter maßgebend; der knorrige, zähe, selbstgewisse, selbstbewußte Charakter des deutschen Bauern geht dem elsässischen sichtlich ab. Der fruchtbare Landstrich hat zu seiner Bevölkerungsergänzung stets der Einwanderung bedurft; sie kam zumeist aus Osten, aus Schwaben, aber auch aus dem Westen, vor allem seit Besetzung des Landes durch die Franzosen. Ein solches durch stärkere Mischung entstandenes Volkstum, das den vom Süden und Südwesten aus der romanischen Welt kommenden Kulturstrom früh aufgenommen hatte, wesentlich in der weichen Luft der Ebene und am sonnig-heiteren Rande des Gebirges an den Vorhügeln sich entfaltete, sich früh in städtischen Siedlungen von beträchtlicher Anzahl Kultursitze schuf und im Laufe der Zeiten nicht nennenswert durch eine Gebirgs- oder Plateaubevölkerung rauherer, festerer, härterer Struktur ergänzt werden konnte, weil die Vogesen nach ihrem ganzen Aufbau und ihren Siedlungsbedingungen relativ menschenarm sind, ein solches Volkstum, dem so die Stadt und die Ebene vorzugsweise sein Gepräge gegeben haben, muß wieder eigenartige Züge an sich tragen, die es von dem Volkstum anderer deutschen Landschaften, auch derer in nächster Nachbarschaft, charakteristisch unterscheiden.

Deutsches Elsaß und allgemein deutsche Geschichts- und Kulturentwicklung. Aber dieses also durch die Natur eigenartig geprägte deutsche Volkstum im Elsaß mit seiner früh erblühten und erstarkten städtischen Kultur mußte bald notwendig regen Anteil nehmen an der gesamtdeutschen Lebens- und Kulturentwicklung, vor allem in jenen Tagen des Mittelalters, da der Schwerpunkt des Lebens und der Geschichte des Reiches wesentlich im Süden und Südwesten lag. Die alten deutschen Königsgeschlechter von den Merowingern, Karolingern bis zu den Staufern haben das Elsaß geliebt und bevorzugt; die Habsburger waren noch durch besondere Bande mit dem Lande verbunden, große Teile des Ober-Elsaß gehörten zu dem Grundstock der habsburgischen Hausmacht. Die Erinnerung an königliche Pfalzen, Burgen der Staufer, die das hier so reichlich vertretene Reichsgut schirmen mußten, waren im Volke besonders lebendig; der Reichsgedanke saß in den freien Reichsstädten, vorab Straßburg und in dem ganzen Gebiet, das in deren Schatten lag, tief und zäh; eine stärkere Territorialmacht, die dem Reichsgedanken abträglich war, bildete sich hier nicht; darum aber mußte sich der Verfall der Macht des Reiches am ehesten hier, wo man sich auf das Reich stützen wollte und nutzte, fühlbar werden. Denn in jener Zeit, da das Reich mehr und mehr seine Ohnmacht offenbarte und vor allem an seinen Grenzen nicht mehr als überlegene, kraftvolle Schutzgewalt auftreten konnte, fing Frankreich an, aufstrebend und machthungrig um sich zu greifen. Was lag ihm näher, als daß es seine begehrlichen Blicke vor allem auf das vor seiner Tür liegende, nur zu sehr vom Reiche verlassene und unbewehrte Elsaß richtete! Innerhalb eines Jahrhunderts, von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, hat es das Ziel seines Strebens erreicht. 1681 hat die Einnahme Straßburgs die friedliche und kriegerische Eroberung der deutschen Grenzmark im Westen besiegelt; noch gehörte eine Anzahl kleiner Territorialfürsten in den Verband des Reiches; aber als Vasallen des französischen Königs standen sie doch schon ganz im Macht- und Einflußbereich des französischen Staates. Konnte das Grenzland aber ein Jahrhundert lang als »auswärtige Provinz« im großen und ganzen, wenn auch unter französischer Verwaltung, abseits von dem großen Strom französischer Wirtschafts- und Kulturentwicklung, seine eigene Art noch pflegen, die Verbindung mit Deutschland weiter unterhalten, so hat die mit der Revolution einsetzende nationalfranzösische Bewegung diesem Sonderdasein völlig ein Ende gemacht. Elsaß und Lothringen, aufgeteilt in drei Departements, wurden jetzt national, politisch fest an das Ganze des französischen Zentralstaates angeschlossen und in allem den übrigen Verwaltungsbezirken des Staatswesens gleichgemacht. Die Franzosen spürten wohl in ihren neu erwachten nationalen Instinkten, daß dieses Land etwas Eigenes, von der romanischen Art völlig Verschiedenes hatte; es war ein durch und durch deutsches Land, dem wie

nicht leicht einer zweiten deutschen Landschaft überall der Stempel deutschen Geistes, deutscher Bildung und Kultur aufgedrückt war. War doch ein gut Teil des deutschen Geistes- und Kulturbesitzes, zu dem es das deutsche Volk im Mittelalter bis über die Reformationszeit hinaus gebracht hatte, hier zu Hause. Am Eingang des mittelalterlichen deutschen Schrifttums steht der elsässische Mönch Otfried von Weißenburg mit seiner Evangelienharmonie; auf der Höhe unserer deutschen ersten großen Literaturperiode erglänzen die Namen von Elsässern wie Reimar von Hagenau, von dem Walther das Dichten gelernt, Gottfried von Straßburg, der in Tristan und Isolde deutsche Ausdrucksfähigkeit und Gestaltungskraft in höchster künstlerischer Vollendung zeigt. Die großen deutschen Gottesmänner des 14. Jahrhunderts, die ihre tiefen Erlebnisse in deutsche Laute und Sprachformen ausströmen lassen und deutsche Sprache so aufs tiefste beseelen und vergeistigen, Meister Eckart und sein großer Schüler Tauler, weisen hierher an den elsässischen Oberrhein; die so recht aus deutscher Seele geborene Geistesbewegung der Reformation hat auf diesem empfänglichen, für jede Geistessaat aufgelockerten elsässischen Boden vor allem verständnisvolle Begeisterung hervorgerufen; zwei reformatorische Hauptvorkämpfer, der eine auf politischem, der andere auf religiösem Gebiet, Jakob Sturm und Martin Butzer, haben in Straßburg ihren Wirkungskreis gehabt, von dem aus sie bestimmenden Einfluß ausübten auf den Gang der religiösen wie politischen Bewegung ihres Zeitalters. Die deutsche mittelalterliche Baukunst hat in der elsässischen Landschaft einzigartige Denkmale geschaffen; keines zeugt aber so sehr vom Können deutscher Bauleute wie das Meisterwerk deutscher Gotik, das Straßburger Münster. So ist es kein Wunder, daß den aus dem Herzen Deutschlands kommenden Goethe die Ahnung von dem, was deutsch ist, gerade hier in Straßburg wie eine Offenbarung überkam, und noch 1815 hatte Jakob Grimm von dem Elsässer und seinem Lande geurteilt: »Schmählich von Kaiser und Reich im Stiche gelassen, hat er sich selbst beigestanden, Sprache, Sitte, Tracht aufrechterhalten, welches nicht beschrieben, sondern nur mit Augen angeschaut werden kann, weil es bis in die Mienen, Redensarten, Hausgerät und Einrichtungen der Stube geht . . .«

Der Prozeß der Französierung im deutschen Elsaß. Aber schon war der Prozeß der Französierung in raschen Gang gekommen. In etwas mehr als zwei Menschenaltern wurde das Volk, so deutsch es in Sprache, Sitte, Art auch noch blieb, doch national, politisch und kulturell in seinen führenden Schichten eine Beute des Franzosentums, ja in den vierziger und fünfziger Jahren ging es einigen Elsässern schon zu rasch, sie bekamen Angst um ihre ihnen noch gebliebene deutsche Art und brachten sich und den Franzosen wieder in Erinnerung: Wir reden Deutsch, sind geistig Deutsche, wenn auch politisch Franzosen. Aber solche gelegentliche Erinnerungen und Mahnungen einzelner konnten die Entwicklung, die der völligen nationalen und auch kulturellen Verschmelzung mit französischem Staat und Volk zustrebte, nicht hindern. So hat das Jahr 1870 doch ein im großen und ganzen innerlich französisch gewordenes Volk angetroffen, und das Deutsche Reich sah sich vor keine leichte Aufgabe gestellt, dieses in das Franzosentum so stark hineingewachsene, ursprünglich doch kerndeutsche Volkstum wieder zurückzugewinnen. Das Ergebnis der an die kulturelle nationale Rückeroberung gesetzten Arbeit ist bis zum Krieg nicht befriedigend gewesen, und auch der Krieg, in dem die Elsässer Seite an Seite mit den Söhnen aller deutschen Gaue gegen die Franzosen und ihre Verbündeten kämpfen, hat es noch nicht vermocht, daß der in das elsässische Volkstum ein- und durchgedrungene französische Sauerteig entfernt ward, ja die letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges hatten wieder sichtlich eine stärkere Geltendmachung und Bewegung dieser französischen Stoffe in dem Organismus des elsässischen Volkskörpers gebracht.

Die deutsche Verwaltung. Und doch hat das Deutsche Reich Elsaß-Lothringen eine Stellung gegeben, die Frankreich ihm nie geben konnte. Als man unter französischer Herrschaft aus dem Lande drei französische Departements gemacht hatte, die genau wie jedes andere von der Zentrale Paris aus regiert wurden, konnte auf elsässische oder lothringische Sonderwünsche, die dem deutschen Grundcharakter Rechnung getragen hätten, nicht Rücksicht genommen werden; noch weniger hatte das französische Zentralisierungssystem der Verwaltung Raum für irgendwelche ernsthafte selbständige Betätigung von Behörden und Körperschaften in diesen kulturell und geschichtlich doch ganz anders orientierten Landesteilen am Rhein und an der Mosel. Im Wesen des deutschen Föderativstaates aber lag es, daß er von Anfang an dem Sondergeist, der heimischen Art und Überlieferung mehr entgegenkommen wollte und konnte. So hat man den neu gewonnenen Gebieten bald nach 1871 die Anlage zur Selbständigkeit gegeben; Reichsorgane und Landesorgane sollten sich in die Arbeit der Verwaltung teilen. Zuerst überwogen natürlich die ersteren. Kaiser, Kanzler, Bundesrat, Reichsamt, Reichstag waren in den ersten Jahren in der Hauptsache für die gesetzgeberischen Arbeiten, den höheren Verwaltungsorganismus die entscheidenden Faktoren; mehr und mehr ließ man dann, da sich die Verhältnisse allmählich festigten und die Stimmung sich beruhigte, Landesorgane an deren Stelle treten: 1875 schon eine eigene Landesvertretung von 58 Mitgliedern, aus den Bezirkstagen, den vier größten Städten und den Landkreisen hervorgehend; 1879 wurde ein Statthalter mit einem eigenen Ministerium an die Spitze gestellt; 1911 hat man Elsaß-Lothringen die lange begehrte Verfassung gegeben, durch die der Landesausschuß in eine aus zwei Kammern bestehende richtige Volksvertretung umgebildet wurde. Für die Zweite Kammer wurde das allgemeine gleiche direkte Wahlverfahren eingeführt, also in der Hauptsache das Reichstagswahlrecht, das jeder Elsaß-Lothringer von Anfang der deutschen Herrschaft hatte, auch auf das elsaß-lothringische Staatsgebiet ausgedehnt. Elsaß-Lothringen, obwohl es staatsrechtlich noch Reichsland blieb, regierte sich selbst und erhielt dadurch, daß es Sitz und Stimme im Bundesrat empfing, auch Anteil an der Gesamtregierung des Reiches.

Was dem Lande noch einen auffälligen Ausnahmezustandscharakter gab, war schon früher beseitigt worden. So bestand z. B. der sogenannte Diktaturparagraph, der den Statthalter ermächtigte, »bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, die er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet«. Dieser Paragraph ist seit 1897 nicht mehr in Anwendung gekommen und seit 1902 aufgehoben. Der Paßzwang, der zur Abwehr der von Frankreich her geschürten Propagandatätigkeit eingeführt wurde, ist seit 1891 nur noch gegen militärpflichtige Personen angewandt worden;

für Vereine gilt das allgemeine Reichsvereinsgesetz; nach dem Reichspreßgesetz konnten französische Zeitungen unbeschränkt in Elsaß-Lothringen gedruckt werden und erscheinen, während bekanntlich in Frankreich fremdsprachliche periodische Druckschriften durch einfache Verfügung verboten werden können (Gesetz vom 22. Juli 1895). Für die Bezirkstage, die die Etats für die Kommunalverwaltung der drei Bezirke (Ober-, Unter-Elsaß, Lothringen) auf dem Gebiet des Landarmenwesens, der Irrenpflege, des Straßenbaues zu bewilligen haben, gilt das allgemeine gleiche Wahlrecht. Die Gemeindeordnung von 1895, die für die Gemeinderäte dasselbe demokratische Wahlrecht vorsieht, hat den Gemeinden weitgehendes Selbstverwaltungsrecht verliehen. Danach mag man ermessen, was es mit den in der Welt in Umlauf gesetzten Schlagwörtern der Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Elsaß-Lothringer auf sich hat.

Wirtschaftliche Entwicklung unter deutscher Verwaltung. Wie diese großen, durch das Reich verliehenen Rechte und Freiheiten Elsaß-Lothringen weit über das frühere französisch-provinziale Dasein hinausgehoben haben, so setzte mit der deutschen Herrschaft auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eine neue, die französische Vergangenheit mächtig überholende Entwicklung ein. Wie sehr die wirtschaftliche Hebung des Landes seit der Wiederangliederung an das Reich gefördert wurde, kann man schon daraus erschließen, daß die Zahl der Eisenbahnkilometer von 1871—1910 um 173 Proz. gestiegen ist, für die Verbesserung der Schiffahrtskanäle bis zum Jahre 1914: 100 Millionen Mk. aufgewandt wurden; 1875 betrug der Güterverkehr auf den Eisenbahnen 510½ Tonnenkilometer und 1912: 3252000; auf den Wasserstraßen hat der Verkehr, der 1892: 1454629 t betrug, im Jahre 1913 die Ziffer von 4616865 t erreicht; der Geschäftsumsatz der drei Reichsbankanstalten in Straßburg, Metz, Mülhausen ist von 841,5 Millionen im Jahre 1876 auf über 8 Milliarden Mk. im Jahre 1912 gestiegen, die Spareinlagen von 7,4 Millionen im Jahre 1872 auf 177,8 Millionen Mk. im Jahre 1912[1].

Die Landwirtschaft wurde vor allem, dank dem aus Altdeutschland eingeführten Genossenschaftswesen, dank dem landwirtschaftlichen Unterricht, der Organisation landwirtschaftlicher Kreisvereine, auf eine Höhe gebracht, wie sie die französische Zeit nicht kannte. Dazu schufen die deutsche Zollgesetzgebung, die über das ganze Land verstreuten starken Garnisonen eine Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, so daß die Arbeit des Bauern wie niemals vorher gewinnbringend und lohnend wurde; kein Wunder, daß der Wohlstand der Bauern im deutschen Elsaß in zunehmendem Wachstum begriffen ist.

Ganz neue Ausblicke für die wirtschaftliche Zukunft des Landes ergaben sich noch, seitdem in den letzten Jahrzehnten die gewaltigen Erzmengen im lothringischen Boden durch das sogenannte Thomasverfahren, das diese Erze von dem starken phosphorhaltigen Beisatz befreit, so ungeheuren Wert erhielten, und nun altdeutsche Unternehmungskraft daranging, diese Bodenschätze zu heben und zu verarbeiten. Infolge der in unmittelbarer Nähe der Erzgruben aufgeschlossenen Kohlenlager konnte in Lothringen sich eine Hüttenindustrie entwickeln, die in einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten der Ausdehnung der rheinisch-westfälischen nahekam. Was Lothringen in seinen Erzen hatte, fand das Elsaß in seinem Kali, das seit etwa zehn Jahren in ganz überraschender Mächtigkeit in der Gegend von Mülhausen gefunden wurde. Seitdem die altdeutsche Hochfinanz sich diese kostbaren Werte gesichert und ihren Abbau in Angriff genommen, hat sich dort im Ober-Elsaß ein ganz neues zukunftsreiches, wirtschaftlich-industrielles Leben entfaltet, das für die infolge des Krieges so schwer erschütterte Textilindustrie willkommenen Ersatz zu bieten geeignet ist. Wichtig ist vor allem, daß diese eine neue wirtschaftliche Zukunft für das Land verheißenden Industrien wesentlich von deutschem Kapital und deutscher Unternehmungskraft genährt werden, während die alte einheimische Textil-, Glas-, Porzellan-, Maschinenindustrie und andere Fabrikations- und Handelsunternehmungen bis vor dem Krieg noch viel zu sehr in den Händen der Kreise französischen Kapitals waren. Das hatte zur Folge, daß, soweit der Geltungsbereich dieser Wirtschaftsmächte reichte, das Franzosentum feste Stützen und Grundlagen im Lande besaß. Die Industriezentren in Mülhausen, Kolmar, Thann, Gebweiler, Münster, Markirch, Grafenstaden, im Steintal, Breuschtal, in Münzthal, Saargemünd und andere Orte wurden so Mittelpunkte, von denen aus die Pflege der französischen Sprache immer neue Nahrung empfing.

Franzosentum unter deutscher Herrschaft. Wenn man sich darüber klar werden will, wie es kam, daß diese Hinneigung zum Franzosentum mit den Jahren unter deutscher Herrschaft sich nicht nur zäh erhielt, sondern immer noch weiter um sich griff, dann wird man vor allen Dingen die bedeutsame Rolle, die die französische Sprache bei dieser Erhaltung und Befestigung französischer Sympathien spielte, gegenwärtighalten müssen. Die französische Sprache ist im 19. Jahrhundert in den Kreisen der elsässischen Bourgeoisie die Bildungssprache geworden und ist es erst recht geblieben nach 1870. Gewiß, die deutsch-elsässische Mundart wurde daneben geduldet, ja vielfach sogar sorgsam gepflegt als ein Sondergut, das doch noch einen gewissen Trennungsstrich gegenüber dem Welschen bezeichnete; aber es blieb doch die Sprache des »Volkes«, das Ausdrucksmittel für das Gewöhnliche, Alltägliche, Gemeine. Für alles höhere, geistigere, veredelte Leben schien nur die feine, gebildete französische Sprache das angemessene, würdige Verständigungsmittel, das in der »Gesellschaft« allein Geltung hatte. So hatte das Französische von Haus aus von diesem Herrschaftsbereich in dem wohlhabenderen und gebildeteren Bürgertum her den Zug des Vornehmen, der es für die große Masse des Volkes wieder so wertvoll und erstrebenswert machte. Der allgemeine Volksinstinkt strebte dem französischen Sprachgut entgegen, weil es den Eintritt in die besseren Gesellschaftsschichten am ehesten verbürgte und am leichtesten ein gewisses Maß von Bildung und Erkenntnis vermittelte. Je mehr so die unteren Schichten, vor allem auch die Bauern, unter dem Banne dieser Anschauungen standen, daß man mit der Beherrschung des Französischen in Berührung und Gemeinschaft kommt mit den geistweitenden Bildungs- und Kulturkräften, um so williger ließen sie sich den von den oberen Schichten ausgehenden Druck gefallen, der das Französische für jeden Elsässer, der etwas von unten nach oben wollte, zur Pflicht machte. So herrschte in bezug auf Schätzung

[1] Siehe Näheres in »Wohin gehört Elsaß-Lothringen?« von einigen Elsässern, herausgegeben von Friedr. Lienhard (Zürich 1915).

der französischen Sprache als des vornehmsten Bildungsmittels in allen Kreisen des elsässischen Volkes von unten bis oben volle Übereinstimmung. Die Losung der Einführung des französischen Unterrichts in die Volksschule war durchaus volkstümlich. Bei dieser Wertschätzung, der sich die französische Sprache im Lande erfreute, war man natürlich in den oberen Ständen sehr dafür interessiert, daß möglichst viele Kanäle nach Frankreich zu offengehalten würden, auf denen das Gegenwärtige, Lebendige von französischer Literatur, Kunst, Politik, nationaler Kultur in das Land einströmen konnte, und dieses Bedürfnis traf mit dem starken Ausdehnungstrieb und Geltungswillen französischer Zivilisation des gegenwärtigen Frankreichs zusammen, so daß sich aus diesem Zusammentreffen beider Strebungen von innen und von außen eine äußerst erfolgreiche französische Kulturpropaganda ergab, die in den mannigfaltigsten Formen und Veranstaltungen auf dem Wege der Presse, des Vereinswesens, des Theaters usw. zur Erscheinung kam. Maurice Barrès hat dieser rührigen, im Elsaß naturgemäß einen fruchtbaren Boden findenden Propagandatätigkeit mit seinem glänzenden Namen besonderen Nachdruck und Erfolg verliehen. In dem Kreis, der sich um die Revue alsacienne in Straßburg herum bildete, fand diese Bewegung ihre treibende Kraft und ihren belebenden Mittelpunkt. Je mehr aber diese französische Kultur- und Sprachenbestrebungen sich durchsetzten, desto mehr wurde man sich auch bewußt, daß man in einer im Widerspruch mit dieser französischen Kulturbewegung stehenden Umwelt stand. So wurde das naturhaft Deutsch-Elsässische, das Deutschtum der Altdeutschen, der in der deutschen Wissenschaft, in deutschem Schrifttum, deutscher Kunst und deutschem öffentlichen Leben sich kundgebende Deutschwille mehr und mehr als etwas Fremdes, Störendes, Hemmendes, ja Feindliches empfunden; man fühlte sich mit dem französischen Herzen in dem deutschen Elsaß nicht mehr zu Hause. Die meisten dieser nach Frankreich neigenden, im Bannkreis der französischen Ideen lebenden Elsässer entschlossen sich unter diesen Umständen zu einem mehr oder minder schwächlichen Kompromiß, und so kam das zwiespältige, zwitterhafte, geteilte Wesen des heutigen Elsässers, der zwischen französischen und deutschen Stimmungen unentschieden hin und her schwankt, heraus. Was im Elsässertum nach Einheit, nach klarer und entschiedener Ausgeglichenheit strebte, konnte bei solchem Kompromiß nicht stehenbleiben und schlug sich entschlossen ganz auf die französische oder ganz auf die deutsche Seite; es bildete sich ein ausgesprochenes Nurfranzosen- und ein scharf ausgeprägtes Deutsch-Elsässertum; freilich lag das Nurfranzosentum mehr als das Nurdeutschtum in der Richtung der ganzen herkömmlich französierenden Strebung. Diese entschiedenen Deutsch-Elsässer bildeten unter den Einheimischen doch nur eine Minderheit, die unter dem Einflusse des Kriegsereignisses allerdings, wie anzunehmen ist, Verstärkung erfahren hat.

Danach darf man im elsässischen Volk, abgesehen von dieser Auswahl von deutschgesinnten Elsässern, nicht ein eigentlich nationaldeutsches Empfinden suchen; es war vor dem Krieg nicht in der breiten unteren, nicht in der mittleren und oberen Schicht und ist auch im Krieg nicht entstanden. Das ist indes nichts Auffallendes. Das nationale Fühlen ist auch sonst in Deutschland nicht ohne weiteres ein selbstverständlicher Besitz der Gesamtheit. Aber von einem einflußreichen, das Ganze bestimmenden Kern aus wirken hier die nationalen Strahlungen auch auf die Masse. Diese Schichten, die sonst in Deutschland das Vaterländische in besonderer Verwahrung und Pflege haben, entbehren im Elsaß durchaus des Organs für das Nationale, werden am allerwenigsten durch vaterländisch-deutsches Empfinden bestimmt. Das ist begreiflich, wenn man erwägt, daß das bewußt nationale Leben im wesentlichen ein Erzeugnis der Zeit nach der französischen Revolution ist, und in dieser für das Entstehen des Nationalbewußtseins so wichtigen Epoche, da das gebildete Deutschland in größerem Umfange von dem nationalen Geist ergriffen wurde, war das Elsaß auf der anderen Seite und geriet da auch ganz in den Bannkreis des neufranzösischen Nationalbewußtseins. Um so leichter ließ sich das elsässische Bürgertum von diesem französischen Nationalgeist ergreifen, als dessen Träger in der Hauptsache von dem bürgerlich-liberalen Volkselement gestellt wurden. Das Zusammenwachsen des elsässischen Bürgertums mit Bedürfnissen und Interessen der französischen Bourgeoisie hat dann vor allem den nationalfranzösischen Geist in das deutsche Elsaß einströmen lassen. Unter der Nachwirkung dieses Prozesses stehen wir heute noch; das Bürgertum des Elsaß, das die nationale Neugeburt des 19. Jahrhunderts als Glied des französischen Nationalstaates erlebte, hat in seiner Mehrheit in diesen 40 Jahren die Richtung auf das Nationaldeutsche noch nicht gefunden, nicht finden können. Vielmehr hat in dieser Zeit sich gerade ein Wesenszug im Elsässertum herausgebildet, der einer Verschmelzung mit dem deutschen Volkstum und Reich wieder hindernd im Wege stehen mußte; in der deutschen Periode hat das elsässische Selbstbewußtsein ein starkes elsässisches Stammesgefühl zur Entwicklung gebracht.

Elsässischer Partikularismus. Die Vorbedingungen zu diesem Partikularismus waren ja auch in der französischen Zeit gegeben. Man unterschied sich immer gern von den Welschen; aber das einheitliche, geschlossene, ausgeglichene Franzosentum und der straff organisierte französische Zentralstaat konnten solche Anlagen und Stimmungen nicht fördern. Anders war es, als der Elsässer mit dem vielfältigen, partikularistisch gestimmten, individualisierten Deutschtum und Staatenwesen zusammenkam, da mußten alle jene partikularistisch elsässischen Sondergefühle herausgefordert werden. Dazu ergoß sich ein für ein so kleines Land schier zu großer Einwandererstrom in das Elsaß; er hatte zunächst vor allem zur Folge, daß die Einheimischen vor dem fremden Zustrom sich mehr auf sich selbst zurückzogen und sich mehr und mehr von den Eingewanderten unterschieden. So bildete sich das Bewußtsein des Andersartigen, und das Bewußtsein des Andersartigen trieb sie erst recht dazu, dem Andersartigen das Fremdartige unterzuschieben und zur Unterscheidung von dem Altdeutschen das französische Erbe jetzt erst recht hervorzuholen und als das elsässische Wesensmerkmal zu betonen und zu pflegen.

Dazu kam, daß die staatsrechtliche Form des Reichslandes, die das Land immer mehr auf sich selbst stellte und dem Wesen des Bundesstaates annäherte, auf die Dauer notwendig auf das Volk in der Richtung wirken mußte, daß es sich als ein von den übrigen partikularistischen Staatsvölkern unterschiedenes, eigenes Individualvolk fühlte und so dahin gedrängt wurde, nach angemessenem, entsprechendem Inhalt für dieses sein eigenartiges völkisches partikularistisches

Selbstbewußtsein zu suchen. Und dieser Inhalt konnte nach Lage der Dinge nur wiederum in dem gefunden werden, was das Elsaß abseits von der deutschen Entwicklung in der Verbindung mit Frankreich geworden war. In diesem französischen Stoff von Sprache, Kultur, geschichtlicher Erinnerung glaubte man gegenüber dem starken Ich- und Selbstgefühl der Altdeutschen ein Gegengewicht gefunden zu haben, das stark genug schien, dem Elsässer gegenüber dem hinzugekommenen fremden Element einen Rückhalt, ja in gewisser Beziehung eine Überlegenheit zu bieten. Auf diesem ganz natürlichen Wege bekam so das deutsche Elsaß gerade unter der deutschen Herrschaft eine französische Auffärbung, die es in der Art vielleicht vor 1870 nicht hatte, obwohl damals zahlenmäßig die französische Sprache bei Behörden, Geschäften, gesellschaftlichen Zirkeln mehr vorherrschend war. Der Französierungsprozeß im Elsaß war eine notwendige Folge oder, wenn man so will, eine notwendige Begleiterscheinung des durch das Wesen deutschen Volkstums und Staatswesens hervorgerufenen und genährten elsässischen Partikularismus. Es war dann diese französische Tönung in gewissem Sinn ein Kampf- und Schutzmittel, mittels dessen man sich in der Gesamtfamilie der Deutschen als ein ebenbürtiges, gleichwertiges Stammesindividuum behaupten wollte. Sowie also mit dem Erwachen des selbständigen *politischen Lebens* im Elsaß die *Parteien*, die *Presse* sich in den Dienst des partikularistischen Gedankens stellten, mußten die französierenden Stimmungen unter der Wirkung der Partei und Preßtätigkeit besonders aufleben. Je intensiver das politische Leben im Lande wurde und damit im Zusammenhang der partikularistische Wille, desto stärker trat die französierende Bewegung und Stimmung als Ausdrucksform des elsässischen Partikularismus heraus. Sie ist nicht von *außen* hineingetragen, sie ist von *innen* erwachsen. Daß natürlich dieses partikularistische, in französischer Gewandung gern einherschreitende Elsässertum in nicht wenigen seiner Vertreter ganz von dem Vollfranzosentum verschlungen ward, ist nur zu sehr begreiflich. Denn diesem ganzen Prozeß der geistig-politischen Selbstbewegung des Elsässertums, das durch Übernahme von Fremdstoffen sich einen Halt zu geben suchte, haftete innerlich so viel Unklares und Unwahres an, daß gerade die stärkeren, zielbewußteren Geister aus dieser geistigen Luft nach Klarheit und Wahrheit strebten und sie entweder im völligen Franzosentum oder im eindeutigen Deutschtum fanden. Aber die Hauptströmung, wie sie in der Masse des Bürgertums bis in das Bauerntum und in die Arbeiterwelt vertreten ward, ging in der Richtung der Herausbildung des französisch-deutschen Mischcharakters, in dem man die Legitimation für das Streben nach dem individuellen Volks- und Staatsdasein sich verschaffen wollte. Wäre die Entwicklung weiter friedlich verlaufen, wäre es sogar zu der von den Demokratien beider Länder gerade vor dem Kriege erstrebten Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland gekommen, so lag die Verwirklichung des Traumes der Bildung eines französisch-deutschen Volks- und Staatsgebildes, das die Brücke bilden sollte zwischen den zwei fremden Welten, der romanischen und der germanischen, nicht so sehr außer dem Bereich der Möglichkeit. Aber daß die Verwirklichung dieses Brückenideals für das Deutschtum in der Westmark auch tödlich sein mußte, bedarf keines Nachweises. Das Deutsche ist bei solcher noch dazu so gezwungenen Verbindung stets der schwächere Teil.

Nun hat der Krieg anders entschieden. Die furchtbare Katastrophe bedeutet das Ende dieser von Anfang an falsch angelegten Entwicklung. Jetzt war mit einemmal nur die Frage gestellt: Franzosentum *oder* Deutschtum; nach dem Krieg wird durch den Zwang der Tatsachen immer wieder jeder Elsässer sich vor diese Frage gestellt sehen; sie wird zunehmend im deutschen Sinne gelöst werden. Das gemeinsame schwere Schicksal wird trotz des Aufwühlens alter Gegensätze und Abneigungen schließlich doch mehr nach der deutschen Seite hin wirken. Die Nötigung, das elsässische Bewußtsein mit französischem Inhalt zu füllen, wird geringer werden und erst recht, wenn der eigene Staat dahinfällt und man nicht mehr vor die schwere Aufgabe, ein elsässisches oder elsaß-lothringisches Staatsvolk werden zu müssen, gestellt wird. Mit dem Wegfall dieser Last fällt auch ein gut Stück des Zwanges, sich nach charakteristischem Kulturgehalt von außen für diese Staats- und Volkspersönlichkeit umzusehen: Elsaß als Teil eines deutschen Bundesstaates, ein deutsches Elsaß.

Literatur. Zur elsässischen Frage: *Lorenz* u. *Scherer*, Geschichte des Elsaß (Berl. 1872); *Graf Eckbrecht v. Dürckheim*, Erinnerungen (Stuttg. 1891); Julius *Petersen*, Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen (Münch. 1902); Werner *Wittich*, Deutsche und französische Kultur im Elsaß (Straßb. 1900); Derselbe, Kultur und Nationalbewußtsein im Elsaß (»Revue Alsacienne« XI, 1909); Hans *Spieser*, Elsaß-Lothringen als Bundesstaat (Berl. 1908); Wilhelm *Kapp*, Das Elsässische Bürgertum (Straßb. 1908); Fritz *Kiener*, Die Elsässische Bourgeoisie (»Revue Alsacienne« XI, 1909); H. *Ruland*, Deutschtum und Franzosentum in Elsaß-Lothringen (Kolmar 1908); R. *Guerrier*, Aus Vergangenheit und Gegenwart des Elsasses (Stuttg. 1908); Paul *Grünberg*, Zur elsässischen Lage und Frage (Straßb. 1908); F. *Eccard*, Die französische Sprache im Elsaß (»Revue Alsacienne« XII, 1910); Wilhelm *Kapp*, Zur elsässischen Kulturfrage (»Preußische Jahrbücher«, Bd. 39, 2. Heft 1910); Otto *Flake*, Elsässertum (»Revue Alsacienne« XII, 1910); Wilhelm *Kapp*, Das Elsaß (»Patria«, 1911). — Während des Krieges: Von einigen Elsässern, Wohin gehört Elsaß-Lothringen? Herausgegeben von Friedr. Lienhard (Zürich 1915); Friedr. *Lienhard*, Weltkrieg und Elsaß-Lothringen (Berl. 1916); Wilhelm *Kapp*, Die Westmark des Deutschen Reiches in Vergangenheit und Gegenwart (das. 1916); E. v. *Borries*, Einleitung zu deutscher Dichtung im Elsaß von 1815—1870 (Straßb. 1916); Gustav *Anrich*, Deutsche und französische Kultur im Elsaß (das. 1916); Herm. *Wendel*, Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie (Berl. 1916).

Österreich-Ungarns Verfassung und Verwaltung

von Professor Dr. **Berthold Bretholz** in Brünn

I. **Die geschichtlichen Grundlagen (1526—1848).** Der habsburgische Großstaat »Österreich-Ungarn« entstand unter dem Drucke der osmanischen Gefahr. Nach dem Tode ihres gemeinsamen Königs Ludwig II. (1526) erwählten die Böhmen und Ungarn Ferdinand I., den Bruder Kaiser Karls V., zu ihrem Herrscher, der als Erzherzog von Österreich den größten Verband deutscher Fürstentümer im Reich regierte. Er hatte sich allmählich durch Angliederung von Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol, Istrien, Triest, Görz, Gradisca, Vorarlberg an das alte Kernland der Ostmark, Nieder- und Oberösterreich, gebildet und sollte sich nunmehr, obwohl der größte Teil Ungarns in türkischem Besitz war, verdoppeln. Allein der Anschluß Böhmens und Ungarns bedeutete zunächst nur ein Nebeneinanderleben dreier in jeder Beziehung grundverschiedenen Ländergruppen — denn auch die Königreiche Böhmen und Ungarn hatten ihre angegliederten Gebiete — unter einem gemeinsamen Fürsten, eine Personalunion. Die Eigenart der staatlichen Einrichtungen, die Verschiedenheit in Sprache, Recht, Kultur erschwerten jede Annäherung. Aber dynastische Rücksichten, das Bestreben der Habsburger, vor allem die Erbfolge in allen drei Gebieten gleichmäßig zu gestalten und zu sichern, bahnten den Weg zur Realunion.

Ursprünglich galt in Böhmen und in Ungarn — wenn es auch Ferdinand I. nicht ohne Grund nur widerwillig anerkannte — freies Wahlrecht der Stände, in Österreich dagegen Erbrecht des ganzen Hauses ohne jede Einflußnahme der Stände. In Böhmen setzte wohl schon Ferdinand I. 1547 (nach Mühlberg), noch bestimmter Ferdinand II. 1627 in der »Verneuerten Landesordnung« und in Ungarn Leopold I. 1687 (nach den Türkensiegen des Prinzen Eugen) die Anerkennung des Erbrechtes seines Hauses durch. Allein endgültig und einheitlich wurde die Erbfolge erst durch Karl VI. geregelt, als er am 19. April 1713 das Hausgesetz über die Erbfolge als sanctio pragmatica und lex perpetuo valitura erließ und es durch feierliche und bindende Zustimmungen jedes einzelnen Landes, die zwischen 1720 und 1722 erfolgten, auch zum Landes- bzw. ersten österreichischen Staatsgrundgesetz erhob. Diese noch heute in Kraft stehende »Pragmatische Sanktion« bestimmte ungeteilte Vererbung des gesamten Ländergebiets zuerst in männlicher, dann in weiblicher Linie nach dem Rechte der Erstgeburt.

Ein zweites einigendes Band legte sich um die drei Ländergruppen durch die Errichtung gemeinsamer landesfürstlicher Behörden für bestimmte Verwaltungsgebiete: Auswärtige Angelegenheiten, landesfürstliche Finanzen, oberste Leitung des Heerwesens, deren einheitliche, von den Ständen der einzelnen Länder unabhängige Ordnung gleichfalls im dynastischen Interesse begründet lag. Auch diese Entwicklung beginnt schon unter Ferdinand I., wird unter Ferdinand II. nach der Vernichtung des alten böhmischen und mährischen ständischen Adels bedeutend gefördert, aber erst durch die zentralistische Verwaltungsreform unter Maria Theresia und Joseph II. zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, doch nur in den österreichischen und böhmischen Ländern, nicht auch in jenen der ungarischen Krone. Denn alle Versuche Josephs, die neuen Zentralbehörden und die einheitliche deutsche Staatssprache auch in Ungarn einzuführen, schlugen fehl. Leopold II. mußte dem Widerstand der Stände nachgeben und die staatliche Selbständigkeit Ungarns, die Unabhängigkeit seiner Gesetzgebung und Verwaltung 1791 anerkennen. Und auch die Annahme des österreichischen Kaisertitels durch Franz I. (1804), die Auflösung des Deutschen Reiches (1806) und der Beitritt Österreichs mit den zum ehemaligen Deutschen Reich gehörigen Ländern zum Deutschen Bund (1815) änderten an diesem gleichsam dualistischen Verhältnis nichts mehr. Erst mit dem Jahre 1848 beginnen Versuche, dieses System zu durchbrechen.

II. **Die Verfassungskämpfe zwischen 1848 und 1867.** Der in den Märztagen 1848 in Österreich und in Ungarn allenthalben gestellten Forderung nach Verfassungen wurde von der Regierung Kaiser Ferdinands I. in verschiedener Weise entsprochen. Für Ungarn wurden schon am 11. April jene 31 Gesetze sanktioniert, die der am 12. November 1847 in Preßburg eröffnete Reichstag beschlossen hatte und die den Namen der »Ungarischen Verfassung von 1848« führen. Durch sie wurde von neuem die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des ungarischen Staates (Ungarn, Kroatien, Slawonien, Siebenbürgen) festgesetzt, eine Gemeinschaftlichkeit mit den österreichischen Ländern nur in bezug auf die regierende Dynastie gemäß den Bestimmungen der Pragmatischen Sanktion anerkannt und eine Regentschaft durch einen vom Reichstag zu wählenden Palatin schon für den Fall vorgesehen, daß der König außer Landes weile. Für die österreichischen Länder erließ die Regierung Ferdinands am 25. April 1848 eine Verfassung (Pillersdorfsche Verfassung), die aber vor ihrem Inkrafttreten von einer konstituierenden Reichsversammlung durchberaten werden sollte. Diese begann am 22. Juli ihre Tätigkeit in Wien, wurde später nach Kremsier verlegt (Kremsierer Reichstag), wo sie zuerst das wichtige Gesetz über die Grundentlastung, Ablösung der Robot und Aufhebung der patrimonialen Gerichtsbarkeit fertigstellte, das auch die kaiserliche Sanktion erlangte (7. September 1848). Dagegen kam der in Kremsier tatsächlich ausgearbeitete Verfassungsentwurf nicht zur Durchführung. Der junge, am 2. Dezember 1848 nach Abdankung seines Oheims zur Regierung gelangte Kaiser Franz Joseph I. löste die Kremsierer Versammlung auf und erließ eine Reichsverfassung (März-Verfassung vom 4. März 1849), die für alle seine Länder, Ungarn mit eingeschlossen, gelten sollte. Doch trat sie nie in Kraft; durch kaiserliches Patent vom 31. Dezember 1851 wurde sie, ebenso die ungarische 1848er Verfassung, aufgehoben. Die Zeit des zentralistischen Absolutismus begann. Ein »Reichsrat«, dessen Mitglieder vom Kaiser allein ernannt wurden, wurde als bloßer Rat der Krone eingesetzt, ein Ministerium, das »allein und ausschließend« dem Monarchen verantwortlich war, leitete die Verwaltung nach den gleichzeitig erlassenen »Grundsätzen für organische Einrichtungen in den Kronländern des österreichischen Kaiserstaates«. Nach dem unglücklich geführten Krieg von 1859 trat der Rückschlag ein. Zuerst wurde (5. März 1860) der »Reichsrat« durch neue Mitglieder ergänzt, darunter 38 aus den Landesvertretungen, und tagte als »verstärkter Reichsrat« vom 31. Mai bis 29. September. Seiner Tätigkeit entsprang das am 20. Oktober 1860 erlassene Oktoberdiplom, durch das die Neuordnung der inneren Verhältnisse der Monarchie eingeleitet wurde. Es verfügte vor allem die Schaffung eines Gesamtreichsrats

von 100 Mitgliedern für sämtliche, auch die ungarischen Länder, daneben einen engeren Reichsrat für die nichtungarischen. Allein schon am 26. Februar 1861 erschien ein kaiserliches Patent (Februar-Patent), das abgesehen von anderen Bestimmungen auch die Reichsvertretung auf eine neue Grundlage stellte, indem es eine zweikammerige Reichsvertretung, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, für alle Königreiche und Länder vorsah. Dieser Gesamtreichsrat trat wohl am 1. Mai 1861 zusammen, blieb aber vom Anfang an ein Torso, da die Vertreter Ungarns, Lombardo-Veneziens, Kroatiens in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses nie, die Siebenbürgens nur kurze Zeit erschienen, der ungarische Landtag überdies die gesetzgeberische Kompetenz dieses Reichsrates über die ungarischen Länder bestritt und die Wiederherstellung der ungarischen 1848er Verfassung forderte. Aber auch in mehreren österreichischen Ländern erhob sich Widerstand gegen das Februar-Patent, weil die dem engeren Reichsrat eingeräumten Befugnisse die Rechte der Landtage einschränkten.

Diese Schwierigkeiten veranlaßten die Sistierung der Verfassung (20. September 1865) und Einberufung des ungarischen Reichstags (14 Dezember) behufs „Verständigung mit den legalen Vertretern Meiner Völker in den östlichen Teilen des Reiches". Doch blieben die Verhandlungen erfolglos, und erst nach dem Krieg von 1866 kamen diese fast zwanzigjährigen Verfassungswirren zu einem Abschluß durch den sogenannten österreichisch-ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867.

Während in Österreich die Verfassungssistierung in Kraft blieb, ernannte der Kaiser für Ungarn am 17. Februar 1867 ein selbständiges Ministerium, ließ sich am 8. Juni in Budapest zum ungarischen König krönen und sanktionierte die mittlerweile von einem eigens hierzu eingesetzten Reichstagsausschuß ausgearbeitete neue Verfassung der 16 Gesetzartikel. Sie regeln die Beziehungen zwischen Dynastie und Ungarn einer-, zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen anderseits. In letzterer Hinsicht ist es insbesondere der 12. Gesetzartikel (sanktioniert am 12. Juni 1867), der die Behandlung der beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten festsetzte. Allein diese gesetzlichen Bestimmungen erfolgten entgegen der im Sistierungspatent gemachten Zusage ohne jede Mitwirkung „der legalen Vertreter der andern Königreiche und Länder". Denn der für diesen Zweck bereits für den 25. Februar 1867 ausgeschriebene „außerordentliche Reichsrat" trat nie zusammen, und das am 22. Mai eröffnete österreichische Parlament stand vor unabänderlichen Abmachungen zwischen Ungarn und der Krone, die eine Umänderung des Februar-Patentes notwendig machten. Diese erfolgte in den zwischen der österreichischen Regierung und dem Parlament vereinbarten Staatsgrundgesetzen, die am 21. Dezember 1867 beschlossen wurden und als „österreichische Dezember-Verfassung" bezeichnet werden. Nur eines derselben betrifft „die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung", entspricht also dem 12. ungarischen Gesetzartikel, ohne aber in der Textierung und manchen Einzelheiten mit ihm übereinzustimmen. Durch dieses korrespondierende Gesetz wird der Dualismus Österreich-Ungarns begründet, während im übrigen die beiden grundlegenden Verfassungen von 1867 für Ungarn und für Österreich voneinander vollkommen unabhängig sind.

III. Die österreichische 1867er Verfassung und ihre weitere Entwicklung. Erst durch das kaiserliche Handschreiben vom 11. Oktober 191[illegible] mit der Erneuerung des Wappens der österreichischen Länder der Name „Österreich", der allerdings schon seit Beginn der Verfassungszeit geläufig war, für „die im Reichstag vertretenen Königreiche und Länder", wie es früher hieß, amtlich festgelegt — ein Schritt weiter in der Stärkung des zentralistischen Gedankens gegenüber föderalistischen Bestrebungen, die von jeher der ruhigen inneren Entwicklung dieses Staates entgegenstehen. Denn nach der Dezember-Verfassung kann Österreich nicht schlechtweg als Einheitsstaat bezeichnet werden, da sich in Gesetzgebung und Verwaltung neben überwiegenden zentralistischen auch eine Anzahl wichtiger dezentralistischer (föderativer, autonomer) Merkmale nachweisen lassen.

1) Der Reichsrat. Der Wirkungskreis dieser vom Kaiser alljährlich einzuberufenden gemeinsamen Vertretung der 17 zugehörigen Länder ist in der Verfassung genau umschrieben und betrifft die allen Ländern gemeinschaftlichen Angelegenheiten. Der Reichsrat besteht aus zwei Kammern, dem mehr aristokratischen, aus erblichen und 150—170 lebenslänglich vom Kaiser ernannten Mitgliedern sich zusammensetzenden Herrenhaus und dem mehr demokratischen Abgeordnetenhaus. Erst seit 1873 besteht für dieses anstatt der früheren Beschickung durch die Landtage das direkte Wahlrecht, wodurch das Abgeordnetenhaus von den in den Landtagen jeweilig herrschenden Richtungen unabhängig ist. Zugleich wurde damals die ursprüngliche Zahl von 203 Mitgliedern auf 253, im J. 1896 durch die Einfügung der allgemeinen Kurie auf 425 und 1907 anläßlich der Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auf 516 erhöht. Das aktive Wahlrecht, von dem das Militär ausgeschlossen ist, haben männliche österreichische Staatsbürger über 24 Jahre mit mindestens einjähriger Ansässigkeit in der Wahlgemeinde; beim passiven Wahlrecht sind dreijährige Ansässigkeit und das 30. Lebensjahr erforderlich. — In beiden Häusern spielen die Parteiverhältnisse eine wichtige Rolle. Im Herrenhaus bildet zwischen einer konservativ-föderalistischen „Rechten" und einer liberal-zentralistischen „Verfassungspartei" eine zentralistisch-konservative „Mittelpartei" oft das Zünglein an der Wage, das die Regierung durch den Pairsschub in Händen hat. Das Abgeordnetenhaus spaltet sich hauptsächlich nach nationalen Gesichtspunkten, nur die sozialdemokratische Partei umfaßt Angehörige verschiedener Nationalität. Entsprechend der österreichischen Nationalitätenmenge unterscheidet man deutsche, tschechische, polnische, ruthenische, slowenische, serbokroatische, italienische, rumänische Abgeordnetenklubs, die weiter aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen in Verbände zerfallen. Entsprechend der parlamentarischen Sitte, daß die fortschrittlichen Parteien auf der linken, die konservativen auf der rechten Seite des Hauses sitzen, sind auch im österreichischen Reichsrat die Bezeichnungen „Linke", „Rechte" für diese Gruppen eingebürgert. — Herrenhaus und Abgeordnetenhaus verhandeln und beschließen selbständig, verkehren miteinander teils mündlich, teils schriftlich, aber erst ihre übereinstimmenden Beschlüsse erhalten durch die kaiserliche Sanktion Gesetzeskraft; nur bei Fragen des Etats und des Rekrutengesetzes gibt die niedrigere der bewilligten Ziffern den Ausschlag. — Das Abgeordnetenhaus ist infolge einer

ungenügenden Geschäftsordnung in der ersten Zeit seines Bestandes durch Abstinenz, in der letzten vielfach durch Obstruktion in seiner Tätigkeit schwer behindert worden, so daß die Reform der Geschäftsordnung zur Zeit eine allgemeine Forderung der großen Parteien darstellt, die um so leichter durchzuführen ist, als es darüber selber zu beschließen hat, wie es auch seine Funktionäre selbst wählt, während das Präsidium des Herrenhauses vom Kaiser ernannt wird.

2) **Die Ministerien und übrigen Zentralbehörden.** Die neun Ministerien (des Innern, für Kultus und Unterricht, Landesverteidigung, Justiz, Ackerbau, Finanzen, Handel, Eisenbahnen und das 1908 geschaffene für öffentliche Arbeiten), deren Zahl verfassungsmäßig nicht feststeht, bilden einerseits das Bindeglied zwischen Krone und Parlament, anderseits die oberste Instanz in der landesfürstlichen Behördenorganisation. Die Minister werden vom Kaiser ernannt, sind aber durch das Staatsgrundgesetz vom 25. Juli 1867 dem Reichsrat verantwortlich und unterstehen bei erhobener Anklage dem Staatsgerichtshof. Für die zentrale Verwaltung dienen die den Ministerien untergeordneten mittleren und unteren Behörden, die für jedes Kronland gesondert bestehen, nur daß Vorarlberg mit Tirol, Istrien mit Görz-Gradisca und Stadt Triest zu je einem staatlichen Verwaltungsgebiet vereinigt sind. An der Spitze jedes einzelnen Kronlandes bzw. Verwaltungsgebiets steht ein Landeschef (Statthalter, Landespräsident), zugleich Vertreter des Kaisers und der Regierung. In den Bereich der Statthaltereien bzw. Landesregierungen gehören alle jene in den Ländern vorkommenden Geschäfte, die in letzter Instanz in den Wirkungskreis der Ministerien des Innern, für Kultus und Unterricht, Landesverteidigung und Ackerbau fallen, in beschränkterem Maße auch solche der Finanzen, des Handels und der öffentlichen Arbeiten. Für diese allgemeine Landes- oder politische Verwaltung dienen als erste Instanz die Bezirkshauptmannschaften und in Städten mit eignem Gemeindestatut die Kommunalämter (Bürgermeister und Magistrat). Außerdem unterstehen den Statthaltereien und Landesregierungen für gewisse Ressorts bestimmte Fachbehörden: Landes-, Bezirks-, Ortsschulräte; Finanzlandes- oder Finanzdirektionen mit weiteren Unterbehörden; Post- und Telegraphendirektionen; Berghauptmannschaften usw.

Dagegen ist die Rechtspflege von der Verwaltung grundsätzlich vollkommen getrennt. Sie wird in höchster Instanz vom obersten Gerichts- und Kassationshof besorgt, in zweiter von den Oberlandes-, in erster von Landes-, Kreis-, Geschwornen- und Bezirksgerichten, nebst verschiedenen besonderen Gerichten.

Als zentrale, den Ministerien nebengeordnete Behörden gelten ferner der Oberste Rechnungshof zur Ausübung der Finanzkontrolle und die beiden Kontrollbehörden gegenüber der Verwaltung: der Verwaltungsgerichtshof und das Reichsgericht.

3) **Die autonome Länderverwaltung.** Die im österreichischen Reichsrat vertretenen Länder bilden im Rahmen der Staatsverwaltung Selbstverwaltungskörper, deren oberstes Organ der Landtag ist. Die Grenzen in der Wirksamkeit der Landtage gegenüber dem Reichsrat sind ganz genau festgesetzt, indem das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 alle Gegenstände der Gesetzgebung, die nicht ausdrücklich dem Reichsrate vorbehalten sind, dem Landtage zuwies, ohne sie aber wie jene taxativ aufzuzählen, so daß ihre Erweiterung viel leichter durchführbar ist als die des Reichsrats. Sie betreffen vornehmlich Landeshaushalt und Landesbesteuerung, Landeskultur, öffentliche Bauten, Wohltätigkeitsanstalten, aber auch Straf- und Zivilgesetzgebung u. a. m. Die Landtage sind einkammerige Volksvertretungen, deren Stellung erstmalig durch die mit dem Patent vom 26. Februar 1861 erlassenen Landesordnungen und Landtagswahlordnungen bestimmt worden ist, seither aber verschiedene Veränderungen in den verschiedenen Kronländern erfahren hat. Die Wahlen erfolgen nach Wählerklassen (Kurien), deren man höchstens fünf unterscheidet: Großgrundbesitz, Städte, Handels- und Gewerbekammern, Landgemeinden und (seit 1896) die allgemeine Wählerklasse. Zur Vermeidung nationaler Kämpfe bei den Wahlen wurde für den mährischen Landtag 1905, für den in der Bukowina 1910 die nationale Scheidung der Wähler nach dem Personalitätsprinzip mit feststehender Zahl der Mandate für jede Nationalität festgesetzt. Die Mitgliederzahl ist in den einzelnen Ländern verschieden, ebenso die Bedingungen für aktives und passives Wahlrecht und der Titel des vom Kaiser zu ernennenden Vorsitzenden (Oberstlandmarschall in Böhmen, Landmarschall in Galizien, Landeshauptmann in den meisten übrigen). Die vom Kaiser einzuberufenden Landtage tagen regelmäßig nur ein- oder zweimal jährlich durch mehrere Wochen in der Landeshauptstadt und haben eine sechsjährige Funktionsdauer. Das vollziehende und repräsentative Organ des Landtags ist der aus dem Landtag gewählte Landesausschuß, dessen Mitgliederzahl wiederum von Land zu Land wechselt. Nicht ohne Grund bezeichnet man ihn als »zweite Landesregierung«; denn ist auch die Länderverwaltung im Grunde als eine Entlastung für die staatliche Verwaltung gedacht, so hat sich doch hierdurch ein Dualismus in der gesamten Verwaltung herausgebildet, der sie vielfach erschwert und Kompetenzkonflikte hervorruft. Vor allem aber stärkt er den politischen Gegensatz zwischen Autonomisten, die die Selbstverwaltung in noch weit größerem Maße ausgedehnt wünschen, und Zentralisten, die mindestens die organisatorisch auszubildende Überordnung der Staatsgewalt über die Selbstverwaltungsorgane fordern. Die Ausgestaltung oder Zurückdrängung der Österreich eigentümlichen Länderautonomie ist daher eine der aktuellsten und schicksalschwersten Fragen der inneren Politik, die nach einer Lösung verlangt. In gewissem Sinne wurde sie bereits in Angriff genommen, als durch allerhöchstes Handschreiben vom 22. Mai 1911 eine »Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform« eingesetzt wurde, deren Tätigkeit jedoch durch den Ausbruch des Krieges vorläufig eingestellt ist. Damit im Zusammenhang steht die ungemein verwickelte Sprachenfrage, da in Österreich nicht nur keine Staatssprache besteht, sondern Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes »die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben« ausspricht, eine Fassung, die zu ernstesten Erörterungen geführt hat. Infolge des Weltkrieges und des durch den Tod Kaiser Franz Josephs (21. Nov. 1916) eingetretenen Thronwechsels (Nachfolger: Kaiser Karl I., Großneffe Franz Josephs) sind nun alle mit der Neuordnung des Staates zusammenhängenden Fragen auf der Tagesordnung, ohne daß die Richtung heute schon erkennbar wäre.

IV. **Die Länder der ungarischen Krone.** Der zweite Staat der Monarchie zeigt eine ganz andere Struktur. Er ist im Innern noch weniger Einheitsstaat als Österreich, denn in dem sog. ungarisch-kroa-



tischen Ausgleich vom Jahre 1868, der jenem zwischen Ungarn und Österreich von 1867 unmittelbar folgte, erkannte Ungarn die Gebietsintegrität der Länder Kroatien und Slawonien an und versprach, die Rückeinverleibung Dalmatiens mit diesen Ländern anzuerkennen, falls sie einmal erfolgen sollte; denn Dalmatien gilt laut der Dezember-Verfassung zur Zeit als österreichisches Kronland. Die Regierungs- und Vollzugsgewalt übt in Ungarn der König aus durch das von ihm ernannte ungarische Ministerium, das aus acht Ressortministern besteht (innere Angelegenheiten, Landesfinanzen, Handel, Ackerbau, Kultus und Unterricht, Rechtspflege, Landesverteidigung, a latere), nebst dem portefeuillelosen Minister für Kroatien, Slawonien und Dalmatien. Neben dem Ministerium gelten als selbständige Zentralstelle der Staatsrechnungshof und die autonome kroatisch-slawonisch-dalmatinische Landesregierung in Agram mit dem Banus an der Spitze, die alle Angelegenheiten des Innern, Kultus und Unterrichts und der Justiz selbstständig leitet. Ebenso gilt hier das Kroatische als Amtssprache, während im übrigen Königreich Ungarisch Staats- und Amtssprache ist. Zum Zweck der Verwaltung ist Ungarn in Munizipien geteilt, an deren Spitze der vom Kaiser ernannte Obergespan steht (in Budapest und Agram: Oberbürgermeister), ihm zur Seite der Munizipalausschuß (Höchstbesteuerte und Gewählte).

Die gesetzgebende Gewalt steht dem König mit dem Reichstage zu, welch letzterer aus der (1885 neu organisierten) Magnatentafel und dem Abgeordnetenhaus besteht (413 gewählte, 40 aus dem kroatischen Landtag entsendete Mitglieder). Eine eigene Landesgesetzgebung und -verwaltung besteht nur hinsichtlich Kroatien-Slawoniens. Die Rechtspflege ist auch hier von der Verwaltung durchaus getrennt; als oberste Instanz in Zivilrechts- und Strafrechtsangelegenheiten gilt in Ungarn die königliche Kurie in Budapest, in Kroatien die Septemviraltafel, denen Gerichtshöfe zweiter und erster Instanz nebst Geschwornen- und besonderen Gerichten unterstehen.

Die parlamentarischen Schwierigkeiten in Ungarn ergeben sich einerseits aus den Bestrebungen der Nationalitäten (Slowaken, Rumänen, Serben) und dem Gegensatz zu Kroatien, anderseits aus Ansprüchen der sog. 1848er Unabhängigkeitspartei, die seit 1907 mit der gemäßigteren Nationalpartei zwar die Regierungspartei bildet, aber den 1867er Ausgleich nicht voll anerkennt.

V. Die gesamtstaatlichen Angelegenheiten Österreichs und Ungarns. Als solche gelten laut den Bestimmungen in den beiderseitigen Verfassungen von 1867 mit gewissen Einschränkungen, die wir übergehen, 1) die auswärtigen Angelegenheiten, 2) das Kriegswesen und die Kriegsmarine, 3) das Finanzwesen rücksichtlich der gemeinschaftlich zu bestreitenden Auslagen. Ihre Leitung untersteht den drei gemeinsamen Ministerien: dem Ministerium des Äußern, das überdies die familienrechtlichen Geschäfte der Mitglieder des kaiserlichen Hauses führt und danach den Zusatztitel hat: »und des kaiserlichen Hauses«, dem Reichskriegs- und dem Reichsfinanzministerium. Die Mitwirkung der beiden Parlamente geschieht durch die Delegationen, je zwei 60gliederige aus beiden Häusern gewählte Ausschüsse, die jährlich einmal zufolge Einberufung durch den Kaiser zusammentreten und vornehmlich das Recht der Feststellung des gemeinsamen Budgets und ein weitgehendes Kontrollrecht über die gemeinsame Verwaltung ausüben.

Außer den fest bestimmten gemeinsamen Angelegenheiten gibt es noch gleichartig verwaltete Angelegenheiten, wie Zollgesetzgebung, Feststellung des Münzwesens und des Geldfußes, dann insbesondere der Quote, d. h. des Verhältnisses, nach welchem die Kosten der Führung der gemeinsamen Angelegenheiten von beiden Staaten zu tragen sind. Die materielle Übereinstimmung dieser in die Kompetenz jedes einzelnen Staates fallenden Angelegenheiten wird erzielt entweder durch die beiderseitigen Ministerien oder durch Deputationen (z. B. Quotendeputation), die aus den Parlamenten gewählt werden. Diese Vereinbarungen wurden bisher stets auf 10 Jahre getroffen, am 27. Januar 1917 jedoch auf 20 Jahre. Eben hier, aber auch in dem gemeinsamen Kriegswesen äußert sich der Hauptwiderstand der starrsten Anhänger der 1848er Unabhängigkeitspartei, die die Gemeinsamkeit womöglich auf die Personalunion beschränken möchten. Die Rechte des Monarchen in den gemeinsamen Angelegenheiten beziehen sich auf die Ernennung der Minister, die Sanktion der Delegationsbeschlüsse und die Bestimmung der Beitragsquote und anderer Angelegenheiten bei nicht zu erzielender Übereinstimmung. Vor allem aber steht ihm die oberste Befehlsgewalt über die gesamte bewaffnete Macht und die Vertretung des Gesamtstaates nach außen hin zu, wie er denn auch allein Krieg erklärt und Frieden schließt. Die gemeinsamen Behörden sowie die Wehrmacht tragen die Bezeichnung »kaiserlich und königlich« (k. u. k.), im Gegensatz zu k. k. für die landesfürstlichen Behörden in Österreich und k. u. (königlich ungarisch) für jene in Ungarn.

VI. Bosnien und Herzegowina. Die Verwaltung der beiden laut Artikel 25 des Berliner Vertrags vom 13. Juli 1878 besetzten (okkupierten) Provinzen besorgte nach dem Gesetz vom 22. Februar 1880 im Namen des Kaisers die gemeinsame Regierung durch den gemeinsamen Finanzminister. Durch ein kaiserliches Handschreiben vom 5. Oktober 1908 wurde die Okkupation in Annexion (Besitzergreifung) umgewandelt, so daß seither der Monarch auch hier alle Souveränitätsrechte besitzt wie in seinen übrigen Ländern. Nach Anerkennung dieser Souveränität durch die Türkei und die Signatarmächte des Berliner Vertrags erhielt Bosnien und Herzegowina am 17. Februar 1910 ein eigenes Landesstatut nebst zugehörigen Gesetzen, die zusammen die »Verfassung Bosniens und der Herzegowina« bilden.

Literatur. Die österreichischen Geschichten von F. v. Krones (Berl. 1876—79, 5 Bde.; in kurzer Fassung in 2. Auflage 1906, besorgt von K. Uhlirz [Sammlung Göschen]), A. Huber (Gotha 1885—95, 5 Bde.), F. M. Mayer (3. Aufl., Wien 1909, 2 Bde.); die österreichischen Reichsgeschichten von A. Bachmann (2. Aufl., Prag 1904), Huber-Dopsch (2. Aufl., Wien 1901), A. Luschin v. Ebengreuth (Bamberg 1899); L. und F. Krautmann, Österreichische Staatsbürgerkunde (Wien 1908); H. Rauchberg, Österreichische Bürgerkunde (das. 1911/12); Max Burckhard, Leitfaden der Verfassungskunde der österreichisch-ungarischen Monarchie (das. 1893); F. Hauke, Grundriß des (österreichischen) Verfassungsrechts (Leipz. 1905); J. Ulbrich, Das österreichische Staatsrecht (Tübing. 1904); Derselbe, Lehrbuch des österreichischen Verwaltungsrechts (Wien 1904); Mischler-Ulbrich, Österreichisches Staatswörterbuch (2. Aufl., das. 1905—09, 4 Bde.); »Die österreichischen Verfassungsgesetze«, herausg. von E. Bernatzik (Leipz. 1906); G. v. Ferdinandy, Staats- und Verwaltungsrecht des Königreichs Ungarn und seiner Nebenländer (deutsch in der Bibl. d. öffentl. Rechts, Bd. 16, Hannover 1909); R. Charmatz, Wegweiser durch die Literatur der österreichischen Geschichte (Stuttg. 1912).

Galizien und die polnische Frage

von Professor Dr. **Gerhard Seeliger** in Leipzig

Land und Wirtschaft. Das Kronland Galizien, 78500 qkm groß, breitet sich nördlich von dem großen, zuerst östlich, dann südöstlich streichenden Gebirgszuge der Karpathen aus. Es bildet keine geographische Einheit, seine Landschaften gehören zu den Flußgebieten der Weichsel, des Dnjestr und der Donau, sie streben einerseits nordwärts nach der Ostsee, anderseits südwärts nach dem Schwarzen Meer (vgl. die Karten bei S. 200 und 210, Bd. I). Im Westen senken sich die Sandsteinberge allmählich herab zur fruchtbaren Ebene südlich von der Weichsel, im Osten aber beginnt nördlich vom Dnjestr das weite podolische Hochland, die Hochplatte, die einst beim Zusammenziehen der Erdrinde zerrissen wurde und bald den Anblick anmutiger Hügellandschaft, bald den der gewaltigen Erosionstäler gewährt. Zwischen dem fruchtbaren Westen und dem üppigen Acker- und Steppenland des Ostens liegt die nordgalizische Tiefebene, durch den von Lemberg nordwestlich streichenden Höhenzug (Roztocze) in zwei Teile gesondert, den kleineren östlichen der Bugniederung und den größeren westlichen im Dreieck des Weichsel-Sangebiets. Südlich vom Dnjestr aber, dessen linkes Ufer den südlichen Steilrand der podolischen Hochebene bildet, breitet sich das reizvolle Karpathenvorland aus, das nach Osten hin in das fruchtbare Pokutien am schönen Pruthtal übergeht.

Galizien hat infolge der Mannigfaltigkeit des Bodens die verschiedensten wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen. Seine Gebirge bergen keine metallischen Schätze, aber das gute und besonders im Osten üppige Ackerland, die prächtigen Weiden und die ausgedehnten Nadelwälder weisen auf eine reiche land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit hin. — Von den 7849991 ha des Landesgebiets dienen 48,5 Proz. als Acker, 11,13 Proz. als Wiesen, 1,39 Proz. als Gärten, 9,83 Proz. als Weiden, 25,68 Proz. als Wald, während ein kleiner Rest als unproduktive Fläche zu gelten hat. 76,82 Proz. der Bevölkerung steht im Dienst der Landwirtschaft, Galizien ist ein Agrikulturland im wahrsten Sinn. Aber merkwürdig, es vermag Pferde und Hornvieh in großer Menge, es vermag vor allem Borstenvieh, auch Eier, Geflügel und Federn auszuführen, doch erzeugte es bisher nicht so viel Brotgetreide, um den eigenen Bedarf nach den in Westeuropa üblichen Sätzen zu befriedigen. Auch Kartoffeln und Kraut, in erstaunlicher Menge vorhanden, bieten nicht so viel Ersatz, um auf eine fremde Einfuhr von Brotgetreide in das agrarische Land verzichten zu können. Hier liegen schwere Mängel der Organisation vor. Dadurch, daß die Hälfte des Ackerbodens auf Zwergwirtschaften mit kaum 1 ha verteilt ist, daß die Mittelbetriebe fehlen und daß den Kleinbetrieben nur ein vielfach stark verschuldeter Großgrundbesitz mit extensiven Wirtschaftstendenzen gegenübersteht, war jeder kräftige Fortschritt gehemmt. Und wie auf dem Gebiet des Agrarischen, so ist auch auf dem aller anderen wirtschaftlichen Betätigung eine großzügige Reform unerläßlich.

Die Salzbergwerke Bochnia und Wieliczka im Westen, die größten Österreichs, und die Salinen Ostgaliziens haben 1913 für 20 Mill. Kronen Salz erzeugt (2/5 von Gesamtösterreich), aber sie werden nicht voll ausgenutzt, besonders nicht die Steinsalzbergwerke des Ostens. Die schon 1810 entdeckten Kalisalze bei Kalusz, deren Abbau 1887 begonnen wurde, würden bei intensivem Betrieb hohe volkswirtschaftliche Werte schaffen. Und erst die Rohöle (Naphtha)! Der Nordabhang der Karpathen von Gorlice bis zur Bukowina, besonders die Gegend von Drohobycz und Boryslaw, birgt diese reichen Naturschätze. Wenn auch bisher nur knapp 4 Proz. der Weltproduktion geliefert werden konnte (1912: 18700 Zistern zu je 10000 kg), so ist doch Galizien an die dritte Stelle der Ölerzeuger, nach Amerika und Rußland, vor Rumänien und Holländisch-Indien, gerückt und vermag nicht nur Österreich-Ungarn, sondern teilweise auch Deutschland zu versorgen. — Eine weitere wertvolle Gabe des galizischen Bodens, die Kohlenschätze Westgaliziens, wird erst in neuester Zeit erkannt; seine Kohlenadern, die von Mähren-Schlesien herüberragen, wurden auf einen abbaufähigen Steinkohlenvorrat von 24,9 Milliarden Tonnen in größerer Tiefe berechnet, ein Vielfaches im Vergleich zu den in Mähren-Schlesien vorhandenen 2,1 Milliarden; wurde doch in Aussicht gestellt, daß bei einer Verzehnfachung der gegenwärtigen Produktion, d. h. bei einer Jahreserzeugung von 20 Millionen Tonnen, die Schätze für 1200 Jahre ausreichen würden.

Noch ist auf keinem Wirtschaftsgebiet in Galizien der Höhepunkt der Leistungsfähigkeit erreicht. Galizien kann die reiche Kornkammer werden, die es jetzt nicht ist, es kann Viehzucht und Holzproduktion mächtig steigern; es kann und muß jene Industrien zur Entfaltung bringen, zu denen die Gaben der Natur einladen: Holz, Salz, Erdöl. Und wenn die Kohlenschätze kräftig gehoben, wenn die Wasserkräfte des Gebirges ausgenutzt werden, dann wird ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen zum Heil des Landes, zum Heil auch der großen wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft, in der Galizien steht.

Bevölkerung. Von (1910) 8025675 Einwohnern bekannten sich 4672500 zur polnischen, 3208092 zur ruthenischen und 90114 zur deutschen Umgangssprache — der unbedeutende Rest verteilt sich auf verschiedene Nationalitäten. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hat sich das Verhältnis zugunsten der Polen, zuungunsten der Deutschen verschoben. Noch 1880 wurden 323612 Deutsche gezählt, 1890 nur 227158, 1900 nur 212317. Tatsächlich sind bei den Zählungen polnische Willkürlichkeiten vorgekommen. Die Haupterklärung aber für diese Verschiebung liegt darin, daß die Juden sich unter dem Einfluß des zur Macht gelangten Polentums äußerlich für dieses erklärten. Für die Beurteilung der völkischen Verhältnisse ist zu beachten, daß unter den 4½ Millionen Polen sich 850000 Juden befinden, die untereinander meist nicht Polnisch, sondern »Jidisch« sprechen.

Die Polen (vgl. Bd. I, S. 77 ff.) bewohnen hauptsächlich den Westen bis zum San, die Ruthenen die größere Osthälfte. Aber während sich die ruthenischen Siedlungen nur im Süden den Karpathen entlang westwärts über den San hinaus bis zum Dunajec vorschieben, haben die Polen an den verschiedensten Stellen des Ostgebiets festen Fuß gefaßt als Beamte, als Industrielle, Kaufleute, Handwerker; sie haben manche Städte und deren Umgebung, so Lemberg, fast völlig polonisiert, und sie haben sich schließlich in dem ursprünglich reinen Ruthenengebiet neben den 3132541 Ruthenen zu der stattlichen Minderzahl von 2111680 emporgeschwungen, während die im eigentlich polnischen Land vorhandenen Ruthenen nur 75551 be-

tragen. Die Polen Galiziens bilden den südlichen Flügel des im Oder- und Weichselgebiet ansässigen 15-Millionenvolks; die Krönungsstadt Krakau war in der Zeit der höchsten Blüte polnischer Macht, vom 14.—17. Jahrhundert, Mittelpunkt des polnischen Lebens.

Die **Ruthenen** Galiziens sind Ukrainer (vgl. Bd. I, S. 82), sie werden auch Rotrussen oder Rotruthenen, nach der offiziellen russischen Bezeichnung Kleinrussen genannt. Die etwa 33 Millionen Ukrainer, die Bewohner des weiten südwestlichen Rußlands, des nördlichen Beßarabiens, des östlichen Galiziens, der nördlichen Bukowina und der nördlichsten Landstriche Ungarns, haben den slawischen Typus reiner erhalten als das Tochtervolk, das von ihnen ausgegangen war und sich auf Kolonisationsboden durch Verbindung mit fremden Volkselementen, mit Finnen und Tataren, zu einer alle anderen Slawen weit überragenden Volksmasse ausgedehnt hat, die Großrussen.

Als drittes Volkstum von ausgeprägter Individualität gesellen sich in Galizien die **Juden** (vgl. Bd. I, S. 83) hinzu, die gleich den Stammesgenossen im westlichen Rußland, in der Bukowina und in Beßarabien seit dem 14. Jahrhundert aus dem deutschen Westen eingewandert waren. Sie leben auf dem platten Lande fast nur als Gastwirte und Kreditgeber, sie bewohnen mit Vorliebe die Städte und treiben Handel aller Art. Zahlreiche galizische Städte haben ein völlig jüdisches Gepräge, in manchen bilden die Juden die Mehrheit der Bewohner. An ihrer Eigenart in Religion, Sitte und Sprache, letztere eine ostmitteldeutsche, mit hebräischen und slawischen Worten durchsetzte Mundart (»Jidisch«), halten sie mit größter Zähigkeit fest, zeigen sich aber der zionistischen Bewegung nicht sehr zugänglich und schließen sich gern jener Nation äußerlich an, die den maßgebenden Einfluß im Lande ausübt; wie sich die Juden der Bukowina meist als Deutsche bekannten, so die Juden Galiziens fast ausnahmslos als Polen.

Das Deutschtum in Galizien. Obschon das Ergebnis der Zählung von 1910, wonach die Deutschen nur 1,1 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmachen, sicher irrig ist, so bilden die Deutschen im Verhältnis zu Polen und Ruthenen nur eine verschwindend kleine Minderheit, kaum mehr als 100000, von den in Wahrheit Deutsch sprechenden Juden abgesehen. Aber dennoch hat das Deutschtum beim ganzen Aufbau des Kulturlebens in Galizien einen geradezu überwältigenden Einfluß ausgeübt. Nicht allein das deutsche Recht hat im Mittelalter dem slawischen Osten, besonders in den Städten, die festen Ordnungen gegeben, sondern fast alle Elemente des Geistigen und Künstlerischen, ebenso Elemente der Siedlungsart und des Wirtschaftslebens stammen vom deutschen Volk, selbst da, wo nicht eine unmittelbare Vermittlung durch deutsche Siedler stattfand. Aber auch die deutsche Kolonisation ist einst bedeutend gewesen.

Seit dem 13. Jahrhundert sind Deutsche nach Kleinpolen und dem südlichen Ruthenenland als bürgerliche Siedler, als Städtebewohner sowie als Ritter und Großgrundbesitzer gekommen. Ostmitteldeutsche waren es zumeist, die über Schlesien von einsichtigen Regenten Polens und des damals selbständigen Rutheniens gerufen wurden. Mit Magdeburger Recht wurden die neu gegründeten Städte ausgestattet; deutschen Charakter hatten die führenden Städte. Krakau war im 13. Jahrhundert eine deutsch verwaltete Bürgergemeinde; Lemberg erscheint um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts als deutsches Gemeinwesen, mit deutschen Beamten und deutscher Amtssprache. Bei zahlreichen galizischen Städten und Dörfern ist das gleiche anzunehmen. Für diese Periode spricht ein Lemberger Chronist des 17. Jahrhunderts von der »Leopolis Germanica«. Auch der Klerus war vielfach deutsch. Nach einem Beschluß des Przemysler Kapitels von 1452 sollten alle angestellten Geistlichen der deutschen Sprache mächtig sein. Erst im 16. Jahrhundert beginnt sich allmählich ein Umschwung zu vollziehen. Eine starke Polonisierung setzt ein. Der Adlige, der vornehme Bürger betrachtet sich als Pole, der freie deutsche Bauer wird vom slawischen Adel mißgünstig behandelt. Die deutschen Errungenschaften gingen im 16. und 17. Jahrhundert verloren; nur im westlichsten Teil, der als schlesisches Landesgebiet im 13. und 14. Jahrhundert deutsch kolonisiert worden war, blieb die Sprachinsel Biala-Kunzendorf-Alzen erhalten. Erst das 18. Jahrhundert brachte in Galizien eine Erneuerung des deutschen Lebens. Schon Mitte des Jahrhunderts beriefen polnische Könige und Herren Deutsche; damals suchte Stanislaus Poniatowski, der Vater des letzten Polenkönigs, die Stadt Zaleszczyki am Dnjestr besonders durch schlesische Tuchmacher zur Blüte zu bringen. Und dann setzten nach der ersten Teilung Polens die Bemühungen Maria Theresias und Josephs II. ein. Durch das Patent von 1774 wurden zahlreiche bäuerliche Siedler, meist Süddeutsche, nach Galizien gerufen, nicht um zu germanisieren, nur um die Landeskultur zu heben. Eine über das ganze Land hin verstreute Siedlung wurde deshalb angeordnet; in 200 Ortschaften Galiziens begegnen gegenwärtig beträchtliche deutsche Volkselemente. Und wie die Berufung deutscher Bauern und Handwerker nicht auf Germanisierungstendenzen beruht, so auch nicht die nur im zentralen Staatsinteresse gestellte Forderung Josephs an den ersten galizischen Statthalter, »daß alles in deutscher oder lateinischer Sprache traktiert werden solle«. Die nationalen Folgen waren gleichwohl bedeutsam. Durch die deutsche Verwaltung erhielt das ganze Land nach und nach einen deutschen Anstrich. Blieb auch die Masse des Volkes unberührt, wurde auch nirgends planvoll germanisiert und fehlte insbesondere auch jede Absicht dieser Art, so machte sich doch eine germanisierende Wirkung geltend. Alles, was auf höhere Bildung und auf Einfluß Anspruch erhob, begann sich dem Deutschtum zuzuwenden. 1784 ward in Lemberg eine deutsche Universität gegründet, die ehrwürdige, 1364 gestiftete Jagellonenuniversität Krakau gewann deutschen Charakter. Wurde auch Galizien im 19. Jahrhundert durchaus nicht ein deutsches Land, so war doch eine beherrschende deutsche Oberschicht hervorgetreten und hatte dem in seinem Volkstum polnisch und ruthenisch gebliebenen Kronland ein deutsches Gepräge verliehen. — Erst Mitte des 19. Jahrhunderts setzte die slawische Reaktion ein. 1867 wurde Galizien der Herrschaft der Polen überliefert. Die deutsche Beamtenschaft verschwand, die Amtssprache wurde 1868 polnisch, die beiden Universitäten Krakau und Lemberg wurden vollständig polonisiert und eine Akademie der Wissenschaften in Krakau als Mittelpunkt des nationalpolnischen Wissenschaftslebens gegründet. Die Umwandlung konnte sich so ungemein rasch vollziehen, weil es sich nicht um eine nationale Veränderung des Volkstums, sondern nur um eine Verschiebung in der politisch und kulturell vorherrschenden kleinen Oberschicht gehandelt hat.

Politische Geschichte. Das Kronland Galizien, offiziell »Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau und dem Herzogtum Auschwitz und Zator«, hat seinen Namen vom Fürstentum Halitsch (= Galitsch, lat. Galicia), das sich über das südöstliche Gebiet des heutigen Galiziens ausdehnte. Die einzelnen Landschaften führen verschiedene Landesfarben und Wappen. Aus drei politischen Sondergebilden setzt sich eben das heutige Galizien zusammen, aus den kleinen schlesischen Herzogtümern Auschwitz und Zator des Westens, aus dem kleinpolnischen, vornehmlich den Fürstentümern Krakau und Sandomirz entstammenden Mittelgebiet und aus dem vorwiegend ruthenischen Land des Ostens, das aus den Fürstentümern Halitsch (Galicia) und Wladimir (Lodomerien) hervorgegangen ist. Bei der ersten Teilung Polens hat das Haus Habsburg-Lothringen die Herzogtümer Auschwitz-Zator auf Grund böhmischer Herrschaftsrechte, das Königreich Galizien und Lodomerien aber als einstigen Teil des ungarischen Königreichs beansprucht.

Auschwitz-Zator hatte im 12. und 13. Jahrhundert die Segnungen der deutschen Kultur empfangen; es war gleich den anderen piastischen Teilfürstentümern im großen germanisierenden Kulturprozeß den deutschen Verhältnissen auch politisch nahe gerückt und im 14. Jahrhundert als Land der böhmischen Krone und damit als deutsches Reichsland erklärt worden. Polen hat damals ein für allemal verzichtet, den festen staatsrechtlichen Zusammenhang Auschwitz-Zators mit Böhmen und mit dem Reich stören zu wollen. Als dann später das erstarkte polnische Königtum die Zurückgewinnung Schlesiens versuchte, wurde Auschwitz 1457, Zator 1494 erworben; aber diese Loslösung wurde von den legalen Mächten, insbesondere vom böhmischen König, niemals in vollem Umfang anerkannt, der Charakter der beiden Herzogtümer als schlesisches Lehnsgebiet, das zu Böhmen und dem Deutschen Reich gehört, nie ganz verleugnet. Daher konnte Habsburg-Lothringen 1772 mit Recht die Rückgabe fordern; daher wurden nach Begründung des Deutschen Bundes 1815 und ausdrücklich 1818 unter den Gebieten des österreichischen Kaiserstaats, die als einstige deutsche Reichsländer zum Deutschen Bund gehören sollten, die Herzogtümer Auschwitz und Zator besonders genannt.

Galizien und Lodomerien. Die 1772 erhobenen Ansprüche der ungarischen Krone auf das Ruthenenland gehen bis auf das 12. Jahrhundert zurück. Lange bildete das Tscherwenische (Rotes Land), d. i. Ostgalizien und Wolhynien, ein Streitobjekt zwischen den beiden großen slawischen Mächten, den Polen im Westen und den Ukrainern in Kiew. Seit 1087 stand das Gebiet als Kiewer Teilfürstentum unter der Herrschaft von Nachkommen Wladimirs des Großen von Kiew im östlichen Staatsverband, wobei anfangs Przemysl, dann im 12. Jahrhundert Halitsch die Hauptstadt war. Dritthalb Jahrhunderte blieb der Zusammenhang mit Kiew gewahrt. Das Christentum, Ende des 10. Jahrhunderts in der griechisch-orientalischen Form angenommen, wurde von den unter der Metropole Kiew stehenden Bistümern Przemysl, Wladimir, Halitsch, später auch Chelm gepflegt. Politisch traten damals in bestimmter Ausprägung die Fürstentümer Halitsch (d. i. das Land um Halitsch, Galicia) und Wladimir (d. i. das Land um Wladimir-Wolynskij, Lodomeria) hervor, die zeitweilig, besonders unter der Dynastie der Romanowitschen, den Nachfolgern der 1198 ausgestorbenen Rostislawitschen, vereinigt wurden. Damals suchten zuerst die Ungarn Einfluß zu gewinnen. Schon 1099 waren sie ins Land gekommen; 1124 hatten sich Stephan II. und 1194 Bela III. »rex Galiciae« genannt. Im Vertrag von Sanok 1206 aber scheint Andreas II. eine formelle Oberhoheit Ungarns über Ruthenien erlangt zu haben; seitdem führen wenigstens die ungarischen Könige im großen Titel die Bezeichnung »rex Galiciae et Lodomeriae«, obschon wiederholte Versuche, eine wirkliche Herrschaft auszuüben und eine kirchliche Angliederung an Rom anzuregen, nur vorübergehenden Erfolg hatten. Als 1340 das einheimische rotruthenische Herrscherhaus ausstarb, erhoben Polen und Ungarn Ansprüche. Kasimir von Polen eroberte das Land; Ungarn verwies nur auf angebliche alte Gerechtsame. Schließlich einigten sich die beiden 1352 dahin, daß Kasimir das Land Reußen (»Russia«), das ausdrücklich als ungarisches Eigentum bezeichnet wurde, auf Lebenszeit erhielt, daß aber nach Kasimirs Tod der Rückfall an Ungarn vorgesehen blieb. Im Widerspruch mit diesen Abmachungen besetzten 1387 die Polen das Reußenland, und Ungarn ließ sich das gefallen. Nach endlosen Verhandlungen kam es zum Lublower Vertrag von 1412, wonach Reußen bis zum Tode eines der beiden vertragschließenden Könige und noch weitere fünf Jahre bei Polen verbleiben sollte, damit in der Zwischenzeit endgültige Abmachungen erfolgten. 1434 starb König Wladislaw Jagello; 1439 ging die 1412 gestellte Frist zu Ende, ohne daß neue Entscheidungen getroffen waren. Galizien, das schon 1433 als Provinz dem polnischen Reich einverleibt worden war, galt fortan schlechthin als Gebiet der polnischen Krone. Und Ungarn erhob keinen Widerspruch. Zwar nannten sich die ungarischen Könige auch weiterhin Könige von Galizien und Lodomerien, aber sie haben in Verträgen, besonders 1442 und 1589, die Zugehörigkeit des Ruthenenlandes zu Polen anerkannt. Wenn das Haus Habsburg 1772 Anspruch auf Galizien und Lodomerien erhob, so ist das rechtlich wenig begründet, anders als beim Anspruch auf Auschwitz-Zator. Dort kein Verzicht, sondern wiederholte Anmeldung des Rechts, hier Aufgeben früherer Gerechtsame, Terminsverfall und mittelbare Anerkennung des polnischen Besitzes.

Neu-Galizien. Die Teilungen Polens waren keine Rechtsakte, sondern Maßnahmen der Gewalt. 1772 erhielt Österreich Galizien und Lodomerien, Auschwitz-Zator und einen Teil Kleinpolens südlich der Weichsel. Die dritte Teilung 1795 brachte das große kleinpolnische Gebiet mit Krakau nördlich der Weichsel zwischen Pilica und Bug: Neu-Galizien. Der Schönbrunner Frieden 1809 und Abmachungen 1810 überwiesen Neu- (West-) Galizien und den Zamosker Kreis an das Großfürstentum Warschau, Tarnopol und Tschortkow in Ostgalizien an Rußland. Auf dem Wiener Kongreß 1815 ward im wesentlichen auf den Besitzstand von 1772 zurückgegangen, nur daß einige Grenzdistrikte des Ostens an Rußland kamen. Der damals begründete kleine Freistaat Krakau aber ist 1846 an Österreich übertragen worden. Zeitweilig, und zwar 1786—1849 und 1860 bis 1861, war die 1774 von Österreich gewonnene Bukowina als Czernowitzer Kreis mit dem Kronland Galizien administrativ verbunden.

Die polnische Frage und die Proklamation am 5. November 1916. Der Weltkrieg verlangte von

Anfang an neue Ordnungen. Die polnische Frage tauchte wieder auf und mit ihr ein galizisches Problem. Wenn lediglich völkische und kulturelle Verhältnisse entscheidend wären, dann würde die geschichtliche Entwicklung einfach zu einer politischen Einigung der Ukrainer und zu einer solchen der Polen führen. Dann würden die drei historisch-staatsrechtlich und ethnisch verschiedenen Teile des künstlichen Gebildes Galizien in der Art berücksichtigt werden, daß der Osten an ein ukrainisches Reich, der Westen an einen polnischen Staat und nur der westlichste kleine Landstrich von schlesischem Charakter an Schlesien käme. Wünsche dieser Art sind oft genug, vor dem Krieg und während des Krieges, geäußert worden. Aber es haben auch Momente der politischen Macht und der staatlichen Forderungen mitzusprechen. Das erschwert die Lösung des großen polnischen Problems. — Das **ukrainische Volkstum** von 33 Millionen, erst in den letzten Jahrzehnten zum Bewußtsein der nationalen Eigenart gelangt, hat sicher innere Berechtigung zur Forderung des politischen Sonderdaseins. Geradezu töricht wirkten die feierlichen Erklärungen, die die Russen im Rausch flüchtiger Erfolge zu Lemberg und Przemysl verkündeten, daß sie gekommen seien, altrussischen Boden zurückzugewinnen und die Einheit und Unteilbarkeit des heiligen Rußlands herzustellen. Als ob das Ukrainerreich Kiew, zu dem einst Rotruthenien gehörte, moskowitisches Land wäre, als ob die Moskowiter, dieses im Kolonialland von fremden Elementen durchsetzte, ja überwucherte Volkstum, alte Rechte auf Ruthenien hätten. Hatte doch der Großrusse erst im 17. Jahrhundert Kiew erobert, nicht befreit, vielmehr den sprachverwandten, kaum noch stammverwandten Ukrainer geknechtet, ihm Schrift, Sprache, Sitte und Religion — den griechisch-katholischen Glauben, den der Ukrainer Ende des 16. Jahrhunderts statt des orthodox-russischen angenommen hatte, zu rauben gesucht. Wenn etwas eine innere Berechtigung in der Geschichte hat, dann die ukrainische Bewegung, deren geistiger Mittelpunkt jahrzehntelang in Lemberg war. Aber ob die Ergebnisse des Krieges zu einer Befreiung der Ukrainer führen werden? Vielleicht reicht die eigene Kraft des Jahrhunderte geknebelten Volkes für die große Tat nicht aus; die Befreiung mag späteren Bildungen vorbehalten bleiben. — Auch die **polnische Frage** kann nicht die anfangs erhoffte Lösung finden. Mit elementarer Macht ist bei Kriegsbeginn der begeisterte Wunsch der meisten Polen nach Aufrichtung eines polnischen Staates hervorgebrochen. Schon wurde das jagellonische Reich mit seinen weiten, über die Polen, Ukrainer und Weißrussen hinausragenden Grenzen gesehen — phantastische, utopistische Träume. Die nüchternen polnischen Politiker haben von Anfang an ihren Wünschen engere Schranken gezogen, und besonders nach den glänzenden Siegen der Mittelmächte im Herbst 1915 ihr bestimmtes Streben auf die politische Verbindung der den Russen entrissenen Gebiete mit Galizien gerichtet. Das am 14. August 1914 in Krakau gegründete Oberste Nationalkomitee, das mit dem später ins Leben getretenen Warschauer Nationalen Zentralkomitee in Beziehung trat, hat mehr und mehr als festes Ziel aufgestellt die Aufrichtung eines unter Österreich stehenden polnischen Staates, der Galizien und möglichst viel bisher russisches Gebiet umfaßt. Daran, daß Preußen auf die überwiegend von Deutschen bewohnten, von Polen stark durchsetzten Landstriche zugunsten eines neuen Polens verzichten werde, haben klarblickende Polen wohl nicht, sicher nicht einstweilen, gedacht. Und die Idee eines solchen Polens unter habsburgischer Herrschaft ist auch von weiten Kreisen der Deutsch-Österreicher (»Denkschrift aus Deutsch-Österreich«, Leipz. 1915), ist sogar auch von manchen Ungarn (Julius Andrássy) vertreten worden. Daß auch der Verwirklichung dieser Gedanken größte Schwierigkeiten entgegenstanden, mußte jedem klar sein. Mannigfache andere Pläne tauchten auf, und die Polen erbaten nur das eine: Keine vierte Teilung Polens. Schließlich geschah das, was schon vorher und immer bestimmter angedeutet worden war; der deutsche Kaiser und der Monarch Österreich-Ungarns ließen in feierlicher Proklamation am 5. November 1916 verkünden, daß sie aus den der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden übereingekommen seien: Ein Polen nur auf russischem Gebiet, ein Polen ohne Galizien. Und gleichzeitig richtete Kaiser Franz Joseph an den österreichischen Ministerpräsidenten Körber ein Handschreiben, in dem der kaiserliche Wille zum Ausdruck kommt, daß »in dem Augenblick, in dem der neue (polnische) Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht« verliehen werde, »seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Tätigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklange steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen Entfaltung zu bieten«. — Der Minister wurde aufgefordert, zur »gesetzmäßigen Verwirklichung« des kaiserlichen Wunsches geeignete Vorschläge vorzubereiten. — So wurde die polnische Frage, so wurde das damit zusammenhängende galizische Problem auf eine neue Grundlage gestellt.

Galiziens Sonderstellung. Die Aufrichtung des Dualismus und der Ausgleich mit Ungarn 1867 haben naturgemäß den Sonderwünschen der slawischen Völker Vorschub geleistet. Die Tschechen veranstalteten damals gemeinschaftlich mit Slowenen, Ruthenen und Kroaten den »Pilgerzug« nach Moskau, und Prag begann, nach dem den Russen gegebenen Versprechen des Tschechenführers Rieger, »die slawische Zukunftsidee« vorzubereiten. Die Polen Galiziens aber suchten in Übereinstimmung mit den Machthabern Österreichs eine ihren nationalen Bestrebungen genehme politische Sonderstellung zu gewinnen. Schon 1866 hatte der galizische Landtag ein Programm der Autonomie entworfen und die Ernennung eines galizischen Hofkanzlers erbeten. Dann wurde am 24. September 1868 die berühmte »Resolution« des Landtages gefaßt, die zwar nicht so weit ging wie die einst 1790 an Kaiser Leopold gerichtete Eingabe und kein besonderes galizisches Heer forderte, aber doch eine überaus weitgehende Sonderstellung auf allen Gebieten der Verwaltung und des Finanzwesens begehrte. Am 26. Juni 1869 wurde die »galizische Resolution« im österreichischen Reichsrat vorgelegt; sie wurde abgelehnt. Es folgte 1869 eine zweite polnische Eingabe, 1870 das Projekt Rechbauers und 1871 der Entwurf des Ministeriums Hohenwart — alles vergebens. Indessen wurde den Polen tatsächlich vieles gewährt, was die anderen Kronländer nicht besaßen, vor allem die selbständige Verwaltung des Schulwesens, die der polnischen Propaganda, ja einer planvollen Polonisierung die wichtigsten Dienste geleistet hat, die innere polnische Amtssprache, ausgenommen bei der Gendarmerie, die ausschließliche Anstellung von einheimischen Be-

amten, eine bevorzugte Stellung der beiden galizischen Oberlandesgerichte zu Lemberg und Krakau und die Errichtung eines besonderen galizischen Senats beim Obersten Gerichtshof in Wien, endlich 1871 einen eigenen Minister für Galizien, d. h. für das Polentum. Die galizische Landesordnung vom 26. Februar 1861 blieb zwar in den Grundzügen bestehen, wurde aber so ergänzt, daß das Polentum die volle Herrschaft geradezu gewährleistet erhielt. Die Zusammensetzung des Landtages beruht auf einer Wahlordnung, die den Polen ein weit über das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerung hinausgehendes Übergewicht verschafft. Den maßgebenden Einfluß auf die gesamte Landesregierung aber übt der Landesausschuß aus, der aus dem vom Kaiser ernannten Marschall und sechs Abgeordneten des Landtages besteht. Der kaiserliche Statthalter ist nicht eigentlich Chef des Regiments, sondern mehr Mittelglied zwischen der galizischen Landes- und der Wiener Zentralregierung.

So haben die Polen durch Gesetze und via facti die volle Herrschaft in Galizien erlangt. Und nicht nur das. Sie haben gleichzeitig in Wien eine machtvolle Einwirkung auszuüben gewußt, sie waren oft das »Zünglein an der Wage«, sie haben dafür Sonderrechte als Belohnung eingeheimst. Seit den 1870er Jahren nahmen die Polen im Kaiserstaat eine geradezu dominierende Stellung ein. Sollten sie nicht voll zufrieden sein? Galizien besaß zahlreiche Sonderrechte und war in wichtigsten Fragen unabhängig vom Wiener Parlament, seine Polen aber wirkten gleichwohl im Reichsrat überall entscheidend mit, auch dann, wenn die Beschlüsse für die anderen Kronländer, nicht für Galizien galten. Vorteile über Vorteile, Rechte ohne Verpflichtung. Auf Galizien wurde durchschnittlich dreimal soviel verwendet, wie es für die Reichsratsländer aufbrachte. Gleichwohl waren die Polen nicht befriedigt. Denn kein echter Pole, der nicht die Wiederherstellung des einstigen Polenreiches erträumt! Aber auch kein Pole, der nicht tiefes Verständnis für die mächtigen Vorteile der gewonnenen Stellung in Galizien und zugleich im Kaiserstaat besessen hätte! Die Sehnsucht nach dem zukünftigen Polenreich blieb; aber die Rufe nach einer weiteren politischen Sonderstellung im Sinne der »Resolution« von 1868, besonders im Sinne der in den Vordergrund geschobenen Forderung, daß Galizien nicht mehr eigentlich im Reichsrat vertreten sein solle, diese Rufe verstummten. Wie sollte auch die Beseitigung gerade jenes Verhältnisses begehrt werden, das den Polen so gewaltig geholfen hatte? Es vollzog sich ein Umschwung. Die Polen schwiegen — und die Deutschen verlangten das, was 1868 die Polen gewünscht hatten. Man fand den Einfluß der polnisch-galizischen »Delegation« im Reichsrat unbillig, geradezu ungerecht. Im Linzer Programm der radikalen deutsch-nationalen Gruppe Schönerer wurde 1882 zum erstenmal seitens der Deutschen die Forderung einer völligen Sonderstellung Galiziens und eines Ausscheidens der galizischen »Delegation« aus dem Reichsrat aufgestellt. Im Pfingstprogramm 1899 wurde die Forderung wiederholt; am 7. November 1915 haben der deutsche Nationalverband und die christlichsoziale Partei gemeinsam den gleichen Wunsch geäußert, und im Osterprogramm 1916 haben die gleichen deutschen Parteien den Ausschluß von Galizien, zugleich auch den der Bukowina und Dalmatiens, begehrt. Vom deutsch-nationalen Standpunkt aus war das sehr begreiflich. Von 516 Reichsratsmitgliedern gehören 110 der polnischen und ruthenischen Nation an. Das Stimmenverhältnis würde eine derartige Verschiebung erfahren, daß zwar nicht die Deutschen die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit erlangen, daß aber doch ein Verhältnis von 227 Deutschen zu 179 Nichtdeutschen zu erreichen und die slawische Mehrheit im österreichischen Abgeordnetenhaus gebrochen wäre.

Ausblicke. Noch ist vieles ungeklärt, in der polnischen Frage ebenso wie in der der Sonderstellung Galiziens. Die Proklamationen vom 5. November haben keineswegs einen allgemeinen Enthusiasmus ausgelöst. Unzufriedenheit zeigte sich vielfach bei Deutschen, bei Ruthenen, bei Polen. Den einen war das den Polen gewährte Entgegenkommen zu groß, den anderen zu klein. Was Galizien im besonderen angeht, so waren auch die österreichischen Polen anfangs wenig erbaut. Ein Teil zeigte sich enttäuscht und ernüchtert, ein anderer verhielt sich kühl und skeptisch, stellte sofort Bedingungen, verlangte nationale Garantien innerhalb und außerhalb Galiziens. Der Deutsche Volksrat für Galizien hatte schon früher eine »Denkschrift betreffend die Wünsche und Forderungen der Deutschen Galiziens« eingereicht. Jetzt tagten die Karpathendeutschen noch im November zu Wien und äußerten die Befürchtung, daß die Deutschen durch das privilegierte Polentum vergewaltigt werden würden. Den schärfsten Widerspruch erhob die ukrainische Parlamentsvertretung. Sie erklärte die angekündigte Sonderstellung Galiziens als tiefste Verletzung der ukrainischen Rechte und als Auslieferung des viertgrößten Volkes der Monarchie an die unbeschränkte Herrschaft des nationalen Gegners; sie verlangte die Bildung eines besonderen ukrainischen Kronlandes. Das Mißlichste aber war, daß die österreichische Regierung selbst unsicher wurde. Der Ministerpräsident Körber hatte am 27. November die galizische Proklamation als etwas Fertiges übernommen; er hatte dieses Erbe Stürgkhs nur widerwillig angetreten und, wie verlautet, in den Entwurf des kaiserlichen Handschreibens das bedeutsame Wort »gesetzmäßig« eingefügt. Er wollte nicht gleich seinem Vorgänger mit Hilfe des § 14, d. h. ohne Parlament, im Verordnungsweg die einschneidenden Maßnahmen treffen. Das mit größten Hoffnungen allgemein begrüßte Ministerium Körber brach rasch zusammen. Dazu kam der Thronwechsel, auf Franz Joseph I. folgte am 21. November 1916 Kaiser Karl I. Körbers Nachfolger Clam-Martinitz nahm von Anfang an eine unsichere, ja, wie es scheint, ratlose Haltung ein. Die Radikal-Deutschen verlangten Sonderstellung und Ausscheiden Galiziens aus den im Reichsrat vertretenen Ländern mit Hilfe des § 14, andere Parteien dagegen begehrten vorerst die Einberufung des Reichsrats.

Polen, Ruthenen, Deutsche waren eifrig mit Verhandlungen über Galizien beschäftigt. Ja die Ausschüsse des Polenklubs haben schon im Januar ihre Arbeiten abgeschlossen und die polnischen Wünsche der Wiener Regierung überreicht. Staatsmännisch klug haben sie sich rasch in die neuen Verhältnisse gefunden und unter vorläufigem Verzicht auf politische Vereinigung mit dem Königreich Polen einen maßgebenden Einfluß auf die positiven Ordnungen der Gegenwart zu gewinnen begonnen, ohne damit zukünftige Veränderungen zu verbauen.

Da brachte im März 1917 die russische Revolution, der Sturz des Zarentums, eine unerwartete Wendung, militärisch sicherlich einen Gewinn für die Mittelmächte, politisch aber eine Fülle von neuen

Schwierigkeiten. Die Verkündung der Völkerautonomie für alle Stämme des demokratischen Rußlands erregte eine neue Bewegung unter Polen und Ukrainern, löst die alten und neuen Sympathien für einen Anschluß an Österreich und die Mittelmächte, wirbt für eine Verbindung mit dem »demokratischen« Rußland und erweckt alte phantastische Großmachtpläne. Wieder steigen die Träume vom Jagellonenreich auf und daneben die Gedanken von der Aufrichtung eines Ukrainestaates unter völliger Mißachtung der gegenwärtigen politischen Grenzen. Vorkommnisse in dem von Deutschen und Österreichern verwalteten Kongreßpolen und besonders die Erklärungen der slawischen Parteien in der ersten Sitzung des österreichischen Reichsrats am 30. Mai offenbaren Tendenzen, die die Lebensinteressen der verbündeten Mittelmächte gefährden. Die Lockungen der russischen »Demokratie«, die in Wahrheit niemals auf eigenes Machtstreben verzichten kann, beeinflussen verhängnisvoll die Bestrebungen der Westslawen. So lebhaft die Deutschen das Erstehen eines selbständigen Polens und einer selbständigen Ukraine begrüßen, so kräftig müssen sie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen eine engere Verbindung mit diesen Völkern zu erhalten und zu pflegen, ein Abschwenken zum Moskowitertum zu verhindern suchen. Hier liegen die Gefahren, die Hoffnungen und Wünsche. Ein Zusammengehen der Ukrainer, der Polen und aller Westslawen mit den Mittelmächten entspricht den wahrsten Bedürfnissen dieser Völker ebenso wie denen ihres großen deutschen Nachbarn. Wird eine nicht allzu ferne Zukunft zu diesen Zielen führen?

Erst allmählich werden die verschiedenen Forderungen, die einander widerstreitenden nationalen Bedürfnisse der Polen, der Ruthenen, der Deutschen, dazu die Erfordernisse des österreichischen und des deutschen Staatsgedankens in Übereinstimmung zu bringen sein. Denn dazu gehören gegenseitiges Vertrauen und mancher Verzicht der einzelnen Völker. Diese Voraussetzungen müssen erst gewonnen werden.

Unser Zeitalter wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, keine Aufteilung Galiziens unter einen ruthenischen und polnischen Staat vornehmen. Zunächst wird nur das augenblicklich Nötige und das durch die individuellen Zeitverhältnisse Gestattete und leicht Mögliche geregelt werden, das andere der Zukunft vorbehalten werden.

Von größter Wichtigkeit aber ist es, daß bei den augenblicklichen Ordnungen auch das in weiterer Ferne stehende Ziel nicht vergessen werde. Und deshalb muß beim Ausbau der am 5. November verkündeten Neuordnung in Polen und in Galizien der Grundsatz durchgeführt werden: Keine Auslieferung einer Nation an die brutale Unterdrückung einer anderen; gleicher Schutz für alle. Die Worte des Handschreibens vom 5. November, der Bevölkerung Galiziens solle die Gewähr ihrer nationalen Entfaltung geboten werden, gelten für alle Völker Galiziens in gleicher Weise, für Polen, Ruthenen, Deutsche. Daher ist die Teilung Galiziens in ein polnisches und in ein ruthenisches Kronland abzulehnen, denn das würde zu heftigsten nationalen Kämpfen Anlaß geben. Deshalb ist eine Ordnung zu fordern, die alle weltlichen Minderheiten schützt. Es müssen vor allem Vorkehrungen getroffen werden, die jede Vergewaltigung des deutschen Elements unmöglich machen. Daher ist, das sei die wichtigste Aufgabe, das polnische Machtstreben von vornherein in feste Schranken zu bannen und seine Ausbreitung über weißrussisches, lettisches, ukrainisches und deutsches Gebiet zu verhindern. Denn diese Ausbreitung würde nicht nur die Bedürfnisse der benachbarten Großstaaten stören, sondern dem Grundsatz der Völkerautonomie schroff widersprechen.

Ganz Mitteleuropa hat ein Interesse daran, daß Galizien, ein Land der verheißungsvollen Zukunft, ein Land der wichtigen Verbindung auf dem Wirtschaftsweg nach dem Südosten, zur Blüte gebracht werde. Das künstliche politische Gebilde wird gewiß einstweilen bestehen bleiben. Die historisch verschiedene Zusammensetzung hat nur Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, wenn sie Trägerin großer, verschiedener Gesellschaftsbedürfnisse ist. Vielleicht wird in der Hinsicht später noch manches in Galizien zur Geltung kommen. Schon jetzt aber ist eines wünschenswert: Da in nächster oder in einer ferneren Zukunft ein kräftiger Grenzschnitt zwischen einem polnischen und einem deutsch-völkischen Machtgebiet vorgenommen werden wird, ist an Schlesien das zurückzugeben, was ihm von Rechts wegen zukommt und was völkisch und politisch dem Westen gehört, Auschwitz-Zator oder wenigstens die westlichsten Teile davon. Die gegenwärtige schlesisch-galizische Grenze könnte vertrauensvoll nicht als Grenze zwischen zwei selbständigen Staaten bestehen. Sie würde topographisch, wirtschaftlich und besonders auch strategisch geradezu unmöglich sein. Mit Leichtigkeit kann jetzt noch geregelt werden, was vielleicht später größte Schwierigkeiten bietet.

Literatur. »Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild«, Bd. 19: Galizien (Wien 1898); J. Szujski, Die Polen und Ruthenen in Galizien (Teschen 1882); A. v. Guttry, Galizien (Münch. 1916); St. Tomaschiwskyi, Die weltpolitische Bedeutung Galiziens (das. 1915); »Das Deutschtum in Galizien«, herausgegeben vom Bund der christlichen Deutschen in Galizien (Lemberg 1914); R. Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern (Gotha 1907—11); Derselbe, Die Deutschen in Galizien und in der Bukowina (Frankf. 1916); Th. Zöckler, Das Deutschtum in Galizien (Weim. 1915); G. Seeliger, Das Deutschtum in den Westbeskiden und die Herzogtümer Auschwitz und Zator (»Petermanns Mitteilungen«, Nov. 1916); M. Hruschewskyj, Geschichte der Ukraine I (Lemberg u. Wien 1916). — »Polen«, Wochenschrift für polnische Interessen (Wien, seit Jan. 1915; vgl. besonders die Aufsätze von Sluszkiewicz, Die Volkswirtschaft Galiziens, im 1. Band).

Siebenbürgen

von Lutz Korodi, politischem Direktor der »Deutschen Zeitung« in Berlin

Die politische, kulturelle und strategische Bedeutung Siebenbürgens, des »Landes jenseits des Waldes« (Transsilvania), ist in der neueren Zeit, gerade auch für das deutsche Volk, nie so augenfällig in Erscheinung getreten wie nach dem rumänischen Einfall im August 1916. Und doch gibt die physikalische, die geologische, die Staaten- und die Völkerkarte dieses mitteleuropäischen Südostpfeilers eigentlich an sich reichen Aufschluß darüber. Aber erst die unvermutet ernste Gefährdung dieses Besitzes und dann seine glück-

liche Sicherung brachten es auch den Fernerstehenden zum Bewußtsein, welche unwägbaren Werte für das Königreich Ungarn und für die habsburgische Gesamtmonarchie, in weiterer Folge auch für das Deutsche Reich, hier zu verteidigen und für die Zukunft voll auszuprägen sind. Eine richtige Entdeckungsfahrt machte die siegreiche Armee Falkenhayn auf ihrem Zug von Hötzing über Hermannstadt bis Kronstadt, und es ist als sicher anzunehmen, daß die deutschen Befreier des Siebenbürger »Sachsenlandes« auch für Friedenszeiten eine mächtige Anregung erhalten haben, die Spuren achteinhalbhundertjähriger deutscher Arbeit in diesen gesegneten Gauen weiter zu verfolgen und ihre Entwicklungsmöglichkeit und -notwendigkeit fest im Auge zu behalten. Dämme gibt es hier auszubauen, die nicht nur den Bestand Österreich-Ungarns an einer langen Kette von Einfallstoren verbürgen, sondern auch für deutschen Unternehmungsgeist zu Nutz und Frommen des Donaureiches ein Feld von unvergleichlicher Fruchtbarkeit und Mannigfaltigkeit umrahmen.

Die Deutschen in Siebenbürgen, nach der amtlichen ungarischen Volkszählung von 1910 insgesamt 234085 Seelen, also nur 8,7 v. H. der siebenbürgischen Bevölkerung (d. i. 11,5 v. H. der Deutschen in ganz Ungarn), sind die eigentlichen Kulturträger in den »siebenbürgischen Landesteilen Ungarns«, wie das Gebiet seit dessen Vereinigung mit dem übrigen Ungarn (1867) staatsrechtlich benannt wird. »Sachsen« heißen sie jetzt allgemein, obwohl ihre Herkunft aus dem Moselfränkischen (Mitte des 12. Jahrhunderts) jetzt wissenschaftlich genau festgestellt ist. Der allgemeine Kolonistenname »Saxones« wurde im Mittelalter hier politischer Begriff für die »ständische Nation« und nach der Aufhebung der sächsischen Munizipalverfassung (1876) ausschließlich Bezeichnung für die stammeseigentümliche völkische Zusammengehörigkeit. Über die Volkszahl der ersten deutschen Einwanderer fehlen auch nur annähernd genauere Angaben. Die ursprünglichen Siedlungsgebiete selbst entsprechen im großen und ganzen den heutigen Wohnstätten der Sachsen auf dem alten »Königsboden« um Hermannstadt, Schäßburg, Kronstadt und Bistritz (Nösen). Bis Ende des 18. Jahrhunderts stand keinem anderen Volksstamm als dem »sächsischen« das Bürgerrecht zu, auch dem madjarischen nicht. Diese Sonderstellung ist noch auf den Goldenen Freibrief Andreas' II. (1224) zurückzuführen, durch den die Sachsen als politische Einheit (»Unus sit populus«) ein »Glied der heiligen Krone« (sacrae membrum coronae) wurden, zu deren Schutz die »Gäste« (hospites) vom König ausdrücklich ins Land eingeladen wurden, zum Schutz nicht nur als Grenzwächter gegen auswärtige Feinde, sondern auch gegen rebellionslustige Ansässige, denen merkwürdigerweise zur selben Zeit das Recht auf bewaffneten Widerstand gegen die Königsgewalt (ius resistendi) für den Fall der Verfassungsverletzung eingeräumt wurde. Wie ein historischer Reflex dieser Zeit wirkt noch heute die für den Nichteingeweihten befremdliche Erscheinung, daß die ungarische Regierung, gestützt auf ein handliches Wahlrecht und auf die spezifisch ungarische Wahlpraxis, vornehmlich die »Nationalitätengegenden« als ihre sichersten parlamentarischen Rekrutierungsbezirke betrachtet, während die Vertreter der radikalsten staatsrechtlichen Opposition (Kossuthisten) nahezu ausschließlich von rassenmadjarischen Wählerschaften in den Reichstag zu Ofenpest entsandt werden.

Die große Mehrzahl der siebenbürgisch-sächsischen Abgeordneten (11) gehört gegenwärtig aus Gründen politischer Opportunität der ungarischen Regierungspartei an; nur zwei Vertreter, die sich um den Zusammenschluß mit dem übrigen ungarländischen Deutschtum bemühen, stehen außerhalb der Parteien, um sich die volle persönliche Bewegungsfreiheit in nationalen Dingen zu wahren. Einer von diesen, der Abgeordnete Brandsch, ist seit einem Jahrzehnt der geistige Führer und Organisator jener fälschlich als »Pangermanen« verschrienen Deutschen Ungarns, die eine Zusammenfassung des gesamten ungarländischen Deutschtums und eine entsprechende Vertretung im Reichstag sowie die kulturelle Sicherstellung dieses Deutschtums im Sinne des ungarischen Gesetzes »über die Gleichberechtigung der Nationalitäten« (aus dem Jahre 1868) anstreben. Einig aber sind alle Sachsen und auch deren parlamentarische Vertreter im Willen, das Volkstum im Dienste ihres Vaterlandes rein und stark zu erhalten. In dieser Richtung hat die sogenannte »grüne Bewegung« (1893—1901) mancherlei kräftigen Antrieb gegeben; damals gewannen auch die südungarischen Banater Schwaben zuerst dauernd nachwirkende Fühlung mit ihren siebenbürgischen Volksgenossen.

Schulen mit deutscher Unterrichtssprache besitzen in den Ländern der Stephanskrone, abgesehen von einigen kümmerlichen Resten deutschen Schulwesens im außersiebenbürgischen Ungarn, nur die Siebenbürger Sachsen (in 254 Gemeinden etwa 260 Volksschulen, 9 höhere Knabenschulen, je eine Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt, höhere Mädchen- und ländliche Fortbildungsschulen, Handels-, Gewerbe- und Ackerbauschulen usw.). Dieses Schulwesen steht unter dem Schutz der autonomen evangelischen Landeskirche, der fast alle Deutschen Siebenbürgens angehören, da die Reformation hier, begünstigt durch die politischen Wirren des 16. Jahrhunderts, unter den Sachsen allenthalben ungehindert Eingang fand. Die Theologiestudierenden sind auch heute verpflichtet, mindestens zwei Jahre deutsche Hochschulen zu besuchen; ihre Prüfungen legen sie in Hermannstadt vor einer Prüfungskommission des Landeskonsistoriums in deutscher Sprache ab, während für sämtliche anderen Studierenden, also auch für die künftigen Lehrer der sächsischen höheren Schulen, die madjarische Staatsprüfung verbindlich ist. Weitaus die meisten sächsischen Hochschüler besuchen mindestens ein Jahr lang auch deutsche Universitäten, um den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterland lebendig zu erhalten. Ein beredtes Bild dieses innigen Zusammenhanges, wie er auch der heranwachsenden Jugend vermittelt wird, bietet das »Deutsche Lesebuch« für die höheren Schulen der evangelischen Landeskirche von Netoliczka und Wolff.

In Schule und Kirche der Sachsen ist das Hochdeutsche Vortrags- und Dienstsprache. Daneben wird die Mundart eifrig gepflegt, dessen wissenschaftlicher Erforschung das von Adolf Schullerus herausgegebene »Siebenbürgisch-sächsische Wörterbuch« dient (Straßburg i. E. 1908 ff.). Um die sprachkundliche Erforschung der alten Heimat machte sich der Bistritzer Stadtpfarrer Kisch sehr verdient. Der Geschichtschreiber der Siebenbürger Sachsen ist der Bischof Georg Daniel Teutsch[1]. Die Schriften des sieben-

[1] Neuausgabe und Fortsetzung der »Geschichte der Siebenbürger Sachsen« von Bischof Friedrich Teutsch (Hermannstadt 1907).



bürgischen Reformators Johannes Honterus hat der Kronstädter Gymnasialdirektor Oskar Netoliczka herausgegeben (Wien 1898).

Wie sehr die Kirche von jeher den Sammelpunkt des sächsischen Volkslebens bildete, zeigen Hunderte von Kirchenkastellen, die einst der Verteidigung dienten und heute der natürlichen Schönheit des Landes ein reizvolles Relief verleihen[1]. Unter den Werken der bildenden Kunst im Hermannstädter Baron Brukenthalschen Museum sind auch einige alte Meister zu finden (Memling, van Eyck); in der Neuen Pinakothek zu München begegnet uns dafür einer der hervorragendsten Maler Siebenbürgens, Robert Wellmann, der auch im Ofenpester Nationalmuseum vertreten ist. Die Malkunst wurde in Siebenbürgen so recht eingebürgert durch den aus Mecklenburg gebürtigen Karl Dörschlag. Sorgfältige Zeichnung und solide Pinselführung kennzeichnen diese kräftig aufstrebende junge Schule der letzten Jahrzehnte; außer Wellmann sind unter diesen Künstlern Artur Coulin, Karl Ziegler (in Posen), Fritz Schullerus und Friedrich Mieß zu nennen, jeder eine ausgeprägte Individualität für sich. Als Sängerinnen haben sich in Berlin die Geschwister Lula Myß-Gmeiner und Ella Klein-Gmeiner einen Namen gemacht. Schon durch diese knappen Feststellungen wird der Zusammenhang des siebenbürgisch-deutschen Geisteslebens mit der gemeindeutschen Kultur genügend dargetan.

Die Kriegstüchtigkeit der Siebenbürger Sachsen äußerte sich auch in der Gegenwart nicht nur dadurch, daß sie im Verhältnis zu den anderen Völkerschaften die größte Zahl von Kriegsteilnehmern stellten, sondern auch durch ihre starke Vertretung unter den führenden Männern in der Kriegskunst. General v. Köveß ist der Sohn einer sächsischen Mutter, und der Generalstabschef Freiherr Arz v. Straußenburg entstammt einem alten sächsischen Patriziergeschlecht aus Hermannstadt.

Das sächsische Gewerbe hatte während des letzten Menschenalters durch den ungarisch-rumänischen Zollkrieg stark gelitten; unternehmungslustige Sachsen wanderten infolgedessen vielfach nach Rumänien ab, wo sie, unterstützt von König Karl, lebensfähige Industrien schufen. Seit etwa 20 Jahren hat sich dagegen auch in Siebenbürgen eine vielversprechende junge Industrie entwickelt, deren beachtenswerteste Vertreter fast ausschließlich Sachsen sind. Eine Befruchtung dieser Industrie wird einerseits von der Beteiligung deutschen Kapitals erwartet, nicht zum geringsten Teil aber von der Ausnutzung der vor wenigen Jahren entdeckten Erdgasquellen, deren Zuleitung allerdings von der ungarischen Regierung zunächst nur für die industriearmen madjarischen Städte Siebenbürgens in Aussicht genommen ist. Die Finanzierung und die technische Anlage wurden in der Hauptsache der Deutschen Bank übertragen.

Volkswirtschaftlich befruchtend wirken unter den Sachsen vorzugsweise die sächsischen Sparkassen in Hermannstadt und Kronstadt; ihren Reingewinn wenden sie kulturellen Zwecken zu. Dividenden werden den Aktionären nur in der Höhe der gewöhnlichen Spareinlagen zugesprochen. Die erste Sparkasse überhaupt in Ungarn wurde (1834) in Kronstadt gegründet. Auf dem ganzen Sachsenboden sind Hunderte von Raiffeisen-Vereinen tätig, um die Bauern im Wege der wirtschaftlichen Selbsthilfe unabhängig zu erhalten. Das Hauptverdienst an der vorbildlichen Arbeit auf diesem Gebiet gebührt dem Direktor der Hermannstädter Sparkasse Karl Wolff.

Der im Mittelalter blühende Handel der Sachsen erlitt naturgemäß durch die neuen Verhältnisse des Weltverkehrs erhebliche Einbuße. Eine kräftigere Neubelebung ist erst zu erwarten, wenn das mehr als dürftige siebenbürgische Eisenbahnnetz entsprechend ausgebaut werden wird.

Das Vereinswesen der Sachsen ist durchweg auf völkischer Grundlage aufgebaut. Der Sammelpunkt für kirchliche Unterstützungstätigkeit ist der Gustav-Adolf-Verein, für wissenschaftliche Forschung aller Art der Landeskundeverein und der jüngere Naturwissenschaftliche Verein, für Ackerbau und Viehzucht der Landwirtschaftliche Verein, für die touristische Erschließung des Landes der Karpathenverein, für evangelische Liebestätigkeit der evangelische Frauenverein; für die musikalischen Bestrebungen wirken der Siebenbürgisch-deutsche Sängerbund und für Leibesübung eine große Anzahl städtischer und auch ländlicher Turnvereine und Jugendwehren, für Kunsthandwerk usw. der Sebastian-Hann-Verein. Die meisten Vereine haben ihren Hauptsitz in Hermannstadt. Allsommerlich tagen sie abwechselnd an einem von Jahr zu Jahr bestimmten Ort; diese »Vereinstage« sind eine ganz eigenartige Heerschau über die geistige Arbeit des sächsischen Volkstums, die dem Fremden einen genauen Einblick in das Kulturgefüge dieser geschlossenen nationalen Gemeinschaft gewährt. Hier entfaltet sich ihm am bequemsten auch das reiche Bild der Volkstrachten. Durch den rumänischen Einfall im Herbst 1916 ist allerdings viel kostbares Material vernichtet oder verschleppt worden, und es wird jahrelanger Mühe bedürfen, bis die also gelichteten Schätze der Volkskunst erneuert werden. Emsig arbeitet daran der (in Honigberg bei Kronstadt) neugegründete Verein »Sächsischer Hausfleiß«, der die Herstellung und den Vertrieb der Stickereien fördert. Es ist als sicher anzunehmen, daß sich durch diese Hausindustrie auch auf dem Wege der Ausfuhr nach Deutschland der bäuerlichen Bevölkerung eine recht ergiebige Erwerbsquelle eröffnet.

Die deutsche Schauspielkunst wird durch Wandergesellschaften gepflegt, vorzugsweise in Hermannstadt und Kronstadt. Unter den zahlreichen deutschen Zeitungen sind vor allem das »Siebenbürgisch-deutsche Tageblatt«, die »Siebenbürgisch-deutsche Tagespost« (beide in Hermannstadt) und die »Kronstädter Zeitung« zu erwähnen, alle drei täglich erscheinend. Die erste Druckerei in Ungarn errichtete 1533 der Reformator Honterus (in Kronstadt).

Die madjarische Bevölkerung Siebenbürgens zählt nach der amtlichen ungarischen Statistik (von 1910) 918217, die rumänische 1472021 Seelen, d. h. 34.3 bzw. 55 v. H. Wirtschaftlich bedeuten die in entschieden aufsteigender Linie sich entwickelnden Rumänen für das siebenbürgische Deutschtum durch ihre bescheidene Lebenshaltung und ihre starke Volksvermehrung eine gewisse Gefahr, während sich aus der notwendigen Abwehr gegen die Madjarisierungsbestrebungen für die beiden Nationalitäten manche wesentliche Berührungspunkte ergeben. (Die 3 Millionen Rumänen Ungarns haben im Reichstag 5 und die noch nicht 10 Millionen Madjaren 395 Vertreter.) Das Madjarentum dringt vorzugsweise in jenen Städten vor, wo ihm durch Besetzung oder Neuschaffung von Beamtenstellen künstlich Vorschub geleistet wird.

[1] Abbildungen im Sammelwerk von E. Sigerus »Burgen und Kirchenkastelle im siebenbürgischen Sachsenland« (Hermannstadt 1900).

Ausschlaggebend in der Gemeinde- und Komitatsverwaltung ist aber auf dem alten »Königsboden« doch auch heute noch das deutsche Bürger- und Bauerntum. In den Landgemeinden wohnen die Sachsen nur mit Rumänen untermischt.

Ihrer historischen Aufgabe als »Grenzwächter« nach Ost und Süd werden die Sachsen noch erfolgreicher gerecht werden, wenn der während des Krieges ausgearbeitete Plan einer **Neubesiedlung** und der **Rückwanderung** (aus Rumänien und Amerika) durchgeführt wird. Erfreulicherweise steht die ungarische Regierung dieser Bewegung freundlich gegenüber, hemmt sie wenigstens nicht. Im Sturmjahr 1848 wurde der evangelische Pfarrer Stephan Ludwig Roth standrechtlich erschossen, weil er sich bemüht hatte, aus dem Mutterland deutsche Siedler in Siebenbürgen ansässig zu machen. Heute, nach den Erfahrungen des Weltkrieges, muß doch auch innerhalb des Madjarentums die Überzeugung allgemach zum Durchbruch kommen, daß deutscher Zuzug in Ungarn die zuverlässigste Stärkung des wohlverstandenen ungarischen Staatsgedankens bedeutet.

Die völkische Sicherung des siebenbürgischen Deutschtums auch für eine fernere Zukunft wird aber zunächst hauptsächlich davon abhängen, ob es gelingen wird, den engeren politischen und kulturellen Zusammenhang mit den übrigen Deutschen in Ungarn herzustellen, deren Volkszahl in Wirklichkeit, bei vorsichtiger Schätzung, auf etwa dritthalb Millionen veranschlagt werden kann. Die amtliche ungarische Zählung gibt zwar nur ungefähr 2 Millionen Deutsche in Ungarn an, dabei ist aber zu beachten, daß die Zählkommissare angewiesen waren, die Muttersprache nach dem Bekenntnis zu bestimmen, welche Sprache »am liebsten« gesprochen wird. Die Freimütigkeit des Bekenntnisses wird dadurch bei allen von Staats- und Gemeindeämtern abhängigen Personen auf eine harte Probe gestellt. Außerdem wird durch die Vermengung des geographischen und staatsrechtlichen Begriffs »ungarisch« mit dem rein ethnographischen »madjarisch« mancherlei für die Deutschen sehr nachteilige Verwirrung bewirkt, zumal in der madjarischen Sprache die gerade für die Sprachverhältnisse grundlegende Scheidung der beiden Begriffe nicht möglich ist; sie hat dafür nur **ein** Wort (magyar). Im madjarischen Sprachgebrauch ist deshalb der »ungarische« Staatsbürger ohne Rücksicht auf sein besonderes Volkstum schlechtweg »Madjare«.

Die Siebenbürger Sachsen werden zwar, wenn eine wesentliche Erweiterung des Wahlrechts in Ungarn verwirklicht wird, wie sie Kaiser Karl (durch Handschreiben vom 29. April 1917) in Aussicht gestellt hat, in ihrem Besitzstand an Reichstagsmandaten nicht unerheblich eingeschränkt werden. Der Verlust wird aber reichlich aufgewogen werden, wenn die geheime Abstimmung auch auf dem Land erfolgt; bisher ist sie nur den Städten zugestanden, wo das Madjarentum, abgesehen von den sächsischen Städten, das Heft fest in der Hand hält. Nur durch die geheime Stimmabgabe kann aber der Wahlvorgang von der starken behördlichen Beeinflussung, wie sie in Ungarn gang und gäbe ist, dauernd befreit werden. Dann nur werden im ungarischen Reichstag auch die übrigen Deutschen vertreten sein, die jetzt keinen einzigen völkischen Abgeordneten zu wählen vermögen. Ihnen würden bei billiger Durchführung der Reform im richtigen Verhältnis zu ihrer Volkszahl und Durchschnittsbildung mindestens 50 Mandate zukommen, und sie träten damit auch als politischer Faktor nach Gebühr in die Erscheinung. Dann werden auch die Siebenbürger Sachsen, als die berufenen Führer des gesamten ungarländischen Deutschtums, bei voller Anerkennung der Staatsnotwendigkeiten aus ihrer jetzigen scheuen Zurückhaltung hervortreten. Auch von der Krone werden sie dann als Stütze der geschlossenen staatsrechtlichen Gemeinsamkeit zwischen Österreich und Ungarn politisch sehr viel höher zu werten sein. Von der Plattform des Parlaments können dann auch die übrigen Deutschen in Ungarn mit sicherer Aussicht auf Erfolg den Wiederaufbau ihres deutschen Schulwesens fordern, wie es den Siebenbürger Sachsen in vorbildlicher Ausgestaltung seit den Tagen der Reformation eigen ist.

Literatur. Außer den im Text bereits angeführten Schriften sind zu erwähnen: Michael **Albert**, Gedichte, (Hermannst. 1893); E. **Bielz**, Siebenbürgen. Ein Handbuch für Reisende (das. 1903); R. **Csallner**, Quellenbuch zur vaterländischen Geschichte (das. 1905); C. Frhr. v. **Czörnig**, Ethnographie der österreichischen Monarchie, Bd. 2 und 3 (Wien 1855 u. 1857); J. **Haltrich**, Deutsche Volksmärchen aus dem Sachsenlande in Siebenbürgen (Hermannst. 1885); J. **Haltrich** u. J. **Wolff**, Zur Volkskunde der Siebenbürger Sachsen (Wien 1885); F. **Herfurth** u. F. **Schiel**, Sächsisches Volksliederbuch (mit Melodiensatz, Hermannst. 1900); R. **Kaindl**, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, Bd. 2 und 3 (Gotha 1907 u. 1911); V. **Kästner**, Gedichte in siebenbürgisch-sächsischer Mundart (Hermannstadt 1895); L. **Korodi**, Deutsche Vorposten im Karpathenland (Berl. 1908); Derselbe, Siebenbürgen, Land und Leute (das. 1906); Friedr. **Müller**, Siebenbürger Sagen (Hermannst. 1885); **Müller-Langenthal**, Die Siebenbürger Sachsen (Weimar 1911); V. **Roth**, Geschichte der deutschen Baukunst in Siebenbürgen (Straßb. 1905); Derselbe, Geschichte des deutschen Kunstgewerbes in Siebenbürgen (das. 1908); Fr. Guntram **Schultheiß**, Deutschtum und Madjarisierung in Ungarn und Siebenbürgen (Münch. 1898); Fr. Wilh. **Schuster**, Gedichte (Hermannst. 1896); E. **Sigerus**, Durch Siebenbürgen. Eine Touristenfahrt (Bilder; das. 1905); E. **Thullner**, Ous der Rokestuw. Lastig Geschichten ä sakseche Reimen (das. 1906); **Trausch** u. J. C. **Schuller**, Schriftsteller-Lexikon der Siebenbürger Sachsen (das. 1868 ff.); Franz **Zimmermann**, Georg **Müller** u. Karl **Werner**, Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen (das. 1892 ff.); ferner »Archiv« des Vereins für siebenbürgische Landeskunde« (das., seit 1862); »Korrespondenzblatt« desselben Vereins (das., seit 1877); »Jahrbuch« des Siebenbürgischen Karpathenvereins (das., seit 1881).

Die Irredenta

von Schulrat Dr. med. et phil. **Wilh. Rohmeder** in München

Begriff, Name und Wesen. »Irredenta« (»Die italienischen Unerlösten«), »Italia irredenta« (»Das unerlöste Italien«), »Terra irredenta« (»Unerlöster Volksboden«). diese und ähnliche Ausdrücke und Wortverbindungen sollen, im wesentlichen übereinstimmend, dem Gedanken Ausdruck geben, daß namhafte Bestandteile des **italienischen Volkstums** unter fremder Herrschaft stehen. Ein »Irredentista« ist ein »Unerlöster«. Die auf Erlösung oder Befreiung dieser Volksbestandteile gerichteten Lehren und Bestrebungen werden unter der Bezeichnung



»Irredentismus« zusammengefaßt. In der zweiten und dritten der obigen Wortverbindungen kommt zugleich der geographische oder geschichtliche Nebenbegriff mit zum Ausdruck, daß nicht nur Bestandteile des italienischen *Volkes*, sondern auch Teile des *Landes* Italien zu »erlösen« seien. Diese Vorstellung ist auch in dem Ausdruck »Redenzione« (von redimere = erlösen) in dem Sinne mitenthalten, daß die »Erlösung« in der Zurückgabe an das Stammland bestehe.

Name und Begriff sind also italienischen Ursprungs. In den letzten Jahrzehnten hat man indes beide auch auf *außeritalienische* Verhältnisse übertragen. Das klassische Land des Irredentismus aber war und blieb immer dessen Heimatland *Italien*. Die geschichtlichen Grundlagen desselben waren die politischen Verhältnisse, die dem Lande durch den Wiener Kongreß (1814—15) gegeben worden waren. In seiner nun 100jährigen Geschichte sind *zwei Perioden* erkennbar.

Die treibenden Kräfte der *ersten Periode* (1814 bis 1861) sind die Gedankengänge, Schlagwörter und republikanischen Ziele der *Revolution* von 1789, jedoch in solcher Umgestaltung der letzteren, daß an die Stelle der »Liberté« die »Befreiung« und an die Stelle der »Egalité et Fraternité« die politische »Einigung« trat. Trägerinnen und Pflegerinnen waren die über ganz Italien verbreiteten, von der Schweiz, von Paris und London aus geleiteten (und bezahlten) Geheimgesellschaften, besonders die der Carbonari und der Freimaurerlogen, die infolge der engen politischen Verbindung des lombardisch-venezianischen Königreichs (Oberitalien bis zum Tessin) mit alten Kronländern der habsburgischen Monarchie auch in diese hinüberwechselten. Fruchtbaren Nährboden lieferte, dort wie hier, das Metternichsche Regierungssystem, das die Bedeutung einer geistig-politischen Bewegung nicht zu erkennen und derselben nur mit groben Polizeimaßnahmen zu begegnen vermochte. Durch die Verbindung des sardinisch-piemontesischen Königtums (Viktor Emanuel II., Cavour) mit den Trägern der revolutionär-republikanischen Bewegung (Mazzini, Garibaldi) wurde unter der Führung des ersteren und vorläufiger Zurückstellung der politischen Ziele (republikanische Staatsform) seitens der letzteren durch die Errichtung des Königreichs Italien (1859 bis 1861) die obengenannten Ziele nahezu vollständig erreicht.

Die *zweite Periode* (1861—1915) entnahm ihre geistigen Waffen den Lehren des sog. *Nationalitätenprinzips*, die Napoleon III., der Enkel und Erbe der Revolution, zur Grundlage seiner Politik erhoben hatte, soweit sie ihm zur Erreichung selbstsüchtiger Zwecke dienlich schienen. In den ersten Jahrzehnten nach 1861 vermochten die Vertreter des monarchischen Gedankens (Crispi, Giolitti u. a.) die revolutionär-republikanischen Elemente (Radikale, Republikaner, die staats- und kirchenfeindlichen Logen), die nun die Träger und Pfleger auch des Irredentismus geworden waren, noch zu beherrschen und zu leiten. Nachdem aber (1876) dieser (durch Zanardelli u. a.) hof- und regierungsfähig geworden war, gelangte die Leitung des innerlich noch nicht festgefügten Staates mehr und mehr in die Hände der revolutionären Elemente, deren Willensvollstrecker nun der semitisch-englische Bastard Sonnino geworden ist, der das Königtum 1915 in das Abenteuer der Beteiligung am Weltkrieg hineinriß.

Geschichtlich-politische, geographische und ethnographische Grundlagen. Man vergegenwärtige sich die durch den Wiener Kongreß geschaffenen politischen Verhältnisse Italiens: Oberitalien unter der unmittelbaren Herrschaft, Mittelitalien durch habsburgische Nebenlinien (Modena, Parma, Toskana) unter der Vormundschaft der Metternichschen Regierungsgrundsätze; im übrigen Mittelitalien der Kirchenstaat mit seinem hierarchischen Regierungssystem; in einem Reste Mittelitaliens und in Unteritalien-Sizilien Bourbonen, die auch hier »nichts gelernt und nichts vergessen« hatten. Und demgegenüber nun der Gang und die Erfolge der Befreiungs- und Einigungsbestrebungen (1848—70), die infolge glücklicher Umstände und mit *fremder Hilfe* ihre Ziele erreichten! Der Versuch des treulosen und charakterschwachen Königs Karl Albert von Piemont-Sardinien (1848) scheiterte an der Feldherrnkunst Radetzkys (Custozza, Novara, Mortara!). Die Verbindung des klugen und zielbewußten Sohnes und Nachfolgers Karl Alberts, Viktor Emanuels, unter der Leitung eines zuverlässigen und tatkräftigen Staatsmanns (Cavour) mit Napoleon III. und der Revolution zugleich führte zum Erwerb der Lombardei (Magenta, Solferino!) und der mittelitalienischen Kleinstaaten (1859), ferner des größten Teiles des Kirchenstaates und Unteritaliens mit Sizilien (1860) und zur Errichtung eines italienischen Königtums (1861), dessen Kronträger allerdings schon 1860 das Stammland seiner Dynastie, Savoyen, und das Heimatland Garibaldis, die italienische Grafschaft Nizza, für die geleisteten Dienste an Frankreich hatte abtreten müssen. Das Bündnis mit Preußen im Jahre 1866 brachte dem jungen Königreich trotz seiner Niederlagen zu Land und zu Wasser (Custozza, Lissa!) Venetien, und die Abberufung der französischen Schutztruppen aus Rom infolge des deutsch-französischen Krieges (1870) öffnete die Tore dieser Stadt. Das Wort »Italien« hatte aufgehört, ein bloß geographischer Begriff zu sein. Hatte es von 1861—70 im Gegensatz zum »erlösten Italien« (Italia redenta) noch eine »Terra irredenta« gegeben, so konnte nun auch dieser Gegensatz als beseitigt gelten.

Denn welche Bestandteile des italienischen *Volkes* bzw. welche *wirklich italienischen Gebiete* konnten zum »fertigen Italien« noch fehlen? Man mochte an die folgenden denken:

1) *Korsika*, seit 1768 bei Frankreich; 2) die Grafschaft *Nizza*, seit 1860 bei Frankreich; 3) *Malta*, im Jahre 1800 von England als Seesperre am Übergang vom westlichen zum östlichen Mittelmeerbecken weggenommen; 4) der schweizerische Kanton *Tessin*; 5) die (nach irredentistischer Ausdrucksweise) »italienischen Provinzen«, die noch im Besitze *Österreichs* verblieben waren. Es mußte nun auffallen, daß sich die fortgesetzte irredentistische Werbung und Bewegung *nicht* auf die, in sich abgeschlossenen und ohne Zweifel nahezu rein italienischen Gebietsteile Korsika, Nizza und Malta (mit zusammen 800000 Bewohnern) und ebenso *nur lau* und *gelegentlich* und ohne ernstlich geäußerte Losreißungsbestrebungen auf das Tessin erstreckten, sondern sich vielmehr auf alte habsburgische Provinzen und Kronländer beschränkten, in denen sie gerade am allerwenigsten *geschichtlich, geographisch, völkisch* und *sprachlich* begründet sind. Diese, beim ersten Blick befremdliche Erscheinung kann indes nicht mit einem Hinweis auf die geschichtlich-politischen Beziehungen zwischen Österreich und Italien genügend erklärt werden; dunkle

Rasseninstinkte und andere aus der Tiefe der italienischen Volksseele emporquellende Gegensätzlichkeiten wirkten in weit stärkerem Maße bestimmend mit.

Folgendes ist festzustellen: *Geschlossene italienische Volks- und Sprachgebiete gibt es in Österreich nicht*; nicht einmal die Stadt Triest mit Gebiet kann als ein solches gelten (118536 Italiener gegen 70489 Deutsche und Slawen). Wohl verzeichnete die irredentistische Ausdrucksweise in zahllosen Flugschriften, Ansichtskarten und anderen bildlichen Darstellungen »fünf unerlöste italienische Provinzen« (Dalmatien, Görz mit Küstenland, Istrien, Triest, »Trentino«), von denen die neuere Irredentisten-Tages- und Zeitschriftenpresse die drei mittleren als »Provincia Giulia« zusammenzufassen pflegt, während die »Provinz Trentino« in ein »Trentino di sotto« (das mittlere Etschgebiet) und ein »Trentino di sopra« (das obere Etsch- und das Eisackgebiet) geteilt wird, der Herausgeber des »Archivio per l'Alto Adige«[1] dagegen das österreichische Etsch- und Eisackland kartographisch als zwei getrennte Provinzen darstellt (»Trentino« und »Alto Adige«). Allein schon der Blick auf eine gute, d. h. nicht nach irredentistischen Rezepten gefertigte Volks- oder Sprachenkarte der »unerlösten Provinzen« oder in ein deutsches Handbuch der Geographie genügt, zu zeigen, wie es um die »Italianität« dieser »Provinzen« steht. Wohl wurde nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung (31. Dez. 1910) die Zahl derer, die sich italienischer oder ladinischer Mundarten als Umgangssprache bedienen, auf 768000 berechnet. Aber der weitaus größte Teil derselben besteht aus *Rätoromanen* (Ladinern in Tirol, Friaulern im Görzischen und in den Küstenlanden) — sei es, daß sie heute noch rätoromanische Mundarten reden, sei es, daß sie es bloß dem Blute und der Herkunft nach sind — oder *Deutschen*, die in den letzten acht Jahrzehnten (infolge der Wirkungen der Metternichschen Ära und des irredentistischen Zwanges) nur oberflächlich sprachlich verwelscht wurden. Gegenüber der allgemeinen Unkenntnis in bezug auf diese Tatsachen und den irredentistischen Ansprüchen kann dies nie scharf genug hervorgehoben werden.

Die Verhältnisse in den beiden in Betracht kommenden Gebieten — Südtirol und Adriagebiete — sind indes so verschieden, daß sie gesondert betrachtet werden müssen.

a) Südtirol.

Mit drei Gruppen von Schlagwörtern suchte die irredentistische Werbung und Volksverhetzung in Italien und im Ausland die Ansprüche Italiens auf Südtirol oder auf Teile desselben zu begründen, nämlich mit den Redensarten von den »*geschichtlichen Rechten*«, den »*natürlichen Grenzen*« Italiens und von den »*unerlösten Brüdern*«.

Die Behauptung von »*geschichtlichen Rechten*« läßt sich mit wenig Worten erledigen. Abgesehen von der kurz dauernden (1810—13) Napoleonischen Zuweisung eines Teiles von Südtirol an das Vizekönigreich Italien (das übrigens bloß Lombardei-Venetien und die Osthälfte von Mittelitalien umfaßte), hat Südtirol oder haben Teile desselben nie zu Italien gehört. Geschichtliche Ansprüche auf Südtirol oder überhaupt auf Gebiete Österreichs aber mit der Berufung auf das Römerreich begründen zu wollen, ist eine Fälschung, die man bloß der Unwissenheit bieten darf. Denn das Italien von 1861 ist ebensowenig eine Fortsetzung des Römerreiches, als die Italiener von heute Nachkommen der Römer sind. Überdies gehörten die Ausgangstore aus den Alpen zur oberitalienischen Tiefebene am Isonzo, an der Brint (Brenta) und an der Etsch seit 952, d. h. seit der Errichtung der Marken Verona (Bern) und Aquileja (Aglei), stets zum Machtgebiete des deutsch-römischen Reiches.

Nicht besser steht es um die Redensart von den »*natürlichen Grenzen*« Italiens. Wohl hat der Trienter Professor Johann Frapporti, der Erfinder des »Trentino«, seinem berüchtigten Buche[1] schon 1840 eine Karte beigegeben, die sein von ihm erfundenes staatsrechtliches Gebilde bis zum Brenner ausdehnte. Wohl hat der verwegenste aller Verschwörer und Revolutionäre und der tollkühnste Vorkämpfer für die staatliche Einheit Italiens in der Form einer Republik, der Genueser Advokat Josef Mazzini, in seinem Aufruf vom 25. August 1866 erklärt: »*Uns* gehört, wenn je ein italienisches Land unser war, das Trentino bis Brunopolis[2] und bis zum rätischen Alpenkamm; *unser* sind alle Voralpen südlich davon und alle Gewässer, die sich in die Etsch, in die Adda, in den Oglio, in den Po und in den Golf von Venedig ergießen. Natur, Wachstum und Sitte dieser Gebiete reden im Gegensatz zum Inn die Sprache Italiens. Sie gehörten einst zu Rom« usw.[3] Wohl blieb diese Lehre fortan das irredentistische Glaubensbekenntnis, und als erster hat Vallardi in Mailand[4] für das Gebiet südlich der Wasserscheide zwischen Inn und Etsch auch italienische geographische Namen aufzufinden sich bemüht. Wohl wurde diese Lehre seitdem in Lehr- und Schulbüchern und auf Hand- und Wandkarten viel tausendfach verbreitet und dem italienischen Volk als nationalpolitisches Dogma glaubhaft gemacht. Wohl haben neuestens sogar italienische Gelehrte von Ruf »die Lehre von der staatenbildenden Kraft der Wasserscheiden« wissenschaftlich zu begründen versucht[5]. Vergeblich! *Alle Lehren der Geschichte*, der Staatenbildung und der politischen Geographie sprechen dagegen. Nie und nimmer haben Wasserscheiden »natürliche Staatsgrenzen« gebildet und nie und nirgends haben innerhalb der Alpen Wasserscheiden als Volks-, Stammes- oder Staatsgrenzen bestanden. *Die Alpen*, als Naturgebilde betrachtet, bilden eben ein durch seine Eigenart *zusammengehöriges, einheitliches Naturgebiet*, und die wahren Naturgrenzen eines Staates sind an den Grenzen seines Naturgebietes zu suchen[6].

Und daran haben wahrscheinlich die Verkünder dieser Lehre überhaupt nicht gedacht, daß innerhalb des großen Halbkreises von Nizza über die Zentralalpen zum Quarnero und weiter bis zur Bucht von Cattaro — einem Gebiet von 30000 qkm, das sie Italien zusprechen — die paar Tausende *wirklicher* Italiener eine winzige, verschwindende Minderheit gegen-

[1] Tolomeo *Ettore*, Archivio per l'Alto Adige. Gleno presso Egna (Bolzano, seit 1906).

[1] *Frapporti*, Della storia e della condizione del Trentino (Trient 1840).

[2] Gemeint ist Bruneck.

[3] *Mazzini*, Scritti editi e inediti (Mail. u. Rom 1873—1891, XIV. Bd., S. 211 ff.).

[4] Francesco *Vallardi*, Carta corografica del Trentino (Mail. o. J., nach 1866 erschienen).

[5] So *Marinelli*, Vater u. Sohn, jener, Giovanni M., in seinem Werk »La Terra« (Mail. 1885—99, IV. Bd.), dieser, Olinto M., in der Schrift »Area dell' Italia naturale« (1895).

[6] Vgl. W. *Rohmeder*, Die Naturgrenze Italiens gegen Norden (Heft 28 der Zeitschrift »Das Deutschtum im Auslande«, Berl. 1916).

über den Hunderttausenden von Deutschen, Rätoromanen und Slawen ausmachen würden und daß sie damit zu den gerade von den »Unerlösten« am lautesten und geräuschvollsten verkündeten Forderungen, die sie aus dem »Nationalitätenprinzip« ableiten, in schreienden Widerspruch gerieten.

Denn in Wirklichkeit gibt es ein bodenständiges Italienertum in Tirol nicht. Bis ins 16. Jahrhundert war den Italienern die dauernde Niederlassung innerhalb des gesamten Gebietes des heutigen Tirols verboten, oder nur mit besonderer landesherrlicher oder auch kaiserlicher Erlaubnis konnte sie gestattet werden. Nur während der Zeit, da es der Republik Venedig vorübergehend gelungen war, die südlichen Alpenausgänge unter ihre Gewalt zu bringen, konnten sich Venediger in Rofereit und südlich davon und am Gartsee dauernd niederlassen. Maximilian I. nahm der Republik diese alten Reichsgebiete wieder ab (1509), und während seiner Regierungszeit und im ganzen 16. Jahrhundert wurde stets nur einzelnen »forositischen« Familien die Einwanderung und die Niederlassung gestattet. Es gehört nicht hierher, nachzuweisen, warum und unter welchen Umständen in den folgenden Jahrhunderten zahlreichere italienische Einwanderungen erfolgen konnten[1]. Was aber Tecini[2] von den italienischen Volkselementen östlich der Etsch behauptet und nachweist — »Avventizii e stranieri d'origine« nennt er sie —, das gilt auch von den wirklichen Italienern in den Landschaften rechts der Etsch. Wirkliche Italiener in Welschtirol sind bloß die Eingewanderten bzw. deren unvermischt gebliebenen Ablömmlinge. Man schätzt ihre Zahl auf 50—70000. Die Masse der einheimischen, bodenständigen Bevölkerung besteht aus Rätoromanen oder Deutschen.

Dies ergibt sich auch aus den sprachlichen Verhältnissen. Noch Dante schloß das »Vulgare turpissimum« (das Ladinische), das seinerzeit im unteren Etschtal gesprochen wurde, mit scharfen Worten von der Zugehörigkeit zur italienischen Sprache aus. Die seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zunächst von seiten der Kirche eingeleitete sprachliche Verwelschung der bodenständigen welschtirolischen Bevölkerung konnte allerdings infolge besonderer Umstände in der Folge Fortschritte machen und besonders (im 19. Jahrhundert) unter den Wirkungen der Metternichschen Einrichtungen bis zum heutigen Grade sich entwickeln. Aber auch heute noch gilt, was Christian Schneller vor 50 Jahren[3] von den ehemals deutschen Landschaften östlich der Etsch schrieb, daß nämlich »über das dortige Deutschtum die italienische Sprache nur wie ein dünner Schleier gezogen und selbst dieser noch an verschiedenen Stellen (in den deutschen Sprachinseln!) zerrissen sei«. Heute noch leben in Welschtirol an 10000 Deutsche, und sprechen unter 397000 Welschtirolern noch 94000 ladinische Mundarten. Ja, der beste italienische Kenner der welschtirolischen Sprachverhältnisse und der bedeutendste italienische Sprachforscher im letzten Vierteljahrhundert G. J. Ascoli[4] behauptet in Übereinstimmung mit anderen (deutschen und italienischen) Kennern der Verhältnisse, daß — nämlich im Gegensatz zur angestammten Redeweise der Bevölkerung — die italienische Sprache nur im Etschtal, am Westrand des Sulzberges einerseits und des Fleimser Tales anderseits Eingang gefunden und selbst in der unmittelbaren Umgebung von Trient und im Suganertal eine Vermengung des Italienischen mit dem Ladinischen stattgefunden habe. Nur die Umgebung von Rofereit (Rovereto) und Reif (Riva) nimmt er ausdrücklich von dem Gebiet aus, wo Merkmale des Ladinischen noch herrschen oder wenigstens nach Geltung ringen.

Auf einer solchen Grundlage »gelang es der italienischen Irredenta durch eine der größten Fälschungen der Geschichte eine rein italienische Provinz ‚Trentino' zu schaffen und es zu ermöglichen, daß das moderne Italien in den Jahren 1848 und 1849, 1859, 1866 und 1915 unter Berufung auf nationale Rücksichten mit Waffengewalt unbegründete Ansprüche auf eines der wichtigsten Stücke althabsburgischen Besitzes erheben konnte[1]«. So wird es denn auch leicht erklärlich, warum sich der Irredentismus in Welschtirol stets auf kleine, wirtschaftlich und sozial bestimmt umgrenzte Kreise der Bevölkerung beschränkte. Die große Masse der bodenständigen Bevölkerung Welschtirols stand ihm stets ablehnend, ja feindlich gegenüber[2].

b) Adriagebiete.

Die irredentistischen Bestrebungen erstreckten sich in Italien und Österreich bis 1859 fast nur auf Südtirol. Erst nach 1859 und besonders nach 1866 begannen sie auch auf die Adriagebiete überzugreifen. Noch 1848 war Triest in der Frankfurter Nationalversammlung durch deutsche Abgeordnete vertreten, und als sich sardinisch-neapolitanische Kriegsschiffe auf der Höhe von Triest zeigten, wurde auf dem Kastell die schwarz-rot-goldene Fahne gezogen zum Zeichen, daß die Stadt unter dem Schutze des Deutschen Reiches stehe. In dem erwähnten Manifest Mazzinis vom 25. August 1866 aber hieß es: »Uns gehören die Julischen und Karnischen Alpen. Das istrianische Ufer ist der östliche Teil und die Ergänzung des venezianischen. Uns gehört Hochfriaul. Uns gehört auch aus ethnographischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen Istrien, das für uns so notwendig ist, wie die Häfen Dalmatiens für die Südslawen. Unser ist Triest und der Karst mit Adelsberg, der jetzt Laibach unterworfen ist«, usw. Also: weil für Italien diese Gebiete zur Ergänzung des Westufers notwendig sind, deshalb hat es geschichtliche, geographische und völkisch begründete Ansprüche auf dieselben!

Die »geschichtlichen« Ansprüche werden von den irredentistischen Schriftstellern (und der italienischen Regierung!) mit Hinweisen auf das Römerreich und auf (zerfallene) venedigische Militärkolonien begründet! Die »natürliche Grenze« Italiens nach dieser Seite bildet nicht etwa die Adria — die ja aus einem »Mare amaro« ein »Mare nostro« werden soll! —, sondern eine zum Teil künstlich zusammengestellte Wasserscheide über die Julischen und Dinarischen Alpen und die dazwischen liegenden Hochflächen des Karstes! Und was die völkische und die sprachliche

[1] Vgl. W. Rohmeder, Völkischer Reiseführer (Klagenfurt 1914, Abschnitt »Südtirol«, S. 222 ff.).

[2] Francesco dei Tecini, Dissertazione intorno alle Popolazioni alpine tedesche del Tirolo Meridionale usw. (Trient 1860).

[3] »Südtirol nach seinen geographischen, ethnographischen und geschichtlichen Verhältnissen« in der Österreichischen Revue (5. Jahrg., 1867, S. 101 ff.).

[4] »Archivio glottologico italiano« (Rom, Turin u. Florenz 1873, Bd. I, S. 317 ff.).

[1] M. Mayr, Der italienische Irredentismus (2. Aufl., Innsbruck 1917, S. 80).

[2] Vgl. Wilh. Rohmeder, Es gibt kein Trentino (»Innsbrucker Nachrichten« 1902, Nr. 121/122 und 124/125, ferner 1906, Nr. 286, und 1907, Nr. 271); Derselbe, Es gibt kein Trentino (»Die Bergstadt« 1915, Heft 12); Kuk, Es gibt kein Trentino (Wien 1906).

Begründung der Ansprüche betrifft, so sind auch hier, wie in Südtirol, alle italienischen Elemente familienweise Zugewanderte, die als »forositische« oder als rechtsverfällte Flüchtlinge (Fuorusciti = Vertriebene) oder als Notleidende irgendwelcher Art hier Zufluchtsstätten suchten[1], gegen deren Zuwanderung Ferdinand I. 1553 scharfe Dekrete erließ, wie früher schon (in den 20er Jahren) wiederholt gegen das »arme venedigische Volk« in Südtirol, dessen Vertreibung er anordnete. Auch die ziffernmäßigen Verhältnisse reden eine deutliche Sprache. Beim alten Völkertor am mittleren Isonzo stoßen drei Völker (Deutsche, Slawen und Friauler) und vier Sprachen (die Sprachen dieser und Italienisch) aufeinander. In der Grafschaft Görz (mit Gradisca usw.) sind 63 Proz. der Bevölkerung Slawen, zum großen Teil slowenisierte Deutsche; 33 Proz. »reden Friaulisch, schreiben aber Italienisch« (A. Penck); nur 2 Proz. (5000) reden Italienisch. In Istrien machen die Italienisch Redenden nur ein Drittel, höchstens zwei Fünftel (40000) der Gesamtbevölkerung aus, in Dalmatien, wo sie auf die Städte (Zara, Ragusa, Spalato usw.) beschränkt sind, höchstens ein Zehntel. Überdies ist in allen diesen Gebieten das Welschtum im Rückgang. Nur Triest, seit 1382 habsburgischer Besitz und durch ungezählte Millionen österreichischer Staatsgelder, sowie deutschen Unternehmungsgeist das geworden, was es heute ist, haben die Italiener seit einem halben Jahrhundert zu einer Hochburg des Irredentismus und zu einem Hauptsitz staatsfeindlicher irredentistischer Umtriebe und Anschläge zu machen vermocht, seit sie zur Mehrheit in der Stadt geworden sind (1910 in Stadt und Umgebung: 118536 italienische, 58747 slawische, 11742 deutsche, zusammen 189025 Einw., ohne Militär und ohne die staatsfremden Elemente). Hier war denn auch stets der Hauptsitz aller irredentistischen Vereine und Vereinigungen (Lega nazionale, Società Dante Alighieri, Pro Patria, Trento e Trieste, Innominata, Corda fratres), mehrerer in staatsfeindlicher Richtung von London und Paris aus geleiteter Logen usw., sowie zahlloser gesellschaftlicher Sport- und anderer Vereine, die sämtlich unter harmlosen Aushängeschildern der irredentistischen Werbung und Verhetzung dienten. Hier war auch der Hauptsitz von Verschwörern und Verschwörungen in der »Provincia Venezia Giulia«, hier z. B. die Heimat des Oberdank, der einen mißglückten Mordanschlag gegen Kaiser Franz Joseph machte und, mit dem Tode bestraft, nun dafür im ganzen irredentistisch-revolutionär gesinnten Italien als Märtyrer mit Straßenbenennungen, Denkmälern, Jahresfesten usw. gefeiert wird; auch des Verschwörers Bürzel (jetzt Barzilai), eines Rabbiners Sohn, dem es gelang, aus einjähriger Untersuchungshaft wegen Beteiligung an einem Mordanschlag gegen das Leben des Kaisers nach Rom zu entkommen, wo er als leidenschaftlich republikanischer Journalist zur Geltung gelangte, beim Ausbruch des italienisch-österreichischen Krieges zum Minister der »Province irredente dell' Austria« ernannt wurde und als solcher durch Beteiligung an Kriegslieferungen sich schamlos bereicherte.

[1] Vgl. H. J. Bidermann, Die Romanen und ihre Verbreitung in Österreich (Graz 1877, S. 135ff. u. 168ff., mit reichen Literaturnachweisen); C. Frhr. v. Czörnig, Das Land Görz (Wien 1873); Derselbe, Die Stadt Görz (Wien 1874); ferner C. Frhr. v. Czörnig (Sohn), Die ethnologischen Verhältnisse des österreichischen Küstenlandes (Triest 1885).

Aus der Geschichte des Irredentismus[1].

Man hat versucht, die ersten irredentistischen Regungen in die Zeit des Erwachens nationaler Ideen, nämlich in die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts zurückzuverlegen. Mit Unrecht. Die dafür in Anspruch genommenen Kreise von Schöngeistern, Schriftstellern, »Philosophen« und Dichterlingen in Rovereit und Umgebung (Baroni, Tartarotti, Rosmini u. a.), die sich in der »Academia degli Agiati« (1753) zusammenfanden, Abkömmlinge »forositischer« Geschlechter, hielten sich allerdings hochmütig abgesondert von der einheimischen (ladinischen und deutschen) Umgebung; aber für irredentistische Neigungen boten die politischen Zustände des Landes, aus dem ihre Vorfahren gekommen waren, keinen Anreiz. Auch der »Dichter von Isera«, Klemens Vannetti (gest. 1795), der Urheber jenes Wortes, das später zum Leitspruch der Irredentisten wurde: »Italiani noi siamo, ma non Tirolesi«[2], gehörte zu ihnen. Der ganze deutschenhasserische Kreis bestand tatsächlich aus Abkömmlingen der ersten italienischen Einwanderung in Südtirol.

Ebensowenig darf man die allerdings heftigen Streitigkeiten und Kämpfe zwischen den Alttiroler Ständemitgliedern und den Vertretern der »Welschen Konfinen« und der fürstbischöflichen Trienter Gebiete im sog. »Offenen Landtag« von 1790—92 als Äußerungen irredentistischer Gesinnung deuten. Hierbei handelte es sich um ganz anderes, nämlich um wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der letzteren, im besonderen um Zulassung des welschtirolischen Weinhandels nach Deutschtirol. Auch in allen Verhandlungen, die dem Landtag vorangingen und nachfolgten, kann höchstens die in einer Versammlung in Streng (Strigno, im unteren Suganertal) ausgesprochene Bitte als solche von nationaler Färbung betrachtet werden, die Bewohner der Umgegend möchten von dem Zwange, Deutsch lernen zu müssen, befreit werden, und man möge ihnen Beamte schicken, die auch der italienischen Sprache mächtig seien.

Den Ausgangspunkt für irredentistische Regungen bildet die im Frieden von Schönbrunn (1809) vorbereitete und durch den Pariser Vertrag (28. Februar 1810) durchgeführte Dreiteilung Tirols in Bayerisch-Tirol, Illyrisch-Tirol und Italienisch-Tirol und die Zuweisung des letzteren, das aber bekanntlich auch einen namhaften Teil von Deutsch-Tirol (mit Bozen) umfaßte, an das Königreich Italien. Die Zerreißung des Landes erfolgte angeblich zu dem Zwecke, die Wiederholung tirolischer Aufstände, wie desjenigen von 1809, unmöglich zu machen. Die tatsächlichen Gründe lagen aber tiefer. Sie wurden angedeutet durch die ausgesprochene Absicht Napoleons, Italien in der Folge bis zum Brenner auszudehnen, und gelangten zum Ausdruck in der Beseitigung aller bisherigen Einrichtungen sowie der deutschen Verwaltung und Rechtspflege, der Einführung italienisch-französischer Gesetze und Verordnungen sowie der italienischen Amtssprache im ganzen »Tirolo italiano«. So kurz der Zeitraum war, so verhängnisvoll wurden diese drei Jahre (1810—13) für das Land und für den ganzen Staat, so unheilvoll nachwirkend, wie die französische Herrschaft (1797—1805 und 1809—13) in den Küstengebieten und in den

[1] Vgl. Mich. Mayr, Der ital. Irredentismus (s. oben, S. 37), ferner: »Die Irredenta«. Von einem Tiroler (Bozen 1912); Spectator Italus, Der italienische Irredentismus (Innsbruck 1912).

[2] »Italiener sind wir, aber nicht Tiroler.«

südöstlichen Alpenlandschaften. Während Napoleon noch auf Elba saß, nahm die revolutionäre Tätigkeit der von Paris und London aus geleiteten Geheimgesellschaften in Italien schon ihren Anfang. Sie griff nach Südtirol über, dauerte auch nach der Verbannung Napoleons auf die Insel Helena fort und ließ das Land bis nach der Julirevolution (1830) nicht zur Ruhe kommen. Hier sind die Wurzeln des späteren Irredentismus zu suchen, wenn auch der Name damals noch nicht gegeben war. Eine Flut von Schriften, die im geheimen verbreitet wurden, ergoß sich über das Land. Mayr hat im 2. und 3. Kapitel seines oben (S. 37) angeführten Werkes (»Der italienische Irredentismus«) den ganzen Hexensabbat dieser Bewegung ausführlich dargelegt. Eine wissenschaftliche Grundlage wurde der Bewegung zu geben versucht durch die Geschichts- und Tatsachenfälschungen Perinis[1] und Frapportis (s. oben, S. 36). Die Regierung in Wien und ebenso das »Gubernium« in Innsbruck standen der ganzen Bewegung ebenso verständnislos wie machtlos gegenüber. Das Schlimmste aber war, daß die beim gesamten Volk verhaßten, auch wirtschaftlich drückenden französisch-italienischen Einrichtungen beibehalten und z. B. durch die neue Ämterorganisation von 1817 sogar noch erweitert und noch drückender gestaltet wurden. Erstreckte sich die Verwelschungspolitik Metternichs doch sogar bis auf die Austilgung der alten deutschen Ortsnamen. Statt der Wiedereinführung der deutschen Verwaltung, die das Volk erhofft hatte, erzwang sie den nahezu ausschließlichen Gebrauch der italienischen Sprache in den Gerichten und Ämtern. Südtirol sollte ein Übergangsgebiet zu den österreichischen Provinzen in Italien werden, das diesen brauchbare und zuverlässige Beamte liefere.

Auf die große politische Arena trat der Irredentismus zuerst in der Frankfurter Nationalversammlung (1848). Nachdem nach heftigen Kämpfen »für« und »wider« auch Welschtirol seine (vier) Bevollmächtigten dahin entsandt hatte, stellten diese als Ergebnis langer vorhergegangener Verhandlungen den Antrag, »daß die tirolischen Kreise Trient und Rovereit unter dem Vorbehalt der Wiedervereinigung mit Österreich aus dem politischen Verband mit dem Deutschen Bunde entlassen werden sollen«. Jedoch nur unter den demokratischen Schwärmern für »Gleichheit, Brüderlichkeit und Nationalität« fanden sie Beifall und Unterstützung. Am 12. August 1848 wurde der Antrag des völkerrechtlichen Ausschusses mit großer Mehrheit angenommen: »Es ist eine heilige Pflicht der Selbsterhaltung für Deutschland, seinen Besitz zu wahren. Strategische Gründe erfordern, daß der Südabhang der tirolischen Alpen zu Deutschland gehöre. Dies könne seine Tore jetzt nicht den eigenen Feinden öffnen.« Nachdem auch die in gleicher Richtung laufenden Verhandlungen auf dem österreichischen Reichstag zu Kremsier zu keinem Ergebnis geführt hatten, die Versöhnungsversuche im Tiroler Landtag aber gescheitert waren, dauerten die hochverräterischen Bestrebungen der Irredenta ungeschwächt weiter. In Südtirol führten sie namentlich 1849, 1866 und 1878 zu mehr oder weniger heftigen öffentlichen Ausbrüchen, beschränkten sich aber sonst in der Öffentlichkeit auf die zuerst in einer Versammlung in Gallian (Calliano, 1848) — als Reserve! — aufgestellte Forderung der administrativen Trennung Welschtirols von Deutschtirol (die sog. Autonomieforderung). Sie wurde im Tiroler Landtag in humorvoller Abwechslung vertreten bald durch die Abstinenz-, bald durch eine Erpresserpolitik, von denen sich die letztere als die erfolgreichere erwies. Denn die fortgesetzt schwächliche Nachgiebigkeit der wechselnden österreichischen Reichs- und der tirolischen Landesregierungen reizte zu stets neuen Forderungen. Jede Erfüllung solcher wurde zum Sprungbrett für neue nationalistische Ansprüche. Unter ausgiebiger, kurzsichtiger Mithilfe (liberaler) Landtagsabgeordneter war im Jahre 1902 die Autonomieforderung der Verwirklichung nahe gekommen. Sie scheiterte schließlich nur an der Maßlosigkeit der Ansprüche der offenen und der verkappten Vertreter irredentistischer Wünsche, von denen sie als »erster Schritt« zur Erfüllung weiterer (geheimer) Hoffnungen bezeichnet worden war.

Unterdessen war die irredentistische Werbung auch auf die Adriagebiete ausgedehnt worden. Die (offenen und geheimen) Verbindungen herüber und hinüber hatten sich immer dichter gestaltet, das Vereinswesen, besonders das geheime, hatte an Ausdehnung und Einfluß fortgesetzt zugenommen, organisatorische Einrichtungen und Familienverbindungen hatten die reichsitalienische Zuwanderung mächtig gefördert und die irredentistische Presse in Italien und in Österreich, hier mittels umfangreicher Geldzuwendungen durch italienische Vermittlung gefördert, war immer einflußreicher, die Rat- und Planlosigkeit der österreichischen Regierungen, gesteigert durch die Rücksichten auf den »Bundesgenossen«, aber immer größer geworden.

Die Irredenta hat den österreichisch-italienischen Krieg von 1915 als »ihren« Krieg bezeichnet. Jedenfalls ist die Entrüstung der friedliebenden, kaiser- und staatstreuen bodenständigen Bevölkerung Welschtirols und der Adriagebiete über die irredentistischen Ruhe- und Friedensstörer voll berechtigt. Und wenn die Irredenta tatsächlich auch zu schwach war, den Kampf um die alten Völkertore aus den Alpen zur oberitalienischen Tiefebene zu entfesseln, so hat sie sich jedenfalls seit langem als ein sehr brauchbares Werkzeug in der Hand des englischen Botschafters in Rom, Sir Rennel Rodd, zur Herbeiführung des Krieges erwiesen.

Die großen und die kleinen Führer der Irredenta haben, beladen mit dem Fluche der Bevölkerung und geächtet durch das Kainszeichen des Hoch- und Landesverrats, den Boden vieljähriger Wühlarbeit verlassen. Das Volk ist seine Dränger los. Der Irredentismus ist tot. Ob er je wieder zum Leben wird erwachen können, wird von der Einsicht und Festigkeit zunächst der beteiligten Landesregierungen und besonders der Vertreter des tirolischen Volkes, des weitern aber von der Weisheit und Festigkeit der österreichischen Staatsregierung und der österreichischen Volksvertretung abhängen.

---

[1] Agostino Perini, Almanaco trentino (1843).

Englische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte

von Professor Dr. **Felix Salomon** in Leipzig

Die englische Verfassung ist in keiner Verfassungsurkunde niedergelegt. Niemand würde imstande sein, das Datum ihres Ursprungs oder den Namen ihrer Urheber zu nennen. Sie ist allmählich geworden und gewachsen; viele Bestimmungen haben in Gesetzen Ausdruck gefunden, mehr noch beruht auf Herkommen und Gewohnheit. Die Kräfte, welche den Formen Geist und Inhalt gegeben haben, sind diejenigen, welche Englands Werdegang bestimmen; daher kann hier aus einem überreichen Stoffe nur das herausgehoben werden, was auf das Verständnis der Gegenwart hinausführt.

Überblick von den Anfängen bis zur ersten Reformbill im Jahre 1832.

Mittelalter. Es ist eine schwierige Frage, wieviel schon aus der Angelsachsenzeit (5.—11. Jahrhundert) der Zukunft zustatten gekommen ist; auf zweierlei sei verwiesen: In der Friedensbürgschaft, die bereits im Angelsachsenstaat voll entwickelt gewesen ist, keimt der Gedanke der Selbsttätigkeit aller Volksgenossen im staatlichen Interesse. Zweitens: Die Reichsversammlung der Angelsachsen, ihre Witena-gemôte, gehört zum Stammbaum des Parlaments, insofern sie Angehörige der verschiedenen Landesteile vereinigt, eine Verbindung zwischen dem König und der Aristokratie auf rein politischer Grundlage herstellt und das Pflichtbewußtsein eines Staatsbürgers lehrt. Als Staatsgründer versagten die Angelsachsen; hier haben die Normannen und ihre Nachkommen, das Haus Anjou-Plantagenet (11.—14. Jahrhundert), eingesetzt. Das Wesentliche und Neue war die Zentralisation der Staatsgewalt in den Händen des Königs; deren wichtigstes Organ wurde die curia regis. Diese curia ist die Stammutter der wichtigsten englischen Behörden, die sich mit der Differenzierung der Geschäfte nacheinander abzweigen; den Anfang macht das Schatzamt (Court of Exchequer). Die Organe der Zentralisation förderten die Ausbildung des königlichen Absolutismus, in der Lokalverwaltung durch das von den Angelsachsen übernommene Amt des Sheriffs. Der Absolutismus steigerte sich von Wilhelm dem Eroberer bis zu Heinrich II., wo er den Höhepunkt erreichte (1154—89). Unter Heinrichs Söhnen Richard und Johann artete der Absolutismus in Willkür aus und führte zu einer denkwürdigen Reaktion. Von Anfang der Normannenzeit an hatte sich eine von Hochadel und hoher Geistlichkeit vertretene Gegenströmung bemerkbar gemacht, die das Königtum zu beschränken suchte; jetzt dringt diese Strömung durch, zumal es den führenden Elementen gelingt, das städtische Bürgertum zum Mitgehen zu gewinnen; alle zusammen weisen das Königtum in der Magna Charta 1215 auf die Grenzen, die das Lehnrecht ihm stellte. Diese feudale Kundgebung war zugleich eine nationale, insofern den Wünschen dieser drei maßgebenden Bevölkerungsschichten gleichzeitig Rechnung getragen wurde. Hiernach setzt der durch die Jahrhunderte währende Widerstreit zwischen Königtum und Ständetum ein, wem die Führung der Nation gebühre; er hatte zunächst zur Folge, daß das Königtum, wenn es sich behaupten wollte, seine Macht anders als bisher im englischen Boden verankern mußte. Das hat Eduard I. (1272—1307) verstanden, mit dem eine zweite schöpferische Epoche der englischen Monarchie beginnt. Das Königtum müht sich einerseits, den Feudalismus auf dem Wege der Gesetzgebung zumal in bezug auf den Grundbesitz zu entwurzeln; anderseits zieht es die nicht feudalen Schichten der englischen Gesellschaft, besonders das städtische Bürgertum, durch eine nationale Politik wieder mehr an sich heran. In diesem Zusammenhang beginnt das Parlament ständige Bedeutung zu gewinnen; es wird in der Vereinigung aller maßgebenden Stände als Reichsversammlung begriffen, die das Reich repräsentiere, wie die Grafschaftsversammlungen die Grafschaften. Das Wurzelwerk des Parlaments weist eine mannigfache Verästelung auf; der Wille des Königs durfte nicht fehlen, um es zu wirksamem Bestande zu erheben. Der König gedenkt es seinen Finanzen dienstbar zu machen; aus einer widerruflichen königlichen Gabe wird eine ständige nationale Einrichtung, als der König in einem ungünstig verlaufenden Kriege zum Zugeständnis dauernder Anerkennung gezwungen wird: Die Confirmatio Chartarum von 1297 ist in diesem Sinne das Gründungsdatum des Parlaments. Die Scheidung in ein **Ober- und Unterhaus** (House of Lords und House of Commons) ist von etwa 1352 zu datieren. Das Oberhaus zeugt von feudaler Herkunft; das Unterhaus tritt anfangs bescheiden zurück; ganz allmählich nur entwickeln sich seine Rechte. Neue Kriege und neue Geldbedürftigkeit des Königs führen dahin, daß eine Finanzquelle nach der andern unter die Kontrolle des Parlaments gerät; an die Geldbewilligung schließt sich das Verlangen des Parlaments, an der Gesetzgebung Anteil zu haben. Indessen bleibt die Stellung des Königs noch durchaus beherrschend; seine Hoheitsrechte — im Begriff der Prärogative zusammengefaßt — umfassen ein weitgehendes Verordnungsrecht und das Recht, von bestimmten Gesetzen zu dispensieren. Mittelpunkt der Staatstätigkeit wird der Staatsrat. Die organisierende Tätigkeit des Königtums zieht auch die Lokalverwaltung in ihr Bereich; unter Eduard III. (1327—77) tritt das von Gneist gepriesene **Selfgovernment**, das Urbild der modernen Selbstverwaltung, ins Leben. Der Sheriff wird durch den Friedensrichter abgelöst, der ehrenamtlich die Verwaltungsgeschäfte übernimmt und den Kampf gegen den Feudalismus von hier aus mit Erfolg zu Ende führt. Auf diese schöpferischen Zeiten folgten solche der Unsicherheit und Verwirrung (14.—15. Jahrhundert). Das Königtum war durch das Emporkommen des Parlaments geschwächt, das Land aber hatte sich gewöhnt, alle Entscheidungen vom Könige ausgehen zu sehen. Anderseits war das Parlament noch nicht imstande, den König zu stützen oder zu ersetzen, denn es stellte keinen einheitlichen Willen dar; die zwei Häuser gaben verschiedenen Interessen Ausdruck. Das Oberhaus suchte das Unterhaus zu beherrschen und dem noch vorhandenen Streben des Feudaladels nach Selbständigkeit dienstbar zu machen.

16. bis 18. Jahrhundert. Die Vernichtung des streitbaren Adels in den Rosenkriegen bahnte den Weg für die Wirksamkeit der Tudors (1485—1603); mit ihnen gelangt die letzte der großen Epochen des englischen Königtums zum Abschluß. Ihr Absolutismus läßt sich als ein verfassungsmäßiger bezeichnen, weil er die Grenzen innehielt, die die Verfassung steckte; die Willfährigkeit des Parlaments ermöglichte eine so starke Initiative. Sie haben dann ihre Gewalten benutzt,

um die Arbeiten am englischen Staatsbau fertigzustellen. Ihre Wirtschaftspolitik errichtete die Staatswirtschaft auf der Wirtschaftskraft der eigenen Nation; ihre Kirchenpolitik schuf ein Staatskirchentum. Das Zentralorgan der Monarchie erhält den Namen des Privy Council. Im nächstfolgenden Zeitalter der Stuarts (1603—88) setzte die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Königtum und Parlament von neuem ein; England tritt in sein Revolutionszeitalter. Das Königtum sucht die ererbte Stellung festzuhalten und verstärkt sie durch Aufstellung einer Theorie vom göttlichen Recht der Krongewalt; demgegenüber dringen in das Parlament Strömungen ein, die aus den wirtschaftlichen Kräften, welche die Tudors hatten heranziehen helfen, und aus den kirchlichen und religiösen Auseinandersetzungen, zu denen ihr Staatskirchentum Anlaß gab, Nahrung zogen; sie weisen auf eine Emanzipation von der staatlichen Autorität. Unterschiedlich von früher wird das Unterhaus zum eigentlichen Schauplatz des Kampfes. Das Ringen endete nach mannigfachen Schwankungen mit einem Kompromiß; weder das Verlangen des Parlaments nach Vorherrschaft setzt sich durch, noch das des Königs nach selbständiger Leitung. Ebenso kompromißartig läuft der Streit zwischen den kirchlichen und religiösen Richtungen aus; das Staatskirchentum erkennt den abweichenden Sekten ihre Daseinsberechtigung zu, die Gleichberechtigung ist erst im 19. Jahrhundert gefolgt. Auf dieser Grundlage einigten sich die politischen Parteien, die infolge der Auseinandersetzung zwischen Staat und Gesellschaft ins Leben getreten waren, die Tories als Anwalte eines regierenden Königtums und eines machtvollen Staatskirchentums, die Whigs als Vertreter der Parlamentsherrschaft und des Dissentertums. Die Einigung hat in der Erklärung der Rechte (Bill of rights) von 1689 einen Niederschlag gefunden; König Wilhelm III. (1688—1702), der nach dem Sturz der Stuarts auf den Thron berufen wurde, nahm die neue Grundlage an. Auf diese Weise war ein neuer Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung geschaffen.

Königtum und Parlament standen fortan auf gleichem Boden, auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung. Wie würden sie sich unter diesen veränderten Verhältnissen miteinander abfinden? Die Exekutive der Krone war unter parlamentarische Kontrolle gestellt; war damit gesagt, daß das Parlament selbst die Exekutive zu übernehmen habe? Kein Artikel verbot der Krone, ihre Minister zu ernennen; wie aber sollte deren Würde in Einklang mit der Verantwortlichkeit zu bringen sein, welche das Parlament forderte? Anderseits war die Mission des Parlaments als Anwalt von Freiheit und Recht erfüllt; wird es auch in Konflikten anderer Art, zusammengesetzt wie es war, eine Vertretung der Nation bedeuten können? Auf diese Fragen hat der Verlauf des 18. Jahrhunderts wechselnde Auskunft gegeben. Mit der Thronbesteigung des Hauses Hannover beginnt unter den besonderen Umständen, welche die Herrschaft einer fremden Dynastie schuf, eine Periode des aristokratischen Parlamentarismus von etwa 1714—60. Die Whigpartei als Partei des Großgrundbesitzes und Großkapitals sicherte sich in Verfassung und Verwaltung ausschließlichen Einfluß; im Parlament wie in der Lokalverwaltung schließt sich die regierende Kaste nach unten hin ab. Die Minister — im Kabinett vereinigt — sind nicht mehr Vollstrecker des königlichen Willens, sondern Mitarbeiter, allenfalls Leiter des Parlaments. Der König zieht sich aus dem Kabinett, obwohl es ursprünglich als Kreis vertrauter Ratgeber des Monarchen gegründet war, zurück, weil seine Rolle hier ausgespielt ist. Zwischen diesen aristokratischen Parlamentarismus und den demokratischen des 19. Jahrhunderts schiebt sich eine weitere Periode ein, in der das Ministerium des jüngeren Pitt (1784—1806) Formen annimmt, die sich der konstitutionellen Monarchie nähern. Der König behält das Recht der Ministerernennung; ein leitender Minister, der Premierminister, vermittelt zwischen Krone und Parlament und sucht außerhalb der Wände des Parlaments die Stimmung der öffentlichen Meinung und der Wählerschaft nutzbar zu machen; der oligarchische Ring soll durch veränderte Zusammensetzung beider Häuser gebrochen werden. Ein verfassungsmäßig regierendes und doch nicht parlamentarisch gebundenes Königtum gehört also zu den Entwicklungsphasen, welche die englische Verfassung durchgemacht hat; Organe der Monarchie, nicht der Aristokratie, sind es gewesen, welche den Staat durch die Stürme des napoleonischen Zeitalters hindurchgebracht haben.

Von 1832 bis zur Gegenwart.

Bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. Es gilt, sich einzuprägen, daß vieles von dem, was einst die Bewunderung der englischen Verfassung hervorrief, heute nicht mehr in Geltung ist und vieles von den jetzt gültigen Zuständen erst im Verlaufe des letzten Jahrhunderts Eingang gefunden hat. Mit der einst gepriesenen Harmonie des Verfassungsbaues war es aus, als mit der Demokratisierung des Staatslebens das Parlament zur wirklichen Volksvertretung wurde; da rückte der Schwerpunkt aller Gewalten in das Unterhaus. Zu keiner Zeit ist das Unterhaus mächtiger gewesen als während der ersten 3—4 Jahrzehnte der Regierung Viktorias. Dem Bevölkerungswachstum, der ökonomischen Umwälzung, der Verschiebung der Bevölkerung tragen die Reform des parlamentarischen Wahlrechts und eine neue Einteilung der Wahlbezirke Rechnung. Die erste Reformbill (1832) öffnet dem Mittelstand die Tore; die zweite (1867) den kleineren Ladeninhabern und der höheren Arbeiterschaft; die dritte (1884) erweitert die Zahl der Stimmberechtigten noch um 2 Millionen. In dieser Zusammensetzung erkennt das Parlament sein Recht als regierungsbildendes Organ; das Kabinett wird dem Unterhause verantwortlich. Erst jetzt findet der Brauch Eingang, wonach die Minister gezwungen sind, dem einen oder anderen Hause des Parlaments anzugehören. Erst jetzt gilt das Kabinett in dem Augenblick als abgesetzt, wo es aufhört, das Vertrauen des Unterhauses zu besitzen. Der Parlamentarismus erhält seine Stetigkeit durch die Zweiteilung der Parteien, welche die modernen Namen liberal und konservativ erhalten, und durch die Organisation des Parteilebens in den politischen Klubs und in der Wählerschaft. Der Erfolg ist, daß in normalen Zeiten der Parteiführer unbedingt über eine Mehrheit verfügt. Die übrigen Züge des neuzeitlichen Kabinettsystems sind folgende: Das Kabinett ist dem Souverän und der Legislatur gegenüber eine Einheit. Die Leitung hat der Premierminister; die übrigen Minister sind ihm untergeordnet; er ist der wirklich verantwortliche Staatsmann. Das Kabinett arbeitet als Partei- und Geheimkomitee. In solcher Weise wird die Monarchie von heute beschränkt; immerhin bleibt der Souverän

ein Faktor, mit dem zu rechnen ist: Er ist führend im Gesellschaftsleben; auf politischem Gebiet wahrt er sich ein Kontrollrecht in den auswärtigen Angelegenheiten. Der monarchische Sinn, durch den unwürdigen Georg IV. und den unbedeutenden Wilhelm IV. gemindert, erhält unter Viktoria neue Kräftigung. Alles in allem erscheint die englische Verfassung in dieser Gestalt zur demokratischsten in der Welt geworden; denn nirgendwo scheint es das souveräne Volk so leicht zu haben, seinen Willen auszuüben. Ist doch die theoretische Grundlage des Verfassungsbaues die Verantwortlichkeit der Minister dem Parlament und durch das Parlament der Nation gegenüber, und ist die Nation nicht mehr ein unbestimmter Begriff, sondern die jederzeit zur Kundgebung ihres Willens berechtigte, die breiten Volksmassen umfassende Wählerschaft. In den gleichen Zeiten erfolgt eine durchgreifende Veränderung des Verwaltungssystems: Das aristokratische Selfgovernment schwindet und mit ihm der Zusammenhang, in dem Gneist den Kraftquell des Parlaments entdeckt zu haben meinte. Die in der Lokalverwaltung erprobten Männer hatten als Abgeordnete ihre Erfahrung ins Parlament gebracht; den Rechten, die sie als Volksvertreter genossen, entsprachen die Pflichten, denen sie sich ehrenamtlich in den Grafschaften unterzogen. Das hört völlig auf: im klassischen Lande der Selbstverwaltung entsteht eine gewaltige **Zentralorganisation eines berufsmäßigen Beamtentums.** Gewählte und bezahlte Beamte und Richter drängen die Ehrenämter zurück; die alten Formen der Armenverwaltung, der Munizipalverwaltung usw. erfahren eine durchgreifende Veränderung durch Gesetze, unter denen das von 1834 über das Armenwesen, die Munizipalakte von 1835 als Beispiele genannt seien. Die Zentralisation führt zur Einrichtung des Ministeriums für Lokalverwaltung (local government board).

Die heutigen Zustände. Zu den Merkmalen des heutigen Zustandes gehört vor andern das Versagen des altehrwürdigen Parlaments. Das **Oberhaus**, das nun auch aufhört, bloß eine erbliche Pairskammer zu sein, hat 1911 vor der Demokratie kapitulieren und auf das ihm noch verbliebene Einspruchsrecht in die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Finanzen verzichten müssen. Wesentlicher ist die Ohnmacht des **Unterhauses**; sie beruht einerseits auf dem Personal, das zu zahlreich ist, um eine Verantwortung zu übernehmen (670 Abgeordnete), anderseits auf dem immer mehr anschwellenden Material, das in seiner Mannigfaltigkeit lähmend wirkt und eine Sachkenntnis verlangt, die bei mangelnder Vorbildung der Parlamentarier nicht mehr vorhanden ist. Da hat sich die Notwendigkeit einer Konzentration der führenden Kräfte herausgestellt; diese ist der **Stärkung des Kabinetts** auf Kosten des Parlaments zugute gekommen. Die zunehmende Machtvollkommenheit des Kabinetts ist ein anderes Kennzeichen unserer Zeit. Innerhalb des Kabinetts ist es wiederum ein engerer Ring, der die Leitung an sich reißt, je mehr die wachsende Zahl der Fachminister Vertraulichkeit und Beschlußfassung erschweren. Das demokratische Prinzip ist gewahrt, denn die Wählerschaft bleibt der wirkliche Souverän, aber die Menge regiert in Wirklichkeit nicht. Die Demokratie findet in der Art und Weise der Ausführbarkeit politischer Geschäfte ihre Grenzen. Das heutige Regierungssystem ist als eine **beschränkte Demokratie** zu bezeichnen. Weitere Schwierigkeiten haben sich mit den Wandlungen herausgestellt, welche den englischen Staat zum Mittelpunkt eines Weltreiches haben werden lassen. Irland mit seinem Verlangen nach Home-rule, d. h. nach einem eigenen Parlament, das kurz vor Ausbruch des Krieges von der Regierung bewilligt, am Einspruch des Oberhauses scheiterte, ist ein Beispiel, wie sich die Strömungen im britischen Reiche kreuzen: Neben einer durch die Demokratie bedingten Tendenz zur Zentralisation ist eine von den Reichsteilen ausgehende Tendenz zur Dezentralisation sichtbar. Die dezentralisierende Tendenz wirkt auf erneute Stärkung des Königtums, da bis auf weiteres weder ein Reichsparlament, noch ein Reichskabinett, sondern allein der Thron das die Reichsteile einigende Band darstellt. So befindet sich die englische Verfassung heute in einem Zustande der Gärung und des Überganges; nach Beendigung des Krieges werden neue Lösungen zu erwarten sein.

Literatur. Gesamtdarstellungen: **R. Gneist**, Englische Verfassungsgeschichte (Berl. 1882); **E. Boutmy**, Le développement de la constitution et de la société politique en Angleterre (Par. 1887); **J. Hatschek**, Englische Verfassungsgeschichte bis zum Regierungsantritt der Königin Viktoria (Münch. 1913; mit reichen Literaturangaben); **J. Redlich**, Englische Lokalverwaltung (Leipz. 1910). — Einzelne Epochen: **F. Liebermann**, Die Gesetze der Angelsachsen (Halle 1898—1915; grundlegend); **W. Stubbs**, The constitutional History of England (Lond. 1887—91); **H. Hallam**, Constitutional History of England (neueste Aufl., das. 1886); Erskine **May**, Constitutional History of England (5. Aufl., das. 1875); **W. Michael**, Die Entstehung der Kabinettsregierung in England (»Zeitschrift für Politik«, Bd. 6). — Für die neueste Zeit: Sidney **Law**, Die Regierung Englands (Lond. 1906; deutsch, Tübing. 1908); **A. L. Lowell**, Die englische Verfassung (Lond. 1911; deutsch, Leipz. 1913). — Für den Übergang des englischen Staates zum Weltreich: Felix **Salomon**, Der britische Imperialismus (Leipz. 1916). — Zur Kritik der heutigen Verfassungszustände: **A. Mendelssohn-Bartholdy**, Zweikammer- und Zweiparteiensystem (»Zeitschrift für Politik«, Bd. 4). Einen Hinweis auf neue Möglichkeiten gibt Sidney **Law**, The Cabinet Revolution (»The Fortnightly Review«, Februarheft 1917).

Englands Überseereich während des Krieges

von Legationsrat Dr. **Alfred Zimmermann** in Berlin

Bei dem Mangel sicherer und unabhängiger Verbindungen mit den überseeischen Ländern ist es während des Weltkriegs unmöglich, ein erschöpfendes Bild von den Zuständen in Englands Kolonien im Verlaufe der letzten Jahre zu gewinnen. Sicher ist, daß das Steigen der Preise für Nahrungsmittel und Rohstoffe in Europa ihre Entwicklung ebenso günstig beeinflußt haben dürfte, wie die Entziehung von zahlreichen arbeitsfähigen Eingeborenen und noch mehr die von Weißen, an denen ohnehin kein Überfluß herrschte, für Kriegsdienst sie geschädigt haben muß. Außerdem ist anzunehmen, daß der lange Aufenthalt zahlreicher farbiger Bewohner der Kolonien in Europa, ihr genaues Bekanntwerden mit dessen Zuständen sowie die

Stärkung der Macht Japans und Amerikas nicht ohne tiefgreifende Wirkungen für die Zukunft des britischen Kolonialreichs bleiben werden. Daß der Weltkrieg auch noch in anderen Hinsichten Folgen für dessen künftige Gestaltung nach sich ziehen wird, macht schon ein Blick auf die Entwicklung während der Jahre wahrscheinlich, wo England den Riesenkampf vorbereitet hat.

I. Die Schritte zur engeren Verbindung Englands mit seinen Kolonien.

Furcht vor Wiederholung von Erfahrungen wie den zu Ende des 18. Jahrhunderts mit den Neuenglandstaaten gemachten und gleichzeitig das Streben, die Ausgaben für koloniale Zwecke zu sparen, haben England in den 1860er Jahren zum völligen Bruch mit dem früheren Kolonialsystem veranlaßt. Es zog damals seine Truppen aus den schon Selbstverwaltung genießenden Kolonien zurück und schränkte die Ausgaben für die Kronkolonien — bis auf Indien — nach und nach aufs äußerste ein. In der Folgezeit wurde Kanada, Australien und zuletzt auch Südafrika fast unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht selbst in Fragen von Handel und Schiffahrt eingeräumt und der Einfluß des Mutterlandes auf die Besetzung der höchsten Verwaltungsstellen beschränkt. Diese mit Erfolg den älteren Siedlungen gegenüber angewandte Politik erwies sich als untunlich für die von Ende der 1880er Jahre an im Wettbewerb mit Deutschland und Frankreich erworbenen neuen afrikanischen Besitzungen. Man stellte sie daher unter die Verwaltung von mit staatlichen Rechten ausgestatteten Erwerbsgesellschaften nach dem Muster der großen Kompanien des 16. und 17. Jahrhunderts. Als deren Mittel aber für Erfüllung ihrer Aufgaben nicht ausreichten, griff der Kolonialsekretär Joseph Chamberlain von Staats wegen ein. Es kam ihm dabei zugute, daß während der letzten Jahrzehnte in England eine lebhafte Bewegung zur Herbeiführung einer näheren Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande entstanden war. Drei große Vereine, das Royal Colonial Institute (1868), die Imperial Federation League (1884) und die United Empire Trade League (1891), wirkten neben der Londoner Handelskammer lebhaft im Sinne der Schöpfung eines allbritischen Zollvereins zur Begünstigung des eigenen Handels und der eigenen Schiffahrt vor denen des Auslandes. Unter dem Eindruck dieser Bestrebungen, die ihre Kraft hauptsächlich der Furcht vor dem Erstarken deutschen Wettbewerbs verdankten, entschloß sich die Regierung zur Berufung einer Versammlung von Vertretern der Kolonien im Jahre 1887, auf der über die Mittel und Wege der zweckmäßigsten Verteidigung des britischen Reiches und der Förderung seines Handels beraten wurde. Außer bei Neusüdwales und Tasmania fand hier der Gedanke von Vorzugszöllen in England und den Kolonien zu gegenseitiger Begünstigung allgemeinen Beifall. Um so nachdrücklicher erhob sich gegen diesen Plan die Handelswelt Englands. Sie erreichte, daß, obwohl der Premierminister Lord Salisbury dem Vorschlag geneigt war und Kanada ihn lebhaft unterstützte, von der Berufung einer neuen Konferenz zunächst Abstand genommen wurde. Erst 1897 kam es unter dem Einfluß Chamberlains wieder dazu. Es zeigte sich hier, daß die Regierung den Wünschen der Freunde einer engeren Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien sehr geneigt und zu einem Bruche mit der hergebrachten Freihandelspolitik bereits entschlossen war. Noch deutlicher trat das 1902 bei der zur Feier der Krönung Eduards VII. veranstalteten dritten Konferenz hervor, wo als erstes Ergebnis der Beratungen die Errichtung eines Reichsverteidigungsrats und Teilnahme der Kolonien an den Maßregeln zum Schutze des Reiches festgestellt wurden. Bei der vierten Konferenz 1904 wurde bereits Errichtung einer Behörde zur dauernden Vertretung der Kolonien in London erwogen. Die Niederlage der Konservativen machte den Plänen zur Einführung eines Getreidezolls in England, bei dem den Kolonien Vorteile eingeräumt werden sollten, vorderhand ein Ende. Umsonst führte Kanada 1897 einen Tarif ein, der das Mutterland vor dem Auslande begünstigte, und veranlaßte 1903 Neuseeland, seinem Beispiel zu folgen. Weder auf der allgemeinen fünften Reichskonferenz 1907, noch auf der sechsten 1911 konnten die Freunde eines allbritischen Zollvereins durchdringen. Wie stark der Gedanke aber damals schon in den Kolonien geworden war, ergibt sich daraus, daß auch Südafrika 1906, Australien 1907 dem Mutterlande einseitig besondere Begünstigungen für seine Waren eingeräumt und Kanada 1909 seinen Tarif weiter zu seinen Gunsten ausgestaltet hatte.

Die für 1914 geplante Konferenz hat infolge des Krieges erst Anfang 1917 stattfinden können. Vorbereitet worden ist sie durch eingehende Untersuchungen eines 1912 niedergesetzten königlichen Ausschusses zur Prüfung der wirtschaftlichen Hilfsquellen der überseeischen Besitzungen. Der Gedanke eines auf gegenseitige Zollvorteile begründeten engen Verbands der Kolonien mit England hat dabei sowohl aus Haß gegen Deutschland als infolge der großen Opfer der Kolonien für den Krieg den Sieg davongetragen. Die englische Regierung hat sich zur Einführung eines Zolltarifs bereit erklärt. Die Kolonien sollen im Mutterland besondere Vorteile vor allen Ländern eingeräumt erhalten. Der englische Freihandel, das Palladium des britischen Reiches, soll also dem Weltkrieg zum Opfer fallen. Die Kolonien erhalten die ausschlaggebende Macht, da ihre Entwicklung weit größer ist als die des Mutterlandes. Die gesamte Bevölkerung des britischen Überseereichs, die 1891 die Höhe von 307676000 Köpfen erreicht hatte, ist ja bis Ende 1911, dem letzten Zeitpunkt, für den vollständige amtliche Zahlen vorliegen, auf 372127000 gestiegen! Die Steigerung belief sich bei Indien von 287270000 auf 315086000, bei Australien von 3174000 auf 4455000, bei Neuseeland von 626700 auf 1008000, bei Südafrika von 5176000 (im Jahre 1901) auf 5973000, bei Westafrika von angeblich 1649000 auf 20178000, bei Kanada von 5035000 auf 7449000, bei Westindien von 1362000 auf 1689000. Am 31. Dezember 1914 zählte man in Australien 4941000 Personen, in Neuseeland 1096000, in Südafrika 6465000, in Kanada 8327000. Das englische Mutterland hat es dagegen von 38105000 Bewohnern im Jahre 1891 nur auf 41977000 Ende 1901 und 45371000 Ende 1911 gebracht.

II. Indien.

Das Kaiserreich Indien hat England während des Krieges nicht nur Nahrungsmittel und Rohstoffe im weitesten Umfange und Truppen für Kleinasien, Ägypten, die Balkanhalbinsel und Frankreich, sondern auch viele Arbeitskräfte liefern müssen. 1917 ist es auch noch veranlaßt worden, 2 Milliarden Mark der neuesten englischen Kriegsanleihe zu übernehmen. Daß es diese Leistungen aus freiem Willen vollbracht

hat, ist sehr unwahrscheinlich. Noch im Oktober 1913 schrieb ein genauer Kenner des Landes im »XIXth century«: »Unter allen Schwierigkeiten, mit denen das englische Volk heute zu kämpfen hat, ist keine wichtiger und dringender als die indische. Die Unzufriedenheit nimmt dort nicht ab und kann es auch nicht. Sie ist nicht vereinzelt, sondern allgemein, ... sie schwankt nicht, sondern ist dauernd!« — Ein Attentatsversuch gegen den Vizekönig Lord Hardinge zu Ende des Jahres 1912, dem 1910 ein solcher gegen seinen Vorgänger Lord Minto und in Vorjahren andere gegen hohe Beamte vorausgegangen waren, entsprach nur zu gut dieser Auffassung. Die Ursachen der Gärung in Indien haben Kenner der Verhältnisse in der Notlage der durch Englands billige gewerbliche Erzeugnisse um ihr Brot gebrachten indischen Handwerker, in dem Druck der Bodenabgaben, der Übervölkerung Indiens und der Heranbildung einer großen halbgebildeten Klasse durch die öffentlichen Schulen zu finden geglaubt. Die Unzufriedenen benutzten die Erregung weiter Kreise über die 1905 erfolgte Trennung Bengalens in zwei Provinzen, das Wachsen des eingeborenen Selbstgefühls durch den Sieg Japans über Rußland und die Notlage infolge von Mißernten für ihre Zwecke. Sie forderten nicht nur Besetzung aller Beamtenstellen durch Indier, sondern auch Einräumung eines Anteils an der bis dahin ganz in englischer Hand liegenden Regierung und Bruch mit der Ausbeutung Indiens zugunsten Englands durch überhohe Besoldung zahlreicher englischer Beamter und Offiziere. Für die Zahlung der Pensionen an solche flossen jährlich seit langem nicht weniger als 300 Millionen Mark aus Indien nach England! Die englische Regierung, die in Indien vor dem Kriege über 76000 Mann weißer und 170000 eingeborener Truppen verfügte, hat die Bewegung für ernst genug angesehen, um den Wünschen der Wortführer entgegenzukommen. Die Zweiteilung Bengalens ist rückgängig gemacht, der Sitz der Regierung von Kalkutta nach der heiligen Stadt Delhi verlegt, der indischen Bevölkerung eine gewisse Vertretung bei dem Vizekönig eingeräumt worden. Vor allem aber hat man die Aufmerksamkeiten und Gefälligkeiten gegen die vielen indischen Fürsten, die vielfach ihre Erziehung in England genossen haben, und in denen England während der letzten Jahrzehnte immer seine beste Stütze erblickte, verdoppelt. Zugute kommen den Engländern überdies die starken religiösen und sozialen Gegensätze zwischen den zahlreichen Stämmen und Bevölkerungsklassen des riesigen Landes und der Mangel an kriegerischem Sinn und an Waffen bei den Hindus. Trotzdem haben 19 eingeborene Mitglieder des Gesetzgebenden Rates von Indien Ende 1916 in einer an den Vizekönig gerichteten Denkschrift Besetzung der Executive Councils zur Hälfte, der Legislative Councils in den verschiedenen Provinzen in der Mehrheit mit gewählten eingeborenen Mitgliedern und Gleichstellung der Indier im Heere mit den Europäern gefordert. Diese Ansprüche hat sich ein im Dezember 1916 zu Lacknau abgehaltener indischer Kongreß, an dem an 2350 gewählte Abgeordnete und 4000 Besucher teilgenommen haben, nicht nur angeeignet, sondern auch Verbot des Kulihandels, Aufhebung des Verbots der Niederlassung von Indiern in englischen Kolonien, Gleichstellung der indischen mit den englischen Offizieren neben dem Recht auf volle Selbstverwaltung gefordert! Die Mißstimmung der Indier hat auch in geringer Beteiligung an den englischen Kriegsanleihen und lebhaften Angriffen der im neutralen Auslande tätigen Unzufriedenen auf England Ausdruck gefunden. Abgesehen davon soll es an verschiedenen Stellen Indiens mehrfach zu Erhebungen gekommen sein. Jedenfalls hat die Bewegung in England ernste Sorgen erregt. Nachdem die Hinrichtung einzelner Führer der nationalen Strömung keine genügende Wirkung geübt, ist sie zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Europäer in Indien geschritten und hat angeblich Japan um Entsendung von Hilfstruppen für Indien gebeten. Dieser Schritt soll vergeblich gewesen sein, da die Japaner dafür nicht nur Gewährung einer hohen Anleihe, sondern auch Aufhebung der gegen ihre Einwanderung in Australien bestehenden Gesetze und freie Hand in China verlangt haben. Sicheres darüber ist für den Augenblick[1] ebensowenig festzustellen wie über die Erfolge der deutschen Mission, die nach Erklärungen im englischen Parlament Anfang 1916 in Afghanistan eingetroffen ist. Nach englischer Behauptung ist sie gescheitert und ein Teil ihrer Mitglieder den Feinden in die Hände gefallen.

Um die indischen Kapitalisten der Zeichnung der Kriegsanleihe geneigt zu machen, ist Indien nach der Angabe englischer Zeitungen ein Schutzzoll auf Baumwollgewebe zugesagt worden. Es ist aber noch die Frage, ob eine solche Maßnahme nicht am Widerspruch der englischen Baumwollfabrikanten scheitern wird. — Indiens Einnahmen sind seit 1900 von 75272000 auf 80156000 Pfd. Sterl. im Jahre 1914, seine Ausgaben in derselben Zeit von 73602000 auf 82898000 Pfd. Sterl. gewachsen. Seine Schulden betrugen 1900: 223843000 Pfd. Sterl., 1914: 304765000 Pfd. Sterl. An Zöllen vereinnahmte es 1900: 5032000 Pfd. Sterl., 1914: 7033000 Pfd. Sterl.

III. Afrika.

Sehr erheblich ist der englische Afrikabesitz durch den Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Eifersucht der Briten gegen Deutschlands Erfolge auf afrikanischem Gebiete hat sehr wesentlich ihre zum Kriege führende Politik beeinflußt. Wie jetzt aus den inzwischen veröffentlichten amtlichen Aktenstücken mit Sicherheit feststeht, haben sie daher vom ersten Tage der Krisis an ohne jede Rücksicht auf die Vereinbarungen der internationalen Kongoakte sofort alle möglichen Schritte getan, nicht nur alle Verbindungen zwischen Deutschland und Afrika zu zerstören, sondern sich auch seiner Kolonien zu bemächtigen. Nachdem englische Kreuzer die deutschen Funkentürme bombardiert und die deutschen Schiffe tunlichst versenkt hatten, wurden die verschiedenen Kolonien veranlaßt, gegen die deutschen Nachbargebiete vorzugehen. Das Kapparlament gab am 12. Sept. 1914 seine Zustimmung, nachdem General Botha mit Hilfe einer gefälschten Karte[2] den Abgeordneten vorgetäuscht hatte, daß die Deutschen die Feindseligkeiten ihrerseits eröffnet hätten! An der Durchführung des Angriffs wurde Botha indessen vorerst durch eine bewaffnete Erhebung der Burenführer Dewet, Delarey und Kemp, der sich später auch die Generale Beyers und Herzog anschlossen, gehindert. Zwar hat Botha das Vorgehen seiner einstigen Freunde mit rücksichtsloser Gewalt sofort

[1] Sommer 1917.

[2] Das Nähere darüber in der »Kölnischen Zeitung« vom 15. Oktober 1914. Die Sache ist dann am 21. Dezember 1915 im Reichstag als Neuigkeit zur Sprache gebracht und im »Kolonialblatt« nochmals veröffentlicht worden.

bekämpft und dabei den Tod Delareys verursacht; doch die Bewegung griff im Norden erheblich um sich, bis der Mangel an Waffen und besonders Automobilen, denen die Pferde sich nicht gewachsen zeigten, die Erhebung scheitern ließ. Verschiedene Burenführer kamen um. Dewet fiel seinen Feinden in die Hände, die ihn ein Jahr lang ins Gefängnis sperrten. Nach diesem Erfolg ging Botha von allen Seiten gegen das benachbarte Deutsch-Südwest vor. So tapfer und geschickt man sich dort verteidigte, auf die Länge war man dem übermächtigen Feinde nicht gewachsen, dem die deutschen Bahnlinien nicht nur die Verbindung mit Kapland, sondern auch das Vorgehen in dem wasserlosen, armen Lande sehr erleichterten. Am 9. Juli 1915 mußte der deutsche Gouverneur mit seiner kleinen Macht im äußersten Norden der Kolonie kapitulieren. Gegen seine etwa 3700 Köpfe zählende Truppe hatte Botha aber 65000 Mann ins Feld führen und etwa 300 Millionen Mark opfern müssen.

Nach Beendigung dieses Feldzugs hat sich Botha dazu bestimmen lassen, auch den Kampf gegen Deutsch-Ostafrika, wo England vergebens eingeborene und indische Truppen in großer Zahl eingesetzt hatte, aufzunehmen. Er hat nach und nach 26000 Südafrikaner zur See dorthin geschafft und mit Unterstützung von Belgiern, Indiern, Neuseeländern, englischen Freiwilligen und Portugiesen den Kampf geführt. Welche Kosten dadurch erwachsen, welche Verluste den Briten beschieden gewesen sein mögen, darüber liegen zuverlässige Nachrichten nicht vor. Sie müssen jedenfalls riesig sein und werden die künftige Lage Britisch-Südafrikas nach jeder Richtung erheblich beeinflussen. Es ist das um so sicherer zu erwarten, als schon vor dem Kriege die inneren Verhältnisse hier nicht sehr befriedigend waren. In den Goldminen war es zu so ernsten Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und den Gesellschaften gekommen, daß eine Anzahl Wortführer der ersteren gewaltsam nach England deportiert wurden. Ein allgemeiner Aufstand war die Folge gewesen. In Rhodesien herrschte Zwiespalt zwischen der Chartered Company und den Ansiedlern, die Befreiung von der Gesellschaft und Anschluß an die Südafrikanische Union verlangten. Infolge der Arbeiterunruhen und der stetig steigenden Kosten der Goldgewinnung machten auch die Minengesellschaften, deren Anteile viel zu hoch getrieben waren, immer schlechtere Geschäfte. Wie der Krieg diese Verhältnisse beeinflußt hat, darüber fehlt es vorderhand an zuverlässigen Nachrichten. Unzweifelhaft hat er den Einfluß der Farbigen erheblich gesteigert und die Kosten des Bergwerkbetriebs weiter erhöht. Dazu muß er die Finanzen der Kolonie in bedenkliche Verwirrung gebracht haben. Schon vor dem Krieg stand es damit nicht besonders. Von 18763000 Pfd. Sterl. im Jahre 1911 sind hier die Einnahmen bis 1914 gefallen auf 16685000 Pfd. Sterl., die Ausgaben gestiegen von 17700000 auf 18912000 Pfd. Sterl. Die Zölle brachten 1911: 4892000, 1914: 4040000 Pfd. Sterling. Diesen Einnahmen standen 1914: 122412000 Pfd. Sterl. Schulden gegenüber!

In geringerem Maße wird wahrscheinlich der Krieg die Lage der tropischen Afrikakolonien Englands beeinflußt haben. Sie haben zwar auch Truppen gestellt; aber die dafür erforderlichen Aufwendungen dürften bei ihnen ausgeglichen worden sein durch die Gewinne aus der Wegnahme des Besitzes der deutschen Handelshäuser und aus dem Fortfall des Wettbewerbs der Nachbarbesitzungen Deutschlands. Die früher von diesen gemachten Gewinne fließen ihnen jetzt zu, und sie dürften infolge der gesteigerten Nachfrage nach Ölfrüchten noch erheblich gewachsen sein. Dient doch das Palm- und Erdnußöl jetzt nicht allein mehr zur Seifen-, sondern auch zur besser lohnenden Speisefettbereitung. Die letztere Entdeckung hat die Gewinne der im tropischen Afrika tätigen Unternehmungen sehr erheblich gesteigert und war kurz vor dem Krieg der Anlaß, daß neben der Leverschen Sunlightcompany auch noch andere Gesellschaften im Einverständnis mit der englischen Regierung von den eingeborenen Häuptlingen große Besitzungen zur Ausbeutung der Palmenwälder erworben hatten. Da sie sich hierbei das ausschließliche Recht auf Anlage von Bahnen in den fraglichen Gebieten für ihre Zwecke ausbedungen hatten, führten diese Landerwerbungen zu lebhaftem Widerspruch in den Kolonien wie im englischen Parlamente. Es ist nicht bekanntgeworden, ob bei solcher Sachlage diese Konzessionen die endgültige Genehmigung der englischen Regierung gefunden haben. — Einer ähnlich günstigen Entwicklung wie die Ölerzeugung erfreute sich in den englischen Kolonien Westafrikas die Kautschuk-, Kakao- und Goldgewinnung. Der Ertrag der letzteren ist von 1497200 Pfd. Sterl. im Jahre 1912 auf bereits 1706500 Pfd. Sterl. im Jahre 1915 gestiegen. Der Baumwollbau hat besondere Fortschritte in Britisch-Ostafrika gemacht. Während in Britisch-Westafrika die Ausfuhr der Baumwolle von 1905 bis 1913 von 1500000 auf 4500000 Pfund gestiegen war, ist sie in Ostafrika und Uganda von 142000 auf 12366000 Pfund gewachsen. In Nyassaland belief sich das Anwachsen von 776000 auf 2676000 Pfund! Es ist anzunehmen, daß diese Entwicklung während des Krieges weitere Fortschritte gemacht hat. Die Erfolge des Anbaues von Baumwolle, Kautschuk und Gummi hatten bereits 1913 dazu geführt, daß die ostafrikanischen Besitzungen Englands keiner oder nur noch sehr geringer Zuschüsse vom Mutterlande bedurften. Sie haben daneben aber auch den Anlaß zu einer Enteignung des Besitzes der Massai und ihrer Verpflanzung nach einem anderen Gebiete wider ihren Willen gegeben. — Die ernsteste Sorge Englands in Ostafrika war in der Zeit des Kriegsausbruchs ein neuer Streit mit dem Mullah der Somalistämme. Seit 1899 hat England mit ihm Krieg geführt, trotz größter Anstrengungen aber keinen nennenswerten Erfolg gegen ihn erzielt. Es ist ebensowenig bekanntgeworden, wie sich die Lage im Somalilande während des Weltkriegs gestaltet hat, wie man zuverlässige Kunde von dem Ausgange des Kampfes der Senussi gegen die Briten besitzt.

IV. Kanada und Westindien.

Die Lage dieser Kolonien war vor dem Kriege eine sehr verschiedene. In Kanada stand der Wunsch nach Heranziehung europäischer, besonders deutscher Einwanderer und ausländischen Kapitals zur Erschließung der ungeheuren, dünnbevölkerten, rauhen Gebiete des Innern, in Westindien die Gewinnung vorteilhafter Märkte für Rohrzucker, Kaffee, Bananen und andere Tropenfrüchte im Vordergrunde. Ersteres fürchtete das Anwachsen des Einflusses der Vereinigten Staaten, denen es notgedrungen 1909 allerlei Zollvorteile eingeräumt hatte; die Westindier hätten am liebsten eine Einverleibung in die Union gesehen, um deren Markt zollfrei für ihre Erzeugnisse zu gewinnen. Der Weltkrieg hat die Verhältnisse erheblich verschoben.

Das menschenarme Kanada hat sehr erhebliche Mengen von Soldaten aufgebracht und England zu

Hilfe geschickt. Seine Entwicklung ist dadurch arg beeinträchtigt worden, wie sich am deutlichsten im Sturze des Kurses der Papiere der Kanada-Pazifikbahn zeigt. Zum Unglück für dieses jahrelang durch geschickte Werbetätigkeit in die Höhe gebrachte Unternehmen ist auch noch der Gründer der Bahn, Lord Strathcona, der seine Laufbahn als Laufbursche begonnen hatte, aber dank seiner großen Begabung das Vertrauen aller maßgebenden Leute besaß, Anfang 1914 gestorben. Da infolge des Aufschwungs der Bahn das Land selbst in den entlegensten Teilen der Kolonie geradezu phantastischen Wert erlangt hatte[1], bedeutete der Rückgang der Schätzung der Anteile der Bahn einen schweren Schlag für das ganze riesige Land. Der Schaden ist um so schwerer, als die weiße Einwanderung bereits 1915 um 60 Prozent und seitdem noch weiter zurückgegangen ist. Die Schädigung der Volkswirtschaft der Kolonie durch diese Verhältnisse zusammen mit dem Anwachsen ihrer Verschuldung durch die großen militärischen Aufwendungen dürften Wirkungen haben, die sich jetzt noch nicht übersehen lassen. Auf weiteren Zufluß der als beste Ansiedler in Kanada allgemein angesehenen Deutschen dürfte dazu nach dem Kriege nicht mehr zu rechnen sein. Noch 1910 belief sich die Zahl der Einwanderer in Kanada auf 311000, 1912 sogar auf 402400, während sie 1914 auf 145000 gesunken war. Kanadas Einfuhr ist von 40504000 Pfd. Sterl. im Jahre 1900 auf 132509000 im Jahre 1914 gestiegen, seine Ausfuhr von 41203000 Pfd. Sterl. auf 103999500 Pfd. Sterl. Die Einnahmen beliefen sich 1900 auf 10984000, 1914 auf 28089000 Pfd. Sterl.; die Ausgaben betrugen 1900: 9276000, 1914: 28663000, die Schulden 1900: 74709000, 1914: 150246000 Pfd. Sterling.

Der britische Besitz in Westindien, der so lange unter den niedrigen Preisen für Rohrzucker und ungünstiger geographischer Lage gelitten, hat dagegen während der Kriegsjahre einen ungeahnten Aufschwung erfahren. Den Anlaß dazu haben die Aufhebung der Prämien für Ausfuhr des europäischen Rübenzuckers und der Bau des Panamakanals gegeben. Die erstere durch Minister Chamberlain herbeigeführte Maßnahme hat der Rohrzuckergewinnung großen Vorteil verschafft. Und die Gewinne der Zuckererzeuger sind nun noch durch den Weltkrieg, der der Ausfuhr des Rübenzuckers aus Europa ein Ende gemacht und die Nachfrage nach Rohrzucker in unerwarteter Weise gesteigert hat, in erheblichem Maße gestiegen. Der Bau des Panamakanals hat den Verkehr in Westindien dazu bedeutend gefördert und für viele dortige Erzeugnisse neue Märkte eröffnet. So ist z. B. die Mineralölausfuhr Trinidads von 2700 Pfd. Sterl. im Jahre 1900, 21000 Pfd. Sterl. im Jahre 1912, 1914 bereits auf 75000 Pfd. Sterl. und seitdem noch auf erheblich höhere Beträge gewachsen. Es dürfte hiermit und mit dem wirtschaftlichen Aufschwunge dieser lange vernachlässigten Gebiete zusammenhängen, daß neuerdings eine lebhafte Bewegung zur Herbeiführung einer näheren Verbindung der einzelnen Inseln untereinander und mit dem britischen Festlandbesitz sowie Änderung ihrer Regierungsform sich bemerkbar gemacht hat. Diese auf ein Gebiet von vielen tausend Quadratkilometern verstreuten, große Strecken voneinander entfernten und doch ganz aufeinander angewiesenen Kolonien, die vereint eine meist farbige Bevölkerung von etwa 1 Million Menschen haben und 1914 für 9788000 Pfd. Sterl. Waren ein-, für 9390000 Pfd. Sterl. ausführten, sind bisher ohne eine gemeinsame Verwaltung und in sehr verschiedener wirtschaftlicher Lage gewesen. Ihren eigenen Einnahmen in Höhe von 2767000 Pfd. Sterl. standen Ausgaben von 2964000 Pfd. Sterl. gegenüber. Ihre Schulden hatten die Höhe von 6552000 Pfd. Sterl. erreicht. Die Windward- wie Leeward Islands, Trinidad und Tabago waren nur mit Hilfe von Anleihen imstande, ihre jährlichen Ausgaben zu decken. Mit ähnlichen Verlegenheiten kämpften die Bermudasinseln und Britisch-Guayana, während Honduras höhere Einkünfte erzielte, als es brauchte. Verschiedene Versuche, diese klimatisch und wirtschaftlich einander ähnlichen Kolonien in nähere Beziehungen zu setzen und gegenseitig zu fördern, waren immer daran gescheitert, daß die in besserer Lage befindlichen keine Lust hatten, die Verlegenheiten der anderen auf sich zu nehmen. Seit dem neuen Aufschwung der Rohrzuckerindustrie ist das anders geworden. Kanada erachtete es für angezeigt, mit Westindien über ein Zollabkommen in Verhandlung zu treten, wobei zum ersten Male eine gemeinsame Vertretung dieser Kolonien ins Leben gerufen wurde. Auch in den Vereinigten Staaten regten sich dann Bestrebungen, die Beziehungen zu Britisch-Westindien, wohl mit Rücksicht auf Kuba und Portoriko und den Panamakanal, enger zu gestalten. Dazu wurden in England Stimmen laut, die mit Rücksicht auf die gänzliche Verschiebung der Lage Westindiens durch Amerikas Vorgehen dort eine straffere Organisierung dieses Besitzes forderten. Sie regten Vereinigung aller dieser Kolonien zu einer Föderation unter einem High Commissioner mit Beiseitelassung des solchen Plänen abgeneigten Jamaika und der zu entlegenen Barbadosinseln an. — Inzwischen ist der Panamakanal in Betrieb genommen, und Amerika hat die Hand auf die dänischen Inseln inmitten der englischen Besitzungen gelegt. Die Lage hat sich damit in politischer Hinsicht sehr zu ungunsten Englands verändert. Wirtschaftlich freilich dürften der Krieg und seine Folgeerscheinungen diesem Teil des englischen Weltreichs bedeutend zugute gekommen sein.

V. Australien.

Das für sein ungeheures Gebiet so dünn bevölkerte und schwer verschuldete[1] Australien, das unter dem Einfluß der um die Höhe ihres Lohnes besorgten herrschenden Arbeiterpartei Jahre hindurch die Einwanderung tunlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht und damit die Zunahme seiner Bewohnerschaft schwer beeinträchtigt hat, ist seit Kriegsbeginn aufs eifrigste bemüht gewesen, das Mutterland nachdrücklich zu unterstützen. Es hat ihm nicht nur seine Flotte zur Verfügung gestellt und mit ihr die deutschen Funkentürme in der Südsee zerstört und den deutschen Kreuzern den Garaus gemacht, sondern es hat auch trotz großer Kosten über 300000 Mann Soldaten nach den Kriegsschauplätzen entsandt. Diese Haltung der herrschenden Kreise des fünften Erdteils hat Erstaunen erregt, einmal weil es die Arbeiter sind, die hier die Gewalt in der Hand haben, und dann, da früher gerade die Australier in der Geltendmachung ihres eigenen

[1] In Kalgary wurden Anfang 1914 für den Quadratfuß Bauland 20000 Mark bezahlt!

[1] 1914 belief sich die öffentliche Schuld der Commonwealth von Australien und der Einzelstaaten auf 312290000 Pfd. Sterl. gegenüber 266029000 Pfd. Sterl. im Jahre 1912. Neuseeland schuldete 1912: 90061000, 1914: 100060000 Pfd. Sterling!

Vorteils auch dem Mutterlande gegenüber besonders rücksichtslos vorgegangen sind. Haben sie doch England nicht nur völlig freie Hand in den Zoll- und Handelsvertragsfragen abgezwungen, sondern es auch durch das Verbot der Beschäftigung farbiger Mannschaften auf Schiffen, Aussperrung aller Farbigen, selbst der Indier und Japaner, und maßlose Erschwerung aller weißen Einwanderung mehrfach in schwere Verlegenheiten gebracht. Die durch lange Hetzereien der Presse hier verbreitete Furcht vor angeblichen deutschen Eroberungsplänen und der Zorn über die Festsetzung des Deutschen Reiches im Stillen Ozean haben aber offenbar alle früheren Rücksichten, die Furcht vor Rußland und Japan und den vorher lebhaften Wunsch nach Verdrängung Frankreichs aus der ozeanischen Inselwelt, in den Hintergrund geschoben. Als der Krieg ausbrach, nahmen finanzielle Sorgen die Aufmerksamkeit der Australier vorwiegend in Anspruch. Während ihre Schuldenlast fortgesetzt wuchs und ihre Bevölkerung kaum zunahm, stiegen ihre Ausgaben unausgesetzt, ohne daß ihr Außenhandel sich in entsprechendem Maße hob. Während ihre Einfuhr 1900 einen Wert von 1643000 Pfd. Sterl. hatte, bezifferte sie sich 1910 nur auf 1619000, 1914 auf 2170000 Pfd. Sterl. Die Ausfuhr belief sich 1900 auf 69203000, 1910 auf 96671000, 1914 auf 101569000 Pfd. Sterl. Die Einnahmen waren zwar von 1900 bis 1914 von 35126000 Pfd. Sterl. auf 75199000 gestiegen, aber ihnen standen in den genannten Jahren Ausgaben von 34000000 und 74464000 Pfd. Sterl. gegenüber und die Aussicht auf immer wachsende Schuldzinsen und Aufwendungen für die Zwecke der neuen Bundesregierung. Kein Wunder, wenn unter den Anträgen, die Australien für die Reichskonferenz in London vorbereitete, der Wunsch an erster Stelle stand, daß England in Zukunft die Zinsen der Anleihen für öffentliche Arbeiten von allgemeinem Interesse in den Kolonien verbürgen solle. Inzwischen haben aber die englandfreundlichen Kreise Australiens während des Krieges nichts unterlassen, um des Mutterlandes Zwecke weiter zu fördern. In Südaustralien ist die deutsche Sprache als Lehrgegenstand in den Schulen bereits verboten worden, und der leitende Minister des Commonwealth, Hughes, hat eine allgemeine Volksabstimmung für Einführung der Wehrpflicht im ganzen Lande durchgesetzt. Wider sein Erwarten ist dieser Antrag gescheitert. 723000 Männer und Frauen haben dagegen, nur 637000 dafür gestimmt. Auch die Stimmen der in Europa verwendeten australischen Soldaten haben Hughes nicht zum Erfolge verholfen. Es ist darüber in Australien zu einer Krisis gekommen, die den Ministerpräsidenten verhindert hat, zur Reichskonferenz im Frühjahr 1917 nach London zu reisen. Die nach Auflösung des Parlaments ausgeschriebenen Neuwahlen sind indessen für beide Häuser in seinem Sinne ausgefallen. Welchen Einfluß der deutsche Unterseebootkrieg und die wahrscheinliche Vernichtung zahlreicher Schiffe mit australischem Getreide und Fleisch auf die Verhältnisse des Commonwealth ausüben wird, ist noch nicht abzusehen.

Indien

von Dr. phil. **Hermann v. Staden** in Berlin

Das Verhalten Indiens nach englischer Darstellung. In der Einleitung zu »The Indian Year Book«[1] schreibt der englische Herausgeber, anfangs habe die öffentliche Meinung Indiens die Natur des England aufgezwungenen Kampfes nicht erkannt; als man aber erfahren habe, daß der deutsche Einfall in Belgien der casus belli sei, und daß es sich um den Schutz der schwächeren Staaten und Völker handle, da sei Indien wunderbar emporgeflammt in dem Wunsche, das britische Reich zu unterstützen, und die Schwerter aller indischen Fürsten seien aus der Scheide geflogen. In einem Augenblick sei das Bild innerer Unruhe verschwunden. Der Vizekönig habe die Minister Seiner Majestät benachrichtigt, daß Indien den letzten Mann und das letzte Gewehr seinem Dienste weihen werde, die Truppen seien glücklich gewesen, auf den europäischen Schlachtfeldern kämpfen zu dürfen, und der Vizekönig habe die Anregung des Gesetzgebenden Rates angenommen, wonach die Kosten auf die indische Staatskasse übernommen werden sollten.

Diese englische Schilderung der angeblichen Kriegsbegeisterung Indiens steht in starkem Gegensatz zu der wahren Überzeugung der zu Hunderten freiwillig in der Verbannung lebenden und für die Befreiung ihrer Heimat wirkenden Indier sowie der zu Tausenden gefangengenommenen indischen Soldaten, die von der Begeisterung für das britische Reich nichts wissen.

[1] Herausgegeben von Stanley Reed, L. L. D. (Bombay und Kalkutta 1915).

Die wirkliche Lage. Wie sieht es in Wirklichkeit in Indien aus? Wie haben sich die 300 Millionen Indiens zum Weltkriege gestellt, was ist seit August 1914 in Indien geschehen und wie sind die politischen Zustände und Aussichten Indiens zu beurteilen, wenn der Krieg beendigt sein wird? Auf diese Fragen eine durch gesicherte Daten begründete Antwort zu geben, ist heute nicht möglich. Die Absperrung Indiens, die als eine der merkwürdigsten Folgen der Herrschaft Englands über das Weltmeer und den Nachrichtendienst in der Geschichte einzig dasteht, aber zu der zweihundertjährigen Unterdrückung des Buchdrucks in Irland ein interessantes Gegenstück bildet, ist so folgerichtig und geschickt durchgeführt worden, der geistige Verkehr zwischen dem indischen Fünftel der Menschheit und der übrigen Welt läuft seit beinahe drei Jahren so ausschließlich durch die Hände der wenigen englischen Staatsmänner, daß diese Männer allein in der Lage sind, über den gegenwärtigen Zustand Indiens Auskunft zu geben. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß alles, was diese Männer der Öffentlichkeit mitzuteilen für gut befinden, nach dem britischen Staatsinteresse bemessen und zugestutzt, also für die Beurteilung der Lage nicht nur lückenhaft und unzureichend, sondern durchaus unzuverlässig und irreführend ist, wenn auch noch so viele einzelne Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen mögen. Diese von England bekanntgegebenen Nachrichten müssen aus der britischen Gesamtdarstellung der indischen Frage herausgehoben und für sich betrachtet, auf ihre innere Wahrscheinlichkeit hin geprüft und dann in ihrem Kern mit den äußerst spärlichen Nachrichten zusammengehalten werden, die auf anderen Wegen, etwa durch

neutrale Seeleute, durch kriegsgefangene Indier, durch entlassene deutsche Zivilgefangene oder sonstwie, nach Europa gelangen. Das so gewonnene Bild ist aber schließlich unter diejenige, allerdings zum Teil subjektiv beeinflußte Beleuchtung zu rücken, die uns der Verlauf der indischen Bewegung bis zum Beginn des Krieges, unsere Kenntnis der vor dem Kriege vorhandenen Stimmungen, Triebkräfte und Möglichkeiten Indiens sowie die Überzeugung der heute im Gebiet der Mittelmächte lebenden Indier an die Hand gibt.

Indiens unnatürliche Entwicklung im letzten Jahrhundert. Wer in Indien gelebt hat, konnte unter dem unmerklichen Einfluß britischer Suggestion leicht dahin kommen, die Herrschaft Englands über Indien zu billigen, ja in der Hauptsache für segensreich und darum entwicklungsgeschichtlich für notwendig zu halten, und viele haben schon geglaubt, einen lebendigen, organischen Zusammenhang, ein Verwachsensein Indiens mit seinem »Beschützer« wahrzunehmen. Es ist klar, daß solche Leute sich eine Loslösung Indiens von England nur schwer vorstellen können und die Aussichten Indiens auf Befreiung pessimistisch beurteilen. In Wahrheit ist aber die Entwicklung, die Indien unter britischer Herrschaft genommen hat, durchaus keine natürliche. Selbst die pax britannica, der 50jährige, für weite Teile des Landes sogar 100jährige Friede, ist nur ein Fortschritt auf dem toten Strang, wie die erschreckend zunehmende Verarmung des Volkes und das Verhungern von 30 Millionen Menschen in 50 Jahren beweisen. Die ganze gewaltsam geförderte Entwicklung ist auf ein totes Geleise geschoben und muß eine völlig neue Richtung einschlagen, eine von der Natur gewiesene, bei der die Kräfte und der Geist Indiens selbst das Bewegende sind und nicht die Bereicherung Englands, sondern die materielle und geistige Förderung der Indier das Ziel bildet. Bei dieser eigentlich selbstverständlichen Auffassung braucht man sich dann nur zu vergegenwärtigen, daß Indien über 300 Millionen Menschen birgt, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß die Loslösung von England mit innerer Notwendigkeit kommen muß und mit der **Swadeschi-Bewegung** auch bereits begonnen hat. Kleine Völker können möglicherweise von einem großen Volke bis zur Vernichtung vergewaltigt werden. Daß aber 300 Millionen dauernd geknechtet und von der selbständigen Mitwirkung an dem Organisationsprozeß der Menschheit könnten ausgeschlossen werden, ist wohl unmöglich. In diesem Sinne bekennen wir uns gern zu einer optimistischen Betrachtung der indischen Frage.

Indiens politisches Erwachen. Stellen wir die von der Zensur durchgelassenen Nachrichten, auch die für England günstig lautenden, zusammen, so ergibt sich zunächst das eine mit Sicherheit, daß der Krieg die Bevölkerung Indiens als Ganzes genommen nicht gleichgültig gelassen, daß er sie vielmehr heftig erregt hat, und zwar in einem Grade, der bei diesem von jeher abgeschlossen für sich lebenden Volke ganz ungewöhnlich ist. Die indische Menschheit hat sich, wenn wir die Mohammedaner und eine dünne Schicht gebildeter Hindu ausnehmen, um den Lauf der Welt sonst nicht gekümmert. Bis vor etwa zehn Jahren waren ihr die politischen Dinge selbst im eigenen Lande gleichgültig. Die Kaste mit dem eifrig gehüteten Kreise ihrer Rechte und Pflichten nahm alles Interesse hin und befriedigte den auch im Hindu lebendigen Organisationstrieb, während man den wirtschaftlichen Stillstand, die chronische Verarmung, als ein Fatum über sich ergehen ließ. In diesen scheinbaren Todesschlaf, der uns Europäer verleiten konnte, an der politischen Zukunft Indiens zu verzweifeln, kam plötzlich Bewegung durch die von Lord Curzon geplante, von Lord Minto durchgeführte, gegen die von jeher unbequemen bengalischen Hindu gerichtete Teilung der Provinz Bengalen. Die erbitterten Hindu antworteten mit dem Boykott englischer Waren, der unter dem Losungswort »Swadeschi« auch außerhalb Bengalens populär wurde und die erste über ganz Indien gehende politische Bewegung darstellt. Gleichzeitig weckte der glühende, hochpoetische Sang »Bande Mataram«[1] des 1894 verstorbenen Dichters B. Tschandra Tschattopadhyaya die in jedem Hindu schlummernde Liebe zu Indien und schuf für das Volksbewußtsein den Begriff Vaterland. Bald zeigte sich, daß auch die — durch die Teilung Bengalens begünstigten — Mohammedaner an Patriotismus nicht zurückstehen wollten. Die neunhundertjährige Feindschaft zwischen den beiden Gruppen der Bevölkerung nahm nicht zu, wie man hätte erwarten sollen, sondern schlug in kurzer Zeit in eine gemeinsame antienglische Stimmung um. Als sechs Jahre später (1911) die verhaßte Maßnahme aufgehoben und Delhi, die einstige Hauptstadt der Großmogule, an Stelle Kalkuttas zum Sitz der Zentralregierung erklärt wurde, war die Annäherung der beiden Gruppen schon so weit vorgeschritten, daß diese Neuerungen sie nicht mehr zu trennen vermochten, vielmehr als Anzeichen der Unsicherheit und Schwäche der Regierung angesehen wurden und die nationale Strömung nur verstärkten. Die märchenhafte Pracht des Durbars (Dezember 1911) befriedigte zwar die Schaulust des Volkes und vielleicht auch die Eitelkeit einzelner Fürsten, aber die traurige Gestalt Georgs V., dem der allbeliebte Gaekwar von Baroda, der zweite im Range unter den Fürsten, ziemlich unverhüllt seine Geringschätzung zu erkennen gab, flößte den Indiern weder Liebe noch Achtung ein. Dagegen verstand es der neue Vizekönig Lord Hardinge, obwohl er fast einem Attentat zum Opfer gefallen wäre (auch auf Lord Minto war ein solches versucht worden), durch Klugheit und ungekünstelte Leutseligkeit die öffentliche Meinung bei einigermaßen guter Laune zu erhalten und den Ausbruch der Krise hinauszuschieben. Dieser Mann ragte über den englischen Durchschnittscharakter weit hinaus; hat er es doch gewagt, trotz der wütenden Angriffe der »Europäischen Gesellschaft« in Indien bis zum Ablauf seiner Regierungszeit seinen deutschen Hofkapellmeister beizubehalten.

Der erste Nationalkongreß nach Kriegsausbruch. Aber auch Lord Hardinge vermochte nicht zu verhindern, daß bei Ausbruch des Krieges ganz Indien aufhorchte, die Hoffnungen des Nationalismus sich neu belebten und überall die Frage aufgeworfen wurde: Was bedeutet der Krieg für Indien? Auf dem Nationalkongreß in Madras (Dezember 1914) wurde bei aller üblichen Betonung der Loyalität ganz offen und mit einer bis dahin unbekannten Entschiedenheit eine stärkere Heranziehung der Indier zur Gesetzgebung und Verwaltung gefordert. Diesen Kongreß besuchte übrigens auch der Gouverneur von Madras — der erste Fall einer amtlichen Vertretung der Regierung bei den seit drei Jahrzehnten alljährlich tagenden Nationalkongressen! Im übrigen verlief der Kongreß friedlich.

[1] Metrisch übersetzt von Helmuth v. Glasenapp im »Korrespondenzblatt der Nachrichtenstelle für den Orient«, III. Jahrg., Nr. 8, S. 354.



Das Verhalten der Fürsten. Auch die Fürsten verhielten sich loyal. Aber wenn wirklich allen siebenhundert Fürsten »das Schwert aus der Scheide geflogen« ist, so war das nicht mehr als eine schöne Geste. Mit England in den Krieg gezogen sind nur ganz wenige, und auch diese sind inzwischen längst heimgekehrt. Aber ihre — an Zahl geringen — Truppen haben sie dem King-Emperor zur Verfügung gestellt, und viele haben für den Krieg Geld, einzelne auch Maschinengewehre oder sonstige Waffen gestiftet. Auch der Gaekwar von Baroda, der bei Kriegsausbruch in London war, während sich seine Gemahlin in Karlsbad befand, hat eine namhafte Summe zur Bekämpfung der deutschen Barbaren hergegeben, obgleich er genau weiß, daß wir weniger Barbaren sind als die Engländer. Wie diese und ähnliche Bekundungen von Loyalität zu bewerten sind, liegt auf der Hand. Dem ohnehin verdächtigen Fürsten wäre es übel ergangen, wenn er anders gehandelt hätte. Unklar und auffällig sind die Vorgänge in Haiderabad, dessen Herrscher, der Nizam, sonst traditionell ein Freund Englands war. Der Nizam ist der erste der indischen Fürsten, ist Mohammedaner, und auch in seiner Hauptstadt Haiderabad, der viertgrößten Stadt Indiens, herrscht das mohammedanische Element vor. Der noch sehr junge Fürst mußte plötzlich seine Hauptstadt verlassen, angeblich, weil die Bevölkerung mit seiner englandfreundlichen Haltung nicht einverstanden war und die Lage für ihn bedrohlich geworden wäre. Aber da schon unter seinem Vater die Beziehungen zur britischen Regierung gelockert waren, weil England die Verträge nicht hielt, sondern den Nizam finanziell übervorteilte, so darf man eher annehmen, daß der junge Herrscher mit seinen englandfeindlichen Untertanen sympathisiert hat und deshalb von den Engländern entfernt worden ist. Das war 1915; was seitdem aus der Sache geworden ist, wissen wir nicht.

Bekanntlich standen die indischen Fürsten vor dem Kriege durchweg mit England auf gutem Fuße; englische Erziehung und Gewöhnung, finanzielle Beteiligung an englischen Unternehmungen, Bequemlichkeit und bei manchen auch die Furcht, daß bei dem Sturze der Oberherrschaft auch ihr eigener Thron ins Wanken geraten könne, waren die Ursache. Ihre militärische Ohnmacht ließ den Gedanken an offene Auflehnung vollends nicht aufkommen. Aber man würde irren, wenn man die Fürsten für begeisterte Anhänger Englands hielte; wirklich ergeben sind ihm wohl nur ganz wenige. Zu diesen scheint der Maharadschah von Bikanir zu gehören, der deshalb bei vielen seiner Standesgenossen offenbar unbeliebt ist. Denn die Akten einer 1916 aufgedeckten Verschwörung, in die auch ein Fürst verwickelt war, haben ergeben, daß man plante, alle Radschputenfürsten zum Anschluß an die Verschwörung zu bewegen, den Fürsten von Bikanir aber als unbelehrbaren Englandfreund zu töten.

Die Stimmung im Volke. Was das Volk betrifft, so ist die Haltung dieser ungeheuren, politisch völlig unreifen Masse um so schwerer zu kennzeichnen, als sie örtlich sehr verschieden war und in der ersten Zeit, durch die Regierungspresse in Verwirrung gebracht, hier und da auch, wenigstens auf der Oberfläche, gewechselt zu haben scheint. Wie überall, so hat England auch in Indien seine Kriegserklärung an Deutschland mit dem deutschen Einfall in Belgien begründet und sich als den Schützer der schwächeren Nationen aufgespielt. Da gleichzeitig Regierungsvertreter und Presse wiederholt ausführten, daß für Indien eine neue Zeit angebrochen sei, daß man die Bevölkerung hinfort nicht mehr als unmündig betrachten dürfe, daß sie vielmehr durch ihre Teilnahme an dem gemeinsamen Kampfe gegen deutsche Barbarei ihre politische Reife erweise und auf eine Stufe mit den übrigen für England und für die Freiheit kämpfenden britischen Kolonien trete, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn das Volk, das Deutschland nicht kennt, durch solche Darstellungen und Versprechungen getäuscht wurde, wenn es zu Ergebenheitserklärungen und zu Kundgebungen für den Krieg kam und indische Redner dabei »begeisterte« Reden für »das Reich« hielten. Diese Redner waren vorwiegend Beamte — es gibt deren in Indien anderthalb Millionen —, die sich der Regierung zu empfehlen die Gelegenheit benutzten. Dazu redet der Indier gern und mit großer Geläufigkeit der Zunge und berauscht sich an seiner Rede auch dann, wenn er durchaus noch nicht entschlossen ist, den Worten Taten folgen zu lassen. Taten werden in Indien in der Stille geboren und treten ans Licht, wenn man es am wenigsten vermutet. Hätte irgendeine nennenswerte Anzahl von Indiern aus dieser künstlich erzeugten und vorübergehenden Kriegsbegeisterung die Konsequenzen gezogen und ein Freiwilligenkorps gebildet, so würde die Welt das sicherlich erfahren haben. Ganz im Gegenteil ist die Rekrutierung auch der Berufssoldaten bei denjenigen Stämmen, denen der Kriegsdienst geläufig ist, keineswegs nach Wunsch gegangen, und die Werber sind oft vom Volke bedroht und verprügelt worden.

Waffenlosigkeit und Wehrlosigkeit des Volkes. Die Erklärung des Vizekönigs, daß Indien den letzten Mann und die letzte Flinte dem Dienste des Königs weihen werde, ist also eine echt englische Lüge. Außer den Berufssoldaten denkt kein Indier daran, sein Leben für Englands König zu opfern. Ad vocem Schießgewehr aber sei als symptomatisches Kuriosum erwähnt, daß die Zahl der Erlaubnisscheine für Gewehre von 176 779 im Jahre 1914 auf 175 890 im Jahre 1915 zurückgegangen ist. Da in letzterer Zahl aber 23 123 neue Erlaubnisscheine enthalten sind, die vermutlich an Engländer, andere Europäer und Eurasier (die zu England haltenden Mischlinge) zur Verteidigung bei einem etwaigen Aufstande ausgegeben worden sind, so bleibt, wenn man die infolge von Todesfall erloschenen und die wenigen Hundert den Deutschen abgenommenen Scheine abzieht, nur der Schluß übrig, daß Tausenden von Indiern die Erlaubnis, Hinterlader zu führen, entzogen worden ist — eine eigenartige Illustration zu der Redensart vom letzten Mann und letzten Schießgewehr! Die Zunahme der Todesfälle durch wilde Tiere zeigt ferner, daß die Engländer sich nicht mehr so wie früher zur Jagd aufs Land hinauswagen, sondern zum Schutze ihrer Familie zu Hause bleiben.

Politische Morde, Plünderungen, Verschwörungen und örtliche Aufstände. Was sich seit Kriegsbeginn in Indien ereignet hat, ist freilich auch dazu angetan, die dort lebenden Engländer zu äußerster Vorsicht und Wachsamkeit zu mahnen. Gewalttaten der verschiedensten Art, wie sie in so erschreckend hoher Zahl sonst unerhört waren, sind aus allen Teilen des Landes gemeldet worden. Bald waren es politische Morde, an englischen oder eingeborenen Beamten und nicht selten auf offener Straße verübt, bald räuberische Überfälle (sogenannte dacoities) auf die verhaßten Wucherer, die um so üppiger gedeihen, je mehr das Volk in Schulden gerät, bald Em-

pörungen indischer Truppen, die ihre britischen Offiziere ermordeten und dann über die Landhäuser der Engländer herfielen, bald weitverzweigte Verschwörungen, an denen Indier aus den besten Kreisen beteiligt waren und die Dutzende von Todesurteilen zur Folge hatten, bald Angriffe auf eingeborene Christen, bald Plünderungen und Mordtaten, die von räuberischen Kasten ausgingen und ganze Landstriche in Schrecken versetzten. In einigen Fällen sind sogar regelrechte Aufstände mit dem Ziele, die britische Herrschaft zu stürzen, unternommen worden, so in Tschota Nagpur und an der Westküste bei den mohammedanischen Mopla. Die Mopla haben schon im September 1914 und dann wieder im Frühjahr 1915 einen Aufstand versucht. Sie sind Nachkommen von Arabern, die um das Jahr 1000 zur See eingewandert sind; ein Infanterieregiment, das aus dieser streitbaren Sekte angeworben war, mußte wegen dauernder Unbotmäßigkeit 1907 wieder aufgelöst werden. Den Aufstand in Tschota Nagpur versuchte man auf den Einfluß der Goßnerschen Mission zurückzuführen, und einer der Missionare war bereits der Teilnahme beschuldigt, als man zu seinem Glück in den Satzungen der Aufständischen die Bestimmung fand, daß kein Europäer an der Erhebung teilnehmen dürfe.

Ursache des Fehlschlagens aller bisherigen Empörungen. Die Ursache des Fehlschlagens dieser Aufstände und zugleich die Erklärung dafür, weshalb die von vielen erwartete allgemeine Erhebung ganz Indiens bis jetzt ausgeblieben ist, muß einzig und allein in dem Umstande gesucht werden, daß die Bevölkerung waffenlos ist. Die Bestimmungen über die Einfuhr moderner Schießwaffen waren vor 15 Jahren schon so scharf, daß ein Deutscher, der bei seiner Ankunft eine Parabellum-Pistole mitbrachte, alle Monate von einem englischen Unteroffizier kontrolliert wurde und die Waffe vorzuzeigen hatte. In den letzten 10 Jahren aber sind die Bestimmungen immer mehr verschärft und immer strenger gehandhabt worden. Erlaubnisscheine wurden nur an Engländer und zuverlässige Europäer und Eurasier ausgegeben, an Indier fast nie, und wenn der Waffenschmuggel auch nicht ganz hat unterbunden werden können, so hat er sich doch in solchen Grenzen gehalten, daß die meisten Indier noch nie einen Hinterlader aus der Nähe gesehen haben; die eingeborenen Jägerkasten aber bedienen sich harmloser altmodischer Vorderlader, und diese Jäger wohnen so verstreut und einzeln, daß sie völlig ungefährlich sind. Auch die indischen Truppen, die übrigens in den meisten Garnisonen durch britische Truppen kontrolliert werden, sind im Grunde waffenlos; sie haben wohl Gewehre, aber keine Munition. Artillerie aber und Maschinengewehre sind ausschließlich in den Händen der britischen Truppen. So begreift es sich, daß revolutionäre Gewalttaten, so zahlreich sie sind, doch immer nur vereinzelt auftreten und selten zu einer größeren Empörung auflodern.

Ausbreitung des Englandhasses über ganz Indien. Aus dem geschilderten Zustand zu schließen, daß das Volk zu friedliebend oder gar mit der britischen Herrschaft einverstanden sei, wäre ein Irrtum. Die Stimmung ist vielmehr durch das ganze Land so englandfeindlich, daß der Zustand auf die Dauer unerträglich werden muß. Und man vermöchte nicht zu entscheiden, ob Hindu oder Mohammedaner die größere Feindschaft gegen den Bedrücker hegen. Die Mohammedaner haben den älteren politischen Sinn, die größere Angriffslust und jetzt im Weltkriege den Anreiz durch die Erklärung des Dschihad (vgl. »Der heilige Krieg«, S. 71 ff.). Dazu kommt, daß sie sich als Verbündete Deutschlands fühlen und auf die deutsche Hilfe rechnen. Die Hindu hatten bis zum Ausbruch des Krieges wohl überhaupt keine Vorstellung davon, durch welche Art von Waffengang die Befreiung herbeigeführt werden könne; sie speicherten den Haß im Busen auf und machten sich Luft durch verwegene Attentate und heimliche Verschwörungen, und wenn diese auch nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, so ist der Haß nur um so glühender geworden und ergreift immer weitere Kreise der früher politisch gleichgültigen Masse. Als 1857 der Sepoy-Aufstand, der übrigens nicht nur als eine Militärrevolte zu bewerten ist, sondern dem auch die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Habgier und Willkür der Britisch-Ostindischen Kompanie zugrunde lag, die Herrschaft Englands in Frage stellte, waren es die kriegerischen Sikh, die aus alter Feindschaft gegen ihre früheren mohammedanischen Bedrücker zu den Engländern hielten und ihnen die Niederwerfung des Aufstandes ermöglichten. Heute sind die Sikh durchaus nicht mehr englandfreundlich gesinnt. Eins ihrer Regimenter hat gemeinsam mit mohammedanischen Pandschabi im Frühjahr 1915 an dem Aufstand von Singapur teilgenommen und den dort gefangen gehaltenen deutschen Seeleuten und Kaufleuten zur Flucht verholfen. An einer Verschwörung, die 1916 in Hongkong aufgedeckt wurde, waren ebenfalls indische Kaufleute, Soldaten und Beamte aus den verschiedensten Völkerschaften und Kasten beteiligt. In Bombay und Madras scheint die Lage neuerdings[1] wieder besonders gefahrdrohend zu sein; denn die Gouverneure dieser beiden großen Provinzen, deren Amtszeit abgelaufen war, sollen vorläufig[1] auf ihrem Posten bleiben. An dem Aufstande von 1857 hatte der ganze Süden überhaupt nicht teilgenommen; heute zeigen Verschwörungen, Aufstände, Plünderungen, die aus Madras, aus dem Süden des Tamilenlandes und aus Travankor gemeldet werden, daß auch diese drawidischen Lande, in denen verhältnismäßig wenig Mohammedaner leben, von dem Triebe zur Empörung durchseucht sind. Dabei ist Madras ein Hauptsitz der christlichen Mission, die in diesem Bezirk bei weitem die meisten Anhänger zählt, und der Mittelpunkt aller englischen und indischen Bildungsbestrebungen Südindiens; Travankor aber ist einer der bestgeordneten, sozial glücklichsten Staaten Indiens und hat neben Baroda, Kotschin und Maisur die beste Schulbildung!

Der Einfluß der Presse. Die Zeiten sind andere geworden. 1858 gab es in Indien 46 Zeitungen, heute gibt es etwa 3000 Zeitungen und Zeitschriften, und jährlich erscheinen 10000 Bücher in indischen Sprachen! Kein Wunder, wenn die Gedanken sich rasch über das ganze Land verbreiten, die politische Unruhe unausrottbar geworden ist und die Gefängnisse sich immer mehr füllen, wie in Bengalen, wo die Zahl der Gefangenen von 1914 bis 1915 von 69000 auf 81000 stieg, oder im Pandschab, wo die tägliche Durchschnittszahl von 15000 auf 17000 und die Zahl der Untersuchungsgefangenen von 18343 auf 25530 hinaufging. Die Regierung hatte die durch die Presse drohende Gefahr zu spät erkannt und griff erst in den letzten zehn Jahren zu immer schärferen Maß-

[1] Juli 1917.



regeln. Aber die Schriftleiter der indischen Zeitungen nahmen Gefängnis, Verbannung und Zwangsarbeit mit Heldenmut auf sich, immer neue Märtyrer erstanden, und heute sind die Indier von der Wirksamkeit der Presse so durchdrungen, daß der letzte Nationalkongreß die völlige Preßfreiheit als eine seiner vornehmsten Forderungen aufgestellt hat.

Wirtschaftliche und finanzielle Nöte infolge des Krieges. Die Unzufriedenheit mit der britischen Herrschaft wird noch gesteigert durch die schlimmen wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Zwar ist auch in Indien eine Waffenindustrie erblüht, zwar haben einzelne Zweige der Volkswirtschaft, wie die Glasindustrie und der Indigobau, gewonnen, sind zum Ersatz der fehlenden deutschen Waren neue Industrien ins Leben gerufen worden, und der Baumwollenindustrie von Bombay hat man neuerdings einen Einfuhrzoll bewilligt, der den Manchesterwaren schweren Schaden zufügen wird. Aber die ganze Handelsbilanz ist höchst ungünstig, die Mehreinfuhr beständig gestiegen, und die Preise der täglichen Verbrauchswaren haben eine Höhe erreicht, die der arme Indier nicht mehr erschwingen kann. Trotzdem soll das Land nicht nur die Kosten der militärischen Hilfe bestreiten, die es England leistet, sondern der Rat des Vizekönigs hat Anfang 1917 noch obendrein 100 Millionen Pfund für England »bewilligt«. Diesem Rat gehören außer einem einzigen Indier nur Engländer an; dieser einzige Indier aber, der schon bei früheren Gelegenheiten gezeigt hat, daß er ein Nationalindier ist, wird vermutlich auch jetzt gegen die Bewilligung gestimmt haben, und das Geschenk Indiens an England ist in Wahrheit ein britischer Gewaltakt. Die Gewährung eines Einfuhrzolles für englische Baumwollwaren sollte die bittere Pille versüßen und wenigstens die einflußreichen Baumwollindustriellen von Bombay versöhnen. Aber die gewiegten indischen Kaufleute wissen genau, daß, wenn England den Krieg gewinnt, die Industriellen von Manchester die Aufhebung des Zolles fordern und auch durchsetzen werden. Indien trägt auf alle Fälle den Schaden. Es opfert für die Wohlfahrt des Empire Menschen (bis jetzt etwa 300000), Lebensmittel (Weizen und Reis), Gelder und den Rest des eigenen Wohlstandes und geht, wenn England siegt, unfehlbar weiterer, hoffnungsloser Verarmung entgegen.

Indiens einzige Rettung. Aus dieser Not gibt es nur eine Rettung: Trennung Indiens von England. Es ist von höchster geschichtlicher Bedeutung, daß der Nationalkongreß, also die einzige quasi-offizielle Vertretung der Gesamtheit des Volkes von Indien, auf seiner letzten Tagung in Lacknau (Dezember 1916) die Forderung völliger Selbstverwaltung offen aufgestellt hat. Über die Verhandlungen dieser denkwürdigen 31. Tagung des Nationalkongresses sowie über die 9. Sitzung der All India Moslem League, die ebenfalls im Dezember 1916 in Lacknau tagte und sich mit dem Nationalkongreß sachlich einig erklärte, berichtet ausführlich das »Korrespondenzblatt der Nachrichtenstelle für den Orient«. Der Inhalt der in Lacknau erhobenen Forderungen wird hier[1] in folgende drei Sätze zusammengefaßt:

a) Im Hinblick auf die Tatsache, daß die großen Gemeinschaften Indiens Erben alter Zivilisation sind und auch während der hundert Jahre britischer Herrschaft ihre Befähigung für eine Selbstregierung gezeigt haben, und in Anbetracht dessen, daß das herrschende Regierungssystem die gerechten Ansprüche des Volkes nicht befriedigt, ist der Kongreß der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, wo S. M. der Kaiser und König geruhen sollte, eine Proklamation zu erlassen, in welcher es als ein Ziel der britischen Politik ausgesprochen wird, Indien möglichst bald die Selbstverwaltung zu verleihen.

b) Der Kongreß fordert die Regierung auf, entscheidende Schritte zur Einführung der Selbstregierung zu unternehmen durch Ausführung der vom Kongreß in Gemeinschaft mit der Moslem League in einer Denkschrift geforderten Reformen.

c) Indien soll aus der Stellung eines abhängigen Landes zu der eines vollberechtigten Gliedes des britischen Reiches erhoben und den Dominien mit Selbstverwaltung gleichgestellt werden.

Es leuchtet ein, daß England auf diese Forderungen gutwillig nicht eingehen wird. Denn Selbstverwaltung einer von Engländern bewohnten Kolonie, wie Australien oder Kanada, ist etwas ganz anderes als Selbstverwaltung eines unterworfenen Landes mit rassefremder Bevölkerung, wie es Indien ist. Hier würde der Selbstverwaltung die Forderung nach politischer Selbständigkeit auf dem Fuße folgen und aus der Krone des britischen Reiches der schönste Edelstein herausgebrochen werden, ja Englands Stellung am Indischen Ozean und in Asien überhaupt würde mit dem Verluste Indiens unhaltbar werden. Das weiß jeder Engländer, und kein britischer Staatsmann würde eine Maßnahme verantworten wollen, die ein solches, mit der Auflösung des britischen Weltreiches gleichbedeutendes Ergebnis zur Folge hätte. Nur gezwungen gibt England Indien frei. Mit anderen Worten: Indien kann nur dann frei werden, wenn England im Weltkriege unterliegt, wenn Deutschland Sieger bleibt. Nur ein siegreiches und freies Deutschland kann auch Indien zur Freiheit verhelfen.

Deutschlands Anteil an Indiens Befreiung. Das wissen auch die führenden Kreise Indiens. Schon lange vor Ausbruch des Krieges konnte man von gebildeten Indiern hören: »Our deliverance depends upon Germany.« Würde Deutschlands Selbständigkeit in diesem Kriege erstickt, seine kaum entfaltete Macht in Ohnmacht verwandelt werden, dann wäre es mit der Hoffnung auf eine Befreiung Indiens voraussichtlich für Jahrhunderte vorbei, dann würde der englisch-amerikanische Materialismus sowohl Indien als auch Ostasien durch eine pax anglosaxonica so lange ausbeuten, bis eine neue fürchterliche Völkerdämmerung kommen müßte. Mit der Unterdrückung des deutschen Grundsatzes »Jedem das Seine« durch den heuchlerisch fromm verkleideten angelsächsischen Materialismus wäre dann aber auch die Entwicklung der weißen Rasse auf den toten Strang geraten, und an diese Möglichkeit glauben wir nicht. Denn die weiße Rasse hat ihre auf die Organisation der Menschheit gerichtete Aufgabe ja kaum begonnen, sie hat noch ein gewaltiges Arbeitsfeld vor sich. Was England auf diesem Gebiet geleistet hat, soll nicht verkannt werden, aber es war doch wesentlich formaler Natur; insularer Egoismus, Denkträgheit und Unaufrichtigkeit haben die Engländer verhindert, das große Problem gedanklich zu durchdringen und bei der Wurzel anzufassen. Diese Arbeit muß aber geschehen, die ganze Welt wartet darauf. Sie wird die welthistorische Aufgabe des deutschen Volkes bilden. Die Erwähnung der Knechtung Indiens durch England in der deutschen Note an die

[1] Sonderbeilage zu Nr. 11 des 3. Jahrgangs.

Vereinigten Staaten vom 31. Januar 1917 (s. S. 163) scheint darauf hinzudeuten, daß die deutsche Reichsregierung schon zu Bethmanns Zeiten die Möglichkeit erwog, auch die Befreiung Indiens in den Kreis ihrer Aufgaben einzubeziehen.

Es ist gut, den Blick von den gewaltigen Ereignissen der Gegenwart von Zeit zu Zeit abzuwenden und auf diese Perspektive zu richten. Denn sie zeigt uns den inneren Zusammenhang zwischen dem Schicksal dieses Landes und unserem eigenen Schicksal. Viel zu wenig ist die indische Frage bei uns studiert worden; gedankenlos haben wir die unerhörte Knechtung und Ausbeutung einer Kulturmenschheit von 300 Millionen als unabänderliche Tatsache betrachtet. Die indische Frage wird in Zukunft bei uns von Staatsmännern und Presse, von Wirtschafts- und Kulturpolitikern eifrig und gründlich verfolgt werden müssen. Nicht als ob wir, selbst für den Fall der völligen Niederringung Englands, daran denken dürften, auch nur einen Teil Indiens für uns zu erwerben — die »Pachtung« auch des kleinsten Stützpunktes auf indischem Boden wäre der größte politische Mißgriff —, sondern weil Indien seine Wiedergeburt zu staatlicher Selbständigkeit von uns erhofft, und weil unser Gewinn an weltpolitischem Ansehen und wirtschaftlichen Werten um so größer und sicherer sein wird, je entschiedener wir uns auf Indiens Seite stellen, seine Befreiung von der britischen Herrschaft fördern und jede europäische, amerikanische oder japanische Besetzung indischen Gebietes verhindern. Mag die innere Entwicklung Indiens nach dem Aufhören der britischen Herrschaft verlaufen, wie sie will, mögen Hindu und Mohammedaner, Monarchisten und Republikaner noch so lange und heftig um die Vorherrschaft ringen — wir können der indischen Menschheit diese zu ihrer Erziehung notwendigen Kämpfe nicht ersparen; wir dürfen weder selbst eingreifen noch dulden, daß andere Mächte sich einmischen. Was wir verlangen müssen, ist, daß unser Handel überall da offene Türen finde, wo Indien anderen Mächten die Tür öffnet, daß, solange Indien nicht geeinigt ist, keiner fremden Macht von einem Teile des Landes irgendwelche Vorrechte eingeräumt werden. Um so eher wird die weltwirtschaftliche Notwendigkeit die Völker Indiens zwingen, sich zu einer staatlichen Einheit zusammenzuschließen, zu der Indien durch seine geographische Lage durchaus geschaffen ist. Bis dahin muß für den Organisationsprozeß des Landes unverbrüchlich der Grundsatz gelten, den heute alle politisch denkenden Indier fordern: Indien den Indiern! Wenn wir über die Durchführung dieses Grundsatzes wachen, bis sein Ziel erreicht ist, dann haben wir als Organisator der Menschheit unser Meisterstück gemacht.

Literatur. Sten Konow, Indien unter der englischen Herrschaft (Tübing. 1915); H. v. Staden, Indien im Weltkriege (»Der Deutsche Krieg«, 63. Heft, Stuttg. u. Berl. 1915); W. J. Bryan, Die englische Herrschaft in Indien (Berl., o. J.; ursprünglich veröffentlicht im Jahre 1906); »Indien unter der britischen Faust. Englische Kolonialwirtschaft im englischen Urteil« (hrsg. von der Indischen Nationalpartei, 2. Aufl., Berl. 1916); »Selbstregierung für Indien, gefordert vom Indischen Nationalkongreß und der All India Moslem League« (Lacknau, Dez. 1916, hrsg. vom Europäischen Zentralkomitee der Indischen Nationalisten, Stockholm); Graf Ernst zu Reventlow, Indien, seine Bedeutung für Großbritannien, Deutschland und die Zukunft der Welt (mit einer Karte, Berl. 1917). — Vgl. auch »Der Neue Orient«, Halbmonatschrift für das politische, wirtschaftliche und geistige Leben im gesamten Osten, Schriftleitung: Herbert Müller (1. Band, Berl. 1917), und »Geist des Ostens«, Zeitschrift der Gesellschaft für Kunde des Ostens. Mit Bildern. Herausgeber: Hermann v. Staden (2. Jahrg., Münch. 1914/15).

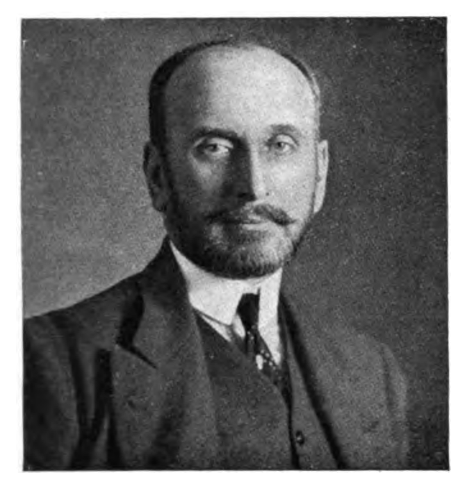
Die Grundzüge der russischen Eroberungspolitik

von Professor Dr. Hans Uebersberger in Wien

Nicht einmal ganz 100 Dörfer nannte Iwan Kalita, der Stammvater des Moskauer Zweiges des Hauses Rjurik, am Beginne des 14. Jahrhunderts (sein Testament von 1327) sein eigen. Nicht mit dem Schwerte in der Faust, sondern durch Kauf suchte er sein Herrschaftsgebiet zu erweitern. Seine Nachfolger folgten seinem Beispiele, aber sie fühlten manchmal schon die Kraft, auch Gewalt anzuwenden. Sie verstanden es dabei wie er trefflich, sich in die Gunst des Gebieters des damaligen Rußlands, des jeweiligen Chans der Goldenen Horde von Kiptschak, einzuschmeicheln. Durch klingenden Nachdruck wußten sie sich diese Gunst zu erwerben und zu behaupten. So wurde der kleine Moskauer Teilfürst, der nach den Gesetzen der Senioratserbfolge im Hause Rjurik auf der niedersten Stufe stand, durch die Gunst der Tataren zum Großfürsten über die anderen gesetzt. Der Moskauer Großfürst erhält den Auftrag, in den russischen Landen den Tribut für die Horde einzusammeln, eine Kopfsteuer, von der nur die Geistlichkeit befreit war. Diese wenig ehrenvolle Pflicht wird in der Hand der Moskauer Fürsten zu einer Waffe, die politische Einigung des in größere, kleinere und kleinste Fürstentümer zerrissenen Rußlands anzubahnen. Aus dem verantwortlichen Einsammler der Kopfsteuer des Chans wurde der bevollmächtigte Leiter und Richter der russischen Fürsten, sagt der russische Historiker Kljutschewski. Iwan Kalita hatte 1328 durch den Chan die großfürstliche Würde erlangt, und seit dieser Zeit schon blieb sie für alle Zukunft bei seinem Hause. Das Moskauer Großfürstentum aber, das Iwan Kalita am Beginn des 14. Jahrhunderts in einer Ausdehnung von 500 Quadratmeilen übernommen hatte, war bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts bereits auf 15000 Quadratmeilen angewachsen. Die günstige geographische Lage im Wolga-Okabecken hatte natürlich, was den Bevölkerungszufluß und die wirtschaftliche Entwicklung betraf, das ihrige zu diesem Wachstum beigetragen. Dazu kam, daß der durch den Mongoleneinfall aus Kiew vertriebene Metropolit, das geistliche Oberhaupt der Russen, zuerst durch Zufall, dann mit Absicht seinen Wohnsitz in Moskau aufschlug, dadurch diese Stadt zum geistlichen Zentrum der russischen Lande machte und dem Moskauer Großfürsten in den Augen des Volkes eine besondere Weihe gab. Es ist schon von berufenster russischer Seite ausgesprochen worden, daß es grundfalsch wäre, dieses Emporsteigen Moskaus etwa den persönlichen Eigenschaften seiner Großfürsten zuzuschreiben. Von auffallender Mittelmäßigkeit gleichen sie alle wie ein Ei dem anderen, weder Tapferkeit noch andere moralische Vorzüge nannten sie ihr eigen. Friedlich gesinnt, lieben sie den Kampf nicht,



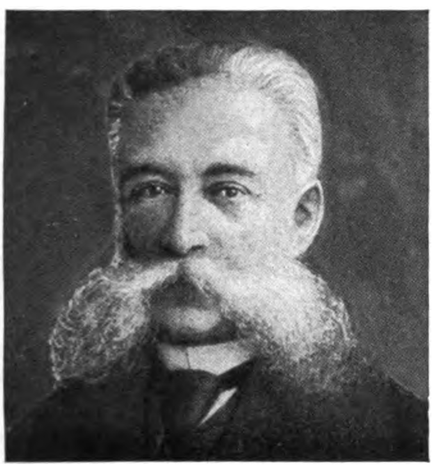
Russische Staatsmänner und Heerführer.



Sergei Dimitrijewitsch Ssasonow.



Wladimir Alexandrowitsch Ssuchomlinow.



Iwan Longinowitsch Goremykin.



Alexander Petrowitsch v. Iswolskij.



Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch.



Paul v. Rennenkampf.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

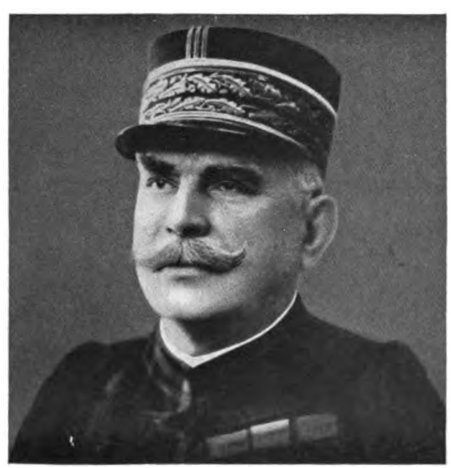
Französische Staatsmänner und Heerführer.



René Viviani.



Aristide Briand.



Joseph Jacques Césaire Joffre.



Théophile Delcassé.



Foch.



Nivelle.

Staatsoberhäupter, Staatsmänner, Heer- und Flottenführer.

(Ausführliche Schilderungen bringen die einzelnen Lexikonartikel des folgenden Teiles.)

Vierbund.

VII. Deutsche Staatsmänner.

Zimmermann, Artur, deutscher Staatsmann, geb. 8. Mai 1859 in Frankenstein, wurde nach längerer konsularischer Dienstleistung in China 1910 Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1911 Unterstaatssekretär und war Nov. 1916 bis Aug. 1917 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Stein, Hermann von, preuß. General, geb. 13. Sept. 1854 in Wedderstedt (Prov. Sachsen), 1896 Major im Großen Generalstab, 1905 Oberst, 1910 Generalmajor u. Oberquartiermeister, 1913 in den erblichen Adelstand erhoben, wurde Aug. 1914 Generalquartiermeister. Seit Okt. 1914 Führer der 6. Reservearmee, wurde S. im Okt. 1916 Kriegsminister.

Roedern, Siegfried, Graf von, deutscher Staatsmann, geb. 27. Juli 1870 in Marburg, 1903 Hilfsarbeiter im Finanzministerium, 1905 Landrat des Kreises Niederbarnim, 1911 Oberpräsidialrat in Potsdam, 1914 Staatssekretär von Elsaß-Lothringen, übernahm Juni 1916 die Leitung des Reichsschatzamtes.

Groener, Wilhelm, württemb. General, geb. 22. Nov. 1867 in Ludwigsburg (Württ.), 1912 Chef der Eisenbahnabteilung im Gr. Generalstab, 1914 Oberst, nach Kriegsausbruch Chef des deutschen Feldeisenbahnwesens, 1915 Generalmajor, Mai 1916 Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, leitete von November 1916 bis August 1917 das Kriegsamt.

Schjerning, Otto von, Mediziner, geb. 4. Okt. 1853 in Eberswalde, 1898 Generaloberarzt, 1900 Generalarzt und Abteilungschef im Kriegsministerium, 1905 Generalstabsarzt der preuß. Armee, Chef des Sanitätskorps und Direktor der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Berlin, erhielt 1915 den Rang eines Generals der Infanterie und ist seit Kriegsbeginn Chef des Feldsanitätswesens.

Batocki-Friebe (spr. -ótzki), Adolf Tortilowicz von, deutscher Staatsmann, geb. 31. Juli 1868 in Bledau, Landrat, 1910 Mitglied des preuß. Herrenhauses, seit 1914 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, war Mai 1916 bis Aug. 1917 Präsident des Kriegsernährungsamtes.

VIII. Deutsche Marine.

Pohl, Hugo von, deutscher Admiral, geb. 25. Aug. 1855 in Breslau, 1894 Korvettenkapitän und Vorsteher der Zentralabteilung des Reichsmarineamts, 1898 Fregattenkapitän und Kommandant des »Ägir«, später der »Hansa«, führte 1900 die deutsche Abteilung gegen die Takuforts (chines. Boxerunruhen), war Kommandant mehrerer Linienschiffe, wurde 1907 Vizeadmiral und Inspekteur der Marineartillerie, 1913 Admiral und Chef des Admiralstabes, 1915 Führer der deutschen Hochseestreitkräfte. P. starb am 23. Febr. 1916.

Capelle, Eduard von, deutscher Admiral, geb. 10. Okt. 1855 in Celle, seit 1891 im Reichsmarineamt, bis 1898 Dezernent der militärischen Abteilung, wurde 1904 Direktor des Verwaltungsdepartements, 1906 Konteradmiral, 1909 Vizeadmiral, 1913 Admiral. Seit 1914 Unterstaatssekretär, wurde C. März 1916 Staatssekretär des Reichsmarineamts.

Spee, Maximilian, Graf von, deutscher Admiral, geb. 22. Juni 1861 in Kopenhagen, 1905 Kapitän z. S., 1908 Chef des Stabes beim Kommando der Nordseestation, 1910 Konteradmiral, 1913 Vizeadmiral und Chef des Kreuzergeschwaders, siegte 1. Nov. 1914 bei Coronel über die Engländer und fand 8. Dez. 1914 in der Schlacht bei den Falklandinseln den Tod.

Hipper, Franz von, deutscher Admiral, geb. 13. Sept. 1863 in Weilheim (Oberbayern), 1907 Kapitän z. S., 1907—08 Kommandant der Panzerkreuzer »Friedrich Karl« und »Gneisenau«, 1908 Komm. der 1. Torpedodivision, 1912 Konteradmiral, führte in der Seeschlacht vor dem Skagerrak die Aufklärungsschiffe.

Holtzendorff, Henning von, d utscher Admiral, geb. 9. Jan. 1853 in Berlin, 1897 Kapitän zur See, 1898 Chef des Stabes der Ostseestation, 1901 Oberwerftdirektor in Danzig, 1904 Konteradmiral, 1905 zweiter Admiral des 2. Geschwaders der aktiven Schlachtflotte, 1906 Chef des 1. Geschwaders der Hochseeflotte, war 1909—13 Chef der Hochseeflotte und wurde März 1915 Chef des Admiralstabes.

Scheer, Reinhold, deutscher Admiral, geb. 30. Sept. 1863 in Obernkirchen (Hessen-Nassau), 1905 Kapitän zur See und Kommandant des Linienschiffes »Elsaß«, 1909 Konteradmiral und Chef des Stabes der Hochseeflotte, wurde 1911 Direktor des Allgemeinen Marinedepartements, 1913 Vizeadmiral und 1916 Chef der Hochseeflotte, mit der er die Schlacht vor dem Skagerrak (31. Mai bis 1. Juni 1916) gewann.

IX. Deutsche Heerführer.

Below, Otto von, preuß. General, geb. 18. Jan. 1857 in Danzig, 1905 Oberst, 1912 Generalleutnant und Kommandeur der 2. Division, Aug. 1914 Befehlshaber des 1. Reservekorps, das er gegen die russische Wilna- und Narew-Armee führte, verteidigte seit Nov. 1914 mit der 8. Armee die Angerapp-Linie und leitete Mai 1915 den Vorstoß nach Kurland. 1916/17 kämpfte B. an der Somme und in Mazedonien.

Leopold, Maximilian Joseph Maria Arnulf, Prinz von Bayern, geb. 9. Febr. 1846 in München, 1873 Oberst, 1881—87 Führer der 1. Division, 1887—92 des 1. bayr. Armeekorps, 1892 Generalinspekteur der 4. Armeeinspektion, 1896 Generaloberst, 1905 Generalfeldmarschall, Juli 1915 Befehlshaber der gegen Polen operierenden Heeresgruppe, eroberte 5. Aug. Warschau, wurde Aug. 1916 Oberbefehlshaber der nördlichen Heeresgruppen im Osten und befreite Galizien Juli-August 1917 von den Russen.

François (spr. frangßŭá), Hermann von, preuß. General, geb. 31. Jan. 1856 in Luxemburg, 1903 Oberst, 1911 Generalleutnant und Kommandeur der 13. Division, 1913 Führer des 1. Armeekorps, Aug. 1914 Kommandeur der Grenzschutztruppen im Osten, nahm an der Schlacht bei Tannenberg teil, wurde Okt. 1914 Oberbefehlshaber der 8. Armee, verteidigte später die deutsche Front bei St.-Quentin und bezwang 3. Juni 1915 die Festung Przemysl.

Eichhorn, Hermann von, preuß. General, geb. 13. Febr. 1848 in Breslau, 1894 Oberst, 1901 Generalleutnant und Kommandeur der 9. Division, 1904 kommandierender General des 18. Armeekorps, 1905 Gen. d. Inf., 1913 Generaloberst und Generalinspekteur der 7. Armeeinspektion, nahm an der Winterschlacht in Masuren teil und führte Juli 1915 den Vorstoß gegen die Narewfront, Wilna, Molodetschno.

Linsingen, Alexander von, preuß. General, geb. 10. Febr. 1850 in Hildesheim, 1897 Oberst, 1905 Generalleutnant und Kommandeur der 27. Division, 1909 Gen. d. Inf. und Führer des 2. Armeekorps, ging Jan. 1915 mit der deutschen Südarmee zur Unterstützung der Österreicher in die Karpathen, eroberte Brest Litowsk (26. Aug. 1915) und befehligte dann die Heeresgruppe im Abschnitt Pinsk–Tarnopol.

Woyrsch, Remus von, preuß. General, geb. 4. Febr. 1847 in Pilsnitz, 1894 Oberst, 1901 Generalleutnant und Kommandeur der 12. Division, 1904 kommandierender General des 6. Armeekorps, 1906 Gen. d. Inf., 1911 zur Disposition gestellt, wurde 1914 Generaloberst, 1915 Führer einer Armeegruppe und eroberte Radom und Iwangorod (Juli-August 1915).

Bothmer, Felix, Graf von, bayer. General, geb. 10. Dez. 1852 in München, 1900 Oberst, 1905 Generalleutnant und Kommandeur der 2. bayer. Division, 1910 Gen. d. Inf., hatte hervorragenden Anteil an der Zurückeroberung Galiziens, verteidigte seit Juli 1915 die Front in Ostgalizien zwischen Tarnopol und Dnjestr und führte Juli-August 1917 den Vorstoß über die russische Grenze aus.

Einem, Karl von, gen. von Rothmaler, preuß. General, geb. 1. Jan. 1853 in Herzberg (Harz), 1895 bis 1898 Chef des Stabes des 7. Armeekorps, 1900 Generalmajor und Direktor des Allgem. Kriegsdepartements, 1903—09 preuß. Kriegsminister, wurde 1907 Gen. d. Kav., 1909 Führer des 7. Armeekorps, mit dem er an dem Vormarsch durch Belgien teilnahm, und verteidigt seit Sept. 1914 als Oberbefehlshaber der 3. Armee den Champagne-Abschnitt.

Lochow, Ewald von, preuß. General, geb. 1. April 1855 in Petkus, 1902 Oberst, 1906 Direktor des Armee-Verwaltungsdepartements, 1909 Generalleutnant und Kommandeur der 2. Garde-Infanteriedivision, 1912 kommandierender General des 3. Armeekorps, 1913 Gen. d. Inf., siegte Jan. 1915 in der Schlacht bei Soissons über die Franzosen.

Scholtz, Friedrich von, preuß. General, geb. 24. März 1851 in Flensburg, 1898 Abteilungschef im Großen Generalstab, 1901 Oberst, 1906 Oberquartiermeister, 1908 Generalleutnant und Kommandeur der 21. Division, 1912 Gen. d. Art. und kommandierender General des 20. Armeekorps, nahm an den Schlachten in Ostpreußen (Aug.-Sept. 1914) teil und eroberte 1915 Grodno, Ostrolenka und Lomsha.

Elsa, Karl Ludwig d', sächs. General, geb. 1. Sept. 1849 in Dresden, Abteilungschef im Kriegsministerium, 1902 diensttuender General à la suite des Königs, wurde 1904 Generalleutnant und Kommandeur der 24. Division, 1908 Gen. d. Inf. und 1910 kommandierender General des 12. Armeekorps. E., seit 1916 Generaloberst, führte bis Jan. 1917 eine Armeeabteilung im Westen.

Gallwitz, Max von, preuß. General, geb. 2. Mai 1852 in Breslau, 1899 Oberst, 1901 Generalmajor, 1902 Direktor des Armeeverwaltungsdepartements, 1906 Generalleutnant, 1911 Gen. d. Art. u. Inspekteur der Feldartillerie, wurde nach Kriegsausbruch Führer der rechten Flügelarmee in Ostpreußen, bezwang Juli 1915 die Narewfestungen Rozan und Pultusk und nahm im Verband der Heeresgruppe Mackensen am zweiten serbischen Feldzug teil.

X. Deutsche Helden.

Litzmann, Karl, preuß. General, geb. 22. Jan. 1850 in Neu-Globsow, 1899 Landwehrinspekteur, 1901 Generalleutnant, 1902—05 Direktor der Kriegsakademie zu Berlin, 1914 Führer der 3. Gardedivision (Durchbruch bei Brzeziny 23./24. Nov. 1914), eroberte 18. Aug. 1915 Kowno.

Emmich, Otto von, preuß. General, geb. 4. Aug. 1848 zu Minden i. W., 1901 Generalmajor, 1905 Generalleutnant und Kommandeur der 10. Division, 1909 kommandierender General des 10. Armeekorps, eroberte 7. Aug. 1914 Lüttich, die erste feindliche Festung, verteidigte den Abschnitt um Reims und nahm an dem Durchbruch bei Gorlice (2. Mai 1915) teil. E. starb 22. Dez. 1915 in Hannover.

Meyer-Waldeck, Alfred, deutscher Seemann, geb. 27. Nov. 1864 in St. Petersburg, 1899 Erster Offizier auf dem Kreuzer »Geier«, 1903 Korvettenkapitän, 1905 Erster Admiralstabsoffizier beim 1. Geschwader, 1907 Fregattenkapitän, 1909 Kapitän zur See, wurde Aug. 1911 Gouverneur von Kiautschou, das er 1914 gegen die Japaner verteidigte. M. fiel Nov. 1914 in japanische Gefangenschaft.

Weddigen, Otto, deutscher Seemann, geb. 15. Sept. 1882 in Herford (Westf.), seit 1901 in der Marine, 1912 Kapitänleutnant, versenkte mit »U 9« am 22. Sept. 1914 die englischen Panzerkreuzer »Hogue«, »Cressy«, »Aboukir«, später zahlreiche Handelsdampfer mit »U 29«, auf dem er Ende März 1915 in der Irischen See den Tod fand.

Immelmann, Max, sächs. Fliegeroffizier, geb. 21. Sept. 1890 in Dresden, seit 1911 im Heer, besuchte 1911—12 die Kriegsschule zu Anklam, studierte bis 1914 Maschinenbau, ging April 1915 ins Feld, wurde 1916 Oberleutnant und schoß Aug. 1915 bis Juni 1916: 18 Flugzeuge ab. I. starb 18. Juni 1916, vom Gegner unbesiegt, im Luftkampf an der Westfront.

Müller, Karl von, deutscher Marineoffizier, geb. 16. Juni 1873 zu Blankenburg a. H., 1908 Korvettenkapitän, 1914 Fregattenkapitän, befehligte seit 1913 den Kleinen Kreuzer »Emden« und geriet nach bedeutender Schädigung des feindlichen Handels im Indischen Ozean bei Untergang der »Emden« 9. Nov. 1914 in australisch-englische Gefangenschaft.

XI. Österreichisch-ungar. Heerführer.

Arz von Straußenburg, Artur, österr.-ungar. General, geb. 1857 in Hermannstadt, 1902 Oberst, 1906—08 im Kriegsministerium, 1912 Feldmarschallleutnant, 1913 Sektionschef im Kriegsministerium, wurde Okt. 1914 Führer des 6. Armeekorps, 1915 Gen. d. Inf., nahm an der Mai-Offensive 1915 und der Eroberung von Brest Litowsk teil und wurde 1917 Generaloberst und Generalstabschef der Armee.

Kövefs von Kövefsháza, Hermann, österr.-ungar. General, geb. 30. April 1854 in Temesvár, 1896 Oberst, 1902 Generalmajor, 1907 Feldmarschalleutnant und Kommandeur der 8. Infanterietruppendivision, 1911 Gen. d. Inf. und komm. General des 12. Armeekorps, 1916 Generaloberst, 1917 Generalfeldmarschall, eroberte 5. Aug. 1915 Iwangorod, befehligte den westlichen Flügel der Heeresgruppe Mackensen in Serbien, später die Angriffsgruppe gegen Montenegro u. verteidigte die siebenbürgische Ostfront gegen die Rumänen.

Böhm-Ermolli, Eduard von, österr.-ungar. Heerführer, geb. 21. Febr. 1856 in Ancona, 1897 Oberst, 1903 Generalmajor, 1907 Feldmarschalleutnant und Kommandeur der 12. Infanterietruppendivision, 1911 komm. General des 1. Armeekorps, 1916 Generaloberst, übernahm Aug. 1914 die Führung der 2. Armee, eroberte 22. Juni 1915 Lemberg zurück, nahm 8. Sept. 1915 Dubno und leitete hierauf die Kämpfe in Nordostgalizien.

Boroević von Bojna, Svetozar, österr.-ungar. Generaloberst, geb. 13. Dez. 1856 zu Umetić, 1897 Oberst, 1904 Generalmajor, 1908 Feldmarschalleutnant, 1913 Gen. d. Inf. und Führer des 6. Armeekorps, Sept. 1914 Befehlshaber der 3. Armee, entsetzte die Festung Przemysl (10. Okt. 1914), verteidigte bis Mai 1915 die westlichen Karpathenpässe und später die österr.-ungarische Isonzofront gegen die Italiener.

Pflanzer-Baltin, Karl, Freiherr von, österr.-ungar. Heerführer, geb. 1. Juni 1855 in Pécs (Fünfkirchen), 1897 Generalstabschef des 11. Armeekorps, 1907 Feldmarschalleutnant, 1911 Generalinspekteur der Korps-Offiziersschulen, Aug. 1914 Gen. d. Kav., verteidigte die Bukowina gegen die Russen. P. trat 1916 in den Ruhestand.

Puhallo von Brlog, Paul, österr.-ungar. General, geb. 26. Febr. 1856 in Brlog, 1905 Generalmajor, 1909 Feldmarschalleutnant und Kommandeur der 46. Infanterietruppendivision, 1913 komm. General des 5. Armeekorps, 1915 Führer der 3. Armee, drang gegen Wolhynien vor und eroberte Luzk.

XII. Türkische Staatsmänner und Heerführer.

Enver Pascha, türk. General und Staatsmann, geb. 1872 in Konstantinopel, schloß sich 1908 der revolutionären Bewegung an, wurde 1909 türk. Militärattaché in Berlin, leitete 1911 den Volkskrieg in Tripolis gegen die Italiener, war im 1. Balkankrieg Generalstabschef des 10. Armeekorps und eroberte 1913 Adrianopel. Seit 1914 Kriegsminister, wurde E. Okt. 1914 Vizegeneralissimus des Heeres und der Flotte.

Saïd Halim Pascha, Prinz, türk. Staatsmann, ein Vetter des Khediven von Ägypten, geb. 1859 in Kairo, bildete nach der Ermordung des Großwesirs Machmud Schefket Juni 1913 ein jungtürkisches Kabinett, förderte die deutsch-türkischen Beziehungen und setzte sich für den Anschluß der Türkei an die Zentralmächte im Kriege ein. S. trat Februar 1917 zurück.

Liman von Sanders, Otto, preuß. General, geb. 18. Febr. 1855 in Stolp (Pomm.), 1904 Oberst, 1911 Generalleutnant und Komm. der 22. Division, 1913 Leiter einer Reformmission im türk. Heere, dann Kommandeur des 1. türk. Armeekorps, 1914 preuß. Gen. d. Kav., wurde Nov. 1914 Führer der Kaukasus-Armee und verteidigte seit März 1915 die Dardanellen.

Dschemal Pascha, Achmed, türk. Staatsmann und Heerführer, geb. 1873 in Konstantinopel, 1913 Minister der öffentlichen Arbeiten, bald darauf der Marine, leitete als Oberbefehlshaber der 4. türkischen Armee, die von Damaskus nach dem Sueskanal vorging, die Kämpfe auf der Sinaihalbinsel. D. ist seit 1915 auch Statthalter von Syrien.

Talaat Pascha, Mehmed, türk. Staatsmann und hervorragender Führer der jungtürkischen Bewegung, geb. Aug. 1874 in Adrianopel, 1908 Vizepräsident des Parlaments, führte eine moderne Verwaltung ein. 1909—11 und seit 1913 Minister des Innern, wurde 7. Febr. 1917 Großwesir.

Goltz, Colmar, Freih. von der, preuß. General, geb. 12. Aug. 1843 in Bielkenfeld, 1878—83 im Generalstab, dann Leiter des türk. Militärbildungswesens, 1896 Generalleutnant, 1898 Generalinspekteur des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen, 1900 Gen. d. Inf., 1902 Komm. des 1. Armeekorps, 1908 Generaloberst, führte 1909—10 die türk. Heeresreform durch. Seit 1911 Generalfeldmarschall, wurde G. Aug. 1914 Generalgouverneur von Belgien, April 1915 Führer der 1. türkischen Armee in Mesopotamien, in deren Hauptquartier er 19. April 1916 starb.

XIII. Bulgarische Staatsmänner und Heerführer.

Schekoff, Nikolaus, bulgar. General, geb. 25. Dez. 1864, Leiter der Offiziersschule in Sofia, im 1. Balkankrieg Generalstabschef der 2. Armee, später Divisionskommandeur, wurde Aug. 1915 Kriegsminister, Okt. 1915 Oberbefehlshaber der bulgar. Feldarmee.

Radoslawoff, Wassil, bulgar. Staatsmann, geb. in Lowatsch, 1884—86 Justizminister, dann Ministerpräsident, wurde nach dem Sturz Stambuloffs 1894 Justizminister, war 1899—1900 Minister des Innern und wurde 1913 Ministerpräsident.

Bojadschijeff, bulgar. General, im Balkankrieg Kommandeur der 4. Division, 1913 Kriegsminister, 1914 Armeeinspekteur in Rustschuk, eroberte 1915 als Führer der 1. Armee den nordöstlichen Teil Serbiens.

Schostoff, Konstantin, bulgar. General, war nach seiner Ausbildung im Wiener Generalstab tätig, dann Militärattaché in Wien und Paris, wurde 1912 Generalstabschef der 3. Armee, 1913 Brigadekommandeur, 1915 Führer der 7. Division und 1916 Chef des bulgarischen Generalstabes. S. starb 1. Sept. 1916.

Neidenoff, Kalin, bulgar. General, geb. 25. Aug. 1863 in Schiroka-Laka, 1895 Chef des Arsenals in Sofia, 1906 Oberst, war im Balkankrieg stellvertretender Chef der Artillerie beim Hauptquartier, wurde 1913 Inspektor der Artillerie, 1917 Generalleutnant und ist seit 1915 Kriegsminister.

Todoroff, bulgar. General, geb. 1858, führte im 1. Balkankrieg die 7. Division, wurde 1913 Generalinspektor, kämpfte 1915 als Führer der 2. bulgarischen Armee gegen die Sarrail-Armee und besetzte den Nordostzipfel Griechenlands mit Kawalla.

Entente.

XIV. Die Staatsoberhäupter.

Poincaré (spr. pŭängkarē), Raymond, Präsident der franz. Republik, geb. 20. Aug. 1860 in Bar-le-Duc (Lothr.), Advokat, 1887 Deputierter, 1894—95 Unterrichtsminister, 1903 Senator, 1906 Finanzminister, wurde 1912 für die Periode 1913—20 zum Präsidenten gewählt.

Georg V., Friedrich, König von Großbritannien und Irland, 2. Sohn König Eduards VII., aus dem Hause Koburg, geb. 3. Juni 1865 in Marlborough-House, wurde 1892 infolge des Todes seines Bruders Albert Viktor Thronerbe, 1901 Prinz von Wales, 6. Mai 1910 König und ließ sich 12. Dez. 1911 in Delhi zum Kaiser von Indien krönen. G. ist seit 6. Juli 1893 mit Prinzessin Viktoria Mary von Teck vermählt; Thronfolger ist Eduard, Prinz von Wales (geb. 23. Juni 1894). August 1917 nahm er für seine Familie den Namen Windsor an.

Viktor Emanuel III., König von Italien, geb. 11. Mai 1869 in Neapel, einziger Sohn König Humberts, bestieg 29. Juli 1900 den Thron. Aus seiner Ehe mit Prinzessin Helene von Montenegro stammen zwei Töchter und Kronprinz Humbert (geb. 15. Nov. 1904). Am 25. Mai 1915 übernahm V. den Oberbefehl über Heer und Flotte und übergab die Regentschaft seinem Oheim Herzog Thomas von Genua.

Nikolaus II., Alexandrowitsch, Zar von Rußland, geb. 18. Mai 1868 in Petersburg, ältester Sohn Alexanders III., übernahm 1. Nov. 1894 die Regierung, schloß ein Bündnis mit Frankreich und veranlaßte 1898 die Haager Friedenskonferenz. Am 12. März 1917 verfügte die revolutionäre Regierung seine Entthronung und setzte ihn nach seiner Abdankung (15. März) gefangen.

XV. Englische Staatsmänner, Heerführer und Admirale.

Asquith (spr. ässkwith), Herbert Henry, engl. Staatsmann, geb. 12. Sept. 1852 in Morley, Rechtsanwalt, 1892—95 Minister des Innern, 1905 Schatzkanzler, 1908 Premierminister, 1914 Kriegsminister, war Mai 1915 bis Dez. 1916 Ministerpräsident.

Grey (spr. grē), Lord Edward, engl. Staatsmann, geb. 25. April 1862 in Oxford, 1892—95 Unterstaatssekretär des Auswärtigen, war 1905—16 Minister des Auswärtigen. G. setzte die deutschfeindliche Politik Eduards VII. fort.

French (spr. fräntsch), Sir John Pinkstone Denton, Viscount of Ypern, engl. General, geb. 28. Sept. 1852 in Ripple Vale (Kent), 1891 Oberst, 1899 Generalmajor, 1902 kommandierender General des 1. Armeekorps, 1907 Generalinspekteur der britischen Armee, war bis Dezember 1915 Oberbefehlshaber der englischen Truppen in Frankreich.

Kitchener (spr. kittsch-), Horatio Herbert, Viscount of Khartum, engl. General, geb. 24. Juni 1850 in Leicestershire, 1892 Oberbefehlshaber der ägyptischen Truppen, 1899 Generalgouverneur des Sudans, 1902—05 kommandierender General in Indien, 1909 Feldmarschall, übernahm bei Ausbruch des Krieges, seit Aug. 1914 Kriegsminister, die Rekrutierung des britischen Heeres. K. starb 5. Juni 1916 infolge Schiffsunfalls bei den Orkney-Inseln.

Beatty (spr. biti), David, engl. Seemann, geb. 1871, 1900 Kapitän zur See, 1910 Konteradmiral, 1912 Kommandeur des 1. Kreuzergeschwaders, unternahm Aug. 1914 den ersten Vorstoß gegen die Deutsche Bucht, führte in der Schlacht vor dem Skagerrak die Aufklärungsschiffe und wurde Nov. 1916 Oberbefehlshaber der englischen Schlachtflotte.

Jellicoe (spr. dschelliko), Sir John Rushworth, brit. Admiral, geb. 5. Dez. 1859, 1900 Befehlshaber der engl. Flotte in China, 1905 Leiter der Marineartillerie, 1907 Konteradmiral, 1910 Kommandeur der atlantischen Flotte, 1912 zweiter Seelord der Admiralität, wurde Aug. 1914 Oberbefehlshaber der engl. Seestreitkräfte, 1915 Admiral, führte in der Schlacht vor dem Skagerrak die engl. Hauptkräfte und wurde Nov. 1916 erster Seelord der Admiralität.

XVI. Russische Staatsmänner und Heerführer.

Ssasonow, Sergei Dimitrijewitsch, russ. Staatsmann, geb. 29. Juli 1860, 1906 Ministerresident am Vatikan, 1909 erster Gehilfe des Ministers Iswolskij, 1910—16 Minister des Äußern, vertrat eine deutschfeindliche, panslawistische Politik.

Ssuchomlinow, Wladimir Alexandrowitsch, russ. Staatsmann, geb. 1848, 1899 Generalstabschef des Militärbezirks Kiew, später Generalgouverneur von Kiew, 1909 Kriegsminister, Hauptorganisator des russischen Heeres, wurde Juni 1915 abgesetzt.

Goremykin, Iwan Longinowitsch, russ. Staatsmann, geb. 1840, 1891 Adjunkt des Justizministers, 1896 Minister des Innern, wurde 1899 abgesetzt, 1906 Ministerpräsident, betätigte sich dann im Reichsrat, wurde 1914 zum zweitenmal Ministerpräsident und trat 1916 zurück.

Iswolskij, Alexander Petrowitsch von, geb. 18. März 1856 in Moskau, 1894 Ministerresident am Vatikan, 1897 Gesandter in München, 1903 in Kopenhagen, 1906 Minister des Auswärtigen, schloß mit China, Japan und England Verträge und trieb, seit 1910 Botschafter in Paris, gegen Deutschland und besonders gegen Österreich-Ungarn gerichtete Politik.

Nikolaus Nikolajewitsch, Großfürst von Rußland, geb. 18. Nov. 1856, 1890 Kommandeur der 2. Garde-Kavalleriedivision, 1895 Generalinspekteur der Kavallerie, 1905 Oberkommandierender des Petersburger Militärbezirks, wurde Aug. 1914 Oberbefehlshaber der gesamten russischen Streitkräfte, Sept. 1915 Vizekönig des Kaukasus und Armeeführer gegen die Türkei.

Rennenkampf, Paul von, russ. General, geb. 17. April 1854, 1895 Oberst, nahm als Gen. d. Kav. am russ.-japan. Krieg teil, wurde komm. General des 3. Armeekorps, 1913 Oberbefehlshaber des Wilnaer Militärbezirks und unternahm als Führer der Wilna-Armee Aug. 1914 den Vorstoß gegen Königsberg. Nach der Niederlage an den Masurischen Seen abgesetzt, wurde R. 1915 Gouverneur von Petersburg.

XVII. Französische Staatsmänner und Heerführer.

Viviani, René, französischer sozialistischer Staatsmann, geb. 1863 in Sidi bel Abbès (Algerien), 1906—1910 Arbeitsminister, Juni 1914 Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, trat nach dem Zusammenbruch der franz. Herbstoffensive Okt. 1915 zurück.

Briand (spr. briāng), Aristide, franz. Staatsmann, geb. 28. März 1862 in Nantes, Advokat, 1905 Kultusminister, 1908 daneben Justizminister, führte die Trennung von Staat und Kirche durch. 1909—11 Ministerpräsident, 1912 Justizminister, übernahm B. als Nachfolger Vivianis Okt. 1915 wiederum die Leitung des Ministeriums, die er bis März 1917 innehatte.

Joffre (spr. schoffr), Joseph Jacques Césaire, franz. General, geb. 4. Jan. 1852 in Rivesaltes, 1902 Brigadegeneral, 1905 Divisionskommandeur, 1908 Kommandeur des 2. Armeekorps, 1911 Chef des franz. Generalstabes, war Dez. 1914 bis Dez. 1916 Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte.

Delcassé, Théophile, franz. Staatsmann, geb. 1. März 1852 in Paris, 1894 Kolonialminister, 1898 bis 1905 Minister des Äußern, 1911 Marineminister, 1913 franz. Botschafter in Petersburg, war Aug. 1914 bis Okt. 1915 Minister des Äußern.

Foch (spr. fock), franz. General, geb. 1851 in Metz, nach technischer Ausbildung Direktor der höheren Kriegsschule, Aug. 1914 komm. General des 20. Armeekorps, war in der Marneschlacht Führer der 3. Armee, später Oberbefehlshaber der franz. Nordostfront.

Nivelle (spr. niwäl'), franz. General, nahm 1900 am chines. Boxerfeldzug teil, wurde Aug. 1914 Oberst, Okt. 1914 Brigadegeneral, 1915 Generalleutnant und Kommandeur der 5. Infanteriedivision, 1916 komm. General des 3. Armeekorps. N. verteidigte erfolgreich Verdun, wurde Dez. 1916 Oberbefehlshaber der franz. Ostfront, April 1917 aber durch Pétain ersetzt.

und wenn sie kämpfen müssen, sind sie meist die Geschlagenen. Aber wie ihnen starke Talente fremd sind, sind ihnen auch starke Leidenschaften und Fehler fremd. Mittelmäßigkeiten, mehr chronologische Zeichen als historische Persönlichkeiten, hat man sie genannt. Die politische und nationale Machtentfaltung des Moskauer Fürstentums ist also nicht so sehr das Werk seiner Fürsten, ihrer Schöpferkraft und ihrer Talente als der Gunst der Verhältnisse und eines unbewußten Strebens des großrussischen Stammes, seine geographische und politische Einigung zu erringen, da ihm die Schrecknisse der Tatarenherrschaft die Nachteile seiner inneren Zerrissenheit und Zersplitterung am eigenen Leibe zu bitter zu Gemüte geführt hatten.

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts ging das territoriale Anwachsen des Moskauer Großfürstentums im beschleunigten Tempo vor sich. Iwan III., der 1472 in zweiter Ehe die Paläologentochter Sophia aus ärmlichen Verhältnissen heimgeführt, und sein ältester Sohn aus dieser Ehe, Wasilij, vergrößern ihr Herrschaftsgebiet von 15000 auf 40000 Quadratmeilen. Groß-Nowgorod, die alte Städterepublik im Norden mit ihrem ungeheuren Kolonialbesitz bis an die Ufer des Weißen Meeres und bis an den Ural, ihre Tochterstadt Pskow, das Großfürstentum Twer, das Fürstentum Rjäsan wurden neben anderen russischen Fürstentümern durch Gewalt, List oder Kauf dem moskauischen Reiche einverleibt. Auch dem mächtigen slawischen Rivalen im Westen, Polen-Litauen, wurde 1514 das Fürstentum Smolensk mehr durch Verrat als durch Waffengewalt entrissen. Der moskauische Großfürst fühlte sich bereits stark genug, die ehemals zum Kiewer Großfürstentum gehörigen westrussischen Fürstentümer, die während der Mongolenherrschaft von Litauen einverleibt worden waren, auf Grund keiner anderen Rechte als der nationalen und kirchlichen Gleichheit und ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum Kiewschen Reiche von Polen-Litauen zurückzufordern. Der Existenzkampf zwischen Polen und Moskau hat seine Geburtsstunde in jenen Tagen der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert. Der Moskauer Großfürst, der 1480 mehr durch die Gunst äußerer Umstände wie der innerlich im Verfall begriffenen und daher geschwächten Goldenen Horde als durch tapfere Entschlossenheit das unwürdige Joch abgeschüttelt hatte, wendet nun seinen Blick nach Westen. Iwan III. ist der erste der Moskauer Großfürsten, der es wagt, Westeuropa gegenüber den anmaßenden Titel eines »Herrn von ganz Rußland« zu gebrauchen. Litauen selbst ist es, das 1494 in einem Vertrage mit ihm diesen Titel, der doch die Losreißung der weißrussischen und kleinrussischen Gebiete des litauischen Reiches zum Progamme erhob, anerkennen muß. Dem livländischen Landmeister gegenüber aber nennt sich Iwan III. sogar schon »Zar von ganz Rußland«. Seinem Nachfolger Wasilij gelingt es, 1514 in einen Vertrag mit Kaiser Maximilian I. den Titel »Kaysser und Herrscher aller Reußen« einzuschmuggeln, mochte der Kaiser auch nicht im entferntesten gesonnen sein, ihm diese Gleichstellung zu gewähren und offen den Vorbehalt aussprechen, daß er diese Vertragsurkunde, weil sie »wider kayserlich Mayestat und des heiligen reiches stil und gewissen« später gegen eine ähnliche austauschen könne. Wasilij dachte nicht daran, diese mit der Goldenen Bulle versehene Fassung des Vertrages gegen die andere, in der die häufige und aufdringliche Titulatur »Kayser« vermieden wurde, einzutauschen. Und so kam es, daß Peter der Große diesen im Moskauer Archiv immer sorgsam bewahrten Vertrag 1718 als Beweisstück für die Berechtigung zur Führung des Kaisertitels abdrucken lassen konnte. In begreiflicher Furcht vor dem Chan der Krim und dem Sultan vermied man es natürlich in Moskau, diesen gegenüber jenen stolzen Titel zu gebrauchen, und Kotoschichin, ein um die Mitte des 17. Jahrhunderts aus Rußland entflohener Beamter des »Gesandtschaftsamtes«, berichtet, wie man noch zu seiner Zeit diesen Machthabern gegenüber es ängstlich unterließ, den Titel anzuwenden, den man Westeuropa gegenüber zu führen sich nicht scheute.

Iwans III. Enkel, Iwan IV., war dann darauf bedacht, dem Titel eines »Zaren« durch die Bestätigung der griechischen Kirchenfürsten mit dem ökumenischen Patriarchen an der Spitze auch die kirchliche Weihe zu geben. Diese letzteren waren schon mit Rücksicht auf die reichen Zuwendungen der Moskauer Großfürsten gern bereit, Iwan IV. zu Willen zu sein; sogar die in Moskau erfundene Zusendung einer Zarenkrone durch den griechischen Kaiser Konstantin Monomach an den Sohn seiner Tochter, an Wladimir Monomach, fand in dem Anerkennungsschreiben des griechischen Patriarchen Aufnahme, mochte auch der byzantinische Kaiser mehr als 50 Jahre früher gestorben sein, bevor sein Enkel den großfürstlichen Thron von Kiew bestieg. Für Westeuropa erfand oder ließ der ebenso schlaue als grausame Zar noch eine besondere Genealogie der Moskauer Großfürsten erfinden, derzufolge diese von niemand Geringerem als dem ersten römischen Imperator Augustus herstammten. Augustus habe bei der Teilung des Reiches seinen Bruder »Pruß« an den Ufern der Weichsel und des Njemen eingesetzt, und das »vierzehnte Glied seiner Nachkommenschaft sei Rjurik gewesen«. Wie man sieht, hat man in Moskau durch sehr simple Mittel seinen Machtansprüchen in jener Zeit die entsprechende historische Grundlage zu geben verstanden. Iwan III. und sein Enkel Iwan IV. waren es auch, der eine manchmal, der andere immer, die den Titel eines »Selbstherrschers« annahmen, einen Titel, der bekanntlich auch in den neuen Staatsgrundgesetzen von 1906 trotz der »Konstitution« sich behauptet hat. Kljutschewski hat allerdings mit Recht bemerkt, daß dieser Titel ursprünglich — und dies gilt namentlich von Iwan III. — nur die Bedeutung der Unabhängigkeit von außen, also vor allem von der Goldenen Horde, bedeutet hat.

Den Ansprüchen der Moskauer Großfürsten Iwans III. und Wasilijs auf die Eroberung weiß- und kleinrussischer Gebiete von Polen-Litauen stand zwar nicht ihre eigene hohe Meinung von ihrer Würde und ihren historischen Rechten, wohl aber die militärische Inferiorität der moskauischen Heere gegenüber den polnisch-litauischen im Wege. Ihr Sohn und Enkel Iwan IV., der »furchtbare Zar«, wie ihn sein eigenes Volk benannt hat, wandte nach erlangter Volljährigkeit zuerst seine Blicke nach dem Osten. Der schon unter seinen Vorgängern oft unternommene Versuch, den Mittel- und Unterlauf der Wolga und den Zugang zum Kaspischen Meere in moskauische Hände zu bekommen, gelang ihm in den Jahren 1552 bis 1556. Die auf den Trümmern der einst so gefürchteten Goldenen Horde entstandenen Tatarenreiche Kasan und Astrachan wurden besiegt und einverleibt. Keine natürliche Grenze gebot in der weiten Ebene dem am Oberlauf der Wolga und der Oka wohnenden großrussischen Stamme in seinem Drängen stromabwärts Halt. Bis zur Mündung der Wolga gab es kein

Hemmung; das erste große Hindernis war das Kaspische Meer. Und der großrussische Volksstamm, der sich selbst durch Aufsaugung der einheimischen finnischen Urbevölkerung im Wolga-Okabecken und darüber hinaus durch die Kiewer und Nowgoroder Kolonisation gebildet hatte, hat diesen Sieg über die Tatarenreiche im Laufe der Jahrhunderte auch auszunutzen und seine Herrschaft auf eine sichere Grundlage zu stellen verstanden. Nach D. Mendelejew, der die Ergebnisse der Volkszählung von 1897 verarbeitete, die übrigens die einzige genaue Nationalitätenzählung in Rußland war, gab es im Jahre 1897 in den auf dem Boden der ehemaligen Zarate Kasan und Astrachan heute bestehenden Gouvernements Kasan, Wjatka, Perm, Ufa, Orenburg, Saratow, Samara, Simbirsk und Astrachan neben 5800000 Abkömmlingen finnischer, tatarischer und mongolischer Rasse bereits 13000000 Großrussen. Die Nachkommen der ehemals herrschenden Rassen waren also im Laufe der Jahrhunderte in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt worden. Noch günstiger stellte sich das Verhältnis für die Großrussen als der herrschenden Nationalität im russischen Reiche, wenn man die Statistik der religiösen Bekenntnisse in diesen Gouvernements heranzieht: auf 15600000 Orthodoxe kamen nämlich 3300000 Bekenner des Islams und Heiden. Da die 406000 Deutschen, namentlich seit der barbarischen Verfolgung auch der loyalsten deutschen Untertanen Rußlands durch die russische Regierung und die Majorität der russischen Gesetzgebungskörper, kaum ins Gewicht fallen, ja überhaupt verschwinden dürften, die 450000 Kleinrussen von 1897 sich auch schwerlich der Aufsaugung durch die großrussische Umgebung entziehen werden, kann man ruhig sagen, daß die ehemaligen tatarischen Reiche Kasan und Astrachan heute großrussisches und orthodoxes Gebiet darstellen. Durch die Eroberung dieser Reiche wurde aber auch die weitere Ausbreitung des großrussischen Stammes und der moskauischen Herrschaft nach Asien hin angebahnt. Der Ural war für die wanderlustige großrussische Bevölkerung kein genügendes Hindernis, wenn er nicht von seinen Anrainern verteidigt wurde. Reiche großrussische Kaufleute, die Stroganows, waren hier die ersten Bahnbrecher, der Donkosak Jermak Timofejewitsch der Vollender. Von 1571 bis 1582 hat er ganz Westsibirien mit einem Häuflein Waffengenossen erobert und dem Zaren Iwan IV. als »Zartum Sibirien« zu Füßen gelegt. So wurde Westsibirien noch im 16. Jahrhundert dem moskauischen Reiche einverleibt. Auch dieser Teil des großrussischen Reiches wurde im Laufe der Jahrhunderte zu einem fast rein großrussischen und orthodoxen Siedlungsgebiete. Nach der Zählung von 1897 wohnten dort neben 3400000 Großrussen nur 60000 Abkömmlinge finnischer und 252000 turkotatarischer und mongolischer Stämme, neben 3740000 Orthodoxen (darunter wohl auch die 160000 Kleinrussen) nur 159000 Bekenner des Islams und Heiden. Mit der Erreichung der Nordküste des Kaspischen Meeres war auch eng die Ausbreitung des moskauischen Reiches an der Westküste desselben und im Kaukasus verknüpft. Die erste Etappe auf diesem Wege war die Erreichung des Flusses Terek, an dessen Mündung ins Kaspische Meer 1588 die Stadt Terek begründet wurde, der Hauptort der hier zur Verteidigung des moskauischen Reiches im äußersten Süden sich bildenden Terek-Kosaken.

Nach diesen Erfolgen im Osten ging Iwan IV. daran, seinem Reiche auch den Zugang zum Baltischen Meere zu erkämpfen. Wie im Osten gab es auch hier kaum ein geographisches Hindernis. Wie das Quellgebiet der Wolga, lag auch das Quellgebiet der westlichen Dwina und das Quellgebiet des Wolchow im moskauischen Reiche. Auch hier galt es, nur dem Flusse entlang zu rücken, um zum Rigaischen und zum Finnischen Meerbusen zu kommen. Da der Zugang zum letzteren aber vom mächtigen Schweden beschützt und verteidigt wurde, so wandte sich der russische Zar gegen den an Menschen und Hilfsquellen schwachen livländischen Zweig des Deutschen Ordens, um ihm Livland zu entreißen. Enge Handels- und Kulturbeziehungen hatten das »Große Nowgorod« mit dem deutschen Livland verbunden. Auch in moskauischer Zeit gingen russisches Getreide, Talg und Holz die Dwina hinunter nach Riga, die Dwina aufwärts aber Salz, Tuch, Wein, Seide, Edelmetalle, Eisen, Kupfer und Waffen für die moskauischen Bedürfnisse. Wenn dabei die Nachbarn streng darauf sahen, daß nicht zuviel von den technischen Errungenschaften der Kriegskunst ins moskauische Reich durchgelassen werde, um nicht an der besseren Rüstung dieses unruhigen und gefährlichen Nachbarn mitzuarbeiten, ist dies begreiflich. Nicht nach der westeuropäischen Zivilisation und ihrem geistigen Inhalte trug man aber in Moskau Verlangen, sondern nur nach ihren materiellen Errungenschaften auf dem Gebiete der Kriegführung, höchstens noch nach Mitteln zur Hebung der Metallschätze des Reiches. So stürzte sich also Iwan IV. 1558 auf das schwache Livland. Die Kriegführung Iwans haben selbst russische Kriegshistoriker, wie Fürst Golicyn, als eine »asiatisch-tatarische, barbarische, reine Verwüstung, bar selbst der Erwägungen und Handlungsweise eines Dschengis-Chan und Tamerlan«, bezeichnet. »Livland zu verwüsten und auszurauben, seine Ansiedlungen und Bewohner zu vernichten, um den Orden zur Unterwerfung zu nötigen, konnte für einen asiatischen Eroberer passen, sollte aber dem Herrscher eines Landes fremd sein, das schon hundert Jahre das Tatarenjoch abgeschüttelt hatte und Annäherung und Beziehungen zu Westeuropa suchte. Eine solche Art der Kriegführung widersprach offen sowohl diesem Ziele als auch einem anderen, aber Hauptziele, der Eroberung Livlands zum Zwecke seiner Vereinigung mit Rußland, als dessen alter Besitz sowohl Iwan wie sein Vater, Großvater und Ahnen es ansahen.« Iwan IV. erreichte zwar die Vernichtung der livländischen Freiheit, die Auflösung des Ordensstaates und seine Aufteilung unter Polen-Litauen, Schweden und Dänemark, aber er konnte nichts davon für sein Reich behaupten. Im Gegenteile in dem Kriege, der Livlands wegen mit Polen und mit Schweden entbrannte, wurde das moskauische Reich auf anderthalb Jahrhundert vom Baltischen Meere abgedrängt. Unter den wuchtigen Schlägen des Polenkönigs Stephan Báthory brach die militärische Macht des moskauischen Zaren zusammen, und aus dem Angreifer wurde der Angegriffene. Innere Wirren nach dem Aussterben der Dynastie aus dem Stamme Kalitas trugen das ihrige dazu bei, daß nicht nur Schweden das moskauische Reich von Norden her bedrohte und ihm Nowgorod und Pskow zu entreißen suchte, sondern daß sogar die Polen unter der Führung Sigismunds III. aus dem Hause Wasa sich anschickten, das ganze Reich zu erobern. Auf dem Moskauer Kreml aber, als der bezeichnendste Ausdruck der neuen Lage, saß eine polnische Besatzung. Eine auf die breiten Volksmassen sich stützende nationale Bewegung, an

deren Spitze Bojaren, wie Fürst Skopin-Schujskij, Dienstadlige, wie Fürst Poscharskij, Männer aus dem Volke, wie der Fleischer Minin, und Vertreter des geistlichen Standes, wie der Mönch Awramij Palicyn, standen, haben allerdings das Ärgste, den Zerfall des Reiches, abgewendet. Sie vertrieb die Polen vom Kreml, sie gab dem im Parteienkampfe sich zerfleischenden Lande eine neue Dynastie und damit ein einigendes Band. Aber die Feinde waren zu zahlreich und zu mächtig, als daß das moskauische Reich, in dem materiellen Wohlstand seiner Bewohner schwer getroffen, nicht eine starke Einbuße an seinem Gebiete erleiden mußte. Die Fürstentümer Smolensk, Tschernigow und Sewersk fielen an Polen, Ingermanland und Karelien an Schweden. Der Weg nach Europa war verrammelt, und den Polen stand der Weg in das Herz des Reiches, Moskau, offen. Aber eines blieb und verdient festgehalten zu werden: der feste Wille des großrussischen Stammes, sein Gebiet vom Feinde zu säubern. Die inneren Verhältnisse in Polen aber waren nicht danach angetan, das einmal Gewonnene festzuhalten. So kam früher, als man es hätte erwarten können, eine rückläufige Bewegung.

Schon der zweite Zar aus dem Hause Romanow, Alexej, machte sich die wachsende Anarchie in Polen und dessen Bedrängnis durch Schweden und Türken zunutze, um im Frieden von Andrussow (1667) die Dnjeprgrenze mit Kiew von Polen zu erzwingen. Mochte auch noch nicht die ganze »Ukraine« oder, wie man es in Moskau nannte, Klein-Rußland, sondern nur ein sehr kleiner Teil zu Rußland kommen, diese Gebiete waren durch die Unterwerfung des Kosakenhetmans Bogdán Chmelnizkij für Polen verloren. Der soziale und religiöse Antagonismus zwischen Polen und Kosaken arbeitete für Moskau, wenn auch die letzteren durch ihren Anschluß an Moskau »aus dem Regen in die Traufe« gerieten. Das Jahr 1667 ist ein Wendepunkt im Verhältnisse Polens zu Moskau. Im Kampfe der beiden Rivalen senkte sich die Wage zugunsten des Moskowiters. Polen als Gegner war endgültig erledigt; die Frage stand jetzt nur noch so, wann und in welchem Umfange das Polenreich auch formell unter die Botmäßigkeit der verhaßten und verachteten »Moskalen« kommen werde. Weniger glücklich waren die Versuche des Zaren Alexej, sich auch den Zugang zum Baltischen Meere zu erkämpfen. Hier blieb die Lösung der Aufgabe seinem großen Sohne Peter vorbehalten.

Mit **Peter dem Großen** beginnt die Zeit der mächtigen Expansion des russischen Reiches, das sich im Laufe von zwei Jahrhunderten über einen mächtigen Teil Europas und Asiens auszudehnen verstanden hat. Von 35 Regierungsjahren Peters des Großen hat er nur ein einziges, das Jahr 1724, im Frieden zugebracht. Unter allen 34 übrigen aber kann man nur 13 Friedensmonate zusammenbringen (Kljutschewski). Peter hatte auch gegenüber seinen Vorgängern und Vorfahren den Vorteil voraus, daß er seine Kriege stets mit Bundesgenossen, daß er Koalitionskriege führen konnte. Peter hat Schweden die Küste an der Südostseite des Baltischen Meeres entrissen und damit das »Fenster«, die Verbindung mit Westeuropa geschaffen. Die Eroberung der Küsten des Schwarzen Meeres hat er durch die Eroberung Asows vorgezeichnet, wenn auch freilich dieses Ausfallstor durch den unglücklichen Pruther Frieden (1711) wieder verlorenging. Erst **Katharina II.** gelang es, an der Nordküste des Schwarzen Meeres festen Fuß zu fassen und diese bis zum Dnjestr in russischen Besitz zu bringen. Durch die drei Teilungen Polens hat sie auch den überwiegenden Teil des polnischen Reiches Rußland einverleibt, wenn es ihr auch nicht gelang, dasselbe in seiner Gesamtheit ohne Teilung mit den Nachbarn, Österreich und Preußen, in russischen Besitz zu bringen. Vom Regierungsantritt Peters des Großen bis zum Tode Katharinas II. hat sich das russische Reich um nicht weniger als 65000 Quadratmeilen, darunter 16000 Quadratmeilen im europäischen Rußland, vergrößert. Dieser Zuwachs im europäischen Rußland erfolgte auf Kosten der Türkei (4100 Quadratmeilen), Polens (8700 Quadratmeilen) und Schwedens (3600 Quadratmeilen). Nur die Erwerbungen im europäischen Rußland bildeten also ein Gebiet, das größer ist, als Deutschland, Österreich-Ungarn und Frankreich zusammengenommen[1]. Wie General Suchotin bemerkt[2], sind von Peter dem Großen an fast alle russischen Kriege Angriffskriege. Von 1700 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hat Rußland nur zweimal Verteidigungskriege geführt, 1812 und 1854 bis 1856, im ganzen also 3 Jahre. War es im Verlaufe des 18. Jahrhunderts gelungen, die Westgrenze, die 1700 noch 450 Werst von Moskau entfernt war, auf mehr als 1000 Werst zu verschieben, war es gelungen, das Baltische und das Schwarze Meer zu erreichen und dort beherrschenden Fuß zu fassen, so ging im 19. Jahrhundert die Ausdehnung nach Klein-, Mittel- und Ostasien. In zahlreichen Türkenkriegen und zwei Kriegen mit Persien wurde der Kaukasus dem russischen Reiche einverleibt und die Grenze bis an das fruchtbare Aserbeidschan und mitten durch Armenien gezogen. Um dieses Gebiet aber auch ganz zu gewinnen, bedurfte es allerdings 62 Kampfjahre mit seinen Bergvölkern. Erst im Jahre 1864 war dieser Kampf zugunsten Rußlands entschieden, während die heutige russisch-persische Grenze 1828 durch den Frieden von Turkmentschaj, die russisch-türkische vor dem Ausbruche des Weltkrieges durch den Berliner Vertrag festgelegt wurde. Trotz aller Bemühungen bildete aber die russische Bevölkerung nur im nördlichen Kaukasus (Großrussen und Kleinrussen) die Mehrheit, während sie in Transkaukasien vorläufig noch zur Rolle einer unbedeutenden Minderheit (eine Viertelmillion gegen 5 Millionen) verurteilt ist.

Von 1845 bis 1881 erfolgte die Eroberung weiter Gebiete Mittelasiens; Turkestan, Buchara, Chokand, Chiwa wurden dem russischen Reiche einverleibt, die Grenze bis an Nordostpersien, Afghanistan, China vorgeschoben. Nicht weniger als 3100000 Quadratwerst (mit einer Bevölkerung von 7750000 Seelen nach der Zählung von 1897) wurden hier in Mittelasien im Verlaufe einiger Jahrzehnte für Rußland erobert. Dabei hat man zu diesen Eroberungen von 1839 bis 1881 im ganzen nicht mehr als 60000 Mann aufgeboten und davon nur 5000 Tote und 10000 Verwundete zu verzeichnen gehabt. Vollständig kampflos erfolgte die Ausdehnung in Ostasien bis zum Stillen Ozean. Der Amur, die Beringstraße wurden schon unter Peter dem Großen erreicht, die gegenwärtige chinesisch-russische Grenze bis zum Baikalsee schon 1727 festgelegt. Erst 1904/05 hatte Rußland seinen mühelos erworbenen ostasiatischen Besitz gegen Japan zu verteidigen und war genötigt, einen großen Teil der Beute herauszugeben.

---

[1] Nach Kuropatkin, Aufgaben der russ. Armee, II, S. 69.

[2] »Der Krieg in der Geschichte der russischen Welt.«

Erst die nächste Zukunft wird es lehren, ob Rußland imstande sein wird, Ostsibirien jenseits des Baikalsees zu behaupten, oder ob der Weltkrieg Rußland dazu genötigt hat, hier seinen Besitz in zwar noch formell verschleierter Form an Japan abzutreten. Immerhin aber hat der Ausdehnungsdrang Rußlands in den zwei Jahrhunderten seit 1700 glänzende Triumphe gefeiert. Die Bevölkerung Rußlands, die 1724 nur 13 Millionen, 1762: 19, 1796: 29 + 7, 1815: 30½ + 14½, 1851: 39 + 28, 1897: 65 + 64 Millionen zählte, ist nunmehr schon auf 180 Millionen gestiegen. Dabei bedeutet die erste Ziffer die Bevölkerung im Bereiche des alten Petrinischen Rußlands, so daß also 1897: 65 Millionen auf dem Boden des alten Petrinischen, 64 Millionen auf dem Boden der Neuerwerbungen lebten. Nicht mit Unrecht schwelgt Kuropatkin (s. oben) in dem Gedanken, daß Rußland im Laufe des 20. Jahrhunderts eine Bevölkerungsziffer von 400 Millionen erreichen und seine nächsten Nachbarn im Westen, Deutschland und Österreich-Ungarn, durch die Wucht seiner Massen erdrücken werde.

Von welchem Ausdehnungsdrang dieses mächtige Reich beseelt ist, beweist der Umstand, daß im Verlaufe der letzten zwei Jahrhunderte (1700—1900) Rußland nur 71⅔ Friedensjahre kannte. In den übrigen 128⅓ Jahren führte es 33 äußere und zwei innere Kriege, darunter zur Erweiterung seiner Grenzen nicht weniger als 22 Kriege mit 101 Kampfjahren, dagegen nur 4 Defensivkriege mit 4½ Kampfjahren[1]. Dieser Ausdehnungsdrang läßt Rußland auch nicht mit den erreichten Grenzen sich zufriedengeben. In seinem Vortrage vor dem Zaren bezeichnete Kuropatkin folgende Teile der russischen Grenzen für unbefriedigend: die Grenze mit Norwegen, weil sie **Finnland** vom Nordischen Meere trenne und die ganze Küste Norwegen überantworte. Dieser Zustand sei anormal. Weiter die deutsch-russische Grenze (1107 Werst). Im Falle eines siegreichen Krieges mit Deutschland müsse Rußland die Weichselgrenze verlangen und sich Ostpreußen einverleiben. Die Möglichkeit eines Sieges schien Kuropatkin schon 1900 gegeben, da Berlin nur 300, Wien nur 820 Werst von der deutsch- bzw. österreichisch-russischen Grenze entfernt sei, während Petersburg und Moskau 800 und 1100 Werst von der deutsch-russischen, 1850 und 1200 Werst von der österreichisch-russischen entfernt seien. Der Besitz der beiden Weichselufer und der Mündungen der Weichsel und des Njemen erschien Kuropatkin 1900 schon als begehrenswerte Grenze, nicht weil der Ausdehnungsdrang Rußlands dadurch Befriedigung finden würde, sondern weil Rußland dann Deutschland gegenüber eine drohende Stellung einnehmen würde, d. h. weil der Weg für eine weitere Eroberungspolitik offen stände. Diese offenen Worte erleiden durch die Schlußfolgerung, daß es weder für Deutschland noch für Rußland vorteilhaft wäre, einer Abänderung der augenblicklichen Grenzen wegen einen Krieg zu führen, nicht die geringste Abschwächung, handelt es sich doch nicht um die Ursachen eines Krieges, sondern um die Ziele eines solchen. Auch die österreichisch-russische Grenze befriedigte Kuropatkin nicht; doch hielt er die Einverleibung Galiziens, die Verschiebung der Grenze auf die Karpathen, wegen der Revanchegedanken Österreich-Ungarns, für eine Gefahr, für ein zweites Elsaß-Lothringen. Immerhin aber hat er deutlich mit diesem Anspruche die Wünsche weiter russischer Kreise verdolmetscht. Nur mit der türkisch-russischen Grenze in Kleinasien war Kuropatkin zufrieden, nicht weil sie die russischen Besitzungen genügend schützt, sondern weil sie eine vorteilhafte Ausfallstellung zum wichtigsten Punkte Kleinasiens und dem einzigen Hindernisse auf dem Wege nach dem Bosporus, nach Erzerum, darbiete. — Gegenüber Persien, in Mittelasien und Ostasien begegnete ein Vorschieben der russischen Grenze keinerlei Schwierigkeit, bis der russisch-japanische Krieg und das englisch-russische Übereinkommen von 1907 gewisse Schranken setzte. Und mit dem englisch-russischen Übereinkommen verzichtete Rußland auch auf den Zugang zum Indischen Ozean. Da nun auch der Weg zum eisfreien Teile des Stillen Ozeans durch den Portsmouther Frieden verrammelt war, blieb nur der von Kuropatkin schon 1900 vorgezeichnete nach dem einzigen, nach einem warmen Meere noch mit Gewalt zu erstrebende Zugang, zum Mittelländischen Meere. Wenn Rußland nicht nur am Stillen Ozean, sondern auch am Indischen und im Mittelländischen Meer am Bosporus festen Fuß gefaßt habe, dann sei Rußland nach Kuropatkins Worten die Beherrscherin der Welt auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Dieser Drang nach Ausdehnung in der Richtung nach dem Mittelländischen Meere, den eine durch Deutschlands Hilfe verjüngte und gestärkte Türkei für eine lange Zukunft voraussichtlich in Schranken zu halten drohte, war auch einer der stärksten Beweggründe für den Entschluß Rußlands zum Krieg im Sommer 1914. Es wäre aber ungerecht, den Ausdehnungsdrang Rußlands nur ehrgeizigen Herrschern, Staatsmännern und Militärs zuschreiben zu wollen.

Dieser Ausdehnungsdrang ist auch zum nicht geringen Teile begründet im Wandertriebe und Wesen des russischen Volkes. Ohne Zutun der Moskauer und Petersburger Regierung wurden ungeheure Gebiete dem Reiche einverleibt. Vielleicht war mitbestimmend das Streben, sich dem harten Drucke der Regierung an einem neuen Orte zu entziehen und dort auch bessere wirtschaftliche Bedingungen vorzufinden. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts galt es doch als Norm, daß die territoriale Ausbreitung des russischen Reiches umgekehrt proportional zur Entwicklung der inneren Freiheit des russischen Volkes stand, sowie daß der politische Einfluß der arbeitenden Klassen in umgekehrt proportionalem Verhältnis zur wirtschaftlichen Produktivität ihrer Arbeit stand. Äußere Konflikte haben immer wieder die Evolution im Innern verlangsamt oder unmöglich gemacht. Man darf vielleicht auch behaupten, daß der Ausdehnungstrieb des russischen Stammes aus Gründen der inneren Politik von oben gefördert wurde und äußere Kriege das Auskunftsmittel der Regierenden darstellten, um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen. Es ist z. B. unbestreitbar, daß sich die innere Lage im Sommer 1914 als äußerst kritisch darstellte, und niemand Geringerer als Miljukow selbst hat zugestanden, daß Rußland vor einer Revolution stand. Der Krieg war also ein Ausweg für die Regierung, und sie hat, wie die Stimmung selbst revolutionärer Kreise zeigt, wieder nicht umsonst mit dem Eroberungsdrang und der Wanderlust breiter russischer Kreise gerechnet. Auch dieser Krieg wurde in Rußland populär, zum mindesten viel populärer als dies der Krieg gegen Japan je gewesen ist. Die Aussicht, auf hoher Kultur stehendes Ackerland im Westen zu gewinnen, hat eben

[1] Nach Vortrag des Kriegsministers vor dem Zaren i. J. 1900.

unleugbar größere Anziehungskraft als die schönsten Zukunftsträume in Ostasien. Selbst so hervorragende Führer der radikalsten und regierungsfeindlichsten Parteien wie Georgij Walentinowitsch Plechanow, einer der Mitbegründer der Marxistischen Sozialdemokratie in Rußland, und Fürst Peter Krapotkin, der Patriarch der Sozialisten-Revolutionäre, fanden es für notwendig, ihre Parteigenossen in Rußland aufzufordern, die von ihnen früher so erbittert bekämpfte Regierung in ihrem Kampfe gegen Deutschland und Österreich-Ungarn mit allen Mitteln zu unterstützen. Wirtschaftliche und politische Gründe wurden von beiden bei dieser Aufforderung ins Treffen geführt. Allerdings hat die Dumafraktion der sozialdemokratischen Parteien dieser Aufforderung nicht vollständig Rechnung getragen. Immerhin aber fanden sich genügend publizistische Stimmen auch aus diesem Lager, die den imperialistischen bürgerlichen Parteien in ihren Annexionsplänen auf Kosten der beiden Zentralmächte und der Türkei ihre Unterstützung liehen.

Was aber diese bürgerlichen Parteien betrifft, so muß festgestellt werden, daß im wesentlichen die Rechte und Linke in ihren Kriegszielen vollständig übereinstimmten. Während die Rechte die Annexion Ost- und Westpreußens, Posens, Schlesiens, Galiziens, der Bukowina, Oberungarns, die Aufteilung des übrigen Österreich-Ungarns und der Türkei verlangte, hat der linke Block diese Eroberungslust und Beutegier mit dem Mäntelchen »der Befreiung der Völker« drapiert, wobei sich natürlich diese befreiten Völker größtenteils im Verbande Rußlands mit viel geringeren Rechten und Freiheiten hätten begnügen müssen, als dies in ihrem bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisse der Fall war. Ein Schulbeispiel dieser verlogenen Uneigennützigkeit sind die »Kriegsziele«, die Miljukow im Jahrbuch des »Retschj« für 1916 entwickelt. Er bringt es dabei fertig, von Rußland mit Ausnahme der Meerengen überhaupt nicht zu sprechen, obwohl es ganz deutlich aus der Absteckung der Grenzen ersichtlich ist, daß Rußland der Löwenanteil an Länderbeute aus dem Weltkriege zufallen soll. An diesen Kriegszielen hat auch die Märzrevolution von 1917 nichts geändert. Eine eroberungslüsterne Partei steht einer aus Rücksichten der Erhaltung der errungenen Freiheit gemäßigten und zum Frieden geneigten gegenüber, und es steht derzeit[1] noch immer nicht fest, welche von beiden den Endsieg davontragen wird.

Literatur. W. Kljutschewskij, Russische Geschichte (4 Bde., russ.); D. Mendelejew, Zur Kenntnis Rußlands (Ausgabe von 1907, russ.); A. N. Kuropatkin, Aufgaben der russischen Armee (1910, 3 Bde., russ.); N. N. Suchotin, Der Krieg in der Geschichte der russischen Welt (1898, russ.); J. Strelbitsky, Possessions des Turcs sur le Continent Européen (1879); Jahrbuch der Zeitung »Retschj« für 1916 (1917, russ.); Karl Leuthner, Russischer Volksimperialismus (Berl. 1915); H. Uebersberger, Rußland und der Panslawismus, in »Deutschland und der Weltkrieg« (2. Aufl., Leipz. 1917); Derselbe, Das russische Kriegsziel (Sonderabdruck aus der »Industrie«, Wien 1916).

[1] Anfang Mai 1917.

Die Probleme des Balkans

Von Prof. Dr. Paul Samassa in Klosterneuburg bei Wien

Der Niedergang der türkischen Herrschaft. Mit dem Niedergang der türkischen Macht zu Beginn des 18. Jahrhunderts fängt der Balkan an, »problematisch« zu werden. Wenn die Türkei nicht stark genug ist, die gemachten Eroberungen zu behaupten, so fragt es sich, was und wer an ihre Stelle treten soll. Die gewissermaßen naturrechtliche Antwort auf diese Frage wäre: die von den Türken beherrschten und unterdrückten Völker. Diese waren aber aus eigener Kraft zu schwach, das Joch der Türken abzuschütteln, wozu noch kommt, daß ihre Wohnsitze geographisch nicht scharf abgegrenzt sind und die Völker vielfach untermischt wohnen, selbst die Bestimmung ihrer Volkszugehörigkeit mitunter auf Schwierigkeiten stößt; daraus ergibt sich, daß ihre Ansprüche sich vielfach kreuzen. Aber nicht nur die zur Zeit der türkischen Eroberung auf dem Balkan ansässig gewesenen Völker machen Anspruch auf das türkische Erbe; auch die europäischen Großmächte beanspruchen es zum Teil, zum Teil wollen sie mindestens auf die Verteilung Einfluß nehmen. Die Rivalitäten, die sich daraus ergaben, sind der Türkei zugute gekommen und haben ihr die Herrschaft auf dem Balkan verlängert.

Österreich. Von den europäischen Großmächten hatte Österreich kraft seiner geographischen Lage als Nachbar der Türkei den meisten Anspruch, die Neuordnung der Dinge auf dem Balkan im Interesse seiner eigenen Sicherheit zu beeinflussen. Nachdem es zu Beginn des 18. Jahrhunderts Ungarn zurückerobert, im Passarowitzer Frieden (1719) sogar neue, im Belgrader Frieden freilich wieder preisgegebene Gebiete erworben hat, ist seine Stellung gegenüber der Türkei im wesentlichen defensiv, d. h. es will geschützte Grenzen haben. Der Bestand einer militärisch und staatlich nicht zu kräftigen Türkei ist ihm als Nachbar erwünscht; kann die Türkei ihren Besitz aber nicht behaupten, dann muß Österreich darauf sehen, daß es nicht einen schlechten Tausch macht und einen unruhigen Nachbar erhält, der nach seinem Besitz trachtet. Daneben laufen natürlich, wie es bei der geographischen Lage selbstverständlich ist, ausgedehnte Handelsinteressen.

Rußland. Das Verhältnis Rußlands zur Türkei ist viel aggressiver. Nachdem es das Nordufer des Schwarzen Meeres von türkischem Einfluß befreit hat, will es den Ausgang nach dem Mittelmeer in seinen Besitz bringen; die wirtschaftlichen Momente, die dafür sprechen, werden mit einem mystisch religiösen Gewand umkleidet: Rußland soll wieder das Kreuz auf der Hagia Sophia aufpflanzen. Der Erwerb der Meerengen setzt aber die Vertreibung der Türken aus Europa überhaupt voraus, und deshalb muß sich Rußland als den Befreier der Rajahvölker aufspielen und seinen wiederholt gebrachten Blutopfern entsprechend den bestimmenden Einfluß auf die staatliche Neuordnung auf dem Balkan besitzen, wobei es naturgemäß mit den österreichischen Ansprüchen zusammenstößt.

Die anderen Großmächte. Für Frankreich ist die Türkei lange Zeit der Verbündete in seinem Kampfe gegen die Macht des Hauses Habsburg, wozu sie übrigens gelegentlich auch von Friedrich d. Gr. benutzt wird; im übrigen betrachtet Frankreich ebenso wie England die Türkei im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt seiner afrikanischen und asiatischen Inter-

essen. **Italien** schließlich, die jüngste und schwächste Großmacht Europas, erhebt vor allem Ansprüche auf den südlichen Teil des adriatischen Ostufers, wodurch sein Ziel, aus der Adria einen italienischen Binnensee zu machen, verwirklicht werden soll.

Friede von Bukarest, Bulgarien, Mazedonien. Die im Bukarester Frieden unentschiedenen Machtfragen auf dem Balkan bilden einen wesentlichen Teil der Ursachen des Weltkriegs, der sie entweder endgültig entscheiden oder doch um ein beträchtliches Stück ihrer Lösung näher bringen muß. Bei Ausbruch des Weltkrieges war die Türkei bis auf Thrazien aus Europa verdrängt, d. h. es besaß in Europa etwa genau soviel, als unbedingt nötig war, um die Meerengen verteidigen zu können. Daß an dieser Abgrenzung, die während des Krieges noch eine Verschiebung zugunsten Bulgariens erfuhr (vgl. das Textkärtchen auf S. 64), etwas geändert werden könnte, ist durchaus unwahrscheinlich; der Verzicht der Türkei auf ihren übrigen europäischen Besitz, der eine Folge des Balkankrieges war, ist wohl endgültig. Die politischen Grenzen, die der Friede von Bukarest zwischen den Balkanstaaten geschaffen hatte, entsprachen aber weder den ethnographischen Grenzen, noch schufen sie allseitige Befriedigung unter den Beteiligten; insbesondere sah sich **Bulgarien** der Früchte seiner Anstrengungen beraubt. Es fordert als notwendiges Ergebnis eines siegreichen Krieges eine Revision des Bukarester Friedens; mit diesem Ziele im Auge ist es in den Krieg eingetreten. Der Anspruch, um den es in erster Linie betrogen worden ist, bezieht sich auf **Mazedonien**. Dieses hat in den letzten Jahrzehnten den Mittelpunkt der Balkanprobleme gebildet. Die Bevölkerung Mazedoniens spricht von Hause aus einen slawischen Dialekt, der zwischen dem Serbischen und Bulgarischen in der Mitte steht; die nationalen Ansprüche der Staaten, die Mazedonien auf Grund der Volksgemeinschaft begehrten, stützten sich aber im wesentlichen auf die kirchliche Zugehörigkeit, die natürlich das Ergebnis eifriger Propaganda war; hierbei schnitten die Bulgaren am erfolgreichsten ab. Der Teil von Mazedonien, der im Bukarester Frieden an Serbien fiel, wird an Bulgarien gelangen. Ebenso macht Bulgarien Anspruch auf den Piroter Kreis, der eine ursprünglich bulgarische Bevölkerung besitzt, fordert aber im Interesse einer sicheren Grenzgemeinschaft mit Österreich-Ungarn auch das untere Morawatal und den ursprünglich von Rumänen besiedelten Negotiner Kreis. Daß es den Teil der Dobrudscha, der ihm im Bukarester Frieden von Rumänien entrissen wurde, zurückerhält, ist wohl selbstverständlich; es erhebt aber auch auf die übrige Dobrudscha Anspruch, die ja nie ein nationalrumänisches, sondern von Bulgaren, Türken und Tataren bewohntes Gebiet war. Die Bevölkerung Mazedoniens wird sich ohne Schwierigkeiten, auch soweit sie nicht dem Exarchat angeschlossen war, bulgarisch machen lassen, und dasselbe wird auch von den übrigen von Serbien zu erwerbenden Teilen gelten. Soweit es sich um türkische Bewohner handelt, dürfte sich auch dort jener Vorgang vollziehen, der sich schon bei der Losreißung der christlichen Balkanstaaten abgespielt hat: die Türken wandern aus, um als willkommene »Muhadschirs« in Kleinasien angesiedelt zu werden, wo ja Raum genug für Millionen neuer Bewohner vorhanden ist. Zwischen Bulgarien und der Türkei waren vor dem Weltkriege schon Verhandlungen im Gange, um diesen Vorgang zu fördern und unter Beihilfe beider Regierungen in eine möglichst geordnete Bahn zu leiten. Werden alle diese bulgarischen Ansprüche durch das Ergebnis des Krieges befriedigt, dann geht Bulgarien als die unbestritten stärkste Balkanmacht aus dem Kriege hervor, die auch in kürzester Zeit ein rein bulgarischer Nationalstaat sein wird. Bulgarien kommt es hierbei sehr zugute, daß es ein reiner Bauernstaat ist und eine außerordentlich hohe Volksvermehrung hat; dadurch wird es auch in der Lage sein, die zum Teil dünn besiedelten neuen Gebiete, die es erwirbt, alsbald aufzufüllen und dem ganzen Lande einen bulgarischen Charakter zu geben.

Man könnte es als einen Treppenwitz der Weltgeschichte ansehen, daß jenes Groß-Bulgarien, das Rußland im Frieden von San Stefano schaffen wollte, woran es unter anderm auch durch den Einspruch Österreichs gehindert wurde, nun mit Hilfe der Mittelmächte gegen den Willen Rußlands entsteht. Es ergibt sich allerdings der gewiß große Unterschied, daß jenes von Rußland geplante Groß-Bulgarien nur als eine Satrapie Rußlands auf dem Balkan gedacht war, während das Bulgarien der Zukunft lediglich bulgarische Interessenpolitik treiben wird. Anderseits bleibt freilich die Frage offen, ob sich ein im Jahre 1878 errichtetes Groß-Bulgarien schließlich nicht doch auch von der russischen Vormundschaft befreit hätte.

Bulgarien und Griechenland. Schwer zu übersehen ist zur Zeit noch, wie sich in Zukunft das Verhältnis des vergrößerten Bulgariens zu Griechenland gestalten wird. Im Verlaufe des Balkankrieges hat Bulgarien auch auf das untere Wardartal mit Saloniki und die östlich davon gelegenen Gebiete von Drama und Kawalla Anspruch erhoben, Gebiete, die dann im Bukarester Frieden an Griechenland fielen. Wichtiger als die auch hier von den Bulgaren geltend gemachten nationalen Ansprüche sind wohl die wirtschaftlichen Momente, die es Bulgarien schwer machen dürften, einen endgültigen Verzicht auszusprechen. Mazedonien hat seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt in Saloniki, das übrigens seinem ethnischen Charakter nach weder griechisch noch bulgarisch, sondern jüdisch ist. Daß der Verkehr des nördlichen Mazedoniens etwa nach dem übrigens erst auszubauenden bulgarischen Hafen Dede Agatsch geleitet werden könnte, ist ganz ausgeschlossen. Serbien hat vor dem Kriege eine Lösung in der Form gesucht, daß es einen eigenen Freihafen in Saloniki von Griechenland erlangen wollte. Diese Lösung, die sich auf Bulgarien angewandt noch erleichtern würde, wenn die Bahnlinie nach Saloniki ein internationales Unternehmen unter vorwiegendem Einfluß der Mittelmächte bliebe, was sich auch unter anderen Gesichtspunkten empfiehlt, kam so lange in Betracht, als Griechenland die Neutralität aufrechterhalten konnte, ebenso wie an einen freiwilligen Tausch dieses strittigen Gebietes oder von Teilen davon gegen Südalbanien zu denken gewesen wäre, wobei freilich der Vorteil nicht gerade auf seiten Griechenlands gelegen hätte. Der inzwischen erfolgte, wenn auch erzwungene Eintritt Griechenlands in die Reihe unserer Feinde macht natürlich auch andere Lösungen möglich.

Rumänien. Zuerst als unabhängiger Staat der türkischen Oberherrschaft entzogen, ist Rumänien auch geographisch dem Balkan kaum zuzurechnen; es hat sich gegen den Titel Balkanstaat stets gern verwahrt. Indes ist zu beachten, daß es in einer Beziehung doch sehr eng mit den Balkanproblemen verbunden war, insofern als es eifersüchtig darüber wachte, Bulgarien nicht zu stark, keinesfalls stärker als es selbst werden

zu lassen, weil es in diesem Falle für seinen Besitz der Dobrudscha, der ihm den Zugang zum Meere sichert, fürchten mußte. Das war der Hauptgrund, weshalb es in den Balkankrieg eingriff und nach dem Bukarester Frieden dessen Ergebnisse durch ein Bündnis mit Serbien und Griechenland, das sich gegen Bulgarien richtete, zu sichern trachtete. Nachdem es im Weltkriege zunächst abgelehnt hatte, die Gültigkeit seiner Verpflichtungen gegenüber den Mittelmächten anzuerkennen, kam es durch das Eintreten Bulgariens in das Bündnis mit den Mittelmächten in eine immer schwierigere Lage. Es mußte damit rechnen, daß Bulgarien bei einem Siege der Mittelmächte eine solche Vergrößerung erführe, die es ihm an Zahl und damit doch auch militärisch ebenbürtig, wenn nicht überlegen machen, und dann von ihm mindestens das im Bukarester Frieden abgetretene »Quadrilateral« zurückfordern würde. Es konnte den rumänischen Staatsleitern auch nicht unbekannt sein, daß gegen keinen der Gegner aus dem zweiten Teil des Balkankrieges ein so tiefwurzelnder Haß im bulgarischen Volke zurückgeblieben war wie gegen die Rumänen, die sich, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, einen der fruchtbarsten Landstriche Bulgariens angeeignet hatten. Bei richtiger Einschätzung der Kräfteverhältnisse der kriegführenden Mächtegruppen hätte sich die rumänische Politik die Sicherung der Neu-Dobrudscha gegenüber bulgarischen Ansprüchen wohl durch ein möglichst enges Bundesverhältnis mit den Mittelmächten und den Erwerb Beßarabiens durch den Kampf an ihrer Seite sichern müssen. Der Weg, den Rumänien tatsächlich gegangen ist, hat zur Besetzung des größten Teiles des Landes durch die Vierbundmächte geführt, und zur Zeit[1] läßt sich das schließliche Schicksal Rumäniens noch nicht übersehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht immerhin dafür, daß Rumänien außer durch den Verlust der Dobrudscha an Bulgarien territorial nicht wesentlich verkleinert aus dem Kriege hervorgehen wird. Die Frage des freien Zuganges zum Schwarzen Meere wird dann allerdings brennend werden und das demütigende Gefühl der Niederlage sich weit mehr gegen Bulgarien als gegen die Mittelmächte kehren, die man als die stärkere Mächtegruppe anerkennen wird. mit der man sich einrichten muß. Ob die Frage des Zuganges zum Meer eine Lösung finden kann, die bulgarische Interessen nicht verletzt, ist heute schwer zu beurteilen. Aufgabe der Mittelmächte wird es jedenfalls sein, Rumänien nach der verdienten Züchtigung, die es erfahren, wieder der Staatengruppe zuzuführen, der es auch nach seinen wirtschaftlichen Interessen angehören muß; man wird es nicht dazu zwingen dürfen, ein Vorposten Rußlands zu sein. Daraus ergäbe sich aber auch die Aufgabe, den Gegensatz zwischen Bulgarien und Rumänien möglichst auszugleichen, jedenfalls aber einen isolierten Zusammenstoß der beiden Staaten jederzeit zu verhindern bzw. im Keime zu ersticken.

Serbien, Montenegro. Seinen Ausgangspunkt hat der gegenwärtige Krieg von den gegen Österreich-Ungarn gerichteten Ansprüchen Serbiens genommen; die Donaumonarchie darf es wohl als eines ihrer wichtigsten Kriegsziele betrachten, die serbische Frage in einer Weise zu lösen, die für alle Zeit die Möglichkeit eines Angriffs durch diesen unruhigen Nachbar ausschaltet. Das serbische Volk besaß vor dem Kriege zwei selbständige Staaten sehr ungleicher Größe, Serbien und Montenegro; beide hatten durch den Balkankrieg erheblichen Landgewinn erzielt, vor allem aber waren sie durch die Aufteilung des Sandschaks Nachbarn geworden; ihr Zusammenschluß zu einem einzigen Staate — durch dynastische Interessen zunächst noch verhindert — war aber doch nur eine Frage der Zeit. Betrachtet man Serben und Kroaten als ein Volk, was allerdings nur mit gewissen Vorbehalten zulässig ist, so wohnten vor dem Weltkriege immer noch mehr Serbokroaten unter Habsburgs Zepter als in den beiden selbständigen Königreichen zusammengenommen. Die serbische Politik ging ganz unverhüllt auf die Eroberung dieser unter österreichischer und ungarischer Herrschaft stehenden Gebiete aus. Schon der Balkanbund richtete seinerzeit eine seiner Spitzen gegen die Donaumonarchie; die ersten Versuche des russischen Botschafters in Konstantinopel, Tscharykow, gingen darauf aus, die Balkanstaaten mit der Türkei zu einem Bunde gegen Österreich zu vereinigen, führten aber begreiflicherweise nicht zum Ziele. Es war ein für Österreich ganz unerwartet günstiges Ergebnis des Balkankrieges, daß dank der Brutalität, mit der Rußland auftrat, ein unheilbarer Riß in das Gefüge des Balkanbundes kam, den wir dann im Weltkriege nutzen konnten. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß Neu-Serbien und erhebliche Teile von Alt-Serbien bei für uns siegreichem Ausgange des Krieges an Bulgarien fallen werden. Eine Frage der Zweckmäßigkeit wird es sein, ob man Serbien und Montenegro in verkleinertem Zustande wiederherstellt oder die beiden Staaten ganz verschwinden läßt und den nicht an Bulgarien fallenden Rest der Donaumonarchie einverleibt. Es kann heute, wo eine Entscheidung über diese Frage noch nicht gefallen ist, nur meine Aufgabe sein, die aus jeder dieser Lösungen sich ergebenden Probleme darzustellen. Die Beseitigung der selbständigen serbischen Staaten könnte den Serben unter dem Gesichtspunkt schmackhaft gemacht werden, daß sie nun doch die von ihnen erstrebte Einigung wenigstens insofern erlangen, als sie nun alle unter einem Zepter vereinigt sind und dies sie wohl für die nach den bestehenden Machtverhältnissen nicht erreichbare Unabhängigkeit entschädigen könne. Es fragt sich aber nun freilich, ob diese Lösung auch vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen Interessen erträglich erscheint. Und da ist darauf hinzuweisen, daß die Serbokroaten, die schon vor dem Kriege unter habsburgischer Herrschaft standen, weder in sich eine geschlossene völkische Masse bildeten, noch auch in einem klaren und einfachen Verhältnisse zu der Monarchie standen, was schon deren verwickelter Aufbau nicht zuließ. Serben wohnten in Ungarn, Serben und Kroaten im Königreich Kroatien, das sich Ungarn gegenüber einer gewissen Autonomie erfreut, die aber doch für mannigfache Reibungen Raum läßt, ebenso auch in Bosnien und Dalmatien, zwei Ländern, deren staatsrechtliche Stellung noch ungeklärt erscheint. Gerade diese Zersplitterung hat die Beherrschung sehr erleichtert. In Bosnien z. B. sind die orthodoxen Serben das relativ stärkste Element, sie besitzen aber nicht die absolute Mehrheit; nach ihnen kommen an Zahl die Mohammedaner und die katholischen Kroaten, die aber alle die gleiche Sprache sprechen. Während nun die Serben fast ausnahmslos der österreichischen Herrschaft äußerst feindlich gesinnt waren, hielten die Kroaten seit jeher zur Monarchie, während die Mohammedaner seit dem Balkankrieg, dessen Ausgang ihnen die letzte Hoffnung raubte, je wieder unter tür-

[1] Sommer 1917.

tische Herrschaft zurückzukehren, aus ihrer früheren mehr passiven Haltung heraustraten und sich der österreichischen Herrschaft aufrichtig anschlossen. Bezeichnend ist übrigens, daß die Zahl der mohammedanischen Rückwanderer aus Bosnien immer sehr gering war. Daß frisch hinzu annektierte Serben sich etwa als staatstreues Element bewähren, daß sie, denen nach so hochfliegenden Träumen nun ein so grausames Erwachen beschieden ist, sich alsbald mit der neuen Lage abfinden sollten, ist von ihnen weder zu erwarten noch zu verlangen. Österreich-Ungarn würde sich also nur ins eigene Fleisch schneiden, wenn es die Vereinigungspläne der Serbokroaten fördern und die staatstreuen Elemente, die es in ihrer Verteilung auf die verschiedenen Länder sehr gut als Stütze seiner Herrschaft benutzen kann, nun der Vergewaltigung durch die dem Staate durchaus feindlichen, im übrigen aber durch größere geistige und wirtschaftliche Regsamkeit den Kroaten und Mohammedanern durchaus überlegenen Serben ausliefern wollte. Ein Gebiet, dem man etwaigen Neuerwerb ohne Schaden anschließen könnte, gibt es in Österreich-Ungarn nicht. Schlägt man beispielsweise dem Reichslande Bosnien auch nur ein Gebiet, das von einigen hunderttausend Serben bewohnt ist, zu, so gewinnen die Serben im Lande schon die Mehrheit; und wenn auch die Einführung einer Verfassung und parlamentarischer Einrichtungen für Bosnien im Jahre 1909 verfrüht war, so wird man doch nach dem Kriege Formen finden müssen, in denen man die Bevölkerung zur Verwaltung heranzieht, ohne Gefahr zu laufen, daß dies zu staatsfeindlichen Zwecken mißbraucht werde. Das ist aber natürlich in dem Augenblicke ausgeschlossen, wo man den Serben die Mehrheit im Lande verschafft, und die staatstreuen Kroaten und Mohammedaner hätten vor allem Grund, sich darüber beschwert zu fühlen. So würde auch bei einer Annexion der verbleibenden Reste von Serbien und Montenegro wohl nur der Ausweg übrigbleiben, diese Länder selbständig und zunächst wohl für ziemlich lange Zeit militärisch zu verwalten. Das mag an sich kein Unglück sein; aber es würde die wirtschaftliche Erschließung des Gebietes sehr erschweren, weil diese Militärverwaltung doch der gemeinsamen Regierung verantwortlich wäre, in die wiederum Österreich und Ungarn gleichermaßen Einfluß zu nehmen berechtigt sind. Und daß dieses verwickelte Verhältnis mancherlei Hemmungen mit sich bringt, hat man bei der Verwaltung Bosniens schon zur Genüge erfahren. Die Hebung der Produktion wird nach diesem Kriege aber das dringende Bedürfnis wohl aller Staaten sein, die an ihm beteiligt waren, und nicht zuletzt Österreich-Ungarns. — Die andere mögliche Lösung, eines der beiden oder beide Königreiche in verkleinertem Zustande nach dem Krieg wiederherzustellen, begegnet dem nicht unberechtigten Einwande, daß ein solches Serbien oder Montenegro zwar die ersten Jahre nach dem Kriege so erschöpft sein werde, daß es nur daran denken könne, die schweren Schäden des Krieges zu heilen, schließlich aber doch der Zeitpunkt eintreten werde, wo der politische Ehrgeiz wieder auflebt, um so mehr, wenn Rußland wieder ein Interesse daran gewinnt, Serbien als Sturmbock gegen Österreich zu verwenden, wie es dies in der Vergangenheit getan hat. Es fragt sich eben, inwieweit es durch vertraglich festgelegte Rechte gelingen kann, ein wiederhergestelltes Serbien oder Montenegro in seiner Politik zu beschränken und unschädlich zu erhalten; freilich wird kein geschriebener Buchstabe von den Menschen unabhängig machen, die ihn zu handhaben berufen sind. Ist der Weg, auf dem dies geschehen soll, zur Zeit auch noch nicht sichergestellt, so kann doch als Kriegsziel bezeichnet werden, daß das ganze Gebiet der ehemaligen Königreiche Serbien und Montenegro, soweit es nicht an Bulgarien kommt, der Interessensphäre Österreich-Ungarns anheimfällt, das hier die Verfügungen zu treffen haben wird, die es zu seiner dauernden Sicherung für nötig hält.

Albanien. Mit dem serbischen Problem steht das albanische zunächst in territorialem Zusammenhang. Albanien, die ephemere und nur allzu problematische Schöpfung des Balkankrieges und hier vor allem der Bemühungen Österreichs, ist durch den Weltkrieg »niemandes Sache« geworden. Der Staat, mit dem die Donaumonarchie bei der Errichtung des albanischen Staates als eifersüchtigen Mitbewerber rechnen mußte: Italien, steht in der Reihe unserer Feinde und kann zum Aufgeben seiner Ansprüche gezwungen werden. Den größeren Teil Albaniens haben die Mittelmächte als Faustpfand in Besitz, das strategisch wichtige Valona beherrscht allerdings Italien. Daß selbst unter den sehr viel günstigeren Verhältnissen nach Ausschaltung der italienischen Mit-Patenschaft die Errichtung eines albanischen Staates auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde, hat das kurze Leidensjahr dieses diplomatischen Retortenerzeugnisses wohl gezeigt. Was aber damals aus der Notwendigkeit geboren wurde, im Verlaufe des Balkankrieges übrigens auch die wichtige Aufgabe erfüllte, durch die Abdrängung Serbiens von der Adria den Zwiespalt in die Reihe der verbündeten Balkanmächte zu tragen, hat heute kaum mehr Daseinsberechtigung. Den nationalen Anspruch der Albanier auf einen eigenen Staat wird man um so weniger ernst zu nehmen brauchen, als die Wünsche der Bevölkerung wohl mehr auf Beibehaltung der altgewohnten Gesetzlosigkeit als auf die Errichtung eines nationalen Staates abzielen. Die österreichische Herrschaft könnte übrigens auch ihre nationalen Bedürfnisse befriedigen, da Österreich ein Interesse daran hätte, ein albanisches Nationalgefühl als Gegenwirkung gegen das umwohnende Serbentum zu schaffen, bzw. den heute schon vorhandenen Haß der Albanier gegen die Serben in ein Bett zu leiten, das der Erhaltung eines nationalen Gleichgewichts und damit der österreichischen Herrschaft dienlich wäre. Nach Jahren fürsorglicher Erziehung mögen hier dann auch die Voraussetzungen für eine Autonomie gegeben sein, die der schützenden Hand einer Großmacht aber keineswegs wird entbehren können. Österreichs Interesse an Albanien ist natürlich in erster Linie militärischer Natur und knüpft sich an dessen Küste. Rücksichten auf Italien können es nach einem siegreichen Kriege nicht mehr hindern, die adriatische Ostküste bis zur Straße von Otranto unter seine Herrschaft zu bringen und sich dort maritime Stützpunkte zu schaffen, die ihm den freien Ausgang aus der Adria sichern. Hierfür kommt allerdings in erster Linie nach der geographischen Lage und Küstengestaltung das jetzt von den Italienern besetzte Valona in Betracht.

Griechenland. Hängt in der im vorigen Abschnitt behandelten Frage noch vielerlei im ungewissen, so kann man über die künftige Stellung Griechenlands zu den Mächtegruppen wohl schon einigermaßen begründete Voraussagen wagen. Die phantastischen Pläne eines Venizelos von einem Großgriechenland, das eine Erneuerung des byzantinischen Reiches darstellen soll, werden dann wohl endgültig

ausgeträumt sein. Angesichts der wirklichen Machtverhältnisse konnten sie auch nie etwas anderes als eine Utopie sein. Daß sich die Ententemächte in Griechenland durch ihr brutales Vorgehen die Sympathien, die sie dort besaßen, auf die Dauer verscherzt haben, kann man wohl annehmen. Trotzdem wird sich die griechische Politik doch nur nach den eigenen Interessen und den realen Machtverhältnissen bestimmen. Griechenland ist ein Küsten- und Inselstaat, und seine einträglichste nationale Industrie, die sich in den letzten Jahren vor dem Kriege ganz außerordentlich entwickelt hat, ist die Schiffahrt. Die Mächtegruppe, die die See beherrscht, wird daher auf seine Entschließungen immer großen Einfluß besitzen. Die Anlehnung an die kontinentalen Nachbarn kann ihm indes eine gewisse Widerstandsfähigkeit gegenüber ungebührlichen Zumutungen der seebeherrschenden Mächte bieten, weil sie eine Aushungerung, wie sie während des Weltkrieges Griechenland zur Unterwerfung unter den Ententewillen zwang, unmöglich macht. Die wirtschaftlichen Interessen Griechenlands sind zwischen den beiden Mächtegruppen geteilt, weisen aber doch überwiegend auf die Mittelmächte und ihre Verbündeten. In der Volkswirtschaft Griechenlands spielt das Auslandsgriechentum eine bedeutende Rolle. Bei dem großen Patriotismus der Griechen kommen die im Auslande erworbenen Vermögen griechischer Staatsangehöriger dem Vaterlande vielfach zugute, wovon in Athen öffentliche Stiftungen, aber auch viele private Luxusbauten auf Schritt und Tritt Kunde geben. Diese Auslandgriechen sind aber auf eine wohlwollende Haltung der Bevölkerung der Länder, in denen sie ihr Geld verdienen, angewiesen. Hier kommt in erster Linie die Türkei in Betracht, daneben aber auch in sehr erheblichem Maße das zur Zeit unter englischer Herrschaft stehende Ägypten. Je stärker sich also die Gruppe der Mittelmächte im Kriege erwiesen hat, desto wahrscheinlicher ist der Anschluß Griechenlands an sie; vollständig kann er freilich nur werden, wenn sie sich auch zur See im Mittelmeer ein Übergewicht zu verschaffen versteht und Griechenland in dieser Beziehung einen vollwertigen Schutz gegen die Übergriffe der Entente gewähren kann.

Der Balkan und die Großmächte nach dem Kriege. Eine für die Mittelmächte siegreiche Beendigung des Krieges wird zwischen den Balkanstaaten voraussichtlich Grenzen schaffen, die als endgültig betrachtet werden können. Diese Neuordnung wird den Balkan aber auch der Beeinflussung durch die Großmächte in starkem Maße entziehen. Zunächst wird eine Wirkung des Sieges der Mittelmächte und ihrer Verbündeten die Ausschaltung des russischen Einflusses sein. Von den beiden Soldaten, die es am Balkan hatte, hat sich der eine, Bulgarien, endgültig der russischen Bevormundung entzogen und gedenkt in Zukunft ausschließlich bulgarische Politik zu machen, wobei seine eigenen Interessen es auf die Pflege guter Beziehungen zu seinen jetzigen Verbündeten hinweisen; der andere Soldat aber, Serbien, bleibt jedenfalls in österreichischer Verwahrungshaft und wird auf die eine oder andere Art unschädlich gemacht werden. Aber auch im Verhältnisse Österreichs zum Balkan beginnt eine neue Epoche durch eine schärfere Abgrenzung seiner politischen Interessensphäre. Graf Andrássy, der kühnste Staatsmann, der die auswärtige Politik der Donaumonarchie etwa seit der Zeit des Fürsten Schwarzenberg geleitet hat, dachte sich Österreich als die Schutzmacht des gesamten Balkans; ein Großbulgarien hat ebensowenig in seine Pläne gepaßt wie ein Großserbien. Heute ist Bulgarien die Vormacht des Balkans, Mazedonien wird ihm fest angegliedert, und an irgendeine bevorzugte Stellung in Saloniki kann Österreich nicht mehr denken. Dafür hat es aber seine Herrschaft im nordwestlichen Balkan erweitert und befestigt und vor allem der serbischen Bedrohung ein für allemal ein Ende bereitet. Es hat einen gewissen Reiz, daß Joseph II. im Jahre 1782 in einem Briefe an Katharina von Rußland, in dem ein Bündnis gegen die Türkei vorbereitet wird, seine Ansprüche an das damals türkische Gebiet geographisch etwa in den Grenzen geltend macht, wie sie voraussichtlich im Frieden als österreichisches Einflußgebiet festgelegt werden dürften. Jenseits dieses Gebiets wird Österreich aber weder politisch noch wirtschaftlich irgendeine Art von Sonderstellung als »Balkanmacht« einnehmen können und wird hier durchaus auf engstes Zusammengehen mit seinem deutschen Bundesgenossen angewiesen sein.

Die Stellung des Deutschen Reiches zum Balkan hat sich durch den Krieg natürlich ganz wesentlich verändert. Die Zurückhaltung des Fürsten Bismarck gegenüber allen orientalischen Fragen ist in bezug auf die Türkei schon bald nach seinem Rücktritt aufgegeben worden; bezüglich des Balkans suchte die deutsche Politik aber immer noch die Hinterhand zu wahren. Das ist heute, nachdem deutsche Feldherren Serbien und Rumänien niedergeworfen haben und mit Bulgarien ein Bündnis geschlossen worden ist, das wohl ebenso wie das mit der Türkei den Krieg überdauern wird, nicht mehr möglich. Das Verhältnis des Deutschen Reiches zu den Balkanstaaten wird ebensowenig wie das zur Türkei den Charakter eines Protektorats haben können, wie dies im Verhältnis mancher Großmächte zu diesen Staaten vor dem Kriege der Fall war. Deutschland kann nur wünschen, daß sich die ihm verbündeten und befreundeten Staaten gut entwickeln und aus eigener Kraft möglichst stark sind. Aber da es selbst als der Stärkste im Bunde anerkannt sein wird, so dürfte ihm doch bei Reibungen, die zwischen Nachbarn kaum zu vermeiden sind, besonders wenn sich neue Verhältnisse erst einleben müssen, die Rolle als Vermittler und Schiedsrichter naturgemäß zufallen. Die in diesem Kriege bewährte Gemeinsamkeit der politischen Interessen wird Bulgarien auf der Seite der Mittelmächte und der Türkei erhalten und die hier geschlossenen Bande werden sich nach dem Kriege zweifellos durch solche wirtschaftlicher Natur verstärken.

Verkehrsfragen. Zu den Balkanproblemen wird man auch jene Verkehrsfragen rechnen dürfen, die mit Politik und Volkswirtschaft in engster Beziehung stehen, fast alle Gegenstand internationaler Abmachungen gewesen sind und durch den Weltkrieg wohl eine Neuregelung erfahren dürften. Die wichtigste dieser Fragen ist die der Meerengen.

Bosporus und Dardanellen. Je weiter der Krieg fortschritt, desto mehr schob Rußland die Eroberung Konstantinopels und damit die Gewinnung des freien Ausganges nach dem Mittelmeer in den Vordergrund. Der militärische und volkswirtschaftliche Schaden, der ihm durch die Schließung der Meerengen erwuchs, war für jedermann überaus anschaulich. Dieses Ziel wird Rußland bestimmt nicht erreichen. Es ist auch noch von einer weiteren Veränderung bedroht, und das ist die Entstehung einer wirklich brauchbaren türkischen Flotte, die der Alleinherrschaft Rußlands im

Schwarzen Meere ein Ende macht. Gelingt es der Türkei, mit deutscher Hilfe eine Flotte zu schaffen, so ändert dies allerdings auch den Charakter des Meerengenproblems. Die Bestimmungen des Pariser Friedens, die durch die Londoner Konferenz (1871) zwar eine Milderung zugunsten Rußlands erfuhren, während es im übrigen bei dem Verbot der Durchfahrt von russischen Kriegsschiffen durch die Meerengen verblieb, gingen von der Befürchtung aus, daß ein Kriegsschiff, das einmal im Bosporus sei, sich auch der Hauptstadt der Türkei bemächtigen könne, die ja dann wehrlos unter seinen Kanonen läge. Besitzt die Türkei aber eine, wenn auch kleine moderne Flotte, die wirklich verwendungsfähig ist, so haben einzelne russische Kriegsschiffe ihre Gefährlichkeit verloren. Es ist wohl möglich, daß eine Neuregelung der Meerengenfrage als Kompensationsobjekt bei den Friedensverhandlungen verwertet werden wird.

Die Donau. Eine zweite internationale Verkehrsstraße, deren Rechtsverhältnisse seit dem Pariser Frieden internationaler Regelung unterliegen, ist die Donau von Orsova abwärts. Auch hier dürfte sich eine Neuregelung in dem Sinne vollziehen, daß die Abmachungen, die der Erhaltung des Schiffahrtsweges dienen, wirksamer gestaltet werden. Zweifellos wird die Donau als großer europäischer Verkehrsweg nach dem Kriege sehr gewinnen, besonders wenn die Kanalprojekte, die eine Verbindung der Donau mit Rhein, Elbe und Oder ins Auge fassen, verwirklicht werden. Dann werden natürlich auch die Meerengen für die deutschen Wirtschaftsinteressen eine gesteigerte Bedeutung erhalten, die Umschlagplätze an der unteren Donau einen Teil des Warenverkehrs aus dem näheren und ferneren Osten in den binnenländischen Verkehr der Mittelmächte überleiten.

Piräus. Sucht der Warenverkehr lange Seefahrt und kurze Eisenbahnfahrt, so ist es mit dem Personen- und Postverkehr umgekehrt. Die Vollendung der Bahn von Larissa nach Saloniki dürfte im Zusammenhang mit einem eventuellen politischen Anschluß Griechenlands an den mitteleuropäischen Mächtebund nach Friedensschluß dem Piräus zu ungeahnten Entwicklungsmöglichkeiten verhelfen. Er könnte in Zukunft für die deutschen Dampferlinien, die den Suezkanal durchfahren, dieselbe Rolle spielen wie heute Genua oder Neapel. Zu der bestehenden Bahnverbindung würde sich dann wohl als kürzeste Verbindung mit den mitteleuropäischen Zentren eine Verlängerung der im Bau befindlichen Bahn, die Dalmatien an das österreichische Bahnnetz anschließt, über Albanien und Epirus gesellen. Voraussichtlich wird der Bahnbau auf dem Balkan gegenüber der Zeit vor dem Kriege insofern eine gründliche Umgestaltung erfahren, als er ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen wird, während früher jeder Bahnbau mehr oder weniger eine politische Frage war. Militärisch-politische Gesichtspunkte werden freilich auch in Zukunft ihre Geltung behalten. Während das wirtschaftliche Moment auf die möglichst kurze Verbindung mit dem Meere oder der schiffbaren Wasserstraße drängt, fordert das militärische die Sicherheit der Bahnlinie und die kürzeste Verbindung zwischen den Werkstätten des Hinterlandes und der Front. Faßt man die heute verbündeten Staaten als eine Verteidigungseinheit auf, so wird natürlich die Verbindung Berlin–Wien–Konstantinopel stets eine außerordentliche militärisch-politische Bedeutung haben, und man wird sich wohl kaum auf die einzige Linie, die jetzt für diesen Zweck zur Verfügung steht, beschränken.

Literatur. Kl. Nikolaides, Mazedonien (Berlin 1903); G. L. Jaray, L'Albanie inconnue (Par. 1913); Rich. v. Mach, Briefe aus dem Balkankriege 1912—13 (Berl. 1913); Otto v. Gerstner, Albanien (Wien 1913); H. Uebersberger, Die Orientkrise (im »Handbuch der Politik«, 2. Aufl. 1917); Derselbe, Rußland und der Panslawismus sowie Die Rolle Serbiens und Rußland (in »Deutschland und der Weltkrieg«, 2. Aufl., Leipz. 1917); O. Frhr. v. Dungern, Rumänien (Gotha 1916); A. Ischirkoff, Bulgarien, Land und Leute (Leipz. 1916); S. Goriainow, Le Bosphore et les Dardanelles (Par. 1910); W. Weiß-Bartenstein, Bulgarien, Land, Leute und Wirtschaft zur Zeit des Balkankrieges (Leipz. 1913); P. Dehn, Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme (Frankf. 1909).

Die Türkei im Weltkriege

von Professor Dr. **Eugen Oberhummer** in Wien

Weltstellung des türkischen Reiches. Die Bedeutung der Türkei im Weltkriege beruht in erster Linie auf der Weltlage ihrer Länder. Man kann diese kurz bezeichnen als den Schwerpunkt der Beziehungen zwischen den drei Erdteilen der östlichen Halbkugel in der Gegend ihrer größten Annäherung, historisch als den Ausgangspunkt der herkömmlich so genannten Weltgeschichte. Seit Jahrtausenden durchkreuzen sich Kulturbeziehungen und politische Machtfragen längs einer Achse, die von Südosteuropa über die schmale Verbindung Afrikas mit Asien hinweg aus der Welt des Atlantischen Ozeans zum Indischen und Stillen Ozean weist. Der Zusammenschluß der Länder beiderseits jener Achse zu einem Herrschaftsgebiet ist den Machthabern alter und neuer Zeit als ein erstrebenswertes Ziel erschienen. Über die Landenge von Suez hinweg haben die Herrscher Ägyptens nach Asien, das assyrische und persische Reich nach Afrika gegriffen. Anderseits haben die schmalen Meeresteile, welche die Balkanhalbinsel und Kleinasien nur oberflächlich trennen, nie ein wirkliches Hindernis des Völkerverkehrs und politischer Machtansprüche von der einen zur anderen Seite gebildet. Die indogermanischen Völker des alten Kleinasiens, die Phryger und später die Galater, sind über die Meerengen eingedrungen; nur die seefahrenden Griechen haben vom Meere aus in breiter Ausdehnung die Westküste und Teile der Nord- und Südküste besetzt, ohne tiefer in das Innere vorzudringen, und dieses Verhältnis ist im wesentlichen bis heute maßgebend geblieben. Die homerische Dichtung spiegelt uns den ältesten Kampf zweier Mächtegruppen um die entscheidende Stellung an der südlichen der beiden Meeresstraßen. Darius und Xerxes haben von Asien, Alexander der Große und die Kreuzfahrer (Friedrich Barbarossa) von Europa aus ihre Heereszüge über die Meerengen hinweggeführt, die Türken wieder in umgekehrter Richtung ihren Siegeszug nach Europa angetreten.

Den gesamten Länderkreis beiderseits der Meerengen und der Landenge von Suez in einer Hand zu vereinigen, ist zuerst und nur für kurze Zeit der

Türkische Staatsmänner und Heerführer.



Enver Pascha.
(Hofphot. Nic. Perscheid, Berlin.)



Saïd Halim Pascha.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach C. Pietzner, Wien.)



Otto Liman v. Sanders.



Dschemal Pascha.



Talaat Pascha.



Colmar Freih. v. d. Goltz. (Hofphot. E. Bieber, Berlin.)

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Bulgarische Staatsmänner und Heerführer.



Nikolaus Schekoff.



Wassil Radoslawoff. (Hofphot. H. Kosel, Wien.)



Bojadschljeff.



Konstantin Schostoff. (Hofphot. E. Bieber, Berlin.)



Kalin Neidenoff.



Todoroff.

sieghaften Tatkraft Alexanders gelungen. Dauernder war ihre Verbindung mit dem römischen Reich, das erst durch den Anschluß der östlichen Mittelmeerländer die Weltherrschaft im Sinne seiner Zeit erhalten hat. Auch nach dem Zerfall der westlichen Reichshälfte hat das oströmische Reich die politische Verbindung über drei Erdteile hinweg noch aufrechterhalten, bis der Ansturm des Islams im 7. Jahrhundert den südlichen Teil davon abschnitt und diesem dauernd den Stempel arabischer Kultur aufprägte.

Das politische Erbe des oströmischen Reiches hat das osmanische übernommen, damit zugleich auch viele byzantinische Überlieferungen, die in türkischen Einrichtungen und Gewohnheiten bis zur Neuzeit zu verfolgen sind. Auf der Höhe seiner Macht umfaßt das osmanische Reich den ganzen Länderkreis um das östliche Mittelmeer von der Donau bis zum Atlas, wie das byzantinische zur Zeit Justinians. Die letzten Jahrhunderte haben seinen Besitzstand stark eingeschränkt. Aber der Kern seiner Machtstellung, und zwar in weit größerer Ausdehnung als das griechische Kaiserreich zur Zeit der Kreuzzüge, ist ihm doch geblieben. Auf dessen Eroberung zielte das Streben der beiden ländersüchtigsten und machtgierigsten Weltreiche, welche die Geschichte kennt, Englands und des zarischen Rußlands.

Rußland hat seit seiner Entwicklung zur Großmacht (vgl. Uebersberger, Grundzüge der russischen Eroberungspolitik, S. 55 ff.) unter Peter dem Großen, in unverhüllter Weise hauptsächlich seit Katharina II., die Schlüsselstellung an den Meerengen, die Ausgestaltung des Schwarzen Meeres zu einem russischen Binnensee und die Verbindung seiner Dynastie mit dem Glanz der einstigen Hauptstadt des oströmischen Reiches unablässig vor Augen gehabt und mit allen Mitteln verfolgt. Zweimal, 1854 und 1877, glaubte es, diesem Ziel schon nahe zu sein, und hielt im jetzigen Krieg die Beute für sicher. Nie ist das Verlangen nach dem Besitz von Konstantinopel mit so schamloser Offenheit ausgesprochen worden wie von den Vertretern der eben gestürzten Zarenregierung und der mit künstlichen Gewaltmitteln gebildeten Dumamehrheit. Daß Rußland den Zeitpunkt für gekommen erachtete, um mit Niederwerfung Österreich-Ungarns sein heißerhofftes Ziel zu erreichen, war der unmittelbare Anlaß zum Weltkrieg. Die auffallende Tatsache, daß seine Verbündeten, in schroffem Gegensatz zu der im Krimkrieg verfolgten Politik, ihm dieses Ziel, wohl nicht ohne inneres Widerstreben, nunmehr zugestehen wollten, erklärt sich aus dem Bedürfnis, sich Rußlands Hilfe für ihre eigenen Pläne, Niederwerfung Deutschlands durch England und Frankreich, Vergrößerung Italiens auf Kosten Österreichs und Entschädigung aller im Orient, zu sichern.

England, einst der stärkste Rückhalt der Türkei gegen russische Ansprüche, hat dabei, wie sich erst während des Krieges herausstellte, den Löwenanteil im Auge gehabt. Sein Plan ist nichts weniger als die Schaffung einer breiten englischen Herrschaftszone vom Mittelmeer bis Indien. Die reichsten und fruchtbarsten Kulturländer des Altertums und die Herrschaft über die wichtigste Welthandelsstraße sollten ihm dadurch ohne weiteres in den Schoß fallen. Schon seit Jahrzehnten hat England von zwei Seiten, von Ägypten und vom Indischen Ozean aus, auf diesen Plan hingearbeitet und die Machtstellung der Türkei von hier aus untergraben. Die Besetzung Ägyptens 1882 war lange Zeit, besonders dem eifersüchtigen Frankreich gegenüber, als eine vorübergehende Maßregel bezeichnet und die spätere Räumung in Aussicht gestellt worden. Tatsächlich war wohl von Anfang an der Gedanke an eine dauernde Besitzergreifung vorhanden und hat mit der zunehmenden Stärke des englischen Einflusses in der Verwaltung immer festere Wurzeln geschlagen. Die Hoheitsrechte des Sultans wurden schon bei der Neuordnung der Verhältnisse im Sudan 1899 völlig beiseite gesetzt. Das Marokko-Abkommen 1904 schaltete die Ansprüche Frankreichs aus und benahm jeden Zweifel an der Absicht Englands, dauernd in Ägypten zu bleiben. Die schon 1875 erfolgte Übernahme eines großen Teiles der Suezkanalaktien sicherte England neben der politischen auch die finanzielle Kontrolle des Weges nach Indien. Nach Eintritt der Türkei in den Krieg hat England die Maske völlig abgeworfen und Ägypten ebenso wie Cypern, dessen Verwaltung es 1878 übernommen hatte, um der Türkei ihren asiatischen Besitzstand gegen Rußland zu garantieren (!), zu Bestandteilen des britischen Reiches erklärt (Dezember 1914).

Die Bedrohung der Türkei durch England vom Indischen Ozean aus hat sich aus unscheinbaren Anfängen zu einer breiten und gefährlichen Operationsbasis entwickelt. Die Besetzung von Aden 1839, dann von Perim und anderen Inseln an den südlichen Küsten Arabiens war zunächst nur zur Sicherung des Weges nach Indien und ohne feindliche Absicht gegen die Türkei gedacht; sie wurde aber zum Ausgangspunkt für das englische Einflußgebiet in Südarabien und im Persischen Golf. Dieser mit dem ganzen, als »Arabisches Meer« bezeichneten Teil des Indischen Ozeans entwickelte sich mehr und mehr zu einem Vorhof des britisch-indischen Reiches; die englischen Besitzungen in Arabien wurden der indischen Krone unterstellt. Der uralte Kulturboden am Euphrat und Tigris galt als ein Vorland von Indien, das erst wirtschaftlich, durch die englische Flußschiffahrt nach Baghdad und Mosul, dann im jetzigen Krieg auch militärisch und politisch erobert werden sollte. Das Vordringen indischer Truppen den Tigris aufwärts war eine der ersten Kampfhandlungen seit Eintritt des Kriegszustandes zwischen England und der Türkei und hat vorläufig zur Besetzung von Baghdad geführt. Vorbereitet war die Invasion Mesopotamiens durch die von England seit 1900 gewaltsam durchgeführte »Unabhängigkeitserklärung« des Scheichs von Koweit an der Spitze des Persischen Golfes, wodurch das Ende der deutschen Baghdadbahn in englische Hände übergehen sollte. Die englischen Umtriebe gegen den Ausbau dieser Bahn hatten insofern Erfolg, als sich die Verzögerung desselben in der Tat für die Verteidigungsstellung der Türkei in Mesopotamien als äußerst verhängnisvoll erwiesen hat. Außerdem war durch das englische Protektorat über Koweit die türkische Provinz el Hasa am Persischen Golf vollständig abgeschnitten und der türkischen Herrschaft entzogen worden (s. unten, S. 65).

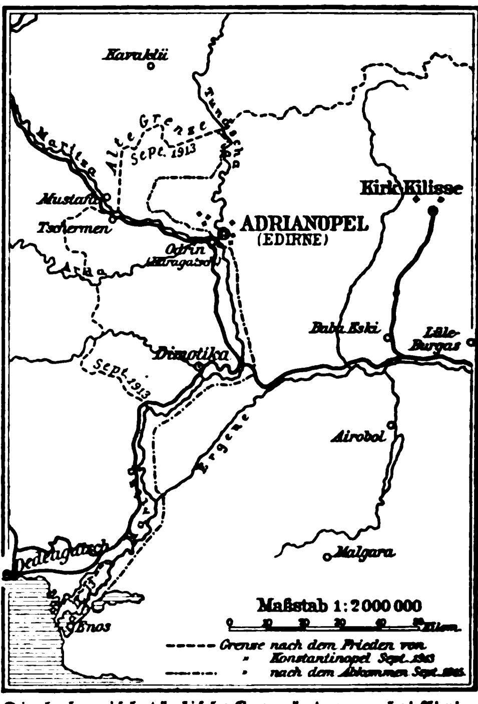
Auch im Innern von Arabien und an der zum türkischen Reich gehörigen Westküste waren englischer Einfluß und englisches Gold erfolgreich. Hier galt es vor allem, im religiösen Mittelpunkt des Islams, den heiligen Städten Mekka und Medina, deren Besitz für den Vorrang der Türkei unter den mohammedanischen Ländern und die Stellung des Sultans als Kalifen von wesentlicher Bedeutung ist, die türkische Herrschaft zu verdrängen, und das scheint England für den Augenblick gelungen zu sein. Sein Streben

geht auf die Errichtung eines arabischen Kalifats und wird durch die bei den Arabern von jeher bestehende Abneigung gegen die Türken unterstützt. Ob freilich ein von England eingesetzter Kalif die Anerkennung und das Vertrauen der mohammedanischen Welt finden würde, ist eine andere Frage. Die Tatsache, daß das indische Kaiserreich allein mehr mohammedanische Untertanen (70 Millionen) zählt als irgendein anderer Staat, fällt allerdings dabei schwer ins Gewicht. Kann England seine Herrschaft über Arabien aufrechterhalten, so ist in Verbindung mit der britischen Einflußsphäre im südlichen Persien, der Machtstellung in Afghanistan und der Herrschaft über Belutschistan, der Gürtel von Ägypten bis Indien geschlossen.

Um auch den anderen Verbündeten ihren Anteil bei der Aufteilung der Türkei zu sichern, sollte **Frankreich** das seit Napoleons III. syrischem Feldzug 1861 und der Gründung französischer Missionen, Schulen und Erwerbsgesellschaften als Zukunftsbeute betrachtete Syrien erhalten, **Italien** im südlichen, **Rußland** im nördlichen Kleinasien entschädigt werden. Das westliche Kleinasien wollte man Griechenland als Preis für seinen mit allen Mitteln erstrebten und schließlich erzwungenen Anschluß an die Verbündeten überlassen. Diese von allen Seiten dem Bestand des türkischen Reiches drohenden Gefahren waren der türkischen Regierung vollständig klar, als sie sich entschloß, dem Gebot der Selbsterhaltung folgend, im Anschluß an die Mittelmächte in den Weltkrieg einzutreten.

Grenzen und Größe des Reiches. Die Türkei als Staat ist zu keiner Zeit ein einheitliches geographisches Gebiet von natürlicher Abgrenzung gewesen; die politischen Grenzen sind daher fast nach jedem Kriege irgendwie verschoben worden und waren gewissermaßen in beständigem Fluß. Außerdem waren sie nach der Seite des arabisch-afrikanischen Wüstengürtels der Natur der Sache nach immer unbestimmt. Alle Flächenangaben haben daher nur einen schwankenden und roh annähernden Wert. Im gegenwärtigen Weltkrieg sind überdies erhebliche Teile türkischen Gebietes von Rußland und England in Asien, dann ganz Ägypten, endlich ein Teil der Inseln durch Italien besetzt. Wie sich dort die Verhältnisse gestalten werden, kann erst der Friedensschluß zeigen. Wir halten uns hier nur an die bei Kriegsbeginn zu Recht bestehenden bzw. seither vertragsmäßig festgelegten Verhältnisse.

Die **Europäische Türkei** ist durch den Balkankrieg auf einen kleinen Rest ihres ehemaligen Bestandes beschränkt, und auch dieser hat bis in die jüngste Zeit mehrfach geschwankt. Nach dem siegreichen Vordringen der Bulgaren im Winter 1912/13 und dem Fall von Adrianopel am 26. März 1913 schien der Türkei nur ein kleines Stück Vorland von Konstantinopel zu verbleiben; selbst Teile der Marmaraküste (Rodosto) wurden zeitweise von den Bulgaren beansprucht. Der Londoner Präliminarfriede vom Mai 1913 setzte die Linie Enos–Midia als Grenze fest, die jedoch durch diese beiden Städte, Enos an der Mündung der Maritza in das Ägäische Meer und Midia am Schwarzen Meer, nur ungefähr bezeichnet wurde und tatsächlich weiter östlich verlief. Diese Grenzlinie ist jedoch nie praktisch wirksam geworden, da inzwischen der Verlauf des zweiten Balkankrieges es der Türkei ermöglichte, einen großen Teil des von Bulgarien besetzten Gebietes, besonders das Maritzatal mit der großen und durch nationale Überlieferungen geheiligten Stadt Adrianopel, wiederzugewinnen. Der Friede von Bukarest vom 10. August 1913 ließ die türkisch-bulgarische Grenze noch offen. Sie wurde erst in einem besonderen Frieden beider Staaten zu Konstantinopel im September 1913 festgelegt und gab der Türkei mit einem beträchtlichen Gelände westlich von Adrianopel die Herrschaft über einen Teil der zum Ägäischen Meere führenden Eisenbahn. Dieser für Bulgarien kaum erträgliche Zustand wurde durch ein neues Grenzabkommen vom 25. September 1915 beseitigt; es war eine Vorbedingung für den Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte. Die Grenze folgt nun von Adrianopel aus in geringem Abstand der Maritza, so daß die Bahnlinie bis Dede Agatsch, aber auch der Bahnhof von Adrianopel auf bulgarischem Boden liegen. Aus der ehemaligen



Die bulgarisch-türkische Grenzänderung bei Adrianopel 25. September 1915.

Bahnhofvorstadt entwickelt sich nunmehr ein neues bulgarisches Adrianopel, das den alten bulgarischen Namen Odrin führt, während die alte türkische Stadt amtlich Edirneh genannt wird.

Die Fläche des nach der letzten Grenzänderung der Türkei in Europa verbliebenen Gebietes beträgt rund 22000 qkm[1], kommt also der Fläche von Mähren oder Steiermark etwa gleich. Ganz unklar ist noch der Anspruch der Türkei auf Inseln des Ägäischen Meeres. Tatsächlich ist keine derselben derzeit in ihrem Besitz. Im Frieden von Bukarest 1913 wurden ihr nur die unmittelbar vor der Einfahrt in die Dardanellen gelegenen Inseln Imbros und Tenedos zugestanden, die aber augenblicklich ebenso wie die Inseln an der Westküste Kleinasiens in der Macht der Feinde sind. Lesbos und Chios sollten an Griechenland fallen, das damit eine bedrohliche Stellung

[1] Nach einer vom Verfasser durchgeführten Berechnung.

unmittelbar vor der Küste Kleinasiens erhalten hätte. Die Türkei hatte in die Abtretung noch nicht gewilligt, als der Weltkrieg ausbrach. Im Süden hielt Italien auch nach dem Frieden von Lausanne 1912 unter nichtigen Vorwänden den sogenannten Dodekannes (Karpathos usw.; Rhodos) besetzt, ohne jedoch das Besitzrecht der Türkei zu bestreiten. Diese Inseln blieben daher im Balkankrieg außer Spiel, sind aber nach wie vor von Italien besetzt, das hier festen Fuß zu fassen hofft. Die Insel Cypern endlich, 1878 von England in ähnlicher Form, d. h. unter Wahrung der Hoheitsrechte des Sultans, besetzt wie Bosnien von Österreich-Ungarn, ist, wie oben erwähnt, im Dezember 1914 ebenso wie Ägypten zur englischen Kolonie erklärt worden.

Die Grenze der Asiatischen Türkei ist in ihrem ganzen Zuge vom Schwarzen Meer bis zum Persischen Golf festgelegt. Die türkisch-russische Grenze ist ein Ergebnis des Krieges von 1877 und auf dem Berliner Kongreß 1878 vereinbart. Gegen Persien ist die Grenze mehrfach unter Mitwirkung Englands festgestellt worden. Ganz unsicher war dagegen von jeher die Grenze gegen die Syrisch-Arabische Wüste sowie der am West- und Ostrand Arabiens besetzten Gebiete gegen das Innere der Halbinsel. Der Machtbereich der Pforte reicht hier jeweils nur so weit, als türkische Militärposten vorgeschoben waren. Die unter Abdul Hamid II. erbaute Hedschasbahn, die bedeutendste Leistung dieses bei aller Einseitigkeit weitblickenden Herrschers, sollte hauptsächlich dazu dienen, die für das Ansehen des Kalifates so wichtigen Städte Mekka und Medina fester mit dem Reiche zu verbinden; doch hatte die Bahn vor dem Kriege nur das nördlicher gelegene Medina erreicht. Selbst auf das innere Hochland von Arabien (Nedschd), wo die Emire von Hail und er Riad eine selbständige Macht ausüben, erstreckte sich der Einfluß der Pforte, dem jedoch vom Persischen Golf her der englische entgegenarbeitete. Durch die Unabhängigkeitserklärung des Scheichs von Koweit (Kueit) unter englischem Protektorat war ein Keil in das türkische Gebiet am Persischen Golf getrieben und die erst 1871 besetzte Küstenprovinz el Hasa vom Reiche abgeschnitten. Von Aden aus gelang es England in diesem Kriege, die immer unzuverlässigen Stämme in Jemen und besonders den einflußreichen Scherif von Mekka gegen die Türkei aufzuhetzen, so daß deren Herrschaft aus dem eigentlichen Arabien derzeit ganz verdrängt ist.

Geographisch muß auch die Sinaihalbinsel als ein Teil Arabiens betrachtet werden; politisch hat sie in alter wie in neuer Zeit ein Anhängsel Ägyptens gebildet. Schon die Herrscher des Alten Reiches von Ägypten haben die durch ihre Steinbrüche und Edelsteinminen wertvolle, später durch die biblische Legende und das christliche Mönchswesen berühmt gewordene Halbinsel unter ihre Herrschaft zu bringen gesucht. Mit der Begründung der neuen staatlichen Sonderstellung Ägyptens durch Mohammed Ali und Ismail Pascha wurde die Frage der Zugehörigkeit neuerdings aufgerollt und zugunsten Ägyptens entschieden. Als Grenze gilt eine von el Arisch am Mittelmeer nach der Spitze des Golfes von Akaba gezogene gerade Linie. Als England durch das Marokko-Abkommen 1904 in Ägypten freie Hand erhielt, suchte es die Spitze des Golfes und damit den Zugang nach Palästina in seine Hand zu bekommen; doch blieb dann Akaba in türkischem Besitz (1906).

Der einst so ausgedehnte afrikanische Besitz der Pforte muß in seiner ganzen Ausdehnung als verloren bezeichnet werden. Auf die letzte unmittelbare Provinz Tripolis mußte die Türkei infolge des unglücklichen Krieges mit Italien im Frieden von Lausanne 1912 verzichten. Die Annexion Ägyptens durch England im Dezember 1914 ist zwar eine einseitige Kriegshandlung und vor Friedensschluß nicht rechtsverbindlich. Die derzeitige militärische Lage und das ungeheure Interesse Englands am Besitz Ägyptens läßt jedoch wenig Hoffnung, daß es der Türkei gelingen werde, ihre Hoheitsrechte über Ägypten zu wahren. Wir müssen daher dieses Land bei der Gesamtübersicht des Reiches jetzt außer Betracht lassen, so daß nur der asiatische Besitzstand mit dem kleinen, aber wichtigen Rest der europäischen Türkei in Betracht kommt. Der Umfang des Gebietes kann aus den früher (S. 64) angeführten Gründen nur annähernd mit 1780000 qkm[1] beziffert werden, wovon 440000 qkm auf den sehr unsicheren Besitz in Arabien entfallen.

Das Land und die Volkswirtschaft. Wie schon hervorgehoben, ist das Staatsgebiet im geographischen Sinne kein einheitliches. Der nördliche und mächtigere Teil gehört der großen Faltengebirgszone an, die von Südeuropa durch West- und Mittelasien hindurchzieht. Das eigentliche Kernland ist Kleinasien mit Armenien, ein von vorwiegend westöstlich streichenden Gebirgszügen umrahmtes Hochland von etwa 1000 m mittlerer Meereshöhe, nach Westen sich allmählich senkend und in breiten, fruchtbaren Tälern zum Ägäischen Meere geöffnet, während sich nach Osten die Gebirge enger aneinander scharen und, zu bedeutender Höhe ansteigend, hochgelegene und schwer zugängliche Täler (Erzerum 1900 m) einschließen. Der kleine europäische Anteil ist ein niedriges Tafelland von geringem wirtschaftlichen Wert, aber als Vorland der Hauptstadt Konstantinopel von großer Bedeutung. An dieses Faltenland stößt im Golf von Alexandrette (Iskenderun) rechtwinklig ein Schollenland von nordafrikanischem Typus, die syrisch-arabische Tafel. Auch hier finden wir neben der tiefsten Einsenkung des festen Erdbodens in der Jordanspalte (Totes Meer: —394 m) ein Hochland von bedeutender Erhebung (Jerusalem fast 800 m, Damaskus 700 m), aber von wesentlich einförmigerer Gestaltung. Auch Mesopotamien gehört in seiner nördlichen Hälfte noch dieser Tafel an; der untere Teil des Euphrat- und Tigrislandes ist die Ausfüllung eines Einbruches, der sich weiter im Persischen Golf fortsetzt. Jenseits der mesopotamischen Niederung hat die Türkei noch Anteil an dem gefalteten Randgebirge des iranischen Hochlandes. In Arabien gehört ihr ein etwa 200 km breiter und über 2000 km langer Streifen an der Westküste mit dem hoch gehobenen Rand der inneren Wüstentafel.

Klima. Mit Ausnahme dieses bis in die Tropen hineinragenden Streifens liegt das ganze Staatsgebiet in der gemäßigten Zone, weist aber sehr große klimatische Unterschiede auf. Kleinasien ist den drei südeuropäischen Halbinseln zu vergleichen und gehört dem Mittelmeerklima an; doch sind im Innern die Unterschiede der Jahreszeiten scharf ausgeprägt, und besonders das armenische Hochland hat sehr kalte und schneereiche Winter. Syrien und noch mehr Arabien liegen bereits im trockenen Wüstengürtel. Mesopotamien ist eins der heißesten Länder der Erde.

Bau und Klima des Landes bedingen die wirtschaftlichen Möglichkeiten, über die hier nur einiges

[1] Das Deutsche Reich z. B. hat einen Umfang von 540000 qkm.

angedeutet werden kann. An Mineralschätzen ist wenigstens das Faltengebirgsland keineswegs arm; ihre Gewinnung wird aber nur an wenigen Stellen mit modernen Mitteln betrieben. Leider ist das wichtigste Mineral, die Kohle, nur in geringem Maße vertreten. Die Türkei ist ein wesentlich agrarisches Land, Ackerbau und Viehzucht sind die Grundlage ihres Wirtschaftslebens. Da eine zuverlässige Statistik fehlt, sind über deren zweifellos mögliche Steigerung nur Schätzungen und Vermutungen zulässig. Vielfach herrschen darüber übertriebene Vorstellungen. Gewiß ist bis jetzt nur der kleinere Teil des anbaufähigen Landes wirklich bebaut. Aber die Ausdehnung des unproduktiven Bodens ist, wie in den Mittelmeerländern überhaupt, ungleich größer als z. B. im mitteleuropäischen Klima mit Regen zu allen Jahreszeiten. Der Kulturboden bildet nicht wie dort eine zusammenhängende Fläche mit geschlossener Pflanzendecke, sondern inselartige Flecke, zwischen denen sich weite Gebiete der Steppe oder unfruchtbaren Felsbodens ausdehnen. In den eigentlichen Trockengebieten (Syrien und Mesopotamien) ist der Anbau meist nur mit künstlicher Bewässerung möglich. Eine solche hat für das untere Euphrat- und Tigrisgebiet der englische Wasserbautechniker Willcocks in großem Stile geplant. Doch ist auch hier die Größe der zu gewinnenden Kulturfläche früher weit überschätzt worden. Immerhin beruht auf der Fortentwicklung der Landwirtschaft in Verbindung mit besserer Ausnutzung der Bodenschätze und der Gebirgswälder Kleinasiens, an denen bisher nur Raubbau betrieben wurde, die wirtschaftliche Zukunft der Türkei. Sie ist und bleibt noch auf lange hinaus ein agrarisches, auf Naturalwirtschaft angewiesenes Land. Die Industrie ist noch sehr wenig entwickelt; der Außenhandel besteht daher hauptsächlich aus der Ausfuhr von Rohstoffen (Getreide, Rohseide, Früchte, bergmännische Erzeugnisse) und der Einfuhr von Fabrikaten, Kolonialwaren und anderen Nahrungsmitteln. Durch die in den letzten Jahrzehnten entstandenen Eisenbahnen — die Anatolische Bahn und die noch unvollendete Baghdadbahn, dann die Bahnlinien des westlichen Kleinasiens und Syriens — ist die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich gefördert worden; doch reichen die vorhandenen Strecken noch lange nicht aus, um alle Teile des weiten Gebietes dem Welthandel zu erschließen.

Die Bevölkerung. Mit den wirtschaftlichen Verhältnissen steht in enger Wechselbeziehung die Zahl und Dichte der Bevölkerung. Als ein agrarisches Land mit geringer Industrie hat die Türkei nur eine wenig dichte Bevölkerung. Weite Strecken sind überdies fast menschenleer oder ernähren als Weideland nur eine spärliche, nomadisierende Bewohnerschaft. Am dichtesten besiedelt sind, abgesehen von den Städten, einige Bezirke von gartenähnlichem Anbau, so in einzelnen Randgebieten Kleinasiens und besonders im Libanon, wo schon im Altertum (Phönizien!) die Dichte der Bevölkerung zu sorgfältiger Ausnutzung des Bodens (Terrassenanlagen) nötigte.

Ist schon die Ermittlung des Umfanges der Bodenfläche der Türkei bei dem Mangel guter topographischer Karten und der Unbestimmtheit der Grenze gegen das Wüstengebiet eine unsichere, so ruht die Berechnung der Bevölkerung und ihrer Dichte, letztere unsicher nach den beiden Faktoren der Bodenfläche und der Volkszahl, auf einer durchaus schwankenden Grundlage. Volkszählungen in unserem Sinne hat es in der Türkei niemals gegeben. Die Rückständigkeit der Verwaltung und die Vorurteile der mohammedanischen Bevölkerung gegen ein Eindringen in die für jeden Außenstehenden unantastbaren Familienverhältnisse, dazu die Furcht vor Besteuerung und Rekrutierung standen einem solchen Unternehmen früher hindernd im Weg. Daß Volkszählungen aber auch im Gebiet des Islams mit leidlicher Genauigkeit auszuführen sind, zeigt das Beispiel von Indien, Ägypten, Algerien, Bosnien und Rußland. In der Türkei ist man jedoch vorläufig auf die meist nur die erwachsene männliche Bevölkerung berücksichtigenden amtlichen Angaben und im übrigen auf Schätzungen angewiesen, die für einzelne Städte und Provinzen höchstens die Abrundung auf Tausende gestatten. Selbst für die Bevölkerung von Konstantinopel schwanken die Angaben ganz außerordentlich. Nach heute gültiger Schätzung kann man, in stark abgerundeten Zahlen, annehmen:

Europäische Türkei, einschließlich der asiatischen Teile von Konstantinopel (Skutari usw.), 2 Millionen, Kleinasien 10, Armenien und Kurdistan 2½, Syrien 3½, Mesopotamien 2 Millionen, Arabien 1 Million; für das ganze türkische Reich (ohne Ägypten) 21 Millionen. Die hieraus und aus der Bodenfläche (s. oben, S. 65) sich ergebende mittlere Dichte von 12 auf 1 qkm[1] wird hauptsächlich durch die weiten Trockengebiete in Syrien und Arabien herabgedrückt. Sie schwankt zwischen 2,8 in Arabien und 161 im Libanon[2]!

Neben der Zahl der Bewohner ist für jeden Staat die Art ihrer völkischen Zusammensetzung von großer Bedeutung. In dieser Beziehung leidet die Türkei vor allem an dem Mangel einer einheitlichen, das ganze Reich beherrschenden Nationalität, wozu noch die im Orient viel stärker als bei uns wiegenden religiösen Gegensätze kommen. Das herrschende Volk, die Türken oder Osmanen (Osmanly), wie sie im Lande selbst nach dem Gründer des Staates mit Vorliebe genannt werden, macht noch nicht die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, etwa 9—10 Millionen, und steht zu dieser in einem ähnlichen zahlenmäßigen Verhältnis wie die Magyaren zur Gesamtheit der Bewohner Ungarns mit Kroatien. Zum richtigen Verständnis ihrer Stellung im Reich ist ein kurzer Rückblick auf die Entstehung dieses Volkstums unerläßlich.

Die Osmanen gehören sprachlich der unter sich eng verwandten Familie der Turkvölker, eines Zweiges des großen uralaltaischen Sprachstammes, an, der durch ganz Innerasien bis Sibirien (Jakuten) und China verbreitet ist. Insbesondere ganz Turkestan und Ostturkestan (Tarimbecken) sowie große Teile des russischen Reiches sind vorwiegend von Türkisch sprechenden Völkern bewohnt. Ihre Gesamtzahl beträgt[3] mindestens 30 Millionen, davon etwa 15 Millionen im russischen Reich, wo sie meist als »Tataren« bezeichnet werden. Die Urheimat der Turkvölker ist in der Gegend des Altaigebirges zu suchen. Im Urzustande und zum Teil noch heute (Kirgisen, Turkmenen usw.) nomadisierende Hirten und Reiter, haben die Turkvölker frühzeitig in Mittelasien die herrschende Stellung errungen und von dort aus ihre Züge nach Westen angetreten. Der ältere Wanderzug geht aus Turkestan durch das jetzt russische Steppengebiet nördlich vom Kaspischen und Schwarzen Meere. Hier setzt die Völkerwanderung ein, eingeleitet durch

[1] Die Dichte im Deutschen Reich beträgt 120 auf 1 qkm.
[2] Nach Philippson.
[3] Nach einer Berechnung des Verfassers.

das türkische Volk der Hunnen, denen in den nächsten Jahrhunderten bald andere Völker gleichen Stammes nachfolgen, so die Avaren, Petschenegen, Chazaren, Kumanen und die Urbulgaren. Seit der um etwa 1000 n. Chr. vollzogenen Annahme des Islams durch die asiatischen Turkvölker eröffnet sich für diese ein neuer Weg nach Westen durch Persien und damit die für das spätere Türkentum bezeichnende Verbindung mit persischer und arabischer Sprache und Kultur. Schon seit dem 9. Jahrhundert drang aus Turkestan immer mehr türkisches Blut in das Kalifenreich und selbst nach Ägypten, wo wiederholt türkische Dynastien zur Herrschaft kamen. Mit dem Auftreten Seldschuks, eines Reiterführers aus Turkestan, gegen 1000 n. Chr. und seiner Nachfolger wurden die Türken zu einem politischen Machtfaktor im Iran und im Kalifenreich, seit 1071 auch in Kleinasien, wo auf dem Boden des oströmischen Reiches der Seldschukenstaat von Rum (d. h. »Rom«) oder Ikonion (Konia) entstand. Die hier eingewanderten Türken bildeten nur eine Minderheit gegenüber der ansässigen, im byzantinischen Griechentum aufgegangenen Bevölkerung. Aber diese, und zwar hauptsächlich die Landbewohner, traten infolge des byzantinischen Steuerdruckes, der Mißstände der Verwaltung und des Großgrundbesitzes massenweise zu den neuen Herren über, nahmen deren Religion, den Islam, und allmählich auch die türkische Sprache an. So ist auf dem Boden Kleinasiens ein neues türkisches Volkstum entstanden, das dem Blute nach nur wenig Beziehungen zu den türkischen Völkern Innerasiens hat und auf der Grundlage der alten Bevölkerung des Landes ruht. Die Rasse ist seit Jahrtausenden trotz vieler Beimischungen im wesentlichen die gleiche geblieben und zeigt in der äußeren Erscheinung der osmanischen Sultane wie der führenden Persönlichkeiten des heutigen türkischen Reiches den bekannten orientalischen Typus des länglichen, von schwarzem Haar und Vollbart umrahmten Gesichtes mit stark ausgeprägter Nase, der den denkbar schärfsten Gegensatz zur sogenannten mongolischen Rasse bildet. Es ist daher ebenso falsch und irreführend, die osmanischen Türken wegen ihrer sprachlichen Verwandtschaft mit mongolischen Völkern auch deren Rasse zuzurechnen, wie die Magyaren oder Finnen, die diesen Rassentypus, wenn sie ihn überhaupt je besessen, durch Vermischung mit europäischen Völkern längst abgestreift haben. Allerdings findet man in Kleinasien, jedoch kaum diesseits des Bosporus, bei der Landbevölkerung auch mongoloide Typen als Nachkommen eingewanderter türkischer und mongolischer Stämme, aber stets in der Minderzahl. Die Masse der Bevölkerung jedoch hat nur Religion und Sprache gewechselt wie ein Kleid, dagegen die Rassenmerkmale ihrer Vorfahren im Lande beibehalten.

Die Türkisierung Kleinasiens im 13. und 14. Jahrhundert hatte sich unter seldschukischen, turkmenischen und mongolischen Herrschern längst vollzogen, ehe die Osmanen gegen Ende des 15. Jahrhunderts die Gewalt über die ganze Halbinsel errangen. Ihre Herrschaft konnte sich hier auf eine Bevölkerung von überwiegend gleicher Sprache und Religion stützen; so ist Kleinasien das eigentliche Kernland des türkischen Reiches, seine Bauernbevölkerung die Quelle der türkischen Volkskraft geworden.

Der von Osman 1299 gegründete, damals noch sehr kleine Staat, ursprünglich ein seldschukisches Lehen an der Grenzmark gegen das byzantinische Reich, hat seine Stoßkraft zunächst mehr nach der europäischen Seite gerichtet und zum Schaden seiner späteren Entwicklung seinen Schwerpunkt auf der Balkanhalbinsel gesucht. Von Anfang an war die Herrschaft über die Meerengen als das beide Flügel des Reiches in Europa und Asien verbindende Glied mit Konstantinopel als Mittelpunkt ein Hauptziel osmanischer Politik. Es hat damit wie in vielen anderen Einrichtungen der Staatsverwaltung und des öffentlichen Lebens nur das Erbe des oströmischen Reiches angetreten. Aber wie dieses sein Griechentum den andringenden slawischen Völkern wie auch den illyrischen Albanern und den romanisierten Walachen gegenüber nicht zur Geltung zu bringen vermochte, so hat die osmanische Herrschaft nicht einmal den Versuch gemacht, sich die Völker der Balkanhalbinsel zu assimilieren. Soweit diese den Islam angenommen haben, wie in Bosnien, Albanien, Bulgarien (Pomaken), auf Kreta, behielten sie doch ihre slawische, albanische, griechische Sprache bei und wurden von den Andersgläubigen nur ihrer Religion halber als »Türken« bezeichnet. Wirkliche Türken haben sich nur in einzelnen Teilen der Halbinsel, so in Rumelien (dem alten Thrazien), im östlichen Bulgarien, in Mazedonien und Thessalien, zum Teil schon in vorosmanischer Zeit, angesiedelt. Ihre Zahl war, mit Einschluß von Konstantinopel, kaum jemals höher als 2 Millionen, gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 15—16 Millionen. Hierin liegt der Hauptgrund für den Rückgang der türkischen Herrschaft in Europa seit etwa 100 Jahren. Sobald die einzelnen Völker zu nationalem Bewußtsein erwachten und das Reich nicht mehr die Kraft hatte, ihren von außen her unterstützten Widerstand mit starker Hand niederzuhalten, mußte sich das Schicksal der Europäischen Türkei schrittweise vollziehen.

Auch in Asien und Afrika hat die osmanische Herrschaft über das türkische Volkstum weit hinausgegriffen auf Länder arabischer Zunge. Trotz der frühzeitigen Durchsetzung des Kalifenreiches mit türkischen Elementen (s. oben) sind diese in der arabischen Umgebung stets etwas Fremdartiges geblieben. Türkisches Volkstum ist dort nie bodenständig geworden und hat sich im wesentlichen auf Beamte und Militär beschränkt. Die seit dem 7. Jahrhundert durch den Islam arabisierte Bevölkerung dieser Länder und vollends die eigentlichen Araber selbst haben sich als Träger einer alten Kultur und erste Vorkämpfer der Religion Mohammeds den Türken wie auch anderen mohammedanischen Völkern gegenüber immer als vornehmer gefühlt und sich nur ungern der osmanischen Herrschaft gefügt, der gleichwohl durch die gemeinsame Religion der Weg geebnet wurde. So bildet die ungefähr mit der Grenze des Falten- und Tafellandes zusammenfallende Sprachgrenze von Türkisch und Arabisch einen Riß in der Einheit des Reiches und sondert im Süden ein eigenartiges Volkstum ab, daß zwar kaum, wie die Völker der Balkanhalbinsel, zu selbständiger Staatenbildung befähigt, aber fremden Einflüssen leichter zugänglich und politisch unzuverlässig ist, wie die von England in Arabien betriebene Agitation gezeigt hat. Die Zahl von etwa 6 Millionen Arabisch sprechender Bewohner des Reiches fällt daher gegen die nur um die Hälfte zahlreichere türkische Bevölkerung stark ins Gewicht. Solange Ägypten mit jetzt 12 Millionen Bewohnern als Teil des Reiches gelten konnte, war das Übergewicht natürlich ganz auf der arabischen Seite. Immerhin zeigen die Vorgänge in Tripolitanien, daß die ara-

bische Bevölkerung dieser bis 1912 unmittelbaren türkischen Provinz für die moslemische Regierung gegen die fremden Eindringlinge eintritt. Selbst in Ägypten wäre das, trotz der Abneigung gegen das Türkentum, der Fall, wenn der militärische Druck Englands eine freie Bewegung zuließe.

Auch in der nördlichen Faltengebirgszone sind die Türken zwar das vorherrschende, keineswegs aber das alleinherrschende Volk. Hier stehen besonders zwei Völker nach Sprache, Religion und Überlieferungen zu ihnen in einem scharfen Gegensatz, die Griechen und die Armenier, jedes in der Zahl von etwa 1½ Million. — Die **Griechen** haben seit dem Altertum die Westküste Kleinasiens, allerdings nicht lückenlos, vollständig aber die vorgelagerten Inseln, stellenweise auch den Nord- und Südrand der Halbinsel inne; in den großen Städten sind sie relativ am stärksten in Smyrna (etwa die Hälfte), absolut in Konstantinopel (etwa 200000) vertreten. In neuerer Zeit macht sich ein Vordringen des Griechentums nach dem Innern zu bemerkbar. Dort gibt es (im Osten) auch Nachkommen der byzantinisch-griechischen Bevölkerung, die nur ihre Religion und Schrift beibehalten, ihre Sprache aber verlernt haben und die Bibel in türkischer Sprache mit griechischer Schrift lesen. Im ganzen haben sich die Griechen, von den Inseln abgesehen, mit der türkischen Herrschaft ziemlich gut abgefunden. — Ein viel weniger zuverlässiges Element sind dagegen die **Armenier**. Aus ihrer geographisch als Armenien bezeichneten Heimat, die im östlichen Hochland auf russisches und persisches Gebiet hinübergreift, haben sie sich durch Auswanderung schon seit dem Mittelalter nach Westen bis weit nach Europa hinein verbreitet und sind heute in fast allen größeren Städten der Türkei (in Konstantinopel allein etwa 180000) in erheblicher Zahl zu finden. Dagegen ist ihr Heimatland jetzt so von kurdischen, türkischen und anderen Volkselementen durchsetzt, daß sie dort kaum noch irgendwo eine geschlossene Mehrheit bilden. Ein Teil der nach Westen gewanderten Armenier ist jetzt türkisiert und spricht ein eigentümlich modifiziertes Türkisch mit armenischer Schrift. Viele davon haben es zu hervorragender Stellung im Staatsleben, besondens in der Finanzverwaltung, gebracht. Im übrigen hat der dem Volke eigene Geschäftsgeist, gegen den selbst der griechische und jüdische nicht aufkommt, es bei der übrigen Bevölkerung ebenso unbeliebt gemacht wie die Juden in Osteuropa und gab in Verbindung mit der Aufhetzung der Armenier durch russische und englische Agenten der Regierung eine Handhabe, um gegen ihr staatsgefährliches Treiben mit grausamen Mitteln einzuschreiten. Das blieb natürlich wieder nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung des Volkes und macht dieses zum fragwürdigsten Element in der Bevölkerung des Reiches.

Die mit den Armeniern in bitterer Feindschaft lebenden **Kurden** in den Gebirgen zwischen Armenien, Mesopotamien und Persien stehen zwar nach ihrer Abstammung und ihrer indogermanischen (iranischen) Sprache den Türken fern, sind aber als eifrige Mohammedaner der türkischen Herrschaft ergeben, soweit das ihr stark ausgeprägtes Selbstgefühl zuläßt. Andere zersplitterte Volkselemente, wie die als Muhadschir bezeichneten mohammedanischen Auswanderer aus der Balkanhalbinsel und Kaukasien (Bosniaken, Albaner, Tscherkessen), die Lazen im äußersten Nordosten, Zigeuner usw., kommen politisch kaum in Betracht.

Die Türkei als Vormacht des Islams. Stärker als durch den nationalen Charakter wird die eigenartige Stellung des türkischen Staates durch die herrschende Religion bezeichnet. Von den 21 Millionen Bewohnern des Reiches bekennen sich etwa 16 Millionen zum Islam. Der Rest entfällt auf Christen verschiedenster Konfession und Juden (etwa 800000), welch letztere vor der religiösen Intoleranz Europas in der Türkei eine Zuflucht fanden (Spaniolen) und in neuester Zeit mit besonderem Nachdruck ihrem Stammland Palästina zustreben (Zionisten). Der Prozentsatz der christlichen Bevölkerung, auf deren bunte Gliederung hier nicht näher eingegangen werden kann, ist durch die Loslösung der Balkanvölker wesentlich herabgedrückt worden.

Der Islam ist von den Völkern türkischen Stammes schon vor dem Jahre 1000 in Turkestan übernommen, dann durch die Seldschuken und Osmanen nach Westen getragen worden. Auch im russischen Reich sind die dort meist als »Tataren« bezeichneten Turkvölker die Hauptträger des Islams, dem sich weder die Mongolen noch die finnisch-ugrischen Völker angeschlossen haben. Der osmanische Staat war von Anfang an auf muslimischer Grundlage aufgebaut. Nur dadurch war es ihm möglich, auch die ersten und älteren Träger der Religion Mohammeds, die Länder arabischer Zunge, sich untertan zu machen. Das geschah durch die Eroberung von Syrien 1516 und Ägypten 1517, womit zugleich die Herrschaft über die heiligen Stätten des Islams, Mekka und Medina, gewonnen wurde. Später folgte die Besetzung Mesopotamiens mit der alten Kalifenresidenz Baghdad 1534 und des Nordrandes von Afrika (Algier 1519, Tunis 1533, Tripolis 1551).

Schon mit der Eroberung von Konstantinopel 1453 war der türkische Sultan der mächtigste muslimische Herrscher geworden. Mit Ägypten und Arabien fielen ihm der unbestrittene Vorrang und der Anspruch auf die höchste weltliche Würde unter den Gläubigen zu. Noch 1517 wurde von dem in Kairo neben dem ägyptischen Sultan residierenden Nachkommen der abbassidischen Kalifen diese Würde förmlich auf den Sultan zu Konstantinopel übertragen.

Kalif bedeutet Stellvertreter des Propheten in der weltlichen Leitung der Gemeinschaft der Gläubigen. Eine Entscheidung in Glaubenssachen kommt ihm nicht zu; aber er führt das Schwert des Islams und hat allein das Recht, den heiligen Krieg (vgl. S. 71 ff.) zu verkünden. Seine Stellung ist daher in keiner Weise mit dem Papsttum, eher mit dem des römischen Kaisers im Sinne des christlichen Mittelalters zu vergleichen. Das Kalifat ist für die Türkei auch heute von um so größerer Bedeutung, als sie gegenwärtig der einzige mohammedanische Staat ist, der seine volle Unabhängigkeit bewahrt hat. Ihre Vormachtstellung ist in neuerer Zeit von zwei Seiten gefährdet worden, zuerst von Rußland, dessen Streben nach Konstantinopel den Staat an seiner Wurzel bedrohte, neuestens durch England. Dieses hat durch den Raub Ägyptens und im jetzigen Krieg durch sein Vordringen in Arabien und Mesopotamien den Plan enthüllt, nicht nur die mächtigsten arabischen Länder unter seine Herrschaft zu bringen, sondern auch durch Wiedererrichtung eines arabischen Kalifates einen entscheidenden Einfluß auf die ganze mohammedanische Welt zu gewinnen. Ob jedoch ein von England eingesetzter Vasallenfürst wie der jetzige »Sultan« von Ägypten je das entsprechende Ansehen finden wird, ist mehr als zweifelhaft, um so mehr als die hierzu

erforderliche Übertragung der Würde durch den letzten rechtmäßigen Inhaber sicher nicht zu erreichen ist.

Neueste politische Entwicklung. Bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts stand die Türkei europäischen Einrichtungen und Anschauungen fremdartig und schroff gegenüber. Mit den Reformen Sultan Mahmuds II. (1808—39; Abschaffung der Janitscharen 1826, Reorganisation der Armee und der Beamten, Annahme europäischer Kleidung usw.) beginnt die Annäherung an europäische Verhältnisse und macht unter dem Sultan Abdul Medschid (1839—61) durch die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Untertanen (Hattihumajun 1856) weitere Fortschritte. Unter der schwachen Regierung des Sultans Abdul Asis (1861—76) suchte der gebildete Teil des Volkes selbst den Anschluß an westeuropäische Ideen. Die jungtürkische Bewegung betätigte sich zunächst auf literarischem Gebiet, lenkte aber bald in das politische Fahrwasser ein. Es war das erste Erwachen des Nationalismus, der an die Stelle des religiösen Fanatismus des Alttürkentums eine der nationalen Entwicklung anderer Völker entsprechende Richtung setzte. Zugleich wurden aber von den Jungtürken die Freiheitsgedanken der französischen Revolution begierig aufgenommen und gegen das absolutistische Regierungssystem verwertet. Die von Abdul Hamid II. 1876 nach seiner Thronbesteigung erlassene Verfassung war die erste kurzlebige Frucht der neuen Ideen. Sie wurde außer Kraft gesetzt, noch ehe sie ins Leben getreten war. Die streng persönliche, auf einem ausgebildeten Polizeisystem aufgebaute Regierung Abdul Hamids zwang die »Vereinigung für Freiheit und Fortschritt«, ihre offene Tätigkeit in das Ausland, hauptsächlich nach Genf und Paris, zu verlegen, während sie im Lande selbst nur im geheimen fortwirkte, aber große Teile der Armee ergriff. Den vielfachen Demütigungen, denen die Türkei seit dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 von seiten der jetzigen Ententemächte ausgesetzt war, steigerten die Erbitterung der Bevölkerung und führten endlich 1908 zu der von Saloniki aus, hauptsächlich durch den jetzigen Großwesir Talaat und den jetzigen Kriegsminister Enver, ins Werk gesetzten Revolution, die mit der Wiederherstellung der Verfassung und der Absetzung des Sultans 1909 endete. Die Umwälzung im Innern machte noch 1908 die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens notwendig, da ein Übergreifen der nationalen Bewegung auf diese formell immer noch zum Reich gehörigen, aber tatsächlich längst davon getrennten und selbständig entwickelten Länder von den gefährlichsten Folgen begleitet sein konnte. Die in nationaltürkischen Kreisen deshalb entstandene, von außen (England) geschürte Erregung wurde nach wenigen Monaten in freundschaftlichem Einvernehmen beigelegt.

Noch ehe das auf neue Grundlagen gestellte Staatswesen Zeit hatte, sich innerlich zu festigen, drohten ihm schwere Gefahren von außen. Italien hatte seit der Besetzung von Tunis (1881) durch die Franzosen sein Auge auf Tripolis geworfen, das nicht wie jenes ein lose verbundener Vasallenstaat, sondern eine unmittelbare Provinz des Reiches war. Die seit 1904 stets deutlicher hervortretende Machtstellung Frankreichs in Marokko und Englands in Ägypten ließ in Italien den Wunsch immer brennender erscheinen, sich in Tripolis schadlos zu halten. Unter nichtigen Vorwänden wurde im September 1911 ein brutales Ultimatum gestellt und nach dessen Ablehnung sofort der Krieg eröffnet. Trotz harter Kämpfe gegen die türkischen Truppen in Tripolitanien und die zur Pforte haltenden Araberstämme konnte der Ausgang nicht zweifelhaft sein, da England den Durchzug türkischer Truppen durch Ägypten verhinderte, das als Vasallenstaat selbst zur Heeresfolge verpflichtet gewesen wäre, und die Türkei über keine der italienischen ebenbürtige Flotte verfügte. Die Lahmlegung der Marine unter Abdul Hamid II. rächte sich nunmehr schwer und verschaffte Italien auch freie Hand im Archipel, wo es die jetzt als Dodekannes zusammengefaßten Inseln vor der Südwestküste Kleinasiens mit Rhodos als Hauptstützpunkt besetzte und noch jetzt besetzt hält, obwohl im Frieden von Lausanne 18. Oktober 1912 ihre Rückgabe an die Türkei ausdrücklich in Aussicht gestellt wurde. Der Friede war hastig zustande gekommen unter dem Eindruck des die Türkei noch unmittelbarer bedrohenden Balkankrieges.

Anfang Oktober 1912 wurde die Welt durch den gegen die Türkei gerichteten Bund der Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland überrascht. Wir wissen jetzt, daß der Bund Serbiens, Bulgariens und Montenegros schon seit März 1912 bestand, aber sorgfältig geheimgehalten wurde, besonders gegen die Türkei und die mitteleuropäischen Mächte. Dagegen ist zweifellos, daß Rußland im Einvernehmen mit England und Frankreich dabei die Hand im Spiele hatte und den Bund als Sturmbock gegen die Türkei und Österreich-Ungarn benutzen wollte. Der Angriff war diplomatisch wie militärisch gut vorbereitet und hatte den völligen Zusammenbruch der Europäischen Türkei zur Folge. Er traf die türkische Regierung völlig unerwartet und geschwächt durch den Krieg mit Italien, während sie noch nicht Zeit gehabt hatte, die Neuorganisierung der unter Abdul Hamid in ihrer Entwicklung zurückgehaltenen Armee durchzuführen. Die jungtürkischen Ideen hatten auf den Geist des Heeres vielfach zersetzend eingewirkt, wie auch sonst die neue Regierung nicht überall eine glückliche Hand hatte und durch Überspannung des osmanischen Staatsgedankens — alle Völker und Bekenntnisse des Reiches sollten im Osmanismus aufgehen — auch ihr sonst ergebene Elemente zum Widerstand reizte (Aufstand in Albanien 1911). Nach dem Fall von Adrianopel März 1913 blieb ihr als letzte Zuflucht die zähe verteidigte Tschataldschalinie zum Schutze der Hauptstadt. Der Ausbruch des zweiten Balkankrieges zwischen den Verbündeten selbst verbesserte die Stellung der Türkei in Europa wieder durch die Rückeroberung von Adrianopel (Juli 1913) und des unteren Maritzatales (s. oben, S. 64).

Für die russische Politik war der zweite Balkankrieg ein Strich durch die Rechnung. Ihr unmittelbares Angriffsziel wurde nun Österreich-Ungarn, wofür Serbien den Helfershelfer abgeben mußte. Die Zerstückelung der Monarchie sollte den Weg nach Konstantinopel bahnen, das von den Westmächten längst preisgegeben war. Auch Rußlands Absichten auf das nördliche Kleinasien, wo es die Weiterführung der Anatolischen Bahn über Angora hinaus verhindert hatte, um den türkischen Aufmarsch gegen die Kaukasusfront zu erschweren, waren kein Geheimnis, ebensowenig jene Frankreichs auf Syrien, die Italiens auf das südliche Kleinasien und die Englands auf Mesopotamien. Letzteres hatte, um den Zugang zum Persischen Golf in der Hand zu haben, seit Jahren dem Ausbau der deutschen Baghdadbahn alle erdenklichen

Hindernisse in den Weg gelegt und 1913 die Anerkennung des Protektorats über Koweit (s. oben, S. 63 u. 65) zu erzwingen gewußt. Schließlich kam am 15. Juni 1914 eine Vereinbarung zwischen Deutschland und England über die Strecke bis Basra zustande. Doch wenige Wochen danach brach der Weltkrieg aus.

Für die Türkei konnte es von Anfang an nicht zweifelhaft sein, daß eine Niederlage der Mittelmächte auch ihr Ende bedeuten würde. Die Absichten der Ententemächte über die Aufteilung ihres Gebiets sind seither mit aller Offenheit ausgesprochen worden. Der erste Schritt zur Lösung alter Fesseln und des besonders von Rußland und den Westmächten ausgeübten Druckes war die Aufhebung der **Kapitulationen** durch Rundschreiben vom 9. September 1914. So heißen ursprünglich nach ihrer Einteilung in »Kapitel« die seit dem 16. Jahrhundert mit europäischen Mächten getroffenen Vereinbarungen über die Rechte fremder Untertanen in der Türkei, den Handel, Verkehr usw., Vereinbarungen, die, anfangs und unter anderen Verhältnissen nützlich und notwendig, allmählich zu einem lähmenden Hindernis jeden Aufschwunges und zu einer demütigenden Einschränkung der Staatshoheit geworden waren. Hierher gehörten die Konsulargerichtsbarkeit und die fremden Postämter, ganz besonders aber die Steuerfreiheit, die nicht nur fremde Untertanen, sondern auch zahlreiche Einheimische als »Schutzgenossen« anderer Mächte beanspruchten und dadurch den Staatseinnahmen enorme Summen entzogen. Noch unerträglicher war die Hemmung der ganzen Zollpolitik und damit einer wesentlichen Grundlage der Finanzwirtschaft. Die Türkei konnte keine Einfuhrzölle schaffen oder die bestehenden erhöhen ohne Zustimmung der fremden Mächte, die natürlich nur darauf bedacht waren, ihren eigenen Waren möglichst niedrige Zölle zu sichern. Nach langen Verhandlungen, wobei besonders England und Rußland Schwierigkeiten machten, gelang es der Türkei 1907, die Zustimmung zur Erhöhung des seit 1861 bestehenden allgemeinen Zolltarifs von 8 Proz. auf 11 Proz. zu erhalten; aber England knüpfte sie an die Bedingung, daß die hierdurch erzielten Mehreinnahmen nicht im allgemeinen Staatsinteresse, sondern lediglich für Mazedonien zu verwenden seien, und zwar hauptsächlich deshalb, um dadurch die in Aussicht genommene Kilometergarantie für die deutsche Baghdadbahn zu verhindern!

Seit dem Pariser Frieden 1856, der die Türkei zum erstenmal innerhalb des europäischen Völkerrechts stellte, hatte die Pforte wiederholt versucht, die ebenso ihre Staatshoheit untergrabenden wie ihre Finanzwirtschaft lähmenden Fesseln der Kapitulationen abzuschütteln, erreichte aber erst 1909 die Zustimmung Österreich-Ungarns und Bulgariens, 1912 auch die Italiens, während Deutschland entsprechend seiner unter Kaiser Wilhelm II. verfolgten Politik von vornherein dieser Absicht freundlich gegenüberstand. So war die formelle Kündigung der Kapitulationen am 9. September 1914 der erste Schritt zum Anschluß an die Mittelmächte und zu dem am 28. Oktober 1914 erfolgten Eintritt der Türkei in den **Weltkrieg**.

Was die militärischen Operationen während des Krieges (vgl. Band III) anlangt, so wurde der gefährliche Vorstoß Englands und Frankreichs gegen Konstantinopel durch die heldenmütige, von deutscher Artillerie unterstützte Verteidigung der Dardanellen glänzend abgeschlagen, während an den östlichen Fronten (Kaukasus, Mesopotamien, Sinai) die türkischen Truppen nach anfänglichen Erfolgen vor der Übermacht zurückweichen mußten. Die damaligen Verluste in Asien waren hauptsächlich begründet in der Konzentrierung der Armee zum Schutze der Hauptstadt, deren Verlust nicht nur für die Türkei, sondern auch für die Mittelmächte verhängnisvoll geworden wäre, und in dem Mangel an fertigen Bahnen zur kaukasischen, mesopotamischen und Sinaifront, wodurch rechtzeitiger Nachschub an die gefährdeten Stellen unmöglich wurde. Die letzte Entscheidung wird auch hier von dem Endausgange des Krieges abhängen. Im übrigen haben die Ereignisse der letzten Jahre das türkische Nationalgefühl mächtig gesteigert. Die früher im Verkehr mit Fremden und nichttürkischen Inländern, selbst im eigenen Verkehr mit den diplomatischen Missionen im Ausland stark in den Hintergrund gedrängte türkische Staatssprache hat eine ganz neue Geltung gewonnen und erstreckt sich seit dem Sprachengesetz vom Februar 1916 auch auf die fremden Handels- und Erwerbsgesellschaften sowie auf die fremden Lehrkräfte an der im gleichen Jahre ins Leben getretenen Universität in Konstantinopel. Eine Reihe von Vereinigungen und Zeitschriften dienen dem nationalistischen Programm. Eine starke Bewegung tritt für die Reinigung der Schriftsprache von dem Ballast persischer und arabischer Bestandteile ein und predigt die Rückkehr zu den überlieferungen des reinen Türkentums, als dessen Verkörperung ein ideales Turan erscheint. Man bezeichnet diese Richtung daher als **Turanismus**, und insofern sie die kulturelle Fühlung mit allen Völkern türkischer Zunge erstrebt, als **Pantürkismus**. Auch Frauen haben sich in den letzten Jahren vielfach an dieser Bewegung beteiligt. Es wird Sache einer einsichtsvollen Staatsleitung sein, den an sich voll berechtigten nationalen Gedanken nicht zu überspannen und besonders das Selbstgefühl der für das Reich so wichtigen arabischen Provinzen zu schonen. Dann wird der Friede auch für das türkische Reich eine neue Ära des Aufschwunges bringen.

Literatur. Bezüglich der älteren geographischen und historischen Literatur sei auf den Artikel »Türkisches Reich« des Konversationslexikons verwiesen. Seither ist eine Flut von Tagesliteratur, aber auch manches umfangreichere, gehaltvolle Werk erschienen. An **geographischen Darstellungen**, früher meist nach den drei Erdteilen zersplittert, ist zu nennen: **E. Banse**, Die Türkei. Eine moderne Geographie (Braunschw. 1915, 2. Aufl. 1916); **A. Philippson**, Das Türkische Reich (Weim. 1915; kurze, gediegene Übersicht); **P. Krause**, Die Türkei (Leipz. 1916; hauptsächlich Staat und Kultur behandelnd). — Für die **Geschichte** ist das neuere Hauptwerk **N. Jorga**, Geschichte des osmanischen Reiches (Gotha 1908—12, 5 Bde.); vgl. dazu **K. v. Sax**, Geschichte des Machtverfalls der Türkei (Wien 1908); »Helmolts Weltgeschichte«, Bd. 2, 3, 4 (Leipz. 1902, 1901, 1900; Neubearbeitung in Vorbereitung). Einzelschriften verschiedener Verfasser enthält das Sammelwerk von **H. Grothe**, Länder und Völker der Türkei (Leipz. 1915, neue Folge 1917). Aus der von E. Jäckh in zwangloser Folge herausgegebenen »Deutschen Orientbücherei« (Weim. 1915 ff.) seien hervorgehoben: **A. Philippson** (s. oben); **M. Blanckenhorn**, Syrien und die deutsche Arbeit; **B. Moritz**, Wie Ägypten englisch wurde; **C. A. Schäfer**, Die Entwicklung der Baghdadbahnpolitik; **W. Lehmann**, Die Kapitulationen; **E. R. Prigge**, Der Kampf um die Dardanellen; **M. Kaufmann**, Pera und Stambul; **Tekin Alp**, Türkismus und Pantürkismus; **Halide Edib Hanum**, Das neue Turan; **Machmud Muthtar Pascha**, Die Welt des Islams; **Giese**, Die Toleranz des Islams; **J. Hell**, Der Islam und die abendländische Kultur. — Die **wirtschaftlichen Verhältnisse** behandeln **H. Grothe**, Türkisch-Asien und seine

Wirtschaftswerte (Frankf. 1916) und die von demselben herausgegebene Sammlung »Das Wirtschaftsleben der Türkei« (I, Berl. 1916), ferner die reichhaltige Schrift von K. Wiedenfeld, Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen (Münch. 1915) sowie die von L. Cwiklinski herausgegebene Sammlung von Vorträgen (A. Frankfurter, R. Friedrich, A. Musil, E. Oberhummer, F. Schaffer u. a.) »Balkan und Naher Orient« (Wien 1916). Eine Übersicht des gesamten Türkentums und der staatlichen Entwicklung des osmanischen Reiches versucht E. Oberhummer, Die Türken und das osmanische Reich (Leipz. 1917; mit zahlreichen Literaturnachweisen).

Der heilige Krieg

von Dr. jur. et phil. **Hugo Grothe**, Privatdozent in Stuttgart

Wesen und historische Entwicklung des heiligen Krieges. Eine Skizze über den »heiligen Krieg«, wie er im Laufe dieses Weltkrieges in Erscheinung trat, verlangt eine Deutung des Begriffes und eine geschichtliche Übersicht über die Formen, wie sich dieser heilige Krieg im Islam geäußert hat. Nur die Geschichte lehrt uns Wesen, Bedeutung und Wandlung des heiligen Krieges verstehen. »Dschihad« heißt »Anstrengung«, »Kampf«, im religiösen Sinne gefaßt, also Kampf auf dem Pfade Gottes, d. h. Glaubenskampf. Irrig ist es, wenn christliche Theologen ihn dahin deuten, daß sein eigentliches Ziel die Ausbreitung der islamischen Religionsgemeinde ist und immer war, also in Leugnung sittlicher Beweggründe stets nur die Erringung eines religiösen Weltimperiums im Auge hat (Lepsius). Der Richtigkeit näher kommt die Auffassung von Orientalisten wie Snouck Hurgronje[1], die im »Dschihad« nicht einen ununterbrochen in der Seele des Mohammedaners wirksamen Kriegsgedanken auf religiöser Grundlage sehen will, sondern ihm bald die mittelalterliche Form der gewalttätigen Glaubenspropaganda, bald solche der Abwehr von Angriffen zuschreibt, die den Besitzstand des Islams und der im Kalifat vertretenen politischen Machtzusammenfassung stören oder ihm entgegentreten. Mit der Absicht, die den »Panislamismus« leitet, dessen Tendenz in dem Zusammenschluß aller Moslems der Welt liegt und in der Ausdehnung ihrer Herrschaft möglichst auch über andere Religionen und Völker der Erde gipfelt, hat also der Dschihad ebensowenig engere Berührungen, wie sich jede Kriegshandlung eines islamischen Staates als »heiliger Krieg« ausprägt. Wesentlich ist bei der Erklärung des Dschihadbegriffes, der an sich eine Einrichtung des heiligen Gesetzes des Islams, der schari'a ist, daß seine Formen und sein Wesen durch die Entwicklungen politischer und geistiger Natur beeinflußt wurden, die sich in der islamischen Welt ereignen mußten. So wechselt er nach der Geistesart der theologischen Auffassung, nach Vorherrschen der strengen oder milden Richtung, wie er anderseits auch nach der jeweiligen Zeitlage andere Gestalt annimmt und angenommen hat. So hat seine Art in den verschiedenen Epochen Wandlungen zur Schärfe oder zur Milde durchgemacht, hat kein Glaubenskrieg mit einem zweiten strenge Parallelen, und wird es nötig, die Bedeutung und den Begriff des Dschihad aus den bisher bekanntgewordenen Erscheinungsformen gewissermaßen herauszuschälen[2]. Daher auch die Verschiedenheit der Auffassung über die Natur und den Umfang eines heiligen Krieges unter den islamischen wie europäischen Staatsmännern und Gelehrten, wie nicht zum mindesten auch unter den europäischen Orientalisten. Unter den letzteren wirkte zudem verwirrend ihre Stellung im Weltkriege auf seiten einer der Türkei und somit Deutschland freundlichen bzw. feindlichen Partei. Auch die Neutralen konnten sich nicht immer von einer mehr oder minder parteiischen Haltung und Deutung lösen. So hat sich der genannte niederländische Orientalist Snouck Hurgronje-Leiden, der von den Gefahren einer islamischen Bewegung für die kolonialen Besitzungen Hollands, wie sie aus der Erklärung des heiligen Krieges hervorgehen könnten, unleugbar beeinflußt war, leider nicht gescheut, Deutschland geradezu dahin zu verdächtigen, daß es den heiligen Krieg der Gegenwart künstlich heraufbeschworen habe[1].

Als Mohammed die bescheidene Zahl seiner Anhänger, wenig kriegsgeübter mekkanischer Stadtkinder, zu Beutezügen auf die Handelskarawanen Medinas zu entflammen hatte, fand er die Wendung dschihad = »Anstrengung auf dem Wege Allahs«. Mit der damaligen Aufforderung des Propheten: »O ihr Gläubigen, fürchtet Allah und suchet zu ihm zu gelangen und strengt euch an auf seinem Wege, vielleicht werdet ihr dadurch glücklich!« (Sure 5, 39) entstand die erste Formel für den dschihad, die der kleinen jungen Gemeinde auferlegt war, deren Kampf gegen Rassen-, ja teilweise Blutsverwandte ging. Was dieser allererste Ausspruch an Wunsch und Befehl in sich birgt, ist die Erweckung einer religiösen Pflicht und das Wesen des Kampfzieles, das sich gegen solche richtet, die nicht an den Propheten glauben. Und weiter rief Mohammed, als seine Scharen schon stärker waren, aber gerade darum fanatische Verfolgung durch die Mekkaner zu erdulden hatten, die der Prophet im Geiste seinen künftigen Anhängern zugesellte: »Kämpft auf Allahs Wege gegen die, so euch bekämpfen, ohne jedoch die Feindseligkeiten zu eröffnen.« Und im Eifer für die Aufrechterhaltung seines Ideals von Glaube und Kultus und um die um seine Fahne Gescharten nach Fehlschlägen der Waffen anzuspornen, wird Mohammed bald im Tone kriegslustiger, wenn er sagt: »Tötet sie, wo ihr sie findet; verjagt sie, von wo sie euch verjagt haben; denn schlimmer als Totschlag ist Ärgernis in der Religion. Und bekämpft sie, bis kein Ärgernis mehr besteht und ihr Gottesdienst nur Allah gilt.« Noch kommt der Gedanke des Verteidigungszweckes zur Geltung, aber die Ziele der Bekehrung zum rechten Glauben treten schon zutage. Als sich mit dem Erfolg die Pläne weiten und das Hinaustragen der Glaubensherrschaft das Stigma abzugeben hat, heißt es: »Vorgeschrieben ist euch der Kampf, auch wenn er euch widerstrebt« (Sure 2, 212). Der Lohn, der auch

---

[1] In »Nederland en de Islam« (Leiden 1915).

[2] Vgl. Galli, Dschihad. Der heilige Krieg des Islams und seine Bedeutung im Weltkriege (Freiburg i. Br. 1915); Martin Hartmann, Deutschland und der heilige Krieg (in »Das neue Deutschland«, Orientnummer, 1915, III. 30/33).

[1] »Heilige orlog made in Germany« (in der Zeitschrift »De Gids« vom Januar 1915).

ein Gotteslohn sein soll, hat jetzt zu locken. »Niemand wird die Hölle schmecken, dessen Fuß im großen Kampfe gewandelt«, ruft Mohammed, und verheißend geht es aus seinem Munde: »Wahrlich kämpfen soll auf Allahs Weg, wer sein Leben verkaufen will, das irdische um das jenseitige. Wer kämpft auf Allahs Weg, ob er getötet wird oder siegt, wir werden ihm einen großen Lohn geben.« Die Erziehung zum Kampfe ist geglückt, irdische Vorteile haben sich den überirdischen Hoffnungen zugesellt; die Ruhe am Herde wird zur Wahrung und Mehrung des Gutes auf friedlichem Wege manchem Moslem zum Bedürfnis. Hinwiederum drängen Beute- und Machtlustige vielfach zum Kampf. So sind gewisse Einschränkung und klare und kluge Voraussicht beim Kampfe geboten. Mohammed spricht denn: »Nicht alle Gläubigen müssen stets zusammen ausrücken, wenn nur von jedem Verbande ein Teil auszieht.« Aber wenn die Not kommen sollte, die den Besitzstand des Islams schmälern würde, gilt als großes Aufgebot: »Ziehet aus, Leichte und Schwere, und kämpfet mit Gut und Leben auf dem Pfade Allahs« (Sure 9, 41). Freilich schon unter Mohammed wurde die Pflicht zum Defensivkampfe zu der für den Offensivkrieg ausgedehnt. Die 9. Sure spricht davon, daß die Ungläubigen Strenge bei den Kämpfern für Allah finden sollen, und Sure 47 sagt: »Wenn ihr die Ungläubigen antrefft, so schlaget ihre Nacken, bis ihr sie zermalmet habt.« Natürlich stützen sich die Heeresfahrten nicht auf Züge ganzer Volksmassen, sondern bald auf sich bildende reguläre Truppen. Die Theologie folgt der Politik. Im Fiqh wird der Dschihadgedanke in Gestalt eines Angriffskampfes zwecks Ausbreitung des Islams zu einem System aufgebaut, ohne daß man die alte Fiktion völlig fallen läßt. Als das Reich feststeht und auf die Höhe seiner Macht gelangt, seine Grenzen bis Gibraltar und zum Indus ausgedehnt hat, gewinnt der Dschihad eine gewisse Begrenzung dadurch, daß nur das Oberhaupt ihn erklären darf. Freilich haben sich einzelne nordafrikanische Kleinsultane und Führer heiliger Orden auch das Recht der Erklärung des heiligen Krieges zuzeiten angemaßt. Auch nach einer anderen Richtung wurde dem Dschihad noch ein Hemmschuh angelegt, um ihn nicht zum Spielplatz von Waghalsigkeiten und Übereilungen zu machen. Aussichten auf Erfolg und Wahrscheinlichkeit des Sieges mußten gegeben sein, wofür Stellen des Korans zur Beurteilung herangezogen wurden. Es heißt dort: »Wenn auf eurer Seite 100 Standhafte sind, so werden sie 200 besiegen. Denn Allah ist mit den Standhaften.« Eine weitere wohl mehr oder minder formale Eindämmung war, daß eine Aufforderung, den Islam anzunehmen, an die Feinde der Erklärung des Dschihad vorausgehen soll.

Die Theologie schreibt im heiligen Gesetz für den Dschihad vor, daß zunächst der Gläubige, als der Gesamtheit der Moslems angehörig, eine Ersatzpflicht (fard al-kifâje nach den Quellen) beim Dschihad üben muß für die, welche als »Vertreter« des Kampfes zu wirken haben gemäß Beruf, Amt und Stellung, also z. B. als Heerespflichtige, oder er bindet nur so viele, als in den einzelnen Fällen zur Führung des Dschihad notwendig sind. Zur Individualpflicht (fard 'ain) wird aber das Eintreten für den Dschihad; jung und alt, Verheiratete und Ledige, Berittene und Unberittene, Mann und Frau haben sich ihm im Maße der vom Imam gegebenen Vorschriften zu opfern, wenn islamisches Land einen Angriff vom Feinde erfährt oder von diesem besetzt wird; im letzteren Falle brauchen die Moslems nicht auf den Befehl des großen Aufgebotes zu warten, sondern können aus eigenem Antrieb den Kampf jeder Art aufnehmen. Hier handelt es sich also um eine große Massenerhebung, eine Form des Dschihad, wie sie äußerst selten in Erscheinung trat. Aber was sich als immer selbstverständlichere Voraussetzung beim heiligen Kriege geltend macht, ist, daß der Dschihad den Charakter eines Offensivkampfes gegen Andersgläubige hat und ihm der Zweck beiwohnt, sie untertänig zu machen, sie als neue Gläubige oder doch als geduldete unterjochte Andersgläubige dem Reiche des Islams einzugliedern. Und der eigentliche Schauplatz des Dschihad wird Dâr u'l-harb, d. h. »Wohnstätte des Krieges«. Denn die islamische Gesetzeslehre gliedert die ganze bewohnte Erde in zwei Gebiete, in »dâr u'l-islâm«, d. h. die »Wohnstätte des Islams«, und solche des Krieges! So gestaltet sich die Bekämpfung der Ungläubigen in ihrem Lande als Wesen des Dschihad im Geiste der Zeiten, da von der Enge Gibraltars bis nach Indien und China unter den Kalifen von Bagdad gefürchtet und gebietend die mohammedanische Welt bestand.

Als sich das von Mohammed begründete Einheitsreich in mohammedanische Einzelstaaten auflöste und namentlich seit 1258 auch ein die gesamte Islamwelt beherrschendes Oberhaupt durch fast zwei Jahrhunderte nicht mehr gegeben war, erlosch der Dschihad. Auch Spaniens Verlust entfachte ihn nicht. Die einzelnen Seldschukensultane haben sich allerdings in Gefährdung ihres Reiches und des islamischen Glaubens, die durch die Kreuzzüge über sie kam, deutlich als »Al Mudschtahid lillah«, d. h. »für Allah den Dschihad Führende«, bekannt. Als mit Selim I. die türkischen Sultane das Kalifenamt übernahmen, begann der Dschihad wieder zu erwachen. Alle rechtlichen Voraussetzungen waren wieder gegeben, denn die subjektive Auffassung der Islamkämpfer, »auf Allahs Wegen« zu fechten, entscheidet für sein Wesen. Nicht alle Gläubigen braucht es, um ihn entstehen zu machen. Nichtanerkenntnis der türkischen Sultane als Kalifen von einzelnen Teilen der Islamwelt vermag also ihre Berechtigung nicht zu stören, einen »heiligen Krieg« zu führen. Beim Eroberungstrieb der Türken über die Balkanhalbinsel in die ungarische Tiefebene hinein zeigte der Dschihad der mitteleuropäischen Christenheit seine größten Schrecken (Belagerungen von Wien 1529 und 1638). Die Kriege der Türkei gegen Rußland im 19. Jahrhundert sind auch als Dschihad geführt worden, wenn auch christliche Mächte ihr helfend zur Seite standen wie im Krimkrieg, und Sultan Abdul Hamid hat auch 1877/78 den Dschihad gegen Rußland erklären lassen. Mit diesen Aufrufen zum Dschihad ist freilich niemals eine Aufforderung zu fanatischer Bekämpfung des Christentums durch Grausamkeiten, etwa auch im Inlande gegen die ungläubigen Untertanen, verbunden gewesen, wenn auch vereinzelte Fälle der Erregung gegen die Rajas sich ereigneten. Die islamischen Rechtsbücher warnen ausdrücklich vor Grausamkeiten gegen die Feinde.

Der heilige Krieg und der Weltkrieg. Der Fall, daß die Existenz des auf dem islamischen Bekenntnis sich aufbauenden türkischen Staates bedroht war, trat im Weltkrieg im Oktober 1914 in hohem Grade ein. »Laßt nie ab von der Festigkeit und Ausdauer in diesem Kriege, den wir gegen Feinde eröffnen, die unsere heilige Religion und unser teures Vaterland an-

greifen wollen. Stürzt euch wie Löwen auf den Feind, weil ebenso wie unser Reich auch das Leben und die künftige Existenz von 300 Millionen Moslems, die ich durch das heilige Fetwa zum heiligen Kriege aufrufe, von eurem Siege abhängen«, so lautete der Aufruf des Sultans Mohammed V. in diesem Kampfe an Heer und Flotte. Und bei der Parlamentseröffnung äußerte sich der Kalif über die Beweggründe zur Verkündung des heiligen Krieges folgendermaßen: »Da die Notwendigkeit, mit bewaffneter Macht die Politik der Zerstörung abzuwenden, die von Rußland, Frankreich und England zu allen Zeiten gegen die islamische Welt verfolgt wurde, den Charakter einer religiösen Verpflichtung annahm, habe ich in Übereinstimmung mit den betreffenden Fetwas alle Mohammedaner zum heiligen Kriege aufgerufen.«

Unter dem Fetwa versteht man das Rechtsgutachten, das durch den Scheich ul-Islam, das geistliche Oberhaupt des Islams, zu erlassen ist, um den Kampf zu einem rechtmäßigen zu machen. Das Fetwa stellt sich als ein in Frage und Antwort gehaltener, somit jedermann leicht verständlicher Spruch heraus, der einer Entscheidung des Kalifen über den heiligen Krieg zugrunde liegen muß[1].

Die Wirkungen des heiligen Krieges, insbesondere insoweit sie außerhalb der Territorien des osmanischen Reiches liegen, sind von deutscher, wohl auch von türkischer Seite überschätzt worden. Nur bei den 13—14 Millionen Mohammedanern der Türkei und ihrer nächsten Grenzgebiete in Ägypten, Persien und Kaukasien hat die gewünschte Entfachung der Kampfbegeisterung wirklich stattgefunden. Auch die Schiiten haben unbedenklich mit ihrem in Nedjef residierenden obersten Mudschtahid den heiligen Krieg gebilligt. In Indien wurde — begreiflicherweise unter englischem Einfluß — die in Form des religiösen Gesetzesgutachtens vorgelegte Frage, ob sich die Pflichten des Dschihad für Indien ergeben, durch Mirsa Ghulam Ahmed von Kadian verneint. Das gleiche war allerdings schon 1870 von verschiedenen Seiten geschehen. Die mohammedanische Gesellschaft Kalkuttas erklärte Indien als »Dar u'l islâm«, womit die Ungesetzmäßigkeit des Dschihad in diesem Lande festgelegt war, eine Auffassung, der sich auch damals die Rechtslehrer Mekkas anschlossen. Und die Gesetzeslehrer Vorderindiens entschieden, daß in einem Lande, wo christliche Schutzherrschaft besteht, die Bedingungen eines »Dschihad« nicht gegeben seien. Was in Russisch-Zentralasien und in Indien die dortigen Machthaber an Gärungen zu überwinden hatten, werden wir wohl erst nach dem Kriege erfahren. In Arabien und Mesopotamien, desgleichen unter den Kurden der iranischen Grenzketten ist das Aufflackern der Kampflust natürlich ebenso den Aussichten auf Beute und Machterweiterung zuzuschreiben gewesen. Im ägyptischen Sudan, in der Kyrenaika und in Tripolitanien hat unbedingt die durch die Senussiorden beeinflußte religiöse Stimmung einen Anteil an der Verjagung der Italiener nach den wenigen befestigten Küstenplätzen zur Folge gehabt. In Tunesien und vor allem in Algerien ist die Abhängigkeit der eingeborenen mohammedanischen Bevölkerung von ihren Herren in Handel, Wandel und geistiger Beschaffenheit schon so stark geworden, daß religiöse Gefühle, deren Äußerung empfindliche Nachteile mit sich führen müssen, hier sicher nur bei wenigen zur Entzündung gelangten. In Marokko haben die Bewohner des Gebirges und der Hinterlandsoasen den französischen Besatzungen manchen scharfen Widerstand geboten. Was jede Wirkung im großen unterbinden mußte, war der Mangel an Waffen und an Organisatoren für eine weitere Kreise erfassende Erhebung. Nur in Tripolitanien haben türkische Offiziere Ziel und Richtung der Aufstandskämpfe zu lenken vermocht, zum Teil auch in Transkaukasien in den ersten, dort für die Türken glücklichen Kriegsmonaten. Der Erfolg des heiligen Krieges liegt so im wesentlichen für die außerhalb der Türkei lebenden Mohammedaner in der Stärkung des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit in religiöser und geistiger Beziehung, die nach dem Kriege vorteilhaft auszunutzen Aufgabe der türkischen Politiker sein muß.

Sicherlich hat sich die heutige Anschauung religiöser und politischer Kreise im Orient von der alten Auffassung des Dschihad erheblich gelöst. Man hat versucht, von dem für die Gegenwart nicht zeitgemäßen, durch den Koran gegebenen religiösen Apparat soviel wie möglich über Bord zu werfen oder ihn doch durch Interpretation zu revidieren. Es sind sogar mohammedanische Stimmen laut geworden, die den Ansturm der Türken gegen Mitteleuropa im 16. und 17. Jahrhundert als verfehlten Eroberer- und Glaubenseifer bezeichneten. Der Dschihad erhielt neuen Inhalt im modernen Sinne. Seine Beschränkung auf bestimmte Feinde ergab sich als möglich. Unter entsprechender Auslegung der alten Quellen des Islams, die sich gegen eine Freundschaft mit Andersgläubigen nicht in Schärfe aussprechen, sofern sie die Religion nicht bekämpfen, wurde diese Form des heiligen Krieges ausdrücklich gebilligt. In der Fortwirkung der islamischen Ideen vom Dschihad stellt also der gegenwärtige heilige Krieg einen alle mohammedanischen Volksgenossen herausfordernden Kampf um Selbständigkeit, Freiheit und Ehre dar. Charakteristisch für diese Auffassung sind die Auslassungen des islamischen Theologen Schaich Salih Ascharif Attunusi in der Schrift »Die Wahrheit über den Glaubenskrieg« (Berl. 1915).

Literatur. Außer den im Text erwähnten Schriften seien genannt: Hugo Grothe, Deutschland, die Türkei und der Islam (Leipz. 1914); Heinr. Becker, Die Türkei und der Islam (Stuttg. 1915); Hub. Grimme, Islam und Weltkrieg (Münster 1915); Rich. Schäfer, Der deutsche Krieg, Islam und Christentum (Leipz. 1915); Rud. Tschudi, Der Islam und der Krieg (Hamb. 1915); Eug. Mittwoch, Deutschland, die Türkei und der Heilige Krieg (Heft 17 der »Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dankes«, Berl. 1915).

[1] Wiedergabe der fünf heiligen Fetwas und anderer wichtiger Kriegsurkunden durch Kampffmeyer in der »Welt des Islams« III, 1.

Der mitteleuropäisch-türkische Block

von Prof. Dr. Paul Samassa in Klosterneuburg bei Wien

Wandlungen der deutschen Außenpolitik. Als im Jahre 1911 Italien an die Türkei den Krieg erklärte, um sich in den Besitz von Tripolis zu setzen, kam das Deutsche Reich in eine schwierige Lage; mit Italien war es verbündet, der Türkei galt es als der uneigennützige Beschützer und Freund. Damals gab es in Deutschland einzelne politische Schriftsteller, die empfahlen, das Deutsche Reich möge sich vollkommen auf die Seite der Türkei stellen und das Bündnis mit Italien aufgeben, das sich im Ernstfalle doch nicht bewähren würde. Ob eine solche Änderung der Politik, für welche die Ereignisse des Weltkrieges eine nachträgliche Rechtfertigung zu bieten scheinen, nützlich gewesen wäre, mag dahingestellt bleiben. Darin, daß damals die Balkanfrage noch nicht die Lösung gefunden hatte, die der Balkankrieg brachte, hätte aber eine große Erschwerung gelegen, die Bundesgenossenschaft mit der Türkei praktisch zu betätigen, wenn es etwa damals schon zu einem Zusammenstoß der Großmächte gekommen wäre, was nicht ausgeschlossen war. Allerdings war die europäische Lage gegenüber der Zeit, wo Bismarck den Dreibund schloß, schon stark verändert. Der Anschluß Italiens an die Mittelmächte beruhte auf der Voraussetzung, daß England die Seeflanke Italiens decken würde. Mit dem Auftreten des deutsch-englischen Gegensatzes konnte davon nicht mehr die Rede sein. Anderseits spielte die Türkei in der Außenpolitik des Deutschen Reiches eine ganz andere Rolle als zu Zeiten Bismarcks; sie galt Deutschland als ein zukunftsreiches Gebiet, das seiner Ausfuhr und wirtschaftlichen Betätigung unter gleichen Bedingungen mit den anderen Mächten stets offen bleiben müsse, und es mußte sich einer Zerstückelung dieses Staates, an der es sich weder beteiligen konnte noch wollte, widersetzen. Die türkische Frage schuf denn auch einen der Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland, der mit zum Ausbruche des Weltkrieges beitrug. Noch Bismarck schien eine Festsetzung Rußlands in Konstantinopel erträglich — wobei er wohl voraussetzte, daß England dies um jeden Preis verhindern werde; daß unter Wilhelm II. der Weg nach Konstantinopel nur über Berlin gehen könne, war den russischen Staatsmännern nicht zweifelhaft. Im Frühjahr 1914 hat der bekannte Brief Professor Mitrofanoffs an den Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher«[1] deutlich gezeigt, daß die russische Intelligenz in dieser Frage hinter den Anschauungen ihrer Regierung stand.

Der Vierbund im Weltkrieg. Was sich in der Friedenszeit langsam vorbereitete, hat der Krieg rasch zur Reife gebracht. Schon im Herbst 1914 schloß sich die Türkei den Mittelmächten an, ein Jahr später Bulgarien. In beiden Fällen haben glückliche Umstände diese Entschlüsse gefördert. Daß die Türkei selbständigen Bestand nur bei einem Siege der Mittelmächte behaupten konnte, lag allerdings auf der Hand. Daß sich diese nicht allzu schwierige Erkenntnis aber in tatkräftigen Entschluß umsetzen würde, war doch in erster Linie dem Umstande zu danken, daß ein Mann von der Bedeutung Envers die Macht der Regierung in Händen hatte. Der Entschluß, sich nach vier Kriegsjahren neuerdings in einen Krieg zu stürzen, dessen Dauer kaum zu übersehen war, konnte den dafür Verantwortlichen gewiß nicht leicht fallen; es handelte sich dabei freilich um Sein oder Nichtsein. Für den Beitritt Bulgariens war seine durch den Bukarester Frieden geschaffene demütigende Lage bestimmend; daß es aber zu dieser gekommen war, lag in erster Linie an der brutalen und wenig klugen Politik Rußlands im Balkankrieg. Hätten wir einem saturierten Bulgarien gegenübergestanden, so wäre unsere Lage bedeutend ungünstiger gewesen; Bulgarien hätte keinen Grund gehabt, sich uns anzuschließen, wäre mit Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen aber leicht in Abhängigkeit von der Entente geraten.

[1] Veröffentlicht im Juniheft.

Vom Kriegsbund zum Friedensbund. Haben glückliche Umstände in solchem Maße an dem Zustandekommen des Vierbundes Anteil, so ist die Frage natürlich berechtigt, ob er auf so fester Grundlage der Interessengemeinschaft ruht, daß wir mit seinem Fortbestehen auch nach dem Kriege rechnen können. Der geplante Zusammenschluß unserer Feinde zwecks wirtschaftlicher Bekämpfung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten nach dem Kriege würde natürlich auch uns zu einer festen Gemeinschaft zusammenschmieden. Das Fortbestehen des Ententebündnisses im Falle eines für uns günstigen Ausganges des Krieges ist indes wenig wahrscheinlich, und dies mag bis zu einem gewissen Grade auch für jede andere Art des Kriegsausganges gelten. Insbesondere die schwächeren Teilnehmer des Ententebündnisses, wie etwa Italien und Rumänien, werden mit den durch den Krieg geoffenbarten Machtverhältnissen rechnen, in deren Beurteilung sie sich zu ihrem Schaden so sehr geirrt haben. Dies könnte im Zusammenhang mit einer Wiederbelebung des russisch-englischen und einer Verschärfung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes dem Deutschen Reiche zwar größere politische Bewegungsfreiheit verschaffen, aber doch keine dauernden Bürgschaften. Solche können nur auf einem festen Ausbau des mitteleuropäisch-bulgarisch-türkischen Blocks beruhen.

Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn beruhte vor dem Kriege formell zwar auf einem gegen einen russischen Angriff gerichteten Defensivvertrag, tatsächlich aber doch auf einer tausendjährigen politischen und kulturellen Gemeinschaft, der gegenüber der Kampf um die Vormachtstellung in Deutschland nur eine Episode bedeuten konnte. Das Deutsche Reich muß an seiner vom Bodensee bis Oberschlesien reichenden, für eine Verteidigung sehr ungünstigen Grenze unbedingt einen zuverlässigen Nachbar haben. Anderseits ist Österreich als Nationalitätenstaat ein besonders leicht verwundbares politisches Gebilde, das die Begehrlichkeit seiner Nachbarn reizt. Ein Ausgleich zwischen Rußland und Österreich wäre nach diesem Kriege selbst auf Grund völliger vasallenmäßiger Unterordnung Österreichs kaum möglich, so daß die Verlockung einer Neuorientierung an die Donaumonarchie nach dem Kriege kaum herantreten könnte. Anderseits hat der Krieg naturgemäß im Sinne einer viel engeren Verflechtung der politischen Interessen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns gewirkt, als dem Wortlaute des Bündnisvertrages entspricht. Das praktische Bedürfnis hat ferner während des Krieges zu einer innigen Durchdringung der Heeresorganisationen beider Staaten geführt, und das gleiche gilt von der Volkswirtschaft.

Bulgarien. Wenn Bulgarien aus diesem Kriege als stärkste Balkanmacht hervorgeht, so wird ihm dies von seiten der Balkanstaaten und Völker, auf deren Kosten es geschah, wohl kaum neidlos zugestanden



werden. Daß es hierbei, schon um sich der notwendigen wirtschaftlichen Entwicklung seines vergrößerten Gebietes widmen zu können, der Garantie seines Besitzstandes durch seine jetzigen Verbündeten bedarf, liegt auf der Hand. Aber denkbar wäre auch, daß die gegnerische Mächtegruppe Bulgarien dadurch zu sich herüberzuziehen sucht, daß es ihm Gebietszuwachs auf Kosten seiner jetzigen Bundesgenossen, etwa der Türkei, in Aussicht stellt. Von anderen Momenten ganz abgesehen, dürfte sich dann besonders eine Erfahrung des Weltkrieges Bulgarien sehr anschaulich darstellen, die überlegenheit der kontinentalen Verbindung zwischen Bundesgenossen über die maritime. Jene hat sehr viel dazu beigetragen, daß Bulgarien im Weltkriege immer siegreich war, während die mit der Entente verbündeten Kleinstaaten die mangelnde Hilfe ihrer großen Bundesgenossen zu beklagen hatten, die teilweise gewiß eine Folge der geographischen Bedingungen war.

Türkei. Was schließlich die Türkei betrifft, so hat sie im Laufe des Krieges zur Genüge erfahren, was ihre Gegner mit ihr vorhaben. Das geschickte Gegeneinanderausspielen der Gegensätze zwischen den Großmächten konnte ihr wohl das Leben verlängern, schließlich aber die Bildung einer Koalition, die sich über ihre Aufteilung trotz bestehender Interessengegensätze geeinigt hatte, doch nicht verhindern. Der Zusammenschluß mit den Mittelmächten muß der Türkei um so leichter fallen, als diese keinerlei Begehr nach irgendeinem von der Türkei beherrschten Gebiet haben.

Anschluß von Nachbarn. Der Anschluß weiterer Staaten an den Vierbund, der politisch den Charakter eines festgefügten Verteidigungsbündnisses haben würde, ist durchaus nicht ausgeschlossen. In Betracht kommen hierbei die an die Vierbundstaaten anschließenden Kleinstaaten. Man könnte dagegen einwenden, daß diese Staaten bestenfalls eine ehrliche Neutralität uns gegenüber beobachtet haben, in einigen Fällen uns aber entschieden feindlich gesinnt waren. Da sie überdies mit ihrer Neutralität meist sehr gute Geschäfte gemacht haben, so läge auch in Zukunft kein Anlaß vor, davon abzugehen.

Je weiter der Krieg indes fortschritt, in desto bedrängtere Lage kamen die Neutralen, und die Neigung, sich einer Mächtegruppe fest anzuschließen, dürfte nach dem Kriege ziemlich gewachsen sein. Hierbei wird es natürlich vor allem auf zwei Dinge ankommen, erstens, welche Mächtegruppe sich als stärker erwiesen hat, und zweitens, welche den Neutralen die Ernährung und Versorgung mit Rohstoffen im Kriegsfalle besser gewährleistet. Dies hängt einerseits von der wirtschaftlichen Entwicklung, anderseits von der maritimen Machtentfaltung des Vierbundes ab.

Wirtschaftliche Bedeutung des mitteleuropäisch-türkischen Blocks. Wenn wir die wirtschaftliche Bedeutung des mitteleuropäisch-türkischen Blocks untersuchen, so müssen wir die Kriegs- und die Friedenswirtschaft auseinanderhalten. Ein oft gemachter Einwand gegen das »Berlin-Baghdad-Programm« ist, daß der Zusammenschluß dieses Gebietes der deutschen Ausfuhr doch nicht den Weltmarkt, der ihr vor dem Kriege offen war, ersetzen könne, woraus dann die Schlußfolgerung gezogen wird, man müsse die Feinde so niederringen, daß ihre Absichten, den deutschen Handel vom Weltmarkte zu verdrängen, zuschanden werden. Nehmen wir selbst dieses Ziel als erreicht an, so wird dadurch doch nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, daß sich die gleiche Koalition, wie in diesem Kriege, gegen uns noch einmal bildet, wenn irgendein Umstand ihr besseren Erfolg verheißt. Und für diesen Fall dürfen wir nicht, wie im jetzigen Krieg, auf jene glücklichen Zufälle angewiesen sein, die uns diesmal das wirtschaftliche Durchhalten ermöglicht haben. Man hat in den ersten Monaten des Krieges auf die mangelnde Vorsorge in bezug auf Vorräte hingewiesen, und besonders Naumann behandelt dieses Thema der Vorratswirtschaft, die in Zukunft nötig sein werde, eingehend. Die lange, damals von niemand vorausgesehene Dauer des Krieges hat uns aber die Kosten einer solchen Vorratswirtschaft immer deutlicher gemacht. Sie setzt das Brachliegen von Milliarden voraus, die als Arbeitskapital nutzbar zu machen nach dem Kriege mehr denn je nötig sein wird. Diese Vorratswirtschaft kann nur vermieden werden, wenn wir entweder in einem künftigen Kriege die Sicherheit haben, die See zu beherrschen, was indes nach den Erfahrungen dieses Krieges, die die Bedeutung der U-Boot-Waffe gerade für die schwächere Seemacht klar erwiesen haben, wenig wahrscheinlich ist, oder wenn wir die Erzeugung des verbündeten Gebietes in solchem Maße steigern, daß wir nur in bezug auf wenige Rohstoffe gezwungen sind, größere Vorräte für den Kriegsfall bereitzuhalten.

Wirtschaftliche Ergänzung. Zieht man eine Linie vom Nordkap nach dem Golf von Fiume, so liegen im allgemeinen westlich davon die Länder mit Einfuhrbedarf, östlich solche mit Ausfuhrüberschüssen an Nahrungsmitteln, westlich die Länder industrieller Produktion, östlich die Erzeuger von Rohstoffen. Natürlich kann sich auch ein Land der Urproduktion zu einem industriellen entwickeln, was von jedem Lande eines gewissen Kulturstandes auch angestrebt wird, da der Besitz einer eigenen Industrie seine wirtschaftliche Unabhängigkeit sehr steigert. Erfahrungsgemäß braucht es aber zur Schaffung einer Industrie längerer Zeiträume, und die Industrien erweisen sich am aussichtsreichsten, die sich an im Lande erzeugte Rohstoffe anschließen und deren Verarbeitung übernehmen. Betrachten wir das heutige Gebiet des Vierbunds, so sehen wir, daß die erwähnte Trennungslinie in Österreich-Ungarn im allgemeinen der Grenze zwischen den beiden Staaten der Monarchie folgt, wobei allerdings von Österreich Galizien und die Bukowina in die Zone der Urproduktion fallen. Der wirtschaftliche Charakter Kongreßpolens, das naturgemäß dem mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiete angeschlossen werden muß, ist nicht ganz klar. Es ist sehr dicht bevölkert und hat eine stark entwickelte Industrie, deren Absatzgebiet bisher ganz Rußland war. Die agrarische Erzeugung soll nach den einen Angaben den Bedarf des Landes befriedigt, nach anderen soll ein Einfuhrüberschuß bestanden haben. Kurland und Litauen, die als Erwerb für das Deutsche Reich in Frage kommen, sind rein agrarische und dünn besiedelte Gebiete, die der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands im Falle einer Absperrung auf jeden Fall zugute kommen. Anderseits ist natürlich nicht zu übersehen, daß ein Einbeziehen Belgiens in den Wirtschaftsbund ihm ein Land mit stark passiver Nahrungsmittelbilanz hinzufügt.

Nahrungsmittel. Sowohl in Ungarn wie am ganzen Balkan und in der Türkei ist die Nahrungsmittelerzeugung noch starker Steigerung fähig. Die Möglichkeiten der Türkei sind, wenn man nur die verfügbare Bodenfläche in Betracht zieht, sehr groß; abgesehen aber davon, daß diese Möglichkeiten durchaus nicht überschätzt werden dürfen (vgl. S. 66), wird außerdem die dünne Besiedlung, deren Verdichtung

naturgemäß nur das Werk von Generationen sein kann, der Produktionssteigerung ziemlich enge Grenzen ziehen. Die Vermehrung der Getreideerzeugung über den eigenen Bedarf hinaus erfordert aber eine Anregung durch gesicherten Absatz zu lohnenden Preisen. Bezeichnend hierfür ist z. B., daß sich die Erzeugung Ungarns seit einer Reihe von Jahren annähernd innerhalb des Bedarfs des mit Österreich gemeinsamen Zollgebietes hält, nicht zuletzt deshalb, weil ein regelmäßiger stärkerer Ausfuhrüberschuß die Ausnutzung der Zölle im Preise verhindern würde. Wichtig ist ferner, daß auch schon in Friedenszeiten der Ausfuhrüberschuß der erzeugenden Länder nach den verbündeten Ländern mit Einfuhrbedarf geht, weil sich die Güterbewegung während eines Krieges nur mit Schwierigkeiten neuen Verkehrsstraßen anpaßt.

Rohstoffe. Von den industriellen Rohstoffen stehen Baumwolle, Schafwolle, Metalle und Kautschuk in erster Reihe. Schon vor dem Kriege hat sich die Textilindustrie lebhaft um die Ausdehnung des Baumwollbaues außerhalb der Vereinigten Staaten bemüht, um aus der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten herauszukommen, deren Produktion nicht mehr viel gehoben werden kann, während der Eigenverbrauch mit der Zunahme der dortigen Bevölkerung und der Entwicklung der eigenen Textilindustrie beständig zunimmt. Anbauversuche in Kleinasien waren sehr erfolgreich, und die natürlichen Bedingungen für den Baumwollbau sind in Mesopotamien, wenn erst einmal Bewässerungsanlagen hergestellt sind, durchaus gegeben. Sowohl der Balkan wie Kleinasien verfügen über große, zum größten Teil aber noch nicht erschlossene Erzreichtümer. Die Wollschafzucht ist in der Türkei noch sehr steigerungsfähig, und mit Ausnahme rein tropischer Produkte, die ja zum Teil nur Genußmittel sind und daher entbehrt werden können, dürfte Mesopotamien die meisten Bodenerzeugnisse liefern können, wobei übrigens selbst in bezug auf Kautschuk keineswegs das letzte Wort gesprochen ist.

Kapitalanlagen. Eine Steigerung der Erzeugung hat natürlich auch die Investition von Kapital zur Voraussetzung, woran industrielle Länder Überfluß, Länder der Rohproduktion Mangel haben; für den Vierbund kommen das Deutsche Reich und Österreich als Geldgeber, Ungarn, Bulgarien und die Türkei als Geldnehmer in Betracht, ein Verhältnis, das schon vor dem Kriege bestand, sich nach dem Kriege aber in verstärktem Maße herausbilden wird. Viele Deutsche, die sich vor dem Kriege im jetzt feindlichen oder unfreundlich neutralen Ausland wirtschaftlich betätigt und dort durch den Krieg die schwersten materiellen Verluste erlitten haben, werden es sich selbst für den Fall, daß sie diese teilweise ersetzt erhalten, zweimal überlegen, ihre Tätigkeit dort wieder aufzunehmen; in vielen Fällen werden hierfür überhaupt die Voraussetzungen fehlen. Gerade diese Kräfte, die sich als deutsche Auslandspioniere schon bewährt haben, werden sich gerne einem Betätigungsfelde zuwenden, das ihnen die Sicherheit gibt, die schlimmen Erfahrungen des Weltkrieges nicht etwa noch einmal machen zu müssen.

Formen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses. All dies drängt dazu, die politische Gemeinschaft auch durch eine wirtschaftliche zu ergänzen ohne Rücksicht darauf, ob uns dieser Zusammenschluß durch das Verhalten unserer jetzigen Feinde aufgezwungen wird oder nicht. In der Form dieses Zusammenschlusses wird man aber kein gleichmäßiges Schema anwenden können. Sie vermag zwischen Ländern fortgeschrittener wirtschaftlicher Entwicklung, wie dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, viel enger zu sein als zwischen diesen und den Balkanländern sowie der Türkei, die noch auf einer ursprünglicheren Stufe stehen.

Deutschland und Österreich-Ungarn. Ein wirtschaftlicher Zusammenschluß Deutschlands mit Österreich-Ungarn hat eine fast siebzigjährige Vorgeschichte. Anfangs der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts suchte Österreich den Eintritt in den preußisch-deutschen Zollverein; wie dieser Versuch hauptsächlich durch politische Momente bestimmt war, so wurde er von Preußen aus Gründen, die auf dem gleichen Gebiete lagen, abgelehnt. Der österreichische Handels- und spätere Finanzminister Baron Bruck schlug einen völligen Zusammenschluß mit einer allmählich abzubauenden Zwischenzollinie vor. Auch heute hat dieser Gedanke insbesondere in Österreich manche Anhänger; es hat sich freilich herausgestellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts die Durchführung eines solchen Planes keineswegs erleichtert hat. Während in Österreich ein Teil der Industrie fürchtet, durch den Wettbewerb der unter günstigeren Produktionsbedingungen arbeitenden reichsdeutschen Industrie erdrückt zu werden, glaubt die Großindustrie des Deutschen Reiches, daß die Gemeinsamkeit der Handelspolitik den Ausfuhrinteressen der deutschen Industrie, für die Österreich-Ungarn ein verhältnismäßig bescheidenes Absatzgebiet darstellt, nicht genügend werde Rechnung tragen können. Ein anderer Plan, der vom mitteleuropäischen Wirtschaftsverband und zahlreichen Volkswirtschaftlern vertreten wird, geht dahin, daß die beiden Wirtschaftsgebiete sich zolltarifarische Zugeständnisse machen sollen, die nicht unter den Begriff der Meistbegünstigung fallen (Präferenzsystem), wogegen vielfach eingewendet wird, daß dies den Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Staaten, auf den man angewiesen sein werde, erschweren würde. Großer Wert wird insbesondere von österreichisch-ungarischer Seite auf Bestimmungen über den gemeinsamen Abschluß von Verträgen mit dritten Staaten und auf Vereinbarungen, die einen rücksichtslosen Wettbewerb der Verbündeten auf dem Balkan und in der Türkei hintanhalten sollen, gelegt. Ferner sind eine Angleichung auf dem Gebiete des Rechts, was für die kaufmännischen Kreise praktische Bedeutung hat, und eine Ausgestaltung des Verkehrswesens, insbesondere ein Ausbau der Donaustraße und ihr Anschluß an das mitteleuropäische Wasserstraßennetz, in Aussicht und teilweise auch schon in Angriff genommen.

Balkan und Türkei. Auf dem Balkan und in der Türkei werden sich die beiden Mittelmächte in die Aufgaben der wirtschaftlichen Erschließung teilen müssen, wobei Österreich-Ungarn durch seine geographische Lage, Deutschland durch seine größere Finanzkraft und industrielle Entwicklung begünstigt ist. Im Orient sind wirtschaftliche Fragen stets ein Politikum gewesen. Die militärische Stärke jedes Staates hängt von seinen wirtschaftlichen Hilfsmitteln und dem Stande seiner Finanzen gewiß nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße ab. Die Verteidigungsfähigkeit der Türkei fordert auch, wie wir in diesem Kriege deutlich sehen, den Ausbau seines Bahnnetzes. Zur Lösung dieser Aufgaben ist die Türkei aber nur mit Unterstützung der Mittelmächte befähigt.

Interessen- und Machtpolitik. Die Interessengemeinschaft ist es, die den Weiterbestand des Bundesverhältnisses, das sich im Kriege gebildet hat, auch für

den Frieden verbürgt, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Mittelmächte siegreich sind und dies im Friedensschlusse auch zum Ausdruck kommt. Berufungen auf Kulturgemeinschaft, den »Typus des mitteleuropäischen Menschen« und ähnliches sollte man aus Erörterungen über diesen Gegenstand besser weglassen. Denn selbst wenn derartiges wirklich bestehen sollte, woran Zweifel durchaus begründet sind, so spielt es im politischen Leben gewiß nicht die Rolle, die manche seiner Verkünder ihm zuschreiben. Hier herrschen Macht- und Interessenfragen; nur die Stärke der Mittelmächte als des Kerns eines mitteleuropäischen türkischen Blocks wird zum Anschluß an diesen Bund einladen und dessen Bestand sichern.

Bulgarien

von Professor Dr. Otto Freiherrn von Dungern in Graz

Das Volk der Bulgaren. Die Gesamtzahl der Bulgaren wird heute auf 5—6 Millionen geschätzt, von denen bei der Zählung im Jahre 1910 nicht ganz 3½ Millionen auf das damalige Bulgarien entfielen. Die Gesamtbevölkerung Bulgariens, das noch fast eine halbe Million Türken beherbergte, betrug 1910: 4⅓ Millionen und hatte seit der ersten Zählung (1888) um 1¼ Million zugenommen. Bulgaren wohnen ferner in Mazedonien, im östlichen Teile des ehemaligen Königreichs Serbien (Pirot, Nisch), in Rumänien (Dobrudscha), in Südrußland. Als Sommerarbeiter (Gärtner) gingen die Bulgaren vor dem Kriege Jahr für Jahr zu Zehntausenden in die Nachbarländer, bis nach Siebenbürgen und in die Bukowina.

Vor dem Weltkrieg umfaßte das Gebiet des Königreichs 113630 qkm; davon waren 26000 qkm mit etwa 780000 Einw. durch den Balkankrieg 1913 neu erworben; 7609 qkm dagegen mit etwa (1910) 281000 Einw. altbulgarischen Gebiets in der Dobrudscha waren 1913 an Rumänien abgetreten worden.

Während die Bevölkerung der bulgarischen Städte und der Ebenen stark mit türkischem, rumänischem, griechischem Blut vermischt ist, hat sich das Volk in den Bergen, wohin es seit Jahrhunderten vor den Gewaltaten der türkischen Beamten und Einwanderer zu fliehen gewohnt war, rein erhalten. Im Rhodopegebirge und bei Plewna gibt es mohammedanische Bulgaren, die Pomaken, am Schwarzen Meer Nachkommen von Kumanen, Türkisch sprechende Christen; in den Bergen in der Nähe von Sofia leben die Schopen, die als Nachkommen der Ureinwohner des Balkans gelten. Seit dem 17. Jahrhundert gibt es in Bulgarien geschlossene Kolonien von Rumänen, besonders um Widin. Zigeuner, die sich zum Islam bekennen, sind seit dem 14. Jahrhundert eingewandert und zu mehr als 100000 über das Land verteilt. Mazedonische Rumänen (Kutzowalachen, Aromanen) kommen als Wanderhirten im Sommer bis nach Altbulgarien.

Der Bulgare ist nüchterner, geduldiger und sittlich weit mehr gefestigt als der Serbe, anpassungsfähiger und ausdauernder als der Rumäne. An schlauem Handelsgeist sind ihm der Grieche und Jude überlegen; aber er ist sparsam, genügsam und politisch zielbewußt, opferfreudig, wohldisziplinert. Die bulgarische Verfassung von 1879, revidiert 1893 und 1911, ist sehr demokratisch. Eine einzige Kammer, die sich zusammensetzt aus Vertretern von je rund 20000 Einwohnern, bildet das Parlament, das Sobranje. Verfassungsänderungen erfolgen durch eine eigens gewählte Versammlung von doppelt soviel Volksvertretern, das Große Sobranje. Die Gesetzgebung versucht in schnellem Ausbau aus westeuropäischen Mustern das Beste zu entlehnen. Eine stark ausgeprägte Selbstverwaltung hindert nicht, daß heute schon Bulgarien mit einem großen Stab von Regierungsbeamten belastet ist.

Die Kirche ist seit 1870 selbständig — autokephal — und seit 1872 vom griechischen Patriarchat als schismatisch erklärt. An ihrer Spitze steht der von bulgarischen Bischöfen und Laienvertretern gewählte Exarch in Konstantinopel. Der Glaube ist mit dem griechisch-orthodoxen gleich. Die erste bulgarische Schule ist 1835 eröffnet worden. Im Jahre 1856 waren noch fast alle Schulen griechisch; aber 1878 zählte man bereits 1658 bulgarische Lehranstalten. Seitdem ist der Volksschulunterricht obligatorisch geworden; aber bis heute fehlt es vielfach an Lehrern und Lehrmitteln.

Die Sprache der Bulgaren ist ein altslawischer, dem ältesten Kirchenslawisch sehr nahestehender Dialekt, der mehr als irgendeine andere slawische Sprache abgeschliffen und vereinfacht ist. Das erste gedruckte bulgarische Buch in diesem neuen Bulgärbulgarisch ist 1806 erschienen. Die Grammatik und die Rechtschreibung sind heute noch unsicher, die Literatur bis heute wenig reich, obwohl es den Bulgaren nicht an kräftigen literarischen Talenten fehlt.

Ackerbau, Gewerbe, Industrie. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Lande. Während in türkischer Zeit die Erzeugnisse des Ackerbaues bei primitivster Wirtschaft unzulänglich waren, ist Bulgarien heute durch sorgfältigeren Anbau (Maschinenverwendung), Urbarmachung von unbebautem Boden und Entwicklung der Verkehrsmittel (Wege, Bahnen, Häfen, See- und Donauschiffahrt) ein Ausfuhrland für Agrarerzeugnisse geworden und liefert neben Getreide und Mais Vieh, Eier, Hülsenfrüchte, Tabak (Mazedonien), Stoffe, Häute, Rosenöl. Die Bodenverteilung ist außerordentlich günstig: 8 Proz. ist Staatsbesitz (meist Wälder), 25 Proz. Gemeindebesitz, 50 Proz. in den Händen von Bauern — meist mittlerer (wenig Kleinbesitz) — und sehr wenigen Großgrundeigentümern. Der Rest ist ungenutzt. Ackerbau und Ausfuhrhandel sind sehr entwicklungsfähig. Das alte Kleingewerbe in den Städten ist im Niedergang; die Industrie (unter anderem Kohle und Kupfer) ist in den ersten Anfängen.

Aus der bulgarischen Geschichte. Das gesamte heutige Bulgarien und Mazedonien ist Ende des 3. bis Anfang des 6. Jahrhunderts von slawischen ackerbauenden Völkern mit kommunistischen Einrichtungen, ohne gemeinsame staatliche Leitung, besetzt und besiedelt worden. Seit Ende des 7. Jahrhunderts erfolgte eine Überschichtung dieser Slawen durch turanische Reiter- und Hirtenvölker: Tataren, Ungarn, Avaren, Petschenegen, Finnen, Bulgaren, die unter despotischen Bojaren standen. Von ihrer Sprache hat sich keine Spur erhalten; dafür aber haben sie den unterworfenen Slawen, in denen sie bald völlig

aufgingen, ihre öffentlichen Einrichtungen gegeben. Sie schufen schon um 800 einen bulgarischen Einheitsstaat. Ihr Fürst Boris (852—884) ließ sich 864 taufen und führte bei seinem Volk das Christentum ein. Unter dem Fürsten Simeon (893—927) reichte die Bulgarenherrschaft bis zum Ägäischen und Adriatischen Meer, bis zur Save und zu den Karpathen. Der Papst bestätigte ihm seinen Titel »Zar und Selbstherrscher der Bulgaren und Griechen«. Die ältesten Hauptstädte waren Presba und Tirnowo. Im Jahre 967 erlag dieses Reich gleichzeitigen Angriffen der Russen und der Griechen; doch trat ein neues bulgarisches Reich mit der Hauptstadt Ochrida wenig später die Erbschaft an. Der Zar Samuel von Ochrida (976—1014) herrschte wieder von Morea bis zur Donau; aber schon sein Nachfolger beschloß diese zweite Dynastie nach einem vernichtenden Feldzug des griechischen Kaisers Basil II., des »Bulgarentöters«. Ein drittes großes bulgarisches Zarentum entstand Ende des 12. Jahrhunderts wiederum in Tirnowo und dehnte sich über die Walachei, Serbien, Albanien, Mazedonien und Thrazien aus. Unter dem Zaren Johann Asen II. (1218—41) erreichte die bulgarische Macht ihren Höhepunkt. Aber schon 1257 starben auch die Aseniden aus, und das Reich zerfiel. Kleine selbständige bulgarische Herrschaften hielten sich in Tirnowo und Widin und fielen erst 1393 bzw. 1396 den Türken zum Opfer.

Durch die türkische Herrschaft und Einwanderung sind alle nationalen Regungen in Bulgarien erstickt worden. Gelegentliche Aufstände hatten nur noch lokalen Widerstand gegen die Bedrückungen der türkischen Beamten zum Ziele und wurden stets schnell niedergeworfen. Bulgarisch blieben nur die verarmten Bauern und die unteren Kreise der städtischen Bevölkerung. Um die Trennung zwischen den unterworfenen Bulgaren und den herrschenden Türken zu sichern, ließ die Pforte der Bevölkerung ihren christlichen Glauben, ihre Priester und in gewissem Umfange auch ihr eigenes Recht und ihre Gemeindeverwaltung. So erhielten sich die bulgarische Sprache und von der älteren bulgarischen Literatur wenigstens die liturgischen Werke.

Infolgedessen konnte sich im 19. Jahrhundert eine bulgarische Unabhängigkeitsbewegung entwickeln. Bulgaren, die im Ausland (Österreich, Rumänien, Rußland) die westländischen Vorstellungen von Nationalität, Völkerfreiheit und Volksbildung aufnahmen, begannen im Lande Schulen zu gründen, in denen in bulgarischer Sprache unterrichtet wurde. Diese neue Bewegung wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts dadurch gekräftigt, daß die Kriege der Türkei die türkische Bevölkerung in Bulgarien aufrieben, während die Christen vom Militärdienst befreit blieben. Die türkische Herrschaft sah sich mehr als zuvor auf das Gewaltregiment türkischer Beamten beschränkt. Unerhörte Übergriffe derselben führten schließlich 1877 zum bewaffneten Einschreiten Rußlands. In dem Frieden von San Stefano, der diesen Krieg beendigte, wurde ein Fürstentum Bulgarien geschaffen, das von der Donau bis zum Ägäischen Meer reichte und ganz Mazedonien und Ostserbien umfaßte, der Pforte aber tributär bleiben sollte. Der Berliner Kongreß 1878 beschnitt das Gebiet des neuen Fürstentums allerdings erheblich, aber der erste bulgarische Fürst, Alexander von Battenberg, konnte 1885 wenigstens Ostrumelien mit seinem Fürstentum vereinigen. Als die Serben daraufhin zum Schutze des Gleichgewichts auf dem Balkan Bulgarien den Krieg erklärten, wurde die Neutralität Rumäniens durch eine kleine Gebietsabtretung bei Silistria erkauft und Serbien besiegt. Doch verhinderte eine österreichische Intervention Bulgarien, diesen Sieg durch Landerwerb auszunutzen.

Da Fürst Alexander, der sich den planmäßigen russischen Bevormundungsversuchen schon vor dem serbischen Kriege energisch entgegengesetzt hatte, infolge seiner Volkstümlichkeit als siegreicher Feldherr dem Zaren unleidlich geworden war, wurde er durch eine russische Intrige abgesetzt und außer Landes geschafft. Er kehrte zwar schnell zurück, dankte aber kurz darauf ab. Eine streng antirussische Regentschaft unter dem energischen Stambuloff folgte und berief 1887 den Prinzen Ferdinand von Koburg, den jetzigen Zaren, auf den Thron.

Dem Fürsten Ferdinand gelang es allmählich, ohne die bulgarische Selbständigkeit aufzugeben, wieder leidliche Beziehungen zu Rußland, das nach wie vor zahlreiche Parteigänger im Lande behielt, herzustellen und sein Land im Inneren kräftig zu entwickeln.

Die Balkankriege 1912—1913. Die fortdauernde Unordnung in Mazedonien infolge der zügellosen Übergriffe der Beamten Abdul Hamids gegen die christliche Bevölkerung und der revolutionären Abwehrbewegung durch christliche Banden veranlaßte im Juni 1908 Rußland und Großbritannien, sich über ein Beruhigungsprogramm zu einigen, das, im Notfall mit den Waffen, auf dem türkischen Balkan europäische Ordnung sicherstellen sollte. Die Gefahr eines europäischen Eingriffs, die dadurch drohte, bildete einen der Gründe für das überraschende Gelingen der jungtürkischen Revolution im Jahre 1908. Wie es für Österreich-Ungarn unmöglich war, sich als Herr von Bosnien und der Herzegowina der neuen demokratischen Bewegung in Konstantinopel mit ihrer Forderung eines gesamttürkischen Parlaments unterzuordnen, so konnte auch Bulgarien unter den neuen Verhältnissen die Oberhoheit des Sultans nicht ertragen und erklärte seine Unabhängigkeit. Das Programm der jungtürkischen Regierung schien auf Gleichberechtigung aller Nationen unter moderner staatlicher Ordnung hinzudeuten, so daß sich die mazedonischen Bulgaren erlöst fühlten und die bulgarische Bildungsbewegung alsbald, von Bulgarien gefördert, mit Schulen und literarischer Propaganda in Mazedonien einsetzte. Allein bald zeigte sich, daß die jungtürkische Regierung ganz im Gegenteil statt einer freien Entwicklung der christlichen Balkannationen vielmehr ihre schärfste Unterwerfung unter eine rein türkische Ordnung zum Ziel hatte. Dazu gehörte auch die Vorherrschaft der türkischen Sprache und Schule. Schon im Jahre 1909 begann infolgedessen der alte Kampf der Bulgaren in Mazedonien für die Unabhängigkeit ihrer Schule, Kirche und Sprache aufs neue und faßte nun mehr und mehr statt der früheren Forderung politischer Autonomie einen staatlichen Anschluß an Bulgarien unter Zertrümmerung des türkischen Reiches ins Auge. Auch Großbritannien begann jetzt nach derselben Richtung zu arbeiten. Aus Anlaß der furchtbaren Christenverfolgung in Mazedonien im Herbst 1903 war in England durch einen gründlichen Kenner Mazedoniens das Balkankomitee gegründet worden, das zunächst in rein philanthropischem Interesse eine Unterstützung notleidender mazedonischer Christen mit Lebensmitteln und Kleidern organisiert hatte. Die

fortdauernde Verfolgung der mazedonischen Bauern führte dazu, daß dieses Komitee dauernden Bestand und politische Färbung bekam. Immer mehr Mazedonier flohen nach Bulgarien und zogen dort die Regierung in ihre Nöte hinein. Nach der Enttäuschung, die das Jungtürkentum des Jahres 1908 auch den englischen Balkanfreunden bereitet hatte, benutzte der Leiter des Komitees, Noel Buxton, diese Beziehungen zu Bulgarien, um an der Gründung eines Bundes der christlichen Balkanstaaten gegen die Türkei zu arbeiten. Zunächst deckten sich hierbei die englischen und die russischen Interessen nicht. Rumänien wurde von beiden Teilen als zur Dreibundgruppe gehörig ausgeschlossen. Aber während Buxton und die durch sein Komitee orientierte liberale englische Regierung in dem Ausschalten des Halbmonds aus Europa das Heil sahen, hoffte Rußland einen Bund der Balkanstaaten einschließlich der Türkei zustande zu bringen und seinem Einfluß anzugliedern. Der Kampf Italiens gegen die Türkei im Tripolis-Krieg steigerte die Erregung der Balkanchristen. Die jungtürkische Regierung war mittlerweile in Albanien mit immer grausameren Unterdrückungsmitteln gegen jede Regung des Nationalgeistes vorgegangen. Das ließ die übrigen Nichttürken auf dem Balkan Schlimmes ahnen. Deshalb siegte im Jahre 1912 der von England geförderte Plan; ein Geheimbund zwischen Bulgarien, Serbien und Montenegro kam zustande, dem sich mit Einschränkungen Griechenland anschloß. Die russische Regierung, deren diplomatische Hilfe dieses Werk schließlich vollendete, brachte in den bulgarisch-serbischen Vertrag eine scharfe Spitze gegen Österreich-Ungarn und Rumänien. Da sich die bulgarische Regierung aus Furcht vor der Russifikation an Österreich-Ungarn angeschlossen hatte, zumal als im Jahre 1908 die Abhängigkeit Serbiens von Rußland zutage getreten war, sind in Österreich-Ungarn, als der Text dieser Verträge im Herbst 1913 in Paris veröffentlicht wurde, den Bulgaren Vorwürfe gemacht worden. Allein die gegen Österreich-Ungarn und Rumänien gerichtete Klausel des bulgarisch-serbischen Vertrags war so unmöglich und absurd, und die Stimmung in Bulgarien war bei Abschluß des Vertrags so ausschließlich gegen die Türkei gerichtet, daß jene Klausel offenbar nur dazu gedient hatte, wohlwollendes Verhalten der russischen Regierung bei dem bevorstehenden Kriege gegen die Türkei zu erkaufen (vgl. Band I, S. 15).

In der Tat hatten schon vor Abschluß des Vertrags in größter, ausgezeichnet bewahrter Heimlichkeit bei allen verbündeten Balkanvölkern militärische Vorbereitungen für einen Krieg gegen die Türkei begonnen. Die vier verbündeten Staaten wollten diesen Krieg allein, ohne Unterstützung einer Großmacht, unternehmen. Die Neutralität Rumäniens, das mit der Türkei sehr gut, mit Bulgarien dagegen schlecht stand, wußte sich die bulgarische Regierung im letzten Moment zu sichern, ohne daß sie ein bestimmtes Versprechen von territorialen Kompensationen nach dem Muster des Jahres 1885 abgab. Die Feindseligkeiten begannen noch vor Beendigung des italienisch-türkischen Krieges im November 1912.

In überraschend schnellem Siegeszug drangen die bulgarischen Truppen bis dicht vor Konstantinopel. Eine Vortruppe des bulgarischen Heeres kam bis an den Bosporus, zog sich aber auf das bulgarische Hauptheer zurück, das vor der Hügelkette, die nach Tschataldscha genannt wird, haltmachte. Weshalb damals der bulgarische Heerführer, General Dimitrijeff — derselbe, der im Weltkrieg in russische Dienste übergetreten ist —, es vermied, in das von Truppen nahezu entblößte Konstantinopel vorzudringen, kann vorläufig nicht aufgeklärt werden. Die Volksmeinung in Bulgarien beschuldigt heute den General, daß er damals schon in russischem Solde gestanden und Bulgarien verraten habe. Rußland hatte natürlich alles Interesse, daß nicht der Zar Ferdinand statt des russischen Zaren das Kreuz an Stelle des Halbmonds auf der Hagia Sophia, der Kirche Konstantins, wieder aufrichtete. Jedenfalls benutzten die Türken die Zeit, um die Linien von Tschataldscha zu verstärken und genügende Verteidigungstruppen aus Kleinasien heranzuziehen, während die bulgarische Armee durch eine schwere Choleraepidemie geschwächt wurde.

Da die Serben ihre Stoßkraft hauptsächlich gegen Albanien und das nordwestliche Mazedonien gerichtet hatten, die Griechen mit unerwarteter Energie gegen Saloniki vordrangen und die Stadt besetzten, mußte sich also die bulgarische Regierung für den Erwerb Mazedoniens, das Hauptziel der bulgarischen Unternehmung, auf ihren Bündnisvertrag mit Serbien, der die Aufteilung der territorialen Beute festgesetzt hatte, verlassen. Immerhin wurde eine kleine bulgarische Truppe gegen Saloniki abgezweigt und traf dort einige Tage nach der Besetzung durch die Griechen ein. Bulgarien mußte sich damit begnügen, seine Ansprüche auf die Haupt- und Hafenstadt Mazedoniens dadurch zu bekräftigen, daß es neben den Griechen Truppen in der Stadt stationierte. Adrianopel war von den bulgarischen Heeren umgangen worden und hielt der Belagerung stand.

Unter solchen Verhältnissen begannen in London auf Betreiben der Großmächte schon im Dezember 1912 Friedensverhandlungen der Balkanstaaten mit der Türkei. Die österreichisch-italienische, von Deutschland unterstützte Forderung, daß Albanien von den serbischen und montenegrinischen Truppen preisgegeben und zu einem selbständigen Staat gemacht werde, führte zur Einberufung einer Botschafterkonferenz, die in London parallel mit dem Friedenskongreß der Balkanstaaten tagte. Der Friedenskongreß kam aber zunächst zu keinem Ergebnis, so daß Bulgarien im Februar 1913 den Kampf von neuem begann und Adrianopel eroberte, woraufhin am 30. Mai in London ein Präliminarfriede zustande kam, in dem die künftigen Grenzen zwischen den Serben und Bulgaren einerseits, der Türkei anderseits festgesetzt wurden, nicht aber die Abgrenzung der Gebiete der Balkanstaaten untereinander. Als Serbien und Montenegro durch die Großmächte gezwungen wurden, wenigstens das westliche Albanien preiszugeben, verlangte Serbien eine Ausdehnung seiner Gebietszunahme in Mazedonien über die im serbisch-bulgarischen Bündnisvertrag im Grundzug festgelegte Linie hinaus. Da Bulgarien, das sich durch die Griechen der Einverleibung von Saloniki beraubt sah, doch im Hinterland dieser Stadt nicht zurückweichen wollte, Griechenland aber auch hier eine größere Gebietszone beanspruchte, wurden Serbien und Griechenland zu Bundesgenossen gegen Bulgarien.

Unterdessen hatte Rumänien seit Dezember 1912 als Lohn für seine Neutralität bei der bulgarischen Regierung auf die Abtretung der Stadt Silistria und auf eine Grenzberichtigung in der Dobrudscha gedrängt. Der damalige Leiter der bulgarischen Politik, Daneff, glaubte, obwohl mehrere Großmächte,

vor allem Österreich-Ungarn, zu einem friedlichen Ausgleich mit Rumänien rieten, diesen Forderungen ausweichen zu können. Der Streitpunkt wurde schließlich einer Botschafterkonferenz in Petersburg unterworfen, die den Rumänen Silistria und eine kleine Grenzberichtigung zusprach. Aber der Fall war damit nicht erledigt, da die Kommission zur endgültigen Festsetzung der Grenze an Ort und Stelle zu keiner Einigkeit kommen konnte.

In dieser schwierigen Lage, auf allen Seiten von unzufriedenen Nachbarn bedroht, wurde Bulgarien im Juli 1913 — vielleicht nur durch ein unglückliches Mißverständnis oder durch eine übereilte Handlung eines Unterbefehlshabers — zum offenen Kampfe mit Serbien und Griechenland getrieben. Das bulgarische Volk und die bulgarischen Heerführer waren stolz darauf, daß sie im Krieg mit der Türkei die größten Opfer gebracht, das Schwerste erreicht und sich den Serben und Griechen an Tapferkeit überlegen gezeigt hatten. Deshalb vertrauten sie auch in dem neuen Krieg gegen die Übermacht auf Erfolg. Allein die Türkei benutzte die Gelegenheit, um sofort wieder in Thrazien vorzubringen. Da Bulgarien im Vertrauen auf den Londoner Präliminarfrieden und die Hilfe der Großmächte seine Truppen aus Thrazien zurückgezogen und nach Mazedonien gebracht hatte, konnten die türkischen Heere Adrianopel wieder besetzen und sogar bis auf altbulgarisches Gebiet vordringen. Der russische Zar, der in dem bulgarisch-serbischen Streit hatte vermitteln wollen und empört war, daß man gegen seinen Willen wieder zu den Waffen griff, ermutigte die rumänische Regierung, ihre Forderungen gegen Bulgarien zu verschärfen und mit den Waffen zu unterstützen. Während sich der Kampf zwischen den bulgarischen und den serbisch-griechischen Truppen, zunächst nicht zum Vorteil der Bulgaren, hinzog, drang eine starke rumänische Armee in Bulgarien ein und besetzte das von Truppen völlig entblößte Nordbulgarien bis dicht vor Sofia, so daß Bulgarien vom neutralen Ausland abgeschnitten war. Diesen Augenblick benutzte die griechische Propaganda, um die Welt mit einer Flut von Berichten über schauderhafte Grausamkeiten zu überschwemmen, die von bulgarischen Truppen bei ihrem Rückzug in griechischen Städten und Ortschaften Südmazedoniens angeblich begangen worden wären. Die öffentliche Meinung in der ganzen Welt wandte sich deshalb heftig gegen die Bulgaren, und allgemein wurde es als eine Erlösung empfunden, als die rumänischen Staatsmänner auf der Bukarester Friedenskonferenz August 1913 einen Frieden unter den christlichen Balkanstaaten zustande brachten. Bulgarien behielt nur einen kleinen Teil seiner mazedonischen und thrazischen Eroberungen; an Rumänien mußte es wertvolles Grenzgebiet in der bulgarischen Dobrudscha abtreten. Österreich-Ungarns Verlangen, daß dieser Frieden zugunsten Bulgariens revidiert werde, blieb unbeachtet.

Bulgarien im Weltkriege. Zu Anfang des Weltkrieges herrschte in Bulgarien noch die schwere Depression, die natürlicherweise durch die Verluste und die Niederlage im zweiten Balkankrieg entstanden war. Wohl wurde im ganzen Volk der bestehende Zustand als ein provisorischer angesehen; aber die Regierung war überzeugt, daß erst nach gründlicher innerer Kräftigung der Kampf mit der Übermacht der Feinde wieder aufgenommen werden könne.

Am größten war das Mißtrauen gegen die Pforte, weil man das Vorgehen der Türkei bei der Wiedereinnahme von Adrianopel als einen Verrat betrachtete. Der Gegensatz gegen Griechenland schien deshalb unüberbrückbar, weil der einzige Hafen am Ägäischen Meer, der Bulgarien im Bukarester Frieden zugesprochen war, Dede Agatsch, vorläufig nur auf dem Wege über türkisches Gebiet mit der Bahn erreicht werden konnte, während sich der viel bessere natürliche Hafen für den bulgarisch gewordenen Teil Mazedoniens, Kawalla, in der Hand der Griechen befand. Gegen Serbien richtete sich unversöhnlicher Haß, weil die Serben den größten Teil des mazedonischen Gebietes bekommen hatten, für dessen Angliederung an Bulgarien der Krieg gegen die Türkei unternommen worden war. Gegen die Rumänen bestand womöglich noch größerer Haß, weil man überzeugt war, daß man ohne ihr Eingreifen der übrigen Gegner Herr geworden wäre. Aber mit Rumänien war die Regierung entschlossen, freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, um auf dem Wege durch Rumänien den bulgarischen Handel zu entwickeln. Ende Oktober 1914 wurde durch vertrauliche Besprechung eine politische Übereinstimmung mit der Türkei hergestellt, während die zunehmenden Mißhandlungen der Mazedonier durch die Serben und die fortgesetzte Flucht von Mazedoniern nach Bulgarien das Verhältnis zu Serbien und damit auch zu der Entente immer gespannter gestalteten. Jedes Mißtrauen gegen den türkischen Nachbar schwand, als sich die Türkei durch Vertrag vom 25. Sept. 1915 zu Gebietsabtretungen bereit fand (vgl. das Textkärtchen auf S. 64), die den Bulgaren eine leichtere Verbindung mit ihrem ägäischen Hafen Dede Agatsch gestatteten. Auch die Beziehungen zu den Griechen wurden günstig beeinflußt dadurch, daß sich Griechenland bei dem Einfall der Österreicher in Serbien im Herbst 1914 nicht in seiner Neutralität beirren ließ. Dagegen entstand eine immer größere Spannung mit Rumänien und mit Rußland, weil Rumänien bald unerträgliche Schwierigkeiten für die Durchfuhr zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien machte und die Unterstützung Serbiens durch Rußland auf dem Donauwege förderte. Als sich Serbien nicht einmal auf russischen Rat zur Abtretung mazedonischer Gebietsteile an Bulgarien bereit fand, schloß sich die Regierung des Zaren Ferdinand während der Niederwerfung Serbiens (im Herbste 1915) den Zentralmächten am 12. Oktober offen an.

Literatur. »Annuaire statistique du Royaume de Bulgarie«, 1912 (Sofia 1913); »La Bulgarie contemporaine« (Brüssel 1905); C. Jireček, Cesty po Bulharsku (Prag 1888); H. Klaeber, Fürst Alexander von Bulgarien (Dresd. 1904); A. G. Drandar, Evénements politiques en Bulgarie (Par. 1896); C. Jireček, Das Fürstentum Bulgarien (Wien 1891); K. Kaßner, Bulgarien, Land und Leute (Leipz. 1916); »Bulgarische Bibliothek«, hrsg. von G. Weigand (das. 1916).

Rumänien

von Professor Dr. **Otto Freiherrn von Dungern in Graz**

Das **Königreich Rumänien umfaßte bei Beginn des** Weltkrieges **138962 qkm, wovon** 7609 qkm **in der Dobrudscha erst 1913 erworben waren. Das** Land zerfiel bis 1859 **in zwei getrennte Fürstentümer: Walachei und Moldau. Die Dobrudscha, zwischen rechtem** Donauufer **und** Schwarzem **Meer, hat im Mittelalter** vorübergehend **zur Walachei gehört,** später **zur** Türkei. **Die Moldau hat den größeren Teil ihres ehemaligen Gebietes in der Zeit von 1774 bis 1877 an** Österreich **und Rußland abtreten** müssen **(Bukowina bzw. Beßarabien).**

Im **Königreich Rumänien wurden am 1. Januar** 1913 rund 7235000 Einw. gezählt. **Dazu kamen etwa** 300000 **in der neuen** Dobrudscha. **Von diesen Einwohnern waren** etwa 250000 **Juden, meist in der** Moldau. etwa 80—100000 österreich.-ungarische **Staatsangehörige, 24000 Türken, 32000** Bulgaren, Griechen, Albaner, Serben. **Die** zahlreichen **Zigeuner sind in** Rumänien stärker assimiliert als in anderen **Ländern.**

Nur die Hauptstadt **Bukarest** hat mehr **als 100000** Einwohner. über 81 **Proz.** der Bevölkerung leben **auf dem** Lande. 68 **Proz.** der **Bodenfläche** dienen dem **Landbau,** meist Weizen und **Mais. Die** Ausfuhr **setzte sich zu** mehr als 80 **Proz.** aus **Ackerfrüchten** zusammen. **Ihr Wert betrug 1913: 532,2** Millionen **Mark und** überstieg **seit vielen Jahren den Wert der Einfuhr, von der mehr als drei** Fünftel **1918** aus Deutschland **und** Österreich-**Ungarn kamen. Die Getreideausfuhr ging zum größten Teil nach Belgien, aber** für den deutschen **Markt.** — Die Petroleumindustrie in Rumänien ist jung; **sie zeichnete sich dadurch** aus, daß **Produktion und Handel nicht kartelliert** waren. Deutsches **Kapital war, wie auch** sonst **im Lande,** stark beteiligt. **Die** Staatsschuld **befand sich vor dem Weltkriege weit überwiegend in deutschen Händen. Sie betrug** rechnungsmäßig am 1. April 1916: 2,1 Milliarden **Frank,** wovon über 400 Millionen getilgt waren.

Das Volk. Bei den Rumänen lassen **sich** slawische, tatarische, aber **auch** romanische **Züge** feststellen. Sicherlich **sind sie ein** Mischvolk; **aber es hat** sich **bei ihnen eine** so starke nationale Eigenart ausgebildet, daß **sie** sich von **allen anderen** Balkanbewohnern **deutlich** unterscheiden. **Im** Mittelalter **wurden die Rumänen** als **Wlachen** bezeichnet, **wie sie heute** noch **auf dem südlichen Balkan** heißen. Sie tauchen urkundlich **in** Mazedonien **schon im 11. Jahrhundert auf, nördlich der Donau** erst **im 13. Jahrhundert.** Deshalb läßt **sich die Frage, ob die** mazedonischen **Rumänen** im Mittelalter **nach dem heutigen Königreich und nach Ungarn** eingewandert **sind oder ob sich umgekehrt eine alte** rumänische **Bevölkerung** während **der Völkerwanderung in die** unzugänglichen Karpathen gerettet **und** von **dort** später **über den Balkan** ausgebreitet **hat,** historisch **nicht** lösen. **Keinerlei** Volkstraditionen **ergänzen die** geschichtliche **Lücke. Die Lehre vom** römischen **Ursprung der Rumänen ist jedenfalls** erst **im 17. Jahrhundert in Rom** aufgekommen **und** hat sich **durch Zöglinge der päpstlichen Schulen für** siebenbürgisch-**rumänische Geistliche zuerst in Siebenbürgen und** dann **von dort aus** nach **dem heutigen Rumänien** verbreitet. **Diese Theorie fußt einerseits auf der** Sprache **der Rumänen, die, trotz** zahlreicher slawischer **und anderer Lehnworte und** Wendungen, **nach Wortschatz, Formenlehre und Satzbau** romanisch **ist, anderseits auf der** historischen **Tatsache, daß** im 2. **Jahrhundert n. Chr. die Sitze der heutigen Rumänen** durch **Rom erobert und** besiedelt **worden sind. Aber die historische Kontinuität zwischen dieser Besiedlung und dem** Auftreten **der Rumänen in denselben Gegenden 1000 Jahre später ist nicht** nachweisbar.

Die Verbreitung der **Rumänen** beschränkt **sich nicht auf das** heutige Königreich. **In** den bulgarischen Städten **und** Dörfern **am** südlichen Donauufer **sind sie immer noch zahlreich. Im** Nordostwinkel **des** ehemaligen **Königreichs** Serbien, um Negotin, bilden **sie den Hauptbestandteil der Bevölkerung. In** Mazedonien **und** hinüber **bis nach Thessalien und** Albanien **(Epirus, Valona) wurden sie** vor **den** Balkankriegen **auf eine halbe Million** geschätzt. In Dalmatien, wo **sie** sich **noch** Ende des **Mittelalters in den** Küstenstädten deutlich **nachweisen** lassen, **sind sie in der** slawischen **Bevölkerung** aufgegangen. Eine kleine rumänische **Bevölkerungsgruppe,** die **sich in** Istrien erhalten hat, **verfällt heute** zusehends **dem gleichen Schicksal. Auch die rumänische Bevölkerung Beßarabiens ist im Rückgang. Die Schätzungen für die Zahl der dortigen Rumänen schwanken; sie betrug nach der** einzigen russischen **Nationalitätenzählung** (1897) 920900. **In der einstmals rein rumänischen Bukowina,** die 1774 von **Österreich besetzt wurde, bilden sie heute neben Ruthenen, Juden, Polen und Deutschen** etwas **mehr als ein Drittel der Einwohnerschaft.** Erheblich nimmt **das Rumänentum in Ungarn** zu. **In** dem **Ende des 17. Jahrhunderts** gänzlich **entvölkerten Banat** haben **sie** sich schnell ausgedehnt. Auch in Siebenbürgen **drängen sie mit ihrem Kinderreichtum die kinderarmen Deutschen zurück.** Dagegen **scheinen sie in der Marmarosch** seit der jüdischen Einwanderung stark **gefährdet. Alles in allem mag es heute 11—12** Millionen **Rumänen** geben. Sie sind also zahlreicher als die **Magyaren.** Auf **Ungarn** entfallen, je nachdem **man** ungarische **oder andere** Zählungen zugrunde **legt, 3—4** Millionen, **nach der ungarischen** Zählung von 1910: 2909030.

Die Volkswirtschaft. Die Entwicklung **der** rumänischen **Volkswirtschaft ist** gebunden an den natürlichen **Bodenertrag, an die** geographische **Lage des Landes und an die** Produktionsform, **die** bisher abhängig **geblieben ist von der** geschichtlichen **Verfassungsgrundlage, der Herrschaft einer kleinen Schicht** von Großgrundbesitzern **über ein wirtschaftlich** abhängiges, kulturell zurückgebliebenes **Bauerntum.**

Landwirtschaft und Viehzucht. Der rumänische **Boden ist in den weiten Ebenen der Walachei wie der** Moldau ungemein **reich. In der türkischen Zeit** bildeten **die** Fürstentümer die Kornkammer der **Türkei.** Dabei **waren** damals **noch viel** größere **Teile der Ebenen als heute Weiden, auf denen** außer **Kleinvieh** Rinder, **Büffel und Pferde gezogen wurden. Um die** Mitte des vorigen **Jahrhunderts** suchten die englischen Importeure **das rumänische Getreide für den** englischen **Bedarf** heranzuziehen. **Die** Wiederinstandsetzung **des** Schiffahrtsweges **im Donaudelta,** die 1856 auf dem Pariser **Kongreß** beschlossen **und** seitdem durch **die** internationale **Galatzer** Donaukommission glänzend **durchgeführt wurde, geschah wesentlich im** Interesse **Englands. In neuerer Zeit ist der** rumänische **Weizen, der auch wegen** seiner **hervorragenden Qualität** geschätzt **wird,** hauptsächlich **auf** demselben **Wege für den deutschen Bedarf nach** Antwerpen **verschifft** worden. Da **seit dem Jahre 1882 die** Ausfuhr **des rumänischen Viehes durch** Zoll- **und** Sperrmaßnahmen **an der** ungarischen **und** österreichischen

Grenze fast ganz verhindert wurde, richtete die rumänische Regierung die Landwirtschaft planmäßig auf eine immer stärkere Erzeugung von Getreide ein. Die ganze sehr großzügig durchgeführte Ausgestaltung der Verkehrswege (Eisenbahnen und Straßen) und der Ausfuhrhäfen am Schwarzen Meere dienten hierzu. Die Viehzucht ist dadurch zurückgedrängt worden, während sich die Größe der mit Getreide und Mais bepflanzten Bodenfläche schnell steigerte und auch der Bodenertrag durch intensivere Bewirtschaftung zunahm. Obwohl die Regierung gerade nach dieser letzten Richtung seit Jahren vieles getan und erreicht hat, insbesondere durch planmäßige Aufklärung der Bauern, ist der Bodenertrag in Rumänien immer noch steigerungsfähig.

Auf den Vorbergen der Karpathen wird seit alters **Wein** gezogen. Rumänien ist eines der bedeutendsten Weinbauländer der Welt. Auch die **Obstzucht** steht in hoher Blüte.

Die Karpathen sind trotz zunehmender Abholzung, meist durch deutsche Gesellschaften, immer noch bedeckt mit ungeheuren Eichen-, Buchen- und Tannenwäldern. Der **Mineralreichtum** des Landes wird von manchen Geologen als sehr groß bezeichnet. Rumänien und die Dobrudscha sollen mächtige, aber sehr tief liegende Lager von Kohle aller Qualitäten besitzen. Auch Eisen soll reichlich vorhanden sein. Das prachtvoll reine rumänische Steinsalz wird seit alter Zeit in bergmännischem Betrieb gebrochen, zerkleinert und so in den Verkehr gebracht. Das Vorhandensein von **Petroleum** in den Vorbergen der rumänischen Karpathen war seit langem bekannt, aber eine Ausnutzung im großen ist erst in den letzten 20 Jahren möglich geworden, seitdem die Regierung durch gesetzliche Maßnahmen ausländisches Petroleum fernhielt und für das eigene Bevorzugungen einführte.

Ein einheitlich organisierter **Arbeitsmarkt** besteht noch nicht. Die Industrie muß die Arbeiter, die sie braucht, mühsam an sich ziehen und heranbilden. Die allgemeine Bildungsgrundlage (Volksschule) ist trotz gesetzlicher Fürsorge praktisch mangelhaft. Die zahlreichen staatlichen Fachschulen haben ganz überwiegend agrarische und kleingewerbliche Ausbildung zum Ziele. Der Bauer ist nicht so fleißig wie der bulgarische, auch minder zugänglich für moderne Methoden. Sein Lebensstil ist äußerst primitiv; unglaubliche Genügsamkeit und starker Fatalismus hemmen ihn. Er besitzt infolge der zahlreichen Landverteilungen seit dem Jahre 1864 in der Regel eigenes Ackerland und Vieh, aber zu wenig, um selbständig zu wirtschaften. Der Großgrundbesitzer gibt ihm Pachtland dazu und beschäftigt ihn als Arbeiter, nutzt ihn aber dabei aus. Der Ernährungs- und Gesundheitszustand der Bevölkerung hat sich infolgedessen trotz kolossalen ziffermäßigen Aufschwungs der Gesamtvolkswirtschaft eher verschlechtert als verbessert. Die neue freiheitliche Gesetzgebung hat ein dichtes Netz von Schnapswirtschaften (durchweg in Händen von Juden) aufkommen lassen, die sehr schädlich wirken. Die gewaltige Steigerung des Volksreichtums konzentriert sich in den Händen einer relativ sehr geringen Zahl von Geldhändlern, Kaufleuten und Großgrundbesitzern. Diese Kreise betreiben leidenschaftlich Parteipolitik, mehr mit persönlichen als mit sachlichen Zielen. In der vermögenslosen Intelligenz finden sie dabei eine willige, grundsatzlose Klientel, während der Bauer politisch stumpf einigen ihm persönlich bekannten Beamten oder Großgrundbesitzern blind zu folgen pflegt. Der Einfluß der russenfreundlichen Geistlichkeit ist geringer als in Bulgarien. In Ungarn wird die rumänische Intelligenz, weil sie im öffentlichen Dienst keine Verwendung findet, zur nationalistischen Opposition getrieben, während sie in der Bukowina und in Beßarabien von der Regierung herangezogen wird und mit ihr geht. Die Mazedorumänen sind von der rumänischen Regierung bis zum Balkankrieg energisch gefördert, seitdem aber praktisch aufgegeben worden. Engere politische Beziehungen zu den ungarischen Rumänen sind von der dortigen Opposition stets gesucht, aber im Königreich erst seit dem Weltkrieg rückhaltlos von der Regierung unterstützt und ermutigt worden.

Aus der rumänischen Geschichte. Selbständige Staaten haben nur die Rumänen der Moldau und der Walachei gebildet. Aber siebenbürgisch-rumänische Adelsfamilien waren es, die um 1290 nach der Walachei und um 1350 nach der Moldau vordrangen und in diesen beiden Gegenden selbständige Fürstentümer gründeten, die sich schnell ausdehnten und auch den Türken gegenüber bis in das 17. Jahrhundert eine leidliche Unabhängigkeit zu wahren wußten. Diese Moldauer und Walachen waren als tapfere Krieger und Reiter berühmt. Allem Anschein nach war im 17. Jahrhundert die Einwohnerschaft der ganzen Walachei und der Moldau, die damals bis an den Dnjestr reichte, ausschließlich rumänisch. Einer der rumänischen Fürsten jener Zeit hat einmal die beiden Fürstentümer unter seiner Herrschaft vereinigt, **Michael der Tapfere**, der sich auch zum Herrn Siebenbürgens machte. Aber schon nach einem Jahr brach dies großrumänische Reich mit seinem Tode zusammen. Beiden Ländern fehlte die Einrichtung einer kräftigen monarchischen Gewalt, so daß nur selten unter starken Herrscherpersönlichkeiten die Fürstentümer für ihre Nachbarstaaten einen ihrer Größe entsprechenden Machtfaktor bedeutet haben.

Im 17. Jahrhundert gelang es den **Türken**, ohne Änderung des lockeren Abhängigkeitsverhältnisses der beiden Fürstentümer (sie zahlten Tribut, waren aber im übrigen freier gestellt als irgendein anderes türkisches Eroberungsgebiet auf dem Balkan), die Rumänen allmählich bis zu rücksichtsloser Ausnutzung aller ihrer produktiven Kräfte zu unterwerfen. Die faktische türkische Gewalt in den beiden Fürstentümern steigerte sich im 18. Jahrhundert dadurch, daß in einzelnen rumänischen Städten die Bevölkerung vertrieben und durch türkische Militärkolonien ersetzt wurde, daß der Fürst eine türkische Militärtruppe bekam, daß die gesamten Getreideüberschüsse des Landes dauernd für die Türkei beschlagnahmt waren, sowie schließlich dadurch, daß der Sultan nach Belieben über die beiden Fürstenthrone verfügte. Die Pforte machte sich die Schwäche der Dynastien zunutze und besetzte die Throne in schnellem Wechsel mit Großgrundbesitzern, seit dem 18. Jahrhundert mit griechischen Kaufleuten aus dem Fanar (Fanarioten) und Abenteurern. Die Fürstentümer wurden ihnen gegen einen ständig gesteigerten Tribut verpachtet und zur Aussaugung überliefert. Diese griechischen Fürsten zogen andere Griechen als Beamte, Priester, Lehrer nach sich und verschwägerten sich und ihre Genossen mit dem rumänischen Adel, den **Bojaren**. Ihre romanisierten Nachkommen bilden heute einen der Zahl und noch mehr dem Besitz nach überragenden Teil der führenden Großgrundherrenfamilien. Griechen sind die Mavrokordato, Kantakuzino, Ro-

setti, Maurojeni usw., altrumänische Aristokraten die Carp, Filipescu, Bibesco, Sturdza, Brancovanu, Beldiman; zur emporgekommenen Intelligenz gehören die Jonescu, Marghiloman; Bratianu ist bulgarischer Abstammung. Formell sind alle Adelsprivilegien verfassungsmäßig heute abgeschafft.

In der Zeit der schärfsten Unterdrückung durch Türken und Griechen erschienen im Osten Beßarabiens die Russen. Ihre Einmischung in die rumänischen Verhältnisse erwies sich seit der ersten russischen Besetzung des Landes 1770 noch verderblicher für die rumänische Selbständigkeit als die türkische Ausnutzung. 1812—29 wurden Beßarabien und das Donaudelta durch Rußland annektiert. Kurz vor dem Krimkriege wurde die Absicht der Russen, die ganzen Donaufürstentümer zu annektieren und zu russifizieren offenbar. Die Westmächte kamen den Rumänen zu Hilfe; Österreich griff zu einer Schutzbesetzung, und im Pariser Frieden 1856 mußte Rußland einen kleinen Teil Beßarabiens und das Donaudelta zurückgeben; außerdem wurde bestimmt, daß die Donauschiffahrt im Delta allen Nationen gleichmäßig offenstehen und daß die beiden Fürstentümer eine autonome Verfassung bekommen sollten. Im Jahre 1859 wurde ein Rumäne, Cuza, in beiden Fürstentümern zum Herrscher gewählt. Er versuchte einschneidende Verfassungs- und Verwaltungsreformen einzuführen, mußte aber im Jahre 1866 wegen persönlicher Untüchtigkeit einer reformfreudigen Opposition im Lande weichen. Prinz Karl von Hohenzollern wurde nun auf Anregung Napoleons III. zum Fürsten der vereinigten Donaufürstentümer erkoren. Unter seiner Regierung hat sich die Umwandlung Rumäniens zum modernen Staat mit allgemeiner Schulbildung, Straßen, Eisenbahnen, Post, Telegraph und Telephon, mit modernem Heer und Marine, moderner Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung, großzügiger Handels-, Industrie- und Staatsschuldenpolitik, aber auch mit westländischem Parlamentarismus und Parteigetriebe vollzogen oder doch angebahnt. Korruption und Protektion sind nicht verschwunden.

Die Teilnahme am russisch-türkischen Kriege 1877, bei dem Fürst Carol durch sein Eingreifen bei Plewna die verzweifelte Lage des russischen Heeres rettete, verschaffte Rumänien die völlige Unabhängigkeit von der Türkei und in der Folge (1881) die Anerkennung als Königreich. Aber der rumänische Teil Beßarabiens mußte an Rußland abgetreten und die verwahrloste nördliche Dobrudscha dafür in den Kauf genommen werden. Hier hat sich dann Rumänien in Konstanza, das durch eine gewaltige Eisenbahnbrücke über die Donau an das rumänische Bahnnetz angeschlossen wurde, einen modernen Seehafen ersten Ranges geschaffen, dessen Ausbau 1914 noch im Werk war.

Die neutrale Haltung Rumäniens im serbisch-bulgarischen Krieg 1885 brachte Rumänien eine kleine Gebietsabtretung bei Silistria ein. Das Eingreifen im zweiten Balkankrieg 1913 führte im Frieden von Bukarest zur Abtretung von Silistria, Tutrakan (Turtukaia) und der reichen südlichen Dobrudscha mit Dobritsch und Baltschik auf Kosten Bulgariens.

Rumänien im Weltkriege. Unmittelbar nach der Übergabe des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien Ende Juli 1914 hat in Rumänien eine heftige Bewegung, in erster Linie gegen Ungarn und Österreich, aber bald auch gegen Deutschland begonnen. Sie war, wie sich schnell herausstellte, durch französische Agenten und russisches Gold glänzend vorbereitet. Die deutschen Mächte und die rumänischen Deutschfreunde waren nicht gerüstet. Ihnen ist es erst im Laufe des Krieges gelungen, eine Gegenbewegung zu organisieren, die aber in keinem Zeitpunkt den stillen und den leidenschaftlich lauten Freunden der Entente in Presse, Parlament und Regierung wie hauptsächlich auch am Hofe selbst ernstlich Abbruch getan hat. Ihren ersten Erfolg erzielten die rumänischen Ententefreunde schon Anfang August 1914. Eine bis dahin völlig geheim gebliebene, dem Thronfolger und dem Ministerrat vorenthaltene, auch von den deutschen Diplomaten und Staatsmännern streng geheim behandelte, aber 30 Jahre alte, 1913 noch erneute Schutz- und Trutzkonvention des Königs Carol und des jeweilig verantwortlichen rumänischen Ministerpräsidenten mit den deutschen und österreichischen Herrschern und Regierungen wurde von 30 leitenden rumänischen Staatsmännern, die der König als Kronrat nach Sinaia berief, mit erdrückender Mehrheit als unverbindlich erklärt, unter dem Vorgeben, daß Rußland Österreich-Ungarn und Deutschland nicht zum Kriege provoziert habe und deshalb der im Vertrage vorgesehene Fall der Unterstützungspflicht nicht gegeben sei. König Carol, der anderer Auffassung war als seine rumänischen Staatsmänner, wurde auf das heftigste öffentlich angegriffen. Ende September 1914 wurde unter dem Eindruck des Marnerückzuges sowie der russischen Fortschritte in Galizien und der Bukowina ein zweiter Kronrat verlangt, der über den König hinweg den Krieg gegen Ungarn beschließen sollte. Dem König gelang es, durch persönliches Verhandeln mit den Parteiführern zu erreichen, daß dieses Verlangen im letzten Augenblicke vertagt und der Anfang August beschlossene Zustand einer abwartenden bewaffneten Bereitschaft aufrechterhalten wurde. Aber unter der Erregung dieser Verhandlungen brach der König, der seit langem schwer leidend war, zusammen. Am 10. Oktober starb er, und den Thron bestieg der damals zwar noch ebenso deutsch gesinnte, aber willensschwache, unsichere und wenig geachtete König Ferdinand, dessen Gemahlin, die englische Prinzessin Marie von Koburg, die intelligente und ehrgeizige Nichte König Eduards, Tochter einer russischen Großfürstin, nunmehr offen für die Entente eintrat, von dem vorsichtig zaudernden gewissenlosen Ministerpräsidenten Bratianu im geheimen unterstützt.

Da es mit den militärischen Vorbereitungen im Lande schlecht bestellt war, verzögerte die Regierung ihren Entschluß. Im März 1915 brachte die Unternehmung der Engländer und Franzosen gegen die Dardanellen die ententefreundliche Stimmung beinahe zum Siege. Angst vor Bulgarien hielt schließlich das Ministerium zurück. Innere militärische und wirtschaftliche Schwierigkeiten verhinderten auch bei dem Eingreifen Italiens in den Krieg das rumänische Ministerium an einer Kriegserklärung. Die neutralitätsfreundliche Partei bekam sogar infolge großer finanzieller Vorteile, die dem Lande durch die Ausfuhr seiner Agrarprodukte zuflossen, einige Ausdehnung in den Kreisen des Handels und des großen Grundbesitzes. Allein die Arbeit der Ententefreunde nahm ihren Fortgang und wurde schließlich dadurch ausschlaggebend, daß sie allmählich das Offizierkorps gewann, welches sich, nicht ohne geschickte persönliche Beeinflussung durch die Königin, trotz aller Mißerfolge der Entente mehr und mehr von dem sicheren Endsiege der Entente überzeugen ließ. Unaufrichtige Verhandlungen Bratianus ließen im Juli 1915 einen

Augenblick die Realisierung einer dauerhaften Neutralitätsbasis für die Zentralmächte, die nur ungehinderte Durchfuhr ihrer Materialien nach dem neutralen Bulgarien verlangten und dafür weites Entgegenkommen boten, möglich erscheinen. Allein wieder überwog bei der rumänischen Regierung die eingebildete Aussicht auf größeren Gewinn durch künftigen Anschluß an Rußland. Der verblüffende Erfolg der Deutschen und Österreicher in Serbien brachte in Rumänien eine Ernüchterung, und das Ministerium wankte. Aber aus bisher noch nicht öffentlich geklärten Ursachen vermochte sich schließlich der rußlandfreundliche Ministerpräsident Bratianu zu halten, ohne sein Ministerium durch Aufnahme neutralitätsfreundlicher oder deutschfreundlicher Parteiführer umzugestalten. Von da ab fanden die Verhandlungen Bratianus mit der russischen Regierung immer offener statt, und der Anschluß des rumänischen Offizierkorps an das russische wurde immer deutlicher. Als im Sommer 1916 den Russen die Eroberung von Luzk, Czernowitz und der Bukowina gelang, benutzte Rußland die Gelegenheit, um den rumänischen Ministerpräsidenten durch die Androhung eines gewaltsamen Durchmarsches russischer Truppen durch die Moldau zur Entscheidung zu zwingen, die, in blindem Vertrauen auf ungeheuerliche russische Verheißungen territorialer Vergrößerung, gegen die Zentralmächte ausfiel.

Aller Erwartung widersprechend, dankte König Ferdinand, der ehemalige deutsche Offizier, nicht ab, sondern übernahm den Oberbefehl und identifizierte sich sogar mit der Art der Kriegserklärung, die als perfider Überfall auf die schwachen ungarischen Grenzwachen in den Karpathenpässen zustande kam. Den vielen tausend reichsdeutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Rumänien wurde die Rückkehr ohne jede Warnung versperrt, und sie wurden unter vielen Mißhandlungen einer Internierung in rücksichtslosester Form unterworfen.

Trotzdem brachte es die rumänische Eroberungsarmee, die in Siebenbürgen eindrang, nur zu einem Augenblickserfolg. Sobald dort deutsche Truppen erschienen und den Widerstand aufnahmen, gelang es unter Leitung des Generals v. Falkenhayn schnell, Siebenbürgen zu säubern.

Bulgarien war von den Rumänen im Augenblick ihrer Kriegserklärung an Österreich-Ungarn durch Schießereien an der Grenze provoziert worden und griff wenige Tage nach der Kriegserklärung Rumäniens in den Kampf ein. Unter Leitung des Feldmarschalls v. Mackensen wurde von bulgarischen und reichsdeutschen Truppen die zur Festung ausgebaute Stadt Tutrakan erobert, Silistria genommen und die bulgarische Grenze in schnellem Vorrücken bis zur Linie Tschernawoda–Konstanza vorgeschoben.

Während der Zeit zwischen diesen Erfolgen und der schließlichen Besetzung der ganzen Walachei und Dobrudscha durch die verbündeten Heere der Zentralmächte versuchten nicht nur russische Hilfstruppen, sondern auch französische Offiziere die Widerstandskraft der rumänischen Armee zu stärken. Außerdem aber erschienen im Land englische Agenten, die im Augenblick des Vorrückens der Verbündeten einen großen Teil des im Lande aufgestapelten Getreides und Maismehls vernichteten und fast die gesamten Petroleumquellen, Tankanlagen und Raffinerien zerstörten. Gleichzeitig wurde von den russischen Truppenkörpern das in Polen geübte System der Zerstörung aller Ortschaften auf ihrer Rückzugslinie nach Möglichkeit durchgeführt und die rumänische Bevölkerung zur Flucht nach der Moldau und Rußland veranlaßt oder gezwungen. Auch ein Teil der internierten deutschen und österreichisch-ungarischen Zivilbevölkerung wurde verschleppt. So wurde die Moldau, wo allein in Erinnerung an die Leiden unter den früheren russischen Durchzügen und Besetzungen das Feindschaftsgefühl gegen Rußland in breiteren Schichten fortlebte, zum Friedhof jenes vertriebenen Elends und zum Schauplatz der Unordnung, Gewalttätigkeit und Teuerung, die das geschlagene rumänisch-russische Heer dorthin mitbrachte.

Der rumänische Bauer aber, der niemals politische Partei ergriffen, sondern sich stumpf den Befehlen seiner Führer gefügt hatte, nahm die deutschen Sieger willig auf. Auch die Kreise des Handels und der Gebildeten, die nicht geflohen waren, fanden sich leicht mit der deutschen Besetzung und Verwaltung ab, die sofort mit einer Reorganisation begann.

Literatur. »Annuarul statistic al României« (Bukarest, seit 1909); »Armata română in timpul ultimilor 40 de anni, 1866—1906« (das. 1906); L. Colescu, »Progresele economice ale României« (das. 1907); M. Serban, Rumäniens Agrarverhältnisse (Berl. 1914); C. G. Antonescu, Die rumänische Handelspolitik von 1875—1910 (Leipz. 1915); J. F. Neigebaur, Die Donaufürstentümer (Bresl. 1854); E. Fischer, Die Kulturarbeit des Deutschtums in Rumänien (Hermannstadt 1911); »Aus dem Leben König Carls von Rumänien« (Stuttg. 1894—1900, 4 Bde.); N. Jorga, Geschichte des rumänischen Volkes im Rahmen seiner Staatsbildungen (Gotha 1905); O. Freiherr von Dungern, Rumänien (das. 1916).

Die neutralen Mächte Europas[1]

von Professor Dr. Richard Sternfeld in Berlin-Zehlendorf

Die Schweiz. Kein neutraler Staat hat unter dem Weltkrieg so schwer zu leiden gehabt wie die Eidgenossenschaft. Die Gefahr, selbst in den Krieg hineingezogen zu werden, die dadurch bedingten großen Ausgaben für den Grenzschutz, die wirtschaftliche Bedrängnis, der keine Riesengewinne gegenüberstehen, die Spaltung und Erhitzung der drei Sprachengebiete — das alles machte die Stellung der Schweiz sehr schwierig. Trotzdem hat ihre Regierung die Neutralität mit peinlicher Ehrlichkeit gewahrt.

Daß die Stimmungen der Bürger hier heftig gegeneinander fluteten, ist begreiflich. In der welschen Schweiz spricht die Gemeinsamkeit der Sprache und Rasse zu stark mit, als daß die Sympathien nicht ganz auf der Seite Frankreichs stehen sollten, besonders wenn eine geworbene Hetzpresse die Gemüter gegen Deutschland aufreizte. Nicht so schlimm war es im Tessin, weil hier irredentistische Bestrebungen wenig Boden finden. Die deutsche Schweiz hat sich, wenn auch mehr oder weniger kühl dem Lebenskampf des Deutschen Reiches zusehend, von deutschfeindlichen

[1] Abgeschlossen Ende Juni 1917.



Ausschreitungen, wie sie 1870 vorkamen, fern gehalten. Wackere Männer, wie der Züricher Pfarrer Bolliger, haben sich bemüht, Verleumdungen, wie sie gerade hier durch die Schmähschrift »J'accuse« verbreitet wurden, zu bekämpfen. Den unfreundlichen Worten Carl Spittelers stand das Bekenntnis Ernst Zahns gegenüber: »Mein Herz schlägt für Deutschland.« Schnöder Undank, wie ihn Hodler und Dalcroze kundtaten, wurde von vielen Schweizern gemißbilligt. Mit ruhiger Festigkeit und erfreulichem geschichtlichem Verständnis ist Professor Bächtold in Basel für Deutschland eingetreten. Anderseits sind auch wieder eine kalte Ablehnung deutscher Gefühle und eine Betonung des »guten Europäers« gerade in den gebildeten deutschschweizerischen Kreisen nicht selten.

Die Presse der deutschen Kantone hat nirgends der Deutschfeindlichkeit Raum gegeben, wenn auch der Grad der Freundlichkeit verschieden ist. Die »Neue Zürcher Zeitung« hat den kühl neutralen Standpunkt mehr gewahrt als der wärmere Berner »Bund« (der die überall beachteten Kriegsaufsätze H. Stegemanns enthält), das »Berner Tagblatt«, die »Zürcher Post«, die »Thurgauer Zeitung«, die »Basler Nachrichten«. Auch die katholischen Blätter, wie die »Neuen Zürcher Nachrichten«, werden durchaus dem deutschen Empfinden gerecht. Anderseits gibt es auch kein deutsches Blatt, das sich etwa gegen die Franzosen so gehässig verhält, wie einige Blätter der welschen Schweiz gegen die Deutschen.

Eine »Neue Helvetische Gesellschaft« bemüht sich, die drohende Spaltung der Sprachgebiete durch Dämpfung der Leidenschaften und den Hinweis auf das Einigende der Schweizer Heimatliebe auszugleichen; ihrer mehr romanisch-demokratischen Richtung ist eine neue »Deutschschweizerische Gesellschaft« mit festerem Anschluß an das deutsche Gefühl entgegengetreten. Man hört aber wohl die Besorgnis, daß, wenn die Schweiz in den Krieg hineingerissen würde, der Staat durch die Gegensätze der Sprachteile in seinen Grundfesten erschüttert werden möchte.

Es war besonders der deutsche Einmarsch in Belgien, der die Gemüter erhitzte. Man fürchtete, in gleiche Gefahr zu kommen, wenn die Kriegslage es erforderte. Es darf nicht übersehen werden, daß viele Schweizer ganz deutsch empfinden, aber sich durch ihre republikanische Gesinnung von der deutsch-monarchischen scheiden, daß auch das als störend empfundene Vordringen des deutschen Handels dazu beigetragen hat, die Deutschen, besonders die Norddeutschen, weniger beliebt zu machen, zumal der Schweizer seine Vorurteile selten durch Reisen nach Deutschland zu zerstreuen pflegt.

Immer haben die Schweizer ihre Neutralität so aufgefaßt, daß sie stark gerüstet sein müßten, sie gegen jedermann zu verteidigen. Darum wurde 1914 sofort das ganze Heer eingezogen: Auszug, Landwehr und Landsturm, eine gewaltige wirtschaftliche und geldliche Belastung des kleinen Landes, das bald eine Milliarde Frank dafür aufgewendet hat. Dazu kam der Rückgang des Fremdenbesuchs und mancher Zweige des Gewerbsfleißes. Trotzdem übt die Schweiz noch eine schöne Liebestätigkeit aus: Die Heimschaffung von Zivilpersonen, den Austausch von Kriegsgefangenen und Invaliden, die unentgeltliche Kriegspost, Nachforschungen nach Vermißten — alles das hat das Land freiwillig auf sich genommen.

Unter dem Drucke der Westmächte kam im November 1915 eine »Société Suisse de surveillance économique« (S. S. S.) zustande; sie sicherte der Schweiz die für sie notwendige Einfuhr von Rohstoffen, wogegen sie sich verpflichtete, die eingeführten Artikel nicht an die Mittelmächte weiterzugeben. Doch wurde ein »Kompensations-Bureau« als amtliches Organ eingerichtet; denn nach § XI, 3 der S. S. S. war ausdrücklich eine Verständigung der Entente mit der Schweiz über Kompensationen mit den Mittelmächten vorbehalten. Aber bei Beratungen von Schweizer Abgesandten darüber in Paris August 1916 wurde dieser Grundsatz von der Entente verleugnet, so daß die »Neuen Zürcher Nachrichten« sagten: »Man hat unsere Delegierten heimgeschickt wie Vasallen, denen man ihre vollständige Abhängigkeit zu spüren geben will«, und selbst die franzosenfreundliche »Gazette de Lausanne« schreibt, »daß die dem § XI gegebene Deutung auf die wirtschaftliche Freiheit der Schweiz eine Beengung ausübt, die den Grundsätzen des Völkerrechts widerspricht«.

Aber auch sonst sind die wirtschaftlichen Fragen den Westmächten eine Handhabe ihrer übelwollenden Beaufsichtigung geworden. Besonders die französische Handelskammer in Genf hat unerträgliche Zumutungen an die Schweizer Kaufleute gestellt, z. B. das Verbot, Deutsche oder Österreicher anzustellen. Schlimmer war, daß Schweizer Firmen, die Waren nach Frankreich schickten, eine beglaubigte Erklärung einreichen sollten, daß sie niemals früher Verbindungen mit Firmen der Mittelmächte gehabt und sich bei 30000 Frank Buße verpflichteten, in zehn Jahren solche nicht einzugehen! Frankreich verlangte, daß französische und italienische Zollbeamte die Ausfuhr nach Deutschland überwachten. England erließ Herbst 1915 ein Ausfuhrverbot von Baumwollstoffen und Garnen, das die Schweizer Textilindustrie schädigte; ja es verlangte später sogar, die Grenze zu den Mittelmächten ganz zu schließen, was natürlich abgelehnt wurde. Wohl konnten die »Basler Nachrichten« am 10. September 1916 schreiben: »Die welschen Akteure rasten nicht, bis sie die offizielle Schweiz mit Deutschland gründlich auseinandergebracht haben.«

Die Postsperre wurde schonungslos ausgeübt, obwohl die Kontrolle und Beschlagnahme neutraler Sendungen durch fremde Militärbehörden dem Weltpostvertrag widersprachen. Der Einspruch des Bundesrates hatte keinen Erfolg. Selbst die Schweizer Justiz zeigte im Prozeß des Neuenburger Roten Kreuzes, daß im welschen Teil nicht unparteiisch Recht gesprochen wurde.

Großes Aufsehen erregte der Prozeß gegen die Obersten Egli und v. Wattenwyl, die beschuldigt wurden, Berichte der Nachrichtenabteilung des Generalstabes an den deutschen Militärbevollmächtigten geliefert zu haben; da sie aber dartun konnten, daß sie das aus dienstlichen Gründen getan hatten, so wurden sie am 27. Februar 1916 freigesprochen und nur der disziplinaren Rüge überwiesen. Der Note Wilsons zugunsten des Friedens hat sich der Schweizer Bundesrat am 22. Dezember 1916 in einer unparteiisch gehaltenen Antwort angeschlossen.

Im Juni 1917 brachte ein Zwischenfall neue Störungen. Der Bundesrat Hoffmann hatte an den in Petersburg verhandelnden Schweizer Sozialisten Grimm durch die Schweizer Gesandtschaft ein chiffriertes Telegramm geschickt, das die Bedingungen Deutschlands für einen Frieden mit Rußland enthielt. Es wurde von unbefugter Seite entziffert, worauf Hoffmann, ein sehr fähiger Staatsmann, sofort sein

Amt niederlegte. Heftige Streitigkeiten und wüste Ausschreitungen des aufgehetzten Genfer Pöbels gegen die Konsulate der Mittelmächte waren die Folgen. (Auch wurde der griechische König Konstantin in Lugano durch den Pöbel beleidigt.) An Hoffmanns Stelle wurde der Genfer Ador am 26. Juni zum Bundesrat gewählt.

Die drei skandinavischen Staaten. So stark die Traditionen und Interessen Schwedens, Norwegens und Dänemarks im Weltkriege auseinandergehen, so eng sind sie doch wieder aneinander gebunden und aufeinander angewiesen. Dänemark konnte nicht deutschfreundlich sein; das Jahr 1864 und spätere Enttäuschungen sind noch nicht vergessen; anderseits ist seine Grenze zu gefährdet, als daß es sich anders denn neutral verhalten konnte. Norwegen neigte von jeher zu England; seine sehr demokratische Verfassung, große Gewinne durch seine starke Handelsflotte, manche Reibungen mit Deutschland, die diese Gewinne zu schmälern drohten, aber auch Gegensätze gegen Schweden seit der Abtrennung 1905 führten Norwegen zu einer oft nicht unbedenklichen Politik. Schweden, zur Führung der skandinavischen Mächte in der Notlage der Zeit berufen, hat diese Stellung sogleich stark und unparteiisch ergriffen, wobei eine Fülle der besten Männer den König unterstützten und starke deutschfreundliche Neigungen erfreulich zutage traten. Hier zeigte sich (wie ja auch in Spanien, Holland und der Schweiz), daß die übliche Redensart von der Unbeliebtheit oder gar Verhaßtheit Deutschlands im Ausland töricht ist, wenn man die Stimmen wägt, nicht zählt.

I. Schweden. Der Kriegsausbruch traf auf eine seit dem Zug der Bauern zum König nach Stockholm (Februar 1914) sich geltend machende konservative Strömung, die unter dem Ministerium Hammarskjöld durch Verlängerung der Dienstzeit und Verstärkung der Flotte eine stärkere Rüstung anstrebte. Am 18. Dezember kam Gustav V. mit Christian X. von Dänemark und Haakon VII. von Norwegen in Malmö zusammen; eine einheitliche skandinavische Neutralität zum Schutz der Grenzen und des Handels wurde verabredet. Bald begannen die Klagen über die englische Handelssperre, und schwedische Blätter sprachen es aus, daß der englische Kaufmann den Krieg benutzen wolle, um den neutralen Handel an sich zu reißen und die skandinavischen Verbindungen mit Amerika durch britischen Zwischenhandel zu ersetzen. England erbrach die schwedische Post, um nach Bannware zu schnüffeln; englische Unterhändler verlangten in Stockholm einen Einfuhrtrust, damit über Schweden keine Bannware nach Deutschland gelange; doch wurden am 31. Oktober die Verhandlungen abgebrochen. Im Dezember 1915 wurde der englische Durchgangsverkehr nach Rußland von Schweden, der einzigen neutralen Macht, die ihre Ehre gegen britische Tyrannei wahrte, gesperrt. Ausgezeichnete Gelehrte, wie Kjellén und Steffen, stellten sich auf Deutschlands Seite; Sven Hedin war ein begeisterter Künder der deutschen Kulturüberlegenheit. Nur der Führer der Sozialdemokraten Branting, der über mehr als ein Drittel der Stimmen im Reichstag verfügt, neigte sich der Entente zu und stachelte gegen Deutschland auf.

Das Jahr 1916 brachte am 9. März in Kopenhagen und am 19. September in Christiania weitere Zusammenkünfte der skandinavischen Ministerpräsidenten Hammarskjöld, Knudsen (Norwegen), Zahle (Dänemark) und der Minister des Auswärtigen Wallenberg, Ihlen, Skavenius. Wallenberg, dem man aus seinen Geschäftsverbindungen Neigung zu den Westmächten zuschrieb, wahrte doch in seinen Erklärungen die Neutralität, so, als sich die Entente im August beschwerte, daß Schweden die Kogrunds-Rinne am Sund bei Falsterbo mit Minen gesperrt habe.

Dann aber zog die Ålandsfrage bedrohlich herauf. Rußland hatte 1856 versprochen, die Ålandsinseln nicht zu befestigen. Seit Herbst 1915 begannen aber gewisse militärische Vorkehrungen; Februar 1916 wurde eine Brigade dorthin verlegt, so daß hier eine russische Basis für Seeangriffe entstand. Diese Vorgänge rüttelten das schwedische Volk auf; man fürchtete, daß Schweden im Kriegsfalle Norrland aufgeben oder von seinen nördlichen Truppen durch die Russen abgeschnitten werde. Die Ålandsfrage wurde ein Symbol der nationalen Würde Schwedens. Die Partei der Aktivisten entstand, die einen Krieg an der Seite Deutschlands für die Freiheit des Staates nicht scheute. Dazu kam die Entrechtung Finnlands durch Rußland, gegen das man keine Stütze mehr an England hatte. Der Handelskrieg wurde schärfer; auch hier regelte eine Gesellschaft »Transito« (März 1916) die Einfuhr aus England: nur solche Firmen sollten Waren erhalten, die sich bei Strafe des Zehnfachen verpflichteten, die Ware nicht auszuführen und die Nachprüfung in den Handelsbüchern zu gestatten. Doch wahrt sich die Regierung durch Gesetz vom 17. April 1916 gegen Druck u. Handelsspionage fremder Mächte.

Der Aufforderung Wilsons, sich den Vereinigten Staaten im Abbruch der Beziehungen zu Deutschland anzuschließen, gab kein Neutraler eine so würdig abweisende Antwort wie König Gustav.

Im März 1917 erlitt das Ministerium Hammarskjöld eine Niederlage, indem die Liberalen und Sozialisten statt der geforderten Summe von 30 nur 10 Millionen zu Rüstungsausgaben bewilligten. Der König berief den Professor Swartz an die Spitze der Regierung, der aber in der Neutralität den Weg seines Vorgängers zu gehen ankündigte. Durch die russische Revolution und das Versprechen der Autonomie Finnlands hat auch der Druck auf Schweden nachgelassen, doch droht nun in der Ålandsfrage die Gefahr englischer Festsetzung. Stockholm ist der Ort der im Frühjahr 1917 begonnenen Friedensvermittlung der internationalen Sozialisten, die bisher ohne Erfolg verlief.

II. Norwegen. Obwohl die Neigungen Norwegens für England tief eingewurzelt sind, gibt es doch auch dort genug Stimmen, die sich gegen den britischen Druck empören. Auch hier ist es eine Anzahl der besten Patrioten, wie Björn Björnson, Sigurd Ibsen, Knut Hamsun, Nils Kjaer, Harris-Aall, Karl Aas, die, in hoher Bewunderung Deutschlands, seiner Kultur und Kraft, dem Urteil der Mehrheit ihrer Landsleute trotzen und in Zeitungen, wie »Tidens Tegn« und »Dagbladet«, mutig für ihre Meinung eintreten. Auch hier fordern die Konservativen die erweiterte Dienstzeit, die Liberalen wollen die Erfahrungen des Krieges abwarten; die Sozialisten verlangen Abrüstung, indem sie bezweifeln, ob die größere Rüstung eines kleinen Landes einen Zweck hat. Vor allem aber will man die riesigen Gewinne, die Norwegen aus dem Kriege zieht, ungestört einheimsen. Man läßt sich von England, dem schon im Frieden 24 Prozent des norwegischen Handels gehörten, die Beschlagnahme der Paketpost, sobald sie Waren deutschen Ursprungs ent-

halten, die Handelsschnüffelei, das Anhalten der Mehlzufuhr gefallen; norwegische Fischer müssen schwören, daß sie kein deutsches Geräte, Öl, Salz, Kohle auf ihren Dampfern haben. Der englische Gesandte in Christiania ist der mächtigste Mann in Norwegen; der Fall Casement bewies das. Aber auch die Bedrohung durch Rußland gegen das aufblühende Narwik ist groß; schon gingen Gerüchte, daß Rußland Finnmarken kaufen wolle.

Aber das alles wird aufgewogen durch den Profit, den Norwegen in diesem Kriege durch seine Reederei und Handelsflotte macht. Schon 1915 brachten die Frachtaufträge bei ungeheuer emporgeschnellten Frachtsätzen ½ Milliarde Bruttogewinn, das Doppelte von 1913, das erste Halbjahr 1916 schon soviel wie das ganze Jahr 1915. Zur Ausbeutung von Bergwerken, Herstellung von Holzmasse, Webstoffen, Lebensmitteln bildeten sich 50 neue Gesellschaften mit 35 Millionen Kronen Kapital; dazu kommen Ankäufe von riesigen Wäldern in Nordrußland. Das alles bedeutete eine völlige Wandlung in den Vermögensverhältnissen und eine Umschichtung der Volksklassen, die diesem demokratischen Lande nicht gesund sein kann. Daher zeigen sich schon Ausstände, Jobberei, brutaler Egoismus, Teuerung; die Festbesoldeten sind sehr schlecht gestellt, die Interessengegensätze gespannt.

Als die deutschen Tauchboote den Verkehr im Eismeer störten und einige Gesellschaften ihre Fahrten einstellten, verbot die norwegische Regierung am 14. Oktober 1916 den bewaffneten Tauchbooten den Aufenthalt in norwegischen Gewässern, erfüllte also das britische Gebot, daß diese Tauchboote außerhalb des Völkerrechts stehen sollten. Dadurch wurde die Spannung zwischen Norwegen und Deutschland stärker. Die deutsche Regierung hat damals und wieder im April 1917 gegen hetzende und unwahre Nachrichten norwegischer Blätter, wie »Verdens Gang«, Einspruch erhoben.

III. Dänemark. Der Weltkrieg traf hier mit einer Parlamentsreform zusammen; zu beiden Kammern sollte nach dem allgemeinen Wahlrecht, das auch den Frauen gewährt wurde, gewählt werden. Das sozialistische Ministerium Zahle bewahrte nach Kräften die Neutralität; auch hier erklärten sich bedeutende Stimmen, wie Peter Nansen, Aage Madelung, Karin Michaelis, für die deutsche Kultur und der tapfere Karl Larsen selbst für den preußischen Militarismus.

Starke Kämpfe wurden durch die Absicht erregt, den dänischen Besitz in Westindien an die Vereinigten Staaten zu verkaufen; erst durch eine Volksabstimmung (283000 gegen 157000) wurde der Verkauf durchgesetzt, und April 1917 ist er um 25 Millionen Dollar vollzogen worden.

Im August 1916 mußte die deutsche Regierung durch die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« gegen die dänische Presse Einspruch erheben, die die Erfolge der Entente, die deutschen Verluste, die Zustände der Mittelmächte durchaus parteiisch darzustellen pflegt.

Auch Dänemark mußte sich englische Aufsicht über seinen Handel gefallen lassen, wenn es Kohle und Baumwolle erhalten wollte; im März 1916 wurden dem Dampfer »Frederick VIII.« 400 Postsäcke geraubt. Zwei dänische Öldampfer wurden in Kirkwall erst freigegeben, als ihre Firmen erklärten, kein Öl nach Schweden gehen zu lassen.

Bedeutsam war das Schicksal **Islands** im Weltkrieg. Die Insel löste sich wirtschaftlich fast ganz von Dänemark los. Damit keine Wolle durchkäme, sollten alle von Island ausgehenden Schiffe erst in England durchsucht werden, widrigenfalls dieses keine Kohle mehr liefern würde. Am 24. Juni 1916 unterwarf sich Island, indem sich die Kapitäne bei hoher Geldstrafe durch Unterschrift verpflichteten, einen britischen Hafen anzulaufen. Was nicht nach Dänemark oder Amerika geht, kaufen englische Agenten zu Preisen, die fürs ganze Jahr festgesetzt werden. Auch die Tätigkeit der Islandfischer wird von England scharf bewacht, und besonders die schwedischen Fischer werden gezwungen, ihren Fang an England zu billigem Preise abzugeben, wodurch in Schweden Nahrungsnot entstanden ist.

Die Niederlande. In den Niederlanden sind von vornherein die Gegensätze wohl am schärfsten aufeinandergestoßen; lag doch kein neutraler Kleinstaat so nahe dem anfänglichen Kriegsschauplatz und zugleich dem Seekriegsgebiet, so daß er fürchten mußte, zu Wasser und zu Lande in Mitleidenschaft gezogen zu werden. War der deutsche »Muff« beim holländischen Volke unbeliebt und fürchteten viele das Vordringen Deutschlands zu den Rheinmündungen, so bestand seit dem Burenkrieg auch eine starke Strömung gegen England, und noch zuletzt (1907) hatte die Frage der Befestigungen bei Vlissingen die Gefahr von seiten der Westmächte enthüllt. Die Stimmungen schwankten heftig, je nachdem die englischen Handelsübergriffe das holländische Selbstgefühl verletzten oder dem deutschen Tauchbootkrieg große holländische Schiffe, wie die »Tubantia«, zum Opfer fielen.

Die fortschrittlich Liberalen stehen mehr auf Englands Seite; die gemäßigt Liberalen hoffen bei dem deutschen Nachbar einen Anhalt gegen britische Übermacht zu finden. Alle antirevolutionären und christlich-historischen Parteien neigen zu Deutschland. Die Katholiken sind getrennt. Die belgischen Vorfälle wirkten gegen Deutschland, aber die Freiheit der Kirche sehen sie doch besser in Deutschland als in Frankreich geschützt, und die flämische Politik Deutschlands findet vielfach Anklang. Auch in den Niederlanden sind es die politisch am besten gebildeten Männer, die auf deutscher Seite stehen, wie der frühere Minister Van Houten, der ehemalige Ministerpräsident Kuyper und der frühere Kriegsminister Collijn, wie die Professoren Verrijn-Stuart in Groningen, Steinmetz und Versluys in Amsterdam, Labberton (jetzt in Gent), Valkenier-Kips in Delft, der die kommende Kulturperiode der germanischen Rasse unter Führung des Deutschen Reiches zuweist, und besonders der emeritierte Groninger Professor Frhr. B. H. C. K. van de Wijk; trefflich aufklärend haben auch gewirkt für Deutschland der Publizist P. A. Balter und der Arzt van Dieren. Die großen Zeitungen, wie der »Nieuwe Rotterdamsche Courant«, der »Standaard«, der »Maasbode«, nehmen eine durchaus würdige Haltung ein; eine Ausnahme macht das Hetzblatt »Telegraaf«, dessen Leiter Schröder wegen Beschimpfung der Mittelmächte endlich gebührend bestraft worden ist. Anderseits tritt das Wochenblatt »De Toekomst« tapfer und geschickt für die deutsche Sache ein.

Früh begannen die Belästigungen der Niederlande durch England. Es nahm sich heraus, den Handel Hollands mit seinen eigenen Kolonien seiner Beaufsichtigung zu unterwerfen, ja, englische und japanische Kriegsschiffe durchsuchten die Küstenschiffe nach deutschen Militärpflichtigen. England hielt holländische

Dampfer mit Getreide der Regierung wochenlang zurück; holländische Schiffe mußten in englischen Häfen englische Kohlen nehmen, bekamen sie aber nicht, wenn sie ihr Getreide nicht nach England lieferten. Große Empörung erregte seit Sommer 1916 das englische Vorgehen gegen das nationale Gewerbe der Fischerei, wodurch nicht nur Deutschland der Heringe beraubt, sondern England auch mit Wachtschiffen versehen werden sollte. Doch wurde im September 1916 ein Abkommen über die Hochseefischerei getroffen. Der Postraub setzte sich über die Unverletzlichkeit der Post hinweg, aber auch Wertpapiere wurden konfisziert, die holländisches Eigentum waren.

So war es eine Kette völkerrechtswidriger Handlungen, unter denen die Niederlande litten; mit Recht konnte Kuyper sagen, daß die englische Praxis jetzt bestätige, was ihre Theorie schon früher verkündete, die Souveränität einer Großmacht und die eines Kleinstaates sei doch nicht von gleicher Art.

Die N. O. T. (s. Band I, S. 376) hat sich weiter eingebürgert. Der bedeutende Minister Treub hat sie als zweckmäßig gelobt, und sie war es auch, aber ihre Schattenseiten machten sich mittlerweile stärker geltend; sie wurde für die Entente immer mehr ein Hebel, gegen die Mittelmächte mehr durchzusetzen, als ohne diese Einrichtung möglich gewesen wäre; vor allem entwickelte sie sich unter englischem Einfluß zu einer Nebenregierung, welche viele Maßregeln traf und erzwang, die allein vom Staat hätten ausgehen dürfen.

Spanien. Ein merkwürdiger Umschwung vollzog sich im Verlauf des Krieges in der Stellung Spaniens. Beim Beginn schien die durch die große Presse vertretene Öffentlichkeit ganz auf seiten der Westmächte zu sein; nicht nur der Sozialist und Republikaner Lerroux eiferte für sofortigen Anschluß an Frankreich, sondern auch die Liberalen unter Graf Romanones, die Demokraten unter Garcia Prieto, die Reformisten unter Alvarez waren gewillt, zur Entente zu stoßen. Da machte schon am 7. August 1914 die Erklärung der Neutralität durch das Ministerium Dato jenen Wünschen ein Ende, und es zeigte sich, daß beim spanischen Volk diese Politik immer mehr Anhang fand. Starke nationale Bestrebungen machten sich geltend und drängten in entscheidender Zeit nach Erfüllung.

Spanien hatte sich seit 1904 an die Westmächte angelehnt, um von ihnen Förderung seiner marokkanischen Interessen zu erlangen. In Cartagena traf 1907 Eduard VII. mit König Alfons XIII. zusammen; der Ministerpräsident Maura trat für den Anschluß an die Westmächte ein, doch gab es schon eine starke Strömung gegen England unter Lloret und de Mella. Im Oktober 1913 vollzog Romanones in Cartagena den Vertrag mit der Entente, mußte aber sofort dem Ministerium Dato weichen. Es zeigte sich bald, daß König Alfons XIII. trotz seiner englischen Heirat mit ruhigem Blick und tüchtiger Einsicht Spaniens Geschick nicht an die Westmächte knüpfen wollte.

Als nun 1914 die Wühlarbeit der Entente einsetzte, sah sie zu ihrem Erstaunen, daß Neigungen für Deutschland immer stärker emportauchten, und zwar sowohl bei den Gebildeten als auch im Volke. Mancherlei sprach dabei mit: Konservative und religiöse Stimmungen gegen die demokratische und atheistische Propaganda, die Enttäuschung über den Mißerfolg in Marokko, die Verdrängung aus Tanger, endlich der englische Besitz Gibraltars, der doch wie eine unheilbare Wunde am Körper Spaniens frißt. In den großen Zeitungen »ABC«, »Correo español«, in der Madrider »Tribuna« traten die »Germanófilos« immer entschiedener hervor, mehr noch im »Correo Catalan«, dem gelesensten Blatt von Barcelona, wo am 7. Februar 1915 eine große Kundgebung für Deutschland erfolgte. Mella sagte am 27. Juli, die konservative Partei stände mit ihren Neigungen ganz auf der Seite der Mittelmächte; eine Erklärung von 11000 der besten Geister Spaniens erkannte dankbar die großen Kulturleistungen Deutschlands an. Der Groll gegen Frankreich, der Haß gegen England traten schärfer hervor. (»Wenn die britische Macht zerbricht, geht das Morgenrot für 400 Millionen unterdrückter Völker auf« stand November 1914 im »Correo español«). Lerroux wurde in Irun bei seiner Deutschenhetze gezüchtigt, Romanones mußte verstummen. Wie schon 1914 viele Franzosen, so klagte 1916 Lord Northcliffe über die sehr deutschfreundliche Stimmung, die er in Spanien getroffen.

Die Neutralität wurde am 5. November 1914 von den Cortes gebilligt: auf sie einigten sich allmählich alle Parteien; 160 Zeitungen schlossen sich in diesem Sinne zusammen; selbst Lerroux wollte nur noch die moralische Unterstützung der Entente.

Die notwendige Stärkung der militärischen Macht erforderte größere Geldmittel; doch im Mai 1915 erwies der Mißerfolg einer Anleihe die wirtschaftliche Schwäche Spaniens. Damals schon wäre Dato gefallen, wenn der König ihn nicht gehalten hätte. Aber im Dezember 1915 mußte er ihn doch entlassen und Romanones berufen, der sich sofort zur Wahrung der Neutralität verpflichtete.

Von nun an traten die nationalen Bestrebungen, die sich auf ein marokkanisches Kolonialland, auf eine paniberische Einheit, auf Erwerbung von Gibraltar richteten, wieder zurück. Zumal seit Portugal März 1916 in den Krieg getrieben wurde, mußte Spanien vorsichtig sein, blieb es doch mit seiner Kohlenzufuhr von England abhängig. Aber selbst Maura sprach es aus, daß Spanien nur zu den Westmächten stehen könne, wenn sie ihre Haltung vollständig ändern würden. Vor allem sind in der Tanger-Frage alle Parteien einig und verlangen darin Entgegenkommen.

Böses Blut haben auch in Spanien die Verletzungen der Neutralität durch England gemacht. Schon am 26. August 1914 wurde der deutsche Hilfskreuzer »Kaiser Wilhelm der Große« durch den englischen Kreuzer »Highflyer« in dem spanischen Hafen Rio de Oro zerstört; der deutsche Dampfer »Mazedonia« wurde Ende Oktober 1914 in Palmas (Kanarische Inseln) festgehalten auf die unwahre Angabe des englischen Konsuls, daß er Munition an Bord habe.

Die Ausfuhr von Obst und von Korken wurde durch die englische Blockade empfindlich getroffen, die Verbindung mit Marokko einer demütigenden Überwachung durch Kriegsschiffe der Verbündeten unterworfen, die spanische Post gestört und geknebelt.

Den Verlockungen Wilsons gegenüber zeigte Spanien eine kühle Selbständigkeit; es trat hier, wie früher nach der Versenkung der »Lusitania« (vgl. Bd. III, lexikal. Teil), die seit der Abreißung Kubas starke Abneigung Spaniens gegen die Vereinigten Staaten zutage. Am 31. Dezember 1916 erklärte die spanische Regierung, daß sie ihr Handeln für eine aussichtsreichere Zeit aufsparen und zunächst alle neutralen Länder zu einmütigem Vorgehen vereinigen wolle.

Seit der deutschen Tauchbootsperre im Februar 1917 und der weiteren Behinderung der Ausfuhr sind die inneren Schwierigkeiten Spaniens stärker geworden; Romanones hatte im März 1917 Arbeiterunruhen zu beschwichtigen. Dann mußte er abgehen, da seine Politik in das westmächtliche Fahrwasser geriet; der liberale Garcia Prieto wurde sein Nachfolger, der zwar 1912 als auswärtiger Minister die Verständigung mit Frankreich betrieben hatte, jetzt aber die Neutralität zu wahren bemüht war. Auch er machte im Juni 1917 wieder dem Konservativen Dato Platz. Es hatten sich plötzlich innere Schwierigkeiten gezeigt, die militärisch und partikularistisch zugleich sind, da die Offiziere eines katalonischen Bezirks Forderungen erhoben und in Barcelona sogar ein Sonderparlament erstanden ist. Doch ist zu hoffen, daß der König und die große konservativ-liberale Mehrheit des Landes unerschüttert bleiben. Reden, wie die im April 1917 von dem hervorragenden karlistischen Führer Vazquez de Mella in Bilbao und von dem allverehrten Antonio Maura in Madrid vor einer riesigen Hörerschaft gehaltenen, zeigen, daß nicht nur die Neutralität, sondern auch die Neigung für Deutschland und der Wunsch nach Befreiung vom Gibraltar-Joch in Spanien zahlreiche Anhänger zählen.

Da die paniberischen Bestrebungen im Weltkrieg stärker geworden, hat sich auch der Zusammenhang Spaniens mit den spanischen Kolonien Südamerikas gefestigt; so kommt es, daß die bedeutendsten, Chile und Argentinien, trotz der Verlockungen Wilsons, an der Neutralität festhalten, während das portugiesische Brasilien die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat.

Literatur. Allgemeines: V. Valentin, Entente und Neutralität (Leipz. 1917); Clapp, Britisches Seekriegsrecht und die Neutralen (übersetzt von E. Zimmermann, Berl. 1916); J. Jastrow, Völkerrecht und Wirtschaftskrieg (Bresl. 1917); »Neutrale Stimmen« (eingeleitet von R. Eucken, Leipz. 1916); H. Floerke, Dokumente der Freundschaft (Münch. 1915). — Schweiz: »Polit. Jahrbuch der schweiz. Eidgen.«, Jahresberichte und Beilagen des 28.—30. Bandes; »Stimmen im Sturm« (Flugschriftensammlung); H. Bächtold, Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz (Basel 1916); A. v. Salis, Die Schweiz im Weltkrieg (Leipz. 1915); Paul Wernle, Gedanken eines Deutsch-Schweizers (Zürich 1915); Jak. Schaffner, Die Schweiz im Weltkrieg (Stuttg. 1915). — Skandinavien: F. Stieve, Schwedische Stimmen zum Weltkrieg (Leipz. 1916); M. A. Schiff-Drost, Der nordische Knoten (Berl. 1915). — Niederlande: Treub, Oorlogstijd (Haarlem 1916); »Hollands Not. Der Niederl. Übersee-Trust« (Bern 1916); F. Tönnies, Die niederländ. Übersee-Trust-Gesellschaft (Jena 1916). — Spanien: P. Herre, Spanien und der Weltkrieg (Münch. 1915); L. A. del Olmet, Der Sieg Deutschlands (das. 1916); Ed. Llorens, Der Krieg und das Recht (Hamb. 1916); L. Gast, Deutschland und Südamerika (Stuttg. 1915). — Vgl. auch die auf die Neutralen bezüglichen Sonderhefte der »Süddeutschen Monatshefte« (Skandinavien, Januar 1916; Schweiz, Mai 1916; Niederlande, August 1916; Spanien, Juni 1917).

Ostasien im Weltkriege[1]

von Professor Dr. Otto Franke in Hamburg

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die letzten Ursachen des Weltkrieges in den drei bekannten Grundtatsachen zu suchen sind, nämlich in dem Revanchebedürfnis Frankreichs, in den Herrschaftsbestrebungen des russischen Panslawismus hinsichtlich des Balkans und des Orients, deren Erfolg die Beseitigung der deutschen und österreichischen Zukunftsmöglichkeiten dort zur Voraussetzung hatte, und in dem Entschlusse Englands, zugunsten seiner besonderen Weltstellung die Flotte, die Kolonien und den überseeischen Handel Deutschlands zu vernichten, so erhellt ohne weiteres, daß für Ostasien und sein Verhältnis zum Kriege höchstens die letzte der drei Tatsachen wirksam werden konnte, und auch diese nur in ganz beschränktem Umfange. Wenn die Brandfackel des Krieges gleich nach seinem Ausbruche auch in Ostasien aufloderte, so hatte dies lediglich seinen Grund in der Art, wie England den Krieg vorbereitet hatte, die nur durch ein außerordentliches Schwächegefühl der »weltbeherrschenden« Macht erklärt werden kann. Deutscher Einfluß und deutscher Handel sollten nach den englischen Plänen offenbar an jedem Punkte des überseeischen Auslandes bis auf die letzte Spur ausgetilgt werden; aber allein fühlte sich Britannien trotz aller Ruhmredigkeit und Prahlerei für diese Aufgabe bei weitem nicht stark genug. Es warb seine Trabanten und Büttel, wo immer es sie fand, und zahlte oder versprach wenigstens die höchsten Preise. In Ostasien wurde Japan für seine Dienste gewonnen, und dieser Umstand war es, der den fernen Osten sogleich in den Krieg hineinzog. Aus dem europäischen Kriege wurde durch Englands Zettelungen ein wirklicher Weltkrieg.

Deutschland besaß an der Küste von Schantung, gegenüber dem japanischen Port Arthur, das rasch emporgeblühte Schutzgebiet von Kiautschou, Eisenbahnen und Bergwerksgerechtsame in Schantung, eigene nationale Niederlassungen in den Häfen Tientsin und Hankou und einen zukunftsreichen Handel in vielen von den übrigen Vertragshäfen. Dieser Besitz schien England wichtig genug, um ihn dem deutschen Eigentümer zu entreißen und soweit wie möglich an sich zu bringen. In Deutschland, wo man von der Art und dem Umfange der englischen Verschwörung zunächst kaum noch die rechte Vorstellung hatte, bemühte man sich, ebenso wie Afrika, so auch Ostasien aus dem Bereiche der kriegerischen Unternehmungen auszuschließen, es durch ein besonderes Übereinkommen zu neutralisieren. China kam diesen deutschen Bestrebungen auf halbem Wege entgegen. Etwa eine Woche nach Ausbruch des Krieges wurde dem japanischen Vertreter in Berlin in Aussicht gestellt, daß das deutsche Geschwader in Ostasien den Befehl erhalten würde, sich feindseliger Handlungen in den dortigen Gewässern zu enthalten, sofern England, Rußland und Frankreich Gegenseitigkeit verbürgten und Japan neutral bliebe. Um die nämliche Zeit bemühte sich China bei den fremden Vertretungen in Peking, die Zustimmung der kriegführenden Mächte zur Neutralisierung der chinesischen Küsten und Gewässer zu erlangen. Frankreich und Rußland scheinen diesen Bestrebungen nicht grundsätzlich abgeneigt gewesen zu sein; dagegen mußten England und Japan bei der Art ihrer Pläne und Abmachungen sie selbstverständlich unter allen Umständen vereiteln.

[1] Abgeschlossen Anfang Juni 1917.

Englands Bearbeitung der ostasiatischen Sphäre für den Kampf mit Deutschland läßt sich zurückverfolgen bis zum Beginn des laufenden Jahrhunderts, wenn auch bis zum Jahre 1905 seine Maßnahmen nur mittelbar vorbereitende sind. Den Kernpunkt bildet das Bündnis mit Japan. Im Januar 1902 abgeschlossen, richtet es zwar zunächst seine Spitze gegen Rußland, darüber hinaus aber auch unzweifelhaft schon gegen Deutschland. Rußland sollte aus zwei Gründen getroffen werden, einmal, weil es durch sein weit ausgreifendes Vordringen in der Mandschurei und Korea der englischen Vormacht gefährlich schien, und dann, weil die von Eduard VII. geleitete Einkreisung Deutschlands die Notwendigkeit ergab, den russischen Tatendrang nach Westen zurückzurufen, damit er hier gegen die deutsche Stellung in Europa und im türkischen Orient verwendet werden könnte. Der siegreiche Krieg Japans von 1904/05 verwirklichte den ersten Teil dieses Programms, die Zurückdrängung Rußlands aus Korea und der südlichen Mandschurei. Noch ehe zwischen beiden Kämpfern der Friede geschlossen wurde, ersetzten England und Japan im Jahre 1905 ihren seitherigen Bündnisvertrag durch einen neuen, der die japanischen Interessen in Korea und die englischen in Indien, Tibet und Afghanistan vor etwaigen russischen Abirrungen und Vergeltungsgelüsten sichern sollte. Im Jahre 1907 fand indessen zwischen England und Rußland die große asiatische Auseinandersetzung statt, in der beide ihre Interessenkreise gegeneinander abgrenzten; dadurch wurde die russische Macht als Glied in die für Deutschland zu schmiedende Kette eingefügt, und das japanische Bündnis verlor seine russenfeindliche Bedeutung. Ebenso wie England erhielt auch Japan eine anderweitige Sicherheit gegen Rußland durch ein um die nämliche Zeit im Jahre 1907 mit letzterem abgeschlossenes Übereinkommen, in dem beide sich ihren Besitzstand in Ostasien gegenseitig verbürgten. Dasselbe geschah mit Frankreich durch einen gleichzeitigen japanisch-französischen Vertrag entsprechenden Inhalts und vorsichtigerweise auch mit Amerika in einem Abkommen Japans von 1908. Daß England bei allen diesen Vereinbarungen die treibende Kraft war, kann im Hinblick auf den gemeinsamen Zweck keinem Zweifel unterliegen: sie sollten sämtlich dazu dienen, in Ostasien jede Mißhelligkeit zwischen den Gliedern des großen, von England geschaffenen Verbandes gegen das Deutsche Reich auszuschließen und alle Hände zur Vernichtung dieses Gegners frei zu machen. Offenbar außerhalb des englischen Programms fiel dagegen das neue Abkommen, das Japan anscheinend selbständig im Jahre 1910 mit Rußland schloß, in dem durch Geheimklauseln Japan freie Verfügung über Korea und Rußland über die äußere, d. h. nördliche und westliche Mongolei erhielt, außerdem aber beide sich ihren Besitzstand in der Mandschurei gegen alle Eingriffe Dritter gewährleisteten. Ein solcher Dritter war zunächst Amerika, das durch seine in England befürworteten Neutralisierungspläne in der Mandschurei zu einer gemeinsamen Gefahr für Rußland und Japan wurde und so — ohne sich dessen bewußt zu sein — die Kreise Englands zu stören drohte. Das amtliche England unterließ im Interesse der großen Sache jede Mißbilligung dieses ihm sicherlich nicht erwünschten Vertrages und erklärte sogar im Sommer 1911, daß es die besonderen Interessen Rußlands und Japans in der Mongolei und Mandschurei anerkennen müsse. Gleichzeitig aber hielt es England doch für geraten, Vorsorge dagegen zu treffen, daß es durch sein Bundesverhältnis in den immer drohender werdenden Zusammenstoß Japans mit Amerika hineingezogen werden könnte. Zu diesem Zwecke wurde der Bündnisvertrag mit Japan von 1905 im Jahre 1911 abermals durch einen neuen ersetzt, in dem England seiner Verpflichtungen im Falle eines japanischen Krieges gegen Amerika ledig wurde. Zum Ausgleich der Wertminderung, die das Bündnis hierdurch für Japan erfuhr, diente ein Geheimabkommen zwischen dem englischen Minister Grey und dem japanischen Botschafter in London, Kato, über das zwar Näheres bisher nicht bekannt geworden ist, dessen Bestehen aber auf Grund der späteren Ereignisse nicht mehr bezweifelt werden kann. In diesem Abkommen wurde Japan offenbar für die bevorstehende Aufteilung des deutschen überseeischen Besitzes der Erwerb des Schutzgebietes von Kiautschou, der deutschen Eisenbahnen und Bergwerksgerechtsame in Schantung (obwohl sie Privateigentum waren), vielleicht auch der deutschen Kolonien in Mikronesien und, innerhalb bestimmter Grenzen, die sonstige Ausdehnung der japanischen Machtsphäre in Nordchina zugesichert. Ob diese Abmachungen überhaupt auch nur zur Kenntnis der beiderseitigen Kabinette gekommen sind, scheint sehr zweifelhaft; nach dem, was über die anglo-belgisch-französischen Vereinbarungen jetzt festgestellt und dokumentarisch belegt ist, kann man hinsichtlich der unterirdischen Tätigkeit einzelner Mitglieder der englischen Regierung alles für möglich halten.

Hält man sich diese von England mit Mühe und Geduld zurechtgezimmerte politische Gruppierung in Ostasien vor Augen, so muß es, wie vorhin gesagt wurde, als selbstverständlich erscheinen, daß die Neutralisierungsbemühungen Deutschlands und Chinas von England und Japan vereitelt wurden. Die dem japanischen Vertreter in Berlin gegebene Anregung blieb unbeantwortet; ebenso wurde den Wünschen der chinesischen Regierung keine Beachtung zuteil. Am 4. August hatte England an Deutschland den Krieg erklärt, und bereits am 7. erging von London die Aufforderung an Japan, seines Amtes zu walten. Nicht ohne scharfe Kämpfe innerhalb der Regierungskreise sowohl, wie auch später im Parlament ist es dem inzwischen zum Minister des Äußern ernannten Kato und dem mit ihm verbundenen Ministerpräsidenten Okuma gelungen, das Geheimabkommen mit England wirksam zu machen, und es hat eines starken englischen Druckes auf das seit dem japanisch-russischen Friedensvertrage von 1905 von England finanziell völlig abhängig gewordene Land bedurft, ehe der durchaus nicht volkstümliche Krieg gegen Deutschland beschlossen werden konnte. Am 19. August 1914 ließ Japan in Berlin ein Ultimatum überreichen, das »die sofortige Entfernung der deutschen Kriegsschiffe aus den ostasiatischen Gewässern« und »die bedingungslose und ohne jede Entschädigung vorzunehmende Überlieferung des gesamten Pachtgebietes Kiautschou an die japanischen Behörden« verlangte. Inhalt und Form dieses Schriftstückes waren derartig, daß es die deutsche Regierung für unter ihrer Würde erachtete, darauf eine Antwort zu geben, vielmehr dem japanischen Vertreter seine Pässe zustellte. Noch im August begann der japanische Angriff gegen Tsingtau, dem sich mehrere englische Kriegsschiffe und eine englische Truppenabteilung aus Hongkong unter dem durch die anglo-belgischen Militärabkommen bekannt gewor-

denen General Barnardiston anschlossen. Auf der deutschen Seite kämpften die in den chinesischen Gewässern befindlichen österreichischen Marinemannschaften mit, nachdem am 24. August von Österreich-Ungarn an Japan der Krieg erklärt war. Erst Ende September konnte indessen die Einschließung Tsingtaus von der Landseite erfolgen, und auch dann nur unter Verletzung der chinesischen Neutralität, indem japanische Truppen in dem chinesischen Küstengebiete von Schantung gelandet wurden. Die Einsprüche des militärisch wehrlosen China hiergegen wurden von England und Japan ebensowenig beachtet wie die gegen die Besetzung der deutschen Eisenbahnlinie nach Tsinanfu und der in ihrer Nähe gelegenen deutschen Bergwerke durch die Japaner, obwohl beide, wie bemerkt, Privateigentum waren und innerhalb des chinesischen Staatsgebietes lagen. In den sämtlichen vorhin erwähnten Abkommen ist die Wahrung der chinesischen Selbständigkeit und Unverletzlichkeit als gemeinsamer Hauptzweck der Vertragschließenden angegeben; das hat aber weder England noch Japan verhindert, beide Begriffe bei der ersten Veranlassung als nicht vorhanden anzusehen, und ebensowenig hat Amerika, gleichfalls ein Teilnehmer an jenen Unverletzlichkeitsverträgen, es für angezeigt erachtet, seine Wertschätzung von Chinas Selbständigkeit an den Tag zu legen, obwohl noch im September 1914 eine besondere chinesische Bitte um Unterstützung nach Washington erging. Amerika war entweder durch England gebunden oder fühlte sich zu schwach, um Japan gegenüber seine eigenen Interessen, die unzweifelhaft schon im Hinblick auf die Philippinen mit bedroht waren, ernsthaft zur Geltung zu bringen.

Noch während der Belagerung von Tsingtau, im Oktober, besetzten die Japaner kampflos die nicht verteidigungsfähigen deutschen Inselgruppen der Marianen, Karolinen und Marshallinseln im westlichen Teile des Stillen Ozeans. Die Erklärung, daß es sich dabei »lediglich um eine militärische Maßnahme«, nicht um eine dauernde Besetzung handle, mag den Zweck verfolgt haben, die aufsteigende Beunruhigung in Australien und Amerika zu beschwichtigen. Daß England, oder wenigstens Grey und sein Anhang, in diesen japanischen Plan von vornherein eingeweiht waren, läßt sich nach dem oben Gesagten annehmen; jedenfalls hat weder Australien noch Amerika einen Einspruch gegen das Vorgehen gewagt. Am 7. November fiel Tsingtau nach heldenmütiger Verteidigung; die englische Repräsentantentruppe unter Barnardiston wurde kurzerhand abgeschoben, und Japan trat nunmehr in Schantung mit der ganzen Rücksichtslosigkeit auf, die ihm von dem Bewußtsein der Überlegenheit über das hilflose China eingegeben wurde. Das Militär gebärdete sich in den Städten an der Bahnlinie und selbst in der Provinzialhauptstadt Tsinanfu als Herr und erregte in wachsendem Maße die Erbitterung der Bevölkerung.

Hatte man in England bei der Anwerbung Japans gemeint, daß sich der Bundesgenosse nach Lösung seiner Aufgabe, d. h. der Vernichtung der deutschen Macht und der Sicherung der ostasiatischen Gewässer für den englischen Handel, befriedigt mit seiner Beute zurückziehen und für eine etwaige weitere Verwendung auf den Kriegsschauplätzen bereit halten würde, so mußte die fernere Entwicklung bitter enttäuschen. Daß das japanische Vorgehen gegen Deutschland eine Vergeltung sei für die deutsche Teilnahme an dem Einspruch gegen den Friedensvertrag von Shimonoseki, ist eine Legende, die von England zur Verhüllung seiner dunklen Machenschaften mit großem Eifer verbreitet worden ist, und leider wird sie in Deutschland — ein betrübendes Zeichen der Abhängigkeit politischer Auffassungen von England — mit einer unbelehrbaren Hartnäckigkeit immer wiederholt. Der Minister Kato selbst, der sich am 5. September 1914 im japanischen Parlament ausführlich über die Veranlassung zu dem Kriege gegen Deutschland ausgesprochen hat, deutet mit keinem Wort auf jenen — in der Zwischenzeit übrigens auch völlig entstellten — Einspruch hin, sondern begründet das Verhalten der Regierung einmal mit »dem Ersuchen Englands um japanischen Beistand« auf Grund des Bündnisvertrages und dann mit der seltsamen Tatsache, daß »die machtvolle Tätigkeit Deutschlands in Ostasien im Widerspruch stehe mit den Interessen des japanischen Reiches«. Daß der Bündnisfall für Japan nicht gegeben war, wird jeder sofort erkennen, der den Wortlaut des Vertrages von 1911 durchliest; tatsächlich ist dies auch sogar von England niemals ernsthaft behauptet worden. Daß dagegen Deutschlands »machtvolle Tätigkeit« den japanischen Interessen im Wege stand, so wie sie von Okuma, Kato und anderen Politikern mit panasiatischen Vorstellungen verstanden werden, entspricht der Wahrheit. Japan soll in dieser Ideenwelt der Beherrscher des ostasiatischen Festlandes und des Stillen Ozeans mit allen seinen Inseln werden, daneben auch noch schützend und leitend seine Hand über die von Europa geknechteten Völker Mittelasiens halten. Einem solchen Ziele steht aber nicht bloß Deutschland im Wege, sondern jedes abendländische Volk, das in Ostasien Interessen und Einfluß besitzt oder zu erringen wagt, allen voran England und Amerika. Die Bedeutung dieser Tatsache sollten beide noch während des Krieges gründlich kennenlernen.

Daß Japan nicht gesonnen war, lediglich ein ausführendes Organ in der englischen Politik gegen Deutschland zu sein und sich mit der ihm zugewiesenen Bezahlung für abgefunden zu erklären, zeigte es sehr bald nach der Eroberung von Tsingtau. Bereits im Januar 1915 überreichte der japanische Vertreter in Peking eine lange Reihe von Forderungen, deren Gewährung China in ein ähnliches Vasallenverhältnis zu Japan bringen mußte, wie das von Korea vor seiner Einverleibung von 1910 war. Die Forderungen waren in fünf Gruppen geteilt: 1) Zustimmung der chinesischen Regierung zu allen Abmachungen, die zwischen Deutschland und Japan nach dem Kriege über das Besitztum des ersteren in Schantung getroffen werden; Verpflichtung, keinen Teil von Schantung an eine dritte Macht abzutreten; Genehmigung zum Bau einer japanischen Eisenbahn daselbst. 2) Die Überlassung der südlichen Mandschurei und der östlichen Mongolei in ihrem Südteile als eine Art Kolonialgebiet an Japan unter Beibehaltung einer ganz unselbständigen Scheinregierung Chinas. 3) Umwandlung des Betriebes der Kohlen- und Eisenwerke von Han-yang, Ta-ye und Ping-hiang (Han-Ye-Ping) am mittleren Yangtse in ein gemeinsames japanisch-chinesisches Unternehmen. 4) Verpflichtung Chinas, keinen Hafen, keine Bucht und keine Insel an eine dritte Macht abzutreten. 5) Anstellung zahlreicher japanischer Ratgeber bei der chinesischen Regierung; Gründung japanischer Missionsanstalten, Schulen und Hospitäler in China; Verwaltung der Polizei an wichtigen Plätzen gemeinsam mit Japan; Verpflichtung zum Bezug von Kriegsmunition von Japan;

Verpflichtung, in der Provinz Fukien (gegenüber dem japanischen Formosa) keine Bergwerke, Eisenbahnen, Schiffswerften, Hafenanlagen mit Hilfe fremden Kapitals zu schaffen; Zustimmung zum Bau mehrerer Eisenbahnlinien in den Provinzen südlich vom mittleren Yangtse durch Japan.

Mit diesem ungeheuerlichen Programm trat Japan mit einem Schlage aus den Schranken der von England mühevoll ersonnenen politischen Raumverteilung heraus und drang rücksichtslos in die englischen, amerikanischen und selbst russischen Interessengebiete ein; es schien entschlossen, die Bindung der europäischen Mächte durch den Krieg aufs äußerste auszunutzen. Die Forderungen müssen für England wie für Amerika eine schmerzliche Überraschung gewesen sein; aber beide wagten im Gefühl ihrer Ohnmacht keinen lauten Widerspruch. Amerika beschränkte sich auf eine lahme Anfrage bei Japan nach seinen Absichten, und ob England, wie mehrfach behauptet ist, ebenso wie Frankreich und Rußland ihre Haltung von der weiteren Beteiligung Japans an dem Kriege in Europa abhängig gemacht haben, ist zur Zeit nicht feststellbar. Ebenso ist nicht nachzuweisen, ob und inwieweit etwa englische Mahnungen auf Japans Vertretung seiner Ansprüche eingewirkt haben. Unterschätzt werden darf hierbei auch nicht der Sturm der Entrüstung, den die Forderungen in ganz China entfesselten. Der Präsident Yuan Schi-kai hat große Mühe gehabt, dem von allen Seiten gegen ihn anstürmenden Drängen nach bewaffnetem Widerstande gegen die japanische Vergewaltigung standzuhalten und statt dessen ruhig und zäh zu verhandeln; er kannte die Unzulänglichkeit der Machtmittel seines Landes und wußte, daß ein kriegerisches Vorgehen Chinas den japanischen Bedrängern nur in die Hände arbeiten würde. Es gelang ihm, bei Japan eine Ermäßigung seiner Forderungen insofern durchzusetzen, als es auf die der 5. Gruppe mit Ausnahme der Bestimmungen über Fukien und die Eisenbahnlinien verzichtete. Das übrige mußte von China im Mai 1915 zugestanden werden. Es ist dies noch immer so viel, daß schwere Krisen für die Zukunft unausbleiblich erscheinen. In China, wo seit Jahren die bald heimliche, bald offene Bedrohung durch Japan eine immer allgemeiner werdende Erbitterung hervorgerufen hat, ist jetzt die Erkenntnis herangereift, daß, wenn die staatliche Selbständigkeit nicht völlig verlorengehen soll, man sich auf eine frühere oder spätere kriegerische Auseinandersetzung mit dem machtgierigen Nachbar vorbereiten muß. Der letzte Überfall Japans bewirkte, daß der Norden und der Süden noch einmal einig wurden. Der Widerstand gegen die Regierung Yuan Schi-kais wurde aufgegeben, und die Provinzen schlossen sich fester gegen den gemeinsamen Feind zusammen. Man suchte die Zentralregierung vor allem durch Aufbringung innerer Anleihen finanziell zu stärken und bemühte sich, den Japanern einstweilen wirtschaftliche Schwierigkeiten zu machen, wo immer sich eine Möglichkeit dazu bot. Des weiteren aber erkannte China, daß von England und — worauf es wohl am meisten gehofft — von Amerika Hilfe nicht zu erwarten sei, daß es sich für die Zukunft vor allem auf die eigene Kraft verlassen müsse, und daß, wenn ihm überhaupt noch eine Rettung vor seinen japanischen, englischen, französischen und russischen Bedrängern werden soll, der Sieg der deutschen Waffen dafür die erste Voraussetzung sei. An dieser Erkenntnis hat auch der von Amerika erpreßte Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland, wie sich unten ergeben wird, nichts Wesentliches geändert.

Unter den dargelegten Verhältnissen kann es nicht wundernehmen, wenn Japan im weiteren Verlaufe des Krieges den englischen Wünschen nur insoweit willfährig gewesen ist, als es seinen eigenen Interessen entsprach. Sich an dem von England ins Werk gesetzten Kampfe gegen den deutschen Handel in Ostasien zu beteiligen, hat es zunächst nicht für zweckmäßig gehalten; es hatte kein Interesse daran, die deutschen Kaufleute von den chinesischen und japanischen Märkten zu verdrängen, damit die englischen ihren Platz einnehmen könnten. Die wiederholten Aufforderungen Englands und Frankreichs, nach dem Vorbilde beider Regierungen alle Deutschen auszuweisen oder gefangenzusetzen und jeden Handel mit Deutschen in China zu verbieten, hat es abgelehnt, nur ein Verbot, deutsche Waren auf japanischen Schiffen zu verfrachten sowie mehrere andere Einschränkungen, wie Schließung der Deutsch-Asiatischen Bank u. a., sind schließlich zugestanden worden. Daß aber Japan jemals im Ernst daran gedacht haben oder denken sollte, zur Unterstützung seiner Verbündeten Truppen auf die europäischen Kriegsschauplätze zu entsenden, ist schon aus militärtechnischen Gründen im höchsten Maße unwahrscheinlich; es ist auch unerfindlich, welchem vernünftigen politischen Zwecke ein solches Abenteuer hätte dienen sollen.

Hat das japanische Bundesverhältnis zu England somit während des Krieges seinen inneren Halt verloren, so ist dafür ein engerer Anschluß Japans an Rußland angebahnt worden. Dieser Anschluß hat schon in dem erwähnten Abkommen von 1910 seine erste Grundlage erhalten und dient dem Zwecke, die ostasiatische Länderbeute ohne Rücksicht auf England und Amerika zu teilen. Eine Reibungsfläche dürfte dabei allerdings die östliche Mongolei abgeben, über die sich Japan in der zweiten Gruppe seiner Forderungen weitgehende Rechte von China hat zusprechen lassen, und in der auch starke russische Interessen vorhanden sind, zumal die Grenzen zwischen der östlichen und der »äußeren« Mongolei noch als durchaus flüssig gelten müssen. Es handelt sich hierbei vor allem um den Bau der sehr wichtigen Eisenbahn vom Baikalsee über Urga nach Kalgan mit dem Anschluß an die Linie nach Peking. Noch während des Krieges, am 17. September 1914, soll Rußland mit der erst von ihm im Jahre 1912 geschaffenen »unabhängigen« mongolischen »Regierung« ein dahin zielendes Abkommen getroffen haben, und im Februar 1915 stellte der Minister Ssasonow in der Duma die baldige Mitteilung von »der Unterzeichnung des dreifachen russisch-chinesisch-mongolischen Vertrages« in Aussicht. Nach Berichten aus Ostasien soll dieser Vertrag auch im Juni 1915 unterzeichnet worden sein, indessen für das frühere russisch-mongolische Abkommen eine Einschränkung insofern gebracht haben, als er ausdrücklich erklärt, daß »die äußere Mongolei ein Teil des chinesischen Ländergebietes bleibt«.

Wie völlig sich das Verhältnis Englands zu Japan durch die Haltung des letzteren verschoben hatte, sollte recht bald noch deutlicher werden. Im Oktober 1915 unternahm England ohne Kenntnis Japans, aber vermutlich im Einverständnis mit Amerika den Versuch, China zum Eintritt in den Krieg an seiner Seite zu überreden, einmal um den deutschen Handel wirksamer schädigen zu können, und dann um das von Japan schwer bedrängte China und zugleich die stark

gefährdete eigene Stellung in Sicherheit zu bringen. Yuan Schi-kai lehnte diese Lockungen ab; Japan aber, das die Absicht durchschaute, nahm eine so unzweideutige Haltung an, daß England erschrocken zurückwich und dem Verbündeten versicherte, es würde in Ostasien keinen neuen Schritt ohne vorherige Verständigung mit ihm unternehmen. Eine Probe seines Wohlverhaltens konnte es fast gleichzeitig ablegen. In richtiger Erkenntnis der Gefährlichkeit der republikanischen Komödie hatte der Präsident Yuan Schi-kai die Wiedereinführung der Monarchie in China vorbereitet und war dabei sowohl von seinen amerikanischen Ratgebern wie auch, nach den Äußerungen der wohl abgerichteten englischen Presse zu schließen, von der englischen Vertretung ermutigt worden. Plötzlich aber, am 28. Oktober 1915, erschienen der japanische Geschäftsträger als Sprecher und in seinem Gefolge die Gesandten Englands und Rußlands auf dem Ministerium des Auswärtigen in Peking und gaben eine Erklärung ab, in der die chinesische Regierung den Rat erhielt, die Wiedereinführung der Monarchie zu vertagen, weil der Ausbruch von Unruhen im Lande zu erwarten sei und dadurch die Interessen Japans und der anderen in China interessierten Mächte bedroht würden. Japan zeigte, daß es in der Tat Herr in Ostasien war und daß es das Schicksal Chinas nach seinem Willen zu formen entschlossen war. Die Wiederherstellung der Monarchie unterblieb daraufhin, und am 6. Juni 1916 starb Yuan Schi-kai, ob eines natürlichen Todes, wird vielleicht die Zukunft einmal lehren.

In wachsendem Hader der Parteien, durch Unruhen und Aufstände geschwächt, unter zunehmendem Verfall der zentralen Regierungsgewalt und durch ständige Geldnot, eine Folge der zerfahrenen Verwaltung, gehemmt und bedroht, hat das unglückliche Land seitdem sein Dasein gefristet, immer in Angst vor einem neuen japanischen Zugriff und allein gestützt durch die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges, das dann ein neues Gegengewicht gegen den unbarmherzigen Bedränger bringen könnte.

Wider Erwarten, aber nicht als Errettung, sondern als neue Vergewaltigung hat sich dieses Gegengewicht noch vor dem Kriegsende eingestellt. Unmittelbar nachdem im Februar 1917 Amerika die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hatte, erging von dem Präsidenten Wilson die Aufforderung an China, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Ohne Zögern wurde diese Aufforderung abgelehnt, dann aber übte Amerika, vermutlich nach Verabredung mit England, durch seine Vertreter und Agenten einen derartigen Druck auf die willensschwache Regierung aus, und zwar nicht bloß mit Versprechungen und Drohungen, sondern auch, woran heute kein Zweifel mehr sein kann, durch Anwendung höchst lichtscheuer Mittel, daß der Abbruch der Beziehungen zu Deutschland von den kopflos und willenlos gemachten politischen Machthabern am 14. März beschlossen wurde. Furcht vor Japan ist die treibende Kraft dabei gewesen; trotzdem ist schon jetzt, nach Verlauf von wenigen Wochen, bei der überall vorhandenen Hinneigung zu Deutschland, der Widerspruch im Lande dermaßen stark geworden, daß die weitere Entwicklung heute noch nicht absehbar ist, zumal sich die Stellung Japans zu dem Ganzen bisher noch jeder Beurteilung entzieht. Zu Rußland hat Japan sein Verhältnis durch ein neues Abkommen weiter gefestigt, das unter dem 3. Juli 1916 vereinbart worden ist und beiden Teilen ihre »territorialen Rechte und besonderen Interessen im Fernen Osten« gegen jeden Eingriff Dritter gewährleistet, dagegen bleibt die Stellung zu Amerika unausgeglichen, zu England hat sie sich verschärft.

Ohne Rücksicht auf die Folgen haben England und Amerika einen neuen Feuerbrand in die ostasiatische Welt geschleudert; niemand vermag heute zu sagen, wie die Flammen einst zu löschen sein werden.

Literatur. H. Bächtold, Die geschichtlichen Grundlagen des Weltkrieges (Zürich 1915); H. Hashagen, England und Japan seit Schimonoseki (Essen 1915); J. Oncken, Die Vorgeschichte des Krieges (in »Deutschland und der Weltkrieg«, 2. Aufl., Leipz. 1917); O. Franke, Ostasien und der Krieg (in »Das Größere Deutschland«, 1914, Nr. 33); Derselbe, Die ostasiatische Frage (ebenda 1915, Nr. 14); Derselbe, Die Großmächte in Ostasien (in »Deutschland und der Weltkrieg«, 2. Aufl., Leipz. 1917); Derselbe, China auf dem Rückwege zur Monarchie (»Deutsche Politik« 1916, Heft 4); H. Mueller, Der russisch-japanische Vertrag vom 3. Juli 1916 (»Zeitschrift für Politik« 1916, Heft 1); Derselbe, Japan und der Ferne Osten (»Das neue Deutschland« 1917, Heft 14); O. Franke, Zur Vorgeschichte des Abbruchs der deutsch-chinesischen Beziehungen (»Wirtschaftsdienst«, hrsg. von der Zentralstelle d. Hamburg. Kol. Inst., 1917, Nr. 21.)

Friedensverhandlungen und Friedensschlüsse der Vergangenheit

von Professor Dr. Dietrich Schäfer in Berlin-Steglitz

Häufiger als sonst in Kriegsläuften hat man während des gewaltigen Kampfes, in dem wir noch mitteninne stehen, an frühere Friedensverhandlungen und Friedensschlüsse erinnert und erörtert, ob und wie weit sie gleichsam als Beispiele oder Vorbilder möchten dienen können. Es hat das zum Teil seinen Grund in der tiefen Sehnsucht, die unser friedliebendes, dem Gedanken an Krieg in weiten Kreisen entwöhntes Volk erfüllt nach Rückkehr in die gewohnte Tätigkeit und Lebensführung, nicht weniger aber auch in dem Mangel an Vertrauen in unsere Reichsleitung, der gerade bei den Besten und Urteilsfähigsten der Nation tiefe Wurzel gefaßt hat (vgl. Art. »Kriegszielbewegung«, S. 1 ff.). Dazu kommt, daß die Wehrfähigen unseres Volkes noch niemals, seitdem es einen Staat besitzt, auch nur entfernt in solchem Umfange zur Erfüllung der Wehrpflicht herangezogen, dem Kriege unmittelbar dienstbar gemacht worden sind, wie das diesmal notwendig geworden ist. Noch nie wurden Beschwerden, Lasten und Schrecken eines Krieges von einem Volke so bis in seine letzten Glieder und in allen Fasern gefühlt wie gegenwärtig.

Die angestellten Erwägungen und Vergleiche haben sich besonders mit zwei uns naheliegenden Hergängen der Vergangenheit beschäftigt, mit den Friedensschlüssen Bismarcks[1] und den Verhandlungen, die dem Befreiungskriege folgten. Daß man sich dem Meister deutscher Politik zuwandte, erklärt sich von selbst; wenn man auf die Befreiungskriege zurückgriff,

[1] Vgl. z. B. Johannes Haller, Bismarcks Friedensschlüsse (2. Aufl., Münch. 1917).

so geschah es in dem Bestreben, an Hergänge zu erinnern, die man nicht als vorbildlich ansehen kann.

Bismarcks Politik, und zwar nicht nur die innere, sondern auch die äußere, ist bei den Mitlebenden auf heftigen und anhaltenden Widerstand gestoßen. Seine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage hat er durchsetzen müssen so gut wie gegen jedermann in Preußen und Deutschland, die Regierenden nicht ausgeschlossen, und die Auseinandersetzung mit Österreich ist nicht weniger gegen die öffentliche deutsche Meinung vollzogen worden. Auch später, solange Bismarck die Reichsleitung in Händen hielt, haben die Anfechtungen seiner auswärtigen Politik nicht aufgehört; er hat mehr als einmal im Reichstag hart um sie kämpfen müssen. Eigentümlich aber ist, daß gerade diejenigen Richtungen, die des Reichsbegründers Politik damals und auch oft noch später nicht schlecht genug glaubten machen zu können, heute deren weise Mäßigung rühmen, auf sie hinweisen, um vor weiter ausgreifenden Forderungen zu warnen. Man erlebt es übrigens auch sonst oft genug, daß verbissenste Bismarckgegner den Bekämpften als Schwurzeugen anrufen, wenn sie in dem überreichen Arsenal seiner Reden und sonstigen Äußerungen eine Waffe glauben gefunden zu haben, die ihnen für Verteidigung ihrer Auffassung dienlich erscheint. Man denke nur an Bismarcks Auslassung über das preußische Wahlrecht.

Mit besonderer Vorliebe ist während dieses Krieges auf Bismarcks Mäßigung gegenüber Österreich im Jahre 1866 hingewiesen worden; sie wird als vorbildlich bezeichnet. Gegen die Meinung seines Königs und hervorragender Militärs hat der Leiter der preußischen Politik damals von jeder Forderung einer Gebietsabtretung abgeraten und seine Auffassung durchgesetzt. Auch gegenüber den süddeutschen Regierungen widerriet er mit Erfolg das »Abknabbern«. Die territorialen Verluste Bayerns und Hessen-Darmstadts verdienen diese Bezeichnung nicht; sie blieben weit zurück hinter dem, was an entscheidender Stelle in Frage gekommen war. Daß die Abneigung gegen das Abknabbern aber ihren Ursprung nicht in einem Verzicht auf Eroberungsrechte hatte, ergibt sich aus dem Verschwinden von vier oder, da man Schleswig-Holstein einrechnen muß, fünf norddeutschen Staaten von der Landkarte, die, mit Ausnahme von Frankfurt a. M., ihrem Umfange nach sämtlich zu den ansehnlicheren Bundesgliedern gehörten. Dazu verdankte Sachsen nur dem entschiedenen Einspruch Österreichs seinen Fortbestand. Für Bismarcks Entscheidungen waren besonders zwei Erwägungen maßgebend, einmal die Durchführbarkeit gegenüber der Gefahr einer europäischen Einmischung und dann die Rücksicht auf eine zukünftige Verbindung gerade mit den Staaten, mit denen man soeben den Degen gekreuzt hatte. Jene hielt davon ab, den neuen deutschen Bundesstaat schon jetzt über den Süden auszudehnen, diese, Österreich und den süddeutschen Gegnern durch empfindliche Gebietsverluste das Vergessen zu erschweren.

Es erhebt sich die Frage, ob jetzt ähnliche Verhältnisse vorliegen. Wiederholt ist es behauptet worden. Man hat gesagt, Deutschland müsse doch in Zukunft *wenigstens einen Bundesgenossen* haben, es könne nicht isoliert seinen Weg gehen.

Die Richtigkeit einer solchen Erwägung erscheint auf den ersten Blick einleuchtend; bei näherer Überlegung begegnet sie aber allerernstesten Zweifeln. Zunächst ist Deutschland, wie sich die Dinge gestaltet haben, nicht ohne Bundesgenossen. Die Mittelmächte sind mit festen Ketten aneinander geknüpft; sie haben ein starkes gemeinsames Interesse gegen die »Randmächte«. Die Türkei, Österreich-Ungarn, Bulgarien, sie alle kämpfen um ihr Dasein so gut wie wir. Ein Sieg der Verbündeten, insbesondere Rußlands und Englands, wäre der Tod des osmanischen Reiches; sein Untergang stellt eines ihrer Kriegsziele dar und nicht das geringste. Sie haben das in der Antwortnote (vgl. S. 171) auf Wilsons Mitteilung vom 19. Dez. 1916 klar und deutlich ausgesprochen. Von den Beutestücken würde Bulgarien schwerlich irgend etwas zufallen; es könnte froh sein, wenn es behielte, was man ihm 1918 in Bukarest gelassen hat. Serben und Griechen, Italiener und Franzosen würden sich neben Briten und Russen in den Raub teilen; mit der Zusammenfassung des bulgarischen Volkstums, des ansehnlichsten und entwicklungsfähigsten der Balkanhalbinsel, in einem Staatswesen, das auf dem Balkan die Vormacht darstellen würde, wäre es für alle Zeiten vorbei.

Und das gleiche ergäbe sich für Bulgarien aus der Vernichtung der Donaumonarchie, die nach derselben Note (vgl. S. 171) den zweiten Hauptpunkt des Entente-Programms bildet. Sie würde Serbien zur ersten Macht des Südostens erheben, die herrschen würde von Laibach und der Drau bis vor die Tore von Saloniki. Neben ihm würde Rumänien, schon in seiner jetzigen Ausdehnung Bulgarien an Einwohnerzahl erheblich überlegen, zu einem erdrückenden Übergewicht über den Nachbarn gelangen. Ungarn, Bulgariens natürlicher Bundesgenosse, zur Zeit Vertreter der gewichtigsten Nationalität des gesamten Donaugebiets, würde gleich Bulgarien selbst auf eine der unteren Rangstufen hinabgedrückt werden. Daß Österreich-Ungarn vor dem ihm zugedachten Schicksal nur Rettung finden kann im engsten Anschluß an Deutschland, versteht sich von selbst. Wahrlich, die Mittelmächte sind auf Gedeih' und Verderb miteinander verbunden, nicht nur für jetzt, sondern noch für lange, lange Zeit.

Denn es sind große, weite Ziele, die man, besonders an der Newa und der Themse, sich gesteckt hat. Rußland will Konstantinopel, will über Bosporus und Dardanellen ans Mittelmeer, England aber die Überlandverbindung mit Indien, die mit der Zeit dem Seeweg den Rang ablaufen möchte; es will sie nicht unter anderer als der eigenen Aufsicht wissen. Die Verfügung über Mesopotamien und den Euphrat würde Arabien zu einer Insel in dem gewaltigen Meere britischer Herrschaft und zugleich den Kaiser von Indien zur Vormacht des Islams machen, was allmählich zur Voraussetzung der Dauer seiner Würde geworden ist. Erreicht werden können diese Ziele aber nur über die Trümmer der Mittelmächte. Es ist falsch, wenn man aus einzelnen Äußerungen Bismarcks heraushört, Deutschland habe kein erhebliches Interesse daran, Rußland die Dardanellen zu sperren. Verkehren mag es dort, auch hemmungslos, aber herrschen? Das wäre das Ende nicht nur der Türkei und selbständiger Balkanstaaten, sondern auch Österreich-Ungarns und Deutschlands. Die Wogen russischer Macht würden über sie alle zusammenschlagen.

Nun wird aber gesagt, Walfisch und Elefant würden sich nicht immer vertragen, und gewiß ist das wahrscheinlich. Sie wären ja überhaupt kaum zusammengekommen, wenn die Leitung der deutschen

Politik in den letzten Jahrzehnten der englischen gewachsen gewesen wäre. Es ist schwer zu sagen, ob Erfolg oder Mißerfolg im gegenwärtigen Kriege einen etwaigen Bruch beschleunigen würde. Man betritt mit solchen Erwägungen den schwankenden Boden der größeren oder geringeren Wahrscheinlichkeit, bleibt aber in den Ergebnissen weit zurück hinter der Sicherheit, welche die nach ihr benannte Rechnung zu erreichen vermag. Gewiß wird ja Vorderasien bedenkliche Reibungsflächen bieten, auch wenn die Türkei die gegenwärtige Prüfung besteht. Persien ist von jeher der Schnittpunkt britischer und russischer Macht in Asien gewesen und hat diese Bedeutung durch die Abmachungen von 1907 und das, was ihnen gefolgt ist, nicht verloren. Schon jetzt auf solchen Konflikt zu rechnen und auf Grund solcher Rechnung eine Wahl zu treffen zwischen den beiden Mächten, eine von ihnen zu schonen in Rücksicht auf eine spätere Verständigung, wäre eine Versündigung an der Gegenwart, wie sie schwerer kaum begangen werden könnte. Jetzt kann es sich nur darum handeln, beide nach Kräften zu schwächen und selbst stark zu werden. Sind wir stark, so sind wir auch erwünschte Bundesgenossen, die umworben werden. Es gibt in Asien noch Raum genug für Russen und Engländer, wo wir sie ohne Gefährdung unserer Daseinsbedingungen dulden können, wenn sie das gegenwärtig verfolgte Ziel nicht erreichen. **Bismarcks Schonung gegenüber Österreich und den süddeutschen Gegnern Preußens kann niemals Vorbild unserer Politik gegenüber Rußland und England sein.**

Der Gedanke, auf Besserung unserer Beziehungen zu **Frankreich** hinzuarbeiten, ist lange und mit Recht ein Leitstern bester deutscher Politik gewesen. Jede Erörterung, ob dieses Streben allenfalls hätte Erfolg haben können, wenn dieses oder jenes getan oder nicht getan worden wäre, ist zur Zeit müßig, ein deutsch-französisches Zusammengehen in weitere Ferne gerückt als je seit 1871. Und ob es mit Italien jetzt wesentlich anders liegt? Es war unser Bundesgenosse, und dieses Verhältnis hatte längere Zeit eine tragfähige Grundlage. Es verlor sie, als England anfing, sich gegen Deutschland zu wenden; da boten wir nicht mehr genügend Stütze gegen dessen und Frankreichs Mittelmeerstellung. Behaupten wir uns gegen England, zwingen wir es, uns zur See neben sich gelten zu lassen, so können die Dinge auch wieder eine andere Wendung nehmen. Vertrauen auf italienische Bundesgenossenschaft werden wir allerdings kaum jemals wieder gewinnen. Bei beiden Staaten, Frankreich wie Italien, liegt die Sache aber insofern anders als bei Rußland und Großbritannien, als sie nicht die Möglichkeiten fast unbegrenzter innerer Machtsteigerung besitzen, die diesen beiden Riesenreichen eigen ist. Sie können uns nicht so leicht ans Leben wie deren erdrückende Übermacht, wenn es uns nicht gelingen sollte, unseren Machtbereich ihnen gegenüber ganz erheblich zu erweitern.

Daß aus Bismarcks Verhalten gegen die deutschen Südstaaten nicht etwa eine Lehre gezogen werden kann für die Regelung der zukünftigen Beziehungen zu den kleinen feindlichen Nachbarn der Mittelmächte, ergibt sich von selbst. Für Serbien, Montenegro und Rumänien müssen Österreich-Ungarn und Bulgarien die ihnen erträgliche Stellung finden, in Belgien die Dinge so geordnet werden, daß es für uns keine Gefahr mehr bedeuten kann. Das läßt sich für den flämischen Teil seiner Bevölkerung auch in einer Weise erreichen, die ihn mit der Zeit fest an Deutschland kettet; es wäre aber falsch, auf diese Aussicht hin schon jetzt Zugeständnisse zu machen, die unsere Macht über das Land lockern.

Wie wenig Schonung an sich gute Beziehungen verbürgt, zeigt übrigens der **Frankfurter Frieden**. Bismarck hat von Beginn des deutsch-französischen Krieges an die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens ins Auge gefaßt; nur krasse Unwissenheit konnte in diesen Tagen etwas anderes behaupten. Er entsprach damit des deutschen Volkes und eigenem Gerechtigkeitsempfinden und dem Schutzbedürfnis gegenüber französischer Kriegs- und Eroberungslust. In den Jahrhunderten seiner vollkommenen Machtüberlegenheit hat das Deutsche Reich **nie** versucht, seine Grenze westwärts vorzuschieben; Frankreich hat damit begonnen, sobald die Lage sich zu seinen Gunsten gewendet hatte, und hat seine Versuche durch ein halbes Jahrtausend und länger unentwegt und auch erfolgreich genug fortgesetzt. Dem mußte vorgebeugt werden. Es geschah aber in einer Weise, die ein besonnener, für Mäßigung und Gerechtigkeit empfänglicher Gegner erträglich gefunden hätte. Es ist, abgesehen von der — eben aus Schutzgründen erfolgten — Einverleibung der Festung Metz mit ihrem Nachbargebiet, nur genommen worden, was deutschen Stammes und deutscher Sprache war, obgleich Stimmen laut wurden, die eine Wiederherstellung der alten Reichsgrenzen forderten. Trotzdem ist der Verlust von den Franzosen und ihren zahlreichen Freunden fortgesetzt als Verstümmelung gebrandmarkt worden und hat nur Gefühle des Hasses und der Rache ausgelöst.

Nicht weniger als die weise Mäßigung, die vor allem Dauer ins Auge faßte, sind in Bismarcks Politik seine Bemühungen vorbildlich, **Einmischung der Neutralen** hintanzuhalten. Er hat **meisterlich verstanden, Kriege vorzubereiten, die Lage zu schaffen, in der sein Staat sie mit denkbar geringster Gefahr auf sich nehmen konnte.** Daß er Österreich zur Vertretung des Londoner Protokolls mit hineinzuziehen wußte in den Krieg gegen Dänemark, ist eine seiner größten politischen Leistungen. Die Beziehungen, die er zu Napoleon III. unterhielt, sicherten ihn gegen französische Einmischung; das vielgeschmähte Entgegenkommen, das er Rußland während des polnischen Aufstandes von 1863 erwiesen hatte, schützte vor der Alexanders II., hat auch in den beiden folgenden Kriegen noch Früchte getragen. So endete die Londoner Konferenz für die beiden deutschen Großmächte mit der anerkannten Freiheit, ihre Überlegenheit über Dänemark zur vollen Geltung zu bringen. Allein vermochte England trotz vorhandener starker Neigung ihnen keinen Einhalt zu tun.

Aus dem kurzen Kriege von 1866 hat Bismarck die mögliche und zunächst zufriedenstellende Ernte zur rechten Zeit unter Dach gebracht und dadurch Paris und Petersburg ausgeschaltet. Während der Monate vor Paris fühlte er sich besonders von der Sorge bedrückt, das Hinausziehen der Entscheidung mit einer Einmischung der Neutralen enden zu sehen. Vor allem das Entgegenkommen gegen Rußland in der Schwarzen-Meer-Frage hat die Gefahr beschworen. Vergleicht man damit die Art, wie unsere gegenwärtige Reichsleitung die Neigung der Vereinigten Staaten zur Einmischung geradezu groß gezüchtet hat, bis sie sich am 22. Januar 1917 in der unqualifizierbaren Dar-

legung ihres Präsidenten über die Gestaltung des zukünftigen Friedens (vgl. S. 172 ff.) entlud, so muß man allerdings sagen, daß in dieser Art, auswärtige Politik zu treiben, von Bismarckschem Geist kein Hauch mehr zu spüren ist. Leider hat sich das deutsche Volk trotz der Not der Zeit nicht dazu aufgeschwungen, einer Gesinnung Ausdruck zu geben, wie sie am 30. August 1870 eine Berliner Volksversammlung unter Leitung des Oberbürgermeisters Seydel vertrat, indem sie Verwahrung einlegte gegen jeden Versuch fremder Mächte, unserem Volke die Früchte seiner Siege wieder zu entreißen. Bismarck hat das glücklich verhindert. Gewiß kann er uns als Vorbild dienen, jetzt und für alle Zeiten; aber richtig kann es nur geschehen, wenn man in seinen Geist eindringt, nicht sich auf Einzelheiten in Worten oder Handlungen versteift. Hätte er die Aufgaben zu lösen, die jetzt gestellt sind, er würde nur ein Ziel verfolgen: Sicherung möglichster Macht.

Nächst Bismarcks Friedensschlüssen ist am meisten auf den Ausgang des Befreiungskrieges verwiesen worden, dort von pazifistischen Gesinnungen aus anspornend zur Nachahmung, hier von entgegengesetzten Anschauungen her mahnend und warnend. »Möge die Feder nicht wieder — wie 1813/14 — verderben, was das Schwert gut gemacht hat«, so ist mit heißem Wunsche oft geseufzt worden, gerade von Männern bester vaterländischer Gesinnung. Blüchers an Friedrich Wilhelm III. gerichtete Worte nach der Schlacht von Belle Alliance sind ins Gedächtnis gerufen worden: »Ich bitte untertänigst, die Diplomatiker anzuweisen, daß sie nicht wieder das verlieren, was der Soldat mit seinem Blute errungen hat.« Wie weit die Zweifel, die so zum Ausdruck kommen, berechtigt sind, ist hier nicht zu untersuchen; wohl aber ist angezeigt, einige Worte zu sagen über die Lage vor hundert Jahren, die zum Vergleich herangezogen wird.

Die beiden Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 und 20. November 1815 werden in der allgemeinen Vorstellung meist zusammengeworfen mit dem Wiener Kongreß, der zwischen ihnen vom November 1814 bis in den Juni 1815 tagte. Das Ergebnis entsprach nicht den Erwartungen, die Preußen nach seinen Leistungen mit Recht hegen durfte. Gewiß hatten seine Bewohner Grund, unzufrieden zu sein, aber die Schuld an dem erbitternden Mißgeschick lag doch vor allem in den übermächtigen Verhältnissen, die der kleine Staat trotz seiner kriegerischen Kraft nicht zu zwingen vermochte. Das Interesse der drei anderen Großmächte oder ihrer Herrscher forderte Rücksicht auf die Bourbonen, deren wieder aufgerichtete Regierung man nicht mit größerer Abtretung älteren französischen Besitzes belasten wollte; Österreichs Abneigung, wieder am Oberrhein Stellung zu nehmen, wirkte in gleicher Richtung. So wurde Frankreich im ersten Pariser Frieden nur auf die Grenzen von 1792 zurückgeschoben, verlor im zweiten an Deutschland auch nur noch Landau, Saarbrücken und Saarlouis, an Belgien (für die gegenwärtige Lage beachtenswert!) die Bezirke von Marienburg und Philippeville. So gelang es nicht, an den Vogesen, wie der Dichter singt, »deutsches Blut vom Höllenjoch zu lösen«, was 1815 noch erheblich leichter gewesen wäre als zwei Menschenalter später, obgleich auch damals geklagt werden konnte: »Und Elsaß, Du entdeutschte Zucht, höhnst auch; o welche Schmach!«

Preußens eigentliche Enttäuschungen aber verschuldete der Wiener Kongreß, der nicht mehr über den Frieden zu verhandeln, sondern das durcheinander gewürfelte Europa neu zu ordnen hatte. In der Beurteilung seiner Ergebnisse darf nicht vergessen werden, daß außerordentlich viel festgelegt war, als er in Tätigkeit trat. Festgelegt war der Bestand der süddeutschen Staaten im wesentlichen in ihrer Rheinbundgestaltung, festgelegt auch die Rückkehr der vertriebenen Fürsten Norddeutschlands und die Aufteilung des Großherzogtums Warschau unter Preußen und Rußland. Das wiederhergestellte Hannover hatte Englands starke Macht hinter sich. So blieb nur noch über Sachsens Schicksal und über die endgültige Verteilung nordwestdeutscher früherer geistlicher Besitztümer zu entscheiden. Wenn Preußen das Oberquartier Geldern nicht zurückerhielt, das es fast ein Jahrhundert besessen hatte, und sich die Lisière de la Meuse gefallen lassen mußte, so war das wiederum ein Unterliegen gegenüber Großbritannien, das den Pufferstaat der Niederlande nicht stark genug glaubte aufrichten zu können, daher zugleich Welfen und Oranier unter seine Fittiche nahm. In den Niederlanden hört man gelegentlich sagen, daß ihnen eigentlich auch Kleve hätte zufallen müssen, wo sie einst ihre Besatzungen gehabt hätten. So sind Preußens Erwerbungen im Westen in der Hauptsache auf geistliches Gebiet beschränkt geblieben; im Osten ist ihm Sachsen nur halb zuteil geworden. Heute haben wir kaum Anlaß zu beklagen, daß Sachsen von der Landkarte nicht verschwunden ist, und Preußens Vorschieben in die vorderste Kampflinie gegen Frankreich hat sich als förderlich für Deutschland erwiesen. Sicher haben unsere heutigen Staatslenker gegenüber ihren Vorgängern vor hundert Jahren einen unendlich viel günstigeren Stand, und viel schwerer würde die Schuld auf ihr Haupt fallen, wenn ihre Leistungen denen unserer Feldherren nicht entsprächen. Die Mitlebenden haben Rechte, gegen solches Ergebnis Verwahrung einzulegen.

Wiederholt ist während des Krieges — und sogar gleich im Anfange — von einem Hubertusburger Frieden die Rede gewesen. Die Weisheit, die der Abgeordnete Scheidemann auch heute noch unausgesetzt vorträgt, läuft so ziemlich auf das gleiche hinaus, nur daß sie von der Neuordnung Polens am 5. Nov. 1916 durchkreuzt worden ist. Wer derartiges ernstlich erstrebt, weiß nicht, daß er damit Deutschlands Untergang besiegelt, oder will es nicht wissen. Preußen konnte einen Hubertusburger Frieden überstehen. Die Koalition, die sich gegen Friedrich den Großen zusammenfand, war keine durch sachliche Gründe geeinigte; sie zerfiel noch während des Krieges. Von Schlesien hatte der König im Zusammenwirken mit Frankreich Besitz ergriffen. Im Osten hatte er Polen zum Nachbarn, dessen Schwäche nicht allein die Möglichkeit bot, sondern gegenüber der russischen Ländergier geradezu zwang, Brandenburg und Preußen zu einem einheitlichen Staatswesen zu verschmelzen und das alte Ordensland mit Schlesien und Pommern zu einem geschlossenen Besitz zu verbinden. Auch so noch hing Preußens Schicksal nach Jena an einem Faden. Allein die maßlose Herrschsucht Napoleons hat dem Staate Gelegenheit gegeben, sich wieder zu erheben.

Das liegt heute alles ganz anders. Aus Preußen ist Deutschland geworden, eine richtige Mittelmacht, wie es Preußen, das noch 1866, von Napoleons Sympathien begleitet, in den Kampf gegen Österreich ziehen konnte, nie war. An einem starken Deutschland hat kein Anlieger außer der in der gleichen Lage befindlichen

habsburgischen Monarchie einen Gefallen. Wie unser Reich nun einmal aus den Wandlungen der Geschichte hervorgegangen ist, liegt es allen Nachbarn im Wege; sie fühlen sich von ihm ins Unrecht gesetzt oder geradezu, trotz alles friedlichen Gebarens, bedroht. Es hat nicht einmal eine reine Nationalitätengrenze, nach keiner Richtung hin. Und zu diesen Nachbarn gehören die kriegsmächtigsten Staaten der Welt: Rußland, Frankreich, Großbritannien. Denn auch England ist Nachbar, wie sich in diesem Kriege herausstellt, sogar der gefährlichste und böseste. Läge es nicht unserer Küste gegenüber, es könnte uns nicht so vom Seeverkehr abschließen, wie es das in diesem Kriege fertig bringt, auch mit seinen Willkürmaßregeln nicht. Geht der Krieg zu Ende ohne irgendwelchen Machtzuwachs für uns, nur mit dem »Bewußtsein, einer Welt in Waffen gegenüber bestanden zu haben«, so sind wir verloren, so erhaben dieses Bewußtsein an sich sein mag. Die Gegensätze, die uns von unseren Feinden trennen, bleiben bestehen. Ihre Kraft wächst von innen heraus vermöge der ungeheuren Erdräume und der Menschenmengen, über die sie verfügen, während die unsere dem Stillstand entgegengeht. Deutschlands Bevölkerungszuwachs hat im letzten Jahrzehnt in bedenklichster Weise nachgelassen; für Innensiedlung bietet es nur noch beschränkte Möglichkeiten. Sollte wirklich unsere gewerbliche Tätigkeit sich weiter heben, unsere städtische Bevölkerung sich weiter mehren, so würde das im Kriegsfalle nur ein Moment der Schwäche sein. Wir würden nicht zum zweiten Male mit Erfolg versuchen können, den Krieg von Anfang an in Feindesland zu tragen; wir haben es im Osten schon diesmal nicht gekonnt. Leicht könnte unser industrieller Westen von vornherein sedes belli werden, wie sich das kriegerische 17. Jahrhundert ausdrückte, und wir wären unfähig, weiter Krieg zu führen, müßten uns auf Gnade und Ungnade ergeben. Denn wir haben nicht die Möglichkeit, wie jetzt Frankreich, im Kriege Kohle und Eisen über See zu beziehen. Das Ernährungsproblem wird für uns, wenn anders wir nicht an Bevölkerungszahl abnehmen, von Jahr zu Jahr schwieriger. Dazu der Druck der unumgänglichen Steuern, wenn »jeder seine Lasten tragen soll«! Auch das wird den Gegnern unendlich viel leichter, besonders Großbritannien und Rußland. Wir haben keine Goldproduktion und keinen sich immer steigernden Reichtum an Rohstoffen und Nahrungsmitteln. So brauchten die Gegner nur einen richtigen Augenblick abzupassen, um uns gefahrlos niederzuwerfen. Was sie dann mit uns anfangen würden, darüber haben sie uns nicht im unklaren gelassen. Nein, dieser Krieg darf unter keinen Umständen mit einem Hubertusburger Frieden enden, sondern nur mit Mehrung unserer Macht, die entweder die Gegner von einem neuen Versuche abschreckt oder uns gestattet, einem solchen mit fester Zuversicht wirksam zu begegnen.

Vielfach wird unter Hinweis auf frühere Hergänge das **Verhältnis von Friedensverhandlungen und Friedensschluß** besprochen. Es handelt sich im gegenwärtigen Kriege um Koalitionen, die einander gegenüberstehen, und ähnliche Fälle kennt die Geschichte, die ältere wie die neuere, nicht wenige. In der Regel haben sich die Verbündeten auch, wie heute die in der Entente geeinigten Mächte, verpflichtet, keinen Sonderfrieden zu schließen. Derartige Abmachungen sind aber im allgemeinen nicht allzu peinlich beobachtet worden. Jeder Schüler weiß von den drei Koalitionen, die gegen die französische Republik und dann gegen Napoleon zusammentraten. Ihre Glieder sind zumeist durch die kriegerischen Ereignisse abgesprengt worden, die Friedensschlüsse einzeln erfolgt. Allerdings haben auch nicht alle so klare Zusagen gegeben, wie sie jetzt vorzuliegen scheinen. Aber da spricht doch die Not mit oder auch rücksichtsloses Verfolgen des eigenen Vorteils. In dieser Weise haben sich die Vereinigten Staaten in die große Politik eingeführt, indem sie nach dem Unabhängigkeitskriege allein mit England abschlossen, obgleich dem verbündeten Frankreich ein gemeinsamer Friedensschluß versprochen worden war. Einer der abschließenden Bevollmächtigten war Benjamin Franklin selbst! Wie England Friedrich den Großen im Stiche ließ, ist bekannt; Treu und Glauben liegen in der Hand seiner Ministerien und wechseln mit ihnen. Der Siebenjährige Krieg ist überhaupt nicht durch **einen** Frieden zum Abschluß gekommen, ebensowenig wie der Spanische Erbfolgekrieg, in dem sich ja auch Koalitionen gegenüberstanden. Anders allerdings wieder der Krimkrieg! Für die Fragen der Gegenwart hat ein näheres Eingehen auf diese und ähnliche Hergänge kaum irgendein Interesse; Analogien, die sich etwa feststellen ließen, sind bedeutungslos, kaum mehr als Spielerei.

Die Verhandlungen, die zu Friedensschlüssen geführt haben, sind der Natur der Sache nach durchweg bei währendem Kriege begonnen worden. Besonders bekannt und an sich ja auch bezeichnend genug sind die siebenjährigen Verhandlungen, deren Schauplatz Münster und Osnabrück vor dem Westfälischen Frieden waren. Daß während solcher Verhandlungen die Feindseligkeiten ihren Gang gehen, ist durchaus die Regel, liegt in der Natur der Sache. Nur wenn **beide** Teile in einem Waffenstillstand ihren Vorteil zu finden glauben, ist es anders, allenfalls auch, was übrigens so ziemlich auf dasselbe hinausläuft, wenn der eine Teil im sicheren Besitz kriegerischer Überlegenheit zu sein glaubt, wie es 1864 während der Londoner Konferenzen mit den beiden deutschen Mächten gegenüber Dänemark der Fall war. Daß Einleitung und Führung von Verhandlungen, ja selbst die Absicht oder der Wunsch, solche zu beginnen, auf die Kriegführung Einfluß gewinnen können, versteht sich aber von selbst und kann, je nachdem, in hohem Grade verderblich oder auch förderlich sein. Trübste Erfahrungen ersterer Art wurden deutscherseits im Schleswig-Holsteinischen Kriege 1848—50 gemacht, während Dänemark den Vorteil genoß. Daß das Richtige geschehe, ist am sichersten verbürgt, wenn politische und militärische Führung in einer Hand liegen; darin lag für Napoleon, Friedrich den Großen, Gustav Adolf ein schwerwiegender Vorteil. Sonst werden Reibungen kaum je völlig ausbleiben, da Clausewitz recht hat, wenn er den Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln nennt. Ob in diesem gewaltigsten aller Völkerkämpfe bei den Gegnern, bei uns und unseren Bundesgenossen jederzeit das Richtige geschah, wird erst die Zukunft endgültig festzustellen versuchen. Seit dem 1. Febr. 1917 rechnet das deutsche Volk darauf, daß die Waffe, die nunmehr zu voller Wirksamkeit eingesetzt wurde, allein und ausschließlich nach militärischen Gesichtspunkten Verwendung finde, ihr Gebrauch nicht mehr durch politische Erwägungen gehemmt werde, vor allem nicht durch amerikanische Versuche, auf die Gestaltung des Friedens Einfluß zu gewinnen.

II. Kriegsgeographie und Kriegsgeschichte

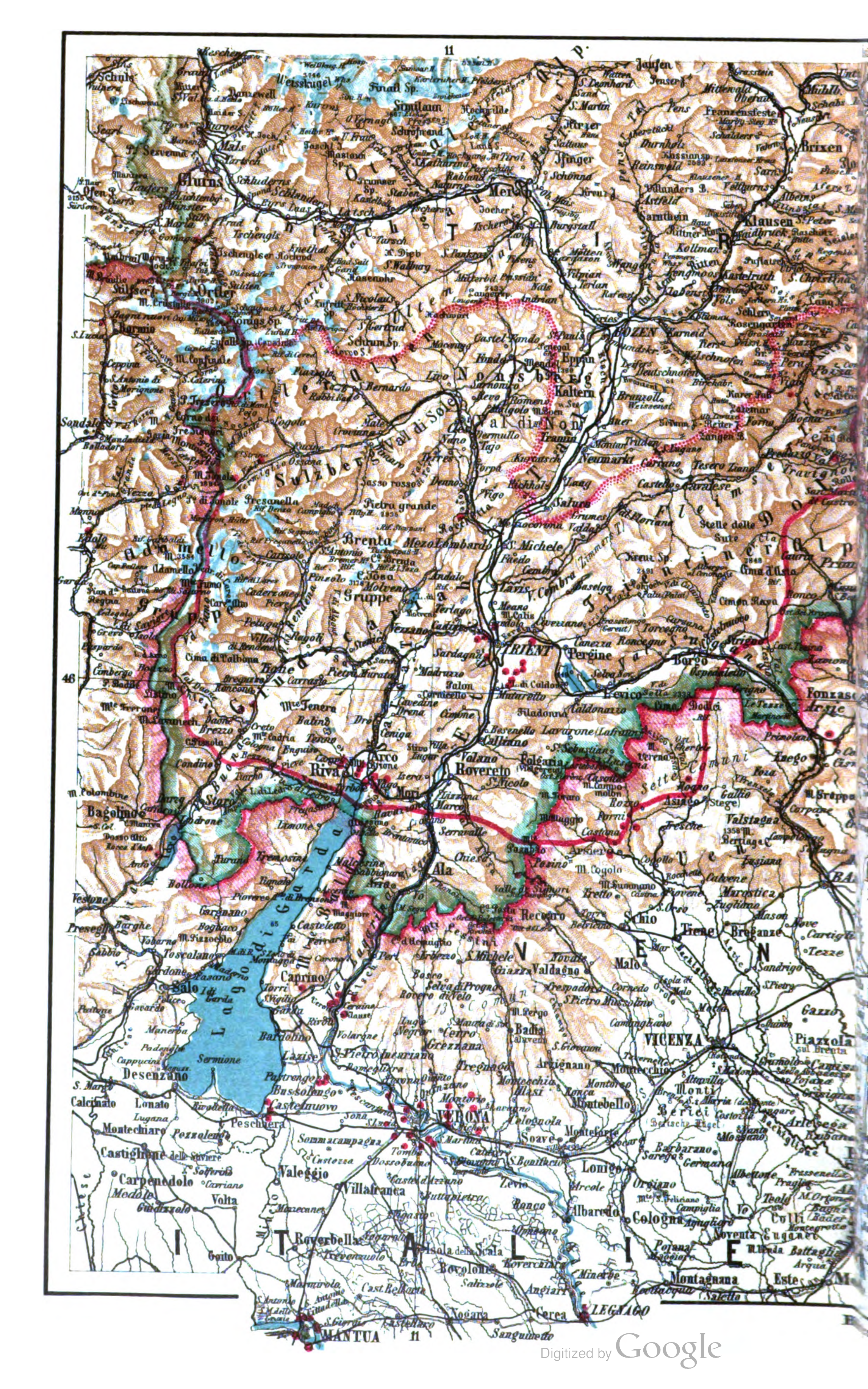
Der österreichisch-italienische Landkriegsschauplatz[1]

von Professor Dr. **Fritz Machatschek** in Prag

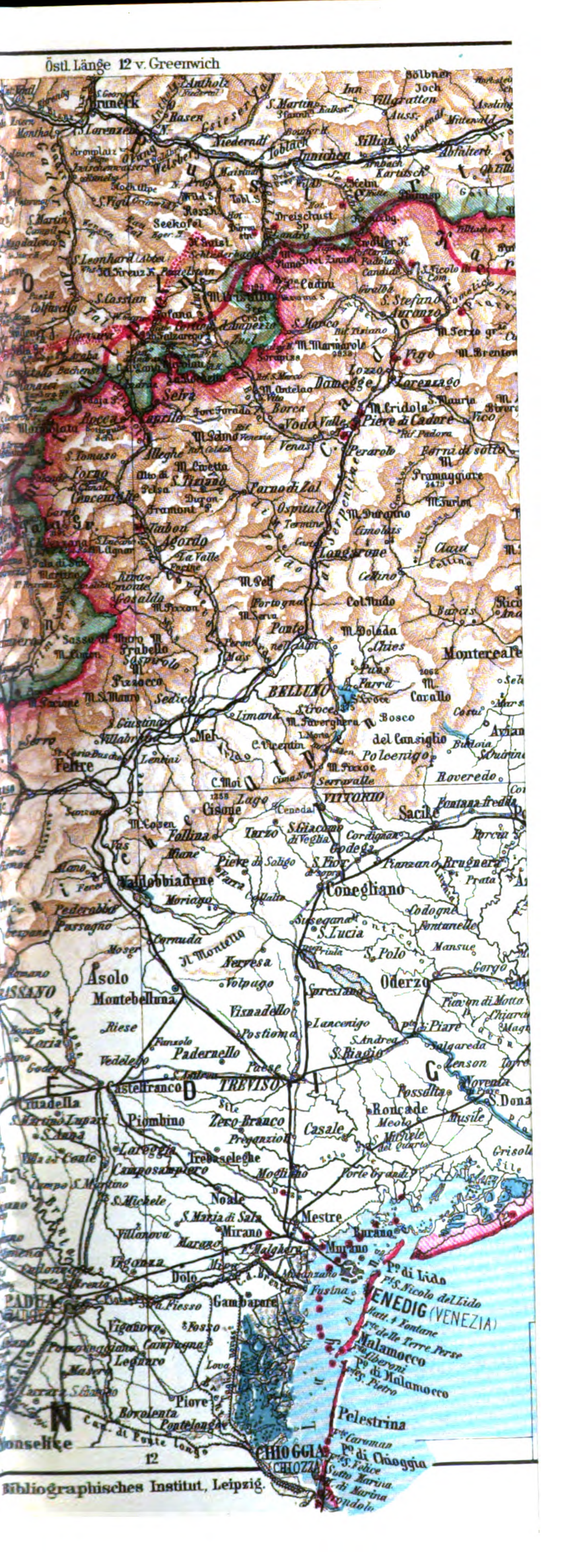
Im Frühjahr 1915 glaubte Italien den Augenblick gekommen, an seinen ehemaligen Bundesgenossen mit der Forderung auf Abtretung bedeutender Gebiete bis an seine »natürlichen Grenzen«, worunter nicht weniger als die gesamte Südabdachung der österreichischen Alpen und die wichtigsten Küstenlandschaften an der Adria gemeint waren, heranzutreten (vgl. Bd. I, S. 65 ff.). Da die von der Österreichisch-Ungarischen Monarchie angebotenen Zugeständnisse von italienischer Seite mit der Kriegserklärung beantwortet wurden, sah sich die Monarchie dem neuen Feinde gegenüber zunächst gezwungen, sich auf die reine Verteidigung längs einer zwar schmalen, aber durch rund 660 km sich erstreckenden Zone in den südlichen Ostalpen und den anschließenden Karstgebieten zu beschränken. Es handelt sich also um einen Gebirgskrieg, für dessen Natur die Auflösung in eine große Zahl voneinander fast unabhängiger Teilaktionen charakteristisch ist, und in dem sowohl die großen Züge der Oberflächengestaltung und die dadurch bedingten Hauptkommunikationslinien als auch alle Einzelheiten der physischen Ausstattung des Landes von maßgebendstem Einfluß für alle strategischen und taktischen Maßnahmen werden.

Ungefähr im Meridian von Verona treten die bisher eng aneinandergepreßten Alpenketten lockerer auseinander und schaffen Raum für große Längstalfluchten, die eine ausgezeichnete Durchgängigkeit des Gebirges in der Längsrichtung bedingen. Aus der nördlichen Längstalfurche, der Inn, Salzach, Enns und Mur folgen, führen nur wenige bequeme Straßenpässe über die zentrale Zone des Gebirges in die südliche Längsfurche des oberen Etsch-, Eisack-, Rienz- und Drautales. Diese sammelt so die von Norden kommenden Verkehrslinien und leitet sie weiter nach dem Südrande der Alpen und ihrem Rücklande, der oberitalienischen Tiefebene. Südlich von dieser Linie strahlen die bisher vorwiegend östlich gerichteten Ketten auseinander; eine Kettenschar zieht in den Karawanken und Steiner Alpen nach OSO., eine andere schwenkt in den Julischen Alpen nach SO. und wird jenseits der Idria in den Höhen des Karstes fortgesetzt; zwischen beiden Zonen kommt das Längstal der Save zur Entwicklung. Hochgelegene Pässe führen zwischen den Stöcken der Südtiroler und über die Ketten der Karnischen und Julischen Alpen nach Süden, und endlich stürzen die Südalpen an einem unter einspringenden Winkeln verlaufenden Bruchrand gegen die Tiefebene ab und verleihen dadurch den südlichen österreichischen Alpenländern den Charakter einer natürlichen Festung mit der steilen Front nach Süden. Wohl ist dabei ein gewisser Unterschied zwischen Tirol und den östlich anschließenden sogenannten innerösterreichischen Ländern wahrzunehmen: Indem jenes an die neutrale Schweiz angrenzt, ist seine Westfront von allen militärischen Bewegungen ausgeschaltet; der in der Gegend des unteren Etschtales am weitesten nach Süden vorspringende bastionartige Gebirgsrand und die radiale Anordnung des Talnetzes schaffen in Südtirol für die Landesverteidigung wesentlich andere Verhältnisse, als sie weiter im Osten bestehen, wo geschlossene Parallelketten bogenförmig die nach Norden vordringende Ebene abschließen. Gemeinsam aber ist dem ganzen Kriegsschauplatz das Folgende: Während sich der Vormarsch der Heere von österreichischer Seite an die Frontlinie durch ein an Entwicklungsräumen und Bewegungslinien, Unterkunftsmöglichkeiten und Hilfsquellen armes Hochgebirgsland vollziehen muß, das weder zum Schauplatz der Tätigkeit größerer Heere, noch zum Ausgangspunkt der Offensive gut geeignet ist, steht der gegnerischen Seite die dicht besiedelte, reich kultivierte und von Verbindungslinien engmaschig durchzogene Tiefebene als Aufmarschraum zur Verfügung. Anderseits fällt dem Gegner die schwierige Aufgabe zu, gegen eine durch eine Kette von Stützpunkten vorzüglich geschützte Gebirgsmauer anzustürmen, die auch gegen einen numerisch überlegenen Feind mit Erfolg verteidigt werden kann und, wie Beispiele aus der Geschichte lehren, auch verteidigt worden ist. Dabei fällt freilich schwer ins Gewicht, daß die politische Grenze keineswegs der natürlichen Scheide zwischen diesen beiden, in unmittelbare Nachbarschaft gebrachten gegensätzlichen Gebieten folgt. Nur in einem kleinen Stück, am rechten Ufer des unteren Isonzos, reicht das österreichische Gebiet in die Ebene hinein. Im übrigen greift das Königreich Italien mehrfach tief ins Gebirgsinnere hinein und konnte sich den Besitz wichtiger Zugangslinien zu diesem sichern. Der heutige Grenzverlauf ist eben vorwiegend das Ergebnis künstlicher Festlegungen, und wenn auch in früheren Zeiten öfters von österreichischer Seite versucht wurde, seinen Besitz bis an die natürlichen Grenzen zu erweitern, so blieb als Ergebnis der Kriege von 1859 und 1866 der strategische Vorteil doch zumeist auf Seite des südlichen Vertragsteiles. Daher ist namentlich Südtirol mehrfach hinter seinen natürlichen Grenzen zurückgeblieben, nicht aber hat Italien

[1] Vgl. hierzu die Karte »Italienisch-österreichische Grenzgebiete« und die Karte bei S. 204.



11
Reschen
Weisskugel
Similaun
Glurns
Mals
Meran
Ortler
Bormio
Sondalo
Bozen
Brixen
Klausen
Kaltern
Neumarkt
Salurn
Val di Non
Val di Sole
Brenta
Gruppe
Adamello
Trient
Pergine
Levico
Borgo
46
Tione
Storo
Bagolino
Riva
Arco
Mori
Rovereto
Ala
Schio
Thiene
Recoaro
Valdagno
Lago di Garda
Salò
Sermione
Desenzano
Peschiera
Verona
Vicenza
Montebello
Soave
Lonigo
Valeggio
Villafranca
Cologna
Montagnana
Este
Legnago
Mantua
I T A L I E N
11



Bibliographisches Institut, Leipzig.

seine natürlichen Grenzen noch nicht erreicht. Damit und mit dem Charakter des von österreichischer Seite zunächst notwendig defensiv geführten Krieges hängt es zusammen, daß die politische Grenze nicht mit der strategischen Verteidigungslinie sich deckt, sondern daß der Verteidiger sich von vornherein gezwungen sah, Teile seines Gebiets dem Gegner kampflos zu überlassen, um ihn erst an weiter rückwärts gelegenen Stellungen und gestützt auf die in langen Jahren vorbereiteten Befestigungswerke zu erwarten.

I. Geographische Übersicht.

Die den österreichisch-italienischen Kriegsschauplatz bildenden Gebirgsländer zeichnen sich durch sehr komplizierte Zusammensetzung und außerordentliche Mannigfaltigkeit ihrer Oberflächenformen aus. Kalke und Dolomite mit den für diese Gesteine charakteristischen Formen, der Auflösung in scharfe Zinnen und Türme, der Neigung zur Wandbildung und dem mauerartigen Abfall der obersten Gehängepartien, wechseln mit weichen Schiefer- und mergeligen Gesteinen, die sanfte und eintönig wirkende Formen erzeugen. Vielfach wurden die Kalke und Schiefer von Tiefengesteinen granitischer Art durchbrochen, oder es haben sich große Massen von Ergußsteinen über sie gebreitet. Der dadurch bedingte rasche Wechsel der Formen ist für die Anlage von Verbindungen und Befestigungsanlagen mitunter von einschneidender Bedeutung. Unter den Vorgängen, die die heutigen Umrisse des Gebirges in seinen großen Zügen geschaffen haben, gewinnen neben der Faltung erhöhte Bedeutung die Bruchlinien, an denen nicht nur einzelne Schollen gegeneinander verschoben, sondern auch Krustenpartien eingebrochen sind, so daß rings umschlossene Beckenlandschaften entstanden. Auch der Steilabfall des Gebirges gegen die Po-Ebene ist auf derartige zickzackförmige Brüche zurückzuführen. Von den Einzelformen sind namentlich die zahlreichen Talstufen und Talengen, die mit Becken wechseln, und die zumeist von Norden her sanfter ansteigenden Pässe bisweilen von einschneidender Wichtigkeit für militärische Operationen.

Auf dem bloßgelegten Kalkboden arbeitet die chemische Verwitterung durch Lösung des Gesteins und schafft die sogenannten **Karstformen**, die mit der karrig zerfressenen Gesteinsoberschicht, der Wasserarmut an der Oberfläche, den zahllosen trichterförmigen Vertiefungen oder Dolinen, verschwindenden Flüssen und starken Quellen für die Küstenländer der Adria, aber auch für manche Teile der Kalkalpen so charakteristisch sind.

Durch Querlinien, die das Gebirge senkrecht zu seinem Streichen durchsetzen, läßt sich dieses in mehrere große Hauptabschnitte gliedern. Der erste liegt westlich vom breiten Etschtale, das die wichtigste Zugangs- und Vormarschlinie nach Südtirol von Süden her darstellt, obwohl es durch die leicht zu verteidigende, aber längst wegsam gemachte Veroneser Klause unterhalb Ala gegen die Ebene abgesperrt ist. Im Quellgebiet seiner obersten rechten Seitentäler erhebt sich als der nördlichste Eckpfeiler dieses Abschnittes zwischen den Paßlinien des Stilfser Joches und des Tonalepasses die **Ortlergruppe**, die mit ihren gewaltigen Höhen (Ortler 3900 m), ihrer starken Vergletscherung und ihrem südlichen Steilabsturz gegen das obere Adda- und Ogliogebiet eine außerordentlich wirksame Schranke gegen Süden darstellt. Allseits von Landschaftsformen mit südlichem Gepräge umgeben ist die Granitmasse der **Adamello-** und **Presanellagruppe**, die südlich von der das Oglio- und Nocegebiet verbindenden Tonalelinie zu 3560 m Höhe ansteigt und durch ihren Mangel an tieferen Scharten eine ähnlich scheidende Wirkung wie die Ortlergruppe zwischen der Val Camonica im Westen und der Val Rendena im Osten ausübt. Weiter gegen Süden sinken die Höhen unter 3000 m herab als schwer zugängliche Gratgebirge, die sich noch weiter südlich zu breiten, stark zerschnittenen Plateauflächen in den **Brescianer** Alpen erniedrigen und endlich mit Höhen von kaum 1000 m gegen die Ebene abbrechen.

Östlich von diesen Alpengruppen durchsetzt eine Linie von außerordentlicher Bedeutung das Gebirge in nordnordöstlicher Richtung. Es ist die sogenannte **Judikarienlinie**, an der die alten Schiefer des Adamellogebietes an die Kalke des sogenannten **Etschbuchtgebirges** grenzen. Dieser Linie folgt vom Idrosee aufwärts das breite Tal der Chiese, aus dem ein Talsattel in bloß 820 m Höhe zum Arno und in das obere Sarcatal (Val Rendena) führt. Von diesem leitet in gleicher Richtung ein bequemer Paß in ein rechtes Seitental des Nocetales oder Val di Non (Nonsberg, Sulzberg), aus dem eine leichte Verbindung nach dem Ultental besteht, das bei Meran in das obere Etschtal oder den Vintschgau mündet; von hier endlich führt die Jaufenstraße durch das Passeiertal an die Brennerlinie nach Sterzing. Daher bildet **Meran** einen wichtigen Knotenpunkt im Innern des Gebirges. Doch ist die Eisenbahn im Vintschgau bisher nicht über Mals hinausgeführt worden, so daß die wichtige Verbindung über das Reschenscheideck nach der Arlbergbahn und Südwestdeutschland leider noch immer des Schienenwegs entbehrt.

Unweit von **Bozen** vereinigt sich das Etschtal mit der erst spät wegsam gewordenen unteren Eisackschlucht, durch die Brennerstraße und -bahn nach Süden führen; moderne Kunststraßen in die Gebirge im Westen und Osten haben in Bozen ihren Ausgangspunkt. So ist dieses von alters her der eigentliche Schlüsselpunkt für Südtirol gewesen und durch seine Lage nahe der Sprachgrenze dem deutschen Bewußtsein besonders teuer. Über die Kalkwände der **Mendelgruppe** führt die strategisch hochbedeutsame Mendelstraße (1354 m) in das untere Nonsberg, das in nordsüdlicher Richtung abermals eine wichtige Querfurche parallel zur Judikarienlinie und zum Etschtal darstellt; von jener scheidet es die in zwei Züge geteilte wilde Kalkgruppe der **Brenta** (3197 m). Indem das Sarcatal sich nach Osten wendet und bald unterhalb der Einmündung der Molveno-Seefurche nach Süden zum Gardasee zurückbiegt, breite Talungen einerseits über Terlago, anderseits vom Nordende des Gardasees zum Etschtal führen, entsteht ein wahres Gitterwerk von Längs- und Quertälern, so daß das ganze Etschbuchtgebirge eine außerordentlich große Durchgängigkeit besitzt. Zugleich münden von Osten und Südosten her in das Etschtal nahe beieinander das Avisiotal, die breite, hoch über dem Etschtal abbrechende Furche des Suganatals und die beiden Lenotäler. So entstehen im Etschtal zwei wichtige Talknotenpunkte, **Trient** und **Rofreit**. Ersteres entwickelte sich aus einem deutschen Bischofssitz in letzter Zeit zum Mittelpunkt des welschen Südtirols, des **Trentino**, und damit zum Mittelpunkt der irredentistischen Bestrebungen; seine geographische Lage aber macht es auch zum Zentrum des österreichischen Verteidigungsnetzes von Südtirol, um so mehr, als

dessen wichtigste Täler, die Gardasee-Furche, das Etschtal und das Suganatal, nach Süden geschlossen sind. Eine Verengung des Etschtales trennt den Bereich von Trient von dem weiten Talkessel um Mori und Rofreit (Rovereto), wo nahe der Einmündung der von der Eisenbahn Mori-Riva durchzogenen Loppiofurche und der Lenotäler abermals ein wichtiger Stützpunkt der inneren Verteidigungswerke gelegen ist. Unterhalb davon begleitet das Etschtal der lange Rücken des Monte Baldo, der es vom Gardasee trennt. Er nimmt nach Süden rasch an Höhe ab, ebenso wie das Gebirgsstück zwischen Garda-, Idrosee und der die beiden verbindenden Val di Ledro, so daß sich südlich von derselben nur mehr ein Bergland bis 1900 m Höhe erhebt, von dem steile, enge Täler zum Gardasee hinabführen.

Östlich von der Etsch-Eisack-Linie und nördlich vom Suganatal erheben sich die Südtiroler Dolomiten. An Stelle des bisherigen Kettencharakters tritt die Auflösung des Gebirges in einzelne Kalk- und Dolomitstöcke; enge, tief eingeschnittene Täler führen durch das Bozener Porphyrplateau aufwärts zu weiten Almflächen, über die dann die isolierten Stöcke sich erheben, allseits von Tälern und bequem gangbaren Paßlinien umgeben, so daß eine große Durchgängigkeit des ganzen Gebirgsabschnittes nach allen Richtungen zustande kommt. Durch die nordsüdlich verlaufende Tiefenlinie des Gader-Abtei- und des Cordevoletales zerfällt er in zwei landschaftlich verschiedene Teile. Im westlichen tritt der stockförmige Charakter besonders deutlich hervor in den Kalk- und Dolomitgruppen des Latemars, des Rosengartens und Schlerns, der Sella und des Langkofels, der Geislerspitzen, der vergletscherten Marmolata (3360 m) und der Palagruppe (3190 m) und ganz im Süden im Granitstock der Cima d'Asta. Östlich von der genannten Linie bilden die Kalke ein etwa 3000 m hohes Tafelgebirge im Quellgebiet der Boite, Piave und Rienz, das aber durch tiefe Täler gleichfalls in einzelne Stöcke, M. Cristallo, Antelao, Civetta, Pelmo, Sorapis, Tofana, Drei Zinnen u. a., zergliedert ist. Es fehlt also dem ganzen Gebiet eine gegen Süden scharf scheidende Kette; zwar führen mehrere leichte Übergänge nach Süden, doch liegen die schluchtartigen Verengungen vieler Täler, wie der Brenta, dem die Eisenbahn Trient–Treviso folgt, und des Cismone bereits in Italien. Die Nordbegrenzung des ganzen Abschnittes bildet die Eisack-Rienz-Drau-Furche. Aus dem Talkessel von Brixen führt die Talenge der Sachsenklemme über Franzensfeste längs der Brennerlinie in das Becken von Sterzing. Auch das Pustertal wird erst weiter aufwärts breiter, und endlich vollzieht sich auf dem Toblacher Feld in 1200 m Höhe der unmerkliche Übergang in das Draugebiet, so daß die Bezeichnung Pustertal über die Wasserscheide hinübergreift. Auf dieser liegt Toblach, wohin alle die Straßen aus den Dolomiten zusammenlaufen. Daher hat es als Zentrum der militärischen Verteidigung für Südost-Tirol und das angrenzende Kärnten ähnliche Bedeutung wie Trient für den Südwesten.

Das Hochland der Dolomiten bricht gegen Süden an der breiten, aber gegen Osten schluchtartig verengten Suganatalfurche, dem oberen Brentatal, jäh ab. Nach Osten setzt sich diese Linie nach dem Becken von Belluno fort, das die Piave der Länge nach durchströmt, von der eine flache Wasserscheide in das Gebiet des Cismone, eines Brentazuflusses, hinüberführt. Daher sind die Hauptorte dieses Beckens, Primolano, Feltre, Belluno und weiter aufwärts Pieve di Cadore, als Ausgangspunkte des italienischen Straßennetzes in das Gebirge und Stützpunkte der militärischen Aktionen von ähnlicher Bedeutung wie die der Pustertallinie für die Nordseite. Südlich vom Suganatal und dem Piavetal erhebt sich das Gebirgsland nur selten über 2000 m. Zwischen Etsch und Astico bilden die Lessinischen Alpen ein von steilrandigen, tiefen Schluchten stark aufgelöstes Plateau, das steil und unmittelbar etwa 2000 m hoch gegen Norden zum Suganatal abbricht und mit einer niedrigen Steilstufe gegen den nach Osten immer mehr nordwärts vordringenden Gebirgsrand abfällt. Ihre Fortsetzung, die Vicentinischen Alpen, bilden zwischen dem Durchbruchstal der Piave und der Querfurche des Lago di Santa Croce nur mehr einen 15 km breiten, verkarsteten Rücken.

Durch diesen Verlauf des Gebirgsfußes verlieren die Südalpen gegen Osten immer mehr an Breite und sind zwischen dem Kreuzbergsattel (1630 m), der das Pustertal durch das Sextental mit der Piave verbindet, und der Eisenbahn- und Paßlinie Villach–Pontafel–Fellatal in den Karnischen Alpen nur mehr auf eine einzige Hauptkette mit südlich vorgelagerten niedrigeren Parallelketten beschränkt. Mit Höhen von selten über 2500 m, die nicht überall Hochgebirgscharakter besitzen, bildet die karnische Hauptkette, der auch die Grenze folgt, durch ihren rein westöstlichen Verlauf auf 100 km Erstreckung und ihre geringe Gangbarkeit eine vorzügliche Scheide weniger in natürlicher als in strategischer Beziehung; daher sind durch ihre südlichen Vorlagen in den Quelltälern der Piave, des Tagliamento und der Fella von italienischer Seite mehrere Straßenzüge bis an den Südabfall der Hauptkette herangeführt.

Die scharfe Begrenzung der karnischen Hauptkette gegen Norden bildet das vollkommen geradlinig ostsüdöstlich streichende Gailtal, von dem sich nördlich bis zur Drau die gut gangbaren Gailtaler Alpen erheben. Die Fortsetzung beider Zonen bildet jenseits der tiefen Querfurche der Gailitz die schroffe Kalkkette der Karawanken. Der steile Nordabsturz ist gegen das seenreiche Klagenfurter Becken gerichtet, zu dem sich das Drautal unterhalb von Villach weitet. Als ungefähr rechteckiger Raum stellt diese größte aller ostalpinen Beckenlandschaften den wichtigsten Aufmarsch- und Vorbereitungsraum aller aus Innerösterreich gegen Italien gerichteten Operationen dar. Von Norden her münden die Tauernbahn im Westen, die aus dem Murtal über den Neumarkter Sattel geführte Rudolfsbahn im Osten ein und werden einerseits durch das Gailitz- und Fellatal gegen Udine, anderseits unter dem Hauptkamm der Karawanken als Karawanken- und Wocheiner Bahn in das Savegebiet weitergeleitet. So entstehen hier, in der Längsachse des Beckens untereinander durch die Pustertallinie verbunden, zwei Verkehrsknotenpunkte von größter Bedeutung, Villach am Westende, Klagenfurt ungefähr in der Mitte des Beckens gelegen. Die westliche Linie entsendet überdies von Tarvis einen Zweig über den Weißenfelser Sattel nach Laibach und von Tarvis führt auch die von alters her berühmte Paßstraße über den Predil (1160 m) nach Süden, so daß Tarvis neben Villach einen wichtigen Stützpunkt der österreichischen Verteidigungslinie bedeutet.

Das fächerförmige Auseinanderstrahlen der südalpinen Ketten beginnt östlich von der Querlinie Villach–Pontafel. Zwischen Karawanken und Steiner

Fortsetzung s. links oben

Tolmein
Sellasotto
Kal
Canale
Auzza
Ajba
Bainsizza hl. Geist
Descla
Plava
Anhovo
Lom
Lokovec
Bate
Trnovo
Cormons
Görz
Salcano
Monte Santo
M. Sabotino
M. S. Gabriele
Podgora
Lucinico
Mossa
Gradisca
Sagrado
Farra
Vertojba
Merna
Rubbia
Plateau von Doberdo
Doberdo
Kostanjevica
Opacchiasella
Ronchi
Monfalcone
Hermada
Duino
Sistiana
Bucht von Panzano
Isonzo
Komen
Karst

Von den Österreichern kampflos geräumt Ende Mai 15

Gewinn d. Ital. bis Aug. 1916

9. Aug. 16 geräumt

Mai 17 geräumt

Gewinn der Bainsizza 11. Isonzoschl. Aug. 17

Gewinn d. 10. Isonzoschl. Mai 17

UNTERES ISONZOGEBIET.

Maßstab 1 : 200 000

0 1 2 3 4 5 km

n. Triest 15 km

n. Divaca

Alpen einerseits, die Julischen Alpen anderseits schiebt sich das obere Savegebiet ein, das sich nach Vereinigung der beiden Quelltäler zu dem offenen Laibacher Becken erweitert. Die Durchkreuzung der über den Karst ans Meer führenden Südbahnlinie Wien—Triest mit der erwähnten Longitudinallinie über Aßling nach Tarvis schafft in Laibach ein neuerliches wichtiges Zentrum der Verkehrswege und Vormarschlinien gegen Süden.

Das letzte Glied der Südalpen bilden zwischen der Fella, der oberen Save, der Idria und Zayer die Julischen Alpen, in denen sich nochmals der Charakter des Kalkhochgebirges zu großartiger Wildheit entfaltet. Das tiefe Tal des oberen Isonzos zerlegt sie in zwei Teile. Im westlichen erreichen nur die Gruppen des Mangart (2674 m) und des Monte Canin (2350 m) Hochgebirgscharakter; an sie schließt sich gegen Süden bald niedrigeres Mittelgebirge an, das rasch zum Gebirgsrand abfällt. Der östliche Teil gipfelt im gewaltigen Triglav mit 2856 m. Nur von wenigen Straßen, darunter der Predilstraße, durchzogen, bedeuten die Julischen Alpen eine außerordentlich wirksame Schranke Innerösterreichs gegen die venezianische Tiefebene, wenn auch ihr Hauptkamm weder je politische noch Völkergrenze gewesen ist. Die Querfurche der Idria und Zayer bildet auch die Grenze zwischen Alpen und Karst. Die Tiefenlinie des Wippach- und Rekatales zerlegt diesen in zwei Zonen. Die östliche, auch als Binnenkarst bezeichnet, zerfällt in die allseits steil abfallenden, meist dicht bewaldeten Plateaus des Ternowaner und Birnbaumer Waldes (etwa 1500 m) und des Krainer Schneebergs (1700 m). Weit öder noch und fast völlig waldlos ist der westlich vorgelagerte Küstenkarst, der zwischen dem unteren Isonzo und Triest eine 400—600 m hohe, von unzähligen Dolinen zerfressene, wasserlose Kalktafel darstellt, die steil zur Küste abbricht. Sie wird durchzogen von der Eisenbahnlinie Görz—Triest, die als zweite Verbindung Triests mit seinem Hinterland unter der Hauptkette der Julischen Alpen und durch das mittlere Isonzo- oder Canaltal bis Görz geführt ist und hier an die ältere Linie der Südbahn anschließt, die von Triest längs der Küste und über Cormons einen der wenigen Einbruchswege nach Oberitalien darstellt. Daher bildet Görz[1], am Rande des Karstplateaus gelegen und überdies Ausgangspunkt mehrerer Straßen in dieses hinein, einen wichtigen Schlüsselpunkt.

Südlich vom Alpen- und Karstbogen breitet sich die Po-Ebene aus, ein im inneren Teil durch keinerlei Höhen unterbrochenes, unmerklich gegen die Gebirgsränder ansteigendes Tiefland, dem nur am Südausgang der großen Alpentäler niedere Hügelgruppen, vielfach aus alten Endmoränen oder Schotterterrassen hervorgegangen, vorgelagert sind. Östlich von der Etsch, wo die als Klärungsbecken dienenden Randseen fehlen, tragen die aus den Alpen kommenden Flüsse mehr oder weniger den Charakter von Torrenten, die bei den plötzlich eintretenden Hochwässern der Frühjahrs- und Herbstmonate bedenkliche Operationshindernisse darstellen, während bei Niederwasser die oft kilometerbreiten Schotterbetten bis auf einen dünnen Wasserfaden trocken liegen. Die minimalen Höhenunterschiede haben der Anlage von Kommunikationen nirgends Schwierigkeiten bereitet, so daß die Ebene von einem engmaschigen Eisenbahn-, Kanal- und Straßennetz durchzogen ist. Anderseits aber erschweren die eigentümliche Art der Bodenkultur, sowohl die von Bewässerungskanälen durchzogenen Reiskulturen als die in Lauben gezogenen Weingärten, die durch Rebengirlanden verbundenen Obst- und Maulbeerbaumreihen, die der Ebene den Charakter eines lichten Waldes verleihen, endlich die zahlreichen Hecken und Einfriedigungen die Bewegung selbst der Fußtruppen außerhalb der größeren Wege und heben die Übersicht im Terrain fast völlig auf, so daß allen taktischen Operationen bedeutende Schwierigkeiten gegenüberstehen.

In der Übergangszone zwischen Mittel- und Südeuropa gelegen, tragen Klima und Vegetation der südalpinen und Karstländer je nach der Höhenlage noch mitteleuropäischen oder bereits mediterranen Charakter. Die Sommer sind auch noch in größeren Höhen heiß und vorwiegend trocken, die Winter kurz und mild, namentlich in den breiten, nach Süden geöffneten Tälern, wie im Etschtal, in der Umgebung des Gardasees und um Görz. Überall fällt der Hauptanteil der Niederschläge in die Übergangsjahreszeiten, namentlich in den Spätherbst, wobei die absoluten Niederschlagsmengen meist reichlich sind und mit Annäherung an die Adria zunehmen. Daraus ergibt sich in den höchsten Gebirgsgruppen, wie der Ortler- und Adamellogruppe, eine außerordentlich intensive Vergletscherung und eine lange Dauer der Schneedecke auch schon in Höhen von etwa 2000 m. Am schroffsten vollzieht sich der Übergang nach dem milden Süden in der Karstregion, wo man über die von heftigen, zur Küste hinabstürzenden Nordwinden, der namentlich im Winter gefürchteten Bora, heimgesuchten Karstplateaus unmittelbar nach der schon südliches Gepräge tragenden Küste hinabsteigt. Langsamer vollzieht sich der Übergang weiter im Westen, etwa im Etschtal. Die höheren Teile der Südalpen tragen, namentlich in den Dolomiten, noch zumeist ein reiches Nadelwaldkleid, während die die Ebene umsäumenden italienischen Voralpen wie auch die Küstenkarstlandschaften durch systematische Waldverwüstung, welche die gesteigerte Abspülung unterstützt, waldlos und Verheerungen durch Wildbäche und Murbrüche ausgesetzt sind.

In nationaler Hinsicht stellen die westlichen Südalpen ein überwiegend italienisches, die östlichen und die Karstländer ein zumeist slawisches Gebiet dar, in dem der einst italienische Charakter der Städte immer mehr verschwindet und sich kleine deutsche Minderheiten entwickeln. Die deutsch-romanische Sprachgrenze verläuft ungefähr am Hauptkamm der Ortlergruppe und quer über die Mendelgruppe, lappt im Etschtal nach Süden bis etwa nach Salurn aus und geht dann, ohne an natürliche Linien gebunden zu sein, durch das Dolomitenhochland, bis sie östlich vom Kreuzbergpaß ungefähr dem Hauptkamm der Karnischen Alpen folgt und weiter gegen Osten bis an das Drautal durch die deutsch-slawische Sprachgrenze abgelöst wird. Südlich von dieser Linie haben sich nur im Fersental (am Suganatal), in Lusern und auf italienischem Boden in einigen Orten der Sette und Tredici Communi in den Lessiner Alpen und im Tischlwang auf der Südseite der karnischen Kette noch deutsche Sprachinseln erhalten. Sowohl im obern Nonsberg als namentlich in einzelnen Dolomitentälern schaltet sich zwischen das deutsche und das italienische noch das aus der alten keltoromanischen Bevölkerung hervorgegangene ladinische Volkstum ein, das allerdings westlich von der Etsch und im Fassatal

[1] Vgl. die Karte »Unteres Isonzogebiet«.

größtenteils italienische Sprache und Gesinnung angenommen hat, in den nach dem deutschen Südtirol entwässerten Tälern der Germanisierung anheimfällt. Im Görzischen und am Ostende der karnischen Kette greift das slawische Element sogar über die Grenze nach dem italienischen Friaul über, dessen Bevölkerung im übrigen einen von der Schriftsprache stark abweichenden italienischen Dialekt spricht. Der politischen Gesinnung nach sind die österreichischen Italiener der großen Städte, welche die Zentren der irredentistischen Propaganda bedeuten, wohl zu trennen von der meist gut österreichisch fühlenden Landbevölkerung, die sich als Tirolesi in einen bewußten Gegensatz zur Stadtbevölkerung stellt und schon aus wirtschaftlichen Gründen dem Anschluß an das »Regno« abgeneigt ist.

Der nationale Gegensatz kommt auch mehrfach im **wirtschaftlichen** Leben zum Ausdruck. Die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung im Gebirge ist die Landwirtschaft; aber kaum 20 Proz. des Bodens sind für Acker- und Gartenland zugänglich, wobei die sonnigen breiten Täler große Ernten der Wein-, Obst-, Öl- und Maulbeerbaumkultur hervorbringen, die zumeist von der italienischen Bevölkerung ausgehen. Der wichtigste Erwerbszweig bleibt daher die in der Form der Almwirtschaft betriebene Viehzucht, wobei die der italienischen Landesteile, was rationelle Bewirtschaftung und den Zustand der Almen betrifft, weit hinter den deutschen Gebieten zurückbleibt. Während ferner in diesen das in unregelmäßigen Haufen angeordnete Dorf vorherrscht, tragen die italienischen Siedlungen auch im Gebirge städtischen Charakter mit steinernen, mehrstöckigen Häusern, die sich vorzüglich zu Verteidigungszwecken eignen. Mit der vorherrschenden Armut des Bodens und der Bevölkerung steht zu beiden Seiten der Grenze das dichte Kommunikationsnetz in einem gewissen Gegensatz, dessen Ausbau aber zumeist nicht wirtschaftlichen, sondern strategischen Beweggründen zu danken ist. Daher sind auch die von den Eisenbahnlinien weit entfernten Orte im Gebirge durch vorzügliche Straßen verbunden, die aber zumeist nahe der Grenze abbrechen, so daß diese nur auf verhältnismäßig wenigen guten Verkehrswegen überschritten werden kann.

II. Politischer und strategischer Grenzverlauf[1].

Im äußersten Westen von Südtirol verläuft die politische Grenze in der Ortlergruppe auf einer Strecke von über 50 km durchwegs in der Firnregion in Höhen von über 3000 m und ist hier nur auf beschwerlichen und vergletscherten Scharten überschreitbar, die für größere Truppenbewegungen nicht in Betracht kommen und nur das Ziel von österreichischen, mit außerordentlicher Kühnheit bis auf die Südabdachung durchgeführten Patrouillenunternehmungen gewesen sind. Um so größere Bedeutung haben die Tiefenlinien an den Grenzen dieser Gruppe. Ihr Westende umgeht die Stilfser Jochstraße, die an Gomagoi vorbei aus dem Trafoier Tal zur Paßhöhe (2758 m) an der Grenze Österreichs, Italiens und der Schweiz emporsteigt, um sich sodann, am Wormser Joch vorbei, in die Valle di Braulio herabzusenken. Vor bald 100 Jahren zu rein strategischen Zwecken erbaut, besitzt die Straße auch heute wieder als einziger Zugang in den oberen Vintschgau hervorragende militärische Bedeutung, und ist die Paßhöhe mehrmals der Schauplatz von heftigen Zusammenstößen geworden, die aber mit der endgültigen Vertreibung der Italiener vom Joche endeten.

Noch größere Bedeutung kommt der gleichfalls von der Grenze überquerten Tonalefurche (1884 m) zu, die den Hauptzugang in das dichtbevölkerte Sulzberg von Südwesten her darstellt. Wieder hat hier der von Süden her angreifende Teil den schwierigeren Anstieg zu überwinden, und bietet die Natur dem Verteidiger der Nordseite die bessere Position. So ist die von italienischer Seite mehrfach mit größeren Kräften versuchte Forcierung der Paßhöhe schon an den österreichischen Stellungen auf dieser zusammengebrochen, und das gleiche Ergebnis hatten die Kämpfe auf der zur Tonalelinie parallelen, von einem Karrenweg benutzten Forcellina di Montozzo (2617 m) zwischen Val Tozzo und Val di Monte.

Auch in der Presanella- und Adamellogruppe verläuft die Reichsgrenze durch die Gletscherregion, die aber auch hier öfters von kämpfenden Truppen betreten wurde. Ferner folgt die Grenze bis zum Monte Listino (2778 m) einem zwar unvergletscherten, aber wild zerrissenen südlichen Ausläufer des Adamellostockes zwischen der Val Camonica und der menschenleeren Val di Daone, einem rechten Seitental der oberen Chiese. Trotz der enormen Schwierigkeiten des Terrains ist auch dieses Gratstück mehrmals der Schauplatz kleiner Grenzkämpfe gewesen.

Am Monte Listino gabelt sich der das Oglio- und Chiesegebiet trennende Kamm. Dem östlichen Zweig folgt die Reichsgrenze, die in mehreren bequemen Pässen überschritten werden kann. Knapp oberhalb des Idrosees quert sie das breite Chiesetal und damit das südliche Ende der Judikarienlinie. Hier liegt somit eine der wichtigsten und ungeschütztesten Einbruchspforten nach Südtirol, in welcher der Verteidiger gegen den von Süden vordringenden, zahlenmäßig überlegenen Gegner zunächst keine natürliche Verteidigungsstellung beziehen kann. Erst bei Roncone, 20 km oberhalb der Grenze, bietet der über die flache Wasserscheide zwischen Chiese und Arno in beherrschender Lage sich erhebende Monte Gajola (1141 m) einen natürlichen Stützpunkt. Daher konnten die Italiener sofort zu Beginn des Krieges in breiter Front in die offenen Giudicari einfluten; doch ist ihr weiteres Vordringen schon bei Condino, 12 km unterhalb Roncone, an den österreichischen Vorstellungen gescheitert.

Östlich vom Idrosee springt Tirol am weitesten nach Südwesten vor; die Grenze verläuft in mehreren Krümmungen und durchaus künstlich quer durch das stark zerschnittene Mittelgebirge des Vestino zwischen Idro- und Gardasee. Obwohl in diesem verhältnismäßig leichten Terrain eine Überflutung der Grenze von Süden her leicht möglich ist, scheint es bisher zu keinen größeren Zusammenstößen gekommen zu sein.

Indem nun die Grenze nach Norden zurückbiegt, schlägt sie fast den ganzen Gardasee mit Ausnahme seines oberen Endes mit Riva und Torbole zu Italien. Gegenüber letzterem Ort fällt das anfangs breite Ledrotal mit einer 400 m hohen Steilstufe, die von der Ponalestraße in großartiger Anlage überwunden wird, zum westlichen Seeufer ab. Das Seetal aber setzt sich nach Nordnordosten im breiten Sarcatal fort, das eine ähnliche Bedeutung hat wie die Judikarienlinie. Diese Verhältnisse erklären den hohen strategischen Wert der Ponalestraße. Verstärkt wird dieser Schutz des Sarcatales durch den über das ebene

[1] Die hier kurz berührten militärischen Ereignisse beziehen sich auf die Zeit von Beginn des Krieges bis Mitte Mai 1916.

und reich kultivierte Gelände um Riva und Arco 300 m hoch sich erhebenden Monte Brione und die Stufenmündung des Loppiotales bei Nago östlich von der Sarca. Daher bildet die Umgebung von Riva einen der wichtigsten Stützpunkte in der Verteidigungslinie von Südtirol, der seiner Aufgabe bisher auch vollkommen gerecht geworden ist. Denn obwohl die Italiener ohne Schwierigkeit aus den untersten Judikarien in das obere Ledrotal eindringen konnten, ist Riva bloß durch Fliegerangriffe gelegentlich heimgesucht worden.

Vom Gardasee steigt die Grenze über den kahlen und verkarsteten Rücken des Monte Baldo zu dessen Nordgipfel, den von den Italienern gleich zu Beginn des Krieges besetzten Altissimo (2079 m), an und folgt dann vorwiegend der Firstlinie des Rückens bis zu dessen Kulmination, der Cima di Val Dritta (2218 m), um unter rechtem Winkel abbiegend das Etschtal bei Borghetto zu erreichen. Da sich nun die natürliche Sperre desselben, die Veroneser Klause, 18 km unterhalb der heutigen Grenze, seit alters her in venezianischen bzw. italienischen Händen befindet, konnte der Feind ähnlich wie in den Judikarien ungehindert nach Norden vordringen, Avio und Ala besetzen, bis ihm der strategische Grenzschutz in der Umgebung von Mori Halt gebot.

Ähnliche Verhältnisse liegen östlich von der Etsch in den zwar plateauförmigen, aber durch vorherrschend NNW.—SSO. verlaufende Talzüge stark zerschnittenen Voralpen vor, die dadurch in mehrere natürliche Abschnitte zerfallen. Über den westlichsten, die eigentlichen Lessiner Alpen, zieht die Grenze in mehrfachem Zickzack, aber doch zumeist der Wasserscheide zwischen den nach Nordwesten und den nach Südosten gerichteten Etschzuflüssen folgend, in vorwiegend östlicher Richtung, quert dann das nächste Plateaustück zwischen Val Ronchi und Vallarsa, endlich in vorwiegend nördlicher Richtung das Plateau von Pasubio zwischen den beiden Lenotälern und das Astacher Plateau zwischen Val Leno und Val Astico. In diesem ganzen Gebiet sind Tirol und Italien durch mehrere leichte Verkehrswege gegeneinander geöffnet, weithin beherrschende Höhen fehlen; da ferner das Etschtal unterhalb Mori nicht zu halten war, wurde das ganze Grenzgebiet von den Österreichern kampflos geräumt, um eine weiter nördlich gelegene Verteidigungsstellung zu beziehen. Diese befindet sich auf dem westlichen Stück des Astacher Plateaus, das gegen Norden zum breiten oberen Suganatal abfällt und über das ein ganzes System strategisch wichtiger Straßen gezogen ist. Die eine steigt aus dem Etschtal oberhalb von Rofreit in großen Windungen auf das Plateau von Vielgereut (Folgaria, 1168 m) hinauf und führt unter der Gruppe der Filadonna, mehrere Abzweigungen bis nahe an die italienische Grenze entsendend, nach Lafraun (Lavarone, 1170 m), von wo der eine Ast in das Suganatal hinabsteigt, der andere über das Plateau weiterführt, einen Ast nach Lusern entsendet und endlich jenseits der Grenze in die Val d'Assa und in das Gebiet der Sette Communi hinabgelangt. Auf diesen Hochflächen haben sich denn auch seit Beginn des Krieges die heftigsten Kämpfe an der ganzen Tiroler Front entwickelt, und zwar auf einem für den Gebirgskrieg verhältnismäßig ausgedehnten Raum, wobei es für die Verteidigung ungünstig ins Gewicht fällt, daß die italienischen Stellungen die österreichischen Werke um 100—200 m überhöhen. Eine Niederringung derselben bei Lafraun und Vielgereut wäre von der größten Bedeutung, da dadurch dem Feind der Zugang in das obere Suganatal und in das Etschtal im Rücken der Stellungen bei Mori und damit nach Trient offen stünde.

Östlich von Lusern verläuft die Grenze in nördlicher Richtung über das Plateau der Sette Communi, durch das auf italienischer Seite zahlreiche Straßen bis nahe an die Grenze herangeführt worden sind, biegt an der Cima Manderiolo nach Osten um und folgt dann dem Nordrand des Plateaus, der steil und nur durch Karrenwege passierbar zum Suganatal abfällt. Weiter östlich geht dieser Abfall verloren, die Grenze springt nach Süden vor und erreicht über Almflächen das Brentatal unterhalb von Tezze, also noch oberhalb seiner schluchtartigen Verengung und an einer für den südlichen Teil vorzüglich vorgezeichneten Stelle. Die vor einigen Jahren durch diese Enge geführte Eisenbahn ist nun zu einer wichtigen Aufmarschlinie für die italienischen Kräfte geworden, und der Besitz der Brentaklause hatte ihnen das Eindringen in das Suganatal bis über Roncegno hinaus ermöglicht, während anderseits der stark befestigte Straßenknoten von Primolano am Ausgang der Enge einen Ausfall nach Süden verwehrt.

Auch östlich von der Brenta verläuft die Grenze infolge der Abmachungen von 1866 in einer für Österreich höchst ungünstigen Weise, indem zwar fast der ganze Lauf des Vanoi, eines Zuflusses des Cismone, und dessen Oberlauf zu Tirol gehören, Italien aber den Winkel zwischen Brenta und Cismone und die schluchtartige Verengung auch dieser Täler besitzt, die sich nach dem westlichen Teil des Beckens von Belluno öffnen. Dieser Umstand und das Fehlen ausgiebiger Grenzbefestigungen auf österreichischer Seite haben den Italienern das Eindringen auch in diese Täler ermöglicht. Während aber das Vanoital, das am Granitstock der Cima d'Asta wurzelt, strategisch geringe Bedeutung hat, führt durch die Cismone-Enge in der Val Schenere und die Weitung von Primör an San Martino vorbei und über den breiten Rollepaß (1984 m) eine prächtige Kunststraße in das Fleimser Tal des Avisios und damit in das Etschtal. Da somit das Primör schon außerhalb des österreichischen strategischen Grenzgürtels gelegen ist, geriet es bald nach Beginn des Krieges in die Hände der Italiener, die überdies noch weiter westlich über den Colbricon nach Norden vordringen konnten. Um so wirksamer aber haben sich die Befestigungen oberhalb von Paneveggio jenseits des Rollepasses, im obersten Travignolotal, also bereits im Avisiogebiet gelegen, erwiesen, obwohl sie noch von einer anderen Seite her den Zugang zu decken haben.

Diese Verhältnisse erklären sich aus dem mit dem orographischen Charakter des Dolomitenhochlandes zusammenhängenden Grenzverlauf, der unregelmäßig von einem der Dolomitstöcke über weiche Rücken und breite Pässe oder Täler zum anderen hinüberspringt. Hier also hat Südtirol ebenso wie im unteren Etschtal seine natürliche Grenze noch nicht erreicht, sondern überläßt wichtige Eintrittspforten von Süden her dem Gegner. Östlich von der Val Schenere springt die Grenze auf den scharfen Kamm der Vette di Feltre über und folgt diesem in östlicher Richtung; aber indem sie von hier gegen Norden aufbiegt und die oberste Val Mio zu Italien schlägt, gestattet sie auch von Osten her ein Eindringen in das Becken von Primör. Als gewaltige Mauer erhebt sich östlich vom oberen Cismone die Palagruppe, ein scheinbar wirk-

samer Grenzschutz gegen Osten, auf dem die Grenze in mehrfachem Zickzack verläuft. Aber am Nordende der Gruppe führt über breite Almflächen der genau in der Grenze gelegene Vallèspaß (2032 m) von Forno di Canale am Cordevole nach Paneveggio, und wenig weiter nördlich bietet der Paß von San Pellegrino (1910 m) einen ähnlich bequemen Übergang von Falcade in die Val di San Pellegrino und damit gleichfalls in das Avisiogebiet. Beide Paßfurchen werden durch die Porphyrkette der Cima di Boche getrennt, die sich im Lusiapaß zu 2084 m erniedrigt, der den Übergang von Paneveggio nach Moëna im Fassatal vermittelt. Nördlich von der Pellegrinolinie, deren Paßhöhe bereits zu Tirol gehört, erhebt sich die mächtige Kalkmasse der Marmolata, die gegen Süden mit nahezu unnahbaren Wänden abstürzt und sich gegen Südwesten in einen felsigen Porphyrkamm von etwa 2700 m fortsetzt. Die Grenze verläuft vom Pellegrinopaß fast genau nördlich auf den Kulminationspunkt der Marmolata zu, um dann über deren Gletscherfläche den an ihrem Nordfuß gelegenen Fedajapaß (2046 m) zu erreichen. Die österreichischen Defensivstellungen am Dosaccio (1836 m) oberhalb von Paneveggio und um den Lusiapaß hatten also sowohl den von Süden her über den Rollepaß als den von Osten her über Vallès- und Pellegrinopaß eindringenden Italienern den Zugang nach Moëna und Predazzo zu wehren und haben diese schwierige Aufgabe bisher auch vollkommen erfüllt. Mit Umgehung dieser Stellungen versuchten die Italiener am Nord- und Südfuß der Marmolata einen Durchbruch in das Fassatal zu erzwingen, woraus sich die heftigen, aber ergebnislosen Kämpfe am Ombrettapaß (2700 m) und an der Bernelscharte sowie um den Fedajapaß erklären.

Von noch größerer Bedeutung für die Verbindung zwischen Cordevole- und Fassatal ist weiter nördlich das Pordoijoch (2258 m), namentlich seit dem Ausbau dieses mittleren Teiles der berühmten neuen Dolomitenstraße. Diese gelangt, nachdem sich in Vigo di Fassa die Straßen aus dem Avisiotal und die von Bozen durch das Eggental und über den Karerpaß (1758 m) führende vereinigt haben, im Fassatal aufwärts auf das Pordoijoch und am obersten Cordevoletal sanft abwärts über Arraba in das Hochtal von Livinalongo oder Buchenstein, von da über den bequemen Falzaregopaß (2119 m) in das Ampezzaner Gebiet. Kurz unterhalb des Dorfes Pieve di Livinalongo ist das Cordevoletal durch eine 800 m hohe Talstufe gesperrt, und erst unterhalb dieser liegt in breitem Tal und unweit des schönen Alleghesees der große Ort Caprile, von wo der Weg zum Fedajapaß abzweigt. Die Grenze kümmert sich auch hier nicht um die in unregelmäßigem Zickzack verlaufende Wasserscheide, sondern geht vom Fedajapaß und über die Forcella di Padon in nordöstlicher Richtung bis knapp vor Buchenstein und folgt dann dem engen Cordevoletal bis kurz vor Caprile, um über Selva zum Nuvolau anzusteigen. Der Besitz dieser Enge erleichtert daher den Zugang auf die Nordabdachung des ganzen Dolomitenhochlandes über die Pässe von Pordoi, Falzarego und Campolungo, der von Arraba aus das oberste Gadertal zugänglich macht, und für alle ist Caprile der wichtige Ausgangspunkt. Daher bildet für die Italiener die Erstürmung der österreichischen Stellungen auf und nördlich von dem beherrschenden Col di Lana (2460 m) östlich über Buchenstein eines der erstrebenswertesten Ziele, das zu erreichen sie bisher trotz allen Anstrengungen und auch nach der Besetzung des Gipfels selbst weiter auszunutzen nicht imstande waren.

Östlich vom Cordevole betreten wir das Bereich der östlichen Ampezzaner und Sextener Dolomiten. Quer hindurch führt die von einem uralten Handelsweg benutzte Furche des Ampezzotales, welcher Name, wie so oft in den Alpen, auf die Täler beider Abdachungen angewendet wird. Von Norden her führt aus dem Pustertal bei Toblach das Höhlensteintal der oberen Rienz über Landro auf die flache Talwasserscheide zwischen Schluderbach und Peutelstein (1544 m), überragt von den Nordwänden des Monte Cristallo. Nach Süden fließt die Boite, einer der Hauptquellflüsse der Piave, durch ein Engtal in das von den über 3000 m hohen Stöcken der Tofana, Croda da Lago, des Cristallo und Sorapis umrahmte Becken von Cortina. Parallel zu dieser Furche verläuft weiter östlich eine andere; sie wird gebildet einerseits von der Val Popena zwischen Cristallo und dem bloß 2325 m hohen Monte Piano, der steil gegen Rienz und Popenatal abbricht, aber flach gegen den Sattel von Rimbianco sich abdacht, über den die Drei Zinnen aufragen, anderseits vom Misurinasee (1796 m) und seinem Ausfluß, dem Anziei, gleichfalls einem Quellfluß der Piave. Auch im Ampezzaner Gebiet verläuft die politische Grenze durchaus künstlich. Wohl geht sie vom Nuvolau über die Gipfel der Croda da Lago und Rocchetta, quert aber das breite Ampezzotal 7 km unterhalb von Cortina, während erst 15 km weiter abwärts die Stufenmündung des Tales einen natürlichen Grenzpunkt geboten hätte; dann ersteigt sie den Sorapis, kreuzt das oberste Anzieital, springt nach Westen auf den Gipfel des Cristallo zurück und verläuft nahe südlich von Schluderbach und nun erst der Wasserscheide folgend über die Drei Zinnen, den Paternkofel, den Elfer- und Zwölferkofel bis zur tiefen Einsattelung des Kreuzbergs. Dieser Verlauf hat es den Italienern ermöglicht, ohne Schwierigkeiten von ihrem Hauptwaffenplatz Pieve di Cadore aus an mehreren Stellen auf Tiroler Boden vorzudringen. An der Boite aufwärts konnten sie Cortina besetzen und bis vor Peutelstein, vom Misurinasee über den Col San Angelo in das obere Val Popena gelangen; von der Alpe Rimbianco aus versuchten sie die österreichischen Stellungen auf dem Monte Piano im Osten zu umgehen, am Südfuß der Drei Zinnen zum Toblinger Riedel und dem Lavaredosattel vorzudringen. Gegen alle Versuche, auf diesen Wegen das Pustertal zu erreichen, hat sich bisher die österreichische Stellung in der Val Popena bassa vor Schluderbach als unüberwindliches Bollwerk erwiesen.

An der Grenze zwischen den Dolomiten und den Karnischen Alpen bildet die Kreuzbergfurche eine Querlinie von außerordentlicher strategischer Wichtigkeit. Italien hat denn auch frühzeitig die Bedeutung dieser breiten Einsattelung als des kürzesten Zugangs zum Pustertal erkannt und eine gute Straße bis zur Grenze auf der Paßhöhe hinaufgeführt, der auf österreichischer Seite nur ein schlechter Fahrweg von Innichen aus gegenüberstand. So ist der Kreuzberg zu einem Brennpunkt der Grenzkämpfe geworden, aber obwohl die Italiener die Paßhöhe gleich zu Beginn des Krieges besetzen konnten, ist ein weiteres Vordringen in das Sextental bisher an den österreichischen Bergstellungen zwischen dem Burgstall und der Pfannspitze gescheitert.

Auf einer Linie von über 40 km sinkt das westlichste Stück des Hauptkammes der Karnischen Alpen nicht unter 2000 m herab und zahlreiche scharfe Kalkgipfel steigen über 2500 m an. Dieser Umstand, der mauerartige Abfall und die geringe Wegsamkeit der italienischen Abdachung haben in diesem Grenzabschnitt den Österreichern eine vorzügliche Verteidigungsstellung gesichert. Die einzige von Natur aus schwache Stelle ist hier die von Norden her sanft ansteigende, gegen Süden steil abfallende Einsattelung des Plöckenpasses (1360 m), der aus dem oberen Gailtal in die Val Grande führt und in dessen genauer Fortsetzung der nur 970 m hohe Kötschacher Sattel eine leichte Verbindung nach Oberdrauburg im Pustertal schafft. Daher ist die Umgebung des Plöckens mit den ihn beherrschenden Höhen, Kolinkofel, Großer und Kleiner Pal und Freikofel, und der benachbarten Wolayer-Scharte (1997 m), von der aus eine Umgehung des Plöckens möglich ist, der Schauplatz heftiger, aber gerade in der letzten Zeit für die Verteidiger erfolgreicher Kämpfe gewesen.

Östlich vom Plöcken verliert die karnische Hauptkette ihren Charakter einer scharfen Grenzmauer, die Grenze springt von der Wasserscheide nach Süden zurück und verläuft durchaus künstlich, bis sie in der Schlucht der Pontebbana zwischen Pontafel und Pontebba die Eisenbahn Villach–Udine quert, während östlich davon die unmerkliche Wasserscheide zwischen Gailitz und Fella auf dem breiten Sattel von Saifnitz (800 m) liegt. Südlich von dieser Linie bildet der wilde, schwer passierbare Kalkstock der Julischen Alpen eine mächtige Schutzmauer gegen Westen. Nur an ihrem Nordende bieten sich leichtere Zugänge nach Osten, indem aus dem Dognatal, einem linken Seitental der Fella, der Dognapaß durch das Seiseratal nach Saifnitz führt, parallel dazu weiter südlich aus dem Raccolanatal der Neveasattel in das Seetal von Raibl und damit an die von Tarvis ausgehende Predilstraße, die am Nordende des Raibler Sees vorbei auf die breite Paßhöhe (1160 m) und steil abwärts durch das Engtal der Koritenca und die Flitscher Klause zum Isonzo führt. Durch diese Verhältnisse erwuchsen der Verteidigung hier besondere Schwierigkeiten, um so mehr als der Grenzverlauf das Tal der Dogna und Raccolana gänzlich zu Italien schlägt, während sie weiter südlich dem Hauptkamm des Monte Canin folgt und fast das ganze Isonzogebiet bei Österreich läßt. Daher hat sich die Verteidigung ähnlich wie 1809 auf Malborghet und am Predil zurückgezogen. Die von italienischer Seite gemachten Versuche, durch das Dogna- und Raccolanatal diese Stellungen zu umgehen, sind gescheitert, so daß trotz mehrmaliger Beschießung von Malborghet und sogar Tarvis die Saifnitzer Höhe ebenso wie der Predil von Österreich fest behauptet werden.

Auch weiter südlich ist die Verteidigung im Isonzogebiet außerordentlich schwierig. Westlich vom breiten Isonzolängstal zwischen Flitsch und Tolmein erheben sich die nur im Matajur (1640 m) größere Höhen erreichenden Julischen Voralpen, durch welche die Grenze nahe dem Isonzo verläuft und in denen aus dem obersten Natisonetal ein leichter Zugang zum Isonzo möglich ist. Da diese Höhen für einen dauernden Grenzschutz gegen einen starken Gegner ungeeignet sind, hat Österreich diesen Abschnitt freiwillig geräumt, Karfreit und Flitsch den Italienern überlassen und seine Verteidigungsstellungen an der Flitscher Klause am Ausgang der oberen Isonzoschlucht (Soča) und am Nordrand des Wocheiner Plateaus bezogen, um das Vordringen über den Predil und über die schwierigen Übergänge von Moistroka und Luknia in das obere Savegebiet zu verhindern. Daraus erklärt sich der erbitterte Charakter der Kämpfe an den Gehängen des Rombon (2208 m), des Jaworschek und der Golobara Planina. Weiter südlich bietet das Westende des 2245 m hohen Krnmassivs, des Eckpfeilers des vom Triglav nach Südwesten ziehenden Kammes, für die Beherrschung des Isonzotales bei Karfreit günstige Verhältnisse. Die österreichischen Stellungen befinden sich hier auf den Höhen des Krasi Vrh und Potounik, die fast 1000 m hoch und kaum gangbar und verkarstet zum Isonzo abstürzen, weiter südlich zwischen Karfreit und Tolmein auf dem Südsporn des Krnmassivs und dessen südlichen Vorlagen, dem 1487 m hohen Sleme und dem 1360 m hohen Merzli Vrh. Alle diese Positionen sind unter den größten Schwierigkeiten erfolgreich behauptet worden.

Von Tolmein nach Süden bis zur Adria ist die strategische Situation ungefähr die gleiche. Die Karstplateaus fallen steil zum Isonzo ab, der nun in einer tiefen Schlucht die nach Südwesten sich senkende Kalktafel durchbricht, ebenso auch zum Wippachtal, durch das sich eine breite Pforte nach Osten öffnet. Obwohl auch hier die Grenze westlich vom Isonzo, nämlich im Tal des Judro, verläuft, so war doch der die beiden trennende und von Westen leichter zu ersteigende niedrige Rücken für eine Verteidigung nicht geschaffen; daher wurde von Österreich das westlich vom Isonzo gelegene Land preisgegeben, ebenso auch sein Anteil an der Ebene von Friaul. Die Verteidigungslinie folgt auch hier dem Steilabfall des Karstes und erreicht unterhalb von Tolmein bei dem 15 km oberhalb von Görz noch am rechten Ufer gelegenen Plawa den Isonzo, wo die Italiener bisher[1] vergeblich versucht haben, den auf einen Talsporn gestützten Brückenkopf zu erstürmen. Endlich ist es hier der Brückenkopf von Görz, die Höhen von Podgora, gegen die die Italiener Angriffe von unerhörter Heftigkeit richteten, in richtiger Würdigung der Bedeutung dieser Stellung.

Südlich vom Wippachtale fällt der Triester Karst mit einer 200 m hohen, zerfransten Steilstufe gegen das Wippachtal und etwa 100 m hoch im Plateau von Doberdo gegen den unteren Isonzo ab. Auch hier waren die österreichischen Stellungen bis hart an den Rand des Abfalles vorgeschoben, so am Monte San Michele (277 m) gegenüber von Gradisca und weiter südlich oberhalb von Monfalcone. Die Erfolglosigkeit aller unter den furchtbarsten Verlusten durchgeführten Angriffe hat bisher[1] auch jede Unternehmung gegen Triest zu Lande unmöglich gemacht, obwohl die Besetzung der Isonzomündung durch die Italiener die Bucht von Triest absperrt. Dessen voller Besitz ist aber nicht nur für Österreich eine Lebensnotwendigkeit, er ist auch von größter Bedeutung für das Deutsche Reich. Darum bedarf Triest in Zukunft eines besseren Schutzes, als ihn der heutige Grenzverlauf bieten kann.

---

[1] Vgl. die Fußnote auf S. 102.

Das Ostseegebiet als Kriegsschauplatz

von Professor Dr. **Alfred Merz** in Berlin

Vgl. hierzu die Karte »Ostsee«.

Lage und wirtschaftliche Bedeutung. Die Nordkante Mitteleuropas wird von zwei Nebenmeeren des Atlantischen Ozeans, von der Nordsee und der Ostsee, umspült. Die Nordsee (vgl. Bd. I, S. 161 ff.) ist durch die britischen Inseln nur zum Teil vom offenen Ozean geschieden und steht mit ihm durch mehrere breite Pforten in Verbindung, die Ostsee kann nur über die Nordsee und die Wasserstraßen um die Jütische Halbinsel herum vom Weltmeer her erreicht werden, erstreckt sich aber dafür an der Ostseite Skandinaviens tief in den Leib Nordeuropas hinein. Auf diesem geographischen Gegensatz beruht zum großen Teile der Unterschied ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart.

Die Nordsee ist unmittelbar den Einwirkungen des gleichmäßigen ozeanischen Klimas ausgesetzt und von salzreichem, winterwarmem atlantischem Wasser durchflutet. Sie kennt daher eine Erschwerung der Schiffahrt durch Eis nur in unbedeutendem Maße. Die Ostsee teilt mit dem sie umgebenden Land ein kontinentaleres Klima und verdankt dessen Einwirkung ihren niedrigen Salzgehalt. Lange Wintermonate hindurch sind große Teile dieses Meeres völlig vom Eise gesperrt. Lebhafte Gezeitenströme halten die Flußmündungen der Nordsee offen; die von Gezeiten fast unbeeinflußte Küstenströmung der Ostsee sucht Buchten und Häfen zu schließen. Günstiges Klima und fruchtbarer Boden ermöglichen im Nordseegebiet auch dort eine hohe Verdichtung der Bevölkerung, wo reiche Mineralschätze fehlen (Belgien 250, Niederlande 170 Einw. auf dem Quadratkilometer), und nur die rauhen Hochflächen Schottlands und Norwegens weisen eine dünne Bevölkerung auf. Die Ostseeländer haben es nirgends zu größerer Bevölkerungsdichte gebracht. An 60 Bewohner auf dem Quadratkilometer findet man in den deutschen Ostseeländern, an 40 in den russischen Ostseeprovinzen, an 30 in Südschweden, und die ungastlichen Gebiete beiderseits des Bottnischen Meerbusens, das schwedische Norrland im Westen und Finnland im Osten, gehören zu den am dünnsten besiedelten Ländern Europas, obgleich Norrland über riesige Eisenerzlager gebietet. Nur an den geographisch besonders begünstigten Pforten des Meeres werden höhere Zahlen erreicht, so in Dänemark über 70 auf dem Quadratkilometer, in einigen kleineren Küstengebieten sogar noch wesentlich mehr (z. B. auf den dänischen Inseln 117, im schwedischen Sundbezirk Malmöhus 95 auf dem Quadratkilometer).

Während durch die Entschleierung des gesamten Erdbildes seit dem Entdeckungszeitalter die unvergleichlich günstigere Weltlage der Nordsee allmählich zur vollen Geltung gelangte und die Fäden des Weltverkehrs sich dort immer mehr zu dem Hauptknoten verknüpften, trat seitdem die Ostsee von dem Vorrange, den sie in den vorhergehenden Jahrhunderten erreicht hatte, mehr und mehr zurück. Nicht, daß der Verkehr selbst seit jenen Tagen der Hansablüte abgenommen hätte — seine absolute Größe ist auch weiterhin gestiegen —, aber seine relative Bedeutung im Weltverkehr ist gesunken. Führte vordem vom westlichen Europa einer der wichtigsten Verkehrsstränge der europäischen Kulturwelt nach den Ostseeländern, die namentlich durch die deutsche Kolonisationstätigkeit seit dem 12. Jahrhundert immer mehr erschlossen und zu den wichtigsten Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten jener dichter bevölkerten und gewerbereichen Länder geworden waren, so begannen sich nunmehr die über die Ozeane zu den neu entdeckten Kolonialländern gesponnenen Verkehrsfäden dauernd zu verstärken und zu verdichten, und der Ostseeverkehr sank immer mehr zu einem Ausläufer ozeanischer Weltverkehrswege herab.

In dieser Entwicklung ist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bedeutsame Wandlung eingetreten. Neben dem Anteil im Weltverkehr, der den Ostseeländern vor allem die Lebensmittel und Rohstoffe wärmerer Klimate zuführt (Kaffee, Tee, Reis, Südfrüchte, Düngemittel, Baumwolle, Seide, Kautschuk), und neben dem Verkehr mit den Nordseeländern, der die fehlende Kohle aus England, Halb- und Fertigfabrikate, an Lebensmitteln besonders Fische herbeischafft und dafür die Erzeugnisse der Land- und Waldwirtschaft und Schwedens Eisenerze empfängt, hat sich der innere Ostseehandel zu immer größerer Bedeutung erhoben. Seine Grundlage bilden die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den an Bevölkerungszahl und Kultur steigenden Ostseeländern bei nahbenachbarter Lage und billigem Transport über das verhältnismäßig kleine Meer. Hierbei nimmt Deutschland, das wirtschaftlich am weitesten vorgeschritten ist und sich von den übrigen am stärksten unterscheidet, den ersten Rang ein. Es versorgt sie mit den Erzeugnissen seiner Industrie und empfängt von ihnen ebenso wie die Nordseeländer Nahrungsmittel und Rohstoffe, wobei im Verkehr mit Rußland und Dänemark allerdings auch der Landverkehr eine große Rolle spielt. Dänemark liefert die Produkte seiner ausgezeichneten Viehzucht; Schweden und Finnland führen riesige Massen von Holz, Holzwaren und Papier aus; Schweden verschifft daneben in ganzen Flottillen seine reinen norrländischen Eisenerze und Steine, Finnland auch die Erzeugnisse seiner Viehwirtschaft, während Rußland namentlich Felle, Butter, Eier, Getreide, Flachs und Holz zur Ausfuhr bringt. In der Aufnahme aller dieser Erzeugnisse steht England neben Deutschland an zweiter, ja bei Dänemark sogar weitaus an erster Stelle. Wie groß aber der absolute Betrag dieses Verkehrs ist, geht schon daraus hervor, daß selbst in Deutschland ein Drittel des gesamten Hafenverkehrs auf die Ostsee entfällt und vom gesamten Außenhandel des riesigen russischen Reiches ein volles Drittel über die Ostseehäfen geht. Dabei ist gerade der Warenaustausch der russischen Gebiete einer ungeheuren Steigerung fähig, beträgt er doch dort auf den Kopf erst 35 Mark gegen 200 Mark in Finnland und 535 Mark in Dänemark. Allerdings war es bisher Rußlands Streben, durch eine Hochzollschutzpolitik die Versorgung seiner Bevölkerung möglichst der eigenen Industrie vorzubehalten, und auch Schweden suchte auf diesem Wege eine Eisengroßindustrie zu entwickeln. Doch setzen beiden Bestrebungen die natürlichen Verhältnisse gewisse Schranken.

Gliederung und politische Bedeutung. Ergibt sich die wirtschaftliche Bedeutung der Ostsee in der Hauptsache aus der Lage, so kann die politische Bedeutung nur unter Würdigung ihrer Gliederung erfaßt werden. Von der Nordsee, die wir am inneren Ende des Skagerrak begrenzen, wo an der nur 62 km langen Strecke Skagens Rev–Mollösund Tiefen und Salzgehalt rasch abnehmen, führt das Kattegat zwischen der Jütischen und Skandinavischen Halbinsel in ansehnlicher Breite nach Südosten zur Beltsee. Wir


DIE OSTSEE.
Maßstab 1 : 7000000
Kilometer
Helgeland
Trondhjem
Dovre
Jotunheim
KRISTIANIA
Drammen
Fredrikshald
Skagerrak
Göteborg
Jönköping
Wener S.
Wetter S.
Örebro
Kattegat
Aalborg
Jütland
Randers
Aarhus
Fünen
Seeland
KOPENHAGEN
Helsingborg
Malmö
Lund
Skåne
Halmstad
Karlskrona
Bornholm
Möen
Falster
Laaland
Rügen
Stralsund
Rostock
Lübeck
KIEL
Flensburg
Schleswig
Fehmarn
Kolberg
Läsö
Anholt
Bibliograp

verstehen darunter das durch die Einlagerung der dänischen Inseln bedingte Gewirr kleinerer Wasserflächen und schmälerer Wasserstraßen, das vom Kattegat zur eigentlichen Ostsee hinüberführt. Drei für die Großschiffahrt geeignete Wasserwege sind hier vorhanden. Zwischen dem schwedischen Schonen und dem dänischen Seeland führt der Sund in die Ostsee hinein. Er ist an seiner schmalsten Stelle noch nicht 4 km breit und an der Drogdenschwelle nur 6,9 m tief. Als kürzeste und am leichtesten zu befahrende natürliche Verbindung zur Ostsee kam er seit Ende des 13. Jahrhunderts, als die Schiffahrt den Weg um Skagen zu wagen begann, in Aufschwung, blieb bis in unser Jahrhundert die meist benutzte Fahrstraße und bestimmte damit die Maße der Ostseeschiffahrt. Zwischen Samsö, Fünen und Langeland im Westen, Seeland und Laaland im Osten führen Samsö-, Großer und Langelands Belt in längerer und stärker gewundener Route vom Norden her zur Kieler Bucht. Vom Nordwesten mündet hier auch der Kleine Belt, der sich zwischen der Jütischen Halbinsel und Alsen einerseits, Fünen und Aerö anderseits hindurchwindet. Der Fehmarn-Belt zwischen dem deutschen Fehmarn und dem dänischen Laaland führt sie von da gemeinsam hinüber zur Mecklenburger Bucht und zur Ostsee. Nur etwa 1 km ist der Kleine Belt, noch nicht 12 km der Langelands Belt an seiner schmalsten Stelle breit, beide aber sind in der Fahrrinne nicht weniger als 14 m tief, so daß sie für die größten Kriegsschiffe befahrbar sind. Alle drei Straßen vermag Dänemark leicht durch Landbatterien, Minen und Netze zu sperren. Am Sund teilt es seit 1658 diese Macht mit Schweden, an den Belten seit 1864 mit Deutschland. Die beherrschende Stellung Dänemarks an den Pforten der Ostsee wurde für das Deutsche Reich mit dem Anwachsen seiner Seeinteressen und der russischen Ostseeflotte immer nachteiliger, da es seine Geschwader in der Nord- und Ostsee nicht nach eigenem Willen verschieben und vereinigen konnte. Darum wurde 1887 bis 1895 der 99 km lange und für die größten Seeschiffe befahrbare Kaiser-Wilhelm-Kanal erbaut, der von der Unterelbe bei Brunsbüttel nach Holtenau in der Kieler Föhrde führt, nicht nur der deutschen Flotte rasche Verschiebungen zwischen beiden Meeren ermöglicht, sondern auch der Ostseeschiffahrt einen wesentlich verkürzten Ausgang zur südlichen Nordsee und zum Kanal eröffnet. Sein Verkehr war vor Kriegsausbruch schon auf mehr als 10 Mill. Registertonnen gestiegen und hatte sich also in raschen Schritten dem Sundverkehr genähert. Es begann damit der Handel von neuem den Weg über den Hals der Jütischen Halbinsel vorzuziehen, den er im Mittelalter, zur Zeit der Küstenschiffahrt, gezogen war. Bis ins 12. Jahrhundert war er über die Schlei und Schleswig zur Eider und später von der Unterelbe nach Lübeck gegangen und hatte dieser Stadt ihre glänzende Blüte gebracht. Auch Schweden hat sich im Götakanalsystem, das von Göteborg am Kattegat über Götaelf, Wenern und Wettern nach Söderköping an der Ostsee führt, eine künstliche Wasserverbindung zwischen beiden Meeren geschaffen. Mit nur 7,3 m Breite und 3 m Tiefe ist sie allerdings bloß für die Kleinschiffahrt geeignet. Ihre außerordentliche Länge (402 km) und die bedeutende Seehöhe des Wettern (88 m), die zur Anlage von 74 Schleusen nötigte, läßt an einen Ausbau für die Großschiffahrt nicht denken. Für den Massenverkehr kommt daher ein solches Kanalsystem nicht in Betracht. Vermochte doch der 1900 mit ähnlichen Ausmaßen eröffnete, aber kurze Elbe-Travekanal den Handel nur in geringem Maße auf Lübeck zu ziehen, wie es im 15. Jahrhundert, zur Zeit des Stückgutverkehrs, der Steckenitzkanal vermochte, der damals bereits beide Meere über die Elbe verband. Sind die Pforten zur Nordsee in den Händen der Anrainer, so sind die Ausgänge zum Weltmeer, die Tore der Nordsee, in der Macht Englands, das dadurch namentlich auf Dänemark und Schweden starken politischen Druck auszuüben vermag, zumal beide Länder auf die überseeische Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen (Getreide, Kohle, Baumwolle usw.) angewiesen sind. Allerdings die Einfahrt in die Ostsee vermag es anderseits bei der Enge der Pforten ebensowenig wie eine andere Seemacht zu forcieren, und so besitzen in der Ostsee stets die Flotten der Ostseemächte die Seeherrschaft.

Die **eigentliche Ostsee** dringt von der Beltsee her anfangs mit zunehmender Breite ostwärts, dann nordwärts in den Rumpf Europas ein und teilt sich in 59—60° nördl. Br. in drei schmälere Glieder von verschiedener Größe und Bedeutung. Als kleinstes Glied stülpt sich zwischen Kurland und Livland der **Rigaische Meerbusen** sackförmig nach Südosten aus. Der Großschiffahrtsweg führt in 28 km Breite zwischen dem Nordende Kurlands und der baltischen Insel Ösel vom Westen her in den Busen hinein. Nur für flachgehende Fahrzeuge ist der Moonsund befahrbar, der zwischen den baltischen Inseln und der estnischen Küste nach Norden zum **Finnischen Meerbusen** führt. Dieses fingerartig 400 km nach Osten gestreckte größere Glied umspült Finnland im Süden und engt an einer im Bau der Erdkruste vorgezeichneten natürlichen Tiefenlinie im Verein mit den großen Wasserflächen des Ladoga- und Onegasees und dem Weißen Meere die Landverbindung zwischen Rußland und Finnland auf 300 km ein. Der größte Zweig, der **Bottnische Meerbusen**, wird durch die stumpf vorspringende Halbinsel von Stockholm, die Ålandsinseln und die finnischen Schären vom Zentralbecken abgegliedert, erstreckt sich in dessen Verlängerung über 700 km bis fast 66° nördl. Br. und trennt so mit dem Westzipfel des Weißen Meeres die Skandinavische Halbinsel in den unwirtlichen Breiten des Nordpolarkreises bis auf einen Isthmus von 350 km Breite von Finnland ab. So wird **Finnland** durch das Eindringen der Ostsee zu einem natürlich abgegrenzten selbständigen Zwischenlande zwischen Rußland und der Skandinavischen Halbinsel, das zwar infolge seiner politischen Schwäche seit dem 12. Jahrhundert in Abhängigkeit von seinem westlichen und dann von seinem östlichen Nachbar gestanden hat, dem aber nach seiner Natur und der Eigenart und Kultur seiner Bevölkerung ein selbständiges politisches Dasein gebührt. **Schweden** aber ist, ähnlich wie Deutschland und Österreich-Ungarn in der Mitte des Erdteils, hier im Norden die Mittelmacht, die Norwegen im Westen und die Ostseeländer jenseits des Meeres als Randmächte umgeben. In dieser schwierigen politisch-geographischen Lage, die es in der Vergangenheit so oft in Kriege mit gegnerischen Koalitionen verwickelte, wird Schweden nach Westen durch ein unwirtliches Grenzgebiet, im Süden und Osten zum größten Teil durch den nassen Graben der Ostsee und ihrer Glieder geschützt, nachdem es allmählich (1720—1815) seine Besitzungen an den Gegengestaden verloren hat, durch deren Erwerb es im 17. Jahrhundert Ostseegroßmacht geworden war. Durch den Niedergang Schwedens, dessen baltische und finnlän-

dische Gebiete es erwarb (1720—1808), ist Rußland ein Jahrhundert später zur Ostseegroßmacht geworden und weist seither mit den gesamten Ostgestaden des Meeres den größten Küstenbesitz unter den Ostseemächten auf. Mit der Begründung des Deutschen Reiches und dem Erstarken der deutschen Seemacht wurde die politische Auswirkung dieser Stellung namentlich gegenüber Schweden geschwächt, das seine lange Ostgrenze nur durch schwache Kräfte zu schützen vermag. Im gegenwärtigen Kriege hält die deutsche Flotte die Eingangspforten des Meeres verschlossen und übt im Hauptbecken der Ostsee bis zur Abzweigung der nördlichen Glieder unbestritten die Seeherrschaft aus. Die nördlichen Teile aber werden von der russischen Flotte beherrscht, so daß nur gelegentlich leichte deutsche Seestreitkräfte in sie einzudringen vermögen. Diese Herrschaft beruht bei der Unterlegenheit der Flotte selbst auf geographischen Gründen und auf der zweckmäßigen Anlage der Flottenstützpunkte. Die langgestreckte Form des Bottnischen und Finnischen Meerbusens bedroht den Einmarsch einer feindlichen Flotte in Flanken und Rücken, zumal der Finnische Busen auf beiden Seiten von russischem Gebiet umgeben und beiderseits der Einfahrt durch Kriegshäfen geschützt, der Bottnische Busen durch die Werke der finnischen Schären und der im Kriege neu befestigten Ålandsinseln sehr wirksam abgesperrt ist. Vor dem Rigaischen Meerbusen tun die Werke von Ösel gleiche Dienste, und überall vermögen auf seichten Gründen Minenfelder helfend einzugreifen. Der Hauptstützpunkt der deutschen Flotte liegt anderseits an 550 Seemeilen von den Einfahrten zum Finnischen und Bottnischen Busen entfernt im Südwestwinkel des Meeres.

Durch die vollkommene Seeherrschaft in der südlichen Ostsee ist Deutschland vor einem Angriff auf die eigenen Küsten gesichert und vermag über die Ostsee den regelmäßigen Verkehr mit Dänemark und Skandinavien aufrechtzuerhalten. Von sehr großer Bedeutung ist auf der anderen Seite für Rußland die Tatsache, daß es im Schutze der Ålandsinseln über den Bottnischen Busen und Skandinavien einen ziemlich sicheren und sehr raschen, im Winter allerdings auf den meisten Routen unterbrochenen Verkehr mit seinen westlichen Bundesgenossen besitzt, mit denen es sonst nur über das Weiße Meer und Sibirien zu verkehren vermöchte. Alle diese erst im Kriege leistungsfähiger gestalteten und stärker belebten Verkehrswege strahlen von Petersburg radial über Finnland aus, überschreiten an den Linien Åbo (Raumo)–Stockholm, Mäntyluoto–Gefle, Wasa–Sundsvall, Gamla-Karleby–Luleå die Ostsee, die außerdem im Norden durch eine Bahn umgangen wird, und erreichen bei Göteborg, Christiania, Bergen, Drontheim und Narvik an der Westküste Norwegens von neuem das Meer. Die wirtschaftlichen Vorteile dieser Entwicklung beeinflussen im Verein mit englischem Drucke und der russischen Seeherrschaft in steigendem Maße auch die politische Stellung Schwedens. Hatte es vordem in Rußlands Vorrücken bis weit in die Skandinavische Halbinsel hinein, wo ihm die reichen norrischen Eisenerzlager und an der atlantischen Seite eisfreie Häfen winkten, eine politische Gefahr erkannt, hatte es später in der Russifizierung und in dem gegen seine Grenzen gerichteten strategischen Bahnnetz Finnlands eine steigende Bedrohung gesehen und infolgedessen nach dem Krimkriege ein Befestigungsverbot für die Ålandsinseln erwirkt und später den Bahnanschluß an das russische Netz nördlich vom Bottnischen Busen vermieden, so legte es nunmehr nur lauen Widerspruch gegen die Befestigung dieser Stockholm drohend nahen Inselgruppe ein, stellte den unterlassenen Bahnanschluß her, tat alles, die neuen Verkehrswege zu beleben und hofft ungeahnte Blüte auch nach dem Kriege von einem großen Verkehrswege, der Schweden auf der Linie Göteborg–Kappelskär (nordöstlich von Stockholm) queren und durch Dampffähren Anschluß an Hull in England und Åbo in Finnland erhalten soll. Dieser Plan (Transito-Gesellschaft), der Schweden zu dem Durchgangsland zwischen West und Ost machen und zugleich seiner eigenen Industrie einen großen Markt in Rußland sichern soll, übersieht aber, daß der ausschlaggebende Transport der Massengüter immer den Seeweg bevorzugen wird. Gegenwärtig wäre jedenfalls die Unterbindung dieses Verkehrs von größter Bedeutung.

Küsten und Häfen. Die südliche Ostsee wird von der Nordspitze Jütlands bis ungefähr zur russischen Grenze von Flachlandküsten umrahmt, die aus wenig widerstandsfähigen diluvialen und alluvialen Schichten aufgebaut sind; nur hier und da, wie auf Rügen und Möen, ragen meist wurzellose Schollen harter älterer Gesteine steil aus ihnen empor. Zwischen vorgeschobenen höheren diluvialen Kernen buchtet sich in vier großen Bogen das Meer in das Land ein. Zwischen Vendsyssel (136 m), dem inselartigen Nordende Jütlands, und Dyrsland (138 m) erstreckt sich die flache Aalborg-Bucht. Von Dyrsland spannt sich halbkreisförmig bis Rügen (161 m) die von den dänischen Inseln erfüllte Jütische Bucht. Der plumpe Vorsprung der Halbinsel Wagrien (164 m) mit Fehmarn sondert in ihr die flache Kieler und die tiefer eindringende Mecklenburger Bucht. Zwischen Vor- und Hinterpommern springt die Pommersche Bucht ein und dann folgt als letzter Bogen die Preußische Bucht, die der Vorsprung des Samlandes (110 m) in die rundliche Danziger und in die flache Memeler Bucht zerlegt. Durch eine vorhistorische Senkung haben diese Gestade eine reiche Ausgestaltung erhalten, an deren Ausgleichung seither das Meer mit örtlich wechselndem Erfolge arbeitet.

An der Küste der Jütischen Halbinsel, wo die durch ein stärkeres Relief ausgezeichnete baltische Endmoräne näher ans Meer tritt, hat eine beträchtliche Senkung die tiefen glazialen Rinnen auf ihrer Innenseite in prachtvolle, tief eindringende Meeresbuchten, die dänischen Fjorde und die deutschen Föhrden, verwandelt. Bei der Kleinheit der Wasserflächen und dem allseitigen Schutz gegen stürmische Winde hat das Meer sie noch nicht erheblich zu verändern vermocht. So ist die ganze Halbinsel zur Ostsee erschlossen. Die Fülle der Naturhäfen hat nicht zur Blüte eines einzigen großen Handelsplatzes, sondern zur Entfaltung zahlreicher kleinerer Seeplätze geführt, die sich meist im Hintergrunde der nach ihnen benannten Föhrden erheben. Im mittleren, sehr fruchtbaren und dichtest bevölkerten Teile Jütlands, wo echte Föhrden fehlen, liegt an einer gelappten Bucht Aarhus, mit 60000 Einw. die zweitgrößte Stadt Dänemarks. Die nördlichste in der Reihe, Aalborg am Limfjord, der Vendsyssel vom Stamm der Halbinsel trennt, hat es auf 85000 Einw. gebracht, Randers und Horsens an Föhrden nördlich und südlich von Aarhus haben je 25000 Einw. erreicht. Auf deutschem Boden tritt Flensburg in reicher, dicht besiedelter Landschaft mit 60000 Einw. und bedeutender Reederei hervor. Als Flottenbasis ist besonders die Kieler Föhrde ge-

eignet, da von dort aus bei gleichmäßig geringem Abstande vom Kleinen, Langelands- und Fehmarnbelt die Einfahrt in alle drei Meeresstraßen beherrscht werden kann und die Einschnürung der Föhrde bei Friedrichsort die Verteidigung gegen feindliche Angriffe erleichtert. Als Hauptkriegshafen der deutschen Ostseeflotte, wo nunmehr auch der Kaiser-Wilhelm-Kanal mündet, und mit seinen großartigen Werften hat es Kiel in raschem Wachstum bereits auf mehr als 200000 Einw. gebracht. Mitten zwischen Flensburg und Kiel liegt 40 km von der See am oberen Ende des untergetauchten Laufes der Schlei das nur für kleinere Schiffe erreichbare Schleswig (20000 Einw.).

Der Typus der **Boddenküste** beherrscht die dänischen Inseln und die deutsche Küste von Fehmarn bis zur Mündung der Oder im Hintergrunde der Pommerschen Bucht. Hier ist die flachwellige Grundmoränenlandschaft unter das Meer gesunken, wodurch unregelmäßig gegliederte Küsten und Inseln entstanden, mit seichten zerlappten Buchten, den Bodden. Etwa von der Darßer Schwelle ab, wo im größeren Raum der freien Ostsee Zerstörung und Aufbau durch das Meer wirksamer werden, sind viele dieser kleineren Inseln durch Strandwälle zu größeren Komplexen (Rügen), teilweise auch unter Mitwirkung von Flüssen (Usedom, Wollin) vereinigt und gelegentlich an das Festland angegliedert worden (Darß, Zingst). Die infolge der Senkung schlauchförmig erweiterten Flußmündungen (Breitling der Warnow) werden seewärts durch Strandwälle abgesperrt, die nur schmale Ausgänge offen lassen; die Strandsee- und Haffbildung setzt ein, dünenbedeckter Sandstrand wechselt mit abbrechendem Kliff, die Küstenausgleichung ist in vollem Gange. In der Beltsee haben mächtige Ströme der Postglazialzeit die tiefen Rinnen der heutigen Großschiffahrtswege geschaffen, die diesem Gebiete seine hohe Bedeutung geben.

Hier ist am Hauptverkehrsweg, am Sund, an der schmalsten die Schiffahrt beherrschenden Stelle, wo zugleich lebhafter Verkehr über den Sund setzt, auf dänischem Boden Helsingör (14000), auf schwedischem Helsingborg (33000 Einw.) entstanden. Halben Weges erhebt sich die schwedische Feste Landskrona. Am inneren Ende liegt der rasch zur Großstadt emporblühende schwedische Seehafen und Stapelplatz Malmö, dessen Hafenverkehr bereits 5 Mill. Registertonnen erreicht. Ihm gegenüber erwuchs an dem schmalen Sunde zwischen Seeland und der kleinen Insel Amager, der einen natürlichen, nunmehr gut ausgebauten Hafen bot, die stark befestigte dänische Hauptstadt Kopenhagen zum bedeutendsten Hafen- und Stapelplatz (Hafenverkehr 8 Mill. Registertonnen) und zur zweitgrößten Stadt der Ostsee, die 463000 Einw. zählt. An den Belten vermochte bloß der Fährverkehr einige Orte (Fredericia, Nyborg, Korsör) zu entwickeln; sie sind aber Kleinstädte geblieben.

Die Reihe der **Hafenstädte an der deutschen Boddenküste** beginnt mit Lübeck an der Trave, die im Südwestzipfel der tief eindringenden Mecklenburger Bucht mündet. Hier kommt die Ostseeküste der Elbe am nächsten, und darauf beruhte in der Zeit der mittelalterlichen Küstenschiffahrt die Blüte der Stadt. Bei ihrem kleinen Hinterlande vermögen heute weder der Elbe–Travekanal und die schönen Hafenanlagen noch die Vertiefung (auf 8 m) des im Unterlauf boddenförmig erweiterten Flusses diesen Glanz zurückzubringen. Vor kurzem zur Großstadt geworden, ist es immerhin ein sehr bedeutender Stapelplatz und bewältigt einen Hafenverkehr von mehr als 2 Mill. Registertonnen. Im Südostzipfel der Mecklenburger Bucht, am offenen Wismarer Bodden, liegt das kleine Wismar (24000 Einw.); am Unterlauf der zum Breitling erweiterten Warnow erhebt sich als Mecklenburgs Haupthafen Rostock, das 65000 Einw. zählt. Infolge des lebhaften Fährbetriebes, den sein Vorhafen Warnemünde von der ausgebaggerten Breitlingmündung aus mit Gjedser unterhält, übertrifft es um mehr als 1 Mill. Registertonnen den Lübecker Hafenverkehr. An Vorpommerns Küste liegen zwei still gewordene Häfen, die nur kleinere Schiffe erreichen; im Sund zwischen Rügen und Festland das bedeutendere Stralsund (34000 Einw.), am gleichnamigen Bodden Greifswald (25000 Einw.). Dagegen hat es das kleine Saßnitz auf Rügen durch die regelmäßige Fahrt großer Fährschiffe nach Trelleborg in Schweden, die sich auf einen künstlichen Hafen stützt, auf über 2,5 Mill. Registertonnen Hafenverkehr gebracht. Nunmehr folgt der größte deutsche Ostseehafen, Stettin. Er liegt im Hintergrunde der Pommerschen Bucht am ersten großen Strom, an der Oder, deren Einzugsgebiet zum größten Teile dem Deutschen Reiche angehört, das oberschlesische Industriegebiet umfaßt und seit kurzem eine leistungsfähige Kanalverbindung mit Berlin besitzt. Durch die Inseln Usedom und Wollin ist die trichterförmige Mündungsbucht des Stromes zu einem Haff abgeschlossen, das nur drei schmale Wasserarme, Peene, Swine und Dievenow, mit der See verbinden. Der mittlere, mit dem befestigten Vorhafen Swinemünde, ist zum Großschiffahrtsweg ausgebaut und führt in 37 Seemeilen Länge und 7 m Tiefe nach Stettin hinauf, das große Werften, Industrie und viel Reederei betreibt und mit seinen Vorhäfen 5,7 Mill. Registertonnen Hafenverkehr erreicht.

Einen dritten Typus zeigt **die deutsche Küste östlich von der Oder**. Ein ausgedehnter Seeraum und ein Küstenverlauf, der stürmischen westlichen Winden günstigen Angriff gestattet, haben die Arbeit des Meeres sehr wirksam gemacht. Eine glatte Ausgleichküste mit Strandseen und Haffen und schlechten, nur künstlich offen gehaltenen Häfen tritt hier dem Seefahrer entgegen. Nicht viele Hafenstädte vermochten hier zu entstehen, zumal auch die Mündung von drei großen Flüssen (Oder, Weichsel, Pregel) zur Entwicklung einiger weniger großer Plätze drängte. Rund 120 km liegen hier die Hafenstädte (über 20000 Einw.) voneinander entfernt, während an der Föhrdenküste ihr Abstand noch nicht 40 km, an der Boddenküste 55 km beträgt. Die Fülle kleiner Buchten, die ehemals Hinterpommerns Gestade begleitete, ist durch dünenbesetzte Strandwälle in eine Kette von Strandseen verwandelt. Nur dauernde Baggerung hält hier die Mündung kleiner Flüsse für Schiffe geringen Tiefganges offen. An der Persante hat Kolberg (25000 Einw.), an der Stolpe der Vorhafen von Stolp (34000 Einw.) einen geringen Verkehr. Drei gewaltige, von hohen Dünen gekrönte Nehrungen setzen an die Landvorsprünge von Pomerellen und des stark im Abbruch befindlichen Samlandes an. Zwei von ihnen schnüren im Hintergrunde der Danziger und Memeler Bucht seichte Haffe vom Meere ab. In 65 km Länge verschließt die Frische Nehrung östlich vom fruchtbaren Delta der Weichsel das Frische Haff, das der Nogatarm der Weichsel und der Pregel mit Süßwasser erfüllen. Ein alter, ausgebauter und auf 7,5 m Tiefe gebrachter Arm der Weichsel, die eine neue, weiter öst-

wärts gelegene Mündung erhielt, muß der Großstadt und Festung Danzig (170000 Einw.) als Hafen dienen. Ihr Verkehr bleibt nur wenig hinter dem Lübecks zurück, leidet aber unter der Verwahrlosung des Stromes auf russischem Gebiet. Am Pregel erwuchs, 24 Seemeilen vom Meere, das stark befestigte Königsberg zur größten deutschen Ostseestadt (250000 Einw.). Ein 6,5 m tiefer Seekanal führt zur Nehrung, die bei dem befestigten Vorhafen Pillau durchschnitten wird. Wie Danzig leidet es unter der Nähe der russischen Grenze und sein Seeverkehr hat noch nicht 1½ Mill. Registertonnen zu erreichen vermocht. Durch die 95 km lange Kurische Nehrung wird das gleichnamige Haff, in das sich die Memel ergießt, von der Memeler Bucht abgesondert. Die schmale, gleich dem Pillauer Durchschnitt durch Molenbauten und Baggerung tiefgehaltene Öffnung am Nordende dient dem lebhaften Verkehr von Memel (21000 Einw.) als Hafen.

Die Basis der deutschen Seestreitkräfte der Ostsee liegt, wie diese Übersicht der Küsten zeigt, aus natürlichen Gründen im Westen, im Föhrdengebiet, das leicht zu verteidigende, treffliche Naturhäfen bietet, wo ganze Flotten zu ankern vermögen, das in seiner gesamten Ausdehnung durch die vorgelagerten Inseln geschützt ist, zwischen denen nur die schmalen Wasserstraßen der Belte hindurchführen, und wo eine rasche, vom Feinde nicht einzusehende Verschiebung zwischen Nord- und Ostsee möglich ist. Schon die Boddenküste mit ihren flachen, versandenden Buchten bietet viel ungünstigere Bedingungen und noch schlechter sind sie an der Ausgleichküste, wo die schmalen Einfahrten der weit voneinander entfernten Häfen bei Sturm nur schwer zu gewinnen sind. Trotz unaufhörlicher Verbesserungen besitzt noch kein Hafen östlich von Kiel die Tiefe, um ein modernes Schlachtschiffgeschwader aufnehmen zu können. Nur leichteren Seestreitkräften vermögen diese Häfen als Basis zu dienen. Dies bedeutet für eine deutsche Flottenoffensive in der nördlichen Ostsee ohne den Besitz russischer Häfen eine große Erschwerung. Freilich würde sich auch ein feindlicher Angriff auf diese östlichen Küsten, obwohl sie offen daliegen, wegen ihres glatten Verlaufes schwierig gestalten, zumal starke Landbefestigungen die Hafenstädte schützen, die meist schon ihre seeferne Lage vor feindlichem Zerstörungsfeuer schirmt.

Die russischen Ostseeküsten in Kurland und Livland, wo die Ablagerungen der Eiszeit wie an den Südgestaden in großer Mächtigkeit das anstehende Gestein bedecken, zeigen fast dieselben Formen wie die hinterpommersche Küste. Glatte, dünenbedeckte Strandwälle haben die Mündungsbuchten kleinerer Flüsse zu Strandseen abgeschlossen, den Unterlauf anderer meilenweit verschleppt, und selbst die mächtige Düna öffnet sich trotz künstlicher Verbesserung nur mit ¾ km Breite zur See. Der Rigaische Meerbusen bietet in diesem Gebiete der Schiffahrt eine tief eindringende Wasserstraße, und die freilich fast nur zum Holztransport benutzte Düna schließt an ihn ein großes Hinterland an, dem wegen der größeren Entfernung des Schwarzen Meeres auch das obere Dnjeprgebiet und infolge der Lage der politischen Grenze auch ein großer Teil des Memelgebietes angehört. So konnte 7 sm oberhalb der Mündung der Düna Riga zum ersten Ostseehafen Rußlands erwachsen, der fast 350000 Einw. zählt, mit seinem befestigten Vorhafen Dünamünde einen Verkehr von 4 Mill. Reg.-Ton. aufweist und über ein Drittel der russischen Ausfuhr bewältigt, beide Häfen seit Anfang September 1917 in deutschem Besitz. Der Wunsch Rußlands, einen in das Hauptbecken des Meeres vorgeschobenen Kriegshafen zu besitzen, hat der Entwicklung Libaus an der Westküste Kurlands mächtigen Anstoß gegeben. An der glatten Küste frei ins Meer hinausgebaut, konnte er einer überlegenen feindlichen Flotte gegenüber den gewünschten Zweck nicht erfüllen. Seit längerer Zeit wurde er nur noch als Stützpunkt leichterer Streitkräfte benutzt und bei Eröffnung der Feindseligkeiten gänzlich aufgegeben. Dagegen ist Libau als eisfreier Platz im Handelsverkehr mehr und mehr in Aufschwung gekommen, da Riga 4 Monate vom Eise gesperrt ist, und ist bereits zur Großstadt erblüht. Als Winterhafen von Riga ist weiter nördlich das eisfreie Windau (20000 Einw.) an der Mündung des gleichnamigen Flusses zu nennen, das mit Libau und ganz Kurland in deutscher Hand ist. Nur örtliche Bedeutung hat Pernau (25000 Einw.) an kleiner Bucht an der Ostseite des Busens von Riga.

Mit den baltischen Inseln und der Westküste von Estland beginnen die Schärenküsten, die in scharfem Gegensatz zu den bisher betrachteten Typen stehen. Während diese alle im Ablagerungsgebiet der eiszeitlichen Gletscher angelegt sind, wo teils die Formen einer von später Senkung betroffenen Moränenlandschaft, teils die in den weichen Aufschüttungen erfolgreiche Arbeit des Meeres die Küstengestaltung bestimmt, gehören fast die gesamten übrigen Ostseeküsten bis nach Schonen im Süden Schwedens dem Abtragungsgebiete des diluvialen Inlandeises an, wo andere Vorgänge die Ausbildung der Küsten entscheidend beeinflußt haben. Hier wurde das von den Gletschern blank gefegte, zu felsigen Rundhöckern und schmalen, meist in der Richtung der Eisbewegung gestreckten Rinnen abgehobelte Land nicht mehr durch eine mächtige Moränendecke gänzlich verhüllt, wohl aber sank es unter der Nachwirkung des Eisdruckes in die Tiefe, und breite Küstengebiete, der größte Teil Finnlands und die mittelschwedische Seensenke, wurden von weichen, tonigen Absätzen des Meeres bedeckt, bis eine heute noch andauernde Hebung die gegenwärtigen Küstenumrisse schuf. Leicht hat gleichzeitig die Brandung in ihrem Bereich Rundhöcker und Rinnen von den weichen Meeresabsätzen befreit, so daß meist die felsigen Abtragungsformen der Gletscher die Küstengestaltung der nördlichen Randländer der Ostsee bezeichnen. Eine endlose Reihe kleiner, rinnen- und trichterförmiger Buchten gliedert das Gestade, das die Inselschwärme der Schären und zahllose felsige Klippen und Untiefen begleiten. Sie sind von den halb und ganz unter Wasser liegenden Kuppen der Rundhöcker gebildet, zwischen denen rinnenartige Wasserstraßen hindurchführen. Nur ortskundige Führung vermag das Schiff durch dieses Insel- und Klippenband in die sicheren Häfen der größeren Buchten dahinter zu bringen. Die Schwierigkeit der Annäherung und die Fülle der Stützpunkte, die Möglichkeit, die Geschwader im Schutze des Inselschleiers zu verschieben, der gleichzeitig die innenliegenden Häfen vor Beschießung schützt, erleichtert in hohem Grade die Verteidigung, zumal am Eingang des Bottnischen Busens, wo sich beiderseits der Ålandsinseln die Schären zu dem unabsehbaren Gewirr des Stockholmer und finnischen Schärenhofes verdichten. Doch im Schutze von Buchten und Inseln und dort, wo die Lage der Küste zu den herrschenden Winden die Wucht der Brandung schwächt, treten auch die Ablagerungen des einstigen Meeres in flachen Wiesenufern an das Gestade heran, wie besonders an der finnischen Seite des Bottnischen

Busens jenseits von 64° nördl. Br., aber meist umrahmen sie nur in einiger Entfernung als flachansteigende fruchtbare Ebene die Küste, während endlose Wälder das gebuckelte Innere des Landes bedecken. Vielfach begleiten das Ufer weithin gewaltige Blockmeere als Reste ausgewaschener Moränen oder von der Brandung losgerissenen Gesteins. Eine wichtige geologische Linie verleiht einem Teil des Gebietes ein besonderes Gepräge. Entlang dem Südufer des Finnischen Busens erhebt sich mit einem Steilabfall von meist etwa 50 m Höhe eine Stufe flach nach Süden fallender silurischer Schichten über dem aus uralten archäischen Gesteinen aufgebauten, vom Eise bearbeiteten baltischen Schild. In Ingermanland läßt sie einen breiteren, teilweise noch von Geschiebelehm und Meeresabsätzen bedeckten Küstensaum frei, in Estland tritt sie auf längere Strecken mauerförmig ans Ufer und weiterhin setzt sie die Felstafeln der baltischen Inseln, von Gotland und Öland zusammen.

Bei der Ungunst der Natur, die nur eine dünnere Besiedlung ermöglicht, wächst in den nördlichen Gliedern der Ostsee trotz der Fülle natürlicher Häfen rasch der Abstand der Hafenstädte, während ihre Größe sinkt. Selbst die Seeplätze von nur 10000 Einw. sind am Finnischen Busen etwa 135 km, am Bottnischen sogar über 180 km voneinander entfernt. Dies bedeutet auch für die Kriegsflotten eine Verminderung der mit Schiffsbedarf und Werften ausgestatteten Stützpunkte, wenngleich die zahlreichen Buchten allenthalben Ankerplätze bieten. Auch aus diesem Grunde hat Rußland in dem besonders wichtigen Finnischen Busen drei Plätze zu großen Kriegshäfen ausgebaut. An der Südseite des Busens deckt an prächtiger, tiefer Bucht, nur 70 km von der Öffnung entfernt, der stark befestigte Kriegshafen Reval (105000 Einw.) die Einfahrt, deren Breite hier kaum 50 km beträgt. Große Werften dienen der Marine; doch ist auch der Handel sehr lebhaft, da Reval Hauptausfuhrhafen von Estland und während der fünfmonatigen Eissperre von Petersburg auch Winterhafen der Hauptstadt ist. In den 1½ Monaten, die meist auch Reval unter Eis liegt, tritt das auf eine Landzunge nach Westen vorgeschobene, nur wenig vom Eise bedrängte Baltischport an seine Stelle. Zu dem gleichen Zwecke wurde auf der finnischen Seite die gut geschützte große Reede von Helsingfors zu einem stark befestigten Kriegshafen und Werftplatze ausgestaltet. Ihr rasches Emporblühen dankt die Stadt aber ihrer Eigenschaft als Hauptstadt Finnlands und ihrer Lage in dem klimatisch am meisten begünstigten, recht fruchtbaren und daher dichter bevölkerten Südwesten (30 Einw. auf 1 qkm) des Landes. Während der Eismonate geht der große Handelsverkehr auf Hangö über, das auf der Spitze einer Halbinsel am Eingange des Busens liegt und durch Eisbrecher stets offengehalten werden kann. Seine trefflichen Hafeneinrichtungen wurden bei Kriegsausbruch von den Russen zerstört. In der schlauchförmigen Kronstädter Bucht am inneren Ende des Finnischen Busens wurde auf der Insel Kotlin Rußlands größter und stark befestigter Ostseekriegshafen, Kronstadt (70000 Einw.), mit hohen Kosten zum Schutze von Petersburg angelegt, das selbst mit seinen großen Arsenalen und Werften den Zwecken des Kriegshafens dient. Kronstadt sperrt völlig die Zufahrt zur Hauptstadt, zu der ein fast 80 km langer, 8,5 m tiefer Seekanal führt. Freilich wird dieser Kriegshafen fünf Monate (Dezember bis April) vom Eise gesperrt. Petersburg ist trotz seiner Lage im oft überschwemmten ungesunden Delta der Newa und der Öde und Rauheit der umgebenden Natur zur größten Ostseestadt erwachsen (1,9 Mill. Einw.) und ist gegenwärtig der dritte Handelshafen des russischen Reiches (mit Kronstadt über 5 Mill. Registertonnen Hafenverkehr), da eine zielbewußte Verkehrspolitik ihm ein riesiges Hinterland angeschlossen und in der Stadt einen Verkehrsknoten von außerordentlicher Bedeutung geschaffen hat. Ein leistungsfähiges Kanalsystem verbindet die Stadt mit Wolga und Dwina; sechs große Bahnlinien aus dem ganzen Reich laufen hier zusammen. Durch zwei Stränge, die über den jungen karelischen Isthmus zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Ladogasee laufen, ist hier das finnische Netz an das russische angeschlossen; die während des Krieges in fieberhafter Eile nach dem Weißen Meere und nach Alexandrowsk an der Murmanküste geführte Bahn sowie die neu geplante Linie von Archangelsk streben gleichfalls auf Petersburg zu. So wird Petersburg als Knoten fast aller Wege, die Rußland während des Krieges mit der Außenwelt verbinden, als Hauptstadt und als erste Industriestadt des Reiches, die mehr Kriegsmaterial erzeugt als das ganze übrige Land, zu einem Punkte von eminenter strategischer und politischer Bedeutung. Den strategisch wichtigen karelischen Isthmus sperrt im Norden die Festung Wiborg (50000 Einw.). Im Inneren der Wiborger Bucht in gut besiedelter Umgebung gelegen und durch den Saimakanal mit einem beträchtlichen Hinterlande verbunden, besitzt sie bedeutenden Handel. Sonst ist am Finnischen Busen nur Narwa (20000 Einw.), 7 Seemeilen oberhalb der Mündung der nur von kleineren Schiffen befahrbaren Narowa, zu nennen, deren breite Niederung Estland von Ingermanland trennt, und gegenüber an der finnischen Seite vor der Mündung des Kymmene der ausgezeichnete Hafen von Kotka, der eine sehr bedeutende Holzausfuhr besitzt.

In der Mitte des überaus begünstigten, von dichtem Schärengewirr umgebenen Südwestens von Finnland, schräg gegenüber Stockholm, hat es Åbo trotz der geringen Tiefe seines Hafens (4 m) bei sehr bedeutendem Handel auf 50000 Einw. gebracht. — Klein und weit abständig sind die Hafenplätze des Bottnischen Busens, gewaltig aber die Mengen an Holz, die sie zur Ausfuhr bringen, und sehr bedeutend ist ihre Verkehrsvermittlung im Kriege. Abgesehen von den zwei großen Flüssen, die am Nordende münden und unwirtliche Gebiete durchströmen (Kemi und der Grenzfluß Torneelf), wird hier recht regelmäßig die Größe der Stadt durch die Größe des Flußgebietes bestimmt, an dessen Mündung sie liegt. So sind an der finnischen Seite die drei größten Seestädte: Björneborg mit dem guten, vom Eise nur wenig behinderten Vorhafen Mantyluoto im Süden, Nikolaistad (Wasa) in der Mitte und Uleåborg im Norden, jede mit rund 20000 Einwohnern, an die drei größten Flüsse (Kuno-, Kyro- und Luleelf) geknüpft. Die beiden erstgenannten besitzen auch noch eine ergiebigere, dichter besiedelte Umgebung. Auf der schwedischen Seite, wo sich besonders zahlreich treffliche natürliche Häfen bieten, heben sich hervor: Luleå, der Ausfuhrhafen der norrländischen Erze im Norden, die nicht weit voneinander entfernten Häfen Hernösand und Sundsvall (17000 Einw.) in der Mitte und Söderhamn und Gefle im Süden, letztere bereits am Nordrande der mittelschwedischen Senke gelegen und mit 35000 Bewohnern die einzige Mittelstadt des ganzen Gebietes.

Mit der Seensenke, die Mittelschweden in breiter

Zone vom Skagerrak bis zur Ostsee durchzieht, setzen dichtere Bevölkerung und größere Siedlungen ein. Der Abstand der Hafenplätze mit 10000 Einwohnern beträgt von Stockholm bis zur norwegischen Grenze 90 km im Mittel und ist im Stockholmer Gebiet und am Sund besonders gering. Der östliche um Mälaren und Hjelmaren gelagerte Teil der Senke, den im Gebiete des Wenern und Wettern eine Schwelle nach Westen begrenzt, ist die größte für dichtere Besiedlung geeignete natürliche Landschaft Schwedens. Hier ist naturgemäß in Stockholm die Hauptstadt (350000 Einw.) und der größte Handelsplatz des Landes (Hafenverkehr 5,9 Mill. Registertonnen) in fester Lage erwachsen. Die Stadt liegt, fast ringsum von überfluteten Rinnen umgeben, auf dem Isthmus, der den vielgestaltigen Mälarsee von der schärenerfüllten, nur unter ortskundiger Führung befahrbaren Bucht trennt, die sich in die Stockholmer Halbinsel von Osten her trichterförmig einschiebt. Ein Kriegshafen und Befestigungen sorgen noch weiter für die Sicherheit der Stadt. Dem Verkehr dienen fünf auf dem Isthmus zusammenstrahlende Bahnlinien und ein modern eingerichteter, von Schiffen mit 8 m Tiefgang erreichbarer Hafen (12 km Kailänge), zu dem auch während der vier Eismonate eine Fahrrinne durch Eisbrecher offengehalten wird. Nach vollendetem Ausbau des kurzen Kanals, der den Mälaren mit dem von Süden fast 80 km tief eindringenden Hällsfjord verbindet, wird Stockholm auch auf diesem Wege von Seeschiffen erreicht werden können.

Die Küste südlich von der Stockholmer Halbinsel, die annähernd wieder meridional verläuft, ist von zahlreichen meist nordwestwärts gerichteten fjordartigen Buchten gegliedert, die ein Schärengürtel umsäumt. Im Hintergrunde der ersten, der Bråvik, die 12 Seemeilen tief eingreift, liegt am Abfluß des Glansees die bedeutende Handels- und Industriestadt Norrköping (50000 Einw.), die, gleich Gefle im Norden, die Stockholmer Halbinsel im Süden flankiert und über einen gut eingerichteten Hafen verfügt. Etwas nördlich liegt Nyköping mit dem eisfreien Vorhafen Oxelösund, der bedeutende Erzausfuhr besitzt; an dem nächstfolgenden Fjord im Süden erhebt sich Söderköping, wo das zur Westküste führende System des Götakanals beginnt. Weiter im Süden dient Westervik als Überfahrtshafen nach Wisby auf Gotland. Die Bedeutung, die Wisby in hansischer und früherer Zeit als Stapelplatz des Handels hatte, ist heute dahin; der seichte, kleine Molenhafen genügt der Großschiffahrt nicht. Aber Gotland besitzt einige zum Ausbau geeignete natürliche Buchten. Dagegen weisen die Küsten des langgestreckten Öland keine Naturhäfen auf, und auch die schwedische Küste ist in dem schmalen, 135 km langen Kalmarsund, der sie mit 6 m geringster Tiefe von dieser Insel trennt, wesentlich glatter als weiter im Norden. Kalmar, das den Sund an nur $6^1/_2$ km breiter Stelle sperrt, mußte seinen winzigen Hafen durch Molen erweitern. — Durch die Angliederung der geologisch anders gebauten und mit Geschiebelehm stärker bedeckten Halbinsel Schonen an den Hauptkörper Schwedens wird die stumpfe Hanöbucht gebildet. Während Schonen selbst recht glatte Küsten besitzt, so daß sowohl die schwedischen Sundhäfen an seiner Westseite wie auch der Fährenhafen Trelleborg und das etwas größere Ystad an der Südkante auf Molenhäfen angewiesen sind, hat die Nordseite der Hanöbucht ein reicher gegliedertes Gestade. Hier liegt hinter einem Kranze schützender Inseln an prächtiger, großer Reede der befestigte Kriegshafen Karlskrona (30000 Einw.), Schwedens Marinestützpunkt in der südlichen Ostsee, doch auch für den Handel nicht ohne Wichtigkeit.

Jenseits des Sundes, an der **Westküste Schwedens,** haben nur zwei Seestädte Bedeutung: Halmstad (20000 Einw.) an der Nordwestseite Schonens, wo zwei größere Buchten durch das Streichen der Schichten bedingt werden, und die Großstadt Göteborg (170000 Einw.). Sie erwuchs im Schutze eines größeren Fjord- und Schärengebiets an der Mündung des Götaelf, des größten schwedischen Flußsystems (48500 qkm), das den Westteil der Seensenke mit dem Wenern und seinen Zuflüssen umfaßt. Die Stadt hat unter allen schwedischen Häfen die kürzeste Verbindung nach Übersee und im Götakanalsystem eine leistungsfähige Verbindung durch die Seensenke zur Ostsee. Der Verkehr seines für tiefgehende Schiffe zugänglichen Hafens hat bereits 5,2 Mill. Registertonnen erreicht.

Tiefenverhältnisse. Die Ostsee stellt samt ihren Vorhöfen nur eine flache Überflutung der Kontinentaltafel dar, aber im einzelnen ist die Gestaltung der Bodenformen sehr mannigfaltig. Tief eingesenkte Rinnen geben dem Kattegat und der Beltsee das Gepräge; eine Gliederung in größere, durch Schwellen getrennte Becken bezeichnen die Ostsee und den Bottnischen Busen. Flach taucht in der Regel die Aufschüttungsküste, steiler die Abtragungsküste unter die Fluten unter. Mit 28 m mittlerer Tiefe steigt der Kattegat im allgemeinen nach innen zu an, zerfällt aber in zwei ungleiche Teile. Der tiefere liegt zwischen der schwedischen Küste und den von Bänken umgebenen Inseln Läsö und Anholt und führt die Schiffahrt dem Sunde zu. Hier senken sich einzelne Rinnen und Löcher bis 124 m ein. In dem recht flachen Teil an der jütischen Küste trennt die tiefere Läsörinne die gleichnamige Insel vom Festlande. Die Beltsee grenzt als höhere Schwelle (mittlere Tiefe 14 m) und durch die Enge ihrer Gewässer die eigentliche Ostsee nach außen ab. Bis 81 m Tiefe erreichen aber die schmalen, flußähnlich gewundenen Rinnen von Sund und Belten in einzelnen Kolken. Die von der Kadettrinne nur bis 28 m Tiefe durchfurchte Darßer Schwelle geleitet von der Mecklenburger Bucht, die Drogdenschwelle (6,9 m) vom Sunde zur Ostsee hinüber, die immerhin 71 m mittlere Tiefe besitzt. Zwischen Schonen und Rügen sinkt die Arkonamulde auf 58 m ab. Die glatte dänische Insel Bornholm (580 qkm), an die sich südwestlich die Rönnebank mit dem Adlergrund (6 m) anschließt, trennt sie fast ganz von der tieferen Bornholmer Mulde (105 m), mit der sie nur zwischen Schonen und Bornholm eine breitere Verbindung in tiefer Furche besitzt. Der Plantagenetgrund (7 m) westlich von Rügen, die breite Oderbank (6 m) in der Pommerschen Bucht und die große Stolpebank (8 m) vor der hinterpommerschen Küste erschweren die Schiffahrt vor den deutschen Gestaden. Zwischen Öland im Norden, der weit ausgedehnten Mittelbank (9 m) und der Stolpebank im Süden führen nur schmale Verbindungen zum Hauptbecken der Ostsee hinüber. Dieses zerfällt durch die meridionale Gotlandschwelle, zu der die Hoborgbank (12 m) im Süden, die Insel Gotland (3160 qkm, 77 m hoch) in der Mitte und die Sandönbank mit der Insel Gotska Sandö im Norden gehört, in zwei langgestreckte Mulden. Die östliche, die Baltische Mulde, erreicht zwischen Gotland und Kurland 249 m und sinkt in der Danziger Bucht nochmals auf 111 m ab. Die westliche

beginnt zwischen Öland und Gotland und ist im Landsorter Tief zwischen Gotland und Hällsfjord über 460 m tief eingesenkt. Am Nordende der Gotlandschwelle vereinigen sich beide zu einer einzigen Mulde, die, ostwärts abbiegend, mit abnehmenden, aber recht unregelmäßigen Tiefen (größte Tiefe 113 m, mittlere 36 m) den Finnischen Busen erfüllt. Nur wenige Meter Tiefe erreicht die Kronstädter Bucht. Ein selbständiges Becken von 47 m größter Tiefe ist dagegen der Busen von Riga. Die Schwelle der Ålandsinseln trennt auch den Bottnischen Busen vom Hauptbecken, doch ist in der Ålandsee westlich von den Inseln das 298 m messende Ålandtief eingesenkt. Die durch die Schwelle der West- und Ostquarken bezeichnete Einengung zwischen Umeå und Wasa gliedert die kleinere und seichtere Bottenwiek im Norden von der tieferen Bottensee im Süden ab. In letzterer werden auf beträchtlicher Fläche noch 80—100 m und östlich von Hernösand auf kleinem Raum sogar 294 m Tiefe gemessen, und auch in ersterer werden an mehreren Stellen über 100 m (117 m) erreicht. Genügen mithin die Tiefen der Ostsee in allen ihren Teilen für die Großschiffahrt, so wird doch häufig die Annäherung an die Küsten im Abtragungsgebiet durch Untiefen und Klippen, im Aufschüttungsgebiet durch allgemeine Seichtheit und einzelne Bänke erschwert. Die Bänke bilden ein um so gefährlicheres Hindernis, als sie sehr häufig mit Steinpackungen, den Resten ausgewaschener Moränen, gekrönt sind. Dadurch sind besonders die Adlerbank, Stolpebank, Hoborgbank, die Memeler Bucht und die kurländische Küste berüchtigt, während sonst die Geschiebe über den Boden des Meeres nur loser in den weichen Ablagerungen verstreut sind, die in größeren Tiefen meist toniger, in seichteren Wässern sandiger Natur sind. Ruhestellung von U-Booten wird daher weithin nicht nur durch zu große Tiefen, sondern auch durch die Bodenbeschaffenheit erschwert. Anderseits wird die Schiffahrt durch die Anordnung der Bänke nicht nur in den engen Gewässern der Beltsee und sonstigen Straßen, sondern auch auf offener See wiederholt in enge Durchfahrten gezwungen. So vermag eine Flotte von Osten her in die Arkonamulde nur durch zwei schmale, leicht zu sperrende Fahrrinnen vorzustoßen. Für solche Seesperren bilden Minenketten und -felder bei den geringen Tiefen des Meeres ein in diesem Kriege vielverwendetes Mittel.

Hydrographie. Die Eigenart der hydrographischen Verhältnisse der Ostsee wird bestimmt durch ihre starke Abschnürung vom Weltmeere, die große Süßwasserzufuhr vom Lande und die Gliederung in größere, tiefe Becken und engere, seichte Zwischenglieder. Der S a l z g e h a l t ist daher gering und nimmt nach innen zu rasch ab, besonders in den seichten Verbindungspforten zur Nordsee. Während er an der Oberfläche am inneren Skagerrakende noch 28 pro Mille beträgt, weist er am inneren Ende des Kattegats nur mehr 18 pro Mille, in der Lübecker Bucht 12—13 pro Mille und bei Rügen bloß 8 pro Mille auf. Weiterhin nimmt er sehr langsam ab, bis man in den innersten Winkeln des Bottnischen und des Finnischen Meerbusens fast süßes Wasser antrifft. Dieses salzarme Oberwasser wird von salzreicherem Unterwasser unterlagert, das sich durch Einströmungen aus der Nordsee und durch die Meeresstraßen der Beltsee erneuert. Während hier und allgemein in den seichten Gewässern häufig eine bis zum Boden durchgreifende Mischung erfolgt, sind die beiden Schichten über größeren Tiefen durch eine gut ausgeprägte Sprungschicht getrennt, die sich auch in der Temperatur wiederfindet, da die an der Grenze der beiden Wassermassen rasch zunehmende Dichte auf die Fortpflanzung der Erwärmung und Abkühlung in die Tiefe, die vornehmlich durch Bewegungsvorgänge geschieht, hemmend wirkt. Von der Bornholmer Mulde bis in die Außenhälfte des Finnischen Meerbusens ist in beiden Schichten noch eine Zweiteilung erkennbar, indem sich im Oberwasser infolge der sommerlichen Erwärmung eine 15—40 m mächtige Deckschicht absondert, und das Unterwasser in ein Tiefenwasser bis etwa 70 m Tiefe mit dem Temperaturminimum der Wassersäule und in ein Bodenwasser mit recht gleichmäßiger Temperatur von 4° und Salzgehalt von 9—10 pro Mille zerfällt. Im Kattegat hat das Unterwasser etwa 10 pro Mille, im Arkonabecken etwa 7 pro Mille, im Bottnischen Meerbusen 1—2 pro Mille höheren Salzgehalt als das Oberwasser. Die S t r ö m u n g des salzarmen Oberwassers ist auswärts gegen die Nordsee gerichtet und hält sich infolge der Einwirkung durch die Erdrotation an die schwedischen Küsten, die daher auch gegenüber den deutschen und russischen Gestaden, wo die Bewegung einwärts geht, durch geringeren Salzgehalt und niedrigere Temperatur gekennzeichnet sind. Im Frühjahr dehnt sich die Abflußbewegung fast über die ganze Breite des Finnischen und des Bottnischen Meerbusens aus. Sonst sind über den größeren Becken in der Regel schwache linksdrehende Stromwirbel ausgebildet. Die resultierende ein- und auswärts gerichtete Bewegung beträgt in den breiteren Gewässern nur wenige, bis etwa 10 cm in der Sekunde, der wirkliche Stromweg infolge der starken Einwirkung der wechselnden Winde aber das Doppelte bis Vierfache. Nur in den engen Straßen der Beltsee, wo die Richtung der Wasserbewegung in erster Linie durch den Wind bestimmt wird und bei einem Umspringen des Windes sehr starke Schwankungen des Salzgehaltes hervorrufen kann, wachsen die Strömungen zu für die Schiffahrt gefährlicher Stärke an. Der Sund ist durch die zahllosen Strandungen berüchtigt. In der Tiefe ist die Bewegung einwärts gerichtet, wobei sie in den größeren Mulden mehr gleichmäßig, in der Beltsee mehr stoßartig, mit den günstigen Winden erfolgt. Die Jahresschwankung des Salzgehaltes und ebenso der jährliche Gang des Wasserstandes sind durch die meteorologischen Verhältnisse, namentlich auch durch die Süßwasserzufuhr und die Windverhältnisse vor den Eingangspforten bestimmt. Doch sind die absoluten Beträge, die für den Oberflächensalzgehalt etwa 1 pro Mille, für den Wasserstand im Süden etwa 15 cm, im Norden 30 cm betragen, recht gering, der Gang im einzelnen ist aber sehr verwickelt und noch nicht genügend geklärt. Ganz im Gegensatz zum Salzgehalt ist die Verteilung der O b e r f l ä c h e n t e m p e r a t u r eine sehr gleichmäßige, die zeitliche Schwankung aber sehr groß. Im Juli erreicht selbst an der Südküste die Temperatur in der Regel nirgends 20°, während auch in den nördlichsten Teilen noch 15° beobachtet werden. Bei der dann herrschenden raschen Temperaturabnahme mit der Tiefe können an den Küsten bei ablandigen Winden sehr starke Temperaturstürze im Oberflächenwasser eintreten. Im Winter sinkt an den Küsten und in den engen Gewässern die Temperatur allenthalben unter den Gefrierpunkt, auf offener See aber nur im Finnischen und im Bottnischen Meerbusen, während die südliche Ostsee 2—3° Wärme behält.

Auf der kontinentalen Lage, dem geringen Salz-

gehalt und dem Mangel starker Strömungen und Gezeiten beruht die starke winterliche **Eisentwicklung**, die für Seeverkehr und Strategie von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Dauer der Vereisung nimmt im allgemeinen nach den inneren Teilen der Ostsee zu. Während sich über die südliche Ostsee in Jahrhunderten nur einige Male eine Eisdecke spannte, weisen der Bottnische und der Finnische Busen jedes Jahr eine Eisdecke auf. Allenthalben aber sind enge Fahrwasser, Flußmündungen, seichte Küstenbuchten und besonders die Haffe durch stärkere Eisbesetzung gekennzeichnet. Im einzelnen spielt die Lage der Küste zu den herrschenden Winden eine wichtige Rolle für die rasche Abtrift oder für die Verstopfung durch Eis. Der enge Sund weist über 50 Eistage im Jahre auf, eine Zahl, die ostwärts erst wieder im seichten Greifswalder Bodden und bei Swinemünde erreicht wird. Wesentlich günstiger sind die tiefen Föhrden gestellt, am günstigsten die nahezu eisfreie Kieler Föhrde, die auch deshalb zum Hauptkriegshafen besonders geeignet ist, am schlechtesten die schmale, seichte und tief ins Land eindringende Schlei (35 Eistage). Der Kaiser-Wilhelm-Kanal kann während des ganzen Winters vom Verkehr benutzt werden. Mehr Eistage als die Föhrden haben in der Regel die Bodden, die größte Zahl findet man in den Haffen (Stettin 61, Pillau 69, Elbing 94, Königsberg 113); fast frei sind die äußersten Küstenvorsprünge (Rixthöft 5 Eistage). Die Segelschiffahrt erleidet dadurch im östlichen Teil der deutschen Ostseeküste eine erhebliche Behinderung, die Dampfschiffahrt kann dagegen durch Eisbrecher meist im Gange gehalten werden. Nur in der Eider, im Greifswalder Bodden und im Frischen Haff liegt sie einige Zeit (Königsberg über 20, Elbing über 60 Tage) stille. Auch darum haben die innenliegenden großen Handelshäfen Vorhäfen als eisfreie Winterhäfen gegründet (Travemünde, Warnemünde, Swinemünde, Neufahrwasser, Pillau), und diese Winterhäfen spielen, je weiter man nach Norden fortschreitet, eine immer größere Rolle und lösen sich räumlich immer mehr vom Haupthafen los, um eine möglichst lange eisfreie Stelle zu erreichen. Die Beispiele von Libau und Windau für Riga, von Reval und Baltischport für St. Petersburg, von Hangö für Helsingfors und andere haben dies gezeigt. In der Mitte des Rigaischen Meerbusens erreicht die Eisdauer schon 60 Tage, an den Küsten noch mehr. So gibt es bei Dünamünde schon 75, bei Pernau sogar über 135 Eistage. Anfang Dezember beginnt im Bottnischen Busen der Eisansatz am Nordrand, im Finnischen Busen in den Buchten von St. Petersburg, Wiborg und Narwa. Mit fortschreitendem Winter rückt die Vereisung dort nach Süden, hier nach Westen fort, wobei in beiden Gewässern die Mitte viel länger eisfrei bleibt und auch früher wieder eisfrei wird als die Ränder. Die Enteisung nimmt den umgekehrten Weg. Die Dauer der Vereisung beträgt im äußeren Teil des Finnischen Meerbusens 1½ Monat an den Rändern, einen halben Monat in der Mitte, die Kronstädter Bucht ist 5 Monate (bis Anfang Mai) vom Eise gesperrt. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse im Bottnischen Busen. Beide Meeresteile können im Winter zu Fuß und zu Wagen gequert werden. Die Handelsschiffahrt liegt dann in ihren inneren Teilen vollkommen stille, die Tätigkeit der Kriegsflotten ist dort ausgeschaltet. Dagegen wäre es möglich, Angriffe über das Eis hinüberzutragen, so wie einst Karl X. sein Heer über die vereisten Gewässer der Beltsee geführt hat. Südlich vom Finnischen Meerbusen besitzt Schweden entlang seinen gesamten Küsten allenthalben Häfen, die eisfrei sind oder durch Eisbrecher offengehalten werden können.

Die **Gezeiten** der Ostsee sind ganz unbedeutend, da die Abschnürung von der Nordsee zu stark und die Größe des Meeres zu gering ist, als daß eine kräftige Entwicklung möglich wäre. Der Springtidenhub, der bei Skagens Rev noch über 30 cm beträgt, sinkt bereits bei Kopenhagen fast auf die Hälfte herab, weist in der eigentlichen Ostsee bloß wenige Zentimeter Höhe auf und erreicht nur im innersten Teile des Finnischen Meerbusens wieder den Kopenhagener Wert. Den Hauptanteil hat eine in der Ostsee selbst entstehende, nach links fortschreitende Drehwelle von ganztägigem Charakter.

Klima. Die Ostsee dringt weit in das Festland und damit in Gebiete ein, die bereits ein ausgesprochen kontinentales Klima haben. Wie einerseits dadurch ihre hydrographischen Verhältnisse beeinflußt werden, so übt anderseits ihre Wassermasse eine tiefgreifende klimatische Wirkung aus, so daß wir von einem Ostseeklima sprechen und es in Gegensatz zu den Klimagebieten der umgebenden Landflächen setzen können. Die Jahresschwankung der **Temperatur** wird durch das Meer sehr gemildert. Über der südlichen Ostsee liegt die Januartemperatur bei 0°, nur gegen das ostpreußisch-baltische Gestade nimmt sie rasch auf —3° ab, während auf der offenen See dieser Wert erst halbwegs zwischen den Ålandsinseln und den Quarken erreicht wird. Über den nördlichen Meeresteilen, die sich großenteils mit Eis bedecken, wodurch die mildernde Wirkung der Wassermasse herabgesetzt wird, sinken die Temperaturen tiefer. Im Rigaischen Meerbusen beträgt die Januartemperatur an —5°, in den innersten seichten und schmalen Teilen des Finnischen Meerbusens —8° bis —9° und am Nordende des Bottnischen Meerbusens sogar —11°. Aber die umgebenden Landgebiete sind, abgesehen von der südlichen Ostsee außerhalb Bornholms, sehr viel kälter. Das Hauptbecken der Ostsee hat im Januar eine positive Temperaturanomalie von 12—13°. Im Frühjahr bleibt das Meer kalt, während sich das Land rasch erwärmt. Im März verschwinden daher die Temperaturgegensätze zwischen der Ostsee und ihrer Umgebung fast vollständig, und im April ist bereits das Land wärmer. Die Unterschiede werden besonders groß in den nördlichen Teilen, die noch lange von Eis bedeckt bleiben. Das Frühjahr ist die Zeit der häufigsten **Nebel** auf offener See, da die warmen Landwinde über dem kühlen Meere ihren Dampfgehalt kondensieren müssen. Über 20 Prozent aller Tage haben dann im Hauptbecken des Meeres Nebel. Der Wärmeüberschuß des Landes bleibt bis zum August bestehen, wo ein zweiter Ausgleich eintritt. Im Juli beträgt die Lufttemperatur an den Küsten der Ostsee bis zur Breite von Stockholm und St. Petersburg ungefähr 17°, an den bottnischen Küsten etwa 15°, auf offener See findet man 16° im Süden und 14° im Norden. Die Lufttemperatur ist mithin im Sommer ebenso wie die Wassertemperatur gleichmäßig verteilt. Nur die beiden nördlichen Glieder der Ostsee weisen eine positive Temperaturanomalie bis zu 5° auf, die aber kleiner als die des umgebenden Landes ist. Im September ist die Luft über dem Meer bereits wieder etwas wärmer als über dem Lande und der Unterschied nimmt bis zum Jahresende zu. Im Herbst und Winter treten häufig **Küstennebel** auf, wenn die warme, feuchte Seeluft über das Land hinstreicht. Die Ein-

gangspforten der Ostsee haben im Winter an mehr als 20 Prozent aller Tage Nebel.

Die in Westeuropa herrschenden westlichen **Winde** finden über die Ostsee und die an sie anschließenden Tiefländer einen bequemen Weg in das Festland hinein. Westliche Winde sind daher im ganzen Ostseegebiet am häufigsten. Im Winterhalbjahr haben sie vorwiegend südwestliche, im Sommerhalbjahr westliche Richtung. Da sie vom Meere kommen, sind sie mild und feucht. Die in der südlichen Ostsee an zweiter Stelle stehenden trockenen östlichen Winde treten besonders im Frühjahr auf. Häufig wird die Ostsee namentlich im Winterhalbjahr von barometrischen Minima gequert, die meistens vom Skagerrak über die schwedische Seensenke zum Finnischen Meerbusen und zum Weißen Meere ziehen. Sie sind von raschem Witterungswechsel und oft von stürmischen Winden begleitet. Die ostpreußisch-baltischen Gestade haben fast doppelt so viele Stürme als die deutsche Nordseeküste. Sie treten hier besonders im Oktober und Dezember auf. Sehr viel geringer ist die Zahl der Stürme an den westlichen deutschen Ostseeküsten, wo sie besonders auf den Januar fallen. Die Richtung der starken Stürme ist ganz überwiegend südwestlich; nie kommen sie aus einem östlichen Quadranten. Schwer leiden häufig die deutschen Ostseeküsten unter der verheerenden Wirkung von Sturmfluten; im Finnischen Meerbusen ist namentlich St. Petersburg von ihnen bedroht, wo die von der Gewalt westlicher Stürme aufgestaute Newa die niedrigen Stadtviertel überschwemmt.

Die **Niederschlagshöhen** halten sich im Ostseegebiet in mäßigen Grenzen. Nur vereinzelt werden an den Küsten der Beltsee 800 mm im Jahre gemessen. An den deutschen Küsten fallen meist 500—700 mm, weiter im Norden noch weniger, an den Küsten des Bottnischen Busens etwa 400—500 mm. Über dem Meere selbst ist der Niederschlag noch etwas — vielleicht um 100 mm — geringer. Die trockenste Jahreszeit ist das Frühjahr, die meisten Niederschläge fallen im Hochsommer und im Herbste. Nach Norden zu fällt ein steigender Teil des Niederschlages als **Schnee**. Während an der Südküste Schwedens der Schnee kaum 45 Tage liegt, bedeckt er am Nordende des Bottnischen Meerbusens 170 Tage lang den Boden.

Literatur. **G. Braun**, Das Ostseegebiet (Leipz. 1912); »Beiträge zur Kenntnis des Ostseegebietes« (»Zeitschr. Ges. f. Erdk.«, Berl. 1912); **C. Ackermann**, Beiträge zur physischen Geographie der Ostsee (Hamb. 1883); **E. F. Piccard**, Beiträge zur physischen Geographie des Finnischen Meerbusens (Kiel 1906); **W. Bartels**, Die Gestalt der deutschen Ostseeküste (Stuttg. 1908); **F. O. Karstedt**, Die südfinnischen Schären (»Mitt. Geogr. Ges. Lübeck«, 23, 1908); **J. Leiviskä**, Über die Küstenbildungen des Bottnischen Meerbusens (»Fennia« XXIII, Helsingfors 1905); Derselbe, Über die Entstehung der Haupttypen der finnischen Küsten (ebenda XXVII, 1909); **O. Krümmel**, Die deutschen Meere im Rahmen der internationalen Meeresforschung (Berl. 1904); **J. Gehrke**, Beiträge zur Hydrographie des Ostseebassins (»Publ. de circ.« 52, Kopenhagen 1910); **J. P. Jacobsen**, Beitrag zur Hydrographie der dänischen Gewässer (Kopenhagen 1913); **H. Spethmann**, Studien zur Ozeanographie der südwestlichen Ostsee (»Intern. Rev. d. ges. Hydrobiol. u. Hydr.«, Leipz. 1913); »Finnländische hydrographisch-biologische Untersuchungen« (Helsingfors 1907 ff.); »Segel-Handbuch für die Ostsee«, I. Teil (Berl. 1906); »Ostsee-Handbuch« (3 Bde., Berl. 1915 ff.); **R. Witting**, Tidvattnen (Helsingfors 1911); **W. Köppen**, Wind und Wetter in den Europäischen Gewässern (Berl. 1917); **D. Schäfer**, Der Kampf um die Ostsee (»Histor. Zeitschr.«, Bd. 83, 1899); **Th. Reuter**, Ostseehandel und Landwirtschaft im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert (Berl. 1912); Derselbe, Handelswege im Ostseegebiet in alter und neuer Zeit (das. 1913); **E. Wallroth**, Die Grundlagen des Ostseehandels und seine Zukunft (das. 1917); **G. Braun**, Der Fährverkehr zur See im europäischen Norden (das. 1912); **W. Vogel**, Deutschlands Lage zum Meere im Wandel der Zeiten (das. 1913); Derselbe, Deutschlands Zurückdrängung von der See (das. 1916); **D. Schäfer**, Zur Eröffnung des Nordostsee-Kanals (»Preuß. Jahrb.«, Bd. 80, 1895); **S. Sario**, Die Nordischen Dardanellen (Berl. 1917).

Das Mittelmeergebiet als Kriegsschauplatz

von Professor Dr. **Alfred Merz** in Berlin

Vgl. hierzu die Karte »Länder des Mittelmeeres«.

Lage und historische Bedeutung. An der Westseite der Alten Welt, im Grenzgebiet gemäßigter und subtropischer Breiten, dehnt sich zwischen 30° und 47° nördl. Br. das Mittelmeer mit seinen Gliedern über ein Achtel des Erdumfanges aus. Es zerlegt dadurch die Ostfeste in die drei Erdteile Europa, Asien und Afrika. Aber diese Trennung greift nicht sehr tief. Leicht finden die Schiffe entlang ganzer Reihen hoher Inseln und Landvorsprünge den Weg durch das im Sommer nur leichtbewegte Meer, und ein lebhafter friedlicher und kriegerischer Verkehr kann sich hier, wie es seit den ältesten Zeiten geschehen ist, entwickeln. Er bringt die verschiedenartigen Völker und Kulturen, die dieses Meer umrahmen, in nahe Berührung, wirkt mächtig fördernd auf die geistige Entwicklung und zeitigt eine frühe glänzende Blüte des Seewesens. Das Mittelmeer schafft in seinen Randländern auch verwandte Lebensbedingungen für den Menschen. Ähnliches Klima und ähnliche Vegetation verbinden diese Randländer zu einer Einheit besonderer Art, zum Mittelmeergebiet. Das wird von grundlegender Bedeutung für seine geschichtliche Entwicklung. Der Besitz der Seeherrschaft erreicht hier höchsten politischen Wert.

In den östlichen Randländern des Mittelmeeres haben sich im grauen **Altertum** die Staatswesen der Babylonier und Ägypter entwickelt, fast zwei Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung auf noch größerem Raume das Reich der Assyrier. Sie alle haben zur Zeit ihrer Blüte große Küstenstrecken der Levante, besonders die syrischen Gestade, umfaßt, sind aber Kontinentalstaaten geblieben, die nicht weit über die See hinausgegriffen haben. Anders die **Phönizier** an der syrischen Küste, die im letzten Jahrtausend v. Chr. das ganze Mittelmeer mit ihren Handelsniederlassungen umspannten und auf ihren Fahrten die Kultur des Orients dem Westen, namentlich auch Griechenland, übermittelten. Die seegewandten Griechen folgten mit Siedlungskolonien im östlichen Mittelmeer ihrem Beispiele, während gleichzeitig die Perser ein neues Kontinentalreich errichteten, das den ganzen Orient umfaßte. Den Vorstoß Persiens nach Europa haben die Griechen in schweren Kämpfen zu Wasser und Land und in glänzender Ausnutzung ihrer Überlegenheit zur See gebrochen. Die befruchtende Wirkung ihrer Leistungen in Wissenschaft und Kunst hat Alexander

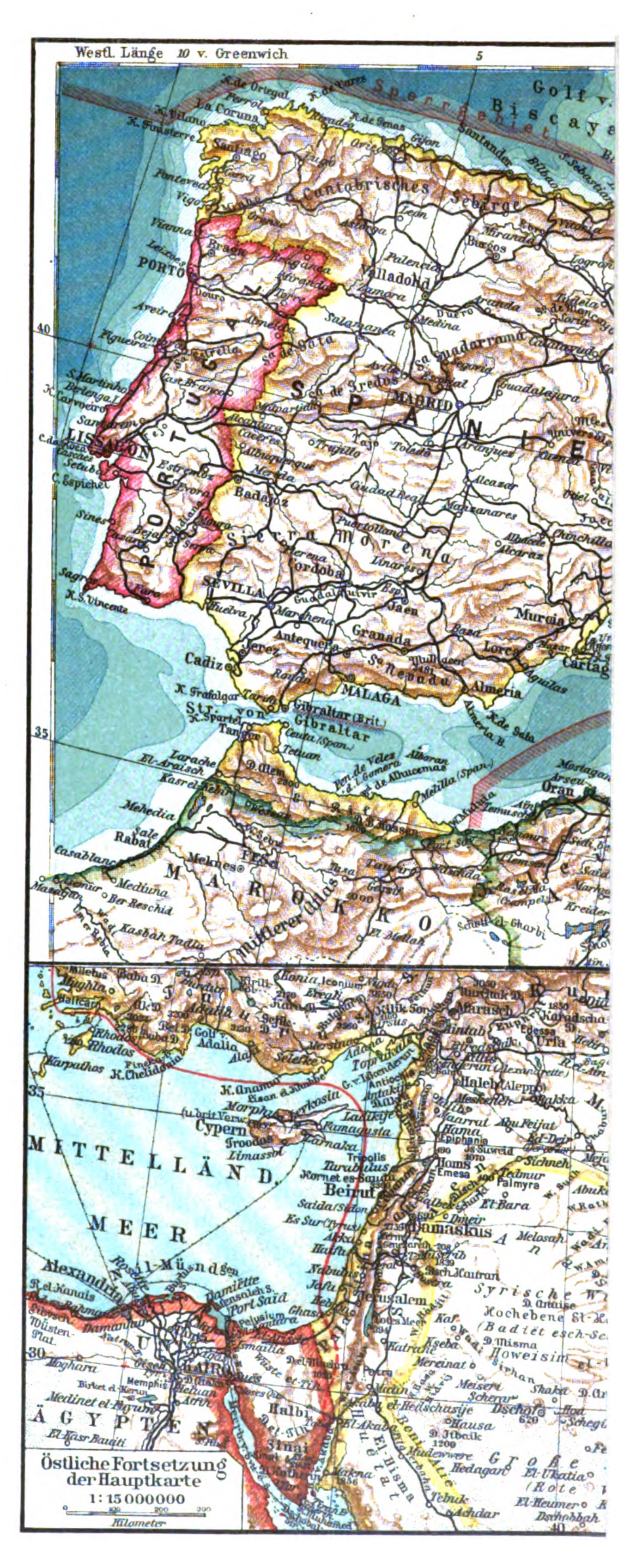
d. Gr. in seinem Weltreich, das er auf den Trümmern des persischen erbaute, über den ganzen Orient ergossen. In den Diadochenstaaten der Ptolemäer, Seleuciden und Attaliden hat griechisches Wesen die höchsten Triumphe gefeiert und deren Herrschersitze, Alexandria, Antiochia und Pergamum, waren die glanzvollsten Städte der Welt.

Unterdessen waren auch zwei Staaten des westlichen Mittelmeeres zu großer politischer Bedeutung erwachsen, die Seemacht Karthago und die Landmacht Rom, nachdem einige Jahrhunderte die etruskische Seemacht geblüht hatte. Der zwischen ihnen entbrennende Kampf auf Leben und Tod endet zugunsten Roms, als es auch zur Seemacht wird und den Feind auf dem eigenen Element zu bekämpfen vermag. Damit hebt die stolzeste Periode in der Geschichte des Mittelmeeres an. Die junge, straff organisierte, in glücklicher zentraler Lage erwachsene Land- und Seemacht vermag in überraschend kurzer Zeit sowohl die unkultivierten Neuländer des Westens als die absterbenden Staatsgebilde des hochkultivierten Ostens in ihre Hand zu bekommen. Zu Beginn unserer Zeitrechnung haben die Römer nahezu das gesamte Mittelmeergebiet zu einem einzigen Weltreich vereinigt. Weitere Eroberungen dehnen ihr Gebiet bis an die Ränder der bekannten Welt aus. Die politische Einheit der Welt im Römerreich wird für die fernste Zukunft von unendlicher Bedeutung; sie bildet die Grundlage für die Ausbreitung hellenischen Geistes auch nach dem Westen, und sie bereitet den Boden für das Christentum. In den Neuländern des Westens legt römische Kolonisationstätigkeit den Grundstock für die Entwicklung der lateinischen Tochternationen. Der politische, wirtschaftliche und geistige Schwerpunkt der Welt liegt jetzt im Mittelmeere selbst.

Nach einem halben Jahrtausend zerfällt dieses Weltreich in ein Weströmisches und Oströmisches Reich und bald darauf erliegt jenes dem germanischen Ansturm. In dem Kampfe des Oströmers Justinian gegen Vandalen und Ostgoten, dem es nochmals für kurze Zeit gelingt, einen großen Teil des Reiches in seiner Hand zu vereinigen, wird die Seeherrschaft der oströmischen Flotte von ausschlaggebender Bedeutung. Die dauernde politische Spaltung und die Trennung der abendländisch-römischen von der morgenländisch-byzantinischen oder griechischen Kirche zerreißt auch die mühevoll errungene geistige Einheit. Noch ein Jahrtausend nach der ersten Teilung vegetiert das oströmische oder byzantinische Reich und vermittelt seine eigenartig fortentwickelte Kultur den slawischen Balkanvölkern und den Russen.

Aber bereits in der ersten Hälfte des **Mittelalters**, als der Schwerpunkt des Abendlandes nach dem Norden rückt, wird das germanische Reich der Franken Nachfolger der Weströmer (Kaiserkrönung Karls d. Gr. in Rom). Fast gleichzeitig breitet sich das Reich der arabischen Kalifen von den Ufern des Roten Meeres über die östlichen und südlichen Randgebiete des Mittelmeeres aus, und die rasch erworbene Herrschaft wird durch eine mächtige Flotte gestützt. Wie einst die Griechen im Osten, so gebieten jetzt die Franken im Westen, auf französischem Boden, dem Siegeslauf des Orients halt, und auch Byzanz vermag trotz wiederholter Belagerung der Hauptstadt durch arabische Flotten seinen kleinasiatischen Besitz zu behaupten. Damaskus und später Baghdad werden Sitz des Kalifats. Hielt in römischer Zeit das Mittelmeer das eine Weltreich zusammen, dessen Schwerpunkt von ihm umspült wurde, so trägt es jetzt für Jahrhunderte den Grenzsaum der größten Reiche. Wenn diese auch ein lebhafter, im Wandel der Zeiten bald friedlicher, bald kriegerischer Verkehr verbindet, noch heute trennt diese Linie im allgemeinen die christliche Welt von der islamischen, die römisch-abendländische von der griechisch-orientalischen. Die geistige Einheit ist nun für immer zerstört, die zukünftige Weltstellung des Mittelmeergebietes schwer geschädigt. Trotzdem verbleibt ihm höchste politische, wirtschaftliche und geistige Bedeutung. Denn es ist der Schauplatz der Kämpfe zwischen Abend- und Morgenland, die in den Kreuzzügen ihren Höhepunkt erreichen. Es vermittelt in steigendem Maße den gerade durch die Kreuzzüge angeregten Güteraustausch zwischen Orient und Okzident, und durch seine Vermittlung sowie durch die geschickte Benutzung der Kreuzzugbewegung gelangen Pisa, besonders aber Venedig und Genua zu einzigartiger Blüte. Endlich beherbergt das Mittelmeergebiet die heiligen Stätten der großen neuen Religionen, die Sitze des Kalifen, des Patriarchen von Byzanz und vor allem des Papstes in Rom, der als ebenbürtige geistliche Gewalt neben den römisch-deutschen Kaiser tritt. Die Machtstellung der Venezianer und Genuesen beruhte übrigens wie die der Karthager auf der Flotte und den zahlreichen Stützpunkten. Sie zeigt in verschärftem Maße von neuem, wie selbst winzige Staaten durch Seebeherrschung zur höchsten politischen Macht gelangen können.

Rasch sinkt die Bedeutung des Mittelmeergebietes dahin im **Zeitalter der großen Entdeckungen**. Das Streben nach Anteil an den großen Handelsvorteilen von Venedig und Genua führt die Portugiesen, dann auch die Spanier dazu, in rascher Entwicklung ihres Seewesens einen Seeweg nach den produktenreichen Gestaden Indiens zu suchen. Jene finden ihn unter Bartholomäus Diaz und Vasco de Gama am Ende des 15. Jahrhunderts um Afrika herum; fast gleichzeitig entdecken die Spanier Europas Gegengestade an der Westseite des Atlantischen Ozeans. Um dieselbe Zeit vernichtet das vordringende Türkenreich die letzten Reste von Byzanz, umspannt bald in leichter Überwindung der arabischen Teilstaaten den ganzen Osten und Süden des Mittelmeeres und erschwert immer mehr den Handel nach dem fernen Orient. So werden die mühseligen und gefahrvollen Landwege nach Indien immer mehr verlassen und dafür der billigere und bequemere Seeweg eingeschlagen. Die Handelswege des Mittelmeeres werden verlassen, und das Mittelmeergebiet wird ein Randland des Weltverkehrs. Die für die neuen Seewege nach Amerika und Indien am günstigsten gelegene Pyrenäenhalbinsel mit ihrem halb mittelmeerischen, halb atlantischen Charakter wird das politische Zentrum der Welt. Italien ist heillos zersplittert; die Blüte von Venedig und Genua aber sinkt dahin. Ihre Lage zu den neuen Verkehrswegen ist ungünstig, und das in mittelalterlichen Formen erstarrte Seewesen des Mittelmeeres vermag mit dem atlantischen nicht mehr in Wettbewerb zu treten. Immer ungünstiger wird in den folgenden Jahrhunderten die geographische Stellung des Mittelmeeres, denn immer mehr verschiebt sich mit der Aufhellung des Weltbildes und mit der gesteigerten Technik des Seewesens der Weltverkehr auf die Ozeane und der Schwerpunkt Europas nach dem maritimen Nordwesten. Auf Spanien und Portugal folgen Holland, Frankreich und England in der Seeherrschaft, während gleichzeitig die Kultur des Mittelmeergebietes im türkischen Reiche mehr und mehr verfällt.


Westl. Länge 10 v. Greenwich
5
Golf v. Biscaya
Sperrgebiet
La Coruña
Santiago
Pontevedra
Vigo
Viana
PORTO
Coimbra
Cantabrisches Gebirge
Santander
Bilbao
Leon
Burgos
Palencia
Valladolid
Zamora
Salamanca
Medina
Guadarrama
Segovia
Avila
Guadalajara
MADRID
S. de Gredos
Toledo
Aranjuez
LISSABON
Setubal
C. Espichel
Sines
Evora
Badajoz
Merida
Trujillo
Ciudad Real
Alcazar
Manzanares
Chinchilla
Sierra Morena
Cordoba
Linares
Jaen
SEVILLA
Huelva
Marchena
Antequera
Granada
Murcia
Lorca
Cadiz
Jerez
Ronda
MALAGA
Almeria
K. Trafalgar
Tarifa
Gibraltar (Brit.)
Str. von Gibraltar
Tanger
Ceuta (Span.)
Tetuan
Larache
El-Araisch
Melilla (Span.)
Oran
Mehedia
Rabat
Sale
Casablanca
Mekines
Fes
MAROKKO
Mittlerer Atlas
K.S. Vincente
40
35
Rhodos
Karpathos
Adalia
Konia
Adana
Aintab
Urfa
Cypern
Larnaka
Limassol
Famagusta
Ladikije
Antiochia
Haleb (Aleppo)
Hama
Homs
Palmyra
Tripolis
Beirut
Saida (Sidon)
Es Sur (Tyrus)
Akka
Haifa
Damaskus
Nablus
Jafa
Jerusalem
Gaza
MITTELLÄND. MEER
Alexandria
Nil-Mündgen
Damiette
Port Said
Ismailia
Kairo
Memphis
Suez
Sinai
El Akaba
ÄGYPTEN
Syrische Wüste
35
30
Östliche Fortsetzung der Hauptkarte
1:15 000 000
Kilometer



Bibliographisches



Fünfkirchen
Theresiopel
Agram
Mohács
Zombor
Essegg
Neusatz
Werschetz
Belgrad
Banjaluka
Zvornik
Bosnien
Sarajevo
Mostar
Lesina
Lissa
Ragusa
Cattaro
MONTE NEGRO
Skutari
Prisren
Antivari
Dulcigno
Alessio
Durazzo
Elbasan
Valona
Janina
Viesti
Barletta
Bari
Brindisi
Otranto
Gallipoli
Golf v. Taranto
K. S. Maria di Leuca
Str. v. Otranto
Korfu
Paxos
Prevesa
Leukas
Ithaka
Kephalonia
Zante
Ionische Inseln
K. Colonne
K. Spartivento
Messina
IONISCHES MEER
1590
2825
3835
4068
4572
3148
Tolmetta
Bengasi
(Berenice)
Grosse Syrte
Sert (Syrt)
Abu Saida
Kasr Turab
Gozzo
Comino
Valetta
Citta Vecchia
Rabato
MALTA.
Maßstab 1:1 000 000.
Kilometer
Filfola Fels
Institut, Leipzig.



Das moderne Zeitalter, das unter dem Zeichen von Kohle und Eisen steht, schien diesen Zustand besiegeln zu wollen. Denn in den Mittelmeerländern sind diese wichtigsten Rohstoffe bloß in geringer Menge vorhanden. Nur am Nordrande des Gebietes haben die Wasserkräfte der Alpen in allerjüngster Zeit einen gewissen Ersatz geboten. So wuchs der wirtschaftliche Abstand zwischen den rasch aufblühenden Wirtschaftsgebieten um die Nordsee und in den Vereinigten Staaten sowie dem Mittelmeergebiet immer mehr.

Da haben eine Reihe von wichtigen Ereignissen, die fast unabhängig voneinander, aber nahezu gleichzeitig eintraten, die Lage des Mittelmeergebietes wie mit einem Schlage gänzlich geändert: Der Durchstich der Landenge von Sues hat Ende der 1860er Jahre den bisher in dünnerem Faden um Afrika herum nach Süd- und Ostasien geführten Seeverkehr in das Mittelmeer hineingelenkt und zu einem starken Strange verdichtet. Die Verdrängung der Segelschiffahrt durch den Dampferverkehr hat gleichzeitig das Hindernis beseitigt, welches das Rote Meer infolge seiner Naturverhältnisse bisher einem lebhafteren Verkehr bot. In denselben Jahren rang sich das volkreichste und am zentralsten gelegene Land des Mittelmeergebietes, Italien, zur politischen Einheit durch. Noch Ende der 1870er Jahre erlangten die Balkanstaaten größere Freiheit und haben seither ein bei uns viel zu wenig beachtetes rasches Tempo ihrer äußeren und inneren Entwicklung eingeschlagen. Seit den 1880er Jahren hat Frankreich unter Ausnutzung der schwierigen Situation, in die sich England durch die Besetzung Ägyptens eingelassen hatte, Schritt für Schritt sein Kolonialreich im westlichen Mittelmeer ausgebaut und schließlich hier durch Vereinigung von ganz Nordwestafrika in seiner Hand ein überragendes Macht- und Wirtschaftsgebiet geschaffen (vgl. Bd. I, S. 93ff.). Ferner drängten das große Bedürfnis nach Nahrungsmitteln in den dicht bevölkerten Industriegebieten Nordwesteuropas und die reiche Fülle der südrussischen und rumänischen Getreideernten zum Ausgleich, und dieser vollzog sich ebenfalls zu Wasser durch das Mittelmeergebiet hindurch. Im letzten Jahrzehnt hat endlich die Türkei mit der jungtürkischen Bewegung einen Anlauf zu neuem Aufschwung genommen. Große Reformen wurden in Angriff genommen, vor allem der Bau wichtiger durchgehender Bahnlinien. Die unter deutscher Leitung schon weit geförderte Anatolische und die Baghdadbahn sind in hohem Maße geeignet, dem türkischen Reiche neues politisches und wirtschaftliches Leben einzuhauchen.

So ist das Mittelmeer fast plötzlich und in unvergleichlich größerem Umfange, als man um die Mitte des vorigen Jahrhunderts irgend geahnt hätte, von neuem mitten in den Weltverkehr gerückt. Aber trotzdem sind seine antike und seine moderne Stellung gänzlich verschieden. Im römischen Altertum lagen der wirtschaftliche und der Verkehrsmittelpunkt im Mittelmeergebiet selbst, und es war vereinigt in einem Weltreich, das hier die Wurzeln seiner Kraft hatte; heute liegen die bedeutendsten Zentren der Wirtschaft, des Verkehrs und der politischen Macht außerhalb des Mittelmeergebietes, so daß es bloß wieder ein Durchgangsgebiet des Weltverkehrs geworden ist, aber unzweifelhaft das wichtigste der Erde. Diese Entwicklung hatte eine doppelte Folge, erstens erleichterte sie auch das wirtschaftliche Aufblühen des Gebietes in den Grenzen, die der Mangel an Kohle und Eisen bedingt, zweitens lenkte sie die politischen Interessen der an diesem Verkehr meist beteiligten Mächte auf das Mittelmeer und führte zu scharfen politischen Gegensätzen zwischen diesen, zu dem Streben, die Kontrolle des äußerst wichtigen Verkehrs ganz oder teilweise in die Hand zu bekommen. Diese Interessengegensätze sind für die politische Geschichte des Mittelmeergebietes im letzten Jahrhundert immer entscheidender geworden, wobei die eigentlichen Mittelmeerstaaten meist eine mehr passive Rolle gespielt haben.

Gliederung und Verkehrswege. Durch die weit nach Süden in schlanker Gestalt vorspringende Apenninische Halbinsel mit Sizilien wird das Mittelmeer in ein westliches und östliches Becken geschieden. Die 145 km breite Straße von Tunis zwischen Sizilien und Tunesien und die nur 3 km breite Straße von Messina zwischen Italien und Sizilien setzen die beiden Teile miteinander in Verbindung. Hier kann der ganze durchgehende Verkehr überwacht werden, und daher ist das Gebiet dieser Meeresstraßen von größter politischer Bedeutung. Hier ist auf der afrikanischen Seite die Seeherrschaft der Karthager und der Vandalen erwachsen, und beide Staaten waren, ebenso wie später die Araber, bestrebt, auch das Gegengestade, Sizilien, in ihre Hand zu bekommen. Hier griffen die Römer zuerst nach Afrika hinüber und schufen durch die Zerstörung Karthagos die Grundlage für ihre Weltherrschaft. Auf Sizilien und Unteritalien haben im Mittelalter die Normannen ihre kurz blühende Seeherrschaft gestützt. Die Italiener haben versäumt, neben Sizilien auch Tunis in ihre Hand zu bekommen. Von dort aus bewachen die Franzosen, von der Insel Malta aus, mit ihrem trefflichen, stark befestigten Hafen, beherrschen seit 1800 die Engländer den Durchgang und die umliegenden Küsten.

Das westliche Mittelmeerbecken, das die afrikanischen Atlasländer, die Pyrenäenhalbinsel, Südfrankreich und Italien umrahmen, hat verhältnismäßig einfache, nur durch kleinere Buchten gegliederte Küstenlinien. Durch das französische Korsika und das italienische Sardinien wird es in zwei Teile zerlegt, das an kleinen Inseln reichere Tyrrhenische Meer im Osten und das Balearen-Meer mit den gleichnamigen spanischen Inseln im Westen. Auch Sardinien, Korsika und Balearen sind mit ihrer zentralen Lage und ihren trefflichen Häfen wichtige Stützpunkte für eine Seeherrschaft und werden daher in der Geschichte immer wieder umkämpft. Zwei wichtige Verkehrsstränge empfängt das westliche Becken im Norden. Bei dem italienischen Genua gelangt unter Benutzung des Paßgebietes zwischen Alpen und Apenninen der eine Strang zum Meere. Er setzt sich aus zahlreichen Fäden zusammen, die aus der dicht besiedelten, industriereichen Po-Ebene und über die Alpen kommen. Der andere Strang erreicht bei dem französischen Marseille die Küste. Er wird aus dem Rhonegebiet gespeist und steht auch mit dem atlantischen Frankreich durch zahlreiche tiefe, von Kanälen und Bahnen benutzte Pforten in Verbindung. In der nur 14,6 km breiten Straße von Gibraltar hat das Westbecken nur eine schmale, leicht zu beherrschende Pforte zum Atlantischen Ozean. Hier kann der gesamte atlantische Verkehr des Mittelmeers unterbunden, das Mittelmeergebiet gänzlich vom Ozean abgesperrt werden. Die prächtige Bucht von Algeciras und der dräuende Fels von Gibraltar bieten hierfür ideale Stützpunkte. Darum ist diese Stelle von einzigartigem politischen und strategischen Wert. Seit 1704 ist sie von den Engländern besetzt und als stark befestigter Kriegshafen ausgebaut.

Viel mannigfaltiger gestaltet ist das östliche Mittelmeerbecken. Zwar verläuft die südliche und östliche Küstenlinie, wo der Einbruch des Meeres an die einförmige libysch-syrische Wüstentafel stößt, sehr glatt, und nur die Kleine und Große Syrte dringen als flache Golfe wenig tief in den Leib Afrikas ein, um so reicher aber ist die Nordseite des Meeres gegliedert. Im Nordwesten springt trichterförmig das Jonische Meer zwischen Süditalien und dem schmalen Südteil der Balkanhalbinsel ein, sondert dort durch den Golf von Tarent die Halbinseln Apulien und Kalabrien, trennt hier den Südteil Griechenlands, den reichgegliederten Peloponnes durch die langgestreckten Golfe von Patras und Korinth fast völlig vom übrigen Staate und dem Stamme der Balkanhalbinsel. Leicht konnte die nur 5⅓ km breite Landbrücke des Isthmus von Korinth von einem Seekanal durchschnitten werden, der über den Golf von Ägina das Jonische mit dem Ägäischen Meer verbindet, den Peloponnes zur Insel macht und einen Seeweg der Alten erneuert. Vom Nordende des Jonischen Meeres führt die kaum 76 km breite Straße von Otranto ins Adriatische Meer, das zwischen Italien und dem Rumpfe der Balkanhalbinsel 800 km tief, fast bis an den Südrand der Alpen, in das europäische Festland eindringt und dadurch zu einer der wichtigsten Meeresstraßen für Mitteleuropa wird, dessen Landwege bei Triest und Fiume an die nördlichste Adria anschließen. Die kleine Bucht von Brindisi auf der italienischen, noch viel mehr die große, prächtige Bai von Valona auf der Balkanseite der Straße von Otranto bieten vorzügliche Stützpunkte zur Sperrung des adriatischen Seeweges.

Eine weitere Reihe von Meeresbecken, die Südosteuropa von Kleinasien scheidet, gliedert sich dem östlichen Mittelmeere nördlich von dem Inselbogen an, der vom Südende des Peloponnes nach Kleinasien hinüberzieht und durch Kythera, Kreta, Karpathos und Rhodos bezeichnet wird. Diese Inselkette begrenzt nicht nur das östliche Hauptbecken im Norden, sondern weist auch einer uralten Schiffahrtslinie den Weg. Daher sind ihre Glieder als Stützpunkte einer Seeherrschaft von Bedeutung. Besonders um Kreta, die größte der Inseln, und um Rhodos, wo unser Seeweg die Route der alten Küstenfahrer kreuzt, wurde oft und heiß gekämpft. Die Reihe der erwähnten Meeresbecken wird durch das Ägäische Meer eröffnet, an dem Griechenland im Westen, Bulgarien im Norden und die Türkei im Osten Anteil haben. Von den teils griechischen, teils türkischen Inselschwärmen der Sporaden, Zykladen und von den thrazischen Inseln ist seine Fläche belebt, reich sind seine Küsten gegliedert. Die großen und wohlbesiedelten Flußtäler des Hermus, Cayster und Mäander schließen den ganzen Westen Kleinasiens, Wardar, Struma, Mesta und Mariza den Stamm der Balkanhalbinsel gegen das Ägäische Meer auf, und auch Griechenland kehrt ihm seine Vorderseite zu. So verbindet sich dieses Meer mit seinen vorwiegend von Griechen bewohnten Randgebieten innerhalb des Mittelmeeres zu einer besonderen kleineren Einheit, die Philippson treffend als Ägäis bezeichnet. Auch hierher führt von Mitteleuropa ein bequemer, mit Schienen ausgestatteter Verkehrsweg. Über die Serbische Morawa, das Amselfeld und den Wardar erreicht er bei Saloniki das Meer, das zugleich Endpunkt der von der Adria kommenden alten Straße (Via Egnatia) ist und daher erhebliche politische Bedeutung besitzt.

Im Nordosten stellt das Meerengengebiet die Verbindung mit dem Schwarzen Meere her. Es beginnt mit der 65 km langen Meeresstraße der Dardanellen, die in geringer Breite (schmalste Stelle 1,33 km) zwischen der langgestreckten balkanischen Halbinsel Gallipoli und dem kleinasiatischen Festlande zu dem kleinen, aber tiefen und gut gegliederten Marmarameere führt. Von hier leitet der stromartige, fast 30 km lange Bosporus ins Schwarze Meer. Dieses ist nur an seiner Nordseite stärker gegliedert, wo die Fastinsel Krim die seichte Bucht von Odessa im Osten umrahmt und das sehr seichte Asowsche Meer fast vollständig abtrennt. Wie das Adriatische Meer Mitteleuropa vom Süden erschließt, so eröffnet die eben behandelte Kette von Meeren und Meeresstraßen für Rumänien, Südrußland, Armenien und das nördliche Kleinasien den Weg ins Mittelmeer. Dieser Seeweg kann an den Dardanellen und am Bosporus gesperrt werden; er wird aber auch durch die den Dardanellen westlich vorgelagerte Insel Imbros beherrscht. Die Lage des alten Byzanz, das seit seiner Erhebung zur römischen Hauptstadt durch Konstantin den Namen Konstantinopel trägt, bezeichnet die Stelle, wo dieser Seeweg von dem großen historischen Landweg gekreuzt wird, der von Mitteleuropa über Kleinasien nach Mesopotamien, Syrien, Arabien und Ägypten zieht und heute fast ausnahmslos Schienen trägt. Dadurch beherrscht Konstantinopel einen der politisch und militärisch bedeutsamsten Punkte des Mittelmeergebietes. Ihm verdankt es eine seit 2½ Jahrtausenden fast ununterbrochene Blüte, aber auch fast unaufhörliche Kämpfe. Seit mehr als 1½ Jahrtausenden ist es der Mittelpunkt großer Reiche, seit 1453 befindet es sich in türkischen Händen. Seit Peters des Großen Zeiten strebt Rußland nach seinem Besitz, und dieser Wunsch ist nicht nur die Quelle früherer Kriege Rußlands gegen die Türkei, sondern auch eine der Hauptursachen des gegenwärtigen Weltkrieges (vgl. S. 56) geworden. Denn seine Erfüllung bedeutet die Vernichtung der Türkei und die Absperrung des einzigen, von England nicht beherrschten Weges, den Mitteleuropa in die Welt hinaus besitzt.

Aus dem Osten des Mittelmeergebietes, dem Levantinischen Becken, leiten wichtige Wege des See- und Landverkehrs nach dem ferneren Orient hinüber. Im Südosten führt das langgestreckte Rote Meer zum Indischen Ozean. Nur eine schmale Landbrücke zwischen Ägypten und der Sinaihalbinsel trennt es vom Mittelmeer, ein oft benutzter Weg für friedlichen und kriegerischen Verkehr und die Wanderung ganzer Völker, aber ein Hemmnis des durchgehenden Schiffsverkehrs. Darum wurde hier seit dem Altertum wiederholt der Bau eines Seekanals in Angriff genommen und auch mehrmals zu glücklichem Abschluß gebracht, aber der Sand der Wüste hat ihn immer wieder zugeschüttet. Seit 1869 verbindet der 161 km lange und 11 m tiefe Sueskanal von neuem beide Meere. Er hat in wenigen Jahren die Route durch das Rote Meer zu einem der am meisten befahrenen Schiffahrtswege gemacht. In den letzten Jahren vor dem Kriege haben jährlich rund 5000 Schiffe von 20 Mill. Netto-Reg.-Ton. den Kanal passiert. Als nasser Graben liegt er vor der Festung Ägypten, die auf allen anderen Seiten Meere und Wüsten schirmen. Wer Ägypten besitzt, hat auch den Kanal, und über beide herrscht seit 25 Jahren England. — Im Nordosten führen in der Lücke zwischen den Gebirgssystemen des Taurus und Libanon die nordsyrischen Pässe nach Mesopotamien. Seit uralten Zeiten erreicht über sie

einer der wichtigsten Landwege Vorderasiens das Meer, unmittelbar vorher gequert von dem gleich bedeutsamen Weg, der Vorderasien über die syrische Landbrücke mit Arabien und Ägypten verbindet. Heute liegt hier im Kreuzungspunkt der Baghdad- und der Mekkabahn Aleppo. Von der See her wird dieses hochwichtige Gebiet durch die Insel Cypern beherrscht. Hier war die von Natur gegebene Stelle für die Entwicklung eines Handels- und Seefahrervolkes, zumal die Wälder des Libanon ausgezeichnetes Schiffbauholz lieferten. Darum konnte sich auch der phönizische Handel zu seiner großartigen Blüte entwickeln, darum sind die Syrier auch weiterhin tüchtige Seefahrer geblieben. Ihrer hohen Bedeutung wegen sind die beiden Ausgangspforten der Levante seit den ältesten Zeiten der Geschichte immer wieder heiß umstritten worden. Sowohl das babylonische wie das ägyptische Reich, Assyrien und Persien, später Alexander und Rom, im Mittelalter Byzanz, Araber und Türken haben um den Isthmus von Sues und um die Insel Cypern gekämpft, und alle diese Staaten haben wenigstens zeitweise beide Pforten und die wichtige Insel besessen und damit Vorderasien fest in den Händen gehabt. Heute wird Cypern wie Ägypten von England beherrscht, das während des Krieges jenes annektiert und über dieses seine Souveränität ausgesprochen hat.

Diese kurze Darlegung zeigt, daß das Mittelmeer nicht nur im Verkehr der Mittelmeervölker untereinander, sondern im gesamten europäischen Verkehr eine hervorragende Rolle spielt. Ein mächtiger, von Mittel- und Nordwesteuropa kommender Verkehr tritt durch die Straße von Gibraltar ein und zieht in zahlreichen Fäden nach den wichtigsten Mittelmeerhäfen, die Hauptader aber führt nach dem Sueskanal und dem ferneren Orient. Wichtige mitteleuropäische Wege erreichen bei Genua, Triest, Fiume, Saloniki und Konstantinopel das Mittelmeer, ein russisch-rumänischer Seeweg kommt aus dem Schwarzen Meer und weist vornehmlich nach der Straße von Gibraltar, französische Schiffahrtsstraßen führen von Marseille vorwiegend nach den französischen Atlasländern, aber auch nach der Levante und dem Sueskanal. Diesen gesamten Verkehr vermag England zu überwachen und zu sperren, denn es besitzt Eingang und Ausgang: Gibraltar, den Pfahl im Fleische Spaniens, und den Sueskanal, den Franzosen nach Plänen deutscher und österreichischer Ingenieure auf türkischem Boden erbauten. Es beherrscht mit seiner Flottenstation auf dem rein italienischen Malta die Straße von Tunis, mit dem den Türken abgenommenen Cypern den Seeanschluß des Bahnknotens Aleppo und hat sich während des Krieges durch Besetzung von Imbros die Kontrolle über die Dardanellen gesichert. Die überragende Seemacht Englands und die natürlichen Verhältnisse des Mittelmeergebietes trugen das ihre dazu bei, die englische, auf Stützpunkte aufgebaute Herrschaft zu verstärken. Denn die Mittelmeerstaaten vermögen nur in geringem Maße ihre Bedürfnisse selbst zu befriedigen. Es fehlen den meisten von ihnen fast gänzlich Kohle und Eisen, die Grundlagen der Industrie und Kriegführung, und die Eigenerzeugung an Nahrungsmitteln genügt namentlich in Italien und Griechenland, den beiden ausgesprochensten Mittelmeerländern, lange nicht dem Bedarf. Diese beiden Staaten werden von der englischen Herrschaft auch deshalb am meisten betroffen, weil sie ausschließlich von den Wassern des Mittelmeeres umspült werden und ihre sehr langgestreckten Küsten nur schwer gegen Schiffskanonen zu schützen vermögen. Dazu kommt noch, daß die großen Hafenstädte des Mittelmeers nicht wie die der Nordsee tief drinnen in den untergetauchten Mündungen der großen Ströme liegen und dadurch gegen Seeangriffe geschützt sind. Denn die Mittelmeerflüsse schütten allenthalben Deltas an, und deren veränderliches Schwemmland ist für die Anlage von Hafenstädten wenig geeignet. Das Schicksal von Hadria, Aquileja und Ravenna im adriatischen Schwemmland, von Ephesus und Milet an der Westküste Kleinasiens gibt von dieser Tatsache warnende Kunde. So liegen fast alle großen Seestädte an der offenen Küste oder nur an rundlichen, zur Abwehr einer feindlichen Flotte wenig geeigneten Buchten. Ihre Hafenanlagen mußten mit großen Kosten in die See hinausgebaut und meist durch gewaltige Wellenbrecher vor dem Anprall der Wogen behütet werden. Ein feindlicher Flottenangriff kann hier auch die schwersten materiellen Verluste bewirken. Es ist ein einzigartiger Vorzug von Konstantinopel, daß es durch die beiden Meerengen vollkommen geschützt ist. Zwar öffnen sich an nicht wenigen Stellen schöne untergetauchte Täler zum Meere, die stärkerer sedimentführender Flüsse entbehren und daher vor Versandung bewahrt bleiben. Sie mußten aber für die Flottenstützpunkte vorbehalten bleiben, da diese am allerwenigsten auf natürlichen Schutz verzichten können. Das ist die Lage von Cartagena, Toulon, Spezia, Tarent, Brindisi, Pola, Sebenico, Cattaro, von Malta, Nikolajew und Sebastopol. Manche dieser Täler wären allerdings auch wegen ihrer schlechten Verbindung mit dem Hinterlande, wegen ihrer vorgeschobenen Lage und bergigen Umgebung für Handelshäfen wenig geeignet, während die beiden letztgenannten Umstände für einen Kriegshafen große Vorteile bieten.

Diese Verhältnisse wurden von der Entente benutzt, um einen nachhaltigen politischen Druck auf die Mittelmeerstaaten auszuüben und namentlich Italien und Griechenland auf ihrer Seite in den Krieg zu drängen. Die Vergewaltigung des kleinen Griechenlands ist bekannt; das größere Italien hätte mehr gegen ein solches Verfahren vermocht. Aber es strebte nach der Herrschaft über die kleinere Adria unter Verzicht auf größere Geltung im Mittelmeer. Darum besetzte es schon im Jahre 1914 Valona und schloß sich dann der Entente an. So waren bald nach Kriegsausbruch die meisten Zugänge der Zentralmächte zum Mittelmeer in den Händen der Entente und durch das Gallipoliunternehmen hoffte sie die Dardanellen zu forcieren, Konstantinopel zu besetzen, die Verbindung mit Rußland herzustellen und die Einkreisung zu vollenden. Als dieser Plan trotz Aufwendung gewaltiger Seestreitkräfte und eines großen Landungsheeres an der glatten Außenküste der ruhmvoll verteidigten Halbinsel Gallipoli unter den schwersten Verlusten scheiterte, mußte wenigstens die Besetzung von Imbros für die Verschließung der Dardanellen sorgen. Nach der Niederwerfung von Serbien, das den Mittelmächten den Weg nach dem Südosten verlegte, stand diesen allerdings die Route über Saloniki frei. Die Besetzung auch dieses wichtigen Hafens durch die Entente schob dem einen Riegel vor. So haben die Mittelmächte von allen den großen Wegen ins Mittelmeer nur den über Konstantinopel in ihrer Hand. Die Unterseeboote vermögen allerdings auch durch die Straßen von Gibraltar und Otranto sowie

durch die Dardanellen zu fahren. Sie allein vermögen die Seeherrschaft unserer Feinde im Mittelmeer zu gefährden. Sie haben an der Gallipolikatastrophe durch Versenkungen einen hervorragenden Anteil gehabt; sie zwingen das Ententeheer in Saloniki, das auch Serbien retten und die Verbindung der Mittelmächte mit Konstantinopel unterbrechen sollte, durch Gefährdung des Nachschubes zur Tatenlosigkeit und beeinträchtigen sehr weitgehend die Versorgung Italiens mit Kohlen, Rohstoffen und Getreide. Dagegen ist eine Besetzung oder dauernde Störung des Suezkanals über den mehrere tausend Kilometer langen Landweg und die Wüste hinweg nicht gelungen. Ihn schützt das große Heerlager Ägypten. Anderseits haben die Italiener das so nahe gelegene Triest nicht zu nehmen vermocht, während sie selbst vor den Kämpfern des heiligen Krieges in dem neu erworbenen Tripolitanien zurückweichen mußten.

Küsten und Häfen. Sehr verschiedene Küstentypen umsäumen das Mittelmeer, und sehr verschieden sind daher auch die Eignung für Siedlung und Seeverkehr sowie taktischer Wert. — Spaniens Küste innerhalb der Straße von Gibraltar ist größtenteils ungegliederte Längsküste, die mit den großen Hochflächen des Inneren nur wenige gute Verbindungen besitzt. Östlich von der prächtigen, aber für Spanien durch das englische Gibraltar entwerteten Bucht von Algeciras verläuft das spanische Südgestade als glatte Steilküste, die einige kleine Abrasionsbuchten und Flußdeltas nur ganz unbedeutend gliedern. An einer stumpf einspringenden Bucht hat sich Malaga infolge der südlichen Fruchtbarkeit und guten Besiedlung seines unmittelbaren Hinterlandes zur größten Seestadt der Südküste (130000 Einw.) entwickelt. Der einfach eingerichtete Hafen ist im Schwemmland des Guadalmedina ausgehoben und gegen die See durch Molenbauten erweitert. Weiter im Osten, wo wiederholt Steil- und Flachküste wechseln, biegt der Golf von Almeria in das Land ein. In seinem Hintergrund lehnt sich an eine vereinzelte Bergkette die gleichnamige Hafenstadt an, deren recht primitives künstliches Hafenbecken der Rio de Almeria mit Versandung bedroht. Von hier ab, von Cabo de Gata bis Cabo de la Nao, nimmt die Küste nordöstliche Richtung und häufig wechselnde Beschaffenheit an. Teils findet sich Flachküste mit Dünenwällen, Strandseen und kleinen Flußdeltas, teils tritt Steilküste auf mit Abrasionsbuchten und hohen Kliffs, namentlich dort, wo die südspanischen Sierren gegen die Küste ausstreichen, wie bei Cabo de la Nao und Cabo de Palos, die beide als Halbinseln gegen das Meer vorspringen. An dem letztgenannten Vorgebirge bildet ein unter das Meer getauchtes Tälchen den einzigen guten Naturhafen des mittelmeerischen Spaniens, Cartagena. Er wurde schon im Altertum für Kriegszwecke verwertet und ist auch heute einer der ersten Kriegshäfen des Königreiches. Er muß zugleich die überreichen Bodenerzeugnisse der umliegenden Huerta von Murcia und die Förderung des benachbarten Erzgebietes von La Unión verfrachten und hat es daher zur Großstadtgröße gebracht (100000 Einw.). Viel geringere Bedeutung hat der weiter nördlich davon an der Schwemmlandsküste ins Meer hinaus gebaute kleine Hafen von Alicante.

Nördlich von Cabo de la Nao bildet die Ostküste in flach geschwungenem Bogen den Golf von Valencia. Nur im Süden, wo die ob ihrer Fruchtbarkeit berühmte, reich bewässerte Huerta von Valencia an ihn herantritt, ist er von Flachküste umrahmt. Hier liegt wenige Kilometer vom Meere am Guadalaviar die Stadt Valencia (215000 Einw.). Das künstlich ausgehobene einzige Becken ihrer Hafenvorstadt konnte nur durch mehrere Kilometer weit in die See hinaus gebaute Molen mit einer geschützten Reede versehen und einigermaßen vor Versandung bewahrt werden. Nördlich von der Huerta von Valencia herrscht steile Längsküste, die nur an wenigen Stellen von Flachküste abgelöst wird, z. B. im Delta des Ebro, dessen sumpfiges Schwemmland für den Verkehr gänzlich wertlos ist, und im Delta des Llobregat. Flachküste findet sich auch, wo die hinter der Küstenkette verlaufende katalonische Längsmulde ans Meer tritt. Dies ist im Norden am Golf von Rosas der Fall, wo fernab von der Küste die Festung Gerona am Durchbruch des Ter den Eingang verteidigt, und im Süden bei der Seefeste Tarragona, die nur einen kleinen künstlichen Hafen besitzt. Ungefähr halbwegs zwischen beiden Punkten, nördlich vom Llobregat, der einen wichtigen Verkehrsweg nach dem Inneren Kataloniens bietet, erhebt sich Spaniens größte Handels- und Industriestadt, Barcelona. Die Halbmillionenstadt ist der Hauptort eines ansehnlichen und fruchtbaren, auch der Bodenschätze nicht entbehrenden Hinterlandes, dessen Kerngebiet die katalonische Längsmulde bildet, und das die Betriebsamkeit des katalonischen Stammes zur dichtestbesiedelten Landschaft Spaniens werden ließ. Auch Barcelona mußte seine Hafenbecken an glatter Küste erbauen und durch Molenbauten gegen See und Versandung schützen. Dieser Überblick zeigt klar, wie schmerzlich Spanien, dessen fruchtbarste, industrie- und volkreichste Provinzen am Mittelmeer liegen, die Tatsache empfinden muß, daß die herrliche Bucht von Algeciras durch das englische Gibraltar entwertet wird.

Die französische Mittelmeerküste ist von geringer Länge und teilweise auch von recht ungünstiger Beschaffenheit, wird aber für Frankreich wegen des raschen Anwachsens seines nordafrikanischen Kolonialbesitzes von immer größerer Bedeutung. Die ganze Westhälfte bis einschließlich des Deltas der Rhone ist flache, für den Verkehr wenig geeignete Schwemmlandküste, mit Dünenwällen auf der Seeseite und großen Strandseen (Étangs) auf der Landseite. An einzelne feste Punkte oder vorgeschobene Flußmündungen legen sich die Schwemmlandsbogen an, für die namentlich die Rhone das Material liefert. Narbonne, die antike Seestadt Narbo Martius, liegt 10 km von der Küste entfernt und hat seine Bedeutung seit langem ebenso wie Arles im Delta der Rhone verloren. Nur Cette, das sich an einen harten Kalkfelsen schmiegt, spielt als Seestadt noch eine kleine Rolle. Östlich von der Rhone herrscht dagegen Steilküste. Hier ist das Meer gegen das Bergland der Provence vorgedrungen, teils seine Täler überspülend, teils durch die Brandung weichere Partien herausarbeitend. So entstanden hier eine ganze Reihe rundlicher Buchten verschiedenster Größe, von denen einige durch vorgelagerte, teilweise durch Nehrungen angeschlossene Inseln einen besseren Schutz besitzen. Aber meist wird die Verbindung mit dem Hinterland durch dessen gebirgige Beschaffenheit erschwert. An der westlichsten dieser Buchten, die noch nicht unter schlechter Verbindung leidet, ist Marseille erblüht. Durch die Größe seines mit dem übrigen Frankreich wohlverbundenen, fruchtbaren und stark bevölkerten Hinterlandes und die afrikanischen Beziehungen ist es die zweitgrößte

Stadt (550000 Einw.) und — beim völligen Fehlen eines Rivalen an der französischen Mittelmeerküste — der erste Hafen Frankreichs und des Mittelmeeres (Hafenverkehr etwa 16 Mill. Ton.) geworden. An die kleine, aber treffliche Bucht des alten Hafens, den vor mehr als 2600 Jahren die Phönizier mit scharfem Blick für ihre Gründung auserwählten, schließt sich heute eine große Reihe künstlicher Hafenbecken, die ein fast 5 km langer Wellenbrecher gegen die offene See schirmt. Marseille, das selbst Befestigungen besitzt, wird außerdem von dem nahen, an einer schönen Naturbucht gelegenen Kriegshafen Toulon (105000 Einw.) beschützt. Weiter östlich treten die Alpen hart an die Küste heran, in die sich nur ganz kleine Buchten einkerben. Hier, an der französisch-italienischen Riviera, können sich keine großen Seestädte entwickeln, aber der Schutz des Gebirges und das rasch zu großen Tiefen abstürzende Meer schaffen in herrlicher Landschaft ein wundervolles Klima. So sind hier eine Fülle klimatischer Kurorte wie San Remo, Mentone, Monte Carlo, Nizza entstanden, welch letzteres sogar zur rasch anwachsenden Großstadt (165000 Einw.) geworden ist, aber nur über ein kleines künstliches Hafenbecken verfügt. Die benachbarte kleine Naturbucht von Villefranche ist nicht ausgebaut.

Italien wendet seine Vorderseite dem Mittelmeer zu, seine Rückseite der Adria. Ans Mittelmeer sind seine größten und wichtigsten Landschaften angegliedert. Die westlichen zwei Drittel der Po-Ebene, des industriereichsten, dichtestbesiedelten Teiles Italiens, sind über Pässe von 470—780 m Höhe an Genua (270000 Einw.) angeschlossen. Durch die Alpenbahnen ist es zugleich ein wichtiger Hafen Mitteleuropas geworden. Eine prächtige, aber für den rasch angewachsenen Verkehr viel zu enge, durch kostspielige Hafenanlagen ergänzte Bucht, an die auch gegenwärtig wieder neue große Hafenbecken angeschlossen werden, nimmt einen Handel auf, der nahezu den der französischen Rivalin erreicht, obgleich das westlicher gelegene Savona trotz seines sehr viel kleineren und primitiveren Hafens einen nicht unbeträchtlichen Teil des Handels an sich zieht. Der Gebirgswall, der Genuas Hinterland von der Küste trennt, war ihm ein wertvoller Schutz vor den politischen Händeln Italiens, als die Kreuzzugbewegung seine erste herrliche Blüte und seine Seeherrschaft zur Entwicklung brachte. Wie Marseille durch Toulon, so wird das von zahlreichen Forts umgebene Genua noch durch den am Ostende der Riviera an trefflicher Naturbucht erbauten Kriegshafen Spezia geschützt. Auch die großen mittelitalienischen Flußgebiete des Arnos und des Tibers, mit fruchtbaren, allerdings nur im Norden dichter besiedelten Gefilden, öffnen sich zum Mittelmeer. Die Küste ist allerdings auf dieser ganzen Strecke außerordentlich ungünstig; flache, fieberschwangere Schwemmlandbogen, die sich an landfestgewordene hohe Inseln, vorspringende Bergzüge oder vorgeschobene Flußmündungen anlehnen, geben ihr das Gepräge. Die kleinen künstlichen Häfen unterliegen der Versandung. Die mittelalterliche Handelsstadt Pisa am Arno, die einstens mit Genua und Venedig rivalisierte, wurde nicht nur durch politische Kämpfe, sondern noch mehr durch den Fluß um ihre Blüte gebracht; sie liegt heute mehr als 10 km vom Meere. Südlich davon erhebt sich die moderne Seestadt Toskanas, Livorno (105000 Einw.), durch die Nähe von Spezia einigermaßen gesichert. Aber die kleinen Hafenbecken und die durch Wellenbrecher geschützte Reede genügen nur bescheidenen Anforderungen. Italiens Hauptstadt, Rom, vermag sich im Tiberdelta keinen Seehafen offen zu halten. Das antike Ostia liegt jetzt 6 km landeinwärts. Günstiger gestaltet sind die mittelmeerischen Küsten Süditaliens und Siziliens, wenngleich auf beträchtliche Strecken glatte, unnahbare Steilküste herrscht. Allerdings liegen gerade hier trotz üppigster Fruchtbarkeit und der reichen Schwefel- und Asphaltgruben Siziliens die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr danieder. Erdbeben, Malaria und ungesunde Agrarverhältnisse haben eine starke Auswanderung hervorgerufen und namentlich das Hinterland des Golfes von Tarent, die Basilicata, stark entvölkert. Die besten natürlichen Bedingungen gewährt unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Golf von Neapel. Er ist ziemlich tief in das Land eingeschnitten, durch die Inseln Procida, Ischia und Capri noch etwas besser geschützt, von einem weiten, durch vulkanische Bodenbedeckung wunderbar befruchteten Hinterland umgeben, das zum Teil mehr als 1000 Menschen auf 1 qkm bewohnen und das in bequemer Verbindung mit der hafenlosen römischen Landschaft steht. Hier erwuchs an herrlicher Naturbucht im Altertum Puteoli und der römische Kriegshafen Misenum, hier entwickelte sich in einem Kreis großer Siedlungen Neapel mit 3/4 Mill. Einw. zur größten Stadt Italiens. Sein Schiffsverkehr ist noch größer als der von Genua, der Warenumschlag allerdings nur ein Drittel so groß. Der Passageverkehr gibt dem ebenfalls durch große Wellenbrecher beschirmten Hafen sein Gepräge, darum ist er auch lange nicht so ausgebaut wie der von Genua. Neapel ist selbst Kriegshafen und wird von Süden her noch durch Castellamare geschützt. Doch liegen diese Kriegshäfen offen vor dem Feinde da. Der südlich unmittelbar anschließende Golf von Salerno mit der gleichnamigen, im Mittelalter berühmten Stadt sei in zweiter Linie genannt. Die drei Großstädte Siziliens, Palermo (340000 Einw.), an einer rundlichen Bucht der Nordküste, Catania (210000 Einw.), offen im Osten, und Messina (125000 Einw.), geschützter an der Straße von Messina gelegen, halten im Handelsverkehr einander ungefähr das Gleichgewicht. Palermo verdankt, wie Neapel, viel dem Fremdenverkehr, Messina der Lage an der Meerenge und Catania der fruchtbaren Umgebung des Ätna. Der Ausbau dieser Häfen, die sich im Altertum an ganz kleine Buchten knüpften, läßt viel zu wünschen übrig. Das antike Syrakus mit einem guten Naturhafen hat nur noch geringere Bedeutung. Die ionischen Küsten Süditaliens und Siziliens werden von dem an schöner Naturbucht viel zu weit nach innen gelegenen Kriegshafen Tarent nur ungenügend geschützt, wohl aber von dem englischen Malta beherrscht.

Die adriatische Rückseite Italiens, zu der nur eine schmale, aber dicht bevölkerte Zone Mittel- und Süditaliens entwässert und wirtschaftsgeographisch auch von Oberitalien nur das östliche Drittel hingezogen wird, beherbergt von den 13 Großstädten Italiens nur drei, und auch sie stagnieren. Die Ursache liegt nicht nur in der geringeren Größe des Wirtschaftsgebietes, in der dünnen Besiedlung der Gegengestade und der Ungunst der Küste, die im Norden im Bereich der Alpenflüsse veränderliches Schwemmland mit rasch anwachsenden Deltas und seichten Lagunen, weiter nach Süden eine glatte, hafenlose Längsküste ist, sondern auch in der südöstlichen Erstreckung der Adria, die bei jedem Verkehr durch die Straße von Gibraltar zu sehr großem Umweg zwingt,

während die tyrrhenischen Häfen für beide Richtungen gleichbegünstigt sind. So treffen wir an bedeutenderen Häfen nur Venedig (160000 Einw.) im Norden, dessen Lagune durch Ablenkung der Brenta vor Versandung bewahrt wurde, während die übrigen alten Städte, wie erwähnt, schon längst dem Meere entrückt sind. Alle Baggerungen und Kunstbauten vermögen ihm den alten Glanz nicht wiederzugeben, der seit Entwicklung des atlantischen Verkehrs für immer verblaßt ist. Doch sein Aufblühen im Mittelalter förderte die Lagune, denn sie bewahrte die Stadt vor den politischen Wirren des Festlandes und der Dünenwall hinderte den Angriff von der Seeseite. So ist Venedig auch heute Kriegshafen. Mit dem fruchtbaren, industriellen Venetien als Hinterland und als vielbesuchte Fremdenstadt ist es außerdem der dritte Handelshafen des Königreiches. Auf der Höhe von Livorno lehnt sich an einen der Küste angegliederten Kalkfels der Kriegshafen Ancona; dagegen weist das junge Schwemmland beiderseits des stumpf vorspringenden Monte Gargano keinen größeren Hafen auf. Erst an der steil abbrechenden Kreidetafel Apuliens treffen wir wieder größere Häfen, allerdings an glattem Strande, z. B. Bari (105000 Einw.), Barletta und Molfetta. Der einzige natürliche, aber sehr engräumige Hafen, der Kriegshafen Brindisi, an der Straße von Otranto, wurde bereits (S. 118) erwähnt.

Die österreichisch-ungarische Adriaküste hat nur mit den Ablagerungen des Isonzos, in deren Bereich auch die Lagunen von Grado liegen, Anteil an dem nordadriatischen Schwemmland. Während sich auf der italienischen Seite von Rimini bis zur apulischen Kreidetafel eine gehobene Flachküste anschließt, wird die österreichische Seite von Duino am Nordende des Golfes von Triest bis zur Südspitze Dalmatiens von einer gesunkenen Steilküste beherrscht. Die äußeren Ketten des Karstes sind unter das Meer getaucht und in mehrere Züge langgestreckter Inseln aufgelöst, zwischen denen sich tiefe Meereskanäle erstrecken. Die Gruppe der norddalmatinischen Inseln, die den Quarnero erfüllt, folgt dem Verlaufe der Küste, die süddalmatinischen streben in flachem Bogen von der Küste ab und ihre äußersten kleinen Ausläufer nähern sich dem italienischen Gestade. Hinter diesem Inselschleier steigt auf lange Strecken eine unnahbare Längsküste zu großen Höhen empor: Hochkroatien fällt mit dem fast 1800 m hohen Velebitgebirge unvermittelt zum Quarnero, Mitteldalmatien sinkt mit der ebenso hohen Mosor- und Biokovo Planina steil zu den Kanälen hinter den süddalmatinischen Inseln ab. Nur in Norddalmatien und auf der Halbinsel Istrien, die pultförmig nach Westen abdacht, legen sich niedrigere Flächen dem hohen Hinterlande vor, das an der Rückseite des Golfes von Triest abermals ans Meer tritt. Ein schmaler sanfterer Sandsteinstreifen vor den steileren Höhen des Kalkes hat hier Raum für Triest (230000 Einw.) gegeben, und ebenso knüpft sich Fiume an eine schmale, durch ein Flüßchen belebte Sandsteinmulde, die von der Quarneroküste geschnitten wird. Hier wie dort bergen sich die künstlichen Becken der gut ausgebauten Häfen hinter mächtigen Wellenbrechern. Durch neue gewaltige derartige Bauten wurde die ganze Bucht von Muggia in den Triester Hafenbereich einbezogen. An das schmale niedere Vorland halten sich die italienischen Siedlungen, ohne es aber im entferntesten zu füllen. Schwalbennestern gleich kleben sie an der Wasserkante, überall nur die schwache Minderheit der Landesbevölkerung, in Dalmatien nur 2 Proz. derselben, worauf Italien seinen Anspruch baut, daß Land und Meer sein eigen (»mare nostro«) sein müßten. Das wirtschaftlich wertvollere Vorland ist schmal, das hohe, verkarstete Hinterland steril, die Verbindungen sind schlecht und nicht ausgebaut. Es gibt keine durchgehende Längsbahn, und zwischen Fiume und der Narenta quert auf 350 km Luftlinie kein Schienenweg das Land. Die Bahnen von Triest und Fiume müssen angesichts des Meeres Hunderte von Metern emporsteigen, die schmalspurige Narentabahn muß das schwierige Durchbruchstal dieses Flusses benutzen und auf der Wasserscheide noch auf fast 900 m ansteigen. Dies schafft nicht nur Nachteile für die Landesverteidigung, sondern auch für die Wirtschaft der Küstenländer. Die Bevölkerung ist, abgesehen vom Triester Golf, dünn, die Siedlungen sind klein. Um so günstiger liegen die Verhältnisse für die Verteidigung zur See. Der Inselschleier ermöglicht es, die Flotte oder Flottenteile uneingesehen vom Feinde entlang der Küste zu verschieben; die untergetauchten, vielfach durch vorgelagerte Inselchen und schmale Eingänge geschützten Täler und Gebirgsmulden sind treffliche Kriegshäfen. So liegt Pola an der Südspitze Istriens, beschützt dieses niedrige Land, flankiert in gleicher Weise die Einfahrt nach Triest wie nach Fiume. So liegt Bucari im Quarnero, und in ähnlicher Lage schützt Sebenico Norddalmatien. Einen unvergleichlichen Kriegshafen bildet ganz im Süden die große, aus einem System untergetauchter Längs- und Quertäler zusammengesetzte, von Franzosen und Montenegrinern mehrmals vergeblich angegriffene Bucht von Cattaro, allerdings erst zu vollem Wert seit Erstürmung des montenegrinischen Lovćen (1760 m) erwachsen, der sie von Südosten beherrscht, während sie von Nordwesten der herzegowinische Orjen (1895 m) flankiert. Diese Tatsachen ermöglichen die erfolgreiche Verteidigung der langgestreckten Küste gegen einen zur See weit überlegenen Gegner, der, ohne genügende Stützpunkte auf der italienischen Seite, einen außerordentlich langen und gefährlichen Flankenmarsch ausführen müßte, um die wichtigen Plätze am Nordende zu erreichen. Er hat es auch gar nicht versucht, und Seeangriffe auf Triest und Fiume sind unterblieben, nur Lissa, Ragusa und Cattaro wurden beschossen. Dagegen hat die österreichisch-ungarische Flotte von ihren trefflichen, über die ganze Küste verteilten Stützpunkten aus wiederholte Streifzüge gegen italienische Küstenplätze von Venedig bis Otranto unternommen, sogar die Kriegshäfen mehrmals beschossen und wiederholt die hart am Meere entlang geführte Hauptbahnlinie Rimini–Brindisi unterbrochen. Auf dem Lande steht die italienische Front trotz zweijährigen Kampfes noch ungefähr am selben Platze, nämlich dort, wo an der Linie Duino–Görz–Tolmein mit dem Steilabfall des Karstes die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen.

Montenegro wird durch den süddalmatinischen Küstenstreifen fast ganz vom Meere abgeschnitten und hat nur zwischen dem österreichischen Spizza und der Drinmündung einen kleinen Küstenanteil mit den offenen Reeden von Antivari und Dulcigno. Sein natürlicher Ausgang zum Meere führt übrigens nicht über österreichisches Gebiet, sondern über die Niederung des Skutarisee nach dem albanischen Dringolfe.

Das im Anschluß an die Balkankriege gegründete Fürstentum Albanien umsäumt endlich das letzte, südlich gerichtete Stück der adriatischen Ostküste vom Dringolfe bis zur Straße von Otranto und die ionische Küste bis Korfu und umfaßt das zugehörige Hinter-

land, allerdings ohne die hydrographischen und ethnographischen Grenzen überall zu erreichen. Die Küste schneidet hier unter spitzem Winkel die dinarischen Ketten, deren kliffumsäumte Enden Vorgebirge bilden, zwischen denen das Meer aus den Aufschüttungen der Flüsse flache Schwemmlandbogen mit Strandseen geformt hat. Außer der schönen Bucht von Valona, deren Hintergrund ein kräftigerer Fluß fehlt, gibt es keinen guten Hafen. Die Verbindung mit dem weiteren Hinterlande ist schlecht. In Nordalbanien kann das enge, tiefe Durchbruchstal des Drin nur auf kurze Strecken von dem unbequemen Verkehrsweg benutzt werden, der vom Amselfeld (Altserbien) zum Dringolf zieht, die alte Via Egnatia Südalbaniens, die von Durazzo über die mazedonischen Seen und Monastir nach Saloniki zieht, kann zwar das Quertal des Skumbi verfolgen, muß aber dreimal zu großen Paßhöhen ansteigen. Der schweren Zugänglichkeit von See aus und den schlechten Hinterlandsverbindungen danken die freiheitsliebenden, tapferen Albaner von jeher den geringen Einfluß jeder Fremdherrschaft, aber auch ihre kulturelle Rückständigkeit. Wie Montenegro so ist auch fast ganz Albanien heute von Österreich-Ungarn durch Einmarsch von Norden her besetzt und die Italiener sind bis zur Vojusa zurückgedrängt, halten allerdings auch die wichtige Bucht von Valona.

Den schmalen Südteil der Balkanhalbinsel nimmt Griechenland ein. Durch den Krieg mit der Türkei (1897) hatte es seine ionische Grenze über Südepirus bis nach Korfu vorgeschoben; während des gegenwärtigen Krieges hat es auch Nordepirus besetzt und ist dadurch wiederholt in Konflikt mit Italien geraten, dem es ein Mitbewerber im Mittelmeer zu werden droht. Die Balkankriege haben ihm das südliche Mazedonien und damit eine Erweiterung seines ägäischen Küstenbesitzes bis zur Mündung der Mesta gegenüber der Insel Thasos gebracht. Dadurch ist es Herr des wichtigen Saloniki geworden (vgl. S. 118; 175000 Einw., über die Hälfte Spaniolen), das im Hintergrunde des gleichnamigen Golfes in fruchtbarer Umgebung, aber abseits der Anschwemmungen des Wardar liegt und die Wege nach der Donau und zur Adria in seiner Hand hält. Griechenland hat damals auch die reichgegliederte Halbinsel Chalkidike und die Buchten von Orfani und Kawalla erhalten; letztere ist durch die Insel Thasos geschützt und neben Saloniki der beste Hafen an der Nordküste des Ägäischen Meeres. Alt-Griechenland ist vorwiegend von Steilküsten umrahmt; ihre reiche Gliederung ist aus dem klassischen Unterricht geläufig. Einbrüche der Erdkruste haben hervorragenden Anteil daran. Sie haben die nach Kleinasien hinüberstreichenden Ketten quer abgeschnitten und dadurch namentlich auf der ägäischen Seite die griechischen Landschaften überall mit dem Meere in Beziehung gesetzt, während die ionische Seite dem Streichen der dinarischen Ketten ungefähr parallel läuft und daher gegen die See viel abgeschlossener ist. Allerdings durchdringt gerade von hier aus der Golf von Patras und Korinth fast das ganze Land, und an ihm liegt auch die zweite Seestadt des Landes, Patras, deren künstlicher Hafen vorwiegend Korinthen verfrachtet. Aber im Osten lag von jeher das Schwergewicht Griechenlands, liegt auch heute seine Hauptstadt Athen, ungefähr im Mittelpunkt des griechischen Sprachgebietes, das die Küsten und Inseln der Ägäis umfaßt, und an jener vielbenutzten Schiffahrtsstraße des Altertums, die unter Benutzung der Sporaden und Zykladen von Vorderasien kam und über die Golfe von Ägina und Korinth nach Westen zog, da der Weg um das stürmische Südende des Peloponnes tunlichst vermieden wurde. Mit seinem Hafen Piräus, der eine kleine, aber prächtige Naturbucht umrahmt, zählt die Stadt 270000 Einw. In dem gegenwärtigen Kriege hat Griechenland schwer unter der Vergewaltigung durch die Entente zu leiden, die wichtige Teile griechischen Bodens besetzt und die Teilnahme des Landes am Kriege erzwungen hat. Denn Griechenland ist durch den Mangel an Nahrungsmitteln, Kohle und Eisen, durch seinen Inselbesitz und die reiche Gliederung des Hauptlandes, das die Mehrzahl der größeren Siedlungen samt der Hauptstadt der Drohung feindlicher Schiffskanonen aussetzt, gegenüber Bedrückungen durch einen seebeherrschenden Gegner in übler Lage. Den Verkehr mit einem Hauptteil des Landes, dem 22000 qkm großen Peloponnes, vermag eine übermächtige feindliche Flotte völlig zu verhindern.

Durch die Balkankriege hat auch Bulgarien einen Ausgang zum Ägäischen Meer erhalten, der die Küste zwischen den Mündungen der Mesta und Maritza umfaßt, wo der kurze türkische Küstenstreifen bis zur Südspitze von Gallipoli anschließt. Der bulgarische Anteil an der Ägäis ist verhältnismäßig schmal, in der Nähe der Flüsse durch Anschwemmungen wertlos und auch im mittleren Teil glatt und hafenlos. Dede Agatsch, das entlang der Maritza Eisenbahnanschluß an die Linie Berlin–Konstantinopel und westlich nach Saloniki besitzt, hat nur eine offene Reede, die Bucht von Porto Lagos ist sehr seicht. Ebenfalls kurz, doch günstiger ausgestaltet ist die Küste Bulgariens am Schwarzen Meere; denn hier dringt beiderseits des Vorgebirges Emine Burun, an dem die Ketten des Balkans vom Meere abgeschnitten werden, die See in die Niederungen und Täler des Landes ein und bildet im Süden die rundliche Bucht von Burgas, im Norden den kleineren Einschnitt von Warna. Zwar leidet auch diese Küste unter Versandung, aber die Verbindung mit dem durch Bahnen angeschlossenen Hinterlande ist vorzüglich, da die beiden großen bulgarischen Landschaften, Ostrumelien und Altbulgarien, zum Schwarzen Meere ausstreichen. Die wiederholte Beschießung der gut befestigten Häfen Burgas und Warna durch die russische Flotte hatte bisher ebensowenig Erfolg, wie das mehrmalige Bombardement der ägäischen Häfen durch die Engländer.

Rumäniens Küste umfaßt das sumpfige Donaudelta und die Gestade der aus festen Gesteinen aufgebauten, höheren Dobrudscha. Im zweiten Balkankrieg hat es auf Kosten Bulgariens seinen Meeresanteil um mehr als 80 km ausgedehnt. Die Küste ist allerdings auch heute noch im Verhältnis zur Fläche des Landes klein und außerdem sehr ungünstig gestaltet, denn die an ihr entlang wandernden Donausedimente verschließen alle Zugänge durch langgezogene Strandwälle, hinter denen große Strandseen angestaut sind. Das befestigte Konstanza, der einzige Hafenplatz von Bedeutung, verfügte ursprünglich bloß über eine flache Bucht und mußte mit großen Kosten ausgebaut werden. Seine Bedeutung beruht auf seiner vorzüglichen Verbindung mit dem an Getreide und Petroleum reichen walachischen Hinterlande. Sie benutzt eine die Dobrudscha querende Tiefenlinie, die schon im Altertum zur Anlage der Trajanswälle Veranlassung gab und heute einen Schienenweg trägt. Bei Tschernawoda erreicht sie die Donau und über-

schreitet sie auf der einzigen Brücke, die diesen Strom unterhalb von Belgrad quert. Darum war dieser feldmäßig ausgebauten Linie auch im gegenwärtigen Krieg eine bedeutsame Rolle zugedacht, aber rasch brach sich die russisch-rumänische Verteidigung an dem Ungestüm der Angreifer, und damit fielen auch Konstanza und die ganze Dobrudscha in die Hände Mackensens.

Rumäniens Beziehung zum Meere wird dadurch wesentlich verbessert, daß es in der durch eine internationale Kommission wohl regulierten unteren Donau den am weitesten stromaufwärts befahrbaren Strom des Mittelmeergebietes besitzt. Allerdings wird der Wert der unteren Donau für Rumänien dadurch wesentlich herabgesetzt, daß die Großmacht Rußland mit dem 1878 Rumänien entrissenen Beßarabien das Nordufer des Stromes bis zur Mündung des Pruth beherrscht. Etwas oberhalb dieser Stelle liegen dort, wo beiderseits der Serethmündung festes Land von links her an den Strom tritt, die einst gegen die russische Gefahr stark befestigten, mit trefflichen Hafen- und Speicheranlagen ausgestatteten rumänischen Donauplätze: Galatz, der Hafen der Moldau, Bräila, der Hafen der Walachei. Zwischen beiden Städten und weiter an der ausgezeichneten Verteidigungslinie des Sereth entlang, der die beiden Landschaften scheidet, verläuft seit dem Herbst 1916 die Front. Weiter nach Osten folgt sie dem steilen Nordabfall der Dobrudscha gegen den Donaustrom, den die Befestigungen von Macin, Isaccea und Tulcea bewachen, während auf der russischen Seite Ismaïl liegt.

Rußlands Küsten umrahmen das Schwarze Meer im Norden. Das niedrige, flache Land rings um die Bucht von Odessa und am Asowschen Meer ist gesunken, und die Unterläufe der zahlreichen hier mündenden Flüsse wurden in schlauchförmige, meist seichte Buchten, Limane, verwandelt. Nur die wasserreichsten Ströme vermochten ihre Mündung offen zu halten, die anderen wurden von Nehrungen geschlossen und in Salzseen verwandelt. Die Limane und die oft weit in die See hinausgebauten, bis über 100 km langen Nehrungen sind die vornehmlichsten Kennzeichen dieser Küste. Die Hafenverhältnisse sind daher nicht besonders günstig, aber der Handelsverkehr ist sehr bedeutend, da von hier aus die reichen Getreideernten Südrußlands sowie Eisenerze und Kohlen des Dongebietes verfrachtet werden. Die Ausfuhr übertrifft weitaus die Einfuhr. Am Nordwestende der Bucht von Odessa liegt an einer flachen, durch kostspielige Molenbauten zum Hafen umgewandelten Bai das erst 1794 gegründete Odessa (620000 Einw.), in freilich weitem Abstande von Riga die zweite Handelsstadt des russischen Reiches, die auch über größere industrielle Unternehmungen verfügt. Ihr gegenüber öffnet sich der stark befestigte Liman des Dnjepr, der den schmalen, aber tiefen Bugliman mit dem Hauptkriegshafen Rußlands am Schwarzen Meer, Nikolajew (100000 Einw.), aufnimmt. Fast 50 Seemeilen von der offenen See entfernt, ist Nikolajew selbst gegen Seeangriffe geborgen und schützt zugleich das offen gelegene Odessa. Es ist ebenso wie die rasch wachsende Handelsstadt Cherson am Unterlauf des Dnjepr eine Gründung vom Ende des 18. Jahrhunderts, hat bedeutende Werften und steht in der Getreideausfuhr Odessa am nächsten. Das ältere Akkerman am seichten Liman des Dnjestr konnte dieser Entwicklung nicht folgen. Im Asowschen Meere, dessen schmalen Eingang die Festungswerke der Hafen- und Fischereistadt Kertsch verteidigen, liegen eine Reihe mittlerer Handelsplätze (Mariupol, Jeisk, Berdjansk), im Nordostzipfel die größte, Taganrog, der Vorhafen von Rostow am Unterlauf des Don (170000 Einw.), das auch Werften und sonstige lebhafte Industrie besitzt. Nur von kleinen Brandungsbuchten zernagte Steilküste begleitet dagegen den Abfall des 1500 m hohen Jailagebirges auf der Südostseite der Krim. Hier liegen im Schutz des Gebirges Rußlands klimatische Kurorte (Jalta, Livadia u. a.), gegen Osten der Handelshafen Feodosia, am Südende der Halbinsel Festung und Kriegshafen Sebastopol, nach der Lage und Schönheit seiner tief eindringenden Bucht mit Pola vergleichbar. Mit einer glatten Steilküste fällt jenseits der Straße von Kertsch und der Kubanmündung der Kaukasus zum Meere ab, der sich im Südosten angesichts des Meeres zu 4000 m hohen gletscherbedeckten Höhen erhebt. Nur im Nordwesten ist die kleine Bucht von Noworossijsk eingeschnitten und steht durch eine von der Bahn benutzten Lücke in dem noch niedrigen Gebirge mit dem Hinterlande in Verbindung. Aber der Hafen ist wegen seiner eisigen winterlichen Fallwinde berüchtigt. Am Ostende des Schwarzen Meeres haben in dem Dreieck zwischen Kaukasus und dem Hochlande von Armenien die kleinen, aber wasserreichen Flüsse eine fruchtbare, aber fieberschwangere Niederung aufgeschüttet, die infolge des Gebirgsschutzes fast subtropisches Klima genießt. Die befestigten Hauptorte der glatten Küste Suchum, Poti und Batum sind aber klein geblieben.

Kein Mittelmeerstaat hat einen so großen Küstenbesitz wie die **Türkei**. Ihr gehört mit Kleinasien die ganze Südküste des Schwarzen Meeres, eine fast ungegliederte Längsküste, die bloß durch einige kleine Küstenvorsprünge und die vorgeschobenen Deltas des Kisil Irmak und Jeschil Irmak unterbrochen ist. Sie steht über die hohen, bewaldeten Küstenketten hinweg, die von den Flüssen in engen Schluchten durchbrochen werden, mit dem Inneren nur in sehr schlechter Verbindung. An offener Reede erhebt sich im östlichen Drittel der wichtigste Hafenplatz, Trapezunt. Zu seinem Hinterlande gehören Türkisch-Armenien und Nordwestpersien, mit denen es durch wichtige Karawanenstraßen (Erzerum–Täbris) verknüpft ist. Viel unbedeutender sind Riza, Kerason, Samsun u. a. sowie das auf einer Halbinsel in der Mitte der Küste gelegene Sinob und Benderegli im Westen, in dessen Nähe, unmittelbar am Meere, die wichtigsten Steinkohlengruben der Türkei sich befinden. So schutzlos diese Küstenstädte feindlichen Flottenangriffen ausgesetzt sind, zumal auch der Küste entlang ein leistungsfähiger Verkehrsweg fehlt, so schwierig wäre anderseits ein Vordringen von dieser Küste aus gegen das Innere. So haben denn auch die Russen, die mit ihrer überlegenen Flotte trotz der kühnen, gegen Odessa, Sebastopol, Feodosia, Noworossijsk und Batum gerichteten Vorstöße von »Goeben« und »Breslau« die Seeherrschaft im Schwarzen Meer erlangt haben, nur gelegentlich einige türkische Seestädte beschossen. Den Einmarsch nach Kleinasien haben sie aber zu Lande versucht, wo sie auch Trapezunt und Erzerum in ihre Gewalt zu bringen, aber aus dem armenischen Hochlande bisher nicht herauszutreten vermochten. — Zwischen die Nord- und Westküste Kleinasiens schaltet sich das **Meerengengebiet** mit dem tief eingebrochenen und gut gegliederten Marmarameer ein, das seit den Balkankriegen auf der europäischen Seite nur mehr von einem kleinen Reste türkischen Gebietes — dem

Wilajet Adrianopel östlich von der Maritza — umgeben ist. Zahlreiche kleine Seestädte beleben seine Gestade, darunter am Norduser des Marmarameeres Rodosto, am inneren Dardanelleneingang der Kriegshafen Gallipoli, am Süduser Mudania, der Hafen von Brussa, Ismid u. a. Am Eingange des Bosporus vom Marmarameere her, auf der Halbinsel, die auf der europäischen Seite durch das untergetauchte Tal des Goldenen Horns abgegliedert wird, erhebt sich an Stelle des alten Byzanz die Millionenstadt Konstantinopel, jenseits des Goldenen Horns von den Städten Galata und Pera, auf der asiatischen Bosporusseite von Skutari umgeben, in großartiger, schon oben (S. 118) gewürdigter Weltlage. Die Hauptstadt der Türkei ist auch ihre größte Handelsstadt. über 20000 Schiffe von fast 20 Millionen Tonnen verkehren jährlich im Goldenen Horn, der trefflichen, von den heftigen Strömungen des Bosporus verschonten, aber leider der Handelsanlagen fast völlig entbehrenden Hafenbucht Konstantinopels. — Wie Griechenland so ist auch Kleinasien zur Ägäis geöffnet, und darauf beruhen die seit dem Altertum andauernden Beziehungen der beiden Länder. Zur Westküste Kleinasiens steigt man von den Hochflächen des Inneren bequem herunter, zu ihr wenden sich größere, an breite Grabenbrüche geknüpfte Flüsse, deren fruchtbare Ebenen eine dichte, mit Landbau und Teppichknüpferei emsig beschäftigte Bevölkerung beherbergen. Als Querküste ist sie recht reich gegliedert und außerdem durch vorgelagerte Inseln geschützt. Im Altertum blühten hier eine ganze Reihe von Städten. Im Norden bewachten Troja und später Alexandria Troas die Dardanelleneinfahrt, im Süden beherrschten, auf weit vorgeschobenen Halbinseln, Halikarnassos und Cnidos die lebhafte Küstenschiffahrt, die damals zwischen Küste und Inseln hindurch von Syrien nach dem Norden ging; darum erwuchsen auch die Hauptorte der Inseln (Mytilene, Chios, Samos, Cos, Rhodos) an ihrer Innenseite, darum suchten auch die Seestädte, die ihre Entwicklung den großen Flußebenen und der Beziehung zum weiteren Hinterlande verdankten, tunlichst Landvorsprünge auf, so Cyme und Phocaea im Hermusgebiet und Miletus im Gebiet des Mäander. Trotzdem ist des letzteren Blüte durch die Anschwemmungen des Flusses ebenso vernichtet worden wie die des weiter einwärts gelegenen Ephesus durch die Sedimente des Cayster. Heute, wo die Wege der Kleinschiffahrt verlassen sind, die Großschiffahrt nur weniger, aber um so besser ausgerüsteter Stützpunkte bedarf, hat allein Smyrna (275000 Einw.) Bedeutung. Es liegt im innersten Winkel eines prächtigen Golfes, den die Ablenkung des Hermus bisher vor der Zuschüttung bewahrte und Sperrforts vor feindlichen Flottenangriffen schützen. Die Stellung der Stadt wird noch dadurch gestärkt, daß sie der Endpunkt eines Bahnnetzes ist, das sie mit den drei großen Flußebenen und mit der Anatolischen Bahn (bei Afiun Karahissar) verbindet. Smyrna ist so die zweite Seestadt des türkischen Reiches geworden; sein von einem mächtigen Wellenbrecher geschirmter Hafen ist klein und ungenügend ausgebaut. — Die Südküste Kleinasiens ist wie die Nordküste vorwiegend steile Längsküste mit schmalem Hinterlande und schlechter Verbindung nach dem Inneren, aber reich an Schlupfwinkeln für Seeräuber, die seit dem Altertum hier immer wieder ihr Unwesen trieben. Doch dringt im Westen der Golf von Adalia mit der gleichnamigen Seestadt stumpf ein, im Osten bauen Seihun und Dschihan die weite Deltaebene von Adana vor, die durch die cilicische Pforte Verbindung mit dem Hinterlande besitzt. Sie weist ebenso wie die Flußebenen Westkleinasiens lebhaften, aber noch starker Ausdehnung fähigen Baumwollenbau auf und wird von der Baghdadbahn geschnitten, die von Adana eine Seitenlinie nach dem an offener Reede erbauten Hafenplatz Mersina entsendet. — In scharfem Winkel biegt die Küste nach Süden um, den Golf von Iskenderun (Alexandrette) bildend. Auch die syrische Küste ist eine Längsküste, die nur kleine, von der Wucht der Brandung geschaffene Kerben unbedeutend gliedern. Vorgelagerte, landfest gewordene Inselchen verbessern hier und da den Schutz dieser winzigen Buchten. Steil ist die Küste in den zwei nördlichen Dritteln, vollkommen glatt, sandig und flach im südlichen Drittel, in Palästina. Bei dieser gleichmäßigen Ungunst der Naturverhältnisse hat sich im Laufe der Geschichte die Lage der vom Verkehr bevorzugten Hafenplätze häufig verschoben, da nicht die Natur, sondern die politischen und Verkehrsverhältnisse des Hinterlandes den Ausschlag gaben. Ein schmaler Küstenstreifen ist namentlich in Mittelsyrien, hinter dem der Libanon auf mehr als 3000 m ansteigt und zahlreiche Flüßchen zum Meere entsendet, sehr fruchtbar und äußerst dicht bevölkert. Fruchtbar ist auch der der Küste parallel ziehende Syrische Graben, den Jordan, Nahr el Litani und Nahr el Asi bewässern und namentlich das teilweise durch vulkanischen Boden ausgezeichnete Übergangsgebiet zur Syrischen Steppe und Wüste, das die durch die Mekkabahn verbundene Städtereihe Haleb (das alte Aleppo, 160000 Einw.), Hama, Homs und Damaskus (200000 Einw.) bezeichnet. Syrien erhält aber seine Bedeutung nicht nur durch den einer starken Erweiterung fähigen Landbau, sondern auch durch die wichtigen Karawanenstraßen, die von hier nach Mesopotamien führen. Die nördliche sehr kurze Hauptstraße quert bei Haleb die Mekkabahn und erreicht durch einen der nordsyrischen Pässe bei Iskenderun, das lebhaften Schiffsverkehr besitzt, das Meer. Diese beiden Plätze haben heute die Funktion der glänzenden Seleucidenresidenz Antiochia und seines Hafens Seleucia. Die südliche Hauptstraße geht über Damaskus nach Baghdad und ist bei Beirut (120000 Einw.) durch die Bahn ans Meer angeschlossen. Das reiche mittelsyrische Hinterland und diese wichtige Verbindung machen Beirut zur dritten Seestadt der Türkei. Zwischen ihm und Iskenderun liegen Ladikije als Hafen von Hama und Tarabolus als Hafen von Homs, das Bahnanschluß hierher und eine Karawanenstraße nach Mesopotamien besitzt. Alle diese Seestädte sind gegen Flottenangriffe ungeschützt und werden von See her durch das englische Cypern beherrscht. Weiter im Süden liegen an der flachen Bucht des Vorgebirges Karmel Akka und Haifa, die Hafenplätze Nordpalästinas und des fruchtbaren Hauran, von wo ein Karawanenweg nach Innerarabien geht; an ganz glatter Küste erheben sich Jaffa, die Hafenstadt Jerusalems, und 3 km vom Meere die südlichste, Ghasa. Die syrischen Häfen entbehren wie die meisten türkischen Seestädte fast aller Hafeneinrichtungen und können bei ungünstigen Witterungsverhältnissen manchmal wochenlang nicht angelaufen werden. Selbst Beirut besitzt nur ein einziges durch Molen geschütztes Hafenbecken. Eine ganze Anzahl von ihnen (z. B. Trapezunt, Mersina, Iskenderun, Jaffa) wurde durch Kriegsschiffe der Entente beschossen, aber Landungsversuche gingen stets fehl.

So reich gegliedert die europäischen, so plump gestaltet sind die afrikanischen Mittelmeerküsten. Von der Sinaihalbinsel bis zur Kleinen Syrte, auf mehr als der Hälfte ihres Verlaufes, wird sie von dem glatten, nur durch wenige flache Buchten gegliederten Abbruch der Wüstentafel gebildet. Den größeren, aber viel weniger wertvollen westlichen Teil dieses Gebietes, Tripolitanien, und das als stumpfe Halbinsel vorspringende Plateau von Barka haben die Italiener der Türkei 1911/12 trotz tapferer Gegenwehr der von den Eingeborenen unterstützten kleinen türkischen Garnisonen zu entreißen vermocht, da die Türken gerade in die Balkankriege verwickelt waren, England den Durchzug durch Ägypten verweigerte und die See von der italienischen Flotte beherrscht wurde. Der heilige Krieg aber hat die Italiener wieder bis an die Küste zurückgeworfen. Dünen, salzige Strandseen, Sebchas, aber auch fruchtbare Oasen, die eine Reihe antiker Städte zur Blüte brachten, begleiten die Küste von Tripolitanien. In der Gegenwart hat nur noch die Hauptstadt Tripolis Bedeutung, wo Karawanenstraßen von Timbuktu und vom Tschadsee zusammenlaufen, aber ein brauchbarer Hafen fehlt. Allerdings haben diese Straßen ebenso wie die Karawanenwege der Atlasländer seit Erschließung des Sudans von der Guineaküste her sehr an Bedeutung verloren. Auch von der antiken Pentapolis der Cyrenaica (Barka) spielt heute nur mehr Ben Ghasi, das alte Berenice, eine kleine Rolle, bei dem die Wege von der Audschila- und Kufra-Oase münden. Bei stürmischen Nordwinden kann es ebenso wie Tripolis oft wochenlang nicht angelaufen werden. — Außerordentlich wertvoll ist der östliche Teil, Ägypten. Rechtlich steht das Nilland unter türkischer Souveränität. Während des Krieges haben die Engländer, die schon seit 1882 Herren im Lande sind, ihre Oberhoheit darüber ausgesprochen und einen ihnen ergebenen Sultan eingesetzt. Ägypten ist für England als die Festung, die den Sueskanal schützt, aber auch als das Land, das ihm ein Viertel des Rohstoffbedarfes seines wichtigsten Erwerbszweiges, der Baumwollindustrie, liefert, von kaum hoch genug einzuschätzender Bedeutung. Das in flachem Bogen vorgeschobene fruchtbare Nildelta, an dessen Wurzel Kairo, die größte Stadt Afrikas mit fast 700000 Einw., liegt, wird von Strandseen und Nehrungen umsäumt. An den beiden größten Nilarmen liegen die Hafenstädte Damiette und Rosette, Flußhäfen wie die Seestädte des alten Ägyptens; an der Mündung des Sueskanals liegt Port Said. Sie alle leiden ebenso wie die südsyrischen Häfen unter der Versandung durch die ostwärts versetzten Sinkstoffe des Nils. Davor bewahrt ist nur das von Alexander dem Großen in richtiger Erkenntnis am Westende des Deltas gegründete Alexandria. Er hat die Stelle ausgesucht, wo eine vorgelagerte Insel die Anlage geschützter Hafenbecken ermöglichte. Ein Damm verband sie mit dem Festlande. Das Becken an seiner Nordostseite hatten die Alten, das an der Südwestseite haben neuerdings die Engländer vorzüglich ausgebaut und stark befestigt. Die Stadt ist heute wie im Altertum einer der wichtigsten Mittelmeerhäfen und zählt über 330000 Einw. — Die Westhälfte der nordafrikanischen Küste, die Atlasländer, ist in französischen Händen, Algerien seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als unmittelbare Kolonie, Tunis seit 1881, Marokko seit 1911 als Protektorate. Da aber Frankreich nicht die nötige Kolonistenzahl zu liefern vermag, so wird das westliche Drittel des Gebietes vorwiegend von Spaniern, das östliche größtenteils von Italienern besetzt, trotz des Widerstandes, den die Franzosen dieser Bewegung entgegenstellen. Das Gestade streicht von der Straße von Gibraltar bis Kap Blanc bei Biserte den Ketten des Rif- und Tell-Atlas, der sich bis auf 2300 m erhebt, parallel als steile Längsküste, die nur von rundlichen, meist in weicheren Gesteinen ausgearbeiteten Abrasionsbuchten gegliedert wird und mit dem Hinterland in recht ungünstiger Verbindung steht. Viele der kleineren, für große Schiffe schwer zugänglichen, von hoher Gebirgsumwallung umgebenen Buchten bildeten treffliche Schlupfwinkel für Seeräuber, die diese Küsten bis weit in das 19. Jahrhundert hinein berüchtigt machten. An der besonders glatten, vom Hinterland gänzlich abgesperrten marokkanischen Küste halten die Spanier einige befestigte Küstenpunkte, die sogenannten Presidios, besetzt, ohne einen Einfluß auf die Bewohner des dahinter aufsteigenden Rifatlas ausüben zu können; der wichtigste ist das befestigte, seit 1580 in spanischen Händen befindliche Ceuta durch seine Lage an der Straße von Gibraltar. Da es nur über eine flache, ungenügend ausgebaute Bucht verfügt, steht es Gibraltar an Wert ganz erheblich nach. In Algerien haben sich in der Gegenwart die wichtigsten Hafenplätze an den drei Stellen entwickelt, wo sich an kleine Buchten fruchtbare Küstenebenen anschließen und zugleich die wichtigsten Karawanenwege aus dem Innern münden. Das sind im Westen die Buchten und Küstenebenen im Mündungsgebiet des Schelif, wo sich das befestigte Oran (125000 Einw.) und Mostaganem erheben. Bei jenem endet die westliche, heute bis zum Wüstenrande mit Schienen versehene Karawanenstraße von Timbuktu. Das ist in der Mitte die kleine Bucht von Algier mit der Küstenebene Metidscha, wo der zweite, wichtige Oasen berührende Wüstenweg von Timbuktu das Meer erreicht und Algier (155000 Einw.) als Hauptstadt eine besondere Blüte und sehr lebhaften Schiffsverkehr entwickelt hat. Das sind schließlich im Osten die Buchten von Bône und Philippeville. An sie sind durch Schienenstränge die Oase Biskra am Rande der Wüste und weiterhin durch den dritten bedeutsamen Karawanenweg die Oasen Tugurt und Wargla angeschlossen, von wo Ghadames und schließlich der untere Niger erreicht wird. Die marokkanisch-algerischen Hafenplätze sind ebenso wie die Seeplätze von Tripolitanien und Barka der Gewalt winterlicher Stürme ausgesetzt; doch haben die Franzosen viel für den Ausbau getan und die künstlichen Hafenbecken durch Wellenbrecher geschützt. Gegen Seeangriffe sind sie durch ihre Forts und den Kriegshafen Biserte, nicht aber von Natur verteidigt. — Besondere Bedeutung hat Tunis. Denn hier streichen die Ketten und Täler des Atlas zur Kleinen Syrte aus, so daß an diese Querküste größere Landschaften gut angeschlossen sind, und ferner gibt die Lage an der Straße von Tunis erhöhte wirtschaftliche und strategische Bedeutung. Hier haben am Golf von Tunis seit dem Altertum Utica und Carthago, seit dem Mittelalter Tunis, alle drei bereits phönizische Gründungen, in wiederholtem Glanze geblüht. In der Gegenwart ist die letztgenannte mit 200000 Einw. zur größten Stadt der Atlasländer erwachsen. Die kleinen natürlichen Hafenbecken von Carthago und Utica sind heute versandet; aber auch Tunis hat nur einen bescheidenen Lagunenhafen, zu dem von der fast geschlossenen Nehrung ein Seekanal führt. Doch ist die

befestigte Stadt durch ihre Entfernung von der See gegen Schiffskanonen einigermaßen gesichert. In neuester Zeit haben die Franzosen weiter nördlich, an der Stelle des alten phönizischen Hippo Diarrhytos, an einem prächtigen Naturhafen die Seefeste Biserte angelegt, in der dreifachen Absicht, Tunesien gegen italienische Gelüste zu sichern, neben dem englischen Malta einen Stützpunkt zur Beherrschung der Straße von Tunis zu gewinnen und ihren offen liegenden algerischen Küstenstädten einen Flankenschutz zu gewähren. Trotzdem gelang es unseren Kriegsschiffen bei Kriegsbeginn, Philippeville und Bône zu beschießen.

Tiefenverhältnisse. Das Mittelmeer verdankt seine Entstehung einer Reihe jugendlicher, tiefer Einbrüche der Erdkruste. Vulkanische Erscheinungen, Hebungen und Senkungen an den Küsten und Erdbeben zeigen das Fortdauern der Bewegungen bis in die Gegenwart an. Dieser Bildungsgeschichte entsprechend gliedert sich das **Mittelmeer** in eine Reihe kesselförmiger, steil von den Küsten absinkender Bruchfelder, in die des öfteren einzelne Grabenbrüche noch tiefer eingesenkt sind. Meistens fallen die Bruchränder nahezu oder vollständig mit der Küste zusammen, und dann werden schon in geringer Küstenentfernung sehr große Tiefen gelotet. So wurden in nur 55 km Entfernung von Algier 2750 m, in bloß 22 km Abstand von Toulon 2000 m Tiefe festgestellt. Einzelnen Gestaden ist dagegen eine seichte, breitere Schelffläche vorgelagert, so der Ostküste Spaniens, namentlich dem Golfe von Valencia, ferner dem Golfe von Lion, dem Syrtengebiete und dem Delta des Nils, der ebenso wie Ebro und Rhone das Schelfgebiet durch seine Aufschüttungen noch erhöht hat. Im übrigen entspricht die Tiefengliederung des Mittelmeeres in der Hauptsache der horizontalen. Durch die 320 m, an der schmalsten Stelle aber über 700 m tiefe Straße von Gibraltar gelangt man in das Alboranbecken, den mehr als 1400 m tiefen Vorhof des durch die Schwelle der vulkanischen Insel Alboran davon abgegliederten Balearenbeckens. Dieses senkt sich zwischen Menorca und Sardinien auf 3150 m ab, während zwischen den Balearen und der spanischen Küste nur Tiefen bis 825 m zu finden sind. Tiefen von 1900 m führen südlich von Sardinien in das Tyrrhenische Becken mit seinen vulkanischen Inselgruppen hinüber, wogegen die Straße von Bonifacio zwischen Sardinien und Korsika ganz seicht ist, und auch zwischen Korsika und Elba nur 400—500 m erreicht werden. Auf 3730 m fällt das Tyrrhenische Becken in der Mitte ab, und hart drängen sich die großen Tiefen an die süditalienische Küste, während vor den mittelitalienischen Gestaden etwas seichteres Wasser liegt. Auf 105 m steigt der Meeresboden in der Straße von Messina, auf 325 m in der Straße von Tunis an; seichte Bänke nötigen hier die Schiffe, ihren Weg hart nördlich von Biserte zu nehmen. Auch der Eintritt in das Jonische Becken erfolgt durch einen Vorhof, das 1630 m tiefe Becken der vulkanischen Insel Pantelleria, das in den seichten sizilianisch-tunesischen Schelf eingebrochen ist. Erst jenseits der Schwelle von Malta beginnt der Steilabsturz zum ionischen Meeresboden, der mit 4404 m die größte Tiefe des Mittelmeeres umschließt. Tief ist der Golf von Tarent, seicht der von den Jonischen Inseln umgürtete Golf von Korinth. Eine Schwelle zwischen Barka und Kreta von 2165 m Satteltiefe führt hinüber in das reicher bewegte Levantinische Becken. Eine Reihe von Mulden und Schwellen, deren Anordnung eine deutliche Beziehung zur Umrahmung der Ägäis und zur kleinasiatischen Südküste erkennen läßt, folgen hier aufeinander. Die größte Tiefe von 3865 m wird nahe der Küste von Rhodos wie im Jonischen Meere an der Küste des Peloponnes erreicht. Geringere Tiefen haben die syrischen Gewässer, wenngleich südlich von Cypern, das selbst durch die 1000 m-Linie an das Festland angeschlossen ist, 2635 m gelotet wurden.

Flacher sind die **Nebenmeere**, am seichtesten die Adria. Mit 780 m Tiefe führt die Straße von Otranto in das rundliche Südbecken, das zu 1230 m abgesunken ist. Rasch hebt sich der Boden zur Pelagosaschwelle, um nördlich davon in der quergestellten Pomorinne nur mehr 243 m zu erreichen. Die leicht untergetauchte und gegen die illyrische Seite etwas abgebogene Fortsetzung der Po-Ebene sehen wir in der nördlichen Adria vor uns. Eine seichtere Stufe stellt auch das kompliziert gebaute Ägäische Meer dar. Drei Mulden lassen sich hier unterscheiden. Die südlichste und mit 2250 m tiefste lehnt sich nördlich an Kreta an; die Mulde von Chios nimmt die Mitte ein, und als schmaler Graben streckt sich nach ONO. in den Golf von Saros die nordsporadische Mulde, beide nur halb so tief als die erstgenannte. Ebenso seicht wie schmal sind die durch Erosion entstandenen Meerengen, nur 106 m wurden in den Dardanellen, bloß 110 m im Bosporus gefunden. Das zwischenliegende Marmarameer ist dagegen auf 1360 m eingebrochen. Steil fallen die unterseeischen Böschungen des Schwarzen Meeres zu seinem ziemlich ebenen Boden ab, dessen größte Tiefe bei 2245 m liegt. Ganz flach ist der von Dnjepr und Donau aufgehöhte Schelf der Bucht von Odessa, nur wenig untergetaucht der Boden des Asowschen Meeres, der nirgends über 15 m Tiefe erreicht.

Von großer Bedeutung sind diese Tiefenverhältnisse für die gegenwärtig wichtigsten Waffen der Seekriegführung, für Unterseeboote und Minen. Die großen Tiefen der Straßen von Gibraltar, Tunis und Otranto, bei beiden letzteren auch die Breite, setzen unsere Feinde außerstande, unseren U-Booten die Einfahrt in das Mittelmeer zu wehren. Weder Minen noch Netze können hier erfolgreich ausgelegt werden. So vermag zwar England mit seinen Trutzburgen von Gibraltar und Malta über See jeden Verkehr zu sperren, aber den Unterseebooten sieht es sich machtlos gegenüber. So haben sich diese im Mittelmeer zu einer immer gefährlicheren Waffe ausgestaltet, und ihre hohe Leistungsfähigkeit läßt sie auch die Schwierigkeit überwinden, daß sie bei den auf weite Strecken großen Tiefen nur selten einen Ruheplatz am Meeresboden finden, läßt die Engländer vergeblich nach Schlupfwinkeln suchen. Der Gedanke, das schon schwer gefährdete Salonikiunternehmen durch möglichste Verlegung des Nachschubes auf die Bahnen zu retten, muß an deren Überlastung und teilweise geringen Leistungsfähigkeit scheitern. Umgekehrt ist es bei der geringen Tiefe möglich, Bosporus und Dardanellen für U-Boote erfolgreich zu sperren und dadurch die türkische Hauptstadt und Flotte gegen feindliche Angriffe zu schützen. Der steile Absturz der meisten Mittelmeerküsten zu großen Tiefen bildet ein weiteres Gefahrenmoment für die ohnehin meist offen daliegenden Mittelmeerhäfen. Denn dadurch wird es in den meisten Fällen unmöglich, die Hafenstädte durch weitausgelegte Minenfelder vor feindlichen Schiffskanonen zu sichern. Die Beschießung so zahlreicher Küstenstädte während des Krieges gibt Zeugnis dafür. Nur in den oben angeführten Gebie-

ten, wo sich ein breiterer Schelf vor die Küste legt, kann Minenschutz erfolgreich in Wirksamkeit treten.

Hydrographie. Das Mittelmeer gehört einem warmen, sonnenreichen und niederschlagsarmen Klimagebiete an, das ihm nur wenige wasserreiche Zuflüsse zuführt. Daher sind **Temperatur** und **Salzgehalt** hoch, und beide nehmen den Klimaverhältnissen entsprechend nach Südosten zu. Selbst im kältesten Monate, im Februar, sinkt über den großen Tiefen die Temperatur nirgends unter 12° herab, schon vor den Küsten der Atlasländer werden 14—15° und im Levantinischen Becken sogar 17° erreicht. Auch in den großen Tiefen herrschen dann ganz ähnliche Temperaturen, etwa 13—14°, weil die durch die Abkühlung schwer gewordenen Oberflächenwasser mit der Tiefe in Ausgleich treten, aber zugleich auch durch die Schwelle von Gibraltar das Eindringen der sehr kalten atlantischen Tiefenwasser verhindert wird. Nur in dem in eine rauhere Umgebung eingebetteten Schwarzen Meer finden wir selbst über tiefem Wasser Temperaturen von bloß 6—7°, im Marmarameere 8—9°. Ganz allgemein kennzeichnen sich die Schelfflächen durch starke winterliche Abkühlung, so daß dann im Golfe von Lion die Temperatur auf 8—9°, in der nördlichsten Adria auf 5—7°, in der Bucht von Odessa an 0° herabgeht. In den Lagunen von Grado und im Golfe von Saloniki kommt es in sehr vereinzelten Fällen, in der Bucht von Odessa ziemlich regelmäßig zur Eisbildung, doch ist hier der Verkehr der meisten Häfen durch Eisbrecher offen zu halten. Auf 2—3 Monate liegt im Asowschen Meere der Verkehr wegen Vereisung still. Im August, im wärmsten Monat, herrscht auf dem größten Teile der Oberfläche eine Temperatur von 24—25°, im Levantinischen Becken findet man noch um einige Grade mehr, im Schwarzen und Ägäischen Meere um 1—2° weniger. Die kaum veränderlichen Tiefenschichten sind dann durch eine scharf ausgeprägte Sprungschicht in 15—30 m Tiefe von der hoch angewärmten Oberflächenschicht getrennt. Mancherlei Abweichungen ergeben sich in Küstennähe durch ablandige Winde, die kühleres Wasser emportreiben, und durch die Einmündung anders temperierter Flüsse und Karstquellen (Adria).

Der **Salzgehalt** steigt von 36 pro Mille in der Straße von Gibraltar und 37 pro Mille am Rande der Atlasländer auf über 38 pro Mille im Hauptteile des westlichen Beckens, hat einen ähnlichen Wert im Jonischen Meere und überschreitet 39 pro Mille im größten Teile des Levantinischen Beckens. In der Tiefe trifft man von West nach Ost fortschreitend einen geringen Anstieg von 38,4 auf 38,7 pro Mille. Die Adria weist in der südlichen Hochsee einen Salzgehalt von über 38 pro Mille und zeitweise von fast 39 pro Mille auf, gegen Norden sinkt er allmählich, und im Golf von Venedig werden mit der Wasserführung der Alpenflüsse wechselnde Werte von 30—37 pro Mille gefunden. Im Südosten des Ägäischen Meeres ist der Salzgehalt ebenso hoch wie im Levantinischen Becken, aber gegen Nordwesten nimmt er auf weniger als 37 pro Mille ab. Sehr viel weniger, etwa 21—22 pro Mille, hat das Marmarameer als Übergang zu dem Schwarzen Meere, das infolge seines kühleren Klimas und namentlich wegen seines außerordentlich großen Süßwasserzuflusses sehr salzarm ist, an der Oberfläche nur wenig über 18 pro Mille und selbst in der Tiefe nur 22½ pro Mille besitzt. In der Bucht von Odessa und vor den Donaumündungen sinkt der Salzgehalt auf 15—17 pro Mille und noch weniger herab. Das stark abgeschnürte, seichte Asowsche Meer ist von Brackwasser (etwa 1 pro Mille) erfüllt. Ganz allgemein nimmt dort, wo stärkere Flüsse münden, der Salzgehalt von der offenen See gegen die Küsten ab.

Die sehr erheblichen Salzgehaltsunterschiede rufen starke Unterschiede in der Dichte und diese wiederum **Strömungen** hervor. Das schwere salzreiche Mittelmeerwasser strömt in der Tiefe der Straße von Gibraltar in den Atlantischen Ozean ab, dessen leichteres Wasser fließt an der Oberfläche in das Mittelmeer hinein und wird durch die ablenkende Kraft der Erdrotation an die nordafrikanische Küste gedrängt. Dieser atlantische Strom ist im Alboranbecken an seinem winterwarmen, sommerkühlen, überall aber an seinem salzarmen Wasser zu erkennen und ebenso wie der Tiefenstrom bis in das östliche Mittelmeerbecken zu verfolgen, wobei er allmählich durch Verdunstung und Mischung salzreicher wird und etwas unter die Oberfläche taucht. Ein ähnlicher Austausch erfolgt zwischen Adria und Mittelmeer und — wegen der großen Dichtenunterschiede — mit besonderer Lebhaftigkeit zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. Wird der auf offener See kaum wahrnehmbare Strom schon in der Straße von Gibraltar zu lebhaftem Fließen veranlaßt, so geht der Ausgleich durch das Meerengengebiet teilweise mit flußartiger Geschwindigkeit und unter Wirbelbildung vor sich. Auch hier ist natürlich der Oberstrom in das Mittelmeer gerichtet. Die zyklonale, besonders im Winter kräftig ausgeprägte Luftdruckverteilung über jedem einzelnen Mittelmeerbecken und die durch die Süßwasserzufuhr bedingte Dichtenabnahme gegen die Küsten haben zur weiteren Folge, daß jedes dieser Becken ein zyklonales, also entgegen dem Sinne des Uhrzeigers gerichtetes Stromsystem aufweist, das zwar nur in Küstennähe stärker fühlbar wird, aber bedeutsame Folgen hat. Sie verursachen nicht nur die Verfrachtung des salzärmeren Wassers des Golfes von Venedig entlang der italienischen Adriaküste und ebenso die Ausbreitung weniger salzigen Wassers an der Westseite der Ägäis und des Schwarzen Meeres, sondern sie schleppen auch die Sedimente der Flüsse mit sich und versanden die anschließenden Küsten. Darum haben Mittelmeerhäfen nur dann Bestand gehabt, wenn sie unter Berücksichtigung dieser Vorgänge angelegt wurden, wie dies z. B. bei Alexandria und Marseille, nicht aber bei den Häfen westlich von der Rhonemündung, bei Pisa, Ostia u. a., der Fall war. Nautisch von Bedeutung sind nur die starken Strömungen in den Meeresstraßen, gegen die kleine Segler und andere langsam fahrende Schiffe an manchen Stellen nicht aufzukommen vermögen, sowie die großen Dichtenunterschiede, da sie die Tragfähigkeit und Sinkgeschwindigkeit der U-Boote erheblich beeinflussen.

Die **Gezeiten** des Mittelmeeres sind nur schwach entwickelt, da die Verbindung mit dem Weltmeer nur minimal ist und die Größe des Meeres nicht genügt, um starke eigene Gezeiten zu erzeugen. Die Erscheinungen bestehen in Schaukelbewegungen der einzelnen Becken, wobei jeweils der Knoten infolge der unregelmäßigen Gliederung und der Wirkung der Erdrotation keine ideale Linie ist, sondern in eine mehr oder weniger gedrängte Schar von Flutstundenlinien aufgelöst erscheint, die links herum um einen Drehpunkt kreisen, wo der Tidenhub Null wird. Die Knotenlinie des westlichen Mittelmeerbeckens erstreckt sich — sehr asymmetrisch — von Cabo de la Nao nach SSO. zur algerischen Küste, die des östlichen Beckens von Barka

nach Kreta. Westlich von den Knotenlinien ist die Hafenzeit der beiden Becken (in mitteleurop. Zeit) $3^h\ 3^m$, östlich davon $9^h\ 3^m$. Wenn also westlich von der Straße von Tunis Hochwasser ist, herrscht östlich davon Niedrigwasser. Es geht daher durch diese Straße und die Meerenge von Messina eine lebhafte Gezeitenströmung hin und her, die hier zur Sage von der Szylla und Charybdis Veranlassung gegeben hat und in beiden Gebieten infolge der Wirkung der Erdrotation als Drehwelle in Erscheinung tritt. Sehr starker Gezeitenstrom wird auch durch die Straße von Gibraltar hin und zurück bewegt, da die Ozeantiden viel größer als die Mittelmeertiden sind. Doch ist der atlantische Einfluß nur im Westbecken des Mittelmeeres nachweisbar; er ist hier der wichtigste Faktor und macht sich als Parallelverschiebung der Oberfläche bemerkbar. Die (Spring-) Tidenhübe betragen an der Straße von Gibraltar 1 m, gehen an der Knotenlinie des Westbeckens auf wenige Zentimeter herab und erreichen an seiner Ostseite wieder 30—35 cm. Auch im Ostbecken hat die Knotenlinie nur einige Zentimeter Hub, die syrische Küste dagegen an 60 cm. Die seichte Kleine Syrte und der flache Golf von Korinth schwingen als Buchten des östlichen Beckens mit einem Hub, der sich dort bis auf 220 cm, hier bis auf 90 cm erhebt. Ähnliches scheint für das Ägäische Meer zuzutreffen, dessen Knotenlinie an der Südumrahmung liegt und dessen Hub an der Nordküste 30 cm erreicht. Auf Gezeiten und Seiches beruhen auch die seit dem Altertum berühmten reißenden Strömungen des Euripus. Das Schwarze Meer dürfte um eine von der Krim südwärts ziehende Knotenlinie schwingen. Die Hubhöhen betragen nur 8—10 cm. Die Adria schwingt, angeregt vom Jonischen Meer, um einen Drehpunkt zwischen Ancona und Zara. An den Küsten finden sich hier Hubhöhen von nur 20 cm, im Südbecken sind es 30 cm, im seichten Nordende aber 80 cm. Die Hafenzeit ist hier $9^h\ 8^m$, dort $3^h\ 8^m$. Neben den halbtägigen Gezeiten spielen in der Adria auch die ganztägigen, auf welche die Schwingungszeit der Adria abgetönt ist, eine erhebliche Rolle. Sie haben ihre Knotenlinie in der Straße von Otranto und nehmen daher nach Norden regelmäßig zu. In der Knotenlinie der halbtägigen Gezeiten überdecken sie diese, so daß hier Eintagstiden zur Ausbildung gelangen. — Die geringe Entwicklung der Mittelmeergezeiten ist von großer Bedeutung für den Minenkrieg, da die Einstellung der Minen mit Rücksicht auf den Tidenhub erfolgen muß. So beschränkt also das Gebiet der Minenfelder durch das Vorherrschen großer Tiefen ist, soviel leichter ist das Auslegen und soviel wirksamer das Feld, wo flacher Meeresboden vorliegt. Im Hafenbau herrscht infolge der kleinen Tiden das offene Becken; Docks mit Flutschleusen fehlen. Mit ähnlichen Beträgen wie durch die Gezeiten wird der Wasserspiegel durch Seiches beeinflußt. In den dalmatinischen Kanälen können sie Schwankungen von mehr als 20 cm bewirken. Sehr viel größer sind die Wirkungen der Sturmfluten. In Triest stieg bei Sciroccosturm der Wasserspiegel bis 2,8 m über die niedrigste beobachtete Ebbe.

Klima. Die Eigenart des Mittelmeerklimas ist bedingt durch das Vorhandensein des reich gegliederten, tiefen Meeres und die Luftdruckverteilung in der weiteren Umgebung. Im Sommer dehnt sich das nordwärts vorgerückte Luftdruckmaximum der atlantischen Roßbreiten über Spanien bis in das westliche Mittelmeerbecken aus, und der Druck nimmt von hier gegen das Levantinische Becken anfangs langsam, nach Osten zu immer rascher ab, um über dem hocherwärmten Iran und Nordwestindien ein tiefes Minimum zu erreichen. Es wird daher das Mittelmeer im Sommer vorwiegend von nordwestlichen Winden überweht, die nach Osten zu immer mehr an Stetigkeit gewinnen und im Ägäischen Meere in nördliche Richtung (Etesien der Alten) übergehen. Nur die Nordküste der Atlasländer hat vorwiegende Ostwinde. Diese nordwestliche Luftbewegung, die nur selten stürmische Stärke erreicht, hat absteigende Tendenz, die sich über dem in eine heißere Umgebung eingebetteten Meere verstärkt, und kommt aus kühleren nördlichen in wärmere südliche Breiten. Daher ist der Sommer des Mittelmeergebietes heiter und trocken, und je weiter man nach dem Süden fortschreitet, um so dauerhafter und regenärmer wird diese Trockenheit. So hat Florenz nur einen regenarmen Monat (Juli), Rom wie Konstantinopel deren zwei, Neapel drei (Juni bis August), Süditalien und Griechenland haben vier, die algerische Küste und Malta besitzen bereits fünf, Tripolitanien und Palästina sieben, Alexandria hat fast acht solcher Monate (Ende März bis Mitte November). Und während in der Po-Ebene noch 24 Proz. des Niederschlages im Sommer fallen, sind es in Süditalien nur 11 Proz., an der algerischen Küste, auf Sizilien und Malta und an der Westküste Kleinasiens 2—4 Proz. Im Levantinischen Becken ist der Sommer vollständig trocken, und auch im Frühjahr gibt es nur sehr selten Regen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse im Winter. Dann sind die umliegenden, besonders die nördlichen Randländer stark erkaltet, während das tiefe Meer verhältnismäßig warm bleibt. Es entsteht daher über ihm ein Gebiet niedrigen Luftdruckes, das nach der Gliederung der Hauptbecken in eine Reihe von Teilmimina zerfällt und Veranlassung zur Bildung aufsteigender Luftbewegungen gibt, die Regen meist in Form heftiger Güsse bringen. Mit dem Fortschreiten nach dem Süden verschieben sich dabei die Niederschläge allmählich vom Herbst auf den Winter. So hat noch Mittelitalien die Hauptregen im Herbst (34 Proz.), ausgesprochene Winterniederschläge dagegen bereits die algerische Küste (41 Proz.), Malta (48 Proz.), Griechenland und die Westküste Kleinasiens (45 Proz.). Entsprechend diesen Verhältnissen ist die Höhe der jährlichen Regenmenge über dem Mittelmeer gering und nimmt von den Nordküsten, wo sie fast überall über 500 mm erreicht, nach Süden und namentlich nach Südosten ab. Von der Kleinen Syrte bis Südpalästina werden nur an einigen Orten 250 mm überschritten. Diese Gebiete sind daher von fast wüstenhafter Trockenheit. Ferner sind die Ostseiten der einzelnen Becken regenreicher als die Westseiten, da ihre winterlichen Teilmimina von einer entgegen dem Sinn des Uhrzeigers gerichteten Luftbewegung umkreist werden, die den Ostseiten häufiger warme und feuchte südliche Winde (Scirocco der Adria), den Westseiten trockene und kalte nördliche Winde bescheren. So ist im westlichen Mittelmeerbecken die italienische Seite, in der Adria die illyrische, im Ägäischen Meere die kleinasiatische Seite regenreicher. Wo sich den feuchten südlichen Winden außerdem noch Gebirge entgegenstellen, werden teilweise außerordentlich große Regenmengen beobachtet. So fallen in der steil ansteigenden Gebirgsumrahmung der Bocche di Cattaro bis 4600 mm, das sind die größten in Europa gemessenen Niederschlagsmengen, und auch der übrige Karstabfall weist meist 1000—1600 mm auf. An der Ostseite des

Schwarzen Meeres gehen vor dem Steilabfall des Kaukasus und des armenischen Hochlandes bis 2500 mm (Batum) nieder, an der Nordküste nur 400 mm. Ebenso knüpfen sich höhere Niederschläge an die seeseitigen Abhänge des Taurus, Libanon, Tellatlas und der italienischen Riviera.

Die **Windbewegung** kann im Winter nicht selten stürmisch werden und das Anlaufen der zahlreichen ungenügend geschützten Reeden und flachen Buchten erschweren. Die Nordenden der Mittelmeerbecken, die Golfe von Lion und Genua, die nördliche Adria und das Schwarze Meer kreuzen dann häufiger wandernde, von stürmischen Winden begleitete Zyklonen. Daneben leiden die Nordgestade im Winter infolge der sehr raschen Luftdruckzunahme gegen das hohe, kontinentale Hinterland unter kalten Fallwinden, die in einzelnen Gebirgslücken und Pässen orkanartige, den Verkehr gefährdende Heftigkeit annehmen können. Hierher gehören der von den Cevennen ins Rhonetal herabfallende Mistral, die Bora von Triest und Fiume, die eisigen Nordstürme von Noworossijsk am Schwarzen Meere und die stürmischen Fallwinde des Taurus.

Die **Luftwärme** ist im Mittelmeergebiet während des Sommers von auffallender Gleichmäßigkeit, gemildert durch die frischen nordwestlichen und nördlichen Winde. So ist in Malta der wärmste Monat der August, mit 25,1° nur wenig wärmer als der Juli von Venedig (24,6°), und selbst in Tripolis werden nur 26,4°, in Alexandria 26° erreicht. Am wärmsten ist wohl der Golf von Iskenderun mit 28—29°, kühler sind die Küsten des Schwarzen Meeres (23—24°). Im Winter dagegen, wo auf die von der Flachsee umgebenen Nordgestade eisige Winde herabfallen, die südlicheren Gebiete aber das tiefe Meer warm hält, sind die Temperaturgegensätze sehr groß. Im Januar verzeichnet dann Venedig nur 2,5°, Neapel aber 8,2°, Malta (im Februar) 11,9°, im Südosten, in Alexandria werden sogar 14,1° erreicht. Von wunderbarer Milde ist allerdings auch im Norden der Winter dort, wo ein hoher Gebirgswall den Einbruch der kalten Winde verhindert und das tiefe warme Meer hart an die Küste tritt, wie an der französisch-italienischen und österreichischen Riviera (Jan. 8—9°) und an der Südostküste der Krim (Jalta +3,5°, Odessa —3,7°). Aus demselben Grunde, aus dem die Ostküsten der Mittelmeerbecken feuchter sind, sind sie im Winter auch wärmer als die Westküsten. So hat im Januar Livorno an der tyrrhenischen Ostküste 7,1°, Ancona auf gleicher Breite an der adriatischen Westküste 5,5° und ihm gegenüber Lesina an der Ostküste 8,6°. Patras an der Ostseite des Ionischen Meeres hat 10,3°, Athen auf gleicher Höhe an der Westseite des Ägäischen Meeres nur 8,6°. Burgas an der Westküste des Schwarzen Meeres hat dann nur 0,8°, Poti an seiner Ostseite aber 5,1°. Wie an allen Meeren ist der Herbst von ganz besonderer Wärme, und nie ist die Temperaturzunahme nach dem Süden stärker als in dieser Zeit.

Die hohe winterliche Wärme hat zur Folge, daß es fast nirgends an den Küsten des Mittelmeeres zur Eisbildung kommt und der Verkehr nur im Asowschen Meere zum winterlichen Stillstand gelangt. Schnee fällt allerdings überall gelegentlich im Mittelmeergebiet, aber selbst an den Gestaden des Nordens bleibt er nur selten einige Tage liegen. Die Klarheit der Luft, das seltene Auftreten von Nebeln, das Fehlen des Eises, die geringere Gewalt der Stürme haben sich zu vielen anderen Gaben der Natur gesellt, den zahlreichen Landmarken und hohen Inseln, den vielen Buchten des reich gegliederten Meeres, zur Kleinheit der Tiden und Schwäche der Strömungen, so daß das Mittelmeer einst die Wiege der Seeschiffahrt wurde. Dieselben Vorzüge machen noch heute das Mittelmeer zum Felde der Kleinschiffahrt im Frieden, zum günstigen Kampfplatz für Unterseeboote und Minen im Kriege.

Literatur. 1) **Mittelmeer:** **Th. Fischer**, Mittelmeerbilder (2. Aufl., Leipz. 1913); **A. Philippson**, Das Mittelmeergebiet (3. Aufl., das. 1914); **Th. Fischer**, Studien über das Klima der Mittelmeerländer (»Pet. Mitt.«, Erg.-Heft 58, Gotha 1879); **J. Hann**, Die Verteilung des Luftdruckes über Mittel- und Südeuropa (»Pencks Geogr. Abh.«, Bd. 2, Heft 2, Wien 1887); **L. Marini**, Carte di pressione e di venti per il bacino Mediterraneo (»Ann. idrogr.«, Vol. 9, Genua 1914); **J. Friedemann**, Bewölkung und Sonnenschein des Mittelmeergebietes (Leipz., Diss. 1913); »Wind, Strom- und Wassertemperatur auf den wichtigsten Dampferwegen des Mittelmeeres« (Beil. z. d. »Ann. d. Hydr.«, Berl. 1905); **G. Schott**, Die Gewässer des Mittelmeeres (ebenda, das. 1915); »Materiali per la conoscenza del Mediterraneo« I—IV (Suppl. zur »Rivista geogr. Ital.«, Florenz 1908—13); **A. Merz**, Unsere Kenntnis von den Gezeiten des Mittelmeeres (»Zeitschr. Ges. f. Erdkunde zu Berlin«, 1914); **R. v. Sterneck**, Hydrodynamische Theorie der halbtägigen Gezeiten des Mittelmeeres (»Sitzber. Wiener Akad.«, Math.-nat. Kl., Abt. IIa, 124. Bd., 1915); »Mittelmeer-Handbuch« (6 Bde. mit Beiheften, Berl. 1915—17); **C. Rathlof**, Die welthistorische Bedeutung der Meere, insbesondere des Mittelmeers (Dorpat 1858); **E. Graf Wilczek**, Das Mittelmeer, seine Stellung in der Weltgeschichte und seine historische Rolle im Seewesen (Wien 1895); **P. Herre**, Der Kampf um die Herrschaft im Mittelmeer (Leipz. 1909); **P. Mohr**, Politische Probleme im westlichen Mittelmeer (»Meereskunde«, 8. Jahrg., Berl. 1914); **A. Merz**, Die südeuropäischen Staaten und unser Krieg (ebenda, 9. Jahrg., das. 1915); »Reisehandbücher für das Mittelmeer« von Meyer und Baedeker. — 2) **Adria:** **R. Sieger**, Die Adria und ihre geographischen Beziehungen (»Vortr. Ver. z. Verbreit. naturw. Kenntn.«, Bd. XLI, Wien 1901): **A. Merz**, Die Adria (in »Dalmatien und das österreichische Küstenland«, Wien 1911); **F. Viezzoli**, L'Adriatico (Parma 1901); **R. v. Sterneck**, Über den Einfluß der Erdrotation auf die halbtägigen Gezeiten der Adria (»Sitzber. Wiener Akad.«, Math.-nat. Kl., Abt. IIa, 123. Bd., 1914); Derselbe, Zur hydrodynamischen Theorie der Adriagezeiten (ebenda, 124. Bd., 1915); **A. Defant**, Zur Theorie der Gezeiten im Adriatischen Meere (»Ann. d. Hydr.«, Berl. 1914); **N. Krebs**, Die Häfen der Adria (»Meereskunde«, 5. Jahrg., Berl. 1911). — 3) **Schwarzes Meer:** **W. Spindler** und **F. v. Wrangell**, Materialien zur Hydrologie des Schwarzen und Asowschen Meeres (Beil. zu der »Sapiski po Hidrografii«, Bd. 20, St. Petersb. 1899); **W. Wissemann**, Die Oberflächenströmungen des Schwarzen Meeres (»Ann. d. Hydr.«, Berl. 1906); »Segelhandbuch für das Schwarze Meer« (mit Beiheft, Berl. 1906/07).

Die türkischen Kriegsschauplätze

A. Die Dardanellen

von Oberst z. D. v. Diest in Berlin-Wannsee

Vgl. hierzu die Karte »Länder des Mittelmeeres« bei S. 116 sowie die Textkarte auf S. 132.

Allgemeines. Die Meerengen, welche das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer vereinigen, sind ein am Ausgang der Tertiärzeit gebildetes und unter das Meer getauchtes Erosionstal, das durch ein Devongebirge mit vorgelagerten Basaltfelsen hindurchführt. Sie gleichen somit anderen natürlichen oder künstlichen ozeanischen Verbindungswegen, wie dem Ärmelkanal, dem die alte Mündung des Rheins, und dem Sueskanal, dem das früheste Nildelta geologisch zugrunde liegt. Und noch heute paßt für Bosporus und Dardanellen der Vergleich mit einem Flußtal, denn beide »fließen«, getrieben vom Druck der großen südrussischen, in den Pontus mündenden Ströme, mit einer Stundenschnelle an den engsten Stellen, der erstere bis zu 10, die letzteren bis zu 8 km. Der Bosporus ist 30, die Dardanellen sind 65 km lang, das Becken des Marmarameers (Propontis) zwischen ihnen 190 km.

Geographie. Die Dardanellen, bei den Alten Hellespontos, benannt nach Prinzessin Hellē, die auf der Flucht vor der Stiefmutter hier von ihrem goldenen Widder fiel und ertrank, gliedern sich in drei Teile:

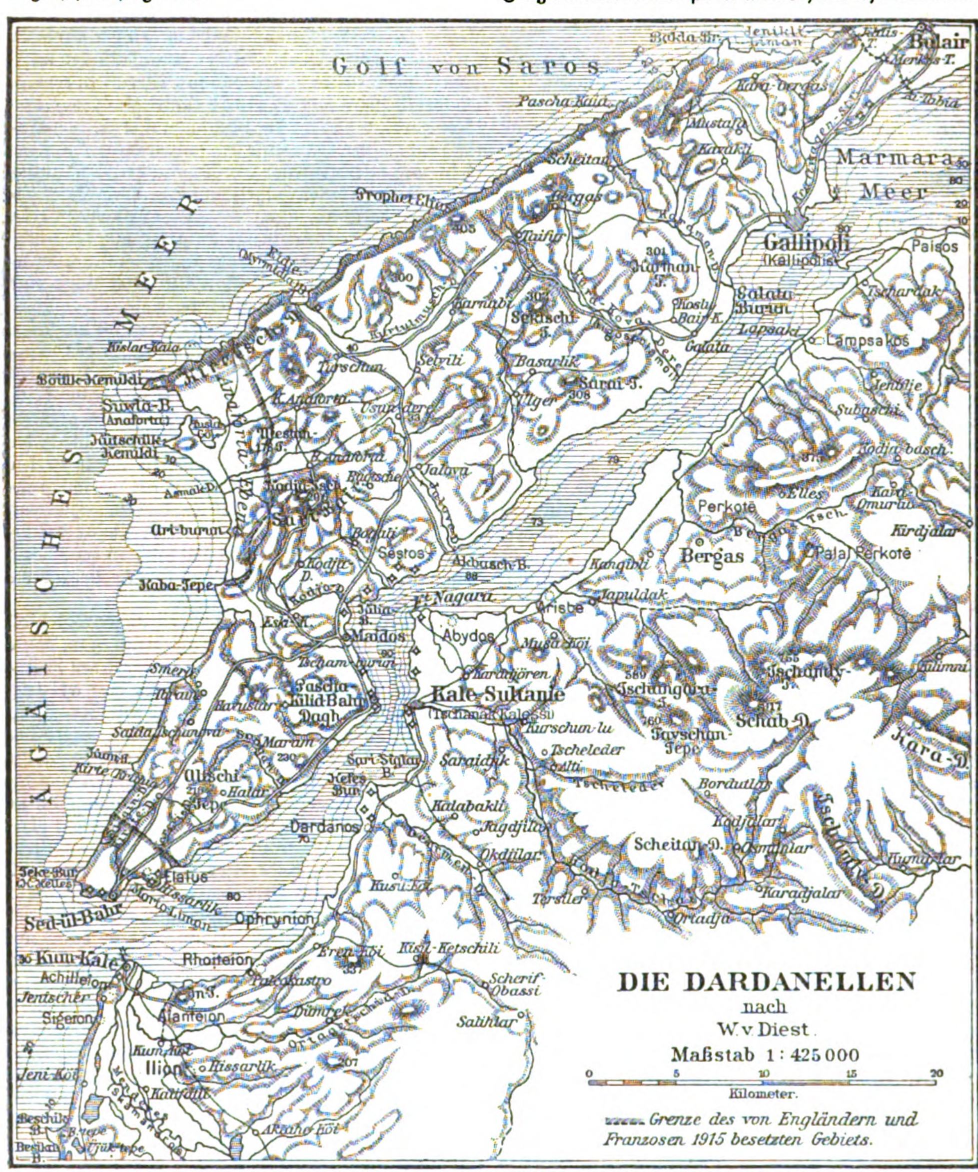
I. **Die äußeren Dardanellen**, 20 km lang, begannen für den Schiffer aus dem Archipelagos mit dem zwischen Kap Sigeion (asiatische Seite) und Kap Helles (europäische) 5,5 km breiten Eingangstor. Es ist heute gesperrt durch die von Sultan Machmud IV. auf flachem Gestade 1659 erbauten Türkenschlösser Sed-ül-Bahr (Burg am Meer) und Kum-Kalē (Sandschloß), letzteres auf dem Alluvium des homerischen Skamandros (heute Menderes). Die europäische Wand ist gebildet vom Südzipfel der Thrakischen Chersonesos (Halbinsel Gallipoli), einer gebirgigen, wasserarmen Landschaft, steil abfallend zum Meere, zerrissen durch Quertäler in zahllose Klippen und Felsen aus gelbem Sandstein, brüchig, mit Gestrüpp bewachsen. Die Höhen steigen im Altschi-Tepe des Beiramli-Dagh bis 216 m. Gegenüber erhebt sich die asiatische Seite bei Eren-köi bis 337 m; der Abfall des Gebirges aber ist sanfter, einladend zu Siedlung und Ackerbau. Hier wohnten seit Urzeiten die Völker, welche das Meertor beherrschen wollten. 4 km vom Sigeion erhebt sich der Berg von Hissarlik (Ilion-Troia) mit seinen Städten aus sieben Zeitaltern und Ausgrabungsschichten, 15 km oberhalb sieht man südlich von Kap Kefes die Ruinen von Dardanos, die im Mittelalter dem Hellespont den Namen gaben, einst Königssitz des Äneas. Dazwischen lagen Manteion, Photeion, Ophrynion. Hinter Kefes folgt die Bucht von Sari-Siglar, und mit ihr bilden sich die äußeren Dardanellen zum eigentlichen Engpaß.

II. **Die mittleren Dardanellen**, 6 km lang, an ihrem Zugang die schmalste Stelle, das Heptastadion der Alten, dessen Bezeichnung der Breite von 1330 m = 7 Stadien zu 190 m genau entspricht. Hier ragen noch heute die von Machmud II., dem Eroberer, schon 1462 errichteten Burgen von Kilid-Bahr (europäisch) und Kalē Sultaniē (Tschanak-Kalessi, asiatisch), letzteres »Töpferschloß« benannt nach dem dortigen Städtchen, dessen keramische Ware noch heute einen Ruf hat. Von hier bis 6 km nördlich davon weitet sich der Paß nur bis zu 2200 m, der Entfernung zwischen Kap Nagara bei der antiken Stadt Abydos und dem Fort Bogali nahe den Ruinen von Sestos. Hier ist die Stelle, wo Leander zu Hero schwamm und wo Xerxes seine Brücke über den Hellespont schlug, die kürzere Strecke des Heptastadions wegen der stärkeren Strömung vermeidend. Weiter innerhalb der mittleren Dardanellen am europäischen Ufer ist zu erwähnen die kleine Stadt Maidos (antik Madytos) und 2 km nördlich von ihr die Bucht von Kilia, als Eingang zur tiefsten Quersenke der ganzen Halbinsel, über die hinweg mit Steilfeuer von Nagara her in Richtung Kaba-Tepe (dicker Hügel) auf das freie Meer gewirkt werden kann. Von hier über Maidos-Kritia führt nach Süden der einzige Fahrweg auf der Halbinsel, fortgesetzt als feste Straße nordwärts nach Gallipoli-Bulair. Nahe dem asiatischen Ufer läuft eine Chaussee Nagara-Tschanak-Kum-Kalē.

III. **Die inneren Dardanellen**, 36 km lang, 2,5–6 km breit, reichen bis zum Beginn des Marmarameers bei Gallipoli (antik Kallipolis; 30000 Einw.), wo zwei natürliche Buchten einen geräumigen, tiefen Doppelhafen bilden. Auf dieser Strecke verbreitert sich die Halbinsel bis zu 20 km, doch bleibt die Art des Aufbaues dieselbe; höchster Punkt ist der Sarai-Tepe, 308 m. Ähnlich streckt sich das asiatische Ufer mit Erhebung bis zu 375 m. Hier lag am Ausgang in die Propontis die berühmte Lampsakos, heute das unbedeutende Lapsaki; 15 km südlich davon fand man beim Griechenstädtchen Bergas die Ruinen von Perkotē.

Verteidigung. Die leichte Sperrungsmöglichkeit der Dardanellen kennzeichnet ihre Bedeutung im Laufe der Geschichte und beruht heute auf folgenden Faktoren: Zunächst ist die morphologische Gestaltung von Wichtigkeit. Abgesehen von Enge und Strömung zwingt die alluviale Bildung der Einschnürungen des Passes, d. h. seine »Verlandung«, angreifende Schiffe auf der entscheidenden Strecke der mittleren Dardanellen in ein derartig schmales Fahrwasser, daß sie diese nur in Kiellinie durchfahren können. Die Nagarastraße ist die einzige Stelle, wo festes Gestein bis auf 400 m an beide Ufer herantritt. Demnach kann eine Flotte des Verteidigers aufwärts Nagara den Angreifer in Frontlinie empfangen, während dieser hier aus der Kiellinie aufmarschieren und dabei auf Entfaltung seiner Feuerkraft verzichten muß. Zudem bilden auf dem Lande die obengenannten Quertäler natürliche, der Sicht des Angreifers entzogene Stellungen für Steilfeuergeschütze. — Als zweiter wichtiger Faktor kommt der Unterseekrieg in Betracht. Strömung und Enge sind der Minenlegung günstig, für eindringende Tauchboote gefährlich. Außerhalb dagegen im freien Golf von Saros, verborgen in den Schlupfwinkeln der vielgegliederten Küste, wirken leicht und überraschend Torpedozerstörer und Unterseeboote des Verteidigers gegen größte Linienschiffe. Einen Beweis dafür liefern die Kriegshandlungen des Frühjahrs 1915. — Die wirksamste Verteidigung jedoch bieten die bedeutenden alten und neuen Befestigungen. Von ihnen (soweit sie aus öffentlichen Karten ersichtlich sind) gehören die meisten, man darf sagen, der Geschichte an und sind für den heutigen Angriffskrieg nicht mehr maßgebend. Kaum eine der jetzt in der Verteidigung wirksamen Batteriestellungen dürfte genau den früheren Angaben entsprechen; sie werden grundsätzlich abseits der im Gelände markierten Punkte

und nicht auf den alten historischen Plätzen angelegt sein. Ebensowenig lassen sich Zahl und Kaliber der Bestückung angeben. Die für die Sperrung wichtigsten Stellen, in deren Nähe auch die modernen Batterien liegen, sind folgende:



1) Europäisches Ufer. An der Spitze der Halbinsel die Batterien Ertogrul, Ak-tabia sowie Schloß Sed-ül-Bahr; 2,5 km weiter aufwärts die Batterien Tott und Hissarlik. Am Heptastadion die Batterien von Kilid-Bahr (Meeresriegel), Medjidiē, Nomasiē, Baikra, letztere 4 km südwestlich, Deirmen-burun (Mühlenkap), Tscham-burun (Tannenkap), diese beiden nordwestlich. Bei Maidos die Batterien Maidos und Kiamlē, eine Batterie an der Kiliabucht, Fort Bogali mit zwei Seitenbatterien. Schließlich kommen noch die Befestigungen von Gallipoli mit hochgelegenem Kastell in Frage.

2) Asiatisches Ufer. Hier sind zu nennen: die mittelalterliche Steinburg Kum-Kalē mit westlicher Seitenbatterie Orchaniē; Kap Kefes, Fort und Batterie; Tschanak, Festung Sultaniē-hissar mit den Flügelbatterien von Parkē und Tschemeni; 2 km nördlich Fort Medjidiē; 1 km weiter aufwärts Fort Köschburun, dahinter zwei Batterien nach der Landseite (!). Dazu kommt noch die alte Festung Nagara mit einem neuen Erdwerk und zwei Batterien. — Bei Nagara und Tschanak sind beide Ufer mit Kabel verbunden.

3) Ergänzend hierzu haben wir uns heute, wie gesagt, eine Fülle von neueren Werken zu denken, sowohl am Ufer wie landeinwärts, teils Feldbefestigungen, teils provisorischer und permanenter Art. Auch eine Feldeisenbahn soll die ganze Halbinsel in der Längsrichtung durchziehen.

KAUKASUSFRONT.

Maßstab 1 : 4 000 000

0 20 40 60 80 100 Kilometer

Frontlinie der Türken

Russisches Reich · Persien · Türkisches Reich

östl. Länge von Greenwich

Bibliographisches Institut, Leipzig.

4) Schließlich ist, wenn auch abseits der Dardanellen gelegen, aber mit ihrer Verteidigung zusammenhängend, die Linie von Bulair zu erwähnen, welche die 3 km breite Einschnürung der Halbinsel nahe ihrer Wurzel, 15 km nordöstlich von Gallipoli, absperrt. Erbaut im Krimkrieg 1853/54 von französisch-englischen Ingenieuren, mit Front nach Nordosten, wird sie von der Propontis zum Jenikli-Liman am Golf von Saros über 165 m Steigung hinweggeführt. Sie bestand aus drei Hauptfesten: Viktoria, Sultan, Napoleon, deren Namen und Front nach Nordosten ihrem damaligen Zweck entsprachen. Mit Umbau im Balkankriege 1912 nach neuzeitlichen Erfordernissen und bester Feuerwirkung nach allen Fronten sowie volkstümlicher Umtaufe der Werke in Ai-Tabia (Mond-Feste), Merkes-Tabia (Mittel-Feste) und Jildis-Tabia (Sternen-Feste) haben die Türken hier eine erstklassige Festung geschaffen, welche anzugreifen die feindliche Streitmacht nicht gewagt hat, abgesehen von einer erfolglosen kurzen Beschießung durch französische Schiffe am 3. März 1915.

Kriegsgeschichte. Efeu der Sage und Lorbeer der Geschichte umwuchern seit Urzeit die Ufer der Dardanellen; die Sonne Homers leuchtet über ihrem Eingangstor. Am Hellespont ankerten im Troerkrieg die Schiffe der Achaier. Neuere Forschung verlegt diesen Platz nicht an das Delta des Skamandros, sondern nach außen südwärts in den Besikgolf (Besikabai) und betont, die Alten hätten »Meer der Helle« nicht nur die Dardanellen genannt, sondern die ganze nordöstliche Bucht des Archipelagos. Strategisch und taktisch scheinen die Kriegshandlungen der Ilias dies zu bestätigen. Xerxes und Alexander haben die Dardanellen überbrückt; mit Ketten ließ der Perserkönig ihre widerspenstigen Fluten peitschen. An den Ziegenflüssen (Aigospotamoi, Gebirgsbäche südlich von Gallipoli) wurde der Peloponnesische Krieg entschieden. Über die Dardanellen hinweg (1356) eroberten die Osmanen das Hinterland von Byzanz 100 Jahre früher, ehe sie die Hauptstadt selbst zu Fall brachten. Herüber und hinüber tobten vom 15.—17. Jahrh. die Kämpfe zwischen Türken und Venezianern. Aber die neuere Kriegsgeschichte gibt kaum ein Beispiel nachhaltiger »Forcierung«. 1770 drang mit der russischen Flotte Admiral Elphinstone bis Kefes-burun vor; 1807 durchfuhr mit englischem Geschwader überraschend bei Nacht Admiral Duckworth die ganze Meerenge, erschien vor Konstantinopel, mußte jedoch bald zurück und entging bei der zweiten Durchfahrt knapp der Vernichtung. Seitdem hat kein feindliches Schiff den »Meeresriegel« gesprengt, und auch heute im Weltkrieg scheint Moltkes Wort zu Recht zu bestehen, der ihn für unbezwingbar erklärte. Den »Erfolg« des 1¾ Jahr währenden englischen Ansturms kennzeichnen am besten die Worte einer Londoner Zeitung (»Daily Mail« vom 23. Dez. 1915): »Die Regierung erkennt jetzt die unglaubliche Dummheit dieser Expedition ... wir hatten 200000 Mann Verluste ohne Ergebnis — —!«

Im übrigen haben Kriegshandlungen zwischen 1807 und 1914 an den Dardanellen kaum stattgefunden, und über diplomatische Kämpfe um die »Meerengen« in dieser Zeit zwischen den beteiligten Mächten können wir hinweggehen. Auch alle internationalen Verträge sind, gleich denen für den Sueskanal, das Papier nicht mehr wert, auf dem sie geschrieben wurden. Die wichtigsten waren seinerzeit diejenigen von 1809, 1841, 1856, 1871, 1878; nach ihnen durfte kein fremdes Kriegsschiff die Dardanellen passieren, ausgenommen die nichtarmierten Schiffe von Rußlands »Freiwilligen-Flotte«, welche die Besatzung nach dem »Fernen Osten« brachten, und die »Stationäre« der Botschafter am Goldenen Horn.

Karten und Literatur. H. Kiepert, Generalkarte der Südost-Europäischen Halbinsel, 1:1500000, mit Nebenkarte der Dardanellen in 1:300000 (Berlin); Marmara-Meer und Umgebung, Bosporus, Dardanellen, 1:150000 (Kuxhaven); Karte der Dardanellen, 1:175000, zu dem Aufsatze v. Diests »Die Dardanellen im Weltkrieg« (»Zeitschrift der Ges. für Erdk. zu Berlin«, Aprilheft 1916). Als erster topographisch-militärischer Bericht behandelt er Kampfgelände, -formen, -mittel und -handlungen und ergeht sich außerdem in ausführlicher Weise über die Rolle, welche die Meerenge im Altertum spielte.

B. Die vorderasiatischen Kriegsschauplätze

von Dr. jur. et phil. **Hugo Grothe**, Privatdozent für Geographie in Stuttgart

Vgl. die Karten »Kaukasusfront«, »Länder des Mittelmeeres« bei S. 116, »Das Vordringen der Engländer im Irakgebiet« bei S. 203 und die Textkarte »Das Kampfgebiet auf der Sinaihalbinsel« auf S. 135.

Wie eine gigantische natürliche, gegen Angriffe wohl geschützte Festung erheben sich Anatolien und Syrien von den umgürtenden Meeren aus zu gewaltigen Hochländern. Kleinasiens Ausdehnung in der Nord-Süd-Richtung erreicht zwischen dem lykischen Anamur und dem nordkleinasiatischen Kap Indsche Burûn unweit Sinope die gewaltige Entfernung von 700 km. Das ist keine kleinere Distanz in der Luftlinie als die von Kuxhaven bis Konstanz am Bodensee oder die von Gent in Belgien bis Dresden. Nur wenige und schwierige Wege führen in das Innere, die mit Ausnahme der sacht zur Hochebene ansteigenden westlichen ionischen Straßen meist über hohe Gebirgspässe laufen und denen eine Reihe von parallelen Gebirgszügen entgegensteht, die sich quer zu einer etwa versuchten Einmarschrichtung bewegen. An den Küsten sehen wir vom Ausgang der Dardanellen bis zum Süd- und Osthang des lykischen und kilikischen Taurus, also an dem ganzen Rande des kleinasiatischen Halbbogens, eine meist unnahbare Steilküste. Die größeren Städte und Häfen liegen in der Tiefe der Buchten, deren Zugang durch Aufbau von Befestigungen auf den vorgelagerten Inseln leicht gesperrt werden kann. Dies gilt vor allem für Smyrna, aber auch für Adramyti, Mendelia, Giova, Makri. Ungeschützt liegen nur die pamphylische Ebene in der Tiefe des Golfs von Adalia und die kilikische im Schwemmland des Seihûn und Dschihân wie weiterhin der Winkel des Golfs von Alexandrette. Dafür aber stehen hart hinter diesen ebenen Küstenstrichen die höchsten Wälle des Taurus mit Höchsterhebungen zu 3000 und 3500 m, deren enge und rauhe Paßpfade gegen größere Heere ohne Aufgebot bedeutender Kräfte zu verteidigen sind. An ein Hineintragen der Kämpfe ins Innere Anatoliens, also auf die kleinasiatische Hochebene, auf Grund einer Landung der Angreifer ist kaum zu denken. Ein Vormarsch in das unwegsame und dünn bevölkerte Hochplateau könnte nur mit Hilfe zahlreicher, auf der Einfallslinie errichteter fester militärischer Stützpunkte erreicht werden. Die dazu nötigen starken Eroberungsheere aufzubieten, dürfte kaum ein Gegner so leicht imstande sein.

Was die Küste Syriens betrifft, das als Landbrücke für die östlich zwischen Kleinasien, dem Kernpunkte osmanischer Macht und Bevölkerung, und

Ägypten sich entwickelnden Kämpfe in Betracht kommt, so gewährt auch hier eine Steilküste mit unsicheren Häfen sowie der orographische Aufbau des Hinterlandes bedeutenden Schutz. Das parallel der Küste sich erstreckende Nosariergebirge verteidigt die Landschaften des nordsyrischen Hinterlandes mit Aleppo, Hama und Homs; die breite Mauer des Libanons deckt Cölesyrien und ein weiterer Riegel, der des Antilibanons, die Kulturoase von Damaskus. Weiter im Süden wird Palästina vor einem vom Mittelmeer, also von Haifa, Jaffa oder Ghaza, heranziehenden Gegner durch den Riß des Jordantals und den steilwandigen Graben des Toten Meeres sowie die östlich hinter ihm aufragenden Terrainstufen geschützt. Die den türkischen Aufmarsch gegen Ägypten fördernde Mekkabahn ist also auf ihrer ganzen nordsüdlichen Linie so gut wie unberührbar. Überhaupt kommt den Türken für den Fall der Defensive wie Offensive das ziemlich reiche Bahnnetz in Syrien außerordentlich zustatten, dessen Ausbau nach der Sinaihalbinsel zu während des Krieges betrieben wurde.

Auch die *Gestade des Schwarzen Meeres* bieten mit dem schmalen Vorgelände ihrer von West nach Ost streichenden Küstenketten keinen rechten Angriffspunkt für größere Kriegsunternehmungen. Die am Schwarzen Meere sich lagernden Städte, wie Unieh, Ordu, Sinope, Ineboli, Eregli, Tireboli, Kerasund, Trapezunt, bauen sich sämtlich amphitheatralisch auf, und nur Samsum dehnt sich auf breiter ebener Uferterrasse. Nur hier und da sind diese Siedlungen Ziele für Schießübungen der russischen Schwarzmeerflotte gewesen, wie an den Küsten des Mittelmeers die Angriffe einzelner Kriegsschiffe der Entente gegen Ghaza und Jaffa, Alexandrette und verschiedene Plätze der westlichen kleinasiatischen Küste nur eitle Machtbekundungen blieben.

Aus alledem ist ersichtlich, daß als Kampfplatz dieses Weltkrieges weder die Küsten Syriens noch Anatoliens in Betracht kommen. Kriegerische Ereignisse größeren Umfanges mußten sich also in den Jahren 1914—17 aus von der Natur vorgeschriebenen Ursachen an den *Berührungsflächen* abspielen, welche die Türken mit ihren Gegnern haben: im Südwesten auf der *Sinaihalbinsel*, am Suezkanal und in Ägypten; im Nordosten im *armenischen Hochlande* auf der 500 km langen Grenzlinie von der Tschoruchmündung zum Ararat und später in Türkisch-Armenien selbst, ebenso im persischen Aserbeidschan auf einer gleichausgedehnten Front von Bajazid über Täbris nach dem Südufer des Urmiasees. Ferner da, wo Englands kriegerische Tätigkeit infolge der bisherigen Vorherrschaft in Indien und im Persischen Golf mit Erfolg einzusetzen vermochte, nämlich im *Zweistromlande* an der Mündung des Schatt-el-Arab. Oder da, wo politische Ziele höchster Art, nämlich die Eroberung Konstantinopels, durch ruhmvolle Strategie der Welt bekundet werden sollten, das ist an den Dardanellen (s. S. 181 ff.).

I. Die Sinaihalbinsel.

Drei Wege stehen den Heeren durch die Sinaihalbinsel offen, die sich von Syrien gegen Ägypten wenden oder in umgekehrter Richtung ihr Ziel suchen. Der südliche führt von dem am nördlichen Ende des Golfes von Akâba gelegenen Orte gleichen Namens über die Hochebene von Tih nach Sues, während ein zweiter von Tell Refâh an der syrischen Küste entlang nach El Kantâra, etwa 50 km südlich von Port Said, läuft. Akâba, von der nächstliegenden Station der Mekkabahn (östliche Entfernung 70 km; von Ma'ân 110 km) leicht erreichbar, erweist sich als besonders günstiger Stützpunkt für militärische Maßnahmen. Unter hohen Palmen versteckt liegen die schmutzigen Araberhütten Akâbas, das von alters her den Sammelpunkt der nach Mekka ziehenden Karawanen bildet. Schon im späteren Mittelalter beschützte daher ein starkes Schloß diesen wichtigen Knotenpunkt; heute dehnen sich mehrere Küstenbatterien am Strande des Golfes, die einige englische Landungsversuche erfolgreich abgewiesen haben.

Kaum in 5 km Entfernung von den letzten Palmen Akâbas steigt die Straße steil an. Zwischen Felsen und Trümmern erklettert sie in langen Serpentinen die Hochebene von Tih. Schwerbeladene Kamele brauchen an fünf Stunden, um bedächtigen Schrittes zu dem Plateau zu gelangen. Der erste Halt auf demselben geschieht bei Bir el Kittâr. Hier liegt der Ort »El Mefrâk«, d. i. die »Wegeteilung«. Während der ägyptische Pilgerweg nach Westen abschwenkt, verläuft nach Nordnordwest ein beschwerlicher, 150 km langer Pfad durch die ganze östliche Wüstensteppe der Halbinsel bis Bir Biren, von dem in drei Tagesmärschen (80 km) Ghaza zu erreichen ist. In trockenen Jahren sind die Brunnen fast versiegt, so daß die Fährlichkeiten dieser Strecke recht beträchtlich sind.

Von Bir el Kittâr aus dehnt sich meilenweit das Hochland fast tischgleich. Erst gegen Süden zu, von der Breite an, wo sich die Rotemeerküsten des unteren Sinaidreiecks im spitzen Winkel einander zu nähern beginnen, wächst aus der Wüstenplatte von Et Tih ein stattlicher Gebirgsstock von Granit und Gneis hervor, dessen braungetönte Felseneinsamkeit und Ödnis nur selten durch lebendige Wasseradern oder eine Baumgruppe, wie z. B. die idyllische Oase Hirân, unterbrochen wird. Der Serbâl (2060 m), der Dschebel Kathrin (2606 m) und der Dschebel Musa, d. i. »Mosesberg« (2292 m), an dessen Flanken das Sinaikloster sich dehnt, sind die höchsten Erhebungen. Der Boden ist hart, und in schnellem Trab können Berittene die Hauptstadt der Sinaihalbinsel, Kalâat en Nachl (d. h. »Dattelschloß«), erreichen. Als einzige Bodensenkung durchzieht das Tal von El Arîsch die Hochebene in nordsüdlicher Richtung. In ihm zeigen sich unweit en Nachl Gerste- und Maisfelder. Ohne Zweifel hat bei ehemals größerer Sorgfalt zur Auffangung der Niederschläge und bei früher stärkerer Regenbenetzung die Sinaihalbinsel einst einen reicheren Anbau aufzuweisen gehabt.

Erst bei Meïbeluk, eine kleine Tagereise vor Sues, geht eine Änderung der Landschaft vor sich. An Stelle des festen Gesteins tritt Sand. Der geschilderte Weg von Akâba bis Sues ist 240 km lang und kann auch von einer größeren Truppenabteilung in fünf bis sechs Tagen zurückgelegt werden. Kalâat en Nachl besitzt zahlreiche und geräumige Brunnenanlagen, so daß Tausende von Menschen und Tieren zu gleicher Zeit dort erquickt werden können, wie alljährlich bei den Mekka-Karawanen. Der nördliche Weg von der syrischen Grenze nach El Kantâra ist ein wenig kürzer (220 km). Der erste größere Flecken auf der Sinaihalbinsel, El Arîsch, besitzt ebenfalls gute und ergiebige Brunnen. Dagegen sind die weiteren Oasen auf dem Marsche nach Westen: Bir el Mezâr, Bir el 'Abd und Bir el Katjeh, ziemlich wasserarm, so daß auf dieser sandigen Strecke die Wasserversorgung ausschließlich durch mitgeführte Vorräte erfolgen muß.

Auch El Kantâra hat nur wenige Süßwasserbrunnen. Eine Rohrleitung führt unter dem Kanal hinweg von dem reichlich mit Süßwasser versehenen Westufer hierher. Obgleich sich dieser nördliche Weg nahe der Küste hinzieht, vermögen feindliche Kriegsschiffe einen Truppenmarsch nur auf einem schmalen Stück westlich und östlich von El Arîsch zu stören; denn noch in 10 km Entfernung vom Strande beträgt die Meerestiefe erst 5—10 Meter. Zudem erstrecken sich von Bir el Mezâr vor der Küste (von Bir Gerarât



Das Kampfgebiet auf der Sinaihalbinsel.

bis zum Dörfchen Mahmadîje auf 80 km hin 8—10 km) breite Lagunen mit vorgelagerten Sandbänken — es sind die Sebchât Bardawîl, die alten Sirbonischen Seen —, die eine Truppenlandung und eine Beschießung der Karawanenstraße durch Kriegsschiffe völlig unmöglich machen.

Noch ein dritter Weg kommt, wenn auch nicht im gleichen Grade wie die vorgenannten, für die Angriffsbewegungen in Betracht. Diese Anmarschlinie, 180 km lang, zweigt aus dem Wâdi el Arîsch 35 km südlich vom gleichnamigen Städtchen in südwestlicher Richtung ab und endet in Ismaïlia, einem etwa 10000 Einwohner zählenden Städtchen, in dem die Zentralverwaltung des Sueskanals ihren Sitz hat. Der Wasserbestand in den Brunnen ist ebenso gering wie auf dem nördlicheren Weg El Arîsch-Kantâra. Reste römischer Zisternenanlagen zeigen, daß im Altertum diese mittlere Wasserstraße ziemlich lebhaft begangen wurde. Dieser mittlere Weg ist gerade darum von Bedeutung, weil er in zwei Ausstrahlungen nahe den Punkten am Sueskanal ausmündet, wo sich schmale Landbrücken als Durchbruchsstellen bieten. Zu einem Durchstoß kommen vor allem die zwischen den Seebecken gelegenen Landstreifen in Betracht, so die von El Kantâra zwischen El Menzâle- und dem Ballâhsee von 5 km Breite, ferner die zwischen Ballâhsee und Ismaïlia (10 km breit), dann solche zwischen Timsâhsee und den beiden Bitterseen (13 km) und schließlich die Landbrücke zwischen diesen letzteren und der Kanalmündung bei Sues, die mit 15 km die breiteste ist.

Die **Bevölkerung** der eigentlichen Sinaihalbinsel beträgt schwerlich mehr als 10000 Seelen, von denen kaum ein Zehntel auf nichtarabische Elemente, wie griechische Mönche und Kaufleute, Kopten und ägyptische Fellachen, entfallen dürfte. Außer El Arîsch und Kalâat en Nachl gibt es nur noch eine nennenswerte Siedlung, das am Golf von Sues gelegene Städtchen **Tôr**, der einzige natürliche Hafen der Halbinsel mit einigen hundert Einwohnern und ziemlich armseligem Handelsverkehr. Nur zur Zeit, wenn die ägyptischen Pilger aus Mekka zurückkehren — Tôr ist Quarantänestation für die von der arabischen Küste kommenden Schiffe —, herrscht Leben und Gedränge in seinen engen und gewundenen Gassen. Herr der schmalen Oasen und Wüstensteppen des Sinailandes ist der Beduine, und zwar der »Towâra«, wie er sich in bezug auf die Halbinsel nennt, die

im arabischen Munde »Tôr« heißt. Ein ziemlich armes und bescheidenes, wegen seiner Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit in besserem Rufe stehendes Völkchen als das der östlich angrenzenden syrisch-arabischen und ägyptischen Gebiete, stellen diese in sechs Stämme sich gliedernden Towâra dar. Sie leben vom mageren Ertrage ihrer Palmenpflanzungen und Felder wie vom Verdienst ihrer Kameltransporte, mit denen sie vom Niltal und Akâba und den palästinensischen Grenzstädten einen guten Teil des Jahres unterwegs sind. Das den Beduinen trotz aller sonstigen religiösen Gleichgültigkeit innewohnende Gefühl, in Zeiten der Bedrängnis des Islams der Fahne Mohammeds Gefolgschaft und Hilfe leisten zu müssen, beseelt ohne Zweifel auch die Towâra und macht sie, was bei ihrer großen Kenntnis der Wege und Brunnen hoch zu veranschlagen ist, zu schätzbaren Bundesgenossen der Türken. Eine militärische Bedeutung gewinnen natürlich die Towâra der Sinaihalbinsel ebensowenig wie die arabischen Irregulären Syriens und Mesopotamiens, die, auf Kamelen oder Pferden beritten, sich dem türkischen Kriegszuge anschließen.

Die vor Kriegsbeginn markierte Grenze zwischen Syrien und Ägypten war eine solche, wie sie von seiten der Türken nur infolge mehrfacher englischer Einschüchterungen zugestanden worden war. Noch zehn Jahre nach der englischen Okkupation Ägyptens betrachteten die Türken die östlichen Teile der Sinaihalbinsel als ihnen zugehörig. Im Jahre 1900 führte die türkische Absicht, von der Mekkapilgerbahn aus einen Eisenbahnstrang nach Akâba zu führen, um im Notfalle türkische Truppen schnell zum Schutze der zwischen der Sinaihalbinsel und Arabien einschneidenden Meerzunge und des nordwestlichen Weges nach Mekka und Medina senden zu können, zur Drohung Englands, bei Ausführung dieses Planes britische Kriegsschiffe durch die Dardanellen nach Konstantinopel abgehen zu lassen.

Was die Türken in friedlichen Zeiten aus Scheu vor Englands Macht nicht auszuführen vermochten, haben sie inmitten dieses Krieges zum größten Teile schon vollbracht, nämlich die Verbindung des südlichen Palästinas mit der Sinaihalbinsel. Die Vorstöße der Engländer gegen das südliche Palästina, vor allem gegen Ghaza, haben solche nicht hindern können, indem sie dort nur den nächsten Umkreis der Meeresküste unter englische Macht stellten. Die schon seit längerem vorgesehene Bahnlinie nach der ägyptischen Grenze ist im Hinterlande heute schon in Betrieb. Von Afuleh, an der Bahnstrecke Haifa-Derât gelegen, hatte die Türkei in eigener Regie schon vor dem Kriege eine nach Süden laufende Linie in Angriff genommen und bis Nablus geführt. Mitte Januar 1915 bewilligte die Abgeordnetenkammer die erforderlichen Kredite zum schleunigen Weiterbau. Seit Anfang 1916 sichert diese palästinensisch-ägyptische Eisenbahnlinie, den Bahnstrang Jaffa–Jerusalem bei Nablus berührend, über Damaskus und Aleppo im Anschluß an die Baghdadbahn eine unmittelbare Verbindung mit der Reichshauptstadt.

II. Armenien.

Armenien kann deutlich als geographische Einheit erkannt werden. Es erfüllt teils türkisches, teils russisches und persisches Gebiet, fällt jedoch zu seinem größeren Teile (beinahe zwei Drittel) auf türkischen Boden. Diese Flächenstriche waren niemals politisch als ein armenisches Reich zusammengefaßt. Doch angesichts der gleichmäßigen morphologischen Verhältnisse wird man den geschichtlich begründeten Namen Armenien nicht missen wollen, obschon die Armenier heute nicht die ausschließliche Bevölkerungsschicht sind. Sie bilden nur in wenigen Verwaltungsbezirken (in den am Wansee gelegenen) die Mehrheit. Die Grenzen Armeniens geben sich nach Osten und Westen ziemlich unbestimmt. Das Hochland dacht sich nach Kleinasien allmählich ab, gegen Kaukasien und Iran gestalten sich die Abdachungen höher. Im Norden und Süden wird Armenien von hohen, zackenreichen Randketten umfaßt, die steil zur Küste bzw. zum mesopotamischen Tieflande abfallen. Im geographischen Sinne erfährt es folgende Umgrenzung: westlich bis zu der Wasserscheide zwischen dem Frat-su und den kleinasiatischen Flüssen, nördlich bis zu den pontischen Küstenketten, östlich hinein in die politisch russische Sphäre bis zum Abfall der nordöstlichen armenischen Berge nach dem Rion und der Kura sowie auf persischem Territorium bis zum Bergpfeiler des Sähänd wie zum Oststrand des Urmiasees und viertens gen Süden bis zu den nördlichen Höhenzügen der obermesopotamischen Steppe, die sich in der Breite von Mardin bewegen. Eine Hochlandschwelle in 1000—2000 m Höhe mit mächtig aufgesetzten Gebirgsrücken, die von hohen, eindrucksvoll geformten Vulkanbergen überragt werden (Ararat 5156 m, Alagöz 4095 m, Bingöldagh, d. i. der Berg der »Tausend Seen«, südwestlich von Erzerum, 3300 m, der Sipandagh bei Wan 3910 m, der Sawelân bei Täbris 4812 m), mit breit eingesenkten Seebecken (die Seen von Wan, Urmia und Göktschai in Höhenlagen von 1666, 1330 und 1934 m) und vielen scharf eingegrabenen Flußfurchen, so offenbart sich gleichartig die physikalische Gestalt dieses armenischen Landes. Einzelne Beckenlandschaften, wie die von Erzerum, liegen 1900 m ü. M., beinahe in Rigihöhe. Wie der Lauf der Längstalfurchen der Flüsse deutlich zeigt, streichen die armenischen Bergketten sämtlich von W. nach O. oder von WSW. nach ONO., biegen aber gegen Russisch-Armenien zu in nordöstliche Richtung um. Baumarme und kahle Plateaustreifen, bedeckt von düsteren Laven, aschgrauen Tuffen und nichtvulkanischen Gesteinstrümmern, oder öde Steppenstriche, in fahles Gelb getaucht, hier und da unterbrochen von mattgrünen Ackerflächen, braungetönte, zerrissene und zerklüftete Kalkstein- und Schieferketten, rötliche schneegekrönte Vulkandome, blaugrün schimmernde, von Siedlungen umzogene Seenflächen und auf den Abdachungen der Gebirge gegen das regenbringende Schwarze Meer wie den Kaspisee zu leuchtende Waldlinien von immergrünen Laub- und Nadelbäumen, zahlreiche weiße Fäden ungestümer Wildwasser in geröllreichem Bette, das sind die Farben und Töne des armenischen Landschaftsbildes. Eisig kalte Winter und glühend heiße Sommer kennzeichnen die armenischen Hochlande. Je weiter wir ins Innere der Hochfläche rücken, desto größeren Temperaturextremen begegnen wir (beobachtete absolute Maxima bzw. Minima + 38° und — 29°). Der Mangel jeglicher schiffbarer Flüsse und die ungenügende Zahl guter Verkehrsstraßen — den Bau von Eisenbahnen in Türkisch-Armenien hat Rußland durch sorgsame politische Intrigen hintanzuhalten gewußt — erschweren die geeignete Verwertung der wirtschaftlichen Erzeugnisse von einiger Bedeutung, wie es die Beziehungen der einzelnen Beckenlandschaften zueinander, die zwischen hohen, mühselig zu bewältigenden Bergreihen

eingesenkt sind, zu keiner Entwicklung kommen läßt. Die Erzeugnisse Armeniens, so Obst aus den Gärten der Fruchttäler, Wolle der Viehzüchter, Erze der Berge (Silber, Eisen, Blei, Kupfer, Zinn bei Gümüschaneh im Pontus wie in der Gegend von Kharput und Diärbekr), Erträge seiner Thermen von Eisen, Schwefel, kohlensauren Kalken sind daher, was Türkisch-Armenien betrifft, bislang nur in geringer Zahl ausgebeutet und ausgeführt, und nur das einheimische wohlentwickelte Handwerk (Kupferschmiede) hat sich die Schätze der Berge zunutze gemacht.

Die Grenzlinie zwischen der Türkei und Rußland erreicht von den Küsten des Schwarzen Meeres bis zum Bergdom des Ararats eine ansehnliche Länge, und zwar reichlich 500 km (Luftlinie etwa 400 km).

Die südwestlichen Gebiete des heutigen russischen Transkaukasiens mit Batum, Artwin, Ardachân und Kars wurden erst nach dem russisch-türkischen Kriege von 1878/79 dem Zarenreiche einverleibt, nachdem bereits 1829 durch den Frieden von Adrianopel die Landstriche am rechten Ufer des Kur mit Achatsych und Tiflis in russischen Besitz übergegangen waren. Der Verlauf der heutigen Grenze ist ziemlich verwickelt. Sie beginnt im Westen 25 km südlich von Batum, den Unterlauf des Tschoruch den Russen überlassend. Bis wenige Kilometer südlich vom Zusammenflusse des Ardanutsch-su und des Tschoruch reicht ein Zipfel türkischen Gebietes nordwärts, doch nur so weit, daß die wichtige Paßstraße, die sich von der westlichen transkaukasischen Hochebene über Ardachân am rechten Ufer des Ardanutsch-su und des Tschoruch entlang nach Batum bewegt, vollkommen auf russischem Boden verlaufen kann. Ebenso gehört zu Rußland der Bezirk von Olty, den von Ardachân her eine südlich ausgreifende Straße bestreicht, während das Örtchen Jd und das gleichnamige Quellgebiet des Olty-tschai sowie der Auslauf dieses schäumenden Gebirgsflüßchens in den Tschoruch wieder türkisches Besitztum sind. Zwischen dem Dümlü-dagh und dem parallel zu ihm von West nach Ost streichenden Achry-dagh befindet sich eine breite Längsrinne, die durch den Querriegel des Dewebojundagh bei Erzerum getrennt ist. Nach Westen zieht durch diese fruchtbare Talstrecke der Frat-su, nach Osten zum Kaspischen See der Araxes (Aras-su). Nur ein kurzes Stück seines Oberlaufes ist 1878 den Türken verblieben. Von den nördlichen Quellen des Murad-tschai bis zum Ararat bilden die Kämme des Achry-dagh auf ziemlich 200 km hin die Grenze, einen starren und hohen Wall aufbauend, der nur auf zwei schwierigen Paßwegen vom Tal des Araxes zu dem des Murad-tschai überschritten werden kann. Diese Grenzabsteckung bringt es mit sich, daß die natürliche, verhältnismäßig bequeme Straße von Erzerum nach dem nördlichen Persien auf der Strecke Hassankaleh–Köprüköi–Karakilisseh–Bajazid noch gänzlich unter türkischer Herrschaft steht.

Der Straßen, welche die einzelnen Landschaften auf russischer und türkischer Seite miteinander verbinden, sind nur wenige. Mehr Fußpfad als gangbare Straße ist der Weg, der längs steil zum Meere abbrechender hochragender Hänge den Wanderer von Trapezunt über Rizeh durch die lazischen Gaue nach Batum bringt. Schwindelig sind die Steige, die mit dem mittleren, tief in das Gebirge eingerissenen Tschoruch nach Artwin streben. Ein Seitenweg führt von Tschoruch in östlicher Richtung durch die Schluchten von Chosor in den Bezirk von Olty, während das Städtchen dieses Namens selbst auf einem halsbrecherischen, aus der Türkei von Süden herkommenden Gebirgswege erreicht wird.

Die Festung Kars (1740 m), nach jedem russisch-türkischen Kriege neu ausgebaut, beherrscht den südlichen Teil der mittleren transkaukasischen Hochebene. Wer, von Westen vordringend, ihr Herr ist, gebietet über die Bahnlinie, die nach Alexandropol und Tiflis führt, und somit über das mittlere Kurabecken. Er vermag ebenso bequem das Becken von Eriwan (1000 m) zu meistern, das, am mittleren Araxes gelegen, durch eine Zweigbahn von Alexandropol (1530 m) erreicht wird und weiter durch den Strang Eriwan–Dschulfa das Verbindungsglied mit dem unteren Araxesgebiet und dem nördlichen Zugange zur persischen Provinz Aserbeidschan bildet.

Die wichtigste aller transkaukasischen Routen, die ihre Richtung nach Türkisch-Armenien nehmen, ist diejenige, die von Kars südöstlich in das obere Tal des Araxes strebt. Noch 1914 ist ihre strategische Bedeutung russischerseits durch eine Bahn erhöht worden, die bis Sarykamysch, einem unweit der türkischen Grenze gelegenen Orte, führt. Von diesem steigt die gut ausgebaute Chaussee über die südlichen Ausläufer des mit vereinzelten Fichtenbeständen bedeckten Sohanly-dagh (Paßhöhe 2420 m) hinweg und gelangt in ein jäh einfallendes, von mehreren wilden Flußadern zerschnittenes romantisches Tal. Sobald man sich in mehreren Serpentinen aus diesem Talriß zu einem Höhenrücken emporgeschwungen hat, steht man auf türkischer Erde. Was sich weiter nach Südosten auf Köprüköi und Hassankaleh zu bewegt, ist keine rechte Kunststraße mehr, sondern ein von Tausenden von Kamelhufen ausgetretener breiter Karawanenpfad. Bald steigt er über kleine Bodenwälle, bald überschreitet er auf primitiven Holzbrücken kleine Bachadern, die zur Frühlingsschmelze zu tosenden und gurgelnden breiten Wasserfurchen anwachsen.

Aus dieser Schilderung der Grenz-, Natur- und Verkehrsverhältnisse ergibt sich, daß nur eine eigentliche große Operationsstraße für bedeutende Truppenmassen bei einem Krieg um das Grenzgebiet in Betracht kommt, nämlich die von Kars nach Erzerum. Alle anderen Verbindungslinien, welche sich längs des Meeres oder durch die Täler des Tschoruch und des Olty-tschai oder über die Pässe des Archy-dagh hinziehen, wie solche, die in der schmalen Senke zwischen Archy-dagh und Ararat auf der Strecke von Igdir nach Bajazid laufen, sind von derartiger Beschaffenheit, daß sich lediglich kleine Truppenkolonnen langsam und mühselig, im Winter nur durch Eis und Schnee, auf ihnen zu entwickeln vermögen. Auf dieser Paßstraße und um diese sowie auf ihrer im Tale des westlichen Euphrats verlaufenden Fortsetzung nach Erzinghian haben sich denn auch während dieses Krieges fast alle größeren Kampfhandlungen abgespielt.

III. Der Persische Golf und Mesopotamien.

Vgl. auch die Nebenkarte auf der Karte »Länder des Mittelmeeres«, S. 116.

Das Kampffeld im Südosten ist nicht Mesopotamien allein, sondern zugleich der Persergolf. Ob seiner Lage als Verbindungsglied zwischen den äußersten, an der Südostflanke sich aufbauenden Besitzungen der Türkei und der mächtigen englischen Kronkolonie Indien sind stille Vorpostengefechte um seinen Besitz bereits geraume Zeit vor dem Weltkrieg geliefert worden. Schon 1912 wurden die Türken aus der

Provinz El Hasa mit Hilfe der Waffen gedrängt, die England arabischen Kleinsultanen lieferte, und 1913 waren die Striche von Basra und Kueit von den Engländern als eine Interessenzone gewonnen worden, die selbst von den Türken anerkannt wurde.

Ein schlauchartiges, 830 km langes und bis 340 km breites Becken, dessen Zusammenschnürung auf 45—55 km in der zum Indischen Ozean führenden Straße von Hormus liegt, gehört der Persergolf physiographisch zur afrikanisch-arabischen Horizontalscholle, deren Nordrand die ostiranischen Faltenketten darstellen. Dort am Fuße der persischen Steilküsten hat er auch seine größten Tiefen (bis 150 m), während er an der südlichen Bruchlinie bis 70 km hinaus noch recht seichte Stellen aufweist (16—20 m). Klimatisch wenig verlockend sind seine Wasserfläche und ihr Umkreis. Seeleuten gilt der Golf im Sommer als eine Hölle, welche die Schrecken der Tropen überbietet. Die mittleren Tagestemperaturen des Augustes steigen auf 30°, ja nahe den sonneüberglühten Bergwänden der persischen Küste, vor allem in der Bucht von Bender Abbas, auf 33° C. Das absolute Maximum erreicht 47° C. An seiner Oberfläche erwärmen sich die Wasser des Persergolfes zu 30—35°. Ein bleischwerer graugreller Himmel ohne dagegen sich abzeichnende Wolkendecke lastet von Mai bis Oktober über dieser Gegend. Ausgestorben sind in dieser Zeit die Gebiete der arabischen Piratenküste und die östlichen Uferstriche um Lingeh und Bender Abbas. Die Eingeborenen flüchten dann in die Berge Persiens und auf die Hochtafel Arabiens, wo statt der lähmenden, auf dem Meere herrschenden Feuchtigkeit (42 Prozent) größere Trockenheit die Hitze erträglicher macht. Günstigere Lebensbedingungen bietet der Winter. Sogar Temperaturen unter Null sind für Basra festgestellt. Die mittleren Temperaturen des Februar sind 18°, ja sie sinken in der Westecke von Kueit bis zu den Bahreininseln auf 15° C. Bis zu diesen trägt der Schatt-el-Arab seine kühleren trüben Wasser, so daß die Bänke der Wärme und Klarheit liebenden Perlen an der Südküste nicht über die Bahreininseln hinausrücken. Südöstlich läuft die Strömung längs der arabischen Küste, um vor der Straße von Hormus umzubiegen und in entgegengesetzter Richtung längs der persischen Küste abzudrehen. Hoher Salzgehalt (bis 7 Prozent) kennzeichnet die Wasser des Persergolfes.

Schmale, mit Reis und Getreide bebaute Küstenstreifen breiten sich am Nordufer des Persergolfes vor den iranischen Ketten mit ihren im Winter schwer zu überwindenden Hochpässen. Der Schwerpunkt der Handelswerte liegt auf persischer Seite in der Provinz Arabistan, die sich an den unteren Karun mit seinem lebhaften Hafenstädtchen Mohammerah lehnt. Hier im Südwinkel Persiens gedeihen Zuckerrohr und Baumwolle und finden sich zahlreiche unterirdische Petroleumhorizonte, deren Ausbeutung sich England schon vor dem Kriege sicherte. Wenn der Gesamtaußenhandel der persischen Küsten 50 Millionen Mark ausmacht, wachsen seine Werte am arabischen Litorale dank der Perlenfischerei und der Ertragfähigkeit der dortigen Oasenregionen auf 70—80 Millionen. Überhaupt sind die Striche am Nordostrand der arabischen Hochtafel mehr bevölkert, als man glaubt, birgt die Stadt Hofuf doch 25—30000, Kueit an 40000, die Insel Bahrein an 100000 Seelen und zeigen selbst die Orte der stilleren Piratenküste, wie Abu Thabi oder Sur, 8—10000 Bewohner, während die bekannten Häfen der persischen Ostküste, wie Bender Abbas, nicht stärker bevölkert sind. Araber und weniger Perser sind die vorwiegenden Träger des Handelslebens; Inder und Parsi stehen an zweiter Stelle.

Den Hauptstock des Handels liefert aber das Westende des Persischen Golfes, die Striche an der Mündung des Schatt-el-Arab und ihr mesopotamisches Hinterland. Der Gesamtaußenhandel dieser Striche ist mit ihrem Segen an Datteln, Getreide, Baumwolle, Süßholz und seinem Bedarf an europäischen Gütern auf 120—150 Millionen zu schätzen. Auf ungefähr ¼ Milliarde Mark bezifferte sich also bei Kriegsbeginn der Gesamtaußenhandel der Küstenländer des Persermeeres, eine Summe, die uns angesichts der Zahlen dieses Krieges gering erscheint. Vor dem Oberhause schätzte der Minister des Auswärtigen Lord Landsdowne den Seehandel der Länder des Persischen Meeres auf 3 Mill. Pfund, wovon England 63 Proz. mit 2⅓ Millionen beherrsche. England, heute zu 70 Proz. beim Gesamthandelsumsatz des Persergolfes vertreten, wollte durchaus hier Alleinherrscher sein und sah mit wachsender Eifersucht die deutsche händlerische Arbeit sich entwickeln, die nach zehnjähriger Tätigkeit seit Errichtung der arabischen Route der Hamburg-Amerika-Linie und Niederlassung einiger Firmen (Einführung des Exportes von Perlmutterschalen) etwa 7 Proz. aller Handelswerte erobert hatte. Der Krieg bot die beste Gelegenheit, den Golf von allen Nebenbuhlern rein zu fegen. Mesopotamien wurde als Kriegsziel ins Auge gefaßt (nach Lord Curzons Ausspruch, dies Land müsse eine Kolonie Indiens werden), und aus Basra, dem zukunftreichen Hafen des Zweistromlandes, versucht man, ein Alexandrien oder Hongkong und aus Baghdad ein anderes Kairo zu machen. Zugleich ergab sich die Gelegenheit, unter Nichtachtung aller Hoheitsrechte Persiens Arabistan wirtschaftlich zu meistern, wie auf der Insel Hendscham im Persergolf nahe der engsten Stelle der Straße zum Indischen Meer — zur Wahrung gegen einen künftigen russischen Vormarsch zum warmen Meer — ein neues Aden oder Gibraltar anzulegen.

Mesopotamien gibt sich morphologisch als ein breiter Senkungszirkus an der Außenseite der osttaurischen und südiranischen Faltenbogen und stellt die Vermittlung dar zwischen den beiden gegensätzlichen Charakteren der Oberflächengestalt Vorderasiens, dem vorderasiatischen Faltenland und der vorderasiatischen Schollenregion. Jüngere, leicht nach Südosten geneigte und selten gestörte Erdschichten (oberkretazeische, eozäne und miozäne) haben an dem geologischen Aufbau Mesopotamiens teil. Auf weite Strecken ist im Süden dieser Untergrund mit Sanden, Kiesen und fetter Schwemmerde überschüttet. In zwei voneinander merklich sich abhebende Landschaften gliedert sich Mesopotamien, in ein oberes und ein unteres. Konstruieren wir auf Grund der natürlichen Begrenzung ein Rechteck, dessen beide lange Seiten von der syrisch-arabischen Wüstentafel, im Nordosten von den iranischen Randketten gebildet werden und dessen beide Schmalseiten im Nordwesten die Taurusberge und im Südosten der Persische Golf sind, so erhalten wir je nach der etwas weiteren oder engeren Absteckung 300—380000 qkm, also die Oberfläche des Königreichs Preußen u. das Dreifache von Rumänien.

Der **Kriegsschauplatz** in Mesopotamien selbst wird bisher — nach den Kampfhandlungen von 30 Monaten — nördlich etwa durch den 34. Breitengrad begrenzt. Es handelt sich also im wesentlichen um die Gebiete, die wir als südliches Mesopotamien,

als den fetten marschartigen Boden des alten Babyloniens begreifen. Was sich an den Ufern des unteren Euphrats und Tigris, der vereinigten Bänder der gesamten südöstlichen Türkei, erstreckt, ist meist tischgleiches Alluviailand, aus dem nur die »Tells«, die Wohnschutthügel alter Siedlungen, mit 20—30 m Erhebung aufragen. Baghdad selbst, in der Luftlinie 530 km von der äußersten Westzunge des Persischen Golfes entfernt, liegt 40 m über dem Niveau dieses Binnenmeeres, dessen Beherrscher leicht zu Bezwingern aller Küstenstriche und ihrer ins Hinterland laufenden Verkehrswege werden. Die Kreidetafel des oberen Mesopotamiens ist im Süden infolge der Ablagerungen jüngerer und jüngster Erdperioden kaum kenntlich. Versandete Kanäle durchfurchen die braunschwarzen eintönigen Steppenstriche, die im Hochsommer unter den Sonnengluten in breiten Rissen aufklaffen und sich vom April ab in der Nähe der Flüsse und Kanaladern in Sumpfgelände verwandeln, das nur mit der »Kuffa«, dem badewannenartigen runden erdpechverkitteten Schilfkorb, stellenweise zu bezwingen ist. Acht Zehntel des gesamten unteren Mesopotamiens ist Steppe, von dem ein guter Teil in den Zeiten der Überschwemmungen auch als dürftige Schaf- und Kamelweide ausscheidet. Oft steigen im Frühjahr die Wasser der Ströme über Nacht — beim Tigris oft in wenigen Stunden um 2 m —, waschen breite Uferzungen fort und laufen über die primitiven Dämme, die Pflanzungen erbarmungslos begrabend. Im nordwestlichen Teil des Schwarzerdelandes stehen inmitten der Steppe nur einige schmale Gartenoasen oder ein paar Karawanserails mit einigen benachbarten Lehmwohnhäusern, und zwar da, wo sich die bedeutenderen Verkehrswege schneiden. Die Zahl städtischer Siedlungen ist gering. Größere Menschen- und Häuseranhäufungen sind am Euphrat nur Musseijib an der Straße von Aleppo her, in der Nähe des alten Babylons Hilleh und am Saume der Wüste die Orte Nedschef und Kerbela. Am Tigris stehen an Städten Kut-el-Amara, ferner das eigentliche Amara und Korna. Galeriewaldungen von Palmen begleiten — am Tigris vom alten Opis ab, am Euphrat südostwärts von Ramadi und Feludscha — das bei Hochwasser öfters einen neuen Lauf sich grabende Bett der Ströme. Basra ist eine von Kanälen durchzogene, von stattlichen Palmenhainen umgürtete, weit gebaute Lagunenstadt. Alle übrigen Namen, die auf den Karten als Siedlungen erscheinen, zeigen nur Heiligengräber, an oder in Baumoasen versteckte Märkte, die lediglich an einem Tage der Woche sich bevölkern und kaum ein Dutzend arabische Lehmhütten fassen.

Wo sich nährendes Wasser bietet, da entfalten sich, so Menschenhand im Werke ist, üppige Pflanzungen. Die Wärme begünstigt die Entwicklung aller Gewächse der Subtropen. Die Juli-Isotherme von 30° C beherrscht fast das ganze, nach dem Roten Meere und dem Indischen Ozean sich erstreckende südöstliche Stück von Vorderasien. Getreide, Baumwolle, Hirse und Reis finden beste Bedingungen des Gedeihens. Doch der Mangel an Menschen und das Fehlen an Kulturtrieb bei den halbnomadischen Arabern des mittleren und bei den Sumpfbauern des südlichen Mesopotamiens lassen solche Gartenoasen nicht häufig entstehen. Nur die Pflanze, die am wenigsten der Pflege bedarf, der Dattelbaum, spendet ihre Früchte reichlich und vielerorts. Oft tritt auf weite Strecken, insbesondere beim unteren Tigrislauf zwischen Kut-el-Amara und Korna, die graue nackte Steppe hart an den Strom heran. Vorsintflutliche Bewässerungsvorrichtungen, über Holzrollen laufende Schläuche, dienen dazu, mit erbarmenswert großem Aufwand an Zeit und Kraft die Flußwasser auf die höher liegenden schmalen Ackerschollen zu heben. Das Buckelrind, aus Indien eingeführt, schreitet hinter dem Holzpfluge oder an der Leine, die jene fragwürdigen Schöpfeimer hebt und senkt.

Allen Verkehr größeren Stils haben im unteren Mesopotamien die Ströme zu bewältigen. Schwerfällige, hochbeladene Barken mit breiten Segeln bevölkern vor allem den Unterlauf des langsamer als der Tigris dahinziehenden, auch von der Dampfschifffahrt noch nicht erschlossenen Euphrats. Die zahlreichen Schlickablagerungen, die vielfachen Änderungen des Flußufers, die infolge großer Überschwemmungen eintreten, die geringe Tiefe der Fahrrinne, die Lagerung von Sinkstoffen an der Mündung, die oft ihre Lage ändern — die flachsten Stellen auf der äußeren Barre haben oft nur 2 m Wasser —, bereiten dem Schiffsverkehr zahlreiche Schwierigkeiten. Der Ankerplatz vor Basra, 15 km von der Mündung entfernt, liegt auf 9—11 m Wasser, so daß Seeschiffe bis 5000 und 6000 Tonnen, wie dies durch die Hamburg-Amerika-Linie geschah, bis hierher vorzudringen vermögen. An der Mündung ist der Schatt-el-Arab ein gewaltiger Strom von 1½ Seemeilen Breite. Nach Baghdad können zur trockenen Jahreszeit, in welcher der Fluß seinen niedrigsten Wasserstand hat (September bis November), nur Boote mit 0,9 m Tiefgang gelangen, zuzeiten des Hochwassers (Mai bis Juni) solche mit 1,8 m sogar bis Samarra. Durch das Gewirr der dickichtumzogenen Kanäle, die sich besonders am unteren Euphrat von Samarra ab zeigen, mit Boot oder Kuffa hindurchzukommen, bedarf es des hervorragenden Ortssinnes der Eingeborenen. Breitgetretene Karawanenpfade mit Ruhe- und Warenunterstandsstätten gibt es nur im mittleren Mesopotamien im Gebiet zwischen den Strömen auf den von Baghdad nach Musseijib, Kerbela und Nedschef ausgehenden Routen und auf der nordöstlich nach der persischen Grenze sich bewegenden Straße. Im unteren Mesopotamien leisten also nur die Flußadern der planmäßigen Bewegung von Truppen Vorschub. Brücken gibt es im ganzen unteren Mesopotamien über den Tigris nur zwei. Eine verbindet die westlichen und östlichen Stadtteile Baghdads, die andere dient dem starken Pilgerverkehr, der nach dem 5 km oberhalb von Baghdad gelegenen Kazimen strömt. Und beide sind rohe Machwerke, dürftiges Bretterwerk über verankerten Schiffsrümpfen. Den Euphrat überbrückende Bauten gleicher Art stehen bei Feludscha, wo sich der Verkehr nach und von Syrien auf den Straßen von Aleppo und Damaskus ergießt, ferner bei Hilleh unweit von Babylon und bei Hindieh nahe den großen Stauwerken, an denen zuletzt Willcocks seine Kunst versuchte.

Ober- und Untermesopotamien zählen 2½—3 Mill. Einwohner, von denen ein Drittel auf das babylonische Tiefland fallen dürfte.

Literatur. H. Grothe, Die Türken und ihre Gegner (Frankf. a. M. 1915); Derselbe, Der russisch-türkische Kriegsschauplatz. Armenien und Kaukasien (Leipz. 1916); A. Frech, Der Kriegsschauplatz in Armenien und Mesopotamien (das. 1916).

Der rumänische Kriegsschauplatz[1]

von Professor **Dr. Karl Kaßner** in Berlin

Während in der ersten Hälfte des Krieges bis zum Übergang des Bewegungskrieges in den Stellungskrieg auf der Ostfront die beiden Enden der 1600 km langen Karpathen in Ungarn und Serbien betroffen wurden, waren seit Ende August 1916, als Rumänien sich endlich unseren Feinden anschließen zu können glaubte, auch die mittleren und südlichen Karpathen und das Land dahinter das Ziel des Angriffes der Mittelmächte. Dieser neue Kriegsschauplatz umfaßt neben einem kleineren Teile von Siebenbürgen rund zwei Drittel von Rumänien.

Das Königreich Rumänien besteht im wesentlichen aus fünf verschiedenartigen und verschieden großen Gebieten: dem Gebirgs- oder Karpathengürtel, der ihm vorgelagerten Hügelzone, der welligen Moldau, der flachen Walachei und der hügeligen Dobrudscha. Nach Nordost über Südost bis Südwest bildet es gewissermaßen das tiefere Vorland zu dem 300—500 m höheren Siebenbürgen, das durch die Karpathen und das Bihargebirge wie von einem Ringwall umgeben ist. Dieser Wall lenkte die von Osten heranziehenden Völkerschwärme des frühen Mittelalters nach der Theißebene und nach der Balkanhalbinsel hin. So war Rumänien jahrhundertelang das Durchzugsland und konnte deshalb erst sehr spät zur Bildung eines eigenen Staates gelangen. Ein Durchzugsland kann aber niemals selbständige Politik treiben; es wird stets am besten bei der Neutralität gedeihen, und zwar ganz besonders, wenn es von mächtigen feindlichen Nachbarn begrenzt wird, so für beide ein Gegenstand des Begehrens ist und diese Eifersucht der Mächtigen geschickt auszunutzen versteht. Da anderseits Rumänien im Süden auf langer Grenze in Bulgarien einen Nachbar hatte, dem es selbst kurz vorher übel mitgespielt hatte, so hätte es dessen Rachegelüste am besten dadurch unterdrücken müssen, daß es sich den Mittelmächten und damit auch Bulgarien verbündete. Es vertraute aber zu sehr dem Schutz der Karpathen, seinem Heere und der Entente, und zwar ihr vornehmlich wegen der ausgesprochensten Vorliebe seiner dünnen Oberschicht der Bevölkerung, der Großgrundbesitzer, für französisches Wesen im Guten und Bösen. Ein guter Mittelstand, der durch Besitztum, Bildung und politisches Verständnis dieser Oberschicht hätte wirkungsvoll entgegentreten können, ist in ausreichendem Maße noch nicht vorhanden, und die große, fast völlig analphabetische Unterschicht wird meist in der ärgsten Hörigkeit gehalten und hat nichts zu sagen. Der Krieg wurde überdies gegen Österreich-Ungarn in der von Rußland geförderten Hoffnung erklärt, die dortigen rumänischen Gebiete einverleiben zu können; sie umgeben ringartig das Burzen- und Szeklerland, so daß die neuen Grenzen einen völkisch-einheitlichen Staat wie jetzt nicht mehr umfassen würden. Dieses fremde Element rasch unschädlich zu machen, war wohl der Grund für das Eindringen der rumänischen Heere gerade hier, während es strategisch wohl richtiger gewesen wäre, mit der Hauptheeresmasse durch den Rotenturm- und den Vulkanpaß in das von Landsleuten dicht bewohnte westliche Siebenbürgen einzufallen und so die feindlichen Truppen im östlichen zum Rückzug zu zwingen. Inwiefern diese Pässe und überhaupt das Grenzgelände für die Kriegführung von Bedeutung waren, wird eine eingehendere Schilderung lehren.

Die Karpathen bilden auf fast 600 km Länge[1] die Grenze Rumäniens gegen Ungarn, aber die Grenzlinie selbst verläuft weder auf dem Kamme, noch auf der Wasserscheide und ist mithin durchaus nicht natürlich. Das schadet hier aber kaum etwas, da gerade der von ihr durchzogene Streifen nahezu menschenleer, dafür aber vielfach mit Urwäldern bestanden ist. Zwar sieht man auf genaueren Karten auf beiden Seiten der Grenzen zahlreiche Eisenbahnen die Täler entlangziehen, aber sie dienen nicht dem Personenverkehr, sondern in erster Linie dem Holztransport; mehrfach haben sie noch Drahtseilbahnen als Zubringer. Der Holzreichtum und das starke Gefälle der wegen ergiebiger Niederschläge wasserreichen Bäche ließen auf beiden Seiten der Grenze eine Unzahl von Sägemühlen entstehen. Vom Hektar Gebirgswald werden etwa 300 cbm handelsfähiges Holz gewonnen. Während oberhalb von 1800 m Wald nicht gedeiht, finden sich bis 1000 m herab Nadelhölzer und dann bis 700 m Buchen, die weiter unten von der Sommereiche verdrängt werden. Von den 21 Hundertteilen Wald der gesamten Landesfläche kommt der größte Teil auf das Gebirge und das anschließende Hügelland.

Wenn die Grenze nicht immer auf dem Kamme verläuft, so liegt das zum Teil daran, daß es keinen einzelnen Hauptkamm gibt, sondern mehrere Züge, die sich schon geologisch voneinander abheben, zwar meist nebeneinander hergehen, aber doch von den in den Zwischentälern entspringenden Flüssen durchbrochen werden. Man unterscheidet die von Nordnordwest nach Südsüdost ziehenden Ost- oder Siebenbürgischen Karpathen von der Bukowina bis zum Putnaquellgebiet und die westöstlich verlaufenden Süd- oder Transsylvanischen[2] Alpen; in beider Scheitelpunkt liegt das anders geartete Bodzaer Gebirge.

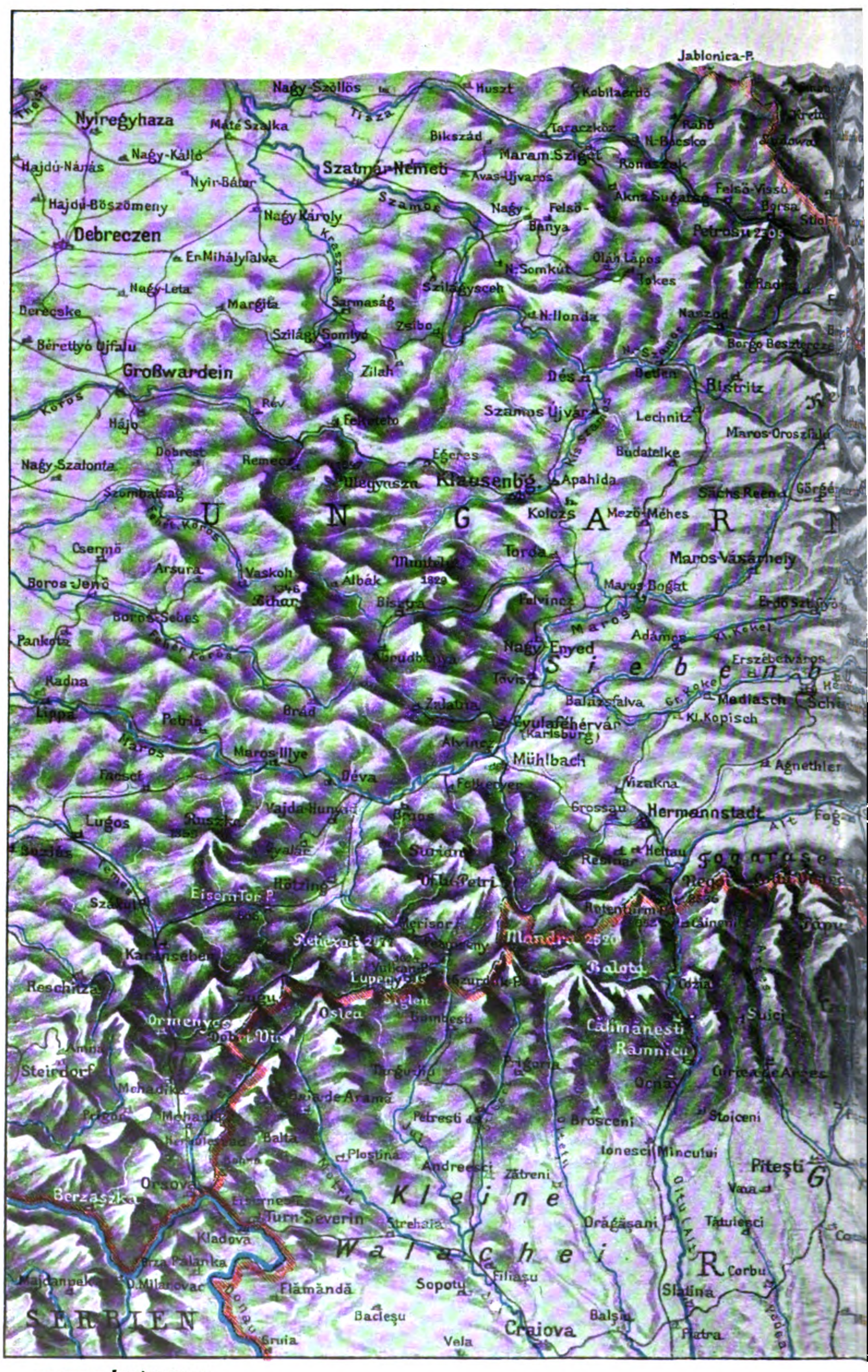
Die **Siebenbürgischen Karpathen** sind an ihrem Nordwestende an der Grenze der Bukowina geologisch weniger einheitlich gestaltet als am Südostende, denn dort ziehen drei verschiedenartige Gebirge nebeneinander her. Ganz in Siebenbürgen erhebt sich das rauhe, nebelreiche Trachytgebirge Hargita, das ausgedehnte, dichte Waldungen auf sanften Bergformen trägt und so gut wie menschenleer ist. Es ist vom 1200 m hohen Borgopaß im Nordwesten bis zu den großen Altkrümmungen 200 km lang und erreicht seine größte Höhe im Norden, im Pietros oder Kelemen mit 2102 m, während es in der Mitte, in dem Hargita genannten Gipfel, nur 1798 m hoch wird und im Süden unter 1100 m herabgeht. Keine Eisenbahnen führen hinüber, wohl aber einige gute Chausseen. Auf ihnen mußten unsere Truppen hinüber, um die weichenden Rumänen im eigentlichen Grenzgebirge angreifen zu können. Vorher war aber noch die Talbeckenreihe zu durchschreiten, die beide Gebirge trennt. Im nördlichen Becken, dem Quellgebiet der Maros, liegt die Stadt Gyergyó St. Miklós mit 7000 meist magyarischen Einwohnern, im mittleren Becken, dem Quellgebiet des Alt, die ebenfalls magyarische Stadt Csik-Szereda (3000 Einw.) und im südlichen das fruchtbare Szeklergebiet, das Komitat Háromszék. Den Ostrand des nördlichen und mittleren Beckens begrenzt der schon an der oberen Theiß be-

[1] Vgl. die Reliefkarte »Ungarisch-rumänisches Grenzgebiet« und die Karte bei S. 222.

[1] Nicht 1171 km, wie viele, selbst amtliche Bücher angeben.

[2] D. h. die Alpen jenseits des »Waldlandes«, wie Siebenbürgen magyarisch genannt wird.





Landesgrenzen.

änisches Grenzgebiet.



ginnende, bis über 50 km breite Glimmerschieferzug, das malerische Gyergyógebirge, das aber rasch schmaler wird und schon an der Trotusquelle endet; seine Gipfel bleiben meist unter 1700 m und steigen nur im steilen, massigen Ciahleu auf 1910 m an. Das Bistritzatal bildet hier nicht die Ostgrenze, sondern hat sich nur nahe dem Ostrande des Gebirges mit tiefer Furche eingeschnitten. Die breiteste Entwicklung der drei Gebirge aber zeigt die östlich vorgelagerte, stark gefaltete karpathische Flyschsandsteinzone; ihr gehören das Csiker- und Bereczker-Gebirge an, von denen jenes bis zu 1640 m, dieses im Lakóc bis zu 1778 m aufragt. Aber auch die bis zum Sereth fast heranreichenden Vorberge sind vereinzelt noch bis zu 1000 m hoch (z. B. im schwer umkämpften, 900 m aus der Ebene aufragenden Odobosci).

Über diesen Teil der Karpathen führen von Siebenbürgen eine Reihe Pässe, von denen aber nur einer eine Eisenbahn trägt. Der nördlichste Paß, der von Tölgyes, verbindet, ebenso wie der schwierigere Belás-paß, das obere Bistritzatal mit dem Gyergyóbecken; beide Pässe haben aber im ganzen mehr örtliche Bedeutung, obwohl an seinem Ostende das stattliche Piatra (20000 Einw.) liegt. Ganz anders 50 km südlich der Gyimespaß, der an der Grenze 700 m hoch ist; die Fahrstraße steigt auf ungarischer Seite dann noch bis über 1200 m an, während die Eisenbahn, die von der Hauptlinie am Sereth bei Ajud abzweigt und bei Madéfalva in die ungarische Ostgrenzbahn mündet, die Fahrstraße im Westen nur noch eine kurze Strecke begleitet, um auf rascherem Wege mittels Tunnels das Tal von Csik-Szereda zu erreichen. Diese Eisenbahn, die einzige von Siebenbürgen nach der Moldau, folgt fast ständig dem Trotusflusse und ist nicht nur für den Durchfuhrverkehr und den Zugang zum sehr besuchten Bade Slanic bei Okna von großer Bedeutung, sondern auch für die Beförderung von allerlei Gütern, namentlich von verarbeitetem Holz (die rohen Baumstämme führt man billiger in Flößen hinab). Auf diese Eisenbahnstrecke mündet unterhalb von Tirgul Okna von Südwesten her die sehr wichtige Ojtosstraße, die im oberen Ojtostale bis auf 865 m ansteigt, um sich dann in das 560 m hohe östliche Becken von Haromszék zu senken. Da hier auf beiden Seiten der Grenze landwirtschaftliche Erzeugnisse gewonnen werden, so liegt ein Bedürfnis für eine Eisenbahn nicht vor, und für die sonstigen Güter (meist Kleinwaren) genügt der Frachtwagen; wohl aber hat der Paß besondere Bedeutung für den Personenverkehr von der Moldau nach dem dichtbesiedelten und industriellen Burzenlande mit der Hauptstadt Kronstadt. Das nun beginnende Bereczker Gebirge ist ganz unwegsam, und erst 75 km weiter trifft man den hohen Bodzapaß, wo die Sandsteinzone nach Südwesten und Westen umbiegt, um ganz schmal bei dem Vulkanpaß zu enden. Auch das Bodzaer Gebirge mit fast 2000 m Höhe ist sehr siedlungsarm, und die wenigen Pfade liegen sehr hoch, so daß sie für größere Truppenmassen nicht in Betracht kommen. Ganz außerordentlich wichtig sind aber zwei unmittelbar westlich davon gelegene Pässe, nämlich der Tömöser oder Predealpaß und der Törzburger Paß. Beide führen aus dem reichen Kronstädter Tale in die Walachei, jener in die östliche, namentlich zur Landeshauptstadt, dieser in die westliche. Der Predealpaß, der mit 1050 m noch fast 200 m niedriger ist als der Törzburger, steigt auf der Nordseite rasch an, um sich in Rumänien langsam zu senken; die großartige Umgebung mit dem 2508 m hohen Bucsecs (Omu) und die bequeme Erreichbarkeit von Bukarest und Kronstadt machen ihn zur besuchtesten Gegend Rumäniens. Verschiedene Engen ermöglichen überdies eine vorzügliche Verteidigung, und nur die Umgehung von Südwesten her brachte ihn 1916 ohne große Opfer in unsere Hände.

Etwas westlich vom Törzburger Paß beginnen die Transsylvanischen Alpen, die im wesentlichen ostwestlich ziehen, um zuletzt vor dem Temestale nach Süden umzubiegen; sie enden jenseits der Donau am unteren Timok. Sie bestehen aus zwei Parallelketten, deren nördliche höher und vorzugsweise aus kristallinischen Schiefergesteinen aufgebaut ist, während die südliche, in ihrer Osthälfte mit jener durch mehrere Querrücken verbunden, aus Flyschsandsteinfalten besteht. Die Grenze verläuft in der Osthälfte auf der Nordkette, dann aber auf der Südkette. Jene beginnt mit dem meist mehr als 2000 m hohen Fogaraser Gebirge (Negoi 2544 m), das steil zu der 400—500 m hohen Ebene von Fogaras abfällt und dadurch als gewaltige Mauer erscheint. Nur schwierige Saumpfade führen in großer Höhe hinüber. Erst am fast 2000 m tief eingeschnittenen Rotenturmpaß, der nur 350 m Meereshöhe hat, kann man neben dem Altflusse bequem zu Wagen und mit der Eisenbahn nach Rumänien hinein. Er ist so gut zu befestigen, daß nur kühne Umgehung auf gefahrvollen Pfaden ihn entwertete und dem Durchzug unserer Truppen öffnete. Westlich schließt sich das Cibingebirge (Stefflesте 2204 m) an, das am östlichen Quellfluß des Jiu oder Zsil endet und durch einen Querriegel mit dem Mandragebirge, dem Westende der südlichen Parallelkette (Ursu 2131 m), verbunden ist. Der Jiu hat hier das Gebirge im Szurdukpaß durchbrochen, der, wenn auch eng, doch den Bahnbau gestattete. Auch er wurde 1916 durch Umgehung über den westlich nahen, aber 1624 m hohen Vulkanpaß erschlossen. Von hier wird das Gebirge (Retiezatkette) zwar niedriger, aber trotzdem nicht wegsamer, und erst bei Orsova kann man es längs der Donau umgehen.

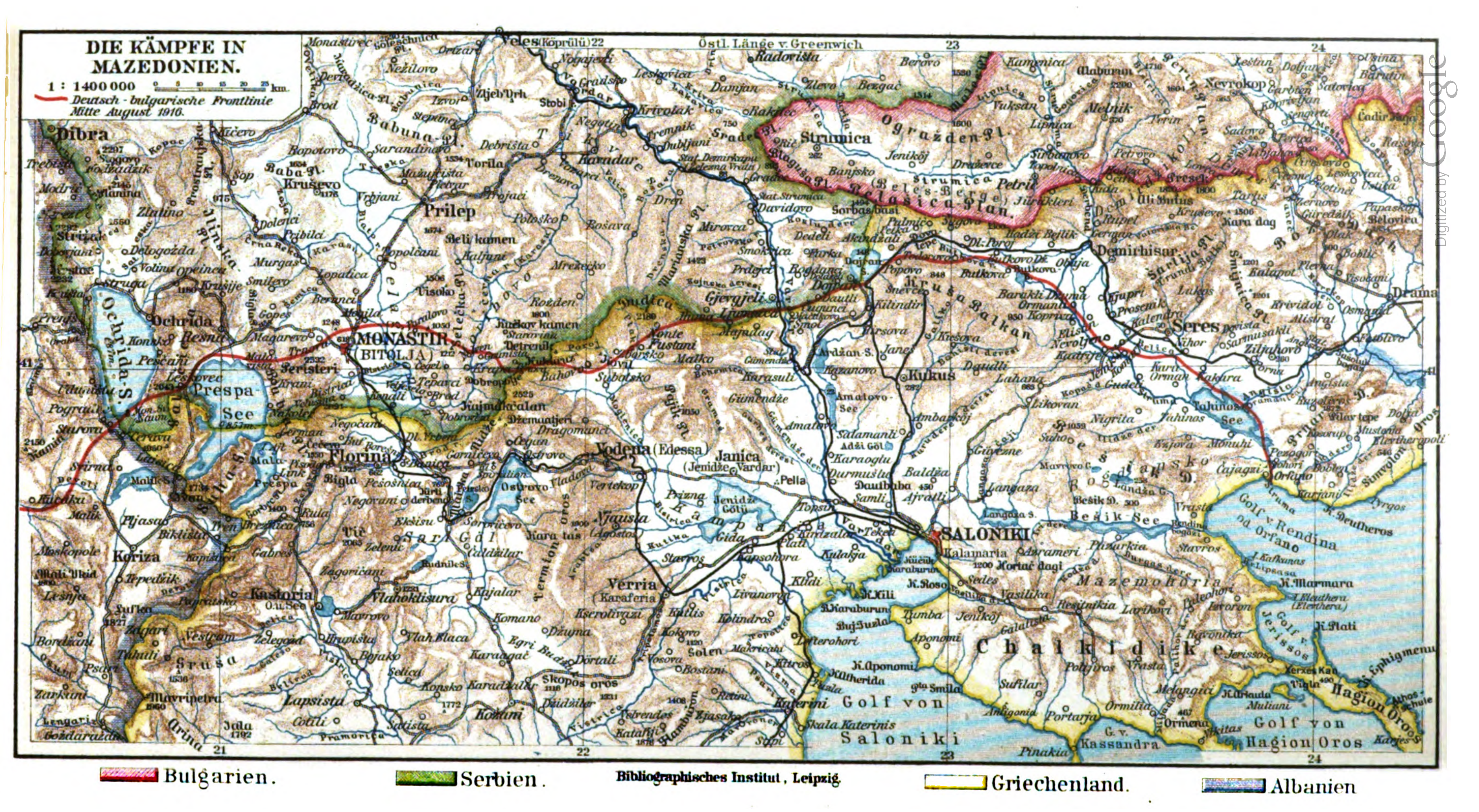
Das Hügelland, das den Karpathen vorgelagert ist, steht mit ihnen geologisch in so innigem Zusammenhange, daß es im vorstehenden schon mitbehandelt wurde. Bemerkenswert ist aber noch, daß die größeren Ortschaften am Ausgang der Flußtäler liegen, so Neamzu, Piatra, Fokschani, Rimnicu-Sarat, Buzeu, Ploeschti, Piteschti usw., daß ferner dementsprechend die Eisenbahn geführt ist, wobei noch Steigungen tunlichst vermieden wurden — z. B. folgt die Eisenbahn Orsova-Bukarest-Fokschani nahezu der 200-m-Linie —, und daß diese Hügelzone durch Petroleum- und Salzgewinnung wie auch durch zahlreiche Mineralquellen und Weingärten wirtschaftlich besonders wertvoll ist.

Die Moldau. Der Übergang zur Ebene läßt sich in der Moldau nur in ihrem südlichsten Teile erkennen, da sie sonst überall stark wellig ist. Hierdurch wie durch die tief eingeschnittenen, viel Geröll haltenden und oft Überschwemmungen aufweisenden Flußtäler und durch den lößhaltigen Boden ist ihre Wegsamkeit stark beeinträchtigt. Dem Verlauf von Sereth und Pruth und ihrer Nebenflüsse entspricht die Entwicklung des Straßen- und Eisenbahnnetzes, die sonst befremdlich erscheinen würde, so wenn man z. B. feststellen muß, daß es zwischen den beiden wichtigsten Städten des Landes Bukarest und Jassy keine unmittelbare Linie gibt, denn das Querstück bei Tekuci ist später eingefügt und weist nicht nach Bukarest. Allerdings hat

auch die erste Anlage von Eisenbahnen durch gewinngierige Ausländer hier sehr bestimmend mitgewirkt. Dazu kommt noch das Bestreben, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Moldau möglichst rasch dem Wasserwege der Donau, d. h. den Häfen Galatz und Braila, zuzuführen. Für den Aufmarsch der Truppen an der wichtigen Verteidigungslinie am Sereth steht so auf der 128 km langen Strecke von Roman–Marasesti nicht eine einzige Bahn von Osten her zur Verfügung, und selbst an guten Landstraßen gibt es dort nur die eine von Vasluiu nach Bacau, die überdies so starke Krümmungen aufweist, daß sie statt der Luftlinie von 62 km in Wirklichkeit 84 km (+35 v. H.) lang ist. Die Ursachen sind vor allem die in dem an sich meist schwachwelligen Lande tief eingeschnittenen Flußtäler, deren Ufer nicht selten bis zu 100 m höher liegen. Reichliche Regengüsse im Sommer zerreißen diese Lößwände und legen öfter zähen Tonschlick bloß, so daß der Vormarsch quer zur Richtung der zahlreichen parallelen Flüsse und Bäche außerordentlich mühsam und sehr vom Wetter abhängig ist. Bei Trockenheit entwickelt sich ein atemraubender Staub, und im Winter bringen russische Winde grimme Kälte. Der Sereth schuf sich ein breites Gerölltal und legt darin von der Grenze bis zur Donau statt 343 km in zahllosen Windungen 488 km (+42 v. H.) zurück. Ebenso weisen sein Nebenfluß Barlad und der Pruth verkehrshinderliche Krümmungen auf. Trotzdem bietet die Moldau der Landwirtschaft durch fruchtbaren Boden günstige Bedingungen, wenn auch der kleinbauerliche Betrieb noch arg rückständig ist. Der Ausfuhrhafen für den vornehmlich angebauten Mais und Weizen ist die Donaustadt Galatz (75000 Einw.) am sehr fischreichen Brateschsee, dem westlichsten der durch die Donauanschwemmungen vom Meere abgeschnittenen Limane. Jenseits des nahen Sereth beginnt

die **Walachei**, die östlich vom Alt **Große** (**Muntenia**) und westlich davon **Kleine Walachei** (**Oltenia**) genannt wird, obwohl beide die gleiche Bodenbeschaffenheit besitzen. Besser trennt eine Linie etwa von der Timokmündung über Craiova, Buzeu nach Fokschani, die großenteils mit Haupteisenbahnlinien zusammenfällt, das Gebirgsvorland mit über 200 m Seehöhe von der weiten Niederung, gleichzeitig aber auch die Gebiete mit mehr und weniger als 500 mm jährlicher Niederschläge; nur die Gegend um Bukarest erhält noch über 600 mm. Ähnlich, nur ein wenig nach Südost parallel verschoben verläuft auch die Grenze der Wald- und Steppenzone. Bis zu der obigen Linie reicht auch ungefähr vom Gebirgsfuß ab jungtertiärer Boden, während donauwärts Lehm und Löß starke diluviale Geröllschichten hoch überdecken. Infolge sehr tief liegenden Grundwassers, das für den Gebrauch mühsam heraufgehoben werden muß, entsteht bei Trockenheit knietiefer Staub, der stellenweise Dünen bildet und durch deren Wanderung das Nutzland gefährdet und entwertet. Bei Regen dagegen bietet zäher Kot den Truppen wie den Heerestransporten die schwersten Hindernisse. Dazu kommt noch die ungebändigte Kraft der bei Regen mit großer Gewalt von den Gebirgen herabströmenden Flüsse, die sich dabei ein zwei- und mehrfach breiteres Bett gerissen haben, als zu gewöhnlichen Zeiten erforderlich ist, und das von bis zu 50 m und darüber hohen Steilrändern eingefaßt ist. Eisenbahn und Straßen erfordern kostspielige Brücken; so ist die Eisenbahnbrücke über den Alt bei Slatina nicht weniger als 375 m lang. Hierdurch wie auch durch die sehr dünne Besiedlung und die Verkehrsarmut des donaunahen Geländes ist der für eine Verteidigung der Donaugrenze sehr ungünstige Zustand geschaffen worden, daß alle Zufahrtsstrecken zur Donau von der einen, noch dazu bis zu 130 km (Costesci–Zimniza) entfernten Hauptlinie Orsova–Bukarest abzweigen. Deshalb mußte unser Vorstoß längs des Jiu bis zu dieser Strecke die rumänische Armee bei Orsova rettungslos abschneiden. Jedes Vorrücken aber längs der Hauptlinie bis zu einer Anschlußbahn brachte die feindliche Truppe an deren Donauendstation in schwere Transportnöte, denn ein Marsch längs der Donau ist wegen der ausgedehnten Sümpfe und Altwasser sowie etwas weiter landeinwärts wegen der tiefen Flußtäler sehr mühsam und bei dem bequemen Einsehen der Niederung von dem bis zu 225 m hohen bulgarischen Donauufer nicht unbemerkt auszuführen. Wie niedrig das rumänische, den Donauwasserspiegel kaum überhöhende Ufer überhaupt ist, ersieht man daraus, daß dieser Wasserspiegel selbst bei Orsova nur 56 m und schon bei Widdin nur noch 30 m über dem Meeresspiegel liegt. Der größere Teil der Walachei ist außerordentlich fruchtbar und führt den Donauschiffen alljährlich große Mengen Getreide zu; dagegen ist das Gebiet zwischen Bukarest, Braila und Calarasi, das nur von der Jalomiza und dem Calmatui 10—20 m tief eingekerbt wurde, sehr wenig ertragreich, vielfach sogar Steppe und daher ganz schwach besiedelt. Ein 10—20 km breiter Sumpfstreifen, in dem sich die Donau wiederholt verzweigt, trennt die Große Walachei von der

Dobrudscha. Ihre bisherige politische Abgrenzung gegen Bulgarien war ganz willkürlich gezogen, ohne Rücksicht auf natürliche oder wirtschaftliche Grenzen. An das 300—500 m hohe bulgarische Waldland Deli-Orman zwischen Warna und Rustschuk schließt sich mit 150—300 m Höhe nördlich zunächst ein durch Löß sehr ertragreiches Getreideland mit der Hauptstadt Dobritsch an. Unter dem Löß trifft man bald auf wasserdurchlässigen Kalk, so daß die Bäche meist nach kurzem Lauf um etwa 100 m tief versickern und an küsten- und donaunahen Einschnitten in mächtigen Karstquellen (z. B. in Dewna bei Warna) zutage treten. Da das Wasser 100 m und mehr heraufgeholt werden muß, ist das Land nicht sehr dicht besiedelt und dem Durchzug größerer Heeresmassen nicht besonders günstig. Auch hier wie jenseits der Donau wechseln oft unerträglicher Staub und grundloser Klei, große Hitze und eisiger Nordoststurm. Dann senkt sich das Land bis etwas nördlich von der Bahn Tschernawoda–Konstanza auf 100—130 m Höhe; auch die von der Bahn benutzte Karasufurche von nur 56 m Höhe bildet keine geologische Grenze. Erst der nördliche, wieder etwas breiter werdende Teil der Dobrudscha zeigt anderes Gepräge, nämlich ein der Höhe von 456 m nach zwar unbedeutendes, aber durch seinen inneren Bau (steil gefaltete paläozoische Schichten mit Granit [bei Matschin], überdeckt von horizontalen Kreide- und Juraschichten) noch etwas rätselhaftes und bei der flachen Umgebung ganz stattliches Gebirge. Diese Gegend hat im Gegensatz zu dem ganz baumarmen Süden noch ausgedehnte Buchen- und Eichenwälder. Landstraßen durchkreuzen vielfach das Land, während zwei Eisenbahnlinien einerseits die Stadt Tultscha (20000 Einwohner) am Anfang des Donaudeltas, anderseits Warna–Dobritsch mit der Hauptbahn Tschernawoda–Konstanza und dadurch mit dem eigentlichen Rumänien verbinden; beide Linien treffen sich aber, wohl wegen eines geringen Höhen-


DIE KÄMPFE IN MAZEDONIEN.
1 : 1400000
km.
Deutsch - bulgarische Frontlinie Mitte August 1916.
Östl. Länge v. Greenwich
Dibra
Ochrida
Ochrida-S.
Prespa See
MONASTIR (BITOLJA)
Prilep
Veles (Köprülü)
Florina
Koriza
Kastoria
Vodena (Edessa)
Janica
Verria
Gjevgjeli
Strumica
Kukus
Demirhisar
Seres
Drama
SALONIKI
Golf von Saloniki
Chalkidike
Golf v. Rendina od. Orfano
Golf von Hagion Oros
Hagion Oros
Tahinos See
Bešik See
Bulgarien.
Serbien.
Griechenland.
Albanien
Bibliographisches Institut, Leipzig.

unterschiedes, ungeschickterweise nicht an derselben Station, als ob ein Durchgangsverkehr von Nord nach Süd nicht erwartet wird. Nach der Donau wie nach dem Schwarzen Meere hin fällt das Land meist steil ab und bietet deswegen schlechte Angriffs- und gute Verteidigungsstellen; über das Donaugelände führen außer der Eisenbahnbrücke von Tschernawoda nur einzelne schmale Straßen, die aber von dem hohen rechten Ufer leicht unter Feuer genommen werden können. Angriffe auf die Dobrudscha werden deshalb in neuzeitlichen Kriegen mit Erfolg nur von Süden her unternommen werden können, zumal die Donausümpfe die Rückverbindung sehr erschweren. Die **Bevölkerung** der Dobrudscha bilden längs der Donau hauptsächlich Rumänen, auf einem je etwa 30 km breiten Streifen zu beiden Seiten der Bahn Tschernawoda-Konstanza Türken und sonst Bulgaren, die durchaus in der Mehrzahl sind, auch in Tultscha. Außerdem sind die nach 1878 von Odessa her eingewanderten deutschen Kolonisten (etwa 8200) zu erwähnen.

Literatur. P. Lehmann, Rumänien (»Länderkunde von Europa« II, 2. Hälfte, Leipz. 1893); Th. Fischer, Rumänien (Scobel, »Geographisches Handbuch zu Andrees Handatlas«, Leipz. 1909); »Rumänien 1866—1906« (hrsg. vom Ministerium für Landwirtschaft usw., Bukarest 1907); R. Bergner, Rumänien (Bresl. 1887); E. de Martonne, La Valachie (Par. 1902); J. Weiß, Die Dobrudscha im Altertum (Sarajevo 1911); A. Philippson, Europa (2. Aufl., Leipz. 1906); H. Frobenius, Abriß der Militärgeographie Europas, 1. Teil (»Petermanns Geographische Mitteilungen«, Ergänzungsheft 184, Gotha 1915).

Der mazedonische Kriegsschauplatz

von Professor Dr. Karl Kaßner in Berlin

Vgl. hierzu die Karte »Die Kämpfe in Mazedonien« und die Reliefkarte »Westliche Balkanhalbinsel«.

Als mazedonischer Kriegsschauplatz soll hier die ganze Gegend längs der Front vom Ägäischen Meere bis an die Grenze Albaniens, also bis zum westlichen Ufergebirge des Ochridasees, verstanden werden. Er schließt somit südlich an das im ersten Band (S. 171) beschriebene südserbische Gebiet an und deckt sich sogar noch zu einem geringen Teil mit ihm, um in der Darstellung ein zusammenhängendes Ganzes nicht zerreißen zu müssen.

Bis zum Balkankriege 1912 war das Gebiet nicht nur erdkundlich, sondern auch politisch einheitlich, nämlich ganz türkisch. Der Verwaltung nach gehörte der Teil östlich von der Mesta (Karasu) zum Wilajet Adrianopel, der mittlere bis zum Ostrowosee zu dem von Saloniki, der westliche zu dem von Monastir. Durch den Bukarester Frieden fiel jener östliche Teil sowie der Nordosten des mittleren Teiles an Bulgarien; ein etwa 75 km breiter Küstenstreifen, dessen Landgrenze sich westlich bis zum Südende des Prespasees fortsetzt, wurde griechisch und der ganze nördliche Rest serbisch. Diese Abgrenzungen waren ganz willkürlich vorgenommen, und zwar gegen Bulgarien gerichtet; wirtschaftlich sind sie überdies völlig unhaltbar, da sich das für die Hafenstädte Saloniki, Kawalla usw. notwendige Hinterland nur zum Teil in der Hand der Besitzer dieser Städte, der Griechen, befindet und die nahe Zollgrenze bei Saloniki den Aus- und Durchfuhrhandel empfindlich beschränkt. Wirtschaftlich hat daher Saloniki seitdem sehr gelitten. Nicht viel besser ist es Kawalla gegangen, da sein Tabakshinterland durch die Grenze an der Mesta zum Teil an Bulgarien gefallen ist.

Auch die Verkehrsverhältnisse sind, wie noch gezeigt werden soll, durch die falsche Aufteilung Mazedoniens verschlechtert worden.

Die **ägäische Küste Bulgariens** hat recht merkliche Gegensätze. Denn dem Sumpfgebiet des Maritzadeltas mit der Hafenstadt Dede Agatsch (6750 Einwohner) folgt nach Westen ein nur 4 km von der Küste noch 600 m hoher Ausläufer der Rhodopegebirgszüge, der die sehr fruchtbare und reich besiedelte Doppelebene von Gjümürdschina (31 720 Einwohner) und Xanthi (18 200 Einwohner) teilweise vom Meere abschließt. Einen Ausweg bietet allerdings die Bucht von Porto Lagos; aber ihr sumpfiges Hinterland und ihre offene Reede würden hier nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten einen Ausfuhrplatz zu schaffen gestatten. Auch weiter nach Westen bis Kawalla gibt es von Dede Agatsch an außer dem Dorfe Makri keine nennenswerte Siedlung. Diese Unwirtlichkeit der Küste hat auch den Vielverband von einem größeren Angriff, abgesehen von der Zerschießung von Dede Agatsch, abgehalten, obwohl die vorgelagerten Inseln Samothraki und Thasos einen plötzlichen Angriff gut vorbereiten lassen.

Mazedonien. Das eben genannte Kawalla gehört schon zum griechischen Mazedonien; dieses ist ebenso wie das bis zum Kriege serbische und bulgarische ein Teil des früheren Mazedoniens, dessen ungemein verwickelte Oberflächenbeschaffenheit oder »zerhackte Topographie« (nach Östreich) durch ein in der Oligozänzeit gefaltetes Land, das sogleich zu einer Rumpffläche abgetragen wurde, zu erklären ist. Faltungen, Senkungen und Hebungen ließen eine ganze Anzahl von kleineren und größeren Becken entstehen, deren jetzige Talböden sehr verschiedene Meereshöhen aufweisen. Weiter ist für Mazedonien, wie übrigens für einen großen Teil der westlichen Balkanhalbinsel, bezeichnend, daß es zwar große, wasserreiche Flüsse, wie Wardar, Struma, Mesta usw., besitzt, daß aber keiner von ihnen wegen des starken Gefälles und der streckenweise schluchtenartigen Enge ihres Tales dem Wasser- oder an seinem Ufergelände dem Landverkehr bequem dienen kann. Nur der Wardar, die obere und mittlere Struma und auf eine kurze Strecke die untere Mesta werden von der eingleisigen Eisenbahn begleitet, die aber nicht die Erzeugnisse dieser Täler ausführen, sondern nur den Durchfuhrverkehr vermitteln soll. Wirtschaftlich ist das natürlich ein ungünstiger Zustand, dem nur durch eine Ausgestaltung der Zufuhrwege und durch eine Änderung der gegenwärtigen Grenzen abzuhelfen ist.

Ostmazedonien. Das Gebiet zwischen Mesta und Struma wird in der Nordhälfte vom nordsüdlich gerichteten Pirin (El Tepe 2681 m) ausgefüllt, einem vielbesungenen, an den Hängen reich bewaldeten Gebirge aus kristallinischen Schiefern, dessen höchste Teile kahl sind und neben vielen Seen auch Schneefelder tragen. Südlich schließen sich bis zum Meere hin eine ganze Reihe mehr westöstlich streichender Ketten an, die bis 1900 m aufragen; so der Bunardagh (1870 m), der sich westlich im Beschikdagh (1060 m) fortsetzt, aber von ihm durch die im Seresbecken zum Tachinosee aufgestaute und hier durchbrechende Struma getrennt ist. Die Strumafurche ist das

wichtigste Tal Ostmazedoniens — hier hat sich z. B. Seres (30000 Einwohner) durch Baumwollhandel sehr entwickeln können — und hätte eine große Zukunft für Wirtschaft und Verkehr, wenn es politisch in einer Hand wäre; denn auf einem großen Teil seiner Länge und in seinen Seitentälern kann Ackerbau getrieben werden, und die Anlage von Straßen und Eisenbahnen ist, abgesehen vom Kreßna-Engpaß, fast nirgends schwierig. Dazu bildet es den natürlichen Weg von Sofia und Küstendil zum Meere. Unterhalb der Kreßnaschlucht weitet sich das Tal zum Becken von Melnik, einem Städtchen von 3300 griechischen Einwohnern, in dichtbulgarischer Landbevölkerung; alle wanderten nach den Balkankriegen bis auf 365 aus. Auf der anderen Talseite liegt Petritsch (6000 Einwohner) am Eingang in das ebenfalls fruchtbare Strumitzatal mit der Stadt Strumitza (8100 Einwohner). Dieses ostwestliche Tal wird im Norden vom Malesch, dem hier bis 1600 m hohen serbisch-bulgarischen Grenzgebirge, und im Süden von der Belassitza eingeschlossen. Beide Gebirge, aus kristallinischem Schiefer und Granit, sind ziemlich bewaldet (am Nordhang Buchen, Linden, eßbare Kastanien, an der Südseite immergrüne Eichen, Buchsbaum) und wegen ihrer Steilheit schwer zu überschreiten; sie werden daher vom Verkehr im Osten im Struma-Engpaß von Rupel und im Westen bei Strumitza in einer Senke zum Wardartale von nur 491 m Höhe umgangen.

Der Südhang der Belassitza fällt steil zu dem Talzug ab, der im Osten bei dem von der Struma durchflossenen Butkowosee beginnt, in der Mitte zum fischreichen Dojranseebecken abfällt und im Westen am Wardar endet. Im Süden davon erhebt sich die Kruscha (bis 950 m), die eine Fortsetzung des Beschikdagh ist. Langsam senken sich beide südwärts zu der Furche, in der Schuttkegel die Bildung des Langasa- und Beschiksees veranlaßten. Diese Furche beginnt am Golf von Rendina oder Orfani, reicht bis in die Nähe von Saloniki und trennt die bis 1050 m hohen Gebirgszüge der erzreichen Halbinsel Chalkidike von der Hauptmasse der Balkanhalbinsel.

Die **Verkehrsverhältnisse** in Ostmazedonien sind noch sehr wenig entwickelt. Abgesehen von jetzt zu Kriegszwecken angelegten fliegenden Feldbahnen und der neuen Kleinbahn im Strumatal von Radomir bis Demirhissar gibt es immer noch nur die eine Eisenbahnlinie, die von der Strecke Konstantinopel–Adrianopel bei Küleli-Burgas abzweigt und über Gjümürdschina, Xanthi, Drama und Seres nach Saloniki geht. Sie hatte eigentlich nicht den Zweck, die von ihr durchzogenen Landstriche dem Wirtschaftsverkehr zu erschließen, sondern die Hauptverwaltungsstädte Adrianopel, Seres und Saloniki mit dem Sitz der Regierung, Konstantinopel, zu verbinden. Das geht auch schon daraus hervor, daß sie, abgesehen von der Seitenbahn nach Dede Agatsch, nirgends den Anschluß an den billigeren Seeverkehr sucht — so bleibt sie Kawalla um 25 km fern — und auch keine Zubringer aus dem Mesta- und Strumatal hat. Dazu kommt noch, daß sie seit dem Bukarester Frieden 1913 zum Teil Bulgarien, zum anderen Teil Griechenland gehört. Endlich sind gute und für Heereszwecke leistungsfähige Landstraßen nur auf einzelnen Hauptverkehrslinien, wie im Strumatal, vorhanden, während die übrigen Straßen wohl leichtere Lasten, nicht aber schwere und auch nicht auf lange Zeit aushalten; Regenwetter macht sie schwer befahrbar. Die Fruchtbarkeit der Täler und unteren Hänge sowie das gute Klima begünstigen und befriedigen selbst Massenansprüche an Verpflegungsbedürfnissen, wofern erst einmal Friedenszeiten regelmäßige Feldbestellung gestatten.

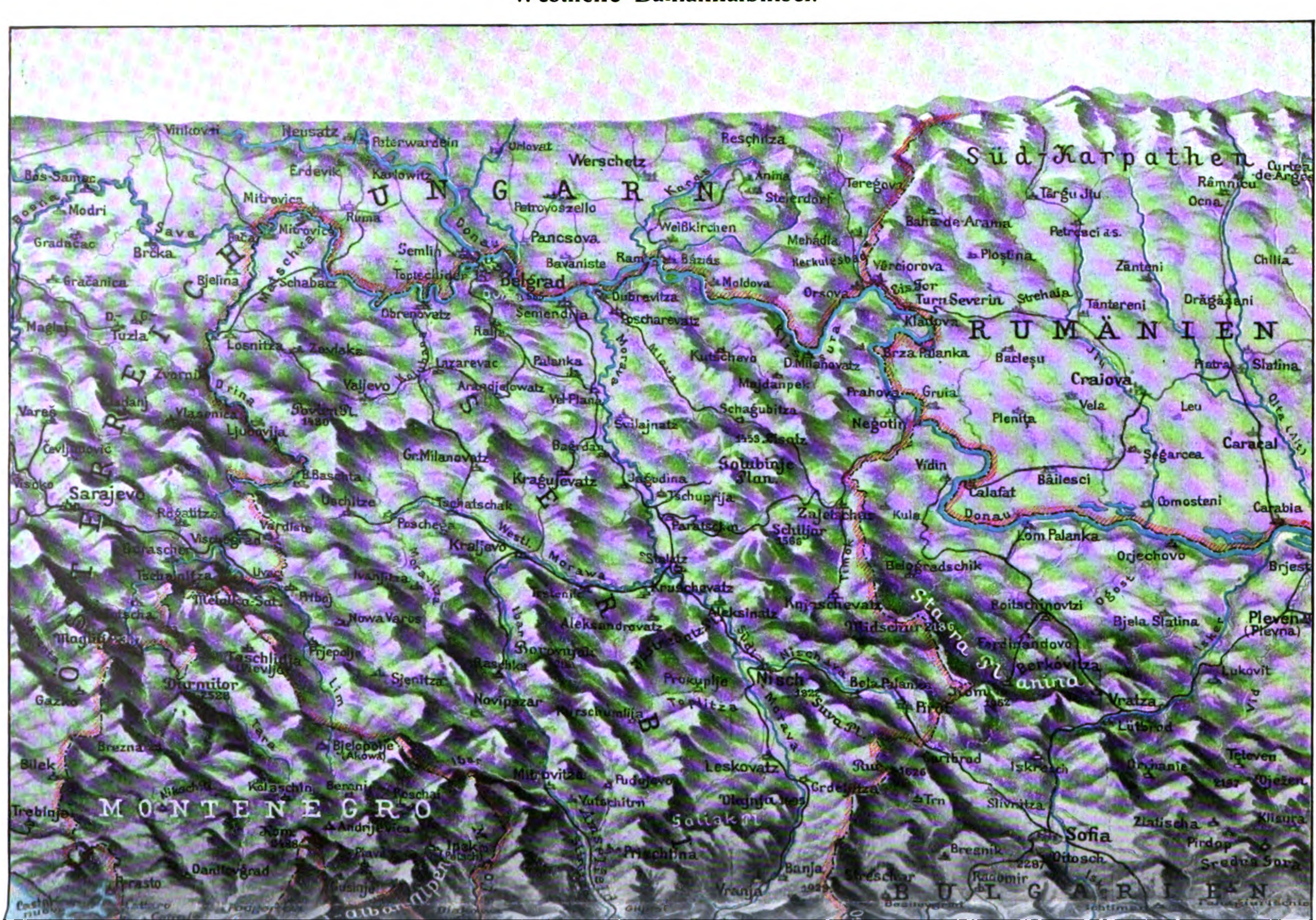
Westmazedonien. Während die geologischen Verhältnisse in Ostmazedonien noch einfacher und leichter übersehbar sind, bieten sie westlich vom Wardar ein sehr buntscheckiges Bild, und jede neue Forschung steigert diesen Eindruck noch. Daher ist es verständlich, daß die Ansichten über die Entstehung der Oberflächengestalt vielfach noch nicht geklärt sind. Die Hauptgegenden Westmazedoniens sind das Wardartal, die Saloniki-Ebene (Kampania), die pelagonische Ebene und die Dessaretischen Seen.

Das **Wardartal** weist unterhalb von Üsküb mehrere Engen auf, die dem Verkehr sehr hinderlich sind; eine gute Straße führt nicht hindurch, und die Eisenbahn konnte auch nur eingleisig gebaut werden. Das sind die Enge unterhalb von Weles (Köprülü), dann das Demir kapu oberhalb von Gradez und das Tschingene derbend unterhalb von Gjewgjeli. Dazwischen gibt es sehr fruchtbare Landschaften, so die Tikwesch genannte zwischen den beiden ersterwähnten Engen bei Negotin und kleinere bei Mirowze und Gjewgjeli. Neben Getreide, Gemüse und Obst werden hier viel Mohn (zu Öl) und Opium, Wein und selbst Baumwolle angebaut. Hauptbandelsplätze sind neben Üsküb noch Weles und Kawadar im Tikwesch, während die Fabriken von Gjewgjeli den Mittelpunkt der durch Maulbeerbäume ermöglichten Seidenzucht und Seidenspinnerei bilden.

Unterhalb dieser Stadt durchströmt der Wardar an der bisherigen serbisch-griechischen Grenze seine letzte Enge in starken Windungen und tritt dann in die **Kampania** (1715 qkm), in das weite Becken, das die Anschwemmungen des Wardar, der Moglenitza und der Wistritza (Indsche-Karasu) von drei Seiten her aufgefüllt haben, so daß schließlich nur das stark versumpfte Seebecken von Jenidsche übrigblieb. In dieser flachen Gegend wechseln die Flüsse bei Hochwasser oft ihr Bett, besonders die Wistritza, die deshalb die »verrückte« zubenannt wird; auch der Wardar ist recht ungebärdig und hat die bis 1900 mehrbogige Eisenbahnbrücke dreimal fortgerissen, bis sie durch eine solche mit nur einer Öffnung ersetzt wurde. Nur die Ränder und Hänge der Ebene sind gut bebaut; der übrige Teil liegt im heißen, fieberbringenden Sommer öde da, während er zum Herbst und Winter von den Viehherden belebt wird, die von den dann unwirtlichen Gebirgen herabziehen. Die Bahn Saloniki–Monastir durchschneidet den östlichen Teil, folgt dann aber dem scharf ausgesprochenen Westrand, an dem die griechischen Städte Karaferia oder Werria (16000 Einwohner) und Niausta (6500 Einwohner) malerisch liegen, während das mehr bulgarisch-türkische Wodena oder Edessa (15000 Einwohner) prächtig einer 100 m hohen Travertinterrasse aufgesetzt ist, von der starke Wasserfälle, die zum Teil Spinnereien treiben, in das üppige Tal hinabstürzen.

Den Süden der Kampania begrenzen Ausläufer des Olymps, den Westen der Wermion Oros oder Karatasch (1900 m), den Norden und Nordwesten aber mehrere sehr hohe und bewaldete Gebirgszüge, die das von Bulgaren und Wlachen bewohnte fruchtbare Nebental Moglena umranden. Hier werden seit langem erbitterte Kämpfe um jede Kuppe ausgefochten, und nur der schnee- und sturmreiche Winter brachte sie zeitweise zum Ruhen. Den Ostpfeiler bildet ein hufeisenförmiges, schroffes Hochgebirge mit den Kalkgipfeln Dschena (2092 m) und Dudiza (2180 m). Von

Westliche Balkanhalbinsel.



Landesgrenzen.

Frontlinie Herbst 1917.

hier hält sich der nach Südwesten streichende waldreiche Kamm in meist 1400—1700 m Höhe; am Nordhang wird im Bergwerk Allschar Antimon, Realgar und Auripigment gewonnen. Keine Fahrstraße führt nördlich nach der Landschaft Murichowo an der Tscherna. Den Südwestpfeiler bildet der dem viel niedrigeren, hier Nidschegebirge genannten Kamme hoch aufgesetzte, die ganze Gegend von Saloniki bis Monastir beherrschende Kajmaktschalán (2525 m). Nur 15 km südlich liegt tief eingebettet der Ostrowosee in 528 m Seehöhe, der starke vieljährige Schwankungen zeigt. An seinem Nordende führt die römische Heerstraße (Via Egnatia) von Durazzo und Valona über Elbasan, Ochrida, Resen, Monastir und Wodena nach Saloniki; die Eisenbahn Monastir–Saloniki folgt ihr nur streckenweise.

Westlich vom Ostrowosee steigt die Straße noch um 430 m bis auf 965 m an und senkt sich dann in das Südende der pelagonischen Ebene. Diese bildet ein nordsüdlich gerichtetes Rechteck von 60×15 km Größe und zeigt geringe Höhenunterschiede (550—650 m). Ihr diluvialer Schottergrund wird stellenweise sumpfig, besonders in der Nähe der Tscherna, welche die Ebene nahezu diagonal durchfließt und bei der Südostecke austritt. Dieser starke Fluß verfolgt aber nun seine bisherige Richtung von Nordwest nach Südost nicht weiter, sondern schwenkt in tief eingeschnittenem Tal scharf nach Nordnordost; er trennt so das Nidschegebirge von dem den Ostrand der Ebene bildenden, im Norden bis 1674 m hohen Seletschagebirge, dessen Südende auch Kampfplatz geworden ist. Nur die Randstreifen der Ebene sind gut bebaut, und hier liegen auch größere Städte, vor allem der Hauptverkehrspunkt und Handelsplatz Monastir oder Bitolja (60000 Einwohner), das durch die im Bukarester Frieden festgelegte, allzu nahe Grenze wirtschaftlich und durch den Serbendruck auch völkisch an seiner stark bulgarischen Bevölkerung sehr litt, ferner das mehr griechische Florina (15000 Einwohner) und das für den Handelsverkehr zum Wardartal hin wichtige Prilep (15—20000 Einwohner). Nordöstlich von ihm bildet die Grenze der Ebene das Babunagebirge, über das eine gute Straße (bis 1100 m ansteigend) nach Weles, und um das südlich herum eine ebensolche im Rajez- und Tschernatal nach der Bahnstation Gradsko im Wardartal führt.

Der Via Egnatia, die hier nicht sehr gepflegt ist, nach Westen folgend, kommt man nach Überschreiten eines 1158 m hohen Sattels zwischen den waldarmen kristallinen Gebirgen Bigla und dem 2532 m hohen Peristeri in das Gebiet der Dessaretischen Seen, d. h. zu dem je ein nordsüdlich verlaufendes Talbecken ausfüllenden Prespa- und Ochridasee, wozu südlich noch der verlandende Maliksee bei Koritza gehört. Der Prespasee besteht jetzt aus zwei Seen, dem großen und kleinen, die nur durch einen flachen, überflutbaren Sanddamm geschieden sind; er hat insgesamt etwa 300 qkm Größe und 50 m Tiefe. Seine Oberfläche (860 m Seehöhe) liegt 200 m höher als die des 280 qkm großen und 286 m tiefen Ochridasees, von dem er nur durch das schmale Kalkgebirge Galitschitza (2043 m) getrennt ist. Da dem Ochridasee kein nennenswerter größerer Fluß Wasser zuführt, während ihm doch der starke Drin bei Struga entströmt, zapft er, wie die starke Karstquelle am Kloster Sweti Naum lehrt, den Prespasee an. Die nächste Umgebung dieses Sees ist etwas flacher als die des Ochridasees, und deshalb führt auch an seinem Westrand eine Straße von Resen nach Koritza, während die Steilufer des Ochridasees nur Saumpfade gestatten. Der Verkehr auf den fischreichen Seen wird durch urwüchsige, schwerfällige, aber recht kippsichere Ruderboote vermittelt; Motorboote stören angeblich den Fischfang. Unmittelbar am Prespasee liegt kein nennenswerter Ort, etwas nördlich in ertragreicher Obstgegend die Stadt Resen, die Wiege der jungtürkischen Revolution von 1908. Viel belebter ist der Ochridasee, denn er weist am Nordufer die altbulgarische Patriarchatsstadt Ochrida und das Fischerstädtchen Struga auf, am Südende Pogradez, das den Verkehr mit Ochrida, Elbasan und Koritza vermittelt.

Die Kriegführung auf dem ganzen mazedonischen Schauplatz wird also auf der Vierbundseite stark beeinflußt durch die sehr gebirgige Oberfläche, die nur wenige schmale Zufuhrwege mit noch dazu oft starken Steigungen gestattet; Munition, Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse müssen auf langen, wenig leistungsfähigen Landstraßen und vereinzelten Eisenbahnen heran-, Verwundete, Kranke, Altmaterial usw. fortgeschafft werden. Wenn dagegen dem Vielverband der bequemere Seeweg und viel kürzere Landstrecken zur Verfügung standen, so hat doch die »U-Boot-Seuche« gerade den Seeweg so erschwert, daß jetzt viele Kriegsgüter den durch mehrfaches Umladen langwierigen und kostspieligen Weg durch Italien nach Valona und dann über die Via Egnatia nehmen müssen, während unsere Zufuhrstraßen im wesentlichen gesichert sind. Auch das Klima ist uns günstiger als den Gegnern, denn obgleich in der pelagonischen Ebene mit Sumpffieber zu rechnen ist, so ist doch sonst das Wetter recht gesund, wenn auch sehr heiß im Sommer und rauh im Winter. Auf der feindlichen Seite, auf der die Stadt Saloniki mit ihrer Umgebung (Kampania) für die Kriegführung ganz besonders wichtig ist, muß man im Sommer dort und an vielen anderen Stellen der Front und der Zufuhrwege mit schwerer Malaria, Dysenterie, Typhus usw. rechnen; auch werden in jener Gegend viele wichtige Lebensmittel verderben oder wegen dieser Aussicht den Truppen überhaupt nicht zugeführt werden können. Im Winter verhindern Schneefälle und Stürme nahezu jeden Kampf.

Vgl. A. Philippson, Europa (Leipz. 1906); »Meyers Reisebücher«, Balkanstaaten (das. 1914); N. Krebs und Fr. Braun, Die Kriegsschauplätze auf der Balkanhalbinsel (das. 1916); H. Frobenius, Abriß der Militärgeographie Europas, I. Teil: Die Halbinseln des Mittelmeeres (»Petermanns Mitteilungen«, Ergänzungsheft 184, Gotha 1915); K. Östreich, Mazedonien (»Zeitschr. d. Ges. f. Erdk. zu Berlin«, 1916, S. 129—157, mit gutem Literaturverzeichnis); W. Kantscheff, Makedonia (bulgar., Sofia 1900). Vor dem Buche von Gopčević, Mazedonien und Altserbien (Wien 1889), ist zu warnen, da es für serbische Zwecke alles entstellt oder erdichtet. Entsprechendes gilt von dem Buche des Griechen Nikolaïdes.

Die kolonialen Kriegsschauplätze

von Dr. **Oskar Karstedt** in Berlin-Steglitz

Vgl. hierzu die Karte »Koloniale Kriegsschauplätze«.

Die deutschen Kolonien sind ohne Ausnahme bereits kurz nach Kriegsausbruch Gegenstand des Angriffs seitens der verbündeten Engländer, Franzosen, Belgier und Japaner geworden. Der Angriff hat sie, mit Ausnahme Kiautschous, wenig vorbereitet gefunden. Für die tropischen Kolonien konnte man überhaupt nicht vermuten, daß jemals ein europäischer Krieg auf sie übertragen werden würde, weil in ihnen die Herrschaft der dünnen weißen Oberschicht über die große Masse der Eingeborenen nur solange aufrecht zu halten und denkbar ist, als die Eingeborenen unter dem Eindruck der Solidarität der Weißen, die unabhängig von ihrer Nationalität ist, stehen. Für das Gebiet des konventionellen Kongobeckens, zu dem ganz Deutsch-Ostafrika und ein großer Teil Kameruns gehört, ist die Möglichkeit der Neutralisierung ausdrücklich durch den auf Verlangen der Vereinigten Staaten von Nordamerika aufgenommenen Paragraphen 11 der Kongoakte vom Jahre 1885 gegeben. In betreff Südwestafrikas konnte man sich klar darüber sein, daß eine erfolgreiche Verteidigung bei der geringen Zahl der Schutztruppe nur dann möglich sei, wenn sie sich nur über eine kürzere Zeit erstrecken würde. Die Schutzgebiete in der Südsee hatten außerdem den Nachteil, daß sie sich, in Hunderte von Einzelinseln aufgelöst, die miteinander in der Mehrzahl nicht einmal in schnelle Verbindung treten konnten, über ein Gebiet verstreuen, daß allein von Ost nach West nahezu 5000 km mißt.

Deutscherseits konnte eine Offensive in den meisten Kolonien aus strategisch-militärischen Gründen nicht aufgenommen werden, und wo das, wie z. B. in Ostafrika und Kamerun, an sich vielleicht möglich gewesen wäre, hat man sie unterlassen aus der Überzeugung heraus, daß die kolonialen Kriegsereignisse einmal nur von untergeordneter Bedeutung im Rahmen des Ganzen sein können, zum andern aber, weil eine deutsche Regierung die Verantwortung dafür nicht auf sich nehmen wollte und konnte, daß sie durch Entfesselung der Leidenschaften der Eingeborenen das gesamte Ansehen der weißen Herrenrasse auf lange Zeit hinaus schädigte und in Frage stellte.

Togo befand sich in strategisch sehr ungünstiger Lage, da es, sich nur schmal ans Meer anlehnend, im Westen an englisches, im Norden und Osten aber an französisches Gebiet grenzt. An der breitesten Stelle legt es sich nur in 200 km, an der Küste nur in 65 km Breite zwischen die beiden gegnerischen Nachbarkolonien Nigeria und Dahome, die beide an militärischen Machtmitteln reich sind. Die Verteidigung gegen den gleichzeitig mit übermächtigen Kräften von den Seiten einsetzenden Gegner mußte sich deshalb auf die Deckung der Funkengroßstation Kamina 160 km nördlich von Lome unweit vom Endpunkte der Bahn Lome–Atakpame beschränken, die als Zwischenstation für die Strecke Nauen–Kamerun–Südwestafrika von Bedeutung war. An Machtmitteln standen deutscherseits nur 560 Mann schwarzer Polizeisoldaten und eine kleine, bei der Mobilmachung entstandene, aus den 300 Deutschen des Schutzgebiets ausgewählte Freiwilligenschar zur Verfügung. Die farbigen Soldaten haben sich überdies sehr unzuverlässig gezeigt. Am 24. August ist die Kaminastellung nach Zerstörung der Funkenanlage gefallen. Augenscheinlich haben sich die im nördlichen Togo ansässigen, den Deutschen treu ergebenen mohammedanischen Haussa und Fulbe noch längere Zeit selbständig des englisch-französischen Einfalls erwehrt.

Günstiger als in Togo lagen die Verhältnisse in Kamerun, das schon durch seine Größe — 790000 qkm gegen 87000 von Togo — dem Gegner ein viel schwerer zu überwindendes Hindernis ist als eine räumlich kleinere Kolonie, besonders, wenn die klimatischen, orographischen, wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse für den Angreifer so schwierig liegen, wie das in dem echt tropischen Kamerun mit seinen Urwaldhindernissen, seiner gleichmäßig hohen Küstentemperatur und seinen an der Küste bis 5000 mm steigenden Niederschlägen der Fall ist. Dazu kommt als weiterer für den Angreifer ungünstiger Umstand der gänzliche Mangel an Bahnen oder sonstigen neuzeitlichen Verkehrswegen im Innern und die Tatsache, daß, abgesehen von einigen unzuverlässigen Küstenstämmen, die eingeborene Bevölkerung überall treu zu den Deutschen gehalten hat, daß die mohammedanische Bevölkerung des Innern sogar weitestgehende Mithilfe bei der Bekämpfung von Franzosen und Engländern leistete. Diese in der Natur und Bevölkerung des angegriffenen Landes für den Angreifer liegenden Nachteile wurden auch nicht durch den Vorteil aufgewogen, daß das Schutzgebiet auf allen Seiten, mit Ausnahme der südwestlichen, der Meeresgrenze, von feindlichem Besitz umlagert ist. Jeder neue Angriffspunkt bedingte wiederum die Schaffung neuer Etappenstraßen, auf denen Proviant für Europäer und die eingeborenen Truppen, jede Patrone, jedes Medikament mühsam auf den Köpfen der eingeborenen Träger herangeschafft werden mußte. Das Transportwesen verlangt eine Trägerorganisation, deren Kopfzahl, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, nicht geringer, eher noch größer als die der Feldtruppe sein muß. Die Deutschen hatten da, wo sie sich von der Hauptoperationsbasis des Gegners, der Küste, zurückziehen mußten, die eingeborene Bevölkerung großen Teils evakuiert und die Engländer und Franzosen auf die Weise gezwungen, sich ihre Träger von weit her aus ihren eigenen Kolonien zu holen.

Der deutschen Regierung standen bei Kriegsausbruch an regulären Truppen 1550 schwarze Soldaten mit 185 weißen Offizieren und Unteroffizieren, 1200 schwarze Polizeisoldaten unter 30 Weißen zur Verfügung, die als Stationstruppen über das Riesengebiet der Kolonie zerstreut waren. In Gemäßheit des Wehrgesetzes wurde weiterhin auf die etwa 1200 deutschen Zivilisten zurückgegriffen. Wieweit sich ferner die eingeborene Bevölkerung, insbesondere die mohammedanische, zum Waffendienst gestellt hat, ist zahlenmäßig nicht bekannt. Die Truppe hat sich, dank ihrer guten militärischen Erziehung, in allen Lagen als ein sehr brauchbares und zuverlässiges Abwehrmittel erwiesen.

Selbstverständlich war eine solch kleine Schar nicht imstande, dem überlegenen Gegner an allen Stellen ein Halt zu gebieten, um so weniger, als der Gegner eine große Zahl europäischer Truppen zur Verfügung hatte und mit allen Mitteln der modernen Kriegführung arbeitete, während sie selbst, abgeschnitten von allen Zufuhren, mit dem vorhandenen Material geizen mußte. Aber der offene Krieg ist auch nicht die Stärke farbiger Truppen; die liegt vielmehr im Buschkrieg, wo der Gegner alle Kräfte anstrengen muß, um sich nur des Widerstandes, den die Natur

ihm auf Schritt und Tritt entgegengesetzt, zu erwehren. So gelang es dem Gegner, gestützt auf seine zahlenmäßige Überlegenheit zwar, die Deutschen nach monatelangen Kämpfen aus dem offenen Steppengebiet zu vertreiben. Aber das große Waldgebiet des südlichen und südwestlichen Kameruns, das mit seinen Zehntausenden von Quadratkilometern dem Kenner und Verteidiger ein sicheres Bollwerk bietet, wurde dem Angreifer zum Wall, vor dem er monatelang lag, ohne weiter vordringen zu können. Ein erfolgreiches Halten der »Waldfestung« war aber aus Waffen- und Munitionsmangel nur bis zur Jahreswende 1915/16 möglich. Als der zunehmende Druck die um Jaunde stehende Verteidigung in die Gefahr der völligen Einschließung brachte, trat die gesamte deutsche Truppe in den ersten Tagen des Januar 1916 auf das neutrale spanische Rio-Muni-Gebiet über.

Im Tsadseegebiet hielt sich die deutsche Morastellung bis Februar 1916.

Deutsch-Südwestafrika ist insofern vielleicht der bequemste koloniale Kriegsschauplatz für den europäischen Gegner, als er hier verhältnismäßig sehr günstige klimatische Verhältnisse vorfindet, die von denen seiner Heimat nicht allzu verschieden sind, und als auch die wirtschaftlichen Momente der Kriegführung, wie Verpflegung usw., hier nicht entfernt die Schwierigkeiten bieten wie auf einem tropischen Kriegsschauplatz, wo schon die endemischen Krankheiten, wie Malaria, Ruhr usw., einen ständigen, mehr oder weniger großen Prozentsatz der landfremden Angriffstruppen krank und verwendungsunfähig machen. Das Gesagte gilt zwar nur für die Südafrikaner unter den Angreifern, aber diese stellten bekanntlich das Hauptkontingent.

Das 835 100 qkm große Schutzgebiet ist gegen das Meer zu vorzüglich durch den mehrere Tagereisen breiten, mit Dünen übersäten Wüstengürtel der Namib geschützt, den nur von Swakopmund und Lüderitzbucht ausgehende, in der Neuzeit durch Bahnen ersetzte große Wege durchbrechen. Das Innere des durchschnittlich 1100—1200 m hohen Landes ist gleich dem Küstengebiet sehr trocken mit Ausnahme des tropischen Nordens. Im Süden (Großnamaland) ist das durchschnittliche Niederschlagsmittel nur 120 mm, in Damaraland etwa 340 mm. Dementsprechend ist der Süden, das Namaland, durch fast baumlose Steppe, das Damaraland durch Busch- und Dornsteppe mit eingestreuten Hainen und Baumparzellen gekennzeichnet. Wirtschaftlich bedeutet das sehr geringe Möglichkeiten für den Ackerbau, aber gute für die Viehzucht. Durch Schaffung künstlicher Stauanlagen und die Erbohrung von Wasser waren in den letzten Jahren die wirtschaftlichen Möglichkeiten stark verbessert worden.

Die weiße Bevölkerung belief sich 1913 auf 14800, darunter 12100 Deutsche, d. h. etwa 1 Weißer auf 57 qkm. An Eingeborenen lebten im Ansiedlungsgebiet etwa 63000 und im tropischen Amboland 60000. 1913 zählte man 1331 Farmer im Schutzgebiet bei einer Farmfläche von insgesamt 13,4 Millionen ha. Die Viehzucht, die allenthalben eine gewaltige Bedeutung erlangt hat, wendet sich im Damaraland mehr dem Großvieh, im Namaland dem Kleinvieh (Ziegen und Schafe) zu. Voraussetzung für den noch in den Anfängen befindlichen Ackerbau ist die künstliche Bewässerung. Jedenfalls war die Kolonie in der Lage, Fleisch und Fleischnahrung hinreichend auch für eine wachsende Ausfuhr zu erzeugen, während Konserven, Mehl, Reis usw. in Millionenwerten eingeführt werden mußten. Ein Abschneiden der Zufuhr, wie es mit Kriegsbeginn eintrat, mußte die Wehrfähigkeit der Kolonie an einer ihrer verwundbarsten Stellen treffen.

In Friedenszeiten besaß Deutsch-Südwestafrika eine weiße Schutztruppe von annähernd 2000 Mann, zu denen noch eine weiße Landespolizei von 500 Köpfen trat. Dazu konnten etwa 4—5000 Reservisten aus der Zivilbevölkerung kommen. Der große Raum, der einerseits gegen einen Angriff von außen einen Schutz von um so höherer Bedeutung bietet, als es sich bei der aktiven Truppe sowohl wie bei den Reserven zum großen Teil um Leute handelt, die im Busch groß geworden sind, die den Buschkrieg aus den Eingeborenenaufständen kennen und mit dem Land, seinen militärischen Vorzügen und Gefahren wohl vertraut sind, führt andererseits den Nachteil mit sich, daß die Auflösung des Kriegsschauplatzes in mehrere einzelne von selbst erfolgen muß, sobald dem Angriff mehrere Operationsbasen zugrunde liegen. Indem der Gegner gleichzeitig mit einer zehnfachen Übermacht, der im Gegensatz zu den Angegriffenen überdies alle Mittel der modernen Kriegführung ohne Einschränkung zur Verfügung standen, vom Süden her über die lange Oranjegrenze und von der Seeseite her über Lüderitzbucht und Swakopmund als Ausgangspunkte der Bahnen konzentrisch vorging, wurden die in der Natur des Landes für den Verteidiger liegenden Vorteile hinfällig. Hatte der Gegner auch in der Frage der Wasserversorgung, der Nahrungsmittelzufuhr usw. ebenfalls die größten Schwierigkeiten zu überwinden, so war seine Versorgung mit Kriegsmitteln doch gesichert; die Verteidiger der Kolonie aber waren auf das angewiesen, was das Land hervorbrachte. Gingen die Hilfsmittel des Landes zu Ende, dann war das Schicksal der Kolonie und ihrer Verteidiger besiegelt. Und so ist Deutsch-Südwestafrika mindestens ebensosehr durch Hunger und Entbehrung als durch die Waffen der südafrikanischen Truppen besiegt worden.

Deutsch-Ostafrika bietet eine Angriffsmöglichkeit strenggenommen nur von der Seeseite her. Zwar grenzt es im Norden allein östlich vom Viktoriasee mit rund 900 km an Britisch-Ostafrika, aber die Grenze verläuft hier durch ein äußerst ödes und wasserarmes Steppen- und Baumsteppengebiet, das dem Vordringen einer auf die Mitnahme und Verpflegung großer Trägermengen angewiesenen Truppe die größten Hindernisse in den Weg legt. Im Westen gibt, abgesehen von dem wegen seiner gesundheitlichen Gefahren eine Schranke darstellenden Russissital, der 700 km lange Tanganjikasee einen um so besseren Schutz gegen Angriffe von der Seite des belgischen Kongos her, als Transportmittel auf ihm in nur halbwegs genügender Verwendungsmöglichkeit fehlen und die dem Kongo zur Verfügung stehenden schwarzen Truppen kaum ohne Gefährdung der eigenen Kolonie gegen eine fremde verwendet werden können. Dasselbe gilt auch von der Nordwestgrenze Deutsch-Ostafrikas gegen das englische Uganda. Die Südwestgrenze gegen das englische Rhodesia ist durch das Gebirgsland von Unjika und den Njassasee ähnlich gut wie die Westgrenze geschützt. Außerdem gestattet das Klima Deutsch-Ostafrikas, in dem Malaria, Rückfallfieber und die zum großen Teil durch die schlechten Wasserverhältnisse bedingten Krankheiten des Verdauungsorganismus, wie Ruhr, Dysenterie und Ankylostomiasis, fast allenthalben endemisch sind, die Verwendung weißer

Truppen nur in einem sehr geringen Umfang. Praktisch ist die »Eroberung« dieser Kolonie, die mit 997000 qkm fast doppelt so groß ist wie Deutschland, ein Kampf gegen die klimatischen Schwierigkeiten, um so mehr, wenn, wie England es getan hat, zunächst fast ausschließlich weiße südafrikanische Truppen verwandt wurden. Nach eigenen Angaben der englischen Berichterstatter ist das Verhältnis der an Krankheiten gestorbenen Angehörigen des südafrikanischen Kontingents zu den im Kampfe Gefallenen ungefähr wie 6 zu 1. Dazu kommt, daß die Verwendung von Reittieren in dem bei weitem größten Teil des Landes wegen der Tsetsefliege unmöglich ist. Die ersten unleugbar großen Erfolge der englischen Offensive im Frühling 1916 konnten allerdings infolge der Verwendung berittener Truppen erkämpft werden, weil im nördlichen Teil der Kolonie zwischen Kilimandscharo und Usambaragebirge die Tsetse nicht so zahlreich ist, als daß die Verwendung von Pferden für einen rücksichtslosen Gegner gänzlich ausgeschlossen wäre. Als aber der Angriff weiter nach Süden, in das eigentliche Tsetsegebiet vorgetragen werden mußte, waren die englischen Reitertruppen in Kürze mehr oder weniger wehrlos gemacht, weil im Laufe weniger Wochen die Tsetsekrankheit derart unter den Pferdebeständen aufgeräumt hatte, daß ganze Kontingente aufgelöst und heimgesandt werden mußten.

Die sofort mit Kriegsausbruch einsetzende Küstenblockade berührte die Kolonie, soweit sie als Verhinderin der Nahrungsmittelzufuhr in Betracht kam, wenig.

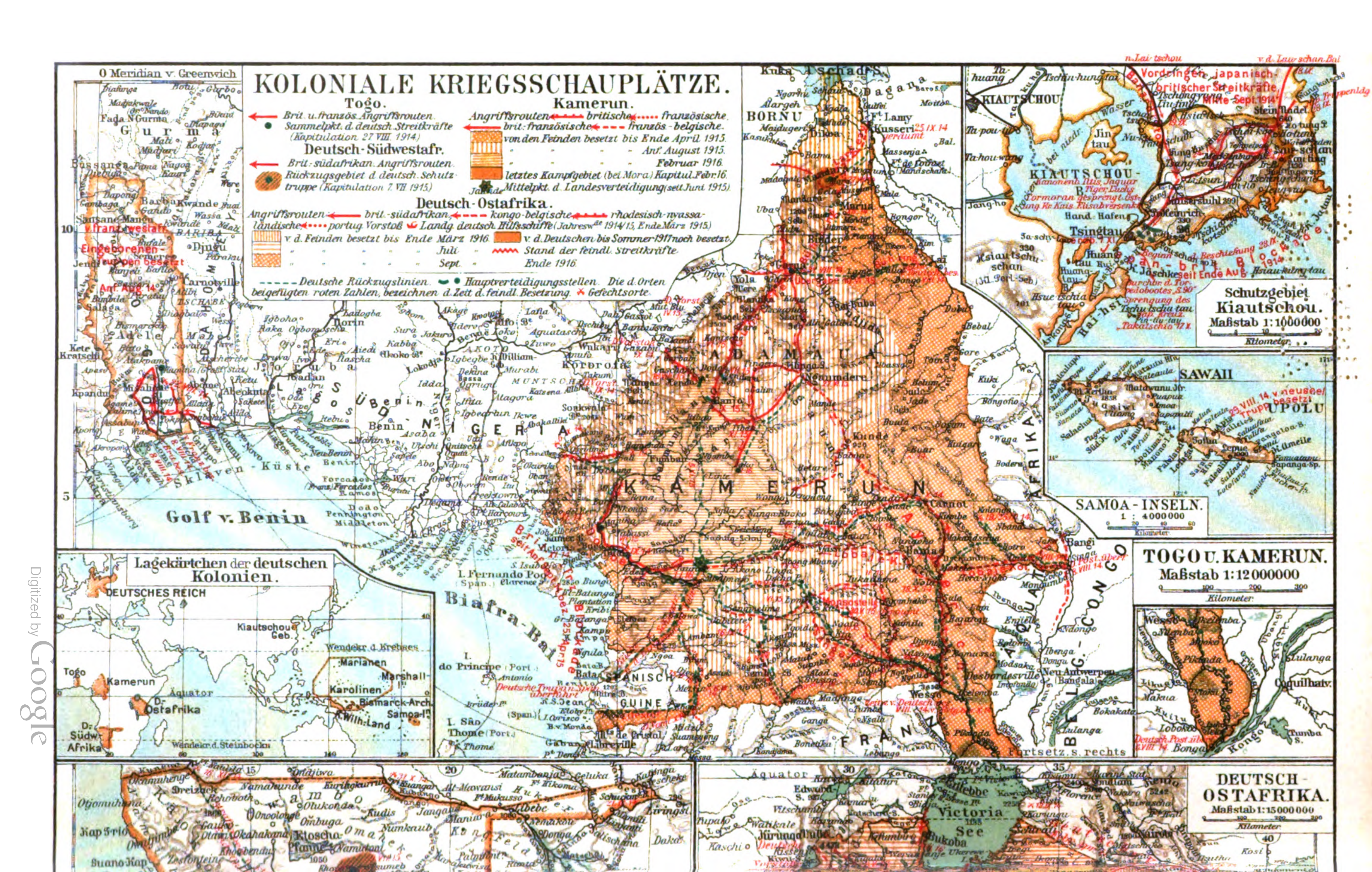
Das Land bringt sowohl an animalischer als auch vegetabilischer Nahrung alles hervor, was für die Eingeborenen und die 5300 Weißen erforderlich ist. Neben einer Millionenausfuhr an Nahrungs- und Genußmitteln stand es mit einem Viehbestand von etwa 4 Millionen Stück Großvieh und 7 Millionen Ziegen und Schafen an der Spitze aller unserer Kolonien. Die Nahrungsmittelerzeugung hatte anderseits ihre Höchstmöglichkeit längst nicht erreicht, da allein 156000 Eingeborene als Arbeiter usw. auf den für die Ausfuhr arbeitenden Gummi-, Hanf- und anderen Plantagen, bei den Bahnbauten usw., also für die Ernährung nur als Verzehrer in Betracht kamen.

Ebenso ist der Gedanke, die eingeborene Bevölkerung zur Auflehnung gegen die deutsche Herrschaft in der Weise zu benutzen, wie es an der Küste Kameruns mit Erfolg geschehen ist, für Ostafrika kaum durchführbar. Aufstände primitiver Völker sind in der deutschen Kolonialgeschichte fast immer das Ergebnis einer falschen oder aber einer schwankenden Eingeborenenpolitik gewesen. Deutsch-Ostafrika aber hat sich dank der Tätigkeit vor allem des Gouverneurs v. Rechenberg seit 1906 einer Stetigkeit und Folgerichtigkeit in der Eingeborenenpolitik zu erfreuen gehabt, welche die Interessen der Eingeborenen und der Weißen so eng verknüpfte, daß sich die Folgen davon bis in die entlegensten Teile der Kolonie äußerten. Dazu kam die straffe Zusammenfassung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung durch den Bau der 1200 km langen Ostwestbahn Daressalam–Tanganjika und der Bahnverbindung des reichen Kilimandscharogebiets mit der Küste. Besonders begünstigt wird das gute Verhältnis zwischen Regierung und Eingeborenen durch die starke Heranziehung des arabischen Elements (etwa 5000 Araber) durch die Regierung zur Mitarbeit in der niederen Verwaltung und durch die Toleranz, die dem Islam entgegengebracht worden ist, dem alle Araber und neben der gesamten Küstenbevölkerung die Eingeborenen des Innern, soweit sie sozial durch die Araber beeinflußt sind, angehören. Die freiwillige Schaffung einer arabischen Hilfstruppe nach der Mobilmachung fiel auf um so günstigeren Boden, als sich England durch die tatsächliche Vernichtung der alten in Sansibar herrschenden Maskatdynastie der Abusaiden (1896) und der im selben Jahr erfolgten Vertreibung der zweiten großen Familie aus Britisch-Ostafrika, der Mazrui, große Sympathien in Ostafrika verscherzt hat, die sich Deutschland um so leichter zuwandten, als dieses sowohl dem letzten rechtmäßigen Sultan von Sansibar, Chalid bin Bargasch, als auch dem Haupt der Mazrui, Mbaruk bin Raschid, mit seinem Anhang eine Freistätte in bzw. bei Daressalam schuf. In den Augen der Araber und der ihnen assimilierten Negerbevölkerung hat Deutschland dadurch eine überragende politische Bewertung und Einschätzung als Freund und Beschützer des Arabertums und des Islams erlangt.

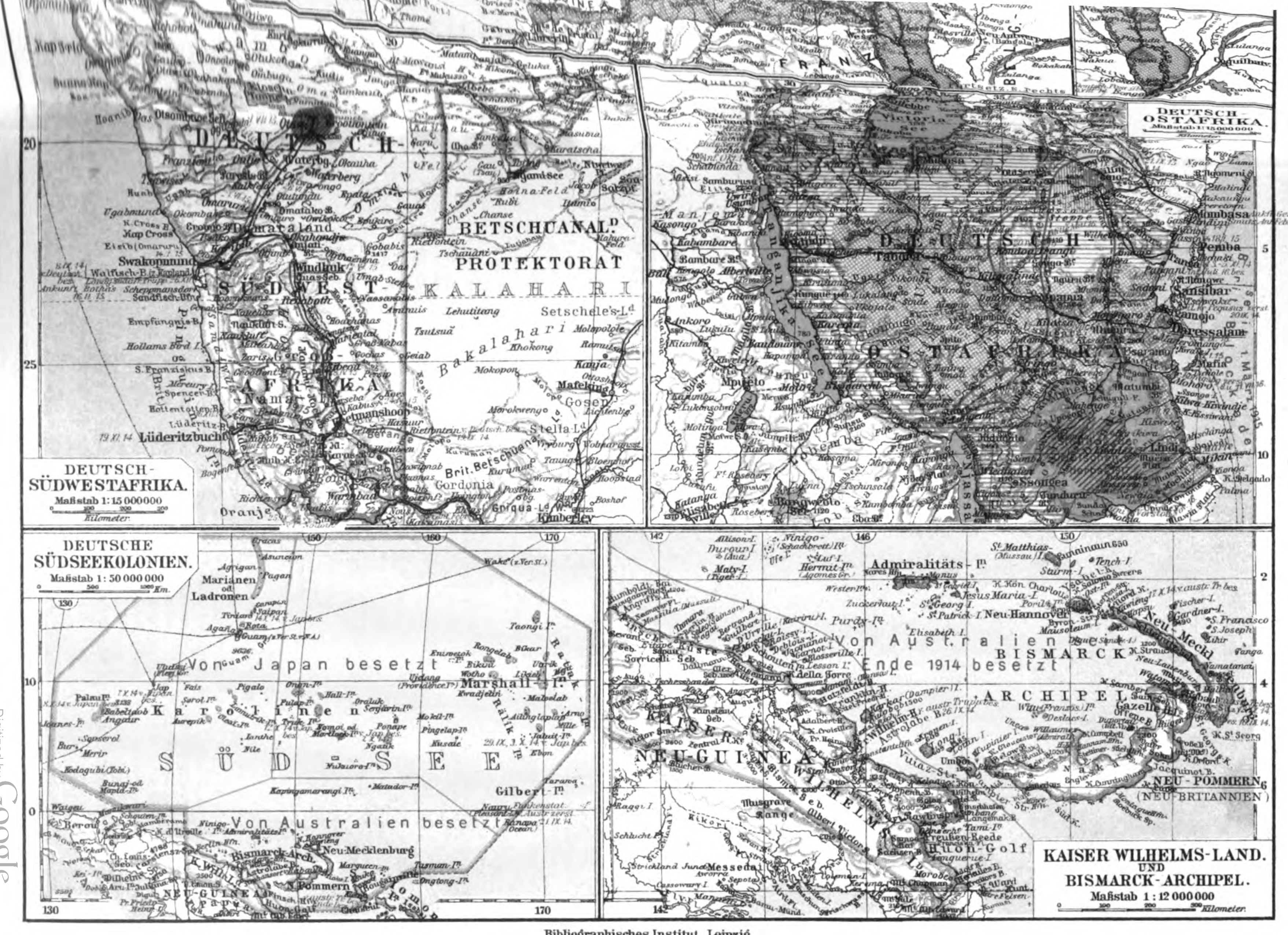
Das Geschick, das bei der Behandlung der Eingeborenen an den Tag gelegt worden ist, hat sich in besonders starkem Maße bei der Bildung und Ausbildung der Schutz- und Polizeitruppe gezeigt. Beide sind teils aus landeingesessenen, teils aus landfremden Eingeborenen gebildete und von deutschen Offizieren und Unteroffizieren befehligte Söldnertruppen. Jene hatten eine Friedensstärke von 2500 Farbigen und 276 Weißen, diese eine solche von 1840 Farbigen und 65 Weißen. Beide Truppen haben sich seit ihrer Entstehung aus der Wissmanntruppe (1889) als überaus wertvolles militärisches Werkzeug, als eine wenn auch kleine, so doch in allen, auch den schwierigsten Lagen zuverlässige und leistungsfähige Macht erwiesen. Durch Zurückgreifen auf die weißen Reserven (etwa 3000 Mann) und die Benutzung eines gerade im Entstehen begriffenen farbigen Reservesystems ist die Schlagfähigkeit der Truppen so verstärkt worden, daß sie sich mit unerwartetem Erfolg aller Angriffe hat erwehren können.

Wenn trotz der kräftigen Abwehr seit dem Frühling 1916 doch der größere Teil Deutsch-Ostafrikas ein Opfer der kombinierten englisch-belgischen Offensive geworden ist, so liegen die Gründe dafür einmal in den beschränkten Machtmitteln der Verteidigung und zum andern in dem entschlossenen Willen der englischen Regierung, um jeden Preis die letzte deutsche Kolonie als Beute in die Wagschale werfen zu können. Dazu kam, daß nach dem Eintritt Portugals in den Krieg der feindliche Gürtel um das Schutzgebiet vollständig geschlossen wurde. Immerhin kann die Tatsache, daß sich die Kolonie fast ohne Unterstützung vom Mutterland trotz absoluter Überlegenheit der Gegner an Zahl und Ausstattung nun bereits drei Jahre hat halten können, als eine Lehre angesprochen werden, die bei dem Wiederaufbau der deutschen Kolonialmacht von Einfluß sein muß.

In der ungünstigsten Lage befanden sich einem feindlichen Angriff gegenüber die Südseekolonien Deutsch-Neuguinea und Samoa. Über ein Gebiet von Millionen von Quadratkilometern zerstreut, umfassen die 353 Eilande der Marshallgruppe nur 400 qkm, die 800 Einzelinseln der Karolinen, Palauinseln und Marianen 2226 qkm, der gesamte Bismarck-Archipel 61000 qkm und die 4 Inseln der Samoagruppe 2572 qkm. Nur Kaiser-Wilhelms-Land (Neuguinea) stellt mit seinen 179000 qkm eine größere geschlossene Einheit dar, die allerdings nur zu



KOLONIALE KRIEGSSCHAUPLÄTZE.
Togo.
Brit. u. französ. Angriffsrouten
Sammelpkt. d. deutsch. Streitkräfte
(Kapitulation 27. VIII. 1914)
Deutsch-Südwestafr.
Brit.-südafrikan. Angriffsrouten
Rückzugsgebiet d. deutsch. Schutztruppe (Kapitulation 7. VII. 1915)
Kamerun.
Angriffsrouten britische französische
brit.-französische französ.-belgische
von den Feinden besetzt bis Ende April 1915
Anf. August 1915
Februar 1916
letztes Kampfgebiet (bei Mora) Kapitul. Febr. 16.
Mittelpkt. d. Landesverteidigung (seit Juni 1915)
Deutsch-Ostafrika.
Angriffsrouten brit.-südafrikan. kongo-belgische rhodesisch-nyassaländische
portug. Vorstoß
Landg. deutsch. Hilfsschiffe (Jahreswende 1914/15, Ende März 1915)
v. d. Feinden besetzt bis Ende März 1916
Juli
Sept.
v. d. Deutschen bis Sommer 1917 noch besetzt
Stand der feindl. Streitkräfte
Ende 1916
Deutsche Rückzugslinien
Hauptverteidigungsstellen
Die d. Orten beigefügten roten Zahlen bezeichnen d. Zeit d. feindl. Besetzung.
Gefechtsorte
0 Meridian v. Greenwich
KAMERUN
ADAMAUA
NIGERIA
Golf v. Benin
Sklaven-Küste
Biafra-Bai
Blockade 25. IV. 15
BORNU
Tschad-S.
FRANZ. ÄQUAT. AFRIKA
BELG. CONGO
SPANISCH GUINEA
I. Fernando Poo
I. do Principe
I. São Thomé
Lagekärtchen der deutschen Kolonien.
DEUTSCHES REICH
Kiautschou Geb.
Togo
Kamerun
D. Ostafrika
D. Südw. Afrika
Marianen
Marshall-I.
Karolinen
Bismarck-Arch.
Samoa-I.
K. Wilh. Land
Äquator
Wendekr. d. Krebses
Wendekr. d. Steinbocks
KIAUTSCHOU
Tsingtau
Vordringen japanisch-britischer Streitkräfte Mitte Sept. 1914
Japan.-brit. Blockade seit Ende Aug. 1914
Schutzgebiet Kiautschou.
Maßstab 1:1000000
Kilometer
SAMOA-INSELN.
1 : 4000000
SAWAII
UPOLU
TOGO u. KAMERUN.
Maßstab 1:12000000
Kilometer
DEUTSCH-OSTAFRIKA.
Maßstab 1:15000000
Kilometer
Victoria See



Bibliographisches Institut, Leipzig.

einem geringen Teil unter Verwaltung und damit unter dem Einfluß europäischer Kultur steht. Die der Verwaltung in Rabaul auf Neupommern unterstehenden Inselgruppen sind von der Zentrale zum großen Teil so weit entfernt, wie etwa Memel von Gibraltar. Für geregelte häufigere Verbindungen bestand in diesem Inselgewirr noch kein Bedürfnis. So war eine Verteidigungs- oder auch nur Abwehrmöglichkeit nicht gegeben, um so weniger, als kampffähige Kriegsfahrzeuge nicht vorhanden waren. Als Polizeitruppe sind über das ganze Inselgebiet 900 eingeborene Polizisten unter der Führung weniger Weißer zerstreut. Nur in und bei Rabaul hat der stellvertretende Gouverneur mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Polizisten und eingezogener weißer Reservisten Widerstand gegen die überlegene australische Invasionstruppe geleistet, ein Versuch, der ebenso heldenhaft ist, wie er von Anfang an zur Aussichtslosigkeit verurteilt war. Das Inselgebiet fiel Japanern und Australiern mit der Gefangennahme der Beamten, die dem Angriff gegenüber gänzlich machtlos waren, als wehrlose und leichte Beute ohne Schwertstreich in die Hände. — Samoa, wo nicht die geringsten Machtmittel zur Verfügung standen, ist den Australiern ohne jeden Widerstand zugefallen.

Kiautschou nahm seit seiner Inbesitznahme insofern eine besondere Stellung unter allen Kolonien und Schutzgebieten ein, als es bewußt in erster Linie als militärischer und politischer Stützpunkt in Ostasien dienen, nicht aber Wirtschaftskolonie wie die übrigen Schutzgebiete sein sollte. Dazu war es mit seinen 552 qkm, von allem anderen abgesehen, viel zu klein. Dagegen hatte es eine große Bedeutung als Eingangspforte für das reiche Schantung und als Ausgangspunkt der dieses erschließenden deutschen Schantungbahn. Der Schiffsverkehr in Tsingtau, der an 60 000 Einwohner zählenden Pachtkolonie, belief sich in den letzten Jahren auf über 1 Million Nettoregistertonnen (1912: 1,291 Million) und stand damit etwa auf der Höhe des Seeverkehrs von Emden. Sein Außenhandel belief sich zuletzt auf 152 Millionen Mark. Wichtiger aber war vielleicht noch die kulturpolitische Bedeutung Tsingtaus in Hinsicht auf die Gewinnung des Chinesentums für Deutschland. Im Mittelpunkt dieser Bestrebungen stand die Deutsch-Chinesische Hochschule, die zuletzt an 400 Schüler zählte und im Begriff war, sich zu einer modernen deutsch-chinesischen Universität zu entwickeln. Die Kulturerfolge, die das unter Leitung des Reichsmarineamts stehende Kiautschou mit seiner in jeder Beziehung modernen Verwaltung bereits erzielte, und die mittelbaren und unmittelbaren Wirkungen, die diese Musterkolonie zum Vorteil für das Deutschtum auf das chinesische Riesenreich bereits ausgeübt hatte, ließen das Größte für die Zukunft Deutschlands in Ostasien erwarten. Weltpolitisch aber hatte es seine größte Bedeutung als Stützpunkt und Basis für die überseeischen Machtmittel des Reiches. An einer Stelle gelegen, die einen bequemen Zugang zu der chinesischen Ebene bietet, um eine Bucht gelagert, die dem Weltverkehr günstig liegt und im Gegensatz zu Tientsin nicht durch Zufrieren für Monate unbenutzbar wird, war es in kurzer Zeit zu einem wertvollen Marineplatz ausgebaut worden, dessen Bedeutung um so höher einzuschätzen war, als es gegen die Landseite im Osten und Nordosten durch ein bis zu 1130 m ansteigendes Gebirge (Lauschan) geschützt ist. Deutschland hatte keine Ausgaben gescheut, um es für Erfüllung seiner politischen und militärischen Aufgaben auszustatten (Etat 1914: 18,4 Millionen bei einem Gesamtetat für die Schutzgebiete einschließlich der Schutzgebietsschuld von 120,7 Millionen).

Die ständig wachsende verkehrspolitische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung Kiautschous, die riesigen hier geleisteten Kulturarbeiten und die Anziehungskraft, die in diesen Tatsachen für das Unternehmertum lag, haben aus dem kleinen, bei der Besetzung durch Deutschland 1897 vorhanden gewesenen Ort Tsingtau eine moderne deutsche Stadt werden lassen, die bei Kriegsausbruch außer den Heeresangehörigen und Chinesen etwa 2100 Europäer in sich schloß. Eine vernünftige Bodenpolitik hatte hier die so häufig in Neuländern unvermeidbar erscheinende Spekulation ausgeschaltet, und der Ort war im Begriff, sich in Anlehnung an die staatlichen Werft- und anderen Betriebe zu einem ostasiatischen Industriemittelpunkt auszuwachsen, für das die Kohlengruben Schantungs eine gute Grundlage abgeben konnten. Die ruhigen und gesicherten Verhältnisse hatten auch den Chinesen Zutrauen eingeflößt, so daß die Kolonie zur Zeit der chinesischen Revolution ein sicherer Zufluchtsort geworden war. Durch planmäßige Aufforstung waren die unter der Chinesenzeit verwüsteten Wälder ihrer großen klimatischen und wirtschaftlichen Bedeutung zurückgegeben worden, und als Badeort hatte Tsingtau eine bedeutsame Rolle für die ganze ostasiatische Küste erlangt.

Da brach der Krieg aus! Hätte er sich auf die europäischen Nationen beschränkt, so hätte das stark gesicherte Kiautschou als Flotten- und Nachrichtenbasis eine wenn auch nicht entscheidende, so doch wesentlich mitbestimmende Rolle gespielt. Auf 2400 Mann belief sich seine Friedensbesatzung, die mit der Mobilmachung um einige Tausend Wehrpflichtige und Freiwillige aus dem Schutzgebiet, aus China und dem weiteren Ostasien verstärkt wurde. Als sich aber Japan den europäischen Gegnern Deutschlands zugesellte und unter dem Schutz seiner nahen Operationsbasis die Feindseligkeiten mit Verletzung der Neutralität Chinas auch von der verwundbaren Landseite her gegen die Kolonie unternahm, da war ihr Schicksal entschieden. Nach tapferster Gegenwehr erlag sie am 7. November 1914 der japanisch-englischen Übermacht, von der Pflichttreue ihrer Besatzung bis zum letzten gehalten!

Der bisherige Verlauf des Kolonialkrieges hat es schlagend bewiesen, daß kleine tropische Kolonien einem Gegner, der das Meer beherrscht und damit die Verbindungen zwischen ihnen und dem Mutterland stören und unterbinden kann, mehr oder weniger leicht zur Beute werden müssen, selbst wenn ihr wirtschaftlicher Zustand so gefestigt ist, daß sie, wie Togo, imstande wären, ihre Bevölkerung unabhängig von der gewohnten Nahrungsmittelzufuhr auf lange Zeit aus eigener Kraft erhalten zu können. Große Kolonien, wie z. B. Ostafrika, waren, da ein beträchtlicher Teil der Eingeborenen für die Nahrungsmittelerzeugung wegen der Produktion für die Ausfuhr bestimmter Industrierohstoffe ausfiel, gezwungen, selbst für die Eingeborenen noch große Mengen von Nahrungsmitteln einzuführen (Ostafrika zuletzt z. B. für 3,5 Millionen Mark Reis), aber die wirtschaftliche Umgruppierung ist da, wo die Verwaltung Einfluß auf die Bevölkerung hat, so leicht, daß die Abschneidung der Zufuhr auf die Verteidigungsmöglichkeit ohne Einfluß ist.

Der Wink, der in dieser Feststellung liegt, wird zusammen mit der notwendigen Dienstbarmachung aller Kolonien als Flotten- und Nachrichtenbasen in der Zukunft der deutschen Weltpolitik Wege weisen, die den deutschen Kolonien eine noch größere Bedeutung verleihen, als sie bisher schon für Deutschland hatten.

Literatur. Hans Meyer, Das deutsche Kolonialreich (Leipz. 1909—10, 2 Bde.); »Deutsche Kolonialzeitung« 1914—17, herausgegeben von Oskar Karstedt.

Dokumente zum Kriegsverlauf

Aus der großen Zahl der seit dem Kriegsausbruch erfolgten amtlichen Verlautbarungen und Kundgebungen seien im Anschluß an den Abschnitt »Zum Kriegsausbruch«, Bd. I. S. 136, wegen ihrer besonderen geschichtlichen Bedeutung folgende wiedergegeben:

A. Dokumente zum Unterseebootkrieg.

Die deutsche Ankündigung der Verschärfung des Unterseebootkrieges vom 1. Februar 1915 an veranlaßte die englische Admiralität zum Erlaß eines Geheimbefehls, der den englischen Handelsschiffen den Gebrauch neutraler Flaggen vorschrieb und von Deutschland mit folgender Bekanntmachung vom 4. Februar 1915 beantwortet wurde:

1) Die Gewässer ringsum um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten Englischen Kanals werden hiermit als Kriegsgebiet erklärt. Vom 18. Februar 1915 an wird jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden, ohne daß es immer möglich sein wird, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden.
2) Auch die neutralen Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der britischen Regierung am 31. Januar angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekrieges nicht immer vermieden werden kann, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen.
3) Die Schiffahrt nördlich um die Shetlandinseln in dem östlichen Gebiete der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste ist nicht gefährdet.

Zur Erläuterung dieser Erklärung wurde den verbündeten, neutralen und feindlichen Staaten gleichzeitig nachstehende Denkschrift unterbreitet:

Denkschrift der Kaiserlich deutschen Regierung über Gegenmaßnahmen gegen die völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands zur Unterbindung des neutralen Seehandels mit Deutschland.

Seit Beginn des gegenwärtigen Krieges führt Großbritannien gegen Deutschland den Handelskrieg in einer Weise, die allen Völkerrechtsgrundsätzen Hohn spricht. Wohl hat die britische Regierung in mehreren Verordnungen die Londoner Seekriegsrechtserklärung als für ihre Seestreitkräfte maßgebend bezeichnet, in Wirklichkeit hat sie sich aber von dieser Erklärung in den wesentlichsten Punkten losgesagt, obwohl ihre eigenen Bevollmächtigten auf der Londoner Seekriegsrechtskonferenz deren Beschlüsse als geltendes Völkerrecht anerkannt haben.

Die britische Regierung hat eine Reihe von Gegenständen auf die Liste der Konterbande gesetzt, die nicht oder doch nur sehr mittelbar für kriegerische Zwecke verwendbar sind und daher nach der Londoner Erklärung wie nach allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts überhaupt nicht als Konterbande bezeichnet werden dürfen. Sie hat ferner den Unterschied zwischen absoluter und relativer Konterbande tatsächlich beseitigt, indem sie alle für Deutschland bestimmten Gegenstände relativer Konterbande, ohne Rücksicht auf den Hafen, in dem sie ausgeladen werden sollen, und ohne Rücksicht auf ihre feindliche oder friedliche Verwendung, der Wegnahme unterwirft. Sie scheut sich sogar nicht, die Pariser Seerechtsdeklaration zu verletzen, da ihre Seestreitkräfte von neutralen Schiffen deutsches Eigentum, das nicht Konterbande war, weggenommen haben. Über ihre eigenen Verordnungen zur Londoner Erklärung hinausgehend, hat sie weiter durch ihre Seestreitkräfte zahlreiche wehrfähige Deutsche von neutralen Schiffen wegführen lassen und sie zu Kriegsgefangenen gemacht. Endlich hat sie die ganze Nordsee zum Kriegsschauplatz erklärt, der neutralen Schiffahrt die Durchfahrt durch das offene Meer zwischen Schottland und Norwegen, wenn nicht unmöglich gemacht, so doch aufs äußerste erschwert und gefährdet, so daß sie gewissermaßen eine Blockade neutraler Küsten und neutraler Häfen gegen alles Völkerrecht eingeführt hat.

Alle diese Maßnahmen verfolgen offensichtlich den Zweck, durch die völkerrechtswidrige Lahmlegung des legitimen neutralen Handels nicht nur die Kriegführung, sondern auch die Volkswirtschaft Deutschlands zu treffen und letzten Endes auf dem Wege der Aushungerung das ganze deutsche Volk der Vernichtung preiszugeben. Die neutralen Mächte haben sich den Maßnahmen der britischen Regierung im großen und ganzen gefügt. Insbesondere haben sie es nicht erreicht, daß die von ihren Schiffen völkerrechtswidrig weggenommenen deutschen Personen und Güter von der britischen Regierung herausgegeben worden sind. Auch haben sie sich in gewisser Richtung sogar den mit der Freiheit der Meere unvereinbaren englischen Maßnahmen angeschlossen, indem sie offenbar unter dem Druck Englands die für friedliche Zwecke bestimmte Durchfuhr nach Deutschland auch ihrerseits durch Ausfuhr- und Durchfuhrverbote verhinderten.

Insbesondere hat die deutsche Regierung die neutralen Mächte darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich die Frage vorlegen müsse, ob sie an den bisher von ihr streng beobachteten Bestimmungen der Londoner Erklärung noch länger festhalten könne, wenn Großbritannien das von ihm eingeschlagene Verfahren fortsetzen und die neutralen Mächte alle diese Neutralitätsverletzungen zuungunsten Deutschlands länger hinnehmen würden. Großbritannien beruft sich für seine rechtswidrigen Maßnahmen auf die Lebensinteressen, die für das britische Reich auf dem Spiele stehen, und die neutralen Mächte scheinen sich mit theoretischen Protesten abzufinden, also tatsächlich Lebensinteressen von Kriegführenden als hinreichende Entschuldigung für jede Art von



Kriegführung gelten zu lassen. Solche Lebensinteressen muß nunmehr auch Deutschland für sich anrufen. Es sieht sich daher zu seinem Bedauern zu militärischen Maßnahmen gegen England gezwungen, die das englische Verfahren vergelten sollen. Wie England das Gebiet zwischen Schottland und Norwegen als Kriegsschauplatz bezeichnet hat, so bezeichnet Deutschland die Gewässer rings um Großbritannien und Irland mit Einschluß des gesamten Englischen Kanals als Kriegsschauplatz und wird mit allen zu Gebote stehenden Kriegsmitteln der feindlichen Schiffahrt daselbst entgegentreten.

Zu diesem Zwecke wird es vom 18. Februar 1915 an jedes feindliche Kauffahrteischiff, das sich auf den Kriegsschauplatz begibt, zu zerstören suchen, ohne daß es immer möglich sein wird, die dabei den Personen und Gütern drohende Gefahr abzuwenden. Die Neutralen werden daher gewarnt, solchen Schiffen weiterhin Mannschaften, Passagiere und Waren anzuvertrauen. Sodann aber werden sie darauf aufmerksam gemacht, daß es sich auch für ihre eigenen Schiffe dringend empfiehlt, das Einlaufen in dieses Gebiet zu vermeiden; denn wenn auch die deutschen Seestreitkräfte Anweisung haben, Gewalttätigkeiten gegen neutrale Schiffe, soweit sie als solche erkennbar sind, zu unterlassen, so kann es doch angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Krieges nicht immer verhütet werden, daß auch sie einem auf feindliche Schiffe berechneten Angriff zum Opfer fallen.

Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die Schiffahrt nördlich um die Shetlandinseln, in dem östlichen Gebiete der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste nicht gefährdet ist. Die deutsche Regierung kündigt diese Maßnahmen so rechtzeitig an, daß die feindlichen wie die neutralen Schiffe Zeit behalten, ihre Dispositionen wegen Anlaufens der im Kriegsschauplatz liegenden Häfen danach einzurichten. Sie darf erwarten, daß die neutralen Mächte die Lebensinteressen Deutschlands nicht weniger als die Englands berücksichtigen und dazu beitragen werden, ihre Angehörigen und deren Eigentum vom Kriegsschauplatz fernzuhalten. Dies darf um so mehr erwartet werden, als den neutralen Mächten auch daran liegen muß, den gegenwärtigen verheerenden Krieg sobald als möglich beendet zu sehen.

Einspruchnote der Vereinigten Staaten.

Überreicht am 13. Februar 1915.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist durch die Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes vom 4. Februar 1915 darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten Englischen Kanals als Kriegsgebiet anzusehen seien, daß alle in diesen Gewässern nach dem 18. d. Mts. angetroffenen Kauffahrteischiffe zerstört werden sollen, ohne daß es immer möglich sein werde, die Besatzungen und Passagiere zu retten, und daß auch neutrale Schiffe in diesem Kriegsgebiete Gefahr laufen, da angesichts des Mißbrauches neutraler Flaggen, der am 31. Januar von der britischen Regierung angeordnet worden sein soll, und angesichts der Zufälligkeiten des Seekrieges es nicht immer vermieden werden könne, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe träfen.

Die amerikanische Regierung erachtet es daher als ihre Pflicht, die Kaiserlich deutsche Regierung in aufrichtiger Hochschätzung und mit den freundschaftlichsten Gefühlen, aber doch ganz offen und ernstlich auf die sehr ernsten Folgen aufmerksam zu machen, die das mit der Bekanntmachung offenbar beabsichtigte Vorgehen möglicherweise herbeiführen kann. Die amerikanische Regierung schätzt diese möglichen Folgen mit solcher Besorgnis ein, daß sie es unter den obwaltenden Umständen als ihr Recht, ja als ihre Pflicht erachtet, die Kaiserlich deutsche Regierung zu ersuchen, vor einem tatsächlichen Vorgehen die kritische Lage zu erwägen, die in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland entstehen könnte, falls die deutschen Seestreitkräfte in Befolgung der durch die Bekanntmachung des Admiralstabes angekündigten Maßnahmen irgendein Kauffahrteischiff der Vereinigten Staaten zerstörten oder den Tod eines amerikanischen Staatsangehörigen verursachten.

Es ist selbstverständlich nicht nötig, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß einer kriegführenden Nation in bezug auf neutrale Schiffe auf hoher See lediglich das Recht der Durchsuchung zusteht, es sei denn, daß eine Blockadeerklärung ergangen ist und die Blockade effektiv aufrechterhalten wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt an, daß eine Blockade im vorliegenden Falle nicht beabsichtigt ist. Eine Erklärung oder Ausübung des Rechtes, jedes Schiff anzugreifen und zu zerstören, das ein näher umschriebenes Gebiet auf offener See befährt, ohne erst festgestellt zu haben, ob es einer kriegführenden Nation gehört oder ob seine Ladung Konterbande ist, wäre eine Handlungsweise, die so sehr in Widerspruch mit allen früheren Fällen der Seekriegführung steht, daß die amerikanische Regierung kaum annehmen kann, daß die Kaiserlich deutsche Regierung im vorliegenden Falle sie als möglich ins Auge faßt. Der Verdacht, daß feindliche Schiffe zu Unrecht eine neutrale Flagge führen, kann nicht eine berechtigte Vermutung schaffen dahingehend, daß alle Schiffe, die ein näher umschriebenes Gebiet durchfahren, solchem Verdachte unterliegen. Gerade um solche Fragen aufzuklären, ist nach Ansicht der amerikanischen Regierung das Recht der Durchsuchung anerkannt worden.

Die amerikanische Regierung hat von der Denkschrift der Kaiserlich deutschen Regierung, die zugleich mit der Bekanntmachung des Admiralstabes ergangen ist, eingehend Kenntnis genommen. Sie benutzt diese Gelegenheit, die Kaiserlich deutsche Regierung mit größter Hochschätzung darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Kritik wegen nichtneutraler Haltung, der sich nach Ansicht der deutschen Regierung die Regierungen gewisser anderer neutraler Staaten ausgesetzt haben, keine Veranlassung gegeben hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat keinen Maßnahmen zugestimmt oder hat es bei keiner solchen bewenden lassen, die von den anderen kriegführenden Nationen im gegenwärtigen Kriege getroffen worden sind und die auf eine Beschränkung des Handels hinzielen. Vielmehr hat sie in allen solchen Fällen eine Haltung eingenommen, die ihr das Recht gibt, diese Regierungen in der richtigen Weise für alle eventuellen Wirkungen auf die amerikanische Schiffahrt verantwortlich zu machen, welche durch die bestehenden Grundsätze des Völkerrechtes nicht gerechtfertigt sind.

Daher erachtet sich die amerikanische Regierung im vorliegenden Falle mit gutem Gewissen auf Grund

anerkannter Grundsätze für berechtigt, die in der Note angedeutete Haltung einzunehmen. Falls die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe auf Grund der Annahme, daß die Flagge der Vereinigten Staaten nicht im guten Glauben geführt werde, handeln sollten und auf hoher See ein amerikanisches Schiff oder das Leben amerikanischer Staatsangehöriger vernichten sollten, so würde die Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Handlung schwerlich etwas anderes als eine unentschuldbare Verletzung neutraler Rechte erblicken können, die kaum in Einklang zu bringen sein würde mit den freundschaftlichen Beziehungen, die jetzt glücklicherweise zwischen den beiden Regierungen bestehen.

Sollte eine solche beklagenswerte Lage entstehen, so würde sich die Regierung der Vereinigten Staaten, wie die Kaiserlich deutsche Regierung wohl verstehen wird, genötigt sehen, die Kaiserlich deutsche Regierung für solche Handlungen ihrer Marinebehörden streng verantwortlich zu machen und alle Schritte zu tun, die zum Schutze amerikanischen Bodens und Eigentums und zur Sicherung des vollen Genusses der anerkannten Rechte auf hoher See für die Amerikaner erforderlich sind.

In Anbetracht dieser Erwägungen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit der größten Hochschätzung und in dem ernstlichen Bestreben vorbringt, irgendwelche Mißverständnisse zu vermeiden und zu verhindern, daß Umstände entstehen, die sogar einen Schatten auf den Verkehr der beiden Regierungen werfen könnten, spricht die amerikanische Regierung die zuversichtliche Hoffnung und Erwartung aus, daß die Kaiserlich deutsche Regierung die Versicherung geben kann und will, daß amerikanische Staatsbürger auf ihren Schiffen anders als im Wege der Durchsuchung durch deutsche Seestreitkräfte selbst in dem in der Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes näher bezeichneten Gebiete nicht belästigt werden sollen. Zur Information der Kaiserlichen Regierung wird hinzugefügt, daß der Regierung Seiner britannischen Majestät bezüglich des unberechtigten Gebrauchs der amerikanischen Flagge zum Schutze britischer Schiffe Vorstellungen gemacht worden sind.

Die Antwort Deutschlands.

Überreicht am 16. Februar 1915.

Die Kaiserlich deutsche Regierung hat die Mitteilung der Vereinigten Staaten in dem Geiste des gleichen Wohlwollens und der gleichen Freundschaft geprüft, von welchem ihre Mitteilung diktiert erscheint. Die Kaiserlich deutsche Regierung weiß sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten darin eins, daß es für beide Teile in hohem Maße erwünscht ist, Mißverständnisse zu verhüten, die sich aus den von der deutschen Admiralität angekündigten Maßnahmen ergeben könnten, und dem Eintritt von Ereignissen vorzubeugen, die die zwischen beiden Regierungen bisher in so glücklicher Weise bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu trüben vermöchten. Die deutsche Regierung glaubt, für diese Versicherung bei der Regierung der Vereinigten Staaten um so mehr auf volles Verständnis rechnen zu dürfen, als das von der deutschen Admiralität angekündigte Vorgehen, wie in der Note vom 4. Februar eingehend dargelegt wurde, in keiner Weise gegen den legitimen Handel und die legitime Schiffahrt der Neutralen gerichtet ist, sondern lediglich eine durch Deutschlands Lebensinteressen erzwungene Gegenwehr gegen die völkerrechtswidrige Seekriegführung Englands darstellt, die bisher durch keinerlei Einspruch der Neutralen auf die vor Kriegsausbruch allgemein anerkannte Rechtsgrundlage sich hat zurückführen lassen. Um in diesem kardinalen Punkte jeden Zweifel auszuschließen, erlaubt sich die deutsche Regierung, nochmals die Sachlage festzustellen:

Deutschland hat bisher die geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Seekrieges gewissenhaft beobachtet, insbesondere hat es dem gleich zu Beginn des Krieges gemachten Vorschlag der amerikanischen Regierung, nunmehr die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren, unverzüglich zugestimmt und deren Inhalt auch ohne solche formelle Bindung unverändert in sein Prisenrecht übernommen. Die deutsche Regierung hat sich an diese Bestimmungen gehalten, auch wo sie ihren militärischen Interessen zuwiderliefen. So hat sie beispielsweise bis auf den heutigen Tag die Lebensmittelzufuhr von Dänemark nach England zugelassen, obwohl sie diese Zufuhr durch ihre Streitkräfte sehr wohl hätte unterbinden können. Im Gegensatz hierzu hat England selbst schwere Verletzungen des Völkerrechts nicht gescheut, wenn es dadurch den friedlichen Handel Deutschlands mit dem neutralen Ausland lähmen konnte. Auf Einzelheiten wird die deutsche Regierung hier um so weniger einzugehen brauchen, als solche in der ihr zur Kenntnis mitgeteilten amerikanischen Note an die britische Regierung vom 29. Dezember vorigen Jahres auf Grund fünfmonatiger Erfahrungen zutreffend, wenn auch nicht erschöpfend, dargelegt sind. Alle diese Übergriffe sind zugestandenermaßen darauf gerichtet, Deutschland von aller Zufuhr abzuschneiden und dadurch die friedliche Zivilbevölkerung dem Hungertode preiszugeben, ein jedem Kriegsrecht und jeder Menschlichkeit widersprechendes Verfahren. Die Neutralen haben die völkerrechtswidrige Unterbindung ihres Handels mit Deutschland nicht zu verhindern vermocht. Die amerikanische Regierung hat zwar, wie Deutschland gern anerkennt, gegen das englische Verfahren Protest erhoben. Trotz dieses Protestes und der Proteste der übrigen neutralen Regierungen hat England sich von dem eingeschlagenen Verfahren nicht abbringen lassen. So ist vor kurzem das amerikanische Schiff »Wilhelmina« von englischer Seite aufgebracht worden, obwohl seine Ladung lediglich für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmt war und nach ausdrücklicher Erklärung der deutschen Regierung nur für diesen Zweck verwendet werden sollte. Dadurch ist folgender Zustand geschaffen worden:

Deutschland ist unter stillschweigender oder protestierender Duldung der Neutralen von der überseeischen Zufuhr so gut wie abgeschnitten, und zwar nicht nur hinsichtlich solcher Waren, die absolute Konterbande sind, sondern auch hinsichtlich solcher, die nach dem vor dem Kriegsausbruch allgemein anerkannten Recht nur relative Konterbande oder überhaupt keine Konterbande sind. England dagegen wird unter Duldung der neutralen Regierungen nicht nur mit solchen Waren versorgt, die keine oder nur relative Konterbande sind, von England aber gegenüber Deutschland als absolute Konterbande behandelt werden, wie Lebensmittel, industrielle Rohstoffe usw., sondern sogar mit Waren, die stets unzweifelhaft als absolute Konterbande gelten. Die deutsche Regierung glaubt insbesondere und mit größtem Nachdruck darauf hinweisen zu müssen, daß ein auf viele Hunderte von Millionen Mark geschätzter Waffenhandel

amerikanischer Lieferanten mit Deutschlands Feinden besteht. Die deutsche Regierung gibt sich wohl Rechenschaft darüber, daß die Ausübung von Rechten und die Duldung von Unrecht seitens der Neutralen formell in deren Belieben steht und keinen formellen Neutralitätsbruch involviert. Sie hat infolgedessen den Vorwurf des formellen Neutralitätsbruches nicht erhoben. Die deutsche Regierung kann aber — gerade im Interesse der vollen Klarheit in den Beziehungen beider Länder — nicht umhin, hervorzuheben, daß sie sich mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch schwer benachteiligt fühlt, daß die Neutralen in Wahrung ihrer Rechte auf den völkerrechtlich legitimen Handel mit Deutschland bisher keine oder nur unbedeutende Erfolge erzielt haben, während sie von ihrem Recht, Konterbandehandel mit England und unseren anderen Feinden zu dulden, uneingeschränkten Gebrauch machen. Wenn es das formale Recht der Neutralen ist, ihren legitimen Handel mit Deutschland nicht zu schützen, ja sogar sich von England zu einer bewußten und gewollten Einschränkung des Handels bewegen zu lassen, so ist es auf der anderen Seite nicht minder ihr gutes, aber leider nicht angewendetes Recht, den Konterbandehandel, insbesondere den Waffenhandel mit Deutschlands Feinden, abzustellen.

Bei dieser Sachlage sieht die deutsche Regierung, nach sechs Monaten der Geduld und des Abwartens, sich genötigt, die mörderische Art der Seekriegführung Englands mit scharfen Gegenmaßregeln zu erwidern. Wenn England in seinem Kampf gegen Deutschland den Hunger als Bundesgenossen anruft, in der Absicht, ein Kulturvolk von siebzig Millionen vor die Wahl zwischen elendem Verkommen oder Unterwerfung unter seinen politischen und kommerziellen Willen zu stellen, so ist heute die deutsche Regierung entschlossen, den Handschuh aufzunehmen und an den gleichen Bundesgenossen zu appellieren. Sie vertraut darauf, daß die Neutralen, die bisher sich den für sie nachteiligen Folgen des englischen Hungerkrieges stillschweigend oder protestierend unterworfen haben, Deutschland gegenüber kein geringeres Maß von Duldsamkeit zeigen werden, und zwar auch dann, wenn die deutschen Maßnahmen, in gleicher Weise wie bisher die englischen, neue Formen des Seekrieges darstellen. Darüber hinaus ist die deutsche Regierung entschlossen, die Zufuhr von Kriegsmaterial an England und seine Verbündeten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken, wobei sie als selbstverständlich annimmt, daß die neutralen Regierungen, die bisher gegen den Waffenhandel mit Deutschlands Feinden nichts unternommen haben, sich einer gewaltsamen Unterdrückung dieses Handels durch Deutschland nicht zu widersetzen beabsichtigen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat die deutsche Admiralität die von ihr näher bezeichnete Zone als Seekriegsgebiet erklärt. Sie wird dieses Seekriegsgebiet, soweit wie irgend angängig, durch Minen sperren und auch die feindlichen Handelsschiffe auf jede andere Weise zu vernichten suchen. So sehr nun auch der deutschen Regierung bei jedem Handeln nach diesen zwingenden Gesichtspunkten jede absichtliche Vernichtung neutraler Menschenleben und neutralen Eigentums fernliegt, so will sie doch auf der anderen Seite nicht verkennen, daß durch die gegen England durchzuführenden Aktionen Gefahren entstehen, die unterschiedslos jeden Handel innerhalb des Seekriegsgebietes bedrohen. Dies gilt ohne weiteres vom Minenkrieg, der auch bei strengster Innehaltung der völkerrechtlichen Grenzen jedes dem Minengebiet sich nähernde Schiff gefährdet.

Zu der Hoffnung, daß die Neutralen sich hiermit ebenso wie mit den ihnen durch die englischen Maßnahmen bisher zugefügten schweren Schädigungen abfinden werden, glaubt die deutsche Regierung um so mehr berechtigt zu sein, als sie gewillt ist, zum Schutze der neutralen Schiffahrt sogar im Seekriegsgebiet alles zu tun, was mit der Durchführung ihres Zweckes irgendwie vereinbar ist. Sie hat den ersten Beweis für ihren guten Willen geliefert, indem sie die von ihr beabsichtigten Maßnahmen mit einer Frist von nicht weniger als vierzehn Tagen ankündigte, um der neutralen Schiffahrt Gelegenheit zu geben, sich auf die Vermeidung der drohenden Gefahr einzurichten. Letzteres geschieht am sichersten durch Fernbleiben vom Seekriegsgebiet. Die neutralen Schiffe, die trotz dieser, die Erreichung des Kriegszweckes gegenüber England schwer beeinträchtigenden, langfristigen Ankündigung sich in die gesperrten Gewässer begeben, tragen selbst die Verantwortung für etwaige unglückliche Zufälle. **Die deutsche Regierung ihrerseits lehnt jede Verantwortung für solche Zufälle und deren Folgen ausdrücklich ab.** Ferner kündigt die deutsche Regierung lediglich die Vernichtung der feindlichen, innerhalb des Seekriegsgebietes angetroffenen Handelsschiffe, nicht aber die Vernichtung aller Handelsschiffe, wie die amerikanische Regierung irrtümlich verstanden zu haben scheint, an. Auch diese Beschränkung, die die deutsche Regierung sich auferlegt, ist eine Beeinträchtigung des Kriegszweckes, zumal da bei der Auslegung des Begriffs der Konterbande, die Englands Regierung gegenüber Deutschland beliebt hat, und die demgemäß die deutsche Regierung auch gegen England anwenden wird, auch neutralen Schiffen gegenüber die Präsumption dafür sprechen wird, daß sie Konterbande an Bord haben. Auf das Recht, das Vorhandensein von Konterbande in der Fracht neutraler Schiffe festzustellen und gegebenenfalls aus dieser Feststellung die Konsequenzen zu ziehen, ist die Kaiserliche Regierung natürlich nicht gewillt, zu verzichten.

Die deutsche Regierung ist schließlich bereit, mit der amerikanischen Regierung jede Maßnahme in ernsthafte Erwägung zu ziehen, die geeignet sein könnte, die legitime Schiffahrt der Neutralen im Kriegsgebiet sicherzustellen. Sie kann jedoch nicht übersehen, daß alle Bemühungen in dieser Richtung durch zwei Umstände erheblich erschwert werden:

1) durch den inzwischen wohl auch für die amerikanische Regierung außer Zweifel gestellten **Mißbrauch der neutralen Flagge** durch die englischen Handelsschiffe;
2) durch den bereits erwähnten **Konterbandehandel**, insbesondere mit Kriegsmaterial, der neutralen Handelsschiffe.

Hinsichtlich des letzteren Punktes gibt sich die deutsche Regierung der Hoffnung hin, daß sich die amerikanische Regierung bei nochmaliger Erwägung zu einem dem Geiste wahrhafter Neutralität entsprechenden Eingreifen veranlaßt sehen wird.

Was den ersten Punkt anlangt, so ist der deutscherseits der amerikanischen Regierung bereits mitgeteilte Geheimbefehl der britischen Admiralität, der den englischen Handelsschiffen die Benutzung neutraler Flaggen anempfohlen hat, inzwischen durch eine Mitteilung des britischen Auswärtigen Amtes, das jenes Ver-

fahren unter Berufung auf inneres englisches Recht als völlig einwandfrei bezeichnet, bestätigt worden. Die englische Handelsflotte hat den ihr erteilten Rat auch sogleich befolgt, wie der amerikanischen Regierung aus den Fällen der Dampfer »Lusitania« und »Laertes« bekannt sein dürfte.

Weiter hat die britische Regierung die englischen Handelsschiffe mit Waffen versehen und sie angewiesen, den deutschen Unterseebooten gewaltsam Widerstand zu leisten. Unter diesen Umständen ist es für die deutschen Unterseeboote sehr schwierig, die neutralen Handelsschiffe als solche zu erkennen; denn auch eine Untersuchung wird in den meisten Fällen nicht erfolgen können, da die bei einem maskierten englischen Schiff zu erwartenden Angriffe das Untersuchungskommando und das Boot selbst der Gefahr der Vernichtung aussetzen. Die britische Regierung wäre hiernach in der Lage, die deutschen Maßnahmen illusorisch zu machen, wenn ihre Handelsflotte bei dem Mißbrauch neutraler Flaggen verharrt und die neutralen Schiffe nicht anderweit in zweifelloser Weise gekennzeichnet werden. Deutschland muß aber in dem Notstand, in den es rechtswidrig versetzt wird, seine Maßnahmen unter allen Umständen wirksam machen, um dadurch den Gegner zu einer dem Völkerrecht entsprechenden Führung des Seekrieges zu zwingen und so die Freiheit der Meere, für die es von jeher eingetreten ist und für die es auch heute kämpft, wiederherzustellen.

Die deutsche Regierung hat es daher begrüßt, daß die amerikanische Regierung gegen den rechtswidrigen Gebrauch ihrer Flagge bei der britischen Regierung Vorstellungen erhoben hat, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Vorgehen England künftig zur Achtung der amerikanischen Flagge veranlassen wird. In dieser Erwartung sind die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote, wie bereits in der Note vom 4. d. Mts. zum Ausdruck gebracht worden ist, angewiesen worden, Gewalttätigkeiten gegen amerikanische Handelsschiffe zu unterlassen, soweit sie als solche erkennbar sind. Um in der sichersten Weise allen Folgen einer Verwechslung — allerdings nicht auch der Minengefahr — zu begegnen, empfiehlt die deutsche Regierung den Vereinigten Staaten, ihre mit friedlicher Ladung befrachteten, den englischen Seekriegsschauplatz berührenden Schiffe durch Konvoyierung kenntlich zu machen. Die deutsche Regierung glaubt dabei voraussetzen zu dürfen, daß nur solche Schiffe konvoyiert werden, die keine Waren an Bord haben, die nach der von England gegenüber Deutschland angewendeten Auslegung als Konterbande zu betrachten sind. Über die Art der Durchführung einer solchen Konvoyierung ist die deutsche Regierung bereit, mit der amerikanischen Regierung alsbald in Verhandlungen einzutreten. Sie würde es aber mit besonderem Danke anerkennen, wenn die amerikanische Regierung ihren Handelsschiffen dringend empfehlen wollte, inzwischen bis zur Regelung der Flaggenfrage den englischen Seekriegsschauplatz zu meiden. Die deutsche Regierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die amerikanische Regierung den schweren Kampf, den Deutschland um sein Dasein führt, in seiner ganzen Bedeutung würdigen und aus den vorstehenden Aufklärungen und Zusagen ein volles Verständnis für die Beweggründe und Ziele der von ihr angekündigten Maßnahmen gewinnen werde.

Die deutsche Regierung wiederholt, daß sie in der bisher peinlich von ihr geübten Rücksicht auf die Neutralen sich nur unter dem stärksten Zwange der nationalen Selbsterhaltung zu den geplanten Maßnahmen entschlossen hat. Sollte es der amerikanischen Regierung vermöge des Gewichts, das sie in die Wagschale des Geschickes der Völker zu legen berechtigt und imstande ist, in letzter Stunde noch gelingen, die Gründe zu beseitigen, die der deutschen Regierung jenes Vorgehen zur gebieterischen Pflicht machen, sollte die amerikanische Regierung insbesondere einen Weg finden, die Beachtung der Londoner Seekriegsrechtserklärung auch von seiten der mit Deutschland kriegführenden Mächte zu erreichen und Deutschland dadurch die legitime Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen, so würde die deutsche Regierung hierin ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um die humanere Gestaltung der Kriegführung anerkennen und aus der also geschaffenen neuen Sachlage gern die Folgerungen ziehen.

Erwiderung der Vereinigten Staaten.

Überreicht am 22. Februar 1915.

In der an die deutsche und englische Regierung gerichteten Note versucht die amerikanische Regierung zwischen Deutschland und England zu vermitteln, um eine Einschränkung des Unterseebootkrieges zu erzielen. Die Note hatte folgenden Wortlaut:

Die amerikanische Regierung gestattet sich im Hinblick auf den Schriftwechsel, der zwischen ihr und den Regierungen Deutschlands und Großbritanniens über den Gebrauch neutraler Flaggen durch englische Handelsschiffe und die Kriegsgebietserklärung der deutschen Admiralität stattgefunden hat. der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die beiden kriegführenden Regierungen im Wege gegenseitiger Zugeständnisse eine Grundlage für eine Verständigung finden möchten, deren Ergebnis darauf abzielt, neutrale, dem friedlichen Handel obliegende Schiffe von den ernsten Gefahren zu befreien, denen sie bei der Durchfahrt durch die die Küsten der kriegführenden Länder berührenden Meere unterworfen sind.

Die amerikanische Regierung bringt ergebenst in Anregung, daß eine Verständigung auf Grund ähnlicher Bedingungen wie der nachstehenden erreicht werden möge. Diese Anregung soll in keiner Weise als ein Vorschlag der amerikanischen Regierung gelten, denn diese ist sich naturgemäß wohl bewußt, daß es ihr nicht zukommt, Bedingungen für eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Großbritannien vorzuschlagen, obwohl die vorliegende Frage sie selbst und das Volk der Vereinigten Staaten unmittelbar und in weitgehendem Maße interessiert. Sie wagt lediglich, sich die Freiheit zu nehmen, die nach ihrer Überzeugung einem aufrichtigen Freund eingeräumt werden darf, der von dem Wunsche geleitet wird, keiner der beiden beteiligten Nationen Ungelegenheiten zu bereiten und möglicherweise den gemeinsamen Interessen der Menschlichkeit zu dienen. In der Hoffnung, daß die Ansichten und Anregungen der deutschen und der britischen Regierung über eine Frage, die für die ganze Welt von hervorragendem Interesse ist, zutage gefördert werden, wird das im nachstehenden vorgezeichnete Verfahren angeboten:

Deutschland und Großbritannien kommen dahin überein,

1) daß treibende Minen von keiner Seite einzeln in den Küstengewässern oder auf hoher See ausgelegt werden, daß verankerte Minen von keiner Seite auf hoher See, es sei denn ausschließlich

für Verteidigungszwecke, innerhalb Kanonenschußweite von einem Hafen, gelegt werden, und daß alle Minen den Stempel der Regierung tragen, die sie ausgelegt, und so konstruiert sind, daß sie unschädlich werden, nachdem sie sich von ihrer Verankerung losgerissen haben;

2) daß Unterseeboote von keiner der beiden Regierungen zum Angriff auf Handelsschiffe irgendeiner Nationalität Verwendung finden außer zur Durchführung des Rechtes der Anhaltung und Untersuchung;

3) daß die Regierungen beider Länder es zur Bedingung stellen, daß ihre beiderseitigen Handelsschiffe neutrale Flaggen als Kriegslist oder zum Zwecke der Unkenntlichmachung nicht benutzen.

Großbritannien erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- und Nahrungsmittel nicht auf die Liste der absoluten Konterbande gesetzt werden, und daß die britischen Behörden Schiffsladungen solcher Waren weder stören noch anhalten, wenn sie an Agenturen in Deutschland adressiert sind, die von den Vereinigten Staaten namhaft gemacht sind, um solche Warenladungen in Empfang zu nehmen und an konzessionierte deutsche Wiederverkäufer zur ausschließlichen Weiterverteilung an die Zivilbevölkerung zu verteilen.

Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- oder Nahrungsmittel, die nach Deutschland aus den Vereinigten Staaten — oder je nachdem von irgendeinem anderen neutralen Lande — eingeführt werden, an Agenturen adressiert werden, die von der amerikanischen Regierung namhaft gemacht werden; daß diesen amerikanischen Agenturen die volle Verantwortung und Aufsicht bezüglich des Empfanges und der Verteilung dieser Einfuhr ohne Einmischung der deutschen Regierung obliegen soll; sie sollen sie ausschließlich an Wiederverkäufer verteilen, denen von der deutschen Regierung eine Konzession erteilt ist, die ihnen die Berechtigung gibt, solche Lebens- und Nahrungsmittel in Empfang zu nehmen und sie ausschließlich an die Zivilbevölkerung zu liefern; sollten die Wiederverkäufer die Bedingungen ihrer Konzession irgendwie überschreiten, so sollen sie des Rechtes verlustig gehen, Lebens- und Nahrungsmittel für die angegebenen Zwecke zu erhalten, und daß die deutsche Regierung solche Lebens- und Nahrungsmittel nicht für Zwecke irgendwelcher Art requirieren oder veranlassen wird, daß sie für die bewaffnete Macht Deutschlands Verwendung finden.

Indem die amerikanische Regierung die im vorstehenden skizzierte Grundlage für eine Verständigung unterbreitet, möchte sie nicht so verstanden werden, als ob sie irgendein Recht der Kriegführenden oder Neutralen, das durch die Grundsätze des Völkerrechts festgelegt ist, anerkennt oder verleugnet, sie würde vielmehr die Vereinbarung, falls sie den interessierten Mächten annehmbar erscheint, als einen modus vivendi betrachten, der sich mehr auf Zweckmäßigkeit als gesetzmäßiges Recht gründet, und der auch die Vereinigten Staaten in seiner gegenwärtigen oder in einer abgeänderten Fassung nicht bindet, ehe er von der amerikanischen Regierung angenommen ist.

Antwortnote der deutschen Regierung.

Überreicht am 28. Februar 1915.

Die Kaiserlich deutsche Regierung hat von der Anregung der amerikanischen Regierung, für die Seekriegführung Deutschlands und Englands gewisse Grundsätze zum Schutze der neutralen Schiffahrt zu vereinbaren, mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Sie erblickt darin einen neuen Beweis für die von deutscher Seite voll erwiderten freundschaftlichen Gefühle der amerikanischen gegenüber der deutschen Regierung.

Auch den deutschen Wünschen entspricht es, daß der Seekrieg nach Regeln geführt wird, die, ohne die eine oder die andere kriegführende Macht in ihren Kriegsmitteln einseitig zu beschränken, ebensowohl den Interessen der Neutralen wie den Geboten der Menschlichkeit Rechnung tragen. Demgemäß ist schon in der deutschen Note vom 16. d. Mts. darauf hingedeutet worden, daß die Beachtung der Londoner Seekriegsrechtserklärung durch Deutschlands Gegner eine neue Lage schaffen würde, aus der die Folgerungen zu ziehen die deutsche Regierung gern bereit wäre.

Von dieser Auffassung ausgehend, hat die deutsche Regierung die Anregung der amerikanischen Regierung einer aufmerksamen Prüfung unterzogen und glaubt darin in der Tat eine geeignete Grundlage für die praktische Lösung der entstandenen Fragen zu erkennen. Zu den einzelnen Punkten der amerikanischen Note darf sie nachstehendes bemerken:

1) Was die Legung von Minen betrifft, so würde die deutsche Regierung bereit sein, die angeregte Erklärung über die Nichtanwendung von Treibminen und die Konstruktion der verankerten Minen abzugeben. Ferner ist sie mit der Anbringung von Regierungsstempeln auf den auszulegenden Minen einverstanden. Dagegen erscheint es ihr für die kriegführenden Mächte nicht angängig, auf eine offensive Verwendung verankerter Minen völlig zu verzichten.

2) Die deutsche Regierung würde sich verpflichten, daß ihre Unterseeboote gegen Handelsschiffe irgendwelcher Flagge nur insoweit Gewalt anwenden werden, als dies zur Durchführung des Rechtes der Anhaltung und Untersuchung erforderlich ist. Ergibt sich die feindliche Nationalität des Schiffes oder das Vorhandensein von Konterbande, so würden die Unterseeboote nach den allgemein völkerrechtlichen Regeln verfahren.

3) Wie die amerikanische Note vorsieht, setzt die angegebene Beschränkung in der Verwendung der Unterseeboote voraus, daß sich die feindlichen Handelsschiffe des Gebrauchs der neutralen Flagge und anderer neutraler Abzeichen enthalten. Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß sie auch von einer Bewaffnung sowie von der Leistung jedes tätlichen Widerstandes absehen, da ein solches völkerrechtswidriges Verhalten ein dem Völkerrecht entsprechendes Vorgehen der Unterseeboote unmöglich macht.

4) Die von der amerikanischen Regierung angeregte Regelung der legitimen Lebensmittelzufuhr nach Deutschland erscheint im allgemeinen annehmbar; die Regelung würde sich selbstverständlich auf die Seezufuhr beschränken, anderseits aber auch die indirekte Zufuhr über neutrale Häfen umfassen. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, Erklärungen der in der amerikanischen Note vorgesehenen Art abzugeben, so daß die ausschließliche Verwendung der eingeführten Lebensmittel für die friedliche Zivilbevölkerung gewährleistet sein würde. Daneben muß aber die deutsche Regierung Wert darauf legen, daß ihr auch die Zufuhr anderer, der friedlichen

Volkswirtschaft dienenden Rohstoffe, einschließlich der Futtermittel, ermöglicht wird. Zu diesem Zwecke hätten die feindlichen Regierungen die in der Freiliste der Londoner Seekriegsrechtserklärung erwähnten Rohstoffe frei nach Deutschland gelangen zu lassen und die auf der Liste der relativen Konterbande stehenden Stoffe nach den gleichen Grundsätzen wie die Lebensmittel zu behandeln.

Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die von der amerikanischen Regierung angebahnte Verständigung unter Berücksichtigung der vorstehenden Bemerkungen zustande kommt, und daß auf diese Weise die friedliche neutrale Schiffahrt und der friedliche neutrale Handel unter den Rückwirkungen des Seekrieges nicht mehr als unbedingt nötig zu leiden haben werden. Solche Rückwirkungen würden sich übrigens noch wesentlich verringern lassen, wenn — worauf bereits in der deutschen Note vom 16. d. Mts. hingewiesen worden ist — Mittel und Wege gefunden werden könnten, um die Zufuhr von Kriegsmaterial aus neutralen nach kriegführenden Staaten auf Schiffen irgendwelcher Flagge auszuschließen.

Ihre definitive Stellungnahme muß sich die deutsche Regierung selbstverständlich bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, in welchem sie auf Grund weiterer Mitteilungen der amerikanischen Regierung in der Lage ist, zu übersehen, welche Verpflichtungen die britische Regierung ihrerseits zu übernehmen bereit ist.

Obwohl England in der Note vom 15. März 1915 jede Verständigung ablehnte, wurde in Rücksicht auf die Neutralen, besonders die Vereinigten Staaten, namentlich seit der Torpedierung der »Lusitania« am 7. Mai der Unterseebootkrieg eingeschränkt.

Denkschrift der Kaiserlich deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe vom 8. Februar 1916.

Der Gegensatz der Meinungen Deutschlands und Englands über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe veranlaßte die deutsche Regierung zu einer Darlegung ihres Standpunktes in nachstehender Note:

I.

1) Schon vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hatte die britische Regierung englischen Reedereien Gelegenheit gegeben, ihre Kauffahrteischiffe mit Geschützen zu armieren. Am 26. März 1913 gab der damalige Erste Lord der Admiralität Winston Churchill im britischen Parlament die Erklärung ab, daß die Admiralität die Reedereien aufgefordert habe, zum Schutze gegen die in gewissen Fällen von schnellen Hilfskreuzern anderer Mächte drohenden Gefahren eine Anzahl erstklassiger Liniendampfer zu bewaffnen, die dadurch aber nicht etwa selbst den Charakter von Hilfskreuzern annehmen sollten. Die Regierung wollte den Reedereien dieser Schiffe die notwendigen Geschütze, die genügende Munition und geeignetes Personal zur Schulung von Bedienungsmannschaften zur Verfügung stellen.

2) Die englischen Reedereien sind der Aufforderung der Admiralität bereitwillig nachgekommen. So konnte der Präsident der Royal Mail Steam Packet Company Sir Owen Phillipps den Aktionären seiner Gesellschaft bereits im Mai 1913 mitteilen, daß die größeren Dampfer der Gesellschaft mit Geschützen ausgerüstet seien; ferner veröffentlichte im Januar 1914 die britische Admiralität eine Liste, wonach 29 Dampfer verschiedener englischer Linien Heckgeschütze führten.

3) In der Tat stellten bald nach Ausbruch des Krieges deutsche Kreuzer fest, daß englische Liniendampfer bewaffnet waren. Beispielsweise trug der Dampfer »La Correntina« der Houlderlinie in Liverpool, der am 7. Oktober 1914 von dem deutschen Hilfskreuzer »Kronprinz Wilhelm« aufgebracht wurde, zwei 4,7-zöllige Heckgeschütze. Auch wurde am 1. Februar 1915 ein deutsches Unterseeboot im Kanal durch eine englische Jacht beschossen.

II.

1) Was den völkerrechtlichen Charakter bewaffneter Kauffahrteischiffe betrifft, so hat die britische Regierung für die eigenen Kauffahrteischiffe den Standpunkt eingenommen, daß solche Schiffe so lange den Charakter von friedlichen Handelsschiffen behalten, als sie die Waffen nur zu Verteidigungszwecken führen. Demgemäß hat der britische Botschafter in Washington der amerikanischen Regierung in einem Schreiben von 25. August 1914 die weitestgehenden Versicherungen abgegeben, daß britische Kauffahrteischiffe niemals zu Angriffszwecken, sondern nur zur Verteidigung bewaffnet werden, daß sie infolgedessen niemals feuern, es sei denn, daß zuerst auf sie gefeuert wird. Für bewaffnete Schiffe anderer Flaggen hat dagegen die britische Regierung den Grundsatz aufgestellt, daß sie als Kriegsschiffe zu behandeln seien; in den Prize Court Rules, die durch die Order in Council vom 5. August 1914 erlassen worden sind, ist unter Nr. 1 der Order I ausdrücklich bestimmt: »Ship of war shall include armed ship.«

2) Die deutsche Regierung hat keinen Zweifel, daß ein Kauffahrteischiff durch die Armierung mit Geschützen kriegsmäßigen Charakter erhält, und zwar ohne Unterschied, ob die Geschütze nur der Verteidigung oder auch dem Angriff dienen sollen. Sie hält jede kriegerische Betätigung eines feindlichen Kauffahrteischiffes für völkerrechtswidrig, wenn sie auch der entgegenstehenden Auffassung dadurch Rechnung trägt, daß sie die Besatzung eines solchen Schiffes nicht als Piraten, sondern als Kriegführende behandelt. Im einzelnen ergibt sich ihr Standpunkt aus der im Oktober 1914 der amerikanischen Regierung und inhaltlich auch anderen neutralen Mächten mitgeteilten Aufzeichnung über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe in neutralen Häfen.

3) Die neutralen Mächte haben sich zum Teil der britischen Auffassung angeschlossen und demgemäß bewaffneten Kauffahrteischiffen der kriegführenden Mächte den Aufenthalt in ihren Häfen und Reeden ohne die Beschränkungen gestattet, die sie Kriegsschiffen durch ihre Neutralitätsbestimmungen auferlegt hatten. Zum Teil haben sie aber auch den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und bewaffnete Kauffahrteischiffe Kriegführender den für Kriegsschiffe geltenden Neutralitätsregeln unterworfen.

III.

1) Im Laufe des Krieges wurde die Bewaffnung englischer Kauffahrteischiffe immer allgemeiner durchgeführt. Aus den Berichten der deutschen Seestreitkräfte wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen englische Kauffahrteischiffe nicht nur den deutschen Kriegsschiffen bewaffneten Widerstand entgegensetzten, sondern ihrerseits ohne weiteres zum Angriff auf sie übergingen, wobei sie sich häufig auch noch falscher Flaggen bedienten. Eine Zusammenstellung solcher Fälle findet sich in einer besonderen Anlage, die nach Lage-

der Sache nur einen Teil der wirklich erfolgten Angriffe umfassen kann. Auch geht aus der Zusammenstellung hervor, daß sich das geschilderte Verhalten nicht auf englische Kauffahrteischiffe beschränkt, vielmehr von den Kauffahrteischiffen der Verbündeten Englands nachgeahmt wird.

2) Die Aufklärung für das geschilderte Vorgehen der bewaffneten englischen Kauffahrteischiffe enthalten die geheimen Anweisungen der britischen Admiralität, die von deutschen Seestreitkräften auf weggenommenen Schiffen gefunden worden sind und in acht Anlagen photographisch wiedergegeben werden. Diese Anweisungen regeln bis ins einzelne den artilleristischen Angriff englischer Kauffahrteischiffe auf deutsche Unterseeboote. Sie enthalten genaue Vorschriften über die Aufnahme, Behandlung, Tätigkeit und Kontrolle der an Bord der Kauffahrteischiffe übernommenen britischen Geschützmannschaften, die zum Beispiel in neutralen Häfen keine Uniform tragen sollen, also offenbar der britischen Kriegsmarine angehören. Vor allem aber ergibt sich daraus, daß diese bewaffneten Schiffe nicht etwa irgendeine seekriegsrechtliche Maßnahme der deutschen Unterseeboote abwarten, sondern diese ohne weiteres angreifen sollen. In dieser Hinsicht sind folgende Vorschriften besonders lehrreich:

a) Die »Regeln für die Benutzung und die sorgfältige Instandhaltung der Bewaffnung von Kauffahrteischiffen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind«, bestimmen in dem Abschnitt »Gefecht«: »Es ist nicht ratsam, das Feuer auf eine größere Entfernung als 800 Yards zu eröffnen, es sei denn, daß der Feind das Feuer bereits vorher eröffnet hat.« Grundsätzlich hat hiernach das Kauffahrteischiff die Aufgabe, das Feuer zu eröffnen, ohne Rücksicht auf die Haltung des Unterseeboots.

b) Die »Anweisungen, betreffend Unterseeboote, herausgegeben für Schiffe, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind«, schreiben vor: »Wenn bei Tage ein Unterseeboot ein Schiff offensichtlich verfolgt, und wenn dem Kapitän augenscheinlich ist, daß es feindliche Absichten hat, dann soll das verfolgte Schiff zu seiner Verteidigung das Feuer eröffnen, auch wenn das Unterseeboot noch keine entschieden feindliche Haltung, wie zum Beispiel Abfeuern eines Geschützes oder eines Torpedos, begangen hat.« Auch hiernach genügt also das bloße Erscheinen eines Unterseeboots im Kielwasser des Kauffahrteischiffes als Anlaß für einen bewaffneten Angriff.

In allen diesen Befehlen, die sich nicht etwa nur auf die Seekriegszone um England beziehen, sondern in ihrem Geltungsbereich unbeschränkt sind (auch für das Mittelmeer), wird auf die Geheimhaltung der größte Nachdruck gelegt, und zwar offenbar deshalb, damit das völkerrechtswidrige und mit den britischen Zusicherungen (s. oben II. 1) in vollem Widerspruch stehende Vorgehen der Kauffahrteischiffe dem Feinde wie den Neutralen verborgen bleibe.

3) Hiernach ist klargestellt, daß die bewaffneten englischen Kauffahrteischiffe den amtlichen Auftrag haben, die deutschen Unterseeboote überall, wo sie in ihre Nähe gelangen, heimtückisch zu überfallen, also rücksichtslos gegen sie Krieg zu führen. Da die Seekriegsregeln Englands von seinen Verbündeten ohne weiteres übernommen werden, muß der Nachweis auch für die bewaffneten Kauffahrteischiffe der anderen feindlichen Staaten als erbracht gelten.

IV.

1) Unter den vorstehend dargelegten Umständen haben feindliche Kauffahrteischiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, kein Recht mehr darauf, als friedliche Handelsschiffe angesehen zu werden. Die deutschen Seestreitkräfte werden daher nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist den Befehl erhalten, solche Schiffe als Kriegführende zu behandeln.

2) Die deutsche Regierung gibt den neutralen Mächten von dieser Sachlage Kenntnis, damit sie ihre Angehörigen warnen können, weiterhin ihre Person oder ihr Vermögen bewaffneten Kauffahrteischiffen der mit dem Deutschen Reiche im Kriege befindlichen Mächte anzuvertrauen.

Diesen Darlegungen schloß sich die österreichisch-ungarische Regierung in einer Zirkularnote an, in der sie erklärte, bewaffnete Handelsschiffe als Kriegführende zu behandeln.

Mitteilung der deutschen Regierung an die Vereinigten Staaten.

Überreicht am 8. März 1916.

Die Kaiserliche Regierung legt Wert darauf, die bisherige Entwicklung noch einmal mit aller der Offenheit zu präzisieren, die den freundschaftlichen Beziehungen der beiden großen Völker und dem ehrlichen Wunsch der Kaiserlichen Regierung, diese vor allen Trübungen zu bewahren, entspricht.

Bei Beginn des Krieges hat die deutsche Regierung auf Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika sich sofort bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren. Die deutsche Prisenordnung wurde schon vorher auf Grund der Bestimmungen der Londoner Seekriegsrechtserklärung ohne jede Einschränkung erlassen. Dadurch wurde anerkannt, daß die geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, die dem legalen Handel der Neutralen — auch mit den Kriegführenden — »Freiheit des Meeres« sicherten, deutscherseits in vollem Umfange berücksichtigt werden sollten. England hat es im Gegensatz hierzu abgelehnt, die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren, und begann nach Ausbruch des Krieges den legalen Handel der neutralen Staaten zu beschränken, um dadurch Deutschland zu treffen.

Den systematischen Verschärfungen der Konterbandebestimmungen vom 5. und 20. August, 21. September und 29. Oktober folgte am 3. November 1914 der Erlaß der britischen Admiralität, daß die ganze Nordsee als ein Kriegsgebiet anzusehen sei, in welchem die Handelsschiffahrt jeder Art den schwersten Gefahren durch Minen und Kriegsschiffe ausgesetzt sei. Der Protest der neutralen Staaten hatte keinen Erfolg. Schon von diesem Zeitpunkt an gab es kaum noch Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland. Im Februar 1915 sah Deutschland sich gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen, die das völkerrechtswidrige Verfahren der Gegner bekämpfen sollten. Es wählte für seine Gegenmaßnahmen neue Kriegsmittel, deren Verwendung im Völkerrecht überhaupt noch nicht geregelt war, brach damit kein geltendes Recht, sondern trug nur der Eigenart der neuen Waffe — des U-Bootes — Rechnung. Der Gebrauch der neuen Waffe mußte die Bewegungsfreiheit der Neutralen einschränken und bildete eine Gefahr, der durch besondere Warnung begegnet werden sollte, entsprechend der vorausgegangenen englischen Warnung vor den Gefahren des Kriegsgebietes der Nordsee.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika trat, da beide kriegführende Parteien den Anspruch erhoben, daß ihr Vorgehen nur Vergeltung

der Rechtsbrüche der Gegner sei, an beide kriegführenden Parteien heran, um nochmals zu versuchen, das vor dem Kriege anerkannte Völkerrecht wieder zur Geltung zu bringen. Sie forderte einerseits Deutschland auf, den Gebrauch seiner neuen Waffe den Bestimmungen für die alten Seekriegsmittel anzupassen, andererseits England, Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands zur Verteilung unter amerikanischer Kontrolle passieren zu lassen.

Deutschland erklärte am 1. März 1915 seine Bereitwilligkeit, während England am 15. März eine Verständigung auf Grund der amerikanischen Vorschläge ablehnte. England beseitigte sogar durch seine Order vom 11. März 1915 den letzten Rest der völkerrechtsmäßigen Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland und dessen neutralen Nachbarländern; der Zweck war, Deutschland durch Aushungerung zu bezwingen. Trotzdem entsprach Deutschland im weiteren Verlauf des Krieges, nachdem bei verschiedenen Gelegenheiten gegen seinen Wunsch und Willen neutrale Bürger ums Leben gekommen waren, in der praktischen Verwendung seiner U-Bootswaffe den Wünschen der Regierung der Vereinigten Staaten in so entgegenkommender Weise, daß die Rechte der Neutralen auf legalen Handel tatsächlich deutscherseits überall unbeschränkt waren.

Nunmehr machte England dem U-Boot die Ausübung des den Völkerrechtsbestimmungen entsprechenden Handelskrieges dadurch unmöglich, daß es nahezu sämtliche Handelsschiffe bewaffnete und angriffsweisen Gebrauch der Geschütze anordnete. Die Photographien der englischen Befehle sind den neutralen Regierungen mit der Denkschrift vom 8. Februar 1916 zugestellt worden. Die Befehle widersprechen direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914. Die Kaiserlich deutsche Regierung hat gehofft, daß dies Tatsachenmaterial die neutralen Regierungen auf Grund der von der Regierung der Vereinigten Staaten am 23. Januar d. J. gemachten Entwaffnungsvorschläge instand setzen würde, die Entwaffnung der Handelsschiffe durchzusetzen. Tatsächlich ist aber die Bewaffnung mit Geschützen von unseren Gegnern mit großer Energie weiter betrieben worden.

Der Grundsatz der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelsschiffen nicht fernzuhalten, wurde von England und seinen Alliierten dazu benutzt, Handelsschiffe für den Angriff zu bewaffnen. So können nämlich Kauffahrteischiffe die U-Boote leicht zerstören und sich im Falle des Mißglückens ihres Angriffs durch die Anwesenheit amerikanischer Bürger an Bord gesichert glauben.

Der Befehl des Waffengebrauchs wurde ergänzt durch die Weisung an die Führer der Handelsschiffe, falsche Flaggen zu führen und die U-Boote zu rammen; die Nachrichten über ausgezahlte Prämien und Verleihung von Ehrenzeichen an erfolgreiche Handelsschiffsführer zeigen die Wirkung dieser Befehle. Diesem englischen Vorgehen haben sich die Verbündeten angeschlossen.

Jetzt steht Deutschland vor der Tatsache:

a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade seit einem Jahr den neutralen Handel den deutschen Häfen fernhält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht,
b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Konterbandebestimmungen seit eineinhalb Jahren den für Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Nachbarländer verhindern,
c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post jede Verbindung Deutschlands mit dem Ausland zu verhindern streben,
d) daß systematisch gesteigerte Vergewaltigung der Neutralen nach dem Grundsatz »Macht über Recht« den Verkehr mit Deutschland über die Landgrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen,
e) daß Deutsche, die von unseren Feinden auf See angetroffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob Kämpfer oder Nichtkämpfer, der Freiheit beraubt werden,
f) daß unsere Gegner ihre Handelsschiffe für den Angriff bewaffnet und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration unmöglich gemacht haben (siehe deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916).

Das englische Weißbuch vom 5. Januar 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahme Deutschlands Ausfuhrhandel fast völlig unterbunden, seine Einfuhr vom Belieben Englands abhängig gemacht ist.

Die Kaiserliche Regierung darf hoffen, daß gemäß den freundschaftlichen Beziehungen, die in einer hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden haben, der hier dargelegte Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erschwerten Verständigung zwischen beiden Völkern von dem Volk der Vereinigten Staaten gewürdigt werden wird.

Amerikanische Note an Deutschland.

Überreicht am 20. April 1916.

Die Versenkung der englischen Dampfer »Berwind Vale«, »Englishman«, »Manchester Engineer« und »Eagle Point«, besonders aber der »Sussex«, der auch amerikanische Bürger zum Opfer fielen, führte zu einem Notenwechsel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, in dessen Verlauf eine Spannung zwischen beiden Ländern eintrat. Auf eine diesbezügliche deutsche Erklärung vom 10. April 1916 ging folgende Note ein:

Durch die jetzt im Besitz der Regierung der Vereinigten Staaten befindlichen Nachrichten wird der Tatbestand im Fall der »Sussex« vollkommen festgestellt, und für die Folgerungen, die die Regierung aus diesen Nachrichten gezogen hat, findet sie eine Bestätigung in Umständen, die in der Note vom 10. dieses Monats dargelegt sind. Am 24. März 1916, ungefähr um 2 Uhr 50 Minuten nachmittags, wurde der unbewaffnete Dampfer »Sussex« mit 325 oder mehr Passagieren an Bord, unter denen eine Anzahl amerikanischer Bürger war, auf der Überfahrt von Folkestone nach Dieppe torpediert. Die »Sussex« war niemals bewaffnet; sie war ein Schiff, das, wie bekannt, regelmäßig nur zur Beförderung von Passagieren über den Englischen Kanal benutzt wurde; sie folgte nicht der von Truppentransport- und Proviantschiffen befahrenen Route. Ungefähr 80 Passagiere, Nichtkombattanten jeglichen Alters und Geschlechts, darunter Bürger der Vereinigten Staaten, wurden getötet oder verwundet.

Eine sorgfältige, eingehende und gewissenhaft unparteiische Untersuchung durch Offiziere der Flotte und der Armee der Vereinigten Staaten hat schlüssig die Tatsache ergeben, daß die »Sussex« ohne Warnung oder Aufforderung zur Übergabe torpediert wurde, und daß der Torpedo, durch den sie getroffen wurde, deutscher Herstellung war. Nach Ansicht der Regie-

rung der Vereinigten Staaten machten, diese Tatsachen von Anfang an den Schluß unvermeidlich, daß der Torpedo von einem deutschen Unterseeboot abgefeuert war. Sie findet jetzt diese Schlußfolgerung durch die Ausführungen in der Note der Kaiserlichen Regierung bekräftigt. Eine vollständige Darlegung des Tatbestandes, auf den die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Schlußfolgerungen gegründet hat, ist beigefügt.

Nach sorgfältiger Prüfung der Note der Kaiserlichen Regierung vom 10. April bedauert die Regierung der Vereinigten Staaten, sagen zu müssen, daß sie aus den Darlegungen und Vorschlägen dieser Note den Eindruck erhalten hat, daß die Kaiserliche Regierung verfehlte, den Ernst der Situation zu würdigen, die sich nicht nur durch den Angriff auf die »Sussex« ergeben hat, sondern durch die ganze Methode und den Charakter des Unterseebootkrieges, wie sie zutage getreten sind infolge der während eines Zeitraums von mehr als 12 Monaten von Befehlshabern der deutschen Unterseeboote uneingeschränkt gehandhabten Übung unterschiedsloser Zerstörung von Handelsschiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung. Wenn die Versenkung der »Sussex« ein vereinzelter Fall gewesen wäre, so würde das der Regierung der Vereinigten Staaten die Hoffnung ermöglichen, daß der für die Tat verantwortliche Offizier seine Befehle eigenmächtig übertreten oder in strafbarer Fahrlässigkeit die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen habe, und daß der Gerechtigkeit durch seine entsprechende Bestrafung in Verbindung mit einer förmlichen Mißbilligung seiner Handlung und Bezahlung einer angemessenen Entschädigung durch die Kaiserliche Regierung Genüge geschehen könnte. Aber obwohl der Angriff auf die »Sussex« offenkundig nicht zu verteidigen war und einen so tragischen Verlust an Menschenleben verursachte, daß er als eines der schrecklichsten Beispiele der Unmenschlichkeit des Unterseebootkrieges, wie ihn die Kommandanten der deutschen Schiffe führen, erscheint, so steht er unglücklicherweise nicht allein.

Im Gegenteil, die Regierung der Vereinigten Staaten ist durch Ereignisse der neuesten Zeit zu dem Schluß genötigt, daß es nur ein Fall, wenn auch einer der schwersten und betrübendsten ist für die vorbedachte Methode und den Geist, womit unterschiedslos Handelsschiffe aller Art, Nationalität und Bestimmung zerstört werden, und die um so unverkennbarer geworden sind, je mehr die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote in den letzten Monaten an Intensität und Ausdehnung zunahm.

Die Kaiserliche Regierung wird sich erinnern, daß, als sie im Februar 1915 ihre Absicht ankündigte, die Gewässer um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet zu behandeln, alle Handelsschiffe in feindlichem Eigentum, die innerhalb dieser Gefahrzone angetroffen werden sollten, zu vernichten, und als sie an alle Schiffe, sowohl der Neutralen wie der Kriegführenden, die Warnung ergehen ließ, die so verfemten Gewässer zu meiden oder sich auf eigene Gefahr dorthin zu begeben, die Regierung der Vereinigten Staaten ernstlich protestiert hat. Sie nahm den Standpunkt ein, daß eine solche Politik nicht verfolgt werden könnte ohne beständige, schwere und offenkundige Verletzungen des anerkannten Völkerrechts, besonders wenn Unterseeboote als ihre Werkzeuge Verwendung finden sollten, insofern als die Regeln des Völkerrechts, Regeln, beruhend auf den Grundsätzen der Menschlichkeit und zum Schutz des Lebens der Nichtkombattanten auf See aufgestellt, nach der Natur der Sache durch solche Schiffe nicht beobachtet werden könnten. Sie gründete ihren Protest darauf, daß Personen neutraler Nationalität und Schiffe neutraler Eigentümer äußersten und unerträglichen Gefahren ausgesetzt sein würden und daß unter den damals obwaltenden Umständen die Kaiserliche Regierung keinen rechtmäßigen Anspruch dafür geltend machen konnte, einen Teil der hohen See zu schließen. Das hier in Betracht kommende Völkerrecht, auf das die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Protest stützte, ist nicht neuen Ursprungs oder gegründet auf rein willkürliche, durch Vereinbarung aufgestellte Grundsätze. Es beruht im Gegenteil auf offenkundigen Grundsätzen der Menschlichkeit und ist seit langem in Geltung mit Billigung und durch ausdrückliche Zustimmung aller zivilisierten Nationen.

Die Kaiserliche Regierung bestand trotzdem darauf, die angekündigte Politik durchzuführen, indem sie die Hoffnung ausdrückte, daß die bestehenden Gefahren, jedenfalls für neutrale Schiffe, durch die Instruktion auf ein Mindestmaß beschränkt würden, die sie den Kommandanten ihrer Unterseeboote gegeben hatte, und versicherte der Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie jede mögliche Vorsichtsmaßregel anwenden würde, um die Rechte der Neutralen zu achten und die Leben der Nichtkombattanten zu schützen.

In Verfolg dieser Politik des Unterseebootkrieges gegen den Handel seiner Feinde, die so angekündigt und trotz des feierlichen Protestes der Regierung der Vereinigten Staaten begonnen wurde, haben die Unterseebootskommandanten der Kaiserlichen Regierung ein Verfahren solcher rücksichtslosen Zerstörung geübt, die mehr und mehr während der letzten Monate deutlich werden ließ, daß die Kaiserliche Regierung keinen Weg gefunden hat, ihnen solche Beschränkung aufzuerlegen, wie sie gehofft und versprochen hatte. Immer wieder hat die Kaiserliche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten feierlich versichert, daß zum mindesten Passagierschiffe nicht in dieser Weise behandelt werden würden, und gleichwohl hat sie wiederholt zugelassen, daß ihre Unterseebootskommandanten diese Versicherungen ohne jede Ahndung mißachteten. Noch im Februar dieses Jahres machte sie davon Mitteilung, daß sie alle bewaffneten Handelsschiffe in feindlichem Eigentum als Teil der bewaffneten Seestreitkräfte ihrer Gegner betrachten und als Kriegsschiffe behandeln werde, indem sie sich so, wenigstens implicite, verpflichtete, nicht bewaffnete Schiffe zu warnen und das Leben ihrer Passagiere und Besatzungen zu gewährleisten; aber sogar diese Beschränkung haben ihre Unterseebootskommandanten unbekümmert außer acht gelassen.

Neutrale Schiffe, sogar neutrale Schiffe auf der Fahrt von neutralem nach neutralem Hafen, sind ebenso wie feindliche Schiffe in ständig wachsender Zahl zerstört worden. Manchmal sind die angegriffenen Handelsschiffe gewarnt und zur Übergabe aufgefordert worden, bevor sie beschossen oder torpediert wurden; manchmal ist ihren Passagieren und Besatzungen die dürftige Sicherheit zugebilligt worden, daß man ihnen erlaubte, in die Boote zu gehen, bevor das Schiff versenkt wurde. Aber wieder und wieder wurde keine Warnung gegeben, nicht einmal den Personen an Bord eine Rettung in die Boote gestattet. Große Ozeandampfer, wie die »Lusitania« und »Arabic«, und reine Passagierschiffe, wie die

»Sussex«, sind ohne jede Warnung angegriffen worden, oft bevor sie gewahr wurden, daß sie sich einem bewaffneten feindlichen Schiff gegenüberbefanden, und das Leben der Nichtkombattanten, Passagiere und Mannschaften, wurde unterschiedslos und in einer Weise vernichtet, die die Regierung der Vereinigten Staaten nur als leichtfertig und jeder Berechtigung entbehrend erachten konnte. Keinerlei Grenze wurde in der Tat der weiteren unterschiedslosen Zerstörung von Handelsschiffen jeder Art und Nationalität außerhalb der Gewässer gesetzt, welche die Kaiserliche Regierung als in der Kriegszone gelegen zu bezeichnen beliebt hat. Die Liste der Amerikaner, die auf so angegriffenen und zerstörten Schiffen ihr Leben verloren haben, ist von Monat zu Monat gewachsen, bis die verhängnisvolle Zahl der Opfer in die Hunderte gestiegen ist.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine sehr geduldige Haltung eingenommen. Auf jeder Stufe dieser schmerzlichen Erfahrung von Tragödie über Tragödie war sie bestrebt, durch wohlüberlegte Berücksichtigung der außergewöhnlichen Umstände eines Krieges ohne Beispiel sich lenken und durch Gefühle echtester Freundschaft für Volk und Regierung Deutschlands leiten zu lassen. Sie hat die aufeinanderfolgenden Erklärungen und Versicherungen der Kaiserlichen Regierung als selbstverständlich in voller Aufrichtigkeit und gutem Glauben abgegeben angenommen und hat die Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß es der Kaiserlichen Regierung möglich sein werde, die Handlungen der Befehlshaber ihrer Seestreitkräfte in einer Weise zu regeln und zu überwachen, die ihr Verfahren mit den anerkannten, im Völkerrecht verkörperten Grundsätzen der Menschlichkeit in Einklang bringen werde. Sie hat den neuen Verhältnissen, für die es keine Präzedenzfälle gibt, jedes Zugeständnis gemacht und war willens, zu warten, bis die Tatsachen unmißverständlich und nur einer Auslegung fähig wurden.

Sie ist nun einer gerechten Würdigung ihrer eigenen Rechte schuldig, der Kaiserlichen Regierung zu erklären, daß dieser Zeitpunkt gekommen ist. Es ist ihr zu ihrem Schmerze klar geworden, daß der Standpunkt, den sie von Anfang an einnahm, unvermeidlich richtig ist, nämlich, daß der Gebrauch von Unterseebooten zur Zerstörung des feindlichen Handels notwendigerweise, gerade wegen des Charakters der verwendeten Schiffe, unter Angriffsmethoden, die ihre Verwendung naturgemäß mit sich bringt, gänzlich unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Menschlichkeit, den seit langem bestehenden und unbestrittenen Rechten der Neutralen und den heiligen Vorrechten der Nichtkombattanten.

Wenn es noch die Absicht der Kaiserlichen Regierung ist, unbarmherzig und unterschiedslos weiter gegen Handelsschiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen, ohne Rücksicht auf das, was die Regierung der Vereinigten Staaten als die heiligen und unbestreitbaren Gesetze des internationalen Rechts und die allgemein anerkannten Gebote der Menschlichkeit ansehen muß, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann. Sofern die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu lösen. Einen solchen Schritt faßt die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem größten Widerstreben ins Auge, sie fühlt sich aber verpflichtet, ihn im Namen der Menschlichkeit und der Rechte neutraler Nationen zu unternehmen

Die Antwortnote Deutschlands.

Überreicht am 4. Mai 1916.

Die deutsche Regierung hat das ihr von der Regierung der Vereinigten Staaten in Sachen der »Sussex« mitgeteilte Material an die beteiligten Marinestellen zur Prüfung weitergegeben. Auf Grund des bisherigen Ergebnisses dieser Prüfung verschließt sie sich nicht der Möglichkeit, daß das in ihrer Note vom 10. vorigen Monats erwähnte, von einem deutschen Unterseeboot torpedierte Schiff in der Tat mit der »Sussex« identisch ist. Die deutsche Regierung darf sich eine weitere Mitteilung hierüber vorbehalten, bis einige noch ausstehende, für die Beurteilung des Sachverhalts ausschlaggebende Feststellungen erfolgt sind. Falls es sich erweisen sollte, daß die Annahme des Kommandanten, ein Kriegsschiff vor sich zu haben, irrig war, so wird die deutsche Regierung die sich hieraus ergebenden Folgerungen ziehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an den Fall der »Sussex« eine Reihe von Behauptungen geknüpft, die in dem Satze gipfeln, daß dieser Fall nur ein Beispiel für die vorbedachte Methode unterschiedsloser Zerstörung von Schiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung durch die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote sei. Die deutsche Regierung muß diese Behauptung mit Entschiedenheit zurückweisen. Auf eine ins einzelne gehende Zurückweisung glaubt sie indessen im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit verzichten zu sollen, zumal da die amerikanische Regierung es unterlassen hat, ihre Behauptung durch konkrete Angaben zu begründen. Die deutsche Regierung begnügt sich mit der Feststellung, daß sie, und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Interessen der Neutralen, in dem Gebrauch der Unterseebootwaffe sich weitgehende Beschränkungen auferlegt hat, obwohl diese Beschränkungen notwendigerweise auch den Feinden Deutschlands zugute kommen — eine Rücksicht, der die Neutralen bei England und seinen Verbündeten nicht begegnet sind.

In der Tat sind die deutschen Seestreitkräfte angewiesen, den Unterseebootkrieg nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen über die Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen zu führen, mit der einzigen Ausnahme des Handelskrieges gegen die im englischen Kriegsgebiet betroffenen feindlichen Frachtschiffe, deretwegen der Regierung der Vereinigten Staaten niemals, auch nicht durch die Erklärung vom 8. Februar dieses Jahres, eine Zusicherung gegeben worden ist. Einen Zweifel daran, daß die entsprechenden Befehle loyal gegeben worden sind und loyal ausgeführt werden, kann die deutsche Regierung niemandem gestatten. Irrtümer, wie sie tatsächlich vorgekommen sind, lassen sich bei keiner Art der Kriegführung ganz vermeiden und sind in dem Seekrieg gegen einen Feind, der sich aller erlaubten und unerlaubten Listen bedient, erklärlich. Aber auch abgesehen von Irrtümern birgt der Seekrieg genau wie der Landkrieg für neutrale Personen und Güter, die in den Bereich der Kämpfe gelangen, unvermeidliche Gefahren in sich. Selbst in Fällen, in

denen die Kampfhandlung sich lediglich in den Formen des Kreuzerkrieges abgespielt hat, sind wiederholt neutrale Personen und Güter zu Schaden gekommen. Auf die Minengefahr, der zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen sind, hat die deutsche Regierung wiederholt aufmerksam gemacht.

Die deutsche Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten mehrfach Vorschläge gemacht, die bestimmt waren, die unvermeidlichen Gefahren des Seekrieges für amerikanische Reisende und Güter auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Leider hat die Regierung der Vereinigten Staaten nicht geglaubt, auf diese Vorschläge eingehen zu sollen; anderenfalls würde sie dazu beigetragen haben, einen großen Teil der Unfälle zu verhindern, von denen inzwischen amerikanische Staatsangehörige betroffen worden sind. Die deutsche Regierung hält auch heute noch an ihrem Angebot fest, Vereinbarungen in dieser Richtung zu treffen.

Entsprechend den wiederholt von ihr abgegebenen Erklärungen kann die deutsche Regierung auf den Gebrauch der Unterseebootwaffe auch im Handelskrieg nicht verzichten. Wenn sie sich heute in der Anpassung der Methoden des Unterseebootkrieges an die Interessen der Neutralen zu einem weiteren Entgegenkommen entschließt, so sind für sie Gründe bestimmend, die sich über die Bedeutung der vorliegenden Streitfrage erheben.

Die deutsche Regierung mißt den hohen Geboten der Menschlichkeit keine geringere Bedeutung bei als die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie trägt auch voll Rechnung der langen gemeinwirtschaftlichen Arbeit der beiden Regierungen an einer von diesen Geboten geleiteten Ausgestaltung des Völkerrechts, deren Ziel stets die Beschränkung des Land- und Seekrieges auf die bewaffnete Macht der Kriegführenden und die tunlichste Sicherung der Nichtkämpfenden gegen die Grausamkeiten des Krieges gewesen ist.

Für sich allein würden jedoch diese Gesichtspunkte, so bedeutsam sie sind, für die deutsche Regierung bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht den Ausschlag geben können. Denn gegenüber dem Appell der Regierung der Vereinigten Staaten an die geheiligten Grundsätze der Menschlichkeit und des Völkerrechts muß die deutsche Regierung erneut und mit allem Nachdruck feststellen, daß es nicht die deutsche, sondern die britische Regierung gewesen ist, die diesen furchtbaren Krieg unter Mißachtung aller zwischen den Völkern vereinbarten Rechtsnormen auf Leben und Eigentum der Nichtkämpfer ausgedehnt hat, und zwar ohne jede Rücksicht auf die durch diese Art der Kriegführung schwer geschädigten Interessen und Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden. In der bittersten Notwehr gegen die rechtswidrige Kriegführung Englands, im Kampf um das Dasein des deutschen Volkes hat die deutsche Kriegführung zu dem harten, aber wirksamen Mittel des Unterseebootkrieges greifen müssen. Bei dieser Sachlage kann die deutsche Regierung nur erneut ihr Bedauern darüber aussprechen, daß die humanitären Gefühle der amerikanischen Regierung, die sich mit so großer Wärme den bedauernswerten Opfern des Unterseebootkrieges zuwenden, sich nicht mit der gleichen Wärme auch auf die vielen Millionen von Frauen und Kindern erstrecken, die nach der erklärten Absicht der englischen Regierung in den Hunger getrieben werden und durch ihre Hungerqualen die siegreichen Armeen der Zentralmächte zu schimpflicher Kapitulation zwingen sollen.

Die deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk hat für dieses ungleiche Empfinden um so weniger Verständnis, als sie zu wiederholten Malen sich ausdrücklich bereit erklärt hat, sich mit der Anwendung der Unterseebootwaffe streng an die vor dem Krieg anerkannten völkerrechtlichen Normen zu halten, falls England sich dazu bereit findet, diese Normen gleichfalls seiner Kriegführung zugrunde zu legen. Die verschiedenen Versuche der Regierung der Vereinigten Staaten, die großbritannische Regierung hierzu zu bestimmen, sind an der strikten Ablehnung der britischen Regierung gescheitert. England hat auch weiterhin Völkerrechtsbruch auf Völkerrechtsbruch gehäuft und in der Vergewaltigung der Neutralen jede Grenze überschritten. Seine letzte Maßnahme, die Erklärung deutscher Bunkerkohle als Bannware, verbunden mit den Bedingungen, zu denen allein englische Bunkerkohle an die Neutralen abgegeben wird, bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Tonnage der Neutralen durch unerhörte Erpressung unmittelbar in den Dienst des englischen Wirtschaftskrieges zu zwingen.

Das deutsche Volk weiß, daß es in der Hand der Regierung der Vereinigten Staaten liegt, den Krieg im Sinne der Menschlichkeit und des Völkerrechts auf die Streitkräfte der kämpfenden Staaten zu beschränken. Die amerikanische Regierung wäre dieses Erfolges sicher gewesen, wenn sie sich entschlossen hätte, ihre unbestreitbaren Rechte auf die Freiheit der Meere England gegenüber nachdrücklich geltend zu machen. So aber steht das deutsche Volk unter dem Eindruck, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Deutschland in dessen Existenzkampf die Beschränkung im Gebrauch einer wirksamen Waffe verlangt, und daß sie die Aufrechterhaltung ihrer Beziehungen zu Deutschland von der Erfüllung dieser Forderung abhängig macht, während sie sich gegenüber den völkerrechtswidrigen Methoden seiner Feinde mit Protesten begnügt. Auch ist dem deutschen Volke bekannt, in wie weitem Umfang unsere Feinde aus den Vereinigten Staaten mit Kriegsmitteln aller Art versehen werden.

Unter diesen Umständen wird es verstanden werden, daß die Anrufung des Völkerrechts und der Gefühle der Menschlichkeit im deutschen Volke nicht den vollen Widerhall finden kann, dessen ein solcher Appell hier unter anderen Verhältnissen stets sicher ist. Wenn die deutsche Regierung sich trotzdem zu einem äußersten Zugeständnis entschließt, so ist für sie entscheidend einmal die mehr als hundertjährige Freundschaft zwischen den beiden großen Völkern, sodann aber der Gedanke an das schwere Verhängnis, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedroht.

Das Bewußtsein der Stärke hat es der deutschen Regierung erlaubt, zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Bereitschaft zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden offen und vor aller Welt zu bekunden. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es nicht an ihr liegt, wenn den Völkern Europas der Friede noch länger vorenthalten bleibt. Mit um so stärkerer Berechtigung darf die deutsche Regierung aussprechen, daß es vor der Menschheit und der Geschichte nicht zu verantworten wäre, nach 21monatiger Kriegsdauer die über den Unterseebootkrieg entstandene Streitfrage eine den Frieden zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke ernstlich bedrohende Wendung nehmen zu lassen.

Einer solchen Entwicklung will die deutsche Regierung, soweit es an ihr liegt, vorbeugen. Sie will

gleichzeitig ein letztes dazu beitragen, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, ein Ziel, das die Freiheit der Meere einschließt und in dem sich die deutsche Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten auch heute noch einig glaubt.

Von diesem Gedanken geleitet, teilt die deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten.

In dem Daseinskampf, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm jedoch von den Neutralen nicht zugemutet werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer wirksamen Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn seinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine derartige Zumutung fernliegt; dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die verletzte Freiheit der Meere wiederherzustellen entschlossen sei.

Die deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolg führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließungen vorbehalten muß.

Antwortnote der Vereinigten Staaten.

Überreicht am 10. Mai 1916.

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der Kaiserlichen Regierung kundgibt, »daß sie ein letztes dazu beitragen will, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen«, und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seebefehlshabern die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebene Unterseepolitik ankündigte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohten, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung hinfort eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die hauptsächliche Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt, zu verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuangekündigten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegführenden Regierung abhänge, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. d. Mts. einer solchen Auslegung fähig sein könnten.

Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in geringstem Grad von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam, absolut, nicht relativ.

Die Einschränkungen, die sich Deutschland in der Verwendung seiner Kampfmittel zur See auferlegte, ließ die deutsche Regierung Ende Januar 1917 infolge der durch die Ablehnung des Friedensangebotes verschärften Lage fallen und führte vom 1. Februar an den uneingeschränkten U-Bootkrieg durch, den sie den neutralen Staaten durch nachstehende Denkschrift ankündigte.

Denkschrift der deutschen Regierung über Verschärfung des Unterseebootkrieges vom 31. Januar 1917.

Vom 1. Februar 1917 ab wird in den nachstehend bezeichneten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden. Solche Sperrgebiete sind:

a) im Norden ein Gebiet um England und Frankreich, das begrenzt wird durch eine Linie in 20 Seemeilen Abstand längs der holländischen Küste bis Terschelling-Feuerschiff, den Längengrad von Terschelling-Feuerschiff bis Udsire, eine Linie von dort über den Punkt 62 Grad Nord 0 (Null) Grad Länge nach 62 Grad Nord 5 Grad West, weiter zu einem Punkt 3 Seemeilen südlich der Südspitze der Färöer, von dort über 62 Grad Nord 10 Grad West nach 61 Grad Nord 15 Grad West, dann 57 Grad Nord 20 Grad West bis 47 Grad Nord 20 Grad West, weiter nach 45 Grad Nord 15 Grad West, dann auf

einem Breitengrad 43 Grad Nord entlang bis 20 Seemeilen von Kap Finisterre und in 20 Seemeilen Abstand entlang der spanischen Nordküste bis zur französischen Grenze;

b) im Süden das Mittelmeer; der neutralen Schiffahrt bleibt offen das Seegebiet westlich der Linie Pt. de l'Espiquette bis zu 38 Grad 20 Minuten Nord und 6 Grad Ost sowie nördlich und westlich eines 6 Seemeilen breiten Streifens längs der nordafrikanischen Küste, beginnend auf 2 Grad Westlänge.

Zur Verbindung dieses Seegebietes mit Griechenland führt ein 20 Seemeilen breiter Streifen nördlich bzw. östlich folgender Linie: 38 Grad Nord und 6 Grad Ost nach 38 Grad Nord und 10 Grad Ost nach 37 Grad Nord und 11 Grad 30 Minuten Ost nach 34 Grad Nord und 11 Grad 30 Minuten Ost nach 34 Grad Nord und 22 Grad 30 Minuten Ost.

Von hier führt ein 20 Seemeilen breiter Streifen westlich 22 Grad 30 Minuten Ostlänge in die griechischen Hoheitsgewässer.

Neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, tun dies auf eigene Gefahr. Wenn auch Vorsorge getroffen ist, daß neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete sind, während einer angemessenen Frist geschont werden, so ist doch dringend anzuraten, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgeleitet werden.

Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete verlassen, wenn sie vor dem 5. Februar auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Der Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer kann unbehelligt weitergehen, wenn

a) Falmouth als Zielhafen genommen wird;

b) auf dem Hin- und Rückwege die Scillys sowie ein Punkt 50 Grad Nord 20 Grad West angesteuert wird. Auf diesem Wege werden keine deutschen Minen gelegt werden;

c) die Dampfer folgende besondere, in den amerikanischen Häfen ihnen allein gestattete Abzeichen führen: Anstrich des Schiffsrumpfes und der Aufbauten, 3 m breite Vertikalstreifen, abwechselnd weiß und rot. In jedem Mast eine große weiß- und rotkarierte Flagge, am Heck amerikanische Nationalflagge. Bei Dunkelheit müssen Nationalflagge und Anstrich der Schiffe nach Möglichkeit gut erkennbar und die Schiffe durchweg hell erleuchtet sein;

d) ein Dampfer wöchentlich in jeder Richtung geht, dessen Ankunft in Falmouth Sonntags, Abfahrt aus Falmouth Mittwochs erfolgt;

e) Garantie der amerikanischen Regierung gegeben wird, daß diese Dampfer keine Bannware (nach deutschen Bannwarenlisten) mit sich führen.

Karten, in welchen die Sperrgebiete eingezeichnet sind, sind in je zwei Exemplaren beigefügt.

Den Regierungen der anderen neutralen Staaten sind entsprechende Noten übermittelt worden.

An demselben Tage wurde der amerikanischen Regierung gleichzeitig mit der Denkschrift folgende Note übermittelt:

Deutsche Note an die Vereinigten Staaten.

Ew. Exzellenz[1] haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. d. Mts. von der Botschaft Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den amerikanischen Senat gerichtet hat. Die Kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Botschaft[1] mit der ernsten Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, die den von hohem Verantwortlichkeitsgefühle getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zukommt. Es gereicht mir zu großer Genugtuung, festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutsamen Kundgebung in weitem Umfange mit den Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennt. Hierzu gehört an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen; in Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es aufrichtig begrüßen, wenn Völker wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangten. Bündnisse, welche die Völker in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine friedliche Mitarbeit allen Bemühungen gesichert, die für die Verhütung künftiger Kriege abzielen. Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Bestand und den friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handelsverkehr aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört. Um so tiefer beklagt es die Kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen. Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, und hatten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker bezeichnet. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916[2] ausdrücklich betonten, nicht auf die Zerschmetterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Überzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar.

Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmherziger Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen vorher erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absichten gelegen hat. Deutschland wollte in dem mit Belgien zu schließenden Frieden lediglich Vorsorge dafür treffen, daß dieses Land, mit dem die Kaiserliche Regierung in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von den Gegnern nicht zur Förderung feindlicher Anschläge ausgenutzt werden kann. Solche Vorsorge ist um so dringender geboten, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und namentlich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz unverhüllt die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland auch nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, sondern vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen. An der Eroberungssucht der Gegner, die den Frieden diktieren wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstückeln und zu entehren. Dem Versöhnungswunsche stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs äußerste. So ist eine Sachlage entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt.

[1] Der amerikanische Botschafter in Berlin.

[1] Siehe S. 172. — [2] Siehe S. 164.

Seit 2½ Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuche, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu bringen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechts unterbindet die von England geführte Mächtegruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharrt bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um des Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden.

So häuft britische Herrschsucht kalten Herzens die Leiden der Welt, unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Proteste der schwer geschädigten Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen. Jeder Tag, den das furchtbare Ringen andauert, bringt neue Verwüstungen, neue Not und neuen Tod. Jeder Tag, um den der Krieg abgekürzt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferer Kämpfer das Leben und ist eine Wohltat für die gepeinigte Menschheit. Die Kaiserliche Regierung würde es vor ihrem eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte sie gehofft, dieses Ziel durch Verhandlungen zu erreichen. Nachdem der Versuch zur Verständigung von ihren Gegnern mit verschärfter Kampfansage beantwortet worden ist, muß die Kaiserliche Regierung, wenn sie in höherem Sinne der Menschheit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem aufgedrungenen Kampf ums Dasein nunmehr unter voller Einsetzung aller Waffen fortführen. Sie muß daher auch die Beschränkungen fallen lassen, die sie sich bisher in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt hat. Im Vertrauen darauf, daß das amerikanische Volk und seine Regierung sich den Gründen dieses Entschlusses und seiner Notwendigkeit nicht verschließen werden, hofft die Kaiserliche Regierung, daß die Vereinigten Staaten die neue Sachlage von der hohen Warte der Unparteilichkeit würdigen und auch an ihrem Teile mithelfen werden, weiteres Elend und vermeidbares Opfer an Menschenleben zu verhüten.

Indem ich wegen der Einzelheiten der geplanten Kriegsmaßnahmen zur See auf die anliegende Denkschrift[1] Bezug nehmen darf, darf ich gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß die amerikanische Regierung amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in die in der Anlage beschriebenen Sperrgebiete und ihre Staatsangehörigen davor warnen wird, den mit Häfen des Sperrgebiets verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

gez. Zimmermann.

[1] Siehe S. 162.

B. Das Friedensangebot des Vierbundes vom 12. Dezember 1916.

Die bereits im Oktober 1916 von der österreichisch-ungarischen Regierung gegebene Anregung zu einem Friedensangebot fand ihren Widerhall in folgendem Briefe Kaiser Wilhelms an den deutschen Reichskanzler:

Neues Palais, 31. Oktober 1916.

Mein lieber Bethmann! Unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Es ist klar, die in Kriegspsychose befangenen, von Lug und Trug im Wahne des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die imstande wären, die den moralischen Mut besäßen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutralen — von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen. Legen Sie mir bald die Noten vor und machen Sie alles bereit. gez. Wilhelm I. R.

Wortlaut des Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916.

Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zweieinhalb Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihrer wertvollsten Errungenschaft. Sie droht den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen.

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschüttert halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm auf dem Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zu der Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.

Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, den Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen

Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.

Aufruf Kaiser Wilhelms an Heer und Flotte.

Dem Heere wurde von dem Friedensangebot am 12. Dezember 1916 durch folgende kaiserliche Order Kenntnis gegeben:

Soldaten! In dem Gefühl des Sieges, den Ihr durch Eure Tapferkeit errungen habt, haben Ich und die Herrscher der treuverbündeten Staaten dem Feinde ein Friedensangebot gemacht.

Ob das damit verbundene Ziel erreicht wird, bleibt dahingestellt.

Ihr habt weiterhin mit Gottes Hilfe dem Feinde standzuhalten und ihn zu schlagen.

Großes Hauptquartier. Wilhelm I. R.

An das deutsche Heer.

Vorstehende Kundgebung wurde auch an die Kaiserliche Marine gerichtet mit dem Zusatz:

Diese Order richtet sich auch an Meine Marine, die alle ihre Kräfte treu und wirkungsvoll eingesetzt hat in dem gemeinsamen Kampfe. Wilhelm I. R.

Die deutsche Note an den Papst.

Am gleichen Tage teilte die deutsche Regierung dem Papst durch den Gesandten v. Mühlberg in nachstehender, an den Kardinal-Staatssekretär Gasparri gerichteten Note das Friedensangebot mit:

Erhaltenem Auftrage gemäß beehre ich mich, Eurer Eminenz anbei Abschrift einer Erklärung zu übersenden, welche die Kaiserliche Regierung heute an die Regierungen derjenigen Staaten, mit denen sich das Deutsche Reich im Kriegszustande befindet, durch Vermittlung der mit dem Schutze der deutschen Interessen in jenen Ländern betrauten Mächte gelangen läßt. Die K. u. K. österreichisch-ungarische, die Kaiserlich ottomanische und die Königlich bulgarische Regierung haben ihre Bereitwilligkeit zum Eintritte in Friedensverhandlungen in gleicher Weise zum Ausdrucke gebracht. Die Gründe, die Deutschland und seine Verbündeten zu diesem Schritte bewogen haben, sind offenkundig. Seit zweieinhalb Jahren verwüstet der Krieg den europäischen Kontinent. Unendliche Kulturwerte sind vernichtet; weite Flächen mit Blut getränkt. Millionen tapferer Krieger sind im Kampfe gefallen, Millionen kehren in schwerem Siechtum in die Heimat zurück. Schmerz und Trauer erfüllen fast jedes Haus. Nicht bei den Kriegführenden allein, sondern auch bei den Neutralen lasten die verheerenden Folgen des gewaltigen Ringens schwer auf den Völkern. Handel und Wandel, mühsam in den Jahren des Friedens aufgebaut, liegen danieder. Die besten Kräfte der Völker sind der Beschaffung nutzbringender Werte entzogen. Europa, der Ausbreitung von Religion und Kultur, der Lösung sozialer Probleme gewidmet, eine Stätte für Wissenschaft und Kunst und für jede friedliche Arbeit, gleicht einem einzigen Kriegslager, in dem die Errungenschaften und die Arbeiten vieler Jahrzehnte der Vernichtung entgegengehen.

Deutschland führt einen Verteidigungskrieg gegen die Vernichtungsarbeit seiner Feinde. Es kämpft für die reale Sicherheit seiner Grenzen, für die Freiheit seines Volkes, für dessen Anspruch, ungehemmt und gleichberechtigt mit allen anderen Staaten seine geistigen und wirtschaftlichen Kräfte im friedlichen Wettbewerb frei zu entfalten. Immer offenkundiger haben unsere Feinde ihre Eroberungspläne enthüllt. Aber unerschüttert stehen die ruhmreichen Heere der Verbündeten schützend vor den Grenzen ihrer Heimatländer, erfüllt und getragen von dem Bewußtsein, daß es dem Gegner niemals gelingen wird, den ehernen Wall zu durchbrechen. Hinter sich wissen die Kampfreihen das gesamte Volk, in hingebender Vaterlandsliebe entschlossen, seine geistigen und wirtschaftlichen Güter, seine soziale Organisation, jeden Zoll des heimatlichen Bodens bis zum letzten zu verteidigen. Voller Kraftgefühl, aber auch voll Verständnis für Europas düstere Zukunft bei längerer Dauer des Krieges und voll Mitempfinden für das namenlose Elend und den Jammer der menschlichen Gemeinschaft wiederholt daher das Deutsche Reich im Verein mit seinen Bundesgenossen in feierlicher Form die schon vor Jahresfrist durch den Mund des Reichskanzlers ausgesprochene Bereitwilligkeit, der Menschheit den Frieden wiederzugeben, indem es an die Welt die Frage stellt, ob sich nicht eine Grundlage der Verständigung finden läßt.

Seine Heiligkeit der Papst hat vom ersten Tage seines Pontifikats an den zahllosen Opfern des Krieges seine teilnehmende Fürsorge in reichstem Maße angedeihen lassen. Schwere Wunden sind durch ihn gelindert, die Geschicke Tausender von der Katastrophe Betroffener erträglicher gestaltet worden. Gemäß dem Geiste seines hohen Amtes hat Seine Heiligkeit auch jede Gelegenheit wahrgenommen, im Interesse der leidenden Menschheit auf eine Beendigung des blutigen Ringens hinzuwirken. Die Kaiserliche Regierung glaubt sich daher der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Initiative der vier Mächte einen wohlwollenden Widerhall bei Seiner Heiligkeit finden wird und daß ihr Friedenswerk auf die wertvolle Unterstützung des apostolischen Stuhles rechnen darf.

Die Note der Vereinigten Staaten.

Am 21. Dezember 1916 läßt Wilson durch den Geschäftsträger Grew dem Staatssekretär des Äußern Zimmermann folgende Note überreichen:

Euerer Exzellenz beehre ich mich mitzuteilen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mir die Weisung gab, durch Vermittlung Euerer Exzellenz bei der Kaiserlich deutschen Regierung ein Verfahren mit Bezug auf den gegenwärtigen Krieg in Anregung zu bringen. Der Präsident hofft, daß die Kaiserlich deutsche Regierung es in Erwägung ziehen werde als eine Anregung, die in freundschaftlichster Gesinnung gemacht ist, und zwar nicht nur von einem Freunde, sondern zugleich von einem Vertreter einer neutralen Nation, deren Interessen durch den Krieg ernstlichst in Mitleidenschaft gezogen worden sind und deren Interesse an einer baldigen Beendigung des Krieges sich daraus ergibt, daß sie offenkundig genötigt wäre, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte.

Der Präsident hat sich schon lange mit dem Gedanken getragen, einen Vorschlag, den ich die Weisung habe zu übermitteln, zu machen. Er macht ihn im

gegenwärtigen Augenblicke nicht ohne eine gewisse Verlegenheit, weil es jetzt den Anschein erwecken könnte, als sei er angeregt von dem Wunsche, im Zusammenhang mit dem jüngsten Vorschlag der Zentralmächte eine Rolle zu spielen. Tatsächlich ist der ursprüngliche Gedanke des Präsidenten in keiner Weise auf diese Schritte zurückzuführen, und der Präsident hätte mit seinem Vorschlag gewartet, bis diese Vorschläge unabhängig davon beantwortet worden wären, wenn seine Anregung nicht auch die Frage des Friedens beträfe, die am besten im Zusammenhang mit den anderen dahinzielenden Vorschlägen erörtert wird. Der Präsident bittet nur, daß seine Anregung allein nach ihrem eigenen Wert und so beurteilt werde, als wäre sie unter anderen Verhältnissen gemacht worden.

Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, **von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte**, und über die Vorkehrungen, die gegen eine Wiederholung des Krieges oder Entfachung irgendeines ähnlichen Konfliktes in Zukunft eine zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit biete, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er ist gerne bereit, zur Erreichung dieses Zweckes in jeder annehmbaren Weise seinerseits dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen. Er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Der Präsident nimmt sich die Freiheit, darauf hinzuweisen, daß die Ziele, die die Staatsmänner beider kriegführender Parteien in diesem Kampfe im Auge haben, dem Wesen nach die gleichen sind. Sie haben sie ja in allgemeinen Worten ihren eigenen Völkern und der Welt kundgegeben. Beide Parteien wünschen für die Zukunft die Rechte und Freiheiten schwacher Völker und kleiner Staaten ebenso gegen eine Unterdrückung oder Verneinung gesichert zu sehen wie die Rechte und Freiheiten der großen und mächtigen Staaten, die jetzt Krieg führen. Jeder wünscht sich neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft gesichert zu sehen gegen eine Wiederholung eines Krieges wie des gegenwärtigen, sowie gegen Angriffe und eigennützige Störungen jeder Art. Jeder glaubt, der Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter wachsendem Argwohn ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würde, mit Mißtrauen entgegensehen zu sollen. Aber jeder ist bereit, die Bildung einer Liga von Nationen in Erwägung zu ziehen, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet.

Ehe jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem gegenwärtigen Krieg verknüpften Fragen unter den Bedingungen zu lösen, die Unabhängigkeit, territoriale Integrität sowie politische und wirtschaftliche Freiheit der am Kriege beteiligten Nationen sicherlich gewährleisten.

Volk und Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Maßnahmen, die in Zukunft den Frieden der Welt sicherstellen sollen, ein ebenso dringendes unmittelbares Interesse wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen; ihr Interesse an den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die kleineren, schwächeren Völker der Welt vor den Gefahren der Zufügung eines Unrechtes und der Vergewaltigung zu schützen, ist ebenso lebhaft und brennend wie das irgendeines anderen Volkes oder einer anderen Regierung. Das amerikanische Volk und die Regierung sind bereit, ja, sie sehnen sich danach, nach Beendigung des Krieges bei der Erreichung dieses Zieles mit allem ihnen zu Gebote stehenden Einfluß und Mitteln mitzuwirken. Aber der Krieg muß erst beendet sein. Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendigt werden soll. Aber der Präsident sieht es als sein Recht und seine Pflicht an, das Interesse der Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges darzutun, damit es nicht einst zu spät ist, die großen Ziele, die sich nach Beendigung des Krieges auftun, zu erreichen, damit nicht die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äußerst schwer zu ertragen ist, ganz unerträglich wird, damit vor allem nicht die Zivilisation einen nicht zu rechtfertigenden, nicht wieder gutzumachenden Schaden erleidet.

Der Präsident fühlt sich daher durchaus gerechtfertigt, wenn er eine alsbaldige Gelegenheit zum Meinungsaustausch über die Bedingungen anregt, die schließlichen Vereinbarungen für den Weltfrieden vorangehen müssen, die jedermann wünscht und bei denen die neutralen Staaten ebenso wie die kriegführenden bereit sind, in vollverantwortlicher Weise mitzuwirken.

Wenn der Kampf bis zum unabsehbaren Ende durch langsame Aufreibung fortdauern soll, bis die eine oder die andere Gruppe der Kriegführenden erschöpft ist, wenn Millionen und aber Millionen Menschenleben weiter geopfert werden sollen, bis auf der einen oder anderen Seite nichts mehr zu opfern ist, wenn eine Erbitterung angefacht werden soll, die niemals abkühlen kann, und eine Verzweiflung erzeugt wird, von der sich niemand erholen kann, dann werden die Hoffnungen auf den Frieden und ein freiwilliges Zusammenarbeiten freier Völker null und nichtig. Das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Teil der großen Familie der Menschheit hat die Last und den Schrecken dieses noch nie dagewesenen Waffenganges gespürt. Keine Nation in der zivilisierten Welt kann tatsächlich als außerhalb seines Einflusses stehend oder als gegen seine störenden Wirkungen gesichert erachtet werden.

Doch die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, sind niemals endgültig festgestellt worden. Die Führer der verschiedenen kriegführenden Mächte haben, wie gesagt, diese Ziele in allgemeinen Wendungen aufgestellt. Aber in allgemeinen Ausdrücken gehalten scheinen sie die gleichen auf beiden Seiten. Bisher haben die verantwortlichen Wortführer auf beiden Seiten noch kein einziges Mal die genauen Ziele angegeben, die, wenn sie erreicht würden, sie und ihre Völker so zufriedenstellen würden, daß der Krieg nun auch wirklich zu Ende gefochten wäre. Der Welt ist es überlassen, zu vermuten, welche endgültigen Erlebnisse, welcher tatsächliche Austausch von Garantien, welche politischen oder territorialen Veränderungen oder Verschiebungen, ja selbst welches Stadium des militärischen Erfolges den Krieg zu Ende bringen würde.

Vielleicht ist der Friede näher, als wir glauben. Vielleicht sind die Bedingungen, auf denen die beiden kriegführenden Parteien es für nötig halten zu bestehen, nicht so unvereinbar, wie manche fürchten; vielleicht könnte ein Meinungsaustausch wenigstens den

Weg zu einer Konferenz ebnen, vielleicht könnte so die nächste Zukunft auf ein dauerndes Einvernehmen der Nationen hoffen und sich ein Zusammengehen der Nationen alsbald verwirklichen.

Der Präsident schlägt keinen Frieden vor, er bietet nicht einmal seine Vermittlung an. Er regt nur an, daß man sondiere, damit die neutralen und die kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag, nach welchem die ganze Menschheit mit heißem, wachsendem Begehren sich sehnt. Der Präsident glaubt, daß der Geist, in dem er spricht, und die Ziele, die er erstrebt, von allen Beteiligten verstanden werden. Er hofft und vertraut auf eine Antwort, die ein neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen wird.

In gleichlautenden Noten wurden Österreich-Ungarn und die feindlichen Mächte um Bekanntgabe ihrer Ansichten über Friedensbedingungen ersucht, worauf die Mittelmächte am 26. Dezember 1916 den baldigen Zusammentritt von Vertretern der kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorschlugen.

Die Ablehnung des Friedensangebotes durch die Entente-Staaten.

Dem amerikanischen Botschafter in Paris Sharp vom französischen Ministerpräsidenten Briand am 30. Dez. 1916 überreicht.

Die verbündeten Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Montenegros, Portugals, Rumäniens, Rußlands und Serbiens, vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völker und treu der eingegangenen Verpflichtung, nicht vereinzelt die Waffen niederzulegen, haben beschlossen, gemeinsam auf die angeblichen Friedensvorschläge zu antworten, die ihnen seitens der feindlichen Regierungen durch Vermittlung der Vereinigten Staaten, Spaniens, der Schweiz und der Niederlande übergeben worden sind.

Vor jeder Antwort legen die alliierten Mächte Gewicht darauf, gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten lauten Einspruch zu erheben, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abwälzen will und die den Sieg der Zentralmächte verkündete. Die Alliierten können diese doppelt unrichtige Behauptung nicht zulassen, die genügt, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen.

Die alliierten Nationen ertragen seit 30 Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben, sie haben durch Taten ihre Anhänglichkeit an den Frieden nachgewiesen. Diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914; nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden.

Eine Anregung ohne Bedingungen für Eröffnung von Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Der angebliche Vorschlag, der jeden greifbaren Inhaltes und jeder Genauigkeit entbehrend durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot denn als ein Kriegsmanöver. Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.

Für die **Vergangenheit** übersieht die deutsche Note die Tatsachen, die Daten und die Zahlen, die feststellen, daß der Krieg gewollt, hervorgerufen und erklärt worden ist durch Deutschland und Österreich-Ungarn. Im Haag war es der deutsche Vertreter, der jeden Vorschlag der Abrüstung ablehnte; im Juli 1914 war es Österreich-Ungarn, das, nachdem es an Serbien ein beispielloses Ultimatum gerichtet hatte, diesem den Krieg erklärte, trotz der sofort erlangten Genugtuung. Die Mittelmächte haben darauf alle Versuche zurückgewiesen, die von der Entente gemacht wurden, um einem örtlichen Streit eine friedliche Lösung zu verschaffen. Das Konferenzangebot Englands, der französische Vorschlag eines internationalen Ausschusses, die Bitte des Kaisers von Rußland an den Deutschen Kaiser um ein Schiedsgericht, das zwischen Rußland und Österreich-Ungarn am Vorabend des Konfliktes zustande gekommene Einvernehmen (entente) — alle Anstrengungen sind von Deutschland ohne Antwort oder ohne Folge gelassen worden. Belgien wurde durch ein Reich überfallen, das seine Neutralität gewährleistet hatte und das sich nicht scheute, selbst zu erklären, daß Verträge »Fetzen Papier« wären und daß »Not kein Gebot« kennt.

Für die **Gegenwart** stützt sich das angebliche Angebot Deutschlands auf eine ausschließlich europäische »Kriegskarte«, die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern zum Vorteil gereichen, die geglaubt hatten, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können und nun nach zwei Jahren merken, daß sie es niemals erreichen werden.

Für die **Zukunft** verlangen die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwüstungen, die unzähligen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Wiedergutmachungen und Bürgschaften (sanctions, reparations, garanties). Deutschland weicht listig dem einen wie dem anderen aus.

In Wirklichkeit ist die durch die Zentralmächte gemachte Eröffnung weiter nichts als ein wohlberechneter Versuch, auf die Entwicklung des Krieges einzuwirken und zum Schlusse einen deutschen Frieden aufzunötigen. Sie beabsichtigt, die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern zu verwirren. Diese Meinung hat aber trotz aller Opfer, denen sie zugestimmt, schon mit bewundernswerter Festigkeit geantwortet und die Hohlheit der feindlichen Erklärung ins Licht gestellt. Sie will die öffentliche Meinung Deutschlands und seiner Verbündeten stärken, die schon schwer geprüft sind durch ihre Verluste, zermürbt durch die wirtschaftliche Not und zusammengebrochen unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird. Sie sucht die öffentliche Meinung der neutralen Länder zu täuschen und einzuschüchtern, die sich schon seit langem über die ursprüngliche Verantwortlichkeit ein Urteil gebildet hat, die sich über die gegenwärtige Verantwortung klar ist und die zu hell sieht, um die Pläne Deutschlands zu begünstigen, indem sie die Verteidigung der menschlichen Freiheiten preisgibt. Sie versucht endlich, vor den Augen der Welt im voraus neue Verbrechen zu rechtfertigen: Unterseebootkrieg, Deportationen, Zwangsarbeit und gewaltsame Aushebung von Staatsangehörigen gegen ihr eigenes Land, Neutralitätsverletzung.

In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeiten der Stunde **lehnen es die alliierten Regierungen**, die unter sich eng verbunden und in voller Übereinstimmung mit ihren Völkern

sind, ab, sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen.

Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange nicht Gewähr besteht für die Wiederherstellung (reparation) der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten, solange nicht eine Regelung sicher ist, die geeignet ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die so lange die Völker bedroht haben, und die einzig wirksamen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben.

Die alliierten Mächte halten darauf, zum Schluß die folgenden Betrachtungen anzustellen, die die eigentümliche Lage hervorheben sollen, in der sich Belgien nach zweieinhalbjährigem Kriege befindet. Kraft der durch fünf Großmächte Europas, unter denen sich auch Deutschland befand, unterzeichneten Verträge erfreute sich Belgien vor dem Kriege einer besonderen Satzung, die sein Gebiet unverletzlich machte und es selbst unter die Garantie dieser Mächte stellte, in Sicherheit vor den europäischen Konflikten. Gleichwohl hat Belgien in Mißachtung dieser Verträge den ersten Angriff Deutschlands über sich ergehen lassen müssen. Deshalb hält es die belgische Regierung für notwendig, genau den Zweck auseinanderzusetzen, weshalb Belgien niemals aufgehört hat, in den Kampf an der Seite der Ententemächte für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit einzutreten.

Belgien hat immer peinlich die Pflichten beobachtet, die ihm seine Neutralität auferlegt. Es hat zu den Waffen gegriffen, um seine Unabhängigkeit und seine Neutralität zu verteidigen, die durch Deutschland verletzt worden sind, und um seinen internationalen Verpflichtungen treu zu bleiben. Am 4. August hat der Reichskanzler im Reichstag anerkannt, daß dieser Angriff ein Unrecht gegen das Völkerrecht sei, und hat sich im Namen Deutschlands verpflichtet, es wieder gutzumachen.

Seit zweieinhalb Jahren hat sich diese Ungerechtigkeit grausam verschärft durch die Kriegsmaßnahmen und eine Besetzung, welche die Hilfsmittel des Landes erschöpft, seine Industrien zugrunde gerichtet, seine Städte und Dörfer zerstört und die Niedermetzelungen, die Hinrichtungen und Einkerkerungen gehäuft haben. Und in dem Augenblick, in dem Deutschland zur Welt von Frieden und von Menschlichkeit spricht, führt es belgische Bürger zu Tausenden weg und bringt sie in Sklaverei.

Belgien hat vor dem Krieg nur danach gestrebt, in gutem Einvernehmen mit allen seinen Nachbarn zu leben. Sein König und seine Regierung haben nur ein Ziel: die Wiederherstellung des Friedens und des Rechtes. Aber sie wollen nur einen Frieden haben, der ihrem Lande berechtigte Wiedergutmachungen (reparations), Garantien und Sicherheiten für die Zukunft verbürgen würde.

Aufrufe Kaiser Wilhelms.

Die Ablehnung beantwortete Kaiser Wilhelm durch folgenden Erlaß an Heer und Flotte:

An Mein Heer und Meine Marine!

Im Verein mit den Mir verbündeten Herrschern hatte Ich Unseren Feinden vorgeschlagen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Feinde haben Meinen Vorschlag abgelehnt. Ihr Machthunger will Deutschlands Vernichtung.

Der Krieg nimmt seinen Fortgang!

Vor Gott und der Menschheit fällt den feindlichen Regierungen allein die schwere Verantwortung für alle weiteren furchtbaren Opfer zu, die Mein Wille Euch hat ersparen wollen.

In der gerechten Empörung über der Feinde anmaßenden Frevel, in dem Willen, unsere heiligsten Güter zu verteidigen und dem Vaterlande eine glückliche Zukunft zu sichern, werdet Ihr zu Stahl werden.

Unsere Feinde haben die von Mir angebotene Verständigung nicht gewollt. Mit Gottes Hilfe werden unsere Waffen sie dazu zwingen.

Großes Hauptquartier, den 5. Januar 1917.

Wilhelm I. R.

Diesem folgte am 12. Januar der Aufruf:

An das deutsche Volk!

Unsere Feinde haben die Maske fallen lassen.

Erst haben sie mit Hohn und heuchlerischen Worten von Freiheitsliebe und Menschlichkeit unser ehrliches Friedensangebot zurückgewiesen. In ihrer Antwort an die Vereinigten Staaten haben sie sich jetzt darüber hinaus zu einer Eroberungssucht bekannt, deren Schändlichkeit durch ihre verleumderische Begründung noch gesteigert wird.

Ihr Ziel ist die Niederwerfung Deutschlands, die Zerstückelung der mit uns verbündeten Mächte und die Knechtung der Freiheit Europas und der Meere unter dasselbe Joch, das zähneknirschend jetzt Griechenland trägt.

Aber was sie in dreißig Monaten des blutigsten Kampfes und des gewissenlosesten Wirtschaftskrieges nicht erreichen konnten, das werden sie auch in aller Zukunft nicht vollbringen. Unsere glorreichen Siege und die eherne Willenskraft, mit der unser kämpfendes Volk vor dem Feind und daheim jedwede Mühsal und Not des Krieges getragen hat, bürgen dafür, daß unser geliebtes Vaterland auch fernerhin nichts zu fürchten hat. Hellflammende Entrüstung und heiliger Zorn werden jedes deutschen Mannes und Weibes Kraft verdoppeln, gleichviel, ob sie dem Kampf, der Arbeit oder dem opferbereiten Dulden geweiht ist.

Der Gott, der diesen herrlichen Geist der Freiheit in unseres tapferen Volkes Herz gepflanzt hat, wird uns und unseren treuen, sturmerprobten Verbündeten auch den vollen Sieg über alle feindliche Machtgier und Vernichtungswut geben.

Wilhelm I. R.

Deutsche und österreichisch-ungarische Antwortnote vom 11. Januar 1917 an die Neutralen auf die Ablehnung des Angebotes durch die feindlichen Staaten.

Die deutsche Note lautete:

Die Kaiserliche Regierung hat durch Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, der Königlich spanischen Regierung und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Antwort ihrer Gegner auf die Note vom 12. Dezember erhalten, in der Deutschland im Einklang mit seinen Verbündeten den alsbaldigen Eintritt in Friedensverhandlungen vorschlug.

Die Gegner lehnen diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß es ein Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei. Die Form, in die sie ihre Mitteilung kleiden, schließt eine Antwort an sie aus. Die Kaiserliche Regierung legt aber Wert dar-

auf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung über die Sachlage zu kennzeichnen.

Die Mittelmächte haben keinen Anlaß, erneut auf Auseinandersetzungen über den Ursprung des Weltkrieges einzugehen. Die Geschichte wird urteilen, wen die ungeheure Schuld an dem Kriege trifft. Ihr Wahrspruch wird ebensowenig über die Einkreisungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs, das Streben Rußlands nach Konstantinopel hinweggehen wie über die Aufwiegelung Serbiens, den Mord in Sarajevo und die Gesamtmobilmachung Rußlands, die den Krieg gegen Deutschland bedeutete.

Deutschland und seine Verbündeten, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Daseins zu den Waffen greifen mußten, betrachten dieses ihr Kriegsziel als erreicht. Dagegen haben die feindlichen Mächte sich immer weiter von der Verwirklichung ihrer Pläne entfernt, die nach den Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner unter anderem auf die Eroberung Elsaß-Lothringens und mehrerer preußischer Provinzen, die Erniedrigung und Verminderung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Aufteilung der Türkei und die Verstümmelung Bulgariens gerichtet sind. Angesichts solcher Kriegsziele wirkt das Verlangen nach Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaft im Munde der Gegner überraschend.

Die Gegner bezeichnen den Friedensvorschlag der vier verbündeten Mächte als Kriegsmanöver. Deutschland und seine Bundesgenossen müssen auf das nachdrücklichste Verwahrung dagegen einlegen, daß ihre Beweggründe, die sie offen dargelegt haben, auf diese Weise gefälscht werden. Ihre Überzeugung war, daß ein gerechter und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede möglich sei, daß er durch unmittelbaren mündlichen Gedankenaustausch herbeigeführt werden könne, und daß deshalb weiteres Blutvergießen nicht zu verantworten sei. Die ohne Vorbehalt ausgesprochene Bereitschaft, beim Eintritt in die Verhandlungen ihre Friedensvorschläge bekanntzugeben, widerlegt jeden Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Die Gegner, in deren Hand es lag, das Angebot auf seinen Gehalt zu prüfen, haben weder die Prüfung versucht noch Gegenvorschläge gemacht. Statt dessen erklären sie einen Frieden für unmöglich, solange nicht die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten gewährleistet sei. Die Aufrichtigkeit, die der Gegner dem Vorschlag der vier verbündeten Mächte abspricht, wird die Welt diesen Forderungen nicht zubilligen können, wenn sie sich das Geschick des irischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepubliken, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien, die Unterdrückung der russischen Fremdvölker und schließlich die ohne Vorgang in der Geschichte dastehende Vergewaltigung Griechenlands vor Augen hält.

Auch über die angeblichen Völkerrechtsverletzungen der vier Verbündeten sind diejenigen Mächte nicht befugt, Beschwerde zu führen, die von Beginn des Krieges an das Recht mit Füßen getreten und die Verträge, auf denen es beruht, zerrissen haben. England sagte sich schon in den ersten Wochen des Krieges von der Londoner Deklaration los, deren Inhalt seine eigenen Delegierten als geltendes Völkerrecht anerkannt hatten, und verletzte im weiteren Verlauf des Krieges auch die Pariser Deklaration aufs schwerste, so daß durch seine willkürlichen Maßregeln für die Kriegführung zur See der Zustand der Rechtlosigkeit eintrat. Der Aushungerungskrieg gegen Deutschland und der in Englands Interesse ausgeübte Druck auf die Neutralen steht mit den Regeln des Völkerrechts nicht minder in schreiendem Widerspruch als mit den Geboten der Menschlichkeit.

Ebenso völkerrechtswidrig und mit den Grundsätzen der Zivilisation unvereinbar ist die Verwendung farbiger Truppen in Europa und das Hineintragen des Krieges nach Afrika, das unter Bruch bestehender Verträge erfolgt ist und das Ansehen der weißen Rasse in diesem Weltteil untergräbt. Die unmenschliche Behandlung der Gefangenen besonders in Afrika und in Rußland, die Verschleppung der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, Galizien und der Bukowina sind weitere Beweise, wie die Gegner Recht und Kultur achten.

Am Schluß ihrer Note vom 30. Dezember verweisen die Gegner auf die besondere Lage Belgiens (s. S. 168). Die Kaiserliche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß die belgische Regierung immer die Pflichten beachtet hat, die ihr ihre Neutralität auferlegte. Schon vor dem Kriege hat Belgien unter der Einwirkung Englands sich militärisch an England und Frankreich angelehnt und damit den Geist der Verträge selbst verletzt, die seine Unabhängigkeit und seine Neutralität sicherstellen sollten. Zweimal hat die Kaiserliche Regierung der belgischen Regierung erklärt, daß sie nicht als Feind nach Belgien komme, und sie gebeten, dem Lande die Schrecken des Krieges zu ersparen. Sie hat sich für diesen Fall erboten, Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs im vollen Umfange zu garantieren und allen Schaden zu ersetzen, der durch den Durchzug der deutschen Truppen verursacht werden könne. Es ist bekannt, daß die Königlich großbritannische Regierung im Jahre 1887 entschlossen war, sich der Inanspruchnahme eines Wegerechts durch Belgien unter diesen Voraussetzungen nicht zu widersetzen. Die belgische Regierung hat das wiederholte Anerbieten der Kaiserlichen Regierung abgelehnt. Auf sie und diejenigen Mächte, die sie zu dieser Haltung verführt haben, fällt die Verantwortung für das Schicksal, das Belgien betroffen hat. Die Anschuldigungen wegen der deutschen Kriegführung in Belgien und die dort im Interesse der militärischen Sicherheit getroffenen Maßnahmen hat die Kaiserliche Regierung wiederholt als unwahr zurückgewiesen. Sie legt erneut energische Verwahrung gegen diese Verleumdungen ein.

Deutschland und seine Bundesgenossen haben einen ehrlichen Versuch gemacht, den Krieg zu beendigen und eine Verständigung der Kämpfenden anzubahnen. Die Kaiserliche Regierung stellt fest, daß es lediglich von dem Entschluß ihrer Gegner abhing, ob der Weg zum Frieden betreten werden sollte oder nicht. Die feindlichen Regierungen haben es abgelehnt, diesen Weg zu gehen; auf sie fällt die volle Verantwortung des Blutvergießens. Die vier verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiterführen, bis ein Friede erstritten ist, der ihren eigenen Völkern Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Kontinents aber die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.

Die Note Österreich-Ungarns lautete:

Die k. und k. Regierung hat die Ehre gehabt, am 5. Januar durch die gefällige Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Antwort der mit ihr im Kriegszustande befindlichen Staaten auf ihre Note vom 12. Dezember zu erhalten, mit welcher sie sich ebenso wie die mit ihr verbündeten Mächte zur Anbahnung von Friedensverhandlungen bereit erklärt hatte.

Im Einvernehmen mit den Regierungen der verbündeten Mächte hat die k. und k. Regierung es nicht unterlassen, die Antwort der feindlichen Regierungen einer entsprechenden Prüfung zu unterziehen, welche zu folgendem Ergebnis geführt hat:

Unter dem Vorwande, daß der Vorschlag der vier verbündeten Mächte ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei, lehnen es die feindlichen Regierungen ab, auf diesen Vorschlag einzugehen. Durch die Form, welche sie ihrer Mitteilung gegeben haben, machen sie eine an sie gerichtete Antwort unmöglich. Die k. und k. Regierung legt aber Wert darauf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung darzulegen.

Die Antwort der feindlichen Regierung geht der Erwägung der Möglichkeiten der Beendigung des Krieges aus dem Wege. Sie beschränkt sich darauf, neuerlich die Vorgänge, welche zu dem Kriege geführt haben, die vermeintliche Stärke ihrer eigenen militärischen Situation und die angeblichen Beweggründe des Friedensvorschlages zu erörtern.

Die k. und k. Regierung will sich dermalen nicht in ein neuerliches Wortgefecht über die Vorgeschichte des Krieges einlassen. Nach ihrer Überzeugung ist vor den Augen der ganzen rechtlich und unbefangen urteilenden Menschheit bereits hinreichend und unwiderleglich dargetan, auf welcher Seite die Schuld an dem Ausbruch des Krieges gelegen ist.

Was im besonderen das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien betrifft, so hat die Monarchie in den Jahren, welche diesem Schritt vorausgingen, hinlänglich Beweise ihrer Langmut gegenüber den sich stets steigernden feindlichen und aggressiven Absichten und Umtrieben Serbiens an den Tag gelegt, bis zu dem Moment, wo schließlich die ruchlose Mordtat von Sarajevo eine weitere Nachsicht unmöglich gemacht hat.

Auch eine Auseinandersetzung über die Frage, auf welcher Seite die militärische Lage stärker sei, erscheint müßig und darf getrost dem Urteile der gesamten Öffentlichkeit überlassen bleiben. Übrigens enthält eine Vergleichung der Kriegsziele der beiden Gruppen bereits die Entscheidung dieser Frage. Während nämlich Österreich-Ungarn und seine Verbündeten den Krieg von Anfang an nicht zum Zwecke von Gebietseroberungen, sondern als Verteidigungskampf unternommen haben, ist bei den feindlichen Staaten das Gegenteil der Fall. Sie gehen, um nur einige ihrer Kriegsziele zu nennen, auf die Niederwerfung und Beraubung der österreichisch-ungarischen Monarchie, auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen sowie auf die Aufteilung der Türkei und die Vernichtung Bulgariens aus. Die vier verbündeten Mächte können daher bereits derzeit ihre rein defensiven Kriegsziele als erreicht betrachten, während die Gegner sich von der Verwirklichung ihrer Pläne immer weiter entfernen.

Wenn schließlich die feindlichen Regierungen den Vorschlag der vier verbündeten Mächte als Kriegsmanöver bezeichnen und ihn als unaufrichtig und bedeutungslos kennzeichnen, so ist das vor Beginn der Friedensverhandlungen und insolange daher unsere Friedensbedingungen nicht bekannt sind, lediglich eine ganz willkürliche Behauptung, eine subjektive Annahme ohne die Möglichkeit eines Beweises. Die k. und k. Regierung und die Regierungen der mit ihr verbündeten Mächte haben ihr Angebot der Einleitung von Friedensverhandlungen in aller Aufrichtigkeit und Loyalität gemacht, denn sie mußten ja auf die Möglichkeit gefaßt sein, daß der ausdrücklich ausgesprochene Antrag, beim Eintritt in die Verhandlungen ihre Friedensbedingungen bekanntzugeben, angenommen werde. Die Gegner sind es vielmehr, welche, ohne ihrerseits Gegenvorschläge zu machen, es abgelehnt haben, den Inhalt des Vorschlages der vier verbündeten Mächte kennenzulernen. Wenn die Gegner vor allem die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalität und der freien Existenz der kleinen Staaten verlangen, so wird es genügen, auf das tragische Geschick des irischen und des finnischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepublik, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien und schließlich die ohne Beispiel in der Geschichte dastehende Vergewaltigung Griechenlands hinzuweisen.

Die k. und k. Regierung stellt fest, daß sie und die Regierungen der mit ihr verbündeten Mächte sich bereit erklärt hatten, durch einen mündlichen Gedankenaustausch mit den feindlichen Regierungen den Krieg zu beenden, und daß es lediglich von dem Entschluß der Gegner abhing, ob der Friede angebahnt werden sollte oder nicht. Vor Gott und der Menschheit lehnen sie die Verantwortung für den Fortgang des Krieges ab.

Österreich-Ungarn und die mit ihm verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiterführen, bis ein Friede erstritten ist, der ihren eigenen Völkern Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit verbürgt und allen Staaten Europas ermöglicht, in voller Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturaufgaben zu arbeiten.

Die Antwort der Ententestaaten auf die Friedensnote Wilsons[1].

Überreicht durch den französischen Ministerpräsidenten Briand am 12. Januar 1917.

Die verbündeten Regierungen haben die Note, welche ihnen am 19. Dezember 1916 im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde, erhalten. Sie haben sie mit der Sorgfalt geprüft, die gleichzeitig ihre richtige Empfindung von dem Ernst der Stunde und ihre aufrichtige Freundschaft für das amerikanische Volk gebot. Im allgemeinen legen sie Gewicht darauf, zu erklären, daß sie den hohen Gesinnungen, von denen die amerikanische Note beseelt ist, den Zoll ihrer Anerkennung darbringen, daß sie sich mit allen ihren Wünschen dem Plane der Schaffung einer Liga der Nationen anschließen, die Frieden und Gerechtigkeit in der Welt sichern soll, und alle Vorteile anerkennen, die die Einrichtung internationaler Bestimmungen zur Hintanhaltung gewaltsamer Streitfälle zwischen den Nationen für die Sache der Menschheit und der Zivilisation

[1] Siehe S. 165.



bringen wird, Bestimmungen, die die erforderlichen Maßregeln (sanctions) in sich schließen müssen, um die Ausführung zu gewährleisten und so zu verhindern, daß die anscheinende Sicherheit dazu diene, neue Angriffe zu erleichtern.

Die Erörterung künftiger Abmachungen, die einen dauerhaften Frieden sichern sollen, hat jedoch zunächst eine befriedigende Regelung des gegenwärtigen Streites zur Voraussetzung. Die Verbündeten empfinden ebenso tief wie die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch, möglichst bald diesen Krieg beendigt zu sehen, für den die Mittelmächte verantwortlich sind und der der Menschheit grausame Leiden auferlegt. Aber sie sind der Ansicht, daß es unmöglich ist, bereits heute einen Frieden zu erzielen, der ihnen die Wiedergutmachungen, Rückerstattungen und Bürgschaften sichert, auf die sie ein Recht haben infolge des Angriffes, für den die Mittelmächte die Verantwortung tragen und der im Ursprung gerade darauf abzielte, die Sicherheit Europas zugrunde zu richten.

Die verbündeten Völker hegen die Überzeugung, daß sie nicht für selbstsüchtiges Interesse, sondern zum Schutze der Unabhängigkeit der Völker, des Rechts der Menschheit kämpfen. Die Verbündeten sind sich vollkommen klar über die Verluste und Leiden, welche der Krieg den Neutralen wie den Kriegführenden zufügt, und sie beklagen sie, aber sie lehnen die Verantwortung dafür ab, da sie den Krieg in keiner Weise gewollt oder hervorgerufen haben und sich bemühen, die Schäden zu mildern, soweit dies mit den unerbittlichen Forderungen der Verteidigung gegen die Gewalttätigkeit und die Fallstricke des Feindes vereinbar ist. Mit Genugtuung nehmen sie zur Kenntnis, daß die amerikanische Mitteilung in keiner Weise ihrem Ursprunge nach mit derjenigen der Mittelmächte zusammenhängt, welche am 18. Dezember[1] der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde. Sie zweifeln nicht an dem Entschluß der amerikanischen Regierung, selbst den blassen Anschein einer auch nur moralischen Unterstützung des verantwortlichen Urhebers des Krieges zu vermeiden.

Die verbündeten Regierungen halten es für ihre Pflicht, sich in der freundschaftlichsten, aber klarsten Weise gegen eine Gleichstellung auszusprechen, die auf öffentlichen Erklärungen der Mittelmächte beruht und in völligem Widerspruch zur offenkundigen Sachlage steht sowohl bezüglich der Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit wie betreffs der Bürgschaften für die Zukunft. Präsident Wilson hat durch ihre Erwähnung gewiß nicht beabsichtigt, sich ihr anzuschließen. Eine geschichtliche Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Österreich-Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern. Deutschland hat durch die Kriegserklärung und die sofortige Verletzung der belgischen und luxemburgischen Unabhängigkeit, durch die Art, wie es den Kampf geführt hat, eine systematische Verachtung aller Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechte der kleinen Staaten gezeigt. Je mehr der Kampf sich entwickelte, wurde die Haltung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten ein ständiger Hohn auf die Menschlichkeit und Zivilisation.

Ist es nötig, an die Greuel zu erinnern, die den Einfall in Belgien und Serbien begleiteten, die schonungslose Verwaltung der besetzten Länder, die Niedermetzelung von Hunderttausenden von harmlosen Armeniern, die Barbarei gegen die Bevölkerung von Syrien, die Zeppelinangriffe auf die offenen Städte, die Zerstörung von Postdampfern und Handelsschiffen unter neutraler Flagge durch Unterseeboote, die grausame Behandlung der Kriegsgefangenen, die Justizmorde an Miß Cavell und Kapitän Fryatt, die Verschleppung der Zivilbevölkerung in die Sklaverei usw.? Die Hinrichtung von Parwille und die Reihe von Verbrechen, die ohne Rücksicht auf die allgemeine Mißbilligung begangen wurden, erklären dem Präsidenten Wilson vollständig die Verwahrung der Verbündeten. Diese sind der Meinung, daß die Note, die den Vereinigten Staaten als Antwort auf die deutsche Note überreicht wurde, die von der amerikanischen Regierung gestellte Frage beantwortet, und nach dem eigenen Ausdruck der letzteren eine öffentliche Erklärung bezüglich der Bedingungen, unter denen der Krieg beendet werden könnte, darstellt. Aber Präsident Wilson wünscht noch mehr; er wünscht, daß die kriegführenden Mächte offen die Ziele bekanntgeben, die sie sich bei der Fortführung des Krieges setzen.

Die Verbündeten können auf diese Forderung ohne Schwierigkeit antworten. Ihre Kriegsziele sind wohl bekannt. Sie haben sie mehrfach in den Erklärungen der Oberhäupter der verschiedenen Regierungen dargelegt. Diese Ziele werden in den Einzelheiten mit allen Sühneleistungen und gerechtfertigten Entschädigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen auseinandergesetzt werden. Aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließen, in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, des Wiederaufbaues Europas, Bürgschaft für einen dauerhaften Zustand, der sowohl auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker gegründet ist, sowie räumliche Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Verbündeten durch Gewalt ohne den Willen ihrer Bevölkerung entrissen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers von Rußland bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, die er an seine Armeen gerichtet hat.

Wenn die Verbündeten Europa der brutalen Begierde des preußischen Militarismus entreißen wollen, so war es selbstverständlich niemals ihre Absicht, wie man vorgegeben hat, die Vernichtung der deutschen Völker und ihr politisches Verschwinden anzustreben. Was sie vor allem wollen, ist die Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit, der unverletzlichen Treue, die die Regierung der Vereinigten Staaten stets beseelt hat. Die Verbündeten, einig in der Verfolgung dieses hohen Zieles, sind jeder einzeln und gemeinsam entschlossen, mit ihrer ganzen Kraft zu handeln und alle Opfer

---

[1] 1916.

zu bringen, um den Streit zu einem siegreichen Ende zu führen, von welchem ihrer Überzeugung nach nicht nur ihr eigenes Heil und ihre Wohlfahrt, sondern die Zukunft der Zivilisation selbst abhängen.

Die Botschaft Wilsons an den amerikanischen Senat über die Friedensfrage am 22. Januar 1917.

Meine Herren vom Senat!

Am 18. Dezember des vorigen Jahres habe ich an die Regierungen der gegenwärtig kriegführenden Staaten eine gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht wurden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedensschluß für möglich hielten, genauer festzustellen, als dies bis dahin von irgendeiner kriegführenden Gruppe geschehen war. Ich sprach im Namen der Menschheit und der Rechte aller neutralen Staaten, wie unser eigener einer ist, deren Lebensinteressen zum größten Teil durch den Krieg fortwährend gefährdet sind. Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die einfach besagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensvorschläge zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet und, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügenden Bestimmungen, um einzelne Fragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen (acts of reparation) angegeben, die ihnen als die unumgängliche Bedingung einer befriedigenden Lösung erschienen. Wir sind dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um soviel näher gekommen; wir befinden uns um soviel näher der Erörterung des internationalen Konzerts, das nachher die Welt zur Beobachtung ihrer Verpflichtungen anhalten muß. In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muß, wird es als zweifellos angenommen, daß diesem Krieg irgendein bestimmtes Einvernehmen der Mächte (concert of powers) folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgendeine Katastrophe wie die gegenwärtige jemals wieder über uns hereinbricht. Jeder Menschenfreund, jeder vernünftig denkende Mann muß dies als ausgemacht ansehen. Ich habe diese Gelegenheit, mich an Sie zu wenden, gesucht, weil ich es Ihnen als dem mir zur endgültigen Feststellung unserer internationalen Verpflichtungen beigegebenen Rat schuldig zu sein glaubte, Ihnen rückhaltlos die Gedanken und die Absichten zu enthüllen, welche in meinem Geist Gestalt angenommen haben bezüglich der Verpflichtung unserer Regierung in kommenden Tagen, wenn es notwendig sein wird, die Grundmauern des Friedens unter den Völkern frisch und nach einem neuen Plan zu legen. Es ist undenkbar, daß das Volk der Vereinigten Staaten bei diesem großen Unternehmen keine Rolle spielen sollte.

Die Teilnahme an solchem Dienst wird die Gelegenheit sein, für die unser Volk sich schon durch die Prinzipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte (approved) Praxis seiner Regierung seit jeher vorzubereiten gesucht hat seit dem Tage, da es eine neue Nation begründete in der hohen und ehrenwerten Hoffnung, daß diese in allem ihrem Sein und Tun der Menschheit den Weg zur Freiheit zeigen möge. Unser Volk kann in Ehren nicht absehen von dem Dienst, zu dem es nunmehr im Begriff ist, aufgerufen zu werden. Es wünscht auch nicht, diesen Dienst zu versagen. Aber es ist sich selbst und den anderen Nationen der Welt schuldig, die Bedingungen festzustellen, unter denen es sich imstande fühlen wird, Hilfe zu bringen. Dieser Dienst besteht in nichts weniger als in folgendem: Sein Gewicht und seine Macht sind zu dem Gewicht und der Macht anderer Nationen hinzuzufügen, um Frieden und Recht auf der ganzen Welt zu sichern. Solch eine Regelung kann jetzt nicht mehr lange verschoben werden. Es ist an uns, daß, bevor es dazu kommt, unsere Regierung freimütig die Bedingungen formuliert, unter denen sie sich für berechtigt hielt, von unserem Volke die Zustimmung zum formellen und feierlichen Beitritt zu einer Friedensliga zu verlangen.

Es ist mein Zweck, die Feststellung der Bedingungen zu versuchen. Zuerst muß der gegenwärtige Krieg beendet werden. Aber wir sind es der Rücksicht und aufrichtigen Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung schuldig, zu sagen, daß es, insoweit unsere Teilnahme an der Verbürgung des künftigen Friedens in Frage kommt, einen großen Unterschied macht, auf welchem Wege und unter welchen Bedingungen dieser Krieg beendet wird. Die Verträge und Übereinkommen, die ihn beenden, müssen Bedingungen verwirklichen, die einen Frieden schaffen, welcher wert ist, verbürgt und erhalten zu werden, einen Frieden, der den Beifall der Menschheit erlangen wird, nicht nur einen Frieden, der den einzelnen Interessen und augenblicklichen Zwecken der beteiligten Staaten dienen wird. Wir sollen keine Stimme bei der Feststellung dessen haben, was diese Bedingungen sein sollen. Aber wir sollen — ich bin davon überzeugt — eine Stimme haben bei der Festsetzung, ob diese Bedingungen von Bürgen eines allumfassenden Bundes bleibend gemacht werden sollen oder nicht. Unser Urteil über dasjenige, was von diesen grundlegenden und wesentlichen Bedingungen von Beständigkeit ist, sollte jetzt und nicht nachher ausgesprochen werden, wenn es zu spät sein sollte. Kein auf dem Zusammenwirken beruhender Friedensbund, der nicht die Völker der Neuen Welt in sich schließt, kann ausreichen, um die Zukunft vor dem Kriege zu sichern, und doch gibt es nur eine Art Frieden, dessen Verbürgung die Völker von Amerika sich zugesellen könnten.

Die Elemente dieses Friedens müssen Elemente sein, welche das Vertrauen der amerikanischen Regierung verdienen und ihren Prinzipien Genüge leisten, Elemente, welche zu dem politischen Ideal und den praktischen Überzeugungen stimmen, die die Völker von Amerika sich zu eigen gemacht und zu verteidigen unternommen haben. Ich will nicht sagen, daß irgendeine amerikanische Regierung sich irgendwelchen Friedensbedingungen entgegenstellen würde, wenn solche beschlossen sind, und sie umstoßen sollte, von welcher Art sie auch immer sein mögen. Ich halte es lediglich für ausgemacht, daß bloße Friedensvereinbarungen zwischen den Kriegführenden nicht einmal die Kriegführenden selbst befriedigen würden. Bloße Vereinbarungen dürften nicht sichern.

Es wird unbedingt nötig sein, daß eine Kraft geschaffen wird, die imstande ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachungen zu verbürgen, eine Kraft, weit größer als diejenige irgendeiner der jetzt in Mitleidenschaft gezogenen Nationen oder irgendeines der bisher gebildeten oder geplanten Bündnisse, so daß keine Nation und keine wahrscheinliche Vereinigung von Nationen ihr die Stirn bieten oder ihr widerstehen könnte. Wenn der jetzt zu schließende Friede dauerhaft sein soll, so muß es ein Friede sein, der gesichert erscheint durch eine organisierte größere Kraft der Menschheit. Von

den Bestimmungen des unmittelbaren Friedens, auf den man sich geeinigt haben wird, wird es abhängen, ob es ein Friede ist, für den eine solche Bürgschaft gesichert werden kann. Die Frage, von der für die Zukunft Friede und Glück der Welt ganz abhängen, ist, ob der gegenwärtige Krieg ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur für ein neues Gleichgewicht der Kräfte (balance of power) ist. Wenn es nur ein Kampf für ein neues Gleichgewicht ist, wer will, wer kann die Beständigkeit der neuen Vereinbarung verbürgen? Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerhaftes Europa sein. *Nicht ein Gleichgewicht, sondern eine Gemeinsamkeit der Mächte ist notwendig.* Nicht organisierte Nebenbuhlerschaft, sondern organisierte Gewinnfreudigkeit.

Glücklicherweise haben wir über diesen Punkt sehr ausführliche Versicherungen erhalten. Die Erklärungen der beiden jetzt gegeneinander aufgebotenen Völkergruppen stellen in nicht mißzuverstehender Weise fest, daß es nicht in ihrer Absicht liege, ihre Gegner zu vernichten. Aber es mag vielleicht nicht allen klar sein, was diese Erklärungen mit sich bringen. Die Auffassung hierüber mag vielleicht auch nicht dieselbe auf beiden Seiten des Wassers sein. Ich denke, daß es dienlich sein möchte, wenn ich auch auseinanderzusetzen versuche, was nach unserer Meinung in diesen Versicherungen begriffen ist. Es ist darin vor allem begriffen, daß es Friede werden muß ohne Sieg. Es möge mir gestattet sein, dies auf meine eigene Art darzulegen, und es möge wohl verstanden werden, daß ich keine andere Deutung im Sinn hatte. Ich suche lediglich die Wirklichkeit ins Auge zu fassen, ohne Heimlichkeiten, die nicht am Platze wären.

Der Sieg würde einen Frieden bedeuten, der dem Unterliegenden aufgezwungen wird. Daß dem Besiegten auferlegte Gesetz des Siegers würde als demütigende Härte und unerträgliches Opfer angenommen werden. Es würde einen Stachel, Rachsucht und bitteres Gedenken hinterlassen, auf dem das Friedensangebot nicht in dauerhafter Weise, sondern wie auf Flugsand ruhen würde. Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben, nur ein Friede, dessen Grundprinzip die Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft an dem gemeinsamen Nutzen ist, ist die richtige Geistesverfassung. Die richtige Gesinnung unter den Nationen ist für den gemeinsamen Frieden ebenso notwendig wie die gerechte Lösung der streitigen Gebietsfragen oder der Fragen über Rasse- und Stammestreue (racial and national allegiance).

Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet sein muß, muß die Gleichheit der Rechte sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen einen Unterschied zwischen den großen und den kleinen, den mächtigen und den schwachen Völkern weder ausdrücklich anerkennen, noch stillschweigend in sich begreifen. Das Recht muß gegründet sein auf die gemeinsame Kraft, nicht auf die individuelle der Nationen, von deren Zusammenwirken der Friede abhängen wird. Eine Gleichheit der Gebiete oder der Hilfsmittel kann es natürlich nicht geben, ebensowenig irgendeine andere Art der Gleichheit, die nicht in der gewöhnlichen friedlichen und gesetzmäßigen Entwicklung der Völker selbst erworben wurde. Aber niemand verlangt oder erwartet irgend etwas, was über die Gleichheit der Rechte hinausginge. Die Menschheit hält jetzt Ausschau nach Freiheit des Lebens, nicht nach dem Gleichgewicht der Macht.

Und etwas Tieferes kommt in Betracht als selbst die Gleichberechtigung unter den organisierten Völkern. Kein Friede kann dauern oder verdient zu dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten und daß es nirgend ein Recht gibt, die Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als wenn sie ihr Eigentum wären. Ich halte es z. B., wenn ich ein einzelnes Beispiel wagen soll, für ausgemacht, daß sich die Staatsmänner überall darin einig sind, daß es ein einiges, unabhängiges und selbständiges Polen geben sollte, daß weiter die unverletzliche Sicherheit des Lebens, des Gottesdienstes und der individuellen und sozialen Entwicklung allen Völkern gewährleistet werden sollte, die bis jetzt unter der Macht von Regierungen gelebt haben, die einem Glauben und einem Zwecke gewidmet sind, der ihrem eigenen feindlich ist. Wenn ich hiervon spreche, so geschieht dies nicht, weil ich wünsche, ein abstraktes politisches Prinzip zu bestimmen, das denen, die die Freiheit in Amerika aufzubauen gesucht haben, immer sehr teuer war, sondern aus denselben Gründen, aus denen ich von anderen Friedensbedingungen gesprochen habe, die mir in klarer Weise unerläßlich scheinen, und weil ich aufrichtig wünsche, die Wirklichkeiten aufzudecken.

Irgendein Friede, der diesen Grundsatz nicht anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich umgestoßen werden. Er wird nicht auf Neigungen oder Überzeugungen der Menschheit fußen. Das Ferment des Geistes ganzer Völker wird gegen ihn gewandt in beständigem Ankämpfen. Die ganze Welt wird mit diesen sympathisieren. Die Welt kann nur dann friedlich sein, wenn ihr Leben auf dauerhafter Grundlage beruht, und eine dauerhafte Grundlage kann nicht vorhanden sein, wo der Wille sich auflehnt und wo keine Ruhe des Geistes und kein Gefühl der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Rechts besteht. Soweit es möglich ist, sollte überdies jedes große Volk, das jetzt nach der vollen Entwicklung seiner Hilfsmittel strebt, eines direkten Ausganges zu den großen Heeresstraßen der See versichert sein. Wo dies durch Gebietsabtretungen nicht bewerkstelligt werden kann, wird es sicherlich durch Neutralisierung der Zugangswege unter allgemeiner Garantie erreicht werden können, was dann an und für sich eine Friedenssicherung bedeuten würde. Keine Nation braucht von dem Zugang zu den offenen Wegen des Welthandels ferngehalten zu werden. Der Seeweg muß gleichfalls durch gesetzliche Bestimmungen wie auch tatsächlich frei sein. *Die Freiheit der Meere ist die conditio sine qua non für den Frieden, die Gleichheit und die Zusammenarbeit.*

Viele derzeit in Geltung stehende Regeln internationaler Übung werden zweifelsohne einer radikalen Umarbeitung unterworfen werden müssen, um die Freiheit der Meere tatsächlich zu gewährleisten und deren gemeinsame Benützbarkeit für die Menschen unter allen Umständen zu sichern. Aber der Beweggrund zur Einführung derartiger Änderungen ist überzeugend und zwingend. Ohne diese Änderung kann es kein Vertrauen und keine guten Beziehungen unter den Völkern geben. Der ununterbrochene, freie, unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk ist ein wesentlicher Teil des Friedens und des Entwicklungsprozesses. Es braucht nicht schwer zu sein, die Freiheit der Meere zu definieren oder sicherzustellen, wenn die Regierungen der Welt den aufrichtigen Willen haben, diesbezüglich zu einer Verständigung zu gelangen.

Dies ist das Problem, welches mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um die Meere sowohl frei als gesichert zu erhalten, eng verknüpft ist. Und die Frage der Begrenzung der maritimen Rüstungen wirft auch eine größere und vielleicht schwierigere Frage auf: wie die Landarmeen und jedes Programm militärischer Vorbereitung eine Beschränkung erfahren könnten.

So schwierig und heikel diese Fragen auch sein mögen, sie müssen mit vollständiger Unvoreingenommenheit betrachtet und im Geiste wirklichen Entgegenkommens gelöst werden, wenn anders der Friede eine Besserung bringen und von Dauer sein soll. Ohne Opfer und Konzessionen ist der Friede unmöglich. Der Geist der Ruhe und der Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große schwerwiegende Rüstungsmaßregeln da und dort auch in Zukunft Platz greifen und fortgesetzt werden sollten. Die Staatsmänner der Welt müssen für den Frieden arbeiten, und die Völker müssen ihre Politik diesem Gesichtspunkte anpassen, so wie sie sich bisher auf den Krieg, den erbarmungslosen Kampf und auf den Wettstreit vorbereitet haben. Die Frage der Rüstungen, einerlei ob zu Wasser oder zu Lande, ist jene Frage, die am einschneidendsten und unmittelbarsten mit dem künftigen Geschicke der Völker und des Menschengeschlechts verknüpft ist.

Ich habe über diese großen Dinge rückhaltlos und mit der größten Deutlichkeit gesprochen, weil mir ein solches Vorgehen notwendig erschien, wenn anders der sehnliche Wunsch der Welt nach Frieden irgendwo frei zum Worte und zum Ausdruck gelangen sollte. Ich bin vielleicht der einzige Mensch in hoher verantwortungsvoller Stellung unter allen Völkern der Welt, der sich frei aussprechen kann und nichts zu verschweigen braucht. Ich spreche als Privatmann und doch natürlich zugleich auch als das verantwortliche Haupt einer großen Regierung. Ich bin überzeugt, daß ich gesagt habe, was das Volk der Vereinigten Staaten von mir erwartet. Ich darf noch hinzufügen, daß ich, wie ich hoffe und glaube, tatsächlich für die Freisinnigen und Freunde der Menschheit und jedes freiheitlichen Programmes in jedem Volke spreche. Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch im Sinne der stummen Masse der Menschheit allerorten gesprochen habe, die noch keine Stelle und keine Gelegenheit hatte, ihre wirklichen Gefühle über das Hinsterben und den Ruin zum Ausdruck zu bringen, von denen sie die Menschen und Stätten heimgesucht sieht, die ihren Herzen am teuersten sind. Wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß sich Volk und Regierung der Vereinigten Staaten den übrigen zivilisierten Völkern der Erde zur Sicherung des dauernden Friedens auf Grund der von mir dargelegten Bedingungen anschließen werden, so spreche ich mit um so größerer Kühnheit und mit um so größerer Zuversicht, als es für jeden Denkenden klar ist, daß in einer solchen Zusage kein Abweichen, weder von unseren nationalen Überlieferungen, noch unserer nationalen Politik, sondern vielmehr die Erfüllung alles dessen liegt, was wir verkündet oder wofür wir gekämpft haben.

Ich schlage mithin vor: mögen sich die Völker einmütig die Lehre des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen, daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgendein anderes Volk zu erstrecken, und daß es vielmehr jedem Volke — dem kleinsten sowohl wie dem großen und mächtigen — freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen. Ich schlage vor, es mögen in Zukunft alle Völker es unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln, die sie in einen Wettbewerb um die Macht hineintreiben und in ein Netz von Intrigen eigennütziger Nebenbuhlerschaft verstricken und ihre eigenen Angelegenheiten durch Einflüsse verwirren, die von außen hineingetragen werden. In dem Konzert der Mächte gibt es keine verwickelten Allianzen. Wenn sich alle vereinigen, um in demselben Geist und zu demselben Zweck zu handeln, wirken alle im gemeinsamen Interesse und genießen Freiheit und eigenes Leben unter gemeinsamem Schutz. Ich schlage den Regierungen unter Zustimmung der Regierten jene Freiheit der Meere vor, die in den internationalen Konferenzen auch andere Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Beredsamkeit als überzeugte Anhänger der Freiheit verfochten haben, und eine Beschränkung der Rüstungen, die aus den Heeren und Flotten lediglich Werkzeuge der Ordnung, nicht aber Werkzeuge für den Angriff oder eigensüchtige Greueltätigkeit macht.

Dies sind amerikanische Grundsätze und amerikanische Richtlinien. Für andere können wir nicht eintreten. Es sind die Grundsätze und Richtlinien vorausschauender Männer und Frauen allerorten, in jedem neuzeitlichen Volk und jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit, sie müssen zur Geltung gelangen.

Erwiderung der feindlichen Staaten auf das deutsche Friedensangebot.

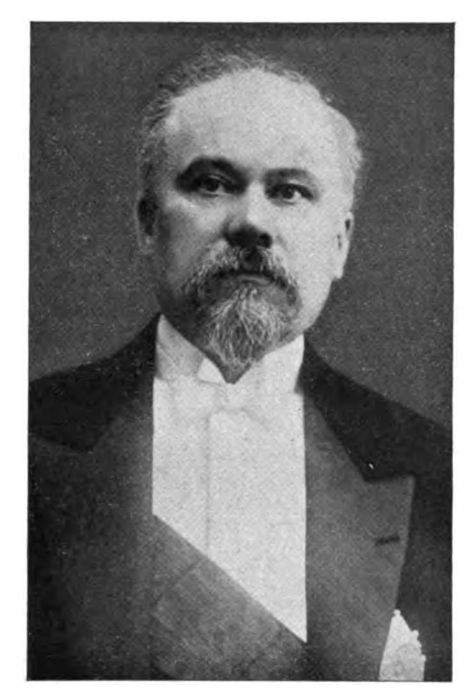
(Aus Parlamentsreden.)

Ministerpräsident **Briand** äußerte sich am 19. Dezember 1916 im französischen Senat folgendermaßen:

Niemand läßt sich durch das deutsche Manöver täuschen. Morgen wird die vereinbarte Antwort den Mittelmächten zur Kenntnis bringen, daß es unmöglich ist, ihr Friedensansuchen anzunehmen. Das Friedensangebot ist der letzte Bluff, den Deutschland versuchen will. Es will die Schuld abwälzen, indem es den Glauben zu erwecken trachtet, daß der Krieg ihm aufgezwungen worden sei. Aber der Krieg war seit 40 Jahren bei den Deutschen beschlossen, die den Sieg sicher zu haben glaubten. Die Stunde ist fortdauernd ernst. Unser Land ist aber über andere schwierige Stunden hinweggekommen. Denken Sie an die Armee von Verdun! Es ist eine Freude, festzustellen, daß nach zehnmonatigen Anstrengungen die Franzosen den Sieg auf ihre Fahnen schreiben konnten.

Dieser Krieg ist nicht mit anderen zu vergleichen, er hat ganze Nationen zum Kampfe gegeneinander gebracht. Wir sind nicht durchgedrungen. Aber ist Deutschland in Frankreich durchgedrungen? Die deutschen Heere hatten dort Augenblickserfolge. Wir wissen, daß diese Heere eine furchtbare Macht bilden. Der Sieg kann aber nur in logischer Folge kommen. Deutschland hat niemals einen entscheidenden Erfolg errungen, da es ihn nicht am Anfang des Krieges hatte. Es darf ihn nicht haben. Es konnte auf diesen Sieg im Anfang infolge seiner 45jährigen Vorbereitung hoffen. Aber seit seinem Mißerfolg an der Marne und an der Yser ist es der endgültigen Niederlage verfallen, seitdem die Anstrengungen der Alliierten sich verstärkten und sich einordneten in die gemeinsam verabredeten Unternehmungen der vier alliierten Großmächte. Es gab dabei unvermeidliche

Die Staatsoberhäupter der Entente.



Präsident Raymond Poincaré.



König Georg V.



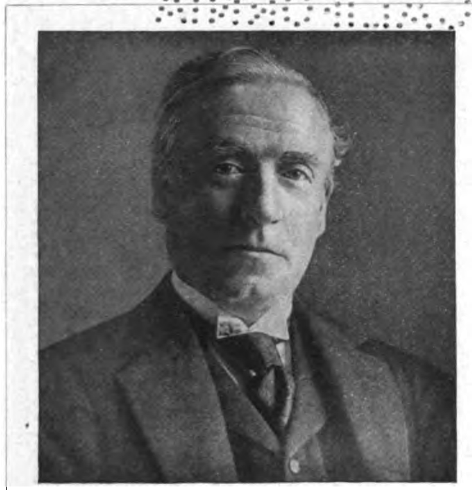
König Viktor Emanuel III.



Zar Nikolaus II.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Englische Staatsmänner, Heerführer und Admirale.



Herbert Henry Asquith.



Edward Grey.



John French.



Horatio Herbert Kitchener.



David Beatty.



John Rushworth Jellicoe.

Schwierigkeiten. Die Regierung bemüht sich, sie zu vermeiden. Kann man an dem Ausgang zweifeln? Die Deutschen hatten ihren Sieg durch die Offensive von Verdun angekündigt. Die französisch-englische Offensive an der Somme brachte ihnen eine grausame Enttäuschung. Sie zeigte unseren Soldaten, daß die Stunde der Befreiung unseres Landes sich genähert habe. Italien seinerseits war Gegenstand eines furchtbaren Angriffs. Die Russen brachen aber auf und entlasteten Italien. Das sind einige Beispiele für die Zusammenarbeit der Alliierten. Ich für meinen Teil habe mich bemüht, dieses Einvernehmen enger und fruchtbringender zu gestalten.

Im ersten Augenblick und auf die einfache Mitteilung der Blätter hin gab ich in der Kammer bekannt, was ich über den Vorschlag, den ich als plumpes Manöver ansehe, denke. Meine Äußerung entspricht den Gefühlen aller Verbündeten. Seither sind in Italien und Rußland kräftige Worte gesprochen worden, um zu zeigen, daß wir uns nicht foppen lassen. Morgen wird die vereinbarte Antwort erteilt werden. Sie wird in klarer Weise bekanntgeben, daß der Vorschlag der Mittelmächte unmöglich ernst genommen werden kann. Ich gestatte mir, nachdrücklich auf den wirklichen Charakter der Rede Bethmann Hollwegs hinzuweisen.

Wenn Deutschland in einem Augenblick, wo es sämtliche letzten Reserven seiner Bevölkerung aufbietet, die Bevölkerung von Belgien und Polen zwangsweise verschickt, wenn Deutschland in einem Augenblick, wo es im Osten Erfolge hat, die Gewißheit des Sieges hätte, würde es dann einen solchen Vorschlag gemacht haben? Es ist eine Falle, ein Manöver! Deutschland macht jetzt schwierige Stunden durch. In seiner öffentlichen Meinung zeigt sich Schwanken und Wankelmut.

Da erhebt sich Deutschland vor der Welt und sagt: nicht ich habe diesen Krieg gewollt, er ist mir aufgenötigt worden. Die Antwort auf diese Behauptung ist leicht zu erteilen. Es ist nicht mehr notwendig, zu zeigen, daß die alliierten Länder sich bis zum letzten Augenblick bemühten, den Frieden aufrechtzuerhalten. Aber der Krieg war von den Mittelmächten beschlossen worden. Sie stürzten sich in ihn, von der Gewißheit getrieben, daß sie siegen werden. Der Reichskanzler wagte sogar zu sagen, daß er sich um einen Fetzen Papier nicht zu kümmern brauche. Solche Worte werden nicht verschwinden können. Deutschland ist es, das die Verantwortung für diesen Krieg tragen wird. Wenn es sagt: wir sind siegreich, wir bieten den Frieden an, so sagt es nicht die Wahrheit. Vor allem ist es nicht siegreich. Es fühlt auch nicht den Sieg kommen, sonst würde es ihn der Welt aufnötigen.

Dieser Schrei nach Frieden ist ein Schrei der Schwäche und auch eine schlaue Handlung. Man sucht vergeblich irgend etwas Bestimmtes in den Umständen, unter denen dieser Vorschlag gemacht worden ist. Auch er ist noch eine Kriegshandlung. Die Neutralen haben sich darin nicht getäuscht. Die Verbündeten sind fest entschlossen, diesem Manöver die einzige Antwort zu erteilen, die es verdient. Unser Land wurde durch dieses Manöver nicht in Verwirrung gebracht. Frankreich hat dieses Manöver als Herausforderung angesehen. Die beste Antwort, die darauf zu erteilen war, ist der gestrige Sieg von Verdun. Die amtliche Antwort der Alliierten wird unseres Landes würdig sein.

Am gleichen Tage führte der englische Premierminister **Lloyd George** im Unterhause folgendes aus:

Ich erscheine vor diesem Hause mit der furchtbarsten Verantwortung auf meinen Schultern, die einem Menschen zugewiesen werden kann, nämlich als der erste Ratgeber der Krone in diesem riesenhaftesten Kampfe, in den jemals ein Land verwickelt war, ein Krieg, von dessen Ergebnis sein Schicksal abhängt. Es ist der größte Krieg, der jemals geführt worden ist, der schwerste, den jemals irgendein Land hat durchmachen müssen, und die Dinge, die dabei auf dem Spiele stehen, sind die höchsten, die jemals einen Kampf, in den die Menschheit gestürzt wurde, charakterisierten. Die Verantwortung der neuen Regierung wurde plötzlich verschärft durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers, dessen Rede im Reichstag eine Note folgte, die uns durch die Vereinigten Staaten ohne Kommentar übermittelt wurde. Die Regierung wird die Antwort in voller Übereinstimmung mit unseren tapferen Verbündeten geben. Natürlich sind bereits Gedanken ausgetauscht worden, nicht über die Note, da diese eben erst eingetroffen ist, sondern über die Rede des deutschen Reichskanzlers, und da die Note tatsächlich eine Reproduktion dieser Rede ist, so eigentlich auch über die Note. Ich erkläre mit Genugtuung, daß wir gesondert und unabhängig voneinander zu denselben Schlüssen gekommen sind, und auch, daß Frankreich und Rußland zuerst geantwortet haben, weil sie zweifellos das Recht haben, die erste Antwort zu geben auf eine derartige Einladung. Der Feind steht noch auf ihrem Gebiet, und ihre Opfer sind größer gewesen als die unsrigen. Diese Antwort ist bereits veröffentlicht, und im Namen der Regierung erkläre ich, diese Antwort durchaus und kräftig zu unterstützen.

Jeder oder jede Gruppe von Menschen, die leichtfertig und ohne genügenden Grund ein schreckliches Blutbad wie dieses fortsetzen wollte, würde ihr Gewissen mit einem Verbrechen beflecken, das von einem Meere nicht abgewaschen werden könnte. Aber andererseits ist es ebenso wahr, daß ein jeder oder jede Gruppe von Menschen, die aus einem Gefühl der Erschöpfung oder der Verzweiflung heraus den Kampf aufgäbe, ohne das höchste Ziel verwirklicht zu haben, wofür wir in diesen Kampf gegangen sind, sich der schwersten Feigheit schuldig machen würde, die irgendein Staatsmann gezeigt hätte. Ich könnte dabei geflügelte Worte zitieren, die Abraham Lincoln unter ähnlichen Umständen ausgesprochen hat: »Wir haben diesen Krieg für ein bestimmtes Ziel, und zwar für ein universelles Ziel unternommen, und dieser Krieg wird endigen, wenn dieses Ziel mit Gottes Hilfe erreicht ist.« Ich hoffe, daß der Krieg, bevor dieser Augenblick eintritt, nicht endigen wird. Sind wir imstande, dieses Ziel zu erreichen, wenn wir die Einladung des deutschen Reichskanzlers annehmen?

Was sind die Vorschläge? Es bestehen keine Vorschläge! Wenn wir mit Deutschland, das sich selbst als Sieger ausruft, in Unterhandlungen eintreten, ohne irgend etwas über diese Vorschläge zu wissen, die es die Absicht hat, zu machen, so würden wir unsere Köpfe in eine Schlinge stecken, deren Strick Deutschland in der Hand hält. England ist nicht ganz ohne Erfahrungen in derlei Dingen. Nicht zum erstenmal bekämpfen wir einen großen Militärdespotismus, der Europa bedroht, und nicht zum erstenmal werden wir einen Militärdespotismus zerknicken. Es war stets eine beliebte Gewohnheit unter den größten der Despoten, sich als Hüter des Friedensengels auszugeben,

wenn sie glaubten, dadurch ihren abscheulichen Plänen nützen zu können. Auf diese Weise pflegten die Despoten zu erscheinen, wenn sie es nötig fanden, ihre Eroberungen auszugleichen oder die Truppen für neue Eroberungen zu organisieren oder an zweiter Stelle, wenn die Untertanen Zeichen von Erschöpfung in diesen Kriegen zu erkennen gaben. Und der Aufruf zum Frieden geschah dann stets im Namen der Menschheit. Man forderte, daß dem Blutbad ein Ende gemacht werde, bevor es dem Despoten nach seinen eigenen Aussagen graute, wofür er jedoch an erster Stelle verantwortlich zu machen ist. So griff er auch unsere Vorväter an, und sie sowie ganz Europa bedauerten es bitter, als die Zeit für eine Wiederbelebung seiner Streitmacht zu dem vernichtendsten Schlage benutzt wurde, der jemals der Freiheit Europas beigebracht wurde. Derartige Beispiele bringen uns dazu, diese Note mit einer sich auf Erinnerungen stützenden Unruhe zu betrachten.

Wir meinen, daß wir, ehe wir eine solche Einladung günstig in Erwägung ziehen können, wissen müssen, daß Deutschland bereit ist, den einzigen Bedingungen zuzustimmen, unter denen Friede in Europa erlangt und erhalten werden kann. Diese Bedingungen sind wiederholt von allen führenden Staatsmännern der Verbündeten mitgeteilt worden. Auch Asquith hat sie wiederholt bekanntgegeben. Es ist wichtig, daß in dieser Sache, die Leben und Tod für Millionen bedeutet, kein Irrtum entsteht. Ich will diese Bedingungen noch einmal wiederholen. Sie sind vollständige Wiederherstellung (restitution), ferner Genugtuung (reparation) und wirksame Garantien. Hat der deutsche Kanzler eine einzige Redewendung gebraucht, die darauf hindeutet, daß er bereit ist, einen solchen Frieden anzunehmen? Der wahre Inhalt und der Stil der Rede bilden die Ablehnung eines Friedens auf Grund der einzigen Bedingungen, auf welchen der Friede möglich ist.

Der Reichskanzler ist nicht einmal überzeugt, daß Deutschland die Rechte der freien Völker verletzt hat. In der Note sagt er: »Keinen Augenblick haben sich die Zentralmächte von der Überzeugung entfernt, daß ihre Achtung vor den Rechten der anderen Nationen sich in keiner Weise in Widerspruch zu setzen braucht zu ihren eigenen Rechten und eigenen rechtmäßigen Interessen.« Jetzt, wo Deutschland am äußersten angelangt ist, wird dies entdeckt. Aber wo blieb diese Achtung vor den Rechten anderer Nationen gegenüber Belgien und Serbien? War das eine Selbstverteidigung gegenüber der Bedrohung von Belgien durch die überwältigende Macht der Heere? Ich nehme an, daß die Deutschen »aus Furcht« einen Einfall in Belgien machten, Städte und Dörfer in Belgien verbrannten und Tausende von Einwohnern, alt oder jung, dabei ums Leben brachten. Und gerade in dem Augenblick, in dem diese Note aufgesetzt wurde, waren sie im Begriff, die Belgier in die Sklaverei zu führen. Und dabei werden in der Note die Worte von der unerschütterlichen Überzeugung von den Rechten der anderen Nationen gebraucht!

Stellen derartige Verbrechen die berechtigten Interessen Deutschlands dar? Wir müssen wissen, daß es nicht der richtige Augenblick für den Frieden ist, wenn Entschuldigungen dieser Art gegenüber den handgreiflichen Verbrechen angeführt werden, zweieinhalb Jahre, nachdem unerschütterliche Tatsachen gezeigt haben, was eine Garantie bedeutet. Ich wünsche in aller Feierlichkeit eine Garantie, daß derartige Ausflüchte in Zukunft nicht mehr benutzt werden können, um jeden Friedensvertrag umzustoßen, den man mit dem preußischen Militarismus abschließen will. Diese Note und die Rede beweisen, daß die Deutschen noch nicht das Alphabet von den Rechten der anderen gelernt haben. Ohne Wiederherstellungen ist der Friede unmöglich. Sollen diese Verletzungen der Menschlichkeit zu Lande und zu Wasser ausgeglichen werden durch einige fromme Phrasen über Menschlichkeit? Das kann man nicht zulassen. Müssen wir freundschaftlich die Hand derer annehmen, die diese Grausamkeiten begingen, ohne daß irgendwelche Wiederherstellung bewerkstelligt wird und ohne daß Deutschland uns zubilligt, Schadenersatz zu verlangen für alle zukünftige Gewalt, die nach dem Kriege betrieben wird? Es hat uns viel gekostet, und wir müssen nun derartige Forderungen stellen, um nicht eine furchtbare Erbschaft unseren Kindern zu hinterlassen. Wie sehr wir auch nach dem Frieden verlangen und wie tief auch unser Abscheu vor dem Kriege ist, diese Note und diese Rede geben uns nicht viel Mut und Hoffnung auf einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden. Welche Hoffnung können wir nach dieser Rede hegen, daß die einzige Ursache der großen Bitterkeit, nämlich der anmaßende Geist der preußischen militaristischen Kaste, nicht ebenso vorherrscht wie zuvor, nachdem wir den Frieden zusammengeflickt haben würden. Die Rede, in der diese Friedensvorschläge angegeben werden, pocht auf den militärischen preußischen Triumph. Wir müssen durchhalten und das Auge auf die Ziele gerichtet halten, für die wir in den Krieg gegangen sind, sonst werden die großen Opfer, die wir gebracht haben, vergebens sein.

Die Zentralmächte behaupten, zur Verteidigung ihrer Existenz und der Freiheit ihrer nationalen Entwicklung gezwungen worden zu sein, die Waffen zu ergreifen. Diese Phrasen diskreditieren diejenigen, die sie niederschreiben. Ihr Zweck ist, die deutsche Nation zu betrügen, um sie für die Pläne der preußischen militärischen Kaste gefügig zu machen. Wer hat jemals gewünscht, der nationalen Existenz Deutschlands oder seiner freien nationalen Entwicklung ein Ende zu machen? Wir haben die Entwicklung Deutschlands freudig begrüßt, solange sie auf den Wegen des Friedens blieb. Die Alliierten begannen diesen Krieg, um Europa gegen die Angriffe der preußischen Militärherrschaft zu verteidigen, und heute, wo wir ihn begonnen haben, müssen wir darauf bestehen, daß das Ende einzig das sein kann, daß wir mit absoluter Garantie gesichert sind gegen die Möglichkeit, daß diese Kaste je wieder den Frieden Europas stört. Als Preußen in die Hände dieser Kaste geriet, war seine böse Stunde angebrochen. Voll Anmaßung drohte und donnerte es. Es veränderte die Grenzen nach seinem Willen, und ein schönes Stück Land nach dem anderen nahm es seinen schwächeren Nachbarn, während es demonstrativ den Gürtel mit Angriffswaffen füllte und stets auf den passenden Augenblick wartete, diese Waffen zu benutzen. Stets war es der unangenehme, störende Nachbar Europas. Es ist schwer für diejenigen, die in einem Abstand von Tausenden von Meilen wohnen, zu begreifen, was dies für diejenigen bedeutet, die in der Nähe wohnen. Selbst hier in England unter dem Schutz der ausgedehnten See, die zwischen uns und ihnen liegt, wissen wir, welch ein lästiges Element die Preußen waren mit ihren fortdauernden Flottendrohungen.

Aber selbst wir sind uns kaum bewußt, was es für

Frankreich und Rußland bedeutet hat, jetzt, wo die preußischen militärischen Leiter Frankreich, Rußland, Italien und uns selbst zu diesem Krieg gezwungen haben. Es wäre eine grausame Torheit, wenn man nicht den Standpunkt einnehmen wollte, daß dieses Bluffen zur Beunruhigung aller friedlichen Bürger in den Staaten Europas führt und als Angriff gegen das Völkerrecht behandelt werden muß. Das Wort allein, das Belgien zum Verderben führte, wird Europa nicht länger genügen. Wir alle haben an dieses Wort geglaubt, wir alle vertrauten diesem Worte, und doch wurde es hinfällig bei dem ersten Anlaß, und Europa wurde in einen Wirbel von Blut gestürzt. **Wir werden deshalb warten, bis wir hören, welche Bedingungen und Garantien die deutsche Regierung anbietet**, und zwar bessere und sicherere Bedingungen als die, welche sie so leichtfertig gebrochen hat, und inzwischen werden wir unser Vertrauen in die ungebrochene Macht unseres Heeres setzen, und zwar lieber als in ein gebrochenes Zutrauen. Im Augenblick glaube ich nicht, daß es für mich ratsam wäre, dem noch etwas hinzuzufügen. Die Alliierten werden auf diese besondere Einladung dieser Tage eine formelle Antwort geben.

Am 13. Dezember 1916 gab der italienische Minister des Äußern **Sonnino** auf eine Anfrage des Abgeordneten Baslini vor der Deputiertenkammer nachstehende Erklärung über die Auffassung der Regierung von dem Friedensangebot der Mittelmächte und dessen Bedeutung für die Eröffnung von Friedensverhandlungen ab:

Es ist wahr, daß der schweizerische Gesandte mir eine Note der deutschen Regierung und der drei mit ihr verbündeten Mächte übergeben hat, die besagt, daß Friedensverhandlungen begonnen werden sollten. Der schweizerische Gesandte fügte bei, daß er diese Vermittlung in seiner Eigenschaft als Vertreter der deutschen Interessen übernommen und keineswegs die Absicht habe, irgendwelche Vermittlung zu unternehmen, sondern nur zu übermitteln. Ich antwortete, indem ich Akt davon nahm, und dankte. Um auf das in der Anfrage Baslini gestellte Verlangen zu antworten, erkläre ich schon jetzt, daß in der Note keine einzige genaue Bezeichnung der Friedensbedingungen enthalten ist, auf Grund deren man versuchen wolle, in Friedensunterhandlungen einzutreten. Im übrigen wurde der Text der Note durch die »Agenzia Stefani« in Übersetzung wiedergegeben.

Hierauf verlas der Minister die auf die Friedensbedingungen bezugnehmenden Worte der deutschen Note und fuhr dann fort:

Das ist alles. Im übrigen handelt es sich um Kriegsbetrachtungen. Ich antwortete dem schweizerischen Gesandten, daß ich natürlich mich zuerst mit meinen Kollegen und mit den verbündeten Regierungen verständigen müsse hinsichtlich der Antwort auf diese Note, die ebenfalls zwischen den vier feindlichen Mächten vereinbart worden ist. Ich möchte den Abgeordneten, der mich interpelliert hat, sowie die anderen Abgeordneten, die dies ebenfalls vorhaben sollten, darum ersuchen, diese Debatte nicht in die Länge zu ziehen, und zwar aus folgenden Gründen nicht. In einer so heiklen Angelegenheit ist es sehr wichtig, daß die Verbündeten in vollem Einvernehmen vorgehen, nicht allein in bezug auf Kern und Wesen dessen, was mitzuteilen sein wird, sondern auch hinsichtlich der Schattierungen der Form. Das wäre nun unmöglich, wenn jeder seine besonderen Eindrücke von vornherein bekanntgeben wollte.

Am 18. Dezember führte Sonnino aus:

Es sind keine bestimmten Vorschläge vorhanden, außer dem allgemeinen Vorschlage, die Friedensverhandlungen zu eröffnen. Wenn darüber hinaus Vorschläge gemacht worden wären, dann würden wir erwägen, was dementsprechend zu tun wäre. Es wäre nicht praktisch und auch nicht ernsthaft, heute darüber Erörterungen zu pflegen. Übrigens wird kein Verbündeter eine Bedingung in Erwägung ziehen können, die ihm in einer für ihn allein bestimmten Form angeboten worden wäre. Im öffentlichen Interesse und auf Grund der den verbündeten Regierungen schuldigen Rücksichten kann ich ihnen nichts mitteilen, was sich auf den Inhalt der Note bezieht, die wir auf diesen Schritt der vier feindlichen Mächte erteilen werden. Die Antwort wird veröffentlicht, sobald darüber ein Einvernehmen getroffen worden ist.

Wir alle wünschen sehnsüchtig den Frieden, und zwar einen dauerhaften Frieden, aber wir sehen als einen dauerhaften Frieden eine festgelegte Regelung an, deren Dauer nicht von der Festigkeit der Ketten abhängt, die geschmiedet sein könnten, um sie einem oder dem anderen Volke anzulegen, sondern von einem gerechten Gleichgewicht zwischen den Staaten, von der Achtung des Grundsatzes der Nationalitäten, vom Völkerrecht und den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Zivilisation. Wir streben in keiner Weise nach irgendeiner internationalen Regelung der Unterjochung oder Vorherrschaft oder einer Regelung, die eine Vernichtung von Völkern oder Nationen bedingt. Angesichts eines ernsthaften Vorschlages für bestimmte Grundlagen von Verhandlungen, die den oben dargelegten Forderungen der Gerechtigkeit und Zivilisation Genüge tun könnten, würde sich niemand von vornherein weigern, darüber zu verhandeln. Aber bis jetzt zeigt auch nichts im entferntesten, daß diese Bedingungen im gegenwärtigen Falle sich verwirklichen; es sind sogar sehr viele Dinge vorhanden, die auf ein Gegenteil hinweisen.

Der russische Minister des Äußern **Pokrowski** führte am 16. Dezember 1916 in der Duma über die Stellungnahme der russischen Regierung zu dem Friedensangebot folgendes aus:

Die Friedensworte, welche von einer Partei kommen, auf die die ganze Last der Verantwortung für den von ihr entfachten Weltbrand zurückfällt, der seinesgleichen in den Annalen der Geschichte sucht, waren trotz ihrer Ungewöhnlichkeit keine Überraschung für die Alliierten. Während der zweieinhalbjährigen Kriegsdauer hat Deutschland mehr als einmal von Frieden gesprochen. Es sprach davon zu seinen Heeren und seiner Bevölkerung, jedesmal, wenn es an ein militärisches Unternehmen ging, das eine Entscheidung darstellen sollte. Nach jedem auf eine in die Augen fallende Wirkung berechneten militärischen Erfolg suchte es einen Sonderfrieden anzubahnen, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite. Es arbeitete in diesem Sinne lebhaft in der Presse der neutralen Länder. Alle diese deutschen Versuche stießen sich an dem Widerstand und der entschlossenen Ruhe der alliierten Mächte. Nachdem es jetzt eines Besseren über die Möglichkeit belehrt ist, eine Bresche in unsere unerschütterliche Allianz zu schlagen, hat Deutschland den offiziellen Vorschlag gemacht, Friedensverhandlungen einzuleiten.

Um diesen Vorschlag zu würdigen, muß man sowohl seinen Inhalt wie die Umstände berücksichtigen, unter denen er gemacht wird. Im wesentlichen enthält

der deutsche Vorschlag keine tatsächlichen Angaben über das Wesen des Friedens, von dem die Rede ist. Er wiederholt die veraltete Legende von dem den Mittelmächten aufgedrungenen Krieg. Er verzeichnet die Sieghaftigkeit der österreichisch-deutschen Heere und die Unwiderstehlichkeit ihrer Verteidigung. Dann schlagen die Mittelmächte die Einleitung von Friedensverhandlungen vor und drücken dabei die Überzeugung aus, daß die von ihnen zu machenden Anerbieten Dasein, Ehre und freie Entwicklung »ihrer« Völker gewährleisten und die Grundlage eines dauerhaften Friedens bilden werden. (Der französische Text der aus Kopenhagen übermittelten Depesche ist an dieser Stelle verstümmelt.) Das ist der ganze Inhalt der Mitteilung, ausgenommen die Botschaft, daß der Krieg im Falle einer Ablehnung bis zum siegreichen Ende weitergeführt und auf uns und unsere Alliierten die Verantwortung für weiteres Blutvergießen abgewälzt werden solle.

Unter welchen Umständen wird der deutsche Vorschlag gemacht? Die feindlichen Heere haben Belgien, Serbien, Montenegro, einen Teil Frankreichs, Rußlands und Rumäniens verwüstet und besetzt. Die Deutschen und Österreicher haben soeben die scheinbare Unabhängigkeit eines Teiles von Polen verkündet und versuchen damit, die Hand auf die ganze polnische Nation zu legen. Wer kann also aus solchen Verhältnissen bei Beginn der Vorbesprechungen des Friedens Vorteil ziehen, als Deutschland? Aber die Gründe des deutschen Schrittes werden noch klarer, wenn man den inneren Zustand bei unseren Feinden in Betracht zieht. Abgesehen von dem ungesetzlichen Versuch der Deutschen, die Bevölkerung Russisch-Polens zu zwingen, die Waffen gegen ihr eigenes Vaterland zu ergreifen, genügt es, den allgemeinen Arbeitszwang, der in Deutschland eingeführt ist, zu erwähnen, um zu verstehen, wie hart die Lage der Feinde ist. Zu versuchen, im letzten Augenblick aus ihren augenblicklichen Gebietseroberungen Vorteil zu ziehen, ehe sich ihre innere Schwäche offenbart — das ist der wahre Sinn des deutschen Schrittes.

Im Falle des Mißlingens wird der Feind die Weigerung der Alliierten, den Frieden anzunehmen, im Innern dazu ausnutzen, die sinkende Moral seiner Bevölkerung wieder zu stärken. Aber es besteht noch ein anderer Zweck bei dem Schritte. In der Unfähigkeit, den wahren Geist, der Rußland beseelt, zu verstehen, setzen sich unsere Feinde die vergebliche Hoffnung in den Kopf, daß sich bei uns so zaghafte Leute finden, daß sie sich, sei es nur für einen Moment, durch lügenhafte Vorschläge täuschen lassen. Das wird nicht der Fall sein. Der Glaube Rußlands wird nicht wanken. Im Gegenteil, um so enger wird sich ganz Rußland um seinen ehrwürdigen Herrscher scharen, der seit Kriegsbeginn erklärt hat, daß er nicht Frieden machen werde, bis der letzte feindliche Soldat »unser Land verlassen habe«. Mit um so größerer Energie wird die russische Regierung nach der Erreichung der von Ihnen am Tage der Wiederaufnahme ihrer Arbeiten verkündeten Ziele streben, ganz besonders nach der allgemeinen Mitarbeit, die das einzige Mittel darstellt, das **Ziel zu erreichen**, das uns allen am Herzen liegt — die Vernichtung des Feindes.

Die russische Regierung weist schon den Gedanken, jetzt den Kampf zu unterbrechen und dadurch Deutschland zu erlauben, die letzte Möglichkeit, die sich ihm bietet, Europa seiner Vorherrschaft zu unterwerfen, auszunutzen, mit Entrüstung ab. Alle die unzähligen gebrachten Opfer würden umsonst sein, wenn man mit dem Feinde, dessen Kräfte zwar geschwächt, aber nicht gebrochen sind, und der unter dem Vorwand eines dauerhaften Friedens einen Aufschub sucht, einen vorzeitigen Frieden schließen würde.

In diesem unerschütterlichen Entschluß befindet sich Rußland in völliger Übereinstimmung mit allen tapferen Alliierten. Wir sind alle in gleicher Weise von der vitalen Notwendigkeit durchdrungen, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen, und wir werden uns von diesem Wege durch kein Manöver des Feindes abbringen lassen.

Kriegskalender

Die folgende Übersichtstafel enthält als Fortsetzung des Kriegskalenders im 1. Band des vorliegenden Werkes die wichtigeren, mit dem Kriege in Verbindung stehenden Ereignisse des Jahres 1916 in zeitlicher Reihenfolge und dient als Anhaltspunkt für die Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier (S. 193 ff.). Eine ausführliche Aufzählung der Ereignisse zur See bringt die Abhandlung über den Seekrieg 1915/16 (S. 238 ff.).

Januar 1916.

1. Niederlage der Russen an der Strypa und bei Toporoutz (beßarabische Front).
2. Jaunde, das Zentrum der Verteidigung Kameruns, fällt.
3. Die Türkei führt den Gregorianischen Kalender ein.
6. Annahme der englischen Wehrpflichtvorlage im Unterhaus in erster Lesung.
- Österreichisch-ungarischer Sieg über die Montenegriner bei Mojkovac.

6.—7. Russische Massenangriffe bei Buczacz (Ostgalizien) scheitern unter schweren Verlusten.

7. Zusammenbruch russischer Vorstöße bei Toporoutz.
- Erfolgreicher deutscher Luftangriff auf das Lager der englisch-franz. Orientarmee bei Saloniki.
- Englische Niederlage bei Scheikh Saad (Mesopotamien).
8. Rückeroberung des Hirzsteines durch die Deutschen (vgl. Kriegskalender, Bd. I, 21. Dezember 1915).
- Beginn des österreichisch-ungar. Angriffes gegen Montenegro im Gebiet der Bocche di Cattaro.

8./9. Die englisch-französischen Truppen räumen sämtliche Stellungen auf Gallipoli.

9. Das englische Schlachtschiff »Edward VII« sinkt durch eine deutsche Mine in der Nordsee.
10. Eroberung des Lovćen durch die österreichisch-ungarische Gruppe Trollmann.
- Österreichisch-ungarische Truppen besetzen Berane.
11. Neuerliche Niederlage der Russen bei Toporoutz.
- Besetzung Korfus durch französische Truppen.
- Einleitung einer allgemeinen russischen Offensive gegen das türkische Zentrum im Kaukasus.
- Vorstoß der Armee Sarkotic auf Cetinje.

11. Erfolgreicher österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Rimini.
- Sechste Kriegstagung des deutschen Reichstages.
12. Russische Niederlage am Arasfluß (Kaukasus).
13. Österreichisch-ungarische Truppen besetzen Cetinje.
- Die Türken besetzen Kermanschah (Persien).
14. Der russische Hauptangriff bei Toporoutz scheitert unter schweren Verlusten.
15. Erster »Balkanzug« nach Konstantinopel.
- Zusammenbruch der russischen Offensive in Ostgalizien und an der beßarabischen Front Toporoutz–Rarantze (»Neujahrsschlacht 1916«). Russische Verluste: 76000 Mann.
15.—16. Lebhafte Kämpfe am Kirchenrücken bei Oslavija (Isonzo-Front).
- Zurücknahme der türkischen Front am Aras-Fluß.
17. Beginn der Verhandlungen mit Montenegro über die Waffenstreckung. Einstellung der Feindseligkeiten.
- Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Ancona.
- Köprüköi (Kaukasus-Front) wird von den Russen besetzt; Rückzug der Türken auf Erzerum.
18. Deutscher Luftangriff auf Tarnopol.
19. Neue vergebliche Durchbruchsversuche der Russen östlich von Czernowitz und Toporoutz.
- Die serbische Regierung wird nach Korfu verlegt.
20. Erweiterung der Landsturmpflicht in Österreich-Ungarn bis zum 55. Lebensjahr.
21. Flucht der montenegrinischen Königsfamilie nach Frankreich.
- Niederlage der Engländer an der Irakfront bei Korna und Menlahie.
22. Die Österreicher besetzen Antivari und Dulcigno.
22./23. Erfolgreicher deutscher Luftangriff auf Dover.
23. Französischer Luftangriff auf Metz.
- Besetzung von Skutari, Niksic und Podgorica durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
24. Deutscher Luftangriff auf Nancy und Baccarat.
24.—26. Ober- und Unterhaus nehmen die englische Wehrpflichtvorlage an.
25. Unterzeichnung der Vereinbarungen über die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres.
- Die österreichisch-ungarischen Truppen erobern italienische Stellungen bei Oslavija (Isonzo).
28. Die Deutschen erstürmen französische Stellungen bei Frise (Somme).
- Französischer Luftangriff auf Freiburg i. Br.
- Alessio und Giovanni di Medua werden von österreichisch-ungarischen Truppen genommen.
- Besetzung des griechischen Forts Kara Burun vor Saloniki durch die Franzosen.
29./30. Erfolgreicher Angriff deutscher Luftschiffe auf Paris.
30./31. Erneuter Luftangriff auf Paris.
31./1. Februar. Angriff eines deutschen Luftschiffgeschwaders auf England. Erfolgreiche Beschießung von Liverpool, Birkenhead, Nottingham, Sheffield und Great Yarmouth.

Februar 1916.

2. Rücktritt des russischen Ministerpräsidenden Goremykin; Nachfolger: Stürmer.
- Englische Vorstöße gegen Kut el Amara werden von den Türken erfolgreich abgewiesen.
3. Zurücknahme der italienischen Front am Tolmeiner Brückenkopf (Isonzo-Front).
- Die österreichisch-ungarischen Truppen erreichen den Ischmi-Fluß (Albanien).
7. Amtliche Meldung vom Übertritt der deutschen Kamerunkämpfer auf spanisches Gebiet (Spanisch-Neuguinea).
8. Erstürmung französischer Stellungen bei Vimy durch die Deutschen.
- Denkschrift der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung an die Neutralen über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe.
9. Die österreichisch-ungarischen Truppen besetzen Tirana in Albanien.
10. Der Burengeneral Smuts übernimmt den Oberbefehl gegen Deutsch-Ostafrika.
- Das englische Wehrpflichtgesetz tritt in Kraft.
10./11. Zwei englische Kreuzer werden durch deutsche Torpedoboote bei einem Seegefecht an der Doggerbank vernichtet (vgl. »Der Seekrieg 1915/16«, S. 249).
11. Starker französischer Vorstoß bei Maison de Champagne.
- Die Engländer besetzen das griechische Fort Kum-Kale bei Saloniki.
- Lebhafte Kämpfe bei Tarnopol.
- Italien verbietet den Handel mit Deutschland.
12. Die Deutschen erobern französische Stellungen bei Sainte-Marie-à-Py.
- Österreichisch-ungar. Luftangriff auf Ravenna.
- Schwere Niederlage der Engländer am Salita-Hügel (deutsch-ostafrikanisch-engl. Grenzgebiet).
- Elbassan wird von den Bulgaren besetzt.
13. Erfolgreicher deutscher Sturmangriff gegen die französischen Linien bei Tahure und Obersept.
- Vorstoß der österreichisch-ungarischen Truppen bis zum Arzon (Albanien).
14. Englische Stellungen südwestlich von Ypern werden durch die Deutschen erobert.
- Österreichisch-ungar. Luftangriff auf Mailand.
16. Die englisch-französischen Truppen besetzen die Eisenbahn- und Telegraphenlinien in Thessalien.
- Die Russen erstürmen Erzerum.
17. Zusammenbruch englischer Vorstöße bei Ypern.
- Der Hafen Kavaja (Albanien) wird von österreichisch-ungarischen Truppen genommen.
18. Die Russen nehmen Musch (Armenien) ein.
19. Die auf österreichisch-ungarischer Seite kämpfenden Albaner besetzen Berat. Beginn der Kämpfe um Durazzo.
- Mit der Einnahme der befestigten Station Mora gelangt Kamerun in englischen Besitz.
20. Deutscher Luftangriff auf die englische Ostküste.
21. Die Deutschen erobern französische Stellungen östlich von Souchez.
- Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf italienische Stützpunkte in der Lombardei.
- Beginn des deutschen Angriffs gegen Verdun. Die franz. Stellungen nördlich von Verdun werden in 10 km Breite und 3 km Tiefe durchbrochen.
22. Deutsche Erfolge über die Franzosen bei Heidweiler (Elsaß).
23. Eroberung der letzten Außenstellungen von Durazzo durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
- Admiral v. Pohl stirbt in Berlin.
- Portugal beschlagnahmt deutsche und österreichisch-ungarische Handelsschiffe.
24. Vorstoß der Deutschen auf dem rechten Maasufer nördlich von Verdun bis zum Louvemont-Rücken (10000 Gefangene).
- Beschlagnahme deutscher Schiffe in Italien.
- Die Russen nehmen Ispir (Kaukasus).

25. Das Panzerfort Douaumont nordöstlich von Verdun wird durch die Deutschen erstürmt. Rückzug der Franzosen in der Woëvre-Ebene.
- Lebhafte Kämpfe am Monte San Michele (Isonzo).
- Die Russen erreichen die Straße Trapezunt—Erzerum.

26. Eroberung der Befestigungslinien von Hardaumont bei Verdun durch die Deutschen (5000 Gefangene). Starke franz. Gegenangriffe scheitern.
- Französischer Luftangriff auf Metz.
- Zusammenbruch italienischer Vorstöße gegen den Monte San Michele.
- Kuropatkin wird zum Oberbefehlshaber der russischen Nordarmee ernannt.

27. Die Deutschen stürmen französische Stellungen bei Navarin in der Champagne.
- Erfolgreiche Abwehr französischer Angriffe gegen Fort Douaumont.
- Einnahme von Durazzo durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
- Die Russen besetzen Kermanschah (Persien).

28. Die Deutschen erreichen den Fuß der Côtes Lorraines.

29. Deutsch-englisches Seegefecht in der Nordsee (vgl. »Der Seekrieg 1915/16«, S. 239).

März 1916.

1. Deutsche Unterseeboote vernichten drei französische Hilfskreuzer bei Le Havre und einen englischen Bewachungsdampfer in der Themsemündung.

2. Die Deutschen stürmen Dorf Douaumont und benachbarte Befestigungen.
- Englischer Vorstoß südlich von Ypern gegen die »Bastion«-Stellung.

3. Zurückweisung starker französischer Vorstöße bei Dorf Douaumont durch die Deutschen.
- China beschließt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.
- Bitlis (Armenien) wird von den Russen erobert.

4. Rückkehr des deutschen Hilfskreuzers »Möwe« nach mehrmonatiger Kreuzfahrt im Atlantischen Ozean (15 Schiffe versenkt; vgl. »Der Seekrieg 1915/16«, S. 260).

5./6. Deutscher Luftangriff auf Hull am Humber.

6. Vergebliche Durchbruchsversuche der Engländer bei Es Sinn (Mesopotamien).

7. Die Deutschen stürmen Fresnes (Woëvre-Ebene).
- Die französischen Stellungen auf dem linken Maasufer bei Béthincourt werden in 6 km Breite und 3 km Tiefe von den Deutschen durchbrochen.
- Vorstoß der Engländer im Kilimandscharo-Gebiet.

8. Die Deutschen erobern Fort und Dorf Vaux sowie den Rabenwald nördlich von Verdun.
- Schwere Niederlage der Engländer bei Felahie (Mesopotamien).

9. Die Franzosen gewinnen Fort Vaux zurück.
- Die Deutschen erobern den Ablainwald (Verdun).
- Erfolgreicher Angriff deutscher Seeflugzeuge auf russische Schiffe bei Warna (Schwarzes Meer).
- Kriegserklärung Deutschlands an Portugal.
- Die Dienstpflicht in der Türkei wird bis zum 50. Lebensjahr verlängert.

10. Erstürmung französischer Stellungen bei Reims durch die Deutschen.
- Heftiger Kampf bei Taweta (Britisch-Ostafrika).

12. Deutsch-englische Gefechte am Kilimandscharo.

13. Beginn der fünften italienischen Isonzo-Offensive.

14. Die Deutschen erstürmen die Höhe »Toter Mann« bei Verdun.
- Abbruch der politischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Portugal.

15. Siebente Kriegstagung des deutschen Reichstages. Schwere Kämpfe an der Podgora-Höhe (Isonzo).
- Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz; Nachfolger: Admiral v. Capelle.

16. Eröffnung der russischen Offensive auf der Front Dryswjaty-See—Postawy und am Narotsch-See.
- Französische Vorstöße gegen die Höhe »Toter Mann« scheitern unter schweren Verlusten.
- Zusammenbruch der italien. Isonzo-Offensive.
- Der französische Kriegsminister Galliéni tritt zurück; Nachfolger: General Roques.

17. Erfolgreicher Vorstoß der österreichisch-ungarischen Truppen bei Tolmein.

18. Franz. Luftangriffe auf Mülhausen und Metz.
- Einverleibung des Nord-Epirus in Griechenland.

19. Lebhafte Kämpfe bei Fort Douaumont und Dorf Vaux.
- Die österreichisch-ungarischen Truppen räumen die Brückenschanze von Usciecsko am Dnjestr.
- Deutscher Flugzeugangriff auf Dover, Ramsgate und Deal.
- Ispahan wird von den Russen besetzt.

20. Erstürmung französischer Stellungen bei Avocourt (Verdun) durch die Deutschen.
- Ausdehnung der russischen Offensive auf die ganze Nordfront.
- Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Valona.
- Seegefecht zwischen deutschen und englischen Torpedobooten an der flandrischen Küste.

21. Höhepunkt der Schlacht am Narotsch-See.
- Pangani (Deutsch-Ostafrika) wird von den Engländern besetzt.

22. Die Deutschen nehmen französische Befestigungen bei Haucourt (Verdun).
- Yuan Schi-kai verzichtet auf die chinesische Kaiserwürde. Wiederherstellung der Republik.

22.—23. Vergebliche russische Angriffe bei Jakobstadt und Widsy.

24. Die Zeichnungen der vierten deutschen Kriegsanleihe erreichen die Höhe von 10 Milliarden Mark.
- Bildung der »Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« im deutschen Reichstag.
- Die Deutschen weisen erneute Massenangriffe der Russen bei Jakobstadt und Dünaburg zurück.

25. Ein englischer Fliegerangriff auf die nordfriesische Küste scheitert.
- Die Vierverbandsmächte lehnen den Vorschlag der Vereinigten Staaten, die Handelsschiffe zu entwaffnen, ab.
- Bulgarien beschließt die Einführung des Gregorianischen Kalenders.

26. Niederlage der Russen an der Düna.
- Eroberung russischer Befestigungen am Narotsch-See durch die Deutschen.
- Die österreichisch-ungarischen Truppen erobern italienische Stellungen an der Podgora-Höhe.

27. Deutscher Luftangriff auf Saloniki.
- Vergebliche Massenangriffe der Russen an der beßarabischen Front.

28. Die französischen Stellungen bei Malancourt nordwestlich von Verdun werden in 2 km Breite durchbrochen.
- Zusammenbruch der russischen Offensive an der Nordfront. Verluste der Russen: 140000 Mann.

Deutsche Helden.



Karl Litzmann.
(Hofphot. H. Noack, Berlin.)



Otto v. Emmich.
(Hofphot. A. Möhlen, Hannover.)



Alfred Meyer-Waldeck.



Otto Weddigen.



Max Immelmann.



Karl v. Müller. (Hofphot. L. Greve, Blankenburg a. H.)

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Österreichisch-ungarische Heerführer II.



Artur Arz v. Straußenburg.



Hermann Koeveſs v. Koeveſsháza.
(Phot. E. Fischer, Hermannstadt.)



Eduard v. Böhm-Ermolli. (Phot. Kordyan, Lemberg.)

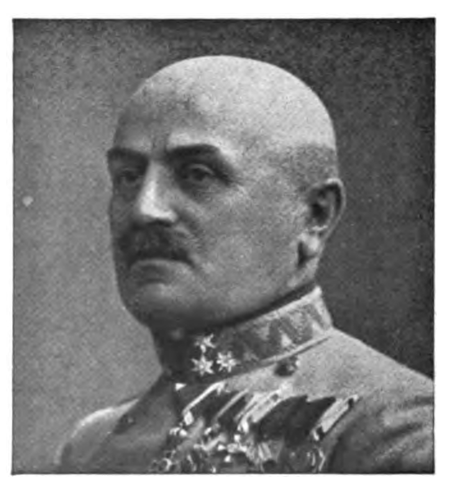


Svetozar Boroević v. Bojna.





Karl Freiherr v. Pflanzer-Baltin.



Paul Puhallo v. Brlog.

29. Erfolgreiche Abwehr eines starken französischen Gegenstoßes bei Avocourt.
- Österreich.-ungar. Erfolge am Görzer Brückenkopf.
- Rücktritt des russischen Ministerpräsidenten Poliwanow; Nachfolger: General Schuwajew.

30. Malancourt wird von den Deutschen erstürmt.
31. Die Anwendung der Londoner Seerechtsdeklaration wird durch England eingeschränkt: Wegfall des Artikels 19.

31./1. April. Starker Angriff deutscher Luftschiffe auf London und die englische Südostküste.

April 1916.

1./2. Erneuter Luftangriff auf die englische Ostküste.
2. Eroberung franz. Stellungen am Forgesbach und bei Haucourt–Béthincourt nordwestl. von Verdun.
- Abschluß der österr.-ungar.-bulgarischen Verhandlungen über die Abgrenzung der Verwaltungsgebiete auf dem Balkan.

2./3. Deutsche Luftschiffe beschießen die Londoner Docks, die militärischen Anlagen am Tyne und Firth of Forth.
3. Einnahme französischer Befestigungen im Caillette-Wald (Verdun).
- Luftangriff der Österreicher auf Ancona.

3./4. Wiederholung des deutschen Luftangriffs auf Ostengland.
4. Rücktritt des italienischen Kriegsministers Zupelli; Nachfolger: General Morone.
5. Die Deutschen erstürmen Haucourt.
- General Ewert tritt das Kommando der russischen Südwestfront an General Brussilow ab.

5.—6. Türkischer Sieg über die Engländer bei Felahie (Mesopotamien).
- Deutscher Luftangriff auf Whitby, Hull und Leeds.

6. Die Österreicher besetzen italienische Stellungen am Rauchkofel (Südtirol).
- Der Bundesrat beschließt die Einführung der »deutschen Sommerzeit« (vom 1. Mai bis 30. September).

7. Die Deutschen erobern franz. Stellungen auf dem »Termitenhügel« nordwestlich von Verdun.
- Abschluß deutsch-rumänischer Handelsverträge.

8. Türkischer Sieg über die Russen bei Sutschbulak (Nordpersien).
9. Béthincourt wird von den Deutschen erobert.
- Niederlage der englischen Entsatzarmee bei Felahie.
- Lebhafte Kämpfe bei Riva.

11. Starke franz. Angriffe am Pfefferrücken nördlich von Verdun scheitern unter schweren Verlusten.
13. Zurückweisung mehrerer russischer Durchbruchsversuche am Narotsch-See und an der Strypa.
14. Angriffe der Engländer bei St. Eloi scheitern.
- Zusammenbruch französischer Vorstöße gegen die Höhe »Toter Mann«.

17. Eroberung französischer Stellungen bei Haudromont und Thiaumont.
- Die Italiener besetzen den Col di Lana (Dolomiten).
- Italienischer Luftangriff auf Triest.

18. Trapezunt wird von den Russen besetzt.
19. Lebhafte Kämpfe im Ypern-Bogen.
- Vergebliche starke Vorstöße der Franzosen im Caillette-Wald.
- Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Goltz stirbt im Hauptquartier der türkischen Irak-Armee.
- Meldung der Einnahme von Kondoa Irangi (Deutsch-Ostafrika) durch die Engländer.

19. Die Belgier dringen am Kiwu-See in Deutsch-Ostafrika ein.
20. Note der Vereinigten Staaten von Amerika an Deutschland über den U-Bootkrieg; Drohung mit Abbruch der Beziehungen (vgl. S. 158ff.).
- Erneuter Fliegerangriff der Italiener auf Triest.

21. Beginn des irischen Aufstandes.
- Einführung der »Sommerzeit« in Österreich und Ungarn.

22. Erfolgreicher Angriff eines deutschen Flugzeuggeschwaders auf die russische Flugstation Papenholm (Ösel).
- Das englische Linienschiff »Russel« sinkt im Mittelmeer durch eine Mine.
- Erneute Niederlage der Engländer bei Felahie.
- Türkischer Sieg über die Engländer bei Katia (Suezkanal).

24. Seegefecht zwischen deutschen und englischen Torpedobooten an der flandrischen Küste.

24./25. Deutsche Luftschiffe greifen London und die militärischen Anlagen der englischen Ostküste an.

25. Die Deutschen erobern französische Stellungen an der Höhe 542 bei Celles (Vogesen).
- Lebhafte Kämpfe bei La Bassée.
- Vorstoß deutscher Seestreitkräfte und Marineluftschiffe gegen die englische Ostküste. Seegefecht vor Lowestoft.
- Erfolgreiche Abwehr italienischer Angriffe bei Selz (Hochebene von Doberdo).

28. Starke französische Angriffe nördlich von Verdun werden von den Deutschen siegreich abgewiesen.
- Eroberung russischer Stellungen am Narotsch-See (5600 Gefangene).
- Übergabe Kut el Amaras an die Türken (13000 Engländer unter General Townshend gefangen).

Mai 1916.

2. Beendigung des Aufstandes in Dublin.

2./3. Angriff eines deutschen Luftschiffgeschwaders auf die englische Ostküste.

3. Erfolgreicher österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Ravenna.
4. Lebhafte Kämpfe zwischen Armentières und Arras.
- Österreich. Luftangriff auf Valona und Brindisi.
- Antwort Deutschlands auf die Note der Vereinigten Staaten von Amerika vom 20. April bez. des U-Bootkrieges (vgl. S. 160ff.).

7. Die Deutschen nehmen die Höhe 304 (Verdun).
- Der österreichisch-ungarische Flottenchef Admiral Haus erhält als erster die von Kaiser Franz Joseph geschaffene Würde eines Großadmirals.
- General Pétain wird zum Oberbefehlshaber des französischen Zentrums ernannt.

8. Zusammenbruch französischer Massenangriffe gegen die Höhe 304.
- Deutsch-engl. See-Vorpostengefecht vor Ostende.
- Die Belgier besetzen die Hauptstadt des Ruandagebietes, Kigali (Deutsch-Ostafrika).

8./9. Die Türken erobern russische Stellungen am Kope-Berg (Kaukasus-Front) in 15 km Breite.
- Vergeblicher Vorstoß der Russen bei Garbunowka.
- Zusammenbruch italienischer Angriffe gegen San Martino (Isonzo-Front).

10. Deutscher Luftangriff auf Dünkirchen.
11. Erstürmung der englischen Stellungen bei Hulluch durch die Deutschen.
- Kasr i Schirin (Persien) wird von den Russen genommen.

11. Die Belgier besetzen Nyanza (Deutsch-Ostafrika).
15. Österreichisch-ungarische Luftangriffe auf Valona und Sasena.
14. Vormarsch einer englischen Gruppe gegen das Gebiet des Sultans von Darfur.
15. Beginn der österreichisch-ungarischen Offensive in Südtirol. Eroberung der ersten italienischen Stellung auf dem Armenterra-Rücken.
15./16. Starke österr. Luftangriffe auf Norditalien.
16. Die österreichisch-ungarischen Truppen erobern italienische Stellungen auf der Hochfläche von Vielgereuth und im Terragnola-Abschnitt.
16.—17. Französische Massenangriffe gegen die Höhe 304 werden von den Deutschen zurückgewiesen.
- Die Österreicher erstürmen die Zugna Torta südlich von Rofreit.
17. Besetzung des Grenzrückens des Maggio zwischen Astico- und Lenotal durch die Österreicher.
- Das englische Unterhaus nimmt das Wehrpflichtgesetz über die Dienstpflicht der Verheirateten zwischen 18 und 42 Jahren in dritter Lesung an.
18. Zusammenbruch italienischer Massenangriffe auf dem Armenterra-Rücken. Die Panzerwerke Campomolon und Toraro werden von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
- Deutscher Luftangriff auf die englisch-französischen Lager in Nordgriechenland.
- Beschießung von El Arisch (Sinai-Front) durch britische Kriegsschiffe.
19./20. Deutscher Luftangriff auf Südostengland.
- Vorstoß der Österreicher im Suganatal bis Roncegno (Rundschein). Einnahme des Sasso Alto (Armenterra-Rücken).
- Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf militärische Anlagen in Norditalien.
20. Eroberung der französischen Stellungen südlich von der Höhe »Toter Mann« durch die Deutschen. Die Österreicher besetzen die erste italienische Stellung auf der Hochebene von Lafraun und dringen vom Col Santo bis zum Pasubio vor.
- Türkischer Luftangriff auf Port Said.
21. Die englischen Stellungen bei Givenchy-en-Gohelle werden von den Deutschen genommen.
- Starker Luftangriff der Deutschen auf Dünkirchen. Die österreichisch-ungarischen Truppen erreichen die Linie Monte Tormeno—Monte Majo (7700 Gefangene, 40 Geschütze).
22. Vorstoß der österreichisch-ungarischen Truppen im Suganatal bis Burgen (Borgo). Einnahme des Monte Verena.
- Türkischer Luftangriff auf Kairo.
- Errichtung des deutschen Kriegsernährungsamtes (Präsident: v. Batocki-Friebe).
- Sieg des Sultans von Darfur über die Engländer bei Fasher.
23. Der französische Stützpunkt Cumières nordwestlich von Verdun wird von den Deutschen erstürmt.
- Eroberung der Höhenzüge am Suganatal vom Salubio bis Burgen und des Panzerforts Campolongo (63 Geschütze) durch die Österreicher.
24. Vergeblicher Ansturm der Franzosen gegen die deutschen Stellungen im Caillette-Wald.
- Österreichischer Luftangriff auf Bari und Latisana.
- Die Österreicher besetzen Chiesa.
25. Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen südlich vom Fort Douaumont.
- Eroberung des Höhenrückens von Corno di Campo Verde bis Meata und des Monte Cimone durch die Österreicher.
25. Einmarsch englischer Truppen in Deutsch-Ostafrika zwischen Tanganjika- und Njassasee.
25./26. Starker deutscher Luftangriff auf die russische Flugstation Papenholm (Ösel).
26. Einnahme des Panzerwerkes Casa Ratti durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
27. Die Österreicher erobern das italienische Panzerwerk Cornolo.
- Deutsche und bulgarische Truppen besetzen den Rupel-Paß an der Struma (Mazedonien).
- Die Zeichnungen der vierten österreichischen Kriegsanleihe ergeben 4,4 Milliarden Kronen.
28. Vorstoß der Türken gegen den Raum von Erzerum.
29. Eroberung der franz. Stellungen zwischen der Südkuppe der Höhe »Toter Mann« und Cumières.
- Einnahme des italienischen Panzerwerkes Punta Corbin durch die Österreicher.
30. Die Bergfestungen Asiago und Arsiero werden von österreichisch-ungarischen Truppen gestürmt.
- Rückzug der Russen bei Mamachatum (Türkisch-Armenien) in 30 km Breite und 20 km Tiefe.
- Die Engländer besetzen Neu-Langenburg (Deutsch-Ostafrika).
31. Starke französische Angriffe gegen die Höhe »Toter Mann«.
- Eroberung italienischer Höhenstellungen östlich von Arsiero durch die Österreicher.
- Beginn der deutsch-englischen Seeschlacht vor dem Skagerrak.

Juni 1916.

1. Die Seeschlacht vor dem Skagerrak endet mit einem vollständigen Siege der Deutschen (vgl. »Der Seekrieg 1915/16«, S. 249 ff.).
- Eroberung des Caillette-Waldes nordwestlich von Verdun durch die Deutschen.
- Vorstoß der Türken bis zu den Nairambergen westlich von Erzerum.
2. Der Höhenzug südöstlich von Zillebeke wird durch die Deutschen erobert.
- Zusammenbruch französischer Massenangriffe gegen den Caillette-Wald.
- Eroberung der Panzerfeste Vaux und der Befestigungen von Damloup nordöstlich von Verdun durch die Deutschen.
- Einleitung der russischen Offensive an der beßarabischen und wolhynischen Front.
3. Lebhafte Kämpfe südlich vom Posinatale (Oberitalien).
3.—4. Starke Angriffe der Engländer und Franzosen bei Ypern, Damloup und am Caillette-Wald werden von den Deutschen zurückgewiesen.
4. Beginn der russischen Offensive an der wolhynisch-beßarabischen Front. Schwere Kämpfe bei Okna (Ostgalizien) und Tarnopol.
- Eroberung italienischer Höhenstellungen östlich vom Asticotale durch die österr.-ungar. Truppen.
- Die Türken nehmen russische Stellungen am Kope-Berg (Kaukasus-Front) in 14 km Breite und 8 km Tiefe.
5. Französische Massenangriffe gegen den Fuminrücken scheitern unter empfindlichen Verlusten.
- Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Front bei Okna (Ostgalizien).
- Österreich. Luftangriffe auf Verona und Vicenza.
- Türkischer Vorstoß bis Aschkala nordwestlich von Erzerum.

5./6. **Der Panzerkreuzer »Hampshire« mit Lord Kitchener an Bord geht bei den Orkney-Inseln unter.**
6. Die Deutschen besetzen Hoope und die englischen Höhenstellungen südlich von Ypern in 3 km Breite.
• Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Truppen auf Luzk und an den Styr.
• Der Vierverband verhängt die Blockade über die griechischen Küsten.
7. England sagt sich von der Londoner Seerechtserklärung von 1909 los.
• Luzk wird von den Russen eingenommen.
• Erfolgreicher Vorstoß der österreichisch-ungarischen Truppen auf der Hochebene von Asiago. Erstürmung des Monte Lemerle.
• Vergebliche Massenangriffe der Franzosen bei Thiaumont und Fort Vaux.
8. Beginn des Angriffs der Österreicher auf den befestigten Raum von Primolani (Oberitalien).
• Österreichisch-ungar. Luftangriff auf Venetien.
• Die Belgier besetzen Usambara (Deutsch-Ostafrika).
8./9. Die Türken nehmen Kasr i Schirin (Persien).
• Die Deutschen erobern franz. Stützpunkte bei Vaux.
9. Russische Massenangriffe bei Tarnopol und zwischen Okna und Dobronoutz (Ostgalizien).
• Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Front auf das Westufer der unteren Strypa.
10. Übergangsversuche der Russen über den Styr bei Kolki scheitern.
• Dubno wird von den Russen besetzt.
11. Ein russischer Vorstoß bei Buczacz wird von deutschen und österreichischen Truppen zurückgewiesen.
• Beginn des österreichisch-ungarischen Rückzuges in der Bukowina.
• Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Venedig.
• Die Engländer besetzen Bismarckburg (Deutsch-Ostafrika).
• Rücktritt des italienischen Ministeriums Salandra.
11./12. Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Mestre und Venedig.
12. Snyatin, Zaleszczyki und Horodenka werden von den Russen besetzt.
12./13. Starke englische Angriffe im Ypern-Bogen.
• Erbitterte Kämpfe im Raum von Tarnopol.
13. Eroberung französischer Stellungen an der Thiaumont-Ferme nordöstlich von Verdun durch die Deutschen.
• Lebhafte Kämpfe nördlich von Czernowitz.
• Russische Massenangriffe nördlich von Baranowitschi werden von den Deutschen zurückgewiesen.
• Griechenland beschließt auf Antrag der Vierverbandsmächte die Herabsetzung des Heeres auf Friedensfuß.
14. Zahlreiche Versuche der Russen, den Stochod-Styr-Abschnitt zu überschreiten, werden von den Deutschen zurückgewiesen.
14.—17. Tagung der Wirtschaftskonferenz des Vierverbandes in Paris. Beschluß des wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland und Österreich-Ungarn nach dem Kriege.
15. Übergangsversuche der Engländer über den Euphrat zwischen Korna und Nassrije werden von den Türken abgewiesen.
• Vorstoß der Türken über die südpersische Grenze bei Bane.
15./16. Österr.-ungar. Luftangriff auf die Prov. Udine.
16. Italienische Massenangriffe an der Isonzo-Front, in den Dolomiten und bei Asiago scheitern unter schweren Verlusten.
16.—17. Lebhafte Kämpfe im Thiaumont-Walde.
• Erfolgreicher Vorstoß der Heeresgruppe Linsingen im Raum Kowel–Luzk.
17. Czernowitz wird von den Russen genommen.
• Vorstoß österreichisch-ungarischer Truppen nördlich von der Lipa (Wolhynien).
18. Zurückweisung der russischen Durchbruchsversuche bei Przewloka (Ostgalizien; 14.—18. Juni).
• Eroberung italienischer Stellungen zwischen Brenta- und Asticotal.
• Generaloberst v. Moltke stirbt in Berlin.
• Oberleutnant Immelmann fällt im Luftkampf an der deutschen Westfront.
• Bildung des italienischen Kabinetts Boselli.
19. Übergang der Russen über den Sereth in der Nord-Bukowina.
• Lebhafte Kämpfe bei Gruziatyn (Wolhynien).
• Russische Massenangriffe bei Logischin brechen unter großen Verlusten zusammen.
• Die Deutschen durchbrechen die russische Front zwischen der Straße Kowel–Luzk und der Turija und erobern Kisielin.
20. Vorstoß der Heeresgruppe Hindenburg bei Dünaburg und Dubatowka.
• Über den Styr vorgegangene russische Kräfte werden bei Gruziatyn von deutschen Truppen zurückgeworfen. Vorstoß der Deutschen nordwestlich von Luzk und an der Turija.
• Der Brückenkopf von Feras nördlich von Valona wird von den Italienern geräumt.
21. Die russischen Stellungen zwischen Sokul und Liniewka werden von den Deutschen genommen.
• Niederlage der Russen bei Przewlowka.
• Die Russen nehmen Radautz (Bukowina).
• Ultimatum des Vierverbandes an Griechenland betreffs Demobilisation und Neubildung des Ministeriums. Rücktritt des Ministeriums Skuludis. Zaimis übernimmt den Vorsitz des neuen Kabinetts.
• Niederlage der Russen am Paitak-Paß (Südwestpersien).
22. Französische Luftangriffe auf Karlsruhe, Müllheim (Baden) und Trier.
• Lebhafte Kämpfe bei Radsiwillow (Wolhynien).
• Die Türken erobern russische Stellungen südlich vom Tschoruch (Kaukasus-Front).
• Erste Ausreise des Handels-Unterseebootes »Deutschland« nach Amerika.
• Das Ultimatum des Vierverbandes wird von Griechenland angenommen.
23. Eroberung des Panzerwerkes Thiaumont, des Dorfes Fleury und der Höhe »Kalte Erde« nördlich von Verdun durch die Deutschen.
• Vorstoß der Russen in der Bukowina bis Kimpolung.
• Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Venedig.
• Eroberung russischer Stellungen südlich von Trapezunt durch die Türken.
24. Beginn der Einleitung der englisch-französischen Somme-Offensive durch Artilleriekampf.
• Zahlreiche Angriffe der Franzosen gegen Fort Thiaumont scheitern.
• Die russische Offensive in der Bukowina kommt in der Linie Jakobeny–Kimpolung zum Stillstand.
25. Niederlage der Franzosen auf dem Höhenrücken »Kalte Erde« (Verdun).
• Eroberung russischer Stellungen bei Sokul durch die Deutschen.

26. Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Truppen zwischen Brenta- und Asticotal.
- Beginn lebhafter Kämpfe an der englischen und dem Nordteil der französischen Front.

27. Französische Massenangriffe gegen die Höhe »Kalte Erde« scheitern unter schweren Verlusten.
- Die Deutschen erobern den russischen Stützpunkt Liniewka (Wolhynien) und die anschließenden Stellungen.
- Zusammenbruch starker italienischer Gegenstöße zwischen Etsch und Brenta.
- Rückzug der Russen bei Sermil in Südpersien.

28. Vorstoß der Russen bei Kolomea in 40 km Breite.
- Starke Angriffe der Italiener auf die Hochfläche von Doberdo werden von den österreichisch-ungarischen Truppen zurückgewiesen.

29. Die Russen besetzen Kolomea.
- Einnahme von Kerenda (Südpersien) durch die Türken; türkischer Vorstoß auf Kermanschah.

30. Zusammenbruch starker französischer Vorstöße gegen die Höhe »Kalte Erde« und das Fort Thiaumont. Französischer Luftangriff auf Lille.
- Die Deutschen nehmen russische Stellungen bei Kolki und Sokul.
- Niederlage der Russen bei Tlumacz (Galizien).
- Erfolgreiches Seegefecht zwischen deutschen Torpedobooten und russischen Kreuzern bei Häfringe.

Juli 1916.

1. Beginn der englisch-französischen Offensive im Sommegebiet. Zurücknahme zweier deutscher Divisionen in die zweite Linie beiderseits der Somme.
- Erfolgreiche Abwehr französischer Massenangriffe gegen die Höhe »Kalte Erde«.
- Deutsche und österreichische Truppen erobern nordwestlich von Tarnopol russische Stellungen in 18 km Breite und 5 km Tiefe.
- Italienische Massenangriffe gegen Selz (Hochebene von Doberdo) werden von den österreichisch-ungarischen Truppen abgewiesen.
- Die Türken erobern russische Stellungen am oberen Tschoruch (Kaukasus-Front) in 12 km Breite.
- Die Türken besetzen Kermanschah (Persien).
- Rückzug der Deutschen nördlich von den Livingstone-Bergen (Deutsch-Ostafrika).

2. Zurücknahme einer deutschen Division südlich von der Somme auf der Front Biaches–Barleux in die zweite Stellung.
- Eroberung der »Hohen Batterie von Damloup« nordöstlich von Verdun durch die Deutschen.
- Russische Vorstöße bei Gorodischtsche und Baranowitschi werden erfolgreich abgewiesen.
- Der von England gegen die Türkei angefachte Aufruhr in Arabien endet mit der Neubesetzung des Emirats von Mekka durch den Vizepräsidenten des türkischen Senats Scherif Ali Haidar.

3. Starke englisch-französische Angriffe zwischen Ancre und Somme gegen die Fronten Thiepval–Mametz und Barleux–Belloy brechen unter schweren Verlusten zusammen.
- Vergebliche Angriffe der Russen bei Smorgon, Wischnew und am Narotsch-See.
- Einnahme der russischen Stellungen bei Tlumacz (Ostgalizien) in 20 km Breite und 10 km Tiefe durch die Armee Bothmer.
- Italienische Angriffe im Suganatal und bei Monfalcone scheitern unter empfindlichen Verlusten.

3. Abschluß eines russisch-japanischen Bündnisvertrages zur Wahrung der Interessen in Ostasien.

4. Lebhafte Kämpfe im Raum von Thiaumont.
- Die Engländer besetzen La Boiselle (Somme).
- Erfolgreiche Abwehr russischer Vorstöße bei Baranowitschi und im Raum von Luzk.
- Vordringen der Russen über den Styr westlich von Kolki.
- Vergebliche Angriffe der Italiener zwischen Brenta und Etsch.

4./5. Erfolgreicher Vorstoß leichter deutscher Seestreitkräfte gegen die englische Ostküste.

5. Die Franzosen besetzen Estrées und Belloy-en-Santerre (Somme).
- Hartnäckige Kämpfe an der Front Labusy–Zirin und am Styr-Knie. Die Russen durchbrechen die österreichisch-ungarischen Linien westlich von Kolki.
- Zurücknahme der Armee Bothmer in den Koropiec-Abschnitt.
- Rückkehr des deutschen U-Bootes »U 35« von einer erfolgreichen Fahrt nach Spanien.

6. Siegreiche Abwehr starker franz. Vorstöße gegen die Höhe »Kalte Erde« und den Raum südwestlich vom Fort Vaux.
- Starke russische Angriffe am Narotsch-See scheitern.
- Die Deutschen räumen die Winkelstellung bei Tschartorysk.
- Zurücknahme der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in die Stochodlinie beiderseits der Bahn Kowel–Rowno.
- Zahlreiche italienische Durchbruchsversuche im Suganatal scheitern.
- Vorstoß türkischer Seestreitkräfte gegen die kaukasische Küste.

7. Vergeblicher Ansturm der Engländer und Franzosen gegen die Abschnitte Ovillers–Bazentin le Grand und Biaches–Soyécourt (Somme).
- Die Russen besetzen nach hartem Kampf Gruziatyn.
- Vorstoß der österreichisch-ungarischen Truppen an der oberen Moldawa (Bukowina).
- Vergeblicher Sturmangriff sechs italienischer Divisionen südlich vom Suganatale gegen die Front Cima Dieci–Monte Zebio.
- Die Engländer besetzen Tanga (Deutsch-Ostafrika).
- Die Staaten des Vierverbandes heben die Londoner Seerechtsdeklaration von 1909 auf.
- Lloyd George wird britischer Kriegsminister.

8. Französische Massenangriffe gegen den Trônes-Wald (Somme) scheitern unter empfindlichen Verlusten. Die Franzosen dringen in Hardécourt ein.
- Zusammenbruch russischer Massenangriffe bei Gorodischtsche und Zirin.
- Die österreichisch-ungarischen Truppen erzwingen den Übergang über die obere Moldawa.
- Einrichtung eines Zentralverpflegungsamtes in Frankreich nach dem Muster des deutschen Kriegsernährungsamtes.

9. Heftige Kämpfe in den Abschnitten bei Ovillers, Hardécourt und Biaches (Somme).
- Erfolgreiche Abwehr italienischer Massenangriffe südlich vom Suganatale.
- Das Handels-Unterseeboot »Deutschland« trifft nach siebzehntägiger Fahrt in Baltimore ein.

9./10. Deutscher Luftangriff auf Harwich und Dover.

10. Zusammenbruch englischer Massenangriffe an der Straße Bapaume–Albert u. gegen Contalmaison.
- Starke russ. Vorstöße bei Hulewicze und beiderseits der Bahn Kowel–Rowno werden abgewiesen.

11. Empfindliche Schlappe der Franzosen an der Front Belloy-Soyécourt (Somme).
 „ Die Deutschen schieben ihre Front näher an die Werke von Souville und Laufée nordöstlich von Verdun heran.
 „ Italienische Niederlage am Monte Rasta südlich vom Suganatale.
 „ Österreichisch-ungar. Luftangriff auf Ravenna.
 „ Einnahme von Mamachatum westlich von Erzerum durch die Russen.
12. Die Engländer besetzen Contalmaison (Somme).
 „ Französische Vorstöße bei Barleux und Estrées werden von den Deutschen zurückgeschlagen.
13. Heftige Kämpfe um den Abschnitt Wald von Mametz-Longueval und den Wald von Trônes.
 „ Vergebliche Angriffe der Russen bei Buczacz (Gal.).
 „ Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Truppen auf das Westufer der oberen Moldawa.
 „ Zusammenbruch italienischer Massenangriffe zwischen Brenta und Etsch gegen die Front Cima Dieci-Monte Rasta.
14. Die Engländer gewinnen Raum im Abschnitt Pozières-Longueval, besetzen den Trônes-Wald.
 „ Delatyn (Galizien) wird von den Russen besetzt.
15. Erfolgreiche Abwehr englischer Angriffe im Abschnitt Ovillers-Bazentin-le-Petit (Somme).
 „ Vergeblicher Ansturm der Franzosen gegen Fleury und die Höhe »Kalte Erde«.
 „ Die Vereinigten Staaten erkennen das Handels-Unterseeboot »Deutschland« trotz Einspruch Englands als Handelsschiff an.
16. Schwere Kämpfe um Ovillers und Biaches.
 „ Starke russische Angriffe bei Riga werden von den Deutschen zurückgewiesen.
 „ Zurücknahme der deutschen Truppen hinter die Lipa im Raum von Gochorow.
16./17. Erfolgreicher österr. Luftangriff auf Treviso.
 „ Die Engländer besetzen Ovillers und La Boiselle.
 „ Longueval und der Wald von Delville (14. Juli verloren) werden von den Deutschen zurückerobert.
 „ Niederlage der Russen bei Revanduz (Persien).
18. Starker französischer Angriff gegen die Höhe »Kalte Erde«.
 „ Zusammenbruch russischer Massenstürme südlich von Riga.
 „ Die Türken melden eine schwere Niederlage der Italiener in Tripolis.
 „ Erfolgreicher Luftangriff der Deutschen auf den russischen Hafen Reval.
18.—19. Schwere Kämpfe um Longueval und den Wald von Delville. Englische Durchbruchsversuche bei Fromelles scheitern unter starken Verlusten.
20. Ein englisch-französischer Hauptangriff (17 Divisionen) beiderseits der Somme gegen die Front Pozières-Vermandovillers (40 km) wird von den Deutschen im allgemeinen zurückgewiesen. Zurücknahme einer deutschen Division südlich von Hardecourt in die zweite Linie.
 „ Die deutsche Linie wird bei Werben (Wolhynien) in die Gegend südwestlich von Berestetschko zurückverlegt.
21. Russische Massenangriffe an der Straße Eckau-Kekkau südwestlich von Riga scheitern unter schwersten Verlusten.
 „ Revanduz (Persien) wird von den Türken besetzt.
 „ Vorstoß der Engländer gegen die deutsche Mittellandbahn in Deutsch-Ostafrika. Rückzug der Deutschen über den Pangani-Fluß.
22. Erfolgloser Angriff englischer Divisionen an der Front Thiepval-Guillemont (Somme).
 „ Französischer Luftangriff auf Müllheim i. B.
 „ Deutschland verschärft die Bestimmungen über absolute und relative Kriegskonterbande als Vergeltung für die Lossagung des Vierverbandes von der Londoner Seerechtserklärung.
 „ Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Linien bei Tatarow gegen den Karpathen-Hauptkamm.
 „ Die Italiener werden südlich vom Suganatal unter schwersten Verlusten von den österreichisch-ungarischen Truppen zurückgeworfen.
22./23. Vorstoß deutscher Seestreitkräfte gegen die Themse-Mündung.
23. Erfolgreicher Gegenangriff der Deutschen bei Longueval.
 „ Rücktritt des russischen Ministers des Äußern Sasonow; Nachfolger: Ministerpräsident Stürmer.
 „ Zahlreiche Vorstöße der Italiener südlich vom Suganatal und im Raum von Paneveggio scheitern.
 „ Amtliche Bekanntmachung über den Verkauf der dänisch-westindischen Inseln St. Thomas, St. Croix und St. John an die Vereinigten Staaten.
24. Zusammenbruch englisch-französischer Anstürme auf der Front Pozières-Maurepas und Estrées-Soyécourt (Somme).
 „ Italienische Niederlage am Monte Zebio südlich vom Suganatal.
25. Die Engländer besetzen Pozières.
 „ Deutscher Luftangriff auf den russischen Flottenstützpunkt Mariehamn (Ålandsinseln).
 „ Die Deutschen weisen einen Angriff von drei russischen Divisionen bei Gorodischtsche erfolgreich ab.
 „ Lebhafte Kämpfe bei Radsiwillow (Wolhynien).
 „ Die Russen besetzten Erzinghian (Armenien).
26. Vorstoß österreichisch-ungarischer Truppen nördlich vom Prislop-Sattel (Karpathen).
 „ Italienische Vorstöße bei Paneveggio scheitern unter schweren Verlusten.
 „ Protest der nordischen Reiche in London gegen die Lossagung des Vierverbandes von der Londoner Seerechtserklärung.
27. Die Engländer besetzen Longueval und den Delville-Wald.
 „ Durchbruchsversuche mehrerer russischer Armeekorps bei Gorodischtsche und bei Ljachowitschi an der Schtschara werden von den Deutschen zurückgewiesen. Vorstoß der Russen westlich von Luzk. Die Russen besetzen Brody.
 „ Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Otranto, Bari und Molfetta.
27.—28. Vergebliche Massenangriffe der Engländer bei Pozières.
28. Hauptangriff der Russen gegen den Raum von Kowel. Zurücknahme der deutschen Truppen hinter den oberen Stochod. Westlich von Luzk wird der russische Vorstoß zum Stehen gebracht.
28./29. Starker deutscher Luftangriff auf die englische Ostküste.
29. Zurücknahme der deutschen und österreich.-ungar. Truppen aus dem Stochod-Bogen bei Sokul.
 „ Russische Durchbruchsversuche bei Kisielin scheitern unter schweren Verlusten.
 „ Die Engländer nehmen Dodona (Deutsch-Ostafrika) ein.
29.—30. Schwere Kämpfe bei Buczacz und Burkanow (Ostgalizien).
30. Deutscher Luftangriff auf Ostengland.

30. Erfolgreiche Abwehr eines englisch-französischen Vorstoßes von sechs Divisionen zwischen Pozières und der Somme.
- Russische Massenangriffe an der Bahn Kowel-Sarny, an der Lipa Turya und im Raum von Luzk.

31. Der Bundesrat ermächtigt den deutschen Reichskanzler zur Liquidation britischer Unternehmungen als Vergeltungsmaßregel.

31./1. August. Deutscher Luftangriff gegen London und Ostengland.
- Zusammenbruch der russischen Vorstöße gegen die Stochodfront und bei Kisielin.

August 1916.

1. Starke französische Kräfte werden auf der Front Maurepas-Somme abgewiesen.
- Erfolgreiche Vorstöße der Deutschen bei Thiaumont und Souville.
- Die Engländer erreichen mehrere Stationen der deutschen Zentralbahn in Ostafrika.
- Das deutsche Handels-Unterseeboot »Deutschland« tritt von Baltimore die Heimfahrt an.
- Italien kündigt den deutsch-italienischen Handelsvertrag von 1891.

2. Einbruch französischer Truppen in die deutsche Front Pfefferrücken-Fleury (Verdun).
- Generalfeldmarschall v. Hindenburg übernimmt den Oberbefehl über die Front von der Ostseeküste bis westlich von Tarnopol. Der anschließende Abschnitt bis zur Bukowina wird dem Kommando des Erzherzog-Thronfolgers Karl unterstellt.
- Beschießung von Molfetta durch österreichisch-ungarische Seestreitkräfte.
- Griechenland zieht seine Truppen aus Saloniki zurück.
- Das italienische Linienschiff »Leonardo da Vinci« wird in Tarent durch eine Hafenmine vernichtet.

2./3. Deutscher Luftangriff auf London, Harwich und Ostengland.

3. Die Franzosen gewinnen deutsche Stellungen bei Thiaumont und besetzen Fleury.
- Engl. Massenstürme zwischen Ancre und Somme.
- Bestellung des Senators Sthamer zum deutschen Reichskommissar für Übergangswirtschaft.
- Hinrichtung des irischen Politikers Sir Roger Casement wegen »Hochverrats«.

4. Fleury und die anschließenden Stellungen werden von den Deutschen zurückerobert.
- Hartnäckige Kämpfe im Sereth- und Graberka-Abschnitt südlich von Brody.
- Erfolgreiche Abwehr italienischer Vorstöße an der Hochfläche von Doberdo.
- Errichtung eines Kriegswucheramts in Berlin.

5. Die Franzosen besetzen nach hartem Kampf Fleury und das Werk Thiaumont.
- Übergang der Russen über den Sereth nordwestlich von Zalocze.
- Italienische Niederlage im Raume von Paneveggio (Tiroler Ostfront).
- Die Türken erobern russische Bergstellungen im Raume von Bitlis (Armenien).

5.—6. Schwere Kämpfe bei Delatyn (Karpathen).

6. Starker Angriff der Italiener gegen den Görzer Brückenkopf und die Hochebene von Doberdo.

7. Lebhafte Kämpfe im Raume Thiepval-Pozières-Ovillers.
- Gegenangriff der Armee Bothmer südlich von Zalocze.

7. Zurücknahme österreichisch-ungarischer Truppen aus der Linie Tlumacz-Ottynia (Ostgalizien).
- Türkischer Vorstoß gegen Hamadan (Persien).

8. Abweisung englisch-franz. Angriffe auf der Front Foureaux-Wald-Somme durch die Deutschen.
- Erneuter Durchbruchsversuch der Russen auf Kowel. Siegreiche Abwehr der feindlichen Angriffe im Stochodbogen und westlich von Luzk.
- Die Österreicher räumen den Görzer Brückenkopf und die Stadt Görz. Monte San Michele und Monte Sabotino gelangen in den Besitz der Italiener.
- Musch und Bitlis (Armenien) werden von den Türken zurückerobert.

8./9. Deutscher Luftangriff auf Ostengland.

9. Französische Massenangriffe zwischen Ancre und Somme scheitern unter empfindlichen Verlusten.
- Vergeblicher Ansturm der Russen am Stochod.
- Deutscher Luftangriff auf die russischen Flugstationen Arensburg und Lebora (Ösel).
- Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Truppen auf der Hochfläche von Doberdo.
- Die österreich.-ungar. Truppen weisen italienische Massenstürme gegen den Abschnitt von Plava ab.
- Englische Niederlage bei Katia (Suezkanal).

9./10. Österreichisch-ungar. Luftangriff auf Venedig.

10. Geländegewinn der Russen bei Horodyszcze südlich von Zalocze (Ostgalizien).
- Die Russen besetzen Stanislau und Delatyn.
- General Kuropatkin, Oberbefehlshaber der russischen Nordfront, wird Generalgouverneur von Turkestan. Nachfolger: General Rußki.
- Einnahme der österreichisch-ungarischen Stellungen zwischen der Wippach und dem Monte Cosich durch die Italiener.
- Die Türken besetzen Hamadan (Persien).

10./11 Erneuter österreich. Luftangriff auf Venedig.

11. Erbitterte Kämpfe um das Werk Thiaumont.
- Zurücknahme der deutschen und österreichisch-ungarischen Front südlich von Zalocze.
- Im Gebiet des Capu (Bukowina) werden die Russen von deutschen und österreichischen Truppen zurückgeschlagen.
- General Sarrail erhält den Oberbefehl über die englisch-französische Orientarmee bei Saloniki.

12. Einheitlicher Vorstoß der Engländer und Franzosen auf der Front Thiepval-Somme.
- Die Russen besetzen Nadwórna (Galizien).
- Abweisung italienischer Durchbruchsversuche östlich von Görz.

13. Erbitterte Kämpfe im Abschnitt Thiepval-Pozières.
- Deutscher Luftangriff auf die russische Flugstation Papenholm (Ösel).
- Die Russen besetzen Mariampol (Ostgalizien).
- Die Österreicher weisen Angriffe der Italiener gegen den Abschnitt Lokvica-Wippach ab.

14. Massenangriffe und Geländegewinn der Engländer bei Pozières.
- Russische Durchbruchsversuche bei Zborow, Brzezany und Horozanka scheitern.
- Italienischer Luftangriff auf Triest.

15. Siegreiche Abwehr italienischer Anstürme gegen den Raum östlich von Görz.
- Die Engländer besetzen Bagamoyo (Deutsch-Ostafrika).

16. Englisch-franz. Vorstoß gegen die Abschnitte Pozières-Foureaux-Wald und Guillemont-Somme.

16./17. Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Venedig und Udine.
17. Einbruch der englisch-französischen Truppen in die deutschen Stellungen bei Martinpuich und Hardecourt (Somme). Schwere Kämpfe zwischen Guillemont und der Somme.
- Abweisung eines französischen Vorstoßes gegen die Front Fort Thiaumont-Chapitre-Wald.
- Die Bulgaren nehmen Florina (Mazedonien).
18. Starker Angriff der Engländer und Franzosen gegen die Front Ovillers-Cléry. Zurücknahme der deutschen Truppen zwischen Guillemont und Maurepas.
- Schwere Kämpfe um Fleury.
- Erstürmung der Magurahöhe (Karpathen) durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen.
19. Die Franzosen besetzen Fleury.
- Die Serben werden von den beherrschenden Höhen Dsemaat Jeri und Meterie Jepesi nördlich vom Ostrowo-See geworfen. Die Bulgaren besetzen Demirhissar.
- Deutsch-englisches Seegefecht an der britischen Ostküste (vgl. »Der Seekrieg 1915/16«, S. 246).
20. Geländegewinn der Franzosen zwischen Guillemont und Maurepas.
- Bulgarische Erfolge südlich von Florina.
21. Schwere Kämpfe um Guillemont.
- Zurücknahme der deutschen Linien im Abschnitt Thiepval-Pozières.
- Sieg der Bulgaren über französisch-englische Kräfte an der Struma.
22. Die Bulgaren besetzen Kastoria (Mazedonien). Niederlage der Serben an der Tscheganska-Planina.
- Die Russen werden im Abschnitt von Ognott (Armenien) unter schweren Verlusten von den Türken zurückgeworfen.
23. Verlust deutscher Stellungen bei Thiepval.
- Erneuter Ansturm der Franzosen im Abschnitt Thiaumont-Fleury-Chapitre-Wald.
- Das deutsche Handels-Unterseeboot »Deutschland« kehrt von der ersten Fahrt nach Amerika zurück.
24. Vorstoß der Engländer und Franzosen auf der Front Thiepval-Somme. Die Engländer gewinnen deutsche Stellungen bei Ovillers und im Abschnitt Longueval-Delville-Wald. Maurepas wird von den Franzosen besetzt.
24./25. Deutscher Luftangriff auf London und die englische Südostküste.
25. Einzug der Bulgaren in Kawalla. Bulgarischer Vorstoß gegen Korica (Mazedonien).
27. Vergebliche englisch-französische Durchbruchsversuche nördlich von der Somme.
- Kriegserklärung Italiens an Deutschland.
- Rumänien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.
- Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen bei Kronstadt und am Rotenturmpaß.
- Die Franzosen werden von den Bulgaren zwischen Seres und dem Ägäischen Meer hinter die Struma zurückgeworfen.
28. Deutschland erklärt Rumänien den Krieg.
- Sieg des türkischen linken Flügels an der Kaukasusfront über die Russen (5000 Gefangene).
29. Zurücknahme deutscher Linien bei Martinpuich (Somme).
- Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird zum Chef des Generalstabes, General Ludendorff zum Ersten Generalquartiermeister ernannt.
29. Prinz Leopold von Bayern erhält den Oberbefehl über die bisherige Front des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
- Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Truppen von der siebenbürgischen Grenze.
- Die Rumänen besetzen Kronstadt und Petroseny.
- Abweisung rumänischer Angriffe bei Orsova.
30. Kriegserklärung der Türkei an Rumänien.
- Die Österreicher räumen Hermannstadt.
31. Französischer Vorstoß gegen die Front Barleux-Soyécourt.
- Lebhafte Kämpfe bei Luzk.
- Russischer Angriff zwischen Zlota Lipa und Dnjestr. Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Linien westlich von Horozanka.
- Entwaffnung der königstreuen griechischen Truppen in Saloniki durch die Franzosen.

September 1916.

1. Zusammenbruch russischer Angriffe bei Korytnica südwestlich von Luzk.
- Abweisung eines italienischen Vorstoßes auf den Kleinen Pal.
- Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Truppen bei Orsova.
- Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien.
- Tod des bulgarischen Generalstabschefs Schostoff.
- Vergeblicher Vorstoß der Italiener über die Vojusa östlich von Valona.
- Militärrevolte in Saloniki; die Franzosen nehmen die griechische Garnison gefangen.
2. Franz. Massenangriffe bei Maurepas scheitern.
- Deutsche und bulgarische Kräfte überschreiten die Dobrudscha-Grenze zwischen Donau und Schwarzem Meer.
- Besetzung von Piräus durch französische Truppen.
2./3. Deutscher Luftangriff auf London und Ostengland.
3. Die Franzosen besetzen nach einem Angriff an der Somme in 30 km Breite Guillemont und Le Forest. Zurücknahme der deutschen Linien bei Ginchy.
- Erbitterte Kämpfe bei Luzk und Brzezany.
- Deutscher Luftangriff bei Konstanza. Hartnäckiger Kampf in den Abschnitten Le Forest-Somme und Barleux-Chilly. Chilly und Soyécourt werden von den Franzosen genommen.
- Lebhafter Kampf im Rufreddo-Gebiet (Südtirol).
- Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Venedig und Grado.
- Deutsche und bulgarische Truppen erstürmen die Vorstellungen der Festung Tutrakan. Einnahme von Dobritsch, Baltschik und Kaliakra (Dobrudscha) durch die Bulgaren.
- Die österreichisch-ungarischen Truppen werfen die Italiener über die Vojusa nördlich von Valona zurück.
- Erneuter Luftangriff auf Konstanza.
- Die Rumänen besetzen Orsova.
- Daressalam wird von den Engländern genommen.
5. Ansturm von 28 englisch-franz. Divisionen beiderseits der Somme. Die Franzosen besetzen Cléry.
- Zurücknahme österreichisch-ungarischer Truppen zwischen Zlota Lipa und Dnjestr.
6. Vergebliche Angriffe der Engländer bei Ginchy.
- Vermandovillers wird von den Franzosen besetzt.
- Geländegewinn der Franzosen nördlich von der Feste Souville.

6. Erfolgreiche Abwehr starker russischer Angriffe bei Zielona und Kirlibaba (Karpathenfront).
- Tutrakan wird von deutschen u. bulgarischen Truppen erstürmt (28000 Gefangene; 100 Geschütze).

6./7. Deutscher Luftangriff auf die russische Flugstation Runö (Rigaer Meerbusen).

7. Französischer Vorstoß bei Berny (Somme).
- Durchbruchsversuch der Russen gegen Halicz.
- Deutscher Luftangriff auf russische Seestreitkräfte in Konstanza.
- Niederlage der Rumänen nördlich von Dobritsch.

8. Die deutschen Truppen weisen russische Anstürme zwischen Zlota Lipa und Dnjestr erfolgreich ab.
- Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Kräfte bei Petroseny (Südungarn).
- Der österreich.-ungar. Armeeführer Generaloberst v. Pflanzer-Baltin tritt vom Kommando zurück.

9. Englischer Durchbruchsversuch zwischen Thiepval und Combles. Die Deutschen verlieren Ginchy.
- Geländegewinn der Russen bei Schipoth (Karpathenfront).
- Silistria wird von deutschen und bulgarischen Truppen erobert.
- Englische Niederlage bei Massinich (Irakfront).

10. Erbitterter Kampf um Berny (Somme).
- Erfolgreiche Abwehr italienischer Vorstöße zwischen Etsch- und Astico-Tal.

11./12. Österreichisch-ungarische Luftangriffe auf Ancona und Falconaria.

12. Erneuter Ansturm der Engländer und Franzosen gegen die Front Combles – Somme.
- Die Franzosen besetzen Bouchavesnes und gewinnen die Straße Péronne–Bouchavesnes (Somme).
- Zusammenbruch eines russ. Ansturms gegen den Abschnitt Smotrec-Goldene Bistritza (Karpathen).
- Überführung des 4. griechischen Armeekorps nach Deutschland auf eignen Wunsch infolge Bedrängung durch die Franzosen.

12./13. Österreichisch-ungarische Luftangriffe auf Venedig und Cervignano.

13. Lebhafte Kämpfe an der Front Ginchy–Somme. Geländegewinn der Franzosen gegen Combles.
- Englische Schlappe bei Nassirien (Mesopotamien).

13.—14. Hartnäckiger Kampf am Smotrec, Capu und an der Baba Ludowa (Bukowina).
- Starke österreichisch-ungarische Luftangriffe auf Valona und Grado.

14. Vergeblicher Durchbruchsversuch der Franzosen im Abschnitt Rancourt–Somme.
- Sieg der deutsch-bulgarischen Truppen über die Rumänen zwischen Oltina-See und Cara Omer (Dobrudscha).
- Italienische Massenangriffe gegen die Karstfront zwischen der Wippach und dem Meere.
- Vorstoß der Rumänen in Siebenbürgen über den Alt.
- Serbisch-englischer Vorstoß östlich von Florina.

15. Angriff von 20 englisch-franz. Divisionen gegen die Front zwischen Ancre und Somme. Die Engländer besetzen Courcelette, Martinpuich u. Flers.
- Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Front bis östlich von San Grado di Merua (Karstfront).
- Die deutschen und bulgarischen Truppen besetzen Mangalia (Dobrudscha).

16. Angriff der Russen westlich von Luzk (Durchbruchsversuch auf Wladimir Wolynsk zu).
- Schwere Kämpfe im Abschnitt Lokvica-Doberdo-See.

16./17. Vergebliche russische Vorstöße am Sereth, an der Strypa und gegen die Karpathenfront.

17. Erbitterte Schlacht auf der Front Thiepval–Vermandovillers (45 km).
- Aufgabe deutscher Stellungen südlich von der Somme zwischen Barleux und Vermandovillers.
- Schwerer Kampf an der Zlota Lipa.
- Zusammenbruch der italienischen Offensive gegen die Karstfront.
- Die deutschen und bulgarischen Truppen erreichen die Linie Rasova–Copadin–Tuzla (Dobrudscha).
- Die Franzosen erobern Florina zurück.
- Fort Tabora (Deutsch-Ostafrika) wird von den Engländern besetzt.

17.—18. Deutscher Erfolg über die Russen an der Narajowka.

18. Deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte erstürmen den russischen Brückenkopf nördlich von Zarecze (Stochod).
- Österreichisch-ungarische Truppen weisen russisch-rumänische Angriffe in der südlichen Bukowina ab.
- Sieg deutscher Truppen über die Rumänen bei Hötzing (Hatszeg).

19. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erobern Petroseny und den Szurdukpaß zurück.
- Lebhafte Kämpfe im Becken von Florina.

19.—20. Russische Niederlage an der Baba Ludowa und am Smotrec (Karpathen).

20. Räumung deutscher Stellungen im Abschnitt Rancourt – Bouchavesnes.
- Russische Anstürme im Abschnitt Pustomyty–Zaturcy (westlich von Luzk) scheitern unter empfindlichen Verlusten.

21. Niederlage der Rumänen südlich von Topraisar (Dobrudscha).

22. Die Franzosen werden im Abschnitt Combles–Rancourt erfolgreich abgewiesen.
- Vergebliche Vorstöße der Rumänen bei Hermannstadt.
- Rückeroberung des Vulkanpasses durch österreichisch-ungarische Truppen.

23. Die Österreicher weisen russische Massenangriffe zwischen Sereth und Strypa nördlich von Zborow erfolgreich ab.
- Der Gipfel des Monte Cimone nördlich von Arsiero wird von den Österreichern gesprengt.

23./24. Deutscher Luftangriff auf London und Mittelengland.

24. Englisch-französischer Massensturm zwischen Ancre und Somme.
- Deutscher Luftangriff auf Bukarest.
- Rumänische Vorstöße zwischen dem Szurduk- und Vulkanpaß werden abgewiesen.

25. Einheitlicher Durchbruchsversuch der Engländer und Franzosen nördlich von der Somme. Die feindlichen Truppen besetzen Lesbœufs, Morval und Rancourt.
- Zurücknahme der österreichisch-ungar. Truppen aus der Kammlinie Szurdukpaß – Vulkanpaß.

25./26. Deutscher Luftangriff auf Portsmouth und Mittelengland.

26. Die Engländer besetzen Combles, Gueudecourt und Thiepval.
- Erneuter Angriff deutscher Luftschiffe auf Bukarest.
- Niederlage der Serben im Abschnitt Florina–Kajmakcalan (Mazedonien).

27. Geländegewinn der Franzosen bei Rancourt und Bouchavesnes.

27. Erfolgreicher Gegenstoß deutscher Truppen bei Korytnica (Wolhynien).
- Beginn der Schlacht bei Hermannstadt.
28. Achte Kriegstagung des deutschen Reichstages.
- Rückzug der Rumänen bei Hermannstadt gegen das Grenzgebirge.
- Oberst Lukoff wird Generalstabschef der bulgarischen Armee.
29. Erfolgreiche Abwehr der englischen Vorstöße im Abschnitt Rancourt–Courcelette.
- Entlastungsstoß der rumänischen 2. und 4. Armee im Görgeny-Gebirge.
- Die österreichisch-ungarische Donauflottille greift den rumänischen Hafen Corabia mit Erfolg an.
- Abschluß deutsch-schweizer. Wirtschaftsverträge.

29.—30. Niederlage der Rumänen bei Hermannstadt und am Rotenturmpaß.

30. Österreichisch-ungarische Truppen weisen Durchbruchsversuche der Russen an der Bahn Brody–Lemberg und im Graberka-Abschnitt ab.
- Deutscher Luftangriff auf Bukarest.
- Erfolge der englisch-französischen Truppen bei Kajmakcalan (Mazedonien).

Oktober 1916.

1. Großkampftag nördlich von der Somme. Zusammenbruch eines englisch-französischen Angriffes im Abschnitt Thiepval–Rancourt.
- Übergang starker rumänischer Kräfte über die Donau bei Rahova südlich von Bukarest.

1./2. Deutscher Luftangriff auf London und den Humber.

2. Lebhafter Kampf bei Le Sars und an der Straße Sailly–Rancourt.
- Vergeblicher Gegenstoß der Rumänen aus der Linie Copadin–Topraisar–Tuzla.

2.—3. Ein allgemeiner Angriff der Russen zwischen Swiniuchy und Zaturzy westlich von Luzk scheitert.
- Die Russen werden nach einem Vorstoß bis zur Lysenia-Höhe an der Zlota Lipa unter empfindlichen Verlusten zurückgeworfen.
- Zurücknahme deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen bei Fogaras vor überlegenem Angriff der Rumänen.

3. Niederlage der Russen bei Swiniuchy und Kisielin.
- Rückzug der bei Rahova über die Donau vorgedrungenen rumänischen Abteilungen.
- Rumänischer Vorstoß im Görgeny-Tal.
- Zurücknahme der deutschen und bulgarischen Truppen zwischen Prespa-See und Nidze Planina (Mazedonien).

4. Schwere Kämpfe bei Le Sars. Geländegewinn der Franzosen zwischen Frégicourt und Rancourt.
- Die Rumänen gehen im Hötzinger Gebirge auf die Grenzhöhen zurück.
- Rückzug der 2. rumänischen Armee im Alt-Tale hinter die Sinca.
- Die auf Seite der Türken kämpfenden Bachtiaren vertreiben die Russen aus Ispahan (Persien).

5. Abweisung eines starken französischen Angriffs im Abschnitt Morval–Bouchavesnes.
- Vergebliche Anstürme der Russen an der Zlota Lipa.
- Sieg der Armee Falkenhayn über die Rumänen bei Reps und Krihalma. Eroberung des Sinca-Abschnitts.
- Geländegewinn der Österreicher bei Libanfalva (Görgeny-Abschnitt).

6. Verfolgung der Rumänen durch den Geisterwald. Einnahme des Grenzberges Silgeu südlich von Hötzing.
- Starke italienische Angriffe an der Fleimstal-Front werden abgewiesen.
- Vorstoß der Armee Sarrail an der Bahn Monastir–Florina und im Tscherna-Bogen.

7. Großkampftag zwischen Ancre und Somme. Geländegewinn der englisch-französischen Truppen bei Le Sars, Lesbœufs und im Abschnitt Morval–St. Pierre Vaast-Wald.
- Kronstadt wird von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen zurückerobert.
- Die Armee Falkenhayn erzwingt in der Schlacht von Kronstadt (7.—9. Okt.) den Austritt aus dem Geisterwald in das Alt-Tal und das Burzenland. Rückzug der rumän. Armeen gegen das Grenzgebirge.
- Die Zeichnungen der 5. deutschen Kriegsanleihe erreichen die Höhe von 10,651 Milliarden Mark.

8. Abweisung eines englisch-französischen Durchbruchsversuchs nördlich von der Somme.
- Geländegewinn der Österreicher an der Baba Ludowa (Karpathen).
- Das deutsche Unterseeboot »U 53« trifft in Newport (Vereinigte Staaten von Amerika) ein.
- Erbitterter Kampf im Abschnitt Cardinal–Col Dose (Fassaner Alpen).
- Niederlage der Rumänen bei Marienburg (Földvari). Einnahme von Törzburg.

8./9. Österreichisch-ungar. Luftangriff auf Valona.
- Die Deutschen besetzen die Donauinsel nördlich von Swistow.
- Übergang der Serben über die Tscherna östlich von Kenali.

9. Beginn des Handelskrieges deutscher Unterseeboote an der nordamerikanischen Küste.
- Einleitung der achten italienischen Isonzo-Offensive. Allgemeiner Angriff zwischen San Grado di Merna und dem Doberdo-See.
- Deutsche und österr.-ungar. Truppen erkämpfen den Austritt aus dem Hargitta- und Baroter-gebirge. Geländegewinn westlich vom Vulkanpaß.

10. Englisch-französischer Vorstoß im Abschnitt Morval–Bouchavesnes. Einbruch der Franzosen in die deutsche Front bei Sailly u. Vermandovillers.
- Eroberung österreichisch-ungarischer Linien bei Nova Vas durch die Italiener.
- Die Belgier besetzen die Mittellandbahn (Deutsch-Ostafrika) vom Tanganjika-See bis Tabora.

10./11. Hartnäckiger Kampf im Tscherna-Bogen und am Wardar.

11. Lebhafter Kampf um Ablaincourt (Somme).
- Ultimatum des Vierverbandes an Griechenland, Überlassung der Flotte und der Bahn Piräus–Larissa betreffend.
- Die 2. rumänische Armee wird südlich von Kronstadt in die Grenzstellungen zurückgeworfen.
- Abwehr eines italienischen Durchbruchsversuchs nördlich von der Wippach.
- Die Italiener gewinnen Nova Vas.

12. Großkampftag zwischen Ancre und Somme. Der englisch-französische Hauptangriff auf der Front Courcelette–St. Pierre Vaast-Wald und bei Sailly scheitert unter erheblichen Verlusten.
- Zurückgewinnung des Gyergyo- und Mazeks-Beckens in Siebenbürgen.
- In Österreich und Ungarn werden Ernährungsämter nach deutschem Muster errichtet.

13. Zusammenbruch feindlicher Vorstöße zwischen Morval und Bouchavesnes.
- Französischer Luftangriff auf badische und württembergische Orte (Vernichtung von neun feindlichen Flugzeugen).
- Erfolglose Beendigung der ital. Isonzo-Offensive.

14. Die Franzosen besetzen Ablaincourt und deutsche Stellungen östlich von Belloy-en-Santerre.
- Vorstoß der Engländer nördlich von Thiepval.
- Der Smotrec (Karpathen) wird von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen zurückerobert.
- Hartnäckiger Kampf am Vulkanpaß.

15. Geländegewinn der Österreicher östlich von Kirlibaba (Bukowina).
- Bildung einer provisorischen Regierung (Venizelos) in Saloniki.

15.—16. Erfolgreiche Abwehr russischer Durchbruchsversuche im Abschnitt Zubilno-Saturzy und an der Narajowka.
- Vergebliche Durchbruchsversuche der Serben im Tscherna-Abschnitt.

16. Die englisch-französischen Truppen besetzen Piräus und Teile von Athen.

17. Englisch-französische Angriffe in den Abschnitten Le Sars-Gueudecourt und Lesbœufs-Rancourt werden von den Deutschen erfolgreich abgewiesen.
- Die Franzosen besetzen Sailly.

18. Großkampftag nördlich von der Somme. Ein englischer Durchbruchsversuch zwischen Le Sars und Gueudecourt wird vereitelt.
- Geländegewinn der Engländer nördlich von Eaucourt l'Abbaye-Gueudecourt. Die Franzosen besetzen deutsche Stellungen im Abschnitt Biaches-La Maisonnette.
- Schwere Kämpfe im Pasubio-Gebiet.

19. Die Deutschen erobern russische Stellungen bei Swistelniki an der Narajowka.
- Zurücknahme der bulgarischen Truppen bei Brod im Tscherna-Bogen.

20. Einbruch deutscher und bulgarischer Truppen in die rumänische Hauptstellung auf der Front Rasova-Tuzla (Dobrudscha).

21. Zurücknahme der deutschen Truppen im Raume Grandcourt-Pys (Somme). Harte Kämpfe bei Sailly.
- Ermordung des österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Stürgkh.
- Eröffnung der ersten flämischen Universität in Gent unter deutscher Schutzherrschaft.

22. Starker Angriff der Engländer und Franzosen auf der Front Le Sars-Lesbœufs-Rancourt.
- Geländegewinn der Franzosen bei Chaulnes.
- Die Russen werden auf das Ostufer der Narajowka zurückgeworfen.
- Der Predealpaß wird von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen erstürmt.
- Niederlage der Rumänen im Abschnitt Rasova-Tuzla.
- Die Rumänen verlieren Topraisar und Copadin. Vorstoß auf Tschernawoda.

23. Großkampftag nördlich von der Somme. Niederlage der Feinde im Abschnitt Eaucourt l'Abbaye-Rancourt.
- Konstanza wird von den Bulgaren genommen.
- Einnahme von Predeal durch deutsche und österreichische Truppen.
- Durchbruch durch die rumänische Front am Südausgang des Rotenturmpasses.

23. Deutscher Luftangriff auf Bukarest.
- Die Bulgaren besetzen Medgidia und Rasova.

24. Vorstoß der Franzosen im Raum von Douaumont.
- Die Deutschen verlieren Fort und Dorf Douaumont sowie Stellungen bei Haudromont.
- Die Deutschen und Österreicher erstürmen den Vulkanpaß.

25. Eroberung von Tschernawoda durch die Bulgaren.
- Geländegewinn der Armee Falkenhayn im Totrus-Oituz-Tal und gegen Campolung.

26. Abweisung starker französischer Angriffe gegen Fort Vaux.
- Die Bulgaren besetzen Harsova (Nord-Dobrudscha).

26./27. Vorstoß deutscher Seestreitkräfte durch den Kanal bis zur Linie Folkestone-Boulogne.

27. Die Deutschen weisen starke englische und französische Sturmangriffe bei Gueudecourt-Lesbœufs-Morval erfolgreich ab.
- Zusammenbruch eines französischen Vorstoßes aus dem Thiaumont- und Fumin-Wald.
- Rückzug der Rumänen im Partzuga-Tal südlich von Kronstadt.
- Finanzminister v. Koerber wird zum österreichischen Ministerpräsidenten ernannt.

28. Einbruch der Franzosen in die deutschen Stellungen bei Lesbœufs.
- Hauptmann Boelcke fällt im Luftkampf an der deutschen Westfront.

29. Der frühere Generalquartiermeister v. Stein wird zum preußischen Kriegsminister ernannt.
- Weiterer Geländegewinn der Franzosen bei Lesbœufs.
- La Maisonette und anschließende französische Stellungen werden von den Deutschen erstürmt.
- Deutsche und türkische Truppen gewinnen Gelände am Ostufer der Narajowka.
- Einnahme rumänischer Höhenstellungen südöstlich vom Rotenturmpaß.

30. Starke Gegenstöße der Rumänen bei Orsova und Campolung scheitern unter schweren Verlusten.
- Niederlage der serbischen und französischen Truppen im Tscherna-Abschnitt.

31. Erfolgreiche Abwehr eines starken englischen Vorstoßes aus der Linie Gueudecourt-Lesbœufs.

November 1916.

1. Vordringen der Franzosen bei Morval und am St. Pierre Vast-Wald.
- Die Deutschen räumen die Feste Vaux.
- Beginn der neunten italienischen Isonzo-Offensive. Die Italiener besetzen Lokvica und Gelände am Tivoli und San Marco.
- Die Deutschen erobern russische Stellungen am Stochod bei Witoniez.

1./2. Leichte deutsche Streitkräfte stoßen gegen den Kanal vor.

2. Zusammenbruch russischer Massenstürme an der Narajowka.
- Vergeblicher Ansturm der Italiener an der Wippach und gegen die Karsthochfläche.
- Generalleutnant Groener wird zum Leiter des deutschen Kriegsamts ernannt.

4. Russische Hilfstruppen übernehmen Teile der Dobrudscha- und siebenbürgischen Ostfront.
- Vorstoß der Russen im Toelgyes-Abschnitt (nördliches Siebenbürgen).
- Österreichisch-ungarische Truppen erobern die Mabucet-Stellung südlich vom Predealpaß.

4. Ein italienischer Vorstoß bei Jamiano (Karstfront) bricht unter schweren Verlusten zusammen.
- Lebhafte Kämpfe am Szurdukpaß.
5. Großkampftag nördlich von der Somme. Vorstoß der Engländer und Franzosen auf der Front Le Sars–Bouchavesnes. Verlust deutscher Stellungen am St. Pierre Vast-Wald.
- Polen wird von Deutschland und Österreich-Ungarn zum selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung erklärt. Galizien wird das Recht der Selbstverwaltung verliehen.
- Zurücknahme der rumänischen Truppen südöstlich vom Rotenturmpaß.
6. Die Russen besetzen österreichisch-ungarische Stellungen im Toelgyes-Abschnitt.
- Erfolgreicher Vorstoß der verbündeten Truppen im Raum von Spini südlich vom Rotenturmpaß.
7. Französischer Geländegewinn bei Ablaincourt (Somme).
- Erbitterte Kämpfe am Bodza-Paß und im Toelgyes-Abschnitt.
- Beendigung der erfolglosen neunten italienischen Isonzo-Offensive.
8. Starke Angriffe der Russen im Gyergyo-Gebirge.
- Die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen überschreiten den Baiesti-Abschnitt südöstlich vom Rotenturmpaß und erobern Sardoiu.
9. Lebhafter Kampf beiderseits von Sailly (Somme).
- Eroberung russischer Stellungen bei Strobowa.
- Erfolgreicher Gegenstoß der österreichisch-ungarischen Truppen im Gyergyo-Gebirge.
- Starke rumänische Vorstöße im Predeal-Abschnitt werden abgewiesen.
- Aufruf der Mittelmächte zur Bildung eines polnischen Heeres.
10. Die Engländer besetzen deutsche Stellungen bei Courcelette (Somme).
- Französischer Luftangriff auf Industrieanlagen im Saargebiet.
- Einbruch deutscher Truppen in die russische Hauptstellung an der Narajowka. Starke Gegenstöße der Russen werden abgewiesen.
- Erstürmung rumänischer Stellungen im Vorstoß gegen Sinaia.
- Angriffe der Serben und Franzosen im Ostteil der Ebene von Monastir und an der Tscherna.
- Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.
- Auslieferung der griechischen Flotte an die Entente-Mächte.

10./11. Vorstoß deutscher Seestreitkräfte in den Finnischen Meerbusen bis Baltischport.

11. Vergebliche Gegenstöße der Rumänen nördlich vom Oituz-Tale.
- Eroberung rumänischer Linien beiderseits des oberen Alt.
12. Lebhafte Kämpfe südlich von Monastir.

12./13. Österreichisch-ungar. Luftangriff auf Padua.

13. Großkampftag nördlich von der Somme. Die Engländer erobern durch Angriff beiderseits der Ancre Beaumont-Hamel, St. Pierre-Divion und die Anschlußstellungen.
- Rückzug der Russen im Gyergyo-Gebirge gegen die Grenze.
- Luftangriff der Österreicher auf Ravenna.
- Vorstoß der serbisch-französischen Truppen gegen Monastir.
13. Türkischer Luftangriff auf Kairo.
- Die königstreuen griechischen Truppen werden aus Thessalien zurückgezogen.
14. Erneuter Angriff der Engländer an der Ancre und im Abschnitt Le Sars–Gueudecourt.
- Die Engländer besetzen Beaucourt.
- Deutscher Luftangriff auf Bukarest.
- Zurücknahme der bulgarischen Truppen im Tscherna-Bogen.

14./15. Erbitterte Kämpfe am St. Pierre Vast-Wald.

15. Geländegewinn der Deutschen am St. Pierre Vast-Wald.
- Zusammenbruch starker russischer Vorstöße östlich vom Putna-Tal (siebenbürgische Ostfront).
- Rückzug der Rumänen im oberen Alt-Tal gegen Radacinesti.
- Französisch-russische Kräfte erreichen die Vira nördlich von Kenali (Mazedonien).
- Generalleutnant Höppner wird zum kommandierenden General der Luftstreitkräfte ernannt.
16. Schwerer Kampf östlich vom Putna-Tale.
- Westlich vom Predeal-Paß brechen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in die rumänische Front ein. Rückzug der Rumänen im Gebiet des Jiu.

16.—18. Durchbruchsschlacht von Targu Jiu.

17. Die verbündeten Truppen erreichen die Linie Candesti–Namaesti. Vergeblicher Durchbruchsversuch der Rumänen nördlich von Campolung.
- Lebhafte Kämpfe um die Höhen bei Monastir.
18. Durchbruchsversuche der Engländer beiderseits der Ancre. Zurücknahme der deutschen Front bei Serre und im Abschnitt Grandcourt–Courcelette.
- Die Armee Falkenhayn erkämpft in der Durchbruchsschlacht bei Targu Jiu den Austritt in die walachische Ebene. Einbruch in die rumänische Front zwischen Jiu und Gilurt. Die Deutschen erreichen die Bahnlinie Orsova–Craiova.
- Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erreichen die Linie Calimanesti–Suici südlich vom Rotenturmpaß.
- Monastir wird von den Serben besetzt. Zurücknahme der deutsch-bulgarischen Front auf die Höhenstellungen nördlich von Monastir.
19. Vorstoß der Deutschen am Jiu gegen den Raum von Craiova.
21. Craiova wird von deutschen Truppen erobert.
- Starke Gegenstöße der Rumänen nördlich von Campolung.
- Tod Kaiser Franz Josephs I. von Österreich in Schönbrunn.
- Vorstoß des türkischen rechten Flügels der Kaukasus-Armee im Raum von Musch.
23. Die Armee Falkenhayn durchbricht die westrumänische Front an der Donau. Einnahme von Orsova und Turn Severin.
- Hartnäckige Kämpfe bei Ramnic Valcea (Alt).
- Übergang der deutschen Donau-Armee über die Donau bei Svistov.

23./24. Vorstoß deutscher Seestreitkräfte gegen die Themse-Mündung.

24. Die über Craiova vordringenden Kräfte der Armee Falkenhayn überschreiten den unteren Alt.
- Der russische Verkehrsminister Trepow wird zum Ministerpräsidenten ernannt.
- Rücktritt des deutschen Staatssekretärs des Äußern v. Jagow; Nachfolger: Unterstaatssekretär Zimmermann.

25. Die Deutschen nehmen Rammic Valcea im Alt-Tal.
- Der russische Generalstabschef der Armee Alexejeff wird durch General Gurko ersetzt. Ernennung Neratows zum russischen Minister des Äußern.
- Lebhafter Kampf bei Curtea des Arges.
- Vormarsch der deutschen Donau-Armee von Zimnicea gegen Alexandria und Giurgiu.

26. Niederlage der Reste der 1. rumänischen Armee südöstlich von Turn Severin.
- Die beiderseits des Alt vordringenden Truppen werfen die Rumänen hinter den Topolog-Abschnitt zurück. Östlich von Tigveni wird die rumänische Front durchbrochen.
- Einnahme von Alexandria südwestlich von Bukarest durch die Deutschen. Übergang der Donau-Armee über die untere Vedea.
- Erbitterter Kampf um die Höhen von Paralovo (Mazedonien).
- Das französische Linienschiff »Suffren« wird nordwestlich von Lissabon durch ein deutsches U-Boot vernichtet.

26./27. Vorstoß deutscher Seestreitkräfte gegen die englische Ostküste.

27. Beginn einer russischen Entlastungsoffensive in den Karpathen und an der siebenbürg. Ostfront.
- Die Deutschen besetzen Curtea des Arges.
- Die Alt-Linie gelangt in deutschen Besitz.
- Die deutsche Donau-Armee erobert Giurgiu und erreicht die Linie Giurgiu–Draganesti.
- Niederlage der Armee Sarrail auf der Front Trnova–Makovo und nordwestlich von Monastir.

27./28. Deutscher Luftangriff auf Mittelengland.

29. Starke Angriffe der Russen in den Karpathen und an der siebenbürgischen Ostfront werden erfolgreich abgewiesen.
- Die Deutschen erobern Pitescht und Campolung.
- Ernennung des Admirals Beatty zum Oberbefehlshaber der britischen Flotte. Admiral Jellicoe wird erster Seelord der Admiralität.

30. Erfolgreiche Abwehr russischer Angriffe an der Zlota Lipa durch türkische Truppen.
- Ansturm der Russen in den Karpathen vom Jablonica-Paß bis zum Uz- und Oituz-Tal.
- Vereinigung der Armee Falkenhayn mit der Heeresgruppe Mackensen.
- Deutscher Vormarsch über Campolung u. Pitescht.
- Die deutsche Donau-Armee erkämpft den Übergang über die Neajlow-Niederung und nähert sich dem unteren Arges.

Dezember 1916.

1. Russische Entlastungsstöße an der Baba Ludowa, bei Dorna Watra im Trotus- und Oituz-Tal scheitern unter schweren Verlusten.
- Die Front der 1. rumänischen Armee wird am Arges südöstlich von Pitescht von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen durchbrochen (6200 Gefangene).

2. Abweisung russischer Durchbruchsversuche in den Waldkarpathen am Smotrec und an der Baba Ludowa.
- Übergang der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen über den Arges unterhalb Gaesti.
- Eine südwestlich von Bukarest über den Arges und Neajlow vorgedrungene rumänische Gruppe wird über den Neajlow-Abschnitt zurückgeschlagen.
- Lebhafter Kampf am Westflügel der Dobrudscha-Front.

2. Vergebliche serbisch-französische Angriffe nordwestlich von Monastir.
- Teilweise Besetzung Athens durch englisch-französische Truppen.
- Der deutsche Reichstag nimmt das Gesetz über die allgemeine Zivildienstpflicht an.

3. Russische Angriffe am Dryswjaty-See werden von den Deutschen erfolgreich abgewiesen.
- Sieg der verbündeten Truppen in der Schlacht am am Arges (1.—3. Dezember). Deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte überschreiten den Arges westlich von Bukarest und erreichen Titu. Niederlage der Rumänen bei Draganesti. Einnahme von Targoviste.

4. Vergeblicher Vorstoß der Engländer an der Straße Albert–Warlencourt.
- Starke russische Angriffe im Putna-, Trotus- und Uz-Tal brechen zusammen.
- Rückzug der Rumänen hinter die Linie Bukarest–Targoviste–Pietrosita.
- Die deutsche Donau-Armee erreicht den Arges südwestlich von Bukarest. Abwehr starker russisch-rumänischer Gegenstöße in der Donauniederung.

5. Starker Vorstoß der Russen im Trotus-Tal und am Tartarenpaß. Zurücknahme deutscher Truppen im Trotus-Tal.
- Die 9. deutsche Armee erreicht die Linie Bukarest–Ploescht–Campina. Einnahme von Sinaia.
- Niederlage der in der südwestl. Walachei abgeschnittenen rumän. Kräfte am Alt (8000 Gefangene).
- Rücktritt des englischen Premierministers Asquith.

5./6. Vorstoß der deutschen Donau-Armee über den unteren Arges gegen Bukarest.

6. Die Deutschen stürmen die Höhe 304 (Verdun).
- Rückzug der Rumänen gegen den Raum Buzau–Harsova.
- Einnahme von Bukarest, Ploescht und Campina (9100 Gefangene).
- Lebhafte Kämpfe an der Tscherna (Mazedonien).
- Lloyd George wird britischer Ministerpräsident.

7. Die Rumänen am Predeal- und am Altschanz-Paß werden geschlagen (10000 Gefangene).
- Verhängung der Blockade über Griechenland durch Frankreich und England.

8. Erfolgreiche Abwehr russischer Angriffe zwischen Kirlibaba und der Bistritza.
- Sieg der 9. Armee über die Rumänen nordöstlich von Sinaia. Die Donau-Armee dringt nordöstlich von Bukarest vor.
- Bulgarische Kräfte überschreiten die Donau bei Tutrakan und besetzen Oltenitza. Rückzug der Russen vom linken Donauufer zwischen Tutrakan und Tschernawoda.

9. Übergang der Bulgaren über die Donau bei Tschernawoda. Einnahme von Calarasi.
- Allgemeiner Rückzug der rumänischen Hauptkräfte östlich von der Linie Bukarest–Ploescht.
- Zusammenbruch eines starken Entlastungsstoßes der Sarrail-Armee bei Monastir und im Tscherna-Bogen.

10. Erneute Vorstöße der Russen am Tartarenpaß, im Bistritza-Abschnitt und im Trotus-Tal scheitern.
- Überschreitung der Jalomitza bei Receanu nordöstlich von Bukarest durch die 9. Armee.
- Niederlage serbisch-französischer Truppen auf der Front Dobromir–Makovo (Mazedonien).

10./11. Untergang des ital. Linienschiffes »Regina Margherita« durch Minen im Mittelmeer.

11. Einnahme von Urziceni und Mizil (Rumänien).
12. Lebhafte Kämpfe im Gyergyo-Gebirge.
- Niederlage der Rumänen an der Jalomitza. Die Donau-Armee überschreitet den Jalomitza-Abschnitt.
- Vorstoß der deutschen und österreichischen Truppen gegen den Raum von Buzau.
- Friedensangebot der Mittelmächte.
- General Nivelle wird zum Oberbefehlshaber der französischen Nord- und Ostfront ernannt. Ernennung des Generals Joffre zum fachmännischen Berater der französischen Regierung.
13. Rücktritt des österreichisch-ungarischen Ministeriums Koerber.
- Die Große Walachei südlich von der Linie Bukarest–Tschernawoda und dem Jalomitza-Abschnitt gelangt in deutschen Besitz.
14. Abweisung starker französischer Gegenstöße an der Höhe 304 und am Pfefferrücken.
- Die rumänische Gebirgsfront in der Großen Walachei wird von der 9. Armee durchbrochen.
- Eroberung von Buzau.
- Übergang der Bulgaren über die Donau bei Fetesti.
15. Angriff der Franzosen auf 10 km Breite im Raum von Douaumont.
- Zurücknahme der deutschen Truppen in die Linie Talou-Rücken–Louvemont–Bezonvaux. Die Franzosen besetzen Vacherauville, Louvemont und das Werk Hardaumont.
- Die 9. Armee erreicht die Linie Buzau–Rimnic-Sarat und überschreitet die Calmatui-Niederung.
- Einsetzen der Offensive gegen die Russen in der Linie Tschoulu–Topal (Dobrudscha). Die Verbündeten erreichen die Linie Cogealac–Cartal–Harsova.
16. Die Franzosen nehmen Bezonvaux und die anschließenden Stellungen nordöstlich von Verdun.
- Der Buzau-Abschnitt wird von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen überschritten.
- General der Infanterie v. Fabeck, Armeeführer an der deutschen Westfront, stirbt in Partenkirchen.
17. Vorstoß der deutschen und bulgarischen Truppen über die Linie Babadag–Pecineaga (Nord-Dobrudscha).
18. Geländegewinn der Franzosen nördlich von Haudraumont.
19. Die Friedensnote Wilsons wird den Ententemächten überreicht.
20. Lebhafter Kampf nördlich von Arras.
- Hartnäckiger Ansturm der Russen im Mestecanesci-Abschnitt (Karpathen).
20. Bildung des österreichisch-ungarischen Ministeriums Clam-Martinitz.
20. Lebhafte Kämpfe bei Paralova (Mazedonien).
21. Die Note, in der Wilson die Bekanntgabe der Ansichten über Friedensbedingungen anregt, wird den Mittelmächten übergeben.
22. Eroberung von Tulcea (Dobrudscha) durch die deutsch-bulgarische Dobrudscha-Armee.
- Rücktritt des österr.-ungar. Ministers des Äußern Burian v. Rajecz; Nachfolger: Graf Czernin.

22./23. Erfolgreicher Vorstoß österreichisch-ungarischer Seestreitkräfte in die Straße von Otranto.

23. Geländegewinn der Russen nördlich vom Uz-Tal.
24. Die Bulgaren erobern Isaccea (Nord-Dobrudscha). Angriff auf den Brückenkopf Matschin.
25. Einnahme von Filipesti und der anschließenden rumänisch-russ. Stellungen südwestlich von Braila durch die Dobrudscha-Armee (5500 Gefangene).
26. Die 9. Armee durchbricht nach fünftägigem Kampf die russisch-rumänische Front im Raum von Rimnic-Sarat in 17 km Breite.
- Antwortnote Deutschlands und Österreich-Ungarns auf Wilsons Anregung (vgl. 21. Dezember): Vorschlag baldigen Zusammentritts von Vertretern der kriegführenden Staaten.
27. Vollständiger Sieg der verbündeten Truppen über die Rumänen bei Rimnic-Sarat (10300 Gefangene). Eroberung von Rimnic-Sarat.
- Das französische Linienschiff »Gaulois« wird im Mittelmeer durch ein deutsches U-Boot versenkt.
28. Eroberung französischer Stellungen an der Höhe 304 und dem Südhang der Höhe »Toter Mann« durch die Deutschen.
- Erfolgreicher Vorstoß der deutschen und österr.-ungar. Truppen an der siebenbürgischen Ostfront. Zurücknahme der rumänischen Kräfte im Zabala-, Naruja- u. Putna-Tal. Einnahme von Dumitresti.
29. Die verbündeten Truppen erreichen die Linie Vizir–Gutesti–Slobozia–Plaginesti.
30. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gewinnen rumänische Stellungen im Grenzgebiet der Karpathen. Eroberung der Höhe Golymtan durch die Deutschen.
- Einbruch in die rumänischen Gebirgsstellungen nördlich von Rimnic-Sarat.
- Vorstoß der Donau-Armee gegen die befestigte Linie Gurgueti-Ciucea südwestlich von Braila.
- Die Ententestaaten lehnen das Friedensangebot der Mittelmächte ab.
- Kaiser Karl I. von Österreich wird in Budapest zum König von Ungarn gekrönt.
31. Die Rumänen verlieren Herestrau und Ungureni westlich von Fokschani.
- Die 9. Armee dringt südlich von Fokschani vor.
- Rückzug der Rumänen in den Brückenkopf von Braila.

Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier 1916[1]

Im März[2].

Veröffentlicht am 8. April 1916.

Jede Würdigung der kriegerischen Entwicklung muß von der Grundtatsache ausgehen, daß der Krieg, soweit das Deutsche Reich in Betracht kommt, von dem schmalen Streifen an der Südwestecke abgesehen, der unter dem Feuer der Geschütze Belforts liegt, im wesentlichen auf feindlichem Gebiet geführt wird. Die größeren Landstrecken unseres Vaterlandes, über die vorübergehend alle Schrecken des Krieges hingebraust sind, liegen in der äußersten Nordostecke des Reiches und abseits des großen Stromes friedlichen Reiseverkehrs. Sie sind deshalb der weitaus überwiegenden Mehrzahl auch des reisenden Teils unseres Volkes so gut wie unbekannt geblieben. Zudem sind es Gebiete rein landwirtschaftlichen Charakters und

[1] Vgl. die Vorbemerkung in Band I, S. 186.

[2] Behandelt die Frühjahrskämpfe des Jahres 1916.

darum entfernt nicht so verletzlich als die industriellen Bezirke. So schmerzlich daher auch die Wunden waren, welche die Russenzeit den preußischen Ostprovinzen geschlagen hat, und so warm und werktätig das Mitgefühl für die betroffenen Gaue sich in ganz Deutschland geregt hat — was es eigentlich bedeutet, den Krieg, diesen Krieg im eigenen Lande zu haben, das ist der überwältigenden Mehrheit der Daheimgebliebenen doch nicht annähernd zum Bewußtsein gekommen.

Hätten die deutschen Heere nichts anderes geleistet als dies: Schulter an Schulter mit unseren heldenmütigen Verbündeten gegen den Ansturm der vier größten Militärstaaten der Welt den Krieg von der heimatlichen Scholle zu verdrängen und dauernd fernzuhalten — schon das wäre eine unvergleichliche Großtat gewesen und ein Hohn für alle auf die Logik der Zahl an Menschen, Munition und Geldmitteln gestützten Berechnungen unserer Feinde.

Unsere Feinde haben sich in den Wahn gewiegt: nun endlich seien unsere Kräfte erschöpft: wir müßten und würden uns von Stund an notgedrungen auf den Versuch beschränken, einem allgemeinen Ansturm der »einheitlichen Front« unserer Belagerer in der erkämpften Linie Widerstand zu bieten. Diesen Ansturm hatten sie für das Frühjahr 1916 mit allen den ihnen zu Gebote stehenden, von ihnen selbst immer wieder als unerschöpflich bezeichneten Machtmitteln vorbereitet. Sie hatten ihn laut und siegeszuversichtlich ihren Völkern und aller Welt angekündigt. Die deutschen Heere sind ihnen zuvorgekommen und haben ihre sorglich durchgearbeiteten Pläne über den Haufen gerannt.

Das ist die weltgeschichtliche Tragweite der Kämpfe, welche mit dem unvergänglich bedeutungsvollen 21. Februar eingesetzt haben und die in den letzten Märztagen so weit fortgeschritten sind, daß es möglich ist, ihren Verlauf und ihre Ergebnisse in großen Zügen zu übersehen.

Obwohl diese Kämpfe sich auf allen Fronten abgespielt haben, bilden sie doch eine zusammenhängende Einheit. Obwohl sie, von deutscher Seite aus betrachtet, sich teilweise als Angriffs-, teilweise als Verteidigungsschlachten darstellen, liegt ihnen doch ein einheitlicher Wesenszug zugrunde, der sich mit dem Satze kennzeichnen läßt: an Stelle der geplanten Frühjahrsoffensive der Verbündeten ist eine deutsche Frühjahrsoffensive in die Erscheinung getreten. Die Anstürme der Russen und Italiener stellen sich nur taktisch als Offensiv-, strategisch aber als Defensivhandlungen, wenn schon als solche allergrößten Stils, dar. Das findet schon in dem Ausdruck »Entlastungsoffensive« einen etwas verblümten und beschönigenden, aber unmißverständlichen Ausdruck. Eine Entlastungsoffensive ist eine Offensivhandlung mit Defensivzweck.

I.

Es ist nur natürlich, wenn sich die angespannte Aufmerksamkeit des Erdballs auf die große Kampfhandlung vereinigte, welche die Deutschen seit dem 21. Febr. zunächst auf dem östlichen, dann auch auf dem westlichen Maasufer eingeleitet hatten[1]. Diese Kämpfe lassen sich in drei große Gruppen gliedern:

Zunächst erfolgte der wesentlich nordsüdlich gerichtete Vorstoß aus der Linie Consenvoye-Azannes auf die Linie Champ-Neuville-Douaumont. Eine zweite Angriffshandlung richtete sich von Etain, also von Nordosten, aus auf die Höhen der Côtes Lorraines in allgemeiner Richtung auf die nordöstliche Kante des Fortgürtels. Im Anschluß an diese beiden innerlich zusammenhängenden Angriffsgruppen entwickelte sich dann vom 6. März an eine dritte Reihe von Kämpfen, die auf der Linie Forges-Regnieville über die Maas hinübergriffen und sich den Nordrand der Befestigungsanlagen des westlichen Maasufers zum Ziele nahmen.

Der jähe und anscheinend nicht völlig erwartete Vorstoß gegen die nördlichen und nordöstlichen Befestigungsgruppen des Festungsgürtels um Verdun hatte im ersten Anlauf bis an den eigentlichen Fortgürtel herangeführt und ein wichtiges Glied dieses Gürtels, das Fort Douaumont, und dann, nach dem harten Ringen mehrerer Tage, das noch weit stärkere, befestigte und mit Hartnäckigkeit verteidigte Dorf Douaumont nebst den anschließenden Feldwerken in unsere Hand gebracht. Dieser Erfolg rief eine seiner Bedeutung entsprechende sehr beträchtliche Gegenanstrengung des Feindes hervor. Indessen blieben die Versuche der Franzosen, uns die erkämpfte Linie wieder zu entreißen, erfolglos. Statt dessen gelang es uns am 8. März, einen wichtigen Stützpunkt für die linke Flanke zu gewinnen, indem das Dorf Vaux genommen und bis zur Straßengabel im Westen des Ortes befestigt wurde. Der Angriff stieß auch bis in das gleichnamige Fort durch, doch konnten nur die nördlich des Forts angelegten Befestigungen dauernd gehalten werden. Seitdem beschränkten wir uns östlich der Maas auf die Festhaltung und den Ausbau der gewonnenen Linie vom Südrande des Forts Douaumont durch den Ablainwald und weiter am Südhang des Pfefferrückens entlang bis zu den in unseren Besitz gelangten Dörfern Vacherauville und Champ an der Maas.

Links anschließend haben die aus der Woëvre-Ebene andringenden Truppen der Nordostgruppe trotz schwersten Artilleriefeuers, das von den Höhen der Côtes herab ihr Vordringen zu hemmen suchte, am 7. März die Franzosen aus Fresnes herausgeworfen, am 9. März nach dem Feuillawald und die Weinbergshöhe 251 nördlich Damloup genommen und halten nun[1] den Fuß der Côtes bis Champlon, nordöstlich Combres, fest in Händen.

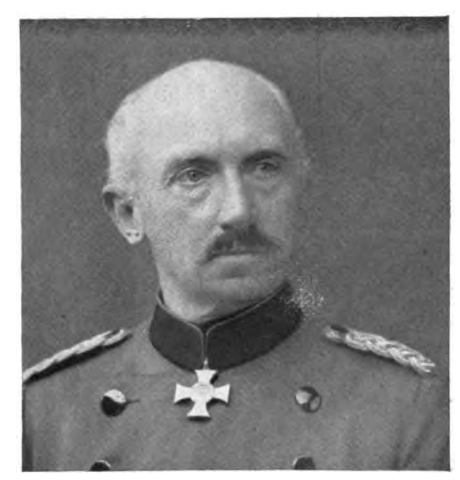
Der Angriff aus nördlicher und nordöstlicher Richtung war sonach mit Beginn des zweiten Märzdrittels zunächst zum Stehen gekommen. Der Feind hat auf der Kampflinie beiderseits der Maas in klarer Erkenntnis des Ernstes seiner Lage ganz außerordentlich starke Kräfte hereingeworfen. Im Kampf ist das Vorhandensein von 28½ französischen Divisionen festgestellt worden, während mit großer Bestimmtheit noch der Einsatz von 4 weiteren Divisionen ermittelt werden konnte. Insgesamt stehen also hier die Kräfte von rund 16 französischen Armeekorps im Kampf.

Während so die Schlacht auf dem östlichen Maasufer zu den Formen und Kampfmitteln des Festungskrieges überleitete, gingen wir seit dem 6. März auch auf dem westlichen Maasufer zum Angriff über, und hier ist ein schrittweises, aber ununterbrochenes Vorwärtsdringen im Gange. Nachdem der

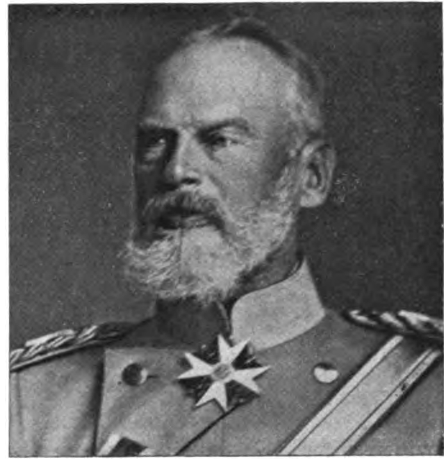
[1] Vgl. die Karte »Verdun« bei S. 197.

[1] Anfang April 1916.

Deutsche Heerführer III.



Otto v. Below.



Prinz Leopold v. Bayern. (Phot. H. Hoffmann, München.)



Hermann v. François.
(Rotophot, Berlin.)



Hermann v. Eichhorn.
(Hofphot. Voigt, Homburg v. d. H.)



Alexander v. Linsingen.



Remus v. Woyrsch.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Deutsche Heerführer IV.



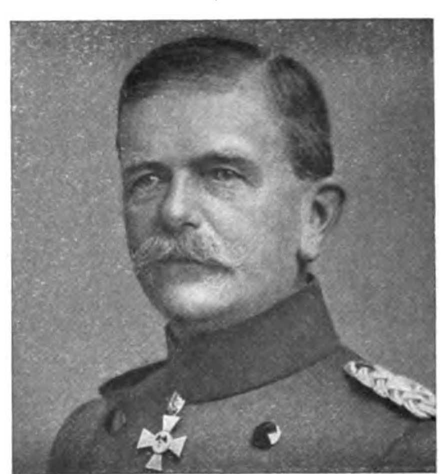
Felix Graf v. Bothmer.



Karl v. Einem, gen. v. Rothmaler.



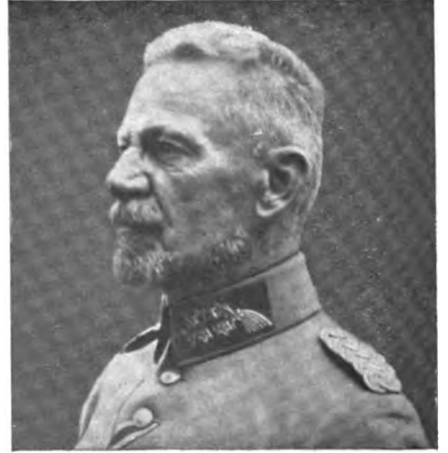
Ewald v. Lochow.
(Hofphot. E. Bieber, Berlin.)



Friedrich v. Scholtz.
(Phot. J. B. Ciolina, Frankfurt a. M.)



Karl Ludwig d'Elsa. (Hofphot. Pieperhoff, Leipzig.)



Max v. Gallwitz.

Maasübergang und die Einnahme der Dörfer Forges und Regniéville gelungen war, wurde am 6. März die Höhe 265 südöstlich Forges gestürmt. Dann warfen sich unsere Truppen mit einer Rechtsschwenkung in die zusammenhängenden, hartnäckig verteidigten Dickichte des Cumières- und Rabenwaldes hinein. Beide wurden bis zum 10. März gesäubert und gegen stürmisch anrennende Gegenangriffe gehalten. Schon 4 Tage später wurde die ganze, den Wäldern westlich vorgelagerte »Mort Homme-Stellung« genommen und trotz wütender Rückeroberungsversuche behauptet.

Und nun griff unser Angriff noch weiter westlich um jene zusammenhängende Gruppe fester Stellungen herum, welche die Dörfer Béthincourt, Malancourt und Haucourt zu Stützpunkten und hinter ihrer Mitte die Höhe 304 zum Rückhalt hat. Aus dem Gehölz von Malancourt drangen unsere Truppen in den südlich vorgelagerten Wald von Avocourt ein und brachten ihn am 20. März fest in ihre Hand. Am 22. wurden die nach Malancourt und Haucourt vorspringenden Bergnasen hinzugenommen, und am 31. März wurde auch das Dorf Malancourt selber erstürmt. So verengerte sich hier von Tag zu Tag der dem Feinde noch gebliebene Raum.

In diesen schweren Kämpfen gingen die dem Feinde noch verbliebenen Dörfer Cumières, Marre und Bras in Flammen auf. Aber auch die Stadt Verdun, die seit Beginn der Operationen unter unserem Feuer liegt, steht in Brand.

II.

Die Kämpfe an der Maas stehen im Mittelpunkte der gesamten kriegerischen Operationen seit dem historischen 21. Februar. Alle anderen Kämpfe bilden ihnen gegenüber teils Begleit-, teils Folgeerscheinungen.

An der gesamten Westfront machte sich vor und mit dem Einsetzen unserer Offensive an der Maas eine gesteigerte Gefechtstätigkeit geltend. Besonders ist der Sturm der Sachsen auf die Ville-aux-Bois-Stellung nordwestlich Reims zu verzeichnen, welcher wichtige Artilleriebeobachtungspunkte und in einer Breite von 1400 m auf 600—800 m Tiefe auch die feindlichen Infanteriestellungen in unsere Hand brachte. In der Champagne versuchten die Franzosen die am 27. Februar ihnen entrissene Navarin-Stellung wieder in ihre Hand zu bringen; aber ihren hartnäckigen Bemühungen blieb der Erfolg versagt. Ebensowenig gelang es freilich uns, die am 11. Februar von den Franzosen genommenen Gräben östlich der Champagne zurückzuerobern.

Auch an manchen Stellen der übrigen Westfront tobten Artillerie- und Grabenkämpfe von wechselnder Stärke und Dauer.

Als bedeutsamste Folgeerscheinung der Kämpfe an der Maas verdient aber hervorgehoben zu werden, daß von Armentières bis Arras und im letzten Drittel des März auch weiter südlich bis zur Somme die französischen Truppen durch Engländer abgelöst worden sind. Eine besondere Regsamkeit haben diese Ersatztruppen indessen nicht entfaltet. Die Engländer haben auch nicht den leisesten Versuch gemacht, auch ihrerseits angriffsweise ihre hartringenden französischen Verbündeten zu entlasten.

III.

Um so eifriger haben sich dafür die beiden anderen Bundesgenossen der Franzosen, die Italiener und Russen, bemüht, die Maaskämpfer durch energische Gegenstöße zu unterstützen. Ohne jeden Erfolg.

Vor der deutschen Ostfront waren schon seit dem 10. März Truppenverschiebungen erkannt worden, welche das Bevorstehen großer Angriffe an mehreren Punkten ankündigten. Vom 13. März ab legte sich starkes Artilleriefeuer auf einen großen Abschnitt unserer Verteidigungslinien und steigerte sich stellenweise bis zum Trommelfeuer. Es ließ sich erkennen, daß der Feind durch seine Drahthindernisse nächtlicherweile Gassen geschnitten hatte, und daß während des Artilleriefeuers bereitgestellte Reserven in die Front einrückten. Am 18. begannen die Angriffe[1].

Sieben größere Einbruchstellen hatte der Feind sich zum Ziele seiner Vorstöße gesetzt[2]. In dem Abschnitt südlich Dünaburg begann die feindliche Offensivtätigkeit. Die Gegend zwischen Narotsch- und Wischnjew-See, dann weiter nördlich die Gegend von Postawy und endlich ein Streifen nördlich Widsy wurden von den Russen vom 18. bis 22. täglich mit großer Erbitterung angegriffen. Aber nur an einer Stelle, beim Vorwerk Stachowze südlich des Narotsch-Sees, kam es zu einer unbedeutenden Rückverlegung unserer Front in eine neue Stellung, die dann ohne Wanken gehalten wurde. An allen anderen Punkten scheiterte ein russischer Ansturm nach dem anderen unter furchtbaren Verlusten für den Angreifer.

Aber auch nahe Dünaburg selbst stieß der Feind vor und an drei weiteren Stellen in dem Abschnitt zwischen Dünaburg und Riga bei Jakobstadt und weiter dünaabwärts bei Friedrichstadt-Lennewaden, endlich in der Gegend Kekkau und Olai. Auch hier mit gleichem blutigen Mißlingen.

Nach dem völligen Scheitern der Angriffe des 18. bis 22. März führte der Feind frische Truppen heran und begann am 24. und 25. nach neuer und langer Artillerievorbereitung eine weitere Reihe von Anstürmen auf allen früher berannten Punkten. Sie alle brachen an den folgenden drei Tagen vom 24. bis zum 26. blutig zusammen. Und in der Nacht vom 26. zum 27. konnten wir sogar an zwei Stellen, südlich des Narotsch-Sees und südlich Widsy, zum Gegenangriff übergehen und den Feind aus einigen für uns unbequemen Punkten seiner ursprünglichen Front entfernen. Seitdem ist die russische Offensive »eingestellt« — eine Maßregel, die mit der Rücksicht auf das eingetretene Tauwetter recht kümmerlich begründet wird. In Wahrheit ist die große Entlastungshandlung des östlichen Verbündeten völlig ergebnislos und unter beispiellosen Verlusten zusammengebrochen.

IV.

Vergegenwärtigen wir uns nun noch in aller Kürze, daß auch die italienischen Angriffe an der zähen Kraft unserer Bundesgenossen zerschellt sind, und daß auch hier die Entlastungsoffensive sich in eine Defensive verwandelt hat, bei welcher die Italiener sehr erhebliche Verluste an Blut und Gelände erlitten haben; daß um Saloniki 300000 Mann Ententetruppen festliegen, ohne bisher einen ernstlichen Vorstoß gegen ihre Belagerung zu wagen; daß Valona eng eingeschlossen ist; daß endlich auf der Kaukasusfront der anfangs erfolgreiche Vormarsch[3] zum

[1] Näheres siehe S. 198ff. — [2] Vgl. die Karte »Die russische Offensive Dünaburg—Narotsch-See« bei S. 206. — [3] Einnahme von Erzerum durch die Russen am 16. Februar.



Stocken gebracht werden konnte, so muß die Kriegslage am Schluß des bedeutungsschweren März als hocherfreulich bezeichnet werden.

Die Schlacht vor Verdun[1].

Veröffentlicht am 24., 26. und 27. Oktober 1916.

I.

Die Vorgeschichte der Schlacht von Verdun ist in großen Zügen die folgende: Um die Wende vom August zum September 1914 wurde die mittlere Heeresgruppe der Franzosen, bestehend aus etwa zehn Armeekorps, zwischen Reims und Verdun zurückgeworfen. Am 10. September nahm die Armee des Kronprinzen die befestigte Feldstellung südwestlich Verdun und eröffnete die Beschießung der Forts mit schwerer Artillerie. Am 21. September überschritt der Angriff gegen die Sperrfortslinie südlich Verdun siegreich den Westrand des vorgeschobenen Höhenzuges der Côtes Lorraines. Ausfälle wurden zurückgewiesen. Am 23. September wurde die Einschließung Verduns auf der Nord- und Nordostfront durch die Armee des Kronprinzen vollendet. Am 25. September wurde das Sperrfort Camp des Romains genommen, dadurch ein Einschnitt in die Maaslinie bewerkstelligt und so die Verbindung zwischen Verdun und Toul ein für allemal zerrissen.

Diese schwere Schädigung der strategischen Gesamtlage wieder auszubessern und die Verbindung zwischen den beiden festen Plätzen wiederherzustellen, war das Ziel einer Reihe sehr schwerer, heftiger Vorstöße, welche die Franzosen noch während der letzten Monate des Jahres 1914 und während der ersten Hälfte des Jahres 1915 an verschiedenen Stellen unternahmen. Diese Wiederherstellungsversuche richteten sich vor allen Dingen gegen den rechten Schenkel des stumpfen Dreiecks, mit welchem unsere Stellung in der Woëvre-Ebene tief in die französische Fortlinie hineinstößt. Die hier angesetzten Angriffe sind als die Combres-Kämpfe allgemein bekannt. Ihren Gipfelpunkt erreichten sie in den Monaten März und April und in den Monaten Juni und Juli 1915. Aber auch gegen die stumpfe Spitze des Dreiecks sind bei St. Mihiel und bei Apremont mehrfach scharfe und langdauernde Angriffe gerichtet worden. Auch im Norden und Nordwesten von Verdun ist die Tätigkeit der Franzosen stellenweise sehr rege gewesen. Seit der Mitte des Jahres 1915 indessen sind ihre Angriffe bei Verdun im wesentlichen zum Stillstand gekommen. Die immer wieder mit stärkstem Kräfteeinsatz wiederholten Vorstöße der Franzosen aus den Jahren 1914 und 1915 haben also weder ihr lokales taktisches noch ihr großes strategisches Ziel erreicht. Sie haben weder unsere Front an irgendeiner Stelle zu erschüttern vermocht, noch ist es ihnen gelungen, Kräfte von unserer Ostfront abzuziehen, wie unser Durchbruch in Galizien und die anschließende siegreiche Offensive bewies.

II.

Die Bedeutung und die Eigenart der Kämpfe um Verdun ist unmittelbar bedingt durch die strategische Lage der Festung. Das großangelegte System von befestigten Stützpunkten, welches Frankreich zur Sicherung seiner Ost- und Nordostfront vor seine Hauptstadt gelagert hat, zieht sich von Belfort über Epinal und Toul nach Verdun, mit der Front nach Nordosten. Bei Verdun biegt es nach Westen um und zieht sich über die Hauptstützpunkte Reims und Laon bis zu den Sicherungen des Oise-Tales bei la Fère. Die letzteren beiden Stützpunkte sind in unseren Händen, im übrigen ziehen sich unsere Schützengräben im flachen Bogen um diese Sperrlinie herum, die sie nur bei St. Mihiel durchbrochen haben. Verdun bildet den nordöstlichen Eckpfeiler dieses ganzen Verteidigungssystems.

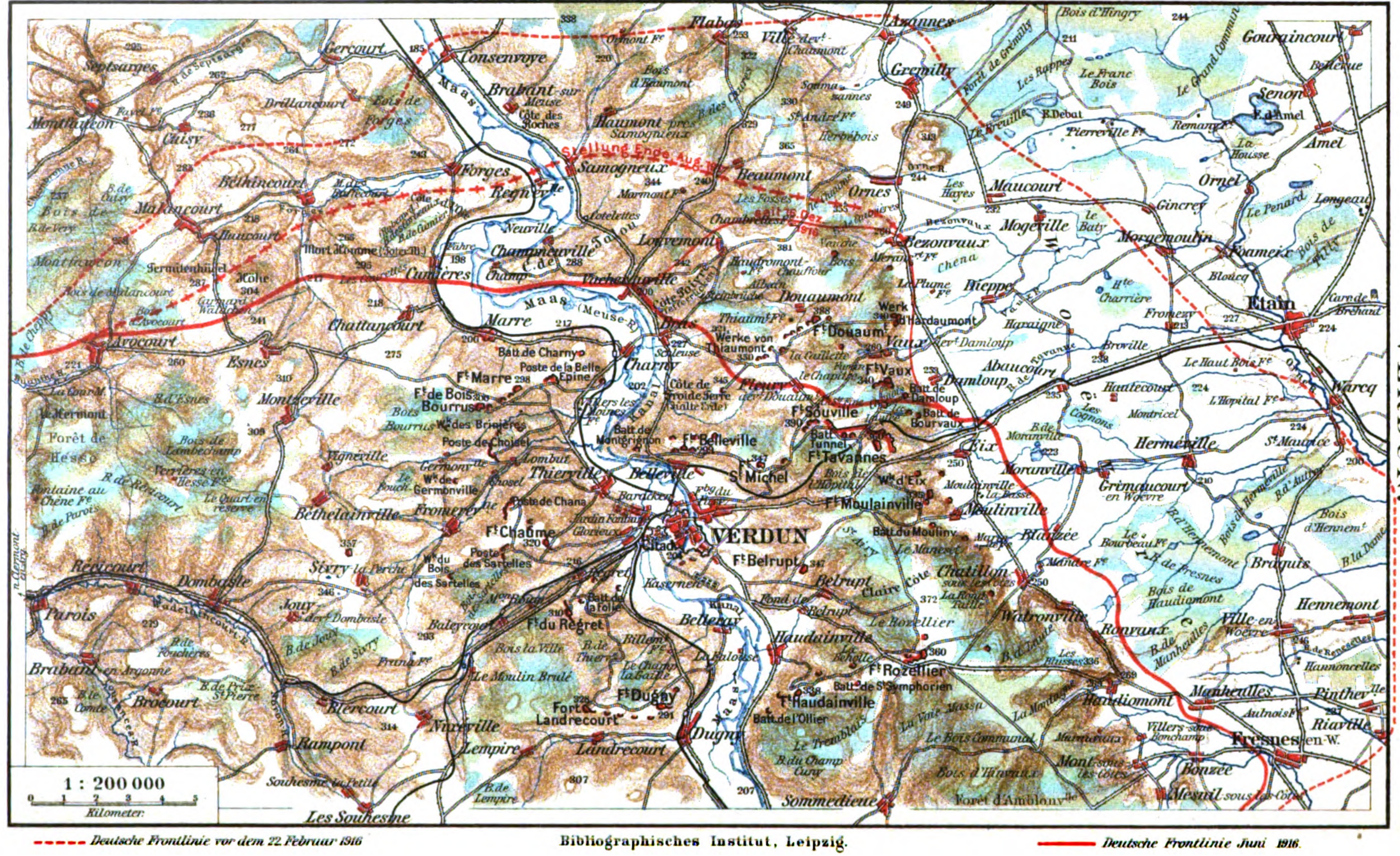
Aber in dieser wichtigen Bedeutung Verduns für die Verteidigung Frankreichs liegt nicht die alleinige, ja nicht einmal die hauptsächlichste Bedeutung des Platzes. Zu einer noch wesentlich wichtigeren Rolle mußte Verdun in dem Augenblick berufen sein, wo unsere Feinde es unternahmen, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Denn in diesem Augenblick wurde Verdun das eigentliche Ausfalltor Frankreichs gegen Deutschland. Der Vorstoß, welchen die Franzosen immer wieder vergeblich versucht hatten, um den zurückgebogenen Teil unserer Westfront zu durchstoßen und damit in den Rücken unserer in Belgien und Nordfrankreich kämpfenden Truppen zu gelangen, sollte von Verdun aus erneuert werden. Von dieser Stelle aus hätte er neben der strategischen Bedrohung des nördlichen und des Mittelstücks unserer Westfront zugleich die wirtschaftlich höchst bedeutungsvolle Nebenwirkung gehabt, daß er schon in seinem Beginne die Aussicht bot, die wertvollen Kohlen- und Erzgebiete von Briey zurückzuerobern, deren Verlust für die Franzosen seinerzeit ebenso peinlich gewesen war, wie ihre Wiedergewinnung im höchsten Grade erwünscht sein mußte. Im weiteren Verlauf hätte dann der Vorstoß von Verdun aus die Festung Metz getroffen, deren Überrennung zugleich die Möglichkeit bot, die durch sie gedeckten deutsch-lothringischen Stahlindustrie-Gebiete und damit vitale Teile unserer deutschen Kriegsindustrie zu entreißen.

Für die Erreichung dieses strategisch wie kriegswirtschaftlich gleich bedeutungsvollen Zieles bot die Festung Verdun eine ganz einzigartig günstige Operationsbasis. Zunächst sicherte Verdun mit seinem breiten Fortgürtel, der noch dazu durch einen weit vorgeschobenen Kranz von vorzüglich gelegenen und ausgebauten Feldbefestigungen erweitert worden war, die Übergänge der wichtigsten von Paris nach Metz führenden Straßen und Eisenbahnen und diente also als Brückenkopf für die Maaslinie. Für die östlich der Maas zum Vorstoß nach Nordosten bereitzustellenden Truppenmassen bot der Befestigungsring von Verdun in der Ausdehnung, wie er bis zum Februar 1916 bestand, ein vortreffliches Aufmarschgelände mit einem vorzüglich ausgestalteten Straßen- und Eisenbahnnetz, einer Menge geräumiger Kasernen, Lebensmittellager, kurz mit allen denjenigen Anlagen, welche zu einer Operationsbasis größten Stils gehören. Mit einem Worte: Verdun war das Ausfalltor Frankreichs gegen Mitteldeutschland.

Dieses Ausfalltor zu schließen, war uns bis zum Frühjahr 1916 unmöglich gewesen. Der Zweifrontenkrieg hatte wesentliche Teile unserer Streitkräfte auf dem russischen und auf dem Balkankriegsschauplatz gefesselt gehalten. Erst als diese Kräfte durch den zeitweiligen Abschluß des russischen und des Balkanfeldzuges freigeworden waren, konnte an die Nieder-

[1] Vgl. hierzu die Karte »Verdun«.

VERDUN.


VERDUN
Fᵗ Belrupt
Fᵗ Douaumont
Fᵗ Vaux
Fᵗ Souville
Fᵗ Tavannes
Fᵗ Marre
Fᵗ Chaume
Fᵗ du Regret
Fᵗ Dugny
Fᵗ Haudainville
Fᵗ Rozellier
Fᵗ Moulainville
Fᵗ Belleville
Sᵗ Michel
Douaumont
Bezonvaux
Ornes
Beaumont
Samogneux
Brabant sur Meuse
Consenvoye
Flabas
Azannes
Gremilly
Gouraincourt
Senon
Amel
Etain
Warcq
Maucourt
Mogeville
Morgemoulin
Damloup
Abaucourt
Eix
Moranville
Grimaucourt en Woëvre
Hermeville
Châtillon sous les Côtes
Ronvaux
Ville en Woëvre
Hennemont
Manheulles
Fresnes en W.
Haudiomont
Bonzée
Mesnil sous les Côtes
Sommedieue
Dugny
Haudainville
Belleray
Belrupt
Thierville
Charny
Bras
Vacherauville
Louvemont
Cumières
Chattancourt
Marre
Esnes
Montzéville
Béthelainville
Fromeréville
Sivry la Perche
Dombasle
Parois
Récicourt
Brabant en Argonne
Brocourt
Jouy
Blercourt
Nixéville
Rampont
Lempire
Landrecourt
Les Souhesme
Avocourt
Malancourt
Haucourt
Béthincourt
Forges
Regnéville
Cuisy
Montfaucon
Septsarges
Gercourt
Champneuville
Maas
Stellung Ende Aug. 1916
Deutsche Frontlinie vor dem 22 Februar 1916
Bibliographisches Institut, Leipzig.
Deutsche Frontlinie Juni 1916.
1 : 200 000
Kilometer

kämpfung Verduns herangegangen werden mit dem strategischen Ziele: die Ausfallpforte Frankreichs zunächst einmal von deutscher Seite aus zu verrammeln und im weiteren Verlaufe der Kriegshandlungen sie nach Frankreich zu einzustoßen.

III.

Die Vorbereitungen für eine so gewaltige Unternehmung nahmen naturgemäß einen längeren Zeitraum in Anspruch. Sie wurden dadurch wesentlich erschwert, daß sie während der ungünstigsten Zeit des Jahres, in den strengsten Wintermonaten, zu bewirken waren, und daß uns für ihre Durchführung nur drei größere Anmarschstraßen zu Gebote standen, welche natürlich bei der starken Inanspruchnahme und der Ungunst der Witterung alsbald in den denkbar schlechtesten Zustand gerieten und ständiger, hingebender Ausbesserungsarbeit bedurften. Nach Abschluß der Vorarbeiten war der Beginn des Angriffs auf den 12. Februar in Aussicht genommen. Die Witterung war indessen in dieser Zeit derartig ungünstig, daß der Angriff von Tag zu Tag hinausgeschoben wurde, bis am 21. endlich die Witterungslage, obwohl noch immer recht fragwürdig, den Beginn der Kampfhandlungen gestattete. Diese wurden durch eine lebhafte Feuertätigkeit auf der ganzen Westfront eingeleitet. Während der Feind alle seine Offensiven durch ein mehrtägiges Trommelfeuer zu eröffnen pflegte, das an der Somme sogar sieben Tage lang unsere Stellung mit einem Eisenorkan überschüttete, begnügten wir uns mit einer 24stündigen Beschießung, die nur in den letzten Stunden sich zum Trommelfeuer steigerte. Am Nachmittag des 21. Februars erfolgte auf der ganzen in Aussicht genommenen Offensivfront von der Maas nördlich Consenvoye bis in die Gegend von Azannes der Angriff, der uns noch am selben Abend in den Besitz der gesamten feindlichen Stellungen erster Linie brachte.

So konnte der eigentliche Angriff am folgenden Tage schon von der vorderen feindlichen Linie aus erfolgen. Der 22. Februar brachte uns in den Besitz des stark ausgebauten Dorfes Haumont, des größten Teiles des Caures-Waldes und des Herbebois. Am 23. erreichte unser Angriff bereits die Linie Samogneux-Beaumont-Grémilly. Am 24. stieß der Angriff weit über die befohlenen Endziele vor und brachte uns wiederum namhaften Geländegewinn. Der 25. Februar wurde von entscheidender Bedeutung. Die allgemeine Linie, welche wir erreichten, wird durch die Dörfer Louvement und Bezonvaux gekennzeichnet. Über diese Linie hinaus stieß unser Angriff in der Mitte bis zur Panzerfeste Douaumont durch, welche von zwei Kompanien des Infanterieregiments 24 genommen wurde, während unser Anlauf vor dem aufs stärkste befestigten und mit betonierten Unterständen und Zugangsstollen unterbauten Dorfe Douaumont zum Stehen kam. Nach mehrtägigen heftigen Kämpfen wurde am 2. März auch Dorf Douaumont genommen. Auf dem linken Flügel erreichte der Angriff der nördlichen Gruppe am 8. März das Dorf Vaux und die südlich gelegene Panzerfeste: dieser Gewinn konnte allerdings noch nicht dauernd gehalten werden.

Während die oben besprochene Gruppe von Angriffshandlungen von der Linie Consenvoye–Azannes aus die Linie Champ–Douaumont gewann, richtete sich eine weitere selbständige Angriffshandlung von Etain, also von Nordosten her, auf die Höhe der Côtes Lorraines in allgemeiner Richtung auf die nordöstliche Kante des Fortgürtels. Der aus der Woëvre-Ebene andringenden Nordostgruppe schlug von den Höhen der Côtes herab ein heftiges Artilleriefeuer entgegen und suchte ihr Vordringen zu hemmen. Trotzdem gelang es ihr, am 7. März die Franzosen aus Fresnes herauszuwerfen und am 9. März den Feuilla-Wald und die Weinbergshöhe 251 nordöstlich Damloup zu nehmen. Seitdem hält sie den Fuß der Côtes bis Eparges fest in Händen und hat ihren Besitz ein Vierteljahr später noch durch die Eroberung von Damloup erweitern können.

IV.

Der erste große Vorstoß der Deutschen war sonach bis unmittelbar an den inneren Fortgürtel der Festung durchgedrungen und hatte die allgemeine Linie Champ–Douaumont–Feuilla-Wald–Blanzée–Combres erreicht. Dieser große Erfolg rief eine seiner Bedeutung entsprechende sehr erhebliche Gegenanstrengung des Feindes hervor. Etwa seit dem 26. Februar begann diese sich geltend zu machen. Während aber unser Angriff sich bis dahin auf das Ostufer der Maas beschränkt hatte, nahm die feindliche Gegenwirkung von vornherein ihren Ausgangspunkt von beiden Maasufern und machte sich ganz besonders in Gestalt einer Artillerieflankierung von dem bisher nicht in Mitleidenschaft gezogenen linken Maasufer aus geltend. Wollten wir die Errungenschaften auf dem rechten Maasufer behaupten, so ergab sich die Notwendigkeit, unseren Angriff auch auf das westliche Maasufer hinüberzutragen. Demnach beschränkten wir uns östlich der Maas für die nächste Zeit auf die Festhaltung und den Ausbau der gewonnenen Linie, und so nahm hier der Kampf zunächst wieder die alte Form des Stellungskrieges an. Auf dem linken Maasufer dagegen haben wir während der nächsten Monate bis gegen Ende Mai unseren Angriff in zähem Vorwärtsdringen schrittweise, doch ununterbrochen vorwärts getragen. Im nachfolgenden sollen zunächst die Kämpfe des linken Maasufers im Zusammenhang betrachtet werden.

Das Gelände stellt hier eine von den Argonnen her sich langsam zum Maastale absenkende Hochfläche dar, deren Erhebungen zum Teil von weiten Wäldern bedeckt, zum Teil völlig kahl und wasserlos sind. In den flachen Senkungen sind eine Anzahl Dörfer mit im wesentlichen soliden Steinhäusern eingebettet. Die Wälder, die Höhen, die Dörfer boten der Verteidigung Stützpunkte, die mit allen Mitteln verstärkt worden waren und immer noch weiter verstärkt wurden. Der Kampf um diese Punkte bildet den eigentlichen Inhalt des mörderischen Ringens, das sich hier fast ohne Unterbrechung in den Monaten März, April und Mai abspielte. Ihre Wegnahme durch die Angreifer bringt indessen in die Kampfhandlung zwar gewisse Abschnitte, aber doch keine sehr deutlich sich abhebende Gliederung, da jeder Geländegewinn die Franzosen zu sofortigen wütenden Gegenangriffen veranlaßte, so daß Erfolg und Verlust hin und her schwankten. Mit diesem Vorbehalt seien im nachstehenden die Hauptmomente unseres Fortschreitens hervorgehoben.

Zunächst gelang am 6. März der Maasübergang und die Einnahme der Dörfer Forges und Regniéville. Dann warfen sich unsere Truppen mit einer Rechtsschwenkung in die zusammenhängen-

den, hartnäckig verteidigten Dickichte des Cumières- und Rabenwaldes hinein. Beide wurden bis zum 10. März gesäubert und gegen stürmisch anrennende Gegenangriffe gehalten. Schon vier Tage später wurde die ganze, den Wäldern westlich vorgelagerte »Mort Homme-Stellung«[1] genommen und trotz wütender Rückeroberungsversuche behauptet. Und nun griff unser Vordringen noch weiter westlich um jene zusammenhängende Gruppe fester Stellungen herum, welche die Dörfer Béthincourt, Malancourt und Haucourt zu Stützpunkten und hinter ihrer Mitte die Höhe 304 zum Rückhalt hatten. Aus dem Gehölz von Malancourt, das schon seit Herbst 1914 in unserer Hand war, drangen unsere Truppen in den südlich vorgelagerten Wald von Avocourt ein und brachten ihn am 20. März fest in ihre Hand.

Durch die Erstürmung dieses Waldes war die vielberufene »Sackstellung« entstanden, indem zwischen dessen Ostspitze und dem Nordwestzipfel der Toten Mann-Stellung noch ein weit in die deutschen Stellungen vorspringendes Geländestück in den Händen des Feindes geblieben war. Am 30. März fiel der westliche Stützpunkt, das Dorf Malancourt, in unsere Hände. Am 5. April nahmen wir das einen südöstlichen Ausläufer von Malancourt bildende Dorf Haucourt und am 9. auch den rechten Flügelstützpunkt, das Dorf Béthincourt. Am gleichen Tage brachte ein Angriff bei der »Mort Homme-Stellung« auch die südöstliche Kuppe des auf der französischen Karte als »Mort Homme« bezeichneten Höhenrückens in unsere Hände.

Auch während des ganzen Monats Mai nahm das wechselvolle Ringen auf dem linken Maasufer ohne Ermatten seinen Fortgang. Die Ausräumung der »Sackstellung« wurde in schrittweisem, durch kleinere Rückschläge nur vorübergehend unterbrochenem Vordringen zu Ende geführt. Den Mittelpunkt des furchtbaren Ringens in diesem Monat bildete die berühmte Höhe 304. Abschnittsweise wurden zunächst ihre nördlichen, dann ihre westlichen, zuletzt am 21. Mai ihre östlichen Ausläufer gestürmt. Östlich des »Toten Mannes« ist am 23. Mai die Trümmerstätte, die einstmals das Dorf Cumières war, gestürmt worden. Die an diesem Tage noch gescheiterte Eroberung der Caurettes-Höhe und des ganzen Geländes von der Südkuppe des »Toten Mannes« bis zur Südspitze von Cumières konnte bis Ende Mai erzwungen werden.

Mit der Eroberung der Linie Wald von Avocourt-304-Toter Mann-Cumières hat unser Fortschreiten auf dem linken Maasufer zunächst sein Ende erreicht.

V.

Auf dem Ostufer waren nach Erreichung der allgemeinen Linie Vacherauville-Douaumont die Operationen zu einem längeren Stillstande gekommen. Dabei mußten wir uns gleichwohl darüber klar sein, daß wir den Besitz von Douaumont dauernd nur würden behaupten können, wenn es uns gelänge, das Fort Vaux, das wir nach dem ersten Anlaufe wieder hatten aufgeben müssen[2], fest in unsere Hand zu bekommen und auch darüber hinaus unsere gesamte Linie noch weiter gegen Südwesten und Süden vorzutragen. Gegen Ende März gingen wir also auch hier wieder zum Angriff über, der uns am 27. das Werk Hardaumont und in den nächsten Wochen bis Mitte April kleinere Geländegewinne brachte. Am 17. April führte dieser Gefechtsabschnitt zur Einnahme einer Bergnase, welche südlich des Forts Douaumont sich hinzieht und durch ihre überhöhende Lage unseren Stellungen westlich und nordwestlich des Forts sehr unbequem gewesen war. Nun trat rechts des Flusses wiederum eine Ruhepause von einem Monat ein.

Das energische und erfolgreiche Fortschreiten unserer Angriffe auf dem westlichen Ufer bewog die Franzosen zu einem verzweifelten Versuche, den Schwerpunkt der Kämpfe wiederum auf das rechte Maasufer hinüberzureißen. Vom 17. Mai ab setzte schweres Artilleriefeuer auf das Fort Douaumont ein, an dessen Wiedergewinnung die Franzosen ihre beste Kraft setzten. Es folgte in den nächsten Tagen ein schwerer und erfolgreicher Angriff auf das Fort, der am 23. Mai zur völligen Vergasung des Forts führte und bis in die westlichen Fortgraben und auf die Nordwestspitze des Forts gelangte. Aber schon setzte unser Gegenangriff ein. Am 24. und 25. Mai erlitten die Franzosen eine schwere Niederlage. Unser Angriff gewann uns die ganze verlorengegangene Linie zurück und stieß sogar noch weit über sie hinaus nach Süden vor. Am 1. Juni wurde der Caillette-Wald gestürmt, am 2. fiel das Fort Vaux in unsere Hand. Nur in den Hohlräumen konnte sich der Feind noch bis zum 7. Juni[1] halten.

Eine weitere große Gruppe von Angriffskämpfen setzte bereits am 8. Juni ein. Sie brachte uns einen erheblichen Bodengewinn südlich des Forts Douaumont. Die Hauptpunkte, welche dabei in unsere Hand fielen, sind das Thiaumont-Werk und das für die Gesamtlage allerdings nicht bedeutungsvolle Dorf Fleury, welche samt den zwischenliegenden Befestigungsanlagen auf dem Bergrücken »Kalte Erde« am 23. Juni genommen wurden. Gegen diesen Geländegewinn auf dem Ostufer richtete der Feind seitdem eine große Reihe heftigster Gegenangriffe bei Tag und Nacht, die den Beginn der Somme-Offensive überdauerten. Im Verlaufe dieser Kämpfe ist das Dorf Fleury wieder aufgegeben worden.

Die russische Märzoffensive 1916[2].

Veröffentlicht am 9. Juni 1916.

Die Winterruhe des Stellungskrieges an der deutschen Ostfront wurde am 16. März jäh und plötzlich unterbrochen. Zu dem von unserer Heeresleitung erwarteten Zeitpunkt und mit gleichfalls erwarteter Kraftanstrengung setzte die russische Offensive ein, in ihrem Eintritt seit langem kenntlich, in ihrer Endwirkung vorauszusehen und erwünscht.

Die ersten sicheren Anzeichen des bald bevorstehenden Angriffes wurden Ende Februar bemerkbar. Gefangene sprachen von der Absicht eines großen Angriffes auf »Wilna«. Die Ruhe in den russischen Gräben machte einer lebhaften Tätigkeit Platz; Truppenverschiebungen an und hinter der Front ließen auch bald die beabsichtigten Einbruchsstellen erkennen.

Man mag diese Offensive als »Entlastungsoffensive« für die französische Verdun-Front bewerten oder als selbständige strategische Handlung beurteilen, zwei Tatsachen stehen unverrückbar fest: das große Endziel der russischen Heeresleitung und die uner-

[1] »Toter Mann-Stellung.« — [2] Am 9. März.

[1] Nach anderen Darstellungen bis zum 6. Juni.

[2] Vgl. die Karte »Die russische Offensive Dünaburg—Narotsch-See März 1916« bei S. 206.



schütterliche Zuversicht der deutschen Führung im Festhalten der eisernen Mauer im Osten.

Alle Versuche des Gegners, nach dem Fehlschlagen seiner Hoffnungen das ursprünglich beabsichtigte Ausmaß zu verkleinern, können nicht standhalten vor der Beweiskraft der **feindlichen Heeresbefehle** zur Einleitung des Angriffes, dessen Endzweck die Vertreibung der deutschen Heere aus dem besetzten Gebiet war:

»Truppen der Westfront! ... Seine Majestät und die Heimat erwarten von euch jetzt eine neue Heldentat: Die Vertreibung des Feindes aus den Grenzen des Reiches ...« (Befehl des Höchstkommandierenden der Westfront vom 4./17. 3. 16, Nr. 54.)

Ferner:

»Der Führer der Armee hat mir während seines Besuches der Truppen der mir unterstellten Korps befohlen, allen Truppen seinen Gruß zu übermitteln. Gleichzeitig sprach er die Hoffnung aus, daß alle heldenmütigen Truppen ... ihre Pflicht bis zum äußersten erfüllen und den Feind besiegen werden. Ich bin froh, diese gnädigen Worte unseres Führers bekanntzugeben und kann meinerseits nur bestätigen, daß die glorreichen Traditionen der Korps die volle Gewißheit bieten, daß in der eingetretenen entscheidenden Stunde des Kampfes mit einem starken Feind alle Offiziere und Mannschaften beweisen werden, daß sie treue Söhne unserer teueren Heimat sind und lieber sterben, als unser russisches Land beschämen werden. Mit Gott für Zar und Rußland!« (Befehl an die Truppen des Generals Balujew vom 3./16. 3. 16.)

Also eine allgemeine Offensive mit dem Ziel: **Befreiung der besetzten Gebiete.**

Im Einklang mit der Aufgabe standen die **Mittel der Vorbereitung.** Alle Maßnahmen für den entscheidenden Angriff waren bis in Einzelheiten seit langer Zeit durchdacht und vorbereitet. Allerdings mutet es den deutschen Soldaten sonderbar an, wenn ein Befehl Selbstverständlichkeiten verlangt:

»Die Infanterie hat die Gewehre, Maschinengewehre, Bomben= und Minenwerfer instand zu setzen, die Artillerie die Geschütze und das gesamte Material.«

Nur ein Glied fehlte in der Kette der russischen Vorbereitungen, das Glied, seit Tannenberg und der Winterschlacht in Masuren endgültig herausgerissen aus der russischen Armee: der Siegerwille und das Siegesbewußtsein der Truppe.

Noch einmal versuchte die russische Heeresleitung die **Herbeiführung der Entscheidung.** Der Armeebefehl des Generals **Ewert**, Höchstkommandierenden der Westfront, läßt darüber gar keinen Zweifel. Klar und deutlich wird als »Durchbruchsziel« Wilna und die Bahnlinie Wilna–Dünaburg bezeichnet. Kerntruppen werden gegen die Einbruchsstellen bereitgestellt. Zu einheitlicher Handlung werden überlegene Kräfte angesetzt. Gleichzeitig sollen die Einbruchsstellen durch das Gewicht einer einheitlichen erdrückenden Masse durchstoßen werden. Eingehend werden Truppen und Stäbe über ihre Aufgaben unterwiesen.

Der Offensivplan war groß und einfach gedacht: Eine Zange mit rechtem Flügel etwa in Gegend Jakobstadt, mit linkem an der Beresina. Unwiderstehlicher Durchbruch in der Mitte beiderseits des Narotsch=Sees. Aufrollen der deutschen Front nach Nordwesten und Südwesten.

Die Stellen, die als **Durchbruchspunkte** den Hebel zur Aufrollung der deutschen Front bilden sollten, waren die Front zwischen **Wischnjew- und Narotsch=See** sowie die Gegend **Postawy–Wileity.**

Gegen die Durchbruchsfront zwischen Beresina und Disna waren bis Mitte März sehr starke Kräfte herangeführt und zum Angriff bereitgestellt. Zwei Armeekorps schoben sich näher nach Norden an Smorgon heran. Gegen die Seenenge wurde eine starke Stoßgruppe unter General Balujew angesetzt (5., 36., sibirisches Korps und eine Uralkosaken-Division). Zum Durchbruch im ungefähren Abschnitt Moscheiki–Wileity war eine Armeeabteilung unter General Pleschkow bestimmt (1., 1. sibirisches, 27. Korps und 7. Kavalleriekorps). So schien ein planmäßiger, einheitlicher Angriff gegen die Durchbruchsstellen gewährleistet. Nach französischem Muster fehlte es also nicht an Kavalleriemassen, die nach gelungenem Durchbruch sofort das Gebiet unserer rückwärtigen Verbindungen überschwemmen und Verwirrung hinter die deutsche Front tragen sollten. Ihrer harrte auch der ehrenvolle Befehl rastloser Verfolgung der fliehenden deutschen Heere. Es kam aber nur ein Teil der Kosakenhorden zur Verwendung: nicht zu rühmlicher Verfolgung, sondern in der schmachvollen Aufgabe, die Sturmtruppen mit der Nagaika zum Vorgehen zu peitschen.

Der 16. und 17. März brachte volle Klarheit über die russischen Absichten. Die Durchbruchsstellen bei Postawy und südlich des Narotsch=Sees wurden mit starkem Artilleriefeuer belegt, das sich allmählich erheblich steigerte. Auf die Front der beiden Stoßgruppen waren angeblich 800—1000 Geschütze, darunter schwerste Kaliber, verteilt. Ungeheure Munitionsmassen waren bereitgelegt. Die deutschen Stellungen sollten eingeebnet werden. Während nun die Klauen der »Zange« zwar drohten, aber nicht zum Zupacken kamen, ergoß sich die Woge der Angriffsinfanterie in fast unversiegbarem Strom gegen die Durchbruchsstellen. Bereits der 18. März zeigt einen gewissen Höhepunkt des Angriffs beider Stoßgruppen. Je drei Armeekorps drückten gleichzeitig und im operativen Zusammenarbeiten gegen die Front Postawy–Wileity und gegen die Seenenge. Hier wurde später noch ein viertes Korps eingesetzt.

Nach ausgiebigem Artilleriefeuer tritt am 18. März die russische 25. Division aus Linie **Iwanki–Spiaglia** zum Angriff in Richtung **Baltaguzy** an. Der vom Westufer des **Wischnjew-Sees** durch unsere schwere Artillerie wirksam flankierte Angriff bricht zusammen. Die abgeschlagene Division läßt 3000 Tote auf dem Angriffsfeld und rettet nur Trümmer. Von ihrem Regiment 98 kehrten etwa 100, von einem anderen Regiment etwa 150 Leute zurück. Weiter östlich greift gleichzeitig zweimal die 7. Division, westlich am Nachmittag die 10. Division an. Trotz stärkster Feuervorbereitung scheitern alle diese Angriffe, wie auch die von etwa zwei Divisionen im nördlichen Abschnitt **Moscheiki–Wileity** unter schwersten Verlusten. Ohne den geringsten Erfolg an irgendeiner Stelle verbluten die Angriffstruppen. Das Regiment 38 der 10. Division verliert an diesem Tage 1600 Mann.

Ein erschütterndes und erhebendes Bild zugleich! Drüben die in tiefem Schlamm und Morast sich heranwälzenden Massen, getrieben durch Knutenhiebe und Rückenfeuer. Hier die eiserne Mauer der Hindenburg-Armee. Fest, starr in Stahl und Erz. Fester noch in dem Willen jedes einzelnen: auszuhalten selbst gegen erdrückende Übermacht.

Den 19. März benutzt der Gegner, seine zusammengeschmolzenen Massen aufzufüllen. Am 20. März versucht er den **Durchbruch mit neuer Kraft.** Während ein Angriff gegen **Baltaguzy** gänzlich

mißglückt, unternimmt der Feind auch im nördlichen Abschnitt unerhörte Anstrengungen. Das ganze 1. sibirische Korps, die 22. Division und Teile der 59. Division werden unbarmherzig viermal und jedesmal in vier bis fünf dichten Wellen vorgeworfen. Scheinangriffe der 10. sibirischen Division bei Lotwa beabsichtigen die deutsche Führung abzulenken, verfehlen aber ihren Zweck. Unter selbst für russische Verhältnisse ungeheuren Verlusten flutet der zerschmetterte Angriff der Stoßgruppe Pleschkow in seine alten Stellungen zurück.

Der 21. März bringt den Höhepunkt der Schlacht am Narotsch-See. Die Krisis des Angriffs ist hereingebrochen. Jener Augenblick, da die Wagschale schwebt und unentschlossen schwankt zwischen Sieg oder erlahmender Kraft des Angreifers, zwischen Durchhalten oder Nachlassen der Kräfte des Verteidigers. Das Höchstmaß der beiderseitigen Anstrengungen ist auf das äußerste angespannt. In der Seenenge tobt der Kampf mit unverminderter Heftigkeit um Baltaguzy. Die russische 25. Division wird abgeschlagen und in ihrer Gefechtstätigkeit völlig erschüttert. Aber der 10. Division gelingt es bei Blizniki, in das Gelände unserer Beobachtungsstellen und in Teile der vorderen Stellungen einzudringen. Hier geraten die russischen Regimenter in furchtbare Verwirrung. Offiziere sind nicht zur Stelle oder haben die Gewalt über die Truppe verloren. Hier wollen Kompanien weiterstoßen, dort wollen andere zurückweichen, wieder andere setzen sich fest, zufrieden mit dem Erreichten, wo sie gerade sind. Ein erbitterter Kampf tobt um Vorwerk Stachowze.

Gleichzeitig drücken und wälzen sich dicke Massen dreier Divisionen im Abschnitt Moscheiki-Wileity heran, gestützt und vorwärtsgeschoben durch heftiges Artilleriefeuer. An wenigen Stellen gelangen sie bis an oder in vordere Teile unserer Gräben. Kräftige Gegenangriffe werfen die Eingedrungenen sogleich wieder hinaus. 7 Offiziere, 800 Mann bleiben gefangen in unserer Hand. Unter außergewöhnlichen Verlusten flüchtet der Angreifer. Die 22. Division rettet nur Trümmer aus dem Feuerbereich.

Nördlich Wileity mißglückt in ähnlicher Weise ein Angriff der 59. Division. Hier im nördlichen Abschnitt zwingen die furchtbaren Verluste den Gegner am 22. März zur Ruhe und Erholungspause. In der Seenenge hat der kleine Teilerfolg bei Blizniki den Mut belebt und die Zuversicht gehoben. Hier also scheint der Sieg erreichbar. Nach stundenlanger Artillerievorbereitung am 22. März greifen nachmittags etwa vier Divisionen erneut an. Zwei Angriffe werden angesetzt. Zweimal in je vier dichten Wellen brechen die russischen Massen vor. Zweimal zerschellen diese Versuche restlos unter schwersten Verlusten. Allein die 8. sibirische Schützendivision verliert an Gefangenen 2000 Mann. Mit äußerster Heftigkeit wütet das Artilleriefeuer in der Nacht zum 23. März weiter. In den Morgenstunden bricht die verstärkte 8. sibirische Schützendivision noch zweimal zum Angriff vor. Die Angriffe scheiterten ebenso wie die folgenden Vorstöße am Abend.

In unerschütterlicher Ruhe halten die Truppen der 10. Armee. Heute in Eis und Schnee frierend und erstarrt, morgen im Tauwetter durchnäßt, im tiefen Schlamm und Brei der aufgeweichten, durch das heftige russische Feuer abgedeckten Gräben. Musterhafte Arbeit leistet die Artillerie, Feldartillerie und schwere. Die Armee Eichhorn, der »Sturmbock gegen Kowno«, der eiserne Besen, der die Tenne reinfegte zwischen Njemen und dem Seengebiet südlich Dünaburg, ist jetzt der »Prellbock«, der Wall, aus dem russische übermächtige Hammerschläge hier und dort zwar einen Steinsplitter abschlagen, aber nicht eine einzige Fuge lockern können.

Ebenso unerschütterlich wie die Front der 10. Armee erweist sich ihr linker Flügel und die anschließende Armeeabteilung Scholtz. Zwar wurde der Nordflügel der Armee Eichhorn von der vollen Wucht der russischen Offensive nur zum Teil gefaßt, aber auch diese Kämpfe zeigen Höchstleistungen auf beiden Seiten.

Das Gelände des ehemaligen Dorfes Wileity war zu einem mehrere hundert Meter vor der Hauptstellung liegenden Stützpunkt ausgebaut. Von hier aus ließ sich die eigene Front und die der rechten Nachbargruppe weithin flankieren. Die Beseitigung dieses Stützpunktes war Vorbedingung zur Durchführung des Angriffs. Dichtes Waldgelände in etwa 1000 m Entfernung gestattete gedeckte Versammlung und Annäherung. So entbrennen heftige Kämpfe um diesen Stützpunkt. Am 18. März vormittags beginnt der Angriff gegen Wileity und dehnt sich bald weiter nach Norden aus. Die den Wald verlassende Infanterie kommt sofort in heftiges Artillerie- und Maschinengewehrfeuer und flutet bald in die Deckung des Waldes zurück. Weiter nördlich kommt der Angriff gar nicht zur Entwicklung. Gefangene der dort angesetzten Regimenter 85 und 88 sagten später aus, die Infanterie hätte Befehl erhalten, den Stützpunkt unbedingt zu nehmen. Zweimal stürmten sie vergeblich. Aber die Deutschen hielten unerschütterlich stand. Das deutsche Artilleriefeuer von unauffindbaren Batterien hatte ihnen ungeheure Verluste zugefügt.

Am Abend des 19. März versucht der Russe nochmals den Angriff. Ohne Feuervorbereitung will er sich des Stützpunktes durch Handstreich bemächtigen. Fast unsichtbar in Schneemänteln schleichen im Dunkel der Nacht Abteilungen an die Hindernisse heran. Kreisförmig soll die Stellung umschlossen und überraschend angegriffen werden. Im blendenden Licht deutscher Scheinwerfer und Leuchtkugeln setzt rasendes Maschinengewehrfeuer ein. Bald nach Mitternacht retten sich kümmerliche Reste der russischen Infanterie. Der Verteidiger des Stützpunktes hat vier Verwundete als Verlust zu melden. Noch einmal versucht der Feind sein Glück. Am Morgen des 22. März brechen starke Kräfte aus dem Walde vor. Eine Welle folgt der anderen. In kurzer Zeit feuern wohl 2000 Schützen. Unsere Artillerie leidet zunächst unter ungünstiger Beobachtung. Sie vermag den Angriff nicht aufzuhalten. Der Russe drückt trotz größter Verluste auf etwa 300 m vor. Dann klärt das Wetter sich auf. Unser Artilleriefeuer setzt ein, und um 11 Uhr vormittags ist der Angriff abgeschmettert. Hunderte von Toten liegen vor der Stellung; Hunderte Verwundeter kriechen zurück oder jammern vor den Hindernissen; Hunderte werden später von russischen Krankenträgern geholt. Der menschliche Verteidiger erlaubt dem feindlichen Sanitätspersonal ungestörte Arbeit und die Bestattung der Gefallenen.

Weiter nördlich fanden um diese Zeit nur kleinere Kämpfe um vorgeschobene Postierungen statt. In einem etwa 800—1500 m vor den Stellungen liegenden Hochwald wurden unsere Posten und Feldwachen von starken Kräften angegriffen und erhielten zur Vermeidung unnötiger Verluste den Befehl, auf die Hauptstellungen zurückzugehen. Eine dieser Feld-

wachen wurde jedoch vom Gegner völlig eingeschlossen. Ihr schneidiger Führer wehrte sich eine Nacht und den folgenden Tag gegen erdrückende Übermacht. Dann gelang es ihm, sich bei Dunkelheit mit Hilfe unserer Artillerie an der Spitze seiner kleinen Schar fast ohne Verluste und sogar unter Mitnahme einiger russischer Gefangener nach rückwärts durchzuschlagen. Gefangene sagten aus, daß die Russen bei diesen Gefechten um die Feldwachen etwa zwei Bataillone verloren hätten.

* * *

Vor der unerschütterten Front der Armee Eichhorn hielt der erschöpfte Angreifer am 24. und 25. März verhältnismäßig Ruhe und sammelte Kraft zu neuer Anstrengung.

Im Abschnitt südlich des Dryswjaty-Sees, am Flügel der Armeeabteilung Scholtz, war es inzwischen auch zu lebhaften und heftigen Kampfhandlungen gekommen. Nachdem der Gegner an mehreren Stellen Ausfallgassen in seine Drahthindernisse gelegt hatte, begann er am Morgen des 19. März den erwarteten Angriff. In sechs bis acht mächtigen Wellen wälzten sich die russischen Massen heran. Über die im Feuer zusammenbrechende Welle türmte sich sofort eine neue Angriffswoge. Der Wind, der diese Flut anschwellen ließ, war das russische Feuer in den Rücken der eigenen Infanterie.

Alle Anstrengungen und Opfer sind vergeblich. Nur an zwei Stellen halten die Russen bei Tagesanbruch des 20. März geräumte deutsche Feldwachstellungen. Schon setzt der Gegenangriff ein. Ein Landwehrregiment nimmt im kühnen Gegenstoß seine verlorenen Grabenstücke wieder; eine Kavalleriebrigade stürmt mit dem Karabiner und nimmt den überlebenden Teil der eingedrungenen Russen — 1 Offizier und 120 Mann — gefangen. Vor der Front liegen — gezählt — über 1000 Leichen. Weitere russische Angriffe bis 22. März scheitern in gleicher Weise. In der Nacht zum 23. März rennt der Gegner viermal verzweifelt an. Zweimal gelangt er an die Hindernisse, jedesmal muß er unter verheerenden Verlusten weichen. Die genannte Kavalleriebrigade allein zählt 930 Leichen vor ihrer Stellung. Über Berge von Toten und Verwundeten hinweg stürmt der Russe am 25. März bald nach Mitternacht noch einmal. Jetzt soll es gelingen. Der Befehl fordert den Durchbruch, ganz gleich unter welchen Opfern. Kosaken hinter der Front bearbeiten die Infanterie mit der Peitsche. Nach nutzlosem Ansturm fluten die Reste der Regimenter zurück. Dann herrscht Ruhe, und der Feind hat Gelegenheit, seine Verluste der Tage vom 19. bis 25. März festzustellen. Sie betragen mindestens 8200 Mann.

Weiter nördlich im Gelände der Bahn Wilna—Dünaburg und der Straße Kowno—Dünaburg setzt in derselben Zeit eine gleich heftige und gleich erfolglose Offensive ein. Ohne Artillerievorbereitung will der Feind in der Nacht zum 22. März die dortige Front überrumpeln. Man läßt ihn herankommen bis an und in die Hindernisse; dann schlägt ihm vernichtendes Feuer entgegen. Die fliehende russische Infanterie findet in der Dunkelheit und Verwirrung die Hindernisgassen nicht und drängt sich wie eine Schafherde in dicken Haufen zusammen. Maschinengewehre verrichten unbarmherzig ihre fürchterliche Arbeit. Am Lawkessabach bleiben 600 Tote. Nun greift die russische Artillerie ein und bereitet einen neuen Angriff vor. 6 Regimenter von drei verschiedenen Divisionen stürmen und werden aufgerieben.

Der 23. März bringt eine Steigerung des russischen Artilleriefeuers. 11400 Schuß werden gezählt, darunter etwa 275 schwerster Kaliber. Umsonst! Die Infanterie kommt nur auf 400 m heran und muß bewegungslos liegen bleiben. Ein erneuter Überraschungsangriff schlägt gänzlich fehl und kostet wieder Hunderte von Toten. Wie zur Rache antwortet der Russe mit einem im Osten bisher unerhörten Trommelfeuer — aber es erfolgt kein Angriff mehr. Vom 26. März ab herrscht Ruhe beiderseits des Dryswjaty-Sees.

Gegen die Einbruchsstellen in der Front der Armee Eichhorn setzt die russische Führung am 26. März noch einmal gleichzeitig mit aller Kraft den Hebel an. Nach heftigem Artilleriefeuer drücken auf der Frontlinie Spiaglia—Südrand des Narotsch-Sees vier Divisionen vor. Der unter furchtbaren Verlusten abgeschlagene Angriff wird am Nachmittag erneuert. Unter Zurücklassung von 3000 Toten weicht schließlich der Gegner in seine alten Stellungen zurück. Auch südlich Wileity scheitern mehrfache Angriffe.

Der 27. März läßt für den Verteidiger einen schönen Erfolg heranreifen. Es gelingt, durch kräftige Vorstöße dem Feinde größere Teile des uns am 21. März entrissenen Geländestreifens wieder abzunehmen. 1300 Mann mit 15 Offizieren bleiben in unserer Hand. Heftige russische Gegenstöße, die sich auch am folgenden Tage wiederholen, bleiben erfolglos. Fünf starke Angriffe scheitern unter großen Verlusten. Gleiche Mißerfolge erleiden Massenangriffe der 45. Division und 2. sibirischen Schützendivision südöstlich Muljarsche.

Der 30. März bringt das Ende der russischen Offensive. Sie ist erstickt in »Blut und Sumpf«.

Von etwa 14 Divisionen, die die Hauptlast des Kampfes zu tragen hatten, sind etwa 2 Divisionen vernichtet, 8 Divisionen haben wohl die Hälfte ihres Bestandes verloren. Die blutigen Verluste in der Zeit vom 18. bis 30. März im Angriffsraum zwischen Beresina und Disna sind auf weit über 100000 Mann zu schätzen. Mit ungeheuren Opfern konnten die Russen keine Fuge lockern in der Hindenburgwand. Ein kleines Steinchen bröckelten sie heraus — dort bei Blizniki am Narotsch-See. Dieses Steinchen haben wir ersetzt und wieder eingefügt. Wir haben noch eine Mauer davor gebaut — am 28. April. Die Arbeit brachte reichen Lohn: 5 Geschütze, 10 Minenwerfer, 28 Maschinengewehre, 5600 Gefangene mit 56 Offizieren. Damit ist für uns die russische Märzoffensive 1916 beendet.

Im April[1].

Veröffentlicht am 13. Mai 1916.

I.

Eine Darstellung, welche es unternimmt, die kriegerischen Ereignisse zusammenzufassen, welche sich während eines bestimmten Kalenderabschnittes, also etwa innerhalb eines Monats, abgespielt haben, trägt eine Gefahr in sich: sie ist dem Mißverständnis ausgesetzt, als stelle, was rein zahlenmäßig durch den Monatsbeginn und -schluß abgegrenzt ist, auch innerlich ein in sich abgeschlossenes Ganzes dar, während

[1] Kurze Übersicht der Kämpfe vor Verdun, im Osten, Westen und im Orient.

es sich in der Tat doch überall nur um ein in ununterbrochenem Flusse befindliches Werden handelt. Um dieses Mißverständnis auszuschließen, sei hier ein für allemal erklärt, daß Versuche wie der gegenwärtige in keiner Weise dazu bestimmt noch geeignet sind, die dargestellte Entwicklung als ein auch inhaltlich geschlossenes Ganzes zu erfassen.

Das gilt in besonderem Maße für die Kämpfe, welche sich im Monat April abgespielt haben. War es damals im März noch bis zu einem gewissen Grade möglich, ein Bild zu geben, dessen zeitlicher Rahmen eine auch inhaltlich verhältnismäßig abgerundete Entwicklung umschloß, so ist es um die Walpurgismonatswende völlig unmöglich, die kriegerischen Gesamtvorgänge anders denn in einer lediglich zeitlich, also völlig äußerlich begrenzten Zusammenfassung darzustellen.

Diese Vorbemerkung hat insbesondere für diejenige Gruppe von Kämpfen Geltung, welche auch heute noch im Mittelpunkte des Anteils der ganzen Welt steht: für die Kämpfe um Verdun[1]. Bei ihrer Darstellung konnte schon der Ablauf des Monats März nur eine Gelegenheitsbedeutung haben; für den Verlauf des Monats April gilt das genau im gleichen Maße. Seit nunmehr zwei und einem viertel Monat wütet hier eine riesige Schlacht, die ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist, Tag und Nacht mit nur vorübergehend geminderter Heftigkeit fort. Ihr Ende ist auch heute noch nicht abzusehen.

Für die Nordostgruppe der Angriffsarmee, welche in den vorausgegangenen Wochen siegreich aus der Woëvre bis zum Steilhang der Côtes Lorraines vorgedrungen war, bedeutete der April einen völligen Stillstand der Operationen. Die Nordgruppe dagegen, vom Dorfe Vaux bis zur Maas, vermochte in zähem, wechselvollem Ringen ihre Stellung beträchtlich zu verbessern.

Am Abend des 2. Aprils brachte ein Angriff beiderseits des Forts Douaumont Geländegewinne im Caillettewalde und bis halbwegs zur Ferme Thiaumont. An letzterer Stelle wurde am 17. April noch ein weiterer gewichtiger Fortschritt erzielt: die französische Stellung auf der Bergnase nördlich der Ferme, welche schon seit dem Beginn der Kämpfe um Fort und Dorf Douaumont eine schwere Bedrohung für unser Vorgehen und für das Festhalten des Erkämpften gewesen war, wurde durch einen kräftigen Angriff aus dem Ablainwalde heraus erobert. Weiter westlich wurde der Ablainwald bis an den Weg Bras–Douaumont gesäubert, anschließend wurde der Feind von der Höhe des Pfefferrückens in die Mulde östlich Vacherauville geworfen. Alle diese Errungenschaften wurden einem zähen Widerstande der Franzosen abgetrotzt und mußten alsbald gegen wütende Gegenangriffe gehalten werden.

Während so auf dem östlichen Maasufer im ganzen Monat April in beständigem schwerem Ringen schon ganz erhebliche Verbesserungen unserer Stellung erzielt werden konnten, haben die Operationen auf dem Westufer im Verlaufe von heftigen, mit wechselndem Erfolge hin und her wogenden Kämpfen unseren Waffen hochbedeutsame Fortschritte gebracht. Nach der Erstürmung des Waldes von Avocourt[2] war zwischen dessen Ostspitze und der Höhe 265 südöstlich Béthincourt (Nordwestzipfel der Toten Mann-Stellung) noch ein weit in die deutschen Stellungen vorspringendes Geländestück, die vielberufene »Sackstellung«, in Händen des Feindes geblieben. Von dieser wurde ihm nun während des April in rastlosem Vordringen ein Stück nach dem anderen entrissen. Nachdem schon am 30. März der westliche Stützpunkt, das Dorf Malancourt, in unsere Hände gefallen war, verlor der Feind am 1. April seine Linien nordöstlich dieses Dorfes und zwei Tage später seine sämtlichen Stellungen nördlich des Forgesbaches, ausschließlich des Dorfes Béthincourt. Am 5. April fiel das einen südöstlichen Ausläufer von Malancourt bildende Dorf Haucourt, und am 9. auch der rechte Flügelstützpunkt, das Dorf Béthincourt, selbst. Am 10. stürmten wir noch die Werke »Elsaß« und »Lothringen« südwestlich Béthincourt und hielten damit die ganze erste französische Stellung von Haucourt bis zur Höhe 265 in Händen. Schon am Tage vorher hatte ein Angriff an der Mort Homme-Stellung auch die südöstliche Kuppe des auf der französischen Karte als »Mort Homme« bezeichneten doppelgipfligen Höhenrückens in unsere Hände gebracht und damit dem französischen Preßgezänk über die Frage, ob wir oder die Franzosen den Mort Homme besäßen, ein Ende bereitet. Ferner fiel ein Stützpunkt nördlich des Dorfes Cumières in unsere Hand.

Alle gewonnenen Geländestücke mußten gegen heftige Gegenangriffe gehalten und im stärksten feindlichen Feuer ausgebaut werden. Am 22. April setzte die Westgruppe zu einem neuen Stoß an und warf den Feind auch vom Westabhang der Höhe 295 (Toter Mann), auf dem er sich bisher noch hatte halten können, bis zum Bachabschnitt südlich Cumières zurück. Dafür gelang es dem Feind am 23., im Verlauf heftiger Gegenangriffe, einige Grabenstücke am Ostabhang der Höhe 295 zurückzugewinnen, die ihm aber am 25. wenigstens teilweise wieder entrissen werden konnten. Auch während der letzten Apriltage hat der Feind seine Gegenangriffe an dieser Stelle heftig erneuert, allerdings ohne wesentlichen Erfolg.

Zusammenfassend ist über den Stand der Kämpfe bei Verdun folgendes zu sagen: Der deutsche Angriff auf das Festungsgebiet um Verdun hat die Franzosen gezwungen, ganz außerordentliche Kräfte zur Verteidigung heranzuziehen, insbesondere auch sehr bedeutende Artilleriemassen. In vorderster Linie sind bisher auf der engen Frontbreite von wenig mehr als 40 km über 40 Divisionen eingesetzt worden. Die Kräfte allein, die hier mit unserer Kampffront in unmittelbare Berührung getreten sind, betragen also mehr als 20 Armeekorps. In Reserve sind noch weitere Divisionen zu vermuten. Daß angesichts einer solch massenhaften Zusammenziehung von Verteidigungsmitteln eine Verlangsamung unseres Vordringens mit Notwendigkeit eintreten mußte, liegt auf der Hand. Die französische Heeresleitung und Presse gefallen sich noch fortdauernd darin, von einer deutschen Schlappe bei Verdun zu reden und zu funken. Die deutsche Öffentlichkeit kennt seit Beginn des gegenwärtigen Krieges wie aus der Geschichte der früheren diese krampfhaften Versuche der Franzosen, ihre Niederlagen in Siege umzudichten. Unsere Erfolge in den ersten Maitagen[1] dürften genügend sein, um selbst einen zum krampfhaftesten Selbstbetrug entschlossenen Optimismus zu erschüttern und der Welt den Beweis zu liefern, daß unsere Angriffskraft so wenig erschüttert ist wie unser Angriffswille.

---

[1] Vgl. die Karte »Verdun« bei S. 197. — [2] Am 20. März.

[1] Vgl. S. 203 ff.


DAS VORDRINGEN DER ENGLÄNDER IM IRAK-GEBIET 1915-17.
Maßstab 1 : 3500000
Kilometer
Telegraph
Östl. L. v. Greenwich
Die Kämpfe um Kut-el-Amara Frühjahr 1916.
1 : 850000
km.
Englische Stellungen
Türkische
Bagdad
11. III. 17 besetzt
Ktesiphon Engl. unt. Townshend 23/24. Nov. 15 geschlagen
Kut el Amara
Townshend Dez. 15. von d. Türken eingeschl., 29. Apr. 16. übergeben
25. II. 17 von d. Engl. wieder besetzt
Engl. Entsatz Exp. unt. Aylmer, später Gorringe 17/22. Apr. zurückgeschl.
Ungef. Verlauf d. türk. Front
Samarra
Kerbela
Hilleh
Babylon
Nippur
Amara
Basra
Kermanschah
Hamadan
Kasr i Schirin
Chanikin
Persien
Luristan
Irak
Arabien
Arabistan
Persischer Golf
Koweit
Suwekieh-Sumpf
Suwada-Sumpf
Umm-el-Bahar-Sümpfe
Es Sinn Stellung
Townshend eingeschl. seit Dez. 15
Kut-el-Amara
Engl. Entsatz-Heer
Felahieh
Türkisches Hauptquartier
Fort
Schiffsbr.
General Aymler
Bibliographisches Institut, Leipzig.

II.

Im Vergleich zu den Kämpfen beiderseits der Maas treten die kriegerischen Ereignisse in allen Abschnitten der Westfront in den Hintergrund. Dennoch herrscht auf großen Teilen der Front alles andere als Ruhe, vielmehr eine ingrimmige ununterbrochene Kampftätigkeit, wenn auch mit örtlich begrenzten Zielen. Hervorzuheben ist, daß es in der Umgegend von Ypern zu heftigeren Kämpfen mit den Engländern gekommen ist. Die »Eloi-Stellung«, welche durch einen überraschenden Angriff[1] in den Besitz der Briten geraten war, wurde ihnen am 6. April wieder entrissen und gegen alle Gegenangriffe behauptet. Am 24. April gab auch die englische Flotte einmal wieder ein Lebenszeichen: sie unternahm es, sich vor der flandrischen Küste zu betätigen, um Minen und Sperren zu legen. Aber dieser Versuch wurde beim Auslaufen unserer Flotte rasch aufgegeben, und unsere Torpedo- und Vorpostenboote säuberten die Küste. Im übrigen beschränkten die Engländer ihre Tätigkeit längs der ganzen von ihnen jetzt gehaltenen Front auf Artilleriekämpfe, Sprengtätigkeit und Patrouillenunternehmungen. Irgend etwas Ernstliches zur Entlastung ihrer hart ringenden Verbündeten haben sie auch neuerdings nicht unternommen.

Aus der Tätigkeit der übrigen Abschnitte der Westfront ist noch hervorzuheben, daß ein deutscher Vorstoß nördlich Celles (bei Badonviller, ungefähr 15 km jenseits der deutschen Grenze auf der Höhe von Straßburg) zwei französische Linien in unseren Besitz brachte, während es anderseits den Franzosen gelang, ein vorspringendes Waldstück der ihnen im März entrissenen Ville-aux-Bois-Stellung (nordwestlich Reims) zurückzugewinnen.

III.

Während der März die große russische Entlastungsoffensive und auch sehr energische italienische Angriffsversuche gebracht hatte, haben im April nur die Italiener ernstliche Unternehmungen versucht. Und zwar ist hier hervorzuheben, daß ihr Druck gegen die Isonzofront nachgelassen hat, während sie auf der ganzen Tiroler Front eine erhöhte Tätigkeit entwickelt haben. Indessen sind auch hier wirklich merkliche Verschiebungen der Linien nicht erzielt worden. Zwar mußte die österreichische Stellung am Col di Lana infolge einer seit Monaten vorbereiteten Sprengung geräumt werden. Aber trotz größter Anstrengung ist es den Italienern auch hier nicht gelungen, weitere Fortschritte zu machen. Anderseits wurden sie im Suganatal aus dem Ort Marter und mehreren hintereinander liegenden, gut zausgebauten Stellungen bis zum Westrande von Roncegno zurückgeworfen.

Die Russen dagegen blieben nach dem Zusammenbruch ihrer Märzoffensive vor der ganzen Front unserer eigenen wie der südlich anschließenden österreichisch-ungarischen Armeen fast völlig ruhig. Nur westlich Dünaburg und südlich des Narotsch-Sees unternahmen sie örtlich beschränkte, übrigens völlig erfolglose Vorstöße.

Dagegen ist es uns gelungen, selbst den belanglosen Geländegewinn, den die Russen als einzigen Erfolg ihrer mit stärkstem Kräfteeinsatz und ungeheuren Blutopfern unternommenen Entlastungsoffensive in Händen behalten hatten, zurückzuerobern. Es ist noch in frischer Erinnerung, daß wir am 28. April den bei den Märzangriffen verlorenen Teil unserer ehemaligen Stellung südlich des Narotsch-Sees, den die Russen aufs stärkste ausgebaut hatten, in einem wuchtigen Angriff zurückerobert haben. Selbst die erste Linie der ursprünglichen russischen Ausgangsstellung ist in unserem Besitz. Die Beute an Gefangenen und Kriegsmaterial ist groß[1].

IV.

Das Saloniki-Unternehmen der Entente ist noch immer nicht über die Besitzergreifung einer völlig wehrlosen neutralen Hafenstadt und die dauernde schwere Kränkung und Vergewaltigung eines neutralen Landes hinausgelangt. Das bunte Truppengemisch, das sich auf griechischem Boden angesiedelt hat, gab bisher keine merklichen Zeichen kriegerischen Betätigungsdranges.

Einen einzigen Fortschritt haben unsere Feinde zu verzeichnen. Mit starker zahlenmäßiger Überlegenheit haben die Russen unsere türkischen Verbündeten in Armenien angegriffen. In der Flanke von der See her durch russische Landungstruppen gefaßt, haben die Türken nach tapferer Gegenwehr dem Feinde Trapezunt überlassen müssen[2]. Einem weiteren Vordringen der Russen in Armenien haben sie indessen Einhalt gebieten können.

Eine reiche Entschädigung für diesen unleugbar empfindlichen Verlust haben die Osmanen in Mesopotamien erkämpft. Die seit rund fünf Monaten in Kut el Amara[3] eingeschlossene Armee des Generals Townshend hat sich, da alle Entsatzversuche (auch nach einem Wechsel in der Person des Oberbefehlshabers der Entsatzarmee) fehlschlugen, am 29.[4] den Belagerern ergeben müssen. Es ist überflüssig, die ungeheure Tragweite dieser glänzenden Waffentat noch näher zu beleuchten. Verzeichnen wir noch ein siegreiches Gefecht östlich des Suezkanals vom 23. April, bei dem die Türken englischer Kavallerie starke Verluste zufügten, so ist festzustellen, daß die Lage unserer türkischen Verbündeten, im ganzen genommen, einen entscheidenden Aufschwung genommen hat.

Der Krieg zu Lande in den Monaten Mai und Juni.

Veröffentlicht am 6. Juli 1916.

In diesen beiden Monaten hat die allgemeine Kriegslage in beständiger Steigerung eine derartige Verschärfung erfahren, daß die Wende vom Juni zum Juli weniger als je zu einem zusammenfassenden Rückblick geeignet erscheinen möchte. Trotzdem soll der Versuch eines solchen in den nachstehenden Zeilen unternommen werden. Es ist ja nicht das erstemal, daß uns ein vollkommener Umschwung der Lage zu unseren Ungunsten lange vor dem Einsetzen der Ereignisse, die ihn herbeiführen sollten, von der gesamten Presse unserer Gegner angekündigt worden ist.

I.

Werfen wir zunächst einen flüchtigen Blick auf jene Schauplätze des weitverzweigten Kriegsgeschehens, die in einer verhältnismäßigen Ruhe zu verharren scheinen.

Wenn die Vorgänge auf dem Balkan zur Zeit einen der Brennpunkte des fieberhaften Anteils, man kann

[1] Am 27. März.

[1] Vgl. S. 201. — [2] Am 18. April. — [3] Vgl. hierzu die Karte »Das Vordringen der Engländer im Irakgebiet«. — [4] Nach anderen amtlichen Berichten am 28. April.

sagen der ganzen Welt, darstellen, so hat das weniger in militärischen Vorgängen seinen Grund als in politischen. Zwar scheint der Abtransport der neu zusammengestellten serbischen Armeereste nach Saloniki beendigt zu sein, aber zu ernstlichen Zusammenstößen ist es auf der mazedonischen Front noch immer nicht gekommen. Immerhin ist eine Veränderung der Lage dadurch eingetreten, daß die Bulgaren am 26. Mai sich in den Besitz des Rupelpasses gesetzt und eine taktisch günstigere Stellung vorwärts dieses Passes ausgebaut haben[1]. Diese Vorgänge haben der Entente den Vorwand zu einer schroffen Verschärfung der Bedrückung hergeben müssen, welche seit Monaten auf dem Griechenvolke lastet. Griechenland ist durch seine geographische Lage und seine Armut an natürlichen Hilfsquellen jedem Zugriff eines Stärkeren ausgesetzt. Die beispiellose Brutalität, mit der die Entente diese Zwangslage des Hellenentums ausgenutzt hat, um sich in die innersten Angelegenheiten des wehrlosen Landes einzuzwängen und Monarchie und Volk zu willenlosen Spielzeugen ihrer Ziele zu pressen, steht in seltsamem Gegensatz zu der Erstarrung jedes militärischen Betätigungsdranges, die nun schon seit mehr denn einem halben Jahre das mit so viel Geschäftigkeit und Lärm zusammengebrachte Ententeheer an die unmittelbare Umgegend des zwangsweise besetzten neutralen Saloniki fesselt.

Auch auf den vorderasiatischen Kriegsschauplätzen scheint die in früheren Abschnitten unserer Betrachtung so lebhaft gesteigerte Regsamkeit unserer Feinde nachgelassen zu haben. Der Fall Kut el Amaras[2] hat weder den Engländern noch den Russen Anlaß gegeben, in durchgeführten Unternehmungen größeren Stils für den bedeutungsvollen Erfolg der türkischen Waffen einen Ausgleich zu schaffen. Die Angriffe der Russen in Gegend Kasr i Schirin sind zum Stehen gebracht, ein lange vorbereiteter Angriff russischer Kräfte hat am 3. und 4. Juni mit einer entscheidenden Niederlage der Angreifer geendet. In Armenien vollends ist das vor nicht allzulanger Zeit[3] noch so energische und sieggekrönte Vordringen russischer Streitkräfte zunächst zum Stehen gekommen, und dann haben die Türken auf der ganzen Front die Russen zurückgedrängt. Sie stehen mit stärkeren Kräften bereit, den Vormarsch nach Nordpersien fortzusetzen. — Ebensowenig haben sich die Italiener entschließen können, die Enge ihrer Umstellung bei Valona durch den geringsten Vorstoß auszuweiten.

II.

Von den entfernteren Kriegsschauplätzen hat sich sonach die kriegerische Regsamkeit unserer Gegner immer mehr hinweggezogen, um, den Pariser Beschlüssen[4] entsprechend, die »Einheit der Front« nachhaltiger auf den inneren Ring konzentrieren zu können. Hier versucht der Feind, die Mittelmächte — unter Zuhilfenahme einer rücksichtslosen Anspannung der nach der Auffassung aller unparteiischen Beurteiler völkerrechtswidrigen Mitblockade der Neutralen — immer enger zu umschließen und sich in Ruhe auf eine gemeinsame große Offensive vorzubereiten. Aber dazu haben die Mittelmächte ihren Feinden nicht Zeit gelassen.

Einer der beiden Vorstöße der Mittelmächte ist bereits seit geraumer Zeit im Gange: der Angriff gegen die französischen Stellungen auf beiden Maasufern um Verdun[1]. Er hat einen machtvollen, alle feindlichen Gegenanstrengungen Schritt für Schritt niederwuchtenden Fortgang genommen. Da dies gewaltige Schauspiel der Schlacht an der Maas, für beide Kämpfer gleich ehrenvoll, dauernd die hingerissene Teilnahme der Welt in Atem hält, brauchen hier nur die großen Grundlinien nachgezogen zu werden. Die Einzelheiten sind ja in frischer Erinnerung.

Das wechselvolle Ringen auf dem linken Maasufer nahm während des ganzen Maimonats ohne Ermatten seinen Fortgang. Es galt, die nach der Einnahme des Waldes von Avocourt zwischen diesem und dem »Toten Mann« entstandene »Sackstellung« auszuräumen. Dieses Ziel ist in schrittweisen, durch kleinere Rückschläge nur vorübergehend gehemmten Vorarbeiten ohne Rast erreicht worden. Abschnittweise wurden die nördlichen, die westlichen, zuletzt am 21. Mai die östlichen Ausläufer der Höhe 304 gestürmt. Östlich des »Toten Mannes« ist am 23. Mai die Trümmerstätte, die einstmals das Dorf Cumières war, gestürmt worden. Die an diesem Tage noch gescheiterte Eroberung der Cauretteshöhe und des ganzen Geländes von der Südkuppe des »Toten Mannes« bis zur Südspitze von Cumières konnte bis Ende Mai erzwungen werden. Auch in diesem Abschnitt brachte der Juni häufige und gleichermaßen erfolglose Gegenstöße.

Seit der Maimitte versuchten die Franzosen mit verzweifelter Anstrengung den Schwerpunkt der Maaskämpfe auf das rechte Ufer hinüberzureißen. Nach einer riesigen Artillerievorbereitung holten sie zu einem wuchtigen Schlage gegen Fort Douaumont aus. Es gelang ihnen, am 22. Mai bis an die Kehle des Forts vorzustoßen. Da setzte der Gegenangriff ein; schon der 24. Mai brachte den Franzosen eine schwere Niederlage. In glänzendem, fortgesetztem Angriff eroberten die Deutschen die ihnen entrissenen Stellungen zurück, drangen weit über sie hinaus, brachten am 1. Juni den ganzen Caillettewald in ihre Hand. In den folgenden Tagen wurde Dorf Damloup und endlich auch das Fort Vaux erstürmt und fest in unsere Hand gebracht. Seine tapfere Besatzung, die sich in den unteren Gewölben gehalten hatte, mußte am 7. Juni kapitulieren. Am 8. Juni setzte ein neuer Vorstoß ein, der zunächst ein starkes feindliches Feldwerk der Feste Vaux, dann in ständigem Fortschreiten die Stellungen westlich und südlich der Thiaumontferme und endlich am 23. Juni das Panzerwerk Thiaumont selbst und den größten Teil des Dorfes Fleury in unsere Hand brachte, den Zentralpunkt und den linken Flügelpunkt der zweiten französischen Hauptstellung. Alle diese Errungenschaften mußten und konnten gegen wütende französische Gegenangriffe gehalten werden, zuletzt noch am 26. und 27. Juni gegen einen Stoß größten Maßstabes auf der ganzen Frontbreite des Abschnittes Thiaumont-Fleury. Die Kämpfe dieser zwei Tage rechnen zu den schwersten und für die Franzosen verlustreichsten des ganzen Krieges. Unerbittlich nimmt hier der Zermürbungsprozeß an Frankreichs Heeren seinen Fortgang.

III.

Während so unser westlicher Gegner sich im Laufe der letzten zwei Monate eines zwar schon seit langem wirksamen, aber sich von Tag zu Tag noch verstärkenden Druckes zu erwehren hatte, holte unser ältester

[1] Vgl. die Karte »Griechisch-bulgarische Grenzgebiete« bei S. 143.
[2] Am 29. April; nach andern amtlichen Berichten am 28. April.
[3] Februar bis April. — [4] 12.—28. März.

[1] Vgl. S. 197 f. und die Karte »Verdun« bei S. 197.



DIE ÖSTERREICHISCHE OFFENSIVE
IM SÜDTIROLER GRENZGEBIET
Mai 1916.
Maßstab 1 : 250 000
Kilometer
Österreichische Stellung am 15. V. 1916
" " " am 9. VI. "
" " " Sommer 1917
TRIENT
Pergine
ARCO
RIVA
ROFREIT (ROVERETO)
ALA
Mori
Nago
Torbole
Etsch
Val Lagarina
Garda - S.
M. Pasubio
Valli dei Signori
Valdagno
Monti Lessini
Serravalle
Brentonico
Avio
Borghetto
Vo sinistro
Rovere di Velo
Giazza
Crespadoro
Bibliographisches



Institut, Leipzig.

Verbündeter, Österreich-Ungarn, zu einem machtvollen Schlage gegen Italien aus. Genau Mitte Mai gestattete das Wetter endlich den sorgfältig vorbereiteten und vom Feinde längst erkannten Vorstoß. Es gelang den k. u. k. Truppen, die Italiener nicht nur aus dem größten Teil der von ihnen bei Kriegsbeginn genommenen Bezirke Südtirols wieder hinauszuwerfen, sondern auch die italienische Grenze in breiter Front zu überschreiten und den Angriff fast bis zum Südrande der Gebirgswälle vorzutragen, welche den Ebenen Norditaliens vorgelagert sind[1].

Bis zum 25. Juni machte der österreichisch-ungarische Angriff zwischen Etsch und Brenta stetige Fortschritte, die Zahlen an Gefangenen und erbeuteten Geschützen, Maschinengewehren und anderen Beutestücken mehrten sich in gleichem Maße. An diesen Erfolgen konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß am 26. mit Rücksicht auf die militärische Gesamtlage zur Wahrung der vollen Freiheit des strategischen Handelns ein Teil des eroberten Gebietes wieder aufgegeben und, unbemerkt vom Gegner, die Angriffsfront verkürzt wurde.

IV.

Die verzweifelten Hilferufe des schwerbedrängten Frankreichs und Italiens hatten inzwischen wenigstens bei dem einen der beiden abwartenden mächtigen Verbündeten Gehör gefunden. Es war das durch zwei Monate anscheinend in Erstarrung versunkene Rußland, welches sich von den furchtbaren Verlusten an Ländergebiet, Mannschaften und Kriegsmaterial, die das Jahr 1915 und zuletzt noch die Offensive im März 1916 gebracht hatte, mit Unterstützung der halben Welt inzwischen bis zu einem gewissen Grad erholt hatte und ein kräftiges Zeichen neuerwachten Lebens gab.

Schon in der zweiten Hälfte des Mais waren an der ganzen Ostfront unserer Verbündeten bedeutsame Veränderungen erkannt worden, die auf Angriffsabsichten schließen ließen. Am 4. Juni begann nach einer den bisherigen Einsatz weit übersteigenden Artillerievorbereitung an sieben Stellen gleichzeitig auf einer Frontbreite von mehr als 300 km die russische Offensive[2].

Die Riesenschlacht, die nun entbrannte, hat der Sache der Mittelmächte einen Rückschlag gebracht und den Italienern die dringend benötigte, heiß erflehte Entlastung für den Augenblick zuteil werden lassen. Sie hat den Russen am rechten Flügel ihrer Offensive bei Luzk einen mäßigen (und schwerlich dauernd haltbaren) Rückgewinn an früher verlorenem russischen Boden eingetragen, am linken russischen Flügel unseren Verbündeten den größten Teil der Bukowina mitsamt der vielumstrittenen Hauptstadt zu entreißen vermocht.

Hiermit ist die Bedeutung und der Erfolg des russischen Vorstoßes des Monats Juni erschöpft. Das in der Presse offen verkündete Ziel der gewaltigen russischen Anstrengungen, der Durchstoß bis Lemberg, die Rückgewinnung Galiziens oder gar das Eindringen in Ungarn, hat nicht erreicht werden können.

V.

In einer Gelassenheit, welche der Welt immer neues Erstaunen abnötigt, hat England bis gegen Ende Juni den übermenschlichen Opfern und Anstrengungen seiner Verbündeten mit gekreuzten Armen zugesehen. Es hat die Hilferufe Frankreichs und Italiens lediglich mit herablassenden Beifallsbezeigungen für die heroischen Anstrengungen dieser schwergeprüften Nationen beantwortet. Erst seit dem 20. Juni steigerte sich die Gefechtstätigkeit auf der gesamten englischen und auf dem südlich anschließenden Teil der französischen Front. Seit dem 24. begann eine sich oft bis zum Trommelfeuer steigernde Artilleriebeschießung unserer Front und des rückwärts gelegenen Geländes.

Bis zum Monatsende kam es in den Feuerpausen der Artillerie nur zu Patrouillenkämpfen. Erst am 1. Juli hat der große Angriff, auf den wir und die Entente lange gewartet haben, nördlich der Somme begonnen. An verschiedenen anderen Stellen der englischen Front sind vorher im Mai und Juni wir die Angreifer gewesen.

Im Mai gelang es uns, im Artois kleinere Abschnitte der englischen Stellungen in unsere Hand zu bekommen. Im Ypernbogen wurden am 2. Juni die Doppelhöhe 60 südöstlich Ypern mit anschließenden Gräben, und am 6. Juni die Stellungen bei Hooge, zusammen 3 km Frontbreite, erstürmt. Ein Teil der neuerkämpften Stellungen ging allerdings am 13. Juni wieder verloren, während alle späteren, teilweise durch Gasverwendung unterstützten Angriffe abgewiesen werden konnten.

VI.

Versuchen wir den rückschauenden Überblick über das Fortschreiten des Landkrieges in den Monaten Mai und Juni zusammenzufassen, so ergibt sich:

Vier große Handlungen sind im Gange. Der deutsche Vorstoß bei Verdun schreitet langsam, doch unerbittlich, Frankreichs Heere zermürbend, mit steigendem Erfolg vorwärts. Österreichs Angriff in Südtirol hat nach stürmischem Anfangsgelingen eine Hemmung erfahren durch die Gesamtkriegslage. Die russische Offensive hat zwar ebenfalls mit namhaften Siegen eingesetzt, ist aber dann zum Stehen und hier und dort bereits zu rückläufiger Entwicklung gebracht worden. Die vierte große Angriffswelle, deren Aufbranden sich seit einiger Zeit immer deutlicher angekündigt hatte, braust nun heran — und wieder einmal erhoffen unsere Feinde den entscheidenden Umschwung des Kriegsglücks. Englands lange gesparte Heeresmacht tritt auf den Plan[1].

Die russische Sommeroffensive 1916[2].

Veröffentlicht 8., 9., 13. und 14. September 1916.

I.

Der Kampf um Kowel.

Nach der Märzoffensive[3] gegen die unerschütterliche Mauer der Hindenburgarmee tastete die russische Heeresleitung die Front weiter nach Süden ab und fand in Wolhynien jene verhältnismäßig schwache Stelle, die zum strategischen Durchbruch geeignet schien.

Anfang Juni durchbrachen nach starker Artillerievorbereitung russische Angriffe die österreichischen Stellungen westlich Olyka. Durch energisches Nachstoßen auf und über Luzk, dessen Brückenkopf gegen

---

[1] Vgl. hierzu die Karte »Die österreichische Offensive im Südtiroler Grenzgebiet«.

[2] Vgl. die Karte »Die russische Offensive in Wolhynien und Galizien Juni-Juli 1916« bei S. 206.

[1] Vgl. S. 213 ff.

[2] Vgl. hierzu die Karte »Die russische Offensive in Wolhynien und Galizien Juni-Juli 1916«.

[3] Vgl. S. 198 ff.

überlegenen Angriff nicht gehalten werden konnte, gelang es dem Feinde, den Südflügel und die Mitte der k. u. k. 4. Armee über den Styr zu drängen, während der Nordflügel, aufgenommen durch zunächst geringe deutsche Verstärkungen, dem Gegner das Nachdrängen über Sierna und Styr zu verwehren vermochte. Etwa gegen Ende der 1. Juniwoche folgte der Feind in westlicher und südwestlicher Richtung nur zögernd und schrittweise nach. Seine Sorge galt dem österreichischen Nordflügel und den hier eingesetzten deutschen Kräften, gegen die er nunmehr mit seinen Hauptkräften nach Nordwesten in Richtung Kowel einschwenkte. Der wohl unerwartete Widerstand dieses durch deutsche Verbände verstärkten, unter deutscher Führung zusammengefaßten Flügels veranlaßte ihn zur Vorsicht und Neugruppierung seiner Kräfte. Selbst ein General Brussilow lernte wohl ahnen, daß Massenangriffe allein gegen deutsche Truppen keine Siege erzwingen. General von Linsingen, der Sieger in blutigen Karpathenkämpfen, gebot mit den über Kowel herangeführten deutschen Verstärkungen dem russischen Ansturm das erste Halt.

Mitte Juni verlief die Front unserer nach dem linken Flügel hin durch deutsche Kräfte verstärkten Verbündeten in der allgemeinen Linie: Plaszowka-Abschnitt von Tarnawka bis zur Einmündung in den Styr — die Styr-Linie bis Gegend Lipa — das südliche Lipa-Ufer bis Zboryszow — dann nach Norden biegend über Gorochow-Swiniuchy auf Witoniez-Stochod-Abschnitt bis etwa nördlich Liniewka — die Styr-Linie Sokul-Kolki, hier nach Norden umbiegend. Nachdem deutsche Kräfte auch südlich Kowel eingesetzt waren, begann am 16. Juni der erste Gegenstoß in drei Gruppen: im Westen ungefähr aus der Linie Gorochow-Lokaszy, von Nordwest mit dem rechten Flügel längs der Turija und von Norden. Bis zum 18. Juni führte dieser Gegenangriff bereits einige Kilometer vorwärts.

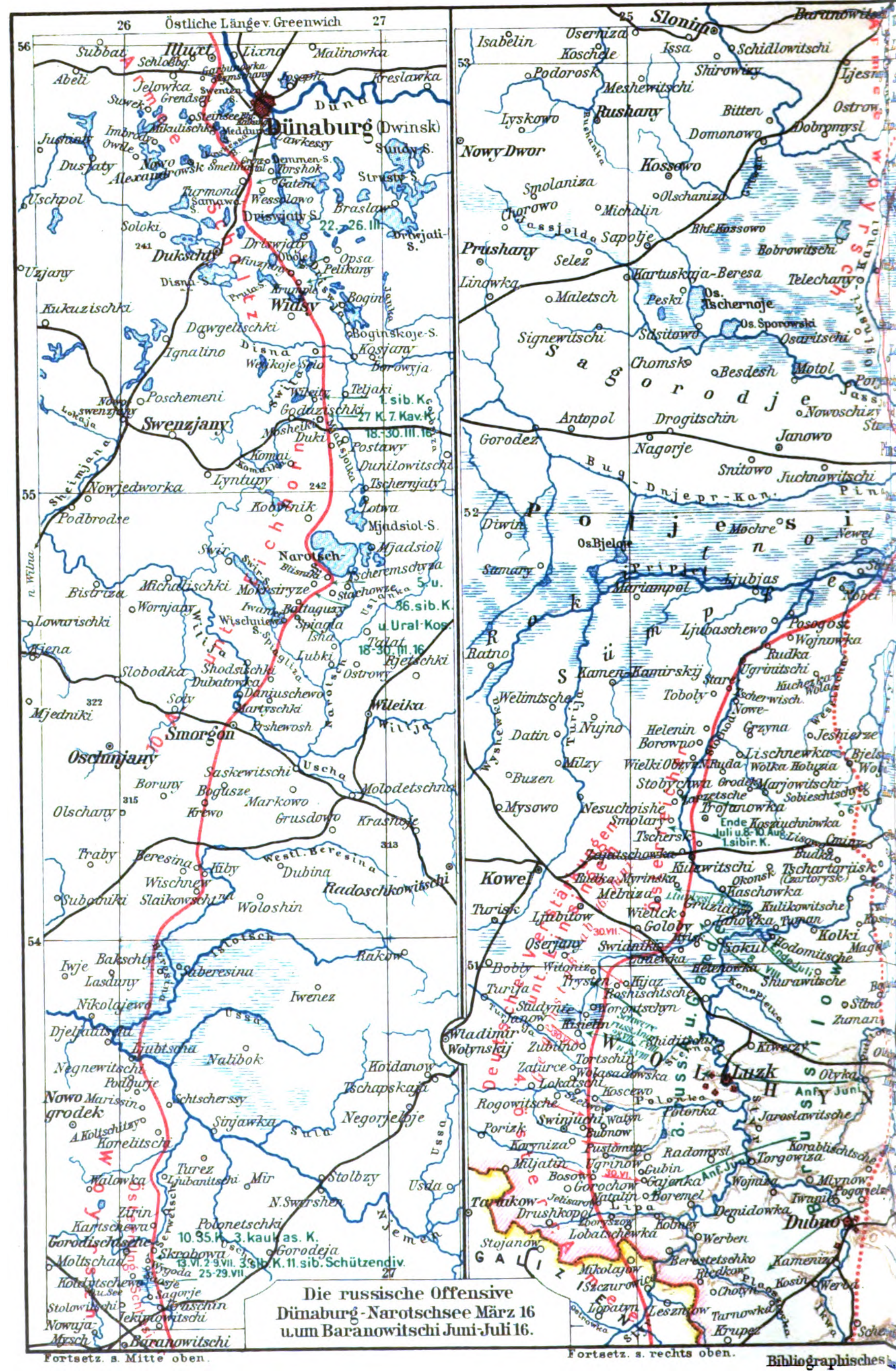
Nach dem Eintreffen weiterer deutscher Verstärkungen wurde am 23. Juni ein zweiter Gegenstoß eingeleitet, der südwestlich Luzk unter deutscher Führung nach Nordosten weiter ein gutes Stück vordrang.

Ein dritter Gegenstoß wurde wenige Tage später (30. Juni) nach Bildung einer neu zusammengesetzten Stoßgruppe (unter deutscher Führung) eingeleitet. Strömender Regen rauschte am Vormittag des 30. Juni hernieder und verwandelte die wolhynischen Wege in grundlosen Morast. Stundenlang war für die Artilleriewirkung jede Fernsicht ausgeschaltet. Trotz aller Schwierigkeiten aber wird die beherrschende Höhe südlich Gubin gestürmt. Auch eine links anschließende k. u. k. Infanterie-Truppen-Division macht gute Fortschritte und dringt in tapferem Angriff vor, wobei sie mehrere Gegenangriffe kaltblütig abweist. Weiter nördlich stürmen deutsche und österreichische Verbände das Dorf Zubilno und eine Höhe östlich von Trysten. Der folgende Tag (1. Juli) trägt den Angriff weiter vor. Auf 18 km Breite sind die russischen Stellungen eingebrochen. Bis 5 km Breite ist Gelände nach Osten gewonnen. Über mehrfache Linien russischer Gräben, hier durch dichtes, versumpftes Waldgelände, dort über freie Niederungen, trotz zahlreicher Gegenangriffe russischer Infanterie, ohne Rücksicht auf mehrfache Attacken der Transamur-Reiterdivision und einer zusammengesetzten Kavalleriedivision, wird am Abend des 2. Juli das Höhengelände um Michailowka-Gubin erreicht.

In der Nacht zum 3. Juli beginnt der Russe mit dem Gegenstoß: starke Infanterieangriffe und nächtliche Kavallerieattacken leiten zwei zäh durchgeführte Massenangriffe ein. Unter außergewöhnlich schweren Verlusten wird der Gegner restlos abgeschlagen. Auch die inzwischen verstärkte Nordgruppe hatte den Angriff vorgetragen. In der Nacht zum 3. Juli räumt der Feind fluchtartig unter schweren Verlusten eine von ihm besetzte Brückenkopfstellung auf dem nördlichen Stochodufer an der Straße Kowel–Luzk. Der verhältnismäßig geringe Raumgewinn dieser drei Gegenangriffe überraschte die Führung nicht. Es war vorauszusehen, daß unter den vorliegenden Verhältnissen der örtliche Erfolg dieser Gegenstöße wohl beschränkt bleiben würde. Sie fielen in eine Periode gegenseitigen Kräfteausgleiches bei uns und unserem Gegner. Immerhin wurden durch diese Gegenstöße unsere seit 5. Juni gemachte Beute auf etwa 100 Maschinengewehre, 128 Offiziere und über 19900 Mann erhöht. Die große Bedeutung dieser unter deutscher Führung sofort eingeleiteten dreimaligen Gegenstöße ist aber nicht nach diesen Zahlen oder dem erzielten Raumgewinn zu bemessen. Ihr Wert liegt in ihrer rein militärischen, psychologischen und moralischen Bedeutung:

General von Linsingen nimmt dem bisher unablässig vordrückenden Angreifer die Freiheit des Handelns, zwingt ihn zu Erwägungen und Umgruppierungen, fesselt Kräfte, die an anderer, politisch für Rußland wichtigen Stelle eingesetzt werden sollten und veranlaßt die russische Führung zu Verschiebungen ihrer Reserven dorthin, wo sie den deutschen Angriff befürchtet! Hinfort bemüht sich die russische Heeresleitung durch unablässigen Antransport weiterer starker Kräfte, das verlorene militärische Übergewicht wieder zu erreichen.

Neu herangeführte Kräfte gestatten dem Gegner die Einleitung eines starken Angriffs gegen den linken Flügel österreichischer Truppen im Styr-Bogen. Die hier stehenden Verbände weichen unter dem gegen die Orte Gruziatyn und Kostiuchnowka angesetzten Angriff nach Westen aus und werden hinter den Stochod zurückgenommen. In diesen Kämpfen zeichnete sich besonders die polnische Legion aus, die in tapferem Gegenstoß dem Feinde wichtiges Höhengelände entriß. Einige Tage später drückt der Feind südwestlich Luzk eine in der Gegend westlich von Gubin eingesetzte k. u. k. Division zurück. Zur Ausgleichung der dadurch geschaffenen Lage wird die hier kämpfende Gruppe aus den eroberten Stellungen ein Stück zurückgenommen, ebenso die südlich anschließende Gruppe. Den weiten Halbbogen um Luzk halten kräftige deutsche Truppen, österreichisch-ungarische Verbände und tapfere polnische Legionäre. Der vermeintliche Siegeslauf ist zu Ende, ein neuer Angriff muß eingeleitet werden. Dazu aber bedarf die russische Führung frischer ausgeruhter Kräfte. Sie zögert nicht, holt diese Kräfte von allen verfügbaren Fronten zusammen, läßt andere politisch wie strategisch bedeutsame Ziele in den Hintergrund treten und richtet das Höchstmaß der Kraftentfaltung auf Kowel. Während im Norden gegen Baranowitschi, im Süden gegen Lemberg der strategische Durchbruch angestrebt wird, wird der auf Kowel einfach rücksichtslos befohlen! In Richtung und über Kowel soll General Brussilow den Keil eintreiben, der die verbündeten Heere auseinandersprengt, die Flanken freilegt zur Aufrollung und die weitere Siegesbahn öffnet nach Westen.



Fortsetz. s. Mitte oben.
Fortsetz. s. rechts oben.

Bibliographisches



Institut, Leipzig.

Mitte Juli sind der ganzen russischen Armee bereits die Tage bekannt, an denen Kowel entscheidend anzugreifen ist. Der erste Angriffstag ist für den 28. Juli, ein etwa nötiger zweiter Zeitpunkt auf den 7. August festgelegt. Am 12. August — spätestens — muß Kowel in russischer Hand sein — »um jeden Preis«. Die russische Heeresleitung hat sich — wohl aus gewissen, in ihren Umrissen erkennbaren Gründen — auf die angegebenen Zeitpunkte zur Erzwingung des strategischen Durchbruches auf Kowel festgelegt.

Zwar rüttelt nun die russische Führung mächtig und mit grimmiger Wut an der eisernen Schranke, die General von Linsingen zwischen Luzk und Kowel geschlossen hält. Bald an dieser, bald an jener Stelle drückt der Russe gegen unsere Front. Ohne Erfolg.

Alle verfügbaren Kräfte rafft der Feind zusammen. Unsere Flieger beobachten die Massentransporte auf den nach Luzk und Kowel führenden Bahnen. Sie begnügen sich nicht mit der Beobachtung und Meldung. Häufig stürzen sie sich auf wenige 100 Meter hinab und überfallen die Transporte sowie marschierende Kolonnen durch Bomben und wohlgezieltes Maschinengewehrfeuer.

Zu Beginn der 3. Juliwoche lassen sich die Vorboten des ersten allgemeinen Angriffs auf Kowel bereits deutlich erkennen. Gegen unsere Front Liniow–Zubilno–Trysten und nördlich davon werden Divisionen über Divisionen angehäuft; bis zum 27. Juli abends sind hier im wesentlichen das russische 23., 39., 1. und 2. Gardekorps und 3 Gardekavalleriedivisionen versammelt.

Seit den Septemberschlachten 1915 um Wilna waren die russischen Gardekorps nicht mehr im Feuer gewesen. In langer Ruhezeit waren sie mit gut durchgebildetem Ersatz neu aufgefüllt, mit bestem Material ausgerüstet und wieder die russische Elitetruppe geworden, deren Ansturm Kowel unbedingt erliegen würde. In den beiden Gardekorps standen der russischen Führung etwa 16 Infanterieregimenter zu 4 Bataillonen, im ganzen also an 64 ausgeruhte, seit ¾ Jahren vom Kriege unberührte Verbände zur Verfügung — mit etwa 70000 Mann Infanterie für die vorderste Linie, mit etwa 100000 Mann, wenn man den Ersatz einrechnet.

Am 28. Juli setzt nach heftiger Artillerievorbereitung der allgemeine Angriff der russischen 8. Armee (Luzk) einschließlich der Garde unter Besobrasow ein. Dem starken Druck gegen den rechten Flügel der angegriffenen Front geben österreichische Verbände nach. Ein weiter nördlich mit rücksichtslosem Schneid angesetzter und durchgeführter Gegenstoß eines deutschen Landwehrregiments wirft den Feind zurück und stellt die Gefechtslage wieder her. Landwehrbataillonen gelingt es auch, vier österreichische Geschütze und einige Munitionswagen von dem Gegner zurückzuerobern. Der rechte Flügel wird durch das prachtvolle Vorgehen eines deutschen Rekrutenbataillons und einer Garde-Kavalleriebrigade kräftig unterstützt. Weiter nördlich greifen inzwischen 8 russische Divisionen ein einziges verstärktes deutsches Armeekorps an. Während der rechte Flügel alle Angriffe abschlägt und Kisielin hält, muß der linke unter dem Druck überlegener Kräfte des 2. Gardekorps hinter den Stochodlauf westlich Trysten zurückgenommen werden. Der Angreifer drängt nach.

Der folgende Tag bringt die Fortsetzung der heißen Kämpfe, die sich allmählich über die ganze Front der Heeresgruppe Linsingen ausdehnen. Im südlichen Abschnitt werden starke russische Angriffe südöstlich Swiniuchy abgeschlagen; in dem Waldgelände wogen erbitterte Handgranatenkämpfe unentschieden hin und her; weiter nördlich wirft ein deutscher Gegenangriff den in österreichische Stellungen eingebrochenen Feind mit großen Verlusten hinaus. Der russischen Garde gelingt es, ihren Teilerfolg vom Tage zuvor weiter auszudehnen und im Angriff durch den Wald westlich von Trysten über den Stochod vorzustoßen. Ein Gegenangriff wirft den Feind hier zurück. Der heiße Brennpunkt der Kämpfe aber entwickelt sich im Gelände von Kisielin. Am Nachmittag zerschellte unter äußerst schweren Verlusten der erste gegen Kisielin vorgetragene Angriff. Brussilows Methode, unbarmherziges Vorpeitschen dichter Massen, kam hier zur vollen Entfaltung. In drei dichten Angriffswellen mit folgenden Gruppenkolonnen, mit nachdrückenden weiteren 20 Angriffswellen soll Kisielin genommen werden. Die 23 Wellen und die Gruppenkolonnen werden als nutzlos hingeopfert und zerstäuben in blutige Einzelhaufen. Der gleichzeitig von Südosten angesetzte Angriff bricht schon im Sperrfeuer zusammen. Ein 4 Uhr nachmittags erneuter Ansturm wird wie der erste blutig und restlos abgeschlagen. Auch am 30. Juli brechen alle Angriffe vor den Hindernissen nieder. Drei am nächsten Tage mit aller Wucht unternommene Anstürme gegen das im Gelände von Kisielin auf beherrschender Höhe liegende Vorwerk Leonowka erleiden das Schicksal der vorhergegangenen.

Inzwischen hat sich der allgemeine Angriff längs der ganzen Stochodlinie nach Norden ausgedehnt. Von Süden, Südosten und Osten drückt der Russe gegen die Front und sucht die schwache Stelle zum Durchbruch nach Kowel. Südlich Janowka gelingt den Russen ein Einbruch. Die hier dünne Verteidigungslinie wird in der Nacht zurückverlegt. Das am Stochod östlich von Kowel stehende österreichische Korps weist in schweren Kämpfen alle Angriffe unter größten Verlusten für den Gegner ab. Nur nördlich von Zaretsche dringt der Russe auf das linke Ufer. Truppen einer bayerischen Division treiben andere über den Fluß vorgestoßene feindliche Bataillone in wildem Gegenstoß zurück.

Der dritte Tag des allgemeinen Angriffs auf Kowel bricht an (30. Juli). Die aufgehende Sonne leuchtet über den Tag, an dem der Befreier Ostpreußens zum Oberbefehlshaber über die gesamte deutsch-österreichische Front vom Rigaischen Meerbusen bis Wolhynien ausersehen wurde. Generalfeldmarschall von Hindenburg tritt dem General Brussilow gegenüber. Brussilow stützt sich auf den Druck der in Bewegung gesetzten, durch unerschöpfliches Menschenmaterial aufzufüllenden Masse. Der Feldmarschall vertraut dem unerschütterlichen Siegeswillen eines seit zwei Jahren gegen zahlenmäßige Übermacht kämpfenden Heeres, das zusammen mit dem ganzen Volk unbeirrt durch alle Wechselfälle des Krieges an seinen Feldherrn glaubt.

Die beiden folgenden Tage (31. Juli und 1. August) bringen den Abschluß des ersten allgemeinen Angriffs gegen den Stochod. Der erste Akt der Schlacht von Kowel endet für den Gegner mit einem großen Schuldkonto: geringer Raumgewinn, vereinzelte, in keinem strategisch verwertbaren Zusammenhang stehende örtliche Erfolge — bezahlt mit selbst für Brussilows Führung unerhörten Blutopfern. Nicht ein einziger entscheidender Schritt vorwärts auf dem Wege nach Kowel! Auch die Versuche an den letzten Angriffstagen, den Schwerpunkt mehr nach Nor-

den gegen den Stochodlauf östlich Kowel zu verlegen, blieben ohne Erfolg. Neue Truppen waren herangeschleppt, die Gardekorps nach Osten an den Stochod verschoben worden. Erbitterte, unerhört heftige Angriffe besonders im Gelände bei Smolary brachen unter furchtbaren Verlusten zusammen. Am 1. August wollte der Gegner bei Kisielin noch einmal den Durchbruch erzwingen. Zu sechs Angriffen wurde die Truppe schonungslos vorgetrieben, in sechs Angriffen brach sie blutend zusammen. Nördlich der Bahn aber herrschte am 1. August teilweise eine unheimliche Ruhe. Die russische Infanterie hat dort anscheinend dem Angriffsbefehl den Gehorsam verweigert.

Am 2. August griff der Feind im allgemeinen nicht an. Auch am 3. August herrschte im wesentlichen die Ruhe der Erschöpfung. Nur in der Nacht zum 2. August hatte der Feind einen kräftigen Vorstoß gegen das Gelände südlich von Rudka Mirynska unternommen, der völlig mißglückte. Fluchtartig wichen die Russen zurück und ließen in diesem kaum 2 km breiten Streifen 800 (gezählte) Tote liegen. Ihre Gesamtzahl mag in dem teilweise durch hohes Getreide unübersichtlichen Gelände erheblich höher gewesen sein. Von zwei Bataillonen des russischen 8. Schützenregiments kehrten 162 Mann, vom ganzen 7. Schützenregiment nur 2 Kompanien zurück. Über den Führer des 1. turkestanischen Armeekorps packte am 3. August ein unbezähmbarer Ehrgeiz, Kowel mit seinen Truppen allein zu nehmen. Er setzte seine Kräfte zu einem starken Angriff an, brach bei Rudka Mirynska in die dortigen österreichischen Gräben ein und begann sich in einer Brückenkopfstellung zu befestigen. Preußische und bayerische Truppen schritten von Westen und Norden zu einem frisch durchgeführten Gegenangriff und jagten, unterstützt durch ein sich ausgezeichnet schlagendes Polen-Bataillon, die Turkestanen über den Fluß zurück. Die vorübergehend verlorene Stellung war sofort wiedergewonnen.

Trübes regnerisches Wetter verzögert den Beginn des zweiten Ansturms auf das befohlene Operationsziel um einen Tag. Am 8. August aber leitet heftiges Trommelfeuer den zweiten Akt des heißen Ringens um Kowel ein. Am Vormittag gegen 11 Uhr stürmt der Feind nach starker Artillerievorbereitung wieder gegen Vorwerk Leonowka bei Kisielin. In sechs Wellen, wieder mit nachfolgenden Gruppenkolonnen, wälzt sich die Sturmflut heran. Die vorderen Wellen werden von Offizieren geführt, die hinteren Wellen durch Offiziere mit geschwungenen Peitschen getrieben. Weiter südlich hatten sich gleichzeitig heftige Angriffe gegen die dort mit deutschen Truppen vermischten k. u. k. Verbände entwickelt. Überlegener Feind drückte nordwestlich Liniow österreichische Stellungen ein, wurde aber durch sofortigen Gegenstoß deutscher Truppen in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen.

Auch auf dem linken Flügel unserer Front entbrennen neue und heiße Kämpfe. Das 1. Gardekorps setzt hier nach kurzer Ruhe seine beiden Divisionen zu wütenden Sturmangriffen ein. Am Stochod westlich Janowka dringt die Gardeinfanterie am Spätnachmittag des 8. Augustes in einen längeren Grabenabschnitt. Bis in die Nacht hinein wogt der erbitterte Handgranatenkampf. Nach Mitternacht herrscht Ruhe. Der Verteidiger hat die Gräben wiedergewonnen.

Auf dem äußersten Nordflügel — im Gelände von Smolary — setzt die russische Führung das 1. sibirische Armeekorps ein. Hier entspinnen sich erbitterte Kämpfe vom 8. bis 10. August, besonders um die Sanddünen von Zaretsche. Zwischen 8 Uhr abends und 4 Uhr vormittags zum 9. August stürmen die Sibirier mit Teilen der 77. Division nicht weniger als sechsmal. Ungeheuerliche Blutopfer lassen einen bescheidenen örtlichen Erfolg gewinnen: einige Sanddünen auf dem linken Stochodufer bei Zaretsche. So endet mit dem 10. August der zweite allgemeine Angriff auf Kowel. Brussilows Führung kennzeichnet sich durch eine fast an Grausamkeit streifende Kaltherzigkeit im Opfern seiner Menschenmassen zur Erzwingung seiner strategischen Pläne. In zwei groß angelegten gewaltigen Sturmangriffen von mehrtägiger Dauer sinken die Sturmtruppen mit ungeheuren Verlusten zusammen. Das strategische Ziel bleibt unerreicht; hier und dort ein geringer örtlicher Erfolg.

Weiter tobten die Kämpfe um die Dünen bei Zaretsche, wo die angreifenden Truppen des 1. sibirischen Armeekorps der 77. und 78. Division vom 28. Juli bis Mitte August etwa 30000 Mann eingebüßt haben mögen. Aussagen von Gefangenen sind vorsichtig zu bewerten. Immerhin darf aus ihnen und aus unseren eigenen Wahrnehmungen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit geschlossen werden, daß die russische Führung ihren strategischen Mißerfolg in der Schlacht um Kowel bisher mit einem blutigen Verlust von mehr als 100000 Mann bezahlt hat. Am 12. August sollte Kowel in russischer Hand sein — »um jeden Preis«. Ein erschreckend hoher Preis war gezahlt. Aber Kowel blieb in unserer Hand.

II.

Aus den Kämpfen um Baranowitschi[1].

Anfang Juni hatte die russische Heeresleitung das Gewicht ihrer Menschenmassen in Bewegung gesetzt zu der einheitlich geplanten, groß angelegten Offensive mit den strategischen Zielen Baranowitschi–Kowel–Lemberg. Während der Gang der Ereignisse den operativen Schwerpunkt über die Gegend von Luzk zunächst auf den Durchbruchspunkt Kowel verlegte, ohne das politisch wichtige Ziel Lemberg aus dem Auge zu lassen, entwickelten sich auch an der Schtschara- und Serwetsch-Front erbitterte Kämpfe, deren nächstes Ziel der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Baranowitschi war. Die zunächst fortschreitende Offensive über Luzk schlug nach dem Einsetzen stärkerer deutscher Kräfte ein langsameres Tempo an und kam dann zum Stillstand. Um diesen Zeitpunkt mag vielleicht für die russische Heeresleitung das ursprüngliche Ziel Baranowitschi einem weiter gelegenen Ziel gewichen sein: — etwa dem Gedanken eines strategischen Durchbruchs über Baranowitschi in Richtung Brest Litowsk gegen den Rücken der Heeresgruppe von Linsingen. Unter dieser oder einer ähnlichen Annahme wäre die maßlose Erbitterung der russischen Angriffe am Schtschara- und Serwetsch-Ufer, wäre der Einsatz so ungeheurer Opfer gegen Baranowitschi leichter erklärlich. Brandenburger, Posener und schlesische Truppen sowie österreichisch-ungarische Verbände halten unter Generaloberst von Woyrsch die Wacht an Schtschara und Serwetsch. Die Stellungen folgen im allgemeinen dem Laufe des Oginski-Kanals, erreichen beim Wygonowskoje-See die Schtschara, durchqueren das Gelände östlich Baranowitschi-Gorodischtsche und ziehen sich dann auf dem linken Serwetschufer nach Norden hin.

Etwa Mitte Juni setzte hier die russische Führung

[1] Vgl. die Karte bei S. 206.

den ersten großen Angriff im strategischen Zusammenhang mit den Operationen im Gelände Luzk-Kowel an.

Am 13. Juni bricht das Unwetter los. Starkes Artilleriefeuer setzt ein gegen unsere Stellungen im Gelände von Stolowitschi und dehnt sich bald in nördlicher Richtung auf die österreichisch-ungarischen Gräben aus. Bald liegt der ganze Abschnitt Sagorje (östlich Stolowitschi)–Skrobowa (östlich Gorodischtsche) unter heftigem Artilleriefeuer. Auf unsere Gräben westlich Wlassy allein wirft der Gegner 12000 Schuß. Nach etwa zwölfstündiger Artillerievorbereitung bricht der Angreifer gegen Abend in mehreren Wellen über die Linie Kraschin–Woikowitschi vor. Siebenmal treibt er seine Sturmwellen gegen die teilweise erheblich beschädigten Gräben vergeblich an. Weder das zwölfstündige Trommelfeuer, noch siebenmaliger Angriff, noch seine Begleitung durch belgische Panzerautomobile erschüttern das Selbstvertrauen des Verteidigers. Aus den zerschossenen Gräben werden die sieben Sturmangriffe restlos abgeschlagen. Der deutschen Artillerie und den westlich des Koldytschewo-Sees stehenden österreichisch-ungarischen Batterien gebührt die Anerkennung entscheidender Mitwirkung bei der Abwehr der Angriffe. In die unter schwersten Verlusten zurückflutenden Grenadiere der 1. und 2. Grenadierdivision feuert die russische Artillerie ihr Strafgericht. Die Einnahme von Baranowitschi ist mißglückt. Im Morgengrauen versucht der Russe sein Glück noch einmal. Sein Vorgehen beiderseits der Bahn Kraschin–Baranowitschi sowie bei Wygoda und Zirin gegen die Stellungen unserer Verbündeten bleibt erfolglos. Der völlige Zusammenbruch des Grenadierkorps hatte seine eindrucksvolle Wirkung auf die russische Führung wohl nicht verfehlt. Jedenfalls wurde ein für den 14. Juni geplanter nochmaliger Massenangriff durch Gegenbefehl zunächst aufgehoben. Einige Tage verhältnismäßiger Ruhe traten ein.

Der Russe traf Vorbereitungen zum zweiten großen Angriff und gruppierte seine Kräfte um. Bald wurden seine Absichten erkennbar: zwei starke Stoßgruppen sollen über Skrobowa unsere Verbündeten und über Linie Darowo–Labusy die schlesische Landwehr durchbrechen mit dem allgemeinen Angriffsziel Baranowitschi. Außer dem aufgefüllten Grenadierkorps verfügt die russische Führung noch über das 35., 10., 3. kaukasische, 3. sibirische Korps, die 81. Infanteriedivision und die 11. sibirische Schützendivision. Mit heftigem Feuer gegen die Gräben nördlich des Koldytschewo-Sees u. gegen den Abschnitt des Landwehrkorps wird am 2. Juli um 4 Uhr vormittags der zweite große Angriff auf Baranowitschi eingeleitet.

Um 8 Uhr vormittags liegen diese Stellungen unter Trommelfeuer. Gegen die Front Saoßje–Kartschewo hageln sogar Geschosse von 28 cm-Kaliber. Zahlreiche Brückenstege hat der Feind während der Nacht über Schtschara und Serwetsch geschlagen; auch gegen die an den rechten Flügel des Landwehrkorps anschließenden Stellungen ist ein überfallartiger Angriff über den dortigen Flußabschnitt vorbereitet.

In der Morgendämmerung des 3. Julis beginnt der Hauptangriff gegen die Front des Landwehrkorps und die österreichischen Stellungen nördlich des Koldytschewo-Sees. Die Tage vom 3. bis 9. Juli bilden eine Kampfwoche von unerhörter Heftigkeit in heißem und blutigem Ringen der zweiten Schlacht von Baranowitschi. Angriffe des Grenadierkorps und der 81. Division brechen im ruhigen Feuer der auf ihren zerschossenen Gräben stehenden schlesischen Landwehr blutig zusammen. Schnelle und rücksichtslos geführte Gegenangriffe werfen den hier und dort durch die zerstörten Hindernisse eingedrungenen Gegner hinaus. In einem solchen Gegenstoß bei Darowo nehmen die schlesischen Landwehrleute 9 Offiziere und 700 Mann gefangen. Am folgenden Tage werden drei in starker Tiefengliederung angesetzte Angriffe bereits im Sperrfeuer abgewiesen. Weiter nördlich war es dem Angreifer gelungen, bei Skrobowa und Kartschewo in die durch das Trommelfeuer schwerster Kaliber eingeebneten Stellungen unserer Verbündeten zu stoßen. Deutsche Reserven entrissen in kühnem Gegenstoß dem Angreifer die Stellungen bei Kartschewo und machten hierbei 1600 Gefangene. Ein Gegenangriff auf dem linken Flügel bei Skrobowa blieb ohne Erfolg.

Der 5. Juli brachte erneute starke und dichte Massenangriffe auf der Front zwischen Labusy und Zirin. Wieder schlägt die Landwehr, schlagen tapfere Posener und Brandenburger alle Sturmangriffe ab. Nur bei Darowo bricht der Gegener ein und wird nochmals hinausgeworfen. Deutsche Reserven haben inzwischen die österreichischen Verbände verstärkt und weisen im gemeinsamen Kampf die gegen Mittag mit erneuter Wut einsetzenden Angriffe zurück. Die folgenden Tage zeigen ein dauerndes An- und Abschwellen erbitterter Kampfhandlungen der zweiten Schlacht von Baranowitschi. Vorübergehende örtliche Erfolge werden dem Gegner durch frischen Gegenstoß und blutigen Handgranatenkampf sogleich entrissen. Nur in den zerschossenen Gräben bei Skrobowa vermag sich der Russe zu halten.

Einen Höhepunkt der Kämpfe zeigt der 8. Juli. Um 3 Uhr vormittags greift eine sibirische Schützendivision bei Darowo überfallartig an. Die dreimaligen, ohne besondere Artillerievorbereitung vorgetriebenen Angriffe brechen zusammen. Das während der Angriffe auf unsere Stellungen abgegebene Feuer mit etwa 7400 Schuß, darunter 2000 schwerer Kaliber, erzielt 3 Verwundete. Gleichzeitig stürmt die 2. Grenadierdivision in dichten Angriffswellen wiederholt nördlich Darowo. Von 2 Uhr vormittags ab zersplittern zahlreiche tiefgegliederte Angriffe zwischen Wygoda und Zirin gegen unsere seit zwei Tagen unter heftigstem Artilleriefeuer in zerschossenen Gräben, hinter zerstörten Hindernissen stehenden Truppen. In die zurückflutenden Massen des Angreifers feuert unsere Artillerie. Die 11. sibirische Schützendivision läßt etwa 70 Prozent ihres Bestandes im Angriffsfelde liegen. Am 9. Juli flauen die Kämpfe ab. Die zweite Schlacht von Baranowitschi neigt sich dem Ende zu. Geringen Geländegewinn bei Skrobowa als einzigen Erfolg bezahlte der mit mehr als doppelter Übermacht angreifende Feind mit unermeßlichen Verlusten. Die schlesische Landwehr, Posener und Brandenburger halten mit den Verbündeten die Schtschara- und Serwetsch-Stellungen und Baranowitschi.

Am 14. Juli wird ein Gegenangriff auf die von den Russen gehaltenen Gräben bei Skrobowa angesetzt. Von 5 Uhr nachmittags ab arbeiten sich brandenburgische Reserveregimenter in schwerem Kampf heran. Dem linken Flügel gelingt es, in die früher österreichischen Stellungen einzubrechen und sich dort festzusetzen. Dabei werden 11 Offiziere, 1500 Russen gefangen und 13 Maschinengewehre erbeutet.

Die starken Verluste in der zweiten Schlacht bei

Baranowitschi zwangen den Angreifer in den kommenden Tagen zur Ruhe, zur Auffüllung seiner zusammengeschossenen Divisionen und zur Neugruppierung seiner Kräfte. Die Armeeabteilung Woyrsch benutzte diese Ruhepause zum Ausbau der Stellungen und zur Anlage starker Riegelstellungen in Erwartung des erneuten Angriffs.

Am 25. Juli entbrennt der Kampf aufs neue. Wieder versucht der Russe den Durchbruch an jener schmalen Stelle, die ihm den bescheidenen Erfolg am 3. Juli gebracht hatte. Ein Artilleriefeuer von unerhörter Heftigkeit hämmert gegen die in den früheren Kämpfen stark mitgenommenen Stellungen. Das russische 35. Korps mit der 55. und 67. Division sowie die 52. Division des 3. kaukasischen Korps stoßen auf einer Front von nur 3 km Breite vor. Anscheinend sicher ihres Erfolges, stürmen sie in dichten, tiefgegliederten Wellen heran. Alle Verschwendung aber an Eisen- und Menschenmassen bleibt wirkungslos gegenüber der Zähigkeit der Brandenburger. Artillerie, Handgranate und Bajonett verrichten fürchterliche Arbeit und in den späteren Abendstunden bedeckten Tausende von russischen Leichen das Angriffsfeld, von dem der Feind auch nicht einen Fuß breit gewann. Der schweren Anstrengung folgte beim Feinde am 26. Juli die Ruhe der Erschlaffung. Nur südlich Baranowitschi griff er in den Abendstunden nach kurzer heftiger Artillerievorbereitung eine Landwehrdivision an. Das Feuer von 17 russischen Batterien ergoß sich über diesen schmalen Abschnitt. Die hier zum Stoß angesetzten sibirischen Truppen wurden nach kurzem, aber hartem Kampf unter schwersten Verlusten abgewiesen.

Mit einer auch beim Feinde anzuerkennenden Tapferkeit und Hartnäckigkeit wurde am 27. Juli am Skrobowabach nochmals ein gut vorbereiteter und kraftvoll angesetzter Stoß geführt. Das sich um die Mittagszeit zum Trommelfeuer steigernde Artilleriefeuer sollte der 8 Uhr 30 Minuten abends zum erstenmal vorbrechenden russischen Infanterie den Weg durch die Mauer der Brandenburger bahnen. Der Feind fand sie in unveränderter Festigkeit und Ruhe. Auch die starken, bis 6 Uhr 30 Minuten vormittags dreimal wiederholten Angriffe wurden restlos abgeschlagen. Am 29. Juli erlosch mit abnehmender Angriffskraft die dritte Schlacht von Baranowitschi. In treuer Waffenbrüderschaft kämpften Brandenburger und Schlesier mit den verbündeten Truppen in drei außerordentlich blutigen Schlachten.

Kein Schritt vorwärts gegen den Durchbruchspunkt Baranowitschi. Einige hundert Meter Schützengraben bei Skrobowa: — diesen strategischen und taktischen Mißerfolg erkaufte und bezahlte der Feind mit etwa 40000 Toten, 60000 Verwundeten, mit fast 5500 Gefangenen und mit dem Verlust von 28 Maschinengewehren. So endete für die russische Führung die dreimalige Durchbruchsschlacht von Baranowitschi.

Aus den Kämpfen der deutschen Karpathentruppen (1916)[1].

Veröffentlicht am 1. und 2. Dezember.

I.

Nach dem russischen Durchbruch bei Czernowitz[2] gingen die am Pruth und südlich kämpfenden österreichisch-ungarischen Heeresteile durch die Bukowina in westsüdwestlicher Richtung gegen die Karpathenlinie und bis auf den Grenzgebirgskamm zurück. In die weite Bukowina-Niederung ergossen sich die Massen des nachdrängenden Verfolgers.

Aus der Bukowina führen über die Karpathen in die ungarische Ebene nur wenige größere Straßen: im Norden Straße und Bahnlinie Kolomea—Delatyn—Körösmezö über den Tartaren-Paß; im Süden Straße Kimpolung—Felsö—Visso. Sie folgt dem Tal der Goldenen Bistritz und erreicht über die Wasserscheide des Prislop-Passes das Vissotal. Beide Straßen münden in das Endziel Marmarosch-Sziget. Nur am Tartaren-Paß führt die Bahnlinie über die Karpathenkämme hinweg aus der Bukowina nach Ungarn. Im übrigen hat Ungarn sich gegen die Bukowina wie gegen Feindesland durch den Gebirgswall abgeschlossen und seine Eisenbahnen nur bis in die Nähe der Grenzlinie ausgebaut.

Der zurückgehenden k. u. k. 7. Armee fiel die Aufgabe zu, den Karpathenkamm gegen einen russischen Durchbruch mit aller Kraft zu halten und die reiche ungarische Tiefebene vor einem russischen Einfall zu bewahren. Der wichtige, etwa 120 km breite Frontabschnitt mußte zunächst mit verhältnismäßig geringen Kräften gegen den andringenden Verfolger verteidigt werden. Ende Juli stand die k. u. k. 7. Armee zur Sperrung der genannten Straßen mit den Hauptkräften in den von Natur starken Höhenstellungen bei Dorna Watra und in Linie Tatarka—Cap (nördlich Kirlibaba), mit schwächeren Teilen am Copilas und mit dem linken Flügel beim Tartaren-Paß. Gegen diese auf breiter Gebirgsfront verteilten Kräfte drückte der Angreifer unablässig vor. Die Lage wurde kritisch und machte Ende Juli den Einsatz deutscher Kräfte zum Schutz der ungarischen Tiefebene erforderlich. Das deutsche »Karpathenkorps« unter Generalleutnant von Conta wurde dem Verbande der k. u. k. 7. Armee zugeteilt und bis Ende Juli über Marmarosch-Sziget an der Straße Leordina—Felsö—Visso versammelt.

Die kritische Lage des linken Armeeflügels bedingte schnelles und zielbewußtes Handeln. Gegen den Tartaren-Paß schob der Angreifer starke Kräfte vor. Ein etwaiger russischer Durchbruch konnte hier die Aufrollung der Karpathenfront durch einen Vorstoß über Körösmezö und eine Bedrohung des Südflügels der Lemberg deckenden österreichisch-ungarischen Front ermöglichen. Zur schnellen Entlastung des bedrängten linken Armeeflügels befahl General von Conta den überraschenden Offensivstoß des Karpathenkorps in nordöstlicher Richtung über Linie Popadia—Copilas gegen und bis in das Höhengelände Jablonica—Zabie. Der Angriff sollte durch Bedrohung des linken Flügels jener russischen Kräfte östlich des Tartaren-Passes die Verteidigung der wichtigen Straße stützen und vielleicht Truppen von dort ab- und gegen das angreifende Karpathenkorps ziehen.

Am Mittag des 1. Augustes übernahm General von Conta auch den Befehl über die in seinem Frontabschnitt eingesetzten österreichisch-ungarischen Truppen. Der allgemeine Angriff gegen die auf der Baba Ludowa und ihren südwestlichen und nordöstlichen Ausläufern stehenden russischen Kräfte wurde für den 3. August befohlen. Inzwischen arbeitete sich die rechte Flügelgruppe über die Popadia und im Popadiniec-Tal gegen den Südosthang der Baba Ludowa vor, während die linke Stoßgruppe mit starkem rechten Flügel den Angriff vom Copilas über die Hala

[1] Juli bis September. — Vgl. die Karte bei S. 206.

[2] 17./18. Juni 1916.

Lukawiec (1506 m) gegen die Ludowa (1466 m) durchführen sollte. Ohne jede Artillerievorbereitung wurde am 3. August die Höhe 1367 (hart südwestlich Jawornik) gestürmt und der dort stehende rechte russische Flügel geworfen. Am Nachmittag begann in Gegenwart des Erzherzog-Thronfolgers ein kurzes Wirkungsschießen der Artillerie. Um 3 Uhr nachmittags brachen deutsche Jägerbataillone zum Sturmangriff vor. Eine Viertelstunde später war die ganze Höhenstellung der Baba Ludowa (1568)–Hala Mihailewa (1610)–Hala Lukawiec (1443) in unserer Hand. Hinter dem eiligst zurückgehenden Feinde wurde die Verfolgung eingeleitet. Unsere unermüdlichen Truppen blieben dem Gegner hart an der Klinge. Zwischen 9 und 10 Uhr abends war der linke russische Flügel von der rechten Gruppe gestürmt, die Ludowahöhe von der linken Gruppe genommen. Mehrere Geschütze und Maschinengewehre sowie über 550 Russen fielen in die Hände des Angreifers.

Da die für den folgenden Tag befohlenen Angriffsziele (Höhen von Stoupny 1274, südwestlich Jablonica und Gelände etwa 2 km östlich der Ludowa) im wesentlichen schon am Vorabend erreicht waren, so konnte sofort der weitere Angriff mit rechtem Flügel gegen die Höhen Dereskowata (hart südwestlich Jablonica), mit linkem Flügel gegen die Höhen Skupowa (1583 m) eingeleitet werden. Am 6. August stürmte die rechte Gruppe die Dereskowatahöhen und den nordwestlich verlaufenden Bergrücken (1083 m), während die linke Gruppe nach sehr wirksamer Artillerievorbereitung aus dem Czeredocz-Tal am Spätnachmittag zum Sturm antrat und den Angriff bis zur Höhe Plaik 1196 (östlich Skupowa) durchführte. Unter schweren Verlusten räumte der Verteidiger seine starken Stellungen und zog sich in die allgemeine Linie Jablonica–Zabie zurück. Das Karpathenkorps stand am 8. August auf den Höhen hart nordwestlich Jablonica. In wenigen Tagen hatten die Truppen in raschem Angriff den befohlenen Vorstoß durchgeführt. Von einem weiteren Vorgehen wurde Abstand genommen. Der Gefechtszweck war taktisch erreicht, vor allem aber mußte der hart mitgenommenen Truppe jetzt Ruhe gegönnt und der Nachschub an Munition und Verpflegung sichergestellt werden. Während den Russen drei brauchbare Straßen als rückwärtige Verbindungslinien gegen ihre Front Zabie–Jablonica zur Verfügung standen, war das angreifende Karpathenkorps zunächst auf eine einzige Verbindung (über den Watonarka-Paß) angewiesen. Diese Straße, nur an einzelnen Stellen mit einem Knüppeldamm gut ausgebaut, war von den zurückgehenden österreichisch-ungarischen Truppen gründlich zerstört worden. Über diesen zerstörten Knüppeldamm, in Morast und Sumpf, mußte dem vorwärtsdringenden Karpathenkorps Munition und Verpflegung nachgeführt werden. Die Schwierigkeit des Nachschubes veranlaßte die Führung, zunächst mit dem Karpathenkorps über die erreichte Linie nicht weiter hinauszugehen. Das Eintreffen neuer russischer Kräfte in Gegend Zabie und ein russischer Vorstoß gegen die links anschließende k. u. k. Brigade konnte zudem unserem linken Flügel bei weiterem Vorgehen gefährlich werden. Da der Gefechtszweck durchaus erfüllt war, beschloß General von Conta, zunächst die Vereinigung mit einem neuen ihm unterstellten deutschen Verbande abzuwarten. Neue deutsche Truppen waren inzwischen hinter dem rechten Flügel des Karpathenkorps versammelt worden. Starke russische Kräfte östlich der Kirlibaba-Talstraße veranlaßten den Einsatz dieser Truppen zunächst an und beiderseits dieser Straße in Richtung auf Seletin, mit einer Seitenabteilung über Sarata auf Ploska. Die Gruppe vermochte gegen starke russische Überlegenheit in heißen Kämpfen gegen die beherrschenden Höhenstellungen östlich der Talstraße sowie gegen die starken Bergstellungen des Cap, der Magura und Stara Obczyna nur langsam Boden zu gewinnen. Nach einer Umgruppierung wurde deshalb die Gruppe zum Angriff mit starkem linken Flügel und mit ihren Hauptkräften westlich der Talstraße gegen die Magura und Stara Obczyna eingesetzt.

Nach äußerst schwerem und erbittertem Kampf stürmte am 17. August das 1. Grenadierregiment mit Teilen des Grenadierregiments Nr. 3 die starke, zäh verteidigte Stellung des Südteiles der Stara Obczyna, unterstützt von einem Honvédregiment. Am folgenden Tage wurde von den Anschlußtruppen zwischen 10,30 und 11,30 Uhr vormittags die ganze Magurastellung in glänzendem Sturmangriff genommen, während der linke Flügel in Gegend Stara Wipczyna einen starken russischen Gegenangriff aus nördlicher Richtung abschlug. Die folgenden Tage brachten heftige und verlustreiche Kämpfe um die Stara Wipczyna, deren starke Stellungen in erbittertem Nahkampf am Spätnachmittag des 22. Augustes gestürmt und genommen wurden. Da ein weiterer Angriff gegen den überlegenen Feind zunächst keine Aussicht auf Erfolg bot, befestigte man die genommenen Stellungen.

Die Lage des Karpathenkorps war jetzt eine so eigenartige, wie sie eben nur die Verhältnisse des Gebirgskrieges hervorrufen können: Die linke Gruppe nach siegreichem Vorwärtsstürmen in Gegend nordwestlich Jablonica, mit rechtem Flügel am Czeremosztal, mit linkem Flügel in kritischer Lage gegen eine Bedrohung aus Richtung Zabie, da die anschließenden k. u. k. Verbände gegen überlegenen Feind nicht vorwärts gekommen waren. Die rechte Gruppe nach harten und schweren Kämpfen in einer Stellung Cap–Magura–Stara Wipczyna. Zwischen beiden Gruppen ein leerer Raum von etwa 25 km Breite. Generalleutnant von Conta entschloß sich deshalb, zur Schließung dieser Lücke seine Front zu verkürzen und dadurch Truppen freizumachen als Reserven in Gestalt einer beweglichen Offensivtruppe.

Während die rechte Gruppe Anfang September wiederholt starke russische Angriffe gegen ihre Stellungen abschlug, wurde die nördliche Gruppe zunächst in die allgemeine Linie Ludowa (1327 m)–Jawornik und nördlich zurückgenommen: Die vorgeschobene Stellung hatte ihren Zweck erreicht und hätte jetzt nach der neuen Lage nur Gefahren für die inneren Flügel der beiden Gruppen hervorgerufen. Ohne Kampf gingen die tapferen Jägerbataillone zurück, während schwache Nachhuten den nachfolgenden Gegner aufhielten.

II.

Auf dem linken Flügel der k. u. k. 7. Armee war inzwischen das beherrschende Höhengelände von Polonia Koczmieska–Kukul in Feindeshand gefallen. Der Besitz dieser Höhenzüge konnte das Eindringen des Gegners in das Tal der Laszczyna vorbereiten und bedeutete eine starke Gefährdung des wichtigen Ortes Körösmezö im Tal der Schwarzen Theiß. Auch der strategisch wichtige Tartaren-Paß war nicht

mehr fest in der Hand unserer Verbündeten. So war die Lage auf diesem Flügel besonders kritisch geworden. Zur Unterstützung wurden zu Beginn der letzten Augustwoche stärkere deutsche Kräfte über Körösmezö herangeführt. Südöstlich Körösmezö stand ein österreichisch-ungarisches Korps seit Tagen in schwerem Kampf gegen überlegenen Feind. Die deutschen Truppen erhielten deshalb den Befehl, das k. u. k. Korps im Angriff gegen die Linie Kowerla–Koczmieska–Kuk zu unterstützen. Bis zum Abend des 29. Augustes waren alle Angriffsvorbereitungen durchgeführt. Am folgenden Tage traten nach kurzer Artillerievorbereitung gegen die Höhen Polonia Koczmieska und Kuk (1540 m) die Hauptkräfte der Deutschen zum Sturm an. Bereits gegen 6 Uhr vormittags war der Höhenkamm der Koczmieska erreicht. Die Hänge des Kuk wurden fast ohne jede Artillerievorbereitung in kühnem Handstreich gestürmt und genommen. Nachmittags wurden heftige Gegenangriffe unter erfolgreicher Mitwirkung von österreichisch-ungarischen Gebirgsbatterien restlos abgeschlagen. In einem sehr stark ausgebauten Stützpunkt am Hange des Kuk (1297 m) leistete der Verteidiger besonders zähen Widerstand. In umfassendem Angriff wurde dieses etwa 1400 m breite Russennest am folgenden Tage gestürmt. Einige Offiziere, über 300 Mann fielen mit 7 Maschinengewehren und Hunderttausenden von Patronen in die Hände des Angreifers. Nach mehreren vergeblichen Gegenangriffen aus Richtung Klewa gab der Feind seine Absichten zur Wiedereroberung der verlorenen Stellungen zunächst auf. Weiter nördlich wurde zu Beginn des Monats September die Lage noch kritischer.

Starke russische Angriffe gegen die hier kämpfenden k. u. k. Truppen hatten die beherrschenden Höhen der Douha (nordwestlich des Tartaren-Passes) in Feindeshand fallen lassen. Am Mittag des 3. Septembers hatte der Gegner den Abschnitt Prutczyk, (Prutek-) Tal–Douha (1373 m) genommen. Zwar wurden die Nordwestausläufer des Douharückens von den Verbündeten noch gehalten; indessen war die Stellung von zwei Seiten bereits umfaßt und die Zurücknahme dieses Frontabschnittes erforderlich. Um die Lage wiederherzustellen und den Gegner am weiteren Vordringen nördlich des Tartaren-Passes auf Körösmezö zu verhindern, wurde eine Stoßgruppe gebildet mit dem Auftrag, zunächst die am Nachmittag des 3. Septembers ebenfalls vom Feinde eroberten Stellungen im Gelände zwischen Tartaren-Paß und Pruttal wiederzunehmen.

Am 4. September wurde der Angriff eingeleitet. In heißen Kämpfen gelang es, die Stellungen im Südabschnitt mit unseren nur geringen Kräften im Sturm zu erobern. Besonders schwierig gestaltete sich die Gefechtslage auf dem Flügel der Gruppe, die im Angriff gegen die Hänge der Wizna-Preluka nur mühsam Boden gewann. Hier war es dem kühnen Verhalten des Führers einer Maschinengewehrkompanie zu verdanken, daß ein russischer Durchbruch mißlang. Dieser Offizier sammelte zurückweichende Leute, faßte sie fest unter seinem Kommando zusammen und schlug, von allen Seiten bereits vom Feinde umzingelt, durch schneidigen Gegenangriff die Russen zurück, bis durch Unterstützung heraneilender k. u. k. Truppen die Lage wiederhergestellt wurde.

Etwa Mitte September, nach schweren und blutigen Kämpfen um die Stellungen in Linie Cap–Stara Wipczyna, die mehrfach ihren Besitzer wechselten und schließlich gegen den überlegenen Angreifer nicht zu halten waren, wurden die dort fechtenden Teile des Karpathenkorps und der ihm unterstellten k. u. k. Verbände in neue Stellungen zurückgenommen. Der Frontabschnitt führte nun vom Cap zunächst in westlicher Richtung über den Cimbroslawa-Rücken, dann westlich gleichlaufend zur Grenzlinie über den Coman und Rotund nach dem Stefulec-Rücken. Der Druck des überlegenen Feindes richtete sich nun zunächst gegen die Capstellung mit einem am 12. September eingeleiteten starken Angriff. Der Tag endete nach heißem Kampf mit der restlosen Behauptung der ganzen Stellung gegenüber einer einheitlich geplanten und mit mindestens fünf Divisionen durchgeführten russischen Offensive, die dem Feind die schwersten Verluste brachte. Ohne Zweifel hatte hier der Gegner unter Anspannung seiner ganzen Kraft einen Durchbruch gegen die Kirlibaba-Straße und den Prislop-Paß beabsichtigt. Trommelfeuer gegen die Stellungen braver Honvédtruppen auf dem Cap leitete am folgenden Tage einen neuen Angriff ein. Nach mehrfachem abgeschlagenen Ansturm gelang dem Gegner am späteren Nachmittag der Einbruch an mehreren Stellen. Da alle Gegenangriffe erfolglos blieben, mußte schließlich auch der rechte Flügel der westlich anschließenden deutschen Truppen nachgeben und seine Stellung auf dem D'Ormului (zwischen Cap und Cimbroslawa) zunächst aufgeben. Die ganze Capstellung war verloren, falls es nicht gelang, den D'Ormului-Rücken wiederzugewinnen. Unterstützt durch ein bayerisches Bataillon, nahmen ostpreußische Regimenter in rücksichtslosem Gegenangriff ihre alten Stellungen auf dem D'Ormului wieder.

Auch gegen den linken Flügel des Karpathenkorps drückte der Angreifer mit überlegenen Kräften vor. Nach schwerem Kampf am 16. September um die Höhenstellung auf dem Stefulec-Rücken gelang es am folgenden Tage dem Feinde, unter dem Schutz des dichten Gebirgsnebels, der alle Höhenzüge mit undurchdringlichem Schleier einhüllte, hart nordöstlich des Stefulec in unsere Stellungen einzudringen. Unter schweren Gefechten wurde dieser Abschnitt zurückgenommen. Die folgenden Tage zeigten den Höhepunkt der Krisis. Der Feind nützte die inzwischen herangeführten erheblichen Verstärkungen aus und drückte mit überlegenen Massenangriffen gegen die beabsichtigten Einbruchsstellen Tatarka–Cap und Ludowa. Am 20. September tobt heißer Kampf um die Ludowahöhe (1466 m). In dichten Wellen vorgetriebene Massenstöße brechen dicht vor den Linien der dort zähen Widerstand leistenden Jäger zusammen. Ohne jede Rücksicht auf Verluste greift der Gegner immer von neuem an. Bis zum Abend gelingt es unter Einsatz aller noch verfügbaren Reserven, die verzweifelten Durchbruchsversuche zu vereiteln. Auch der aus dem Probinatal 7 Uhr abends angesetzte siebente Angriff mit der Absicht, unseren Flügel nördlich Stara Klauzura–Lukawiec zu umfassen, scheitert völlig.

Dieser Tag hat dem Gegner eine ganz erhebliche Einbuße seiner Gefechtskraft eingebracht. Gleichwohl erneuerte der Feind am nächsten Tage seine Massenangriffe gegen die Ludowa-Front und weiter nördlich gegen Staiki (nördlich Jawornik). Vor außerordentlich schwerem, wiederholtem Angriff mußte schließlich die Kuppe 1586 Baba Ludowa geräumt werden. Die Einbruchsstelle wurde sofort abgeriegelt.

Unter wechselnden Erfolgen wurden nun in den

folgenden Tagen die Kämpfe fortgesetzt. Wütende Angriffe gegen die »Kahle Kuppe« am Mihailewa-Rücken und gegen den Frontabschnitt bei Stara Klauzura–Lukawiec, desgleichen gegen die Ludowa (1327 m) scheiterten für den Feind unter schwersten blutigen Verlusten. Gegen die vom Feinde genommenen Teile unserer Linie wurde am 29. September ohne jede Artillerievorbereitung ein überraschender Gegenangriff von der Hala-Mihailewa nach Norden und vom Ludowla-Rücken nach Süden angesetzt und mit vollem Erfolge durchgeführt. Der geworfene Gegner ließ über 530 Mann und 8 Maschinengewehre in den Händen des Angreifers.

Mitte September hatte die taktische Lage des von überlegenem Feinde dauernd angegriffenen Karpathenkorps einige Umgruppierungen veranlaßt. Am 18. September griffen in der Mittagsstunde starke russische Kräfte gleichzeitig den linken Flügel des Karpathenkorps auf der »Namenlosen Kuppe« zwischen Stajki und Smotrec und das Nachbarkorps auf dem Smotrec an. Beide Höhen gingen verloren, die Angriffsstelle wurde aber sofort abgeriegelt und ein Gegenangriff eingeleitet, zu dem beide Korps Reserven heranschoben. Am 20. September griffen die Deutschen die Russen an. Während aber der russische Angriff südlich der »Namenlosen Kuppe« verlustreich scheiterte, stürmte der deutsche linke Flügel den Smotrec, warf den hartnäckigen Widerstand leistenden Feind aus seinen Stellungen und schlug mehrere Gegenangriffe ab. Leider war am folgenden Tage die unbefestigte, durch kein Hindernis gesicherte Stellung gegen erneute Angriffe auf die Dauer nicht zu halten. Der heißumstrittene Bergrücken fiel noch einmal für einige Tage in Feindeshand. Zur gleichen Zeit waren auf der ganzen Front des Karpathenkorps schwere Kämpfe im Gange. Die Cimbroslawastellung wurde wiederholt mit starken Kräften angegriffen. Aber hier wie in der Piriestellung (Rücken hart nördlich des Rotund) brachen die Angriffe vor den Hindernissen blutig zusammen. Erst nach sechsmaligem Masseneinsatz gelangen vereinzelte Einbrüche, die in wildem Nahkampf mit Handgranate und blanker Waffe wieder ausgeglichen wurden. Ein letzter und siebenter Angriff scheiterte völlig.

In der folgenden Zeit bis etwa Mitte Oktober kennzeichnen sich als die Brennpunkte der Karpathenkämpfe erbitterte, wechselvolle Gefechte um den Smotrec, um die »Namenlose Kuppe«, um den von bayerischen Truppen erstürmten Coman (südöstlich des Rotund). Sie endeten mit der Eroberung der wichtigen beherrschenden Höhen. Deutsche Jägerbataillone aus allen Teilen des Vaterlandes, Regimenter, die bereits in Frankreich unvergänglichen Lorbeer um die Feldzeichen winden durften, halten jetzt in stark ausgebauten Winterstellungen zusammen mit braven österreichisch-ungarischen Kameraden die Karpathengrenze.

Die Schlacht an der Somme in den Monaten Juli bis November[1].

Veröffentlicht am 22., 24., 25. August, 28., 29. und 30. Dezember 1916.

I.

Als nach dem ersten stürmischen Anprall der deutschen Heere unsere Front im Westen aus strategischen Gründen an die Aisne zurückverlegt war, entstand in den Herbstmonaten 1914 jene Linie, die, bei Noyon in den bekannten scharfen Winkel umbiegend, sich bis zum Meere erstreckt. Indem sie sich von Punkt zu Punkt verknorpelte, ging der Bewegungskrieg allmählich in die Form des Stellungskrieges über. Beide Gegner »bauten ihre Stellung aus«, verwandelten sie in ein genau den örtlichen Verhältnissen angepaßtes, kunstvolles, nach der Tiefe gegliedertes System von Schützengräben mit vorgelegten Drahthindernissen, nach rückwärts mit den erforderlichen Verbindungs- und Annäherungsgräben.

Der Abschnitt, welchen unsere Gegner für ihre neuen und gewaltigen Anstrengungen auserwählt hatten, ist in der Luftlinie etwa 40 km breit; er erstreckt sich in der Pikardie zwischen den Dörfern Gommécourt, westnordwestlich von Bapaume und Vermandovillers, südwestlich von Péronne. Die beiden genannten Städte bildeten das Angriffsziel.

Das Gelände ist eine teilweise leicht, teilweise kräftig gewellte Ebene, fruchtbar und gut angebaut, mit vielen wohlhabenden Dörfern und wenigen kleinen Waldparzellen durchsetzt. Zwei Wasserläufe bilden starke Einschnitte. Zunächst der Sommefluß. Er läuft in kanalisiertem Zustande durch eine versumpfte Niederung von Süden her bis an die Stadt Péronne heran, dann mit starken Windungen in hauptsächlich westlicher Richtung. Zwischen den Dörfern Curlu und Eclusier unterbrechen seine Windungen mit den von ihnen umschlossenen Sumpfwiesen auf eine Breite von 4 km senkrecht das beiderseitige Grabensystem, an dessen Stelle hier nur Drahthindernisse vorhanden waren.

Einen ähnlichen, allerdings nicht ganz so bedeutungsvollen Einschnitt bildet der Ancre-Bach, welcher von Nordosten nach Südwesten durch die Stadt Albert hindurch der Somme zuströmt, die er hinter der feindlichen Front westlich Corbie erreicht. Seine Niederung durchschneidet zwischen den Dörfern Thiepval und Hamel die hier etwas nach Südwesten zurückgebogenen beiderseitigen Ausgangsstellungen.

So gliedert sich das Gebiet der Sommeschlacht in drei Abschnitte: den Nordabschnitt von Gommécourt bis Hamel, den mittleren Abschnitt von Thiepval bis Curlu und den Südabschnitt vom Südrand von Frise bis Vermandovillers, der alten Hauptstadt der Viromanduer. Die Dörfer und Waldstücke des Schlachtfeldes wurden zu Stütz- und Brennpunkten des gewaltigen Ringens.

Die feindliche Stellung war 1½ Jahr lang ganz von Franzosen besetzt gewesen, bis die Engländer einen Teil übernahmen. Der Punkt, an welchem sich die englische und die französische Front berührten, liegt auf einer Stelle, welche man etwa findet, wenn man eine gerade Linie vom Nordrande von Combles nach dem Südrande von Carnoy zieht.

II.

Der Angriff auf eine derartige befestigte Feldstellung bedarf erheblicher Vorbereitungen. Anzeichen wurden von unseren Truppen schon etwa Mitte Mai beobachtet. Von Ende Mai an wurde erhöhte Erkundungstätigkeit angeordnet, der gegenüber der Feind sehr wachsam war. Verschiedene Patrouillenunternehmungen mißglückten daher. Bei anderen, erfolgreichen Aufklärungsversuchen wurden Gefangene eingebracht, wobei man feststellen konnte, daß der Gegner seine Grabenbesatzungen zusammenschob

[1] Vgl. hierzu die Karte »Somme-Aisne«.

und verstärkte. Unsere Flieger erkannten hinter der feindlichen Front erhöhte Tätigkeit, eine Menge neuer Feldbahnen und Unterkunftsanlagen. Das alles gestattete aber noch keinen sicheren Schluß auf Stärke und Umfang des bevorstehenden Angriffs. Denn der Feind entfaltete zugleich auch auf der übrigen Front eine lebhafte Tätigkeit, um seine Absichten zu verschleiern. Volle Klarheit kann erst der tatsächlich einsetzende Angriff liefern.

Das erste bestimmte Anzeichen der feindlichen Absichten war das Einsetzen einer starken Artillerievorbereitung, welche vom 22. Juni ab sich zu immer größerer Heftigkeit steigerte. Es wurde nun erkennbar, daß der Feind auf schmalem Raum sehr viele Geschütze, darunter auch schwere Schiffsgeschütze, angehäuft hatte. Der taktische Zweck einer solchen Beschießung ist, die ausgebauten Stellungen, insbesondere die deckenden Unterstände und Stützpunkte sowie die vorgelagerten Drahthindernisse, endlich auch die Ruhestellungen hinter der Front und die Annäherungswege so vollständig wie möglich zu zerstören und die Widerstandskraft der Verteidiger gründlich zu erschüttern. Dieses Wirkungsfeuer wurde dadurch unterstützt, daß der Feind auch vielfach Gasgranaten verwandte und in den Pausen seines Sperrfeuers bei geeigneter Luftströmung Gas über unsere Stellung hinstreichen ließ. Den Verteidigern, deren Nerven durch das vieltägige Trommelfeuer ohnehin einer starken Belastungsprobe ausgesetzt waren, brachte das den weiteren Nachteil, daß sie während des erschöpfenden Wartens auf den Angriff auch noch beständig die Gasmaske tragen mußten. Vom 25. bis 30. Juni steigerte sich die Beschießung zu einem ununterbrochenen Trommelfeuer. Es richtete sich gegen die ersten und zweiten Stellungen und die Artilleriestellungen sowie gegen die Sommebrücken. Nach diesem siebentägigen Trommelfeuer hatten die Gräben der gesamten Angriffsfront stark gelitten.

III.

Am 1. Juli morgens 5 Uhr schwoll auf der ganzen Front von Gommécourt bis Vermandovillers, am meisten aber unmittelbar nördlich und südlich der Somme das Trommelfeuer zu unerhörter Heftigkeit an. Verderbendrohend wälzten sich Gaswolken ihm nach. Von 9 Uhr an ward es deutlich, daß der Sturm unmittelbar bevorstand: das Feuer prasselte hauptsächlich auf die vorderen Gräben. Um 10 Uhr 30 Minuten verlegte der Feind es auf unsere zweite Stellung, und gleich darauf erfolgte auf der ganzen Linie der allgemeine Sturm.

In einem Teil der berannten Stellungen fielen dem Feind Gefangene anheim; zerschossene Maschinengewehre und eingebaute Geschütze älterer Art wurden seine leichte Beute — diese selbstverständlich im letzten Augenblick von den Verteidigern gesprengt. Das Feuer der französischen Artillerie wurde durch Flieger gelenkt, welche aus geringer Höhe Bomben auf unsere Schützengräben warfen. Unsere Divisionen auf dem rechten Flügel des Südabschnittes hatten am Abend des ersten Schlachttages einen starken Ausfall an Artillerie.

Trotzdem bedeutete für die Angreifer der erste Kampftag eine Enttäuschung. Aus allen Gefangenenaussagen geht hervor, daß Engländer wie Franzosen des festen Glaubens gewesen waren, der siebentägige Eisenhagel müsse die Widerstandskraft der Verteidigung bis auf den letzten Rest zertrümmert haben. Sie waren auf einen »Spaziergang« gefaßt gewesen und fanden trotzigen, hartnäckigen Widerstand, mußten sehen, wie der vernichtet geglaubte Feind schwere blutige Verluste in ihre Reihen riß. Unsterblich wird der Ruhm der Männer bleiben, die nach solcher Tage Höllengraus noch unverzagt dem Feind die Stirn boten, seine Pläne gleich im Beginn zerschlagen haben. In der Dankbarkeit des Volkes leben die ihrem Posten bis zum Tod Getreuen fort, denen der einstürzende Graben das Ehrengrab geworden ist.

An diesem ersten Tage des großen Angriffs haben die deutschen Truppen den nördlichen Abschnitt bis zur großen Straße Albert–Bapaume in seinem ganzen Umfange gehalten. Südlich der Straße gelang es den Engländern, an vielen Stellen in unsere vordersten Gräben einzudringen, während die Franzosen gar bis zu den äußersten Rändern der Dörfer Hardécourt und Curlu vorstießen und während der folgenden Nacht letzteres Dorf ganz in ihren Besitz brachten. In dem Abschnitt südlich der Somme fielen den Franzosen unsere vordersten Stellungen in der ganzen Breite des Abschnittes zwischen Somme und der Römerstraße in die Hand, und auch der Ortschaften Dompierre, Becquincourt, Bussus und Fay konnte sich der Feind bemächtigen. Wie wenig aber der Gewinn des Tages den Hoffnungen der Engländer entsprach, geht am deutlichsten daraus hervor, daß nach einem Angriffsbefehl, der sich bei einem gefangenen Engländer gefunden hat, schon am ersten Tage die Linie Puisieux–Miraumont–Martinpuich erreicht werden sollte, eine Linie, die heute[1], nach sieben Wochen, an keinem Punkt ein feindlicher Soldat — es sei denn als Gefangener — betreten hat.

Während der Nacht vom 1. zum 2. Juli wurde auf deutscher Seite die Artillerie soweit angängig verstärkt. Viele außer Gefecht gesetzte Geschütze holte die hingebende Arbeit ihrer Bedienungsmannschaften noch im Laufe der Nacht aus den verlassenen Batteriestellungen zurück. Auch gelang es ohne Kämpfe und ohne nennenswerten Verlust, Infanterieverstärkungen in die gehaltene Zwischenstellung einzubringen.

IV.

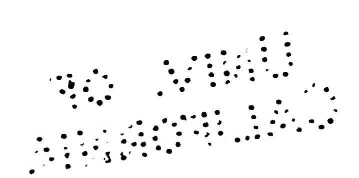
Der zweite Tag brachte auf der ganzen Front die Fortsetzung der erbitterten Angriffe. Nördlich der Somme war den Gegnern kein stärkerer Erfolg beschieden, nur wieder hohe blutige Verluste. Südlich des Flusses indessen gelang es uns zwar, Estrées gegen wütende Angriffe zu halten, aber die Dörfer Buscourt, Herbécourt, Assevillers fielen in die Hand des Feindes. In der Nacht vom 2. zum 3. Juli sah sich die rechte Flügeldivision des hier fechtenden Armeekorps genötigt, in die Linie Biaches–Barleux zurückzugehen.

Die weiteren Ereignisse südlich der Somme vom 3. bis 14. Juli. Hier war am Abend des 3. Juli die Lage die, daß unsere vordere Linie sich von Biaches über die dem Feinde zugewandten Dorfränder von Barleux, Belloy und Estrées nach Soyécourt zog. Durch die Loslösung der rechten Flügeldivision vom Feinde war vor ihrer Front ein Zwischenraum entstanden, in den der Feind nur zögernd vorrückte. Der 3. Juli blieb ohne Infanterieangriffe, doch lagen unsere neuen Stellungen beständig unter schwerstem Artilleriefeuer. Mitten zwischen beiden

[1] 22. August 1916.




Arras
Beaurains
Achicourt
Wailly
Ficheux
Boiry
Ayette
Courcelles
Bucquoy
Achiet
Sapignies
Grévillers
Miraumont
Irles
Thiepval
Pozières
Flers
Contalmaison
Montauban
Albert
Carnoy
Suzanne
Bray
Eclusier
Herbecourt
Chuignes
Proyart
Foucaucourt
Estrées
Framerville
Vauvillers
Harbonnières
Lihons
Rosières
Chaulnes
Méharicourt
Hallu
Fonches
Fouquescourt
Hattencourt
Parvillers
Fresnoy
Damery
Gruny
Andechy
Roye
Marquivillers
Beuvraignes
Tilloloy
Crémery
Conchy
Orvillers
Rollot
Ressons
Margny
Marquéglise
Antheuil
Gournay
Villers
Monchy
Longueil
Coudun
Lachelle
Estrées St Denis
Venette
Jonquières
Canly
Jaux
Forêt
SOMME-AISNE
1:500000
Frontlinie der Deutschen
Alte Frontlinie bis Ende Ju



Fronten lag völlig verlassen das Dorf Flaucourt. Es wurde erst in der Nacht vom 3. zum 4. vom Feinde besetzt. Inzwischen waren hinter dem Südabschnitt erhebliche Verstärkungen an Artillerie und Infanterie eingetroffen; die erstere nahm die neuen feindlichen Stellungen unter scharfes Feuer, die letztere brachte den erschöpften und zurückgezogenen Truppen der vordersten Linie die wohlverdiente Ablösung. Durch Offizierpatrouillen stellten wir fest, daß der Feind sich an den äußeren Rändern von Flaucourt und Assevillers eingrub. Am Abend dieses Tages begannen weitere feindliche Vorstöße auf der Linie Belloy–Estrées–Soyécourt. Der Feind nahm Belloy und stieß weiter nach Süden vor, wurde aber durch Gegenangriff wieder in das Dorf hineingeworfen und auf die Straße Barleux–Berny zurückgedrückt, welche noch heute[1] den Verlauf unserer vorderen Stellungen bezeichnet. Vergebens brach der Feind zwischen Estrées und Soyécourt nach Deniécourt vor und herein, unsere Reserven warfen ihn wieder hinaus. Am äußersten rechten Flügel des Südabschnittes, am Somme-Ufer, drückte der Feind eine weit vorgeschobene Kompanie auf das rechte Somme-Ufer zurück, die Weichenden sprengten hinter sich die Sommebrücke bei Halle in die Luft. Im übrigen hielt der rechte Flügel bei Biaches. Noch in der Nacht vom 4. zum 5. Juli scheiterte ein feindlicher Angriff auf Biaches in unserem Sperrfeuer.

Inzwischen waren weitere Verstärkungen eingetroffen. In heftigen Kämpfen um den Besitz von Belloy und Estrées blieb ersterer Ort schließlich in der Hand des Feindes.

So hatte sich in den Kämpfen der ersten fünf Julitage für den Südabschnitt eine neue, rechts stark zurückgebogene Frontlinie gebildet. Sie verlief nunmehr in ihrem Nordteil nördlich der Somme von Hem über die Monacu-Ferme am Südrande von Cléry und Halle entlang bis nach Sainte Radegonde, der Vorstadt von Péronne, ging dann bei Biaches auf das linke Somme-Ufer über, umschloß Biaches einschließlich der Ferme La Maisonette und Barleux, von hier aus folgte sie der Straße Barleux–Berny bis zur Römerstraße, schwang sich an dieser entlang in weitem Bogen um Belloy herum, dann wieder nördlich, so daß das ganze Dorf Estrées nebst seinem Gürtel von etwa 1 km Breite noch in unserer Hand war, und traf etwa 1 km südlich der Römerstraße wieder auf unsere unerschütterten alten Stellungen.

Die nächsten Tage wurden damit verbracht, die nunmehr festgelegten Stellungen auszubauen und die Verhältnisse neu zu ordnen. Erst am 9. Juli begann eine Reihe von Einzelangriffen. An diesem Tage konnte nach kurzem Trommelfeuer der Feind Biaches, La Maisonnette und Barleux nehmen. Barleux wurde aber sofort durch zwei Kompanien der mecklenburgischen Grenadiere wieder erobert, und eingetroffene Verstärkungen holten am 10. auch La Maisonnette zurück.

Der 11. Juli brachte auf dem gesamten Abschnitt südlich der Somme einen neuen großen Angriff der Franzosen, der indessen abgeschlagen wurde, ebenso wie ein fernerer Angriff auf Barleux.

Am 15. gelang es, Biaches zurückzuerobern, während am 16. die Maisonnette-Ferme verlorenging und bis heute noch in den Händen des Feindes blieb. Der nördlich der Ferme gelegene Wald fiel ebenfalls am 16. an den Feind, er wurde aber bald wiedergenommen. Am 16. waren heftige Angriffe gegen Biaches, am 17. solche gegen Biaches und den Maisonnette-Wald zu bestehen. Dann trat am 18. und 19. im Südabschnitt verhältnismäßige Ruhe ein.

V.

Während dies sich im Südabschnitt abspielte, hatten im mittleren Abschnitt, zwischen Somme und Ancre, ebenfalls heftige Kämpfe stattgefunden. Wir hatten gesehen, daß es hier den Engländern in den nördlichen zwei Dritteln des Abschnittes am ersten Tag lediglich gelungen war, in die vorderste deutsche Stellung einzudringen und bis zum Rande der Dörfer Mametz und Montauban vorzudringen. Gleichzeitig hatten die Franzosen bis an den Westrand von Hardécourt vorstoßen und südlich noch das Dorf Curlu nehmen können. Ein geringer Erfolg in Anbetracht dessen, daß auch hier eine womöglich noch stärkere Artillerievorbereitung vorausgegangen war bei beispiellosem Einsatz schwerer und schwerster Geschütze. Von nun an wurde in diesem Abschnitt fast ohne jede Unterbrechung gekämpft. Der Feind war fortgesetzt in der Lage, die gleichen ungeheuren Massen von Geschützen aller Kaliber, ferner Minenfeuer und Gasangriffe wirken zu lassen und seiner Feuertätigkeit durch eine Überzahl von Flugzeugen die Richtung zu geben. Auch setzte er bei seinen Infanterieangriffen starke, völlig frische Truppenmassen mit einer rücksichtslosen Menschenvergeudung ein, wie wir sie bisher nur vom östlichen Kriegsschauplatz kannten. Jedoch auch hier für ihn dieselbe Überraschung: Nicht zertrümmert hatte die Artillerie die Verteidiger, sondern nur hart gehämmert. Schrittweise, unter furchtbaren Verlusten, drängte die vielfache Übermacht sich wohl bis zum 20. Juli vorwärts, nach diesem Tage aber hat sie trotz grimmigster Kämpfe nur noch an einer einzigen Stelle einen unbedeutenden Gewinn erzielt.

Die langsamen Geländefortschritte des Feindes lassen sich im einzelnen in einer überschauenden Darstellung nicht verfolgen. Ihre Hauptabschnitte werden bezeichnet durch die Dörfer und Waldstriche, welche das Kampfgelände beherrschen.

Die Kämpfe im mittleren Abschnitt zwischen dem 1. und 20. Juli gliedern sich deutlich in den französischen und englischen Anteil. Die Grenze der beiden Frontabschnitte liegt in ihrem allgemeinen Verlauf etwa 1 km südlich der Straße Mametz–Montauban–Guillemont. Den beherrschenden Platz in diesem Abschnitt nimmt das Dorf Hardécourt ein. Es wurde nach erbitterten Kämpfen am 3. Juli von den Franzosen erreicht und vom 8. Juli ab behauptet.

Besonders schwierig gestaltete sich die Lage der deutschen Truppen in dem Südteil des französischen Nordabschnittes. Den gegenüber dem südlichen Somme-Ufer gelegenen Abschnitt hatten wir bekanntlich gleich zu Anfang geräumt. Von hier aus war es dem Feinde möglich, nun unseren linken Flügel nördlich der Somme unter Artillerieflankierung zu nehmen. Aus diesem Grunde wurde das Dorf Hem alsbald unhaltbar und mußte samt den nördlich vorgelagerten Höhen schon am 5. Juli aufgegeben werden. Im übrigen hielt hingebungsvolle Ausdauer der dort zur Ablösung herangezogenen schlesischen Truppen den nördlichen Somme-Rand und die Linie Monacu-Ferme bis etwa zur Mitte zwischen den Dörfern Hardécourt und Maurepas im wesentlichen unerschüttert fest.

[1] Ende August 1916.

Was unsere Kämpfer gerade hier unter dem von neuem Tag und Nacht auf sie niederrasenden Artilleriefeuer auszuhalten hatten, spottet jeder Beschreibung.

Auch im englischen Abschnitt setzten die Kämpfe immer wieder Tag und Nacht ein. Größere Angriffe auf breiterer Front haben am 10. und 14. Juli stattgefunden. Bis zum 6. Juli schoben die Engländer ihre vorderste Linie bis an den Südrand von Longueval einschließlich des Waldes von Bernafay vor. Wütende Kämpfe entspannen sich um den Besitz des Trôneswäldchens, das 19mal vom Feinde genommen und 18mal wieder verloren wurde, bis er es seit dem großen Angriff vom 14. Juli wirklich seinen Besitz nennen konnte. Gegen Nordwesten dehnten sich die Engländer schrittweise aus, indem sie den heftig umstrittenen Mametzwald und das Dorf Contalmaison um den 10. behaupteten. Der für den 14. Juli, zu Ehren des französischen Nationalfeiertages, vorausgesehene Angriff beschränkte sich auf den englischen Abschnitt und blieb hier nicht ohne Erfolg für den Feind, der Bazentin-le-Petit und le-Grand sowie den größten Teil von Ovillers einnahm. Gegen die Mitte des Monats hatten sich die Engländer bis zur Linie Südrand von Pozières, Foureaux-Wald, Longueval, Delville-Wald, Westrand von Guillemont vorgearbeitet. Am 17. fiel auch der Rest der Dörfer Ovillers und La Boisselle in ihre Hand. Damit aber ist das Vordringen der Engländer im wesentlichen abgeschlossen geblieben.

VI.

Unverzüglich, nachdem am 1. Juli die feindliche Absicht einer großen entscheidenden Gesamtoffensive beiderseits der Somme einwandfrei erkannt war, wurden zur Unterstützung und Ablösung der Divisionen, welche den ersten Anprall des Feindes abgefangen hatten, Verstärkungen an Infanterie und Artillerie herangezogen. Aber das Einsetzen dieser Verstärkungen zwischen die bisherigen Grabenbesatzungen und der Aufmarsch der heraneilenden Artillerie wurde dadurch bedeutend erschwert, daß beides mitten im tobenden Gefecht und unter der Einwirkung des rastlos wütenden feindlichen Artilleriefeuers erfolgen mußte, welches nicht nur die Kampflinien, sondern auch das gesamte Hintergelände absuchte und auf eine Tiefe von mehreren Kilometern Tag und Nacht mit Eisen überschüttete. Auch mußten die neuen Verteidigungslinien verstärkt, die Artilleriestellungen für die Massen namentlich an schwerem Geschütz, welche nach und nach in das Gefecht eingriffen, erst im Feuer geschaffen werden. Hier gab namentlich die wackere Armierungstruppe wieder einmal Beweise wahrhaft überwältigender Hingebung.

Etwa um die Mitte des Monats war die neue Verteidigungsgruppe so weit eingerichtet, daß ihre Einwirkung auf den Gesamtverlauf der feindlichen Offensive sich entscheidend geltend zu machen begann. Schon die Ergebnisse, welche der Feind am 14. im mittleren Abschnitt erzielen konnte, standen nicht im entferntesten im Verhältnis zu seinem Einsatz. Auch ließ sich mit steigender Deutlichkeit erkennen, daß der Feind auf seine erste und eigentliche Absicht, den großen strategischen Durchbruch, immer mehr zu verzichten gezwungen war. Die Hauptrichtung seiner Angriffe zielte nämlich nicht mehr gegen das Mittelstück der Geländezone; der ganze Abschnitt von Guillemont bis Maisonnette blieb von jedem stärkeren Druck in östlicher Richtung frei. Statt dessen lassen sich zwei gänzlich auseinanderklaffende Angriffsrichtungen unterscheiden: Die Engländer drücken scharf nördlich auf den Abschnitt Thiepval-Longueval, die Franzosen in südöstlicher Richtung auf die Front Barleux-Soyécourt. Diese exzentrischen Angriffsstöße bedeuten den Versuch, die Verteidigungslinie, deren Durchreißung in senkrechter Richtung mißlungen ist, nunmehr parallel zu ihrem Verlauf zurückzudrängen, »aufzurollen«. Aber auch dieser Versuch ist bei seinen immer wiederholten Erneuerungen unter den schrecklichsten Verlusten der Feinde zusammengebrochen.

Zunächst allerdings rafften Engländer und Franzosen noch einmal alle ihre Kräfte zusammen. Auf der ganzen Strecke von Pozières bis Vermandovillers ging die Artillerie nochmal ans Werk. Auf der 40 km langen Front stürmte am 20. Juli der Feind: 17 Divisionen, 200000 Mann rannten an, sollten den Erfolg erzwingen. Schauerlich gelichtet mußten seine Reihen fast überall zurück. Nur westlich von Hardécourt drückten die Franzosen eine unserer Divisionen in einer Breite von 3 km um 800 m aus dem ersten Graben in den zweiten am Westrande von Maurepas zurück. Die Engländer hatten nicht den geringsten Erfolg gehabt. Und doch hatten gerade sie große, ausschweifende Hoffnungen auf die Unternehmung dieses Tages gesetzt; sicher, nunmehr endlich durchzubrechen, hatten sie sogar Kavallerie in großen Massen hinter ihrer Front bereitgestellt, um nachzustoßen. Ein Teil dieser unglückseligen Reiterscharen wurde zur Attacke angesetzt und natürlich von unserer Infanterie wehrlos zusammengeschossen.

Die Engländer haben in ihrem Heeresbericht die Tatsache eines großen gemeinschaftlichen Angriffes überhaupt vollständig verschweigen müssen, die Franzosen haben ihre unbedeutenden Erfolge phantastisch aufgeputzt, um sich über ihre furchtbare Enttäuschung in ihrer Art zu trösten.

Von nun an haben die Feinde in Abständen von wenigen Tagen immer aufs neue versucht, mit Aufgebot ihrer ganzen Angriffskraft unsere jetzt fest ausgebauten Linien zu erschüttern. Am 22., 24., 27., vor allem am 30. Juli setzten jedesmal auf größeren Frontabschnitten nach verschwenderischer Artillerievorbereitung wütende Infanteriestürme ein, deren Gesamterfolg indessen gleich Null gewesen ist. Lediglich die Trümmerstätte des Dorfes Pozières fiel um den 25. in die Hände der Engländer. Dies ist der einzige Fortschritt, welchen der Feind auf seiner ganzen Front im Laufe des letzten Julidrittels trotz mehrerer Massenanstürme und vieler Tag und Nacht weiter tobender Einzelangriffe hat erzielen können!

Auch die inzwischen abgelaufenen drei ersten Augustwochen haben keine wesentliche Veränderung der taktischen Lage, sondern nur kleine Frontverschiebungen gebracht. Den Gegnern ist es bei fortgesetzten äußersten Anstrengungen und blutigsten Verlusten nicht gelungen, noch nennenswerte Erfolge zu erzielen.

Einer besonderen Hervorhebung bedürfen indessen die hartnäckigen Kämpfe, deren Ziel der Foureaux-Wald und das Dorf Longueval am östlichen anschließenden Delville-Wald waren. An diesen beiden Punkten haben die Engländer seit Mitte des Monats zu immer wieder neuen verzweifelten Angriffen angesetzt, in deren Verlauf die genannten Stützpunkte mehrfach den Besitzer wechselten. Der Heldenmut, mit dem hier unsere tapferen Magdeburger, Altenburger,

Anhaltiner, Torgauer und später die ruhmgekrönten Regimenter der Brandenburger und Sachsen dem wahnwitzigen Anprall vielfacher Überlegenheit und dem Tag und Nacht nicht aussetzenden Hagel schwerer und schwerster Geschosse Trotz geboten haben, kann hier nur mit höchster Bewunderung genannt werden.

VII.

Ein Vergleich der Schlacht an der Somme und der Kämpfe bei Verdun drängt sich auf.

Bei Verdun sind wir die Angreifer, in der Pikardie befinden wir uns in der Abwehr. Aber die Verteidigung Verduns, auf deren Hartnäckigkeit die Franzosen so stolz sind und von der sie in aller Welt so viel Wesens zu machen verstehen, stützt sich auf den wuchtigen Rückhalt der stärksten Festung Frankreichs, ihren doppelten Fortgürtel und ein kunstvoll ausgebautes Verbindungsnetz von Feldbefestigungen. Schon das Angriffsgelände an sich bietet durch sein starkes Ansteigen und die tiefen Einschnitte, die es durchziehen, die überragenden Kuppen, die es schützen, dem Angreifer ungleich viel höhere Schwierigkeiten als die leicht gewellte Ebene der Pikardie. Unseren Kämpfern an der Somme stand nur ein schmaler Gürtel von Schützengräben zur Verfügung, deren vorderste Linie, als sie dem Erdboden gleichgemacht war, von der ungeheuren feindlichen Übermacht nach siebentägigem Trommelfeuer im ersten Anlauf stellenweise überrannt und damit für die Verteidigung vielfach ausgeschaltet werden konnte.

Was aber das Stärkeverhältnis anlangt, so ist es bekannt, daß bei Verdun die Franzosen uns in einer Überlegenheit gegenüberstanden, die an Infanterie sich zu unserer Stärke wie 2 : 1 verhält. Dabei waren wir dort in der Rolle der Angreifer! An der Somme aber stellt sich das Zahlenverhältnis jedenfalls noch weit ungünstiger für uns. Und trotzdem ist der Geländegewinn unserer Feinde im ersten Monat ihrer Offensive noch nicht halb so groß als der unsrige im ersten Monat vor Verdun! (Übrigens mag darauf hingewiesen werden, daß der Geländegewinn, den die Franzosen erzielen konnten, fast doppelt so groß ist als der der Engländer, während die Verluste der ersteren etwa halb so groß sind als die der letzteren.)

Die Schlacht an der Somme stellt selbst gegen die Kämpfe bei Verdun noch eine Steigerung des Einsatzes an Menschen und Munition dar. Sie bildet den Höhepunkt der Kraftentfaltung unserer Feinde und der ganzen bisherigen Kriegsgeschichte. Zum erstenmal hat das bisher listig geschonte englische Heer gewaltige Verluste erlitten. An den nutzlosen Opfern trägt aber auch diesmal wieder Frankreich weitaus den größten Anteil. Ein weiter blühender Landstrich Frankreichs ist durch die Julikämpfe in eine grausige Trümmerwüste verwandelt.

VIII.

Nach erheblichen Anfangserfolgen an Geländegewinn und Beute war die große Somme-Offensive der Engländer und Franzosen um die Mitte des Julis zum Stehen gebracht worden und hatte während des letzten Drittels dieses Monats keine nennenswerten Fortschritte mehr erzielen können. Auch der gewaltige Ansturm auf unsere ganze Front, welcher am 30. Juli eingesetzt hatte, und dessen Nachwehen sich noch bis zum 1. August bemerkbar machten, hatte den Feinden keine anderen Ergebnisse als die am 25. den Engländern geglückte Eroberung der Trümmerstätte des Dorfes Pozières gebracht. Der weitere Verlauf der Sommeschlacht seit Anfang August bietet der rückschauenden Betrachtung den Anblick eines ununterbrochenen, ungeheuren Ringens. Während dieser gesamten Zeit hat die Kampftätigkeit bis Ende November nicht einen Augenblick nachgelassen. Ganz deutlich heben sich indessen aus dem geschlossenen Gesamtbilde solche Gruppen von Kämpfen hervor, die sich als besondere Kraftanstrengungen unserer Gegner kennzeichnen, und aus ihrer Mitte treten einzelne Tage noch besonders als Großkampftage hervor. Unter diesen größeren Anstrengungen unserer Feinde lassen sich solche unterscheiden, die den Gesamtangriff auf der ganzen Front oder auf sehr großen Frontabschnitten bringen, und solche, in denen der Feind seine ganze Kraft auf die Eroberung einzelner ihm wichtig erscheinender Geländeabschnitte oder Stützpunkte, wie Dörfer oder Waldstücke, zusammenrafft. Das Ergebnis derartiger größerer Anstrengungen sind in vielen Fällen Geländefortschritte des Feindes gewesen, welche ihm in ihrer Gesamtheit eine unter furchtbaren Opfern erkämpfte und nur sehr allmähliche Zurückdrängung unserer vordersten Linie ermöglicht haben. Auch konnte es nicht ausbleiben, daß jeder derartige Fortschritt uns Verluste an Mannschaften und gelegentlich auch an Material zufügte. Überblickt man indessen am Schluß des fünften Monats der Schlacht ihr Gesamtergebnis, so darf einleitend bereits ausgesprochen werden, daß die Errungenschaften unserer Feinde außer jedem Verhältnis zu dem ungeheuren Aufgebot an Menschenleben und Kriegsmaterial stehen, das jene an die Erreichung von Zielen gesetzt haben, von denen sie höchstens einen Bruchteil haben verwirklichen können.

Diese Kennzeichnung trifft in ganz besonderem Maße auf den ersten Abschnitt des hier zu betrachtenden Zeitraumes, auf den Monat August, zu. Betrachten wir die Lage, wie sie zu Anfang August bestand, so ist daran zu erinnern, daß es dem Feinde während des ersten Monats seiner Anstrengungen gelungen war, in dem Abschnitt Ancre und Somme einen Geländegewinn zu erkämpfen, welcher an der uns zugewandten Seite eine stumpfwinklige Einbuchtung darstellt, deren Spitze bei Delville-Wald liegt. Im Abschnitt südlich der Somme stellte der feindliche Geländegewinn ein unregelmäßiges Viereck dar, dessen Flächeninhalt ungefähr der doppelte des Nordabschnittes war. Den Inhalt des Augustes nun bilden dauernde heftige Angriffe unserer Feinde von der Gesamtheit der bislang erkämpften Fronten aus. Zu großen einheitlichen Angriffen schwoll diese Kampftätigkeit vor allen Dingen in der Woche des 13. bis 18. Augustes an, ferner in den Tagen nach dem 24. August und endlich am 31. August. Das Ergebnis dieser größtenteils mit ungeheurer Erbitterung und beständig hin und her schwankendem Glück geführten Kämpfe ist gering. Am 2. August verloren wir die Monacu-Ferme, am 12. ein Waldstück bei Hem, am 17. und 18. einzelne Grabenstücke in dem Abschnitt von Martinpuich bis Maurepas, und im letzten Drittel des Monats gingen noch weiterhin einige Gräben an den Hauptangriffsstellen bei Maurepas und Martinpuich verloren. Im ganzen aber kann man sagen, daß der Monat August die feindliche Offensive ins Stocken gebracht hat, trotz beständiger, abwechselnd auf der Gesamtfront und an einzelnen Frontabschnitten mit größter Wildheit fortwütender Kämpfe.

Wenn wir in diesem Zusammenhange uns daran

erinnern, daß die große russische Offensive, die sogenannte Brussilow-Offensive, welche im Beginn des Junis eingesetzt hatte, ebenfalls nach kurzem, allerdings beträchtlichem Erfolge im Laufe der Monate Juli und August sich völlig festgerannt hatte, wenn wir ferner erwägen, daß am 27. August Rumänien veranlaßt worden ist, in den Krieg einzutreten, so können wir nicht umhin, einen Zusammenhang festzustellen zwischen dem Auftauchen eines neuen Kämpfers in den Reihen der Entente und einer Erscheinung, welche der September brachte: nämlich dem Wiederaufflammen der Somme-Offensive.

IX.

Betrachten wir die Gestaltung der feindlichen Front im Somme-Abschnitt zu Beginn des Septembers, so läßt sich feststellen, daß diese im Südabschnitt keine nennenswerte Verschiebung erfahren hatte. Aber auch im Nordabschnitt stößt die Frontlinie noch immer im wesentlichen in der Form eines stumpfen Dreiecks in unsere Stellung hinein, so daß der allgemeine Druck, den der Feind während des Augustmonats ohne einheitlichen strategischen Plan auf beide Schenkel des Dreiecks wie auch auf seine Spitze ausgeübt hatte, keine wesentliche Veränderung der Besitzverhältnisse im umstrittenen Abschnitt gebracht hatte. Während also bisher die feindlichen Anstrengungen ohne erkennbaren strategischen Grundgedanken dem etwas plumpen Versuch gedient hatten, durch das Übergewicht der Zahl und des Materials unsere unerschütterlichen Fronten allmählich zu zermürben, lassen die nun beginnenden Kämpfe ganz deutlich einen bestimmten Grundgedanken erkennen. Wir besitzen überdies Befehle der französischen Heeresleitung, welche das ausdrücklich bestätigen. Dieser Grundgedanke ist der: an Stelle des Abnutzungskampfes wieder den strategischen Durchbruch treten zu lassen.

Bei Beginn der Sommeschlacht schwebten den beiden gegen uns kämpfenden Heeren als nächstes Ziel ihres Durchbruchs wohl die zwei wirtschaftlichen Mittelpunkte des Hinterlandes unserer Ausgangsstellung, die Städte Bapaume und Péronne, vor, ersteres als Ziel der Engländer, letzteres als das der Franzosen. Obwohl die Franzosen an ihr Ziel Péronne bereits im Juli bis auf weniger denn einen Kilometer herangekommen waren, war es ihnen doch während des Augustes nicht gelungen, sich der Stadt noch weiter zu nähern. Aus dem Gesamtverlauf der Kämpfe des Monats September nun ergibt sich mit Deutlichkeit, daß die Franzosen die Hauptrichtung ihres Angriffes und sein erstes Ziel verändert haben. Der genannte französische Befehl verzeichnet als französisches Angriffsziel für den September das Dorf Bertincourt, während die Anstrengungen der Engländer vor wie nach auf Bapaume zielen. Mit einem Worte: auch die Franzosen verlegen im Monat September den Schwerpunkt ihrer Anstrengungen in den Nordabschnitt. Sie wählen sich eine Richtung, die mit derjenigen der Engländer im wesentlichen zusammenfällt, so daß die Schnittpunkte der Angriffslinien in der Verlängerung der ursprünglichen Dreieckspitze liegen. Indem aber gleichzeitig auch die Kämpfe im Südabschnitt mit unverminderter Heftigkeit fortdauern, entstehen zwei im wesentlichen getrennte Schlachten. Es sei hier zunächst die allgemeine Entwicklung der Südschlacht im September und Oktober betrachtet.

In dem nunmehr zu betrachtenden Zeitabschnitt scheint die Eroberung der Stadt Péronne nicht mehr im Mittelpunkte der Bestrebungen der Franzosen zu stehen. Die Angriffe im Bezirk der Südschlacht wenden ihre Hauptwucht aus dem Abschnitt von Péronne nach Südosten. Die Römerstraße, welche wie mit dem Lineal gezogen die französische Landkarte von Amiens bis Vermand durchquert, bildet die Nordgrenze der nunmehr sich im Abschnitt der Südschlacht entspinnenden Kämpfe. Während bis zum 1. September die Franzosen südlich der Römerstraße kaum nennenswert über ihre Ausgangsstellung hinausgekommen waren, beginnen sie nun mit Macht auf unsere Front südlich der Römerstraße zu drücken, mit dem offenbaren strategischen Ziel, die Kampffront der Sommeschlacht nach Süden zu erweitern. An dieser Stelle dehnt sich die Schlacht, welche bis dahin bei Vermandovillers ihren Südpunkt erreicht hatte, von dort bis südlich Chilly aus und erhält in dem Städtchen Chaulnes ein neues örtliches Angriffsziel.

Zunächst stürmten die Franzosen am 5. September auf der 20 km weiten Front von Barleux bis Chilly an und gewannen das in unserer Ausgangsstellung liegende Dorf Chilly und im weiteren Verlaufe ihrer Angriffe am 7. September das Dorf Vermandovillers. Am 17. September eroberten sie im Verlauf eines gewaltigen Gesamtangriffes die Dörfer Berny und Deniécourt. In der Folgezeit nahmen die Kämpfe der Südschlacht eine mildere Form an, bis zu ihrem Wiederaufleben am 10. Oktober. An diesem Tage machten die Franzosen nach mehrtägiger Artillerievorbereitung wiederum einen Fortschritt, welcher die Höfe Génermont und Bovent umfaßte. Im Abschnitt zwischen Génermont und Chaulnes tobten seitdem heftige Kämpfe, deren Mittelpunkt das Dorf Ablaincourt und die benachbarten Waldstücke bilden. Zur Zeit[1] befindet sich das letztgenannte Dorf im Besitze der Franzosen. Das feindliche Vordringen hat in Richtung auf das Städtchen Chaulnes Fortschritte gemacht.

Während die Gefechtshandlungen der Südschlacht sich bis zum 10. Oktober nur in ihrem Südabschnitt südlich der Römerstraße abspielten, hat im letzten Drittel des Oktobers eine Gruppe von Kämpfen stattgefunden, deren Mittelpunkt die bereits seit 16. Juli im Besitze der Franzosen befindliche Maisonnette-Ferme und die sie mit Biaches verbindenden Gräben bildeten. Am 18. Oktober nahmen die Franzosen einen Teil unserer Stellungen zwischen Maisonnette und Biaches. Am 21. wurde ein Gegenstoß angesetzt, der einen Teil der verlorenen Gräben zurückgewann. Am 29. Oktober brachte ein neuer Angriff uns nicht nur den Rest der verlorenen Stellungen, sondern darüber hinaus die Wiedereroberung der Maisonnette-Ferme.

Der November brachte die Südschlacht zu nahezu vollständigem Stillstand. Einzig eine Gruppe örtlicher Kämpfe ist hervorzuheben, die sich um den Besitz des Dorfes Pressoire und des südlich davon gelegenen Waldes drehten. Beides ging am 7. November an den Feind verloren, wir versuchten in hin und her wogenden Kämpfen vergebens, Dorf und Wald wieder in unseren Besitz zu bringen. Im übrigen beschränkte sich die Gefechtstätigkeit im Südabschnitt während des ganzen Novembers auf Artilleriegefechte von wechselnder Stärke und auf Patrouillenkämpfe.

---

[1] Ende Dezember 1916.

X.

Im Nordabschnitt zwischen Somme und Ancre flammte schon in den ersten Septembertagen die Schlacht zu einem wütenden Brand empor. Dieser ergriff die ganze, annähernd 30 km breite Front von Beaumont nordwestlich Thiepval bis zur Somme. In immer wiederholten Anstürmen versuchten die Engländer, die Front der Schlacht an ihrer Nordecke zu verbreitern. Aber obwohl wir vorübergehend bei der Mouquet-Ferme östlich Thiepval Boden verloren, gelang es uns doch, die alten Stellungen zu halten oder durch Gegenstoß zurückzugewinnen. Besonders heftig tobte der Kampf nach einer bisher nie erhörten artilleristischen Vorbereitung im Abschnitt von Ginchy bis zur Somme. Mit zähem Ingrimm behaupteten unsere Truppen die völlig eingeebnete erste Stellung und mußten Schritt für Schritt bis in die zweite Verteidigungslinie zurückgedrängt werden, wo sie dem Stoß Halt zu gebieten vermochten. Dabei sind die Dörfer Guillemont und Le Forest in der Hand des Feindes geblieben. Am 4. September setzten die Franzosen ihre Angriffe zwischen Le Forest und der Somme fort und entrissen uns am 5. das heißumstrittene Dorf Cléry. Auch am 7. September dauerte der Kampf auf der ganzen Front fort, und die Franzosen holten sich bei Ginchy in immer wiederholtem Ansturm blutige Köpfe. Der 8. September brachte ein vorübergehendes Nachlassen, während der 9. durch erfolglose Teilangriffe der Engländer am Foureauxwalde ausgefüllt wurde. Am 10. griffen die Engländer auf 15 km breiter Front bei Thiepval und Combles an, aber wiederum wurden sie im wesentlichen abgewiesen. In den fortdauernden Kämpfen am 11. und 12. fiel das Dorf Ginchy in die Hand des Feindes. So hatte diese erste große Septemberschlacht den Feinden Fortschritte auch im Nordabschnitt gebracht. Am 12. September entbrannte der Kampf aufs neue zwischen Combles und der Somme. Nach dem Fall von Cléry waren die Verteidiger in die sogenannte Marrières-Stellung zurückgegangen. Diese wurde nach stärkster Artillerievorbereitung am 12. September von den Franzosen überrannt. Der Feind stieß bis Bouchavesnes durch, nahm das Dorf in raschem Anlauf bis zum Ostrand und trieb so einen Keil in die deutschen Stellungen nach Osten hinein. Diesen Keil verbreiterte er am 14. durch die Erstürmung des Gehöfts Le Priez westlich von Rancourt.

So war das Städtchen Combles von Süden her bereits fast vollständig umschlossen. Auch nördlich des Ortes gewannen die Engländer in den Kämpfen der nächsten Tage Boden. Nach höchster Feuersteigerung griffen sie im Abschnitt von der Ancre bis östlich Combles an und warfen die Verteidiger durch die Dörfer Courcelette, Martinpuich und Flers zurück, so daß nunmehr die Höhenstellung, welche die Engländer als Angriffsziel für den ersten Tag der Offensive vorgesehen hatten, nach zwei und einem halben Monat endlich erreicht war. Combles mit den benachbarten Gräben war nun von allen Seiten umschlossen. Dennoch konnte die Stadt noch einige Tage gehalten werden, allerdings unter schweren Opfern der tapferen Verteidiger, welche ihren Stützpunkt in den verpesteten Katakomben gefunden hatten, die sich unter dem Orte hinziehen. Drei rheinische Regimenter boten hier in heldenmütigem Widerstand den Angreifern Trotz, obwohl das konzentrische Feuer der schwersten feindlichen Kaliber sie Tag und Nacht mit einem Stahlorkan überschüttete. Ohne ein Grabenstück zu verlieren, hielten sie die Stellung bis zu ihrer Ablösung am 20. September fest in der Hand. In den folgenden Tagen flaute die Nordschlacht sichtlich ab, ohne daß die örtlichen Teilkämpfe deshalb an Erbitterung verloren hätten. Der Gegner holte zu einem Hauptschlage aus. Nach dauernder Steigerung des Artilleriefeuers griffen am 22. September die Engländer bei Courcelette an, während die Franzosen gegen die Linie Combles–Rancourt vorstießen. An diesem und dem folgenden Tage mißlangen alle feindlichen Anläufe. Am 25. September aber trat die englisch-französische Infanterie nach furchtbarer zweitägiger Artillerieschlacht zu einem einheitlichen Angriff allergrößten Stils an. Dieser schlug fehl im Nordwestabschnitt von der Ancre bis zu dem Kloster Eaucourt-L'Abbaye und ebenso südlich zwischen Bouchavesnes und der Somme, und zwar unter schwersten feindlichen Verlusten. Im Zentrum des Massenangriffs aber von Eaucourt–L'Abbaye bis nördlich Bouchavesnes hatte der Feind Erfolg. Er stieß bis zur Linie Gueudecourt–Rancourt vor und gewann diese beiden Dörfer, das ganze Zwischengelände mit Lesbœufs und Morval und das endlich vollkommen unhaltbar gewordene Städtchen Combles. Dieses letztere war 24 Stunden lang unter Gasfeuer gelegt worden. Die Verteidiger haben sich zum größten Teil zu den deutschen Truppen durchschlagen können.

Dieser 25. September bedeutet in der Geschichte der Sommeschlacht einen Wendepunkt. Brachte er auf der einen Seite dem Feinde bei einem Höchsteinsatze von Munition und rücksichtsloser Opferung seines Menschenmaterials einen in dieser Stärke seit dem Beginn der Offensive nicht mehr dagewesenen Erfolg, so strahlte doch schon an diesem Tage die erstarkte Widerstandskraft unserer Truppen in hellstem Lichte. Der Feind, der sich am Abend dieses großen Siegestages sicherlich dem Glauben hingab, der Durchbruch sei nun so gut wie gelungen, erfuhr in den nächsten Tagen eine schwere Enttäuschung. Wohl gelang ihm am 26. September ein weiterer heißbegehrter und seit langem mit allen Mitteln angestrebter Erfolg. Die Ecke bei Thiepval hatte bisher dank dem ausgezeichneten Ausbau, welchen eine württembergische Reservedivision der dortigen Stellung hatte angedeihen lassen, und dank dem hartnäckigen Widerstand der tapferen Schwaben gehalten werden können, einer Überflutung mit feindlichen Geschossen und den immer wieder erfolgenden Anstürmen zum Trotz. Am 26. September ging sie verloren, und auch östlich anschließend machten die Engländer Fortschritte bei Courcelette Im übrigen aber gelang es, die heftigen Angriffe, welche der Feind auf der ganzen Front des gestrigen Ansturmes zwischen Lesbœufs und Bouchavesnes vortrug, zu blutigem Scheitern zu bringen. Auch in den beiden nächsten Tagen rannte der Feind sich in vergeblichem Ansturm gegen die von uns bezogenen rückwärtigen Stellungen immer wieder den Schädel ein, und auch die stärkeren Angriffe, welche nach einem vorübergehenden Abflauen vom 28. September in den letzten Septembertagen angesetzt wurden und wiederum teils auf die Thiepvalecke, teils auf das Zentrum der Nordschlacht zielten, konnten entweder im Nahkampf abgeschlagen werden oder aber sie erstickten bereits in unserem Sperrfeuer.

XI.

Das Wirksamwerden unserer artilleristischen Verteidigung bezeichnet die große Wendung in der Entwicklung der Sommeschlacht. Nach dem Tiefpunkt, den der 25. September für uns bedeutet, kommt unser Anstieg um so bedeutungsvoller zur Geltung. Beim Wiederbeginn der feindlichen Offensive um die Wende vom August zum September befand der Feind sich im Besitze sorgsam angesammelter ungeheurer Massen von Kampfmitteln. Die Organisation unserer Verteidigung hatte mit der fortdauernden Steigerung der feindlichen Angriffskraft nicht gleichen Schritt halten können. Erst gegen Ende September war es gelungen, unseren artilleristischen Rückhalt so weit zu kräftigen und auszubauen, daß eine planmäßige Niederkämpfung der gesamten feindlichen Streitkräfte und insbesondere ein Ineinandergreifen und Zusammenwirken der Artillerie aller Abschnitte zur Niederhaltung feindlicher Angriffsgelüste eingerichtet werden konnte. Es ist das Kennzeichen der Kämpfe des Oktobermonats, daß nunmehr auch die heftigsten feindlichen Angriffe unter ungeheuren Menschenverlusten fast ohne jeden Erfolg an der erstarkten Front unserer Sommekämpfer abprallen. Und dabei haben die feindlichen Anstürme im Oktober keineswegs nachgelassen. Ihre artilleristische Vorbereitung hat sich womöglich noch gesteigert, und der rücksichtslose Einsatz gewaltiger Truppenmassen, die vielfach in geschlossenen Verbänden wider unsere Feuerlinie geworfen werden, bekundet die wilde Entschlossenheit unserer Feinde, um jeden Preis die Sommeschlacht zu dem gewollten Ziele zu bringen.

Für die allgemeine Lage während des Oktobers ist kennzeichnend, daß zunächst die Versuche, die Gesamtfront der Schlacht an ihrem nördlichen Flügel zwischen Gommécourt und Thiepval zu verbreitern, fortdauern, wenn auch erfolglos. Dagegen hat der Feind seine Versuche, Péronne zu erreichen, bisher[1] nicht wieder aufgenommen, und im Abschnitt von Bouchavesnes herrscht verhältnismäßige Ruhe. Der Schwerpunkt der französischen Angriffsabsichten liegt während des Oktobers bei dem Dorfe Sailly-Saillisel. Südlich dieses Dorfes zieht sich der St. Pierre-Vaast-Wald, der in eine Festung umgewandelt ist. Hier war nach dem Verlust von Bouchavesnes am 12. September das feindliche Vordringen durch die Kräfte derselben jungen Reservedivisionen, welche jenen Schlag empfangen hatten, zum Stehen gebracht worden. Seitdem hat der Wald allen feindlichen Anstürmen getrotzt. Da weder hier noch weiter südlich an ein Durchkommen zu denken war, so hat der Franzose die ganze Kraft seiner Anstrengungen auf die nördlich dieses Waldes gelegene Ortschaft Sailly geworfen. Aber obwohl er diese im wesentlichen in seine Hand gebracht hat, ist es ihm bisher nicht gelungen, den Durchbruch zu erzwingen. Gleich heftig stießen während des Oktobers die Engländer in immer wiederholten Anläufen vor, deren Hauptkraft gleichfalls in nordöstlicher Richtung auf Bapaume zu den Durchbruch zu erzwingen suchte. Im Abschnitt der Engländer wie der Franzosen hat fast jeder Tag bis zum 23. die schwersten Angriffe gebracht. Aber auch unsere Truppen haben sich im letzten Monat auf die erfolgreiche Abwehr der feindlichen Angriffe nicht mehr beschränkt, sondern sind in sehr vielen Fällen zur aktiven Führung übergegangen und haben dem Feinde öfter in schneidigem Gegenangriff die kaum gewonnenen Errungenschaften wieder zu entreißen vermocht.

Als Großkampftage ragen aus der Masse der feindlichen Anstürme der 1., der 7., der 13., der 18. und der 23. Oktober hervor. Die Zeiträume, innerhalb deren sich die ganz großen feindlichen Anstrengungen folgten, waren also noch kürzer geworden als in den früheren Monaten. Während aber im September jeder derartige große Durchbruchsversuch dem Feinde erhebliche Fortschritte und auch Beute an Gefangenen und Material gebracht hatte, sind im Oktober alle, auch die gewaltigsten Anstrengungen des Feindes an der opferfrohen Hingabe unserer nunmehr selbst an die ungeheuerlichste Artillerievorbereitung gewöhnten Infanterie und der erstarkten Artillerieunterstützung mit allerschwersten Verlusten für den Feind gescheitert. Die unbedeutenden Fortschritte, die der feindliche Masseneinsatz an Mannschaft und Munition hier und dort erzielen konnte, stehen außer jedem Verhältnis zu seinen Opfern. Am 23. Oktober hatte der Feind noch einmal größte Kraftentfaltung eingesetzt, ohne etwas anderes als Verluste von bisher unerhörter Höhe zu erzielen. Seitdem hat die letzte Oktoberwoche ein deutlich erkennbares Nachlassen der feindlichen Anstrengungen gebracht. Wo Angriffsabsichten bemerkbar wurden, gelang es in den meisten Fällen schon unserer Artillerie, sie im Keim zu ersticken. Wo sie zur Durchführung kamen, wurden sie verlustreich abgewiesen.

XII.

Am 5. November indessen raffte der Feind die ganze Feuerkraft seiner Artillerie und sehr bedeutende infanteristische Kräfte zu einem neuen gewaltigen Vorstoß gegen die Front der Armee Below zusammen. Auf einer 20 km breiten Front zwischen Le Sars und Bouchavesnes griffen Engländer wie Franzosen mit größter Heftigkeit an. Doch der Vorstoß scheiterte unter größten blutigen Verlusten. Von nun an setzte wieder ein Abschnitt starker örtlicher Kämpfe ein, die sich noch an zwei Stellen zu einer größeren Kraftanstrengung verdichteten. Die Franzosen wandten vor wie nach ihre gesamte Kraftanstrengung an den Plan, nördlich des in seiner Gesamtheit doch als uneinnehmbar erkannten St. Pierre-Vaast-Waldes, bei Sailly und bei Saillisel, durchzustoßen. Als einziger Vorteil blieb den Feinden das Eindringen in den Nordteil des St. Pierre-Vaast-Waldes. In den beiden Dörfern entspannen sich endlose und ohne Unterlaß hin und her wogende Kämpfe, die bis zum 12. November beide Dörfer bis auf den Ostrand von Saillisel in die Hände der Franzosen brachten. Am 14. scheiterte ein umfassender Angriff der Franzosen auf den St. Pierre-Vaast-Wald, am 15. wurde im Handstreich das Dorf Saillisel zurückerobert, und am Nachmittag nach größter Artillerievorbereitung der von den Franzosen besetzte Nordwestrand des St. Pierre-Vaast-Waldes wieder gesäubert. Von nun an beschränkte sich die Tätigkeit der Franzosen auf bedeutungs- und erfolglose Vorstöße in der gleichen Gegend.

Dagegen hatten um die Novembermitte die Engländer einen Erfolg an der Ancre. Von Beginn des Novembers hatten sie begonnen, unter Einsatz von Munition schwersten Kalibers durch andauerndes Wirkungsschießen einen großen Angriff vorzubereiten. Am 13. November begünstigte starker Nebel den

[1] Bis Ende Dezember 1916.

längst geplanten **Vorstoß**, der sich nun in überraschendem Vorbrechen von acht bis neun englischen Divisionen **beiderseits** der **Ancre** auswirkte. An je einer Stelle nördlich und südlich der Ancre stieß der Angriff durch und vermochte die zwischen den beiden Durchbruchsstellen bei St. **Pierre-Divion** tapfer kämpfenden Truppen in Flanke und Rücken zu fassen. An diesem Tage blieb das letztgenannte Dorf und das nördlich der Ancre gelegene Dorf Beaumont, am folgenden das hart nördlich des Baches liegende Beaucourt in der Hand der Engländer. Am 18. November verdichtete sich die Angriffstätigkeit der Engländer zu einem neuen ausgesprochenen Durchbruchsversuch. In der Frühe steigerte sich das Artilleriefeuer zu gewaltiger Heftigkeit. Hinter der feindlichen Front zeigte sich Kavallerie bereitgestellt, auch die englischen Grabenautos tauchten wieder auf, und auf der Front von Serre bis Eaucourt-L'Abbaye griffen fünf bis sechs Divisionen an. Während der Angriff nördlich der Ancre blutig zusammenbrach, erzielte der Feind südlich des Baches von Grandcourt bis Courcelette einige Vorteile; selbst in einen Teil des erstgenannten Dorfes drang ein Teil der Engländer ein, wurde aber in einem Gegenstoß herausgeworfen. Im übrigen schlug der **Angriff** so **vollkommen fehl**, daß die Engländer es für angezeigt gehalten haben, diesen ganzen Durchbruchsversuch, an dessen furchtbarer Ernsthaftigkeit nicht der leiseste Zweifel ist, in ihren Heeresberichten völlig zu unterschlagen.

Das war aber auch vorläufig der letzte Großkampftag der Sommeschlacht. Unbedeutende und völlig ergebnislose örtliche Vorstöße und planlose Artillerietätigkeit kennzeichnen den Rest des Novembers und auch die erste Dezemberhälfte.

Der Dobrudscha-Feldzug[1].

Veröffentlicht Mitte Dezember 1916.

I.

Der Vormarsch.

Rumäniens Kriegserklärung sollte Rußland das Tor nach Konstantinopel öffnen. Dem langwierigen, durch Freigebigkeit erleichterten Druck hatte die morsche Schranke rumänischer Neutralität endlich nachgegeben. Aus der südwärts gerichteten Füllhorngestalt der Dobrudscha sollten sich, ungehindert durch den Wasserlauf der Donau, die rumänischen, russischen, serbischen Divisionen auf das bulgarische Küstenland ergießen. Im Süden erwartete man von dem weisen Zauderer Sarrail nunmehr die Früchte seiner nimmermüden Vorbereitungen. Das leichte Gewinnspiel des zweiten Balkankrieges sollte seine Wiederholung finden, und Rumänien fühlte sich seines Erfolges und der Kraft seiner Verbündeten so sicher, daß es sich mit seiner Hauptmacht zunächst der siebenbürgischen Beute zu bemächtigen suchte. Einer aus 4 rumänischen, 1 russischen und 1 serbischen Division gebildeten wohlausgerüsteten Armee fiel die Aufgabe zu, Bulgarien von der Dobrudscha aus anzufallen. Weitere Divisionen sollten aus Rußland und je nach Lage aus Siebenbürgen in Bälde nachgeschoben werden.

Am 27. August, abends 10 Uhr, **erklärte Rumänien Österreich-Ungarn den Krieg**. Am folgenden Tage übernahm Generalfeldmarschall v. **Mackensen den Oberbefehl** über die deutschen, bulgarischen, österreichisch-ungarischen und osmanischen Truppen an der Donau und an der Dobrudschagrenze. Die verbündeten Heeresleitungen hatten längst mit dem Eingreifen Rumäniens gerechnet und ihre Vorbereitungen getroffen. Gleichwohl lastete die Verantwortung einer schweren Aufgabe auf der Führung der neugebildeten Heeresgruppe. An Zahl weit unterlegenen eigenen Verbänden stand ein Gegner gegenüber, der sich sorgsam vorbereitet und ausgestattet hatte und sich dabei ohne Lehrgeldeinbuße die Erfahrungen zweier Kriegsjahre nutzbar machen konnte. Aber auch von Rußland waren große Kraftanstrengungen zu erwarten. Nur Überlegenheit der Führung und restloser Opfermut der Truppe vermochten das Mißverhältnis an äußeren Machtmitteln auszugleichen.

Die zunächst zur Verfügung stehenden Verbände mußten auf die 700 km lange Front sorgsam verteilt werden. In äußerster Sparsamkeit war jeder Mann an seinen richtigen Platz zu stellen, in bedachter Voraussicht jede besonders gefährdete Stelle in genügender Stärke zu sichern. Größte Bedeutung kam der Aufklärung über den Feind zu. Unsere Flieger wachten über der Donau, meldeten den Aufmarsch des Gegners, bereitgestellte Kähne, die Schanzarbeiten, den Wasserstand. Nachrichten aus anderen Quellen vervollständigten das Bild. Es ließ die Absicht unserer Führung, durch rasches, entschlossenes Handeln die Pläne des Gegners über den Haufen zu werfen, aussichtsreich erscheinen.

Das Hauptziel war, im Aufmarsch befindliche feindliche Teilkräfte auf sich zu ziehen, zu schlagen und dadurch deren Ansammlung zu verhindern. Da die vorhandenen Truppen nicht ausreichten, um an der ganzen Dobrudschagrenze offensiv vorzugehen, beschränkte man sich darauf, auf dem rechten Flügel nach der Wegnahme von Dobritsch zunächst defensiv zu bleiben, um mit geringer Zahl in fester Stellung den erwarteten russischen Vorstoß an der Meeresküste abzuwehren. Der linke Flügel hatte zunächst die befestigten feindlichen Brückenköpfe an der Donau, Tutrakan und Silistria, die Ausfallpforten der rumänischen Offensive, in seine Gewalt zu bringen. Gelang das kühne Unterfangen, so standen in einer erheblich verkürzten Front die alsdann freigewordenen Verbände in der Flanke der feindlichen Hauptkräfte, die unterdessen bei Dobritsch in die Kämpfe mit unserer Defensivfront verwickelt waren.

Der Plan glückte rascher, als man erwarten konnte. Der Gegner hatte offenbar nicht mit einer Offensive von Bulgarien aus gerechnet und sich mit seinen Vorbereitungen Zeit gelassen. Am 1. **September** trat zwischen **Bulgarien** und **Rumänien** der **Kriegszustand** ein. Am gleichen Tage erging an die 3. bulgarische Armee der Befehl: Um 12 Uhr nachts gehen sämtliche Grenzposten auf feindliches Gebiet über und werfen die Grenzwachen möglichst weit zurück. Der Vorstoß hat, um die Gefangenenzahl zu erhöhen, überraschend zu erfolgen. Am 2. **September waren die feindlichen Vortruppen auf der ganzen Front zurückgeworfen**. Die eigenen Verluste waren bei zumeist schwachem Widerstand des Gegners gering, die der Rumänen erheblich.

Heftiger waren die Kämpfe an der Küste, wo bulgarische Kavallerie ein rumänisches Regiment vernichtend schlug. Prompt, wie befohlen, wird die alte Bulgarenstadt **Dobritsch**, der Haupthandelsplatz der südlichen Dobrudscha, am 4. September **eingenommen**. In den nördlich vorgelagerten Höhen graben sich alsdann die Truppen unseres rechten Flügels ein.

[1] Vgl. die Karte »Der rumänische Feldzug im Herbst 1916«.

Eine bulgarische Brigade hat sich hier in den folgenden Tagen der heftigsten Angriffe überlegener feindlicher Kolonnen zu erwehren. Zum ersten Male stoßen dabei Bulgaren mit russischen Regimentern zusammen.

In den ersten Septembertagen traf bereits das erste Regiment der türkischen Divisionen ein, die Generalissimus Enver Pascha in waffenbrüderlicher Bereitschaft sofort nach Rumäniens Kriegserklärung zur Verfügung gestellt hatte.

In raschem Vormarsch hatten unterdessen deutsche und bulgarische Kräfte die Donaufestung Tutrakan[1] so fest umklammert, daß bereits am 5. September der Generalsturm angesetzt werden konnte. Am Abend dieses Tages war mit den Forts 2—9 die Hauptstellung genommen. Obwohl die an die Donau anlehnende deutsche Abteilung im offenen Gelände vom Fluß her schwer unter feindlichem Feuer zu leiden hatte, hatte sie entschlossen jede Wankelmütigkeit des Gegners ausgenutzt, durch schnelles Heranarbeiten an seine Stellungen sein Selbstvertrauen erschüttert und während seines jeweiligen Zurückweichens eiligst die Artillerie nachgezogen. 41 Bataillone, 20 Batterien und 6 Eskadronen hatten diesem ungestümen Ansturm der an Zahl unterlegenen deutschen und bulgarischen Bataillone nicht standzuhalten vermocht. Bevor die rumänische Heeresleitung zur Besinnung kam, war ihr der mit allen modernen Befestigungsmitteln ausgestattete Brückenkopf Tutrakan entglitten. Am Abend des 6. Septembers rückten deutsche Kompanien in die Festung ein. Eine schwere, blutige Niederlage des Feindes war mit ganz geringen eigenen Verlusten erfochten. Zwei rumänische Divisionen fielen unverwundet in unsere Hände, ein erheblicher Teil der rumänischen Offensivarmee war vernichtet. Unter den 28000 Gefangenen befanden sich 400 Offiziere, darunter 3 Brigadegenerale. Von den 100 teilweise schweren Geschützen hatte allein ein deutsches Bataillon 15 mit stürmender Hand genommen.

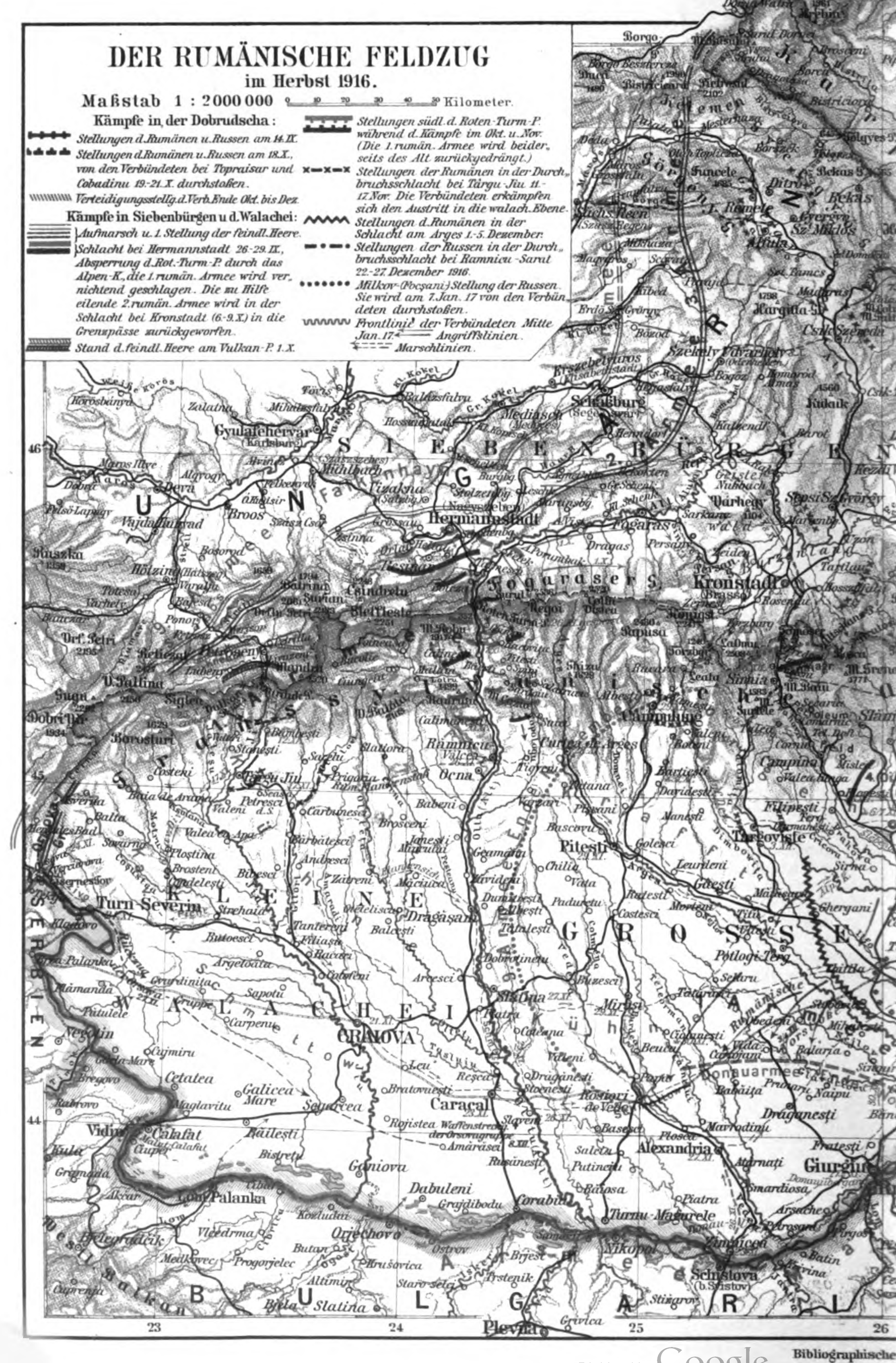
Die Führung stand in den folgenden Tagen vor einer schweren Entscheidung. Bei Dobritsch verstärkten sich die feindlichen Angriffe. Der rumänischen und russischen gesellte sich eine serbische Division hinzu. Ein Mißerfolg auf dem rechten Flügel brachte den gesamten Offensivplan in Gefahr. Die Heeresgruppe war zu schwach, um den Defensivlinien bei Dobritsch genügende Stärke zu verleihen und gleichzeitig für eine Einschließung des weiter donauwärts gelegenen befestigten Brückenkopfes Silistria eine ausreichende Truppenzahl freizubekommen. Aber auch hier durchhieben die Beherztheit des Entschlusses und der Führung, der Wagemut der Truppen den Knoten. Es wird den in rastloser Verfolgung nachgedrungenen Verbänden ein Handstreich auf Silistria befohlen. Ohne ernsten Widerstand ergibt sich die überrumpelte Festung. Bereits am 9. September reitet eine deutsche Offizierspatrouille in die Stadt ein. Wiederum werden zahlreiche Geschütze und viele Kriegsgerätschaften erbeutet.

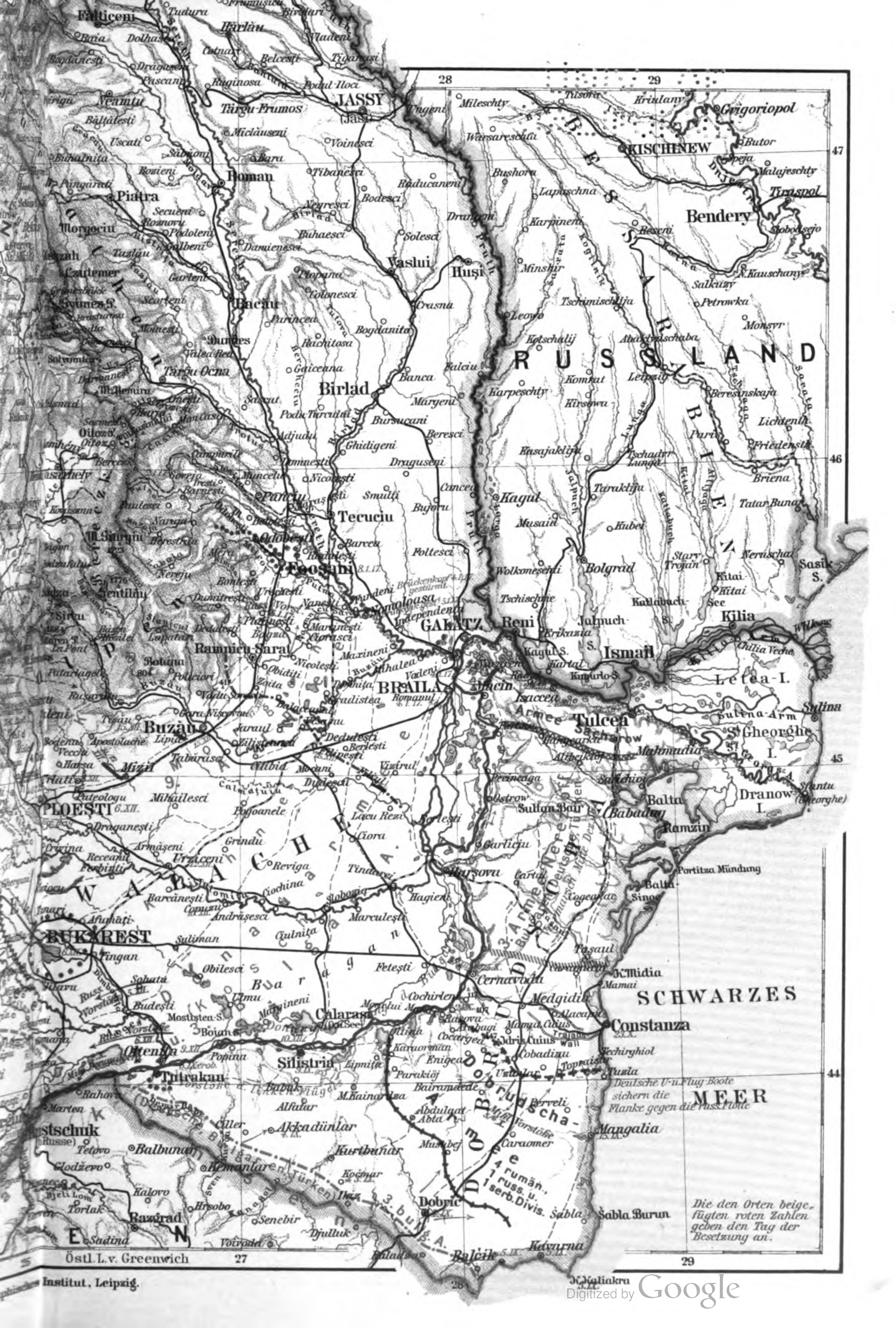
Mit der Wegnahme von Silistria ist die Donau als Verbündete gewonnen. Den linken Flügel schützt der breite Strom mit seinen sumpfigen Nebengewässern. Der rumänische Plan, von Tutrakan und Silistria aus gleichzeitig mit dem russischen Vorstoß nach Warna in Mittelbulgarien einzufallen, ist unterbunden. Der weitere Vormarsch kann sich, seitwärts ungehindert, in frontaler Richtung der Eisenbahnlinie Konstanza–Tschernawoda zuwenden. Zwei bis drei rumänische Brigaden, die später bei Rahova über eine rasch geschlagene Pontonbrücke am bulgarischen Donauufer Fuß faßten, waren durch rasche, umsichtige Maßnahmen bereits von allen Seiten umschlossen, als eiligste Flucht sie unter schweren Verlusten dem drohenden Verhängnis entzog.

In dem sich verengernden Schlauch der Dobrudschasteppe standen die verstärkten feindlichen Divisionen in immer dichteren Reihen gegenüber. Trotzdem wurden Angriff und Verfolgung ohne einen Tag Ruhe fortgesetzt. Bereits fünf Tage nach der Einnahme von Silistria hatte der deutsche linke Flügel den Donauabschnitt 25 km südlich von Tschernawoda erreicht. Die Front zog sich von hier genau südwärts und bog nördlich Dobritsch nach Osten um. Die feindliche Armee war somit in den rechten Winkel unserer Linie eingekeilt. Das lockerte ihre Widerstandskraft. Vollends zermürbt aber wurden die des Feuers ungewohnten rumänischen Truppen durch den unablässigen eisernen Druck der Verfolgung. Auch die Beschaffenheit des Bodens, die dem Nachschub die größten Schwierigkeiten bereitete, vermochte die angespannteste Verfolgung nicht aufzuhalten. Besonders empfindlich war der Mangel an Wasser, das in Tanks und Wagen durch mit Büffeln und Ochsen bespannte Kolonnen aus dem Hinterlande nach vorne gefahren werden mußte. Dem langsamer folgenden Gros gingen daher Vorhuten voraus, die die Fühlung mit dem Feinde behielten und ihm die Möglichkeit nahmen, sich in günstigen Geländefalten festzusetzen.

Der am weitesten vorgedrungene deutsche linke Flügel zog Mitte September schwere feindliche Angriffe auf sich. Ein ostpreußisches Regiment, das in Eilmärschen von täglich 50—60 km nachgezogen war, stieß hinter Silistria zu dem Detachement von H., das an der Einnahme von Tutrakan ruhmreichen Anteil hatte. Das deutsche Detachement wurde zusammen mit dem eingetroffenen Regiment und einigen bulgarischen Bataillonen zu der Brigade B. erweitert, der auch weiterhin entscheidungsvolle Aufgaben zufielen. Ihrem ungestümen Vormarsch auf Tschernawoda wollten die Rumänen bei Lipnita mit starken Kräften Halt gebieten. Die Brigade mußte hier in unübersichtlichem, bergigem Gelände eine unwegsame buschige Enge durchschreiten. Eine Infanterievorhut, verstärkt durch deutsche Ulanen und eine Kanonenbatterie, schob sich vor, um dem Gros den Engpaß zu sichern. Der Vorstoß gelang. In leichten Gefechten wurde die Nachhut des Feindes zurückgeworfen und das Dorf Curu Orman bei anbrechender Dunkelheit genommen. Das Ulanenregiment hatte Schützenketten entwickelt und sich am Dorfrand im Anschluß an die Infanterielinie festgesetzt. Das helle Licht des Vollmondes verlockte dazu, den errungenen Erfolg weiter auszunutzen. Unter Führung des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen brachen einige Züge gegen die Maisfelder vor, in denen der Feind sich versteckt eingegraben hatte. Sie bekamen heftiges Feuer, hatten aber geringe Verluste. Mit leuchtendem Heldenmut rief der Prinz erneut zum Stürmen. Er überrannte mit seinen Getreuen die vorderste feindliche Stellung, stieß aber dann auf einen zweiten Graben, vor dem er mit seinen Leuten den Heldentod fand. Es gelang dem Gegner im Laufe der Nacht, die kritische Lage, in die er durch den kühnen Vorstoß des Prinzen von Hessen geraten war, durch einen Flankenangriff sich zu erleichtern. Das nachrückende Gros der Brigade

[1] Vgl. Schilderung und Kärtchen auf S. 225 ff.


DER RUMÄNISCHE FELDZUG
im Herbst 1916.
Maßstab 1 : 2000000
0 10 20 30 40 50 Kilometer.
Kämpfe in der Dobrudscha:
Stellungen d. Rumänen u. Russen am 14. IX.
Stellungen d. Rumänen u. Russen am 18. X., von den Verbündeten bei Topraisar und Cobadinu 19.-21. X. durchstoßen.
Verteidigungsstellg. d. Verb. Ende Okt. bis Dez.
Kämpfe in Siebenbürgen u. d. Walachei:
Aufmarsch u. 1. Stellung der feindl. Heere.
Schlacht bei Hermannstadt 26.-29. IX., Absperrung d. Rot.-Turm-P. durch das Alpen-K., die 1. rumän. Armee wird vernichtend geschlagen. Die zu Hilfe eilende 2. rumän. Armee wird in der Schlacht bei Kronstadt (6.-9. X.) in die Grenzpässe zurückgeworfen.
Stand d. feindl. Heere am Vulkan-P. 1. X.
Stellungen südl. d. Roten-Turm-P. während d. Kämpfe im Okt. u. Nov. (Die 1. rumän. Armee wird beiderseits des Alt zurückgedrängt.)
Stellungen der Rumänen in der Durchbruchsschlacht bei Târgu-Jiu 11.-17. Nov. Die Verbündeten erkämpfen sich den Austritt in die walach. Ebene.
Stellungen d. Rumänen in der Schlacht am Argeș 1.-5. Dezember.
Stellungen der Russen in der Durchbruchsschlacht bei Ramnicu-Sarat 22.-27. Dezember 1916.
Milkov-(Focșani-)Stellung der Russen. Sie wird am 7. Jan. 17 von den Verbündeten durchstoßen.
Frontlinie der Verbündeten Mitte Jan. 17.
Angriffslinien.
Marschlinien.
SIEBENBÜRGEN
UNGARN
KLEINE WALACHEI
GROSSE WALACHEI
SERBIEN
BULGARIEN
Hermannstadt
Kronstadt
Schäßburg
Mediasch
Mühlbach
Fogaras
Gyulafehérvár (Karlsburg)
Broos
Vajdahunyad
Turn Severin
Târgu-Jiu
Craiova
Caracal
Slatina
Pitești
Câmpulung
Curtea de Argeș
Râmnicu Vâlcea
Drăgășani
Calafat
Vidin
Alexandria
Turnu-Măgurele
Nikopol
Sistova
Plevna
Giurgiu
Târgoviște
Câmpina
Sinaia
Orjechovo
Rahova
Corabia
Lom Palanka
Bibliographische



RUSSLAND
BESSARABIEN
SCHWARZES
MEER
WALACHEI
Baragan
Dobrudscha
JASSY
(Jassy)
KISCHINEW
Bendery
Tiraspol
Grigoriopol
Roman
Piatra
Bacau
Vaslui
Husi
Birlad
Tecuciu
Focșani
Odobesti
Rammicu-Sarat
Buzău
Ploesti
BUKAREST
Oltenita
Tutrakan
Silistria
Calarași
Cernavoda
Harșova
Constanza
Mangalia
Medgidia
Babadag
Tulcea
Isaccea
Macin
BRAILA
GALATZ
Reni
Ismail
Kilia
Bolgrad
Kagul
Sulina
Letea-I.
S. Gheorghe
Dranow I.
Portitza Mündung
Rustschuk
Razgrad
Dobric
Balcik
Kavarna
Kurtbunar
Akkadünlar
Fălticeni
Tirgu-Frumos
Tirgu-Ocna
Mizil
Urziceni
Fetești
4 rumän., 1 russ. u. 1 serb. Divis.
Deutsche U- u. Flug-Boote sichern die Flanke gegen die russ. Flotte
Die den Orten beigefügten roten Zahlen geben den Tag der Besetzung an.
Östl. L. v. Greenwich
28
29
27
47
46
45
44
Institut, Leipzig.

B. sicherte jedoch am folgenden Tage den vollen Besitz der von der Vorhut gewonnenen Stellungen.

Auch hier war durch überraschendes, tatkräftiges Zugreifen die Selbstsicherheit des Gegners erschüttert worden. Seine Massen fluteten zurück, und unsere Vorhut blieb ihnen so aufsässig an der Klinge, daß er erst wieder vor seiner vorbereiteten, befestigten Stellung südlich Rasova zum Stehen kam. Die bogenförmige Umfassung der feindlichen Kräfte ermöglichte es dem nördlich vorgedrungenen deutschen Flügel, den vor der bulgarischen Nachbardivision zurückweichenden Kolonnen wirkungsvoll in die Flanke zu schießen. Fast täglich boten sich unserer regsamen Artillerie dankbare Ziele vor der Front und seitwärts. Die Feuerüberfälle wirkten auf die noch kriegsschwachen Nerven der rumänischen Soldaten meist so verwirrend, daß ihre Verbände jeden Zusammenhang verloren. Am 15. September stieß die Brigade B. auf die feindliche Hauptstellung südlich Rasova. Auf Wochen gewaltiger Marschleistungen und täglicher Verfolgungsgefechte folgte ein bewegter Stellungskampf, indem zunächst erbitterte Angriffe verstärkter rumänischer Kräfte abzuwehren waren. Bei einem wuchtigen Schlag unmittelbar vor der rumänischen Hauptstellung waren dem überstürzt fliehenden Feind von deutschen Bataillonen noch 6 Geschütze und 8 gefüllte Munitionswagen abgenommen worden.

In tapferen, zähen Gegenstößen hatte unterdessen das bulgarische Detachement nördlich Dobritsch die Angriffskraft des Gegners aufgerieben. Er sah sich auf der ganzen Front der 3. bulgarischen Armee in die Verteidigung gedrängt und durch die Umfassung seiner westlichen Flanke durch die deutschen Truppen auf seinem Rückwege bedroht. Die Lage war strategisch für ihn so ungünstig geworden, daß er sich nur durch einen eiligen Rückzug der Vernichtung entziehen konnte. Am Abend des 15. Septembers trifft beim Heeresgruppenkommando die Meldung ein, daß der Feind auf der ganzen Front zurückweicht. Hartnäckigste Verfolgung wird befohlen. Der Feind leistet nur vereinzelt ernsteren Widerstand. In stärkster Anspannung aller Kräfte werden täglich große Geländeabschnitte gewonnen. Neu eingesetzte rumänische Brigaden werden in den rückwärtigen Strom mit hineingerissen. Das Gelände ist flach, kahl, baumlos. Zuweilen bilden sich Mulden und niedere Höhen. Diese Erhebungen bieten einen meilenweiten Blick über das Gelände. Die Artilleristen halten reiche Ernte. Das Vorgelände ist bewegt von den dichten Schwärmen zurückflutender Infanterie. Rumänische Regimenter, die aus den Karpathen eintrafen, und neue russische Verstärkungen fingen an der vorbereiteten Hauptstellung vor Copadin-Topraisar die Verfolgung auf. Es bedurfte zunächst sorgsamer Vorbereitungen, um diese Festungslinie zu überwinden.

II.

Der Durchbruch.

Erst die spätere Geschichtschreibung wird ein getreues Bild der Nachschubschwierigkeiten zeichnen können, mit denen eine größere Armee in diesem unentwickelten Lande zu kämpfen hatte. Der vorübergehende Stillstand unseres Vormarsches hatte den hoffnungsbereiten Gegner zu dem frohen Glauben verleitet, daß sich unsere Truppen nicht die Kraft zumaßen, die befestigte Eisenbahnlinie Konstanza-Tschernawoda in ihre Hand zu bekommen. Die rumänischen und russischen Divisionen hatten sich von ihrem Schrecken erholt und unternahmen mit Verstärkungen in ständig wiederholten Angriffen den Versuch, ihrerseits die Offensive wieder aufzunehmen. Sie wurden an allen Stellen unserer schnell befestigten Front mit schweren Verlusten immer wieder abgewiesen. Die Schwächung, die sie sich auf diese Weise selbst bereiteten, konnte unserer Führung nur erwünscht sein.

Die Vorbereitungen für den geplanten Durchbruch wurden in gewohnter Sorgfalt getroffen. Vor dem Stützpunkt Copadin wurden bewährte bulgarische Regimenter, gegenüber dem starken Bollwerk Topraisar eine neu eingetroffene deutsche Division zusammen mit der Brigade B. eingesetzt. Land- und Seeflieger überwachten in unermüdlichem Pflichteifer den feindlichen Aufmarsch, sie störten durch fast tägliche Bombenwürfe und Maschinengewehrfeuer den Truppen- und Materialienverkehr über die Brücke bei Tschernawoda, die Truppenausladungen im Hafen von Konstanza und griffen mit guten Erfolgen die Biwaks und Munitionslager an. Die Nachricht von dem stellenweisen Ausbruch der Cholera in feindlichen Quartieren gab zu vorbeugenden Maßnahmen Anlaß. Deutsche Unterseeboote hielten sich bereit, unsere rechte Flanke von See aus zu decken.

In mehrlinigen, weit ausgedehnten, schon in Friedenszeiten mit allen Befestigungsmitteln ausgebauten Stellungen stand ein an Zahl erheblicher Feind gegenüber. Auf einer Front von etwa 70 km waren vier voll aufgefüllte rumänische, zwei russische, eine serbische Division, ferner eine russische Kavalleriedivision und eine rumänische Kavalleriebrigade teils vorne, teils in Reserve in gefechtsbereiter Verteidigung. Eine weitere russische Schützendivision und ein weiteres russisches Armeekorps trafen kurz vor dem Durchbruchstag im Kampfgebiet ein. Ernste, harte Tage standen bevor. In der Anlage und genauesten Vorbereitung war alles Erdenkliche geschehen.

Am Morgen des 19. Oktobers wirbelten im klaren Herbstlicht auf der ganzen Front die schweren Eisenschlägel zum Sturm. Der Feind war zunächst aus seinen teilweise erst in letzter Zeit mit Draht umsponnenen Vorstellungen zu werfen. Der Angriffsbefehl forderte den Vormarsch auf der ganzen Linie. Von einer kleinen Anhöhe, die einen weiten Überblick über die Ebene gewährte, leitete Generalfeldmarschall von Mackensen mit seinem Generalstabschef, General Tappen, die Kampfhandlung. Auf dem rechten Flügel führte die bulgarische Kavallerie ihre Aufgabe schneidig durch. Auch auf der übrigen bulgarischen Front arbeitete sich die Infanterie todesmutig an die feindlichen Gräben heran. Die türkischen Divisionen, denen Russen gegenüberstanden, stürmten noch am ersten Tage die feindlichen Stellungen, machten 1500 Gefangene und erbeuteten zwei Geschütze sowie mehrere Maschinengewehre.

Die schwerste Aufgabe fiel einer deutschen Division zu, die gegen Topraisar angesetzt war. Die rumänischen Stellungen waren vor dem Dorfe, teilweise tief einzementiert, wie ein Spinnennetz ausgebreitet und mit starken Kräften besetzt. Das konzentrische schwere Artilleriefeuer, das auf den Gräben und Zugangswegen lag, konnte naturgemäß nur gegen einen Teil der weitverzweigten Anlagen wirken. Der Infanterieangriff hatte vor der feindlichen Stellung kilometerweit flachen, steppenartigen Boden zu überwinden. Es war somit dem Teil der feindlichen Verteidigungswerke, der von unserer Artillerie nicht gefaßt war, ein leichtes, sich der ungedeckt nähernden Schützen

zu erwehren. Zweieinhalb Tage hat ein pommersches Reserveregiment hier dem Feuerhagel des verschanzten Gegners getrotzt und ihm mit zähester Verbissenheit im schrittweisen Vorrücken die Vorstellung und dann die Hauptbefestigungen entrissen. Der gefeierte Sturm bei St. Privat hat hier seine Auferstehung gefunden. Das Gelände war hier bei Topraisar freilich noch ungünstiger als dort, die Verteidigungskraft des Feindes durch die neuzeitliche Technik verstärkt. Nachts arbeiten sich die Kompanien an die Hindernisse heran. Sie versuchen, Sturmgassen in die Drahtverhaue zu schneiden. Der Gegner bemerkt die Annäherung und streut die Feuergarben über den Boden hin. Von den 24 Mann einer vorgeschobenen Offizierspatrouille bleiben drei Mann übrig. Es sind Stunden höchster Nervenanspannung. Der Tag bricht an. Die vordersten Schützen krallen sich regungslos in der schwarzen Erde fest. Das Feuer flutet über sie hinweg. Sie können nicht vorwärts, nicht rückwärts. An Munitionsnachschub und Nahrung ist nicht zu denken. Aber dem Feind steckt ihre sprungbereite Nähe lähmend in den Gliedern.

Am dritten Vormittag wird das Dorf von den Nachbarregimentern im Osten umfaßt. Zwei Kompanien sind schon am östlichen Dorfrand. Da bricht die feindliche Mauer zusammen. Nun springen die Pommern auf, durchschneiden den Draht und nehmen die Verfolgung auf.

Unsere Artillerie fährt vor. Dünne deutsche Schützenketten treiben den geschlagenen Feind vor sich her, der in etwa 20 Linien, dicht wie ein Ameisenhaufen, kopflos vor ihnen flüchtet, Artillerie und Bagage zwischen den Reihen. Seine Verluste sind in dem übersichtlichen Gelände überaus schwer. Was nicht mitkommt, wird im Stich gelassen. Plötzlich stockt das fliehende Heer. Am Horizont taucht russische Kavallerie auf. Sie haut auf die Ausreißer ein und will sie zurücktreiben. Aber die Kugeln unserer Musketiere haben mehr Gewalt über ihre Seelen als die Kosakenpeitschen. Nach einem kurzen, hilflosen Zaudern geraten die Massen wieder in Fluß, und die feindliche Kavallerie kneift mit ihnen aus.

Unter den 3300 Gefangenen der ersten beiden Tage waren 3000 Russen. Die Rumänen ließen sich lieber auf der Flucht aus nächster Nähe erschießen, als daß sie sich ergaben. Man hatte ihnen erzählt, daß sie in der Gefangenschaft grausam umkämen. Auffällig ist ferner, daß sich unter den Gefangenen nur zwei Offiziere befanden. Es werden durch diese Tatsache die Aussagen ihrer Soldaten bestätigt, daß sich die vor dem Krieg so ruhmredigen Offiziere während des Kampfes bescheiden im Hintergrund hielten und die Kompanien durch Feldwebel oder Unteroffiziere befehligen ließen. Doch als es nach rückwärts ging, waren sie die Vordersten.

III.

Verfolgung.

Nachdem die feindliche Dobrudscha-Armee bei Topraisar den letzten sicheren Halt verloren hatte, wurde sie die leichte Beute ihrer Verfolger. Der Sieg war erfochten. Die weitere Aufgabe war, ihn zur Vernichtung des Feindes auszunutzen. Die äußerste Kraftanstrengung wurde gefordert, um in der augenblicklichen Machtüberlegenheit den moralisch erschütterten, erheblich geschwächten Gegner lange in der Hand zu behalten, ihm weitere Verluste zuzufügen und sich indessen die neue Linie, die angestrebt wurde, zu sichern. Man konnte auch in diesen Tagen beobachten, daß die Rumänen, die sich bei Topraisar durchaus tapfer geschlagen hatten, die Nerven verlieren und zum Spielball fremden Willens werden, sobald sie von dem ihnen zugewiesenen Platze losgelöst sind.

Am Nachmittag des 21. Septembers, als die Verfolgung begann, ging ein schweres Ungewitter auf das Kampfgelände nieder. Die Elemente wetteiferten mit den Feuerkräften der Menschen. Die Donnerschläge mengten sich mit dem Lärm der Geschütze. Obwohl der Wetterumschlag besonders der Artillerie das Nachstoßen erschwerte, blieb man dem Feind in froher Siegesstimmung auf den Fersen. Über den weithin schimmernden Häusern von Konstanza flatterte eine schwarze Rauchfahne im Wind. Bei den Gefechten mit der feindlichen Nachhut war ein Öltank in Brand geraten. Von See aus legten 7 russische Kriegsschiffe schweres Geschütz auf den Küstenstrich, ohne eine Wirkung zu erzielen. In der Ferne wogten die feindlichen Linien davon. Es war besonders in der Nacht äußerst schwierig, sich in dem eintönigen Gelände zurechtzufinden, in dem kein Baum, kein Brunnen, kein Gehöft einen Anhaltspunkt für die Orientierung gab. Die spärlichen Dörfer liegen zumeist in Mulden versteckt. Die einzigen Merkzeichen sind die »Tumuli«. Man nimmt daher vielfach an, daß diese kleinen Erderhebungen, denen man öfters am Wege begegnet, von den Römern als Wegweiser und Signalstationen angelegt wurden. Auch die Überreste der Trajanswälle, die unsere Truppen in diesen Tagen durchschritten, legen Zeugnis ab von der altrömischen Kriegskunst und ihren gewaltigen Maßen. Mehrfach hintereinander sind in massigen Erdbauten Verteidigungswerke angelegt, deren jedes aus zwei Wällen und einem tiefen Graben besteht. Sie sind durch flankierende Gräben und Riegelstellungen auch als Einzelbollwerke verwendbar.

An den verwachsenen Böschungen entlang zieht sich die Eisenbahnlinie Konstanza–Tschernawoda, die Lebensader Rumäniens, die die reichen Erträgnisse des Binnenlandes dem Meere und damit dem Weltmarkte zuführte. Während des Krieges war sie als einer der wenigen Verbindungswege zu dem verbündeten Rußland für Rumänien von größter militärischer Bedeutung. Sie war bis zuletzt auch die Basis der feindlichen Dobrudscha-Armee gewesen. Unsere Flieger hatten öfter beobachtet, daß der Verkehr über die Brücke bei Tschernawoda eine viertelstündige Zugfolge aufwies. In größter Hast jagten nunmehr mit schrillen Pfiffen die letzten Züge über die Strecke, und es hat die pommerschen Musketiere schwer geärgert, daß ihnen der letzte, mit drei Lokomotiven bespannte Zug in weiter Entfernung entwischte, bevor die Artillerie heran war. Viel entkam mit ihm nicht; denn die Nebengeleise an der ganzen Linie standen noch mit Wagen und Lokomotiven gedrängt voll.

Es blieb dem Feind auf seinem überstürzten Rückzug keine Zeit, Konstanza in den vorbereiteten Stellungen zu verteidigen. Er war zufrieden, wenn er sich selbst in Sicherheit bringen konnte. So fiel als erste wertvolle Frucht der Durchbruchskämpfe vom 19. bis 21. Oktober zwei Tage später die rumänische Hafenstadt ohne ernsten Widerstand in die Hände der verfolgenden Truppen. Am Mittag des 23. Oktobers rückten deutsche und bulgarische Infanterie zusammen mit bulgarischer Kavallerie in die Stadt ein. Die vor dem Hafen liegende russische Flotte gab Volldampf und ging mit der unabgelieferten

Ware ihrer Transportdampfer gen Nordosten hinter den Wasserrücken in Deckung. Unbeschädigt fielen die reichen und kostbaren Vorräte dieses riesenhaften Warenstapelplatzes in die Hände des Siegers.

Kurze Zeit nach der Einnahme von Konstanza fällt auch Medgidia, die bedeutendste Handelsstadt an der Bahnlinie, in die Hände der nachdrängenden Verfolger. In Eilmärschen wird der Brückenkopf Tschernawoda umstellt. Wieder wird ein Handstreich gewagt, um ihn möglichst rasch und verlustlos in Besitz zu bekommen. An demselben Tage, an dem der Oberbefehlshaber dem bulgarischen General des linken Flügels Weisung erteilte, »dem weichenden Gegner dichtauf und unverzüglich folgend, ist in Rasova und Tschernawoda einzudringen; ich erwarte, daß Rasova und Tschernawoda heute abend genommen sind«, traf bei ihm die Nachricht ein, daß der Befehl ausgeführt sei. In Tschernawoda waren einige rumänische Bataillone, die ahnungslos in ihre Kaserne marschierten, mit den einrückenden Bulgaren zusammengestoßen. Es folgte ein zweistündiger Straßenkampf, bei dem die Rumänen größtenteils aufgerieben wurden. 700 Mann wurden gefangengenommen. Der Versuch des Feindes, die Donaubrücke zu sprengen, mißglückte. Die Bogen, die über den Strom selbst führen, sind nicht zum Einsturz gebracht. Auf der westlichen und mittleren Strecke dieser längsten Brücke der Welt ist über einem See und einem Nebenwasser der Donau ein Stück eingerissen. Mit dem Fall von Tschernawoda ist die gesamte Bahnlinie im Besitz der verbündeten Truppen. Unverzüglich wurde der Vormarsch fortgesetzt und die Front weiter nordwärts geschoben, um den heiß erstrittenen wertvollen Besitz gegen feindliche Gegenmaßnahmen zu sichern.

Der Generalfeldmarschall leitete mit seinem Generalstabschef in vorderer Linie die Verfolgungsgefechte. Er hatte als alter Reitergeneral die Genugtuung, die deutsche und bulgarische Kavallerie wiederholt mit größter Wirkung einsetzen zu können. Die Zahl der Gefangenen, die Beute wuchs täglich. Zwei sibirische Schützendivisionen, die eben eintrafen, wurden in das Verhängnis mit hineingerissen. Als gelehrige Schüler ihrer russischen Rückzugsmeister steckten die Rumänen im eigenen Lande alles, was ihnen in den Weg kam, in Brand, jedes Wohnhaus, jeden Strohschober. Nur der Eile ihres Besuches hatten es die Dörfer zu verdanken, daß sie größtenteils verschont blieben.

Bei dem Vorgehen durch die kniehohen Stoppeln abgeernteter Maisfelder fielen nur vereinzelte Schüsse. Zuweilen stieß man jedoch in Mulden auf neueingesetzte rumänische oder russische Verbände. Es genügte dann meist ein kräftiger Hurraruf, ihnen eine stramme Kehrtwendung beizubringen. Die russischen Divisionen bestanden aus halbwüchsigen Jungens, die zum erstenmal ins Feuer kamen. Für unsere Bataillone, die fast täglich die Frontrichtung wechselten, um einzelne Teile der feindlichen Kräfte abzuschneiden, bildete in dem gleichförmigen Gelände am Tage die Rauchwolke, in der Nacht der Feuerschein des brennenden Tanks von Konstanza den Kompaß.

Die geschlagenen Divisionen der Russen und Serben flohen auf Tulcea, die der Rumänen auf Hârsova und Brăila zu, wo erhebliche Verstärkungen erwartet wurden. Bulgarisch-deutsche Kavallerie- und Infanterieabteilungen stießen in den Norden der Dobrudscha nach, um den Feind so lange zu beschäftigen, bis in ihrem Rücken die vorläufig erstrebte Linie, der nach ungehinderter Wahl alle Vorteile des Geländes nutzbar gemacht wurden, durch Feldbefestigungen gesichert war. Erst dann wurden die Vorhuten in diese Stellungen zurückbefohlen. Der Feind fühlte überaus vorsichtig nach. Und wenn er wieder eines der freigewordenen Dörfer besetzt hatte, war er in der glücklichen Lage, in seinem amtlichen Heeresbericht von seinem siegreichen Vorrücken in der Dobrudscha und der Eroberung neuer Ortschaften erzählen zu können.

In der nördlichen Dobrudscha erlebten die deutschen Truppen, an deren Bedürfnislosigkeit größte Anforderungen gestellt worden waren, eine freudige Überraschung. In sauberen, im Grünen gebetteten Dörfern, die von der Umgebung merklich abstachen, trat ihnen, wie ein Traumbild, ein Stück Heimat entgegen. Der Fleiß, die Ordnungsliebe, der Sinn für Reinlichkeit und Behaglichkeit ist das unverwüstliche deutsche Blutvermächtnis dieser Kolonisten, die fremde Regierungen besonders gern dahin riefen, wo es galt, von Natur schwierigen, aber bei Tüchtigkeit lohnenden Boden urbar zu machen. Anfang der 1870er Jahre hatte die Türkei deutschen Bauern, denen in Beßarabien der Ackerbesitz schon etwas eng wurde, hier kostenlos Land angeboten. Im Laufe der Jahre sind alsdann in der Dobrudscha etwa 14 wohlhabende deutsche Dörfer entstanden mit wohnlichen, geweißten Häusern, gepflegten Stallungen, mit Zier- und Gemüsegärten, einer schmucken Kirche und wohlausgerichteten Baumalleen in der Dorfstraße. Die wehrfähigen deutschen Ansiedler sind in die rumänische Armee eingereiht worden. Ein Teil von ihnen wurde in den Dobrudschakämpfen gefangengenommen. Ihr Ordnungssinn zeigte sich auch hierbei. Sie stellten sich, als sie gesammelt wurden, sogleich nach Dörfern getrennt auf.

In zweimonatigen angestrengtesten Kämpfen ist mit dem größten Teil der Dobrudscha die erstrebte wichtige Bahnlinie Konstanza–Tschernawoda mit ihren reichen Vorratskammern in den Besitz der verbündeten Truppen gelangt. Die Beute des Feldzuges umfaßt zur Zeit[1] an Gefangenen 513 Offiziere, 37 600 Mann, 170 Geschütze, davon 38 schwere, 170 Maschinengewehre, große Mengen Materials und ungeheuer wertvolle Vorräte aller Art. Auch für das wirtschaftliche Durchhalten des Vierbundes ist somit der hier erfochtene militärische Sieg von größter Bedeutung.

Der rumänisch-russische Offensivplan gegen Bulgarien ist im Keim erstickt worden. Auch hier bewährte sich das alte Gesetz, daß die beste Verteidigung der Hieb sei. Der Weg nach Konstantinopel ist weiter als je. Dabei hatten die Rumänen für ihren Aufmarsch und Nachschub ein weit kürzeres und leistungsfähigeres Bahnnetz zur Verfügung. Sie hatten den Vorteil der inneren Linie und konnten ihre Truppen je nach Bedarf in Siebenbürgen oder in der Dobrudscha einsetzen. Sie haben sie aber in ständiger nervöser Unsicherheit mißbraucht. Das taktische Geschick unserer Heeresleitung und Truppenführung hat es erreicht, daß die rumänischen Divisionen, die das Übergewicht schaffen sollten, in Zeitpunkten der Entscheidung jeweils auf der Eisenbahn saßen.

Die Eroberung von Tutrakan.

Veröffentlicht am 14. Oktober 1916.

Nach den um die Wende August-September vorliegenden Nachrichten waren in der Dobrudscha und in dem wichtigen Donaubrückenkopf Tutrakan zunächst nur verhältnismäßig schwache feindliche Kräfte

[1] Mitte Dezember 1916.

versammelt. Sie überraschend anzugreifen, versprach einen schönen Erfolg. Dem linken Flügel der bulgarischen Armee fiel die Aufgabe zu, die ersten starken Schläge gegen den neuen Feind zu führen; abgesehen davon, daß bei Tutrakan die feindlichen Kräfte am schnellsten zu treffen waren, mußten die Rumänen durch Wegnahme dieses Brückenkopfes gezwungen werden, mindestens bis Silistria zurückzugehen. Wie die späteren Ereignisse[1] zeigen, trafen aber die ersten Schläge so gut, daß auch dieser wichtige Platz kampflos geräumt werden mußte.

Demgemäß war von dem Oberbefehlshaber der verbündeten deutsch-bulgarischen Truppen in Nordbulgarien, Generalfeldmarschall v. *Mackensen*, die Versammlung der *bulgarischen* Armee befohlen worden, so rechtzeitig, daß bereits für den 2. September früh der Vormarsch starker Kräfte aus dem Raum westlich Karaac in die Linie Kasimlar–Ahmatlar–Belica–Mese Mahle angeordnet werden konnte. Diese Teile hatten die Aufgabe, die Süd- und Südwestfront der Festung anzugreifen, während *deutsche* Truppen, die Abteilung des Majors Frhr. v. H.[2], verstärkt durch mehrere Bataillone bulgarischen Landsturms, den äußersten linken Flügel bildete. Die Mitte unter dem Befehl des Abteilungsführers bildeten die deutschen Kräfte, denen sich rechts und links zwei Gruppen unter bulgarischer Führung anreihten. Auf dem rechten Flügel sicherten Ulanen und deutsche Artillerie den Raum zwischen Abteilung H. und der benachbarten bulgarischen Division. Diese wurde am 3. September morgens in der Linie Denicler–Mese Mahle–Sijahlar gemeldet, während Abteilung H., die, wie befohlen, am 2. die Grenze überschritten hatte, sich mit der mittleren Gruppe östlich Türk Smil befand.

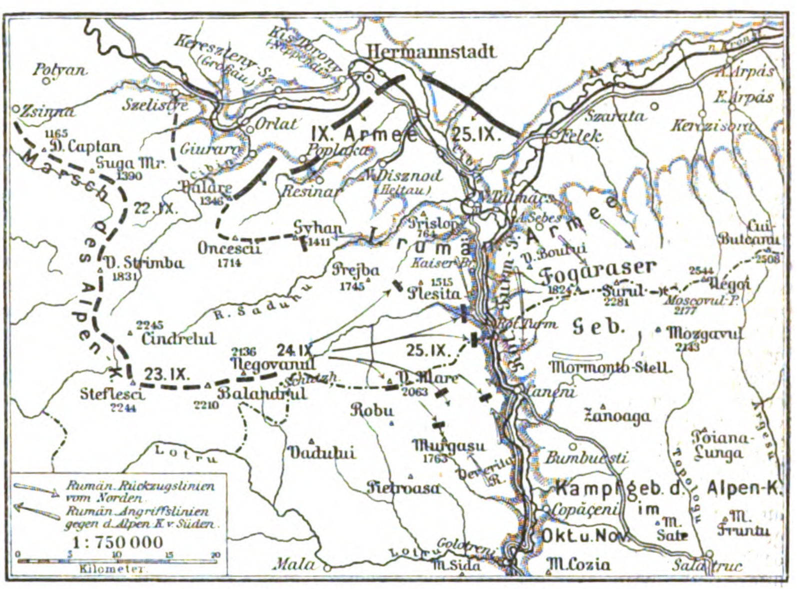
Die Eroberung von Tutrakan.

Im Laufe des 3. und 4. Septembers schoben sich die bulgarischen Hauptkräfte näher an den Brückenkopf heran; das Dorf Dajdir wurde im Sturm genommen. Da der linke Flügel der Abteilung H. nördlich der Straße *Rustschuk–Tutrakan* in völlig offenem Gelände unter starkem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer vom jenseitigen Donauufer und von Kanonenbooten auf der Donau aus zu leiden hatte, war das Vorwärtskommen auch für die mittlere deutsche Gruppe schwierig. Dennoch gelang es ihr, am 4. September Höhe 131, westlich Staroselo, zu nehmen und an ihrem Westhange ihre Artillerie in Stellung zu bringen. So waren die Vorbedingungen für den eigentlichen *Angriff auf die innere Fortlinie* für den 5. September gegeben. In diese wurde die erste Bresche durch die bulgarische Brigade auf dem rechten Flügel geschlagen. Fort VIII westlich Antimovo fiel durch Sturm in die Hand der tapferen Bulgaren, es folgten an demselben Tage die Werke V, VI und VII. Vor der Abteilung H. waren in der Nacht vom 4. zum 5. September die feindlichen Vorposten auf die stark befestigte Höhenstellung östlich der Straße Sijahlar–Tutrakan zurückgegangen. Ein deutsches Bataillon besetzte entschlossen den Ostrand von Staroselo, und bald darauf hatten auch die bulgarischen Truppen rechts und links Gelände gewonnen. Am 5. September vormittags eröffnete die deutsche Artillerie das Feuer auf Werk II (Höhe 109) und die Stellungen nördlich und südlich dieses Werkes. Bis zum Mittag hatte sich deutsche Infanterie bereits bis auf 400 Meter an Fort II herangearbeitet, und 5 Uhr 30 Minuten nachmittags war es in der Hand der Deutschen. Fünf Panzergeschütze wurden hier mit stürmender Hand genommen, wovon eines auf den fliehenden Feind verwendet werden konnte.

Mit 41 Bataillonen, 20 Batterien und 6 Eskadrons hatte der Feind geglaubt, die für ihn so wichtige Brückenkopfstellung halten zu können, dazu in mehreren hintereinander liegenden, besonders stark mit allen technischen Mitteln ausgebauten Infanteriestellungen, die mit 6—7 m breiten Drahthindernissen, Wolfsgruben usw. versehen waren. Am Abend des 5. Septembers waren die Forts II—IX, die Hauptstellung, genommen. Für den folgenden Tag war geplant, mit dem linken Flügel über *Höhe* 62 vorgehend, die Division zum Angriff gegen die *letzte Stellung* der Rumänen vorzuführen. Abteilung H. erhielt den Befehl, die nördlichsten Werke 0 und I zu

[1] Vgl. S. 221 ff. — [2] Vgl. S. 222.

nehmen. Die Abteilung, die bis zum 5. Sept. abends die Front nach Nordosten hatte, nahm nun die Front nach Norden und setzte am nächsten Tage vormittags aus Linie Höhe 62 – Werk II erneut den Angriff an. 1 Uhr nachm. hatte sie die Stellungen nördlich Werk II in unwiderstehlichem Ansturm genommen, eine Panzerbatterie und eine lange Kanonenbatterie auf dem Rücken, der sich von Tutrakan nach Südwesten zieht, erobert. Ein letzter verzweiflungsvoller Stoß des Feindes, der bei Höhe 62 durchzubrechen versuchte, wurde abgewiesen. Inzwischen hatten auch die Bulgaren im Südosten und Osten der Stadt den eisernen Ring geschlossen. 8 Uhr abends rückten als Erste deutsche Kompanien in die Stadt ein. Etwa 28000 Gefangene, über 400 Offiziere, darunter 3 Brigadegenerale, über 100 Geschütze, darunter viele schwere, und zwei Fahnen waren die Beute. Auf ein deutsches Bataillon entfielen allein 15 Geschütze, darunter 4 Krupp-sche lange 15 cm-Ringkanonen Modell 88 und vier 10 cm-Skoda-Haubitzen 04, alle in Schirmlafetten, große Mengen von Artillerie- und Infanteriemunition, Gerät und Ausrüstungsstücke.



Hermannstadt und die Kämpfe um den Rotenturmpaß.

Die Operationen des Alpenkorps vom Rotenturmpaß bis Titu.

Veröffentlicht am 25., 26. und 27. Januar 1917.

I.

Die Sperrung des Rotenturmpasses.

Am 19. September übernahm General der Infanterie v. Falkenhayn den Oberbefehl über die 9. Armee und leitete nach den Weisungen der obersten Heeresleitung die Maßnahmen zur Umfassungsschlacht bei Hermannstadt ein.

Am 26. September sollte der starke rechte Armeeflügel in Anlehnung an das Gebirge südlich Orlat den an den Nordhängen der Berge stehenden Gegner aufrollen; die Front sollte beiderseits über Hermannstadt angreifen. Der linke Armeeflügel hatte, unter Behauptung seiner Stellung auf dem rechten Alt-Ufer östlich Hermannstadt, Kräfte über den Fluß vorzutreiben, die nach Vorstoß in südlicher Richtung nach Westen eindrehen und dem feindlichen rechten Flügel ein Ausweichen in das Fogaraser Gebirge verwehren sollten.

Der Alpenkorps-Division fiel die schwere Aufgabe zu, durch Vorgehen gegen den Rotenturmpaß die einzige Rückzugsstraße abzuschneiden, außerdem mit Teilen den rechten Armeeflügel im Angriff zu unterstützen und ein Entkommen des Gegners in südwestlicher Richtung zu verhindern. Hierzu stellte das Alpenkorps eine besondere Gruppe in Gegend Szelistye bereit, während die rechte Kolonne in aller Stille und vom Feind unbemerkt am 22. September aus dem Gelände von Zsinna (35 km westlich Hermannstadt) den Vormarsch in das Gebirge antrat.

Über die Bergrücken des D. Captan (1165 m), Guga Mr. (1399 m) und Varful Strimba (1831 m) erreichte die Vorhut am Abend des folgenden Tages das Gelände des Cindrel (2245 m), ohne auf feindlichen Widerstand zu stoßen. Nach anstrengendem vierzehnstündigem Marsch auf steilen, mit Felstreppen durchsetzten, im Hochwald mit Unterholz überwucherten und durch Windbrüche gesperrten Saumpfaden gelangte das Alpenkorps — vom Streflesti (2244 m) nach Osten eindrehend — spät in der Nacht zum 25. September bis in das Gelände des Negovan (2136 m) und schob Vortruppen gegen die im einspringenden Grenzwinkel liegende »Schutzhütte« (1736 m) vor. Über die Linie Varful Mare (2063 m) – Prejba (1745 m) entfaltete sich am folgenden Abend die Marschkolonne zum Vorgehen gegen den Rotenturmpaß unter Sicherung der rechten Flanke gegen von Süden über das Gelände Pisku Vatafal – Mont Rob zu erwartenden Angriff. Da am folgenden Tage die vom linken Armeeflügel vorgetriebenen Kräfte die Gegend westlich und südlich Szarata erreichten, war die strategische Einkesselung der rumänischen »Alt-Gruppe« (General Manolescu) vollzogen.

Gegen die Paßstrecke Caineni – Bahnbrücke nördlich dieses Ortes wurde das von Prinz Heinrich von Bayern geführte Bataillon des bayerischen Leib-Infanterieregiments vorgeschoben. Ein weiteres Bataillon stieß gegen die rumänische Paßgrenze vor, während eine Kompanie dieses Bataillons über den Prejba gegen den Nordeingang des Passes marschierte. Das gegen den südlichen Paßausgang entsandte Bataillon hatte bereits 6 Uhr nachmittags sein Ziel erreicht und die dortige Bahnstrecke durch Sprengung unterbrochen. Der Roteturmpaß war nunmehr von

Süden **abgesperrt**. Eine bereits von Norden in den Paß eingebogene rumänische Kolonne fand den Weg nach Süden verlegt, den Ausgang nach Nordosten auf Szarata gesperrt. Sie machte in Unordnung kehrt und eilte im Galopp wieder nach Norden zurück. Damit begann die Panik in den Bewegungen der feindlichen Kolonnen und Trains. Die am 26. September durchgeführte Sperrung des Passes hatte in den nächsten Tagen ernste Kämpfe zur Folge. In letzter Stunde hatte der Gegner die ihm drohende Gefahr erkannt und versuchte nun durch Vorstoß stärkerer Kräfte gegen das Alpenkorps das Unheil abzuwenden: Er raffte von allen Seiten noch verfügbare Kräfte zusammen und begann eine Reihe verzweifelter Gegenangriffe.

Von Süden her griffen am 27. September nachmittags einige Kompanien unsere auf Mont Murgas (1763 m) stehende Sicherungskompanie an, wurden aber im wirksamen Feuer österreichischer Gebirgsgeschütze abgeschlagen. Südlich Caineni wurden Entsatztruppen ausgeladen, die über Caineni sowie aus dem Passe selbst zum Angriff vorgingen. Auch rumänische Artillerie griff in den Kampf ein. Stärkere Kräfte stießen am 28. September von Caineni nach Nordwesten und Südwesten gegen unsere Stellungen vor. Wiederholte, auch in der Nacht zum 29. September fortgesetzte Angriffsversuche zur Öffnung des gesperrten Passes blieben erfolglos. Auch von Norden her bemühte sich der umklammerte Feind verzweifelt, gegen die Flanke des Alpenkorps vorzustoßen. Die von Szelistye herangezogene Gruppe wehrte durch ihr Vorgehen über den Valare–Oncesc (1714 m)–Gyhan diese Gefahr ab: Vergeblich versuchte der von Norden gegen das Gebirge geworfene Feind sich durch die schwachen Abteilungen des Alpenkorps den Weg nach Süden zu bahnen. Am 28. Sept. wurde in wiederholten Sturmangriffen und im blutigen Handgemenge der hartnäckigen Widerstand leistende Feind auf der ganzen Front der bis in das Gelände N. Talmacs vorstoßenden 9. Armee auf den Nordeingang des Passes zurückgeworfen.

Unbeschreiblich wurde die Panik der in den Paß hineingedrückten und in seinem Eingang sich stauenden Massen. Kolonnen, Geschütze und Munitionswagen stießen im verheerenden Infanterie- und Maschinengewehrfeuer des Alpenkorps auf eine in der Gegend des Kaiserbrunnens quer über die Paßstraße gezogene Sperre. Auf den Knäuel der sich hier im Feuer anhäufenden Massen drückten die zurückflutenden Truppen von Norden. Von Stunde zu Stunde wurde der Druck des Angriffs von Norden und die Panik im Passe stärker fühlbar. Östlich der Bahnlinie flüchteten Teile des geschlagenen Heeres in das Fogaraser Gebirge.

Die am 26. September eingeleitete **Umfassungsschlacht** war am 30. September mit der Vernichtung starker Teile der 1. rumänischen Armee **beendet**. über 40 Bataillone und 16 Feldbatterien wurden zersprengt oder flüchteten in Auflösung in das Gebirge nach Südosten. Der kühne Gebirgsmarsch des Alpenkorps und die Sperrung des Rotenturmpasses ohne Rücksicht auf dauernde feindliche Gegenangriffe von Süden, Osten und Norden ermöglichte die Verwirklichung des Vernichtungsgedankens, den die oberste Heeresleitung ihren Weisungen an die Armeeführer zugrunde gelegt hatte.

II.

Die Kämpfe um den Rotenturmpaß.

In den letzten Tagen der Schlacht bei Hermannstadt leitete der Feind zur Entlastung der umklammerten 1. Armee einen **Offensivstoß** seiner 2. und Nordarmee aus dem **Fogaraser Gebirge** und nordöstlich ein. Während im Görgeny-Gebirge der Angriff abgeschlagen wurde, mußte auf dem Südflügel eine österreichisch-ungarische Kavalleriedivision dem Druck nachgeben. General v. Falkenhayn entschloß sich sofort zu neuem Angriff. Unmittelbar aus der Umfassungs- und Angriffsoperation bei Hermannstadt wurden die Hauptkräfte der 9. Armee in nordöstlicher Richtung abgedreht und zum Vorstoß gegen den verfolgenden linken Flügel der rumänischen 2. Armee auf die von Hermannstadt nach Fogaras und Schäßburg (Szegesvar) führenden Straßen angesetzt.

Dem Alpenkorps fiel die Aufgabe zu, mit den in der Verfolgung auf den Rotenturmpaß begriffenen und dem Korps nun unterstellten Teilen der 9. Armee beiderseits des Passes bis auf den Gebirgskamm vorzustoßen und die Sicherung nach Süden in allgemeiner Linie Streflesti–Westhang des Sur zu übernehmen.

Während des herrlichen Kampf- und Siegeszuges der Armee Falkenhayn durch den Geisterwald nach **Kronstadt** rang das Alpenkorps in erbitterten Gefechten um die steilen Höhen östlich und westlich des Passes. **Zwei Brennpunkte** hoben sich in den nun folgenden Tagen schwerer Kämpfe hervor: Westlich des Passes die **Höhenstellungen** in Linie **Mont Murgas** (1763 m)–D. Vadului (1531 m), östlich des Alt die Angriffe zur Gewinnung des Gebirgskammes westlich des Sur.

Am 1. Oktober erneuerte der Feind seine bis dahin vergeblichen Angriffe gegen die Linie Caineni–Mont Rob, während auf den von Süden heranführenden Bahn- und Straßenlinien neue Kräfte im Anmarsch waren und auch im Rücken unserer Stellungen versprengte Abteilungen sich nach Süden durchzuschlagen versuchten. So griff in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober ein feindliches Bataillon mit Teilen einer Kolonne aus den Waldungen nördlich des Vadului unsere Sicherungsabteilung plötzlich im Rücken an. Nach heftigem Kampf und unter Verlust von 100 Gefangenen entkam ein Teil dieses Bataillons (vom rumänischen Infanterieregiment 49) nach Süden. An demselben Tage wurden vereinzelte Angriffe gegen den Mont Murgas und Vorstöße stärkerer Kräfte gegen den Vadului abgeschlagen, nachdem hier der Gegner unsere Sicherungslinie bereits durchbrochen hatte. Ein am 5. Oktober angesetzter eigener Gegenangriff am Murgas und Vadului stieß auf überlegenen Feind, brachte auf dem rechten Flügel aber einigen Geländegewinn. Der 7. **Oktober** brachte einen erfreulichen Fortschritt: etwa 2 feindliche Bataillone griffen vom Nachmittag bis in die Nacht wiederholt zwei am Vadului stehende bayerische Kompanien an. Nach hartem Kampf mußte sich unter starken Verlusten der Feind in das **Caineni-Bach-Tal** zurückziehen, während gleichzeitig vom Passe aus rumänische Abteilungen vom Osthang des Vadului vertrieben wurden.

Zur Gewinnung der Sicherungslinie östlich des Passes war eine Gruppe über die Linie rumänische Paßgrenze–Varful Boului (1166 m) angesetzt worden, unterstützt durch eine Stoßgruppe aus Gegend Also-Sebes (6 km südöstlich N. Talmacz). Starke feindliche Kräfte mit zahlreichen Maschinengewehren, Gebirgs- und schwerer Artillerie hatten sich auf dem Kamm des Fogaraser Gebirges zwischen Sur und Altfluß eingegraben. Kälte und heftige Schneestürme erschwerten den Anstieg und den Vorstoß. Die am 10. Oktober planmäßig angesetzten Angriffe gegen

Höhe 1824 (6 km westlich des Sur) kamen im umfassenden Feuer des Verteidigers zunächst zum Stehen. Inzwischen war die 9. Armee durch den Geisterwald und über Kronstadt vorgestoßen, hatte die 2. rumänische Armee völlig geschlagen (9. Oktober) und in das Gebirge zurückgeworfen. Auch die rumänische Nordarmee wich in östlicher Richtung aus. Zur Öffnung der in Feindesland führenden Paßstraßen befahl General v. Falkenhayn den allgemeinen Vormarsch über die Linie Câmpulung-Sinaia und durch das Bodzatal. Das Alpenkorps erhielt die Weisung, die Rotenturm-Paßstraße zu öffnen und zunächst nach Gegend Curtea de Arges vorzugehen. Für diese Operation wurde aus dem Alpenkorps und zwei inzwischen herangeführten k. u. k. Gebirgsbrigaden die Gruppe Krafft v. Delmensingen gebildet. Aus den Kämpfen zur Gewinnung örtlicher Sicherungsabschnitte mußte nun zum Angriff mit weitem Ziel angetreten werden.

Der stark befestigte und hartnäckig verteidigte Paß war nur durch ausholende und wiederholte Umfassungsbewegungen über die Gebirgszüge zu öffnen. Generalleutnant Krafft v. Delmensingen entschloß sich, den Hauptdruck auf das Gelände östlich des Passes zu legen. Ein Vorstoß aus dem Fogaraser Gebirge sollte zunächst die starke Mormontastellung umfassen und später Hand legen auf die nach Curtea de Arges führende Straße. Da aus taktischen Erwägungen der Hauptangriff auf dem westlichen Altufer nicht in Frage kam, aus dem Fogaraser Gebirge aber keine einzige fahrbare Straße für den Nachschub zur Verfügung stand, wurde als erstes und nächstes Operationsziel die Gewinnung der wichtigen Straßenabschnitte Caineni-Golotreni und Caineni-Salatruc betrachtet. Als linke Stoßgruppe wurde eine Gebirgsbrigade (k. u. k. 2.) über den Moscovpaß in Richtung Mont Frunt angesetzt. Sie trat unmittelbar nach starken Märschen, die teilweise innerhalb 30 Stunden 63 km vorwärts geführt hatten, aus Gegend Felek (am Alt südöstlich Hermannstadt) den Anstieg zur Moscovscharte an und nahm am frühen Morgen des 17. Oktobers den Paß sowie die Höhe 2313 westlich des Passes im Sturmangriff. Auf dem rechten Flügel hatte inzwischen die andere Gebirgsbrigade (k. u. k. 10.) im Vorgehen über den Mont Rob in Richtung Golotreni (an der Lotr-Mündung) am 16. Oktober die Pietroasa genommen, während die Besetzung des Veveritarückens erst am Abend gelang. Nach erbitterten Kämpfen und heftigen Gegenangriffen starker Teile der aufgefüllten rumänischen 13. Infanteriedivision mußte die gewonnene Linie zunächst wieder aufgegeben werden.

Zwischen den beiden Flügelgruppen kämpfte die Alpendivision frontal vom Altfluß bis zum Sur und gewann langsam Boden, da starker Schneefall im Fogaraser Gebirge die Bewegungen erheblich verzögerte. Die linke Flügelgruppe setzte ihren Vorstoß nach Süden fort und erreichte am Abend des 18. Oktobers Gegend Salatruc und nordöstlich — da bereitete ein Wettersturz am 20. Oktober dem Vorgehen ein Ende. Die Temperatur sank rasch auf 15 Grad Kälte. Ein rasender Sturm trieb dichte Schneemassen über die Höhen und bedeckte in wenigen Stunden die einzige Nachschubstraße der linken Gruppe im Moscovpaß mit einer 1½ m hohen Schneedecke. Der bisher für Tragtiere brauchbare Saumpfad wurde ungangbar. In Eile mußten aus Ersatzformationen Trägerkolonnen gebildet werden. In mühevoller Arbeit mußte Munition und Verpflegung durch den verschneiten Paß und über den Mont Frunt nachgeführt werden. In dieser kritischen Lage wurde die linke Flügelgruppe zur Verkürzung der gefährdeten rückwärtigen Verbindungslinie auf den Mont Frunt und später, da auch diese Stellung nicht mehr zu verpflegen war, auf die Poiana Lunga zurückgenommen.

In der Front trat inzwischen ein Umschwung der taktischen Lage ein: Der Feind begann unter dem Druck des bisherigen Vorgehens unserer linken Gruppe seine Stellungen östlich des Alt und am Osthange des Badului zu räumen. Unsere Truppen blieben dem stets erneuten und heftigen Widerstand leistenden Gegner hart an der Klinge, während auf dem rechten Flügel die Veveritastellung wiedergenommen wurde. Östlich des Passes wurde der Angriff gegen die beherrschende stark ausgebaute Mormontastellung als Schlüsselpunkt der hinter ihr liegenden befestigten Höhenlinie Bumbuesti-Zanoaga eingeleitet und durchgeführt. Nach wechselvollen heftigen Kämpfen ging am 28. Oktober der Feind mit etwa 10 Kompanien aus den bewaldeten Schluchten südöstlich des Mormontarückens zum Gegenangriff vor. Dichter Nebel begünstigte seinen Vorstoß bis auf etwa 30 m an unsere Stellungen. In dem dann plötzlich einsetzenden Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer flutete er in Panik und unter Zurücklassung von 350 Toten zurück. Ein von dem angegriffenen, kaum noch 300 Mann starken Jägerbataillon sofort angesetzter Gegenangriff brachte die ganze feindliche Front zum Wanken. Nachbargruppen schlossen sich an. In prachtvollem Draufgehen wurde noch am Abend die ganze Linie Zanoaga-Mormonta genommen. Mit drei eroberten Maschinengewehren fielen 15 Offiziere und über 400 Mann in die Hand des nur geringe Verluste erleidenden Angreifers.

Der bisherige, nur in großen und flüchtigen Umrissen gezeichnete Verlauf der Kämpfe des Alpenkorps zeigt wohl die besonderen Eigenarten dieser Operationen: In unzusammenhängenden Gruppen leistete auf stark befestigten Bergstellungen der Verteidiger heftigen Widerstand. Der eigentliche, bis zu 500 m breite Paß mit steilen Felswänden, häufig nur Raum lassend für das Flußbett, während Bahn- und Straßenzug in den Felsen gesprengt ist, wurde ebenfalls erbittert vom Gegner gehalten. Der frontale Angriff in der Talstraße gewann nur langsam und schrittweise Boden. Die Angriffe gegen die Höhenstellungen erforderten weit ausholende Umfassungsbewegungen. Oft konnte eine solche Gruppenstellung nur nach vorheriger Erstürmung weiter südlich gelegener Stellungen und durch Bedrohung im Rücken wirksam angefaßt werden. Erst die gefährdete Rückzugslinie veranlaßte die Verteidigungsgruppe zur Räumung ihrer Bergstellung. So ergaben die Kämpfe gewissermaßen ein schachbrettförmiges Operationsbild, über dessen Angriffsfelder der Vorstoß hier frontal, dort in der Diagonale, an anderer Stelle wieder von rückwärts geführt werden mußte. Die Vorbereitung und Durchführung derartiger Angriffe im winterlichen Hochgebirge und in Anlehnung an unzureichende, über verschneite Saumpfade geleitete Nachschublinien erfordert naturgemäß erhebliche Zeit. So sehen wir bisher und in der Folge die Gruppe Krafft über einen Monat hindurch in heftigen Einzelangriffen und im unermüdlichen schrittweisen Vorarbeiten zur Öffnung der Paßstraße und zur Gewin-

nung des Ausganges in Richtung Râmnic-Valcea und der Seitenverbindung nach Curtea de Arges.

Die Tage vom 6. bis 8. November brachten heiße Kämpfe, besonders auf dem östlichen Altufer in allgemeiner Linie Mont Sate–Perisani und südwestlich. Bis zum letzten Augenblick des Sturmangriffes setzte sich der Gegner hartnäckig zur Wehr. Südöstlich Perisani mußte am 7. November eine rumänische Kompanie bis auf zwei Mann im Handgemenge niedergemacht werden. Vor der Front einer einzigen Kompanie wurden 89 Tote gezählt. In Einrechnung der blutigen Verluste mögen allein die Einzelgefechte des 6. Novembers dem Gegner 1600 Mann gekostet haben. An diesem Tage hatte eine Brigade durch kühnen Flankenstoß vom Mont Sate das Becken von Perisani östlich des Alt geöffnet.

Am 9. November wurde mit der Einnahme der Mont Cozia-Stellung auf dem östlichen Altufer die schlimmste und schwierigste Stelle der Paßstraße überwunden. Nach Verstärkung der Gruppe Krafft durch eine neue Division wurde auf dem Westufer über den Lotr-Abschnitt um den 18. November das Gelände Varful Planestilor–Mont Sida, auf dem Ostufer die allgemeine Linie: Höhe nordöstlich Calimanesti und das Gelände beiderseits Straße Calimanesti-Unghureni sowie die Ghituhöhe (1632) erreicht. Nach dem erfolglosen Versuch durch Einsatz der rumänischen 7. Infanteriedivision dem vorstoßenden Alpenkorps nochmals Halt zu gebieten, wich der Gegner am 24. November auf der ganzen Front. Am folgenden Tage nahm der rechte Flügel des Alpenkorps Râmnic-Valcea, während die neu herangeführte Division dem Feinde die noch gehaltene Topolog-Stellung in kühnem Sturmangriff mit offen auffahrenden Batterien entriß. Am 27. November war der Gebirgsausgang des Rotenturmpasses geöffnet.

III.

Die Kämpfe bis Titu.

Am 27. November war die allgemeine Lage etwa folgende:

Die Donau-Armee der Heeresgruppe Mackensen hatte den Vedea-Abschnitt nach Nordosten überschritten und ging mit linkem Flügel von Alexandria gegen Draganesti vor. Ein Kavalleriekorps (Schmettow) war über Rosiori de Vede vorgestoßen und kämpfte mit Teilen etwa 20 km südöstlich Slatina. Vor einer aus nordwestlicher Richtung gegen den unteren Alt vorgehenden Gruppe (Kühne) räumte der Gegner seine Uferstellungen. Die Gruppe Krafft hatte mit rechtem Flügel den Topolog-Abschnitt südöstlich Râmnic-Valcea, mit linkem Flügel Curtea de Arges erreicht. Vor den Hauptkräften der mit rechtem Flügel nördlich Câmpulung stehenden 9. Armee ließ der feindliche Widerstand fühlbar nach.

Das Alpenkorps setzte die Verfolgung des schrittweise zurückweichenden Feindes über Gegend hart südlich Piteschti und über den Arges-Abschnitt Piteschti–Davidesti fort. Die Stadt Piteschti wurde am Vormittag des 29. Novembers durch den Magistrat übergeben. Bedeutende Vorräte an Benzin und Öl sowie 180 Eisenbahnwagen wurden hier erbeutet. Als nächstes Ziel der Verfolgung wurde Linie Ratesti (am Arges, 23 km südöstlich Piteschti)–Manesti (38 km südöstlich Câmpulung am Dâmbovitzafluß) angewiesen. Am 30. November abends war die Alpenkorps-Division im Waldgelände bei Davidesti zur Ruhe übergegangen — wie sich später herausstellte — mitten zwischen mehreren rumänischen Regimentern. In der Morgendämmerung wurde der überraschte Feind angegriffen und zersprengt. Er ließ über 800 Gefangene, 14 Geschütze und 100 Munitionswagen, darunter etwa 30 mit 21 cm-Granaten beladene, in der Hand des bayerischen Leib-Infanterieregiments.

Vor der ganzen Front der Gruppe Krafft leistete der durch schwere Artillerie unterstützte Feind kräftigen Widerstand. Am 30. November trat die 9. Armee aus dem Verbande der Heeresfront Erzherzog Joseph zur Heeresgruppe Mackensen über. Die Donau-Armee war mit linkem Flügel auf Mihalesti gegen den Arges vorgestoßen, während das Kavalleriekorps Schmettow in Gegend Baciu kämpfte und der linke Flügel der Gruppe Kühne über die Straße Piteschti-Giurgiu auf Selaru (54 km südöstlich Piteschti) vorging. Die nördlich Câmpulung kämpfende Gruppe der 9. Armee hatte feindliche Nachhuten über Câmpulung zurückgedrängt und leitete die weitere Verfolgung gegen Linie Targoviste–Valea Lunga (18 km nordöstlich Targoviste) ein.

Einem am 1. Dezember bis Ratesti durchstoßenden bayerischen Regiment der Gruppe Krafft fielen zwei in einem Kraftwagen heranfahrende Generalstabsoffiziere der 8. rumänischen Division in die Hände. Ein diesen Offizieren abgenommener Armeebefehl (Operationsbefehle Nr. 562 und 563 für 1. Dezember 1916) besagte unter anderem:

»Die erste Armee hat die Aufgabe, in den Stellungen zu kämpfen, welche sie einnimmt und sich zu halten um jeden Preis. Weiter hat die Armee die Aufgabe, alle Kräfte des Feindes an der Front aufzuhalten und alle Angriffe, die versucht werden, zurückzuweisen ... Von der heutigen Aktion hängt alles ab, das ganze Schicksal unseres Volkes. Ich bitte alle Offiziere und Truppen, auf ihren Posten zu sterben ... Ich rufe allen in Erinnerung, daß es gegen Feiglinge kein Mitleid gibt. Die Kommandanten der Armeekorps, Divisionen und detachierten Abteilungen werden summarisch vorgehen. Ohne Rücksicht auf den Rang werden alle sofort hingerichtet. Rettet euer schönes Vaterland von den Horden der Barbaren. Offiziere und Truppen der 1. Armee! Gott möge euch gnädig sein. Vorwärts mit Gott, für Land und König!

Kommandant der 1. operierenden Armee:
General Stratilescu.

Ein Schlaglicht fällt auf diesen Appell an die Tapferkeit durch Nr. 4 des Befehls Nr. 562:

»Jeder Truppenkörper, der sich in erster Linie befindet, hat Polizeiposten aus der Bataillonsreserve in Stärke von 20 guten Soldaten unter Führung eines Offiziers aufzustellen, damit sie zurückgehende und feige Elemente, die ihre Kameraden während des Kampfes verlassen, zurücktreiben können ... Gleichzeitig wird den Truppen bekanntgegeben, daß Befehl erlassen wurde, nach welchem die Maschinengewehre und Kanonen auf Fliehende gerichtet werden.«

Aus den Befehlen wurde weiter bestätigt, daß eine neu gebildete Stoßgruppe zum Angriff gegen die deutsch-bulgarische Donau-Armee vorging und daß vor der Front der Gruppe Krafft vier Divisionen standen. Die neue, durch den erbeuteten Armeebefehl bestätigte operative Lage bedingte neues und schnelles Handeln. General v. Falkenhayn entschloß sich sofort, nunmehr gegen beide Armeen vorzugehen. Die Gruppe wurde in der Mitte auseinandergefaltet, ihr linker Flügel dem vor Gruppe Krafft stehenden Feinde in den Rücken geführt, während der rechte Flügel gegen den Rücken des die Donau-Armee angreifenden Gegners angesetzt wurde. Aus dieser neuen Lage entwickelte sich vom 1. bis 3. Dezember die Schlacht am Arges.

Der Einbruch in die Walachei[1].

Veröffentlicht am 3. Februar 1917.

Die Operationen der Gruppe Kühne von Petroseny auf Slatina.

Nach dem Siegeszug der 9. Armee von Hermannstadt durch den Geisterwald bis über Kronstadt lag wohl der Gedanke nahe, nunmehr auf kürzester Linie nach Süden in Richtung Bukarest sowie vom Rotenturmpaß im Alttal vorzustoßen und damit das ganze Gebiet der Kleinen Walachei abzutrennen. Die rumänische Heeresleitung hatte sich mit ihrer Kräfteverteilung auf diesen voraussichtlichen Plan vorbereitet. Aber das »Unvorhergesehene« geschah. Statt des sofortigen Angriffs starker Kräfte von Norden auf Bukarest setzte ein unerwarteter Durchbruch an entfernter Stelle, im Vulkangebirge, ein.

Unter der Verschleierung einer bisher am Vulkan- und Szurdukpaß operierenden Gruppe (Kneußl) wurde der überraschende Vorstoß starker Angriffskräfte (Gruppe Kühne) vorbereitet. In Petroseny hatte der Oberbefehlshaber der 9. Armee mit Generalleutnant Kühne alle Maßnahmen zur Durchführung erwogen:

Eine beiderseits der Szurduk-Paßstraße vorbrechende Offensive sollte zunächst im Gelände von Târgu-Jiu die Gebirgsausgänge öffnen und offenhalten. Unmittelbar darauf sollte das selbständige Kavalleriekorps Schmettow nach Süden in das rumänische Hügelland vorgehen, um später den Vormarsch der Gruppe Kühne in allgemein südöstlicher Richtung auf der rechten Flanke zu begleiten. Für den 11. November war die Fortsetzung des Angriffs der ganzen 9. Armee etwa in folgender Weise gedacht:

Auf dem linken Donau-Ufer hatte die gegen die rumänische »Orsova-Gruppe« kämpfende Gruppe des k. u. k. Oberst von Szivo längs des Stromes nach Osten vorzugehen. Die Gruppe Kühne sollte die Offensive in Richtung Târgu-Jiu beginnen, während die Gruppe des Generals Krafft von Delmensingen mit starkem rechten Flügel den Angriff auf Râmnic-Valcea–Curtea de Arges weiterführte. Östlich anschließend sollten Angriffsgruppen den Vorstoß nach Süden auf Câmpulung und Sinaia fortsetzen.

Während die von der Gruppe Kneußl Ende Oktober genommenen Stellungen am Vulkan- und Szurdukpaß in allgemeiner Linie: Nordhang D. Seniuleului–Pienia und östlich gegen wiederholte heftige Angriffe gehalten wurden, arbeiteten Stäbe und Truppen in Anspannung aller Kräfte an der schnellen Verbesserung der aus dem Becken von Petroseny–Kimpulunyag über den Gebirgskamm führenden Verbindungen. In mühsamer Arbeit wurde der Anstieg in die Pässe vorbereitet. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhältnisse im Vulkanpaß. Auf den schlüpfrigen, mit glatten Felsstufen durchschnittenen, häufig mit 15—25 Grad ansteigenden Lehmstrecken hatte sich die Bewegung von Geschütz und Fahrzeugen selbst bei einer Bespannung mit 12 Pferden als undurchführbar erwiesen. Drahtseilwinden und andere technische Hilfsmittel mußten herangezogen werden. Bis zum 10. November waren die Angriffsvorbereitungen beendet.

Zur taktischen Einleitung der Offensive nahmen Teile der Gruppe Kühne zunächst die östlich der Szurduk-Paßstraße liegende Muncel-Stellung und eine südlich anschließende befestigte Kuppe (Urina Boului), während starke feindliche Angriffe gegen das Gelände der Gruha Mare, westlich der Vulkan-Paßstraße, abgewiesen wurden.

Am 11. November brach für die rumänische Heeresleitung überraschend der Angriff der Gruppe Kühne planmäßig aus dem Vulkangebirge vor. Auf beiden Flügeln war eine Division angesetzt: zwischen Vulkan- und Szurduk-Paßstraße in zwei Gruppen mit Ziel D. Lesului–Südhang Plesa, östlich der Szurduk-Paßstraße gegen den Postaia-Rücken. Unter den Augen des nördlich Bumbesti beobachtenden Oberbefehlshabers der 9. Armee wurde in kraftvoll durchgeführtem Stoß der Angriff aus der genommenen Linie Lesului–Schela–Postaia fortgesetzt. Der Widerstand ständig ausgebauter Stützpunkte und einzelner Panzerwerke mußte durch schweres Artilleriefeuer gebrochen werden. Am 13. November wurde von der westlichen Gruppe die Gegend von Valari genommen. Ein württembergisches Gebirgsbataillon schlug hier wiederholte starke Gegenangriffe ab und hielt den Ort fest in der Hand. Vor dem zunehmenden Druck des Angriffs gab der Feind in langsamem Zurückgehen nach Südosten seine Stellungen auf. Die Fortsetzung des Angriffs gegen den auf den Höhen südlich und südöstlich Târgu-Jiu sich wieder festsetzenden Verteidiger wurde eingeleitet.

Die rumänische Heeresleitung hatte inzwischen versucht, durch Abtransport stärkerer Kräfte nach Gegend Târgu-Jiu das Schlachtenglück zu wenden, den strategisch wichtigen Punkt zu halten und durch eine Flankenstellung östlich des Ortes dem Angreifer den Weg in das Gilorttal zu sperren. Die Lage war aber nicht mehr zu retten. Im umfassenden Angriff gegen die Linie Valeni (an der Jiu-Talstraße)–Seasa (südöstlich Târgu-Jiu) wurde der sich besonders gegen die linke Stoßgruppe zähe schlagende und auf dem östlichen Gilortufer verschanzende Feind am 17. November zum weiteren Rückzug nach Südosten gezwungen. Die Schlacht bei Târgu-Jiu öffnete das wichtige, aus dem Vulkangebirge nach Süden und Südosten führende Wegenetz und bildete den Schlüssel zu der weiteren strategischen Offensive gegen den Altfluß, mit dessen Überwindung das Schicksal des rumänischen Heeres besiegelt wurde. In etwa 20 km breiter Front, mit dem rechten Flügel über Filias–Craiova, mit dem linken Flügel über Carbunesti im Amaradi-Tal, trat die Gruppe Kühne den Vormarsch gegen den Alt an. Als Flankensicherung gegen die vom rechten Flügel des Alpenkorps angegriffene rumänische Gruppe wurde eine Division im Alttal und über die Cerna in Richtung Dragasani angesetzt.

Während dieser Zeit wehrte sich im Kampf um ihre Waffenehre die rumänische Orsova-Gruppe (Teile der durch Maschinengewehre und Artillerie verstärkten Regimenter 1, 17 und 31) gegen den Druck einer vom k. u. k. Oberst Szivo geführten, durch deutsche Radfahrer verstärkten, gemischten Brigade im Gelände zwischen Orsova und Turn-Severin. Zur Unterstützung der in dauernden heftigen Gefechten stehenden Gruppe Szivo und zur Erledigung des unsere rückwärtigen Verbindungen belästigenden Feindes wurde von der Gruppe Kühne ein verstärktes Bataillon längs der Bahnlinie auf Turn-Severin abgezweigt. Mit dem Mut der Verzweiflung wendete sich der Feind auch gegen diese schwache, seinen Rücken angreifende Abteilung, die nach Wegnahme von Turn-Severin in kritischer Lage alle Angriffe des weit überlegenen

[1] Vgl. die Karte »Der rumänische Feldzug im Herbst 1916« bei S. 222.

Feindes abwehrte. In dauernder Abwehr und Gegenstößen zog sich die Orsova-Gruppe langsam nach Südosten zurück und streckte erst gegen Ende der ersten Dezemberwoche auf dem westlichen Altufer in Gegend südlich Caracal die Waffen.

Das Kavalleriekorps Schmettow hatte nach Öffnung der Gebirgsausgänge bei Târgu-Jiu am 17. November den Vormarsch über Condulesti und Cetatea in allgemein südöstlicher Richtung angetreten. Die rechte Kolonne (6. Kavalleriedivision) erzwang sich im Gefecht den Übergang über den Tismana-Bach bei Bladoi südwestlich Târgu-Jiu zum Vorgehen auf Condulesti, während der linken Division (7. Kavalleriedivision) im Zusammenwirken mit dem Angriffsflügel der Gruppe Kühne der Durchstoß auf Cetatea gelungen war. Nach kurzem Vorstoß gegen einige noch im Höhengelände zwischen Motr- und Jiutal umherirrende Abteilungen wurde die allgemeine Richtung Filias-Craiova eingeschlagen. Ungünstige Wegeverhältnisse bedingten zunächst einen engeren seitlichen Anschluß an die mit dem rechten Flügel auf der Hauptstraße Filias-Craiova marschierende Gruppe Kühne. Am 21. November vormittags erreichte die Aufklärungseskadron des Rittmeisters v. Borke die Stadt Craiova, nahm dort mehrere Offiziere und fast 200 Mann gefangen und erbeutete 6 Maschinengewehre. Etwa gleichzeitig besetzte auch die rechte 41. Division der Gruppe Kühne die Stadt. Die Division hatte den bei Târgu-Jiu geschlagenen, bei Filias nochmals angegriffenen Feind nicht zum Halten kommen lassen und auf Craiova scharf verfolgt. Die nördlichen Kolonnen der Gruppe Kühne erreichten an diesem Tage die Gegend westlich der Straße Craiova-Oteteliscu.

Die nächste gemeinsame Aufgabe für die Gruppe Kühne und das Korps Schmettow war nun die Säuberung des westlichen Altufers vom Feinde und die Erzwingung des Überganges über diesen strategisch bedeutsamen Abschnitt. Die letzte strategische Verteidigungslinie gegen einen von den Karpathen oder längs der Donau vorgehenden Angreifer bildet westlich der Hauptstadt der Altfluß mit seinen steilen felsigen Uferstellungen, die nach Auffassung des rumänischen Generalstabes in Gegend Slatina als unangreifbar galt. Im Norden hatte die Gruppe Krafft den Alt bereits hinter sich und drängte unaufhaltsam im Vorgehen auf Râmnic-Valcea-Curtea de Arges die feindliche Heeresgruppe nach Südosten auf Pitesti. Nun drohte auch von Westen der starken Flußstellung das gleiche Schicksal. Dem hier geschlagenen Verteidiger blieb nur der Rückzug in nordöstlicher Richtung offen. Die Rückzugslinien von Pitesti und vom Ostufer des unteren Alt treffen sich hinter dem Arges zwischen Bukarest und Titu. Dort mußte sich das Schicksal des zwischen zwei unerbittlich vordrückenden Stoßgruppen eingekeilten, von Câmpulung stark bedrohten, vom linken Flügel der bei Sviſtov übergegangenen Donau-Armee angegriffenen Heeres erfüllen.

General v. Falkenhayn befahl die Weiterführung der Operationen für Gruppe Krafft auf Pitescht, für Gruppe Kühne gegen den Alt-Abschnitt Slatina-Dragasani. Korps Schmettow sollte zunächst die Brücken im Abschnitt Caracal-Slatina nehmen. Das Kavalleriekorps erreichte am 23. November den befohlenen Abschnitt. Caracal und die nur leicht beschädigte Altbrücke wurden genommen, der zurückgehende Feind verfolgt und der Brückenkopf bei Stoenesti östlich Caracal für die nachfolgende Marschkolonne der Gruppe Kühne offengehalten. Mit den Hauptkräften wendete sich das Kavalleriekorps nach Norden zur Unterstützung einer bei Slatina in schwerem Kampf stehenden Infanteriedivision. Der über die Cerna vorgegangene linke Flügel der Gruppe Kühne folgte nach kurzem Gefecht dem weichenden Gegner auf dem Nordufer des Pesteana-Baches in Richtung Dragasani und setzte sich auf dem Westufer und auf einigen Inseln des Alt fest.

In starken und mit schwerer Artillerie verteidigten Stellungen bei Slatina leistete der Gegner heftigen Widerstand. Mehrfache Übergangsversuche beiderseits Slatina blieben zunächst ohne Erfolg. Generalleutnant Kühne entschloß sich deshalb, durch einen über den Brückenkopf von Stoenesti gegen die Slatinastellung gerichteten Vorstoß die Entscheidung herbeizuführen. Während Korps Schmettow von Caracal über den Vede-Abschnitt bei Rosiori de Vede und nördlich vorging, stießen starke Kräfte der Gruppe Kühne über Stoenesti auf dem linken Altufer nach Norden vor. Unter ihrem Druck räumte der Feind am Vormittag des 27. Novembers 1916 seine Stellungen bei Slatina und ging nach Nordosten zurück. Der Alt-Abschnitt Caracal-Dragasani wurde von der Gruppe Kühne überschritten.

Die rumänische Heeresleitung mußte sich in das Unabwendbare fügen.

Verfolgungskämpfe vor Bukarest[1].

Veröffentlicht am 9. Dezember 1916.

Es war der rumänischen Heeresleitung nicht gelungen, die geschlagenen Verbände, die aus den Transsylvanischen Alpen, der walachischen Ebene, von der Donau auf Bukarest zufluteten, an einem der westlich vorgelagerten Flußabschnitte in einheitlicher, widerstandsfähiger Verteidigungsfront aufzubauen.

Die Donau-Armee, die in kräftigen Schlägen den Feind von Stellung zu Stellung zurückwarf und bereits am 29. November mit einzelnen Teilen den Arges erreichte, hatte sich wie ein Keil auf die Festung vorgeschoben und damit die vorgelagerten Flußabschnitte ihrer Widerstandsfähigkeit beraubt. Sie hat, bevor der Feind zur Besinnung kam, ihm die Bewegungsfreiheit entrissen, die Hauptstadt überraschend schnell dem seelischen Druck unmittelbarer Bedrohung unterworfen. Ihr freischwebender linker Flügel hatte sich freilich während der folgenden Tage noch starker feindlicher Verbände zu erwehren, die vor der Armee des Generals v. Falkenhayn auf Bukarest zurückwichen und dem Nordflügel der Donau-Armee hierbei in die Flanke und in den Rücken gerieten. Die Hoffnung des Feindes, hierbei die Donau-Armee von Norden nach Süden aufrollen zu können, scheiterte jedoch an der Tapferkeit der am linken Flügel ausharrenden deutschen Regimenter. Die vor dem Arges aufgebaute Mauer kam nicht ins Wanken.

Am 26. November hielt sich der Feind noch am Alt-Abschnitt. Er verteidigte zäh den Durchgang bei Slatina; aber eine Division, die flußabwärts den Alt überschritten hatte und nordwärts vorstieß, nötigte ihn, den Flußlauf preiszugeben. Es entwickelten sich alsdann östlich Slatina heftige Reiterkämpfe. Aufklärende deutsche Kavallerie warf stärkere feindliche Infanterie und Artillerie zurück. Eine

[1] Vgl. die Karte »Der rumänische Feldzug im Herbst 1916« bei S. 222.



Attacke dreier rumänischer Eskadrons brach im Feuer eines Dragonerregiments zusammen. Am 27. November trat die Kavallerie des Generals v. Falkenhayn östlich Rosiori de Vede mit der Kavallerie des Generalfeldmarschalls v. Mackensen in Verbindung. Die Infanteriekörper der beiden Armeen waren aber noch etwa 80 km voneinander getrennt. Die Donau-Armee stand am 29. November in nordöstlicher Richtung mit der Front gegen den Arges etwa 25 km von der Bukarester Fortlinie entfernt. Ihr linker Flügel hatte nach harten Kämpfen bei Prunaru-Naipu-Balania entlang der Straße Alexandria–Bukarest den Neaglow-Abschnitt erzwungen und bereitete sich zum Angriff auf die Arges-Linie vor. Falkenhayns Divisionen, die nach Überwindung des Altflusses in Eilmärschen in Ostrichtung gegen Bukarest vorrückten, kämpften sich an diesem Tage an die Bahnlinie heran, die von Rosiori de Vede nordwärts führt. Den noch erheblichen Zwischenraum zwischen ihrer Front und dem linken Flügel der Donau-Armee sicherte Kavallerie. Sie trieb den nördlich Alexandria flüchtenden Feind vor sich her und machte täglich Gefangene, darunter serbische Freiwillige, die in russischen Uniformen steckten. Geschütze und Maschinengewehre fielen in ihre Hände.

In dem rechten Winkel zwischen der Nordfront der Kavallerie und der Ostfront der Infanterie des Generals v. Falkenhayn hatten sich unterdessen die aus drei Himmelsrichtungen zurückweichenden feindlichen Verbände zu solchen Massen zusammengeballt, daß die dünnen Kavallerielinien ihnen stellenweise ausweichen mußten, und der Feind sich südwärts in den Zwischenraum zwischen der siebenbürgischen und der Donau-Armee vorschieben konnte. Es war zunächst ein willenloses Vortasten durcheinander geworfener, von mehreren Seiten bedrängter feindlicher Divisionen. Die rumänische Heeresleitung hatte unterdessen aus in der Dobrudscha durch Russen abgelösten rumänischen Kräften nordwestlich Bukarest eine Stoßgruppe gebildet und sie gegen den linken Flügel der Donau-Armee angesetzt. Sie sollte sich zwischen die beiden, wie man vermutete, noch nicht vereinten Armeen zwängen und alsdann die Donau-Armee im Rücken fassen. Es war der letzte Trumpf, den die Führung des Feindes in der Hand hatte. Der Armeebefehl, mit dem General Stratilescu die Stoßgruppe zum Angriff vorschickte, gibt in seinen Schlußsätzen dieser verzweifelten Anschauung Ausdruck:

»Von der heute beginnenden Aktion hängt das Schicksal unseres Stammes ab. Ich verlange von allen Offizieren und Truppen, auf ihren Plätzen zu sterben im Angriff oder im Gegenangriff gegen den Feind, der unsere Stellungen nehmen will. Es ist jedem in Erinnerung zu bringen, daß ich ohne Gnade gegen Feiglinge einschreiten werde; sie sind durch die Korps- und die Divisionskommandanten auf der Stelle zu richten. Befreit das Land von den grausamen Barbaren, Offiziere und Leute, und Gott wird euch lohnen!«

Gegen den linken Flügel der Donau-Armee setzten nunmehr Vorstöße aus Nordost, aus dem Norden und aus dem Westen ein. Er mußte sich im Halbkreise umbiegen, um sich der Angriffe aus den drei Richtungen zu erwehren. — Deutsche Truppen haben hier gegen einen übermächtigen, erbittert kämpfenden Feind heldenhaft gefochten. Die tapferen, bis in den Tod getreuen Regimenter des linken Armeeflügels formierten sich zu einem Eckpfeiler, der nicht von der Stelle wich und den feindlichen Willen zerbrach. Ihrem unerschrockenen Ausharren und ihrer glänzenden Gegenwehr ist es zu danken, daß die Donau-Armee ohne Geländeverlust ihre vor Bukarest erreichten Linien halten konnte. Die feindlichen Massen, die sich zwischen ihrem Rücken und der Front der siebenbürgischen Armee vorschoben, wurden von Kavallerie, von einer zur Verfügung gehaltenen türkischen Division und einer von Rosiori de Vede herbeigeeilten bayerischen Division aufgefangen und trotz ihres Übergewichtes in energischen Gegenstößen zurückgeworfen. Ihre überreste verflüchtigten sich im Schutze der Nacht. Rumänische Kräfte, die südlich Bukarest angriffen, erlitten gleichfalls eine Niederlage. Der letzte Trumpf hatte versagt.

Unter Gefechten konnte in den folgenden Tagen der Vormarsch fortgesetzt werden. Der Sieg am Arges, der Schulter an Schulter von der Donau-Armee und der Armee des Generals v. Falkenhayn erfochten wurde, brach die feindliche Widerstandskraft völlig. Neben ungeheuren blutigen Verlusten wurden dem Feinde etwa 19000 Gefangene abgenommen und zahlreiche Geschütze und anderes Material erbeutet. Der Donau-Armee allein fielen am 3. und 4. Dezember 39 Geschütze und über 5000 Gefangene in die Hände. Kavallerie und Flieger unterbrachen Bahnlinien im Rücken des rumänischen Heeres. In zehn Tagen ist eine vernichtende Katastrophe über das rumänische Heer hereingebrochen.

In der Dobrudscha haben sich fünf russische Divisionen in einer Entlastungsoffensive vor den stark befestigten Linien unserer dortigen verbündeten Truppen blutige Köpfe geholt. Ihre acht Angriffe sind völlig abgeschlagen. Feindliche Regimenter, die sich nachts auf Sturmnähe herangeschlichen hatten, wurden im Gegenangriff zurückgejagt. Fünf englische Panzerautomobile fielen dem Feuer unserer Artillerie zum Opfer. Die überlebenden Insassen, zwei englische Offiziere, wurden gefangengenommen. Auch der moderne Trajanswall, d. h. Graben, hat der slawischen Flut widerstanden.

Der Vormarsch der Donau-Armee von Bukarest auf Bräila[1].

Veröffentlicht am 15. und 16. Februar 1917.

I.

Die Verfolgungskämpfe östlich Bukarest.

Am 6. Dezember war die Festung Bukarest besetzt worden. Der Heeresgruppe v. Mackensen war als Ergebnis großzügig entworfener und energisch durchgeführter Operationen eine kostbare Frucht in den Schoß gefallen, aber das erstrebte strategische Ziel war damit noch nicht erreicht. Mit klingendem Spiel zogen die Regimenter in raschem Marsch durch die festlich gestimmten Straßen der Hauptstadt — hinaus in die walachische Ebene. Die inneren Flügel der beiden Armeen hatten am 6. Dezember Bukarest durchstreift, ohne daß es zu Straßengefechten kam. Sie nahmen ohne Verweilen die Verfolgung des fliehenden Gegners auf. Am Nachmittag desselben Tages hatten Truppen des Generals v. Falkenhayn den letzten Widerstand des verschanzten Gegners westlich Ploeschti gebrochen und diesen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt gestürmt. Es wurde ein rascher Vorstoß auf Buzĕu befohlen. Der Sack, den die zwischen Bukarest und dem Sereth ausgebreitete walachische Ebene bildet, sollte gewissermaßen durch Druck vom Gebirge

[1] Vgl. die Karte »Der rumänische Feldzug im Herbst 1916« bei S. 222.

her ausgepreßt werden. Der Donau-Armee fiel die mühsame Aufgabe zu, mit der auf Buzëu–Rîmnic-Sărat vordringenden 9. Armee in einer weit ausholenden Linksschwenkung Schritt zu halten. Da an den größeren Abschnitten mit heftigem Widerstand zu rechnen war, war die Leitung der Heeresgruppe darauf bedacht, durch ein kräftiges Vorschieben des linken Flügels die befestigten Linien der Ebene ihres Wertes zu berauben. Die Schachzüge des gestaffelten Vorgehens sind völlig planmäßig geglückt, und sie haben ihre Wirkung auch auf die Dobrudscha-Front ausgeübt. Am 5. Januar 1917, einen Monat nach der Einnahme von Bukarest, war der Sereth erreicht und die Donau von Giurgiu bis Brăila, also auf einer Strecke von etwa 260 km, dem Feinde entrissen.

Die Verteidigungskraft des Feindes war zunächst gering. Die rumänischen und russischen Verbände hatten vor Bukarest in den schweren Schlachten am Arges so vernichtende Schläge erhalten, daß sie sich eiligst nach rückwärts zogen. Aber ein anderer Feind stemmte sich dem Vormarsch entgegen: der durch Regen versumpfte, auch auf den wenigen Wegen grundlose Boden, der selbst unsere an Schwierigkeiten gewohnten Balkandivisionen vor außergewöhnliche Aufgaben stellte. Der Wille der Führung und das Pflichtgefühl der Truppen bis zum letzten Kolonnenfahrer arbeiteten sich aber unverdrossen durch den knietiefen Schmutz und die sonstigen Hindernisse hindurch. Und unmittelbar hinter der fechtenden Truppe arbeiteten die Eisenbahner an der Sicherung des Nachschubs. In aufopfernder Hingabe brachten die Pioniere das Kunststück fertig, die Brücken, die über die vielen zum Teil tief eingeschnittenen Wasserläufe führten und die fast alle zerstört waren, so rasch wiederherzustellen, daß die Verfolgung keine Unterbrechung erlitt. Auch damit hatte der Gegner nicht gerechnet, daß es in diesem Gelände möglich sei, schwere Artillerie nachzuziehen.

Die in starker Auflösung zurückgehenden rumänischen Kräfte und das südlich Bukarest geschlagene russische Korps hatten wohl die Absicht, an der Jalomitza zu verschnaufen und sich neu zu kräftigen. Zwischen diesem Fluß und dem Buzëu hatte der Russe starke Kavalleriemassen versammelt, um die gehetzten Divisionen wenigstens eine Zeitlang der lästigen Verfolger zu erwehren. Weiter rückwärts vor der Linie Brăila–Rîmnic-Sărat sollte alsdann in vorbereiteten Stellungen der Vormarsch auf den Sereth mit starken Kräften endgültig zum Stehen gebracht werden. Einige Zeit früher hatte man offenbar noch damit gerechnet, dem Siegeszug unserer Armeen schon an der Jalomitza ein Ende zu bereiten. Da zu einer widerstandsfähigen Verteidigung dieses wichtigen Abschnittes die Überreste der geschlagenen Verbände nicht ausreichten, hatte die russische Heeresleitung den schweren Entschluß gefaßt, Verstärkungen aus der Dobrudscha herüberzuziehen und damit den Besitz der nördlichen Dobrudscha aufs Spiel zu setzen. Der Widerstand an der Jalomitza war aber von vornherein aussichtslos, da er durch die auf Buzëu vordringenden Teile der 9. Armee der Seitenstütze beraubt war. Bereits am 10. Dezember erschien die Kavallerie der Donau-Armee an der Jalomitza bei Copuz und stieß in der Richtung auf Reviga durch. Bulgarische Kräfte, die zwischen Silistria und Tschernawoda über die Donau setzten, bedrängten den linken Flügel des Feindes. Ohne sich einen Tag Ruhe zu gönnen, setzte die Heeresgruppe die Verfolgung in nordöstlicher Richtung fort, mit der Absicht, mit vorgeschobenem starken linken Flügel und Staffelung nach rechts stärkere Widerstandsversuche in der Ebene vom Gebirge her zu umfassen. Auf der freiwerdenden Donau wurden an mehreren Stellen Fähren und Brücken gebaut. Es wurde dadurch eine festere Verbindung zwischen den beiden Armeen in der Walachei und der in der Dobrudscha kämpfenden bulgarischen Armee hergestellt.

Nachdem am 15. Dezember der Buzëu-Übergang beiderseits der Stadt erkämpft war, setzte der Feind seinen Rückzug in zwei Hauptgruppen fort, mit einer Kolonne, dem Rest der rumänischen Armee und einer russischen Division, in der Richtung auf Rîmnic-Sărat, mit der anderen — in der Hauptsache russischen Kräften — in der Richtung auf Brăila. Es war damit zu rechnen, daß der Russe in dem bei Brăila ausgebauten Brückenkopf hartnäckigen Widerstand leisten werde, da mit dem Schicksal von Brăila das der russischen Dobrudscha-Armee eng verknüpft war. Dieselben Erwägungen veranlaßten die Leitung der Heeresgruppe, die neu eingesetzte Offensive in der Dobrudscha mit größter Tatkraft durchzuführen, durch hartnäckigste Bedrängung der russischen Kräfte diese über die Donau zu werfen und Brăila durch Umfassung im Rücken seiner Widerstandskraft zu berauben.

II.

Der Durchbruch bei Filipesti und die Einnahme von Brăila.

Der Donau-Armee des Generals v. Kosch fiel die Aufgabe zu, den Brückenkopf von Brăila von der walachischen Ebene aus in Besitz zu nehmen. Sie befand sich am 17. Dezember ebenso wie die links anschließende Armee des Generals v. Falkenhayn vor stark ausgebauten feindlichen Stellungen, die sich zwischen Rîmnic-Sărat–Buzëu entlang der Linie Zvita–Balaceanu–Galbenu–Visani–Filipesti–Gherghisani–Filiu–Laculretzi hingezogen. In Eile wurde der Angriff auf diese Hauptstellung des Feindes vorbereitet, unter den schwierigsten Bedingungen wurden Munition und Geräte herangeschafft. Den von dem monatelangen ununterbrochenen Vormarsch stark ermüdeten Truppen wurde eine Rast von wenigen Tagen gegönnt. Sie wurde dazu benutzt, die zum Durchbruch geeigneten Abschnitte zu erkunden und den Feind durch Feuerüberfälle über die Absichten zu täuschen. Die Sturmtruppen arbeiteten sich an die Gräben des Feindes heran, der auf der ganzen Front mit starken Abteilungen vortastete und auch Kampfflieger einsetzte.

Für den Angriff auf die vom Feinde mit frischen Kräften und schwerer Artillerie erheblich verstärkte mehrlinige Verteidigungsstellung wurde vor der Front der Donau-Armee Filipesti als Durchbruchspunkt bestimmt. Hier an der Eisenbahnlinie kämpften in der Hauptsache deutsche Truppen, während bulgarischen und türkischen Divisionen nach der Donau zu der Flankenschutz der Armee zufiel. Vier russische Infanterie- und zwei Kavalleriedivisionen standen den Truppen der Donau-Armee in sorgsam ausgebauten Stellungen gegenüber. Der Vorstoß der Heeresgruppe erfolgte wiederum wellenförmig. Die 9. Armee erstürmte am 22. Dezember die Vorstellungen des Gegners westlich der Bahn Buzëu–Rîmnic-Sărat. Die Donau-Armee hielt zunächst mit dem Angriff noch zurück. Wenn der vorgeschobene linke Flügel der Heeresgruppe über Rîmnic-Sărat vorkam, wurde die Rückzugslinie der südlich Brăila

stehenden feindlichen Kräfte bedroht und ihr Widerstand aussichtslos. Als dann nach schweren hin und her wogenden Kämpfen im Gebirge der Gegner auf seinem rechten Flügel zurückzuweichen begann, ging die Donau-Armee am ersten Weihnachtstag gegen die ihr gegenüberliegenden verschanzten Stellungen beiderseits der Bahn Buzĕu–Bräila vor. Besonders schwer war der Kampf um den Stützpunkt bei der Kirche von Filipesti und der Höhe 55. Beide wurden von Bayern gestürmt. Im Verbande der deutschen Truppen kämpfte auch das österreichisch-ungarische Detachement Szivo, das seinerzeit die bei Orsova abgeschnittenen Abteilungen des Feindes entlang der Donau verfolgt, aufgerieben oder gefangengenommen und ihnen reiche Beute abgenommen hatte. Die Gegenstöße des Feindes von Bagdad[1] her wurden abgewiesen. Die türkische Artillerie zwang ein Panzerauto auf der Straße von Vizir zur Umkehr. Am folgenden Tage wurde der Geländegewinn ausgenutzt und der Feind in erbitterten Gefechten aus den rückwärtigen Stellungen geworfen. Die Türken haben bei Vizir die schweren Kämpfe mit den Russen ruhmreich bestanden, und die bulgarischen Sturmtruppen bewährten ihre zähe Tapferkeit in dem Ringen um Mocani, wo sie mit Feuerwellen überschüttet wurden. Starker Nebel erschwerte während der nächsten Tage die Operationen. Offensivstöße des Gegners kamen in dem Flanken- und Rückenfeuer der Nachbargruppen nicht zur Durchführung. Am 28. Dezember war die Heeresgruppe in einheitlicher Front aufgerückt. Es wurde nunmehr sofort die Verfolgung wieder aufgenommen. Sie stieß auf eine neue starke Hauptstellung mit mehreren Reihen Drahthindernissen, die sich von Dedulesti über die Eisenbahn nach Verlesti zog. Es mußte daher zunächst die schwere Artillerie umgruppiert und die neue Stellung erkundet werden. Noch bevor es zum Sturm kam, lockerte sich durch das Vorkommen der 9. Armee die Verteidigungskraft des an der Bahn nach Bräila verschanzten Gegners. Er geriet in Gefahr, seitlich umfaßt zu werden, und wich zurück. Die Donau-Armee blieb ihm in scharfer Verfolgung auf den Fersen. Die Nachhutkämpfe waren erbittert. Einige Dörfer, in denen der Feind sich festsetzen wollte, wurden im Sturm genommen.

Die Vermutung, daß der Russe im Brückenkopf von Bräila erneuten starken Widerstand leisten würde, bestätigte sich. Ein sofortiger Sturmangriff auf diese neuen Hindernisse konnte nicht ins Auge gefaßt werden, da die Nachführung der für einen Erfolg erforderlichen Artillerie und Munition in dem schwierigen Gelände Vorbereitungen erforderte. Es durfte aber anderseits dem Feinde nicht eine so lange Frist gewährt werden, den um Bräila gezogenen Gürtel von Feldbefestigungen zu verstärken. Da brachte das Vordringen der Bulgaren östlich der Donau die Stadt in wenigen Tagen zu Fall. Die Dobrudscha-Armee hatte Befehl, die angestrengteste Verfolgung bis in den Nordwestzipfel dieses Landes fortzusetzen und von Măcin aus Bräila anzugreifen, insbesondere auch die Straßen nördlich dieser Stadt und damit das Rückzugsgelände der Russen unter ihr Feuer zu bekommen.

Noch am 31. Dezember donnerte zahlreiches Geschütz aller Kaliber aus der dicht besetzten Brückenkopfstellung, deren Erkundung durch unsichtiges Wetter erschwert war. Am 3. Januar hatten sich die Sturmtruppen der Donau-Armee an die feindlichen Linien herangearbeitet. Die rege Gefechtstätigkeit kam, durch die helle Nacht begünstigt, nicht mehr zur Ruhe. Der 4. Januar brachte die Entscheidung. Eine deutsche Division durchbrach bei Roman die feindlichen Stellungen, die daraufhin nach der Donau zu aufgerollt wurden. Der Feind, der sich zunächst noch verzweifelt wehrte, aber dem Sturm erlag, erlitt überaus blutige Verluste und eine große Einbuße von Gefangenen. Es zeigte sich bei der Verfolgung, daß die Gräben für den Stellungskrieg ausgebaut und mit zahlreichen Unterständen versehen waren. Die schwere Niederlage ließ eine weitere Verteidigung der Donaustadt Bräila, die am selben Tage auch von Măcin her gestürmt wurde, aussichtslos erscheinen. Die geschlagenen, aufgelösten russischen Kolonnen fluteten seit dem Morgengrauen des 5. Januar auf der ganzen Front vor der rücksichtslos nachdringenden Kavallerie der Donau-Armee zurück, die in der Mittagsstunde in Bräila einritt. Die Bevölkerung der Stadt war nicht geflüchtet, aber alle Fabriken waren systematisch zerstört. Am gleichen Tage erreichte der linke Flügel der Donau-Armee den Sereth.

Somme und Siebenbürgen[1].

Veröffentlicht am 3. und 4. November 1916.

I.

Die ungeheuerliche Ausdehnung des Weltkrieges hat alle den Kämpfen der Vergangenheit entnommenen Maßstäbe für den Umfang wie für die Bedeutung der einzelnen Kampfhandlung entwertet. In früheren Kriegen gab es Schlachten, die im Zeitraum von ein paar Stunden und auf Fronten von wenigen Kilometern über das Schicksal nicht nur eines Krieges, sondern großer Völker, ja ganzer Erdteile auf Jahrhunderte hinaus entschieden, die also wirklich die Bezeichnung Entscheidungsschlacht verdienten. Der Gegenwartskrieg hat eine Unzahl von Schlachten gebracht, die als eine einheitliche, ununterbrochene Kampfhandlung sich durch lange Monate hinzogen und hinziehen, ohne daß ihr Ausgang über den Umfang eben dieser einzelnen Kampfhandlung hinaus eine entscheidende Bedeutung besäße.

Diese Kennzeichnung trifft anscheinend auch für die Sommeschlacht zu. Von den Angreifern freilich war sie zweifellos als Entscheidungsschlacht allergrößten Stils gedacht und angelegt. Sie sollte nach der Absicht unserer Feinde der strategischen Gesamtlage nicht nur an der Westfront, sondern auf der Gesamtheit der Kriegsschauplätze dreier Erdteile den rettenden Umschwung bringen. Im Rahmen der eingeleiteten Gesamtoffensive der Entente sollte sie die Mittelmächte unwiderruflich in die strategische Defensive drängen. Mehr noch: ihr Ziel war die endliche Durchbrechung unserer so oft berannten und immer unerschütterlich gebliebenen Westfront. War dieses Ziel erst erreicht, so mußte nach der Rechnung der Feinde unsere Westfront, einmal durchbrochen, völlig zusammenbrechen. Unsere Heere mußten in Hast und Unordnung zurückfluten, mußten mit jedem Schritt rückwärts einen Meter der im jähen Vorwärtssturm des Kriegsbeginns eroberten Feindeserde räumen und damit die wertvollen und für die vielberufene »Kriegskarte« so bedeutungsvollen »Faustpfänder« aufgeben. Vielleicht würden wir versuchen, uns zu-

[1] Dorf südwestlich von Vizir.

[1] Vgl. die Karten »Somme–Aisne« bei S. 214 und »Der rumänische Feldzug im Herbst 1916« bei S. 222.

nächst noch einmal auf Feindeserde mit verkürzter Front zu einem neuen Widerstand zu stellen. Wahrscheinlicher aber: wir würden in einem jähen Zurückfluten bis mindestens zur Grenzmark unserer Heimat gedrängt werden.

Daß dies der strategische Sinn der Sommeschlacht war, dürfen wir als unzweifelhaft erwiesen ansehen. Die Gesamtkriegslage zwang unsere Feinde, einen solchen Sieg im Westen mit allen Mitteln anzustreben. Ihre Vorbereitungen waren so riesenmäßig wie die Aufgabe. Bei allen ihren früheren Durchbruchversuchen hatten unsere westlichen Gegner trotz schon damals ungeheuren Einsatzes an Menschen und Kriegsmaterial recht trübe Erfahrungen machen müssen. Diesmal hatten sie sich noch weit besser vorgesehen. Der ungeheure Umfang ihrer Vorbereitungen beweist am klarsten, daß es ihnen darum zu tun war, diesmal um jeden Preis die Entscheidung im Westen herbeizuführen. Insbesondere ist hier auf die Tatsache zu verweisen, daß Engländer wie Franzosen riesige Kavalleriemassen bereitgestellt hatten, um nach erzieltem Durchbruch sofort die Verfolgung einzuleiten, so den taktischen Sieg strategisch auszuwerten und zu einer vernichtenden Niederlage für unsere ganze Westfront zu gestalten.

Heute[1], nach einem Riesenkampfe von vier Monaten, welcher an Zurüstung, Dauer und Ingrimm alles jemals von Menschen bisher Geleistete und Erlebte um ein Erhebliches übertrifft: Was ist der Erfolg? Zwar ist die Schlacht noch keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil kann es nicht zweifelhaft sein, daß unsere Feinde ihre Anstrengungen fortzusetzen, ja noch zu steigern gedenken. Dennoch gibt es einen Umstand, der zu einem vergleichenden Rückblick auf das von unseren Feinden Erstrebte und Erreichte geradezu herausfordert. Dieser Umstand ist die Tatsache, daß während des Monats Oktober die feindliche Offensive trotz wütender Anstürme nur noch Teilerfolge erzielt hat, im ganzen aber seit der Riesenschlacht vom 25. bis 27. September zum zweiten Male ins Stocken geraten ist.

Die gewaltige Anstrengung dieses letzten, verhältnismäßig erfolgreichen Großkampfes hat den Feinden ihren letzten nennenswerten Geländegewinn gebracht. Nach Hinzurechnung der keineswegs bedeutungsvollen Fortschritte des Oktobers ergibt sich ein im wesentlichen unverändertes Gesamtbild des feindlichen Erfolges. Er besteht in einer Errungenschaft von etwa 300 qkm eines Geländes, das keinerlei Ortschaft von Bedeutung einschließt, keinen strategischen Stützpunkt. Nicht einmal der Besitz der beiden Kleinstädte, deren Name früheren deutschen Siegen einen gewissen Klang verdankt, der Städtchen Péronne und Bapaume, ist den Feinden vergönnt worden. Von den entfernteren Zielen St.-Quentin und Cambrai ganz zu geschweigen. Ihr Besitz hätte zwar auch noch entfernt nicht eine Entscheidung bedeutet. Immerhin würde er das allernächste Ziel der Feinde, die Zurückdrängung unserer Front über eine ernsthaft in Betracht kommende Strecke feindlichen Landes, in erreichbare Höhe gerückt haben. Nichts von all dem ist erreicht. Das Gesamtergebnis ist eine auf Karten etwa vom Maßstabe selbst unserer größten Atlanten kaum erkennbare Einbuchtung unserer unerschütterlichen Front.

Wenn wir uns fragen, mit welchen Opfern der Feind diesen Erfolg hat erkaufen müssen, so sind wir naturgemäß auf Schätzungen angewiesen. Wir wissen, daß die Engländer ihre eingesetzten Divisionen erst herausziehen, wenn sie etwa 4000 Mann eingebüßt haben. Da die Engländer unter doppelter bzw. dreifacher Anrechnung derjenigen Divisionen, die zwei- bzw. dreimal eingesetzt wurden, an der Somme rund 100 Divisionseinheiten eingesetzt haben, so kommen wir zu einer Verlustziffer von 400000 Mann allein für die Engländer. Daß diese Schätzungsmethode zutrifft, ergibt sich aus dem Umstande, daß die Engländer selber in ihren Verlustlisten bis Ende September einen Gesamtverlust von 372000 Mann zugegeben haben. Bei der Annahme, daß die Franzosen ihre Divisionen schon nach Verlust von 3000 Mann herausziehen, kommen wir für sie auf einen Verlust von 180000 Mann. So kommen wir zu einer feindlichen Gesamtverlustziffer von rund 600000 Mann, d. h. 2000 Mann auf den Quadratkilometer zwar zurückerkämpften, aber in eine grauenvolle Wüste verwandelten französischen Bodens!

Die Erkenntnis, daß diese Opfer zu den bisher erreichten Ergebnissen in einem schreienden Mißverhältnis stehen, hat unsere Feinde schon seit geraumer Zeit veranlaßt, ihre Anfangsabsichten in der Öffentlichkeit zu verleugnen und dafür ein wesentlich bescheideneres Endziel unterzuschieben. Als solches wird neuerdings die doppelte Absicht hingestellt: einmal auf unserer Westfront soviel Kräfte zu binden, daß es unmöglich sein würde, die uns vorübergehend scheinbar entrissene Angriffskraft unserer Gesamtkriegführung wiederum voll einzusetzen und gegen den neuen Feind zu wenden, den man uns inzwischen auf den Hals gehetzt hat. Zum mindesten aber durch die Zusammenballung der gesamten Angriffsmacht zweier großer Völker und den Einsatz der Waffen- und Munitionsindustrie des Erdballs den hiergebundenen Bruchteil unserer Kräfte völlig aufzureiben und damit den Zusammenbruch unserer Widerstandskraft herbeizuführen.

II.

Der Verlauf der Sommeschlacht läßt sich in vier große Abschnitte einteilen, die im wesentlichen mit den Kalendermonaten ihrer Dauer zusammenfallen:

Der Juli brachte den ersten Ansturm. Obwohl wir diesen erwartet hatten, darf doch zugestanden werden, daß die Stärke und Dauer seiner artilleristischen Vorbereitung unsere Erwartungen um ein Vielfaches übertroffen hat. Nur der beispiellosen Hingabe und Aufopferung unserer Truppen ist es zu verdanken, daß es gelang, den ersten wuchtigen Durchbruchsversuch aufzuhalten. Schon in der zweiten Julihälfte sah der Feind sich gezwungen, seine ursprüngliche Durchbruchsabsicht aufzugeben und an Stelle des Durchstoßes in nordöstlicher Richtung, also in die Spitze des von ihm im ersten Anlauf erkämpften Geländedreiecks hinein, die bescheidenere Taktik des Aufrollens durch auseinanderstrebenden Doppeldruck auf die Schenkel des Dreiecks zu setzen. Als auch diese neue Taktik bis Ende Juli nicht zum Erfolge geführt hatte, ging der Feind während des Monats August zu einer ziemlich planlosen Taktik des allgemeinen Drucks auf die Gesamtfront über. Sie brachte ihm trotz immer wiederholter höchster Kraftanstrengung nur unwesentliche Teilerfolge.

Damals drängte sich unseren Feinden die Notwendigkeit auf, dem allgemeinen Sinken der Siegeshoffnung durch eine bedeutsame Neugestaltung der Dinge

[1] Anfang November 1916.

entgegenzuwirken. Durch kräftigen Druck gelang es, den neuen Feind, Rumänien, auf den Plan zu bringen. Eine Reihe von schwerwiegenden Kriegsratssitzungen fand statt. Für den Fortgang der Sommeschlacht wurden ihre Beschlüsse von einschneidender Bedeutung. Die deutsche Führung hat diese Beschlüsse und ihre Auswirkung voll erkannt und auch ihrerseits zum Ausgangspunkt wichtiger und heilsamer Entschließungen gemacht. Von dem Septemberkriegsrat unserer Feinde datiert die wiederum völlig veränderte Taktik, welche in der Folge eingeschlagen wurde, und die während des Septembers auch zu einer unleugbaren Steigerung des feindlichen Vordrängens und zu verhältnismäßig bedeutenden Erfolgen geführt hat. In drei großen Anläufen, vom 3. bis 7. September, vom 12. bis 17. September und mit stärkster Anspannung und entsprechend bedeutsamem Erfolge am 25. bis 27. September, versuchte der Feind, seine neue Absicht zu verwirklichen. Man muß anerkennen, daß diese neue Taktik nichts anderes bedeutet, als entschlossene, nur den veränderten Umständen entsprechend etwas abgewandelte Wiederaufnahme der kühnen Anfangsabsicht: des strategischen Durchbruchs, der nun wiederum die Richtung auf die Spitze des erkämpften Dreiecks bekam. Da diese Spitze nördlich der Somme, im Abschnitt zwischen Somme und Ancre, lag, so brachte der neue Plan des Septemberbeginns die endgültige Spaltung der Sommeschlacht in zwei im wesentlichen getrennte Schlachten.

Die Südschlacht, im Abschnitt Biaches bis Vermandovillers, zeigte nach einem großen Durchbruchsversuch auf der Gesamtfront von Mitte September an ein allmähliches Nachlassen der Gesamtstärke. Trotzdem hat der Feind auch in der Südschlacht — zwar nicht auf Grund eines großen operativen Gedankens, wohl aber durch eine Reihe kraftvoller Einzelstöße — einen immerhin erkennbaren Geländegewinn erzielt, insbesondere in den Abschnitten zwischen Berny und Chaulnes, also an der Südecke des Dreiecks. Von einem weiteren Ausbau dieser Erfolge hat er, jedenfalls infolge der bereits erlittenen Verluste, Abstand nehmen müssen. Dafür verlegten unsere Feinde die Wucht ihrer gemeinsamen Angriffe ganz unverkennbar in den Nordabschnitt zwischen Somme und Ancre, und hier ist es ihnen gelungen, das erkämpfte Dreieck nicht unerheblich zu erweitern. Den Höhepunkt ihrer Anspannung und ihres Erfolges bedeutet die Schlacht des 25. bis 27. September, welche den Feinden die Ortschaften Gueudecourt und Rancourt und das gesamte zwischen ihnen liegende Gelände, eingeschlossen die größere Ortschaft Combles, eintrug. Das Ziel ihrer unerhörten Anstrengung aber, den strategischen Durchbruch an der Spitze des Dreiecks, haben sie auch in dem unvorstellbar gewaltigen und mörderischen Ringen des Septembers nicht erreicht. Das beweist ein Blick auf die Karte der Lage zu Ende September: Das Dreieck, welches zu Beginn des September mit der Spitze bei Longueval im wesentlichen im Sinne der Hauptangriffsrichtung lag und so die feindliche Anfangsabsicht des strategischen Durchbruchs wenigstens in der Anlage verkörperte, hat sich nach der gescheiterten Wiederaufnahme dieser Anfangsabsicht im Laufe des Septembers zu einem flachen Bogen verwandelt. Das feindliche Ziel konnte also nur in den Schenkeln des Dreiecks in stärkerem Maße erreicht werden. Gerade da, wohin die Gesamtrichtung des Angriffs zielte, nämlich an der Spitze, ist der Feind nicht nennenswert vorwärts gekommen.

Der vierte Abschnitt, der im wesentlichen mit dem Oktobermonat zusammenfällt, hat eine ununterbrochene Fortsetzung der feindlichen Angriffstätigkeit auf der ganzen Front gebracht. Auch in diesem Zeitraum ballte der Feind seine Kräfte in Zwischenräumen von jetzt nur etwa fünf Tagen zu gewaltigen Angriffshandlungen, Großkampftagen, zusammen, ohne daß in den Pausen der feindliche Ansturm völlig ausgesetzt hätte. Aber diese gesamte, ununterbrochene und höchst gesteigerte Anspannung hat dem Feinde im Oktober nur örtliche, auf Karten kleineren Maßstabes überhaupt unerkennbare Fortschritte gebracht. Der Ausbau der deutschen Widerstandskraft hat nämlich seit dem kritischen 25. September derartige Fortschritte gemacht, daß wir heute dem Feinde in einer Stärke gegenüberstehen, welche seine zahlenmäßige Überlegenheit zum mindesten durch den höheren Kampfwert unserer Truppen aller beteiligten Waffengattungen ausgleicht. Dieser Stand der Dinge zu Ende Oktober beweist unwiderleglich, daß es der verbündeten Heeresmacht Englands und Frankreichs nicht gelungen ist, den an der Somme gebundenen Bruchteil der deutschen Streitkräfte zu zerreiben und damit unsere Westfront zu erschüttern.

Die zweite dieser bescheidener gewordenen Fragen an das Schicksal war: wird es gelingen, so viel feindliche Kräfte zu binden, daß Deutschland wenigstens außerstande ist, seinen tapferen Bundesgenossen im Südosten Europas genügend Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen, um sie zur Abwehr oder gar zur Niederzwingung des neuen Balkangegners instand zu setzen? Vom Eintritt dieses neuen Verbündeten hatte sich die Entente eine entsprechende Wendung der Lage auf der gesamten Ost- und Südostfront versprochen. Hatte sie uns bisher an beiden Fronten unerschütterlich gefunden, so glaubte sie mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß das bisherige Gleichgewicht der Kräfte an der Ostfront durch Hinzutritt Rumäniens endgültig zu ihren Gunsten verschoben werden würde, während die Wiederaufnahme der Sommeoffensive es uns unmöglich machen sollte, diese Verschiebung auszugleichen. Was im Westen bisher mißlungen war, sollte nun im Osten glücken.

Wir haben die Westfront unerschütterlich gehalten und trotzdem genügend Kräfte freimachen können, um nicht nur den russischen Massenansturm zum Stehen zu bringen, sondern auch dem neuen Feind seinen tückisch errafften Gewinn aus dem Rachen zu reißen und die Bulgaren bei Rückeroberung des räuberisch ihnen abgepreßten Landes am Donaudelta zu unterstützen. Schon sind die Eingangspforten zum Herzen Rumäniens, die Balkanpässe, in unserer Hand[1]. Der Plan unserer Feinde, mit Rumäniens Hilfe unsere Verbündeten im Südosten einen nach dem anderen zu vernichten, unsere Verbindungen mit Konstantinopel zu durchreißen, die Osmanenhauptstadt in ihre Hände zu bringen und damit die schmerzlich entbehrte Einheit unserer Einkreisung herzustellen, ist gescheitert.

Auf die zweite Schicksalsfrage der Entente lautet unsere bisherige Antwort: die eroberte Dobrudscha, das befreite Siebenbürgen.

---

[1] Vgl. S. 228 ff.

Der Seekrieg 1915/16

von Konteradmiral Foß in Berlin

A. Seekriegskalender.

1915.

5. August. Ein österreichisch-ungarisches Tauchboot versenkt bei Pelagosa das italienische Tauchboot »Nereide«.

6. August. Das italienische Luftschiff »Città di Jesi« wird kurz nach Mitternacht beim Versuche, den Kriegshafen von Pola anzugreifen, herabgeschossen und die Besatzung gefangen.

8. August. Der britische Hilfskreuzer »The Ramsey« wird südöstlich von den Orkney-Inseln durch den deutschen Hilfskreuzer »Meteor« versenkt; Überlebende der Besatzung werden gefangengenommen.

Ein deutsches U-Boot versenkt vor dem Vestfjord den britischen Hilfskreuzer »India«.

Ein feindliches U-Boot versenkt das türkische Linienschiff »Haireddin Barbarossa« im Bosporus.

9. August. Ein feindliches Tauchboot wird vor Bulair durch ein türkisches Wasserflugzeug vernichtet.

10. August. Angriff deutscher Marineluftschiffe auf London, Harwich und den Humber.

Durch vier feindliche Kreuzer eingeschlossen, versenkt der Kommandant den »Meteor«, nachdem die Besatzung geborgen ist, die nach Deutschland zurückgelangt. Die Geretteten des »Ramsey« werden entlassen.

Ein britischer älterer Kleiner Kreuzer wird westlich von den Hebriden durch »U 27« versenkt.

Ein italienisches Tauchboot geht durch eine Mine im Golf von Triest verloren.

Die von den Italienern besetzte Insel Pelagosa wird durch österreichisch-ungarische Flugzeuge bombardiert.

11. August. Beschießung der italienischen Ostküste von Sena bis Molfetta durch österreichisch-ungarische Torpedoboote.

Der britische Zerstörer »Lynx« geht in der Nordsee durch eine Mine verloren.

12. August. Das österreichisch-ungarische Tauchboot »U 12« wird in der nördlichen Adria versenkt.

Fliegerangriff auf Dover.

13. August. Fliegerangriff auf Papenholm.

15. August. Österreichischer Luftangriff auf die Küstenforts von Venedig.

16. August. Ein russischer Hilfsdampfer wird im Finnischen Meerbusen durch ein deutsches U-Boot versenkt.

Ein deutsches U-Boot beschießt eine Benzolfabrik bei Harrington an der englischen Westküste.

17. August. Deutsche Torpedoboote vernichten bei Horns Riff einen britischen Kleinen Kreuzer und einen Zerstörer.

Die Insel Pelagosa wird von österreichisch-ungarischen Torpedobooten und Fliegern beschossen.

17./18. August. Luftangriff auf London.

19. August. Das britische Tauchboot »E 13« wird durch ein deutsches Torpedoboot südlich vom Sund zerstört.

21. August. Seegefecht im Rigaischen Meerbusen. Ein russischer Zerstörer, zwei Kanonenboote werden vernichtet und drei deutsche Torpedoboote durch Minen beschädigt.

23. August. Gefecht an der flandrischen Küste zwischen 40 britischen Schiffen und deutschen Küstenbatterien.

24. August. Landungsversuch feindlicher Schiffe bei Fotscha (Türkei) abgewiesen.

27. August. Landungsversuch feindlicher Schiffe auf der Insel Nilistra bei Smyrna abgewiesen.

3. September. Ein türkisches Wachtschiff vernichtet ein feindliches U-Boot im Marmarameer.

4. September. Das britische U-Boot »E 7« wird in den Dardanellen versenkt.

5. September. Deutscher Fliegerangriff auf Konstanza.

6. September. Der Verlust des deutschen Tauchbootes »U 27« wird bekanntgegeben.

6./7. September. Luftschiffangriff auf den Runö-Rigaer Meerbusen.

9. September. Luftangriff auf London, Norwich und Middlesbrough.

10. September. Luftangriff auf Baltisch-Port.

12. September. Erfolgloser Angriff russischer Flieger auf einen deutschen Kreuzer vor Windau; ein deutscher Angriff auf russische Seestreitkräfte ist erfolgreich.

13. September. Italienischer Luftangriff gegen Triest.

16. September. Russischer Fliegerangriff auf Tuzla.

19. September. Türkischer Fliegerangriff auf den Hafen Kefalo (Imbros).

20. September. Der englische Dampfer »Patagonia« wird vor Odessa von türkischen Schiffen versenkt.

27. September. Ein feindliches Torpedoboot wird bei Kerevizdere von den Türken versenkt.

Das italienische Linienschiff »Benedetto Brin« wird durch innere Explosion zerstört.

28. September. Landungsversuch feindlicher Schiffe im Golf von Tschenderli (Türkei).

29. September. Ein Landungsversuch feindlicher Schiffe bei Smyrna wird abgewiesen.

1./2. Oktober. Luftangriff auf Ost-England (ein Luftschiff verloren).

2. Oktober. Zwei britische Monitore werden durch Fliegerangriffe bei La Panne beschädigt.

6. Oktober. Ein russisches Torpedoboot wird durch eine Küstenbatterie bei Raggasem (Rigaer Meerbusen) schwer beschädigt.

7. Oktober. Der britische Minensucher »Genista« wird an der Westküste Irlands durch ein deutsches U-Boot versenkt.

13. Oktober. Italienischer Luftangriff gegen Triest.

14. Oktober. Luftangriff auf London und Ipswich.

Türkische Kriegsschiffe versenken vor Sebastopol die russischen Dampfer »Cadia« und »Ahestron«.

23. Oktober. Der deutsche Panzerkreuzer »Prinz Adalbert« wird durch ein feindliches U-Boot bei Libau versenkt.

24./25. Oktober. Österreichisch-ungarische Flieger beschießen Venedig.

28. Oktober. Verlust des britischen Panzerkreuzers »Argyll« durch Strandung an der Nordostküste Schottlands.

29. Oktober. Schwere Beschädigung des russischen Linienschiffs »Panteleimon« durch ein deutsches U-Boot im Schwarzen Meer.

31. Oktober. Das französische U-Boot »Turquoise« wird in den Dardanellen von den Türken genommen.

5. November. Ein Führerboot einer russischen Minensuchabteilung wird im Finnischen Meerbusen durch ein deutsches U-Boot versenkt.

6. November. Die britisch-ägyptischen Kanonenboote »Prince Abbas« und »Abdul Menem« werden im Hafen von Sollum durch ein deutsches U-Boot vernichtet.

7. November. Der deutsche Kleine Kreuzer »Undine« wird zwischen Trelleborg und Saßnitz durch ein britisches U-Boot versenkt.

9. November. Ein deutsches U-Boot versenkt nördlich von Dünkirchen ein französisches Torpedoboot.

10. November. Der britische Zerstörer »Louis« strandet bei den Dardanellen und geht verloren.

18. November. Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Venedig.

19. November. Westende wird durch britische Monitore beschossen.

27./28. November. Luftangriff auf Ost-England (zwei Luftschiffe verloren).

5. Dezember. Der österreichisch-ungarische Zerstörer »Warasdiner« vernichtet das französische U-Boot »Fresnel«, der Kleine Kreuzer »Novara« mehrere Dampf- und Segelschiffe bei San Giovanni di Medua.

10. Dezember. Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Ancona.

17. Dezember. Der deutsche Kleine Kreuzer »Bremen« und ein deutsches Torpedoboot werden in der östlichen Ostsee von einem britischen U-Boot versenkt.

20. Dezember. Beginn der Räumung Gallipolis durch die englisch-französische Expeditionsarmee.

23. Dezember. Ein englischer Landungsversuch bei Alaba wird abgewiesen.

29. Dezember. Der österreichisch-ungarische Kleine Kreuzer »Helgoland« und Torpedoboote vernichten an der albanischen Küste das französische U-Boot »Monge«. Die österreichisch-ungarischen Zerstörer »Lika« und »Triglav« gehen durch Minen verloren.

30. Dezember. Der britische Panzerkreuzer »Natal« wird durch innere Explosion vernichtet.

1916.

6. Januar. Das britische U-Boot »E 17« geht durch Strandung bei Texel verloren.

9. Januar. Gänzliche Räumung von Gallipoli durch die Engländer und Franzosen.

Das britische Linienschiff »King Edward VII.« wird durch eine Mine vernichtet.

11. Januar. Österreich.-ungar. Luftangriff auf Rimini.

15. Januar. Der deutsche Hilfskreuzer »Möwe« kreuzt vor den Kanarischen Inseln.

17. Januar. Österreich.-ungar. Luftangriff auf Ancona.

19. Januar. Das britische U-Boot »H 6« strandet bei Schiermonnikoog und wird durch holländische Schiffe nach Nieuwediep gebracht.

22./23. Januar. Erfolgreicher Luftangriff auf Dover.

25. Januar. Luftangriff österreichisch-ungarischer Flieger auf Durazzo.

31. Januar. Der durch den deutschen Hilfskreuzer »Möwe« aufgebrachte englische Dampfer »Appam« kommt in Norfolk (Nordamerika) an.

31. Januar zum 1. Februar. Luftangriff auf Liverpool, Birkenhead, Manchester, Nottingham, Sheffield, auf Great Yarmouth und den Humber; der britische Kleine Kreuzer »Caroline« wird so schwer beschädigt, daß er sinkt, mehrere Zerstörer werden ernstlich verletzt.

Ein deutsches U-Boot versenkt einen britischen Wachtdampfer, einen belgischen und drei englische bewaffnete Fischdampfer in der Themse.

1./2. Februar. Österreichisch-ungarische Luftangriffe auf Durazzo und Valona.

Verlust des deutschen Marineluftschiffes »L 19«. Der englische Fischdampfer »King Stephen« weigert sich, die Besatzung an Bord zu nehmen, die infolgedessen ertrinkt.

8. Februar. Der französische Panzerkreuzer »Amiral Charner« wird durch ein deutsches U-Boot an der syrischen Küste versenkt.

9. Februar. Deutscher Luftangriff auf Ramsgate.

11. Februar. Der britische Wachtkreuzer »Arabis« und ein anderer Dampfer werden auf der Doggerbank durch deutsche Torpedoboote versenkt.

12. Februar. Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Ravenna, Codigoro und Cavanello.

14. Februar. Der britische Kleine Kreuzer »Arethusa« sinkt an der Ostküste Englands durch eine Mine.

20. Februar. Deutscher Luftangriff auf Furnes (südlich von La Panne), Deal und Lowestoft.

26. Februar. Der französische Hilfsdampfer »La Provence« wird auf der Fahrt nach Saloniki durch ein deutsches U-Boot versenkt; von 1800 an Bord befindlichen Soldaten werden 700 gerettet.

26./27. Februar. Zwei französische Hilfsdampfer werden vor Le Havre und ein bewaffneter britischer Wachtdampfer in der Themsemündung durch ein U-Boot versenkt.

29. Februar. Der deutsche Hilfskreuzer »Greif« wird in der nördlichen Nordsee von mehreren britischen angegriffen. Er versenkt den einen, »Alcantara«, und wird von der eigenen Besatzung gesprengt, die in englische Gefangenschaft gerät.

4. März. Der deutsche Hilfskreuzer »Möwe« läuft nach mehrmonatiger Kreuzfahrt in einem deutschen Hafen mit Gefangenen sowie Goldbarren im Werte von 1 Million Mark ein.

5./6. März. Deutscher Luftangriff auf Hull.

9. März. Deutscher Luftangriff auf ein russisches Geschwader bei Warna. Das russische Torpedoboot »Leitenant Puschtschin« sinkt südlich von Warna durch eine Mine.

10. März. Der britische Zerstörer »Coquette« und das Torpedoboot »Nr. 11« gehen an der Ostküste Englands durch Minen verloren, ebenso der Hilfskreuzer »Fauvette«.

15. März. Großadmiral v. Tirpitz tritt zurück; Nachfolger: Admiral v. Capelle.

18. März. Ein österreichisch-ungarisches U-Boot versenkt vor Durazzo den französischen Zerstörer »Renaudin«.

Das österreichisch-ungarische Hospitalschiff »Elettra« wird von einem feindlichen U-Boot schwer beschädigt.

19. März. Deutscher Fliegerangriff auf Dover, Ramsgate und Deal.

20. März. Gefecht deutscher und britischer Torpedofahrzeuge an der flandrischen Küste.

Ein deutsches U-Boot versenkt an der Grenze des Eismeeres den russischen Dampfer »Nowaja Slaboda«.

Mißlungener Luftangriff britischer Flugzeuge auf die nordfriesische Küste. Zwei deutsche bewaffnete Fischdampfer und ein Torpedoboot gehen verloren, britischerseits der Zerstörer »Medusa« und drei Flugzeuge.

29. März. Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Valona.

1. April. In der Nacht zum 1. April Luftangriff auf London und Südostküste Englands. »L 15« geht verloren.

1./2. April. Luftangriff auf die britische Ostküste, besonders auf das Südufer des Teesflusses, Middlesbrough und Sunderland.

2./3. April. Luftangriff auf Nordost-England, Leith, Newcastle und den Tyne.

Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Ancona.

3./4. April. Deutscher Luftangriff auf Great Yarmouth.

5./6. April. Luftangriff auf Whitby und Leeds.

8. April. Luftangriff auf die russische Flugstation Papenholm auf Ösel.

22. April. Wiederholter Luftangriff auf die russische Flugstation Papenholm.

24. April. Zahlreiche britische leichte Seestreitkräfte werden an der flandrischen Küste durch deutsche Torpedoboote zurückgedrängt.

24./25. April. Luftangriff auf Industrieanlagen und britische Vorpostenschiffe an der englischen Ostküste.

25. April. Beschießung von Yarmouth und Lowestoft durch deutsche Kreuzer und Zerstörer. Ein britischer Zerstörer und zwei Vorpostenschiffe werden versenkt, darunter »King Stephen« (vgl. 1./2. Februar).

Angriff deutscher Marineflieger auf Dünkirchen.

Vorpostengefechte an der flandrischen Küste. Ein britischer Zerstörer wird schwer beschädigt, ein Hilfsdampfer versenkt.

Das britische U-Boot »E 22« wird im südlichen Teile der Nordsee versenkt.

26./27. April. Ein britisches Wachtschiff wird auf der Doggerbank durch deutsche Torpedoboote versenkt, ein bewaffneter Fischdampfer als Prise eingebracht.

Das russische Linienschiff »Slawa« wird im Rigaer Meerbusen von deutschen Fliegern erfolgreich angegriffen.

Das deutsche U-Boot »U C 5« wird an der Ostküste Englands versenkt und die Besatzung gefangengenommen.

28. April. Das britische Linienschiff »Russel« sinkt im Mittelmeer durch Mine.

30. April. An der flandrischen Küste wird ein britisches Flugzeug durch ein deutsches Torpedoboot abgeschossen.

2./3. Mai. Luftangriff auf den mittleren und nördlichen Teil der englischen Ostküste. Middlesbrough, Stockton, Sunderland, Hartlepool, die Küstenbatterien des Teesflusses und britische Kriegsschiffe werden vor dem Firth of Forth beschossen. »L 20« wird auf der Rückfahrt nach Stavanger verschlagen und geht verloren; die Besatzung wird gerettet.

Marineflugzeuge bombardieren eine englische Küstenbatterie bei Sandwich, südlich von der Themsemündung, und eine Flugstation westlich von Deal.

Angriff deutscher Flugzeuge auf das russische Linienschiff »Slawa« und ein U-Boot im Moonsund.

Erfolgloser russischer Luftangriff auf die deutsche Küstenstation Piffen.

Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Ravenna.

Südlich von der Po-Mündung erfolgloses Feuergefecht zwischen österr.-ungarischen und italien. Torpedofahrzeugen.

4. Mai. »L 7« wird in der Nordsee durch britische Seestreitkräfte vernichtet.

Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Valona und Brindisi sowie den italienischen Panzerkreuzer »Marco Polo«.

5. Mai. Das britische U-Boot »E 31« wird westlich von Horns Riff durch deutsche Schiffe versenkt. (Von der britischen Admiralität bestritten.)

6. Mai. Ein deutsches Torpedoboot erbeutet ein britisches Flugzeug an der flandrischen Küste.

8. Mai. Gefecht zwischen deutschen und britischen Torpedofahrzeugen an der flandrischen Küste. Ein britischer Zerstörer wird schwer beschädigt.

13. Mai. Österreichisch-ungarischer Flugzeugangriff auf Valona und die Insel Saseno.

13./14. Mai. Der britische Monitor »M 30« wird bei der Insel Keusten durch türkisches Artilleriefeuer vernichtet.

16. Mai. Gefecht an der Küste von Flandern zwischen deutschen Torpedobooten und britischen Zerstörern.

15./16. Mai. Luftangriff auf Venedig, Mestre, Cormone, Cividale, Udine, Per La Carnia und Treviso.

17. oder 18. Mai. Ein britisches und ein französisches Torpedoboot gehen an der afrikanischen Küste durch Minen verloren.

19. Mai. Deutscher Luftangriff auf feindliche Schiffe, Dünkirchen, St. Pol, Dixmuiden, Poperinghe, Amiens, Châlons und Suippes.

Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf San Giorgio di Nogaro und Grado.

19./20. Mai. Luftangriff auf Dover, Deal, Ramsgate, Broadstairs und Margate.

23. Mai. Ein österreichisch-ungarisches U-Boot beschießt die Hochöfen von Porto Ferraio auf Elba und versenkt den italienischen Dampfer »Washington«.

24. Mai. Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Latisana und Bari.

25./26. Mai. Luftangriff auf die russische Fliegerstation Papenholm auf Ösel.

31. Mai. Ein britischer Zerstörer wird vor dem Humber durch ein deutsches U-Boot versenkt.

Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf San Giorgio di Nogaro.

31. Mai und 1. Juni. Vor dem Skagerrak schlägt die deutsche Flotte die britische. Beide kehren am 1. Juni nach ihren Stützpunkten zurück. Sehr schwere britische Verluste. Vgl. »Der Seekrieg 1915/16«, S. 249ff.

5./6. Juni. Westlich von den Orkney-Inseln sinkt der britische Panzerkreuzer »Hampshire« durch eine Mine. Mit der Besatzung ertrinken Lord Kitchener und sein Stab auf der Fahrt nach Rußland.

13./14. Juni. Seegefecht zwischen dem deutschen, einen Konvoi deckenden Dampfer »Herrmann« und russischen Zerstörern bei der Insel Häfringe zwischen Gotland und der schwedischen Küste. Das deutsche Hilfsschiff wird bei Norrköping von den russischen Zerstörern in Brand geschossen und von der Besatzung gesprengt.

Das französische Luftschiff »T« geht bei Sardinien durch Brand verloren.

16. Juni. Gefecht 20 Seemeilen östlich von Sulina zwischen bulgarischen Torpedobooten und russischen Dampfern.

19. Juni. Der deutsche Dampfer »Ems« wird von einem britischen U-Boot in den schwedischen Hoheitsgewässern versenkt, der ebenfalls bedrohte deutsche Dampfer »Doris« von einem schwedischen Torpedoboot beschützt.

21. Juni. Das deutsche Tauchboot »U 35« trifft im Hafen von Cartagena mit Arzneimitteln für die deutschen Internierten in Spanien ein.

25. Juni. Der italienische Hilfskreuzer »Città di Messina« und der französische Zerstörer »Fourche« werden durch ein österreichisch-ungarisches U-Boot in der Straße von Otranto versenkt.

30. Juni. Seegefecht zwischen deutschen Torpedobooten und russischen Seestreitkräften; darunter einem Panzerkreuzer und einem geschützten Kreuzer zwischen Häfringe und Landsort.

2. Juli. Ein Konvoi deutscher Dampfer wird südlich von Öland von feindlichen U-Booten ohne Warnung angegriffen; die Geleitdampfer verjagen die Angreifer, und der Konvoi gelangt unbeschädigt nach Swinemünde.

3. Juli. Das russische Linienschiff »Slawa« und Torpedoboote beschießen die kurländische Küste; Küstenbatterien antworten und deutsche Flieger greifen die Schiffe an. »Slawa« wird getroffen.

4. Juli. Das deutsche Tauchboot »U 35« kehrt aus Spanien nach Versenkung des französischen Dampfers »Hérault« zurück.

4. Juli. Ein deutsches U-Boot versenkt in der südlichen Nordsee einen britischen U-Bootzerstörer.

10. Juli. Das deutsche U-Handelsschiff »Deutschland« landet in Baltimore mit einer Ladung Farbstoffe.

Fünf britische bewaffnete Hilfsschiffe werden im Mittelmeer durch den österreichisch-ungarischen Kleinen Kreuzer »Novara« versenkt.

11. Juli. Deutsche Marineflieger beschießen Harwich sowie Dover und Calais.

Ein russisches U-Boot kapert in schwedischen Gewässern die deutschen Dampfer »Worms« und »Lissabon«.

Englisch-französischer Einspruch in Washington gegen die Anerkennung der »Deutschland« als Handelsschiff.

12. Juli. »U-Deutschland« wird von den Vereinigten Staaten als Handelsschiff anerkannt.

U-Boot-Erfolge im Juni: 61 Dampfer und Segler mit 101000 t.

Ein deutsches U-Boot beschießt die englische Küste bei Seaham Harbour.

14. Juli. Ein italienischer Zerstörer wird in der Straße von Otranto zerstört.

Versenkung eines britischen Hilfskreuzers in der Nordsee.

14./15. Juli. Österreichisch-ungarische Torpedoboote vernichten ein italienisches und ein U-Boot ohne Flagge.



18. Juli. Angriff deutscher Flieger auf feindliche Kreuzer, Zerstörer, U-Boote und sonstige militärische Anlagen im Kriegshafen von Reval.

19. Juli. Ein russisches U-Boot beschießt innerhalb des schwedischen Hoheitsgebiets südlich von Ratan im Bottnischen Meerbusen den deutschen Dampfer »Elbe« mit Torpedos.

22. Juli. Gefecht des türkischen Kleinen Kreuzers »Midilli« südlich von Sebastopol mit starken russischen Seestreitkräften.

22./23. Juli. Vorstoß deutscher Torpedoboote bis an die Themsemündung; Artilleriegefecht mit mehreren Zerstörern und Kleinen Kreuzern der »Aurora«-Klasse.

Gefecht zwischen deutschen U-Booten und den britischen Wachtdampfern »Nelly Nutten«, »Onward« und »Eva« an der schottischen Küste.

24. Juli. Das deutsche Handels-U-Boot »Bremen« ist in Neuyork angelangt.

25. Juli. Erfolgreicher Angriff deutscher Marineflieger auf die russische Flugstation Zerel (Ösel); Flugzeughallen und bereitstehende Flugzeuge werden getroffen.

Flugangriff gegen Mariehamn, den Hauptstützpunkt der russischen und britischen U-Boote auf den Ålandsinseln.

28. Juli. Erfolgreicher Luftangriff auf die russische Flugstation Lebara (Ösel).

Österreichischer Luftangriff auf Otranto, Mola, Bari, Grevinazzo und Molfetto.

27./28. Juli. Die mittlere und nördliche englische Küste wird von deutschen Luftschiffen angegriffen.

1. August. Sabani wird von den Engländern besetzt.

2. August. Das italienische Großkampfschiff »Leonardo da Vinci« wird im Hafen von Tarent durch Explosion zerstört.

9. August. Gefecht zwischen russischen leichten Schiffen und deutschen Strandbatterien an der Nordspitze Kurlands.

13. August. Der britische Zerstörer »Lassoo« wird durch U-Boot versenkt.

19. August. Die britischen Kreuzer »Nottingham« und »Falmouth« sowie der Zerstörer »Mohawk« werden von deutschen U-Booten versenkt, ein Großkampfschiff wird schwer beschädigt; das deutsche Linienschiff »Westfalen« wird durch Torpedo beschädigt.

24. August. Der britische Hilfskreuzer »Duke of Albany« wird versenkt.

27. August. »U-Deutschland« kehrt von seiner ersten Amerikafahrt zurück.

7. September. Kilwa Kissiwani und Kilwa Kiwindji (Ostafrika) werden von den Engländern besetzt.

29. September. Österreichisch-ungarische Donauflottillen greifen den Donauhafen Corabia an.

2. Oktober. Österreichisch-ungarische Monitore zerstören eine rumänische Pontonbrücke über die Donau südlich von Bukarest.

Der französische Hilfskreuzer »Rigel« wird im Mittelmeer versenkt.

4. Oktober. Der französische Hilfskreuzer »Gallia« und der englische Truppentransportdampfer »Franconia« werden im Mittelmeer versenkt.

8. Oktober. Deutsche U-Boote kreuzen vor der Ostküste Amerikas.

16. Oktober. Gefecht zwischen italienischen und britischen Kriegsschiffen, die sich gegenseitig für Österreicher halten.

20. Oktober. Das russische Großkampfschiff »Imperatritza Maria« wird bei Sebastopol durch Explosion vernichtet.

22. Oktober. Erfolgloser britischer Fliegerangriff gegen die Ostfriesischen Inseln.

26./27. Oktober. Vorstoß deutscher Torpedoboote bis Folkestone—Boulogne. Elf Vorpostenboote und zwei Zerstörer werden versenkt.

28. Oktober. »U 53« kehrt von seiner Amerikafahrt zurück.

1. November. Vorstoß deutscher leichter Seestreitkräfte gegen den Kanal.

4. November. Bei Bovbjerg (Jütland) strandet das deutsche Tauchboot »U 20« und wird gesprengt.

10./11. November. Vorstoß deutscher Torpedoboote gegen Baltisch-Port.

14. November. Ein französischer Zerstörer der »Arc«- oder »Sape«-Klasse wird im Kanal versenkt.

15. November. Der britische Kreuzer »Newcastle« geht in der Nordsee durch eine Mine verloren.

23./24. November. Vorstoß deutscher Torpedoboote gegen die Themsemündung.

26. November. Das französische Linienschiff »Suffren« wird westlich von Lissabon versenkt.

3. Dezember. Deutsche U-Boote versenken bei Funchal (Madeira) den französischen Hilfsdampfer »Kanguroo« und das Kanonenboot »Surprise«.

10. Dezember. »U-Deutschland« von seiner zweiten Amerikareise zurück.

22./23. Dezember. Österreichisch-ungarische Torpedoboote haben ein Gefecht mit italienischen Zerstörern in der Otrantostraße.

27. Dezember. Das französische Linienschiff »Gaulois« (12730 t) wird im Ägäischen Meer von einem deutschen U-Boot versenkt.

B. Schilderung der Kampfhandlungen.

I. Allgemeines.

Noch fehlt uns die Kenntnis von den strategischen Absichten der verbündeten und feindlichen Oberleitungen, und es ist deshalb auch nicht möglich, zu erkennen, ob diese oder der Zufall zu den Zusammenstößen der Seestreitkräfte geführt haben. Bei dieser Lückenhaftigkeit unseres Wissens ist es zunächst nicht möglich, »Geschichte« zu schreiben. Wir müssen uns gegenwärtig damit begnügen, die veröffentlichten Geschehnisse nach Kriegsschauplätzen und der Zeitfolge entsprechend darzustellen.

Die britische Flotte hatte sich auch im zweiten Jahre des Weltkriegs zunächst damit begnügt, die Mittelmächte vom Weltverkehr abzusperren. Das wurde ihr durch die geographische Lage derart erleichtert, daß sie dieser Aufgabe auch dann hätte gerecht werden können, wenn das Stärkeverhältnis zwischen ihr und der deutschen Wehrmacht zur See umgekehrt gewesen wäre, als es tatsächlich der Fall war. Bei ihrer erdrückenden Übermacht aber war es ein Kinderspiel, und sie konnte ihre Ziele erreichen, ohne etwas Wertvolles dabei einzusetzen. Hätte sich der deutsche Machtbereich bis Calais oder Le Havre erstreckt, so wäre die Absperrung schon schwieriger gewesen, und einem Lande wie Frankreich gegenüber wäre sie nur zu lösen gewesen, wenn wirkliche Kriegsschiffe dazu Verwendung fanden.

Der dauernde Verzicht auf die Niederkämpfung der deutschen Flotte würde zur Folge gehabt haben, daß sich das gegenseitige Stärkeverhältnis am Ende des Krieges nicht wesentlich verschoben hätte. Einem größeren Bestande an Schlachtschiffen auf Seite Englands hätte auf deutscher ein größerer an Tauchbooten und Luftschiffen die Wage gehalten, und gerade diese waren es bei den vorliegenden Verhältnissen, durch deren Verwendung es möglich erschien, das englische Volk kriegsmüde zu machen, vorausgesetzt, daß von ihnen rücksichtslos Gebrauch gemacht worden wäre.

Daß dies nicht geschah, erklärt sich aus politischen Rücksichten. Als im Februar 1915 die Aufnahme des Unterseekriegs deutscherseits feierlich angekündigt war, antwortete die britische Regierung mit Gegenmaßregeln, die sich als überaus wirksam erwiesen. Sie bewaffnete ihre Kauffahrer mit Geschützen und erließ geheime Anweisungen, die das Personal darüber belehrten, wie die Verwendung der Geschütze am sichersten zur Vernichtung der deutschen Tauchboote führen müsse. Geheim waren die Instruktionen, weil die Bewaffnung friedlicher Handelsschiffe in schroffem Widerspruch zum Völkerrecht stand. Sie lassen auch erkennen, daß die an Bord gegebenen Geschütze nicht nur zur Verteidigung bestimmt waren, sondern auch zum Angriffe dienen sollten. Hand in Hand damit ging der planmäßige Mißbrauch neutraler Flaggen und sonstiger Abzeichen, durch die sich die Schiffe neutraler Länder als solche kenntlich zu machen suchten.

Darauf konnte nur mit Gegenmaßregeln geantwortet werden, die geeignet waren, die von den deutschen Tauchbooten bisher befolgte Taktik zu verschärfen. Lediglich Schuld der feindlichen Regierungen war es, wenn von nun an mehr Menschenleben gefährdet wurden oder verlorengingen. Es blieb der deutschen Regierung nur übrig, ein Kriegsgebiet um die großbritannischen, französischen und italienischen Küsten festzusetzen, innerhalb dessen jedes Schiff, gleichgültig welcher Nation es angehören mochte, der Versenkung preisgegeben war. Das war die Art der Führung des Unterseekriegs, wie sie der britische Admiral Sir Percy Scott hatte kommen sehen und die er verteidigt hatte. Am 5. Juni 1914 hatte er in den »Times« einen Artikel veröffentlicht, in dem er für den Ausbau der Tauchboote eintrat, die geeignet seien, dem Seekriege ein neues Gesicht aufzuprägen. England müsse damit rechnen, daß sein dereinstiger Gegner die Meere um die britischen Inseln als Kriegsgebiet erklären und für die Schiffahrt sperren werde; er könne dann jedes Schiff torpedieren, das sich dort sehen lasse. Er schrieb: »Finden sie (die U-Boote) die Handelsdampfer, so sind diese verurteilt, und sie geben keinen Pardon. Sie können nicht an Bord der feindlichen Schiffe gehen und sie wie in alten Zeiten als gute Prisen fortführen. Sie warten nur, bis sie sinken, und kehren heim, ohne zu wissen, wieviel menschliche Wesen sie auf den Grund der See geschickt haben.« Ein anderer Admiral bekämpfte diese Ansicht, weil eine so barbarische Kriegführung undenkbar sei. Darauf erwiderte Sir Percy am 10. Juni in den »Times«: »Barbarisch sei schließlich jeder Krieg, sein Zweck sei aber, den Gegner zu vernichten; deshalb müsse man ihn an seiner verwundbarsten Stelle angreifen. Die Englands sei seine über See erfolgende Versorgung mit Lebensmitteln; greife dessen Gegner also auf die von ihm gemutmaßte Weise hier an, so sei das ein durchaus einwandfreies Mittel.« Als Lord Sydenham das bestritt, entgegnete Scott am 15. Juni 1914, er habe von einem ausländischen Seeoffizier einen seinen veröffentlichten Auslassungen beistimmenden Brief erhalten, und fuhr dann fort: »Nach meiner Meinung dürfte eine solche Sperre ganz in der Ordnung sein. Ist sie einmal erklärt, so werden britische und neutrale Handelsschiffe, die sie mißachten und die Sperre zu brechen suchen, gut tun, sich nicht auf die friedliebenden Versicherungen Lord Sydenhams zu verlassen, und wenn sie bei dem Versuche versenkt werden, so kann man das nicht als einen Rückfall in Wildheit und Piraterie in ihren schwärzesten Farben bezeichnen.« Kein Brite, Franzose, Russe oder Italiener, keiner der Neutralen hat dagegen Einspruch erhoben, als die britische Regierung 110 Millionen Menschen dem Hungertode preisgeben wollte. Der bekannte britische Admiral Fisher hat einmal gesagt: »Das Wesen des Krieges ist Gewalt, Mäßigung im Kriege Dummheit. Schlag zuerst zu, wenn du kannst; triff hart und triff, wo du kannst.« Bei Beginn des Krieges gegen die französische Republik (1793) erhielten die britischen Admirale den lakonischen Befehl: »Sink, burn and destroy.« (Versenke, verbrenne und zerstöre.)

Die deutschen Tauchboote hatten den Krieg gegen den feindlichen Seehandel nicht so geführt, wie sich Sir Percy Scott ihn gedacht hatte, obgleich die Engländer so weit gegangen sind, »echte Neutrale« zu entern und zu zwingen, aktive britische Marinemannschaften an Bord zu nehmen, die während der Fahrt auftauchende deutsche U-Boote abschießen sollten. Es wären der Gründe die Hülle und Fülle vorhanden gewesen, die es durchaus gerechtfertigt haben würden, wenn der U-Krieg nach dem Vorschlag von Scott geführt worden wäre. Nichts von dem ist geschehen; die Deutschen haben menschlich schön, aber militärisch töricht gehandelt, es deshalb mit schweren Opfern büßen müssen und sind doch nicht dem Vorwurf der Barbarei und Piraterie entgangen. Mit diesem letzteren Ausdruck wurde von seiten der Entente grober Unfug getrieben. Unter »Pirat« versteht man einen Seeräuber, der sich auf Kosten der von ihm Angefallenen bereichert. Kein Mann der deutschen Flotte ist durch im Kriege gemachte Beute um einen Pfennig reicher geworden. Dagegen haben britische Seeoffiziere in der ersten Periode des Krieges durch Prisengelder Vermögen erworben. Die Ansichten Scotts decken sich übrigens mit denen des Feldmarschalls v. Hindenburg, der ebenfalls vor falscher Sentimentalität warnte, weil sie geeignet sei, den Krieg langwieriger zu gestalten und dem eignen Lande größere Blutopfer aufzuerlegen. Wenn auch der U-Krieg — leider — nicht so geführt wurde, wie Scott ihn sich vorstellte, so waren seine Wirkungen für die Schiffahrt doch recht fühlbar. Das zeigte am besten das Emporschnellen der Frachten und Versicherungsprämien in England. Vor dem Kriege betrug die Fracht für die Tonne Fleisch oder Getreide von Argentinien nach Liverpool 12½ Schilling. Im April 1915 wurden 200 Schilling vergeblich geboten. Am 1. November 1915 waren 550 englische Kauffahrer mit 1200000 Registertonnen, = 6 Proz. des ursprünglichen Bestandes, versenkt, 40 französische mit 110000 Tonnen, = 9 Proz., bis 1. Dezember 1915: 734 feindliche — davon 624 englische mit 1230000 Tonnen — mit mindestens 1447628 Tonnen vernichtet, davon 568 durch U-Boote, 93 durch Minen, 73 durch sonstige mit dem Kriege in Verbindung stehende Ereignisse. Der britische Landwirtschaftsminister Lord Selbourne äußerte sich damals dahin, daß er den Zeitpunkt kommen sehe, in dem die deutschen U-Boote der britischen Schiffahrt den Todesstoß geben würden. In dieser Zeit großer Bedrängnis griff die Regierung der Vereinigten Staaten zugunsten der Entente helfend ein, und diesmal mit offener Drohung, und erreichte Anfang Mai 1916 die bedingte Einstellung des U-Kriegs. Es sollten nur noch Schiffe versenkt werden, wenn dadurch das Leben der an Bord befindlichen Personen nicht gefährdet würde, und nach vorheriger Prüfung der Schiffspapiere.

Die Kriegsschiffsverluste der Flotten der En-

tente betrugen im ersten Kriegsjahre nach zuverlässigen Angaben mindestens:

	England	Frankreich	Rußland	Italien	Japan
Linienschiffe	8	1	1	—	—
Panzerkreuzer	6	1	1	2	—
Kleine Kreuzer	6	—	1	—	—
Hilfskreuzer	18	3	2	3	—
Tauchboote	11	8	1	1	—
Handelsschiffe	400	80	20	?	?

Über die Verluste durch den Handelskrieg gibt Admiral Bridge für die Zeit vom 4. August 1914 bis 23. März 1916 in den »Times« folgendes Material:

A. England	379	Dampfer	zu 1320171	Brutto-Registertonnen
Frankreich	41	"	" 189865	"
Belgien	10	"	" 29861	"
Rußland	27	"	" 42226	"
Italien	21	"	" 70271	"
Japan	3	"	" 19267	"
	481	Dampfer	zu 1621661	Brutto-Registertonnen
B. England	31	Segelschiffe	zu 19119	Brutto-Registertonnen
Frankreich	12	"	" 18323	"
Rußland	8	"	" 7463	"
Italien	6	"	" 3373	"
	57	Segelschiffe	zu 48278	Brutto-Registertonnen

C. Außerdem 12 verlorengegangene Dampfer, für die der Tonnengehalt fehlt. Wir nehmen ihn an auf 15000 Brutto-Registertonnen.

D. Fischereifahrzeuge (237 englische, 7 französische, 2 belgische) mit durchschnittlich 250 Ton. = 61500 Ton.

E. Neutrale Dampfer und Segler:

Norwegen	59	Schiffe	mit 95732	Brutto-Registerton.
Dänemark	18	"	" 32734	"
Schweden	33	"	" 42584	"
Holland	22	"	" 73786	"
Vereinigte Staaten	6	"	" 16013	"
Griechenland	11	"	" 22383	"
Spanien	4	"	" 8007	"
Serbien[1]	1	Schiff	" 758	"
Portugal[1]	1	"	" 621	"
		Zusammen:	293218	Brutto-Registerton.

A.	1621661 Tonnen
B.	48278 "
C.	15000 "
D.	61500 "
E.	293218 "
Zusammen:	2039657 Tonnen

Schiffsraum, der infolge des Krieges bis zum 23. März 1916 ausgefallen ist.

Das »Taschenbuch der Kriegsflotten« von Weyer macht über die Verluste bis Mai 1916 folgende Angaben; es wurden versenkt durch:

»Emden«	17	Schiffe	mit 73895	Ton.
»Karlsruhe«	17	"	" 76609	"
»Dresden«	5	"	" 16080	"
»Leipzig«	8	"	" 12149	"
»Königsberg«	1	Schiff	" 6800	"
Hilfskreuzer »Kaiser Wilhelm d. Gr.«	2	Schiffe	" 10458	"
" »Kronprinz Wilhelm«	13	"	" 53659	"
" »Prinz Eitel Friedrich«	10	"	" 30049	"
" »Möwe«	15	"	" 57746	"
Im ganzen also durch deutsche Kreuzer	83	Schiffe	mit 337445	Ton.
Davon waren englisch	70	"	" 293181	"
französisch	10	"	" 35105	"
russisch	2	"	" 4837	"
belgisch	1	Schiff	" 4322	"
Dann folgen 621 Handelsschiffe mit zusammen			1769294	Ton.
350 Fischerfahrzeuge		"	" 51290	"
Im ganzen sind vernichtet	1054	Schiffe	mit 2158029	Ton.

[1] In der angezogenen Zusammenstellung der »Times« mit unter den neutralen Staaten aufgeführt!

Davon waren englisch	847	Schiffe	mit 1758501	Ton.
französisch	94	"	" 194389	"
russisch	51	"	" 72091	"
italienisch	39	"	" 76772	"
belgisch	18	"	" 24679	"
japanisch	5	"	" 31597	"

Eine sehr große Rolle haben die Tauchboote gespielt; auf sie sind hauptsächlich die Verluste der feindlichen Handelsflotten und ein recht bedeutender der Kriegsflotten zurückzuführen.

Diese Verluste setzen sich, soweit nur eigentliche Kriegsschiffe in Frage kommen, aus folgenden Klassen zusammen: britische: 3 Großkampfschiffe, 9 Linienschiffe, 5 Schlachtkreuzer, 14 Panzerkreuzer, 12 geschützte Kreuzer, 47 Zerstörer und Torpedoboote, 25 Tauchboote, 18 gepanzerte (Monitore) und ungepanzerte Kanonenboote von zusammen 573096 Tonnen; französische: 1 (bzw. 2) Linienschiffe, 2 Panzerkreuzer, 1 Kanonenboot, 13 Torpedofahrzeuge, 9 Tauchboote und 8 andere Schiffe; italienische: 1 Linienschiff, 2 Panzerkreuzer, 5 Torpedofahrzeuge, 4 Tauchboote, 3 andere Schiffe; russische: 1 Panzerkreuzer, 1 Kleiner Kreuzer, 3 Kanonenboote, 4 Zerstörer, 2 Tauchboote, 7 andere Schiffe; japanische: 1 Kleiner Kreuzer, 2 Torpedofahrzeuge, 2 Minensucher. Die Verluste der Verbündeten Englands belaufen sich zusammen auf 76930 t. Zu denen Großbritanniens kommen noch viele der Kauffahrtei entnommene Hilfsdampfer; nachweisbar sind 48 von sehr verschiedener Größe, vom 17000 Brutto-Registertonnen fassenden Schnelldampfer bis herab zum 150 t großen Fischdampfer.

Die Verluste der feindlichen Handelsschiffahrt berechnet der deutsche Admiralstab bis zum 30. Juni 1916 auf 1303 Schiffe von 2574205 Brutto-Registertonnen, wobei die in den Häfen der Mittelmächte bei Kriegsbeginn beschlagnahmten nicht mitgerechnet sind.

Im ersten Kriegsjahr sind 20 nachweisbare Verletzungen des Völkerrechts durch feindliche Kauffahrer (Schießen auf deutsche U-Boote; Versuche, sie zu rammen) vorgekommen. Im zweiten stieg diese Zahl auf 38, so daß im ganzen 58mal die Regeln des Völkerrechts verletzt worden sind.

Die deutschen Tauchboote hatten aus politischen Rücksichten den Krieg gegen den feindlichen Seehandel nach den für Kreuzer gültigen Grundsätzen zu führen. Sie mußten also bei den Schiffen, die sie anhielten, auftauchen, sie untersuchen und durften sie erst versenken, wenn sie als Feinde oder mit Bannware beladene Neutrale festgestellt waren und das Leben und die Gesundheit der an Bord befindlichen Personen nicht gefährdet wurden. Dieses Vorgehen war mit großen Gefahren für sie verbunden; denn die Engländer und Franzosen hatten ihren Kapitänen befohlen, erscheinende Tauchboote niederzurennen und von der Bewaffnung auch angriffsweise Gebrauch zu machen, von der gesagt wurde, daß sie nur »zur Verteidigung« bestimmt sei. Durch den Mißbrauch neutraler Abzeichen und Flaggen wurden den Tauchbooten Fallen gestellt. Man versuchte auch, Geschütze und ihre Bedienungsmannschaften auf »echte« Neutrale zu bringen, um auftauchende U-Boote zu vernichten. Das war die Übertragung des Freischützenkriegs aufs Wasser, dem eine Reihe von deutschen U-Booten auch zum Opfer gefallen ist. Damit wurde die Tätigkeit der Tauchboote zu einer besonders gefährlichen, und nur durch die Energie, das außergewöhnliche technische Können der Kommandanten und tadelloses Material konnten unter diesen erschwerenden Umständen überhaupt Erfolge erreicht

werden. Es ist erstaunlich, daß es einem deutschen U-Boot vom 2.—10. August 1916 möglich gewesen ist, 7 englische und 3 französische Segler, 3 englische und 2 französische Dampfer zu versenken. Im übrigen siehe den Seekriegskalender, S. 238 ff.

Von den Kriegsschiffen des Vierverbandes ist das Völkerrecht fünfmal verletzt worden — der Fall »Kaiser Wilhelm der Große«, »Dresden«, »Albatros«, »U 27« bzw. »Baralong« (für den die britische Regierung die volle Verantwortung übernommen hat) und »King Stephen«, für den sogar der Bischof von London eintrat. Unzählig sind aber die Fälle, in denen britische Kriegsschiffe gegen Kauffahrer der Mittelmächte und der Neutralen das Völkerrecht verletzt haben.

Das Gesamtergebnis des bisherigen[1] Krieges war, daß die britische Flotte schwere Verluste an Kriegsschiffen, Menschen und Seegeltung erlitt. Das muß um so höher bewertet werden, als die Gesamtstärke der den Mittelmächten bei Kriegsbeginn gegenüberstehenden fertigen und im Bau begriffenen Schiffe — abgesehen von Hilfskreuzern, Torpedofahrzeugen, Tauchbooten und sonstigen bewaffneten Dampfern — 443 mit 5428000 t betrug. Von Hilfsdampfern hatte England allein mehr als 2000 im Dienst. Die Zahl der größeren Schiffe der Mittelmächte betrug dagegen 156 von 1651000 t. Einem 3⅓mal so starken Feinde gegenüber haben die Mittelmächte einen dreimal so großen Verlust beigebracht, als sie selbst erlitten.

Die portugiesische Regierung beschlagnahmte am 23. Februar 1916 — offenbar unter dem Druck der britischen — die in den Häfen ihres Landes und ihrer Kolonien liegenden deutschen Handelsdampfer, worauf Deutschland der portugiesischen Regierung den Krieg erklärte.

II. Der Seekrieg in den nordwestlichen Meeren.

Am 7. August 1915 versenkte ein deutsches U-Boot den britischen Hilfskreuzer »India« (7900 t) vor dem Vestfjord nördlich von Bodö. Ein Teil der Besatzung wurde gerettet und in Norwegen interniert.

Der kleine Hilfskreuzer »Meteor«, der in Deutschland ausgerüstet worden war, vernichtete am 8. August südöstlich von den Orkney-Inseln den britischen Hilfskreuzer »The Ramsey« (1473 t) nach kurzem Gefecht; 40 Personen konnten gerettet werden. Bereits am 10. wurde das deutsche Schiff, das sich unfern Horns Riff befand, von vier britischen Kreuzern umstellt. Da ein Entkommen ausgeschlossen war, ließ der Kommandant die Gefangenen, deren Herzen durch die gute Behandlung gewonnen waren, auf einen neutralen Segler bringen, während er die Besatzung des »Meteor« auf einen zweiten schickte. Der deutsche Hilfskreuzer wurde durch Sprengung versenkt; nach abenteuerlicher Fahrt gelangten die deutschen Seeleute wieder in einen heimischen Hafen.

Am 9. August bombardierten fünf Marineluftschiffe britische in der Themse liegende Kriegsschiffe, die Docks von London, Harwich und die Ufer des Humbers. Einer der Luftkreuzer wurde zwar beschädigt, erreichte aber doch noch Ostende.

Diese Luftangriffe wiederholten sich am 12. und 18. August, am 8., 9. und 14. September, am 13. Oktober, am 22. und 23. Januar 1916 (an welchen Tagen aber nicht Zeppeline, sondern Wasserflugzeuge gegen Dover und das westlich davon gelegene Hougham vorstießen und am 26. La Panne bombardierten), am 1. Februar, in den Nächten zum 6. März, zum 2., 3., 4., 6. und 25. April 1916. Der am 12. August unternommene Flug, von dem die Luftschiffe unbeschädigt heimkehrten, richtete sich auf Harwich. Die im September unternommenen Angriffe hatten wieder die Docks und die westliche City von London, militärische Anlagen und Fabriken in Norwich, Middlesbrough und die englische Ostküste zum Ziel, der Angriff am 13. Oktober die City und Ipswich, die am 1. Februar die Westküste Englands, Birkenhead, die Mersey-Mündung, Manchester, Nottingham, Sheffield und das an der Ostküste gelegene Great Yarmouth. Auf dem Humber wurde der dort liegende ganz neue Kleine Kreuzer »Carline« (16400 t) versenkt. Der Verlust wird englischerseits bestritten. Der am 6. März unternommene Vorstoß traf die Stadt Hull, der in der Nacht zum 1. April unternommene wiederum London und den Humber, während die Anfang April angesetzten Angriffe die Ostküste, Anlagen am Tees-Flusse, Middlesbrough, Sunderland, die Docks von London, Great Yarmouth, Whitby, eine Batterie bei Hull, Fabriken bei Leeds und Dünkirchen schädigten. Deutsche Flieger vergalten die Beschießung der flandrischen Küstenstädte durch Bombardements von Dover, Deal, Ramsgate am 9. und 20. Februar sowie am 19. März.

Im allgemeinen waren die deutschen Luftschiffe und Flieger trotz des heftigen Abwehrfeuers unbeschädigt heimgekehrt. Doch fehlte es auch nicht an Opfern. So war am 2. Februar das Luftschiff »L 19« auf der Heimfahrt über holländisches Gebiet geraten, von dort aus beschossen und zum Niedergehen auf die Nordsee gezwungen worden. Es wurde in Seenot von dem englischen Fischdampfer »King Stephen« gesichtet. Die Deutschen baten um Aufnahme und Rettung aus Todesnot. Der Schiffer lehnte ab und dampfte fort. Dadurch sind die etwa 30 Insassen des Luftkreuzers umgekommen. Während dieser Vorfall in Deutschland erklärliche Entrüstung hervorrief, wurde er in England allgemein gebilligt, so namentlich auch von dem Bischof von London. »King Stephen« ist später bei dem Vorstoß deutscher Kreuzer gegen die Ostküste am 25. April versenkt worden.

Bei den Luftangriffen Anfang April gingen das Luftschiff »L 15« und »L 20« verloren. Ersteres mußte auf der Themse niedergehen und wurde vernichtet, die Besatzung gefangen. Letzteres wurde durch Sturm nach Norwegen verschlagen und ist bei Stavanger durch norwegische Truppen vernichtet worden, während die Besatzung interniert wurde. »L 7« wurde um dieselbe Zeit von britischen Kriegsschiffen, die es in der Nordsee angegriffen hatte, abgeschossen.

Am 10. August wurde der britische Zerstörer »Lynx« (1913, 950 t, drei 10,2 cm-Schnelladekanonen, zwei 53 cm-Doppeltorpedorohre) in der Nordsee das Opfer einer Mine. Am gleichen Tage versenkte das deutsche Tauchboot »U 27« westlich von den Hebriden einen britischen Kleinen Kreuzer älterer Art. Am 15. bohrte ein U-Boot einen britischen Truppentransportdampfer bei den Scilly-Inseln in den Grund; ungefähr die Hälfte der Besatzung soll gerettet worden sein. Am gleichen Tage beschoß ein großer englischer Passagierdampfer ein deutsches Tauchboot, das keine Miene gemacht hatte, ihn anzugreifen. Das nannte die britische Regierung »Bewaffnung zur Verteidigung«.

Die deutschen U-Boote beschränkten sich übrigens keineswegs darauf, den Feind auf dem Wasser zu schädigen; auch die Küste wurde von ihnen angegriffen, soweit ihre leichten Geschütze das erlaubten.

[1] Bis Dezember 1916.

Am 17. August abends gelang es fünf deutschen Torpedobooten, eine von einem britischen Kleinen Kreuzer geführte Zerstörerflottille unweit Horns Riff überraschend mit Torpedos anzugreifen. Der Kleine Kreuzer und einer der Zerstörer wurden versenkt.

Den 10000-Tonnendampfer »Arabic« torpedierte am 19. ein U-Boot; fast alle Passagiere konnten geborgen werden.

Am gleichen Tage hatte »U 27« den mit Maultieren beladenen Dampfer »Nicosian« angehalten, die Besatzung veranlaßt, das Schiff zu verlassen und schickte sich darauf an, das Schiff durch Artillerie zu versenken, als überraschend der britische Hilfskreuzer »Baralong« auftauchte, das U-Boot unter Feuer nahm und versenkte. Die »Baralong« führte beim Andampfen die amerikanische Flagge und amerikanische Abzeichen. Während das U-Boot langsam versank, suchten sich die elf an Deck befindlichen Leute, darunter auch der Kommandant, durch Schwimmen auf die dicht dabei liegenden Dampfer zu retten. Der Kommandant der »Baralong«, Mc Bride, ließ alle durch Gewehrfeuer töten. Auf Reklamationen der deutschen Regierung hieß die britische dieses unmenschliche Verhalten des Kapitän Mc Bride gut.

An der von der deutschen Marine besetzten und mit Batterien versehenen flandrischen Küste kam es vielfach zu Gefechten. Am 23. August wurde vor Zeebrügge ein deutsches Wachtboot nach tapferer Gegenwehr durch zwei britische Zerstörer vernichtet. Ein bald darauf erscheinendes, 40 Einheiten umfassendes britisches Geschwader von Monitoren und Zerstörern zog sich unter dem Feuer der Küstenbatterien wieder zurück.

Am 25. September beschossen 5 große und 25 kleine britische Kriegsschiffe Zeebrügge, Westende und Middelkerke; nachdem eines von ihnen versenkt war, zwei andere Treffer erhalten hatten, zog sich der Verband zurück. Solche Vorstöße wiederholten sich am 20., 28. und 29. Dezember, am 16. und 27. Januar 1916 sowie im Mai 1916; die britischen Geschosse zerstörten hauptsächlich Häuser der verbündeten Belgier. Auch eine größere Anzahl friedlicher Landesbewohner wurde getötet oder verwundet.

Die deutschen U-Boote entfalteten nach wie vor eine rege Tätigkeit; am 9. November wurden der französische Zerstörer »Branlebas« (1905, 336 t, 27 Knoten, eine 6,5 cm-, sechs 4,7 cm-Schnellladekanonen, zwei 45 cm-Torpedodoppelrohre), ein weiteres französisches Torpedoboot und der britische Hilfskreuzer »Irene« (543 t) nördlich von Dünkirchen durch sie versenkt. Am 31. Januar und 1. Februar 1916 vernichteten deutsche U-Boote vor der Themse fünf britische Wachtdampfer. Der U-Krieg hatte England schwer geschädigt, selbst die verwerflichsten Abwehrmittel hatten versagt. Weit nach Norden hatten die U-Boote ihre Fahrten ausgedehnt, bis zur Grenze des ewigen Eises. Am 9. März wurde dort der russische Dampfer »Nowoje Sloboda« versenkt. Am 11. wurde der französische Postdampfer »Louisiana« bei Le Havre versenkt. Durch Anheuern von stellungslosen amerikanischen Bummlern als »Schutzengel« suchten die Westmächte ihre Schiffe gegen die Angriffe zu schützen. Man wußte, daß der Präsident der Vereinigten Staaten bereit war, in ihrem Interesse einzugreifen, sobald sich nur eine Gelegenheit bot. Die schwere Beschädigung des französischen Postdampfers »Sussex« durch einen Torpedo am 25. März gab Wilson den gewünschten Vorwand zu neuem drohenden Eingriff. Seine kurz vor Ostern in Berlin überreichte Note sagte, es sei für ihn kein Zweifel, daß die »Sussex« von einem deutschen U-Boot torpediert worden sei; das bewiesen die an Bord gefundenen Bestandteile eines Torpedos, der als deutscher kenntlich sei. Die deutsche Regierung sei ihren früheren Versprechungen betreffs Führung des U-Kriegs nicht nachgekommen. Und wieder gab die deutsche Regierung nach. Die am 15. März 1916 erfolgte Verabschiedung des Großadmirals v. Tirpitz steht hiermit in engstem Zusammenhange.

Aber nicht nur durch die Torpedos der deutschen U-Boote, sondern auch durch die von ihnen ausgelegten Minen hatten die feindlichen Kriegs- und Handelsflotten schwere Verluste. Am 13. Februar ging der britische Kleine Kreuzer »Arethusa« (1918, 3600 t, 29 Knoten, zwei 15,2 cm-, sechs 10,2 cm-Schnellladekanonen, zwei 53 cm-Doppeltorpedorohre) verloren, am 22. vor der Themse der Zerstörer »Hind« (760 t, 27 Knoten, zwei 10,2 cm-, zwei 7,6 cm-Schnellladekanonen, zwei 53 cm-Doppeltorpedorohre), am 10.—12. März an der englischen Ostküste der Zerstörer »Coquette« (1903, 315 t, 29,2 Knoten, eine 7,6 cm-, fünf 5,7 cm-Schnellladekanonen, zwei 45 cm-Torpedorohre), das Torpedoboot »Nr. 11« und der Hilfskreuzer »Fauvette« (2644 t).

Am 17. Juni ist der britische Zerstörer »Eden« (1904, 550 t, 24 Knoten, vier 7,6 cm-Schnellladekanonen, zwei 45 cm-Torpedorohre) im Kanal infolge eines Zusammenstoßes gesunken. 31 Mann der 70 Köpfe starken Besatzung wurden gerettet.

Ende Juni und im Laufe des Julis wurden holländische Fischerfahrzeuge durch britische Dampfer aufgebracht; am 19. Juli waren es 170, aber es wurde damit weiter fortgefahren, was natürlich in Holland schwere Verstimmung auslöste.

Am 11. Juli erfolgte ein Fliegerangriff auf Harwich, Dover und Calais, von Flandern ausgehend.

In der Nacht zum 23. stießen deutsche Torpedoboote bis nahe an die Themsemündung vor, ohne zunächst etwas vom Feinde zu sehen. Noch vor Tagwerden erschienen aber mehrere britische Kleine Kreuzer der »Aurora«-Klasse mit einer Anzahl von Zerstörern. Es entspann sich ein kurzes Feuergefecht. Während die deutschen Boote unbeschädigt blieben, wurden mehrere Treffer gegen die britischen Schiffe beobachtet.

Am 24. wurde an der flandrischen Küste ein britischer Doppeldecker von einem deutschen Flugzeug abgeschossen; ein deutsches Torpedoboot barg Flugzeug und Besatzung nach Zeebrügge.

Nach einer holländischen, wahrscheinlich von England aus beeinflußten Meldung sollen fünf Seemeilen südwestlich vom Maasfeuerschiff am 27. drei britische Linienschiffe, zwei Zerstörer und zwei Flugzeuge gesehen worden sein. Es wären die ersten großen britischen Schiffe, die es wagten, sich nach der großen Seeschlacht wieder auf See zu zeigen. Die Nachricht dürfte mit Vorsicht aufzufassen sein.

Am 27. Oktober strandete der britische Panzerkreuzer »Argyll« (1904, 11000 t, 22,4 Knoten, vier 19 cm-, sechs 15,2 cm-, zwanzig 4,7 cm-Schnellladekanonen, zwei 45 cm-Torpedorohre) an der Ostküste Schottlands und wurde am 29. aufgegeben.

Am 4. November brachte ein holländischer Regierungsdampfer das in Seenot befindliche deutsche Tauchboot »U 8« in einen holländischen Hafen, wo die Besatzung interniert wurde.

Vom 12. Dezember an kreuzte ein großes deutsches Geschwader längere Zeit in der Nordsee; am 19. stand es

im Skagerrak. Es hatte auf seiner Fahrt keine feindlichen Seestreitkräfte gesehen, dagegen 52 Handelsdampfer untersucht und einen von ihnen, der mit Bannware beladen war, aufgebracht.

Am 30. Dezember ging vor einem englischen Hafen der britische Panzerkreuzer »Natal« durch innere Explosion verloren.

III. Nördliche Meere.

In der Nacht vom 5. zum 6. Juni sank westlich von den Orkney-Inseln bei stürmischem Wetter der britische Panzerkreuzer »Hampshire« (1903, 11000 t, 23,5 Knoten, vier 19 cm-, sechs 15,2 cm-, 20 leichte Schnellladekanonen, zwei 45 cm-Torpedorohre) wahrscheinlich durch eine Mine. Nur sechs Leute der 655 Köpfe starken Besatzung konnten sich retten. An Bord befand sich der britische Kriegsminister Lord Kitchener mit einem etwa 300 Personen umfassenden Stabe.

Am 1. August griffen mehrere Luftschiffgeschwader London und die östlichen Grafschaften erfolgreich an. Trotz starker Abwehr seitens der Kriegsschiffe traten keine Verluste auf deutscher Seite ein.

Das Handels-U-Boot »Deutschland« trat von Baltimore die Rückreise an und traf am 17. August auf der Weser ein.

In der Nacht zum 3. August fand ein Luftangriff gegen London, Harwich, Norfolk statt, wobei deutscherseits keine Verluste eintraten. London litt schwer. — Von den in portugiesischen Häfen beschlagnahmten 72 deutschen Dampfern waren 32 so weit wiederhergestellt, daß sie verwendet werden konnten.

Dann erfolgte am 9. August ein Luftangriff gegen die englische Ostküste von Northumberland bis Norfolk, die Eisenwerke und Benzolfabriken bei Middlebrough, die Hafenanlagen von Hull und Hartlepool, die Werftanlagen am Tyne, den Industriebezirk von Whitby, den Hafen von King's Lynn. Es wurde große Wirkung beobachtet und durch spätere Berichte von Neutralen bestätigt. Trotz starker Abwehr traten keine Verluste ein.

An der flandrischen Küste erschienen britische Monitore und Zerstörer. Deutsche Flieger griffen sie an; es wurden mehrere Treffer beobachtet. Deutscherseits waren keine Verluste zu verzeichnen.

Am 13. August wurde ein britischer Zerstörer 8 Seemeilen westlich vom Maasfeuerschiff durch eine Mine versenkt.

Der 15. August brachte ein Gefecht zwischen zwei britischen Monitoren und deutschen Strandbatterien bei Westende, in das auch englische Flieger eingriffen.

Nach deutschen und englischen Zeitungsberichten sind am 19. August deutsche und britische große Schiffe in der Nordsee gewesen. Es gelang den Tauchbooten beider Parteien, an die feindlichen Geschwader heranzukommen und Torpedoschüsse abzugeben. An der englischen Ostküste fielen diesen die britischen Kleinen Kreuzer »Nottingham« (1913, 3530 t, 26,3 Knoten, neun 15,2 cm-Schnelladekanonen, 400 Mann Besatzung), »Falmouth« (1910, 5300 t, 27 Knoten, acht 15,2 cm-Schnelladekanonen, 380 Mann Besatzung) und der Zerstörer »Mohawk« (1904, 900 t, 35 Knoten, fünf 7,6 cm-Schnelladekanonen, 70 Mann Besatzung) zum Opfer; ein Großkampfschiff wurde schwer beschädigt. Das britische Tauchboot »E 23« (1915, 730/825 t, 16/10 Knoten, zwei 7,6 cm-Schnelladekanonen, vier 53 cm-Doppeltorpedorohre, 30 Mann Besatzung) torpedierte das deutsche Großkampfschiff »Westfalen«. Die Beschädigung des letzteren war jedoch leicht.

Am 25. August erfolgte ein Luftangriff auf London, der am 23. September wiederholt wurde. Auch Yarmouth, Harwich und die südlichen Grafschaften wurden heimgesucht. Trotz starker Abwehr waren keine deutschen Verluste zu melden.

Am 10. und 15. September beschossen britische Monitore Westende und die deutschen Strandbatterien an der flandrischen Küste. Als am 17. wiederum feindliche Schiffe erschienen, wurden diese von Fliegern angegriffen, die einen Volltreffer auf ein Mutterschiff erzielten. Von diesem aufgestiegene britische Flieger griffen ein. Einer von ihnen wurde gezwungen, auf holländischem Gebiet niederzugehen, wo er interniert wurde. Das wiederholte sich am 18. Auch das Mutterschiff wurde wieder getroffen, ein weiterer Flieger zum Landen auf holländischem Gebiet gezwungen. Am 19. wurde ein britischer Zerstörer getroffen. Am 24. fand ein ähnliches Gefecht statt. Am 21. Oktober griffen deutsche Flieger wieder an und erzielten einen Treffer gegen einen Zerstörer. Am 23. erfolgte ein britischer Fliegerangriff von 8 Flugzeugen, der mit einem Verlust eines der Angreifer abgeschlagen wurde.

In der Nordsee wurden mehrfach mit Bannware beladene neutrale Handelsdampfer nach deutschen Stützpunkten aufgebracht. Auf dem am 23. September gekaperten holländischen Dampfer »Prins Hendrik« wurde eine größere Zahl aus deutschen Gefangenenlagern entronnener und in Holland interniert gewesener Russen, Franzosen und Briten sowie Kuriere mit ihren Briefschaften festgenommen. Der darauf entlassene Dampfer wurde von britischen Fliegern angegriffen und auch getroffen; das ihn geleitende deutsche Torpedoboot blieb unbeschädigt.

Am 24. September wurde der holländische Dampfer »Batavier IV« nach Zeebrügge geleitet. Am 28. wurden weitere nach England unterwegs befindliche Dampfer in der südlichen Nordsee aufgebracht.

In der Nacht zum 24. September erfolgte ein Luftangriff auf London, den Humber, Nottingham, Sheffield; große Brände wurden beobachtet. Zwei Luftschiffe gingen verloren. Ein Luftangriff in der Nacht zum 26. September richtete sich gegen Portsmouth, die Themsemündung, York, Leeds, Derby; deutscherseits keine Verluste. Dagegen kostete ein Luftangriff in der Nacht zum 2. Oktober ein weiteres Luftschiff.

Am 19. Oktober wurde der Kleine Kreuzer »München« (1904, 3250 t, 23,5 Knoten, zehn 10,5 cm-Schnelladekanonen, zwei 45 cm-Torpedorohre, 303 Mann Besatzung) torpediert, aber nur ganz leicht beschädigt.

Am 22. Oktober bombardierte ein deutscher Marineflieger den Bahnhof und Hafen von Sheerneß; ein britischer Fliegerangriff gegen die Ostfriesischen Inseln scheiterte. Am 23. warf ein deutscher Flieger drei Bomben auf Margate.

In der Nacht zum 27. Oktober stießen aus der Deutschen Bucht der Nordsee kommende deutsche Zerstörer, unter Befehl des Kommodore Michelsen in den Kanal bis zur Linie Folkestone—Boulogne vor. Sie vernichteten mindestens 11 Wachtdampfer, 2—3 Zerstörer und den Postdampfer »Queen« — letzteren, nachdem der Besatzung Zeit zum Verlassen des Schiffes gegeben worden war. Weitere Zerstörer und Wachtdampfer wurden beschädigt.

In der Nacht zum 2. November stießen deutsche leichte Kräfte von Zeebrügge aus gegen die Route Holland—England vor. Mehrere Dampfer wurden angehalten, zwei von ihnen nach Zeebrügge geschickt.

Plötzlich erschienen 4 britische Kleine Kreuzer, so daß ein dritter, mit zwei Mann Prisenmannschaft besetzter Dampfer in Gefahr schwebte, wiedergenommen zu werden. Deshalb versenkte ihn die Prisenbesatzung, die gefangen wurde. Es kam dann zwischen den deutschen Booten und britischen Schiffen zu einem Gefecht, aus dem die deutschen unbeschädigt nach Zeebrügge zurückgelangten. Am 15. wurde der britische Kreuzer »Newcastle« (1909, 4900 t, 26,3 Knoten, zwei 15,2 cm-, zehn 10,2 cm-Schnelladekanonen, zwei 45 cm-Torpedorohre, 373 Mann Besatzung) in der Nordsee durch eine Mine so schwer beschädigt, daß er vor dem Firth of Forth sank. Der Verlust durch die Explosion betrug 27 Tote und 45 Verwundete.

In der Nacht zum 24. stießen leichte deutsche Kräfte gegen die Themsemündung vor. Ein Vorpostendampfer wurde dort versenkt, das befestigte Ramsgate beschossen.

Die Ergebnisse eines Luftangriffs gegen England in der Nacht zum 24. mußten mit dem Verlust zweier Luftschiffe erkauft werden. Am selben Tage unternahmen britische Flieger einen Luftangriff gegen Zeebrügge.

Am 10. Dezember kehrte das Handels-U-Boot »Deutschland« von seiner zweiten Amerikareise zurück.

IV. Balkan und südliche Meere.

Am 2. August flog im Hafen von Tarent durch innere Explosion das italienische Großkampfschiff »Leonardo da Vinci« (1911, 22400 t, 22 Knoten, dreizehn 30,5 cm-, achtzehn 12 cm-Schnelladekanonen, 20 leichte Geschütze, drei 45 cm-Torpedorohre, 944 Mann Besatzung) in die Luft. Die eine Wache war beurlaubt, die andere ist größtenteils umgekommen.

Am 21. Oktober wurde berichtet, daß bei Messina britische Kreuzer und Zerstörer des Nachts italienische gesichtet hätten. Da jedes der beiden Geschwader das andere für ein österreichisch-ungarisches hielt, so sei es zu einem Gefecht gekommen. Ein schwer beschädigter britischer Kreuzer sei nach Malta gebracht und auch italienische Schiffe seien getroffen worden. In Korfu Ende Oktober eingetroffene britische Zerstörer und angetriebene Schiffstrümmer gaben zu erneuten Gerüchten über ein weiteres Gefecht zwischen italienischen und britischen Schiffen in der Süd-Adria Veranlassung, das zur Zeit der Überführung italienischer Truppen nach Epirus stattgefunden haben soll.

Die österreichisch-ungarische Flotte entwickelte hauptsächlich eine sehr rege Fliegertätigkeit. Hierbei spielte der Schiffsleutnant Banfield eine ähnliche Rolle wie die deutschen Fliegeroffiziere Boelcke und Immelmann. Die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Donauflottille wird weiter unten kurz gestreift. — In der Nacht zum 23. Dezember befanden sich vier österreichisch-ungarische Torpedoboote auf einer Streife in der Otrantostraße. Als zwei italienische Wachtschiffe versenkt worden waren, versuchten sechs viel stärkere italienische Zerstörer, ihnen den Rückweg zu verlegen. Bei dem Durchbruch wurde ein italienischer Zerstörer in Brand geschossen und blieb liegen. Drei andere wurden auf kleine Entfernung häufig getroffen und ergriffen die Flucht. Unter diesen befand sich der Vertreter eines neuen, noch nicht bekannten, besonders großen Typs. Von den Torpedobooten erhielt das eine zwei Treffer in den Schornstein, ein zweites einen Schuß in den Aufbau; Verlust: ein Toter, keine Verwundeten.

Die Küsten der Türkei wurden häufig beunruhigt. Am 2. August bewarfen vier britische Flieger Nazareth und Carmel mit Bomben.

Ein am 17. August in die nördlichen und südlichen Buchten der Insel Smyr eingedrungenes Geschwader von 8 Schiffen setzte aus einem Transportdampfer und einem Segelschiff 300 Mann an Land. Herbeigeeilte türkische Truppen zwangen sie, sich schleunigst wieder mit einem Verlust von 50 Mann einzuschiffen. Am selben Tage wurde im Golf von Alexandrette ein britisches Kriegsschiff durch Artillerie versenkt. Der Kommandant, 4 Offiziere, 13 Mann wurden gefangengenommen. Am 24. beschoß ein britischer Monitor die Küste bei Fotscha. Am 26. August griffen österreichisch-ungarische Flieger im Jonischen Meer eine Gruppe feindlicher Schiffe an und versenkten eines von ihnen. Am 7. September wurde Smyrna von einem britischen Monitor und einem Transportdampfer beschossen. Das Feuer wurde erwidert, der Monitor wich brennend seewärts; das Transportschiff dampfte, nachdem es zwei Treffer erhalten hatte, in Richtung Samos ab. Am 17. September stiegen zwei britische Flieger von zwei Mutterschiffen auf und griffen Gaza und Bin en Seban (Palästina) an. Am 28. wurden Truppen von einem Zerstörer im Golf von Tschenderli gelandet. Sie wurden an Bord zurückgetrieben. Ebenso erging es einer größeren Anzahl, die am 29. ein 6 Schiffe starkes Geschwader im Golf von Keulek landete. Ein französischer Landungsversuch im Golfe von Akaba am 3. Dezember scheiterte.

Am 18. und 20. August griffen türkische Flieger russische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer an.

Am 27. August erklärte Rumänien an Österreich-Ungarn, Italien an Deutschland den Krieg. Beim Vordringen der deutsch-bulgarischen Armee in der Dobrudscha wirkten deutsche Marineflieger und ein Marineluftschiff mit, auf dem Schwarzen Meer ein deutsches U-Boot. Die Russen hatten das Schwarze Meer derart mit Minen verseucht, daß es immer schwieriger wurde, dasselbe zu befahren. Am 5. und 7. September belegten deutsche Flieger Konstanza und dort liegende russische Kriegsschiffe, Luftschiffe Bukarest und Ploescht mit Bomben. Die rumänische Regierung ließ als Abwehrmaßregel internierte Angehörige der Mittelmächte in den gefährdet erscheinenden Bezirken unterbringen.

Zwei russische Dampfer und ein Segler sind in dieser Zeit an verschiedenen Stellen des Schwarzen Meeres von deutschen U-Booten versenkt worden. Am 9. September beschoß ein deutsches U-Boot Stadt und Hafen von Mangalia (Dobrudscha). Am 11. September erfolgte ein Luftangriff auf Konstanza und dort ankernde Kriegsschiffe; es wurden Treffer beobachtet. Deutsche Flieger bombardierten am 16. September Eisenbahnanlagen und Truppen in der nördlichen Dobrudscha. Zwei russische Zerstörer beschossen am 27. September Mangalia und Maglenika. Eine österreichisch-ungarische Bootsflottille griff am 19. September den rumänischen Donauhafen Corabia an, vernichtete den Bahnhof und mehrere russische bewaffnete Dampfer, Minenfahrzeuge sowie Schlepper und führte neun festgehaltene österreichisch-ungarische Schlepper mit fort. Durch die Zerstörung einer Pontonbrücke schnitten österreichisch-ungarische Monitore am 2. Oktober einer starken, über die Donau in die Dobrudscha eingedrungenen rumänischen Infanteriedivision den Rückweg ab; diese wurde infolgedessen aufgerieben. Russische Schiffe beschossen Mangalia, britische Orfano-Ägäis. Das russische Linienschiff »Rostislav« (1896, 10800 t, 15,6 Knoten, vier 25,4 cm-, acht 15 cm-Schnelladekanonen, 12 leichte Geschütze, 641 Mann Besatzung)

wurde am 4. Oktober durch Fliegerbomben in Konstanza ernstlich beschädigt. Andere deutsche Flieger bombardierten die Forts von Bukarest und unterbrachen die Eisenbahn Tschernawoda–Konstanza.

Der griechische Dampfer »Angelici« mit 300 Freiwilligen für die Venizelos-Armee sank 7 Seemeilen östlich vom Piräus am 28. Oktober durch eine Mine.

Die österreichisch-ungarische Donauflottille hat auch weiter eine rege Tätigkeit entfaltet, mehrfach beladene Schleppzüge aufgebracht und am 14. November 7 Schlepper gekapert. Beim Überschreiten der Donau durch Teile der Armee Mackensen haben die Kriegsfahrzeuge der Doppelmonarchie sehr gute Dienste getan.

V. Die Tauchboote.

Von deutschen U-Booten wurden in den nördlichen Meeren gute Erfolge erzielt. Am 2. August wurden in der Nordsee zahlreiche Fischdampfer versenkt. Am 11. August wurden östlich vom Firth of Forth 3 bewaffnete englische Fischdampfer von einem deutschen Tauchboot mit Artillerie angegriffen und versenkt und 16 Mann ihrer Besatzungen mitgenommen.

Am 24. August wurde der britische Hilfskreuzer »Duke of Albany« (?) in der Nordsee versenkt; der Kommandant und 23 Mann von der Besatzung ertranken, 87 Mann wurden gerettet.

Am 24. August ging in der Nähe der Scilly-Inseln das Tauchboot »U 41« unter Umständen verloren, die an den Baralong-Fall erinnern. Ein von ihm angehaltener, die amerikanische Flagge führender Dampfer, der ein Boot zu Wasser gelassen hatte, versenkte es mit plötzlich einsetzendem Geschützfeuer, als es sich ihm näherte. Es gelang dem Leutnant zur See Crompton und dem Steuermann Godau aus dem versinkenden Boot frei zu kommen und in ein auf dem Wasser treibendes Boot zu gelangen. Nachdem der Dampfer vergeblich versucht hatte, dasselbe zu rammen, wurden beide in schwer verwundetem Zustande an Bord genommen und dort sowie später an Land aufs unmenschlichste behandelt.

An der Finnmarkenküste erschienen Ende September deutsche Tauchboote und behinderten den regen Verkehr der Dampfer, die Kriegszeug nach Archangelsk brachten. Anfang Oktober wurden dort zehn norwegische und zwei englische Dampfer versenkt, bis 11. Oktober deren 34. Am 22. Oktober wurden die Funkstation Sipnawalok und in deren Nähe befindliche russische Zerstörer beschossen, einer der letzteren sowie ein Fischdampfer vernichtet. Am 23. wurde der bewaffnete Wachtdampfer »Kolgoeef« versenkt. Im Eismeer versenkten deutsche U-Boote zahlreiche feindliche Transportschiffe; die Ladung des einen der versenkten Dampfer hatte einen Wert von 23 Millionen Mark. Zu diesen Verlusten kamen noch die durch eine Riesenexplosion verursachten, wodurch in Archangelsk sieben große Dampfer von 27000 t und sonstige ungeheure Werte vernichtet wurden. Am 23. Oktober traf der an der Murmanküste aufgebrachte Dampfer »Suchan« in Deutschland ein, der, ursprünglich der Hapag gehörig und früher »Spezia« benannt, bei Kriegsausbruch in Wladiwostok beschlagnahmt worden war. Das an Bord befindliche Kriegszeug hatte einen Wert von über 20 Mill. Mk. Am 8. Oktober lief das deutsche U-Boot »U 53« mit Depeschen in dem amerikanischen Hafen Newport News ein, den es nach zwei Stunden wieder verließ. Unmittelbar darauf erfolgte eine Reihe von Angriffen auf nach Europa bestimmte Dampfer an der Ostküste der Vereinigten Staaten. Vier englische und zwei neutrale Dampfer wurden versenkt. Ende Oktober traf »U 53« wieder in Deutschland ein.

Am 4. November strandete bei Bovbjerg (Westküste Jütlands) das Tauchboot »U 20«. Da es nicht flott zu machen war, wurde es am 5. gesprengt.

Im Kanal wurden am 14. ein französischer Zerstörer von etwa 230 t, am 26. das französische Linienschiff »Suffren« (1899, 12730 t, 18 Knoten, vier 30,5 cm-, zehn 16,4 cm-, acht 10 cm-Schnelladekanonen, 22 leichte Geschütze, zwei 45 cm-Torpedorohre) mit seiner ganzen Besatzung (655 Mann) 50 Seemeilen westlich von Lissabon versenkt. Am 3. Dezember versenkten deutsche U-Boote vor Funchal (Madeira) das französische Kanonenboot »Surprise« (1895, 627 t), das Hilfsschiff »Kanguroo«, den englischen Dampfer »Dacia« sowie vier kleinere Schiffe.

Die bei den Ententemächten infolge des Unterseehandelskriegs eingetretene Frachtraumnot zwang die englische Regierung, im Interesse der Versorgung des Landes einen Teil der für die Marine beschlagnahmten schnellen Kauffahrer frei zu geben. Die neutrale Schiffahrt wurde dadurch in den Dienst der Entente gezwungen, daß sie nur Kohlen erhielten, wenn sie sich verpflichteten, Fahrten für diese zu machen. In England, Frankreich und Italien herrschte große Sorge vor einer Verschärfung des U-Kriegs angesichts der riesigen Verluste der Handelsflotten.

Ähnlich erfolgreich waren die deutschen U-Boote auch in den südlichen Meeren an der Arbeit. Am 7. Oktober wurde der italienische Kreuzer »Libia« (1912, 3800 t, 22 Knoten, zwei 15,2 cm-, acht 12 cm-Schnelladekanonen, 14 leichte Geschütze, zwei 45 cm-Torpedorohre, 314 Mann Besatzung) durch ein deutsches U-Boot schwer beschädigt. An Truppentransportdampfern wurde eine ganze Reihe versenkt, so am 4. Oktober »Franconia« (18150 Brutto-Registertonnen, leer), 11. Oktober »Crosshill« (5000 t, mit Pferden und starker Begleitmannschaft), 12. Oktober »Sebeck« (4600 t, tief beladen), die letzteren beiden nach Saloniki unterwegs. Über die Menschenverluste bei der Versenkung französischer Transportschiffe meldete der »Temps«: »Amiral Hamelin« 55, »Calvados« 740, »Provence« 1059, »Ville de Rouen« 3, »Gallia« 1050 Mann. Es wird da auch erwähnt, daß kurz nach der Versenkung des englischen Transportdampfers »Caledonia« ein britischer, von elf Zerstörern geleiteter Hilfskreuzer, dessen Name nicht genannt werden dürfe, vernichtet worden sei. Ein deutsches U-Boot beschoß am 16. Oktober Fabriken und Bahnanlagen bei Catanzaro (Kalabrien).

Immer wieder trat den U-Booten Widerstand entgegen; so meldete ein Kommandant, daß sein Boot 13mal, meist von englischen Dampfern beschossen worden sei, die ein oder mehrere 7,5 cm-Schnelladekanonen führten. Am 4. Dezember wurde der von Saloniki unterwegs befindliche französische Dampfer »Algeria« bei Malta versenkt; 1 Offizier, 6 Mann gerieten in Gefangenschaft. Das am gleichen Tage vernichtete englische Transportschiff »Caledonia« (9227 t) hatte das U-Boot gerammt und ihm das Periskop verbogen. Nachdem das Boot den Schaden unter Wasser beseitigt hatte, tauchte es wieder auf. Inzwischen war der Dampfer nach 45 Minuten gesunken und die an Bord Befindlichen in 10 Booten untergebracht, die sich unter Segel befanden. Der Kommandant des U-Boots holte sich den Freischützenkapitän, einen englischen General und einen anderen Offizier aus den Booten und nahm sie als Gefangene mit.

Bis zum 23. Dezember 1916 hatten an Linienschiffen und Kreuzern, abgesehen von Torpedofahrzeugen, U-Booten, Hilfsschiffen u. dgl. m., verloren England 128 Schiffe von 563200 t, Frankreich 29 Schiffe von 53900, Italien 20 Schiffe von 63600, Rußland 16 Einheiten von 54800, Japan 4 Schiffe von 9100 t.

Anfang Januar ging das britische Tauchboot »E 17« verloren, das auf der Flucht vor deutschen Torpedobooten an der holländischen Küste festkam. 32 Mann der Besatzung wurden durch den holländischen Kreuzer »Noordbrabant« gerettet. — Auf der Doggerbank wurde in der Nacht zum 27. ein größeres Wachtschiff in den Grund gebohrt und 1 Fischdampfer als Prise aufgebracht. Unter den versenkten Schiffen befand sich auch der berüchtigte »King Stephen«, der die Besatzung des Luftschiffs »L 19« erbarmungslos hatte ertrinken lassen. Im südlichen Teil der Nordsee wurde das britische Tauchboot »E 22« vernichtet, ein britischer Kleiner Kreuzer der »Arethusa«-Klasse durch ein U-Boot beschädigt. Das deutsche Tauchboot »UC5« wurde an der Ostküste Englands versenkt, die Besatzung gefangengenommen. Am 31. Mai wurde vor dem Humber ein großer britischer Zerstörer von einem deutschen U-Boote versenkt.

Am 4. Juni versenkte ein deutsches U-Boot einen britischen Minensucher in der Nordsee; ebendaselbst wurden bis zum 6. die englischen Fischdampfer »Queen Bee«, »Annie Anderson«, »Popedah«, »Watchful«, »Nancy Human«, »Cirrel Bessie« und »Newark Castle« vernichtet. Dieses Schicksal teilte in der südlichen Nordsee ein britischer U-Bootzerstörer, während ein Minensucher nur beschädigt wurde.

Am 9. Juni wurden abermals acht englische Fischdampfer an der Ostküste Englands versenkt. Es wird das hier angeführt, weil diese Fahrzeuge Wachtdienst für die britische Flotte ausüben.

Am 19. wurden drei bewaffnete britische Wachtdampfer in der Nordsee durch U-Boote versenkt.

Am 23. Juni sichteten deutsche U-Boote die britischen Wachtdampfer »Nelly Nutten«, »Onward« und »Eva« an der schottischen Ostküste. Es kam zum Gefecht, in dem alle drei vernichtet wurden; nur von dem erstgenannten sind 11 Mann durch einen holländischen Logger geborgen worden.

Am 20. Juli erzielte ein deutsches U-Boot bei Scapa Flow (Orkneys) zwei Torpedotreffer gegen ein britisches Großkampfschiff. Die britische Admiralität leugnete die Tatsache und behauptete, ein Kleiner Kreuzer sei erfolglos angegriffen worden. Diese Ableugnung verdient keine Beachtung, da alle britischen Behörden in derartigen Fällen lügen.

Auch die übrigen deutschen Seestreitkräfte waren nicht müßig.

Am 9. Januar 1916 geriet das britische Linienschiff »King Edward VII« (1903, 17800 t, 19 Knoten, vier 30,5 cm-, vier 23,4 cm-, zehn 15,2 cm-, 24 leichte Schnelladekanonen, vier 45 cm-Torpedorohre) an der Nordostküste Schottlands auf eine von dem neuen deutschen Hilfskreuzer »Möwe« gelegte Mine und ging verloren. Am 19. folgte der Verlust des britischen U-Bootes »H 6« durch Strandung bei Schiermonnikoog. In der Nacht zum 11. Februar traf eine deutsche Torpedobootsabteilung auf der Doggerbank mehrere britische ganz neue Minensucher. »Arabis« und ein anderer Minensucher wurden versenkt, 3 Offiziere, 20 Mann der »Arabis« gefangen; 4 weitere starben auf der Heimfahrt. Am 20. März griff ein britisches Kreuzergeschwader, eine Zerstörerflottille und 2 Flugzeugmutterschiffe die Westküste Schleswigs an. Ein Zerstörer wurde beschädigt. Deutsche Torpedoboote, von denen eines nicht heimkehrte, brachen zur Verfolgung vor. Der britische Zerstörer »Medusa« und 2 deutsche bewaffnete Fischdampfer wurden versenkt. Am 25. April führte ein Angriff deutscher Luftschiffe und Seestreitkräfte auf die englische Ostküste zu großen Erfolgen. Docks, Hafenanlagen, wichtige Industriepunkte, Bahnanlagen, Befestigungen bei den Städten Great Yarmouth, Lowestoft, Cambridge, Norwich, Lincoln, Winterton, Ipswich und Harwich wurden beschossen. Ein britischer Kleiner Kreuzer geriet in Brand, 1 Zerstörer und 2 Wachtdampfer wurden versenkt. Das britische Tauchboot »E 31« wurde am 5. Mai von deutschen Kriegsschiffen durch Artillerie bei Horns Riff vernichtet (von der britischen Admiralität geleugnet). In der Nacht zum 3. Mai erfolgte ein Luftangriff auf den mittleren und nördlichen Teil der englischen und schottischen Ostküste: Middlesbrough, Stockton, Sunderland, Hartlepool, Anlagen am Teesflusse, britische Kriegsschiffe und Werftanlagen im Firth of Forth wurden ausgiebig mit Bomben belegt.

VI. Die Seeschlacht vor dem Skagerrak vom 31. Mai bis 1. Juni 1916.

Der Chef der deutschen Hochseeflotte, Vizeadmiral Scheer, hatte erfahren, daß eine große Flotte bei Norwegen stehe, und sich entschlossen, sie anzugreifen. Am 31. Mai morgens 3 Uhr verließ Vizeadmiral Hipper

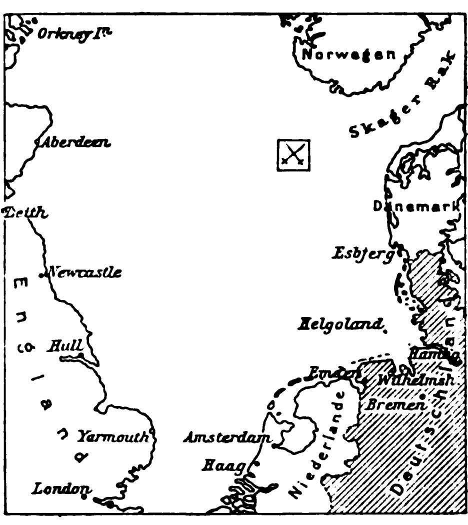


Fig. 1. Schauplatz der Seeschlacht vor dem Skagerrak.

mit der Aufklärungsflotte — 5 Schlachtkreuzern, 5 Kleinen Kreuzern, 40 Torpedobooten — die Jade. Nach knapp einer Stunde folgte das deutsche Gros mit 16 Großkampfschiffen, 6 älteren Linienschiffen und 3 älteren Kreuzern. Beide Verbände nahmen einen nordnordwestlichen Kurs. Um 4½ Uhr nachmittags befand sich die deutsche Aufklärungsflotte 90 Seemeilen westlich von Hanstholmen, die Kleinen Kreuzer einige Meilen als Spitze vorgeschoben (vgl. Fig. 1). Das Wetter war klar und schön bei leichtem nord-

westlichem Winde. Die Hauptmacht folgte etwa 30 Seemeilen rückwärts. Um diese Zeit sichtete der linke Flügel der Spitze voraus zuerst Flieger und 4 feindliche Kleine Kreuzer, die sich bald auf 8 vermehrten und mehrere Flottillen großer Zerstörer im Gefolge hatten. Auf die Meldung erfolgte der Befehl »angreifen«. Die Briten hatten auf nordwestlichen Kurs gedreht und stoben mit großer Fahrt davon; ihnen nach die Deutschen. Um 5 Uhr 20 Min. tauchten in westlicher Richtung zwei östlich fahrende Kolonnen großer Schiffe mit einem Geleit vieler Kleiner Kreuzer und Zerstörer auf (Fig. 2). Es waren die 6 Schlachtkreuzer »Queen Mary«, »Princeß Royal«, »Lion«, »Tiger«, »Indefatigable« und »New Zealand«. Diese der »Queen Elisabeth«-Klasse, die aus nordwestlicher Richtung herangekommen waren und sich den vom Admiral Beatty geführten Schlachtkreuzern angehängt hatten, in das Gefecht eingriffen. Damit verschob sich die britische artilleristische Überlegenheit auf das Vierfache; und es konnte kein Zweifel sein, daß in dem Kampfe, den deutscherseits sechzehn 30,5 cm- und achtunddreißig 28 cm-Schnelladekanonen gegen 40 britische 38 cm-, zweiunddreißig 34,3 cm- und sechzehn 30,5 cm-Schnelladekanonen zu führen hatten, das Endergebnis zugunsten der Briten ausfallen müsse.

Um sich Luft zu machen, setzt Admiral Hipper die Torpedoboote zum Angriff an. Um 6 Uhr 20

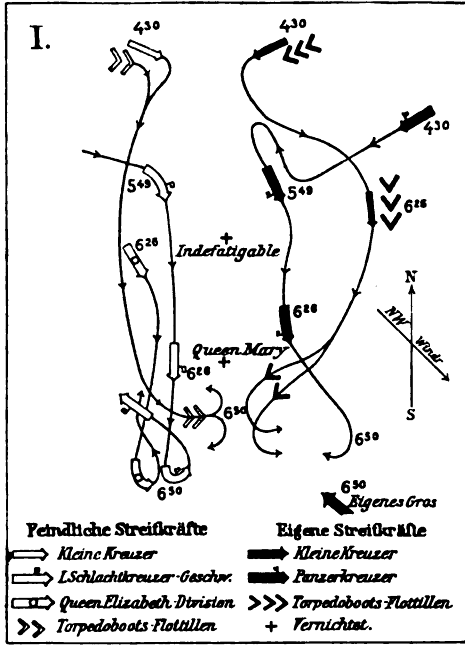


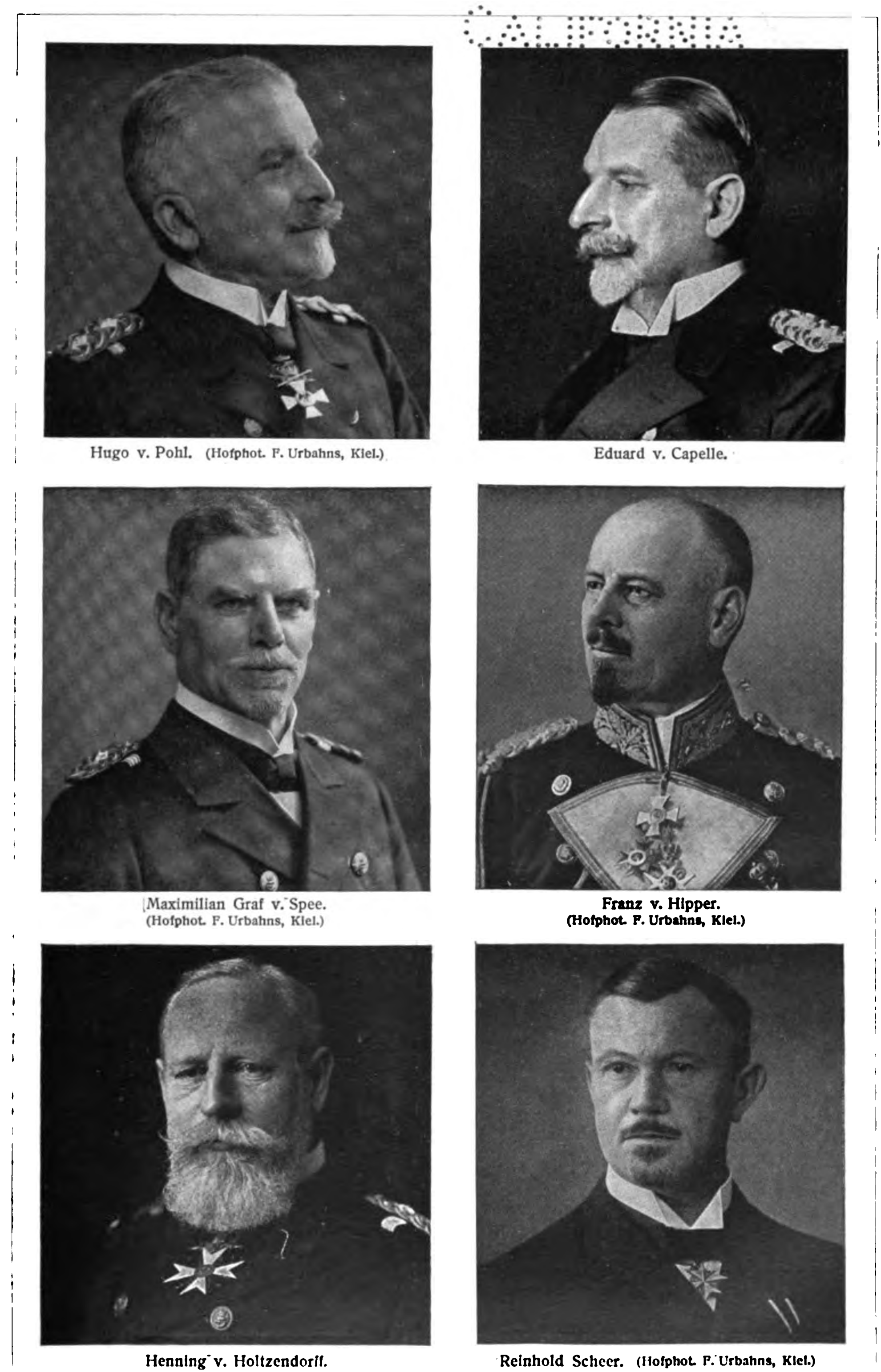
Fig. 2.

Fig. 3.

bildeten Kiellinie und nahmen Kurs Südost. Damit wurde klar, daß die deutsche der britischen Aufklärungsflotte gegenüberstand, mit der sie sich bereits am 24. Januar 1915 gemessen hatte. Admiral Hipper rief seine Kleinen Kreuzer zurück, dampfte auf die feindliche Linie zu und legte sich zu laufendem Gefecht auf 13 km östlich von derselben. Um 5 Uhr 49 Min. feuerte das deutsche Flaggschiff den ersten Schuß — die größte Seeschlacht aller Zeiten hatte begonnen.

Auf deutscher Seite fochten fünf große Schiffe mit einem Breitseitgewicht von 15974 kg gegen sechs größere britische mit einem Breitseitgewicht von 24856 kg; mit anderen Worten: die britische Artillerie verhielt sich zur deutschen wie 1,56:1. Vor der britischen Linie und in ihrem Feuerlee standen 13 Kleine Kreuzer und 40 Zerstörer neuester Art. Trotz dieser beträchtlichen zahlenmäßigen Überlegenheit auf britischer Seite erwies sich die Wirkung des deutschen Feuers als wirkungsvoller. Bereits nach 15 Minuten flog die »Indefatigable« in die Luft. Diese willkommene Entlastung wurde jedoch dadurch mehr als ausgeglichen, daß um 6 Uhr 25 Min. fünf schnelle Großkampfschiffe Min. brechen diese, geleitet von den Kleinen Kreuzern, schräg von vorn gegen die britische Linie vor. Beatty wirft ihnen seine Zerstörer zur Abwehr entgegen. Zwischen beiden Linien kommt es zu erbittertem Nahkampf. Zwei deutsche Boote sinken. Die Besatzungen werden von denen der anderen gerettet. Auf britischer Seite werden vier Boote außer Gefecht gesetzt; zwei von ihnen verschwinden in den Wellen; »Nestor« und »Nomad« treiben als Wracks auf dem Wasser und werden später, nachdem ihre Besatzungen von deutschen Booten geborgen sind, von den deutschen Großkampfschiffen in den Grund gebohrt. Um diese Zeit übertönt eine ungeheure Explosion den Schlachtenlärm. Der Riesenkreuzer »Queen Mary« ist in die Luft geflogen. Eine abermalige, aber nicht ausreichende Entlastung. Diese bringen erst die heranschäumenden deutschen Großkampfschiffe, die seit der ersten Meldung von dem Zusammenstoß der beiderseitigen Aufklärer mit höchster Fahrt zu Hilfe eilen (Fig. 3). Als diese näher kommen, schwenken die britischen Schiffe geschwaderweise auf nördlichen Kurs, voran die Schlachtkreuzer, dahinter die fünf »Queen Beß«-Schiffe. Die deutschen

Deutsche Marine.



Hugo v. Pohl. (Hofphot. F. Urbahns, Kiel.)

Eduard v. Capelle.

Maximilian Graf v. Spee. (Hofphot. F. Urbahns, Kiel.)

Franz v. Hipper. (Hofphot. F. Urbahns, Kiel.)

Henning v. Holtzendorff.

Reinhold Scheer. (Hofphot. F. Urbahns, Kiel.)

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Deutsche Staatsmänner II.



Artur Zimmermann.



Hermann v. Stein.



Siegfried Graf v. Roedern.



Wilhelm Groener.



Otto v. Schjerning.



Adolf Tortilowicz v. Batocki-Friebe.
(Hofphot. E. Sandau, Berlin.)

Schlachtkreuzer haben sich an die Spitze des deutschen Gros gesetzt; die Kleinen Kreuzer und Torpedoboote nun im Feuerlee. Der erste Abschnitt der Schlacht ist vorüber. Die Südküste Norwegens ist in Sicht.

Unter voller Ausnutzung ihrer großen Geschwindigkeit rauschen Beattys übriggebliebene vier Schlachtkreuzer davon und gelangen bald außer Feuerbereich. Sie haben offenbar schwer gelitten und von da an keinen weiteren Anteil an der Schlacht genommen. In heißem Feuergefecht ringen die fünf deutschen Schlachtkreuzer gegen die mächtigen, schwer gepanzerten und bestückten Großkampfschiffe. Nur die Spitze des deutschen Gros kann auf große Entfernung ihre Kreuzer unterstützen. Aber die Wirkung der deutschen Artillerie muß wohl empfindlich sein; denn die Briten suchen sie durch Abstaffeln zu mindern. Außerdem nutzen sie ihre überlegene Geschwindigkeit von 25 Knoten dazu aus, um allmählich östlich zu schwenken und damit schließlich den T-Strich über die von der deutschen Flotte gebildete Linie zu ziehen (vgl. Bd. I, S. 292, Spalte 1). Diese wehrt den Versuch durch rechtzeitiges Rechtsschwenken ab.

Der Wind hat sich inzwischen auf Südwest gezogen, der Himmel sich bewölkt; es beginnt dunstig zu werden. Auf östlichem Kurse dampfen beide Linien nebeneinander her, die beiderseitigen Spitzen in gleicher Höhe.

Die bisher bei Beatty gewesenen Kleinen Kreuzer und Zerstörer stoßen um 7 Uhr 45 Min. gegen die deutschen Panzerkreuzer vor. Die leichten deutschen Streitkräfte werfen sich ihnen entgegen, und die Schlachtkreuzer weichen den abgefeuerten Torpedos durch »Abwenden« aus. Nachdem die britischen Zerstörer wieder nach Norden abgebogen sind und sich die deutschen Torpedoboote bei ihren Kleinen Kreuzern sammeln, stoßen diese nach Osten vor, um aufzuklären. In 8 km Abstand sichten sie zunächst den britischen Kleinen Kreuzer »Chester« (1915, 5500 t, 25,5 Knoten, acht 15,2 cm-, vier 4,7 cm-Schnelladekanonen, zwei 53 cm-Torpedorohre), der schwer unter ihrem Feuer leidet. Südlich vom »Chester« erscheinen dann mehrere Großkampfschiffe, und als auch nördlich solche aus dem Dunste auftauchen, wenden die deutschen Kleinen Kreuzer und Torpedoboote auf westlichen Kurs. Schweres feindliches Feuer folgt ihnen. »Wiesbaden« bleibt infolge eines in die Maschinen schlagenden Treffers liegen. Teile der deutschen Flottillen brechen inzwischen durch die im Osten lagernde Dunstschicht und sehen sich vor einer langen Linie von etwa 24 großen Schiffen, die auf nordwestlichem Kurse liegt und deren Spitze soeben auf Südost schwenkt. Die britischen Schlachtkreuzer sind verschwunden; offenbar sind sie nicht mehr gefechtsfähig. Um 7 Uhr 20 Min. ist eins der schnellen britischen Großkampfschiffe mit schwerer Schlagseite aus der Linie gegangen und langsam nördlich gesteuert. Die deutschen Kleinen Kreuzer und Torpedoboote suchen »Wiesbaden« in Schlepp zu nehmen; schweres feindliches Feuer läßt den Versuch scheitern. Statt dessen bricht jetzt ein Geschwader von fünf britischen Panzerkreuzern gegen den Kreuzer vor. Der deutsche Flottenchef, der bereits Bewegungen zu seiner Deckung eingeleitet hatte, sieht sich durch höhere Rücksichten gezwungen, ihn seinem Schicksal zu überlassen. Er wußte nunmehr aus den Meldungen der leichten Schiffe, daß im Nordosten die feindliche Hauptmacht stehe. Gegen sie geht er nunmehr zum Angriffe vor (Fig. 4). Die deutsche Linie hält auf die Dunstwand im Osten zu. Der Ansturm der gegen das britische Gros angesetzten Torpedoboote stößt auf britische Zerstörerflottillen. In dem dadurch herbeigeführten Nahgefecht sinken zwei britische Zerstörer. Einer von ihnen trägt das Zeichen »O 4«. Der sie geleitende Kreuzer und zwei weitere Zerstörer werden schwer beschädigt. Die deutschen Schlachtkreuzer führen auch jetzt wieder die Linie. Daher sichten sie auch zuerst die aus dem Dunste auftauchende feindliche Schlachtlinie, mit der sich ein heftiges Feuergefecht entspinnt.

Der in Richtung auf »Wiesbaden« angesetzte Angriff der fünf Panzerkreuzer, Kleinen Kreuzer und Zerstörer trifft bei dem unsichtig gewordenen Wetter und im Pulverdampf versehentlich die deutsche Spitze. Der Kleine Kreuzer »Birmingham« sinkt in dem Feuer der deutschen Großkampfschiffe; ein zweiter dreht schwer beschädigt nach Osten ab. Die Zerstörer folgen

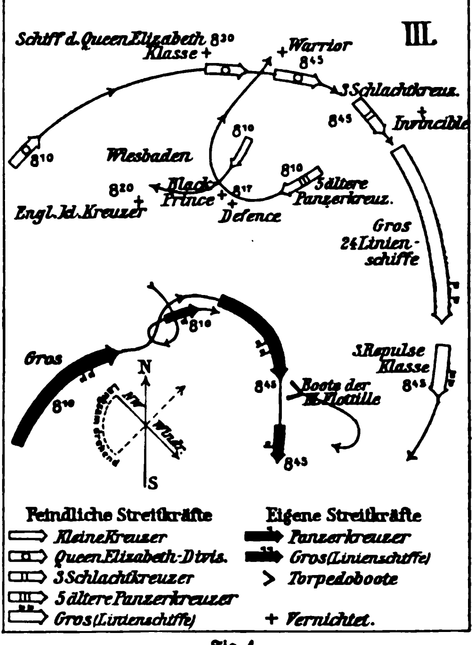


Fig. 4.

dorthin. »Defence« und »Black Prince« werden nach mehreren Explosionen bewegungslos und versinken. »Warrior« erreicht zwar noch die britische Linie, muß dort jedoch aufgegeben werden und geht unter.

Der ganze vordere Teil der deutschen Linie steht in schwerem Kampfe mit dem britischen Gros; nur die Schlußschiffe beschießen die noch vorhandenen 4 Schiffe der »Queen Elizabeth«-Klasse. Auf dem nördlichen Ende der jetzt südlich steuernden britischen Schlachtlinie dampfen die 3 Schlachtkreuzer »Invincible«, »Inflexible« und »Indomitable«; die südliche Spitze führen die drei ganz neuen Großkampfschiffe der »Royal Sovereign«-Klasse. Das Feuer der Briten ist ausgezeichnet gerichtet. Die von ihren Kurz- und Weitschüssen aufgeworfenen Wassersäulen und Sprengwolken hüllen die deutschen Schlachtschiffe zeitweise völlig ein. Aber deren Artillerie bleibt die Antwort nicht schuldig. Namentlich zwischen 8 Uhr 20 Min. und 8 Uhr 30 Min. lassen zahlreiche Detonationen und Stichflammen erkennen, daß sie Unheil in die feindlichen Schiffe getragen hat. Ein zweites Schiff der »Queen Elizabeth«-Klasse — »Warspite« — fällt

aus; es fliegt, vom »König« beschossen, unter ähnlichen Erscheinungen wie »Queen Mary« bei Beginn der Schlacht in die Luft. Der Schlachtkreuzer »Invincible«, der an der Vernichtung des Geschwaders des Grafen Spee mitwirkte, teilt das Schicksal eines anderen Gefährten jener Schlacht, des Panzerkreuzers »Defence«; auch über ihm schlagen die Wogen zusammen. Ein Schiff der »Iron Duke«-Klasse läuft ganz unmotiviert einen Kreis; offenbar ist seine Steuereinrichtung beschädigt; seine Türme schweigen.

Das Flaggschiff des Admirals Hipper, der Schlachtkreuzer »Lützow«, hat 15 Treffer aus grobem Geschütz erhalten; zuletzt ist seine Funkspruchеinrichtung unbrauchbar geworden. Deshalb läßt Admiral Hipper sich durch ein Torpedoboot an Bord eines anderen Schiffes bringen. Die treffliche Schulung der Flotte

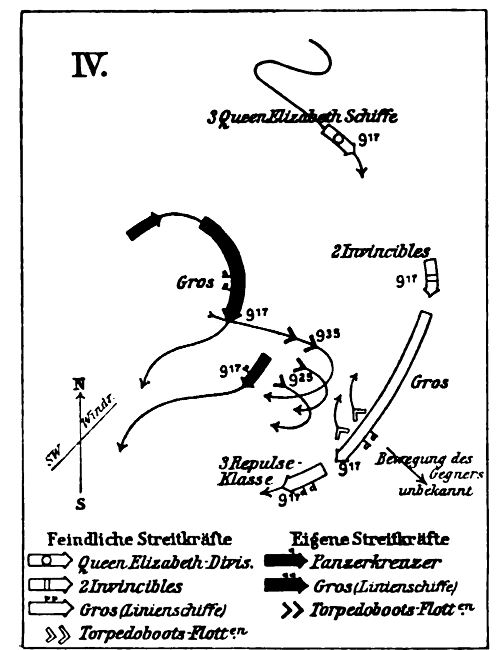


Fig. 5.

läßt diesen Flaggenwechsel ohne jeden Zwischenfall für die Leitung vorübergehen.

Es hat angefangen, zu regnen. Einzelne deutsche Flottillen sind abermals gegen die britische Hauptmacht angesetzt worden, die sich inzwischen allmählich zwischen das Schlachtfeld und Helgoland geschoben hat (Fig. 5). Eine Reihe von Detonationen läßt erkennen, daß ebenso viele Torpedos getroffen haben müssen. Auch ein britischer Zerstörer wird von ihnen vernichtet. Regen, Kohlenqualm und Pulverdampf beschränken die Weitsicht; es beginnt zu dunkeln. Nochmals setzt der Flottenchef die Schlachtkreuzer, Kleinen Kreuzer und Torpedoboote kurz nach 9 Uhr zur Attacke an. Ein Geschoßsturm schlägt ihnen entgegen. 6000 m vom Feinde entfernt, brechen die Boote zwischen und vor den Schiffen zum Angriffe vor. Nur ein Boot kehrt von dem Vorstoße nicht zurück; die anderen sammeln bei ihren Führern.

Nach diesem Ausfalle schweigt das Feuer wiederum für einige Zeit. Eine neue Welle deutscher Torpedoboote durchbricht die Dunstschicht mit Richtung auf den Feind — ein Luftstoß: der Gegner ist verschwunden! nur in Nordnordost sind noch einzelne Kleine Kreuzer und Zerstörer erkennbar. Auch die deutschen Linienschiffe, die mit südlichem und südwestlichem Kurse folgen, können ihn in der Richtung nirgends mehr sichten, in der er zuletzt gesehen wurde. Man nimmt an, daß er vor dem Torpedoangriffe abgedreht hat.

In der letzten Stunde hatte der Feind verloren: »Warspite«, »Invincible«, »Defence«, »Black Prince«, »Warrior«, »Birmingham« und mindestens 2 Zerstörer. Das Schiff der »Iron Duke«-Klasse, das den unmotivierten Kreis lief, das Großkampfschiff »Marlborough«, 2 Kleine Kreuzer und mehrere Zerstörer sind schwer beschädigt worden. Auf deutscher Seite gingen verloren der Kleine Kreuzer »Wiesbaden«, der mit wehenden Toppflaggen und feuernd, bis die Wogen über den Geschützen zusammenschlugen, versank, und 2 Torpedoboote. Der Schlachtkreuzer »Lützow« wurde kampfunfähig.

Um 10½ Uhr werden in südlicher Richtung 4 britische Großkampfschiffe gesehen. Die deutschen Schlachtkreuzer eröffnen gegen sie ein kräftiges Feuer. Als zwei deutsche Geschwader von Linienschiffen eingreifen, verschwinden sie im Dunkel der Nacht.

Einige ältere deutsche Kreuzer wechseln noch Schüsse mit britischen; dann schweigt auch dieses Feuer — die Tagschlacht ist beendet.

Ein Teil der deutschen Kreuzer und Torpedoboote wird auf die Suche nach dem verschwundenen Feinde abgesandt. Alle können nicht dazu Verwendung finden, denn der andere Teil muß für die Abwehr der zu erwartenden feindlichen Torpedoangriffe zurückbehalten werden.

Die deutsche Flotte nimmt Kurs auf Helgoland. Hatte der Gegner noch Kampfkraft, so mußte erwartet werden, ihn in dieser Richtung zu finden, da nach einem unbestreitbar richtigen strategischen Grundsatz immer angenommen werden soll, daß der Feind das Richtige tun wird. Die feindliche Flotte war zuletzt in dieser Richtung gesehen worden. Waren feindliche leichte Streitkräfte der deutschen Flotte auf dem einzigen Wege, den sie nehmen konnte, vorangeeilt, so konnten sie unsere Schiffe mit Gegenkurs angreifen, dem günstigsten, den es für den Torpedoangriff gibt. Nebliges und unsichtiges Wetter erhöhte die Aussichten für solche Anfälle.

Kurz nach Mitternacht stoßen »Elbing« und »Hamburg« auf einen britischen Kleinen Kreuzer der »Arethusa«-Klasse (1913, 3600 t, 29 Knoten, zwei 15,2 cm-, sechs 10,2 cm-Schnelladekanonen, vier 53 cm-Torpedorohre), der schwer beschädigt das Weite sucht. Nach einer halben Stunde kommt es zwischen älteren deutschen Kleinen Kreuzern und überlegenen britischen Streitkräften zum Gefecht. Am 1. Juni um etwa 1½ Uhr beleuchtet das deutsche Schlußschiff einen britischen Kreuzer der »Aurora«-Klasse (1913, 3560 t, 29 Knoten, zwei 15,2 cm-, sechs 10,2 cm-Schnelladekanonen, vier 53 cm-Torpedorohre). Drei andere ähnliche befinden sich bei ihm. Auf 800 m werden sie beleuchtet und beschossen. Sie antworten, und »Frauenlob« erhält viele Treffer ins Hinterschiff, so daß dieses in Brand gerät. Dann trifft sie ein Torpedo. Die Lichtmaschinen versagen, Scheinwerfer und Innenbeleuchtung verlöschen. Die Maschinen bleiben stehen. Das Schiff neigt sich schwer nach der wunden linken Seite. Die anderen deutschen Kleinen Kreuzer sind im Dunkel voraus verschwunden. Die Artillerie

der »Frauenlob« feuert noch, als die Geschützführer bereits im Wasser stehen. Als der Kreuzer kentert, ertönen drei Hurras auf den Kaiser.

Zwischen 1 und 3 Uhr erfolgt eine große Anzahl von Angriffen zahlreicher Zerstörer gegen das erste Geschwader. Immer aufs neue fallen Schüsse, tasten die Strahlen der Scheinwerfer suchend über die jetzt aufgeregten Wellen. Das vorderste deutsche Linienschiff »Westfalen« schießt allein sechs Zerstörer ab; ein siebenter wird von einem anderen überrannt. Am nächsten Morgen findet man den Mast mit der Kriegsflagge am Bug dieses Schiffes, an dem er hängengeblieben war. Zum Teil werden die angreifenden Boote binnen Sekunden vernichtet. Sieben andere drehen schwer beschädigt nach Nordwest.

Um 2¼ Uhr taucht links von der deutschen Linie ein Panzerkreuzer der »Cressy«-Klasse in einem Abstande von etwa 1 km auf. 30 Sekunden später steht er in Glut und Flammen bis in die Mastspitzen hinauf und fliegt nach vier Minuten in die Luft. Die rückwärts stehenden deutschen Schiffe müssen nach rechts drehen, um nicht von den stürzenden Trümmern getroffen zu werden. Einmal hatten seine schweren Türme feuern können; die Salve lag zu weit.

Ungefähr eine Stunde später erscheint auf derselben Seite ein größeres brennendes Schiff. Eine abgefeuerte Rakete läßt einen kleinen Kreuzer erkennen, der gegen den Wind fährt, um die in seinem Achterschiff fressende Glut bekämpfen zu können. Nachdem einige Schüsse gegen ihn abgegeben, zeigt eine zweite Rakete, daß die Wellen sein Oberdeck an der einen Seite bereits überspülen. Man überläßt den Verlorenen seinem Schicksal.

Zahllose Torpedolaufbahnen durchfurchen das Wasser um die deutschen Schiffe. »Pillau« wird achtmal anlanciert und keinmal getroffen. Dagegen erhält »Rostock« einen Treffer, bleibt aber schwimmen. Der kleine Kreuzer »Elbing« stößt, als er abdreht, um einem Torpedo auszuweichen, mit einem deutschen Großkampfschiff zusammen und wird schwer beschädigt. Nachdem die Besatzung von deutschen Torpedobooten aufgenommen ist, muß die »Elbing« aufgegeben werden.

In dem Durcheinander sucht man durch Erkennungssignale festzustellen, ob man es mit Freund oder Feind zu tun hat. Ein älterer deutscher Kreuzer beantwortet den Anruf eines britischen Zerstörers mit demselben Signal; und von da ab bleibt der Brite längere Zeit bei ihm. Die angeschossenen britischen Zerstörer brennen wie Fackeln, wahrscheinlich weil sie mit flüssigen Heizmitteln fuhren und diese durch die krepierenden Granaten entflammt wurden. Wie große Leuchtbojen liegen sie zu beiden Seiten der Marschstraße der Flotte. Hier finden »Tipperary« (1914, 1900 t, 31 Knoten, sechs 10,2 cm-Schnelladekanonen, sechs 53 cm-Torpedorohre) und »Turbulent« (1915, 1000 t, 33 Knoten, drei 10,2 cm-Schnelladekanonen, zwei 53 cm-Doppeltorpedorohre) ihr Ende; ihre Besatzungen werden gefangen.

Der Feind hat den Weg durch Streuminen verseucht; ein deutsches Torpedoboot geht durch sie verloren.

Noch ist »Lützow« bei den anderen, aber er liegt tief im Wasser. Als im Morgengrauen feindliche Zerstörer nahen, wird seine Besatzung von Torpedobooten geborgen, und diese greifen, das Deck mit den Lützowgästen gefüllt, an. Die britischen Zerstörer, ja selbst ein kleiner Kreuzer, drehen ab. Möglicherweise glauben sie, daß die an Deck stehenden Leute gerettete Landsleute sind.

Es beginnt zu dämmern. Fast scheint die durch Torpedoangriffe drohende Gefahr vorüber — da steigt mit ohrenbetäubendem Krachen ein ungeheurer Sprudel neben der »Pommern« auf; und wenige Sekunden später haben sich die Wogen über dem alten Schiffe geschlossen. Als es heller wird, spähen die Augen nach feindlichen Schiffen aus; nichts ist von ihnen zu sehen. Nur die von den Zeppelinen am Morgen aufgenommene Luftaufklärung meldet, daß etwa 90 Seemeilen nördlich von Terschelling eine Flotte[1] von 12 britischen Linienschiffen nordöstlich dampfe. Doch wenige Minuten später kommt die ergänzende Meldung, daß diese Flotte linksum gewendet habe und mit großer Fahrt nach Nordwesten steure. Sie ist nicht zu erreichen. Ein erscheinendes britisches U-Boot wird versenkt.

Später melden Luftschiffe, daß ein Teil der britischen »Grand Fleet« in der Jammerbucht, die Reste der Aufklärungsflotte weit nordwestlich vom Kampfplatze halbwegs nach England stehe.

Während die britischen leichten Streitkräfte die Deutschen finden, angreifen und schädigen konnten, waren die deutschen Torpedoboote bei ihrer Suche nach feindlichen großen Schiffen erfolglos. Nirgends konnten sie mit ihnen Fühlung gewinnen, obgleich sie auf dem Schlachtfelde, westlich und nordwestlich suchten. Nur eine Anzahl von Seeleuten der versenkten britischen Schiffe wurden aufgelesen und zu Gefangenen gemacht. Diese vergebliche Jagd erklärt sich damit, daß — während den Deutschen nur eine einzige Straße zur Verfügung stand — für die Briten deren mehrere in Frage kommen konnten. Sie hatten einen Weg ins Skagerrak frei, wo sie in norwegischen und schwedischen Häfen Schutz vor Verfolgern gefunden hätten. Nach Norden standen an der norwegischen Westküste mit ihren Schären und Ankerplätzen ähnlich Unterschlupfe zur Verfügung. Nach Nordnordwest öffnete sich die Nordsee nach dem Atlantischen Ozean in einer Ausdehnung von 200 Seemeilen, und in westlicher Richtung lag die Ostküste des vereinigten Königreichs mit ihren Inseln und Stützpunkten, die während der letzten 22 Monate das Asyl der britischen Flotte gebildet hatten. Die Tatsache, daß die britische Flotte ungefähr zur selben Zeit in Scapa Flow — Orkney-Inseln — einlief, wie die deutsche in die 100 Seemeilen nähere Jade, läßt erkennen, daß Admiral Jellicoe es sehr eilig gehabt haben muß, nach Hause zu gelangen.

Die Engländer behaupten, daß die britische Hauptflotte nicht gelitten habe, daß sie die deutsche »gestellt« habe, und diese ihr durch schleunige Flucht nach der deutschen Küste entkommen sei. Aus den vorstehenden Schilderungen ergibt sich, daß die britische Hauptmacht während des letzten Abschnitts der Schlacht südlich von der deutschen, zwischen ihr und Helgoland gestanden hat. Die britische Flotte war auch schneller als die deutsche, deren Marschgeschwindigkeit sich nach der Schnelligkeit der bei ihr befindlichen alten Linienschiffe richten mußte, die auf die Dauer höchstens 15 Knoten zu laufen imstande waren. Hätte der ganz unzweifelhaft tapfere britische Admiral Jellicoe, der wußte, daß er am Morgen des 1. Juni mit dem Ein-

[1] Nach einer Auslegung, deren Berechtigung zur Zeit nicht nachgeprüft werden kann, soll die Flotte nicht aus Linienschiffen, sondern aus Transportdampfern bestanden haben, die Truppen für Jütland an Bord hatten. Auch Lord Kitcheners Name wird damit in Verbindung gebracht.



treffen einer intakten Flotte von 12 Linienschiffen auf der Linie Borkum–Esbjerg rechnen durfte, die Überzeugung gehabt, daß seine eigene, aus den Großkampfschiffen gebildete Flotte am Tage nach der Schlacht noch kämpfen könne, so würde er sicherlich seinen Kurs auf Helgoland gesetzt haben. Daß er das nicht tat, ist der Beweis, daß seine Flotte so gelitten hatte, daß sie nicht daran denken konnte, sich am 1. Juni nochmals zu schlagen. Nach den deutscherseits gemachten Beobachtungen wissen wir, daß viele seiner Schiffe Torpedotreffer gehabt haben müssen; sie haben auch durch Geschützfeuer ernstlich gelitten. »Marlborough« war kampfunfähig, wahrscheinlich aber bereits gesunken. Ein Schiff der »Iron Duke«-Klasse wurde von einem deutschen U-Boot in schwer beschädigtem Zustande auf die englische Küste zusteuernd gesehen. Verloren hat die britische Hauptmacht außerdem die Panzerkreuzer »Defence«, »Warrior«, »Euryalus« und »Black Prince« und einen der »Cressy«-Klasse, den Schlachtkreuzer »Invincible«, 2 Kleine Kreuzer und ein halbes Dutzend Zerstörer; die Aufklärungsflotte: »Warspite«, »Queen Mary«, »Princeß Royal«, »Indefatigable« und ebenfalls ein halbes Dutzend Zerstörer. Ihre anderen Schiffe befanden sich sicher in einem Zustande, daß von ihnen als von einem Trümmerhaufen gesprochen werden kann. Es soll aber nicht gesagt sein, daß damit die britischen Verluste erschöpft wären. Und zu diesen Schiffsverlusten kommen schwere blutige Menschenverluste. Inzwischen eingegangene Zeitungsnachrichten besagen, daß von den in der Schlacht Verwundeten 600 gestorben seien. Da die Zahl der deutschen Verwundeten wesentlich geringer ist, so darf angenommen werden, daß auch die der englischen Gefallenen entsprechend höher sein wird. Wozu hätte die britische Admiralität sonst unmittelbar nach der Schlacht angeordnet, daß die britischen Kriegsschiffe im Atlantischen Ozean und Mittelmeer sofort zurückzukehren hätten und die anderen in Übersee die Hälfte ihrer Besatzungen nach England senden sollten? Doch ohne Zweifel, um die Lücken des Personals aufzufüllen.

Die Schiffsverluste auf englischer Seite betragen:

		Tonnen	Mann
Großkampfschiff	»Marlborough«	28 000	950
〃	»Warspite«	28 500	1000
Schlachtkreuzer	»Queen Mary«	30 000	1400
〃	»Princeß Royal«	80 000	990
〃	»Indefatigable«	19 050	780
〃	»Invincible«	20 300	780
Panzerkreuzer	»Defence«	14 800	850
〃	»Black Prince«	13 750	700
〃	»Warrior«	13 750	[1]
〃	der »Cressy«-Klasse	12 200	[1]
Kleiner Kreuzer	»Birmingham«	5 530	400
〃 〃	?	8 600	400
5 Zerstörerführer, darunter	»Tipperary«	1 900	160
	?	1 900	160
	?	1 900	160
	?	1 900	160
	?	1 900	160
8 Zerstörer, darunter	»Turbulent«	1 000	100
	»Nestor«	1 000	100
	»Nomad«	1 000	100
	»Acasta«	950	100
	»Shark«	970	100
	»Fortune«	950	100
	»Ardent«	920	100
	?	950	100
2 Tauchboote (je 1000 Tonnen, 80 Mann)		2 000	60
	Zusammen:	238 720	9910
Außerdem ganz ausgebrannt:	»Euryalus«	(12 200)	[1]

Die deutschen Schiffsverluste betragen:

		Tonnen	Mann
Linienschiff	»Pommern«	13 200	743
Schlachtkreuzer	»Lützow«	28 000	[1]
Kleiner Kreuzer	»Wiesbaden«	4 900	400
〃 〃	»Rostock«	4 900	[1]
〃 〃	»Elbing«	4 900	[1]
〃 〃	»Frauenlob«	2 700	281
5 Torpedoboote (je knapp 600 Tonnen)		2 900	200[2]
	Zusammen:	61 500	1 624

[1] Besatzung gerettet. — [2] Besatzungen teilweise gerettet.

Über die Personalverluste liegen nur seitens des deutschen Admiralstabs zuverlässige Angaben vor. Nach diesen beträgt die Zahl der Gefallenen und mit den gesunkenen Schiffen Gebliebenen 2414 Tote. Nach vorstehenden Angaben dürften etwa 1624 Tote auf die gesunkenen Schiffe, auf die anderen Schiffe 790 Mann kommen, zu denen noch 449 Verwundete hinzuzurechnen sind.

In bezug auf die britischen Verluste sind wir auf Berechnungen angewiesen. Es ist anzunehmen, daß von den gesunkenen Schiffen nur einzelne Menschen mit dem Leben davongekommen sind. Den deutschen Torpedobooten gelang es, 177 britische Seeleute zu retten, die natürlich zu Gefangenen gemacht wurden. Auf den gesunkenen Schiffen befanden sich — abgesehen von »Warrior« und »Euryalus«, deren Besatzungen Zeit gehabt haben mögen, sich in Sicherheit zu bringen — nach obiger Liste 9910 Mann, von denen 177 gefangen wurden. Es steht fest, daß die deutschen Granaten den feindlichen Panzer häufiger durchschlagen haben als umgekehrt. Die Sprengkraft der deutschen Granaten ist auch wesentlich größer gewesen als die der britischen, weil ein größerer Teil mit brisanten Ladungen versehen ist. Wir haben auch in Zeitungsberichten gelesen, daß von den in England gelandeten Verwundeten 600 gestorben sind. Das sind natürlich nicht alle Verwundete, sondern ein großer Teil wird mit dem Leben davongekommen sein. Deshalb darf angenommen werden, daß die Zahl der Verwundeten 1000 überschreitet. Nehmen wir an, daß das Verhältnis der Gefallenen ein ähnliches ist gegenüber den entsprechenden deutschen Verlusten, so wird deren Anzahl mit 1600 nicht zu hoch eingeschätzt sein. Das ergäbe:

Ertrunkene und Gefangene	9 910	Mann
Gefallene	1 600	〃
Verwundete	1 000	〃
Zusammen:	12 510	Mann

Das würde mit der Schätzung übereinstimmen, welche die deutsche Flotte gemacht hat: der britische Verlust sei etwa viermal so groß wie der deutsche.

Ob englischerseits strategische Absichten zur Schlacht geführt haben, wissen wir nicht. Noch ist es nicht möglich, »Geschichte« zu schreiben. Möglicherweise hat französischer Druck die bisherige Zurückhaltung der britischen Flottenleitung überwunden. Wäre Jellicoes »Grand Fleet« erfolgreich gewesen, hätte sie die deutsche vernichtet oder ihre Kampfkraft wesentlich geschwächt, dann mag ein Vordringen in die Ostsee, eine Landung in Jütland ins Auge gefaßt gewesen sein. Vielleicht hat man auch von einem derartigen Vorgehen gehofft, daß die deutschfeindlichen Kreise in Dänemark die Lage dann dazu ausnutzen würden, dieses Land auf die Seite des Vierverbandes zu ziehen. Sollten solche Pläne tatsächlich vorhanden gewesen sein, so sind sie durch das Ergebnis der Schlacht zum Scheitern gebracht worden.

Der offenbar durch das britische Auswärtige Amt für die Öffentlichkeit zurechtgestutzte Bericht Jellicoes über die Schlacht spricht von schweren deutschen Verlusten. Was er in dieser Hinsicht mitteilt, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Es kann sich dabei nicht um »Irrtümer« handeln, sondern es ist wissentlich gelogen, um die eigene Bevölkerung, die der Verbündeten und Neutralen irrezuführen, die Niederlage in einen Sieg umzulügen. Übrigens pflegt man nach einem »Siege« nicht Führer abzusetzen, wie es die britische Regierung mit dreien der beteiligten Admirale getan hat, darunter den Führer der Aufklärungsflotte, Vizeadmiral Beatty.

Es haben in der Schlacht 16 wesentlich größere britische Großkampfschiffe gegen ebenso viele deutsche, 9 größere und schnellere britische Schlachtkreuzer gegen 5 deutsche, 6 britische Panzerkreuzer gegen ebenso viele deutsche veraltete Linienschiffe, die kleiner und sehr viel langsamer waren, 20 ganz neue britische Kleine Kreuzer gegen 5 neue und 3 alte deutsche gefochten. An Torpedofahrzeugen standen 140 britische von 1000 bis 1900 t gegen 40 deutsche, die durchschnittlich 600 t maßen.

An schweren Geschützen standen sich gegenüber:

deutscherseits						
133	30,5	cm	mit	53820	kg	Geschoßgewicht
84	28	"	"	25200	"	"
				79020	kg	
britischerseits						
60	38,1	cm	mit	53100	kg	Geschoßgewicht
160	34,3	"	"	90720	"	"
130	30,5	"	"	50115	"	"
				193935	kg	

Damit war die schwere britische Artillerie der deutschen um das 2,4fache überlegen.

Noch stärker war verhältnismäßig die mittlere britische Artillerie der deutschen gegenüber: von deutschen standen 84: 17 cm-, 304: 15 cm- und 90: 10,5 cm-, englischerseits 22: 19 cm-, 341: 15,2 cm-, 674: 10,2 cm-Schnelladekanonen im Feuer.

Daß die deutsche Flotte gegen eine so bedeutende Überlegenheit siegreich bleiben konnte, bewirkte eine ganze Reihe von Umständen. Zunächst war die taktische Führung auf deutscher Seite besser. Admiral Scheer wurde von seinen Admiralen und Kommandanten in geradezu mustergültiger Weise unterstützt. Die gesamten Besatzungen waren von einem Geiste durchglüht, wie man ihn besser nicht denken kann. Eine zielbewußte kriegsmäßige Schulung, die allen denkbaren Vorkommnissen Rechnung trug, hatte in langjähriger Arbeit das Personal so ausgebildet, daß alle im Material schlummernden Kräfte herausgeholt wurden. Das Material selbst, besonders die Artillerie, war hervorragend. Geschütze, Lafetten, Geschosse und Zünder haben gearbeitet, wie man erwartet hatte. Die Schiffe, mit allen ihren Einrichtungen, besonders der Unterwasserschutz und der Panzer, bewährten sich glänzend. Ein Schiff hatte 3500 t Wasser im Raum und blieb auf seiner Station; man wußte, daß es 9000 t tragen könne, ohne zu sinken. Panzerplatten, die 28 cm-Granaten abweisen sollten, haben 34 cm-Geschosse abgehalten. Ein schweres britisches Geschoß traf einen Kommandoturm; die in ihm Befindlichen glaubten, eines der eigenen in der Nähe stehenden Geschütze habe gefeuert.

Das von der deutschen Flotte Erreichte darf um so höher eingeschätzt werden, als es einem Gegner abgerungen wurde, dessen Mut und technisches Können mit Recht sehr hoch bewertet werden. Die britischen Seeleute haben glänzend gefochten, und vortrefflich war auch das ihnen zur Verfügung stehende Material. Nur die Geschütze standen nicht auf der Höhe. Die bei Beginn der Schlacht dicht beisammen liegenden Salven ließen nach einigen Stunden zu wünschen übrig. Offenbar waren die Kanonen der Gewaltprobe nicht gewachsen, der sie hier unterworfen worden waren.

Die großen Brände auf den britischen großen Schiffen und Zerstörern erklären sich mit dem flüssigen Heizmaterial, das die Briten benutzen. Es wurde durch die Granaten entzündet und trug die Glut über das ganze Schiff.

Im übrigen hatte das Parlament nie mit den Mitteln für die Flotte gegeizt und der Regierung höchstens den Vorwurf gemacht, daß sie nicht genug fordere.

Aber bei aller Anerkennung für die britische Marine darf doch gesagt werden, daß auf deutscher Seite immer noch nach allen diesen Richtungen hin ein gewisses Plus blieb, das die Wagschale des Sieges sich zu unseren Gunsten senken ließ. Hätte ein freundliches Geschick gewollt, daß die Schlacht nur drei Stunden früher begann, so hätte Admiral Scheer wahrscheinlich die nötige Zeit gehabt, um das Erreichte zu einem so entscheidenden Siege auszubauen, wie das 111 Jahre früher Trafalgar für die britische Weltherrschaft und seine Seemachtstellung geworden war. Vorläufig bestand der Wert des deutschen Erfolgs hauptsächlich darin, daß der Glaube der Welt an die Unbesiegbarkeit der britischen Flotte schwer erschüttert wurde.

Man hat englischerseits die Unverfrorenheit gehabt, von der Schlacht als einem zweiten Trafalgar zu sprechen. Wollten wir darauf eingehen, so könnte das nur in dem Sinne sein, daß am 31. Mai 1916 die Briten die Rolle übernommen haben, die 1805 die Franzosen und Spanier spielten.

Die Absperrung der Mittelmächte blieb unbeeinflußt, denn sie wird durch die geographische Lage derart begünstigt, daß, wenn die Briten in Deutschland säßen und die Russen in England, selbst die letzteren bei einigermaßen vernünftigem Verhalten imstande sein müßten, die Briten vom Weltverkehr abzuschließen.

Nach der Schlacht sind folgende Häfen für die Schiffahrt gesperrt worden: Yarmouth, Newcastle, Hull. Überall wurde an der Ausbesserung der Schiffe gearbeitet. An der Nordostecke Schottlands und bei den Orkneys wurden neun Minenfelder ausgelegt. Auch in der Irischen See wurden mehrere Häfen gesperrt.

VII. Ostsee.

Über die Ereignisse in der Ostsee flossen die Nachrichten spärlich; die Kriegsereignisse dort sind nicht derart klargestellt, daß es möglich wäre, sie sachlich zu schildern. Unverkennbar hat die Seekriegführung mit der des Heeres in Beziehungen gestanden; in welchen ist noch nicht zu sagen.

Die Beobachtung der russischen Seestreitkräfte wurde fortgesetzt und hat nicht unerhebliche Opfer gekostet. Windau und Libau haben scheinbar als Stützpunkte Verwendung gefunden. Gegen die feindlichen Schiffe und Fahrzeuge, Werften und sonstige militärische Einrichtungen wurden verschiedentlich Vorstöße und Luftangriffe unternommen. Wiederholt wurden auch Verluste und Beschädigungen russischer Kriegsschiffe gemeldet; doch fehlte es auch nicht an sehr viel schwereren deutschen. Der Schutz des deutschen Seehandels

wurde zuletzt durch die Bildung von »Geleiten« (»Konvois«) angestrebt, die von bewaffneten Hilfsdampfern und Torpedobooten begleitet wurden. Von besonderer Wichtigkeit war dabei der Schutz der zwischen dem im höchsten nordöstlichen Zipfel des Bottnischen Meerbusens liegenden schwedischen Hafen Luleå und deutschen Häfen fahrenden Erzdampfer, deren Weg durch diesen langen und schmalen Meeresarm führt.

Wir werden in Unkenntnis der leitenden Gedanken der beiderseitigen Oberleitungen hier noch mehr als anderswo darauf angewiesen sein, die Ereignisse der Zeitfolge entsprechend niederzulegen, und darauf verzichten müssen, sie einer Besprechung zu unterziehen.

Bei einem am 8. August 1915 unternommenen Vorstoß eines deutschen Geschwaders in den Meerbusen von Riga wurden einige Schiffe durch Minen beschädigt, zwei Minensucher versenkt. Am 10. stieß eine Flottenabteilung gegen die Ålandsinseln vor. Russische Streitkräfte wurden verjagt und eine Batterie auf der Insel Utoe niedergekämpft. Der andere Verband vertrieb am Eingange des Rigaischen Meerbusens russische Zerstörer. Vorstöße russischer (britischer?) U-Boote mißlangen. Am 16. wurde an der Beseitigung von Minen und Netzsperren gearbeitet, und es kam dabei zu Scharmützeln zwischen den leichten Fahrzeugen beider Parteien. Ein russischer Zerstörer wurde dabei versenkt, andere und ein größeres Schiff wurden beschädigt. Ein deutsches Torpedoboot sank durch Minen, ein zweites mußte auf den Strand gesetzt werden, um es vor dem Sinken zu bewahren. Dann wurden zwei russische Kanonenboote in den Grund gebohrt, die anderen Streitkräfte in den Moonsund zurückgedrängt. Nachdem sich die deutschen Schiffe aus unbekannten Gründen vom Eingange des Rigaischen Meerbusens zurückgezogen hatten, beschossen zwei kleine Kreuzer militärische Anlagen auf Dagö.

Am 19. August wurde innerhalb des dänischen Hoheitsgebiets das beim Durchfahren der südlichen Mündung des Sundes gestrandete britische Tauchboot »E 13« durch deutsche Torpedoboote beschossen und kampfunfähig gemacht. Es wurde dann mit dänischer Hilfe abgebracht und in Kopenhagen mit dem überlebenden Teil seiner Besatzung interniert. Der Kommandant entwich nach einigen Wochen unter Bruch des von ihm gegebenen Ehrenworts und gelangte nach England.

Im September wurden mehrere Luftangriffe gemeldet. Am 10. September wurden der am Finnischen Meerbusen gelegene Flottenstützpunkt Baltisch-Port durch einen Zeppelin, am 12. russische Flugzeugmutterschiffe, Torpedo- und Tauchboote, die Werften und Werkstätten in Riga-Dünamünde, am 26. russische Kriegsschiffe im Rigaischen Meerbusen durch Flieger bombardiert. Im nächsten Jahre[1] erfolgten am 8., 22., 25. und 26. April Luftangriffe auf die russische Fliegerstation Papenholm (Ösel), am 25. und 30. auf das Linienschiff »Slawa« im Rigaischen Meerbusen und Moonsund, während ein russischer auf die deutsche Küstenstation Pissen erfolglos war. Am 28. Juni kam es zu einem Fliegerkampf am westlichen Eingange des Rigaischen Meerbusens, und als das Linienschiff »Slawa« im Verein mit einigen Zerstörern eine Küstenbatterie an der kurländischen Küste beschoß, stieß ein Flieger gegen die Schiffe vor, der auf der »Slawa« einen Treffer erzielte. Am 18. Juli griffen deutsche Marineflieger feindliche Kreuzer, Zerstörer und Tauchboote an, die im Hafen von Reval lagen. Auch militärische Werkstätten wurden mit Bomben belegt. Es wurden zahlreiche Treffer beobachtet und auf der Werft starke Brände entfacht.

[1] 1916.

Ernstlichen Schaden richteten die feindlichen Tauchboote an. Am 3. Oktober wurde bei Arkona ein deutscher Handelsdampfer ohne Warnung von einem britischen Tauchboot beschossen, am 12. protestierte Schweden gegen die am vorhergehenden Tage erfolgte Torpedierung eines deutschen Dampfers innerhalb der Drei-Meilen-Grenze des Königreichs durch ein britisches U-Boot. Am 19. Juni 1916 wurde der deutsche Dampfer »Ems« (390 t) innerhalb des schwedischen Hoheitsgebiets von einem britischen U-Boote versenkt, und der 11. Juli brachte einen besonders krassen Fall der Nichtachtung der schwedischen Neutralitätsgrenze. Eine russische Rotte von Zerstörern kaperte die deutschen Dampfer »Worms« und »Lissabon«. Selbst der an Bord befindliche schwedische Lotse wurde nach Rußland abgeführt. Am folgenden Tage wiederholte sich der Fall: ein U-Boot — diesmal ein britisches — beschoß den deutschen Dampfer »Anne Liese« innerhalb der schwedischen Gewässer; am 19. schoß dann ebenfalls ein russisches U-Boot gegen den deutschen Dampfer »Elbe« südlich von Ratan, weniger als drei Meilen von der schwedischen Küste entfernt, Torpedos ab.

Die in die Ostsee eingedrungenen britischen U-Boote hatten bis zum 11. November 1915: 13 deutsche Dampfer von zusammen 30000 t versenkt. Zwischen 1. und 15. November 1915 wurde in der Ostsee der deutsche Dampfer »Suomi«, 1016 t, abgeschossen.

Am 23. Oktober wurde der deutsche Panzerkreuzer »Prinz Adalbert« bei Libau auf der Heimreise von einer Kreuzfahrt durch ein britisches Tauchboot versenkt. Das Schiff selbst hatte zwar einen sehr geringen Wert; bedauerlich aber war, daß der weitaus größte Teil der braven Besatzung ertrank.

Am 5. November versenkte ein deutsches Tauchboot das Führerschiff einer russischen Minensuchabteilung. Am 7. wurde der deutsche kleine Kreuzer »Undine« zwischen Trelleborg und Saßnitz das Opfer eines britischen U-Boots. Am 17. Dezember griff ein britisches U-Boot eine deutsche Aufklärertruppe, bestehend aus dem kleinen Kreuzer »Bremen« und zwei Zerstörern, an. Einer der letzteren war durch einen Torpedo getroffen und befand sich im Sinken. Der Kreuzer hatte seine Boote heruntergelassen, um die im Wasser treibende Besatzung zu retten, als er selbst einen Torpedo erhielt. Er versank nach kurzer Zeit, aber obwohl der zweite Zerstörer ebenfalls zum Ziele genommen wurde und dem auf ihn lancierten Torpedo ausweichen mußte, gelang es ihm doch, einen erheblichen Teil der Besatzungen zu bergen.

In der Nacht zum 14. Juni wurde ein von mehreren bewaffneten Hilfsdampfern gesichertes deutsches Geleit südöstlich von den Stockholmer Schären durch vier russische Zerstörer angegriffen. Der Hilfsdampfer »Herrmann« wurde in Brand geschossen und von der Besatzung gesprengt. Ein großer Teil derselben konnte sich retten.

Am 30. Juni kam es zwischen Häfringe und Landsort zu einem Gefecht zwischen deutschen Torpedobooten und russischen Streitkräften, unter denen sich auch ein Panzer- und ein geschützter Kreuzer befand. Am 2. Juli sah sich eine deutsche Handelsflotte südlich von Öland von feindlichen U-Booten bedroht. Nachdem diese ohne Warnung mehrere Torpedos erfolglos

verfeuert hatten, gelang es den geleitenden Hilfsdampfern, die Angreifer zu verscheuchen.

Am 27. wurde die russische Flugstation Lebara auf Ösel durch Flieger angegriffen. Es wurden Treffer in den Hallen festgestellt, die Brände zur Folge hatten.

VIII. Die österreichisch-ungarische Flotte.

Lange vor Ausbruch des Weltkrieges, 1911, erschien in Italien eine von dem Linienschiffskapitän Eugenio Bollati di St. Pierre verfaßte Broschüre, in welcher der Verfasser den »Tag der Vergeltung für Lissa« herbeisehnte und für den Fall eines Krieges mit der Donaumonarchie einer energischen Offensive gegen die Österreicher das Wort redete. Als dann Ende Mai 1915 dieser Krieg da war, sollte es nun mit einem Male an den Vorbedingungen für eine solche Offensive fehlen. Einen Monat nach der Kriegserklärung veröffentlichte der italienische Admiralstab eine Kundgebung, in der gesagt wurde, daß »die österreichisch-ungarische Flotte eine derartige strategische Überlegenheit besitze, daß ihr die Initiative überlassen werden müsse«. Als Kriegsschauplatz konnte für die österreichisch-ungarische Flotte nur die Adria in Frage kommen — abgesehen von den Tauchbooten, denen ja die Welt offensteht. In der Adria konnte sie die eignen Küsten schützen, die italienische Ostküste beunruhigen und schädigen, die Operationen der Armee unterstützen, die des feindlichen Heeres stören, die italienische Flotte von der Adria zu vertreiben und die Schiffahrt in diesem Meeresteil zu unterbinden suchen. Solange die italienische Hochseeflotte aber nicht willens war, sich zum Kampfe zu stellen, wäre es töricht gewesen, wenn die der Donaumonarchie ihre Großkampfschiffe den von feindlichen U-Booten drohenden Gefahren hätte aussetzen wollen. Über die Straße von Otranto hinaus vorzustoßen, war bedenklich, da die Rückzugslinie nicht gesichert war, sondern von der italienischen Ostküste her bedroht erschien. Dagegen war die Gestaltung der dalmatinischen Küste für den Kleinkrieg zur See überaus günstig. Und das ist von den österreichisch-ungarischen Kreuzern und Torpedofahrzeugen gut ausgenutzt worden. Ebenso erfolgversprechend war die Verwendung der Wasserflugzeuge. Die Ausnutzung der Tauchboote litt unter den gekennzeichneten politischen Rücksichten.

Das zweite Kriegsjahr war besonders reich an Luftangriffen auf beiden Seiten. Am 6. August näherte sich das italienische Luftschiff »Città di Jesi« dem Kriegshafen von Pola; es wurde vernichtet, ehe es Schaden anrichten konnte. Am 15. bombardierte ein österreichisch-ungarischer Flieger die Befestigungen von Venedig. Die Insel Pelagosa war mehrfach von Schiffen und Flugzeugen angegriffen und dabei offenbar so großer Schaden angerichtet worden, daß die Italiener die Insel räumten. Am 18. November fand abermals ein Luftangriff auf Venedig statt, am 19. auf Verona, Vicenza und Udine, am 9. Januar 1916 auf Ancona. Am 25. Januar unternahmen fünf, am 27. zwei, am 1. Februar drei Wasserflugzeuge Angriffe auf Durazzo und das in der Nähe aufgeschlagene Zeltlager italienischer Truppen. Am 2. war Valona das Ziel dreier Marineflieger. Hierbei erhielt einer einen Treffer in den Motor, so daß er wässern mußte. Der Führer der Gruppe ließ sich neben dem beschädigten Flugzeuge nieder, machte es unbrauchbar und entkam mit der an Bord genommenen Besatzung den verfolgenden Zerstörern nach dem 220 km entfernten Cattaro. Am 29. März erfolgte ein Luftangriff auf Valona, am 2. April auf Ancona, am 3. Mai auf Ravenna, am 4. auf Valona und Brindisi; auf dem Heimwege wurde der Panzerkreuzer »Marco Polo« durch einen heimkehrenden Flieger mit Maschinengewehrfeuer — Bomben waren nicht mehr vorhanden — angegriffen; am 13. Valona, am 16. Venedig, Mestre, Cormone, Cividale, Udine, Per La Carbia und Treviso, am 19. San Giorgio di Nogaro angegriffen; der 15. Juli brachte einen italienischen Luftangriff auf das nördliche Inselgebiet der Monarchie.

An zweiter Stelle stehen Kämpfe und Unternehmungen von Tauchbooten. Am 5. August vernichtete ein österreichisch-ungarisches U-Boot bei Pelagosa das italienische Tauchboot »Nereide« (1913, 320 t, 16 Knoten, zwei 45 cm-Torpedorohre). Ein anderes italienisches Tauchboot geriet am 10. im Golf von Triest auf eine Mine und ging unter. Das österreichisch-ungarische Tauchboot »U 12« wurde am 11. in der nördlichen Adria von einem italienischen, »U 3« am 12. von einem französischen vernichtet. Ein österreichisch-ungarisches Tauchboot versenkte am 11. September in der Straße von Otranto einen großen britischen Transportdampfer, ein anderes am 8. November an der Südspitze Sardiniens den italienischen Dampfer »Ancona«, der zu fliehen versuchte. Am 18. März wurde das österreichisch-ungarische Hospitalschiff »Electra« durch ein feindliches U-Boot schwer beschädigt. Am 23. Mai fiel der italienische Dampfer »Washington« (2819 t) einem U-Boot zum Opfer, das vorher die Hochöfen von Porto Ferrajo beschossen hatte. Am 25. Juni wurden der italienische Hilfskreuzer »Città di Messina« (3495 t) und der französische Zerstörer »Fourche« (1911, 770 t, 33 Knoten, zwei 10 cm-, vier 6,5 cm-Schnelladekanonen, zwei 45 cm-Doppeltorpedorohre) in der Straße von Otranto, am 14. Juli ein italienischer Zerstörer durch ein Tauchboot vernichtet.

An sonstigen Ereignissen sind noch folgende erwähnenswert: österreichisch-ungarische Kriegsschiffe beschossen am 11. August 1915 die Insel Pelagosa und verschiedene Küstenstädte nördlich von Brindisi. Am 27. September wurde das italienische Linienschiff »Benedetto Brin« (1901, 13400 t, 20,5 Knoten, vier 30,5 cm-, vier 20,3 cm-, zwölf 15 cm-, 22 leichte Schnelladekanonen, vier 45 cm-Torpedorohre) infolge einer Innenexplosion für immer unbrauchbar. Am 3. November versenkte ein U-Boot den italienischen Hilfskreuzer »Firenze« (2780 t) und am 23. eine österreichisch-ungarische Aufklärungsgruppe zwischen Durazzo und Brindisi zwei italienische Dampfer, von denen der eine bewaffnet war und Marinemannschaften an Bord hatte. Am 5. Dezember sank vor Valona der italienische Zerstörer »Intrepido« (1913, 690 t, 30 Knoten, eine 12 cm-, vier 7,6 cm-Schnelladekanonen, zwei 45 cm-Doppeltorpedorohre) durch eine Mine. Ebendaselbst wurde der Hilfskreuzer »Re Umberto« (2952 t) durch ein U-Boot vernichtet. Bei San Giovanni di Medua vernichtete der Kleine Kreuzer »Novara« und einige Torpedoboote nach Niederkämpfung montenegrinischer Küstenbatterien 12 feindliche Dampfer und Segler, die Kriegsvorräte landeten. Nordwestlich davon versenkte der österreichisch-ungarische Zerstörer »Warasdiner« das französische Tauchboot »Fresnel« (1908, 550 t, 12,5 Knoten, 6 [7 ?] Torpedorohre), das gegen die »Novara« zum Angriffe schreiten wollte. Der Kommandant, ein Offizier, 20 Mann wurden gefangen. Die Zerstörer »Lika« und »Triglav« gingen vor Durazzo durch Minen verloren.

Nachdem am 10. Januar der Lovćen unter Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Flotte erstürmt, Cetinje am 13., Antivari und Dulcigno am 22. von den Österreichern besetzt worden waren, bot das als Hauptstützpunkt der Flotte benutzte Cattaro erst die auf die Dauer unentbehrliche Sicherheit. Von dem Berge aus waren vorher die Stadt, deren Forts und die in dem weiten Fjord liegenden Schiffe immer wieder aus schwerem Geschütz beschossen worden. Diese Gefahren waren nunmehr endgültig beseitigt. In der Adria sank um diese Zeit ein italienischer Dampfer, der Lebensmittel und 425 aus Amerika kommende montenegrinische Wehrpflichtige an Bord hatte, durch eine Mine. Es sollen dabei nur zwei Mann umgekommen sein. Am 3. Februar beschossen österreichisch-ungarische Kreuzer und Torpedoboote Ortona und San Voto. Eins der österreichisch-ungarischen U-Boote brachte den von den Italienern beschlagnahmten Dampfer »König Albert« vom Norddeutschen Lloyd als Prise ein. Am 18. März wurde der französische Zerstörer »Renaudin« (1914, 850 t, 33 Knoten, zwei 10 cm-, vier 6,5 cm-Schnelladekanonen, zwei 45 cm-Doppeltorpedorohre) durch ein Tauchboot in den Grund gebohrt. Am 18. April kam es südlich von der Po-Mündung zu einem Gefecht zwischen österreichisch-ungarischen und italienischen Zerstörern, über das nähere Angaben fehlen. Am 13. Juni zeigten sich drei italienische Zerstörer vor Parenza.

Der 27. Juli brachte einen österreichisch-ungarischen Luftangriff auf Bahnhöfe, militärische Einrichtungen und Fabriken in Otranto, Mola, Bari, Grevinazzo und Molfetto.

IX. Die Ereignisse im Orient und Mittelmeer.

Am 31. Juli hatten deutsche Tauchboote im Mittelmeer ihre Tätigkeit gegen die feindliche Kriegs- und Handelsschiffahrt aufgenommen.

Die griechische Insel Mytilene war von den Engländern besetzt worden. Es begann damit die Vergewaltigung des kleinen Königreichs durch die »für die Rechte der kleinen Nationen kämpfenden Mächte« des Vierverbandes. Nicht nur als militärischer Stützpunkt kam die Insel während des Krieges in Frage, sondern auch als Faustpfand gegenüber russischen Forderungen betreffs Konstantinopels und der Meerengen.

Um eine Landung großer Truppenmassen in der Suvlabucht zu verschleiern, wurden die türkischen Stellungen auf der Gallipoli-Halbinsel heftig angegriffen. Am Abend des 6. Augustes begann die Ausschiffung von 75000 Mann in der Suvlabucht, deren Vormarsch durch schleunigst herangezogene türkische Truppen aufgehalten wurde. Der auf die Gestade des Marmarameers angesetzte britische Angriff bezweckte, die auf der Halbinsel befindlichen türkischen Streitkräfte von Konstantinopel abzuschneiden. Der Flotte sollte damit die Aufgabe erleichtert werden, die Dardanellenstellung zu durchbrechen. Diese Absicht scheiterte aber.

Am 8. versenkte ein britisches Tauchboot, dem es gelungen war, die Dardanellen in Unterwasserfahrt zu passieren, das im Bosporus liegende Linienschiff »Haireddin Barbarossa« (1891, 10060 t, früher »Kurfürst Friedrich Wilhelm«). Ein großer Teil der Besatzung konnte gerettet werden.

Die an der Suvlabucht gelandeten britischen Truppen setzten in den nächsten Tagen ihre Angriffe fort, die aber unter sehr schweren Verlusten abgewiesen wurden. Gleichzeitig fanden weiter südlich unausgesetzte Vorstöße statt, um dort türkische Truppen zu binden. Besonders hartnäckig waren die am 16., 21. und 28., bis es am 29. den zum Gegenstoß angesetzten Osmanen gelang, den Engländern und Franzosen alle mit überaus großen Opfern errungenen Vorteile wieder zu entreißen. Dann flaute der Kampf bis Ende September ab; am 25. September unternommene französische und englische Angriffe scheiterten abermals. Nordöstlich von Sed-ül-Bahr wurde ein britischer Zerstörer durch Artillerie versenkt. Die fortdauernden Mißerfolge der Westmächte ließen nunmehr die Hoffnung auf einen endgültigen Erfolg schwinden. Am 3. Oktober wurde 1½ britische Truppendivision eingeschifft und nach Saloniki übergeführt. Damit begann die Liquidation des Dardanellenunternehmens. Die bisherigen britischen Verluste wurden im Unterhause als 1609 Offiziere, 23670 Mann tot, 2969 Offiziere, 72222 Mann verwundet, 337 Offiziere 12114 Mann »vermißt« (gefangen) angegeben. Vom 25. April bis 11. Dezember seien außerdem 96682 Mann in Krankenhäuser aufgenommen worden. Zwar dauerten vorläufig die Kämpfe noch an; aber gleichzeitig wurde die Räumung der Halbinsel vorbereitet. Es geschah das in so durchdachter Weise, daß es schließlich gelungen ist, sie unter sehr geschickter Benutzung der Witterung mit verhältnismäßig geringen Verlusten durchzuführen. Am 10. November strandete bei Anaforta der britische Zerstörer »Louis« (1913, 980 t, 29 Knoten, drei 10,2 cm-Schnelladekanonen, vier 53 cm-Torpedorohre). Infolge der Zurückziehung eigener Geschütze und dank der eingetroffenen österreichisch-ungarischen schweren Artillerie gewannen die Türken vom 26. November an auch artilleristisch die Oberhand. Am 9. Januar beendeten Engländer und Franzosen die Räumung der Halbinsel, die um Neujahr begonnen hatte. Die Anaforta-Gruppe schiffte sich in der Nacht vom 19./20. Dezember ein; ihr folgte in der Nacht zum 9. Januar die Sed-ül-Bahr-Gruppe. Wenn auch die Materialverluste in Anbetracht der aufgehäuften Mengen gering genannt werden dürfen, so waren doch die Vorräte, die den Türken in die Hände fielen, an sich recht bedeutend.

Zwar war damit der direkte Angriff auf die Dardanellen aufgegeben; aber auch später beunruhigten fortdauernd feindliche Kriegsschiffe und von Tenedos aufgestiegene Flieger die Stellung durch Bombardements. So beschossen vom 18. bis 22. Februar britische Kreuzer und Zerstörer die Küste bei Sed-ül-Bahr und Teke-Burun, wichen aber stets zurück, sobald sich die türkische Artillerie auf sie eingeschossen hatte. Vom 22. bis 24. war das anatolische Ufer zum Ziel genommen. Am 6. wurde dieselbe Gegend von einem Kreuzer und einem Monitor bombardiert. Am 13. Mai erfolgte ein türkischer Luftangriff auf Imbros und die in der Bucht ankernden Schiffe und Prahme.

Es wurde schon erwähnt, daß es mehrfach feindlichen U-Booten gelungen ist, die Dardanellen zu passieren, indem sie die Strecke unter Wasser zurücklegten. Sie wurden im Marmarameer und Bosporus überaus unbequem, indem sie nicht nur den Verkehr erschwerten, sondern auch zeitweise die Hauptstadt beschossen. Am 9. August wurde eines von ihnen im Marmarameer durch ein Flugzeug vernichtet; ein anderes britisches versuchte am 31. im Golf von Ismid zu landen, um die Anatolische Bahn zu unterbrechen. Der Versuch scheiterte. Am 3. September versenkte ein türkisches Wachtboot im Marmarameer ein britisches U-Boot. Als das französische Tauchboot »Turquoise«

(1908, 450 t) die Dardanellen durchfuhr, wurde ihm das Periskop weggeschossen. Infolgedessen strandete es, wurde von den Türken genommen, die Besatzung gefangen. Nachdem es in Konstantinopel instand gesetzt war, ist es der türkischen Flotte eingereiht worden. Das britische U-Boot »E 20« (1914, 825 t, 16 Knoten, zwei 7,6 cm-Schnelladekanonen, vier 53 cm-Torpedorohre) wurde in den Dardanellen versenkt; damit waren bisher in dieser Gegend sechs britische und vier französische Tauchboote vernichtet oder genommen worden. Am 3. Dezember versenkte ein britisches U-Boot im Golf von Ismid den türkischen Zerstörer »Yar Hissar« (1908, 305 t, 28 Knoten, eine 6,5 cm-, sechs 4,7 cm-Schnelladekanonen, zwei 45 cm-Torpedorohre).

Auch gegen Smyrna gingen feindliche Schiffe vor. Auch unbefestigte Städte und Dörfer wurden mehrfach ohne jeden militärisch erkennbaren Grund bombardiert. Daran beteiligte sich auch der russische Kreuzer »Askold«. Am 1. Dezember wurden an der Nordwestküste Kleinasiens zwei türkische Kanonenboote durch Artillerie versenkt. Ein feindliches Wachtschiff, das am 25. April westlich von Kouche bei Smyrna erschien, zog sich zurück, als es einen Treffer erhalten hatte. Am 13. Mai erschien ein Monitor bei Keusten (Insel vor Smyrna) und beschoß die Werke. Er ging zurück, als ihm Schornstein und Signalmast zertrümmert waren. In der Nacht zum 14. Mai näherte sich der britische Monitor »M 30« (1915, etwa 500 t, eine 23,4 cm-, eine 15,2 cm-Schnelladekanone) der Nordwestküste der Insel Keusten und wurde durch Artillerie vernichtet. Auch Landungen wurden veranstaltet. So warf am 24. Juni eine feindliche Schiffsgruppe 100 »Banditen« — wie der türkische Bericht sie bezeichnet — am Nordufer des Tuzladere bei Ayradjik an Land. Aufgestiegene Flieger zwangen die Schiffe, die hohe See aufzusuchen. Am 27. Juli beschossen zwei feindliche Schiffe, unterstützt durch Flieger, verschiedene Punkte der Küste. Als die Küstenartillerie ihr Feuer eröffnete, zogen sie sich zurück.

Im türkischen Süden hatten sich die Engländer des am Persischen Meerbusen gelegenen Hafens von Bender Buchir bemächtigt, gaben ihn aber Anfang Oktober wieder auf, da sich die kriegerischen Bewohner fortdauernd feindlich zeigten.

Am 14. August 1915 versenkte ein deutsches U-Boot bei der Insel Kos den britischen Truppentransportdampfer »Royal Edward« (11 117 t). Von 1500 an Bord befindlichen Soldaten gelang es, 600 zu retten. Am 2. September wurde das britische Truppentransportschiff »Southland« (2081 t), am 10. der französische Hilfsdampfer »Indiana« im Ägäischen Meere versenkt. Vom 15. bis 30. September haben deutsche U-Boote im östlichen Mittelmeer über ein Dutzend, von da ab bis zum 10. Oktober weitere zehn große Dampfer in den Grund gebohrt. Am 5. November wurde der britische Hilfskreuzer »Tara« (6322 t) im östlichen Mittelmeer durch ein deutsches U-Boot vernichtet. Aber auch mit dem Geschütz traten die U-Boote ins Gefecht; am 6. November vernichtete eines von ihnen im Hafen von Solum die ägyptischen Kanonenboote »Prince Abbas« (450 t) und »Abd ul Menem« (300 t), ältere Fahrzeuge. Seit Beginn des Saloniki-Unternehmens waren bis Ende 1915 versenkt worden: der britische Hilfskreuzer »Ramazan« (3447 t) mit 500 Mann indischer Truppen und Kriegsmaterial, der britische Transportdampfer »Transylvania« (14 000 t) mit Truppen und Kriegsbedarf, der französische Transportdampfer »Amiral Hamelin« (5051 t) mit der ersten Abteilung französischer Feldartillerie, Munitionswagen, 360 Pferden, der britische Transportdampfer »Marquette« (7050 t) mit 1000 weißen Soldaten, 500 Maultieren, Munition, Krankenpflegern; der britische Hilfskreuzer »Tara« (1862 t), der französische Transportdampfer »Calvados« (6000 t) mit 800 Mann Kolonialtruppen, davon 53 gerettet, die britischen Transportschiffe »Moorina« (5000 t) mit Truppen und 500 Pferden, »California« und außerdem weitere 24 Schiffe von 69 656 Raumtonnen; somit für Oktober und November 220 000 Gewichtstonnen oder 300 000 Raumtonnen. Eine andere Zusammenstellung gibt an als englische Verluste: einen Hilfskreuzer (1862 t), fünf Transportschiffe (37 500 t) mit Truppen, Pferden und Kriegsbedarf, 18 Transportdampfer (68 567 t) mit Kriegsbedarf, ein Motorleichter (»X 30«), 13 andere Dampfer (44 839 t); französische Verluste: zwei Transportschiffe (11 051 t) mit Truppen und Kriegsbedarf, sechs Transportdampfer (22 135 t) mit Kriegsbedarf, fünf andere Dampfer (9384 t); japanische Verluste: ein Transportschiff (5118 t); russische Verluste: zwei Dampfer (5412 t); norwegische Verluste: ein Dampfer (3521 t); zusammen: 147 483 Gewichtstonnen oder ungefähr 200 000 Raumtonnen.

Ein deutsches Tauchboot versenkte am 12. Februar an der syrischen Küste den französischen Panzerkreuzer »Amiral Charner« (1893, 4800 t), ein altes Schiff, und am 1. März im Mittelmeer das französische Transportschiff »La Provence«; von den an Bord befindlichen 1800 Soldaten sollen 700 gerettet worden sein. Auch Minen streuten die U-Boote aus. Deutschen Minen fielen am 22. April das britische Linienschiff »Russel« (1901, 14 200 t, 19,4 Knoten, vier 30,5 cm-, zwölf 15,2 cm-, 14 leichte Schnelladekanonen, vier 45 cm-Torpedorohre) zum Opfer und am 17. oder 18. an der afrikanischen Nordküste ein britischer und ein französischer Zerstörer.

Von sonstigen Ereignissen seien folgende erwähnt: Am 20. August 1915 erklärte Italien an die Türkei den Krieg und am 25. die Blockade über die Küsten Kleinasiens und Syriens. Dem folgte am 14. September seitens Frankreichs die Blockadeerklärung über die türk. Küsten am Ägäischen und Mittelländischen Meere.

Am 11. September erschienen deutsche U-Boote im Schwarzen Meer. Am 13. Oktober waren türkische Kriegsschiffe ins Schwarze Meer vorgestoßen und versenkten vor Sebastopol zwei russische Dampfer.

Die negativen Erfolge des Vierverbandes gaben der bulgarischen Regierung den Mut, sich auf die Seite der Mittelmächte zu stellen. Am 14. Oktober erklärte sich Bulgarien infolge serbischer Einfälle in sein Gebiet als im Kriegszustande mit Serbien befindlich. Die Antwort Frankreichs und Englands bestand darin, daß Kriegsschiffe beider Nationen am 21. unbefestigte Orte — wie Dede Agatsch und Lagos — an der bulgarischen Mittelmeerküste bombardierten. Am 1. Februar 1916 griffen deutsche Luftschiffe im Hafen von Saloniki ankernde feindliche Schiffe und die an Land errichteten Lager an. Noch am 4. gaben große Brände davon Kunde, daß der Angriff erfolgreich gewesen war; dagegen wurde dort am 6. Mai ein Luftschiff vernichtet. Am 9. März belegten deutsche Flieger bei Kaliakra, nördlich von Warna, eine aus einem Linienschiff, fünf Zerstörern und mehreren Troßdampfern bestehende Abteilung mit Bomben. Ein Zerstörer wurde getroffen. Ein anderer, »Leitenant Puschtschin«

(1906, 356 t, 26 Knoten, eine 7,5 cm-, fünf 4,7 cm-Schnelladekanonen, zwei Doppeltorpedorohre), geriet auf eine Mine und sank. Nordöstlich von Batum vernichtete ein U-Boot ein etwa 12000 t großes Transportschiff, das Soldaten und Kriegsbedarf führte, und am 31. einen 1500-Tonnendampfer sowie ein Segelschiff. Die deutschen U-Boote beschossen auch mehrfach erfolgreich Küstenbatterien nördlich von Poti. Andere türkische Kriegsschiffe bombardierten russische Stellungen an der kaukasischen Grenze und vernichteten einen russischen, mit Munition beladenen Dampfer. Am 3./4. April vernichtete »Midilli« einen großen Segler, der Kriegsmaterial an Bord hatte.

Am 16. Juni wurde ein russisches Truppentransportschiff, das der Hilfsdampfer »Xenia« geleitete, 20 Seemeilen östlich von Sulina durch zwei bulgarische Torpedoboote angegriffen. Als »Xenia« von einem Torpedo beschädigt worden war, flüchteten beide Schiffe nach Odessa.

Am 21. Juni erschien im spanischen Hafen von Cartagena das deutsche Tauchboot »U 35«, um ein Handschreiben des deutschen Kaisers an den König von Spanien zu überbringen, in dem für die Aufnahme gedankt wurde, welche die deutschen Kamerunsoldaten gefunden hatten. Für letztere wurden Arzneimittel gelandet. Das Boot verließ um 3 Uhr des nächsten Morgens den Hafen, brach die von herbeigeeilten feindlichen Kriegsschiffen gebildete Blockade und kehrte glücklich zu seinem Stützpunkte zurück, nachdem es unterwegs den französischen Dampfer »Hérault« (2299 t) versenkt hatte.

Am 22. Juli sah der auf einer Kreuzfahrt ins Schwarze Meer begriffene Kreuzer »Midilli«, als er sich südlich von Sebastopol befand, daß weit überlegene Streitkräfte im Begriffe standen, ihm den Rückweg abzuschneiden. Er mußte sich durchschlagen und bestand dabei einen vierstündigen Kampf mit einem russischen Großkampfschiff der »Kaiserin Marie«-Klasse (1914, 23400 t, 21 Knoten, zwölf 30,5 cm-, zwanzig 13 cm-, 16 leichte Schnelladekanonen, vier 45 cm-Torpedorohre), ehe es ihm gelang, nach dem Bosporus zu gelangen.

X. Der Kreuzer- und Handelskrieg.

Über den durch die Tauchboote geführten Handelskrieg ist bereits (S. 248 f.) berichtet worden. Zu den im Laufe des Krieges vernichteten Schiffen gehörte auch der englische Dampfer »Cottingham«, der eine der für die Versenkung deutscher U-Boote ausgesetzten Prämien beansprucht hatte. Tatsächlich war das fragliche Boot aber nur beschädigt worden.

Der englische Passagierdampfer »Appam« (7781 t), dessen Ankunft in Plymouth erwartet wurde, lief statt dessen in Old Point Comfort (Nordamerika) ein. An Bord befanden sich 425 Personen, von denen 132 von den englischen Dampfern »Corbridge« (3687 t), »Author« (3496 t), »Trader« (3608 t), »Ariadne« (3035 t), »Dromonby« (3617 t), »Fairingford« (3146 t) und Clan Mactavish« (5816 t) stammten, die alle durch den deutschen Hilfskreuzer »Möwe« versenkt worden waren. Die Prisenmannschaft bestand aus 12 Matrosen unter Befehl des Leutnants z. S. d. R. Berg und 20 deutschen Zivilisten, die auf den Schiffen aus der Kriegsgefangenschaft befreit worden waren. Aus Madrid wurde gemeldet, daß in Santa Cruz-Teneriffa der englische Dampfer »Westburn« (3300 t) unter deutscher Flagge eingelaufen sei, um Schäden auszubessern. Die Prisenmannschaft bestand aus sieben Mann, die 206 Engländer und Belgier zu bewachen hatten. Diese stammten von den Dampfern »Horace« (3335 t), »Clan Mactavish«, »Cambridge«, »Flamenco« (4540 t), dem Segelschiff »Edinburgh« (1473 t) und dem belgischen Dampfer »Luxemburg« (4382 t). Auch 11 Spanier waren darunter. Am 23. Februar wurde die »Westburn«, nachdem die Gefangenen an Land entlassen waren, außerhalb des Hafens in Sicht britischer Kreuzer versenkt.

Der Hilfskreuzer »Möwe«, der so überraschend im Atlantischen Ozean aufgetaucht war, kehrte nach mehrmonatiger erfolgreicher Kreuzfahrt am 4. März in einen deutschen Hafen zurück. Als Gefangene befanden sich an Bord: vier britische Offiziere, 29 Seesoldaten und Matrosen sowie 166 Mann von feindlichen Dampferbesatzungen, darunter 103 Indier. Als Beute brachte er Goldbarren im Wert von einer Million Mark mit. Außer den genannten Schiffen hatte die »Möwe« noch die Dampfer »Saxon Prince« (3471 t) und »Maroni« (3109 t), im ganzen demnach 15 Schiffe von 56653 t aufgebracht. Von diesen hatte »Clan Mactavish« Widerstand durch Geschützfeuer geleistet, der schnell gebrochen wurde.

Die »Möwe« hatte außerdem an der Nordostküste Schottlands Streuminen gelegt, deren eine dem Linienschiff »King Edward VII« (1903, 17800 t, 19 Knoten, vier 30,5 cm-, vier 23,4 cm-, zehn 15,2 cm-, 24 leichte Schnelladekanonen, vier 45 cm-Torpedorohre) am 9. Januar 1916 verhängnisvoll wurde.

Ein anderer deutscher Hilfskreuzer, »Greif«, war weniger vom Glück begünstigt. Er wurde am 29. Februar 1916 in der nördlichen Nordsee zunächst von dem 15000 t großen britischen Hilfskreuzer »Alcantara« gestellt. Es gelang ihm zwar, denselben zu versenken; aber inzwischen waren mehrere andere Schiffe herangekommen, so daß jede Aussicht auf Entkommen schwand. Der Kreuzer wurde deshalb gesprengt — nach englischen Berichten durch Geschützfeuer versenkt —, 150 Mann der Besatzung fielen in Kriegsgefangenschaft.

Auch deutsche Torpedoboote nahmen in den heimischen Gewässern den Handelskrieg erfolgreich auf. Am 23. Juni wurde in der südlichen Nordsee der Dampfer »Brussels« aufgebracht und nach Zeebrügge geleitet. An Bord befanden sich viele belgische Arbeiter und 24 entsprungene russische Gefangene, die nach London wollten, um in England Munition anzufertigen. Die Ladung bestand in Stiefeln, Leder und 390 t Lebensmitteln.

Am 5. Juli wurden die englischen Dampfer »Lestris« und »Jarvo Abbey«, mit Lebensmitteln nach England unterwegs, nach Zeebrügge aufgebracht. Am 27. Juli wurden zwei englische Dampfer in der Ostsee gekapert. Der von einem deutschen Hilfskreuzer angehaltene englische Dampfer »Eskimo« leistete Widerstand und konnte erst nach einem Gefecht in Besitz genommen werden. Am gleichen Tage passierten — nach dänischen Meldungen — um 3 Uhr 50 Min. nachmittags zwei große englische Dampfer Mölle in südlicher Richtung, geleitet von drei deutschen Torpedobooten. Einer der Dampfer schien ein Passagierschiff zu sein.

Weitere Erfolge im Handelskriege s. Seekriegskalender (S. 238 ff.).

III. Technik und Kriegführung

Das Etappenwesen

von Hauptmann a. D. Oefele in Würzburg

Hierzu Tafel »Etappenwesen« mit Erläuterungen.

Zu allen Zeiten war man sich in der Kriegführung der einschneidenden Bedeutung einer sorgfältig durchgeführten Heeresversorgung bewußt. Man war daher auch von jeher darauf bedacht, die Verbindung des Heeres mit der Heimat zu sichern, die Ersatz bietet für alles, was im Felde gebraucht wird. Bei der heutigen Art der Kriegführung ist diese rückwärtige Verbindung zur unerläßlichen Notwendigkeit geworden. Vor allem stehen Millionenheere im Felde, und zwar nicht auf einem Kriegsschauplatz, sondern auf mehreren zugleich. Das allein bringt schon eine erhebliche Erschwerung der Heeresversorgung mit sich. Dazu kommt, daß sich die Kriegführung auf allen Gebieten die neuesten Errungenschaften der Technik zunutze macht und dadurch weitere ungeheure Anforderungen an den Materialersatz stellt. Unter diesen Verhältnissen kann nur das heimatliche Hinterland in seiner ganzen Ausdehnung die Basis des Feldheeres bilden, aus der es seine Existenzmittel zieht.

Im folgenden sollen nun die Einrichtungen kurz besprochen werden, die diese so wichtige Verbindung des Heeres mit der Heimat ermöglichen, d. i. die Etappe und ihre Tätigkeit. Zum richtigen Verständnis der Aufgaben des Etappendienstes und der ganzen Arbeit im Rücken des Heeres ist es notwendig, vorher kurz den Zweck der Etappe, nämlich die Heeresversorgung und ihre verschiedenen Gebiete, zu behandeln. Die beigegebene schematische Darstellung des Etappenwesens soll den Lauf der Heeresversorgung und die Einrichtungen der Etappe im Bilde erläutern.

Die Heeresversorgung.

Die Heeresmassen müssen mit allem versorgt werden, was zu ihrer Lebens- und Kampffähigkeit gehört. Diese Versorgung kann zum Teil und in günstigen Fällen durch Ausnutzung des Kriegsschauplatzes erfolgen. Aber die Mittel des Kriegsschauplatzes reichen bei weitem nicht zur Deckung aller Heeresbedürfnisse aus. So ist die Verpflegung aus dem Lande selbst bei rasch fortschreitenden Operationen nur dann möglich, wenn das Land nicht schon vom Feinde ausgesogen ist; in der Hauptsache ist man auch hier auf den Nachschub angewiesen. Beim Stellungskrieg oder wenn sonst größere Truppenmassen sich längere Zeit gegenüberstehen, kann die Versorgung mit Lebensmitteln nur durch Nachführung geschehen. Der Ersatz der verschossenen Munition, die Auffüllung der eingetretenen Verluste und die Ergänzung des Kriegsmaterials muß unter allen Umständen durch Zufuhr aus der Heimat erfolgen. Wirklich schlagfertig ist ein Heer somit nur dann, wenn es alle Bedürfnisse, von Mann und Pferd getragen oder auf Fahrzeugen verladen, mit sich führt und die erforderliche Ergänzung durch wohlgeordneten Nachschub aus dem eigenen Lande zugeführt erhält.

Das Feldheer muß aber, wenn es zu den von ihm verlangten Leistungen fähig sein soll, auch von allem befreit werden, was seine Schlagfertigkeit beeinträchtigt. Das erfordert die Ableitung alles Hinderlichen von der kämpfenden Truppe nach rückwärts und den Abschub nach der Heimat zu und in die Heimat. Hierbei handelt es sich in erster Linie um das Freimachen der Kampflinie von Verwundeten und um ihr Wegbringen nach rückwärts gelegenen Gebieten und ins Heimatgebiet. Dann kommt weiter in Betracht der Abtransport alles überflüssigen Personals und Materials, namentlich der Kriegsgefangenen und des erbeuten Kriegsmaterials.

Die Deckung aller dieser Bedürfnisse der Truppen und deren Entlastung von allem Störenden nennt man die Heeresversorgung. Sie ist eine der wichtigsten, aber auch eine der schwierigsten Aufgaben der Führung, wird von der obersten Heeresleitung geleitet und überwacht und von den Armeeoberkommandos unter eigener Verantwortung selbständig für die verschiedenen Armeen durchgeführt. Sie umfaßt verschiedene sich gegenseitig ergänzende und unterstützende Gebiete. In erster Linie dienen ihr das Munitions-, Verpflegungs- und Sanitätswesen, also der Ersatz von Munition und Waffen, die Sicherstellung der Verpflegung und der Sanitätsdienst im Felde. Dazu kommen noch der Nachschub von Mannschaften und Pferden, der Ersatz von Kraftwagen, Luftfahrzeugen und Betriebsstoffen hierfür, die Ergänzung der Bekleidung, Ausrüstung, des Feldgerätes, der Sanitäts- und Veterinärmittel sowie die Zurückführung der Gefangenen und der Kriegsbeute. Für diesen umfangreichen Nachschub und Abschub sind außer den zahlreichen Kolonnen und Trains leistungsfähige Eisenbahnen und sichere Nachrichtenverbindungen unerläßlich. Deshalb gehören zur Heeresversorgung auch das Eisenbahnwesen, die Feldtelegraphie und der Feldpostdienst.

Die Munition spielt im Kriege eine ganz besonders wichtige Rolle. Sie ist eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen für die Kampfkraft der Truppe. Die Munitionsversorgung hat daher den Vorrang vor allen anderen Zweigen der Heeresversorgung. Die gewaltige Leistungsfähigkeit der neuzeitlichen

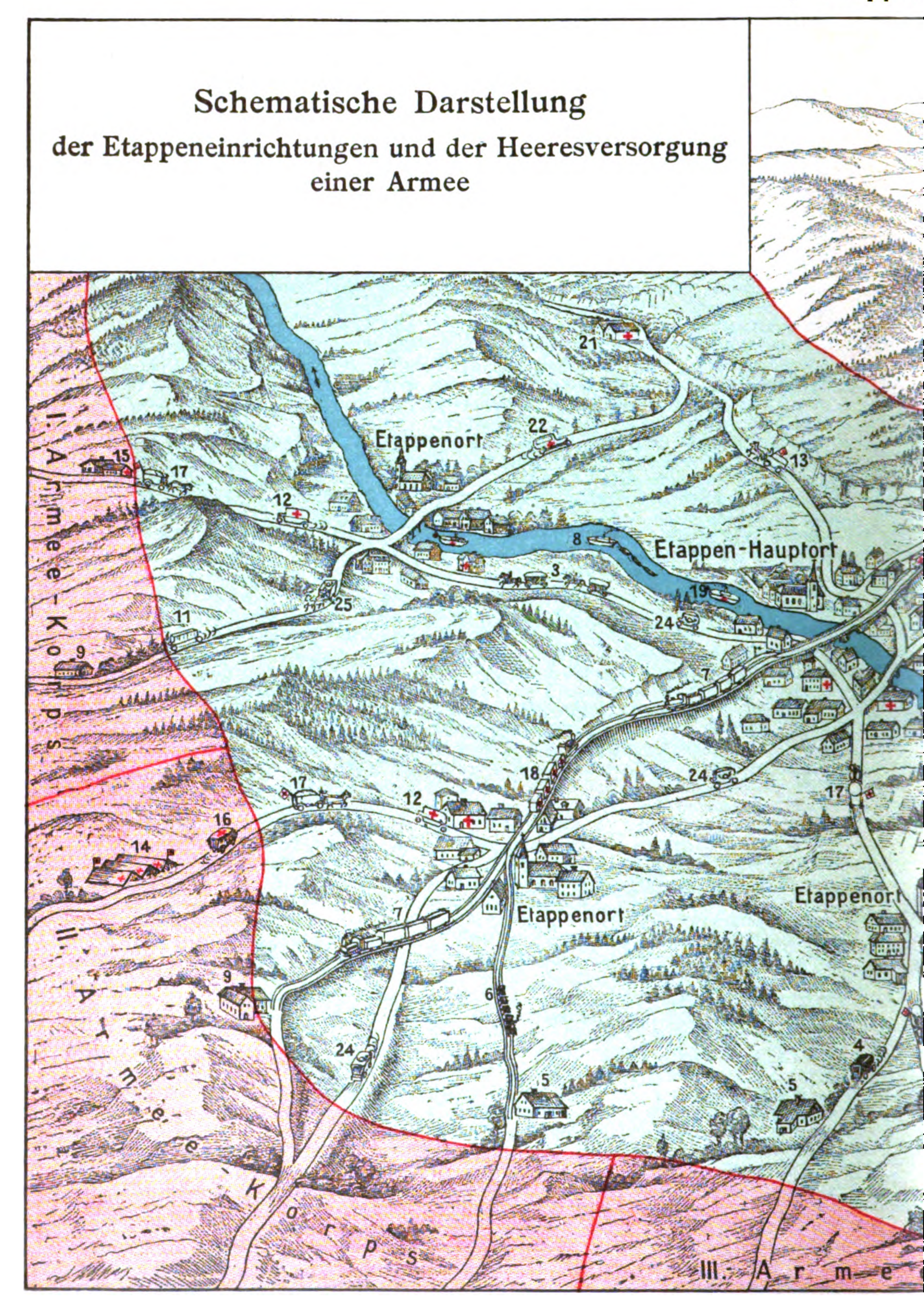
Feuerwaffen (Mehrladegewehre, Maschinengewehre und Schnellfeuergeschütze) und die ungeheuren Anforderungen der derzeitigen Gefechtsführung (vor allem das Streben nach Feuerüberlegenheit sowie nach örtlicher und zeitlicher Zusammenfassung der Wirkung, nach entscheidender Feuerwirkung) steigern den Munitionsverbrauch ins Riesenhafte. Bei der Größe der Heere und bei der langen Dauer der Kampfhandlungen sind somit ganz ungeheure Munitionsmengen erforderlich. Der für den ersten Bedarf notwendige Munitionsvorrat wird von der Truppe selbst mitgeführt. Die Ergänzung dieser Truppenausrüstung geschieht durch die aus der Heimat zugeführte Munition. Hierzu müssen ausreichende Munitionsmengen zunächst in der Heimat unter Heranziehung aller Hilfsquellen und Hilfskräfte angefertigt und bereit gehalten und dann rechtzeitig und sicher in das Operationsgebiet nachgeführt werden. Zur Munitionsversorgung gehören also nicht nur die Herstellung und Bereitstellung der Munition in der Heimat, sondern auch ihr unausgesetzter, geordneter Nachschub. Sie verlangt eine wohldurchdachte und gut arbeitende Organisation unter tatkräftiger, zielbewußter Leitung und eine überlegte Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Nachschubmittel.

Von der Verpflegung hängen das Wohlergehen der Truppe und damit ihre Leistungsfähigkeit ab. Auch hier stellen die große Zahl und Stärke der Armeen ganz gewaltige Anforderungen an das Verpflegungswesen. Für die Ernährung dient als oberster Grundsatz, daß die Hilfsmittel des Kriegsschauplatzes nach Möglichkeit ausgenutzt werden. Deshalb ist die günstigste Art der Verpflegung die durch die Quartierwirte. In armen Gegenden, bei Operationen größerer Truppenkörper und bei engem Zusammengehen der Truppen ist jedoch die Quartierverpflegung nicht möglich. Hier sind dann Ankäufe und Beitreibungen die Mittel, um die Vorräte und Bestände des Kriegsschauplatzes zu verwenden. Im Feindesland sind Beitreibungen die ausgiebigste Art, vom Lande zu leben. Sie werden daher von der Truppe und den Verwaltungsbehörden, wo nur irgend möglich, in weitem Umfang vorgenommen. Aber der große Verpflegungsbedarf der Riesenheere kann durch die Mittel des Kriegsschauplatzes allein nicht gedeckt werden. Selbst das reichste Land ist nicht imstande, die Verpflegungsmittel für solche Massen an Ort und Stelle aufzubringen, und die Vorräte der betroffenen Gebiete sind sogar bei siegreichem Vorgehen bald erschöpft. Die Beitreibungen können deshalb nur als höchst willkommene Beihilfen für die Verpflegung gelten. In der Hauptsache müssen die Lebensmittel dem Heere von rückwärts zugeführt werden. Für diesen Verpflegungsnachschub werden nicht nur die Vorräte der heimatlichen, sondern auch der besetzten Gebiete herangezogen, so daß dadurch ein großer Teil der Kriegslasten vom Heimatland abgewälzt wird. Diese nachgeführten Verpflegungsbestände müssen einen langen Weg zurücklegen, bis sie aus den rückwärtigen Ersatzquellen zur Truppe gelangen, und es bedarf auch hier des Ineinandergreifens zahlreicher Stellen und Hilfsmittel, damit das ganze Nachschubwesen richtig arbeitet. An der Spitze des gesamten Verpflegungswesens des Feldheeres steht der Generalintendant, der die leitenden Gesichtspunkte für die ganze Verpflegung gibt und für den Nachschub im großen sorgt. Die Verpflegung einer Armee leitet der Armeeintendant nach den Anordnungen des Armeeoberbefehlshabers. Er verfügt zu ihrer Sicherstellung über die im Bereiche seiner Armee vorgefundenen oder dorthin nachgeschobenen Bestände und über die in der Heimat für seine Armee angesammelten Vorräte, zu ihrer Durchführung über die Intendanten der Truppenverbände und Behörden seiner Armee.

Der Sanitätsdienst im Felde ist auf die Schlagfertigkeit des Heeres von weittragendem Einfluß. Denn er besteht nicht nur in der ersten Hilfe für die Verwundeten und Kranken auf dem Schlachtfelde und in der weiteren Fürsorge für sie, sondern umfaßt auch das Freimachen des Kriegsschauplatzes von Verwundeten und Kranken und nicht zuletzt die allgemeine Gesundheitspflege des Heeres. Diese wichtigen Aufgaben verlangen es, daß vor allem die ärztliche Hilfe rasch und unmittelbar hinter der Gefechtslinie einsetzt. Dann müssen die Verwundeten und Kranken in das weiter rückwärts gelegene Gebiet abgeschoben, dort verteilt, untergebracht, ärztlich behandelt und verpflegt werden. Und endlich müssen die Transportfähigen unter ihnen nach Möglichkeit zur Pflege in die Heimat zurückgeführt werden. Diese Krankenfürsorge erfordert, neben der Ausstattung der Truppen und Behörden mit hinreichendem Sanitätspersonal und -material sowie den nötigen Einrichtungen, ein gut organisiertes Transportwesen. Die Gesundheitsfürsorge erstreckt sich in erster Linie auf die Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten und Seuchen, dann aber auch auf alle anderen für die Gesundheit des Heeres notwendigen hygienischen Maßnahmen. Auch hierfür sind besondere Einrichtungen und Hilfsmittel unerläßlich. Eine besonders wichtige Rolle spielt aber im Sanitätsdienst neben dem Ersatz des Personals der gesicherte Nachschub an Sanitätsmitteln aus der Heimat, ohne die weder eine geordnete Behandlung der Verwundeten und Kranken noch eine sachgemäße Gesundheitspflege möglich ist. Die Leitung des ganzen Sanitätsdienstes beim Feldheer liegt in der Hand des Chefs des Feldsanitätswesens. Bei jeder Armee leitet den Sanitätsdienst der Armeearzt, dem hierzu die Korps- und Divisionsärzte sowie das Sanitätspersonal der Truppen und Behörden der Armee unterstehen. — Vgl. dazu den Aufsatz »Einrichtung und Aufgaben der Feldlazarette«, Bd. I, S. 308 ff.

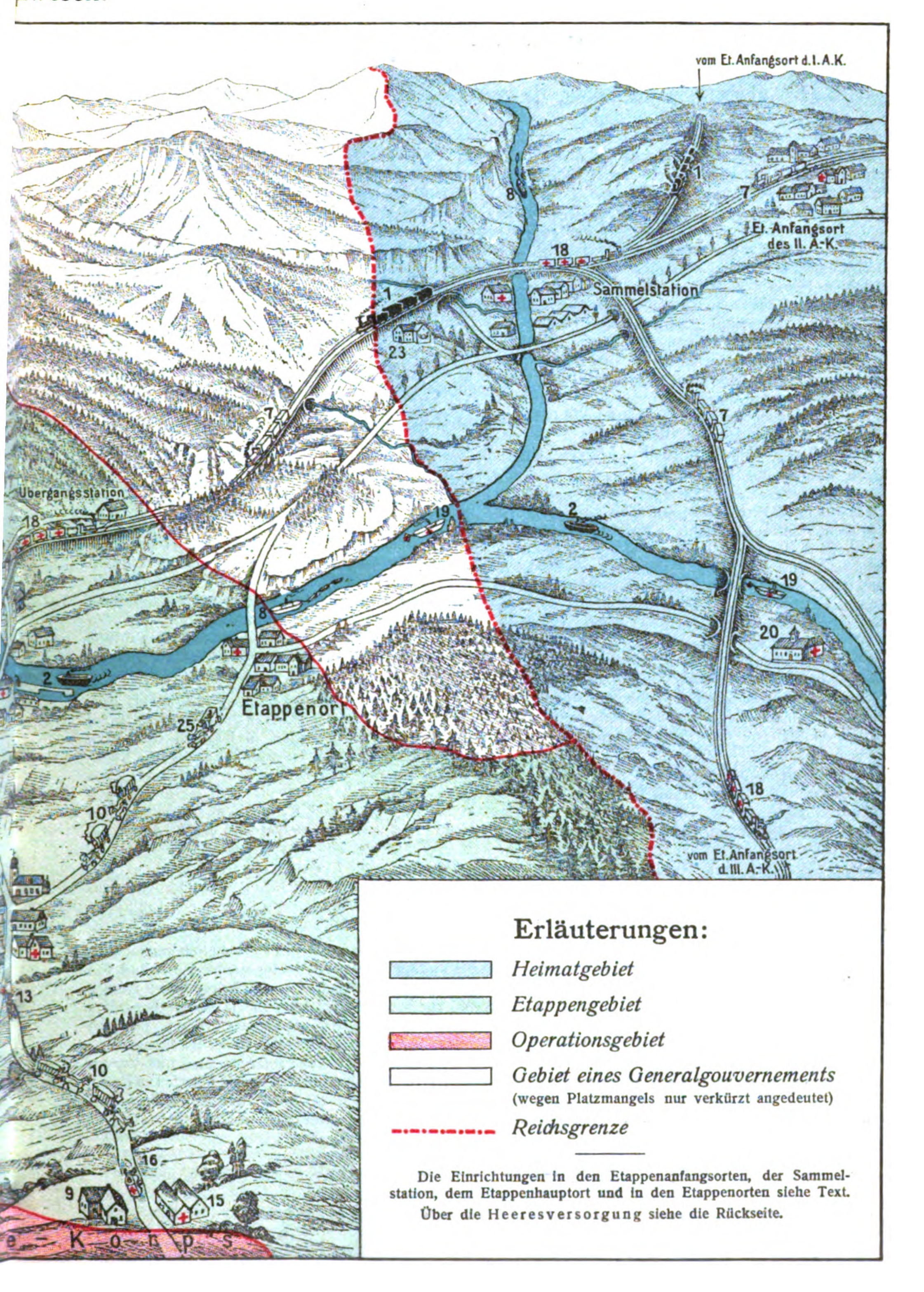
Die Notwendigkeit des Mannschafts- und Pferdeersatzes sowie der Ergänzung der Kriegsausrüstung und des Kriegsmaterials liegt auf der Hand. Die Auffüllung der bei den kämpfenden Truppen durch Verluste und Krankheiten entstandenen Abgänge macht die unausgesetzte Heranbildung und Bereithaltung ausreichender Mannschaftsbestände bei den Ersatztruppenteilen in der Heimat und deren rechtzeitige Nachführung auf den Kriegsschauplatz nötig. Das gleiche gilt für den Ersatz der Pferde und sonstiger tierischer Hilfskräfte, soweit dieser nicht durch die Ausnutzung des Kriegsschauplatzes gedeckt werden kann. Bei der Materialergänzung handelt es sich ebenfalls um Anfertigung und Bereitstellung der notwendigen Vorräte an Bekleidung, Ausrüstung und Kriegsgerät aller Art in der Heimat und um die bedarfsmäßige Zuführung an die Front. Unbrauchbar gewordenes Kriegsmaterial muß zur Wiederherstellung aus der Kampflinie nach rückwärts weggeschafft werden. Dabei kommt es darauf an, ob ein Abtransport in das Heimatgebiet notwendig ist oder ob die Ausbesserungen in den im Bedarfsfall eigens errichteten Werkstätten hinter der Gefechtsfront vorgenommen werden können. Auch auf die-

Etappen



Schematische Darstellung
der Etappeneinrichtungen und der Heeresversorgung
einer Armee
Etappenort
Etappen-Hauptort
Etappenort
Etappenort
I. Armee-Korps
II. Armee-Korps
III. Arme

wesen.



vom Et. Anfangsort d. I. A. K.
Et. Anfangsort des II. A.-K.
Sammelstation
Übergangsstation
Etappenort
vom Et. Anfangsort d. III. A.-K.
e Korps
Erläuterungen:
Heimatgebiet
Etappengebiet
Operationsgebiet
Gebiet eines Generalgouvernements
(wegen Platzmangels nur verkürzt angedeutet)
Reichsgrenze
Die Einrichtungen in den Etappenanfangsorten, der Sammelstation, dem Etappenhauptort und in den Etappenorten siehe Text.
Über die Heeresversorgung siehe die Rückseite.

Etappenwesen.

Erläuterung des Laufes der Heeresversorgung (Nach- und Abschub).

Munition. Die Munition gelangt aus den Ersatzquellen des Heimatgebietes (siehe Text „Etappenanfangsorte“, S. 264) durch Munitionszüge (1) und Munitionsschiffe (2) in das Etappengebiet. Diese Züge und Schiffe werden soweit wie möglich vorgeführt und aus ihnen die Munitionskolonnen der Etappe, das Hauptmunitionsdepot am Etappenhauptort und die Munitionsdepots der Etappenorte, unter Umständen auch die Munitionskolonnen der Truppe unmittelbar gefüllt. Die Etappenmunitionskolonnen (3) und die Munitionskraftwagenkolonnen (4) bringen die Munition in die Munitionsdepots der Etappenorte und an die Munitionsausgabestellen (5); unter Umständen werden hierzu auch Feldbahnen benutzt (6). Bei den vordersten Depots und den Ausgabestellen empfangen die Munitionskolonnen der Armeekorps.

Verpflegung. Die Verpflegungsvorräte gelangen durch Verpflegungszüge (7) und Verpflegungsschiffe (8) aus den Ersatzmagazinen und Ersatzviehdepots der Heimat zum Proviantdepot der Sammelstation und von da in das Etappengebiet zur Füllung der Etappenmagazine in den Etappenorten und der Etappenausgabestellen (9) sowie zur Versorgung der Etappenbäckereien und Etappenviehdepots. Soweit die Verpflegung nicht unmittelbar durch Eisenbahnzüge oder Schiffe an diese Bedarfsorte gebracht werden kann, wird das durch die Etappenfuhrpark- und Magazinfuhrparkkolonnen (10) besorgt; nötigenfalls bringen Etappenkraftwagenkolonnen (11) die Verpflegung weit in das Operationsgebiet hinein. Bei den vordersten Etappenmagazinen und den Etappenausgabestellen empfangen die Verpflegungskolonnen der Armeekorps.

Motorbetriebsstoffe gehen von den heimatlichen Fabriken mit Eisenbahn in das Tanklager des Etappenkraftwagenparks am Etappenhauptort und von hier mit Lastkraftwagen zu den Tankstellen bei den vordersten Etappenmagazinen und Empfangsstellen, wo die Feldluftschifferabteilungen, Flieger und Kraftwagen ihren Bedarf decken. — **Wasserstoffgas** wird ebenfalls mit Bahn in den Etappenkraftwagenpark nachgeführt und von hier an die Bedarfsstelle vorgeführt.

Flugzeuge und Flugzeugersatzteile kommen aus den Flugzeug- und Motorenfabriken und den Fliegerersatzabteilungen im Heimatgebiet in den Etappenflugzeugpark am Etappenhauptort und gelangen von hier aus mit Kraftwagen — Flugzeuge auch auf dem Luftweg — zu den Fliegerabteilungen.

Bekleidung, Ausrüstung und Feldgerät (mit Ausnahme der Sanitäts- und Veterinärmittel) gehen von den Kriegsbekleidungsämtern und Traindepots an den Etappenanfangsorten mit Eisenbahntransport zum Güterdepot der Sammelstation, werden mit Bahn in das Etappengebiet gebracht und soweit wie möglich vorgeführt. Nötigenfalls erfolgt Lagerung in den Etappenmagazinen der Etappenorte. Die Vorführung zur Truppe geschieht durch Fahrzeuge der Etappe oder der Truppe.

Sanitäts- und Veterinärmittel gehen von den Sanitätsdepots der stellvertretenden Generalkommandos bzw. vom Hauptsanitätsdepot des Kriegsministeriums zur Sanitäts- und Veterinärabteilung des Güterdepots der Sammelstation und von da aus in das Etappensanitätsdepot am Etappenhauptort. Von hier aus wird das Sanitäts- usw. Gerät den Feld-, Kriegs-, Etappen- und Seuchenlazaretten durch Sanitätskraftwagen (12) und Trainkolonne (13) zugeführt und auch an die Züge und Schiffe für Krankentransporte abgegeben. Die Truppe ergänzt ihre Bestände aus den Vorräten der Sanitätskompanien, diese aus den Beständen der nächsten Feldlazarette.

Mannschaften und Pferde. Ergänzungsmannschaften werden vom Etappenanfangsort aus mit Bahntransport in das Etappengebiet befördert und erreichen ihren Truppenteil mittels Eisenbahn und Fußmarsch. Ersatzpferde werden gleichfalls von den Ersatztruppenteilen nachgesendet, sofern der Bedarf nicht durch beigetriebene und Beutepferde gedeckt werden kann.

Verwundete und Kranke. Die Verwundeten werden von den Verbandsplätzen in die Feldlazarette (14) überführt, die nach Bedarf in Kriegslazarette (15) umgewandelt werden. Von hier aus erfolgt die Rückbeförderung der transportfähigen Verwundeten mit Krankenkraftwagen, Hilfs- oder Behelfskrankenkraftwagen (16) sowie durch Kolonnen und sonstige Fuhrwerke (17) ins Etappengebiet und von da durch Lazarett-, Hilfslazarett- und Krankenzüge (18) sowie -schiffe (19) in die Lazarette des Heimatgebietes (20); Seuchenverdächtige und -kranke werden den Seuchenlazaretten im Etappengebiet (21) meist mit eigenen Kraftwagen (22) zugeführt.

Feldpost. Die ins Feld gehenden Sendungen werden auf die Sammelstellen im Heimatgebiet und von da nach dem Leitpunkt an der heimatlichen Grenze (23) zur Weiterbeförderung an die Feldpostanstalten im Etappen- und Operationsgebiet geleitet. Die vom Feld kommenden Sendungen gehen an eigene Postverteilungsstellen an der Heimatgrenze und werden von da den Bestimmungsorten zugeführt. Die Beförderung der Feldpost erfolgt mit Eisenbahn, Postkraftwagen (24) und Postfuhrwerken (25).

sem Gebiet der Heeresversorgung verlangen die Anforderung des Bedarfes und die Regelung des Ersatzes ein geordnetes Zusammenarbeiten der Truppen an der Front und der Ersatzquellen in der Heimat mit Hilfe zuverlässiger Verbindungen.

Für die geordnete Zurückführung der Gefangenen ist es notwendig, daß sie nach der Einbringung zuerst an besonderen Sammelstellen hinter der Front zu Transporten vereinigt, dann in das Heimatgebiet zurückbefördert und dort den Gefangenenlagern zugeführt werden. Dies ist nur durch entsprechende Ausnutzung der rückwärtigen Verbindungen möglich. Das erbeutete Kriegsmaterial muß zunächst ebenfalls an den Beutesammelstellen gesammelt und hier gesichtet werden. Dabei handelt es sich um Ausscheidung, welche Beutestücke ohne weiteres den eigenen Truppen zur Verwendung zugewiesen werden können, welche zur Vornahme kleinerer Veränderungen den Reparaturwerkstätten hinter der Front zugeführt und welche zu anderweitiger Verwertung oder als unbrauchbar in die Heimat zurückgeschafft werden müssen. Auch diese Abtransporte machen ihre Eingliederung in die ganze Organisation des Abschubes und die Heranziehung der verschiedensten Transportmittel zur Notwendigkeit.

Das Eisenbahnwesen befaßt sich mit dem gesamten Eisenbahndienst und mit der Ausnutzung der Wasserstraßen, und zwar nicht nur für die operativen Zwecke des Feldheeres, sondern auch für die Aufgaben der Heeresversorgung. Die Eisenbahnen sind für die moderne Kriegführung unentbehrlich. Sie allein ermöglichen einerseits die für die Operationen notwendigen, schnellen und oft recht umfangreichen Truppenverschiebungen von einem Kriegsschauplatz zum andern, von dem einen Teil der Front zu einem anderen; anderseits können auch nur mit ihrer Hilfe die zahlreichen und fortlaufenden Transporte für die gewaltigen Nachschübe an Truppen, Verpflegung und Material nach allen Fronten und für die nicht minder großen Abschübe, namentlich an Verwundeten und Gefangenen, von den verschiedenen Kriegsschauplätzen bewältigt werden. Die Durchführung aller dieser Transporte erfordert umsichtiges und enges Zusammenarbeiten der zur Mitwirkung berufenen Militär- und Zivilbehörden, namentlich der in den einzelnen Betriebsgebieten für die militärischen Anordnungen eingesetzten Linienkommandanturen und der den Betrieb führenden Zivil- oder Militär-Eisenbahndirektionen. Dabei sind die Eisenbahnstrecken im Heimatgebiet im Friedensbetrieb belassen, müssen aber den militärischen Anforderungen Folge leisten. Die auf den Kriegsschauplätzen oder in deren Nähe gelegenen Eisenbahnen dagegen befinden sich im Kriegsbetrieb, d. h. für ihren Betrieb sind ausschließlich militärische Zwecke maßgebend. Bei manchen dieser letzteren Bahnstrecken, vor allem bei den in Besitz genommenen fremdländischen und den für Kriegszwecke neu angelegten, wird auch der Betrieb durch das Militär geführt; sie werden als im Militärbetrieb befindlich bezeichnet. Die glatte Durchführung der Kriegstransporte macht auch einen zuverlässigen Schutz der Bahnstrecken gegen Zerstörungsversuche notwendig, der zwar Sache der hierzu eigens bestimmten Militärbehörden und Truppen ist, von den Linienkommandanturen aber herbeigeführt wird. Den gesamten Eisenbahndienst für Kriegszwecke leitet der Chef des Feldeisenbahnwesens im Großen Hauptquartier; er gibt seine Anweisungen durch die Linienkommandanturen. (Weiteres siehe in dem Aufsatz »Die Eisenbahnen im Kriege«, S. 294 ff.) Die schiffbaren Wasserstraßen werden zur Entlastung und Ergänzung der Eisenbahnen für Kriegstransporte, vorzugsweise von Massengütern, nutzbar gemacht. Sie sind für ihre Ausnutzung in die Organisation des Feldeisenbahnwesens eingegliedert. Die Linienkommandanturen sind also auch für sie die Organe des Chefs des Feldeisenbahnwesens, indem sie den einschlägigen Strombauverwaltungen und Schiffsunternehmern die militärischen Anforderungen übermitteln und ihre Ausführung, in gleicher Weise wie den Eisenbahnverwaltungen gegenüber, überwachen.

Die Feldtelegraphie umfaßt das ganze Telegraphen- und Fernsprechwesen sowie den Funkenverkehr auf dem Kriegsschauplatz und die Sicherstellung des telegraphischen Zusammenhanges des Feldheeres mit der Heimat. Der zuverlässige elektrische Nachrichtenverkehr auf dem Kriegsschauplatz — gleichviel ob mit oder ohne Draht — zwingt zur Bereithaltung und zum Nachschub des nötigen Leitungs- und Stationsmaterials für die Fernsprech- und Funkerformationen, damit diese die erforderlichen Leitungen jeder Zeit nach Bedarf legen und betreiben können. Die telegraphische und telephonische Verbindung der im Kampfe stehenden Streitkräfte mit dem Heimatland verlangt vor allem den Anschluß der Leitungen der Feldtelegraphie an diejenigen der rückwärtigen Staatstelegraphie. Weiterer Ausbau der rückwärtigen Linien und stete Aufrechterhaltung des Anschlusses mit dem Staatstelegraphennetz sind hier die Hauptaufgaben. Dabei wird das Telegraphennetz besetzter feindlicher Gebiete in gleicher Weise für den Nachrichtenverkehr ausgenutzt wie das staatliche Telegraphennetz des Heimatlandes. Gerade dieser Verkehr im Rücken des Heeres ist unerläßlich für den geordneten Nachschub aller Bedürfnisse und für den Abschub. Das ganze Telegraphenwesen wird von dem Chef der Feldtelegraphie geleitet.

Der Feldpostdienst schließt die Herstellung und Erhaltung der Postverbindungen für den Dienst- und Privatverkehr zwischen den Kriegsschauplätzen und dem Heimatgebiet in sich. Bei seinem Betrieb arbeiten die heimischen und die Feldpostbehörden Hand in Hand. Die oberste Leitung des Feldpostwesens auf den Kriegsschauplätzen liegt in den Händen des Feldoberpostmeisters. Ihm sind die Armeepostdirektoren unterstellt. Diese sorgen für die Verbindung ihrer Armee mit der Heimat durch Einrichtung von Feldpostlinien, auf denen die Feldpostsendungen von der Heimat und nach der Heimat durch Eisenbahn, Kraftwagen oder Fuhrwerk befördert werden, und durch Errichtung von Feldpoststationen, bei denen die von der Heimat kommenden Sendungen verarbeitet und von den Truppen empfangen und die für die Heimat bestimmten Sendungen gesammelt und nach rückwärts weitergeleitet werden. Die in der Heimat aufgelieferte Feldpost wird von den heimischen Postanstalten auf die im Heimatgebiet errichteten Postsammelstellen geleitet und von diesen den an der heimatlichen Grenze für die verschiedenen Armeen eingerichteten Leitpunkten zur Weiterbeförderung an die Feldpostanstalten zugeführt; bei den Leitpunkten beginnt das Arbeitsgebiet der Festpostbehörden.

Die Etappe.

Die Durchführung der ziemlich weitverzweigten Heeresversorgung erfolgt mit

Hilfe der Etappe Zu diesem Zweck liegt hinter dem Operationsgebiet das Etappengebiet, das sich nach rückwärts bis zur Reichsgrenze oder, wenn besetztes feindliches Gebiet zwischen dem Kriegsschauplatz und der Heimat in gesonderte Verwaltung genommen ist, bis zur Grenze dieses Generalgouvernements erstreckt. Zur Verbindung des Feldheeres mit dem Heimatgebiet sind den einzelnen Armeen bestimmte Verkehrswege — Eisenbahnen, schiffbare Wasserstraßen, Landstraßen — als Etappenlinien zugewiesen, an denen einzelne Orte, Bahnhöfe und Häfen für die Zwecke der Etappe besonders eingerichtet sind. Die von dieser Etappenlinie zu den einzelnen Armeekorps usw. abzweigenden Verbindungen sind die Etappenstraßen, die in die Marschstraßen des Operationsgebietes übergehen. An den Etappenlinien und -straßen liegen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs sowie zur Sicherung und Ausnutzung des Etappengebietes und zur Unterbringung der Etappeneinrichtungen die Etappenorte. In diesen sind für die verschiedenen Gebiete der Heeresversorgung zahlreiche Etappenbehörden tätig.

Die Tätigkeit in der Etappe, der Etappendienst, wird bei jeder Armee durch eine Etappeninspektion geleitet, an deren Spitze ein General steht. Diesem ist ein Stab beigegeben, in dem sich außer Generalstabsoffizier und Adjutant noch einzelne, für bestimmte Zweige der Heeresversorgung besonders verantwortliche Persönlichkeiten befinden. So trifft der Etappenintendant die Maßnahmen für die Verpflegung der Armee und der Etappe nach den Anweisungen des Armeeintendanten. Die Etappenmunitionsverwaltung regelt die Munitionsversorgung. Der Etappenarzt sorgt für die ärztliche Behandlung, Unterbringung, Pflege, Ernährung und Zurückführung der Verwundeten und Kranken des Feldheeres sowie für eine ständige Krankenpflege im Etappengebiet; ihm ist ein beratender Hygieniker beigegeben, der zur Seuchenverhütung und -bekämpfung in der Regel im Etappengebiet Verwendung findet, im Bedarfsfall aber auch ins Operationsgebiet herangezogen wird.

Die Etappe dient also der Heeresversorgung durch Zuführung von Streitkräften und Heeresbedürfnissen, durch Ausnutzung der Hilfsmittel des Kriegsschauplatzes sowie durch Übernahme und Ableitung von allem, was die Armee in ihrer Verwendungsfähigkeit behindern kann. Zu diesem Zwecke stellt sie vor allem die Heeresbedürfnisse sicher durch Ausnutzung der Mittel des Etappengebietes, besonders wenn dieses im Feindesland liegt, durch Anforderung bei den heimischen Behörden, durch Ansammeln der Vorräte im Etappengebiet und durch ihr Vorschieben nach Bedarf; hierbei werden Vorräte auch über das augenblickliche Bedürfnis der Armee hinaus angesammelt, um so auch bei unerwartetem, außergewöhnlichem Bedarf den Anforderungen der Truppen entsprechen zu können. Dann übernimmt sie alles, was das Feldheer abgibt, und befördert es zurück; dabei spielt die Fürsorge für die Verwundeten und Kranken eine besondere Rolle. Weiter fällt ihr die Beförderung, Unterbringung, Verpflegung und Überwachung der vom Feldheer kommenden und zum Feldheer gehenden Personen und Pferde sowie die Verwaltung der durch das Etappengebiet gehenden Kriegsbedürfnisse zu. Und schließlich gehört noch zu ihren Aufgaben die Regelung des Verkehrs und des Nachrichtenwesens auf den Etappenverbindungen und innerhalb des Etappengebietes, einschließlich Unterhaltung, Wiederherstellung und Neubau von Verkehrswegen und Nachrichtenverbindungen, sowie die militärische und polizeiliche Sicherung des Etappengebietes, namentlich der Etappenverbindungen.

Zur Erfüllung aller dieser verschiedenartigen Aufgaben ist der Etappendienst bis ins kleinste organisiert und der geregelte Lauf der Heeresversorgung zwischen Heimat- und Operationsgebiet durch die

Etappen-Einrichtungen

auf folgende Weise sichergestellt:

Im Heimatgebiet liegen die Etappen-Anfangsorte. Von hier aus gehen die Transporte zur Armee, und durch sie gelangt das von der Armee Zurückfließende an die Bestimmungsorte in der Heimat. Jedes Armeekorps hat seinen eigenen Etappenanfangsort. Dieser befindet sich am Sitz des stellvertretenden Generalkommandos und dient dem Ersatz, der dem Armeekorps aus seinem Friedensbezirk zuzuführen ist. Quellen für den Ersatz von Mannschaften, Pferden, Bekleidung, Ausrüstung, Sanitäts- und Veterinärmittel sind die Ersatztruppenteile, Kriegsbekleidungsämter, Traindepots und heimatlichen Sanitätsdepots sowie die einschlägige Industrie. Als weitere Ersatzquellen kommen in Betracht für den Munitions- und Waffennachschub die Artillerie- und Traindepots sowie die technischen Institute, Waffen- und Munitionsfabriken, für die Verpflegung die Ersatzmagazine, Ersatzviehdepots, immobilen Proviantämter sowie Konservenfabriken, für die Ergänzung von Kraftwagen, Motorbetriebstoffen und Wasserstoffgas die Kraftwagendepots, Tanklager und einschlägigen Fabriken, für das Gerät für Luftschiffer und Flieger die Luftschiffer- und Flieger-Ersatzabteilungen, Luftschiffwerften und Flugzeugfabriken. Für die Gestellung und Lieferung des Ersatzes sind nicht nur die militärischen Anstalten und Fabriken tätig, in diesen vaterländischen Dienst sind vielmehr die gesamte Industrie des Heimatlandes, der ganze Handel, das Gewerbe und Handwerk gestellt. Durch Schaffung einer großzügigen Organisation unter Leitung des hierzu eigens errichteten Kriegsamtes ist die Ausnutzung aller Hilfsmittel und -kräfte der Heimat gewährleistet.

Auf einer eigenen Sammelstation im Heimatgebiet werden die für die Armee bestimmten Vorräte aus den heimatlichen Ersatzquellen gesammelt, für die Vorführung bereit gehalten und nach Bedarf nach vorne weiterbefördert. Hier wird auch umgekehrt alles von der Front Zurückkommende verteilt und den Friedenskorpsbezirken zugeführt. Die Sammelstation bildet demnach den Anfang der Etappenlinie und ist ein mit den Etappenanfangsorten durch gute Verkehrslinien (Eisenbahnen, Wasserstraßen) verbundener Verkehrsknotenpunkt. Hier ist zur Ansammlung der Verpflegungsvorräte ein Proviantdepot errichtet, dessen Füllung teils durch unmittelbare Einlieferung, teils durch Zuführung aus den Ersatzmagazinen und Ersatzviehdepots erfolgt. Außerdem werden hier auch ganze Eisenbahnzüge und Schiffe, die mit Verpflegungsvorräten von den heimatlichen Ersatzquellen zur Sammelstation abgeschickt sind, beladen bereit gehalten; diese sowie weitere aus den Vorräten des Proviantdepots der Sammelstation beladene Verpflegungszüge und -schiffe werden dann auf Weisung des Armeeintendanten in das Etappengebiet vorgeführt. Die Munition ist in eigenen, aus den Beständen der heimatlichen Artilleriedepots beladenen Munitionszügen und -schiffen bereitgestellt. Zur Unter-

bringung und Weiterbeförderung aller aus der Heimat ankommenden und dahin abzugebenden Frachtstücke, einschließlich der Sanitäts- und Veterinärausrüstung, ist ein Güterdepot eingerichtet, dem eine besondere, zur Verfügung des Etappenarztes stehende Sanitätsabteilung angegliedert ist; letztere wird aus den bei den stellvertretenden Generalkommandos befindlichen Sanitätsdepots und diese wiederum aus dem dem Kriegsministerium unterstellten Hauptsanitätsdepot ergänzt. Im Armeebekleidungsdepot werden die aus den Kriegsbekleidungsämtern und Traindepots angesammelten Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke bereit gehalten. Die übrigen Armeebedürfnisse, wie Motorenbetriebsstoffe, Wasserstoffgas, Flugzeuge, Flugzeugersatzteile, gehen von den heimatlichen Ersatzquellen unmittelbar ins Etappengebiet.

Für unvorhergesehenen Bedarf an Verpflegung, der durch die Zufuhr aus dem Proviantdepot der Sammelstation nicht gedeckt werden kann, sind in der Heimat weitere Verpflegungs-, Mehl- und Haferzüge als bewegliche Verpflegungsreserve bereitgestellt. Über diese verfügt jedoch nicht der Armeeintendant, sondern der Generalintendant des Feldheeres, der den Ausgleich bei den einzelnen Armeen regelt und daher dem Armeeintendanten auf Antrag die nötigen Vorräte aus dieser Reserve zur Verfügung stellt.

Im Etappengebiet liegt als Endpunkt der Etappenlinie der Etappenhauptort. Als solcher wird ein für die Verbindung sowohl mit der Heimat wie mit der Armee günstig gelegener größerer Ort gewählt, der als Sitz der Etappeninspektion, zahlreicher Etappenbehörden und -einrichtungen den Mittelpunkt für den Dienst in der Etappe bildet. Von hier aus führen die Etappenstraßen zu den einzelnen Armeekorps auf das Operationsgebiet. Der Etappenhauptort arbeitet in umgekehrtem Sinn wie die Sammelstation: der von rückwärts kommende Ersatz wird hier auf die Armeekorps verteilt und diesen nachgeschoben, die von vorne kommenden Transporte werden hier gesammelt und nach rückwärts abgeschoben. Hierzu sind Magazine und Depots für die verschiedenen, von der Sammelstation und den anderen heimatlichen Ersatzquellen eintreffenden Heeresbedürfnisse errichtet, und werden alle Eisenbahn-, Schiffahrts- und Straßenverbindungen nach Möglichkeit ausgenutzt. Die Munitionszüge und -schiffe werden hier durch die Etappenmunitionsverwaltung übernommen, um je nach Bedarf entweder zur Entladung weiter vorgeführt oder beladen bereit gehalten oder in das eigens angelegte Hauptmunitionsdepot entladen zu werden. Ein Etappenmagazin ist mit Verpflegungsvorräten des Landes sowie mit den durch die Verpflegungszüge und -schiffe aus der Heimat herangeführten Verpflegungsmitteln gefüllt und dient dem Etappenintendanten zum Verpflegungsnachschub; hierzu werden auch ganze beladene Eisenbahnzüge bzw. Schiffe zu weiterer Vorführung und Füllung von weiteren Magazinen bereit gehalten, über die ebenfalls der Etappenintendant nach Bedarf verfügt. Zur Versorgung der Armee mit Schlachtvieh ist ein Etappenviehdepot errichtet, dessen Ergänzung aus dem Lande und durch Nachschub erfolgt. Eine Etappenbäckerei unterstützt die Tätigkeit der Feldbäckereien und versorgt die Etappentruppen und -transporte mit Brot; die zu ihr gehörige Schlächtereiabteilung pflegt das der Armee nachzutreibende Vieh und schlachtet es nach Bedarf unter Umständen auch für die Truppen der Armee. In dem dem Etappenarzt unterstehenden Etappensanitätsdepot sind große Vorräte aller Verband- und Arzneimittel, ärztlicher und wirtschaftlicher Geräte, Lazarettwäsche und Krankenkleidung, Hilfsmittel zum Herrichten von Krankentransportmitteln usw. aufgespeichert; von hier aus werden alle Feld- und Etappenlazarette sowie auch die Krankentransportabteilungen mit Sanitäts- und Wirtschaftsgerät versehen, die Bestände des Etappensanitätsdepots werden unausgesetzt durch Zufuhr aus der Sammelstation ergänzt. Ein Etappenlazarett nimmt außer den Kranken der Etappentruppen und -transporte auch Verwundete aus dem Operationsgebiet auf, die in den vorderen Lazaretten keinen Platz mehr finden können. Ein Etappenfernsprechdepot sorgt für Vorrat und Nachschub an Stations- und Leitungsmaterial für die Fernsprechformationen. Ein Etappenkraftwagenpark hält Kraftfahrpersonal und -material sowie ein Lager von Betriebsstoffen (Tanklager), ein Etappenflugzeugpark Fliegerpersonal, Flugzeuge und Ersatzteile hierzu bereit; beide führen auch Instandsetzungsarbeiten aus. Ein Etappenpferdedepot nimmt die von der Armee abgeschobenen, kranken und überzähligen Pferde auf und sammelt brauchbare Pferde durch Ankauf, Beitreibung, Beutepferde und Nachschub aus der Heimat. Ein Postpferde- und Postwagendepot dient zur Besetzung der Feldpostanstalten mit Pferden und Wagen und zur Aufnahme dienstunfähig gewordener Postpferde. Eine Gefangenen- und eine Beutesammelstelle vervollständigen die zahlreichen Einrichtungen eines Etappenhauptortes, für deren geordneten Betrieb neben guten Verkehrsverbindungen namentlich Eisenbahnen, auch ausreichende Bahnanlagen und große entsprechende Räumlichkeiten vorhanden sein müssen.

Auf der Etappenlinie liegt zwischen Sammelstation und Etappenhauptort die Übergangsstation, so bezeichnet, weil auf ihr der Eisenbahnbetrieb in den Kriegsbetrieb übergeht. Sie bildet somit die Abgrenzung zwischen den in Kriegsbetrieb erklärten und den im Friedensbetrieb verbliebenen Eisenbahnen; hier finden die beim Kriegsbetrieb entstandenen Betriebsunregelmäßigkeiten ihre Grenze und Ausgleichung. Hieraus ergibt sich, daß die Sammelstation dauernd festgelegt bleibt, während der Etappenhauptort, den Operationen folgend, weiter vorgeschoben wird. Bei weiterem Vorwärtsschreiten der Operationen wird das der Heimatgrenze zunächst liegende besetzte feindliche Gebiet zwischen Sammel- und Übergangsstation einem Generalgouverneur zur Verwaltung unterstellt und durch besondere militärische Maßnahmen gesichert.

An den Etappenstraßen liegen die Etappenorte. Sie sind wesentlich kleiner als der Etappenhauptort und haben gegeneinander abgegrenzte Bezirke. Ihre Lage und Zahl richten sich ganz nach den Bedürfnissen der Versorgung und den Verhältnissen des Landes. An ihrer Spitze stehen als Kommandobehörden die Etappenkommandanturen, die innerhalb ihres Bereiches im kleinen dieselben Aufgaben zu erfüllen haben wie die Etappe als Organisation der Heeresversorgung im großen. Deshalb sind an den Etappenorten gleichfalls zahlreiche Magazine, Depots usw. eingerichtet, die der unmittelbaren Versorgung der Truppen dienen. Vor allem sind nach Bedarf Munitionsdepots errichtet, in welche die vorgeführten Munitionszüge entladen werden und aus denen die Munitionskolonnen der Armeekorps ihre Bestände ergänzen, sofern nicht im Operationsgebiet dicht hinter der Armee eigene Munitionsausgabestellen angelegt sind. Für die Versorgung mit Verpflegung sind auch

hier Etappenmagazine eingerichtet, oder es sind eigene Etappenausgabestellen errichtet, aus denen die Verpflegungskolonnen der Armeekorps empfangen. Bei den vordersten Etappenmagazinen werden durch den Etappenkraftwagenpark Tankstellen bereit gehalten, aus denen die Betriebsstoffe durch die Truppen nach Bedarf entnommen werden können. Etappenbäckereien und Hilfsbäckereien unterstützen auch hier die Feldbäckereien und führen im Bedarfsfall den Truppen Brot zu. Zum gleichen Zweck wie im Etappenhauptort bestehen auch an den Etappenorten Etappenlazarette; ihnen sind zur Unterbringung von Verwundeten und Kranken, deren Wiederherstellung zur Dienstfähigkeit in kurzer Zeit zu erwarten ist, besondere Leichtkrankenabteilungen angeschlossen. Außerdem sind auch eigene Kriegslazarette zur Aufnahme der von vorne kommenden Verwundeten und Kranken errichtet und werden die beweglichen Feldlazarette durch Übernahme der nicht transportfähigen Verwundeten sowie durch Ablösung des Feldlazarettpersonals und -materials durch Etappenpersonal und -material in solche stehende Kriegslazarette umgewandelt. Beim Auftreten von Seuchen werden abseits der Verkehrsstraßen besondere Seuchenlazarette angelegt. An den Bahnhöfen und Häfen sowie an sonst geeigneten Orten sind Verband-, Erfrischungs- und Krankensammelstellen eingerichtet. In allen diesen Lazaretten und Einrichtungen des Etappengebietes ist männliches und weibliches Personal der freiwilligen Krankenpflege tätig. Aus Mannschaften, die nicht mehr krank, aber für den Felddienst doch noch nicht brauchbar sind, werden Genesungsabteilungen gebildet, die unter militärischem Befehl und ärztlicher Aufsicht zu leichteren Diensten im Rücken der Armee verwendet werden. Werkstätten sind zur Ausbesserung und Instandsetzung von Bekleidung, Ausrüstung und Kriegsmaterial errichtet; Etappenpferdedepots, Gefangenen- und Beutesammelstellen sind auch hier angelegt. Feldpoststationen dienen zur Postabfertigung und zur Aufrechterhaltung der Postverbindungen zwischen dem Feldheer und der Heimat.

Der **Bereich der vordersten Etappenkommandanturen** reicht bis an das Operationsgebiet heran. Dieses ist zwar zur Schaffung klarer Verhältnisse bezüglich Ausnutzung und Sicherung des Landes gegen das Etappengebiet genau abgegrenzt; trotzdem sind aber die vordersten Etappenmagazine, -depots und -ausgabestellen, bei denen die Kolonnen der Armeekorps empfangen, zu deren Entlastung ohne Rücksicht auf die Etappengrenzen so weit in das Operationsgebiet hinein vorgetrieben, wie es die Leistungsfähigkeit der Etappen-Transportmittel nur irgendwie zuläßt. Ist z. B. ein stärkerer Munitionsverbrauch vorauszusehen oder ist der Weg, den die Korps-Munitionskolonnen zu den vordersten Munitionsdepots zurückzulegen haben, zu groß, so wird die Munition aus diesen Depots durch Transportmittel der Etappe an eigene **Munitionsausgabestellen** vorgeführt, die von der Etappe möglichst dicht hinter der Armee eingerichtet, dauernd nachgefüllt und im weiteren Verlauf der Operationen entweder zu Etappenmunitionsdepots umgewandelt oder wieder aufgelöst werden. Auch für die Versorgung mit Verpflegung werden im Bewegungskrieg, wenn die Punkte, bis zu denen die leeren Verpflegungskolonnen der Korps zurückgeschickt werden können, einem dauernden Wechsel unterworfen sind, an diese Punkte nach Bedarf Vorräte vorgeschoben und so eigene **Etappenausgabestellen** errichtet, die dann nach Aufbrauch der Vorräte wieder eingehen oder in Etappenmagazine umgewandelt werden.

Zur Beförderung des Nach- und Abschubes werden als

Etappen-Transportmittel

alle verfügbaren und geeigneten Hilfsmittel ausgenutzt.

In der Hauptsache wird der Transport durch die **Eisenbahnen** bewirkt. Deshalb ist ihr Betrieb bis möglichst nahe an die Front vorgeführt und das vorhandene Bahnnetz durch Anlage neuer Bahnstrecken nach Tunlichkeit noch erweitert. Dies gilt besonders für den Stellungskrieg, wo hinter den Stellungen die Eisenbahnlinien nach Kräften ausgebaut sind. Dabei werden die Eisenbahnen für alle Transportzwecke herangezogen. Bei den Nachschubtransporten handelt es sich um die Beförderung von Truppen mit ihrem Zubehör sowie von Kriegsbedürfnissen aller Art, wie lebendes Vieh und andere Verpflegungsmittel, Munition und Sprengstoffe, Bekleidung und Ausrüstung, Waffen und Geräte, Luftfahrzeuge, Betriebsstoffe, Postsendungen usw. Die Abschubtransporte sind vor allem Kranken- und Kriegsgefangenentransporte sowie Transporte von Beutematerial aller Art.

Bei den dem Truppenersatz dienenden Transporten werden Mannschaften, Pferde, Geschütze, Fahrzeuge und sonstiges Kriegsgerät in besonderen Militärzügen befördert. Zum Verpflegungsnachschub werden meist ganze Vieh-, Verpflegungs-, Mehl- und Haferzüge zusammengestellt. Auch für den Munitionsnachschub und Geräteersatz sind ganze Munitionszüge und besondere Züge für den Geräte- und Sprengmunitionsersatz gebildet. Der Gas- und Benzinnachschub erfolgt auf der Bahn in eigenen Tankwagen.

Der Überführung der Verwundeten und Kranken in die Heimat, welche durch die dem Etappenarzt unterstehende Krankentransportabteilung besorgt wird, dienen eigene Lazarett-, Hilfslazarett-, Vereinslazarett- und Krankenzüge. Lazarettzüge sind vorbereitete und mit allen Einrichtungen sowie ständigem Ärzte- und Pflegepersonal versehene, fahrbare Lazarette der Heeresverwaltung und dienen zum Transport nur solcher Kranker, die liegen müssen. Hilfslazarettzüge dienen dem gleichen Zweck und sind in ähnlicher Weise ausgestattet; sie waren jedoch eigentlich nur für vorübergehende Benutzung gebildet und sind erst im Laufe des Krieges zu ständigen Formationen umgewandelt worden. Dasselbe gilt von Lazarettzügen der freiwilligen Krankenpflege, den sogenannten Vereinslazarettzügen; diese sind zwar nach den für die Lazarettzüge geltenden Bestimmungen der Heeresverwaltung, aber nicht von dieser selbst, sondern von Stiftern (Ritterorden, Vereinen vom Roten Kreuz, Provinzen, Städten, einzelnen Personen usw.) eingerichtet und dem Heere zur Verfügung gestellt. Krankenzüge dagegen dienen in der Regel nur zur Beförderung von Kranken, die sitzend fahren können; sie werden nach Bedarf aus gewöhnlichen gedeckten Eisenbahnwagen aller Art ohne besondere Vorbereitung zusammengestellt; doch werden in dringenden Fällen auch in diesen Zügen liegende Kranke mitbefördert. Für den Rücktransport der Gefangenen und der Kriegsbeute werden gleichfalls besondere Gefangenen- und Beutezüge zusammengestellt.

Zur Ergänzung des Eisenbahnnetzes werden **Feldbahnen** gelegt. Sie haben die Bedürfnisse der Armee

von den Endpunkten der Eisenbahn weiter vorzuschieben. Neben Munition, Proviant und anderen Vorräten werden mit der Feldbahn bei Bedarf auch Mannschaften befördert. Zum Verwundetentransport sind die Feldbahnwagen mit besonderen Gerüsten zum Einfügen der Krankentragen ausgestattet.

Eine weitere Erleichterung der Zufuhr und des Abschubes bieten die als Roll- oder Drahtseilbahnen angelegten Förderbahnen. Ihre Verwendung beschränkt sich natürlich nur auf den Stellungs- und Festungskrieg. Hier aber können sie bei der Beförderung von Munition, Verpflegung und sonstigem Material gute Dienste leisten und auch zum Verwundetentransport ausgenutzt werden. In manchen Fällen, namentlich im Gebirge, ermöglichen Drahtseilbahnen überhaupt erst den Nachschub.

Sind schiffbare Wasserstraßen vorhanden, so werden auch diese herangezogen. Dabei kann es sich natürlich nur um die Beförderung von solchen Massengütern handeln, deren Eintreffen am Zielpunkt nicht an kurz bemessene Fristen gebunden ist, und die durch den Wassertransport nicht leiden. Als solche kommen für den Nachschub Verpflegungsmittel, Munition und Waffen, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Feldgerät und unter Umständen auch Belagerungsmaterial, für den Abschub das vom Feldheer zurückzuführende unbrauchbare Material und Kriegsbeute in Betracht. Auch hier sind für den Munitions- und Verpflegungstransport ganze Schiffe als Munitions- und Verpflegungsschiffe eingerichtet. Truppen werden auf Wasserstraßen nur unter besonderen Verhältnissen, Pferde und lebendes Vieh nur ausnahmsweise befördert. Dagegen findet der Rücktransport von Verwundeten und Kranken in besonders eingerichteten Schiffen statt. Hierzu gibt es eigene Lazarett-, Hilfslazarett- und Krankenschiffe, die den gleichen Zwecken dienen wie die Lazarett-, Hilfslazarett- und Krankenzüge und ähnlich ausgestattet sind.

Von den Endpunkten der Eisenbahnen und Wasserstraßen, d. h. von den Punkten, wo der sichere Eisenbahnbetrieb oder die Schiffahrt endet, erfolgt der Transport auf Landstraßen durch Pferde- und Kraftwagenkolonnen.

Die Kraftwagenkolonnen spielen dabei eine besonders wichtige Rolle. Sie können trotz ihrer großen Ladefähigkeit weite Entfernungen rasch zurücklegen und sind durch ihre hohe Leistungsfähigkeit den Pferdekolonnen bedeutend überlegen. Es sind deshalb zum Nachschub von Verpflegung, Munition und Ausrüstung, zum Herbeischaffen von Kriegsgerät aller Art, von Rohstoffen usw., zum Abschub von Kriegsbeute, Material usf. eigene Kraftwagenkolonnen gebildet, die je nach den Anforderungen, die an die Beweglichkeit und das Fassungsvermögen der einzelnen Kolonnen gestellt werden, aus schweren oder leichten Typen von Lastkraftwagen zusammengestellt sind. Für den Verwundetentransport sind besondere Sanitätskraftwagenkolonnen gebildet. — Vgl. den Aufsatz »Kraftwagen und Kraftwagenzüge«, Bd. I, S. 279 ff.

Der Landtransport innerhalb des Etappengebietes geschieht durch die Etappenkolonnen. Hierbei dienen die Etappenfuhrpark- und Verpflegungskraftwagenkolonnen zur Nachführung von Lebensmitteln zur Armee, die Magazinfuhrparkkolonnen zur Füllung und Verlegung der Magazine. Den Transport der Munition besorgen die Etappenmunitionskolonnen und Munitionskraftwagenkolonnen; im Bedarfsfall werden hierzu auch die Etappenfuhrparkkolonnen verwendet. Die Verpflegungs- und Munitionskraftwagenkolonnen werden hauptsächlich bei unerwartet eintretendem Bedarf und durch möglichst weites Vorziehen ins Operationsgebiet ausgenutzt. Diese Überlegenheit können sie besonders bei den schwierigen Verhältnissen eines raschen Vormarsches oder einer Verfolgung in bester Weise zur Geltung bringen.

Der Nachschub im Operationsgebiet ist nicht mehr Sache der Etappe, sondern erfolgt durch die Kolonnen der Korps und Truppenfahrzeuge. Die Verpflegungsmittel gelangen durch die Proviant- und Fuhrparkkolonnen der Armeekorps aus den Etappenmagazinen und -ausgabestellen zu den im Operationsgebiet für die Divisionen errichteten Feldmagazinen und Ausgabestellen, bei denen dann die Truppen ihren Bedarf durch ihre Lebensmittel- und Futterwagen in Empfang nehmen. Diese Verpflegungskolonnen der Armeekorps und die Verpflegungsfahrzeuge der Truppen sind mit Pferden bespannt, sofern nicht wegen des Geländes, wie im Gebirgskrieg, Tragtiere verwendet werden müssen. Im Stellungskrieg wird die Verpflegung vielfach durch die Etappe mit Eisenbahn oder Kraftwagen bis an die Truppe zur unmittelbaren Umladung auf deren Verpflegungsfahrzeuge vorgebracht, so daß dadurch Etappen- und Korpsverpflegungskolonnen für andere Arbeiten frei sind. Die Munition wird bei den Etappenmunitionsdepots und -ausgabestellen durch die Infanterie- und Artilleriemunitionskolonnen der Armeekorps empfangen, aus denen wiederum die Ergänzung der Patronen- und Munitionswagen der fechtenden Truppen erfolgt. Auch diese Kolonnen und Fahrzeuge sind mit Pferden bespannt oder unter Umständen durch Tragtiere ersetzt. Auch die Munitionskraftwagenkolonnen der Etappe fahren, namentlich bei den schweren Kalibern, häufig bis an die Geschütze selbst heran und führen diesen ihre Munition ohne Umladung zu. Den Kavalleriedivisionen stehen zum Nachschub besondere Kavalleriekraftwagenkolonnen zur Verfügung, weil nur diese der Kavallerie folgen können.

Die Rückbeförderung der transportfähigen Verwundeten ins Etappengebiet auf den Landwegen geschieht gleichfalls durch die Krankentransportabteilung mit Hilfe von Sanitätskraftwagenkolonnen, anderen Kolonnen und sonstigen Fahrzeugen jeder Art. Die Sanitätskraftwagenkolonnen bestehen aus besonders gebauten Sanitätskraftwagen, aus Hilfs- und Behelfskrankenkraftwagen. Erstere sind zum Teil offen gehalten, zum Teil als halbgeschlossene und auch als ganz geschlossene Kastenwagen gebaut. Automobilomnibusse und -aussichtswagen sind zum Transport von Schwer- und Leichtverwundeten als Hilfskrankenwagen eingerichtet, leichte Lastkraftwagen werden als Behelfskrankenwagen verwendet. Außerdem werden, namentlich nach großen Gefechten, auch alle anderen Kraftwagen, gleichviel welcher Bauart, herangezogen. Von den Kolonnen werden bei Bedarf vor allem die dem Munitions- und Verpflegungsnachschub dienenden Etappenkraftwagenkolonnen und die Kavalleriekraftwagenkolonnen dem Verwundetentransport nutzbar gemacht; auch die Etappenfuhrparkkolonnen und sonstige zurückgehende, entleerte Kolonnen der Etappe können hierzu verwendet werden. Endlich werden im Bedarfsfall alle verfügbaren und geeigneten Fahrzeuge und Fuhrwerke für den Krankentransport hergerichtet und benutzt.

Der glatte Verlauf des ganzen Nach- und Abschubes ist nur möglich durch entsprechenden

Schutz des Etappengebietes.

Insbesondere bedürfen die Etappenorte mit ihren Einrichtungen und die in Anspruch genommenen Verkehrsverbindungen einer örtlichen Sicherung gegenüber feindlichen Truppen oder feindlich gesinnter Bevölkerung. Schon das einfache Durchbrechen einer Straße und das Aufheben der dort befindlichen Niederlagen durch feindliche Abteilungen kann Unordnung aller Art und schlimmere Folgen für die Versorgung mit sich bringen. In noch viel höherem Grade gilt dies von der Störung des Bahnbetriebes, die bei mangelhafter Sicherung leicht und sogar auf längere Zeit wirksam herbeigeführt werden kann.

Der Schutz des Etappengebietes wird zwar im allgemeinen durch die Operationen und kämpfenden Truppen selbst erreicht. Die besondere örtliche Sicherung des Etappengebietes und der Etappenverbindungen ist aber Sache eigener Etappentruppen und erfordert besondere Schutzmaßnahmen. Die Etappentruppen sind den Etappenkommandanturen nach Bedarf zugewiesen und werden von diesen zu Wach- und sonstigen Sicherheitsdiensten verwendet. Wichtige Punkte sind unter Umständen durch Feldbefestigungen verstärkt und mit ständigen Abteilungen besetzt. An Bahnhöfen, Brücken, Unterführungen, Tunnels und sonstigen Kunstbauten sind Sicherheitswachen und -posten aufgestellt und entsprechende Vorkehrungen gegen feindliche Anschläge sowie gegen Unternehmungen aus der Luft getroffen. Streifzüge leicht beweglicher Truppenabteilungen dienen dazu, Unbotmäßigkeiten der Bevölkerung und die Bildung feindlicher Freischaren zu verhindern. Ein reger Patrouillendienst trägt zur weiteren Sicherung des Etappengebietes bei. Alle Nachrichtenmittel und alle Organe, die das Nachrichtenwesen zu fördern vermögen, sind zur Erreichung eines zuverlässigen Nachrichtendienstes ausgenutzt; dabei ist besonders für sichere Verbindung der benachbarten Etappenorte, der stehenden Wachen und, wenn irgend möglich, auch der herumstreifenden Abteilungen gesorgt. Vor allem wird der Nachrichtenverkehr innerhalb der Bevölkerung streng überwacht. Bei feindlicher Haltung der Bevölkerung sind besondere Maßnahmen gegen Widersetzlichkeiten und Überraschungen getroffen.

Die Sicherung der Etappenlinien weiter rückwärts, in den unter besondere Verwaltung genommenen feindlichen Gebieten und im Heimatgebiet, ist Sache der Generalgouvernements und der stellvertretenden Generalkommandos und erfolgt in ähnlicher Weise wie im Etappengebiet. — Der sichere

Verlauf der Heeresversorgung

stellt an die Etappe gewaltige Anforderungen, weil die Operationen durch die Rücksicht auf die Versorgung niemals gehemmt oder gar unmöglich gemacht werden dürfen. Deshalb erfordert er vor allem eine vorausschauende Regelung, dann aber auch große Anpassungsfähigkeit an die wechselnden Verhältnisse des Krieges. Denn die ganze Heeresversorgung geht im raschen Bewegungskrieg anders vor sich als beim langwierigen Stellungskrieg, im Krieg auf dem gut gangbaren Flachland anders als im schwierigen Gebirgskrieg; sie ist beim Vormarsch anders als in der Schlacht, während ruhigerer Kampfzeiten anders als vor der Entscheidung. In jedem Fall aber handelt es sich für die Etappe darum, den Nach- und Abschub in der zweckmäßigsten Weise sicherzustellen.

Schon während der Versammlung muß dafür gesorgt werden, daß gleich bei Beginn der Operationen ein regelmäßiger und selbsttätiger Lauf des Nachschubes einsetzen kann. Während der Operationen bilden die Etappen- und Kraftwagenkolonnen das Bindeglied zwischen Eisenbahn und Korpskolonnen; die Kraftwagenkolonnen dienen hierbei zu weitgehender Entlastung der Pferdekolonnen. Dies gilt besonders beim Vormarsch. Bei längerem Vormarsch ist es aber notwendig, daß vor allem der Eisenbahnbetrieb der Armee ununterbrochen folgt, damit in der geregelten Zufuhr aus der Heimat keine Schwierigkeiten entstehen. Bei bevorstehender Entscheidung ist die rechtzeitige Heranführung reichlicher Munitionsvorräte die wichtigste Aufgabe, denn dann ist Munition wichtiger als Verpflegung. Deshalb werden alle verfügbaren Kolonnen dem Munitionsnachschub dienstbar gemacht. Während der Kämpfe geht die Munitionszufuhr unausgesetzt weiter. Dabei darf aber auch die Versorgung mit Lebensmitteln keine Stockung erleiden; die Kranken- und Verwundetenfürsorge kommt dazu, und die Versorgung der Kriegsgefangenen ist ins Auge zu fassen. Nach der Schlacht hat wiederum der Munitionsnachschub den Vorrang vor allen Transporten. Bei der Verfolgung nach siegreicher Schlacht kommt zum erhöhten Munitionsnachschub noch der Abtransport zahlreicher Verwundeter und Gefangener sowie der Kriegsbeute; dann wird aber auch der beschleunigte Nachschub alles Sonstigen nötig, und dazu bedarf es in erster Linie schneller Weiterführung des Eisenbahnbetriebes. Beim Kampf um Festungen und im Stellungskrieg handelt es sich nicht nur um die Zuführung des gesamten Verpflegungsbedarfes, sondern auch um den Transport von schwerem Geschütz, sonstigen Belagerungsmitteln und großen Munitionsmengen. Dies erfordert den Ausbau der Eisenbahnen für den Betrieb mit schweren Zügen, die Anlage von Feld- und Förderbahnen und die Verbesserung der Landstraßen, namentlich für den Lastenverkehr. Dafür ist aber der ganze übrige Nach- und Abschubtransportdienst wesentlich erleichtert, weil die Magazine, Depots, Lazarette usw. zu ständigen Anlagen eingerichtet sind.

Das Pionierwesen

von Hauptmann a. D. Oefele in Würzburg

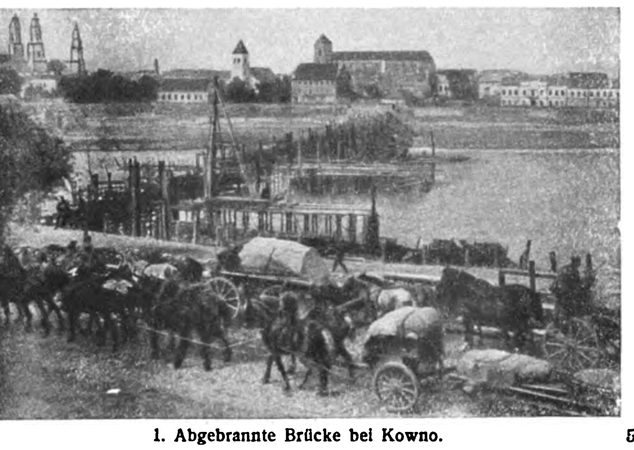
Hierzu Tafeln »Pionierwesen I und II«.

Allgemeines.

Der Krieg stellt die Truppen aller Waffen vor Aufgaben, die sie nur mit Hilfe von Pionierarbeiten zu bewältigen vermögen. Die Ausführung solcher Arbeiten kann notwendig werden nicht allein im Kampf bei Angriff und Verteidigung, sondern auch bei Märschen und während der Ruhe, nicht nur in den stabilen Verhältnissen des Festungs- und Stellungskampfes, sondern auch beim Bewegungskrieg und in der offenen Feldschlacht, ganz vorne am Feinde ebenso wie im Rücken der fechtenden Truppen, bei der Tätigkeit am Tag in gleicher Weise wie bei Unternehmun-

Pionierwesen I.

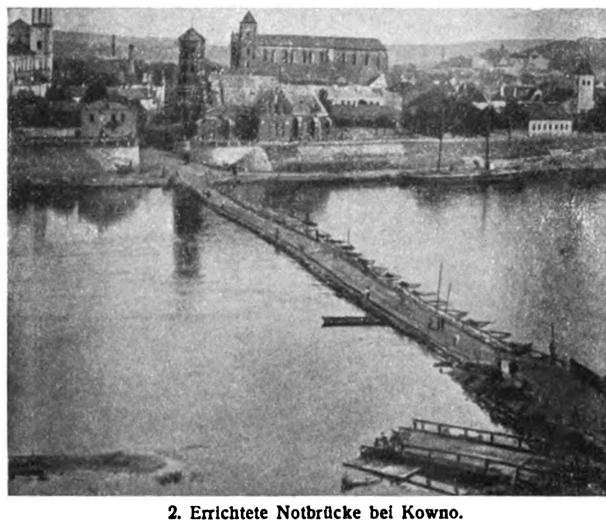
4. Schwimmender Brückensteg über die Nethe.



1. Abgebrannte Brücke bei Kowno.



5. Kolonnenbrücke aus Behelfmaterial über überschwemmtes Gebiet.



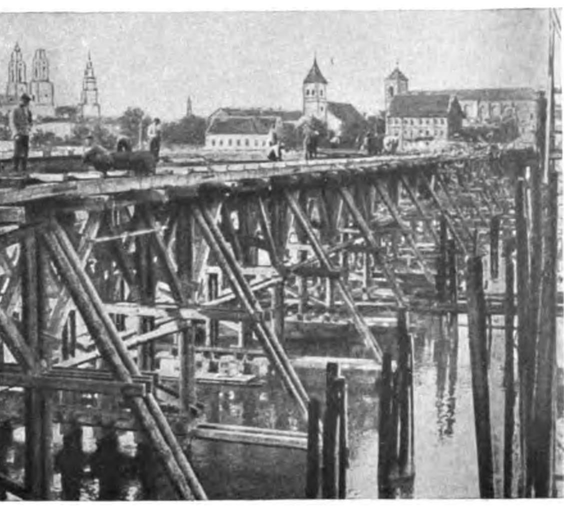
2. Errichtete Notbrücke bei Kowno.



6. Übersetzen von Maschinengewehren mit Fahrzeugen auf Fähre aus Pontons neuer Art.



7. Übersetzen von Feldartillerie auf Fähre aus Kavallerie-Brückengerät.





3. Neubau der Brücke bei Kowno.

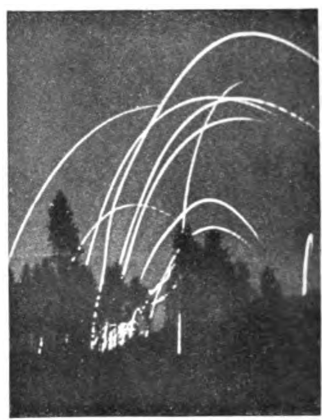
Pionierwesen II.



1. Gesprengte Eisenbahnbrücke bei Tauroggen.



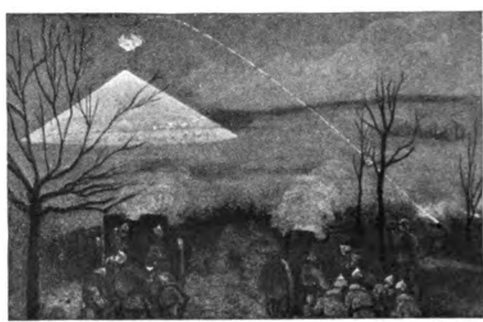
2. Pontonbrücke über die Wilija.



4. Leuchtraketen.



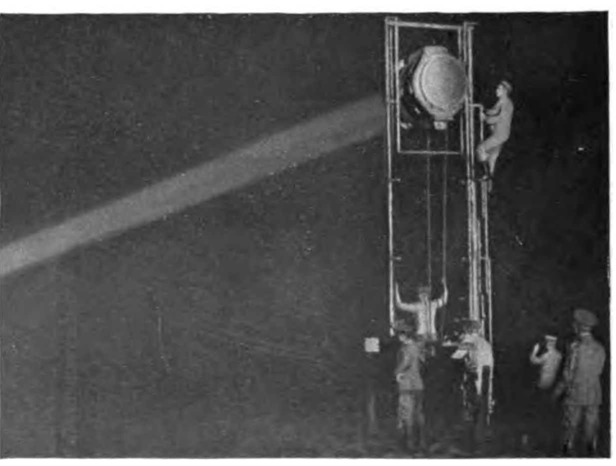
3. Gesprengter Bahnhofs-Wasserturm.



5. Lichtkegel eines Fallschirm-Leuchtgeschosses.



6. Vom Flugzeug abgeworfene Fallschirm-Leuchtbombe.



7. Scheinwerfer in Tätigkeit.

gen in der Nacht — kurz in allen Lagen und bei allen Gelegenheiten. Immer und überall haben diese Arbeiten den Zweck, den eigenen Truppen das Herankommen an den Feind zu ermöglichen, dem Gegner aber die Annäherung zu erschweren und zu verwehren und ihm nach Möglichkeit Schaden zuzufügen.

Die vorkommenden Pionierarbeiten.

Ein kurzer Überblick über die hauptsächlichsten im Kriege vorkommenden Arbeiten zeigt die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Ausführung, gibt gleichzeitig aber auch ein Bild von ihrer Vielseitigkeit.

Schon bei den Eisenbahntransporten können Pionierarbeiten erforderlich werden, wenn in Notfällen, wie z. B. bei Betriebsstockungen, Unfällen oder Störungen des Betriebes in der Nähe des Feindes, Truppenzüge **auf freier Strecke entladen** werden müssen. Hier gilt es, Notrampen zu bauen und das Ausladen von Pferden und Fahrzeugen rasch und doch geordnet durchzuführen.

Dann kommen die **Wegearbeiten**. Für die Ausführung großer Heeresbewegungen, für den Vormarsch und den Rückzug, beim Kampf um befestigte Feldstellungen und Festungen sowie im Etappengebiet ist die Erhaltung des bestehenden Wegenetzes von besonderer Bedeutung. Unter dem Verkehr der schweren Fahrzeuge der Artillerie, der unendlich vielen Fahrzeuge der Bagagen, Kolonnen und Trains, der Kraftwagen und Armeelastzüge geraten selbst die besten Straßen rasch in unbrauchbaren Zustand; sie müssen daher beaufsichtigt und rechtzeitig instand gesetzt werden. Weniger fest ausgebaute Wege müssen verstärkt und verbreitert, Naturwege gebessert und unterhalten werden. Für bestimmte Gefechtszwecke, wie für den Vormarsch zum Gefecht und im Rücken von Stellungen, können Ergänzungen des Wegenetzes notwendig sein; hier handelt es sich meist darum, Kolonnenwege durch Benutzung von Waldschneusen oder Wirtschaftswegen oder für den Marsch querfeldein herzurichten. Bewegungen im Gebirge, in Weich- und Sumpfland, durch Wälder, im Winter bei Eis und Schnee erfordern wieder besondere Arbeiten.

Mit Wegebau und -besserung gehen Hand in Hand die etwa erforderliche **Verstärkung und Wiederherstellung der vorhandenen Brücken** im Zuge der Wege und Marschrichtungslinien. Hierzu kommt noch die **Herstellung neuer Brücken** über Wasserläufe, wenn die Instandsetzung zerstörter Brücken zu zeitraubend ist, die Fortführung der Kriegshandlung auf dem jenseitigen Ufer aber den Übergang erfordert. Dabei handelt es sich beim Uferwechsel fern von feindlicher Einwirkung um eine rein technische Tätigkeit.

Anders liegt die Sache beim **Überwinden von Flußläufen** und anderen Gewässern angesichts des Feindes. Solche Übergänge sind nicht bloße Pionierarbeiten, sondern taktische Handlungen, bei denen nur das innigste Zusammenwirken aller Waffen den Erfolg verbürgt. Für das Verfahren sind hier verschiedene Gesichtspunkte maßgebend, je nachdem dabei Übergänge im Vormarsch oder im Rückmarsch in Frage stehen. Das Gelingen des technischen Teiles der Unternehmung bildet aber immer die Grundlage für ihre Gesamtausführung; es muß einem kampfbereiten Feind gegenüber durch Waffengewalt erzwungen werden, wenn der Erfolg nicht durch einen überraschenden Übergang herbeigeführt werden kann. Im Vormarsch erfolgt der Uferwechsel durch Übersetzen mit darauf folgendem Brückenschlag oder für kleinere Abteilungen durch Übersetzen allein. Dabei handelt es sich um Verwendung des Kriegsbrückengerätes und um den etwaigen Ersatz der Kriegsbrücke nach beendetem Übergang der Truppen durch eine Behelfsbrücke. Auch Maßnahmen gegen feindliche Zerstörungsversuche, wie treibende Minen, Flöße, Brander, können nötig werden. Bei kleineren Unternehmungen kommen, wenn es an Gerät mangelt, statt einer festen Brücke fliegende Brücken und Zugfähren zur Verwendung; bei kleineren Gewässern können auch tragbare Schnellbrücken ausgenutzt werden. Im Rückzuge kommt für die Masse der Truppen lediglich der Übergang auf Brücken in Betracht. Nur die bis zuletzt am Feinde gebliebenen Teile, welche die Brücke nicht mehr benutzen können, werden durch Übersetzen oder mit Schnellbrücken geborgen. Hier müssen die Brücken besonders stark gebaut und zu schnellem Rückbau, zum Abfahren oder zur Zerstörung vorbereitet sein.

Auch bei der **Verteidigung von Flußlinien** sind Pionierarbeiten unentbehrlich. Hier müssen vorhandene Übergänge über den Fluß gesperrt, zerstört oder zur Zerstörung vorbereitet, Furten ungangbar gemacht werden. Die Flußfahrzeuge müssen geborgen oder vernichtet, Holzflöße, beschwerte Kähne, schwimmende Minen, Brander zur Störung eines feindlichen Brückenschlages bereitgestellt werden. Die Überwachung der Flußstrecke, insbesondere der Stellen, die einen Uferwechsel des Feindes begünstigen, erfordert die Verwendung von Scheinwerfern, Leuchtpistolen und von Wachtbooten. Baumverhaue und im Wasser gespannte Drähte erschweren dem Gegner das Landen. Für die Möglichkeit schneller Heranführung oder Verschiebung von Truppen muß durch Vervollständigung des Wegenetzes Sorge getragen werden.

Die Arbeiten für die Ruhe erstrecken sich auf **Biwak- und Lagereinrichtungen**, wenn die Gelegenheit zur Unterbringung der Truppen in Ortschaften fehlt. Die Biwakeinrichtungen beschränken sich bei vorübergehendem Aufenthalt auf die einfachsten Anlagen zum Schutz gegen Witterung, zum Abkochen und zum Verrichten der Notdurft. Bei längerem Verweilen und mangelnder Ortsunterkunft werden Lager errichtet, deren Bauten der Lage und Jahreszeit angepaßt und nach Möglichkeit immer zweckentsprechender und wohnlicher ausgestaltet werden.

Besondere Pionierarbeiten erfordert das **Unterbrechen von Verkehrslinien**. Man unterscheidet dabei bei Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen zwischen Zerstörungen, die den Verkehr auf möglichst lange Zeit, Wochen oder Monate, verhindern, und Sperrungen, die den Verkehr nur auf Stunden oder Tage behindern. Auch bei den Telegraphen- und Fernsprechanlagen wird ein Unterschied gemacht zwischen gründlichen Zerstörungen auf die Länge eines oder mehrerer Tagemärsche einschließlich der Stationen und leichteren Unterbrechungen der Leitung meist an mehreren Stellen. Die weittragenden Folgen von Zerstörungen haben beim deutschen Heer zu der Bestimmung geführt, daß solche nur auf Anordnung der obersten Heeresleitung, des Oberbefehlshabers einer Armee oder eines selbständigen kommandierenden Generals erfolgen dürfen; Sperrungen und leichtere Unterbrechungen dagegen können auch von unteren Befehlshabern selbständig auf ihre eigene Verantwortung hin veranlaßt werden. Bei den Zerstörungsarbeiten handelt es sich entweder um Sprengungen oder um Zerstörungen durch Abbrennen oder mit Werkzeugen. Sperrungen erfolgen auf den Eisenbahnen

durch Gleisunterbrechungen, Beschädigungen auf Bahnhöfen und Unbrauchbarmachen von Betriebsmitteln, auf Wasserstraßen durch Unterbrechung des Betriebes, auf Landstraßen durch Errichtung von Wegesperren. Die leichteren Unterbrechungen der Telegraphenlinien werden gewöhnlich auf freier Strecke vorgenommen. An Eisenbahn- und Telegraphenlinien können die Unterbrechungen aber auch versteckt angebracht werden.

Die weitaus größte und wichtigste Pionierarbeit muß bei der Verteidigung und im Angriff geleistet werden. Hier gilt es zunächst, durch Feldbefestigungen die nötigen Kampfanlagen, Deckungen und Geländeverstärkungen herzustellen und zu verbessern sowie die ständigen Befestigungsbauten durch Wiederherstellungs- und Ergänzungsarbeiten in widerstandsfähigem Zustand zu erhalten und auszubauen. Dann müssen aber auch während des Kampfes selbst Arbeiten ausgeführt werden; dabei handelt es sich nicht nur um die Ermöglichung und Erleichterung des Kampfverfahrens, sondern auch um die Bereitstellung und Bedienung der pioniertechnischen Kampf- und sonstigen Hilfsmittel.

In der Verteidigung sind die Feldstellungen anzulegen und nach Bedarf einzurichten und zu befestigen, je nachdem sie zähe verteidigt werden müssen oder in ihnen nur vorübergehend Widerstand geleistet werden soll. Das bedingt zahlreiche Arbeiten vor, in und hinter der Stellung. Das Vorgelände muß zur Steigerung der eigenen und Herabminderung der feindlichen Waffenwirkung eingerichtet werden. Die Stellung selbst muß ausgebaut und mit Hindernissen versehen werden. In der Stellung und nach vorgeschobenen Beobachtungspunkten bedarf es sicherer Nachrichtenverbindungen, vor allem geschützter Fernsprechleitungen. Innerhalb der Stellung und hinter ihr sind Wegsamkeit und Verbindung nach rückwärts zu verbessern. Für die nächtlichen Unternehmungen müssen die verschiedenen Mittel zur Beleuchtung des Vorgeländes, für die hartnäckige Verteidigung Kampfmittel zum Nahkampf bereitgestellt und eingebaut werden. Während des Kampfes um solche befestigte Feldstellungen sind die eingetretenen Mängel der Befestigungen zu beseitigen und Ergänzungen der Verteidigungsanlagen vorzunehmen, Beleuchtungsgeräte zu handhaben, Handgranaten anzufertigen, Minen- und Flammenwerfer zu bedienen. Die Festungsverteidigung verlangt schon bei der Armierung in den Haupt- und Vorstellungen die gleichen feldmäßigen Arbeiten, aber mit festeren Eindeckungen. Im Kampf um Festungen sind im Zwischenfelde der Werke alle vorgenannten feldmäßigen Wiederherstellungsarbeiten unter dem schweren Artilleriefeuer des Angreifers auszuführen, in den Werken selbst die durch Geschosse verursachten Beschädigungen auszubessern. Die Minenangriffe des Angreifers unter der Erde zwingen zum Ausbau von Verteidigungsminengängen, um das Vorgehen des Gegners abzuschneiden oder seine Stellungen einzuwerfen; die Minen müssen bedient, ihre Zündleitungen gelegt und unter Umständen wiederhergestellt werden. Die bis aufs äußerste durchgeführte Verteidigung führt in noch ausgedehnterem Maße zur Verwendung von Handgranaten, von Wurfminen und von geschleuderten flüssigen Brennstoffen. Das gleiche gilt für den Kampf um besonders widerstandsfähige und nachhaltig verteidigte Feldstellungen, dessen Formen denen des Kampfes um Festungen ähnlich sind.

Im Angriff kann es schon beim Begegnungsgefecht und gegenüber einem zur Verteidigung in unbefestigter Stellung entwickelten Feind notwendig werden, gewonnene Stützpunkte oder Geländeabschnitte ungesäumt zur Verteidigung einzurichten, um sie vorläufig festzuhalten. Beim Angriff auf befestigte Feldstellungen und Festungen aber kann bei der gesteigerten Widerstandskraft des Verteidigers nur mit Hilfe von Pionierangriffsarbeiten die Truppe kampfkräftig an den Feind gebracht, dieser aus geschaffenen Deckungen durch Feuer und Nahkampfmittel erschüttert und schließlich durch den Sturm niedergerungen werden. Beim Angriff auf befestigte Feldstellungen entstehen diese Angriffsarbeiten immer unter der unmittelbaren Einwirkung des Feindes, oft in seinem Feuer. Sie bestehen daher zunächst in einfachen Deckungen, die nach dem Gefechtszweck und der Dauer der Benutzung vertieft, verbreitert und bei langdauernden Kämpfen zu starken Stellungen ausgebaut werden. Hier sind dann dieselben Arbeiten notwendig wie bei den Verteidigungsstellungen. Dazu kommen noch Wegearbeiten, Überbrückungen und Beseitigungen von Annäherungshindernissen, die den Truppen das Vorkommen in die Feuerstellungen ermöglichen bzw. erleichtern. Gegen starke, kräftig verteidigte Stellungen kann es notwendig werden, mehrfach Feuerstellungen auszuheben, um sich an die feindliche Stellung heranzuarbeiten. Dabei sind rückwärtige Verbindungen aus der vorderen Linie herzustellen. Vor dem Sturm müssen die Hindernisse vor der feindlichen Stellung zerstört oder wenigstens zahlreiche Sturmgassen geschaffen, für den Sturm Schnellbrücken zum Überwinden der Hindernisse sowie sonstiges Sturmgerät und Handgranaten bereitgestellt werden. Beim Sturm selbst muß das Sturmgerät bedient, nach dem Einbruch in die feindliche Stellung diese umgehend für die eigene Verteidigung umgeändert werden. Gegenüber Feldstellungen, die mit allen Mitteln der Befestigung verstärkt sind, nähert sich das Angriffsverfahren dem des Angriffes auf Festungen. Hier kann beim Vorgehen von Stellung zu Stellung ein allmähliches schrittweises Heranarbeiten nötig werden durch Vortreiben von Laufgräben in der Erde oder mittels Gängen unter der Erde und Aussprengen von Deckungen durch Minen. Dabei sind so rasch wie möglich gedeckte Verbindungen nach der neuen Stellung herzustellen, dann die Stellungen und Verbindungsgräben auszubauen und die Laufgräben zu unterhalten. Besondere Arbeiten erfordert aber die Vorbereitung und Durchführung des Sturmes, der oft nur nach einem mit allen Mitteln geführten Nahkampf möglich ist. Es müssen deshalb auch hierbei vor allem die verschiedenen Nahkampfmittel, wie Minenwerfer, Flammenwerfer, Handgranaten, bedient und die Hindernisse vor den feindlichen Stellungen durchbrochen werden. Das Vortreiben von Minengängen führt zu einem zähen Ringen um jeden Fußbreit Boden unter der Erde, zum Minenkampf. Die Grabenstreichen der Befestigungswerke, ihre Nahkampfpanzer, Flankierungsanlagen, äußeren Grabenwände müssen gesprengt, Gegenminen vernichtet und die Hindernisse vor und in den Gräben beseitigt werden. Vor dem Sturm müssen die Sturmtruppen an Nachbildungen der Hindernisse für ihr Vorgehen und Zusammenwirken eingeübt werden. Beim Sturm ist der Weg zu bahnen, nach dem Sturm das genommene Werk sogleich zur eigenen Benutzung gegen Rückstöße des Verteidigers einzurichten.

Die ausführenden Truppen.

Diese zahlreichen und mannigfaltigen Pionieraufgaben werden nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, alle von den Pionieren allein ausgeführt. Im Gegenteil, an der Durchführung des vielgestaltigen Pionierdienstes sind alle Waffen beteiligt, jede in dem Maße, wie es die Bewältigung der ihr im Kriege zufallenden Aufgaben erfordert.

Die hauptsächlichsten dieser Aufgaben für alle Waffen sind:

Einfache Wegebesserungen,
überwinden von Wasserläufen mit einfachen Behelfsmitteln,
übersetzen mittels Booten und Fähren,
Ausladen auf freier Strecke und Notrampenbau,
Biwak- und Lagereinrichtungen.

Außer diesen von allen Waffen ohne Unterschied in gleicher Weise geforderten Arbeiten fallen den einzelnen Waffengattungen noch folgende, für ihre Tätigkeit einschlägigen besonderen Arbeiten zu:

Die Infanterie muß Straßen und Eisenbahnen sperren, Telegraphen- und Fernsprechleitungen unterbrechen, Betriebsstörungen auf Bahnhöfen vornehmen können; sie muß die für ihre Zwecke erforderlichen Feldbefestigungen selbst ausführen und natürliche wie künstliche Hindernisse überwinden können.

Der Kavallerie fällt das überwinden von Wasserläufen mit Kavallerie-Brückengerät und schwimmenden Pferden zu; sie hat außerdem auch Zerstörungen und Sperrungen einschließlich Sprengungen sowie einfache Feldbefestigungen auszuführen.

Maschinengewehr-Abteilungen müssen Wasserläufe mit schwimmenden Pferden überwinden können und ihre Feldbefestigungen selbst anlegen.

Die Feldartillerie hat gleichfalls für ihre Feldbefestigung selbst zu sorgen; reitende Artillerie muß außerdem Wasserläufe mit schwimmenden Pferden überwinden können.

Die Fußartillerie muß die für sie nötigen Geländeverstärkungen herstellen.

Den Verkehrstruppen fallen Anlage und Unterbrechung der Verkehrslinien zu.

Alle diese Arbeiten müssen die Truppen selbständig und ohne Unterstützung durch Pioniere ausführen. Dementsprechend erfolgt auch die Ausbildung dieser Truppen im Pionierdienst. Die Ausbildung in Arbeiten, die von jedem Mann gefordert werden müssen, geht Hand in Hand mit der allgemeinen Dienstausbildung. Für Arbeiten, die in der Regel nur einzelnen Trupps zufallen, sind bei den Regimentern usw. eigene Pionierabteilungen ausgebildet, die außerdem auch zur Anleitung benutzt werden, wenn die ganze Truppe zu technischen Arbeiten herangezogen werden muß.

Die Pioniere müssen jeder Aufgabe des Pionierdienstes gewachsen sein; ihr Bestes vermögen sie aber nur zu leisten, wenn sie ihrer Eigenart entsprechend verwendet werden. Sie werden daher hauptsächlich zu schwierigen pioniertechnischen Arbeiten herangezogen, bei denen sie sich infolge ihrer technischen Sonderausbildung besonders bewähren können.

Die Aufgaben der Pioniere im Kriege sind gewaltig; ihre ausgedehnte Tätigkeit erstreckt sich auf alle Gebiete. Beim Wegebau fallen ihnen alle Arbeiten zu, die von den anderen Waffen nicht bewältigt werden können; so ist z. B. die Anlage von Kolonnenwegen über Weichland nur unter Heranziehung von Pionieren ausführbar. Das gleiche gilt für die Brückenbesserungen und -neubauten; Behelfsbrücken für den geordneten übergang des Feldheeres ohne 21 cm-Mörser und schwere Brücken für schwere Belagerungsgeschütze, Belastung durch Menschengedränge und Armeelastzüge können nur durch Pioniere hergestellt werden. Bei Flußübergängen mit Hilfe der Brückentrains sind alle technischen Vorbereitungen, das übersetzen und der Brückenschlag ausschließlich Sache der Pioniere; sie müssen auch die etwa notwendige Verstärkung der Kriegsbrücke zu einer schweren Kolonnenbrücke oder ihren Ersatz durch eine Behelfsbrücke vornehmen, im Rückzug das Kriegsbrückengerät, soweit möglich, bergen. Bei Lagereinrichtungen werden sie, namentlich im Kampf um Festungen und im Stellungskrieg, zur sachkundigen Einleitung der Arbeiten, unter Umständen auch zu ihrer Ausführung bis zum Eintreffen von Arbeitern, herangezogen. Unterbrechungen von Verkehrslinien, soweit es sich dabei um Sprengungen handelt, fallen außer den Eisenbahntruppen und der Kavallerie nur noch den Pionieren zu. Auch die sonst nötigen Sprengungen, wie bei Zerstörungen im Rückzug, bei Vernichtung feindlicher Kampfmittel und Vorräte, beim Aussprengen von Fels oder gefrorenem Boden, kurz bei allen Gelegenheiten, in denen Zerstörungen vorgenommen werden müssen, sind spezielle Arbeiten der Pioniere. Hierzu gehören auch die Sprengungen, die in der Verteidigung und im Angriff notwendig sind. Da kommen z. B. bei der vorbereiteten Verteidigung das Niederlegen von Häusern und Mauern zur Freimachung des Schußfeldes, das teilweise Zerstören von Gehöften und Ortschaften bei ihrer Umgestaltung zu Stützpunkten, beim Kampf um Festungswerke das Legen von Breschen, das Einwerfen von Kampfhohlräumen, das Beseitigen stärkster Hindernisse, beim Minenkampf unter der Erde das Legen und Zünden der Sprengladungen vor. Dazu kommt noch die Sorge für die sonstigen Sprengmittel, die im Kampfe verwendet werden, nämlich das Einrichten von Landminen oder ganzer Minenfelder als Hindernisse bzw. zur Verstärkung derselben, der Ersatz der Handgranaten durch behelfsmäßige Sprengladungen, das Schleudern von Wurfminen und flüssigen Brennstoffen und dergleichen mehr. Außer diesem umfangreichen Sprengdienst entfallen bei der Befestigung und im Kampfe noch zahlreiche andere Sonderaufgaben auf die Pioniere. So werden sie bei der Einrichtung von Verteidigungsstellungen zu Erkundungen, Absteckungen, Anweisung der Arbeiten, Verstärkung natürlicher Hindernisse, Herstellung künstlicher Hindernisse, Bau von Masken, Scheinanlagen, Beobachtungsständen, Ausbau von Stützpunkten, Verbreiterung von Wegeengen, Herstellung neuer Wege usw. herangezogen und haben sonst schwierige oder schnell zu erledigende Arbeiten zu leisten; auch müssen sie die Beitreibungen von Werkzeug und Baustoffen ausführen und die Sammelstellen für diese Bestände anlegen und verwalten. Im Kampf selbst sind dann Pionierabteilungen in vorderer Linie, um Wiederherstellungsarbeiten auszuführen und die Beleuchtungs- und Nahkampfmittel zu bedienen. Im Angriff haben sie die Infanterie bei den Erkundungen, beim Heranarbeiten an die feindliche Stellung, beim Wegräumen der Hindernisse und beim Sturm zu unterstützen. Auch hier ist ihr Platz da, wo schwierige technische Arbeiten rasch und zuverlässig auszuführen sind; dahin gehören z. B. Anlage von Kolonnenwegen durch schwer

gangbares Gelände, Bereitstellen und Bedienen von Schnellbrücken, Anfertigung von Handgranaten und schließlich Mitarbeit im Nahkampf. Der Sturm findet die Pioniere an der Spitze, um die Hindernisse zu beseitigen, ihre Wiederherstellung zu verhindern, den Sturmtruppen den Sturm zu erleichtern und ihnen nach demselben beim Umbau der feindlichen Stellungen behilflich zu sein.

Je nachdem die Pioniere zum Feldpionierdienst oder zu Pionieraufgaben im Kampf um Festungen verwendet werden müssen, werden Feld- oder Festungspioniertruppen herangezogen. Die Pioniere sind aber keine Arbeitstruppe, sondern eine Kampftruppe, die gerade bei den schwierigsten Gelegenheiten auch Schulter an Schulter mit der Infanterie muß fechten können. Deshalb erhalten sie neben der pioniertechnischen Ausbildung auch eine solche in allen Zweigen des Infanteriedienstes, vor allem für das Gefecht.

Werkzeug, Gerät und Baustoffe.

Die Aufgaben des Pionierdienstes bestehen in der Durchführung von Bau- und Wiederherstellungs- oder Beseitigungs- und Zerstörungsaufträgen. Dabei müssen Erd- und Holzarbeiten vorgenommen, Sprengmittel verwendet, Beleuchtungsmittel benutzt und Brückentrains ausgenutzt werden. Hierzu sind die Truppen mit entsprechendem Werkzeug und Gerät ausgerüstet; die sonst benötigten Materialien, Baustoffe und Transportmittel müssen beigeschafft werden.

Zur Erd- und Holzarbeit sind die Truppen aller Waffengattungen mit Schanzzeug ausgerüstet, das zum Teil tragbar ist, zum Teil auf Wagen mitgeführt wird. Infanterie, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie und Pioniere haben tragbares Schanzzeug bei der marschierenden und kämpfenden Truppe und führen Schanzzeug in der Gefechtsbagage und großen Bagage mit. Bei den Batterien der Feld- und schweren Artillerie sowie bei den Munitionskolonnen ist das Schanzzeug auf den Fahrzeugen verladen; außerdem wird solches noch in den Pionier-Belagerungstrains nachgeführt. Das Schanzzeug für die Erdarbeit besteht aus kleinen und großen Spaten, Hacken und Beilpicken, das für die Holzarbeit aus Beilen, Äxten, Hand- und Schrotsägen sowie Drahtscheren. Mit kleinen Spaten und Beilpicken sind nur die Infanterie, Maschinengewehrtruppen und Kavallerie ausgerüstet; diese Werkzeuge werden stets von den Mannschaften oder Pferden getragen, bloß bei der Kavallerie in der großen Bagage mitgeführt. Mit dem übrigen Schanzzeug sind sämtliche Truppen ausgerüstet. Beile werden von der Infanterie, den Maschinengewehrtruppen, der Kavallerie und den Pionieren teils getragen, teils auf den Wagen der Bagagen gefahren; alles sonstige Schanzzeug befindet sich bei allen Truppen auf den Fahrzeugen. Nur die Pioniere führen auch große Spaten, Hacken, Äxte und Drahtscheren, die Kavallerie Schrotsägen als tragbares Schanzzeug mit. Die Ausrüstung mit Schanzzeug ist so bemessen, daß jede Truppe imstande ist, mit demselben die ihr zufallenden Aufgaben auszuführen.

Zum Bau von Notrampen sind die Truppenzüge mit ausreichendem Notrampengerät ausgestattet, das aus langen und kurzen Balken, Brettafeln und Klammern besteht. Beim Ausladen auf freier Strecke wird dieses Gerät an Ort und Stelle durch Behelfsmittel, wie Pfähle und Keile usw., ergänzt; im Notfall können auch Teile des Feldgerätes, z. B. Beilpicken, Kreuzhacken, Lagerpfähle, verwendet werden.

Für Biwaks sind die Truppen mit tragbarer Zeltausrüstung versehen, die bei guter Jahreszeit auch für längeren Aufenthalt ausreicht. Zur Herstellung der Kocheinrichtungen, Brunnen, Schöpf- und Tränkstellen sowie der Aborte sind Stangen Bretter, Strauchwerk, Stroh usw. notwendig. Lagerbauten, namentlich Lagerhütten, erfordern viel Baustoffe, vor allem Holz, Dachpappe, Fenster u. dgl.

Zur Bezeichnung von Kolonnenwegen in der Nacht werden weißes Richtband oder Laternen verwendet, von den Pionier-Belagerungstrains wird hierzu Leuchtfarbe mitgeführt. Das Herrichten von Kolonnenwegen und das Bessern vorhandener Wege erfordert die Beschaffung besonderer Baustoffe, wie Strauchwerk, Stroh, Knüppelholz, Bretter, Bohlen, Stangen, Steine, Kies, Mauerschutt, Sand u. dgl. Zum Bau von Behelfsbrücken, zum Verstärken vorhandener und zum Wiederherstellen zerstörter Brücken sind Behelfsgerät und Baumaterial notwendig; dabei handelt es sich um Holz für die Unterstützungsbauten oder um Schiffsgefäße oder sonstige Schwimmkörper als schwimmende Unterstützungen, um Bretter, Stangen, Knüppel, Balken für den Oberbau, um Draht, Leinen, Bandeisen, Klammern, Nägel zur Verbindung der einzelnen Brückenteile sowie um das Werkzeug zu diesen Arbeiten. Zum Übersetzen über Gewässer ohne Verwendung des Kriegsbrückengerätes werden vorgefundene Schiffsfahrzeuge oder Flöße und Fähren, die aus Behelfsmitteln hergestellt sind, verwendet. Für Befestigungsarbeiten sind, soweit es sich nicht um ausschließliche Schanzarbeit handelt, neben besonderem Handwerkszeug Holz, Eisen, Draht, Sandsäcke, Schienen, Taue, Tonnen, Kisten, Körbe, Strauchwerk, Wellblech, Beleuchtungsmittel, Alarmglocken u. dgl. nötig. Alle diese Hilfsmittel und Baustoffe müssen in Gehöften und Ortschaften, auf Bahnhöfen, Holz- und Zimmerplätzen, aus Sägemühlen, Schmieden, Werkstätten, Eisenhandlungen, auf Gewässern, in Werften, Brauereien usw. beigetrieben oder aus der Heimat nachgeschoben werden.

Zum Überwinden von Flußläufen, sowohl durch Übersetzen wie durch Brückenschlag, dient das Kriegsbrückengerät. Mit solchem sind die Kavallerieregimenter und Brückentrains ausgerüstet.

Das Kavallerie-Brückengerät besteht aus stählernen Halbbooten, von denen zwei zu einem Ganzboot verbunden werden können, und den dazugehörigen Brückentafeln, Ankern, Uferpfählen, Rudern, Staken und Leinen. Da die Ausstattung der Regimenter mit Brückengerät naturgemäß sehr gering ist, können von der Kavallerie nur kurze Brücken gebaut werden. Sie läßt daher in der Regel die Pferde schwimmen und setzt die Mannschaften und das Gepäck in den Booten, die Wagen auf Fähren, die mit Hilfe von Booten gebaut werden, über. Wenn sich das Schwimmen der Pferde wegen der Jahreszeit und Witterung oder wegen sumpfiger Ufer verbietet, wenn viele Fahrzeuge überzusetzen sind, oder wenn eine Lücke in einer gesprengten Brücke geschlossen werden soll, sind aber Brücken notwendig. Es können dann mit dem Kavalleriegerät gebaut werden kurze, etwa ½—1 m breite Brückenstege für einzelne Leute zu Fuß, Laufbrücken von etwa 2 m Breite für Infanterie in Reihen, abgesessene Reiter zu einem mit Abstand und leere, durch Mannschaften gezogene Fahrzeuge sowie verstärkte, 3 m breite Laufbrücken, die den Übergang von abgesessenen Reitern zu einem dicht aufgeschlossen, von Infanterie in lockerer Marschkolonne

ohne Tritt und von Feldgeschützen und Truppenfahrzeugen mit voneinander getrennten Protzen, Geschützen und Hinterwagen und mit größerem Abstand zwischen den einzelnen Fahrzeugen gestatten. Durch Heranziehung des Brückengerätes mehrerer Kavallerieregimenter kann die Leistungsfähigkeit sowohl im Brückenbau wie im Übersetzen mittels einzelner Boote und Fähren gesteigert werden.

Das Pionier-Brückengerät wird in den Divisions- und Korps-Brückentrains mitgeführt, die zum Teil mit Gerät neuer Art, zum Teil mit Gerät alter Art ausgerüstet sind. Jenes hat Einzelpontons, dieses zweiteilige Pontons, die am Gebrauchsort durch schnelle Handgriffe zu einem einzigen Wasserfahrzeug zusammengesetzt werden; zu beiden gehören noch das Fahrgerät (Ruder, Staken, Anker mit Tauen) sowie das gesamte Gerät für den Oberbau der Brücke (Balken, Bretter, Tauzeug). Das Brückengerät ist so leicht und beweglich, daß die Brückentrains allen Truppen, selbst der Kavallerie, fast überallhin sogar im Trabe folgen und dabei Pioniere aufgesessen mitführen können. Sie sind daher vielseitig und vor allem auch im Gefecht verwendbar; sie können rasch vorgezogen werden und Abteilungen überraschend über den Wasserlauf werfen; sie können das knapp bemessene Kavalleriegerät im Bedarfsfall ergänzen und vermögen auf dem Schlachtfeld an unvermutet vorgefundene Wasserhindernisse schnell Brückengerät heranzuführen und dadurch in kürzester Zeit Wege nach vor- und rückwärts, vornehmlich für die Artillerie, zu bahnen. Während in anderen Heeren für große Kriegsbrücken ein schweres Brückengerät und außerdem ein leichteres, vielfach ganz anders gebautes Gerät vorhanden ist, haben wir trotz des Unterschiedes zwischen alter und neuer Art bei der Feldarmee doch ein im großen und ganzen einheitliches Gerät. Die Pontons, Einzel- wie zweiteilige Pontons, sind gleich brauchbar als Wasserfahrzeuge beim Übersetzen wie als Teile von Fähren und als Unterstützungen von Brücken; Fahr- und Oberbaugerät sind ebenfalls gleich. An Brücken können mit dem Pioniergerät selbstverständlich in gleicher Weise wie mit dem Kavalleriegerät Brückenstege und Laufbrücken, jedoch in größerer Länge, gebaut werden; das Pioniergerät alter wie neuer Art dient aber vornehmlich zum Bau von Kolonnenbrücken für den geordneten Übergang des Feldheeres ohne 21 cm-Mörser und von schweren Kolonnenbrücken für schwere Belagerungsgeschütze, Menschengedränge und Armeelastzüge. Die Brückentrains eines Armeekorps, d. h. 1 Korps- und 2 Divisions-Brückentrains, vermögen mit dem Gerät alter wie neuer Art eine Kolonnenbrücke gewöhnlicher Bauart in einer Länge von rund 200 m herzustellen; 1 Divisions-Brückentrain allein kann 35—40 m Brückenlänge einer solchen Brücke bauen. Bei gemeinsamer Verwendung einer noch größeren Anzahl von Brückentrains können ganz gewaltige Brückenlängen erreicht werden.

Zu Sprengungen werden, wenn irgend möglich, brisante Sprengstoffe verwendet, denn sie leisten die schnellste und wirksamste, oft auch die einzig mögliche Zerstörung; sie wirken gegen alle Baustoffe, während Pulver nur gegen Mauerwerk und Erde Wirkung hat. Die benötigten Sprengmittel werden von den Pionieren, Eisenbahntruppen und der Kavallerie mitgeführt oder beigetrieben.

Die Pioniere haben auf ihren Gerätewagen neben dem Gerät für andere Pionierarbeiten auch Sprengstoffe und Sprenggerät. Diese Ausrüstung an Spreng- und Zündmitteln besteht aus Sprengmunition, Sprengkapseln und Zündschnur. Die Sprengmunition ist in feste Formen gepreßt, gegen mechanische Einwirkungen und Frost unempfindlich und in Wasser nicht löslich, brennt bei offener Flamme nur heftig ab und kann allein durch eine Stichflamme, wie sie Knallquecksilber erzeugt, zur Detonation gebracht werden; sie ist daher für Verwendung im Felde besonders geeignet und kann auch gänzlich ungefährlich auf den Wagen mitgeführt werden. Die zur Herbeiführung der Detonation verwendeten Sprengkapseln sind kleine, an einem Ende verschlossene Metallröhrchen, die eine Füllung Knallsatz enthalten. Sie sind, um jede Gefährdung auszuschließen, sorgfältig verpackt und von der Sprengmunition räumlich getrennt auf den Gerätefahrzeugen verladen. Die Entzündung erfolgt entweder durch Zündschnur oder auf elektrischem Wege durch Inbrandsetzen eines vermittelnden Zündsatzes. Die Guttaperchazündschnur ist so beschaffen, daß sie nach dem Anzünden derart weiter glimmt, daß in jeder Sekunde 1 cm abbrennt. Die durch Benutzung der Zündschnur bewirkte sogenannte Leitfeuerzündung wird jedoch hauptsächlich von der Kavallerie angewendet. Für die Pioniere bildet die elektrische Zündung die Regel, weil sie die Möglichkeit der Feuerzündung und größere Gewähr des Gelingens bietet; Leitfeuerzündung wird bei wichtigen Sprengungen als Reservezündung gebraucht. Dabei wird außer der Zeitzündschnur im Bedarfsfall auch eine fast momentan durchschlagende Schnellzündschnur verwendet. Während Zündschnur mitgeführt wird, ist für elektrische Zündungen im Feldgerät nichts vorgesehen; die hierzu nötigen Batterien können jedoch bei der heutigen Verbreitung der Elektrizität unschwer überall vorgefunden werden. Glühzünder zur elektrischen Zündung werden mitgeführt. Da die mitgeführte Sprengmunition naturgemäß beschränkt, der Verbrauch aber oft recht bedeutend und der Ersatz aus Nachschüben und Depots nicht immer ganz sicher ist, müssen auch andere Sprengstoffe beigetrieben und verwendet werden; hierzu sind die in der Industrie, z. B. in Bergwerken, verwendeten Sicherheitssprengstoffe am geeignetsten; sie sind im allgemeinen ebenso ungefährlich wie die Sprengmunition, während andere Sprengstoffe mit äußerster Vorsicht behandelt werden müssen.

Die Kavallerie führt als Sprengausrüstung auf ihren Brückenwagen Sprengpatronen, Sprengpatronenzünder und Sprengkapseln mit. Die Sprengpatronen sind wasserdicht verlötete Zinkblechbüchsen mit je 1 kg Sprengmunition, von denen mehrere nach Bedarf zu einer Ladung vereinigt werden; ihre Aufbewahrung ist unter gewöhnlichen Verhältnissen ungefährlich. Die Sprengkapseln dagegen müssen sowohl beim Transport wie bei der Verwendung sehr vorsichtig behandelt werden; sie werden beim Gebrauch in einen in der Sprengpatrone befindlichen Zündkanal eingeführt. Der Sprengpatronenzünder besteht aus einer Guttapercha-Zeitzündschnur von 1 oder 2 m Länge, deren Brennzeit rund 100 bzw. 200 Sekunden beträgt.

Zu Zerstörungsarbeiten ohne Anwendung von Sprengmitteln ist eigenes Zerstörungswerkzeug vorhanden. So befinden sich beim Feldgerät der Pioniere Äxte, Sägen, Brechstangen, Meißel, Eisensägen und -feilen, Hämmer, Schraubenschlüssel, Zangen u. dgl. Die Kavallerie führt für Zerstörun-

gen an Telegraphenleitungen Seilrollen und Drahtzangen, für solche an Eisenbahnen und Kunstbauten Brechstangen, Geißfüße, Schlaghammer, Schrotmeißel und Schraubenschlüssel bei sich.

An **Beleuchtungsmitteln** werden Scheinwerfer, Leuchtpistolen, Fackeln, Laternen und Lampen mitgeführt. Das von besonderen Formationen der Pioniere bediente **Scheinwerfergerät** ist entweder schwer oder leicht oder tragbar. Das schwere, fahrbare Gerät, im allgemeinen an die Wege gebunden, wird hauptsächlich im Festungs- und Stellungskrieg verwendet; das leichte Gerät, gleichfalls fahrbar, in Bauart und Beweglichkeit aber dem Feldgeschütz ähnlich, ist vornehmlich für den Feldkrieg bestimmt. Tragbare Scheinwerfer, die zu mehreren auf einem besonderen Wagen mitgeführt werden, finden im Feldkrieg und im Kampf um Festungen Verwendung. Die Scheinwerfer dienen zur Unterstützung der Aufklärungs- und Erkundigungstätigkeit, zur Beleuchtung von Zielen, die durch Feuer bekämpft werden sollen, zum Anleuchten von Richtungspunkten, zum Blenden des Gegners und zum Signalisieren. **Leuchtpistolen** werden von den Pionieren auf den Gerätewagen mitgeführt; sie dienen zur Beleuchtung des näheren Vorfeldes und ermöglichen die Abgabe gezielten Feuers innerhalb der Leuchtgrenzen. Sie sind Faustfeuerwaffen, aus denen Leuchtpatronen abgefeuert werden. Dem gleichen Zwecke dienen **Leuchtraketen, -geschosse und -bomben**, die entweder aus Gewehren oder Geschützen abgeschossen oder aus Luftfahrzeugen abgeworfen werden. **Dauerbrandfackeln** und **Leuchtfackeln** gehören ebenfalls zum Geräte der Pionierkompanien; jene sind in erster Linie zur Beleuchtung bei nächtlichen Arbeiten bestimmt, diese dienen zur Beleuchtung der vor der Stellung gelegenen Hindernisse. Bei den Pionier-Belagerungstrains befinden sich Laufgrabenlaternen und **Leuchtgaslampen**; jene gehören zur Beleuchtung der Annäherungswege, Verbindungsgräben und Infanteriestellungen, diese zur Erleuchtung von Arbeitsplätzen, Pionierparks u. dgl. Endlich müssen noch die **elektrischen Beleuchtungsmittel** erwähnt werden, von den großen elektrischen Beleuchtungsanlagen und eigenen Beleuchtungswagen bis herab zu den einfachen, aber überall brauchbaren Taschenlampen.

Ausführung der Arbeiten.

Die Einleitung und Ausführung von Pionierarbeiten erfordern Zeit. Deshalb müssen frühzeitig die Erkundungen angeordnet und Heranziehung oder Beschaffung von Schanzzeug, Gerät, Baustoffen und Beförderungsmitteln in die Wege geleitet werden. Die Pionieroffiziere haben die Truppen bei der Ausführung zu unterstützen; die Pionierkompanien oder -züge werden möglichst geschlossen verwendet und nach Bedarf durch Abteilungen anderer Waffen unterstützt. Die Truppen aller Waffen müssen aber auch unerwarteten technischen Aufgaben ohne Zuteilung von Pionieren gewachsen sein. Verständnis und Einwirkung der Offiziere sind dabei von ausschlaggebender Bedeutung.

Das Ausladen auf freier Strecke erfordert raschen Entschluß, der Bau von Notrampen gewandte, dabei aber sichere Arbeit. **Notrampen** aus dem Notrampengerät werden entweder lose an die Wagen angelegt oder feststehend hergerichtet. Lose Rampen können als Seiten- oder Kopframpen gebaut werden; jene sind die Regel. Für gewöhnlich verwendet man zum Ausladen von Pferden und Fahrzeugen schmale, lose Seitenrampen (Textfig. 1); für lange und schwere Fahrzeuge werden zwei solche Rampen dicht nebeneinander zu einer breiten Rampe vereinigt. Die Anlage von losen Kopframpen ist nur dann praktisch, wenn eine größere Anzahl hintereinander stehender Wagen abgebordete Kopfwände hat. Feste Rampen werden nur als Seitenrampen gebaut; Rampe und Wagen müssen beim Ausladen durch eine Brücke verbunden werden (Textfig. 2). An Stelle des Notrampengerätes können zu festen Rampen auch Behelfsmittel verwendet werden; so kann man solche Rampen aus Schienen und Schwellen oder aus Schwellen und Erde herstellen (Textfig. 3).

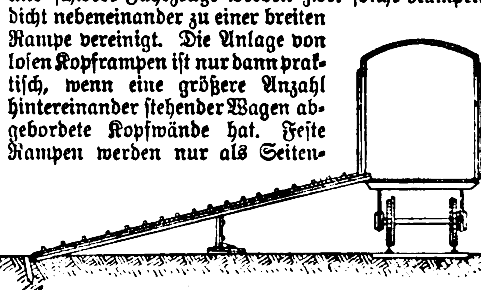


Fig. 1. Lose Seitenrampe aus Notrampenmaterial.

Beim **Herrichten von Kolonnenwegen** wird der Weg geebnet, Gräben werden ausgefüllt, weiche Stellen belegt, Hecken, Zäune und Mauern durchbrochen; Furten sind durch Stangen oder Leinen abzugrenzen; Eisdecken müssen mit Stroh usw. überlegt und mit Sand bestreut werden. **Zum Überschreiten von Weichland** müssen Bretterstege angefertigt werden, zu denen auch das Gerät der Brückentrains benutzt werden kann; bei nicht zu weichem Untergrunde können auch einfache Brettafeln, mit Stoff bespannte Tür- oder Torflügel, auch Rollbahnen aus Läuferstoffen oder Drahtgeflechten u. dgl. verwendet werden. Beim Durchschreiten von Wäldern mit dichtem Unterholz muß durch Umschlagen, Beseitigen und Aufräumen der Weg gebahnt, für Artillerie müssen unter Umständen Wege ausgeholzt werden. Bei der **Ausbesserung vorhandener Wege** handelt es sich darum, für den Wasserabfluß zu sorgen, aufgeweichte Strecken zu trocknen, tiefe Geleise und Löcher in der Straßendecke zu beseitigen, steile

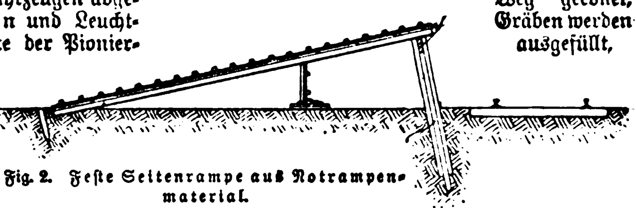


Fig. 2. Feste Seitenrampe aus Notrampenmaterial.



Fig. 3. Feste Seitenrampe aus Schwellen und Erde.

Wege mit Rosten zu versehen, bei Glatteis zu bestreuen oder durch Hacken rauh zu machen. Unter Umständen müssen Schienenwege durch Eindeckung des Gleises mit Bohlen und Schwellen als Marschstraße für alle Waffen gangbar gemacht werden.

Bei der Verstärkung von Brücken sind die Unterstützungen zu vermehren, die Streckbalken zu ergänzen, der Belag zu verstärken. Bei zerstörten Holzbrücken sind unter Umständen die Pfahljoche wiederherzustellen; bei zerstörten steinernen Bogen oder eisernen Stützen kleinerer Brücken müssen hölzerne Pfahljoche oder Böcke als Ersatz gebaut werden.

Bei der Herstellung neuer Brücken mit Behelfsmitteln kommt je nach Breite und Tragfähigkeit der Bau von Stegen und Schnellbrücken, von

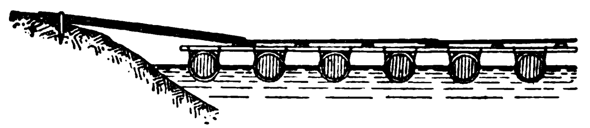


Fig. 4. Brückensteg auf Tonnen.

Laufbrücken, Kolonnenbrücken und schweren Kolonnenbrücken in Betracht. Stege können mit stehenden oder schwimmenden Unterstützungen gebaut werden. Als stehende Unterstützungen dienen untergefahrene Wagen oder Protzen, Böcke, eingeschlagene Pfähle, Pfahljoche, starke Kisten, Möbel, Fässer und Unterstützungen aus Bretter- und Bohlenstapeln. Als schwimmende Unterstützungen können Nachen, Kähne, Boote ohne weiteres benutzt werden; auch Fässer und Tonnen sind brauchbar (Textfig. 4). An Stelle von Tonnen sind auch wasserdichte Säcke oder Schwimmkörper aus Zeltbahnen oder kleinen Kisten mit Zeltbahnen umbunden verwendbar; auch Floßbalkenstege (Textfig. 5 u. Tafel I, Fig. 4) können hergestellt werden. Alle schwimmenden Unterstützungen müssen verankert oder mit Leinen, Tauen, Draht an den Ufern befestigt werden. Als Oberbau sind zunächst Streckbalken auf die Unterstützungen zu legen, und dann ist aus Brettern, Fensterläden, schmalen Türen, Knüppeln, zur Not aus starkem Reisig der Belag herzustellen und durch Nägel oder durch Aufbinden zu befestigen. Möglichst leicht gebaute Brückenstege, die getragen oder rasch über das Wasser geschoben werden, sog. Schnellbrücken, be-

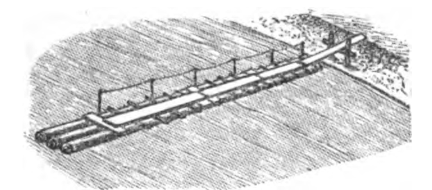


Fig. 5. Floßbalkensteg.

stehen aus tragenden Schwimmkörpern (kleinen Fässern, Doppelbündeln von Zeltbahnen, wasserdichten Blechgefäßen, Futtersäcken, Wagenplanen usw.), die durch Bretter, Stangen oder kurze Leitern miteinander verbunden werden; diese Querverbindungen tragen dann die einfache Laufbahn aus Brettern, dicht liegenden Stangen, Leitern mit aufgenagelten Brettchen u. dgl. Laufbrücken sind bedeutend tragfähiger als Brückenstege. Bei stehenden Unterstützungen sind die Landstöße fester gebaut. Als Unterstützungen werden am sichersten eingerammte Pfahljoche aus starken Holzpfählen, bei festem und ebenem Untergrund auch Böcke verwendet. Das Einrammen erfolgt mittels schwerer Hämmer, Schlägel oder eigens hergestellter Handrammen von Gerüsten, Wagen oder Kähnen aus. Die Böcke werden entweder aus freier Hand, oder mittels eines Kahnes oder einer Einbaufähre, oder, wenn Kähne u. dgl. nicht zur Hand sind, mit Gleitbalken oder mit Hebeln aufgestellt. Bei schwimmenden Unterstützungen werden Boote und Kähne wie bei Brückenstegen zugerichtet, Tonnen und Fässer durch Bretter und Stangen zu tragfähigen Flößen verbunden; in schwachströmendem Wasser können auch Flöße aus Balken angewendet werden. Die Verankerung gegen den Stromdruck muß besonders fest sein und bei längeren Brücken noch durch eine Verankerung gegen Wind ergänzt werden. Streckbalken und Belag für den Oberbau müssen hinreichend stark und durch Rödelbalken (die die Brückenbahn beiderseits begrenzen und den Belag festhalten) oder Nagelung gut festgelegt sein; ein Geländer aus Stangen oder Leinen wird an Pfählen oder Geländestangen befestigt. Der Bau größerer Brücken, wie Kolonnen- und schwerer Kolonnenbrücken (Tafel I, Fig. 2, 3 u. 5; Tafel II, Fig. 1), erfordert besondere technische Arbeiten, die nur von den Pionieren ausgeführt und hier nicht näher erörtert werden können.

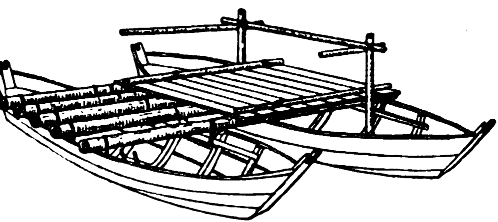


Fig. 6. Fähre aus vorgefundenen Kähnen.

Beim Übersetzen ohne Brückengerät können vorgefundene Kähne, Nachen, Boote und vorhandene fliegende Brücken, Gier- und Zugfähren von Patrouillen und kleineren Abteilungen ohne Umänderung benutzt werden; auch größere Abteilungen, Pferde, Maschinengewehre, Geschütze und Fahrzeuge können Prahme, Fähren und fliegende Brücken nach Erprobung ihrer Tragfähigkeit ohne weiteres benutzen; einzelne Flußfahrzeuge werden durch Überschnüren von Balken und Brettern zu einer Fähre zusammengebaut (Textfig. 6). Für Pferde und Fahrzeuge müssen Landebrücken gebaut oder wenigstens mitgeführte Brettafeln als lose Rampen angelegt werden. Als Behelfsmittel beim Übersetzen ist die Zeltausrüstung geeignet. Bekleidung und Ausrüstung werden mit Stroh, Schilf, Rohr usw. in die Zeltbahn gebunden und von den Mannschaften schwimmend nachgezogen. Mehrere solche Bündel vereinigt bilden sogar ein tragfähiges Floß (Textfig. 7 u. 8). Auch Futtersäcke, mit Stroh gefüllt, vermögen Leute zu tragen; ebenso lassen sich aus Backtrögen, Tonnen, mit Zeltbahnen umschlagenen Kisten, mit Stroh gefüllten Wagenplanen, ja selbst aus mehreren aufeinander gebundenen oder genagelten Türen oder zusammengebundenen Balken tragfähige Flöße (Textfig. 9) für einzelne Leute bauen. Für größere Abteilungen, Pferde und Fahrzeuge werden Fähren und Landebrücken aus Tonnenflößen

(Textfig. 10) oder Balkenflößen gebaut. Fuhrwerke können durch seitliches Anschnüren von Tonnen in leichten Rahmen auch ohne Herstellung einer Fähre übergesetzt werden (Textfig. 11).

Beim **Uferwechsel** mit Hilfe des **Kavallerie-Brückengerätes** wird das **Übersetzen** am schnellsten und einfachsten durch Verwendung einzelner Boote bewerkstelligt; dabei kann ein Ganzboot zehn Infanteristen oder acht Kavalleristen mit Sattel, Gepäck und Ausrüstung tragen. Zum Übersetzen von Fahrzeugen wird aus zwei Ganzbooten und den entsprechenden Brückentafeln eine Fähre gebaut (Tafel I, Fig. 7); die zum Ein- und Ausladen notwendigen Landebrücken werden ebenfalls aus Brückentafeln gebildet. Beim **Brückenbau** müssen die Boote entweder an den Ufern oder im Wasser gut verankert werden. Bei Brückenstegen, die nur bei schwachem Strom ausführbar sind, dienen einzeln eingebaute Halbboote als Unterstützungen; die Brückenbahn besteht aus einer Reihe von Brückentafeln. Bei Laufbrücken werden abwechselnd Halb- und Ganzboote verwendet; als Brückenbahn sind zwei Reihen Bautafeln nebeneinandergelegt und durch einen Unterzug miteinander verbunden. Bei verstärkten Laufbrücken sind die Unterstützungen durchweg Ganzboote, und die Brückenbahn besteht aus drei Reihen Brückentafeln. Beim **Übergang mit schwimmenden Pferden** schwimmen die Pferde entweder neben dem Fahrzeug her und werden dabei von den im Fahrzeug sitzenden Pferdehaltern an der Trense gehalten, während das Gepäck der Pferde im Fahrzeug übergesetzt wird, oder man läßt die Pferde, von den Mannschaften geleitet, neben einem Brückensteg schwimmen und das Gepäck von den Mannschaften auf das jenseitige Ufer tragen. Die Pferde können aber auch ohne Übersetzmittel frei den Flußlauf durchschwimmen; die blanken Pferde werden dabei von den entkleideten Reitern ins Wasser geritten, durchschwimmen mit dem nebenher schwimmenden Reiter das Wasser und werden am jenseitigen Ufer wieder aus dem Wasser herausgeritten; Röcke, Stiefel, Sättel, Waffen und Gepäck werden auf Schwimmkörpern übergesetzt.

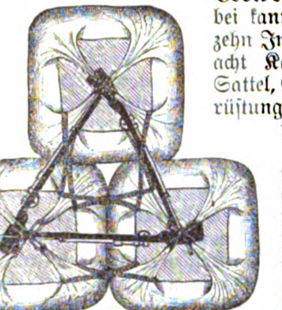


Fig. 7. Floß aus Zeltbahnbündeln.

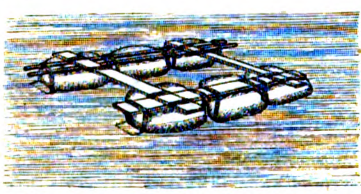


Fig. 8. Floß aus Doppelbündeln.

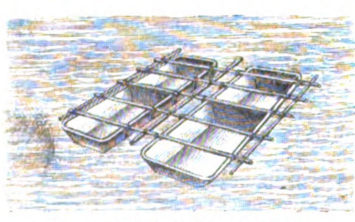


Fig. 9. Floß aus Backtrögen.

Beim **Flußübergang** mit Hilfe des **Pionier-Brückengerätes** erfolgt das **Übersetzen** in den Pontons oder mittels Fähren, die aus solchen zusammengesetzt sind. Ein Einzelponton des Gerätes neuer Art faßt 18 Mann mit Ausrüstung oder einen Maschinengewehrzug mit freigemachten Gewehren; ein zweiteiliges Ponton des Gerätes alter Art faßt 20 Mann oder gleichfalls einen Maschinengewehrzug. Die Fähren werden entweder aus zwei Einzelpontons oder aus zwei zweiteiligen Pontons mit dem dazugehörigen Teil des Oberbaugerätes hergestellt (Tafel I, Fig. 6); eine solche Fähre, gleichviel ob neuer oder alter Art, faßt 60 feldmarschmäßig ausgerüstete Infanteristen oder sechs bis sieben Pferde mit Reitern oder ein Maschinengewehr mit Bespannung und Schützen oder ein Feldgeschütz mit drei Pferden und Bedienung oder ein anderes Kriegsfahrzeug mit so viel Pferden, wie Platz haben. Das Brückengerät kann aber auch zu noch größeren Fähren aus mehreren Pontons verwendet werden, die an übergespannten Tauen als Zugfähren durch Menschenkraft, als Gierfähren durch die Kraft des Stromes oder als fliegende Brücken an einem langen verankerten Tau ebenfalls durch die Arbeit des Stromes von Ufer zu Ufer bewegt werden; derartige Fähren sind aber für überraschendes Übersetzen nicht verwendbar, sie dienen mehr als Ersatz für geschlossene Brücken bei Mangel an Gerät. Beim Bau von **Kriegsbrücken** (Tafel II, Fig. 2) werden die als Unterstützungen dienenden Pontons nach der geforderten Tragfähigkeit der Brücke enger oder weiter aneinandergestellt; auf diese Weise

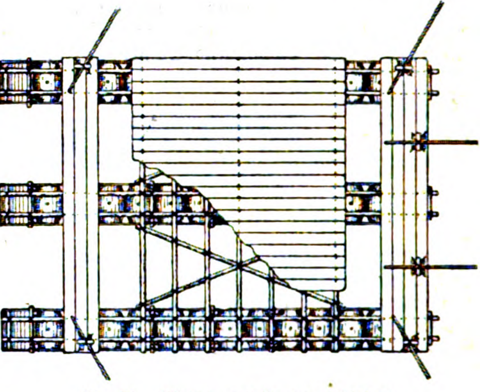


Fig. 10. Fähre aus Tonnenflößen.

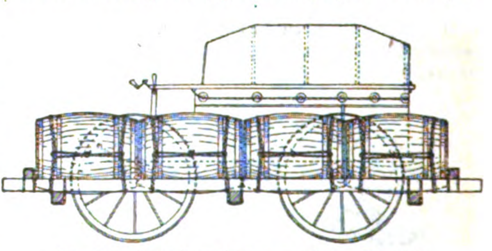


Fig. 11. Schwimmbar gemachter Wagen.

müssen z. B. bei Brücken für schwere Fahrzeuge und Lastzüge zur Erhöhung der Tragfähigkeit die Spannungen verkürzt werden. Die eingedornten Streckbalken werden noch durch Verschnüren mit Leinen befestigt, die Belagbretter durch angeschnürte Ködelbalken festgehalten. Die Brückenbahn hat eine nutzbare Breite von etwa 3 m. Die Verankerung der Pontons erfolgt durch die Anker; um aber die Brücke gegen Schwankungen zu sichern, ist auch eine Verankerung nach unterstrom gegen den Wind notwendig. Die Brücken bedürfen sorgfältiger Befestigung am Lande durch den Landstoß; sehr häufig muß der Übergang vom Landstoß zu den schwimmenden Unterstützungen durch Vermittlung einiger stehender Unterstützungen bewirkt werden. Die Ausführung des Brückenbaues ist durch Vorschriften genau geregelt.

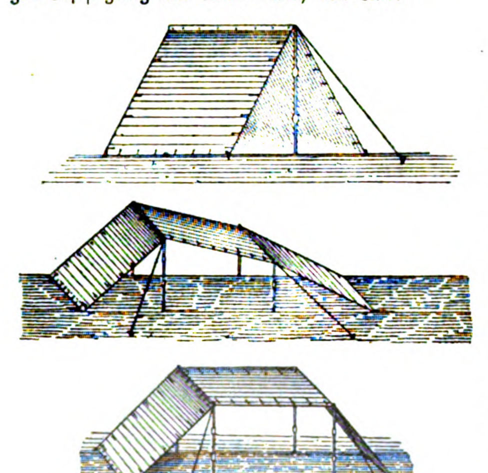


Fig. 12—14. Bauart kleiner Zelte.

Die **Ausführung der Feldbefestigungsarbeiten** ist bereits eingehend im Aufsatz »Stellungskrieg und Nahkampfmittel« (Bd. I, S. 273 ff.) besprochen.

Die **Arbeiten der ständigen Befestigung** werden in dem Aufsatz »Festungen und Festungskrieg« (S. 286 ff.) behandelt.

Im Biwak werden mit der tragbaren Zeltausrüstung **kleine Zelte** für drei Mann und größere Zelte für Züge, Halbzüge und Korporalschaften aufgeschlagen, die je nach dem Wetter in verschiedener Form gebaut werden können (Textfig. 12 bis 14). Geräumigere Zelte stellt man mit den Zeltbahnen unter Zuhilfenahme von Stangen und Brettern her (Textfigur 15). Als Kocheinrichtungen werden Kochgräben und Kochlöcher angelegt, die auch zum Warmhalten oder Wiederanwärmen der in den Feldküchen gekochten Speisen dienen können. Der **Wasserversorgung** wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Brunnen, Schöpf- und Tränkstellen werden genau als Trink-, Koch-, Tränk- und Waschwasserstellen bezeichnet; unbrauchbares Wasser wird kenntlich gemacht. An den Trink- und Kochwasserstellen müssen Vorkehrungen getroffen sein, daß das Wasser stets klar bleibt. Wo das Tränken weder in offenem Wasser noch mit Eimern möglich ist, müssen

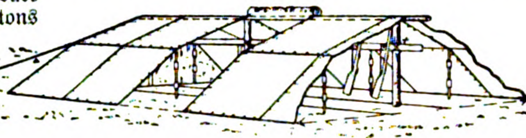


Fig. 15. Größeres Zelt.

Tröge aufgestellt werden. Aborte werden möglichst windabwärts vom Biwakplatz angelegt und mit leichten Wänden von Strauchwerk umgeben; bei längerer Benutzung wird der Unrat täglich mit Erde oder Asche und, wenn möglich, mit Chlorkalk überdeckt. In Lagern werden allseitig geschlossene **Lagerhütten** gebaut, deren Holzgerüst mit Stroh, Schilf oder Strauchwerk bekleidet wird (Textfig. 16—18). Auch Bretterhütten werden hergestellt, die mit Dachpappe, Zeltbahnen oder anderen wasserdichten Stoffen bedeckt und mit Fenstern versehen sind. Winterlagerhütten werden zum Schutz gegen Kälte in die Erde versenkt (Textfig. 19) und mit Feuerungsanlage (eisernen Öfen oder Herden aus Ziegelsteinen) versehen; durch stärkere Erddecke auf tragfähigen Hölzern wird Schutz gegen Sprengstücke erreicht. Für Feldküchen werden Schutzdächer, für Pferde gedeckte Pferdeställe oder wenigstens Windschirme gebaut.

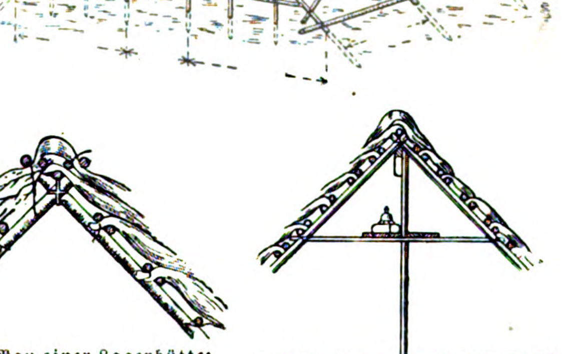


Fig. 16—18. Bau einer Lagerhütte; Deckung mit Stroh und Reisig.

Sind **Sprengungen** auszuführen, so richtet sich die Größe der Ladungen nach den Abmessungen des Bauwerkes, seiner Widerstandsfähigkeit und nach der verfügbaren Zeit. Je flüchtiger die Ladung angebracht werden muß, um so stärker muß sie sein; sie wird nach

bestimmten Formeln errechnet. Zur Zerstörung hölzerner Brücken genügt meist die Sprengung einer oder mehrerer Pfahljoche. Bei kleinen eisernen Brücken müssen sämtliche Träger gesprengt werden, wenn der Fahrverkehr unterbrochen werden soll; bei größeren eisernen Brücken erreicht man eine nachhaltige Störung schon durch Sprengen eines Hauptträgers (Tafel II, Fig. 1). Steinerne Brücken

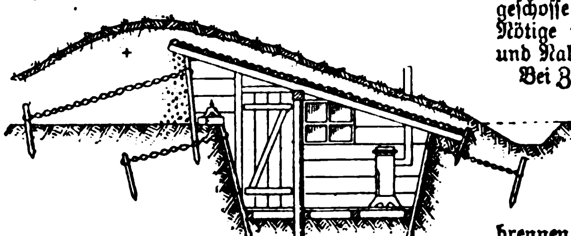


Fig. 19. In die Erde versenkte Winterlagerhütte.

werden durch Sprengen der Brückenpfeiler oder der Brückenbogen zerstört. Pfeilersprengungen sind nur möglich, wenn sich in den Pfeilern vorbereitete Minenanlagen mit Minenkammern befinden (Textfig. 20 u. 21); diese müssen also zuerst gefunden und dann mit den nötigen Ladungen versehen werden. Eisenbetonbrücken sind sehr widerstandsfähig gegen Sprengungen; diese erfordern daher besondere fachtechnische Kenntnisse. Bei Tunnels sind Zerstörungen im Inneren besonders wirksam; auch Sprengung der Eingänge oder der Geleise erfüllt den Zweck. Eisenbahnschienen werden an den Stößen (Textfig. 22) gesprengt; auf Bahnhöfen sprengt man, wenn nötig, Weichen und Gleiskreuzungen (Textfig. 23 und 24). Eisenbahnlokomotiven u. -wagen können durch Spren-

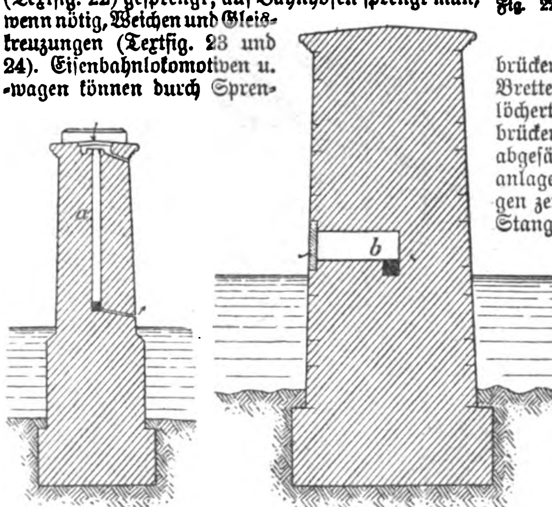


Fig. 20 u. 21. Minenanlagen in steinernen Brückenpfeilern.
a Ladungsrohre nicht begehbar (Ladung muß herabgelassen werden); b begehbarer Stollen; ■ Minenkammer.

gung einer Achsbuchse zerstört werden. Eisdecken werden am einfachsten ebenfalls durch Sprengung geöffnet. Bei der Zerstörung von Telegraphen- und Fernsprechanlagen werden bei Bedarf Telegraphenstangen und unterirdische Leitungen gesprengt. Geschützrohre werden am schnellsten und sichersten zerstört durch eine in das Rohrinnere geschobene Sprengladung, können aber auch durch Auflegen der Ladung auf den vorderen oder hinteren Teil des Rohres zertrümmert werden.

Eine besondere Art der Sprengungen bilden die Minen, die im Kampf um Festungen und vor Feldstellungen nicht nur zur Verstärkung der Hindernisse, sondern auch beim Kampf unter der Erde zur Anwendung gebracht werden. Über sie ist ebenso wie über die Verwendung von Sprengstoffen als Wurfgeschosse (Handgranaten, Minenwerfer usw.) das Nötige in dem erwähnten Aufsatz »Stellungskrieg und Nahkampfmittel« (Bd. I, S. 275ff.) gesagt.

Bei Zerstörungen durch Feuer (Tafel I, Fig. 1) werden Brennstoffe aller Art (Stroh, Hobelspäne, trockenes Reisig, Kohlen u. dgl.) angehäuft und mit Petroleum, Teer, Benzin oder Spiritus getränkt; der Erfolg ist aber namentlich bei Regen und Harthölzern unsicher, auch dauert das Abbrennen immer lange. Deshalb sind, wenn Sprengmittel nicht zur Verfügung stehen, Zerstörungen mit Werkzeugen vorzuziehen. Solche kommen jedoch nur bei hölzernen und Kettenbrücken und bei Telegraphenanlagen in Betracht. Bei hölzernen Brücken werden Belag und Streckbalken entfernt und die Unterstützungen umgelegt; bei chaussierten Holzbrücken muß auch die Straßendecke beseitigt werden. Bei Schiff-

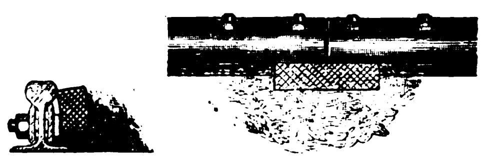


Fig. 22. Anbringung einer Sprengpatrone zur Schienensprengung.

brücken müssen die Schiffe ausgefahren, Balken und Bretter beseitigt oder verbrannt, Schiffsgefäße durchlöchert und versenkt werden; bei Ketten- und Hängebrücken können die tragenden Ketten und Drahtseile abgesägt und abgefeilt werden. Bei Telegraphenanlagen werden die Drähte der oberirdischen Leitungen zerschnitten; durchgefeilt oder durchschlagen, die Stangen abgehauen, zerschnitten oder verbrannt; unterirdische Leitungen werden gleichfalls durchschnitten; die Apparate und Batterien auf den Stationen werden zerschlagen, die Zimmerleitungen zerschnitten und abgerissen.

Zum Sperren von Eisenbahnen werden die Gleise auf freier Strecke in scharfen Krümmungen, Einschnitten, auf Dämmen usw. an mehreren Stellen hintereinander durch Werkzeuge oder Sprengung beseitigt. Andere Gleisunterbrechungen können durch Lösen der Verbindung der Schienen untereinander und mit den Schwellen herbeigeführt werden. Durch geringfügige Gleisbeschädigungen, wie Seitwärtswuchten eines Schienenpaares, Lösen der Befestigungsmittel an den Schienen u. dgl., durch Verschütten des Gleises und durch Hindernisse (schwere Steinblöcke, Baumstämme, umgeworfene Wagen) können empfindliche Betriebsstörungen hervorgerufen werden. Als Beschädigungen auf Bahnhöfen kommen hauptsächlich in Betracht das Unbrauchbarmachen von Weichen und Gleiskreuzungen durch Lösen der Herz- und Kreuzungsstücke, das Zer-

stören der Wasserversorgungsanlagen durch Sprengen der Wasserbehälter (Tafel II, Fig. 3) und Zertrümmern der Pumpen sowie das Zerstören der Weichen- und Signalstellwerke durch Zerschneiden der Drahtzugverbindungen, Zerschlagen der Gestänge, Zerschneiden elektrischer Leitungen usw.

Wegesperren werden an Brücken, Dämmen, Hohlwegen, Dorfstraßen und sonstigen Engwegen durch Verhaue, Barrikaden aus Steinen, Holzstämmen, ineinandergefahrenen Wagen u. dgl., an Straßen auch durch leichtere Zerstörungen an Kunstbauten angelegt. Für Fuhrwerke, namentlich für Kraftfahrzeuge, bilden die aufgerissene Fahrbahn, Quergräben, aufgeschüttete Querwälle, quer über die Straße gespannte Drähte sehr wirksame Sperren; auch große Steine, Anstauung von Wasserläufen, die den Weg unter Wasser setzen und versumpfen, sind Marschsperren. Waldwege werden durch gefällte Bäume, die durch Drahtverflechtung und selbsttätige Minen verstärkt werden, gesperrt. Furten macht man durch festgepflöckte Eggen, Bretter mit Nägeln und Drahtnetze unter Wasser auf einige Zeit unbenutzbar.

Leichtere Unterbrechungen an Telegraphenleitungen bestehen vorzugsweise im Trennen der Leitung auf freier Strecke an mehreren Stellen. Hierbei werden die Drähte zerschnitten. Versteckte Fehler werden durch Anbringen einer Erdableitung, durch Verbinden aller an einem Gestänge befindlichen Leitungsdrähte oder durch Unterbrechung des metallischen Zusammenhanges der Leitung angebracht.

Von den **Beleuchtungsmitteln** werden die Scheinwerfer (Tafel II, Fig. 7) an beherrschenden und flankierenden Geländepunkten hinter oder in der Stellung aufgestellt. Durch paarweises Einsetzen kann die beleuchtete Fläche verbreitert oder die Helligkeit erhöht werden. Das Leuchten erfolgt überfallartig; die Leuchtpausen, die durch Abblenden des Lichtes entstehen, erschweren zugleich dem Gegner das Beschießen der Scheinwerfer. Blendwirkung des Gegners wird schon durch Anleuchten erreicht und durch schnell hin und her pendelndes Licht oder raschen Wechsel von Licht und Dunkelheit verstärkt. Die Wirksamkeit des Scheinwerferlichtes hängt von Gelände und Witterung ab. Unter günstigen Verhältnissen beträgt die Leuchtweite des tragbaren Gerätes etwa 1200 m, die des leichten etwa 2 km und die des schweren etwa 3 km; größere Scheinwerfer haben natürlich erheblich größere Leuchtweite. Das Signalisieren mit Scheinwerfern ist unter günstigen Verhältnissen bis auf 100 km möglich. Die Leuchtpistolen werden von besonders ausgebildeten Schützen im Hochanschlag abgefeuert; die Leuchtpatrone reicht bis etwa 200 m und erhellt einen Umkreis von rund 100 m auf 8—10 Sekunden. Zu längerer Beleuchtung feuert man mehrere Leuchtpistolen nacheinander ab (Tafel II, Fig. 4). Leuchtgeschosse und -bomben sind meist Fallschirmraketen, bei denen das Licht in Form eines Kegels nach unten geworfen wird (Tafel II, Fig. 5 u. 6). Ihre Lichtstärken sind erheblich größer als die der Leuchtpatronen; auch ihr Abbrennen dauert bedeutend länger. Die elektrische Beleuchtung findet namentlich im Festungs- und Stellungskrieg Anwendung, und zwar nicht nur in den rückwärtigen Gebieten, sondern auch in den vorderen Stellungen. Große Beleuchtungszentralen liefern hier in weitverzweigten Leitungen das Licht oft sogar bis vor in die Kampflinie.

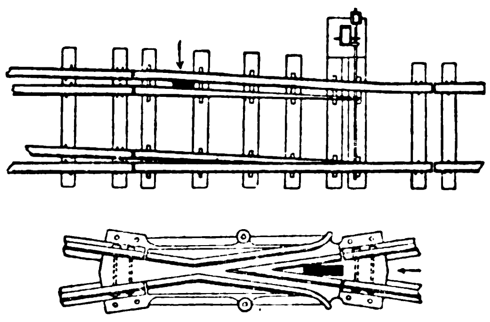


Fig. 23 u. 24. Anbringen von Sprengpatronen an Weichen und Kreuzungen.

Hand- und Faustfeuerwaffen

von Hauptmann Polster in Wandlitz-See (Mark)

Hierzu Tafeln »Hand- und Faustfeuerwaffen I—VI«.

Trotz aller gewaltigen Mörser, Haubitzen und langen Kanonen ist und bleibt die Infanterie die Hauptwaffe im Feld- wie Festungskrieg. Ihr technisches Kampfmittel ist das Gewehr, dessen Leistungsfähigkeit sich die heutigen taktischen Formen des Gefechts anzupassen haben.

Grundlegende Begriffe für die technische Fortbildung und Weiterentwicklung der Handfeuerwaffen legten die Kriege 1866 und 1870/71. In jenem standen sich gegenüber ein schwerfälliger Vorderlader (Österreich) aus dichten Kolonnen mit einer Feuergeschwindigkeit von 1½ Schuß in der Minute und der neue Hinterlader Preußens (Zündnadelgewehr) aus dünnen Schützenlinien mit seiner unvergleichlich höheren Feuerkraft (bis 8 Schuß in der Minute). Der Krieg 1870/71 erwies wiederum die Überlegenheit des kleineren Kalibers. Dem französischen 11 mm-Chassepot-Gewehr war das deutsche 13,6 mm-Kaliber (Zündnadelgewehr) schießtechnisch kaum gewachsen; auf einer Schußweite von 700—1200 m war der deutsche Infanterist wehrlos den Geschossen des weitertragenden Kleinkalibers ausgesetzt.

Auf Grund dieser Erfahrungssätze der beiden Kriege, verbunden mit einschneidenden Fortschritten auf dem Gebiete des Treibmittels sowie der Geschoßkonstruktion, hat die Waffentechnik im Laufe der letzten Jahrzehnte Gewehre geschaffen, die heute in ihren verschiedenartigen Systemen mit zäher Ausdauer um die Feuerüberlegenheit streiten.

Die Anforderungen, die man an ein neuzeitliches Armeegewehr stellt, sind: 1) Große ballistische Leistung, d. h. hohe Treffwahrscheinlichkeit, gute Treffähigkeit, Schußgenauigkeit, große Schußweite, gute Geschoßwirkung, 2) große Feuergeschwindigkeit, 3) leichte Handhabung der Waffe in allen Anschlagstellungen, 4) Einfachheit und Dauerhaftigkeit, 5) unveränderliche Schwerpunktslage, 6) ausreichende Länge zum Gebrauch als Stoßwaffe mit aufgepflanztem Seiten-

gewehr, 7) leichte Herstellung in Massen. Für den **Karabiner**, die Waffe der Kavallerie und einiger Spezialtruppen, gelten im allgemeinen dieselben Anforderungen. Nur bedingt die notwendige geringere Länge des Laufes eine schwächere ballistische Leistung.

Die Hauptteile des Gewehres sind Lauf, Visiereinrichtung, Verschluß, Mehrladevorrichtung und Schaft.

Der **Lauf** hat den Zweck, dem Geschoß die Richtung und die nötige Drehung zur Erhaltung seiner Stabilität zu geben. Sein Herstellungsmaterial ist bester Stahl mit den Eigenschaften zäh, fest bei ausgiebiger Dehnung. Durch Zusatz von Nickel, Kobalt, Wolfram, Chrom u. a. ist der heutige Gewehrstahl von außerordentlicher Güte (Festigkeit 7—8000 kg/qcm, Elastizitätsgrenze 4—5000 kg/qcm, Dehnung 18—25 Proz.). Der Stahlstab wird geschmiedet, gewalzt, gebohrt, gezogen, abgedreht und gerichtet. Zur Fertigstellung des Laufes in der Massenherstellung sind beim deutschen Armeegewehr M/98 67 verschiedenartige Bearbeitungen notwendig (geschmiedeter Laufstab 2500 g, fertiger Lauf 1286 g). Entsprechend dem nach der Mündung zu abnehmenden Gasdruck nimmt auch die Wandstärke des Laufes ab. Zwecks besserer Einlagerung in den Schaft ist der Lauf mit mehreren Absätzen versehen, die auch beim Heißwerden demselben eine weitergehende Ausdehnung gestatten. Theoretisch müßte der Lauf so lang sein, daß die treibende Kraft an der Mündung gleich Null ist, um die Gesamtmasse der Pulvergase auszunutzen. Aus Gründen der Handlichkeit muß jedoch diese Forderung fallen gelassen werden. Im allgemeinen beträgt die Länge eines Infanteriegewehrlaufes 700—800 mm, die eines Karabiners 430—490 mm. Die Bohrung des Laufes, die »Seele«, besteht aus dem glatten Patronenlager und dem zylindrisch gehaltenen gezogenen Teil. Das Patronenlager paßt sich den Abmessungen der Patronenhülse an. Der gezogene Teil faßt eine Anzahl von Zügen (Textfig. 1), die dem Geschoß eine gesicherte Führung geben sollen. Die Drehung der Züge oder der »Drall« (rechts und links) ist mit Ausnahme vom italienischen Armeegewehr, das Progressivdrall (zunehmenden Drallwinkel) besitzt, konstant. Die Drehung der Züge wird in Winkeln oder Längen ausgedrückt: Drallwinkel ist der Winkel, den die Führungskante eines Feldes mit einer in der Seelenwand gedachten, der Seelenachse gleichlaufenden Linie bildet. Die Dralllänge ist die Länge, welche angibt, wie lang der gezogene Teil sein müßte, wenn die Züge in ihm gerade eine volle Umdrehung gemacht hätten. Die Stärke des Dralls ist meist erfahrungsgemäß festgestellt, wie überhaupt die Drallverhältnisse noch wenig geklärt sind. Aus Gründen einer bequemen Herstellung werden meist vier Züge geschnitten, seltener 3, 5, 6 und 7. Die Tiefe der Züge beträgt 0,1—0,2 mm, ihre Breite 2,5—4,5 mm. Die Art der Züge bei verschiedenen Militärgewehren geht aus den Textfiguren 2—4 hervor. Welches als das beste Zugsystem angesprochen werden kann, läßt sich nicht sagen. Deutschland bevorzugt den rechtwinkligen Zug mit oben abgerundeten Ecken. Gemessen wird die Seelenweite des Laufes oder das Kaliber zwischen zwei gegenüberliegenden Feldern; es schwankt zwischen 6 und 8 mm. Einige Kaliberstufen sind aus der Tabelle auf S. 284 zu ersehen. Um dem Geschoß den Eintritt in den gezogenen Teil zu erleichtern und den Rückstoß herabzumindern, sind der gezogene Teil und das Patronenlager durch einen konischen Übergangsteil verbunden. Einigen Waffen ist zur Schonung des Laufmaterials und zu ihrer leichteren Handhabung ein Laufmantel oder ein Handschutz aufgelegt.

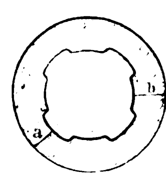


Fig. 1. Laufquerschnitt.
a Zug, b Feld.

Die **Visiereinrichtung**, aus Visier und Korn (Tafel I, Fig. 1—6) bestehend, gibt dem Lauf einen Erhöhungsanhalt für bestimmte Schußweiten. Um die Fehler des Schützen einzuengen, sind lange Visierlinien vorzuziehen (600—700 mm). Man unterscheidet **Rahmen-**, **Treppen-**, **Rahmen-Treppen-**, **Kurven-**, **Quadranten-** und **Fernrohrvisiere**. Letztere sind militärischerseits erst während des Krieges auf beiden Seiten in die Erscheinung getreten. Auf englischen Gewehren angebrachte Zielfernrohre amerikanischen Ursprungs sind etwa 18 cm lang, haben sechsfache Vergrößerung und etwa 7 cm Augenabstand; als Absehen dient ein auf einer Glasplatte eingeritztes Kreuz. Fernerhin ist eine Horizontallinie eingeritzt, die auf 1000 Yards die Mannshöhe von 1,75 m angibt. Die Skala geht bis 3000 Yards. Anforderungen an ein Visier sind: Einfachheit im Einstellen und freies Gesichtsfeld.

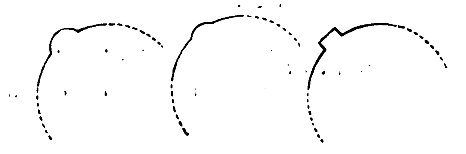
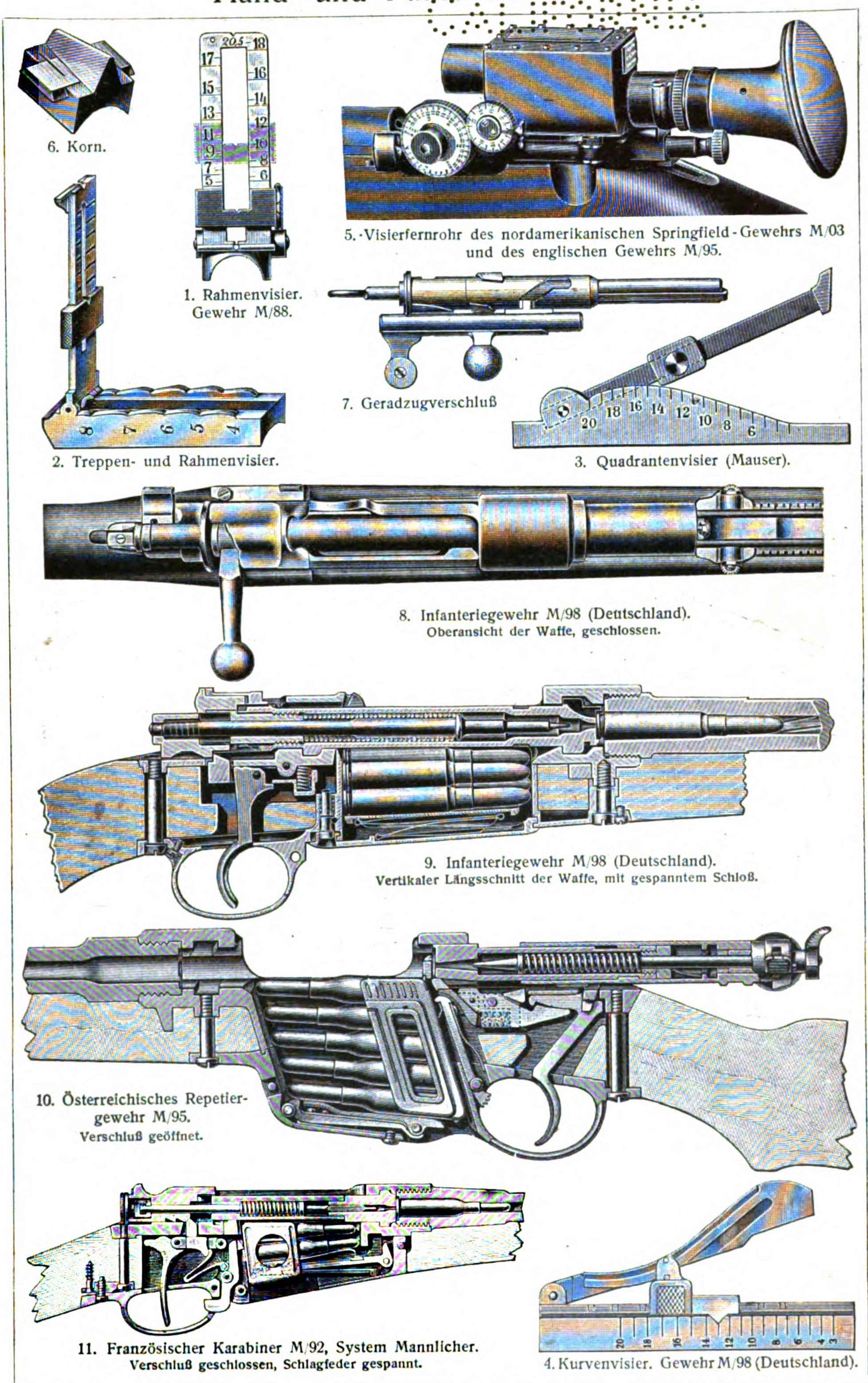


Fig. 2. Österreich. Fig. 3. Dänemark. Fig. 4. Rußland.
Fig. 2—4. Zugprofile.

Der **Verschluß**, auch kurz das **Schloß** genannt, bildet den rückwärtigen Abschluß der Seele, dient als Stoßboden, besorgt das Spannen, Abfeuern und wirft die abgeschossene Patronenhülse heraus. Fast allgemein ist der Zylinderdrehverschluß in Anwendung (eine in einer Hülse bewegliche Kammer, in deren Bohrung Schlagbolzen mit Feder eingelagert sind), der durch Seitwärts- und Rückwärtsbewegung betätigt wird. Vereinzelte Staaten führen den Geradezugverschluß (Tafel 1, Fig. 7), einen Verschlußzylinder, der sich schraubenartig durch Rückbewegung des Kammergriffs in einem anderen Hohlzylinder bewegt. Hierdurch ist zwar der Ladegriff vereinfacht, aber es sind auch hiermit einige Nachteile mit in Kauf genommen, wie ungünstige Hebelverhältnisse beim Lockern der abgeschossenen Patronenhülse, Vorkommen von selbsttätigem Öffnen des Verschlusses usw. Von besonderer Bedeutung beim Verschluß ist die Verriegelung, seine saugende Festlegung, um den Stoß der Pulvergase auszuhalten und den rückwärtigen gasdichten Abschluß der Waffe zu gewährleisten. Es geschieht dies in der Weise (Tafel VI, Fig. 1), daß durch eine Drehbewegung des Verschlußsystems Warzen am Verschlußzylinder in Ausschnitte der Kammerhülse gelegt werden. Günstig ist die Warzenanordnung möglichst weit vorn, und zwar je eine auf jeder Seite, wodurch die Treffähigkeit der Waffe ganz bedeutend erhöht wird. Eine gute und feste Verriegelung ist die Vorbedingung für eine Gleichmäßigkeit der Schußleistung. Sämtliche neuzeitlichen Verschlußeinrichtungen sind **Selbstspanner**, d. h. durch Vor- oder Rückwärtsbewegung des Schlosses erfolgt die Spannung des Verschlusses bei möglichst geringer Kraftentfaltung seitens des Schützen.

Hand- und Faustfeuerwaffen I.



6. Korn.

1. Rahmenvisier. Gewehr M/88.

5. Visierfernrohr des nordamerikanischen Springfield-Gewehrs M/03 und des englischen Gewehrs M/95.

2. Treppen- und Rahmenvisier.

7. Geradzugverschluß

3. Quadrantenvisier (Mauser).

8. Infanteriegewehr M/98 (Deutschland). Oberansicht der Waffe, geschlossen.

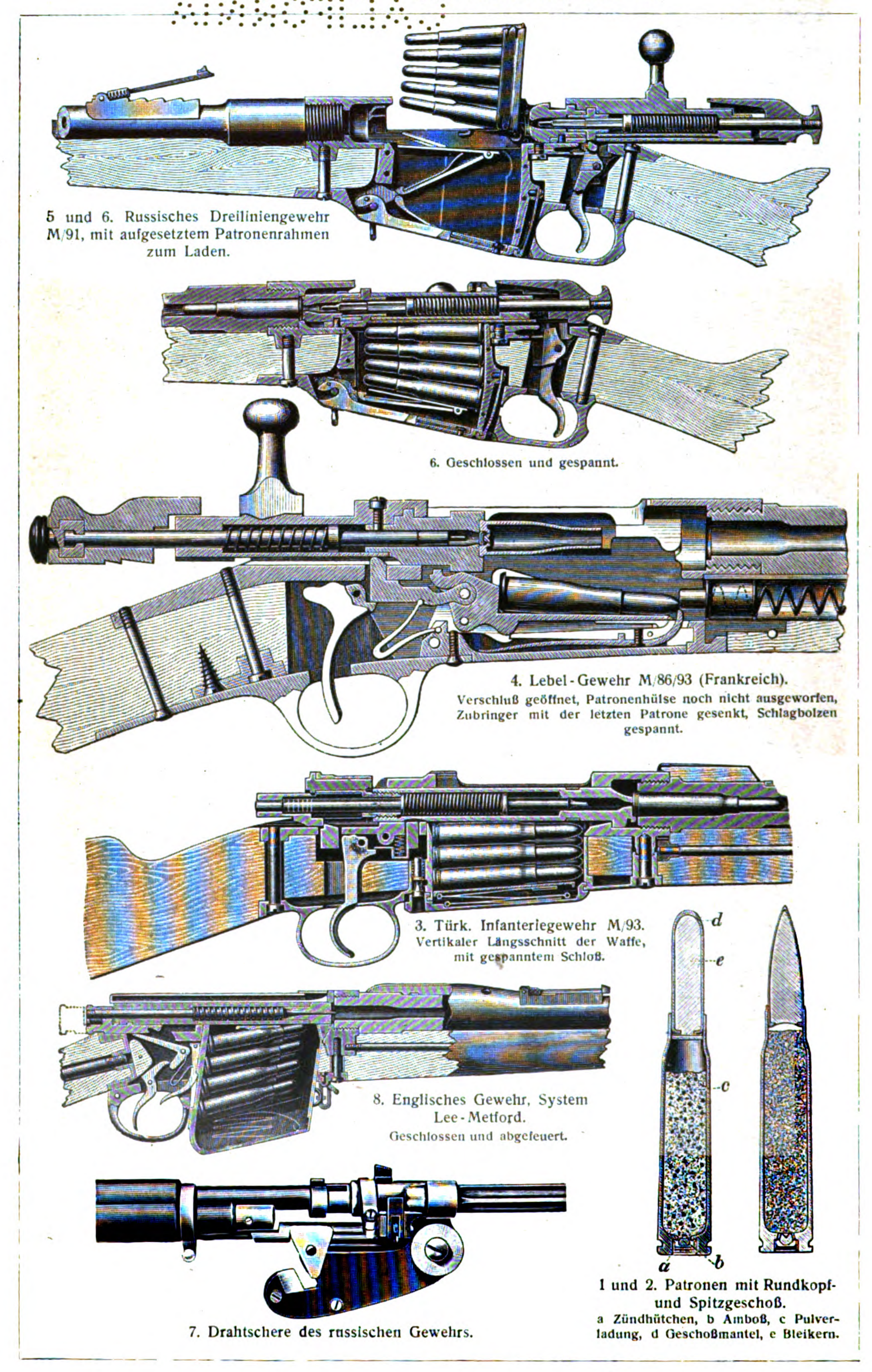
9. Infanteriegewehr M/98 (Deutschland). Vertikaler Längsschnitt der Waffe, mit gespanntem Schloß.

10. Österreichisches Repetiergewehr M/95. Verschluß geöffnet.

11. Französischer Karabiner M/92, System Mannlicher. Verschluß geschlossen, Schlagfeder gespannt.

4. Kurvenvisier. Gewehr M/98 (Deutschland).

Bibliographisches Institut in Leipzig.



5 und 6. Russisches Dreiliniengewehr M/91, mit aufgesetztem Patronenrahmen zum Laden.

6. Geschlossen und gespannt.

4. Lebel-Gewehr M/86/93 (Frankreich). Verschluß geöffnet, Patronenhülse noch nicht ausgeworfen, Zubringer mit der letzten Patrone gesenkt, Schlagbolzen gespannt.

3. Türk. Infanteriegewehr M/93. Vertikaler Längsschnitt der Waffe, mit gespanntem Schloß.

8. Englisches Gewehr, System Lee-Metford. Geschlossen und abgefeuert.

7. Drahtschere des russischen Gewehrs.

1 und 2. Patronen mit Rundkopf- und Spitzgeschoß. a Zündhütchen, b Amboß, c Pulverladung, d Geschoßmantel, e Bleikern.

Hand- und Faustfeuerwaffen III.

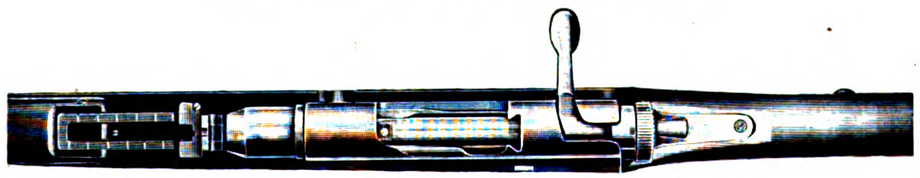
2. Italienisches Gewehr M/91, System Mannlicher.
Verschluß geschlossen, Schlagfeder gespannt.

1. Schraubenvisier des Roß-Gewehrs (Kanada).

3. Italienisches Gewehr M/91, System Mannlicher.
Verschluß geöffnet und gespannt. Volles Magazin.

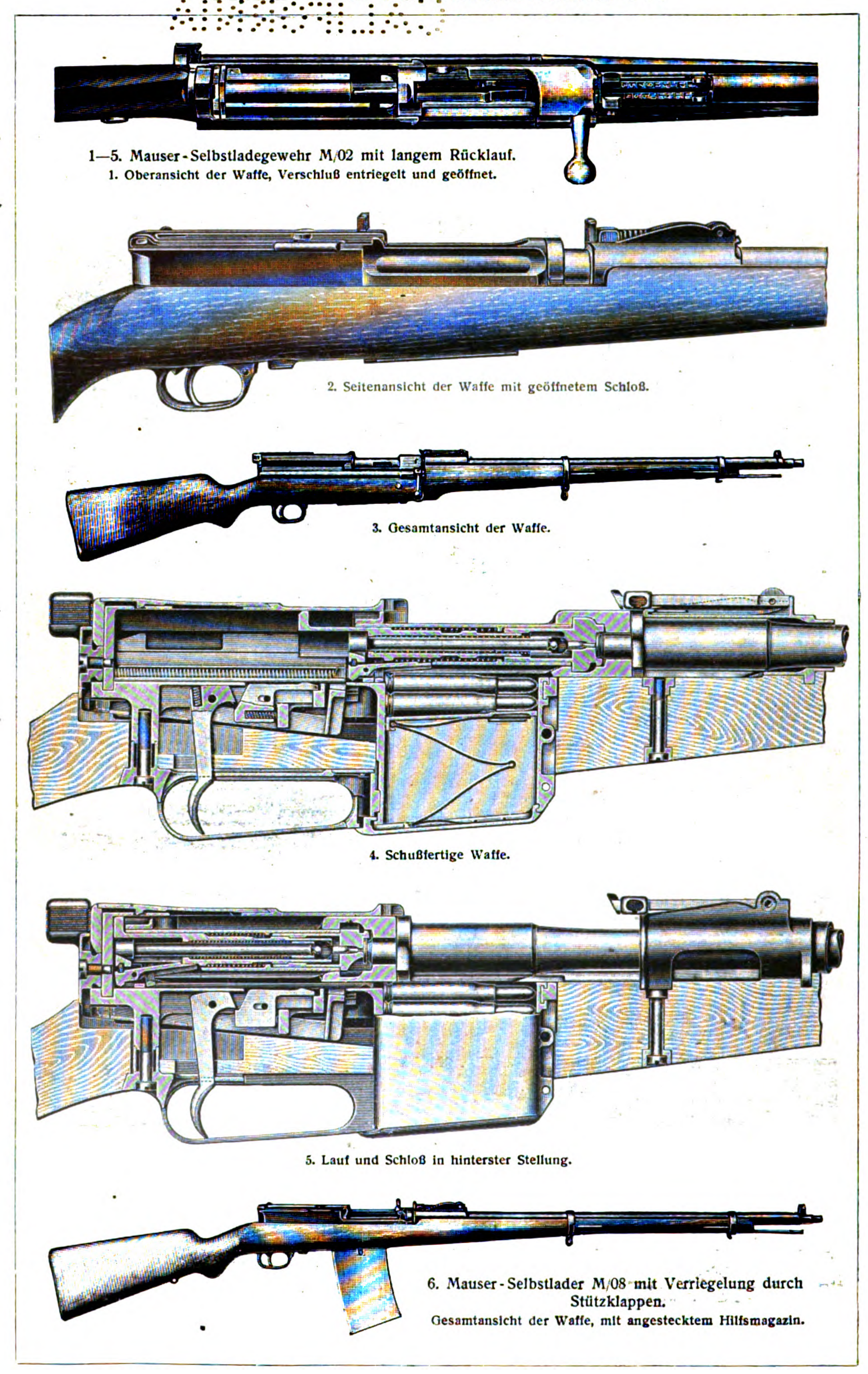
4. Belgisches Infanteriegewehr M/89.
Vertikaler Längsschnitt der Waffe, mit geöffnetem Schloß und gefülltem Magazin.

5. Japanisches Gewehr von oben, ohne Staubdeckel (geöffnet).



6. Japanisches Gewehr von oben, ohne Staubdeckel (geschlossen).

Hand- und Faustfeuerwaffen IV.



1—5. Mauser-Selbstladegewehr M/02 mit langem Rücklauf.
1. Oberansicht der Waffe, Verschluß entriegelt und geöffnet.

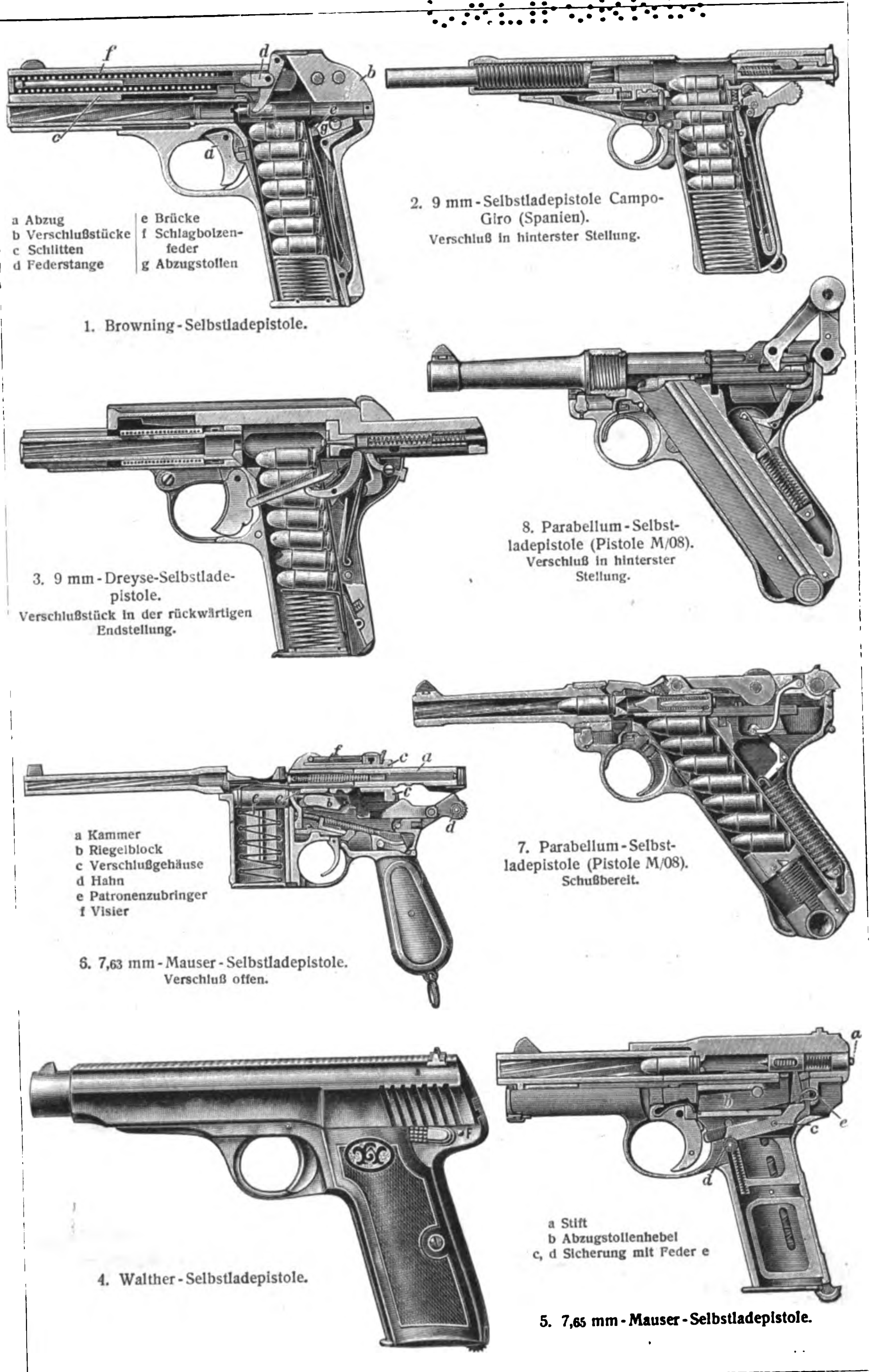
2. Seitenansicht der Waffe mit geöffnetem Schloß.

3. Gesamtansicht der Waffe.

4. Schußfertige Waffe.

5. Lauf und Schloß in hinterster Stellung.

6. Mauser-Selbstlader M/08 mit Verriegelung durch Stützklappen.
Gesamtansicht der Waffe, mit angestecktem Hilfsmagazin.



1. Browning-Selbstladepistole.

2. 9 mm-Selbstladepistole Campo-Giro (Spanien). Verschluß in hinterster Stellung.

3. 9 mm-Dreyse-Selbstladepistole. Verschlußstück in der rückwärtigen Endstellung.

4. Walther-Selbstladepistole.

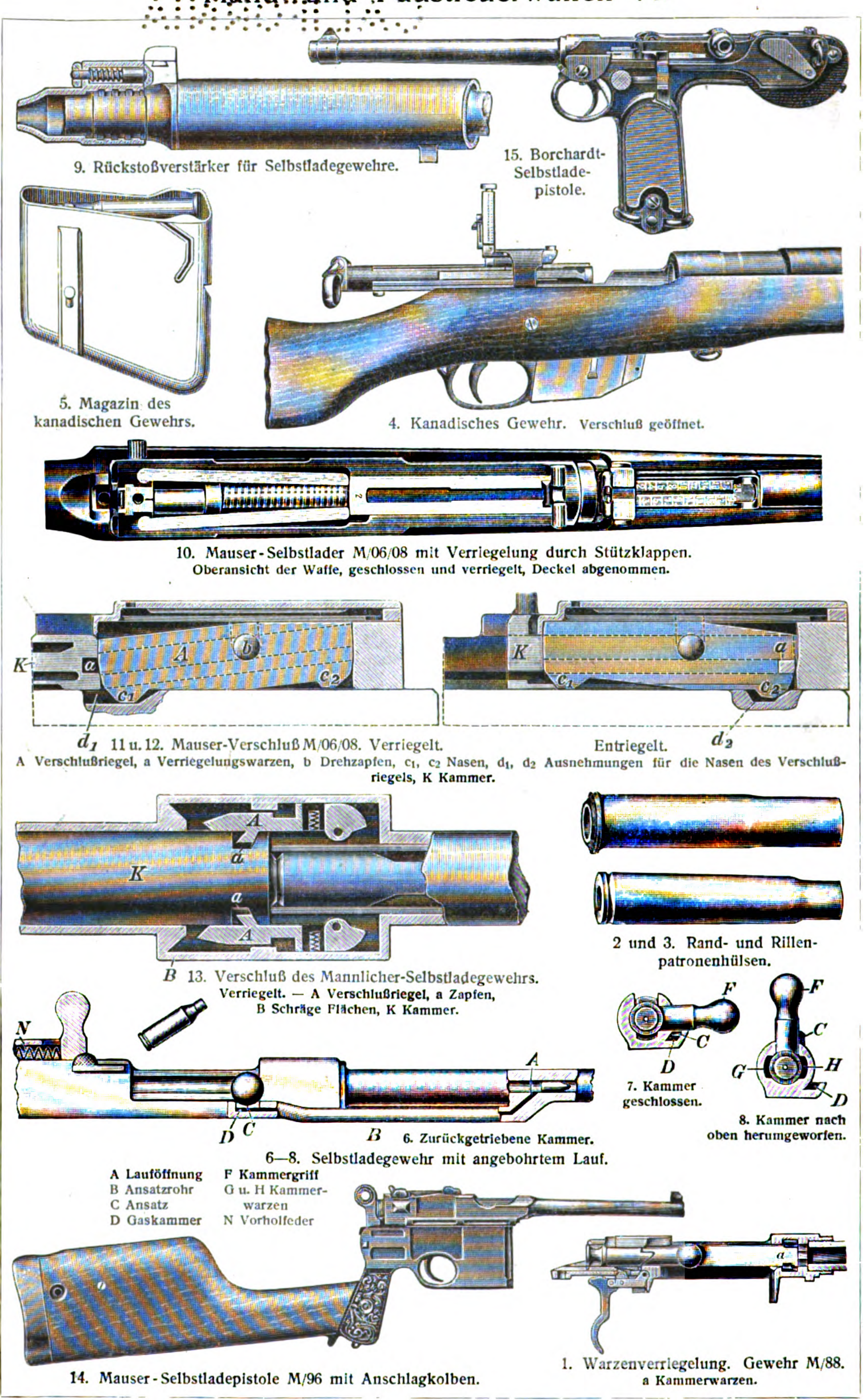
5. 7,65 mm-Mauser-Selbstladepistole.

6. 7,63 mm-Mauser-Selbstladepistole. Verschluß offen.

7. Parabellum-Selbstladepistole (Pistole M/08). Schußbereit.

8. Parabellum-Selbstladepistole (Pistole M/08). Verschluß in hinterster Stellung.

Hand- und Faustfeuerwaffen VI.



9. Rückstoßverstärker für Selbstladegewehre.

15. Borchardt-Selbstlade-pistole.

5. Magazin des kanadischen Gewehrs.

4. Kanadisches Gewehr. Verschluß geöffnet.

10. Mauser-Selbstlader M/06/08 mit Verriegelung durch Stützklappen. Oberansicht der Waffe, geschlossen und verriegelt, Deckel abgenommen.

11 u. 12. Mauser-Verschluß M/06/08. Verriegelt. Entriegelt. A Verschlußriegel, a Verriegelungswarzen, b Drehzapfen, c_1, c_2 Nasen, d_1, d_2 Ausnehmungen für die Nasen des Verschlußriegels, K Kammer.

2 und 3. Rand- und Rillenpatronenhülsen.

13. Verschluß des Mannlicher-Selbstladegewehrs. Verriegelt. — A Verschlußriegel, a Zapfen, B Schräge Flächen, K Kammer.

7. Kammer geschlossen.

8. Kammer nach oben herumgeworfen.

6. Zurückgetriebene Kammer.

6—8. Selbstladegewehr mit angebohrtem Lauf.

A Laufföffnung
B Ansatzrohr
C Ansatz
D Gaskammer
F Kammergriff
G u. H Kammerwarzen
N Vorholfeder

14. Mauser-Selbstladepistole M/96 mit Anschlagkolben.

1. Warzenverriegelung. Gewehr M/88. a Kammerwarzen.

Das neuzeitliche Armeegewehr ist heute ein Mehrlader, eine Waffe, wobei der Mann nicht nach jedem Schuß zur Patronentasche zu greifen hat. Die Mehrladevorrichtungen lassen zwei Gruppen unterscheiden, und zwar 1) das Mannlicher-System (Österreich: Tafel I, Fig. 10; Textfig. 5) mit Einlagerung des Patronenpakets in seiner Rahmenumschließung. Nach Verfeuern aller Patronen fällt der Rahmen leer selbsttätig nach unten heraus; 2) Magazine mit loser Einlagerung (Textfig. 6—9) der Patronen, wobei letztere beim Einladen vom Ladestreifen abgestreift werden, oder aber der Ladestreifen mit eingebracht wird und nach völligem Eindrücken in den Laderaum nach unten herausfällt. Vorteile des ersten Systems: Das Laden erfolgt leicht und sicher, die Entleerung des Magazins rasch ohne Mitwirkung des Verschlusses;

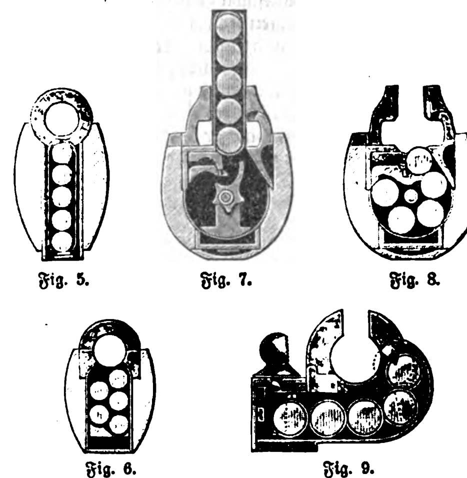


Fig. 5. Patronen in einer Reihe in Packung eingelagert (Mannlicher). — Fig. 6. Patronen in zwei Reihen, lose eingelagert (Mauser). — Fig. 7 u. 8. Trommelmagazin des griechischen Infanteriegewehrs. — Fig. 9. Magazin Krag-Jörgensen.

Fig. 5—9. Mehrladevorrichtungen.

Nachteile: Der Kasten ist unten offen (Verschmutzung), der Patronenrahmen bedeutet eine Gewichtsvermehrung, das Auffüllen des Magazins ist umständlich. Vorteile des zweiten Systems: Der Kasten ist unten geschlossen, der Ladestreifen ist leichter, das Magazin kann jederzeit nachgefüllt werden; Nachteile: Entleerung des Magazins nur mit Hilfe des Verschlusses möglich (außer beim Gewehr Krag-Jörgensen). Eine Ausnahme bildet die Mehrladevorrichtung des französischen Lebel-Gewehrs (Tafel II, Fig. 4), das noch das veraltete Röhrenmagazin besitzt.

Der Schaft soll der Waffe eine leichte einfache Handhabung, einen bequemen Anschlag gewähren und vermittels des Beschlages sämtliche Gewehrteile verbinden. Man gebraucht geteilte und ungeteilte Schäfte. Als Material kommt sorgfältig getrocknetes Nußbaumholz zur Anwendung.

Die Länge einer Infanteriewaffe schwankt zwischen 1,10 und 1,33 m ohne Seitengewehr, ihr Gewicht zwischen 3,5 und 4,8 kg. Eine weitere Gewichtsherabsetzung ist im Interesse des empfindlicher werdenden Rückstoßes nicht annehmbar.

Die Munition der Handfeuerwaffe ist die Messingpatrone in ihrer handlichen Flaschenform; ihre Teile (Tafel II, Fig. 1 u. 2) sind die Messinghülse mit Zündvorrichtung, die Pulverladung und das Geschoß. Man unterscheidet Rand- und Rillenpatronen (Tafel VI, Fig. 2 u. 3). Erstere gestatten ein bequemeres Ausziehen, eine festere Einlagerung in dem Lauf, letztere dagegen eine günstige Einlagerung im Paket, Ladestreifen usw. Die Pulverladung besteht aus Blättchen-, Näpfchen-, Faden- oder Körnerpulver im Gewicht von 2—3,2 g. Der Grundbestandteil ist Schießwolle, nitrierte Baumwolle, deren Beschaffung jetzt in der Kriegszeit auf unserer Seite ganz besonders erschwert ist. Die Bevorzugung der Baumwolle für die Pulverbereitung hat ihren Grund darin, daß sie bei ihrer Reinheit für die Unveränderlichkeit, die Stabilität des fertigen Produktes, die meiste Garantie gewährt. Jetzt in der Kriegszeit ist Ersatz für diesen Hauptbestandteil der Pulverfabrikation in anderen Zellulosepräparaten gefunden, z. B. Holzzellulose u. a., die eine genügende Stabilisierung und Beständigkeit des Materials ergeben haben.



Fig. 10. Das Spitzgeschoß Frankreichs, »Balle D«.

Träger der zerstörenden Kraft ist das Geschoß, ein Rundkopf- oder Spitzgeschoß (Tafel II, Fig. 1 u. 2; Textfig. 10). Als Material hierzu verwendet man einen Hartbleikern (Legierung von Blei und Antimon), umgeben von einem Stahlmantel (Schutz vor Deformation) oder reines Kupfer (Frankreich). Anforderungen, denen die Gewehrmunition entsprechen soll, sind folgende: 1) Geringes Gewicht, 2) geringe Länge, 3) hohe ballistische Leistung. Als Hauptvertreter der heutigen Geschoßsysteme seien das deutsche Spitzgeschoß und das französische Geschoß mit verjüngtem Geschoßhinterteil — zur besseren Überwindung des Luftwiderstandes — erwähnt. Einen Vergleich zwischen beiden Systemen und dem älteren Rundkopfgeschoß gibt nachfolgende Tabelle:

	Rundkopfgeschoß M/88 (R) Deutschland	Spitzgeschoß (S) Deutschland	Balle D Frankreich
Kaliber mm	7,9	7,9	8,0
Geschoß- Gewicht g	14,7	10,0	12,8
Ladungs- Gewicht g	2,65	3,2	2,9
Patronen- Gewicht g	27,9	23,75	27,6
Geschoßlänge mm	31,3	28,0	39,5
Querdichte g/qcm	30,0	20,4	25,5
Anfangsgeschwindigkeit m/sec	640	900	740
Mündungsarbeit mkg	307	413	356
Zahl der Patronen auf 4 kg	141	169	145

Die Überlegenheit des französischen Systems (günstigere Überwindung des Luftwiderstandes) in der Treffähigkeit zeigt sich erst auf Entfernungen über 1600 m.

Geschosse für Sonderzwecke zum Durchdringen leichter Panzerungen (Textfig. 11—13), Ballongeschosse u. a. sind in verschiedener Fertigung vorhanden, haben jedoch wenig Bedeutung erlangt. Durch die im Jahre 1868 abgeschlossene Petersburger Deklaration und späterhin durch die Haager Abkommen ist die Verwendung von Geschossen, bei deren Aufbau eine Zersplitterung im getroffenen Körper beabsichtigt ist (Dumdumgeschosse), z. B. Mantelgeschosse mit Loch, eingeschnittenem Mantel, mit freiliegendem Bleikern, Teilmantelgeschosse usw., auf seiten einer kriegführenden Macht untersagt. Leider sind auch diese Arten

von Geschossen sowie auch solche mit Explosivstoffen gefüllt auf gegnerischer Seite vielfach in die Erscheinung getreten (ganz besonders auf englischer und russischer).

Das anerkannt vollkommenste Gewehr aller kriegführenden Staaten ist das **deutsche Infanteriegewehr** M/98 (Tafel I, Fig. 8 u. 9). Es ist eine Mauser-Konstruktion mit unten geschlossener Mehrladeeinrichtung, bei welcher die Patronen (5) nach Abstreifung eines spangenförmigen Ladestreifens in zwei Reihen lose nebeneinanderliegen. Der Verschluß ist ein Zylinderdrehverschluß mit Selbstspannung und symmetrischer Warzenverriegelung. Zur Vermehrung der Sicherheit bei zu hoher Inanspruchnahme des Gewehrs ist an der Kammer eine dritte, sogenannte Sicherheitswarze angebracht, die auch einen Schutz gegen zurückströmende Gase erzielt. Der Lauf vom 7,9 mm-Kaliber ist mit vier Zügen versehen; zur besseren Handhabung des Gewehrs dient ein Handschutz. Das zur Verwendung gelangte Visier (Tafel I, Fig. 4) hat seitlich je eine kurvenartig gekrümmte Backe (Kurvenvisier) und eine Einteilung von 400 bis 2000 m, steigend um je 50 m. Die Sicherung der Waffe erfolgt in gespanntem Zustande durch Festlegung der Schlagvorrichtung. Der Schaft mit Pistolengriff ist einteilig. Als Beiwaffe dient ein Seitengewehr von



Fig. 11. Fig. 12. Fig. 13.

Fig. 11. Borchardt-Patrone. a Stahldorn, b Bleiumhüllung mit Stahlmantel, streift sich beim Auftreffen ab. — Fig. 12. Krnka-Hebler-Geschoß. G Geschoßkern, M Stahlmantel, L Luftkanal mit Stahlfutter R, S Spiegel. — Fig. 13. Roths Rillengeschoß mit Querschnitt.

Fig. 11—13. Sondergeschosse.

gerader Klinge mit zwei Hohlkehlen und zweischneidiger Spitze. Der Aufsteckzapfen für das Seitengewehr ist an der Waffe unabhängig vom Lauf befestigt und erhöht hierdurch ihre Treffgenauigkeit. Das Gewicht des Gewehrs beträgt 4,1 kg, mit Stoßwaffe 4,58 kg, die Länge ohne Seitengewehr 1,25 m, mit Seitengewehr 1,77 m. Für die Güte der Waffe zeugt die Tatsache, daß dem gleichen Typ angehören die Armeegewehre von Mexiko (M/02), Türkei (M/03), Brasilien (M/04), China (M/06), Paraguay (M/07), von denen letzteres dem deutschen Armeegewehr M/98 vollkommen gleich ist, während die anderen kleine Abweichungen in bezug auf den Lauf und die Visiereinrichtung aufweisen. Ein weiteres Modell, das sich jedoch nur bei den hinter der Front tätigen Formationen befindet, ist das Gewehr M/88, gleichfalls eine Mauser-Konstruktion mit einer Mannlicher-Mehrlade-Einrichtung. Der Karabiner entspricht im wesentlichen dem Aufbau des Infanteriegewehrs. Infolge seines verkürzten Laufes ist seine Anfangsgeschwindigkeit geringer (835 m/sec gegen 900 m/sec). Eine Aufpflanzvorrichtung ist gleichfalls vorhanden.

Das Gewehr M/95 **Österreich-Ungarns** (Tafel I, Fig. 10) ist ein Mittelschaftsmagazin vom 8 mm-Kaliber für fünf Patronen, die in einen Rahmen eingeladen werden. Der Verschluß ist ein Geradezugkolbenverschluß mit senkrechter, unmittelbar hinter dem Patronenboden in Wirkung tretender Warzenverriegelung. Das Gewehr besitzt vier Züge. Das Rahmenvisier mit Schieber, dem des deutschen M/88 ähnlich, reicht von 300—2600 Schritt. Der Schaft besitzt gleichfalls Pistolengriff. Als Seitengewehr dient ein kurzer Dolch mit an der Spitze zweischneidiger Klinge, welcher über eine Warze an der linken Seite des Oberringes geschoben wird. Im Gegensatz zu einem älteren M/90, das einige Abweichungen in bezug auf den Verschluß und die Visieranordnung aufweist, ist das M/95 von verhältnismäßig geringem Gewicht, nämlich 3,5 kg gegen 4,49 kg. Das gleiche Gewehr mit einem Seitengewehr rumänischen Typs führt die **bulgarische Armee**.

Das **türkische Armeegewehr** M/93 (Tafel II, Fig. 3) stellte die erstmalige Anwendung des bekannten neuen Mauser-Mehrladetyps dar. Das 7,65 mm-Kaliber gleicht dem spanischen Gewehr sowie auch dem deutschen M/98 mit einigen Abweichungen, wie federndem Schloßhalter, Magazinabsteller, welcher in der rechten Seite des Hülsenausschnitts angeordnet ist. Ist das Magazin mit fünf Patronen gefüllt, so kann durch die Vorwärtsstellung des durch eine Feder gehaltenen Abstellers das Magazin außer Tätigkeit gesetzt werden. Ein neues M/03 zeigt dieselbe Konstruktion wie das deutsche M/98. Das Seitengewehr gleicht dem deutschen Muster. Die Gesamtlänge der Waffe beträgt ohne bzw. mit Seitengewehr 1,24 bzw. 1,76 m, ihr Gewicht ohne Seitengewehr 4,2 kg.

Die Handfeuerwaffen der Gegner. Zunächst tritt **Frankreich** mit seinem ältesten Gewehr aller Staaten in den Vordergrund. Allgemein war man der Ansicht, daß Frankreich in den letzten Jahren vor dem Kriege zu einer Umbewaffnung seiner Armee schreiten würde, doch nahm man davon Abstand angesichts der schon damals gespannten politischen Lage; auch war die Frage der Einführung eines geeigneten Selbstladegewehrs noch nicht genügend geklärt. So blieb es bei der Bewaffnung mit dem alten Lebel-Gewehr M/86, das mit geringen Abänderungen im Jahre 1893 zum Gewehr M/86/93 (Tafel II, Fig. 4) gestempelt wurde. Für die damalige Zeit war die Waffe hervorragend, entspricht jedoch den heutigen Anforderungen an ein Armeegewehr ganz und gar nicht. Das 8 mm-Kaliber ist ein Mehrlader mit Röhren- oder Vorderschaftsmagazin, wobei die Patronen (8) einzeln in das unter dem Lauf befindliche Magazin geschoben werden. Im Eifer des Gefechts ist das Gewehr demnach nur als Einzellader zu gebrauchen. Weitere Nachteile sind veränderliche Schwerpunktslage der Waffe nach jedem Schuß, schwieriges und zeitraubendes Füllen des Magazins, mangelhafte Erhaltung der Patronen bei längerem Verbleiben im Magazin u. a. Gleichfalls wenig vorteilhaft ist die Sicherung der Waffe, die im Abspannen besteht und öfters versagt. In Erkenntnis der Nachteile eines Röhrenmagazins hat Frankreich einen Teil seiner neuen Gewehre im Kriege mit Mittelschaftsmagazinen ausgerüstet, wie sie bereits beim Lebel- und Mousqueton-Karabiner (Tafel I, Fig. 11) in Anwendung gebracht sind. Der Lauf des Gewehrs ist mit vier Zügen versehen und besitzt Linksdrall. Der Verschluß ist ein Kolbendrehverschluß mit zentraler Warzenverriegelung. Als Visier dient bis 800 m ein Treppen-, von 900—2000 bzw. 2400 m ein Rahmenvisier mit Schieber. Der Schaft ist zweiteilig. Das Stichbajonett ist mit vier Hohlkehlen versehen. Das Gewicht der Waffe beträgt 4,2 kg, seine Länge ohne bzw. mit Stichbajonett 1,30 bzw. 1,82 m. Der Unterschied zwischen dem Lebel- und dem Mousqueton-

Karabiner besteht darin, daß letzterer mit einer Aufpflanzvorrichtung versehen ist. Beide Karabiner verschießen die übliche Gewehrmunition als Paketlader.

Das russische Dreiliniengewehr, System Mossin-Nagant M/91 (Tafel II, Fig. 5 u. 6), ist vom 7,62 mm-Laufkaliber (7,62 mm = 3 Linien); man unterscheidet das Infanteriegewehr sowie das Dragoner- und Kosakengewehr. Beide weichen voneinander durch unbedeutenden Längenunterschied der Läufe ab, ihre ballistischen Leistungen sind fast dieselben. Der Lauf, mit Handschutz versehen, besitzt im Inneren vier scharfkantige Züge. Als Visier gebraucht man ein Treppen-Rahmenvisier; es reicht von 400—3200 Schritt (zu 71 cm). Der Zylinderdrehverschluß wird in seinen Einzelteilen durch eine Verbindungsleiste zusammengehalten. Die Sicherung der Waffe erfolgt durch Zurückziehen und Linksdrehen des Schlößchens. In der Hülse befindet sich eine Vorrichtung, die es verhindert, daß bei Hemmungen zwei Patronen übereinander geladen werden. Vielfach findet man das russische Gewehr in Verbindung mit einer Drahtschere (Tafel II, Fig. 7), die in zwei Ausfertigungen bekannt ist. Angebracht wird diese Schere kurz vor der Mündung; sie wirkt so, daß man den durchzuschneidenden Draht in den sichtbaren Ausschnitt legt und an sich heranzieht. Das Bajonett ist mittels einer Vorrichtung dauernd rechtsseitig am Lauf befestigt. Das Gewicht der Waffe beträgt 4,1 kg, ihre Länge ohne bzw. mit Bajonett 1,30 bzw. 1,73 m. Der Karabiner, gleichfalls M/91, ist etwa 10 cm kürzer als das Infanteriegewehr und gleicht sonst demselben fast vollkommen. Seine Visiereinteilung reicht von 200—1400 Schritt.

England führt für Infanterie und Kavallerie eine Einheitswaffe, ein 7,7 mm-Gewehr M/08 (Tafel II, Fig. 8) mit Mittelschaftsmagazin für zehn Patronen, deren Magazinkasten von unten ansteckbar gehalten (Lee-Konstruktion) ist. Der Lauf besitzt fünf Züge und Linksdrall. Links am Gewehr befindet sich ein Schieber, der zum Abstellen des Magazins und zur Verwendung der Waffe als Einzellader dient. Eine in diesem Schieber ausgebohrte scharfschneidige Öffnung ist als Schneidevorrichtung (Textfig. 14) für Geschosse mit Aluminiumspitzkern vorgesehen, welche die bekannte verwerfliche Dumdumwirkung auslösen. Das Bogenvisier gestattet Entfernungseinstellungen von 200 bis 2000 Yards. Bei mangelhaften Schußleistungen oder seitlichem Wind kann die Visierkimme seitlich verschoben werden. Eine zweite seitliche Visiereinrichtung dient zum Anschlag auf weite Entfernungen. Der Schaft wird zweiteilig angefertigt und besitzt einen Pistolengriff. Das aufpflanzbare Seitengewehr ist zweischneidig. Gewicht der Waffe ist 3,8 kg, ihre Länge ohne bzw. mit Seitengewehr 1,12 m bzw. 1,42 m.

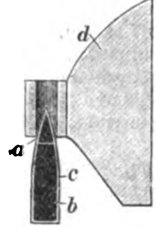


Fig. 14. Vorrichtung am englischen Gewehr zum Abbrechen der Geschoßspitze. a Aluminiumspitze des Kernes, b Bleikern, c Nickelmantel, d Metallriegel mit ausgehöhltem Ansatz zum Anbohren des Geschoßmantels.

Das kanadische Gewehr (Tafel VI, Fig. 4 u. 5), gleichfalls ein 7,7 mm-Kaliber M/10 mit Pistolenschäftung, ist ein Paketlader (fünf Patronen) für Mittelschaftsmagazin. Wie beim englischen System ist der Magazinkasten abnehmbar. Ganz aus den Formen eines Armeevisiers ausfallend ist sein Schraubenvisier (Tafel III, Fig. 1) mit überdachtem Korn und einer Einteilung bis 1200 m. Das Gewehr hat sich im Kriege nicht bewährt; neuerdings ist eine Umbewaffnung der kanadischen Armee mit englischen Gewehren im Gange.

Dem österreichischen Gewehr äußerst ähnlich gehalten ist das italienische Gewehr M/91 (Tafel III, Fig. 2 u. 3): Mannlicher-Typ, 6,5 mm-Kaliber mit einem Mittelschaftsmagazin für sechs Patronen. In den Lauf sind vier Züge mit sich verstärkendem Rechtsdrall eingeschnitten. Bemerkenswerte Einzelheiten sind ein Zylinderdrehverschluß, ein Quadrantenvisier mit einer Einteilung von 600—2000 m. Bei einer Gesamtlänge von 1,28 m ohne Seitengewehr wiegt die Waffe 3,8 kg. Der Karabiner M/91 ist mit einem Seitengewehr ständig verbunden; dieses lagert gewöhnlich in einer Ausnehmung des Vorderschaftes.

Das belgische Gewehr M/89 (Tafel III, Fig. 4), 7,65 mm-Kaliber, ähnelt dem deutschen Gewehr M/88. Es ist eine deutsche Mauser-Konstruktion. Besonders fällt bereits die Streifenladung in die Augen. Die Patronen im Mittelschaftsmagazin lagern lose übereinander. Sonstige Merkmale sind ein Zylinderdrehverschluß mit bereits festem Verschlußkopf, zwei Visiereinrichtungen, und zwar von 100—400 m ein Treppen-, von 500—2000 m ein Rahmenvisier. Gewicht der Waffe ist 4,0 kg, Gesamtlänge ohne Seitengewehr 1,27 m, mit Seitengewehr 1,51 m. Dieselbe Gewehrkonstruktion haben auch zwei Karabiner, die mit und ohne Aufpflanzvorrichtung versehen sind.

Serbien ist gleichfalls mit einem Mauser-Typ ausgerüstet. Es führt ein 7 mm-Mittelschaftsmagazingewehr M/99 und 99/07 für fünf Patronen, die durch einen abstreifbaren Ladestreifen eingeladen werden. (Das gleiche Gewehr führt die spanische Armee.)

In Montenegro ist das bereits behandelte russische Gewehr in Anwendung.

Rumäniens Infanteriebewaffnung besteht aus einem 6,5 mm-Mannlicher-Gewehr M/93. Sonst bietet die Ausführung der Waffe nichts Neues.

Auch das portugiesische Gewehr M/04 von 6,5 mm-Kaliber bietet keine besonderen Merkmale. Es ist eine Mauser-Konstruktion mit einigen Schloßänderungen, die von dem Hauptmann Vergueiro stammen.

Japans 6,5 mm-Infanteriewaffe M/97 bildet eine Zusammenstellung von verschiedenen europäischen Systemen, insbesondere derer von Mannlicher und Mauser. Es ist ein Mittelschaftsmagazin für fünf Patronen in Ladestreifen. Nach Abgabe des letzten Schusses bleibt das Magazin offen. Ein neueres japanisches System (Tafel III, Fig. 5 u. 6) führt über dem Schloß einen Staubdeckel; alle Teile des Schlosses werden ausschließlich durch Federn und Nuten zusammengehalten, wobei das Schloß nach Herausnahme in seine einzelnen Teile zerfällt. Das Seitengewehr ist verhältnismäßig lang. Gesamtgewicht der Waffe ist ohne Seitengewehr 3,9 kg, Länge ohne bzw. mit Seitengewehr 1,29 bzw. 1,66 m. Weitere Einzelheiten sowie Vergleiche bietet die Tabelle auf S. 284.

Ob auf Grund der Erfahrungen im Weltkrieg der Mehrlader beibehalten wird oder alsdann die Zeit gekommen sein wird, ein Selbstladegewehr einzuführen, muß späterer Entscheidung vorbehalten bleiben. Ein Selbstladegewehr ist eine Waffe, bei welcher der nach jedem Schuß bisher unliebsam empfundene Rückstoß (Mehrladegewehre) in eine Arbeitsleistung umgewandelt wird, die das selbsttätige Öffnen des Verschlusses, Auswerfen der abgeschossenen Patronenhülse, Einführen einer neuen Patrone, Schließen des Verschlusses und gleichzeitiges Spannen desselben be-

Infanteriegewehre der kriegführenden Staaten.

Heer	System und Konstruktionsjahr	Kaliber	Gewehr- gewicht	Gewehr- länge (o. S.)	Zahl der Züge	Drall- länge	Verschluß- system	Ladeweise	Patronen im Magazin	Geschoß- art	Geschoß- länge	Gewicht von Geschoß	Gewicht von Ladung	Gewicht von Patrone	Anzahl der Patronen auf 4 kg	Anfangs- geschwin- digkeit	Mündungs- arbeit
		mm	kg	m		mm					mm	g	g	g		m/sec	m/kg
Deutschland . .	Mauser M/98	7,9	4,1	1,25	4	240	Zylinderdreh-V.	Ladestreifen	5	S	28,0	10,0	3,2	23,75	169	900	413
" . .	" M/88	7,9	3,8	1,25	4	240	"	Rahmen	5	S	28,0	10,0	3,2	23,75	169	900	413
Österreich-Ungarn	Mannlicher M/95	8,0	3,5	1,27	4	250	Geradezug-V.	"	5	S	28,0	10,0	3,2	23,75	169	875	391
Türkei	Mauser M/03	7,65	4,2	1,25	4	250	Zylinderdreh-V.	Ladestreifen	5	S	28,0	10,0	3,2	23,75	169	875	391
Bulgarien . . .	Mannlicher M/95	8,0	3,5	1,27	4	250	Geradezug-V.	Rahmen	5	S	28,0	9,5	2,98	24,0	166	830	327
Frankreich . . .	Lebel M/86/93	8,0	4,2	1,30	4	240	Zylinderdreh-V.	Einzeln (Röhrenmagazin)	8	D	39,5	12,8	2,9	27,6	145	740	356
Rußland . . .	Mossin-Nagant M/91	7,62	4,1	1,30	4	240	"	Rahmen	5	S	28,0	9,61	3,26	22,3	179	880	368
England . . .	Lee-Enfield M/03	7,7	3,8	1,12	5	254	"	Ladestreifen	10	S	28,0	11,0	2,28	24,7	162	730	293
Italien	Mannlicher-Carcano M/91	6,5	3,9	1,28	4	520–200	"	Rahmen	6	S	30,0	10,45	2,28	22,0	181	700	258
Serbien	Mauser M/99	7,0	4,0	1,23	4	220	"	Ladestreifen	5	R	30,8	11,2	2,45	24,9	160	680	280
Montenegro . .	Mossin-Nagant M/91	7,62	4,1	1,30	4	254	"	Rahmen	5	S	28,0	9,51	3,26	22,3	179	880	368
Rumänien . . .	Mannlicher M/93	6,5	4,0	1,23	4	200	"	"	5	R	31,36	10,33	2,35	22,71	176	710	260
Portugal . . .	Mauser-Vergueiro M/04	6,5	3,7	1,11	4	195	"	Ladestreifen	5	R	32,0	10,10	2,91	24,10	168	720	260
Japan	Arisaka M/97	6,5	3,9	1,27	6	200	"	"	5	S	31,5	9,0	2,15	21,0	185	870	340

werkstelligt, so daß sich die Tätigkeit des Schützen nur auf das Zielen und Abdrücken jedes Schusses erstreckt. Der Unterschied zwischen Selbstladegewehr und Maschinengewehr liegt also dann nur noch darin, daß bei ersterem jeder Schuß vom Schützen ausgelöst werden muß, während beim Maschinengewehr eine Reihe von Schüssen freigegeben wird. Selbstladegewehre sind bisher in allen Staaten in Versuch gewesen; in Mexiko wurde ein solches bereits vor einer Reihe von Jahren eingeführt, auch ist es zur Zeit auf allen Kriegsschauplätzen vorzufinden.

Vorteile eines Selbstladers sind: Größere Feuergeschwindigkeit; Erträglichkeit eines längeren Schnellfeuers durch Wegfall der Ladebewegung; Aufhebung des Rückstoßes; größere Ruhe des Schützen, daher besseres Zielen möglich; ein Doppelladen im Eifer des Gefechts ist ausgeschlossen; bessere Ausnutzung der Deckung (Kopf- und Armbewegung); Möglichkeit einer durch Fortfall des Rückstoßes vorzunehmenden erhöhten Mündungsarbeit (Auftreffenergie) zum Durchschlagen von leichten Panzerdeckungen u. a. Nachteile: Nicht so einfacher Mechanismus, Hemmungen daher häufiger; Möglichkeit einer Munitionsverschwendung; blindes Laden wird durch Wegfall des Rückstoßes nicht so leicht bemerkbar; vermehrte Herstellungskosten u. a.

Welche Anforderungen an ein Selbstladegewehr zu stellen sind, geht aus den verschiedenen Ausschreibungen einzelner Heeresstaaten am deutlichsten hervor, und zwar kurz wie folgt:

Belgien: Kaliber nicht unter 6,5 mm bei mindestens gleichen ballistischen Leistungen auf den Hauptgefechtsentfernungen wie beim jetzigen Infanteriegewehr. Gewicht mit Seitengewehr nicht über 4,5 kg. Magazin für mindestens fünf Patronen. Visierstellung bis 2000 m. Verwendung als Einzel-, Mehr- und Magazinlader, möglichst auch Waffe für die Kavallerie. Hand- und automatische Sicherung.

England: Kaliber zwischen 6,86 und 7,11 mm. Gewicht nicht über 4,8 kg. Magazin für mindestens fünf Patronen. Randlose Patronenhülse. Verwendung als Einzel-, Mehr- und Magazinlader. Sichtbares Zeichen bei Magazinleere. Unmöglichkeit des Abfeuerns vor völliger Verriegelung des Verschlusses.

Frankreich: Kaliber nicht unter 6,5 mm. Gewicht mit leerem Magazin und ohne Seitengewehr nicht über 4,2 kg. Magazin für fünf und mehr Patronen. Feuergeschwindigkeit mindestens 20 Schuß in der Minute. Schußleistungen mindestens die gleichen des jetzigen Armeegewehrs. Verwendung als Einzel-, Mehr- und Magazinlader.

Ähnlich sind auch die gestellten Forderungen von Rußland, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern gehalten.

Die bisher bekannten Selbstladegewehre lassen sich in folgende Gruppen zusammenfassen:

1) Gasdrucklader mit vorwärtsgleitendem Lauf (Mannlicher, Hastron).
2) Gasdrucklader mit Betätigung des Verschlusses durch Einwirkung von Patronenboden oder Zündhütchen (Mannlicher, Krnka, Roth).
3) Gasdrucklader mit aufgesetzter Gaskammer (Colt, Kretz).
4) Gasdrucklader mit kurz vor der Mündung angebohrtem Lauf (Mannlicher, Cei, Berthier, Mondragon, Amerigo de Rigotti u. a.).
5) Gasdrucklader mit langem Rücklauf von Verschluß und Lauf (Mauser, Saurer, Frommer, Kjellmann, Madsen u. a.).
6) Gasdrucklader mit kurzem Rücklauf des Laufes und weiterm Alleinrücklauf des Verschlusses (Mauser u. a.).

Faustfeuerwaffen (Selbstladepistolen).

System	Konstruktion	Kaliber mm	Pistolen- länge mm	Pistolen- breite mm	Pistolen- höhe mm	Lauf- länge mm	Ge- wicht g	Magazin- anordnung	Patro- nen- anzahl	Gewicht von Pa- trone g	Gewicht von Pul- ver g	Gewicht von Ge- schoß g	Anfangs- geschwin- digkeit m/sec	Mün- dungs- arbeit m/kg	Als Kriegswaffe eingeführt in
Bergmanns Mars-Bayard	Fester Lauf, gefederter Verschluß	9	250	28	150	—	1000	Ladestreifen u. Laderahmen	6	12,9	0,45	8,3	360	55	Spanien, Dänemark
Campo Giro M/13 . . .	desgl.	9	—	—	—	149	1100	Laderahmen	8	12,9	0,4	8,3	340	48,9	Spanien
Browning	desgl.	7,65	163	22	102	102	654	"	7	7,7	0,2	4,8	270	17,7	Belgien u. a.
desgl.	desgl.	9	205	31	116	152	1009	"	7	—	0,35	7,2	330	39,9	Schweden
Colt-Browning	Lauf schwingt nach rückwärts und unten, Hahnschloß	11,5	216	—	—	127	1110	"	—	—	—	14,9	250	46,5	Vereinigte Staaten
Clément.	Fester Lauf, gefederter Verschluß	7,65	150	20	100	70	638	"	6	7,7	0,2	4,8	280	18,8	—
Dreyse	desgl.	7,65	160	28	116	93	650	"	7	7,7	0,2	4,8	290	20,6	—
desgl.	desgl.	9	210	—	130	130	1075	"	7	12,5	0,37	8,0	330	46	Preußen, Gendarmerie
Frommer	Langer Rücklauf, Hahnschloß	7,65	185	22	125	—	640	"	8	—	0,2	4,7	300	21,56	Ungarn, Gendarmerie
Mauser M/02	Bewegl. Lauf, verriegelt, Hahnschloß	7,65	290	32	150	140	1150	Ladestreifen	10	10,7	0,5	5,5	430	51,8	Türkei, Italien
Mauser	Fester Lauf, gefederter Verschluß	7,65	153	27	110	87	600	Laderahmen	8	7,7	0,2	4,8	290	20,5	Deutschland
Österr. Repetierpistole M/07	Beweglicher Lauf, verriegelt	8	243	—	145	—	990	"	10	—	0,25	7,5	305	36,1	Österreich-Ungarn
Parabellum	Bewegl. Lauf, Kniegelenkverschluß	7,65	235	38	135	120	890	"	8	10,5	0,35	6,0	350	37,46	Schweiz, Bulgarien
desgl. (Armeepistole M/08)	desgl.	9	217	35	135	102	890	"	8	12,5	0,35	8,0	310	39,18	Deutschland, Portugal, Brasilien, Chile, Holland, Rußl., Ver. Staaten
Walther.	Fester Lauf, gefederter Verschluß	9	205	24	130	122	850	"	9	12,5	0,35	8,0	—	—	—

Sämtliche Gewehre sind verriegelt, unverriegelte Selbstladeverschlüsse haben sich bei dem vorherrschenden hohen Gasdruck in der Waffe als vollkommen unzuverlässig erwiesen und eignen sich zur Zeit nur für Faustfeuerwaffen (Mündungsarbeit beim Infanteriegewehr M/98 413 mkg, bei der deutschen Pistole M/08 39 mkg). Die zu 1) bis 3) erwähnten Gasdrucklader sind wenig entwicklungsfähig gewesen. Größere Bedeutung dagegen erlangen die übrigen Systeme.

Selbstladegewehre mit einer Querdurchbohrung des Laufes kurz vor der Mündung sind von einfacher Konstruktion, wobei die Gasdruckselbstladevorrichtung mit geringen Kosten bei der Umänderung jedes Mehrladers zum Gasdrucklader Verwendung finden kann. Die Wirkungsweise einer solchen Waffe (Tafel VI, Fig. 6—8) ist kurz folgende: Durch Eintritt von Treibgasen beim Schuß in ein Ansatzrohr A (B) und alsdann in eine Kammer D wird der Verschlußhebel F herumgeworfen, entriegelt (Warzen G und H) und zurückgetrieben. Das Vorgleiten des Verschlusses geht durch eine vorher gespannte Vorholfeder N vor sich. In dieser Art ist auch das mexikanische Mondragon-Gewehr gehalten, das den hierfür geeigneteren Geradzugverschluß aufweist (Kaliber 7 mm, Gewicht 4,12 kg, Anzahl der Patronen im Magazin 10, Geschoßgewicht 11,2 g, Anfangsgeschwindigkeit 710 m/sec).

Bei Selbstladegewehren mit langem Rücklauf (Tafel IV, Fig. 1—5) gehen Lauf und Verschluß fest verbunden und verriegelt bis an das Ende der rückwärtigen Bahn zurück. Hier folgt eine Trennung von Lauf und Verschluß, der Lauf gleitet vor, die leere Patronenhülse wird herausgeworfen; alsdann schnellt der Verschluß vor und schiebt hierbei eine neue Patrone in den Lauf. Weit größere Bedeutung haben die Selbstladegewehre mit verkürztem Rücklauf (Tafel IV, Fig. 6; Tafel VI, Fig. 10—13) gefunden. Hierbei gleiten Lauf und Verschluß verbunden nur eine kurze Strecke zurück (Entriegelungsvorgang), worauf der Lauf durch eine gespannte Feder wieder vorgedrückt wird, der Verschluß allein weiter zurückgleitet und die fernere Schußbereitschaft des Gewehrs herbeiführt. Der Vorteil dieses Systems besteht in der verkürzten Schloßeinrichtung (Augenabstand), einer schnelleren Feuerabgabe infolge der verkürzten Bewegungen u. a. Zum Schießen mit Platzpatronen als Vorbereitung für das gefechtsmäßige Schießen werden zur Selbstbetätigung des Verschlusses Rückstoßverstärker (Tafel VI, Fig. 9) zwecks Drosselung der Gase, ähnlich wie beim Maschinengewehr, aufgesetzt. Einzelheiten von bekannten Selbstladegewehren ergeben die Abbildungen.

Faustfeuerwaffen.

Die einhändig betätigte Handfeuerwaffe, der alte »Fäustling«, hat in dem jetzigen Kriege eine ganz besondere Bedeutung und Verbreitung gewonnen. Nicht nur die Kavallerie ist mit demselben ausgerüstet, sondern auch zahlreiche andere Truppengattungen führen ihn zur Nahkampfverteidigung. In ihrer technischen Ausführung hat die Selbstladepistole heute den alten Trommelrevolver vollkommen verdrängt; letzterer dürfte sich nur bei älteren Jahrgängen, zum Teil auch in Japan und einigen kleinen Heeresstaaten, noch vorfinden. Anforderungen an eine geeignete Armee-Faustfeuerwaffe sind: 1) Einfachheit in ihrer Konstruktion; 2) Übersichtlichkeit über den Ladezustand der Waffe (gespannt, gesichert, Patrone im Lauf, Patronen verschossen usw.); 3) ausreichende Treffwirkung, große Zerstörungsarbeit und eine gewisse Schußweite.

Die alten Armeerevolver mit ihren einfach betätigten Trommelmagazinen seien hier außer Acht gelassen und nur dem neuen Selbstladetyp Aufmerksamkeit geschenkt. Man unterscheidet Selbstladepistolen 1) mit feststehendem Lauf und gefedertem unverriegeltem Verschluß, 2) mit beweglichem Lauf und verriegeltem Verschluß. Der Verschlußteil bei erstgenanntem System preßt sich allein durch Federkraft gegen die hintere Fläche des Laufes. Die Schwere des Verschlußstückes ist gewöhnlich so gehalten, daß das Geschoß den Lauf mit Sicherheit verlassen hat, bevor es durch den Druck der nach hinten wirkenden Gase die Rückwärtsbewegung meßbar angetreten hat. Angestrebt und erreicht ist anderseits gleichzeitig, daß die Waffe nicht eher abgefeuert werden kann, bevor die gasdichte Verbindung zwischen Verschlußstück und Lauf hergestellt ist. Dieser Klasse von Pistolen gehört die Mehrzahl an, wie Browning, Pieper, Clément, Dreyse, Mauser, Walther, Campo-Giro u. a. (Tafel V, Fig. 1—5).

Die Selbstladepistolen mit beweglichem Lauf und verriegeltem Verschluß lassen Lauf und Verschluß zunächst ein Stück zurückgehen, worauf die Trennung und die gleichzeitige Entriegelung erfolgt. Vertreter dieser Selbstladepistolen sind die Systeme Mauser M/02, Parabellum, Bergmann, Mannlicher u. a. (Tafel V, Fig. 6—8; Tafel VI, Fig. 14).

Die Kriegswaffen sind im Kaliber von 7,65 mm an aufwärts gehalten. Als Geschoß verwendet man kurze Nickelstahlmantelgeschosse, meistens in der bekannten Browning-Abmessung. Zur Erhöhung der Aufhaltekraft werden beim deutschen System M/08 die Geschoßspitzen etwas abgeflacht. Trotz Vollmantel, wodurch eine Zersplitterung des Geschosses im Körper kaum denkbar ist, wurde dieses Geschoß von gegnerischer Seite als sogenanntes Dumdumgeschoß angesehen. Demgegenüber wird durch einen Erlaß des Generalquartiermeisters (24. September 1914) bekanntgegeben: »Das abgeplattete Vollmantelgeschoß der vorschriftsmäßigen Armeepistole ist nicht als Dumdumgeschoß anzusehen«.

Von der großen Anzahl der Pistolenarten seien hier zwei Modelle aufgeführt, die Browning-Selbstladepistole und die deutsche Armeepistole M/08.

Die Wirkungsweise der Browning (Tafel V, Fig. 1) ist kurz folgende: Durch Druck auf den Abzug a wird der Schlagbolzen frei und entzündet die Patrone. Die Pulvergase schieben jetzt Verschlußstück b sowie Schlitten c, die miteinander verbunden sind, zurück. Hierbei werden Federstange d und Schlagbolzen e gleichfalls zurückgenommen. Bei dieser Bewegung wird die zugleich als Verschlußfeder dienende Schlagbolzenfeder f gespannt. Beim Vorlauf wird nun eine neue Patrone in den Laderaum geschoben; die Nase des Abzugstollens g tritt in die Spannrast, und durch einen Hebel wird die Schlagbolzenfeder gespannt gehalten.

Die deutsche Armeepistole M/08 (Tafel V, Fig. 7 u. 8) wirkt folgendermaßen: Nach Auslösung der Pulvergase werden Lauf und Verschluß vollkommen verriegelt so weit zurückgetrieben, bis die Gelenkknöpfe durch kurvenartig ausgearbeitete Seitenschilde kniegelenkartig hochschnellen. Der Lauf geht dann nach Entriegelung wieder vor, während das Kniegelenk noch weiter zurückschnellt. Das letztere streckt sich alsdann, wobei das Neuladen einer Patrone vor sich geht und die Waffe wieder schußfertig gemacht wird. Vorläuferin dieser bewährten Armeepistole ist die Borchardt-Pistole (Tafel VI, Fig. 15).

Im Interesse einer weiteren günstigen Entwicklung der Selbstlade-Faustfeuerwaffe ist der Wunsch einer Einheitsmunition für die verschiedenartigen Modelle, besonders für Kriegszwecke, von hoher Bedeutung. Bemerkenswert ist, daß dieselbe Munition, wie sie von der Armeepistole M/08 verfeuert wird, auch von der neuen Walther-Pistole (Tafel V, Fig. 4) benutzt werden kann. Eine Anzahl kriegsbrauchbarer Selbstladepistolen verzeichnet die Tabelle auf S. 285.

Festungen und Festungskrieg

von Hauptmann a. D. Oefele in Würzburg

Der Verlauf der Festungskämpfe im Weltkrieg hat in Laienkreisen fast allgemein zu der Ansicht geführt, daß durch die unerwartet gesteigerte Zerstörungskraft der Artillerie Festungen überflüssig geworden seien oder doch zum wenigsten an Bedeutung erheblich verloren hätten; der schnelle Fall der belgischen, französischen und russischen Festungen bestätige das zur Genüge. Vielfach hat man aus diesen Vorkommnissen den weiteren Schluß gezogen, daß Festungen nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich für die Kriegführung seien. Diese angesichts der Tatsachen wohl begreiflichen Folgerungen sind nicht zutreffend, weil sie nur auf den äußeren Erscheinungen und nicht auf den inneren Ursachen aufgebaut sind.

Der Wert einer Festung darf nicht nach dem sichtbaren Erfolg oder Mißerfolg beurteilt werden, sondern ist durch den Zweck begründet, dem sie dient. Die Aufgaben einer Festung sind nicht unbeschränkt. Im Gegenteil. Festungen haben, wie jeder Teil des Heereskörpers, ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen, die sehr voneinander verschieden sind. Erfüllen sie diese Aufgaben, so sind sie nicht wertlos, sondern von Nutzen, wenn dies auch nach den äußeren Erscheinungen augenblicklich nicht zutage tritt. Eine Festung kann ihre Aufgaben auch nur eine bestimmte Zeit erfüllen. Denn jede Festung hat nur eine beschränkte Lebensdauer und kann bezwungen werden. Es ist dies nur eine Frage der Zeit und der aufgewendeten Mittel. Die überraschend schnelle Überwindung durch das Feuer der schweren Artillerie berechtigt daher ebensowenig wie die nach langer, zäher Verteidigung durch Hunger veranlaßte Kapitulation ohne weiteres zu einer verminderten Bewertung der gefallenen Festung.

Die Festungen müssen aber, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen, zweckmäßig gebaut und genügend ausgebaut sein sowie richtig verwendet und tatkräftig verteidigt werden. Hierzu ist es vor allem notwendig, daß die fortifikatorische Verteidigungsstärke einer Festung in technischer und taktischer Beziehung den artilleristischen und pioniertechnischen Angriffsmitteln gewachsen ist, sonst muß allerdings die Festung in mehr oder minder kurzer Zeit zu Fall kommen. Der Einfluß der Festungen und ihr Nutzen für die Kriegshandlung hängen jedoch ausschließlich von dem Gebrauch ab, den die Führer von ihnen zu machen verstehen. Freilich ist es auch hierbei Voraussetzung, daß ihre Lage, ihr Bau und ihr innerer Wert die zweckmäßige

Ausnutzung zulassen. Schädlich können Festungen aber nur durch ihre falsche Verwendung werden.

Zur Klärung der Anschauungen sollen im folgenden nun vor allem die Bedeutung der Festungen und ihre Entwicklung kurz vor Augen geführt werden. Dann soll der Festungsbau der Gegenwart erörtert und dabei gestreift werden, welche Folgerungen aus den Erfahrungen des jetzigen Krieges gezogen werden müssen. Und endlich soll der Kampf um Festungen selbst, die Verteidigung und der Angriff, in kurzen Zügen behandelt werden.

Die Bedeutung der Festungen.

Der ursprüngliche Zweck der Festungen war die Sicherung des Ortsbesitzes. Militärisch oder politisch wichtige Orte mußten durch widerstandsfähige Befestigungen vor feindlicher Wegnahme geschützt werden. Bald trat zu dieser Aufgabe auch noch eine operative Ausnutzung. Die Verbesserung der Verbindungen, die Eisenbahnen, die industrielle Entwicklung und das Anwachsen der Heere ließen aber die reine Ortssicherung mit der Zeit ganz in den Hintergrund treten. Heute werden die Festungen nur für operative Zwecke ausgenutzt und erlangen erst im Zusammenhang mit dem Operationsheere ihre rechte Bedeutung.

Dabei haben die Festungen vom strategischen Standpunkt aus sowohl passiven wie aktiven Wert. Die passive Wirkung zeigt sich dadurch, daß schon ihr Vorhandensein einschränkend und lähmend auf den Aufmarsch und die Bewegungen des Gegners wirkt. Die aktive strategische Bedeutung der Festungen liegt darin, daß sich die eigenen Heeresoperationen auf sie stützen.

Die Rollen, welche die Festungen im Rahmen der Operationen zu spielen haben, sind verschieden. Bei Beginn des Krieges, in der Periode der Mobilmachung und des Aufmarsches, dienen die Festungen als Stützpunkte für den Grenzschutz und gestatten infolge ihres großen Wirkungsbereiches eine Einschränkung der Zahl der Grenzschutztruppen. Dann sollen sie die Mobilmachung und den Aufmarsch des eigenen Heeres decken und ein überraschendes Vorgehen des Gegners verhindern (französische Befestigungslinie an der deutschen Grenze, befestigte Narewlinie, Warschauer Festungsdreieck). Während der Operationen müssen sie den Vormarsch des Gegners aufhalten und verzögern; dabei besteht ihre Hauptaufgabe darin, möglichst viele Kräfte des Feindes zu fesseln und dessen eigentlichem Operationsheer zu entziehen (Lüttich, Namur, Antwerpen, Przemysl, Lemberg usw.). Anderseits ermöglichen oft sie allein die Versammlung größerer Truppenkörper und deren Vorstoß gegen den Feind (Paris, Warschau, Nowogeorgijewsk), oder sie bilden Flügelstützpunkte und Flankensicherungen (Krakau, Bobr- und Narewbefestigungen). Bei der ungeheuren Ausdehnung der heutigen Schlachtfronten ist es möglich, sie unmittelbar in die Schlachtlinie selbst zu ziehen (französische Sperrfortslinie): in der Mitte gelegen, sind sie gewaltige Stützpunkte (Verdun, Iwangorod), auf den Flügeln gewähren sie wirksamen Flankenschutz; auch in diesem Fall bieten die Festungen die Möglichkeit, Kräfte zu Angriffen größeren Stils oder zu Vorstößen und Gegenstößen bereitzustellen. Beim Rückzug können sie die Verfolgung verzögern oder ganz aufhalten und dadurch dem geschlagenen Feind, der sich in ihren Bereich zurückgezogen hat, den erwünschten Schutz vor der Vernichtung bieten (Belfort den Franzosen, Kowno u. Grodno der Njemenarmee Rennenkampfs). Einem geschlagenen Heer aber können sie infolge ihrer großen Anziehungskraft auch zur direkten Gefahr werden, wenn sie die Einschließung und Wegnahme herbeiführen.

Feldarmee und Festungen sind somit zu gemeinsamem Handeln berufen. Dabei bietet die Festung eine ganz entscheidende Hilfe, wenn die Führung ihre reichen Kräfte richtig auszunutzen weiß. Sie kann aber auch zu einem verhängnisvollen Hemmnis für die Kriegshandlung werden, wenn die Führung ihrem Einfluß unterliegt.

An dieser Bedeutung der Festungen ändert die Tatsache nichts, daß eine ganze Anzahl starker Festungen von uns in kurzer Zeit genommen wurde. Sie hatten alle ihre Bedeutung; sie waren aber nicht entsprechend ausgebaut und wurden nicht entsprechend verteidigt, so daß sie weder den neuen, allerdings unerwartet zur Anwendung gebrachten Angriffsmitteln noch dem kräftig durchgeführten Angriff selbst standhalten konnten. Auch fehlte teilweise der Zusammenhang der Festungen mit der Feldarmee. So waren die meisten Festungen und Sperrforts im Westen, die ohne Schwertstreich aufgegeben wurden oder nach kurzer Belagerung gefallen waren, aus dem Zusammenhang mit der Feldarmee gelöst. Überdies darf man auch ihre rasche Wegnahme zum Teil der Heerespsychose zur Last legen. Welche Rolle dagegen eine Festung spielen kann, die im engen Anschluß an die Feldarmee kämpft, zeigt deutlich Verdun.

Die Festungen haben also nichts von ihrer Bedeutung verloren und werden auch weiter als wichtiges operatives Glied dieselben Rollen spielen, die ihnen bisher zugewiesen waren und noch sind. Die Lehre, die aus den Erfahrungen des Krieges gezogen werden muß, ist jedoch die, daß man die Befestigungen nicht veralten lassen darf. Da die derzeitigen Befestigungen den neuen Angriffsmitteln nicht mehr erfolgreich Widerstand zu leisten imstande sind, wird es wohl notwendig werden, die Formen des Festungsbaues einer einschneidenden Änderung zu unterziehen. Dann werden die Festungen auch in Zukunft in der Hand eines Feldherrn, der sie anzuwenden versteht, immer ein Mittel zum Zwecke, zum Siege, bilden.

Die Entwicklung der Festungen.

In dem unaufhörlichen Kampf zwischen Angriff und Verteidigung hat jede Verbesserung der Angriffsmittel immer wieder eine Steigerung der Deckungsmittel hervorgebracht. Und wenn es dann der Technik nach langem Bemühen gelungen war, einen entsprechenden Schutz hervorzubringen, so setzte der Angriff wieder neue Mittel ein, um diese Deckungen zu zerstören. So hatte bald der Angriff, bald die Verteidigung die Überlegenheit. Noch niemals aber ist es einer dieser Kampfarten gelungen, ihr Übergewicht auf die Dauer zu behaupten. Das zeigt deutlich die Entwicklung der Festungen.

Vor Einführung der Feuerwaffen, die ganze Zeit des Altertums und Mittelalters hindurch, bestand die Befestigung eines Ortes aus hohen, starken Stein- und Ziegelmauern, die den Platz als Hindernis und zugleich als Kampfstellung umgaben. Vorliegende Gräben verhinderten oder erschwerten die Benutzung von Mauerbrechern und Angriffstürmen. Diese einfachen Befestigungen verschwanden, als die Geschütze erfunden wurden und eine immer größere Wirkung erhielten. Gleich mit der Einführung der ersten Pulvergeschütze mußte die bisherige Mauerbefestigung umgestaltet und verstärkt werden. Später wurde dann die Mauer

durch einen widerstandsfähigen Erdwall ersetzt und die Glacis (Feldbrustwehr) mit gedecktem Weg jenseits des gut flankierten Grabens angelegt.

Die Einführung der gezogenen Geschütze um das Jahr 1860 und die nebenher gehende Ausbildung des Wurffeuers aus schweren gezogenen Mörsern brachten mit den größeren Schußweiten und der besseren Treffsicherheit auch erhöhte Wirkung gegen das bisher übliche Mauerwerk. Diese Neuerungen in der Waffentechnik hatten zunächst zur Schaffung der Gürtel-

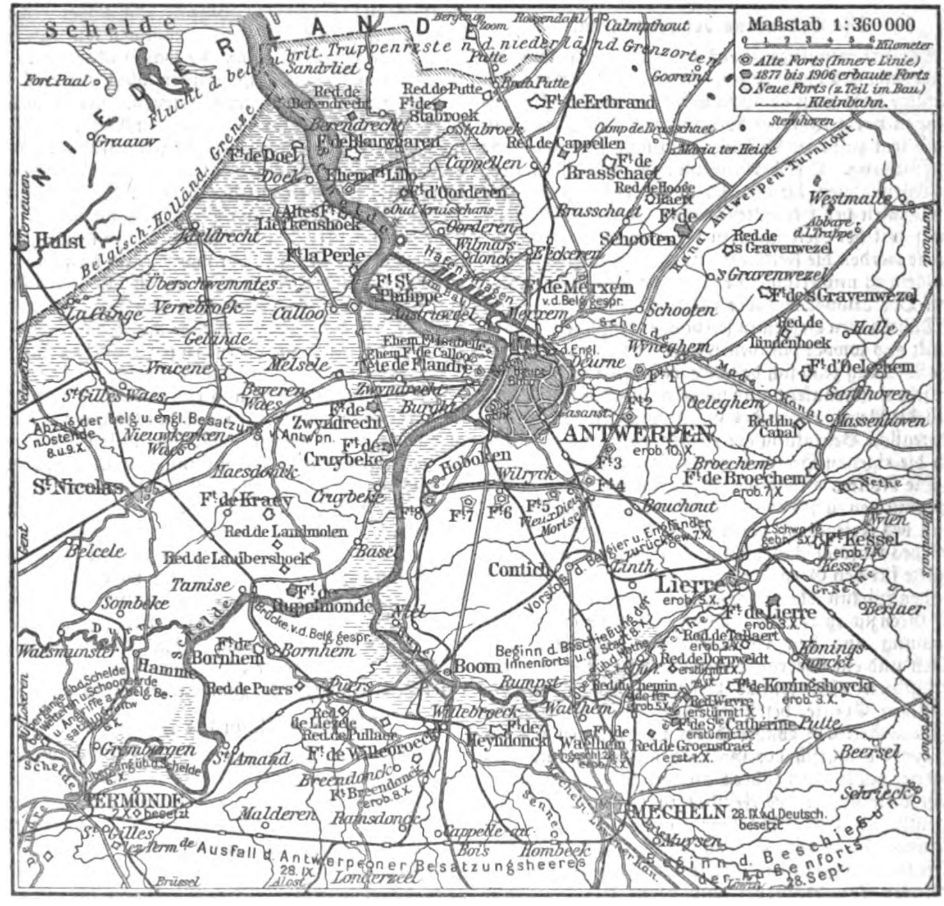


Fig. 1. Die Festung Antwerpen.

befestigung geführt, deren einzelne Werke den Charakter kleiner Festungen besaßen und von Gräben mit inneren Grabenstreichen umgeben waren; freiliegendes, dem Angriffsfelde zugewendetes Mauerwerk war dabei möglichst vermieden oder wenigstens eingedeckt. Nach weiteren Fortschritten auf dem Gebiete des Waffenwesens hat man dann Anfang der 1880er Jahre in Deutschland und Frankreich damit begonnen, die Zwischenräume der Forts durch Anlage von Anschluß- und Zwischenbatterien, von bombensicheren Unterkunfts- und Munitionsräumen sowie durch Einschieben von kleinen Nahkampfstützpunkten auszubauen und dabei da und dort in einzelnen Werken Panzerkasematten und -türme für die Artillerie einzubauen.

Gegen Ende der 1880er Jahre war durch die Einführung der Brisanzgeschosse, die weitere Ausbildung des schweren Mörserfeuers, das Auftreten der schweren Artillerie des Feldheeres und die angebahnte Massenverwendung der Angriffsartillerie die Wirkung der mittleren und schweren Artillerie gegen alle Festungsziele derart gesteigert worden, daß die Widerstandsfähigkeit der Festungsbauten nur durch weitgehenden Gebrauch von Beton und Panzer gewährleistet werden konnte und daß ferner durch entsprechende Anordnung und Gruppierung der einzelnen Bauten neue Formen im Festungsbau geschaffen werden mußten. Dabei waren zwei voneinander verschiedene Wege eingeschlagen worden. Bei dem einen System wurde die bisherige Ausstattung der Fortsgürtellinie mit Einheitswerken, d. h. mit Werken, die gleichzeitig für den Artillerie-Fernkampf wie für die Infanterie-Nahverteidigung angelegt sind, beibehalten und diese Werke durch Panzerung widerstandsfähig ausgebaut. Solche Panzereinheitsforts hatten z. B. die belgischen Maasfestungen Lüttich und Namur, und sie sind in Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien und in der Schweiz bei den Gebirgs- und Sperrbefestigungen in den Alpen sowie in der niederländischen Landesbefestigung angewendet. Bei dem andern System wurde die durch den Ausbau der Fortszwischenräume bereits

angebahnte, gänzliche Trennung der Fern- und Nahverteidigung durch Anlage von Batterien und Infanterie-Nahkampfstützpunkten durchgeführt. Diese Umwandlung konnte aber der großen Kosten wegen nur allmählich erfolgen. Deshalb hatten Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland und Italien zunächst die vorhandenen Bauten ohne wesentliche Veränderung der Formen nur verstärkt und waren erst bei Neuanlagen zum neuen System übergegangen. Das ist der Grund, warum in dem Festungssystem aller Länder bei Beginn des Krieges neben der Panzerbefestigung auch noch ältere Anlagen vorhanden waren. Deutschland hat sich grundsätzlich der zerstreuten Befestigung, den sogenannten Befestigungsgruppen, zugewendet und dabei die Panzerung, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nur in Batterien angewendet. Österreich und Frankreich haben das gleiche System angenommen, gleichzeitig aber in den Werken die Fern- und Nahkampfpanzer vermehrt, Frankreich besonders in den Sperrforts. Nur Rußland hat noch lange die Einheitsforts beibehalten und jegliche Panzerung abgelehnt; erst der ostasiatische Krieg veranlaßte auch hier Neuerungen, doch ließ die Kürze der Zeit bis zum Ausbruch des gegenwärtigen Krieges keine praktischen Folgen zu.

Die gewaltigen Fortschritte der Waffentechnik, die zu der unerwarteten Vervollkommnung der schweren Geschütze auf deutscher Seite und zu ihrer ungeahnt wirkungsvollen Verwendung gleich zu Beginn des Krieges führten, haben dem Angriff im Festungskrieg wieder das Übergewicht verliehen. In dem Kampf zwischen Artillerie und Fortifikation ist diese zur Zeit unterlegen, denn selbst die derzeitigen Panzerbauten vermögen der deutschen schweren Artillerie nicht mehr Widerstand zu leisten. Deshalb geht das weitere Bestreben im Festungsbau dahin, neue Mittel und Wege zu finden, um auch den neuesten Geschützen und Geschossen mit Erfolg begegnen zu können. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, wird die Zukunft lehren. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß die Kriegstechnik, die die Waffe geschmiedet hat, unter allen Umständen auch wieder die Schutzmittel dagegen schaffen wird, denn in dem dauernden Wettkampf zwischen Waffe und Deckung überholt immer wieder eins das andere, und für die Technik gibt es kein Halt. Freilich, soviel steht fest, die Stärke der neuen Befestigungen liegt nicht nur in ihrer passiven Widerstandskraft, sondern vor allem in ihrer taktischen Veranlagung. Bei ihrer Anlage und Durchführung muß daher selbstverständlich mit manchen alten Überlieferungen gebrochen werden. An Stelle der Festungen werden fortifikatorisch vorbereitete Kampffelder und Kampfräume treten, in denen je nach Geländebeschaffenheit und Zweck sich gegenseitig kräftig unterstützende Einzelbefestigungen nach rein taktischen Gesichtspunkten angeordnet sind.

Die Befestigungsbauten.

Die Befestigungsanlagen einer Festung der Gegenwart bestehen aus den vorgeschobenen Werken und den Zwischenfeldbefestigungen (Textfig. 1).

Die **Befestigungswerke** sind bei den Festungen, bei denen die räumliche Trennung der Artillerie von der Infanterie durchgeführt ist, entweder als Batterien oder als Nahkampfstützpunkte gebaut, je nachdem sie entweder nur der artilleristischen Fernwirkung oder nur dem infanteristischen Nahkampf dienen. Bei den Festungen mit Einheitswerken und bei den Sperrbefestigungen sind die Werke sowohl für die Fern- wie auch für die Nahverteidigung eingerichtet.

Größe, Form und Bauart dieser Werke sind sehr verschieden und richten sich ausschließlich nach dem Zweck. Sie sind so flach und unsichtbar ins Gelände gelegt, daß sie darin möglichst verschwinden, die eigenen Kampfmittel aber doch zur Wirkung kommen lassen. Die größtmögliche Widerstandsfähigkeit gegen die feindliche Feuerwirkung ist durch ausgiebige Verwendung von Eisenbeton und Panzer sowie durch zweckmäßige Vereinigung dieser beiden Baustoffe, die weitestgehende Sicherheit gegen den Sturm, die sogenannte Sturmfreiheit, durch entsprechende Hindernisse erreicht.

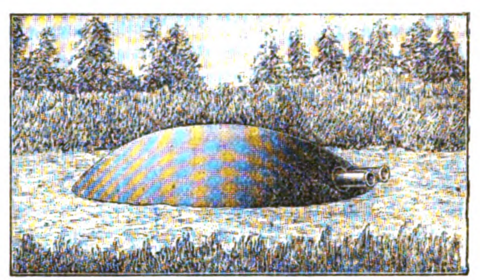


Fig. 2. Drehbarer Panzerturm.

Die **Panzerung** dient zum Schutz der Geschütze und der Beobachtungsstellen. Die weittragenden Flachbahngeschütze befinden sich meist einzeln oder zu zweit in Panzertürmen. Diese sind in einen mit Beton ausgemauerten Schacht eingebaut, dessen Deckel die flach gewölbte Panzerkuppel bildet. Gefeuert wird aus Scharten am unteren Rand der Kuppel (Textfig. 2 u. 3). Die Panzertürme sind entweder dreh- oder hebbar, teilweise sogar dreh- und hebbar eingerichtet. Bei den drehbaren Türmen (Textfig. 2) steht die Panzerkuppel als Dach eines aus Schmiedeeisen gebauten

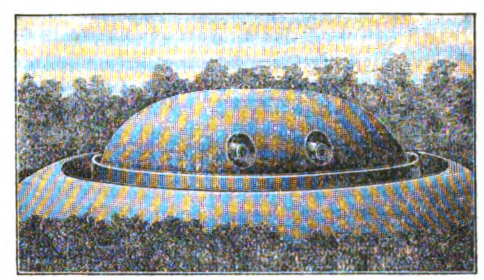


Fig. 3. Hebbarer Panzerturm.

Gehäuses auf einer meist elektrisch betriebenen Drehscheibe, oder sie gleicht dem Hut eines Pilzes und dreht sich auf einer sog. Pivotsäule (vgl. Textfig. 5). Die hebbaren Türme (Textfig. 3) werden durch eine einfache, gleichfalls elektrisch betätigte Hebeleinrichtung zur Feuerabgabe gehoben und dann wieder versenkt. Es gibt aber auch feststehende Panzerstände, bei denen der Panzer in die Betondecke oder -wand des Kampfraumes eingemauert ist. Die Nahverteidigungsgeschütze sind in ähnlichen, nur kleineren Panzerhohlräumen untergebracht. Steilfeuergeschütze stehen nicht unter Panzer, sondern sind tief und verdeckt in dem ausbetonierten Schacht aufgestellt. Die gepanzerten Beobachtungsstände sind ebenfalls entweder fest eingemauerte Betonkasematten mit gepanzerter Vorderwand und Decke oder fest vermauerte Panzertürm-

chen, oder sie sind als drehbare Panzertürmchen eingerichtet und ähnlich konstruiert wie die Türme für die leichten Schnellfeuerkanonen (vgl. Textfig. 4). Die zur Beleuchtung des Vorgeländes notwendigen Scheinwerfer sind in hebbare Panzertürmchen eingebaut, die mit einer entsprechenden Öffnung für den Scheinwerfer versehen sind.

Die Sturmfreiheit wird bei Gebirgsbefestigungen durch die Ausnutzung natürlicher Hindernisse, wie steiler Hänge und Felswände, begünstigt, im übrigen durch flankierte, in Fels gearbeitete Gräben erreicht. Bei den anderen ständigen Befestigungsanlagen handelt es sich fast ausschließlich um künstlich angelegte Hindernisse. Alle Werke sind von einem tiefen, auf der feindwärts gelegenen Seite meist mit Mauerwerk bekleideten Hauptgraben umgeben, dessen Längsbestreichung aus besonders hierfür angelegten Räumen, den Grabenstreichen oder Grabenwehren, erfolgt. Auf der Grabensohle und an den Grabenböschungen sind Drahthindernisse und Gitter angebracht, die das Überwinden des Grabens erschweren. Verschiedentlich kann auch der Graben unter Wasser gesetzt werden. Jenseits dieses Hauptgrabens schließt sich meist ein mit gedecktem Weg versehenes Glacis an, auf dem wiederum frontal bestrichene Drahthindernisse in einem oder mehreren Streifen angelegt sind. So kann ein Werk also mit mehreren, gut verdeckten Hindernisringen umgeben sein (vgl. auch hierzu Textfig. 4).

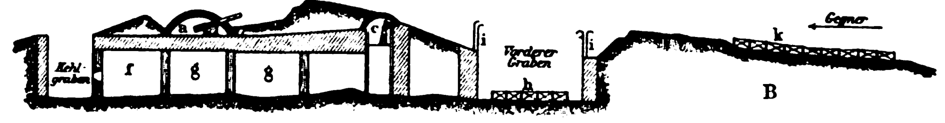


Fig. 4. Fort von Lüttich in Grundriß (A) und Durchschnitt (B).

a Hebbarer Panzer für schwere Geschütze (Kampfgeschütze), b Panzer für Nahverteidigungsgeschütze, c Panzerbeobachtungsstände, d äußere Spitzgrabenwehr, e Kehlgrabenwehr, f Kehlkaserne, g Raum für Artilleriebedeckung und Munition, h Drahthindernis im Hauptgraben, i eiserne Gitter im Hauptgraben, k Drahthindernis auf dem Glacis.

In den Panzerbatterien sind im allgemeinen vier bis sechs Geschütze zusammengefaßt. Die Geschütze stehen unter Panzer, und zwar meist in Panzertürmen; die Beobachtungsstellen sind ebenfalls gepanzert. Eine solche Batterie ist ein vollkommen selbständiges Werk, das nicht nur die Geschütze und die Munition, sondern auch die Unterkunftsräume für die Bedienung, Lazarettstube, Küche usw. enthält. Sie stellt einen großen Betonklotz dar, der tief in den Boden versenkt ist, so daß sich nur die Panzerkuppeln mit ihren Geschützmündungen etwas über den gewachsenen Boden erheben. Die Batterie ist mit einem starken Drahthindernis umgeben und unter Umständen durch eine Infanteriekampfstellung zur Selbstverteidigung befähigt. Diese Panzerbatterien, im Gelände verdeckt angelegt und der Sicht des Gegners gänzlich entzogen, bilden das Rückgrat der einzelnen Befestigungsgruppen. Zahl und Geschützkaliber richten sich ganz nach den Verhältnissen.

Außer diesen Panzerbatterien gehören zu einer solchen Befestigungsgruppe noch die Nahkampfstützpunkte, die ausschließlich für den Infanteriekampf eingerichtet sind. Sie haben neben den notwendigen gepanzerten Beobachtungs- und Wachtürmen sowie Scheinwerfern nur Panzer für die Sturmabwehrgeschütze und -maschinengewehre. Im Innern der Befestigungsgruppe befinden sich unterirdische, bombensichere Kasernements für die Besatzung, Munitions- und Vorratsräume. Unterirdische, bombensichere Gänge verbinden die einzelnen Anlagen. Die ganze Gruppe ist außerdem noch mit einem gemeinsamen Graben und Hindernis umgeben, hinter dem sich Infanteriestellungen mit einzelnen Infanteriestützpunkten befinden. Häufig liegt auch im Inneren der Anlage ein größeres Infanteriewerk als letzter Rückhalt für die Nahverteidigung.

Einheitswerke, die alle Elemente der Fern- und Nahverteidigung in einem geschlossenen Werk vereinigen, haben Panzer sowohl für die Fernkampfgeschütze als auch für die leichten Nahkampfschnellfeuerkanonen und die Maschinengewehre sowie gepanzerte Beobachtungs- und Beleuchtungsanlagen. Die Infanterie feuert hinter einem Wall hervor, unter dem eine Betongalerie als Aufenthaltsort für die in Bereitschaft gehaltene Infanterie eingerichtet ist; meist ist auch noch die Infanteriestellung selbst mit Beton überwölbt. Im Inneren des Werkes befinden sich bombensichere Hohlräume für die Besatzung, Munition usw. Das ganze Werk ist von einem tiefen, gut bestrichenen Graben mit Betonmauer und starken Gittern sowie von weiteren Hindernissen umgeben (Textfig. 4).

Sperrforts, gleichfalls Einheitswerke, sind je nach ihrer Aufgabe von verschiedener Größe und von verschiedenem Grundriß. Oft kaum dem Auge sichtbar, heben sie sich wie gepanzerte Maulwurfshügel vom Erdboden ab (Textfig. 5). Aus einem massiven Betonunterbau, der von einem starken, mit Drahthindernissen geschützten Außenwall umgeben ist, ragen die Panzerkuppeln hervor. Im Innern des Baues befinden sich die Unterkunftsräume für die Besatzung, die je nach der Größe des Forts 300—600 Mann stark ist, sowie die Munitionsräume, Geschoßaufzüge und die Maschinerie für die Panzertürme. Der Betonbau ist auch hier vom Außenwall durch einen tief eingeschnittenen und von Mauerwerk bekleideten Graben getrennt, der aus den Scharten der Grabenwehr

durch Maschinen- und Kleingewehrfeuer bestrichen werden kann.

Die **Zwischenfeldbefestigungen** sind geschickt angelegte und gut ausgebaute, mit Hindernissen versehene Infanteriestellungen im Gelände zwischen den Befestigungsgruppen und Werken. Diese Zwischenstellungen sind notwendig, weil die Hauptmasse der Verteidigungstruppen nicht in den räumlich beschränkten Werken, sondern dazwischen, davor und dahinter verwendet werden muß. Aber nicht bei allen Festungen sind die Vorwerke durch Zwischenfeldbefestigungen gestützt, sondern es ist dann der Schwerpunkt der Verteidigung in die Forts selbst gelegt. Hier braucht der Angreifer seine Kampfmittel nur zur Bekämpfung der Forts einzusetzen und kann die Verteidigungslinie leichter durchbrechen. Die Erfahrung zeigt auch, daß der Hauptkampf nicht in der Linie der Werke mit ihren genau festgelegten Zielen, sondern in der Zwischenstellung stattfindet.

Diese Zwischenfeldbefestigungen sind zunächst im Frieden hergestellte, bombensichere Beton-Infanterieunterstände, Munitionsmagazine, Beobachtungsstände, unter Umständen auch Batteriebauten, die das im Frieden schon vorbereitete Gerippe der Zwischenstellung bilden. Sie sind an solchen besonders wichtigen Punkten erbaut, die für Infanteriestützpunkte und Zwischenbatterien ausersehen sind. Die Infanteriestellungen selbst sind erst bei der Armierung der Festung, d. h. bei ihrer Überführung vom Friedens- in den Kriegszustand, nach der Beschaffenheit des Geländes und den Verhältnissen angelegt, ausgehoben und ausgebaut. Auch neue Zwischenbatterien sind entstanden, die zwar keinen Panzerschutz haben, aber durch geschickte Lage dem Gegner möglichst lange verborgen bleiben.

Die sämtlichen Befestigungsanlagen sind untereinander und nach rückwärts durch ein ausgedehntes Straßen- und Eisenbahnnetz verbunden, das für die Armierung der Festung und für Truppenverschiebungen von weitestgehender Bedeutung ist. Besondere Sorgfalt ist auch dem Nachrichten- und Beobachtungsdienst zugewendet. Ein weitverzweigtes Fernsprechnetz verbindet alle Teile der Festung miteinander und mit den vorgesetzten Stellen. Funkentelegraphische und optische Stationen, Brieftaubenstationen, Luftschiffer- und Fliegerabteilungen sowie Beobachtungswarten dienen der Beobachtung und dem Verkehr.

Auch bei den Befestigungsanlagen der Zukunft können wir die ständigen Bauten nicht entbehren. Der Schützengraben kann die ständigen Befestigungen recht wohl ergänzen, wenn die Zeit es fordert; ersetzen kann er sie aber nie, denn Feldstellungen erfordern zu viel Verteidigungskräfte. Die Befestigungen haben aber künftig den gleichen Zweck wie jetzt, durch Umgestaltung des Geländes dem Verteidiger ein derartiges Übergewicht über den Angreifer zu verleihen, daß der erstere befähigt ist, einem zahlenmäßig weit überlegenen Gegner gegenüberzutreten. Dabei müssen die Befestigungen durch ihre passive Stärke kleinsten Truppenkörpern ermöglichen, großen Kräften erfolgreich Widerstand zu leisten und so die Feldarmee zu unterstützen. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn Taktik und Technik in großzügiger Friedensarbeit zusammenwirken, also nur durch ständige Befestigungen, die im Frieden schon nach taktischen Gesichtspunkten in weitblickender Weise angelegt und in technischer Hinsicht in gediegener Arbeit im Frieden auch ausgeführt sind. Nach den neuesten Kriegserfahrungen ist man jetzt tatsächlich auch imstande, ständige Befestigungen entstehen zu lassen, die selbst noch kräftigere Angriffsmittel als die heute gekannten nicht zu scheuen brauchen.

Der Kampf um Festungen.

Verteidigung. Da die Festungen aus geldlichen Gründen und aus Rücksichten auf die Bevölkerung nicht schon im Frieden in kriegsfertigem Zustand gehalten werden können, erfolgt ihre Überführung vom Friedens- auf den Kriegsstand erst bei der Mobilmachung. Diese **Armierung** erfordert um so mehr Arbeit, je weniger die Festung im Frieden ausgebaut ist. Bei der Armierung entwickelt sich in der Festung eine gewaltige Arbeitstätigkeit, die unter Leitung des Festungsgouverneurs von den hierzu bestimmten Armierungstruppen ausgeführt wird.

Da wird vor allem das Zwischengelände ausgebaut sowie das Vorgelände vor den Werken und Zwischenstellungen freigemacht und als Schußfeld für das in Betracht kommende Artillerie- und Infanteriefeuer eingerichtet. Die Verkehrswege und -mittel werden ausgebaut und erweitert, hauptsächlich durch Anlage von eigenen Gürtel- und Radialbahnen und von neuen Verbindungswegen. Die Einrichtungen des Nachrichten- und Beobachtungsdienstes, die schon im Frieden eingehend vorbereitet sind, werden sorgfältig ergänzt und vervollständigt. Dazu kommt noch die ökonomische und sanitäre Armierung, welche die Ordnung der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse, die Vervollständigung der ökonomischen und sanitären Einrichtungen, die Vorsorge für die Zivilbevölkerung, die Regelung des Polizei- und Feuerlöschwesens usw. betrifft.

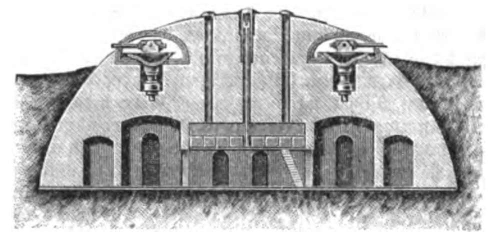


Fig. 5. Sperrfort mit drehbaren Panzertürmen auf Pivotsäule.

Dann müssen die Geschütze der sogenannten ersten Geschützaufstellung an ihre Plätze gebracht werden, von denen sich nur die unter Panzer stehenden im Frieden bereits an Ort und Stelle befinden. Nur dieser Teil der verfügbaren Geschütze wird schon bei der Armierung aufgestellt. Der andere Teil wird als sogenannte Geschützreserve zunächst zurückbehalten und erst eingesetzt, wenn die Angriffsrichtung des Feindes mit Sicherheit erkannt ist.

Endlich, aber nicht in letzter Linie, umfaßt die Armierung die Verwendung und Verteilung der Kriegsbesatzung. Von dieser ist ein Teil, nämlich die aus allen Waffen zusammengesetzte Hauptreserve, dazu bestimmt, die ganze Verteidigung durch größere Unternehmungen und Ausfälle gegen den Feind offensiv zu führen. Der andere Teil wird als Abschnittsbesatzung verwendet und dient in den verschiedenen Festungsabschnitten zur Besetzung der Verteidigungsanlagen, zur Bedienung der Kampfmittel und zum Vorpostendienst; auch innerhalb jeder Abschnittsbesatzung ist eine ebenfalls aus allen Truppengattungen bestehende Abschnitts-

reserve ausgeschieden, so daß auch hier eine Truppe zu einer aktiven, mit angriffsweisem Verfahren gepaarten Verteidigung zur Verfügung steht.

Nach einer bestimmten, im Frieden planmäßig vorgeschriebenen Zeit ist die Armierung beendet und die Festung bereit, dem feindlichen Angriff zu widerstehen. Erfolgt nun der Angriff, so entwickelt sich zunächst der Artilleriekampf, zu dem jeder der beiden Gegner eine überlegene Zahl an Geschützen in Tätigkeit zu bringen sucht. Jetzt setzt der Verteidiger seine Geschützreserve ein. Je eher diese in Tätigkeit kommen kann, desto eher kann die feindliche Angriffsartillerie niedergekämpft werden. Deshalb ist die Geschützreserve beweglich, damit sie rechtzeitig und möglichst rasch herangeführt werden kann. Hierbei kommen die Armierungseisenbahnen zur Geltung und wird auch der mechanische Zug durch Kraftwagen verwendet. Die Hauptreserve versucht durch größere Unternehmungen gegen den Feind weit außerhalb des eigentlichen Festungsbereiches den Angreifer daran zu hindern, seine Artillerie in Stellung zu bringen.

Während des Geschützkampfes arbeitet sich die Infanterie des Angreifers zum Nahangriff heran. Dieses Vorgehen, das von dem Ausgang des Feuerkampfes der Artillerie abhängt, verhindert der Verteidiger zunächst durch Artilleriefeuer und Gegenstöße. Ist der Angreifer zu einem langwierigen Angriffsverfahren und zum Minenangriff unter der Erde gezwungen, so muß auch der Verteidiger zur Minenarbeit greifen, um durch Gegenminen und Sprengungen das unterirdische Vorgehen des Gegners unmöglich zu machen.

Angriff. Der Angriff auf eine Festung erfolgt nicht gleichzeitig von allen Seiten; dazu reichen die Mittel des Angreifers nicht aus. Dieser greift vielmehr nur den Abschnitt der Festung an, dessen Berennung ihm nach den Verhältnissen und der Lage die meiste Aussicht auf Erfolg verspricht. Gegen diesen Abschnitt werden die Hauptkräfte der verfügbaren Kampfmittel eingesetzt, während die anderen Fronten nur beschäftigt werden.

Der Angreifer trachtet von Anfang an, möglichst rasch und möglichst nahe an die Verteidigungslinie der Festung heranzukommen und seine Angriffsartillerie in Stellung zu bringen. Das führt zunächst zu Kämpfen im weiteren Vorfelde der Festung, durch die der Verteidiger auf seine eigentliche Verteidigungslinie zurückgedrängt werden muß. Das Heranbringen und Instellunggehen der Angriffsartillerie geht infolge der vervollkommneten Beweglichkeit der Geschütze wesentlich rascher vor sich als früher. Selbst die schwersten, für den Festungskrieg nötigen Geschütze sind jetzt ständig beim Feldheer vorhanden und werden durch Kraftzug fortbewegt. Radgürtel ermöglichen das Fahren außerhalb der gebahnten Wege und das Schießen auf weichem Boden ohne vorbereitete Bettung.

Durch die Angriffsartillerie, die aus schweren und schwersten Steilfeuergeschützen zur Wirkung gegen die widerstandsfähigen Ziele und aus weittragenden Flachbahngeschützen zur Bekämpfung der beweglichen Artillerie des Verteidigers besteht, müssen zunächst die Werke und Panzerbatterien des Verteidigers zum Schweigen gebracht und zerstört werden, so daß deren Besatzung keinen Widerstand mehr leisten kann; dann wird die Beschießung auf die Zwischenstellungen übergelenkt und die ganze Angriffsfront mit Feuer zugedeckt. Die deutsche schwere Artillerie hat gezeigt, daß sie vermöge der gesteigerten Wirkungsfähigkeit ihrer Geschütze und Geschosse die Widerstandsfähigkeit vollwertiger Befestigungsanlagen zu brechen und selbst Werke bester ständiger Bauart aus der Ferne zu zerstören und sturmreif zu machen vermag.

Während dieses Artilleriefernkampfes muß die Infanterie des Angreifers an den Gegner herankommen. Bei der vernichtenden Wirkung der Angriffsartillerie kann die vorstürmende Infanterie unter günstigen Verhältnissen überraschend schnell vorwärts kommen und sich ohne schwere Verluste der gegnerischen Stellung bemächtigen. Vielfach wird aber doch ein Vorgehen von Stellung zu Stellung notwendig sein. Dabei ist es vielleicht anfangs noch möglich, die neue Stellung in einem Zuge und mit gleichzeitig vorgehenden Schützenlinien zu erreichen. Später aber wird ein allmähliches Heranarbeiten an den Feind auf Sturmentfernung, entweder sprungweise mit kleineren Abteilungen oder schrittweise durch Vortreiben von Laufgräben in der Erde oder schließlich mit Gängen unter der Erde und Aussprengen von Deckungen durch Minen, nötig sein. Dieses ganze Vorwärtsarbeiten der Infanterie wird durch Feuer von Artillerie, Maschinengewehren und benachbarter Infanterie wirksam unterstützt. Feindliche Einwirkungen auf diese Angriffsarbeiten, wie Feuer, Ausfälle usw., müssen durch überlegenes Feuer niedergehalten werden.

Vor dem Sturm müssen die Hindernisse vor den feindlichen Werken und Stellungen beseitigt oder wenigstens durch Sturmgassen gangbar gemacht werden. Ist dies nicht bereits durch das Feuer der Angriffsartillerie geschehen, so wird es durch Sprengungen besorgt. Hierzu werden Minengänge unter der Erde gegen die feindlichen Werke und Stellungen vorgetrieben und die Flankierungsanlagen, Grabenböschungen und Hindernisse in die Luft gesprengt.

Zum Sturm selbst sind die Sturmkolonnen in der Sturmstellung und den erweiterten Laufgräben versammelt. Mit Pionieren an der Spitze, die etwa noch nicht zerstörte Hindernisse beseitigen und noch besetzte Flankierungsanlagen usw. mit Handgranaten und Stinkbomben bewerfen, wird zu genau festgesetzter Zeit vorgebrochen. Mit Hilfe von Klettergerät und Laufbrücken geht es über Graben und Wall oder durch Breschen und über Stein- und Schutthaufen hinweg stürmend hinein ins Werk, während gleichzeitig auch der Sturm auf die Zwischenstellungen erfolgt. Während des Sturmes halten sich die Reserven in den vordersten Laufgräben bereit, um einem etwaigen feindlichen Gegenstoß entgegentreten zu können.

Uniformen

Hierzu Tafeln »Felduniformen I u. II« mit Erklärungsblatt.

Die Uniformen, in dem Sinne gleichförmiger Bekleidungen der Militärpersonen und gewisser Klassen von Zivilbeamten, kamen im 17. Jahrhundert auf, und zwar zugleich mit der Einrichtung der stehenden Heere. Aber im weiteren Sinne läßt sich die Entstehung besonderer Bekleidungsstücke für Krieger bis in die Uranfänge der Menschheit zurückverfolgen. Die **Kriegsbemalung** der Indianer stellt ein Mittel dar, die Krieger vor anderen Personen auszuzeichnen, und



Felduniformen feindlicher Heere.

(Die Zusammenstellung der Tafeln erfolgte unter Anlehnung an die Bunttafeln der verschiedenen Uniformwerke des Verlages Moritz Ruhl in Leipzig.)

Tafel I.

Frankreich.

1. Divisions-General.
2. Generalstabsoffizier.
3. Infanterieoffizier.
4. Infanterist.
5. Zuave.
6. Turko (Tirailleur algérien).
7. Feldartillerist.
8. Infanterist in Helm und Mantel.
9. Alpenjäger.
10. Kavallerieoffizier.
11. Dragoner.
12. Jäger zu Pferde.

England.

13. Infanterist.
14. Kavallerist.
15. Sergeant.
16. Berittener Infanterieoffizier in Mantel.
17. Offizier vom Armeestabe.
18. Infanterieoffizier.
19. Hochländer.
20. Berittener Offizier der schottischen Regimenter.
21. Indisches Führerkorps (Infanterist).
22. Bombay-Lanzenreiter, abgesessen.
23. Bengal-Infanterist.
24. Sepoy (Madras-Infanterist).

Rußland.

25. General.
26. Garde-Infanterieoffizier.
27. Kundschafter-Unteroffizier (Garde).
28. Garde-Infanterist.
29. Infanterieoffizier in Mantel.

30 u. 31. Infanterist.

32. Don-Kosak.
33. Kuban-Kosak.
34. Feldartillerist.
35. Unteroffizier der Grenzwache.
36. Kavallerist.

Tafel II.

Italien.

1. Generalmajor.
2. Infanterist.
3. Oberleutnant der Infanterie.
4. Alpino (Alpenjäger).
5. Bersaglieri-Korporal.
6. Leutnant der Cavalleggeri.
7. Soldat der Lancieri.
8. Sergeant (Zugführer) der Feldartillerie.
9. Gebirgsartillerist.
10. Sappeur-Soldat.
11. Soldat der Dragoni.
12. Arzt mit Hauptmannsrang.

Rumänien.

13. Infanterist (Sommeranzug).
14. Offizier der Fußtruppen.
15. General.
16. Offizier der reitenden Truppen.
17. Infanterist (Winteranzug).
18. Kavallerist (Winteranzug).

Serbien.

19. Artillerist I. Aufgebot.
20. Artillerist II. Aufgebot.
21. Kavallerist II. Aufgebot.
22. Infanterie-Korporal I. Aufgebot.
23. General.
24. Infanterist II. Aufgebot.

Montenegro.

25. Soldat.
26. Leutnant in Mantel.
27. Wehrmann der Reserve.
28. Soldat der Eskorte.

Japan.

29. Infanterist.
30. Infanteriesergeant.
31. Rittmeister der Linienkavallerie.
32. Kavallerist.
33. Feldwebelleutnant der Artillerie.
34. Kanonier der Küstenartillerie.
35. Pioniersergeant.
36. Trainwachtmeister.

Felduni



Bibliographisches

uniformen I.

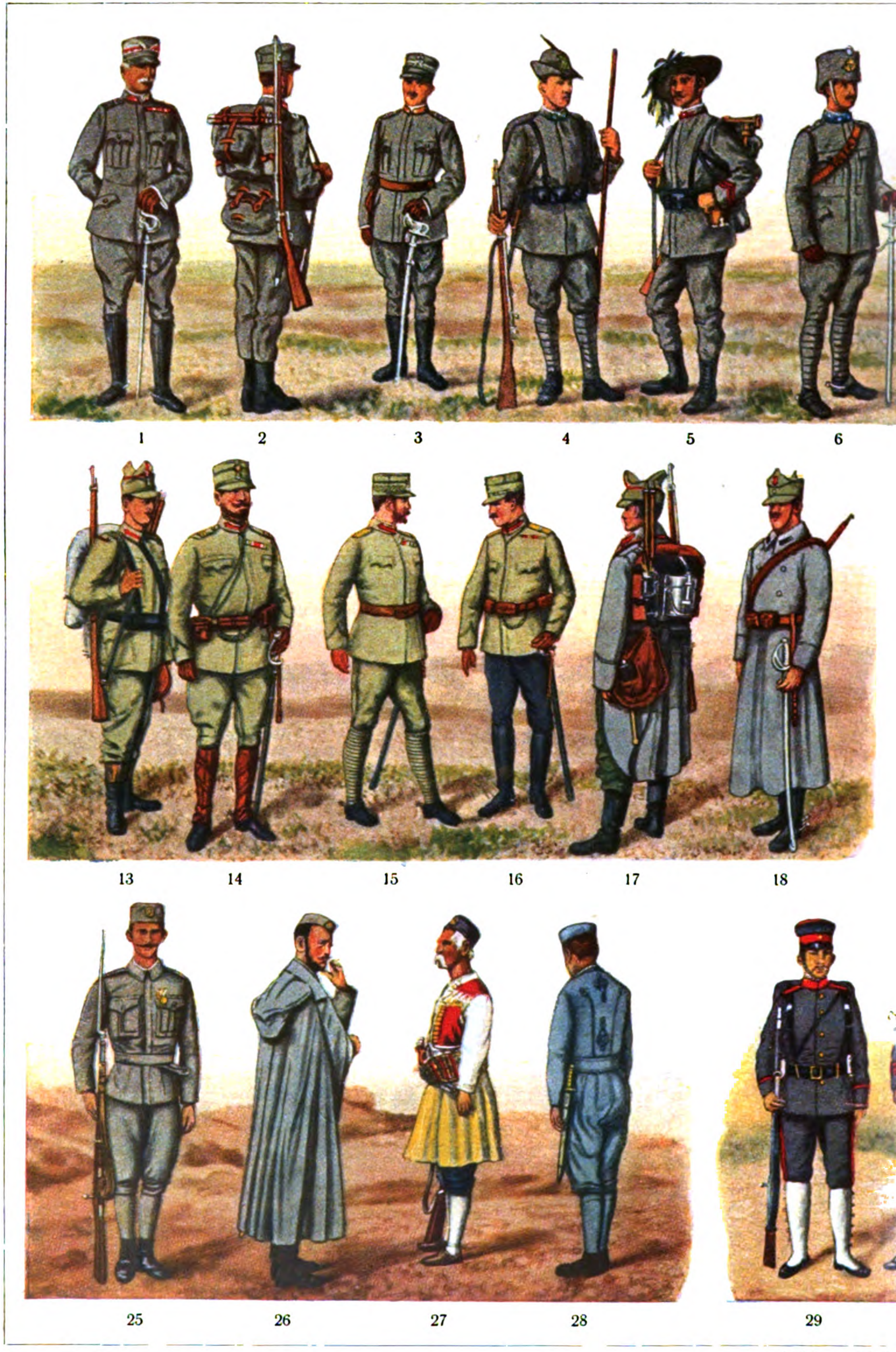
7 8 9 10 11 12

19 20 21 22 23 24

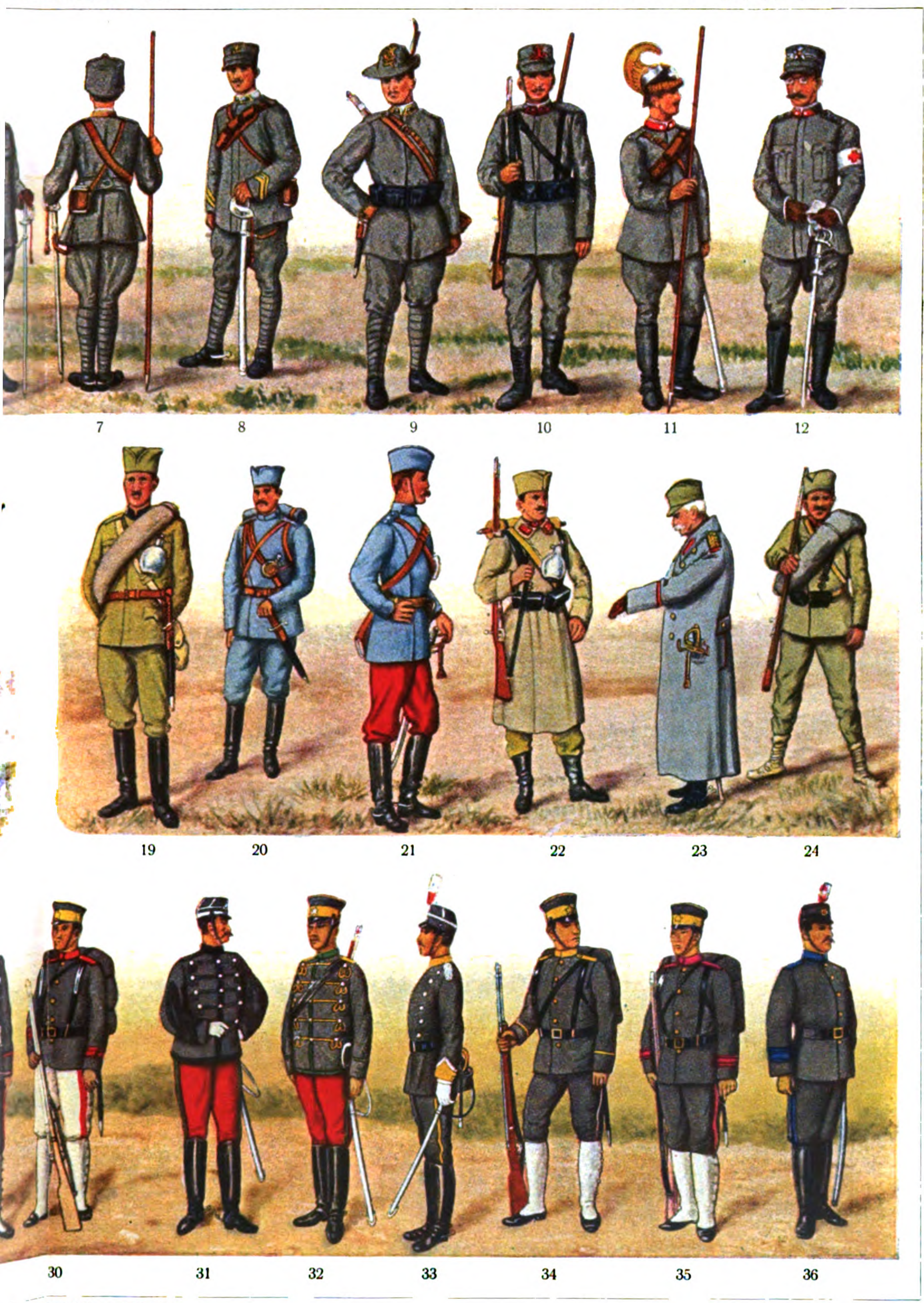
31 32 33 34 35 36

phisches Institut in Leipzig.

Feldun



Bibliographisch



…aphisches Institut in Leipzig.

zwar zu einem doppelten Zweck: sie zu schmücken und sie dem Feinde schrecklicher erscheinen zu lassen. Derartige Sitten finden wir bei zahlreichen Völkern niederster Kulturstufe. Möglicherweise ist die »Schreckbemalung« zuerst unabsichtlich entstanden, als die nackten Krieger durch das Dickicht schlichen, wobei sich Schmutzstreifen auf der Haut bildeten, Blätter anklebten usw.; als die Betroffenen dann merkten, daß sie den Feinden einen besonders furchterweckenden Eindruck machten, wiederholten sie wohl absichtlich das Entstehen so schreckerregender Wildheitsmerkmale.

Später und beim Aufsteigen zu höheren Kulturstufen wird die Aussonderung der Krieger zum Zwecke der Schreckerregung bald geschwunden sein. Aber um so mehr Nachdruck wurde auf Abzeichen gelegt, die als Schmuck gelten können. Die Krieger stellten allezeit den stolzesten, selbstbewußtesten Teil eines Volkes dar, und sie verlangten, daß sie sich, als diejenigen, die ihr Leben mutig im Kampf einzusetzen hatten, irgendwie von der Allgemeinheit abhöben.

Endlich entwickelten sich unterscheidende Kennzeichen der Kriegerkleidung dadurch, daß Teile davon als Verteidigungswaffe ausgebildet wurden. So setzten sich die Krieger Metallhelme auf, bekleideten sich mit Schuppen-, Ring-, Ketten- oder Schienenpanzern, zogen derbe Lederkoller an usw.

Immerhin waren bis hierher die Kennzeichen der Krieger auf Teile der Kleidung oder Ausrüstung beschränkt. Auch wechselte die Einheitlichkeit selbst in bezug auf Waffen sehr. Hatte eine römische Legion derselben Waffengattung wahrscheinlich in seinen Gliedern einen verhältnismäßig gleichförmigen Anblick gewährt, so bot sicherlich ein Fähnlein deutscher Landsknechte ein buntes, ungleichartiges und wirres Bild, trugen doch die Landsknechte die Waffenstücke auf und über ihren recht verschiedenen Kleidern, waren auch mit sehr ungleichen Kopfbedeckungen versehen und beschränkten sich zur Ausschmückung auf angesteckte Federn, umgebundene Schärpen usw.

Im Dreißigjährigen Kriege trug anfangs der angeworbene Mann seine gewöhnliche Kleidung, die er mitbrachte, auch unter den Waffen. Aber wenn mit der längeren Dauer des Krieges diese Kleidung immer abgerissener wurde, ohne daß dem einzelnen ein Ersatz möglich war, fingen die Befehlshaber notgedrungen an, selbst für neue Kleidung ihrer Leute zu sorgen, machten große Abschlüsse auf Tuchlieferungen usw. Sie bekleideten dann eine ganze Anzahl von Kriegern aus demselben Tuchballen, und so entstand für die Angehörigen einer solchen Truppe eine Kleidung, die mindestens durch gleiche Farbe ausgezeichnet war. Geschah eine derartige »Uniformierung« zuerst unbeabsichtigt, weil eben ein Tuchballen zur Herstellung zahlreicher Kleidungsstücke ausreichte, so erkannten doch die Heerführer sicherlich bald den Vorteil solcher Einheitskleider, die ein bequemes Mittel boten, die Angehörigen verschiedener Truppenteile leicht zu unterscheiden. Bald sah man häufig ganze Regimenter in gleichfarbiges Tuch gekleidet, und wir stoßen schon damals auf Benennungen wie »blaues Regiment«, »gelbes Regiment« usw. Abgesehen davon hatten die Fürsten ihr Gefolge und die Städte ihre Söldner schon seit dem Mittelalter in ihre Wappenfarben gekleidet. Unter Ludwig XIV. entwickelte sich daraus die höfische »Livree« der Haustruppen, die bald auf die allgemein den Haustruppen entstammenden Garden, schließlich auch auf die Feldtruppen übertragen wurde. Dieser französische Brauch wurde dann bei den übrigen Mächten nachgeahmt, so daß die Gleichkleidung im Heere um 1690 in Europa fast allgemein eingeführt erscheint. Auch die anfängliche Willkür in den Farben wich bald einem gewissen System: in Frankreich trägt die einheimische Infanterie graue (später weiße) Röcke, während die deutschen Söldner blaue, schweizerische Soldtruppen und irländische Regimenter rote Röcke haben und die österreichischen Truppen eine weißgraue Rockfarbe aufweisen. Um 1700 ist die preußische Infanterie schon allgemein durch blaue, die englische durch rote Röcke gekennzeichnet. Als unterscheidendes Abzeichen dient das Rockfutter, das in anderer Farbe gehalten ist und an den Ärmelumschlägen, den Brustaufschlägen und den aufgehakten Schößen sichtbar wird. Weitere Unterscheidungsmerkzeichen wurden Zahl, Art, Farbe und Sitz der Knöpfe, ferner auch die ausgenähten Knopflöcher, aus denen sich allmählich die Litzen entwickelten, u. a. m.

Ohne den Entwicklungsgang der Uniformierung weiter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu verfolgen, kann man allgemein sagen, daß die militärische Uniform jederzeit auf Farbenpracht und Buntheit hindrängte. Mit Recht sprach man vom »bunten Tuch« und von »zweierlei Tuch«, und sicherlich hat früher, als sich das Heer durch freie Anwerbung ergänzte, bei so manchem jungen Burschen die Sehnsucht nach der strahlenden, bunten Uniform den Ausschlag gegeben, wenn ihm der Werber lockend nahte.

Der Drang, den Uniformen der eigenen Truppen ein möglichst hervorstechendes, glänzendes Gepräge zu geben, führte oftmals zu Sonderbarkeiten, die uns heute recht lächerlich erscheinen. Dazu gehören die ungeheuren Kopfbedeckungen preußischer Krieger in den Freiheitskriegen, meterhohe Bärenmützen, überenge Lederhosen, die nur in angefeuchtetem Zustande übergezogen werden konnten, ebenso enge Gamaschen (von denen der noch heute nicht verschwundene Ausdruck »Gamaschendienst« herrührt), den Hals einschnürende, die Atmung beengende hohe und steife Kragen u. a. m.

Aber die Uniform sollte die Krieger nicht nur schmücken und von den übrigen Volksangehörigen abheben, auch nicht bloß ein Mittel bilden, die Glieder verschiedener Truppenteile des eigenen Heeres zu unterscheiden, sondern bis zu einem gewissen Grade strebte man danach, die Truppen verschiedener Staaten durch sie kenntlich zu machen, um im Fall eines Krieges Freund vom Feind unterscheiden zu können und Verwechselungen zu verhüten. So bildete sich als charakteristisch für die preußische und die österreichische Infanterie Dunkelblau als Grundfarbe aus, für Rußland Grün; für England wurden rote Röcke kennzeichnend, für Frankreich rote Hosen usw.

Aber der aufsteigenden Linie in bezug auf die Buntheit und Verschiedenfarbigkeit der militärischen Uniform mußte naturgemäß eine absteigende Linie folgen, sobald die Einführung der rauchschwachen Pulver ein klares, ungetrübtes Schlachtfeld geschaffen und die weite Sichtbarkeit in einem früher nicht für möglich gehaltenem Grade erhöht hatte. Nun bildeten grellfarbige Uniformstücke, blitzende Knöpfe, blinkende Helmspitzen usw. auf einmal verräterische und schädliche Kennzeichnungen der Anwesenheit und des Standortes von Truppen. Was man in der Natur als »Mimikry«, als Anpassung von Lebewesen an die Farben der von ihnen bewohnten Umwelt, bezeichnet, suchte man jetzt allmählich künstlich für die Soldaten zu schaffen. Das geschah zuerst bei den Kolonialtrup-

pen, die vielfach in Ländern wirken, wo eine weite und klare Sicht durch das Klima fast zur Regel wird. Die Engländer kleideten indische und die in Afrika gegen die Buren kämpfenden Soldaten in braungrünes Khaki. Bald nach Beginn des 20. Jahrhunderts setzten die Bestrebungen, die Uniformierung unauffällig zu gestalten und ihre Farbe dem Gelände möglichst anzupassen, mit Nachdruck ein, wenngleich manche widerstrebende Strömungen nur allmählich überwunden werden konnten und beispielsweise die Franzosen sich erst während des Weltkrieges von der geliebten roten Hose zu trennen vermochten.

Jetzt sind die Truppen fast aller größeren Mächte unauffällig uniformiert, wenigstens was die im Kriege gebrauchte Felduniform angeht. Die Grundfarbe ist grau oder grüngrau, bei anderen blaugrau oder braungelb; auch ausgesprochen blaue Färbung kommt vor. Kragen und Ärmelaufschläge unterscheiden sich meistens nicht mehr vom Grundtuch des Rockes; auch die farbige Paspelierung verschwindet, ebenso breite farbige Hosenstreifen usw. Die Helmbeschläge sind mattiert oder grau überlackt, oder die blanken Teile sind zum mindesten durch den Helmüberzug verdeckt. An die Stelle der blanken Knöpfe sind graue, unauffällige getreten, oder sie werden, wie bei den Feldblusen, überhaupt verdeckt getragen. Es gehört dies schon mit zu einem anderen Streben der modernen Uniformierung, die Dienstkleidung möglichst bequem zu machen. Deshalb sind die engen Stehkragen verschwunden und durch weite Umlegekragen ersetzt; der enge Uniformrock wird zur weiten Bluse und erhält zahlreiche Taschen. Das Lederzeug hat oft Naturfarbe, das Seitengewehr ist brüniert — kurz dem Mann wird gleichzeitig die Putzarbeit sehr erleichtert.

Die beiden Bunttafeln bringen Typen von Heeresangehörigen unserer wichtigsten Feinde.

Die Eisenbahnen im Weltkriege

von Generalleutnant z. D. **Freiherrn von Steinaecker**

Die Felddienstordnung für das deutsche Heer umschreibt in Punkt 522 die militärische Bedeutung der Eisenbahnen für den Krieg mit den Worten: »Die Eisenbahnen haben für die gesamte Kriegführung entscheidende Bedeutung. Sie sind von größter Wichtigkeit für die Mobilmachung, den Aufmarsch und für die Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres. Sie ermöglichen Verschiebungen von Heeresteilen während der Operationen.« Vorkommnisse im Kriege 1870/71 hatten die Unvollkommenheiten des deutschen Eisenbahnnetzes nicht weniger als Fehlgriffe im Betrieb erkennen lassen. In diesen beiden Richtungen bewegten sich daher in der nun folgenden Friedenszeit die durch gemeinsame Arbeit der Militär- und Zivileisenbahn-Behörden angestrebten Verbesserungen. Der nach dem Kriege infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges des neuen Deutschen Reiches sehr umfangreich einsetzende Ausbau der Eisenbahnverbindungen wurde von der Landesverteidigung dahin beeinflußt, daß durch ihn die Zahl der großen durchgehenden Verbindungen, zunächst der politischen Lage entsprechend aus dem Reiche nach der Westgrenze, als dem Aufmarschgebiet im Falle eines neuen Krieges, vermehrt wurde. Außerdem aber wurden für Gegenden, die für das Wirtschaftsleben einstweilen keine neuen Bahnverbindungen verlangten, für die aber die militärische Transportbewegung Erschließung durch Schienenwege erforderte, neue Verbindungen, und zwar aus Mitteln des Reiches, geschaffen, strategische Bahnen, auf die erst im Mobilmachungsfalle ein voller Verkehr gelegt werden sollte. Man sieht so in den 1870er Jahren die Zahl der das Reichsgebiet von Osten nach Westen durchquerenden Bahnen sich wesentlich vermehren: immer mehr große, voneinander unabhängige Transportwege entstehen, die sich an der Westgrenze stark verzweigen, um die Ausladungen verteilen, also die Züge mit möglichst schneller Zugfolge anbringen zu können. Umfangreiche Militärrampenanlagen begünstigen die schnelle Entladung. Grundsätzlich wurden ferner alle Linien, die für die Aufmarschbewegung in Frage kamen, zweigleisig ausgebaut, um die Leerzüge in der nämlich schnellen Zugfolge nach vorn, wie die Vollzüge zurückführen zu können. Zur Entladung auf freier Strecke war die Ausstattung aller Züge mit Notrampen-Material vorgesehen. Mit Beginn der 1880er Jahre trat eine Änderung in der politischen Lage ein, die auf die Landesverteidigung und damit auf die Gestaltung des Ausbaues der Eisenbahnen nicht ohne durchgreifenden Einfluß blieb. Die Annäherung Rußlands an Frankreich zwang die oberste Heeresleitung, von nun an mit einem Kriege auf zwei Fronten zu rechnen; es mußte also das Eisenbahnnetz für einen ebenso schnellen und glatten Aufmarsch an der Ost- wie an der Westfront ausgebaut werden. Das Deutsche Reich stand voraussichtlich in einem nächsten Kriege militärisch zwei räumlich getrennten, zahlenmäßig überlegenen Gegnern auf der »inneren Linie« gegenüber. Diese Lage hatte Vorteile, solange Raum und Zeit von den Gegnern zu ihrer Ausnutzung belassen wurden. Die Vorteile bestanden darin, daß man gegen einen Gegner, und zwar den zunächst erreichbaren, als den gefährlichsten (Frankreich) überlegene Kräfte versammeln und sich mit diesen wuchtig und möglichst überraschend auf ihn zu werfen, ihn entscheidend zu schlagen versuchen konnte, während man zunächst dem zweiten Gegner (Rußland) gegenüber in der Verteidigung verblieb, ihn bei einem Vormarsch nur nach Möglichkeit aufhielt. Gelang der Schlag gegen den ersten Gegner, dann ließ man mit der Hauptkraft von ihm ab, verschob die freigewordenen Kräfte an die Front vor den zweiten Gegner und suchte ihm dasselbe Los wie dem ersten zu bereiten. Die Aussicht des Gelingens eines solchen kühnen, große Urteils- und Entschlußkraft fordernden Planes stieg mit der Schnelligkeit, mit der man seine erste Versammlung zu bewerkstelligen und nach Erledigung des ersten Gegners zum Angriff gegen den zweiten seine Kräfte auf den neuen Kriegsschauplatz zu schieben vermochte. Letzteres konnte bei der Entfernung der russischen von der französischen Grenze nur mit den Eisenbahnen geschehen. Es wurde daher für den Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes auch im Osten Richtlinie: Vervielfältigung seiner Verzweigung, Vergrößerung der Ausladmöglichkeiten sowie Erhöhung der Leistungsfähigkeit der großen durchgehenden Transportwege durch Verbes-

ſerungen in den Bahnhofs- und Blockierungsanlagen, Vermehrung von Gleiſen und Weichen, vor allem auch des zum Truppentransport geeigneten rollenden Materials (Vergrößerung der Zugkräfte und der Tragfähigkeit der Wagen), um auf möglichſt vielen gleich leiſtungsfähigen Schienenwegen gleichzeitig die bedeutenden, im Weſten frei werdenden Korps ſchnell einladen und nach dem Oſten zum Abtransport bringen zu können.

Auch dem Ausbau der deutſchen Flotte, der Ende des vorigen Jahrhunderts einſetzte, mußte der der Bahnen dadurch Rechnung tragen, daß die Verbindung der Kriegshäfen nicht nur mit den Kohlenrevieren, ſondern auch mit allen Teilen des Reiches vervollkommnet wurde, da die Seeſtreitkräfte ihre Ergänzungsmannſchaften aus dem ganzen Reich heranziehen mußten. Für die Kohlen- und Materialverſorgung konnte eine nur ſehr unerhebliche Entlaſtung durch die Waſſerſtraßen, deren Ausbau aus geldlichen und wirtſchaftlichen Gründen im Deutſchen Reiche leider noch weit zurück war, ſtattfinden.

Eine Wiederholung der Fehler, die bei Betrieb der Eiſenbahnen im Kriege 1870/71 — Annahme von mehr Gütern, als entladen werden konnten, um nur auf einen Fehler, als den folgenſchwerſten, hinzuweiſen — meiſt aus Unkenntnis des Weſens dieſes neuen Kriegsmittels gemacht worden waren, vermied man durch Schaffung von Linienkommandanturen, die ein inniges Friedensarbeitsverhältnis zwiſchen dem die Inanſpruchnahme der Bahnen im Kriege, aber auch im Frieden (Rekruten-, Remonte-, Manöver-, Reſerviſtentransporte) beſtimmenden Generalſtab und den betriebsleitenden Stellen der Eiſenbahnverwaltungen ſchufen, und ſuchte ſo Erfahrungen zu ſammeln. Letzteres ermöglichten beſonders die alljährlich wiederkehrenden Abtransporte nach den großen Herbſtübungen, die völlig kriegsmäßig auf dem Übungsfelde ſelbſt vereinbart und durchgeführt werden mußten unter der Erſchwerung, daß der Friedensfahrplan für Perſonen- und Eilgutbeförderung daneben in Kraft bleiben mußte.

Der Ausbau des deutſchen Eiſenbahnnetzes, ſo wie ihn die Landesverteidigung angeſtrebt hatte, war noch nicht vollendet, als die Mobilmachung 1914 ausgeſprochen wurde. Begonnene Ausführungen wurden im allgemeinen weiter gefördert, Anlagen, für die erſt die Vorarbeiten begonnen hatten, z. B. für die einer Vollbahn auf dem rechten Moſelufer, wurden zurückgeſtellt. Die Anlagen von zweiten, dritten und vierten Gleiſen mußten im allgemeinen während des Krieges, zumal in der erſten Zeit, unterbleiben. Denn ſolche Bauten ſind ohne beträchtliche, zeitweiſe Änderungen des Betriebes auf den umzubauenden Strecken nicht ausführbar; es muß dabei vielfach der eingleiſige Betrieb eingeführt werden. Dies war aber unzuläſſig, da der Militärfahrplan auf zweigleiſigem Betrieb beruhte.

Wenn auch die militäriſche Transportbewegung auf das peinlichſte und eingehendſte, ſoweit es im Frieden möglich iſt, vorbereitet war, ſtellte doch die Mobilmachung die deutſchen Eiſenbahnen vor eine gewaltige Aufgabe, die die größte Umſicht und Anſpannung von allen Stellen verlangte, ſollte ſie gelöſt werden. Schon einige Stunden nach Ausſpruch der Mobilmachung begann der Abtransport der zur Verſtärkung des Grenzſchutzes aus dem Innern des Reiches nach Oſt und Weſt vorausgehenden Truppen, meiſt Kavallerie mit Artillerie und techniſchen Truppen, ſowie der Rücktransport gewiſſer Güter (z. B. Geſtüte) aus den einem feindlichen Einfall ausgeſetzten Grenzgebieten, während der Friedensfahrplan noch galt. Dieſer ſelbſt aber war ſchwer aufrechtzuerhalten. Die unerwartet eingetretene Mobilmachung traf die Bäder und Sommerfriſchen überfüllt; aus ihnen und aus dem Auslande ſtrömte alles nach der Heimat zurück. Die Güterwagen waren durch Heranſchaffung von Material für die Induſtrie in Hochkonjunktur und durch den flott gehenden Handel ſehr in Anſpruch genommen. Während der Bewältigung dieſes ganz gewaltigen, plötzlich eintretenden außergewöhnlichen Verkehrs mußten nun Wagen, Maſchinen und Perſonal zuſammengezogen und neu verteilt werden, um den am dritten Mobilmachungstage in Kraft tretenden Militärfahrplan durchführen zu können. Die Güterwagen mußten ſchleunigſt entladen, die für Mannſchafts-, Verwundeten- und Pferdetransporte notwendigen Wagen nach den Werkſtätten zur Ausrüſtung geführt werden. Gleichzeitig begann aber auch ſchon die Beförderung der Rekruten und Ergänzungsmannſchaften aus dem ganzen Lande nach den Mobilmachungsorten, die Mobilmachungsbewegung, eine von Jahr zu Jahr mit Zunahme der Bevölkerung und bei der Freizügigkeit umfangreicher und verwickelter werdende Bewegung, bei der jede Hemmung beſonders folgenſchwer ſein mußte, da ſie die planmäßige Mobilmachung der Truppe und damit den fahrplanmäßig feſtgelegten Abtransport in Frage ſtellte. Daß dieſe Bewegung beſonders verwickelt war, daher beſonders große Anforderungen an den Betrieb ſtellte, folgt daraus, daß die Transporte in den verſchiedenſten Richtungen gleichzeitig liefen. Garde und Marine ergänzen ſich aus dem ganzen Königreich Preußen bzw. dem ganzen Reichsgebiet; ſehr viele Truppenteile liegen aus den verſchiedenſten Gründen, Grenzſchutz-, Unterbringungsrückſichten u. dgl., weit von ihren Ergänzungsbezirken. Die dichtbevölkerten Mittelpunkte der Induſtrie müſſen beim Erſatz für aus ſchwach bevölkerten Gegenden ſich ergänzende Truppenteile aushelfen, die pferdezüchtenden Gaue ihre Pferde vielfach über weite Strecken, z. B. von Holſtein bis Baden, zur Ergänzung der berittenen Waffen fahren laſſen. Dazwiſchen müſſen ebenſo dringlich befördert werden: die Gegenſtände zur Armierung der Feſtungen, die Vorräte zur Füllung der Magazine, das Schlachtvieh für die Konſervenfabriken der Heeresverwaltung, die Kohlentransporte für die Marine und für die Waffen- und Schießbedarfsfabriken. Erſchwerend kommt dazu, daß die Transporte auf allen Strecken auch nachts laufen, was die allgemeine Einrichtung von Nachtdienſt notwendig macht. Gleichzeitig iſt nun aber noch zur Erhaltung des Wirtſchaftslebens die Aufrechthaltung des Zivilverkehrs — Poſt, Güter und Perſonen — notwendig. Er wurde planmäßig auf die Lokalzüge verwieſen, die auf allen Strecken im Militärfahrplan bis zum Beginn der Aufmarſchbewegung, von da ab nur auf den von ihr nicht in Anſpruch genommenen Strecken laufen und für die Bewegung kleinerer Militärtransporte beſtimmt ſind.

Der Übergang vom Friedens- zum Militärfahrplan und die ganze Mobilmachungsbewegung verlief völlig planmäßig, auch in den Grenzgebieten. Der Grenzſchutz erwies ſich als wirkſam, alle Anſchläge gegen die Bahnen wurden vereitelt. Auch im Inland war die Bahnbewachung ſo aufmerkſam, daß den feindlichen Agenten keine Störung des Betriebes gelang.

Die **Aufmarschbewegung**, also die Beförderung der mobil gemachten Truppen an die Grenzen, konnte sich daher völlig planmäßig der Mobilmachungsbewegung anschließen. Man durfte ihrem Ablauf mit doppeltem Vertrauen entgegensehen, da sie, ihrer Eigenart entsprechend, nicht die hohen Anforderungen an das Personal und die Betriebsleistung der Bahnen wie die Mobilmachung stellte. Sie besteht darin, daß die Transporte vom Beginn bis zum vollen Ablauf im großen und ganzen in derselben Richtung fahren. Die Starrheit des Militärfahrplans in Verbindung mit der geringen Fahrgeschwindigkeit (40 km die Stunde), die völlige Freihaltung eines täglichen beträchtlichen Zeitabschnitts (Intervalls) von Zügen erleichtern die planmäßige Durchführung und den Ausgleich von Störungen. Da neben pünktlicher Einladung auf schneller Entladung und prompter Zurückführung der Leerzüge die planmäßige Durchführung des ganzen Aufmarsches beruht, so wurden in das Aufmarschgebiet Offiziere und Beamte der Militäreisenbahn-Behörden zeitig vorausgeschickt, um dort nötigenfalls bei Betriebsstörungen helfend einzugreifen, zumal auch, wenn durch den Feind eine Rückverlegung der Ausladungen notwendig werden sollte. Jede Verzögerung in der Entladung schob auch den Zeitpunkt zum Antreten des Vormarsches hinaus, kam also dem Gegner, den man doch hier im Westen mit einer Überzahl überraschend angreifen wollte, zugute. Kam man hier im Westen zu spät, so entstand die Gefahr, daß im Osten eine Entscheidung früher vom Gegner erkämpft war, als man dort erscheinen konnte.

Auch der Aufmarsch verlief planmäßig und vom Feinde ungestört. Mitte August 1914 standen sieben Armeen, jede zu mehreren Armeekorps, im Westen zwischen Aachen und Mülhausen i. E., eine im Osten in Ostpreußen mit allen Trains und gefüllten Kolonnen verwendungsbereit, die Festungen hatten ihre Besatzungen, die Magazine waren gefüllt, die Postkurse waren eingerichtet. Die deutsche Heeresleitung hatte sich im Westen die Vorhand für ihre Operationen, wie geplant, bewahrt.

Über **Verlauf von Mobilmachung u. Aufmarsch unserer Gegner**, soweit die Eisenbahnen in Frage kamen, sind bis jetzt wenig Einzelheiten bekanntgeworden. In Frankreich und Belgien scheinen beide Bewegungen zunächst planmäßig verlaufen zu sein; nur gegen Beendigung der Aufmarschbewegungen mußten die Bahnen in Frankreich im Grenzgebiet zu umfangreichen Verschiebungen nach der belgischen Front in Anspruch genommen werden, da der Vormarsch der Deutschen durch Belgien infolge des frühzeitigen Falles der Maasfestungen schneller, als vom Feinde gedacht, erfolgte. Nur einen Teil des rollenden Materials der belgischen Bahnen gelang es, nach Frankreich abzuführen. England sandte zum Ausgleich sehr bald eine große Zahl von Wagen nach dem Festland. In Rußland hatte die militärische Transportbewegung lange vor der öffentlichen Verkündung der Mobilmachung begonnen. Schon Ende Juni setzte der Abtransport sibirischer Truppen nach Polen ein.

Was die Vorbereitung und Technik der Transportbewegung betrifft, so war sie in allen Ländern dem deutschen Vorbild gefolgt.

Auch in Österreich-Ungarn verliefen die Mobilmachung und der Aufmarsch planmäßig. Die Donaumonarchie hatte zunächst nur einen Teil des Heeres — sechs Armeekorps — auf Kriegsfuß gesetzt, da man dachte, es mit Serbien allein zu tun zu bekommen. Die Wendung, die die russische Politik nahm, zwang zur Mobilmachung auch der übrigen Streitkräfte. Den Eisenbahnen erwuchs dadurch eine besonders schwere, weil unvorhergesehene Aufgabe, da sie gleichzeitig mit der Mobilmachungsbewegung für einen Teil des Heeres eine umfangreiche Überführung von zunächst gegen Serbien aufgestellten Heeresteilen an die russische Front bewältigen mußten. Von empfindlichen Störungen hierbei ist nichts bekanntgeworden.

Im Deutschen Reiche konnte, nachdem die Aufmarschbewegung kaum abgelaufen war, am 23. August 1914 schon der Schnellzugsverkehr für Zivilpersonen in beschränktem Maße wieder aufgenommen werden. Wenn auch der Militärfahrplan erst am 2. November 1914 aufgehoben wurde, so waren bis Ende September doch schon die Reisegelegenheiten im Deutschen Reiche dermaßen verbessert, daß sich das wirtschaftliche Leben wieder von dem durch die Mobilmachung ihm plötzlich zugefügten Schlage allmählich zu erholen begann. Eine zum 21. Oktober 1914 nach Berlin berufene **Fahrplankonferenz** hatte dies vollendet. Es wurde auf ihr neben Vermehrung der Reisemöglichkeiten für die Zeit bis zur Außerkraftsetzung des Militärfahrplans ein neuer Friedens-Winterfahrplan vereinbart, der zwar kein völliges Wiederaufleben des Fahrplanes vom vergangenen Winter, jedoch Fahrleistungen brachte, die bis 75 vom Hundert des vorhergegangenen Friedenswinters betrugen. Die Neugestaltung des Fahrplanes wurde beherrscht durch die Anforderungen der Heeresverwaltung. Die Heranführung des mit der sehr bald erfolgenden Vermehrung des Aufgebots auch vermehrten Nachschubs, die Zurückführung der Verwundeten und Kranken, der Beute an Gefangenen und Materialien legte zunächst noch Beschränkungen im bürgerlichen Verkehr, zumal im Personenverkehr, besonders in den Grenzgebieten auf, hier zumal um Ausspähungen, die hartnäckig und gewandt versucht wurden, zu verhindern. Es trat ferner mit zunehmender Kriegsdauer und der dadurch benötigten Umstellung der Industrie für Zwecke der Landesverteidigung ihre jedem anderen Güterverkehr im Inlande vorgehende Versorgung mit Kohlen und Rohstoffen sowie die vertragsmäßig übernommene Versorgung von neutralen Staaten mit Kohlen als Austauschware in den Vordergrund. Der ganze Fahrplan war um so vorsichtiger zu gestalten, da eine Bereitstellung von umfangreichem rollendem Material jederzeit möglich bleiben mußte. Die Entwicklung der militärischen Gesamtlage rückte die Notwendigkeit einer Verschiebung starker Kräfte, einer gleichzeitigen Inanspruchnahme möglichst vieler großer, durchgehender Transportstraßen, die jeden Augenblick eintreten konnte, immer näher. Diese Verhältnisse blieben zunächst bestehen; neue Anforderungen traten erst wieder mit der Ausdehnung der Operationen auf die Balkanhalbinsel und Rumänien ein. Dies verursachte eine wesentliche Vermehrung der Transportstrecken und eine Verschiebung des ganzen Verkehrs durch die gleichzeitige Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich, wodurch der Warenaustauschverkehr mit diesem Lande aufhörte.

Da sich dem Ablauf der Aufmarschbewegung der Einmarsch in Belgien und Frankreich sofort anschloß, begann nunmehr mit dem ersten Schritt in Feindesland auch die **Tätigkeit der Militäreisenbahn-Truppen und -Behörden im Westen**. Im Osten nahmen einstweilen noch die Räumung und Unfahr-

barmachung der dem langsam vordringenden Feinde im eigenen Lande überlassenen Bahnstrecken diese Truppen in Anspruch. Der Betrieb auf den Schienenwegen in den besetzten Gebieten wurde durch die Verschiedenheit der in unseren Besitz geratenen Strecken des feindlichen Bahnnetzes wesentlich beeinflußt, im Westen ein engverzweigtes, meist zweigleisiges, reich entwickeltes, zur Bewältigung jeder Art von Verkehr besonders geeignetes Bahnsystem von gleicher Spurweite wie die heimischen Bahnen; im Osten ein weitmaschiges Netz mit wenig Querverbindungen, wobei es sich mit Ausnahme der Strecken Kalisch–Warschau und Thorn–Warschau meist um eingleisige und breitspurige Bahnen handelte. Dies machte im Osten einen durchgehenden Verkehr ohne Umladen und Umsteigen auf der Mehrzahl der Strecken zunächst unmöglich; daher war ein schnelles Nachführen der Eisenbahnspitzen in den Rücken der Armee bei deren Vormarsch sehr erschwert.

Das Überschreiten der Grenze des Reiches im Westen brachte den Eisenbahntruppen, die hinter den fechtenden Truppen bereitgestellt waren, sofort die anstrengendsten Arbeiten zur Wiederherstellung und Wiederinbetriebnahme der vom abziehenden Gegner gründlichst zerstörten Bahnen. Doppelt schnell mußte dies erreicht werden, um den unaufhaltsam sich vorwärts bewegenden Armeen mit den Spitzen der Schienenwege auf den Fersen bleiben zu können. Alle Stellwerke, Weichen, Signal- und Fernsprecheinrichtungen, Wassertürme, Bahnhofseinrichtungen waren betriebsunfähig gemacht. Einen Überblick hierüber verschaffte sofort die Erkundung, die von mit den Spitzen der Heere vorgegangenen Offizieren der Eisenbahntruppe vorgenommen und zunächst bis in die Linie Hasselt–Löwen–Namur–Marlote vorgetrieben wurde. Man bekommt einen Begriff vom Umfange der Zerstörungen, wenn man erfährt, daß die Bahn Herbesthal–Verviers an 27 Stellen Beschädigungen aufwies. An die mit der Mobilmachung aufgestellte, in Aachen ihrer Verwendung harrende Militäreisenbahndirektion mußte gemeldet werden, daß, abgesehen von belangloseren Zerstörungen durch Aufreißen von Gleisen, Sperrung durch umgeworfene Maschinen, 13 Brücken gesprengt und ein Tunnel durch mehrere mit Volldampf ineinandergefahrene Maschinen gesperrt waren. Es ergab sich ferner überraschenderweise mit Eröffnung des Betriebes, daß sich die Gleisanlagen der belgischen Bahnen zum großen Teil für deutsche Begriffe in recht vernachlässigtem Zustande befanden, daß die Schienen schadhaft und schlecht gelegt waren; häufig brachen ferner die Weichen unter der Last der Lokomotiven. Ähnlich sah es auf den französischen Bahnen in betreff der Zerstörungen aus. Es erwuchs hieraus eine so gewaltige Last sich drängender Arbeiten, daß die Eisenbahntruppen, Betriebs- und Baukompanien fast Übermenschliches leisten mußten, um den vordringenden Armeen den Nachschub zu sichern. Es bedurfte daneben größter Umsicht von seiten der Etappeninspektionen und des Betriebes, um den Bedürfnissen der Armeen gerecht zu werden. Militärzüge von 100 Achsen mußten, um durch Belieferung mit Proviant und Munition die ununterbrochen unter heftigen Kämpfen vorrückenden Heere schlagfertig zu erhalten, vielfach mit kürzester Zugfolge, oft von 1/4 Stunde, über eine Bahn geleitet werden, auf der notdürftig ein Gleis freigemacht war und auf deren Bahnhöfen nur ein Unteroffizier mit einigen Leuten den Betrieb übernommen hatte. Von dem in der Etappenordnung vorgesehenen Normalzustand, daß jeder Armee ein Schienenweg ausschließlich zur Verbindung mit der Heimat zugewiesen wurde, war man weit entfernt. Auf vorschriftsmäßige Sicherung des Betriebs wurde vielfach verzichtet. Nach einer Veröffentlichung aus dem Großen Hauptquartier hatte z. B. noch keine deutsche Maschine Lüttich nach Westen hin überschritten, als schon der erste Zug mit deutschen Truppen, die den bei Brüssel kämpfenden Unterstützung bringen und bis Löwen vorfahren sollten, in den Bahnhof einlief; die vorliegende Strecke war gerade eben eingleisig in Ordnung gebracht, das Betriebspersonal fehlte ganz, die Fernsprech- und Telegraphenverbindung zwischen den Stationen war noch nicht wiederhergestellt. Trotzdem fuhr Zug auf Zug auf Löwen vor, das Leermaterial kehrte auf demselben Wege zurück. Obwohl aus den Häusern auf die Züge geschossen und fortgesetzt hinterlistige Anschläge gegen die Bahn von der verhetzten Bevölkerung ausgeführt wurden, wurde die Truppe rechtzeitig durch die Bahn an den Feind herangebracht. Dank der Aufopferung der durch Kolonnen von Zivilarbeitern allmählich verstärkten Baukompanien ging es, sowie es das Vordringen der Heere verlangte, mit der Herstellung und Inbetriebnahme der Bahnen vorwärts. Am 1. September verlegte die Militäreisenbahndirektion in Aachen ihren Sitz nach Brüssel, Ende Oktober wurde sie schon als Eisenbahndirektion 1 nach Lille vorgeschoben; sie wurde ersetzt durch mobile Eisenbahn-Linienkommandanturen in Lüttich und Brüssel. Eine Eisenbahndirektion 2 wurde ferner für den südlichen Teil der belgischen und nordfranzösischen Bahnen am 20. August in Ulflingen eingesetzt, die am 25. August nach Libramont, am 4. September nach Sedan vorrückte. In Luxemburg wirkte von nun an eine Linienkommandantur. Zwischen Direktion 1 und 2 wurde mit Erweiterung des Betriebes sehr bald Direktion 3 in Charleroi errichtet. Mit dem 1. Juli 1915 wurde durch die Schaffung einer General-Militärdirektion Brüssel die Einheitlichkeit in Betrieb und Verwaltung sämtlicher Eisenbahnen im besetzten Gebiet West gewährleistet. Die heimischen Militär-Eisenbahnbehörden, die Eisenbahnabteilung des stellvertretenden Großen Generalstabs und immobile Linienkommandanturen, regeln nun unter Mitwirkung der Etappeninspektionen durch Vermittlung des Chefs des Feldeisenbahnwesens West den Übergang von dem Betrieb der heimischen zu dem der besetzten Bahnen sowie die militärische Inanspruchnahme der Heimatstrecken.

Vielseitig entwickelten sich die Anforderungen an die Bahnen im besetzten Gebiet West, auf die nun auch ein Militärfahrplan übertragen wurde. Um die mit dem deutschen Einmarsch still gelegten großen Industrien wieder in Gang zu bringen, soweit dies der sich bald fühlbar machende Mangel an Rohstoffen erlaubte, vor allem aber, um die Kohlenförderung wieder aufnehmen zu können, mußte sehr rasch die Benutzung der Bahnen durch Bewohner des besetzten Landes, zwecks Versorgung der Arbeitsstätten, ermöglicht werden. Mit Ausnahme der Fabrikanlagen in Flandern haben in Belgien die Unternehmungen ihre Arbeiter meist so weit von dem Arbeitsort wohnen, daß diese alltäglich durch besondere Züge hin und her gefahren werden müssen. Diese Züge und solche zur Kohlen- und Erzbeförderung wurden zunächst in den Fahrplan aufgenommen. Dann wurde weiter den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens dadurch Rechnung

getragen, daß ein bürgerlicher Verkehr an den militärischen angeschlossen wurde. Am 1. Februar 1915 liefen schon neben den für den Privatverkehr freigegebenen Lokalzügen täglich Schnellzüge von der Heimat über Brüssel bis Antwerpen und Ostende und zurück. Sehr hoch wurden die Fahrpreise für die Zivilbevölkerung gestellt, um nicht unbedingt notwendige Reisen zu verhindern, schon zum Sparen von rollendem Material, dann aber im Interesse der Vermeidung von Ausspähungen.

In ihren Einrichtungen bildeten sich, den sich mehrenden Bedürfnissen und Anforderungen entsprechend, die Eisenbahndirektionen weiter. Am 10. März 1916 wurden Militär-Eisenbahnverkehrsämter bei ihnen eingerichtet, die ihre volle Bedeutung dadurch erhielten, daß am 15. Mai 1916 die Etappen-Güter- und -Paketämter aufgehoben und der diesen bislang zugefallene Privatgutverkehr für das Heer jenen mit der Hauptaufgabe der Überwachung des Nachschubverkehrs zum Feldheer in eisenbahnverkehrstechnischer Hinsicht zugewiesen wurde. Es gelangte damit die Gestaltung der Militärverwaltung nach heimatlichem Muster zum Abschluß, da schon vorher Verkehrs- und Betriebsämter eingerichtet worden waren.

Die Erfahrungen, die man bei der Inbetriebnahme der Eisenbahnen im Westen gemacht hatte, wurden bei dem Einmarsch in Rußland verwertet. Wie die Franzosen und Belgier, so hatten auch die Russen und später auch Serben und Rumänen die Bahnen bei ihrem Rückzug gründlich und noch rücksichtsloser als ihre Verbündeten zerstört. Bahnhöfe und Werkstätten fanden die vorrückenden Deutschen nur noch als rauchende Trümmerhaufen, alles Personal und Material war zurückgeführt worden. Umlegen der Gleise auf Normalspur mußte mit Wiederherstellung der Betriebseinrichtungen hier Hand in Hand gehen, also eine Vergrößerung und Erschwerung der Arbeit gegen den Westen. So wurden auf diesem Kriegsschauplatz an die Eisenbahntruppen nicht weniger gewaltige Anforderungen gestellt, die um so schneller bewältigt werden mußten, als man für den Nachschub bei dem schlechten Zustand der Straßen viel mehr als im Westen auf Benutzung der Bahnen angewiesen war. Die Arbeiten waren aber besonders schwierig und erforderten längere Zeit als dort, da, abgesehen von Holz für Bahnschwellen und geringer, in den größeren Städten noch entdeckter Betriebsmaterialien, alle zur Wiederherstellung erforderlichen Gegenstände aus der Heimat herangefahren werden mußten. Auch in Polen lag die Industrie still und war zunächst gar nicht in der Lage, etwas hiervon zu liefern. Das Personal wurde aus den östlichen preußischen Direktionsbezirken entnommen, da sich unter diesem viele Polnisch sprechende Personen befanden. Es kann daher nicht verwundern, daß im Deutschen Reich mit längerer Dauer des Krieges an einen Ersatz des Fahr- und Abfertigungspersonals durch Frauen gedacht werden mußte, waren doch schon im zweiten Kriegsjahre etwa 150000 Eisenbahnbeamte aus dem heimischen Betrieb herausgezogen worden. Die ganze Art der Kriegführung, die hier kein so unaufhaltsames Vordringen der Deutschen wie im Westen, auch das zeitweise Wiederaufgeben in Besitz genommener Strecken mit sich brachte (dieselbe Hand mußte oft wieder zerstören, was sie eben wiederhergestellt), beeinflußte auch den Zeitpunkt der Aufstellung der Militär-Eisenbahnbehörden. Die den Betrieb leitende Militär-Generaldirektion Warschau trat erst Ende September 1915 in Wirksamkeit. Von Anfang August 1914 bis Mitte Januar 1915 wurden die Bahnen durch die Eisenbahndirektion Kattowitz verwaltet. An ihre Stelle trat um diese Zeit die Linienkommandantur Lodz, deren Geschäfte auf eine mit der Einnahme Warschaus neuerrichtete Militär-Eisenbahndirektion 4 in Warschau übergingen. Gleichzeitig wurden die Militär-Eisenbahndirektionen 5 in Wilna, 6 in Brest Litowsk und 8 in Schaulen errichtet. Linienkommandanturen gibt es im Osten nicht mehr. Nach Besetzung Serbiens wurde Militär-Eisenbahndirektion 7 in Nisch errichtet.

Die innere Organisation der Behörden ist im Osten dieselbe wie im Westen. Die Aufgaben, welche die Bahnen hier zu lösen hatten, glichen ebenfalls denen im Westen. Es mußte also auch hier außer der Versorgung und Bedienung des Heeres — die in erster Linie standen — das wirtschaftliche Leben wieder aufgerichtet werden. Auch hier in Polen gab es eine stark entwickelte Industrie, die wieder zum Aufleben zu bringen im Interesse des Eroberers lag. Wenn sich diesen Bestrebungen gegenüber die Bevölkerung hier nicht so ablehnend und geradezu feindlich verhielt wie in Belgien und Frankreich, so dauerte es doch länger als im Westen, bis ein geregelter Zivilverkehr einsetzen konnte. Am 5. August 1915 wurde Warschau erobert, aber erst am 1. September fuhr der erste Schnellzug Berlin–Warschau ohne Wagenwechsel durch, der erst seit dem 1. Januar 1916 bis Brest Litowsk durchgeführt wird. Auch hier wird der bürgerliche Verkehr nach denselben Gesichtspunkten geleitet wie im Westen.

Etwas Großes hatten die Eisenbahnen geleistet. »Von Lille bis Brest Litowsk ein einheitlicher Betrieb, einheitliche Zeit, ein Wille, ein Befehl und, was nicht zu übersehen, ein Umsteigen. Von Nordfrankreich über Belgien, Deutschland, Polen bis nach Weiß-Rußland hinein und Wagenwechsel nur in Berlin; auch dies ist einer der vielen Posten, der nicht in der Rechnung unserer Feinde bei Beginn des Krieges gestanden war.« Die Verwaltung der feindlichen Bahnen im österreichischen Besetzungsgebiet geschah nach denselben Grundsätzen.

Kaum einen Monat nach Beginn des Einmarsches im Westen trat zum erstenmal an die Eisenbahnen die Aufgabe einer schnellen Überführung bedeutender Truppenmassen über weite Strecken heran. Anfang September 1914 wurde der russische Andrang gegen unsere schwach besetzte Ostfront so bedrohlich, daß die obere Heeresleitung, noch ehe der Gegner im Westen völlig niedergekämpft war, nicht unerhebliche Kräfte dem westlichen Kriegsschauplatz zugunsten des östlichen entnehmen mußte. Gleichzeitig aber fand infolgedessen auf ersterem eine sehr umfangreiche Verschiebung von Kräften statt. Beide Bewegungen, die von Westen nach Osten sowie hinter der Westfront von Süden nach Norden, gelangen. Hierdurch vermochte man den russischen Ansturm zunächst abzuwehren. Diese große Verschiebung blieb nicht die einzige. Es folgte im Winter 1914/15 eine neue in derselben Richtung zwecks Versammlung zum Angriff, der zu dem Siege an den Masurischen Seen, dann eine im April 1915 zu der Versammlung, die zum Durchbruch durch die russische Front bei Gorlice–Tarnow führte. Auch eine Querverschiebung im Osten nach der Schlacht von Tannenberg von Ostpreußen nach Oberschlesien — von Norden nach Süden — muß hier erwähnt werden. Eine Massenbewegung in umgekehrter Richtung von Osten nach Westen fand im Frühjahr 1916 zur

Vorbereitung des Angriffs auf Verdun statt. Verschiebungen auf den einzelnen Kriegsschauplätzen blieben keine Seltenheiten, denn um den Durchbruchsversuchen der Gegner wirksam zu begegnen, mußten bei den großen feindlichen Offensiven schnell starke Truppenabteilungen von den verschiedensten Seiten hinter die bedrohten Abschnitte geschafft werden, so in Flandern, im Artois, in der Champagne, in Lothringen. Auch fand mehrfach ein Austausch von Divisionen des Westens und Ostens sowie Überführung von Truppenteilen in Ruhestellungen statt. Sehr umfangreiche Transportbewegungen machte später die Versammlung zum Einmarsch in Serbien sowie zum rumänischen Feldzug nötig. Alle diese oft unvermutet und in kürzester Frist von den Eisenbahnen zu bewältigenden Transporte verliefen ohne Störungen. Dies wurde auch bei den verschiedensten Gelegenheiten vom obersten Kriegsherrn vor Heer und Volk anerkannt. Die Bahnen erwiesen sich als ein nie versagendes Hilfsmittel der Führung, wodurch es dieser ermöglicht wurde, stets an den entscheidenden Punkten stärker zu sein als der Feind. Die Oberste Heeresleitung verdoppelte so durch die Fähigkeit des schnellen Herüberwerfens starker Kräfte von einem Kriegsschauplatz auf den anderen ihre Stärken. Hierdurch konnte es gelingen, das ungünstige Zahlenverhältnis, in das wir immer mehr zum Gegner gerieten, in etwas auszugleichen.

Bei der fortgesetzt sehr starken Inanspruchnahme der Eisenbahnen mußten das Material und der Oberbau der Strecken in erheblichem Umfange abgenutzt werden und daher, hauptsächlich veranlaßt durch den hohen und wegen Mangels an Arbeitskräften nicht schnell zu beseitigenden Reparaturstand an Wagen und Lokomotiven, die Leistungen der Bahnen allmählich abnehmen. Da im Kriege die Bedürfnisse und Ansprüche der Heeresleitung allen anderen vorgehen, so machte sich dies zunächst und hauptsächlich für den Heimatsverkehr fühlbar. Am stärksten war dies in dem Winter 1916, der mit seinem langen, strengen Frost und großen Schneefällen den Eisenbahnen eine besonders starke Kraftprobe auferlegte. Es trat auch zum Teil infolge der Knappheit an Schmierölen eine überaus empfindliche Erhöhung des Reparaturstandes an Maschinen ein, hauptsächlich aber stockten die Leistungen der Bahnen in unvorhergesehenem Maße infolge der durch das Wetter verursachten Verminderung der Leistung der Rangierbahnhöfe und infolge der Erschwerung der Ab- und Zufuhr der Güter. Diese Schwierigkeiten wurden noch erhöht durch die Zunahme der Bedürfnisse der Armee (»Hindenburg-Programm«), durch die immer sich steigernde Abgabe von Personal und die im ganzen Lande eingetretene Verminderung der Arbeitskräfte sowie durch die Zunahme der zu bedienenden Strecken nach dem Einmarsch in Serbien und Rumänien. Es setzte dazu ein ungewöhnlich starker Güterverkehr in diesem Winter ein, weil nirgends mehr größere Warenbestände vorhanden waren und deshalb für die Beförderung der überall schnell gebrauchten Güter sogar der billigere Wasserweg, solange er überhaupt zur Verfügung stand, nicht entlastend wirken konnte. Dieser Schwierigkeiten, die sich im Heimatsverkehr durch Verminderung der Züge, längere Fahrzeiten, aber auch durch Verspätungen sowie durch zeitweise notwendig werdende Sperre der Güterbeförderung, bei dem Heere durch die Notwendigkeit der Beschränkung der Beurlaubungen bemerkbar machten, wurde man dadurch allmählich Herr, daß das ganze heimatliche Gebiet in große Verkehrsabschnitte — Ost-West-Mitte — eingeteilt und diese einer besonderen Leitung unterstellt, ferner aber der Privatpersonen- und der Güterverkehr nach Möglichkeit eingeschränkt wurden.

Bei der Bedeutung der Erhaltung des Wirtschaftslebens der Heimat in diesem Kriege, der nun über drei volle Jahre des deutschen Volkes ganze Kraft in Anspruch nimmt, für die Armee ist die Leistung der Eisenbahnen hierfür von ausschlaggebender Bedeutung geworden. Es soll nicht verschwiegen werden, daß unser Wirtschaftsleben schwere Schädigungen erlitten hat; allein ebensowenig darf verschwiegen werden, daß das Wirtschaftsleben, nicht zum wenigsten dank der Tätigkeit der Eisenbahnen, durch eine nicht hoch genug zu bewertende Anpassung an die durch den Krieg geschaffenen neuen Bedingungen in seiner Gesamtheit gegenüber anfänglichen Stockungen einen derartigen Aufschwung genommen hat, daß die geldlichen Ergebnisse von Jahr zu Jahr günstiger wurden und jetzt denen der letzten Jahre des Friedensverkehrs nicht nur nicht nachstehen, sondern sie zum Teil sogar überflügelt haben. Das beweisen die Abschlüsse der letzten vier Kalenderjahre. Die Einnahmen der deutschen Staatsbahnen betrugen im Friedensjahr 1913 im Personenverkehr 991, im Güterverkehr 2227, zusammen 3281 Millionen Mark. Die entsprechenden Zahlen stellten sich für 1914 (fünf Monate Krieg) auf 847, 1956, 2803; für 1915 auf 741, 2086, 2827; für 1916 auf 875, 2333, 3208 Millionen Mark. Für die ersten Monate des Jahres 1917 liegen Zahlen vor, die ein steigendes Wachsen des Verkehrs erkennen lassen.

Die Benutzung der Eisenbahnen mit Vollbetrieb endigt nicht unmittelbar hinter der Kampffront. Die erfahrungsmäßig schwere Aufgabe, die an die Endpunkte herangebrachten Bedürfnisse rechtzeitig bis zu den Verbrauchsstellen zu bringen, wird den Bahnen durch Kolonnen aller Art abgenommen. Sie werden hierbei durch die von den Endbahnhöfen sich nach vorne vorschiebenden Feldbahnen (von den Eisenbahntruppen betriebene Schmalspurbahnen mit Pferde- oder Lokomotivbetrieb) unterstützt. Im Osten, für den die Feldbahnen bei schlechtem Zustand der Wege eine größere Bedeutung als im Westen gewannen, wurden sie vielfach zu Schmalspurbahnen ausgebaut und deren Betrieb dann den Eisenbahnverwaltungen unterstellt. Ein Schmalspurbahnnetz von 700 km ist auf diese Weise im besetzten Osten aus Feldbahnen entstanden und einem besonderen Eisenbahnbetriebsamt unterstellt worden. Der Stellungskrieg ermöglichte es sogar, vielfach bis zu den weittragenden feuernden Batterien die Munition auf diesem Wege vorzuführen. Daß dies auch der Gegner tat, ergaben die Aufnahmen unserer Flieger; auch wurde vielfach durch sie festgestellt, daß der Feind Geschütze und Maschinengewehre auf oder in Eisenbahnwagen, auch in gepanzerten, anbrachte, die hierdurch befähigt wurden, auf dem Feldbahnnetz oder auf Anschlüssen von normalspurigen Bahnen überraschend an den verschiedensten Punkten aufzutreten und sich schnell der feindlichen Gegenwirkung zu entziehen. Es wurde dies während der Kämpfe um Verdun und neuerdings an der englischen Front mehrfach festgestellt.

Die Ausführungen über die Eisenbahnen im Kriege erfordern der Vollständigkeit halber noch einen Hinweis, inwiefern der Krieg auch die Straßen- und Kleinbahnen in Mitleidenschaft gezogen hat. Auch

sie hat er vor neue, bisher nicht gekannte Aufgaben gestellt. Bei der Mobilmachung stockte plötzlich die Zufuhr der Lebensmittel für die Städte durch die Staatsbahnen, ebenso der Arbeiterverkehr. Hier griffen die obengenannten Bahnen mit Erfolg helfend ein, so daß sich die Lebensmittelzufuhr wenigstens notdürftig vollzog, bis von der zweiten Mobilmachungswoche ab bestimmte Züge des Militärfahrplans für diese Zufuhr freigemacht werden konnten. Dies gelang, obwohl der Betrieb durch die Einziehung von Personal sehr erschwert wurde und obwohl aus Rücksichten der Landesverteidigung vielfach von den Staatsbahnen gleichzeitig benutzte Brücken usw. für jeden anderen als militärischen Verkehr gesperrt werden mußten. Dies traf besonders die Straßenbahnen der Großstädte am Rhein und die der Festungen an großen Wasserläufen. Allein überall wurde der Verkehr, wenngleich mit Einschränkungen, aufrechterhalten, auch von diesen Bahnen die weitere ungestörte Entfaltung des Wirtschaftslebens unterstützt.

Das Deutsche Reich ist daher mit vollem Recht stolz auf die Leistungen seiner Eisenbahnen. Ihre zweckentsprechende Anlage und Verwendung haben dem deutschen Volke im Felde und in der Heimat eine wertvolle, nicht hoch genug einzuschätzende Unterstützung im Kampfe um sein Dasein geliehen. Die Geschichte des Weltkrieges wird den Männern, die die Eisenbahnen trotz aller Schwierigkeiten auf ihrer Leistungsfähigkeit erhalten haben, und denen, die sie meisterhaft zu benutzen verstanden, ihre Anerkennung nicht versagen.

Kriegschirurgie

von Dr. Haehner, Stabsarzt im Kriegsministerium in Berlin

Hierzu Tafeln »Kriegschirurgie I u. II«.

Der großen Bedeutung, die neben der bestausgebildeten Technik im heutigen Kriege den Menschenmassen, dem möglichst schnellen Ersatz der Verluste zukommt, entsprechen die hohen Anforderungen, die an die Kunst der Kriegschirurgen gestellt werden müssen, um die Verwundungen nicht nur möglichst schnell, sondern auch in möglichst großer Zahl wieder zu heilen. Solchen Aufgaben gegenübergestellt, waren bei Kriegsbeginn die deutschen Chirurgen nicht im Zweifel, daß eine Reihe von Fragen der Verletzungschirurgie, der Behandlung der Wundkomplikationen noch ungeklärt vor ihnen lag. Das Riesenmaterial der Kriegsverletzten hat denn auch gezeigt, daß die Ergebnisse der bisher üblichen Behandlung vielfach nicht befriedigend waren. Auf Grund der mehrjährigen Beobachtungen und Erfahrungen mußte die Kriegschirurgie bei einer ganzen Anzahl von Verletzungen umlernen und neue Behandlungswege einschlagen. Bei der Durchführung ihrer Aufgabe kamen ihr die in hervorragender Weise stetig ausgebildeten Methoden der Wissenschaft und Technik im weitesten Maße zu Hilfe. Die Grundbedingung für jeden Erfolg eines chirurgischen Eingriffs ist, daß den Verwundeten möglichst bald auch die notwendige sachgemäße Hilfe zuteil wird; deshalb verfügen im Felde auch die am weitesten vorgeschobenen Sanitätsformationen (Sanitätskompanien, Feldlazarette) über speziell in der Chirurgie ausgebildete Ärzte. Wenn auch diesen Formationen gemäß der Art ihrer Verwendung nicht alle technischen Hilfsmittel der modernen Chirurgie zu Gebote sein können, so sind doch die stehenden Lazarette (Kriegslazarette) bis ins kleinste damit ausgestattet. Des weiteren ist dafür Sorge getragen, daß für zweifelhafte Fälle, für schwierigere Operationen der bewährte Rat von Chirurgen von Ruf, der Hochschulprofessoren, Leiter großer Krankenhäuser usw., die sich als beratende Chirurgen bei jedem Armeekorps befinden, jederzeit eingeholt werden kann. Auf ärztlichen Zusammenkünften im Felde und auf den beiden großen Kriegschirurgenkongressen haben die ausgetauschten Erfahrungen Veranlassung zur Klärung mancher strittigen Behandlungsfrage gegeben.

Mit in erster Linie wurde betroffen die **Wundbehandlung** im allgemeinen. Nachdem der englische Chirurg Lister sein Verfahren der **antiseptischen Wundbehandlung**, d. h. der Bekämpfung der so gefürchteten Infektion der Wunden durch ihre Desinfektion, veröffentlicht hatte, war einer der großen Meister der Kriegschirurgie, v. Bergmann, der erste, der dies Verfahren im Kriege, dem russisch-türkischen, erprobte. Doch konnte er es trotz aller Hilfsmittel und eines geschulten Personals nicht streng durchführen. Erst als er jedes aktive Vorgehen unterließ, sich nur auf die Bedeckung der Wunden und eine absolute Ruhigstellung der verletzten Glieder beschränkte, erreichte er die berühmt gewordenen Ergebnisse, vor allem in der Behandlung der Kniegelenkschüsse. Damit war das Prinzip der **Aseptik**, d. h. der möglichsten Keimfreihaltung der Wunden im Kriege, gefunden, und zwar in der einfachen Form eines keimfreien Verbandes auf die absolut unberührt gelassene Wunde. Große Triumphe feierte die Aseptik in der Zeit der kleinkalibrigen Mantelgeschosse, und da erregten die größte Überraschung die Beobachtungen im Burenkriege, wo 90 Prozent der durch Mantelgeschosse verursachten Wunden der Gliedmaßen ohne Eiterung heilten. Die Folge war die Einführung eines antiseptischen oder sterilen Einheitsverbandes in allen Armeen. Diese **Verbandpäckchen**, von denen jeder Angehörige des deutschen Heeres zwei mit sich führt, haben sich auch in diesem Kriege glänzend bewährt. Das Anlegen des ersten Verbandes geschieht bei der einfachen Handhabung auch von Laien durchweg geschickt und zweckentsprechend.

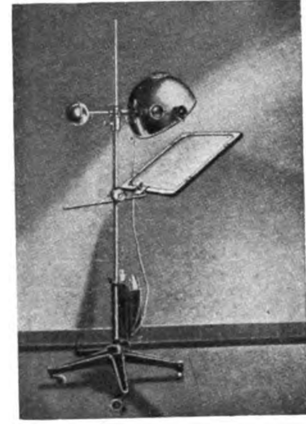
Während damals v. Bergmann die durch Kleinkaliber- (Infanterie-) Geschosse verursachten Wunden als von vornherein (primär) nicht infiziert ansah, steht jetzt fest, daß alle frischen Schußwunden Infektionskeime enthalten, schon durch die mitgerissenen Teile der Kleidung und Haut. Trotzdem gelingt eine reaktionslose Heilung dann, wenn primär nur wenig Keime eindringen und ein weiteres Eindringen verhindert wird. In diesem **praktischen** Sinne sind also die Kleinkalibergeschoßwunden als nicht infiziert anzusehen. Ganz anders liegen dagegen die Verhältnisse bei weit offenen Schußwunden, wie sie die Nahgeschosse der Infanterie, Aufschläger, Querschläger, die reichliche Verwendung von Dumdumgeschossen und Artilleriegeschosse verursachen. Der ausgedehnte Stellungskrieg hat bei den vielfach auf sehr geringe Entfernung gegenüberliegenden Schützengräben viel mehr als früher Nahschüsse gezeitigt, die



1. Krankensäle zur offenen Wundbehandlung.



2. Offene Wundbehandlung.



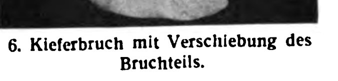
3. Künstliche Höhensonne.



4. Steckschuß im Schädel (Röntgenaufnahme).

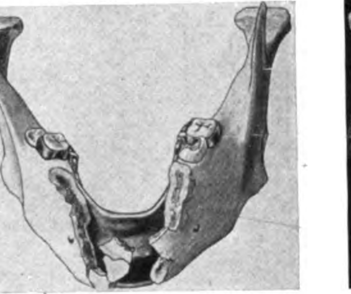


5. Splitterentfernung aus dem Auge durch Riesenmagnet.

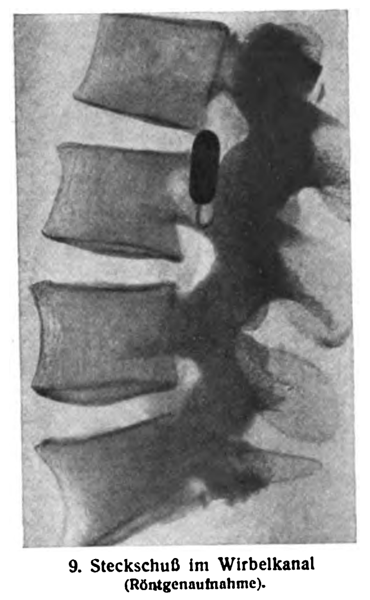


6. Kieferbruch mit Verschiebung des Bruchteils.

7. Drahtschiene zur Behandlung von Kieferbrüchen.



8. Fixationsschiene bei Kieferbrüchen mit größerem Knochendefekt.





9. Steckschuß im Wirbelkanal (Röntgenaufnahme).

Kriegs-Chirurgie II.

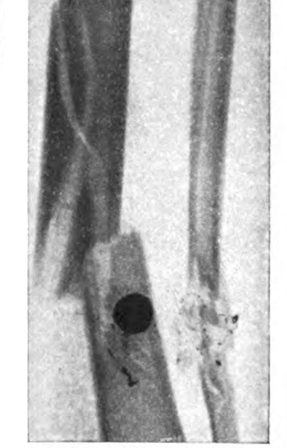
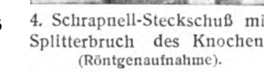
1 und 2. Provisorische Schienenverbände bei Gliedmaßenverletzungen.

3. Knochenschuß mit starker Zertrümmerung (Röntgenaufnahme).

6. Distraktionsklammern zur Knochenbruchbehandlung (Röntgenaufnahme).




7. Knochenbruchschuß ohne wesentliche Verschiebung (Schienung durch den unverletzten Knochen; Röntgenaufnahme).

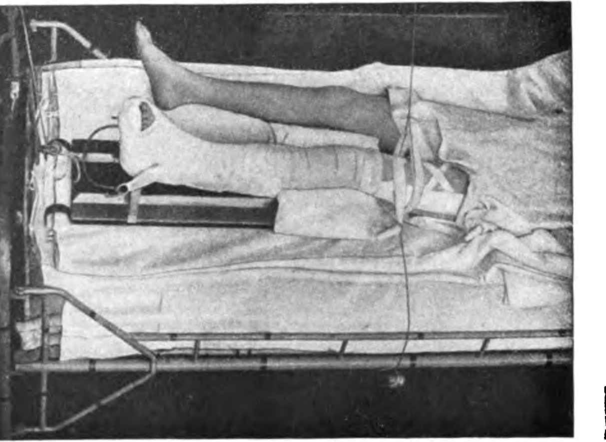
4. Schrapnell-Steckschuß mit Splitterbruch des Knochens (Röntgenaufnahme).



9. Zerreißung durch Dumdum-Geschoß (Röntgenaufnahme).



8. Fliegerpfeil.



5. Streckverband mit Gegenzügen.

nicht nur durch Infanteriegeschosse, sondern auch durch Handgranaten und das ganze Arsenal der Schützengrabengeschütze bedingt sind und mit einer starken Verschmutzung der Wunden einhergehen. Dadurch ist die Anzahl primär infizierter Wunden jetzt außerordentlich groß, und nicht mehr der erste Verband, wie es früher hieß, sondern vornehmlich die primäre Infektion entscheidet über das Schicksal. Die englischen und französischen Kriegschirurgen sind wieder zu ausgedehnter Anwendung von infektionsbekämpfenden Flüssigkeiten übergegangen, während die deutschen Chirurgen den Kampf gegen die Wundinfektion im allgemeinen wesentlich, statt mit der chemischen, mit der physikalischen Antiseptik führen; dabei hat sich schon allein die vollständige Ruhigstellung der verletzten Gewebe als ein mächtiges Unterstützungsmittel erwiesen, das bei Knochen- und Gelenkschüssen von der größten Bedeutung ist. Sehr günstige Erfolge bei eiternden Wunden hat man unter anderem mit der offenen Wundbehandlung, die jetzt bei Kriegsverletzungen vielfach in Anwendung gekommen ist, erzielt. Fig. 1 auf Tafel I zeigt einen derartigen »Krankensaal«. Die Wunden werden hierbei ohne jeden Verband gelassen (Tafel I, Fig. 2); das Hauptprinzip dieser Behandlung beruht auf dem Einfluß eines ständig bewegten, austrocknenden Luftstromes, zu dem die heilende Kraft der Sonnenstrahlen hinzutritt. Es wurde so z. B. eine auffallend schnelle Besserung der Erfrierungswunden beobachtet, die selbst bei kalter Witterung ohne Bedeckung der freien Luft ausgesetzt waren. Die bekannte Heilkraft der intensiven Sonnenstrahlung im Hochgebirge wurde durch die elektrisch erzeugte »künstliche Höhensonne« (Tafel I, Fig. 3) in die Ebene mit ihren selteneren und weniger intensiven Sonnentagen verpflanzt, und auch sie findet mit gutem Erfolg in immer steigendem Maße bei der Behandlung der Kriegsverletzungen Verwendung.

Diese allgemeinen Grundsätze der Kriegschirurgie gelten wie beim Land- so auch beim Seekrieg. Lediglich der Unterschied der Wunden an Bord, die in der Regel von Minen und schweren Geschützen herrühren, kann einen Unterschied im chirurgischen Handeln gegenüber den Kriegswunden im Felde bedingen.

Die riesige Ausdehnung der jetzigen Schlachtfelder, der weitreichende Geschoßhagel der modernen Handfeuerwaffen, Maschinengewehre, schweren Geschütze bringen es mit sich, daß manchem Verwundeten ärztliche Hilfe erst spät zuteil werden kann. Dadurch erklärt es sich, daß zwei der schlimmsten und heimtückischsten Wundinfektionen, Wundstarrkrampf (Tetanus) und Gasbrand, so viele Opfer gefordert haben.

Der Tetanus tritt vor allem bei ausgedehnten, mit Zerreißungen in der Tiefe einhergehenden Wunden (Granatwunden) auf, die durch Erde und Kleiderfetzen verunreinigt sind. Er ist auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen jetzt wieder häufig beobachtet worden und hängt anscheinend mit der Bodenbeschaffenheit innig zusammen. Erst nach dem Kriege wird die Feststellung möglich sein, welche Gegenden sich dabei am gefährlichsten gezeigt haben. Bei dem Tetanus haben wir im Wundstarrkrampfserum ein, vor allem bei frühzeitiger Anwendung, gut wirkendes Heilmittel in der Hand, das jetzt vorbeugend gleich nach den Verletzungen eingespritzt wird. Für die zweite, äußerst gefährliche Wundinfektionskrankheit, den Gasbrand, fehlt ein entsprechendes Mittel. Die Gasgangrän, wie diese Krankheit auch genannt wird, ist verursacht durch in der Wunde gasbildende Bakterien und trägt daher ihren Namen; mit dem Gaskampf, dieser Errungenschaft des jetzigen Krieges, hat sie nicht das geringste zu tun. In der Hauptsache sind es die Wunden der Gliedmaßen, bei denen diese Infektion auftritt, und zwar meist bei stark zerrissenen Wunden, besonders also Granatverletzungen. Es gleicht dies Verhalten durchaus dem des Tetanus, mit dem die Gasgangrän auch noch die Abhängigkeit von der Bodenbeschaffenheit teilt. Die Infektion zeigt ein auffallend rasches Fortschreiten mit schon bald einsetzenden schweren septischen Erscheinungen. Im Röntgenbild können Gasblasen im Gewebe schon frühzeitig nachgewiesen werden und somit auf die drohende Entstehung der Krankheit hinweisen. Große Einschnitte, in vielen Fällen die Abtrennung des verletzten Gliedes, sind meist erforderlich, um das Leben zu retten.

Die Verschiedenheit der Anschauungen in der allgemeinen Wundbehandlung spiegelt sich auch in der speziellen Behandlung der einzelnen Verletzungen. Es ist dies begründet in der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, unter denen die einzelnen Chirurgen zu arbeiten haben. Die vorderste Linie verlangt ein anderes Vorgehen als die rückwärtigen Lazarette, und auch unter den Feldlazaretten ist insofern keine Einheitlichkeit möglich, als je nach der Gefechtslage das eine oft seinen Standort wechselt, das andere mehr den Charakter eines stehenden Lazaretts angenommen hat. Zwischen dem letzteren und den Heimatlazaretten besteht wieder insofern ein Unterschied, als diesen naturgemäß ein weit geringeres Material an frischen Verletzungen, aber eine viel ausgedehntere Behandlung der Verletzungsfolgen zufällt. Dies tritt vor allem klar zutage bei den Schädelschußverletzungen und den Knochenverletzungen der Gliedmaßen.

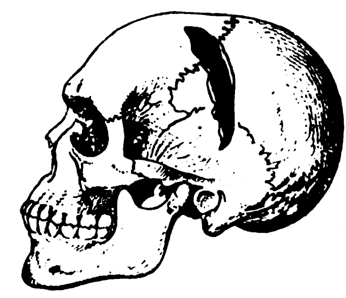


Fig. 1. Tangentialschuß des Schädels.

In der Hauptsache unterscheidet man Weichteil- und Knochen- und Hirnschüsse des Schädels. Die letzteren werden in drei Hauptgruppen eingeteilt: Tangential-, Durch- und Steckschüsse. Die Tangentialschüsse (Textfig. 1), die den größten Teil der den Verbandplatz erreichenden Schädelverletzungen bilden, bedingen eine mehr rinnenförmige Verletzung der Schädelweichteile, des knöchernen Schädelgerüstes und unter Umständen der Hirnoberfläche. Doch kann bei ihnen das Gehirn auch in erheblichem Umfange durch die eingedrungenen Knochensplitter geschädigt sein. Als Durchschüsse, die häufig den sofortigen Tod zur Folge haben, werden solche angesehen, bei denen das Geschoß durch die ganze Hirnmasse hindurchgegangen und eine Ein- und Ausschußöffnung, die bei einer Entfernung von 1800—2000 m lochartige Defekte bilden, festzustellen ist. Bei den Steckschüssen ist dagegen nur eine Einschußöffnung vorhanden; das Geschoß steckt im Schädel (Tafel I, Fig. 4), da es infolge der großen Entfernung seine Durchschlagskraft verloren hat. Die Größe der Verletzung ist überhaupt stets abhängig von der Entfernung, aus der das Geschoß auftrifft.

Je weiter diese, um so geringer ist die Splitterung des Knochens. Bei Schüssen aus nächster Nähe wird der Schädel mit den Weichteilen in viele Teile zerrissen, das Gehirn zermalmt. Für einen günstigen Ausgang der Schädelschüsse ist der möglichst schnelle, dabei natürlich auch immer möglichst schonende Transport zum nächsten Lazarett in geeignete chirurgische Behandlung von größter Wichtigkeit. Da der Blutverlust mit eine der Haupttodesursachen bei schweren Hirnverletzungen ist, gilt es seiner baldigst Herr zu werden, daneben auch, um eine ausgedehntere Zerstörung der empfindlichen Hirnmasse durch die Blutung nach Kräften zu verhindern. Bei der Behandlung spielen die Verhütung und die Bekämpfung der Wundinfektion eine außerordentlich große Rolle. Und hier trennen sich die Wege in der Auffassung über die Art des Vorgehens, da eine Einigung darüber, ob nicht jede Schußwunde des Gehirns von vornherein als infiziert anzusehen sei, noch nicht erzielt ist. Eine wie ausschlaggebende Rolle aber die Infektion spielt, erhellt schon daraus, daß in einer großen Zahl von Verwundungen nicht die selbst schwere Hirnverletzung, sondern die hinzutretende, auf infektiöser Grundlage beruhende Hirnhautentzündung als die eigentliche Todesursache bezeichnet werden muß. Oft erst nach mehreren Wochen gehen die Verwundeten an der schweren Folge der Verletzung, der schleichenden Hirnhautentzündung, zugrunde. Da die Infektion diese schlechten Ergebnisse zeitigte, so war der Schluß gerechtfertigt, daß sich die Ausgänge durch Verhütung der Infektion bessern ließen, und darauf war nun das Bestreben der Chirurgen gerichtet. Weil erfahrungsgemäß der Tangentialschuß am meisten zur Infektion neigt, wird besonders für diesen ein möglichst frühzeitiges chirurgisches Vorgehen gefordert. Aber auch die Überzeugung, daß eine möglichst endgültige Versorgung der übrigen Schädelschüsse sofort nach der Verwundung geschehen soll, bricht sich immer mehr Bahn, da die Zahl der Geheilten bei der bisher üblichen konservativen oder offenen Wundbehandlung außerordentlich gering war und die große Sterblichkeitsziffer der nicht sofort operierten Fälle, die überall geklagten Spätfolgen und Spätgefahren an den Ernst der Verletzung mahnen. Die zweckentsprechendste, aber leider nicht in jedem Falle mögliche Methode ist die mechanische Entfernung der eingedrungenen Fremdkörper und der vollkommen zertrümmerten Hirnmassen. Doch gehen in der Beurteilung der Frage, wie weit der operative Eingriff zu geschehen habe, die Meinungen zur Zeit noch auseinander. Denn während ein Teil der Chirurgen auf dem Standpunkt steht, daß die Schädelschüsse mit Hirnverletzung ein recht trauriges Kapitel der Kriegschirurgie bilden, sind andere wiederum der Ansicht, daß gerade bei diesen die Kriegschirurgie ihre Triumphe feiere. Jedenfalls bilden sie eines der interessantesten Gebiete der Kriegschirurgie. Erwähnt mag hierbei werden, daß der Träger des Nobelpreises 1915, Bárány, bei seinem Material gute Erfolge mit dem vollständigen Verschluß der Kopfwunden durch Naht nach vorangegangener gründlicher Reinigung von Fremdkörpern erzielt hat. Allgemeine Nachahmung hat das Verfahren noch nicht gefunden. Sobald wie möglich findet eine Röntgenaufnahme der Kopfwunden statt, um die Entfernung aller Splitter anzustreben. Doch können hierbei kleine Splitter, deren schädigende Wirkungen auf den Gesamtzustand sich zum Teil erst lange nachher bemerkbar machen, zuweilen nicht gleich zur Darstellung gelangen. Ihre operative Entfernung ist dann nicht sofort möglich, da sich das Suchen nach solchen in der Hirnmasse verbietet.

Anders liegen die Verhältnisse der Behandlung der Schußverletzungen in den Heimatlazaretten. Mit der Zunahme der Operationen im Felde sinkt die Zahl der primären operativen Eingriffe in der Heimat. Dafür werden um so mehr Spätfolgen beobachtet, die hier das therapeutische Handeln bestimmen. Selbst bei günstigem Heilverlauf der Wunden ist noch lange, in vielen Fällen natürlich je nach der Zerstörung wichtiger Hirnteile auch dauernd, mit solchen Spätfolgen zu rechnen. Besonders gefürchtet sind die Späteiterungen des Gehirns, die oft erst nach Wochen auftreten und meist eine lebenbedrohende Gefahr bedeuten. Eingehende und lange Beobachtung auf den Nervenstationen der Heimatlazarette, die zu einem äußerst erfolgreichen Zusammenarbeiten mit den Chirurgen geführt hat, läßt oft als Grund viel geklagter Beschwerden und auch eines abnormen psychischen Verhaltens eine derartige Späteiterung feststellen. Leider steht weitaus der überwiegenden Mehrzahl dieser infektiösen Spätfolgen das Heimatlazarett machtlos gegenüber, weil es sich in der Regel nicht um abgegrenzte Abszesse, sondern im Grunde meist um schleichende eiterige Entzündungen handelt.

Eine weitere häufig beobachtete Folge der Kopfverletzungen ist die Epilepsie, die verhältnismäßig früh nach der Verletzung einsetzen kann und meist durch Druck der das Gehirn bedeckenden Narbenmassen oder Geschoß- oder Knochensplitterchen verursacht wird und nur durch Operation zum Teil zu beseitigen ist. Eine völlige Heilung wird nur selten erzielt. Die Deckung des durch die Schußverletzung oder operative Erweiterung verursachten Defektes im knöchernen Schädeldach ist Aufgabe der Heimatlazarette und wird nach den verschiedensten Methoden vorgenommen, im allgemeinen derart, daß eine dünne Knochenscheibe mit der Knochenhaut oder eine Metallplatte in den Defekt eingesetzt wird.

Nicht operativ angreifbare Spätfolgen sind die durch die Zerstörung der Hirnmasse hervorgerufenen Verstandesmängel, Lähmungen, Taubheit und ein- oder doppelseitige Erblindung. Außer der auf diese Weise erfolgten indirekten Blindheit ist bei Verwundungen des Gesichts mit der direkten durch Zerstörung eines oder beider Augen zu rechnen. Die solcher Art entstandene Erblindung bedingt sehr häufig eine vollständige operative Entfernung des verletzten Auges, weil eine im Anschluß an die Verletzung oft auftretende Entzündung auf das andere gesunde Auge übergreifen und somit eine totale Erblindung hervorrufen kann. Kosmetisch ergibt die Entfernung des verunstalteten Auges und seine Ersetzung durch ein künstliches dank der hervorragenden Technik in der Anfertigung künstlicher Augen meistens ein weit besseres Resultat als seine Erhaltung. Zur Entfernung kleiner Geschoßsplitter aus dem Auge, unter anderem auch aus dem Gehirn, bedient man sich mit guten Ergebnissen eines Riesenmagneten (Tafel I, Fig. 5). Das Verfahren ist jedoch insofern nicht ganz unbedenklich, als unter Umständen auch versucht werden kann, Splitter zu entfernen, die schadlos der Einheilung überlassen werden könnten.

Einer besonderen fachärztlichen Behandlung bedürfen unter den Gesichtsverletzungen die **Kieferschußwunden**, die im jetzigen Kriege bei den Kämpfen in Schützengräben erschreckend häufig sind. Sie stellen durch den damit verbundenen Bruch des Kie-

fers (Tafel I, Fig. 6) stets eine schwere Verletzung dar; entsetzlich sind in der Hinsicht oft die Verstümmelungen des Gesichts durch Artilleriesprengstücke. Das Zurücksinken des Zungengrundes, die Anschwellung des Kehldeckels bedingen eine dauernde Erstickungsgefahr, die Schwellung der Zunge macht die Nahrungszufuhr sehr schwierig. Die Behandlung im Felde besteht in vorläufiger Schienung der Bruchstücke des Kiefers; möglichst frühzeitig werden die Verletzten zu den großen fachärztlichen Kieferstationen zurückgeschafft. Die ganze Kunst der Ersatzbehandlung ist aufgeboten worden, um nach Vorbereitung durch gute Röntgenaufnahmen durch Drahtverbände (Tafel I, Fig. 7), Knochennaht und Fixationsschiene (Tafel I, Fig. 8) das Auseinanderweichen der Kieferbruchstücke zu beheben und wieder eine regelrechte Kaufläche zu schaffen. Dabei werden am meisten die nach einem Abdruck des verletzten Kiefers gearbeiteten Schienen aus erhärtendem Metall geschätzt. Vielfach erfolgt auch hier bei weitklaffenden Bruchstücken des Kiefers und der damit bedingten Unmöglichkeit einer freiwilligen Zusammenheilung der Bruchstücke die Überbrückung des Defektes durch Einpflanzung einer aus dem Schienbein entnommenen Knochenspange. Die Kieferschußbehandlung hat auf diese Weise hervorragende Ergebnisse erzielt.

Ein sehr dankbares Feld der Tätigkeit hat die Chirurgie in der Besserung und Beseitigung der furchtbaren Gesichtsverstümmelungen nach Kieferverletzungen gefunden und hier durch die in vorzüglicher Weise entwickelte Narbenplastik äußerst segensreich wirken können, indem sie den beklagenswerten Opfern solcher Verwundungen die Wege zur menschlichen Gesellschaft wieder geöffnet hat.

Die **Halsverletzungen** wirken durch die Mitverletzung der zu beiden Seiten des Halses verlaufenden großen Blutgefäße und Nerven vielfach sofort tödlich. Es sind jedoch, und zwar durchaus nicht so selten, wie man annehmen möchte, Durchschießungen des Halses beobachtet worden, die außer einem kleinen Ein- und Ausschuß keinerlei sonstige Erscheinungen aufwiesen. Als schwere Verletzungen, wenn sie nicht gleich tödlich sind, müssen in der Regel die Verletzungen des **Halsmarks** bei **Wirbelsäulenschüssen** bezeichnet werden, weil mit ihnen, je nach dem Grade der Mitbeteiligung des Marks, eine mehr oder minder ausgedehnte Lähmung sämtlicher Nerven der oberen und unteren Körperhälfte verbunden ist.

Die Verwundungen des **Kehlkopfes** und der **Luftröhre** können, wenigstens bei Schüssen aus nicht zu naher Entfernung, verhältnismäßig günstig sein wegen der Kleinheit der Wunden; bei denen der hinter der Luftröhre liegenden **Speiseröhre** besteht stets in erhöhtem Grade die Gefahr einer Infektion der Wunde. Das Wesentliche in der kriegschirurgischen Behandlung der Speiseröhre ist deren frühzeitige Ausschaltung durch Anlegung einer Magenfistel. Eine besondere Eigentümlichkeit weisen die Verwundungen der Luftröhre insofern auf, als man bei ihnen, ebenso wie bei den Brustschüssen, ein Eindringen von Luft in die die Wunde umgebenden Weichteile feststellen kann, was in den meisten Fällen harmlos ist, aber für die Verwundeten recht quälend sein kann.

Bei den **Brustschüssen** ist zu unterscheiden zwischen Verletzungen der Lunge und des Herzens. Die Behandlung der Lungenschüsse in den ersten Tagen nach der Verletzung entscheidet vielfach das Schicksal des Verwundeten; etwa 25 Prozent sterben auf dem Schlachtfeld an ihren Wunden. Die Kleinkaliber- (Infanterie-) Geschosse durchschlagen vielfach glatt die Lungen; derartige Verwundungen machen zum Teil von Anfang an klinisch einen äußerst günstigen Eindruck. Schon am ersten oder zweiten Tage laufen die Verwundeten herum und glauben nicht an die Schwere der Verletzung, weil sie fast gar keine Schmerzen und nur »ganz wenig Blut« im Auswurf haben. Derartige Fälle rechtfertigen die Lehre von der Gutartigkeit der Lungenschüsse durch das moderne Infanteriegeschoß, deren Lungenschädigungen innerhalb weniger Tage geheilt sein können. Im Gegensatz dazu sind die Verletzungen durch Artilleriegeschoß oft hoffnungslos. Die ausgedehnten Zerreißungen und starken Blutungen in die Luftwege oder den Brustfellraum haben allermeist den Tod innerhalb der ersten zwei Tage zur Folge. Doch sind gerade die schweren Lungenschüsse auch oft ein sehr dankbares Objekt für die Behandlung in den Sanitätsformationen der vorderen Linie. Völlige Körperruhe sowie Hebung und Stärkung der Herztätigkeit und der allgemeinen Kräfte sind Haupterfordernis. Diese Tage der völligen Ruhe wirken bei einer großen Anzahl Verwundeter direkt lebensrettend. Bedrohliche Komplikationen können dann eintreten, wenn sich der Bluterguß im Brustfellraum infiziert und es dadurch zu einer Vereiterung des Ergusses kommt, was häufig nach Schrapnellverletzungen beobachtet wird. Dann kommt nur operatives Eingreifen in Frage. Neben diesen Schußverletzungen der Lunge sind auch deren Stichverletzungen zu erwähnen, bei denen in der Regel mit einer abwartenden Behandlung, d. h. in der Hauptsache mit Ruhe, gute Erfolge erzielt werden.

Außer der Lunge ist bei Brustverletzungen das **Herz** gefährdet. In den meisten Fällen werden die Herzschüsse und wohl auch die größeren Stichverletzungen sofort tödlich wirken. Aus der eigentlichen Herzwunde dringt das Blut in den das Herz umgebenden Herzbeutel und führt dadurch unter Umständen zu einer Eigentamponade der Herzmuskelwunde, die zu erheblichen Störungen der Herztätigkeit und eventuell zum Tode führt. Die Kühnheit der Chirurgen ist nicht davor zurückgeschreckt, Operationen am Herzen vorzunehmen. Schon in Friedenszeiten wurde hin und wieder über die Naht der Wunde eines schlagenden Herzens und deren guten Erfolg berichtet. Im Kriege ist natürlich zu derartigen Eingriffen weit öfter Gelegenheit gewesen, da auch ärztliche Hilfe viel eher zur Stelle war. Und so ist schon eine ganze Reihe von Herzverletzten beobachtet worden, die durch Naht des aus dem Herzbeutel vorgezogenen schlagenden Herzens geheilt wurden. Dazu bedarf es natürlich einer ganz besonders feinen Technik und schnellen Handelns. Dieser wohlausgebildeten Technik ist es denn auch unter anderem gelungen, sogar eine Schrapnellkugel, die, wie röntgenologisch festgestellt wurde, in der Herzkammer frei beweglich umherwirbelte, operativ mit bestem Erfolge zu beseitigen.

Nicht jede Verwundung des **Brustkorbes**, selbst wenn Ein- und Ausschuß vorhanden sind, geht mit einer Verletzung der Lungen oder des Herzens, überhaupt der vom Brustkorb eingeschlossenen Teile, einher. Es sind dies die nicht so sehr seltenen Fälle, wo das Geschoß beim Eindringen auf eine Rippe auftrifft, auf dieser um den Brustkorb herumläuft, um aus den Weichteilen des Rückens wieder auszutreten. Das Fehlen jeglicher Symptome, wie Blutauswurf, Hustenreiz, Atemnot, weist auf die Eigenart solcher Ver-

letzungen hin, die dann natürlich in der Regel als leichte anzusprechen sind.

Große Wandlungen haben in diesem Kriege die Anschauungen über die bei Bauchverwundungen, sowohl bei Schuß- wie bei Stichverwundungen, einzuschlagende Behandlung erfahren. Unter den Begriff der Bauchschüsse fallen nicht die Bauchdeckenschüsse, die nur als Weichteilschüsse zu gelten haben. Vielmehr zählen dazu nur die Verwundungen, bei denen nach Lage des Ein- und des Ausschusses oder nach den klinischen Erscheinungen einer Darmverletzung die Beteiligung der Bauchhöhle sicher ist.

Neben den Verletzungen des Magen-Darmkanals kommen, innerhalb des Bauchfellraums liegend, die der Leber, Milz und der Blasenkuppe, außerhalb dieses Raumes die der Nieren in Betracht. Außer den genannten gibt es auch Schußverletzungen, die Ein- und Ausschuß zeigen, aber ohne Verletzung eines Organs der Bauchhöhle einhergehen. Das therapeutische Handeln bei den Bauchverwundungen war in den früheren Kriegen beeinflußt durch die Furcht vor der Infektion. Man scheute sich vor operativen Eingriffen, weil man befürchtete, die vielleicht an dem Sitze der Verwundung sich abkapselnde infektiöse Eiterung durch eine Operation zu stören, über die Bauchhöhle auszusäen und dadurch eine allgemeine Bauchfellentzündung hervorzurufen. Gestützt wurde dieser Glaube an die Richtigkeit einer Behandlung, die jedes aktive Vorgehen unterließ, durch die Beobachtung, daß in dem Bauchfell ein zwar empfindlicher, aber auch mächtiger Schutz dem Organismus gegeben ist, der vor allem die Fähigkeit besitzt, durch Verklebungen eine eventuelle Eiterung wie in einer Kapsel zu verschließen. Durch die auf der Grundlage der Aseptik aufgebaute kühne Art des chirurgischen Vorgehens auch bei nicht aseptischen Wunden wurden hinsichtlich der Behandlung von Bauchverletzungen neue Regeln aufgestellt. Und so ist man im Gegensatz zu der früheren konservativen Behandlung derartiger Verletzungen in diesem Kriege wohl allgemein zu dem aktiven Vorgehen übergegangen, vorausgesetzt natürlich, daß die örtlichen Verhältnisse solche Eingriffe rechtfertigen. Unzweifelhaft sind dieser Anschauung, bei den Bauchwunden möglichst frühzeitig zu operieren, große Erfolge beschieden gewesen, und es ist als ein großer, segensreicher Fortschritt der modernen Kriegschirurgie zu bezeichnen, daß sie von dem früheren Dogma, derartige Verwundungen als ein noli me tangere anzusehen, abgegangen ist. Die Vorherbestimmung des Ausgangs der Bauchschüsse, wenn sie mit Verletzungen der Bauchorgane einhergehen, ist mehr oder minder immer etwas zweifelhaft und im weitesten Maße abhängig von dem Ausbleiben oder Eintreten einer Bauchfellentzündung. Die beste Prognose bieten mit die Schüsse der Oberbauchgegend mit Leberverletzung, sobald es gelingt, der Leberblutung, der ein großer Teil der Verwundeten erliegt, Herr zu werden. Die Gefahr ist jedoch damit für den Verwundeten keineswegs endgültig vorüber, da als Spätfolge Lebernekrose und -eiterung auftreten können. Die Magendarm- und Blasenverletzungen sind hinsichtlich ihrer Schwere in hohem Maße von dem Füllungsgrad dieser Organe abhängig. Besonders die Schüsse, die die gefüllte Blase treffen, haben eine furchtbare Sprengwirkung. Der Nachweis des Geschosses in der Blase bei gutartigeren Verwundungen und seine Entfernung geschehen mit Hilfe eines Spiegelkatheters; doch ist auch von selbst erfolgende Entleerung des Geschosses aus der Harnblase beim Harnlassen beobachtet worden. Entleerte Darmschlingen vermögen dem Geschoß auszuweichen, und auf diese Weise kommen dann die obenerwähnten Verletzungen des Bauches zustande, die keine Schädigung des Bauchinhaltes bei bestehendem Ein- und Ausschuß aufweisen. Verletzungen des Mastdarmes führen, wenn sie innerhalb des Bauchfells erfolgen, wohl meist zu rasch tödlich endender Bauchfellentzündung; eine üble Beigabe ist die dabei häufig auftretende starke Blutung. Um so mehr wird deshalb auch bei Mastdarmverletzungen frühzeitiges operatives Vorgehen gefordert. Schußwunden der Nieren und der Milz, von denen vor allem die der letzteren schwere innere Blutungen verursachen, werden vernäht, wenn sie mehr oder weniger geringfügig und glatt sind, bei ausgedehnter Zertrümmerung des betroffenen Organes bedingen sie dessen operative Entfernung. Es ist natürlich, daß für alle Operationen, die an den Bauchorganen vorgenommen werden, abgesehen von dem Zustande des Verletzten und der Schwere der Verwundung, als Grundbedingung des Erfolgs die Forderung besteht, nur dort zu operieren, wo die äußeren Verhältnisse ein sachgemäßes Arbeiten ermöglichen, d. h. wo die erforderliche spezialchirurgische Hilfe zu Gebote steht und gleichzeitig der Operationsraum dementsprechend eingerichtet ist. Daß vor allem die Erfüllung der letzteren Forderung sehr oft auf Schwierigkeiten stößt, ist ohne weiteres einleuchtend, aber in hervorragender Weise ist in vielen, selbst vorderen Sanitätsformationen dieser Forderung durch fast ingeniös zu nennende Improvisationen Rechnung getragen worden. Und so konnte auch die weitere Bedingung, die seitens der Mehrzahl der Kriegschirurgen an ein operatives Vorgehen bei Bauchverletzungen geknüpft wurde, nur dann die Operation vorzunehmen, wenn der Verwundete innerhalb der ersten 12 Stunden nach der Verletzung in chirurgische Behandlung käme, erfüllt werden. Gegenüber den Verletzungen der großen Gefäße der Bauchhöhle ist jede Therapie in der Regel machtlos, da sie binnen kurzer Zeit zum Tode durch innere Verblutung führen.

Zu den Verletzungen des Rumpfes gehören auch die der Wirbelsäule, von denen die der Halswirbelsäule weiter oben (S. 303) erwähnt worden sind. Neben den einfachen Erschütterungen des Rückenmarks, die ohne eigentliche Verletzung zu vollkommenen, aber vorübergehenden Lähmungen der Gliedmaßen führen, werden Zerstörungen des Rückenmarks durch Kompression infolge Blutung, Wirbelbrüche und glatte Durchtrennung beobachtet. Die meisten Wirbelsäulenschüsse (Tafel I, Fig. 9: Steckschuß im Wirbelkanal) mit Schädigung des Rückenmarks sind sehr schwere und traurige Verletzungen, die ein qualvolles, meist einige tage-, oft aber auch wochenlanges Krankenlager verursachen. Die ausgedehnten Lähmungen beider Beine, der Blase und des Mastdarms bei Verletzungen des Brustmarks gehen glücklicherweise oft mit vollständiger Gefühllosigkeit einher, oft aber auch verursachen sie ziehende Schmerzen stärkster Art, die kaum zu bekämpfen sind. Der Tod wird durch die Verletzung des Brust- oder Lendenmarks nur selten herbeigeführt; erst die durch die Lähmungen bedingten Komplikationen geben diesen für die Verwundeten erlösenden Ausgang. Als operativer Eingriff wird für gewisse Fälle die Eröffnung des knöchernen Wirbelkanals empfohlen, um unter Umständen druckentlastend (bei Blutungen, Quetschungen) zu wirken, mehr aber aus

dem Gedanken heraus, kein Mittel unversucht zu lassen, als in der Hoffnung, dadurch wirkliche Heilerfolge zu erzielen.

Zahllos sind die Fälle der Schußverletzungen der Gliedmaßen und Gelenke. Von den einfachen Weichteilschüssen ohne jede Knochenverletzung abgesehen, sind alle Arten der Knochenverletzung vom glatten Durchschuß bis zum Knochenbruch mit ausgedehntester Zersplitterung und vollständiger Abreißung der Glieder beobachtet. Außer den Schädelverletzungen gibt es wohl kaum ein chirurgisches Gebiet, das in solchem Maße auf das Röntgenbild angewiesen ist und auch von ihm Gebrauch macht, wie das der Verwundungen der Gliedmaßen. Und für keines ist das Röntgenbild auch von solch ausschlaggebender Bedeutung für die einzuschlagende Therapie wie für dieses Gebiet. Es braucht dabei nur daran erinnert zu werden, daß ohne das Röntgenbild die Beurteilung unmöglich ist, ob durch den angelegten Verband die zu einer guten Heilung erforderliche Stellung der Bruchenden gewährleistet ist und damit ein gutes funktionelles Ergebnis erwartet werden kann.

Die Hilfeleistung der vordersten Sanitätsformationen kann bei diesen Verletzungen bezüglich der Bruchbehandlung nur in provisorischer Schienung (Tafel II, Fig. 1 und 2) bestehen, da die Röntgenkontrolle dort nicht vorhanden ist und derartige Verletzungen stets einer längeren Behandlung in stehenden Lazaretten bedürfen. Die erste Tätigkeit beschränkt sich außer dieser Schienung auf die notwendige Wundversorgung, unter anderem Amputationen vollständig zerschmetterter Glieder und vor allem Stillung der vielfach gefahrdrohenden Blutungen aus den großen Gefäßen durch deren Unterbindung oder Naht. In der Hauptsache kommt es darauf an, die Verwundeten transportfähig zu machen. In der Regel werden es die Heimatlazarette sein, welche die weitere Versorgung und Behandlung übernehmen.

Die Lochschüsse, gewöhnlich bei großer Schußentfernung, bestehen meist in einer einfachen, mehr oder weniger glatten Durchlöcherung des Knochens, wobei vielfach von dem Schußkanal weite Einrisse in den Knochenschaft ausgehen. Verschiebung der Knochenstücke kommt dabei kaum vor. Anders dagegen bei den eigentlichen Schußbrüchen, die eine vollständige Durchtrennung des Knochenschaftes mit zum Teil ausgedehnter Splitterung (Tafel II, Fig. 3) zur Folge haben, wie sie besonders bei Nahschüssen auftritt. Granatverletzungen führen ebenfalls in der Regel zu starker Splitterung des Knochens und ausgedehnter Zerreißung der Muskulatur. Häufig sind gewaltige Weichteildefekte mit weiter Freilegung des verletzten Knochens; auch direkte Abschüsse von Gliedmaßen sind beobachtet. Bei Schrapnellschüssen bleibt wegen ihrer geringen Durchschlagskraft vielfach das Geschoß stecken und zertrümmert den Knochen mehr oder weniger stark (Tafel II, Fig. 4). Steckengebliebene Geschosse aus Kleinkaliber sind meist deformiert und können dadurch unter Umständen zu Verwechslungen mit Dumdumgeschossen Veranlassung geben.

Durch den Muskelzug tritt bei den Kontinuitätstrennungen der Knochen eine verschieden starke Verschiebung der Bruchenden, sei es seitlich, sei es in der Länge, ein, wodurch eine Verkürzung des betreffenden Gliedes verursacht wird. Diese Verkürzung zu beheben, ist die Aufgabe der endgültigen Behandlung in den Heimatlazaretten. Bewirkt wird dies durch die Streckverbände der verschiedensten Art, denen allen das Prinzip gemeinsam ist, mittels Zuges durch Gewichtsbelastung die Bruchenden derart einander zu nähern, daß nicht nur die infolgedessen beste und schnellste Heilung erzielt, sondern auch die entstandene Verkürzung restlos behoben wird. Die seitliche Verkürzung sucht man dabei durch entsprechenden Zug und Gegenzug zu bekämpfen (Tafel II, Fig. 5). Leider ist dies Ideal jeder Bruchbehandlung in manchen Fällen unerreichbar. Je nach dem Grade der Längsverschiebung ist das am Zugverband angehängte Gewicht verschieden groß. Zur Behebung großer Verkürzungen ist, da die gewöhnlichen Heftpflasterzugverbände nicht genügend wirkten, schon zu Friedenszeiten unter anderem die Durchnagelung des unteren Bruchendes angewandt worden, mit der infolge der Möglichkeit größerer Gewichtsbelastung gute Erfolge erzielt werden. Für die hochgradigen, durch die Durchschießungen verursachten Verschiebungen ist sie bei den Kriegsverletzungen jetzt wieder sehr empfohlen worden. Operativ wird der bereits mit Verkürzung geheilte Knochen wieder verlängert, indem an einer gesunden Stelle des Oberschenkelschaftes (auch bei Unterschenkelbrüchen) eine treppenförmige Durchmeißelung (Textfig. 2 u. 3 schematisch) vorgenommen wird und die gebildeten Treppenstücke aufeinandergesetzt werden. Zur Vermeidung der seitlichen Verschiebung und zum Festhalten der gewünschten Verlängerung wird eine zu einem Ring geschlossene Kette um die beiden Knochenspangen gelegt. Als weiteres Mittel zur Verlängerung dienen ferner sogenannte Distraktionsklammern (Tafel II, Fig. 6). Bei diesen Verbänden wird der Zug durch die zu beiden Seiten des gebrochenen Gliedes ober- und unterhalb der Bruchstelle eingegipsten Klammern durch einfaches Drehen von in Hülsen laufenden Gewindestäben bewirkt. Doch sind vor allem der ersten Art der Behandlung bestimmte Grenzen gezogen. Unterarm- und Unterschenkelbrüche mit Verletzung nur eines Knochens schienen sich oft in sich selbst durch den gesunden zweiten (Tafel II, Fig. 7). Die Gefahr des Zusammenwachsens beider Knochen, die beim Unterarm zur Unmöglichkeit der Drehbewegungen der Hand führt, liegt aber nahe.

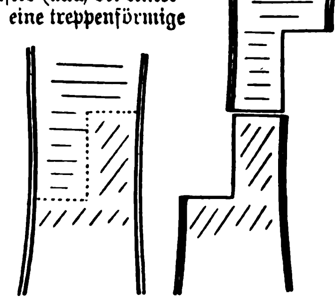


Fig. 2 und 3. Operativer Ausgleich von Gliedverkürzungen (schematisch).

Von großer Bedeutung ist bei den Knochenschüssen die Frage der Infektion. Schußbrüche sind stets komplizierte Brüche, d. h. solche, die mit Weichteilwunden einhergehen. Die Zahl der Infektionen derartiger Wunden ist im Kriege eine erschreckend hohe; vor allem sind Granat- und Nahschüsse mit starker Weichteilzerreißung fast ausnahmslos infiziert. Dadurch ist die Behandlung insofern vorgeschrieben, als neben einer guten Stellung der Bruchenden auch für die Weichteilwunden zu sorgen ist. Zu diesem Zwecke wird entweder in dem bei den frischen Schußbrüchen meist angewandten Gipsverband eine freie Stelle, »Fenster«, gelassen, oder man verbindet die ober- und unterhalb der Wunde angelegten Teile des Gipsver-

bandes durch Eisendrahtbügel, wodurch ein bequemes Versorgen der Wunden ermöglicht wird. Dabei wirkt die absolute Ruhigstellung der gebrochenen Glieder durch den Gipsverband zur Bekämpfung der Infektion und der Verhütung ihrer weiteren Ausdehnung schon ungemein segensreich. In gleicher Weise ist dies der Fall bei den Gelenken, die der Gefahr einer Infektion, auch wenn das Gelenk nicht selbst getroffen ist, sehr ausgesetzt sind. Denn durch einen den Knochenschaft in der Nähe eines Gelenkes treffenden Schuß werden Spalten bis in die Gelenkhöhle hinein gebildet, von denen aus die Infektionskeime von der Wunde in das Gelenk eindringen. Derartige Gelenkinfektionen und Eiterungen sind durchweg als schwer anzusehen und erfordern streng chirurgische Behandlung. Der Ausgang ist recht häufig wenig erfreulich, da es meist zu Versteifungen der Gelenke kommt, falls nicht weitergehende Operationen, Ausschneidung des Gelenkes oder auch Amputationen, notwendig werden.

Eine oft recht mühsame, viel Zeit in Anspruch nehmende und den besten Willen des Verletzten zur tätigen Mithilfe erfordernde Behandlung gebührt den Folgen derartiger Knochenverletzungen. Infolge der unbedingten Ruhelagerung der verletzten Gliedmaßen tritt ein oft hochgradiger Schwund der Muskeln ein; die in den Verband eingegipsten Gelenke zeigen eine mehr oder minder große Steifigkeit, und ihre Funktionsherstellung ist vielfach äußerst schmerzhaft, weswegen die Gelenke von den Kranken oft über Gebühr und zum Schaden der Gebrauchsfähigkeit geschont werden. In der Beseitigung dieser Nachfolgen hat sich die Verbindung der modernen Chirurgie und der Orthopädie bzw. der mechanischen Chirurgie mit glänzendem Erfolge bewährt. Die in Friedenszeiten gemachten Erfahrungen, die vielfachen Verbesserungen in der Behandlung der Extremitätenverletzungen kommen jetzt den Kriegsverletzten zugute. Die unblutigen mechanischen Behandlungsmethoden bestehen besonders in der Anwendung von verschiedenen Verbänden, Apparaten und der sogenannten funktionellen Therapie. Als wichtige Hilfsmittel dieser modernen unblutigen (mechanischen) Chirurgie dienen die mannigfachen Arten der Mechanotherapie (der sogenannten Heilgymnastik), Massage, Bäder und Elektrizität. Besondere, mit solchen Apparaten ausgestattete Säle sind in den großen Reservelazaretten und Krankenhäusern oder speziellen Zanderinstituten — so benannt nach dem Schweden Zander, der sich um den Ausbau und die Einführung der Apparate äußerst verdient gemacht hat — eingerichtet. Da jedoch diese passiven Bewegungsübungen nicht ausreichen würden, müssen sie durch aktives Mitarbeiten der Verwundeten, am zweckmäßigsten in ihren Berufen, soweit dies angängig ist, unterstützt werden, sei es nun, daß die Verwundeten zur Gartenarbeit oder in den bei vielen Lazaretten eingerichteten Werkstätten mit herangezogen werden.

Sind infolge der ausgedehnten Zertrümmerung der Knochen, bei der jede weitere schonende Behandlung aussichtslos erscheint und zudem die in der Regel damit verbundene starke Eiterung die Kräfte des Herzens immer mehr schwächt, Amputationen der Gliedmaßen notwendig gewesen, so erfolgt deren Ersatz durch künstliche Glieder, in deren Herstellung es die moderne Technik zu hervorragenden Leistungen gebracht hat. Oftmals ist ein solches künstliches Glied für die Arbeitsfähigkeit von weitaus größerem Wert als das erhalten gebliebene, aber verkrüppelte und dadurch unbrauchbare natürliche.

Bei den Verletzungen der Nerven und Gefäße hat die im Frieden bereits ausgebildete chirurgische Technik der Naht dieser Gebilde nun ebenfalls reiche Früchte getragen. Das ist von besonderer Wichtigkeit, da nach Durchschüssen der Nerven die von diesen versorgten Teile gelähmt sind, weil die Nervenleitung zu ihnen unterbrochen ist. Durch Wiedervereinigung der Nervenstümpfe mittels der Naht und durch eine, allerdings viel Geduld erfordernde, elektrische Nachbehandlung können diese Lähmungen mitunter gänzlich behoben werden. Die gleiche Wichtigkeit kommt auch der Gefäßnaht zu, wenn man bedenkt, daß durch das Aufhören der Blutzufuhr, wie es die einfache Unterbindung der Gefäße zur Folge hat, die abhängigen Teile der Ernährung beraubt und dadurch brandig werden können.



Fig. 4—17. Dumdumgeschosse.

Verwundungen, die zum ersten Male in diesem Kriege beobachtet wurden, sind durch die Fliegerpfeile (Tafel II, Fig. 8) bedingt. Beim Herabfallen aus großer Höhe haben sie eine enorme Durchschlagskraft und (in allerdings nur wenig zahlreichen Fällen) recht schwere Verletzungen hervorgerufen.

Besonders grauenhafte Verwundungen verursachen die von den Engländern in Gebrauch genommenen Dumdumgeschosse (Textfig. 4—17), deren Anwendung im Kriege jeder Völkerrechtsregel ins Gesicht schlägt. Durch beim Auftreffen explosionsartige Wirkung des Geschosses, das auf die mannigfachste Art seines harten Mantels beraubt ist und dadurch den weichen Bleikern zum Herausschleudern bringt, werden die zum Teil entsetzlichen Zerreißungen (Tafel II, Fig. 9) im Körper verursacht. Die Franzosen sind in dieser Hinsicht die gelehrigen Schüler ihrer »humanen« Verbündeten, und auch in der russischen Armee sind Hohlgeschosse aus Blei ohne Mantel im Gebrauch, die den Dumdumverletzungen ähnliche Wunden verursachen. Es können jedoch auch Vollmantelgeschosse, wenn sie aus der Nähe oder als Querschläger oder Mantelreißer auftreffen, Verwundungen hervorrufen, wie sie die Dumdumgeschosse erzeugen. Die Feststellung, welche Art von Geschossen verwendet worden ist, lediglich nach dem Aussehen der Wunde, hat also stets mit Vorsicht zu geschehen.

Den Fortschritten der modernen Kriegschirurgie, über die hier nur ein knapper Überblick gegeben ist, ihrem immer weiteren Ausbau auf Grund der mehrjährigen Erfahrungen und Beobachtungen, für die ein so großes Material zur Verfügung stand wie nie zuvor, der Nutzbarmachung der technischen Errungenschaften in weitestem Maße ist es denn auch gelungen, einen hohen Prozentsatz der Verwundeten wieder geheilt hinausziehen zu lassen — einen Prozentsatz so hoch, wie man ihn vordem nicht für möglich gehalten hätte und wie er in keiner anderen Armee auch nur annähernd erreicht worden ist. So war es möglich, immer wieder kampferprobte Krieger ins Feld zu schicken und den gewaltigen Menschenbedarf, den dieser Krieg erforderte, zu decken. Ein unvergängliches Ruhmesblatt der deutschen Kriegschirurgie!

Seuchenbekämpfung

von Professor Dr. H. Hetsch, Oberstabsarzt im Kriegsministerium in Berlin

Die Erfahrung aller Jahrhunderte hat gelehrt, daß Seuchen in den kriegführenden Heeren und in der Bevölkerung der von ihnen besetzten Gebiete besonders günstige Bedingungen für ihre epidemische Ausbreitung finden. Den Errungenschaften der ärztlichen Forschung ist es zu danken, daß wir heute den verheerenden Wirkungen der Seuchen nicht mehr machtlos gegenüberstehen, sondern die hohen Verluste an Menschenleben und Gefechtskraft, die in den früheren Kriegen den Armeen durch übertragbare Krankheiten zugefügt wurden und welche die Verluste durch die feindlichen Waffen um ein Mehrfaches übertrafen, vermeiden können. Die Grundsätze, nach denen bei Seuchenausbrüchen verfahren wird, seien im folgenden in ihren wesentlichsten Zügen kurz besprochen. Es soll dabei von der Aufzählung derjenigen, in ihrer Wirksamkeit keineswegs zu unterschätzenden Maßnahmen abgesehen werden, die schon in seuchefreien Zeiten zu treffen sind, um die Ausbreitung von Krankheitserregern zu verhüten und die Truppen gegen diese widerstandsfähig zu erhalten.

Die Grundlage der modernen Seuchenbekämpfung ist die genaue Kenntnis der Infektionserreger, ihrer Verbreitung im Körper und in der Außenwelt, sowie die möglichst sichere und schnelle Feststellung nicht nur der Kranken, sondern aller Personen, welche die Krankheitskeime weiter zu verbreiten imstande sind. Eine schnelle Eindämmung der Seuchen gelingt in der Regel nur dann, wenn der Ansteckungsstoff noch keine weitere Verbreitung gefunden hat. Es kommt also ganz besonders darauf an, daß die ersten Fälle der Krankheit frühzeitig erkannt werden. Dazu gehört, daß schon von allen seuchenverdächtigen Erkrankungen dem Arzt und von diesem den Sanitätsbehörden Meldung erstattet wird, damit die nötigen Ermittlungen und Untersuchungen unverzüglich ausgeführt werden können. Die sichere Feststellung, ob es sich in der Tat um eine übertragbare Krankheit handelt, kann nur durch die bakteriologische oder mikroskopische Untersuchung erbracht werden. Der Arzt muß wissen, welche Ausscheidungen oder Körperflüssigkeiten die Erreger der mutmaßlich vorliegenden Krankheit enthalten, und danach geeignetes Untersuchungsmaterial auf dem schnellsten Wege und in zweckmäßiger Form und Verpackung an die nächstgelegene bakteriologische Untersuchungsstelle einsenden. Die weiteren Ermittlungen, die sich auf die bisherige Ausbreitung der Infektion und besonders auch auf die Ansteckungsquellen und die Übertragungswege zu erstrecken haben, werden zweckmäßig an Ort und Stelle durch einen Arzt (Hygieniker) geleitet, der auf Grund besonderer Ausbildung in der Beurteilung der epidemiologisch wichtigen Fragen erfahren ist.

Die Maßnahmen, die zur Abgrenzung des Seuchenherdes geeignet sind, dürfen aber nicht hinausgeschoben werden, bis jene Ermittlungen abgeschlossen sind und das Ergebnis der bakteriologischen Untersuchung bekanntgegeben ist. Sie sind vielmehr schon auf den begründeten Verdacht hin sogleich zu treffen und erst aufzuheben, wenn es feststeht, daß der Verdacht unbegründet war. In erster Linie haben diese Maßnahmen in der Absonderung aller Kranken und Krankheitsverdächtigen zu bestehen. Unter »Krankheitsverdächtigen« sind dabei diejenigen Personen zu verstehen, deren Krankheitserscheinungen noch nicht so deutlich ausgeprägt sind, daß sie als seuchenkrank mit Sicherheit anzusprechen wären, bei denen aber in Rücksicht auf die in ihrer Umgebung vorgekommenen ernsteren Erkrankungsfälle mit mehr oder minder großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß sie die Erreger der Infektion aufgenommen haben. Die weitere Beobachtung der Kranken und die bakteriologische Untersuchung ihrer Ausscheidungen werden dann bald zur Entscheidung führen. Die Kranken und die Krankheitsverdächtigen sind getrennt voneinander in Lazaretten oder besonderen Krankenstuben unterzubringen und erhalten besonderes Pflegepersonal, das über den Zweck der Absonderung und die Übertragungsgefahr eingehend unterrichtet sein muß. Wenn bei einem der »Verdächtigen« durch die weiteren Untersuchungen festgestellt ist, daß er tatsächlich seuchenkrank ist, so wird er unverzüglich zur Gruppe der »Kranken« übergeführt, damit er nicht unter Umständen zur Ansteckungsquelle für solche Verdächtige wird, bei denen sich der Verdacht nachher nicht bestätigt.

Außer den Kranken und Krankheitsverdächtigen muß nun aber noch einer weiteren Gruppe von Personen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, den Ansteckungsverdächtigen. Das sind Leute, die zu den Erkrankten in nahen Beziehungen gestanden haben, Stubenkameraden von ihnen waren, unmittelbar neben ihnen schliefen usw. Sie weisen noch keinerlei Krankheitserscheinungen auf, können also auch nicht als »krankheitsverdächtig« gelten, aber wegen des engen Zusammenlebens muß die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß sie schon mit dem Ansteckungsstoff vor der Absonderung ihrer kranken Kameraden in Berührung kamen, und daß nur die Zeit noch nicht abgelaufen ist, die bei allen übertragbaren Krankheiten von der Aufnahme der Infektionserreger bis zum Ausbruch erkennbarer Krankheitserscheinungen verstreicht. Diese Entwicklungszeit (Inkubationsdauer) ist je nach der Eigenart der Erreger bei den einzelnen übertragbaren Krankheiten eine gleichbleibende oder wenigstens nur in verhältnismäßig engen Grenzen

schwankende Größe. Die Ansteckungsverdächtigen sind ebenfalls abzusondern — natürlich wiederum streng getrennt von den Kranken und den Krankheitsverdächtigen —, und zwar so lange, bis die regelrechte Entwicklungsdauer der betreffenden Infektionskrankheit nach dem Auftreten des letzten Erkrankungsfalles verstrichen ist und bis man auch sonst die Überzeugung gewonnen hat, daß sie gesundheitlich einwandfrei sind. Man muß im Auge behalten, daß der Zweck der Absonderung dieser Leute nur der ist, die Verbreitung der Krankheitserreger, die etwa von den schon Infizierten ausgeschieden werden, zu verhüten. Es wäre also verkehrt, z. B. bei einer Genickstarre- oder Diphtherieepidemie die Ansteckungsverdächtigen, die doch keinerlei Krankheitserscheinungen zeigen, streng im Zimmer zu halten. Dadurch würde, namentlich bei enger Belegung, die Ausbreitung der Seuche nur gefördert werden, wenn sich wirklich Infizierte unter jenen Leuten befinden. Man lasse die Ansteckungsverdächtigen also ruhig an die freie Luft, wo erfahrungsgemäß die Gefahr einer Verschleppung der Infektionserreger viel geringer ist als in engen Stuben, beschäftige sie in zweckmäßiger Weise, lasse sie — getrennt von den unverdächtigen Teilen der Truppe — Dienst tun, stelle sie aber unter besonders sorgfältige ärztliche Beobachtung. Durch wiederholte Belehrung über den Grund der Absonderung und die Notwendigkeit der sofortigen Bekanntgabe etwaiger Krankheitserscheinungen, durch häufige Gesundheitsbesichtigungen und Temperaturmessungen wird man Infizierte bald herausfinden und der Seuchenstation überweisen können. Planmäßige bakteriologische Untersuchungen sind bei der Kontrolle der Ansteckungsverdächtigen von besonderem Wert, um schnell ein Urteil über den schon erreichten Grad der Seuchenverbreitung zu gewinnen. Wir wissen, daß bei einer ganzen Reihe von Infektionskrankheiten, z. B. bei Typhus, Ruhr, Genickstarre, Diphtherie, der Ansteckungsstoff sehr oft durch gesunde Keimträger (Bazillenträger, Kokkenträger) weitergetragen wird, d. h. durch Personen, welche die spezifischen Seuchenerreger aufgenommen haben, die aber infolge besonderer Widerstandskraft nicht erkranken. Solche *Keimträger möglichst frühzeitig und vollzählig zu ermitteln* und sie dann durch Absonderung und Behandlung als Quellen für weitere Infektionen auszuschalten, ist eine wichtige und erfolgreiche Aufgabe der bakteriologischen Untersuchungsstellen.

Was hat nun mit den ermittelten und abgesonderten Kranken und Keimträgern zu geschehen? Mit peinlichster Gewissenhaftigkeit muß dafür gesorgt werden, daß die von ihnen *ausgeschiedenen Krankheitserreger sogleich unschädlich beseitigt* werden. Bei den Kranken, die sich in Lazarettbehandlung befinden, läßt sich das unschwer erreichen. Alle Entleerungen des Kranken, seine Wäsche und Kleidung, die mit solchen in Berührung gekommen sein kann, und etwa bei ihm gebrauchte Verbandstoffe müssen sogleich desinfiziert werden, und zwar regelmäßig und nicht nur so lange, wie der Kranke wirklich krank ist, sondern bis er in bakteriologischem Sinne genesen ist, d. h. bis mehrfache bakteriologische Untersuchungen zweifelsfrei ergeben haben, daß er Krankheitserreger nicht mehr ausscheidet. Wir wissen, daß bei vielen Infektionskrankheiten die Erreger noch längere Zeit nach Ablauf der Krankheitserscheinungen im Körper fortwuchern können. So werden z. B. bei etwa 4—5 Prozent aller Typhusfälle die Typhusbazillen noch wochen- oder monatelang in den Darmentleerungen oder im Harn in großen Mengen und in infektionstüchtigem Zustande von den Genesenen ausgeschieden, obwohl diese völlig gesund erscheinen und keinerlei Beschwerden mehr haben. Ebenso findet nach dem Ablauf von Diphtherie oder Genickstarre häufig noch lange Zeit eine Ausscheidung der Krankheitserreger mit dem Nasenrachensekret statt. Bei manchen anderen Seuchen liegen die Verhältnisse ähnlich. Man würde sofort neue, gefährliche Infektionsquellen schaffen, wenn man solche »Dauerausscheider« vorzeitig aus der Absonderung entließe. Der »fortlaufenden Desinfektion« am Krankenbett, von der bisher die Rede war, steht die *Schlußdesinfektion* gegenüber, die nach der bakteriologischen Genesung des Kranken oder nach seiner Verlegung oder nach seinem Tode vorzunehmen ist und sich auf alle von ihm benutzten Geräte und Gebrauchsgegenstände und auf das ganze Krankenzimmer zu erstrecken hat. Der Umfang der Desinfektionsmaßnahmen und die anzuwendenden Verfahren sind bei den einzelnen Seuchen verschieden. Sie richten sich nicht nur nach den Wegen, auf denen der Ansteckungsstoff den Körper verläßt, sondern besonders auch nach der Widerstandsfähigkeit, welche die betreffenden Infektionserreger den Desinfektionsmitteln gegenüber aufweisen. Der Ruhrerreger z. B. findet sich nur in den Darmentleerungen und wird demgemäß bei der nötigen Vorsicht im Krankenzimmer nicht weiter verbreitet, während die Erreger der Tuberkulose, der Genickstarre, der Diphtherie usw. mit flugfähigen Sekrettröpfchen, die beim Husten, Niesen und Sprechen entleert werden, auch in der weiteren Umgebung des Kranken verstreut werden. Der Choleraerreger und der Typhusbazillus sind durch alle Desinfektionsmittel leichter und schneller zu vernichten als z. B. der Diphtheriebazillus und der Tuberkelbazillus. Besonders hohe Anforderungen sind an die Desinfektionsverfahren beim Milzbrand zu stellen, weil der Milzbrandbazillus außerordentlich widerstandsfähige Dauerformen bildet.

Sehr viel schwieriger als bei den in Lazarettbehandlung befindlichen Kranken und Genesenen ist natürlich bei den Dauerausscheidern und den durch die bakteriologische Untersuchung ermittelten gesunden Keimträgern die Forderung zu erreichen, daß alle ausgeschiedenen Krankheitserreger durch wirksame Desinfektionsmaßnahmen vernichtet werden. Hier bleibt wegen der oft recht langen Dauer dieses Zustandes und der Unmöglichkeit einer dauernden Absonderung nichts anderes übrig, als die betreffenden Personen über die Gefahren eindringlich und wiederholt ärztlich zu belehren, die sie für ihre Umgebung bilden, ihnen eingehende Verhaltungsmaßregeln zu geben und deren Durchführung zu überwachen. Vor allem müssen sie aber von Beschäftigungen ferngehalten werden, durch die sie für die Allgemeinheit zur Infektionsquelle werden. Man darf z. B. Typhusbazillenträger nicht in Nahrungsmittelbetrieben beschäftigen oder Lehrer, die Diphtheriebazillen ausscheiden, Unterricht in der Schule erteilen lassen. Man muß sich darüber klar sein, daß trotz alledem Infektionsstoff in einem gewissen Umfange von solchen Personen ausgestreut wird. Noch viel wichtiger und unvermeidbarer ist aber die Verbreitung von Krankheitserregern durch unerkannt gebliebene Leichtkranke und Keimträger. Bei allen Infektionskrankheiten gibt es leichteste Fälle, die typische Erscheinungen nicht zur Folge haben und das Allgemeinbefinden des In-

fizierten so wenig beeinflussen, daß dieser sich nicht krank meldet. Auch wissen wir, daß schon während der Inkubationsdauer der Krankheit, also vor dem Auftreten ernsterer Beschwerden, sehr oft die Infektionserreger in großen Mengen aus dem erkrankten Körper ausgeschieden werden. Bei den bakteriologischen Umgebungsuntersuchungen wird es trotz aller Mühe und Sorgfalt auch wohl nur in seltenen Fällen gelingen, die Keimträger restlos aufzufinden, bevor sie mit ihren Sekreten und Exkreten Krankheitskeime in ihrer Umgebung abgesetzt haben. Da die Ausscheidung häufig nur zeit- und schubweise erfolgt, geben auch mehrfache negative Untersuchungsergebnisse keine sichere Gewähr dafür, daß die betreffende Person wirklich frei von Infektionserregern ist. Aus alledem geht hervor, daß wir in der Umgebung eines Seuchenherdes mit einer gewissen Verstreuung des Infektionsstoffes von vornherein rechnen müssen, besonders dann, wenn die ersten Krankheitsfälle nicht rechtzeitig festgestellt wurden und es demnach nicht möglich war, die Seuche im Keime zu ersticken.

Diese Tatsache erschwert zwar die Seuchenbekämpfung, macht sie aber keineswegs aussichtslos. Wenn nur das Auftreten verdächtiger Fälle in Epidemiezeiten rechtzeitig bekannt wird und in der nächsten Umgebung dieser Fälle sogleich die nötigen Maßnahmen getroffen werden, dann lassen sich ernstere Gefahren in der Regel leicht verhüten. Man soll aber die unerkannt bleibenden Seuchenträger nicht unterschätzen. Manche Ärzte halten die Bedeutung, die heute den Keimträgern beigemessen wird, für übertrieben und machen in Anlehnung an die früher herrschenden Anschauungen für die Verbreitung und den Ablauf der Epidemien mehr die klimatischen und jahreszeitlichen Verhältnisse, die Bodenbeschaffenheit, den Grundwasserstand usw. verantwortlich. Diese Anschauungen sind falsch. Es ist sehr wohl möglich, daß Krankheitserreger durch Wasser, Boden, Luft, Nahrungsmittel usw. mittelbar übertragen werden, aber die Quelle der Infektion ist auch hier schließlich immer wieder der kranke oder wenigstens infizierte Mensch, durch dessen Ausscheidungen eben die Infektionserreger auch in der unbelebten Natur verbreitet werden. Daß durch äußerlich völlig gesunde Keimträger Epidemien verursacht werden können, daß also die Krankheitserreger in ihnen nicht etwa in einer harmlosen Form fortwuchern, dafür sind durch exakte epidemiologische Forschungen untrügliche Beweise in großer Zahl erbracht worden.

Es kommt also bei der Bekämpfung aller Seuchen sehr wesentlich auch darauf an, daß man genau die Wege kennt, auf denen die in der Umgebung der Kranken und Keimträger verstreuten Krankheitserreger weiterverbreitet werden. Gegen die Gefahren, die den Gesunden von dieser Seite drohen, müssen rechtzeitig *vorbeugende Maßnahmen allgemeinhygienischer Art* getroffen werden, welche die Absonderung der Kranken und die Desinfektion der von ihnen direkt abgeschiedenen Ansteckungsstoffe unbedingt zu ergänzen haben. Die Infektionswege und Infektionsquellen sind bei den einzelnen Seuchen äußerst verschieden, ebenso die Art und Weise und die Schnelligkeit, mit der die Epidemien weiter um sich greifen. Manche Seuchen werden nur oder fast ausschließlich durch unmittelbare *Übertragung von Person zu Person* übertragen (z. B. Genickstarre, Diphtherie usw.), bei anderen aber spielen neben dieser sogenannten »Kontaktinfektion« übertragungen durch *gemeinsame Infektionsquellen* eine besondere epidemiologisch äußerst wichtige Rolle. So wissen wir, daß der Typhus, der meist auch durch Kontakt verbreitet wird, sehr oft durch infiziertes Brunnenwasser, durch Milch und andere Nahrungsmittel übertragen wird. Wenn dies der Fall ist, so wird die Zahl der Neuerkrankungen nicht, wie bei der Kontaktübertragung, allmählich und in unregelmäßigen, längeren Zeitabschnitten zunehmen, sondern es kommt ganz plötzlich zu Massenerkrankungen je nach der Menschenmenge, die zu der gemeinsamen Infektionsquelle in Beziehung stand. Beispiele hierfür bieten die Typhusepidemien, die auf die Milch verseuchter Sammelmolkereien zurückzuführen sind, und auch Choleraepidemien, die durch die Infektion zentraler Wasserversorgungsanlagen verursacht wurden (z. B. die große Hamburger Wasserleitungsepidemie von 1892 mit bis zu 1000 täglichen Neuerkrankungen).

Gegen die Kontaktinfektionen, die von unbekannten Infizierten aus drohen, kann nur die *Fürsorge für weitgehende Reinlichkeit* schützen, denn bei ihnen findet die Übertragung meist unmittelbar durch die mit den Ausleerungen beschmutzten Finger statt, seltener durch beschmutzte Wäsche u. dgl. Bei den infektiösen Darmkrankheiten (Typhus, Paratyphus, Ruhr, Cholera) ist die laufende *Desinfektion und unschädliche Beseitigung der Entleerungen* die wichtigste Forderung. Auch im Kriege läßt sich diese Maßnahme durchführen durch Anlage zweckmäßiger Latrinengruben und deren häufige Desinfektion mit Chlorkalk oder Kalkmilch und durch ein strenges Verbot, an anderen Stellen die Notdurft zu verrichten. Den Leuten muß ferner befohlen und Gelegenheit geboten werden, daß sie sich vor dem Verlassen der Latrine und vor dem Essen die Hände mit Wasser und Seife waschen. Wo die Seifenwaschung auf Schwierigkeiten stößt, z. B. auf dem Marsche und in Schützengräben, ist auf das Abreiben der Hände mit Brennspiritus oder festgemachtem Alkohol (Festalkohol) hinzuwirken. Wiederholte Belehrungen der Truppen über die Gefahren der Unreinlichkeit, dauernde Überwachung durch die Truppenärzte und nötigenfalls strenge Bestrafungen bei Nichtbefolgung der gegebenen Vorschriften verbürgen, wie die Erfahrungen des jetzigen Krieges gezeigt haben, auch unter schwierigen äußeren Umständen eine erfolgreiche Durchführung dieser unerläßlichen hygienischen Maßnahmen.

Außer der Unschädlichmachung der Abfallstoffe muß in Epidemiezeiten der *Sorge für eine einwandfreie Wasserversorgung* besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das Wasser ist sehr häufig die Vermittlungsquelle der Typhusinfektion, wenn Brunnen- oder Bachwasser durch Darmabgänge oder Harn von Typhuskranken oder Typhusbazillenträgern verseucht wird. Das Verbot, ungekochtes Wasser zum Trinken oder Reinigen der Geschirre usw. zu benutzen und in verdächtigen Flußläufen zu baden, muß den Leuten immer wieder eingeschärft und seine Befolgung ständig kontrolliert werden. Natürlich ist für die Bereitstellung genügender Mengen guten Trink- und Gebrauchswassers, auch möglichst von Teeaufgüssen an bequem überall erreichbaren Stellen Sorge zu tragen. Ebenso ist zu verhüten, daß *Nahrungsmittel* zu einer die Truppe gemeinsam gefährdenden Infektionsquelle werden. Besonders Milch und Gemüse oder Früchte, die nicht gekocht werden, können leicht Typhusepidemien verbreiten. Hier sind die Dauerausscheider und Bazillenträger besonders ge-

fährlich. Die Verwendung von Personen, die Typhus, Paratyphus oder Ruhr überstanden haben, in Küchen und Nahrungsmittelbetrieben ist nie ratsam. Wenn irgend möglich, soll das gesamte Küchenpersonal durch wiederholte bakteriologische Untersuchung ihrer Ausscheidungen daraufhin untersucht werden, ob sich nicht Bazillenträger unter ihm befinden.

Bei den Infektionen, bei denen die Atmungswege die Eintrittspforte der Erreger bilden, ist der persönliche Schutz viel schwieriger durchzuführen als bei den erwähnten Darmkrankheiten. Der Ansteckungsstoff haftet hier an den feinsten Sekrettröpfchen, die von den Kranken beim Husten, Niesen und Sprechen verbreitet werden und sich längere Zeit in der Luft schwebend erhalten. Zu diesen Krankheiten gehören Tuberkulose, Diphtherie, Genickstarre, Influenza, Lungenpest und nach der allgemeinen Erfahrung auch die sogenannten akuten Exantheme, wie Masern, Scharlach und Pocken, deren Erreger wir noch nicht kennen. Wo der Ansteckungsstoff gegen Eintrocknung sehr widerstandsfähig ist, was glücklicherweise nur bei Tuberkulose und Milzbrand der Fall ist, kommt neben der »Tröpfcheninfektion« auch die »Stäubcheninfektion« in Betracht, d. h. die Verbreitung durch Verstäubung eingetrockneten Auswurfs. Daneben spielen jedoch auch bei diesen Krankheiten Übertragungen durch die mit dem Infektionsstoff verunreinigten Hände eine sehr wichtige Rolle. Beim gehäuften Auftreten von Krankheiten, deren Erreger durch den Nasen-Rachenschleim verbreitet werden, also namentlich bei Diphtherie- und Genickstarreepidemien, sind regelmäßige Gurgelungen der gesamten Mannschaft mit desinfizierenden Flüssigkeiten unter Aufsicht von Sanitätsunteroffizieren vorzunehmen. Für häufige Ausgabe frischer Taschentücher ist zu sorgen. In den Truppenunterkünften sind überall Spucknäpfe mit Desinfektionsmitteln und ebenso Kübel mit Kresollösung aufzustellen zur Aufnahme gebrauchter Taschentücher.

Wesentlich andere Gesichtspunkte sind bei der Bekämpfung der durch **blutsaugende Insekten** übertragbaren Krankheiten zu berücksichtigen. Wir wissen, daß bei Malaria und Gelbfieber die Infektionserreger von bestimmten Mückenarten aus dem Blute der Kranken aufgenommen und nach einer meist komplizierten Entwicklung in diesen »Zwischenwirten« durch Stich auf die Gesunden übertragen werden. In ähnlicher Weise erfolgt die Verbreitung des Fleckfiebers und des Rückfallfiebers durch Läuse. Wo die Zwischenwirte fehlen oder durch das Klima oder die Jahreszeit die für die Weiterentwicklung der Erreger im Zwischenwirt nötigen höheren Temperaturen nicht geboten werden, bedeuten die Kranken keinerlei Gefahr für ihre Umgebung, weil eine direkte Übertragung nicht stattfindet. Bei diesen Krankheiten ist demnach der Kampf gegen die übertragenden Insekten die wichtigste Forderung. Die Erfahrungen beim Fleckfieber haben gelehrt, daß man allein durch diesen Kampf die Epidemien schnell und sicher unterdrücken kann (Näheres s. Art. »Gesundheitsdienst im Kriege«, Bd. I, S. 303). Es wird hier durch Vernichtung aller Läuse verhütet, daß der Infektionsstoff durch sie aus den Kranken aufgenommen und weitergetragen werden kann. Nun ist aber die Bekämpfung von fliegenden Insekten im Vergleich zur Beseitigung der Läuse unendlich viel schwerer, und eine völlige Vernichtung ist wohl überhaupt unerreichbar. Da bleibt dann nur der Weg übrig, daß den Mücken die Gelegenheit genommen wird, sich an den Kranken zu infizieren. Bei der Malaria, der wichtigsten der durch Mücken übertragenen Krankheiten, gelingt dies in durchaus zufriedenstellender Weise, wenn alle infizierten Menschen durch sorgsame und wiederholte Untersuchung des Blutes, in dem die Erreger kreisen, ausfindig gemacht, mückensicher abgesondert und einer planmäßigen energischen Chininbehandlung unterworfen werden. Auch die Bekämpfung anderen Ungeziefers muß in Seuchenzeiten oft energisch betrieben werden. Wissen wir doch z. B., daß die Pestbazillen durch Flöhe übertragen werden können. Die Fliegen spielen bei der Verbreitung der Ruhr zweifellos eine große Rolle, indem sie von den Entleerungen die Ruhrbazillen aufnehmen und weitertragen, besonders wohl Nahrungsmittel auf diese Weise infizierend. Auch andere Krankheitskeime können sie natürlich gelegentlich verschleppen.

Zu erwähnen wären nun noch kurz die **von kranken Tieren ausgehenden Infektionen**. Bei Milzbrand und Rotz, die eigentlich Tierkrankheiten sind und nur verhältnismäßig selten auf den Menschen übertragen werden, kommt es bei diesem kaum zu einer seuchenartigen Ausbreitung. Strenge Absonderungs- und Desinfektionsmaßnahmen genügen hier, um beim Auftreten einzelner Erkrankungsfälle die Verbreitungsgefahr abzuwenden. Massenerkrankungen bei Menschen treten nicht selten nach dem Genuß des Fleisches von Tieren auf, die mit Paratyphusbazillen infiziert waren und bei denen häufig gewisse Krankheitserscheinungen zur Notschlachtung Veranlassung gaben. Gegen solche Vorkommnisse vermag nur eine sorgsame tierärztliche Untersuchung des Schlachtviehs und die amtliche Fleischbeschau zu schützen. Bei der Verbreitung der Pest spielen die Ratten eine wichtige Rolle, von denen aus die Pestbazillen entweder durch die Rattenflöhe oder aber durch den Kot und den Harn der kranken Tiere auf den Menschen übertragen werden. Beim Maltafieber ist es die Milch kranker Ziegen, die, in ungekochtem Zustand genossen, den Infektionsstoff dem Menschen zuführt.

Die Bekämpfungsmaßnahmen sind, wie aus den hier angeführten Beispielen wohl zur Genüge hervorgeht, bei den einzelnen Seuchen durchaus verschieden. Sie bezwecken aber überall die möglichst frühzeitige und vollständige Auffindung der Infektionsquellen und — unter Berücksichtigung der jeweiligen Ausscheidungswege — die sichere Vernichtung des Ansteckungsstoffes. Die mehr schützenden allgemeinhygienischen Maßregeln sind gewiß im Kampfe gegen die übertragbaren Krankheiten unentbehrlich und in ihren Wirkungen sehr segensreich; ihre herrlichen, auch im jetzigen Kriege für die Gesunderhaltung des Heeres und der heimischen Bevölkerung so außerordentlich bedeutungsvollen Erfolge verdankt die moderne Seuchenbekämpfung jedoch dem unmittelbaren Angriff gegen die Seuchenerreger, für den uns Robert Koch die richtigen Wege wies. Bei allen übertragbaren Krankheiten ist, wie schon erwähnt, in erster Linie der infizierte Mensch der Träger des Infektionsstoffes und somit die unmittelbare Quelle für weitere Infektionen, während sich die Krankheitserreger in der Außenwelt, in der Luft, im Wasser, im Boden und an unbelebten Objekten, fast nie lange Zeit halten, geschweige denn stark vermehren.

Wesentlich unterstützend wirken gegen die Weiterverbreitung von Infektionskrankheiten unter besonderen Umständen die **Schutzimpfungen**, die darauf abzielen, den geimpften Personen künstlich gegen die Krank-

heitserreger eine Immunität zu verleihen, wie sie durch das natürliche Überstehen der Krankheit erzielt wird. Die künstliche Immunisierung läßt sich entweder durch Einspritzung eines an Tieren gewonnenen Schutzserums erreichen (passive Immunisierung) oder durch Einverleibung von Aufschwemmungen der abgetöteten oder abgeschwächten Infektionserreger (aktive Immunisierung). Beide Immunisierungsarten geben aber im allgemeinen einen verhältnismäßig kurz währenden Schutz, der bei der passiven Immunisierung nur 2—3 Wochen, bei der aktiven im allgemeinen ½—1 Jahr dauert. Bei der passiven Immunisierung tritt der Schutz sogleich nach der Serumeinspritzung ein, bei der aktiven Immunisierung vergehen dagegen mehrere Wochen, bis der volle Impfschutz erreicht wird. Aus diesen Gründen eignen sich die meisten Schutzimpfungsverfahren nicht zur allgemeinen Anwendung, sondern kommen nur unter bestimmten Verhältnissen in Betracht: der Schutz durch Serum hauptsächlich bei Ärzten, Krankenpflegern und besonders gefährdeten Personen aus der näheren Umgebung der Kranken, die aktive Immunisierung dagegen, wenn es sich darum handelt, bestimmte Menschengruppen, die einer Infektionsgefahr für längere Zeit ausgesetzt werden müssen, gegen diese zu schützen. Allgemein und dauernd eingeführt ist unter den aktiven Schutzimpfungsverfahren nur die Pockenschutzimpfung, deren vollgültige Wirksamkeit auf 4—5 Jahre zu veranschlagen ist. Über die Ausführung der Typhus-, Cholera- und Tetanusschutzimpfung und ihre Leistungen im Kriege ist bereits in dem Aufsatz »Gesundheitsdienst im Kriege« (Bd. I, S. 303) gesprochen worden. Auch bei der Bekämpfung der Ruhr und der Pest können die spezifischen Schutzimpfungen ausgezeichnete Dienste leisten, und zwar das aktive Verfahren ebenso wie das passive. Beim Fleckfieber wird neuerdings eine aktive Immunisierung für Ärzte, Pfleger und Desinfektoren empfohlen, die sich dem Umgang mit verlausten Kranken oder deren Sachen nicht entziehen können. Es wird hier das Blutserum von Fleckfieberkranken eingespritzt, in dem die Krankheitserreger durch Erhitzung sicher abgetötet sind. Unter den passiven Immunisierungsverfahren ist noch die Diphtherieschutzimpfung besonders erwähnenswert. Die einmalige Einspritzung einer geringen Menge Diphtherieserum schützt in zuverlässiger Weise diejenigen Personen, die mit Diphtheriekranken oder »Bazillenträgern« in näherer Berührung leben, vor der Erkrankung. In verseuchten Truppenteilen usw. hören die Neuerkrankungen oft mit einem Schlage auf, wenn die gesamte Umgebung der Kranken auf diese Weise immunisiert wird. Trotz der unbestreitbaren Erfolge darf man sich aber bei keiner einzigen Infektionskrankheit — auch bei den Pocken nicht — auf die Schutzimpfung allein verlassen. Sie unterstützt und erleichtert dort, wo sie anwendbar ist, die Seuchenbekämpfung sehr wesentlich, kann aber niemals die möglichst schnelle und vollkommene Ermittlung und Absonderung aller Kranken und Infizierten, die planmäßige Vernichtung der von ihnen ausgeschiedenen Infektionserreger und die sonstigen bewährten allgemeinhygienischen Maßnahmen entbehrlich machen.

IV. Kultur und Geistesleben

Philosophie und Krieg

von Professor Dr. Ernst Bergmann in Leipzig

Allgemeines. Es gibt vielleicht kein zweites Wissensgebiet, das durch den nun schon so lange andauernden Weltkrieg so schwer beeinträchtigt worden ist wie die Philosophie. Ist doch die Philosophie der Gradmesser der Wissenschaftlichkeit, des Kulturgebarens eines Volkes oder Zeitalters überhaupt. Das philosophische Interesse steigt und fällt mit dem Interesse an theoretischen Dingen. Liegt dieses darnieder, stellt es sich allzusehr aufs Praktische, ja Technische ein, so fehlt jene Atmosphäre der Hochgeltung rein geistiger Werte, in der allein die alte Königin der Wissenschaft sich wohl fühlt und fruchtbar gedeihen kann. Noch zu Beginn des Krieges ward manche philosophisch-kontemplative Stimme vernommen, die das beispiellose Novum, das in unseren geistig-sittlichen Horizont hereingebrochen war, mit dem subtilen Rüstzeug ideologischer Denkweise bewältigen zu können vermeinte. Diese Versuche sind, je länger der Krieg andauert, mehr und mehr eingestellt worden. Die gewaltige Wirklichkeit, die uns umgibt, duldet kein abstrakt-spekulatives Gehaben und scheint uns alle zu Realpolitikern machen zu wollen. Dazu kommt, daß eine ganze Reihe nicht unbedeutender Köpfe während dieser Kriegsjahre aus der philosophischen Gemeinde Deutschlands ausgeschieden sind, reife Denker, wie Windelband und Külpe, junge, vielversprechende Talente, wie Lask, Hammacher und Metzger, die ihr der Wissenschaft bestimmtes Streben dem Vaterland opfern mußten, das heute keine anderen Götter duldet neben sich. Sie alle hatten leidenschaftlich, teils vom ethischen, teils vom kulturphilosophischen Standpunkt, Stellung genommen zum Geschehen der Zeit, um zu erkennen, daß ihre im Trommelfeuer stehende Hörerschaft Ohr und Sinn verloren hatte für eine Geisteshaltung, die vollste Ruhe des Gemüts und das erhabene Schweigen des Akademosgartens erfordert. Eine gewisse Unlust ist übriggeblieben, ein Unbehagen, die beiden so heterogenen, ja einander negierenden Begriffe »Krieg« und »Philosophie« noch ferner in einen wissenschaftlichen Zusammenhang zu bringen und in solchem zu behandeln. Gleichwohl ist dieser Zusammenhang vorhanden und verlangt sein Recht, so verschiedenartig er sich auf dem Boden der einzelnen Teilgebiete der Philosophie auch gestalten mag.

Erkenntnistheorie und Logik. Für die sogenannten strengen philosophischen Disziplinen ist freilich die Kulturerscheinung einer kriegerischen Verwicklung unter den Völkern so gut wie belanglos. Logik und Erkenntnistheorie stehen so fern dem wirklichen Leben, haben eine so ausschließlich theoretische Abzweckung, sind so sehr Angelegenheit einer Menschheit an sich, daß selbst der gewaltigste Sturm äußeren Geschehens ohne jeden Einfluß bleibt auf die Art, wie diese beiden Wissenschaften ihre Probleme stellen und lösen. Aber freilich nicht auf die Tätigkeit des Logikers und Erkenntniskritikers und den Wert, der dieser Tätigkeit im Bereich der sozialen Gemeinschaft beigemessen wird. Denn die mühsame Arbeit, die hier geleistet wird, muß vom Standpunkt des praktischen Lebens als Luxusarbeit, wenn nicht als Spiel oder Vergeudung von Zeit und Kräften gelten, dies um so mehr, wenn wie heute die Nation gezwungen ist, den Gesichtspunkt ökonomischer Haushaltung mit ihrem Kräftemaß über alles andere zu stellen. Und der geringe buchhändlerische Erfolg erkenntnistheoretischer Literatur bei ohnehin erschwerter Bücherherstellung beweist denn auch zur Genüge die heute herrschende Uninteressiertheit des öffentlichen Lebens an der in Friedenszeiten so hoch bewerteten rein theoretischen Erkenntnisarbeit. Mancher unbefangene Betrachter ist geneigt, diese Wandlung der Dinge zu begrüßen und die durch die Zeitereignisse nötig gewordene Beeinträchtigung der breiten Tintenarbeit der Erkenntnistheoretiker als eine Errungenschaft zu buchen. Sicherlich ist von unseren Philosophen vor dem Krieg gar zu viel und gar zu ausschließlich auf erkenntniskritischem Gebiet gearbeitet worden, und die gewiß unentbehrliche und notwendige Voruntersuchung der subjektiven Erkenntnisfähigkeit des menschlichen Wesens hat gar zu sehr als die alleinige und eigentliche Aufgabe der Philosophie gegolten. Wie in der Kunst, der Lyrik und Malerei, ein bis zur Ausartung zugespitzter Formalismus und Technizismus alle Richtung aufs Ding unterdrückte, um in der Form, der Methode, der Äußerungsweise des Individual-Ichs den eigentlichen Wert und Sinn künstlerischen Schaffens zu erblicken, so war auch der Philosoph, einem allgemeinen Zug der Zeit folgend, ganz beim methodologischen Geschäft, ganz bei der Subjektsbetrachtung stehengeblieben, ohne an die eigentliche Aufgabe der Philosophie, die Ergründung der Weltzusammenhänge, heranzutreten. Das menschliche Bewußtsein war eben seine »Welt« und zugleich das große Rätsel und Geheimnis, das alles Denken und Kunstschaffen zu durchdringen suchte, nicht mehr die Welt da draußen, sondern das Ich, seine besondere Struktur, seine Gefärbtheit, sein Brechungswinkel. Manche tiefe Erkenntnis des menschlichen Wesens hat uns dieser hochgetriebene moderne Subjektivismus in Kunst, Dichtung und Philosophie der letzten Friedensjahrzehnte gebracht. Vielfach aber war diese Ich-Kultur entartet in eine

unfruchtbare und abstoßende Selbstbespiegelung des gebärenden Kunst-Ichs, und auf philosophischem Gebiet gewahrten wir als Gradmesser der Verirrung der Zeit eine ungerechtfertigte Überschätzung des rein kritischen Vorhabens, das die Philosophie unter dem Vorgeben, sie zur strengen Wissenschaft zu erheben, abzog von ihren eigentlichen noch ungelösten Aufgaben und sie zu einer bloßen Ancilla der Naturwissenschaften erniedrigte, so wie sie im Mittelalter eine Ancilla der Theologie gewesen war. Metaphysik zu treiben, die Philosophie als Weltanschauungslehre zu behandeln, galt bei den strengsten Kantianern als Anachronismus. Durch den Krieg dürfte dieser schrankenlose Intellektualismus und Logismus auf philosophischem Gebiet eine nicht unerhebliche Abschwächung erfahren haben, die für die Folgezeiten den Ansporn zu neuen Taten in sich birgt. Ein neues Philosophengeschlecht dürfte heranwachsen aus der von der Somme zurückkehrenden Jugend Deutschlands, ein Geschlecht, das den Bios ebenso hoch achtet wie den Logos, weil es ihn durch Jahre hindurch täglich erobern mußte. Die Philosophie ehemaliger Sommekämpfer, die im dritten und vierten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts geschrieben werden wird, wird anders aussehen als die hochentwickelte Kantik der abgelaufenen Dezennien. Kant wird wie so vieles andere geschichtlich werden, ohne seine überragende Bedeutung für das deutsche Geistesleben zu verlieren.

Metaphysik und Weltanschauungslehre. Weit unmittelbarer schon ist der Philosoph als Weltanschauungslehrer mit seiner Problemstellung in das äußere Geschehen der Zeit verwickelt. Der Nichtpositivist oder Nicht-Nur-Positivist, der an der Grenze der erfahrbaren Wirklichkeit nicht zögernd und unschlüssig stehenbleibt, sondern auf der Grundlage der durch die Einzelwissenschaften erarbeiteten Erfahrungstatsachen einen Blick zu tun wagt in das Dunkel, das dort beginnt, kann nicht gleichgültig bleiben, wenn er sieht, wie die Menschheit kämpft und leidet, kämpfen und leiden muß, und wie es für sie kein Entrinnen zu geben scheint aus diesem Kämpfen- und Leiden-Müssen. Kämpft und leidet doch die ganze Natur, alles Lebende in Tier- und Pflanzenreich! Und dieses Lebende ist die Welt selbst. Kampf und Leiden scheinen hinabzureichen bis auf ihren Grund, um sich unterhalb der Schwelle von Leben und Bewußtsein nur in anderer Form fortzusetzen. Niemals seit dem Dreißigjährigen Krieg war das Schicksal der Menschheit so sehr angetan, dem Metaphysiker die Frage nahezulegen, ob auf dem Grunde der Welt wirklich der Geist und die Liebe wohne, wie die Religionen lehren, oder nicht vielmehr jenes dumpfe, blinde, alogische, finstere und furchtbare Willenswesen, wie es der Pessimismus Schopenhauers mit all den grauenerregenden Entsetzlichkeiten seines ruhelosen, ewig-qualvollen Strebens geschildert hat.

In einem Lazarett, so erzählt ein französischer Arzt, sah ich einen Sommekämpfer, der beide Arme und Beine bis auf ein paar Stummel, dazu den Unterkiefer und das Augenlicht verloren hatte. Ein Klumpen Fleisch, ein Stück Darmkanal, den die Kunst ehrgeiziger Ärzte am Leben erhalten, und dem kein Gott mehr gab, zu sagen, was er leide. Durch den Nervus acusticus, den einzigen Strang, durch den dieser Unglückliche mit Welt und Menschheit noch verbunden war, vernahm er aus dem Munde einer unbarmherzigen Schwester, die ihm vorlas, eine Predigt über das Thema: Gott sei die Liebe. — Wenn Gott wirklich die Liebe ist, können die Vertreter der pessimistisch-alogistischen Weltansicht Schopenhauers einwenden, und dazu die Macht und die Weisheit, wie die alten Religionen lehren, warum läßt er dann die Menschheit leiden und sich zerfleischen bis zur Selbstvernichtung, wo keine Besserung mehr möglich ist und der Gesichtspunkt der Erziehung des Menschengeschlechts nach einem göttlichen Heilsplan sein Gewicht verliert? »Gott« oder das Weltwesen ist, so erklären die Anhänger dieser Lehre; aber es ist nicht die Liebe, nicht die zweckvoll handelnde Intelligenz, sondern jenes dunkle und geheime Ur, dessen unheilvolles, schulderfülltes Wesen der Drang ins Dasein bedeutet und an dessen Stirn auf späten Stufen seiner Entwicklung Bewußtsein und Intellekt nur aus dem Grunde hervorzubrechen scheinen, damit es sich der entsetzenerregenden Irrationalität und Alogik seines Wesens leidend bewußt werde. Wäre die Vernunft, der Nous, der Logos das herrschende Weltprinzip, wie die Hegelianer und Optimisten glauben, Kulturerscheinungen wie der gegenwärtige Weltkrieg lägen nicht im Bereich der möglichen Dinge. Was in uns allen — und also auch, nur in anderer Form, auf dem Grunde der Welt — herrscht, ist nicht Geist und Vernunft, sondern Affekt und Leidenschaft, Haß und Liebe, Daseinsgier und Machthunger, beängstigende Äußerungen jenes urhaftblinden, friedlosen Strebens und Drängens zum Sein, das sich im Weltfortschritt zerspaltet in zahllose Lebenskeime und Individualwillen, die einander — einzeln oder im Gemeinschaftskampf ganzer Volkseinheiten — auszulöschen bestrebt sind, indem sie einander die beherrschte Materie zu entreißen suchen. So hat die Menschheit in sich selbst Ersatz gefunden für ihre mehr und mehr verschwindenden Feinde im Tier- und Bazillenreich. Und der höchste Gedanke, unter dem wir Heutigen das Dasein werten, der nationale, der vaterländische, wäre — philosophisch betrachtet — nichts als eine Krankheits- und Zerfallserscheinung, durch die der Wille, angelangt auf der höchsten Stufe seiner Objektivation, der Menschheit, sich selbst wieder verneint.

So etwa jene modernen Alogisten und Irrationalisten in der Metaphysik, deren es mehr gibt, als man ahnt, und zu denen neben Schopenhauer und seinen Anhängern vor allem der heute so gern gehörte Dichter Strindberg (»Ein Traumspiel«), aber auch der Metaphysiker Nietzsche mit seiner Lehre von der ewigen Wiederkunft aller Dinge und von Ausländern Spencer mit seiner französischen Anhängerschaft (Guyau) gehört. All diese Hoffnungslosen, die mit jeder Evolution die endliche Dissolution naturnotwendig verknüpft sehen, könnten im gegenwärtigen Weltkrieg einen schlagenderen Beweis für die Richtigkeit ihrer Welt- und Lebensinterpretation erblicken, als sie jemals auf rein theoretischem Wege zu erbringen in der Lage gewesen wären. Allein Philosophie ist letzten Endes Charakter- und Gemütssache, zum mindesten, was die Wahl des metaphysischen Standpunktes anlangt. Das politisch noch junge, zukunftsfreudige und von Natur gläubige und optimistische Volk der Deutschen hat jenen düsteren Betrachtungen der »Müden und Heiligen«, der Resignations- und Erlösungsphilosophen nur vorübergehend sein Ohr geliehen, und es erscheint in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß — von vereinzelten Stimmen abgesehen — gerade die berufensten philosophischen Interpreten des modernen deutschen Volksgedankens seit dem 4. August 1914 in entgegengesetztem, in idealistisch-optimistischem Sinn und Geist Stellung genommen haben

zu den durch den europäischen Krieg aufgeworfenen Weltanschauungsfragen. Ich verweise, was diese Denkrichtung anlangt, auf meine im Frühjahr 1915 zu dem Thema »Philosophie und Krieg« getanen Äußerungen[1]. Schon in den letzten Friedensjahren, vor allem aber während des Krieges hat sich gezeigt, daß der altidealistische Geist der von starken Glaubensmotiven getragenen deutschen Philosophie und germanischen Gedankenwelt überhaupt zwar durch gewisse, im Anschluß an die Entwicklung der Naturwissenschaften emporgekommene materialistische und positivistische Richtungen zeitweise verdeckt werden konnte, daß aber eine so ehrwürdige Tradition niemals völlig aus dem Volksgemüt verschwinden kann.

Indes, man mag über diese Dinge denken, wie man will, soviel steht fest, daß das metaphysische Denken, daß die Philosophie als Weltanschauungslehre nicht unbeeinflußt aus dem Kampf der Zeit hervorgehen kann. Das Nachdenken über das eigentliche Wesen der Welt hat einen neuen Impuls erhalten, wie ihn die Geschichte der Menschheit seit Jahrhunderten ihrer Entwicklung nicht gekannt hat. Wenn ruhigere Zeiten zurückkehren und die philosophische Kontemplation wieder Raum gewinnt, wird das Gewicht dieser Erscheinung erst voll auf dem Geist des Betrachters ruhen, der heute noch mit Zittern und Beben dem Ablauf der ungeheuren Menschheitstragödie folgt.

Ethik und Kulturphilosophie. Das gleiche gilt vom Ethiker und Soziologen, nur mit dem Unterschied, daß hier der Krieg als Kulturphänomen ersten Ranges unmittelbar zum Gegenstand philosophischen Nachdenkens wird. Woher kam die Menschheit und wohin schreitet sie? Dies die beiden Kardinalfragen jeder geschichtsphilosophischen Betrachtung. Die erstere, früher von den Religionen als die wichtigere behandelt und selbst noch von Fichte in theologisch-mystischem Sinne gelöst, wenn er die paradiesische Idee eines Normalvolkes der Urzeit aufstellt, kann heute als durch die Wissenschaft längst endgültig geklärt und beantwortet gelten. Die Philosophie, die bescheiden zurücktritt, wenn, wie hier, der menschliche Forschergeist wirklich einmal endgültig feststehende Tatsachen aufdeckt, beschränkt sich darauf, die Entwicklung des Menschengeschlechts von dem Augenblick an, da es die Schwelle der Tierheit überschritten, mit der ihr eigenen, die verborgenen Zusammenhänge ans Licht ziehenden Betrachtungsweise zu begleiten, und wendet sich mit um so größerer Energie der zweiten, in tiefem Dunkel liegenden Frage zu nach dem Ziel und Endpunkt des Menschheitsweges. Denn hierüber vermag keine noch so exakte Biologie und Paläontologie, ja keine Wissenschaft der Welt Aufschluß zu geben. Die alten Schemata der Religionen malten das »Reich Gottes« als idealen Zielpunkt aller Menschheitsentwicklung an den Horizont der Geschichte, und noch bei einem Denker wie Fichte spielt diese Idee eine metaphorische Rolle, während doch gerade der deutsche Idealismus es war, in dessen Atmosphäre der Gedanke einer veredelten, dereinst auf Erden lebenden Humanität seinen geschichtlichen Ursprung hat[2]. So verschieden das Bild der Zukunftshumanität auch ausgesehen haben mag, je nachdem es von Kant oder Fichte, von Herder oder den Weimarer Hellenisten, von Hölderlin oder Nietzsche — auch der Traum vom »Übermenschen« bildet ein organisches Glied in der Kette des deutschen Kulturidealismus — entworfen und gezeichnet wurde, in einem Punkt sind sich diese Gläubigen und Seher alle einig, nämlich in der unerschütterlichen Zuversicht, daß die Entwicklung der Menschheit aufwärts gehe und dem hohen Endziel eines idealen Zustandes mit innerer Folgerichtigkeit entgegenstrebe. Sie alle sahen mit Fichte die goldenen Zinnen eines fernen Heliopolis der Menschheit in der Abendröte ihres kosmopolitischen Jahrhunderts leuchten[1], und nur der eine Schopenhauer, der Pessimist, der weder auf moralischem noch auf intellektuellem Gebiet der Menschheit einen Aufstieg oder auch nur eine Entwicklung zugestehen will, bildet hier eine Ausnahme.

Wie nun sieht sich der moderne Betrachter, der die langen, inhaltsreichen Jahre 1914—17 mit durchlebt, zu diesen Fragen gestellt? Kann er nach allem Erlebten noch glauben, daß der Herdersche Gottmensch, daß jene glückliche, durch Vernunftkunst und -wissenschaft befreite Menschheit dereinst auf Erden wandeln wird und wohnen? Wieder scheiden sich hier die Geister. Hat der Krieg, so meint der Skeptiker, nicht auf Jahrhunderte hinaus alles Gemeinschaftsstreben der Menschheit vernichtet! Geht die Menschheit nicht kulturell wie physisch einem Abgrund entgegen! Der Krieg war zunächst in der Hauptsache ein europäischer. Erst im dritten Jahre begann er, sich zum Weltkrieg auszuwachsen. Ein Abflauen von Haß und Kriegspsychose ist trotz aller Friedenssehnsucht der Völker nirgends in der Welt zu spüren. Und selbst wenn eines Tages der Frieden da ist, wird nicht ein zweiter, ein dritter Weltkrieg folgen? Einige der modernsten Sozialphilosophen hofften vor dem Krieg auf einen allmählichen Ausgleich des Rassen- und Sprachenunterschieds unter den Völkern als des eigentlichen Kriegsgrundes und zeichneten uns die Menschheit des 3. und 4. Jahrtausends als ein längst homogen gewordenes Völkergemisch, das in einem einzigen Staatskörper unter einem einzigen Regierungsoberhaupt mit einem einzigen Ziel und Streben, der Weiter- und Höherbildung der planetarischen Menschheit, lebt[2]. Wer vermag heute noch an solche Möglichkeiten zu glauben? Die Menschheit, die heute, in einem furchtbaren Wahnsinn befangen, sich selbst zerfleischt, scheint für ewige Zeiten unfähig, die Rolle eines Führers, Erziehers, Bildners ihrer selbst in die Hand zu nehmen, die ein Fichte oder Nietzsche ihr zugewiesen.

Wer möchte leugnen, daß solche Zweifel berechtigt sind! Schon die Tatsache muß zu denken geben, daß all diese Fragestellungen eines kulturphilosophischen Betrachters, die noch zu Beginn des Krieges lebhaftes Interesse erweckten, heute so gut wie gänzlich aus der öffentlichen Diskussion verschwunden sind[3]. Diese ist vielmehr heute in allen Ländern erfüllt von den nüchternsten Daseinsinteressen, Lebensmittelrationierung, Steuer-, Anleihen- und Verkehrspolitik. Das geistige Leben der Menschheit scheint unterbrochen, scheint stillzustehen und umzukehren, und aller theoretische Idea-

[1] »Philosophie und Krieg« in »Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg«, Dokumente des deutschen Geisteslebens aus der Kriegszeit (Gotha 1915, S. 73 ff.).

[2] Vgl. E. Bergmann, Deutsche Führer zur Humanität (Leipz. 1915).

[1] Vgl. das Vorwort zu der Schrift von E. Bergmann, Fichte, der Erzieher zum Deutschtum (Leipz. 1915).

[2] Vgl. E. Bergmann, Die Grundlagen der deutschen Bildung (Leipz. 1916, S. 28) und Die Weltmission der deutschen Bildung (das. 1915).

[3] Vgl. das oben angeführte Sammelwerk »Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg«, S. 78 ff.

lismus verblaßt vor der einen großen Sorge um Erhaltung im Kampf ums physische Dasein.

Auch hier steht eine optimistische Meinung der skeptischen gegenüber. Hat nicht der Krieg ein neues Heldentum gezeitigt, wie es die Geschichte vordem nicht gekannt! Ist nicht ein neuer Typus Mensch erstanden im Sommekämpfer, der, ausgerüstet mit Gasmaske, Stahlhelm und Handgranate, halb in die Erde gescharrt, ohne Schlaf und Nahrung 74 Stunden im Trommelfeuer ausharrt! Was sind die Helden der Antike, Achill und Herkules, gegen diesen einen Sommekämpfer! Was sind die Thermopylen gegen das Dörfchen Bouchavesnes! Ein Übermenschentyp hat sich in den Schlammgräben der Pikardie entwickelt, wie ihn die Phantasie keines Nietzsche geschaut. Der Krieg, der »Vater aller Dinge«, hat ihn gebildet und damit vielleicht dem Menschheitsfortschritt einen neuen Weg geöffnet. Niemand kann sagen, wohin die nächsten Monate und Jahre die Menschheit führen werden. Aber wenn sich erst einmal die Schächte und Stollen am Ancrebach öffnen und diese Heldenjünglinge zurückgeben, wenn sie herniedersteigen aus den Wolken, herauf aus dem Ozean, um wieder mit uns auf Erden zu leben, wird es nicht dieser Generation beschieden sein, einer neuen höheren Menschheit die Krone des Lebens zu reichen, die jenem Traumbilde gleicht, von dem der Dichter singt:

»Schöner als die Menschen waren,
Stärker grüßt mich ein Geschlecht,
Helden sind es und Barbaren,
Fröhlich, sieghaft und gerecht.«

Kultur und Charakter der Kriegführenden

von Gymnasialoberlehrer **Dr. Karl Weitzel** in Leipzig

Die geistige Einheit unseres Volkes hatte bereits im Zeitalter Schillers, Goethes und Kants ihre unserem Wesen entsprechende Gestaltung gefunden und war der Nährboden zu den Taten der Freiheitskriege und schließlich zur nationalen Ausgestaltung eines deutschen Staatswesens geworden. Trotz der innerlichen Vielgestaltigkeit deutscher Kultur hat sie im Weltkrieg von neuem ihre Feuerprobe bestanden. Nicht aber gilt dies von der sogenannten europäischen Kultur, unter welchem Begriff wir nur allzuoft die Äußerungen und Bestrebungen der europäischen Völker zusammenfaßten. Der Krieg hat vielmehr in Kultur und Charakter derselben scharfe Gegensätze gezeigt und bewiesen, daß auch das Christentum oder die moderne internationale Wissenschaft hier kein wirklich einheitliches Kulturbild geschaffen haben.

Zunächst sei der Hauptgegensatz hervorgehoben. Den Weg weist uns das Kaiserwort: »Kultur haben bedeutet tiefstes Gewissen und höchste Moral besitzen. Moral und Gewissen haben meine Deutschen.« Grundlage aller Kultur ist uns die Sittlichkeit, das sittlich Gute, und nur mit dieser Betonung des e t h i s c h e n Moments sind wir nach unserer Auffassung imstande, der Aufgabe der Kultur, nämlich Streben nach Vollkommenheit und Vollendung des Menschheitsfortschritts, gerecht zu werden. Der Begriff des Guten schließt in sich den Begriff der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit. Dieser trennt die Kriegführenden in zwei Lager. Während unsere Feinde von Anfang an als Eroberungsmächte auftraten, kleine Staaten vergewaltigten und noch heute am liebsten unsere staatliche und kulturelle Selbständigkeit vernichteten, ist unser Ideal das Nebeneinander freier Staaten, die Freiheit und Gleichberechtigung aller auf den Meeren, der Schutz der Schwachen, das Zusammenarbeiten mit allen anderen zur Förderung der Kultur.

Die Westmächte.

Frankreich. Schon die ersten Wochen des Krieges zeigten deutlich, daß es mit der alten Ritterlichkeit der Franzosen längst vorbei war. Eine ganze Generation hatte rastlos daran gearbeitet, den Gedanken der Revanche in allen Kreisen zu pflegen und allmählich zu wilder Leidenschaft anzufachen. Diese systematische Verhetzung, die es außerdem verstand, die Vorstellung zu erwecken, als sei alles Deutsche geistlos, unkultiviert und fühle sich trotzdem gleichberechtigt mit französischer Kultur, führte bei Beginn des Krieges zu maßlosen Ausbrüchen des Hasses; in der empörenden Behandlung wehrloser Deutscher in Paris und anderen Städten begann sich jener Tiefstand der Kultur zu äußern, der in Völkerrechtsbrüchen, in Roheiten gegen deutsche Verwundete, in schändlicher Behandlung der Gefangenen und in Unmenschlichkeit der Kriegführung seine Ergänzung fand. Dabei zeigte sich von französischer Seite eine völlige Verständnislosigkeit deutschen Wesens und deutscher Kultur: »Barbar« und »boche« sind noch heute die gangbarsten Bezeichnungen für einen Deutschen. Der Franzose ist aber nach seiner Ansicht allein im Vollbesitz aller Kultur und Zivilisation. Uns allen jedenfalls hat der Krieg die Erkenntnis gebracht, daß an dieser Kultur vieles Phrase und Äußerlichkeit ist.

Ein wichtiger Bestandteil derselben ist die **P r e s s e**, deren Macht und Einfluß von jeher gerade in Frankreich sehr stark war. Sie charakterisiert sich durch zweckbewußte lügnerische Verleumdung und ist in der Erfindung von Greueltaten deutscher Soldaten und der systematischen Bearbeitung und Verhetzung der Neutralen groß. Und wie andere, so belügt der Franzose sich selbst. Hartnäckig hält der französische Geist fast ausnahmslos an seinen Illusionen fest, und während des Krieges steht für ihn Deutschland stets unmittelbar vor der Vernichtung und Revolution. Schein und innere Unwahrhaftigkeit führen auch hier die Herrschaft, und eine Massensuggestion hält dieses Gebäude von Ansichten aufrecht, die den realen Tatsachen so ganz widersprechen und der Ausfluß einer uns unverständlichen Kriegspsychose sind.

Die Erklärung für diesen Tiefstand wahrer Kultur liegt darin, daß Frankreich ein niedergehendes Land ist, dessen Lebenskraft allmählich versiegt. Am deutlichsten spricht hier der stete Rückgang seiner Bevölkerungszunahme. Dieses Niedergangs ist sich ein großer Teil der Franzosen bewußt, und es klingt aus seinen Äußerungen der Lüge und Roheit ein gut Teil ohnmächtige Wut gegen das lebenskräftige, junge Nachbarvolk, das auch in diesem letzten Augenblick verheißungsvoller geschichtlicher Entwicklung, wo ein ganzes Gefolge von Mächten zu Frankreich stand, in das Herz

des Vaterlandes einzudringen vermochte. Doch dürfen wir nicht verkennen, daß aus seinem Kampfe trotz alledem eine heroische Energie und der feste Wille sprechen, keinesfalls auf seine Großmachtstellung zu verzichten. Hatte Frankreich das schon vor dem Kriege durch das Opfer der dreijährigen Dienstzeit und durch seine systematische militärische Jugendvorbereitung (auf amtlichem Wege und durch massenhafte Gründung der von der Regierung unterstützten Sociétés de préparation militaire) bekundet, so haben wir im Kriege selbst in ihm einen ebenbürtigen Gegner gefunden; Staat und Kultur der Franzosen zeigten einen Lebenswillen, der anerkannt werden muß.

Während die Kriegsliteratur auf deutscher Seite von Objektivität und Streben nach Selbsterkenntnis beherrscht wird, bewegen sich die Kriegsschriften in Frankreich in den ausgetretenen Bahnen des Deutschenhasses. Typisch ist das vom Comité catholique de propagation française à l'étranger herausgegebene Werk »La guerre allemande et le catholicisme«, das eine Anklageschrift gegen Deutschland sein will. In maßloser Polemik und unter dünkelhafter Selbstverherrlichung reihen sich hier Unwahrheiten und Vorurteile in einer uns unverständlichen Weise aneinander.

Auch im Wirtschaftsleben hat der Krieg gezeigt, daß französische Kultur mit der deutschen nicht Schritt zu halten vermag. Schon vor dem Kriege nannte man Frankreich das »Rentnervolk« oder den »Weltbankier«, d. h. das Volk, welches im Besitz großen Kapitals die Welt gegen gute Verzinsung mit Geld versorgt und selbst im behaglichen Genuß seiner Ersparnisse leben kann. Der Revanchelust zuliebe wurde das französische Kapital in immer größeren Summen an Rußland ausgeliehen (bis 30 Milliarden), so daß es jetzt zu einem großen Teil auf dem schwankenden Grunde des russischen Staatswesens ruht. Mag nun auch die Berechnung des Abgeordneten Brizon, der im September 1916 in der Kammer den Verlust an schaffendem Volksvermögen für Frankreich durch die deutsche Besetzung der nördlichen Departements sowie durch die Menschenverluste seit Kriegsbeginn auf 320 Milliarden angab, nur ungefähr das Richtige treffen, so zeigt doch eine Gegenüberstellung der deutschen und französischen Sparkassen im Kriege sowie der beiderseitigen Kriegsanleihen die größere Kraft Deutschlands. Schließlich kam Frankreich ohne ein in vieler Hinsicht so verhängnisvolles Moratorium nicht aus, und man mußte zugeben, daß der französischen Volkswirtschaft die Organisation fehle, während die deutschen Darlehnskassen die angestrebte Belebung der gesamten Volkswirtschaft in Deutschland erreicht hätten.

Belgien. Für Belgien war zunächst bezeichnend der wilde Franktireurkrieg, den das von seiner Regierung irregeleitete Volk gegen die Deutschen führte. Verhetzung, jahrelange französische Propaganda, hauptsächlich aber Unkenntnis der Deutschen und ihres Staatswesens sowie der wallonische Volkscharakter trugen einen großen Teil der Schuld, ohne daß jedoch der in den belgischen Greueln zutage tretende Tiefstand der Kultur, besonders der unteren Schichten, zu beschönigen wäre. Vor allem hat der Krieg gezeigt, was für eine künstliche Schöpfung dieser vielsprachige Staat ist, der der Londoner Konferenz von 1831 sein Dasein verdankt. Der Gegensatz zwischen den germanischen Flamen und den romanischen Wallonen (zu diesen sind auch die ihre germanische Abkunft verleugnenden »Franskiljons« zu rechnen) ist von neuem aufgelebt, und Bethmann Hollweg beleuchtete den deutschen Standpunkt in seiner Rede vom 5. April 1916 mit den Worten: »Deutschland kann den flämischen Stamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben. Es muß ihm eine seinen Anlagen entsprechende Entwicklung auf der Grundlage seiner niederländischen Sprache und Eigenart sichern.« Die deutsche Kulturarbeit hat jedenfalls in Belgien während des Krieges verheißungsvolle Anfänge gemacht. Der offene und heimliche Widerstand, den die deutschen Bestrebungen besonders bei der Großstadtbevölkerung fanden, hat mit der Zeit sehr nachgelassen, und will man, vom Franktireurkrieg abgesehen, das Wesen der Belgier bezeichnen, wie es sich im Kriege offenbart hat, so wird es am schärfsten beleuchtet durch das Wort des verstorbenen Generalgouverneurs v. Bissing, der wiederholt sprach von der »Kindlichkeit des belgischen Volkscharakters im guten und im bösen Sinne[1]«.

England hatte sich bei Beginn des Krieges der Hoffnung hingegeben, diesen ohne Einsatz seiner vollen Macht lediglich durch die Blockierung Deutschlands beenden zu können. Wider Erwarten mußte es seine ganze Kraft für den Kampf zu Lande einsetzen, und hier zeigte sich zunächst das große organisatorische Geschick des Engländers. Das englische Hilfsheer wurde zu einem dem unsrigen ebenbürtigen Millionenheere umgestaltet, die technischen und militärischen Errungenschaften der Deutschen wurden nachgeahmt, ausgestaltet und waren diesen zeitweilig sogar überlegen; der Luftabwehrdienst in England selbst wurde mit Erfolg vervollkommnet. Damit verbinden sich die angeborene Zähigkeit des Engländers, die Energie und das Zielbewußtsein, mit denen er seinen Zweck unter Aufbietung aller Mittel verfolgt, ohne sich von dem einmal eingeschlagenen Weg abbringen zu lassen. In politischer Hinsicht schließlich zeigt der englische Volkscharakter ein großes Maß von Einheitlichkeit und geschlossener politischer Denkart, während die partikularen Sonderbestrebungen unseres Volkes noch heute viel schwerer einen Gesamtwillen und gemeinsamen politischen Geist der Nation zustande bringen.

Das Gefühl, daß die Engländer unsere germanischen Blutsverwandten seien, war bei uns — zu unserem Unheil — vor dem Kriege besonders rege. Allerdings besteht ihr Kern aus Angelsachsen; aber die verschiedenen Ablagerungen von Völkern, vor allem die Vermengung mit den keltischen Ureinwohnern, ferner mit den Resten der Römer und mit den Normannen, die durch jahrhundertelange Vermischung mit der galloromanischen Bevölkerung Frankreichs ihr germanisches Gepräge eingebüßt hatten, haben hier einen Typus mit wesentlich normannischem Einschlag erzeugt. Schärfer als je sind die unserem Wesen so ganz entgegengesetzten Züge des Engländers im Kriege hervorgetreten. Vor allem ist er nackter Realist. Der Satz des englischen Philosophen Jeremy Bentham: »Jeder tue, was ihm selbst nützlich ist« gilt noch heute als unbedingte Richtschnur. Das erklärt die Heucheleien englischer Minister in ihren Kriegsreden; das rechtfertigt aber auch anderen Nationen gegenüber den schnödesten Egoismus, dessen Grundsatz ist, alle Völker gegeneinander auszuspielen und kleinere Staaten in den Dienst der englischen Politik zu zwingen

[1] Bedeutsam für Kultur und Charakter der Flamen sind die aus ihren Kreisen hervorgegangenen Kriegsschriften. Näheres s. Fromme, »Deutsche Rundschau«, Dezember 1915, 445 ff.

oder in für sie vernichtende Kriege zu verwickeln. Krieg ist für den Engländer Geschäft, erledigt mit List, Lüge und Geld. Letzteres gilt als absoluter Wertmesser. Höherer Sold steigert den Patriotismus, besondere Leistungen (z. B. Rammen von Unterseebooten) werden bezahlt; also Geld oder höchstens Auffassung des Kampfes als Sport statt freudiger Hingabe an das Vaterland! Ein schwerer Nachteil in dieser Moral war, daß die englische Arbeiterschaft schon im ersten Kriegsjahre wiederholt die Lage des Landes ausnutzte, um durch Ausstände Lohnerhöhungen zu erlangen. Denn für den englischen Arbeiter ist der Krieg ein geschäftliches Großunternehmen gewisser Kapitalklassen, welches ihm selbst nur Opfer auferlegt. Er nützt also die Konjunktur aus. Die Streikstatistik des ersten Kriegsjahres zeigt daher in Deutschland 10700 Streikende, in England 345000. Ein weiterer Grund zu dieser Haltung der englischen Arbeiter[1] liegt in der maßlosen Eitelkeit des Engländers, in der dünkelhaften Selbstverständlichkeit, mit der er sich als den berufenen Träger der Weltherrschaft und der Zivilisation ansieht. Es erscheint ihm ausgeschlossen, daß je ein anderes Volk das britische Weltreich gefährden könne. Ergänzt wird dies dadurch, daß er nicht das geringste Verständnis für Macht und Kultur anderer Völker hat, die seiner Ansicht nach vielmehr nur dazu da sind, sich von England leiten zu lassen. So zeigte sich England auch unfähig, unser Nationalgefühl, unsere Organisationskraft und unsere Parteiverhältnisse richtig einzuschätzen.

Die Gewalt der Tatsachen aber zwang den Engländer zum Umlernen: Die allgemeine Wehrpflicht wurde zum Gesetz erhoben. Gewiß müssen die hier zutage tretende Zähigkeit und Willenskraft anerkannt werden, doch ist das, was uns im Laufe eines Jahrhunderts in Fleisch und Blut übergegangen ist, bei den Engländern heute noch etwas Unorganisches. Man hat ferner auf die seelische Ungleichwertigkeit der beiden Heere hingewiesen: Dort verbissene Zähigkeit, hier die Glut der Begeisterung und der mit unserem Wesen und unserer geschichtlichen Entwicklung unlöslich verknüpfte Gedanke selbstloser Hingabe an das Ganze bis zum Tode fürs Vaterland als der höchsten Ehre des Mannes. Dazu kommt, daß die Wehrpflicht in England ein Bruch mit dem bisherigen englischen Freiheitsbegriff ist, der die Bewegungsfreiheit des Bürgers möglichst wenig durch die Ansprüche des Staates eingeschränkt wissen will, und deshalb einen lästigen Zwang darstellt. Das Wesen des Engländers widerstrebt also der Einordnung des einzelnen in ein größeres Ganze[2]. Jedenfalls ist offenbar geworden, daß diese auf dem Individualismus beruhende Gesellschaftsverfassung nicht imstande ist, alle Kräfte der Nation zu gesteigertem Kampfe zusammenzufassen. Dies kann nur die restlos organisierte und disziplinierte Gesellschaft. Diesen fortgeschrittenen Typus aber vertritt Deutschland.

Dem heißblütig-fanatischen Franzosen gegenüber verleugnet sich der **Engländer** ebenfalls nicht, und seine geistige Verfassung zeigt in vielen Stücken dasselbe Bild[3]. Doch die kühle Sachlichkeit des Engländers befähigt ihn auch zu objektivem Urteil; ein Werk wie die »German Culture« (Untertitel: »The Contribution of the Germans to Knowledge, Literature, Art, and Life«, der Anteil der Deutschen an Wissenschaft, Literatur und Kunst im Leben der Menschheit), herausgegeben von schottischen und englischen Gelehrten, konnte niemals in Frankreich entstehen. Das Buch, das in Frankreich stark verstimmte, versucht in jeder Hinsicht, unserem Volke gerecht zu werden. Leider ist dies eine Einzelerscheinung. Die Bildung der breiten Massen steht in beiden Ländern auf einer Stufe, die wir als **national beschränkt** bezeichnen müssen.

Der schrankenlose Egoismus des Engländers zeigt sich in einem brutalen Machthunger und Herrschaftswillen; er zeigt sich aber auch darin, daß farbige Hilfsvölker aus allen Teilen der Kolonien für England bluten müssen.

Die **finanzielle und wirtschaftliche** Fundierung Englands hat sich im Kriege nicht als so trefflich erwiesen, wie die britische Regierung annahm. Trotz seines Riesenvermögens kam England zu keiner Festigung seiner Kriegsfinanzen. Es behalf sich in erster Linie mit Schatzwechseln und sonstigen kurzfristigen Papieren, von denen es schon zahllose im Umlauf hat, und borgt in Amerika; anderseits geht dem Lande als Bezahlung für amerikanische Munitionslieferungen ein großer Teil seines Goldbestandes verloren. Daher ist seine Zahlungsbilanz stark passiv geworden, der Kurs des Pfund-Sterling-Wechsels in Neuyork ist ansehnlich gefallen, und Londons Bankmonopol ist durchbrochen. Doch wird die Zähigkeit und kaufmännische Verschlagenheit des Engländers manchen Nachteil auszugleichen wissen, und nach wie vor führt er den Kampf gegen den deutschen Konkurrenten mit allen Mitteln. Dem dienen die gegen neutrale Kaufleute angewandten »schwarzen Listen« ebenso wie die zur Bekämpfung des Exports der Mittelmächte gegründete Handelsvereinigung (»United Anti-German Trading League«).

Am klarsten jedoch haben sich der Charakter des Engländers und der Geist seiner Kultur erwiesen in dem immer neuen **Bruch des Völkerrechts**. Nie ist Benthams erwähnter Satz in größerem Maße auf das Völkerleben übertragen worden. Einige wenige Beispiele seien angeführt: Mißbrauch der Abzeichen des Genfer Abkommens, Verwendung verbotener Geschosse, Flaggenmißbrauch, Ermordung von Unterseebootsmannschaften (Baralong-Fall), Bewaffnung von Handelsschiffen, Verletzung neutralen Gebiets. Auch die Bestimmung des § 11 der Kongoakte von 1884/85, daß ein Krieg im Interesse der Rassegemeinschaft nicht auf fremde Erdteile übertragen werden sollte, ist von England nicht eingehalten worden, und gerade England hat sich bemüht, in den deutschen Kolonien das Ansehen der Deutschen durch systematisch entwürdigende Behandlung derselben bei den Eingebornen möglichst herabzusetzen.

Deutschland.

Der Krieg hat zunächst erwiesen, daß die **Stellung des Deutschen zum Staate** eine ganz andere ist als die der romanischen Völker oder gar Englands. »Der einzelne nichts, der Staat alles!« Das ist der Satz, den der Krieg zum Leitsatz unseres Lebens gemacht hat, und zwar — und dies ist das von unseren Feinden kaum ganz Verstandene — als Ergebnis

[1] Vgl. Lensch, Die Weltstellung Englands und die Haltung der englischen Arbeiterklasse (»Preußische Jahrbücher« 164, 1916, Heft II, S. 237 ff.).

[2] Vgl. Treitschke, Politik I, S. 157: »Es ist der falsche Freiheitsbegriff, welcher nicht die Freiheit im Staate, sondern vom Staate sucht.«

[3] Vgl. z. B. M. Breslauer, Der englische Buchhandel auf dem Kriegspfad (»Süddeutsche Monatshefte«, Januar 1916).

einer Unterordnung der Interessen und Persönlichkeit des einzelnen unter das große Ganze. Wir sind also nicht bevormundet, unfrei, wie unsere Feinde denken, sondern wir widmen uns, fußend auf dem Kantschen Pflichtbegriff, dem Staate in freier Hingabe, wahren dabei unsere innere geistige Freiheit, opfern ihm aber ebenso freudig unser Leben. Unlöslich ist dieser kategorische Imperativ Kants mit der historischen Entwicklung unseres Volkes verbunden, mit der Erhebung von 1813, mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und in diesem Kriege mit der Einrichtung des vaterländischen Hilfsdienstes. Diese unsere Fähigkeit zur Hingabe des Ich an einen höheren Zweck ist schließlich der Grund zu jener Einigkeit, Opferfreudigkeit und Geschlossenheit, die unsere Nation seit den Augusttagen 1914 bewies; sie weckte eine Fülle ungeahnter Kräfte und Eigenschaften, und klarer als je sehen wir in unserem Volke den Beweis dafür, daß erst höhere Sittlichkeit höhere kulturelle Leistungen schafft.

Betrachten wir zunächst den Geist unseres öffentlichen Lebens im Kriege! Es steht unter dem Zeichen freudiger Mitwirkung des einzelnen, sei es vor oder hinter der Front; hierbei kommt uns zustatten, daß unser Volk seit den Zeiten des ehrbaren mittelalterlichen Bürgers ein wirkliches Arbeitsvolk ist, das sich auf engem Gebiet und mit sparsamem Wirtschaften seine Lebenswerte und Güter schaffen mußte, die z. B. der Engländer draußen in der Welt in günstiger gelegenen Zonen leichter und reichlicher erntete. Die geistige, moralische und körperliche Schulung aber, die aus Schulpflicht und Wehrpflicht flossen, schufen unserem Volke den Geist der Ordnung und Disziplin, dessen Offenbarung im Weltkriege selbst Ausländer bewundernd begrüßten. Ein besonderes Verdienst gebührt hier der deutschen Presse, die sich durch Einheitlichkeit der Gesinnung, durch Unterordnung aller kleinlichen Interessen und durch großzügige, verständnisvolle Auffassung der Zeit auszeichnete und redlich dazu beitrug, die in der Heimat nötige Geduld und Disziplin zu stärken und zu fördern. Nur auf solchen Grundlagen konnten wir das erreichen, was unseren Feinden ein Geheimnis geblieben ist, die systematische Zusammenfassung der aufs höchste gesteigerten Einzelkräfte zur großen Gesamtleistung. Diese unsere Besonderheit ist also nicht eine neue Eigenschaft, sondern, wie Naumann[1] in seiner Schrift es treffend ausdrückt, »eine methodische, anerzogene Steigerung des Könnens«; wir haben besser als andere Völker gelernt, »unsere Arbeit nach gemeinsamem Plane und gemeinsamem Rhythmus zu vollziehen«.

Während vor dem Kriege die deutsche Arbeiterschaft fast vollständig der sozialdemokratischen Partei angehörte, hat der Krieg uns der Einheit des nationalen Denkens und Wollens näher gebracht. Das Staatsbewußtsein erwies sich im großen und ganzen dem internationalen Gedanken überlegen, und das Empfinden, daß dieser Krieg ein uns ungerecht aufgezwungener sei, sowie die zwingende Gewalt des seelischen Erlebnisses führten den Sozialdemokraten dazu, seine Parteiüberzeugungen in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

Von neuem hat auch der monarchische Gedanke seine Kraft bewiesen. Sein tiefstes Geheimnis deutete Bismarck einst an: »Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolgedessen auch das Bedürfnis, auf dem Schlachtfeld und im Lazarett dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: Diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können«. Das Gefühl der Gemeinschaft mit ihrem Volke und das Bewußtsein der Verantwortung erheben unsere Fürsten über englische Minister oder französische Präsidenten.

Unüberwindlich zeigte sich deutsche Art in der Durchbildung des deutschen Soldaten zur Einzelintelligenz. Militärische Erziehung und hoher Bildungsstand unseres Volkes sind daran in gleicher Weise beteiligt; sie befähigen den gut durchgebildeten deutschen Soldaten in der Stunde der Entscheidung zu eigener Initiative. Der Charakter des deutschen Soldaten weist folgende hervorstechende Züge auf: gutmütig, begeistert, voll unerschütterlicher Zuversicht und ruhiger Entschlossenheit, selbstverleugnend, nie ohne Humor, weichem und religiösem Empfinden zugänglich, dabei stets ein tiefes Bildungsstreben und das Bedürfnis, in geistiger Beschäftigung einen Ausgleich und Ruhepunkt zu suchen gegen die Fülle äußeren Erlebens. Alle Empfindungen aber legt der deutsche Soldat noch heute im Liede nieder. Es ist der unzertrennliche Begleiter seiner Erlebnisse und Stimmungen, und es begeistert ihn zu hehrer Tat.

Der Krieg, der Sieg deutscher Waffen, ist nicht minder ein Sieg deutscher Wissenschaft. Die Durchsetzung aller Lebensgebiete bei uns mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit und die geistige Differenzierung des deutschen Charakters haben sich glänzend bewährt und auf allen Gebieten, obgleich wir von der Zufuhr fremdländischer Rohstoffe abgeschnitten sind, dem Feinde den Erfolg aus der Hand gerungen. Neben den Leistungen der Medizin handelt es sich besonders um die der Chemie. Vor allem ermöglichte die deutsche Wissenschaft unsere Unabhängigkeit von ausländischen Munitionsstoffen; der Chilesalpeter wird nach einem von Haber erfundenen Verfahren aus dem Stickstoff der Luft gewonnen; für das zur Stahlerzeugung wichtige Ferromangan ist ein gleichwertiger Ersatz erfunden worden; für Baumwolle gelang es, aus dem Bestand unserer Wälder einen Zellstoff herzustellen, der billiger und geeigneter ist zur Pulverfabrikation; ebenso wird der Kampfer, der zuletzt synthetisch unter Verwendung amerikanischen Terpentinöls hergestellt wurde, jetzt zu billigerem Preise künstlich erzeugt.

Andere Kulturleistungen treten dieser Bewährung deutscher Wissenschaft zur Seite: der Verkehr des Handels-Unterseebootes »Deutschland«, die Vollendung der deutschen Bahnbauten in der Türkei[1], die Wiedereröffnung der Universität Gent als flämischer Hochschule und die Neuerrichtung einer Universität und technischen Hochschule in Warschau, die im Verein mit den Verbündeten geordnete Denkmal- und Kunstpflege in den besetzten Gebieten (Kriegstagung für Denkmalpflege in Brüssel im August 1915)[2]. Schließlich sei an dieser Stelle der deutschen Gefangenenlager gedacht; die Reinlichkeit und Ordnung, die humane Behandlung und das mensch-

[1] »Mitteleuropa« (Berl. 1915), S. 106.

[1] Vgl. R. Hennig, Die deutschen Bahnbauten in der Türkei (Leipz. 1915).

[2] Eine Zusammenstellung neuer Kulturunternehmungen während des Krieges innerhalb der deutschen Einzelstaaten sowie in den besetzten Gebieten gibt W. Goetz, Deutschlands geistiges Leben im Weltkrieg (Gotha 1916), S. 22—30.



liche Verständnis, das hier obwaltet und sogar für geistige Unterhaltung der Gefangenen durch Bibliotheken, für ihre religiösen Bedürfnisse durch Anlage eigener Bethäuser sorgt, alles sind Dokumente deutscher Kultur.

Unser geistiges Leben hat im Weltkriege nichts von seiner Regsamkeit und seinem Reichtum eingebüßt. Das wissenschaftliche Leben an den deutschen Hochschulen geht seine Bahnen weiter; eine reichhaltige akademische Kriegsliteratur, unter der die Sammelschriften, die von den einzelnen Universitäten als Grüße an ihre im Felde stehenden Studenten versandt werden, einen besonderen Platz einnehmen, beweist das tiefe Bemühen, unsere Zeit zu verstehen. Aber auch deutsches Wesen und deutsche Kultur durchforschten wir in ehrlicher Selbstbesinnung und Selbstkritik, obgleich sich Staat und Gesellschaft bei uns keineswegs unfähig gezeigt hatten; wir wollten Wahres und Falsches, Echtes und Unechtes scheiden und daraus den Boden gewinnen zu einer Erneuerung deutschen Lebens nach dem Kriege, wahrlich das »Zeichen einer schöpferischen Kraft, die sich in allen ihren Möglichkeiten prüft und sich die höchsten Ziele für die Zukunft steckt[1]«. Neue Zeitungen und Zeitschriften entstanden sowohl im Reiche selbst als auch in den eroberten Gebieten. Die massenhaft abgehaltenen Vorträge und Kurse zum Verständnis des Krieges sowie der Eifer der verschiedensten Kreise, sich türkische oder bulgarische Sprachkenntnisse anzueignen, beweisen unseren unbezähmbaren Drang nach geistiger Nutzbarmachung der Zeit. Die vor allem in den ersten Kriegsmonaten sehr umfangreiche Kriegsdichtung zeugt davon, wie die Wendung der Geschicke unserem Volke zum Erlebnis geworden ist und das Nationalbewußtsein mit einer an den Geist der Freiheitskriege erinnernden Kraft alle Schichten durchströmt. Bezeichnend für unsere Kultur und unseren Bildungswert ist, daß gerade aus dem Arbeiterstande eine Reihe von Dichtern hervorging, die mit tiefem sittlichen Ernst eigenes Erleben künstlerisch zu formen wußten[2].

Der »Geist von 1914«, wie man ihn kurz genannt hat, jene Einigkeit, Opferfreudigkeit und Begeisterung der ersten Kriegsmonate, begann im Laufe der Zeit allerdings zu schwinden und zeitweise sogar einer starken Verdrossenheit Platz zu machen. Die Gründe lagen nicht nur in der ungeahnt langen Dauer des Krieges und den schweren Opfern, die er forderte, sondern vor allem in der übermäßigen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, in den Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung, in dem daraus hervorgehenden wirtschaftlichen Kleinkrieg und in dem überall zutage tretenden, von der Regierung mit wenig Erfolg bekämpften Kriegswucher. Im Gegensatz zu den großen Erfolgen unserer militärischen Organisation wies die der Nahrungsmittelversorgung schwere Mängel auf, und manche ungeeignete Maßnahme trug Erbitterung in alle Volkskreise; doch erwiesen sich die »Imponderabilien«, die unwägbaren Kräfte, in unserem Volk als stark genug, um den Siegeswillen und den Willen zum Durchhalten nicht schwinden zu lassen.

Die gesunden Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft[1] haben sich im Kriege glänzend offenbart. Es gelang unserem Reiche, das bis dahin mitten in der Weltwirtschaft gestanden hatte, sich mit wunderbarer Elastizität aus dieser loszulösen und sich zu einem neuen Gebilde umzuschalten. Unsere Anpassungsfähigkeit und Organisationskraft aber ermöglichte die Umbildung aller Arten von Industriezweigen zur Sicherstellung der Bedürfnisse des Heeres. Ein ähnliches Bild in der Landwirtschaft: Trotz steigenden Leutemangels regelmäßige Bestellung der Felder, das größte Verdienst der deutschen Frauen. In finanzieller Hinsicht kamen wir ohne Moratorium aus, und die Kriegsanleihen führen regelmäßig dem Staate die nötigen Milliarden zu; denn fast alles, was wir an finanziellen Kräften haben, bleibt im Inland, so daß unsere Kriegswirtschaft auf dem Kreislaufe des Geldes beruht. Die eingezahlte Anleihe strömt als Bezahlung für Heereslieferung allmählich wieder in die Volkswirtschaft zurück, so daß dem Staate stets wieder neue Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Unsere Bundesgenossen.

Österreich-Ungarn ist kein Nationalstaat (d. h. ein Staat, in dem sich die Begriffe Nation und Staat nahezu decken), sondern — wie Rußland und die Türkei — ein Völkerschaftsstaat (d. h. ein Staat, in dem nicht eine einzelne Nation die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ausmacht), in dem Deutsche, Tschechen, Magyaren, Polen, Ruthenen, Slowenen, Slowaken, Rumänen, Italiener, Kroaten und Serben gleichberechtigt nebeneinanderwohnen. Dabei bilden die Deutschen die relative, freilich schwache Mehrheit, kein anderes Volk ist stärker als sie. Sie stellen das Band dar, das alle zusammenhält, da sie das einzige Volk der Monarchie sind, das in allen Kronländern nennenswert vertreten ist. So ungünstig dies für ihre politische Zusammenfassung ist, so sehr wird dadurch die deutsche Sprache begünstigt als allgemeines Verständigungsmittel aller Kreise, ja der nichtdeutschen Völker untereinander. Der Streit der Nationalitäten, besonders der Kampf der Nichtdeutschen gegen die Deutschen, gab Österreich vor dem Kriege sein Gepräge und lähmte seine Kraft. In der ganzen Welt zog man daher sehr ungünstige Schlüsse betreffs der Bestandesfestigkeit dieses Reiches; ja unsere Feinde sagten den völligen Zerfall Österreichs voraus und ließen sich dadurch zweifellos mit zu ihren kriegerischen Entschlüssen bestimmen.

Schon der August des Jahres 1914 bewies aber, daß die bisherigen inneren Kämpfe nicht schlechtweg Zeichen des Verfalls gewesen waren; er bewies die Gesundheit des Staatskörpers und zeigte, daß seine Teile doch noch die Fähigkeit zu einheitlichem Zusammenwirken besaßen. So wurde der Krieg, der zum erstenmal ein Volkskrieg für Österreich ist, da hier zum erstenmal die Massen ins Feld zogen, gerade für dieses Land ein Erlebnis. Auch die Kriegsdichtung spiegelte diesen Sieg des gesamtstaatlichen Gedankens wider. Neben soldatischer Begeisterung (Zuckermanns »Österreichisches Reiterlied«), neben dem Ausdruck des Einigkeitsgefühls mit den Verbündeten begrüßten Dichter wie Herman Kienzl und Richard Schaukal Österreichs Wiedergeburt mit begeisterten Worten.

[1] Vgl. W. Goetz a. a. O., S. 46. Daselbst finden sich auch eine ausführlichere Würdigung und eine Statistik der deutschen Kriegsliteratur (S. 43, 49).

[2] Vgl. A. Mello, Die Kriegslyrik der deutschen Arbeiter (»Grenzboten« 1916, Nr. 20, S. 217 f.).

[1] Vgl. O. Trietsch, Deutschland. Tatsachen und Ziffern (Münch. 1916).



In diesem Siege der Einheit offenbarte sich vor allem die Macht des geschichtlich Gewordenen, die in der Stunde der Not den Zerfall verhinderte; letzten Endes bewährten sich hier aber auch die Reste des vielgeschmähten **Zentralismus**. Als ein weiteres starkes Bindeglied der auseinanderstrebenden Teile erwies sich das Deutschtum, welches der Kultur des Landes doch immer das Merkmal gegeben hatte und sich rühmen darf, stets das Gesamtinteresse des Reiches vertreten zu haben. Schließlich bewahrheitete sich auch Bismarcks Prophezeiung: »Steigt Kaiser Franz Joseph aufs Pferd, so folgen ihm seine Völker nach!« Das dynastische Gefühl des Österreichers, die durch Jahrhunderte hindurch ihm eingepflanzte Anhänglichkeit an das Haus Habsburg, wurde ein mächtiger Faktor, die heterogenen Elemente zum gemeinsamen Kampfe zu verbinden. Gerade dieses Moment war vom Auslande zu gering eingeschätzt worden, und es mußte die Erkenntnis gewinnen, daß in Österreich die Krone im Verein mit den auf die staatliche Existenz angewiesenen nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Kräften aller Nationalitäten der stärkste politische Faktor ist.

In **militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht** zeigte sich Österreich im allgemeinen seinen Aufgaben gewachsen. Anfängliche Mängel, die besonders in der militärischen Organisation hervortraten, wurden beseitigt, und man lehnte sich dabei fast stets an deutsche Einrichtungen und Maßnahmen an, die zum Beispiel auch in der Aufbringung der Kriegskosten, in der Rohstoffversorgung und in der Befriedigung des Heeresbedarfs als Vorbild dienten. Große Schwierigkeiten machte die Sicherung einer ausreichenden Ernährung der Bevölkerung, zumal Galizien und die Bukowina, zwei vor allem Fleisch und Eier erzeugende Gebiete, lange vom Feinde besetzt und teilweise verwüstet waren; erst sehr spät entschloß man sich zu einer strafferen Ernährungspolitik. Trotz der Mängel der inneren Verwaltungsorganisation und trotz der zahllosen politischen Hemmungen, die der wirtschaftlichen Entfaltung in Österreich-Ungarn immer wieder in den Weg treten, erwies sich die Volkswirtschaft stärker, als man vor dem Kriege geglaubt hatte. Die Kriegsanleihen hatten einen ähnlichen Erfolg wie in Deutschland; die Industrie zeigte sich auch hier den steigenden Anforderungen gewachsen, und wenn auch bei Beginn des Krieges ein Moratorium erlassen werden mußte, gelang es, dieses im Laufe des ersten Jahres allmählich abzubauen und bald normale Zahlungsverhältnisse wiederherzustellen.

Nun deutete aber schon der Verrat tschechischer Truppenteile in den ersten Abschnitten des Krieges an, daß der Zusammenschluß Österreichs nicht gleichbedeutend war mit einer inneren geistigen Einheit und daß sich die Nationen nicht innerlich gefunden hatten. Die Not hatte sie zusammengeführt, innerlich aber waren sie sich fremd geblieben, und der in der Dynastie verkörperte Reichsgedanke war wohl in der Stunde der Gefahr lebendig geworden, hatte sich dann aber nicht als dauerndes Gemeingut erwiesen. Der Tod Kaiser Franz Josephs leitete eine Zeit neuer innerer Unruhe ein, vor der Hermann Bahrs Wort vom »österreichischen Wunder« nicht mehr bestehen konnte.

Die Frage der **Sonderstellung Galiziens** (vgl. den Beitrag von **Seeliger**, Galizien und das polnische Problem, S. 26 ff.) war es, durch die das Problem des innerstaatlichen Ausbaues der Monarchie aufgerollt und die der äußere Anlaß wurde, daß Zwietracht und Partikularismus trotz dem Kriege von neuem im Innern ihr Haupt erhoben. Die Schwierigkeiten lagen einerseits in der Frage, ob ein Machtspruch der Krone oder der verfassungsmäßige Weg die Regelung bringen sollte, anderseits darin, daß man sich über die wirtschaftliche Seite dieser Sonderstellung nicht einigen konnte; ja ein Teil der Polen hielt überhaupt die geplante Lösung im Sinne einer bloßen Sonderstellung im Rahmen der Monarchie nicht für ausreichend.

Die galizische Frage brachte ganz von selbst das **Nationalitätenproblem** in Fluß, das jetzt aber nicht Deutsche und Tschechen allein, sondern die Gesamtheit der Nation berührte. Die Schärfe der Gegensätze erhellt schon aus den Forderungen der Deutschen und Tschechen. Jene verlangen den Einheitsstaat; sie sind der Ansicht, daß nur die Führung durch das Deutschtum, die Sicherung seiner Stellung und die Vereinheitlichung des Staates, deren Symbol die deutsche Staatssprache ist, diesem wirkliche Leistungsfähigkeit verbürgt. Die Tschechen fordern den föderalistischen Staat und die Errichtung eines Königreichs Böhmen, bestehend aus den Kronländern Böhmen, Mähren und Schlesien und regiert von einem gekrönten böhmischen König im Verein mit dem Generallandtag. Auch der Ruf nach der demokratischen Republik wurde aus ihren Reihen laut. Jedenfalls unterstützen die Slawen Österreichs den Wunsch der Entente, den österreichischen Staat zu zerreißen und in ein Bündel selbständiger Nationalstaaten aufzulösen. Dabei wird — ebenfalls nach der Losung der Entente — die sogenannte Freiheit der Völker in den Vordergrund geschoben, indem man das Recht der Selbstbestimmung ohne weiteres dem Rechte auf staatliche Selbständigkeit gleichsetzt.

Die Gegensätze, welche die Regierung des neuen Kaisers und vor allem auch die Tätigkeit des seit Kriegsbeginn zum erstenmal wiederberufenen Reichsrates lähmten, führten von selbst zu dem **Versuch umfassender staatlich-nationaler und wirtschaftlich-sozialer Reformen**, welche der Weg zu einem neuen Österreich werden und die dauernden Grundlagen eines gesunden Staatslebens und einer einheitlichen Kraftentfaltung der Monarchie nach außen gewährleisten sollten. Die Hauptpunkte der beabsichtigten Neuordnung wurden Sprachenrecht und Staatsrecht, nationale Abgrenzung in Böhmen, Regelung der Sonderstellung Galiziens, Schaffung eines dauernd arbeitsfähigen Reichsrats, eine die Schule dem Einfluß der National- und Parteibestrebungen entziehende Verstaatlichung. Dabei erwies sich aber der Widerstand der Tschechen als besonders stark, und nachdem man sich vergeblich bemüht hatte, diesen unter anderem durch Umbildung des Ministeriums und Aufnahme von Vertretern der verschiedenen Nationalitäten in das Kabinett zu brechen, versuchte Kaiser Karl die widerstrebenden Elemente durch Milde und Hochherzigkeit für den Staatsgedanken zu gewinnen. Durch einen Amnestieerlaß hob er in Gnaden alle Strafen auf, die wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung, wegen Aufstands und Aufruhrs verhängt worden waren, gab die Bestraften der Freiheit zurück und ließ alle wegen dieser Vergehen schwebenden Prozesse niederschlagen. Die Zukunft wird lehren, ob dieses Mittel zum Ziele führt. Jedenfalls war diese gefährliche Nachgiebigkeit wohl der einzige Weg, die einheitliche Stimmung der Völker, die durch die lange Kriegszeit auf eine schwere Probe gestellt wurde, aufrechtzuerhalten.

Trotz alledem steht zu hoffen, daß früher oder später die Wege zu einem neuen Österreich gefunden werden, daß das Reich den Ruf der Indolenz, Programmlosigkeit und verpaßten Gelegenheiten, wie man es nüchtern charakterisiert hat, zunichte macht und daß sich der Krieg auch hier als Schöpfer und Erhalter staatlichen Lebens erweise. Freilich nur aus Kampf heraus wird hier neues Leben geboren werden.

Voraussetzung des Völkerfriedens und des staatlichen Gedeihens aber ist neben der Demokratisierung der Verfassung eine nationale Autonomie, die den Nationalitäten Bewegungsfreiheit und Rechte in wohlerwogener gegenseitiger Abwägung gewährt; ferner die Führung des Völkerbundes durch das zahlenmäßig und kulturell stärkste Volk, die Deutschen, als primus inter pares, als erstes unter gleichberechtigten, sowie die Herrschaft der deutschen Sprache, die allein den nötigen inneren Zusammenhalt gewährleisten kann. Eine weitere Voraussetzung ist, daß das Bewußtsein, ein Teil des mit deutsch gearteter Kultur erfüllten Mitteleuropas zu sein, mehr und mehr alle Teile der Monarchie durchdringt. Die Idee, daß Österreich-Ungarn als Vertreter und Förderer dieser Kultur dazu bestimmt ist, ein Bollwerk gegen den angriffslustigen Osten zu sein, muß ein weiteres Bindeglied der Völkergemeinschaft werden. Auf solchen Grundlagen wird Österreich befähigt sein, seiner europäischen Aufgabe gerecht zu werden, nämlich im Verein mit Deutschland Kultur nach dem Orient zu tragen und zwischen dem Morgen- und dem Abendlande wirtschaftlich sowohl wie geistig zu vermitteln.

Türkei. Die Türkei, die vor dem Kriege als unter der Vormundschaft Europas stehend angesehen wurde und unseren Feinden als unerschöpfliche Quelle ihrer Machtvergrößerung galt, hat bewiesen, daß größere Kräfte in ihr ruhen, als man annahm. Die jungtürkische Reformbewegung war das bedeutsamste Kennzeichen eines erwachenden Nationalismus gewesen. Zur Zeit des Balkankriegs, der im allgemeinen mit Teilnahmlosigkeit und Unlust verfolgt wurde, war der einheitliche Geist einer in ihren Tiefen erregten Nation noch nicht erwacht. Inzwischen setzten deutsche Organisatoren rastlos ihre Tätigkeit fort. Da kam der Weltkrieg. Die Türkei, die in Deutschland den uneigennützigen Freund und Förderer erkannt hatte, trat auf unsere Seite, und der Sultan proklamierte den »Dschihad«, den heiligen Krieg (vgl. S. 71 ff.). Die alten Tugenden des türkischen Soldaten, Tapferkeit, Zähigkeit, Bedürfnislosigkeit, bewährten sich glänzend, besonders an den Dardanellen und in Rumänien. Trotz unserer organisatorischen Verdienste aber blieb das Letzte und Größte doch das Eigentum des Volkes selbst und seiner Führer, der Entschluß, im richtigen Augenblicke das Ganze einzusetzen zu einem Kampfe auf Leben und Tod. Und in dem Willen, sich seine Selbständigkeit und Handlungsfreiheit unter den Mächten an unserer Seite zu erkämpfen, hat sich das Türkenvolk trotz seiner innerlichen, an österreichische Verhältnisse erinnernden Verschiedenheiten von gleichem Willen und Gedanken beseelt gezeigt.

Die Türkei schloß im Verlauf des Krieges mit uns Verträge auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung beider Teile. Die verhaßten Kapitulationen, die den Europäern einst Steuerfreiheit gaben und Zollerhöhungen von der Zustimmung der Vertragsmächte — natürlich nur gegen wirtschaftliche oder politische Konzessionen — abhängig machten, sind beseitigt, und für deutsche Kulturarbeit hat sich ein reiches Feld der Betätigung aufgetan. Verharrt doch der Kern des Volkes, der anatolische Bauer, noch auf bescheidener Kulturstufe, so daß sich hier der Volksbildung nach deutschem Muster ein reiches Arbeitsgebiet erschließt. Rastlose Förderung des Ackerbaues wird dem zum Agrarstaat geschaffenen Lande neue Einnahmen erschließen und das Finanzsystem gesunden Grundlagen zuführen; die industrielle Ausbeute der Bodenerzeugnisse (besonders Petroleum und Mineralien) wird damit Hand in Hand gehen, und neue Bahnbauten werden ebenfalls die Einnahmen steigern, den politischen Zusammenhalt des Reiches fördern und die Verwaltung vereinheitlichen.

Bulgarien. Die Bulgaren haben sich als ein Volk starker Individualität erwiesen, als ein Volk von ursprünglicher Kraft, Zucht und gesunden Lebensformen, als das Balkanvolk, welches seine geistige und politische Selbständigkeit am besten zu wahren verstand. Rumänien dagegen steht kulturell heute ganz unter französischem Einfluß, den Gesellschaft und öffentliches Leben nirgends verleugnen. Auch die Moral hat sich dem untergeordnet und eine politische Korruption hervorgerufen, die sich ausländischer Bestechung nur allzu zugänglich erwies. Ähnlich ist Serbien politisch und geistig ganz von Rußland abhängig. Seine zügellose großserbische Propaganda grub dem Staate und allen großserbischen Plänen das Grab. Die geistige Selbständigkeit der Bulgaren beruht zu einem großen Teile auf dem trefflichen Bildungswesen, das systematisch von einer guten Volksschule aus aufgebaut wurde. Auf dieser Grundlage ist der rasche politische und kulturelle Aufstieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erklärlich. Er beweist auch, welche geistige Kraft und Elastizität dieses Volk besitzt. In klarer Erkenntnis seiner Lage und Ziele, auf dem Boden der Tatsachen stehend und nicht von blindem Haß geleitet, in klarer Erkenntnis schließlich, daß sein ehemaliger Verbündeter Rußland ihm nur Abhängigkeit gebracht hätte, während wir Gleichberechtigung bringen, so hat dieses jugendfrische, aufstrebende Volk den Anschluß an den germanischen Kulturkreis gesucht. Sein zielbewußtes Ringen nach nationaler Vereinigung aller bulgarischen Bewohner des Balkans in einem Staatswesen wird von Erfolg gekrönt sein, und der bulgarische Soldat, dessen Angriffslust, Bedürfnislosigkeit und Ausdauer so manchen Erfolg davontrugen, wird mit uns als Sieger heimkehren zu gemeinsamer Kulturarbeit.

Rußland, Italien, Japan.

Rußland. Zur rechten Würdigung russischer Kultur und russischen Charakters ist zu bedenken, daß das russische Volk kein reines Slawenvolk ist, sondern jahrhundertelang von asiatischen Völkerschaften überschwemmt wurde und daher als halbmongolisch bezeichnet werden muß. Westeuropäische Kultur aber ist noch heute dem Russen nichts Wesensverwandtes geworden, sondern etwas Äußerliches geblieben, ganz abgesehen davon, daß nur die oberen Kreise an ihr teilhaben.

Ein Grundzug der russischen Entwicklung ist, daß Fragen innerer Kultur stets zurücktreten mußten hinter Eroberungsplänen; auch der Beginn des Weltkrieges erwies, daß Eroberungssucht das stärkste Motiv für Rußlands Handeln war. Angeblich aber sind seine Beweggründe edel, und es erfüllt eine ihm von Gott gegebene Mission; es wird als das von Gott auserwählte Volk die Slawen unter seiner Führung

einen und die östliche christliche Kirche mit dem Mittelpunkt in Konstantinopel wiederherstellen; damit dient es aber der Menschheit und der Zivilisation. Jedenfalls zeigt diese russische Anschauung eine der ganzen russischen Kultur charakteristische enge Verbindung der staatlichen und kirchlichen Ziele.

Es ist schwer, von einer russischen Kultur im geistigen Sinne zu sprechen, denn das Volk, auf dem sie ruhen müßte, ist ungebildet und das Opfer geistiger Ertötung durch den Zarismus. Hervorstechende Charakterzüge sind vor allem Phlegma und Fähigkeit zum Dulden und Ertragen; es fehlen Pflicht- und Ehrgefühl, Organisationskraft, Trieb zum Schaffen und Sinn für alles, was uns vorwärts treibt: Bewährung sittlicher Tüchtigkeit, Wetteifer der Geister, Heldentum, Ordnung und Disziplin. So hat sich auch der russische Soldat gezeigt. Er ist tapfer; Niederlagen drücken ihn bei seiner geistigen Unbeweglichkeit nicht; er ist ein furchtbarer Gegner, solange es auf Massenwirkung ankommt; doch versagt er, wenn er führerlos ist und seine Einzelintelligenz beansprucht wird.

Das Wichtigste aber wurde der systematisch geschürte Deutschenhaß, der diesen Krieg geradezu volkstümlich gemacht hat und immer wieder den Willen zum Kampf und zum Durchhalten aufpeitschte. Deutschenhaß und asiatische Barbarei offenbarten sich schon vor Beginn des Kampfes in der Zerstörung des deutschen Botschaftsgebäudes und der Ermordung eines Mitglieds der Botschaft, ferner in der Behandlung der deutschen Konsuln, die monatelang in verseuchten Gefängnissen unter schmählicher Verpflegung wie Verbrecher herumgeschleppt wurden[1]. Das Grauenhafteste aber waren die Verwüstungen und Greuel in Ostpreußen; Zerstörungswut und fanatischer Haß gegen das germanische Herrenvolk, gegen seine Ordnung und seinen Wohlstand sowie die ungezügelten Instinkte der in den Niederungen des Lebens heimischen Menschenmassen brachen sich hier Bahn. Es war, als ob diese Rache nehmen wollten an einer Kultur, die ihnen verhaßt ist, weil sie keinen Anteil an ihr haben. 24 Städte, 600 Dörfer und 300 Güter wurden zerstört, 34000 Gebäude ausgeplündert, 11800 Personen verschleppt. Und wie Gesetzgebung und Verwaltung wetteiferten, die im Völkerrecht niedergelegten Güter der Kulturwelt zu vernichten und damit ihrem ungehemmten Haß freien Lauf zu lassen, das beweisen die gegen die feindlichen Ausländer erlassenen Kriegsgesetze[2].

Für die innere Entwicklung Rußlands wurde am bedeutsamsten die im März 1917 beginnende Umwälzung, die das Ende des Zarismus herbeiführte und die Demokratie ans Ruder brachte. Abgesehen davon, daß diese sehr bald ihren Mangel an staatserhaltender Kraft bewies, gewähren ihre geistigen Äußerungen ein ähnliches Bild wie früher. Die Aufrufe des Arbeiter- und Soldatenrats, des wichtigsten demokratischen Organs, zeigen eine völlige Unkenntnis der deutschen Verhältnisse, malen nach wie vor das Schreckbild des deutschen Imperialismus an die Wand und nehmen an, die Bauern und Arbeiter Deutschlands und Österreichs könnten mit Leichtigkeit zur Revolution aufgestachelt werden. Jedoch förderte der Sieg der russischen Revolution die Bestrebungen der internationalen Sozialdemokratie, die Führung in der Politik der mitteleuropäischen Staaten und die Entscheidung über das Ende des Krieges in ihre Hand zu bringen (Stockholmer Konferenz).

Die **Volkswirtschaft** Rußlands schließlich zeigt im Kriege ein weiteres Fortschreiten der ungeheuren Verschuldung des Staates im Ausland; neben Frankreich ist England jetzt der Hauptgläubiger. Die Hauptstütze seiner Finanzen aber, der gewaltige und früher im Ausland abgesetzte Überschuß seiner agrarischen Erzeugnisse, liegt brach, da das Reich von uns abgeschlossen ist. Hatten daher vor dem Kriege gute Ernten einen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht, so sieht die Zukunft des im Umlauf seiner wirtschaftlichen Kräfte tief gestörten Landes in dieser Hinsicht trostlos aus.

Italien. Schon vor dem Kriege hat man immer wieder auf den an Rußland erinnernden Tiefstand der Volksbildung in Italien hingewiesen (etwa 50 Proz. Analphabeten), auf den Umfang der Beamtenbestechung, auf die übliche Übervorteilung der Fremden, Dinge, die besonders in Süditalien, dem Lande der Verbrechergesellschaften (Camorra, Maffia), hervortreten. Diese sittliche Minderwertigkeit des Volkes hat sich im Kriege nicht verleugnet; der Treubruch an den Bundesgenossen bewies denselben moralischen Tiefstand und zeigte, durch welche Kluft deutsches Empfinden von italienischem getrennt ist.

Vorbereitet war der Krieg durch die Propaganda der Irredentisten (vgl. Rohmeder, Irredenta, S. 34ff., sowie Müller, Italien, Bd. I, S. 69). Diese verlangten die »Erlösung«, d. h. Einverleibung derjenigen österreichischen Gebiete in den italienischen Staat, die von Italienern bewohnt wurden, obendrein noch deutschen und slowenischen Boden auf Grund geographischer Verhältnisse. Als geschlossene Partei der Kriegshetzer gelang es ihnen, das leicht zu beeinflussende Volk und die ganz dem Schein ergebene Menge zu gewinnen. Die von Ruhmsucht geblendeten Leiter des Volkes glaubten, wenn auch als Vasallen Englands, gegen das bedrängte Österreich leichtes Spiel zu haben. Obgleich die Neutralität Italiens für seine wirtschaftliche Entwicklung einen unschätzbaren Gewinn bot, ließ sich das Land durch seine Staatsmänner Sonnino und Salandra (dieser sprach das berüchtigte Wort vom sacro egoismo) und durch die von England und Frankreich bezahlte und geschickt geleitete Presse in den Krieg hineinziehen. Weite Gebiete hätte man von Österreich ohne Schwertstreich gewinnen können; trotzdem ließ sich Italien durch seine Unersättlichkeit verleiten, alle die Ansätze zu einer verheißungsvollen Entwicklung des Landes, die in den letzten Jahren gemacht worden waren, wieder aufs Spiel zu setzen. Der Krieg selbst aber bewies die Unfähigkeit der Italiener in der Organisation. Es fehlte an Lazaretten und Ärzten sowie an Kohlenvorräten; die wirtschaftliche Rüstung war nicht gesichert, und finanziell geriet das Land immer mehr in Englands Abhängigkeit. Ein übertriebener Heroenkultus, als dessen Werkzeug besonders der Dichter Gabriele d'Annunzio auftrat, ersetzte wirkliche Taten und Siege; blendende Rhetorik täuschte das Volk, die Kriegsberichte zeichneten sich durch geringe Wahrheitsliebe aus. Alles in allem ein unlösbarer Widerspruch zwischen Wollen und Können.

Japan. Auch bei Japan dürfen wir nicht nur den Maßstab deutschen Empfindens anlegen. Wir sehen in dem Raubzug gegen Kiautschou zunächst schnöden Undank; sind wir doch nicht nur im Militärwesen, sondern auch in der Medizin, in der Rechtswissen-

[1] Vgl. Die Denkschrift der deutschen Regierung (Beilage zur »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« 1915).

[2] Vgl. H. Klibanski, Rußlands Kriegsgesetze gegen die feindlichen Ausländer (Bresl. 1916).

schaft, im Polizeiwesen, in der allgemeinen Bildung für dieses Land Lehrer und Vorbild gewesen. Wir müssen aber bedenken, daß die japanische Politik von jeher einseitig auf maßlosen Imperialismus hinauslief, der von jeder Sentimentalität frei war und daher auch das geistige Band mit Deutschland ohne Bedenken opferte. Dieser kühle Geschäftssinn findet darin seine Ergänzung, daß es keinen Nationalhaß gegen uns gibt, sondern unsere Leistungen sogar vielfach Anerkennung fanden. Die Gefangenen wurden gut behandelt, deutsches Eigentum wurde geschont, deutsche Zivilpersonen durften ihrer Beschäftigung nachgehen. Und doch wird Japan diese einseitige machtpolitische Orientierung seines Verhaltens mit großer Einbuße an geistigen und materiellen Werten bezahlen. Denn es ist auf fortwährende geistige Befruchtung durch die westlichen Länder angewiesen, da dem Lande eben der schöpferische Geist und die schöpferische Kraft fehlen; es ist nur Nachahmer, nicht Erfinder, und die Beherrschung der in Korea und Formosa erworbenen Gebiete fremder Rasse hat diesen Mangel an kultureller Kraft klar bewiesen.

Literatur. »Deutschland und der Weltkrieg«, herausgegeben von O. Hintze, F. Meinecke u. a. (2. Aufl., Leipz. 1917, 2 Bde.); E. Behrens, Das kriegerische Frankreich (Münch. 1915); A. Lien, Das Märchen von der französischen Kultur (Berl. 1915); K. Nötzel, Der französische und der deutsche Geist (Jena 1916); W. Dibelius, England und wir (Hamb. 1914); A. Hofmeister, England und das Völkerrecht im Weltkriege (Berl. 1916); E. Meyer, England (Stuttg. 1915); Graf E. zu Reventlow, Heucheleien englischer Minister in ihren Kriegsreden (Berl. 1916); A. Fendrich, Der Krieg und die Sozialdemokratie (Stuttg. 1915); W. Götz, Deutschlands geistiges Leben im Weltkrieg (Gotha 1916); K. Hönn, Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkriege. Dokumente des deutschen Geisteslebens aus der Kriegszeit (das. 1916); F. Körner, Die inneren Werte des deutschen Soldaten (Münch. 1916); G. Roethe, Von deutscher Art und Kultur (Berl. 1915); D. Schäfer, Von deutscher Art (Leipz. 1916); K. Weitzel, Der deutsche Staatsgedanke (Berl. 1916); R. Charmatz, Österreich-Ungarns Erwachen (Stuttg. 1915); F. Endres, Die Türkei (Münch. 1916); R. Tschudi, Der Islam und der Krieg (Hamb. 1915); »Bulgarien, was es ist und was es wird« (hrsg. vom Kgl. Bulgarischen Konsulat in Berlin, das. 1915); K. Nötzel, Das heutige Rußland (»Deutsche Rundschau«, April u. Mai 1915); A. Ripke, Der Koloß auf tönernen Füßen (Münch. 1916); H. Geiler, Japans Presse und öffentliche Meinung während des Weltkrieges (»Grenzboten« 74 [1915], 1, 367 f.); Riegelsberger, Japan und Deutschland (Heidelb. 1914). Fortlaufende eingehende Besprechungen ausländischer Kriegsliteratur gibt E. Daniels in den »Preußischen Jahrbüchern«.

Der Krieg in der Auffassung unserer Gegner

von Professor **Dr. Dietrich Schäfer** in Berlin-Steglitz

Man nennt den gegenwärtigen Krieg den Weltkrieg. Und wahrlich nicht ohne Grund! Denn die gesamte Menschheit ist in ihn verwickelt. Nun die Vereinigten Staaten, China und südamerikanische Staaten noch eingriffen, bleibt nur ein Zehntel unbeteiligt, 158 Millionen von 1670. Unberührt, kann man ruhig sagen, ist kein Sterblicher von ihm. Der Erdenbewohner lernt es bis zum letzten fühlen, was Weltpolitik bedeutet, wie sie durch die Fortschritte der Technik und die Erleichterung des Verkehrs im letzten halben oder ganzen Jahrhundert nicht nur möglich, sondern unvermeidlich, unumgänglich geworden ist. Es zeigen sich ihm auch die Kehrseiten der vielgepriesenen »Zivilisation«. Nie haben frühere Geschlechter etwas Ähnliches erlebt; nie wäre Ähnliches auch nur entfernt möglich gewesen.

Wie der Krieg einen beispiellosen Umfang angenommen hat, so wird er auch mit einem beispiellosen Aufwand von Kraft jeder Art geführt. Es stehen weit mehr Millionen im Felde als je zuvor in irgendeinem Kriege Hunderttausende. Und die Zahl der Kämpfer ist nicht nur größer, weil die Einwohnerzahl der kriegführenden Staaten größer ist, sondern jeder einzelne von ihnen stellt fast ausnahmslos ein Aufgebot, das, nach dem Prozentsatz der Bevölkerung gerechnet, alles hinter sich zurückläßt, was jemals früher, auch bei höchster Anstrengung, von Staaten und Völkern geleistet wurde. Die Befreiungskriege, 1866 oder 1870 und erst die levée en masse sind völlig in Schatten gestellt. Und entsprechend steht es mit dem Verbrauch an Kriegsbedarf aller Art. Die modernen Verkehrsmöglichkeiten gestatten die Ernährung von Massenheeren in einem Umfange, der früher unerreichbar gewesen wäre, und die staunenswert entwickelte Technik liefert Kriegsbedarf in einer Fülle, die es tatsächlich gestattet, den umkämpften Boden zu überschütten.

Der ungeheuren materiellen Wucht, mit der von beiden Seiten gekämpft wird, entspricht die seelische Erregung, in der die Völker einander gegenüberstehen. Wenn aber auf dem militärtechnischen Gebiet eine Überlegenheit eher bei den Mittelmächten als bei ihren Gegnern gefunden werden kann, so ist unverkennbar, daß wilde Leidenschaft weit mehr bei den Genossen der Entente aufflammte. Es ist eine allbekannte Erscheinung, daß in Kriegszeiten Zorn und Haß sich in heftigen, vielfach unverantwortlichen Äußerungen und Handlungen Luft machen; aber eine solche Fülle von Ausbrüchen blinder Wut, von Tobsuchtsanfällen in Wort und Tat, von wüstem, unflätigem Geschimpf, von gemeinster, verlogenster Verleumdungssucht, von Bosheit und Niedertracht, wie dieser Krieg sie bei unseren Gegnern gezeitigt hat, zeugte doch noch keiner seiner so zahlreichen Vorgänger. Auch da hat die Gegenwart, um mit unseren sport- und wettverbohrten Inselfeinden zu reden, einen Rekord erreicht, übrigens auch in diesem Falle im engsten Zusammenhange mit moderner Verkehrstechnik, denn ohne die Stellung, die der Presse durch diese Technik zugewachsen ist, wären eine so allgemeine und so erfolgreiche Verbreitung von Lügen, eine solche Stimmungsmache nicht möglich gewesen. Der Unterliegende regt sich ja immer mehr auf als der Sieger; aber nur zu einem sehr geringen Teil kann man diese Ausschreitungen auf die erlittenen Niederlagen zurückführen.

Über Ursachen und Anlaß dieses Krieges ist in Eingangsartikeln des ersten Bandes die Rede gewesen. Unsere Gegner haben den Krieg gewollt; wir können mit gutem Gewissen sagen, daß wir nicht schuldig sind, es müßte denn das natürliche Wachstum eines Volkes als Schuld angesehen werden. So müssen denn die Gegner nach Scheingründen suchen; sie sind zu Ver-

dächtigungen geradezu gezwungen, wenn sie ihr Tun rechtfertigen wollen. Eine der gebräuchlichsten ist der Vorwurf des Militarismus, der gegen die Deutschen und ihr Reich erhoben wird.

Er zielt in doppelter Richtung, zunächst äußerlich auf die Kriege, die wir führen mußten, um zu einem Reiche zu gelangen, und dann auf die seitdem durch Preußens Vorbild allgemein gewordene deutsche Wehrverfassung. Man schweigt davon, daß auch England und Rußland, Frankreich und Italien im Laufe des letzten Jahrhunderts, und gar erst in früheren Zeiten, Kriege geführt haben, ihre Reiche aufzurichten; zahlreicher und langwieriger als wir und mit weniger guten Gründen. Denn für uns galt es, unserem Volke den lange entbehrten Staat zu erstreiten. Hätte sich Frankreich, und zwar sein gesamtes Volk, nicht allein sein Kaiser, diesem berechtigten Verlangen nicht brutal in den Weg gestellt, es könnte noch heute Elsaß-Lothringen besitzen trotz seiner fast ausschließlich deutschen Bewohnerschaft. Französische Rach- und Ruhmsucht zwangen dann Deutschland, gerüstet zu bleiben. Die gegenüber den preußischen Verhältnissen erheblich herabgesetzte Wehrpflicht des neuen Reiches mußte 1888 wieder auf den alten Stand gebracht werden, weil die Verbindung gallischen Ehrgeizes mit russischer Machtgier drohte.

Sie ist aber nicht zu solcher Anspannung der Volkskräfte getrieben worden, wie das in Frankreich und dann auch in Rußland geschah. Wie oft haben doch in den letzten Jahren vor dem Kriege französische Blätter, ja Mitglieder der Regierung darauf hingewiesen, wie sehr Rußlands Streitmacht der deutschen überlegen sei, wie der Zarenstaat ein größeres stehendes Heer besitze als der ganze Dreibund zusammen! Wie haben sie das benutzt, um die Hoffnungen auf den glücklichen Ausgang eines Krieges zu beleben, zum Angriff zu hetzen! Und Frankreich und Rußland liegen doch nicht wie Deutschland in der Mitte Europas, in Grenznachbarschaft mit den gewaltigsten Militärmächten der Welt. England machte unentwegt seinen Zwei-, ja Dreiflottenstandard geltend, sah es als sein unbestreitbares Recht an, zu rüsten, um allen Möglichkeiten gewachsen zu bleiben; Deutschland wollte es, abgesehen von Stimmen einzelner, ein ähnliches Recht nicht zugestehen. Wenn Deutschland rüstete, war das ein Beweis seiner Angriffspläne; wenn die Mächte der Entente das gleiche taten, geschah es nur zur Abwehr, obgleich ihre vereinigten Kriegsheere, und gar ihre Seestreitkräfte, doppelt so stark waren als die der Mittelmächte. Als man geschlagen wurde, hieß es erst recht, Deutschland habe den Krieg von langer Hand vorbereitet, wie Lloyd George es am 24. Juni 1915 ausdrückte: »Deutschland verfertigte und kaufte heimlich ungeheure Vorräte von Kriegsmaterial, um seine Nachbarn im Schlaf zu überfallen und zu ermorden.« Militarismus wurde ein bequemes Schlagwort, Deutschlands Macht niederzuhalten. »Der Triumph des preußischen Militarismus ist die Vernichtung aller Freiheit« erklärte am 15. Februar 1915 Viviani, der Ministerpräsident des militärbelasteten Frankreichs.

Es wurde dieses Schlagwort aber auch noch in anderer Absicht gebraucht. Deutschlands Wehrverfassung war preußischen Ursprungs, geschaffen durch Preußens Königsmacht, nicht zu trennen von der Institution des starken Königtums, auch nur mit der Zeit zu lösen von preußischer Adelstradition. Das wurde in Deutschland selbst in weiten Kreisen mißliebig empfunden und hatte zu manchen und scharfen Reibungen geführt; noch gegen Ende 1913 trat das anläßlich der Zaberner Hergänge deutlich zutage. Das Schlagwort Militarismus konnte daher wohl benutzt werden, einen Keil zwischen Regierung und Volk zu treiben, wird fortgesetzt so benutzt. Die deutsche Öffentlichkeit trägt keine geringe Mitschuld daran, daß diese Vorstellung im Auslande aufkam und sich verbreitete. Daß unsere Wehrverfassung tatsächlich mit unserem Volke innerlich und äußerlich verwachsen ist, wie der Krieg sofort erwies, und wie im Herbst des Jahres 1914 weit über 3000 Lehrer deutscher Hochschulen der Welt bekundeten, war dem Auslande verborgen geblieben, im Inlande in den Tagesstreitigkeiten der Parteien oft vergessen oder absichtlich verkannt worden[1].

Aus einer ähnlichen Unkenntnis deutscher Verhältnisse erklärt sich auch, wenigstens zum guten Teil, der Versuch unserer Feinde, als Erlöser unterdrückter Deutscher aufzutreten, nicht nur, indem man ihnen eine freiere Verfassung verschaffe und sie von absoluter Regierungsgewalt erlöse, sondern auch indem man die Nichtpreußen, besonders die Süddeutschen und die Annektierten von 1866, der Vergewaltigung durch Preußen und seine Hohenzollern entziehe. Man schreckte dabei vor giftigen Verleumdungen und schmutzigen Beschimpfungen unseres Kaisers nicht zurück, desselben Mannes, der doch mehr als einmal gerade von Ausländern, und nicht von den geringsten, als Verkörperung von Herrschertugenden gepriesen worden war, der auch selbst stets das Erdenkliche getan hatte, sich dem Auslande von der besten Seite zu zeigen. In gutem Glauben tröstete im September 1914 eine englische Familie eine befreundete deutsche, daß man allabendlich für sie bete, Gott möge Deutschland davon befreien, von solchem Herrscher ferner auf die Schlachtbank geschleppt zu werden. Daß sich Hannoveraner und Hessen, Schleswig-Holsteiner, Nassauer und Frankfurter danach sehnten, den Fängen des preußischen Adlers wieder entrissen zu werden, galt in weiten Kreisen Frankreichs und Englands als ausgemacht, und nicht weniger, daß sich die Bayern sehnten, je eher, desto lieber, wieder vom Deutschen Reiche gelöst zu werden. Man rechnete auf freudigen Empfang, wenn man nur an und über den Rhein kommen würde; amtlich und nichtamtlich wurde das verkündet.

Wenn hier eine gewisse Anknüpfung an gegebene Verhältnisse möglich war, so fehlte es daran ganz und gar bei anderen Beschuldigungen, so vor allem bei den angeblichen deutschen Weltunterjochungsplänen. Geibels bekannte Verse vom deutschen Wesen, an dem die Welt noch einmal genesen soll, aus dem Zusammenhang gerissene, mißverstandene oder mißdeutete Wendungen von Heinrich v. Treitschke, Nietzsche, Bernhardi suchte man in diesem Sinne auszunutzen, offenbarte aber damit nur Bosheit der Gesinnung. Denn wenn von Welteroberung und Weltunterjochung die Rede sein sollte, so mußten doch wahrlich Russen und Briten zunächst an sich selber denken. Das britische Weltreich umfaßt 30372246 qkm, über ein Fünftel der Erdoberfläche, mit nahezu 426 Millionen Menschen (mehr als ein Viertel der vorhandenen), das russische 22360096 qkm (fast ein Sechstel der Erdoberfläche) mit über 176 Millionen Bewohnern. Auch die französische Republik herrscht

[1] Über das wahre Wesen des Militarismus vgl. den Beitrag in Bd. I, S. 331 ff.



über 11 114 216 qkm und 96 Millionen Untertanen, die drei Mächte also zusammen über 44 Prozent der Erde und über 42 Prozent ihrer Bewohner. Dem gegenüber beläuft sich der gesamte Besitz des Deutschen Reiches auf 3 493 781 qkm Bodenfläche mit 77 Millionen Bewohnern.

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß jene, besonders England und Frankreich, ihren ungeheuren Besitz zum großen Teil erst im letzten Menschenalter zusammengebracht haben. Der französische Ministerpräsident Waldeck-Rousseau rühmte im Januar 1902, daß die Republik einen Kolonialbesitz von 800 000 qkm übernommen habe, jetzt aber über einen solchen von 10 Millionen qkm verfüge. Nicht weniger Boden hat England, das sich um die Zeit des deutsch-französischen Krieges kolonial als gesättigt vorkam, neu erworben; ungefähr ein Drittel seines gegenwärtigen Besitzes! Was bedeuten dem gegenüber Deutschlands junge Kolonien, noch nicht 3 Millionen qkm? Auch von Rußlands Neuerwerbungen in Asien werden sie an Umfang und Einwohnerzahl übertroffen. Aber seitdem Deutschland anfing, auch Kolonialmacht zu werden, wurde englischer Grundsatz: »Schlecht oder gut, brauchbar oder nicht, man muß zugreifen, damit der Fremde es nicht nimmt.«

Englands Ministerpräsident Balfour hat 1905 davon gesprochen, daß sich von Korea bis Marokko über drei Weltteile hin eine Reihe von Staaten erstrecke, die Schwierigkeiten zwischen den zivilisierten Mächten verursachen könnten; er bezeichnete sie als »politische Depressionsgebiete, die unvermeidlich ein Einströmen von außen her veranlassen«. Ein solches Einströmen in den machtleeren Raum hatte sich bis zum Ausbruch des Krieges in dem kurzen Zeitraum von neun Jahren in allen in Frage kommenden Gebieten vollzogen, an keiner Stelle zugunsten Deutschlands. In Korea selbst, in der Mandschurei und der Mongolei, in Tibet, Persien und Arabien, in Ägypten, Tripolis und Marokko hat überall fremde Macht Fuß gefaßt, englische, russische, französische, japanische, italienische, nirgends deutsche. Wäre bei unseren Gegnern auch nur die leiseste Spur von Wahrheitsliebe zu finden, sie würden dessen gedenken und zurückscheuen vor so verlogener Verleumdung. Noch während des Krieges hat Rußland in der Mongolei weiter um sich gegriffen, England und Rußland in Persien. Mit der Einnahme von Baghdad beginnt England alsbald ein neues Untertanengebiet »Mesopotamien« zu organisieren und ähnlich im Hedschas. Wenn aber Deutschland und Österreich-Ungarn Polens Befreiung von russischer Herrschaft zu ordnen suchen, begehen sie unerhörten Völkerrechtsbruch. Man zwingt das seit zwei Jahrhunderten geknechtete Portugal in den Krieg hinein, mißhandelt Griechenland unter den fadenscheinigsten Vorwänden, übt schandhafte Bestechung an allen Ecken und Enden, schreibt aber »Befreiung der Völker, Befreiung Europas« auf seine Fahne und beschuldigt Deutschland, das seit der Begründung des Reiches peinlich bemüht gewesen ist, die Rechte fremder Völker zu achten, es intrigiere seit langem in Ägypten, in Indien, in Südafrika. **Deutschland und Österreich-Ungarn mögen machen, was sie wollen, sie sind die Unterdrücker der Völker.**

Die Donaumonarchie ist nächst Rußland der bunteste Nationalitätenstaat Europas. Jedermann weiß, wie sie das geworden ist, nicht durch Eroberung, wie die Zarengewalt ihren ungeheuren Länderbesitz restlos zusammengebracht hat, sondern mit mäßigen Ausnahmen durch die Erbrechte einer Dynastie, wie einst England und Schottland vereinigt wurden. Daß der innere Zusammenhang des Habsburgerstaates größer ist, als man in der jüngsten Vergangenheit anzunehmen geneigt war, hat der Krieg klar erwiesen. Wer sich über die Buntheit der Völkermischung aufregt, der möge einen Blick auf eine Völkerkarte werfen, und er wird erkennen, daß das eine Eigenart von ganz Osteuropa ist. Osteuropa beginnt aber an der Oder, dem Böhmer Wald und der Adria.

Aber Deutschland! Sein leitender Staat hat an der Aufteilung Polens teilgenommen, hat 1864 im Norden Dänen, als Führer Deutschlands 1871 im Südwesten Franzosen unter seine Herrschaft gebracht!

Daß Preußen durch russischen Machthunger gezwungen wurde, polnisches Gebiet einzuverleiben, daß es nicht mehr genommen hat, als notwendig war, sein deutsches Stammland, dem es den Namen verdankt, vor Rußland zu schützen, daß es von den drei Teilungsmächten den weitaus kleinsten Teil, nur ein Zwölftel des Ganzen, erhielt, kann jeder wissen, der es wissen will, auch daß sich die preußischen Polen unter ihrer Staatsleitung weitaus am meisten entwickelt, ihre wirtschaftliche Lage sehr viel mehr gebessert haben, als ihnen das insbesondere in Rußland gestattet worden ist. Es hilft aber nicht: Der Jude wird verbrannt! Dänen gibt es in Nordschleswig ganze 140000; sie haben, solange die Geschichte zu berichten weiß, mit ihren Deutsch sprechenden schleswig-holsteinischen Landsleuten stets unter der gleichen Herrschaft gelebt und werden in ihrem Dänentum nicht beeinträchtigt, soweit die deutsche Staatsangehörigkeit nicht die Zweisprachigkeit erfordert. In Elsaß-Lothringen machen die Französisch Sprechenden ein Zehntel aus, bewohnen, auch noch durchmischt, einen schmalen Grenzstreifen! Alles in allem gibt es unter den 66 Millionen Reichsdeutschen noch nicht 4 Millionen Sprachfremde, während allein in Europa mehr als 16 Millionen Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen wohnen! Kann da von einem Unterjocher- und Unterdrückervolk die Rede sein? Geschichtliche Entwicklung hat gerade unserem Volke übel mitgespielt, mehr als irgendeinem anderen in Europa mit Ausnahme des polnischen. Wie steht es aber in diesen Dingen mit denen, die mit Steinen werfen? Sie sitzen wahrlich im Glashause.

Die Elsaß-Lothringer, die seit 1871 wieder unter Deutschland gehören, sind fast 200 Jahre französische Untertanen gewesen. Ein volles Jahrhundert haben sie gebraucht, sich einigermaßen einzugewöhnen; schon wer »Wahrheit und Dichtung« liest, fühlt das heraus. Um ihre angestammte deutsche Sprache und Bildung haben sie oft bangen und kämpfen müssen. Und was hat Frankreich mit dem italienischen Nizza gemacht, das es sich 1860 zulegte? Seine Sprache wurde ausgemerzt, soweit das nur eben möglich war. So ist es mit dem Flämischen in der Umgegend von Dünkirchen geschehen, nur daß immer neue Zuwanderung die Erreichung des Endziels hier besonders erschwert. In Europa verfügt Frankreich dank seiner Geschichte, seiner frühen staatlichen Zentralisation, über ein national gut geschlossenes Gebiet, wie es ein mitteleuropäischer Staat nicht so leicht, in seinem Osten überhaupt nicht, erreichen kann. Wie steht es aber mit Algier und Marokko, mit Tongking und Anam, vom Senegal, dem Sudan und von Madagaskar gar nicht zu reden? Haben sich ihre Bewohner alle freiwillig unter Frankreichs Joch gebeugt? Hat es nie einen

Abd el Kader gegeben? Hat Deutschland auch nur entfernt ähnliche Kämpfe geführt, seine Herrschaft aufzurichten, wie es in diesen Ländern erforderlich gewesen und zum Teil noch ist?

Und England? Man versteht nicht, woher seine Staatsmänner die Schamlosigkeit nehmen, von deutscher Völkerunterdrückung zu reden, während sich Irland inmitten des Krieges in offenem Aufruhr gegen die verhaßte britische Herrschaft erhebt. Ist denn die Geschichte dieser so herrlich gelegenen und von der Natur so reich ausgestatteten Insel etwas anderes als eine ununterbrochene schwere Anklage gegen die unerbittliche Härte, Selbstsucht und Strupellosigkeit des englischen Herrscherwillens? Ist etwa Schottland immer freudig und freiwillig englischer Führung gefolgt? Und jenseits der Meere? Ist denn das ungeheure, das beispiellose britische Kolonialreich durch etwas anderes zusammengebracht worden als durch Krieg, Krieg und wiederum Krieg? Ist seine Geschichte nicht eine unendliche Kette von Gewalt, Tücke und Hinterlist, von Vernichtung in jeder Form, in allen Weltteilen, gegen alle Rassen, von Nordamerikas Rothäuten bis zu den Konzentrationslagern für Frauen und Kinder der Buren? Die mit solcher Schuld beladen sind, wagen es, andere als Unterdrücker anzuklagen! Das bibelfeste England sollte sich erinnern, daß es die Splitter in des Bruders Auge sieht, während es des Balkens im eigenen nicht gewahr wird. Im britischen Riesenreiche macht die Bevölkerung englischer Abstammung nur den siebenten Teil der Gesamtheit aus!

Und ähnlich liegt es in **Rußland**. Dort sind nach der ersten und einzigen Nationalitätenzählung (1897) von 128 Millionen Bewohnern 56 Millionen Großrussen, 43,75 Prozent, alle übrigen Fremdvölker. Wie sie dem Moskowiterreich ein- und angegliedert wurden, braucht nicht wiederholt zu werden (vgl. S. 52ff.). Nie und nirgends ist es anders geschehen als durch Gewalt. Deutschland ist von den größeren europäischen Staaten der einzige, der von seinem mittelalterlichen Bestande eingebüßt hat, erheblich eingebüßt; alle anderen sind gewachsen, zum Teil auf das Vielfache. Was war denn Rußland vor 600 Jahren oder die Macht des französischen Königtums vor Philipp II. August und die Englands, ehe es seine Hand nach Wales und Irland ausstreckte? Das neue Deutsche Reich hat den Gebietsverlust des alten hingenommen, ohne seiner amtlich auch nur zu gedenken, und wird ihn ferner tragen. Es hat nicht begehrt und wird ferner nicht begehren nach den ehemaligen österreichischen Bundesländern, obgleich sie durch Jahrhunderte Träger seiner Kaiserwürde waren, auch nicht nach der Eidgenossenschaft und den Niederlanden; es achtet die Verträge, die diese Glieder vom Reiche trennten. Wenn es jetzt seine Hand nach Belgien ausstreckt und hoffentlich fest zugreift, so geschieht das nicht aus irgendwelcher Eroberungssucht, sondern allein und ausschließlich, um dieses Land nicht mehr unseren Feinden als Einfallspforte offen zu lassen, als welche sie es oft benutzt haben und in diesem Kriege wiederum benutzt hätten, wenn wir ihnen nicht zuvorgekommen wären. Volle Selbständigkeit oder Neutralität dieses Landes kann es in Zukunft nicht mehr geben; es steht entweder zu unserer oder der Westmächte, insbesondere Englands, Verfügung. Gelegentlich wird als Unterjochung und Unterdrückung auch hervorgehoben, daß Angehörige deutscher Mittel- und Kleinstaaten 1866 haben Preußen werden, ganz Deutschland sich preußischer Leitung hat anvertrauen müssen. Daß solche Behauptungen entweder auf nackter Bosheit oder stupider Unwissenheit beruhen, bedarf keines Beweises.

Von Zweck und Grund dieser ebenso widersinnigen wie verlogenen Verleumdungen gilt eigentlich dasselbe; denn sie liegen klar zutage. Die so lange ohnmächtige, fast schrankenlos der Ausbeutung und Ausnutzung offenstehende Mitte Europas hat sich endlich staatlich zusammengeschlossen. Ihre Bewohner haben dann zeigen können, was sie in friedlicher Arbeit zu leisten vermochten, und zwar nicht mehr wie bisher in fremdem Dienst und zu fremdem Besten, sondern zu eigener Hebung und Förderung. Aus den Lohnsklaven, deren Fleiß und Begabung man verwerten konnte, wurden Mitbewerber, die auch ihren »Platz an der Sonne« begehrten, oft recht erfolgreiche. Wir beengten Englands Alleingeltung in Handel und Weltverkehr; wir hinderten Rußland, über die Trümmer der Türkei und Österreich-Ungarns hinweg den gesamten Osten des Erdteils in ein Konglomerat von Vasallenstaaten umzuwandeln; wir wurden zu stark für die Befriedigung französischer Revanchegelüste aus eigener Kraft. Für das Volk der Dichter und Denker hatte man herablassendes Wohlwollen gehabt; der deutsche Staat mußte zum böswilligen Störenfried gestempelt werden. Tadelloses Wohlverhalten hat ihn davor nicht bewahren können.

Ganz besonders betrübend vom Standpunkt allgemeiner menschlicher Kultur, nein einfach ekelerregend ist aber das allerseits geübte, eifrige Bemühen, Herrsch-, Hab- und Rachsucht unter salbungsvollen ethischen und religiösen Redewendungen zu verbergen. Die Engländer haben dafür die besondere Bezeichnung des cant, und sie sind ja auch zweifellos Meister in der Übung dieser Kunst, die unsere Dichtung im Reineke Vos gekennzeichnet hat. Der Durchschnittsengländer ist auch überzeugt, und insofern nicht scheinheiliger Bosheit zu bezichtigen, daß der Welt kein größeres Glück widerfahren kann, als von der Themse aus regiert zu werden. Der liebe Gott hat es einmal so gewollt, daß England die »Last der Herrschaft« auf sich nehme; es hat das ja nicht gewollt, aber es muß sie geduldig tragen zum Besten der sonst führerlosen Menschheit. Zu solcher Rolle fühlen sich auch die Franzosen berufen, die ja längst »an der Spitze der Zivilisation« marschieren. Und auch der Russe will die Völker, die er unterwirft, nur beglücken; wohin er kommt, bringt er den Jungbrunnen aller Kultur, die »echt russische«. Wir Deutschen ahnen ja gar nicht, wie gut man es mit uns meint, wie man uns nur befreien will von der entsetzlichen Despotenherrschaft, unter der wir leben, von der Gefahr, unser Blut vergießen zu müssen in ihrem Dienst; wir hatten es früher ja so viel besser, als wir das mit einer gewissen Auswahl tun durften für fremde Interessen. Was wollen wir uns überhaupt damit plagen, mitzureden bei der Verfügung über die Welt? Überlassen wir das lieber anderen, die dazu besser vorbereitet und berufen sind! Denken und dichten wir! Wenn wir uns solch wohlgemeintem Rat nicht fügen wollen, dann allerdings, dann muß schon Gewalt helfen; die Folgen haben wir zu tragen und zu verantworten.

Diese Folgen aber denkt man so zu gestalten, daß uns die Lust, unsere Stellung in der Welt selbst bestimmen zu wollen, auf immer vergehen soll. Die Staaten der europäischen Mitte sollen für alle Zeiten unschädlich gemacht werden.

Die Zahl der **feindlichen Kriegszielschriften** und Kriegszieläußerungen ist unendlich viel größer als die der deutschen, auch als die, welche **insgesamt** von den Mittelmächten ausgegangen sind. In Deutschland war es bis spät in den November 1916 untersagt, sich über Kriegsziele irgendwie öffentlich zu äußern (vgl. den Beitrag »Kriegszielbewegung«, S. 1 ff.), während die Gegner den ihrigen keinerlei Schranken setzten. So hat man sich dort in der Presse und in sonstigen Kundgebungen aller Art, von einzelnen und von Gesellschaften, nach allen Richtungen hin über das ausgesprochen, was man durch den Krieg zu erreichen hofft. Es würde viel zu weit führen, die Äußerungen einzeln zu verfolgen; eine Zusammenfassung muß genügen. Die Gliederung ergibt sich von selbst.

Bei den **Franzosen** steht natürlich die Rückeroberung Elsaß-Lothringens an erster Stelle; man ist es seiner Ehre schuldig, diesen brutalen Übergriff der Gewalt wieder gutzumachen. Man scheut aber nicht zurück vor eigenen größeren Übergriffen; die alten Gallier-Gedanken tauchen wieder auf. Man ist ja auch nicht sicher, wenn Deutschland nicht dauernd zur Ohnmacht verdammt wird! Also muß Frankreichs Grenze nicht nur im Elsaß vorgerückt werden an den Rhein. Doch hat man eine gewisse Scheu, Belgien und die Niederlande und durch sie doch auch das hinter ihnen stehende England zu brüskieren; man erinnert sich, daß das Königreich der Niederlande von Wiener Kongreßgnaden England seine Entstehung verdankt. So begnügt man sich mit dem linksrheinischen Lande bis in die Gegend von Bonn; Aachen, Köln, Düsseldorf mögen an Belgien fallen, die weiter abwärts gelegenen Gegenden an die Niederlande, die dafür aber Seeflandern und den vorspringenden Teil von Limburg an Belgien abzutreten haben.

Das übrigbleibende Deutschland ist noch viel zu stark, um ungefährlich zu sein; keinesfalls darf es also geeinigt, keinesfalls Preußen eine überlegene Vormacht bleiben. Man will ja gerade das Deutschtum retten vor Preußen im Sinne Talleyrands: »Die Deutschen hängen an alten, heiligen Gewohnheiten; die heiligste ist, zahlreichen Fürsten zu gehorchen«. So wird also Hannover wiederhergestellt; Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen werden alle oder auch teilweise vergrößert, Preußen so beschnitten, daß es einen Vorsprung nicht mehr besitzt. Natürlich überläßt man auch guten Freunden ein Stück der Beute. Also Dänemark möge die Herzogtümer ganz oder zum Teil wieder nehmen, Rußland die ehemals polnischen Gebiete sich angliedern, Ostpreußen und Schlesien dazu. Auch England darf herübergreifen. Es nimmt Helgoland zurück und erhält ein Protektorat über Hamburg und Bremen mit dem Küstenland; der Nordostseekanal wird internationale Meeresstraße. Man wünscht auch, Deutschland wehrlos zu machen; eine Armee soll es nicht mehr halten, nur noch eine Polizeitruppe. An Österreich-Ungarn mögen sich im Norden die Russen durch Galizien schadlos halten; im Süden mögen Italiener, Serben, Rumänen nehmen, was ihre nationalen Ansprüche befriedigt. Der Rest wird zum größeren Teil ein Königreich Böhmen bilden, zu zwei kleineren Teilen die zukünftigen Staaten Österreich und Ungarn, getrennt natürlich.

Trotz der ungeheuren Kolonialerwerbungen, die Frankreich in den letzten Jahrzehnten unter Dach bringen konnte, wird doch auch draußen in der Welt Gewinn begehrt. Neu-Kamerun will es natürlich zurückhaben, auch sonst noch dieses oder jenes von deutschem Afrika-Besitz. Man will aber auch bei der Liquidierung der Türkei nicht leer ausgehen. Kreuzzugserinnerungen werden wieder lebendig. Syrien und Palästina müssen französisch werden; auch den mittleren Euphrat muß man beherrschen; England mag das Mündungsgebiet, Rußland sich Türkisch-Armenien unterordnen. Über Konstantinopel und die Meerengen gehen die Meinungen auseinander; nicht alle wollen sie einfach Rußland überlassen.

Englands Gedanken richten sich naturgemäß zunächst über See. Schon im Februar 1915 hat sich die mit gutem Grunde berühmte Royal Geographical Society, deren deutsche Gäste, soweit sie von der australischen Reise mit nach England zurückkehrten, dort kriegsgefangen zurückgehalten wurden, eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Die Kolonien müssen Deutschland alle abgenommen werden; neue soll es nicht erhalten. Es bedarf ihrer nicht. Japan, Frankreich, England mögen sie unter sich verteilen. England soll sich die Linie Kap–Kairo sichern. Bei der Aufteilung der Türkei soll England natürlich nicht leer ausgehen. Mesopotamien, Arabien, ein Teil von Syrien müssen ihm zufallen; in Ägypten muß an die Stelle der türkischen Oberhoheit anerkannt die britische treten, in Südpersien Englands Herrschaft aufgerichtet werden. So wird der Indische Ozean ein britisches Binnenmeer.

Andere Kreise betonen natürlich vor allem Belgien, nach Lord Kitcheners Auffassung: »Die Grenze des englischen Reiches in Europa ist nicht die Straße von Calais, sondern die Maaslinie.« Belgien muß nicht nur wiederhergestellt, sondern vergrößert werden, ein Begehren, das auch aus den Kreisen der belgischen Exregierung in Le Havre herübertönt. Mit dem Königreich der Niederlande wird dabei ziemlich umgesprungen; seine Grenzen werden auch belgischerseits unverfroren verschoben und beschnitten. Mit der Aufteilung Deutschlands beschäftigen sich unsere Vettern auf der anderen Seite der Nordsee nicht so angelegentlich wie Franzosen und Russen. Es scheint, als sei ein Gefühl zurückgeblieben dafür, daß eine Zerlegung Deutschlands, Österreich-Ungarns und des Balkans in eine französische, russische und italienische Interessensphäre doch nicht so zweifellos zum Vorteil Englands sei.

Um so nachdrücklicher drängt die Inselmacht auf dauernde **wirtschaftliche** und besonders maritime **Schwächung des gefährlichen Mitbewerbers.** Eine nennenswerte deutsche Kriegsflotte darf es in Zukunft nicht mehr geben, auch Handelsfahrzeuge möglichst wenig. Mit Frankreich ist man einverstanden, daß Deutschlands wirtschaftliches Leben durch schwere Kriegsentschädigung wenn irgend möglich tödlich getroffen werden muß. Um die 100 Milliarden herum bewegen sich die Forderungen, die aufgestellt werden. Hin und her ist beraten worden, wie man Deutschland für alle Zukunft vom Weltverkehr ausschließen könne. In betreff Belgiens tritt doch zutage, daß die Interessen nicht ganz einig gehen. Französischerseits wird an einen Zoll- und Militärverband mit diesem Lande gedacht, in das auch die Niederlande einzuschließen seien, an einen »Gallischen Bund«. In diesem Zusammenhange wird auch von einer Vergrößerung der Niederlande durch Ostfriesland geredet. Das sind Träume, die man in England nicht würdigt. Dagegen sind dort geradezu wahnwitzige Gedanken gegen die deutsche Industrie ausgesprochen worden; ihre rheinisch-westfälischen Werke sollen einfach zerstört werden. Auch haben sich gerade Engländer in wüsten Phantasien über Kriegserfolge ergangen. Hat doch der

frühere Gouverneur von Indien Lord Curzon von bengalischen Reitern im Park von Sanssouci geredet.

Daß die russischen Stimmen hinter denen der Genossen nicht zurückbleiben, versteht sich von selbst. Hier handelt es sich zunächst um Konstantinopel und die Meerengen; in ihrem vollen Besitz würde ja Rußland zugleich Herr des Balkans und Kleinasiens sein, eine Folge, die doch auch bei den Verbündeten nicht ganz übersehen wird. Da zunächst Österreich-Ungarn im Wege steht, muß es zerschlagen werden. Serben und Montenegriner, Rumänen, Tschechen und Italiener mögen ihr Teil nehmen; Galizien, nach des Ministerpräsidenten Goremykins Wort »die letzte Blüte, die an der lebensvollen Krone des Zaren gefehlt hat«, sowie die Bukowina gehören Rußland, das auch alle preußischen Polen unter seine Obhut nimmt, Ostpreußen natürlich wiederum eingeschlossen und Schlesien über seinen polnischen Bevölkerungsanteil hinaus. In der Duma kleidete das Ssasonow selbst im Februar 1916 in die Worte: »Rußland hat die Vereinigung der zerstückelten Teile Polens auf seine Fahne geschrieben.« Vom übrigen Deutschland nehmen Franzosen, Belgier und Dänen, was ihnen gefällt und gebührt, und der Rest wird in mittlere Staaten zerlegt, wie es die Franzosen planen. Das historische Seminar der Berliner Universität bewahrt eine Schulwandkarte von Deutschland, die einer ostpreußischen Dorfschule gehörte, und in die beim Russeneinfall ein Offizier die ihm vorschwebenden zukünftigen Grenzen einzeichnete. Er läßt Rußland bis zur Oder reichen; das Küstenland von dort bis zur niederländischen Grenze ist »Englische Kolonie«; alles Land links vom Rhein gehört zu Frankreich; die Schweiz wird über alles Österreichische im Süden der Donau ausgedehnt; an diesem Flusse beginnt nordwärts Böhmen; der Rest des Deutschen Reiches ist »Klein-Deutschland«. Was hier als Phantasie eines Soldaten bezeichnet werden könnte, ist auch wiederholt von ernster zu nehmenden, hochstehenden, ja verantwortlichen Leuten vorgetragen worden.

Wie sich der Urheber des Krieges, **Serbien**, und sein Stammesbruder Montenegro ihre Beziehungen zu Österreich-Ungarn dachten, wird an andrer Stelle genügend dargelegt. Später sind noch **Italien**, **Portugal** und **Rumänien** in die Reihen unserer Gegner eingetreten. Italien und Rumänien haben geglaubt, ihre Vertragspflichten hintansetzen zu sollen, um ihren nationalen Ehrgeiz zu befriedigen, obgleich weder die Rumänen Ungarns, noch, ihrer großen Mehrzahl nach, die Italiener Österreichs wünschten, sich befreien zu lassen. Besonders die Italiener haben ihr Verhalten, phrasenfreudig und phrasenkundig wie sie sind, in der widerwärtigsten Weise zu beschönigen versucht, zumal ihren Bruch mit dem Deutschen Reiche. Ihnen blieb es vorbehalten, von der heiligen Selbstsucht (sacro egoismo) zu reden. Ihre Ansprüche an Österreich machten nicht einmal halt an der Nationalitätengrenze (Italia libera al Pyrenao!); geographisches Geschwätz wurde zum patriotischen zu Hilfe genommen. Sie erhoffen vom Kriege aber nicht nur Hinausschieben ihrer Nordgrenze, sondern auch die Herrschaft über die Adria und eine verstärkte Stellung am Ägäischen Meer über den Dodekannesos hinaus, Anteil an Anatolien. Sie geraten damit in scharfen Gegensatz zu Griechenland und überdies zu Serbien, das am Adriatischen Meere Fuß fassen möchte, Bosnien und Dalmatien als sein Erbe ansieht. In ihren Karikaturen haben sich die Italiener besonders durch Schmutz und Roheit ausgezeichnet.

Daß es sich bei all diesen Forderungen und Plänen unserer Gegner nicht bloß um Äußerungen einzelner Verantwortlicher oder Unverantwortlicher, sondern um **Regierungsprogramme** handelt, beweist klar und deutlich die am 12. Januar 1917 bekanntgewordene Antwort unserer Gegner auf den Vermittlungsvorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 19. Dezember 1916. Nach Wiederholung der erlogenen Beschuldigungen vom Angriff der Mittelmächte, von ihrer »systematischen Verachtung der Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechte der kleinen Staaten«, von den von ihnen verübten »Greueln« trägt sie die, wie sie selbst sagt, »wohlbekannten« Kriegsziele vor. Daß Ersatz alles erlittenen Schadens, Wiederherstellung von Belgien, Serbien und Montenegro, Räumung der besetzten Teile von Frankreich, Rußland und Rumänien verlangt wird, zeugt zwar von völliger Verkennung der Kriegslage, kann aber sonst nicht weiter wundernehmen. Trotz der Mißerfolge im europäischen Kriege beharrt man jedoch darauf, die Mittelmächte zu vernichten; denn nichts anderes ist es, wenn die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die ehemals (autrefois) den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen der Bevölkerung entrissen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, welche der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des osmanischen Reiches aus Europa verlangt werden. Was bleibt von der Türkei übrig, wenn man sie aus Europa hinauswirft und in Asien Armenier und Griechen, Syrer und Araber ihrer Herrschaft entzieht? Was wird aus Österreich und Ungarn, wenn Italiener, Slawen und Rumänen, die weit über die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, »befreit« werden? Deutschland soll zurückgeben, was es »ehemals den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen der Bevölkerung (par la force ou contre le vœu des populations) entriß«. Was ist das? Es hat nur einem der Alliierten, Frankreich, Gebiet durch Gewalt abgenommen. Warum fordert man nicht einfach Rückgabe von Elsaß-Lothringen? Weil man offenbar mehr will. Was ist, nach der Auffassung der Alliierten, nicht alles gegen den Willen der Bevölkerung an Preußen bzw. Deutschland angeschlossen worden? Nicht nur Polen und Dänen, sondern auch Hannoveraner und Hessen, Schleswig-Holsteiner, Nassauer und Frankfurter, ja auch Sachsen und Bayern, überhaupt die Süddeutschen, vor 100 Jahren auch einmal Rheinländer. Und dabei betont die Note noch feierlich, daß sie »die Vernichtung der deutschen Völker (Mehrzahl: des peuples allemands!) und ihr politisches Verschwinden nicht anstrebe«, sondern nur »Europa der brutalen Begierde des preußischen Militarismus entreißen, den Frieden auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit, der unverletzlichen Treue sichern wolle«, versäumt auch nicht, hinzuzufügen, daß »die Regierung der Vereinigten Staaten von dieser Treue stets beseelt war«. Wer lacht da? Wo bleiben Reineke Vos und Tartuffe? Daß man unentwegt die Geschichte auf den Kopf stellt, bewies am 7. März noch wieder die Nationalkundgebung in der Sorbonne, in der der Kammerpräsident Deschanel erklärte nach der einen Version, daß die Deutschen sich 29-, nach der anderen gar mehr als 200mal auf Frankreich gestürzt hätten!

Auch **Amerika** hat sich unseren Feinden angeschlossen. Über seine Sympathien konnten von Kriegs-

beginn an Zweifel nicht bestehen. Man hat die Blutsverwandtschaft von John Bull und Bruder Jonathan betont. Sie mag einen gewissen Einfluß üben trotz des starken Einschlags deutscher und irischer Bewohnerschaft in der Union; entscheidend ist sie gewiß nicht. Die materiellen Interessen bestimmen die Politik des Kapitols, haben das ununterbrochen getan von der Unabhängigkeitserklärung an bis auf den heutigen Tag. Wie lange ist doch das allgemeine Urteil über Amerika in die Irre gegangen! Seine materiellen Interessen drängen auf Englands Seite, zunächst weil die Lage im Stillen Ozeane die beiden Mächte aneinander kettet, dann aber auch, weil sich die ungezügelte amerikanische Erwerbsgier den Vorteil der Kriegsbedarfslieferungen nicht entgehen lassen wollte. Je mehr man diesem Gewinn nachjagte, desto fester wurde man mit dem Kriegsausgang verstrickt. Die Bevorzugung der Entente wurde daher immer offenkundiger. Daß man seine parteiische Haltung mit allen möglichen schönen Redensarten: Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Völkerglück, Schutz der Kleinen und Schwachen verbrämte, dazu brauchte man nicht einmal das Vorbild der Entente; darauf hat sich der Yankee von jeher mindestens ebensogut, ja besser als der Jingo verstanden. In seiner Masse glaubt er auch an diesen cant, genau so wie der Brite. Daher kann Wilson sich den ungeheuerlichsten Blödsinn leisten, der je im Dienste der Politik verkündet wurde. Man hat »keinen Streit mit dem deutschen Volke«, für dieses hat man »nur ein Gefühl der Sympathie und der Freundschaft: Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes. Seine Regierung hat aber den Krieg nicht mit vorheriger Kenntnis oder Billigung des Volkes geführt. Sie hat ihn beschlossen, wie in alten unglücklichen Zeiten Kriege beschlossen wurden, als die Völker von ihren Regierenden nirgends befragt wurden, Kriege hervorgerufen und geführt wurden im Interesse von Dynastien, oder von kleinen Gruppen Ehrgeiziger, die gewohnt waren, ihre Mitbürger als Pfänder und Werkzeuge zu benutzen.« Aus solcher Lage muß man das deutsche Volk befreien, von der »preußischen Autokratie«, von den »natürlichen Feinden der Freiheit« usw. Ein Volk, dessen berufenen Vertretern man derartigen Unsinn wirkungsvoll vortragen kann, haben wir uns vor dem Kriege von deutschen Universitätslehrern als Vorbild der Kultur anpreisen lassen, haben damals und noch während des Krieges erleben müssen, daß seine Staatsmänner und Gelehrten angefeiert wurden! Die Schamröte steigt einem ins Gesicht, daß derartiges möglich war.

Die Vereinigten Staaten führen keinen Krieg gegen das deutsche Volk. So sagen sie. Sie wollen es nur von seiner autokratischen Herrschaft befreien. Sie haben auch nicht, wie unsere Nachbarn, ein unmittelbares Interesse daran, Deutschland zu zerschlagen. Aber sie wissen gut, daß auf die Dauer Deutschland ein gefährlicherer Mitbewerber im Welthandel ist als England, vor allem in Südamerika und Ostasien. Die Zeit ist gekommen, wo sie sich anschicken, der Monroe-Doktrin die Form voller Verfügung über den Erdteil zu geben. Sie fordern das als seine natürliche Entwicklung. Sie wollen nicht über Süd- und Mittelamerika herrschen, beileibe nicht; aber sie finden es gegeben, daß sich die Bewohner derselben Hemisphäre gegenseitig stützen und fördern. Daß solche Förderung auf eine Leitung und Ausbeutung der lateinischen Republiken durch die übermächtige angelsächsische hinausläuft, sagt man nicht, weiß es aber genau. Das geschieht alles im Dienste menschlichen Fortschritts; sollte aber je eine mitteleuropäische Staatenvereinigung unter der Führung Deutschlands und Österreich-Ungarns zusammentreten, so ist das eine Versündigung an der Menschheit und an der Freiheit der kleinen Staaten und Völker. Es wird auch schon angedeutet, daß amerikanischer Handel in steigendem Maße in den weniger entwickelten Ländern der Alten Welt vordringt und daß seine ungehinderte Weiterentfaltung eine Segnung der Kultur sei. Der »edle« Wilson, der völkerbeglückende Yankee!

Wie sich der Professor-Präsident die politischen Gedankengänge der Ententemächte angeeignet hat, nur noch in vergröberter Form, nach amerikanischem Geschmack, gleichsam auf den Mann dressiert, so versteht es sich von selbst, daß sich ein Volk, welches mit solchen Vorspiegelungen geleitet werden kann, auch willig alle die Verleumdungen zu eigen macht, die von unseren Feinden so gewandt wie gewissenlos verbreitet werden. Den ersten Anstoß dazu hat unser Einmarsch in Belgien gegeben, den unser Reichskanzler voreilig und unbedacht als ein Unrecht bezeichnet hatte. Daß er in der Erregung von Verträgen als von Fetzen Papier sprach, ist ihm auch immer wieder vorgehalten worden. Die Zucht- und Zügellosigkeit des belgischen Volkes, das wenig gewöhnt ist, sich fester Ordnung zu fügen, hat unsere Truppen zu scharfer Abwehr gezwungen; unvermeidliche Härten wurden dann durch maßlose Übertreibungen und haßerfüllte Erfindungen in unerhörte Barbareien umgewandelt, und einmal begonnen hat die Verleumdung nicht mehr Halt gefunden. In ihr erkennt man die Engländer aller Zeiten als Meister, ob man nun ihre Anklagen und Beschwerden aus dem Mittelalter oder ihre »bulgarischen«, »armenischen« oder »Kongo-Greuel« ins Auge faßt. Dient all das doch dem Zweck!

Es bleibt für deutsche Denkweise unverständlich, daß sich der britische Botschafter Lord Bryce, Verfasser eines verständigen Buches über unser »Heiliges Römisches Reich«, Ritter unseres Ordens Pour le mérite, zum Leiter in diesem Verleumdungsfeldzuge aufwerfen konnte[1]. Es gibt nichts so Grausames, Widerwärtiges, Gemeines, Niederträchtiges, Unmenschliches, keine Greuel der wildesten Vorzeit, die unseren deutschen Soldaten nicht angedichtet worden wären, den Söhnen des zweifellos gesittetsten und gebildetsten Volkes der Welt, das in seiner Masse unendlich überlegen ist den Nationen, die durch London und Paris ihr Gepräge erhalten.

Diesen sinnlosen Beschuldigungen ist bei allen gegnerischen Mächten ausnahmslos der amtliche Stempel aufgedrückt worden; die verantwortlichen Staatenlenker selber haben sie sich mit vollem Bewußtsein und in voller Absicht zu eigen gemacht. Sie haben von einem »System der Morde und Kollektivplünderung gesprochen«, von der »Barbarei des Despotismus«, der »unverschämten Vorherrschaft der Kriegerkaste«, der sie das alles besonders in die Schuhe schoben, haben natürlich auch die Hunnen wieder hervorgeholt, obgleich geschichtskundige Leute ihnen hätten sagen können, daß man von deren besonderen Untaten blutwenig weiß. Als der U-Boot-Handelskrieg lästig wurde, kannte das wütende Schimpfen gar keine Grenzen mehr. Lord Churchill sprach am 15. Fe-

---

[1] »Report of the comittee on alleged German outrages appointed by His Britannic Majesty's Government and presented over by the Rt. Hon. Vnt. Bryce, O. M.« (Lond. 1915).

bruar 1915 von offenbarem Mord und Seeraub; Lord Asquith erklärte am 20. Mai: »Der Feind sinkt von Stufe zu Stufe zu grenzenloser Schmach herunter.« Ein besonderes Kapitel bildete die Beschädigung von Baudenkmälern, wie die Kriegführung sie mit sich brachte infolge der Überfallversuche feindlicher Bevölkerung, wie in Löwen, oder der gegnerischen Benutzung von Monumentalbauten zu Angriffs- oder Verteidigungszwecken, wie in Reims und an anderen Orten. An das lange Schuldregister, das man Engländern wie Franzosen aus früheren Kriegen vorhalten könnte, wurde natürlich nicht gedacht.

Die unablässigen Beschuldigungen gaben eine erwünschte Grundlage für den Schwall von Phrasen, mit denen man fortgesetzt die öffentliche Meinung aufpeitschte. Nur um das eigene Heim vor Mord und Schande zu schützen, stehe man in Waffen, den Kindern und der Menschheit das geistige Erbe zu sichern, dessen Verkörperung und Wächter man sei. In den höchsten Tönen redete man von Menschlichkeit und Gerechtigkeit, von Gottesfurcht und Gesittung. Man »rettete die Sache der Zivilisation und des Rechts« und rief »den unbesiegbaren Geist der Menschheit« als Verbündeten auf. Und das taten dieselben Völker, die Baralong-Mörder in Schutz nahmen, die Nettoyeurs bestellten, die Verwundeten hinzuschlachten, die deutsche Gefangene, zivile und militärische, unsäglichen Mißhandlungen unterwarfen, die Farbige auf Weiße hetzten, die sich auf dem Gebiet, das zeitweise oder, wie Teile Ostpreußens und Galiziens, längere Zeit in ihre Gewalt kam, die wildesten Ausschreitungen erlaubten, Hunderte und Tausende von Menschen fortschleppten, auch von den eigenen Untertanen nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen unter völliger Vernichtung ihrer Heimstätten gewaltsam hinweg und zum großen Teil in den sicheren Tod führten, deren Presse in Gedichten auffordern konnte, den teuflischen Deutschen die Zungen abzuschneiden und die Augen auszureißen! Wer vor diesem Kriege gesagt hätte, daß das alles möglich sei, würde sich der Gefahr ausgesetzt haben, für geisteskrank erklärt zu werden. Damit auch die Komik nicht fehle, sprach Ssasonow am 8. Februar 1915 die biedermännischen Worte: »Der Feind greift auf alle Mittel zurück, selbst auf das der Verfälschung der Wahrheit.«

Dieses ganze Verfahren ins rechte Licht zu rücken, muß daran erinnert werden, daß von den 1670 Millionen Bewohnern der Erde 1356, also mehr als vier Fünftel, gegen insgesamt 156 Millionen Gegner unter Waffen stehen. Die Vernichtung, die sie wollen, mag ihnen nicht unerreichbar erscheinen.

Die Literatur ist naturgemäß außerordentlich zerstreut, wie die Äußerungen in Reden, in der Presse, in Denk- und Flugschriften gefallen sind. Eine Zusammenstellung hat Joh. Neumann im Auftrage der Auskunftsstelle Vereinigter Verbände versucht: Die Zerschmetterung Deutschlands. Die Kriegsziele unserer Feinde im Spiegel ihrer eigenen Äußerungen (Berl. 1915). Zahlreiche Belege finden sich in der »Chronik des Deutschen Krieges«, bis jetzt 10 Bände und ein Ergänzungsband (Die belgischen Gesandtschaftsberichte aus den Jahren 1905—1914) bis 30. November 1915 (Münch. 1915 ff.). Eine der ausschweifendsten französischen Kriegsschriften ist Onésime Reclus, L'Allemagne en morceaux. Paix draconienne (Par. 1915; deutsch von Paul Brönnle: Die Zerstückelung Deutschlands. Drakonische Friedensbedingungen. Mit Geleit- und Schlußwort von Paul Liman, Leipz. 1915). Vgl. auch H. Frobenius, Kriegsziele und Friedensziele (Berl. 1916).

Die Presse unserer Gegner

von Dr. **Hermann Diez**, Direktor von Wolffs Telegr. Büro, Berlin

Die Bedeutung der feindlichen Presse für den Weltkrieg wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß man diesen geradezu den »Krieg der Presse« hat nennen wollen, daß man die englische Politik der Abkehr von Deutschland und des Anschlusses an Frankreich und Rußland zu einem erheblichen Teil auf die gemeinsamen Bemühungen einer Tageszeitung, eines Wochenblattes und einer Monatsschrift, nämlich der »Times«, des »Spectator« und der »National Review« zurückgeführt hat und daß man seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts von einem »Presse-Dreiverband« spricht, den die »Times« mit dem Pariser »Matin« und der Petersburger »Nowoje Wremja« geschlossen hätten. Die Verbandsverträge und ihre finanziellen Einzelheiten sind niemals bekanntgeworden. Aber Tatsache ist nicht nur die konzentrische Betätigung eines maßlosen Deutschenhasses durch diese führenden Organe der Dreiverbandsländer, sondern auch das Bestehen geschäftlicher Vereinbarungen zur Unterstützung der aus dem Geiste Eduards VII. geborenen Einkreisungspolitik.

Die englische Presse. Das geschickteste und gefährlichste Werkzeug dieser Politik war und ist der von dem dankbaren König unter dem Ministerium Balfour-Chamberlain zum Lord Northcliffe erhobene Zeitungsmagnat A. C. Harmsworth (Northcliffe-Presse). Durch die Veröffentlichung der in dem besetzten Brüssel aufgefundenen diplomatischen Aktenstücke ist bekanntgeworden, daß der früher in Paris tätig gewesene belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, unter dem 24. Mai 1907 an seine Regierung berichtet hat:

> Eine gewisse Kategorie der Presse, hier unter dem Namen »gelbe Presse« bekannt, trägt zum großen Teil für die feindselige Stimmung zwischen den beiden Nationen die Verantwortung. Was kann man denn auch von einem Journalisten wie Herrn Harmsworth, heute Lord Northcliffe, Herausgeber der »Daily Mail«, des »Daily Mirror«, des »Daily Graphic«, des »Daily Express«, der »Evening News« und der »Weekly Dispatch« erwarten, der in einem Interview für den »Matin« sagt: »Ja, wir verabscheuen die Deutschen und das von Herzen... Ich werde nicht zugeben, daß meine Zeitung auch nur das geringste druckt, was Frankreich verletzen könnte, aber ich möchte nicht, daß sie irgend etwas aufnimmt, was den Deutschen angenehm sein könnte«.

Unter den hier aufgezählten Blättern sind allerdings auch die der Pearson-Gruppe angeführt, zu der zunächst der »Daily Express«, die »St. James Gazette«, der »Standard« und der bald mit der »St. James Gazette« verschmolzene »Evening Standard« gehörten. Aber die fortschreitende äußere Vertrustung und innere Vereinheitlichung rechtfertigen das Urteil des belgischen Diplomaten durchaus. Der Zeitpunkt, zu dem sich Lord Northcliffe durch Unterwerfung der »Times« sozusagen zum Alleinherscher des englischen Zeitungswesens gemacht hat, ist nicht genau festzustellen; jedenfalls aber war schon im Jahre 1908 ein maßgeben-

der Einfluß zu verspüren, und seitdem ist dieser Einfluß ausschließlich und unumschränkt geworden. Wenn es schon lange eine Schwäche der liberalen Regierung war, daß sie dem ungeheuren Machtfaktor der konservativen und unionistischen Presse in ihren eigenen Organen nichts auch nur annähernd Gleichwertiges gegenüberzustellen hatte, so ist dieses Mißverhältnis durch die mit dem Namen Harmsworth verbundene Entwicklung noch viel krasser geworden, und bald genug mußte sich die Regierung der Tyrannei dieser Presse beugen. Die Einführung der Wehrpflicht ist im Grunde das Werk Lord Northcliffes und seiner Presse. Das sogenannte Koalitionskabinett, das durch die Aufnahme einer Anzahl hervorragender Unionisten in das liberale Ministerium hergestellt wurde, genügte dieser Tyrannei nicht lange; unerbittlich wurde jeder Staatsmann weggedrängt, bei dem man irgendeine Neigung zum Verständigungsfrieden argwöhnte. So fielen Haldane, Asquith und schließlich auch Lord Grey. Auch die Kriegführung selbst wurde aufs schärfste kontrolliert, Kitchener gelegentlich wegen angeblicher Lässigkeit in der Munitionsbeschaffung aufs schärfste angegriffen, und die Churchill, Jellicoe und French sind ebenso Opfer der Northcliffe-Presse geworden wie der schon um seines deutschen Namens willen »unmögliche« Prinz Battenberg. Heute kann man sagen, daß Lloyd George und Lord Northcliffe unter Ausschluß jedes anderen Einflusses das britische Weltreich regieren und daß auch jener sein Amt nur führen kann, solange er diesem gefällt und genügt, bis eben die Alleinherrschaft dieser Presse von unten her, d. h. vom Volke, gebrochen wird.

Das schon erwähnte Mißverhältnis zwischen der konservativ-unionistischen und der liberalen Presse wird durch folgende Angaben veranschaulicht: Ihr einziges Penny-Morgenblatt, die »Tribune«, hat die liberale Partei überhaupt nur ganz kurze Zeit zu erhalten vermocht. Die »Daily News«, ein Halbpennyblatt, das ehemalige Organ Gladstones und während des Burenkriegs durch seine Burenfreundlichkeit bekannt, mußte sich im Jahre 1912 mit dem »Morning Leader« verschmelzen. Liberal sind ferner »Daily Chronicle« und die Abendblätter »Westminster Gazette« und »Star« (neuerdings mit dem »Echo« verschmolzen). Damit ist die Reihe der Londoner liberalen Blätter schon erschöpft, während auf der Gegenseite außer den obenerwähnten Blättern noch der ursprünglich liberale, aber seit 1886 unionistische »Daily Telegraph«, der »Globe and Traveller«, die »Morning Post«, die »Pall Mall Gazette« stehen. Vollends bedeutungslos ist die Arbeiterpresse; der »Daily Citizen«, im Jahre 1912 gegründet, ursprünglich in London und Manchester erscheinend, zuletzt nur noch in Manchester, hat im Juni 1915, gleich einem früheren Unternehmen dieser Art, sein Erscheinen einstellen müssen. So gibt es in London überhaupt keine sozialdemokratische Tageszeitung. Der »Labour Leader« ist ein Wochenblatt. Einige Stützen hatte allerdings die Regierung noch in der Provinzpresse, so z. B. im »Manchester Guardian«, in der »Liverpool Daily Post« usw. und insbesondere in Schottland und Irland, aber daß sie in England selbst und vollends in der Hauptstadt so unzureichend vertreten war, mußte sich bei jeder ernsteren Krise als verhängnisvoll erweisen. Schließlich war ja auch die schlechte Ausstattung mit Preßorganen nur ein Ausfluß der finanziellen Schwäche der Partei. Im übrigen ist allerdings festzustellen, daß der Krieg und seine seelischen Strömungen den Unterschied in der politischen Stellung und insbesondere in der Stimmung gegenüber Deutschland ziemlich verwischt haben. Ein erheblicher Teil der englischen Presse steht ja noch nicht auf dem Standpunkt, der auch die niedrigste, gehässigste und schamloseste Hetze gegen Deutschland und die verlogenste Verleumdung für salonfähig hält, wie das die »Daily Mail«, der »Daily Mirror«, der »Daily Express« usw. tun. Aber ein gewisses Bestreben, auch Deutschland gegenüber anständig im Ton und einigermaßen gerecht und sachlich zu bleiben, zeigt sich doch höchstens noch in der »Westminster Gazette«, im »Manchester Guardian«, in »Daily News« und »Daily Chronicle«, die aber insbesondere seit der Versenkung der »Lusitania« ebenfalls schroff deutschfeindlich geworden sind. Alle übrigen betreiben die Aufpeitschung der Volksleidenschaft gegen Deutschland mit den niedrigsten Mitteln. Das gilt erst recht von den sogenannten Society-Blättern, die immer einen besonders fragwürdigen Typus dargestellt haben, aber auch von den Revuen, die jetzt alle mehr oder weniger auf den Standpunkt der »Saturday Review« getreten sind, die sich schon im Jahre 1897 zu dem »ceterum censeo, Germaniam esse delendam« bekannt hatte.

Als Vertreter der niederträchtigsten Deutschlandhetze mag noch die Wochenschrift »John Bull« des berüchtigten Abenteurers und Schwindlers Horatio Bottomley erwähnt sein, die es im Laufe des Krieges zu einer Auflage von 1200000 gebracht haben soll und die zur Genüge dadurch gekennzeichnet wird, daß sie nach dem Einmarsch des englischen Heeres in Berlin die Aufknüpfung aller Deutschen an Laternenpfählen forderte. Auf dieses Niveau ist der größte Teil der einst so stolzen englischen Presse gesunken.

Der Einfluß des Krieges auf die wirtschaftliche Lage der englischen Zeitungen war entsprechend dem prahlerisch verkündeten »business as usual« in den zwei ersten Jahren des Krieges sicherlich nicht ungünstig. Das englische Zeitungswesen ist schon lange auf die Anzeigeneinnahmen gestellt, und die Kriegsinserate, namentlich die Werbeaufrufe, nahmen bald einen riesigen Umfang an, dem ein Ausfall kaum gegenüberstand. Dazu kam ein mächtiges Anschwellen der Auflagen, entsprechend dem leidenschaftlichen Nachrichtenbedürfnis insbesondere bei den Morgenblättern, die ihren Schwerpunkt von jeher in einem reich ausgestalteten Nachrichtenteil gehabt haben. So soll die Auflage der »Times«, die vor dem Krieg 170000 betragen haben soll (nachdem sie im Laufe der vorangegangenen Jahrzehnte erheblich gesunken gewesen), im Kriege auf 250000 gestiegen sein; die der »Daily Mail« betrug im Sommer 1915: 1200000, ist jetzt angeblich niedriger; während sich die von »Daily News and Leader« von 300—500000 vor dem Kriege auf 800000 gesteigert haben soll, was vielleicht doch darauf schließen läßt, daß die Harmsworth-Presse den Bogen überspannt hat. Auf eine im ganzen doch nicht allzu günstige Lage der Zeitungen läßt schließen, daß die Londoner Blätter auf die entfernteren Kriegsschauplätze je nur einen gemeinsamen Korrespondenten entsandt haben. Im dritten Kriegswinter hat der Unterseebootkrieg die englischen Blätter zu einer wesentlichen Einschränkung ihres Umfanges und zu einer Erhöhung ihrer Preise gezwungen.

Von Änderungen, die der Krieg im englischen Zeitungswesen gebracht hat, ist insbesondere noch der nach dem Aussterben der Familie Reuter erfolgte

Verkauf des Reuterschen Büros an eine Kapitalistengruppe zu erwähnen, der Sir Leander Starr Jameson (bekannt und gekennzeichnet durch den berüchtigten Jameson-Raid) angehört und die gänzlich unter dem Einfluß der Regierung zu stehen scheint. Die Aktien sind über den Nennwert bezahlt worden, obwohl das Büro in Kriegszeiten keine Dividenden ausgeschüttet hatte, ein Beweis, daß die Regierung großen Wert auf die publizistische Macht des Büros legt. Der »Standard«, der zu Anfang des Krieges die nach London ausgeführte »Indépendance Belge« gedruckt hatte, ist eingegangen. Die »Pall Mall Gazette« ist von dem radikalen Parlamentsmitglied Dalziel, dem Besitzer des Sonntagsblattes **Reynold's** »Newspaper«, dem bisherigen Besitzer Lord Astor abgekauft und in ein Organ für Lloyd George umgewandelt worden. Der Herausgeber des »Economist«, Francis Hirst, der wegen seiner Friedensliebe aus seiner Stellung verdrängt worden war, hat eine Zeitschrift »Common sense« gegründet, die nicht ins Ausland versandt werden darf. Ein anderes neues Wochenblatt ist »Sunday Pictorial«, für das Winston Churchill schreibt. Der Verleger ist Lord Rothermere, ein jüngerer Bruder des Lords Northcliffe.

Die französische Presse. Dasjenige französische Blatt, das den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, das meiste zur Entfesselung des Weltkrieges beigetragen zu haben, ist der »Matin«. Auch in seiner journalistischen Aufmachung, in der Art seines Nachrichtendienstes und in seiner redaktionellen Behandlung der Dinge stellt er in Frankreich den Pressetypus dar, der, ursprünglich aus Amerika gekommen, in der englischen Harmsworth-Presse seine europäische Ausgestaltung erfahren hat, und der »Matin« hat von dieser auch den giftigen Haß gegen Deutschland und die zielbewußte Vorbereitung des Krieges übernommen. Diese Entwicklung des im Jahre 1884 gegründeten, von Stephan Lauzanne, dem Neffen des bekannten »Times«-Berichterstatters Blowitz, geleiteten radikalen Blattes datiert aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, prägte sich aber erst in voller Schärfe aus, als mit der Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik der Sieg der von ihm in Gemeinschaft mit den Delcassé, Barthou und Briand vertretenen Politik der Wiedererweckung des Revanchegedankens entschieden war. Da diese Wiedererweckung unmittelbar auf die Entente Cordiale mit England zurückzuführen ist, ergibt sich hier ein voller Parallelismus zwischen dem Feldzug der Presse und dem der Diplomatie. Die Leserzahl des »Matin« soll vor dem Kriege 800000—850000 betragen haben, dann bei Ausbruch des Krieges nach nicht völlig verbürgten Meldungen auf 300000 gesunken, im Laufe des Krieges jedoch wieder sehr stark gestiegen sein bis zu einer Höchstauflage von 1700000. Da die festen Abonnements in Paris, wie übrigens auch in London, eine verhältnismäßig kleine Rolle gegenüber dem Straßenverkauf spielen, kommen selbstverständlich sehr starke Schwankungen vor, genauere Angaben von bleibender Richtigkeit sind nicht möglich. Als Gegenfüßlerin des »Matin« läßt sich oder ließ sich vor Ausbruch des Krieges die im Jahre 1904 von Jean Jaurès gegründete »Humanité« bezeichnen. Sie war ebenso friedlich wie jener kriegerisch und verfocht mit begeisterter Hingabe die sozialistischen Ideen der Annäherung der Völker im Interesse des Weltfriedens. Sie soll vor dem Kriege eine Auflage von etwa 115000 Bezieher gehabt haben. Als Jaurès jedoch am 2. August 1914 ermordet wurde, zweifellos nicht ohne Wissen der Regierung, die in ihm den einzigen ernsthaften Gegner des Krieges fürchtete, ging die Bedeutung und Verbreitung des jetzt von Compère-Morel geleiteten Blattes stark zurück, und die Auflage soll, obwohl das Blatt heute noch die sogenannten geeinigten Sozialisten, d. h. die sozialistische Majorität, vertritt, auf etwa 65000 gesunken sein. Ein Blatt, bei dem sich die Erlebnisse des Weltkrieges sogar in einer Namensänderung widerspiegeln, ist das des früheren Antimilitaristen Gustave Hervé; die von ihm seit 1906 herausgegebene »Guerre Sociale«, ein Blatt des radikalsten Sozialismus von völlig anarchistischer Färbung, das unermüdlich die Verweigerung des Heeresdienstes predigte und den Militarismus in der schärfsten Sprache bekämpfte, erscheint seit dem 1. Januar 1916 unter dem Namen »La Victoire«, treibt aktivsten Patriotismus und soll es glücklich zu einer Auflage von 100000 gebracht haben. Auch das Organ Clémenceaus, des ewigen Ministerstürzers, hat im Laufe des Krieges seinen Namen, nicht aber seine Richtung geändert. Im Mai 1913 unter dem Namen »L'Homme Libre« gegründet, wurde es im September 1914 wegen seiner an den Sanitätszuständen im Heere geübten scharfen Kritik verboten, um kurz darauf als »L'Homme enchaîné« (»Der Mann in Ketten«) wiederaufzuleben. Auch jetzt bekämpft das Blatt alle Mißstände im Heer und in der Heeresverwaltung, insbesondere aber die Militärdiktatur, und gibt zugleich der alten Gegnerschaft und Rivalität seines Leiters gegenüber Poincaré dadurch Ausdruck, daß es emsig den vermeintlichen Staatsstreichgelüsten des Präsidenten nachspürt. Zur Opposition von links gehören ferner »La Bataille« (früher »La Bataille Syndicaliste«), das Blatt der revolutionären Sozialdemokratie, das im übrigen in seiner Polemik gegen Deutschland einen verhältnismäßig ruhigen und anständigen Ton wahrt, und als Kriegsgründung »Le Bonnet rouge«, ein Blatt von sehr niedrigem Rang mit einziger Ausnahme der Militärkritik, das nebenbei in fortwährendem Kampfe mit der orleanistischen »Action Française« liegt und dessen Herausgeber Daudet (den Sohn von Alphonse Daudet) und Maurras der Urheberschaft an der Ermordung Jaurès' bezichtigt hat. In der Deutschfeindlichkeit kennen beide Blätter kein Maß und Ziel; das royalistische Blatt übertrifft aber seinen Rivalen in der Gemeinheit und Niederträchtigkeit der Ausdrucksweise erheblich. Im Laufe des Krieges aus einer Zeitschrift in eine Tageszeitung umgewandelt hat sich das ebenfalls oppositionelle »Œuvre«, das es als seine Aufgabe bezeichnet, alles zu sagen, was die anderen nicht sagen, und andauernd scharf gegen die Unfähigkeit und Lässigkeit der Regierung, die Gewinnsucht der Heereslieferanten und die Drückeberger zu Felde zieht. Das Blatt, an dessen Spitze Gustave Tery steht, wird denn auch jeden Augenblick verboten. Schließlich sei als Kriegsgründung noch »La France de demain«, das Organ der Wetterlé und Konsorten, also der elsässischen Verräter und Flüchtlinge, erwähnt.

Im übrigen steht das französische Zeitungswesen zum Unterschied vom englischen, das sich nur im militärischen Nachrichtenwesen eine allerdings sehr weitgehende Zurückhaltung auferlegen muß (auch die eingangs erwähnten belgischen Dokumente haben nicht veröffentlicht werden dürfen), unter strenger Zensur, welche die äußere Aufrechterhaltung der »union sacrée« wesentlich erleichtert. Wie sich von selbst versteht, sind auch diejenigen Blätter, die im Frieden nicht besonders deutschfeindlich waren, wie der von Jean Dupuy

geleitete »Petit Parisien«, das in einer Auflage von 1½ Million erscheinende Blatt der kleinen Leute, nunmehr eingeschwenkt; im allgemeinen läßt sich aber sagen, daß sich die Blätter der Rechten, wie der »Éclair«, noch eines leidlich anständigen Tons befleißigen. Das gilt auch von dem vornehm akademischen »Journal des Débats«, nicht aber vom »Figaro«, vom »Gaulois« und erst recht nicht vom »Temps«. Die Auflage des »Écho de Paris«, dessen Leitartikel Maurice Barrès schreibt, der Nachfolger Déroulèdes als Leiter der Patriotenliga, soll im Krieg von 150000 auf 600000 gestiegen sein. Es steht dem »Matin« am nächsten. Barrès aber kann überhaupt als klassische Verkörperung des französischen Geistes im Weltkriege gelten.

Was die französische Presse von jeher von der englischen wie auch von der deutschen unterschieden hat, das starke Hervortreten der Persönlichkeiten der Leiter wie der hervorragenderen Mitarbeiter, wie es durch die von Napoleon herrührende pressefeindliche Vorschrift der Unterzeichnung der Artikel bedingt wird, macht sich begreiflicherweise auch in den besonderen Verhältnissen der Kriegszeit geltend. Der einzelne Politiker, der einen Ruf zu verlieren oder zu behaupten hat, und dem die Vergangenheit ebenso vor Augen steht wie die Zukunft, unterliegt eher noch gewissen Hemmungen als der namenlose Wortführer der von der Kriegspsychose beherrschten sogenannten öffentlichen Meinung. So findet man, wenn man von den berufsmäßigen Deutschenfressern und Deutschenhetzern absieht, in den politischen und militärischen Artikeln der führenden französischen Blätter noch etwas mehr Sachlichkeit und Zurückhaltung als in den gleichartigen anonymen Auslassungen der englischen Presse. Dafür lassen sich allerdings die Illustratoren und die Karikaturenzeichner um so schrankenloser gehen, ohne freilich dasjenige Maß von Gemeinheit zu erreichen, das von den italienischen Witzblättern schon zu einer Zeit geleistet worden ist, wo Italien noch der Verbündete der Mittelmächte war. Dabei spielt vielleicht auch mit, daß die ernsteren Politiker mit den wirklichen Ursachen des Krieges immerhin vertrauter gewesen sind als die Künstler und Gelehrten, welch letztere an geifernden Wutausbrüchen gegen die barbarischen »boches« sich zeitweise nicht genug tun konnten. Neuerdings beginnen die Blätter übrigens dieses Schimpfwortes anscheinend überdrüssig zu werden.

Die russische Presse. Es liegt in der Natur der Sache, daß die russische Presse als Ganzes in dem Chor des Dreiverbandes eine verhältnismäßig bescheidene Stimme geführt hat, wenn auch das Gebiet der äußeren Politik ihr noch in höherem Maße freigegeben war als das der inneren. Von einer wirklichen Blüte des Zeitungswesens konnte in Rußland nie die Rede sein. Eine Ausnahme bildet jedoch gerade das Blatt, das als Organ der nationalistischen Strömungen in den letzten Jahrzehnten eine immer größere, aber auch immer häßlichere Rolle gespielt und insbesondere in der zielbewußten Zusammenarbeit mit der englischen und französischen Presse Erhebliches geleistet hat, die »Nowoje Wremja« (»Neue Zeit«). So wenig wie der »Matin« ist sie jemals ein angesehenes Blatt gewesen; man hat es ein »niederträchtiges Pasquill mit unanständigem Inseratenteil« und seinen Gründer und Leiter (1876—1913), Alexis Suworin, den Vater der Lüge genannt. Aber dieser war ein Journalist ersten Ranges und hat sein Blatt zu einer politischen Großmacht zu erheben verstanden. Auch solange das amtliche Rußland die freundlichen Beziehungen zu Deutschland noch zu pflegen schien, wie Ssasonow zur Zeit der Potsdamer Begegnung, um derentwillen er von der »Nowoje Wremja« grimmig angefallen wurde, kamen in diesem Blatte, so oft man es auch verleugnen wollte, die tatsächliche Stimmung Rußlands und die eigentlich herrschende Strömung zu unverhülltem Ausdruck. Die Angaben über seine Auflage schwanken zwischen 30000 und 150000. Im Jahre 1916 wurde einer der Redakteure des Blattes, ein Bruder des früheren Ministerpräsidenten Stolypin, in einen überaus häßlichen Bestechungsprozeß verwickelt. Der in einer Auflage von 60—70000 erscheinende »Rjetsch«, das Sprachrohr Miljukows, ist entsprechend der Haltung der Kadettenpartei im Kriege ganz deutschfeindlich geworden, ist jedoch im übrigen ein verhältnismäßig gut redigiertes und ernsthaftes Blatt.

Im Gegensatz zu der »Nowoje Wremja« war die vier Jahre später entstandene »Birschewija Wjedomosti« (»Börsenzeitung«) liberal, juden- und deutschfreundlich. Es war aber bezeichnend, daß gerade dieses Blatt unmittelbar vor dem Krieg die von dem »Russkoje Slowo« abgelehnten Kriegshetzartikel des seitdem so schimpflich gestürzten Kriegsministers Suchomlinow veröffentlichte, insbesondere den berüchtigten vom Juni 1914, in welchem erklärt wurde, Rußland sei fertig zum Kriege und erwarte, daß Frankreich ebenfalls fertig sei. Im Laufe des Krieges sind nun gerade die liberalen Elemente die lautesten und giftigsten Vertreter des Deutschenhasses geworden, während die Blätter der Rechten, denen einigermaßen bange ist vor den demokratischen Ideen des Westens, im allgemeinen mehr Zurückhaltung üben, weshalb sie der Neigung zum Sonderfrieden beschuldigt werden. Eine Ausnahme macht der fortschrittliche »Djen«, den die »Nowoje Wremja« schon vor dem Kriege mit dem deutschen Namen »Tag« zu brandmarken liebte. Der alten deutschen »Petersburger Zeitung« hat der Krieg natürlich das Lebenslicht ausgeblasen. Jetzt ist das älteste Blatt Rußlands die 1756 gegründete »Moskowskija Wjedemosti« (»Moskauer Zeitung«), das einstige Organ des berühmten Panslawisten Katkow. Sie gilt als Professorenblatt und war bis zum Ausbruch des Krieges maßvoll und sachlich, ist aber jetzt ebenfalls gehässig und hetzerisch geworden, während die schon erwähnte »Russkoje Slowo« (»Russisches Volk«), mit 250—300000 Lesern das verbreitetste Blatt Moskaus und Rußlands, im allgemeinen einen anständigen Ton anschlägt. Dagegen ist bezeichnenderweise der »Russkij Invalid«, das auf Staatskosten herausgegebene Offizierblatt, mit seinen fortgesetzten Meldungen von deutschen Greueln eines der ärmlichsten und verlogensten Blätter Rußlands.

Die Revolution vom März 1917 hat mit der gänzlichen Aufhebung der Zensur zunächst einen Zustand völliger Wirrnis geschaffen, dessen Weiterentwicklung abgewartet werden muß. Unmittelbar vorher hatte noch das im Dezember 1916 gegründete Organ Protopopows, »Russkaja Wolja« (»Russischer Wille«), erhebliche Bedeutung gewonnen. Von den Revolutionsorganen vertritt »Prawda« (»Wahrheit«) die radikale friedensfreundliche Richtung, während »Uache Djelo« für die Fortsetzung des Krieges eintritt.

Die italienische Presse. Die Erweiterung des Dreiverbandes der Presse zum Vierverband ist seit Jahren und Jahrzehnten insbesondere durch zwei italienische Blätter, den römischen »Messaggero« und den Mailänder »Secolo«, vorbereitet worden. Beiden hat man seit langem nachgesagt, daß sie im Solde des franzö-

sischen Botschafters Barrère stünden. In einer Auseinandersetzung mit dem »Resto del Carlino« in Bologna hat der »Secolo« diese Beschuldigung zurückgewiesen mit dem Anerbieten, seine Bücher offenzulegen, wenn die Gegenpartei ebenfalls dazu bereit sei, und es mag dahingestellt bleiben, ob in mehr oder weniger plumper Weise Bestechungsgelder bezahlt worden sind oder ob eine andere Art von Beziehungen die beiden ausgesprochenen Freimaurerorgane veranlaßt hat, der Loslösung Italiens vom Dreibund und seinem Anschluß an den Dreiverband beharrlich und planmäßig vorzuarbeiten. Jedenfalls haben sowohl der »Messaggero«, das in einer Auflage von 150—170000 erscheinende Lokal- und Skandalblatt der breiten Massen Roms — er wird im Volksmund wohl auch »Menzognero«, der Lügner, genannt —, als der 1866 von dem bekannten Musikverleger Sonzogno gegründete »Secolo«, das Organ des unteren Mittelstandes in Mailand, dessen Auflage übrigens im Laufe des Krieges von 100000 auf etwa 50000 zurückgegangen sein soll, erheblich zu dem letzten Endes von der Piazza, d. h. den Politikern der Straße, herbeigeführten Umschwung der italienischen Politik beigetragen. Im übrigen waren die mächtigsten Faktoren dieses Umschwungs das »Giornale d'Italia«, das 1901 gegründete, beim Eintritt Italiens in den Krieg angeblich zu einer Auflagenhöhe von 200000 gediehene und in den gebildeten Kreisen Roms weitverbreitete Blatt des Ministers des Auswärtigen Sidney Sonnino und Sprachrohr der gegenwärtigen Regierung, sodann aber und vor allem das eigentliche Organ der italienischen Nationalisten und des auf rücksichtslose Expansion gerichteten »sacro egoismo«, die »Idea Nazionale«. Die im Oktober 1914 erfolgte Umwandlung dieser ehemaligen Wochenschrift in eine Tageszeitung ist das hervorstechendste äußere Merkmal des Geistes, der in der italienischen Presse zum Durchbruch und zur fast ausschließlichen Herrschaft gelangt ist. Das Blatt gehört der Verlagsgesellschaft »L'Italiana«, die bei seiner Umwandlung in eine Tageszeitung über 1 Million Lire verfügte. An der Spitze des Verwaltungsrates stand zunächst eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der italienischen Industrie, insbesondere der am Krieg interessierten Schwerindustrie, der Ingenieur Dante Ferraris. Er hat jedoch seine Stellung bei der Verlagsgesellschaft niedergelegt, und zwar weil er die Angriffe des Blattes auf die Banca Commerciale nicht verhindern konnte. Kurz darauf soll das Stammkapital um 1,2 Million Lire erhöht worden sein. Über die Auflage des Blattes liegen keine sicheren Angaben vor, es ist aber vor allem in der Universitätswelt weit verbreitet und wird daneben auch in Handels- und Industriekreisen viel gelesen. Die Kriegsbegeisterung der »Idea Nazionale« ist älter als ihre Feindschaft gegen die Mittelmächte; jetzt aber ist diese Feindschaft aufs schärfste ausgeprägt, und sie scheut keine Verleumdungen und Verhetzungen, wenn auch gewisse Vorzüge und Leistungen der deutschen Organisation anerkannt werden. Auch das größte und hervorragendste Mailänder Blatt, der »Corriere della Sera« (gegründet 1883), hat mit seiner Pflege des Irredentismus und mit seinem Protest gegen Deutschlands angebliche Weltherrschaftsgelüste, insbesondere auch als Blatt des Erzhetzers »Gabriele d'Annunzio«, sofort nach dem Ausbruch des Weltkrieges die entscheidende Wendung einleiten helfen. Eine Anzahl anderer maßgebender Blätter hat wenigstens Schritt für Schritt die Politik der Regierung mitgemacht, so die römische »Tribuna«, gegründet 1882, das Organ aller Regierungen, von Depretis bis Giolitti, jetzt von dem englischen Botschafter Rennel Rodd maßgeblich beeinflußt; vom »Giornale d'Italia« (s. oben) stark zurückgedrängt, kann die »Tribuna« immer noch als Organ der Großbanken und der Großindustrie bezeichnet werden. Maßvoll in seiner Haltung gegenüber Deutschland ist neben dem vatikanamtlichen »Osservatore Romano« auch das nichtamtliche klerikale Blatt Roms, der »Corriere d'Italia«. Gegründet vor etwa zehn Jahren, als Papst Pius X. den Katholiken die Beteiligung am politischen Leben freigegeben hatte, unterstützt er warmherzig die Friedenspolitik des Papstes. Weiter sind als Blätter von gemäßigter Haltung zu nennen die »Stampa« in Turin, deren Direktor Frassati von Giolitti zum Senator gemacht wurde, und die, wie Giolitti selbst, den Eintritt Italiens in den Krieg so lange wie möglich bekämpfte; ferner der »Mattino« in Neapel und das Organ der offiziellen Sozialdemokraten, der früher in Rom, seit einigen Jahren in Mailand erscheinende »Avanti«, der seiner antimilitaristischen und neutralistischen Haltung treu geblieben ist. Dafür ist ihm in dem von seinem früheren Leiter Mussolino herausgegebenen, ebenfalls in Mailand erscheinenden Konkurrenzblatt »Popolo d'Italia«, dem Blatt der Reformsozialisten, ein wütender Gegner erwachsen, der zugleich in der Beschimpfung der Mittelmächte das Ungeheuerlichste leistet.

Die Presse der übrigen feindlichen Länder. Was die Presse der übrigen uns feindlichen Länder anbelangt, so ist die japanische natürlich von dem Krieg kaum berührt worden. Die »Deutsche Japanpost«, das einzige deutsche Blatt des Landes, mußte gleich nach dem Ultimatum sein Erscheinen einstellen. In der japanischen Presse selbst hatte der englische Einfluß von jeher stark überwogen; so machte sich auch in der Stellung zum Krieg kein erheblicher Unterschied zwischen den Regierungsblättern und denen der Opposition geltend, zumal im Laufe des Krieges mit dem Rücktritt des greisen Okuma in dem Grafen Terautschi die Militärpartei an die Regierung gelangte. Eigentliche Feindseligkeit gegen Deutschland trat nur vereinzelt zutage, und gelegentlich wurden sogar Äußerungen der Bewunderung und einer gewissen dankbaren Erinnerung an frühere Wohltaten laut. Die Meinungsverschiedenheiten über den Krieg erstreckten sich jedoch in der Hauptsache auf die Frage der Entsendung von Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz und die des Verhältnisses zu Rußland und zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

In schärfstem Gegensatz zu der japanischen Presse wurden natürlich die der kleinen europäischen Länder durch die Kriegsereignisse in allerstärkste Mitleidenschaft gezogen. In Belgien stellten nach der Einnahme von Lüttich und nach der Besetzung von Brüssel sämtliche alten Blätter ihr Erscheinen ein. Von der Brüsseler Presse siedelten mit der Regierung einzelne nach Antwerpen und Ostende über, so die weitverbreitete »Indépendance belge«, die stets für die französische Regierung gearbeitet hatte, und der sozialistische »Peuple«. Mit ihnen betrieb die Antwerpener »Métropole« und die in Gent erscheinende »Flandre libérale« die Schürung des glühendsten Hasses gegen Deutschland. Nach dem Falle Antwerpens hörten auch diese Blätter zu erscheinen auf, nur der »Ami de l'Ordre« in Namur und der »Bien Public« in Gent sowie einige flämische Blätter in Gent, Antwerpen und Brüssel beugten sich der deutschen Zensur. Dagegen tat sich nunmehr die belgische Flüchtlings-

presse auf. In Le Havre, dem Regierungssitz, »Le XXe Siècle«, in Holland »L'Écho belge« und in England die »Indépendance belge« und die »Métropole«; an der Yser erschien »Le Standard«. Von den im besetzten Belgien erscheinenden Blättern leisten die flämischen, wie die »Gazet van Brüssel«, bemerkenswerte Arbeit im Sinne der flämischen Kulturbestrebungen, denen durch die deutsche Besetzung günstige Aussichten eröffnet werden. Von den in französischer Sprache erscheinenden Blättern hat »La Belgique« in Brüssel die größte Bedeutung, dann folgen »Le Bruxellois« und »Le Bien Public« in Gent. Sie wahren im allgemeinen den Burgfrieden und lassen keine politische Tendenz erkennen.

War Belgien vor dem Kriege ein Zeitungsland ersten Ranges, wenigstens was die Zahl der Blätter anbelangt, so hat auch **Rumänien** ein verhältnismäßig stark entwickeltes Zeitungswesen gehabt, das allerdings im Range noch erheblich unter dem belgischen stand. Organe der liberalen Regierung Bratianus waren »Viitorul« (»Die Zukunft«) und »L'Indépendance Roumaine«; schwankend wie die Regierungspolitik war auch das bedeutendste Blatt Rumäniens, »Universul«, mit seinen 75—78000 Lesern. Vor dem Kriege farblos, hat es im Laufe des Krieges seine Haltung mindestens drei- bis viermal gewechselt.

Kriegspolitik und Anschluß an den Vierverband vertraten seit Ausbruch des Krieges unverhüllt das berüchtigte Blatt Konstantin Milles, »Adeverul« (»Die Wahrheit«; etwa 60000 Leser) mit dem etwas maßvolleren Morgenblatt »Dimineate«, ferner Take Jonescus Leiborgan »La Roumanie«, die »Epoca« des ehemaligen Kriegsministers Filipescu und das Russenblatt »Gazeta«. Auf der entgegengesetzten Seite standen außer dem seit 1879 bestehenden »Bukarester Tagblatt« und dem rumänischen »Lloyd« (1883) die 1914 von deutscher Seite begründete »Ziua« (»Tag«) und die ebenfalls auf die Seite der Mittelmächte getretene »Seara« (»Abend«), in bedingter Weise die Blätter der Parteien Marghilomans, »Steagul« (»Die Fahne«) und »Politique«, und die »Moldava« Peter Carps. Nachdem sich Rumänien auf die Seite der Entente gestellt hatte, stellten zunächst die deutschen und deutschfreundlichen Blätter ihr Erscheinen ein. Nach dem Fall von Bukarest erschien dann wieder das »Bukarester Tagblatt«, eine Zeitlang als einziges.

Noch vollständiger als die rumänische ist die **serbische Presse** vom Kriege hinweggefegt worden. Bald nach seinem Ausbruch siedelten die amtlichen »Sobske Worine« sowie die halbamtlichen Blätter »Samouprava« und »Odjek« mit der Regierung nach Nisch über, um mit dessen Einnahme ganz zu verschwinden. An der verhängnisvollen Rolle, die Serbien als das »Zündholz« des Weltkrieges gespielt hat, kommt der serbischen Presse ohne Unterschied der Parteirichtung ein erheblicher Anteil zu. »Samouprava«, das Hauptorgan des radikalen Ministeriums Paschitsch, stand, als der Krieg ausbrach, in peinlich lebhaftem Kampf mit dem seit vielen Jahren im großserbischen Sinne wirkenden Verschwörerblatt »Piemont«, dem Organ der Militärpartei. Beide Parteien stritten sich um die Ehre, die Balkankriege glücklich geleitet zu haben, und der dadurch hervorgerufene Gegensatz dauerte noch fort, als die Regierung nach Nisch, das Hauptquartier nach Kragujewatsch verlegt worden war. Noch hetzerischer und Österreich feindlicher als »Piemont« war die »Politike« der Brüder Ribnikav. Das Blatt der Jungradikalen, »Odjek«, wurde halbamtlich erst mit dem Eintritt der jungradikalen Führer Dawidowitsch und Draskowitsch in das Koalitionskabinett Paschitsch. Die Liberalen und ihre Blätter blieben immer in der Opposition gegen das Ministerium Paschitsch.

Was die Presse unseres neuesten Feindes, der **Vereinigten Staaten von Amerika**, anbelangt, so ist an dieser Stelle lediglich zu erwähnen, daß die Blätter W. R. Hearsts, der »New York American«, der »New York Evening Journal«, der »Boston American«, der »Chicago Examiner«, der »Chicago American«, der »San Francisco Examiner« und der »Los Angeles Examiner«, die in den ersten Kriegsjahren einen wirklich neutralen und daher deutschfreundlichen Standpunkt eingenommen hatten und denen deswegen die Benutzung der englischen Kabel gesperrt worden war, schon mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Februar 1917 eine volle Schwenkung vollzogen und daß auch die deutsche Presse nicht mehr gegen den Strom zu schwimmen wagte. So behaupteten die eigentlichen Hetzblätter, wie »New York Herald«, »New York Times« und »New York World«, die schon seit langem auch in engster Fühlung mit der englischen und französischen Presse standen, das Feld unbestritten, und als Lord Northcliffe im Frühjahr 1917 daran ging, seine Presse-Organisation nach Amerika zu verpflanzen, fand er den Boden aufs trefflichste vorbereitet. Er stattet damit nur eine alte Schuld ab, denn in den Vereinigten Staaten von Amerika, welche die niedrigst stehende Presse der Welt haben, ist der Gedanke der »Daily Mail« geboren worden.

Englische Kampfmethoden

von **Paul Dehn** in Zehlendorf bei Berlin

Größeren Erfolg als mit seiner gefürchteten Flotte und mit seinem erstaunlich verstärkten Heer erzielte England mit gewissen ihm überlieferten Kampfmethoden, mit der Vergewaltigung der Neutralen und ihres Schiffahrtsverkehrs durch Beseitigung des Seekriegsrechts, mit Brief- und Depeschenraub, Ausspäherei und schwarzer Liste, mit Treuhandgesellschaften zur Knebelung des neutralen Handels, mit der Diplomatie des Geldes und mit seinem Pressefeldzug gegen Deutschland.

Die Beseitigung des Seekriegsrechts. Anfangs hatte England das Londoner Seekriegsrechtsabkommen von 1909 (vgl. Bd. I, S. 367) mit Vorbehalten anerkannt, baute es aber allmählich ab und hob es Mitte 1916 ganz auf, um sein altes Kanonenrecht wieder in Kraft zu setzen. Anstatt »Britannia, rule the waves« müsse man sagen, so meinte ein nordamerikanisches Witzwort: »Britannia waives the rules« (England setzt die geltenden Regeln beiseite).

England gedachte die Mittelmächte durch Absperrung aller überseeischen Zufuhren auszuhungern oder zu erschöpfen und zum Frieden zu zwingen. Es vergewaltigte dabei die Rechte der Neutralen

und nötigte Deutschland zur Abwehr, zum Unterseebootkrieg.

Schon bald nach Kriegsausbruch schuf sich England, wie Minister Runciman am 10. Januar 1917 im Unterhause zugestand, »die längste Bannwarenliste, die die Welt je gesehen hat«. Nach Aufhebung der Unterscheidung zwischen bedingter und unbedingter Bannware beschlagnahmte England nach altem Brauch auf neutralen Schiffen alle Güter für neutrale Häfen, sobald englische Willkür den Verdacht hegte, daß sie für Feindesland bestimmt sein könnten.

England vermochte nicht eine formelle Blockade über die deutschen Küsten zu verhängen. Um den Deutschen alle Zufuhren abzuschneiden, erklärte es am 3. November 1914 die ganze Nordsee als Kriegsgebiet und sperrte sie durch seine papierene Hochseeblockade derart, daß auch Holland und die skandinavischen Staaten vom freien Seeverkehr abgeschnitten und genötigt werden konnten, ihre Handelsdampfer englische Häfen anlaufen zu lassen, nachdem die englischen Kriegsfahrzeuge wegen der deutschen Unterseebootgefahr angewiesen worden waren, die neutralen Schiffe nicht auf hoher See zu durchsuchen. In den englischen Häfen war die Untersuchung von Schiff und Ladung so umständlich und peinlich wie möglich. Jedes Schiff mußte seine Ladung löschen. Nach dem englischen Weißbuch von Neujahr 1916 prüfte man jedes Stück »im Lichte all der Nachrichten, die aus den verschiedenen der Regierung zu Gebote stehenden Quellen (durch Handelsausspäherei oft sehr unsauberer Art) gewonnen wurden und deren Anzahl jetzt nach 1½jähriger Kriegsdauer sehr beträchtlich ist«. Hunderte von neutralen Schiffen mit Lebensmitteln, Rohstoffen und verderblichen Waren für Holland und Skandinavien wurden monatelang in englischen Häfen zurückgehalten und umständlich untersucht. Bannware war nach englischer Auffassung jede Ware, deren Weiterausfuhr die neutralen Staaten nicht verboten hatten. Wurden die beanstandeten Ladungen freigegeben und waren sie dem englischen Markt erwünscht, so suchte man sie unter Hinweis auf die Kosten der Wiedereinladung billig anzukaufen oder ließ sie enteignen. Nordamerikanische Beschwerden darüber beschied England ablehnend. Am 7. Januar 1915 verwies Grey auf die »nationale Sicherheit«, mit der jeder Übergriff entschuldigt wurde, und auf die angeblichen »Abweichungen der Gegner von den Regeln der Gesittung und Menschlichkeit«. Nach Einsetzen des Unterseebootkrieges von 1917 gab England neutrale Schiffe, die es angehalten hatte, nur frei, wenn sie sich zu neutralitätswidrigen, gefährlichen Fahrten in englischen Diensten verpflichteten.

England veranlaßte die nordamerikanische Union nach ihrer Kriegserklärung, die Lebensmittelausfuhr nach den neutralen Staaten Europas (Holland, Spanien, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark) vom 15. Juli 1917 an zu verbieten. Nur wenn sich diese vertragsmäßig verpflichteten, keinerlei Waren, besonders keine Lebensmittel, auch nicht eigene Landeserzeugnisse, wie Vieh und Fleisch, nach Deutschland auszuführen, nur dann sollte das Ausfuhrverbot abgeschwächt und ihnen, soweit nach Versorgung der Verbündeten Vorräte übrigblieben, der eigene Bedarf in knapper Zumessung unter Aufsicht von Beamten der Vereinigten Staaten geliefert werden. Die bereits abgeschlossenen Kornankäufe der Neutralen in Newyork wurden zurückgehalten. Vergeblich verwahrten sich die Neutralen gegen diese Erweiterung des englischen Aushungerungskrieges. Von Deutschland erhielten sie Kohlen, Arzneien und andere unentbehrliche Zufuhren und konnten auf den Güteraustausch mit Deutschland, auf jede Ausfuhr nach Deutschland unmöglich verzichten. Indessen verlangte man in Washington, die Neutralen sollten alles, was sie vom Auslande benötigten, ausschließlich aus den Verbandsländern beziehen, obwohl England Kohlen nur ungenügend und nur zu übermäßig hohen Preisen, Arzneien usw. gar nicht zuführen konnte. Durch solche Vergewaltigung, durch Preisgabe ihrer handelspolitischen Neutralität, durch Knebelung ihrer Selbständigkeit sollten die neutralen Staaten an der Seite des Verbandes in den Krieg hineingezwungen werden. Solange die Vereinigten Staaten von Amerika neutral waren, beanspruchte Präsident Wilson für sie freien Handel mit allen Regierungen, auch freie Massenausfuhr von Kriegsbedarf als ein Recht der Neutralen, verleugnete dieses Recht aber ohne Scheu, als er den Krieg gegen Deutschland erklärte, angeblich um Amerikas neutrale Handelsrechte zu wahren im Namen von Demokratie und Menschlichkeit und zum Schutz der kleinen Staaten, die es in Wirklichkeit gröblich vergewaltigte. Auch die Schiffe sollten ihnen entzogen werden.

Englands Übergriffe zur See schädigten mehr den neutralen als den feindlichen Handel. Wie die schweizerische Schrift »Englands Kriegführung gegen die Neutralen« (Zürich 1917) darlegt, suchte England den Krieg tunlichst durch die Neutralen führen zu lassen und auf sie einen Teil der Kriegslasten abzuwälzen. England bewaffnete seine Handelsschiffe und veranlaßte sie durch Geheimerlaß zur Führung neutraler, also falscher Flaggen, verweigerte neutralen Dampfern die Schiffskohle oder gab sie nur dann, wenn sie mit Ladung einliefen oder sich verpflichteten, ein Drittel ihres Frachtraums dem englischen Verkehr vorzubehalten und keinen feindlichen Hafen anzulaufen; es erklärte im April 1916 deutsche Schiffskohle als Bannware und ließ sie auf neutralen Schiffen beschlagnahmen, um diese Schiffe in seinen Dienst zu zwingen und seine Gewaltherrschaft über die Neutralen noch zu verschärfen.

Nach dem Londoner Seekriegsrechtsabkommen durften auf neutralen Schiffen nur feindliche Wehrpflichtige, die bereits in die feindliche Streitmacht eingereiht waren, gefangengenommen werden. England beeilte sich nach Kriegsbeginn, die neutralen Schiffe peinlich zu untersuchen und alle männlichen Deutschen, auch Greise, zu Kriegsgefangenen zu machen. Dadurch hielt es viele Tausende, vielleicht Hunderttausende, von dem Eintritt in das deutsche Heer zurück. England übertrug den Krieg auch auf feindliches Privateigentum in seinem Bereich, ließ deutsche Geschäftshäuser in England auflösen und in seinen wie in den besetzten deutschen Kolonien zum Teil zerstören.

Am 20. September 1914 hatte England versichern lassen: »Die Freiheit der Meere für friedlichen Handel ist ein feststehender und allgemein anerkannter Grundsatz.« Nach der Durchlöcherung des Londoner Seekriegsrechtsabkommens und nach der äußersten Vergewaltigung der Neutralen war Grey keck genug, am 14. November 1915 im Unterhause zu erklären, daß England seine Oberseeherrschaft als Vertrauensamt betrachte und nur im Interesse der Freiheit benutze — im Interesse der englischen Freiheit.

Zur Entschuldigung Englands meinten gemäßigte Engländer, das Völkerrecht sei etwas Lebendiges, der

Entwicklung unterworfen und müsse je nach den Bedürfnissen des Handelskrieges verändert werden. Wie weit diese Entwicklung gekommen war, erhellte ein Ausspruch Frenchs von Mitte 1916: »Im Kriege kennen wir Engländer kein Völkerrecht.«

Das hatten die Neutralen erfahren und konnten es bestätigen. Von ihrem rechtmäßigen Handel war nur ein Schimmer übriggeblieben. Höhnisch klang die Behauptung des Handelsministers Runciman im Unterhause am 10. Januar 1917, »daß niemals Neutrale besser behandelt wurden als während dieses Krieges von unserer Seite«. Dagegen hatte der Londoner »Economist« vom 14. August 1915 gestanden: »Tatsache ist, daß die Neutralen, deren Interesse durch unsere Blockade beeinträchtigt wird, unzweifelhaft der seiten Ansicht sind, wir mißbrauchten unsere Macht. Die Lehre, die sie jetzt empfangen, wird von ihnen sicherlich nicht vergessen werden, auch nicht von unseren gegenwärtigen Verbündeten, wenn sie in künftigen Jahren auf die Ereignisse von 1914/15 zurückblicken.« Diese Besorgnis hatte das »Svenska Dagblad« Nr. 66 vom 20. Juni 1915 in Stockholm mit dem Satze bekräftigt, das Faustrecht, das England nunmehr auf dem Meere ausübe, trage Englands Fall in sich, wenn die neutralen Staaten Englands Willkür, womit es Recht und Unrecht auf dem Meere allein zu bestimmen fordere, hinzunehmen sich weigerten, so verteidigten sie nicht nur ihr eigenes Recht, sondern auch Englands zukünftige Sicherheit, die davon abhänge, daß das Seerecht nicht nur ein leeres Wort sei.

Brief- und Depeschenraub. Obwohl das Haager Abkommen von 1907 (vgl. Bd. I, S. 370) die amtlichen und privaten Briefpostsendungen der Neutralen wie der Kriegführenden für unverletzlich erklärt hatte, ließ die englische Regierung, nachdem sie anfangs die Unverletzlichkeit der Briefpost anerkannt hatte, auf neutralen Schiffen alle deutschen Zeitungen, Kreuzbänder und Bücher für Übersee beschlagnahmen und seit Frühjahr 1915 auch die Briefsäcke der neutralen Staaten in Europa und Übersee. Die französische Regierung folgte diesem Vorgehen. Bis Ende 1916 hatte England über 53000 Briefpostsäcke, von neutralen Ländern nach Deutschland oder von Deutschland nach neutralen Ländern bestimmt, weggenommen, darunter auch Scheck-, Wechsel- und Geldsendungen, besonders die aus Deutschland versandten Wertpapiere, die zumeist bei der Durchsuchung verschwanden. Außerdem hielt England neutrale Handelsdepeschen in Massen zurück, angeblich weil sie englischen Interessen schädlich seien, ohne die gezahlten Gebühren zurückzuerstatten. In Chicago erklärte die Fabrikanten- und Händlervereinigung am 21. August 1915, dadurch im Handel mit Rußland um 100 Millionen Dollar geschädigt worden zu sein, da von 50 Kabeldepeschen nur fünf übermittelt wurden, und verlangte ein unmittelbares Kabel mit Rußland. Aus Brasilien kamen ähnliche Klagen, vor allem aber aus den neutralen Ländern Europas.

Anfangs hielt es England nicht für nötig, sein Verfahren zu rechtfertigen. Erst auf wiederholte Vorstellungen der Neutralen antwortete es mit den gewohnten Rechtsverdrehungen. Am 13. Oktober 1915 und am 6. Januar 1916 meinte Grey im Unterhause, England lasse die Briefposten auf offener See unberührt, sei aber berechtigt, sie auf Schiffen innerhalb seiner Landesgewässer zu untersuchen. Eine solche Unterscheidung macht das Haager Abkommen nicht; es würde dadurch auch durchlöchert werden, zumal England die neutralen Schiffe zum Anlaufen seiner Häfen zwang.

Eine englische Denkschrift, auch im Namen Frankreichs veröffentlicht, vom April 1916 behauptete, das Haager Abkommen von 1907 beschränke keineswegs das Recht der Kriegführenden, Waren zu durchsuchen und zu beschlagnahmen, die in Hüllen, Umschlägen und Briefen in den Postsäcken versteckt seien, und beanspruchte auch fernerhin dieses Recht mit der leeren Vertröstung, sich auf dem Meere (also nicht auch während des Zwangsaufenthalts der neutralen Schiffe in englischen Häfen) der Beschlagnahme von Briefen zu enthalten.

Nur infolge lauter Klagen ihrer Angehörigen über die schweren Schädigungen durch den englischen Briefraub ließ sich erst am 24. Mai 1916 die Union zu einer Verwahrung gegen das rechtswidrige Verfahren der englischen und französischen Regierung herbei, stellte entgegen englischen Angaben fest, daß Deutschland der neutralen Post keine Schwierigkeiten bereite, und kennzeichnete den englischen Briefraub als unerhört und böswillig, wollte ihn nicht dulden, ließ es aber bei diesem Protest bewenden.

Nur die schwedische Regierung schritt, als ihre Vorstellungen erfolglos blieben, zu Vergeltungsmaßregeln und verfügte Ende 1915 die Zurückhaltung der englisch-russischen Postpaketdurchfuhr. Darin erblickte England, das fremde Hoheitsrechte fortwährend verletzte, einen Eingriff in die seinigen. Mitte 1916 gab Schweden 60000 zurückgehaltene Postpakete wieder frei, erhielt aber von England nur ungenügende Zusicherungen[1]. Alles blieb beim alten.

Ärger als je zuvor betrieb England den Brief- und Depeschenraub und verband damit Absichten unlauteren Wettbewerbs, um den deutschen und mit ihm den neutralen Handel zu schädigen, womöglich zu unterbinden und das ganze Überseegeschäft in Baumwolle, Kaffee usw. in englische Hände zu bringen. Zu diesem Zweck waren in London Vermittlungsstellen eingerichtet worden, im Anschluß an das Auswärtige Amt eine umfangreiche Abteilung für den Außenhandel, die sich nach der Mitteilung des Ministers Lord Robert Cecil vom 27. März 1916 auch mit der Aufstellung der schwarzen Liste für den Wiederaufbau nach dem Kriege befaßte, und ferner ein kaufmännischer Nachrichtenausschuß mit der Aufgabe, die weggenommenen Briefe, Depeschen und Zeitungen nach politischen, militärischen, nicht zuletzt nach wirtschaftlichen Nachrichten zu durchspüren. Auch in dem Hafen Kirkwall, den die neutralen Schiffe anlaufen mußten, bestand ein solches Amt mit 300 Angestellten. Alle Mitteilungen über geschäftliche Beziehungen, Nachfrage und Angebot, Abschlüsse und Preise, alle Geheimnisse des Geschäftsverkehrs der Deutschen und Neutralen mit Übersee wurden dort ausgezogen, gesichtet, geordnet, vervielfältigt und den englischen Handelskammern und Großhändlern zur Ausnutzung übermittelt. Auch amerikanische Interessenten wie das Bankhaus Morgan erhielten durch diese planmäßige Ausspäherei im großen manchen Wink. Business as usual!

Die schwarzen Listen. Unter Mißachtung der Haager Landkriegsordnung von 1907 verletzte England die neutralen Hoheitsrechte wie die Privatrechte Neutraler, als es Anfang 1916 allen Bewohnern des Reiches, auch den dort ansässigen Neutralen, jeden

[1] Näheres in dem schwedischen Blaubuch von Mitte August 1916.

Handel mit feindlichen Angehörigen untersagte. Um dieses Handelsverbot auch in neutralen Ländern durchzusetzen, ließ England auf Grund der Ausspäherei seiner Vertreter und mit Hilfe des Briefs- und Depeschenraubes eine schwarze Liste neutraler Geschäftshäuser in neutralen Ländern aufstellen, mit denen keinerlei Handelsverkehr unterhalten werden durfte. Verstießen Neutrale gegen dieses Verbot, so wurden sie ebenfalls auf die schwarze Liste gesetzt. Durch diesen Kettenverruf verhinderte England neutrale Geschäfte, mit ihren eigenen Landsleuten zu verkehren, und griff störend und schädigend in die Handelsfreiheit neutraler Angehöriger in neutralen Staaten ein. Zuweilen behandelte England sie wie seine Untertanen und ließ ihnen Befehle zugehen. So durften auf Verlangen des englischen Konsuls in Norwegen schwedischen Dampfern, weil sie auf der schwarzen Liste standen, weder Lebensmittel, noch Trinkwasser, noch Schlepper, noch Aushilfe geliefert werden. Proteste wurden nicht beachtet.

Nicht weniger als 3000 Geschäfte und Gesellschaften standen auf der schwarzen Liste Englands vom 8. August 1916 mit 12 Nachträgen bis 3. Mai 1917, auf der Hauptliste 138 in Holland und Kolonien, 29 in Dänemark, 93 in Schweden, 95 in Norwegen, 196 in Spanien, 165 in Portugal und Kolonien, 61 in Griechenland, 90 in Marokko, 86 in der nordamerikanischen Union und 468 im übrigen Amerika usw., darunter Schiffahrtsgesellschaften, Banken und Zeitungen. Frankreich, Italien und Rußland ahmten die schwarze Liste Englands nach.

Neben der öffentlichen schwarzen hielt England, um die Neutralen zu hintergehen, noch eine geheime graue Liste mit einer noch größeren Zahl von Geschäftshäusern, deren Verkehr als unerwünscht bezeichnet wurde, ferner eine weiße Liste mit empfohlenen Geschäftshäusern, beide mit fortlaufenden Nachträgen.

Entrüstet klagten die geschädigten Kreise, auch in der nordamerikanischen Union, über die englische Handelsächtung und verlangten Vergeltungsmaßregeln. Leicht hätte die Unionsregierung die Beseitigung der schwarzen Liste erzwingen können, versagte aber unter dem Druck ihrer Hochfinanz, die mit England zusammenarbeitete und sogar die schwarze Liste verbreiten ließ, um Hand in Hand mit England den deutschen Amerikahandel an sich zu bringen. In Argentinien, Brasilien und Chile wurden Abwehrmaßregeln gegen die schwarze Liste beschlossen, doch nicht ausgeführt.

Mit seiner schwarzen Liste gedachte England den Handelskrieg gegen Deutschland nach dem Kriege in die Wege zu leiten.

Deutschland untersagte den Handelsverkehr nur mit solchen neutralen Geschäftshäusern, die dem Feinde Kriegsbedarf lieferten, um ihnen den Bezug von Rohstoffen und Maschinen dafür zu entziehen.

Die Knebelung des neutralen Handels. Durchsuchung und Beschlagnahme genügten den Engländern nicht, auch nicht die Aus- und Durchfuhrverbote, zu denen sich die europäischen Neutralen hatten nötigen lassen. Die englische Handelspolitik ging weiter und übertrug ihre auf Brief- und Depeschenraub beruhende Ausspäherei in die neutralen Staaten selbst durch Errichtung einer Art von Treuhandgesellschaften nach dem Vorschlage des Deutsch-Engländers Oppenheimer (1900—10 englischer Generalkonsul in Frankfurt a. M.) unter Heranziehung von Landesinteressenten mit der Aufgabe, die Ein-, Aus- und Durchfuhr der neutralen Länder unter englische Überwachung zu bringen, um jeden Güteraustausch mit den Mittelmächten, vor allem jede Weiterausfuhr zu ihnen, zu verhindern.

Seit Ende 1914 entstanden für Holland die »Nederlandsche Overzee Trust Maatschappij« im Haag (N. O. T.), kurzweg »Not« genannt, für die Schweiz die »Société Suisse de Surveillance Economique« (S. S. S.), für Schweden die Aktiengesellschaft »Transito«, für Dänemark das »Grosserer-Sozietets Komitee« in Kopenhagen und für die Union die »American Oversea's Corporation« in Neuyork.

Das Vorbild dieser Gesellschaften, die holländische N. O. T., arbeitet mit einem Kapital von 2.4 Mill. Gulden, verfügt über 1000 Angestellte in 15 für seinen Betrieb eingerichteten Häusern des Haag und erhob sich zu einer Nebenregierung in Handel und Wandel durch den von der Staatsverwaltung stillschweigend und von dem Handel vertragsmäßig anerkannten Anspruch auf vollständige Herrschaft über Außenhandel und Schiffahrt Hollands. Die N. O. T. erstrebte und erlangte die ausschließliche Vermittlung der überseeischen Wareneinfuhr Hollands, da alle Einfuhr, soweit sie nicht unmittelbar für die N. O. T. bestimmt war, von England als verdächtig beschlagnahmt wurde. Somit waren andere Bezugsquellen für Holland nahezu ausgeschlossen. Die N. O. T. ließ Hollands Schiffs- und Hafenverkehr peinlich überwachen, bestimmte für Reeder, Kaufleute und Fabrikanten die Geschäftsbedingungen und beschränkte sogar den Güteraustausch zwischen Holland und dessen Kolonien. Einfuhrwaren durften nur an solche Geschäftshäuser und Fabriken geliefert werden, die den Aufsichtspersonen der N. O. T., 650 an der Zahl, unbeschränkte Einsicht in ihren Betrieb, in ihre Bücher und Lagerhäuser eingeräumt hatten. Verschärft wurde die Aufsicht durch Mitwirkung des englischen Gesandten, der englischen Konsuln, ja sogar staatlicher Behörden, ferner besonderer Späher und Lockspitzel und des in englischem Solde stehenden »Telegraaf«, der die englische Ausspäherei auf das gehässigste betrieb. Zuwiderhandlungen wurden mit hohen Geldstrafen bedroht, Kaufleute und Fabrikanten, die sich nicht der N. O. T. unterwarfen oder gar mit Deutschland verkehrten, in Verruf erklärt. Vor unsauberen Mitteln, vor Bestechungen und Erpressungen scheuten die Sendlinge und Späher der N. O. T. nicht zurück. Die N. O. T. soll vorläufig bis Ende 1919 bestehen bleiben, um Englands Handelsherrschaft über Holland auch nach dem Kriege aufrechtzuerhalten.

Ähnlich arbeiteten, wenn auch von der Staatsgewalt und durch den Widerstand der Kaufleute mehr beengt, die englischen Treuhandgesellschaften in den anderen neutralen Staaten und waren wie die N. O. T. vor allem darauf bedacht, die Zufuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen aus Übersee auf Grund älterer, oft irriger Statistiken so zu beschneiden, daß nur der Eigenbedarf der bedrückten Länder so knapp wie möglich gedeckt wurde.

Ein englisches Weißbuch von Neujahr 1917 bestätigte, daß alle Güterfrachten nach neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, sorgsam untersucht würden, um die Güter, die für den Feind bestimmt seien, zu entdecken, daß in den neutralen Ländern auf Grund von Abkommen mit kaufmännischen Körperschaften strenge Bürgschaften von den Einfuhrhändlern verlangt, der Handel mit diesen neutralen Ländern möglichst eingeschränkt und versucht werde, begrenzte



Mengen für die Einfuhr nach den neutralen Ländern festzusetzen, damit diese nur so viel erhalten, wie sie für ihren Bedarf benötigen, um den Mittelmächten überseeische Waren in keiner Form zukommen lassen zu können. Als die schwedische Regierung im März 1916 alle Handelsbeschränkungen ohne ihre Zustimmung bestrafen wollte, verbot England die holländische Ausfuhr nach Schweden, soweit sie nicht unter Aufsicht der N. O. T. stand. Am 25. September 1915 untersagte England für ganz China der internationalen Handelswelt die Lieferung irgendwelcher Waren an den Vierbund, ohne sich um Chinas Neutralität und Hoheitsrechte zu kümmern.

Über die N. O. T. schrieb die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« am 21. Dezember 1916 halbamtlich: »Eine Organisation, die sich einerseits des holländischen amtlichen Verwaltungsapparats nach Belieben bedienen darf und anderseits unter Kontrolle des englischen Spionagedienstes steht und demselben Material liefert, kann als neutral und privat nicht mehr angesehen werden.«

Die Neutralen ließen sich nur zu viel gefallen. War die Duldung solcher Gesellschaften, die unter fremdem Druck sich größere Eingriffe in das Erwerbsleben erlaubten als staatliche Stellen, vereinbar mit den Hoheitsrechten der betreffenden Neutralen, mit ehrlicher Neutralität?

Die Diplomatie des Geldes. In den Kämpfen Englands gegen Napoleon I. äußerte Lord Castlereagh, damals wiederholt Kriegsminister: »Die Kanonen Englands bestehen in seinem Kapital.« Während des Krimkrieges schrieb der Prinzgemahl Albert von England an seinen Bruder, Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha: »Doch wird der vollste Beutel im langen Kampfe siegen.«

Bei Beginn des gegenwärtigen Krieges versicherte Lloyd George, daß die »silbernen Kugeln den endgültigen Sieg sichern«, und fügte am 21. April 1915 hinzu: »Es ist die letzte Milliarde, die den Krieg entscheiden wird. Die erste wird Deutschland ebensogut aufbringen wie England, nicht aber die letzte«; England werde bis zum letzten Penny kämpfen. In seiner Vorbereitung auf den großen Krieg gegen Deutschland betrieb England die Politik der offenen Hand und gab verschwenderisch unter mancherlei Formen, wo es möglich schien, Staaten und Völker für seine Zwecke zu gewinnen. Eduard VII. hatte Frankreich durch politische Zusagen unter Benutzung gewisser Beziehungen zwischen der Londoner und Pariser Hochfinanz gewonnen. Frankreichs Bündnis mit Rußland war durch Anleihen und sonstige Geldanlagen in Rußland in Höhe von annähernd 15 Milliarden Mark gekittet worden. Im Kriege sollte der Dreiverband geldlich noch fester verankert werden.

In der Vierverbands-Kriegsgesellschaft m. b. H. bewährte sich England als der Geschäftsführer und Zahlmeister. Nach dem Londoner »Statist« vom 12. Mai 1917 hatte England seit Kriegsbeginn bis 5. Mai 1917 Kriegsvorschüsse in Höhe von 21 Milliarden Mark gezahlt, davon an Verbandsgenossen 17,9 und an die Selbstverwaltungskolonien 3,2 Milliarden Mark, zu einem erheblichen Teil nicht bar, sondern in Gestalt von Kriegsbedarf mit entsprechenden Preisaufschlägen. Im Mai 1917 führte Bonar Law die auf 160 Millionen Mark erhöhten täglichen Kriegsausgaben Englands auf die unerwartet großen Vorschüsse an die Verbandsgenossen und Selbstverwaltungskolonien zurück. Weitaus der größte Anteil entfiel auf Rußland. Der englische Botschafter in Petersburg äußerte darüber nach der »Semschtschina« vom 24. August 1916: »Ich schweige von der Zahl der Millionen Pfund Sterling, die wir Ihrer Regierung zur Verfügung gestellt haben, aber ich kann ruhig sagen, daß, wenn das russische Volk diese Zahl erfährt, es die Loyalität und Freigebigkeit seines Bundesgenossen wird anerkennen müssen.« (Frankreichs Vorschüsse an die verbündeten und befreundeten [!] Staaten beliefen sich bis August 1917 auf 4,8 Milliarden Mark.) Minister Ssasonow wurde von russischen Blättern ein englischer Gehilfe genannt. Hervorragende Mitglieder der Kadettenpartei ließen sich für englische Interessen begeistern. Nach dem Umsturz in Petersburg vom März 1917 erhielten die englischen Vertreter daselbst unbeschränkten Kredit und sollen nach der finnischen Zeitung »Twoes« vom Mai 1917 mindestens 40 Millionen Mark verausgabt haben, um die Leiter der vorläufigen Petersburger Regierung von dem Abschluß eines Sonderfriedens abzuhalten und für die Fortführung des Krieges zu gewinnen. Das gelang. Der Arbeiter- und Soldatenrat verleugnete seine friedlichen Ziele. Diktator Kerenski, damals Kriegsminister, zeigte sich als Stütze Englands, bereiste die Front, feuerte die Truppen an und schickte sie Ende Juni 1917 und später in blutige Angriffsschlachten, angeblich um den Frieden zu erkämpfen, in Wirklichkeit für Englands Kriegsziele. Ein großer englischer »Aufklärungsfeldzug« sollte durch Massenverbreitung von Schriften mit Bildern und Gleichnissen nach russischem Geschmack die Bauern, Arbeiter und Soldaten vollends gegen Deutschland aufreizen! Nachdrücklich und geldkräftig wurden Englands Bemühungen von den Abgesandten der Union unterstützt, die damit drohten, die zugesagte Milliardenanleihe zu verweigern, falls der Krieg nicht mit aller Kraft fortgeführt würde.

Schon jahrelang hatte englisches Gold reichlich vorgearbeitet. Nach Kriegsausbruch betrieb England seine unerschöpfliche Bestechungs- und Erpressungskunst in Verbindung mit ausgedehnter Ausspäherei überall da, wo es Hilfe oder Vorteile zu erlangen hoffte.

Die Höhe der Geheimgelder der englischen Regierung schwankt je nach Bedarf. Nach den Parlamentsberichten waren sie 1916/17 mit 10 Mill. Mark angesetzt. Die wirklichen Ausgaben stellten sich weit höher. Rechenschaft wurde darüber nicht gegeben. (In Frankreich waren an geheimen Verfügungsgeldern 5,8 Mill. Mark für 1916 ausgeworfen worden.)

Italien ließ sich durch Verheißungen von Landzuwachs, ferner durch englische Bedrohung der unentbehrlichen Seezufuhren an Getreide und Kohlen zum Treubruch verleiten, doch erst nachdem englisches und französisches Gold mit Hilfe des französisch-italienischen Freimaurertums die öffentliche Meinung durch Beeinflussung der Presse gewonnen und die Kriegsstimmung durch kostspielige Straßenkundgebungen erregt hatte. Nach Kriegsbeginn neigten die großen vordem bündnistreuen Blätter mehr und mehr zu England und Frankreich, und die römische »Vittoria« fragte: »Herrscht vielleicht die Pfund-Sterling-Krankheit?« Nachweislich spendete Frankreich 20 Millionen Mark. Doch waren die Gelder, die aus Frankreich und England für die Einspannung Italiens einliefen, um ein Mehrfaches höher.

Mitte 1915 hatte sich das englische Ministerium einen größeren Betrag bewilligen lassen, um englische Ziele auf dem Balkan zu fördern. Griechenland,

Bulgarien und Rumänien sollten an die Seite des Vierverbandes gebracht werden. — In **Griechenland** erwarb die englische Politik zwar einen ergebenen Freund, kam aber mit Venizelos erst nach langer Blockade und hartem Druck zum Ziele, als französische Truppen Mitte Juni 1917 in Athen einrückten und in englischem Auftrage die Absetzung des Königs Konstantin erzwangen. Vordem hatte man jedem Offizier, der sich vom König Konstantin lossagte, 1000 Pfd. Sterl. verheißen. — Dagegen blieben in **Bulgarien** Englands Bemühungen erfolglos. Nach der halbamtlichen »Narodni Prava« vom November 1915 erhielten bulgarische Abgeordnete und Politiker in Form von Vorschüssen auf Scheingetreidegeschäfte annähernd 20 Mill. Mark, versuchten es mit Umtrieben, wurden aber vor Gericht gestellt und Ende 1916 wegen Bestechung verurteilt. In ihrem Oktoberheft von 1915 beklagte die »Candid Quarterly Review« als »schwersten Fehlschlag«, daß es nicht gelungen sei, »Bulgarien zu kaufen«.

Mit **Rumänien** glückte der Handel. Einflußreiche Politiker wurden durch englisches Gold bekehrt. Nach den »Times« vom 28. Januar 1916 vereinbarte die englische Regierung mit der rumänischen für die Beteiligung am Kriege eine Anleihe von 100 Mill. Mark. Ferner erwarb sie durch Vertrag vom 20. Januar 1916 von dem rumänischen Hauptausschuß für den Getreideverkauf, vertreten durch den damaligen Ackerbauminister, Weizen für 200 Mill. Mark und zahlte diesen Betrag bei der Unterzeichnung des Vertrages, ohne das Getreide erhalten zu haben, ohne Aussicht, es jemals beziehen zu können. Unter ähnlichen Bedingungen hatte England für 1914 große Mengen Benzin in Rumänien angekauft.

Portugal, schon lange in Schuldknechtschaft und Abhängigkeit von England, wurde in den Krieg gezogen, weil England die dort befindlichen deutschen Dampfer benötigte. Es bot dafür, wie der portugiesische Finanzminister Costa am 10. August 1916 mitteilte, 60 Mill. Mark oder ein entsprechendes Leihgeld, dazu den dortigen Machthabern bedeutende Geldbeihilfen, insbesondere eine Anleihe, um den Krieg in modernster Art zu beginnen. Der englische Schatzminister Mc. Kenna bestätigte im Unterhaus am 30. November 1916 diese Angaben mit dem Bemerken, es sei richtig, daß die englische Regierung der portugiesischen finanzielle Unterstützung gewähre, aber es liege nicht im öffentlichen Interesse, jetzt Mitteilungen über die Form und den Betrag zu machen.

Um die Freundschaft der **nordamerikanischen Union** hatte England schon seit dem Burenkriege geworben und mit den leitenden Kreisen in Washington, da sie ein Bündnis ablehnten, Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen. Bald nach Kriegsausbruch zog England die nordamerikanische Hochfinanz in seine Kreise durch Massenbestellungen von Kriegsbedarf und durch Aufnahme von Anleihen. Mit ihren Lieferungen an Kriegsbedarf (Sprengstoffen und Waffen im Werte von über 4 Milliarden Mark bis Ende 1916) machten die nordamerikanischen Großinteressenten »the greatest business of the world« und sollen einschließlich der Ausfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen sowie der englisch-französischen Anleihen bei einem Umsatz von 16 Milliarden Mark beispiellose Gewinne erzielt haben. So entstand zwischen London und Neuyork eine finanzielle Interessengemeinschaft mit einer Art von Gegenseitigkeit. Die nordamerikanische Hochfinanz hatte dem Vierverband unter Englands Führung große Kredite eingeräumt auf Grund des sicher erwarteten und fest zugesagten Sieges. Nach Angabe des Schatzamtssekretärs Baldwin im Unterhause am 11. Juni 1917 belief sich bis dahin der Gesamtbetrag der englischen Anleihen in der Union ohne die Privatverbindlichkeiten auf etwa 8 Milliarden Mark. Frankreich schuldete der Union Anfang 1917 rund 2,7 Milliarden Mark, Kanada 1,2, Italien 0,1 Milliarde Mark. Nach ihrem Eintritt in den Krieg bewilligte die Union weitere große Vorschüsse und Anleihen und gedachte, sie bis Mitte 1918 auf insgesamt 29 Milliarden Mark zu erhöhen. Wollte die Neuyorker Hochfinanz ihr Kapital nicht opfern, sagte Feldmarschall von Hindenburg, so blieb ihr nichts übrig, als dem schwankenden Unternehmen mit ihrem gesamten Vermögen beizuspringen. In der Union beherrscht die Hochfinanz mit ihrer Kapitalsmacht die leitenden Kreise und durch die Sensationspresse die öffentliche Meinung. Dem Präsidenten Wilson fiel die Aufgabe zu, die eigentliche Kriegsursache, das Interesse der Hochfinanz, nach englischem Vorbilde und mit englischen Wortwendungen wie Weltfriede, Völkerfreiheit, Menschlichkeit usw. zu maskieren durch Vorschiebung von Idealen mit einem Zwangsfriedensbunde, der sich, sollte er jemals verwirklicht werden, auf Heer und Flotte stützen müßte, um jeden Krieg zu verbieten, andere Völker zu ewiger Ruhe zu verurteilen und widerstrebende niederzuschlagen.

Auf die **mittel- und südamerikanischen Staaten** konnte England einen starken Druck üben; es hatte ihnen in Anleihen und sonstigen Kapitalanlagen, besonders in Eisenbahnen, nach Londoner Börsenberichten bis Oktober 1916 rund 36 Milliarden Mark zugewendet. Im Laufe des Krieges verkaufte England einen erheblichen Teil der mittel- und südamerikanischen Schuldverschreibungen an Unionsangehörige, die zwar ihr Interesse voranstellten, aber doch zu England hielten.

Das Werben um die Seele der Neutralen. Nach Kriegsausbruch überschwemmten die englischen Vertreter die neutralen Staaten in Europa und in Übersee, anfangs täglich, mit englischen Siegesmeldungen, später mit Massen deutschfeindlicher **Flugblätter**. Unter Mitwirkung der Minister Asquith, Balfour u. a. entstanden in London Gesellschaften, um Geldmittel für die schriftstellerische Verteidigung der englischen Sache im In- und Auslande zu sammeln und nach ihrem Aufruf von Mitte Februar 1915 angemessene Literatur nach den neutralen Ländern zu senden. Eine dieser Gesellschaften, die National Patriotic Organisation, hatte nach dem »Daily Telegraph« vom 22. Febr. 1916 durch die englischen Vertreter nahezu 250000 Druckschriften in verschiedenen Sprachen in Europa, Amerika, China, Abessinien, Island, Peru, Java, Mexiko, Persien, Haïti und Hawai verbreitet. Diese Schriften wimmelten von Schmähungen und Verleumdungen gegen das deutsche Heer und Volk. Die englische Regierung eröffnete sogenannte Greuelfeldzüge, dichtete darin den Deutschen die ärgsten Untaten an und ließ ihr Blaubuch vom Frühjahr 1915 mit dem ungeheuerlichen Bericht des Bryce-Ausschusses (vgl. S. 329) über vermeintliche Untaten deutscher Soldaten in Belgien, über ihr angeblich planmäßiges Morden, Plündern, Abschlachten, Schänden usw. auf Grund der Aussagen von zweifelhaften Zeugen ohne Namen in die europäischen Sprachen übersetzen und in allen Ländern, auch in Amerika, Asien und Afrika zu Millionen verteilen, sogar unter

die Schwarzen Afrikas, um Deutschland womöglich bei aller Welt in Verruf zu bringen.

Außer entstellten Kriegs- und Siegesnachrichten führte die englische Regierung auch Flugblätter und Flugschriften gegen Deutschland aus und ließ sie den Buchhändlern und Zeitungsverkäufern in den neutralen Staaten in erstaunlichen Massen, zuweilen wöchentlich zu unentgeltlicher Verteilung übermitteln. Millionen solcher Flugblätter wurden von London aus an hervorragende Leute in der nordamerikanischen Union gesandt. Nach dem Stockholmer »Dagblad« vom 24. Juni 1916 opferte England dafür jede Woche große Geldbeträge. Die unsauberen Zerrbilder des Holländers Raemaekers wurden in Heftform als Postkarten unter dem Titel »Zeichnungen eines Neutralen« in aller Welt zu vielen Tausenden verbreitet, auf Empfehlung Asquiths durch die Peninsular and Oriental Steam Navigation Co. auch in Ostasien.

Die englischen Vertreter in den neutralen Staaten unterstützten mit beträchtlichen Mitteln die Bildung offener und geheimer Vereinigungen zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zugunsten des Vierverbandes in Versammlungen und durch die Presse, auch durch Straßenkundgebungen, wie sie in Rom, Mailand, Athen, Bukarest, Lissabon usw. stattfanden. Außerdem ließen sie englische, französische und belgische Wanderredner berufen, die in italienischen, rumänischen, schweizerischen, holländischen und anderen Städten Vorträge hielten und darin die alten Greuelmären neu auftischten. Dazu organisierten sie mit Hilfe hochbezahlter zweifelhafter Leute beiderlei Geschlechts, zuweilen unter Heranziehung ansässiger Journalisten, in den neutralen Staaten, aber auch in Italien und besonders in Rußland zur Vorbereitung des Umsturzes von 1917 einen geheimen, umfangreichen Ausspäherdienst mit der Aufgabe, die deutschfeindlichen Kreise, je nach Bedarf mit Geld, zu unterstützen, die deutschfreundlichen und sonst verdächtigen Politiker zu ermitteln, zu überwachen, womöglich auszuhorchen, Depeschen und Briefe verschwinden zu lassen, in den Wirtshäusern deutsche oder deutschfreundliche Gespräche zu belauschen, militärische Nachrichten zu beschaffen usw. Einige dieser Leute wurden Anfang 1916 von der Schweiz ausgewiesen. Englische Späher waren selbst in Nordamerika tätig. In den neutralen Ländern bearbeiteten sie zuweilen sogar die ländliche Bevölkerung für den Vierverband.

Um die neutral gebliebenen Staaten an seiner Seite schließlich in den Krieg hineinzudrängen, suchte England bei ihnen Unzufriedenheit und Kriegsstimmung zu erwecken auf Grund von Knappheit und Teuerung, wie sie in jedem europäischen Lande hervortraten, doch nicht, wie die englischen Sendlinge versicherten, durch Deutschlands Schuld, sondern hauptsächlich durch Englands Seetyrannei, die fast alle Zufuhren behinderte und die meisten wegnahm. Mitte Mai 1917 kam es in der Schweiz, in Genf, Lausanne usw., zu deutschfeindlichen Ausschreitungen. In Spanien, besonders in Barcelona, veranstalteten englische und französische Agenten mit Hilfe der Sozialrevolutionäre Mitte Juni 1917 Arbeiterausstände und Straßenkundgebungen, Anfang Juli in Holland, hauptsächlich in Amsterdam. In Schweden wirkten neben den Handelskreisen, die an dem englisch-russischen Durchgangsverkehr gut verdienten, demokratische und sozialistische Abgeordnete und Zeitungen für England und Genossen. Dem schwedischen Sozialistenführer Branting, einem Kostgänger Englands, sagten deutsche Genossen nach, daß er auch zu »Pariser Kreisen, die mit der Fundierung gewisser Presseerzeugnisse vertraut sind«, und zu der französischen Regierung Beziehungen unterhielte[1].

Mit Erfolg arbeitete das englische Gold während des Krieges im Hedschas bei der Aufwiegelung der Araber und des Scherifs von Mekka, auf der Sinaihalbinsel bei den Beduinenhäuptlingen, am Persischen Meerbusen, ferner in Amerika, namentlich in Brasilien und in mittel- und südamerikanischen Republiken, die aus ihrer Neutralität heraustraten, in der Negerrepublik Liberia, nicht zuletzt in China, endlich in Siam.

Was bezweckte England mit seinen Werbungen, Bestechungen, Verheißungen, Drohungen, Erpressungen? Die neutralen Staaten und Völker sollten an seine Unüberwindlichkeit, an seinen unzweifelhaften Endsieg glauben und ihm durch Eintritt in den Krieg dazu helfen. Der »Demoralisator des großen Weltkrieges« hatte nicht vergebens gearbeitet, fast alle Völker in seine Dienste gestellt und hoffte auf Sieg und Gewinn.

Der Pressefeldzug[2]. Für die englische Politik war die Tagespresse mit ihrer organisatorischen Kraft, auf die Massen zu wirken und ein gemeinsames Handeln hervorzurufen, schon vordem ein beliebtes Kampfmittel gewesen, um Deutschland allerwärts zu verdächtigen, als sei es ländergierig, bedrohe die kleinen Staaten Europas, strebe nach der Vorherrschaft in Europa, nach der Oberseeherrschaft, nach der Weltherrschaft, als betreibe es überall Ränke, um England zu überfallen und die englische Flotte zu zerstören. Nach Kriegsausbruch setzte der englische Pressefeldzug mit verschärften Mitteln ein.

Gleichzeitig mit der Kriegserklärung ließ die englische Regierung die deutschen Kabelverbindungen zerstören und so Deutschland von übersee wie übersee von Deutschland abschneiden, verbot anfangs die Weiterverbreitung der amtlichen deutschen Kriegsberichte durch das Reutersche Büro und ließ sie später meist nur entstellt und verstümmelt durch. Um ihre Zensur unbehindert walten lassen zu können, untersagte die englische Regierung die Einfuhr deutscher und unbequemer neutraler Zeitungen und ließ sogar ankommende Reisende daraufhin peinlich untersuchen. Ferner beschränkte sie die Ausfuhr englischer Zeitungen nummerweise und verbot einigen Zeitungen die Ausfuhr allgemein, so im September 1916 dem »Labour Leader«, angeblich weil er von den Deutschen zum Schaden Englands ausgenutzt werde, und Ende April 1917 dem Londoner Wochenblatt »Nation«, weil es die Überlegenheit der Deutschen an der Somme bewundert, die Unterseebootgefahr gekennzeichnet und die Regierung wegen ihrer Untätigkeit verspottet hatte. Anderseits ließ die englische Regierung besondere für das Ausland bestimmte Ausgaben englischer Zeitungen, ja sogar gefälschte Ausgaben deutscher Zeitungen veranstalten und ausführen, um die Neutralen zu verwirren. In der Absicht, Friedenskundgebungen in England vor dem Auslande zu unterdrücken, verbot die englische Regierung Ende April 1917 die Aus-

[1] »Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« vom 2. September 1915.

[2] Vgl. auch den Abschnitt über die englische Presse in dem Beitrag von Diez, Die Presse unserer Gegner, S. 330 ff., ferner P. Dehn, England und die Presse (Hamb. 1915).



fuhr aller Veröffentlichungen friedensfreundlicher Vereinigungen, wie der Union of Democratic control, insbesondere der Schriftsteller Norman Angell, C. P. Buxton, A. L. Dickensen, E. D. Morel, Arthur Ponsonby, Bertrand Russell, Philip Snowden, C. R. Trevelyan.

Obwohl der Londoner Nachrichtendienst eifrig und nicht erfolglos tätig war, forderte in der »Pall Mall Gazette« vom 10. Januar 1917 der Herausgeber der »English Review« die Schaffung eines Vierverbandspressestabes, um die öffentliche Meinung einheitlicher zu bearbeiten. Auch die Herstellung einer einheitlichen Zensur zu gleichem Zweck wurde erwogen. Mitte 1917 begründete die englische Regierung in Rußland einen eigenen Pressedienst für die Verbündeten.

In dem englischen Pressefeldzug erhielt das Reutersche Drahtnachrichtengeschäft die Führung und überschwemmte die Presse aller Länder tagtäglich mit seinen entstellten, falschen und verleumderischen Meldungen. Abhängig von ihm waren die amtlichen oder halbamtlichen Depeschenämter der meisten anderen Staaten, die »Agence Havas« in Paris, die »Agenzia Stefani« in Rom usw., bis zum Kriegsausbruch auch das Wolffsche Büro in Berlin für überseeische Nachrichten.

Die ersten Meldungen üben immer den stärksten Eindruck. Reuter und Genossen waren mit ihrem großen Vorsprung nach Kriegsausbruch überall die Ersten am Platze, brandmarkten Deutschland als Anstifter des Krieges, als Verwüster Belgiens, den deutschen Kaiser als neuen Herodes, Nero und Kain, den preußischen Militarismus als Bedroher aller Völkerfreiheit usw. Nach Britisch-Südafrika meldete Reuter, Deutschland plane dort einen Überfall von Deutsch-Südwestafrika her. Die anderen Selbstverwaltungskolonien wurden für den Krieg durch die Nachricht begeistert, England sei mit seinen Verbündeten durch »den heimlich vorbereiteten Krieg der wilden raubgierigen Deutschen« überfallen worden.

Nur zu wirksam waren die Machenschaften des englischen Pressefeldzuges gegen den deutsch-amerikanischen Nachrichtenverkehr. Schon vor dem Kriege hatte sich der englische Pressedienst mit Reuter an der Spitze bemüht, durch bösartig gefärbte, oft in London verfertigte Nachrichten nach beiden Seiten hin Verstimmungen, Mißverständnisse und Ärgernisse hervorzurufen. Nach Kriegsausbruch konnte dieses üble Geschäft ungezügelt fortgesetzt werden, da England den unmittelbaren Nachrichtenverkehr zwischen Deutschland und der Union abgeschnitten hatte. Es ließ, wie erwähnt, alle für Amerika bestimmten deutschen Zeitungen, Bücher und Briefe auf neutralen Dampfern wegnehmen und alle Drahtnachrichten zwischen Deutschland und Amerika, besonders Pressemeldungen, anhalten, peinlich durchforschen und nach Willkür unterdrücken oder in abgeänderter Fassung weitergeben. Laut, doch vergeblich klagten darüber die amerikanischen Interessenten, Zeitungen und Berichterstatter[1]. Hunderte von Drahtmeldungen amerikanischer Berichterstatter von Deutschland nach Amerika wurden in London unterdrückt, verstümmelt oder gefälscht, »um die Wahrheit zu verhüllen, den Charakter des Gegners zu verleumden und die öffentliche Meinung Amerikas für England zu gewinnen[2]«, um die nordamerikanische Union gegen Deutschland aufzureizen und in die Gefolgschaft englischer Politik herabzudrücken.

[1] Vgl. P. Dehn, England und die Presse (Hamb. 1915), S. 112ff.
[2] »Evening Post« in Neuyork vom 20. Oktober 1914.

Mitte August 1916 ersuchten die Berliner Berichterstatter amerikanischer Zeitungen den damaligen Unionsbotschafter Gerard in Berlin, eine Verwahrung gegen Anhalten und Verstümmeln ihrer Presseberichte durch die englische Zensur der Unionsregierung zu übermitteln. Gerard wollte indessen diese Verwahrung nicht befürworten, solange die Depeschen der amerikanischen Berichterstatter aus Deutschland zensiert werden, stellte demnach die fälschende englische Zensur mit der ehrlichen deutschen auf die gleiche Stufe. Die Bedingung des Botschafters war schon aus militärischen Gründen wegen der englischen Ausspäherei unerfüllbar.

Bis zur Kriegserklärung der Union schürte Reuter das Feuer durch gehässige Meldungen nach Neuyork über Deutschland und nach Amsterdam–Berlin über Amerika. So berichtete er noch vor der Kriegserklärung nach Amerika, die Entzündungen der Brände gewisser nordamerikanischer Fabriken seien auf Anstiften der deutschen Regierung erfolgt, in ganz Deutschland ertönten Haßgesänge gegen Amerika und dergleichen mehr. Nach der Kriegserklärung der Union empfahlen die »Times« Ende April 1917, Amerika durch entsprechende Kriegsberichterstattung »aufzurütteln«, da der Durchschnittsamerikaner noch nicht zu vollem Verständnis der schwierigen Kriegslage gekommen sei.

In London verhinderte man jede Aufklärung, vereitelte deutsche Versuche, über neutrale Länder mit Amerika zu verkehren, und erreichte das vorgesteckte Ziel. Nach der Behauptung des amerikanischen Generalkonsuls Gaffney in München wäre ohne Reuter der Bruch zwischen Deutschland und der nordamerikanischen Union nicht erfolgt und auch manche andere gegen Deutschland gerichtete Kriegserklärung unterblieben. England bereitet, wie er auf Grund seiner Erfahrungen versicherte, »in Reuters Küche das Gift für die öffentliche Meinung aller Völker«.

Haß und Verachtung gegen Deutschland suchte Reuter mit Hilfe der Londoner Sensationspresse hauptsächlich durch Schilderungen angeblicher deutscher Greuel zu erwecken und mittels der europäischen und überseeischen Presse in die weitesten Kreise aller Länder zu tragen. Wochenlang glaubte man überall an das, was von London aus gedrahtet und in Tausenden von Zeitungen, in Millionen von Nummern gedruckt und als neueste Sensation in Massen vertrieben wurde, an die deutschen Greuel und Niederlagen wie an die englischen Siege. Die deutschen Berichte und Berichtigungen kamen zu spät, wurden von den meisten Zeitungen nur versteckt oder gar nicht gedruckt und blieben unbeachtet.

»Im Kriege muß die Regierung die Pöbelinstinkte des Abscheus vor dem Feinde wachhalten[1]«, »muß sie in den neutralen Ländern einen wirksamen Nachrichtendienst einrichten, auch falsche Nachrichten verbreiten und den Gegner bei der ganzen gesitteten Welt in Mißkredit bringen[2].« Danach handelte die englische Regierung und arbeitete hauptsächlich mit Greuelmären.

Mit erstaunlicher Einbildungskraft erfand man in London Untaten der »deutschen Hunnen und Bestien«,

[1] Toulmin im »Journal of the Royal Economic Society« vom April 1915.
[2] Oberst Roß nach der Schrift J. Bruce Glasier, Militarism. Published by the Independent Labour Party (Lond. 1915; Labour and War Pamphlets. Nr. 2).

wie sie Kinder verstümmelten und ähnliche Schändlichkeiten begingen. Die übelsten Schauergeschichten wurden massenhaft verbreitet, vielfach mit eigens hergerichteten Bildern verzerrt, häufig auch mit Hilfe von Lichtbildtheatern durch gestellte Vorgänge veranschaulicht. Englische Untaten, der Baralong-Fall und die Ermordung der Mannschaft von »L 17«, suchte der Londoner Nachrichtendienst zu unterdrücken. Für die öffentliche Meinung in der nordamerikanischen Union erdichteten Reuter und Genossen besonders geeignete Greuel, Vergewaltigungen amerikanischer Frauen in Deutschland, belgischer Kinder und Geistlicher u. dgl. Bis in fernste Länder drahtete Reuter solche Greuelmären. »Seit Kriegsausbruch verging kein Tag«, schrieb die »Cronica« von Peru am 17. Oktober 1916, »ohne daß das englische Kabel die Truppen der Mittelmächte einer neuen Grausamkeit beschuldigte. Man meldete uns, daß die Deutschen die Flüsse und Brunnen an der französischen Grenze vergiftet hätten, Kinder verstümmelten und Gebäude und ganze Städte nur aus Vernichtungswut zerstörten, an Verwundeten und Frauen jede erdenkliche Grausamkeit verübten, ihre Gefangenen verhungern ließen und bei ihren verwundeten Gefangenen Amputationen vornahmen, nur um sie zu verstümmeln usw.«

Als die Bevölkerung in England und den Kolonien so aufgereizt worden war, daß sie im Oktober 1914 und im Mai 1915 die ansässigen Deutschen beraubte und plünderte, schrieb die Londoner »Morning Post« am 13. Mai 1915: »Der Mob hat im Grunde genommen recht, er übte eine rauhe Justiz.« Reuters Berichte brachten es zu Ausschreitungen gegen die Deutschen Mitte April 1917 selbst in Brasilien und Argentinien.

Noch am 4. Mai 1917 erklärte der englische Minister Lord Cecil im Unterhause die angeblich deutschen Zeitungen entnommene Nachricht, daß die deutsche Regierung Fett aus Soldatenleichen ziehen lasse, nicht für unglaubwürdig. Er habe die Verbreitung dieser Tatsache durch die üblichen Kanäle zugelassen! So vergiftete das amtliche England die öffentliche Meinung der von ihm kulturell abhängigen Völker.

In vielen Ländern ist das Hauptorgan der öffentlichen Meinung, die Tagespresse, käuflich, und die englische Regierung geizte nicht. Einige Angaben darüber brachten unbestechliche Zeitungen neutraler Länder an die Öffentlichkeit. Mitte 1915 wurden unter anderen der »Standaard« im Haag, der »Nieuwe Rotterdamsche Courant«, das »Svenska Morgenblad« in Stockholm und der »Correo Espagnol« in Madrid durch Vermittler der englischen Regierung ersucht, englische Berichte über deutsche Greuel gegen beliebig hohe Gebühren abzudrucken, lehnten aber ab. Anders dachten und handelten Hunderte, vielleicht Tausende neutraler Zeitungen. In englischem Sold standen mit dem Amsterdamer »Telegraaf« an der Spitze viele Zeitungen der neutralen Staaten und verbreiteten, oft täglich in mehreren Spalten, was ihnen von London an Falschmeldungen übermittelt wurde. Das »Stockholm Telegrambyrau« wurde besonders von der »Französischen Aufklärungsstelle für neutrale Länder« reichlich mit Geldmitteln bedacht, versorgte die schwedischen Provinzzeitungen mit englischen Falschmeldungen unentgeltlich und versandte deutschfeindliche Flugschriften in Massen ebenfalls unentgeltlich. Nach einer Mitteilung des Pariser »Radical« von Mitte April 1916 erhielt der französische Gesandte Blondel in Bukarest 14 Millionen Mark, um das Gewissen der rumänischen Presse zu beschwichtigen. In Amerika und Ostasien verfügte die englische Regierung über zahlreiche Zeitungen.

Als die englische Regierung dem Hearstschen internationalen Nachrichtendienst die Benutzung der Posten und Kabel verbot, weil er wahre Nachrichten nicht unterdrücken, zurechtstutzen und verdrehen sowie falsche Nachrichten nicht ausstreuen wollte, schrieb der »New York American« am 15. Oktober 1916: »Großbritannien braucht Anleihen, und deshalb ist es nötig, sowohl in Großbritannien als in Amerika den Glauben zu erwecken, Deutschland stehe schon vor dem Zusammenbruch. Um diesen Zweck zu erreichen, hat die britische Regierung Millionen von Dollar ausgegeben zur Unterhaltung eigener Pressestellen und zur Bestechung von Zeitungen und anderen Organen, wie auch von Politikern und Rednern in Holland, Dänemark, Schweden, der Schweiz, Italien, Spanien, Rumänien, Griechenland und ganz besonders zu unserer bitteren Scham in Amerika.« Dasselbe Blatt bezifferte am 19. Februar 1917 Englands gesamte Aufwendungen für seine »Arbeit« in neutralen Ländern auf 76 Millionen Dollar! Lord Northcliffe selbst, der Londoner Zeitungsfürst, rühmte sich schon im April 1900 gegenüber dem amerikanischen Berichterstatter O'Mahony, wie dieser Anfang 1916 in dem »Indianapolis Star« berichtete, an der Spitze eines Verbandes zu stehen, der achtzehn wichtige amerikanische Zeitungen in den größten Städten überwacht. Dieser Verband schien nach Kriegsausbruch außerordentlich angewachsen zu sein. Ein Antrag des Abgeordneten Moores vom 20. Februar 1917, zu untersuchen, ob wirklich 25 amerikanische Zeitungen mit englischem Gelde unterstützt wurden, fand im Repräsentantenhause zu Washington keinen Anklang. Nachdem Lord Northcliffe während des Krieges in der Schweiz und Spanien gewesen war, um Preßorgane für England zu gewinnen, wurde er im Juni 1917 nach Amerika gesandt als Leiter der englischen Kriegsvertretung (»British War Mission«), die dort an der Vereinheitlichung der Kriegführung arbeitet. Hauptsächlich sollte er die Preßbeziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten noch inniger gestalten und die öffentliche Meinung Amerikas über den Krieg aufklären. Er gründete unter anderem einen neuen Presseklub mit 400 Abteilungen in Amerika[1]. Mit Bezug darauf, daß Lloyd George hauptsächlich durch das Drängen der Northcliffepresse leitender Minister, ja Diktator Englands wurde, äußerte Lord Ribbesdale am 20. Juni 1917 im Oberhause spöttisch, das Land scheine eine Regierung zu besitzen, die sich von einem Zeitungsbesitzer am Gängelband führen lasse.

Der englische Pressefeldzug mit seinen Verleumdungen und Verdächtigungen, wie er seit Jahrzehnten gegen Deutschland geführt wurde, bewirkte eine Vergiftung der öffentlichen Meinung und verschuldete wesentlich den Krieg. Eine Bestätigung dafür fand sich in der Londoner »Daily News« vom 10. Dezember 1914 mit dem Satze, daß »die verlogene Jingopresse Englands, die ein großer Teil der Schuld an diesem entsetzlichen Kriege trifft, vom Sturm der öffentlichen Entrüstung hinweggefegt werden möge«. Leider wird Bismarcks Lieblingsgedanke aus dem Jahre 1870 nach einem internationalen Gericht für die Zeitungs-

[1] Gegen Northcliffe und seine Presse erscheint seit März 1917 in Zürich eine Zeitschrift in englischer Sprache »The Great Anti-Northcliffe Mail«.

schreiber, Abgeordneten, Senatoren und Minister, die zum Kriege gehetzt haben, vorläufig unerfüllt bleiben.

Was war der Zweck des englischen Pressefeldzuges? Deutschland als ein geächtetes und verächtliches Reich hinzustellen, die neutralen Staaten aus ihrer Neutralität sozusagen moralisch herauszulocken und sie in den Krieg gegen Deutschland hineinzuzwingen mit der Versicherung, Deutschland, schon halb verhungert, müsse erliegen, das unüberwindliche England dagegen als »Werkzeug der Vorsehung«, als »Führer der Menschheit in Zivilisation und Kultur«, in seinem »heiligen Kriege für Christentum, Völkerfreiheit und Weltfrieden« unbedingt den Sieg erringen über den »Abschaum«, »Pestherd« und »Feind des ganzen Menschengeschlechts«, über das »Höllenreich des preußischen Antichrists« (Ausdrücke Londoner Blätter).

Indessen begann man allmählich den englischen Pressefeldzug zu durchschauen, wenn auch vielfach nur zeitweilig. Als die nordamerikanische Union noch neutral war, am 25. Oktober 1916 nach der englischen Ministerkrisis, äußerte die englandfreundliche »New York Tribune«, der englische Betrug sei enthüllt, die englische Lüge zusammengebrochen. In den feindlichen Ländern ließ sich die frohe Kriegs- und Siegesstimmung nicht mehr aufrechterhalten. Enttäuschung, Unzufriedenheit, Angstgefühl infolge schleichender Gerüchte griffen um sich. Selbst die Wahrheit fand keinen Glauben mehr. Das öffentliche Vertrauen war erschüttert.

Die englischen Kampfmethoden hatten bedenkliche, nicht zu unterschätzende Erfolge, gewannen oder erzwangen neue Bundesgenossen für den Krieg gegen Deutschland, waren aber nicht imstande, zum Ziele, zur Niederschmetterung des verhaßten Gegners, zu führen.

Der Krieg und die Frauen

von Privatdozent Dr. **Arnold Ruge** in Heidelberg

Eins von den vielen, tief im ganzen wurzelnden Problemen, die der Krieg zur Lösung aufdrängt, ist die »Frauenfrage«.

Politisch oberflächlicher Betrachtung wird diese »Frage« als weit hergeholt erscheinen. Sie erkennt wohl, daß der Krieg mit Gewalt in das einzelne Frauenleben eingreift, den der Gatten, Söhne und Brüder Beraubten, den Verschleppten und Vergewaltigten unendliches Weh bringt, aber sie sieht nicht, daß sich die Stellung der »Frauen« im Staatskörper zum Wohl oder zum Fluche des Ganzen zu verschieben droht; es ist ihr entgangen, daß die »Frauenfrage« schon in der Friedenszeit eine so bedeutende Eigenrolle spielte, daß von der angekündigten »radikalen« Lösung eine Erschütterung der nationalen Grundpfeiler zu fürchten war. Sie vermag nicht zu überschauen, daß von der richtigen Beantwortung der »Frauenfrage« nicht etwa nur nebensächliche Zukunftsentscheidungen kultureller und innerpolitischer Natur, sondern im letzten Grunde auch sämtliche Fragen der Außenpolitik abhängig sind, wenn man unter Politik die Kunst versteht, ein als lebendigen Wert empfundenes Ganzes stark zu machen und zu erhalten.

1. Die »Frauenfrage« vor dem Kriege.

Der Ursprung der sich aus dem Ganzen ablösenden »Frauenfrage« ist wie der jeder großen Bewegung durchaus nicht etwa künstlicher Art. Er ist darin begründet, daß die Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse dem weiblichen Geschlechte nicht mehr das Minimum der Befriedigung eines zu Recht bestehenden Anspruches auf Glück und Entfaltung der ureigensten Kräfte verbürgen konnte. Eine »Frauenfrage« konnte nur entstehen, nachdem das Gleichgewicht unter den Geschlechtern erschüttert war, d. h. der vielleicht in der Natur der Dinge liegenden ungünstigen Gestaltung der quantitativen Verhältnisse gegenüber das Gegengewicht fehlte, um das Gleichmaß auf irgendeine Weise wiederherzustellen. Es ist ganz falsch, den Grund von »Bewegungen« lediglich in wirtschaftlichen Umständen zu erblicken. Das Wirtschaftliche ist stets erst die Folge tiefer liegender Ursachen. Die Fundamentaltatsachen der Geschichte lassen sich niemals mit »nationalökonomischen« Erwägungen erklären. Die letzten Anlässe ernsthafter Veränderungen im Gesamtbilde der einzelnen Völker liegen stets entweder in der elementaren Wirkung äußerer Mächte oder in der Abwandlung vorherrschender Weltanschauungen.

Sucht man daher nach dem Ursprung der »Frauenfrage«, so muß man die ganzen Verhältnisse ins Auge fassen, aus denen sie mit scheinbarer Notwendigkeit geboren worden ist. Dazu gehört vor allen Dingen, daß man sich völlig klar darüber ist, was unter »Frauenfrage« zu verstehen ist. »Fragen« der Politik, die sich mit der Stellung des weiblichen Geschlechtes beschäftigen, hat es zu allen Zeiten der Völkergeschichte gegeben. Solche »Fragen« sind durch Sitte und Gesetz mit Rücksicht auf die geheiligten Einrichtungen in Zeiten gesunder Entwicklung so beantwortet worden, daß das Ganze davon eine Förderung hatte. Seit undenklichen Zeiten ist dabei dem Umstande Rechnung getragen worden, daß ein Teil des weiblichen Geschlechtes nicht zur Erfüllung seiner eigentlichen, mit dem Leben der Nation zugleich aufs engste verbundenen Lebensaufgaben in der Ehe gelangen kann. Diesem Umstande gegenüber war darauf zu achten, daß die Ursachen nicht verstärkt würden, die diesen individuellen Notstand hervorriefen, daß die Folgen dieses Notstandes nach Möglichkeit ausgeglichen würden und ihm damit die Kraft genommen wurde, zu einer Erschütterung des Ganzen beizutragen. Es ist nun aber so gekommen, daß sich eine zweifellos vorhandene Not zu einer drohenden Gefahr für die Gesamtheit auswuchs, mit der fertig zu werden immer schwerer wurde. Erst als dies eintrat, entstand eine eigentliche »Frauenfrage«. Das brauchte keineswegs zur Folge zu haben, daß sich die »Frauen« bzw. das weibliche Geschlecht emanzipierten. Tatsächlich aber ist die »Frauenfrage« die Frage der »Emanzipation der Frauen« geworden, weil die herrschenden Anschauungen es gestatteten, nicht etwa nur den Männern, sondern allen staatlichen Einrichtungen Kampf anzusagen und ihnen auf das persönliche Wohl gerichtete Forderungen entgegenzuhalten. Das konnte nur geschehen, als das Ganze die Kraft verloren hatte, mit allen Angelegenheiten des Lebens fertig zu werden. Diese Kraftlosigkeit des Ganzen, die schwindende Empfindung für das Wohl der übergeordneten Gesamtheit, hat ihren tiefinnersten Grund in der Ver-

achtung alles dessen, was sich aus einer langsamen Entwicklung herauswachsend an Sitte, Haltung nach innen und außen gebildet hatte.

Diese Erschütterung der Grundfesten ist eingetreten, als Deutschland in überschnellem Tempo vom Agrarstaat zum Industriestaat überging. Es ist die wesentlichste, aber auch die verhängnisvollste Wandlung, die Deutschland überhaupt, vornehmlich seit 1870—71, erfahren hat. Es ist ein zweiter, nicht minder gefährlicher »Fortschritt« hinzugetreten: Deutschland hat den weiteren Schritt vom Werte schaffenden Industriestaat zum Werte umsetzenden Handelsstaat gewagt. Weltindustrie und Welthandel haben sich vereinigt, um die Selbständigkeit zu erstreben, die der Agrarstaat schon allein durch seine Existenz besessen hatte. Dieser »Fortschritt« ist nicht etwa so vor sich gegangen, daß der Industriestaat den Agrarstaat ergänzte und zu größerer Vollendung, zur Erschließung aller vorhandenen schöpferischen Kräfte brachte, sondern die Idee des Industriestaates setzte sich der des Agrarstaates feindlich entgegen, und es war niemand da, der diese Feindschaft in einer höheren Form ausgeglichen hätte. Das gleiche feindselige Verhältnis machte sich bald bemerkbar in dem Gegensatz vom Industrie- und Handelsstaat. Agrarstaat und Industriestaat sind dem Handelsstaat gegenüber zweifellos höhere Formen der Gemeinschaft, da sie produktive Kräfte zeitigen; die größte Gefahr für ein Volk liegt in der Entwicklung zum Welthandelsstaat, zum Zwischenhändler, zum Weltwarenhausbesitzer, zum Weltverfrachter; England hat diese Entwicklung, von Anfang an auf ganz anderen Bedingungen aufgebaut, durchgemacht.

In dem schnellen Fortgang vom Agrarstaat zum Industriestaat und von da zum Handelsstaat ist das bedrohlichste Wagnis der Einseitigkeit, der unharmonischen Auslösung der Kräfte, des eigentlichen Selbstaufgebens, des Überganges von der Produktivität der Masse zur Produktionslosigkeit, von der Herrschaft der Werte, der Qualitäten, zur Anarchie der Werte und zur Tyrannei kleiner Gruppen verborgen. Es ist die Bahn von der Werterschaffung, Wertsteigerung und Wertvertiefung bei allen einzelnen Menschen zur völligen Entwertung auch der Wertträger. Es ist zugleich der Weg von der Urwüchsigkeit der Weltanschauung zur Weltanschauungslosigkeit, von der mit fester Bürgschaft und deshalb mit Persönlichkeitswertungen begleiteten Leistung zur bürgschaftslosen Hergabe und Unterbringung von Waren fremder Produktivität; es ist — um nur eine Etappe dieses Weges sinnfällig vor Augen zu stellen — der Weg vom Bauer zum Handwerker und von dort zum Händler, zum Krämer, zum Warenhausbesitzer, der mit Sachen und Menschen, mit Gebrauchsgegenständen, Werken der Kunst und des Kultus marktet, um dort Geld zu verdienen, wo andere schufen. Während der Bauer noch alles unter dem Gesichtspunkte der produktiven Kraft erblickt und der Erschaffer von Industriewerten zäh an den Bedingungen einer guten Leistung festhält, erscheint dem Warenhausmenschen alles nur nach Maßgabe des äußeren Wertes, gegen dessen Ursprung und Verhältnis zu anderen Werten er sich völlig gleichgültig verhält. Der Mensch der Scholle steht naturgemäß dem Werdenden und Gedeihenden staunend gegenüber; er empfindet stark die schöpferische Kraft einer übergeordneten Macht als etwas in sein Leben Eingreifendes; der produktive Handwerker wertet die persönliche Tugend, die zur Erschaffung des gewollten Zweckes führt, der Händler dagegen haftet an den Marktpreisen. Die unharmonische Entwicklung vom Agrarstaat zu den Anfängen des Händlerstaates ist keineswegs etwa eine notwendige, sondern es ist eine gewollte, eine verschuldete, aus dem Mangel an Willen zur Einheit entsprungene; es ist eine unnatürliche, sich gegen die ursprüngliche Kraft und den gesunden Instinkt, den auf Ganzheit gerichteten Willen wendende; sie ist begründet in der bewußten und planvollen Vernichtung der reinen Empfindung für die eigentlichen Aufgaben, Grenzen und Lebensbedingungen der Völker und der Menschheit. Wem das nicht deutlich vor Augen steht, hat keine Vorstellung von den treibenden Momenten der Welt- und der Völkergeschichte.

Der Ursprung der »Emanzipation« zunächst der ledigen Mitglieder des weiblichen Geschlechts liegt bei folgerichtiger Fortsetzung dieser Grundrichtung in der Verbreitung der Anschauung, daß der einzelne »Mensch« für sich allein die Bedingungen größtmöglichen Erwerbes und äußerster Luststeigerung zu erringen das Recht habe. Nachdem sich dies die Männer angemaßt und sich unter Vorantritt der traditionellen Führer aus dem gesamten Pflichtenkreise »emanzipiert« hatten, war nicht nur das Scheinrecht, daß die Frauen das gleiche taten, geschaffen, sondern sogar die absolute Notwendigkeit dazu; das Verständnis für die Fragen des weiblichen Geschlechtes, die nur als solche des Familienlebens gelöst werden konnten, war geschwunden. Da der Gedanke abhanden gekommen war, jedes Mitglied des Volkes nur als einen Träger der Volksidee zu betrachten, wurde auch das Weib als Einzelindividuum, teils als Erwerbselement, teils als Gegenstand der Lust gewertet, und es kam darauf an, es nach beiden Seiten hin den Einzelzwecken der Männer dienstbar zu machen. Damit hängt das wachsende Unverständnis für die Werte innig zusammen, die durch die Frauen deutlich repräsentiert werden. Fanden beispielsweise früher viele unverheiratete Frauen eine befriedigende und geachtete Unterkunft in hilfsbedürftigen Familien, standen sie hoch in Ehren als Wohltäterinnen und Krankenpflegerinnen, so wurden sie jetzt auch hier nur noch als konkurrierende Elemente betrachtet oder ihrer Erwerbsuntüchtigkeit wegen von oben herab angesehen. Infolge dieser gegen vergangene Zeiten ganz veränderten Lage ist die »Frau« dazu gedrängt worden, ihr Schicksal selbständig in die Hand zu nehmen.

Dies hat nun ungeheure Gefahren mit sich gebracht: Die »Frauenbewegung« ging nicht aus sittlichen, sondern aus äußerlichen gemeinschaftsfeindlichen Beweggründen hervor. Sie kämpfte für einen Teil des weiblichen Geschlechtes, aber nicht im Sinne der »alten Zeit«, sondern im Geiste einer »Neuorientierung«. Die »Frauenbewegung«, die Bewegung der Ledigen, anstatt eine Reaktion zu sein, den Zustand der Sittlichkeit wiederherzustellen, den Familiengesichtspunkt wieder als den einzig berechtigten klar vor Augen zu rücken, ist eine Bewegung geworden, den Verselbständigungsprozeß zu fördern. Die Frau soll dem Manne gegenüber »selbständig« werden, sie kämpft nicht, um ihren durch Geschlecht, Religion und Überlieferung geheiligten, mit dem Wohle des Ganzen unabänderlich verbundenen Pflichtenkreis zurückzuerobern und den Egoismus der Männer zu brechen, sondern sie streitet um Rechte, die ihr angeblich als »Mensch« zustehen. Dieses Programm der Frauenbewegung steht seit mehr als 20 Jahren vollkommen fest und ist mit Zähigkeit

und nicht zu leugnender Zielbewußtheit durchgeführt worden; es ist mit Klugheit in allen Erwerbsständen, vor allen Dingen aber im Bildungswesen und den darauf gegründeten Berufen zur Geltung gebracht worden. Der Beginn des Weltkrieges ist der Zeitpunkt gewesen, wo die deutsche Frauenbewegung im Bunde mit den organisierten Frauen aller Länder den nachdrücklichsten Vorstoß gegen die bestehenden Gemeinschaftsformen zu unternehmen entschlossen war, um kirchliches, kommunales und staatliches Wahlrecht zu erlangen, damit den Prozeß der »Atomisierung« der Gesellschaft zu vollenden, zugleich aber auch das Bestehen staatlicher Verbände in Frage zu stellen.

Man muß zur Rechtfertigung der deutschen Frauen dabei folgendes scharf unterstreichen: Erstens war, wie schon bemerkt, an dem herrschenden Zustande die Männerwelt schuld, denen die Machtausübung oblag; zweitens ist die Frauenbewegung nicht etwa eine Bewegung verheirateter Frauen, sondern, wie erwähnt, überwiegend eine solche der ledigen; drittens trug die Frauenbewegung von Anfang an durchaus das Gepräge einer dem schwerfälligeren deutschen Volke künstlich aufgepfropften Sache, da sie vorzugsweise von jüdischen Frauen gefördert wurde, die naturgemäß den engsten Anschluß an inter- und antinationale Strömungen suchten, ein Zustand, der im wesentlichen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht. Diese Momente geben der Hoffnung Raum, daß eine durch den Krieg geförderte kraftvoll einsetzende deutsche Frauenregsamkeit, ein festes Auftreten der eigentlichen vaterländischen Frauenvereine, ein energischer Anschluß an die die Not empfindenden Männer dem Zerfall Einhalt tun und die Werte wieder in Ansehen bringen können, auf die uns der Krieg zurückgeworfen hat.

Um die Lage richtig zu beurteilen, müssen noch einige von den verschiedensten Seiten her (von Historikern, Hygienikern, Rasseforschern, Philosophen) oftmals betonte Tatsachen in Erinnerung gebracht werden, die es ganz zweifellos erscheinen lassen, daß durch die Frauenbewegung der Notzustand, aus dem heraus eine Frauenfrage überhaupt entstehen konnte, vergrößert worden ist. Die »Frauenbewegung« und das völlige Versagen der verantwortlichen Männer haben es dahin gebracht, daß den Mädchen nicht nur alle Berufsarten geöffnet worden sind, sondern daß es zur Gewohnheit wurde, die Mädchen schon im jugendlichen, am meisten gefährdeten Alter dem Haus zu entfremden und zum Erwerb vorbereiten zu lassen. Es ist nun eine sich immer wieder bestätigende Beobachtung, daß durch die selbständige Erwerbstätigkeit die Frau die Grundeigenschaften einer tüchtigen Mutter und Gattin überschnell verliert, nämlich die Selbstlosigkeit und die Fähigkeit williger Unterordnung unter die Gebote des Familienlebens, daß zweitens die physische Kraft, gesunde Kinder hervorzubringen, bei dem Verbrauch der Frauen in den Erwerbsbetrieben aller Art rasend abnimmt, daß drittens die gesunden Männer instinktiv diesen Mangel an Eigenschaften für die Ehe empfinden und deshalb die Ehe mit solchen Mädchen scheuen, daß endlich durch die starke Konkurrenz im Erwerb die wirtschaftlichen Bedingungen der Ehebildung fast abhanden gekommen sind. Auch ist kein Zweifel darüber, daß infolge des Hinsinkens aller durch eine feste Sitte errichteten Schranken die außereheliche Befriedigung des Geschlechtstriebes viel größere Möglichkeit und Duldung findet als zu Zeiten, wo die Sitte die Frau im Hause hielt und auf der Unsittlichkeit der Makel der Gesellschaft ruhte. Ein Umstand aber zeigt die ganze Größe der Gefahr: Durch den Verbrauch des weiblichen Körpers und der weiblichen Seele im Erwerbsbetrieb einerseits und andererseits durch die Steigerung und Legitimation der Unsittlichkeit für beide Geschlechter ist die Hervorbringung eines kräftigen männlichen Geschlechtes völlig in Frage gestellt. Das Überwiegen weiblicher Geburten gegenüber den männlichen ist ein betrübliches Ergebnis; das männliche Geschlecht bedarf, wie von vielen Hygienikern nachgewiesen ist, weit mehr der sorgfältigen Pflege und vor allen Dingen der natürlichen Ernährung als das weibliche, ein Bedürfnis, das zu erfüllen unter den obwaltenden Umständen völlig ausgeschlossen ist. Nicht nur diesem Ergebnis der Verminderung des männlichen Geschlechtes sah man in Deutschland zu Beginn des Weltkrieges entgegen, sondern wir befanden uns, als alles über uns herfiel, uns zu vernichten, vor einem Abgrund, der durch den schnell zunehmenden »Geburtenrückgang« scharf bezeichnet war. Es könnte noch an viele Einzelerscheinungen der angedeuteten Entwicklungen erinnert werden, die dem oberflächlichen Politiker unbedeutend erscheinen, aber näher betrachtet den Lebensnerv unseres Volkes treffen, so beispielsweise die das Wachstum der Nation aufs schwerste bedrohende »Dienstbotennot« und anderes mehr.

An Gegenströmungen gegen die »Frauenbewegung« hat es keineswegs gefehlt; nur konnten sich dieselben infolge des herrschenden Materialismus, des fortschreitenden Feminismus bei den Männern und dem damit verbundenen Versagen der Parteileitungen keine Geltung und keine Macht verschaffen. So haben sich die auf den alten Anschauungen vom Pflichtenkreise der Frau beruhenden großen Organisationen der »vaterländischen Frauenvereine« und viele mit den christlichen Kirchen in engster Verbindung arbeitende Vereine in rastlosem Kampfe weiter behauptet, obwohl sie nicht mehr die alte Anziehungskraft ausüben konnten. Der »Deutsche Bund gegen die Frauenemanzipation«, eine Organisation von Männern und Frauen, hat mit richtiger Erkenntnis der Sachlage zuerst das wachsende »Bildungsbedürfnis« der »Frauen« und dann vor allen Dingen die politischen Ziele der »Frauenbewegung« angegriffen. Um diesen Bestrebungen wieder das gebührende Ansehen zu verschaffen, bedurfte es eines sichtbaren Zeichens, daß die angestrebte Entwicklung zu einer Katastrophe hinführe: des Weltkrieges.

2. Die durch den Krieg geschaffene Lage.

Der Einfluß des Krieges auf bestehende Verhältnisse mußte bei längerer Dauer in jeder Beziehung ein ganz anderer sein, als wenn es sich darum gehandelt hätte, einen kurzen, die Nation aufrüttelnden Kampf zu Ende zu bringen. Alle Teile und mehrere Generationen des Volkes sind von ihm auf das allerschwerste betroffen; er hat auch gerade an das weibliche Geschlecht Ansprüche gestellt, die in ihren letzten Folgerungen kaum mehr zu übersehen sind und ernste Bedenken bei denen hervorbringen, die sich über die Zukunft Gedanken machen.

Die ersten Wirkungen waren zweifellos durchaus befreiender Natur. Ein Strom der Begeisterung für eine große gemeinsame, den Menschen aus engen Verhältnissen herausreißende Sache durchflutete alle Teile der Bevölkerung. Die Mutter, die Söhne ins Feld

schicken konnte, stieg gewaltig im Ansehen; die Gattin, die für »kurze« Zeit an die Stelle ihres Mannes trat, fühlte durch die erhöhte Pflichterfüllung ihre Kräfte ungeheuer gesteigert. Die Mädchen, die in die Hilfsorganisation des »Roten Kreuzes« eingestellt wurden, um unmittelbar am Kriege teilzunehmen, sahen etwas von überflüssiger Vergangenheit hinsinken und empfanden sich als unentbehrliche Glieder des gemeinsamen, in Not geratenen Vaterlandes. Zu Hunderttausenden drängten sich Frauen, die bis dahin untätig gewesen, sich aus edler Überlieferung von einem Seele und Körper vernichtenden »Erwerbsgeschäft ohne Liebe« abhalten ließen, in Tätigkeiten und Berufe hinein, wo Aufbietung aller Kräfte und zugleich ein großes Maß mütterlicher und schwesterlicher Anteilnahme erfordert wurden. Die im Frieden gefährdete Stellung der sich der Wohlfahrt widmenden Frauen schien sich von neuem zu heben. Die Mütterlichkeit der Nation wurde neben der entschlossenen Männlichkeit eine unentbehrliche Waffe.

Wer die ersten Kriegsmonate in deutlicher Erinnerung hat, wird diesen Zug als einen ganz wesentlichen empfunden haben. Die Sorge der Frauen trat überall ein; sie sorgten für ihre im Felde stehenden Söhne, Gatten und Brüder; sie sorgten in erhöhtem Maße für die im Lande gebliebenen Kinder; sie sorgten für die Armen und diejenigen, die sich nur langsam zurechtfinden konnten; Strickstrumpf und Flickzeug wurden plötzlich wieder zur beherrschenden Mode. Die großen Opfer der Kriegsorganisationen, die Weitherzigkeit, mit der die Krieger überall verabschiedet, empfangen, verpflegt und behütet wurden, das ins Land zurückflutende Elend an verwundeten und gebrochenen Kriegern steigerten von Tag zu Tag das Maß von sorglicher »Mütterlichkeit«. Die Einschränkungen im Haushalte, die unleugbaren Fehler in der verspäteten und ziellosen Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte, der zu furchtbarer Blüte getriebene Wucher spannten alle edlen Kräfte der helfenden Frau auf das äußerste an und zeigten, wieviel verborgene Kraft in ihr geschlummert hatte. Noch war sie überall diejenige, die aus freiem Entschluß zu dem Heere hinter der Front hinzukam, noch zwang sie keine Not, noch galt es, die vorhandenen Dinge richtig zu überschauen und einzuteilen, »Frauentugenden« mobil zu machen. Noch war die Nation nicht arm an Männern, da der Hauptbestand der mobilen Truppen und der Reserven aus Deutschlands Jugend bestand, die zwar unter erschwerten Umständen versorgt sein wollte, aber doch noch nicht so fest in den inneren Lebensbetrieb der Nation eingereiht war, daß mit ihrer Herausziehung der Organismus gefährdet gewesen wäre. Noch war Arbeiterüberfluß vorhanden, noch war der eiserne Bestand in keiner Weise angetastet. Es galt für die Frau, Lücken zu füllen, aber das, was von ihr im wesentlichen verlangt wurde, war gesteigerte Mütterlichkeit, Frauentugend, Frauenkraft, Mitverantwortlichkeit für Familie und Beruf des Mannes, kurzum »Mobilisierung der weiblichen Kräfte der Nation«.

Natürlich hat sich auch unter den Frauen die große Spaltung gezeigt, die bei den Männern so unverwischbar in die Augen getreten ist und als eine eherne Tatsache den Krieg und alle kommenden Zeiten bestimmen wird. Wie sich die Männer in solche schieden, die in heller Begeisterung für die gemeinsame Sache alles, sich selbst, freiwillig hingaben, und solche, welche die günstige »Konstellation« auszunutzen, in Kriegsgesellschaften hineinzukommen und darin sich »unabkömmlich« zu machen wußten, so war es auch mit den Frauen: die einen erfüllte tiefste Sehnsucht zu helfen und Liebe zu spenden, die anderen begrüßten die Möglichkeit »lockender« und »lohnender« Beschäftigung. Es fragt sich aber bei allen »Bewegungen« des Lebens nicht nur, welche Strömungen vorhanden sind, sondern welche sich Ansehen und damit die Oberhand zu erringen vermögen, und da ist es zweifellos, daß dies im Anfang des Krieges die edle Strömung gewesen ist. Die erste Zeit des Krieges hat die kühnsten Aussichten auf eine Wiedergeburt und eine Hebung des weiblichen Geschlechtes in dem einzigen Sinn eröffnet, in dem eine gesunde und kräftige Nation eine Hebung des einen Teiles zum Besten aller anderen ohne Niederlegung natürlicher und göttlicher Schranken anstreben kann. Es schien die Zeit mit Riesenschritten zurückzukommen, wo einerseits das Ansehen der Mutter und Gattin dauernd gefestigt war, anderseits sich Berufe als Krankenpflegerin, als Fürsorgerin, als Helferin in hauswirtschaftlichen Betrieben erschlossen, die, richtig ausgebaut, der Forderung zu genügen geeignet gewesen wären, den Mädchen in der Zeit von der Schule bis zur Ehe eine würdige weibliche Ausbildung und Erwerbsmöglichkeit zu erschließen, die sich unter dem Schutze des Elternhauses und unter der Achtung der Öffentlichkeit vollzog. Zudem hätte ein nicht zu langer, wenn auch blutiger Feldzug das Heimatbedürfnis der männlichen Jugend gesteigert, und aus ihm wäre von selbst der Wille zum Hause und zur Ehe gekommen, an dessen Mangel die Nation vor dem Kriege schwer erkrankt war. Die ungeheuren Gefahren einer dem »Geburtenrückgang« entgegentreibenden Nation wären klar ins Bewußtsein getreten. Der Wille zu kraftvoller Entfaltung männlicher und nationaler Instinkte hätte klug benutzt werden können, um das drohende Verhängnis eines möglichen Überfalles von allen Seiten vor Augen zu stellen, wie er sich in diesem Kriege als wirklich erwiesen hat.

Eine ganz andere Wendung ist eingetreten. Die allgemeine Wehrpflicht ist bis auf den letzten Mann ausgedehnt worden, die Hilfsdienstpflicht ist hinzugetreten; sie hat alles, was an Männern überhaupt vorhanden ist, unmittelbaren Kriegszwecken dienstbar gemacht. Das innere Leben der Nation ist den Männern über 60 Jahren und der Arbeit der Frauen anvertraut. Die Frau besorgt die Geschäfte des Mannes schon aus Gewohnheit, nicht mehr als seine Vertreterin; Tausende sind in die Lage versetzt worden, sie dauernd zu übernehmen. Das »Staatsinteresse« lockt Mädchen und Frauen aus den Häusern und stellt sie in ungezählten Mengen in Betriebe ein, die jeden Funken von weiblichem Menschentum ertöten müssen. Nicht auf die »Mütterlichkeit« mehr rechnet das Vaterland in gegenwärtiger Stunde, sondern auf die physischen Kräfte, Maschinen zu bedienen, landwirtschaftliche Arbeiten zu leisten, Eisenbahnen zu überwachen, den strengen Dienst zu tun, der sonst nur der härteren und geregelteren Natur der Männer anvertraut werden durfte. Die Schranken zwischen Mann und Weib erscheinen von Staats wegen niedergelegt. Das sind Wandlungen, die, sich selbst überlassen, nur zum Untergange der Nation führen können, die allein durch entschlossenen Willen, durch zielbewußte Arbeit zum Segen geführt werden mögen. Die Tatsachen an sich sind jedoch nicht genügend, um die Lage der Frauen richtig zu verstehen, man muß auch die Mittel ins

Auge fassen, mit denen diese geschaffen und aufrechterhalten wird.

Legten im Anfang des Krieges die von selbst kommenden Verhältnisse den »Frauen« natürliche Lasten auf, trieb sie damals der Wille zu helfen und die Scham des Nichtstuns unwiderstehlich auf einen Platz, auf dem sie etwas leisten konnten, und stand damals die Mütterlichkeit in hohem Ansehen, so drängen sie jetzt die eigene Not, der unmittelbar winkende Gewinn und endlich die Aussicht, sich irgendwo in Erwerbsbetrieben unter Verzicht auf ihre natürliche Lebensaufgabe auch für kommende Zeiten festzusetzen. Dies ist keineswegs verwunderlich, da die Hoffnung auf baldige normale Zeiten und auf die Rückkehr eines kräftigen männlichen Geschlechtes schwindet, das im Bunde mit den zu Hause ausharrenden Frauen die Heimat neu bauen, für Glück und wahres menschliches Dasein am häuslichen Herde sorgen werde. — Das ist im Augenblick die veränderte Lage des Frauengeschlechts, die sich allerdings in jeder Stunde wandeln kann. Die Frauen treiben Erwerb, sie halten die von den Männern verlassenen Stellen inne, sie verdienen ohne Begeisterung Geld, während Deutschlands Männer um kargen Sold den schweren Dienst mit der Waffe tun. Der ausgesprochene Wille, einer dadurch angebahnten Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist nicht zu verspüren. Nicht nur die zur Aufrechterhaltung des nationalen Lebens unbedingt notwendigen Berufe der Männer sind von Frauen überströmt, ohne die ausgesprochene Absicht, sie bald wieder aufzugeben, sondern es werden ausdrücklich zur staatsmännischen Ertüchtigung der männlichen Jugend geschaffene Betriebe jetzt zu Vorbereitungsstätten für junge Mädchen, um den an Leib und Seele aus langem Kriege geschädigt in die Heimat Zurückkehrenden die Aussichten zu verkümmern: Deutschlands Universitäten sind Erwerbsvorbereitungsstätten für junge Mädchen geworden.

3. Die Einstellung der Frauenfrage in die Rechnung der Zukunft.

Die durch den Krieg geschaffene Lage des weiblichen Geschlechtes wird in ganz verschiedener Weise in die Rechnung der Zukunft eingestellt, als ein Zustand der »Not« oder als ein Zustand des »Fortschrittes« angesehen. Das Schrifttum gerade über diese Frage der Gegenwart ist außerordentlich angeschwollen, und die Versuche in bezug auf die zu schaffenden neuen Verhältnisse sind überaus zahlreich. Das ist vor allen Dingen darin begründet, daß erstens die agitierenden Frauen ungestört ihre Wünsche vorbringen können, während die Männer im Felde stehen, zweitens das Gegengewicht der im Haus beschäftigten Frau nicht in die Wagschale fallen kann, weil sich diese naturgemäß nicht an dem Kampfe der Meinungen beteiligt, drittens die »Frauenfrage« eine Angelegenheit ist, die nur weitsehenden Politikern und vom Staatsgefühl durchdrungenen Männern als überaus wichtig erscheint. Immerhin ist die Zahl der Stimmen, die aus den Kreisen der an das Haus gebundenen Frauen und aus denen besorgter Männer kommen, auch nicht so ganz klein. Jede Entscheidung in dieser Angelegenheit hängt davon ab, welche Vorstellung man sich von den Aufgaben und unveräußerlichen Rechten eines Volkes macht. Bei der Beantwortung der »Frauenfrage« stoßen die Weltanschauungen auf das allerhärteste aufeinander.

Die schon im Frieden auf die »Verselbständigung« der Individuen gerichteten »Bewegungen« müssen in dem augenblicklich vorhandenen Zustande einen erfreulichen, für alle Zeit festzuhaltenden »Fortschritt« auf der Bahn erblicken, den Menschen von der Tradition zu »befreien«. Die Vereinzelung der Menschen, nicht die Aufeinanderbezüglichkeit oder die Gebundenheit an eine übergeordnete Form ist das Thema und das Ziel aller modernen »Emanzipationen«. Sie streben keineswegs danach, Selbständigkeit und Erwerb des nicht zur Ehe gelangenden Mädchens nur innerhalb der Grenzen zu fördern, die durch den höheren Wert der »Familie« geboten sind, sondern sie stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß es nur »Menschen« gibt, die durch kein übergeordnetes Ideal miteinander verbunden sind, und daß für diese »Menschen« — ob weiblich oder männlich — die größtmögliche Freiheit der Betätigung als Ziel einer fortlaufenden Entwicklung zu erstreben sei. Es kommt jetzt alles darauf an — unter Vorschiebung von allgemeinen Gründen — die Ungebundenheit durch überkommene Sitte zu einem sanktionierten Rechtszustand zu machen. Es gilt die Gleichheit im Erwerb, in der politischen Tätigkeit und in allen anderen Dingen unter Aufgabe bisher heiliger Güter nach Maßgabe des im Kriege erreichten Zustandes zu erlangen; es gilt, für die »Frauenemanzipation« insbesondere, den Kampf gegen die Herrschaft des Mannes, des männlichen Staates, der monarchisch eingerichteten Ehe eiligst bis zu einem Punkte durchzuführen, der neue Aussichten eröffnet, noch bevor sich die durch den Krieg gebundenen Männer dessen wirksam erwehren können. Das ist die Grundrichtung, welche die Kriegsunternehmungen der Frauenrechtlerinnen, festorganisiert im »Bunde deutscher Frauenvereine«, seit Beginn des Weltkrieges ganz systematisch verfolgen. Aus keinem anderen Grunde als aus Kampfeszwecken für das angegebene Ziel haben sich die »organisierten« Frauen reinlich von den »vaterländischen« und »religiösen« Frauenvereinigungen geschieden. Das ist geschehen durch Schaffung des »Nationalen Frauendienstes«; die Organisation als solche war notwendig, um in und nach dem Kriege die Rechnung vorlegen zu können: Die »Frauen« haben im Kriege dieselben Leistungen vollführt wie die Männer; folglich erwarten sie als Lohn dafür nach dem Kriege die volle »Gleichberechtigung« auf allen Gebieten. Unter diesem Zeichen der völligen Atomisierung der Gesellschaft stehen die Erörterungen über das Frauendienstjahr«, die »Beteiligung der Frauen in der Gemeinde, der Kommune und dem Staate«, die »Zulassung der Frauen zu den staatlichen Ämtern«, die »Aufrechterhaltung und Umbildung der Universitäten«, die »Aufhebung des Zölibates der Lehrerinnen«. In dieser Form spielt die »Frauenbewegung« bereits in den »Verfassungsausschuß« und in die Programme sämtlicher politischer Parteien hinein.

Den Versuchen, dieser Entwicklung Halt zu gebieten, fehlt es meistens an agitatorischer Kraft; sie können sich nicht in rein wirtschaftlichen Berechnungen bewegen, sie müssen viel tiefer schürfen und sich an die edlen Instinkte der Menschen zu einer Zeit richten, wo man gewöhnt ist, ausschließlich materialistisch zu denken. Dazu kommt, daß sich die zerklüftete, künstlich aufrecht erhaltene Parteipolitik Deutschlands alle großen aus dem Weltkriege heranwachsenden Ideen fern zu halten scheint. Ein Gefühl der Unsicherheit diesen Ideen gegenüber veranlaßt die Parteiführer, die »Frauenbewegung« zu umwerben in der Hoffnung,

dort ein neues Heer von Stimmabgebenden anwerben zu können. In keiner der bestehenden Parteien ist mit der Frauenbewegung deutlich abgerechnet, weil die großen, die Einzelpartei überragenden Gesichtspunkte noch nicht von durchschlagender Kraft geworden sind. Hier bleibt das Feld der Betätigung den berufenen, über den Parteien stehenden Leitern und Vertretern des Staatsinteresses vollkommen frei.

Die Schlagwörter, die heute zum Sturme gegen alle Überlieferung aufrufen und alles das mit sich zu reißen drohen, worauf wirklicher, ruhiger Fortschritt beruht, sind im Grunde die gleichen, die zur Zeit der französischen Revolution für die Masse derer gemünzt waren, die ohne jede weltanschauliche Hemmung von Extrem zu Extrem eilen, mit denen sich überhaupt nicht über Werte sprechen läßt, die über den materiellen Werten gelegen sind. Die durch den Krieg geförderten und immer wieder vorgeschobenen Forderungen der radikalen »Frauenbewegung« sind rein materialistischen Ursprunges. Sie fußen ethisch auf einer gefährlichen, dem deutschen Idealismus und der christlichen Lehre völlig fremden Lohnmoral, philosophisch auf einem durchaus negativen Intellektualismus und einem gegen die sichtbaren Unterschiede blinden Individualismus, religiös auf vollständigem Nihilismus, politisch folgerichtig auf einer grundsätzlichen Abneigung gegen den Begriff des Staates, kulturell auf einem geschichtsfremden Internationalismus. Über allen Zweifel aufklärend in bezug auf das Wesen der Frauenbewegung und auf ihre Einstellung in die Rechnung der Zukunft ist ihre enge Verbindung mit der internationalen Sozialdemokratie und den Parteien des äußersten Fortschrittes. In den politischen Bewegungen der Gegenwart feiern die vier großen internationalen Bünde fast täglich Feste der engsten Verbrüderung, »Sozialdemokratie«, »Fortschritt«, »Judentum« und »Frauenbewegung«.

Von hier aus ist auch der Zusammenhang der »Frauenfrage« und ihrer möglichen Lösungen mit der äußeren Politik des Deutschen Reiches auf das einfachste zu überschauen: Der Pazifismus, das Evangelium von der möglichen »Verständigung«, eine durchaus feministische Theorie, die folgerichtig im Lager jener internationalen Verbände vertreten werden muß und ausnahmslos zur Wirtschaftspolitik führt, bezeichnet scharf den Gegensatz zu den ausgesprochen nationalen Gruppen, die demgegenüber die Machtpolitik betonen müssen. Machtbehauptung und -erweiterung haben nur einen Sinn, wenn das physische und seelische Leben eines Volkes als der Quell der schöpferischen Kraft geschützt und gesichert werden sollen. Nur der Politiker kann sich für eine kräftige Außenpolitik mit innerer Berechtigung einsetzen, für den die Familie das letzte Zentrum aller politischen Bestrebungen ist, der jede »Bewegung« mit heiligem Zorne bekämpft, die sich gegen gesunde natürliche und sittliche Familienbildung richten könnte. Der Machtpolitiker erweist sich deshalb in gegenwärtiger Stunde, wo im Bunde mit internationalen Gewalten gerade die Folgen des Krieges gefördert werden, die nach der Auflösung der Gemeinschaftsbildung, der Sitte und der Autorität hinstreben, als seiner Aufgabe nicht gewachsen, der sich der »Frauenfrage« gegenüber gleichgültig verhält. Die Möglichkeiten solcher Folgen liegen in dem natürlichen Verlauf der Dinge. Eine Erweiterung unseres Machtbesitzes und ein Anspruch auf Welt- und Seegeltung bestehen nur zu Recht, wenn damit der Entwicklung, die am Anfang des Krieges sich durchzusetzen den Anschein nahm, die Bahn frei gemacht wird, der Entwicklung zur Mütterlichkeit des weiblichen, zum staatlichen Verantwortlichkeitsbewußtsein des männlichen Teiles, zur Achtung, Liebe und Sehnsucht nach den verlorengegangenen Grundbedingungen gesunden Daseins aller Teile der Nation.

Diese Entwicklung kann nach dem bisherigen Verlauf des Krieges nicht mehr von selbst kommen. Dem widerstreitet der Fortgang nach der anderen Seite hin, nachdem fast das ganze weibliche Geschlecht in die erwerblichen Berufe eingeordnet und seinem eigentlichen Lebenszwecke entfremdet worden ist. Die radikale Umkehr zu einer wahrhaft menschlichen Lösung der »Frauenfrage« kann nur durch Entschließung politisch überragender Persönlichkeiten geschehen, genau so wie die schwere militärische Lage nur durch einen überragenden Geist gerettet werden konnte. Wir sind von allen Seiten, nicht nur von äußeren, sondern auch von inneren Feinden furchtbar umstellt. Da muß es gelten, vor Riesenopfern nicht zurückzuscheuen und auch nicht vor den Legionen herbeiziehender Phrasen und Gemütsduseleien. Da wird es heißen müssen, den börsianischen Skrupellosigkeiten einer rein materialistisch denkenden Gesellschaftsgruppe ruhig, aber kräftig entgegenzutreten und mächtig zu appellieren an die gesunden Empfindungen des im Kampfe und in Entbehrungen gestählten Volkes deutscher Männer und deutscher Frauen. Alle Hoffnungen der Zukunft, in der alle außen- und innerpolitischen Bestrebungen fest verankert sein müssen, beruhen darauf, daß die alten Autoritäten, die das Einzelleben überstrahlenden Ideale und fest bindenden Formen wieder aufgerichtet werden, daß ihnen Ansehen, Geltung und Macht zuteil werde. Die Aufrichtung solcher Autoritäten wird die unnatürliche Spaltung von selbst untergehen lassen, die zwischen dem männlichen und weiblichen Geschlecht eingetreten ist, sie zum Kampfe gegeneinander und gegen das übergreifende Ganze verleitete, sie dem Satan des Geldes und des Erwerbes statt dem wahren Glücke nachzueilen verlockte.

Der Krieg selbst kann dazu helfen, indem er das Heimatgefühl steigert, den kämpfenden Mann und die opferbringende Frau an die Werte erinnert, für die das Leben einzusetzen sich überhaupt erst verlohnt, die für den Staat verantwortlichen Elemente zwingt, in der Not des Äußeren an den Reichtum der deutschen Innerlichkeit zu mahnen. Aber der Krieg allein kann die Zukunft nicht retten, das müssen entschlossene, mit Führertalent ausgerüstete Männer tun. Es kommt auch bei der durch den Krieg von neuem gestellten »Frauenfrage« vor allen Dingen auf die Folgerungen an, die man aus den Ereignissen zieht; deren sind verschiedene möglich. Die Entscheidung ist letzthin eine Machtfrage, und das ist ihr eigentümlich, daß sie klar und deutlich vor Augen stellt, daß alle Ansprüche und Wünsche der Menschen im tiefsten Grunde auf Weltanschauung zurückzuführen sind. Es fragt sich bei ihnen, welche Werte Anerkennung finden und welche dagegen verblassen müssen.

Literatur. Die Hauptorgane der »Frauenbewegung«, in denen die gesamte Literatur, soweit sie den Standpunkt der »Emanzipation« einnimmt, sachlich, die Äußerungen der anderen Seite wenigstens der Hauptsache nach immerhin polemisch besprochen werden, sind die Zeitschrift »Die Frau« (Leipzig) und das »Jahrbuch der Frauenbewegung« (Jahrbuch des Bundes deutscher Frauenvereine; Berlin und Leipzig). — Die der »Frauenbewegung« entgegengesetzte Richtung ist in allen eigentlichen Frauenzeitungen

mehr oder weniger ausgesprochen vertreten, zum scharfen und bewußten Ausdruck kommt sie im »Monatsblatt des deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation« (Berlin) und in der neugegründeten Zeitschrift »Wege und Ziele« (Potsdam). — Unter den zahllosen Einzelschriften geben die nachfolgenden einen Begriff von der Fülle der sich an das Wort »Frauenbewegung« anknüpfenden Probleme: L. Langemann, Auf falschem Wege (Berl. 1913); L. J. Taylor, Die Natur des Weibes (Stuttg. 1913); A. Ruge, Die Mobilmachung der deutschen Frauenkräfte für den Krieg (Berl. 1915); A. Schellenberg, Mutter und Volk (Potsd. 1916); H. Pauli, Die neue Familie (Stuttg. 1916); F. Sigismund, Frauenbewegung und Staat (Berl. 1917).

Deutsche Organisation im Kriege

von W. Bacmeister in Elberfeld, Mitgl. d. preuß. Abg.-Hauses

Als im Jahre 1914 der große Krieg über uns kam, fand er das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Hinsicht wenig vorbereitet. Man hatte in den Kreisen der Reichsleitung nicht fürchten zu müssen geglaubt, daß Deutschland im Kriegsfall von allen überseeischen Verbindungen abgeschnitten werden könnte, und hatte aus diesem Grunde versäumt, der Rohstoff- und Nahrungsmittelfrage schon vor dem Kriege die notwendige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die von außen an die Reichsregierung herangetragenen Bestrebungen auf Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabs und einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, an denen auch der Wirtschaftliche Ausschuß beteiligt gewesen war, hatten noch nicht zu irgendeinem faßbaren Ergebnis geführt.

An jenem 4. August 1914, als England wider Erwarten der Reichsregierung dem Deutschen Reiche den Krieg erklärte, wurde Deutschland vor gewaltige neuartige Probleme gestellt. Der Glaube an die Unlösbarkeit dieser Probleme dürfte für die britische Regierung ein stark mitbestimmender Beweggrund gewesen sein, als sie den Kampf gegen das Deutsche Reich wagte. Und in der Tat hatte dieser Glaube viel für sich. Schon der Blick auf die Sprengstofffrage, auf die Fähigkeit der englischen Kriegsflotte, die deutsche Salpeterzufuhr zu verhindern, konnte zu ihm verleiten. In Deutschland mußte von vornherein mit einem fast vollständigen Stillstand der Einfuhr solcher Rohstoffe und Waren gerechnet werden, die bis dahin allgemein, insonderheit von England, als Kriegsbannware bezeichnet worden waren. Darüber hinaus aber war es kein übertriebener Pessimismus, wenn eine Ausdehnung der englischen Seesperre auf den gesamten deutschen überseeischen Außenhandel, also auch auf die für die Zivilbevölkerung bestimmte Nahrungsmitteleinfuhr in die Kriegsrechnung eingestellt wurde. Daß England schließlich auch Wege finden und gehen würde, um eine Umleitung des deutschen Außenhandels über die an Deutschland grenzenden neutralen Staaten zu unterbinden, war ebenso vorauszusehen. Da sich die großen Nachbarstaaten im Osten und Westen des Reiches im Krieg mit Deutschland befanden, deren Handelsbeziehungen zu uns über die Landesgrenze also ebenfalls eingestellt waren, bedeutete der Eintritt Englands in den Krieg für Deutschland die wahrscheinliche Herstellung eines Zustandes, der den deutschen Außenhandelsverkehr im wesentlichen auf Österreich-Ungarn, Skandinavien, Holland, die Schweiz, Italien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland und die Türkei beschränkte, und zwar wiederum nur auf die eigenen Erzeugungsüberschüsse dieser Länder. Dieser Zustand ist inzwischen von England im wesentlichen hergestellt worden, wobei Italien und Rumänien mit ihren Erzeugungsüberschüssen infolge Kriegserklärung und Griechenland seit Sperrung der griechisch-bulgarischen Verbindung durch das Saloniki-Unternehmen ausgefallen sind. Darüber hinaus hat Englands zielbewußte Politik auch noch durch Beschränkung der überseeischen Zufuhren an die in Frage kommenden neutralen Staaten deren Erzeugungsüberschüsse herabzusetzen gewußt[1].

Rohstoff- und Nahrungsmittelproblem. Das Deutsche Reich, das im Jahre 1913 eingeführt hatte für 5,26 Milliarden Mark an Rohstoffen, für 1,25 Milliarde an halbfertigen Waren, für 1,79 Milliarde an fertigen Waren, für 3,06 Milliarden an Nahrungs- und Genußmitteln und für 2,90 Milliarden Mark an lebenden Tieren, hatte also mit dem Ausfall des weitaus größten Teiles dieser gewaltigen Zufuhren zu rechnen. Es war für die Kriegführung und für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung angewiesen auf die eigene Erzeugung, auf die im Lande befindlichen Vorräte, die verhältnismäßig gering, auf die Vorräte der besetzten Gebiete, die verhältnismäßig groß waren, auf die Erzeugungsmöglichkeiten in den besetzten Gebieten und endlich auf nicht sehr große Zufuhren aus den verbündeten und benachbarten neutralen Ländern.

Damit waren die beiden großen Probleme gegeben, deren Lösung der deutschen Kriegsorganisation oblag, das Rohstoff- und das Nahrungsmittelproblem. Beide Probleme erschienen nicht unlösbar, wenn es sich um einen Krieg von kurzer Dauer handelte, weil dann die vorhandenen Vorräte einen starken Sicherheitsfaktor abgaben. Sie gestalteten sich aber zu Riesenaufgaben schwierigster Art, wenn der Krieg lange andauerte, zumal sie beide durch den starken Verbrauch der gewaltigen Heeresmassen scharf beeinflußt werden mußten.

Die Rohstofffrage erschien besonders schwierig auf dem Gebiet der Erze und der Faserstoffe. An Eisenerzen hatte Deutschland 1913 etwa 14 Millionen Tonnen eingeführt, davon 3,8 Millionen Tonnen aus Frankreich, 3,63 Millionen aus Spanien und 489 000 Tonnen aus Rußland. Da aber Deutschland selbst große Eisenerzlager besitzt, der deutsch-schwedische Verkehr in Erzen (1913: 4,56 Millionen Tonnen) von England nicht abgeschnitten werden konnte und Frankreichs größtes Erzfördergebiet (Briey) in deutsche Hand fiel, so bot diese Frage keine allzu großen Schwierigkeiten. Bedeutsamer erschien die Kupferfrage. Zwar hatte Deutschland vor dem Kriege nicht viel mehr Kupfererze und kupferhaltiges Gestein eingeführt (27,6 Millionen Tonnen), als es ausführte (25,2 Millionen Tonnen). Aber die Kriegsindustrie bedurfte so großer Mengen an Kupfer, daß die Vorratsfrage in diesem Metalle von vornherein als sehr bedeutsam angesehen werden mußte.

---

[1] Vgl. die Beiträge »Weltwirtschaft und Wirtschaftskrieg«, Bd. I, S. 376 ff.; »Englische Kampfmethoden«, Bd. II, S. 335 ff.; »Die neutralen Mächte Europas«, Bd. II, S. 84 ff.



Wichtig waren ferner die Manganerze (deutsche Einfuhr 1913: 680000 Tonnen, Ausfuhr nur 9295 Tonnen), Schwefelkies und Schwefelerze (Einfuhr 1026000 Tonnen, Ausfuhr 28214 Tonnen), Wolframerze (Einfuhr 4803 Tonnen), Zinkerze, die bei einer Einfuhr von 318000 Tonnen nur eine Ausfuhr von 45000 Tonnen aufwiesen. Der Krieg brachte ein stark vermehrtes Bedürfnis nach all den Metallen, die sich in ihrer Erzeugung auf die genannten Erze stützen. Hier also mußte die deutsche Kriegsorganisation einsetzen, die vorhandenen Vorräte und Erzeugungsmöglichkeiten zu erfassen suchen.

Als nicht minder wichtig trat gleichzeitig in den Vordergrund die Frage der *textilen Rohstoffe*, in erster Linie Baumwolle und Wolle sowie der Erzeugnisse aus diesen Rohstoffen. Betrug doch 1913 die Einfuhr an Baumwolle 477945 Tonnen im Werte von 607 Millionen Mark, die von Wolle etwa 190000 Tonnen im Werte von etwa 400 Millionen Mark. Für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung durfte allerdings auf lange Zeit mit der Möglichkeit gerechnet werden, auf die vorhandenen Vorräte (vom Rohstoff bis zum Detailhandel) zurückgreifen zu können. Darüber hinaus mußte aber der gewaltige Heeresbedarf sichergestellt werden, der sich natürlich nicht nur auf Bekleidung, sondern auf zahllose, von der Textilindustrie hergestellte Erzeugnisse erstreckte. Daß die Vorratsfrage auch auf diesem Gebiete gelöst werden konnte trotz der über Erwarten langen Dauer des Krieges, ist nicht zum kleinen Teil den Heldentaten der deutschen Armee zu danken, die gewaltige Mengen in den besetzten Gebieten lagernder textiler Rohstoffe und Halbfabrikate zur Verfügung der deutschen Kriegsorganisation stellten.

Daß neben den genannten wichtigsten Rohstoffen noch zahllose andere genannt werden müßten, wenn der Zustand der wirtschaftlichen Einengung, in den Deutschland durch die Absperrung geriet, vollständig gekennzeichnet werden sollte, liegt auf der Hand. Aber schon das Gesagte deutet den Umfang der Aufgaben an, vor die sich die deutsche Organisation in der Rohstofffrage gestellt sah.

Das *Nahrungsmittelproblem* enthielt nicht minder große Schwierigkeiten. Zwar hatte das Reich 1913 an Roggen sogar mehr ausgeführt (934000 Tonnen) als eingeführt (352000 Tonnen). Aber diese Mehrausfuhr wurde in den Schatten gestellt durch die Mehreinfuhr an Weizen, die etwa 2 Millionen Tonnen betrug. Dazu kamen aber noch die gewaltigen Einfuhren an Gerste (3087000 Tonnen), Hafer (505000 Tonnen), Mais (918000 Tonnen), Reis (163000 Tonnen), Erbsen (147000 Tonnen) usw. Eine Ausfuhr von Bedeutung hatte in allen diesen Nahrungsmitteln nicht bestanden. Auch auf seine große Kartoffelerzeugung hatte das Reich keinen Ausfuhrüberschuß aufbauen können. Mit der Absperrung entfielen ferner die größten Teile der gewaltigen Fetteinführungen (Schweineschmalz 107000, Talg 27000, Oleomargarin 26500, Butter 54000, Sesam 116000, Raps und Rübsen 153000, Palmkerne 235000, Kopra 196000 Tonnen usw.) und die sehr stattliche Einfuhr an Fleisch und lebenden Tieren sowie an Eiern.

Es kam hinzu, daß Deutschland einer riesigen Einfuhr von Kraftfuttermitteln für seine Viehwirtschaft bedurft hatte. Nach Hoesch[1] hatten wir im Jahre 1913 nachstehende, ausschließlich für die Viehernährung bestimmte Mengen hereingenommen:

	Tonnen		Mark
1) Eiweißarme Körnerfrüchte (Futtergerste, Mais, Dari)	3999583	zu	466631000
2) Eiweißreiche Körnerfrüchte, rund .	70000	„	10000000
3) Eiweißreiche und teilweise fettreiche Futtermittel (Malzkeime, Reisabfälle, Kleie, Ölkuchen usw.) . .	2348689	„	253951000
4) Futtermittel aus eingeführten Futterrohstoffen, von denen 2/3 — 1/2 der Masse und etwa die Hälfte des Wertes auf Futtermittel fällt (Leinsaat, Mohn, Rübsen, Palmkerne, Kopra, Baumwollensamen, Sojabohnen, Erdnüsse usw.) rund . .	1000000	„	264996000
Zusammen:	7418272	zu	995578000

Das Fehlen des weitaus größten Teiles dieser gewaltigen Einfuhren mußte entweder zu einer starken Einschränkung der deutschen Viehwirtschaft, dadurch zu einer Vermehrung der Düngemittel-, Fett- und Fleischnot oder zu einer erheblichen Verfütterung der sonst für menschliche Ernährung benutzten pflanzlichen Stoffe führen. Ohne eine *starke Verbrauchsbeschränkung* war also das Nahrungsmittelproblem in Deutschland auch dann nicht zu lösen, wenn es der deutschen Landwirtschaft gelang, ihre Erzeugung noch über den Friedensstand hinaus zu steigern.

Die Organisation der Rohstofffrage. Die deutsche Kriegsorganisation der Rohstofffrage kann als vollständig gelungen bezeichnet werden trotz vieler Fehlgriffe, welche die Überleitung der freien Wirtschaft in den durch die Organisation bedingten bureaukratischen Betrieb mit sich gebracht hat. Es ist heute noch nicht die Zeit, endgültig darüber zu urteilen, wessen Verdienst das frühzeitige Aufgreifen des Problems und damit die rechtzeitige Erfassung der Vorräte und Erzeugungsmöglichkeiten durch das Reich gewesen ist. Über die damit zusammenhängenden Vorgänge liegt bisher nur die Schilderung *Walter Rathenaus* vor, der sicher in klarer Erkenntnis des Problems an der Autorschaft der Grundidee beteiligt sein dürfte. In zahlreichen Kriegs-Aktiengesellschaften auf gemeinnütziger Grundlage, die aus den Arbeiten der *Kriegs-Rohstoff-Abteilung* hervorgegangen sind, ist die Rohstofforganisation bis zum Jahre 1917 bis ins einzelne gegliedert und ausgearbeitet, für Metalle wie für Erze, für Faserstoffe wie für Textilwaren, für Kohlen wie für Leder und Öle.

Den von Reichs wegen gegründeten Organisationen trat der *Kriegsausschuß der deutschen Industrie* mit großem Erfolg hilfreich zur Seite. In ihm fanden sich die großen wirtschaftlichen Verbände, die sich bis dahin vielfach als Gegner gegenübergestanden hatten, zu fruchtbarster Arbeit zusammen.

Wenn es dieser weitverzweigten Organisation gelungen ist, die Rohstoffbedürfnisse der Industrie im Kriege zu befriedigen, so war das doch nur möglich, weil sich das deutsche Wirtschaftsleben schon vor dem Kriege auf eine gewaltige eigene Erzeugungskraft stützen konnte und weil es ihr gelungen ist, sich selbst durch eigene Organisationskraft den veränderten Umständen anzupassen. In Europa führend oder mit führend auf dem Gebiete der Kohlenförderung, der Eisenerzgewinnung, der Bleierzgewinnung, der Zinkerzgewinnung, der Kupfererzgewinnung und der Roheisenerzeugung sowie der Herstellung chemischer Erzeugnisse hat die deutsche Industrie es zugleich verstanden, die vorhandenen Rohstoffvorräte zu strecken oder fehlende Stoffe zu ersetzen. Es sei erinnert an

[1] »Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit« (Berl. 1916).

die Stickstofffrage. Ohne die Zufuhr des Chilesalpeters hätte das Reich den Krieg längst verloren, wenn nicht die Habersche Erfindung der Gewinnung von Stickstoff aus der Luft und ihre fabrikmäßige Ausnutzung im größten Stil der Kriegführung die fehlenden riesigen Salpetermengen ersetzt hätten. Und daß die Herstellung von künstlichem Kautschuk durch die deutsche chemische Industrie ein früher als unlösbar erscheinendes Problem gelöst hat, entband die Kriegführung ebenfalls von Schwierigkeiten, die erst später in ihrem ganzen Umfange erkannt werden dürften.

Von den durch die deutsche Industrieorganisation zur Verwertung gebrachten Ersatzstoffen hat besondere Bedeutung das Papiergarn erlangt, das für eine große Reihe von Erzeugnissen die pflanzlichen und tierischen Faserstoffe ersetzt hat. Daneben haben die Nachprodukte aus der Kohle für die Herstellung von Sprengstoffen eine ganz hervorragende Rolle gespielt. Der deutschen chemischen Industrie ist es gelungen, aus den ihr zur Verfügung stehenden Rohstoffen die riesigen Schwefelsäuremengen zu gewinnen, deren die Kriegsindustrie bedurfte (vgl. Bd. I, S. 295 ff.).

Neben den organisatorischen Kräften der deutschen Industrie haben die in den mannigfachsten Formen thesaurierten Vorräte des Landes geholfen, die zentralisierte Organisation zum Ziele gelangen zu lassen. Indem das Reich auf die Metallvorräte nicht nur der Industrie selbst, sondern auch des privaten Besitzes zurückgriff, konnte es der Kriegsindustrie durch die in Frage kommenden gemeinnützigen Gesellschaften stets das notwendigste Maß von Rohstoffen bereit halten. Es hat also bei der Organisierung des Rohstoffproblems eine große Reihe von Faktoren zusammenwirken müssen, um eine Frage zu lösen, deren Schwierigkeiten zuerst fast unübersehbar erschienen, und trotz aller Mißgriffe und bureaukratischer Schwerfälligkeiten, die dieser Teil der deutschen Kriegsorganisation hervorgebracht hat, wird er doch ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte bleiben.

Die Organisation der Nahrungsmittelfrage. Die einheitliche Organisation in der Nahrungsmittelfrage ist erst allmählich emporgewachsen. Sie hat von Anfang an mehr unter Fehlgriffen gelitten als die der Rohstofffrage, vielleicht weil das Problem noch schwieriger war als dieses. Es handelte sich in erster Linie um zwei große Aufgaben:

1) Beschaffung aller erreichbaren Vorräte an Lebensmitteln (Vorratsfrage) und
2) Verteilung der Vorräte an die Bevölkerung (Rationierung).

Die erste Aufgabe sonderte sich in zwei Teile, welche die Förderung der einheimischen Erzeugung einerseits, die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande anderseits umfaßten. Es wird vielfach bezweifelt, daß der Vorratsfrage von vornherein die notwendige Aufmerksamkeit zugewendet worden ist. Große volkswirtschaftliche Kreise neigen der Ansicht zu, daß das Reich unter dem Druck der Arbeitergewerkschaften und sonstiger Konsumentenkreise eine Höchstpreispolitik betrieben hat, die zwar zunächst den Verbrauchern billigen Einkauf zu sichern schien, die aber, weil sie den durch den Krieg entstandenen Verhältnissen nicht gerecht wurde, ungeeignet war, die Erzeugung zu fördern und Nahrungsmittel in möglichst großem Umfang an die Verbraucher zu bringen. Die Kritik der allmählich durchgeführten Zentralisation fast aller wichtigen Lebensmittel wird sich allerdings stets gegenwärtig zu halten haben, daß jede Höchstpreispolitik von Schwierigkeiten mannigfachster Art umgeben ist. Fast nie läßt sich die volkswirtschaftliche Wirkung einer Höchstpreisfestsetzung im voraus mit Sicherheit berechnen. Ebenso häufig, wie sich die mit Höchstpreis bedachte Ware einen neuen Verwertungsweg sucht (Schleichhandel, Verarbeitung usw.), um dem Höchstpreis zu entgehen, wird der Höchstpreis auch in seiner Weiterwirkung auf eine Einschränkung der Erzeugung hinführen. Auch ein durchgebildetes, möglichst alle Bodenerzeugnisse umfassendes Höchstpreissystem kann kaum zu wirklich befriedigenden Ergebnissen führen, weil seine Wirkung auf die Erzeugung von viel zu viel Faktoren abhängig ist, als daß sie im voraus errechnet werden könnte. Diese volkswirtschaftlichen Tatsachen, die auf uralten Naturgesetzen beruhen, sind es auch gewesen, die eine das ganze Höchstpreissystem, als in die Irre führend, verwerfende volkswirtschaftliche Richtung haben in den Vordergrund treten lassen, an deren Spitze sich Schiele-Naumburg und Generallandschaftsdirektor Kapp gestellt haben. Sie will nicht den Höchstpreis, sondern den Marktpreis regieren lassen in der Überzeugung, daß er besser noch als jede Rationierung den Verbrauch genau im Verhältnis der vorhandenen Waren beschränken werde. Der Preis — sagt diese Richtung — ist der geschickteste Warenverteiler; er wird automatisch die Waren dorthin leiten, wo sie am dringendsten gebraucht werden, während die bureaukratische Verteilung, weil kein geschäftliches Privatinteresse dahintersteht, niemals die Verteilungsschwierigkeiten ganz zu überwinden vermag und zugleich zu einer Verärgerung der Erzeuger führt.

Es soll hier nicht entschieden werden, ob der Weg, den das Reich gegangen ist, also der Weg der fortschreitenden Zentralisierung, grundsätzlich richtig oder falsch war. Sicher ist, daß die Absichten, die ihm zugrunde lagen und die eine sozial gerechte Verteilung der Waren in den Vordergrund rückten, viel zur Beruhigung der minderbemittelten Kreise des Volkes beigetragen haben, und wenn auf diesem Wege schließlich trotz aller Fehler das Ziel des Durchhaltens mit Nahrungsmitteln erreicht wird, so mag also immerhin der ihm zugrunde liegende soziale Gedanke sein Gutes gewirkt haben.

Die Zentralisierung begann mit dem Brotgetreide, also mit Beschlagnahme der Vorräte und Rationierung auf die Bevölkerung mit Hilfe der Brotkarte. Es wird allgemein anerkannt, daß dieser Teil der deutschen Nahrungsmittelorganisation, der früher in den Händen der von Reich, Bundesstaaten und Kommunen gegründeten gemeinnützigen Kriegsgetreidegesellschaft, später in denen der Reichsgetreidestelle lag, als gelungen zu bezeichnen ist. Das Rückgrat der deutschen Volksernährung ist durch ihn gesichert worden. Allmählich sind dann fast alle wichtigen Nahrungsmittel in mehr oder minder straffer Form in die Zentralisation einbezogen worden. Es entstanden die Reichskartoffelstelle, deren Erfolge allerdings, nicht mit Unrecht, stark bemängelt worden sind, die Trockenkartoffelverwertungs-G. m. b. H., die Reichsstelle für Versorgung mit Vieh und Fleisch (Reichsfleischstelle), die in Verbindung mit den Viehhandelsverbänden die organisierte Belieferung der Kommunen mit Fleisch übernahm, die Reichsstelle für Speisefette, der Kriegsausschuß für Fette und Öle, der auch die Verwertung der wild wachsenden Ölfrüchte übernahm, die Reichszuckerstelle mit einer ganzen Reihe abgezweigter, die Zuckerfragen behan-

delnden Gesellschaften. Andere Reichsstellen übernahmen die Zentralisierung von Gemüse und Obst sowie der Erzeugnisse daraus. Die Hülsenfrüchte wurden in der Reichshülsenfruchtstelle zentralisiert; es kamen eine Grießzentrale, eine Graupenzentrale, ein Reichskommissar für Fischversorgung, eine Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung, eine Kriegsnährmittelgesellschaft, ein Kriegsausschuß für Kaffee und Tee, eine Kriegsgesellschaft für Kaffee-Ersatz u. a. m.

Daneben entstanden die großen Organisationen zur Zentralisierung der Futtermittel, die Reichsfuttermittelstelle, die Reichsgerstengesellschaft, die Gesellschaft für Milchkraftfutter, die Hafer-Einkaufsgesellschaft m. b. H., die Kriegsstroh- und Torf-G. m. b. H.

Alle diese Gesellschaften und Stellen erhielten durch Bundesratsverordnungen weitgehende Befugnisse für den Einkauf und die Beschlagnahme der ihnen unterstellten Waren, so daß schließlich ein Monopol in allen Erzeugnissen entstand, während der Handel gewissermaßen nur noch Agentendienste zu übernehmen hatte.

Die Frage der Beschaffung von Nahrungsmitteln aus dem Ausland wurde der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. (Z. E. G.) übertragen. Hervorgegangen aus der großen Einkaufsorganisation der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, ist diese Gesellschaft, oft unschuldigerweise, manchmal durch eigene Schuld, der Gegenstand vieler Angriffe gewesen. Es muß anerkannt werden, daß der grundlegende Gedanke des zentralen Einkaufs im Ausland gesund ist, da auf diesem Wege Preistreibereien und zugleich einer nicht notwendigen Entwertung der deutschen Valuta vorgebeugt wurde. Soweit das neutrale Ausland die nach Deutschland hereinzulassenden Warenmengen kontingentiert und die Z. E. G. nachweisen kann, daß es ihr gelungen ist, die Kontingentsmengen in vollem Umfange zu übernehmen, darf die Gesellschaft mit Recht sagen, daß der freie Handel nicht mehr Waren hereinschaffen könne als der Zentraleinkauf. Die vielen in der Öffentlichkeit verbreiteten Beispiele, daß der Z. E. G. Waren entgangen seien, die der Privathandel schon an der Hand hatte, beweisen von vornherein nichts, da es sich ausschließlich um die Gesamtmenge des Hereingebrachten handelt. Eine noch ungeklärte Frage aber ist, ob die Z. E. G. auch solche Auslandswaren, die von den betreffenden Staaten nicht kontingentiert waren, stets im vollen Umfang, der möglich war, hereingebracht hat oder ob nicht manchmal Rücksichten auf die Valuta stärker mitgespielt haben, als das im Interesse der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wünschenswert gewesen wäre. Unklar erscheint auch, warum die Z. E. G. den Schmuggelhandel an den Grenzen mit aller Energie unterbindet. Die Ansicht, daß die durch den Schmuggel einem neutralen Staat entzogenen Waren dem dortigen Markt fehlen und somit später an dem Ausfuhrkontingent doch abgezogen werden, also der deutschen Gesamtheit entgehen müßten, kann nicht durchschlagend sein, da die neutralen Staaten ja auch an die feindlichen Länder liefern und somit ein jeweils entsprechender Teil der nach Deutschland geschmuggelten Waren auch den für die Feinde bestimmten Kontingenten abgezogen werden würde, wobei sich also immerhin ein Plus für Deutschland ergäbe.

Die Organisation der Z. E. G. wird vielfach falsch beurteilt. Man macht sie ungerechtfertigterweise auch für Fehler und Mißgriffe verantwortlich, die zu Lasten anderer Kriegsgesellschaften gehen. Die Z. E. G. hat lediglich die Aufgabe der Hereinschaffung von Auslandswaren, die der Zentralisierung unterliegen. Sie liefert die beschafften Waren dann an die in Frage kommenden Reichsstellen ab, die ihrerseits für die Verteilung zu sorgen haben. Alle in Verteilungsfragen gemachten Fehler sind also nicht auf das Konto der Z. E. G. zu buchen.

Um Einheitlichkeit in die umfangreiche Ernährungsorganisation des Reiches zu bringen, wurde am 29. Mai 1916 als leitende Zentralinstanz das Kriegsernährungsamt gegründet. Präsident desselben wurde v. Batocki. In Preußen wurde im Frühjahr 1917, um eine energische Durchführung der vom Kriegsernährungsamt weiter durchgebildeten Zentralisierung zu sichern, ein mit äußerst weitreichenden Befugnissen ausgestatteter Ernährungskommissar bestellt und für diesen Posten in dem zweifellos durch seine Leistungen in der Getreideorganisation bewährten und besonders energischen Unterstaatssekretär Michaelis aus dem preußischen Finanzministerium eine Kraft von ungewöhnlichen Fähigkeiten gefunden. Durch seine Ernennung zum Reichskanzler wurde dieser allerdings im Juli 1917 dem Amt des Ernährungskommissars entzogen. Unter ihm hat sich die Durchführung der Zentralisation mehr dem Wege zugeneigt, der von einer Reihe von Volkswirten längst empfohlen worden war und der das Ziel dadurch zu erreichen sucht, daß die Warenbeschaffung von unten herauf, in den einzelnen Gemeinden organisiert wird. Von der gleichen Seite ist stets angeraten worden, die Warenverteilung dann auch folgerichtig in der allgemeinen Massenspeisung enden zu lassen. Die bisherigen Versuche mit Massenspeisungen (Kriegsküchen), die ohne staatlichen Zwang von den Gemeinden organisiert worden sind, haben sich im großen und ganzen bewährt.

Es ist klar, daß die Zentralisierung fast aller Lebensmittel und die damit verbundene Warenverteilung durch die Gemeinden eine Umorganisierung des ganzen Warenverkehrs mit sich bringen mußten und daß an die Gemeinden große, ungewohnte Aufgaben herangetreten sind. Fast alle größeren Städte haben volkswirtschaftlich vorgebildete höhere Beamte neu einstellen müssen, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Bezugskartensysteme der verschiedensten Art wurden eingeführt. Dabei sind Schwierigkeiten überwunden worden, von deren Größe man sich vorher kaum eine Vorstellung hätte machen können. Es muß in hohem Maße anerkannt werden, wie willig und verständnisvoll das deutsche Volk die keineswegs geringen Unannehmlichkeiten auf sich genommen hat, die mit diesem kommunistischen System der Warenverteilung unvermeidlich verbunden sind.

Es ist erfreulich, daß mit den Schwierigkeiten, welche die Warenverteilung verursachte, mit den häufigen Stockungen, die in dem bureaukratischen Betrieb unterliefen, mit dem starken Anwachsen des Schleichhandels die Erkenntnis für die Bedeutung der Erzeugungsförderung schnell in weiteste Kreise getragen worden ist. Das preußische Landwirtschaftsministerium hat, unbeirrt durch Angriffe, die Frage der Erzeugung von vornherein in den Vordergrund gestellt. Aber auch das Reich hat sich ihrer Bedeutung auf die Dauer nicht verschlossen. Das neu gegründete Kriegsamt und die Kriegswirtschaftsämter widmeten einen großen Teil ihrer Tätigkeit der Produktionsförderung mit Hilfe militärischer Mittel. Es entstand die Landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft, und im

Frühjahr 1917 wurde auch der Wildgemüseverwertung durch die Reichsbehörden große Aufmerksamkeit zugewendet.

Der deutschen Landwirtschaft verbleibt der Ruhm, daß sie organisatorische Einengungen, die häufig lästig wirkten und tief in den altgewohnten Betrieb eingriffen, zugleich fast immer in schroffem Widerspruch zu dem konservativen Charakter jeder bäuerlichen Bevölkerung standen, mit Verständnis zu ertragen und bei größtem Mangel an menschlichen wie tierischen Betriebskräften ihre Erzeugung auf der Höhe zu halten wußte. Zu Hilfe gekommen sind ihr der deutsche Monopolbesitz an Kali und die Erfindung des künstlichen Stickstoffes, die zwar infolge des riesigen Stickstoffbedarfs der Kriegsindustrie erst allmählich ihre segensreichen Wirkungen auch auf die Landwirtschaft hat ausdehnen können.

Es ist nicht möglich, in einer kurzen Abhandlung ein annähernd vollständiges Bild der deutschen Kriegsorganisation zu geben. Viele wichtige Dinge können nicht einmal flüchtig erwähnt werden. Aus dem Gesagten geht aber schon hervor, welche Riesenaufgaben der deutsche Organisationsgeist während des großen Krieges zu überwinden gehabt hat. Wer heute durch die deutschen Lande reist, wer die wie im tiefsten Frieden liegenden Felder und Fluren in ihrer geordneten Bestellung überblickt, kurz darauf gewaltige industrielle Betriebe schaut, die während des Krieges in wenigen Monaten emporgewachsen sind, der ahnt etwas von der unermeßlichen Arbeit und Organisationskraft, die hinter allen diesen Dingen wirksam gewesen ist, und wird, wenn er ein Deutscher ist, mit stolzem Gefühl der Größe seines Vaterlandes innewerden, wenn er dem Ausland angehört, sich willig oder widerwillig der Bewunderung anschließen müssen, welche die Welt unverhohlen der Tatsache bekundet, daß deutsche Organisation das Reich eine schon dreijährige Absperrung von den Märkten der Erde ertragen ließ und während dieser Zeit noch die Mittel fand, die größten Heere aufzustellen, die je ein Volk aufgestellt hat, und sie auszurüsten mit der vollendetsten kriegstechnischen Rüstung in einem die technischen Kräfte und Stoffe ungeahnt in Anspruch nehmenden Krieg.

Literatur. Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges mit zehn Nachträgen, Reichstagsdrucksachen der 13. Legislaturperiode Nr. 29, 44, 73, 74, 107, 147, 162, 225, 403, 483, 650 — Zusammenstellung der Anordnungen, die der Bundesrat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 erlassen hat (Reichstagsdrucksachen der 14. Legislaturperiode Nr. 27, 30, 43, 49, 72, 78, 86, 106, 122, 146, 164, 196, 220, 256, 283, 402, 443, 514, 633, 659, 744, 754, 801); »Ernährung im Kriege«, im Frühjahr 1915 herausgegeben vom preußischen Ministerium des Innern; »Ernährung und Teuerung« (Ausgabe der vorstehenden Schrift für Frühjahr 1916); »Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich«, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt, 36. Jahrgang 1915 (Berl.); Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Berlin, Geschäftsübersicht: Stand vom 1. April 1917; »Deutschlands Rohstoffversorgung«, Vortrag, gehalten von Walter Rathenau in der Deutschen Gesellschaft 1914 (Berl. 1914); »Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands im Kriege«, herausgegeben von der Dresdner Bank, Berlin (jährl., seit 1916); Karl Helfferich, Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913 (Berl. 1913); Felix Hoesch, Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit (Berl. 1916); »Wirtschafts- und Verkehrsfragen im Kriege«, Vortrag im Industrie-Klub Düsseldorf, gehalten am 20. Januar 1915 von Handelskammersyndikus Hirsch, M. d. R. u. d. A. (Essen-Ruhr 1915); Karl Beyme, Acht Kriegsbetrachtungen vom Jahre 1914 bis 1915 über die deutsche Volksernährung mit mehreren als Handschrift gedruckten vertraulichen Nachträgen (Selbstverlag des Verfassers, Hamburg 24); Karl Ruese, Die Sicherung unserer Ernährung, eine Frage der Landesverteidigung (Anfang Dezember 1916 vertraulich als Handschrift gedruckt); Georg Wilhelm Schiele, Wirkung der Höchstpreise, ein Kapitel aus der französischen Revolutionszeit (Sonderdruck der »Tat«, Februarheft 1916, Jena); »Die nationalen Kreise und der Reichskanzler«, Denkschrift von Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp (Frühjahr 1916, als vertrauliche Handschrift gedruckt).

Deutsche Erziehung

von **Johannes Tews**, Geschäftsführer der Gesellschaft für Volksbildung in Berlin

Deutscher Zukunftsglaube und deutsche Erziehung. Erziehung und Unterricht gründen sich auf den Glauben der Erzieher an die Zukunft, auf den Willen, in den zu Erziehenden weiterzuleben und höher zu steigen. Das deutsche Volk will weiterbestehen; es glaubt an seine Zukunft und bekämpft in seinen Feinden nicht den anders sprechenden, anders empfindenden Mitmenschen, den es gern gewähren lassen würde, sondern den die deutsche Eigenart verneinenden, mißgünstigen und neidischen oder im Wahne weltumspannender Eroberungsgelüste kämpfenden Zerstörer seiner friedlichen Arbeit. Ja, wir sind uns des Wertes unseres deutschen Wesens und unserer deutschen Bildungsgüter während des Krieges stärker bewußt geworden, und wenn wir aus dieser blutigen Prüfung siegreich hervorgehen, so werden die aus dem Schlachtengraus Heimkehrenden stärker noch als wir anderen eine erhöhte Pflege und Entwicklung alles dessen verlangen, was uns groß und stark gemacht hat, alles uns Eigenen, alles Deutschen.

Hieraus ergeben und hierein beschränken sich auch die Hoffnungen auf eine neue Erziehung und Volksbildung. Neu im eigentlichen Sinne werden weder die Ziele noch die Mittel sein: Kein Umlernen, sondern nur ein Hinzulernen. Unser Erziehungswesen, im besonderen unser Schulwesen, ist in den Grundlagen gesund. Im Inneren hielten sich bisher die Rücksichten auf das Einzelwesen und die allgemeinen Zwecke der Erziehung in Lehre und Zucht das Gleichgewicht. Lehrstoffe und Erziehungsmittel aber sind zum Teil stark verbesserungs- und ersatzbedürftig, und der Aufbau des Schulwesens, die Gliederung und der gegenseitige Anschluß der einzelnen Bildungsanstalten des Staates aneinander, harren überhaupt erst der Inangriffnahme. Insbesondere aber sind wir in den Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, durch die der freie Genuß der Bildungsgüter den Erwachsenen allgemein zugänglich gemacht werden soll, über die Anfänge kaum hinweggekommen.

Die deutsche Erziehung hat sich bewährt. Wenn unser Volk heute in so herrlicher Weise zum Vaterlande steht, wenn Hunderttausende nicht nur dem Gebot der Pflicht gehorchend hinausziehen, sondern auch freiwillig, nur dem eigensten Wollen

folgend, so dürfen die Erzieher des Volkes darin die Ernte langjähriger Arbeit erblicken. Die Begeisterung, die durch die Tagesereignisse geweckt wird, ist ohne einen tieferen Untergrund nur ein schnell verflackerndes Strohfeuer. Wenn es uns heute heiß und kühn entgegenloht und auch im vierten Kriegsjahr noch Großes und Gutes überall hervorbricht: am deutschen Herd und auf den deutschen Schulbänken haben wir diese Feuerkräfte erzeugt.

Aber nicht nur der Wille zum Vaterland ist durch gesteigerte Volksbildung geklärt und gekräftigt worden, sie erhöhte auch die *Leistungsfähigkeit in Arbeit und Kampf*. Nicht wenig von dem, was die Überlegenheit des deutschen Heeres und Volkes ausmacht, ist das Ergebnis unserer Erziehung. Nicht ihre alleinige Schöpfung! Die Erziehung eines Volkes ist niemals das Werk der Schule allein, aber ohne die Schule ist keine Volkserziehung möglich.

Die *Kriege der Gegenwart* sind mehr als alle blutigen Schauspiele früherer Zeiten *ein Ringen von wirklichen Kräften* geworden. Das »*Kriegsglück*« tritt zurück; die *Kampfkraft* ist an die erste Stelle gerückt. Es messen sich die körperlichen und geistigen, vor allem aber auch die sittlichen Kräfte. Auf Entschlossenheit, Ausdauer, Gewissenhaftigkeit, Pünktlichkeit, Gehorsam, Aufopferungsfähigkeit der Führer und Mannen ist fast alles Erreichte zurückzuführen! Was sind alle Waffen und Kriegsmittel, wenn die, welche sie handhaben, sie nicht bis zum Äußersten ausnutzen! Mit der fortschreitenden Vervollkommnung der Waffen und Kriegsmittel ist die Bedeutung der Kämpfenden immer größer geworden. Wie in einer Fabrik mit leistungsfähigen Maschinen *ein* Mann nicht mehr mit zwei, sondern mit Hunderten von Armen arbeitet und, wenn er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, Hunderte von toten Armen nichts schaffen, so tritt auch im gegenwärtigen Kriege die Kraft des einzelnen vervielfacht in Wirksamkeit. Nie war es mehr *der Mensch, der kämpfte*, als heute, und so wächst das Geistige und Sittliche, wachsen die inneren Kräfte mit jedem Fortschritt der Technik immer mehr über ihre einstige Bedeutung hinaus. Der Mensch wird zum Welterbauer und Weltvernichter, zum Bezwinger und Schöpfer, jeder einzelne zu einer Vielheit und einer Summe von Kräften. Der heutige Krieg wird trotz der Millionenheere weniger als früher durch die Zahl der Kämpfenden entschieden. Wäre das der Fall, unsere Truppen ständen weder in Nordfrankreich noch in Rußland, Serbien und Rumänien. Der heutige Krieg ist auch kein bloßer Krieg der Waffen, sondern ein Krieg aller menschlichen Kräfte. Was unsere Waffentechnik, die kriegerische Ausbildung, die Technik überhaupt, die soziale Fürsorge und vor allem die gesamte Erziehung geschaffen haben, *das* steht im Felde, die Kraft des einzelnen vervielfachend. So war dieser Krieg mehr als jeder frühere in gewissem Sinne bereits entschieden, ehe er begann. Was *vor* dem Kriege geschehen war, ist für den Gang der Dinge entscheidender, als was *im* Kriege selbst geschieht. Weder die Bewaffnung und Ausrüstung, noch die Ausbildung und Schulung der Truppen lassen sich im Kriege selbst noch wesentlich verbessern, noch weniger aber alle die inneren Voraussetzungen hoher Leistungsfähigkeit: Körperliche, geistige und sittliche Erziehung. *Für alle, die an unserem Volke bildend und erziehend gearbeitet haben, ist der Krieg darum eine Prüfung*; es wird der Bestand aufgenommen, und wo wenig oder nichts ist, vermag keine Kunst und kein Ausstattungsgeschick etwas hinzuzaubern.

Aber Schule und Heer stehen wieder auf den Schultern anderer. Das Volksleben ist ein Ganzes. Die Schule baut auf dem Untergrund des Hauses, dieses auf den Grundlagen des ganzen Volkstums, und was so, aus tausend und aber tausend Quellen fließend, zu tatenbereiter Kraft erwächst, das vermag eine Heeresverwaltung wie die deutsche zu einem Werkzeug der Landesverteidigung auszuprägen, wie es zum zweiten Male nicht vorhanden ist.

Die Siege unserer Waffen sind auch Schul- und Erziehungssiege, die bewundernswerten Leistungen unseres Volkes auch ihre Leistungen. Mit allem, was gut und groß in unserem Volksleben ist, was vorwärts drängt und aufwärts führt, verbunden, ist die Schule in der großen Bildungs- und Erziehungswerkstatt das wichtigste, das unentbehrlichste Werkzeug, und alles, was den Beweis erbringt, daß unser Schaffen von Erfolg ist, sind Lorbeer- und Eichenkränze auch für die Schule.

Man kann, wenn man das jetzige Ringen genau verfolgt, in dem Schritt der Bataillone überall auch die leichteren Tritte der Schule wahrnehmen, in der Todesverachtung unserer Krieger die Wertung höherer Güter, in der Manneszucht die gefestigte Schulzucht, in der geistigen Beweglichkeit und Sicherheit auch des einfachen Kriegers die Frucht unseres vornehmlich auf Entfaltung des Geistes gerichteten Unterrichts. Aber in alledem tritt auch die erziehende und bildende Wirkung unseres ganzen Volkslebens, z. B. die Wirkung unserer hochwertigen wirtschaftlichen Arbeit, hervor. Zur Bedienung Kruppscher Kanonen, zu all den Kriegsarbeiten, die technische Geschicklichkeit verlangen, erzieht unser Großgewerbe mehr als die einfache Handarbeit. Wir haben von alledem mehr in die Wagschale zu werfen als unsere Gegner.

Auch was *unser Heimheer* leistet, sind Früchte einer alle edleren Kräfte entwickelnden Volkserziehung. Wir sehen heute Frauen und Greise den Pflug führen, die noch nie oder seit langen Jahren nicht mehr einen Pflugsterz in der Hand gehabt haben. Der Rentner sitzt wieder im Kontor, die Kaufmannsgattin an der Kasse oder im Verkaufsraum. Man arbeitet gern, die einen, um dem Gatten und Sohne und sich selbst den Besitz zu wahren, die anderen, um die über alles gehenden vaterländischen Pflichten zu erfüllen. Es mag bei den Zurückgebliebenen oft nicht weniger Heldentum sein als bei den Hinausgezogenen. Auch das wuchs nicht von selbst; auch hier sieht das schärfer blickende Auge überall Erziehungsmühen und Erziehungsfrüchte.

Die Eigenart deutscher Volkserziehung und Volksbildung. Deutsches Wesen und deutsche Erziehung, von unseren Ahnen Ererbtes und von uns selbst Erworbenes, haben sich bewährt. Noch nie wurde ein Volk so geschmäht und verleumdet als das unserige. Wir haben still gehalten und getan, was Ehre, Pflicht und Herz uns geboten. Und jetzt schon erhebt sich aus dem Dunst von Lüge und Verleumdung eine stille Bewunderung unseres Wesens und unserer Leistungen, auch an Stellen, wo man uns nicht tief genug herabziehen konnte.

Heute dürfen sich die deutschen Erzieher freudig sagen, daß sie auf dem rechten Wege sind. Hat sich das deutsche Volk in diesem Kriege in seiner übergroßen Mehrheit als ein Volk der Ordnung, der Pflichttreue bis in den Tod, der stillen, harten Arbeit bewährt, so war das ureigenster Besitz von alters her, aber geläutert,

verklärt und gestärkt durch Erziehung in Haus, Schule, Werkstatt und Heer. Und auf diesem Wege muß unsere Erziehung weiterschreiten. »In Züchten frei.« Die »demokratischen« Völker, die in ihrer staatlichen Entwicklung uns so unendlich weit voraus zu sein glauben, verstehen unseren Freiheitsbegriff, der mit Ordnung und Pflichterfüllung untrennbar verbunden ist, nicht. Sie schelten uns unfrei, wollen uns »aus dem Banne des Militarismus erlösen« und sind doch in vielem so viel unfreier als wir selbst. In Deutschland mehr als irgendwo hat die große Erlösung der Massen begonnen, die große Erlösung, die innerlich und äußerlich nicht durch Verfassung und Gesetz allein bewirkt werden kann, sondern letzten Endes nur durch Bildung und Erziehung der Massen, durch geistige Emporhebung, so daß die großen Unterschiede zwischen oben und unten, zwischen Besitz und Besitzlosigkeit verschwinden und die oft geträumte und in »freien« Staaten häufig am wenigsten vorhandene **Volkseinheit** entsteht.

Unsere Auffassung vom Staate und vom Zusammenleben überhaupt ist ernster als die anderer Völker, ebenso oder noch mehr auf **gleiche strenge Pflichterfüllung** als auf gleiches Recht gestellt. Und in diesem Sinne, wenn auch bisher nicht mit ausreichenden Mitteln und ausreichendem Erfolge, hat auch unsere Schule die Jugend erzogen. In jahrhundertelanger Arbeit hat sie in die Massen hineingetragen, was den Menschen erst zum Menschen macht, die unvergänglichen geistigen Besitztümer der Menschheit in der besonderen Ausprägung unseres eigenen Volkstums. Wie wenig oder wie viel davon geistiger Besitz auch über die Schule hinaus geworden und geblieben ist, läßt sich schwer in bestimmten Maßen festlegen, umfaßt jedenfalls aber mehr als in irgendeinem der mit uns im Kriege befindlichen Völker. Bis wir aber an jenes schöne Ziel gelangt sind, welches in Hellas angeblich erreicht war, daß unser ganzes Volk seine Dichter und Denker versteht, die Schöpfungen seiner Künstler genießt und bewundert, ist allerdings noch ein weiter Weg. Aber eines ist Tatsache: **unser ganzes Volk liest, und ein großer Teil der Lesenden verlangt ernste, gute Bücher, will teilhaben an dem Besten unseres Schrifttums.**

In den Unterständen, auf die der Eisenhagel der feindlichen Geschosse niedersaust, in den Ruhestellungen hinter der Front und auf den Schmerzenslagern der Lazarette ist das Buch des deutschen Kriegers bester Kamerad, der ihn auf Stunden und Tage seine Umgebung vergessen läßt und ihn mit Heimat und Freunden und mit allem, was deutsche Geistesarbeit geschaffen hat, in Verbindung hält. Gewaltige Kräfte strömen dem deutschen Heere aus den Vermächtnissen unserer Dichter und Denker, unserer Volkslehrer und Schriftsteller zu. Hunderttausende unserer kämpfenden Volksgenossen sitzen mit den geistig Schaffenden zu Tische. Daß das möglich ist und Wirklichkeit wurde, verdanken wir der Arbeit unserer Volksschule. Nur wenige sandte sie ganz ohne jede Fähigkeit, Anteil zu nehmen an den Geistesschätzen des deutschen Volkes, ins Leben und in den Kampf hinaus. Unsere Heerführer wissen es und haben es oft bezeugt, daß durch die deutsche Volksbildung und Volkserziehung, durch Kräfte des Geistes und des Willens die Minderzahl der unseren unüberwindlich geworden ist.

Schulpflege und Schularbeit während der Kriegszeit. Unser Schulhaus steht auch in den Kriegsstürmen gesichert da. Die Geschichtschreibung künftiger Tage wird diese Tatsache vielleicht als eine der kennzeichnendsten für die innere Kraft der deutschen Staaten bezeichnen. Während das Deutsche Reich Milliarden über Milliarden für seinen Schutz gegen eine Welt von Feinden aufbringen mußte, waren seine einzelnen staatlichen Glieder, die Bundesstaaten, doch in der Lage, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Jugend in gewohnter Weise zu versorgen. Ja, es war möglich, auch mitten im Kriege noch neue Schulklassen zu errichten, neue Bildungskörper zu schaffen. Wurden doch zur Errichtung neuer Schulstellen im preußischen Staatshaushalt 1915: 948000, 1916: 952000, 1917: 893000 Mark, d. h. fast dieselbe Summe wie in den Friedensjahren vorher, verlangt und zur Verfügung gestellt. Und wenn der Kampf der Völker weitergeht, wird auch die Erziehungsarbeit weitergehen. Kein Stein vom Schulhause darf verfallen, kein Kind, obwohl über 50000 der Lehrenden im Felde stehen, ohne Unterricht und Zucht bleiben. Ist das Vaterland wieder gesichert, dann wird man sich hoffentlich auch an den Stellen, wo die großen Linien für die zukünftige Staatsentwicklung gezogen werden, dessen erinnern, was Deutschlands Schule war und ist, was sie geleistet hat und was sie leisten könnte, wenn man **alle** ihre Kräfte freimachte, wenn sie auch in alledem, was noch veraltet und rückständig, was noch zu klein und zu eng ist, auf die volle Höhe der Gegenwart gehoben würde.

Aber wie wirkt der Krieg selbst auf das innere Leben unseres Volkes und auf die Jugend?

Der Krieg ist ein Erzieher. Sicher! Er ist ein Erzieher derjenigen, die in Kampf und Arbeit dem Schicksal ins Auge blicken. Wen er mit seinen Eisenkrallen packt und nicht zerdrückt, der wird hart im Willen und in der Pflichterfüllung und ernst, still und fromm im Gemüte. Die Kriegszöglinge, die Kriegszucht ertragen können, werden Menschen, die um so mehr können, je mehr von ihnen verlangt wird.

Alles das betrifft zunächst nicht **die Jugend**. Sie führt keinen Krieg. Jedoch auch sie steht **nicht neben** dem Kriege, sondern **mitten darin**. Auch sie wird im Innersten erfaßt. Bis zu den Abcschützen hinunter begreift sie, wenn nicht verstandesmäßig, so doch mit sicherem Gefühle, was unsere Tage bedeuten. Zu den kämpfenden Vätern wandern die Gedanken, schickt die oft noch recht ungelenke Hand Briefe mit rührenden Beteuerungen der Liebe und dem Versprechen, gut und brav zu sein. Das Vorbild der arbeitenden und sorgenden Mutter weckt die Tatkraft. Die Lehren und Anweisungen der Schule lenken den unsicheren Sinn auf das, was der Tag verlangt, auch an Arbeit für das eigene Haus und die Gesamtheit, und auf das, was über den Tag hinausliegt und erst die Kraft gibt, in allem Wechsel der Dinge seinen ruhigen Sinn zu behaupten und seine Pflicht zu tun. Unser Jungvolk wächst seiner Aufgabe, der Väter wert zu werden und, wenn es sein muß, zu kämpfen, entgegen. Und mag jetzt für die Schulentlassenen in der Gestalt allzu reichlichen Verdienstes auch ein böser Feind lauern, es sind nicht mehr als sonst, die heute dadurch verkommen und verderben.

Neugestaltungen im deutschen Erziehungswesen nach dem Kriege. Während die Gewitter noch über unseren Häuptern toben, regt sich überall neues Leben, neues Hoffen, eröffnen sich neue Wege zu Fortschritt und Schaffen im gesamten öffentlichen

Bildungswesen. Dem Soldaten folgt das Buch in den Schützengraben, die darstellende Kunst, der belehrende Vortrag, das Lichtbild, das Dichterwort und Gesang und Musik in die Etappe und vor allem in das Lazarett; auch der Krieger lebt nicht mehr vom Brot allein. Ja, der Krieg gründet Schulen, schafft Fortschritte im Volkserziehungswesen, die dem Frieden unmöglich schienen. Die deutsche Verwaltung hat in Belgien die von der belgischen Gesetzgebung beschlossene Schulpflicht eingeführt und den Flamen die lange vergeblich geforderte Hochschule gegeben. Auch in Polen hat die Verwaltung in weitem Umfange begonnen, den unterbrochenen Unterricht wieder einzurichten und zu erweitern und ihr Werk durch Eröffnung der allerdings einstweilen wieder geschlossenen polnischen Hochschule in Warschau gekrönt. Alles das sind Wechsel auf Ausbau und Weiterentwicklung des Bildungswesens in der Heimat.

In einer Hinsicht bedarf unsere deutsche Erziehung eines wesentlichen Ausbaues, auf dem Gebiet der körperlichen Erziehung. Die Losung unserer Erziehung darf gewiß nicht heißen: Erziehung für den Krieg! Denn »Krieg dem Kriege!« wird die Losung der Staatskunst in der Zukunft sein. Trotzdem werden wohl alle Völker ihre Erziehung so gestalten, daß im entscheidenden Falle die gesamte männliche Bevölkerung in dem in Frage kommenden Alter zur Waffe greifen kann. Denn in der Stärke aller liegt die sicherste Gewähr für den Frieden.

Erziehung zur Entwicklung aller Kräfte und Anlagen des Geistes und des Körpers, das wird in dem vor uns liegenden Zeitraume noch mehr als bisher das Richt- und Leitwort aller Schul- und Erziehungsarbeit werden.

Noch eine zweite große Um- und Neugestaltung steht dem deutschen Schulwesen zweifellos bevor. Unsere Volkskraft ist zu der größten Leistung, welche die Weltgeschichte kennt, zusammengefaßt worden. Vom untersten bis zum höchsten Beamten, vom kleinsten Büdner bis zum größten Grundherrn, vom ärmsten Fabrikarbeiter bis zum reichsten Werkbesitzer, alle tragen dasselbe graue Kleid der Pflicht und kämpfen gemeinsam vor dem Feinde. Aber die Kinder dieser Kämpfer werden vom ersten Schultage ab getrennt unterrichtet. In dieser Beziehung sind wir in siebzig Jahren kaum einen Schritt weiter gekommen.

Es ist zu erwarten, daß das Wort »Freie Bahn für alle Tüchtigen«, von dem fünften Reichskanzler für das gesamte Schaffen des deutschen Volkes verheißen, für das Jungvolk zuerst und vor allem gelten wird, daß die Lehren des Schützengrabens wie bei der Bewertung der einzelnen Volksschichten so auch für die Schulbank nicht vergessen werden. Für den Aufstieg aller Befähigten und aller Starkwilligen müssen neue und größere Möglichkeiten geschaffen werden. Alte Widerstände, die sich dagegen stemmten, sind gebrochen oder abgeschwächt.

Die eine große Schule kommt; sie wird kommen. Wir brauchen alle Köpfe, alle Hände, um Verlorenes wieder zu erwerben und Neues aufzubauen. Wir dürfen kein junges Leben unentwickelt lassen. Wir müssen von jedem das Höchste verlangen, was er zu leisten vermag. Darauf gründet sich die Forderung der deutschen Einheitsschule.

Die Einheitsschule ist gewiß nicht das Ganze einer Volksbildung, die diese Ergebnisse sicherstellt. Sie ist ein äußerer Ausbau, aber eben darum die Voraussetzung aller inneren Umgestaltungen. Die Einheitsschule ist die große Bildungsstraße, die vom letzten Dorfe in jede Fach- und Hochschule führt.

Im Schoße unseres Volkstums schlummert eine unendliche Kraft. Was hat dieser Krieg für eine Fülle von Menschen, die das Höchste nicht nur wollen, sondern auch können, hervorgebracht! Wenn alle Sperren und Schranken, die scholastischer Wahnsinn, sozialer Eigennutz und politischer Engsinn aufgerichtet haben und immer von neuem aufrichten wollen, beseitigt werden und unsere große Schule ein einziger geistiger Ringplatz wird, auf dem sich jeder mit seinen ihm von der Natur verliehenen Kräften zur Geltung zu bringen vermag, dann darf Deutschland seiner Zukunft, möge sie Krieg oder Frieden, Kampf oder Arbeit, Schaffen oder Zerstören bringen, ruhig entgegensehen.

Die Schule nach dem Kriege wird mehr als je die Feuerprobe zu bestehen haben. Die Anforderungen werden steigen, und trotzdem wird es sich darum handeln, allen denjenigen jungen Volksgenossen, die durch den Krieg aus der Schulstube, aus den Hörsälen, aus der praktischen Einführungsschule in den erwerbenden Beruf, aus den Werkstätten und Handlungshäusern herausgerissen worden sind, eine Gelegenheit zur Vollendung ihrer Ausbildung zu geben, die sie Zeit und Mittel sparen läßt. Mittel wie Zeit werden beschränkt sein. Die jungen Kräfte müssen bald in die schaffende Arbeit eintreten können. Man wird mit den hergebrachten Jahren und Monaten der Ausbildung nicht immer, vielleicht überhaupt nicht rechnen dürfen, wird nicht auf der Erledigung bestimmt festgelegter Lehrgänge ohne weiteres bestehen dürfen. Wir werden die einen früher, die anderen später mit dem »Reifeschein« entlassen müssen. Den Voraneilenden werden wir nicht wie bisher in Reih' und Glied zurückhalten dürfen, weil wir die junge, nach Lebensarbeit verlangende Kraft gebrauchen. Vielleicht wird auch hier aus der Not der Zeit eine neue Ordnung auf der Schulbank geboren, die nicht jedem dasselbe, aber jedem das Seine gibt.

Sicherung der deutschen Hauserziehung. Aber die Schulerziehung ist nur ein Teil der Jugenderziehung. Ihr zweiter, gleich wichtiger Pfeiler steht im Hause, in der Familie. Das deutsche Haus in wirtschaftlicher wie geistiger Beziehung zu sichern, jedem tüchtigen Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, seine junge Brut zu nähren und zu pflegen, das ist die große soziale Aufgabe der Zukunft. Und wir sind mitten in dieser Arbeit. Was der Verfasser dieser Zeilen seit mehr als zwanzig Jahren, zuerst ohne nennenswerten Erfolg, gefordert hat, die Zahlung von Erziehungsbeihilfen an alle Familien, die unter einem gewissen Einkommen bleiben, wird schon jetzt mit einer gewissen Selbstverständlichkeit als das hervorragendste Mittel bezeichnet, den Zuwachs junger Kraft zu erhöhen und alle Aufwachsenden zu vollwertigen Gliedern des Volks- und Staatskörpers zu entwickeln. Mancherlei Maßnahmen, den Geburtenrückgang zu bekämpfen, Wöchnerinnenbeihilfen, Stillprämien, Kinderzulagen für Beamte, liegen auf diesem Wege. Ob freilich der Zweck, den man dabei zunächst im Auge hat, durch diese Maßnahmen erreicht wird, steht dahin. Reichtum und Kind, Wohlhabenheit und Volksvermehrung scheinen Gegensätze zu sein; Kind und Armut dagegen wohnen eng beieinander, und alle Völker, deren breite Schichten in Armut und Dürftigkeit leben, haben eine über den Durchschnitt weit hinausgehende Vermehrung. Den Rückgang in der Volksvermehrung bei uns in Deutsch-

land hat erst der wachsende Wohlstand gebracht. Aber durch den Ausbau unseres Lohn- und Besoldungswesens nach dem Familienstande der Arbeitenden wird viel junges Leben zu größerer Kraft und größerer Leistungsfähigkeit gelangen. Die brutale Not vernichtet, wenn nicht das Leben, so doch die volle Entfaltung der Kräfte im jugendlichsten Alter, und die Begünstigung des familienlos Lebenden durch die heutigen Wirtschaftsverhältnisse drückt die Lebenshaltung der Familie und damit die Entwicklungsmöglichkeit des jungen Lebens immer tiefer herab.

Geistige Volkspflege. Bei der Jugenderziehung darf die öffentliche Erziehung nicht stehenbleiben; sie muß auch für die Erziehung der Erwachsenen, für die geistige Volkspflege Einrichtungen schaffen. Bisher ist hierfür wenig geschehen. Und doch ist dieser Teil der Volkserziehung etwa der Ernte und dem Verzehr der Ernte auf dem vaterländischen Boden gleichzusetzen. Alle Jugendbildung ist gewiß nicht nur Vorbereitung fürs Leben, sondern zu einem guten Teil Steigerung des eigenwertigen Jugendlebens, Erhöhung des Jugendglücks, sollte es wenigstens sein. Aber ihre Ergebnisse erlangen doch erst greifbaren Wert durch Ausnutzung im Leben der Erwachsenen. Ein deutsches Volk, dem seine besten Schriftsteller fremd bleiben, dem seine Musiker nicht wenigstens in ihren Hauptwerken vertraut sind, das die Werke seiner Maler und Bildhauer nicht kennt, die Herrlichkeiten seines Landes, die Mannigfaltigkeit des deutschen Volkskörpers, den Reichtum deutschen Wissens und deutscher Technik nicht zur Verschönerung, Erweiterung und Vertiefung seines Lebens benutzt, ein deutsches Volk also, dem hierzu nicht vielfache, leicht erreichbare Gelegenheit gegeben ist, hat in der Schule das meiste umsonst gelernt, stand in schönen Jugendtagen an der Schwelle höheren geistigen Lebens, ohne daß viele seiner Glieder diese Schwelle überschreiten.

Wie tief steht doch noch im allgemeinen unsere geistige Volkspflege! Auch hier muß gebaut werden. All unsere Sorge um die Jugenderziehung, all unsere wirtschaftliche, politische und soziale Arbeit sind vergeblich, wenn wir das große Haus nicht schaffen, in dem deutsches Bildungsgut von jedermann erworben und genossen werden kann, die große weltliche Volkskirche, die geistiges Brot auch dem Ärmsten und Letzten, dem geistig am dürftigsten Ausgestatteten bietet. Erst wenn wir dieses Haus haben und Tausende von geistigen Arbeitern darin fröhlich schaffen können, erst dann ist der Traum so vieler edler Geister erfüllt, die unserem Volke den Zugang zu allen Bildungsgütern eröffnen und jeden Volksgenossen zum Mitbesitzer unseres geistigen Nibelungenhortes machen wollten.

Erziehung zum Deutschtum und Deutschsein. Einmütiger als je verlangt man heute in deutschen Schulen auch eine deutsche Erziehung, Erziehung zu bewußtem, entschiedenem Deutschtum. Unsere Jugend soll deutsch empfinden, sich ihrer Eigenart und ihres Eigenwertes bewußt werden. Nie darf wieder die heiße Liebe zum Vaterlande hinter sentimentalen Träumereien von internationaler Verbrüderung zurücktreten. Die Wahrheit: »Willst du den Frieden, halt' dich kriegsbereit!« muß dem jungen Volke zu Fleisch und Blut werden. Diesen tapferen Sinn, sich zu behaupten, gegen wen es auch sei, den die Jugend aus den Ereignissen des Krieges ohnehin schon gewinnt, muß auch die Schule mit allen Mitteln pflegen. Wir brauchen ein tapferes Geschlecht, das sich den Frieden und den Platz für Arbeit und Leben zu sichern weiß, überall bereit zu einträchtiger gemeinsamer Arbeit mit anderen Völkern, aber auch darauf bedacht, daß wir nicht als die Träumer und Idealisten von einer hartgesottenen Gesellschaft, die den »heiligen Egoismus« auch bei den idealsten Angelegenheiten vertritt, übers Ohr gehauen werden.

Aus der Erziehung zum Deutschtum entspringt von selbst jenes tiefe Gefühl, das auch in Kampf und Tod nicht versagt; dann erzeugt sie aber vor allem auch die Kraft, im Alltag, in Mühe und Arbeit, wie in den Tagen der Not das zu leisten, was das Vaterland braucht.

Die militärische Jugenderziehung

von Prof. Brotzmer, Oberleutnant d. Res., zu Freiburg i. Br.

In einer gleichmäßigen, innerlich vereinten Pflege von Geist und Leib waren jene Systeme begründet, die an der Schwelle des 19. Jahrhunderts als schwaches Morgenrot die aufgehende Sonne der deutschen Turnerschaft verkündeten. Wenn der erste eigentliche deutsche Turnlehrer, Johann Christoph Guts Muths, im Jahre 1793 die vollendete Menschenbildung als Zweck der Leibesübungen hinstellt, so ist dies wohl zu beachten in einer Zeit, wo das deutsche Turnen in jenem Sinne, unterstützt durch die Kriegserfahrungen, nach Gesinnung und Inhalt als die beste Grundlage einer volkstümlichen, militärischen Jugenderziehung vom Kriegsministerium anerkannt wird. An der Quelle dieses Empfindungsstromes formte Friedrich Ludwig Jahn den Begriff des deutschen Volkstums, in dem zugleich die sittlichen Kräfte der Vaterlandsverteidigung als einer ethischen Wehrschulung enthalten waren. Sein in größter Vielseitigkeit ausgebautes, technisches Lehrgebäude des deutschen Turnens folgte aus sittlichen Forderungen als vaterländische Pflicht von großem moralischem Werte. In dieser nie mehr erreichten harmonischen Durchwirkung von geistigem Leben mit einer sehr abwechslungsreichen, physischen Betätigung liegen die mannigfachen Möglichkeiten neuzeitlicher Anwendungen auf dem Gebiete einer gründlichen Wehrerziehung.

In der Tat ist die Entwicklung der militärischen Vorbereitung unserer Jugend seit ihrem Bestehen (August 1914), an der Hand der amtlichen Verlautbarungen beurteilt, einen Weg gegangen, auf dem von Vorschrift zu Vorschrift die Bedeutung des Turnens und seines Geistes immer mehr gewürdigt wurde. Man mußte zu dieser Erkenntnis einmal kommen durch die 700000 Turner, die vor dem Feinde täglich ihre Überlegenheit an Stoß- und Entschlußkraft und an unerhörtem Zusammenraffen der Willenskräfte zeigen konnten. Weiterhin trat gerade bei der Kriegsjugendwehr die Tatsache oft in die Erscheinung, daß einer zu starken Betonung militärischer Formen kein menschlicher und soldatischer Bildungswert innewohnt. Zwar gründen sich die im August 1914 vom preußischen

Kriegsministerium herausgegebenen »Richtlinien für die militärische Vorbildung« bei strenger Abweisung jeder Ausbildung mit der Waffe in erster Linie auf die sittlichen Erfordernisse einer gehegten Vaterlandsliebe und auf die Erweckung des Mutes und der Entschlossenheit. Dann erst tritt eine Reihe von 33 Punkten vorwiegend militärischer Fertigkeiten hinzu. Aber der Grundsatz der Freiwilligkeit läßt eine folgerichtige Erziehung zur Ausdauer und eine Stählung des jugendlichen Willens nicht zu. Hier fehlten von Anfang an die eisernen Erziehungsmittel und die Möglichkeit einer Erfassung der trägen oder unzuverlässigen Elemente. Unter diesen rein pädagogischen Gesichtspunkten muß ein gut Teil der Enttäuschung, die durch das Fernbleiben der größeren Anzahl der Jugendlichen erzeugt wurde, begriffen werden. Diesem Übelstande halfen die Schulleitungen einer Anzahl städtischer Handels- und Gewerbeschulen (z. B. Danzig und Bonn) dadurch ab, daß sie die Schüler über 16 Jahre zwangen, an der zum Pflichtunterricht erhobenen militärischen Jugenderziehung teilzunehmen. Die Schulzucht wird während der Übungszeit auf die Führer übertragen.

Immerhin blieb die Erfüllung der Richtlinien als einziger offizieller Vorschrift wegen ihrer knappen Form und des zu wenig scharf begrenzten Inhalts eine Aufgabe, die nur durch großes erzieherisches Geschick und militärisches Können zu bewältigen gewesen wäre. Aus diesem Grunde gab das Kriegsministerium im Oktober 1915 einen ausführlichen Schriftsatz unter dem Titel: »Erläuterungen und Ergänzungen« heraus, der einen pädagogisch wertvollen, abwechslungsreichen Lehrgang mit starkem volkstümlichen Einschlag darstellt. Die Ausbildungsgebiete dieses Übungsplanes lassen sich in zwei Hauptgruppen teilen. Auf der einen Seite die turnerischen Übungen, vielgestaltig in ihrer Art an Geräten und im Gelände, die nun nach behördlicher Ansicht die Hälfte der verfügbaren Zeit einnehmen sollten: »Die Schule bietet in ihrem Turnunterricht eine bewährte Grundlage[1]«. Daraus ergibt sich die notwendige zukünftige Forderung einer besseren Bewertung der Leibesübungen (Turnen und Sport) bei Platzordnung und Abgangsprüfung. Damit war von amtlicher Seite der deutschen Turnerschaft jene Stellung im Rahmen der Jugenderziehung gegeben, die ihr durch ein jahrhundertlanges Walten und Wirken im Zeichen des deutschen Geistes gebührt. Nun mußte überall die Mithilfe der Turnvereine gefordert werden, die anfangs in voller Verkennung des erstrebten Ziels von den die Organisation der Jugendwehr durchführenden Verwaltungsstellen teilweise zurückgewiesen worden waren. Auf der anderen Seite wurden die wichtigen Ziele einer Sinnesschärfung nach den alterprobten Methoden des Pfadfinderprogramms verlangt, das dem technischen Übungsinhalte nach schon von Friedrich Ludwig Jahn gefordert wurde. Auch diese Vorschrift setzt durch den Grundsatz gründlichster Einzelausbildung eine zahlreiche, gutgeschulte Führerschaft voraus.

Um ein gewisses Gleichmaß der allgemeinen Auffassung unter praktischer Durchführung zu erzeugen, hat das Kriegsministerium im März 1916 in Berlin einen Belehrungskursus abgehalten, der von Vertretern aller Stände und Verbände beschickt war. Auch im engeren Rahmen der einzelnen Landesteile geben oft veranstaltete Führerkurse die einzige wirkungsvolle Möglichkeit, weitere Kreise in das Wesen der militärischen Jugenderziehung einzuführen. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß bei den Führerkursen das pädagogische Moment in erster Linie berücksichtigt werden muß. Dieser Auffassung hat das preußische Kriegsministerium dadurch Ausdruck verliehen, daß es im März 1917 aus jedem Armeekorpsbereich zwei Offiziere zu einem Kursus nach Berlin berufen hat. Sie sollen dann durch praktische Führerkurse in ihrem Bezirk selbst wieder Unterführer heranbilden. Wie die schon älteren Erfahrungen im Auslande deutlich zeigen, ist bei der ganzen Frage die Mitarbeit der Lehrerschaft aller Grade unbedingt erforderlich. Der Volksschullehrer insbesondere muß den ethischen Kern dieser nationalen Aufgabe in die breiten Massen der Volks- und Fortbildungsschüler hineintragen, damit ihr Gewissen in dem Augenblick schon geschärft ist, in dem die leibliche Pflicht zu beginnen hat. Die Lehrer wären die berufensten Träger der Turn- und Schießausbildung auf dem flachen Lande ungefähr in der in Frankreich und in der Schweiz üblichen Weise. Nur müßte für diese ehrenamtliche freiwillige Arbeit eine gewisse dienstliche Entlastung gewährt werden. Sonst ist eine Überlastung nicht zu vermeiden, die heute viele von einer Betätigung an dieser staatsbürgerlichen Arbeit abhält. Der körperlichen Bildung zur Seite trete die geistige Jugendwehr, die als Erkenntnis ein kraftvolles Deutschtum und eine pflichttreue, gottesfürchtige Persönlichkeit zu fordern hat. So muß die militärische Jugenderziehung aufgefaßt werden — ganz im Sinne Friedrich Ludwig Jahns.

Der turnerische Bestand des Ausbildungsganges wurde dann als Niederschlag der Kriegserfahrungen im Nahkampf durch eine weitere kriegsministerielle Drucklegung, die »Anleitung zum Stabfechten«, die eine Vorbildung für das Gewehrfechten des Heeres mit einfachen Mitteln sein soll, bereichert. Überall nur Vorarbeiten, dem heiteren Spiel, dem Turnen und dem Sport geschickt entnommen, konzentrisch auf das eine Ziel der allgemeinen Durchbildung des Körpers und einer erhöhten Gewandtheit von Glied und Auge gerichtet. Die Aufnahme von Spielen als grundlegende Faktoren zur Erhöhung der Wehrkraft sind alte Forderungen des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele, der in nun mehr als 25jähriger Tätigkeit von früher Zeit ab Volkskraft und Wehrkraft in einen engen Zusammenhang gebracht hat. Durch die Verbreitung des Volks- und Jugendspiels im Sinne Emil von Schenkendorffs wird der Sterblichkeit der Jugendlichen, die im Schulalter einen sehr erfreulich tiefen Stand hat, aber im Alter von 15—20 Jahren stark zunimmt, gesteuert. Es wäre eine dankbare Dienstaufgabe der Militärärzte in den Friedensjahren, den Wehrzustand der landsturmpflichtigen Jugend von 17 bis 20 Jahren auf dem Wege ärztlicher Statistik zu überwachen. Damit wäre ein wissenschaftliches, messendes Moment von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung den Elementen der Wehrerziehung hinzugefügt.

Turnerische und sportliche Leistungszahlen im Bereiche der militärischen Jugenderziehung sind zum ersten Male im Herbst 1916 durch die Veranstaltung der Wettkämpfe im Wehrturnen bekanntgeworden. Leider stellen diese Zahlenreihen kein zuverlässiges Durchschnittsmaterial der körperlichen Wehrstufe unserer landsturmpflichtigen Jugend dar, weil eine etwas kurze Vorübungszeit bei zu hohen Anforderungen und bei dem großen Mangel an Übungsstätten nur die durch geregelte Leibesübungen vorgebildeten Schüler der höheren Lehranstalten und die Zöglinge der

[1] Erläuterungen und Ergänzungen, S. 3.

Turn- und Sportvereine zu einem aussichtsreichen Wettbewerb kommen ließ. Sollen solche Veranstaltungen der von Haus aus mit Steifheit und Ungelenkigkeit behafteten Jugend der ländlichen Bezirke zugute kommen, so muß für diese Jungmannschaft eine leichtere Stufe gebildet werden, den weniger günstigen Vorbedingungen ihrer körperlichen Schulung entsprechend. Dort müßte zuerst eine gewisse Beweglichkeit durch die eifrige Pflege des Turn- und Jugendspiels geschaffen werden, in der Form, wie sie von dem Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele schon immer erstrebt worden ist. Damit hängt besonders für das Land die von dem gleichen Verbande so sehr gehegte Spielplatz- und Gerätefrage eng zusammen. Die militärische Jugenderziehung hat dieses Problem als eine Sorge der Kommunen oder wohltätiger Stiftungen in den Vordergrund gestellt. Die im Februar 1917 bekanntgewordenen Bestimmungen für die auf den Sommer dieses Jahres festgesetzten Wettkämpfe im Wehrturnen sprechen die Erwartung aus, daß sich bei wesentlich leichteren Anforderungen alle Jungmannen an den weiteren Ausscheidungskämpfen beteiligen würden. Indessen waren auch diese Bestimmungen in manchen Teilen (Hindernislauf!) zu schwer gewählt, so daß einer größeren Anzahl von Jungmannen die sichere Aussicht auf die eiserne Preismünze verlorenging. Der Hinweis, daß den vorbereitenden Übungen zu den Wettkämpfen im Wehrturnen die Hälfte der verfügbaren Zeit zuzuweisen ist, muß so gedeutet werden, daß neben der turnerisch-sportlichen Körperausbildung bei der militärischen Jugenderziehung auch eine Reihe von soldatischen Fähigkeiten, wie klare Auskunft und Meldung (Befehlsübermittlung im Trommelfeuer!), scharfes Sehen, Geländebeurteilung u. a. m. in Betracht gezogen werden müssen. Die vor einer großen Öffentlichkeit abgewickelten Wettkämpfe im Wehrturnen haben die Augen vieler unserer Mitbürger von der stillen mühevollen Kleinarbeit im Gelände abgelenkt und einer einseitigen Beurteilung der Ziele einer vernunftgemäßen militärischen Jugenderziehung Raum gegeben. War am Anfang das Turnen fast ganz beiseite geschoben, so darf jetzt der zweite — auch schon von Friedrich Ludwig Jahn geforderte — Teil der Erwerbung »militärischer Werte« nicht übersehen werden.

Und derselbe Mann, dessen Persönlichkeit unter der Bezeichnung des »Turnvaters« viel zu eng gefaßt ist, zählte die Schießkunst, neben dem Turnplatz ausgeübt, zu einer der notwendigsten Leibesübungen. Das Schießen mit der Armbrust und dem Bogen waren bei den Rittern des 14. Jahrhunderts vielgeübte Dinge persönlicher Kraftäußerungen, die erst am Ende des 16. Jahrhunderts durch die allgemeine Einführung der Feuerwaffen zurückgedrängt wurden. Mit Guts Muths und Jahn zogen die Schießübungen als ein wehrhaft machender Teil ihrer turngewaltigen Bestrebungen in den Kreis der Jugenderziehung wieder ein. Insbesondere ging ein Lieblingsgedanke Jahns dahin, das volkstümliche Schießen zu einer vaterländischen Wehrübung und zu einem wichtigen Bestandteil der Volksfeste zu machen. Die militärischen Äußerungen der Heeresverwaltung gingen im Laufe des 19. Jahrhunderts auf eine glatte Ablehnung des Jugendschießens hinaus. Bei der Gründung der Jugendkompanien im August 1914 ist vom preußischen Kriegsministerium derselbe Standpunkt einer Ausschaltung der Waffe vertreten worden. Ein Fortschritt in dieser Richtung ist während des Krieges insofern gemacht worden, als es dem deutschen Schützenbund und dem deutschen Wehrmannsbund gestattet wurde, im Rahmen ihrer Vereine landsturmpflichtige Jugendliche im Schießdienst auszubilden. Viele Tausende von Jungmannen haben sich auf diese Art für eine durch Kriegsverhältnisse nur kurz bemessene Ausbildungszeit vorzüglich vorbereitet. Wir müssen auf die entsprechenden Einrichtungen des Auslandes sehr aufmerksam sein, wenn wir z. B. hören, daß in Frankreich bisher jährlich 14 Millionen Franken von der Regierung für die Schießausbildung der Zivilbevölkerung ausgegeben worden sind. Wenn man mit der schulpflichtigen und fortbildungsschulpflichtigen Jugend nicht so weit zu gehen braucht wie in der Schweiz, wo schon die Knaben mit einem kleineren Modell scharf schießen, so wäre doch gerade für diese frühere Altersstufe das Üben mit der Armbrust oder dem Bogen eine lohnende Stärkung des Armes und des Auges. Das Armbrust- und Bogenschießen könnte in der anziehenden Form von Wettbewerben mit Vorteil in den Ausbildungsplan der Pfadfinder-, Turn- und Wehrkraftvereine aufgenommen werden. Sehschärfe und Treffsicherheit würden auf diesem Wege als Vorübung der militärischen Schießausbildung bedeutend gehoben werden können.

Während in den Ausbildungsgrundsätzen der militärischen Jugenderziehung der anfangs stark gärende Most allmählich zu klarem Wein geworden ist, konnten auf dem Gebiet der späteren Organisationsmöglichkeiten die vielen Meinungen noch nicht zusammengefaßt werden. Aus einem Erlaß des preußischen Kriegsministeriums vom 29. Dez. 1916 ist zu ersehen, daß sich die Heeresverwaltung mit den Vertretern der deutschen Turnerschaft dahin geeinigt hat, daß ihre Jugendabteilungen zum Zwecke der militärischen Vorbereitung den Vertrauensmännern unterstellt werden können. Bei bestimmten Verpflichtungen ein Rahmen des technischen Betriebs der Jugendwehrerziehung, die sich nur auf die Dauer des Kriegszustandes beziehen, genießen diese Wehrabteilungen eine Reihe von Vergünstigungen der Jugendkompanien, wie die Erlaubnis zum Tragen der Mütze und der Armbinde, Postgebührenfreiheit der Führer, Ausstellung von Dienstleistungszeugnissen für Führer und Jungmannen und, was wohl am zugkräftigsten wirken wird, Berücksichtigung von Wünschen der Führer und Jungmannen auf Einstellung in einem Truppenteil der Waffe, für die sie ausgehoben sind. Unter denselben Bedingungen können auch bereits bestehende Jugendabteilungen der übrigen Verbände als in sich geschlossene Abteilungen den Organisationen zur militärischen Vorbildung beitreten. In der Tat haben sich auf diesem Wege Teile der konfessionellen, der Sportvereine und einzelne Schulen in den Dienst einer Heeresvorschule gestellt, indessen alles nur für die Zeit des Krieges. Eine endgültige Entscheidung, ob die Schule, die Vereine oder das Heer selbst allein die zukünftigen Träger wehrhafter Jugendpflege werden sollen, wird wohl erst aus der allseitig erhofften gesetzlichen Regelung beim Eintritt des Friedens hervorgehen können. Aber in Krieg und Frieden wird die militärische Jugendvorbereitung als ein Teil des gesamten Erziehungssystems unseres Volkes bei der Wertung der kommenden Geschlechter ihre Bedeutung erhalten, gestützt auf den Spruch, der sich auf dem Siegesdenkmal in Leipzig findet:

»Enkel mögen kraftvoll walten,
schwer Errungenes zu erhalten.«

Literatur. L. Aschoff, Die Bedeutung des deutschen Turnens (Leipz. 1916); Broßmer, Die Jungschützenbewegung im Auslande (»In Körper und Geist«, 25. Jahrg., Heft 20); Derselbe, Die Wehrerziehung in Frankreich (»Preuß. Jahrbücher«, Bd. 165, Heft 1); Corsep, Die Erziehung unseres Armeenachwuchses (Erfurt 1915); R. Gasch, Jahrbuch der deutschen Turnkunst 1917 (Leipz. 1917); F. Habbel, Vaterländische Jugendpflege (Regensb. 1916); F. L. Jahn, Deutsches Volkstum (Leipzig, Meyers Volksbücher); »Richtlinien, Erläuterungen und Ergänzungen, Anleitung zum Stabfechten, Belehrungskursus«, herausgegeben vom preuß. Kriegsministerium (Berl. 1916); Kuhn, Die militärische Jugenderziehung (Bayreuth 1916); Fritz Winther, Körperbildung als Kunst und Pflicht (München 1916); v. Hößlin, Zwei Jahre militärische Jugenderziehung (das. 1916).

Der Krieg und die christlichen Missionen[1]

I. Die evangelische Mission

von Professor Dr. Martin Schian in Gießen

Keine andere religiöse Arbeit ist durch den Krieg so hart mitgenommen worden wie die Heidenmission. Die von Deutschland ausgehende evangelische Missionsarbeit hatte in den letzten Jahrzehnten an Ausdehnung gewonnen und wachsende Erfolge melden können. 25 Missionsgesellschaften verschiedener deutscher evangelischer Kirchengemeinschaften (einschließlich der Freikirchen) mit über 1200 männlichen und über 200 weiblichen europäischen Missionsarbeitern waren am Werk; die Zahl der auf ihren Stationen arbeitenden eingeborenen ordinierten Geistlichen belief sich auf mehr als 250; 1912 konnten sie insgesamt mehr als 33000 im Missionsgebiet erfolgte Taufen von Nichtchristen zählen; reichlich 60000 Taufbewerber standen im Unterricht. Allein die Rheinische Mission zählte etwa 200000 Christen im Missionsgebiet, die Brüdergemeine auf ihren verschiedenen Arbeitsfeldern etwa 100000 und die Goßnersche Mission in Indien ebensoviel. Auch die Zahlen der in den Missionsschulen unterrichteten Schüler war stark im Zunehmen; bei der Baseler Mission betrug sie etwa 50000, bei der Rheinischen kaum weniger; aber auch die Brüdergemeine, Berlin I und die Leipziger Mission wiesen stattliche Zahlen von mehreren Zehntausenden auf. In der Heimat war in der »Deutschen evangelischen Missionshilfe« ein Organ geschaffen, das für die gesamte deutsche Missionsarbeit Interesse wecken, Mittel sammeln und Kräfte mobil machen sollte. Gerade schien es nun auch so weit zu sein, daß die zahllosen einzeln arbeitenden evangelischen Missionsgesellschaften der mannigfaltigen Völker und Kirchen untereinander Fühlung gewannen und einigermaßen zur Verständigung gelangten; die Edinburger Weltmissionskonferenz 1910, die Abgeordnete fast aller dieser Gesellschaften vereinigt hatte, war glücklich gelungen.

All diese zukunftsfrohe, weitverzweigte Arbeit ist nun schwersten Erschütterungen ausgesetzt. Zunächst zerriß der Krieg jegliche internationale Gemeinsamkeit. Im August 1914 boten englische Missionskreise den deutschen Gesellschaften pekuniäre Unterstützung für die Kriegszeit an; die beiden Berliner Gesellschaften lehnten das Angebot ab und empfahlen die Zuwendung der Mittel an die Pariser protestantische Missionsgesellschaft. Die Berliner Mission (Berlin I) veranstaltete sogar am 21. September 1914 eine eigene Kundgebung gegen England. Den Anlaß bot die Tatsache, daß infolge der Haltung Englands die Ausschaltung des Kolonialgebiets aus dem Krieg unmöglich war und somit auch die Missionsgegenden in ihn hineingezogen wurden.

[1] Abgeschlossen Ende Juli 1917.

Dadurch ist nun auch die Missionsarbeit selbst vielfach hart getroffen worden. Tatsächlich blieb nur in wenigen Gebieten (Amerika, China außer den deutschen und englischen Kolonien. Grönland und Holländisch-Indien) die deutsche Mission unberührt. Reichlich ein Drittel aller deutschen evangelischen Missionsarbeiter (593 von 1637) wirkte bei Kriegsausbruch in englischen Kolonien, ein weiterer erheblicher Teil in den besonders schwer geschädigten deutschen Schutzgebieten; ebenso arbeiten in letzteren englische Missionare. Die Lage der Missionen ist in den einzelnen Ländern je nach den besonderen Bedingungen verschieden. Von den deutschen Missionen in deutschen Schutzgebieten arbeiteten die in Deutsch-Ostafrika ruhig weiter, solange sich die Kolonie gegen den Einbruch feindlicher Truppen schützen konnte. Als große Teile des Landes dem Feind überlassen werden mußten, verfuhr dieser mit den deutschen Missionen nicht gleichmäßig. Im Nordosten konnte ein Teil der Missionsarbeiter auf den Stationen bleiben und, wenn auch unter Beschränkungen, die Arbeit fortsetzen. Dagegen führten die Belgier im Nordwesten die Missionare mit ihren Familien in Gefangenschaft; sie mußten die höchst beschwerliche Reise durch den Kongostaat machen und wurden dann nach Europa verbracht. Die deutsche Regierung forderte ihre Auslieferung und gab dieser Forderung Sommer 1917 durch Vergeltungsmaßregeln Nachdruck. Am härtesten litt die deutsche Mission im Njassagebiet; die Stationen wurden in Militärlager verwandelt, die Missionare in Gefangenenlager verbracht. Englische Missionsgesellschaften zeigen Neigung, in die verwaisten Stationen einzuziehen. Die in Deutsch-Ostafrika wirkenden englischen Missionare konnten anfangs mit geringen Einschränkungen weiterarbeiten; dann sind sie interniert gewesen, bis die Belgier Anfang 1916 dieses Gebiet besetzten. — In Kamerun haben die Engländer die Tätigkeit der Baseler und der deutschen Baptistenmission fast völlig aufgehoben; nur je ein Missionar dieser beiden Gesellschaften konnte, weil nicht Reichsdeutscher, weiterarbeiten; die Missionsleute einschließlich der Frauen wurden schandbar behandelt, gefangengesetzt, dann nach England verbracht; Frauen und ordinierte Missionare sind dort später freigelassen worden. Die Stationen wurden der Plünderung preisgegeben. Die Gemeinden sind jetzt dort größtenteils eingeborenen Helfern überlassen. — In Togo liegen die Dinge nach neueren Nachrichten nicht ganz so schlimm, wie man anfangs annahm. Die Baseler Missionare mußten weichen; von den Bremern konnte ein Teil bleiben; eingeborene Prediger traten in stärkerem Maße in die Arbeit ein. — In Deutsch-Südwestafrika konnte die Arbeit auf einer Anzahl nicht im Kampfgebiet gelegener Stationen fortgeführt werden; die Stationen im Süden dagegen sind schwer mitgenommen worden. Die Missionare kamen zum Teil in englische Gefangen-

schaft; nach Beendigung des Kriegszustandes ließ man sie aber auf ihre Arbeitsfelder zurückkehren. Auf einer Station (Rehoboth) haben die früher treu zur deutschen Regierung haltenden, im Krieg aufsässig gewordenen Bastards die Missionshäuser ausgeraubt. Die Barmer Mission konnte hier während der Kriegszeit 4000 Taufen vollziehen. — In Tsingtau haben die Missionsarbeiter zum Teil in den deutschen Reihen Waffendienst geleistet; diese sind jetzt in japanischer Gefangenschaft. Ein Missionar des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins, der zugleich Pfarrer der dortigen deutschen Gemeinde ist, hat nach dem Fall Tsingtaus dort bleiben und die Schularbeit, soweit die Gebäude imstande geblieben waren, wieder aufnehmen können. An den evangelischen Krankenhäusern hat die Beschießung schweren Schaden angerichtet; in beschränktem Maße wird auch die Hospitaltätigkeit aufrechterhalten. Die Berliner Mission arbeitet ebenfalls weiter. — Aus den deutschen Kolonien in der Südsee meldeten anfängliche Nachrichten, daß fast alle deutschen Missionare haben an Ort und Stelle bleiben dürfen und in ihrer Arbeit nur geringen Beschränkungen unterlagen. Später haben die Japaner die Arbeit erheblich beschränkt, auch Missionare entfernt. In Deutsch-Neuguinea arbeiten die Missionare anscheinend fast ohne Störung. Die Rheinische Mission scheint sogar gerade jetzt dort einen erfreulichen Aufschwung zu erleben.

Für eine ruhige Fortführung der deutschen Arbeit in den vom Krieg nicht bedrohten englischen Kolonien hatten Missionskenner die günstigsten Hoffnungen gehegt; sie sind durch die Ereignisse gründlich und schmerzlich enttäuscht worden. Über die Lage in der Südafrikanischen Union lauteten die Nachrichten anfangs widersprechend; später zeigte sich, daß, von gewissen Einschränkungen abgesehen, die deutschen Missionen weiterarbeiten durften; doch scheint die Leitung der Schulen den Missionen entzogen zu werden. Aus Britisch-Ostafrika sind die deutschen Missionare mit ihren Familien nach Indien verbracht worden; dort sind sie interniert worden. An der Goldküste hat das Verfahren der Engländer Schwankungen durchgemacht; schließlich hat man die reichsdeutschen Missionsleute nach England gebracht und dort einen Teil freigegeben. Dagegen kann die Baseler Mission ohne allzu große Störungen weiterarbeiten. Rücksichtslos scheint die englische Regierung in Indien verfahren zu sein. Anfangs beließ man dort die Missionsarbeiter auf ihren Stationen, stellte sie nur unter Aufsicht. Im Winter 1914/15 aber sind die im wehrpflichtigen Alter stehenden Missionare meist gefangengesetzt worden. Die übrigen Missionsleute scheinen zunächst meist unbehelligt geblieben zu sein; teilweise scheinen auch die Familien bald interniert worden zu sein. Von welchen Grundsätzen sich die englische Regierung bei diesen Maßregeln hat leiten lassen, ist nicht deutlich erkennbar; es sind eine ganze Reihe verschiedener deutscher Missionsgesellschaften beteiligt, deren Stationen nicht gleichmäßig behandelt worden zu sein scheinen; auch stammen die Nachrichten aus verschiedenen Zeiten, also vielleicht auch aus verschiedenen Phasen des englischen Vorgehens. Im Laufe des Jahres 1915 sind dann auch alle nicht wehrpflichtigen deutschen Missionsangehörigen, einschließlich der Frauen und Kinder, interniert worden. Während die im wehrpflichtigen Alter (sogar bis zu 55 Jahren!) stehenden nichtordinierten Missionsarbeiter in Gefangenschaft verblieben, wurden die anderen später nach mehrfachem Hin und Her nach Europa zurückgeschickt, wo sie 1916 ankamen. Die Baseler Missionare, soweit sie Schweizer waren, durften ihre Arbeit fortsetzen; ihre Zahl ist gering. Die Arbeit der Leipziger Mission im Tamulenland ist in die Hände einer schwedischen Missionsgesellschaft übergegangen. Die Arbeit der Herrnhuter in Labrador hat man bestehen lassen. Aus Hongkong wurden alle deutschen Missionsleute entfernt, ebenso aus Borneo zwei Baseler Missionare.

Merkwürdigerweise ist die Lage der deutschen Missionen in Japan, das doch auch mit Deutschland im Kriege liegt, bedeutend besser als in den meisten Kolonien des christlichen Englands, das stets an der Spitze des Missionswerks marschierte. Der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein durfte seine Arbeit genau wie im Frieden fortführen, einschließlich des deutschen Sprachunterrichts; es wurde sogar berichtet, daß die Regierung die Weiterarbeit wünsche. Im Laufe des Jahres 1916 ist aber die Bewegungsfreiheit der deutschen Missionare sehr eingeengt worden. Die japanischen Pastoren im Dienst der deutschen Mission arbeiten mit Erfolg weiter.

Am schwersten von allen deutschen Missionsgesellschaften ist die Baseler betroffen, die ihre Stationen unter anderm in Indien, Togo, Kamerun und an der Goldküste hat. Sie berechnete im März 1915, daß von ihren Stationen als Zivilgefangene entfernt waren 272 Personen (Indien 152, Kamerun 77, Goldküste 43). Freigegeben waren von den nach England verbrachten 62; interniert blieben 214; später erfolgten weitere Freigebungen. Soweit diese Gesellschaft Missionsarbeiter schweizerischer Nationalität hat, durfte sie ihre Arbeit meist fortsetzen. 1916 forderte aber die englische Regierung, daß auch aus der Leitung der Gesellschaft alle Personen entfernt werden sollten, die nicht geborene Schweizer sind, und zwar auch für die Zeit nach dem Kriege. Das hat sie zwar abgelehnt, aber sie hat, um ihre Arbeit in Indien und auf der Goldküste zu retten, diese Zweige an einen in Bern nur aus Schweizern gebildeten Missionsausschuß abgetreten, während sie selbst sich einstweilen auf China beschränken wird.

Für die Missionsarbeit in türkischem Gebiet fällt schwer ins Gewicht, daß die Türkei im Dezember 1914 die fremden Schulen und Hospitäler der Staatsaufsicht unterstellt sowie die religiöse Belehrung der in ihnen aufgenommenen Andersgläubigen verboten hat; Neugründungen wurden nur für Orte mit stärkerer fremder Bevölkerung zugelassen. Diese Maßnahmen deutet ein genauer Kenner Palästinas (Dalman) so, daß sie jede fortschreitende fremde religiöse Tätigkeit nach Kräften unterbinden sollen.

Auch die Missionsarbeit in der Heimat ist durch den Krieg höchst ungünstig beeinflußt, vielfach fast lahmgelegt worden. Da die Zöglinge der Missionsseminare meist im wehrpflichtigen Alter standen, mußten sie alsbald zu den Waffen einrücken; die Missionsseminare wurden ganz oder teilweise geschlossen. Auch die in der Heimat weilenden Missionare, für die hinsichtlich der Wehrpflicht keinerlei Ausnahmebestimmung besteht, tragen die Waffen oder stehen im Lazarettdienst. Die Missionsgaben, auf welche die Anstalten angewiesen sind, sanken bedeutend; im August 1914 hatte z. B. die Baseler Mission einen Ausfall von 43 Proz., in den beiden folgenden Monaten nur noch einen solchen von 16 Proz. Die meisten Missionsgesellschaften haben, weil die Berichte aus den Mis-

sionsgebieten nicht vorlagen, keine endgültige Übersicht über das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben in diesen Jahren aufstellen können; mit sehr erheblichen Fehlbeträgen müssen aber fast alle rechnen. Aus der Verminderung der Einnahmen ergab sich die Notwendigkeit, die Zahl der heimischen Angestellten nach Möglichkeit zu verringern; die Theologen übernahmen zum Teil pfarramtliche Tätigkeit. Die Missionshäuser wurden vielfach Lazarette oder Erholungsheime. Die Verbindung zwischen Heimatanstalt und Missionsstationen ist bei fast allen Gesellschaften nahezu abgeschnitten. Die 6. Herrnhuter Missionswoche konnte vom 11.—15. Oktober 1915 mit 287 auswärtigen Besuchern tagen; fast alle deutschen Missionsgesellschaften und Missionskonferenzen waren vertreten. Während des Krieges konnte ein »Österreichischer Hauptverein für evangelische Heidenmission« neu gegründet werden.

Erwähnung verdient, daß die Missionsgesellschaften ihre internationalen Beziehungen nach Kräften in den Dienst der Verbreitung der Wahrheit im Auslande, der Bemühungen um den Gefangenenaustausch und der Gefangenenfürsorge gestellt haben. Die 1913 gegründete »Deutsche Evangelische Missionshilfe« hat ihre Tätigkeit im Krieg fortgesetzt und bei diesen Vermittlungsdiensten Hilfe leisten können. Im Herbst 1915 haben sich auch Vertreter der evangelischen Missionen an einer dem Reichskanzler überreichten Eingabe beteiligt, die den Sorgen und Wünschen in der Frage des Schicksa's der Armenier in der Türkei Ausdruck gab. Der Reichskanzler erwiderte, er werde alles, was in seiner Macht stehe, tun, um diesen Wünschen Rechnung zu tragen.

In der Öffentlichkeit ist unter der Einwirkung des Krieges alsbald die Frage erörtert worden, ob sich nicht die künftige deutsche Missionsarbeit mehr als bisher oder ganz auf deutsche Gebiete konzentrieren oder sich doch aus englischem Gebiet zurückziehen solle (z. B. in den »Münchner Neuesten Nachrichten«, 1914, Nr. 489). Dabei wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die Mittel, die durch die Mission bisher englischen Kolonien zugute gekommen waren, besser deutschen Schutzgebieten zuzuführen seien. Wahrscheinlich ist auch, daß die deutschen Missionare in englischem Gebiet nach Friedensschluß, wenn überhaupt, so nur unter großen Hemmungen ihre Arbeit werden aufnehmen können. Eine stärkere Konzentrierung auf die deutschen Gebiete wäre zu begrüßen; doch ist zu erwägen, daß jahrzehntelange mühsame und verlustreiche Arbeit, die das Vertrauen der Bevölkerung allmählich gewonnen hat, unmöglich allein aus politischen Gründen aufgegeben werden kann.

Die Schilderung hat sich auf die deutschen Missionen beschränkt, unter Einbeziehung der zu einem guten Teile gleichfalls mit Deutschen besetzten Baseler Mission. Sie hat nur das Schicksal der Arbeit in den Gebieten der kriegführenden Länder berücksichtigt. Zur Ergänzung muß festgestellt werden, daß die deutschen Missionen in den Kolonien neutraler Länder wie in anderen bisher vom Krieg nicht betroffenen Gebieten ihren Gang weiter gehen. Nach einer Berechnung von Anfang 1917 standen noch etwa 1000 deutsche Missionare auf ihren Plätzen. Ebenso ist die Mission neutraler Länder (abgesehen von der Baseler) in der Hauptsache ungehemmt geblieben; und die englischen und amerikanischen Gesellschaften konnten ihre Arbeit fast ganz (Deutsch-Ostafrika) ohne Störung fortsetzen; das Missionsleben Nordamerikas hat sogar einen beträchtlichen Aufschwung erlebt. Gesellschaften dieser Länder schicken sich an, in die deutsche Arbeit einzurücken.

Literatur. J. Richter, Die Mission in dem gegenwärtigen Weltkrieg (Berlin-Lichterfelde 1915); Derselbe, Der deutsche Krieg und die deutsche evangelische Mission (Gütersloh 1915); A. W. Schreiber, Die Wirkungen des Weltkrieges auf die deutschen Missionsgesellschaften (Leipz. 1915); W. Stubemund, Der Weltkrieg und die deutsche evangelische Mission (Schwerin i. M. 1915); C. Mirbt, Das Auslanddeutschtum und die christlichen Missionen in dem gegenwärtigen Weltkrieg (»Internationale Monatschrift«, 9. Jahrg., Heft 9); »Die deutsch-evangelische Heidenmission während des Krieges« (in der »Chronik der christlichen Welt«, 1915, Nr. 22); A. Gsell, Die Baseler Mission im Weltkrieg (in »Deutsch-Evangelisch«, 1915, Heft 5); C. J. Voskamp, Aus dem belagerten Tsingtau (Berl. 1915); W. Stark, Das Martyrium der evangelischen Missionare in Kamerun 1914 (Berlin-Steglitz 1915); A. W. Schreiber, Kameruner Kriegserlebnisse in deutscher und englischer Beleuchtung (Gütersloh 1916); G. Dalman, Christentum und Mission in Palästina und ihre Lage im Kriege (im »Palästinajahrbuch des deutschen evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes«, 11. Jahrg., Berl. 1915, S. 118 ff.); J. Würz, Menschengedanken und Gottesgedanken über die Mission im Weltkriege (Gütersloh 1915); A. Hauck, Evangelische Mission und deutsches Christentum (das. 1916); L. J. Frohnmeyer, Die Stellung der britischen Regierung zur Mission in Indien (das. 1916); F. Kammerer, Die deutsche Mission im Weltkrieg (Stuttg. 1916); R. Grundemann, Unser heimatliches Missionswesen. Anhang: Der Krieg und die Mission (Leipz. 1916); C. Mirbt, Die evangelische Mission Deutschlands unter dem Druck des gegenwärtigen Weltkrieges (Berlin-Steglitz 1917); »Jahrbuch der vereinigten deutschen Missionskonferenzen 1917«, herausgegeben von J. Richter und E. Strümpfel (Berl. 1917); J. Witte, Das Kriegsschicksal der deutsch-evangelischen Mission (»Die christliche Welt«, 1917, Spalte 443 ff. und 467 ff.); ferner die Berichte aller Missionsgesellschaften.

II. Die katholischen Missionen

von Robert Streit, O. M. I.

Welches ist die Lage der katholischen Missionen? Werfen wir zunächst einen Blick auf die deutschen Kolonien.

Die katholische Mission hatte vor dem Ausbruche des Krieges in den deutschen Kolonialgebieten 1250 europäische Missionare, 2250 eingeborene Missionshelfer, 170000 Neuchristen, 60000 Katechumenen und 35000 Jahrestaufen, dazu an 2000 Schulen mit 115000 Schülern. Diesen erblühenden Missionsfrühling hat der koloniale Raubzug unserer Feinde mit rauher Hand gebrochen.

Die Kolonie Togo war schon Ende August 1914 in feindlichen Besitz gekommen. Den Westen nahm der Engländer, den Osten der Franzose. Die Steyler Missionsgesellschaft mußte an erster Stelle die Wirkungen des Weltkrieges verspüren. Verschiedene Missionsstationen wurden beschädigt. In Tsewie mußten die PP. Klaffl und Bode nach Lome wandern; die Engländer nahmen das Silber der Mission weg; in einer Schule zerschlugen mohammedanische Soldaten Kruzifix und Heiligenbilder. In Palime wurden sämtliche Deutsche auf der Station interniert, und selbst der Zutritt zur Kapelle war verboten, bis die Negerfrauen an einem Sonntagmorgen den Glockenturm erstürmten, worauf ein Pater auf der Veranda zelebrieren durfte. Die PP. Wolf und Münch von Anecho wurden als Gefangene nach Dahome geschleppt. P. Theisen von Kpandu, der den deutschen Bezirksamtmann vor dem Überfall gerettet hatte und

von den räuberischen Fetischleuten als deutschfreundlich denunziert worden war, wurde dann über Lome nach England gebracht, von wo er im Februar in die Heimat zurückkehren durfte. Im allgemeinen milderte sich später in dem von England besetzten Westen die Härte der Behandlung, dank der Verwendung des Gouverneurs Clifford von der Goldküste, eines Iren. Viel mehr gehemmt ist die Missionstätigkeit im östlichen, von den Franzosen besetzten Gebiete. Hier sind die Missionsschulen geschlossen, die Missionare in ihrem Unterrichte auf die Katechese beschränkt, und der Krankenbesuch ist an eine besondere behördliche Erlaubnis gebunden.

Ungleich schlimmer hausten die Franzosen in Kamerun. Ende September fiel Duala den Verbündeten in die Hände. Die Hauptstation der Pallottinermission wurde von den Franzosen in Beschlag genommen, die Kathedrale in einen Pferdestall verwandelt, der Rest der Missionsgebäude ausgeplündert. Auf der Missionsstation Edea wurden alle Türen und Schlösser erbrochen, alles durchstöbert und ausgeraubt. In der Kirche hausten die Unholde bestialisch. Der Materialschaden für Edea beläuft sich allein auf 30000 Mark. Brutal war auch die Behandlung des Missionspersonals, das schließlich nach Fernando Po überführt wurde. Ähnliche Auftritte spielten sich auch auf den übrigen Missionsstationen ab (Engelberg, Victoria, Marienberg, Einsiedeln, Kribi, Batanga, Illasson, Dschang). Von den 14 Hauptstationen der Pallottiner blieben nur 3 unversehrt; 120 von den 204 Missionsschulen sind geschlossen, 20000 Katholiken ohne Priester, 116 eingeborene Gehilfen ohne Leitung und Unterhalt. — Nicht viel besser erging es den beiden neuen Kamerunmissionen der Sittarder Priester vom Heiligen Herzen und der Väter vom Heiligen Geist im Norden und Süden Kameruns. Auch hier wurden die Missionare gefangengenommen und in das Gefängnis von Lagos (Britisch-Nigeria) abgeführt.

Äußerst spärlich sind die Nachrichten über das Schicksal der katholischen Mission in Deutsch-Südwestafrika. Soweit möglich, versuchten hier die Missionspatres auf ihren Stationen auszuharren. Wieweit ihnen dies nach der Besetzung des Landes durch die Engländer noch gestattet wurde, darüber fehlen jede Nachrichten. Besonders ungewiß erscheint das Los der im hohen Nordosten gelegenen Okavango-Mission. Im Süden, den die Oblaten des heiligen Franz missionieren, wurden die Missionare als Kriegsgefangene nach dem Konzentrationslager in Pietermaritzburg (Natal) gebracht.

Günstiger ist die Missionslage in Deutsch-Ostafrika. Die Benediktiner von St. Ottilien im Vikariat Daressalam und in der Präfektur Lindi bemühen sich, den Missionsbetrieb aufrechtzuerhalten. Die Werkstätten sind allerdings geschlossen, da die Missionsbrüder einberufen wurden. Alle Bauten und sonstigen größeren Arbeiten mußten eingestellt werden, und einige Schulen wurden geschlossen. — Ähnlich ist die Lage der Missionen der Väter vom Heiligen Geiste in den Vikariaten Bagamoyo und Kilimandscharo. Die Missionstätigkeit konnte, wenn auch in beschränktem Maße, fortgeführt werden. — Auch die Missionen der Weißen Väter in den Vikariaten Südnyanza, Unjanjembe, Tanganjika und Kiwu hatten bis jetzt wenig unter den Kriegsereignissen zu leiden.

Viel menschlicher als in den afrikanischen Kolonien gestaltete sich das Schicksal der Missionare und Missionen in der deutschen Südsee. Die Steyler Mission auf Kaiser-Wilhelms-Land darf nach wie vor unbehelligt ihren Aufgaben nachgehen. Nur der wirtschaftliche Betrieb ist in Mitleidenschaft gezogen, da die meisten einheimischen Arbeiter ausrissen. Auch mußten sämtliche Internate geschlossen und die Kinder entlassen werden. — Große materielle Not ist in der Mission der Hiltruper Missionare vom Heiligen Herzen auf Neupommern eingetreten. Das große Missionssägewerk in Torin steht still, und die kurz vor Kriegsausbruch ausgelaufenen Kopraladungen der Mission wurden von englischen Kriegsschiffen beschlagnahmt. — Auf den Nordsalomonen und auf Samoa befindet sich die Mission der Maristen von Meppen in gleicher materieller Notlage. Die Ende August geschlossenen Schulen wurden später wieder geöffnet. — Auch auf den Marshallinseln mußte die Hiltruper Mission schweren Herzens ihre Internatsschulen schließen, da die Mittel zum Unterhalt ausgingen; doch blieb das Missionspersonal von den Japanern unbehelligt. — Desgleichen benahmen sich die Japaner auf den Karolinen gegen die Kapuzinermissionare sehr korrekt.

Schwere Lage bereitete der Krieg der Steyler Mission in Deutsch-China. Bei der Mobilmachung eilten die deutschen Missionare herbei, um ihre Dienste anzubieten, doch behielten die meisten auf Anweisung des Gouverneurs ihre Missionsposten. Im ganzen waren 36 katholische Missionare (10 Steyler aus Südschantung, 6 Franziskaner aus Nordschantung, 4 Benediktiner aus Korea und 16 Franziskanerinnen) bei der Verteidigung Tsingtaus im Dienste des Vaterlandes tätig. Die anfangs schwer geschädigte Mission der Steyler Patres in Tsingtau und Kiautschou hat aber wieder volle Bewegungsfreiheit erhalten.

So ist das Bild von der Lage der katholischen Missionen in den deutschen Kolonien ein recht verschiedenartiges. Am meisten haben jene Missionen zu leiden, die in französischen Besetzungsgebieten liegen, wie Kamerun und Ost-Togo. Die französische Brutalität gegen alles Heilige und Deutsche ist ohne Gegenstück geblieben. Glimpflicher verfuhr der Engländer. Nach rücksichtsloser Härte im Anfang scheint ihm später die ruhige Besonnenheit wiedergekommen zu sein. So in West-Togo und Deutsch-Südwestafrika. Ungleich nobler als beide benahm sich aber der Japaner. Er achtete im ganzen Freiheit und Eigentum. Am günstigsten gestaltete sich noch die Lage der Mission in Ostafrika. In allen Missionsgebieten aber ist großer materieller Schaden und Schaden ideeller Natur entstanden; der Einfluß des Krieges auf Geist und Gemüt der Eingeborenen ist in seinen schädlichen Folgen noch gar nicht abzusehen.

In den englischen Kolonien an der afrikanischen Westküste, in Benin und Nigeria, wurden zahlreiche Patres interniert, ebenso in Südafrika, wo die deutschen Missionare in Pietermaritzburg gefangengesetzt wurden; die deutschen Patres Britisch-Ostafrikas brachte man als Kriegsgefangene in das indische Lager Ahmednagar, die Missionare von Assuan nach Alexandrien. Die anfänglich allenthalben geübte Härte wurde später gemildert; doch bleiben diese deutschen Missionskräfte mehr oder weniger für den Missionsbetrieb lahmgelegt. — In Britisch-Indien schien die englische Kolonialbehörde anfangs recht milde vorzugehen. Doch folgten bald sehr strenge Maßregeln. Aus der deutschen Jesuitenmission von Bombay wur-

den 22 Mitglieder als Kriegsgefangene in das Konzentrationslager von Ahmednagar gebracht, 13 andere in das von Khandale. Gleich den Jesuiten wurden auch die deutschen Salvatorianer in Assam als Kriegsgefangene erklärt. Auf Ceylon wurden 17 deutsche Oblaten als Kriegsgefangene in Degatalanja von der Außenwelt gänzlich abgesperrt und mußten hier ein Jahr unter den glühenden Sonnenstrahlen in den Eisenblechbaracken schmachten; erst Juni 1915 wurden sie nach Australien geschafft und 1916 nach Amerika entlassen. In den übrigen englischen Kolonialgebieten scheinen Belästigungen unterblieben zu sein.

Einen schweren Schlag erlitten die französischen katholischen Missionen in den französischen Kolonien. Der Mobilisationsbefehl riß tiefe Lücken in die Reihen der Missionare. Überall stehen die Missionsgemeinden verwaist, die Neuchristen sind sich selbst überlassen, die Schulen geschlossen. In allen französischen Missionen finden wir dasselbe traurige Bild. Um so größer ist aber der Schaden der katholischen Missionen, als französische Missionare in überwiegender Anzahl auch in den übrigen Missionsgebieten tätig waren. Aus der Ugandamission der Weißen Väter wurden 46 französische Missionare ihrem Arbeitsfelde entrissen, aus Abessinien und aus den Missionen am Nildelta 43, aus dem der Pariser Missionsgesellschaft anvertrauten Japan 60, aus Korea im nördlichen Vikariat Söul 14 Patres, in der Südmission Taiku der apostolische Vikar selbst mit den meisten seiner Missionare. Das chinesische Arbeitsfeld büßte nicht weniger als 300 Missionspriester ein, Siam und Malakka 25, die Erzdiözese Pondichéry 14 Missionare. Geradezu verhängnisvoll wurde der Weltkrieg aber der katholischen Mission im Orient, wo 164 französische Missionare an einem Tage das Missionsfeld verließen. Um so unbegreiflicher ist es, wie die Mehrzahl der einberufenen Missionsleute mit hellem Jubel ihre Missionen verlassen konnten, um unter die französischen Fahnen zu eilen.

Noch unheilvoller und nachhaltiger sind aber die Wunden, die der Weltkrieg dem heimatlichen Missionsleben geschlagen hat. Gerade jene Länder, welche die Hauptlasten der Missionspflicht an Berufen und an materieller Unterstützung bisher trugen, sehen wir in den Kampf verwickelt. Die zahlreichen katholischen Missionshäuser in Deutschland sind in Lazarette umgewandelt. Die studierende Jungmannschaft und die Brüder sind zu den Waffen einberufen, die übrigen Missionskräfte stehen meist im Dienste des Roten Kreuzes und der Malteser. Auch die katholische Mission hat ihre Blutsteuer entrichten müssen. Am 1. Januar 1917 standen im Dienste des Vaterlandes 4129 Missionsleute (623 Patres, 1757 Alumnen, 1749 Brüder). Gefallen waren 361, verwundet 613, vermißt oder gefangen 134. Mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet wurden 463 Mitglieder (andere Auszeichnungen 366). In 30 Missionshäusern wurden bisher etwa 35 444 Verwundete gepflegt. Freudigen Herzens erfüllt die katholische Mission ihre Pflicht am deutschen Vaterlande, wo sich in dem letzten Jahrzehnt ein so kräftiges heimatliches Missionsleben entwickeln konnte. Die Anzahl der Missionsberufe hatte sich zusehends vermehrt, die Missionsvereine zur materiellen Unterstützung waren lebenskräftig organisiert, der Missionsgedanke war volkstümlich geworden. Auf alle diese Bestrebungen hat sich der Krieg wie ein Frost gelegt. Was wird uns die Zukunft bringen? Das eine ist gewiß: Geht Deutschland siegreich aus dem blutigen Völkerringen hervor — und das hoffen und erflehen wir —, dann wird es vor neuen, großen kolonialen Aufgaben und mithin vor neuen, großen Missionsaufgaben stehen; dann wird die Missionsfrage eine der brennendsten Fragen des Tages sein.

Literatur. Hüttche, S. V. D., Katholische Missionsstimmen aus den neutralen Ländern (»Zeitschr. f. Missionswissenschaft«, V, 261/268) und Katholische Missionsstimmen aus den kriegführenden Ländern (ebenda V, 177/190); Schmidlin, Die christliche Weltmission im Weltkrieg (2. Aufl., M.-Gladbach 1917); Derselbe, Die Missionen im gegenwärtigen Weltkrieg (vierteljährliche Rundschauen in »Zeitschr. f. Missionswissenschaft«); Schwager, S. V. D., Weltkrieg und Weltmission (in »Theologie und Glaube«, VII, 37/42); Derselbe, Bemerkungen zum Missionsartikel des französischen Buches »La Guerre allemande et le Catholicisme« (ebenda VII, 579/582); Weber, Erzabt, O. S. B., Der Krieg und die Mission (»Zeitschr. f. Missionswissenschaft«, V, 1/9); Derselbe, Am Scheidewege. Nationalpolitische Bedeutung der Mission (in »Hochland«, XII, 10/27); »Weltkrieg und Weltmission« (in »Katholische Missionen«, 43, 25/29; 145/148; 241/244). Ausführliches Literaturverzeichnis von Rob. Streit, O. M. I., in »Zeitschr. f. Missionswissenschaft« (Jahrg. IV—VII).

Der Krieg und der Vatikan[1]

von Professor Dr. **Martin Schian** in Gießen

Papst Pius X. mußte, neunundsiebzigjährig, noch den Ausbruch des Weltkrieges erleben; es ist wohl möglich, daß dieses Ereignis seinen Tod (20. August 1914) beschleunigt hat. Das Konklave, in dem trotz des Krieges nur acht Kardinäle fehlten, wählte zu seinem Nachfolger einen früheren Mitarbeiter Rampollas, Giacomo della Chiese, der als Benedikt XV. den päpstlichen Stuhl bestieg. Zu seinem Staatssekretär berief der neue Papst den diplomatisch erfahrenen Kardinal Gasparri, früher Professor des Kirchenrechts am Katholischen Institut in Paris. Es ergab sich von selbst, daß die Tätigkeit des neuen Papstes, soweit sie der weiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, zum allergrößten Teil durch den Krieg bestimmt wurde. Schon seine erste Kundgebung (8. September 1914) war eine Ermahnung zum Frieden. Die Enzyklika, mit der er feierlich den Pontifikat antrat (1. November 1914), erörterte den gesamten Zustand der Kirche, wandte sich auch scharf gegen den Modernismus und erneuerte den Ausdruck des Bedauerns darüber, daß der Papst infolge der Aufhebung des Kirchenstaats des zur völligen Freiheit nötigen Rückhalts entbehre; sie beschäftigte sich aber auch mit dem Krieg und seinen moralischen Ursachen; dabei betonte sie, es sei Pflicht des Papstes, die Herrscher zu ersuchen, Streitigkeiten anders als mit den Waffen zu erledigen. Weiter wandte sich Benedikt XV. vertraulich an die Regierungen der kriegführenden Länder mit der Bitte, wenigstens am Weihnachtstage 1914 die Waffen ruhen zu lassen; damit solle einerseits Christo, dem Friedefürsten, eine Huldigung gebracht, anderseits der Menschlichkeit gegen die Familien der Kämpfenden genügt werden.

[1] Abgeschlossen Mitte Juli 1917.

Der Vorschlag, dem die Mittelmächte freundlich gegenüberstanden, scheiterte an der Ablehnung durch Rußland und Frankreich. Erfolgreicher war die Vermittlung des Papstes in Sachen des Austausches dienstuntauglich gewordener Gefangener; ein solcher kam nach langen und schwierigen Verhandlungen zustande und wird in gewissen Zwischenräumen fortgesetzt. Für die Maiandachten 1915 verfaßte Benedikt XV. selbst ein Gebet um den Frieden und versah es mit Ablässen; der kirchlichen Benutzung des Gebets erwuchsen in Frankreich Schwierigkeiten; zugelassen wurde sie dort nur mit einem die französische Meinung sicherstellenden Zusatz. Am Jahrestage des Kriegsausbruchs wurde eine vom 28. Juli 1915 datierte Anrede des Papstes an die kriegführenden Völker und ihre Führer bekannt, welche die schweren Verwüstungen des Krieges beklagte und den Wunsch aussprach, die Parteien möchten gutwillig einen direkten oder indirekten Meinungsaustausch beginnen, um zu einem Ende des schrecklichen Kampfes zu kommen. »Gesegnet sei, wer zuerst den Ölzweig erhebt und dem Feinde die Hand und vernünftige Friedensbedingungen bietet.« Auch dieser Aufruf ist ergebnislos verhallt. Endlich hat Benedikt XV. im Konsistorium vom 6. Dez. 1915 seine Stimme zugunsten eines gerechten, dauerhaften und nicht für einen Teil der kriegführenden Völker allein Nutzen bringenden Frieden erhoben.

Nach diesen Bemühungen um den Frieden mußte es auffallen, daß das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 in Rom kein Echo fand. Das Deutsche Reich hat von diesem Akt dem Vatikan amtliche Mitteilung gemacht; die Note schloß mit der Bemerkung, die kaiserliche Regierung glaube sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Initiative der Mittelmächte einen wohlwollenden Widerhall bei Seiner Heiligkeit finden werde und daß ihr Friedenswerk auf die wertvolle Unterstützung des Apostolischen Stuhles rechnen dürfe. Die österreichisch-ungarische Regierung ging noch weiter mit der Erklärung, sie wäre dem Apostolischen Stuhl zu Dank verpflichtet, wenn er die Initative ergreifen und dadurch dem Friedenswerk die mächtige Stütze seines hohen Ansehens leihen würde. Eine Antwort des Papstes auf diese Noten ist nicht bekannt, von Friedensbemühungen Benedikts nichts mehr berichtet worden.

Der obengenannte Aufruf vom 28. Juli 1915 hatte von einer Abwägung der Rechte und gerechten Forderungen der Völker und von der Wiederherstellung des »Reichs des Rechts« gesprochen. Natürlich ist in diese Worte viel hineingedeutet worden. Daß der Papst dabei gegen eine der kriegführenden Parteien habe Stellung nehmen wollen, ist unwahrscheinlich; er hat sich ohne jede Frage gemüht, in seinen offiziellen Akten Neutralität zu wahren. Von diesem Standpunkt aus hat er ein deutliches Eingreifen in die gerade durch den Krieg hervorgerufenen Streitfragen vermieden. Manche haben in einigen Wendungen einer beim geheimen Konsistorium am 22. Januar 1915 gehaltenen Ansprache eine Mißbilligung des Verhaltens des belgischen Kardinals Mercier (s. Die christlichen Kirchen im Weltkrieg, Bd. I, S. 329) erblicken wollen; doch ist diese Auffassung keineswegs sicher. Gelegentliche Äußerungen des Papstes gaben zu Anzweiflungen seiner Neutralität oder doch zu lebhaften Erörterungen über ihre Durchführung Anlaß. Ein deutsch-amerikanischer Journalist, v. Wiegand, wurde Ostermontag 1915 vom Papst in Audienz empfangen und veröffentlichte dann in der »New York World« als dessen Osterbotschaft an das amerikanische Volk die Mahnung, unablässig und uneigennützig für den Frieden zu arbeiten; der Papst setze seine ganze Hoffnung für einen baldigen Frieden auf das amerikanische Volk. Stärker noch erregten Mitteilungen über eine Unterredung Benedikts XV. mit dem französischen Journalisten Latapie im Frühsommer 1915 die öffentliche Meinung, vor allem die des Vierverbandes, weil sie die Greuelpropaganda zu entkräften geeignet schienen. Der Erzbischof von Paris gab diesen Empfindungen Ausdruck; er wurde aber durch ein päpstliches Schreiben vom 11. Juli bedeutet, daß Latapie weder die Gedanken noch die Worte des Papstes wiedergegeben habe. Auch sonst wurden Worte und Handlungen Benedikts XV. nach allen Seiten untersucht, gedeutet und beurteilt. Das oben geschilderte Verhalten gegenüber dem Friedensangebot der Mittelmächte mußte selbstverständlich in deren Mitte die Frage nach den Beweggründen wachrufen, und es war kein Wunder, daß dabei die neutrale Haltung in Zweifel gezogen wurde. Auch die Tatsachen, daß Benedikt XV. am 4. Dezember 1916 7 italienische und 3 französische Kardinäle ernannte, aber keinem einzigen den Mittelmächten angehörenden Bischof die gleiche Würde verlieh, sowie daß er mitten im Krieg nach dem Tode des Nuntius Frühwirth den Italiener Aversa und nach dessen raschem Abscheiden wieder einen Italiener als Nuntius nach München entsandte, wurden unter diesem Gesichtspunkt viel beachtet. Das gleiche gilt von einem anderen Geschehnis: Der päpstliche Erzkämmerer Prälat Rudolf v. Gerlach wurde vom Papst im Januar 1917, wahrscheinlich infolge des Auftretens von Kardinälen der Ententemächte, auf unbestimmte Zeit in seine Heimat beurlaubt; damit ist der letzte Deutsche aus dem Vatikan gegangen. Die Lage des Vatikans ist zweifellos schwierig. Länder mit einem starken Anteil oder auch mit ganz überwiegender katholischer Bevölkerung stehen gegeneinander; ihre katholischen Führer befehden sich aufs erbittertste; eine unneutrale Haltung des Papstes könnte bei der Leidenschaftlichkeit des durch den Krieg gesteigerten Nationalbewußtseins geradezu die Gefahr eines Schismas heraufbeschwören. Anderseits bringt auch die Neutralität Schwierigkeiten mit sich. Nicht bloß daß ein wirksames Eingreifen selbst in so krassen Fällen, wie ihn die französische Schmähschrift »La guerre allemande et le Catholicisme« (Paris 1915) darstellt, fast unmöglich wird, die katholische Bevölkerung versteht es auch großenteils einfach nicht, daß das Oberhaupt ihrer Kirche neutral ist. Wenn nach der Auffassung des Vierverbandes der Krieg ein Krieg für das Recht ist, so scheint ihr der Anspruch auf die Zustimmung des Papstes als Hüters des Rechts durchaus selbstverständlich. So begreift es sich, daß nach dem Friedensaufruf vom Juli 1915 der »Temps« meldete, in Italien sehe man in dem Aufruf eine ungeheure Ungerechtigkeit gegenüber dem Vierverband. Die internationale Stellung des Vatikans führt in dieser Hinsicht ganz von selbst zu Folgen, die das durch die Kriegserregung stark national beeinflußte religiöse Empfinden des katholischen Christen manchmal schwer zu fassen vermag.

Die Tatsache, daß der Vatikan als internationale Macht während des Krieges einen nicht unerheblichen politisch wirksamen Einfluß zu üben vermag, hat,

während so seine religiös-kirchliche Stellung von mannigfachen Schwierigkeiten bedroht war, seine politische Stellung gefestigt. Daß Frankreich unter der Hand eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl versucht hat, ist mit Bestimmtheit berichtet worden; zustande gekommen ist sie nicht. Aber England hat nunmehr eine diplomatische Vertretung beim Vatikan eingerichtet; der Katholik Sir Henry Howard übernahm sie. Die englische Regierung scheint sie nur für die Dauer des Krieges bestehen lassen zu wollen; doch ist dieser Punkt wohl mit Rücksicht auf die Zustimmung des Papstes nicht zu völliger Klärung gekommen. Der Hohe Rat der vereinigten evangelischen Kirchen Englands hat gegen die Neuerung erfolglos Einspruch erhoben. Ferner hat die Regierung der Niederlande mit Zustimmung der Kammermehrheit (82 gegen 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung) im Sommer 1915 einen zeitweiligen und besonderen Gesandten beim Vatikan in der Person des Katholiken Regout ernannt. Sehr wichtig ist die Neuregelung des Verhältnisses zwischen dem Vatikan und der Türkei. Diese hat das Protektorat Frankreichs über die katholischen Christen im Orient endgültig aufgehoben. Da infolgedessen die Verhandlungen zwischen der Pforte und dem päpstlichen Stuhl nicht mehr durch die Vermittlung Frankreichs gehen können, ist eine unmittelbare gegenseitige Vertretung eingerichtet. Die Türkei errichtet eine eigene Gesandtschaft beim Vatikan, und der Papst hat in der Person des Bischofs Dolci einen apostolischen Delegaten nach Konstantinopel geschickt. Serbien, das im Zusammenhang mit den durch die Balkankriege erreichten Gebietserweiterungen den Abschluß eines Konkordats mit dem Vatikan (Juni 1914) für richtig gehalten hatte, ernannte einen Gesandten beim päpstlichen Stuhl. Das Fürstentum Monaco tat Ende 1915 das gleiche. Sogar Japan soll nach Zeitungsmeldungen beabsichtigen, einen diplomatischen Vertreter beim Vatikan zu ernennen.

Durch den Krieg ist die weltpolitische Stellung des Papsttums aber auch in anderer Hinsicht berührt worden. Das Eingreifen Italiens machte auch Rom zum Kriegsgebiet. Es ist wahrscheinlich, daß Benedikt XV., von dem Wunsch nach Beschränkung der Ausdehnung des Krieges ganz abgesehen, schon um der ihm selbst drohenden Schwierigkeiten willen das Fortbestehen der italienischen Neutralität gewünscht hat; er soll auch zur Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Italien die Hand gereicht und behufs Erzielung von Zugeständnissen an Italien in Wien eingewirkt haben. Das Scheitern dieser Versuche brachte ihn dann in eine nicht leichte Lage. Die Vertreter Preußens, Bayerns und Österreich-Ungarns sahen sich genötigt, ihren Wohnsitz von Rom fort in die Schweiz in die Nähe der italienischen Grenze zu verlegen. Die italienische Regierung versprach zwar die unbehinderte Beförderung der vatikanischen Briefschaften; einige Schriftstücke wurden trotzdem nicht in regelmäßiger Weise befördert. Die hieraus entstehenden Unzuträglichkeiten hat der Papst im Konsistorium vom 6. Dez. 1915 scharf betont. Die Tatsache, daß gewisse, beim Heiligen Stuhl akkreditierte Botschafter oder Gesandte gezwungen wurden, abzureisen, um ihre persönliche Würde und die Rechte ihres Amtes zu wahren, bedeute für den Heiligen Stuhl eine Verringerung seines eigenen und angeborenen Rechtes, ein Versagen der notwendigen Garantien und die Entziehung des gewöhnlichen und bequemsten Mittels für den Verkehr mit den auswärtigen Regierungen. Die italienische Regierung bestritt offiziös, daß die fraglichen Gesandten zur Abreise genötigt gewesen seien; doch wurde festgestellt, daß ihnen der diplomatisch unentbehrliche Chiffreverkehr unterbunden worden war. An diese Lage knüpfte sich eine ziemlich weitreichende Erörterung über die Notwendigkeit dauernder Abhilfe; in katholischen Blättern Deutschlands wurde die »römische Frage« lebhaft besprochen. Abgeordneter Spahn nannte 20. August 1915 im Reichstag die durch den Krieg geschaffene Lage des Papstes unhaltbar; sie zwinge dazu, auf eine internationale Regelung bedacht zu sein, die den Rechten, der Würde und den Aufgaben des Papsttums gerecht werde. Katholische Zeitungen, aber auch Schriften von Katholiken, wie J. Bachem, und von ähnlich Denkenden, wie Wehberg (s. Literatur), forderten die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes geradezu als Friedensziel. Ein in ähnlicher Richtung gehender Aufsatz des Freiherrn v. Zedlitz und Neukirch (13. Mai 1915, also vor Italiens Eintreten in den Krieg) hatte das Verbot der »Post«, in der er erschienen war, für einige Zeit zur Folge; den nach der italienischen Kriegserklärung zahlreicher werdenden Erörterungen dieser Frage ist kein Verbot entgegengesetzt worden. Damit soll aber sicherlich die endgültige Stellungnahme der Reichsregierung nicht festgelegt sein. Nicht einmal die Äußerung des Ministerpräsidenten Grafen Hertling in der Sitzung des Finanzausschusses der bayrischen Kammer vom 6. Oktober 1915 über die Notwendigkeit, daß die jetzigen anormalen Zustände (in der Lage des Papstes) beseitigt würden (»München-Augsburger Abendzeitung«, Nr. 278), schließt solche Festlegung in irgendeiner Richtung ein. Im Laufe des Jahres 1916 ging die Erörterung in katholischen Kreisen weiter. Immer unwahrscheinlicher wurde, daß Benedikt XV. um der Lösung der römischen Frage willen irgendwie in Gegensatz zur italienischen Regierung zu treten wünsche; immer wahrscheinlicher, daß er eine gewisse, freilich nicht einschneidende Korrektur des die Lage des Papstes regelnden italienischen Garantiegesetzes vom italienischen Volk selbst erwartet. In welcher Richtung diese Korrektur gehen würde, das läßt sich einigermaßen aus Veröffentlichungen des Jahres 1916 mutmaßen, die wie die Aufsätze Claars und Ehrles nicht ohne Beziehung zu eingeweihten Kreisen geschrieben zu sein scheinen; Ehrle denkt an eine Ausdehnung der bisher nur auf die Person des Papstes erstreckten Exterritorialität auf ein kleines Gebiet, das den Vatikan, St. Peter und die vatikanischen Gärten mit einer kleinen Abrundung umfaßt, während andere es etwas anders bestimmen. Solche Regelung, zumal bei möglichster Beschränkung des Territoriums, unterliegt von allen Lösungen den geringsten Schwierigkeiten. Ob nicht aber doch auch irgendwelche internationale Garantien erstrebt werden, bleibe dahingestellt. Von hohem Interesse ist die von den »Neuen Zürcher Nachrichten« gebrachte und Bestreitungen gegenüber nachdrücklich aufrechterhaltene Meldung, nach der sich Italien bei seinem Eintritt in den Krieg die volle Unantastbarkeit der von ihm geschaffenen Regelung der Lage des Vatikans bei seinen Verbündeten ausgemacht habe. Die Richtigkeit dieser Nachricht wurde aber energisch bestritten.

Endlich sei erwähnt, daß der Vatikan auch pekuniär infolge des durch den Krieg verursachten Ausbleibens des Peterspfennigs aus manchen Gebieten in eine wenig erfreuliche Lage gekommen ist. Sehr reichlich

hat aber gerade auch in dieser Zeit Deutschland beigesteuert.

Literatur. Von katholischen Verfassern: G. Pfeilschifter, Religion und Religionen im Weltkrieg (Freiburg 1915); H. Schrörs, Der Krieg und der Katholizismus (2. Aufl., Kempten 1915); J. Bachem, Der Krieg und das Papsttum (M.-Gladbach 1915); K. Hilgenreiner, Die römische Frage nach dem Weltkriege (Prag 1915); R. v. Nostitz-Rieneck, Der Papst in Feindesgewalt (in »Stimmen der Zeit«, 1914/15, S. 405—419); »Die internationale Lage des Papstes« (in »Petrusblätter«, 1915, Heft 34); A. J. Rosenberg, Papst Benedikt XV. und der Krieg (in »Der deutsche Katholizismus im Weltkriege«, Paderborn 1915); Einiges auch in G. Pfeilschifter, Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg (Freiburg 1915); J. Lulvès, Die Stellung des Papsttums im Weltkriege (Stuttg. u. Berl. 1916); M. Claar, Italien, der päpstliche Stuhl und die Lösung der römischen Frage (»Zeitschr. f. Politik«, 1916, Heft 3/4); P. Ehrle, Benedikt XV. und die Lösung der römischen Frage (»Stimmen der Zeit«, 1916, Sept.); K. Bachem, Ein neuer Kirchenstaat und sein Umfang (»Kölnische Volkszeitung«, 1916, Nr. 752 u. 756); K. Hoeber, Der Papst und die römische Frage (Köln 1916); »Der Vatikan«, Sonderheft der »Süddeutschen Monatshefte« (März 1917). In katholischem Sinn: H. Wehberg, Das Papsttum und der Weltfriede (M.-Gladbach 1915). — Von evangelischen Verfassern: O. Röse, Die Kurie und der Weltkrieg (»Schlesische Zeitung«, 1915, Nr. 298 u. 301), und »Münchner Neueste Nachrichten«, 1915, Nr. 216, 218, 220, 222, 223, 225; W. Köhler, Papsttum und Krieg (in »Christliche Welt«, 1915, Nr. 29, 30); »Chronik der christlichen Welt« (Tübingen 1914 ff.). — Ungenannter Verfasser: Spectator novus, Die römische Frage (»Frankfurter Zeitung«, 1915, Nr. 302, 3. Morgenblatt).

Die National- und Kriegslieder der Deutschen

von Professor **Adolf Bartels** in Weimar

Im Jahre 1871 veröffentlichte Karl Simrock »Lieder vom deutschen Vaterland aus alter und neuer Zeit« und gab damit die erste einigermaßen vollständige Sammlung unserer vaterländischen Dichtung. Von ihr ausgehend hat der Verfasser dieses Beitrags im Weltkrieg ein zweibändiges deutschvölkisches Dichterbuch »Volk und Vaterland« geschaffen, das sich die Aufgabe setzt, die ganze deutsche Geschichte durch die berufenen Stimmen aus der Zeit selber zu kennzeichnen und sie so den Leser unmittelbar miterleben zu lassen. Und wunderbar: dabei stellt sich heraus, daß wir Deutschen in der Tat unsere ganze deutsche Geschichte in deutschen Gedichten haben, daß keiner Zeit der Dichter, der ihre Größe oder ihre Not erkannte, gefehlt hat, daß deutsches Wesen immer viel stärker nach Ausdruck rang, als man es bisher gewußt hat, daß das deutsche Gewissen in deutschen Dichtern immer da war und die deutsche Geschichte nur deswegen vielfach so trostlos erscheint, weil man auf die Stimme der Berufenen nicht gehört hat. Selbstverständlich hat nicht alle vaterländische Dichtung die Form des Liedes gewonnen, aber wir sind auch an National- und Kriegsliedern viel reicher, als die meisten Deutschen wissen, und brauchen uns bei nationalen Festlichkeiten keineswegs auf »Heil dir im Siegerkranz«, »Deutschland, Deutschland über alles« und etwa noch die »Wacht am Rhein« zu beschränken.

Der älteste nationale Sänger der Deutschen ist Walther von der Vogelweide, und man hat sein bekanntes Lied »Ir sult sprechen willekomen« denn wohl auch »Deutschland über alles« überschrieben. Er preist die deutschen Frauen, dann aber auch die deutschen Männer und vor allem deutsche Zucht und Sitte, und nur der Umstand, daß der fahrende Sänger in ihm zu persönlich spricht, hat wohl verhindert, daß es im Volk gesungenes Lied geworden ist. Zum Singen eigneten sich auch die zahlreichen nationalen und politischen Spruchgedichte nicht, die Walther und nach ihm andere Minnesänger schufen, und ebensowenig konnte die nationale Satire einer späteren Zeit, die Sebastian Brants zum Beispiel, vertont werden; dafür hatten wir aber zahlreiche geschichtliche Ereignisse feiernde Volkslieder und dann auch Landsknechtlieder, die überall erklangen und wenigstens vielfach Stammes- und Standesstolz, auch kriegerische Stimmung aufwiesen. Man kennt die Lieder der Schweizer und der Dithmarschen und von den Landsknechtliedern doch wenigstens das ganz unmittelbare auf die Schlacht bei Pavia. Volks- und auch Soldatenlied setzen sich bekanntlich durch das Reformationszeitalter und alle späteren Perioden der deutschen Geschichte fort, und wir werden noch auf manches stoßen, das nationale Geltung gewonnen hat. — Auch ein Nationallied, ja, vielleicht das eigentliche deutsche Nationallied, das stärkste von allen, ist Martin Luthers »Ein' feste Burg ist unser Gott«, das nicht bloß evangelisches Gottvertrauen, sondern auch den stolzen kriegerischen Geist des Deutschtums hat und denn auch in allen großen Zeiten und Augenblicken deutscher Geschichte, so auch im gegenwärtigen Weltkrieg, immer wieder erschollen ist. Das Reformationszeitalter bringt dann auch schon kräftige Mahnlieder an die Deutschen, wie Johann Walthers »Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen« und Bartholomäus Ringwalds »Lied der Kriegsleute wider den Erbfeind« (aus der »Lauteren Wahrheit«), das sich wider die Türken richtet. Im Jahre 1618, also dem Jahre des Beginns des Dreißigjährigen Krieges, gab Johannes Doman aus Osnabrück, Hansischer Generalsyndikus, sein großes »Lied von der Hanse«, das zwar viel zu lang ist, um gesungen zu werden, aber an kräftigen volkstümlichen Stellen keinen Mangel hat und gesunden politischen Sinn verrät. Aus der gewaltigen Entwicklung des evangelischen Kirchenliedes, die man heute auch nicht mehr hinreichend kennt, sind wenigstens noch zwei Lieder als deutsche Nationallieder anzusprechen: Michael Altenburgs »Verzage nicht, o Häuflein klein« und Martin Rinkarts »Nun danket alle Gott«, dies letztere ursprünglich ein Tischgebet, aber mit seiner Bitte um ein immer fröhlich Herz und steten Frieden so recht aus deutscher Seele heraus. Mit ihm sind wir mitten im Dreißigjährigen Kriege.

Man hat diesen mit Recht immer als den deutschen Zusammenbruch angesehen, und doch ist, da kann auch kein Zweifel sein, das neue, das bewußte Deutschtum aus ihm geboren worden. Er ist vor allem reich an mächtigen Kriegsliedern, und zwar sowohl volkstümlicher wie »gelehrter« Herkunft. Das katholische Fürst-Michael-Lied (»Beschütz mit deiner starken Hand die Kirche und das Vaterland«) ist, im Anschluß an einen lateinischen Hymnus, in ihm erklungen, und

Johann Michael Moscherosch hat »Ein' feste Burg ist unser Gott« zu einem reinen Soldatenliede (»Gott ist der Christen Hülf' und Macht und feste Zitadelle«) umgedichtet. Sie sind alle große Patrioten und kriegerische Geister, die Dichter der neuen Art, Georg Rodolf Weckherlin (»Frisch auf, ihr tapferen Soldaten«), Julius Wilhelm Zincgref (»Drum gehet tapfer an, ihr meine Kriegsgenossen«), Martin Opitz (»Auf, auf, wer deutsche Freiheit liebet«) — und bald geht es denn auch gegen den fremden, den Alamode-Geist an, der sich in Deutschland einnistet und deutsches Wesen zu zerstören droht. Das Volkslied besingt inzwischen die Schlacht bei Leipzig (1631) und Gustav Adolfs Tod bei Lützen (wie übrigens auch der Kunstdichter Paul Fleming) und widmet dem »Wallenstein, der eisernen Rut«, ein Valetliedlein. Philipp von Zesen hat dann schon wieder einen Preis des Deutschtums, »Aufmunterung« (»Edle Deutsche, ihr habet empfangen treffliche Gaben und himmlischen Preis«) gedichtet, und einer der jüngeren Schlesier, Hans Aßmann von Abschatz, findet in seinem »Eisenhütel« (»Nun ist es Zeit zu wachen, eh' Deutschlands Freiheit stirbt«) so packende Worte gegen die Raublust Ludwigs XIV. und seiner Franzosen, daß man sein Gedicht mit wenigen Veränderungen noch heute singen könnte. Man vergleiche es mit dem spielerischen, übrigens auch in Deutschland zum Volkslied gewordenen »Marlborough s'en va-t-en guerre«, um den Unterschied zwischen echtem Deutschtum und windigem Franzosentum zu erkennen. Auch aus Johann Christian Günthers großem Gedicht auf den Passarowitzer Frieden schlägt deutsche Gesinnung mächtig empor, und das Lied von »Prinz Eugenius, dem edlen Ritter«, in dem Prinz Ludwig von Baden seinen Soldaten das »Halt't euch brav, ihr deutschen Brüder« zuruft, klingt durch alle folgenden Jahrhunderte hindurch.

Aber das alte Reich zerfällt mehr und mehr, und aus seinem Zerfall ringt sich Preußen empor. Sein Friedrich wird etwas wie ein Nationalheld, und die deutsche Dichtung schlingt ihren Kranz um sein Haupt, obgleich er von ihr nichts wissen will. Wir schätzen heute die Dichtung der Gleim, E. v. Kleist, Ramler nicht mehr so hoch, wie es beispielsweise noch Goethe tat; aber es ist doch kein Zweifel, ein starker neuer Geist ist in ihr, wie auch in den Volksliedern des Siebenjährigen Krieges, von denen »Als die Preußen marschierten vor Prag« am bekanntesten ist. Niemand kann verkennen, daß der alte Gleim in den »Kriegsliedern eines preußischen Grenadiers« doch sehr oft gute Schlachtschilderungen gibt, und gewisse drastische Wendungen seiner Dichtung verdienen ebenso zu dauern wie der volkstümliche Spruch von dem Großen Friedrich, der nur auf die Hosen zu klopfen braucht. Mehr Deutschgefühl als bei den preußischen Dichtern findet man beispielsweise bei Johann Peter Uz und Johann Friedrich von Cronegk, und Klopstock wird dann der erste große nationale Dichter der Deutschen. Gewiß, als Nationallied von ihm gesungen worden ist höchstens »Ich bin ein deutsches Mädchen«, aber welchen Schatz nationaler Gesinnung und — Erkenntnis stellen seine patriotischen Oden dar! »Mein Vaterland« von 1768 ist in mancher Hinsicht überhaupt nicht übertroffen worden. Und nach Klopstock setzt der nationale Sang nun in vollsten Tönen ein: Claudius' »Weihelied« (»Stimmt an mit hellem, hohem Klang«) und »Rheinweinlied« (»Bekränzt mit Laub den lieben vollen Becher«), Bürgers »Feldjägerlied« (»Mit Hörnerschall und Lustgesang«), Maler Müllers »Soldatenabschied« (»Heute scheid' ich, heute wandr' ich«) erklingen bis auf diesen Tag. Freilich, während wir uns mit Claudius »zur Ahnentugend weihn«, schallt es in England: »Rule, Britannia, rule the waves« — das Lied entstammt dem Maskenspiel »Alfred« von James Thomson und David Mallet (1740) — und mußte so schallen, da die englische Politik längst zielbewußt geworden war.

Unser klassisches Zeitalter mit seinen Höhen Goethe und Schiller gilt als in nationaler Hinsicht »schwach«, da man damals in Deutschland einem allgemeinen Humanismus und Kosmopolitismus gehuldigt habe. Die Anschauung ist jedoch nicht ganz richtig; Goethe z. B. ist in weit höherem Grade ausgesprochen nationaler Dichter, als man gemeinhin annimmt. Oder entspricht die Stellung, die er in den »Venetianischen Epigrammen« zur französischen Revolution nimmt, nicht durchaus deutschem Wesen, ist der Schluß von »Hermann und Dorothea« nicht durchaus in gutem deutschen Bürgergeiste gehalten? Und es findet sich auch bei Goethe ein Lied, das sehr wohl deutsches Nationallied sein könnte, das »So rissen wir uns rings herum von fremden Banden los« in »Des Epimenides Erwachen«, das der besten Lyrik der Befreiungskriege an Energie nichts nachgibt. Schillers »Reiterlied« aus dem »Wallenstein«: »Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd« ist dann sicherlich eines der am meisten gesungenen deutschen Soldatenlieder und wird nie veralten, da eben auch der Geist deutscher Jugend darin ist. Wir haben von Schiller, der freilich an eine nationale Zukunft der Deutschen nicht recht glauben konnte, seit dem Jahre 1800 auch noch eine Reihe wichtiger Gedichte nationalen Gehalts (»Die deutsche Muse«, »Die Antiken zu Paris«, »Der Antritt des neuen Jahrhunderts«, »Dem Erbprinzen von Weimar«), die allerdings nicht liedmäßig sind, aber ihrer Gedanken wegen noch heute unveraltet erscheinen. — Von den Dichtern um Schiller und Goethe ist doch auch eine größere Anzahl Nationallieder geschaffen worden; wenigstens die Studenten singen heute noch Karl Gottlob Cramers »Kriegslied« von 1791 (»Feinde ringsum«) und Johann Gottfried Christian Nonnes Lied zur Feier des 18. Oktobers 1814 (»Flamme empor«); die Schuljugend kennt noch Friedrich Leopold von Stolbergs »Sohn, da hast du meinen Speer« und »Mein Arm wird stark und groß mein Mut«, und wenigstens den Literaturkennern sind Schmidt von Lübecks schöne Lieder »Von allen Ländern in der Welt« und »Vom alten deutschen Meer umflossen« bis heute nicht verklungen. Auch die beiden bekanntesten sogenannten deutschen National-, richtiger Fürstenhymnen entstammen der klassischen Zeit, Lorenz Leopold Haschkas »Gott erhalte Franz, den Kaiser« vom Jahre 1797 und Heinrich Harries' »Heil dir im Siegerkranz«, das bekanntlich in Nachahmung von Henry Careys »God save the king« (1743) auf den geisteskranken Christian VII. von Dänemark, seinen Landesherrn, von Harries geschrieben und dann 1793 von B. G. Schumacher auf Friedrich Wilhelm II. preußisch umgedichtet wurde. Es wäre natürlich verlorene Liebesmüh', die beiden Fürstenhymnen durch dichterisch Wertvolleres ersetzen zu wollen; ihren Zweck erfüllen sie. — Übersehen soll man dann auch nicht die nationale Wichtigkeit mancher Volkslieder dieser Zeit, wie »O Straßburg«.

Aber daß in der Zeit der Freiheitskriege weit

Mächtigeres aufkommt, empfindet jedermann; in gewissem Betracht war das Sturmlied der französischen Revolution »Allons, enfants de la patrie« auch für die Deutschen erschollen. Ernst Moritz Arndts »Vaterlandslied« von 1812: »Der Gott, der Eisen wachsen ließ,« kann man die deutsche Marseillaise nennen, und sie ist dichterisch noch höher zu stellen als die französische; denn der heilige Grimm in ihr kommt tiefer heraus, und es ist neben diesem auch echte Frömmigkeit in ihr. Was Ernst Moritz Arndt als nationaler Dichter überhaupt bedeutet, kann hier nicht gründlicher auseinandergesetzt werden. Nationallieder von ihm sind noch »Was ist des Deutschen Vaterland«, das, einst viel gesungen, seit der Errichtung des Deutschen Reiches aber verklungen ist, das Bundeslied »Sind wir vereint zur guten Stunde«, durch die Feierlichkeit seines Tones auch einzig, und das leider nicht genug bekannte »Und brauset der Sturmwind des Krieges heran«, das sehr wohl auch in den Beginn des gegenwärtigen Krieges gepaßt hätte. Die Zahl der Kriegs- und Heldenlieder Arndts — man denke nur an das auf die Schlacht bei Leipzig (»Wo kommst du her in dem roten Kleid?«) und das Blücherlied (»Was blasen die Trompeten?«) — ist dann sehr groß. Wohl kein anderes Volk hat einen so mächtigen nationalen Sänger. Und kein anderes Volk hat wohl einen vaterländischen Liederfrühling, wie wir ihn in der Zeit der Befreiungskriege aufzuweisen haben. Da erschallen, um nur die bekanntesten Lieder zu nennen, H. Claurens »Der König rief, und alle, alle kamen«, Friedrich de la Motte Fouqués »Frisch auf zum fröhlichen Jagen«, Friedrich A. Langes »Es heult der Sturm, es braust das Meer«, Friedrich Gottlob Wetzels »Nun mit Gott! Es ist beschlossen«, Gustav Adolf Salchows »Heraus, heraus die Klingen«, die Lieder Max von Schenkendorfs, von denen »Auf Scharnhorsts Tod« (»In dem wilden Kriegestanze«) und »Freiheit, die ich meine« die bekanntesten geworden sind, Albert Methfessels »Hinaus in die Ferne«, Paul Wigands »Kennt ihr das Land, so wunderschön«, Theodor Körners »Bundeslied vor der Schlacht« (»Ahnungsgrauend, todesmutig«), »Lützows wilde Jagd« (»Was glänzt dort vom Walde im Sonnenschein«), »Männer und Buben« (»Das Volk steht auf, der Sturm bricht los«), »Du Schwert an meiner Linken«, Karl Wilhelm Göttlings »Stehe fest, o Vaterland«, Karl Hinkels »Wo Mut und Kraft in deutscher Seele flammen«, alles noch heute unvergessene Lieder. Dazu klingt auch noch das Volkslied, das in Ernst und Humor (»Der Krähwinkler Landsturm«!) reiche Töne findet. Und an die Freiheitskriegdichtung schließt sich gleich die burschenschaftliche Dichtung, der wir unter anderen Hans Ferdinand Maßmanns schönes, schlichtes »Ich hab' mich ergeben«, das Lieblingsnationallied unserer Jungen, und August von Binzers ergreifendes »Wir hatten gebauet« verdanken. Gestalten wie Ludwig Uhland, den man der Bedeutung nach mit Recht dem Béranger der Franzosen verglichen hat, obgleich er ganz anders, eben echt deutsch ist, und dessen »Ich hatt' einen Kameraden« (das mit seltsamer Umrankung sogar wieder ein Lieblingslied des Weltkrieges geworden ist) allein ganze lyrische Bände aufwiegt, und Friedrich Rückert, dessen »Alter Barbarossa« in den Tagen der Sehnsucht nach dem neuen Reiche immer wieder neu erklungen ist, ragen weit über ihre Zeit hinaus, und auch Joseph von Eichendorff, dessen »Wer hat dich, du schöner Wald« man ein Nationallied nennen kann, Franz Grillparzer, Wilhelm Müller (»Auf Arconas Berge«), Karl Immermann, August Graf Platen, Annette von Droste-Hülshoff sind nicht ohne starke vaterländische Töne. Dem Alter nach gehört zu ihnen Bernhard Wilhelm Thiersch, der Dichter des loyalen Preußenliedes »Ich bin ein Preuße«. Neben dem Preußenlied wären als partikularistische Volkshymnen von einigem Wert etwa noch Siegfried August Mahlmanns »Gott segne Sachsenland« und Michael Oechsners »Gott mit dir, du Land der Bayern« zu stellen.

Es kam darauf die Zeit, wo durch die sogenannte »politische Poesie« die Loyalität in Deutschland arg ins Schwanken kam. Doch ist der älteste der politischen Dichter, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, unzweifelhaft vor allem nationaler Sänger und denn auch der Sänger unserer National- oder Volkshymne »Deutschland, Deutschland über alles« geworden. Man hat gegen sie jetzt allerlei Bedenken, mag das bedingende »wenn« nicht mehr und nennt sie überhaupt zu prosaisch; es ist nicht zu leugnen, daß Hoffmann selber packendere Lieder (»Zwischen Frankreich und dem Böhmerwald«, »Treue Liebe bis zum Grabe«, »Wie könnt' ich dein vergessen«) geschrieben hat und daß ein fortreißenderes Nationallied denkbar wäre, aber mit der alten Haydnschen Melodie wird »Deutschland, Deutschland über alles« doch alle Versuche, es zu stürzen, überdauern. Das Lied (am 26. August 1841 gedichtet) entstammt einer Zeit, die zahlreiche Nationallieder wachrief, »als«, wie Ernst Moritz Arndt sagt, »Thiers die Welschen aufgerüttelt hatte«: auch Nikolaus Beckers »Rheinlied« (»Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein«), Max Schneckenburgers »Wacht am Rhein« (»Es braust ein Ruf wie Donnerhall«), Georg Herweghs »Rheinweinlied« (»Wo solch ein Feuer noch gedeiht«) entstanden damals und wenige Jahre später auch Matthäus Friedrich Chemnitz' »Schleswig-Holstein meerumschlungen«, das, solange Schleswig-Holstein unter dänischer Vergewaltigung schmachtete, eins der meist gesungenen deutschen Nationallieder war. Nimmt man zu diesen Liedern noch Willibald Alexis' »Friedericus Rex, unser König und Herr«, Karl Simrocks »An den Rhein, an den Rhein, zieh nicht an den Rhein«, Paul Achatius Pfizers »Meiner Heimat Berge dunkeln«, Johann Nepomuk Vogls »Gegrüßt, du Land der Treue«, Wilhelm Hauffs »Morgenrot« und »Steh' ich in finstrer Mitternacht«, Julius Mosens »Zu Mantua in Banden« und »Von Wunden ganz bedeckt« (»Der Trompeter an der Katzbach«), Robert Reinicks »Viel tausend Stern' am Himmel stehn« (»Auf der Wacht«), Franz Kuglers »An der Saale hellem Strande«, Franz von Dingelstedts »Ich kenne einen deutschen Strom«, so erkennt man den großen Reichtum der vormärzlichen Zeit an vaterländischer Dichtung, es war eben die Zeit der Sehnsucht. Die spöttische und zum Teil, namentlich 1848, wilde politische Dichtung verschwindet dagegen. Übrigens hat uns Georg Herwegh außer seinem schon genannten »Rheinweinlied« und dem schönen »Reiterlied« (»Die bange Nacht ist nun herum«) das beste deutsche Flottengedicht (»Erwach', mein Volk mit neuen Sinnen«), das noch heute ganz zeitgemäß ist, gegeben, und Ferdinand Freiligrath schrieb das beste Gedicht der ganzen Kriegspoesie von 1870/71: »Die Trompete von Gravelotte« (»Sie haben Tod und Verderben gespien«).

Der Reichsherold, der der Begründung des neuen Reiches voranschreitende deutsche Sänger, ist Emanuel Geibel; aber etwas, was man ein Nationallied nennen könnte, hat er trotz des Reichtums seiner vaterländischen Dichtung nicht verfaßt. Immerhin seien das »Türmerlied« von 1840 (»Wachet auf, ruft euch die Stimme«), das »Lied des Alten im Bart« (»Durch tiefe Nacht ein Brausen zieht«), »Am 3. September 1870« (»Nun laßt die Glocken«) als liedmäßig genannt. Ziemlich volkstümlich ist ein Lied von Julius Sturm, »Mein Vaterland« (»Dem Land, wo meine Wiege stand«), geworden, der mit Karl Gerok einer der eifrigsten Sänger von 1870 war. Dem großen Schmerz um das Scheitern des Kampfes für Schleswig-Holstein 1851 haben Theodor Storm und Klaus Groth ergreifenden Ausdruck gegeben, aber nicht eigentlich liedmäßig. Liedmäßig ist dagegen des weniger bekannten Johann Peter Willatzen einst viel gesungenes »Es war auf Jütlands Auen«. Ganz volksmäßig und humorvoll sind zwei Lieder von 1870, »König Wilhelm saß ganz heiter« von Wolrad Kreusler und »Was kraucht denn dort im Busch herum« von Gotthelf Hoffmann-Kutschke. An der Kriegsdichtung von 1870 haben sich überhaupt so ziemlich alle deutschen Dichter, die zwischen 1815 und 1850 geboren sind, beteiligt, und sie ist, wie die große Sammlung »Lieder zu Schutz und Trutz« (herausg. v. Franz Lipperheide, Berl. 1870/71) zeigt, immerhin ziemlich reich und vielseitig. Auch das Volkslied wacht 1870 wieder auf. Zum Nationalliede haben es freilich wenig Dichter gebracht, weder Theodor Fontane, der Märker, der die ganze Entwicklung von 1864 mit packenden Gedichten begleitet hat, noch Wilhelm Jordan, noch Hermann Lingg oder einer der jüngeren Münchener. Manche vielgesungenen Lieder entstammen aber doch der Zeit von 1850 bis 1870, so des Schulmanns Karl Theodor Schneider »Von des Rheines Strand, wo die Rebe blüht«, so Peter Cornelius' »Weimars Volkslied« (»Von der Wartburg Zinnen nieder«), so Julius Ottos d. J. »Treues deutsches Herz« (»Ich kenn' ein'n hellen Edelstein«), so Joseph Viktor Scheffels »Alt Heidelberg«, so Ludwig Coelestin Bauers »O Deutschland hoch in Ehren«, gegenwärtig wohl das meistgesungene Lied, dem man auch eine Zukunft zugestehen wird, da es vom Geiste des Treuzusammenstehens getragen ist. Nach der Gründung des Reiches schrieb Ludwig Eichrodt seinen vielgesungenen »Reichschoral« (»Allmacht, die furchtbar, die gnadenvoll über uns schaltet«) und Julius Wolff sein »Reichslied« (»Herrlich auferstanden bist du, Deutsches Reich«) — es sind die verbreitetsten Reichslieder geblieben.

Eine neue Entwicklung unserer vaterländischen Dichtung setzt mit dem Österreicher Robert Hamerling und mit Felix Dahn ein; es gilt nun vor allem, das gefährdete Deutschtum in Österreich zu schützen und die deutsche Fahne auf der Welt hoch zu halten. Allzu viele Nationallieder verdanken wir dieser neuen Entwicklung aber nicht, da sie nur bestimmte Kreise, die sogenannten »alldeutschen« und »deutschvölkischen«, tiefer packt. Von Hamerling wird wohl »Das deutsche Lied in Österreich« (»Am Donaustrand, vom grünen Hang«) gesungen, von Dahn kaum etwas, obwohl seine vaterländische Dichtung sehr umfangreich ist. Martin Greif hat uns ein sehr schönes Lied »An Deutschland« (»Sei gegrüßt, du Heldenwiege«) gegeben, aber es fehlt ihm wohl noch die Melodie, die es durch die deutschen Lande trüge. Von Rudolf Baumbach singen wir das »Bin durch die Alpen gezogen«, das bis zu einem bestimmten Grade als Nationallied gelten kann; Liliencron hat etwas Liedmäßiges in »Hundert Jahre sind es bald« gegeben; von Wildenbruch ist das Thüringer Lied »Dunkles Tal zu meinen Füßen« ziemlich bekannt, in den genannten deutschvölkischen Kreisen wird Georg von Rohrscheidts »Ob drohend die Wolken auch hangen« viel gesungen, ferner auch Lieder von Liebermann von Sonnenberg, »Vaterland, höre deiner Söhne Schwören« und »Gewitterschwüle ringsumher« (im Anschluß an Bismarcks Wort »Wir Deutschen fürchten nichts als Gott«). Eine Zeitlang war es Mode, Flottenlieder zu dichten; es war auch einmal ein Preis für das beste Flottenlied ausgeschrieben; keines aber hat die Verbreitung erlangt wie Robert Linderers operettenmäßiges »Stolz weht die Flagge Schwarzweißrot«, das frei ich für uns nun dadurch geweiht ist, daß deutsche Seesoldaten mit ihm in den Tod gegangen sind. Leidliche Verbreitung hat noch das Flottenlied von Reinhold Fuchs, »Hurra, ihr blauen Jungen«, erlangt. Viel gesungen wurde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts »Des Königs Grenadiere« von H. Wilken.

Über die Geltung, die die ungeheuer reiche deutsche Weltkriegslyrik erlangen wird, ist heute noch schwer etwas zu sagen. Daß sie sich von der größtenteils rhetorischen und gehässigen Kunstdichtung der Franzosen und Engländer — es genügt, die in Deutschland wohlbekannten Namen Eduard Rostand und Rudyard Kipling zu nennen — und auch von dem immer noch landsknechtmäßigen fremden Soldatenliede (das Tipperary-Lied!) vorteilhaft unterscheidet, daß sie es zu anschaulicher Gestaltung und auch zu hohen Gedanken bringt, unterliegt keinem Zweifel. Vieles erstrebt die Liedmäßigkeit; aber es ist doch sicher, daß nur weniges wirklich gesungen wird. In die während des Krieges aufgekommenen patriotischen Anhänge an die Kirchengesangbücher sind wohl außer dem alten (schlecht verdeutschten) niederländischen Dankgebet nur zwei neue Lieder gedrungen: Otto Crusius' »Die heilige Not« (»Sie brach herein, die heilige Not«), die nach »Es geht bei gedämpfter Trommel Klang« gesungen wird, und Richard Dehmels »Gebet ans Volk« (»Dank dem Schicksal, Volk in Waffen«). Dann ist noch das humoristische »O Nikolaus« von Wilhelm Platz volkstümlich geworden (nach der Melodie: »O Tannebaum«) und etwa noch das »Deutsche Matrosenlied« von Hermann Löns (»Heute wollen wir ein Liedlein singen«). Komponiert sind auch Graf Hülsen-Haeselers »Nun, deutsche Schmiede, hämmert«, Rudolf Alexander Schröders »Heilig Vaterland in Gefahren« und Rudolf G. Bindings »Der heilige Reiter« (»Ich zieh' in einen heiligen Krieg«); gesungen werden sie wohl noch nicht. Man wird abwarten müssen, was sich durchsetzt.

Literatur. Max Jähns, Der Vaterlandsgedanke und die deutsche Dichtung (Berl. 1896); Rich. Weißenfels, Deutsche Kriegslieder und vaterländische Dichtung (Götting. 1915); Walter Brecht, Deutsche Kriegslieder sonst und jetzt (Berl. 1915); Einleitung zu Adolf Bartels, Volk und Vaterland (Halle 1917, 2 Bde.). — Sammlungen: Karl Simrock, Lieder vom deutschen Vaterland aus alter und neuer Zeit (Frankf. a. M. 1871); Bartels (s. oben); Friedr. v. Opeln-Bronikowski, Deutsche Kriegs- u. Soldatenlieder (Münch. 1911); Karl Berger, Freiheit (Leipz. 1913); Karl Quenzel, Des Vaterlandes Hochgesang (das. 1914).

Die deutsche Literatur während des Krieges

von Professor **Adolf Bartels** in Weimar

Allgemeines. Professor Festers Satz »Der Weltkrieg bestimmt auch den Charakter der Weltliteratur« (vgl. »Kriegsliteratur«, S. 379) hat natürlich auch für die schöne Literatur, die Dichtung, Geltung, insofern als kein Schaffender von Krieg und Kriegsumständen ganz unbeeinflußt bleibt und die Werke, welches Charakters sie im übrigen sein mögen, davon Spuren tragen. Jedoch ist das dichterische Schaffen, als mit der angeborenen Natur und dem Talent des Dichters gegeben, von äußeren Umständen nicht durchaus abhängig und die Entwicklung der Poesie nicht bloß Zeitentwicklung, so daß denn Kriege nicht immer stark auf sie einwirken. Hat der Siebenjährige Krieg nach Goethes Feststellung den Sturm und Drang sowie weiterhin den Aufschwung zur Klassik mit heraufgeführt, so haben anderseits die Befreiungskriege und der Krieg von 1870/71 nur vorübergehend gewirkt, indem durch die ersteren die Entwicklung der Romantik weder gehemmt noch gefördert und durch den letzteren das Epigonentum der Münchener usw. keineswegs aus der Welt geschafft worden ist. So darf man auch von dem gegenwärtigen Kriege, so sehr er die früheren an Gewalt und Ausdehnung übertrifft, bestimmte Wirkungen auf unsere Dichtung mit Sicherheit nicht erwarten. Man hatte zu Anfang des Krieges in Deutschland die starke Empfindung, daß unsere literarischen Verhältnisse, zum Teil unter dem Einflusse fremden Geistes, ungesund geworden seien, und predigte für Theater und Dichtung Rückkehr zu gesundem Volkstum. Daß diese aber nach drei Jahren schon erfolgt sei, wird man doch nicht behaupten dürfen, ob auch eine umfangreiche Kriegsdichtung entstanden ist. Der Umschwung auf dem Gebiete der Dichtung ist nie ganz plötzlich; selbst revolutionäre Bewegungen, wie sie allerdings vorkommen, heben die Überlieferung nicht auf, zumal immer mehrere Generationen am Werke sind, und das ist gut so. Daher wollen wir es denn auch dankbar begrüßen, daß jetzt während der Kriegszeit trotz der großen Erschwerung des buchhändlerischen Betriebes die Werke älterer, schon verstorbener Dichter zum erstenmal oder neu in ihrer Gesamtheit hervortreten und auch andere, noch lebende durch Gesamtausgaben voll zu ihrem Rechte kommen. Ich denke bei den ersteren vornehmlich an Ernst von Wildenbruch (1845—1909) und Detlev von Liliencron (1844—1909), die uns beide in dieser Kriegszeit noch viel geben können, mehr vielleicht als ihre jüngeren Zeitgenossen, und bei den letzteren vor allem an Timm Kröger (geb. 1844), dessen eben erschienene gesammelte »Novellen« (mit der Jahreszahl 1914) deutlich gezeigt haben, daß dieser Dichter ein bedeutender »Humorist« und so etwas wie der berufene Nachfolger oder Ergänzer Wilhelm Raabes ist.

Die Zahl der unmittelbar vor dem Kriege und während des Krieges verstorbenen deutschen Dichter und Dichterinnen ist verhältnismäßig groß. Außer solchen, deren Schaffen abgeschlossen, ja schon überwunden war, sind auch manche dahingegangen, von denen wir noch etwas erwarten durften, so daß das Gesamtbild unserer Literatur nun mannigfach verändert erscheint. In den Jahren 1912—17 haben uns verlassen: Karl Frenzel (1827—1914), trotz mancher Schwächen einer der feinsten Köpfe Berlins, auch als Dichter nicht ohne Verdienst, Paul Heyse (1830—1914), neben Geibel einst das Haupt der Münchener Schule, in der letzten Zeit seines Lebens sehr zurückgetreten, aber als Novellist doch wohl auch jetzt noch nicht ohne Zukunft, Marie von Ebner-Eschenbach (1830—1916), die ihren Ruhm als der größten deutschen Erzählerin bis zuletzt bewahrt hat, Felix Dahn (1834—1912), dem das Verdienst, die alte Germanenwelt für die Poesie erobert zu haben, bleiben wird, Wilhelmine von Hillern (1836—1916), hinter deren Sensationalität ein starkes Talent steckte, Heinrich Steinhausen (1836—1917), der Verfasser der »Irmela« und Bekämpfer Georg Ebers', der österreichische Lyriker und Novellist Stephan Milow (von Millenkovich, 1836—1915), der badische Heimaterzähler Heinrich Hansjakob (1837—1916), Johannes Trojan (1838—1915), der frühere Redakteur des »Kladderadatsch«, Johann Hinrich Fehrs, der geschätzte holsteinische (plattdeutsche) Erzähler, Carmen Sylva, die Königin Elisabeth von Rumänien (1843—1916), die so glücklich war, den Verrat Rumäniens an seinen alten Verbündeten nicht mehr zu erleben, Bertha von Suttner (1843—1914), die so lange »Die Waffen nieder!« predigte und deren letzte Schrift »Die Barbarisierung der Luft« hieß, Theodor Hermann Pantenius (1843—1915), der langjährige Herausgeber des »Daheim«, dessen Romane und Erzählungen das Leben seiner kurländischen Heimat darstellen, Ferdinand Krüger (1843 bis 1915), der plattdeutsche Romane aus dem Leben seiner westfälischen Heimat schrieb, die aus Danzig gebürtige Erzählerin Johanna Niemann (1844—1917), die manche Probleme des Frauenlebens angepackt hat, der Dramatiker Karl Weiser (1848—1913), der die so heiß erstrebte Aufführung seiner »Jesus«-Tetralogie nicht erlebt hat, der Humorist Hermann Öser (1849—1912), die badische Heimaterzählerin Hermine Villinger (1849—1917), Oskar Blumenthal (1852—1917), dessen letztes Lustspiel, vom Jahre 1915, »Die große Pause« heißt, Gustav Falke (1853—1916), der seine Stellung als Lyriker neben Liliencron und Dehmel trotz schwächeren Talents mit Glück behauptet hat, übrigens auch als Erzähler etwas bedeutet, die moderne Erzählerin Dora Duncker (1855—1916), Siegfried Lipiner (1856—1913), der die mit seinem »Entfesselten Prometheus« einst erregten Hoffnungen nicht erfüllt hatte, Joseph Ruederer (1861—1915), der die moderne »Groteske« pflegte, Wilhelm Arminius (eigentlich Schultze, 1861—1917), der Geschichtsromane schrieb, Lilly Braun, geborene v. Kretschmann, verwitwete v. Gizycki (1865—1916), die erst spät unter die Verfasserinnen moderner Romane gegangen war, der Lyriker und Romandichter Albert Geiger (1866—1915), der Lyriker und Ibsen-Übersetzer Christian Morgenstern (1871—1914), der feine Erzähler Friedrich Huch (1873—1913), die Lyriker Karl Engelhard (1874—1914) und Georg Busse-Palma (1876—1915), der Ästhet Alfred Walter von Heymel (1878—1914), die österreichischen Erzähler Hans von Hoffensthal (1877—1914) und Ernst Hladny (1833—1916).

Dazu kommen noch die im Kriege Gefallenen: Hermann Löns (1866—1914), dessen Heldentod dem großen Natur- und Tierschilderer den Ruhm brachte, den er bei seinem Leben hatte entbehren müssen, Martin Richard Kabisch (1868—1914), Schulmann und Verfasser des gehaltvollen Romans »Gottes Heimkehr, die Geschichte eines Glaubens«,

August Seemann (1872—1916), einer der besten neueren plattdeutschen Lyriker, Gorch Fock (eigentlich Hans Kinau, 1880—1916), hoch- und plattdeutscher Erzähler von der Wasserkante, Fritz Rassow (1882—1916), Verfasser stark ästhetizistischer Romane, Walter Heymann (1882—1915), aus Ostpreußen gebürtiger Lyriker, Kuno van der Schalk (1885—1915) und Reinhard Sorge (1882—1916), junge Dramatiker. Man sieht, die Liste ist lang, und manche schmerzlich empfundene Lücke ist zweifellos geblieben.

Kriegslyrik. Unmittelbar dem Kriege entsprang gleich von seinem Beginn an eine ganz gewaltige Kriegslyrik, zu der auch manche von den inzwischen verstorbenen und gefallenen Dichtern beigesteuert haben. Schon im ersten Kriegsjahre soll die Zahl von etwa zwei Millionen Gedichten erreicht worden sein, und wenn auch selbstverständlich von diesen Millionen der größte Teil wertlos ist, es kann doch keinem Zweifel mehr unterliegen, daß sich die Kriegslyrik von 1914—1917 achtunggebietend neben die der Befreiungskriege und die von 1870/71 gestellt hat. Ganz modern gerichtete Geister haben sogar geurteilt, die neue Kriegslyrik übertreffe alle ältere; aber wenigstens, was die der Befreiungskriege anlangt, ist das wohl stark übertrieben: Einen Ernst Moritz Arndt haben wir jetzt nicht und wohl auch keinen Theodor Körner und keinen Max von Schenkendorf. Aber es haben fast alle namhaften deutschen Dichter Kriegsgedichte geschaffen, und nach und nach sind auch manche neue ältere wie jüngere Talente mit besonderem Talent für das Kriegsgedicht erkennbar geworden. Der älteste Kriegsdichter von 1914 ist wahrscheinlich Johannes Trojan (s. oben). Ihm reiht sich Viktor Blüthgen (geb. 1844) an, der (mit Klara Blüthgen, geb. Eysell-Kilburger) die Kriegsdichtungen »Hinter der Front« veröffentlicht hat. Eine eigene Kriegsliedersammlung hat auch Hans von Wolzogen (geb. 1848) in »Vom Krieg zum Frieden« gegeben. Von den in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geborenen bekannteren deutschen Dichtern sind dann als Kriegslyriker hervorgetreten: Richard von Kralik, der österreichische katholische Dichter (geb. 1852, »Schwarzgelb und Schwarzweißrot«, mit Franz Eichert), Gustav Falke (s. oben), dessen hinterlassene Gedichtsammlung »Das Leben lebt« fast nur völkische und Kriegslyrik enthält, Fritz Bley (geb. 1853), Isolde Kurz (geb. 1853, »Schwert aus der Scheide«), Joseph von Lauff (geb. 1855, »Singendes Schwert«), Ludwig Ganghofer (geb. 1855, »Eiserne Zither«), Heinrich Vierordt (geb. 1855), Karl Ernst Knodt (geb. 1856, »Bausteine zum neuen Deutschland«, mit Paul Ernst Köhler), Ferdinand Avenarius (geb. 1856), Hermann Wette (geb. 1857, »Westfälische Kriegsgedichte«, plattdeutsch). Erst bekannt geworden sind durch ihre Kriegsdichtung Otto Haendler, Landgerichtsrat a. D. zu Koblenz (geb. 1851, »Weltkriegslieder«), Kurt von Rohrscheidt, Geh. Regierungsrat zu Merseburg (geb. 1857, »Deutschland, Deutschland«) u. Otto Crusius, Präsident der bayerischen Akademie der Wissenschaften (geb. 1857, »Die heilige Not«). Eine ungemein eifrige dichterische Tätigkeit hat während des Krieges Max Bewer (geb. 1861) entfaltet und unbedingt die kriegerische Stimmung weiterer Kreise gefestigt. Zwei wertvolle Kriegsgedichte gab auch Gerhart Hauptmann (geb. 1862) — und man vergab ihm sein unglückseliges »Festspiel« von 1913. Der vielleicht am stärksten wirkende Kriegsdichter ist, den meisten Deutschen unerwartet, Richard Dehmel (geb. 1863) geworden, der auch mit ins Feld zog; seine (nicht allzu zahlreichen) Kriegsgedichte (»Volkesstimme, Gottesstimme«) sind von kühnem Wurf und großer Gedankenkraft. Eigene Kriegsgedichtsammlungen gaben ferner Cäsar Flaischlen (geb. 1864, »Kopf oben auf«), Friedrich Lienhard (geb. 1865, »Heldentum und Liebe«), Paul Warncke, Redakteur des »Kladderadatsch« (geb. 1866, »Sturm«), Artur von Wallpach, der Tiroler (geb. 1866, »Wir brechen durch den Tod«), Ottomar Enking (geb. 1867, »Vaterländische Gedichte«), Gustav Schüler (geb. 1868, »Wider die Welt ins Feld« u. a.), Rudolf Presber (geb. 1868, »Der Tag der Deutschen« u. a.), Karl Wagenfeld, der westfälische plattdeutsche Dichter (geb. 1869, »Krieg«, »Weltbrand«), Laurenz Kiesgen (geb. 1869, »Deutsche Lieder«), Rudolf Herzog (geb. 1869, »Ritter, Tod und Teufel«, »Von Stürmen, Sterben, Auferstehn«), Dietrich Vorwerk, evangelischer Geistlicher (geb. 1870, »Heiliger Krieg«, »Trutz Tod«), Bruder Willram (Anton Müller, katholischer Geistlicher, geb. 1870, »Das blutige Jahr«, »Der heilige Kampf«). Einzelne bemerkenswerte Kriegsgedichte haben wir unter anderen noch von Hermann Stehr (geb. 1864), Ricarda Huch (geb. 1864), Ludwig Thoma (geb. 1867), Max Bittrich (geb. 1867), Rudolf G. Binding (geb. 1867). Das einzige allgemein bekanntgewordene humoristische Gedicht (»O Nikolaus, o Nikolaus«) gab der hessische Ingenieur Wilhelm Platz (geb. 1866); den Volkston traf am glücklichsten Hermann Löns (s. oben), den der Krieg so früh hinwegnahm. — Von den in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geborenen Kriegsdichtern seien als Herausgeber von Sammlungen genannt: Ernst Wachler (geb. 1871, »Kriegsbeute«), Karl Busse (geb. 1872, »Deutsche Kriegslieder«), Emanuel von Bodman (geb. 1874, »Mein Vaterland«), Börries Freiherr von Münchhausen (geb. 1874, »Die Standarte«), Richard Schaukal (geb. 1874, »Kriegslieder aus Österreich«, »Eherne Sonette«), Wilhelm Lennemann (geb. 1875, »Eiserne Zeit«), Albert Sergel (geb. 1876, »Eiserne Saat«), Rudolf Alexander Schroeder (geb. 1878, »Heilig Vaterland«), Hermann Claudius (geb. 1878, »Hörst du nicht den Eisenschritt«, auch Plattdeutsches enthaltend), Bruno Tanzmann (geb. 1878), Karl Robert Schmidt (geb. 1879), Reinhold Braun (geb. 1879), Gorch Fock (Hans Kinau, s. oben, »Plattdeutsche Kriegsgedichte«). Franz Evers (geb. 1871), Hermann Anders Krüger (geb. 1871), Franz Karl Ginskey (geb. 1871), P. Ansgar Pöllmann (geb. 1871), Hanns Heinz Ewers (geb. 1871), Martin Boelitz (geb. 1874), Emil Ullenberg (geb. 1874), Richard Dohse (plattdeutscher Lyriker, geb. 1875), Hermann Hesse (geb. 1877), Ewald Gerhard Seeliger (geb. 1877), Karl Röttger (geb. 1877), Hans Watzlik (geb. 1879) befinden sich mit einzelnen Gedichten in den meisten Kriegsgedichtsammlungen. Das Eigentümlichste in der Kriegslyrik haben nach dem Urteil moderner Kritiker die Jüngsten, die nach 1880 Geborenen, geleistet. Wir nennen: Ilse Franke (geb. 1881, »Deutsche Treue« u. a.), Joseph Windler (geb. 1881, »Mitten im Weltkrieg«), Will Vesper (geb. 1882, »Vom großen Krieg«), Alfons Petzold (geb. 1882, »Krieg«, »Volk, mein Volk« u. a.), Franz Lüdtke (geb. 1882, »Das deutsche Jahr«), Andrea Frahm (geb. 1884, »Zeitgedichte«), Hans Reisiger (geb. 1884, »Toten-

feier«), Ina Seidel (geb. 1885, »Neben der Trommel her«), Albrecht Schaeffer (geb. 1885, »Des Michael Schwertlos vaterländische Gedichte«), Karl Bröger (geb. 1886, »Aus meiner Kriegszeit«), Wilhelm Müller-Rüdersdorf (geb. 1886, »Die Zeit der großen Ernte«), Walter Flex (geb. 1887, »Sonne und Schild«), Hans Friedrich Blunck (geb. 1888, »Sturm über Land«), Heinrich Lersch (geb. 1889, »Herz, aufglühe dein Blut«), Karl von Eisenstein (»Lieder im Kampf«). Im besonderen haben Joseph Winckler, Albrecht Schaeffer und die Arbeiterdichter Alfons Petzold, Karl Bröger und Heinrich Lersch, zu denen man noch Bruno Tanzmann (s. oben) und Max Barthel stellen kann, hohes Lob gefunden. Eine Gruppe für sich bilden dann Dichter wie Alfred Kerr (geb. 1867), Leo Sternberg (geb. 1876), Julius Bab (geb. 1880), Alfred Richard Meyer (geb. 1882) und Ernst Lissauer (geb. 1882), dessen »Haßgesang gegen England« großes Aufsehen erregte. Auch die Gefallenen Walter Heymann (s. oben) und Hugo Zuckermann (1881—1914, »Reiterlied«) gehören zu dieser Gruppe. — Ein abschließendes Urteil über die Kriegslyrik soll man sich bis nach dem Kriege vorbehalten. Kein Zweifel, sie ist mächtig, sie hat auch neue Töne, eine neue Art des Schauens und Darstellens und wird der »Poesie« des Krieges und seinen Schrecken gerecht. Ob es freilich ein Lob ist, wenn man von ihr gerühmt hat, daß das tiefere Gefühl auf die allgemein menschlichen, sozusagen unmilitärischen Erscheinungen des Krieges beschränkt bleibe, sei dahingestellt — das tiefste Gefühl, das ein so ungeheurer, uns frevelhaft aufgezwungener Krieg auszulösen hat, dürfte ja wohl das völkische sein, und das war bei der Dichtung der Befreiungskriege allerdings viel stärker als jetzt, wo die deutschen Dichter auch an die Zukunft des deutschen Volkes nur selten gedacht haben.

Sonstige Kriegsliteratur. Neben der Kriegslyrik will die übrige, auf den Krieg bezügliche literarische Produktion nicht allzuviel besagen: sie ist auch meist schriftstellerischer, feuilletonistischer Natur oder Unterhaltungsliteratur für den Tag. Schon vor dem Kriege hatten wir eine Art Kriegszukunft- und nebenbei »technische« Literatur, die kommende Dinge zu gestalten versuchte. Es seien August Niemanns (geb. 1839) Roman »Weltkrieg« (1904), Ferdinand Grautoffs (geb. 1871) »Seestern 1906« (1905), der zwanzig Auflagen und eine Volksausgabe erlebte, und Ewald Gerhard Seeligers (s. oben) »Schrecken der Völker« (1908) erwähnt, Werke, deren Phantasien nun freilich durch den Krieg größtenteils ad absurdum geführt worden sind. Schilderungen von Flottenkämpfen verdanken wir unter anderen dem Grafen Hans Nikolaus Ernst von Bernstorff (1856—1915, »Deutschlands Flotte im Kampf«), und den Fliegerroman hat wohl Emil Sandt (geb. 1864) mit »Cavete« (1907) und »Im Äther« begründet. Ihm sind dann Martin Atlas (geb. 1878, »Titan«), Emil Frank (geb. 1880, »Im Ringen um das Luftmeer«), Leonhard Adelt (geb. 1881, »Der Flieger«), Albert von Trentini (geb. 1878, »Unser Geist«), zuletzt sogar der berühmte Rudolf Hans Bartsch (geb. 1873, »Der Flieger«) und noch manche andere gefolgt. — Selbstverständlich sind dann während des Krieges auch manche deutsche Dichter als Berichterstatter ins Feld gegangen und haben regelrechte Kriegsberichte geliefert; es seien genannt: Ludwig Ganghofer (s. oben, »Reise zur deutschen Front«, »Die stählerne Mauer«, »Die Front im Osten«, »Der russische Niederbruch«), Ernst von Wolzogen (geb. 1855, »Landsturm im Feuer«), Fedor von Zobeltitz (geb. 1857, »Kriegsfahrten eines Johanniters«), Artur Brausewetter (geb. 1864, »Meine Fahrten an die West- und an die Ostfront«), Paul Oskar Höcker (geb. 1865, »An der Spitze meiner Kompagnie«), Otto von Gottberg (geb. 1867, »Als Adjutant durch Frankreich und Belgien«, »Kreuzerfahrten und U-Boots-Taten«, »Die Helden von Tsingtau«), Hans Eschelbach (geb. 1868, »Dichterfahrten zu unsern Feldgrauen«), Walter Bloem (geb. 1868, »Vormarsch«), Ferdinand Grautoff (s. oben, »Eine Fahrt an die Westfront«, »Auf unserer Flotte in der Ostsee«), Paul Grabein (geb. 1869, »Im Auto durch Feindesland«), Wilhelm Hegeler (geb. 1870, »Bei unsern Blaujacken und Feldgrauen, flandrische Erlebnisse«), Ernst Wachler (s. oben, »Der Durchbruch von Brzeziny«), Franz Karl Ginzkey (s. oben, »An der Front in Tirol«), Karl Rosner (geb. 1873, »Der graue Ritter«, »Vor dem Drahtverhau«), Wilhelm Schmidtbonn (geb. 1876, »Menschen und Städte im Kriege«, »Krieg in Serbien«), Karl Hans Strobl (geb. 1877, »Zwischen Weichsel und Karpathen«, »Krieg im Alpenrot«), Wilhelm Konrad Gomoll (geb. 1877, »Im Kampfe gegen Rußland und Serbien«), Bernhard Kellermann (geb. 1879, »Der Krieg im Westen«, »Der Krieg im Argonnenwald«), Alfons Paquet (geb. 1881, »Nach Osten«), Arthur Babillotte (1887 bis 1917, »Kriegsskizzen aus dem Elsaß«), Anton Fendrich (»Im Auto an der Front«, »An Bord«, »Gegen Frankreich und Albion«). »Kriegsbücher« haben wir außerdem von Wilhelm Fischer-Graz (geb. 1846, »Kriegsbuch«), Adam Müller-Guttenbrunn (geb. 1852, »Kriegstagebuch eines Daheimgebliebenen«), Hans Fraungruber (geb. 1863, »Aus dem Weltkriege«), Heinz Tovote (geb. 1864, »Aus einer deutschen Festung im Kriege«), Hermann Stegemann (geb. 1870, »Geschichte des Krieges«), Helene Christaller (geb. 1872, »Wir daheim«), R. H. Bartsch (s. oben, »Das deutsche Volk in schwerer Zeit«), Helene Voigt-Diederichs (geb. 1875, »Wir in der Heimat«), Hermann Kurz-Deidt (geb. 1880, »Vogesenwacht, Erlebnisse und Schilderungen eines Neutralen«), Emil Ludwig (geb. 1881, »Die Fahrten der Emden und Ayesha«, »Die Fahrten der Goeben und Breslau«, »Der Kampf auf dem Balkan«). Kurt Küchler (geb. 1883, »Die deutsche Flotte im Weltkrieg«, »Allerhand Kriegsvolk«). — Sehr rasch pflegen natürlich Kriegserlebnisse und Kriegsstimmungen in Roman und Erzählung überzugehen, und so ist denn die Zahl der Kriegsromane und Kriegserzählungen auch bereits sehr groß. Der älteste deutsche Dichter, der Kriegsromane geschaffen hat, dürfte Richard Voß (geb. 1851) mit »Der heilige Haß« (1915) und »Brutus, auch du« (gegen Italien) sein. Charlotte Niese (geb. 1854) gab die Erzählungen »Barbarentöchter« und »Von denen, die daheim geblieben sind«, Ada von Gersdorf (geb. 1854) den Roman »Der Krieg als Erzieher«, Fedor von Zobeltitz (s. oben) die Jugenderzählungen »Heinz Stirlings Abenteuer als Kriegsfreiwilliger« und »Kap Trafalgar«, Walter Schulte vom Brühl (geb. 1868) den Roman »Der Weltbürger« u. a., Fritz Skowronnek (geb. 1858) »Der Mann von Eisen«, einen Roman aus Ostpreußens Schreckenstagen, Karl Bleibtreu (geb. 1859) die

Kriegsnovellen »Die Entscheidungsschlacht«, Gabriele Reuter (geb. 1859) den Roman »Ins neue Land«, Wilhelm Arminius (s. oben) die Jugenderzählung »Der Russenschreck«. Georg von Ompteda (geb. 1863) schrieb einen Roman »Der Hof in Flandern«, Rudolf Stratz (geb. 1864) schilderte in »Das deutsche Wunder« die Entstehung des Krieges und die Enttäuschung eines der fremden Hasser, die ihn heraufgeführt, Artur Brausewetter (s. oben) veröffentlichte den Roman »Wer die Heimat liebt wie du«, Helene Raff (geb. 1865) die Erzählungen »Das junge Geschlecht«, Ernst Zahn (geb. 1867) die Erzählungen »Einmal muß wieder Friede werden«, Rudolf Heubner (geb. 1867) die Novellen »Sankt Michaels Heervolk«, Auguste Supper (geb. 1867) die Erzählungen »Vom jungen Krieg«, Otto von Gottberg (s. oben) den Roman »Die Spionin«, Wolf Graf Baudissin (Freiherr v. Schlicht, geb. 1867) den humoristisch-patriotischen Roman »Weit vom Schuß«; Olga Wohlbrück (geb. 1867) gab die beiden Romane »Barbaren« und »Der große Rachen«, Max Geißler (geb. 1868) gleichfalls zwei, »Nach Rußland wollen wir reiten« und »Die Wacht in Polen«. Edith Gräfin Salburg (geb. 1868) schrieb den Roman »Vater und Vaterland«, Meta Schoepp (geb. 1868) »Blockade«, Nanny Lambrecht (geb. 1868) die drei Romane »Die eiserne Freude«, »Die Fahne der Wallonen« und »Die letzte Schlacht« sowie die Novellen »Die Hölle«, Kurt Aram (Hans Fischer, geb. 1869) den Roman »Die Männer im Feuerofen«, Alfred Funke (geb. 1869) den Roman »Im Banne des deutschen Adlers«, Johannes Jegerlehner (geb. 1871) die Erzählung »Grenzwacht der Schweizer«, Nathanael Jünger (Joh. Rump, geb. 1871) die beiden Romane »Revanche« und »Die lieben Vettern«, Karl Busse (s. oben) mit andern die Novellen »Feuerschein«, Helene Christaller (s. oben) die Novellen und Skizzen »Aus ernster Zeit«, der plattdeutsche Erzähler Fritz Lau (geb. 1872) »Helden to Hus« und »In Luv un Lee«. Karl Rosner (s. oben) gab einen Roman »Der deutsche Traum«, Wilhelm Frick-Schussen (geb. 1874) die Kriegserzählungen »Im großen Jahr«, Helene von Mühlau (geb. 1874) den Roman »Der Kriegsfreiwillige«, Klara Hofer (Höffner, geb. 1875) die Erzählung »Das Schwert im Osten«, Ewald Gerhard Seeliger (s. oben) den Roman »Der gelbe Seedieb«, Lisbeth Dill (v. Drigalski, geb. 1877) die Erzählungen »Der Tag in Nancy«, Emil Lucka (geb. 1877) die Kriegsanekdoten »Das brennende Jahr«, Paul Linde (geb. 1877) den Roman »Der russische Sumpf«, Peter Dörfler (geb. 1878) die Erzählung »Der Weltkrieg im schwäbischen Himmelreich«, Kurt Münzer (geb. 1879) die Romane »Der graue Tod« und »Menschen von gestern«, Robert Heymann (geb. 1879) »Das flammende Land« und »Gesegnete Waffen«, Hermann Kesser (geb. 1880) »Unteroffizier Hartmann«, Friedrich Freksa (geb. 1882) den Roman »Gottes Wiederkehr«, Kurt Küchler (s. oben) die Novellen »Feuertaufe« und die Erzählung »Die letzten Tage von Tsingtau«, Adolf Köster (geb. 1883) die Novellen »Brennendes Blut«, Paul Burg (Schaumburg, geb. 1884) die Romane »Fliegerleutnant Bärensprung« und »Die Geschichte der Lena Kalinska« sowie die Bilder »Alles um Frieden«, Arthur Babillotte (s. oben) die Romane »André Picards Bekehrung«, »Zwischen den Feinden« und »Neubau«, Hans Friedrich Blunck (s. oben) die Romane »Der Ritt gegen Morgen« und »Totentanz«, Thea von Harbou (geb. 1888) den Roman »Der unsterbliche Acker«, Eilhard Erich Pauls (geb. 1890) den Roman »Der Hüter Israels«. Das ist immer erst ein Teil der durch den Krieg angeregten erzählenden Literatur, und was von ihr dauernde Bedeutung hat, muß sich erst herausstellen. In den sogenannten »Feldbüchern« war sehr oft auch Schund. Auch historische Romane, wie Karl Bleibtreus (s. oben) »Bismarck«, Max Dreyers (geb. 1862) »Der deutsche Morgen«, Thomas Manns (geb. 1875) Buch »Friedrich und die große Koalition«, selbst Werner Janssens Nibelungenroman »Das Buch der Treue« sind aller Wahrscheinlichkeit nach durch den Krieg angeregt. Am wenigsten hat er wohl auf das Drama eingewirkt: Volksstücke und Kriegsoperetten, wie die in Berlin häufig gegebenen »Immer feste druff« und »Die Gulaschkanone«, kommen natürlich für die Literatur nicht in Betracht. So mögen hier nur Paul Ernsts (geb. 1866) Schauspiel »Preußengeist«, Karl Schönherrs (geb. 1867) Drama »Volk in Not«, René Schickeles (geb. 1883) elsässisches, nicht eben deutsch empfundenes Schauspiel »Hans im Schnakenloch« und das plattdeutsche Schauspiel »Twee Feldgraue« von Gustav Stille (geb. 1845) genannt werden.

Die Literaturentwicklung während des Krieges. Eine wirklich umwälzende Bewegung hat der Krieg in unserer Literatur bisher nicht hervorgebracht, und sie ist, wie schon gesagt, auch schwerlich noch zu erwarten. Zwar hat man namentlich zu Anfang des Krieges so getan, als ob er dem Fremdgeist in unserer Dichtung und zugleich auch dem sogenannten Ästhetismus ein Ende bereiten werde, und eine Periode der Sachlichkeit und — Männlichkeit angekündigt. Heute glaubt wohl niemand mehr daran. Betrachten wir die Produktion während des Krieges im allgemeinen, nicht im Hinblick auf den Krieg, so sehen wir noch so ziemlich alle alten, uns längst vertrauten Richtungen vertreten, und wenngleich, übrigens auch schon aus der Zeit vor dem Kriege her, etwas Neues, der sogenannte Expressionismus, um Geltung ringt, man darf doch vielleicht auf die gegenwärtige Lage einfach das bekannte Wort »Das Gute ist nicht neu, und das Neue ist nicht gut« in Anwendung bringen. Es sind auch nicht allzu viele neue Talente emporgekommen und von den alten Größen nur wenige zurückgetreten. Das letztere ist mit Karl Spitteler (geb. 1845), der vor dem Kriege vielfach als der bedeutendste zeitgenössische deutsche Dichter betrachtet wurde, der Fall, aber nicht, weil man über seine Dichtung anderer Meinung geworden wäre, sondern weil er sich gleich zu Anfang des Krieges seiner deutschen Herkunft unwürdig erwiesen hat. Daß Timm Kröger (s. oben) nach dem Erscheinen seiner gesammelten »Novellen« sein Recht erlangt hat, ward schon bemerkt. Neu waren in dieser Gesamtausgabe unter anderem zwei große Erzählungen, »Daniel Dark« und »Dem unbekannten Gott«, die sich mit dem religiösen Problem beschäftigen und zugleich die ganze Stimmungsgewalt des Dichters offenbaren. — Eine stärkere Geltung, wie sie Timm Kröger nun gewonnen hat, wünschte man auch dem steirischen Dichter Wilhelm Fischer (s. oben), von dem eigentlich nur der Roman »Die Freude am Licht« weiteren Kreisen bekanntgeworden ist. Er hat zuletzt den Roman »Die Fahrten der Liebesgöttin« (1914) geschrieben. Auch Isolde Kurz (s. oben) genießt bei dem breiteren Publikum noch lange nicht die Anerkennung, die sie, die stärkste Renaissance-

Novellistin, verdient. Sie hat uns in den letzten Jahren die Erzählungen »Kora« und »Wandertage in Hellas« gegeben. Mit ihr sei gleich Helene Böhlau (geb. 1859) genannt, deren neuester Roman »Der gewürzige Hund« die Geschichte der Charlotte Stieglitz nach dem Weimar Goethes versetzt. Schade, daß ihre starke Natur nur selten rein zum Durchbruch kommt. Am meisten in den Vordergrund ist von allen unseren dichtenden Frauen neuerdings Ricarda Huch (s. oben) getreten, und zwar durch ihren Roman »Der große Krieg«, der die ganze Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in zahlreichen chronikartig gehaltenen, aber meist plastischen Bildern vorführt. — Von der ehemaligen sogenannten »Moderne« ist nicht viel Rühmliches mehr zu sagen. Hermann Sudermann (geb. 1857) schreibt noch immer seine Dramen, manche jetzt auch mit historischem Hintergrunde, aber es ist nicht zu leugnen, daß er sehr manieriert geworden ist. Sein letztes aufgeführtes Stück ist die Tragikomödie »Die gut geschnittene Ecke«. Ludwig Fuldas (geb. 1862) letzte Stücke, »Die Rückkehr zur Natur«, »Abendsonne«, »Der Lebensschüler«, »Die verlorene Tochter«, sind sehr still vorübergegangen. Von Gerhart Hauptmann (s. oben) ist seit dem in einem bestimmten Zwiespalt steckengebliebenen »Bogen des Odysseus« nichts mehr hervorgetreten. Sein Bruder Karl Hauptmann (geb. 1858) hat während der Kriegszeit »Krieg, ein Tedeum«, »Aus dem großen Kriege, dramatische Szenen«, die Sonette »Dort, wo im Sumpf die Hürde steckt«, die burleske Tragödie »Tobias Buntschuh« und die Komödie »Rebhühner« geschrieben; seit er vom Naturalismus losgekommen, experimentiert er. Von der alten Zolaschule ist nur Max Kretzer (geb. 1854) lebendig geblieben; manche auch seiner neuesten Romane sind noch recht gut lesbar, und jetzt in der Kriegszeit hat er nicht nur Kriegsgedichte, sondern auch »Berliner Kriegsdenkwürdigkeiten« herausgegeben. — Zu der der Zolaschen entgegengesetzten Maupassantschen Richtung pflegt man auch den Grafen Eduard Keyserling (geb. 1855) zu rechnen; er ist aber ein Eigener und wird sich erhalten. Seine letzten Werke sind der Roman »Abendliche Häuser« und die Erzählung »Am Südhang«. Georg Freiherr von Ompteda (s. oben), einst Übersetzer Maupassants und ernster Darsteller des Lebens der adligen Kreise, ist ganz Unterhalter geworden, allerdings nicht gewöhnlicher, wie auch noch sein Roman »Der Hof in Flandern« (1916) zeigt. Der schon erwähnte Rudolf Stratz ist nie mehr als Unterhalter gewesen, auch Rudolf Herzog (s. oben) nicht, aber dieser hat doch meist Gehalt, und so ist auch das nationale Verdienst seines letzten Romans »Das große Heimweh«, der uns die Deutschen Nordamerikas vorführt, nicht zu verkennen. Merkwürdig erscheint es, daß sich ein von Haus aus so begabter Lebensdarsteller wie Wilhelm Hegeler (s. oben) so völlig verloren hat. Auch von Felix Hollaender (geb. 1867), dem Verfasser des »Weges des Thomas Truck«, ist nicht viel übriggeblieben.

Im Gegensatz zur einstigen Moderne hat sich die so viel geschmähte und verhöhnte »Heimatkunst« recht kräftig erhalten und manchen erfreulichen jüngeren Zuwachs bekommen. Es ist sehr viel bemerkt worden, daß sich Timm Kröger in der Einleitung zu seinen gesammelten Novellen rückhaltlos zu ihr bekannt hat. Hermann Löns, der Heidedichter, der, wie schon berichtet, nach seinem Heldentode zu großem Rufe gelangt ist, gehört ihr ja wohl auch an und zeigt, was einem kleinen Stück Erde und ihrem Menschen-, Tier- und Pflanzenleben abzugewinnen ist. Noch ist der Südhannoveraner Heinrich Sohnrey (geb. 1859) rüstig am Werke, und der Hamburger Wilhelm Poeck (geb. 1866) hat sein Reich nach der Seite des Humors (»Die gestohlene Fregatte«, »Flint und Genossen«) immer mehr erweitert. Diedrich Speckmann (geb. 1872), der Schilderer des Lebens der Lüneburger Heide, der sich mit seinen Romanen durchaus auf der Höhe halten konnte, hat neuerdings in Gustav Kohne (geb. 1871) einen begabten Genossen (»Erhart Rutenberg«) erhalten. Seine Darstellung des Bremer Lebens baut Wilhelm Scharrelmann (geb. 1875) immer mehr aus (»Geschichten aus der Pickbalge«), und jüngere Hamburger sind außer Gorch Fock (s. oben, »Seefahrt ist not«) Emil Kullberg (geb. 1877), der sich freilich nicht auf seine Heimat beschränkt, und Hermann Krieger (»Familie Hahnekamp«). Von den jüngeren Schleswig-Holsteinern sind Wilhelm Lobsien (geb. 1872, »Der Halligpastor«) und der schon genannte Fritz Lau erwähnenswert. Die Pommern haben in Wilhelm Krauel (geb. 1876) einen guten Heimatdichter erhalten (»Von der andern Art«, »Das Erbe der Väter«), die Brandenburger in Wilhelm Kotzde (geb. 1878), der in »Wilhelm Drömers Siegesgang« (1913) einen unserer besten Bauernromane geschaffen und sich nun auch mit der »Wittenbergisch Nachtigall« an Luther und der Reformation versucht hat. — Von den Frauen kann man natürlich Klara Viebig (geb. 1860) nicht ohne weiteres auf die Heimatkunst festlegen, obgleich sie immer wieder einmal auf den Boden der heimischen Eifel zurückgekehrt ist; sie ist vielleicht von allen deutschen Dichtern und Dichterinnen das Talent, das am entschiedensten in der Richtung Zolas gegangen ist. Auch ihr letzter, Berliner Roman »Eine Hand voll Erde« tut dies noch. Nicht genug geschätzt wird bisher die Hessin Lotte Gubalke (geb. 1856), deren Heimatsgeschichten fast alle auch wichtige Lebensprobleme haben. Nanny Lambrecht und Helene Voigt-Diederichs, die auch hierher gehören, wurden mit ihren letzten Werken bereits erwähnt. — Einen großen Aufschwung hat die Heimatkunst in neuester Zeit in Süddeutschland genommen und dabei manche Eigenschaften entwickelt, die die ältere norddeutsche noch nicht aufwies. An die Spitze kann man hier den in Koblenz geborenen, aber im Elsaß heimisch gewordenen Hermann Stegemann (s. oben) stellen, der zur Zeit auch als Kriegsbeurteiler des Berner »Bund« großes Ansehen genießt. Seine Romane spielen fast alle im Elsaß, und namentlich der mit einer Schilderung der Schlacht bei Wörth einsetzende, unmittelbar vor dem Kriege erschienene »Die Krafft von Illzach« kann auf großzügige Gestaltung Anspruch erheben. — Im Frankenlande ist langsam Hans Raithel (geb. 1864) emporgekommen, dessen Erzählungen (»Herrle und Hannile«, »Annamaig«, »Schusterhans«) eine Note echten Humors haben. In Schwaben schaffen Auguste Supper (s. oben, »Der Herrensohn«), Wilhelm Frick (s. oben), Ludwig Finckh (geb. 1876), dessen letzter Roman »Der Bodenseher« ein echter Reutlinger Heimatroman ist, — auch Hermann Hesse (s. oben) hat sich keineswegs vom Heimatboden gelöst. Bayerischer Schwabe ist Peter Dörfler (s. oben), der vor einigen Jahren mit dem Buch »Als Mutter noch lebte« begann und rasch zu Ansehen gelangt ist. Zu den Jung-Elsässern gehört der bereits verstorbene

Arthur Babillotte (s. oben); Anton Fendrich, dessen »Emil Himmelheber« etwas verspricht, ist Badener. — Auch in Österreich herrscht ganz frisches Leben auf diesem besonderen Literaturgebiete. Wer hätte gedacht, daß in Adam Müller-Guttenbrunn (s. oben), der zunächst ganz im Banne des modernen Theaters stand und Augiers »Haus Fourchambault« fortsetzte, der Banater Schwabe noch so mächtig herauskommen würde? Neben ihm mögen hier nur Hans Fraungruber (s. oben), der Verfasser der »Ausseer Geschichten«, Rudolf Greinz (geb. 1866), der mit der (etwas »erotistischen«) »Gertrud Sonnweber« einen Erfolg hatte, Hans Schrott-Fiechtl, der Tiroler (geb. 1867), und von Frauen Susi Wallner (geb. 1868) u. Henriette Schrott (geb. 1877) genannt sein. Karl Schönherr (s. oben), dessen »Weibsteufel« (1915) während der Kriegszeit vielfach verboten wurde, gehört natürlich auch hierher. — Die Schweizer Dichter sind und bleiben fast alle Heimatdichter. Neben Ernst Zahn (s. oben), der um 1910 den größten Ruf von ihnen hatte und noch jetzt rüstig fortarbeitet, sind in den letzten Jahren Heinrich Federer (geb. 1866), der, katholischem Milieu entwachsen, auch starke kulturhistorische Begabung hat und gelegentlich nach Italien hinüberschweift, Johannes Jegerlehner (s. oben) und der Bauerndichter Alfred Huggenberger getreten, der auch ein guter Lyriker ist. — Über die Berühmtheiten unter unseren meist von der Heimatkunst beeinflußten Unterhaltungstalenten soll hier nur ganz kurz gesprochen werden. Max Dreyer hat, wie schon erwähnt, zuletzt einen guten Roman aus der Zeit nach den Freiheitskriegen, »Der deutsche Morgen«, geschrieben. Der letzte Teil von Otto Ernsts (geb. 1862) autobiographischem Roman, »Asmus Semper, der Mann«, ist dichterisch schwach und menschlich wenig sympathisch; Gustav Frenssen (geb. 1863) hat für seinen unglaublich taktlosen Versuch, Bismarck episch zu einer Art Reineke Fuchs umzugestalten, den verdienten Lohn erhalten und das Werk schleunigst zurückgezogen. Die fleißige Tätigkeit Ottomar Enkings (s. oben), von dem uns die Kriegszeit fünf Romane brachte, ist unzweifelhaft schätzenswert. Auch Franz Adam Beyerlein (geb. 1871) und Paul Keller (geb. 1873) haben in ihrer letzten Entwicklung noch beachtenswerte Werke gegeben. — Einen unzweifelhaften Aufschwung hat im letzten Jahrzehnt wieder der Geschichtsroman genommen. Paul Schreckenbach (geb. 1866) ist gewiß kein Großer, aber man liest alle seine Werke, die meist auf dem ihm vertrauten thüringisch-sächsischen Boden spielen, mit wahrem Vergnügen. Rühmenswert sind auch Hanns von Zobeltitz (geb. 1853) mit »Der Alte auf Topper« (1915) und Fedor Sommer (geb. 1864) mit »Das Waldgeschrei«. Weniger sorgfältig als diese arbeitet Johannes Dose (geb. 1860), der zuletzt einen »Düppel«- und einen »Luther«-Roman geschrieben hat, ebenso Walter Bloem (geb. 1868), der einen Romanzyklus von 1870 (»Das eiserne Jahr«, »Volk wider Volk«, »Die Schmiede der Zukunft«) herausgegeben hat; er ist nicht ohne sensationelle Elemente. Verdienten Beifall fand der Roman aus den Freiheitskriegen »Die Flammenzeichen rauchen« von Paul Grabein (s. oben). — Hohe Kunst sind bis zu einem bestimmten Grade sicherlich die Romane von Enrica Baronin Handel-Mazzetti (geb. 1871), deren letzter großer (»Stephana Schwertner«) sehr verschiedenartige Beurteilung gefunden hat; ganz ohne Manier sind sie aber nicht. Solche findet sich auch in Julius Havemanns (geb. 1866) Freiheitskriegroman »Der Ruf des Lebens«. Ihm kann man dann noch die Friedrich-der-Große-Romane von Paul Schulze-Berghoff (geb. 1873) und auch Wilhelm Schäfers (geb. 1868) »Der Lebenstag eines Menschenfreundes« (Pestalozzi, 1915) anschließen. — Großes Aufsehen hat unmittelbar vor dem Krieg ein hinterlassener Frauenroman, Agnes Günthers (1863—1911) »Die Heilige und ihr Narr«, erregt. Das Urteil über ihn steht noch nicht fest. Gehalt kann man ihm jedenfalls nicht absprechen, aber auf neuer Bahn geht er nach des Verfassers Ansicht nicht. Daß Marie Diers (geb. 1867), Agnes Harder (geb. 1864), Marie Burmester (geb. 1870), Helene Christaller (s. oben), Lisbeth Dill (s. oben) gute Unterhaltungsschriftstellerinnen sind und öfter auch in höherem Sinne wertvolle Werke schreiben, sei hier kurz bemerkt. In unserer Unterhaltungsliteratur steckt immer noch viel Gesundes.

Der große Erfolg der Kriegszeit war Gustav Meyrinks (eigentlich Meyer, geb. 1868) »Der Golem«, und mit ihm kommen wir denn zu der neuen Moderne, die im großen ganzen nicht sehr erfreulich ist. Man hat die neuen Richtungen der Literaturentwicklung mit den Schlagworten Ästhetismus und Erotismus bezeichnet, und zweifellos ist es richtig, daß die Loslösung vom Leben, die Übertreibung des Formalen in der modernen Dichtung unverkennbar und daß ferner eine Übersteigerung des erotisch-sinnlichen Elements vorhanden war. Als drittes Schlagwort könnte man dann vielleicht noch Exotismus wählen; das Exotische jeder Art, auch wo es sich, wie beim »Golem«, in unserem deutschen Leben nur eingesprengt fand, zog das neue Geschlecht stark an. Endlich könnte man vielleicht noch das Schlagwort »Perversismus« hinzufügen; die Verkehrung aller Dinge ins Anormale oder Abnorme war eine oft geübte Liebhaberei deutscher Dichter geworden. Zweifellos gehört die Doppelgängergeschichte Meyrinks und ferner sein neuestes Werk »Das grüne Gesicht«, das den Ahasverstoff behandelt und schon roher ist, auch der perversen Richtung an. Als ihren Begründer hat man vielfach Hanns Heinz Ewers (s. oben) hingestellt, den Verfasser der »Teufelsjäger« (1909), der von E. T. A. Hoffmann ausgegangen sein soll, aber doch zuletzt nicht allzuviel mit dem alten Romantiker gemein hat. Karl Hans Strobl (s. oben, »Eleagabal Kuperus«), Hans Hyan (geb. 1868), Hermann Eßwein (geb. 1877) sind weitere Vertreter dieser Richtung, und in manchem Betracht kann man auch Jakob Wassermann (geb. 1873) zu ihr stellen (man vergleiche den Helden in »Die Masken Erwin Reiners«, den Carovius im »Gänsemännchen«!), der freilich in ihr nicht aufgeht. Als Hauptvertreter des Erotismus ist Heinrich Mann (geb. 1871) zu bezeichnen, dessen während des Krieges neu erschienene »Jagd nach Liebe« vielfach Unwillen hervorgerufen hat. Sein Bruder Thomas Mann (geb. 1875) ist weniger Erotist, ist scharfblickender Gesellschaftsschilderer, der sich aber, wie sein »Tod in Venedig« und sein »Friedrich und die große Koalition« zeigen, überschätzt. Nur Unterhalter (mit unangenehmen Einschlägen) ist immer Georg Engel (geb. 1866) gewesen, und Georg Hirschfeld (geb. 1873), der seit 1912 neun Romane geschrieben hat, ist jetzt auch nicht mehr, ebenso trotz der ihm nachgerühmten »Innerlichkeit« Karl Rosner (s. oben). Georg Hermann (Borchardt, geb. 1871) möchte wohl ein Humorist heißen, aber sein

Humor ist für uns Deutsche — man erinnere sich nur des »Kubinke« — sehr wenig erfreulich, und auch für seinen Ernst (»Jettchen Gebert« usw.) haben wir wenig übrig. **Bernhard Kellermann** (s. oben), der eben vor dem Kriege mit dem gewissermaßen exotischen Zukunftsroman »Der Tunnel« einen großen Erfolg errang, hatte bereits eine stark ästhetizistische Periode hinter sich, und **Kurt Münzer** (s. oben), dessen »Weg nach Zion« ein sehr starkes Stück darstellt, ist mit seinem letzten Werke, »Der Ladenprinz«, ganz im Banne des Erotismus. Der stärkste von allen diesen Dichtern bleibt zuletzt doch Jakob Wassermann, weil er der ernsteste ist und auch uns Deutschen zu denken gibt. Man wird nach dem Kriege über alle diese Erscheinungen sehr viel zu sagen haben. Dann wird auch der so rasch zu hohem Rufe gelangte Steirer **Rudolf Hans Bartsch** (s. oben), der, wie die 1914 erschienene Geschichte von »Hannele und ihren Liebhabern« und »Frau Utta und der Jäger« zeigen, aus dem Banne des Erotismus nicht herauskommt, seinen Urteilsspruch bekommen. Sein »Buch der Andacht« »Er«, ein Christusroman, ist von der Kritik mit Recht durchweg abgelehnt worden. Bartsch ist, wie auch der »Weg zu Christus« zeigt, so etwas wie der österreichische Frenssen, ein noch größerer Stimmungskünstler als dieser, aber auch noch weicher und konfuser. Von seinen Landsleuten seien außer dem schon öfter genannten, alles machenden **Karl Hans Strobl** noch die Brüder **Hans Hart** (Hans von Molo, geb. 1878) und **Walther von Molo** (geb. 1880), dieser Verfasser eines vierbändigen Schillerromans, **Albert Trentini** (s. oben), **Emil Lucka** (s. oben), **Erwin Guido Kolbenheyer** (geb. 1878), der Verfasser des Spinoza-Romans »Amor Dei« und neuerdings eines »Paracelsus«-Romans, und **Max Brod** (geb. 1884), der Verfasser von »Tycho Brahes Weg zu Gott«, aber auch böser erotistischer Erzählungen, erwähnt. Eine Gruppe von Jungschweizern: **Paul Ilg** (geb. 1875), **Jakob Schaffner** (geb. 1875), **Hermann Kesser** (geb. 1880) und **Felix Möschlin** (geb. 1882) ist zum Teil gleichfalls stark erotistisch, wenn man bei Schaffner auch gleich Gesundes und bei Kesser bereits die Abwendung bemerkt. Außer ihnen wären etwa noch **Hermann Kurz-Deidt** (s. oben) und **Albert Steffen** (geb. 1884), vielleicht auch **Robert Walser**, zu nennen. Dem Erotismus haben sich im besonderen **Max Dauthendey** (geb. 1868), der sehr viel Ostasiatisches geschrieben hat, **Alfons Paquet** (s. oben) und von den Jüngsten **Willy Seidel** (geb. 1887) ergeben. Diese Richtung ist natürlich nicht ohne weiteres ungesund.

Über die Entwicklung des deutschen Dramas in der neuesten Zeit ist wenig zu sagen. An den Neuklassizismus, den einst **Paul Ernst** (s. oben), **Wilhelm von Scholz** (geb. 1874) und der verstorbene **Samuel Lublinski** (1868—1910) heraufführen wollten, glaubt wohl niemand mehr; der Ästhetismus **Eduard Stuckens** (geb. 1865) und **Hugo von Hofmannsthals** (geb. 1874) hat schwerlich noch eine Zukunft, und eine bevorstehende bedeutendere Entwicklung **Herbert Eulenbergs** (geb. 1876), der zuletzt das Schauspiel »Zeitwende« schrieb, oder **Wilhelm Schmidtbonns** (s. oben) oder **Ernst Hardts** (geb. 1876), der, wie übrigens bis zu einem gewissen Grade auch Hofmannsthal, zu den Perversisten gehört, dürfte kaum zu erwarten sein. Das bedeutendste spezifisch-dramatische Talent unserer Zeit ist **Otto Erler** (geb. 1873), der Verfasser des »Zar Peter« und des »Struensee« (oder, wie er eigentlich heißt, des »Engels aus Engelland«). Daneben ist nach seinem »Katte« noch von **Hermann Burte** (Strübe) etwas zu erwarten und auch von **Dietrich Eckart** (geb. 1868). Auf der Bühne durchzusetzen sind noch die schon verstorbenen **Emil Gött** (1864—1908), **Emil Rosenow** (1871—1904) und **Fritz Stavenhagen** (1876—1906). **Friedrich Lienhard** (s. oben), den man jetzt als deutschvölkischen Dichter preist, obgleich er ganz im klassischen Humanismus wurzelt, bedeutet für die Entwicklung des Dramas nichts, **Eberhard König** (geb. 1871), der mit der epischen Dichtung »Hernoders Ritt« und den Legenden »Von dieser und jener Welt« jüngst gute Erfolge hatte, jedenfalls etwas, ob aber so viel, wie seine Freunde glauben, ist auch noch zweifelhaft. Die Erfolgleute unter den Jüngsten sind die Österreicher **Anton Wildgans** (geb. 1881, »Armut«, »Liebe«) und **Hans Müller-Brünn** (geb. 1882, »Könige«). Auf die Bühne gelangt sind auch **Franz Dülberg** (geb. 1873, »Korinta von Orrelanden«) und **Thaddäus Rittner** (geb. 1873). **Emil Ludwig** (s. oben) ist durch seine Prosawerke »Bismarck« und »Richard Wagner oder die Entzauberten« bekannter geworden als durch seine Dramen, auch **Hans Kyser** (geb. 1882) mehr durch seinen Kampf gegen die Schillerstiftung als durch »Titus und die Jüdin« und »Charlotte Stieglitz«. **Reinhard Sorge**, eine Hoffnung bestimmter Kreise, ist, wie erwähnt, gefallen. Vielleicht wird **Hans Johst**, der unter anderem die Bauernkomödie »Stroh« geschrieben, die neue Hoffnung. — Über **Frank Wedekind** (geb. 1864), den Tragikomiker, der sich zuletzt sogar an Bismarck wagte, braucht hier nur gesagt zu werden, daß er noch immer eine Sensation ist. Möglicherweise werden auch **Hermann Essig** (geb. 1878) und **Georg Kaiser** (geb. 1878), die die nötigen Verbindungen wohl schon haben, Sensationen. **Karl Sternheim**, der einen Komödienzyklus »Aus dem bürgerlichen Heldenleben« durchführt und zuletzt Klingers »Leidendes Weib« umdichtete, ist schon eine. Neben diesen Talenten haben **Otto Hinnerk** (Hinrichsen, geb. 1870), **Paul Apel** (geb. 1872), **Leonhard Schrickel** (geb. 1876), obwohl sie Erfolge gehabt haben, natürlich geringere Aussichten. Die Älteren, **Artur Schnitzler** (geb. 1862), **Ludwig Thoma** (s. oben) usw., sind zu einer Art Einakterkultus gelangt; Hauptvertreter des üblichen Lustspiels sind jetzt **Karl Rößler** (geb. 1864), **Felix Salten** (eigentlich Salzmann, geb. 1867), **Raoul Auernheimer** (geb. 1876) usw.

Die Größe unserer Lyrik ist nun unbestritten **Richard Dehmel** (s. oben), dessen letzte Sammlung »Schöne wilde Welt« zwar noch nicht allzuviel Aufmerksamkeit gefunden hat, dessen Kriegsgedichte aber ihre Aufgabe erfüllt haben. Die reinen Ästheten **Stefan George** (geb. 1868) und **Rainer Maria Rilke** (geb. 1875), dessen »Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge« auch nicht eben in gesunde Regionen führen, sind während des Krieges sehr zurückgetreten. Dagegen ist **Richard Schaukal** (s. oben) durch seine Kriegsdichtung unzweifelhaft vorwärtsgekommen. Für Talente wie **Karl Busse** (s. oben) und **Hugo Salus** (geb. 1866) kann man, nachdem sie jetzt eine beträchtliche Entwicklung hinter sich haben, doch wohl immer noch keine andere Bezeichnung als die der Neueklektiker finden. Eine ziemlich reiche Ausbildung hat die fromme Lyrik durch **Karl Ernst Knodt** (s. oben), **Otto Frommel** (geb. 1871), **Gustav**

Schüler (s. oben) und Therese Köstlin (geb. 1877) erfahren. Auch Artur von Wallpach, der Tiroler (s. oben), ist in seiner Art ein frommer Dichter, wenn er auch dem alten Germanentum und nicht dem Christentum zuneigt. Franz Karl Ginskey (s. oben), ein anderer sympathischer österreichischer Lyriker, hat sich neuerdings dem Geschichtsroman zugewandt. Der Meister der Ballade ist Börries von Münchhausen (s. oben) geblieben, überhaupt eine in manchem Betracht fesselnde Erscheinung, da er auch seine Weltanschauung hat. Mit ihm mögen Lulu von Strauß und Torney (geb. 1873), die gleichfalls Balladen und dann bäuerliche und geschichtliche Erzählungen verfaßt hat, und als ausgesprochen aristokratische Dichterin Erika von Watzdorf-Bachoff (geb. 1878), die Verfasserin sehr feiner Lyrik und des Romans »Maria und Yvonne«, genannt sein. Rudolf Alexander Schroeder (s. oben) ist Ästhet, aber kein künstlicher. Aus dem Kreise Ottos zur Linde (geb. 1873), des Reformators der Lyrik und der Verssprache, hat sich Karl Röttger (s. oben) zu allgemeinerer Geltung emporgearbeitet. Auch Will Vesper (s. oben), vor allem als fleißiger Anthologist bekannt, besitzt diese jetzt. Von den Jüngsten schließt sich hier etwa Heinrich Zerkaulen (geb. 1892) an. — Die allerjüngsten Lyriker bezeichnet man im allgemeinen als Expressionisten, obgleich schon die Symbolisten von Dehmel an, die sich dem Impressionismus oder doch dem Naturalismus entgegenstellten, solche sind. Freilich wollen die Neuesten nun nicht mehr das Symbol für die Sache, sondern die Sache selbst. »Dieselbe Zeit, die die tupfende Sprache des Impressionismus schuf«, sagt ein Theoretiker, »hat daran mitgeholfen, die geschlossene, gedrängte, konzentrierte Sprache zu bilden, die nicht den Eindruck, sondern die Sache selbst schildert, aber so energisch, so intensiv, daß sie suggestiver, dichterischer wirkt als die phantastischen Schnörkel früherer Jahre.« Ein anderer Theoretiker meint: »Nur die Ekstase des Gefühls, nur die Rückwirkung auf die eigene seelische Schwungkraft schafft das neue Kunstwerk«, während ein dritter der neuen Dichtkunst die Aufgabe zuweist, »die Wirklichkeit vom Umriß ihrer Erscheinung zu befreien, sie zu überwinden, nicht mit ihren eigenen Mitteln, nicht indem wir ihr entfliehen, sondern, sie um so brünstiger umfassend, durch des Geistes Bohrkraft, Beweglichkeit, Klärungssehnsucht, durch des Gefühls Intensität und Explosivkraft besiegen und beherrschen«. Es muß hier genügen, die allmählich aus dem Dunkel auftauchenden Namen, die der schon verstorbenen Georg Heym und Ernst Stadler, die der Theodor Däubler, Leo Sternberg, Ernst Lissauer, Franz Werfel, Klabund (Alfred Henschke), Albrecht Schaeffer, Johannes R. Becher, Oskar Wöhrle, Max Jungnickel zu nennen — auch die genannten Arbeiterdichter gehören zum Teil hierher, ebenso Erzähler wie Kasimir Edschmidt, Robert Walser, Franz Kafka, Dramatiker wie Walter Hasenclever und Max Pulver. Was bei diesen Jüngsten wirklich gelebte Kunst, was Aufspielerei, was echtes Können, was geschickte Rechenkunst und vertuschte Unfähigkeit ist, läßt sich so leicht nicht entscheiden. Aber wir werden nach dem Kriege an sie heran müssen. Daß sie uns Deutschen geben werden, was wir brauchen, ist nicht anzunehmen; einstweilen sieht man nur eine neue Periode der Experimentier- und Sensationskunst, die leider im ganzen verflossenen Menschenalter stark vorgeherrscht hat. Aber vielleicht geht etwa von Otto Erler, Hermann Burte, dem schon verstorbenen Österreicher Ernst Hladny, Hans Friedrich Blunck usw. eine neue völkische Dichtung aus.

Literatur. Adolf Bartels, Die deutsche Dichtung der Gegenwart (9. Aufl., Leipz. 1918); Walther Brecht, Deutsche Kriegslieder sonst und jetzt (Berl. 1915); Julius Bab, Die Kriegslyrik von heute (»Literarisches Echo«, 1914—15); Franz Blei, über Wedekind, Sternheim und das Theater (Leipz. 1915); »Vom jüngsten Tag« (Almanach, 2. Aufl., das. 1917). — Die wichtigsten Kriegsgedichtsammlungen sind: Adolf Bartels, Volk und Vaterland (Halle a. S. 1917; von Walther von der Vogelweide bis zur Gegenwart); Julius Bab, Der deutsche Krieg im deutschen Gedicht (Berl. 1914ff.); Karl Quenzel, Des Vaterlandes Hochgesang (Leipz. 1914); S. Wieser, Schildgesang (Münch. 1914; vornehmlich katholische Dichter); »Deutsche Kriegsklänge, ausgewählt von Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg« (Leipz. 1915ff.); Alfred Biese, Poesie des Krieges (Berl. 1915; neue Folge, das. 1915).

Kriegsliteratur[1]

von Professor Dr. **Richard Fester** in Halle

Der Weltkrieg bestimmt auch den Charakter der Weltliteratur. Wie die Industrie der kriegführenden Mächte und der Neutralen mehr und mehr für den Krieg eingespannt wurde, so sind fast alle Erzeugnisse des Buchhandels seit August 1914 als Kriegsliteratur zu bewerten. Selbst Wissenschaft und Kunst machen davon keine Ausnahme. Handliche, wohlfeile Klassikerausgaben gehen als geistige Nahrung an die Fronten. Kunsthistorische Bücher sollen beweisen, daß es nicht an der Verständnislosigkeit der Kriegführenden liegt, wenn Denkmäler in der Kriegszone untergehen. Wissen, das sonst als Menschheitsgut galt, wird an der Grenze als Bannware zurückgehalten, wenn es dem Feinde irgendwie dienen könnte. Dem Gedanken an den Krieg kann kein Autor entfliehen. Er durchdringt jede Zeile, die heute geschrieben wird, was auch das Thema sein mag. Die religiöse oder die ästhetische Weltflucht früherer Kriegszeiten wäre heute unmöglich. Isolierte Weltwinkel gibt es nicht mehr. Goethe konnte sich in Gedanken in den Orient flüchten. Der moderne Künstler nimmt am Kriege teil, indem er mit seinen Schöpfungen zugleich für die Kultur seines Volkes im neutralen Ausland Reklame macht. Die friedliche Kulturpropaganda der jüngsten Vergangenheit ist eine kriegerische geworden. Nichts wird mehr rein um seiner selbst willen getrieben. Auch geistige Eroberungen zählen nur noch als Eroberungen der engeren Lebensgemeinschaft, der sie entstammen. Das Gefühl, daß es sich um Leben oder Sterben der Völker handelt, ist allen Literaturerzeugnissen mehr oder minder gemeinsam. Es erklärt die freiwillige Unterordnung unter Propagandazwecke und die Kriegspsychose, die ehrliche Leidenschaft und die bewußte Gemeinheit, das Ringen nach Wahrheit und den Gasangriff erstickender Lügen.

Jede Charakteristik der Kriegsliteratur hat daher von den Gemeinsamkeiten auszugehen, die in der Weltkultur der Epoche von 1914 wurzeln. Der Propagandacharakter ist ebensowenig wie die Reklame oder

[1] Abgeschlossen 1. Juni 1917.

der Bluff eine Neuschöpfung des Weltkriegs. Den Rohstoff, die Technik und die Mache hat die vorausgegangene Periode des Weltfriedens der Gegenwart geliefert. Nur die ungeheure Einseitigkeit der Verwertung unterscheidet den Augenblick von der jüngsten Vergangenheit. Sie erleichtert den Überblick, den der Mangel vergleichender Statistiken der geistigen Produktion sonst erschweren würde. Wissenschaftliche Zählung und Sichtung werden jedoch erst möglich sein, wenn sich das in Deutschland Gesammelte mit allen Sammlungen des Auslandes zusammenzählen und vergleichen läßt. Vollständigkeit aller deutschen Druckerzeugnisse erstrebt die Deutsche Bücherei in Leipzig, annähernde Vollständigkeit der gesamten Kriegsliteratur sucht die Kgl. Bibliothek in Berlin zu erreichen. Als repräsentativ seien außerdem genannt die Kriegssammlungen der Münchener Hof- und Staatsbibliothek, der Stadtbibliothek und der Institutssammlungen des Kolonialinstituts in Hamburg, der Universitätsbibliothek in Jena u. des Historischen Seminars in Halle.

Den Reigen der Propagandaliteratur eröffneten die **Buntbücher** (s. Bd. III, lexikalischer Teil), die nicht wie früher nur den Parlamenten vorgelegt wurden, sondern auch in Volksausgaben erschienen. Von den Mächten des Vierbundes und des Zehnverbandes haben die Türkei und Bulgarien, Japan, Montenegro, Portugal und Rumänien auf die Veröffentlichung diplomatischer Aktenstücke verzichtet, während der Handelskrieg die Vereinigten Staaten und von den Neutralen Argentinien, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz ebenfalls veranlaßt hat, an das Urteil ihrer Untertanen und der Welt zu appellieren. Nach einer zum erstenmal in den letzten Balkankriegen ausgebildeten Technik haben Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei, Frankreich, England und Belgien ihren Feinden in ausführlichen Beweisaufnahmen Verletzung der Kriegsregeln und der Gesetze der Menschlichkeit vorgeworfen, England im Rahmen der seinem Parlamente regelmäßig zugehenden »Miscellaneous«, die anderen Mächte in besonderen Buntbüchern, die in Widerlegungen und Gegenangriffen mehrfach eine Fortsetzung gefunden haben. Auf dieser urkundlichen Basis baut sich ein Teil der Kriegsliteratur auf, zunächst die zahlreichen **Neuausgaben** und Übersetzungen, an denen sich von den Mächten Deutschland, England und Frankreich und von den politischen Parteien die Sozialdemokratie[1] beteiligt haben, sodann die **kritischen Bearbeitungen und Zusammenfassungen**[2] und endlich die **Darstellungen der Kriegsursachen**, deren Objektivität jedoch, soweit sie überhaupt erstrebt wurde, durch den gewaltigen Einsatz des Krieges und die stete Rücksicht auf die eigenen Verbündeten gehemmt werden mußte. Die den Augenblick beherrschende Frage nach der Schuld an dem Weltbrande drückt der größeren Hälfte dieser Vorgeschichten den Propagandastempel auf, der in den nicht im Buchhandel erschienenen, in alle Sprachen übersetzten **Pamphleten** der kriegführenden Mächte zum Selbstzweck geworden ist.

Hieran reiht sich die ungeheure **Kulturpropaganda**, worin sich schon vor dem Kriege unsere Feinde in der Alten und Neuen Welt ausgezeichnet haben. Das Eigenlob, das in der Form eines durch Selbstkritik immerhin noch gezügelten Nationalstolzes im internationalen Verkehr schon im Frieden Reklamezwecken gedient hatte, hat in England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten die Form der Überlegenheit über die deutsche Barbarei angenommen, die sich wie der Glaube an die Überlegenheit der Zahlen nicht durch die quantitativ und qualitativ schwache deutsche **Kulturliteratur**, sondern nur durch die deutschen Waffen zerschlagen ließ. Was in Deutschland auf diesem Gebiete an Wertvollem und Bleibendem entstanden ist, knüpft an die **Selbsteinkehr** der geistigen Führer der Nation an, um alle inneren schlummernden Kräfte für die größte Entscheidung unserer Geschichte zu wecken; doch fehlt es auch da nicht an ideologischen Versteigenheiten. Der Einsatz unserer Feinde läßt dagegen mit wenigen Ausnahmen trotz der englischen Wucht und der französischen Leidenschaft die Innerlichkeit vermissen. Sogar ihre **religiöse Kriegsliteratur** verirrt sich in Lästerungen, in Frankreich in dem Manifest der Katholiken, in England in einer apokalyptischen Literatur, die den Kaiser mit dem großen Tier und Deutschlands Daseinskampf mit der Schlacht bei Armageddon in Zusammenhang bringt.

Als Angreifer haben unsere Gegner ihre **Kriegsziele** schon in den friedlichen Jahren der Einkreisung offen erörtert. Die Aufteilung der Türkei, die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und die Schwächung des Deutschen Reiches sind aus der Losung einzelner Politiker der Entente das Feldgeschrei des ganzen Zehnverbandes geworden, das die Regierungen eher steigerten als dämpften. In Deutschland und Österreich-Ungarn hat dagegen das militärische Verbot der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele bis zum Herbst 1916 unter Ausschluß des Buchhandels eine **geheime Literatur** zur Folge gehabt, die seit Freigabe der Kriegsziele erst teilweise der breiteren Öffentlichkeit bekanntgeworden ist. Auch ihre Besprechung muß einer späteren Zeit vorbehalten werden, da die mit den Kriegszielen zusammenhängenden Angriffe auf die Politik Bethmann Hollwegs erst durch seine Abwehr in den Gesichtskreis der Nation getreten sind und einen relativ sehr kleinen Leserkreis gefunden haben. Um so reicher konnte sich, in der Hauptsache von der Zensur unbehelligt, die Literatur über die politische und wirtschaftliche Ausgestaltung **Mitteleuropas** entwickeln. Ihr entspricht im Lager der Gegner die Erörterung einer den Wirtschaftskrieg fortsetzenden **Handelspolitik**, die sich jedoch wegen der auseinanderstrebenden Interessen der Entente weder an Zahl noch an Bedeutung mit derselben vergleichen läßt.

Hinter den genannten Gruppen tritt die **Geschichte des Krieges** weniger an Zahl der Erscheinungen als an zeitgeschichtlichem Quellenwert naturgemäß stark zurück. Die Frontberichte und die offiziellen Zusammenfassungen abgeschlossener Operationen sind bis jetzt erst hier und da durch halboffizielle Darstellungen ergänzt worden. Die Kriegsberichterstatter müssen sich auf Stimmungsberichte beschränken, und auch die Kriegsteilnehmer liefern in ihren Erzählungen und Briefen in der Regel nur Farben zu einem Bilde, dessen Umrisse noch nicht festgestellt sind. Neben wertvollen Urkunden für den soldatischen Geist begegnen uns gerade auf diesem Gebiet zahlreiche Erscheinungen, die den literarischen Zusammenhang mit der

[1] **Bernstein**, Dokumente zum Weltkrieg (Berl., seit 1915, bis jetzt 16 Hefte).

[2] **Beer**, Regenbogenbuch (Bern 1915); »European war, collected documents relating to the outbreak of the European war« (Lond. 1915); **Niemeyer** und **Strupp**, Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkriegs I (Münch. u. Leipz. 1916); **Fester**, Die polit. Urkunden des Weltkrieges (in Vorbereitung); **Piloty**, Das Friedensangebot der Mittelmächte (Tüb. 1917); **Thomsen**, Die englische und die deutsche Seesperre (Berl. 1917).

internationalen Sherlock-Holmes-Epidemie der Friedenszeit nicht verleugnen können. Die Literatur über den Krieg als Zerstörer wurde schon im Eingange gestreift. Den Krieg als Gestalter zeigen die geographischen Entdeckungsreisen nach okkupierten Gebieten, Beiträge zur Völkerkunde und populärwissenschaftliche Bemühungen, die Erkenntnis fremden Volkstums zu einem nutzbringenden Gemeingut des eigenen Volkes zu machen, was dann wieder zu der Gruppe über die Kriegsziele hinüberleitet.

Die sogenannte Neuorientierung der Völker, die noch weiter in die Zukunft weist als die Kriegsziele, hat wegen des Burgfriedens in den kriegführenden Ländern noch keinen der inneren Bewegung entsprechenden literarischen Ausdruck gefunden. Soweit sich diese Gruppe bisher überschauen läßt, sucht nur in Deutschland die Literatur mit Parlament und Presse gleichen Schritt zu halten, während anderwärts noch kaum Anläufe gemacht worden sind, oder gar die inneren Wandlungen und Revolutionen, wie in Rußland, sich fast ganz ohne literarische Vorboten zu vollziehen scheinen.

Die abseits stehende Gruppe der Exulanten und der Fremdvölker der kriegführenden Mächte wird der späteren Zusammenfassung ähnliche Schwierigkeiten machen wie im Augenblicke dem bibliothekarischen Sammler. Soweit Berlin, Paris oder London als Erscheinungsorte genannt sind, zählen ihre Schriften auch unter die Propagandaliteratur der betreffenden Staaten. Im übrigen ist die Schweiz der Treffpunkt der Exulanten aus allen Teilen der Welt, mögen sie ihre Hoffnungen auf den Vierbund oder den Zehnverband setzen; doch reicht der Propagandaeinfluß der feindlichen Lager auch über die Schweizer Grenze hinüber, so zwar, daß er sich in Lausanne und Bern vielfach kreuzt.

Die im folgenden gegebenen Übersichten über die Kriegsliteratur der einzelnen Länder halten sich an die Anlage der vorstehenden allgemeinen Kennzeichnung. Die Auswahl der Büchertitel ist repräsentativ, hat aber natürlich bei dem augenblicklichen Stand der Sammlungen noch nicht den abschließenden Charakter durchgearbeiteter Literaturgebiete.

A. Vierbund.

Deutschland und Österreich-Ungarn.

Die deutsche Literatur unseres Verbündeten läßt sich von der reichsdeutschen nicht trennen, weil der Erscheinungsort für die Nationalität des Verfassers nicht maßgebend ist und der österreichische Buchhandel einer Bibliographie entbehrt. Hinrichs verzeichnete bis zu seinem Eingehen, Ende 1915, »die deutsche Kriegsliteratur von Kriegsbeginn« in 5 Heften. Seitdem ist man auf das Buchhändlerbörsenblatt und die sehr vom Zufall abhängigen und zersplitterten Übersichten in Zeitschriften angewiesen. Die Auslandsliteratur wird besonders berücksichtigt im »Historischen Jahrbuch der Görresgesellschaft« sowie im »Weltwirtschaftlichen Archiv«; häufige Besprechungen derselben finden sich in den »Preußischen Jahrbüchern«. Während viele Fachzeitschriften eingingen, widmeten sich ältere allgemeine und politische Zeitschriften, wie die »Süddeutschen Monatshefte«, »Der Panther«, »Die Hilfe«, »Das neue Deutschland«, »Das größere Deutschland«, die »Sozialistischen Monatshefte« und die jetzt auch in deutscher Sprache erscheinende ungarische Zeitschrift »Das junge Europa«, ausschließlich den Kriegsproblemen und stellten sich an die Seite der neuentstandenen wie der »Deutschen Politik«, der seit April 1917 erscheinenden Monatsschrift »Deutschlands Erneuerung«, der »Polnischen Blätter«, der »Wirtschaftszeitung der Zentralmächte«, des »Neuen Ostlands«, der vom Vorstand deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen herausgegebenen »Osteuropäischen Zukunft« und der Halbmonatschrift für das politische, wirtschaftliche und geistige Leben im gesamten Osten »Der neue Orient«. Für größere Aufsätze bildeten sich Sammlungen, deren Hefte in zwangloser Folge erschienen, wie »Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank«; Jäckh, Der große Krieg; Derselbe, Deutsche Orient-Bücherei; Rohrbach, Die russische Gefahr; »Deutsche Kriegsschriften« (Bonn); »Schützengrabenbücher« (Berl. 1917 ff.); »Weltkultur und Weltpolitik« mit einer deutschen und österreichischen Folge; »Kriegswirtschaftliche Zeitfragen«; »Zeitspiegel«; Hettner, Die Kriegsschauplätze; Sammlungen von Professorenreden aus Berlin, Halle, Hamburg, Münster, Tübingen; »Zwischen Krieg und Frieden« (Leipz., Hirzel); »Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen«; »Vereinsschriften der deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft«; »Flugschriften der Zentralstelle für deutsch-türkische Wirtschaftssorgen«; »Länder und Völker der Türkei, Schriften des Deutschen Vorderasien-Komitees«. Unter den folgenden Titeln vermißte Schriften sind in einem dieser Sammelwerke enthalten, die in Dietrichs »Bibliographie der deutschen Zeitschriftenliteratur« aufgenommen werden sollten, schon um einen Begriff von der Fruchtbarkeit einiger Propagandaschriftsteller, wie Jäckh, Rohrbach und Naumann, zu geben. — **Buntbücher** (s. Bd. III).

Vorgeschichte. Außer der Bd. I, S. 135, angeführten Literatur: Paul Herre, Weltpolitik und Weltkatastrophe 1890—1915 (Berl. 1916); Graf Julius Andrássy, Wer hat den Krieg verbrochen? (Leipz. 1915); J. Haller, Der Ursprung des Weltkriegs (Tübing. 1915); E. Müller-Meiningen, Diplomatie und Weltkrieg, I (Berl. 1917); F. Luckwaldt, Die Vorgeschichte des Krieges (Danzig 1915); Oskar Müller, Irrung und Abfall Italiens (Leipz. 1915); W. Doerkes-Boppard, Das Ende des Dreibundes (Berl. 1916, Bülowianer); Severus, Zehn Monate italienischer Neutralität (Gotha 1915; Pseudonym für einen deutsch-österreichischen guten Kenner der römischen Verhältnisse); Ottokar Weber, Österreich und England (Warnsdorf 1915); Alexander Redlich, Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (Stuttg. u. Berl. 1915); Karl Mehrmann, Der diplomatische Krieg in Vorderasien (Dresd. 1916); H. Spies, Deutschlands Feind! England und die Vorgeschichte des Weltkrieges (Berl. 1915); Alfred Hettner, Englands Weltherrschaft und der Krieg (Leipz. u. Berl. 1915); Graf Reventlow, Der Vampir des Festlandes (Berl. 1916); Eduard Meyer, England (Stuttg. u. Berl. 1915); Felix Salomon, Der britische Imperialismus (Leipz. u. Berl. 1916); Gaston v. Mallmann, Englands Schuld am Weltkriege (Berl. 1915); Heinrich Pohl, England und die Londoner Deklaration (das. 1915); Ed. Meyer, Nordamerika und Deutschland (das. 1915); Derselbe, Der amerikanische Kongreß und der Weltkrieg (das. 1917); D. Schäfer, Die Vereinigten Staaten als Weltmacht (das. 1917); S. Hellmann, Deutschland und Amerika (Münch. u. Leipz. 1917); Richard Graßhoff, Belgiens Schuld, zugleich eine Antwort an Professor Waxweiler (Berl. 1915; vgl. Belgien, S. 385); Kurt Grelling, Anti-j'accuse (Zürich 1916); Th. Schiemann, Ein Verleumder (Berl. 1915); Max Beer, Greys Konferenzvorschlag (Bern 1916); Herman Frobenius, Schwestern der Schicksalsstunde (Berl. 1915); Propagandaschriften der Nachrichtenstelle für den Orient.

Über Propaganda: A. Haas, Die Propaganda im Ausland (Weimar 1916); K. Bücher, Unsere Sache und die

Tagespresse (Tübing. 1916); Derselbe, Die deutsche Tagespresse und die Kritik (das. 1917); G. Stoffers, Die Presse und der Krieg (Düsseld. 1915); A. Meister, Die deutsche Presse im Kriege und später (Münster i. W. 1916); A. Jung, Die 7. Großmacht im Kriege (Berl. 1916); P. D. Fischer, Der internationale Nachrichtenverkehr und der Krieg (Leipz. 1915); G. v. Pacher, Die Dreiverbandspresse (das. 1915); W. Bauer, Der Krieg und die öffentliche Meinung (Tübing. 1915); Cincinnatus, Der Krieg der Worte (Stuttg. 1916).

Kulturliteratur: »Flugschriften des Kulturbundes deutscher Gelehrter und Künstler und des Weltbundes der Wahrheitsfreunde« (W. Marten, Über deutsche Barbaren und englische Kulturdokumente, die Lüge im Solde Englands, Berl. 1915); O. v. Baenigk, Deutschlands künftiger Ruf im Ausland (Greifsw. 1915); K. Hönn, Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg (Gotha 1915); W. Goetz, Deutschlands geistiges Leben im Weltkrieg (das. 1916).

Selbsteinkehr (vgl. unten, Neuorientierung): Fürst Bülow, Deutsche Politik (Berl. 1916); D. Schäfer, Von deutscher Art (s. Bd. I, S. 1 ff.); F. Meinecke, Die deutsche Erhebung von 1914 (Stuttg. u. Berl. 1915); P. Rohrbach, Weltpolitisches Wanderbuch 1897—1915 (Königstein u. Leipzig 1916); K. A. v. Müller, Über die Stellung Deutschlands in der Welt (Münch. 1916); E. Marcks, Vom Erbe Bismarcks (Leipz. 1916); H. Delbrück, Bismarcks Erbe (Berl. u. Wien 1915); R. Borchardt, Der Krieg und die deutsche Selbsteinkehr (Heidelb. 1915); L. Fulda, Deutsche Kultur und Ausländerei (Leipz. 1916); W. Sombart, Händler und Helden (Münch. u. Leipz. 1915); Claß, Weimar und Potsdam (Berl. 1917); A. Matthaei, Militarismus und Potsdamerei (Danzig 1915); D. Schäfer, Deutsche Kultur und ihre Aufgaben (Berl. 1916); F. W. Foerster (der Münchener Pazifist), Die deutsche Jugend und der Weltkrieg (Leipz. 1916). Sodann sind nicht zu vergessen als schönste Dokumente deutscher Art: »Du mein Deutschland, Heimatbilder deutscher Künstler, deutsche Gedichte«, mit Geleitwort von Hans Thoma (Berl. 1915); »Die schöne Heimat, Bilder aus Deutschland« (Königstein i. T. 1915).

Religiöse Propaganda: »Der deutsche Krieg und der Katholizismus«, Abwehr französischer Angriffe (herausgegeben von deutschen Katholiken, Berl. 1915); Pfeilschifter, Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg, eine Abwehr des Buches **La guerre allemande et le catholicisme** (Freib. i. B. 1916).

Kriegsziele: K. Stavenhagen, Die Kriegsziele des Großrussentums (Charlottenb. 1916); P. Rohrbach, Woher kam der Krieg? Wohin führt er? (Weim. 1916); Derselbe, Rußland und wir (Stuttg. 1915); F. W. v. Bissing, Die Kriegsziele unserer Feinde (Dresd. u. Leipz. 1916); H. Michaelsen, Deutsche Kriegszielkundgebungen (Berl.-Lichterfelde 1916); W. Weisbach, Kriegsziele und deutscher Idealismus (Berl. 1915); »Flugschriften des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden« von D. Schäfer u. a. (darunter »Zur Lage« und »Nochmals zur Lage«, Berl. 1916 u. 1917); »Durch deutschen Sieg zum deutschen Frieden« (das. 1917); Reden des Nationalausschusses (von Harnack, Kahl u. a.); »Gedanken und Wünsche zur Gestaltung des Friedens«, hrsg. von der Auskunftsstelle vereinigter Verbände (Berl. 1917); Trietsch, Kriegsziele gegen England (das. 1915); Th. Scheidemann, Es lebe der Frieden (das. 1916); K. Haenisch, Wo steht der Hauptfeind? (das. 1915); L. Brentano, Das ganze deutsche Volk, unser Schlachtruf und Kriegsziel (Münch. o. J.); »Vom Kriegsgrund zum Kriegsziel« (Stuttg. u. Berl. 1916); E. Brandenburg, Deutschlands Kriegsziele (Leipz. 1917); Oberstleutnant Frobenius, Kriegsziele und Friedensziele (Berl. 1917); C. Gurlitt, Die Zukunft Belgiens (das. 1917); E. Zitelmann, Das Schicksal Belgiens beim Friedensschluß (3. Aufl., Münch. u. Leipz. 1917); A. Meister, Unser belgisches Kriegsziel (Münster i. W. 1917); »Kriegs- und Friedensziele« (Weimar 1917, bis jetzt 4 Hefte, von Rohrbach, v. Bissing, Karstedt, Baemeister); J. F. Lehmann, Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden (Münch. 1917); A. Lanick, Klarheit über die Kriegsziele (Heidelb. 1917); H. Triepel, Die Freiheit der Meere und der künftige Friedensschluß (Berl. 1917); J. Neumann-Frohnau, Die Freiheit der Meere (das. 1917).

Mitteleuropa und Handelspolitik: H. Mühlestein, Deutschlands Sendung, ein neuer mitteleuropäischer Völkerbund (Weim. 1914); K. Mehrmann, Großdeutschland (Dresd. 1915); Derselbe, Das neue Gleichgewicht der Staaten (das. o. J.); F. Naumann, Mitteleuropa (Berl. 1915); E. Jäckh, Das größere Mitteleuropa (Weim. 1916); F. Naumann, Bulgarien und Mitteleuropa (Berl. 1916); H. Herkner, Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten (Münch. u. Leipz. 1916); R. v. Battaglia, Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland (Wien u. Leipz. 1917); J. Wolf, Ein deutsch-österreich-ungarischer Zollverband (Leipz. 1915); K. Kautsky, Die vereinigten Staaten Mitteleuropas (Stuttg. 1916); E. Irresberger, Das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschafts- und Zollbündnis (Berl. 1916); Graf J. Andrassy, Interessen-Solidarität des Deutschtums und Ungartums (Münch., Berl. u. Leipz. 1916); Geza Lucács, Die deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsbeziehungen (Götring. 1916); E. Palyi, Das mitteleuropäische Weltreichbündnis, gesehen von einem Nicht-Deutschen (Münch. u. Leipz. 1916); Lutz Korodi, Die deutsch-magyarische Freundschaft (Berl. 1916); K. v. Winterstetten, Berlin—Bagdad, neue Ziele mitteleuropäischer Politik (Münch. 1916); K. A. Schäfer, Die Entwicklung der Bagdadbahnpolitik (Weim. 1916); K. Diehl, Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege (Stuttg. u. Berl. 1916); H. Schumacher, Meistbegünstigung und Zollunterscheidung (Münch. u. Leipz. 1916); Derselbe, Antwerpen, seine Weltstellung und Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben (das. 1916); H. Levy, Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches (Berl. 1916); R. Junge, Das Problem der Europäisierung orientalischer Herrschaft (Weim. 1915); A. Dix, Bulgariens wirtschaftliche Zukunft (Leipz. 1916); H. Grothe, Türkisch-Asien und seine Wirtschaftswerte (Frankf. a. M. 1916); Leon Schulmann, Zur türkischen Agrarfrage (Weim. 1916); M. Blankenhorn, Syrien und die deutsche Arbeit (das. 1916); Franz Stuhlmann, Der Kampf um Arabien zwischen der Türkei und England (Hamb., Braunschweig u. Berl. 1916); A. Ruppin, Syrien als Wirtschaftsgebiet (Berl. 1917); E. Zimmermann, Kann uns Mesopotamien eigene Kolonien ersetzen? (das. 1917); Derselbe, Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik (das. 1917); O. Kasdorf, Der Wirtschaftskampf um Südamerika (das. 1916); B. Harms, Deutschlands Anteil am Welthandel und Weltschiffahrt (Stuttg., Berl. u. Leipz. 1916); L. Brentano, Über den Wahnsinn der Handelsfeindschaft (Münch. 1916); W. H. Edwards, Englische Expansion und deutsche Durchdringung als Faktoren im Welthandel (Jena 1916); W. Vogel, Deutschlands Zurückdrängung von der See (Berl. 1916); H. Smidt, Japan im Weltkriege und das Chinaproblem (Bremen 1915); O. Karstedt, Deutschlands koloniale Not (Berl. 1917).

Neuorientierung: F. Thimme, Vom inneren Frieden des deutschen Volkes (Leipz. 1916); H. Preuß, Das deutsche Volk und die Politik (Jena 1916); F. Stier-Somlo, Grund- und Zukunftsfragen deutscher Politik (Bonn 1917); W. Rathenau, Von kommenden Dingen (Berl. 1917); K. Böhme, Landwirtschaft und nationalliberale Partei (das. 1916); »Sozialdemokratie und nationale Verteidigung«, hrsg. vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Bern 1916); P. Lensch, Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg (Berl. 1915); W. Zimmermann, Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft (Jena 1915); K. Haenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege (Berl. 1916); E. David, Die Sozialdemokratie im Weltkriege (das. 1915); W. Heine, Die politische Zukunft Deutschlands und die Sozialdemokratie (Stuttg. 1915); F. Thimme und C. Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland (Leipz. 1915); »Ein Wort an die unten und oben, von einem deutschen Sozialdemokraten« (A. Fendrich, Stuttg. 1916); H. Heinemann, Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit (Chemnitz o. J.); W. Heine, Zu Deutschlands Erneuerung (Jena 1916); K. Haenisch, Deutsche Sozialdemokraten und sozialdemokratische Deutsche (Chemnitz o. J.); K. Renner, Österreichs Erneuerung I—II (Wien 1916—17); A.

Singer, Vom heutigen Deutsch-Österreich (Münch. o. J.); Munin, Österreich nach dem Kriege (Jena 1915); W. v. Wannisch, Österreich-Ungarn nach dem Kriege (Stuttg. 1917); O. Freiherr v. Dungern, Balkanprobleme (Münch. 1917); Labor und Löwe, Wirtschaftliche Demobilisation (Berl. 1916).

Kriegsgeschichte: »Zwölf Monate Kriegsverlauf in amtlichen Berichten« (Berl. 1915 ff.); »Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier« (Stuttg. u. Berl. 1915 ff.); »Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten«, hrsg. vom Reichskolonialamt (Berl. 1915 ff.); E. Seeger, Die Kampfplätze in West, Ost und Süd, alphabetisches Ortsverzeichnis der kriegerischen Begebenheiten (Stuttg. u. Berl. 1915 ff.); »Österreichisch-ungarische Kriegsberichte« (Beihefte zu Streffleurs »Militärblatt«, Wien 1915 ff.); »Die Schlacht an der Marne« (Berl. 1916); Oskar Prinz von Preußen, Die Winterschlacht in der Champagne (Oldenb. 1915); »Die Champagne-Herbstschlacht« (Münch. u. Leipz. 1916); »Die Kämpfe um die Feste Vaux« (o. O. 1916); »Bei Süd- und Bugarmee 1915«, Kriegsberichte von Offizieren des A. O. K. Linsingen (Stuttg. 1917); »Die Niederwerfung Rumäniens« (Berl. 1917); Scheibe, Die Seeschlacht vor dem Skagerrak (das. 1916); Kalau vom Hofe, Die kämpfenden Flotten (das. 1916); G. Toeche-Mittler, Das zweite Jahr im Kampf zur See (das. 1916); K. Hollweg, Die Aufgaben der deutschen Flotte im Weltkrieg (das. 1916); »Jahrbuch des Norddeutschen Lloyd« (Brem. 1915/16); »Der Krieg und die Seeschiffahrt« (das. 1916); G. Toeche-Mittler, 2½ Jahre Verluste unserer Feinde zur See (Berl. 1917); A. Veltzé, Unter Habsburgs Banner (das. 1916); außerdem viele Chroniken des Kriegsverlaufs und als einzige Gesamtdarstellung von bleibendem Wert H. Stegemann (militärischer Mitarbeiter des Berner Bundes), Geschichte des Kriegs I (Stuttg. u. Berl. 1917). — »Bilderatlas zum Weltkrieg« (Münch. 1915, bis jetzt 2 Bde.).

Berichterstatter: Ganghofer, Kellermann, Prigge (»Kampf um die Dardanellen«, Weimar 1916), Moraht, Vogel u. a. (vgl. auch Schweden, Schweiz, S. 386). — Feldbriefe: »Briefe aus dem Felde 1914/15«, hrsg. vom Märkischen Museum in Berlin (Oldenb. 1916); H. Nielsen, Nordschleswigische Soldatenbriefe aus dem Weltkrieg (Jena 1916); Leutn. G. v. Rohden (Tüb. 1916); »Hauptmann Bölckes Feldberichte« (Gotha 1916). — Berichte von Mitkämpfern: »Unsere Seehelden« (Berl. 1915 ff.; I. Graf v. Spee, II. O. Weddigen); H. v. Mücke, Ayesha-Emden (das. 1915); Graf Dohna-Schlodien, S. M. S. »Möwe« (Gotha 1916); Derselbe, Der Möwe zweite Fahrt (das. 1917); Freiherr v. Spiegel, Kriegstagebuch »U 207« (Berl. 1916); M. Immelmann, Meine Kampfflüge (das. o. J.); C. Mönckeberg, Unter Linsingen in den Karpathen (Stuttg. 1917); H. Wrobel, Acht Kriegsmonate in der asiatischen Türkei (das. 1917); »Als Ordonnanzoffizier in Belgien, Frankreich und Serbien« (Münch. 1916); J. Weis, Mit einer bayerischen Division durch Rumänien (Diessen 1917); die Zeichnungen von A. Reich, »Unser deutsches Alpenkorps« und »Mit meinem Korps durch Serbien« (Berl. 1916); Ernst Vollbehr, Kriegsbilder-Tagebuch und Bei der Heeresgruppe Kronprinz (Münch. 1915, 1917); P. König, Die Fahrt der »Deutschland« (Berl. 1916); viele Tagebücher (bei Mittler in Berlin u. a. O.). — Biographien: E. Bassermann, Tirpitz (Berl. 1916); Bernhard v. Hindenburg, Paul v. Hindenburg (das. 1915); O. Krack, Generalfeldmarschall v. Bülow (das. 1916); Thoring, Die Mutter des Feldmarschalls v. Mackensen (das. 1916); L. v. Pastor, Conrad v. Hötzendorf (Wien u. Freib. 1916); Derselbe, Viktor Dankl (Freib. i. B. 1916).

Kriegsschauplätze (s. auch die Literaturangaben zu den Beiträgen in Bd. I, S. 148—171, und Bd. II, S. 98—150): H. Fischer, Kriegsgeographie (Leipz. 1916); Hettners Sammlung (s. oben); A. Penck, Politisch-geographische Lehren des Krieges (Berl. 1915); O. Schulze, Die wichtigsten Kanalhäfen (das. 1915); A. Penck, Die österreichische Alpengrenze (Stuttg. 1916); St. Rudnyckyi, Der östliche Kriegsschauplatz (Jena 1915); J. Walther, Zum Kampf in der Wüste am Sinai und Nil (Leipz. 1916).

Kriegstechnik (s. auch Bd. I, S. 235 ff., 273—284): K. F. Endres, Das Kriegsbuch (Münch. u. Leipz. o. J.); G. M. Neureuther, Das Unterseeboot (Münch. 1915); H. Lüdersdorff, Die Kunst des Kriegsflugs (Berl. u. Leipz. 1916); R. Hennig, Die drahtlose Telegraphie während des Krieges (Berl. 1916).

Organisation: E. v. Woinowich und A. Veltzé, Aus der Werkstatt des Krieges, ein Rundblick über die organisatorische und soziale Kriegsarbeit 1914/15 in Österreich-Ungarn (Wien 1915); M. Rubner, Deutschlands Volksernährung im Kriege (Leipz. 1916); K. Th. v. Eheberg, Die Kriegsfinanzen (das. 1916); W. Rathenau, Deutschlands Rohstoffversorgung (Berl. 1916; vgl. auch Bd. I, S. 382—408, und Bd. II, S. 350 ff., 388 ff.).

Kriegsgefangene: Engelbert Krebs, Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland (Freib. i. B. 1917); »Die Kriegsgefangenenlager im Bezirk des 4. Armeekorps« (Halle 1916). — Abbildungen: Backhaus, Die Kriegsgefangenen in Deutschland (Siegen, Leipz. u. Berl. 1916); »Unsere Feinde, Charakterköpfe aus Kriegsgefangenenlagern« (Stuttg. 1916); Kriegsgefangene, hundert Steinzeichnungen von Hermann Struck, mit Begleitworten von Prof. Dr. F. v. Luschan (Berl. 1916). — Lagerzeitungen (s. Kriegszeitungen, Bd. III, lexikalischer Teil).

Okkupierte Gebiete und Kriegszonen: Erhard, Aus Städten und Schlössern Nordfrankreichs (Bapaume 1916); »Zwischen Arras und Péronne« (Bapaume u. Münch. 1916); »An der Somme« (das. 1917); »Vom westlichsten Teil der Westfront«, herausg. von der 52. Inf.-Division (Herborn 1917); »Mit Schleswig-Holsteinern an der Westfront« (Münch. 1917); »Französische Kunst«, herausg. von einem deutschen Reservekorps (Bapaume 1917); O. Grautoff, Kunstverwaltung in Frankreich und Deutschland (Bern 1915); »Lille in deutscher Hand«, herausg. von der »Liller Kriegszeitung« (Lille 1915); E. Lüthgen, Belgische Baudenkmäler (Leipz. 1916); R. Graul, Alt-Flandern (Dachau 1915); W. Stein, Im Lande des weißen Adlers (Leipz. 1916); Struck und Eulenberg, Skizzen aus Litauen (Berl. 1916); P. Rohrbach, Das Baltenbuch (Dachau 1916); »Das schöne Kurland« (Münch. 1916); O. Grautoff, Ostsee und Ostland I (Berl.-Charlottenb. 1916); W. Weibel, Rußland I (Münch. 1916); A. v. Guttry, Galizien (Leipz. u. Münch. 1916); F. Teutsch, Die Siebenbürger Sachsen (Leipz. 1916); O. Freiherr v. Dungern, Rumänien (Gotha 1916); Reisinger, Griechenland (Leipz. 1916); L. Planiscig, Denkmale der Kunst in den südlichen Kriegsgebieten (Wien 1915); A. Veltzé, Aus dem Kriegsland Österreich-Ungarn I. Vom Isonzo zum Balkan (Münch. 1917); F. K. Endres, Die Türkei (das. 1916); W. Ph. Schulz, Welt des Islams I. Länder und Menschen (das. 1917).

Krieg als Zerstörer: »Russisches Zerstörungswerk in Polen« (Berl. 1916); »Ostpreußische Kriegshefte« (das. 1916 ff.); M. Bierfreund, Meine Erlebnisse als Gouverneur von Insterburg während des Russeneinfalls (Würzb. 1916); R. Müller, Drei Wochen russischer Gouverneur (Gumbinnen o. J.); E. Schmidt-Lötzen, Von Masuren nach Sibirien (Schwerin 1916); P. Kannengießer, Leidensjahrten verschleppter Elsaß-Lothringer (Straßb. 1916); »Der Franktireurkrieg in Belgien«, Geständnisse der belgischen Presse (Stuttg. u. Berl. 1915); P. Rohrbach, Massenverhetzung und Volkskrieg in Belgien (Berl. 1916); C. Clemen, Die deutschen Greuel in Belgien und Nordfrankreich nach dem offiziellen englischen Bericht (Bielef. u. Leipz. 1916); »Die Beschießung der Kathedrale von Reims« (herausg. vom Kriegsministerium, Berl. 1915).

Bulgarien.

A. Ischirkov, Les confins occidentaux des terres Bulgares (Lausanne 1916); Derselbe, Bulgarien, Land und Leute (Leipz. 1917, 2 Bde.); s. auch die Literaturangaben auf S. 80.

Türkei.

Außer den alten Zeitungen »Tanin«, »Ikdam« usw. erscheint seit dem Sommer 1915 »Hilal« in französischer Sprache. Zeitschriften: »Türk Jordu« (literarische Halbmonatsschrift); »Donanma« (Flottenzeitschrift); »Iktisadiat Medschmuasy« (Wirtschaftszeitung); »Karagös« (Witzblatt); »Harb Medschmuasy« (illustrierte Kriegszeitung, seit Mai 1916); »Haude« (türkisch-deutsche humoristisch-satirische Wochenschrift). — Jahrbuch des türkischen

Flottenvereins 1915 und 1916. — La vérité sur la question Syrienne, publié par le commandant de la IVme armée (Stambul 1916). Vgl. auch die Literaturangaben auf S. 70, 133 und 139.

B. Zehnverband.

England und Dominions.

Ein guter Führer ist Lange-Berry. Books on the great war, an annotated bibliography of literature issued during the European conflict I—IV (Lond. 1915—16; bis Juli 1916); er verzeichnet auch die nichtenglische Kriegsliteratur und gibt so einen Begriff des in England Bekannten. Der angelsächsische, auch Amerika umfassende Charakter der englischen Literatur erhellt schon aus den häufigen gemeinsamen Erscheinungsorten London und Neuyork.

Wie in Deutschland sind zu den alten Zeitschriften, unter denen »National Review« und »Nation« führen, neue erstanden, wie »The new statesman«. Den deutschen Sammlungen entsprechen die »Oxford Pamphlets« und »Papers for war time«.

Vorgeschichte und Sinn des Krieges: »Why we are at war, by members of the Oxford faculty of modern history« (Oxford 1914); E. J. Dillon, A scrap of paper (Lond. 1914); J. W. Headlam, The history of twelve days (das. 1915); Percy Fitzpatrick, The origin, causes and the object of the war (das. 1915); Holland Rose, The origins (Cambridge 1915); Derselbe, The development of the European nations 1870—1914 (Lond. 1916); Derselbe, Nationality as a factor in modern history (das. 1916); Gilbert Murray, The foreign policy of E. Grey 1906—1915 (Oxford 1915); E. J. Dillon, From the triple to the quadruple alliance (Lond. 1915); G. W. Prothero, German policy before the war (das. 1916); J. A. Cramb, Germany and England (das. 1914); S. W. Allen, Germany and Europe (das. 1915); Ramsay Muir, Britain's case against Germany (Manchester 1914); E. J. Dillon, Ourselves and Germany (mit einer Vorrede des australischen Ministers Hughes, Lond. 1916); Demetrius C. Boulger, England's arch-enemy (das. 1914); G. H. Perris, Germany and the German Emperor (das. 1914); W. Wile, The German-American plot (das. 1915); Denis Garstin, Friendly Russia (das. 1915); R. W. Seton-Watson, Roumania and the great war (das. 1915); Derselbe, The Balkans, Italy and the Adriatic (das. 1915); Noel Buxton und Charles Roden Buxton, The war and the Balkans (das. 1915); Crawfurd Price, Light on the Balkan darkness (das. 1915); F. S. Burnell, Australia versus Germany (das. 1915); Cassamally Jairazbhoy, India and the war (Bombay 1914); Lord Cromer, Political and literary essays, 3th series (Lond. 1916); Derselbe, Abbas II. (das. 1916); A. Brome-Weigall, A history of events in Egypt from 1798—1914 (Edinb. u. Lond. 1915); Philip Gibs, The soul of the war (Lond. 1916); »Sir Edward Grey« (das. 1915); Harold Spender, Herbert Henry Asquith (das. 1915); Maccallum Scott, Winston Churchill (das. 1915); Herbert du Parcq, David Lloyd George (das. 1915).

Kulturliteratur: Viele Broschüren und Monographien über Treitschke, Nietzsche und General v. Bernhardi als einzige Repräsentanten des Deutschtums; ferner Thomas F. A. Smith, The soul of Germany, a twelve years' study of the people from within 1902—1914 (Lond. 1914); Charles Tower, Changing Germany (das. 1915); Robertson Murray, Kultur and the German Blunder (Lond. o. J.); Ernest Belfort Bax, German culture, Past and Present (das. 1915); G. K. Chesterton, The Barbarism of Berlin (das. 1914); Th. A. Cook, Kaiser, Krupp and Kultur (das. 1915); W. P. Paterson, German culture (das. 1915); J. J. Chapman, Deutschland über Alles (Neuyork u. Lond. 1914); J. M. Robertson, War and civilisation (Lond. 1915).

Selbsteinkehr: Humphry Ward, England's effort (Lond. 1916); M. D. Petre, Reflections of a Non-combatant (das. 1915); Will Irwin, Men, woman and war (das. 1916).

Religiöse (apokalyptische) Literatur: Nur als Gruppe bemerkenswert; Einzeltitel finden sich bei Lange-Berry (s. oben).

Kriegsziele: Norman Angel, Prussianism and its destruction (Lond. 1914); F. Harrison, The German peril (das. 1915); J. A. Cramb, Origin and destiny of Imperial Britain (das. 1915); W. Eveleigh, South West Afrika (das. 1915); Annie Besant, The future of Young India (Madras 1915).

Handelspolitik: »The war on German trade, hints for a plan of campaign« (mit Einleitung von Sidney Whitman; Lond. 1914); »The Standard«, How to capture German trade (Lond., Neuyork u. Toronto 1914); Percy u. Archibald Hurd, The new empire partnership. Defence, Commerce, Policy (Lond. 1915).

Neuorientierung: R. W. Seton-Watson, The war and democracy (Lond. 1915); A. W. Humphrey, International socialism and the war (das. 1915).

Geschichte des Krieges (s. auch Buntbücher, Bd. III): Die gleichen Kategorien wie in Deutschland; Ausscheidung des Wertvolleren ist vorläufig unmöglich. In dem Sherlock-Holmes-Kapitel bilden eine Spezialität die Erinnerungen von englischen Spionen und Erzieherinnen in deutschen und österreichischen fürstlichen Häusern, die den in England sehr beliebten Hofklatsch mit angeblichen Enthüllungen über die deutsch-österreichische Kriegsverschwörung zu verbinden wissen.

Frankreich.

Außer dem »Catalogue mensuel de la librairie française« (Paris, Jordell) verzeichnen Spezialnummern des »Bulletin mensuel« die in Frankreich und der französischen Schweiz erschienene Kriegsliteratur. »Le Musée de la guerre, revue générale de tout ce qui a été publié et édité sur la guerre«, seit Februar 1916 erscheinend, ist ein Sammelorgan für Maueranschläge, Postkarten, Briefmarken, Flugblätter usw. Die Zahl der Zeitschriften hat sich anscheinend nicht wesentlich vermehrt. »Revue des Deux Mondes«, die von Lavisse geleitete »Revue de Paris«, »Revue politique et parlementaire« usw. sind wie die entsprechenden Organe in anderen Ländern ganz auf den Krieg eingestellt. Die »Pages d'histoire« (Paris, Berger-Levrault) sammeln in verschiedenen Serien alles offizielle Material, Buntbücher, Communiqués officiels, Kundgebungen der Parlamente, Körperschaften, aber auch Zeitungsstimmen, Soldatenlieder, Kriegschroniken und längere Abhandlungen aller Art, während in den 60 Centimes-Heften der auch von Belgiern benutzten »Pages actuelles« (Paris, Bloud et Gay) die französische Kriegspsychose vorzugsweise zu Worte kommt. Auch in der monographischen Literatur überwiegt der hysterische Charakter, der sich durch seinen femininen Einschlag von der bornierten Gehässigkeit englischer Boxerpropaganda stärker unterscheidet als der Poilu von dem Tommy der französisch-englischen Front.

Kriegsursprung: P. Albin, D'Agadir à Sarajevo 1911—1914 (Par. 1915); A. Gauvain, Les origines de la guerre Européenne (das. 1915); Yves Guyot, Les causes et les conséquences de la guerre (das. 1915); J. L. de Lanessan, Les empires germaniques et la politique de la force (das. 1915); P. Saintyves, Les responsabilités de l'Allemagne dans la guerre de 1914 (das. 1914); E. Daudet, Les auteurs de la guerre de 1914 I. Bismarck (das. 1916); »J'accuse!, par un Allemand« (das. 1915); A. Pingaud, L'Italie depuis 1870 (das. 1914); E. Denis (mit Chéradame, ein im Prozeß Kramarsch vielgenannter Hauptagitator gegen den Bestand Österreich-Ungarns), La guerre, causes immédiates et lointaines (das. o. J.); E. Dürkheim und E. Denis, Qui a voulu la guerre? (das. 1915); E. Denis, La grande Serbie (das. 1915); S. Gargas, La question Bosniaque (das. 1914); P. Bertrand, L'Autriche a voulu la grande guerre (das. 1916); Ch. Baillod, Pourquoi l'Allemagne

devait faire la guerre (das. 1915); P. Pilant, Le péril allemand, pourquoi l'Allemagne a voulu la guerre (das. o. J.); G. Blondel, La doctrine pangermaniste, la guerre Européenne (das. 1915); Ch. Andler, Collection de documents sur le pangermanisme I. Le pangermanisme continental sous Guillaume II de 1888—1914, II. Le pangermanisme colonial (das. 1915—16); J. Aulneau, La Turquie et la guerre (das. 1915); M. Hoschiller, L'Europe devant Constantinople (das. 1916).

Kulturliteratur (s. auch Buntbücher, Bd. III): P. Loti, La hyène enragée (Par. 1916); G. Langlois, L'Allemagne Barbare (das. 1915); »Le livre rouge des atrocités allemandes« (das. o. J.); E. Daudet, L'âme française et l'âme allemande, lettres de soldats (das. o. J.); E. Leroux, France et l'Allemagne, les deux cultures (das. 1915); T. de Wyzewa, La nouvelle Allemagne. Derrière le front »Boche« (das. 1915—16); Petit und Leudet, Les allemands et la science (mit Vorrede von P. Deschanel; das. 1916); G. Lenotre, Prussiens d'hier et de toujours (das. 1916); A. Chuquet, De Frédéric à Guillaume II (das. 1915); J. Grand-Carteret, Kaiser, Kronprinz et Comp. (Karikaturensammlung; das. 1916); Ch. Andler, Les usages de guerre et la doctrine de l'état-major allemand (das. 1915); J. Bédier, Les crimes allemands d'après des témoignages allemands (das. 1915).

Selbsteinkehr: Comte de Fels, L'impérialisme français (Par. 1916); J. Bertourieux, La vérité (Genf 1916); Derselbe, La Victoire (das. 1917); M. Capy, Une voix de femme dans la mêlée (das. 1916).

Religion und Krieg: A. Baudrillart, La guerre allemande et le catholicisme (dazu Album I—II, Illustrationen im Stil des Livre rouge; Par. 1915); »L'Allemagne et les alliés devant la conscience chrétienne, publications du comité catholique de propagande française à l'étranger« (das. 1915); Imbart de La Tour, L'opinion catholique et la guerre (»Pages actuelles« 26; das. 1915).

Kriegsziele und Handelspolitik: Lieutenant Colonel R. de D., Le partage de l'Allemagne (Par. 1915); »Les Prédictions sur la fin de l'Allemagne, réunies par D'Arman« (das. o. J.); H. Lorin, La paix que nous voudrons (das. 1915); A. Auland, La paix future d'après la révolution française et Kant (das. 1915); Chéradame, La guerre européenne et la paix monstrueuse que voudrait l'Allemagne (das. 1915); A. Richter, La guerre actuelle et l'Europe de demain. Ce que sera la paix de demain (das. 1915); L. Polier, Les forces de France d'hier et de demain (Lausanne u. Par. 1915); B. Cambon, Notre avenir (Par. 1916); L'Abbé Wetterlé, Ce qu'était l'Alsace-Lorraine et ce qu'elle sera (das. o. J.); F. Engerand, Les frontières Lorraines et la force allemande (das. 1916); M. Leroy, L'Alsace-Lorraine, porte de France, porte d'Allemagne (das. o. J.); E. Driault, La république et le Rhin (das. 1916); G. Bielmont, L'intérêt de la France et l'intégrité de l'Autriche-Hongrie (das. 1915); Nadra Moutran, La Syrie de demain (das. 1916); G. Demorgny, La question Persane et la guerre (das. 1916); G. Jèze, La réparation intégrale des dommages causés par les faits de guerre (das. 1915); H. Hauser, Les méthodes allemandes d'expansion économique (das. 1915); Yves Guyot, La province Rhénane et la Westphalie (das. 1915); P. de Mirecourt, Le commerce français aux mains des allemands (das. o. J.); »Conférence parlamentaire internationale du commerce« (das. 1916).

Neuorientierung: Ch. Rappaport, Jean Jaurès (Par. 1915).

Kriegsgeschichte (s. auch Buntbücher, Bd. III): Communiqués officiels in »Pages d'histoire«. Die künstlerisch hervorragenden, vom französischen Kriegsministerium herausgegebenen »Documents de la section photographique de l'armée« (Par. o. J., 20 Lieferungen); »La concentration allemande« (das. 1914); Spezialkataloge des Verlags von Berger-Levrault, des französischen Mittler; Albin, Tous les journeaux du front (das. 1916, Verzeichnis der Kriegszeitungen). Sichtung der Kategorien ist vorläufig unmöglich.

Belgien.

Die Literatur teilt das Schicksal des Landes. Während die flämische, soweit sie nicht im Generalgouvernement oder in Berlin unter den Propagandaschriften der Gesellschaft zur Pflege der deutsch-flämischen Beziehungen erscheint, nach Holland ausgewandert ist, wird die wallonische im Exil in Frankreich, der Schweiz, England und auch in Holland gedruckt, um von dort eingeschmuggelt zu werden. Brüssel als Erscheinungsort ist in diesen Fällen Fiktion. Im »Bulletin mensuel« (s. oben, S. 384, Frankreich) ist daher nur ein Teil verzeichnet, Übersetzungen ins Englische wohl sämtlich bei Lange-Berry (s. oben, S. 384). Die von der Regierung in Le Havre unabhängige, in Genf erschienene Wochenschrift »La Belgique indépendante« ist wieder eingegangen. In ihr und den Zeitungen muß man die belgischen Kriegsziele aufsuchen. In der Literatur herrschen die Anklagen gegen die deutsche Politik und Kriegführung vor.

Die folgende Auswahl veranschaulicht schon in den Titeln die Richtung:

»La Neutralité de la Belgique, Edition officielle du gouvernement Belge« (Par. u. Nancy 1915; s. auch Buntbücher, Bd. III); Baron Beyens, L'Allemagne avant la guerre, les causes et les responsabilités (Brüss. u. Par. 1915); A. de Bassompierre, La nuit du 2 au 3 août 1914 au ministère des affaires étrangères de Belgique (Poitiers 1916); E. Waxweiler, La Belgique neutre et loyale (Par. u. Lausanne 1915); Considérations sur l'avenir de la neutralité Belge (Lausanne 1916); P. Nothomb, La barrière belge (Par. 1916); Derselbe, Les barbares en Belgique (das. 1915); P. van Houtte, Le crime de Guillaume II et la Belgique, récits d'un témoin oculaire (das. 1915); M. Maeterlinck, Les débris de la guerre (das. 1916); J. Massart, La presse clandestine dans la Belgique occupée (Par. u. Nancy 1917); F. Passelecq, Les déportations Belges à la lumière des documents allemands (das. 1917); »Die Zukunft Belgiens, von einem Flamen« (Berl. 1917).

Italien.

Die Bibliographie der gesamten Literatur findet sich im »Bolletino delle publicazioni Italiane«. Die literarische Publizistik tritt stark zurück hinter der um so üppiger wuchernden, die Straße beherrschenden Tagespresse. Unter den Zeitschriften sind am ergiebigsten »Nuova Antologia«, die »Rivista di diritto internazionale« und die neue »Rivista delle Nazioni Latine« (mit Salveminis Aufsätzen über den Dreibund). Dem Modell der »Pages d'histoire« nachgebildet sind die »Quaderni della guerra« (Mailand).

Repräsentative Monographien:

G. Ferrero, La guerra Europea (Mailand 1915); Filareti, La conflagrazione Europea e l'Italia (Lanciano 1915); G. Prinzivalli, Gli Stati belligeranti (Mailand 1915); G. Preziosi, La Germania alla conquista dell' Italia (Florenz 1916); Ezio M. Gray, L'invasione tedesca in Italia (das. o. J.); G. A. Borghese, Italia e Germania (Mailand 1915); Salvatore Barzilai, Sulla necessità della nostra guerra (in Neapel am 29. September 1915 gehaltene Rede; das. 1915). Offizielle photographische Aufnahmen von den Kriegsschauplätzen an der Alpengrenze und in Albanien enthält »La Guerra« (Mailand 1916).

Rußland.

In englischer Übersetzung: G. Alexinsky, Russia and the great war (Lond. 1915); G. de Wesselitsky, Russia and democracy, the German canker in Russia (das. 1915); ferner Dourdenevski, Le régime de la presse en Russie et son projet de réforme (Par. 1914); Roubakine, La Russie qui s'en va et la Russie qui vient (Lausanne 1916). Vgl. auch die Literaturangaben auf S. 57.

Serbien.

W. M. Petrovitch, Serbia, her people, history and aspirations (Lond. 1915); Balcanicus, La Bulgarie, ses ambitions, sa trahison (Par. 1915); J. Cvijić, Questions Balkaniques (Par. u. Neuchatel o. J.).

Vereinigte Staaten.

Ein vortreffliches Hilfsmittel der Orientierungsmöglichkeit für die Zeit vor dem Kriege ist die internationale Bibliographie des Kongreßbibliothekars Hermann H. B. Meyer, List of references on Europe and international politics in relation to the present issues (Washingt. 1914). Ist eine Fortsetzung erschienen, so ließe sich später der ganze literarische Apparat der Regierung überschauen. Die Presse zeigt nur die Reklameschilder des amerikanischen Lebens. Einen tieferen Einblick in die Kriegsstimmungen eröffnen die Zeitschriften »The North American review«, »American review of reviews«, »New Republic« usw. Den Bluffcharakter können freilich auch sie ebensowenig ganz verleugnen wie die bisher zu unserer Kenntnis gelangte Literatur. Als repräsentativ können angesehen werden:

Th. Roosevelt, America and the World war (Lond. 1915); Derselbe, Why America should join the allies (das. o. J.); Derselbe, Fear God and take your own part (das. 1916); H. D. Wheeler, Are we ready?, a study of the preparedness for war in the U. St. (das. 1915); H. Maxim (Munitionsfabrikant), Defenceless America (Lond., Neuyork u. Toronto 1915); H. Titcher Olie (hoher Justizbeamter mit tiefster Unbildung), America and the German peril (Lond. 1915); R. Usher (Professor in St. Louis), Pan-Americanism (das. 1915); E. F. Baldwin, The world war, how it looks to the nations involved and what it means to us (Neuyork 1914); J. Shield Nicholson, The neutrality of the U. St. in relation to the British and German Empires (Lond. 1915); J. M. Beck, The evidence in the case (das. 1915); Poultney Bigelow, Prussian memories 1864—1914 (das. 1916); W. R. Thayer, Germany vs civilization (Boston u. Neuyork 1916). — Deutschfreundlichen Charakter tragen: J. W. Burgeß (Austauschprofessor), The European war of 1914, its causes, purposes and probable results (Chicago 1915, auch deutsch); G. Stuart Fullerton, The truth about the German nation (Münch. u. Berl. 1916); H. Münsterberg (Deutschamerikaner), The war and America und The peace and America (beide Leipz. 1915); R. J. Thomson, Der deutsch-englische Krieg im Urteil eines Amerikaners, Brief an den amerikanischen Staatssekretär (Berl. 1915). — Die amerikanischen Weißbücher (European war, bis jetzt 3 Hefte), s. Buntbücher, Bd. III. Dazu noch W. B. Hale, American rights and British pretensions on the seas, the facts and the documents, official and other, bearing up the present attitude of Great Britain towards the commerce of the U. St. (Neuyork 1915); Derselbe, Peace or war? (Organization of American women for strict neutrality 1917).

C. Neutrale Mächte.

Schweiz.

Der literarische Fremdenverkehr ist größer als die Eigenproduktion. Auch Zeitschriften, wie die 1915 gegründete »Internationale Rundschau« (Zürich) und die 1914 ins Leben gerufene »Revue politique internationale« (Paris, Lausanne) sind nur Gäste. Das gleiche gilt von der »Friedenswarte«, dem Organ des Pazifismus. Die Militärschriftsteller der Schweiz suchen französische oder deutsche Verleger (Stegemann, Tanner usw.). Die Berichte des Bundesrats s. Buntbücher (Bd. III, lexikalischer Teil). Dazu vergleiche man »Kriegszeit-Reden Schweizerischer Bundesräte« (Zürich 1915).

Erwähnenswert für die verschiedenen Standpunkte: H. Bächtold, Die geschichtlichen Grundlagen des Weltkrieges (Zür. 1915); Derselbe, Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz und unser Verhältnis zu Deutschland (Bas. 1916); Derselbe, Zum Urteil über den preußisch-deutschen Staat (das. 1916); C. Spitteler, Unser Schweizer Standpunkt (Zür. 1915); Th. Vetter, Die Kulturbedeutung Englands (das. 1915); J. Erni, Die europäische Union als Bedingung und Grundlage des dauernden Friedens (das. 1915); A. Bonnard, La patrie suisse et l'Impérialisme (Genf o. J.); P. Balmer, Les Allemands chez eux pendant la guerre, impressions d'un neutre (Par. 1915); André Oltramare, L'indépendance de notre presse (Opinions suisses, Genf 1917).

Holland.

Alle Neuerscheinungen und eine Auswahl deutscher, englischer und französischer Werke verzeichnet monatlich die »Nederlandsche Bibliographie« (Leiden). Inwiefern die Literatur den zwiespältigen Eindruck der Presse ergänzt und berichtigt, läßt sich noch nicht abschätzen. Zu den Orangebüchern (s. Buntbücher, Bd. III), vgl. auch: »Hollands Not, der niederländische Überseetrust« (Bern 1916). — Deutschfreundliche Stimmen: J. H. Valckenier Kips, Der deutsche Staatsgedanke (Leipz. 1916); J. H. Labberton, Die sittliche Berechtigung der Verletzung der belgischen Neutralität (Berl. 1916); Domela Nieuwenhuis Nijegaard, Flandern vom südlichen Zwange befreit (die bedeutendsten niederländischen Flugschriften 1—2; Leipz. 1916). — Gegner: H. Dunlop, The supreme will or the danger of a premature peace (Haag 1916). Den »Telegraaf« übertrifft an erfolgreicher Gehässigkeit der Karikaturist Louis Raemakers mit seinen kolorierten Zeichnungen, die, nicht auf das Podium eines politisch-satirischen Blattes wie »Punch« oder »Simplicissimus« gestellt, sein großes Talent in einen Sumpf geführt haben, dessen Pesthauch bis nach Amerika gedrungen ist.

Skandinavische Staaten. Schweden.

Blaubücher, s. Buntbücher (Bd. III). Halboffiziös: Karl Hildebrand, De Svenska Statsmakterna och Krigstidens Folkshushållning (Stockh. 1915—16). Ihren hohen Rang verdankt die schwedische Kriegsliteratur vor allem dem Verfasser der »Großmächte der Gegenwart«, Rudolf Kjellén, Professor in Upsala, dessen »Politische Probleme des Weltkrieges« (deutsch, Leipz. u. Berl. 1916) vielleicht das gehaltvollste Buch über den Weltkrieg sind. Seine Bücher (außerdem: »Die Ideen von 1914«, Leipz. 1915) und die Schriften der Aktivisten Sven Hedin (»Ein Volk in Waffen«, »Nach Osten«; Leipz. 1915 bis 1916) und Gustav F. Steffen (»Krieg und Kultur«, »Demokratie und Weltkrieg«, »Weltkrieg und Imperialismus«, Jena 1915—16) haben sich auch in der deutschen Literatur einen Platz erobert.

Außerdem: E. Wigforss, Världskriget och Världfrieden (Stockh. 1915); E. Th. af Wirsén, Förstra Världskrigs året (das. 1915); C. R. Carleson, Världskriget, en mansålders stormaktspolitik (das. 1915); Derselbe, Världskrigets Kulturfejd (das. 1915); E. Liljedahl, Sverige och Kriget (Upsala 1915); A. Nyström, Före under och efter 1914 (Stockh. 1915); Annie Wall, Ein irregeführtes Volk, Eindrücke einer Neutralen aus Rom, Winter und Frühjahr 1915 (Wien u. Leipz. 1916).

Dänemark und Norwegen.

S. Buntbücher in Bd. III (lexikalischer Teil). Der unmittelbare Druck, unter dem beide Länder stehen, hindert wohl eine literarische Entfaltung wie in Schwe-



den. In Dänemark wirkt deutschfreundlich vor allem Karl Larsen (»Professor Bédier und die Tagebücher deutscher Soldaten, Deutschlands Nationalmilitarismus«, Berl. 1915), in Norwegen Björn Björnson (»Vom deutschen Wesen, Impressionen eines Stammverwandten«, das. 1917).

Über spanische, ostasiatische (Phau Ling, Beiträge zur neueren Geschichte Chinas, Berl. 1917, in »Schriften des deutsch-chinesischen Verbandes« und »China-Archiv«) und südamerikanische Literatur ist ein Bericht erst nach Wiedereröffnung des Weltverkehrs möglich. Das gleiche gilt von Griechenland, dessen Zeitungen bis zur Saloniki-Expedition wenigstens fragmentarisch zu uns gelangten. Außerhalb Griechenlands erschienen:

Platytas, La neutralité Hellénique et le traité Gréco-Serbe de 1913 (Freib. i. B. 1916); C. Kerofilas, Venizelos (mit Vorrede von Take Jonescu; Lond. 1915); »Le Guet-Apens du 1er décembre 1916 à Athènes Documents, L'union hellénique« (Genf 1917). Über die Görlitzer Lagerzeitung »Neon Asty« s. Kriegszeitungen (Bd. III).

D. Fremdvölker.

Obwohl die Bearbeitung dieser Gruppe den Frieden voraussetzt, verlangt die Gegenwart doch eine Zusammenstellung des vorläufig Erreichbaren.

I. Englische Fremdvölker.

Irland: Roger Casement, The crime against Europe, the causes of the war and the foundations of peace (Berl. 1915, auch deutsch); Derselbe, Gesammelte Schriften (Münch. 1916); Chatterton-Hill, Irland und seine Bedeutung für Europa (Berl. 1916); Derselbe, Lettre ouverte à Maurice Barrès (Bern 1916); Derselbe, Irische Blätter (»Zeitschrift der deutsch-irischen Gesellschaft«, Berl., seit 1917); »Von einem amerikanischen Iren, Britisches gegen deutsches Imperium« (mit Vorwort von R. Casement; Berl. 1915).

Indien: Ganga-rao Bramputr, Indien, seine Stellung zum Weltkrieg und zu seiner Zukunft (Tübingen 1916); »British rule in India, comdemned by the British themselves, published by the Indian national party« (Lond. 1915; auch deutsch, Berl. 1916); »Ist Indien loyal?« Veröffentlicht von der indischen Nationalpartei; W. J. Bryan, Secretary of State of the U. St. of America on British rule in India (1906; englischer und deutscher Neudruck o. J.).

Ägypten: M. M. Rifat (Präsident des ägyptischen Nationalkomitees), Die Knechtung Ägyptens (Berl. o. J.).

II. Russische Fremdvölker.

Revelstein, Die Not der Fremdvölker unter dem russischen Joche (Berl. 1916); C. C. Eiffe, Zwei Millionen Deutsche in Rußland, Rettung oder Untergang?, eine Denkschrift (Münch. 1915); Der Koloß auf tönernen Füßen, hrsg. von A. Ripke (das. 1916); Inorodetz, La Russie et les peuples allogènes (Bern 1917).

Ukraine: Literaturangaben in der »Osteuropäischen Zukunft« und den »Ukrainischen Nachrichten«. »Die Ukraine und der Krieg«, Denkschrift des Bundes zur Befreiung der Ukraine (Münch. 1915); Dmytro Donzow, Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland (Berl. 1915); S. Baluy, Ukraina und ihre internationale politische Bedeutung (Prag 1915); »Dokumente des polnischen Russophilismus, mit einer Einleitung: Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien«, hrsg. vom Allgemeinen ukrainischen Nationalrat in Österreich (Berl. 1915); E. Lewicky (Mitglied des österreichischen Reichsrats), Ukraine, Ukrainer und die Interessen Deutschlands (das. o. J.); Derselbe, Osteuropäische Probleme und der Krieg (das. 1916).

Polen: »Die Ostmark«, Zeitschrift des deutschen Ostmarkenvereins, »Polnische Blätter« und »Revue de Pologne« (Paris). Dmytro Donzow, Groß-Polen und die Zentralmächte (Berl. 1915); Das Los der Polen in Rußland und Österreich (Wien 1916); Prinz Czartoryski, Müssen Deutsche und Polen sich immer befehden? (Stuttg. u. Berl. 1915); St. Przybyszewsky, Von Polens Seele (Jena 1917); E. v. Slepowron, Polen in Ost und West (Bern 1916); Germano-Judaeus, Deutsch, Polnisch oder Jiddisch? (Berl. 1916); R. Kucharski, Poland's struggle for independence, with a foreword by Lord Weardale (Lond. 1916).

Litauen: A. Paulukat, Litauische Hoffnungen (Halle 1915).

Balten: »Stimmen aus dem Osten«, Aufsätze und Informationen für Tageszeitungen über Finnland, baltische und russische Fragen (Berl. 1915); »Ostland« (Charlottenb. 1915 ff.; Zeitschrift für den Wiederaufbau u. die Neubebauung der östlichen Marken); »Die deutsch-lettischen Beziehungen in den baltischen Provinzen, von einem Balten« (Leipz. 1916); »Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands«, von Kennern der Baltischen Provinzen (Berl. 1915); Silvio Broedrich-Kurmahlen, Das neue Ostland (Charlottenb. 1915); B. Marquart, Die landwirtschaftlichen Verhältnisse Kurlands, I (Berl. 1916); A. v. Engelhardt, Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands (Münch. 1916). — »Karte der baltischen Provinzen Liv-, Est- und Kurland« mit vergleichenden statistischen Angaben über Größe, Bevölkerung und Wirtschaft (Leipz. o. J.).

Finnen: »Stimmen aus dem Osten« (s. oben, Balten); F. Wetterhoff, Finnland im Lichte des Weltkriegs (Berl. 1916).

III. Asiatische Fremdvölker.

Michael v. Tseretheli, Georgien und der Weltkrieg (Weim. 1916); Derselbe, Die Rechte Georgiens (Berl. 1917); R. Kaukasielli, Der Kaukasus im Weltkrieg (Weim. 1916).

V. Recht und Volkswirtschaft

Arbeitsnachweis und Arbeitsmarkt
von Professor Dr. J. Jastrow in Charlottenburg

Arbeitsnachweis. Auf keinem Gebiete der öffentlichen Verwaltung setzte der Hauptschaden aller gemeinnützigen Tätigkeit, das Ein- und Vordrängen unberufener Helfer, so früh und so stürmisch ein wie auf dem des Arbeitsnachweises. Der Beginn des Krieges fiel in die Zeit der Ernte. Um diese zu bergen, ergossen in den ersten Augusttagen 1914 allerhand städtische Organisatoren unbrauchbare Arbeitskräfte über die wehrlosen Landwirte und unbrauchbare Vorschläge über die noch wehrloseren Behörden. Um den bereits bestehenden ordnungsmäßigen Verwaltungszweig der Arbeitsvermittlung vor einer Überrennung zu bewahren und die freiwilligen Kräfte unter tunlichst schonender Behandlung des Betätigungstriebes sowohl heranzuziehen wie angemessen zu beschränken, wurde für die Vermittlung im Reichsamt des Innern eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise geschaffen, der alsbald die Entwicklungstendenz auf eine dauernde Einrichtung hin gegeben wurde. Aus dieser Zentrale ging, nachdem ihre erste Aufgabe, die Erntebergung, gelungen war, die schon im Frieden lange vergebens geforderte Reichseinrichtung zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hervor. Zunächst freiwillig, seit Frühjahr 1915 auf Grund einer Meldepflicht, werden zweimal wöchentlich (Mittwoch und Sonnabend) aus allen Gegenden des Reiches an das Statistische Reichsamt die offenen Stellen und Arbeitsgesuche berichtet, die am Orte nicht erledigt werden konnten, und jedesmal am Montag und Donnerstag Mittag in einem »Arbeitsmarkt-Anzeiger« (Nr. 1 vom 14. August 1915) zusammengestellt, der an sämtliche angeschlossenen Arbeitsnachweise verschickt wird. Während so die wirkliche Arbeitsvermittlung Angelegenheit der bestehenden Nachweisanstalten blieb, gewann die Zentrale an den ausländischen Arbeitern (sowohl Unterbringung wie auch Entfernung) und an den Kriegsgefangenen einen selbständigen, recht eigentlich dem Reiche zukommenden Arbeitsgegenstand. Ähnliche Aufgaben von Reichs wegen stellten ihr die Beschaffung von Arbeitskräften für Festungs- und Schanzarbeiten, für die Betriebe der Militär- und Marineverwaltung überhaupt sowie die Unterbringung der aus Festungs- und bedrohten Gebieten entfernten Bevölkerung.

Die Reichszentrale hat unbestritten insofern umgestaltend eingewirkt, als sie den Zug zur Zentralisierung überhaupt beförderte. Von den süddeutschen Staaten besaßen Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen bereits Landesorganisationen, Bayern sogar eine bis auf jede Gemeinde des Königreichs hinuntergeführte und um die Hauptvermittlungsstellen der acht Kreise gruppierte Gliederung. Hier konnte überall an Bestehendes angeschlossen werden, um zunächst den örtlichen und provinzialen Zusammenschluß so vollständig auszugestalten, daß er für die Berichterstattung an die Reichszentrale eine ausreichende Unterlage gewährte (in München: je eine Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Stellenvermittlungen für Gewerbe und für Hauswirtschaft im Anschluß an das Städtische Arbeitsamt, Dez. 1914 und Dez. 1915; in Straßburg: Verordnung des Gouverneurs der Festung vom 12. Febr. 1916 wegen Anschlusses sämtlicher nicht gewerbsmäßiger Stellenvermittlungen; in Mannheim: Anschluß der letzten Fachnachweise und einer neubegründeten Zentrale der Angestelltenverbände an den öffentlichen Arbeitsnachweis in den ersten Monaten des Krieges). Ähnliche Einsatzpunkte waren für Mitteldeutschland in dem um Frankfurt gelagerten Rhein-Main-Verbande vorhanden. Ungleich weniger vorbereitet war Norddeutschland. In dem besonders zersplitterten Wirtschaftsgebiet von Groß-Berlin half sich der Verband märkischer Arbeitsnachweise zunächst mit einer »Zentral-Auskunftsstelle« (22. August 1914), die später (Sept. 1915) an einen aus Behörden, Korporationen und Verbänden gebildeten Verein mit einem Beirat überging. Diese Stelle, die zu Anfang auch selbst vermittelte, beschränkte sich später auf die Weitergabe unerledigter Gesuche an die einzelnen Nachweise. Zu ähnlichen Zwecken bildeten sich die »Arbeitsgemeinschaft Breslauer Arbeitsnachweise«, eine Zentrale in Köln (mit elf Zweigstellen im Bereich des Verbandes Rheinischer Arbeitsnachweise) sowie innerhalb des niedersächsischen Verbandes örtliche Zusammenschlüsse in Hildesheim, Braunschweig, Lüneburg, Osnabrück, Oldenburg. Besondere Aufgaben erhielt die Zentralstelle des Ostpreußischen Verbandes in der Heranziehung namentlich von Bauarbeitern aus anderen Provinzen; ihr wurde auch der Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte angegliedert. Der Entziehung von Arbeitern aus der Provinz trat das Generalkommando durch ein Verbot der Arbeiteranwerbung im Bezirk des I. Armeekorps entgegen. Die Einrichtung derartiger Zentralauskunftsstellen wurde den bestehenden Verbänden durch die Behörden ans Herz gelegt (Erlasse des Reichskanzlers vom 11., des preußischen Handelsministers vom 21. Mai 1915 u. a. m.). Später wurde durch Anordnung des Kriegsministers der Name auf provinziale Auskunftsstellen übertragen. Sehr früh und entschieden ging Hamburg vor, wo das Aufhören der Schiffahrt eine Überfüllung des Arbeitsmarktes her-

beizuführen drohte und die Organisationsseite deswegen besonders schwierig lag, weil ein ungewöhnlich großer Teil der Vermittlungstätigkeit in den Händen reiner Arbeitgebernachweise war. Durch Senatsbeschluß vom 14. August 1914 wurde in dem dortigen Statistischen Amt die »Landeszentrale für Arbeitsnachweise« als staatliche Einrichtung geschaffen. — Infolge des Anwachsens der Kriegsindustrien einerseits, des Erlöschens von Exportbetrieben und des Rohstoffmangels anderseits traten in der Nachfrage und im Angebot von Arbeitskräften so bedeutende Verschiebungen ein, daß in manchen Gegenden des Reiches der Ausgleich sich gesteigerter Mittel bedienen mußte. Um wenigstens innerhalb desselben Verbandsgebietes die Arbeitsnachweise über die Vorgänge in den einzelnen Landesteilen auf dem laufenden zu erhalten, kehrten mehrere Verbände zu dem System der Stellenlisten zurück, wie es in den Anfangszeiten der Arbeitsnachweisentwicklung üblich gewesen war.

Der Überzeugung von der Notwendigkeit des gesetzlichen Ausbaues der Arbeitsnachweise gab am 10. Februar eine große, im Berliner Gewerkschaftshaus tagende Konferenz in zehn Leitsätzen Ausdruck, die als Petition in den Reichstagssitzungen vom 19. und 20. März 1915 eine eingehende Beratung und trotz einer mehr abwartenden und sich auf Kriegsmaßregeln beschränkenden Haltung des Regierungsvertreters im wesentlichen Zustimmung fand. Eine Resolution verlangte einen allgemeinen Gesetzentwurf und eine sofortige gesetzliche Regelung der Vermittlung für heimkehrende Krieger. Eine Bundesratsbekanntmachung vom 14. Juni 1916 beschränkte sich zunächst noch darauf, den Landeszentralbehörden das Recht zu geben, die Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise zu erzwingen.

Nach mehreren Richtungen hin schuf der Krieg für die Arbeitsnachweise neue und eigenartige Aufgaben. Außer einigen bereits gestreiften stellte sich die Beschaffung von Arbeitskräften für Ackerbestellung und Ernte als eine Verwaltungsaufgabe heraus, die nur im Zusammenwirken mit einer Reihe anderer Ressorts zu lösen war. Allen voran führte die Armee ein System von Beurlaubungen, ja sogar von Reklamationen ein, das hierauf die weitestgehende Rücksicht nahm, und stellte Kriegsgefangene ausgiebig zur Verfügung. Die Justizminister aller deutschen Staaten taten dasselbe in bezug auf Strafgefangene, die aus landwirtschaftlichen Berufen stammten. Die Preußische Eisenbahnverwaltung beurlaubte Eisenbahnunterhaltungsarbeiter, insbesondere an Nebenbahnen, wenn sie eine Tätigkeit in so naher Umgebung fanden, daß sie jederzeit zurückberufen werden konnten. Das Bayerische Staatsministerium verbot das Verlassen landwirtschaftlicher Arbeitsstellen ohne wichtigen Grund oder ohne Abkehrschein. — Die Reklamierung von Arbeitern spielte auch für die Industrie, dem Zeitalter der Technik entsprechend, in diesem Kriege eine Rolle wie in keinem früheren. Nicht als widerwillig abgerungene Ausnahme ließ sich die Armee die Anerkennung der Unabkömmlichkeit abzwingen, sondern sie bewilligte sie im Interesse der Erhaltung der Wehrkraft, und zwar nicht etwa bloß für Waffen-, Munitions-, Werftarbeiter u. ä., sondern unterschiedslos für alle Industrien, die für das »Durchhalten« notwendig waren. Gerade diese gesteigerte Einsicht der Armee in die Bedeutung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge machte Garantien gegen den Mißbrauch notwendig. Die Reklamierung von Arbeitern wurde von einer Bescheinigung des zuständigen Arbeitsnachweis-Verbandes abhängig gemacht, daß andere geeignete Arbeiter nicht zur Verfügung ständen, und daß Frauenarbeit oder Heimarbeit als Ersatz nicht in Frage kämen (Erlasse des Kriegsministers vom 21. September und 30. Dezember 1915). Den Verbänden erwuchs hieraus eine umfangreiche Begutachtungsaufgabe mit weitverzweigtem Schriftwechsel für jeden einzelnen Fall (Verband Sachsen-Anhalt Okt./Dez. 1915: 4000 Anträge, d. i. 200—250 täglich, zuweilen mehrere hundert Arbeiter umfassend; Märkischer Verband: 646 Gesuche für 2365 Personen, nur 355 Bescheinigungen erteilt, nebst 85 bedingten). Zu Beratungen über die Unterbringung der nach Friedensschluß heimkehrenden Krieger berief das Reichsamt des Innern eine Konferenz von Vertretern der Behörden, der öffentlichen Arbeitsnachweise, der größeren Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen sowie sonstiger Interessentenverbände (30. April 1915), die sich außerdem mit der Ausgestaltung des Arbeitsnachweises im allgemeinen (Zentralauskunftsstellen) beschäftigte. — Die an vielen Orten neu eingeführten oder ausgebauten kommunalen Arbeitslosenunterstützungen (vgl. Bd. I, S. 401) konnten als Ort für die tägliche Meldepflicht der Arbeitslosen den Arbeitsnachweis bestimmen.

Arbeitsmarkt. Die Gewinnung eines Überblickes über die Lage des Arbeitsmarktes hängt davon ab, daß die berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweise nicht nur ihre eigenen, sondern die Ziffern sämtlicher in ihrem Gebiete tätigen Arbeitsnachweise berichten können. Um dies zu ermöglichen, führte Bayern schon am 26. September 1914 auf Grund von § 15 des Stellenvermittlergesetzes eine monatliche Meldepflicht der nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise ein. Dieses Vorgehen empfahl der Verband deutscher Arbeitsnachweise zu allgemeiner Nachahmung. Durch Beschluß des Bundesrates vom 12. Mai 1915 wurden die einzelnen Landesregierungen zum Erlaß derartiger Verordnungen angeregt, die im Laufe der Jahre 1915 und 1916 in fast allen deutschen Staaten ergingen. Viel weiter ging ein Erlaß des Oberbefehlshabers in den Marken vom 22. Februar 1917, der die oben erwähnte Zentralauskunftsstelle Berlin zum Mittelpunkt auch für die gesamte Provinz Brandenburg machte und die Hilfsdienst-Meldestellen den nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen gleichstellte. Auch von dieser aus dem System noch herausfallenden Erweiterung abgesehen, konnten von den Arbeitsnachweisen, die zur Meldung an das Kaiserliche Statistische Amt verpflichtet waren, nunmehr 522 von der direkten Meldepflicht befreit werden; obgleich noch weitere 579 wegen Geringfügigkeit des Geschäftsumfanges davon befreit wurden, blieb doch dem Reichsamt noch der unmittelbare Verkehr mit 600—700 Arbeitsnachweisen.

Während an dem Reichsamt eine neue Berichterstattung nach überschießenden Meldungen an den beiden wöchentlichen Stichtagen eingerichtet wurde, wuchs auch das Material, auf Grund dessen mit der Jastrowschen Andrangsziffer[1] die messende Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes nach Monaten fortgesetzt werden konnte:

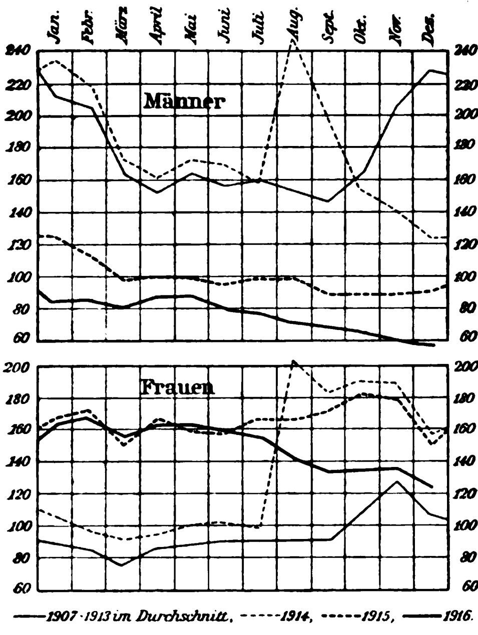
---

[1] Bezeichnet man die Zahl der Arbeitsuchenden mit A, die der offenen Stellen mit o, so ist die mathematische Formel für den prozentualen Andrang: $\frac{A}{o} \cdot 100$.

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.
Männer:												
1913 .	191	190	168	160	166	168	174	178	160	178	219	218
1914 .	234	218	173	161	172	168	158	248	200	154	140	124
1915 .	125	113	98	100	99	96	98	98	89	89	89	90
1916 .	84	86	81	87	88	80	77	72	68	64	60	58
Frauen:												
1913 .	98	91	87	96	100	101	103	101	99	122	143	123
1914 .	105	97	92	94	100	101	99	202	183	191	189	158
1915 .	167	172	152	165	158	157	165	165	170	182	179	151
1916 .	168	167	155	162	162	158	154	142	134	185	186	123

In graphischer Darstellung:



(»Reichsarbeitsblatt«, Januar 1917.)

Deutlich sieht man in dem Kriegsmonat August 1914 die Andrangskurve der Arbeitsuchenden bei beiden Geschlechtern so weit hinaufschnellen, daß sie den gewohnten Rahmen der Zeichnung sprengt. Mit fortschreitender Einziehung der Männer und »Anpassung der Industrie« (vgl. Bd. I, S. 417) geht auf dem männlichen Arbeitsmarkt die Kurve schon vom zweiten Kriegsmonat an abwärts, hält sich vom dritten an bereits unter der der Friedenszeit, erreicht im Frühjahr 1915 den stets schon als abnorm günstig geltenden Gleichgewichtszustand und geht von da ab in einen ununterbrochen intensiver werdenden Arbeitermangel über. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkte verliert zwar die Kurve auch sehr schnell ihre beängstigende höchste Höhe, zeigt aber fortdauernd eine ernst zu nehmende hohe Andrangsziffer, erreicht nur spät und vorübergehend einmal (Juli 1916) die Kurvenhöhe des letzten Friedensmonats und ist Ende 1916 zwar noch nicht ganz an die Durchschnittskurve, aber doch an, ja auch schon unter die Monatsziffer des Jahres 1913 gelangt.

Diese Entwicklung widersprach allen Vorstellungen von der Gestaltung des Arbeitsmarktes während eines Krieges, und noch dazu eines so großen Krieges. Bei dem Stocken von Handel, Schiffahrt und Industrie hatte man sich auf eine weitgehende Arbeitslosigkeit gefaßt gemacht, ja von manchen Seiten schon in den ersten Kriegstagen die rechtzeitige Bewilligung großer Mittel für Notstandsarbeiten in nie gesehenem Umfange verlangt. Wenn die befürchtete Arbeitslosigkeit ausblieb und überwiegend das Gegenteil eintrat, so lag ein Hauptgrund gerade in der Größe des Krieges, der dem deutschen Arbeitsmarkte nicht, wie 1870/71 : 1 Million, sondern 4—8 Millionen Männer entzog und an den Rest in zweifacher Weise höhere Anforderungen stellte. Denn einmal rief das Aufhören der Zufuhr sofort eine Menge deutscher Ersatzindustrien hervor (während die Ausfuhrgewerbe ihre Tätigkeit, solange man an einen kurzen Krieg glaubte, überwiegend noch fortzusetzen suchten); sodann stellte der Krieg selbst noch weit über die zahlenmäßige Vervielfachung des Heeres hinaus Ansprüche an die Industrie: Erhöhter Munitionsbedarf infolge veränderter Kriegführung (Stellungskrieg, Trommelfeuer), in weiterer Folge schnellere Abnutzung der Geschütze und Bedarf an neuen Modellen, gesteigerte Bedeutung der Marine, insbesondere der neuen U-Bootflotte, fast gänzliche Neuschaffung einer Luftflotte, ja ganz allgemein gesagt eine so große Reihe technischer Neuerungen (vgl. die betreffenden Beiträge in Bd. III), daß die Industrie nicht mehr die einmalige Ausstattung und ihre Ergänzung, sondern unausgesetzte Neuausstattungen als eine beinahe fortlaufende Aufgabe erhielt. Den Hintergrund bildete die rechtzeitig in größtem Umfange vorbereitete Kriegsfinanzverwaltung (vgl. Geld und Kredit in Bd. I, S. 411), die, vermöge der feinen Verästelung des deutschen Kreditwesens bis in alle Poren der Volkswirtschaft dringend, belebendes Vertrauen aufrechterhielt. Das Schwungrad des Wirtschaftsgetriebes geriet nicht einen Augenblick in Stillstand.

Für den Arbeitsmarkt war hierbei das Wesentliche, daß die Lage auch wirklich erkannt wurde. Jene Methode der Messung hat sich auf das glänzendste bewährt. Jetzt erntete man die Früchte einer durch zwei Jahrzehnte fortgesetzten mühevollen Arbeit, die, unbekümmert um alle Anzweiflung der Erfolgsmöglichkeit, an der Messungsmethode festgehalten und ihr immer reicheres Material zugeführt hatte. Während früher bei einer (wirklichen oder vermeintlichen) Krisis auf dem Arbeitsmarkt jede in irgendeinem Teile etwa bestehende Arbeitslosigkeit als charakteristisch ausgegeben und ebensooft eine günstige Lage in einem beschränkten Kreise mit überlegen sachverständiger Miene als »allgemeine Lage« bezeichnet wurde, so daß sich in der Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes die lautesten Schreier das sicherste Gehör verschafften, war jetzt die Frage dem Streit der Parteien entrückt. Die zahlenmäßige Messung ergab eine gemeinsame Grundlage für alle Interessenten des Arbeitsmarktes. Während die Berichterstattung der Börsen zusammenbrach, die der Produktenmärkte schwankend wurde, hat sich dieser jüngste Zweig der Marktberichterstattung gehalten und die Dienstleistung der anderen als Thermometer der Lage übernommen. Für die volkswirtschaftliche Organisation Deutschlands gehört die endgültige Sicherung seiner Arbeitsmarkt-Berichterstattung zu den bedeutsamsten dauernden Wirkungen der Kriegszeit.

Diese Leistung vollzog sich stillschweigend. Sie zeigte sich hauptsächlich darin, daß sich gegen die Sprache der Zahlen kein Widerspruch erhob, obgleich sie das Ge-

genteil von dem bekundeten, worauf sich jedermann gefaßt gemacht hatte. Dies war um so bemerkenswerter, als die Messungsziffer — wie jede Durchschnittsziffer — nur eine mittlere Richtung zwischen stark auseinandergehenden Linien abgeben kann, und diese dem Augenschein sich aufdrängenden Abweichungen in der Kriegszeit besonders stark waren. Der früh in den Textilgewerben einsetzende Rohstoffmangel rief hier eine Arbeitslosigkeit hervor, die durch die behördlichen Maßregeln zur »Streckung« des Rohstoffes bewußt gesteigert und durch besondere kommunale Fürsorge für Unbeschäftigte (übrigens nicht bloß Arbeiter) im Textilgewerbe auch amtlich als Notstand anerkannt wurde. Das massenweise Leerstehen von Wohnungen, die (nicht wesentlich auf den Krieg zurückgehende) Hausbesitz- und Hypothekenkrisis und die Unsicherheit über das zukünftige Wohnbedürfnis brachten die private Bautätigkeit zum Erliegen und übten ihren Einfluß auf den ganzen großen Kreis gewerblicher Tätigkeiten, die als »Baugewerbe« zusammengefaßt werden (einschließlich Tischler, Glaser, Maler u. a.); dies wurde nur dadurch gemildert, daß die Nebenbeschäftigungen, die in diesem Saisongewerbe weit verbreitet sind, ein Abwandern in andere Erwerbszweige erleichterten. Der Arbeitslosigkeit in zwei der umfangreichsten Gewerbegruppen stand nun aber die besonders angespannte Beschäftigung in der Landwirtschaft, in den meisten Nahrungsmittelgewerben und in sämtlichen Kriegsindustrien gegenüber. Überschichten oder Sonntagsarbeit, vielfach auch beides, wurden gemeldet aus dem Kohlenbergbau, insbesondere an der Ruhr und in Oberschlesien, bis Ende 1916 der Wagenmangel anfing, Schwierigkeiten zu bereiten (auch der Bergbau auf Eisen, Zink, Blei, Kupfer, Kali war gut beschäftigt); ferner aus der Eisenhütten-, Metall- und Maschinenindustrie (namentlich Dampfmaschinen, Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen); aus dem Schiff-, Eisenbahnwagen-, Kraftwagen- und Luftmotorenbau; aus der optischen, Elektrizitäts- und chemischen Industrie. Diese an sich schon sehr starken Verschiedenheiten stellen sich in Wirklichkeit noch stärker, wenn man einzelne Industrien nach Geschäftszweigen zerlegt. Die Bekleidungsgewerbe sind, soweit sie für das Heer arbeiten (wenigstens zeitweise) überangespannt, während die übrige Schneiderei und Schuhmacherei wegen Zeug- und Lederknappheit eingeschränkt wird, die Seiden- und Samtindustrie in der Mitte steht.

Diese Verschiedenheiten machen es doppelt notwendig, zur Beurteilung der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes auch noch anderes Material heranzuziehen. Die Einnahmen der Landes-Versicherungsanstalten aus dem Markenerlös, in denen sich die Zahl der geleisteten Arbeitswochen ungefähr widerspiegelt, betrugen (in Millionen Mark):

	Jan./März	April/Juni	Juli/Sept.	Okt./Dez.
1913 . . .	61,9	63,0	63,5	67,4
1914 . . .	64,8	67,2	56,9	53,0
1915 . . .	52,7	50,4	49,3	51,2
1916 . . .	49,6	48,1	49,7	55,1

Danach schwächte sich der Ausfall, der schon durch fortlaufende Einziehung von Versicherten entstehen mußte, schon 1915 ab und hatte sich 1916 im dritten Quartal bereits dem Vorjahr angeglichen (woran jedoch Lohnerhöhungen auch einen Anteil haben). — Bei den an die Berichterstattung des Statistischen Reichsamts angeschlossenen Arbeiter-Fachverbänden entfielen an Arbeitslosen-Tagen auf je 100 Mitglieder:

	Jan./März	April/Juni	Juli/Sept.	Okt./Dez.
1913 . . .	2,1	1,8	2,1	2,5
1914 . .	3,2	2,1	11,4	8,7
1915 . . .	4,5	2,2	2,0	1,8
1916 . . .	1,6	2,1	1,9	1,3

Also ist hier schon Mitte 1915 der Friedensstand erreicht, seit Ende 1915 meist unterschritten (woran allerdings die Verschiebung der Mitgliederkategorien einen Anteil haben kann; auch war die Arbeitslosigkeit 1913 höher als in den vorangegangenen Jahren). — Bei der Reichszentrale (s. oben, S. 388) wurden um die Jahreswende 1916/17 an den Sonnabend-Stichtagen in der Regel gegen 100 000 unbesetzbare offene Stellen gemeldet, denen nur etwa 30 000 unerledigte Arbeitsgesuche gegenüberstanden. — Sehr bedauerlich ist es, daß sich die Beschäftigtenziffern nach den Mitgliederzahlen der Krankenkassen nicht in vergleichsfähigen Zustand bringen lassen. Kurz vor dem Kriege (am 1. Januar 1914) war der Kreis der Versicherungspflichtigen bedeutend erweitert worden. Die Monatsziffern 1914 können mit denen von 1913 nicht verglichen werden, aber auch nicht einmal untereinander, da die Veränderung tatsächlich nur allmählich durchgeführt wurde. Die wiederaufgenommene Berichterstattung wies an prozentualer Zu- oder (—) Abnahme (Versicherungspflichtige, abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken) auf:

Im Laufe des Monats	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Männer:												
1915	—0,96	—0,20	—1,01	1,30	—1,41	—1,47	—2,00	—1,50	—1,76	—1,69	—1,58	—1,88
1916	—0,29	—0,66	—0,42	2,30	1,26	—0,11	—0,48	—0,50	—1,22	—0,39	—2,37	—0,62
Frauen:												
1915	0,78	2,60	2,07	3,86	0,92	0,34	1,20	0,64	0,23	1,34	0,64	—1,67
1916	0,24	0,50	1,57	2,34	1,61	—0,34	0,39	0,67	0,34	1,69	1,89	—0,55
Insgesamt:												
1915	—0,28	0,91	0,23	2,26	—0,44	—1,00	—0,64	—0,58	—0,88	—0,12	—0,58	—1,78
1916	—0,05	—0,12	0,50	2,32	1,42	—0,22	—0,06	0,06	—0,48	0,61	—0,30	—0,58

Danach zeigt die Gesamtziffer der Beschäftigten (mit alleiniger Ausnahme des Februars) in jedem Monat des Jahres 1916 ein günstigeres Bild als im Vorjahr: Gesteigerte Zunahme oder doch verringerte Abnahme, ja sogar dreimal (Mai, Aug., Okt.) Zu-, statt Abnahme. Dieses Ergebnis ist auch nicht etwa bloß durch stärkere Einstellung von Frauen herbeigeführt, sondern auch in der Zahl der Männlichen ist die Veränderung in zehn Monaten günstiger und nur in zweien (Febr., Nov.) ungünstiger als im Vorjahr. Die Frühjahrszeit, die alljährlich (Febr./Mai) mit der Belebung des Geschäftsganges und der Einstellung der Schulentlassenen mitgliedervermehrend zu wirken pflegt, setzte zwar unter den Männlichen etwas

später, dann aber so kräftig ein, daß die Abwärtsbewegung der Männlichen-Ziffer, die mit der Fortdauer des Krieges bis zu einem gewissen Grade notwendig verbunden ist, im Gesamtergebnis der Frühjahrszeit mehr als bloß aufgewogen wurde. Obgleich eine solche Zunahme nur vorübergehend sein konnte und im allgemeinen sich die Zahl der männlichen Mitglieder verringern mußte, standen doch noch am 1. Januar 1917: 4815519 weiblichen Mitgliedern 4477078 männliche gegenüber, so daß selbst nach 30 Kriegsmonaten die männlichen noch nicht zur Minderheit zusammengeschmolzen waren. Das Bild würde sich noch günstiger gestalten, wenn nicht die Bergarbeiter ihre besonderen Kasseneinrichtungen hätten. Die (beständig zunehmende) Zahl von kriegsgefangenen Arbeitern steht naturgemäß außerhalb der Versicherung und ihrer Statistik.

Als Stichprobe zur Veranschaulichung der Lohnentwicklung lassen wir aus der Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse den letzten Friedens-, den ersten Kriegsmonat sowie die drei Dezember der Kriegsjahre folgen. Von je 100 männlichen Pflichtmitgliedern befanden sich in folgenden Beitrags- (Lohn-) Klassen[1]:

	Juli 1914	Aug. 1914	Dez. 1914	Dez. 1915	Dez. 1916
I. (5,51 M. u. dar.)	41,5	40,9	34,9	44,6	47,6
II. (5,01—5,50 M.) .	10,4	9,8	10,3	12,1	7,9
III. (4,51—5,00 M.) .	12,1	11,3	12,1	10,7	9,5
IV. (4,01—4,50 M.) .	9,1	7,0	7,1	5,7	5,5
V. (3,51—4,00 M.) .	8,1	6,8	7,9	4,0	4,3
VI. (3,26—3,50 M.) .	3,5	4,5	5,0	2,7	2,0
VII. (2,51—3,25 M.) .	3,1	3,3	4,5	2,0	3,3
VIII. (unter 2,50 M.) .	4,9	7,1	9,0	7,2	3,1
X.[2]	*7,3*	*9,3*	*9,2*	*11,0*	*16,8*

Danach ist im Laufe des Krieges eine so große Zahl von Jugendlichen (Klasse X) eingedrungen, daß gegenüber dieser Tatsache im Dezember 1916 fast alle anderen Lohnverschiebungen in den Hintergrund getreten waren. Indes muß die Zunahme der Höchstgelohnten (5,50 M. und darüber) sehr bedeutend gewesen sein, wenn nach vorübergehendem Absturz 1914 ihre Vermehrung trotz jenem verdunkelnden Einfluß in der Statistik der folgenden Jahre gewaltig sichtbar bleibt. Eine nach Abzug der Klasse X besonders aufgemachte Statistik hat ergeben, daß unter den Erwachsenen fast während des ganzen Jahres 1916 die Mehrheit der höchsten Lohnklasse angehörte (Dez. 57 Proz). Ähnliche, wenn auch nicht ganz so starke Erweiterungen der höchsten Lohnklasse wurden im letzten Jahre in Dresden, Magdeburg und Kiel beobachtet. Die Bergarbeiterlöhne in den beiden größten Gebieten (in Mark für den Tag):

	Jahresmittel			1916		
	1913	1914	1915	I.	II.	III. Quart.
Oberschlesien	3,63	3,57	3,86	4,27	4,44	4,56
Oberbergamt Dortmund	5,36	5,15	5,49	6,02	6,28	6,57

haben den Rückgang 1914 im folgenden Jahre mehr als eingeholt und sind 1916 auf eine bisher unbekannte Höhe gestiegen. Die umfassendste gewerkschaftliche Erhebung der Kriegszeit, die der Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterverbände in Rheinland-Westfalen für August 1915, erhob die Löhne nur für die Frauen, gab aber aus diesem Anlaß ein Bild von der Stellung der Arbeiterinnen in einer Industrie, in der sie während des Krieges zu ungewohnten Arbeiten gelangten. Die Art der Arbeit war für beide Geschlechter dieselbe. Der Stundenverdienst (teils in Stundenlohn, teils in Akkordlohn auf die Stunde umgerechnet) schwankte von 12—75 Pf. und soll im Durchschnitt bei Stundenlohn 30, bei Akkordlohn 35, bei Mischung der Systeme 45 Pf. betragen haben. Von 277 Betrieben berechneten 105 dieselben Akkordsätze wie für Männer, 172 niedrigere; im Durchschnitt war der Akkordverdienst zwei Drittel des männlichen. Der christliche Metallarbeiterverband ermittelte im Sommer 1915 im Siegerland einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 53,4, im Sommer 1916 von 57,5 Pf. Nach den Aufnahmen des Verbandes der Maler, Lackierer usw. standen von je 100 Gehilfen:

	Maler		Lackierer	
	1912	1915	1910	1915
in niedrigen Löhnen (bis 40 Pf.) .	2,3	3,1	31,3	6,9
" mittleren Löhnen (40—60 Pf.) .	69,3	51,2	60,1	62,4
" hohen Löhnen (61 Pf. und mehr)	28,4	45,7	8,6	30,7

wobei die Vermehrung der Hochgelohnten (trotz der Lage des Baugewerbes, s. oben, S. 391) desto schwerer wiegt, weil hier gleichzeitig eine weitgehende Altersverschiebung (Jugendliche, Alte) festgestellt wurde. Doch kann aus diesen und ähnlichen Statistiken kein Schluß auf die wirkliche Lage der Arbeiterfamilien gezogen werden. Einerseits stellte sich, wo Familienunterstützungen, Fortzahlung der Löhne an Soldatenfamilien und Lohnarbeit von Frauen und Jugendlichen zusammenkamen, das Familieneinkommen höher, als eine Lohnstatistik es vermuten läßt. Anderseits wurde jede noch so große durchschnittliche Lohnsteigerung in vielen Fällen von der Teuerung der Lebensmittel überboten. Außerhalb jeder Statistik stehen bis jetzt exzessive Lohnsteigerungen, die der Krieg hervorrief, wie für Schlächtergesellen am Berliner Zentralviehhof Lohneinkommen von 500 oder gar 1000 Mark monatlich zeitweise berichtet wurden.

Die zukünftige Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes wird zu einem erheblichen Teile von der Handhabung des Hilfsdienstgesetzes (vgl. S. 400 ff.) und der richtigen Regelung der wirtschaftlichen Abrüstung (Übergangswirtschaft, vgl. Bd. III) abhängen.

Literatur. Außer den allgemeinen Denkschriften »über wirtschaftliche Maßnahmen« in den Reichstags-Drucksachen, auch die besondere (Nr. 151, 1915) über Arbeitsnachweis; Sitzungen des Reichstages vom 19. März 1915, des preußischen Abgeordnetenhauses vom 20. Febr. 1917; »Reichsarbeitsblatt« (Berl. 1914—17); »Der Arbeitsnachweis in Deutschland« (das. 1914—17); »Jahresberichte des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise 1912/15« (Schriften des Verbandes 13; Berl. 1917); J. Jastrow, Im Kriegszustande (2. Aufl., das. 1914). — Über Abrüstung: J. Jastrow, in »Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft« I, S. 360 (Berl. 1902), dann im »Jahrbuch der Ges. österr. Volkswirte« (1916) und Schriften des Hansabundes »Vom Krieg zum Frieden« I (das. 1916).

[1] Die Lohnklasse IX fehlt, weil die früheren Lohnklassen IX und X in eine (X) zusammengezogen sind. — [2] X umfaßt die 1,50 Mark und weniger verdienenden 14—16 Jahre Alten sowie die Lehrlinge und Kinder unter 14 Jahren.

Die Gewerkschaften und der Krieg

von Privatdozent Dr. Emil Lederer in Heidelberg

In den Erörterungen über die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft haben vor dem Kriege die Einrichtungen der Gewerkschaften keine Rolle gespielt. Und doch kann man sagen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in erheblichem Maße dazu beigetragen haben, der Arbeiterschaft über die ersten ungünstigen Einwirkungen des Krieges hinwegzuhelfen. Die Gewerkschaften sind in Deutschland zum allergrößten Teil Organisationen von Arbeitern, welche auf dem Boden der sozialistischen Anschauungen stehen, die also den Klassenkampf, die Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Arbeitern als die entscheidende gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und auch geschichtliche Tatsache ansehen. Den 2½ Millionen in den freien (sozialistischen) Gewerkschaften organisierten Arbeitern stehen nur ungefähr 350000 christliche und etwas mehr als 100000 in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften organisierte Arbeiter gegenüber. Dazu kommen noch religiöse, nationale und »gelbe« Verbände (Werkvereine). Diese sind jedoch ihrem Charakter nach fast ausschließlich Verbände mit Fürsorgezwecken und haben für die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wenig Bedeutung. Für die freien Gewerkschaften konzentriert sich die Tätigkeit in dem Kampf gegen die Unternehmerklasse. Durch Appell an die Gesetzgebung, durch Streiks und durch direkte Einrichtungen (Arbeitsnachweis, Unterstützungen, Rechtsschutz usw.) suchen sie die materielle Lage der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu verbessern, und wiewohl sie ihren allgemeinen Anschauungen nach eine restlose Lösung der sozialen Frage in der Zeit des Kapitalismus für unmöglich halten, so ist ihr Streben doch darauf gerichtet, in dieser Zeit die Lage der Arbeiterschaft möglichst günstig zu gestalten und sie auch dadurch für den Endkampf um die Macht leistungsfähiger zu machen. An diese grundsätzliche Haltung der freien Gewerkschaften muß man erinnern, wenn man die Größe der Wandlung ermessen will, welche die Gewerkschaften seit Beginn des Krieges durchgemacht haben. Zwar daß die Gewerkschaften, trotz ihrer sozialistischen Gesinnung, nicht versuchen würden, die Kriegführung mit einem Generalstreik oder passiver Resistenz zu erschweren, konnte jeder genaue Kenner der Gewerkschaftsbewegung voraussehen. Zahlreiche Wirtschaftstheoretiker und -praktiker haben schon lange vor dem Kriege darauf hingewiesen, daß die Staatsmacht im Moment der Mobilisierung am größten sei und daß aus diesem Grunde eine Aktion gegen den Krieg, sobald er erklärt ist, unmöglich sei. Ganz abgesehen davon, daß in allen europäischen Staaten die allgemeine Wehrpflicht, die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die Militarisierung aller für den Krieg wichtigen Industrien einen jeden Gedanken an die Verhinderung des Krieges durch die Arbeiterschaft utopisch erscheinen lassen, waren ja bei diesem Krieg auch nirgends die psychologischen Vorbedingungen für ein kriegsfeindliches Verhalten der Arbeiterschaft gegeben. Alle Völker in Europa hatten bei Kriegsbeginn die Meinung, angegriffen zu sein, und für diesen Fall des Verteidigungskrieges hatte selbst die radikal-sozialistische Doktrin kein hemmendes Eingreifen der organisierten Arbeiterschaft in den Krieg vorgesehen. Aus diesen Gründen war über die Haltung der Gewerkschaften am Beginn des Krieges kein Zweifel; sie mußten danach trachten, die Wirkungen der Kriegskrise auf ihre Mitglieder nach Möglichkeit zu vermindern, und sich gleichzeitig bemühen, ihre Finanzen und das organisatorische Gerüst im wesentlichen über die Dauer des Krieges hinaus zu erhalten und für die Aufgaben nach dem Kriege Kräfte und Bundesgenossen zu sammeln

Von diesen drei Aufgaben bot sich vom ersten Kriegstage an die erste als besonders wichtig und dringlich dar. Wie die Abhandlung über die Gestaltung des Arbeitsmarktes (vgl. »Arbeitsnachweis und Arbeitsmarkt«, S. 389 ff.) zeigt, war die plötzliche Arbeitslosigkeit zunächst geradezu katastrophal. Denn obgleich die Mobilisierung gleichbedeutend ist mit Heraushebung ungeheurer Massen aus dem Arbeitsmarkte, sind die Veränderungen auf dem Weltmarkte, namentlich die Einschränkung des Angebots und die Störungen des Warenverkehrs (durch Inanspruchnahme der Eisenbahnen für Truppen- und Materialtransporte), so durchgreifend, daß die Einschränkungen der Gütererzeugung mehr Hände überflüssig machen, als fürs erste zum Kriegsdienst benötigt werden. Dazu kommt noch, daß in den Gebieten der Rüstungsindustrie von vornherein die militärischen Einberufungen in geringerem Maße erfolgen (z. B. wurde der Landsturm im Bereich des VII. Armeekorps nicht aufgeboten), so daß dort erheblicherer, für das ganze Wirtschaftsleben ausschlaggebender Arbeiterbedarf anfangs noch nicht eintritt. In allen Gewerkschaften war daher das brennende Problem zu Kriegsbeginn die Versorgung der Arbeitslosen.

Sehr zahlreiche Gewerkschaften in Deutschland haben eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt, die beim Mangel kommunaler oder staatlicher Fürsorgeeinrichtungen größeren Umfangs vor dem Krieg die einzige Form für die Arbeiterschaft bildete, sich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu versichern (wenn man die Ansammlung von Ersparnissen außer acht läßt). Diese Arbeitslosenfürsorge hat für die Arbeiter gewiß in erster Linie die Bedeutung, sie im Falle der Arbeitslosigkeit vor der ärgsten Notlage zu schützen, während die Gewerkschaften wieder von ihrem Standpunkt aus der Arbeitslosenfürsorge so bedeutende Sorgfalt zuwenden (die Arbeitslosenunterstützungen der freien Gewerkschaften betrugen im J. 1913: 13 Mill. Mk., das ist auf den Kopf 5,12 Mk., bei den christlichen Gewerkschaften 285000 Mk. bzw. 1,24 Mk. auf den Kopf, bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 347000 Mk. = 3,81 Mk. auf den Kopf), weil darin ein Mittel gegeben ist, das Herabgleiten der Löhne auch in Zeiten schlechter Konjunktur zu verhindern. Die Arbeitslosenfürsorge soll die Hungerkonkurrenz der Arbeitslosen ausschalten; sie erspart manche Streiks und mühsame Aktionen zur Erhaltung der einmal erreichten Lohnhöhe. Niemals aber steht die Arbeitslosenfürsorge im Vordergrund der gewerkschaftlichen Interessen; sie ist ein Mittel unter vielen anderen zur Erreichung der gewerkschaftlichen Zwecke, die aber niemals bloß in der Erhaltung der gewonnenen Lohnhöhe und Arbeitszeit, sondern in der Steigerung der gesamten Lebenshaltung gipfeln. Wenn es demnach unter Umständen vorkommen kann, daß eine Gewerkschaft einen prinzipiellen Lohnkampf bis zu ihrer völligen finanziellen Erschöpfung führen muß, weil sie in ihm eher zu unterliegen als nachzugeben vermag, so bedeutet für sie eine gesteigerte, katastrophale Arbeitslosigkeit einen unglücklichen Zufall, dessen Überwindung sie nicht um jeden Preis

anstreben kann, weil sie sich der Geldmittel begeben würde, die für andere Zwecke angesammelt wurden. Auch nach der einfachsten Überlegung schon mußten die Gewerkschaften daher entschlossen sein, zwar ihre Mitglieder, soweit das im Bereich der Möglichkeit lag, in der Arbeitslosigkeit während des Krieges zu unterstützen, ohne aber so weit zu gehen, durch allzu große Aufwendungen ihre Aktionsfähigkeit für die Zeit nach dem Kriege zu gefährden. Dieser Beschluß war um so notwendiger, als man zu Beginn des Krieges noch nicht wissen konnte, daß die wachsende Zahl der Einberufungen zum Heere und die Orientierung der Industrie auf Kriegslieferungen allmählich den Arbeitslosenüberschuß absorbieren und sogar Arbeiterknappheit schaffen würden.

Eine solche Zuversicht wäre zu Beginn des Krieges um so phantastischer erschienen, als namentlich in den ersten Kriegswochen die Masse der Arbeitslosen zusehends beängstigend wuchs. Daß es sich nicht bloß um ungelernte und weniger qualifizierte Arbeiter handelte, beweisen am besten die **Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften**. Es waren zu Beginn des Krieges (in den ersten Wochen) in den Gewerkschaften der einzelnen Berufe arbeitslos (in Prozenten):

Textilindustrie	28,2
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	34,7
Polygraphisches Gewerbe	41—44,0
Gast- und Schankwirtschaft	30,7
Metallverarbeitung	20—25,0
Lederindustrie	26,0
Fabrikarbeiter (meist chemische Industrie)	32,5
Bauarbeiter	23,7

Die höchsten Arbeitslosensätze finden sich bei den kleineren Gewerkschaften: Zivilmusiker (88,8 Proz.), Hutmacher (66 Proz.), Glasarbeiter (63,6 Proz.) usw. Gewiß kommen auch geringere Arbeitslosigkeitssätze vor: Bäcker 6,2 Proz., Brauerei- und Mühlenarbeiter 1,7 Proz., Bergbau 2,6 Proz., Verkehrsgewerbe 7,7 Proz., also überall dort, wo eben der Krieg eine gesteigerte Beschäftigung von vornherein mit sich brachte. Aber im ganzen führte der Kriegsbeginn eine der schwersten Krisen auf dem Arbeitsmarkte herauf, welche die deutsche Volkswirtschaft je gesehen hat, und das war für die Gewerkschaften gleichbedeutend mit enormen Anforderungen an Arbeitslosenunterstützungen. Diese mußte man, nach der Sachlage, nicht als vorübergehende, sondern für die Dauer des Krieges anhaltende Anforderungen betrachten, und daher war die prinzipielle Haltung der Gewerkschaften von der größten Wichtigkeit, weil von ihr die finanzielle Existenzfähigkeit abzuhängen schien. Daß die Gewerkschaften imstande waren, ihre Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von ihrer finanziellen Lage abhängig zu machen, liegt an der rechtlichen Struktur der Gewerkschaften. Sie sind bekanntlich außerhalb des Gesetzes stehende Organisationen, die allen Mitgliedern gegenüber (für die Mitgliederbeiträge) ebensowenig ein Klagerecht besitzen als die Mitglieder wiederum den Gewerkschaften gegenüber für die versprochenen Leistungen. Leistung und Gegenleistung erfolgen nach Treu und Glauben, und im wesentlichen ist man damit bisher ganz gut ausgekommen.

Wie verhielten sich die Gewerkschaften nun gegenüber den Anforderungen des Krieges? Ihre Bemühungen waren (parallel mit denen der offiziellen Stellen) darauf gerichtet, den Arbeitsnachweis zu verbessern, namentlich ihn zu zentralisieren (siehe den Beitrag über die Lage des Arbeitsmarktes, S. 388) und die Lasten der Arbeitslosigkeit auf die Gemeinden und den Staat zu übertragen. Das erste ist während des Krieges gelungen, während in der Arbeitslosenfürsorge die Gewerkschaften im wesentlichen auf sich allein gestellt blieben (nur dort, wo Frauen von Einberufenen arbeitslos waren, hat die Reichsunterstützung eine Entlastung der Gewerkschaften gebracht). In Kürze läßt sich nun die finanzielle Lage der Gewerkschaften dahin kennzeichnen, daß die Arbeitslosigkeit ganz außerordentliche Aufwendungen erforderte (s. unten), daß auf der anderen Seite alle anderen Tätigkeitszweige sehr eingeschränkt werden konnten; die Verwaltungskosten wurden durch Verzicht der Beamten auf einen Teil (25 Proz.) ihrer Gehälter herabgesetzt. (Dieser Verzicht erfolgte größtenteils freiwillig, wurde aber überdies den Angestellten von den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, obwohl infolge des Krieges ihre Arbeitslast erheblich stieg.) Streik- und Aussperrungsunterstützungen kamen in Wegfall (Deutschland kennt zu Beginn des Krieges keine Streiks, während z. B. die englischen Gewerkschaften anfangs nicht auf ihr Streikrecht verzichteten, und tatsächlich auch Arbeitskämpfe durchfochten, bis die Gesetze zur Regelung der Munitionsindustrie diese Bewegungen ausschlossen. Auch diese Gesetze sind unter Mitwirkung der Arbeiterschaft zustande gekommen). Auf der anderen Seite sind auch die Einnahmen (infolge der Einberufungen und der Arbeitslosigkeit) sehr erheblich gefallen. So wurde es für die Gewerkschaften notwendig, sich auf bestimmte Grundsätze zu einigen, welche die berechtigten Ansprüche der Mitglieder befriedigen sollten, ohne die finanzielle Existenz der Gewerkschaftsverbände zu gefährden. Die meisten Verbände haben die Bedingungen für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung verschärft (namentlich schrieben sie Annahme jeder, besonders auch landwirtschaftlicher Arbeit vor, und tatsächlich ist ja dem Eingreifen der Gewerkschaften eine weitgehende Anpassung der Arbeiterschaft auch an ihnen ursprünglich fremde Berufe zu verdanken), desgleichen die Reise- und Umzugsunterstützung eingeschränkt, die Krankenunterstützung aufgehoben (da ja ohnedies die Krankenkasse ein Minimum gewährt) und die Zuschüsse beseitigt, welche sonst von den lokalen Kassen gewährt wurden. Auch mit diesen Einschränkungen waren die Ausgaben der ersten Monate ganz erschreckend hoch. So betrug die Arbeitslosenunterstützung im Metallarbeiterverband in den ersten Wochen durchschnittlich 450000 Mk.; das würde für ein halbes Jahr eine Ausgabe von 11¼, für ein ganzes Jahr eine solche von 22½ Mill. Mk. bedeuten. Da die Jahreseinnahmen vor dem Kriege 22 Mill. Mk. betrugen, infolge der Einberufungen und Arbeitslosigkeit bei Kriegsbeginn aber auf ungefähr zwei Drittel reduziert waren, hätte die Arbeitslosenunterstützung allein bei fortschreitend gleicher Arbeitslosigkeit selbst bei dieser reichen Gewerkschaft weit mehr als sämtliche Einnahmen verschlungen. Da man nun zu Kriegsbeginn noch nicht die Einberufung des ungedienten Landsturms voraussehen konnte, die den Arbeitsmarkt so entscheidend beeinflußt hat, so waren die Gewerkschaften von vornherein auf die Einschränkung ihrer Ausgaben bedacht. Im großen ganzen kann man annehmen, daß in den meisten Fällen lediglich die laufenden Einnahmen für Unterstützungen aufgewendet wurden, ohne daß in erheblichem Umfang das Vermögen angegriffen worden wäre. (Die Lage und die Aktionen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen stimmten mit denen der freien Gewerkschaften durchaus überein.)

Obwohl die Arbeitslosigkeit bald abnahm, ist sie zunächst nur im Vergleich mit der Zeit des Kriegsbeginns gesunken. Noch im Februar 1915 hatten die Bauarbeiter 11,5 Proz., die Holzarbeiter 9,6 Proz., die Buchdrucker 9 Proz. Arbeitslose aufzuweisen, und die Arbeitslosigkeit betrug im Durchschnitt der größten Gewerkschaften 5,1 Proz., war also weit höher als in normalen Zeiten. Je länger der Krieg dauerte, desto geringer wurde die Arbeitslosigkeit. Sie betrug Ende November 1915 in den meisten Gewerkschaften unter 5 Proz., im Durchschnitt aller wichtigeren Verbände 2,5 Proz., und hat weiterhin die Tendenz, zu sinken. Im Jahre 1916 schlägt die Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge der wachsenden militärischen Einziehungen und der Produktionssteigerung in der Rüstungsindustrie ins Gegenteil um, führt zu Ende 1916 zum Hilfsdienstgesetz, das als Mobilmachung der Industrie bezeichnet werden kann, da die Einstellung aller nicht kriegswichtigen Arbeit und die restlose Durchorganisation der Volkswirtschaft auf den Krieg hin damit angestrebt wird. Daß nunmehr die Pflicht zur Arbeit gesetzlich ausgesprochen wird, ist Symptom dafür, daß schon vorher die letzten Arbeitslosen vom Arbeitsmarkt aufgesogen waren. Diese Besserung darf aber nicht dazu verleiten, die Leistungen der Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützungen zu unterschätzen; sie sind um so wichtiger und beachtenswerter, als es sich hier zum Teil um Kriegsgeschädigte handelt, denen aus anderen Fonds keinerlei Hilfe kommen konnte. In Anbetracht dessen ist es wichtig, daß vom Kriegsbeginn bis Ende Januar 1915, also in einem halben Jahre, von den freien Gewerkschaften 17,78 Mill. Mk. an Arbeitslosen- und 6,18 Mill. Mk. an Unterstützungen für die Familienmitglieder der Einberufenen aufgewendet wurden, zusammen also nahezu 24 Mill. Mk. in einem halben Jahre, während im Jahre 1913 im ganzen die Arbeitslosenunterstützung in sämtlichen freien Gewerkschaften 13½ Mill. Mk. erforderte. Wir kommen also zu Unterstützungsbeträgen, die im Durchschnitt viermal so hoch waren als selbst die hohen (infolge der Krise gesteigerten) Aufwendungen des Jahres 1913. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen liegt weiterhin auch noch darin, daß an sie vielfach eine städtische Arbeitslosenfürsorge anknüpfte. In ähnlicher Weise wie die freien Gewerkschaften haben sich nach Kräften die übrigen Gewerkschaftsrichtungen betätigt.

Diese erheblichen Aufwendungen der Gewerkschaften bilden ihren wichtigsten finanziellen Beitrag zu den Leistungen des Krieges. Mit Recht wird von ihnen darauf hingewiesen, daß nur durch das Eingreifen der Gewerkschaften zahlreiche Arbeiterexistenzen vor dem Ruin gerettet wurden. Daher geht auch seit Kriegsbeginn von den Gewerkschaften eine gesteigerte Agitation für die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung aus, deren Möglichkeit durch die gewerkschaftlichen Einrichtungen bereits erwiesen sei und deren Lasten nunmehr auch die Gesellschaft, nicht bloß die Arbeiterschaft allein tragen müsse, da dieser nicht zugemutet werden könne, das Risiko der Arbeitslosigkeit allein auf sich zu nehmen. Wenngleich während des Krieges die Arbeitslosigkeit keine so erhebliche Rolle spielt, so wird sich dieses Problem mit verstärkter Wucht nach Abschluß des Krieges geltend machen. Die vielen Millionen, die dann auf den Arbeitsmarkt zurückströmen, werden nicht ohne weiteres in ihre bisherigen Arbeitsstellen Einlaß finden können, und die Gewerkschaften können nicht in einem Moment erhebliche Lasten auf sich nehmen, in dem die infolge der Preisverschiebung unausbleibliche Neuregelung der Arbeitsbedingungen alle ihre Kräfte beansprucht. Infolgedessen fordern die Gewerkschaften sichernde Maßnahmen zum Schutz der demobilisierten Arbeiter, in erster Linie durch weitere Gewährung von Familienunterstützung und Ausbau der Arbeitsnachweise.

Wie wird sich die Lage der Gewerkschaften nach dem Kriege gestalten? Wahrscheinlich wird der Krieg die Gewerkschaften, die er zuerst in ihren Finanzen bedenklich bedrohte, in ihrer Mitgliederzahl etwas reduzieren. Schon jetzt haben die Gewerkschaften auch unter Anrechnung der einberufenen Mitglieder (das waren bereits im Jahre 1916 bis zu 50 und 60 Proz.) effektiv an Mitgliederbestand verloren, und sie können nicht damit rechnen, daß sich (ganz abgesehen von den Gefallenen und Erwerbsunfähigen) alle ehemaligen Mitglieder nach dem Kriege sofort wieder der Gewerkschaft anschließen werden. Es ist nicht möglich, diesen Rückgang im voraus zu schätzen, jedenfalls wird die Position der Gewerkschaften infolge der geringeren Mitgliederziffer und damit natürlich auch geringeren Finanzkraft etwas schwächer sein (den Unternehmern gegenüber, deren Organisationen unter dem Kriege fast gar nicht leiden). Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß der Gedanke der Organisation wahrscheinlich in Arbeiterkreisen an Boden gewonnen hat. Die Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Verbände mit den staatlichen Behörden bei der Regelung des Arbeitsmarktes und der Einrichtung der gemeinnützigen Arbeitsnachweise, die großen Leistungen in der Arbeitslosenunterstützung und Kriegsfürsorge, die Festigung des Tarifvertragsgedankens im Kriege, die Tatsache, daß die Gewerkschaften während des Krieges mit Geschick die Entlohnung der Arbeiterschaft (wenigstens dem Geldbetrag nach) unverändert aufrechterhalten konnten, endlich die Wertschätzung, welche dem Organisationsgedanken überhaupt nach dem Kriege zukommen wird, all das bedeutet ebenso viele günstige Einwirkungen. Die Gewerkschaften werden also vermutlich an Gewicht gewinnen. Schwerlich wird nach dem Kriege die Anschauung vertreten werden, daß die Gewerkschaften den freien Willen des Arbeiters beugen, daß nur der »Terrorismus« die Arbeiterschaft in die Gewerkschaften hineinzwinge und daß die Interessen der Arbeiterschaft viel besser gewahrt würden, wenn sie sich nicht organisierten und die Verstimmung zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht vertieften. Der Krieg, welcher die Wirkung der Organisation so klar gezeigt hat, wird auch die wirtschaftliche Organisation im Bewußtsein der Menschen als selbstverständlich und notwendig erscheinen lassen, und ein entgegengesetzter Einfluß könnte höchstens von denjenigen Kriegsteilnehmern ausgehen, deren Willen und seelische Kraft im Kriege gebrochen wurde und die sich, froh, heimgekehrt zu sein, mit jeder ökonomischen Lage zufrieden geben. Es ist anzunehmen, daß deren Zahl jedoch nicht erheblich genug sein wird, um einen bestimmenden Einfluß zu üben.

Dazu kommt noch ein weiteres Moment. Die mitunter vorhandene Spannung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften dürfte im wesentlichen beseitigt sein. Die Gewerkschaften waren so wesentliche wirtschaftliche Organe, sie haben bei der Organisation aller ökonomischen Kräfte für den Krieg in so klagloser Weise funktioniert, daß die Regierung in ihnen, wenn die oppositionellen Elemente weiterhin in der

Minderheit bleiben sollten, jedenfalls kein gefährliches Element in der Zukunft erblicken kann. Zum Teil haben ja einflußreiche Vertreter der Gewerkschaften ihre sozialistische Ideologie aufgegeben und befinden sich deutlich in einer Strömung, welche letzten Endes die Umwandlung der sozialistischen Arbeiterbewegung in eine radikale Reformpartei anstrebt. Infolgedessen kann man auch mit einer Annäherung der auf sozialistischem Boden stehenden freien Gewerkschaften an die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen rechnen. Eine solche Annäherung ist z. B. im Bergbau schon erfolgt, und hat zu einheitlichem Vorgehen gegenüber den Unternehmern (in Fragen der Lohnregelung, der Lebensmittelversorgung usw.) geführt. Schon spricht man davon, daß eine Überführung der Gewerkschaften in gesetzliche Formen bevorstehe (als Übergangsmaßnahme mag die Absicht der Reichsregierung gelten, die Gewerkschaften in Zukunft nicht als politische Vereine zu behandeln), und eine öffentlichrechtliche Arbeitslosenversicherung würde zweifelsohne eine engere Verknüpfung von Staat, Gemeinden und Gewerkschaften bringen. Freilich sind auch hier Rückschläge möglich. Die Situation während des Krieges aber ist insofern gewandelt, als alle Gefahren, welche die Gewerkschaften bedrohten (Schutz der Arbeitswilligen, verschärfte Streikgesetzgebung), weggeräumt scheinen, und daß nach dem Krieg eine neue, arbeits-, aber auch erfolgreiche Zeit für die Gewerkschaften kommen kann. Das ist aber nur eine Entwicklungsmöglichkeit. Wir gehen — das dürfen wir uns nicht verhehlen — anderseits einer Zeit entgegen, in welcher die Lebensverhältnisse schwerer sein werden als je zuvor, in welcher die Belastungen der Klassen wachsen müssen, in welcher alle Versuche, die sozialpolitische Gesetzgebung zu entwickeln, auf den hartnäckigsten Widerstand der Unternehmer notwendigerweise stoßen werden. Es ist noch eine ungelöste Frage, auf welche Seite sich die Regierung in den dann unausbleiblichen Konflikten stellen wird. Soviel aber ist sicher, daß die Gewerkschaften ihrer Mitgliederzahl nach und finanziell in diesen Auseinandersetzungen kraftvoll die Interessen der Arbeiterschaft vertreten werden — ob mit Erfolg, hängt schließlich von dem Kräfteverhältnis innerhalb der Volkswirtschaft ab.

Die ökonomische Lage hat sich, daran ist kein Zweifel, zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben. Die Konzentration des Kapitals, die Proletarisierung breiter mittelständischer Schichten, die Überflutung des Arbeitsmarktes, die allgemeine Teuerung bedeuten ebenso viele Erschwerungen in der Lage der Arbeiterschaft. Wenn sich nach dem Kriege das Streben nach Verbesserung der Lebenshaltung lediglich auf dem ökonomischen Felde abspielen kann, und wenn in der Auseinandersetzung nur ökonomische Kräfte zur Geltung kommen, wenn die Gestaltung des Arbeitslohnes ein bloßes Marktproblem wird, dann wird die Lage der Gewerkschaften ganz außerordentlich schwierig. Sie werden dadurch unmittelbar auf die Politik, als Mittel zur Vertretung und Förderung der Arbeiterinteressen, hingewiesen. Die Frage, welche schon vor dem Kriege im Mittelpunkt der Diskussion stand, ob die gewerkschaftlichen Methoden ausreichen, dauernd wertvolle Erfolge für die Arbeiter zu erzielen, könnte dann wieder auftauchen, die Frage, ob der »Kampf um die Macht« an Stelle der schrittweisen, vergeblichen »Sysiphusarbeit« zu setzen sei. Niemand kann diese Entwicklung im voraus bestimmen. Man kann nur vermerken, daß die radikalen Strömungen auch in der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft zusehends wachsen, und daß die wirtschaftlichen Veränderungen, welche der Krieg gebracht hat, alle eher in der Richtung einer Radikalisierung wirken. Allerdings, die Entwicklung schien während des Krieges mitunter auch in eine andere Richtung zu weisen: Durch die Notwendigkeiten der Kriegführung wurden manche sozialpolitischen Einrichtungen bedingt (Arbeitsnachweis, Ausbau des Unterstützungswesens), die Gewerkschaften wurden praktisch als Organe der Arbeiterschaft anerkannt, das Hilfsdienstgesetz hat die Position der Gewerkschaften gesteigert und in den Schlichtungsausschüssen eine von den Gewerkschaften seit Jahren verlangte Einigungsinstanz geschaffen. Manche von diesen Einrichtungen, zumal Arbeitsnachweisorganisation und Schiedsämter, mögen auch nach dem Kriege beibehalten werden. Sie werden aber nicht ausreichen, um den Druck auf dem Arbeitsmarkte, der sich einstellen dürfte, wesentlich zu mildern. Schon jetzt deutet die Entwicklung der Opposition in den Gewerkschaften (die Generalversammlungen der gewerkschaftlichen Verbände sind hierfür untrügliche Anzeichen) auf eine wachsende Radikalisierung. Sie fließt aus dem Empfinden, daß sich die Lage der Arbeiterschaft nicht durch das Wohlwollen der Regierung oder die Zweckmäßigkeitserwägungen der Militärbehörden entscheidend bessern könnte, schon gegenwärtig nicht, während des Krieges, und noch weniger nach demselben. Auf dem Arbeitsmarkt aber entscheiden die Marktlage und auch die Konkurrenzbedingungen der Industrie. Da diese, auf den Export hingewiesen, eine Herabdrückung der Selbstkosten anstreben oder wenigstens das Ansteigen derselben zu hindern versuchen wird, so wird ein heftiger, andauernder Gegensatz der Interessen von Unternehmer und Arbeitern gegeben sein, der zur Grundlage einer radikalen Gewerkschaftsbewegung werden muß. Davon dürften auch die Beziehungen zur sozialistischen Partei nicht unberührt bleiben. Der Krieg, der zwar in seinem Verlaufe für die Gewerkschaften bisher keine katastrophalen Erschütterungen gebracht hat, dürfte also im ganzen doch die Lage entscheidend verändern und die Gewerkschaften vor außerordentlich schwierige Fragen stellen, durch die sie genötigt werden könnten, ihre prinzipielle Haltung einer Revision zu unterziehen und sich in ihrem Programm und in ihrer Taktik neu zu orientieren. Daß sich allerdings die Gesamtlage durch den Krieg zugunsten der Unternehmer verschoben hat, darüber kann wohl kein Zweifel herrschen, und das etwa vorhandene Wohlwollen der Regierungen bildet demgegenüber das einzige Gegengewicht. So schwer die Kriegszeit ist, die eigentlichen Kriegsprobleme erwarten die Gewerkschaften erst nach dem Kriege.

Der Sozialismus im Kriege

von Privatdozent Dr. Emil Lederer in Heidelberg

Dieser Weltkrieg wird von allen an ihm beteiligten Völkern mit der größten Anteilnahme und Ausdauer geführt. Wenn der militärische Wert der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gewiß nicht überboten werden kann, so stehen ihnen in den französischen, russischen, englischen, italienischen und serbischen Armeen durchaus ebenbürtige Gegner gegenüber, über welche den Sieg zu erringen auch bei der größten militärischen Leistungsfähigkeit nur mit größter Anstrengung möglich wäre. Nicht nur Deutschland — um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen — flammte bei der Kriegserklärung vom Bodensee bis zur Memel wie eine Pulvermine auf, dasselbe gilt für die uns feindlichen Länder, und daher ist die Haltung der Volksmassen in einem Kriege, welcher unter den gegenwärtigen Verhältnissen zum Volkskrieg werden muß, von sehr wesentlicher Bedeutung. Welche Stellung der Sozialismus als große Volkspartei in den einzelnen Ländern zu einem Krieg einnehmen werde, war daher schon vor dem Weltkrieg Gegenstand häufiger Diskussionen und mußte natürlich **innerhalb** des Sozialismus selbst zu lebhaften Auseinandersetzungen führen. Während sich nämlich die übrigen politischen Parteien (in der Ausdrucksweise des Sozialismus die »bürgerlichen Parteien«) insbesondere im Falle eines Krieges unbedingt auf Seite ihrer Regierung stellen und die Sache des Landes zu der ihren machen (in einem gewissen Sinne gilt dann, wenn es einmal zum Kriege kommt, der englische Spruch: Right or wrong my country), stehen die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder innerhalb der »Internationale« in einem besonderen Zusammenhang. Betont doch der Sozialismus in der Ausprägung, wie er sie durch Marx erhalten hat, die internationale Solidarität des Proletariats, gegeben durch die gleichartige Klassenlage der Arbeiterschaft aller Länder; er betrachtet den Gegensatz gegen den Kapitalismus und die bürgerlichen Schichten als einen fundamentalen, innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht lösbaren Klassengegensatz, die ganze Weltgeschichte als eine Auseinandersetzung der Klassen. Der Staat ist in dieser Auffassung nur ein Ausschuß der herrschenden Klassen und kann seiner ganzen Natur nach nicht anders als sich im Interesse der herrschenden Klassen auswirken. Darum ist **notwendigerweise** auch der Krieg nur im Interesse der herrschenden Klassen gelegen, mit welchem in manchen Fällen (z. B. im reinen Verteidigungskrieg oder in den Kriegen einer bürgerlichen Revolution) das Interesse des Proletariats parallel gehen kann. Meist jedoch wird (nach der sozialistischen Auffassung) die Solidarität zwischen dem Proletariat mehrerer Länder, welche miteinander im Krieg liegen, nicht durchbrochen. Im Gegenteil, es liegt im Interesse der Arbeiterschaft, den Krieg durch Einwirkung auf die Regierungen zu verhindern oder, wenn er ausgebrochen, möglichst viel zu seiner Beendigung beizutragen. Die ganze sozialistische Auffassung steht daher dem Krieg und Kriegsgeschehen prinzipiell ablehnend gegenüber und bekämpft den Krieg als eine Einrichtung der kapitalistischen Ordnung. Besonders in der Zeit des Hochkapitalismus, in welcher wir ungefähr seit den 1890er Jahren leben, werden Kriege im Interesse des expansionsbegierigen Finanzkapitals (der Banken, der Rüstungsindustrien sowie derjenigen Industrien, welche ausländische Unternehmungen einrichten wollen) geführt; das Ziel sind Kolonien, Einflußsphären, Absatzmärkte, deren Eroberung im besten Falle steigende Gewinne für die kapitalistischen Schichten, aber nicht eine grundlegende Veränderung in der Lage des Proletariats bringen kann. Denn die Ausweitung der nationalen Volkswirtschaft zum Imperium bedeutet nur dasselbe kapitalistische System auf erweiterter Stufenleiter, ja stärkt vielfach (weil Imperialismus bessere Organisation des Kapitals zur Folge hat, ohne die Situation der Arbeiterschaft auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern) die Macht des Kapitals gegenüber der Arbeiterschaft.

Alle diese Gründe wirken in der Auffassung des Sozialismus zusammen und erklären, daß vor dem Weltkrieg die internationalen Kongresse in ganz eindeutiger Weise die Pflichten der internationalen Arbeiterparteien gegenüber den Rüstungen und dem Kriege umschrieben haben. So hat der internationale Sozialistenkongreß in Paris (1900) — in der präziseren französischen Fassung — empfohlen, die sozialistischen Abgeordneten müßten »gegen jeden Aufwand für Heer oder Flotte und Kolonialexpeditionen« stimmen. Schon deutlicher war der Beschluß des Stuttgarter Kongresses (1907), nach welchem die sozialistischen Arbeiterparteien die Pflicht hätten, »durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern«. Ebenso müßten sie danach trachten, nach Ausbruch eines Krieges für möglichst rasche Beendigung desselben einzutreten. Der letzte internationale Kongreß, welcher sich mit der Frage befaßte (Kopenhagen 1910), wies das Internationale sozialistische Bureau an, »bei drohender Kriegsgefahr die nötigen Schritte einzuleiten, um zwischen den Arbeiterparteien der betroffenen Länder das Einvernehmen über ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen«

Die Beschlüsse der sozialistischen Internationale enthielten also keine Festlegung der Taktik im Falle des Kriegsausbruches. Im Gegenteil, man kann eher sagen, daß in der sozialistischen wissenschaftlichen Literatur der letzten Jahre stets betont wurde, bei Kriegsausbruch sei eine entscheidende Aktion gegen die eigene Regierung unmöglich, weil das System der allgemeinen Wehrpflicht die Hauptmassen der Arbeiterschaft unter die Fahnen rufe und unter der Herrschaft des Kriegszustandes bei den modernen Mitteln der staatlichen Gewalt jeder Versuch der Widersetzlichkeit mit Leichtigkeit niedergeworfen werden könne. Dazu komme, daß zu Kriegsbeginn das Geschäftsleben ohnedies stocke, so daß die massenhafte Arbeitslosigkeit den Streik — das Hauptmittel proletarischer Aktion — zu einer stumpfen Waffe mache. Daher bleibe als einzige Möglichkeit Lahmlegung der Verkehrsmittel, welche ja für die Mobilisierung und den Aufmarsch der Truppen von entscheidender Bedeutung sind. Aber bei diesen — das wurde schon vor dem Kriege in sozialistischen Kreisen eingesehen — ist durch die Art der Organisation (Staatsbetrieb, Beamteneigenschaft des Betriebspersonals) in den meisten europäischen Staaten die Möglichkeit einer Stillegung nicht gegeben, und sie könnte überdies überall durch »Militarisierung«, d. h. Übernahme der Verkehrsanlagen in militärische Verwaltung, verhindert werden.

So ist man denn höchstens in Kreisen, welche die sozialistische Bewegung, ihre Ausdehnung und Möglichkeiten der Machtentfaltung nicht kannten, also in

den bürgerlichen, z. T. auch in militärischen Kreisen der Meinung gewesen, daß die sozialistischen Parteien (und zwar meinte man dies jeweils von der Arbeiterpartei des feindlichen Landes) den Beginn des Krieges mit einer sozialistischen Revolution gegen die eigene Regierung beantworten würden. Doch lehrt schon die Geschichte, daß Volksbewegungen fast stets als Reaktionen gegen ein Versagen der staatlichen Macht im Kriege eintreten (1870 in Frankreich, 1905 in Rußland). Es haben diejenigen, welche auf eine Volksbewegung rechneten, auch außer acht gelassen, daß die sozialistischen Parteien aller Länder (so auch in Deutschland durch den Mund Bebels) stets erklärten, im Falle eines Verteidigungskrieges die Pflicht der Landesverteidigung auf sich zu nehmen. Schon aus der Geschichte aber wissen wir, daß jede Regierung imstande ist, bei Kriegsbeginn, wo die Verbindungen zu den übrigen Ländern abgeschnitten sind, den Gegner als den Angreifer hinzustellen. Auch in diesem Kriege hat sich ja bezeichnenderweise (England ausgenommen) jedes Land in der Verteidigung gefühlt. Und so sehen wir in allen Ländern die sozialistischen Parteien, weit davon entfernt, der eignen Regierung Schwierigkeiten zu machen, in geschlossener Linie mit den übrigen Parteien und den Regierungen an der Verteidigung des Vaterlandes teilnehmen. Bloß in England, das der Natur der Sache nach nicht als angegriffen in Frage kommen konnte (dort spielte wieder die »Rechtsfrage« im Volksbewußtsein eine ausschlaggebende Rolle), und in Rußland, wo die revolutionäre Kraft der Arbeiterbewegung noch keinerlei Abschwächung erfahren hat, sowie in Italien, das seinen Krieg unmöglich als einen »Verteidigungskrieg« konstruieren konnte, sehen wir in erheblichem Umfang eine Kritik und selbst Aktionen gegen die Politik der Regierung.

In Deutschland speziell stellte sich die Situation so dar, daß man sich der russischen Mobilisierung gegenübersah, daß Frankreich offenbar gewillt war, sich bei einem Krieg auf Seite Rußlands zu stellen. Der Anlaß zum Kriege, der Streitfall Österreichs mit Serbien, trat ganz in den Hintergrund; der Konflikt spitzte sich zwischen Rußland und Deutschland als den Hauptbeteiligten zu, und in diesem Konflikt hatte Rußland zweifelsohne die ersten schwerwiegenden Schritte von militärischer Bedeutung getan. Dazu kommt, daß als der Hauptgegner damals Rußland erschien. Der russische Zarismus jedoch ist in sozialistischer Auffassung das Haupthindernis einer demokratischen Entwicklung Europas. Wenn schon der Krieg mit Japan im Jahre 1905 zu einer russischen Revolution und einer Gefährdung der russischen Regierungsmacht führte, um wie viel mehr würde der Krieg mit Deutschland, der stärksten Militärmacht der Welt, wenn er mit einer russischen Niederlage endete, das Ende der herrschenden Schichten in Rußland sein. Dazu kam, daß man annahm, ein solcher Krieg werde die freundschaftlichen Beziehungen, welche immerhin zwischen den russischen und deutschen Regierungen bis in die letzte Zeit hinein bestanden, zerreißen und dadurch auch in Deutschland die Bahn für eine freiheitliche, demokratische Entwicklung öffnen. Gewiß waren das nur Nebengründe, aber aus ihnen stammen die Obertöne der sozialistischen Stimmung zu Kriegsbeginn; diese Gründe verstärkten das entschlossene Auftreten der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften für die Regierung; diese Wendung gegen Rußland erklärt es, daß sich unter der Million Freiwilliger, welche zu den Fahnen eilten, auch Hunderttausende deutscher Arbeiter befanden, und daß die Soldaten und Reservisten mit sozialistischer Gesinnung nicht nur hinauszogen, um den Boden der Heimat zu verteidigen, wozu sie auf jeden Fall entschlossen gewesen wären, sondern sich auch zugleich im Dienste der sozialistischen Idee fühlten.

Es konnte also von vornherein von den sozialistischen Parteien eine Aktion gegen den Krieg nicht erwartet werden. Eine solche wäre nur als internationales Vorgehen denkbar. Dazu aber fehlten die notwendigen Voraussetzungen (Möglichkeit der Verständigung, gleiche Größe der Machtmittel). Bald zeigte sich jedoch, daß die sozialistischen Parteien der Kriegführung gegenüber nicht bloß nicht teilnahmslos blieben, sondern aktiv, auch als Parteien, am Kriege teilnahmen. Überall, wo in den Parlamenten die Regierungen Kriegskredite forderten, stimmten auch die sozialistischen Parteien dafür (teilweise Ausnahmen: Rußland, England, Italien). Sie taten es dann stets aus der Situation heraus. So führt die Begründung, mit welcher die deutsche sozialistische Partei dem ersten Kriegskredit zustimmte, aus (Erklärung vom 4. August), daß der Krieg eine Folge der imperialistischen Politik und des Wettrüstens sei, daß die sozialistische Partei diese Politik stets bekämpft habe und auch jetzt für sie nicht die Verantwortung übernehme. Nun sei jedoch die Tatsache des Krieges gegeben, es handle sich um die Verteidigung des Vaterlandes, um das eigene Volk und dessen freiheitliche Zukunft, die bei einem Siege des russischen Despotismus auf dem Spiele stehe. »Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.« Die Erklärung fordert, »daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht werde durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht«.

Überall gab es in den sozialistischen Parteien Minoritäten, die sich (in den Parteiberatungen) gegen die Bewilligung der Kriegskredite aussprachen. Sie gingen davon aus, daß man im Momente des Kriegsausbruchs die Lage noch nicht genau genug übersehen könne, daß der Krieg Ausfluß des internationalen expansiven Imperialismus sei, den die sozialistischen Parteien stets bekämpft haben; man setze sich durch die Bewilligung der Mittel mit sich selbst in Widerspruch und zerstöre die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Diese Anschauungen aber blieben in der Minderheit.

Auch späterhin standen einander diese beiden Anschauungen ganz unvermittelt gegenüber. Sie führten zu heftigen Kämpfen in den sozialistischen Parteien. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich die Gegensätze eher verschärften, als abstumpften. Je länger der Krieg dauert, je schwerere Opfer er fordert, um so mehr scheint die radikale Auffassung an Boden zu gewinnen, daß sich die sozialistischen Parteien in den Weltkrieg in keiner Weise hätten hineinziehen lassen dürfen. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Ablehnung aller Kriegskredite, ohne das eigene Land wirklich dem Feinde auszuliefern, ähnliche Beschlüsse in den anderen Ländern hervorrufen und dadurch bald eine allgemeine Friedensstimmung in Europa

schaffen müßte, der sich die Regierungen auf die Dauer nicht entziehen könnten (Standpunkt der Zimmerwalder Konferenz). Dazu kommen Hinweise auf die durch den Krieg gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Not und Hilflosigkeit der zurückgebliebenen Frauen und Kinder, die allgemeine Verarmung und die Lasten des Krieges, welche der Arbeiterschaft in erster Linie aufgebürdet würden. Die Majorität der sozialistischen Parteien hingegen (wir sehen diesen Prozeß jetzt sogar in England) hält an dem ursprünglichen Standpunkt fest; sie bewilligt weiterhin die Kredite — die deutsche Sozialdemokratie mit dem Hinweis darauf, daß das Land immer noch verteidigt werden müsse, daß ja die Gegner zu einem Frieden leider nicht geneigt seien, die französischen und belgischen Sozialisten mit dem Hinweis auf die Okkupation ihres Landes, das zuerst befreit werden müsse, bevor überhaupt von Frieden die Rede sein könne.

Diese beiden Auffassungen sind die Auswirkung tiefergehender Gegensätze im Sozialismus. Die Mehrheit vertritt letzten Endes den Standpunkt, daß die Entwicklung zum und im Kapitalismus notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialistischen Idee sei. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist Überwindung des Kapitalismus in höchster Form, und daher muß man diesen und alles, was mit ihm gegeben (also auch Imperialismus, der nur Kampf um Absatzmärkte sei), wollen. Dazu komme, daß das Interesse der Arbeiterklasse unlösbar verknüpft sei mit dem Interesse der Kapitalisten und des Staates, i n n e r h a l b dessen zwar die Arbeiterschaft für ihre Existenz, die Verbesserung ihrer Existenz und ihre Herrschaft kämpfe, der aber erstmals nach außen hin gesichert sein müsse, damit das Proletariat überhaupt die Möglichkeit des Kampfes im Inneren habe. Der entgegengesetzte Standpunkt wiederum verweist darauf, daß eine solche Haltung den sozialistischen Gedanken überhaupt preisgeben würde. Denn man müßte sich dann ja mit allen Erscheinungen des Industriesystems gleichfalls befreunden und die Entwicklung zum Sozialismus nur von einem Wunder erwarten. Sozialismus aber realisiere sich i m K a m p f m i t d e m K a p i t a l i s m u s, und wie die Arbeiterklasse wesentliche Erscheinungsformen des Kapitalismus bekämpfe, wie sie den Staat bekämpfe, weil er ein Ausschuß der herrschenden Klassen sei, so müsse sie sich auch gegen den Krieg wenden und in diesem die Solidarität mit den Arbeiterklassen anderer Länder obenan stellen.

In Deutschland hat zuerst die Reichtagsfraktion die Trennung auch äußerlich vollzogen. Dieser neuen Reichtagsfraktion (»Unabhängige Sozialisten«) hat sich späterhin auch eine besondere politische Partei zugeordnet. In beiden Lagern haben sicherlich die besonnenen Elemente der Trennung solange wie möglich entgegengewirkt. Auch heute sind noch nicht alle Verbindungsfäden abgeschnitten. Zuletzt scheint diese Trennung dadurch unvermeidlich geworden zu sein, daß sich die Minderheit auch im Reichstag außerstande sah, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen, weil die Mehrheit sie bei der Bestimmung von Rednern für die wichtigen Verhandlungen ganz oder größtenteils ausschaltete. Parallele Erscheinungen zeigten sich auch bald in den Gewerkschaften, in welchen die Anhänger der Minderheit bald jede Beteiligung an der Parteipolitik, bald auch eine Annäherung an die Politik der radikalen Gruppe verlangten. Selbst im Deutschen Metallarbeiterverband, dessen Mitglieder als gutbezahlte Munitionsarbeiter am ehesten zur Auffassung der Mehrheit neigen dürften, hat diese Opposition schon eine sehr erhebliche Stärke erreicht, wie die letzte Generalversammlung (Juni 1917) bewies. Die Formen, in welchen sich die Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und Minderheit im deutschen Sozialismus vollziehen, könnten zu einem falschen Urteil Veranlassung geben: je länger der Krieg dauert, und je mehr sich auch die sozialistische Mehrheit von ihren Wählern zu radikalem Vorgehen in Fragen der inneren und äußeren Politik gedrängt sieht, um so mehr verschwinden die sachlichen Differenzen. Das oben angedeutete Kompromiß mit der kapitalistischen Entwicklung, dem Staat und seiner Außenpolitik findet immer weniger Vertreter. Und die Minderheit bleibt nicht etwa deshalb stationär, weil ihre Anschauungen keine Anhänger werben, sondern weil sich allmählich auch die Mehrheit auf denselben Standpunkt zu stellen beginnt.

Eine gewaltige Beschleunigung dieser Entwicklung (sie hat ihre Parallelen in allen kriegführenden Ländern, so insbesondere auch in Österreich und in Frankreich) brachte die russische Revolution. Auf ihre moralische Einwirkung ist es zurückzuführen, daß zunächst in Stockholm Besprechungen zwischen einem skandinavischen Komitee und fast allen Sozialistenparteien über einige wichtige Fragen stattfinden konnten, die eine wenigstens vorläufige Klärung über die wichtigsten strittigen Punkte brachte. Selbst die französische sozialistische Partei konnte sich von diesen Beratungen nicht mehr ausschließen. Wichtiger aber ist, daß späterhin (im Juli 1917) der russische Arbeiter- und Soldatenrat, als Vertretung und Exekutivorgan der russischen sozialistischen Parteien selbst die Initiative zur Einberufung eines internationalen sozialistischen Kongresses für Mitte August 1917 ergriff. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat suchte auf diese Weise die während des Krieges suspendierte, aber, wie sich zeigte, nicht zerstörte Internationale zu beleben, trachtete eine versöhnliche Wirkung auf die verschiedenen Parteirichtungen aller Länder zu üben (so wie sich ja in ihm die verschiedensten sozialistischen Richtungen bisher zu einheitlicher Politik zusammengefunden haben — ein deutliches Symptom für die politische Begabung und Aktionsfähigkeit der russischen Volksmassen) und arbeitete mit großer Energie auf das Zustandekommen einer völlig i n t e r n a t i o n a l e n Konferenz hin. Ihr Ziel ist offenbar eine Einigung sämtlicher sozialistischen Parteien nicht nur auf eine einheitliche Friedensformel, sondern auf ein konkret umschriebenes F r i e d e n s p r o g r a m m, das ihren Regierungen gegenüber durchzusetzen sich die einzelnen Parteien verpflichten sollen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein solches Programm, wie immer es im einzelnen aussehen mag, eine große moralische Bedeutung hätte, daß es eine ungeheure Anziehungskraft auf die zahlreichen, doch allmählich wachsenden Friedensströmungen in der Welt üben müßte. Zudem sind in zahlreichen Ländern die sozialistischen Parteien in den Regierungen vertreten und haben daher die Möglichkeit direkter Einwirkung auf die Kriegszielpolitik. Wie immer der praktische Erfolg der ganzen Bestrebungen auslaufen mag, so ist schon jetzt festzustellen, daß der internationale Sozialismus ein außerordentlich wesentlicher außenpolitischer Faktor geworden ist, und vielleicht dazu berufen ist, an der Gestaltung des Friedenswerks — sei es direkt oder indirekt —

entscheidend mitzuwirken. Daß die inneren Umformungen, welchen Deutschland entgegengeht, letzten Endes wenigstens im Tempo, wahrscheinlich aber auch der Sache nach von dieser ganzen Entwicklung stark beeinflußt sind, braucht nicht besonders betont zu werden.

Von dem größeren oder geringeren, direkten oder versteckten Erfolg der Friedensbemühungen des internationalen Sozialismus wird dann wohl seine Position nach dem Kriege abhängen. Die Umformungen, welche die Volkswirtschaft durch den Krieg erfahren hat (Konzentration des Kapitals, Proletarisierung breiter mittelständischer Schichten, schwere Steuern), welche für die Übergangswirtschaft vielfach den Zustand des Frühkapitalismus wiederbringen werden, deuten auf ein Wachstum der sozialistischen Bewegung nach dem Kriege in allen Ländern hin. Dieses Wachstum dürfte, zumal auch der **internationale Zusammenhang** nicht eine Abschwächung, sondern eher eine Steigerung erfahren dürfte, auch die Gegensätze **innerhalb** des Sozialismus überbrücken, und es ist nicht ausgeschlossen, daß so die Spaltung innerhalb der Parteien überwunden wird. Auf welchem Wege das geschehen könnte, ist schwer zu sagen: möglicherweise könnte eine den russischen Arbeiterräten analoge Organisationsform (welche also an die industriellen Betriebe und nicht an Fachverbände anknüpft) eine solche neue Verschmelzung einleiten. Für die innerpolitische Entwicklung Deutschlands ist jedenfalls die Entscheidung darüber von größter Bedeutung.

Vaterländischer Hilfsdienst

von Professor Dr. Theo Sommerlad in Halle

I. Mit der Dauer des Weltkrieges ist im deutschen Volk die Erkenntnis gewachsen, daß es einen Kampf führen muß für seine Weltstellung, einen Verteidigungskrieg für sein gesamtes staatliches und wirtschaftliches Dasein, für den ungeschmälerten Bestand und die Zukunft der deutschen Kultur. Erweiterung und Vertiefung dieser Erkenntnis bewirkten eine Mobilmachung aller deutschen Volkskräfte in nie erlebtem gewaltigem Umfang. Der Mobilisierung des Feldheeres ist die Mobilisierung des Heimatheeres gefolgt. Freiwillig, aus selbsteigenem Antrieb oder beeinflußt und geweckt von Gemeinden, Verbänden, Genossenschaften und Vereinen haben in Werkstatt und Fabrik, in Kontor und Studierstube, in Haushalt und Küche ungezählte männliche und weibliche Volkskräfte ungeheure soziale und wirtschaftliche Kriegsarbeit geleistet. Ohne Ansehen des Standes und der Person hat **ein** Siegeswille, **ein** Arbeitswille alle Volksschichten und Berufskreise in Deutschland durchdrungen.

Doch die gebietende Stunde der ehernen Zeit erforderte noch eine Steigerung der Anstrengung und der Verwertung der deutschen Kräfte. Der Weltkrieg ist immer mehr ein Wettstreit der Technik, der Maschinen, der Geschütze und Geschosse geworden, und nur das Volk wird endgültiger Sieger sein, das dem Siegeswillen seiner Heeresmacht die ausdauernde Rüstung seiner Wirtschaft und die unerschöpfliche Leistungsfähigkeit seiner Technik zu gesellen vermag. Deutschlands Feinde haben es verstanden, der Industrie ihrer eigenen Länder die Kriegsindustrie anderer sogenannter neutralen Völker und vornehmlich der Vereinigten Staaten von Amerika als Bundesgenossin und Hilfsmacht zu gewinnen und damit ihren Munitionsvorrat ins Ungeheuerliche zu vermehren. Zeugnis hierfür gaben die großen Durchbruchsschlachten vornehmlich an der Westfront. Die Wucht und Energie des feindlichen Anpralls hämmerte unserem Volke noch eindringlicher die Überzeugung ein, daß es zur siegreichen Lösung seiner Weltdaseinsfrage Eisen und Stahl in genügender Menge seinen wehrhaften Söhnen bereitstellen und allein und aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln den Munitionsvorrat schaffen müsse, den unseren Feinden eine befreundete oder vergewaltigte Welt zur Verfügung stellt. Das deutsche Volk hat weiterhin eingesehen, daß die durch seine Feinde völkerrechtswidrig bewirkte Absperrung von seinen Einfuhrländern von ihm gebieterisch die Steigerung der vaterländischen Nahrungserzeugung und der Herstellung aller notwendigen Ersatzstoffe verlangt, will es nicht verhungern und am notwendigsten Lebensunterhalt empfindlichen Mangel leiden. Dieser Volkserkenntnis und diesem Volksempfinden entkeimte das **große Gesetz über die Zivildienstpflicht der nicht wehrpflichtigen deutschen Männer.**

II. An Schnelligkeit der Entstehung und Durchführung steht das Gesetz ohnegleichen da in der deutschen Gesetzgebungsgeschichte. Das am 1. November 1916 beim preußischen Kriegsministerium errichtete **Kriegsamt** beriet die Gestaltung der Hilfspflicht mit dem Reichsamt des Innern, und nach den daselbst mit Arbeitgebern und Arbeitern gepflogenen Vorbesprechungen wurde der Gesetzentwurf am 14. November dem Bundesrat vorgelegt, der am 21. November seine Zustimmung erteilte. Der Entwurf war ein sogenanntes Mantel- oder Rahmengesetz, das in vier Paragraphen ganz allgemein umrissen nur die grundlegenden Bestimmungen über die vaterländische Dienstpflicht, ihren Begriff und die Festlegung der Altersgrenze traf, übrigens aber dem Bundesrat und Kriegsamt die weitere Ausfüllung entsprechend den mannigfaltigen und wechselnden Verhältnissen der Durchführung überlassen wollte. Der Haushaltsausschuß des Reichstages, in dem vom 23.—28. November der Entwurf zur Beratung stand, wünschte aber gerade die knappe Fassung zu beseitigen und bei einem derartig weitgehenden Eingriff in die bestehende Wirtschaftsordnung besondere Sicherheiten für die Wahrung der Arbeiterinteressen sowie die Mitwirkung des Reichstages bei der Ausgestaltung des Gesetzes einzufügen. Auch Anträge der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen liefen ein, und schließlich wurde im Reichsamt des Innern ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die ursprünglich nur als Richtlinien vorgesehenen Bestimmungen und die Gewerkschaftsanträge aufnahm. Die erste Lesung fand im Reichstag am 29. November statt, und am 6. Dezember 1916 wurde das Gesetz »über den vaterländischen Hilfsdienst« im »Reichsgesetzblatt« veröffentlicht, mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft tretend. Das dem Bundesrat in § 19 erteilte Recht zum Erlaß der Ausführungsvorschriften wurde dadurch beschränkt, daß zu allgemeinen Verordnungen

die Zustimmung eines Reichstagsausschusses erforderlich ist. Auch das Kriegsamt als die Spitze des behördlichen Gliederbaues soll mit diesem Ausschuß in ständigem Einvernehmen bleiben. Die ungemeine und grundlegende Bedeutung des Gesetzes für das Wirtschafts- und Kulturleben des deutschen Volkes läßt die ungewöhnliche staatsrechtliche Erscheinung einer parlamentarischen Mitwirkung bei Ausführung und Vollzug durchaus gerechtfertigt erscheinen.

III. Das Gesetz, das 20 Paragraphen umfaßt, legt zunächst den Begriff des vaterländischen Hilfsdienstes fest. Zu ihm ist jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, verpflichtet (§ 1). Unter das Gesetz fallen auch Deutsche, die sich im Ausland aufhalten, und auch in den besetzten Gebieten kann die Leistung von Hilfsdiensten verlangt werden (Sten. Ber., S. 2216). Trotz der Verpflichtung aber gelten die auf Grund der Hilfsdienstpflicht geleisteten Arbeiten als Arbeitsleistungen eines freien Arbeiters (Verordnung vom 24. Februar 1917, RGBl., S. 171, § 1). Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die beschäftigt sind bei Behörden, behördlichen Einrichtungen (Seelsorge, kommunale Einrichtungen für Ernährungszwecke, Schulen, Universitäten), in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben (dazu gehören die Presse, die Rechtsanwälte, Krankenkassenverbände, Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeiter, Banken und Versicherungsgesellschaften (Sten. Ber., S. 2216—2218, § 2). Die Erfüllung der Wehrpflicht geht der Hilfsdienstpflicht vor.

Die Frage, ob die Zahl der bei einer Behörde beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet die zuständige Reichs- oder Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Kriegsamt, die gleiche Frage bei behördlichen Einrichtungen und die, was als solche gilt, dagegen das Kriegsamt nach Benehmen mit den zuständigen Behörden. Die Entscheidung über diese Fragen bei Berufen, Betrieben und Organisationen liegt Feststellungsausschüssen ob, die für den Bezirk jedes stellvertretenden Generalkommandos oder für Teile des Bereichs gebildet sind, zu deren jedem unter Vorsitz eines Offiziers zwei höhere Staatsbeamte und je zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören (§ 4).

Die Heranziehung zum Hilfsdienst erfolgt in der Weise, daß zunächst eine Aufforderung zur freiwilligen Meldung ergeht. Wird dieser nicht in ausreichendem Maße entsprochen, so erhält der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch den (ähnlich dem Feststellungsausschuß zusammengesetzten) Einberufungsausschuß eine schriftliche Aufforderung, die ihm zwei Wochen zum Suchen einer Beschäftigung im Hilfsdienst Zeit läßt. Kann er eine solche nach Ablauf der Frist nicht nachweisen, so wird er ihr durch den Ausschuß zwangsweise überwiesen (§ 7). Dabei werden Lebensalter, Familienverhältnisse, Wohnort, Gesundheit und bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen gebührend berücksichtigt und besonders geprüft, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn ihm und seinen zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht (§ 8). Soziale Unterschiede dagegen haben keinerlei Bedeutung für die Heranziehung zum Hilfsdienst überhaupt.

Ein Hilfsdienstpflichtiger kann seine Arbeitsstelle wechseln, jedoch darf einen in den letzten zwei Wochen schon im Hilfsdienst Beschäftigten ein Hilfsdienstbetrieb nur dann einstellen, wenn er eine Bescheinigung (»Abkehrschein«) seines letzten Arbeitgebers beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung aufgegeben hat. Ein wichtiger Grund für das Ausscheiden muß vorliegen; als solcher gilt besonders eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst. Bei Verweigerung des Abkehrscheins durch den Arbeitgeber steht dem Hilfsdienstpflichtigen die Beschwerde an einen Schlichtungsausschuß zu, der für den Bezirk einer Ersatzkommission aus einem vom Kriegsamt beauftragten Vorsitzenden und aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet wird. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, gleichfalls vom Kriegsamt ernannt, je einer unständig, vom Vorsitzenden aus der Berufsgruppe zu bestellen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört (§ 9).

In allen für den Hilfsdienst tätigen Betrieben, in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen, die von den volljährigen Arbeitern aus ihrer Mitte in geheimer Wahl gewählt werden. Nach denselben Grundsätzen und mit gleichen Befugnissen sind in den Hilfsdienstbetrieben, in denen mehr als 50 nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtige Angestellte sind, besondere Angestelltenausschüsse zu errichten (§ 11). Diesen Arbeiterausschüssen liegt ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern (§ 12).

Die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts darf allen im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten nicht beschränkt werden (§ 14). Die auf Grund des Gesetzes der Landwirtschaft überwiesenen gewerblichen Arbeiter unterliegen nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde (§ 16).

Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Gesetzes bestimmt der Bundesrat; macht er von dieser Befugnis binnen eines Monats nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten keinen Gebrauch, so tritt das Gesetz außer Kraft (§ 20).

Das Gesetz, das nach seinem Schlußparagraphen also ausdrücklich als ein Ausnahmegesetz für eine bestimmte Zeitdauer, die Zeit des Krieges mit den europäischen Großmächten, in Geltung ist, setzt doch für die von ihm Betroffenen kein vom allgemeinen abweichendes Recht. Der Rechtsschutz, das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht ist ebenso wie die Freizügigkeit gewahrt, die Arbeiterfürsorge-Gesetzgebung und die Rechte der vorübergehend der Landwirtschaft überwiesenen gewerblichen Arbeiter bleiben ungeschmälert. Freilich während des Weltkrieges tritt die öffentliche Arbeitspflicht an die Stelle des freien Arbeitsvertrags insofern, als die Arbeitskräfte aus den für die Kriegsaufgaben minder bedeutsamen Arbeitsstätten in die kriegswirtschaftlichen und volksversorgenden Betriebe verpflanzt werden können. Die gesamte Verschiebung der Arbeitskraft erfolgt aber durchaus auf der Grundlage der Freiwilligkeit; der Zwang ist nur das äußerste Mittel bei der Heranziehung der Hilfsdienstpflichtigen und bei der von ihnen eingegangenen Arbeitsverpflichtung. Der groß-

zügige vaterländische Zweck ist die straffe einheitliche Zusammenfassung, die planmäßige und zielbewußte Regelung und damit die größtmögliche vollwertige Nutzbarmachung und Ertragsteigerung aller deutschen Kriegsarbeit und der damit eng verbundenen Volksversorgungsarbeit für die Kriegszeit.

IV. Der eisernen Gegenwart dankt das neue Gesetz seine Entstehung, das als krönendes Glied die Kette gewaltiger Organisationen schließt, die unter der Not und Notwendigkeit des deutschen Daseinskampfes geschaffen worden sind. Aber vom Augenblick geboren, gehört auch dieses in die deutsche Volkswirtschaft tief einschneidende Kriegsgesetz zu dem »Echten«, das der Nachwelt unverloren bleibt. Denn es gliedert sich durchaus organisch dem geschichtlich Gewordenen und damit geschichtlich Begründeten an und ein; es verleugnet als eine Kulturtat unseres Volkes nicht den Zusammenhang mit seiner kulturpolitischen Entwicklung und seiner bisherigen Kulturbetätigung.

Der Versuch einer wirtschaftstheoretischen Eingliederung des Gesetzes in die Gedankenarbeit der Vergangenheit haftet zunächst an dem lapidaren Satz der »Begründung« des Gesetzentwurfes: »Wer irgend arbeiten kann, hat in dieser großen und schweren Zeit kein Recht mehr, müßig zu sein. Durch das Gesetz soll eine gesetzliche Verpflichtung zum vaterländischen Hilfsdienst geschaffen werden.« Die Worte erscheinen wie eine Verwirklichung einer sozialethischen Grundnorm, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu wiederholten Malen gefordert, in ihrer heutigen Bedeutung zuerst von dem phantastisch-humanen Franzosen Charles Fourier verkündigt worden ist, des Rechtes auf Arbeit. Vergeblich hatte die Pariser Februarrevolution von 1848 unternommen, dieser Theorie zu praktischer Durchführung zu verhelfen, als sie in den »Nationalwerkstätten« die unbeschäftigten hauptstädtischen Arbeiter mittels einer halbmilitärischen Organisation vereinigte und zu Erdarbeiten auf dem Marsfeld und zu Baumpflanzungen auf den äußeren Boulevards heranzog, während gleichzeitig in allen Arrondissements »Frauenwerkstätten« von 30000—40000 Frauen die Anfertigung von Soldatenhemden übernahmen. Später hat bei uns in Deutschland die Frankfurter Nationalversammlung das Recht auf Arbeit erneut beraten und abgelehnt, und in der Reichstagssitzung vom 9. Mai 1884 kam Fürst Bismarck wiederum auf die alte Theorie zurück. Er knüpfte damals an die beiden ersten Paragraphen aus dem zweiten Teil (Tit. 19) des »Preußischen Landrechts« vom Jahre 1794 an, wonach es dem Staat zukommt, für die Ernährung seiner hierzu selbst unfähigen Bürger zu sorgen und denjenigen, denen es an Mitteln und Gelegenheit zum Verdienst fehlt, die ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechenden Arbeiten zuzuweisen. Der Altreichskanzler rief aus: »Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist!« In den sozialethischen Zusammenhang dieser Gedanken und Forderungen gestellt, bedeutet das Zivildienstgesetz in der Tat eine praktische Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, indem es das Recht auf Müßiggang durch die Staatspflicht der vaterländischen Arbeit aufhebt. Dem behaglichen unproduktiven Rentnerdasein wie dem sorglosen »In-den-Tag-hinein-Leben« kräftiger Jünglinge und deutscher Männer vom 17. bis zum 60. Lebensjahre wird ebenso ein Ziel gesetzt wie der Verdienstlosigkeit all der vielen Arbeitswilligen, die unter der bisher geltenden, auf dem Grundsatz der Unternehmungsfreiheit und des freien Arbeitsvertrags aufgebauten Wirtschaftsordnung keine Beschäftigung finden konnten. Allen denen, die eine »angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen« erstreben, die unbefriedigt und erfolglos in ihrem seitherigen Beruf verkümmern, bietet sich die erfreuliche Möglichkeit, eine ihren Kräften und Fähigkeiten, ihrem Bildungsgrad und ihrem Lebensalter tunlichst entsprechende Kriegs- und Volksversorgungsarbeit zu übernehmen. Den Arbeitslosen aller Stände und Stellungen ist wenigstens während der gegenwärtigen außerordentlichen Zeit ein wirtschaftliches Daseinsrecht gesichert vermittels der opferwilligen Hingabe der freien Persönlichkeit in den Arbeitsdienst des Staates.

Der Idee des Rechtes auf Arbeit hat man früher in Deutschland kein sonderliches Wohlwollen entgegengebracht. Ihre neue zeitgemäße Form ist dagegen von allen Schichten und Kreisen unseres Volkes mit ungeteilter, teilweise sogar freudiger Zustimmung begrüßt worden. Ein Verständnis dieser Billigung läßt sich nur von der umfassenderen Erkenntnis der Grundstimmung unseres staatsbürgerlichen Daseins aus gewinnen. Die Zivildienstpflicht tritt inhaltlich gleichartig in den Kreis der drei anderen großen Staatspflichten des Deutschen, der allgemeinen Steuerpflicht, der allgemeinen Schulpflicht und der allgemeinen Wehrpflicht. Die neue Staatspflicht, die in Kriegszeit verkündigt wurde und Kriegszwecken dienen soll, ist besonders eng verschwistert der allgemeinen Wehrpflicht, die in ähnlicher schwerer Schicksalslage des preußischen Volkes ein Jahrhundert früher durchgeführt worden ist. Ein alter Hohenzollerngedanke war es, von Friedrich I. erwogen und von Friedrich Wilhelm I. im Kantonsystem von 1733 grundsätzlich bereits ausgesprochen, dem vor dem Freiheitskriege Scharnhorst und Boyen in Gemeinschaft mit Friedrich Wilhelm III. näher traten, und der dann am 3. September 1814 zum Gesetz gestaltet wurde, das die Wehrpflicht für alle Staatsbürger vom vollendeten 20. Lebensjahr an festlegte. Gleich dem Scharnhorstschen Entwurf wiederholte der Gesetzesanfang den schlicht erhabenen Ausspruch des alten Soldatenkönigs: »Jeder Eingeborene ist zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet.« Aus dieser Staatspflicht erwuchs das preußische Heer, das die Befreiungskriege schlug, und später das deutsche Heer, das den Einigungskrieg gewann, erwuchs das gesamte deutsche Volk in Waffen zu den politisch-sittlichen Grundanschauungen der Gegenwart. Bezeichnend genug, daß noch im Jahre 1814 viele in die Humanitätsgedanken des Zeitalters versponnene Männer (Niebuhr, Altenstein, Vincke) die allgemeine Wehrpflicht »das Grab der Wissenschaften, der Gewerbe, der bürgerlichen Freiheit und der menschlichen Glückseligkeit« genannt haben. Als aber das neue Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 25. Juni 1913 den Auslandsdeutschen vornehmlich bei Nichterfüllung ihrer Wehrpflicht den Verlust ihrer Reichsangehörigkeit androhte, war das preußische Grundgesetz vor aller Welt als deutsches Grundgesetz proklamiert: Ohne Wehrgemeinschaft keine Volksgemeinschaft. Dem Gesetzentwurf über den vaterländischen Hilfsdienst gegenüber sind wohl in Einzelheiten Stimmen der Anhänger der wirtschaftlichen Arbeitsvertragsfreiheit laut geworden, nicht aber gegenüber seinem Grundgedanken mehr die alten

Stimmen von 1814. Einwandfrei und ohne Widerspruch erklangen die Worte der »Begründung«: »Wie im Heeresdienste darf keine Rücksicht auf soziale Unterschiede gelten. Für den vaterländischen Dienst, welcher Art er auch sei, kann es nur Staatsbürger, nicht Schichten und Klassen geben.« Die staatsbürgerliche Erziehung eines Jahrhunderts hat neben der Not der eisernen Zeit ein Geschlecht geschaffen, dem der Gedanke Scharnhorsts zum Allgemeingut geworden ist: Volksgemeinschaft ist Wehrgemeinschaft.

Die hiermit gewonnene Einsicht spannt das Hilfsdienstgesetz in den weitesten Rahmen kulturgeschichtlichen Verständnisses ein; die staatsbürgerliche Volkserkenntnis der Gegenwart ist nur ein Ergebnis des Staatsgedankens, der unter der Führung der Hohenzollern in Deutschland das Feld behalten hat. In harten und erbitterten Kämpfen eines Jahrtausends deutscher Geschichte hat sich dieses Staatsideal durchgesetzt, immer wieder bis auf diesen Tag hat es mit der aus der antiken Kulturwelt überkommenen Weltstaatsidee und mit dem von der Aufklärungsepoche besonders verherrlichten atomistischen Ideal einer schrankenlosen persönlichen Freiheit um Dasein und Geltung gerungen, und erst durch das Zeitalter Bismarcks hat Schellings Geschichtsphilosophie Gestalt gewonnen, daß in der Staatsordnung die Versöhnung von Freiheit und Notwendigkeit beschlossen liegt. Dem endlich verwirklichten deutschen Staatsideal, daß nur die Synthese von Freiheit und Macht einen gerechten Staat schaffen kann, gilt heute der Weltansturm der Entente, deren Staatsmänner und Presse im Bann der Freiheits- und Gleichheitsphrasen der Aufklärungsepoche und des Naturrechts den Staat nur als Mittel zum Zweck individueller Glückseligkeit ansehen und die Erweiterung der Volksrechte als seine einzige Aufgabe preisen, damit aber eine Ausbeutung der einzelnen und des Staates selbst durch Partei und Geldsack nicht verhindern können. Das Volk Kants und Bismarcks, das zugleich das Volk Fichtes und Goethes ist, sieht dagegen im Staat das weltliche Einheitsband für alle Vielheit in Religion, Beruf und Verkehr und findet die freie persönliche Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung dann am besten gewahrt, wenn die Idee des Ganzen die Teile durchdringt, wenn der einzelne unter dem Staatsgebot der Pflicht freiwollend Arbeit und Leben der Gesamtheit entsagungsfreudig dahingibt. Der Staat in Fichtes Sinn als Erzieher des Volkes zur Pflicht und zur Freiheit, das ist deutsches Staatsideal, und sein Ruf ergeht an unser Volk wie an die Völker der Welt in der Umprägung eines alten Heilandwortes: Die Macht wird euch frei machen!

Rücken wir das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst in das Licht solcher Betrachtungsweise, dann erkennen wir in ihm die vom großen Augenblick geborene zeitgemäße Krönung des deutschen Staatsgedankens. Und es klingt wie ein Verheißungsgruß der deutschen Geschichte, daß ein aus dem deutschen Staatsgedanken Fleisch gewordenes Gesetz unserem Volk den Heeressieg im Weltkrieg verbürgen soll, der zugleich ein Sieg sein wird in seinem ungeheuren Verteidigungskampf für das deutsche Staatsideal.

Literatur. Zahlreiche Gesetzkommentare, z. B. der von Schiffer und Junck (Berl. 1917, hrsg. auf Veranlassung des Kriegsamtes), Siegfried Wille (2. Aufl., Münch. 1916), F. Hoffmann (Berl. 1917), Georg Baum (Stuttg. 1917), von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Berl. 1917); ferner Wilh. Müller, Der Weltkrieg und die Einführung der allgem. Arbeitspflicht (Zürich 1917).

Kriegsgesetzgebung Österreichs

von Oberlandesgerichtsrat Dr. Warneyer in Dresden

Wie auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete so stand auch auf gesetzgeberischem der österreichische Staat dem Deutschen Reich an Bereitschaft und Umsicht nicht nach. Vielfach den gleichen Bedürfnissen hüben wie drüben entsprungen, mehrfach auch anders gearteten Verhältnissen entsprechend, zeigt die österreichische Kriegsgesetzgebung ein der deutschen ähnliches, aber nicht wesensgleiches Bild. Dieses in kurzen Umrissen zu entwerfen, ist die Aufgabe der folgenden Zeilen.

I. Den Ausgangspunkt der Kriegsverordnungen bildet der § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, der die Regierung ermächtigt, Anordnungen, zu welchen an sich die Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist, im Falle dringender Notwendigkeit ohne solche Zustimmung zu treffen, wenn der Reichsrat nicht versammelt ist. Da dies während des gegenwärtigen Krieges bis Ende des Jahres 1916 nicht der Fall war, so sind sämtliche bis dahin erlassene österreichische Kriegsgesetze in der Form von kaiserlichen Verordnungen ergangen. Jener Bestimmung im § 14 des Staatsgrundgesetzes kommt also im österreichischen Kriegsrecht dieselbe Bedeutung zu wie im deutschen dem § 3 des sog. Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Eine weitere Möglichkeit zu Kriegsmaßnahmen gab der Regierung das Gesetz vom 5. Mai 1869, wodurch auf Grund von Art. 20 des Staatsgrundgesetzes die Befugnisse der verantwortlichen Regierungsgewalt zur Verfügung zeitweiliger und örtlicher Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen bestimmt werden. Hierauf beruhen die Verordnungen des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, welche gewisse allgemeine Rechte der Staatsbürger — Freiheit der Person, Hausrecht, Briefgeheimnis, Versammlungs-, Vereins- und Preßfreiheit — zeitweilig in der ganzen österreichischen Monarchie suspendieren und Beschränkungen im Paßwesen und in bezug auf den Besitz von Waffen und Munition und den Verkehr damit für Dalmatien, Galizien, die Bukowina sowie für Teile von Schlesien und Mähren anordnen.

Vom gleichen Tage ist die erste, gemäß § 14 des Staatsgrundgesetzes ergangene kaiserliche Verordnung, durch die Befugnisse der politischen Verwaltung an den Höchstkommandierenden der Streitkräfte in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien übertragen worden, eine Maßnahme, die unterm 31. Juli 1914 in gleicher Weise auf den Armee-Oberkommandanten für Galizien, die Bukowina und Teile von Schlesien und Mähren ausgedehnt wurde.

II. Das zivilgerichtliche Verfahren wird durch eine große Zahl von Kriegsgesetzen betroffen, von denen nur einige der wichtigsten hervorgehoben werden sollen. Zunächst ist die kaiserl. Verordnung vom 29. Juli

1914 über Ausnahmebestimmungen auf dem Gebiete des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten für Militärpersonen und ihnen Gleichgestellte zu nennen, dem »für die Gerichte vielleicht wichtigsten Kriegsgesetze«[1]. Sie umgrenzt zunächst den Begriff der Militärpersonen und stellt ihnen gleich die vom Feinde als Gefangene oder Geißeln festgenommenen sowie diejenigen Personen, die sich an einem Ort aufhalten, der durch den Krieg vom Verkehr mit dem Gericht abgeschnitten ist. Sie dehnt die nach § 162 der österreichischen Zivilprozeßordnung zur Kriegszeit in gewissen Fällen zulässige Unterbrechung zugunsten der Nebenintervenienten aus und läßt den Ausspruch der Unterbrechung durch das Gericht selbst nach Beendigung des Verfahrens zu, wenn dem Gericht hinterher zur Kenntnis kommt, daß eine Militärperson als Hauptpartei oder Nebenintervenient am Verfahren beteiligt war. Gegen Militärpersonen werden wegen Geldforderungen nur Exekutionshandlungen zur Sicherung und einstweilige Verfügungen, und zwar nur mit der Beschränkung für zulässig erklärt, daß hierdurch der Militärperson weder der Besitz beweglicher Sachen noch der Genuß von Lohn- oder Gehaltsbezügen entzogen wird. Eine begonnene Exekution kann aufgeschoben werden. Endlich wird bestimmt, daß im Konkursverfahren und in Angelegenheiten des Verfahrens außer Streitsachen für die an diesem Verfahren beteiligten Militärpersonen wie für Abwesende zu sorgen ist. Durch die Verordnung des Gesamtministeriums vom 27. November 1914 ist der Schutz der kaiserl. Verordnung vom 29. Juli 1914 auf die Militärpersonen des Deutschen Reiches erstreckt worden, wie umgekehrt durch die Verordnung des Bundesrats vom 22. Oktober 1914 das Reichsgesetz, betr. den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 auf Kriegsbeteiligte Österreich-Ungarns ausgedehnt worden war. Endlich sind durch die Verordnung des Gesamtministeriums vom 15. September 1914 zugunsten von Militärpersonen Ausnahmebestimmungen auch für das Verfahren und die Fristen in Angelegenheiten des öffentlichen Rechtes erlassen worden.

Mit den prozessualen Fristen und Terminen befaßt sich die kaiserl. Verordnung vom 29. August 1914. Danach kann durch Verordnung der Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf den Lauf von Fristen und auf die Einhaltung von Terminen, die durch bestehende Vorschriften oder auf Grund solcher durch die Behörde gesetzt sind, sowie auf das Verfahren geregelt werden. Insbesondere kann bestimmt werden, inwiefern und in welcher Weise Rechtsnachteile, die durch die Versäumung von Fristen oder Terminen oder sonst infolge der kriegerischen Ereignisse eintreten können, hintangehalten und bereits entstandene Rechtsnachteile wieder beseitigt werden.

Das in diesen Zusammenhang gehörige, jetzt in der Hauptsache abgebaute Moratorium vom 31. Juli, 13. August, 27. September und 13. Oktober 1914 ist an anderer Stelle[2] besprochen, weshalb hier von einer Darstellung abgesehen werden kann.

Durch die kaiserliche Verordnung vom 17. September 1914 wurde nach dem deutschen Vorbild die Geschäftsaufsicht eingeführt. Sie kann von dem Schuldner zur Abwendung des Konkurses beantragt werden, wenn seine Zahlungsunfähigkeit durch die kriegerischen Ereignisse entstanden oder bei diesem Anlasse hervorgetreten ist. Auch der Gläubiger ist antragsberechtigt, wenn er den Bestand seiner wenngleich noch nicht fälligen Forderung und weiter bescheinigt, daß infolge der Gebarung des Schuldners dessen Gläubiger während der gesetzlichen Gestundung von Forderungen gefährdet sind. Wird dem Antrag stattgegeben, so hat das Gericht eine oder mehrere Personen zur Beaufsichtigung der Geschäftsführung des Schuldners zu bestellen und die Anordnung der Geschäftsaufsicht öffentlich bekanntzumachen. Durch die Verhängung der Geschäftsaufsicht wird der Schuldner in der Vornahme von Geschäften beschränkt, aber auch gegen Zwangsvollstreckungen und gegen Eröffnung des Konkurses geschützt. Die Aufsichtsperson hat die Geschäftsführung des Schuldners zu unterstützen und zu überwachen sowie die vorhandenen Mittel zur Fortführung des Geschäfts, zur Bestreitung des Lebensunterhalts des Schuldners und seiner Familie sowie zur Befriedigung der Gläubiger unter sinngemäßer Anwendung der Grundsätze der Konkursordnung zu verwenden.

III. Auf strafrechtlichem Gebiet sind aus der Zeit unmittelbar nach Kriegsausbruch zu nennen: die kaiserl. Verordnung vom 25. Juli 1914 über die Bestrafung der Störung des öffentlichen Dienstes oder eines öffentlichen Betriebes und der Verletzung einer Lieferungspflicht und von demselben Tage die Verordnung über die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit sowie die Verordnung vom 7. August 1914 über den Aufschub und die Unterbrechung des Vollzuges von Freiheitsstrafen, wonach der Vollzug von allen sechs Monate nicht übersteigenden Freiheitsstrafen an Personen aufgeschoben wird, die zur militärischen Dienstleistung verpflichtet sind. Ferner ist hier hinzuweisen auf die kaiserlichen Amnestieerlasse vom 26. Juli, 7. August und 25. August 1914. Endlich ist zu erwähnen die Verordnung des Justizministeriums, durch die auf Grund der oben unter II. mitgeteilten Verordnung vom 29. August 1914 über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren die Wiedereinsetzung im Strafverfahren wegen des Ausbruchs des Krieges in gewissen Fällen für zulässig erklärt wird.

IV. Das Verkehrswesen betreffen die Verordnungen des Gesamtministeriums vom 25. u. 31. Juli 1914, womit beschränkende polizeiliche Anordnungen über das Paßwesen erlassen wurden; die Verordnung der Ministerien des Handels und des Innern vom 25. Juli 1914 über die Behandlung der Postsendungen, wodurch die Sicherheitsbehörden ermächtigt werden, Postsendungen jeder Art ohne Angabe der Gründe mit Beschlag belegen oder eröffnen zu lassen, sowie die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914 über die Einschränkung und Überwachung des Telegraphen- und Telephonverkehrs.

In das Zeitungswesen greifen die Verordnungen der Ministerien des Innern und der Justiz vom 25. Juli, 4. August und 7. September 1914 ein, durch welche die in Serbien, Rußland, Belgien, Frankreich und Großbritannien erscheinenden periodischen

[1] Elsinger, in der »Zeitschrift für Notariat und freiwillige Gerichtsbarkeit in Österreich«, 1916, S. 13.

[2] Vgl. Stolper, Österreich-Ungarns Volkswirtschaft im Kriege, Bd. I, S. 518.



Zeitschriften verboten und die Revision der von dort einlangenden nicht periodischen angeordnet wird; die Verordnung derselben Ministerien vom 25. Juli 1914, womit die Veröffentlichung militärischer Nachrichten in Druckschriften ausdrücklich verboten wird; endlich die kaiserliche Verordnung vom 3. August 1914, welche die Veröffentlichung von Nachrichten über die bewaffnete Macht des Deutschen Reiches in Druckschriften verbietet.

Die Mehrarbeit, die sich infolge der kriegerischen Verwicklungen in vielen Gewerbe- und Industriezweigen nötig machte, führte zu den kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli und 9. August 1914, durch welche die Beschränkungen der Sonn- und Feiertagsarbeit im Gewerbebetrieb und im Bergbau aufgehoben oder gemildert werden können. Zur Sicherstellung der Ernte- und Feldbestellungsarbeiten wurde die Regierung schon durch die kaiserliche Verordnung vom 5. August 1914 ermächtigt, Anordnungen zu erlassen, vermöge deren Privatpersonen zu landwirtschaftlichen Arbeiten und sonstigen Hilfsleistungen verhalten, hierfür geeignete Organe geschaffen und den Gemeinden zu obigem Zwecke Verpflichtungen auferlegt werden können, also schon zu Beginn des Krieges ein Gesetz, welches als Vorläufer zu dem in Deutschland erst Ende 1916 geschaffenen Zivildienstgesetz angesehen werden kann. In ähnlicher Weise wie im Deutschen Reich und annähernd zu derselben Zeit, nämlich am 28. November 1914, erging in Österreich mit der Verordnung vom 28. November 1914 ein Höchstpreisgesetz, welches die Landesbehörden anweist, für den Großhandel mit Weizen, Roggen, Gerste und Mais Höchstpreise festzusetzen. Weitere Maßnahmen zum Schutze der Versorgung der Bevölkerung enthalten die kaiserlichen Verordnungen vom 1. August 1914 und 7. August 1915, durch die für die Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse Bestimmungen über die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen getroffen werden; insbesondere werden die Landesbehörden zur Aufnahme der Vorräte und zu deren Einforderung und Beschlagnahme ermächtigt; im Handel mit Lebensmitteln wird die Ersichtlichmachung und Festsetzung der Preise angeordnet und der Marktverkehr sichergestellt; die Verletzung einer Lieferungspflicht, die einer öffentlichen Behörde gegenüber begründet ist, wird unter Strafe gestellt; ebenso die Verheimlichung von Vorräten an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen sowie endlich das Fordern übermäßiger Preise für solche. Dem Zwecke, Preistreibereien hintanzuhalten, dient auch die kaiserliche Verordnung vom 12. Oktober 1914, die das alte Wuchergesetz vom 28. Mai 1881 durch ein neues ersetzt. Der Kreis der unter den Begriff des Wuchers fallenden Geschäfte wird bedeutend erweitert; insbesondere wird nicht nur der Kredit-, sondern auch der Sachwucher für strafbar erklärt, wenn er gewerbsmäßig betrieben wird; an Stelle des Wortes »Notlage« tritt der weitere Begriff der »Zwangslage«; der Schutz des Wuchereinwands steht nicht mehr, wie bisher, nur dem Nichtkaufmann, sondern auch dem Kaufmann zu; auch er soll gegen Ausbeutung geschützt sein. Jeder wucherische Vertrag wird für nichtig erklärt, gleichviel ob es sich um strafbaren oder nur zivilrechtlichen Wucher handelt.

V. Das neue Wuchergesetz ist nicht bloß für die Kriegszeit berechnet, sondern soll dauerndes Recht schaffen; es war schon vor Ausbruch des Krieges vorbereitet und hätte ohne diesen aller Wahrscheinlichkeit nach auf normalem gesetzgeberischen Wege Gesetzeskraft erlangt. Da sein Erlaß aber gerade infolge der mit dem Krieg zusammenhängenden Preistreibereien wünschenswert erschien, ist es im Wege der Notverordnung auf Grund von § 14 des Staatsgrundgesetzes erlassen worden. Dasselbe Schicksal hatten noch zwei andere bedeutsame Entwürfe, die, vor dem Kriege bereits fertiggestellt, aber von den gesetzgebenden Gewalten noch nicht verabschiedet, unter dem Zwange der Kriegszeit im Verordnungswege ganz oder zum Teil veröffentlicht wurden. Das letztere gilt von dem im Herrenhaus bereits beschlossenen Entwurf einer Novelle zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, von dem durch die kaiserlichen Verordnungen vom 12. Oktober 1914, 22. Juli 1915 und 19. März 1916 drei Abschnitte als Teilnovellen zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch erlassen wurden. Die erste enthält einschneidende Änderungen auf dem Gebiete des Personen-, Familien- und Erbrechts, die infolge des Krieges besonders dringend und wünschenswert erschienen. Einmal werden die Fristen für die Todeserklärung abgekürzt (vgl. »Kriegsverschollenheit«, Bd. III, lexikalischer Teil), sodann die Fürsorgebestimmungen für Minderjährige erweitert, die Rechtsstellung der unehelichen Kinder verbessert; Frauen werden als Vormünder zugelassen, und das Institut des Vormundschaftsrates wird, ähnlich dem des Gemeindewaisenrats im deutschen BGB., eingeführt; endlich wird das gesetzliche Erbrecht des überlebenden Ehegatten erweitert, das der Verwandten eingeschränkt. Die zweite Teilnovelle ändert die Bestimmungen des allgemeinen BGB. über die Erneuerung und Berichtigung der Grenzen ab. Die dritte endlich, die umfänglichste und bedeutungsvollste, bezieht sich auf alle Teile des allgemeinen BGB. und enthält in nicht weniger als 202 Paragraphen Änderungen, die nicht unmittelbar durch den Krieg veranlaßt wurden, deren Vornahme die Regierung jedoch bei der langen Dauer des Krieges nicht mehr aufschieben zu dürfen glaubte. Das Personenrecht wird nur von drei Neuerungen betroffen: Der Name wird in ähnlicher Weise wie in § 12 des BGB. für das Deutsche Reich geschützt und die Verpflichtungsfähigkeit Minderjähriger sowie die Anfechtung der Ehelichkeit werden neu geregelt. Erheblich zahlreicher sind die Änderungen des Sachen-, des Erb- und des Obligationenrechts. Hier handelt es sich um Bestimmungen von teilweise sehr einschneidender Natur, wie die Begründung der Eigentümerhypothek, die ergänzenden Vorschriften über Veräußerungs- und Belastungsverbote, die Abänderung der Form eines außerordentlichen letzten Willens und die völlige Neuregelung des Dienst-, Werk- und Verlagsvertrags.

Der zweite Entwurf, der bereits seit längerer Zeit fertiggestellt war und infolge des Krieges auf Grund der Ausnahmebestimmung in § 14 des Staatsgrundgesetzes publiziert wurde, betrifft das Konkursrecht. Wenn die Regierung sich entschloß, ein so großes und bedeutsames Gesetzeswerk, als welches sich die neue Konkurs-, Ausgleichs- und Anfechtungsordnung darstellt, im Wege der Notverordnung zu erlassen, so mußte sie besondere Gründe zur Beschleunigung gerade dieser Reform haben. Solche lagen in der Tat auch vor. Arnold Lehmann gibt in seinem großen Kommentar zur neuen Konkursordnung[1],

[1] Wien 1916.

nachdem er die Unzulänglichkeit der Konkursordnung vom 25. Dezember 1868 erörtert hat, auf S. XXIX die Begründung der amtlichen Denkschrift wie folgt wieder: »Unaufschiebbar ist diese« — seit langem geplante und vorbereitete — »Reform durch den Eintritt des Kriegszustandes im Sommer 1914 geworden. Die zeitweilige Unterbindung des Außenhandels, der Stillstand vieler gewerblicher Betriebe, die völlige Verschiebung in den Absatz- und Verbrauchsverhältnissen, die geminderte Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten, alles das zusammen bewirkt eine tiefgreifende Störung in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und läßt zahlreiche Fälle von Zahlungseinstellungen befürchten. Zwar ist durch die kaiserlichen Verordnungen über die Stundung privatrechtlicher Geldforderungen sowie über die Einführung der Geschäftsaufsicht diese Gefahr wesentlich beschränkt worden, allein der mit der allmählichen Wiederkehr geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse eintretende stufenweise Abbau des Moratoriums läßt doch die Besorgnis nicht unbegründet erscheinen, daß die Aufnahme der vollen Zahlungsverpflichtung den Zustand der Zahlungsunfähigkeit einer größeren Anzahl von Wirtschaftssubjekten zutage fördern wird. Unter diesen Umständen glaubt die Regierung den Fortbestand des geltenden, in der Öffentlichkeit allgemein als ungenügend und reformbedürftig bezeichneten Konkursrechtes nicht verantworten zu können, um so mehr, als das Justizministerium bei Ausbruch des Krieges unmittelbar vor Abschluß einer seit langem sorgfältig vorbereiteten Arbeit stand, die den gesetzgebenden Gewalten zur Genehmigung unterbreitet werden sollte.« So erfolgte auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 mit gemeinsamer Einführungsverordnung vom 10. Dezember 1914 die Publikation der neuen Konkursordnung, der Ausgleichsordnung und der Anfechtungsordnung. Das Inkrafttreten dieser Gesetze wurde auf den 1. Januar 1915 festgesetzt.

VI. Da die Feinde der Mittelmächte alsbald nach Ausbruch des Weltkrieges den Kampf auch auf das Gebiet der rein wirtschaftlichen und privatrechtlichen Verhältnisse hinüberspielten und sich hierbei in rücksichtsloser Weise über die bis dahin allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts hinwegsetzten, sah sich Österreich, ebenso wie Deutschland, gezwungen, auf dem Wege der Retorsion zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen zu schreiten. Durch die kaiserliche Verordnung vom 16. Oktober 1914, betr. Vergeltungsmaßregeln auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete anläßlich der kriegerischen Ereignisse, wurde die Regierung ermächtigt, kraft des Vergeltungsrechtes Verfügungen rechtlicher oder wirtschaftlicher Art über die Behandlung von Ausländern und ausländischen Unternehmungen zu erlassen und Maßregeln zu treffen, die geeignet sind, die unmittelbare oder mittelbare Vollziehung von Leistungen in das feindliche Ausland zu verhindern. Gleichzeitig wurden die Zuwiderhandlungen gegen die hiernach zu erlassenden Vorschriften mit der Strafe des strengen Arrestes bis zu einem Jahr bzw. mit Geldstrafe bis zu 50000 Kronen bedroht. Auf Grund dieses Rahmen- oder Mantelgesetzes sind bereits am 22. Oktober 1914 drei Verordnungen des Gesamtministeriums ergangen, welche die eigentlichen Vergeltungsmaßregeln enthalten. Die erste erklärt es für zulässig, die Befriedigung von Ansprüchen, die Angehörigen feindlicher Staaten aus Guthaben und Forderungen gegen im Inland tätige Unternehmungen, Einzelpersonen und Körperschaften zustehen, zu verbieten und die Hinterlegung der geschuldeten Sachen bis auf weiteres anzuordnen. Die zweite Verordnung enthält ein Zahlungsverbot gegen Großbritannien und Frankreich und verbietet, an Angehörige dieser feindlichen Staaten und ihrer Kolonien sowie an Personen, die dort ihren Wohnsitz haben, mittelbar oder unmittelbar in bar, in Wechseln oder Schecks, durch Überweisung oder in sonstiger Weise Zahlungen zu leisten sowie Geld oder Wertpapiere mittelbar oder unmittelbar nach diesen Gebieten zu überweisen. Das Verbot gilt auch gegen jeden Erwerber des Anspruchs, der ihn nach dem 13. August 1914 oder, wenn er im Inland seinen Wohnsitz hat, nach Inkrafttreten der Verordnung erworben hat. Zahlungs- und Verfallzeit von Wechseln und Schecks, die unter das Verbot fallen, werden bis auf weiteres hinausgeschoben. Verzugszinsen sind für die Dauer des Verbots ausgeschlossen. Dem Schuldner wird nachgelassen, sich durch Hinterlegung des geschuldeten Betrags bei der Österreichisch-Ungarischen Bank oder bei der Postsparkasse zu befreien. Das Verbot findet keine Anwendung auf Zahlungen im Inland an Angehörige der obengenannten feindlichen Staaten, die im Inland ihren Wohnsitz haben, oder an Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmungen, die sich im Inland befinden. Durch die Verordnung des Finanzministers vom 28. Oktober 1914 sind weiter für zulässig erklärt Zahlungen, die zur Erlangung oder Aufrechterhaltung von Patenten, Muster- oder Markenrechten in den erwähnten feindlichen Ländern notwendig sind. Das Zahlungsverbot ist mit der Verordnung vom 14. Dezember 1914 auf russische Untertanen ausgedehnt worden. Die dritte Vergeltungsmaßregel vom 22. Oktober 1914 betrifft die Überwachung ausländischer Unternehmungen. Danach können für solche in Österreich tätige Unternehmungen oder Zweigniederlassungen von Unternehmungen, die vom feindlichen Ausland aus geleitet oder beaufsichtigt werden, sowie für solche Unternehmungen, deren Erträgnisse ganz oder zum Teil in das feindliche Ausland abzuführen sind, auf Kosten der Unternehmungen Aufsichtspersonen bestellt werden, die darüber zu wachen haben, daß während des Krieges der Geschäftsbetrieb nicht in einer den inländischen Interessen widerstreitenden Weise geführt wird. Gelder oder sonstige Vermögenswerte eines unter Aufsicht gestellten Unternehmens dürfen weder mittelbar noch unmittelbar in das feindliche Ausland abgeführt oder überwiesen werden; doch können die Aufsichtspersonen Ausnahmen zulassen. Diese Verordnung wurde namentlich gegenüber ausländischen Versicherungsgesellschaften angewendet. Nach einer Angabe von Eidlitz[1] sind die Versicherungsverträge derselben auf österreichische Gesellschaften übertragen worden.

VII. Zum Schlusse sei noch auf eine Verfügung hingewiesen, der bis jetzt eine ähnliche in Deutschland nicht zur Seite gestellt werden kann, obwohl sie von hohem sozialen Wert ist, nämlich die kaiserliche Verordnung vom 29. Februar 1916 zur Aufrechterhaltung der privaten Dienstverhältnisse während des Krieges. Dieselbe soll Dienstnehmern, die zur Verteidigung des Vaterlandes aufgerufen wurden, die Rückkehr in ihr früheres Dienstverhältnis zusichern[2]. Sie gilt aber nur für solche

[1] In »Recht und Wirtschaft«, 4. Jahrg., S. 28. — [2] Vgl. Mayers Aufsatz in der »Deutschen Juristen-Zeitung«, 1916, S. 885.

Dienstnehmer, die dem Handlungsgehilfengesetz vom 16. Januar 1916 unterliegen. Voraussetzung für ihre Anwendung ist, daß das Dienstverhältnis, aus dem heraus sie einberufen worden sind, am 25. Juli 1914 bereits einen Monat hindurch bestanden hat. Ist das der Fall, so darf keiner der beiden Vertragsteile das Dienstverhältnis während der Dauer der militärischen Dienstleistung des Dienstnehmers kündigen. Auch Vereinbarungen über eine einverständliche Lösung des Dienstverhältnisses sind während dieses Zeitraumes ausgeschlossen. War aber das Dienstverhältnis bereits vor dem 1. Januar 1916 durch Einverständnis, Kündigung oder gerichtliche Entscheidung erloschen, so findet das Gesetz keine Anwendung. Seine Rückwirkung erstreckt sich nur bis zum 1. Januar 1916. Es betrifft also nur die mindestens einen Monat vorm 25. Juli 1914 begründeten Dienstverhältnisse, deren Bestand mangels einer wirksam gewordenen Lösungserklärung in der Schwebe geblieben ist.

Literatur. K. Forchheimer, Gesetze u. Verordnungen für die Zeit des Krieges (Wien 1914); E. Till u. F. M. Wolf, Teilnovelle zum allgem. BGB. vom 12. Okt. 1914 (das. 1915); A. Lehmann, Kommentar zur österr. Konkurs-, Ausgleichs- und Anfechtungsordnung (das. 1916); M. Weiser, Preistreiberei u. ähnliche Delikte (das. 1915); Eidlitz, Die wirtschaftl. Retorsionen in Österreich (»Recht u. Wirtschaft«, IV, S. 27); Engel, Die Kriegsbereitschaft Österreichs auf dem Gebiete der Gesetzgebung (»Recht und Wirtsch.«, IV, S. 67); Abel, Einfluß des Krieges auf Zivilrecht u. Zivilprozeß in Österreich (»Jurist. Wochenschr.«, 1915, S. 902; 1916, S. 229); Eisinger, Der Schutz der Kriegsteilnehmer nach der kais. Verordnung vom 29. Juli 1914 (»Zeitschrift f. d. Notariat und freiw. Gerichtsbarkeit in Österreich«, 1916, S. 13, 23, 31, 45, 55, 61); Kreis, Der Wuchervertrag nach der kais. Verordnung vom 12. Okt. 1914 (ebd., S. 77); Mayer, Die Aufrechterhaltung der privaten Dienstverhältnisse während des Krieges in Österreich (»Deutsche Jur.-Ztg.«, 1916, S. 384).

Kriegsfürsorge in Österreich-Ungarn

von Dr. **Gustav Stolper**, Herausgeber des »Österreichischen Volkswirt« in Wien

Die Aufgaben der Kriegsfürsorge haben, wie fast alle mit dem Krieg zusammenhängenden Aufgaben, durch seine lange Dauer und ungeheure Ausdehnung eine Wandlung, aber auch eine ungeahnte Erweiterung erfahren. In den ersten Kriegswochen schien neben der Versorgung der Familien eingerückter Krieger vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das Hauptziel der Kriegsfürsorge. Durch Ausbau der Arbeitsvermittlung, künstliche Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Unterstützung der Organisationen sollte dem Notstand gesteuert werden. Aber auch die private Kriegsfürsorge hat sich zunächst, solange der Kreis der vom Krieg unmittelbar Betroffenen verhältnismäßig klein war, hauptsächlich der in der Heimat Verbliebenen angenommen. In dieser Hinsicht ist es bezeichnend, daß lange Zeit der Witwen- und Waisenfürsorge-Fonds von allen Sammlungen den höchsten Spendenstand aufzuweisen hatte. Allmählich hat sich das geändert. Andere, größere Aufgaben traten in den Vordergrund. Die Arbeitslosigkeit wurde überwunden und bald sogar durch eine Überbeschäftigung der zurückgebliebenen Arbeitskräfte abgelöst; aber ihre Versorgung wurde in dem Maß schwieriger, als die Teuerung wuchs und die ursprünglichen Unterhaltsbeiträge nicht mehr genügten. Neue Aufgaben traten hinzu, als nach einigen Kriegsmonaten die Frage der Invalidenfürsorge in ihrer wachsenden Bedeutung auftauchte, als die dauernd Invaliden in immer größerer Zahl aus den Spitälern entlassen wurden, als im ersten Jahr die Gefahr der Kriegsseuchen immer drohender ihr Haupt erhob und schließlich als für einige hunderttausend Flüchtlinge aus den vom Feind besetzten Gebieten gesorgt werden mußte. Dadurch hat das Gebiet der Kriegsfürsorge einen Umfang angenommen, der zu Beginn des Krieges nicht vorhergesehen werden konnte. Im großen und ganzen ist das Problem in Österreich und Ungarn befriedigend, auf manchen Gebieten, insbesondere auf dem der sozialen Hygiene, sogar in hervorragender Weise gelöst worden. Daß es namentlich in der ersten Kriegszeit nicht an Versäumnissen gefehlt hat, daß manche Maßnahme größere Raschheit und Energie der Entscheidung erfordert hätte, ist angesichts der Größe der Aufgaben und des Mangels an Vorbereitung kaum zu vermeiden gewesen. Wenn die Organisation öffentlicher Tätigkeit auf einem dem Umfang und zum Teil der Sache nach unbekannten Gebiet mit oft unzureichenden Kräften improvisiert werden muß, kann es an Härten und Mängeln nicht fehlen.

I. Die Grundlage für die **Unterstützung der Angehörigen von Mobilisierten** bildet in Österreich das Gesetz vom Dezember 1912: RGBl. Nr. 237[1]. Anspruchsberechtigt auf den Unterhaltsbeitrag aus Staatsmitteln sind die Ehefrau und die ehelichen Nachkommen, die ehelichen Vorfahren, Geschwister und Schwiegereltern, die unehelichen Mütter und unehelichen Kinder des Einberufenen, dagegen nicht seine uneheliche Gefährtin. Während des Krieges wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten auf die Wahlkinder und Wahleltern sowie auf die Eltern der unehelichen Mutter des Eingerückten ausgedehnt. Der Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag besteht, wenn der Unterhalt dieser Personen im wesentlichen vom Arbeitseinkommen des Einberufenen abhängig gewesen ist. Der Anspruch besteht nicht, wenn nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Einberufenen mit Grund anzunehmen ist, daß durch die Einberufung der Unterhalt der Angehörigen nicht gefährdet ist, oder wenn der Einberufene einen Rechtsanspruch auf die Fortzahlung des Lohnes oder Gehaltes hat. Der Unterhaltsbeitrag besteht in einer Unterhaltsgebühr in der Höhe der staatlichen Vergütung für die Militärdurchzugsverpflegung und einem Mietzinsbeitrag in der halben Höhe der Unterhaltsgebühr. (Zunächst betrug z. B. in Wien die Unterhaltsgebühr 88 Heller, der Mietbeitrag 44 Heller, der gesamte Unterhaltsbeitrag somit 1,32 Kronen auf den Tag, für Kinder unter 8 Jahren die Hälfte.) Für breite Kreise von Festangestellten ist übrigens durch das Handlungsgehilfengesetz vom

[1] Die Fürsorgemaßnahmen und ihre gesetzlichen Grundlagen stimmen in Ungarn mit denen Österreichs im weitesten Umfang überein, was sich nicht nur aus der allgemeinen Parallelität der Kriegsmaßnahmen in beiden Staaten der Monarchie, sondern insbesondere aus der Gemeinsamkeit der Heeresverwaltung erklärt. Doch sind dank der Tatsache, daß Ungarn nur zum kleinsten Teil Kriegsgebiet gewesen ist, viele Aufgaben nicht annähernd zu der Bedeutung gelangt wie in Österreich (so die Flüchtlingsfürsorge, die Seuchenbekämpfung u. a.).

Jahre 1910 und durch das Güterbeamtengesetz von 1914 die Fortzahlung des vollen Gehaltes durch einige Wochen nach dem Einrücken zur militärischen Dienstleistung gesichert. Die Auszahlung des Unterhaltsbeitrages erfolgt durch die Gemeinden. Diese selbst beschränken sich auf die laufende Unterstützung bei dauernder Notlage solcher Angehöriger von Einberufenen, denen kein Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag zusteht. — Während der staatliche Unterhaltsbeitrag in den ersten Kriegswochen verhältnismäßig reichlich bemessen schien, hat er sich allmählich infolge der Umwandlung aller Preisverhältnisse mehr und mehr als ungenügend erwiesen. Durch Gesetz vom 27. Juli 1917 RGBl. 313 wurde er daher ohne Rücksicht auf das Alter der anspruchsberechtigten Person auf 2 Kronen für Wien bzw. 1,80 und 1,60 Kronen für die übrigen Orte, höchstens 12 Kronen für den Haushalt erhöht. — Im Gegensatz zum Unterhaltsbeitrag der Angehörigen von Eingerückten beruht die Versorgung der Angehörigen von im Krieg Gefallenen oder Vermißten und die von Invaliden auf veralteten Bestimmungen aus den 1880er und 1890er Jahren, die ganz ungenügende Unterstützungssätze vorsehen. Da die Hinterbliebenen- und Invalidenversorgung in Österreich-Ungarn sowie in allen kriegführenden Staaten nach dem Krieg eine völlige Neuregelung erfahren wird, hat eine kaiserliche Verordnung vom 12. Januar 1915 bestimmt, daß an die Angehörigen von Kriegsgefallenen sowie an jene Invaliden, die außerstande sind, für den Unterhalt ihrer Angehörigen hinreichend zu sorgen, die Unterhaltsbeiträge statt bis sechs Monate nach dem Tod des Ernährers bzw. der Entlassung aus dem Heeresverband bis sechs Monate nach Eintritt der Demobilisierung weiter bezahlt werden. Wo sich eine Unterstützung über den Rahmen des Unterhaltsbeitrages hinaus als notwendig erweist, wird eine Ergänzung aus den verschiedenen aus Privatmitteln aufgebrachten Fonds gewährt, worüber das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern entscheidet.

II. Die Grundlage der staatlichen Fürsorge für Kriegsinvalide bildet in Österreich der Erlaß des Ministers des Innern an die Landeschefs vom 16. Februar 1915, in Ungarn der Gesetzesartikel XV vom Jahre 1915. Dadurch wurden in Österreich »Landeskommissionen zur Fürsorge für die heimkehrenden Krieger« in allen Landeshauptstädten, in Ungarn ein eigenes Invalidenamt gegründet. Als Zweck wurde in Österreich bezeichnet 1) die wirksame Sonder-Nachbehandlung der verwundeten und erkrankten Krieger, um ihre Arbeitsfähigkeit in möglichst hohem Grad wiederherzustellen; 2) die Einrichtung und Unterstützung von Schulen zur Ausbildung in den Berufen, zu denen sich die Invaliden eignen; 3) die Arbeitsvermittlung. Die Einrichtung dieser Organisation wurde nach Kronländern gebildet, um die Mitarbeit der Bevölkerung im Dienst der gestellten Aufgaben zu fördern, was eine streng zentralisierte, auf die provinziellen Besonderheiten weniger Bedacht nehmende Organisation erschwert hätte. Die notwendige Einheitlichkeit ist durch die Oberleitung des Ministeriums des Innern gesichert, dem für diese Angelegenheiten ein besonderer Beirat zur Seite steht. Den Landeskommissionen gehören an: Vertreter der politischen Landesbehörde, der Militärverwaltung, der autonomen Landesverwaltung, der Landesorganisation des Roten Kreuzes, der Sozialversicherungsinstitute (Krankenkassen und Unfallversicherungsanstalten), ferner je nach lokalen Bedürfnissen Vertreter der Landesstädte, ärztlicher und anderer beteiligter Organisationen. Die Abgrenzung der Tätigkeit der Landeskommissionen gegenüber der Militärverwaltung wurde so vorgenommen, daß diese für die erste Heilung allein zu sorgen hat. Die weiterhin pflegebedürftigen Invaliden sind im Fall ihrer militärischen Untauglichkeit nicht zu superarbitrieren, sondern so lange im Militärverband zu belassen, bis die von den Kommissionen eingeleitete Nachbehandlung und Schulung beendet ist. Die Zuweisung der Invaliden erfolgt nach Tunlichkeit an ihre Heimatprovinzen, damit Nachbehandlung und Schulung möglichst in der heimischen Umgebung durchgeführt werden. Die Landeskommissionen verfügen sodann die Zuteilung der Pfleglinge an die einzelnen Anstalten. Mannschaftspersonen, die sich weigern, sich der Nachbehandlung ordnungsmäßig zu unterziehen, wird die Invalidenrente entzogen. Die anfänglich nur auf äußere Verletzungen und Verwundungen beschränkte Fürsorge wurde durch Erlaß vom 15. Oktober 1915 auch auf die Nachbehandlung von inneren Erkrankungen ausgedehnt. Mit einer wichtigen Teilaufgabe auf diesem Gebiet befaßt sich die im Mai 1916 beim Ministerium des Innern gegründete »Österreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose«, die hauptsächlich Anstalten zur Heilbehandlung für tuberkulöse Krieger in ausreichender Zahl und Ausdehnung sicherzustellen hat (s. unten). Die finanzielle Last der Fürsorge wird in der Art verteilt, daß das persönliche Erfordernis für die Nachbehandlung und Schulung einschließlich der Beschaffung künstlicher Gliedmaßen und sonstiger orthopädischer Behelfe für die Höchstdauer eines Jahres in jedem einzelnen Fall und für die Zeit bis zur Durchführung der Demobilisierung vom (gemeinsamen österreichisch-ungarischen) Militär-Ärar, dagegen das sachliche Erfordernis für die Errichtung, Einrichtung und Erhaltung von Heil- und Erholungsstätten oder Schulen von jedem der beiden Staaten der Monarchie gesondert zu bestreiten ist. Wenn die Nachbehandlung nicht in einer Anstalt der Militärverwaltung, sondern anderwärts erfolgt, gebührt ihr dafür eine Vergütung von 4 Kronen (ursprünglich 3 Kronen) auf Kopf und Tag.

Was die Invalidenschulung betrifft, so wird sie in zahlreichen Spitälern durch eine eigene, von gewerbetechnischen und ärztlichen Fachleuten geleitete Berufsberatung vorbereitet. An der Spitze der österreichischen Invalidenschulen steht eine staatliche Invalidenschule in Wien, an der Kurse für Buchhaltung, gewerbliches Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, baugewerbliches, dekoratives und mechanisch-technisches Zeichnen, für Dampfkessel-, Dampfmaschinenwärter, Zuschneider usw. abgehalten werden. Außerdem befassen sich sämtliche staatliche Gewerbeschulen und fachliche Unterrichtsanstalten mit der Schulung von Invaliden. Neben den staatlichen Anstalten hat sich eine große Anzahl von privaten Lehranstalten der Berufsausbildung von Invaliden zugewendet, die unter bestimmten Voraussetzungen die staatliche »Anerkennung« erhalten. Dadurch werden die Invaliden nahezu in sämtliche gewerbliche Beschäftigungen wieder eingeführt. Mit bedeutendem Erfolg ist es aber auch gelungen, Invalide, die von der Landwirtschaft herkommen, für landwirtschaftliche Sondergebiete zu schulen. Diese Kurse umfassen die Ausbildung in der Milchwirtschaft, die Heranbildung zu Maschinenwärtern, Obst- und Gemüsegärtnern, Kellermeistern usw. Daneben werden Flachsbau-, Brennerei-,

Bienenzucht-Kurse usw. abgehalten. Ein besonderer forstwirtschaftlicher Kurs ist in Krakau eingerichtet.

Die Zurückführung der arbeitsfähig gebliebenen Invaliden in bürgerliche Berufe wurde durch die staatliche »Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide« gefördert. Diese ist wieder länderweise organisiert, an die Landesstellen lehnen sich Bezirksstellen an, die vielfach von eigenen »Fürsorgeausschüssen« unterstützt werden. Diese haben die Aufgabe, die Bevölkerung über die Bedeutung und die Möglichkeiten der Beschäftigung der Invaliden aufzuklären, dienen als Anmeldestellen der Kriegsinvaliden und stellen, soweit sie nicht selbst in der Lage sind, die arbeitsuchenden Invaliden auf Arbeitsposten in ihrem Bezirke unterzubringen, die Verbindung zwischen der Landesstelle und den Invaliden her. Besonderes Gewicht wird auf die sachgemäße Organisation der Berufsberatung gelegt, die insbesondere feststellt, ob der Invalide nicht etwa noch vor Antritt eines Postens einer Nachbehandlung oder Schulung bedarf, ob er zum Antritt eines Arbeitspostens geeignet ist und welche Tätigkeit er ohne Schaden für seine Gesundheit mit dem größtmöglichen wirtschaftlichen Erfolg ausüben kann. In der Übergangszeit, bis den Invaliden geeignete Arbeitsgelegenheiten zugewiesen werden, können ihnen die amtlichen Vermittlungsstellen Unterstützungen (möglichst in natura) gewähren.

III. Besondere Maßnahmen zum Schutz der bestehenden sozialen Versicherungsorgane sind in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch getroffen worden. Durch kaiserliche Verordnung vom 6. September 1914 wurden die Vorstände der Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und die Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung ermächtigt, in Angelegenheiten, die gesetz- oder statutenmäßig der Generalversammlung vorbehalten sind, mit Wirksamkeit für die Kriegsdauer rechtsgültige Beschlüsse zu fassen, soweit eine besondere Vorsorge im Interesse der Mitglieder der Kassen dringlich erschien. Dadurch wurde die Funktionsfähigkeit der sozialen Versicherungsanstalten gesichert, die durch die Einberufung von Vorstandsmitgliedern und Teilnehmern in der gesetzlich vorgeschriebenen Form vielfach nicht aufrechtzuerhalten war. Eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge wurde in Österreich nicht verfügt (sie sind in Österreich im allgemeinen schon wesentlich höher als in Deutschland). Vielmehr half man sich bis zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise mit einer Einschränkung der Kassenleistungen. Um den regelmäßigen Zufluß der Kassenbeiträge zu sichern, wurden diese vom allgemeinen Moratorium ausgenommen. Dagegen stieß die Flüssigmachung der Guthaben der Sozialversicherungsinstitute bei Banken, Sparkassen usw. während der ersten Kriegswochen auf Schwierigkeiten, die durch andere Bestimmungen behoben wurden. Die ersten Kriegswochen trafen namentlich die Krankenkassen hart. In den ersten drei Kriegsmonaten verloren sie durch Einberufungen wie durch Einstellung oder Einschränkung zahlreicher Betriebe durchschnittlich 30 Prozent ihrer Mitglieder (einzelne bis zu 50 Prozent). Dagegen war ein Ansteigen der Krankheitsziffern wider Erwarten fast nirgends zu beobachten. Dies wurde zum Teil durch die strenge Unterstützungspraxis der Kassen, zum Teil durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse bewirkt, die die Kassenmitglieder zur möglichsten Anspannung ihrer Kräfte nötigten. Mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde der Mitgliederausfall bald ganz oder zum größten Teil wieder wettgemacht. Gegenüber der Einschränkung der Krankenkassenleistung wurde die Wirksamkeit der Pensionsversicherung ausgedehnt. Knapp vor Kriegsausbruch war mit kaiserlicher Verordnung vom 25. Juni 1914 das Pensionsversicherungsgesetz dahin novelliert worden, daß die Wartezeit für Rentenansprüche von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt und auch die Bestimmungen über die Renten, Erziehungsbeiträge und Abfertigungen günstiger gestaltet wurden. Die Verordnung hätte mit 1. Oktober 1914 in Kraft treten sollen. Durch kaiserliche Verordnung vom 24. August 1914 wurde demgegenüber der Anfangstermin für die Geltung der Novelle auf den 1. August zurückverlegt. Gleichzeitig mußte aber auch den Ersatzeinrichtungen die Möglichkeit geboten werden, die dadurch erhöhten Lasten wie überhaupt das erhöhte Kriegsrisiko auf sich zu nehmen. Deshalb wurde die Allgemeine k. k. Pensionsanstalt verpflichtet, auf Antrag der Ersatzeinrichtungen den Gesamtbestand an versicherungspflichtigen Angestellten hinsichtlich der gesetzlichen Mindestleistungen in Rückversicherung zu nehmen.

Eine Anfang 1917 herausgegebene kaiserliche Verordnung hat die Versicherungsleistung der Krankenkassen beträchtlich erhöht. So wurde die Höchstdauer der Krankenversicherung von 20 auf 26 Wochen, die Unterstützungsdauer der Wöchnerinnen von 4 auf 6 Wochen verlängert und für die Dauer von 12 Wochen nach der Niederkunft die obligatorische Zahlung von Stillprämien in der Höhe des Krankengeldes verfügt. Vor allem wird durch die Verordnung unter anderem zur Unterstützung der staatlichen Invalidenfürsorge die Bildung von Kassenverbänden gefördert, die die Kassen in weiterem Umfang zur Erfüllung größerer sozialhygienischer Aufgaben (Errichtung von Heilanstalten, Tuberkulosenheimen usw.) befähigen sollen.

IV. Vorkehrungen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit sind gleichfalls nur in den ersten Kriegsmonaten erforderlich gewesen. Sie haben vor allem in einer Zentralisierung der Arbeitsnachweise bestanden. Durch länderweisen Zusammenschluß der teils schon bestehenden, teils neugegründeten Arbeitsvermittlungsanstalten einschließlich der Facharbeitsnachweise und durch Herstellung einer Verbindung zwischen den Landesarbeitsnachweisen wurde eine die ganze Monarchie umfassende Organisation geschaffen und durch generelle Freifahrtbegünstigung für an auswärtige Plätze vermittelte Arbeiter ein weitgehender Ausgleich erzielt. In den ersten Wochen galt es vor allem, die qualifizierten Arbeiter für die von der Heeresverwaltung beschäftigten Metallverarbeitungsbetriebe und die vielen Tausende von unqualifizierten Arbeitern zu beschaffen, die für Schanzarbeiten und sonstige Bauten der Heeresverwaltung erforderlich waren. Außerdem mußten der Landwirtschaft für die Erntearbeiten als Ersatz für die einrückenden Männer hinreichende Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Daneben suchte die Regierung durch eine ausgebreitete öffentliche Bautätigkeit und durch Förderung der Privatbauten die industrielle Beschäftigung anzuregen und zu erhalten. Spezielle Fürsorge wurde für Privatangestellte getroffen, für die hauptsächlich aus privaten Mitteln ein Fonds gebildet wurde. Auch suchte die Heeresverwaltung unbegründeten Entlassungen von Angestellten in den ersten Kriegsmonaten dadurch vorzubeugen, daß sie die Vergebung von Heereslieferungen von der Verpflich-

tung abhängig machte, daß weder der Bestand noch der Gehalt der in den betreffenden Betrieben Angestellten gekürzt werden dürfen.

Allmählich hat sich auch in Österreich die Lage auf dem Arbeitsmarkte durch die immer weitergreifenden Einziehungen zum Militärdienst sowie die Ausdehnung der Kriegsmaterialbetriebe und die Belebung des bürgerlichen Verbrauches so weit verschoben, daß die Arbeitslosigkeit im weitesten Umfang durch Arbeitermangel abgelöst erscheint. Von Bedeutung ist derzeit nur die Notstandsaktion für arbeitslos gewordene Textilarbeiter, die die Einstellung von Betrieben infolge Rohstoffmangels notwendig gemacht hat. Durch die Betriebseinstellung ist in manchen Gebieten, wo nicht andere Industrien die überschüssigen Arbeitskräfte aufzunehmen vermochten, so in einzelnen Teilen Nord- und Ostböhmens, Vorarlbergs, Mährens und Schlesiens, ein empfindlicher Notstand eingetreten, von dem an 250000 Arbeiter und ihre Familien betroffen wurden. Die Hilfsaktion legt dem Arbeitgeber die Verpflichtung auf, 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohns (mindestens wöchentlich 7,80 Kronen für erwachsene männliche, 6,80 Kronen für erwachsene weibliche und 4.80 Kronen für jugendliche Arbeiter) als Unterstützung weiter zu bezahlen, soweit seine Mittel es erlauben. Von diesen Unterstützungsbeiträgen können die dem Arbeiter gewährten Naturalleistungen in Brennmaterialien und Lebensmitteln (zu den eigenen Kosten des Unternehmers), die Hälfte des eventuellen Arbeitsverdienstes und eventuelle anderweitige Nebenverdienste und regelmäßige Unterstützungen (Krankenversicherungs-, Unfallrenten u. dgl.) abgezogen werden. Soweit die Mittel des einzelnen Arbeitgebers nicht hinreichen, übernimmt die Leistungen ein Fonds, der aus Beiträgen der Unternehmer, deren Betriebe aufrechterhalten bleiben, aus Beiträgen der mit Heereslieferungen bedachten Unternehmungen der Baumwollbranche, aus Beiträgen der Arbeitnehmerorganisationen und aus einer Regierungssubvention gebildet wird. Die Durchführung der Hilfsaktion und die Verwaltung der Fonds liegen einem Komitee bei der Baumwollzentrale ob, das aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Behörden besteht. Die Organisation ist darum von Wichtigkeit, weil ähnliche Organisationen bei einer anläßlich der Demobilisierung eintretenden Arbeitslosigkeit auch für andere Industrien in Betracht kommen.

V. Zu einer unerwartet großen Aufgabe der Kriegsfürsorge ist namentlich durch die lange Dauer des Krieges die Sozialhygiene geworden. Auf diesem Gebiet hat vor allem die Bekämpfung der Kriegsseuchen bedeutende organisatorische Anforderungen gestellt. Über die Ausbreitung der einzelnen Seuchen gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Zahl der Erkrankungen (einschließl. Militärpersonen) im österreichischen Staatsgebiet[1].

	1914	1915		1916
	seit Kriegsbeginn	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr
Cholera . . .	3702	1882	30655	156
Ruhr	31386	8111	23901	5131
Typhus . . .	12278	24212	42292	18306
Blattern . . .	192	6669	18644	23098
Flecktyphus . .	281	10488	4972	11562

[1] Die Erkrankungen im ungarischen Staatsgebiet sind bisher nicht veröffentlicht, sind aber, da der weitaus größte Teil der Erkrankungen auf den galizischen Kriegsschauplatz entfällt, gegen die österreichischen verhältnismäßig unbedeutend.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß der weitaus ungünstigste Seuchenstand im zweiten Halbjahr 1915 zu verzeichnen war, während der Zeit unmittelbar nach der Vertreibung der Russen aus Galizien, als die Russen das Land in verseuchtem Zustand zurückließen und einige Zeit vergehen mußte, bis ein geordneter Sanitätsdienst im befreiten Gebiet seine Wirksamkeit entfalten konnte (bei den Ziffern ist zu beachten, daß darin natürlich nur jene Fälle enthalten sind, die nach Wiedereinsetzung der politischen Bezirksbehörden nachträglich festgestellt werden konnten). Die Militärverwaltung ging sehr energisch vor. Im Sinne des internationalen Sanitätsübereinkommens wurde eine Anzahl von Bezirken als »verseuchte Zirkumskriptionen« erklärt (Ende August 1915 waren das 13 galizische Bezirke — als Höchstzahl —, Mitte Dezember bereits waren alle cholerafrei). Durch Absonderung von Kranken und Verdächtigen, Schutzimpfung, Beschaffung genügender Desinfektionsapparate, Sorge für keimfreies Trinkwasser usw. ist man im wesentlichen aller Kriegsseuchen Herr geworden. Auch die Blattern, die nach der obigen Aufstellung im ersten Halbjahr 1916 den Höchststand der Erkrankungen aufweisen, waren Ende Juni 1916 bereits fast erloschen (in den beiden letzten Juniwochen betrug die Zahl der Erkrankungen nur noch 80). Am schwierigsten gestaltete sich die Bekämpfung des Flecktyphus, gegen den die gewöhnlichen Schutzmaßnahmen noch von verhältnismäßig geringer Wirkung sind.

Eine Aufgabe anderer Art ist die Bekämpfung der durch den Krieg auch in der Armee in großem Umfang auftretenden Volksseuchen, vor allem der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Was den Kampf gegen die Tuberkulose betrifft, so hat vor allem die (S. 408) erwähnte, im Mai 1916 gegründete »Österreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose« bisher bereits eine ausgedehnte Tätigkeit entwickelt. Ihre Tätigkeit gliedert sich in den Anschluß von Tuberkulosenabteilungen an bestehende Krankenanstalten, die Errichtung und Ausgestaltung von Lungenheilstätten, Erholungsheimen, Waldschulen u. dgl. sowie schließlich in die planmäßige Schaffung eines ausgebreiteten Netzes von Fürsorgestellen (zur Entfaltung der Familienfürsorge in den Wohnungen der Kranken). Für alle Einrichtungen zur Abwehr der Tuberkulose wurden nach Prüfung der Pläne namhafte Staatsbeiträge gewährt. Die Beitragsleistung wurde an die Bedingung geknüpft, daß die Anstalten nach der Demobilisierung drei Jahre für die Unterbringung lungenkranker heimkehrender Krieger verwendet werden. Besonderes Augenmerk wird der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugewendet, die im Krieg erheblich zugenommen haben. In wiederholten eingehenden Weisungen der Militär- und Zivilbehörden wurde auf die genaue Beaufsichtigung der Prostituierten, auf die Hintanhaltung der geheimen Prostitution, auf die Abwehr der Trunksucht, vor allem aber auf die Obsorge für die ärztliche Untersuchung und Behandlung bei geschlechtlicher Erkrankung das Hauptgewicht gelegt. Geschlechtskranke wurden hinsichtlich der Spitalaufnahme als »unabweisbar« erklärt und die Spitalbehandlung ausdrücklich auf die Dauer der Ansteckungsfähigkeit ausgedehnt. Besondere Maßnahmen wurden für die Entlassung dienstuntauglicher geschlechtskranker Heeresangehöriger, ihre weitere Behandlung und die Verhinderung einer Übertragung der Krankheit auf die Zivilbevölkerung getroffen. Durch Veranstaltung volkstüm-

licher Vorträge, Verteilung von Merkblättern, Veröffentlichungen in der Tagespresse sowie durch die Mitarbeit gemeinnütziger Vereine, Körperschaften und Krankenkassen wird die Mitwirkung der Bevölkerung im Kampf gegen die Volksseuchen angestrebt.

VI. Vor ganz besondere Schwierigkeiten ist die öffentliche Verwaltung durch die Notwendigkeit der Fürsorge für die **Flüchtlinge** aus dem Kriegsgebiet gestellt worden. Der Umstand, daß vorübergehend nahezu ganz Galizien und die Bukowina, Nordungarn, später auch Südtirol und das Küstenland sowie weiterhin auch Siebenbürgen Kriegsgebiet geworden sind, hat Massen der einheimischen Bevölkerung in Bewegung gebracht, deren Versorgung eine Aufgabe von größter Tragweite bilden mußte. Um ihre Schwierigkeiten zu ermessen, muß man bedenken, daß es sich dabei um national, sozial und kulturell ganz heterogene Elemente gehandelt hat, die natürlich überall in den Gebieten, die sie aufnehmen sollten, als Fremdkörper empfunden wurden. Bereits am 11. August 1914 erschienen zwei Verordnungen, die den Schutz der Kriegsflüchtlinge bezweckten. Die Behörden wurden angewiesen, die Bevölkerungszahl in bedrohten Orten rechtzeitig dadurch zu vermindern, daß den mittel- und arbeitslosen Bewohnern anderwärts ein Unterkommen gesichert wurde. Für die übrigbleibende Bevölkerung wurde im voraus ein Verteilungsplan entworfen, damit die Zufluchtsgemeinden nicht durch eine plötzliche Überflutung mit arbeitslosen Elementen allzusehr geschädigt würden. Die tägliche Vergütung für die Beherbergung und Verpflegung dieser Personen wurde mit 1 Krone für Erwachsene und 60 Heller für Kinder festgesetzt. Bei der Fürsorge für Flüchtlinge mußte natürlich auch auf die bodenständige Bevölkerung Bedacht genommen werden. Für die unbemittelten Flüchtlinge wurden Barackenlager in großem Stil errichtet. Soweit dies nicht möglich war, wurde die Auszahlung der staatlichen Unterstützung (ursprünglich 70 Heller, später 90 Heller auf Kopf und Tag) von dem Aufenthalt in den sogenannten »Flüchtlingsgemeinden« abhängig gemacht. Auf diese Weise wurde die Freizügigkeit der mittellosen Flüchtlinge tatsächlich aufgehoben. Unter Berücksichtigung lokaler, wirtschaftlicher und nationaler Momente wurden immer neue Orte und Bezirke für die Flüchtlinge erschlossen, wobei nur die dem Kriegsgebiet zu nahe liegenden Gebiete von vornherein ausgeschlossen blieben. Verpflegungsschwierigkeiten ließen es auch geboten erscheinen, den Zuzug besonders von den Großstädten fernzuhalten und möglichst auf Kleinstädte und Landgemeinden abzulenken. Im allgemeinen wurde die Sonderung der Flüchtlinge nach nationaler und konfessioneller Zugehörigkeit durchgeführt. Die Barackenlager erreichten vielfach den Umfang größerer Städte. So beherbergte eine Reihe von Lagern 20000—30000 Flüchtlinge. Die größte Flüchtlingsgemeinde war Wien mit vorübergehend 200000 unbemittelten Flüchtlingen aller Nationen und Konfessionen, die zeitweilig das Stadtbild sowie die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln sehr merkbar beeinflußten. Brünn, Prag und Graz zählten an die hunderttausend Flüchtlinge, waren also im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl noch erheblich schwerer betroffen als Wien. Bis gegen Mitte Juni, also bis nach der Offensive von Gorlice, standen rund 600000 Flüchtlinge in Unterstützung des Staates. Die Zahl der bemittelten nicht unterstützten Flüchtlinge ist zuverlässig nicht bekannt, ist aber auch auf einige hunderttausend zu veranschlagen. Der Eintritt Italiens in den Krieg (Ende Mai 1915) brachte einen Zuzug von etwa 150000 Flüchtlingen aus dem Südwesten der Monarchie, Italiener, Slowenen, Kroaten. Doch wurde es fast gleichzeitig infolge der Befreiung des größten Teiles von Galizien und der Bukowina möglich, die Rückwanderung der galizischen und bukowinischen Flüchtlinge zu beginnen, soweit in dem arg verwüsteten Land nicht wirtschaftliche und hygienische Bedenken entgegenstanden. Immerhin dürften bis zum Frühjahr 1916 etwa 350000 Flüchtlinge in ihre galizische Heimat zurückgekehrt sein. Der Rückzug von Luzk, der im Frühsommer 1916 den neuerlichen Verlust des größten Teiles der Bukowina und einiger ostgalizischer Bezirke nach sich zog, zwang allerdings viele Tausende wieder zur Flucht in die westlichen Gebiete. Dabei wurden vorübergehend etwa 25000 Flüchtlinge auf Kosten der österreichischen Regierung in westungarischen Komitaten untergebracht, so wie sich später nach dem rumänischen Einfall in Siebenbürgen siebenbürgische Flüchtlinge hauptsächlich deutscher Zunge in großer Zahl nach Österreich wendeten. Infolge der langen Dauer des Krieges wurde es notwendig, in den Barackenlagern nicht nur die materielle Notdurft der dort untergebrachten Flüchtlinge zu befriedigen, sondern auch eine entsprechende kulturelle Fürsorge zu entfalten. So wurden Kinder- und Mädchenheime, Volksschulklassen und fachgewerbliche Beschäftigungsanstalten, landwirtschaftliche Haushaltungskurse usw. eingerichtet. Für die Kinder der südlichen Flüchtlinge wurden in Graz und Wien Mittelschulklassen mit italienischer Unterrichtssprache eröffnet. Daneben wurde allmählich natürlich auch die Verwertung der Arbeitskräfte der Flüchtlinge organisiert, so daß im Weg einer mit den Barackenverwaltungen zusammenarbeitenden Arbeitsvermittlung bereits im Herbst 1915 etwa 135000 Flüchtlinge in der Landwirtschaft und Munitionsindustrie tätig waren.

VII. In innerem Zusammenhange mit der Flüchtlingsfürsorge steht die staatliche Hilfsaktion für die durch die Kriegsereignisse geschädigten Gebiete. Unmittelbar nach der Vertreibung der Russen aus dem größten Teile von Galizien wurde der Wiederaufbau eingeleitet. Die Hilfsaktion erstreckte sich zunächst auf die Beschaffung von Lebensmitteln für die zurückgebliebene Bevölkerung sowie auf die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft. Zu diesem Zwecke wurden niedrig verzinsliche oder unverzinsliche Anbauvorschüsse, Anbauprämien usw. gewährt. Das oberste Organ für den **Wiederaufbau Galiziens** ist die der galizischen Statthalterei angegliederte »Landeszentrale«, die sich in drei, eine Bau-, eine land- und forstwirtschaftliche und eine gewerbliche, industrielle und kommerzielle Abteilung gliedert. An der Spitze der Zentrale steht der Statthalter, an der der einzelnen Abteilungen eigene Vorstände, denen durchweg galizische Beamte und technische Fachkräfte zugeteilt sind. Die Zentrale hat vorläufig ihren Sitz in Krakau. Für den Wiederaufbau zerstörter Orte sind eigene Bauexposituren am Sitz verschiedener Bezirkshauptmannschaften errichtet. Im übrigen sind die politischen Bezirksbehörden unter Mitwirkung von Fachmännern in den Dienst der Zentrale gestellt. Der Zentrale steht ein Beirat zur Seite, der sich entsprechend den drei Abteilungen in drei Sektionen gliedert. Die Finanzierung des Wiederaufbaues besorgt in erster Linie die bereits im April 1915 gegründete galizische Kriegskreditanstalt mit einem eigenen Kapital von

25 Millionen Kronen, wovon 23 seitens der Staatsverwaltung zur Verfügung gestellt wurden. An nicht kreditfähige Personen werden staatliche Notstandsunterstützungen gewährt. Außerdem hat die Regierung der Zentrale im ersten Halbjahr 1916 zunächst 20 Millionen Kronen überwiesen und weitere Zuschüsse in Aussicht gestellt. Über den Umfang der Wiederaufbauaktion gibt Aufschluß, daß allein in 1435 Gemeinden für Notunterkünfte gesorgt werden mußte, wodurch über 63000 Familien vor Obdachlosigkeit geschützt wurden. Dazu waren bis Mai 1916 bereits 26000 Unterkünfte teils fertiggestellt, teils in Bau. Neben dem staatlichen hat sich auch das private Kapital in weitem Umfang dem Wiederaufbau des Landes zugewendet. Insbesondere ist unter Beteiligung der Wiener Großbanken eine Anzahl von Baugesellschaften entstanden. Außer der Kriegskreditanstalt sind für spezielle Zwecke eine Reihe anderer Kreditstellen geschaffen worden, so insbesondere eine galizische Städtebank, die die Aufgabe hat, kommunale Kredite zu gewähren. Die Wiederaufnahme der Selbstverwaltung der Gemeinden hat die Regierung durch die Vorschüsse erleichtert. Doch ist mit allen diesen Maßnahmen der Wiederaufbau des arg verwüsteten Landes erst zum kleinen Teile möglich gewesen. Auf gesetzliche Grundlage sind der Wiederaufbau und die Entschädigung der kriegsbetroffenen Provinzen bisher nicht gestellt.

Die Rechtsstellung der neutralen Staaten,

zugleich ein Beitrag zur Beurteilung der belgischen Neutralität, von Oberlandesgerichtsrat Dr. **Warneyer** in Dresden

I. Die am Kriege nicht beteiligten Staaten bezeichnet man als neutral. Die Neutralität entsteht also ihrem Wesen nach erst mit dem Ausbruch eines Krieges zwischen anderen Staaten, sofern nicht, wovon unten noch zu handeln sein wird, ein Staat für dauernd (ewig) neutral erklärt worden ist. Einer ausdrücklichen Neutralitätserklärung, wie sie vielfach abgegeben wird, bedarf es nicht. Aus dem Begriffe der Neutralität als der Nichtbeteiligung an dem Streite anderer folgt ferner, daß es Abstufungen der Neutralität nicht geben kann. »Auch die sog. wohlwollende Neutralität (neutralité bienveillante)... steht, sobald sie über die rein diplomatische Unterstützung hinausgeht, im Widerspruch mit dem Begriff der Neutralität[1]«. Dagegen ist die bewaffnete Neutralität keine besondere Abart, sondern bedeutet nur, daß der betreffende neutrale Staat Streitkräfte mobil gemacht hat, um ein etwaiges Übergreifen der Feindseligkeiten in sein Gebiet abzuwehren. Dem Recht des neutralen Staates, vom Krieg verschont zu bleiben, steht die Pflicht gegenüber, Kämpfe zwischen den Kriegführenden auf seinem Gebiet nicht zu dulden, die Kriegsoperationen außerhalb dieses Gebietes nicht zu stören und jede Begünstigung der einen oder anderen Kriegspartei zu unterlassen[2].

Auf dieser Grundlage haben sich einzelne Rechtssätze für das Verhalten zwischen den Neutralen und den Kriegführenden herausgebildet, die im wesentlichen ihren Ausdruck gefunden haben in dem V. und dem XIII. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907, betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Landkriegs und eines Seekriegs.

II. Aus der Unverletzlichkeit des Gebiets der neutralen Macht folgt, daß es den Kriegführenden untersagt ist,

1) Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das neutrale Gebiet hindurchzuführen — auch das Überfliegen des neutralen Landes mit Flugzeugen oder Luftschiffen ist hiernach verboten;

2) darauf eine funkentelegraphische Station oder eine ähnliche Anlage einzurichten;

3) irgendeine Einrichtung dieser Art zu benutzen, die von ihnen vor dem Kriege auf dem Gebiete der neutralen Macht zu einem ausschließlich militärischen Zweck hergestellt worden ist;

4) auf dem neutralen Gebiet Korps von Kombattanten zu bilden oder Werbestellen zu eröffnen.

Anderseits darf die neutrale Macht keine der unter 1) bis 4) bezeichneten Handlungen dulden; selbst die gewaltsame Zurückweisung einer solchen oder einer anderen Neutralitätsverletzung kann daher nicht als Feindseligkeit angesehen werden.

Dagegen ist der neutrale Staat nicht verpflichtet,

a) die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition sowie überhaupt von allem, was einem Heer oder einer Flotte von Nutzen sein kann, zu verhindern (Artikel 7 des V. Abkommens, gleichlautend mit Artikel 7 des XIII.);

b) für Kriegführende die Benutzung von Telegraphen- oder Fernsprechleitungen sowie von Anlagen für drahtlose Telegraphie zu untersagen oder zu beschränken.

Ordnet sie jedoch Beschränkungen oder Verbote in Ansehung der unter a) und b) erwähnten Gegenstände an, so sind sie von ihr auf die Kriegführenden gleichmäßig anzuwenden.

Aus den obigen Bestimmungen ergibt sich, daß sich die Festsetzung der Engländer und Franzosen in Saloniki, der Durchmarsch ihrer Truppen durch das griechische Gebiet und ihre Festsetzung darin als schwere Völkerrechtsverletzungen darstellen.

Was die Munitions- und Waffenlieferungen der Amerikaner an die Vierverbandsmächte bis Februar 1917 anlangt, so scheinen diese nach dem unter a) gebrachten Wortlaut des Artikels 7 des V. und XIII. Abkommens auf den ersten Blick zulässig zu sein, also keine völkerrechtswidrige Verletzung der Neutralität zu enthalten. Aber bei eingehenderer Prüfung der Frage muß man zu einem anderen Ergebnis gelangen. Auch im Völkerrecht gilt der alle Rechtsverhältnisse beherrschende Satz, daß Verträge nach Treu und Glauben auszulegen sind und ein Verstoß gegen Treu und Glauben einer Vertragsverletzung gleichkommt. Und ein solcher Verstoß ist darin zu finden, daß sich die Lieferungen nicht auf vereinzelte Fälle beschränkten, sondern daß sie in ungeheuren Mengen erfolgten, daß durch sie die eine Kriegspartei fast ausschließlich ihren Bedarf an Munition deckte und ohne sie schon längst die Waffen wegen Mangels an Munition hätte strecken müssen, daß ihnen anderseits irgendwelche Lieferungen zugunsten Deutschlands und seiner Verbündeten nicht gegenüberstehen, daß sie sich mithin

[1] v. Liszt, Das Völkerrecht, 10. Aufl., S. 353.

[2] Nach Bischof, Katechismus des Völkerrechts, S. 111 ff.

als einseitige Begünstigung der einen Kriegspartei zum Schaden der anderen darstellen, also gegen die Grundregel der Neutralität verstoßen.

III. Das zweite Kapitel des V. Haager Abkommens, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Fall eines Landkriegs, regelt die Unterbringung der Angehörigen einer Kriegsmacht, die in neutrales Gebiet gelangt sind. Treten Truppen der Kriegführenden auf ein neutrales Land über — Übertritt der Armee Bourbakis in die Schweiz am 1. Februar 1871; Überschreiten der holländisch-belgischen Grenze seitens belgischer Soldaten anläßlich der Kämpfe um Antwerpen —, so muß die neutrale Macht sie möglichst weit vom Kriegsschauplatz unterbringen, und zwar muß sie sie in Lagern verwahren oder in Festungen oder ähnlichen Orten einschließen. Offiziere können gegen die ehrenwörtliche Verpflichtung, aus dem neutralen Land nicht zu entweichen, frei gelassen werden. Entwichene oder von den übergetretenen Truppen mitgeführte Kriegsgefangene sind in Freiheit zu setzen. Den Durchzug von Verwundeten oder Kranken kann die neutrale Macht gestatten, jedoch nur mit dem Vorbehalt, daß die zur Beförderung benutzten Züge weder Kriegspersonal noch Kriegsmaterial mit sich führen. Die im neutralen Gebiet verbleibenden Verwundeten und Kranken sind derart zu bewachen, daß sie an den Kriegsunternehmungen nicht wieder teilnehmen können. Auch auf sie findet das Genfer Abkommen Anwendung.

IV. Im dritten Kapitel jenes V. Haager Abkommens wird das Verhältnis der Angehörigen eines neutralen Staates zu den Kriegführenden geregelt. Ein Neutraler kann sich danach auf seine Neutralität nicht berufen,

a) wenn er feindliche Handlungen gegen einen Kriegführenden begeht;

b) wenn er Handlungen zugunsten eines Kriegführenden begeht, insbes. wenn er freiwillig Kriegsdienste in der bewaffneten Macht einer der Parteien nimmt. Doch darf er von dem kriegführenden Staat, dem gegenüber er die Neutralität verletzt hat, nicht strenger behandelt werden als ein Angehöriger des anderen kriegführenden Staates wegen der gleichen Handlung behandelt werden würde.

Als Begünstigungshandlungen im Sinne von b) sind nicht anzusehen: 1) Die Übernahme von Lieferungen oder die Bewilligung von Darlehen an einen Kriegführenden, sofern der Lieferant oder Darleiher weder im Gebiet der anderen Partei noch in dem von ihr besetzten Gebiet wohnt und die Lieferungen nicht aus diesem Gebiet herrühren;

2) die Leistung von polizeilichen oder Zivilverwaltungsdiensten.

Das vierte Kapitel trifft Bestimmungen über das aus dem Gebiet einer neutralen Macht herrührende Eisenbahnmaterial. Dieses darf von einem Kriegführenden nur in dem Fall und in dem Maße, in dem eine gebieterische Notwendigkeit es verlangt, angefordert und benutzt werden. Anderseits kann die neutrale Macht im Falle der Not das aus dem Gebiet der kriegführenden Macht herrührende Material in entsprechendem Umfange festhalten und benutzen.

V. Mannigfacher Art sind die Vorschriften des XIII. Abkommens von 1907, betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekriegs. An der Spitze steht der Satz, daß die Kriegführenden die Hoheitsrechte der neutralen Mächte zu achten und sich in dem Gebiet und den Gewässern derselben jeder Feindseligkeit zu enthalten haben; insbes. sind den Kriegsschiffen der Kriegführenden innerhalb der neutralen Küstengewässer die Wegnahme und die Durchsuchung neutraler Schiffe untersagt; neutrale Häfen oder Gewässer dürfen nicht zu einem Stützpunkt für Kriegsunternehmungen gemacht werden. Dagegen ist den Kriegsschiffen die bloße Durchfahrt durch die neutralen Küstengewässer gestattet, auch kann ihnen nachgelassen werden, sich der bestallten Lotsen zu bedienen.

In neutralen Häfen, Reeden und Küstengewässern dürfen sich die Kriegsschiffe der Kriegführenden nicht länger als 24 Stunden aufhalten, es sei denn, daß sie aus Anlaß von Beschädigungen oder wegen des Zustandes der See länger verweilen müssen. Zu gleicher Zeit dürfen sich höchstens drei Kriegsschiffe einer Macht innerhalb eines neutralen Hafens befinden. Liegen darin gleichzeitig Kriegsschiffe beider Kriegführenden, so muß zwischen dem beiderseitigen Auslaufen ein Zeitraum von 24 Stunden liegen. Die Reihenfolge des Auslaufens bestimmt sich nach der Reihenfolge der Ankunft.

Eine Prise darf nur wegen Seeuntüchtigkeit, ungünstiger See sowie wegen Mangels an Feuerungsmaterial oder an Vorräten in einen neutralen Hafen gebracht werden. Andernfalls muß die neutrale Macht die Befreiung der Prise mit ihren Offizieren und Mannschaften herbeiführen. Dasselbe gilt, wenn die unter den obengenannten Voraussetzungen eingebrachte Prise nicht nach der Beseitigung der Ursache des Einlaufens alsbald wieder ausläuft. Gestattet kann der Zutritt zu dem neutralen Hafen werden, wenn die Prise dorthin gebracht wird, um bis zur Entscheidung des Prisengerichts in Verwahrung gehalten zu werden. Aus der Pflicht der Neutralen, keine der kriegführenden Mächte vor der anderen zu begünstigen, folgt, daß sie Bedingungen, Beschränkungen oder Verbote, die sie für die Zulassung von Kriegsschiffen oder Prisen der Kriegführenden in ihre Häfen, Reeden oder Küstengewässer aufgestellt hat, auf beide Teile gleichmäßig anzuwenden hat.

Die Abgabe von Kriegsschiffen, Munition oder sonstigem Kriegsbedarf seitens einer neutralen Macht an einen der Kriegführenden ist untersagt, während die neutrale Macht, wie schon oben unter II. dargelegt, nicht verpflichtet ist, die für Rechnung eines der Kriegführenden erfolgende Ausfuhr von Waffen u. dgl. zu verhindern. Dagegen muß sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um in ihrem Hoheitsbereiche die Ausrüstung oder Bewaffnung jedes Schiffes zu verhindern, von dem anzunehmen ist, daß es zum Kreuzen oder zur Teilnahme an kriegerischen Unternehmungen bestimmt ist. Ebenso muß sie über die in ihren Gewässern und Häfen befindlichen Kriegsschiffe der Kriegführenden die erforderliche Aufsicht ausüben, insbes. darüber wachen, daß diese Schiffe ihre Schäden nur in dem für die Sicherheit ihrer Schiffahrt unerläßlichen Maße ausbessern, nicht aber ihre militärische Kraft erhöhen, daß sie nicht ihre militärischen Vorräte oder ihre Armierung erneuern und daß sie nur so viel Lebensmittel einnehmen, wie sie für den regelmäßigen Friedensbestand brauchen. Hat ein Kriegsschiff in einem neutralen Hafen Feuerungsmaterial eingenommen, so darf es seinen Bedarf daran in einem Hafen derselben Macht erst nach drei Monaten wieder decken.

Die neutrale Macht ist berechtigt, Kriegsschiffe der

Kriegführenden, die unberechtigterweise in einem neutralen Hafen verweilen, für die Dauer des Krieges seeunfähig zu machen. Die Ausübung dieser den Neutralen eingeräumten Rechte darf nicht als unfreundliche Handlung angesehen werden.

VI. Der Handel der Neutralen wird grundsätzlich von einem Krieg zwischen anderen Mächten nicht berührt. »Die Staatsangehörigen der neutralen Staaten dürfen zu Wasser und zu Lande, nicht nur unter sich, sondern auch mit den Kriegführenden, nicht nur auf neutralem Gebiet, sondern auch auf dem Kriegsschauplatz, Handel treiben[1]«. Doch muß sich der neutrale Handel gewisse, durch den Krieg gebotene Beschränkungen gefallen lassen, namentlich eine Blockade, die ihm die Küsten einer der kriegführenden Mächte versperrt; ferner wird er durch das Verbot der Kriegskonterbande beeinträchtigt. Näheres hierüber ist in der Abhandlung über das Seekriegsrecht (Bd. I, (S. 367 ff.) ausgeführt.

VII. Wie die Neutralität ihrem Begriff nach erst mit dem Ausbruch eines Krieges zur Entstehung gelangt, so kann auch erst von diesem Zeitpunkt an von Rechten und Pflichten der Neutralen gesprochen werden. Eine Ausnahme hiervon gilt für den Fall, daß einem Staat von den übrigen dauernde Neutralität zugesichert, daß er auf Grund internationaler Vereinbarungen dauernd neutralisiert ist, wie dies bezüglich Belgiens, Luxemburgs und der Schweiz geschehen ist. Die bevorzugte Stellung, die den neutralisierten Staat unter der Garantie aller übrigen Mächte gegen die Bekriegung durch eine von ihnen schützt, legt ihm schon während der Friedenszeit gewisse Verpflichtungen auf. Während er auf der einen Seite nicht daran gehindert ist, die Erfüllung der ihm im Kriegsfall obliegenden Verbindlichkeiten vorzubereiten, insbes. sein Gebiet zu befestigen und ein stehendes Heer auszubilden, um künftige Eingriffe in seine Neutralität abwehren zu können, so darf er doch anderseits keine Handlung vornehmen, die eine Spitze gegen eine der Garantiemächte enthält. Der während eines Krieges geltende Grundsatz, wonach der Neutrale keine der streitenden Mächte vor der anderen begünstigen darf und etwaige Beschränkungen und Verbote auf alle anderen Staaten gleichmäßig anzuwenden hat, gilt für den dauernd neutralisierten Staat schon in Friedenszeiten. Er muß eine durchaus neutrale Politik beobachten und sich des Abschlusses jedes Bündnisses enthalten, das ihn zur Teilnahme an einem etwaigen Krieg verpflichtet[2].

Dieser Pflicht hat Belgien zuwidergehandelt. Durch das in Brüssel vorgefundene Aktenmaterial ist, wie die Veröffentlichungen in der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« vom 12. Oktober und 24. November 1914 ergeben, unwiderleglich nachgewiesen, daß Belgien bereits seit dem Jahre 1906 mit England und Frankreich über ein gemeinsames Bündnis im Fall eines Krieges gegen Deutschland beraten, daß es sich hierbei keineswegs begnügt hat, die von England ausgegangene Anregung zu erörtern, vielmehr selbst einen Operationsplan vorgelegt, und die Möglichkeit der Ausgestaltung Belgiens zur Operationsbasis gegen Deutschland ins Auge gefaßt hat[1]. Diese Annäherung Belgiens an zwei Großmächte, die ihre Spitze gegen Deutschland richtete und die im Laufe der Jahre zu Verhandlungen und Mitteilungen intimster Art auf politischem, militärischem und strategischem Gebiet führte, enthält einen Neutralitätsbruch, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Es mag unentschieden bleiben, ob sich die Neutralisierung Belgiens auf seine Unabhängigkeit, Integrität und Unverletzlichkeit oder nur auf die erste bezog — wie letzteres namentlich neuere belgische Schriftsteller auszuführen versucht haben[2] —; denn durch den zwischen Belgien und Holland am 19. April 1839 abgeschlossenen, von den Großmächten garantierten Vertrag verpflichtete sich jenes ausdrücklich in Art. 7, »die gleiche Neutralität gegen alle anderen Staaten zu beobachten«[3]. Es durfte hiernach weder ein im Kriegsfalle wirksam werdendes, gegen eine der Garantiemächte gerichtetes Bündnis mit einer anderen Macht anbahnen, noch eine einseitige Lossagung von der vertragsmäßig vereinbarten Neutralisierung anstreben. Durch die Verletzung dieser Pflicht hat sich Belgien selbst des Rechtes begeben, als neutraler Staat behandelt zu werden und die Beachtung seiner Neutralität von den anderen Mächten zu verlangen, und das Deutsche Reich verstieß nicht gegen einen — gar nicht mehr bestehenden — völkerrechtlichen Vertrag, als es seine Truppen in Belgien einrücken ließ. Von einer Verletzung der belgischen Neutralität durch diesen Einmarsch kann nicht die Rede sein, weil Belgien selbst schon längst aufgehört hatte, an seiner Neutralität festzuhalten.

Abgesehen hiervon beging Deutschland mit dem Überschreiten der belgischen Grenze auch deshalb keine Verletzung völkerrechtlicher Normen, weil es sich in einem Notstand befand, und ein solcher, wie im bürgerlichen und im Strafrecht, so auch im Völkerrecht die Rechtswidrigkeit einer sonst verbotenen Handlung ausschließt: Not kennt kein Gebot.

Den Literaturnachweisen am Schluß der Abhandlungen in Bd. I über Völkerrecht (S. 360), Landkriegsrecht (S. 363) und Seekriegsrecht (S. 367) ist nur der Hinweis auf A. Bischof, Katechismus des Völkerrechts (Leipz. 1877), J. Kohler, Not kennt kein Gebot (Berl. 1915), W. Schoenborn, Die Neutralität Belgiens, in »Deutschland und der Weltkrieg« (2. Aufl., Leipz. 1917), hinzuzufügen.

---

[1] v. Liszt, a. a. O., S. 360.

[2] Vgl. v. Liszt, a. a. O., S. 62.

[1] Näheres hierüber in Frank, Die belgische Neutralität, S. 27, und Müller-Meiningen, a. a. O., S. 51—63.

[2] Vgl. Kohler, Not kennt kein Gebot, S. 37; Frank, a. a. O., S. 25.

[3] Müller-Meiningen, a. a. O., S. 23; Kohler, a. a. O., S. 17.

Patentrechte im Kriege

von Geh. Regierungsrat J. Neuberg in Berlin-Steglitz

Es galt früher als völkerrechtlicher Grundsatz, daß der Krieg nur ein solcher zwischen den Heeren sein solle. Zwar hatte noch Napoleon I. mit der von ihm verhängten Kontinentalsperre das englische Volk als solches niederzukämpfen versucht, jene Tage lagen aber weit zurück. Je mehr die Zeiten fortschritten, um so vornehmer sollte die Kriegführung werden, und ein König Wilhelm I. war in Frankreich eingezogen mit Worten des Trostes an das Volk, das durch den Krieg möglichst wenig büßen solle. Notwendige Folge solchen Standpunktes war, daß man an ein Festhalten

an zwischenstaatlichen Verträgen auch während des Krieges und über ihn hinaus glaubte. Die Welt steht nun aber im Zeichen des Verkehrs, auch im Rechtsleben wird das offenbar. Es gibt ganze Rechtsgebiete, die nicht an den Grenzen des Heimatlandes haftenbleiben wollen, die vielmehr ihrer ganzen Natur nach dazu bestimmt und geeignet sind, darüber hinaus zu wirken. Zu Rechten dieser Art gehören die sogenannten gewerblichen Urheberrechte, Patent-, Muster- und Markenrechte. Sie dienen dem daraus Berechtigten nur dann in rechter Weise, wenn sie auch im Auslandstaate wirken können. Jedes wertvolle Patent muß auch draußen geschützt werden, jede wertvolle Handelsmarke sich Auslandsschutz suchen. Ist das aber der Fall, dann darf an ihnen ein Krieg an sich nicht rütteln, dann müssen sie auch während desselben Bestand haben.

Ein französischer Abgeordneter war es, der bei Beginn des gegenwärtigen Krieges die Worte sprach: »Kurzsichtige gehen so weit, die Löschung aller gewerblichen Schutzrechte zu verlangen, die bisher von Angehörigen der mit Frankreich im Kriege stehenden Länder für unser Staatsgebiet erworben worden sind.« Diese Worte, die freilich im weiteren Verlaufe der Rede insofern eingeschränkt wurden, als der Abgeordnete das heimische Interesse bei Bewertung, ob die Verträge aufrechtzuerhalten, lediglich gelten lassen will; sie blieben Worte. Frankreich erließ ein Gesetz (vom 15. Mai 1915), wonach dort mit Rücksicht auf den Kriegszustand und im Interesse der nationalen Verteidigung die Ausnutzung jeder patentierten Erfindung oder der Gebrauch jeder Fabrikmarke durch Untertanen oder Angehörige des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns oder durch Personen, die auf Rechnung der obengenannten Untertanen oder Staatsangehörigen tätig sind, verboten ist und bleibt. Wenn eine der patentierten Erfindungen, deren Ausnutzung hiernach untersagt ist, ein öffentliches Interesse bietet oder als nützlich für die nationale Verteidigung erklärt wird, kann ihre Ausnutzung ganz oder zum Teil dem Staat vorbehalten oder solchen Personen übertragen werden, die der französischen, einer verbündeten oder neutralen Nation angehören und ihre Befähigung zur Ausführung nachweisen können. Frankreich hat also ein grundsätzliches Erlöschen der Schutzrechte der Angehörigen feindlicher Staaten nicht ausgesprochen.

Anders Rußland. Hier wurde am 21. Februar (6. März) 1915 ein Gesetz erlassen, wonach Patente auf Erfindungen oder Vervollkommnungen den Untertanen der mit Rußland Krieg führenden Mächte nicht erteilt, ebensowenig Patentanmeldungen von solchen Personen angenommen werden, in bereits eingegangenen Anmeldungen das Verfahren eingestellt wird. Patente auf Erfindungen, die Untertanen der mit Rußland Krieg führenden Mächte gehören und für die Landesverteidigung von Bedeutung sind, gehen ohne Entgelt in das Eigentum des russischen Staates über. Die Wirkung aller übrigen Patente feindlicher Staatsangehöriger erlischt, die Rechte auf Benutzung von Erfindungen dagegen bleiben bestehen. Nur wird der Staat Eigentümer und zieht nun die Gebühren ein. (Nebenbei gesagt bezieht sich das, was für Rußland gesetzlich bestimmt ist, nicht auf Finnland. Hier hat der Senat selbständig angeordnet, daß die Behandlung aller Gesuche um Patentrechte, die von Angehörigen Rußland feindlicher Staaten eingehen, bis auf weiteres ausgesetzt werde usw.) Für das Generalgouvernement Warschau bestehen deutsche Sonderbestimmungen, so vom 25. Januar 1917, wonach die Verordnung vom 1. Juli 1915 (s. unten), soweit sie Rußland und Rußlands Angehörige anlangt, in Ansehung des Generalgouvernements Warschau und desjenigen in Lublin (unter gewissen Einschränkungen) außer Kraft gesetzt wird, oder vom 22. März 1916, wonach nach dem deutschen Patentgesetz usw. geschützte Erfindungen im Generalgouvernement Warschau ohne Zustimmung der Berechtigten gewerbsmäßig nicht benutzt werden dürfen.

In Großbritannien ist man, im Gegensatz zu Rußland und ähnlich wie in Frankreich, nicht ohne weiteres zur Vernichtung gewerblicher Urheberrechte geschritten. Vielmehr hat nur der Board of Trade die Befugnis, dauernd oder zeitweise, völlig oder teilweise Patente usw. unter bestimmten Voraussetzungen außer Kraft zu setzen und anderen als Angehörigen eines mit Großbritannien Krieg führenden Staates Gebrauchsrechte daran zu erteilen. Ähnliche Bestimmungen sind in Kanada, dem Ostafrikanischen Schutzgebiet, der Südafrikanischen Union usw. getroffen worden, ebenso wie sich die französischen Bestimmungen in Tunis wiederholen.

Nun konnte das Deutsche Reich nicht mehr nur stillehalten, wenn es auch »nicht nur der Vergeltungsstandpunkt allein, nein auch die Rücksicht auf die Regelung des zwischenstaatlichen gewerblichen Rechtsschutzes bei den Friedensverhandlungen und nach der Wiederaufnahme eines friedlichen Rechtsverkehrs« (Osterrieth) waren, die zur Verordnung über die gewerblichen Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger vom 1. Juli 1915 führten. Nach § 8 trat die Verordnung mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft. Wann die Verordnung wieder außer Kraft treten soll, ob sie ganz wieder aufgehoben sein soll, ob sie teilweise weiter gelten soll, das soll in des Reichskanzlers alleiniger Befugnis stehen. Feindliche Staaten im Sinne der Patentordnung sind England, Frankreich und Rußland; später ist Ausdehnung erfolgt auf Portugal (Bekanntmachung vom 13. Juni 1916) und Italien (Bekanntmachung vom 9. Januar 1917). Es fehlen also etliche unserer Feinde. Nicht als ob wir etwa zu einem Staate wie Serbien ganz außer Vertragsverhältnis auf dem Gebiete des gewerblichen Urheberrechts stünden. Das nicht, aber tatsächlich sind diese Vertragsverhältnisse gering. Soweit das Bedürfnis zu ihrer Regelung bestand, half man sich nach Besetzung der in Frage kommenden Länder in besonderer Weise. (Vergleiche z. B. Belgien, wo seitens der deutschen Behörde eine etwaige Patentanmeldung in Le Havre als ungültig angesehen wird.)

In Italien hatte der Vertreter des Königs, Herzog Thomas von Genua, im Juni 1915 Ausnahmebestimmungen in Patent-, Marken- und Musterschutzangelegenheiten erlassen. Später (10. April 1917) erging eine allgemeine Verordnung über die Aufhebung gewerblicher Schutzrechte der Angehörigen der mit Italien im Kriege befindlichen Staaten. Näher sollen diese Bestimmungen hier nicht betrachtet werden. Es genüge die Hervorhebung ihres feindlichen Charakters Deutschen gegenüber.

Wenn nach § 7, Abs. 2 der deutschen Verordnung der Reichskanzler jene im Wege der Vergeltung auf andere Staaten als die zunächst in der Verordnung genannten ausdehnen darf, so brauchen das nicht etwa nur Staaten zu sein, mit denen das Reich jetzt oder

zur Zeit des Erlasses der Verordnung im Kriege lebte. Benimmt sich ein Staat in der hier in Betracht kommenden Weise feindselig, so ist das Vergeltungsrecht gegeben. Die Ausdehnungsbefugnis steht, das sei hervorgehoben, nur dem Reichskanzler zu, er kann sie nicht wie andere ihm nach der Verordnung zukommenden Rechte auf andere übertragen. Die Verordnung richtet sich aber nicht nur gegen die offenbaren Feinde. Nein, will sie ihren Zweck erfüllen, dann muß sie auch Schleichwegen nachgehen. Sie schließt demnach ihre Wirksamkeit nicht dadurch aus, daß die in Betracht kommenden Rechte nach dem 31. Juli 1914 auf Angehörige anderer Staaten übertragen oder daß zur Verdeckung der Rechtsverhältnisse Angehörige anderer Staaten vorgeschoben sind. Dem Patentinhaber, der Engländer ist, steht sein niederländischer Freund gleich, der von dem Engländer auf dessen Besorgnis hin, der Krieg könne das Patent vernichten, das Recht daran übernommen hat.

Angehörige eines Staates — das ist ein Begriff, der leicht zu Zweifelsfragen Anlaß gibt. Es sei betont, daß er sich nach den Bestimmungen des öffentlichen Rechtes jedes Staates ordnet. Nun fordert es die zweckmäßige Handhabung der Verordnung, wenn sich das Deutsche Reich gezwungen sieht, über jene außenstaatlichen Bestimmungen hinaus nicht nur die Angehörigen der Kolonien und auswärtigen Besitzungen der feindlichen Länder den eigentlichen Staatsangehörigen gleichzustellen. Abgesehen davon sollen solchen Angehörigen der feindlichen Staaten auch Personen gleichstehen, die in den Gebieten dieser Staaten oder ihrer Kolonien und auswärtigen Besitzungen ihren Wohnsitz oder ihre Niederlassung haben. Es steht also der in England lebende Deutsche dem Vollengländer gleich. Weiter kommen in Betracht juristische Personen, Gesellschaften und Unternehmungen, die in den in Frage kommenden Staaten, Kolonien und auswärtigen Besitzungen ihren Sitz haben und von dort aus geleitet oder beaufsichtigt werden, oder deren Erträgnisse ganz oder zum Teil dorthin abzuführen sind, eine Bestimmung, die durch neuerliche Bekanntmachungen über Maßnahmen gegen feindliches Vermögen zum Teil ihre Wirkung verloren oder Änderungen erfahren hat.

Was will die deutsche Verordnung vom 1. Juli? Zweierlei: Schon Bestehendes vernichten, Zukünftiges nicht zur Entstehung kommen lassen; § 1 sagt: Patentrechte, Gebrauchsmusterrechte und Warenzeichenrechte können, soweit sie Angehörigen feindlicher Staaten zustehen, durch Anordnungen des Reichskanzlers im öffentlichen Interesse beschränkt und aufgehoben werden. Insbesondere können anderen Ausübungs- und Nutzungsrechte erteilt werden. Den Anordnungen kann rückwirkende Kraft beigelegt werden. Sie können jederzeit geändert und zurückgenommen werden.

Das deutsche Recht kennt außer den Gebrauchsmusterrechten noch andere Musterrechte, die sogenannten Geschmacksmuster. Sie werden von der Verordnung nicht betroffen. Wie ist nun die Wirkung der Verordnung? Der Krieg schafft nicht etwa eine Nichtigkeit der Urheberrechte. Die Rechte bleiben vielmehr an sich voll bestehen. Das bedeutet Anerkennung des Standpunktes, daß der Krieg an Privatrechten nichts zu verändern vermag. Spricht aber das öffentliche Interesse dafür, daß ein bestehendes Auslandsrecht nicht weiter gelten soll, so können Anordnungen des Reichskanzlers ergehen, sei es, daß etwa eine Auslandsmarke in ihren Wirkungen aufgehoben oder einem ausländischen Berechtigten ein Nutzungsrecht abgesprochen wird. Dabei kann das, was angeordnet wird, rückwirkende Kraft haben — natürlich nur bis Kriegsbeginn; es kann aber das Angeordnete, und zwar ohne jede Begründung, auch wieder aufgehoben und geändert werden. Um den Reichskanzler, dessen Arbeitslast in den Kriegszeiten ungeheuer ist, von solchen ihm an sich fernliegenden Geschäften möglichst zu entlasten, ist gesagt, daß die Befugnisse des § 1 einer anderen Stelle übertragen werden können. Nach den Bestimmungen zur Ausführung der Verordnung (vom 2. Juli) ist zuständig für die Anordnungen der **Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte.** Auch er trifft solche Anordnungen nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag. Im Regelfall ist der Antrag an den Patentamtspräsidenten zu richten. Er bedarf der schriftlichen Form, ist auch in den ihm zugrunde liegenden Behauptungen glaubhaft zu machen gemäß den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über Glaubhaftmachung. Bei Stellung des Antrags ist für jedes Schutzrecht, auf das sich der Antrag bezieht, eine Gebühr von 50 Mark zu zahlen. Nach Eingang des Antrags tritt ein bestimmtes Verfahren in Gang: Der Patentamtspräsident läßt nämlich in geeigneter Weise die Angelegenheit aufklären, kann zu solchem Zwecke die Beteiligten laden und dergleichen. Danach folgt das Verfahren vor dem Reichskommissar, dem die vor dem Präsidenten des Patentamts geführten Verhandlungen mit Gutachten vorzulegen sind. Der Reichskommissar kann sich bei der Vorbereitung seiner Anordnungen an Gerichte und andere Behörden, auch an das Patentamt wenden. Geldleistungen, die auf Grund der Anordnungen des Kommissars fällig geworden sind, sind im Zwangswege einzuziehen; für die im Verfahren entstehenden Zeugen- und Sachverständigengebühren hat der Antragsteller als Kostenschuldner aufzukommen. Nicht an den Patentamtspräsidenten ist der Antrag zu richten, sondern an die oberste Heeres- oder Flottenbehörde, sofern es sich um Anordnungen handelt, die für Zwecke des Heeres oder der Flotte erforderlich geworden sind.

Oben war die Rede davon, daß die Verordnung nicht nur auf Vernichtung des Bestehenden ausgeht, sondern auch darauf, Rechte nicht entstehen zu lassen; deshalb die Bestimmung: Auf Anmeldungen von Angehörigen feindlicher Staaten werden Patente nicht erteilt, Gebrauchsmuster oder Warenzeichen (wieder fehlen die Geschmacksmuster) nicht eingetragen. Nicht wird dem Patentamte verwehrt, die ihm nach dem Patentgesetze usw. obliegenden Prüfungen auf Eintragbarkeit anzunehmen, wohl aber kann es aus eigener Entschließung, soweit Angehörige feindlicher Staaten in Betracht kommen, Amtshandlungen, die ihm nach solcher gesetzlichen Vorschrift obliegen, aussetzen und das Verfahren vorläufig einstellen, auch kann der Patentamtspräsident allgemeine Bestimmungen erlassen. Um ein Beispiel anzuführen, kann das Patentamt nach Anmeldung einer deutschen Schutzmarke davon absehen, den ausländischen Inhaber einer älteren, mit der neuangemeldeten verwechselbaren Marke zu benachrichtigen, wie das sonst nach § 5 des Warenbezeichnungsschutzgesetzes vorgeschrieben ist. Es erfolgt dann Aussetzung des Verfahrens über die Anmeldung der deutschen Schutzmarke, keinesfalls aber in völliger Nichtachtung des Rechtes des Ausländers Eintragung auf jene Anmeldung hin. Dazu wäre Voraussetzung die vorherige Vernichtung des auslän-

dischen Rechts, eine solche Vernichtung soll aber nicht statthaben.

Nur eine Ausnahme gibt es, was die Beschränkung oder Aufhebung solcher Auslandsrechte anlangt. Sie gilt Rußland gegenüber. Dort heißt es, der russischen Gesetzgebung vergeltungsweise entsprechend: Die Wirkung von Patenten, die Angehörigen Rußlands zustehen, ist, unbeschadet der für Angehörige anderer als der feindlichen Staaten bestellten ausschließlichen Rechte zur Ausübung oder Nutzung, vom 11. März 1915 an (dem durch die russische Gesetzgebung an die Hand gegebenen Tag) als erloschen anzusehen. Also auch hier nicht Nichtigkeit im ganzen; denn soweit aus solchem Rechte für Deutsche oder Angehörige befreundeter Staaten Rechte abzuleiten sind, gehen sie nicht unter. Als Beispiel diene, daß ein russischer Patentinhaber die Verwertung seines Patents im Königreich Sachsen einem Angehörigen dieses Königreichs übertragen hat. Soweit solche Einschränkung aber nicht besteht, erfolgt hier Aufhebung von Gesetzes wegen, ohne besondere Anordnung.

Auch die Rechte der Deutschen und Befreundeter sind aber nur gewährt worden, wenn ihre Anmeldung binnen bestimmter Frist erfolgte. Aus der Übertragung russischer Rechte an Deutsche werden im Zweifelsfall zugunsten des Russen Vorteile erwachsen, diese sollen ihm aber nach dem Inhalt der Verordnung im Zweifelsfall nicht zukommen, vielmehr soll das Deutsche Reich, vertreten durch den Patentamtspräsidenten, auf solche Gegenleistung selbst berechtigt sein. Ebenso wie die Wirkung von Patenten, die Russen zustehen, ist auch die Wirkung der für Angehörige Rußlands bestellten Rechte zur Ausübung oder Nutzung von Patenten von dem in der Verordnung genannten Tage ab anzusehen. Es können auch nach diesem Tage für Russen keine Rechte mehr begründet werden. Entsprechende Anwendung findet die Verordnung auch auf Gebrauchsmuster, nicht Geschmacksmuster, nicht auch Warenzeichen.

Der Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte hat mehrfach in Tätigkeit treten können. Beispielsweise sei angeführt, daß er das einer englischen Firma durch ein englisches Patent zustehende Recht, betr. Reinigungsmaschine für Fasergut, zugunsten zweier Deutschen in der Weise beschränkt hat, daß sie bis auf weiteres gemeinschaftlich berechtigt sein sollen, gewerbsmäßig den durch das englische Patent geschützten Gegenstand herzustellen, in Verkehr zu bringen, feilzuhalten und zu gebrauchen, dies nur innerhalb des Reichsgebiets gegen Zahlung einer Gebühr usw.

Nach späteren Anordnungen des Reichskommissars sind auch Eingriffe in das Zeichenrecht feindlicher Staatsangehörigen angeordnet worden. Auch hierfür war das in der Verordnung vom 1. Juli 1915 vorausgesetzte öffentliche Interesse gegeben, nämlich überall da, wo die Anordnung eine Förderung von Deutschlands Industrie und Handel bewirkt.

Ein kurzes besonderes Wort macht sich zur **Warenkennzeichnung** nötig. Sie kann nach deutschem Rechte zwar auch in einer Ausstattung bestehen, solche genießt unter besonderen Voraussetzungen ebenfalls rechtlichen Schutz. Was aber das Warenbezeichnungsschutzgesetz vornehmlich im Auge hat, ist das eigentliche Warenzeichen, ein — kurz gesagt — auf der Ware zur Gewähr für den Wiederabnehmer der damit bezeichneten Ware angebrachtes Wort oder Bild. Der Krieg war kaum ausgebrochen, als sich auch hier zeigte, was schon früher — zu Zeiten des Burenfeldzugs usw. — zutage getreten war. Es schien fast so, als gebe es Warenzeichen, die nicht den Zeitereignissen ihren Inhalt entnommen, überhaupt nicht mehr. Zahllos die Hindenburg-Waren, zahllos Bilder mit Hindenburg-Worten! Es erschienen aber auch Zeichen wie »Uns treibt nicht Eroberungslust« und dergleichen. Bei solcher Sachlage verliert natürlich das einzelne Gebilde die Wirkung, kennzeichnend für den Einzelbetrieb zu wirken. (Ausnahmen sind möglich, so besteht ein lange vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges eingetragenes Eisernes-Kreuz-Zeichen fort.) Das Patentamt sah sich veranlaßt, auf die solchen Zeichen fehlende Schutzkraft gewissermaßen amtlich zu verweisen; je länger der Krieg aber dauerte, um so mehr verlor der Verkehr wiederum auch Interesse an solcher patriotischen Gestaltung der Ware; sie hatte den Reiz der Neuheit verloren. Nur künstlerisch eigenartige Bilder können heutzutage noch unterscheidend wirken; sie erhalten natürlich infolge ihrer Eigenart auch warenzeichenrechtlichen Schutz.

Auch auf einem andern Felde mußte das Reich tätig werden, nämlich was die **Warenkennzeichnungen** anlangt. Es galt, unlauteres Gebaren, das sich auf dem Gebiete des Handels breitmachte, auch hier zu bekämpfen, und es erging zunächst die **Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 16. Mai 1916.** Demnach müssen Konserven, Kaffee-, Tee-, Kakao-Ersatzmittel, Marmeladen, Schokoladen und dergleichen auf der Packung leicht erkennbar den Hersteller, Zeit der Herstellung und Füllung, Inhalt (bei Konserven zum Beispiel das Mindestgewicht des Fleisches), den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung angeben. Jede Beseitigung oder Unkenntlichmachung einer Preisangabe, so durch Überklebzettel, ist verboten. (Die Ausdehnung dieser Anordnung auf Pulver für die menschliche Nahrung erfolgte unter dem 25. August 1916.)

Ähnlichen Absichten entsprang eine **Bekanntmachung vom 16. Juni 1916**, wonach das Anbieten, Feilhalten, Verkaufen oder sonst In-den-Verkehr-bringen von Nahrungs- oder Genußmitteln unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung strafbar ist (unter anderm kommt die Nebenstrafe der Beschlagnahme der zu Unrecht bezeichneten Gegenstände in Betracht, mögen sie dem Verurteilten gehören oder nicht).

Die **Bekanntmachung vom 11. Oktober 1916** dehnte die vom 16. Juni auf Soda, Seife und sonstige Waschmittel aus. Weiter ist zu nennen die Bekanntmachung vom 3. August 1916, die eine Neuerung in der Gesetzgebung schaffte, nämlich Vervielfältigung und Nachahmung eiserner Gegenstände, die im Auftrag der Reichsbank hergestellt wurden, um den Einlieferern von Goldsachen als Gedenkstücke verliehen zu werden, verbot. Über sie oder ihre Nachbildungen darf nicht durch Rechtsgeschäft verfügt, sie dürfen nicht in den Verkehr gebracht oder feilgehalten werden. Gestattet sind lediglich unentgeltliche Verfügungen zugunsten von Familienangehörigen sowie Verfügungen von Todes wegen. Die Bekanntmachung ist außerordentlich streng; sie geht sogar über sonstige Grundsätze des Rechts hinaus, wenn sie unter anderem auch die Vervielfältigung oder Nachbildung auch nur zum eigenen Gebrauch oder in einem einzigen Stücke verbietet.

Angeführt sei dann eine **Bekanntmachung**, die das **Patentamt** über die im feindlichen Auslande gegen Deutsche verfügte Aufhebung oder Beschränkung gewerblicher Schutzrechte zu erlassen für nötig fand.

Wie schon die obigen Ausführungen zu den Maßnahmen in Frankreich, Rußland und Großbritannien erkennen ließen, sind in den Feindesländern Bestimmungen erlassen worden, die bezwecken, Patente, Muster- und Markenrechte, die nach deutschem Rechte Deutschen zustehen, aufzuheben oder zu beschränken. In Vervollständigung des Gesagten sei z. B. noch angeführt, daß Japan auf Grund oberstrichterlicher Entscheidung den auf dem Gebiete des gewerblichen Urheberrechts bestehenden sogenannten Unionsvertrag gegenüber feindlichen Staaten für aufgehoben ansieht, Angehörige solcher also, die in Japan keine Wohnung oder Niederlassung haben, auf Grund des Patentgesetzes, Geschmacksmustergesetzes, Warenzeichengesetzes und Gebrauchsmustergesetzes Rechte demnach nicht geltend machen können. Alle Nachrichten über die praktische Ausführung jener in den Feindeslanden erlassenen Bestimmungen sind aber unvollständig, und es ist im eigenen Interesse der Beteiligten erwünscht, daß die einzelnen Fälle, in denen gewerbliche Schutzrechte Deutscher durch kriegsrechtliche Anordnungen feindlicher Behörden tatsächlich betroffen worden sind, genau und erschöpfend dargestellt werden. Anmeldestelle für solche Mitteilungen ist das Patentamt. Von kritischen und wirtschaftlichen Erörterungen ist bei Anzeigeerstattung abzusehen, ebenso soll die Anmeldung von Schadenersatzansprüchen nicht in Frage kommen. Das ist Sache der Regelung im Friedensvertrag.

Ferner sei noch folgendes angeführt. In der Regel wird sich im Frieden niemand darum kümmern, wie ein Patentinhaber tätig wird, keine Behörde kann ihm Weisungen geben oder ihn hindern. Im Krieg aber kann die Ausübung des Patents von der Behörde untersagt werden, die Ausübung kann sich zum Landesverrat gestalten und schwerer Strafe unterliegen. Dementsprechend hat der Oberbefehlshaber in den Marken Ende 1916 für die Stadt Berlin und die Provinz Brandenburg bestimmt, daß es verboten ist, Patente oder Musterschutzrechte, die ein Deutscher oder eine deutsche Firma im Auslande angemeldet oder erworben hat und die einem Ausfuhrverbot unterliegende Gegenstände betreffen, unmittelbar oder mittelbar nach oder in dem feindlichen oder neutralen Auslande zu veräußern oder dort sonst zu verwerten. Gleiches gilt für Fabrikationsgeheimnisse, soweit es sich um einem Ausfuhrverbot unterliegende Gegenstände handelt. Ähnliche Verbote sind von den an anderen Orten zuständigen militärischen Stellen erlassen worden.

Zu vergleichen ist aber auch die Bekanntmachung des preuß. Kriegsministeriums und Reichsmarineamts vom 12 März 1917, die im vaterländischen Interesse verhüten will, daß Erfindungen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung oder der Kriegswirtschaft für erforderlich erachtet wird, zur Kenntnis der Feinde gelangen. Deshalb ist hier angeordnet: keine Veräußerung, Anmeldung, sonstige Mitteilung zur Kenntnis des feindlichen und neutralen Auslands, nach erteiltem Auslandschutz aber Abstandnahme von der Ausführung. (Prüfung durch die beim Patentamt bestehende Nachprüfungsstelle der Heeres- und Marineverwaltung für Auslandsschriftverkehr in Sachen des gewerblichen Rechtsschutzes, Hinweis auf die Strafe aus dem Spionagegesetz und den Landesverratsbestimmungen.)

Verwiesen sei auch auf die Bekanntmachung über den Ausschluß der Öffentlichkeit für Patente und Gebrauchsmuster vom 18. Februar 1917. Erwähnt sei endlich die durch den Krieg veranlaßte Bekanntmachung über Vereinfachungen im Patentamt vom 9. März 1917, die für die deutsche Industrie sehr wesentlich, auf die aber hier nicht näher einzugehen ist.

Kriegsleistungen und Kriegsschäden

von Oberlandesgerichtsrat Dr. Warneyer in Dresden

A. Allgemeine Übersicht.

Unter dem Begriff der Kriegsschäden im weiteren Sinne werden zwei Arten von Vermögensverminderungen zusammengefaßt, die zwar beide durch den Krieg veranlaßt, im übrigen aber völlig voneinander verschieden sind, nämlich die Kriegsleistungen und die Kriegsschäden im engeren Sinne. Unter ersteren versteht man »öffentlich-rechtliche Verpflichtungen, welche planmäßig verteilt und in einem geordneten Verwaltungsverfahren geltend gemacht werden[1]«; Kriegsschäden dagegen sind alle durch den Krieg verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum; hierunter fallen beispielsweise Schäden durch feindlichen Einfall, durch Plünderung, Beschießung, Versenkung von Schiffen u. dgl.

Die Verpflichtung zu Kriegsleistungen und die dafür zu gewährenden Vergütungen sind durch das Reichsgesetz über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 ein für allemal fest geregelt; die Frage, ob und in welchem Umfang für Kriegsschäden eine Entschädigung vom Reich zu gewähren sei, ist nicht allgemein beantwortet, ihre Regelung ist vielmehr jedesmaligen Spezialgesetzen überlassen worden.

B. Kriegsleistungen.

I. Nach dem Kriegsleistungsgesetz vom 13. Juni 1873 tritt von dem Tage ab, an dem die bewaffnete Macht mobil gemacht wird, die Verpflichtung des Bundesgebietes zu allen Leistungen für Kriegszwecke ein, soweit für die Beschaffung der Bedürfnisse nicht anderweit, insbes. nicht durch freien Ankauf bzw. Barzahlung oder durch Entnahme aus den Magazinen gesorgt werden kann. Für die Kriegsleistungen ist Vergütung aus Reichsmitteln zu gewähren. Als einzelne Leistungen werden in § 3 des Gesetzes aufgezählt:

1) Gewährung des Naturalquartiers für die bewaffnete Macht einschließlich des Heergefolges sowie der Stallung für die zugehörigen Pferde;

2) Gewährung der Naturalverpflegung für die auf Märschen und in Kantonierungen befindlichen Truppenteile sowie der Furage für die zugehörigen Pferde;

3) Überlassung der im Gemeindebezirk vorhandenen Transportmittel und Gespanne für militärische Zwecke und Stellung der in der Gemeinde anwesenden Mannschaften zum Dienst als Gespannführer, Wegweiser und Boten sowie zum Wege-, Eisenbahn- und Brückenbau, zu fortifikatorischen Arbeiten usw.;

[1] Laband, »Deutsche Juristen-Zeitung«, 1915, S. 441.

4) Überweisung der für den Kriegsbedarf erforderlichen Grundstücke und vorhandenen Gebäude sowie der im Gemeindebezirke vorhandenen Materialien zur Anlegung von Wegen, Eisenbahnen, Brücken, Lagern, Übungs- und Biwakplätzen, zu fortifikatorischen Anlagen und zu Fluß- und Hafensperren;

5) Gewährung des im Gemeindebezirk vorhandenen Feuerungsmaterials und Lagerstrohs für Lager und Biwaks;

6) Gewährung der sonstigen Dienste und Gegenstände, deren Leistung bzw. Lieferung das militärische Interesse ausnahmsweise erforderlich machen könnte, insbesondere von Bewaffnungs- und Ausrüstungsgegenständen, Arznei- und Verbandmitteln, soweit die hierzu erforderlichen Personen und Gegenstände im Gemeindebezirk anwesend bzw. vorhanden sind.

Die Zivilbehörden bestimmen auf Requisition der Militärbehörde, in welchen Fällen und in welchem Umfang die vorgenannten Verpflichtungen einzutreten haben; auch kann die Militärbehörde die Leistungen in dringenden Fällen unmittelbar von den Leistungspflichtigen requirieren. Für die vollständige und rechtzeitige Erfüllung der geforderten Leistungen sind die Gemeinden verantwortlich, sie sind aber berechtigt, zu diesem Zwecke die Gemeindemitglieder zu Naturalleistungen und Diensten aller Art heranzuziehen, insbesondere auch die im Bezirk gelegenen Grundstücke und Gebäude zu benutzen und sich nötigenfalls zwangsweise in deren Besitz zu setzen.

Die in der Gemeinde durch die Leistungen entstehenden Barkosten sind von den zur Teilnahme an den Gemeindelasten Verpflichteten aufzubringen. Den mit Naturalleistungen oder Diensten in Anspruch Genommenen hat die Gemeinde Vergütung zu gewähren, wofür sie Entschädigung aus Reichsmitteln erhält. Die Höhe der Vergütung wird in der Regel nach Durchschnittssätzen berechnet und auf Grund sachverständiger Schätzung festgestellt. Die Vergütung für die oben unter Nr. 6 aufgeführten Leistungen ist aus den »bereitesten Beständen der Kriegskasse« bar zu bezahlen. Über die Vergütungsansprüche aller übrigen Kriegsleistungen werden verzinsliche Anerkenntnisse ausgestellt, die nach Maßgabe der verfügbaren Mittel eingelöst werden.

Das Gesetz enthält ferner besondere Bestimmungen bezüglich der Beschaffung von Schiffen und Fahrzeugen, worunter jetzt auch die bei Erlaß des Gesetzes noch nicht bekannten Kraftfahrzeuge fallen, bezüglich Beschaffung der Mobilmachungspferde und hinsichtlich der Eisenbahnen. In § 35 des Gesetzes endlich wird die Ausgleichung besonderer Härten spezialgesetzlicher Regelung vorbehalten und dieser Vorbehalt auf die Entschädigung von Kriegsschäden im engeren Sinne ausgedehnt. In der ersten Richtung ist bis jetzt ein Sondergesetz noch nicht erlassen; wegen der Kriegsschäden s. unten, C. III.

II. Das Kriegsleistungsgesetz vom 13. Juni 1873, einer vergangenen Zeit angehörend, hat den Anforderungen des gegenwärtigen Weltkrieges nicht allenthalben entsprochen. Denn wenn auch in der oben unter 6) wiedergegebenen Vorschrift der Umfang der für den Kriegsbedarf der Enteignung unterworfenen Gegenstände so weit gezogen ist, daß selbst die durch ungewöhnliche Verhältnisse hervorgerufenen außerordentlichen militärischen Bedürfnisse befriedigt werden können[1], so erwies sich doch das in jenem Gesetz vorgeschriebene Verfahren dann als zu schwerfällig, wenn es galt, auf die im Lande vorhandenen Vorräte zurückzugreifen, um durch deren Verarbeitung zu Kriegsbedarfsartikeln den Krieg trotz der Abschneidung der Zufuhr vom Ausland erfolgreich bestehen zu können. Insbesondere standen die für die Inanspruchnahme der erforderlichen Gegenstände geltenden Bestimmungen des Gesetzes einer angemessenen Preisgestaltung und einer beschleunigten und einfachen Sicherstellung für den Bedarf der Militär- und Marineverwaltung entgegen. Und das Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, »das teilweise schärfere Handhaben gewährt[1]«, beschränkt die erweiterten Befugnisse auf die Militärbefehlshaber.

Diese Mängel der bestehenden Gesetzgebung (so führt die amtliche Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, V. Nachtrag, S. 70, aus) waren geeignet, zu einer wirtschaftlichen Schädigung der Gesamtheit unseres Volkes zu führen. Abgesehen von der durch ungerechtfertigte Preistreiberei verursachten erheblichen Erhöhung der Kriegskosten wird der Erfolg wirtschaftlicher Kriegsmaßnahmen wesentlich von der einheitlichen und schleunigen Sicherstellung der Kriegsbedürfnisse abhängen. Zur Abstellung dieser wirtschaftlichen Schädigungen ist deshalb auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes die **Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf** vom 24. Juni 1915 mit Ergänzungen vom 9. Oktober und 25. November 1915 erlassen worden. Sie lehnt sich an das Kriegsleistungsgesetz an, erweitert aber dessen einer anderen Art der Kriegführung angepaßte Bestimmungen in einer den Bedürfnissen des gegenwärtigen Krieges besser Rechnung tragenden Weise, ohne den Umfang der Gegenstände, die bereits nach bestehendem Rechte einen Eingriff in die persönlichen Eigentumsverhältnisse im höheren Interesse der Gesamtheit unterliegen, zu vermehren und ohne die anderweit begründeten Befugnisse der Militärbefehlshaber zu beeinträchtigen. Nach § 1 der Bekanntmachung sind enteignungsfähig alle Gegenstände des Kriegsbedarfs sowie Gegenstände, die bei der Herstellung oder dem Betriebe von Kriegsbedarfsartikeln zur Verwendung gelangen können, also Rohstoffe, Halbfabrikate, Schmieröl für Kraftwagen u. dgl. Die Anordnung erfolgt, unbeschadet der Zuständigkeit der Militärbefehlshaber, seitens der bundesstaatlichen Kriegsministerien oder des Reichsmarineamts oder der von diesen bezeichneten Behörden. Mit dem Zugehen der Anordnung an den Besitzer geht das Eigentum über. Dieser ist verpflichtet, die Gegenstände herauszugeben bzw. sie auf Kosten des Erwerbers zu überbringen oder zu übersenden. Bei der Bemessung des Übernahmepreises sollen (wie die Begründung der Bekanntmachung in der »Nordd. Allg. Ztg.« vom 25. Juni 1915 hervorhebt) die Interessen der Reichskasse und damit der Volksgesamtheit durch Beschränkung der unangemessenen Preistreiberei Berücksichtigung finden. Jedoch ist vorgeschrieben, daß der Friedenspreis eine den Umständen entsprechende Erhöhung erfährt. Bei Gegenständen, die nach Kriegsausbruch aus dem Reichsausland eingeführt sind, ist der Einstandspreis des Einführenden zu berücksichtigen. Die Festsetzung des Übernahmepreises, der bar zu bezahlen ist, erfolgt durch ein Schiedsgericht. Das Verfahren vor diesem

[1] Vgl. Lehmann, in »Recht und Wirtschaft«, 1915, S. 234.

[1] Hagelberg, in »Gruchots Beiträgen zur Erläuterung des Deutschen Rechts«, Bd. 60, S. 70.

ist durch die Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte für Kriegsbedarf vom 22. Juli 1915 geregelt. Soweit es sich um das Eigentum feindlicher Ausländer handelt, kann der Reichskanzler im Wege der Vergeltung abweichende Bestimmungen treffen.

Um Gegenstände, unter Umständen schon vor ihrer Erzeugung, für einen etwaigen künftigen Bedarf des Heeres und der Marine zu sichern, kann die Beschlagnahme angeordnet werden. Sie bewirkt, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind, sofern sie nicht mit Zustimmung der beschlagnahmenden Stelle erfolgen. Die Beschlagnahme wird in der Regel der Enteignung vorausgehen und dann erforderlich sein, wenn sich noch nicht endgültig voraussehen läßt, ob die betreffenden Gegenstände ganz oder teilweise zur Herstellung von Kriegsbedürfnissen gebraucht werden und deshalb enteignet werden müssen. Soweit die beschlagnahmte Ware bis zur Enteignung beim Besitzer lagert, ist er zur Verwahrung und zur pfleglichen Behandlung verpflichtet, wofür ihm nach Befinden eine angemessene Entschädigung zu gewähren ist.

Die Einhaltung der Bekanntmachung wird durch strenge Strafvorschriften gewährleistet; eine Bestrafung mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geld bis zu 10000 Mark wird demjenigen angedroht, der der Verpflichtung zur Herausgabe der enteigneten Gegenstände zuwiderhandelt, der unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt, sowie demjenigen, der der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt.

C. Kriegsschäden.

I. Wie schon oben unter B. I. am Schlusse erwähnt ist, enthält der § 35 des Kriegsleistungsgesetzes das Versprechen eines Spezialgesetzes zum Ausgleich von Kriegsschäden. Wenn dort gesagt wird: »Für alle durch den Krieg verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum ... wird der Umfang und die Höhe der etwa zu gewährenden Entschädigung und das Verfahren bei Feststellung derselben durch jedesmaliges Spezialgesetz des Reiches bestimmt«, so geht damit jenes Gesetz »über seinen eigentlichen Rahmen hinaus; denn es handelt sich nicht um Kriegsschäden im allgemeinen, nicht bloß um Beschädigungen von Eigentum, die bei Gelegenheit von Kriegsleistungen vorkommen[1]«, sondern um Beschädigungen, die »durch kriegerische Aktionen und mit solchen im Zusammenhang stehende Handlungen, wie Beschießungen, Brandlegungen, Zerstörung von Häusern, Wasserbauten, Versenkung von Schiffen nebst der Ladung, Truppenbewegungen, Verteidigungsanstalten (Gräben, Barrikaden usw.), Verwüstung und Plünderung[2]« verursacht sind. Eine rechtliche Verpflichtung zum Erlaß eines Spezialgesetzes wegen der Kriegsschäden besteht, wie Laband zutreffend ausführt[3], an und für sich nicht. Daß aber die Absicht bei der Regierung dahin geht, ein solches Gesetz zu schaffen, folgt daraus, daß sie unterm 3. Juli 1916 ein Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden erlassen hat.

II. Bevor wir dieses die künftige Entschädigung vorbereitende Gesetz besprechen, wollen wir noch einen Rückblick auf die zwei nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 ergangenen Entschädigungsgesetze vom 14. Juni 1871 werfen. Das erste betrifft den Ersatz von Schäden an Mobilien und Immobilien, die im Laufe des Krieges seitens des französischen oder deutschen Heeres durch Beschießung in dem bisherigen Bundesgebiet oder in Elsaß-Lothringen belegener Orte oder durch Brandlegung zu militärischen Zwecken in solchen Orten verursacht worden waren. Der Kreis der unter die Entschädigung fallenden Ereignisse war also ziemlich eng gezogen. Das genügte aber für den damaligen Krieg, in dem keine Plünderungen und Verwüstungen, wie im gegenwärtigen durch die Russeneinfälle, vorgekommen waren und der noch keine Zerstörungen durch Luftschiff- und Fliegerangriffe kannte. Die zerstörten Gegenstände wurden nach dem vollen Wert, den sie zur Zeit der Zerstörung gehabt hatten, vergütet; bei bloßen Beschädigungen war für die daraus erwachsene Wertverminderung Ersatz zu leisten. Für Verluste, welche durch Versicherung gedeckt waren, wurde Ersatz nicht geleistet. Entschädigung für Immobilien wurde ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Beschädigten, unter Umständen also auch einem Franzosen, gewährt; Entschädigung für Mobilien dagegen nur solchen Beschädigten, die zur Zeit der Verkündung des Gesetzes in Deutschland ihren Wohnsitz hatten und, falls sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, nur dann, wenn die Regierung ihres Heimatlandes für den gleichen Fall die Gegenseitigkeit zusagte. Die Festsetzung der Höhe der einzelnen Vergütungen erfolgte durch Kommissionen, die von den Landesregierungen zu bilden waren; die Auszahlung der danach festgestellten Vergütung an die Beteiligten lag den Landesbehörden ob.

Das zweite Gesetz vom 14. Juni 1871 betrifft die Entschädigung der deutschen Reederei. Danach sollte den Reedern und den Ladungseigentümern der von Frankreich nicht zurückgegebenen Schiffe und Ladungen deren Wert vergütet, ferner sollten auch Ausgaben und Verluste ersetzt werden, die durch die Aufbringung der Schiffe oder die Wegnahme der Ladungen erwachsen waren.

III. Voraussetzung für den Erlaß eines die Auszahlung von Entschädigungen anordnenden Gesetzes ist das Vorhandensein von Mitteln. Diese Mittel standen 1871 infolge des Friedensschlusses zur Verfügung: die Vergütungen waren zu gewähren »aus den bereitesten Mitteln der von Frankreich zu zahlenden Kriegsentschädigung«. Gegenwärtig muß vom Erlaß eines die Entschädigung durch das Reich endgültig regelnden Gesetzes noch abgesehen werden, da sich erst nach Beendigung des Krieges übersehen läßt, in welchem Umfang das Reich zur Gewährung von Entschädigungen imstande ist. Dagegen erschien ein die Feststellung der Kriegsschäden anordnendes Gesetz geboten, um schon im voraus den Landesregierungen, die Vorentschädigungen gewährt haben, die Gewißheit zu verschaffen, daß die von ihnen gezahlten Vergütungen bei einem etwaigen späteren Ersatz durch das Reich als zutreffend berechnet anerkannt werden.

Die Begründung zu dem Gesetz vom 3. Juli 1916 führt hierzu aus: Die durch den Einfall der feindlichen Heere in den Grenzgebieten des Reiches verursachten

[1] A. M. Liebrecht, Gesetz über die Kriegsleistungen, S. 75; vgl. auch Laband, in der »Deutschen Jur.-Ztg.«, 1915, S. 442.
[2] Hirsch, Das Gesetz über die Kriegsleistungen, S. 231.
[3] A. a. O.; vgl. A. M. Liebrecht, a. a. O., S. 75.

umfangreichen Kriegsschäden und die Zerstörungen und Beschädigungen, welche durch feindliche Flugzeuge innerhalb des Reiches veranlaßt worden sind, machten Maßnahmen der Regierungen der Bundesstaaten zur Beseitigung der in den betroffenen Gebieten entstandenen Schäden erforderlich. Namentlich mußte Preußen dazu schreiten, die Wiederherstellung der zum großen Teil vernichteten Provinz Ostpreußen in Angriff zu nehmen, um der Not der Bewohner zu steuern und das an sich äußerst produktive Gebiet für die Versorgung des Landes wieder nutzbar zu machen. Ostpreußen war zweimal durch den Einfall des Feindes heimgesucht worden. Der erste Russeneinfall begann am 24. August 1914 und endete durch die siegreichen Schlachten bei Tannenberg und an den Masurischen Seen Mitte September 1914. Der zweite Russeneinfall dauerte über den Winter und wurde erst durch die sogenannte Winterschlacht in Masuren im Februar 1915 beendet. Namentlich während dieses Einfalls der Russen war die Provinz Ostpreußen das Opfer schrecklicher Verheerungen und Zerstörungen an beweglichem und unbeweglichem Gute. Besonders die im östlichen und südlichen Teile der Provinz befindlichen Ortschaften wurden durch systematische, von Haus zu Haus bewerkstelligte Brandlegung in einen Trümmerhaufen verwandelt, die Einwohner in großer Zahl nach Rußland weggeschleppt und viel kostbares Eigentum, insbesondere fast alle landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, vernichtet oder weggeführt. Durch die beiden Russeneinfälle wurden 24 Städte, 600 Dörfer, ungefähr 300 Güter und 34000 Gebäude zerstört; rund 100000 Wohnungen wurden gänzlich, ebenso viele teilweise ausgeplündert; 22 Kirchen, 25 Pfarrhäuser und 133 Schulgebäude wurden zerstört. Der Verlust an Pferden allein betrug etwa 90000 Stück. Die Gesamtschäden werden, soweit bisher ersichtlich, auf 1¼—1⅓ Milliarde Mark geschätzt.

Derartigen schweren Heimsuchungen gegenüber mußte der Staat so rasch wie möglich helfend eingreifen. Dies geschah in Verfolg der allerhöchsten Erlasse vom 27. August und 24. September 1914, durch welche unverzügliche Maßnahmen angeordnet wurden, um den geschädigten Bewohnern der Provinz einstweilen die Führung ihres Haushalts-, Wirtschafts- und Gewerbebetriebs zu ermöglichen. Nachdem durch das preußische Gesetz vom 10. November 1914 die erforderlichen Mittel bereitgestellt waren, wurden bis zum 1. März 1916 an Vorentschädigungen im ganzen 427968640 Mark ausgezahlt. Durch die Vorentschädigungen, die auf eine spätere endgültige Entschädigung anzurechnen sind, wurden die zurückgekehrten Bewohner Ostpreußens in den Stand gesetzt, den Haushalts-, Wirtschafts- und Gewerbebetrieb fortzuführen. Darüber hinaus machte es sich bei der immer längeren Dauer des Krieges nötig, der Bevölkerung wieder ein dauerndes und gesundheitlich zweckentsprechendes Unterkommen zu verschaffen, die Wiederbesetzung der Wirtschaften mit Vieh durch Bau von Ställen und die Unterbringung der Ernte in Scheunen zu ermöglichen. Hierzu ist erforderlich, daß den Geschädigten endgültig der volle Betrag desjenigen ausgezahlt wird, was ihnen als Ersatz des erlittenen Schadens gewährt werden soll.

Dabei muß die den Schadenersatz auszahlende Landesregierung (außer Preußen kommen noch die Reichslande sowie wegen Heimsuchungen durch feindliche Flieger namentlich Baden und Württemberg in Betracht) die Gewißheit haben, daß die von ihr gewährte Entschädigung bei einem etwaigen späteren Ersatz durch das Reich nach allen Richtungen als zutreffend berechnet anerkannt wird und das Maß der Entschädigung und die Art der Ermittlung nicht nachträglich vom Reiche angefochten werden kann. Diese Gewißheit wird verschafft durch das mehrerwähnte Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 3. Juli 1916. Dasselbe begründet also noch keine Verpflichtung des Reiches zur Zahlung von Kriegsschäden. Die Landesregierungen, namentlich Preußen, die die Bewohner der verwüsteten Provinzen ganz oder teilweise entschädigen, tun dies zunächst aus ihren Mitteln; und erst wenn nach Beendigung des Krieges die Leistungsfähigkeit des Reiches feststeht, gewinnt das Gesetz vom 3. Juli 1916 seine eigentliche Bedeutung. Es gibt die grundlegenden Vorschriften über die materielle Abgrenzung der für eine etwaige Erstattung durch das Reich in Betracht kommenden Schäden, über die zu ihrer Feststellung berufenen Organe, über das bei der Feststellung einzuhaltende Verfahren, während es die Vorschriften über die Erstattung der so festgestellten (und auf Grund dieser Feststellung von den Landesregierungen verauslagten) Schäden einem weiteren Reichsgesetz vorbehält. Ergeht nach Friedensschluß ein solches, so sind die gemäß dem Gesetz vom 3. Juli 1916 festgestellten, aber auch nur diese Schäden zu vergüten bzw. die von den Landesregierungen verauslagten Vergütungen zu ersetzen.

Gemäß der in § 35 des Kriegsleistungsgesetzes hinsichtlich der Kriegsschäden vorgesehenen Abgrenzung erstreckt sich das Gesetz nur auf die durch den Krieg innerhalb des Reichsgebiets verursachten Sachschäden. Verluste von Forderungen und anderen Rechten, wie z. B. Patentrechte, fallen nicht darunter. Die Bestimmungen über Schäden an Leib und Leben sollen besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten bleiben, ebenso die unter besonderen Gesichtspunkten zu beurteilenden Schäden der Seeschiffahrt, die Schäden in den Schutzgebieten und andere etwa noch in Betracht kommende Schadenskategorien.

Der Kreis der für die Feststellung in Betracht kommenden Schäden wird in § 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1916 wesentlich weiter gezogen als im Gesetze von 1871, nach dem als durch den Krieg verursacht nur solche Beschädigungen galten, die seitens der beiden kriegführenden Heere durch Beschießung oder durch Brandlegung zu militärischen Zwecken herbeigeführt waren. Eine Beschränkung auf diese Tatbestände würde den besonderen Verhältnissen des gegenwärtigen Krieges nicht gerecht werden. Vielmehr sollen nach § 2 des neuen Gesetzes als durch den Krieg verursacht gelten:

1) Beschädigungen, die hervorgerufen sind durch die kriegerischen Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte. Unter solchen Unternehmungen sind alle unmittelbar mit der Kriegführung zusammenhängenden Unternehmungen zu verstehen; auch Schäden, die durch feindliche Flieger verursacht sind, fallen darunter.

2) Beschädigungen, die hervorgerufen sind durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung in den vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebieten während der Dauer der Besetzung oder Bedrohung, sofern nicht nachgewiesen wird, daß ein Zusammenhang der Entstehung und des Umfangs des Schadens mit dem Kriege nicht vorliegt. Hierunter fallen alle Schäden, die durch unerlaubte oder eigenmächtige Handlungen ohne Rück-

sicht auf den Urheber, sei es von Angehörigen der Streitkräfte, Marodeuren oder der Bevölkerung unter unmittelbarer Einwirkung kriegerischer Ereignisse verursacht sind. nicht dagegen Schäden, die allein durch Naturereignisse, wie Blitzstrahl, Hochwasser u. dgl., oder auch durch gemeinen Diebstahl entstehen.

3) Beschädigungen, die hervorgerufen sind durch die Flucht, Abschiebung oder Verschleppung der Bevölkerung oder die Wegschaffung ihrer Habe aus den vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebieten. Hierunter fallen auch Schäden, die durch unerlaubte oder eigenmächtige Handlungen der Flüchtlinge oder durch das von ihnen mitgenommene Vieh verursacht sind, ferner Schäden an Grundstücken und zurückgelassenen Gegenständen, sofern sie auf die mangelnde Aufsicht oder Fürsorge während der Abwesenheit der Bevölkerung zurückzuführen sind.

Was die Höhe des Schadens anlangt, die der Feststellung zugrunde gelegt werden soll, so bestimmt § 3 des Gesetzes, daß bei Vernichtung der Sache der volle Wert, bei Beschädigung die Wertminderung festgestellt werden soll. Die Bestimmung des Gesetzes von 1871, nach welcher der Wert zur Zeit der Zerstörung maßgebend sein soll, ist nicht übernommen worden. Damals spielten bei der kurzen Dauer des Krieges die Wertsteigerungen während des Krieges nur eine geringe Rolle; Friedenspreis und Preis der Zerstörung deckten sich in den meisten Fällen. Im gegenwärtigen Kriege ist jedoch die Wertsteigerung für die meisten in Frage kommenden Gegenstände eine erhebliche geworden. Sie soll innerhalb angemessener Grenzen Berücksichtigung finden. Grundsätzlich wird daher bestimmt, daß der normale Friedenspreis der Bewertung zugrunde gelegt, daß aber Zustandsveränderungen, die die Sache nach dem Kriegsausbruche erfahren und ihren Wert nach unten oder oben verändert haben, berücksichtigt werden sollen. Bei Erwerbungen, die nach Ausbruch des Krieges mit höheren Kosten stattgefunden haben, sind diese in angemessener Weise in Rechnung zu stellen.

Aus Gründen der Billigkeit kann ferner ein angemessener Zuschlag zu dem Friedenswerte festgesetzt werden. Insbesondere soll dies dann geschehen, wenn die erforderliche Ersatzbeschaffung höhere Kosten verursacht. Diese Ausnahmebestimmung trägt beispielsweise der Tatsache Rechnung, daß der Ersatz für Hausrat, Inventarien oder Baulichkeiten zu den ehemaligen Friedenspreisen nicht wieder beschafft werden kann. Ebenso ist dabei an Ernten und Waren gedacht, deren tatsächlicher Wert schon bald nach Kriegsausbruch die Friedenspreise so erheblich überstieg, daß eine Vergütung nur nach diesen zu einer Zeit, in der die allgemeinen Betriebsunkosten sehr erheblich gewachsen sind, in zahlreichen Fällen die Fortführung der Betriebe in Frage zu stellen vermöchte.

Der Verlust von Wechseln oder Schecks wird nicht festgestellt, der Verlust von anderen Wertpapieren nur, soweit der Geschädigte nicht im Wege des Aufgebots Ersatz erlangen kann.

Soweit ein Verschulden des Geschädigten bei der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat, wird dieser nicht festgestellt; ebensowenig insoweit, als er durch Versicherung oder einen sonstigen Anspruch auf Ersatzleistung gedeckt ist. Dagegen bleiben Liebesgaben oder sonstige Schenkungen außer Betracht.

Berechtigt, den Antrag auf Feststellung der Beschädigung zu stellen, ist der Geschädigte, d. h. der Eigentümer oder der, welcher sonst die Gefahr des Untergangs der vernichteten Sache trägt. Auch der dinglich Berechtigte, also z. B. ein Hypothekengläubiger, ist antragsberechtigt; das ist wichtig für Fälle, wo der Eigentümer, z. B. wegen Überschuldung des Grundstücks, den Antrag nicht stellt.

Die Bestimmung des Entschädigungsgesetzes von 1871, wonach die Entschädigung auch Ausländern gewährt wurde (bei Immobilien schlechthin, bei Mobilien, wenn die Gegenseitigkeit verbürgt war), konnte nicht herübergenommen werden. Denn die Verhältnisse des Angehörige aller Staaten mehr oder weniger schädigenden Weltkrieges machten eine solche allgemeine Bestimmung unmöglich. Deshalb ist grundsätzlich antragsberechtigt nur, wer die Reichsangehörigkeit besitzt; Angehörige anderer Staaten bedürfen zur Stellung des Antrags der Genehmigung des Reichskanzlers. Unwürdigen Personen, die sich bestimmter Vergehen gegen die Sicherheit des Reiches schuldig gemacht oder versucht haben, auf unlauterem Wege das Feststellungsverfahren zu beeinflussen, kann die Feststellung versagt werden.

Als Feststellungsbehörden werden Ausschüsse, Oberausschüsse und ein Reichsausschuß gebildet. Den beiden ersten liegt die Ermittlung des Sachverhalts ob, die Nachprüfung des Reichsausschusses bleibt auf rechtliche Gesichtspunkte beschränkt. Das Verfahren, das kosten- und gebührenfrei ist, wird im einzelnen geregelt durch die **Bekanntmachung, betreffend das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 19. September 1916.**

D. Vereinbarung mit Österreich-Ungarn über Entschädigungen für Kriegsleistungen und Kriegsschäden.

Die Verhältnisse des gegenwärtigen Weltkrieges haben es mit sich gebracht, daß sich deutsche Truppen auf österreichisch-ungarischem Gebiete bewegen, wie auch umgekehrt Truppen der österreichisch-ungarischen Monarchie auf deutschem Gebiet. Die Frage in welcher Weise die hierbei erforderlichen Requisitionen und unvermeidlichen Schäden auf bundesfreundlichem Gebiete zu entschädigen seien, bedurfte einer gemeinsamen Regelung seitens der zwei verbündeten Reiche. Diese ist erfolgt durch die **Vereinbarung mit Österreich-Ungarn über die Regelung der Entschädigungen für Kriegsleistungen und Kriegsschäden vom 5. Februar 1916.** Danach werden die von deutschen Truppen auf österreichisch-ungarischem Staatsgebiet vorgenommenen Requisitionen von Verpflegungs- und Transportmitteln, ferner die Inanspruchnahme von Grundstücken und Gebäuden zu Lazaretten und zur Unterbringung von Truppen oder Heeresbedarf von den österreichisch-ungarischen Behörden nach den in der Monarchie bestehenden Kriegsleistungsgesetzen vergütet, sofern die Barzahlung nicht schon durch deutsche Truppen selbst erfolgt ist. Die Zahlungen der österreichisch-ungarischen Behörden werden als vorschußweise geleistet angesehen und sind zu erstatten. Entsprechend sind die von österreichisch-ungarischen Truppen auf deutschem Reichsgebiet in Anspruch genommenen Leistungen dieser Art nach den hierfür geltenden Bestimmungen des deutschen Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 zu behandeln und von den deutschen Behörden vorschußweise gegen spätere Erstattung zu bezahlen.

Diejenigen Leistungen des Freundeslandes und die dort verursachten Schäden dagegen, die sich aus taktischen Zwecken dienenden operativen Maßnahmen



des Heeres ergaben, belasten den Staat, in dessen Gebiet die Leistung erfolgt oder der Schaden verursacht ist. Als solche Leistungen sind anzusehen: das Ausheben von Schützengräben, der Bau von Unterständen, die Herstellung von Befestigungsanlagen, die Zerstörung oder teilweise Wiederherstellung von Baulichkeiten usw. Eine vorschußweise Zahlung dieser Leistungen und Schäden ist ausgeschlossen. Die Anspruchsberechtigten haben sich vielmehr lediglich an die Behörden ihres Landes zu wenden.

Die wirtschaftliche Lage unserer Gegner

von Privatdozent Dr. **Emil Lederer in Heidelberg**

Auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Quellen sind wir noch nicht imstande, uns ein zuverlässiges Bild über die Kriegswirtschaft unserer Gegner im einzelnen zu machen. Aber wir sind doch in der Lage, den grundlegenden Verlauf der Kriegswirtschaft zu skizzieren, das Charakteristische daran hervorzuheben, zu untersuchen, worin sich die Eigenart ihrer Wirtschaft im Kriege ausprägt. Denn die einzelnen Länder werden, je nach ihrer wirtschaftlichen Struktur, auf ganz verschiedene Art und Weise in den Krieg hineingezogen.

Die enge Verflechtung von Krieg und Wirtschaft ist erst möglich, seitdem es überhaupt eine Volkswirtschaft gibt. Die Volkswirtschaft im Sinne einer lebendigen Durchdringung der Wirtschaftskräfte, einer völligen Abhängigkeit jedes einzelnen in der Wirtschaft von der Gesamtheit der übrigen Volksgenossen, der Empfindlichkeit jedes Einzelschicksals gegenüber Wandlungen in den Schicksalen anderer — alles, was uns heute selbstverständlich erscheint, ist Ergebnis der jüngsten Entwicklung. Unverbunden standen ehedem die kleinen Wirtschaftsgebiete nebeneinander: das massive Gewicht der landwirtschaftlichen Erzeugnisse verbot deren Transport über weitere Entfernungen, und diese urwüchsige Schwerfälligkeit schlug den Verkehr überhaupt in Fesseln, verhinderte die Verschmelzung der schon politisch geeinigten Staaten zu einheitlichen Wirtschaftsgebieten, die überall die leichtere Beweglichkeit der Agrarprodukte (in früherer Zeit auf dem Wasserwege, späterhin allmählich durch die Eisenbahn) zur Voraussetzung hat. Infolgedessen hat ebensowenig die Friedens- wie die Kriegswirtschaft eines Staates in der Vergangenheit einen einheitlichen Zug: das Land ist Objekt des Krieges, er wird in ihm geführt, die Verwüstungen des Krieges ergreifen den Landstrich, in dem er tobt, sie wirken aber nicht wesentlich darüber hinaus. Erst die moderne Volkswirtschaft — zum erstenmal England in den Napoleonischen Kriegen — ist als zusammenhängendes Ganze auch in ganzem Umfang in den Krieg verstrickt, während der Krieg 1870 71 zu kurz war, zu sehr beschränkt in seinem Wirkungsbereich, als daß er zum Vergleich herangezogen werden könnte.

An anderer Stelle (Bd. I, S. 382ff.) wurden die Bedingungen erörtert, unter denen die deutsche Volkswirtschaft in den Krieg trat. Die militärischen Tatsachen waren (wenn wir von England absehen) überall die gleichen: überall allgemeine Wehrpflicht mit weitgehender Heranziehung der ausgebildeten und unausgebildeten Reserven und ungeheure Anforderungen an die Rüstungsindustrien. Die Art, wie die einzelnen Volkswirtschaften auf diese Lage reagierten, ist aber sehr verschiedenartig und von der Struktur der Volkswirtschaften abhängig.

Nur von diesen die Substanz der Volkswirtschaft betreffenden Einwirkungen und Veränderungen soll im folgenden die Rede sein. Sie zeichnen sich bei längerer Dauer des Krieges immer deutlicher ab. Hingegen muß darauf verzichtet werden, die Finanzierung des Krieges in den Ländern, mit denen Deutschland im Kriege steht, darzustellen. Nur kurz sei erwähnt (weil das auch für die Kriegswirtschaft von größter Bedeutung ist), daß von den kriegführenden Staaten lediglich England den Grundsätzen seiner bisherigen Währungspolitik einigermaßen treu geblieben ist, die Einlösbarkeit seiner Noten nicht aufgehoben und seine Währung durch energische Abstoßung von Wertpapieren ins Ausland aufrechterhalten hat. Es hat, wenngleich unter Opfern, derart das Verhältnis zwischen den englischen und den Zahlungsmitteln des neutralen Auslandes ziemlich (mit geringen Einbußen) gehalten und sich einen relativ glatten Übergang in die Friedenswirtschaft gesichert. Es hat auch dadurch — was besonders wichtig ist — beruhigend auf die Preisbildung wirken und einen Teil der Kriegslasten auf die neutralen Staaten übertragen können. Über diesen Zusammenhang soll unten noch gesprochen werden. Frankreich, Rußland und Italien hingegen waren nicht stark genug, um diesem Beispiele zu folgen.

Ein moderner Staat wird verschieden auf den Krieg reagieren, je nachdem er überwiegend Industriestaat, überwiegend Agrarstaat ist oder beide Tätigkeitsgebiete in harmonischer Weise entwickelt hat, ferner anders, je nachdem seine Volkswirtschaft in Ausdehnung, in kräftigem Wachstum begriffen ist oder stagniert, ob sie, um die herrschenden wissenschaftlichen Ausdrücke zu verwenden, dynamisch oder statisch ist. Er wird anders reagieren, je nachdem die Einkommens- und Vermögensverteilung eine ziemlich gleichmäßige, demokratische, oder eine ungleichmäßige ist, ob also eine weitgehende Konzentration von Vermögen und Einkommen vorhanden ist oder nicht; anders, je nachdem welche Industriezweige besonders entwickelt sind (ob Halbfabrikate- oder Fertigfabrikateerzeugung, ob Massenwaren oder Luxuswaren, ob Metall- oder Textilindustrie überwiegt). Danach könnten wir also eine ganze Typologie entwickeln, für die wir in der Gegenwart nicht alle Fälle realisiert finden würden. Es kann sich nur darum handeln, die konkreten Fälle, die uns hier beschäftigen sollen, an die entsprechenden Stellen zu setzen.

England. Der überwiegende Industriestaat wird in der Reihe der gegnerischen, kriegführenden Mächte am deutlichsten durch England repräsentiert. Der englische Industrialismus ist die direkte Folge der Napoleonischen Kriege. In diesen hat sich die englische Textilindustrie mächtig entwickelt, alle die Erfindungen des 18. Jahrhunderts gewannen nun erst gesteigerte ökonomische Bedeutung. — Während die europäischen Staaten von der schweren Not des Krieges durch viele Jahre hindurch erfaßt, von gewaltigen, dauernden Rekrutierungen erschöpft wurden, konnte

England seine Industrie entwickeln; trotz der Kontinentalsperre waren die Napoleonischen Armeen in englisches Tuch gekleidet. Wenngleich die Blüte des Wirtschaftslebens nicht ungetrübt war, sich Reichtum und Macht bei kleinen Schichten ansammelten, wenngleich nach dem Kriege der Rückschlag kam, als die erwartete Nachfrage für die englischen Erzeugnisse auf dem europäischen Festland nicht den gehegten Erwartungen entsprach — soviel ist sicher, daß England durch die Napoleonischen Kriege einen ungeheuren Vorsprung gewann, der viele Jahrzehnte hindurch nicht einzuholen war. Diese Industrialisierung hatte, mit der gleichzeitigen Heranziehung aller verfügbaren Kräfte, wachsende Knappheit an Agrarprodukten, steigende Preise und schließlich bekanntlich Hinwegräumung der Kornzölle, Durchführung des Freihandelsprinzips zur Folge. Der bei hohen Preisen rentable Getreidebau mußte jetzt auf die fruchtbareren Böden eingeschränkt werden. Allerdings ist der Rückgang der englischen Landwirtschaft nicht allein aus dieser Tatsache, sondern auch aus der Besitzverteilung zu erklären; der Großgrundbesitz reagiert stärker auf die Preise als der Kleinbesitz, der bis zu einem gewissen Grade die Intensität der Bewirtschaftung bei sinkenden Preisen nicht verringert. Aber der Großgrundbesitz ist entweder Kapitalsanlage und dann sehr empfindlich gegenüber den Preisen, oder er ist und wird (wie in England) in immer steigenderem Umfange *sozial* bedeutsam, wird dann zu Fideikommissen und zu Jagdgebieten umgewandelt. Je mächtiger die englische Industrie, je beherrschender der englische Geldmarkt wurde und die Reichtümer der Welt nach England lenkte, je erfolgreicher im 19. Jahrhundert die englische Kolonialpolitik wurde, desto mehr schrumpft die englische Landwirtschaft ein, desto geringer wird ihre Intensität. So wurde England ein überwiegender Industriestaat und trat als solcher in den Krieg ein.

Für die englische Kriegswirtschaft ist wesentlich, daß die Landwirtschaft zu Kriegsbeginn sehr geringe Kräfte beanspruchte, daß die Bevölkerung größtenteils in der Industrie und im Handel tätig war und daß keine allgemeine Wehrpflicht herrschte. Die Kriegswirtschaft Englands konnte daher im Beginn am ähnlichsten der Friedenswirtschaft bleiben. Das Wort Business as usual hat nicht nur die fatale Nebenbedeutung, die England als einen einzigen großen Kriegslieferanten erscheinen ließ, der den Krieg seiner Bundesgenossen finanzierte und für ihn arbeitete, es hatte zugleich den Sinn, daß sich die englische Volkswirtschaft in ihrer Struktur am wenigsten hätte umwandeln müssen, wenn der Krieg in den ursprünglichen Ausmaßen geblieben wäre. Die englische Regierung plante offenbar auf folgende Weise den Krieg zu führen: Auf dem Festland kämpft ein starkes, während des Krieges noch zu steigerndes Expeditionskorps an Seite der französischen und belgischen Armeen. In England selbst gehen Industrie und Landwirtschaft ruhig ihren Gang weiter, sie lassen sich durch den Krieg nicht beirren; soweit ihre Erzeugnisse direkt für Rüstungszwecke brauchbar sind, sollen sie hierzu verwendet werden, soweit jedoch nicht, soll die Industrie der Verbündeten und darüber hinaus in erster Linie diejenige Amerikas die notwendigen Erzeugnisse (insbesondere auch Agrarprodukte) liefern. Dazu dient vor allem die Erhebung hoher direkter Kriegssteuern (ein alter englischer, schon in den Napoleonischen Kriegen geübter Brauch). Mit dem in die Staatskassen fließenden Geld werden in erster Linie die im Inland für Kriegsbedürfnisse erzeugten Güter bezahlt. Diese gehen in den staatlichen, anstatt in den privaten Konsum ein. Die Erzeugnisse der *eigenen* Industrie und Landwirtschaft sollen also möglichst sofort durch Einnahmen aus hohen Kriegssteuern bezahlt werden. Die Einfuhr soll durch die Ausfuhr soweit wie möglich kompensiert werden. Um mehr ausführen zu können, muß der eigene Verbrauch möglichst eingeschränkt werden; wird weniger im eigenen Lande verbraucht, so kann mehr ausgeführt und mit der Ausfuhr die Einfuhr bezahlt werden. Die Einfuhr erfolgt für Rechnung der Regierung, für Zwecke des Heeres oder der Verbündeten; die Ausfuhr schafft private Kaufkraft, freie Einkommens- und Vermögensmassen in den Händen von Privaten. Die Brücke zwischen Privaten und Regierung wird dadurch geschlagen, daß diese Eigner von Kaufkraft kurz- oder langfristige Anleihen zeichnen. Auf diese Weise wird der Kreislauf geschlossen.

Das Eigentümliche dieser Kriegswirtschaft besteht darin, daß sie die Friedenswirtschaft unverändert, nur noch gesteigert, weiterführen sollte. Die Wirtschaft sollte nicht neue Bahnen einschlagen, sondern die Kriegskosten sollten im Wesen durch Einschränkung des Verbrauchs gedeckt werden.

Mehrere Umstände verhinderten die Verwirklichung dieses Planes. Der rasende Munitionsverbrauch steigerte die Notwendigkeit fremder Einfuhr; die wachsenden Ansprüche des Heeres drängten zur Dienstpflicht und schwächten infolgedessen die Kraft der englischen Industrie. Die Expeditionen nach den Dardanellen, nach Asien, Saloniki beanspruchten einen riesenhaften Frachtraum, erhöhten die Frachtraten und verteuerten auf diese Weise die Einfuhren, erschwerten die Ausfuhren. In der letzten Zeit[1] wirkte der Unterseebootkrieg in derselben Richtung. Aus diesen Gründen wurde das ursprüngliche Programm nicht aufrechterhalten. England organisierte, ebenso wie Deutschland, seine Industrie um — suchte immer mehr das Kriegsmaterial im eigenen Lande zu erzeugen, um auf diese Weise die Einfuhren auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken. Aber immer noch ist seine Kriegswirtschaft dadurch gekennzeichnet, daß es möglichst viel ausführt und möglichst hohe direkte Steuern erhebt. Es hat sich auch bisher noch nicht zu einer Regelung der Wirtschaft, insbesondere nicht zu einer zwangsweisen Regelung des Verbrauchs entschlossen. Eine solche würde ja in England viel größerem Widerstand als in Deutschland begegnen.

Auf zwei Momente in der englischen Kriegswirtschaft sei wegen ihrer Bedeutung nochmals hingewiesen, zunächst die Höchstanspannung der Steuerleistung im Kriege. Es wurden die Einkommensteuern außerordentlich erhöht, und namentlich wurden die Kriegsgewinne von vornherein mit ganz enormen Sätzen zur Deckung der Staatslasten herangezogen. Die Mehrgewinne in der Kriegsindustrie sind zum größten Teil konfisziert worden. Die Steuer ist auf diese Weise so hoch, daß eine Überwälzung durch Preiserhöhung bereits unmöglich ist. Dieser rücksichtslosen Erfassung der Kriegsgewinne und der für deutsche Begriffe grotesken Ausgestaltung der Einkommensbesteuerung geht parallel eine bewußte und erfolgreiche Lohnpolitik der Gewerkschaften. Als zweites Moment kommt in der Gestaltung der englischen Kriegswirtschaft zum Ausdruck, daß England als ein demokratisches Land ohne allgemeine Wehrpflicht in den Krieg eintrat.

[1] Geschrieben Mitte Juni 1917.

Die Arbeitermassen standen nicht von vornherein unter der militärischen Befehlsgewalt; ihre gewerkschaftlichen Organisationen waren nicht zur Ohnmacht verurteilt, sie konnten wie die Unternehmer den Krieg als eine Konjunktur benutzen. So konnten die Arbeiter Kriegsgewinne erzielen, und auch die späterhin von der Regierung durchgesetzte Aufhebung der Gewerkschaftsregeln dürfte kein Sinken des hohen Lohnniveaus zur Folge gehabt haben, da ja inzwischen die Anforderungen an die Industrie gestiegen und die Zahl der Arbeiter zurückgegangen war. Diese beiden Umstände wirken dahin, daß die Umschichtung in Vermögen und Einkommen, die damit gegebenen sozialen Verschiebungen in England nicht in so hohem Maße als in den übrigen kriegführenden Ländern erfolgt sein dürften. Genaues kann darüber heute[1] um so weniger gesagt werden, als die lange Dauer des Krieges auch in England die gleichen charakteristischen Eigentümlichkeiten der Kriegswirtschaft hervortreten ließ und allmählich alle die Begleiterscheinungen mit sich brachte, die den Krieg in Deutschland schon im ersten Jahre kennzeichneten.

Wenn wir den Verlauf der Kriegswirtschaft in England in einem Worte zusammenfassen wollen, so können wir sagen: Englands Volkswirtschaft ist nur allmählich und gleichsam widerstrebend in eine Kriegswirtschaft umgewandelt worden; und insofern hat England tatsächlich einen Vorsprung vor den übrigen kriegführenden Staaten (auch seinen eigenen Verbündeten gegenüber). Ob dieser Vorsprung durch die größeren Kriegsausgaben Großbritanniens wettgemacht wird, kann heute noch nicht beurteilt werden. Der Handelskrieg Englands war dazu bestimmt, Deutschlands Kraft im Kriege zu schwächen und so den Sieg der Entente herbeizuführen; obwohl dies nicht gelang, so hat er doch die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands unterbrochen und schon dadurch direkt und indirekt die Englands gestärkt. Gerade dieser Unterschied, daß sich Deutschland während des Krieges vom Weltmarkte fernhalten mußte, während England seine Beziehungen aufrechterhalten und ausbauen konnte, dürfte als Gesamtergebnis bringen, daß England leichter und rascher wieder in die Friedenswirtschaft eintreten kann, die es auch während des Krieges nicht verlassen hat.

Frankreich. Die Volkswirtschaft von Frankreich zeigt ein ganz anderes Gesicht. Eine erfolgreiche, aber nicht sonderlich ausgedehnte Industrie, ein hochentwickeltes Luxusgewerbe, zum Teil zur Luxusindustrie gesteigert, eine intensive, in ziemlich demokratischer Besitzverteilung gegebene Landwirtschaft mit sehr hoher Kultur und eine stagnierende Bevölkerung. Frankreich galt ehedem als das reichste Land Europas, ja der Welt. Diesen Reichtum verdankt es der großen Fruchtbarkeit seines Bodens und der Tatsache, daß es die Bezugsquelle aller wesentlichen Luxusprodukte seit Jahrhunderten ist. Je mehr die Agrarprodukte in der Gesamtversorgung zurücktreten und je mehr auch in anderen Ländern Luxusindustrien entstehen, je mehr die industrielle Entwicklung breite kaufkräftige Schichten und Arbeitermassen schafft, die immerhin auch Industrieprodukte konsumieren, verschiebt sich der Schwerpunkt des wirtschaftlichen Lebens von Frankreich, von Paris weg. Hierbei spielt die stagnierende Bevölkerung zweifellos eine sehr erhebliche Rolle; Familien, die sich nicht vergrößern, haben auch nicht den unbezähmbaren Trieb, ihren Reichtum zu vermehren, da das Erworbene nicht den Gefahren einer starken Zersplitterung unterliegt. Der Reichtum wächst unter diesen Umständen langsam, aber stetig an, und erst die Geldentwertung zu Ende des 19. Jahrhunderts hat diese stagnierende Volkswirtschaft wohl etwas in Bewegung gesetzt.

Es ist die Eigentümlichkeit der französischen Volkswirtschaft, langsam zu akkumulieren. Die Akkumulation erfolgt nur zum Teil in der Industrie. In erheblicherem Umfang ziehen es die Franzosen vor, die Ersparnisse ihrer Jugend in Rentenpapieren anzulegen, die ihnen im Alter bescheidene, aber sichere Einkünfte verheißen. Der französische Staat mit seinen ungeheueren Schulden hat das Seinige dazu getan, um den treuen Staatsbürger zum Rentner zu erziehen. Er hat den Franzosen daran gewöhnt, Renten zu besitzen, und diese Gewohnheit, Renten zu kaufen, hat sich späterhin (mit Wissen und Unterstützung der Regierung) auch auf die ausländischen Anlagen übertragen, so daß Frankreich der große Gläubiger der ganzen Welt wurde. Nicht nur ökonomische Gründe führten dahin — denn das Kapital hätte ja auch in industriellen Anlagen im Auslande Verwertung finden oder das französische Wirtschaftsleben selbst hätte durch Beeinflussung durch die Regierung ein lebhafteres Tempo annehmen können —, sondern die französische Regierung sah es nicht ungern, wenn ihre Sparer der ganzen Welt Kredit gaben und so das politische Gewicht Frankreichs steigerten. Diese politischen Nebengründe müssen sogar sehr erheblich gewesen sein, da schon die französischen Kolonien die Möglichkeit geboten hätten, große Kapitalien anzulegen.

Diese stagnierende Volkswirtschaft, deren Reichtum weiter wächst, aber nur zum Teil als Folge eigener intensiver Arbeit und zum großen Teil als Folge kluger Sparsamkeit und unter Nutznießung fremder Arbeitsfrüchte, kennt daher nicht die Überraschungen moderner Konjunkturen, kennt kein »amerikanisches« Tempo wie Deutschland; in ihm gibt es noch eine breite Schicht eines soliden Kleinbürgertums, das sich mit 50 Jahren zur Ruhe setzt; und so wie auch noch die Industrie mit handwerkerlichen Elementen stark durchsetzt ist, so bewegt sich namentlich die französische Provinz noch in den Formen behaglichen kleinstädtischen Lebens. Das Ideal einer frühen bequemen Altersruhe, in der man das Leben genießt, stammt aus Frankreich, und wie hier der Beamte nicht sein ganzes Wesen dem Staat, so gibt auch der Kaufmann und Gewerbtreibende nicht sein ganzes Leben dem Beruf.

Frankreich zeigte also wirtschaftlich eine außerordentlich große Stabilität. Sein Wirtschaftsprozeß kann am ehesten in Europa als statisch bezeichnet werden (darin ist etwas an die österreichische Provinz Gemahnendes). Auch das Geldwesen (dessen Verfassung für die Kriegswirtschaft ja überall von Bedeutung ist) zeigt dieses Gepräge; es ist noch ähnlich, wie es Bagehot in seinem berühmten Buche über Lombardstreet (1873) beschrieb, daß in Frankreich die Banken nicht die Reservoire des Kaufmanns und Produzenten sind.

Man hält in Frankreich überall große Kassenbestände in Hartgeld; jeder hat seine individuellen Reserven, und deshalb konnte England in einem Zeitpunkt schon der Bankier der Welt werden, als Frankreich an Reichtum noch weit überlegen war, aber seine Reichtümer verborgen hielt und nicht in den Banken »arbeiten« ließ. Späterhin wurde nun —, wie erwähnt — Frankreich der Gläubiger der ganzen Welt, aber nicht als

[1] Vgl. die Fußnote zur vorhergehenden Seite.

Geldgeber auf dem offenen Markte, sondern als Übernehmer von langfristigen Anleihen. Auch hier also nicht durch Eintritt in das Getriebe des Kapitalismus, nicht durch Beteiligung an industriellen, möglicherweise gewagten, aber auch gewinnversprechenden Unternehmungen, sondern durch Darlehen an fremde Staaten. Auch die Kassenbestände, die in die Banken fließen, gehen nur zum geringsten Teil als Kredite an die Industrie. Das Wirtschaftsleben in Frankreich ist ruhiger, es bewegt sich mehr als anderwärts in denselben Geleisen von Generation zu Generation.

In den letzten Jahren hatte man geradezu das Gefühl, daß Frankreich in seinem Reichtum hinter dem anderer Länder zurückbleibe. Nicht als ob die Wohlhabenheit seiner Bewohner abnehme, denn der Reichtum des Landes an Werten. Ackerbau, Viehzucht, Warenproduktion, Gewerbe geht ja nicht zurück, und die Bevölkerungszahl bleibt im wesentlichen gleich. Aber das Tempo des Wachstums hat doch stark abgenommen. Und über diese Abnahme des Tempos hinaus muß durch die Abnahme des Geldwertes Frankreich — wie alle Länder, deren Kapital auf Zins angelegt ist — in seinem Reichtum getroffen werden. Wenn Frankreich z. B., ganz willkürlich angenommen, 20 Milliarden in fremden Staatspapieren anlegt, die sich durchschnittlich zu 5 Proz. verzinsen, so läuft es ein doppeltes Risiko, daß der Zinsbetrag von 1 Milliarde bei Geldentwertung nicht so viel Güter kaufen kann wie zur Zeit der Ausleihung und daß zweitens dieses Kapital — bei allmählich steigendem Zinsfuß — überdies nicht mehr in denselben Kapitalbetrag zurückgelöst werden kann, sondern etwa, wenn der Zinsfuß von 5 auf 6 Proz. steigt, der Kapitalwert dieser Rentenpapiere nur mit 16²/₃ Milliarden zurückgelöst werden kann, die überdies ihrem Geldwert nach weniger repräsentieren als 16²/₃ Milliarden zur Zeit der Verleihung. Tatsächlich sind die letzten Jahre nun solche der Geldentwertung gewesen, und es hat daher ein Teil des französischen Volksvermögens eine Entwertung durchgemacht, die bei Kapitalanlagen in ausländischen Industrien natürlich nicht eintritt, da diese bei gleichmäßiger Geldentwertung um so viel mehr im Geldausdruck repräsentieren, als die Geldentwertung beträgt.

Mit diesen veralteten Zuständen der französischen Volkswirtschaft hängt es zusammen (was für die Kriegswirtschaft von großer Wichtigkeit ist), daß die Zahlungssitten in Frankreich und die ganze Verfassung des Geldmarktes etwas veraltet sind. Die Kassenbestände fließen zwar durch mehrere Zwischenglieder in den Banken zusammen; aber sie gehen aus den obenerwähnten Gründen nicht wieder als Investitionskredite hinaus. Daher ist die französische Volkswirtschaft als Ganzes genommen normalerweise in einem hohen Maß liquide, d. h. sie kann den angesammelten Reichtum (durch Verkauf der Wertpapiere auf den fremden Märkten) zu flüssiger, frei verfügbarer Kaufkraft machen, da ja jede Regierung bis zu einem sehr weitgehenden Umfang ihre auf den Markt geworfenen Anleihepapiere kaufen muß. Ganz anders als eine Volkswirtschaft, die alles verfügbare Kapital in Investitionen festgelegt hat, kann die französische im gegebenen Falle flüssig sein, frei verfügbare Kaufkraft haben und auf diese Weise die Kräfte des Auslandes mobilisieren. — Allerdings dieser Vorteil, der für die finanzielle Kriegsbereitschaft eine Rolle spielen könnte, war im gegenwärtigen Kriege weniger gegeben, weil der Hauptschuldner Frankreichs selbst nicht liquide war und die russischen Papiere nicht auf den Markt geworfen werden konnten. Hingegen hat das französische Wirtschaftsleben in sich — aus den früher erwähnten Gründen — sehr starke Reserven. Durch Heranziehung der im Lande vorhandenen Kräfte, durch einen rascheren Umschlag der Kräfte kann das Tempo des wirtschaftlichen Prozesses, der Gütererzeugung, beschleunigt werden — und man hat den Eindruck, daß die französische Volkswirtschaft diese Reserven in hohem Maße zu mobilisieren vermochte. Dies war für die Kriegführung um so notwendiger, als es an speziellen wirtschaftlichen Maßnahmen für den Kriegsfall in Frankreich vollkommen fehlte.

Noch ein Moment darf in der Lage Frankreichs nicht übergangen werden, seine eigene enorme Staatsschuld. Der französische Bürger borgt in höchstem Maße nicht nur den fremden Staaten, sondern auch dem eigenen Land. Die Staatsschuld Frankreichs betrug am 1. Januar 1913: 31,45 Milliarden Frank und wuchs in den letzten Jahren stark an; da das herrschende System der indirekten Steuern nicht weiter ausgebaut werden konnte, mußten eben vielfach die Defizite (ähnlich wie in Österreich) durch Anleihen gedeckt werden. Diese Selbstverschuldung der französischen Volkswirtschaft ist für die Kriegswirtschaft insofern ungünstig, als die Übersättigung des Landes mit Staatsrenten die Möglichkeit, neue Anleihen in größerem Umfang unterzubringen, wie es der Krieg notwendig macht, erschwerte. Tatsächlich hat sich Frankreich, solange das ging, in der Kriegswirtschaft mit Notenausgabe beholfen.

Der Verlauf des Krieges in der ökonomischen Sphäre kann im wesentlichen derart vorgestellt werden, daß die französische Volkswirtschaft, wenigstens im ersten Kriegsjahre, die Bedürfnisse des Krieges ähnlich aus der Produktion der eigenen Wirtschaft zu bestreiten suchte, wie es in Deutschland der Fall war. Die französische Landwirtschaft war — was die Nahrungsmittelversorgung anlangt — hierzu anfangs jedenfalls, solange noch Arbeitskräfte auf dem Lande vorhanden waren, imstande. Hingegen gestaltete sich die Versorgung mit Munition sofort sehr schwierig, da zum mindesten die Zufuhr von Kohlen und Erzen aus dem Ausland infolge des Verlustes der Norddepartements notwendig wurde; auch mit einem wesentlichen Teil der französischen Textilindustrie konnte durch die Besetzung der nordfranzösischen Departements nicht gerechnet werden. Alle diese Tatsachen aber hängen mit der unerwarteten Dauer und der Gestaltung des Krieges zusammen. Noch im Jahre 1914, das ja bereits fünf Kriegsmonate zählte, war das Passivum der französischen Handelsbilanz fast genau so groß wie in den Jahren zuvor (nämlich 1,8 Milliarde Frank), wuchs aber dann sehr schnell (1915: 8,4 Milliarden, 1916: 12 Milliarden Frank). In diesen Ziffern spiegelt sich die Abhängigkeit der französischen Kriegführung von der fremden, namentlich englischen und amerikanischen Erzeugung. Der Hauptteil von dieser Mehreinfuhr entfällt auf Rohmaterial. Die Folge dieser Importe ist weitgehende Verschuldung Frankreichs an das Ausland bzw., richtiger ausgedrückt, weitgehende Entschuldung des Auslands Frankreich gegenüber. Dieser Entschuldungsprozeß, der ähnlichen Vorgängen in der Kriegswirtschaft der übrigen Staaten parallel geht, hat aus den obenerwähnten Gründen für Frankreich aber eine andere Bedeutung. Bei der geringen Intensität der französischen Volkswirtschaft, der großen Schwä-

chung, die es infolge der Besetzung der industriellen Gebiete und infolge der schrecklichen Menschenverluste erfahren hat, wird Frankreich beim wirtschaftlichen Wiederaufbau vor größeren Schwierigkeiten stehen als irgendein anderes Land. Insofern als in Frankreich die Quellen der wirtschaftlichen Erneuerung spärlicher fließen, sind die Kriegsverluste für Frankreich, auf seine Erneuerungskraft bezogen, verhältnismäßig wohl am größten. Die Volkswirtschaft Frankreichs ist schon vor dem Kriege in ihrer Stoßkraft gegenüber der anderer Länder erheblich zurückgeblieben. Wenn nun die Verfügung über ausländische Kapitalien und damit Warensendungen aus dem Auslande derart verringert werden (wie es die Folge des Krieges sein wird) und von der Produktionskraft der französischen Volkswirtschaft aus den erwähnten Gründen nicht allzuviel erwartet werden kann, dann muß man für Frankreich mit einem erheblich verringerten ökonomischen Niveau rechnen, dessen Angleichung an das der übrigen Staaten Schwierigkeiten bereiten wird. Darum wird Frankreich mehr als irgendein kriegführendes Land vermutlich die Unterstützung des Auslandes zu seiner Wiederaufrichtung in Anspruch nehmen müssen.

Italien. Am wenigsten sind wir über die Vorgänge in der italienischen Volkswirtschaft unterrichtet. Italien zeigt in manchem ähnliche Züge wie Frankreich, nämlich noch sehr starke Bedeutung der Landwirtschaft, intensive Industrie in einigen Landesteilen (allerdings ohne Kohlenbasis). Hingegen hat es keineswegs den Rückhalt durch starke Kapitalanlagen im Auslande. Anderseits ist während des Krieges fast nirgends italienisches Gebiet in größerem Umfang besetzt worden, so daß die Wirtschaftskräfte Italiens intakt bleiben konnten. Insofern als sich Italien vermutlich weniger im Krieg ausgegeben hat als die übrigen Westmächte und als es über sehr große Menschenreserven im Auslande verfügt (die vielen Millionen Auswanderer würden im Bedarfsfalle unter günstigen Bedingungen nach Italien wieder zurückgeführt werden können), ist es in seinem Lebensnerv weniger als Frankreich getroffen. Gerade weil Italien nicht so viele Kräfte wie Frankreich oder England entfalten kann, gehen die Kriegswirkungen bei ihm auch nicht so tief.

Rußland. Einen völlig anderen volkswirtschaftlichen Typus stellt Rußland dar. Es ist überwiegend Agrarland trotz der großen, rasch wachsenden Industrie, trotz der zum Teil erfolgreichen Versuche, die ohnedies reiche Rohstoffgrundlage durch Anbau von Industriepflanzen (Baumwolle) und bessere Ausnutzung der Bodenschätze zu erweitern. Auf absehbare Zeit wird auch Rußland sicherlich nicht zu einem Industrieland im Sinne Westeuropas werden können. Daran hindert es schon die Eigentümlichkeit seiner Arbeitsverhältnisse; sind doch die russischen Arbeiter heute noch zum größten Teil nur einige Monate während des Jahres in der Industrie tätig und verbringen die für die Landwirtschaft wichtigste Zeit in ihrem landwirtschaftlichen Betriebe. Die Verknüpfung mit dem Boden ist in Rußland noch eine durchaus elementare, und mit ihr als einem hemmenden Moment muß jeder Versuch zur stärkeren Industrialisierung rechnen. Diese vorwiegende Agrargrundlage Rußlands hat die Folge, daß es in einem modernen Krieg für Kriegsmaterial im weitesten Sinne des Wortes zunächst auf Einfuhren angewiesen ist. Hingegen könnte es diese Einfuhren zum Teil wenigstens mit Ausfuhren an Nahrungsmitteln bezahlen. Allerdings wird diese Ausfuhr wohl etwas in ihrer Bedeutung überschätzt. Denn auch in Friedenszeiten war sie nur möglich auf Grund eines weitgehenden Unterverbrauchs der russischen Agrarbevölkerung. Die Aufstellung eines ungeheuren stehenden Heeres bindet aber den größten Teil der Ernte für die Bedürfnisse der Armee. Der russische Bauer verbraucht als Soldat zweifelsohne viel mehr Getreide als zu Friedenszeiten, und dadurch werden die verfügbaren Überschüsse (ganz abgesehen von dem Nachlassen der Erzeugung) außerordentlich verringert. Selbst die Öffnung der Dardanellen hätte also die Wirtschaftslage Rußlands während des Krieges nicht entscheidend geändert. Hingegen hätte sie von entscheidendem Einfluß auf die militärische Lage werden können, da gegenwärtig alle Zufuhr von Munition und Kriegsbedarf jeder Art auf den langen Umweg über das Nördliche Eismeer oder die Sibirische Eisenbahn angewiesen ist.

Die breite Agrargrundlage hat bei der wirtschaftlichen Abwicklung des Krieges eine außerordentlich große Rolle gespielt. Zunächst waren die großen Ernten Rußlands die Grundlage für die Verpflegung des Riesenheeres. Nicht zum letzten quollen die unerschöpflichen Kräfte des russischen Heeres aus dieser breiten agrarischen Grundlage. Rußland ist in einem gewissen Sinn (wenigstens sobald einmal die Türkei in den Krieg eintrat) in einer ähnlichen Lage wie Deutschland. Es ist in einem großen Umfang auf seine eigenen Quellen und Reserven angewiesen. Denn wiewohl es zwei Zugänge zur Weltwirtschaft hat, so sind die Kanäle dieses Verkehrs notwendigerweise außerordentlich schmal und können nicht forcierte Transporte großer Massen in schleunigem Tempo auf die Dauer bewältigen. Auf einer niedrigen Entwicklungsstufe stehend, hat es nun — zeitweise und teilweise auf sich angewiesen — gewisse Möglichkeiten, sich auf sich selbst zurückzuziehen, allerdings Möglichkeiten, die nicht in jedem Agrarland, sondern nur bei riesenhafter Ausdehnung und Bevölkerung gegeben sind. Ein Agrarland ist allerdings in einem bestimmten Sinn widerstandsfähiger als ein Industriestaat; eine selbst weitgehende Erschöpfung der Menschenreserven braucht bei günstiger Besitzverteilung noch nicht den landwirtschaftlichen Betrieb lahmzulegen. Im landwirtschaftlichen Betrieb kann die schwache Kraft der Frauen, Kinder und alten Leute noch einen durchaus angemessenen Ertrag bringen, und es vermag hierbei namentlich gemeinschaftlicher Betrieb Außerordentliches zu leisten. Die Balkankriege bieten gerade das erste Beispiel einer solchen völligen Inanspruchnahme aller Reserven in einem Agrarland und die ungeheure Zähigkeit des Kampfes sowie die Tatsache, daß die Balkanvölker auch jetzt wieder in diesen großen Krieg hineingegangen sind, beweisen aufs deutlichste die ökonomische Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit von Agrarländern.

Diese Stärke der agraren Unterlage ist bei Rußland besonders groß, da die alte Mirverfassung (soweit sie noch vorhanden ist) geradezu auf gemeinschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft zugeschnitten ist. Im Mir kann noch mehr als im westeuropäischen Dorf eine Gruppe zurückgebliebener Arbeitskräfte die notwendige Arbeit verrichten. Dabei ist ja auch zu berücksichtigen, daß die russische Landwirtschaft außerordentlich extensiv ist, so daß bei entsprechender Verteilung und Anspannung der individuellen Kräfte viel geleistet werden kann. Gerade in der Landwirtschaft dürfte

der Krieg im Sinn einer zweckmäßigeren Organisation von Kräften gewirkt haben, die zu Friedenszeiten brachlagen. Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung, deren Bedeutung schwer überschätzt werden kann, hat sicherlich in derselben Richtung gewirkt. Trotzdem wird natürlich auch die russische Landwirtschaft durch den Krieg furchtbar in ihrer Leistungsfähigkeit geschädigt: Mangel an Düngemitteln, schlechte Versorgung mit Saatgut, Mangel an Zugvieh, die Unmöglichkeit, Betriebsgebäude und Maschinen sowie Werkzeug zu vermehren und zu ergänzen, all diese Tatsachen wirken sicherlich in sehr hohem Maße. Aber trotz alledem konnte — wie es bei dem früheren großen Export Rußlands selbstverständlich ist — der Ernährungszustand des Heeres auf einer sehr hohen Stufe gehalten werden. Die Schwierigkeiten, in die auch Rußland verstrickt wurde, rühren weniger von einem Versagen der Landwirtschaft als des industriellen Teiles, eben des Transports, her. Für die Transportmittel der ganzen Welt bedeutet der Krieg eine unerhörte Belastungsprobe, eine um so größere, als fast nirgends die so lange Dauer des Krieges vorausgesehen und demgemäß auch nicht für entsprechende Instandhaltung der Transportmittel gesorgt wurde, daher die Kriegführung in einem bestimmten Stadium überall an einer Transportkrise leidet.

Rußland als robustes, primitives Agrarland hatte weiterhin die Möglichkeit, immer dann, wenn die Verbindung mit den übrigen Industriestaaten abgeschnitten war, mit dem Urmaterial der Kriegführung, den Menschenmassen, zu kämpfen. Das Massenaufgebot und die Massenvernichtung, die es erfahren hat, wurde von keiner anderen kriegführenden Macht erreicht. Die russische Armee bildet im wahrsten Sinn des Wortes eine lebendige Mauer, und die dynamische Kraft der Kriegsmaschine mußte in Rußland oft durch die Zähigkeit und Widerstandskraft des menschlichen Körpers ersetzt werden. All das hängt — wie weiter nicht erörtert zu werden braucht — mit der agraren Unterlage zusammen, die also den Charakter der Kriegführung stark beeinflußt.

Schon aus dem Gesagten geht hervor, daß sich die wirtschaftliche Bewältigung der Kriegführung im wesentlichen folgendermaßen vollzog: Die Regeneration der lebendigen Kraft erfolgte aus eigenen Mitteln; hingegen war die Zuführung von Kriegsmaterial von vornherein notwendig. Die russische Industrie war zu schwach; ihre Möglichkeiten, aus eigenen Mitteln den ungeheuren Erfordernissen eines modernen Krieges gerecht zu werden, waren zu gering. Zwar steht die russische Industrie, soweit sie vorhanden ist, zum Teil auf einer technisch und organisatorisch sehr hohen Stufe, ja sie trägt mitunter sogar ganz amerikanischen Charakter. Aber gerade als Kriegsindustrie kann sie aus mehreren Gründen nicht ausgereicht haben. Zunächst hat sie mit den Schwierigkeiten des Transports (Einfuhr von Rohmaterialien, Abtransport der Produkte) zu kämpfen. Die Entfernung von der Front war gerade bei den wichtigsten Betrieben ungeheuer groß. Dazu kommen die Schwierigkeiten der Arbeiterbeschaffung, die in Rußland weitaus größer gewesen sein müssen als in Deutschland oder England. Denn das moderne Heer braucht für die technischen Truppen Mannschaften, die in ihrem Zivilberuf der Industrie angehören, und je stärker das unbefriedigte Bedürfnis nach solchen Mannschaften gewesen sein mag, um so schwieriger war es wohl auch, die Industrie im Gang zu erhalten. Insofern als jede moderne Armee zugleich einen riesenhaften industriellen Betrieb darstellt, ist sie nur als Exponent einer industriell tätigen Bevölkerung denkbar und muß ständig in Fühlung mit der Industrie bleiben, sich aus ihr ergänzen und ihr unter Umständen wieder die notwendigen Kräfte zuführen. So sind die Leistungen der russischen Armee ganz erstaunlich und schließlich doch nur möglich gewesen auf der Basis fremder Industrien, die mit ihren Erzeugnissen zu Hilfe kamen. Vollends ist die Munitionsbeschaffung Rußlands wahrscheinlich zu jedem Zeitpunkt des Krieges in einem viel höheren Maße vom Ausland abhängig gewesen als die irgendeines anderen kriegführenden Staates.

Als Folge dieser Einfuhren (über deren Höhe wir nicht unterrichtet sind) ist eine starke weitere Verschuldung der russischen Volkswirtschaft anzunehmen; Rußlands militärische Kraft beruhte schon vor dem Krieg finanziell auf der Gewährung großer Kredite an die russische Staatswirtschaft. Dies bedeutet, daß die russische Volkswirtschaft aus sich heraus nicht die Überschüsse aufgebracht hätte, die notwendig waren, um die großen Rüstungen zu vollenden, zumal gerade in Rußland überdies mit sehr großen »Reibungsverlusten« des korrumpierten bureaukratischen Systems zu rechnen war. Die Kriegsfinanzierung wurde in derselben Weise fortgesetzt wie die Finanzierung der Rüstung, und, durch den Schleier des Geldes hindurch gesehen, führt also Rußland den Krieg genau so auf der Basis der fremden Volkswirtschaften (besonders der englischen), wie es auch auf dieser Basis schon die Rüstung in Friedenszeiten aufgebaut hat. Auch darin zeigt sich die Eigentümlichkeit der russischen Volkswirtschaft; sie gibt auch in der Kriegswirtschaft nur den Rohstoff her, die Menschenmassen und die für sie notwendigen Lebensmittel. Ihre Ausrüstung, Bekleidung, Bewaffnung, also die ganze Kriegsmaschine, stammt aus der Fremde. Nie ist in so gigantischem Maß auf fernhin Krieg geführt worden. In den englischen und amerikanischen Fabriken wurde die russische Westfront verteidigt, und wo diese Verteidigung versagte, mußte mit Hinopferung von Menschenmassen und Aufgabe von größeren Territorien der Feind hingehalten werden. Wenn oben gesagt wurde, daß die neue Zeit von der Verbesserung und Verbilligung der Verkehrsmittel datiert werden muß, so ist Rußland der lebendige Beweis dafür; es steckt seiner ganzen Anlage nach noch tief in der Vergangenheit. Seine Opfer können daher — auf das Ökonomische hin angesehen — auch nicht völlig mit denen der westlichen Mächte verglichen werden. Wir verfügen hinsichtlich der Kriegskosten noch über keine exakten Daten; aber wir haben Grund zur Annahme, daß die Subsidien, die Rußland von seinen Verbündeten, namentlich England, erhalten hat, nicht bloß vorläufige waren. Sofern dies der Fall war, steuerte Rußland überwiegend Menschenmassen, den Rohstoff des Krieges, zu den Kosten bei. Immer auf das Ökonomische hin angesehen, bedeuten die Menschenverluste für Rußland nicht so viel wie analoge Verluste für die Weststaaten. Denn das Regenerationstempo primitiver Agrarschichten ist bekanntlich ein sehr rasches. Überdies kehren nach Kriegsende Millionen von Kriegsgefangenen in gutem Ernährungszustande und bereichert durch die Kenntnis intensiver Arbeitsmethoden in ihre Heimat zurück.

Das alles mag dahin wirken, daß Rußland trotz der ungeheuren Massenopfer, trotz der maßlosen Verwirrung und der katastrophalen Krisen schließlich die

Folgen des Krieges rascher verwinden wird als die Westmächte. Dazu wird auch der Besitz kostbarer, vielbegehrter Rohstoffe (insbesondere Agrarprodukte, aber auch Textilien wie Flachs und Metalle) beitragen. Wenn man es prägnant ausdrücken will: Der Agrarstaat ist durchaus nicht am ehesten geeignet, einen modernen Krieg zu führen und in einem solchen zu siegen, aber er kann ihn noch immer am besten überstehen, weil er auch durch den modernen Krieg nicht wesentlich in seinem Urbestand verändert wird, wenn er nur überhaupt kräftig genug ist, aus dem Krieg herauszukommen. Hingegen sind es gerade die Strukturveränderungen im Industriestaat, die der Wiederherstellung einer Friedenswirtschaft so außerordentlich große Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Ausblick. Endlich sei noch kurz die Frage der wirtschaftlichen Regeneration nach dem Kriege berührt. Sie wird, wie schon angedeutet, je nach der Struktur der Wirtschaft verschieden sein. Hier kann nur ganz allgemein gesagt werden: Sie wird um so leichter sein (immer: ceteris paribus betrachtet und keine Kriegsentschädigung vorausgesetzt), je mehr eine Volkswirtschaft in den Bahnen der Friedenswirtschaft verblieben ist, also die Produktion nicht auf den Krieg »umstellen« mußte; je mehr die Kriegslast schon während des Krieges durch Steuer getragen wurde; je mehr also mit anderen Worten die Kriegslast lediglich in einer Verschuldung an das Ausland besteht. Denn ist bloß eine solche gegeben, so besteht die Kriegslast bloß darin, daß das kriegführende Land entweder Güter, die es früher selbst verbrauchte, ausführen muß, oder aber daß es darauf verzichten muß, Erträge aus Kapitalanlagen im Ausland zu beziehen, d. h. Warenäquivalente dafür einzuführen. Hingegen muß ein Land, das seine Kriegskosten fast gar nicht durch Steuern aufbrachte, die ganze Last nach dem Kriege tragen, es muß (wenn die Industrie »umgestellt« wurde) einen langwierigen und schmerzhaften Reorganisationsprozeß durchmachen.

Die Organisation für den Krieg erfolgte als Erlösung aus einer lähmenden Geld-, Kredit- und Produktionskrise, in der Fülle der Kraft und unter dem befeuernden Einfluß steigender Preise. Die Liquidation der Kriegswirtschaft aber bedeutet für die beteiligte Industrie das Aufgeben einer sicheren Konjunktur, Verringerung der Rentabilität, das Risiko der Preisveränderung, zumal für die Exportindustrie die Wiederkehr des freien Wettbewerbs. Noch sind nicht einmal theoretisch die Formen gefunden, in denen sich diese Wiederkehr vollziehen könnte. Sie wird die weitere Schwierigkeit auf ihrem Wege finden, daß die Kriegsindustrien (und was ist in solchen Ländern nicht Kriegsindustrie?), an hohen Gewinn gewöhnt, außerordentlich liquide sind und den Ausgangspunkt von Rentnerexistenzen bilden können, die die Rückkehr ins freie Wirtschaftsleben scheuen. Hingegen kann sich überall dort, wo die Verbindung mit dem Weltmarkt auch während des Krieges nicht abgebrochen, wo die Preisbildung in Berührung mit dem neutralen Ausland geblieben war, die Wiederanknüpfung zwanglos vollziehen; dort sind auch die Fäden des Verkehrs nicht zerrissen worden. Und so kann man sagen: Die Volkswirtschaft unserer Gegner wird fast insgesamt einen leichteren Übergang zur Normalwirtschaft finden als die Volkswirtschaft der Zentralmächte. Je tiefer die Umgestaltung für Kriegszwecke ging und je intensiver sich die Arbeit ausschließlich nach militärischen Gesichtspunkten einrichten mußte, je restloser alle Arbeit des Landes Kriegsarbeit werden mußte — desto schwieriger die Zurückleitung des ganzen (vom weltwirtschaftlichen Zusammenhang aus gesehen), »künstlichen« Gebildes. In diesem Sinn arbeitet tatsächlich die »Zeit« gegen uns (Hilfsdienstgesetz!).

In dem Geldausdruck der Volkswirtschaft zeigt sich diese Differenz außerordentlich prägnant. Dadurch, daß die Volkswirtschaft der mit Deutschland im Kriege stehenden Staaten den Kontakt mit der Weltwirtschaft aufrechterhalten konnte, ist mehr oder minder noch immer ein einheitliches Preisniveau in der ganzen Welt (mit Ausschluß der Zentralmächte) gegeben. Gewiß, die tatsächlichen Preise in den einzelnen Ländern sind außerordentlich verschieden und müssen sich (je höher die Frachtraten werden und je mehr sich der Handelsverkehr der Staaten nicht als freies Geschäft der Privaten, sondern als Austauschgeschäft von Staat zu Staat im Kompensationswege vollzieht) immer stärker voneinander unterscheiden. Aber prinzipiell sind alle Preisunterschiede auch während des Krieges noch Transportkostenunterschiede (von Zöllen abgesehen). Hingegen hat sich die Preisbildung in Deutschland von dieser Basis fast völlig losgelöst. Nur historisch hängen die Preise noch mit den Weltmarktpreisen als ihrem Ausgangspunkt zusammen, hingegen besteht keine tatsächliche Verbindung mehr. Die Kehrseite dieser Entwicklung: Verschiebung des Geldwertniveaus bei den Zentralmächten gegenüber der übrigen Welt. Der Übergang zur Friedenswirtschaft verlangt demgemäß nicht nur Umstellung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft in der Erzeugung, in der Art der Produktion, in den Mengen der Gütererzeugung, in der Verteilung, sondern auch wieder Angleichung an das Weltmarktpreisniveau. Dadurch daß die Angebots- und Nachfrageverhältnisse innerhalb der Zentralmächte die Höhe der Löhne, der Preise usw. bestimmten, daß militärische Erfordernisse vielfach das Preisniveau korrigierten (meist: hoben), hat sich ein Wirtschaftsprozeß entwickelt, der keine direkte Verbindung mehr mit dem Weltmarktpreisniveau hat. Wir sind auch in diesem Sinn eine isolierte Wirtschaft geworden, und diese Isolierung ist es, die, wenn sie in gleichem Maße bestehen bleibt, für die Zukunft das entscheidende Problem schafft. Damit sind wir schon etwas über den Rahmen dieser Ausführungen hinaus gelangt; aber es sollte wenigstens angedeutet werden, wo der prinzipielle Unterschied der Kriegswirtschaft unserer Gegner gegenüber der Deutschlands liegt, wenn wir nicht nur die Zeit während des Krieges, sondern auch die Epoche unmittelbar nach dem Kriege ins Auge fassen.

Englands Handelsstellung

von **Paul Dehn** in Zehlendorf bei Berlin

Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts beherrschte England den Weltmarkt fast ohne Mitbewerb. Es besaß die größte Handelsflotte, von der stärksten Kriegsflotte geschützt, das umfangreichste Kolonialreich, den ausgedehntesten Handel, das ausgebildetste Bankwesen und nicht zuletzt die entwickeltste Industrie; es war somit allen anderen Staaten weit überlegen. Englische Waren, englischer Stahl, englische Werkzeuge galten als die besten und wurden überall bevorzugt. Noch im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts war England die »Werkstatt der Welt«. Es hatte eine Art von industriellem Monopol auf dem Weltmarkt und versorgte auf dem billigen Seewege alle Länder mit Fabrikaten.

In seinem »Nationalen System der politischen Ökonomie« (1841) kennzeichnete Friedrich List das englische Handelsziel, England zu einer unermeßlichen Fabrik-, Handels- und Hafenstadt zu erheben und für die Erde zu werden, was eine größere Stadt gegenüber dem flachen Lande ist, »der Inbegriff aller Gewerbe, Künste und Wissenschaften, alles großen Handels und Reichtums, aller Schiffahrt und Seemacht, eine Weltstadt, die alle Länder mit Fabrikaten versorgt und sich dagegen an Rohstoffen und Lebensmitteln von jedem Lande liefern läßt, was seine Natur Brauchbares und Annehmbares bietet, eine Vorratskammer aller großen Kapitalien, eine Bankhalterin aller Nationen, die über die Umlaufsmittel der ganzen Welt verfügt und durch Anleihen und Rentenerwerb alle Völker der Erde sich zinsbar macht.«

Als List so schrieb, bestand in England noch der alte hochschutzzöllnerische Tarif mit 1200 Zollsätzen. Erst seit 1846 ging England zum Freihandel über, erst 1849 fielen die Schiffahrtsgesetze, erst 1860 wurden die Fabrikatzölle ganz aufgehoben. Unter Hinweis darauf verteidigte Bismarck am 14. Juni 1882 im Reichstage seine Schutzzollpolitik. »England hat die stärksten Schutzzölle gehabt, bis es unter deren Schutz so erstarkt war, daß es nun als herkulischer Kämpfer heraustrat und jeden herausforderte: Tretet mit mir in die Schranken! England ist durch sein Kapital und durch die Lager von Eisen und Kohlen, durch seine Häfen der Stärkste im Freihandelsfaustrecht geworden, aber doch nicht allein durch seine günstige geographische Lage, sondern nur dadurch, daß es so lange, bis seine Industrie vollständig erstarkt war, ganz exorbitante Schutzzölle dem Auslande gegenüber hatte.«

Nachdem England zum Freihandel übergegangen war, rief es alle Völker zur Nachfolge auf und verkündete die neue Lehre als Grundbedingung gedeihlicher Weltwirtschaft und gesicherten Weltfriedens. Mit Hilfe des Freihandels hofften die englischen Handelspolitiker eine Art internationaler Arbeitsteilung durchführen zu können. In der Hauptsache gedachte England als einziger Industriestaat für den Weltmarkt die Fabrikate zu liefern, während sich die übrigen Staaten auf die Erzeugung von Rohstoffen, Lebens- und Genußmitteln verlegen sollten.

Englands Erwartungen, alle Staaten in die Gefolgschaft des Freihandels zu bringen oder gar durch Kampfzölle dazu zu zwingen, wie ein Engländer 1868 vorschlug, erfüllten sich nicht. Schon in den 1860er Jahren begann eine für England unerwünschte Wendung hervorzutreten. Die Fortschritte der Dampfschiffahrt wurden zwar zuerst von den Engländern ausgenutzt und brachten ihnen einen steigenden Aufschwung ihres überseeischen Verkehrs, nach dem Krimkriege auch mit der Levante, aber die Vorteile der Eisenbahnen kamen in höherem Grade den Festlandstaaten zugute, erleichterten und verbilligten ihren Güteraustausch, rückten die industriellen Mittelpunkte dem Meere nahe, ermöglichten auch ihnen einen aussichtsvollen Mitbewerb in Übersee und förderten die Zusammenfassung der einzelnen Staaten zu kräftigen Großmächten.

Mit Hilfe des Freihandels gedachte England seine Oberseeherrschaft über den Weltmarkt für unabsehbare Zeit sicherzustellen, mußte aber zusehen, wie andere Staaten, an der Spitze Deutschland nach seiner Einigung und die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Bürgerkriege, als Wettbewerber auf dem Weltmarkt hervortraten.

Die Landwirtschaft.

Noch um die Mitte der 1870er Jahre galt die Landwirtschaft als der wichtigste Erwerbszweig Englands, geriet dann aber durch andauernde Mißernten und nachhaltig unter dem Druck des überseeischen Wettbewerbs mit seiner zollfreien, erstaunlich verbilligten Masseneinfuhr von Getreide in eine so üble Lage, daß der Körnerbau trotz des günstigen Klimas nicht mehr ausreichend lohnte. Das Ackerland verminderte sich von (1875) 9,7 Mill. ha auf (1892) 8,7 und auf (1913) 7 Mill. ha, das Weizenland von (1875) 1,4 Mill. ha auf (1916) 0,8 Mill. ha, die Weizenernte in gleicher Zeit von 2,6 auf 1,6 Mill. Tonnen. Dagegen vermehrte sich das Weideland und mit ihm die Viehwirtschaft. Da man es in England für vorteilhafter hielt, die Industrie zu fördern und billigeres Getreide aus Übersee zu beziehen, anstatt die heimische Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, wurde England zum Industrie-, Handels- und schließlich zum Rentnerstaat. Seit 1863 stieg die Bevölkerung in Deutschland von 35 auf 68, in England von 29 auf 44 Millionen.

Erwerbstätige	in Deutschland	in England
	in Millionen	
	1907	1911
in der Landwirtschaft	9,9	2,4
» der Industrie	11,3	9,0
» Handel und Verkehr . . .	3,5	4,9
Von je 100 Erwerbstätigen gehörten in England und Wales		
	1891	1911
zur Landwirtschaft	10,4	8,5
zu Industrie und Bergbau . .	56,9	46,9
zum Handel und Verkehr . .	10,8	25,9

Die landwirtschaftliche Gütererzeugung war von 10 Milliarden Mark im Jahre 1839 nach amtlichen Ermittlungen 1907 auf 2,9 Milliarden Mark rein zurückgegangen, dagegen in Deutschland 1905 auf 8,5 Milliarden Mark gestiegen. Amtliche Ermittlungen berechneten 1916 die Verluste der englischen Volkswirtschaft durch Entwertung des Bodens infolge der Umwandlung von Acker in Weideland oder Jagdgebiet für die letzten vierzig Jahre vor dem Kriege auf 16 Milliarden Mark in kapitalisiertem und auf 500 Mill. Mark in jährlichem Ertragswert. Mit seiner Volksernährung wurde England von Jahr zu Jahr abhängiger vom Ausland. Noch zu Anfang der 1870er Jahre erzeugte die heimische Landwirtschaft die Hälfte des Getreidebedarfs, 1913 nur 1,64 Mill. Tonnen, nur noch etwa ein Fünftel des ganzen Bedarfs von 8,8 Mill. Tonnen. Für seine 44 Mill. Köpfe mußte England vom Auslande seinen Bedarf an Fleisch zu mehr als 2/5, an Butter zu 3/4, an Getreide zu 4/5, an Käse zu 4/5, an Pflanzenfett ganz vom Auslande beziehen,

alles in allem rund 3/4 seines Nahrungsmittelbedarfs. Die Einfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, an Getreide, Mehl, Fleisch, Butter, Käse, Eiern, kondensierter Milch, Früchten, Gemüse, Hopfen, Schmalz, Margarine (ungerechnet Zucker, Tabak, Südfrüchte, Kolonialwaren usw.) vermehrte sich, hauptsächlich infolge erhöhter Preise, dem Werte nach von (1913) 4,2 Milliarden Mark auf (1914) 4,3 Milliarden, (1915) 5,5 Milliarden und (1916) 6,1 Milliarden Mark.

Englands Lebensmitteleinfuhr
(nach dem »Economist« vom November 1916)

	Gesamteinfuhr in Mill. Mark	aus fremden Ländern in Prozenten	aus dem Reiche in Prozenten
Eier	192	100	—
Mais	276	99	1
Zucker	462	96	4
Schmalz	112	96	4
Frische Früchte	242	86	14
Hafer	114	86	14
Butter	482	81	19
Gemüse	110	79	21
Fleisch	1106	74	26
Gerste	162	73	27
Weizen und Mehl	1004	53	47
Käse	140	18	82
Tee	276	13	87

Bei der Aufhebung der Getreidezölle (1847) hatte man vorausgesetzt, daß in überiee stets billiges Getreide in genügenden Mengen vorhanden sein werde, ohne mögliche große Mißernten, ohne die Treibereien internationaler Spekulanten im Kriegsfall zu bedenken. Nur den Kriegsfall selbst hatte man bedacht. Nach den Ermittlungen des Königlichen Ausschusses zur Untersuchung der Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen von 1903 reichten die durchschnittlichen Vorräte an Brotstoffen nur für sechs Wochen aus. Für die Sicherung der notwendigen überseeischen Zufuhren sollte die Flotte sorgen. Man wurde aber ängstlich, als Deutschland seine Seegeltung herstellte, und verstärkte die Flotte von Jahr zu Jahr bis zu einem Aufwand von 1030 Mill. Mark für 1913/14, um die überseeischen Zufuhren auch im Kriegsfall möglichst zu sichern. Wie der Unterseehandelskrieg gezeigt hat, war die englische Flotte dazu nicht imstande. Das Inselland wollte Deutschland durch eine Art von Blockade aushungern und wurde durch die Unterseeboote selbst der Aushungerung ausgesetzt. Zu spät erkannte man, daß die Landwirtschaft nicht vernachlässigt werden darf. Lloyd George, der am 23. Februar 1917 den Unterseebootkrieg die »furchtbarste Gefahr« nannte, die England je bedroht habe, empfahl als einzige Abwehr, England möge sich schleunigst von aller Einfuhr unabhängig machen. Aber selbst nach Einführung landwirtschaftlicher Schutzzölle könnte England sich nicht mehr selbst ernähren. Gelänge es ihm wirklich, seine Getreideerzeugung zu verdoppeln, so würde es statt 1/5 nicht mehr als 2/5 seines Bedarfs decken. Die Aufhebung des Pachtsystems, das die Heranbildung eines selbständigen Bauernstandes verhindert (nur 11 Prozent des Landes in England gehören den Bebauern, in Deutschland 93 Prozent), ist ein weites Feld. Um eine Vergrößerung der Anbaufläche zu erwirken, verbürgte die Regierung Mitte 1917 Weizenmindestpreise von 273 Mark die Tonne für 1917, von 251 Mark für 1918 und 1919 und von 205 Mark für 1920 bis 1922. Mitte 1914 stand in London der Weizenpreis auf 165 bis 175 Mark und schwankte von 1911 bis 1913 zwischen 151 und 185 Mark. Ein Regierungszuschuß, der unter Umständen sehr hoch werden könnte, war für 1917 überflüssig (Weizenpreis im März 1917 in London 420 Mark).

Kohlengewinnung.

Englands industrieller Aufschwung beruht auf seinem Kohlenreichtum. Von den Kohlenschätzen Europas, die auf 784 Milliarden Tonnen geschätzt werden, entfallen 189 Milliarden Tonnen auf England und 423 auf Deutschland. Jenes stand bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Gewinnung voran, wurde aber von den beiden anderen Kohlenmächten, Nordamerika und Deutschland, überholt und sah seinen Anteil an der Erzeugung der drei großen Kohlenmächte von (1860) 62 Proz. auf (1912) 23 1/2 Proz. sinken. Die Kohlenförderungstechnik soll in England nicht mehr auf der Höhe stehen.

Kohlengewinnung (in Millionen Tonnen).

	1860	1880	1897	1913	1914	1915
England	85	149	205	287	266	253[1]
Deutschland	12	59	120	300	—	332
Vereinigte Staaten	15	70	182	450	513	517
Frankreich	8	19	31	41	30	10(?)
Belgien	10	17	21	—	—	—
Österreich-Ungarn	3	16	36	53	49	46
Rußland	3	7	11	31	28	20(?)

[1] Englands Kohlengewinnung wurde für 1916 auf 256 Millionen Tonnen angegeben.

Nach Untergrabung des Seeverkehrs durch die Unterseeboote mußten viele Kohlenwerke die Förderung einschränken. Schon 1914 ging sie zunächst infolge der Anwerbungen wegen Arbeitermangels zurück, noch stärker zu Anfang 1917, als der unbeschränkte Unterseebootkrieg einsetzte und die Zufuhr an Grubenholz störte. (England mußte, da nur 5 Prozent seiner Bodenfläche Wald sind, 1913 für 676 Mill. Mark Holz einführen.) Am 1. März 1917 übernahm der Staat auf Kriegsdauer sämtliche Kohlenwerksbetriebe, etwa 3000 Kohlenzechen, in eigene Verwaltung und verbürgte den Besitzern eine Entschädigung nach dem Erträgnis des letzten Friedensjahres 1913. Zur Begründung sagte Lloyd George: »Kohle ist Leben für uns. Im Frieden und im Kriege ist König Kohle der Beherrscher aller Industrien. Kohle ist alles für uns, der schrecklichste Feind und der mächtigste Freund.« Als Kohlenstaat war Deutschland der stärkere, soweit es sich um die Gewinnung handelte.

Die Kohle ist der bedeutendste Eigenwert Englands, das Rückgrat seiner Industrie, sein wichtigstes Ausfuhrerzeugnis und zugleich sein gewichtigstes, das großen Raum beansprucht, über 3/4 seiner Güterausfuhr ausmacht, sie im Gleichgewicht erhält, als Ballast bei der Ausfracht die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen verbilligt und die Grundlage seiner Handelsschiffahrt und ihrer Überlegenheit bildet. Um über die Ausbeute unmittelbarer verfügen zu können, Preisspekulationen und Arbeiterausstände zu verhüten, erfolgte die schon erwähnte Übernahme des gesamten Kohlenbergbaues durch die Regierung.

Wie aus der Übersicht auf S. 432 hervorgeht, verminderte sich Englands Kohlenausfuhr von (1913) 77 Mill. Tonnen auf (1916) 41 Mill. Tonnen und noch mehr 1917, erhöhte sich aber verhältnismäßig dem Werte nach von (1913) mit 1014 auf (1916) mit 927 Millionen Mark. Von Mitte 1914 bis Ende 1916 stiegen in England Anthrazit von 21 auf 27, Dampfkohle

von 15 1/2 auf 21, Gaskohle von 18 auf 25 und Gießereikoks von 20 auf 42 Mark für die Tonne. Infolge der ungeheuerlichen Frachtsteigerungen seit Kriegsbeginn (bis Frühjahr 1917 nach Rouen von 4 bis auf 51, nach Genua von 7 bis auf 200, nach Skandinavien von 5 bis auf 270 Mark) hatten die ausländischen Bezieher englischer Kohle unter arger Knappheit und Teuerung zu leiden. Mitte 1917 wurde die Tonne in Marseille mit 150, in Genua mit 225 Mark bezahlt. England machte dabei ansehnliche Gewinne auf Kosten seiner Verbündeten und der Neutralen. Bei der Ausfuhr behandelte England die Kohle als Macht- und Kriegsmittel gegenüber kohlenarmen Ländern und bedachte das verbündete Frankreich reichlicher, Italien nicht genügend, doch nur wegen der Schiffsknappheit. Die befreundeten Neutralen, wie Norwegen, versorgte England ausreichend, ebenso Spanien, um dessen Gunst man buhlte, drückte aber auf Holland und namentlich auf Schweden durch verringerte Zufuhren. Nach dem abgesperrten Rußland wie nach Rumänien konnte englische Kohle nicht gelangen.

Englands Kohlenausfuhr (in Millionen Tonnen).

Bestimmungsland	1913	1914	1915	1916
Frankreich	12,8	12,3	17,6	17,2
Italien	9,6	8,6	5,8	5,7
Deutschland	9,0	5,3	—	—
Rußland	6,0	3,1	0,04	0,005
Schweden	4,6	4,3	2,7	1,6
Argentinien	3,7	2,9	1,6	0,7
Spanien und Kanarische Inseln	3,6	2,9	2,1	2,4
Ägypten und Sudan	3,2	2,6	1,4	0,9
Dänemark	3,0	3,1	3,1	2,8
Norwegen	2,3	2,5	2,6	2,3
Holland	2,0	1,7	1,8	1,3
Belgien	2,0	1,3	—	—
Brasilien	1,9	1,2	0,5	0,2
Portugal, Azoren, Madeira	1,4	1,2	1,0	0,9
Algier	1,3	0,9	0,9	0,7
Österreich-Ungarn	1,1	0,6	—	—
Andere Länder	6,1	4,9	2,3	1,9
Koks, Briketts usw.	3,3	2,8	2,2	2,8
Insgesamt (abgerundet):	77,0	62,0	46,0	41,0
Schiffskohle	21,0	18,5	13,6	18,0

Für die Kriegführung der Mittelmächte waren ihre Kohlenschätze von größter Bedeutung, die die englische Kohle leicht entbehren ließen. Deutschlands Güterverkehr mit den Neutralen während des Krieges wurde durch die deutsche Kohlenausfuhr, die 1913 bereits 47 Mill. Mark wertete, zu allseitigem Vorteil gefördert.

Kriegsschiffbau.

Schiffbau und Reederei und was damit zusammenhängt, sind Englands wichtigste und blühendste Industriezweige. Bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts besaß es darin eine Art von Monopol, war selbst der beste Abnehmer seines Schiffbaues, baute Kriegs- und Handelsschiffe auch für die meisten anderen Staaten, bis um 1875 auch fast alle Kriegsschiffe mit den Panzerplatten für Deutschland, 1898 das letzte. Mit der Weiterverbreitung der technischen Fortschritte ging Englands Baumonopol zurück, nahm Englands auswärtige Kundschaft ab. Eine jede Macht baute selbst ihre »Fürchtenichts«.

Auf den Werften der Erde wurden 1913 fertiggestellt 180 Kriegsschiffe mit 676000 Tonnen, davon in England 49 mit 271000 Tonnen, = 40 Prozent. An das Ausland lieferte England 7 Kriegsschiffe mit 84000 Tonnen im Werte von rund 170 Mill. Mark. Die deutschen Werften bauten 1913: 59 Kriegsschiffe mit 162000 Tonnen, davon 19 mit 16360 Tonnen für das Ausland. Bestellungen auf den Bau von Kriegsschiffen, auch von Großkampfschiffen, hatten die englischen Werften vor dem Kriege unter anderen von Brasilien, Chile, Spanien, der Türkei, China, Rußland und Griechenland erhalten. Sie wurden bevorzugt, nicht weil sie günstigere Preise stellten oder in der Schiffbautechnik voranstanden, sondern weil ihnen diplomatische und finanzielle Beziehungen zustatten kamen. Bei Übernahme des Baues von Kriegsschiffen für fremde Staaten wurde den betreffenden Verträgen eine Bestimmung eingefügt, wonach die fertiggestellten und noch nicht abgelieferten Schiffe im Kriegsfall der englischen Regierung zur Verfügung gestellt werden müssen. Anfang August 1914 beschlagnahmte England so unter anderen zwei fast fertige türkische Großkampfschiffe, zwei chilenische Zerstörer, drei brasilianische Kanonenboote, zwei spanische Panzerkreuzer, zwei griechische Panzerkreuzer, vier griechische Torpedojäger sowie ein norwegisches Kriegsschiff und verleibte sie der englischen Kriegsflotte ein. Nach einem Vorschlage der »Times« vom August 1916 sollten auch alle Handelsschiffe, die für neutrale Staaten in England gebaut wurden, mit Beschlag belegt und nach dem Kriege in die englische Kauffahrteiflotte eingereiht werden.

Durch solches Verfahren schuf sich England eine stille, unter Umständen sehr wertvolle Flottenreserve, die bei Rüstungsbeschränkungen nicht in Betracht kam. Daher das Interesse der englischen Admiralität an der eifrigen Förderung des heimischen Kriegsschiffbaues durch Erlangung ausländischer Bestellungen!

Für die englische Schiffbauindustrie arbeiteten auch die englischen Flottenbeiräte in der Türkei und in China, ferner in England selbst freie Vereinigungen für die Versorgung anderer Staaten mit Kriegsschiffen.

In engster Verbindung mit den englischen Interessentenkreisen standen die zahlreichen und bedeutenden englischen Unternehmungen für den Bau von Kriegsschiffen und Schiffsgeschützen im Auslande, so in Fiume (Ungarn) für Torpedos, in Pozzuoli und Terni (Italien) für Schiffsgeschütze, in Ferrol (Spanien) für Schiffbau, in Zarizyn (Rußland) für Geschütze und in Ismid (Türkei) für Schiffsausbesserungen und Kriegsfahrzeuge.

Zu den Weltfriedensfreunden gehörten die englischen Kriegsschiffbauinteressenten nicht. Ein jeder Krieg vernichtet Schiffe, hat Neubestellungen zur Folge und eröffnet günstige Aussichten für den Schiffbau. Wenn in England, was ja wiederholt vorgekommen, eine Flottenpanik veranstaltet wurde, um die öffentliche Meinung für neue Flottenverstärkungen und das Unterhaus für neue Geldbewilligungen zu gewinnen, dann waren die Vertreter der umfangreichsten Industrie des Landes darauf bedacht, mit ihrer großen Kapitalskraft ebenso vorsichtig wie nachdrücklich die gefügige Presse im Sinne ihrer Sonderinteressen unter Voranschiebung des Gemeinwohls zu beeinflussen.

So betreuten die Engländer ihren blühendsten Industriezweig und gaben ihm die Möglichkeit, einen stetigen großen Betrieb mit einem Stamm geschulter Ingenieure und Arbeiter aufrechtzuerhalten.

Im gegenwärtigen Kriege hat die deutsche Kriegsflotte die Leistungsfähigkeit auch des deutschen Kriegsschiffbaues in ein helles Licht gerückt. Auf diesem Gebiet wurde Englands früherer Vorsprung eingeholt, seine überlieferte Überlegenheit beseitigt. Im Bau und Bewaffnen von Kriegsschiffen büßte England

seine industrielle Vorherrschaft ein. Die englische Kriegsflotte verlor erheblich mehr Schlachtschiffe als die deutsche, bis 4. August 1917: 165 Einheiten mit 0,66 Mill. Tonnen Verdrängung. Neben den deutschen konnten die englischen Unterseeboote nicht bestehen.

Handelsschiffbau.

Im Bau von Handelsdampfern errang England seit der zunehmenden Verwendung des Eisens die erste Stelle. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entfielen durchschnittlich drei Viertel des gesamten Handelsschiffbaues der Erde auf englische Werften, meist im Nordosten, am Tyne, Tees und Wear, dagegen 1907 bis 1913 nur noch weniger als 60 Prozent, meist größere Dampfer aus Stahl von 6000—10000 Tonnen.

Nach den Beständen zu Anfang des 20. Jahrhunderts waren von den deutschen Handelsdampfern 29, von den russischen 50, von den österreichisch-ungarischen, französischen, belgischen und holländischen je 60, von den italienischen 73, von den portugiesischen 80 und von den spanischen Handelsdampfern 98 Prozent auf englischen Werften gebaut. Im Jahre 1913 lieferte England nach dem Auslande 174 Dampfer mit 382000 Tonnen, Deutschland dagegen 205 mit 49000 Tonnen; dieses ließ außerdem im Auslande 127 Dampfer mit 48000 Tonnen bauen.

Handelsdampferbau.

	1910		1912		1913		1915		1916	
	Zahl	Mill. Ton.	Zahl	Mill. Ton.	Zahl	Mill. Ton.	Zahl	Mill. Ton.	Zahl	Mill. Ton.
England und Kolonien	610	1,4	587	1,6		1,7	700	0,7	510	0,6
Vereinigte Staaten	49	0,1	60	0,1		0,2	127	0,3	178	0,6
Japan	4	0,006	58	0,03		0,1	127	0,1	250	0,2
Holland	35	0,03	60	0,08		0,1	390	0,2	300	0,2
Deutschland	61	0,2	114	0,3		0,4	46 (?)	0,2	20 (?)	0,1
Andere Länder	124	0,164	195	0,39		0,8	265	0,2	223	0,5
Zusammen:	883	1,9	1074	2,5	1750	3,3	1655	1,7	1481	2,0

Demnach sank Englands Handelsdampferbau seit Kriegsbeginn infolge vermehrter Kriegsschiffbauten und Arbeitermangels um mehr als ein Drittel. Englands Schiffsausfuhr ging von (1915) 79000 Tonnen auf (1916) 38000 Tonnen zurück. Die Angaben über die deutschen Schiffbauten beruhen auf Vermutungen.

Von Kriegsbeginn bis Ende September 1917 wurden durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte feindliche und neutrale Handelsschiffe mit 12 Millionen Rohregistertonnen versenkt, davon ²/₃ unter englischer Flagge. Diese Verluste erhöhten sich durch Unfälle, übermäßige Abnutzung usw. während des Krieges um weitere 4—5 Millionen Tonnen. Bei Bewertung der Tonne Schiffsraum mit 500 Mark wären Englands Verluste durch die Schiffsversenkungen bis Ende September 1917 ohne die hochwertigen Ladungen auf über 4 Milliarden Mark zu berechnen.

England konnte solche Verluste durch Schiffneubauten nicht ersetzen. Ende 1916 verbot die englische Regierung den Bau fremder Schiffe auf englischen Werften für die Dauer von 10 Jahren und hatte Anfang 1917 über 50 Schiffe einheitlicher Bauart von drei Größen mit je 8000, 5000 und 3000 Tonnen Tragfähigkeit auflegen lassen, um durch Vereinheitlichung des Schiffskörpers und der Maschinen rascher und billiger zu bauen. Erweist sich diese Art des Schiffbaues als vorteilhafter, was von englischen Fachmännern bezweifelt wurde, so wird sie auch anderwärts befolgt werden. Schiffe sind ebensowenig aus der Erde zu stampfen wie Heere, und selbst die äußerste Beschleunigung von Schiffbauten konnte die Verluste durch die deutschen Unterseeboote nicht ausgleichen. So entstand eine empfindliche Schiffsknappheit, noch verschärft durch die Beschlagnahme von zwei Dritteln der besten Dampfer für Hilfskreuzer, Truppen- und Kriegsbedarfsbeförderung, für Wachzwecke usw. Rasch und bis ins Vielfache stiegen die Schiffsfrachten, so unter anderem von Ende 1913 bis Ende 1916 durchschnittlich für Getreidefrachten von Neuyork nach England von 7¹/₂ auf 74¹/₂, für Baumwolle von 30 auf 260, für Getreide von Argentinien nach England von 12 auf 145, von Bombay nach England von 18 auf 230 Mark und mehr. Mit den Frachten erhöhten sich die Gewinne der Reeder und die Schiffswerte. Alte Schiffe brachten bei ihrem Verkauf mehr ein, als sie neu gekostet hatten. Bei Kriegsbeginn wurden in England 120 Mark für die Tonne eines gewöhnlichen Frachtdampfers bezahlt, Mitte 1917 bis zu 1200 Mark! Bis Anfang 1917 war der Wert vieler englischer und neutraler Handelsschiffe auf das Achtfache gestiegen!

Bei solchen Preissteigerungen befürchteten englische Reederkreise, wenn nach Friedensschluß durch schnelles Neubauen Zahl und Schiffsraum der englischen Handelsflotte aufrechterhalten werden sollten, vielleicht 800 Mark für die Tonne Schiffsraum bezahlen zu müssen, deren Wert nach wenigen Jahren vielleicht auf 80 Mark sinken könnte.

Die Preissteigerungen kamen hauptsächlich den nordamerikanischen (auch kanadischen) Werften zugute, die von der eigenen Regierung, ferner aus England und Norwegen umfangreiche Bestellungen erhielten, die aber nicht geliefert wurden. Denn die Union beschloß im September 1917 den Bau einer eigenen Handelsflotte von 10 Mill. Tonnen, beschlagnahmte alle Schiffsneubauten für fremde, auch englische Rechnung im Umfang von 2,5 Mill. Tonnen und gab ihrem Handelsschiffbau einen beispiellosen Aufschwung. Rasche Steigerung erfuhr auch der japanische Schiffbau. Die Union wie Japan hofften die ersten unter den schiffbauenden Ländern zu werden und ihre englischen Freunde und Bundesgenossen zurückzudrängen.

England sah seine Handelsflotte durch den Unterseebootkrieg abbröckeln und in Schiffahrt und Schiffbau Mitbewerber emporkommen, die es vordem niedergehalten, aber während des Krieges angerufen hatte. Ob England seine frühere Überlegenheit im Handelsschiffbau wiedergewinnen wird, ist zweifelhaft.

Vor dem Kriege hatten die deutschen Schiffswerften die größten und schnellsten Schiffe gebaut und konnten von den englischen nur durch hohe staatliche Zuschüsse eingeholt werden. Noch im Kriege zeigte der deutsche Schiffbau zum Staunen aller Völker seine unübertreffliche Leistungsfähigkeit durch die Herstellung von Handelsunterseebooten.

Handelsschiffahrt.

Englands überlegene Stellung in der Handelsschiffahrt wurde durch den Übergang vom Segel- zum

Dampfschiff, vom Holz- zum Eisen- und Stahlbau gefestigt. Nach Kiaer[1] betrug die Beförderungsfähigkeit der Hauptreedereiländer um 1850 (1 Dampfertonne = 3 Segeltonnen) 8 Mill. Tonnen, wovon auf England 3,5, auf Deutschland 0,5 Mill. Tonnen entfielen. Um 1880 hatte sich das Verhältnis zugunsten Englands verschoben. Die Beförderungsfähigkeit der Hauptreedereiländer war auf 23,6 Mill. Tonnen gestiegen, in England auf 12,5 und in Deutschland auf 1,6 Mill. Tonnen. Seither suchten alle anderen Staaten ihre Handelsflotte zu vergrößern und machten raschere Fortschritte als England. Anfang 1913 zählte die Handelsflotte der Erde 30,4 Mill. Tonnengehalt mit 83,4 Mill. Tonnen Tragfähigkeit, davon aber nur 12,6 Mill. Tonnengehalt mit 36,7 Mill. Tonnen Tragfähigkeit unter englischer Flagge. Englands Anteil war auf annähernd zwei Fünftel der gesamten Handelsschiffahrt zurückgegangen. Dagegen hatte Deutschland in dieser Zeit seine Handelsflotte von 1,1 Mill. Tonnen mit 1,4 Mill. Tonnen Tragfähigkeit auf 3,2 Mill. Tonnen mit 9 Mill. Tonnen Tragfähigkeit erhöht. Wesentlich infolge des gesteigerten deutschen Wettbewerbs ging Englands Anteil an dem Schiffahrtsverkehr fast aller anderen Staaten zurück.

Von dem Gesamttonnengehalt der eingelaufenen Schiffe entfielen

in	auf die englische Flagge 1888	1912	auf die deutsche Flagge 1888	1912
	in Prozenten			
England	74	58	5	10
Deutschland	37	28	41	50
Frankreich	42	52	4	16
Verein. Staaten	52	50	8	9
Spanien	31	23	3	11
Rußland	56	27	10	14
Italien	48	26	4	10
Holland	51	30	8	20
Schweden	21	6	5	12
Belgien	55	43	11	26
Portugal	53	47	14	29
Dänemark	16	5	11	13
Österreich-Ungarn	23	7	1	2
Norwegen	16	10	2	6
Japan	44	28	16	7

Während in England selbst der Anteil der englischen Flagge an dem Seehandelsverkehr von (1888) 74 Prozent auf (1912) 58 Prozent herunterging, stieg der Anteil der deutschen Flagge an dem deutschen Seeverkehr in der gleichen Zeit von 41 auf 50 Prozent. Deutschland machte sich unabhängiger von der fremden, insbesondere von der englischen Schiffahrt.

Noch anschaulicher zeigt nachstehende Übersicht den Rückgang des Anteils der englischen Flagge an der Schiffahrt der obengenannten 15 Staaten.

Angekommene Schiffe (in Millionen Registertonnen).

	1888	1899	1905	1910
in 15 Staaten (s. oben)	131	194	243	308
Davon in England	66,7	91,3	101,2	118,0
in Deutschland	11,5	23,9	36,7	49,1

An dem Seeverkehr der 15 Staaten verminderte sich Englands Anteil von 50 auf 38 Prozent, erhöhte sich Deutschlands Anteil von 9 auf 16 Prozent. Englands Anteil an der Sueskanalschiffahrt sank dem Tonnengehalt nach von (1882) 81 Prozent auf (1913) 60 Prozent, während Deutschlands Anteil in dieser Zeit von 2,5 auf 16,7 Prozent stieg. Wie im Seeverkehr mit den anderen Staaten gewann Deutschland, was England einbüßte.

Noch weit stärker war die Abnahme der englischen Handelsschiffahrt im Laufe des Krieges unter den Rückwirkungen der Tätigkeit deutscher Kreuzer, Torpedo- und Unterseeboote. Nähere Angaben darüber bringt die Übersicht auf S. 435.

Nach ihr hat der Schiffsverkehr der britischen Häfen von Kriegsbeginn bis Ende 1916 um 44 Prozent abgenommen, besonders im Frühjahr 1915 durch den damaligen unbeschränkten Unterseebootkrieg.

Als Anfang 1917 die Wirkungen des Unterseehandelskrieges ernster wurden, blieb die Statistik des Schiffsverkehrs der englischen Häfen aus. Englands Seeschiffahrt, nach Lloyd George die Hauptschlagader des Reiches, war empfindlich getroffen.

Im Laufe des Krieges erfolgte die Zusammenballung von 40 Prozent der englischen Handelsflotte unter Einbeziehung von Werften, Hüttenwerken und Kohlenzechen zu fünf großen Kartellen:

	Tonnengehalt im Dienst	im Bau
Cunard	1200000	25000
Peninsular and Oriental	1726500	198600
Ellerman	1310000	145900
Royal Mail	1700000	80000
Furneß	1300000	168500

Diese fünf Riesenkartelle arbeiten miteinander, gerüstet gegen die deutsche Schiffahrt im Falle eines Wirtschaftskrieges nach dem Kriege, bedrohen aber auch den englischen Handel. Vorerst sind sie gegen Verstaatlichung, die Lloyd George wegen der wucherischen Frachtgewinne (1916 bis zu 88 Proz. Dividenden!) der englischen Schiffahrt durch eine staatliche Reorganisation für die Dauer des Krieges angebahnt hat.

Weitaus den größten Schiffsverkehr hatten die englischen Häfen aufzuweisen, so 1912 im Einlauf u. a. London 13 Mill. Tonnen (Hamburg 13,6), Liverpool 12, Cardiff und Newcastle je 7 Mill. Tonnen. Indessen vollzieht sich Englands gesamter Auslandsverkehr auf dem Seewege, während die anderen Staaten daneben einen beträchtlichen Auslandsverkehr zu Lande (Deutschland mit einem Drittel) aufzuweisen haben.

Weitere Verkehrsmittel.

Seit langem rückständig war Englands Eisenbahnwesen. Bis um 1860 besaß es einen großen Vorsprung in Gestalt eines vollen Drittels der europäischen Eisenbahnen. Dagegen entfielen Ende 1913 von den 346000 km europäischer Eisenbahnen nur 38000 km auf England, 64000 auf Deutschland, 62000 auf das europäische Rußland, 52000 auf Frankreich, 46000 auf Österreich-Ungarn, 18000 km auf Italien usw. Während die staatliche Organisation des Eisenbahnwesens in Deutschland ertragreich war und einfache, wohlfeile Frachtsätze stellte, fehlte dem englischen Eisenbahnwesen diese Einheitlichkeit. Nur Privatbahnen bestanden mit 250 verschiedenen Gesellschaften unter einer vielköpfigen und kostspieligen Verwaltung mit hohen und verwickelten Frachtsätzen. Wiederholte Anregungen zur Verstaatlichung scheiterten an dem Widerstand der Interessenten und an der Aufbringung der veranlagten Kapitalien in Höhe von (1913) 26,5 Milliarden Mark. Bei Kriegsausbruch übernahm der Staat den gesamten Eisenbahnbetrieb zunächst für Kriegsdauer.

[1] »Statistique internationale« (Christiania 1876—87).

Schiffsverkehr in den Häfen Großbritanniens und Irlands.

	Beladene Schiffe (in Millionen Tonnen)								
	Eingang			Ausgang			Zusammen		
	Britische	Fremde	Zusammen	Britische	Fremde	Zusammen	Britische	Fremde	Zusammen
1913	32,3	16,8	49,1	40,1	27,7	67,8	72,4	44,5	116,9
1914	28,9	14,1	43,0	32,5	23,4	53,9	61,4	37,6	99,0
1915	22,8	10,9	33,7	20,4	19,1	39,5	43,2	30,0	73,2
1916	20,2	9,8	30,0	17,7	17,9	35,6	30,0	27,7	65,7

Von Wert für Englands Handelsstellung war sein **Kabelmonopol** mit 300000 km, mehr als der Hälfte aller Kabel der Erde (Deutschland 43000 km). Es gestattete ihm, bei überseeischen Verwicklungen die ersten Nachrichten zu erlangen und geschäftlich auszunutzen oder, falls es selbst Kriege führte, unerwünschte Nachrichten und den Nachrichtenverkehr anderer Staaten zu unterdrücken oder, wie im gegenwärtigen Kriege, den Feind von allem überseeischen Nachrichtenverkehr abzuschneiden. Erst der Funkspruchdienst durchlöcherte das englische Kabelmonopol.

Industrieller Rückgang.

Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts war England das erste Industrieland der Erde. Trotz seiner Fortschritte ist es durch die rasche Entwicklung anderer Industriestaaten, insbesondere Deutschlands und der Vereinigten Staaten, überholt worden und hat seine Vorherrschaft auf dem Weltmarkt nicht aufrechterhalten können. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, der Zeit des Stillstandes der englischen Ausfuhr, sank nach den Berechnungen Ashleys[1] der Anteil der englischen Hauptgewerbe an der Ausfuhr von (1872) 50 Prozent auf (1900) 32 Prozent, der Anteil der Metallindustrie von 18 auf 12 Prozent. Außer dem Schiffbau mit einer Ausfuhr von (1913) 220 Mill. Mark hatte England noch eine Reihe hervorragender Industriezweige aufzuweisen, wie die Wollindustrie mit einem Ausfuhrüberschuß von 623 Mill. Mark (neben 230 der deutschen) und die Leinenindustrie mit einem Ausfuhrüberschuß von 166 Mill. Mark. Als die weitaus leistungsfähigste englische Industrie galten die Eisen- und die Baumwollindustrie. Beide gediehen, bestätigten aber die Verlangsamung des englischen Fortschritts.

Augenfällig war die Überflügelung der englischen durch die deutsche und noch mehr durch die nordamerikanische Eisenindustrie. Noch von 1861 bis 1865 hatte England mit 4,4 Mill. Tonnen die Hälfte des gesamten Roheisens aller Staaten erzeugt und Deutschland mit 0,8 Mill. Tonnen weit hinter sich gelassen. Nach Einführung der Schutzzölle von 1879 begann Deutschlands Geschwindschritt.

Roheisengewinnung (in Millionen Tonnen).

	1892	1902	1912	1915
England	6,8	8,8	9,0	8,8
Deutschland	4,9	8,5	17,6	13,0 (?)
Vereinigte Staaten . . .	9,3	18,1	30,2	29,9

Auf England entfiel 1912 nur noch 1/8 der Gesamterzeugung. Auch die englische Stahlerzeugung mit 7 Mill. Tonnen wurde 1913 von der deutschen mit 17,3 Mill. Tonnen und der nordamerikanischen mit 31,2 Mill. Tonnen weit übertroffen.

Noch Anfang der 1890er Jahre lieferte England an das Ausland neunmal mehr Maschinen als Deutschland. Die englische Maschinenausfuhr belief sich 1913 auf 742 Mill. Mark, war aber von der deutschen mit 680 Mill. nahezu eingeholt worden. Die nordamerikanische stellte sich auf 529 Mill. Mark.

Selbst der Vorsprung der englischen Baumwollindustrie ging zurück. Um 1870 wurden von der gesamten Baumwollernte 40 Prozent in England verarbeitet, 1913 nur noch 19 Prozent, dagegen in den Vereinigten Staaten 29 Prozent.

Baumwollverbrauch (in Millionen Kilogramm).

	1880	1891—95	1912/13
Vereinigte Staaten	245	626	1334
England	624	695	874
Deutschland	123	252	368

In einer ganzen Reihe von Industriezweigen, besonders in der Herstellung von chemischen und elektrotechnischen Erzeugnissen, von Eisen-, Leder-, Glas-, Papier-, Kautschuk-, Spielwaren usw., war die englische Industrie von dem deutschen und anderem Wettbewerb überholt worden.

Nach halbamtlichen Schätzungen wurden 1907 in England und 1905 in Deutschland für je 14,5 Milliarden Mark gewerbliche Güter erzeugt. Wie Barmm[1] berechnete, stellte sich 1913 der Ausfuhrüberschuß der englischen Industrie auf 3408, der der deutschen Industrie auf 5021 Mill. Mark. Zwar war ohne Abzug der Einfuhr die englische Fabrikatenausfuhr um 600 Mill. Mark größer als die deutsche, aber England führte von Fabrikaten fast für 2¼ Milliarden Mark mehr ein als Deutschland, konnte somit den eigenen Bedarf seiner 44 Mill. Bewohner nicht decken, während die deutsche Industrie 68 Mill. zu versorgen hatte.

Die Überflügelung der englischen Industrie hatte verschiedene Ursachen. Im Bewußtsein seiner Überlegenheit war der Engländer bequemer und lässiger geworden, zeigte nicht genügende Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse des Weltmarktes, auch in bezug auf den Kredit, entwickelte die Industrie vielfach zu einseitig und lückenhaft, blieb technisch zurück und zeigte kein genügendes Vorwärtsstreben. Die Technik der deutschen Großindustrie konnte von der englischen nicht eingeholt werden. Dem englischen Individualismus und seinem auf Empirie beruhenden Unternehmungsgeist fehlten die wissenschaftliche Planmäßigkeit und strenge Einordnung ins Ganze, das Zusammenarbeiten der Industrie mit der Wissenschaft, obwohl sich viele Industrien, besonders die chemische, von der ursprünglichsten, auf bloße Erfahrung gegründeten Entwicklung mehr und mehr entfernten. Ein so deutschfeindliches Blatt wie die Northcliffesche »Daily Mail« erkannte am 14. Januar 1915 die Rückständigkeit Englands mit dem Hinzufügen an, daß Deutschland seine Truppen mit Millionen von Gewehren, mit Tausenden von Maschinengewehren, mit Hunderten von Riesengeschützen, mit Tausenden von Tonnen Stahlplatten, mit zahllosen Kraftfahrzeugen und mit unbeschränkten Massen Schießbedarf versorgt, ja sogar nach Österreich-Ungarn und der Türkei ge-

[1] »The Tariff Problem« (Lond. 1903).

[1] »Deutsche und englische Industrie auf dem Weltmarkt« (Jena 1916).

liefert habe. Früher habe England in neuen Erfindungen obenan gestanden. Jetzt bliebe es in jeglicher Beziehung hinter Deutschland zurück. »In wissenschaftlicher Beziehung sind alle Überraschungen von Deutschland gekommen; die neuen Waffen sind alle deutsch. Englands Maßnahmen sind gegen die Wissenschaft Deutschlands erfolglos gewesen. Wir können das Glück des Krieges nur durch einen Wechsel unserer Arbeitsweisen auf unsere Seite zwingen.«

Allmählich ging der Vorsprung der englischen Industrie verloren. Auch in der Schiffahrt war England nicht rasch genug vorgeschritten, war nicht mehr Vermittler und Verfrachter alles überseeischen Handelsverkehrs der europäischen Staaten. Inmitten des Vorwärtsstrebens Deutschlands und der Vereinigten Staaten, aber auch anderer Länder verlangsamte sich Englands wirtschaftliche Entwicklung, begann seine Welthandelsstellung abzubröckeln.

Aus seiner Erstarrung wurde England wesentlich durch die deutschen Fortschritte gerissen und zu neuen Anstrengungen nach deutschem Vorbilde angeregt. Anfang 1917 plante man in London, um die Industrie großzügig auszugestalten, nach Schaffung des großen Schiffahrtskartells ein Stahlkartell und andere Kartelle sowie die Begründung von Industriebanken und bildete nach deutschem Vorbild einen Zentralverband britischer Industrieller. Zunächst hat das englische Munitionsamt im Laufe des Krieges alle Betriebe für den Heeresbedarf übernommen, den Besitzern ihren Durchschnittsgewinn der letzten drei Jahre verbürgt und ihnen die zweckmäßigste Verwendung bestimmter Maschinen, der Arbeitsart und Arbeitskräfte, unter Heranziehung nordamerikanischer Ingenieure und Maschinen, vorgeschrieben, um bei möglichst geringem Verbrauch von Rohstoff und Arbeitskraft höchste Leistungsfähigkeit (vom Erz bis zur Granate) zu erzielen. Von dieser Kriegszwangsorganisation und ihren Erfahrungen erwartet man die Beseitigung veralteter und verschwenderischer Betriebsarten und von der staatlich eingeleiteten Zusammenfassung der Industrie eine nachhaltige Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt in der Nachkriegszeit.

Indessen man übersah, daß sich alle Kulturstaaten, selbst die eigenen Kolonien, industriell entwickelten, den heimischen Markt selbst zu versorgen suchten und ausfuhrkräftiger wurden, übersah auch die Gefahr, die von den Vereinigten Staaten her drohte. Weitaus am stärksten war deren Bevölkerungszuwachs, war unter dem Schutz höchster Zölle der industrielle Aufschwung, im Laufe des Krieges noch mächtig gefördert durch die englischen Milliardenbestellungen an Kriegsbedarf.

Schon vor dem Kriege hatte die nordamerikanische Industrie fast in allen Zweigen die englische überholt. Man wollte die große Gefahr dieses Wettbewerbs nicht sehen, wollte mit der Union um jeden Preis befreundet bleiben und hoffte, daß ihr Wettbewerb auf ungesunder Grundlage stehe, zu teuer arbeite und schließlich erschlaffen müsse. Im Laufe des Krieges glaubte man anderseits an eine Neubelebung und Stärkung der englischen Industrie durch nordamerikanische Einflüsse wie durch den Krieg selbst, der die alte Industrie zu erhöhter Erzeugung angestachelt und neue Industriezweige hervorgerufen habe. Doch war es fraglich, ob nicht gerade der Krieg zur Verschiebung des Welt- und Geldverkehrs von London nach Neuyork führen würde. Genug, unverwandt blickte man in England, und tut es noch immer im Banne der Presse und ihrer Aufreizungen und Verdächtigungen, nur auf den deutschen Emporkömmling, der sich von der wirtschaftlichen Vorherrschaft Englands befreit hatte, nur auf die deutsche Gefahr. Sie sollte beseitigt und mit dem deutschen Wettbewerb vernichtet werden.

Außenhandel.

Mit einem Außenhandel von 28,6 Milliarden Mark stand England 1913 an der Spitze der Welthandelsstaaten, an zweiter Stelle Deutschland mit 22,5, an dritter Stelle die Vereinigten Staaten mit 18 Milliarden Mark. Allein die beiden Mitbewerber hatten raschere Fortschritte gemacht als England und waren auf dem Wege, es zu überflügeln.

Englands Ausfuhr steigerte sich von (1861) 3,2 Milliarden Mark auf (1872) 6,8 Milliarden Mark, verminderte sich infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse auf (1878) 4,9 Milliarden, blieb mit 5,9 Milliarden bis 1900 im Stillstand und hob sich erst danach.

	Einfuhr		Ausfuhr		Zusammen	
	in Millionen Mark					
	1900	1913	1900	1918	1900	1913
Deutschland . .	5,8	10,8	6,1	10,1	11,9	20,9
England . . .	9,4	13,4	5,9	10,7	15,3	24,1
Verein. Staaten	3,5	7,5	5,6	10,2	9,1	17,7

Anteil am Welthandel (in Prozenten).

	1890	1900	1912
Deutschland	11,1	12,1	12,6
England	28,8	19,5	16,2
Vereinigte Staaten.	9,4	10,3	9,6

Englands Ausfuhr war im Hinblick auf die Kleinheit seines inneren Marktes und auf die Größe seiner Industrie nicht hoch. Deutschlands Außenhandel entwickelte sich mehr zu Lande als mit Übersee. Die englische Ausfuhr bestand zu 4/5, die deutsche zu 3/5, die nordamerikanische zu 3/10 aus Industrieerzeugnissen.

Im Laufe des Krieges erhöhte sich Englands Außenhandel seit 1914, aber in der Einfuhr nur dem Werte nach infolge der starken Steigerung der Lebensmittelpreise und in der Ausfuhr durch die Massenlieferungen an Kriegsbedarf für Frankreich.

Englands Außenhandel 1914—16 (in Milliarden Mark).

	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß der Einfuhr
1914	14,0	10,6	3,4
1915	17,4	9,8	7,6
1916	19,0	10,1	8,9
	50,4	30,5	19,9

Nach Warengruppen 1916 (in Milliarden Mark).

	Einfuhr	Ausfuhr
Lebensmittel und Getränke	8,4	0,6
Rohstoffe	6,7	1,3
Fabrikate	3,8	7,9

Wie die Einfuhr, so nahm auch die Ausfuhr der Menge nach ab, dem Werte nach zu.

Englands Hauptlieferer waren bis Kriegsbeginn seine Kolonien und an zweiter Stelle die Vereinigten Staaten, die ihre Ausfuhr nach England von (1913) 2,8 Milliarden Mark auf (1915) 4,7 Milliarden Mark erhöhten, so an die erste Stelle traten und bei Herstellung von Kriegsbedarf England mindestens zeitweilig überflügelten.

In der Zeit von 1913 bis 1916 änderte sich die Richtung des englischen Außenhandels. Englands Ausfuhr nach den verbündeten Ländern verdoppelte sich namentlich durch die Kriegsbedarfsausfuhr, verblieb nach den Kolonien in gleicher Höhe und nahm nach den neutralen Ländern ab. Dagegen gingen Englands Einfuhren aus den verbündeten Ländern

zurück, steigerten sich aus den Kolonien wie aus den neutralen Ländern und verdoppelten sich aus den Vereinigten Staaten.

England hatte bis zum Kriege in dem Deutschen Reich seinen besten Abnehmer und mit Einschluß der Kolonien eine günstige Handelsbilanz.

	Ausfuhr nach Deutschland	Einfuhr aus Deutschland
	1913 (in Millionen Mark)	
England	876	1438
Ostindien	542	151
Australien	296	88
Südafrika	70	47
Kanada	80	60
Britisch-Westafrika	134	17
Britisch-Malakka	24	15
Neuseeland	10	11
Britisch-Ostafrika	—	5
Zusammen:	2032	1832

Englands Ausfuhr nach Deutschland betrug 1913 insgesamt 876 Millionen Mark, darunter Steinkohle 180, Baumwollgarne 91, Kammgarne und Kammzug 71, Baumwollgewebe 39, andere Garne 34, Felle zu Pelzwerk 34, Heringe 28, Wollgewebe 22, Deutschlands Ausfuhr nach England insgesamt 1438 Millionen Mark, darunter Rübenzucker 191, Eisenhalbzeug 134, Baumwollgewebe 87, Seidengewebe 37, Leder und -waren 36, Wollgewebe 30, Felle zu Pelzwerk 26, Kinderspielzeug 26, Teerfarbstoffe 22, Hafer 22, Zink 22 Millionen Mark.

Finanzielles.

Vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges war England eines der reichsten Länder. Sein Volksvermögen wurde auf 300—330 Milliarden Mark veranschlagt und vermehrte sich alljährlich um 7—8 Milliarden Mark. Denn die ungünstige Handelsbilanz wurde durch eine günstige Zahlungsbilanz, durch große Geldeingänge aus seinem Zwischenhandel und Bankgewinnen, aus Schiffsfrachten und aus seinen in fremden Staatsanleihen, in ausländischen Unternehnungen (Verkehrsmitteln, Bergwerken, Spinnereien, Brauereien und anderen Fabriken) angelegten Kapitalien ausgeglichen.

Englands Handels- und Zahlungsbilanz 1913
(in Milliarden Mark).

Einfuhr	13,4	
Ausfuhr		10,7
Zwischenhandelsgewinn und Bankvermittlung		2,0
Einnahmen aus Schiffsfrachten		3,0
Zinsen von 81,0 Milliarden Mark Kapitalien vom Ausland		4,0
Ruhegehälter aus Indien		0,7
Überschuß	7,0	
Zusammen:	20,4	20,4

Für das Jahr 1915 schätzten »Statist« und »Economist« (vom Januar 1917) die unsichtbare Einfuhr an Schiffsfrachten und Auslandszinsen auf 8,5, für das Jahr 1916 auf mehr als 10 Milliarden Mark.

Durch das Anschwellen der Wertsteigerung der Einfuhr während des Krieges verschlechterte sich Englands Zahlungsbilanz. Das Mehr der Einfuhr belief sich 1914 auf 3,4, 1915 auf 7,6 und 1916 auf 8,9, für diese drei Jahre also auf 19,9 Milliarden Mark.

In Wirklichkeit war der Überschuß der Einfuhr noch erheblich größer, weil die Massenlieferungen an Kriegsbedarf, namentlich aus Nordamerika, von der amtlichen Statistik nicht erfaßt wurden, auch nicht die Einfuhr für den englischen Heeresbedarf. Auf Grund amtlicher Angaben von Ende 1915, wonach die englische Regierung für Staatsankäufe in den Vereinigten Staaten wöchentlich fast 245 Mill. Mark bezahlte, berechnete der Londoner »Economist« vom 13. Januar 1917 den Jahreswert der von der Handelsstatistik ausgelassenen Staatsankäufe in den Vereinigten Staaten für 1915 auf mindestens 12,5 Milliarden Mark. Bei Annahme gleichwertiger Bezüge aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1916 würde sich für Englands Handelsbilanz für 1914—16 ein Überschuß der Einfuhr von mehr als 43 Milliarden Mark ergeben.

Dieser Fehlbetrag konnte durch die Zahlungsbilanz nicht ausgeglichen werden. Zwar steigerten sich die Einnahmen aus den Schiffsfrachten, die maßlos in die Höhe gingen. Indessen sanken die Zinseinnahmen aus den im Ausland angelegten Kapitalien, stockten ganz aus den feindlichen und z. T. auch neutralen und verbündeten Ländern und wurden erheblich vermindert, seit die englische Regierung 1916/17 zuerst freiwillig, dann zwangsweise alle ausländischen Wertpapiere einziehen ließ, um sie zu verkaufen und dadurch die Währung zu halten wie die Finanzkraft zu stärken.

Englands Verschuldung an das Ausland wuchs durch Aufnahme beträchtlicher Anleihen in den Vereinigten Staaten. Seit Kriegsbeginn hatte England daselbst 8,4 Milliarden Mark aufgenommen[1]. Dazu kamen noch die sehr erheblichen Privatverbindlichkeiten.

Die Stellung Londons als finanzieller Mittelpunkt der Erde hoffte Neuyork zu erobern, nachdem Englands Eingreifen in den Krieg für London einen erstaunlichen Verlust an wirtschaftlichem Ansehen im Gefolge gehabt hatte.

Englands Staatsschuld betrug bei Kriegsbeginn 14,4 Milliarden Mark und war durch die Kriegsausgaben am 31. März 1917 auf 78,5 Milliarden Mark angewachsen. Verzinsung mit 5½ und Tilgung mit 1 Prozent erforderten jährlich 5 Milliarden Mark. Mitte 1917 bewilligte die Volksvertretung einen weiteren Kriegskredit von 13 Milliarden Mark. Die Londoner »Nation« vom 17. Februar und 31. März 1917 berechnete die Gesamtverschuldung Englands bei Kriegsende um März 1918 auf 120 Milliarden Mark, die jährliche Zinsenlast auf 5, die Ausgaben für Tilgung und Ruhegehälter auf je 1 Milliarde Mark.

Die erste englische Kriegsanleihe von 1914 wurde mit 3½ Prozent zu 95 aufgelegt, die zweite von 1915 mit 4½ Prozent zu 100 und die dritte von 1917 mit 5 Prozent zu 95. Die Kurse gingen zurück, die der alten 2½prozentigen Konsols von (1914) 75 auf (1917) 51, der Kriegsanleihen zeitweilig auf 90 und standen Mitte 1917 auf 94. Englands Staatskredit wankte. Englands Währung ging im Auslande bergab.

Bis Ende Februar 1917 waren an der Londoner Börse seit Kriegsbeginn 387 Werte im Kurse um 14 Milliarden Mark gesunken. Noch verfügte England über die goldreichsten Länder. Von der Goldgewinnung der Erde mit (1915) rund 2 Milliarden Mark entfielen zwei Drittel auf das britische Reich (790 Mill. Mark auf Südafrika). Gleichwohl besorgte schon am 8. Juli 1915 Lord Haldane, »England würde nach dem Kriege ein ganz anderes, weil viel ärmeres Land sein«.

---

[1] Nach einer Mitteilung des englischen Schatzamtssekretärs vom 11. Juni 1917 im Unterhause.

Kriegsursache und Kriegsziel englischer Handelspolitik.

Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte man in London die Frage erörtert, ob England nach Untergrabung seiner Handelsstellung durch den Aufstieg Deutschlands und der Vereinigten Staaten mit ihrer anwachsenden Leistungsfähigkeit an Arbeit und Kapitalien noch in der Lage sei, seine überlieferte Vorherrschaft in Industrie, Handel, Schiffahrt und Geldwesen unbeeinträchtigt aufrechtzuerhalten.

In seinem Buche »England's Supremacy« von 1885 erörterte Jeans, der Geschäftsführer der englischen Eisenhandelsgesellschaft, die Möglichkeit der Zurückdrängung der englischen Vorherrschaft in Politik, Industrie und Handel infolge der Fortschritte anderer hervorragender Völker, nachdem die besten Werkzeuge und Maschinen Gemeingut geworden, erhoffte aber von dem geschichtlichen Aufbau und den freien Einrichtungen Englands wie von der Rührigkeit der Engländer wirksame Abwehr dieser Gefahr.

Dagegen befürchteten die Schutzzöllner von dem Stillstand der englischen Ausfuhrindustrie, von ihrer Verdrängung auf dem Weltmarkt, von der raschen Zunahme der Einfuhr trotz dem langsamen Anwachsen der Bevölkerung, von der fortgesetzten Verstadtlichung des Landes für England das Schicksal Hollands.

Englands Schwäche entspringt seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Auslande, die durch die Insellage noch verschärft wird. An Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten mußte es 1913 für mehr als 10 Milliarden Mark einführen.

Um die großen Zufuhren mit Gegenwerten zu bezahlen, muß Englands Industrie unausgesetzt fortarbeiten, im Gange bleiben und für seine Fabrikate vom Auslande möglichst zunehmenden Absatz suchen. Ein jedes Anwachsen der Industrie erhöht noch Englands Abhängigkeit vom Auslande, da seine Insellage eine Erweiterung des inneren Marktes versagt. Als kaufkräftiger Abnehmer hat England in seiner Bedeutung für den Weltmarkt gewonnen, als industrieller Versorger verloren.

Wird die Verstaatlichung der Kohlenwerke, Eisenbahnen, Seeschiffahrt und der Kriegsindustrie beibehalten, so ist mit einem gründlich umgestalteten, stark bureaukratisierten England zu rechnen.

Die Aufrechterhaltung seiner Welthandelsstellung ist eine Lebensfrage für England und seine Zukunft, ist die Hauptaufgabe der englischen Politik, wird aber von Jahr zu Jahr schwieriger infolge des Aufstieges zweier großer Mitbewerber.

Schon Pitt sagte: »Englands Politik ist Englands Handel« und Chamberlain wiederholte: »Das Reich ist der Handel«. England mit seiner Handelspolitik in erweitertem Sinn war darauf bedacht, das Aufsteigen starker Mitbewerber in industrieller Ausfuhr, in Handelsschiffahrt und Kriegsflotte zu verhindern, vor allem Deutschlands emporgekommene Industrie, Handel und Schiffahrt auf dem Weltmarkt zu unterdrücken, Deutschland als Heeres-, Flotten- und Weltmacht niederzuringen und das Deutsche Reich und Volk zu erdrosseln, so daß ihm, wie Runciman am 10. Januar 1917 im Unterhause sagte, »keine Möglichkeit gelassen wird, seine Handelsstellung wieder aufzurichten«. So stürzte sich England, um seine Stellung als Welthandelsland, seine wirtschaftliche Vorherrschaft wieder zu gewinnen, um sie auf die verbündeten Reiche und Staaten, anscheinend auch auf neu zu erobernde Länder zu übertragen, um womöglich alle Hilfsquellen der Erde in sein Machtbereich zu bringen, in den großen Krieg.

Literatur. »Nachrichten der Auslandspresse, zusammengestellt bei der Auslandsstelle des Kriegspresseamtes« (Berl., seit Kriegsbeginn); »Wirtschaftsdienst. Kriegswirtschaftliche Berichte über das Ausland. Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts« (wöchentlich, seit August 1916); »Weltwirtschaftliches Archiv« (Jena, bis 1917 9 Bände); A. Steinmann-Bucher, Englands Niedergang (Berl. 1917); A. Hesse und H. Großmann, Englands Handelskrieg und die chemische Industrie (Stuttg. 1915).

Die russische Sozialpolitik[1]

von Dr. phil. Karl Nötzel in Pasing

Wenn man die russische Sozialpolitik begreifen will, muß man sich vor Augen halten, daß ein aller natürlichen Grenzen entbehrendes, am äußersten Vorposten Europas stehendes, von Osten und Süden her ständig mit Vernichtung bedrohtes Reich, wie der im 14. Jahrhundert aufkommende, ursprüngliche Moskauer Staat, nur bestehen konnte, indem er alle körperlichen und geistigen Kräfte des Volkes zur nationalen Selbstverteidigung heranzog. Tatsächlich war der russische Staat jahrhundertelang gar nichts anderes als der Organisator der Selbstverteidigung der Nation. Das erklärt das Zartum und seine durch die Jahrhunderte gehende Volkstümlichkeit. Die russische Sozialpolitik hatte lediglich den Interessen des sich im Zartum verkörpernden Nationalganzen zu dienen, und die waren auf möglichste Wehrhaftigkeit gerichtet: Finanzen und Heer sind von jeher die Hauptsorgen der russischen Regierung. Erst Ende des 18. Jahrhunderts tritt hierzu der Kampf des Zartums um seine Selbsterhaltung. Durch diese drei Richtlinien wird die russische Sozialpolitik restlos gekennzeichnet. Entsprechend dem heute noch fast rein agrarischen Charakter des Landes erschöpfte sie sich bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts völlig in Agrarpolitik.

I. Die russische Agrarpolitik.

a) Die Leibeigenschaft. Da das Steuerbedürfnis der innerstaatlichen Organisation im alten Rußland zeitlich weit vorausging, konnte nur der Boden besteuert werden, nicht sein Bewohner, der jederzeit fortgehen durfte und damit aller Steuerpflicht ledig wurde. Dies Steuersystem erwies sich als ungenügend, als die Regierung im 16. Jahrhundert den Bauern die neue Verpflichtung auferlegte, den neugebildeten Dienststand zu erhalten. Der geldarme Staat bezahlte ja seine Militärs mit Land, und da solches an sich im Moskauer Staat keinen Wert hatte, mit besiedeltem Land. Unterließ es dabei auch die russische Regierung, die Verpflichtungen der Bauern an ihre »Gutsbesitzer« scharf abzugrenzen, so galt dennoch weder das Dienstland noch der dazugehörende Bauer als dem Gutsbesitzer zum vollen Eigentum übergeben. Der Bauer seinerseits war durchaus überzeugt, dem

[1] Abgeschlossen vor Ausbruch der Revolution.

Staate zu dienen, indem er dessen unmittelbare Diener unterhielt. Das war auch anfänglich der Standpunkt der Regierung. Freilich hatte sie so nicht nur keinerlei Möglichkeit, die Beziehungen zwischen Bauern und Dienstlandinhabern zu überwachen, sie mußte sich sogar aus Gründen der Selbsterhaltung mehr und mehr auf Seite der Gutsbesitzer stellen. Für diese handelte es sich zunächst darum, die Bauern an das Land zu »festigen«. Das geschieht Ende des 16. und im Verlaufe des ganzen 17. Jahrhunderts; durch eine ganze Reihe zur Grundanschauung der Regierung in schroffem Gegensatz stehender Maßnahmen wird die Freizügigkeit der Bauern, die zu einem zügellosen Wettbewerb der Gutsbesitzer untereinander um die Bauern geführt hatte, mehr und mehr gehemmt und endlich völlig beseitigt. Schrittweise gibt die Regierung den immer offeneren Forderungen der Dienstleute nach restloser Versklavung ihrer Bauern nach, während sie gleichwohl grundsätzlich dabei verharrte, die Gutsbesitzersbauern als freie Diener des Staates anzusehen. Dabei wuchs natürlich die Macht des Bodenbesitzers über den Bauern in dem Maße, als der Bauer an den Boden gefestigt wurde. Die Regierung blieb indes dabei, sich nicht in die Beziehungen zwischen beiden einzumischen. Ihr kam es lediglich darauf an, daß der Bauer nicht aufhöre, Steuern zu zahlen, d. h. daß er nicht aus dem Bauernstand austrete. Richter über seine Bauern war der Gutsbesitzer bereits im 16. Jahrhundert. Schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts bedeutet die Leibeigenschaft tatsächlich die unbeschränkte Herrschaft des Menschen über den Menschen. Der Gutsbesitzer reißt nach freiem Ermessen die Bauern vom Lande weg, macht Hausdiener aus ihnen, verkauft und vertauscht einzelne Mitglieder der Bauernfamilie und hält für seine Leibeigenen ein Gefängnis mit den ausgesuchtesten Folterwerkzeugen. Das Recht zu strafen, ist uneingeschränkt. Das Reglement verbietet zwar, den Leibeigenen zu töten, tatsächlich trug indes der Gutsbesitzer selbst für die Ermordung von Leibeigenen keinerlei gesetzliche Verantwortung. Dabei behielt der Leibeigene noch volle Rechtsfähigkeit; er konnte sogar mit seinem Gutsbesitzer Geschäfte abschließen und selber Leibeigene kaufen.

Zu Anfang des 18. Jahrhunderts beginnt die Befreiung des Adels vom Staatsdienst und damit seine Umwandlung in einen privilegierten Stand. Zunächst wurde der Adelsdienst vom Adelsgrundbesitz getrennt. Peter der Große hatte zwar die Adelsdienstpflicht in vollem Maße aufrechterhalten und sogar noch verstärkt, indes hing von nun an der Besitz des ehemaligen »Staatsdienergrundstücks« (des verliehenen sowohl als des ererbten) nicht mehr vom Staatsdienste ab; durch die Verordnung von der »Unteilbarkeit des Adelsbesitzes« (1714) wurde dieser in volles Adelseigentum verwandelt. In ihrem Manifest vom 18. Februar 1762, der sogenannten »Schenkungsurkunde an den Adel«, befreit ihn dann Katharina II. endgültig vom obligatorischen Staatsdienst und gibt ihm dabei die Bestätigung, ja sogar eine Erweiterung aller seiner Besitzrechte. Folgerichtig verlangten sogleich die Leibeigenen ihr Land und ihre Freiheit zurück. Tatsächlich aber erkannte die Regierung von jetzt an den privaten Charakter der Leibeigenschaft an. Daß sie die Leibeigenen nunmehr für privilegiertes Standeseigentum ansah, bewies sie durch eine ganze Reihe von Verordnungen, durch die der Bauer nach und nach jegliche Rechtsfähigkeit einbüßte; er verlor das Recht, sein Land zu verlassen und einem Gewerbe nachzugehen (1726), das Recht, Pachten und Lieferungen, Wechselverpflichtungen und Bürgschaften zu übernehmen (1731 und 1762). Den Adligen wurde dagegen das Recht, Leibeigene zu verkaufen (das schon im 17. Jahrhundert anerkannt war), endgültig bestätigt (1747); sie erhielten die Erlaubnis, ihre Leibeigenen nach Sibirien zu verschicken (1760), und den Bauern wurde endgültig das Recht genommen, sich über die Gutsbesitzer zu beschweren (1764). Indem die Regierung so die Leibeigenen in die volle Gewalt der Gutsbesitzer gibt, bleibt sie lediglich darauf bedacht, sich die restlose und pünktliche Entrichtung aller Abgaben zu sichern. Seit Peter dem Großen (1731 und 1762) macht sie die Gutsbesitzer verantwortlich für die regelrechte Steuerentrichtung ihrer Bauern und die Stellung von Rekruten und verpflichtet sie außerdem, im Falle von Hungersnöten für Ernährung der Bauern und für Saatgut zu sorgen. Wir wissen indes, wie leicht der Adel diese Verpflichtungen nahm, und wie machtlos sich demgegenüber die Regierung erwies. Bis zur Bauernbefreiung (1861) vermied sie es peinlichst, sich irgendwie in die inneren Beziehungen des Gutsbesitzers zu den Leibeigenen einzumischen. Denn hier stieß sie auf den allerschärfsten Widerstand der Adligen. Sogar der Reformeifer Katharinas hatte hier seine eherne Grenze gefunden. Das geht so bis zur Bauernbefreiung und erleichtert hierbei dem Staat insofern ganz beträchtlich seine Aufgabe, als er nicht, wie das bei der Liquidierung der Hörigkeit in Westeuropa der Fall war, eine rechtliche Bestimmung nach der andern über die Beziehungen zwischen Hörigen und Herren zu beseitigen hatte, vielmehr ein Federstrich genügte, die ganze Einrichtung zu Fall zu bringen. Sowohl Katharina II. wie Alexander I. und selbst Nikolaus I. waren zu der Überzeugung gelangt, daß keinerlei Verbesserung in der Lage der Leibeigenen möglich war, solange jene Unbestimmtheit in den Beziehungen zwischen Adligen und Leibeigenen bestehen blieb, die das eigentliche Wesen der Leibeigenschaft ausmachte, und woran kein russischer Zar zu rütteln wagte. Endgültige Befreiung der Bauern erschien demnach als das einzige Mittel. Alles drehte sich nur um die Frage, wieviel Land der befreite Leibeigene erhalten sollte. Hätte man ihm gar kein Land abzutreten brauchen, so wäre die Bauernbefreiung spielend leicht durchzusetzen gewesen. Der ganze Streit erschöpfte sich in einem Feilschen und Handeln um die Größe des Bauernlandes und den Preis, den der Bauer dafür zu entrichten habe. Schließlich mußte er im Norden, wo der russische Boden dürftig ist und der Leibeigene tatsächlich fern von ihm seinem Gewerbe nachging und demnach seinem Herrn eine rein persönliche Abgabe zahlte, das Land überzahlen, während er im Süden, wo der Boden sehr fruchtbar ist, viel zu wenig davon erhielt. Damit wurde der Grund gelegt für den Ruin des russischen Bauernstandes, der dann zu einem völligen Umschwung in der Agrarpolitik der Regierung führen sollte. Auch hier erwies sich diese dem Adel gegenüber als zu schwach und zu kurzsichtig. Die eigentlichen B e w e g g r ü n d e z u r B a u e r n b e f r e i u n g waren (abgesehen von der sittlichen Empörung der geistigen Oberschicht Rußlands) rein praktischer Art. Einerseits war die Leibeigenschaft mit dem Übertritt Rußlands in die Reihe der Getreide ausführenden Länder unvorteilhaft geworden (der Boden, der dem

Leibeigenen zum eigenen Unterhalt gegeben werden mußte, gab, wenigstens im Süden, höheren Ertrag als die normale Entlohnung freier Arbeiter ausgemacht hätte), anderseits hatten mit Ermordung von Gutsbesitzern verbundene Leibeigenenaufstände derart überhandgenommen, daß die Regierung schließlich fürchten mußte, endgültig das Ruder aus der Hand zu verlieren. Alexander II. wiederholte nur den Gedanken Katharinas II., als er meinte, es sei doch besser, dies geschehe von oben als von unten her. Der 19. Februar 1861 bedeutet denn auch den Wendepunkt in der inneren Politik Rußlands. Es wurden dabei alle unmittelbaren Beziehungen zwischen Gutsherrn und ehemaligen Leibeigenen ein für allemal beseitigt; der Staat streckte das Geld vor, mit dem die Adligen abgefunden wurden, und verpflichtete die befreiten Bauern zur Rückzahlung, womit sie im Jahre 1931 fertig geworden wären, wenn ihnen nicht im Jahre 1907 endgültig alle weiteren Zahlungen erlassen worden wären.

b) Die russische Landgemeinde. Nächst der Leibeigenschaft drehte sich die zarische Agrarpolitik um die berühmte russische Landgemeinde (»Mir« oder »Obschtschina«, wörtlich Gemeinschaft). Sie stellt ihrem eigentlichen Wesen nach eine erzwungene Organisation dar, eine Steuerentrichtungsgemeinschaft, die ihre Mitglieder durch die gemeinschaftliche Verpflichtung bindet, die auf ihnen lastenden Aufgaben und Dienste voll zu entrichten, und die sich diese Pflichterfüllung dadurch sichert, daß sie die zu leistenden Dienste und Abgaben unter ihren Mitgliedern ihrer Zahlkraft entsprechend verteilt. Im Gegensatz zu Westeuropa war eben in Rußland die direkte Besteuerung früher eingeführt worden, als sich eine Klasse ständiger Zahler gebildet hatte. Da indes das russische Staatswesen als solches noch viel zu primitiv war, um den einzelnen Steuerzahler zu fassen, wurde der Boden als solcher besteuert, und zwar stets ein größeres Stück Boden, dessen Bewohner gemeinschaftlich für die auf ihm liegende Steuerlast aufkommen mußten. Da der Steuerverpflichtung entging, wer den Boden verließ, er dabei aber seine Steuerpflicht den auf seinem steuerbelegten Landteil Zurückbleibenden aufbürdete, kam es ganz von selber dazu, daß sämtliche Bewohner eines steuerbelegten Bodenteils gewisse Verpflichtungen untereinander eingingen. So wurde die Steuerentrichtungsgemeinschaft zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft, eben zur Landgemeinde, die sich charakterisiert durch periodische Umteilungen des ganzen Gemeindelandes an die einzelnen Gemeindemitglieder entsprechend der Seelenzahl der Familien. Vom Standpunkt der Steuerentrichtung aus ist natürlich die ständige Anpassung der Zahlungen an die Zahlkraft des Zahlers — die durch eben diese periodischen Umteilungen der Landteile erzielt wird — die allervollendetste Form der Volksbesteuerung. Hierdurch erklärt sich die große Beliebtheit der Landgemeinde bei der russischen Regierung bis in die allerjüngste Zeit hinein. Im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 19. bestrebt sie sich, diesen Brauch auch auf die freien Bauern der russischen Grenzländer im Norden und Süden auszudehnen, die zu diesem Zwecke überhaupt erst zu Kronbauern gemacht werden mußten. Das freie Eigentum vermochte eben nicht der Regierung die regelrechte Bezahlung der Abgaben zu gewährleisten; die Ländereien begannen sich in den Händen der reichen Bodenbesitzer zu mehren und denen der armen zu entschlüpfen. Dies agrarpolitische System geht von der Grundidee aus, daß das Land in Rußland nicht den Bauern gehöre, vielmehr entweder dem Staate oder privaten Gutsbesitzern. Diese Anschauung wurde unhaltbar durch den Übergang zum Loskauf der bäuerlichen Landteile nach der Bauernbefreiung. Dementsprechend enthielt sich die russische Agrarpolitik eine Zeitlang auch der geringsten staatlichen Einmischung in die inneren Verhältnisse des Dorfes. Bereits in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts mehrten sich sehr deutliche Anzeichen eines Zerfalls der Landgemeinde, und wiederum traten alle die Erscheinungen auf, die bei den freien Bauern in den Grenzländern zur Einführung der Landgemeinde geführt hatten (Verproletarisierung eines beträchtlichen Teiles der Landbewohner). Demgegenüber ergriff die Regierung in den achtziger und neunziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts eine ganze Reihe von Maßregeln, um den Verkauf bäuerlichen Eigentums zu hemmen und seine Nutznießung auf landgemeindlicher Grundlage zu fördern. Indes hatten sich die Zeiten allzusehr geändert. Offizielle Untersuchungen hatten ergeben, daß in den seit Aufhebung der Leibeigenschaft verflossenen 40 Jahren die Bauern einfach ruiniert waren; die Größe des einzelnen Bodenteils war durchschnittlich auf die Hälfte des früheren gesunken, der bereits ungenügend gewesen war. Der Ertrag erreichte nur noch 88—62 Proz. des früheren, der Viehbestand hatte sich noch mehr vermindert. Die Steuerrückstände hatten sich (seit 1870) um das Acht- bis Zwanzigfache vermehrt. Die Grundursachen dieser Übel glaubte man gefunden zu haben in der veralteten Form der russischen Bodennutzung, d. h. in dem Bestehen der Landgemeinde. Das Jahr 1906 brachte den jähen Wechsel in der russischen Agrarpolitik. Bis dahin hatte die Regierung die Landgemeinde geschützt und gehütet. Die Hauptmittel der russischen Agrarpolitik waren einerseits Organisation der Auswanderung nach Sibirien und Landzuteilung unter Mitwirkung der Bauernbank auf Kosten des sich rasch auflösenden adligen und staatlichen Bodenbesitzes, anderseits Abschaffung der Kopfsteuer, Herabsetzung und schließlich völlige Beseitigung der Ablösungszahlungen. Indes erwies sich der Vorrat an Staatsländereien als bei weitem nicht ausreichend. Die freiwilligen An- und Verkäufe der Bauernbank hatten lediglich zu einer Erhöhung der Bodenpreise im Interesse der adligen Bodenverkäufer geführt. Zudem zeigte es sich, daß zur Auswanderung durchaus nicht genügend freies Land vorhanden war. »Die Regierung, die in dem eben (1906) einsetzenden Kampf um den politischen Aufbau Rußlands die Bauern auf ihre Seite ziehen wollte, beabsichtigte eine großartige und gleichzeitige Umänderung in den Eigentumsverhältnissen an Grund und Boden bei weitgehender Geldhilfe von seiten des Staates.« Indes scheiterte dies Projekt am Widerstand des Adels. Der Urheber des Planes, Minister Kutler, wurde entlassen (1906). Die russische Agrarpolitik trat wiederum auf die Seite der Agrarier, hauptsächlich infolge der Agrarunruhen der Jahre 1906 und 1907, und seit in der ersten Duma die Vertreter der Bauernschaft ganz offen gedroht hatten, sich »alles Land« umsonst zu nehmen. Stolypins berühmtes Agrargesetz vom 9. November 1907, wohl die kühnste Agrarreform in Europa seit Aufhebung der Leibeigenschaft, legte die Axt an die Landgemeinde: Hatte bereits jedes ihrer Mitglieder das Recht, sich seinen Boden

in einem zusammenhängenden Grundstück aus dem Gemeindeland austeilen zu lassen, so erhielt es nunmehr das Recht, sich die zur Zeit in seiner tatsächlichen Nutzung befindlichen Streuländereien ohne weiteres zum Privatbesitz festigen zu lassen (und sie auch an einen anderen Bauern zu verkaufen, wenn dieser auch zu einer fremden Gemeinde gehört). Landgemeinden, bei denen im Verlaufe von 24 Jahren keine allgemeine Umteilung mehr stattgefunden hatte, wurden für erloschen erklärt, wenn auch in ihnen das übliche Zusammenwerfen und Austeilen der Abgabepflichten weiterbestand. Die Absicht der Regierung ist klar: sie will sich eine Stütze schaffen in einer starken, am Privatbesitze kräftig interessierten Bauernschaft (da der Adel nun einmal unaufhaltsam seinem Untergang entgegengeht; seit Aufhebung der Leibeigenschaft hat er bereits mehr als ein Drittel seines Bodens verloren). Ob das der russischen Regierung gelingen wird, dürfte zweifelhaft sein, ganz abgesehen davon, daß der Preis denn doch sehr hoch genannt werden muß; so erst entstand ja ein landloses Proletariat in Rußland. Denn selbstverständlich bringen Aufkäufer massenhaft russischen Bauernboden zu Schleuderpreisen an sich und verpachten ihn den Dorfbauern, denen dieser Boden seiner Lage nach unentbehrlich ist, entweder zu ungeheuerlichen Preisen oder verkaufen ihnen denselben zum drei- bis vierfachen Preise zurück, wobei die Landgemeinden nicht die geringste Kreditgewährung von seiten des Staates genießen. Trotzdem scheint sich die russische Landgemeinde dort, wo sie seit alters her Wurzel faßte, zu halten, während sie da, wo sie erst kurze Zeit besteht, vornehmlich da, wo sie von der russischen Regierung selber aus Steuergründen eingeführt wurde, in den nördlichen und südlichen Grenzländern, unaufhaltsam auseinanderfällt. Aus der Unmenge der vorliegenden Ziffern läßt sich ein genaues Bild nicht gewinnen. Zweifellos wurde von Inkrafttreten des Gesetzes bis heute der Austritt aus der Landgemeinde durch Gouverneure und Kreisvorsteher auf jede Weise gefördert und erpreßt. Die Volksnot drängt auf denselben Weg der bäuerlichen Landentäußerung. Die Zunahme des Lumpenproletariats scheint bis jetzt zweifelloser als die Zunahme des Industrieproletariats. Der Bodenwucher blüht auf dem Lande, und die Dorfmächtigen versklaven mehr als je die Dorfarmen. Alles in allem das Gegenteil eines sozialen Ausgleichs! Wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir in den heillosen Zuständen auf dem russischen Dorfe, d. h. in dem Bestreben der russischen Regierung von ihnen abzulenken, eine der Hauptursachen des heutigen Weltkrieges erblicken.

II. Die Sozialpolitik im engeren Sinne.

a) Arbeiterpolitik. Viel neueren Datums als die russische Agrarpolitik ist die russische Sozialpolitik im engeren Sinne, d. h. die Politik im Hinblick auf die industriellen Arbeiter. Hier gelten indes genau dieselben Grundsätze wie für die russische Agrarpolitik schon insofern, als die Fabrikarbeiter immer noch einen sehr geringen Teil des russischen Proletariats ausmachen, und selbst von den gewerblichen Arbeitern immer noch im ursprünglichen russischen Gewerbebetrieb, der Hausindustrie, zweieinhalb soviel beschäftigt sind als in der Fabrik. Die russische Fabrik im europäischen Sinn ist an sich schon eine Schöpfung des Zartums und lediglich aus Rüstungsbedürfnissen hervorgegangen. Peter der Große brauchte Tuche, Waffen und Munition für seine Heere. Er befahl einer Anzahl der reichsten Grundbesitzer, Fabriken zu gründen; als Arbeiter wurden ihnen Kronleibeigene, sog. Possessionsbauern, zugewiesen. Käufer wurden ihnen dadurch verschafft, daß man ihnen Monopole gab und die Einfuhr mit hohen Zöllen belegte. Trotzdem führte die russische Fabrik ein kümmerliches Dasein, bis Katharina II. die Monopole aufhob und folgerichtig das System des freien und inneren Wettbewerbs durchführte. An Stelle des staatlichen Zwanges trat das heute noch gültige Prinzip der staatlichen Unterstützung. Weil die russische Industrie ausschließlich für Kronbedürfnisse arbeitete — und hierbei naturgemäß die persönlichen Beziehungen zur Krone eine große Rolle spielten, errichteten nunmehr die Adligen auf ihren Gütern Fabriken, in denen sie ihre Leibeigenen beschäftigten. Diese Leibeigenenfabrik hält die Mitte zwischen der Possessionsbauernfabrik der Zeit Peters und der mit freien Arbeitern arbeitenden Fabrik, die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entsteht, als endlich die russische Industrie anfing, für den Privatbedarf zu arbeiten, den bis dahin die ursprüngliche russische Gütererzeugungsform, die russische Hausindustrie, gedeckt hatte. Erst 1809 wurde den Tuchfabriken erlaubt, für private Abnahme zu arbeiten, und erst zehn Jahre später übersteigt das Angebot an Tuchen die Nachfrage der Regierung. Aus diesem Entwicklungsgang der russischen Industrie erhellt bereits, daß die russische Regierung (wenigstens bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft) keinerlei Arbeiterpolitik zu treiben brauchte, obwohl es auch schon vor der Bauernbefreiung Fabriken mit freien Arbeitern gab, was sich früh schon als vorteilhafter erwiesen hatte als das Arbeiten mit Leibeigenen. Immerhin war die überwiegende Mehrzahl aller Industriearbeiter Bauern, deren Grundstück nicht mehr zum Unterhalt der Familie ausreichte, und das blieb im großen und ganzen so bis in die allerletzte Zeit hinein; erst die erwähnte Agrarreform von 1907 schafft ein landloses Proletariat. Beim Eintritt in die Fabrik lassen die allermeisten Fabrikarbeiter Frau und Kinder auf dem Lande zurück, senden ihnen allmonatlich den größten Teil ihres Lohnes (in der Regel zwei Drittel) und kehren nur zu Weihnachten und Ostern zu den Ihrigen auf wenige Tage und Wochen zurück, abgesehen davon, daß immer noch ein großer Teil der gesamten russischen Arbeiterschaft zur Erntezeit auf 3—6 Wochen aufs Land entlassen wird. Eine russische Arbeitergesetzgebung begegnet uns denn auch erst mehr als zwanzig Jahre nach Aufhebung der Leibeigenschaft, als auf ausländischem Kredit und vielfach von Ausländern ins Leben gerufen, die private russische Großindustrie aufkommt, vor allem die der Textilbranche, die sogenannte Manufaktur, ein gemischter Betrieb größten Stils: Spinnerei, Weberei, Färberei und Zeugdruck in einem. Damals galt es zunächst, den allerschlimmsten Auswüchsen eines der Leibeigenschaft entstammten industriellen Herrentums zu steuern, weil damit das Bestehen der russischen Industrie von vornherein in Frage gestellt war. So beseitigte man das schamlos blühende Trucksystem: es wurde ein für allemal und in jeder Form verboten, die Arbeiter mit Waren statt mit Geld zu entlohnen. Alsdann mußte das Strafgeldersystem geregelt werden: es war bei den Fabrikanten die Praxis aufgekommen, sich an willkürlich und maßlos erteilten Geldstrafen zu bereichern. Demgegenüber wurde bestimmt, daß die Strafgelder der Arbeiter in die Staatskasse zur Ver-

wendung für Wohltätigkeitszwecke fließen sollten, und zudem wurden Höchstmaße der Geldstrafen und Lohnabzüge festgesetzt. Endlich galt es, der gewissenlosen Art zu steuern, mit der die aufkeimende russische Industrie von der industriellen Reservearmee Gebrauch machte, d. h. den Arbeiter vor willkürlichen und plötzlichen Entlassungen zu schützen. So wurde die für beide Teile bindende 14tägige Kündigungsfrist für alle Arbeiter zum Gesetz erhoben. Endlich machten die in skandalöser Weise sich häufenden Unglücksfälle in der russischen Fabrik bis ins einzelne gehende Schutzvorschriften ebenso notwendig wie die viel angegriffene, für russische Verhältnisse indes kaum zu missende persönliche Haftung des obersten verantwortlichen Betriebsleiters für Gesundheit und Leben aller im Betriebe beschäftigten Arbeiter. Erst verhältnismäßig spät, Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre, setzt dann die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und die der Beschäftigung von Frauen und Minderjährigen ein. Heute ist die russische Arbeiterschutzgesetzgebung zwar immer noch bedauerlich mangelhaft (namentlich was Kinder- und Frauenarbeit betrifft), doch bleibt sie im großen und ganzen nicht allzusehr hinter dem westeuropäischen Arbeiterschutz zurück. Sie ist indes um die Hälfte ihrer Wirkung betrogen, da ihre Durchführung im Geiste, nicht nach dem Buchstaben, immer wieder an dem Mangel der polizeilichen Fabrikaufsicht scheitert. Freilich sind die russischen Fabrikinspektoren, vielfach aus liberalen, sogar oftmals sehr links-liberalen Idealisten gewählt (hier machte die zarische Regierung eines ihrer beliebten Zugeständnisse auf Kosten anderer), ihrer Sache mit Eifer und Unbestechlichkeit, wenn auch bisweilen in doktrinär-unternehmerfeindlicher Gesinnung ergeben. Indes entscheidet über die tatsächliche Durchführung des Arbeiterschutzes schließlich dennoch die örtliche Polizei, die, namentlich auf dem Lande, völlig im Solde der Industriegewaltigen steht. Ganz im allgemeinen haftet der russischen Arbeiterpolitik der eigentliche Krebsschaden aller offiziellen russischen sozialen Wirksamkeit deutlich und offenbar an; sie dient letzten Endes doch immer nur einem außerhalb ihrer selbst liegenden Ziele, dem nackten Selbsterhaltungsinteresse des despotischen Regiments. Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist die Märtyrergeschichte der russischen Arbeiterbewegung im europäischen Sinne, der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung, zu verstehen; man fürchtet eben in ihnen lediglich Sammelstätten regierungsfeindlicher Propaganda. Sehr bezeichnend für den Geist dieser Politik bleibt der zu Beginn der 1890er Jahre von dem Moskauer Polizeimeister Subatoff unternommene Versuch, die Moskauer Fabrikarbeiter von sich aus zu einer freiwilligen Hilfstruppe der Moskauer Geheimpolizei zu organisieren. Mit einer Arbeiterversicherung im deutschen Sinne wäre die russische Regierung wohl einverstanden. Bisher wollte sie nur nicht die Mittel dazu aufwenden. Zweifellos wird die Arbeiterversicherung in Rußland kommen. Sie wird aber zweifellos so gestaltet sein, daß sie der Regierung die Möglichkeit gibt, die Arbeiterschaft in ihrer Hand zu halten. Anders tut sie es sicherlich nicht. Von der russischen Arbeiterpolitik gilt, was für die russische Sozialpolitik im allgemeinen feststeht, sie berücksichtigt öffentliche Übelstände nur so weit, als es Ruhe und Sicherheit der russischen Regierung verlangen, und wo sie regelnd in die Beziehungen der einander entgegenstehenden sozialen Schichten eingreift, da läßt sie sich durchweg leiten von den Forderungen ihres wirklichen oder vermutlichen Selbsterhaltungs-Interesses. Eine Sozialpolitik im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. tatsächlich in der Richtung der allgemeinen Wohlfahrt, erweist sich wohl mit einem despotischen Staatswesen an sich unvereinbar.

b) **Allgemeine Sozialpolitik.** Was schließlich das große Gebiet der **öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen** anbetrifft: Jugendfürsorge, Armenpflege, Gefängniswesen usw., so hat die russische Regierung auch darin von jeher ihre ganz bestimmte Politik verfolgt. Einerseits mußten alle diese Dinge, die wir längst zu den unabweisbaren Pflichten des Staates zählen, durchaus als freiwillige Leistung der Krone gelten (daher von alters her die großartigen kaiserlichen Wohltätigkeitsanstalten), anderseits sollten diese Gebiete dazu dienen, der Gesellschaft eine harmlose (trotzdem stets argwöhnisch überwachte) Mitarbeit am Gemeinwohl zu gewähren und sie so ihre sonstige Bevormundung vergessen zu lassen. In dieser Hinsicht leistet die Kirche unschätzbare Mithilfe. Immer noch gilt, was der russische Historiker Kljutschewsky über die Bedeutung der Wohltätigkeit im alten Rußland sagt: sie habe da als eines der Hauptmittel gegolten zur sittlichen Erziehung des Volkes, als ein der Kirche beigeordnetes, praktisches Institut zur öffentlichen Moral. Diese Anschauung von der Linderung sozialer Not als einer unmittelbaren Aufgabe der persönlichen Wohltätigkeit ist heute noch sehr lebendig, selbst in der gebildeten russischen Gesellschaft. Wenn trotzdem die Ergebnisse ihrer sozialen Hilfsarbeit so wenig dem hier in vorbildlicher Weise vorhandenen Opferwillen entsprechen, so liegt das an etwas anderem, die Beziehungen zwischen der russischen Gesellschaft und der russischen Regierung sind eben infolge unheilbaren gegenseitigen Mißtrauens durch und durch vergiftet. Daran krankt die ganze russische Sozialpolitik. Soweit sich die Regierung in ihrer Verwirklichung auf gesellschaftliche Strömungen stützt oder gesellschaftliche Hilfe heranzieht, also vor allem im Rahmen der großen halbamtlichen Vereinigungen zur Bekämpfung sozialer Übelstände, ergibt sich das nicht auszurottende Verhängnis, daß die Regierung die gesellschaftliche Initiative aufs eifersüchtigste in Schranken hält und dazu noch jede derartige Vereinigung mißbraucht, um für ihre Zwecke zu wirken, wohingegen die Gesellschaft ihrerseits die hier gebotene Gelegenheit zum öffentlichen Wirken benutzt, um, an dem eigentlichen Zweck vorüber, ganz im allgemeinen regierungsfeindliche Propaganda zu treiben im Sinne der elementaren politischen und sozialen Freiheiten. Das allein erklärt die bescheidenen Erfolge der unter gesellschaftlicher Mithilfe vor sich gehenden praktischen russischen Sozialpolitik — bei aller vorbildlichen sozialen Opferbereitschaft der gebildeten russischen Gesellschaft. In einem despotischen Staatswesen scheint eben nicht die Möglichkeit gegeben zu sein zu einer rein sachlichen, hingebenden sozialen Tätigkeit der Gesellschaft. Vollends kann sie nicht mit der despotischen Regierung zusammen an der allgemeinen Wohlfahrt arbeiten. Das ist wohl das eigentliche Verhängnis der russischen Sozialpolitik.

Literatur. Peter Miljukoff, Die Grundlagen der russischen Kultur, Band I (Bevölkerung, Staat, Gesellschaft; deutsch, Münch. 1917); Karl Nötzel, Das heutige Rußland. Eine Einführung an der Hand von Tolstois Leben und Werken, Band I (2. Aufl., Münch. 1916); A. Tschuproff, Die Feldgemeinschaft (Abh. des staatswissenschaftl. Seminars

zu Straßburg 1902); A. Simkhowitsch, Die Feldgemeinschaft in Rußland (Jena 1898); Sergei Prokopowitsch, Über die Bedingungen der industriellen Entwicklung Rußlands (Tüb. 1913); Karl Nötzel, Aus dem russischen Industrieleben (»Preuß. Jahrb.«, Bd. 160, Heft 2, 1915); Ders., Der russische Arbeiter und der Sozialismus (»Sozialistische Monatshefte«, Jahrg. 1916, Bd. I); Ders., Humanitätsbegriff und Rechtsbewußtsein im heutigen Rußland (»Preuß. Jahrb.«, Bd. 141, Heft 2, 1910); Melnik, Russen über Russen (Frankf. 1916); Th. Masaryk, Soziologische Skizzen zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie (Jena 1913); Karl Nötzel, Die Grundlagen des geistigen Rußlands. Versuch einer Psychologie des russischen Geisteslebens (das. 1917).

Spionage

von Kriegsgerichtsrat **Heinrich Dietz** in Rastatt, z. Zt. im Felde

Die Bedeutung und die Arten der Spionage.

I. Wer Krieg führt, muß den Gegner kennen. Er kann nicht genug wissen von den feindlichen Kräften, ihrer Zusammensetzung und Verteilung, von militärischen Einrichtungen aller Art, Kriegsplan, Bewegungen u. dgl. Es ist ganz natürlich, daß die Völker schon in Friedenszeiten bestrebt sind, in die gegenseitigen Wehrverhältnisse möglichst tiefen Einblick zu gewinnen, vor allem dann, wenn Reibungsflächen auf einen nahen Krieg hindeuten. Ein wichtiges Hilfsmittel dazu ist die Spionage. Sie spielt heute, wo sie sich die Errungenschaften der Wissenschaft, besonders der Technik und des Verkehrs nutzbar macht, eine viel größere Rolle als früher. Sie ist völkerrechtlich nicht etwa verboten; das ergibt sich schon daraus, daß sich Satzungen des Völkerrechts mit dem Begriff der Kriegsspionage und der Behandlung der Spione befassen. Jeder Staat muß und wird aber bestrebt sein, die von anderen Staaten ausgehende Spionagetätigkeit möglichst zu unterbinden. Der Beweggrund zur Spionage kann durchaus ehrenhaft sein; die Spionage durch bezahlte Agenten aber erscheint in anderem Licht.

Die vermehrte Friedensspionage der neueren Zeit führte zur Verschärfung der Abwehrmittel. England begann kurz vor dem Kriege mit neuen, vielfach drakonisch genannten Strafgesetzen. Das Deutsche Reich mußte folgen, wiesen doch auch die Verurteilungen wegen Spionage in ihren schwersten Erscheinungsformen, Verrat und Ausspähung, in den Jahren vor dem Weltkriege deutlich darauf hin, daß sich das Netz feindlicher Spürtätigkeit immer mehr verdichtet hatte (1895 wurden 11, 1913 50 Personen verurteilt). Am 22. Juni 1914 trat das neue Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914, das sogenannte Spionagegesetz, in Kraft.

Wir befassen uns hier jedoch nicht mit der Friedensspionage, sondern mit der **Kriegsspionage**, d. h. der Spionage nach Ausbruch eines Krieges; für sie gelten besondere Rechtssatzungen.

II. Die Lehre vom Verbrechen unterscheidet zahlreiche **Arten der Spionage**. Die wichtigsten seien hier kurz genannt:

a) Kopfspionage. Der Spion lernt die Nachrichten auswendig und übermittelt sie dem Auftraggeber.
b) Schriftliche Spionage. Sie ist offen, wenn unverschleierte, an sich also verständliche Mitteilungen in versteckter Weise (z. B. in Gegenständen aller Art oder am Körper verborgen) hinausgehen. Sie ist verdeckt, wenn die Mitteilungen in scheinbar harmloser, unbefangener Form gehalten sind (z. B. in Geschäftsanzeigen, in Briefen; der Schlüssel, der die geheime Mitteilung widergibt, ist verabredet).
c) Zeitungsspionage, vgl. b); Zeitungen, die ins neutrale Ausland gehen, werden bevorzugt.
d) Eisenbahnspionage. Rollende Wagen nehmen die verabredeten Zeichen (Striche, Dreiecke, Kreuze usw.) mit. Besonders raffiniert ist
e) die Spionage mit polizeilicher Hilfe (der Spion läßt sich z. B. unter allerhand glaubwürdigen Vorwänden von der Polizei Räume anweisen, die sich für seine beobachtende Tätigkeit besonders eignen).

Der echte Spion arbeitet nicht mit gefälschten Pässen und dergleichen. Seine Papiere sind — jedenfalls äußerlich — in tadelloser Ordnung.

Begriff der Kriegsspionage.

A. **Ältere Zeit.** Das **Bayerische Strafgesetzbuch** vom 29. April 1869 bezeichnete in Artikel 131 den als Spion, der, um den Feind zu begünstigen, heimlicherweise den Zustand der Truppen, des Lagers, der Befestigungen oder der Magazine, die Stärke, Stellungen, Bewegungen oder Absichten der Armee oder sonstige Umstände, welche sich auf den Angriff oder die Verteidigung beziehen, zu erspähen sucht. Ein Rundschreiben des preußischen Generalauditoriats vom 25. Juli 1870 hat diese Begriffsbestimmung übernommen. Das **Reichsstrafgesetzbuch** vom 15. Mai 1871 stellt in § 90 u. a. den unter Strafe, der dem Feinde Operations- oder Festungspläne mitteilt, dem Feind als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet; vgl. § 91, wonach gegen Ausländer nach dem Kriegsgebrauch (Begriff s. unter Franktireurwesen, S. 446) zu verfahren ist. Ergänzend bestraft das **Militärstrafgesetzbuch** für das Reich § 58 (vgl. § 160, 161) Spionage und spionageähnliche Handlungen mit dem Tode (Näheres s. unten, Strafrecht).

Mit dem Begriffe »Spion«, »Spionage« hat sich, vom älteren Bayerischen Militärstrafgesetzbuch abgesehen, die innerstaatliche deutsche Strafgesetzgebung hiernach nicht befaßt. Der erste Versuch, den Begriff völkerrechtlich in Anlehnung an seine Gestaltung in der Wissenschaft festzulegen, ist in der von Rußland veranlaßten Brüsseler Konferenz im Jahre 1874 gemacht worden, die zum Grundstein für die heutigen völkerrechtlichen Abmachungen auf dem Gebiete des Landkriegsrechts geworden ist, obwohl ihre Vereinbarungen nie ratifiziert wurden. Die Bestimmungen der Artikel 19—22 der Brüsseler Deklaration über Spione erscheinen umgearbeitet in Artikel 29—31 der Anlage zum 1. Haager Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 29. Juli 1899 wieder und sind ohne besondere Abänderungen bei der 2. Haager Friedenskonferenz in Artikel 29—31 der dem neuen Abkommen vom 18. Oktober 1907 angefügten Anlage-Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs« (Landkriegsordnung) übernommen worden. Wegen der Gültigkeit dieses Abkommens im

jetzigen Kriege vergleiche man die Ausführungen unter Franktireurwesen (S. 446 ff.).

B. Geltendes Recht. Völkerrechtliche Abkommen, also hier die in ihnen getroffenen Bestimmungen über Spionage, können nur im Verhältnis des Deutschen Reiches zu den kriegführenden Staaten gelten, und sie gelten auch, weil die Landkriegsordnung ratifiziert ist; außerdem ist sie der Felddienstordnung vom 22. März 1908 Dienstvorschriften-Etat Nr. 267 als Anhang II angefügt; damit ist, entsprechend der in Artikel 1 des Abkommens vom 18. Oktober 1907 auferlegten Verpflichtung, das deutsche Heer zur Beachtung der Abmachungen angewiesen. Innerstaatliche deutsche Gesetze über Spionage bleiben von dieser völkerrechtlichen Regelung unberührt. Auch den Begriff der Spionage kann jeder Staat für seine Bedürfnisse abweichend fassen. Das ist nach deutschem Recht in der Tat der Fall; vor allem ist nach ihm Spionage auch außerhalb des Operationsgebiets möglich (vgl. B. I). Diese Verschiedenheit zwingt dazu, Spionage nach Völkerrecht und Spionage nach deutschem Strafrecht zu unterscheiden.

I. Geltendes Völkerrecht. Als Spion gilt nach Artikel 29, Abs. 1 der Landkriegsordnung, wer heimlich oder unter falschem Vorwand in dem Operationsgebiet eines Kriegführenden Nachrichten einzieht oder einzuziehen sucht, in der Absicht, sie der Gegenpartei mitzuteilen. Wesentlich für den Begriff des Kriegsspions nach Völkerrecht — gemeint ist der feindliche Spion, der Ausländer, der dem Gegner dient — sind alle diese Merkmale. Der Kriegsspion wird nur auf dem Operationsgebiet tätig. Operationsgebiet bedeutet hier im wesentlichen dasselbe wie der unseren Strafgesetzen geläufigere Begriff »Kriegsschauplatz« (vgl. § 160 des Militärstrafgesetzbuchs), d. h. das Gebiet, in dem sich tatsächlich der Krieg abspielt, wo Teile des Heeres kämpfen oder marschieren oder lagern; die Umgebung, die sie mit ihren Waffen, Patrouillen und Aufklärungstruppen beherrschen, ist eingeschlossen, ferner das Gebiet, auf dem sich die Sicherung und Versorgung des Heeres abspielen (Etappengebiet, abgegrenztes Generalgouvernement). Der Obersten Heeresleitung ist es unbenommen, ausdrücklich zu bestimmen, was Kriegsgebiet sein soll. Der außerhalb des Kriegsschauplatzes auf neutralem Gebiete tätige feindliche Spion bleibt straflos; des Spions im Inlande erwehrt sich das deutsche Strafrecht (§ 91 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs; s. unten, Strafrecht A., S. 445).

Die Betätigung besteht im Einziehen von Nachrichten über militärische Angelegenheiten, die für den Gegner von Wert sein können, also im Auskundschaften. Von Erfolg braucht sie nicht zu sein. Durch das Unternehmen, den Versuch des Auskundschaftens, ist dieses Tatbestandsmerkmal verwirklicht. Doch muß diese Betätigung heimlich oder unter falschem Vorwande vorgenommen werden. Wer offen und ehrlich auskundschaftet, z. B. der Soldat auf Patrouille, ist kein Spion.

Um in dieser Hinsicht jeden Zweifel zu beseitigen, bestimmt Absatz 2 des Artikels 29 der Landkriegsordnung ausdrücklich:

»Demgemäß sind Militärpersonen in Uniform, die in das Operationsgebiet des feindlichen Heeres eingedrungen sind, um sich Nachrichten zu verschaffen, nicht als Spione zu betrachten.«

Hierzu sei bemerkt: Wer, um besser auszukundschaften, die Uniform ablegt, hat die kriegsmäßige Behandlung (als Kriegsgefangener) verwirkt; ihn schützt nicht Artikel 24 der Landkriegsordnung, wonach Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, erlaubt sind. Die Anlegung einer anderen militärischen Uniform des eigenen Heeres wird jedoch zu den erlaubten Kriegslisten gezählt.

»Desgleichen« fährt Art. 29 Abs. 2 der Landkriegsordnung fort, »gelten nicht als Spione Militärpersonen und Nichtmilitärpersonen, die den ihnen erteilten Auftrag, Mitteilungen an ihr eigenes oder an das feindliche Heer zu überbringen, offen ausführen. Dahin gehören ebenfalls Personen, die in Luftschiffen befördert werden, um Mitteilungen zu überbringen oder um überhaupt Verbindungen zwischen den verschiedenen Teilen eines Heeres oder eines Gebietes aufrechtzuerhalten.«

In diesen Fällen fehlt das Merkmal »Einziehen von Nachrichten«, im ersteren auch das Merkmal der Heimlichkeit. Ob nicht solche Personen, besonders Nichtmilitärs, die Nachrichten übermitteln, zwar nicht wegen Spionage, aber doch wegen Kriegsverrats (vgl. § 58 Ziffer 8, 160 des Militärstrafgesetzbuchs) haftbar zu machen sind, ist besonders zu fragen. Die Landkriegsordnung scheint sie durch den Auftrag als gedeckt anzusehen. Jedenfalls bleibt aber zu prüfen, ob sie rechtmäßig handeln, vor allem, ob sie zu den Kriegführenden gehören. Zu den Personen, die auftragsgemäß dem Gegner Mitteilungen überbringen, gehört der mit einer weißen Fahne erscheinende Parlamentär. Er ist völkerrechtlich durch Artikel 32—34 der Landkriegsordnung besonders geschützt, solange er seine Stellung nicht mißbraucht.

Auch der den Luftschiffern zugesagte Schutz ist nicht unbedingt. Daß auch Luftschiffer Spione sein können, ist nicht zu bestreiten. Das Merkmal der Heimlichkeit und der Täuschung wird freilich selten zu bejahen sein. An sich haben Luftschiffer in Uniform die Vermutung für sich, daß sie regelrecht Krieg führen. Bei Personen in bürgerlicher Kleidung sind ähnliche Erwägungen wie die vorstehenden anzustellen. Wenn nicht als Spione, so können sie unter Umständen doch als Kriegsverräter zu haften haben. Selbstverständlich genügt, wie überall im Strafrecht, nicht der bloße Verdacht strafwürdigen Verhaltens.

II. Geltendes deutsches Recht. Wie schon oben bemerkt ist, fehlt es leider an einer besonderen gesetzlichen Begriffsbestimmung der Spionage. Es kann jedoch unbedenklich die ältere, im Bayerischen Militärstrafgesetzbuch (s. oben, A., S. 443) wurzelnde, übernommen werden. Sie erfordert ein vorsätzliches Handeln des Täters nach Kriegsausbruch, das — bei anderer Wortfassung — dieselben Merkmale wie Artikel 29 Abs. 1 der Landkriegsordnung aufweist und das Ziel hat, das Erkundete zum Nachteil der deutschen Wehrmacht dem Feinde mitzuteilen, — nur mit der Abweichung, daß die Tat nicht auf dem Kriegsschauplatz (Operationsgebiet) begangen sein muß. In der Wissenschaft wird das Merkmal des heimlichen Handelns vereinzelt nicht verlangt. Doch ist daran festzuhalten; es entspricht der herkömmlichen Auffassung von dem Wesen der Tat; nur so ist auch eine einigermaßen zuverlässige Abgrenzung vom rechtmäßigen Kundschafterdienst der Militärpersonen zu gewinnen, der sich allerdings auch nicht immer offen vollziehen wird (vgl. Kriegslisten nach Artikel 24 der Landkriegsordnung).

Die Erläuterung des Begriffes Spion in Artikel 29 Abs. 2 ist aber nicht ohne weiteres zu übernehmen.

Strafrecht.

Der Verschiedenheit des völkerrechtlichen und innerstaatlichen Begriffs der Kriegsspionage entspricht die teilweise verschiedene strafrechtliche Behandlung des Spions.

A. Nach deutschem Strafgesetzbuch ist die Spionage eine Unterart des Landesverrats. Der Täter kann ein Ausländer oder ein Deutscher sein. Nach § 90 Ziffer 4 und 5 in Verbindung mit § 89 daselbst besteht die Strafe in lebenslänglichem Zuchthaus, bei mildernden Umständen in Festungshaft nicht unter 5 Jahren (neben Festungshaft sind gewisse Ehrenstrafen zulässig). Das gilt zunächst allgemein für Deutsche; es gilt auch für Ausländer, wenn sie Spionage begehen, während sie sich unter dem Schutze des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates innerhalb des Bundesgebiets aufhalten (§ 91 Abs. 2), im übrigen ist (nach § 91 Abs. 1) gegen sie »nach dem Kriegsgebrauche« (Näheres s. unten) zu verfahren.

Diese verhältnismäßig milden Strafbestimmungen treten jedoch regelmäßig gegen verschärfte zurück:

Nach § 4 des Einführungsgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuch ist dem Spion, soweit die Tat im Kriegszustandsgebiet begangen ist, die Todesstrafe angedroht. Nun war das ganze Deutsche Reich seit Kriegsbeginn in Kriegs- (Belagerungs-) Zustand erklärt (Kaiserliche Verordnung vom 31. Juli 1914, Reichsgesetzblatt, Seite 263, Bayerische Verordnung vom 31. Juli 1914, Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 327). Es griffen also diese schärferen Bestimmungen Platz, außer in den Fällen, in denen dem Täter die Erklärung des Kriegszustandes nicht bekannt war (tatsächlicher Irrtum). Der von Personen des deutschen Soldatenstandes, Militärbeamten, Angehörigen des Heerestrosses, Kriegsgefangenen begangene Landesverrat, also auch Spionage, ist an sich nach den Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuchs zu bestrafen (§ 56 des Militärstrafgesetzbuchs in Verbindung mit § 153, 155—158). Der Landesverrat im Felde wird aber unter Verschärfung der Strafdrohung zum Kriegsverrat erklärt (§ 57 daselbst). Der Begriff »im Felde« ergibt sich aus § 9 des Militärstrafgesetzbuchs. Dieses Gesetz enthält besondere Vorschriften für Handlungen, die im Felde begangen sind, sog. Kriegsgesetze. Nachdem durch Reichsgesetz vom 25. April 1917 (Reichsgesetzblatt, S. 381) § 9 Ziffer 2 abgeändert worden ist, gelten die Kriegsgesetze des Militärstrafgesetzbuchs und entsprechend der Begriff »im Felde« nicht mehr im ganzen Deutschen Reiche, vielmehr regelmäßig nur im Operations- und im Etappengebiet und im Meeres- und Küstengebiet (Näheres s. Allerhöchste Kabinettsorder vom 8. Mai 1917, Armeeverordnungsblatt 1917, S. 283; vgl. S. 284, 393 f.; Bayerische Allerhöchste Entschließung vom 14. Juni 1917, Verordnungsblatt des Bayerischen Kriegsministeriums, S. 719). Es gilt ferner als Kriegsverräter und wird mit dem Tode bestraft, soweit nicht minder schwere Fälle vorliegen, wer mit dem Vorsatz, einer feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder den deutschen oder verbündeten Truppen Nachteil zuzufügen, eine der im § 90 des Reichsstrafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen — die Spionage fällt darunter — begeht (§ 58 Abs. 1 Ziffer 1 des Militärstrafgesetzbuchs). Weiter ergänzend greift § 160 des Militärstrafgesetzbuchs ein. Danach trifft den Spion — Ausländer oder Deutscher, also auch Nichtmilitär — der auf dem Kriegsschauplatz die Tat verübt, die Strafe des Kriegsverrats nach § 58 a. a. O., also regelmäßig die Todesstrafe. Hier ist an die Ausführungen oben (B. I, S. 444) anzuknüpfen, wonach der Begriff Operationsgebiet im Sinne des Artikels 29 der Landkriegsordnung mit dem Begriff Kriegsschauplatz zusammenfällt. Wenn ausnahmsweise besetztes Gebiet nicht als Kriegsschauplatz zu gelten hätte, so greift noch § 161 des Militärstrafgesetzbuchs ein.

Ergänzend ist zu bemerken:

Bei feindlichen Spionen auf dem Kriegsschauplatz — auch auf deutschem — ist die Erläuterung des Begriffs Spion in Artikel 29 Abs. 2 der Landkriegsordnung bindend (vgl. jedoch unten, B.).

Deutsche Spione, die im Ausland, jedoch nicht auf dem Kriegsschauplatze, tätig waren, können nach § 4 Abs. 2 Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuchs verfolgt werden, feindliche Spione in gleicher Lage aber nicht.

B. Strafaufhebungsgrund. Nach Artikel 31 der Landkriegsordnung ist ein Spion, der zu dem Heere, dem er angehört, zurückgekehrt ist und später vom Feinde gefangengenommen wird, als Kriegsgefangener zu behandeln und kann für früher begangene Spionage nicht verantwortlich gemacht werden.

Dieser außergewöhnliche Strafaufhebungsgrund für Spione, die zu ihrem Heere zurückgekehrt sind, wird auf einen althergebrachten Kriegsgebrauch zurückzuführen sein. Nur dem feindlichen Militärspion, der auf dem Kriegsschauplatze tätig war, also einem Heeresangehörigen im engeren Sinne, kommt diese Straffreiheit zugute, allerdings auch dann, wenn er verkleidet ausgespäht hat. Das ist aus der Fassung der Vorschrift zu entnehmen; es widerspräche auch der militärischen Auffassung, den nicht beamteten Zivilspion, der regelmäßig aus Gewinnsucht handelt, straffrei zu lassen, wie auch nicht angenommen werden kann, daß dies jemals Kriegsgebrauch gewesen sei.

Gegen den feindlichen Militärspion, der ergriffen wird, bevor er zu seinem Heere zurückgekehrt ist, ist die Todesstrafe zulässig. Es ist nicht notwendig, wie vereinzelt aus § 58 Abs. 1 Ziffer 1 des Militärstrafgesetzbuchs, § 89, 90 Ziffer 5 des Reichsstrafgesetzbuchs geschlossen wird, daß durch sein Handeln ein wirklicher Nachteil für die deutsche Kriegsmacht entstanden sei. Es genügt — entsprechend der Fassung des Artikels 31 der Landkriegsordnung — das Unternehmen der Spionage; dem entspricht die zweite Kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899 über das kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer usw., wo in § 2 bestimmt ist, daß beim Einmarsch in feindliches Gebiet in einer Proklamation des Oberbefehlshabers ausdrücklich ausgesprochen werden solle, es habe die Todesstrafe verwirkt, »wer es unternehme, der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder den deutschen oder verbündeten Truppen Nachteil zuzufügen«. Daß die Spionage darunter fällt, ist außer Zweifel.

C. Gerichtsbarkeit und Verfahren. Die Spionage auf dem Kriegsschauplatz oder im besetzten Gebiete fällt nach § 5 Ziffer 4 der Militärstrafgerichtsordnung für das Reich vom 1. Dezember 1898 unter die Militärgerichtsbarkeit, ganz allgemein auch Spionagehandlungen der aktiven Militärpersonen und der ihnen in bezug auf die Gerichtsbarkeit gleichgestellten Personengruppen (§ 1 ff. der Militärstrafgerichtsordnung). Die Fälle, in denen die bürgerliche Gerichtsbarkeit für Kriegsspionage zuständig wird, dürften selten sein (vgl. z. B. § 4 Abs. 2 Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuchs), häufiger dagegen wird die Spionage

der Inländer von den außerordentlichen Kriegsgerichten, die auf Grund des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (vgl. § 10) und des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 (vgl. Artikel 6) in einzelnen Gebietsteilen des Reiches eingerichtet sind, abgeurteilt werden. Militärgerichtlich gilt eine Besonderheit für den feindlichen Spion.

Nach § 91 des Reichsstrafgesetzbuchs ist gegen den ausländischen Landesverräter nach Kriegsgebrauch zu verfahren. Der Ausdruck weist auf die unmittelbare rein militärische Gegenwirkung durch Tötung (Erschießen) des Landesverräters (ohne gerichtliches Verfahren) hin. Dieser Kriegsgebrauch gegen Landesverräter, die Ausländer sind, besteht noch heute; seine Anwendung ist durch die zweite Kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899 über das kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer für das deutsche Heer sicher gestellt; er bezieht sich auf Fälle des Ergreifens auf frischer Tat (§ 2, 18). Er träfe an sich auch feindliche Spione, da diese unter die Kriegsverräter zählen. Nun bestimmt aber Artikel 30 der Landkriegsordnung: Der auf frischer Tat ertappte Spion kann nicht ohne vorausgegangenes Urteil bestraft werden. Durch diese Bestimmung ist die sofortige Tötung des feindlichen Spions im Operationsgebiet ausgeschlossen. Dem trägt auch die erwähnte zweite Kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899 in Verbindung mit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 29. Juni 1916 (Armeeverordnungsblatt, S. 271) Rechnung. Danach ist grundsätzlich in solchen Fällen das außerordentliche kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer (vereinfacht gegenüber dem ordentlichen Verfahren nach der Militärstrafgerichtsordnung) durchzuführen, das in besonders dringlichen Fällen im Rahmen genauer Anordnungen noch weiter vereinfacht werden darf (§ 18 Abs. 2, a—f der zweiten Kaiserlichen Verordnung).

Literatur. G. Friedemann, Die Rechtslage der Kriegskundschafter und Kriegsspione (Greifswalder Dissertation 1892); A. Adler, Die Spionage. Eine völkerrechtliche Studie (Marburg 1906); Fuchs, Das Spionageverbrechen (Würzburger Dissertation 1912); Conrad, Kriegsspionage (»Deutsche Strafrechtszeitung«, Berl. 1914, S. 545—552); Grünwald, Das Luftschiff in völker- und strafrechtlicher Beziehung (Hannov. 1910); Alex. Meyer, Die Luftschiffahrt in kriegsrechtlicher Beleuchtung (Frankf. a. M. 1909); Giese und Rissom in Dietz, Handwörterbuch des Militärrechts (Rastatt 1912) und Taschenbuch des Militärrechts für Kriegszeiten (3. Aufl., das. 1915); Chr. Meurer, Das Kriegsrecht der Haager Konferenz (Münch. 1907); F. Stier-Somlo, Handbuch des Völkerrechts (in Einzelbeiträgen, Stuttg., seit 1912); Th. Niemeyer und K. Strupp, Jahrbuch des Völkerrechts (Münch., seit 1913). Weitere Schriften s. am Schluß des Beitrages »Franktireurwesen« (S. 449).

Franktireurwesen

von Kriegsgerichtsrat Heinrich Dietz in Rastatt, z. Zt. im Felde

I. Geschichtliches, Begriff.

»Franktireure« sind nach des Wortes Bedeutung freiwillige Schützen, die an der Verteidigung des Vaterlandes teilnehmen. Die Bildung von Freikorps, Freischaren in früheren Kriegen ist bekannt. Auch während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 wurden auf französischer Seite Korps von Freiwilligen gebildet; sie wurden dem Heere angegliedert. Daneben traten aber vielerorts Einzelpersonen oder kleinere Gruppen auf, die ohne Anschluß an das Heer oder an Heeresteile auf eigene Faust Krieg führten und dem Gegner im kleinen, meist aus dem Hinterhalt oder in besetzten Dörfern, Abbruch taten. Sie traten bald ohne irgendwelche Abzeichen auf (Landleute in der blauen Bluse), bald mit roten Schnüren am Ärmel, die leicht entfernt werden konnten und, wenn ihnen Strafe drohte, entfernt wurden. An dieses völkerrechtswidrige Auftreten knüpft der Ausdruck »Franktireure« (auch »Kriegsrebellen« genannt) an und hat damit seinen üblen Beigeschmack gewonnen (vgl. II. B.).

Gegen solche Franktireure wurde in erster Linie nach Kriegsgebrauch verfahren; sie wurden nach Weisung des befehligenden Offiziers beim Betreten auf frischer Tat erschossen oder — um auf die Haltung der Bevölkerung schärfer einzuwirken — an Bäumen der Landstraße aufgehängt. Die deutsche Heeresleitung verlangte auf Grund des Völkerrechts, daß außerhalb des Heeres stehende mitkämpfende Personen, wenn sie als kriegführend gelten wollten, folgende Bedingungen zu erfüllen hätten: Eintragung (nachweisbare) in die Listen eines organisierten Korps, Kenntlichmachung durch gleichförmige militärische Abzeichen, die von der Ausrüstung untrennbar und dem unbewaffneten Auge auf Gewehrschußweite sichtbar sind.

Unter den völkerrechtswidrigen Handlungen, die dieser Weltkrieg in erschreckendem Maße gebracht hat, steht das Franktireurwesen nicht an letzter Stelle. Es trat in einem Umfang auf wie nie zuvor. Diese Tatsache wird einmal dadurch verschärft, daß heute ganz klare Bestimmungen darüber bestehen, wer als kriegführend zu gelten und daher Anspruch auf kriegsmäßige Behandlung als Gefangener hat (s. unten, II.), ferner dadurch, daß sich trotz dieser völkerrechtlichen Regelung feindliche Staaten nicht gescheut haben, offen oder heimlich das Franktireurwesen zu begünstigen (Verantwortlichkeit, s. unten, III.). Die empörenden Vorgänge in Belgien sind in aller Erinnerung (in Löwen, Mecheln, Dinant und andern Orten). Französische und englische Zeitungen forderten offen zu dieser Art der Bekämpfung des Gegners auf. An die Landwehr wurden von der Regierung Waffen verteilt, die leicht zu verstecken waren; dann wurde die Landwehr heimgeschickt. Maschinengewehre gab man an die Bürger ab. Die Mannschaften erhielten bürgerliche Kleidung, um sie in den Tornistern mitzuführen, damit sie sich nötigenfalls als einfache Bürger ausgeben konnten.

II. Geltendes Völkerrecht.

A. Es ist von der »Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs«, kurz Landkriegsordnung (LKO.) genannt, auszugehen, die dem Abkommen der 2. Haager Friedenskonferenz betr. Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. Oktober 1907 als Anlage beigegeben ist (vom Deutschen Reich, mit Vorbehalt zu Artikel 44, ratifiziert, im RGBl. 1910, S. 107, veröffentlicht). Dieses Abkommen ist nach seiner Ratifikation für die Beziehungen zwischen den Vertragsmächten an die Stelle des gleichartigen Abkommens der 1. Haager Friedenskonferenz vom 29. Juli 1899 (RGBl. 1901, S. 423 ff.) getreten. Ob in diesem Kriege formell die neuere oder die ältere LKO. zu

gelten hat, ist zweifelhaft. Nach Artikel 2 des Abkommens von 1907 ist die LKO. nur zwischen den Vertragschließenden anzuwenden und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind. Nach Artikel 4 desselben Abkommens bleibt für die Beziehungen zwischen den Mächten, die das ältere Abkommen unterzeichnet, das neuere aber nicht gleichermaßen ratifiziert haben, das ältere Abkommen in Kraft. Nun haben einige der zahlreichen kriegführenden Staaten (Montenegro, Serbien, teilweise die Türkei) das neuere Abkommen nicht ratifiziert. Doch scheint kein Staat daraus rechtliche Folgerungen ziehen zu wollen, so daß die tatsächliche Beachtung des Abkommens von 1907 gesichert erscheint. Für die Rechtslage der Franktireure ist übrigens die Frage, welches der Abkommen als gültig anzusehen ist, von keiner großen Bedeutung; denn in der Begriffsbestimmung des »Kriegführenden« verschärft die neuere LKO. die Vorschriften der älteren LKO. nur in einem Punkte (Artikel 2 beider LKO.).

Nach der LKO. von 1907 werden als **kriegführend** in dem Sinne, daß die Gesetze, die Rechte und Pflichten des Krieges für sie gelten sollen, außer dem eigentlichen Heere auch die Milizen und **Freiwilligenkorps** und die **Bevölkerung eines noch nicht besetzten Gebietes** anerkannt, wenn sie gewisse **Bedingungen** erfüllen:

1. **Freiwilligenkorps** (Artikel 1 der LKO., auch der älteren) müssen
   a) einen für seine Untergebenen verantwortlichen Befehlshaber an der Spitze haben,
   b) ein bestimmtes, aus der Ferne erkennbares Abzeichen tragen,
   c) die Waffen offen führen,
   d) bei ihren Unternehmungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachten.

Es sind hiernach nur **organisierte** Freiwilligenkorps anerkannt (a und b). Das Abzeichen darf nicht auf beliebigen Wechsel eingerichtet sein, wenn der Begriff »Tragen« erfüllt sein soll. Der einzelne Angehörige solcher Korps muß sich über seine Zugehörigkeit ausweisen können.

2. **Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes** (Artikel 2 der LKO.) wird als kriegführend anerkannt:
   a) wenn sie beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antrieb zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich zu organisieren (vgl. Artikel 1a und b);
   b) wenn sie die Waffen offen führt (dieses Erfordernis fehlt in dem sonst entsprechenden Artikel 2 der LKO. vom Jahre 1899) und
   c) wenn sie die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachtet.

Die in diesem Kriege hervorgetretene Neigung unserer Gegner, die ganze Bevölkerung, selbst besetzter Gebietsteile, zu Kampfhandlungen gegen das deutsche Heer aufzureizen (s. oben, I. am Schlusse), ruft die Erinnerung an den lebhaften Meinungsstreit wach, der bei der Beratung der LKO. im Haag über diese Frage entbrannt war. Der damalige Vertreter Belgiens, Staatsminister Beernaert, verlangte im Interesse der kleineren Staaten, daß die schrankenlose Teilnahme der ganzen Bevölkerung des nicht besetzten Gebietes am Kampfe für zulässig erklärt werde. Es widersprach vor allem der deutsche Vertreter, Oberst v. Schwarzhof; er erklärte die Teilnahme der Einwohner des angegriffenen Gebietes ohne die vorgesehenen — und auch nachher angenommenen — Beschränkungen für unannehmbar. In der Tat sind auch diese Beschränkungen (2b und c) derartig milde, daß sich jeder verständliche Trieb des Widerstandes genügend frei betätigen kann.

Das Völkerrecht ist, wenn es die Bevölkerung des nicht besetzten Gebietes unter den bezeichneten Bedingungen (2a—c) als kriegführend anerkennt, schon sehr weit gegangen. Es ist selbstverständlich, daß scharf zu prüfen ist, ob im Einzelfalle die Bedingungen auch alle erfüllt sind. Ist beispielsweise ein feindlicher Ort nach Vertreibung des Gegners, wenn auch nur auf dem Durchmarsch, betreten, so handelt es sich um besetztes feindliches Gebiet, in dem der Widerstand der Bevölkerung nicht mehr gestattet ist. Die Bedingung, daß die Bevölkerung keine Zeit gehabt zu haben braucht, sich zu organisieren (1a und b in Verbindung mit 2a), wird unter den heutigen Verkehrsverhältnissen unter Kulturstaaten überhaupt kaum noch gegeben sein können.

B. Durch die Ausführungen unter II. A. wird das Franktireurwesen als eine den Gesetzen und Gebräuchen des Krieges widersprechende eigenmächtige Kriegführung einzelner oder der Bevölkerung gekennzeichnet. Die Fälle, in denen es auftritt, können ganz verschieden geartet sein. Als Franktireure im übelsten Sinne erscheinen die Landeseinwohner, die im besetzten Gebiete ohne Zusammenhang mit dem kriegführenden Heere und ohne militärische Abzeichen (oder mit solchen, die sie bei Gefahr entfernen) aus Häusern und Verstecken schießen oder einzelne schwache Abteilungen des Gegners oder gar Verwundete überfallen, verstümmeln und töten. Zahlreiche Fälle sind als **franktireurähnliche** zu bezeichnen und zu behandeln. Daß die Teilnahme von **Frauen** an Kriegshandlungen vom heutigen Völkerrecht ohne weiteres als Franktireurart gebrandmarkt sei (ein außerdeutsches Blatt hat es behauptet), trifft nicht zu. Sie sind von der geordneten Kriegführung nicht ausgeschlossen. Daß nur Männer Krieg führen dürfen, ist nicht bestimmt, weder in Art. 1 noch in Art. 2 (vgl. das Wort »Bevölkerung«) der LKO. Soweit das Heer (Art. 1) Krieg führt, wird freilich an der äußeren Erkennbarkeit des Soldaten durch die Uniform als der Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Heere festzuhalten sein. Doch sind Ausnahmen denkbar. In Serbien haben vereinzelt Frauen in der Schützenlinie mitgekämpft. Man hat sie, weil sie erkennbar sich dem Heere angeschlossen hatten, als kriegführend behandelt. Jedenfalls läßt sich aber sonst weder in den einzelnen noch in der nicht organisierten Masse, die bald die Waffe führt, bald die friedliche Bevölkerung darstellt, die vollends gar, was die Regel sein wird, auch sonst in der Art der Kriegführung die überkommenen Gebräuche mißachtet, ein Feind sehen, der völkerrechtlichen Schutz verdient. Beachtenswert hierzu sind die Worte des Generalfeldmarschalls Grafen **Moltke**:

»Kein auswendig gelernter Paragraph wird den Soldaten überzeugen, daß er in der nicht organisierten Bevölkerung, welche spontanement (also aus eigenem Antrieb) die Waffen ergreift und durch welche er bei Tag und bei Nacht nicht einen Augenblick seines Lebens sicher ist, nicht einen regelrechten Feind zu erblicken hat[1].«

---

[1] Brief an J. K. Bluntschli zu dessen Handbuch »Die Gesetze des Krieges zu Lande«, § 2 zu S. 43.

III. Abwehrmaßregeln.

A. Maßregeln unmittelbar gegen Franktireure.

Einen Anspruch darauf, wie ein ehrlicher Soldat als Kriegsgefangener behandelt zu werden, hat der Franktireur nicht. Er wird entweder nach Kriegsgebrauch behandelt oder nach Kriegsgebrauch und besonderen strafgesetzlichen Vorschriften bestraft.

1) Verfahren nach Kriegsgebrauch. Der kriegsmäßigen Behandlung sind nur Ausländer, nicht Angehörige des Reiches unterworfen. Der auf dem Kriegsschauplatz (dieser umfaßt auch das besetzte Gebiet im Kriege) auf frischer Tat betroffene Franktireur wird (soweit er nicht schon durch reine Kampfhandlungen unschädlich gemacht ist) auf Anordnung des befehligenden Offiziers nach Kriegsgebrauch behandelt, d. h. er wird erschossen (unter Umständen auch aufgehängt). Er gilt als »auf frischer Tat betroffen«, wenn er unter Umständen ergriffen wird, die nicht nur einen Verdacht begründen, sondern den Tatbestand des Verbrechens ohne weiteres klar erkennen lassen (vgl. die zweite Kaiserliche Verordnung vom 28. Dez. 1899 über das kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer usw., § 18; in ihrer Neufassung enthalten in Dietz, »Militärrechtspflege im Kriege«, Sammlung von Kriegsgesetzen, Verordnungen usw., 1917, Nr. 26). Wenn, wie es vereinzelt, besonders im Osten, geübt worden ist, diesem Kriegsgebrauche eine Art abgekürzten gerichtlichen Verfahrens (Anhörung von mehreren Soldaten, Schuldspruch, schriftliche Aufzeichnung des Falles) voraufgeht, so wird dadurch an dem Wesen der reinen Kriegshandlung nichts geändert. Notwendig ist das voraufgehende Urteil nicht (anders beim Spion, s. S. 446). Das sofortige Erschießen ist fester allgemeiner völkerrechtlicher Grundsatz und, was betont sein soll, auch preußisch-deutscher Kriegsgebrauch. Vgl. auch § 91 RStGB.

2) Bestrafung nach Kriegsgebrauch. Der nicht nach Kriegsgebrauch behandelte Franktireur kann in dem abgekürzten, durch die zweite Kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899 näher geregelten feldgerichtlichen Verfahren gegen Ausländer »nach Kriegsgebrauch bestraft« werden. Über die Zulässigkeit einer derartigen Verurteilung nach Kriegsgebrauch, also ohne Anwendung bestimmter materieller Strafgesetze, herrschten während des Krieges noch lange Zweifel. Doch hat sich die Strafe »nach Kriegsgebrauch« durchgesetzt. Die Begründung muß das Wesen des Kriegsgebrauchs und gleichzeitig Wesen und Inhalt der obersten Befehlsgewalt des Kaisers klarlegen. Der Begriff des Kriegsgebrauchs ist wandelbar. Er umfaßt einmal die Grundregeln des Völkerrechts, die bei der Kriegführung zu beachten sind, vor allem die unter gesitteten Völkern bestehenden Gebräuche, wie sie sich aus den Forderungen der Menschlichkeit und des öffentlichen Gewissens ergeben (vgl. Einleitung zum Haager Abkommen), sonach Beschränkungen in der Kriegführung. Er umfaßt aber notwendig auch die Befugnisse, die von der Militärgewalt kraft ungeschriebenen Völkerrechts beansprucht werden müssen, wenn der Kriegszweck, Wahrung der eigenen Machtstellung und Niederzwingung des Gegners, erreicht werden soll. Dazu gehören auch die materiellen Normen, nach denen gegen feindliche Ausländer eingeschritten werden soll. Ihr Inhalt wird nach eigenem Kriegsbedürfnis bestimmt. Die Befehlsgewalt des Kaisers im Kriege[1] ist unbeschränkt. Aus dem Imperium fließt nicht nur die vollziehende, sondern auch die gesetzgebende Gewalt gegenüber dem unterworfenen Feind. Durch Befehl des obersten Kriegsherrn ist nun die Anwendung des Kriegsgebrauchs neben dem Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben worden; vgl. den § 18 der erwähnten zweiten Kaiserlichen Verordnung vom 28. Dezember 1899 und § 2 daselbst: »..die Anwendung der nach den Gesetzen, nach dem Kriegsgebrauch oder infolge besonderer Verordnungen der dazu ermächtigten Befehlshaber verwirkten Strafen erfolgt..«, ferner: »daß alle nicht zu den Truppen gehörende Personen, einschließlich der Zivilbeamten der feindlichen Regierung, die Todesstrafe verwirkt haben, wenn sie es unternehmen, der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder den deutschen oder verbündeten Truppen Nachteil zuzufügen ...«.

Sonach ist der Kriegsgebrauch nicht nur reine Kriegshandlung (über die Prozedur s. III. A. 1), er ist auch zu einer materiell-strafrechtlichen Quelle erhoben, die gleichberechtigt neben dem Gesetze steht, ja dem Gesetze vorgeht, wenn der Kriegszweck und die Sicherheit des Heeres es erfordern.

Die Strafe nach Kriegsgebrauch gegen den Franktireur wird grundsätzlich die Todesstrafe sein.

3) Bestrafung nach den Gesetzen. Außer Bestrafung des Franktireurs nach Kriegsgebrauch ist Strafe wegen Mordes (vgl. RStGB. § 4 Absatz 2 Ziffer 3) und wegen Kriegsverrats nach MStGB. § 160, 58, bes. Ziffer 8 (betrifft den Kriegsschauplatz), ferner nach MStGB. § 161 (betrifft besetztes Gebiet, das jedoch regelmäßig als Kriegsschauplatz gelten wird) denkbar. Auch durch besondere Verordnungen der vom Kaiser ermächtigten Militärbefehlshaber können materiell-strafrechtliche Normen geschaffen werden, unter die Handlungen der Franktireure oder franktireurähnliche Handlungen fallen. (Verfahren auch hier nach der zweiten Kaiserlichen Verordnung vom 28. Dezember 1899; Verordnungsrecht: § 3, Ziffer 2 daselbst, Allerhöchste Kabinettsorder vom 22. November 1916, dazu zahlreiche ergänzende Erlasse[1].

B. Maßregeln gegen den feindlichen Staat als solchen.

Zur Frage der Verantwortlichkeit einer Kriegspartei für Handlungen der Franktireure können herangezogen werden

Artikel 3 des Haager Abkommens, wonach eine Kriegspartei für alle Handlungen verantwortlich ist, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden (bezüglich der Franktireure läßt sich einwenden, daß diese nicht zur bewaffneten Macht zählen und daß die Vertragsstaaten auf ein Eingreifen zu ihren Gunsten von vornherein verzichtet haben);

Artikel 22 der LKO. gibt den Kriegführenden kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes;

Artikel 23 der LKO. untersagt unter anderem die meuchlerische Tötung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres.

Soweit Franktireure aus eigener Entschließung unbeeinflußt von verantwortlichen Stellen der eigenen oder verbündeten Regierungen handeln, wird sich auch aus Artikel 22 und 23 deren Verantwortlichkeit

[1] Reichsverfassung Artikel 63 Abs. 1, Artikel 64 Abs. 1; für Bayern s. Versailler Vertrag vom 23. Nov. 1870, III § 5 Abs. 1.

[1] Enthalten in Dietz, »Militärrechtspflege im Kriege«, II. und XII. Abschnitt (Rastatt 1917).



nicht ableiten lassen. Wohl aber ist sie ohne weiteres festzustellen, wenn Regierungen der feindlichen Staaten offen oder heimlich zum Kriegsrebellentum anreizen oder es in irgendeiner Weise, sei es auch nur durch Duldung, begünstigen. Im Grunde schädigt der feindliche Staat damit auch sein eigenes Volk; denn daß unter der Abwehr auch Unschuldige mitleiden müssen, liegt auf der Hand. Die Begünstigung von Franktireurhandlungen in diesem Kriege durch unsere Feinde (s. oben, I.) kann nicht verwundern; sie haben ja alle mühsam zusammengetragenen Bausteine des Völkerrechts umgeworfen oder erschüttert. Die deutsche Regierung hat wiederholt anläßlich der völkerrechtswidrig begünstigten Teilnahme belgischer, französischer und russischer Bevölkerung an Kampfhandlungen, heimtückischen Überfällen und Grausamkeiten an Wehrlosen die feindlichen Regierungen verwarnt und scharfe Gegenmaßnahmen angedroht. Doch scheinen sich diese mehr in der unter C. angedeuteten, den Einzelfällen angepaßten Richtung bewegt zu haben.

C. Maßregeln gegen Gemeinden.

Nach Artikel 50 der LKO. darf keine Strafe in Geld oder anderer Art über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.

Bei Franktireurhandlungen innerhalb oder in der Nähe von Gemeinden besteht gar kein Anlaß, den Begriff der Verantwortlichkeit enge auszulegen. Eine Gemeindepolizei, die ernsthaft die Gemeinde und ihre Angehörigen möglichst vor Schaden bewahren will, wird derartigen völkerrechtswidrigen Ausschreitungen regelmäßig vorzubeugen wissen (durch Belehrung der Bevölkerung, strenge Verwarnungen, polizeiliche Sicherungsmaßnahmen u. dgl.). Die Mitverantwortlichkeit wird auch durch Verbergen oder Verheimlichen der Täter, durch Unterlassung der Anzeige geplanter Verbrechen, Nichtbefolgung der vom besetzenden Heere angeordneten Sicherungsmaßnahmen oder ihre ungenügende Ausführung begründet.

Die Abwehrmaßnahmen der durch Franktireurhandlungen betroffenen Kriegspartei werden sich nach den allgemeinen und örtlichen militärischen Bedürfnissen zu richten haben. Anstifter und Begünstiger haften wie die Täter selbst. Geldbußen sind regelmäßig als Strafen aufzufassen. Vorbeugemaßnahmen sind völkerrechtlich unbeschränkt. Von Abwehr- und Sicherheitsmaßnahmen seien genannt: Die Zerstörung von Häusern und Ortschaften, Geiselnahme (sie trifft vor allem die angesehenen, einflußreichen Bürger), Entfernung der Einwohner aus ihren Gemeinden, deren Bewachung an gesichertem Orte oder Überführung in Schutzhaft, Abführung nach dem Inland. Diese militärpolizeilichen Maßnahmen gehen von den höheren Kommandoführern kraft der ihnen über die feindlichen Untertanen zustehenden Gewalt aus. Vgl. § 19 der zweiten Kaiserlichen Verordnung vom 28. Dezember 1899.

Literatur. F. v. Liszt, Das Völkerrecht (Berl. 1915); A. Zorn, Kriegsrecht zu Lande (das. 1906); K. Endres, Völkerrechtliche Grundsätze der Kriegführung (das. 1909); C. Rissom in Dietz, Taschenbuch des Militärrechts für Kriegszeiten (3. Aufl., Anl. VII, Rastatt 1915); Dambitsch, Franktireurs (»Deutsche Juristenzeitung«, Berl. 1914, S. 1096); Friedmann, Kommandogewalt, Kriegsgebrauch u. Strafgewalt (als Manuskript gedruckt in St. Quentin 1915); A. Romen und C. Rissom, MStGB. (2. Aufl., Berl. 1916). Vgl. auch die Literaturangaben zu Art. »Spionage«, S. 446.

Register.

Druck vom Bibliographischen Institut in Leipzig.


Digitized by Google

